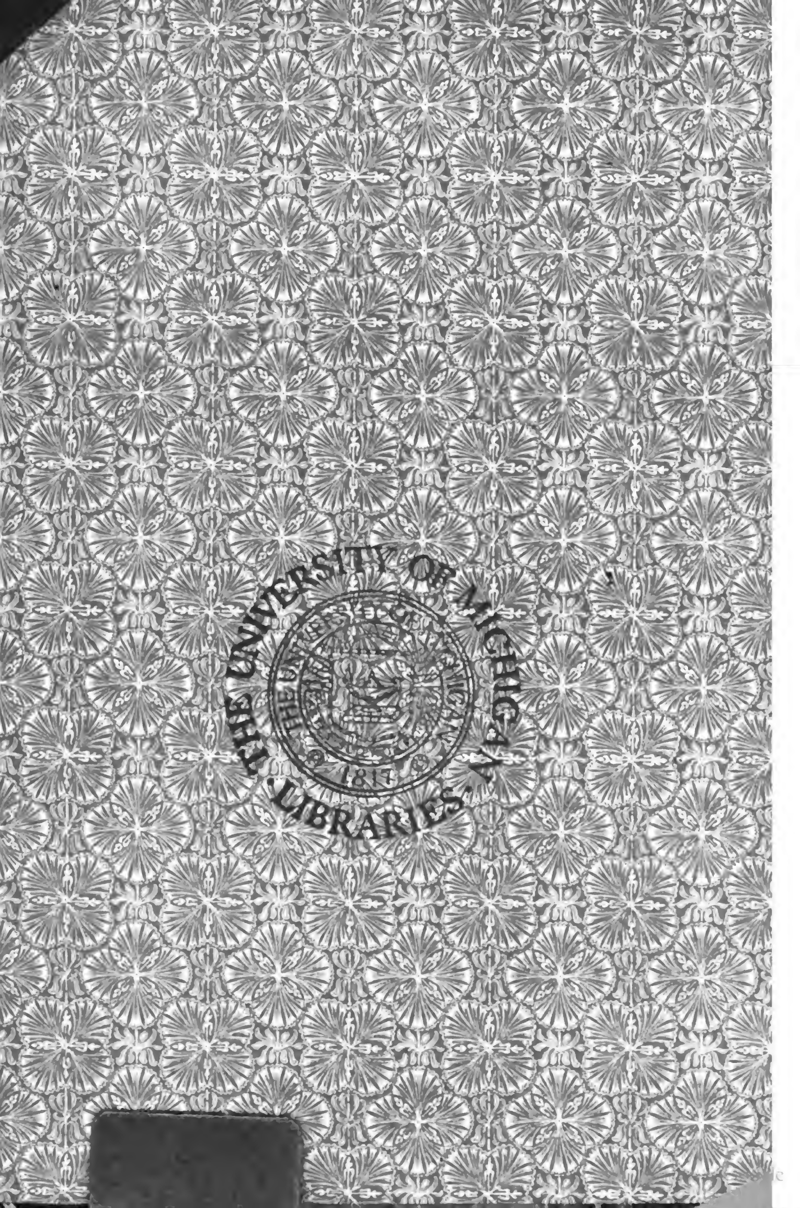
Protokoll des Sozialdemok... Parteitage ....

Sozialdemokratis... Arbeiterpartei Deutschösterreichs



THE UNIVERSITY OF MICHIGAN LIBRARIES
1817

1898, 1900, 1902, 1904, 1907.

Verhandlungen

des

Parteitages

der

deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs

abgehalten zu

Linz

vom 29. Mai bis einschließlich 1. Juni 1898.

(Nach dem stenographischen Protokolle.)

Preis 25 Kreuzer.

Wien 1898.
Erste Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand)
VI. Gumpendorferstraße 8.

Druck von L. Bergmann & Comp. in Wien.

Beschlüsse des Parteitages
der
sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs
am
Parteitag zu Hainfeld
(30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889), ergänzt am Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also *politisch* den Klassenstaat bedeutet, bedeutet *ökonomisch* steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. *Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine *internationale* Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, *Presse*, *Vereine*, *Versammlungen*, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das *allgemeine, gleiche*

und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den *arbeitsfähigen* Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zumletzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der *hohen Kindersterblichkeit*, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die *Landarbeiter* ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen dessen Beschickung in folgender Weise geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der deutschen, czechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive. Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

(Abgeändert am Parteitage zu Linz.)

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation über Berufung des Agitationskomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem *zweiten Jahre* statt. *Außerordentliche* Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der socialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung“ zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung“ sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direct an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung“. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Geschäftsordnung.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.
In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Discussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Tagesordnung.

1. Bericht der Parteivertretung. Referenten: Gen. Schuhmeier, Dr. Ellenbogen.
2. a) Parteitaktik und
   b) Parlamentarische Thätigkeit. } Referenten: Gen. Dr. Adler. Gen. Rieger.
3. Wahl der Parteivertretung.
4. Parteipresse. Referent: Gen. Popp.
5. Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich. Referent: Gen. Pernerstorfer.
6. Arbeiterschutz und Heimarbeit. Referent: Gen. Dr. Verkauf.
7. Parteiorganisation. Referent: Gen. Schuhmeier.
8. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. Viktor Adler, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Julius Popp, Eduard Rieger, Anton Schäfer, Anton Schrammel, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Ludwig Wutschel aus Wien, Mathias Eldersch (Brünn), August Müller (Graz), Jakob Prähauser (Salzburg), Karl Schiller (Reichenberg), Hugo Schmidt (Jägerndorf), Josef Seliger (Teplitz), Anton Weiguny (Linz), Johann Neander (Linz).

Bureau des Parteitages.

Präsidenten:

Julius Popp (Wien), Johann Neander (Linz), Anton Weiguny (Linz).

Schriftführer:

Leopold Winarsky (Wien), Rudolf Bichl (Graz), Karl Schiller (Reichenberg).

Anträge zum Parteitage.

Zur Bestimmung der Tagesordnung.

1. Antrag der Kreiskonferenz Salzburg:

Auf die Tagesordnung des Linzer Parteitages soll als eigener Punkt gesetzt werden: „Die Organisation und die Verhältnisse des ländlichen Proletariats."

2. Antrag der Bezirksorganisation Knittelfeld:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Linz wolle den Standpunkt der Sozialdemokratie zu dem Steiermärkischen Bauernbund klar und deutlich aussprechen und auch zur Bauernagitation eine präzise Stellung einnehmen."

3. Antrag der Bezirksorganisation Graslitz:

Punkt 5 der Tagesordnung soll lauten: „Die christlich-soziale und die deutsch-nationale Bewegung in Oesterreich."

4. Antrag der Bezirksorganisation Karlsbad:

Punkt 5 der provisorischen Tagesordnung des Parteitages in Linz hat abgeändert zu werden in: „Die christlich-soziale und die deutschnationalradikale Bewegung in Oesterreich."

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Taktik und parlamentarische Thätigkeit.

5. Antrag der Bezirksorganisation Voitsberg:

Der Parteitag wolle beschließen: „Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, dahin wirken zu wollen, daß die ungerechtfertigten Ausweisungen jener Bergarbeiter, die anläßlich des Strikes im Jahre 1892 aus dem Gebiete Köflach und Voitsberg für immer ausgewiesen wurden, aufgehoben werden, eventuell die Sache vor das Reichsgericht zu bringen.

6. Anträge der Bezirksorganisation Karlsbad:

„A. Der Parteitag hat die neue Parteileitung zu beauftragen, die Abwehr der deutschnationalen Aspirationen der Gruppe Schönerer-Wolf mit derselben Energie zu betreiben, wie die der Christlich-Sozialen."

„B. Die Parteileitung hat in kürzester Frist eine Broschüre über „die deutschnationalradikale Bewegung in Böhmen", die ebenso wie jene Teifen's über die „Christlich-Sozialen und ihr Programm" ihren Stoff behandelt, herauszugeben und massenhaft in Deutschböhmen zu verbreiten."

„C. Das Zentralorgan der Partei, die „Arbeiter-Zeitung", hat die den Schönerianern gegenüber bisher beobachtete Haltung dahin zu ändern, daß sofort in ausgiebiger Weise der Kampf gegen diese Bewegung, die für die deutschböhmische Sozialdemokratie dieselbe Bedeutung hat wie die christlich-soziale Bewegung für die niederösterreichischen Genossen, und zwar mit derselben Energie aufgenommen und fortgeführt wird, die auf die Bekämpfung der Lueger-Wirthschaft verwendet wird, da sonst die sogenannte nationalradikale Strömung der deutschböhmischen Sozialdemokratie ebenso über den Kopf zu wachsen droht, wie dies seitens der christlich-sozialen den niederösterreichischen Genossen gegenüber leider bereits zur Thatsache geworden ist."

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Parteipresse.

7. Antrag der Wiener Preßkommission:

Zur Kontrole der principiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen von Wien eine Preßkommission, welche aus nur einem Mitgliede jeder Wiener Bezirksorganisation bestehen darf. Streitfälle zwischen der Administration und Redaktion einerseits, sowie der Preßkommission andererseits werden in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission mit der deutschen Parteivertretung erledigt. Anstellungen, Entlassungen und Gehaltsregulirungen im Personal der Administration, Expedition und Redaktion sind von der deutschen Parteivertretung im Einvernehmen mit der Preßkommission vorzunehmen.

8. Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs:

Die Parteivertretung wird beauftragt, in Zukunft außer den beiden bisherigen Kalendern noch einen dritten einfachen Kalender zu billigem Preise herauszugeben.

9. Antrag des IV. Wiener Wahlkreises:

Zum Schluß des Antrages der Wiener Preßkommission soll es heißen: „Sollte aber eine Einigung nicht erzielt werden, so entscheidet darüber die Parteikontrole.“

10. Antrag der Bezirksorganisation Karlsbad:

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat den eingesendeten Korrespondenzen aus der Provinz größere Berücksichtigung als bisher angedeihen zu lassen, um ihrer Stellung als Zentralorgan zu genügen. Der lokale Theil hat zu diesem Zwecke bei Bedarf gekürzt zu werden.

10a. Antrag der Bezirkskonferenz Amstetten:

Der Parteitag wolle beschließen: Politische Parteiblätter dürfen ohne Anerkennung der Parteivertretung nicht mehr gegründet werden. Eine nachherige Anerkennung ist zu verweigern.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich.

11. Antrag der Bezirksorganisation Haindorf:

Es sei mit allen Mitteln der Organisation und Agitation gegen die christlich-soziale Demagogie Stellung zu nehmen und dahin zu wirken, daß deren volksschädliche Thätigkeit dem Volk vor Augen geführt werde.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Arbeiterschutz und Heimarbeit.

12. Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs.

1. Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, bei nächster Gelegenheit einen Antrag auf Abschaffung des Arbeitsbuches einzubringen. Die Ausstellung des Arbeitszeugnisses soll in Zukunft nicht mehr dem Unternehmer, sondern dem betreffenden Gemeindeamt obliegen, in dessen Sprengel der Arbeiter beschäftigt war. Die Regierung hat zu diesem Zwecke amtliche Formulare an die einzelnen Gemeinden gelangen zu lassen, die zum Selbstkostenpreis und stempelfrei an die Arbeiter verabfolgt werden. Die amtlichen Zeugnisse haben nur die Rubriken über Name, Alter, Geburts- und Zuständigkeitsort, Beruf, Tag des Ein- und Austrittes zu enthalten. Die Rubrik „Konfession“ hat in den amtlichen Zeugnissen wegzubleiben.

2. Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, dahin zu wirken, daß Unternehmer bei Uebertretung der Gewerbeordnung nicht mit Geldstrafe, sondern mit Arrest belegt werden.

3. Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, mit aller Entschiedenheit auf die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung hinzuwirken.

13. Antrag der Bezirksorganisation Haindorf:

Die Abgeordneten des Sozialdemokratischen Verbandes mögen mit allen Mitteln für eine Besserung der Lage der Arbeiter des Kleingewerbes und der Hausindustrie,

sowie der Sitzgesellen eintreten, und zwar zunächst durch eine gründliche Regelung der Arbeitszeit der Kranken- und Unfallversicherung; ferner mögen sie dahin wirken, daß eine bessere und praktischere Gewerbe-Inspektion stattfindet und daß die Gewerbe-Inspektoren auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählt werden.

14. Antrag der organisirten Bauarbeiter in Voitsberg.

Der Parteitag wolle beschließen: Es sei eine Aktion einzuleiten, die fordert, daß die Arbeitszeit bei den Bauarbeitern gesetzlich durchgeführt wird. Es kommt noch vor, daß die italienischen Arbeiter von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends arbeiten; dadurch werden die einheimischen Bauarbeiter beeinträchtigt. Es sei auch Sorge zu tragen, daß eine Altersversorgung der Bauarbeiter eingeführt werde.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Parteiorganisation.

15. Antrag der Bezirksorganisation Voitsberg:

Der Parteitag wolle beschließen: Das Blocksystem sei aufzuheben, und an dessen Stelle soll die Parteisteuer von Reinerträgnissen der Feste und durch Herausgabe von Sammellisten von Zeit zu Zeit hereingebracht werden.

16. Antrag der Vertretung des V. Wiener Wahlkreises:

Mit Rücksicht darauf, daß das Turnen geeignet ist, auf die körperliche und geistige Ausbildung des Menschen wohlthätigen Einfluß zu üben, und in Anbetracht des Umstandes, daß in Oesterreich das Turnen von der Arbeiterschaft viel zu wenig gepflegt wird, wolle der Parteitag beschließen, den Parteigenossen allerorts zu empfehlen, wo es irgend möglich, Arbeiterturnvereine zu gründen oder in den bestehenden Organisationen Sektionen zur Pflege des Turnens zu errichten.

17. Antrag mehrerer Genossen des XVIII. Bezirkes Wien:

In Erwägung, daß die Parteitage bisher die Jugenderziehung des Proletariats arg vernachlässigt haben, während sie doch als ein Hauptfaktor zur Hebung der Arbeiterklasse vollste Aufmerksamkeit verdient und die gegnerischen Parteien sie zur Hebung ihrer Macht verwerthen, wolle der Parteitag beschließen, mit allen zweckdienlichen Mitteln im Rahmen des Parteiprogramms die Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge in der Weise zur Durchführung zu bringen, daß allen bestehenden Organisationen zur Pflicht gemacht wird, entweder selbstständige Lehrlingsheime in's Leben zu rufen oder Lehrlingen den Beitritt zu Gewerkschaften 2c. mehr zugänglich zu machen, um auf diesem Wege die Erweckung des Klassenbewußtseins zu ermöglichen, als sicheren Schutz vor frühzeitiger Demoralisation.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Allgemeine Parteiangelegenheiten.

18. Antrag der Lokalorganisation Komotau (V. böhmischer Wahlkreis):

Nachdem in Oesterreich der Bauernstand einen großen Perzentsatz der Bevölkerung bildet und in Bezug auf die Agrarfrage bisher keinerlei Direktive vorliegt, die Heranziehung des Bauernstandes zur Partei jedoch wünschenswerth ist, stellt die Lokalorganisation Komotau den Antrag: Der Linzer Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit dem Studium der Agrarfrage befaßt, ihre Untersuchungen veröffentlicht und dem nächsten Gesammtparteitage Vorschläge für das Parteiprogramm unterbreitet.

19. Antrag der Lokalorganisation Johannesthal bei Reichenberg:

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, dafür sorgen zu wollen, daß im ganzen Reiche Volksversammlungen einberufen werden, die sich mit der Theuerung der Lebensmittel zu befassen haben.

20. Antrag der Organisation Ischl:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, seine ganze Kraft aufzuwenden, der zweijährigen Militärdienstzeit zum Durchbruch zu verhelfen und eine Entschädigung für die zur Waffenübung Eingerückten zu erreichen.

21. Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs:

Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Miethzinssteuer für Arbeiterwohnungen einzubringen. Der ausfallende Ertrag könnte durch Erhöhung der Steuer auf Saisonwohnungen ersetzt werden.

22. Antrag der Bezirksorganisation Ischl.

Zur leichten und schnellen Verständigung der einzelnen Organisationen sei ein einheitliches Stenographiesystem von parteiwegen anzuerkennen und sind die Organisationen aufzufordern, eifrigst für die Erlernung desselben zu agitiren.

23. Antrag eines Meraner Genossen:

Die Parteileitung wird vom Parteitag beauftragt, einen Sachverständigen, Genossen, mit der Herausgabe eines für Arbeiter in leichtverständlicher Form abgefaßten „Volksadvokaten" zu betrauen, enthaltend sämmtliche für die Arbeiterschaft in Betracht kommende Gesetze nebst Formularen betreffs Eingaben an die Behörden.

24. Antrag der Bezirksorganisation Saaz:

Der Parteitag wolle behufs Revision des Parteiprogramms eine Kommission wählen, die dem nächsten Gesammtparteitage Bericht zu erstatten hat.

25. Antrag der Bezirksorganisation Graz:

Der Parteitag wolle beschließen: Bei Ernennung für Stellen in Partei-Unternehmungen und in Organisationen oder bei Unternehmungen und Institutionen, auf deren Verwaltung die Parteigenossen Einfluß haben, soll darauf gesehen werden, daß die zu Ernennenden die entsprechende fachliche und moralische Qualifikation haben und sich als thätige und erprobte Anhänger der Partei erwiesen haben.

Bericht der Parteivertretung

der deutschen Socialdemokratie in Oesterreich und der zu ihr gehörigen Organisationen an den in Linz zusammentretenden Parteitag.

Auf dem sechsten socialdemokratischen Parteitage zu Wien 1897 wurde die Organisation unserer Partei nach nationalen Gruppen beschlossen. Fanden bis dahin nur Parteitage statt, auf denen die Verhandlungen in mehreren Sprachen geführt werden mußten, so wird dies auf dem Linzer Parteitage nicht mehr nöthig sein. Gesammtparteitage finden nur mehr alle zwei Jahre statt.

Sowie die sozialdemokratische Partei jeder anderen Zunge in Oesterreich ihre selbstständige Leitung hat, so auch die deutsche. Die Parteivertretung der deutschen Socialdemokratie in Oesterreich ist es, die hier Bericht erstattet. Anschließend daran berichten die zu ihr gehörenden Kreis- und Wahlkreisorganisationen.

Im abgelaufenen Jahre gab es in der socialdemokratischen Partei zumeist gemeinsame Angelegenheiten zu fördern und zu vertreten. Und wir können jetzt schon von uns sagen, daß die Parteigenossen deutscher Zunge im Verein mit ihrer Parteivertretung ihre Pflicht und Schuldigkeit der Gesammtpartei gegenüber, deren Interessen wir uns stets vor Augen hielten, gethan haben. In das Berichtsjahr fällt die Krise in der Regierung Badeni's und ihr Ende, sowie der Beginn der Experimente des Grafen Thun, dessen politischer Charakter vorläufig sorgfältig verhüllt wird. Die Hauptaufgabe fiel in dieser Zeit naturgemäß der parlamentarischen Vertretung der Socialdemokratie zu, und wie mannhaft und erfolgreich sie sie gelöst hat, ist in frischer Erinnerung. Die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten war aber nur der Ausdruck des politischen Willens von Hunderttausenden von classenbewußten Proletariern. Die Socialdemokratie hat auch außerhalb des Parlaments energisch in die politische Geschichte Oesterreichs eingegriffen.

Die Aufgabe der Socialdemokratie ist aber eine umfassendere; sie besteht auch darin, das Proletariat geistig und physisch kampffähig zu erhalten und es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen. Außerdem hat unsere Partei dafür zu sorgen, daß das arbeitende Volk zu allen wirthschaftlichen und politischen Fragen Stellung nimmt. Wenn von unserer Partei aus das Volk nicht aufgerufen werden würde, wahrlich, alle anderen Parteien, und wenn sie sich noch so volksfreundlich geberden, rühren sich gerade in solchen Momenten, wo die wichtigsten Interessen der von ihrer Hände Arbeit lebenden Volksmassen auf dem Spiele stehen, durchaus nicht. Auch in Oesterreich gibt es eben nur eine einzige wahre Volkspartei, und das ist die Socialdemokratie.

Zunächst mußten wir hinaustreten, um dem Volke Oesterreichs zu verkünden, daß jene politische Misère, in die ein als Ministerpräsident absolut unbrauchbarer Mensch wie Graf Badeni das Reich brachte, rasch behoben werden müsse. Allüberall im Lande mußten wir zum Haß und zur Verachtung wider ein solch schmachvolles Regiment, das nur den Schleichweg der Verordnungen zu wandeln wagte, aufreizen, um die Massen in Fluß zu bringen.

Der Sprachenstreit in Oesterreich hat unsere Partei nicht nur am Platz, sondern auch auf der Höhe ihrer Aufgaben gefunden. Wir waren es, die dem Volke klarlegten, daß gewissenlose Streber den Nationalitätenstreit auf dem Rücken der Arbeiter auszufechten beabsichtigen. Viele Volksversammlungen fanden zu diesem Zwecke statt. Und wenn die organisirten Arbeiter sich der Nationalitätenhetze fernhielten, ist dies nur der Rührigkeit und aufklärenden Thätigkeit unserer Partei zu danken.

Ein große Anzahl Versammlungen fand auch statt mit der Tagesordnung: Die Thätigkeit der Regierung des Badeni. In sehr vielen Fällen wurde die Polizei und Gendarmerie, einmal, in Graz, sogar Militär zum Schutze des Badeni'schen Systems aufgeboten; es floß Arbeiterblut. Doch Alles war zu schwach. Langsam, aber sicher arbeiteten wir dem Sturz des Badeni vor.

Als am 23. September 1897 das Parlament wieder eröffnet wurde, zu jener Session, in welcher Abrahamowicz und Kramarsch, die schmutzigen Geschäfte der damaligen Regierung zu besorgen, in das Präsidium des Hauses gewählt wurden, stand unsere Partei, die Hand zum Schlage erhoben, schon bereit. In einer Serie von Volksversammlungen wurde der Regierung des Badeni nachgewiesen, daß es für sie hoch an der Zeit sei, abzutreten. Aber des Volkes Stimme außerhalb des Parlaments wurde mit Absicht überhört. Nun wurde es lebendiger innerhalb des Parlaments, in das das zum Classenbewußtsein erwachte Volk wohl nur vierzehn, aber beherzte Männer zur Vertretung seiner Interessen

entsendet hatte. Es kam jener denkwürdige 26. November 1897, jener Tag, an dem den Gewaltstreichen der Badeni'schen Creaturen ein jähes, gänzlich unerwartetes Ende bereitet wurde. Als die Kunde unter die Volksmassen drang: die Socialdemokraten haben das Präsidium des Parlaments erstürmt und gezeigt, daß es kein Parlament mehr gibt, daß sein Rechtsboden von den Falkenhayn-Männern zertrümmert wurde, pochten viele Tausende Proletarierherzen wohl stürmischer als zuvor, in freudiger Erregung über die muthige, befreiende That der socialdemokratischen Vertreter. Was unsere Abgeordneten an jenem Tage gethan, wird in der Geschichte Oesterreichs wohl verzeichnet bleiben. Für die Angehörigen der socialdemokratischen Partei war dieser siegreiche Angriff auf die Rechtsschänder im Abgeordnetenhause das Signal zum Aufmarsch vor dem Parlament. Der 28. November fand uns wieder am Platze. Vor dem Abgeordnetenhaus am Franzensring, in der nächsten Nähe der Hofburg, ritten Polizisten und Husaren, den Säbel in der Faust, in die gegen das Cabinet Badeni demonstrirenden Massen. Doch der Sturz des Badeni war durch das Eingreifen der Arbeiter in Wien und im ganzen Reich unvermeidlich geworden. Die Socialdemokraten hatten eine große und schwere Arbeit vollendet. Aus ihren Reihen wehte in jenen Tagen der Athem der Geschichte.

Ein großes Feld zur ernsten und anstrengenden Arbeit eröffnete sich uns in dem Bestreben, den Arbeitern das Wahlrecht in die Landtage und in die Gemeinde zu erobern. Leider reichten unsere bisher zur Anwendung gebrachten Mittel, in die Festung der Privilegien Bresche zu legen, nicht aus. Es hat den Anschein, als ob die Landtage erst dann hören werden, bis das rechtlose Volk sich wieder einmal erhebt und wenn es selbst die Säbel der Polizisten zu fühlen bekommen sollte.

Wie ein rother Faden zieht sich durch das Berichtsjahr unsere Fehde wider die Pfaffen und deren volksverdummende Bestrebungen. Kaum war einen Moment Ruhe eingetreten im Kampfe gegen die Regierung, mußten wir auf den Plan treten, um das kostbarste Gut des Volkes, um die Schule und die etwas moderner denkenden Lehrer zu vertheidigen.

Der Bevollmächtigte Roms, der in Oesterreich neben Lueger, Geßmann und vielen Anderen dafür zu arbeiten hat, daß die Schule verpfafft werde und daß die Lehrer unter die Kutte kommen, ist der Dr. Ebenhoch. Die Volksfeindlichkeit seines Schulantrages den breiten Schichten der Bevölkerung darzulegen, war unsere Aufgabe. Unsere Pflicht wird es sein, über die Schule nach wie vor streng Wache zu halten.

Den Pfaffen zur Seite kämpft treu die sogenannte christlich-sociale Partei, die Hasserin aller Vernunft, die Feindin jedweden Fortschritts. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß speciell in Nordböhmen die Versuche dieser Partei, als Bollwerk der Unternehmer gegen die Socialdemokratie zu dienen, dank der Einsicht der dortigen Arbeiterschaft keine nennenswerthen Erfolge aufweisen und als gescheitert zu betrachten sind. Nur Eine Partei kam in Böhmen durch die Sprachenverordnungen nach oben: die deutschnationale. Die Arbeiter vor der Umgarnung der nationalen Gaukler zu warnen, haben unsere Genossen in Böhmen nicht unterlassen. Die Volklichen haben übrigens das Ihrige dazu gethan, um als jene volksfeindliche Partei und als die echten Nachkommen der liberalen Fabrikantenvertreter erkannt zu werden. Die deutschnationale Phrase wird die Arbeiter nicht verführen, und die Schildknappen der Ausbeuter bemühen sich umsonst um die Liebe der Ausgebeuteten. Die sich im Parlament als deutsche Volksmänner aufspielen, vertreten in Wahrheit die deutsche Bourgeoisie, die die deutschen Arbeiter knebelt und die czechischen ausbeutet und ihrer Sprache wegen brutalisirt. Wirkliche Erfolge auch in der Zeit, in welcher zu befürchten war, daß in Böhmen und Mähren durch die Sprachenhetze jedes ernste Denken unmöglich gemacht wird, hat nur unsere Partei aufzuweisen. Während rings im Lande der Sprachenstreit hoch aufloderte, eroberten die Socialdemokraten in einer Anzahl von Gemeinden den dritten Wahlkörper. Und dies zu einer Zeit, wo die Arbeiter vom Wahlrecht in die Gemeinde noch ausgeschlossen sind.

Einen Markstein im abgelaufenen Jahre bildet die große Friedensdemonstration in Prag am 5. September 1897, der eine große Flugblattvertheilung vorausging. Das Friedensmanifest der Socialdemokraten Böhmens, das in 500.000 Exemplaren verbreitet wurde, bewies deutlich, daß auch inmitten des Nationalitätenstreites die Socialdemokraten sich ihren Blick nicht trüben ließen.

Für die Aufhebung des Zeitungsstempels und die Erweiterung der Preßfreiheit einzutreten, boten sich uns wiederholt Gelegenheiten, die wir nicht unausgenützt vorüberziehen ließen. Daß Oesterreichs Regierungen trotz aller Betheuerungen selbst auf diese die Zeitungslektüre vertheuernde Einnahme nicht verzichten wollen, zeigt, daß man bei uns zu Lande auch die schmutzigsten Einnahmen nicht verschmäht. Auch an die Aufhebung des schon längst bloßgestellten § 23 des Preßgesetzes denken unsere Regierungsmänner nicht.

Zum Ausgleich mit Ungarn hat unsere Partei gleichfalls Stellung genommen Wir sind später noch weiter gegangen und haben der Bevölkerung Oesterreichs gezeigt mit welcher Regierung sie sich ausgleichen soll. Die Gräuel der ungarischen Regierung

und ihrer Organe, die an den Socialdemokraten verübt werden, sind unseren Genossen nicht fremd. Von der österreichischen Regierungspresse werden diese Schandthaten wohlweislich nicht publik gemacht, und auch die bürgerliche Presse breitet über das räuberische Gebahren der ungarischen Behörden den Mantel des Schweigens und der Nächstenliebe. Wer sich nicht scheute, die ungarischen Gräuelthaten in alle Welt zu rufen, war die gesammte österreichische Socialdemokratie, die ihren Brüdern in Ungarn nicht mit Worten allein zu Hilfe kam.

Die Parteivertretung hat aber im Verein mit den zu ihr gehörenden Organisationen nicht nur zu allen politischen Fragen Stellung genommen, sie hat auch wirthschaftlichen Fragen gegenüber nichts versäumt. Wirthschaftliche Fragen sind bei uns zumeist politische Fragen, und umgekehrt. Zur politischen Noth gesellt sich in Oesterreich stets auch die wirthschaftliche Noth. Zur Preissteigerung der für die Arbeiter unentbehrlichen Lebensmittel Stellung zu nehmen, war ein Gebot der Partei. Die Action ist überdies lange noch nicht abgeschlossen.

Der Ausdehnung des Arbeiterschutzes, dem unsere größte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß, waren wir stets eingedenk. Als in Zürich im August 1897 der internationale Congreß für Arbeiterschutz zusammentrat, waren auch unsere Vertreter dort. Der Widerspruch der christlich-socialen Vertreter aus Oesterreich zwischen ihren Worten und Werken wurde nicht nur gleich auf dem Congreß, sondern auch später in der Heimat gründlich dargethan. Im socialpolitischen Theil unseres Centralorgans, der „Arbeiter-Zeitung", wird die Ausdehnung des Arbeiterschutzes ununterbrochen gefordert.

Da die Parteivertretung auch der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter ihre Aufmerksamkeit zuwendet, blieben ihr die vielen Strikes nicht unbekannt, mit denen sich die Gewerkschaftscommission sowohl als die einzelnen Industrieverbände im Laufe des Jahres zu befassen hatten. Wir kamen wiederholt in die Lage, auch hier helfend einzugreifen. Es wird uns wohl an dieser Stelle gestattet sein, zu bemerken, daß Strikes, insbesondere Angriffsstrikes, wohl überlegt und erwogen werden sollen. Wir wissen freilich nur zu gut, daß zumeist die Verzweiflung und der Hunger die Arbeiter dazu bringen, nach dieser in der That zweischneidigen Waffe zu greifen. Doch sollte in allen diesen Fällen wie auch bei Abwehrstrikes stets vorerst der Rath der von den Arbeitern auf ihren Branchencongressen eingesetzten Körperschaften eingeholt werden, die ja stets nach dem Ausbruch des Strikes um Unterstützungen angerufen werden.

Die Parteivertretung hat jedoch nicht nur Strikes im Inland unterstützt, sie gab auch dort, soweit es die schwachen Mittel erlaubten, wo das Ausland zur Bethätigung das Solidaritätsgefühls sie aufforderte.

Daß in einzelnen Ländern Branchenorganisationen bedeutend an Ausdehnung gewinnen, beweisen uns die verschiedenen Congresse, auf denen das Ziffernmaterial vorgeführt wird, und die wir, so oft es möglich war, besuchten, um unsere Erfahrung auch auf diesem Gebiete zu erweitern.

Einen besonders schweren Stand hatten im abgelaufenen Jahre die socialdemokratisch gesinnten Eisenbahner. Vorerst löste ihnen die Regierung unter dem Beifall ihrer aufdringlichen christlich-socialen „Freunde" ihre Organisation auf, und als die „Aufgelösten" ihre Abneigung zeigten, in das Garn ihrer Feinde zu fliegen, verfolgte sie deren Verleumdungs- und Denunciationssucht. Doch die Eisenbahner hielten aus, und wie es sich zeigt, haben sie den Feldzug, der gegen sie eröffnet wurde, gewonnen.

Bei den Wahlen in die Körperschaften der verschiedenen Branchen zeigte sich stets, daß die Socialdemokraten ihre Positionen wacker vertheidigen. Wir erwähnen die Wahlen der Schneider und Schuhmacher, der Tischler und Metallarbeiter, welch letztere überdies nach einem kecken Anschlag ihrer Ausbeuter auf das Schiedsgericht diese gebührend zurückwiesen. Die socialdemokratischen Handlungsgehilfen hatten nach hartem Kampfe zuwege gebracht, daß sie eine feste Burg der Christlich-Socialen, den Gehilfenausschuß, durch einen glänzenden Sieg eroberten.

Die Parteivertretung der deutschen Socialdemokratie steht mit den Parteivertretungen der tschechischen, polnischen, slovenischen und italienischen Socialdemokratie, sowie den Mitgliedern des Socialdemokratischen Verbandes des Reichsrathes in steter und engster Fühlung. Eine innige Freundschaft verbindet uns mit den Genossen überall im Ausland, und in ständigem Verkehr sind wir mit unseren Genossen in Deutschland und mit den österreichischen Genossen in der Schweiz, die dort einen eigenen Verein in's Leben treten ließen.

An dem deutschen Parteitag zu Hamburg 1897 nahmen als Vertreter der österreichischen Socialdemokratie Genosse Skaret und als Vertreter des Socialdemokratischen Verbandes Reichsrathsabgeordneter Genosse Zeller theil.

Unsere Genossinnen nahmen auch heuer wieder, von der Parteivertretung und der Gewerkschaftscommission unterstützt, einen Anlauf, um die Frauenbewegung lebhafter zu gestalten. Hoffen wir, daß die Frauenconferenz die erwarteten Erfolge bringe.

Die Maifeier gestaltete sich in diesem Jahre großartiger, da der Arbeiter-

feiertag auf einen Sonntag fiel. An der Arbeitsruhe am 1. Mai wird nach wie vor festgehalten werden.

Zu Beginn des Jahres 1898 trat an uns auch noch eine andere große Aufgabe heran. Fünfzig Jahre seit der Achtundvierziger-Revolution liegen hinter uns: der Freiheitskämpfer ehrend zu gedenken und ihnen ein Denkmal zu setzen, erschien uns als heilige Pflicht. Allüberall im Reiche gab es am 13. März ernste Zusammenkünfte, bei welchen der Opfer des Jahres 1848 gedacht wurde. Unter Anderem ließen wir eine Medaille schlagen. Sie wurde zunächst confiscirt als ein Preßerzeugniß. Nach manchen Fährlichkeiten gelang es schließlich doch, die Medaille den Freunden der Freiheit zugänglich zu machen. Sie soll gewissermaßen ein kleines ehernes Denkmal für die im Jahre 1848 um die Freiheit in Oesterreich Gefallenen sein. Die Parteivertretung hat die Absicht, mit einem bleibenden Denkmal das Grab der am 13. März 1848 in Wien Gefallenen zu schmücken. Doch steht zur Errichtung dieses Denkmals zur Zeit noch die Bewilligung des Wiener Magistrats aus.

Von dem stets wachsenden Umfang der Geschäfte des Parteisecretariats läßt sich schwer ein Bild geben. Ein äußerer Anhaltspunkt ist damit gegeben, daß der Einlauf während des Berichtsjahres 1229 Schriftstücke betrug und daß 1317 Schriftstücke hinausgingen. In Folge Aufforderung der einzelnen Wahlkreis-, respective Bezirksorganisationen wurden vom Parteisecretariat innerhalb des Zeitraumes vom 1. Mai 1897 bis inclusive 1. Mai 1898 zu 159 Volksversammlungen Referenten besorgt. Die meisten Agitationstouren entfielen auf Böhmen. Ueber die Zahl der Versammlungen, die überhaupt abgehalten wurden, mögen folgende Ziffern Auskunft geben, die aber lange nicht vollständig sind. Es wurden im Berichtsjahre abgehalten: Volksversammlungen 1556, Vereinsversammlungen 1498, § 2-Versammlungen 1317, Bezirksconferenzen 104, Kreisconferenzen 7.

Das Centralorgan unserer Partei steht sich seit dem Jänner 1898, das ist seit der Preiserhöhung, günstiger. Für die weiteste Verbreitung des Blattes muß jedoch von jedem Parteiangehörigen Alles unternommen werden. Welch eine mächtige Waffe die „Arbeiter-Zeitung" für die Partei ist, braucht wohl hier nicht erst gesagt zu werden. Einen Anhaltspunkt für die Verbreitung der socialdemokratischen politischen Presse deutscher Zunge (21 Zeitungen) gibt die Ziffer ihrer Gesammtauflage, die mehr als 125.000 Exemplare pro Nummer beträgt. Unsere sonstige Parteiliteratur hat sich gleichfalls bedeutend vermehrt. Am meisten trug dazu die Erste Wiener Volksbuchhandlung bei, die die Unterstützung aller Genossen verdient.

Zum Schluß unseres Berichtes soll es ausgesprochen werden, daß Alles, was wir in diesem Jahre zu Gunsten unserer Partei gethan, mit dem Opfermuthe der Parteiangehörigen zu danken ist. Im Interesse des arbeitenden Volkes wünschen wir, daß dieser Opfermuth sich auch fernerhin bewähre.

Franz Schuhmeier, Parteisecretär.

Bericht des Parteicassiers.

Das abgelaufene Berichtsjahr ergab naturgemäß eine minder lebhafte Bewegung als die des Vorjahres mit seiner Wahlcampagne. Selbstverständlich waren in Folge dessen auch die Partei-Einnahmen geringer als im Vorjahre. Es muß jedoch auch hervorgehoben werden, daß das Beitragswesen in der Provinz auch in diesem Jahr sehr im Argen lag. Die gebieterische Nothwendigkeit einer systematischen Regelung dieser Frage tritt immer mehr an die Partei heran.

Uebersicht.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Deficit
	Gulden			
Agitationsfonds	6.706·31	6.326·19	380·12	—
Inhaftirtenfonds	734·07	1.238·16	—	504·09
Wahlfonds	432·80½	333·40	99·40½	—
Maifonds	2.573·57	1.911·—	662·57	—
Broschürenconto	1.320·93	297·06	1.023·87	—
Summe	11.767·68½	10.105·81	2.165·96½	504·09

Ueberschuß	1.661·87½	= 1.661·87½
Saldo vom 1. Mai 1897	2.059·81	
Saldo vom 1. Mai 1898	3.721·68½	

Der Parteicassier: Dr. Ellenbogen.

Revidirt und richtig befunden:

Die Controle:

Elderfch. August Müller. J. Seliger. J. Präbauser. Ludwig Wutschel.

Berichte.

Niederösterreich. Die neun niederösterreichischen Wahlkreise bilden eine Landesorganisation. Gemäß dem neuen Organisationsstatut, das am vorjährigen Parteitag beschlossen wurde, bilden die Wahlkreise die Grundlage der Organisation. Um jedoch die ländlichen Wahlkreise in ausgiebiger und systematischer Weise bearbeiten und organisiren zu können, mußte die politische Einheit unseres Landes aufrechterhalten bleiben und nur die Bezirksorganisationen vereinigten sich entsprechend dem Wahlkreisterritorium. Auf dem letzten Landesparteitage wurde außerdem auch beschlossen und in einem speciellen Organisationsstatut für Niederösterreich niedergelegt, daß zur Leitung der Geschäfte der Wiener Wahlkreise aus der Mitte der dem Wahlkreise angehörigen Bezirksorganisationen mindestens zwei Vertreter zu bestimmen sind, die den Wahlkreisausschuß bilden. Zur Leitung der Geschäfte der ländlichen Wahlkreise treten vierteljährlich Delegirte der dem Wahlkreise angehörenden ländlichen Bezirksorganisationen zu einer Wahlkreisconferenz zusammen und wird erst von dieser der aus mindestens fünf Personen bestehende Wahlkreisausschuß gewählt, der alle administrativen Arbeiten zu erledigen und mit der Landesparteivertretung in steter Verbindung zu bleiben hat. Für ein einheitliches Vorgehen der neuen Wahlkreise hinsichtlich der Agitation und Organisation sorgt hingegen die Landesparteivertretung, die über Vorschlag eines einzusetzenden Wahlcomités am Landesparteitag alljährlich gewählt wird. Bei der Zusammensetzung derselben ist — wie das Organisationsstatut bestimmt — darauf Rücksicht zu nehmen, daß aus jedem Wahlkreise je zwei Vertreter in dieselbe gewählt werden und bilden die den Wiener Wahlkreisen angehörenden Mitglieder der Landesparteivertretung den geschäftsführenden Landes- und Wiener Localausschuß, während die Mitglieder der Provinz die Controle ausüben.

Diese organisatorische Einrichtung bewährt sich gut und gestattet es, daß die Agitation in allen und auch in den noch zurückgebliebensten Bezirken oder Wahlkreisen gepflegt und gefördert und dadurch die Zahl der Anhänger unserer Partei wesentlich vermehrt wird. Nicht unerwähnt darf es im Berichte bleiben, welche große und gewaltige Aufgabe sich speciell die Wiener Organisationen gestellt haben und an deren Durchführung wohl über 2000 Genossen unausgesetzt arbeiten. Diese besteht nämlich darin, daß Wien mit seinen 19 Bezirken nach Straßen und Häusern organisirt werde. Diese organisatorische Kleinarbeit erfordert seitens der Genossen viel Geduld und Ausdauer und wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, bis sie entsprechend functionirt. Diese Arbeit muß jedoch gemacht werden, weil sie eine Nothwendigkeit in einer Großstadt ist und sie wird bei künftigen Actionen unserer Partei noch von unschätzbarem Werthe sein.

Im Berichtjahre, das man mit Recht das Jahr der Organisation nennen könnte, ist noch eine Neuerung zu verzeichnen, und zwar die Institution der Wahlkreis-Vertrauensmänner für die ländlichen Wahlkreise. Nur allzu sehr machte sich in letzterem der Mangel an agitatorischen und organisatorischen Kräften bemerkbar und auch in den Berichten der Wahlkreisausschüsse wird unaufhörlich der Ruf um Abhilfe dieses Uebels erhoben. Damit nun die Agitation und Organisation am flachen Lande systematisch und von einer bestimmten Stelle aus betrieben werden könne, faßte die Landesparteivertretung schon Ende des verflossenen Jahres den Beschluß, eigene Wahlkreis-Vertrauensmänner, die aus dem Landesparteifonds entschädigt werden, jeden dieser Wahlkreise zur Seite zu stellen, die sich — als unabhängige Kraft — unausgesetzt der Agitations- und Organisationsarbeit widmen sollen. Im Februar laufenden Jahres wurde zunächst dem VI. (St. Pöltener) Wahlkreis ein solcher Wahlkreis-Vertrauensmann beigestellt. Es ist zu wünschen, daß auch die übrigen Wahlkreise möglichst bald eine derartige agitatorische Unterstützung erhalten.

Die Zahl der Volks- und Vereinsversammlungen, in denen wichtige politische und actuelle Tagesfragen besprochen wurden und zur Aufklärung der Bevölkerung beitrugen, hat sich ungewöhnlich vermehrt. Während seitens der Landesparteivertretung im letzten Jahre zu 349 Versammlungen Referenten entsendet wurden, die theils über Veranlassung derselben, theils seitens der Organisationen veranstaltet wurden, weisen die Berichte des VIII. (Floridsdorfer) Wahlkreises beispielsweise die Abhaltung von 100 § 2 und 34

sonstigen Versammlungen, der Bericht des IX. (Wiener-Neustädter) Wahlkreises 140 stattgefundene Volksversammlungen (darunter circa 30, die wegen der Erringung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes abgehalten wurden), aus. Auch in Wien und der Provinz fanden außerdem viele Versammlungen, die sich speciell mit der Forderung des Wahlrechtes für den Landtag und die Gemeinde befaßten, und über deren Anzahl leider die Organisationen nicht ordnungsgemäß berichteten, statt.

Die czechische Kreisorganisation, die mit der Landesparteivertretung in steter Verbindung steht, arbeitet ebenso tüchtig an dem Organisationswerke mit und vereinigt die czechischen Genossen in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu gleichem Vorwärtsschreiten. Die Zahl der czechischen Volks- und Vereinsversammlungen, über deren Höhe augenblicklich keine Daten vorhanden sind, hat sich im gleichen Verhältniß zu denen der deutschen Landesorganisation vergrößert. Seit 1. Jänner l. J. wird in Folge Uebereinkommens zwischen beiden Organisationsleitungen an die czechische Kreisorganisation ein Theil der Parteisteuer-Einnahmen, wie dies aus nachstehendem Cassebericht zu entnehmen ist, abgeführt, der dem Agitationsfonds der czechischen Kreisorganisation zufließt.

Die Organisation der Frauen und Mädchen, die in letzterer Zeit nicht im selben Maße gleichen Schritt hielt, wie dies von anderen Organisationen berichtet werden konnte, hat durch die Abhaltung des zu Ostern in Wien stattgefundenen Frauencongresses einen neuen Impuls erhalten und es ist zu erwarten, daß das neue eingesetzte ständige Actionscomité der Frauen auch im Lande Niederösterreich wieder neubelebend auf die Genossinnen einwirken und sie zu einem einigen und systematischen Vorgehen auf dem Gebiete der Arbeiterinnen-Organisation anspornen wird. Nichtsdestoweniger fanden im letzten Jahre in Wien und den Provinzorten viele sehr gut, oft sogar stark besuchte Arbeiterinnen-Versammlungen statt, die sich meistentheils mit auf die Arbeiterinnenschutzgesetzgebung bezugnehmende Fragen beschäftigten.

Auch eines Erfolges muß gedacht werden, den unsere Partei anläßlich der im März l. J. abgehaltenen Wahlen in die Einschätzungscommission für die neue Personaleinkommensteuer errungen hat. Im V., X. und XI. Wiener Bezirk und in Wiener-Neustadt drangen die Candidaten unserer Partei durch. Daß die Anwesenheit von Arbeitervertretern in diesen Schätzungscommissionen für die steuerzahlende Arbeiterschaft von nicht unerheblichem Werthe sein wird, wird uns die nächste Zeit schon lehren.

Um das Andenken an die Märzkämpfe des Jahres 1848 sowie das der Gefallenen des 13. März 1848 in würdiger Weise zu feiern, fanden in Wien und Niederösterreich eine Reihe von Festversammlungen statt, die einen überaus starken Besuch aufwiesen. Von überwältigender Wirkung auf die Genossen sowie auf die gesammte Bevölkerung Wiens war jedoch der Aufmarsch der Wiener Arbeiterschaft am 13. März l. J. beim Grabe der Märzgefallenen am Wiener Centralfriedhofe, der, vom herrlichsten Wetter begleitet, sich zu einer selbst in Wien noch nie gesehenen Demonstration gestaltete. Die Zahl der Demonstrationstheilnehmer belief sich nach genauer Schätzung auf circa 150.000 Personen. Würdig und ruhig verlief diese gewaltige Kundgebung, an der sich auch deputativ die Organisationen in Atzgersdorf, Krems, Liesing, Waidhofen a. Y., Wiener-Neustadt und St. Pölten betheiligten. Das Gleiche läßt sich auch von der heurigen Maifeier constatiren, die, nachdem sie auf einen Sonntag fiel und daher Tausenden von Proletariern, die sich an früheren Maifeiern entweder aus Furcht vor Entlassung oder aus sonstigen Dienstesrücksichten nicht an derselben betheiligten, die Möglichkeit verschaffte, den 1. Mai mitzufeiern, in Wien und auch in den entlegensten Orten Niederösterreichs imposant verlief. Die Landes-Parteivertretung mußte allein an diesem Tage 20 Referenten zu den Maiversammlungen in die Provinz entsenden, was bisher noch niemals in solchem Maße von den Genossen verlangt wurde.

Die politischen Verfolgungen beschränkten sich im Berichtsjahre zumeist auf die Ahndung von Uebertretungen des § 23 P.-G., was wohl nur dazu beitragen kann, die Genossen, so lange dieser ominöse Paragraph noch sein trauriges Dasein fristet, zur größeren Vorsicht bei Verbreitung von Drucksorten anzuleiten.

Unser Landesorgan „Volkstribüne“, das eine Auflage von über 22.000 Exemplaren aufweist, genügte den Anforderungen der Genossen nicht mehr, wie dies früher noch der Fall war, und es mußte daher noch ein Blatt geschaffen werden, das den Bedürfnissen der Genossen, sowie der Organisationen nach Möglichkeit Rechnung trägt. Es erschien daher im October v. J. die „Neue Volkstribüne“, die sich bei den Genossen schnell Eingang verschaffte, was zu der Hoffnung berechtigt, daß auch dieses Organ in kürzester Zeit sich die gleiche Auflage erobern wird wie die „Volkstribüne“. Die Genossen des VIII. Wahlkreises besitzen ein Organ, den „Volksboten“, das eine Auflage von 3000 Exemplaren hat, die des IX. Wahlkreises die „Gleichheit“, welche in 2000 Exemplaren, und zwar wöchentlich erscheint. Beide letztgenannten Organe sind activ und dienen vorzugsweise zur Agitation im Wahlkreise

Zum Schlusse sei noch der Cassebericht angeführt, der über die finanzielle Gebahrung unserer Landesorganisationen Aufschluß gibt und in puncto Einnahmen eine erfreuliche Erhöhung der Ziffer aufweist. Wohl wird der Kreis jener Organisationen, welche sich einer gewissenhaften Einhebung und Verwaltung der Parteisteuer befleißigen, ein stets größerer, aber noch lange nicht hat sich in den Reihen der Genossen in Wien selbst, sowie in den Provinzorten jenes Pflichtgefühl Eingang verschafft, das wir an unseren Genossen im Deutschen Reiche so oft bewundern und das jeden einzelnen Angehörigen der Partei zur regelmäßigen Abgabe einer Parteisteuer für verpflichtet hält. Viele Aufgaben und Kämpfe stehen unserer Partei noch bevor und müssen bewältigt werden, und der Kampf benöthigt Mittel, wenn er mit Erfolg geführt werden soll. Hoffen wir, daß auch dieser Mangel durch die fortschreitende Organisation und Erziehung der Massen mit der Zeit behoben werde.

Cassabericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt	An die czechische Kreisorganisation in Niederösterr. abgeführt
	Gulden	Gulden	Gulden	Gulden
Vom 1./5. bis 31./5. 1897	593·47	548·92	44·55	—
„ 1./6. „ 30./6. „	946·15	751·33	194·82	—
„ 1./7. „ 31./7. „	853·82	759·48	94·34	—
„ 1./8. „ 31./8. „	837·46	702·40	135·06	—
„ 1./9. „ 30./9. „	560·09	429·06	131·03	—
„ 1./10. „ 31./10. „	1.301·91	1.184·94	116·97	—
„ 1./11. „ 30./11. „	1.250·63	1.127·40	123·23	—
„ 1./12. „ 31./12. „	652·72	536·63	116·09	—
„ 1./1. „ 31./1. 1898	1.254·36	933·14	264·14	57·08
„ 1./2. „ 28./2. „	1.208.44	1.077·72	99·07	31·65
„ 1./3. „ 31./3. „	1.111·22	*) 488·15	**) 593·98	29·09
Vom 1./5. 1897—31./3. 1898	10.570·27	8.539·17	1.913·28	117·82

Oberösterreich. Die oberösterreichische Kreisorganisation ist in zehn Bezirksorganisationen eingetheilt. Es fanden im abgelaufenen Jahre 1 Kreis- und 14 Bezirksconferenzen statt. Ferner wurden durch die Kreisvertretung 33, durch die örtlichen Organisationen 63 Volksversammlungen abgehalten. Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen theilt sich auf 30 Orte. In Oberösterreich bestehen an Organisation: 1 Arbeiterinnenverein, 14 Arbeiterbildungs- und Rechtsschutzvereine mit 13 Ortsgruppen, 33 gewerkschaftliche Vereinigungen, 3 Bezirksverbände, 2 politische und 3 Gesangsvereine. Die Arbeitervereine haben seit dem letzten Berichte um 8, die Gewerkschaften um 12 Vereinigungen zugenommen. Diese 69 Vereine vertheilen sich auf 28 Orte. Die Organisation geht zwar nicht flott, aber stetig vorwärts. Die meisten Bezirks- und örtlichen Organisationen decken ihre Agitationskosten selbst. Leider unterlassen einzelne Organisationen es noch immer, regelmäßig mit der Kreisvertretung abzurechnen und an dieselbe Berichte zu erstatten. Mit einigem guten Willen und mit der Schulung wird auch dies noch zu Stande kommen, um den Ansprüchen einer guten Organisation vollauf gerecht werden zu können. Die heurige Maifeier wurde in allen Bezirken würdig gefeiert und nahm dieselbe in einzelnen Bezirken einen großartigen Verlauf.

An politischen Verfolgungen hatten wir, außer solche nach § 23 Preßgesetz, wenige zu erdulden. Das oberösterreichische Parteiorgan, die „Wahrheit", erscheint seit 1. Jänner

*) Darunter fl. 50 zur Unterstützung des zu Ostern l. J. in Wien stattgefundenen Frauencongresses.

**) Davon fl. 500, welche speciell zur Bestreitung der Kosten des Linzer Parteitages gewidmet wurden.

1898 dreimal im Monat und dürfte in kurzer Zeit als Wochenblatt nutzbar werden. Das Blatt hat eine Auflage von 4000 Exemplare und arbeitet ohne Deficit. Die Verbreitung beschränkt sich auf Oberösterreich und ist es dem Unternehmen gelungen, festen Fuß zu fassen. Bei einigem Eifer seitens der Parteigenossen wird selbst bei dem kleinen Wirkungskreise ein noch größerer Absatz zu erzielen sein. Der von den oberösterreichischen Parteigenossen aufgebrachte Preßfond von fl. 500 ist für die spätere Ausgestaltung des Unternehmens zinsbringend angelegt. Wir können also ruhig sagen: Im Großen und Ganzen wurde in unserem Kreise rüstig und mit Freude im Dienste der Socialdemokratie, an dem Werke der Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Capitals gearbeitet.

Steiermark (mit Ausnahme der Bezirksorganisation Judenburg und Selzthal, welche trotz wiederholter Aufforderung keine Berichte sandten). Organisation und Agitation. War die Berichtsperiode bis 1. April 1897 beinahe ausschließlich von der Wahlbewegung beherrscht, so kann von der jetzigen Berichtsperiode (1. April 1897 bis 31. Mai 1898) mit Fug und Recht behauptet werden, daß eine intensive Arbeit in Bezug auf Organisation und Agitition geleistet wurde. Die Neugründung einer Bezirksorganisation (Deutsch-Landsberg), sowie von fünf Localorganisationen (St. Stefan am Gratkorn, Deutsch-Feistritz, Eibiswald, Wies und Aflenz), ferner die Gewinnung und Aufstellung von Vertrauensmännern in selbst ganz exponirten Orten, brachte die politische Organisation ein gutes Stück vorwärts, wenn auch noch sehr viel gethan werden muß, um behaupten zu können, der Kreis Steiermark ist vollständig und systematisch politisch organisirt. Der Kreis Steiermark besteht dermalen aus 14 Organisationsbezirken, und zwar 1. Graz mit den Bezirken: Umgebung Graz (mit Ausnahme der Gemeinden Eggenberg, Gösting, Straßgang und Thal), ferner die Bezirke Arnfels, Leibnitz, Wildon, Frohnleiten, Hartberg, Friedberg, Voran, Pöllau, Weiz, Birkfeld, Fehring, Fürstenfeld, Feldbach, Gleisdorf und Kirchbach. 2. Eggenberg bei Graz mit den obigen, von der Bezirksorganisation Graz ausgeschiedenen Gemeinden. 3. Marburg mit den Bezirken Mureck, Radkersburg und Mahrenberg. 4. Bruck mit dem Bezirke Aflenz. 5. Kindberg mit dem Bezirke Kindberg. 6. Mürzzuschlag mit dem Bezirke Maria-Zell. 7. Leoben mit den Bezirken Mautern und Eisenerz. 8. Selzthal mit den Bezirken Rottenmann, Liezen und St. Gallen; Gröbming mit den Bezirken Irdning und Schladming. 9. Aussee mit dem Bezirke Aussee. 10. Knittelfeld mit der Gemeinde Zeltweg. 11. Judenburg mit den Bezirken Obdach, Oberzeiring, Murau, Oberwölz und Neumarkt. 12. Köflach. 13. Voitsberg. 14. Deutsch-Landsberg mit den Bezirken Stainz und Eibiswald.

Die gewerkschaftliche Organisation hält Schritt mit der politischen. Nach beiden Richtungen hin wurden ganz neue Orte gewonnen und die Zahl der Mitkämpfer erhöht. Mit circa 15.000 dürfte die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter in Steiermark nicht zu hoch gegriffen sein. Was die Agitation betrifft, so wurden in Graz und in der Provinz zusammen 262 Volks- und 352 Vereinsversammlungen abgehalten, nebstbei noch hunderte von § 2-Versammlungen. Von letzteren wurden beim Kreisausschusse aber nur 347 angemeldet. Von den Volksversammlungen wurden im Ganzen 12 verboten. Die Verbote erfolgten ihrer Mehrzahl nach wegen Formfehler, doch auch das Interesse für die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ erheischte mehrere Verbote, 3 in den stürmischen Novembertagen in Graz, 1 in Stainz. Letztere wurde aber im Recurswege freigegeben. Besonders wurde getrachtet, Volksversammlungen in Orten abzuhalten, wo noch keine stattfanden, zumeist in rein ländlichen Bezirken, und der Erfolg war stets ein durchschlagender. Es rührt sich eben auch schon in der ländlichen Bevölkerung, obwohl dies ein Boden ist, wo sehr vorsichtig gearbeitet werden muß. — Bezirksconferenzen wurden 13 abgehalten. Die Thätigkeit der politischen Vereine, deren im Kreis Steiermark fünf bestehen, war für die Agitation eine sehr vortheilhafte. Jedoch muß endlich energisch darangegangen werden, das Interesse für die politischen Vereine unter den Parteiangehörigen zu heben.

Eine besonders intensive Agitation wurde zur Zeit des Tagens des Landtages betrieben zum Zwecke der Ausdehnung des Wahlrechtes in Stadt und Land. Daß es bei dieser Gelegenheit nicht an en gros-Uebertretungen des § 23 Preßgesetz fehlte, ist selbstverständlich. Eine Broschüre: „Die Augen auf — die Taschen zu“, welche die schulfeindlichen Anträge im steierischen Landtage geißelte und ebenso auch die bürgerlichen Parteien in ihrem wahren Lichte zeigte, wurde in 20.000 Exemplaren, besonders in den ländlichen Bezirken vertrieben.

Die Maifeier war im Jahre 1897, trotzdem der 1. Mai an einem Samstag fiel, ebenso imposant wie in früheren Jahren, ja, es kann die erfreuliche Thatsache berichtet werden, daß trotz des ungünstigen Tages mehrere Orte, zum Beispiel Unzmarkt überhaupt und Donawitz seit dem Jahre 1890 wieder zum ersten Male sich Arbeitsruhe erzwangen. In letzterem Orte forderte leider der 1. Mai Opfer, da es wegen der Maifeier mit dem Director zu einem Streit kam und das Resultat war, daß 30 Genossen

wegen § 81 Strafgesetz insgesammt zu 735 Tagen schweren Kerkers und 65 Tagen Arrest verurtheilt wurden.

Politische Verfolgungen. Für die gegenwärtige Berichtsperiode sind seitens der Arbeiterschaft schwere Opfer zu verzeichnen. Opfer an Leben, Freiheit, Gut und Blut. Am 20. November kam es in Graz anläßlich einer christlich-socialen Versammlung, bei der der berüchtigte Axmann aus Wien sprach, zu einer politischen Demonstration, bei der ein Arbeiter Namens Mlinaritsch von Bosniaken erstochen wurde. Die ganze darauffolgende Woche waren wegen der bekannten Vorgänge im Parlamente gegen das System Badeni Demonstrationen, die ihren Höhepunkt am 27. November erreichten, an welchem Tage zwei Arbeiter (Haas und Netter) wieder von bosnischen Soldaten, denen Feuer zu geben commandirt wurde, erschossen, zahlreiche Personen verwundet und circa 30 verhaftet wurden. Insgesammt ist zu verzeichnen, daß in dieser Berichtsperiode im Kreis Steiermark wegen politischer Delicte 75 Anklagen erhoben wurden, aus denen 60 Abstrafungen resultirten. Die Betroffenen hatten insgesammt 253 Tage Untersuchungshaft zu erdulden, während an Strafen zusammen 1201 Tage zudictirt wurden. An Geldstrafen (hauptsächlich für Uebertretungen des § 23) mußten fl. 57·62 bezahlt werden. Die Ernte für den Staatsanwalt war also gewiß eine sehr gute. An die Familien der Verwundeten und Inhaftirten wurden pro November und December an Unterstützungen fl. 633·51 ausgezahlt.

Presse. Während der Wahlbewegung in der Zeit vom November 1896 bis März 1897 stieg die Auflage des „Arbeiterwille" von Nummer zu Nummer sprunghaft von 2800 auf 10.000 Exemplare. Es war vorauszusehen, daß nach der Wahlbewegung wieder ein Rückgang eintreten würde, und thatsächlich reducirte sich die Auflage (im Monat Juli) auf 5400; von diesem Zeitpunkte aber war durch die intensive Agitation in Stadt und Land wieder ein Steigen zu verzeichnen, und betrug die Auflage im Monat März ständig 6700 Exemplare. Bei der fünften Landesconferenz in Graz (18., 19. und 20. Juli 1897) wurde der Beschluß gefaßt, eine Gratisbeilage, hauptsächlich für die ländliche Bevölkerung geschrieben, dem „Arbeiterwille" zu geben, welche einmal monatlich zu erscheinen habe. Die Beilage wurde unter dem Titel „Die neue Botschaft" in's Leben gerufen. Mit 1. Jänner wurde diese Gratisbeilage als solche aufgehoben und erscheint seit diesem Tage ein selbstständiges Blatt (vorläufig monatlich einmal) unter dem gleichen Titel. Die Auflage dieses Blattes beträgt dermalen 2500 Exemplare. Die Verbreitung desselben erstreckt sich immer mehr auf die ländlichen Bezirke.

Der Agitationsfonds wurde im abgelaufenen Berichtsjahre bedeutend besser botirt. Im Kreis Steiermark wurden zu Agitationszwecken eingenommen fl. 6650·16, denen Ausgaben in der Höhe von fl. 6019·72 gegenüberstehen. Von den Einnahmen entfallen auf die Bezirksorganisation Graz fl. 2226·95, von den Ausgaben fl. 1850·53. Wie aus diesen Ziffern ersichtlich, wurden auch gewiß anerkennenswerthe Opfer in materieller Beziehung gebracht. Mit dem Ausbau der politischen Organisation, welcher systematisch weiter ausgeführt werden wird, werden sich auch voraussichtlich die regelmäßigen Einnahmen an Parteisteuer erhöhen.

Aus unserem Berichte geht also hervor, daß viel geleistet wurde, aber auch daß noch viel mehr der Inangriffnahme harrt, und wenn auch mit Befriedigung auf diesen Zeitabschnitt zurückgeblickt werden kann, so gibt es doch kein anderes Losungswort als: „Rastlos vorwärts!" Mit dieser Losung schließen wir.

Kärnten. Der Wahlkreis Kärnten ist in neun Bezirksorganisationen eingetheilt, und zwar: Villach, Spital an der Drau, Feldkirchen, St. Veit, Klagenfurt, Hüttenberg, Völkermarkt, Prävali und Wolfsberg. In mehreren Bezirksorganisationen wurden bedeutende Fortschritte für die Bewegung gemacht. Die Bezirksorganisation Villach als Kreisvertretung hat die Bergarbeiter von Raibl, Bleiberg und Kreuth durch die Agitation, die sie dort entfaltet hatte, für die Bewegung gewonnen. In Kreuth und Bleiberg wurden im Laufe des Jahres Ortsgruppen des Bergarbeitervereines der österreichischen Alpenländer gegründet, welche gute Fortschritte zu verzeichnen haben. Insbesondere wurde auch die gewerkschaftliche Organisationsarbeit mit guten Erfolgen geführt. In mehreren Bezirken hatte auch die Landagitation schöne Erfolge aufzuweisen und wird die Agitation in immer weitere Orte der Landbevölkerung entfaltet werden.

Der Organisationsbezirk Spital, wo im Vorjahre durch das deutschnationale Unternehmerthum unsere Organisation zertrümmert und die socialdemokratisch gesinnten Arbeiter unterdrückt wurden, ist wieder für unsere Bewegung flott gemacht und wurde dort eine Ortsgruppe des Allgemeinen Gewerkschaftsvereines errichtet.

Organisationen haben wir im Kreis Kärnten 34 zu verzeichnen. Der Mitgliederstand der im Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsverein für Kärnten Organisirten beträgt 906, die in den übrigen Gewerkschaften beträgt 1330 Mitglieder. In Villach besteht der politische Verein „Vorwärts" für Kärnten, welcher die politische Agitation im Lande nach Kräften fördert.

Im Berichtsjahre wurden eine Landesconferenz, 4 Bezirksorganisations-Conferenzen,

54 Versammlungen nach § 2 des Versammlungsgesetzes und 69 Volksversammlungen im Wahlkreis abgehalten. In der Mehrzahl dieser Volksversammlungen hatte die Kreisvertretung Referenten entsendet.

Die Maifeier 1897 wurde in Villach zum größten Theile durch Arbeitsruhe begangen. Früh fand ein Umzug statt, Vormittags tagte eine Volksversammlung unter freiem Himmel, Nachmittags arrangirten wir ein Volksfest. In den Orten Klagenfurt, Brükl, St. Veit, Feldkirchen, Völkermarkt, Spital an der Drau, Althofen wurde die Maifeier nur theilweise durch Arbeitsruhe mit Umzügen und Volksversammlungen veranstaltet.

Am 27. November 1897 wurde eine große Demonstration in Villach veranstaltet, wo sich gegen 3000 Personen betheiligten.

Eine Märzenfeier mit Versammlung und Gedenkfeier fand statt: in Villach, Klagenfurt, Brükl, St. Veit, Feldkirchen, Völkermarkt und Spital. In Klagenfurt wurden bei dem demonstrativen Umzug fünf Verhaftungen vorgenommen.

Politische Verfolgungen haben wir zu verzeichnen: Wegen Uebertretung der §§ 23 und 24 Preßgesetz fl. 82 Geld- und 24 Stunden Arreststrafe.

Parteipresse. In Partien wird bezogen: „Arbeiter-Zeitung“, „Arbeiterwille“, „Glühlichter“ und „Volkstribüne“, welch letztere besonders unter der ländlichen Bevölkerung eine sehr starke Verbreitung findet. Die Gewerkschaften der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schuhmacher, Schneider, Gerber, Hutmacher haben ihre Fachpresse obligatorisch eingeführt. Bei der letzten Landesconferenz wurde allseitig das Bedürfniß eines eigenen Landesparteiorgans besprochen und vielseitig der Wunsch ausgesprochen, ein diesbezügliches Landesparteiblatt zu gründen, welches für die Agitation im Lande von großem Werthe wäre. Es wurde die Bezirksorganisation Klagenfurt als Preßcommission gewählt, welche diese Frage zu prüfen und in der nächsten Landesconferenz Bericht zu erstatten hat.

Zum Schlusse des Berichtes bemerken wir noch, daß an die Parteivertretung nur ein kleiner Betrag abgeführt werden konnte, da wir noch von der Wahlbewegung her Zahlungen haben. Wir hoffen jedoch in der nächsten Zeit mehr thun zu können. Trotz des fühlbaren Mangels an Agitationskräften werden wir in der Arbeit für die Partei unsere Pflicht voll und ganz thun.

Salzburg. Der Bericht für den letzten Parteitag wurde unter dem Eindruck der letzten Reichsrathswahlen erstattet. Die bei den letzten Reichsrathswahlen gemachten Erfahrungen gaben uns die Ueberzeugung, daß in erster Linie der weitere Ausbau der Gewerkschaftsorganisation nothwendig sei, wollen wir bei kommenden Wahlen auf einen Erfolg rechnen. Die politischen Verhältnisse erlaubten uns auch in dieser Richtung hin den ganzen Sommer durch zu arbeiten und nicht ohne erfreulichen Erfolg. Die im vorjährigen Berichte erwähnten „sistirten“ und „aufgelösten“ Eisenbahner besitzen heute wieder ihre Organisation. Neu hinzugekommen sind zur Organisation die Arbeiter der keramischen Branche, Mühlenarbeiter, Brauereiarbeiter, Sattler, Riemer und Taschner. Der Metallarbeiterverein hat sich in eine Ortsgruppe des Verbandes umgeändert und macht erfreuliche Fortschritte. Ebenso hat sich auch der Allgemeine Arbeiterbildungsverein für Salzburg in einen Allgemeinen Arbeiter- und Gewerkschaftsverein für das Kronland Salzburg umgestaltet und besitzt derselbe derzeit neben der Centrale drei Ortsgruppen. Zwei weitere sind in Gründung begriffen. So weit unsere gewerkschaftliche Thätigkeit. Aber auch in Bezug auf die politische Agitation wurde nach Maßgabe der finanziellen und geistigen Kräfte das möglichste gethan.

Anläßlich der denkwürdigen November-Ereignisse des Jahres 1897 im Parlament haben auch hier Demonstrationen in noch nie gesehener Größe stattgefunden.

Auch für die Erweiterung des Wahlrechtes im Landtag und in der Gemeinde wurden in der Landeshauptstadt Salzburg zwei Versammlungen mit darauffolgenden Umzügen durch die Stadt vor das Regierungsgebäude abgehalten, an welchen sich das Volk in nie gesehener Zahl betheiligte. Auch in allen größeren Provinzorten setzten die Genossen tüchtig ein. In der Schlußsitzung des Landtages wurde den Geldsackvertretern für ihre Volksfeindlichkeit und Charakterlosigkeit der Dank in fühlbarer Weise dargebracht.

Auch unter der Landbevölkerung, insbesondere im Gebirge, wo die Verarmung in erschreckender Weise um sich greift, haben wir im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Freilich muß betont werden, daß in diesen Kreisen die Agitation die größten Opfer an Geld und Zeit von uns fordert. Aber das Volk ruft uns auch dorthin und wir betrachten es als unsere Pflicht, dem Rufe Folge zu leisten. Die Versammlungen in den Gebirgsthälern finden in der Regel bei einem kleinen Besitzer unter freiem Himmel statt, weil Großbauern und Pfaffen uns alle Gasthauslocale abtreiben. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß das Salzburger Pfaffenthum an niedriger Gesinnung und an Erbärmlichkeit seinesgleichen nur in den Wiener Christlich-Socialen findet.

Die politischen Verfolgungen beschränken sich auf einige Geldstrafen im Betrage von je fl. 2 wegen Uebertretung des § 23 P.-G.

Um die Maifeier in diesem Jahre besonders würdig zu feiern, sind gegenwärtig die Genossen vollauf beschäftigt. Die Stadtgemeinde-Vorstehung hat uns den neugeschaffenen Park für Volksbelustigungen mit allen Objecten und Decorationsgegenständen zur Verfügung gestellt. Aus vielen Orten der Provinz haben die Genossen ihre Theilnahme angemeldet und verspricht besonders der Festzug imposant zu werden.

Die Zahl der Versammlungen wird nicht besonders verzeichnet, doch vergeht kein Sonn- oder Feiertag, an welchem nicht eine, auch zwei Versammlungen abgehalten werden, abgesehen von den regelmäßigen Versammlungen der Gewerkschaften.

Die Presse findet immer mehr Verbreitung, insbesondere die „Arbeiter-Zeitung". Landesorgan ist die Innsbrucker „Volkszeitung".

In finanzieller Beziehung stehen wir leider nicht auf dem erfreulichen Standpunkt wie in agitatorischer. Die kleingewerblichen und landwirthschaftlichen Arbeiter stehen sich wirthschaftlich zu schlecht, um regelmäßige Beiträge leisten zu können. Wohl haben zwei Bezirksorganisationen allmälig im Laufe des letzten Jahres angefangen, einen Beitrag für Parteisteuern zu leisten, jedoch müssen die Genossen der Stadt Salzburg immer noch den größten Theil zu den Lasten beisteuern. Es ist uns wohl gelungen, die Wahlschulden zu bezahlen, aber immer noch leben wir sozusagen von der Hand in den Mund; auch war es uns nicht möglich, an die Parteivertretung unseren Beitrag abzuführen. Wir schließen den Bericht mit der Hoffnung, nächstes Jahr einen besseren bringen zu können.

Tirol und Vorarlberg. Das abgelaufene Jahr wird, wenn man die später folgenden Ziffern mit denen des Vorjahres vergleicht, in unseren Kreisen gewissermaßen als ein Jahr der Ruhe bezeichnet werden. Aber diese Ruhe ist nur eine scheinbare. Die Stürme des ersten Wahlkampfes in Oesterreich, an welchem zum ersten Male das Volk theilzunehmen Gelegenheit hatte, haben den Gegnern erst gezeigt, welch enormen Fortschritt der socialdemokratische Gedanke auch in diesem Lande gemacht hat. Ganz besonders in unserem Kreis ist seit dieser Zeit, von der pfäffischen Gegnerschaft ganz besonders, eine wahre Hatz gegen die organisirte Arbeiterschaft eingeleitet und bis heute mit unvermindertem Eifer fortgeführt worden. Bei der ganz enormen geistigen Zurückgebliebenheit und größtentheils auch materiellen Abhängigkeit der hiesigen Bevölkerung von den geistlichen Hirten ist es schon erfreulich, daß wenigstens kein Rückschritt in unserer Organisation zu verzeichnen ist. Die am 31. October 1897 in Innsbruck abgehaltene Landesconferenz vereinigte eine stattliche Zahl von Delegirten aus allen Theilen des Landes, worunter besonders ländliche Abgesandte in größerer Zahl als je bemerkbar waren. Es bestehen hier drei Kreisorganisationen mit zehn Localorganisationen. Zum Zwecke der Agitation haben 75 Volksversammlungen stattgefunden. An der Maifeier betheiligten sich circa 4500 Personen. An politischen Verfolgungen sind 16 Fälle zu unserer Kenntniß gelangt, welche Strafen im Ausmaß von neun Tagen Arrest und fl. 43 Geldstrafe zur Folge hatten. Einige Anzeigen, mit großem Pomp inscenirt, fielen zum Verdruß der Arrangeure in's Wasser. Die dreimal im Monat erscheinende „Volkszeitung" hat constant eine Auflage von 1400 Exemplaren. An Parteisteuer wurden fl. 274·67 eingenommen und hievon fl. 34 an die Parteileitung abgeliefert. Für die Agitation wurden fl. 160·71 ausgegeben. Wenn auch, wie aus diesem Bericht ersichtlich, eine Kräftigung der Organisation nicht zu verzeichnen ist, so weisen doch alle Anzeichen darauf hin, daß der Gedanke der Socialdemokratie in fortwährender Ausbreitung begriffen ist, daß diese Idee dem Gegner Schritt für Schritt das Terrain abgewinnt und daß es nur eines besonderen Anlasses bedarf, um wieder neue Schaaren unseren Bataillonen zuzuführen.

Reichenberg. Vom 1. Mai 1897 bis 30. April 1898 wurden in unserem Agitationskreise eine Maifeier und 96 Volksversammlungen veranstaltet, von denen neun verboten und fünf aufgelöst wurden. Vier dieser aufgelösten Volksversammlungen entfallen auf das Conto der Deutschnationalen, die durch ihr wüstes Geschrei und unbändiges Gebahren es zur Auflösung brachten. In derselben Periode fanden 38 Bezirks- und vier Kreisconferenzen statt, von denen zwei auf den VIII. und zwei auf den IX. Wahlkreis entfallen. Im Reichenberger Bezirk wurden nebstdem 64 Gewerkschafts- und ebenso viele Arbeiterbildungsvereins-Versammlungen abgehalten. Organisations- und § 2-Versammlungen wurden 320 abgehalten und eine Anzahl neuer Vereine und Organisationen gegründet. Redner wurden von Reichenberg zu 362 Versammlungen entsendet. Vom politischen Verein „Vorwärts" für den Handelskammerbezirk Reichenberg wurden 18 Volks- und Wanderversammlungen und eine Generalversammlung abgehalten. Wegen Uebertretung der §§ 23 und 24 des P.-G. wurden 13 Personen zu Geldstrafen von fl. 1 bis 10 verurtheilt, für welche zusammen fl. 48 aus dem Inhaftirtenfonds ausbezahlt wurden. Zu Arreststrafen wegen politischer Delicte wurden in Reichenberg fünf Personen zusammen zu 20 einen halben Tag verurtheilt. Für Agitation und Organisation wurden in dieser Zeit fl. 1038.44½ eingenommen und fl. 891.75½ ausgegeben. Der Agitationsfonds hat ein Saldo von fl. 146·69. Der „Freigeist" erscheint in einer wöchentlichen Auflage von 5200 Exemplaren. Die Ursache, daß der „Freigeist" während der Zeit an Abonnenten nicht gestiegen ist, ist darin zu suchen, daß in dem VIII. Wahl-

kreis drei Parteiblätter existiren, und zwar der „Nordböhmische Volksbote“ in Steinschönau und die „Nordböhmische Volksstimme“ nebst einem Kopfblatte in Warnsdorf. Auch im IX. Wahlkreis, in Gablonz, in der nächsten Nähe von Reichenberg, wird der „Gebirgsbote“ mit einem Kopfblatte herausgegeben.

Wenn auch der „Freigeist“ während dieser Zeit in der Auflage nicht gestiegen ist, so hat die Bewegung im Großen und Ganzen an Ausbreitung und Tiefe bedeutend zugenommen. Die „Nordböhmische Volksstimme“ mit einem Kopfblatte in Warnsdorf, der „Gebirgsbote“ mit einem Kopfblatt in Gablonz und das Wochenblatt der „Nordböhmische Volksbote“ in Steinschönau erscheinen in je 2800 Exemplaren.

Im Agitationsbezirk Kratzau haben vom 1. Mai 1897 bis 30. April 1898 eine Maifeier, 18 Volksversammlungen, 7 Wählerversammlungen, 64 § 2-Versammlungen, 88 Vereinsversammlungen, 6 Bezirks-Conferenzen und 1 Conferenz in Sachen der Gewerbegerichte stattgefunden. Ueber die Aufbringung und Verausgabung der Mittel enthält der Bericht keine Daten.

Der Agitationsbezirk Grottau weist eine Maifeier 1897 aus. Volksversammlungen wurden im Ganzen 6 abgehalten. Bezirksconferenzen wurden 11 abgehalten, § 2-Versammlungen haben 34 und Vereinsversammlungen 54 stattgefunden. Für die Agitation und Organisation wurden im Bezirk fl. 362·84 aufgebracht und fl. 333·14 ausgegeben. An die Kreisvertretung wurden fl. 52·32 theils in Baarem, theils in Quittungen abgeführt. Für den Wahlfonds wurden im Bezirk fl. 103·46 aufgebracht und an die Kreisvertretung zur Deckung der Wahlausgaben im Bezirk Grottau abgeführt.

Im Agitationsbezirk Haindorf-Friedland bestehen 9 Localorganisationen 1 Ortsgruppe der keramischen Branche, 5 Ortsgruppen der Textilarbeiter, 7 Arbeiterbildungs- und Lesevereine. Volksversammlungen haben 20 stattgefunden, von denen eine aufgelöst wurde. Nebst einer entsprechenden Anzahl Vereinsversammlungen wurden 60 § 2-Versammlungen und eine Maifeier abgehalten. Politische Maßregelungen haben keine stattgefunden. Wegen § 24 P.-G. wurde eine Person zu fl. 5 Geldstrafe verurtheilt. Die Agitationsgelder wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht und betragen fl. 110,, welche zur Tilgung der Versammlungskosten und zur Deckung der Wahlschulden verwendet wurden. Die Bewegung ist im Wachsen begriffen und hat die Partei bei den Gemeindewahlen im dritten Wahlkörper in drei Gemeinden gesiegt.

Im Agitationsbezirke Neustadtl wurden 12 Volks-, 78 Vereins-, 44 § 2-Versammlungen, 7 Bezirksconferenzen und 1 Vereinsconferenz abgehalten. Ueber die Geldgebahrung dieses Agitationsbezirkes sind keine Daten eingelangt.

Aus dem Agitationskreise Steinschönau wird berichtet, daß dort vom 1. September 1897 bis 30. April 1898 2 Volksversammlungen, 1 Märzfeier und 4 § 2-Versammlungen abgehalten wurden. In diesen sieben Monaten sind für Agitation und Organisation fl. 84·57 eingenommen und fl. 94·57 ausgegeben worden, somit ein Deficit von fl. 10 vorhanden ist. Außer diesem Deficit hat der Agitationskreis noch etwa fl. 50 Wahlschulden zu bezahlen.

Im Agitationsbezirke Warnsdorf wurden 35 Volks-, 32 § 2- und 60 Vereinsversammlungen abgehalten. Für Agitation und Organisation wurden fl. 533·41 eingenommen und fl. 516·68 ausgegeben. Wegen des § 23 des Preßgesetzes wurden sechs Personen zu Geldstrafen von fl. 3 bis 5 und wegen Uebertretung des § 11 des Versammlungsgesetzes zwei Personen zu je fl. 5, eventuell zu 24stündigen Arreststrafen verurtheilt. Die „Nordböhmische Volksstimme“ hat eine Auflage von 3000 Exemplaren und erscheint dreimal monatlich. Das „Volksblatt“ erscheint monatlich einmal in fast derselben Auflage, und werden von beiden Blättern 1200 bis 1300 in Warnsdorf abgesetzt. Bei der im December stattgefundenen Landtagsersatzwahl in Warnsdorf erhielt der von der Partei als Candidat aufgestellte Gen. Franz Roscher 354 Stimmen. Die Bewegung macht in diesem Bezirke erfreuliche Fortschritte und dürfte in Zukunft noch besser werden.

Aus dem Agitationskreise Rumburg, Schluckenau, Hainspach hat es die Leitung dieses Agitationskreises nicht für nöthig erachtet, einen Bericht an die Wahlkreiscentrale einzusenden. Auch aus den Bezirken Gabel, Zwickau und Böhmisch-Kamnitz ist kein Bericht eingelangt.

Bei der vorgenommenen Stimmensammlung für das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht sind im VIII. Wahlkreis nach den Gerichtsbezirken Stimmen gesammelt worden, und zwar: im Gerichtsbezirk Reichenberg 14.707, Kratzau 5741, Friedland 6393, Gabel 2748, Böhmisch-Zwickau 3546, Haida 4796, Böhmisch-Kamnitz 2206, Stadt Schönlinde 1911 Stimmen. Aus den Gerichtsbezirken Warnsdorf, Rumburg, Schluckenau und Hainspach wurden keine Resultate eingesendet.

Aus dem IX. Wahlkreis wird berichtet, daß in dem Agitationsbezirke Gablonz 27 Volks-, 95 § 2- und 97 Vereinsversammlungen, sowie 8 Conferenzen abgehalten wurden. Die Mittel zur Agitation und Organisation wurden zum größeren Theile durch freiwillige Beiträge und Vereinserträgnisse aufgebracht. Eine directe Parteisteuer wurde

nur in vereinzelten Fällen gegeben. Die Einnahmen betrugen fl. 207·35, die Ausgaben fl. 245·65, somit ist ein Schuldenstand von fl. 38·30 vorhanden.

Im Agitationsbezirke Tannwald wurden 32 Volks-, 61 Vereins-, 82 § 2-Versammlungen und 14 Conferenzen abgehalten. Die Einnahmen für Organisation und Agitation betragen fl. 181·52, die Ausgaben fl. 186·91, mithin ist ein Schuldenstand von fl. 4·34 zu verzeichnen.

Im Agitationsbezirke Rochlitz wurde eine Maifeier veranstaltet, und wurden wegen derselben 76 Personen wegen freiwilligen und unerlaubten Verlassens der Arbeit nach § 85 der Gewerbeordnung von der Bezirkshauptmannschaft Starkenbach theils zu fl. 5, theils zu fl. 10 Geldstrafe, eventuell zu 24-, beziehungsweise 48stündiger Arreststrafe, zusammen zu 108 Tagen, verurtheilt. Die gegen diese Urtheile eingebrachten Recurse blieben erfolglos. Die Bewegung in diesem Bezirke ist nicht besonders stark und vermöge der Entfernung und der ungünstigen geographischen Lage schwer zu bearbeiten. Die Textilindustrie ist in diesem Bezirke die fast ausschlaggebende. Die Löhne sind sehr niedrig und die Bevölkerung noch sehr rückständig. Die Clerisei im Bunde mit den Unternehmern übt einen mächtigen Einfluß auf die ganze Bevölkerung aus.

Im Agitationsbezirke Hohenelbe liegt die Organisation noch sehr im Argen. Als Organisationen bestehen dort nur zwei Vereine, und zwar der politische Verein „Fortschritt" für den politischen Bezirk Hohenelbe und der Arbeiterbildungsverein in Arnau. Volksversammlungen wurden 20 veranstaltet, von denen 4 verboten und 3 aufgelöst wurden. Die Mittel für die Agitation werden aus freiwilligen Beiträgen bestritten. Wegen Uebertretung des § 3 des Versammlungsgesetzes wurden vier Personen zu je fl. 5 Geldstrafe, eventuell zu je 24stündigem Arreste verurtheilt.

Im Agitationsbezirke Trautenau und Schatzlar wurden 16 Volks-, 44 Vereins-, 38 § 2-Versammlungen und 2 Bezirksconferenzen abgehalten. Durch die Maifeier 1897 entstand eine Arbeitseinstellung, wegen welcher die dortigen Fabrikanten eine große Anzahl Arbeiter gemaßregelt haben. Trotzdem ist es den Herren nicht gelungen, die Bewegung zu ersticken, und macht dieselbe ganz erfreuliche Fortschritte. Der Bezirk hat jetzt eine geordnete Organisation, und ist zu erwarten, daß sich dieselbe in nächster Zeit festigt und so zum Vortheile der dortigen Arbeiterschaft gereicht. Ueber die Geldmittel ist im Berichte nichts enthalten. Erwähnt muß werden, daß der frühere Bezirksvertrauensmann Ottokar Medig die freiwilligen Beiträge für sich verwendet hat.

Im Agitationsbezirke Braunau ist nur eine ältere Organisation vorhanden. Im Laufe dieses Jahres sind in diesem Bezirke eine Anzahl Arbeiter-Bildungsvereine gegründet worden. Auch in diesem Bezirke ist die Bewegung in Fluß gekommen und dürfte im nächsten Berichte ein günstigeres Resultat zu verzeichnen sein. Volksversammlungen wurden zwei abgehalten.

Aus dem Agitationsbezirke Landskron ist zu berichten, daß dort 1 Volks-, 7 Wähler-, 18 § 2- und 12 Vereinsversammlungen stattgefunden haben. Die Maifeier ist im Vorjahre ungünstig ausgefallen. In diesem Bezirke ist sehr wenig Industrie, und ist die Arbeiterschaft auf die dort befindliche Tabakfabrik angewiesen. Diese beschäftigt zum größten Theil nur Frauen, während die Männer zu Hause kochen und Kinderwarten müssen. Die Thätigkeit beschränkt sich demzufolge nur auf einige wenige Personen, die sich aus dem Kleingewerbe recrutiren. Die Organisation erstreckt sich in diesem Bezirke auf die Ortschaften Landskron, Worlitschka, Johnsdorf, Olbersdorf, Sichelsdorf, Thonigsdorf, Rudelsdorf und Riebnig. Die Mittel für die Agitation und Organisation wurden theils durch freiwillige Beiträge, Spenden, Sammlungen und Unterhaltungen aufgebracht. Die Einnahmen betragen fl. 171·16, die Ausgaben fl. 160·56, so daß ein Ueberschuß von fl. 10·60 zu verzeichnen ist. Politische Verfolgungen. Wegen § 23 des Preßgesetzes sind in diesem Bezirke drei Personen zu Geldstrafen im Betrage von fl. 4 verurtheilt worden.

Geldgebahrung. Für Strikende und Gemaßregelte sind vom 1. Mai 1897 bis 30. April 1898 in Reichenberg fl. 1050·30 eingegangen und fl. 1131·86 ausgegeben worden. Es ist demnach ein Deficit von fl. 81·56 vorhanden. Für den Inhaftirtenfonds gingen ein fl. 49·18. Der Inhaftirten- und der Agitationsfonds weisen ein kleines Saldo auf. Ausdrücklich muß bemerkt und hervorgehoben werden, daß die weitgrößten Beträge in den Bezirken Reichenberg, Kratzau und Grottau aufgebracht wurden. Nur sehr geringe Beiträge haben der Friedländer, der Tannwalder und der Trautenauer Bezirk beigetragen. Die übrigen Bezirke des VIII. und IX. Wahlkreises haben keinerlei Beiträge geleistet.

Im IX. Wahlkreis sind von der Stimmensammlung zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes folgende Resultate zu verzeichnen: Gerichtsbezirk Gablonz a. d. Neiße 4464, Tannwald 4998, Rochlitz 811, Trautenau mit Schatzlar 3202, Braunau 2021, Landskron 1539, Grulich 954, Hohenelbe 663 und dem Orte Neurettendorf (Bezirk Königinhof) 225 Stimmen. Demnach sind in diesen beiden Wahlkreisen für die

Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes 60.925 Stimmen gesammelt worden. Sie sind ein Protest gegen das bestehende Wahlunrecht.

Außer der politischen Organisation wird die Gewerkschaftsorganisation auf das eifrigste gepflegt und steht an deren Spitze der Centralverein der Textilarbeiter für Böhmen. Im abgelaufenen Berichtsjahre sind eine ganze Anzahl neuer Organisationen errichtet worden und ist zu erwarten, dass die Organisation in der nächsten Zeit noch weitere Fortschritte zu verzeichnen haben wird.

Aussig-Tetschen (Organisation). Die Bewegung hat hier sehr gute Fortschritte gemacht. Wir sind in rein ländliche Bezirke eingedrungen und können constatiren, dass unser Programm auch von den kleinen Bauern sehr günstig aufgenommen wurde. Der Kreis gliedert sich in 12 Bezirksorganisationen und 136 Localorganisationen. Diese hielten 2 Kreisconferenzen, 21 Bezirksconferenzen und eine größere Anzahl locale Conferenzen ab. Hervorzuheben wären auch vier Bauerntage (Auscha, Tetschen, Aussig und Niemes), die sehr stark besucht waren und durchwegs einen erhebenden Verlauf nahmen.

Politische Vereine bestehen: In Aussig 1. der socialdemokratische Wahlverein mit 4643 Mitgliedern. Derselbe gewinnt fortwährend neue Mitglieder. Die Mitglieder zahlen pro Monat 5 Kreuzer. 2. Der socialdemokratische Wahlverein „Friedrich Engels" zählt 900 Mitglieder und arbeitet analog dem Aussiger. 3. In Leipa besteht ein politischer Verein mit 60 Mitgliedern. 4. In Leitmeritz besteht der politische Verein „Wahrheit".

Versammlungen wurden sehr viele abgehalten, zumeist Vereinsversammlungen der Wahlvereine. Eine genaue Zahl ließ sich nicht ermitteln, aber es dürfte die Zahl 500 eher zu niedrig als zu hoch sein.

Die gewerkschaftliche Bewegung ist im Berichtsjahre bedeutend stärker geworden und dementsprechend ist die Anzahl der gewerkschaftlich Organisirten, sowie die Anzahl der Organisationen gestiegen. Gewerkschaftsvereine (Ortsgruppen und Fachvereine) bestehen 31 mit 4100 Mitgliedern und 33 andere Vereine (Bildungs-, Lese- und allgemeine Gewerkschaftsvereine mit 2500 Mitgliedern). Zusammen sind in 64 Vereinen 6600 Mitglieder organisirt. Neue Organisationen für Branchen, die erst im letzten Jahre geschaffen wurden, sind die chemische mit 621 Mitgliedern und die auf das Elbethal vertheilten Schiffbauarbeiter, wo von 400 Beschäftigten 330 der Organisation angehören.

Einen erfreulichen Aufschwung hat auch die turnerische Bewegung genommen, wodurch es möglich ist, in den Arbeiter-Turnvereinen, die Jugend mehr an die Arbeiterorganisationen heranzuziehen. Es bestehen neun Turnvereine mit 623 Mitgliedern. Die Frauenbewegung hat erst in letzter Zeit begonnen. Die Maifeier verlief großartig, wozu allerdings der Umstand viel beigetragen hat, dass heuer der 1. Mai auf einen Sonntag fiel.

Wahlen. Bei den heuer stattgefundenen Gemeindewahlen hat unsere Partei mit Erfolg eingegriffen und in 32 Orten eine socialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung erzielt.

Presse. Als Kreisorgane erscheinen das „Volksrecht" 36mal und das „Neue Volksrecht" 10mal im Jahre. Dieselben haben auch nach den Wahlen noch einen bedeutenden Aufschwung genommen und ist die Auflage im Berichtsjahre von 4500 auf 6200 gestiegen. Der finanzielle Stand ist ein günstiger. Von der Presse wird auch eine Kraft für die gewerkschaftliche Bewegung erhalten und besoldet.

Politische Verfolgungen. Im Berichtsjahre sind unsere Genossen ziemlich glimpflich weggekommen. Im Ganzen wurden 42 Tage Arrest und gegen fl. 30 Geldstrafe verhängt. Auf die vielen tausende von Uebertretungen des § 23 Preßgesetz, deren wir uns schuldig machen mußten, sind die Gesammtstrafen noch annehmbar.

Cassenbericht. Für den Wahlfonds sind fl. 538·— eingegangen, welche in der Sparcasse zinsbringend angelegt sind und erst bei der nächsten Wahl verwendet werden dürfen. Die Kreisvertretung hatte fl. 1034·40 Einnahmen und fl. 774·79 Ausgaben. An die Parteileitung wurden fl. 297·80 abgesendet.

Kreis Westböhmen. Durch das plötzliche unerwartete Ableben unseres Kreisvertrauensmannes Johann Anton Jobst ist es nicht möglich, einen vollständigen Bericht über die Parteithätigkeit Westböhmens zu bringen. Was die Verbreitung der socialistischen Ideen anbelangt, ist zu constatiren, dass zu deren Verbreitung auch im Vorjahre nichts unterlassen wurde.

Die politische Demonstration am 13. März d. J. für die im Jahre 1848 gefallenen Freiheitshelden war eine imposante, welche der Maifeier gleichkam. Die Maifeier wurde in folgenden Orten besonders gefeiert: In Falkenau, Eger, Asch, Graslitz, Karlsbad, Bärringen, Tachau, Schlaggenwerth, Lichtenstadt, Obertrossau, Schönfeld, Altkinberg, Nürschau, Königsberg, Chodau, Neudek, Joachimsthal, Bleistadt, Elbogen, Schlaggenwald, Großloh, Schönbach, Friederichsreuth, Roßbach, Littmitz, Buchau, Rechlawa, Dobschau, Podersam.

Außerdem fanden noch in Westböhmen in größeren und kleineren Orten an 80 Versammlungen statt, so daß die Zahl der an der Maifeier betheiligt gewesenen Personen auf 80.000 geschätzt werden kann. Hiebei ist zu bemerken, daß die Maifeier, wenn sie auch auf einen Sonntag gefallen ist, eine rein proletarische Feier war.

So erfreulich nun das Wachsthum der Socialdemokratie auch in Westböhmen ist, so unangenehm ist es, constatiren zu müssen, daß die innere Organisation der Partei, der Ausbau der politischen Organisation und die Herbeischaffung von Mitteln (Parteisteuer) nur langsam fortschreitet. Daß zu der gewaltigen Agitation, welche die Kreisvertretung über den ganzen IV. Wahlkreis entwickelt, auch Geldmittel gebraucht werden, scheint den Bezirks- und Localorganisations l e i t u n g e n nicht einzufallen. Die Leitungen widmen auch den rein geschäftlichen Angelegenheiten zu wenig Aufmerksamkeit. Sie stellen auf den Conferenzen ihre Anträge, stimmen denselben zu, führen jedoch ihre Zustimmungen nicht aus. Hoffentlich wird sich dieser Zustand im Interesse der Partei zum Besseren wenden.

Unsere Gegner — hier kommen die Schönerianer in Betracht — arbeiten mit den niederträchtigsten und gemeinsten Mitteln gegen unsere Vertrauensmänner. Die Deutschnationalen sind den Christlich-Socialen vollkommen ebenbürtig geworden. Es bestehen im Kreise auch einige sogenannte völkliche Arbeitervereine, deren Mitglieder aber zumeist dem Bürgerthum angehören. Trotz der verleumderischen Thätigkeit der Ehrenwortpartei zieht die Socialdemokratie auch in die von den Iroisten besetzten Gebiete ein. So wurde zum Beispiel in Sangerberg ein socialdemokratischer Verein gegründet. Auch in Einsiedl wurde der Socialdemokratie eine Heimstätte geschaffen.

Die Eroberung der bisher von unseren Gegnern verwalteten Bezirkskrankencassen beweist wohl auch, daß wir vorwärtskommen.

Die gewerkschaftliche Organisation ist bei den Bergarbeitern mächtig im Aufblühen. Der Districtsverband der Berg- und Hüttenarbeiter Westböhmens, mit dem Sitze in Falkenau, zählt 3160 Mitglieder und umfaßt 33 Vereine.

Die Organisation der Textilarbeiter in Westböhmen läßt viel zu wünschen übrig. In Zwodau wurde eine neue Ortsgruppe der Textilarbeiter gegründet, die jedoch durch die Maßregelungen an den Vereinsfunctionären einen schweren Kampf zu bestehen hatte. Die Ortsgruppe besteht aber doch zur Zeit besser als je.

Die Heimarbeiter bedürfen in Westböhmen sehr dringend einer eigenen Agitation und Organisation. Der Bau einer Eisenbahn von Eger nach Schönbach und die Abschaffung der Zölle auf das Rohmaterial zu der Geigen- und Musikwaarenindustrie würde die Industrie und die Lage der Heimarbeiter heben. Die Porzellanarbeiter-Organisation stand in der schönsten Blüthe. Die unglückseligen Strikes in Dallwitz und Aich haben ihr aber einen argen Stoß versetzt.

Außer diesen Strikes ergaben sich noch in folgenden Orten Arbeitseinstellungen: In Roßnitz, Putschirn, Altsattl, Königswerth, Neusattl, Haberspirk, Komotau, Neusattl, Davidsthal, Königsberg, Chodau und Eger.

In die Gemeindevertretung zog die Socialdemokratie in folgende Gemeinden ein: Schönlind, Buckwa, Haberspirk, Neudorf, Pechgrün, Neusattl, Boden u. a. m.

P r e s s e. Politische Parteiblätter erscheinen in unserer Kreisorganisation vier. Der „Volkswille" mit einer Auflage von 3800 Exemplaren erscheint monatlich dreimal; der „Neue Volkswille" erscheint monatlich einmal mit einer Auflage von 3800 Exemplaren; die „Arbeiterpresse", Kopfblatt vom „Volkswille", erscheint monatlich dreimal in einer Auflage von 1500 Exemplaren; die „Neue Arbeiterpresse" erscheint monatlich einmal mit einer Auflage von 1500 Exemplaren. Die Auflage des „Volkswille" ist seit dem Jahre 1897 um 600 Exemplare gestiegen. Der „Volkswille" als Kreisorgan könnte eine Auflage von 8000 haben, wenn unsere Agitatoren auch für die Presse agitiren würden.

C a s s e b e r i c h t. Die großen Industriebezirke Asch und Karlsbad haben nichts, Graslitz hat wenig geleistet. Außerdem haben noch eine Reihe hervorragender Orte dem Parteifonds nichts beigesteuert.

Der A g i t a t i o n s f o n d s weist für die Monate Jänner, Februar, März und April eine Einnahme von fl. 74·67 aus; an Ausgaben sind fl. 63·70 zu verzeichnen.

P o l i t i s c h e V e r f o l g u n g e n haben wir zu verzeichnen zumeist wegen Uebertretung nach § 23 Preßgesetz. Auch kamen Verurtheilungen wegen Uebertretung des Coalitionsgesetzes vor. Wir mußten an Geldstrafen fl. 29·50 erlegen und erhielten an Arreststrafen zudictirt 28 Tage und 12 Stunden. Beim Bergarbeiterstrike kam es zu einer Demonstration, welche zu einer Anklage führte. Strafausmaß: 4 Monate Kerker. Die Dauer der Untersuchungshaften betrug 118 Tage. 16 Anklagen wurden erhoben. In 12 Fällen endete die Schlußverhandlung mit der Verurtheilung.

Da eine Anzahl Genossen inhaftirt wurden, war die Schaffung eines I n h a f t i r t e n f o n d s eine dringende Nothwendigkeit. Die Einnahme des Inhaftirtenfonds betrug mit Abschluß April 1898 fl. 156·68. Dieser Summe steht eine Ausgabe von fl. 69·61 gegenüber.

Südböhmen (XVI. Wahlkreis). Im Allgemeinen ist zu constatiren, daß die Bewegung an Umfang bedeutend zugenommen hat. Organisationen bestehen: In Budweis 1 politischer Verein „Vorwärts“ mit 90 in Krumau 1 politischer Verein „Zukunft“ mit 120, 1 allgemeine Gewerkschaft „Selbsthilfe“ mit 120, 1 Arbeiter-Consumverein mit 130 und in Wallern 1 Bildungsverein mit 116 Mitgliedern. Im Entstehen begriffen sind je 1 Ortsgruppe in Christianberg und Hüblern. Außerdem besteht in Ernstbrunn eine Ortsgruppe der Union der Glas- und keramischen Branche und ist eine solche in Josefsthal bei Klöklberg in Bildung begriffen. Versammlungen wurden im Berichtsjahre abgehalten: In Budweis 2 Volks-, 6 Vereins- und 15 § 2-Versammlungen; in Diebling bei Neuhaus 1 Volks-, in Krumau-Oberplan 12 Volks-, 13 Vereins- und 4 § 2-Versammlungen; in Wallern 3 Volks- und 1 Vereinsversammlung. An Strafen verzeichnen wir: fl. 35 Geld- und 48 Stunden Arreststrafe, und zwar theils wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes, theils des Versammlungsgesetzes. An Parteigeldern wurden in Krumau-Oberplan fl. 144·40 eingenommen, davon wurden ausgegeben fl. 113·81.

In Budweis wurde das Geld für die Parteiblocks der dortigen czechischen Organisation zugewiesen, und Wallern ist mit der Ausbildung ihrer Organisation vollauf in Anspruch genommen. Der Parteivertretung konnte bisher deshalb nichts eingeschickt werden, weil die spärlich einlaufenden Gelder kaum für die eigenen Spesen ausreichen. Aus dem westlichen Gebiete Hartmanitz, Neuern, Winterberg, wo ein genauer Bericht nicht vorliegt, ist zu constatiren, daß auch dort ein sehr günstiges Arbeitsfeld vorhanden ist. Hartmanitz besitzt eine Organisation, welche eine rege Thätigkeit entwickelt und wo es bei der letzten Gemeindewahl gelang, einige Genossen in die Gemeindevertretung zu bringen. Die Bewegung würde sich bedeutend entfalten, wenn wir in der Lage wären, überall dort, wo die Abhaltung von Versammlungen seitens der einzelnen Genossen im Interesse der Organisation und Aufklärung gefordert wird, den Wünschen Rechnung tragen könnten.

1. schlesischer Wahlkreis. Seit dem letzten Parteitag hat die Organisation und Agitation wieder erfreuliche Fortschritte gemacht. Es haben in allen Städten, mit Ausnahme von Würbenthal, und auch in vielen Dörfern Volksversammlungen stattgefunden und wurde bei diesen Versammlungen hauptsächlich für die Erweiterung des Reichs-, Landtags- und Gemeindewahlrechtes, für Abschaffung des Zeitungsstempels, des Colportageverbotes und des objectiven Verfahrens, sowie für Errichtung von Gewerbegerichten eingetreten. Auch fand eine Anzahl Versammlungen statt, wo unser Parteiprogramm, die wirthschaftliche und politische Lage Oesterreichs erörtert wurde. Die Gegner waren bei den meisten dieser Versammlungen stark vertreten, haben aber trotz der uneingeschränktesten Redefreiheit sehr wenig davon Gebrauch gemacht. Keine der gegnerischen Parteien ist eine Volkspartei und sie wagen es nicht, öffentlich vor das Volk zu treten. Es hätten noch viel mehr Versammlungen abgehalten werden können, wenn die nöthigen agitatorischen Kräfte vorhanden gewesen wären.

Die Zahl der in den Gewerkschaften organisirten Genossen ist im Verhältniß der Arbeiterzahl noch immer gering, aber immerhin größer als früher. Es werden circa 2000 Arbeiter in der Organisation stehen. Von den verschiedenen Parteiblättern (ohne die Fachblätter) werden insgesammt über 1600 Exemplare von jeder Ausgabe bezogen. An politischen Verfolgungen hat es nicht gefehlt. Es wurden jedoch von den Angeklagten viele freigesprochen und nur einige Genossen wurden wegen Colportage zu Geldstrafen verurtheilt.

Vom Juli 1897 bis 13. April 1898 sind an die Parteivertretung für Blocks fl. 49·14 abgesandt worden. Diese Beträge vertheilen sich auf die Bezirksorganisationen: Jägerndorf fl. 18·56, Wigstadtl fl. 28·98 und Freudenthal fl. 1·60. Freiwaldau hat nichts eingeschickt. Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß einzelne Organisationen zwar Blocks beziehen und auch absetzen, aber die Gelder für ihre Agitation verwenden, was selbstverständlich in unseren armen Bezirken nicht auffallend sein kann, da die Mittel, welche zur Agitation erforderlich sind, nicht aufgebracht werden können. Außerdem sind in unserem Kreise noch immer die Vertrauensmänner, soweit sie nicht unabhängig sind, den Maßregelungen ausgesetzt, daher auch ein fortwährender Wechsel in den Personen, was wieder für die Organisation und die Berichterstattung von Nachtheil ist. Deswegen kommt es auch, daß wir nicht allen Bestimmungen unseres Organisationsstatuts gerecht werden können. Trotz all dieser Schwierigkeiten geht es aber vorwärts, und hoffentlich werden die classenbewußten Arbeiter in ihrer Agitations- und Organisationsarbeit nicht erlahmen zum Gedeihen unserer Partei.

2. schlesischer Wahlkreis. Seit dem einen Jahre ist in unserem Wahlkreise sehr viel gearbeitet worden und doch noch zu wenig. Versammlungen wurden einige Hundert abgehalten und haben vier Referenten jeden Sonntag und fast jeden Samstag und Montag des Jahres hindurch in Versammlungen in der Stadt und am Lande referirt. An Wochentagen fanden unzählige Sitzungen und § 2-Versammlungen statt.

Wir drangen seit dem letzten Jahre durch die energische Agitation in viele Orte ein gründeten Localorganisationen, Ortsgruppen und Zahlstellen, und zwar in Ortschaften, wo man uns früher kaum dem Namen nach kannte und wo heute bereits größere Organisationen bestehen, wie in Weichsel, Skotschau 2c. Insbesondere nennenswerth ist die Gründung des Allgemeinen Gewerkschaftsvereines in Weichsel (Bielitzer Bezirk), im Gebirge bei den sogenannten Gorallen (polnischen Gebirgsleuten), der 100 Mitglieder zählt und sich ausschließlich aus den Arbeitern der erzherzoglichen (Friedrich) Teschner Cameraldirection zusammensetzt. Wir haben in dem verflossenen Jahre zumindest zehn Gemeinden für uns gewonnen, wo die Bevölkerung vor den Wahlen noch gegen uns war. Der politische Verein „Wahrheit" für Bielitz-Biala, mit dem Sitz in Alexanderfeld, hat eine rege Thätigkeit entfaltet und im ersten Vereinsjahr die Mitgliederzahl von 456 erreicht.

Die Organisationen im Allgemeinen verzeichnen einen Aufschwung; die Agitation im Allgemeinen ist eine sehr beschwerliche und mangels genügender Bahnverbindung eine kostspielige.

Das polnischen Blatt „Równocz", welches seit 1. Juni 1897 zweimal monatlich erschien und seit 1. Jänner 1898 dreimal monatlich erscheint, hat eine Auflage von 1700, und betrugen die Einnahmen im ersten Halbjahre fl. 734·84½, die Ausgaben fl. 700·18. Seit dem dreimal monatlichen Erscheinen hat das Blatt einen schwereren Stand, doch im großen Ganzen hat das Blatt uns gute Dienste im Wahlkreise geleistet, insbesondere gegen die Stojalowski'sche Agitation. Damit die Agitation im Teschner Bezirke platzgreift, der sehr vernachlässigt ist und wo heute noch im Kohlenrevier ganz corrupte Verhältnisse herrschen, wurde als Erscheinungsort des „Równosz" Teschen bestimmt, welches auch als Sitz der Wahlkreisorganisation gewählt wurde, da es im Mittelpunkte des Wahlkreises liegt. In Teschen selbst wurde der politische Verein „Freiheit" mit über 100 Mitgliedern für die Bezirke Teschen und Freistadt gegründet. Es entstanden bisnun auch Anfänge zu mehreren Branchenorganisationen. Desgleichen fanden eine Wahlkreis- und drei Bezirksconferenzen statt und wurde in der Wahlkreisconferenz vom 25. März 1898 der Beschluß gefaßt, ein deutsches politisches Blatt um den Preis von 2 Kreuzer herauszugeben. Den Mangel eines deutschen Blattes in unserem Wahlkreise zeigte deutlich der einstimmige Beschluß der Conferenz.

Einen Bericht über den Freistädter Bezirk zu bringen sind wir nicht in der Lage, da jede Berichterstattung mangelt und die Organisation erst in den Anfangsstadien ist. Doch hoffen wir bis zu dem nächsten Parteitage über diesen Bezirk Erfreuliches bringen zu können.

Cassebericht der Bielitzer Bezirksorganisation vom letzten Parteitag bis 14. April 1898.

Einnahmen.		Ausgaben.	
Saldovortrag	fl. 33·63	Literatur	fl. 175·66
Literatur	„ 260·41	Versammlungskosten	„ 22·60
Beiträge der Organisation	„ 220·10	Placate und Placatiren	„ 35·10
Sammlungen bei Versammlungen und Listen	„ 108·05	Porto und Correspondenz	„ 73.02
Percent vom Widerstandsfonds	„ 4·75	Gehalte, Miethe und Verwaltung	„ 248·50
Blocks	„ 16·—	Proceßkosten	„ 15·50
Reinerträgniß von Festen	„ 34·06	Referentenkosten	„ 24·30
Diverse	„ 28·45	Saalmiethe	„ 35·—
		Delegirtenspesen	„ 29·60
		Diverse	„ 28·82
Summe	fl. 705·45	Summe	fl. 688·10
Ausgaben	„ 688·10		
Saldo am 14. April 1898	fl. 17·35		

Außer obigem Bericht hat die Bielitzer Bezirksorganisation eine Schuld per fl. 150 von den Wahlen her, welche noch unbeglichen ist.

Cassebericht der Teschner Bezirksorganisation vom 1. Juni 1897 bis 1. Jänner 1898.

Einnahmen.		Ausgaben.	
Saldo	fl. 22·71	Juni	fl. 23·70
Juni	„ 40·65	Juli	„ 57·45
Juli	„ 30·85	August	„ 35·91
August	„ 35·79	September	„ 69·74
September	„ 54·27	Deficit vom dritten Quartal	„ 2·50
October	„ 19·26	October	„ 38·39
November	„ 19·05	November	„ 12·44½
December	„ 25·76	December	„ 35·66
Summe	fl. 248·34	Ausgaben	fl. 275·76½

Außer vorstehendem Kassebericht hat die Teschner Bezirksorganisation eine Schuld von fl. 50 von den Wahlen her unbeglichen.

Mähren. In Mähren hat unsere Bewegung im verflossenen Jahre in erheblicher Weise an Umfang gewonnen, und lassen die errungenen Erfolge mit Rücksicht auf die unzulänglichen finanziellen Mittel der mährischen Organisation, welche ihre Thätigkeit fast nur in wahren Hungerdistrikten zu entfalten hat, nichts zu wünschen übrig. Der Sozialismus findet hier in Folge der elenden wirthschaftlichen Verhältnisse, in denen sich das Gros der Bevölkerung befindet, einen guten Boden. Die industriellen Arbeiter, sowie die der Hausindustrie sind begeisterte Anhänger unserer Partei, und auch der Bauer, zum weitaus größten Theile proletarisirt, ist uns nicht unzugänglich. Nach den Wahlen im Vorjahre war es vor Allem Aufgabe unserer Organisation, die Erfolge der Wahlagitation festzuhalten und in jenen Orten, wo wir Eingang gefunden, festen Fuß zu fassen. Das ist mit wenigen Ausnahmen gelungen. In Mähren bestehen gegenwärtig 10 Bezirksorganisationen mit 119 Lokalorganisationen. Der Wahlgeometrie der V. Kurie mußte Rechnung getragen und die einzelnen Organisationen eines Wahlkreises zu einer Wahlkreisorganisation zusammengefaßt werden. So bestehen deutsche Wahlkreisorganisationen im I, III., VI. und VII. mährischen Wahlkreis, welche im Berichtsjahre 7 Wahlkreiskonferenzen abgehalten haben. Bezirkskonferenzen haben 38 stattgefunden. Die Zahl der politischen Versammlungen beträgt 306, darunter 8 Meetings unter freiem Himmel und mehrere Demonstrationen ohne polizeiliche Genehmigung; 16 dieser Versammlungen wurden verboten, jedoch in der Mehrzahl derselben in Form von § 2-Versammlungen trotzdem abgehalten. Die Gewerkschaftsvereine haben 97 Versammlungen abgehalten, Bildungs- und andere Vereine zählen deren 76.

Daß bei der angeführten agitatorischen Thätigkeit die Zahl der politischen Verfolgungen keine geringe ist, wird jedem Kenner der österreichischen Rechtsverhältnisse selbstverständlich erscheinen. Die meisten Opfer forderte der § 23 Pr.-G. Wegen dieses „Deliktes" wurden 43 Genossen verurtheilt, wegen § 24 Pr.-G. 4 Genossen, wegen § 2 V.-G. 35 Genossen, wegen Uebertretung des Koalitionsrechtes 2 Genossen, 2 wegen Vergehens des § 491, Art. V, 1 wegen Vergehens nach § 303 St.-G., 1 wegen Uebertretung nach § 487 St.-G., 3 wegen Vergehens nach § 283 St. G. und 2 wegen Verbrechens nach § 122 St.-G. Gesammtstrafausmaß fl. 110 und 82 Tage, 12 Stunden Arrest. 41 Genossen wurden freigesprochen, ein Beweis für die Berechtigung der Anklagen.

Am 4. und 5. Juli tagte in Brünn trotz der behördlichen Auflösung eine Landeskonferenz der Gewerkschaftsorganisationen, zu Weihnachten eine mährisch-schlesische Handlungsgehilfen-Konferenz. Die am 1. und 2. August in Jägerndorf stattgehabte mährisch-schlesische Kreiskonferenz entschloß sich für die Beibehaltung der Landeskonferenz, da namentlich in drei Wahlkreisen Mährens, wo sich die bäuerliche und tschechische Bevölkerung in der Mehrheit befindet, an die Schaffung deutscher selbstständiger Wahlkreisorganisationen im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht geschritten werden kann. Auch an wirthschaftlichen Kämpfen mit den Ausbeutern hat es im Vorjahre nicht gefehlt. Es strikten Textilarbeiter in Brünn 2, Brüsau, Sternberg, Iglau und Oels, die Eisenarbeiter in Brünn, Mähr.-Weißkirchen, Prerau und Witkowitz, die Bergarbeiter in Ellgott und Gaya, die Schneider in Brünn und die Gerber in Trebitsch. 8 dieser Strikes waren Abwehrstrikes, 5 sind ungünstig verlaufen. Diese Lohnkämpfe erforderten einen Unterstützungsaufwand von fl. 8555·61. War auch das Berichtsjahr nicht reich an großen Aktionen unserer Partei, so wurde desto emsiger am Ausbau der Organisation und an der Aufklärung der indifferenten Bevölkerung gearbeitet. Trotzdem wurde nicht verabsäumt, zu allen wichtigen politischen Ereignissen Stellung zu nehmen und vor Allem bei jeder Gelegenheit der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrechte für das Reich, das Land und die Gemeinde Ausdruck gegeben. Auch die Lebensmittelvertheuerung und das Vorgehen unserer Gegner war Gegenstand der Tagesordnung vieler Versammlungen. Die Maifeier des Vorjahres war zufriedenstellend. Anläßlich der Jubelfeier des Jahres 1848 haben in Mähren 39 Versammlungen stattgefunden.

Eine rege Betheiligung der Genossen ist bei den Gemeinderathswahlen in den kleineren Orten Mährens zu verzeichnen, und haben diese Bestrebungen in Wiesenberg, Neutenhau, Bergstadt, Deutsch-Liebau, Goldenstein, Friedland, Gr.-Mohren, Wermsdorf, Neu-Ullersdorf, Winkelsdorf und Bautsch erfreuliche Wahlsiege zur Folge gehabt. Weniger Interesse wird der Eroberung der Leitung der Krankenkassen zugewendet. Die Gründung von Konsumvereinen wird, oft nicht mit Erfolg, leider sehr schwunghaft betrieben.

Einen sehr erfreulichen Fortschritt hat die Frauenbewegung aufzuweisen. Wenn es auch nur in Brünn gelungen ist, eine selbstständige Frauenorganisation zu schaffen, so ist überall bei den Actionen und Organisationen unserer Partei eine starke Theilnahme der Genossinnen zu verzeichnen. Bei zielbewußter Leitung und thatkräftiger Unterstützung seitens der Genossen wird der Erfolg nicht ausbleiben. Politische Wahlvereine bestehen im I., III., VI. und VII. mährischen Wahlkreise. Der politische Verein „Volksfreund" wurde aufgelöst. Die Anzahl der übrigen Vereine hier anzuführen, halten wir für überflüssig.

Unter den gegnerischen Parteien finden wir vornehmlich Nationale, Christlich-Soziale und Liberale. Mit den schmutzigsten Mitteln arbeiten die Nationalen und die Christlich-Sozialen. Namentlich die Letzteren unterhalten in Mähren eine Anzahl Pfaffenblätter, deren Hauptzweck die Verleumdung der Parteigenossen zu sein scheint. Eines derselben ist bereits an Abonnentenschwund gestorben. In Arbeiterkreisen haben nur die Christlich-Sozialen einen spärlichen Anhang. Die „nationalen" Arbeiter sind Humbug.

Landes-Parteiorgan ist der „Volksfreund". Derselbe erscheint in einer Auflage von 4200 Exemplaren. Konfiszationen wurden 13 verbrochen, und zwar sollen 5 Vergehen, 10 Verbrechen und 4 Uebertretungen begangen worden sein. Die Genossen des VI. mährischen Wahlkreises beabsichtigen die Gründung eines neuen Parteiorganes, dessen Nothwendigkeit auf das Entschiedenste bestritten werden muß.

Entschieden zu rügen ist die Lässigkeit der Genossen in Bezug auf die Berichterstattung. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die in diesem Berichte enthaltenen Ziffern noch immer unvollständig sind. Um Irrthümern vorzubeugen, wird bemerkt, daß dieselben nur auf die Thätigkeit der deutschen Parteiorganisation Bezug haben. Eine Ausnahme bildet Brünn, wo in den meisten Versammlungen deutsch und tschechisch referirt wird. Sehr unzulänglich fließen auch die Parteibeträge. Wohl ist das Elend der mährischen Arbeiter sprichwörtlich, und es fällt schwer, ihnen finanzielle Opfer für die Partei aufzuerlegen, wohl erscheint es in Anbetracht der emsigen Arbeit begreiflich, daß die eingelangten Gelder zum größten Theile im Wahlkreise selbst aufgebraucht werden. Sicher ist jedoch, daß die Parteigenossen bei einigem guten Willen für das Land und die Reichsorganisation viel mehr leisten könnten. Wir schließen unseren Bericht mit der Hoffnung, dem nächsten Parteitage wieder über einen erfreulichen Fortschritt unserer Bewegung berichten zu können. Die mährische Kreisvertretung.

Bukowina. Organisation. Die an die Gründung des allgemeinen Gewerkschaftsvereines geknüpfte Hoffnungen haben sich nicht ganz erfüllt. Die durch die sprachlichen Verhältnisse und das geringe Bildungsniveau der hiesigen Bevölkerung der Verbreitung der sozialdemokratischen Bewegung in der Bukowina entgegenstehenden Hindernisse erwiesen sich zu mächtig. Die überwiegende Anzahl des Proletariats bilden ruthenische, polnische und rumänische Feldarbeiter und Taglöhner, von denen ein großer Theil sich von den Pfaffen und den reichen Grundbesitzern bevormunden läßt. Erwägt man noch dazu, daß die politischen Behörden die Versammlungen der Arbeiter nach Möglichkeit zu vereiteln streben, daß die geringen Löhne es den Arbeitern unmöglich machen, die Reisekosten der Referenten zu bestreiten, so wird man die Schwierigkeiten ermessen, mit denen die Organisation in der Bukowina zu kämpfen hat. Trotz alledem hat die Bewegung zwar nicht an Ausdehnung, jedoch an Intensität zugenommen. Die Agitation war eine ziemlich rege. Im Jahre 1897 fanden folgende Versammlungen statt: Anfangs Jänner Versammlung der Bauarbeiter und Versammlung bezüglich der Wahlen in der Bezirkskrankenkasse; Ende Jänner in Czernowitz fünf Wählerversammlungen (Wähler der V. Kurie), in Sereth, Radautz, Suczawa, Storozynetz, Sadagora und Kotzmann je eine. Im Februar fanden in Czernowitz acht Wählerversammlungen statt. Im April acht Volksversammlungen wegen der Feier des 1. Mai, eine Versammlung der Bauarbeiter; im Mai drei Volksversammlungen in Czernowitz, je eine in Suczawa, Bojan und Sereth, endlich zwei Versammlungen der Bauarbeiter über den Strike; im Juni Gewerkschaftsversammlungen aller Ortsgruppen; im Juli in Czernowitz, Wama Gura-Humora, Sereth, Ruß-Moldawitza je eine Volksversammlung und in Czernowitz eine Bauarbeiterversammlung; im August Versammlungen des Gewerkschaftvereines und eine Volksversammlung in Czernowitz bezüglich des Gemeindewahlrechtes und eine in Eisenau; im September drei, im Oktober, November und Dezember je zwei Volksversammlungen. Im Jänner, Februar und März 1898 je drei, im April vier Volksversammlungen. Außerdem fanden mehr als 100 § 2-Versammlungen statt. Verboten wurden in Suczawa drei Versammlungen. Die Maifeier wurde sowohl 1897 als 1898 in würdiger Weise begangen. Im Jahre 1897 feierten alle Bau- und Ziegelarbeiter und von den anderen Arbeitern ein großer Theil. Die Betheiligung an der Maifeier war in beiden Jahren eine sehr starke.

Politische Verfolgungen. Zunächst sind die Opfer des Strikes der Bauarbeiter zu verzeichnen. Verurtheilt wurden je vier Arbeiter wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit zusammen zu 15 Monaten Kerker, wegen Auflaufes an 30 Personen zusammen zu sechs Monaten und drei Tagen Arrest, wegen Uebertretung des Koalitionsrechtes zu drei Wochen. Wegen Preßvergehen Geldstrafen. Die am sozialdemokratischen Parteitage Juni 1897 als Parteiorgan bezeichnete Volkspresse gewinnt immer mehr an Anhang; die Auflage beträgt 800 bis 1000 Exemplare.

Kassagebahrung. Die Einnahmen für Organisationszwecke, welche durch Blocks und Sammlungen aufgebracht wurden, betrugen fl. 714·30, denen Ausgaben in der Höhe von fl. 680·50 gegenüberstehen. Wir schließen unseren Bericht mit der Versicherung, auch fürderhin für die gute Sache nach besten Kräften zu wirken.

Erster Verhandlungstag.

Zusammentritt des Parteitages halb 10 Uhr Vormittags.

Gen. Weiguny (Linz) begrüßt die erschienenen Delegirten im Namen der Linzer Genossen und fährt fort: Der diesjährige Parteitag wird sich etwas eingehender mit der christlich-sozialen und mit der deutschnationalen Partei zu befassen haben. Sie befinden sich in einem Lande, wo man nicht so sehr von diesen Parteien, wie von der Mutter derselben, der klerikalen Partei, spricht. Diese ist in Oberösterreich die mächtigste, ja die ausschlaggebende. Sie werden aber trotz alledem von Linz den Eindruck mit sich nehmen, daß auch die sozialdemokratische Organisation in Oberösterreich eine beachtenswerthe geworden ist, die mit den übrigen Organisationen gleichen Schritt hält. Ich erlaube mir, Sie nochmals willkommen zu heißen und wünsche namens der Linzer Genossen dem Parteitag den besten Erfolg.

Gen. Popp (Wien): Es freut uns, daß die Linzer Genossen uns einen so freundlichen Empfang bereitet haben. Linz ist seit jeher als der Sitz jener Partei bekannt, die jeden Fortschritt und jede Entwicklung zu hemmen sucht. Zu der Zeit, als der Kampf gegen das Konkordat wüthete, war Linz der Sitz jener Partei, die energisch dem Bürgerthum entgegentrat. Damals hat sich gerade die klerikale Partei, die sonst immer den Mund voll nimmt, um die Autorität des Staates zu verfechten, gegen die Autorität des Staates aufgelehnt, und ich erinnere Sie daran, daß der Bischof Rudigier mit Gewalt dem Gerichte gestellt werden mußte. Hätte damals das Bürgerthum seine Prinzipien aufrecht erhalten, so hätte es das Volk auf seiner Seite gehabt. Allein das Bürgerthum schreckte vor der That, die es begonnen hatte, zurück, es hat auch damals, wie schon so oft, seine Principien verrathen und das Einzige, was es geschaffen hat, das Reichsvolksschulgesetz, ebenfalls schon preisgegeben. Der Antrag Ebenhoch, der es versucht, die Schule der Kirche gänzlich unterthänig zu machen, ist allen bekannt. Nichtsdestoweniger ist das arbeitende Volk von Linz nicht klerikal, es hat im März 1897 in der fünften Kurie sozialdemokratisch gewählt. Wir freuen uns daher, heute den Linzer Genossen unseren Gruß entbieten und ihnen für die Arbeit danken zu können, die sie geleistet haben (Bravo!), vor Allem aber dafür, daß sie es ermöglicht haben, daß die internationale Sozialdemokratie in der Hauptstadt des klerikalen Landes Oberösterreich ihren Parteitag abhalten kann. (Beifall.) Indem ich die Genossen und Genossinnen und insbesondere die die czechische Parteiorganisation vertretenden Genossen Krapka und Nemec auf das Freundlichste begrüße, eröffne ich den Parteitag.

Wahl des Präsidiums.

Ueber Vorschlag des Gen. Schuhmeier werden in das Präsidium gewählt: Julius Popp (Wien) als erster, Weiguny (Linz) als zweiter und Neander (Linz) als dritter Vorsitzender, zu Schriftführern die Genossen Winarsky (Wien), Schiller (Reichenberg) und Bichl (Graz).

Feststellung der Tagesordnung.

Gen. Popp (Wien) übernimmt den Vorsitz und theilt mit, daß die bekanntgegebene Tagesordnung nur eine provisorische sei. Hiezu ergreift das Wort

Gen. Schuhmeier: Der Parteitag hat das Recht, die vorgeschlagene Tagesordnung abzuändern. Was nun die zur Tagesordnung vorliegenden Anträge betrifft, so bitte ich Sie, den Antrag 1 der Salzburger Genossen und jenen der

Bezirksorganisation Knittelfeld, Antrag 2, abzulehnen. Ich erkläre Ihnen namens der Parteivertretung, daß wir der Frage des ländlichen Proletariats durchaus nicht ausweichen wollen, daß es aber angezeigt erscheint, nicht eher in die Diskussion einzutreten, bevor die Frage nicht spruchreif geworden ist. Uebriges wird der Referent zu Punkt 7, so weit dies möglich ist, auf diese Frage eingehen. In Bezug auf den Antrag 2 haben wir übrigens mit den steierischen Genossen vereinbart, daß diese Angelegenheit am häuslichen Herde, das heißt auf der steiermärkischen Landes-Konferenz besprochen werden soll. Gegen die Annahme der Anträge 3 und 4 hätten wir nichts zu bemerken und wäre vielleicht der Punkt 5 zu theilen: „5a die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich, 5b die deutschnationale Bewegung in Oesterreich".

Gen. Prähauser (Salzburg): Ebenso wichtig wie die Besprechung der christlich-sozialen und der deutschnationalen Bewegung ist auch die Besprechung der Agrarfrage. (Zustimmung.) Gerade die von verschiedenen Seiten ausgesprochene Ansicht, daß wir uns da vielleicht eine Blamage holen und die Vorgänge am Breslauer Parteitage haben uns bestimmt, die Sache zur Sprache zu bringen, um dem vorzubeugen, was in Breslau geschehen ist.

Vorsitzender Gen. Popp: Gen. Schuhmeier hat ja schon erklärt, daß der Frage, betreffend die Organisation und die Verhältnisse des ländlichen Proletariats nicht ausgewichen werden soll, nur soll die Frage nicht als ein eigener Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Es ist zur Tagesordnung ein weiterer Antrag noch eingelangt:

> „Der Parteitag möge gegenüber den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften eine vollständig objektive Stellung einnehmen, damit dieselben sich in unserem Sinne entwickeln können. Der Punkt soll gleichfalls als ein selbstständiger in die Verhandlungen aufgenommen werden."

Gen. Schuhmeier: Die Parteivertretung widmet auch dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit. Ich möchte Sie aber warnen, in die Erörterung dieser Frage auf einem deutschen Parteitage einzugehen, da wir bei dieser Frage doch auch die Ansicht jener Genossen hören wollen, welche auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, in Folge der Organisation nach nationalen Gruppen, nicht vertreten sind. Ich kann Ihnen überdies erklären, daß der nächste gemeinsame Parteitag sich mit dieser Frage beschäftigen wird, da dies eine gemeinsame Angelegenheit der österreichischen Sozialdemokratie ist.

Gen. Wrecinski (Stockerau) als Antragsteller bemerkt, daß er sich mit zer Erklärung des Gen. Schuhmeier zufrieden gibt und zieht seinen Antrag zurück.

Bei der Abstimmung wird die vorgeschlagene Tagesordnung mit dem vom Gen. Schuhmeier zu Punkt 5 empfohlenen Zusatze einstimmig angenommen. Es wird hierauf die vorgeschlagene Geschäftsordnung verlesen und en bloc einstimmig angenommen.

Vorsitzender Gen. Popp: Es obliegt mir noch, bevor wir in die Berathung der Tagesordnung eingehen, jener Parteigenossen zu gedenken, die jahrelang in unseren Reihen gekämpft haben, und die uns der unerbittliche Tod im letzten Jahre entrissen hat. Es sind darunter auch die Genossen Dundela aus Brünn, Jobst aus Falkenau, Johann Schatzmayr aus Villach und Josef Schiller aus Reichenberg, welch' Letzterer vor seinem Tode nach Amerika ausgewandert ist. Parteigenossen! Jedem von Ihnen werden diese Namen bekannt sein. Die verstorbenen Genossen haben seit einer Reihe von Jahren, einzelne von ihnen nahezu ein ganzes Menschenalter, in der Partei gestanden; sie haben keine Beschwerde, keine Mühe und keine Zeit gescheut, um im Dienste der Partei als Organisatoren und Agitatoren thätig zu sein. Ich glaube, daß wir das Andenken dieser Männer dadurch ehren sollen, daß wir uns von den Sitzen erheben. (Die Versammlung erhebt sich.) Gen. Hugo Schmidt (Jägerndorf) theilt in einem Schreiben mit, daß er in Folge eines erlittenen Schlaganfalles am Parteitage nicht erscheinen kann. Ich bitte Sie, dies zur Kenntniß zu nehmen.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien): Genossen! Jeder von Ihnen, der unseren alten wackeren Hugo Schmidt kennt, wird sich eines gewissen Gefühles der Ergriffenheit nicht erwehren können. Ich glaube, daß wir einmal von der unlöblichen

Gewohnheit Umgang nehmen sollen, unseren Parteigenossen, wenn sie auch jahrzehntelang — wie zum Beispiel Hugo Schmidt, der seit 30 Jahren in der Partei arbeitet — in der Bewegung stehen, niemals ein Wort der Anerkennung zu zollen. Ich glaube, daß Sie Alle mit mir einverstanden sein werden, wenn ich den Antrag stelle, es sei das Präsidium zu beauftragen, Gen. Hugo Schmidt namens des Parteitages der herzlichen Theilnahme zu versichern, unserem Bedauern Ausdruck zu geben, ihn nicht in unserer Mitte zu sehen und wünschen, daß er baldigst vollkommen hergestellt werde. (Beifall.) Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. Czech (Brünn) stellt folgenden Antrag:

> „Ich stelle den Antrag, dem in Reichenberg tagenden Kongreß der Textilarbeiter Oesterreichs auf telegraphischem Wege die Grüße des Parteitages zu entbieten."

Wird einstimmig angenommen.

Namens der tschechischen Genossen begrüßt den Parteitag

Gen. Krapka (Wien): Er beginnt in tschechischer Sprache und fährt dann deutsch fort: Werthe Parteigenossen: Im Namen der tschechoslavischen sozialdemokratischen Parteivertretung habe ich die Ehre, Ihnen heute ihren herzlichsten Gruß zu überbringen. (Beifall.) Wenn ich, verehrte Parteigenossen, mir das Wort in tschechischer Sprache genommen habe, so habe ich es deswegen gethan, weil vor einem Monate in den „Narodni Listy" stand, daß, wenn ein tschechischer Genosse auf dem Linzer Parteitage tschechisch reden wollte, er einfach hinausgeschmissen würde. (Widerspruch.) Sie haben durch Ihr jetziges Verhalten bewiesen, daß dies nicht nur selbstverständlich eine infame Lüge von diesem Journal war, sondern ein solches Vorgehen in unserer Partei überhaupt unmöglich ist. Ich bitte Sie, die Versicherung der tschechischen Genossen entgegenzunehmen, daß sie in der Kräftigung der deutschen Partei eine Kräftigung der tschechischen Partei gerade so sehen, wie die deutschen Parteigenossen in der Kräftigung der tschechischen Organisation eine Kräftigung der deutschen Organisation sehen. (Zustimmung.) Ich bitte Sie ferner, verehrte Genossen des Parteitages, die aufrichtige Versicherung entgegenzunehmen, daß wir diesem Parteitage mit dem regsten Interesse entgegensehen, und daß wir Ihnen zu Ihren Beschlüssen, wie zu Ihrer ganzen Tagung das Allerbeste wünschen. Ich schließe mit den Worten: Es lebe hoch die internationale Sozialdemokratie. (Die Versammlung bringt ein begeistertes Hoch aus.)

Gen. Hueber (Wien): In Innsbruck stehen seit Montag über 2000 Bauarbeiter im Strike. Deutsche, Italiener und Slovenen sind in der Organisation vereinigt und führen gegen das freche, protzige Unternehmerthum in Innsbruck einen gemeinsamen harten Kampf. Es liegt daher in unseren Intentionen, daß der Parteitag eine Solidaritätskundgebung beschließe, und zwar stelle ich den Antrag:

> „Das Präsidium wird beauftragt, eine telegraphische Solidaritätskundgebung nach Innsbruck an die Strikenden zu senden. Zum Beweise unserer Solidarität leitet der Parteitag sofort eine Sammlung für die Strikenden ein."

Einstimmig angenommen.

Gen. Smitka (Wien): Wir haben zuvor einen Antrag angenommen, dem Textilarbeiterkongreß eine Begrüßung zuzusenden. Ich möchte als Ergänzung beantragen, den heute in Prag tagenden Hutarbeitern ebenfalls die Grüße des Parteitages zu übermitteln. (Beifall.) Angenommen.

Ueber Vorschlag des Vorsitzenden genehmigt der Parteitag als tägliche Arbeitszeit die Zeit von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr.

Vorsitzender: Ich bitte Sie, Genossen, unnöthige Wiederholungen zu vermeiden, damit wir die Verhandlungen in der anberaumten Zeit von vier Tagen erledigen können. Sollte es nöthig werden, so müßten wir auch eine Nachtsitzung abhalten.

Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Beer, Bretschneider, Schönwälder, Ulbrich und Schatzmayr.

Es wird nunmehr zur Tagesordnung geschritten.



Bericht der Parteivertretung.

Referent Gen. Schuhmeier: Der Bericht der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und der ihr zugehörigen Wahlkreis-, respektive Landesorganisationen liegt gedruckt vor. Ich habe es daher gewiß nicht nothwendig, Ihnen darüber ein ausführliches Referat zu bringen und glaube mich in der Sache ganz kurz fassen zu können. Zunächst muß etwas, was im Berichte nicht ausgesprochen ist, hier öffentlich zum Ausdruck gebracht werden und zwar, daß der von uns auf dem letzten Parteitage gefaßte Beschluß, durch den wir eine nationale Gliederung der Partei vorgenommen haben, der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs nur zum Nutzen gereicht hat. Wenn unsere unvernünftigen Gegner nun schon seit Jahr und Tag verkünden, daß die Partei „gespalten“ ist, so können wir ihnen diese „Freude“ wohl lassen. Kaum war unser neues Organisationsstatut am Parteitage zu Wien 1897 beschlossen, säuselte es durch den Blätterwald unserer Feinde: „Seht nur, wie in Folge der sprachlichen Unterschiede der Chauvinismus in der Sozialdemokratie um sich greift.“ Wir sind uns aber klar darüber, daß, was wir am vorjährigen gemeinsamen Parteitage beschlossen haben, nur im Interesse unserer Partei geschehen ist. Das Eine mögen unsere Gegner, welcher Parteischattirung immer sie angehören, zur Kenntniß nehmen: Die Sozialdemokratie marschirt wohl sprachlich getrennt, nach wie vor wird sie aber ihre Schlachten gemeinsam schlagen. (Beifall.) Die Deutschen werden den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung in deutscher Sprache predigen, die Tschechen in tschechischer und die anderen Nationen wieder in der ihr eigenen Sprache. Der gemeinsame Kampf ist nach wie vor unsere Parole. Ich kann Ihnen auch mittheilen, daß die deutsche Sozialdemokratie durch die nationale Gliederung der Partei materiell nichts profitirt hat, weil wir nach wie vor sehr gerne bereit sind, denjenigen Nationalitäten, die uns gegenüber finanziell und organisatorisch zurück sind, mit Rath und That an die Hand zu gehen. Ich will damit sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie niemals die Absicht hatte, alle Gelder, die für die Agitation u. s. w. aufgebracht wurden, für sich allein zu verwenden.

Ueber das Einvernehmen der deutschen Parteivertretung zur Gesammtexekutive kann ich Ihnen versichern, daß die deutsche Sozialdemokratie mit der Gesammtexekutive in bester Eintracht und Harmonie lebt, daß die Genossen anderer Sprachen nach wie vor zu uns Vertrauen haben und daß sie sich in vielen Angelegenheiten mit der deutschen Parteivertretung in's Einvernehmen setzten. Wohl hat die deutsche Sozialdemokratie den Löwenantheil dessen aufzubringen, was die Gesammtparteivertretung zur Organisation braucht. Wir bringen dies Opfer gerne der gemeinsamen Sache, wir wünschen nur, daß die anderen nationalen Gruppen der Sozialdemokratie, die Czechen, Polen, Slovenen und Italiener, sich ebenso entwickeln mögen, wie sich die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich entwickelt hat.

Was nun die deutsche Sozialdemokratie selbst anbelangt, bin ich in der Lage, Ihnen mitzutheilen, daß wir im letzten Jahre im Ausbau der inneren Organisation ganz gewaltig nach vorwärts gekommen sind. Richtig ist allerdings, daß es noch Viel zu thun gibt. Die Parteigenossen der Provinz klagen immer über den Mangel an agitatorischen Kräften. Es ist ja bekannt, daß die Genossen in den großen Städten unbehelligter agitiren können, während sie in der Provinz, draußen auf dem Lande, von einer Anzahl brutaler Gegner umringt, nur langsam vordringen können. Der Mangel an unabhängigen agitatorischen Kräften macht sich nun schon seit Jahren fühlbar. Je mehr aber die Partei an Umfang gewinnt — und daß dies der Fall ist, daran zweifeln auch unsere Gegner nicht — umsomehr tritt die Nothwendigkeit an uns heran, daß unabhängige Parteigenossen draußen im Dienste der Partei wirken können. Nur eine kleine Anzahl unabhängiger Genossen ist bisher für die Partei thätig. Die Parteivertretung leistet zu ihren Bezügen einen kleinen Zuschuß. Wenn ich nicht irre, beträgt diese Summe — und zwar für das ganze Reich — etwas über fl. 170 pro Monat. Das ist für uns ein Kapital. Es ist dies gewiß nur ein Anfang, und es wird auf diesem Wege weitergeschritten werden müssen.

Ich möchte nun kurz auf die Agitation im letzten Jahre eingehen. Die

Agitation hat sich im Vorjahre hauptsächlich gegen die Regierung des Grafen Badeni einerseits und andererseits gegen die bürgerlichen Parteien gerichtet, die sich damals als besonders volksfreundlich aufgespielt haben. Wir haben in diesem Jahre des Kampfes, wo der Kampf innerhalb des Parlaments ja hauptsächlich von der sozialdemokratischen Fraktion geführt wurde, hinreichend Gelegenhei gefunden, uns agitatorisch bethätigen zu können. Sie erinnern sich gewiß Alle an die Tage, in welchen wir den Sturz des Ministeriums Badeni vorbereiteten. Unsere Parteigenossen im ganzen Reiche haben erwartet, daß, wenn die Regierung Badeni's nicht willig geht, man gegen dieses Regiment Gewalt anwenden müsse. Unsere Abgeordneten im Parlament haben diesem Zuge der Zeit so recht Rechnung getragen, indem sie am 26. November die Werkzeuge des Badeni, das Präsidium Abrahamowicz-Kramarsch, für eine weitere Arbeit gegen Recht und Gesetz unbrauchbar machten. Der Sturm auf das Präsidium hat die Massen auf die Straßen gelockt und bewirkt, daß Badeni gegangen wurde. Jene ereignißreichen und stürmischen Tage sind unser Stolz. Geschichtsschreiber, welche die Geschichte Oesterreichs von Taaffe an weiter schreiben werden, werden an den Thaten unserer Fraktion gewiß nicht mit Stillschweigen vorübergehen können, sie werden sagen müssen, daswar eine männliche, muthige That gewesen. (Beifall.) Daß auch Badeni erst dann gegangen wurde, als Proletarierblut seinetwegen geflossen war, muß zur Schande Oesterreichs konstatirt werden. Nach oben hin scheint nur die Stimme der politischen Drahtzieher zu gelten. Diesen Einflüssen ist es zuzuschreiben, daß selbst die unbrauchbarsten Regierungen mit Polizei und Militär geschützt werden, wenn das Volk an ihnen rüttelt. Ich verweise Sie darauf, daß dem Sturze Badeni's der Menschenmord vorausgegangen ist. Graz war es, wo am 20. November v. J. der Arbeiter Mlinaritsch von Soldaten erstochen wurde, und Graz war es wieder, wo am 27. November Hans und Retter von Bosniaken erschossen wurden. Am 28. war Badeni nicht mehr Ministerpräsident. Die blutigen Opfer, die in Graz gefallen sind, gehen auf das Konto der damaligen Regierung. Mit diesen Ausführungen will ich zugleich der Opfer am Parteitage in ehrender Weise gedacht haben.

Die Agitation wurde geleistet in vielen Volks-, Vereins- und § 2-Versammlungen. Eine genaue Ziffer derselben läßt sich nicht angeben. 1556 Volksversammlungen wurden in diesem Jahre bei uns angemeldet, ich bin aber überzeugt, daß diese Summe weit überschritten wurde und daß 3000 Volksversammlungen als nicht zu hoch angesehen werden können. Vereinsversammlungen erscheinen ausgewiesen 1498. Daß diese Ziffer gar nicht stimmt, geht schon daraus hervor, daß wir in Oesterreich eine riesige Anzahl von Vereinen haben, die jeden Samstag ihren Vereinsabend abhalten, so daß die angegebene Summe der Vereinsversammlungen, ohne daß man zu hoch greifen würde, zum mindesten verfünffacht werden kann.

Daß der § 2 des Versammlungsgesetzes von uns gründlich ausgenützt wird, versteht sich und ärgert unsere Gegner gewaltig. Solcher § 2-Versammlungen haben im letzten Jahre, soweit uns Meldungen zukamen, 1317 stattgefunden. Ich bin also der Ansicht, daß wir mit voller Ruhe sagen können, wir sind in diesem Jahre nicht auf der Bärenhaut gelegen. Wir haben die Agitation auch durch die Presse betrieben, und ist zu konstatiren, daß die sozialdemokratische Presse im vergangenen Jahre einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen hat. Ich verhehle nicht, daß dieser Aufschwung noch aus der Zeit der Wahlbewegung herrührt, und daß seit dieser Zeit die Auflagen wieder zurückgegangen sind. Immerhin aber ist heute die Auflage der Blätter eine größere als vor den Wahlen. Die Agitation in Oesterreich wird besorgt von 21 politischen Blättern, die nach der Angabe unserer Parteigenossen eine Gesammtauflage, das heißt wenn alle 21 an einem Tage erscheinen würden, von 125.000 Exemplaren aufweisen.

Auch auf dem Gebiete der Agitationsflugschriften wurde im verflossenen Jahre viel geleistet. Die Partei selbst hat wenig Broschüren herausgegeben, aber umsomehr hat die Erste Wiener Volksbuchhandlung in dieser Richtung gethan. Ich kann nicht umhin, die Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß es gut wäre, wenn sie ihren Bedarf bei dieser Ersten Wiener Volksbuchhandlung decken

würden, weil diese andererseits wieder dafür sorgt, daß wir mit Agitationsschriften versehen werden.

Jeder Kampf erfordert naturgemäß auch Opfer, und so hat es denn auch im verflossenen Jahre außer den Opfern, die in Graz ihren Tod gefunden haben, zahlreiche Kerker-, Arrest- und Geldstrafen gegeben. Uns wurden angemeldet 21 Monate Kerker und 1438 Tage Arrest wegen politischer Delikte. Der Paragraph 23 hat in diesem Jahre fl. 391 Geldstrafen und 106 Tage Arrest eingebracht. Wann die Regierung diesen ominösen § 23 aufheben wird, wissen wir nicht, aber das Eine können wir sagen: auf die Dauer wird er nicht aufrecht zu erhalten sein. Für diese fl. 391 hätten wir doch eine schöne Anzahl von Versammlungen abhalten können, und auch die 121 Tage Arrest fallen ja in's Gewicht, denn sie haben auch immer ziemlichen materiellen Schaden zur Folge.

Der letzte Parteitag hat die Parteileitung beauftragt, eine Aktion wegen Erweiterung des Preßgesetzes und Aufhebung des Zeitungsstempels einzuleiten. Wir sind diesem Auftrage nachgekommen, indem wir für das ganze Reich eine einheitliche Demonstration veranstalteten.

Noch ein Punkt ist es, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit besonders lenken möchte. Das letzte Jahr hatte, zwar nicht als eine Folge unserer Agitation, eine bedeutende Strikebewegung aufzuweisen. Wir wissen, daß, wenn je ein Strike verloren wird, wird das stets auf das Konto der sozialdemokratischen Partei gesetzt. Da heißt es, dies Opfer haben die sozialdemokratischen Hetzer am Gewissen. Wenn ein Strike aber gewonnen wird, schweigen die Gegner. Das sagen die Leute, die nie zu einem Strike etwas beigetragen haben. Sie maßen sich das Recht der Kritik an, ohne zu erwägen, ob der Strike nicht etwa vielleicht ein Ausbruch der Verzweiflung gewesen ist. Wir wissen, daß Arbeiter nie aus Uebermuth gestrikt haben, und es ist bedauerlich genug, daß es Strikes gibt, wo die Arbeiter den Unternehmern unterliegen.

Die Parteivertretung hat auch der Strikebewegung ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Es muß nun an die Genossen appellirt werden, daß sie bei allen Strikes, mögen sie nun Angriffs- oder Abwehrstrikes sein, doch nicht so ganz selbstständig vorgehen sollten. Die einzelnen Verbände der Industriegruppen werden fast immer vor die vollendete Thatsache gestellt. Ich kann sagen, daß auch die Parteivertretung in dieser Richtung nie um ihre Meinung gefragt wird. Wir wollen das zwar auch nicht, wir wollen aber, daß Diejenigen, die in einen Strike treten wollen, sich doch vorher an jene Korporation wenden, zu der sie dann, wenn der Strike proklamirt ist, um Unterstützung kommen. Strikes zu verhindern sind wir ebensowenig in der Lage, als sie anzuzetteln. Wenn wir aber geben sollen, so wollen wir, daß uns auch das Recht zuerkannt werde, zu prüfen, ob der Zeitpunkt zum Losschlagen geeignet ist und ob es überhaupt gerechtfertigt ist, so vorzugehen.

Erlauben Sie mir nun, mit wenigen Worten von dem Parteisekretariat zu sprechen. Wenn Jemand eine Beschwerde über das Parteisekretariat vorzubringen hat, bitte ich, das mit mir persönlich auszumachen. Bisher ist mir allerdings keine Beschwerde zugekommen, außer vielleicht, daß sich Jemand darüber beschwerte, daß er die Briefe des Parteisekretärs nicht lesen könne. (Heiterkeit.) Es kommt manchmal wohl auch vor, daß der Parteisekretär einen Brief nicht postwendend, sondern erst nach einigen Tagen beantwortet. Das ist besonders dann der Fall, wenn er auf Agitation ist. Ich bitte daher, einige Nachsicht zu haben, umsomehr als wir bisher kein ganzes Parteisekretariat hatten. Die deutschen Parteigenossen haben sich in puncto Ordnung und enger Fühlungnahme mit der Partei nicht allzusehr angestrengt. Das wird hoffentlich in Zukunft anders werden, wenn zum Parteisekretär ein Genosse gewählt wird, der weiter nichts zu thun hat, als die Geschäfte des Parteisekretariats zu besorgen. Ich bin zu zwei Dritteln Redakteur der „Volkstribüne" und nur ein Drittel Parteisekretär. Ich möchte mit dem Wunsche schließen, daß wir im künftigen Jahre unsere Organisation weiter ausbauen im Interesse der Partei und der Allgemeinheit. (Beifall.)

Referent Gen. Dr. Ellenbogen: Ich bin nicht in der Lage, über interessante Dinge zu berichten, ich werde mich aber bemühen, Ihren Beifall durch die Kürze meines Referates zu erwerben. Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß im heurigen Berichte nicht eine detaillirte Darstellung der Einkünfte der Partei-

vertretung aus den verschiedenen Orten abgedruckt ist. Es ist dies darum geschehen, weil diese Ziffern ein ganz falsches Bild über die Einkünfte bieten. Ich habe die Ziffern hier und stelle sie Jedem zur Verfügung. Es wird Sie wundern, zu hören, daß zum Beispiel eine so kleine Organisation wie Aussee in diesem Jahre fl. 45, Ebensee sogar fl. 57 und daß eine so große Organisation wie Klagenfurt in dem ganzen Jahre nur fl. 10 abgeliefert hat. Es geben diese Ziffern aber darum ein ganz falsches Bild, weil sie nicht die Einkünfte aus den Sammlungen mit Blocks darstellen. Wie schon aus den Bemerkungen, die ich im allgemeinen Berichte gemacht habe, zu entnehmen ist, ist das Blockwesen vollständig in der Deroute. Auf diese Weise sind nur sehr geringe Beträge eingeflossen. Von den ganzen fl. 7873, welche bei der Parteivertretung eingelaufen sind, dürften kaum fl. 1800 auf dem Wege der Blocksammlungen eingegangen sein. Daraus geht hervor, daß die Frage der Parteisteuer dringend einer Regelung bedarf Ich habe Ihnen noch mitzutheilen, daß von diesen fl. 7800 fl. 179 aus dem Auslande eingeflossen sind, und daß etwa fl. 160 auf dem Wege außerordentlicher Einnahmen eingegangen sind, alles übrige entweder durch Blocks oder auf dem Wege von Privatsammlungen in den Werkstätten u. s. w.

Indem ich Ihnen nochmals die Frage der Regelung der Parteisteuer an's Herz lege, und der Ansicht Ausdruck gebe, daß schon der heurige Parteitag diese Regelung wird herbeiführen müssen, betrachte ich es als meine Pflicht, Sie noch in letzter Stunde aufzufordern, in Zukunft etwas eifriger bei den Sammlungen für die Parteikasse zu sein. (Beifall.)

Gen. Indra (Gmunden): Wenn man unsere klerikalen Blätter in Oberösterreich zur Hand nimmt, so kann man darin lesen, daß unsere Agitatoren ja Alle sehr gut bezahlt sind, denn hinter uns stehen die reichen Millionäre und alle reichen Juden. (Heiterkeit.) Hier hören wir aber, daß monatlich nur fl. 170 zur Unterstützung der Agitatoren auf dem flachen Lande ausgegeben werden. (Rufe: Im ganzen Reiche!) Es mag sein, daß der Agitation damit gedient wird, wenn die Leute unterstützt werden, aber die Hauptsache bleibt immer die Agitation am Biertisch. Wir müssen nur das Wachsthum abwarten, wir werden bald in jedem Dorfe einen bäuerlichen Agitator haben. Geld wird uns nicht viel helfen, das haben die Anderen weit mehr als wir. Wir werden mit geringen Mitteln, ja ohne Mittel weit mehr leisten, als die Anderen mit Millionen.

Gen. Dr. Czech (Brünn): Bekanntlich wurde über Beschluß des letzten Parteitages die Parteivertretung aufgefordert, in diesem Jahre über ihre Thätigkeit auf dem Gebiete der Frauenorganisation und der Frauenbewegung Bericht zu erstatten. (Rufe: Steht im Bericht.) Das genügt nicht. Es heißt darin nur, daß die Frauenkonferenz beschickt wurde, und daß man hoffe, dieselbe werde die erwarteten Erfolge bringen. (Ruf: Das ist genug.) Ich bin anderer Anschauung. Die Frauenkonferenz wurde von den Genossinnen veranstaltet, die Parteivertretung soll aber berichten, was sie zur Unterstützung der Genossinnen gethan hat. (Ruf: Das ist eine Frage des Gesammtparteitages.) Ich stehe nicht auf diesem Standpunkt, sondern glaube, daß die Organisation der deutschen Frauen eine Frage des deutschen Parteitages ist.

Gen. Köhler (Haindorf): Ich habe im Trautenauer Bezirk die Erfahrung gemacht, daß es dort sehr nothwendig ist, unabhängige Agitatoren aufzustellen. Wenn ein Unternehmer erfährt, daß Einer agitirt, wird er sofort hinausgeworfen und in vielen Fällen wird er sogar ausgewiesen. Gerade in jenen Gegenden aber, wo die nationale oder die christlich-soziale Bewegung ungeheuere Wogen schlägt, ist die Agitation von besonderem Werth. Mit den Ausführungen des Gen. Indra, die Agitation am Biertische zu betreiben, ist der Redner nicht einverstanden.

Genossin Beutelmaier (Linz): Auch ich erlaube mir an die Parteivertretung die Anfrage, in welcher Weise sie die sozialistische Frauenbewegung unterstützt hat und insbesondere, welche Unterstützung sie dem sozialistischen Frauenkongreß angedeihen ließ. Ein Beschluß des letzten Parteitages ging ja dahin, daß die Frauenorganisation so viel als möglich unterstützt werden solle.

Gen. Schuhmeier: Was zuletzt angezogen wurde, ist gewiß ernster, als Sie denken, und die Parteivertretung hat die Frauenorganisation sehr ernst aufgefaßt. Auf mich macht es aber immer einen eigenthümlichen Eindruck — verzeihen

Sie, wenn ich frei von der Leber spreche — wenn irgend ein lediger Genosse zur Parteivertretung kommt und fragt: Was habt Ihr für die Frauenorganisation gethan? (Heiterkeit.) Ich hebe dies deshalb hervor, weil hier eben zwei verschiedene Ansichten über die Frauenorganisation bestehen. (Widerspruch.) Genosse Czech war schon am vorigen Parteitage so liebenswürdig, die Frage aufzurollen und er thut es heuer wieder. Heuer bin ich aber in der angenehmen Lage, mittheilen zu können, daß die Parteivertretung in der That in der Frage der Frauenorganisation etwas gemacht hat. (Beifall.) Wir haben agitirt für die Organisation der Sozialdemokraten, also auch für die der sozialdemokratischen Frauen. Weiters wurde heuer zu Ostern eine sozialdemokratische Frauenkonferenz abgehalten, an deren Zustandekommen die Parteivertretung auch nicht ganz unschuldig ist. Die Parteivertretung hat — ich war nicht dabei — an den Berathungen theilgenommen. Mehr, glaube ich, konnte nicht geschehen. Wenn Gen. Dr. Czech der Meinung ist, daß mehr hätte geschehen, können dann möge er so freundlich sein, uns diesbezügliche Vorschläge zu machen, wir werden sie prüfen und sehen, ob sich die Organisation der Frauen weiterbringen läßt.

Die Genossin Beutelmaier wollte wissen, wie wir die Frauenorganisation unterstützt haben. Die Frauen sind an uns nur einmal herangetreten, und zwar vor dem Stattfinden der Frauenkonferenz. Die Parteivertretung hat in mehreren Sitzungen über die Anträge der Frauenorganisation berathen — mehr hat sie allerdings nicht gethan. Aber ich konstatire ruhig, daß von uns auch nicht mehr verlangt wurde.

Nun wird man gewiß einzelnen Genossen den Vorwurf machen, daß sie der Frage zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Ich sagte schon vorhin, daß es über die Frauenorganisation zwei Ansichten gibt: Die ledigen Sozialdemokraten urtheilen anders, und die verheirateten urtheilen wieder anders. (Heiterkeit und Widerspruch.) Dr. Adler und andere Genossen, sagen Sie nicht Oho. Ein lediger Mensch, der keine Familie hat, der vom Familienleben keinen blassen Begriff hat, kann leicht für die Organisation der Frauen schwärmen; ein Verheirateter beurtheilt das doch von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus. (Neuerlicher Widerspruch.) Damit ist nicht gesagt, daß die Verheirateten nicht wünschen, daß die Frauen organisirt werden, sondern daß ein Theil der Genossen kühler in der Frage denkt, während ein anderer Theil himmelstürmend vorgehen will. Die Organisation der Frauen ist gewiß eine schwere Arbeit für die Partei, und wird nur in der Weise vor sich gehen können, daß Männer und Frauen einer gemeinsamen Organisation angehören. Ich weiß, daß ich hiemit eine große Gelegenheit zum Angriff gegeben habe, doch ich scheue ihn nicht. Sie werden gewiß auch nicht behaupten können, daß jene, welche dieser Ansicht sind, schlechtere Sozialdemokraten seien als die anderen.

Gen. Muhitsch (Graz): Die Parteivertretung hat die Agitation zur Aufhebung des Zeitungsstempels nicht im geeigneten Momente in's Auge gefaßt. In dem Momente, wo die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Parlamente geschleppt wurden, in einem Augenblicke, wo jede gesetzgeberische Arbeit unmöglich war, tritt die Parteivertretung an uns heran, um im ganzen Reiche für die Aufhebung des Zeitungsstempels zu agitiren. Ebenso hat die Parteivertretung auch in der Frage der Lebensmitteltheuerung gewartet, bis sie von den Genossen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dagegen Stellung genommen werden sollte. Der steiermärkische Kreisausschuß hätte in dieser Angelegenheit verschiedene Beschwerden vorzubringen. Die Parteivertretung möge in Zukunft eine Action im geeigneten Momente einleiten.

Gen. Petersilka (Wien) beantragt, die berührte Frage der Frauenorganisation bei Punkt „Organisation" zu behandeln. Wird angenommen.

Gen. Dr. Adler vertheidigt die Parteivertretung gegen Gen. Muhitsch, daß die Aktion bezüglich des Zeitungsstempels nicht zur geeigneten Zeit in Angriff genommen worden sei. Es ist für die Parteivertretung wie für jede exekutive Körperschaft schwer, ihre Aktionen für längere Zeit im vorhinein zu bestimmen. Eine solche Aktion muß aber vorbereitet werden. Wir sind bei einer Sitzung der Gesammtexekutive im October zusammengekommen und haben gesagt, in vier Wochen möge diese Aktion stattfinden. Niemand von uns hat eine Ahnung davon gehabt,

daß sich gerade zu der Zeit diese Ereignisse im Parlamente abspielen werden. Wenn die Vertreter der steiermärkischen Genossen bei uns gesessen wären, hätten sie uns auch nicht sagen können, was sich Ende November ereignen wird. Um diese Aktion etwas eindringlicher zu gestalten, wurde vom Sekretariat auch eine Menge Material in die Provinz verschickt, damit die Referenten auch Ziffern und Thatsachen vorbringen können. Das war auch nicht von heute auf morgen zu machen. Daß wir aber die Aktion im letzten Moment hätten absagen sollen, werden wohl auch die Grazer Genossen nicht wünschen. Daß also unsere Aktion gegen den Zeitungsstempel durch die politischen Ereignisse, die sich damals zufällig zugetragen haben, ersäuft wurde, ist ein Unglück, das jeder Aktion passiren kann, für das aber wir nichts können.

Ich halte mir vollkommen vor Augen, daß wir jetzt über die Frauenfrage nicht zu sprechen haben, halte es aber für kein Unglück, wenn die Haltung der Parteivertretung und des Parteitages in dieser Angelegenheit auch bei diesem Punkte recht scharf zum Ausdruck kommt, und wenn diese so wichtige Frage, welche ungefähr die Hälfte aller unserer Genossen, jedenfalls die Hälfte der Arbeitenden überhaupt betrifft, bei einem anderen Punkte schließlich noch einmal zur Besprechung gelangen sollte. Ich möchte nicht — ich sage es offen — daß die Anschauungen, welche Gen. Schuhmeier hier ausgesprochen hat, als Anschauung der Parteivertretung überhaupt angesehen werden. (Beifall.) Es ist wahr, die Parteivertretung hat der Organisation der Frauen lange Jahre bisher und auch in diesem Jahre nicht jene Aufmerksamkeit schenken können, welche die Sache verdient hätte. Dieses Bekenntniß ist keine Schande für uns, denn wir waren nicht faul und haben die Frage auch durchaus nicht unterschätzt. Wir hatten aber so viel mit den Männern zu thun, und es ist so schwer, gerade die Angelegenheit der Frauen anzufassen, daß wir vollständig entschuldigt sind, wenn wir nicht mehr gethan haben als wirklich geschehen ist. Aber die Meinung darf nicht entstehen, als ob die Parteivertretung glauben würde, man könne oder solle die Agitation unter den Frauen nicht mehr befördern, als es bisher geschehen ist.

Wenn Schuhmeier hier gesagt hat, es bestehe ein Unterschied der Anschauungen zwischen ledigen und verheirateten Genossen, so sind das — Genosse Schuhmeier möge entschuldigen — Flausen. — Wenn es wirklich einmal dazu kommen sollte, daß wir die Anschauungen, die wir über die Taktik der Partei haben, abhängig machen sollen von dem Zivilstande der betreffenden Parteigenossen, dann brauchen wir kein Programm, dann überlassen wir jeden Einzelnen den persönlichen Eindrücken, welchen er im Privatleben ausgesetzt ist. Ich bin überzeugt, daß Gen. Schuhmeier die Sache auch nicht so scharf ausdrücken wollte, wie es herausgekommen ist. Er wollte wahrscheinlich sagen, daß die verheirateten Frauen schwerer in die Organisation einzubeziehen sind als die ledigen, und daß die verheirateten Männer nicht geneigt sind, auf die Arbeiterfrau in dem Maße im Hause zu verzichten, um es ihr zu ermöglichen, in der Organisation thätig sein zu können. Aber von diesem Hindernisse, das thatsächlich besteht, dürfen wir uns nicht so befangen lassen, daß wir in den philiströsen, durchaus kleinbürgerlichen, durchaus reaktionären Gedanken verfallen (Beifall), daß die Proletarierin auch weiter zurückbleiben soll, nicht einmal in ihrem Ideenkreise aus dem Sklavenverhältnisse nicht nur dem Unternehmerthum gegenüber, sondern auch aus dem häuslichen Sklavenverhältnisse herauskommen zu können. (Zustimmung.) Wenn die Frau nicht ihre Pflicht in der Parteiorganisation thut, so ist der Mann daran schuld; und gerade wir verheiratete Männer haben in allererster Linie die Pflicht, die Frau, die uns am nächsten steht, aufzuklären und der Organisation zuzuführen. Das wollte ich sagen und das meint auch die Parteivertretung in ihrer Gesammtheit. (Beifall.)

Gen. Müller (Graz): Wir in Steiermark haben eine etwas größere Frauenorganisation; die Frage ist daher für uns wichtig. Uns kann es sich nur darum handeln, zu wissen, was in Zukunft zu geschehen hat, und nicht so sehr darum, was die Parteivertretung in der Sache bis heute gethan hat.

Die Debatte über den Bericht der Parteivertretung wird geschlossen.

Gen. Elderſch (für die Kontrole): Wir haben die uns nach dem Parteistatut zustehenden Funktionen als Kontrolore erfüllt. Wir haben gegen die

Thätigkeit der Parteivertretung und gegen die Funktion des Kassiers keine Beschwerde vorzubringen. Bemerken muß ich jedoch, daß die Mittel, welche der Parteivertretung zur Verfügung stehen, im Verhältnisse zu der Arbeit, die zu leisten nothwendig wäre, zu klein sind. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Gen. Indra, daß man auch ohne Mittel etwas leisten kann. Der Agitator, der auf das Land hinausfährt, kann nicht von der Luft leben, er kann auch ohne Geld keine Eisenbahnfahrt machen. Da genügt die bloße Begeisterung nicht. Es ist nothwendig, daß für die Aufbringung der Geldmittel mehr gethan wird, dann kann von der Parteivertretung auch mehr verlangt werden. Heute müssen aus den Mitteln der deutschen Parteikasse auch die polnische, die italienische und andere kleinere Organisationen unterstützt werden. Ich beantrage namens der Kontrole, der Parteitag möge der Parteivertretung und dem Parteikassier das Absolutorium ertheilen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Es wird hierauf zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen.

a) Parteitaktik.

Referent Gen. Dr. Adler: Parteigenossen und Genossinnen! Die Parteitaktik ist eine Angelegenheit der Gesammtpartei. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich nicht eine besondere Parteitaktik hat, es versteht sich von selbst, daß die einzelnen nationalen Gruppen, die sich auf dem letzten Parteitage eine eigene selbstständige Organisation gegeben haben, so wie sie von demselben Programme ausgehen, so auch über die Richtung, die sie einhalten, vollständig einig sind. Es versteht sich daher, daß ich nicht in der Lage bin und sein kann, die Parteitaktik unserer speziellen Organisation von der Parteitaktik der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich überhaupt irgendwie loszulösen und gesondert zu behandeln. Andererseits ist es aber doch nothwendig, daß jede nationale Gruppe die Parteitaktik auch auf ihrem eigenen Parteitage einer Erörterung unterziehe und daß eine Kritik und Beurtheilung möglich sei, ob die Taktik, die von der Partei im verflossenen Jahre eingeschlagen wurde, dem Gesammtinteresse und den Prinzipien der Partei entspricht.

Wir haben in Oesterreich ein Jahr hinter uns, das uns eine Fülle von politischen Ereignissen bot, wie nicht leicht ein gleicher Zeitraum der österreichischen Geschichte. Ich erinnere daran, daß genau zu der Zeit, wo wir im vorigen Jahre am Parteitage in Wien beisammen waren, jener Geheimerlaß des Badeni, welcher die Behörden informirte, in welcher Weise sie Versammlungen zu behandeln haben, in der „Arbeiterzeitung“ und in einigen bürgerlichen Blättern erschienen ist. Es ist also genau ein Jahr seit dem Höhepunkt des Regiments Badeni verflossen. Die Partei hat sich während dieser Zeit in ganz eigenthümlichen Verhältnissen befunden. Seitdem es im Parlamente sozialdemokratische Abgeordnete gibt, ist es selbstverständlich, daß alle Aktionen der Partei nicht allein von den Massen außerhalb des Parlaments und ihren Vertrauensmännern, sondern in weit ausdrucks- und nachdrucksvollerer Weise im Parlamente zur Geltung kommen.

Ich möchte hier vor allem Eines konstatiren: Was unsere Abgeordneten im Parlamente gemacht haben, ist nicht nur entsprechend ihrer eigenen Ueberzeugung als Abgeordnete, sondern ist durchaus das Produkt der mit der Parteivertretung vereinbarten Taktik, ist durchaus das Produkt der Ueberzeugung der Gesammtvertretung der Partei selbst. Wir stehen zu unseren Abgeordneten in einem wesentlich anderen Verhältnisse als alle oder die meisten bürgerlichen Parteien. Wenn ich das von vornherein so fest ausspreche und unterstreiche, so geschieht dies darum, weil ich möchte, daß die Genossen wissen und sich einprägen, daß sie und jeder Einzelne von ihnen auf die Haltung unserer Fraktion den Einfluß haben, den jeder Genosse überhaupt auf die Haltung der Partei zu üben hat. Es war in diesem Jahre nicht sehr leicht, in jedem Momente die Haltung der Partei zu bestimmen und insbesondere war es schwer, weil die Bilder, denen wir gegenübergestanden sind, so rasch und unvermittelt gewechselt haben. Als wir das letzte Mal beisammen waren, war ungefähr die erste Periode der Obstruktion zu Ende. Unsere Partei hat von vorneherein gegen das Regime Badeni den heftigsten Kampf geführt und zwar schon zu einer Zeit, wo die bürgerlichen

Parteien, und zwar dieselben bürgerlichen Parteien, die seither eine so heftige Opposition betreiben, sich gegenüber demselben noch in einer sehr liebenswürdigen Haltung befunden haben. Wir haben uns über den wahren Charakter des Regimentes Badeni nicht einen Augenblick lang täuschen lassen. Die Sozialdemokraten haben den Badeni von Anfang an als einen wirklich feudalen mit allen Salben geschmie ten polnischen Kavalier betrachtet und haben gewußt, daß sie von ihm alles zu erwarten haben, nur nicht etwas, was dem Volke förderlich ist. Dieses Erkenntniß ist den bürgerlichen Parteien erst erwachsen, als die Sprachenverordnungen herausgegeben wurden. Von diesem Momente an sehen wir das Bürgerthum in einer Bewegung, die allerdings erfreulich sein könnte, wenn wir blos die Energie dieser Bewegung in's Auge fassen, wenn wir nicht zugleich auch das Ziel dieser Bewegung betrachten.

In einem Lande, wie Oesterreich, wo das Proletariat am meisten darunter zu leiden hat, daß das Bürgerthum gelähmt ist, daß es sich niemals zu einer entschlossenen Handlung hat aufraffen können, in einem Lande, wo das Bürgerthum das Werk, das vor 50 Jahren begonnen wurde, niemals zu Ende geführt hat und wo es nicht einmal jene Stufe der Entwicklung erklommen hat, die eine europäische ist, in einem solchen Lande müßte man es eigentlich mit Freude begrüßen, daß sich im Bürgerthum endlich einmal etwas regt, was wie Muth, was wie Entschlossenheit und wie Unbeugsamkeit aussieht. Wir haben gar kein Interesse daran, daß unsere Gegner niedrige Menschen sind, daß die Leute, mit denen wir zu kämpfen haben, schwächliche, unbrauchbare, culturwidrige Organismen sind, wir haben gar kein Interesse daran, daß das Bürgerthum von seinen Vertretern selbst preisgegeben wird der rücksichtslosen Herrschaft des Feudaladels. Wir haben vielmehr ein sehr großes Interesse daran, daß dieses Oesterreich ein modernes Land werde und darum könnte man die Hoffnung haben, konnte sie haben, möchte ich sagen, daß aus der deutschnationalen Bewegung, aus der Erregung, die wir vor uns gesehen haben, sich etwas Vernünftiges — nicht vernünftig für uns, sondern vernünftig für das Bürgerthum — entwickeln werde.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt müßte für uns maßgebend sein. Es ist selbstverständlich, daß die prinzipielle Haltung der Sozialdemokraten gegenüber einer jeden Regierung, mag sie heißen, wie sie wolle, und mag sie welcher Partei immer angehören, nur diktirt werden kann von dem Interesse des arbeitenden Volkes, also den energischesten Widerstand gegen die Herrschaft der besitzenden Klassen, deren Geschäftsträger, deren Bediente, derer ausführendes Organ eine Regierung sein muß, in sich begreift. Die Haltung der Partei muß von diesem Gesichtspunkte aus immer dieselbe bleiben. Ich kann mir heute nicht eine Regierung vorstellen, mit der die Sozialdemokraten irgend wie zufrieden sein könnten, und ich sage es offen, ich mache den bürgerlichen Regierungen gar keinen Vorwurf, dass sie nicht sozialdemokratisch sind. Das ist gar nicht möglich, und wir begreifen ja das Wesen aller geschichtlichen Entwicklung als Kampf zwischen den Klassen und wir begreifen sehr gut, daß die bürgerlichen Parteien nicht unsere Geschäfte besorgen können, auch nicht, wenn sie an der Regierung sind. Wir müssen aber trotzdem einen sehr scharfen Unterschied in unserer Haltung gegenüber den verschiedenen Regierungen machen. Es ist zwar in Oesterreich unwahrscheinlich, aber es wäre doch eine Phantasie, die realisirbar wäre, daß es auch in Oesterreich eine Regierung geben könnte, die, wenn auch nicht die speziellen Interessen der Arbeiterklasse, so doch das Gesammtinteresse aller Klassen in Oesterreich im Auge hat, die nämlich nach einem vernünftigen Fortschritt in der Kultur, nach einer vernünftigen Entwicklung Oesterreichs zu einem modernen europäischen Zustande strebt. Wenn aber eine Regierung das nicht nur nicht ist, sondern wenn sie auch noch in dem Sinne reaktionär ist, daß sie das Land auf Entwicklungsstufen zurückwirft, die bereits überwunden sind, wenn eine Regierung wegen augenblicklicher Interessen jenen alten nationalen Streit zu der Höhe entfacht, wie wir es gesehen haben und wie dies die Regierung des Badeni gethan hat, wenn sie dazu nicht nur ungeschickte, sondern auch Mittel anwendet, die verwerflich sind, nicht nur vom politischen, sondern selbst vom moralischen Standpunkte, wenn wir sehen, daß eine Regierung das Volk und seine Vertretung direct korrumpirt, und wie diese Regierung das Land in einen Zustand voll-

ständiger Ohnmacht hineinführt, dann ist es gerechtfertigt, daß die Partei mehr thut, als sie gegenüber jeder anderen Regierung thut, daß sie sagt, hier liegt nicht nur die Gesammtschuld der besitzenden und herrschenden Klassen vor, sondern hier liegt das spezielle Verbrechen einer Bande vor, welche in speziellen Handlungen volksfeindlich auftritt. Es war also nothwendig — und ich brauche ja die Ereignisse nicht aufzuzählen — daß die Sozialdemokratie dem Regimente des Badeni mit weit größerer Energie sich entgegenstellte, als bisher jeder anderen bürgerlichen Regierung.

Die Sache war durchaus nicht leicht. Wenn es sich bloß um Opposition handelt, wenn es sich bloß darum handelt, außerhalb des Parlaments, in den Provinzen und überall in der Oeffentlichkeit unsere Abneigung gegen eine Regierung zum Ausdruck zu bringen, wenn es sich bloß darum handelt, das Urtheil der Arbeiterschaft klar zu machen, kurzum wenn es sich nur um Dinge handelt, wozu Muth und Opferwilligkeit gehört, so war die Sozialdemokratie zu allen Zeiten in der Lage, diesen Kampf sehr energisch und mit Erfolg zu führen. Diesmal hat es sich um etwas anderes und um Eines mehr gehandelt. Dadurch, daß die nationale Frage den Ausgangspunkt der Kämpfe im Parlament gebildet hat, dadurch weiter, daß unser Verband im Parlamente ein internationaler Verband ist, mußte die Schwierigkeit entstehen, daß nicht die große Masse der Genossen, daß nicht die Welt meine, daß die Sozialdemokratie die Geschäfte einer nationalen Partei in Oesterreich besorge. Es war naturgemäß, daß die Opposition, welche sich von Wolf und Schönerer über unsere lieben alten Liberalen hinweg bis zu den Christlich-Sozialen erstreckte, die Mithilfe der Sozialdemokraten im Parlamente sehr gerne in Anspruch genommen hat, ja daß sie wiederholt das Ansinnen gestellt hat, die Sozialdemokraten mögen, und haben die Verpflichtung dazu, ihren speziellen nationalen Parteizwecken dienen. Es möge Ihnen ein Beweis dafür, daß diese Wünsche niemals in Erfüllung gegangen sind, sein, daß wir im Parlament und außerhalb desselben internationale sozialdemokratische Politik getrieben haben, daß der internationale Verband im Parlamente und die Exekutivkomités aller sozialdemokratischen Parteien außerhalb des Parlaments, sowie die große Masse unserer Genossen von Eger bis Lemberg und von Aussig bis Triest in allen diesen Kämpfen vollständig geschlossen aufgetreten sind, daß es sich also nicht um eine nationale Frage gehandelt hat. Es hat sich uns wirklich um weit mehr gehandelt. Wenn wir Sozialdemokraten Ursache haben, uns etwas einzubilden, uns als die einzige Partei in Oesterreich zu bezeichnen, die wirklich eine Zukunft hat, so ist dies auf Grund der Thatsache, daß wir in diesen schweren nationalen Kämpfen, die auch für die Arbeiter sehr viel Verlockendes hatten, eine brüderlich geeinigte, in jedem einzelnen Schritt zusammengehörige und zusammenmarschirende Partei geblieben sind. (Zustimmung.)

Ich muß hier auch über den Wendepunkt in dem Vorgehen der Partei einige Worte sprechen. Die Sozialdemokraten haben im Parlament und außerhalb desselben, so lange es sich um eine Obstruktion wegen der Sprachenverordnungen handelte, eine abwartende Haltung eingenommen. Wir können die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, die nationale Frage zu ordnen, nur als ein Unglück für unser Land und auch für die Arbeiterschaft ansehen, aber wir sind nicht in der Lage, hier zu vermitteln, wir sind nicht in der Lage, ihnen ihren Streit ausfechten zu helfen. Als es sich aber zeigte, daß man im Parlament über diese nationale Frage hinausgegangen ist, als Badeni den ungarischen Ausgleich, an dem die Arbeiterschaft in Oesterreich ein gewaltiges Interesse hat, im Parlament durchdrücken wollte, als man die Geschäftsordnung und die Verfassung mit Füßen getreten hat, da war die Rolle der Sozialdemokraten nicht mehr die eines Zuschauers, sondern da war es geboten, daß auch sie aktiv eintraten, und daß sie es mit Erfolg gethan haben, darüber brauche ich wohl nicht viele Worte zu verlieren. Es hat sich im Herbst noch eine weitere Wendung begeben. Gen. Schuhmeier sagte, als im Parlament die Geschäftsordnung durch die Kramarsch und Abrahamowicz zerrissen war, als die Revolution von oben zur Thatsache geworden war, da erwartete die Partei und die Massen überall, daß der parlamentarische Verband der Sozialdemokraten die Aktionen unterstützen werde. Ich glaube nun, es ist nothwendig, daß wir hier einmal erklären, wie wir außerhalb des Parlaments

jenen Sturm auf die Tribüne des Reichsrathes aufgefaßt haben. Es ist nothwendig, daß wir sagen, ja, die Sozialdemokraten haben in dieser Sache mehr geleistet, als alle bürgerlichen Parteien zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann es Ihnen als Augenzeuge berichten, daß die ganze Opposition, sämmtliche bürgerlichen Parteien dem Antrage Falkenhayn gegenüber zu einem mannhaften Auftreten entschlossen waren, nämlich — zur Erlassung von Protesterklärungen (Lebhafte Heiterkeit) und zum Verlassen des Hauses unter Protest. Das hätte uns nicht genügt, das hätte die Arbeiterschaft in Oesterreich nicht begriffen. Sie erwartete von ihren Vertretern, daß sie dem Lande und ganz Europa zeigen: Hier ist ein Verbrechen begangen worden (Lebhafte Zustimmung), hier gibt es kein Parlament mehr. Die Sozialdemokraten mußten zeigen, daß die Gesetzlichkeit dieses Parlaments nicht mehr existirt, daß der Rechtsboden dieses Parlaments durchbrochen ist und daß man es mit einer Horde von Uebelthätern zu thun hat, nicht aber mit einer gesetzlichen und zur Gesetzgebung berufenen Vertretung. Und um dies aller Welt zu zeigen und darüber nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen, daß sich das Land in der offenen Revolution befinde, daß diese Revolution von Jenen gemacht worden ist, welche die Hüter der Gesetze sein sollen, darum wurden Diejenigen, welche das Parlament nach Außen zu vertreten haben, das Präsidium des Parlaments, von den Sozialdemokraten zur Thüre hinausgeworfen.

Unsere Gegner sind sehr geneigt und waren es immer, diese Politik als eine Radaupolitik anzusehen. Die Sozialdemokraten sind nichts weniger als Radaupolitiker; im Gegentheil, es gibt keine Partei, welche in ihren eigenen Reihen, wie auch nach außen hin so strenge auf die Erfüllung der Gesetze hält, wie die sozialdemokratische, und wir haben auch heute dazu alle Ursache. Wir haben alle Ursache dazu, wenn wir uns daran erinnern, daß die Verfolgungen und Bedrückungen der Arbeiterschaft nicht nur Gesetzen entspringen, die aus der Klassengesetzgebung hervorgegangen sind, sondern daß sie auch der Uebertretung und Verletzung dieser Gesetze im Interesse der Besitzenden entspringen. Wir haben das Verdienst, sehr viel zur Herbeiführung eines gesetzlichen Zustandes in Oesterreich beigetragen zu haben. So sehr wir wissen, wie viel Macht wir haben, so kennen wir doch die Grenzen unserer Macht sehr genau, und es fällt uns durchaus nicht ein, an einen rohen Kampf zu appelliren. Wenn die Sozialdemokraten einen Schritt gethan haben, der in der Geschichte gerade unserer Partei vollständig unerhört ist, so war das nicht Radaupolitik, sondern war gerade umgekehrt, eine Politik zur Wahrung des Gesetzes, zur Wahrung jener Verfassung, die heute einmal besteht, die wir wohl nicht gemacht haben, die wir nicht aufrecht zu erhalten wünschen, von der wir vielmehr wünschen, daß sie so bald wie möglich verschwinde und einer volksthümlichen, demokratischen Verfassung Platz mache, von der wir aber, so lange sie besteht, wünschen müssen, daß sie nicht zu Gunsten der Junker und Pfaffen verletzt und mit Füßen getreten werde. (Lebhafter Beifall.)

Mit dem Vorgehen der Sozialdemokraten im Parlament war aber noch nicht Alles geschehen. Unsere Abgeordneten wurden da zusammen mit den Schönerianern mit Polizeiwache aus dem Parlamente geführt. Wer diese Dinge miterlebt hat, dem werden sie unvergeßlich bleiben, der wird nicht mehr dulden, daß uns unsere konservativen und reaktionären Gegner mit dem Angriffe kommen, wir seien die Partei des Umsturzes, während sie die Stützen der Ordnung und des Gesetzes sind. (Gelächter.) Diese Leute sind die Allerersten, welche jedes Gesetz, jede Ordnung, jedes Recht zu durchbrechen entschlossen sind, die bereit sind, wenn es ihr Vortheil ist, an die Stelle des Rechtes die Gewalt und die Faust zu setzen. Wir haben neben dem amtlichen Arbeitermorde, welcher sich in die Formen des Gesetzes kleidet, der bei jedem ernsthaften Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmerthum verübt wird, wie er auch in Graz bei den Badeni'schen Unruhen ausgeführt wurde, auch die Entschlossenheit unserer konservativen Gegner, die Stützen der Krone, die Stützen des Staates am Werke gesehen. Wenn die Sozialdemokraten nach dem, was sich am 26. und 27. November 1897 abgespielt hat, am 28. November nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich auf die Straße gestiegen sind, so haben sie einfach die Thatsache ausgesprochen, daß, wenn nicht die Gewalt von oben eingedämmt wird, die Gewalt von unten, nicht weil sie will,

sondern weil sie muß, zur Geltung kommen wird. (Stürmischer Beifall.) Wir sind — darüber ist kein Zweifel — am 28. November mitten in einer revolutionären Bewegung gestanden. Nun — Badeni ist verschwunden. (Ruf: Leider! — Heiterkeit.) Dem Genossen, der da sagt „Leider", dem kann ich ja nachfühlen. Er meint offenbar, daß wir ein Interesse daran haben, daß unsere Feinde möglichst schlechte und möglichst blöde seien. Ich weiß nicht, ob die gegenwärtige Regierung allen Wünschen unseres Genossen in dieser Beziehung im vollen Umfang wird entsprechen können. (Heiterkeit.) Er scheint ziemlich weitgehende Anforderungen zu stellen, aber er kann darüber beruhigt sein. (Heiterkeit.) Ein besonders hohes Maß von Einsicht und von Empfindung dafür, was Oesterreich allein in einen vernünftigen Zustand bringen könnte, finden wir bisher auch bei dieser Regierung nicht. Dies auf den Zwischenruf.

Mit dem Sturze des Grafen Badeni wurden neue Verhältnisse geschaffen und unsere Haltung mußte wieder geändert werden. An Stelle der Badeni'schen Verordnungen sind die Gautsch'schen getreten und die Radikal-Nationalen haben erklärt, diese seien ebenso schlecht wie die früheren; auch deshalb müsse die Regierung angeklagt werden, auch deshalb müsse die Obstruktion fortgesetzt werden. Wir konnten uns auf diesen Standpunkt nicht stellen, wir konnten unmöglich verkennen, daß, weil eine Partei mit der derzeitigen Regelung der Sprachenfrage unzufrieden ist, insbesondere wenn diese Regelung als eine blos provisorische hingestellt wird, wenn diese Regierung wenigstens ausspricht, daß sie eine gesetzliche Regelung will, wir konnten, sage ich, in diesem Momente gegenüber der neuen Regierung nicht mit derselben Wucht, mit derselben Verachtung vorgehen, wie sie der Badeni'schen Regierung gegenüber gebührt hatte.

Die Regierung des Grafen Thun ist wirklich in einer recht schweren Lage. Wenn dem Manne etwas einfiele, wie er Ordnung machen könnte, möchte er es recht gerne thun, er möchte recht gerne Frieden stiften, obwohl die Rolle des Feudaladels, welchem Graf Thun entstammt, in der Geschichte Oesterreichs nicht die des Friedensstifters war, und obwohl gerade jene Schichten, die heute so eifrig für den nationalen Frieden eintreten, politisch vom nationalen Hader gelebt haben. Was Thun heute will, ist, sein Unglück mit Anstand tragen. Er sucht sich hinüber zu fretten über das Jubiläumsjahr, denn es ist ja höchst unangenehm, wenn man gerade zum fünfzigsten Jahre des Jubiläums des heutigen Regierungssystems und der Regierung des Kaisers zeigen muß, daß Oesterreich heute noch nicht die Aufgaben beendet hat, die ihm im Jahre 1848 gestellt wurden, daß in Oesterreich heute noch die Verwirrung und der Kampf und die Aktionsunfähigkeit genau dieselben sind, wie vor 50 Jahren. Es ist sehr traurig, zu zeigen, daß die ganze Staatskunst der herrschenden Klasse in Oesterreich, vereinigt mit der Macht des Bürgerthums, nicht im Stande war, aus Oesterreich ein vernünftiges Staatengebilde zu machen, und es ist sehr traurig, daß gerade zu diesem Jubiläum der vollständige Bankerott der bisherigen österreichischen Politik eingetreten ist. Man möchte das gerne verhüllen, und Graf Thun bemüht sich zu zeigen, daß nicht er das Alles angerichtet hat. Die Regierung möchte, was bisher wenige Regierungen gethan haben, zeigen, daß, wenn nur die Gesetzgebung in Gang kommen könnte, und wenn man nur eine geordnete Verwaltung in Oesterreich wieder herbeizuführen in der Lage wäre, die Regierung den besten Willen hätte, anständig zu regieren. Man sieht das an einer ganzen Reihe von kleinen Dingen, welche die Arbeiterschaft betreffen. Sie wissen, daß uns von den Regierungsblättern die Aufhebung des Zeitungsstempels in Aussicht gestellt wird, daß auf die Auszahlung erhöhter Beamtengehalte verwiesen wird, wenn nur halbwegs ein bischen Ordnung eintreten würde. Die Regierung möchte die Arbeiter förmlich lüstern machen nach einem geordneten Gange der Gesetzgebung, aber bei der Arbeiterschaft können diese Verheißungen und Verlockungen nicht verfangen. Wir bedauern ganz gewiß das Gelähmtsein der Gesetzgebung, wir haben gewiß das Bedürfniß eine ganze Reihe sehr wichtiger und für uns geradezu Lebensfragen betreffender Gesetze zur Berathung zu bringen, aber wir wissen auch genau, daß, wenn die parlamentarische Mühle wieder in Gang gekommen sein wird, ihre Produkte zunächst nicht nährendes Mehl für die arbeitenden Klassen des Volkes, sondern, daß ihre Frucht vielmehr sein wird eine ganze Reihe von Gesetzen, welche eine schärfere Aus-

beutung des Volkes, insbesondere durch die indirekten Steuern, zum Zwecke haben. Graf Thun und seine Regierung wünscht Ordnung im Parlamente, weil sie die Schraube an den Volkskörper ansetzen möchten, damit mit um so größerer Ergiebigkeit die Quellen fließen, aus denen der Militarismus gespeist werden soll. (Zustimmung.)

Wir haben vor ganz kurzer Zeit in den letzten Wochen ein Bild von den Delegationen gesehen und haben demselben entnehmen können, wie absolut ohnmächtig das gesammte österreichische Volk in allen seinen Schichten in Bezug auf die äußere Politik des Staates ist, in allen seinen Schichten, mit Ausnahme einer Handvoll von Kavalieren, welche das Privilegium haben, die äußere Politik Oesterreichs in ihrem Interesse zu machen und daran das Privilegium knüpfen, die Schlachten zu verlieren, die sich in Folge dieser Politik ergeben.

Wir haben weiters in Pest gesehen, daß die Vertretung des Volkes, soweit sie sich mit dem Militarismus zu beschäftigen hat, nicht nur absolut ohnmächtig, sondern auch absolut feig ist. Wenn an Stelle der alten Weiber, die da in Budapest in der Delegation waren, Männer gewesen wären, so hätte man dort ganz anders auftreten können, als es geschehen ist. In keinem Lande ist es bisher vorgekommen, daß man 30 Millionen Nachtragskredit, der einen Verfassungsbruch bedeutet, so gefressen — das heißt zur Kenntniß genommen — hat, wie es dort geschehen ist. Mögen die Wähler zu Hause sich imponiren lassen durch diese Reden, welche die Pergelts, Axmanns u. s. w. gehalten haben — dem Kriegsminister und dem Reichs-Finanzminister haben diese Reden durchaus nicht imponirt. Dem Zweck, die Mittel für den Militarismus in ausreichendem Maße herbeizuschaffen, dem gilt der Wunsch der Regierung, das Parlament wieder in Ordnung zu bringen. Wir Sozialdemokraten haben nicht die Aufgabe, in Oesterreich als die Retter der gegenwärtigen Ordnung aufzutreten.

Vor kurzer Zeit haben uns die Deutschnationalen, die gerne möchten, daß wir ihnen ihre separaten Kriege führen helfen, als die staatserhaltende k. k. österreichische Partei verhöhnt. Dieses Kompliment erlaube ich mir den Deutschnationalen, und zwar vom Wolf bis zum Schönerer, zurückzugeben. Wir sind die Partei eines Landes, welche für alle Völker, die hier leben, Formen finden will und auch den Weg angeben kann zu einem Oesterreich, in dem die Völker einträchtig und friedlich demselben Ziele zustrebend arbeiten können. Der k. k. österreichische Staatsgedanke ist gerade jener Gedanke der alten Bureaukratie von Metternich angefangen bis zurück auf Josef II., jener Gedanke der Beherrschung Oesterreichs durch die deutsche Bureaukratie, jener Gedanke, der sich heute darin ausspricht, daß die Deutschnationalen sogar die deutsche Staatssprache übernommen haben. Das ist das spezifisch Oesterreichische; wir aber vertreten ein neues Oesterreich, ein neues Prinzip. Welche staatliche Formen auch immer die Völker dieses Landes verbinden mögen, nebeneinander werden diese Völker leben müssen, sie werden sich nicht trennen können, sie werden nicht auseinander können; sie sind darauf angewiesen, auf diesem Boden zu leben. Wir Sozialdemokraten vertreten die Politik und den Gedanken, daß diese Völker leben müssen als freie Völker, oder daß sie überhaupt lebensunfähig sind und nicht einen Schritt in der Kulturentwicklung vorwärts machen können, sondern versumpfen müssen, wie das gegenwärtige Oesterreich eben versumpft ist. Wenn unsere Politik in Oesterreich wirklich eine österreichische wäre, dann könnten wir Alle froh sein, aber leider ist noch gar keine Aussicht vorhanden, daß sich die österreichischen Staatsmänner diese sozialdemokratische Auffassung zu eigen machen werden.

Ich komme nun zu den Anträgen.

Der 5. Antrag der Bezirksorganisation Voitsberg verlangt:

„Der Parteitag wolle beschließen: Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, dahin wirken zu wollen, daß die ungerechtfertigten Ausweisungen jener Bergarbeiter, die anläßlich des Strikes im Jahre 1892 aus dem Gebiete Köflach und Voitsberg für immer ausgewiesen wurden, aufgehoben werden, eventuell die Sache vor das Reichsgericht zu bringen."

Ich bin der Ansicht, Genossen, es werden unsere Abgeordneten gezwungen sein, sich nicht nur mit jenen Genossen zu befassen, die aus Voitsberg ausgewiesen wurden, sondern es wird nothwendig sein, daß unsere Juristen einmal die Frage untersuchen, wie jene Hunderte und Aberhunderte von Ausweisungen aus Wien,

Prag u. s. w., über die zum großen Theile das Reichsgericht geurtheilt hat, und welche die Verfassung direkt verletzen, rückgängig gemacht werden können. Ein Majestätsgesuch ist etwas, was sich nicht jeder leisten kann. Ich glaube, daß dieser Antrag der parlamentarischen Fraktion zuzuweisen sei.

Wir haben uns weiter mit den Anträgen der Bezirksorganisation Karlsbad zu beschäftigen, welche direkt ein Tadelsvotum für die Parteivertretung sowohl, als für die Haltung des Zentralorganes, der „Arbeiter-Zeitung", enthalten. Es heißt hier:

6. Anträge der Bezirksorganisation Karlsbad:

„A. Der Parteitag hat die neue Parteileitung zu beauftragen, die Abwehr der deutschnationalen Aspirationen der Gruppe Schönerer-Wolf mit derselben Energie zu betreiben, wie die der Christlich-Sozialen."

„B. Die Parteileitung hat in kürzester Frist eine Broschüre über „die deutschnationalradikale Bewegung in Böhmen", die ebenso wie jene Teifen's über die „Christlich-Sozialen und ihr Programm" ihren Stoff behandelt, herauszugeben und massenhaft in Deutschböhmen zu verbreiten."

„C. Das Zentralorgan der Partei, die „Arbeiter-Zeitung" hat die den Schönerianern gegenüber bisher beobachtete Haltung dahin zu ändern, daß sofort in ausgiebiger Weise der Kampf gegen diese Bewegung, die für die deutschböhmische Sozialdemokratie dieselbe Bedeutung hat, wie die christlich-soziale Bewegung für die niederösterreichischen Genossen, und zwar mit derselben Energie aufgenommen und fortgeführt wird, die auf die Bekämpfung der Lueger-Wirthschaft verwendet wird, da sonst die sogenannte nationalradikale Strömung der deutschböhmischen Sozialdemokratie ebenso über den Kopf zu wachsen droht, wie dies seitens der christlich-sozialen den niederösterreichischen Genossen gegenüber leider bereits zur Thatsache geworden ist."

Wir haben hier eine vollständig formulirte Anklage gegen die Parteivertretung. Es wird der Parteivertretung zum Vorwurf gemacht, daß ihr Organ und sie selbst — denn sie ist für dieses Organ verantwortlich — daran schuld ist, daß die christlich-soziale Bewegung, die Luegerei, in Niederösterreich den Sozialdemokraten über den Kopf gewachsen ist. Es wird zweitens gesagt, daß die Parteivertretung ihre Pflicht gegenüber den nordböhmischen Genossen vernachlässigt, und sie wird bei Zeiten darauf aufmerksam gemacht, sie möge nicht wieder dasselbe Verbrechen begehen, das sie schon einmal begangen hat und möge bei Zeiten das Ueberwuchern der deutschnationalen Bewegung in Nordböhmen verhindern. Es wird sogar gesagt, die Parteivertretung habe die Pflicht, die Deutschradikalen mit derselben Energie zu bekämpfen, mit der sie die Christlich-Sozialen bekämpft. Genossen! Ich behaupte, daß alle diese Behauptungen, mit Ausnahme des Antrages B, gegen den ich natürlich nichts einzuwenden habe, die in diesem Antrage niedergelegt sind, von Anfang bis zum Ende falsch und irrthümlich sind. (Zustimmung.) Es ist unwahr, daß die christlich-soziale Bewegung in Niederösterreich den Sozialdemokraten über den Kopf gewachsen ist. Die Sozialdemokratie steht als eine junge Partei, welche in die Massen eindringt, einer alten Partei gegenüber. Denn Sie werden sich doch nicht einbilden — das könnte man höchstens in Karlsbad thun — daß die Partei der Christlich-Sozialen eine jüngere Partei ist. Das sind doch die alten Klerikalen, welche in den Alpenländern überall festsitzen und hier nur neue Formen der Agitation angenommen haben. (Zustimmung.) Nicht die Christlich-Sozialen sind uns über den Kopf gewachsen, sondern die Sozialdemokraten fangen an, diesen vereinigten Christlich-Sozialen und Klerikalen über den Kopf zu wachsen. (Rufe: So ist es!) Die Bewegung ist nicht die, daß die Klerikalen Terrain gewonnen haben, sondern vielmehr, daß die Sozialdemokraten den Klerikalen Schritt für Schritt Terrain entreißen. Wer die Dinge nur so ansieht, wie sie von außen aussehen, daß die Christlich-Sozialen Antisemiten sind, und daß, wo nicht vom Judenerschlagen die Rede ist, auch eine christlich-soziale und klerikale Partei nicht vorhanden ist, für wen sich Alles nur in diese Schlagworte auflöst, der kann freilich meinen, daß das, womit wir es im ganzen Süden des Reiches zu thun haben, etwas Neues ist. Das war aber schon, ist wieder gekommen und ist auf dem Wege, wieder zu verschwinden.

Der letzte Antisemit wird erst mit dem letzten Juden sterben. (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist sicher. Aber, Genossen, von Zeit zu Zeit braucht man ein so

populäres und in die Ohren klingendes Schlagwort. Es wird ab und zu wieder auftauchen und wieder in den Sack gesteckt werden. Sie wissen ja, daß Lueger selbst heute im besten Begriffe ist, von seinen Leuten als Judenknecht behandelt zu werden. Wir legen also auf diese Begleiterscheinungen der Bewegung verdammt wenig Gewicht. Nun wird aber hier ausgedrückt, daß wir die deutschnationale Bewegung ebenso zu behandeln hätten, wie die christlich-soziale, und es wird dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß uns gegenüber alle bürgerlichen Parteien als gegnerische Parteien mit denselben taktischen Mitteln, mit derselben Energie und mit derselben Feindseligkeit bekämpft werden müßten. Da erkläre ich Ihnen für meine Person, und ich hoffe mir Ihre Zustimmung zu gewinnen, daß ich dieser Ansicht nicht sein kann. Ich habe dafür einen ganz festen Maßstab. Gewiß ist es, daß, wo wirthschaftliche Interessen in Frage kommen, alle bürgerlichen Parteien uns solidarisch als eine reaktionäre Masse gegenüberstehen. Wir dürfen uns aber nicht die Augen verbinden und uns darüber selbst täuschen, daß innerhalb dieser reactionären Masse sehr große Unterschiede bestehen, daß man zu unterscheiden hat — und darauf kommt es an — welche Bedeutung eine jede Partei für die politische Entwicklung Oesterreichs hat. Die politische Entwicklung Oesterreichs ist nicht blos eine Sache der Arbeiterschaft, im Gegentheil, die Arbeiterschaft hängt vielfach von der gesammten politischen Entwicklung Oesterreichs ab. Es ist nicht wahr, daß die Feudalen unter der Führung des Schwarzenberg und die radikalen Tschechen — die es einmal waren und wieder werden können — (Gen. Krapka: Die nimmer!) — so werden Andere kommen, aber es wird mir Jeder zugeben, daß die Existenz einer radikalen bürgerlichen Partei unter den Tschechen für uns nicht gleichgiltig ist, daß sie für uns nicht dieselbe Bedeutung hat, wie die feudale Klique. Ich habe absichtlich ein Beispiel gewählt, welches wir vollkommen objektiv betrachten können, denn auf unserem deutschen Parteitag geht uns das nichts an. Wenn wir nun einer Partei gegenüberstehen, welche die alten Klerikalen, die eigentlichen Volksfeinde, wieder in's Leben gerufen und ihnen zu einer politischen Aktionsfähigkeit verholfen hat, einer Partei, welche die Klerikalen mit einer neuen politischen Taktik bereichert hat, welche eine solche Heuchelei und Demagogie an den Tag legt, um unter radikaler Flagge die Volksmassen direkt zum Werkzeuge der Reaktionäre zu machen, so müssen wir eine andere Taktik anwenden, als wenn wir einer Partei gegenüberstehen, welche allerdings — und da ist kein Ausdruck zu scharf — nichts Anderes sind als die politischen Vertreter der Ausbeuter und ihrer Werkzeuge, welche nichts Anderes sind, als die Nachfolger der alten Liberalen, nur mit neuen Phrasen aufgeputzt, die aber doch wenigstens in Bezug auf die politische Entwicklung des Landes und in dem Kampfe gegen die Klerikalen eine ganz andere Rolle spielen als die Christlich-Sozialen. Es nützt nichts, wir müssen solche Unterschiede machen, weil das Leben sie macht, wir können nicht Dinge, die verschieden sind, so behandeln als wenn sie gleich wären. Wenn wir aber diese Parteien und ihre Bedeutung verschieden einschätzen, so ist damit durchaus nicht gesagt, daß wir gegen die Deutschradikalen nicht etwa einen Kampf zu führen hätten, aber man wird sich den Zeitpunkt und die Art dieses Kampfes gehörig aussuchen. (Zustimmung.) Wer die Verantwortung auf sich zu nehmen und wer die Taktik der Partei nach außen zu beeinflussen hat, der wird es sich wohl überlegen, einer Partei, die gegenüber einer verhaßten und gefährlichen Regierung im Kampfe steht, mag es aus welchen Gründen immer sein, in den Rücken zu fallen. Das werden Sie wohl zugeben. Wir werden es uns sehr überlegen, die Rolle zu spielen, die Lueger im Parlament gespielt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir werden mit den Deutschradikalen schon fertig werden, und es ist einfach nicht wahr, was da im Karlsbader Antrag gesagt wird, daß die Sozialdemokratie befürchten muß, daß sie von denen dort oben verdrängt wird. Es ist auch nicht wahr, daß es die Partei oder die „Arbeiter-Zeitung" jemals hat daran fehlen lassen, eine sehr scharfe Grenze zu ziehen, auch in jener Zeit nicht, wo wir gezwungen waren, Seite an Seite mit jenen Leuten zu kämpfen. Auch in der Zeit, wo unsere Abgeordneten und die deutschnationalen Abgeordneten zugleich aus dem Parlamente entfernt worden sind, ist es nicht verabsäumt worden, eine sehr deutlich sichtbare Grenze zu ziehen. Und noch mehr. Wir verfolgen den

Kampf dort oben, soweit dies von Wien aus möglich ist, mit der größten Aufmerksamkeit und ich möchte behaupten, daß es nicht leicht sein wird, uns ein Versehen in dieser Beziehung nachzuweisen. Aber das ist nicht möglich, und das können Sie von der „Arbeiter-Zeitung“ und von der Parteivertretung nicht verlangen, daß sie den lokalen Kampf für Euch führen. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist naturgemäß neben dem, daß sie ein Zentralblatt ist, ein Lokalblatt für Wien. Es ist jedoch eine ganz falsche Auffassung, wenn uns zugemuthet wird, daß wir den Deutschradikalen gegenüber, wie dies zwischen den Zeilen zu lesen ist, konnivent und liebenswürdig waren. Das Gegentheil ist wahr. Ich möchte Sie auffordern, doch gefälligst die deutschradikale Presse zu lesen. Sie werden dort finden, daß diese Presse zwar vielfach journalistisch von der „Arbeiter-Zeitung“ lebt, daß sie aber mit der größten Heftigkeit auf uns losgeht, und die Leute wissen sehr gut, warum. In dieser Beziehung haben wir die Möglichkeit, an einen Richter zu appelliren, der gewiß nicht nur das Verständniß, sondern auch das Feingefühl dafür besitzt. Ich appellire an unsere tschechischen Genossen und frage sie, ob sie finden, daß die „Arbeiter-Zeitung“ — ich spreche hier nicht vom Blatt, sondern von der Haltung der Partei — es an der Bekämpfung der deutschradikalen Richtung hat fehlen lassen, soweit dies taktisch geboten und taktisch möglich war. Ich möchte aber den Genossen aus Karlsbad und Westböhmen Eines sagen: Haben Sie doch ein bischen Geduld. Gewiß, die radikale Phrase bildet einen starken Anziehungspunkt, und der Badeni hat es verstanden, durch raffinirte Mittel die politische Bedeutung des Abgeordneten Wolf ungemein hinaufzuschrauben und um ihn einen gewissen Märtyrerschein zu verbreiten, ja unsere Regierungen haben es verstanden — und nicht diese allein, sondern es gehört auch die Waschlappigkeit der anderen Deutschen dazu — den Herrn Wolf in diesem Momente wirklich als den Führer des deutschen Bürgerthums erscheinen zu lassen. Diese Thatsache können wir nicht leugnen und die radikale Vergangenheit des Herrn Wolf wie auch die Möglichkeit, heute eine stramme Opposition zu machen, bringen es mit sich, daß er Reden halten kann, die in der Negation einen sehr revolutionären Ton anschlagen, die es möglich machen, daß er das deutsche Volk zum Widerstande führt, als ob dieses deutsche Volk eine einheitliche Masse wäre. Ich begreife vollständig, daß ein so berühmter Mann, wie der Herr Wolf, auch in Westböhmen und auch bei den indifferenten Arbeitern gewisse Eroberungen zu machen in der Lage ist. Aber haben Sie Geduld, es kommt die Zeit, wo nicht vom deutschen Volk die Rede ist, sondern wo von den deutschen Unternehmern und den deutschen Arbeitern die Rede sein wird, es kommt die Zeit, wo die Klassengegensätze wieder schärfer zur Sprache kommen werden, als es heute der Fall ist. Dann werden wir sehen, wohin der Herr Wolf mit seinen Versuchen, deutschnationale Arbeitervereine zu organisiren, gekommen sein wird. Es läßt sich derzeit dieser wirthschaftliche Kampf zwischen dem deutschnationalen Unternehmer und den Arbeitern durch die Regimentsmusik des nationalen Kampfes übertönen, aber heute schon behaupte ich, daß es mit den deutschnationalen Phrasen und mit dem allgemeinen radikalen Programm der Herren Wolf und Schönerer nicht möglich ist, solche Gruppen von Arbeitern, die zum Klassenbewußtsein erwacht sind, an sich zu ziehen. Wir haben keine Ursache, unsere Taktik zu ändern, wir müßten diese Anträge als einen direkten Tadel gegenüber unserer bisherigen Haltung ansehen und wir müßten die Annahme dieser Anträge als einen Auftrag betrachten, in der Zukunft anders vorzugehen, als wir bisher vorgegangen sind. Wir meinen aber, daß wir allen bürgerlichen Parteien gegenüber zu jeder Zeit in derselben Weise vorgehen müssen, wie wir bisher vorgegangen sind, d. h., ihnen gegenübertreten, wo sie das Interesse der Arbeiterschaft direkt berühren, sie aber gewähren lassen, wo sie gegen den Feind der Arbeiterschaft in Folge der augenblicklichen Konstellation der Politik losgehen. Wir können nicht eine Richtschnur für Jahre hinaus finden.

Ich bin überzeugt, der Masse der Proletarier in Oesterreich hätte es nicht entsprochen, wenn wir in dem Moment, wo die Badeni'sche Hetze gegen die Deutschnationalen losgegangen ist, angefangen hätten, Auseinandersetzungen über die Klassengegensätze zu machen und sie so zu behandeln, wie wir den Lueger behandeln mussen, der der eigentliche Verräther ist, der das Kleinbürgerthum

ausnützt und mißbraucht, der es den Klerikalen zu Füßen legt, die wieder nur das Werkzeug des feudalen Adels sind, jener Leute, die Oesterreich zu seinem Unglück heute noch beherrschen. (Zustimmung.) Ich bin also überzeugt, daß die Parteigenossen der Meinung sind, daß die Hauptrichtung unserer Politik und Taktik richtig war, daß sie dem Parteiinteresse entsprochen hat. Dieses Zeugniß werden Sie mir geben, und ich beantrage somit, daß der Parteitag über die Anträge 6 a und 6 c zur Tagesordnung übergehe und erklärt, daß die bisherige Taktik des parlamentarischen Verbandes und der Parteivertretung und ihres Organes die richtige gewesen ist.

Ich bin am Schlusse und danke Ihnen dafür, daß Sie mich länger reden ließen, als die Geschäftsordnung zu reden erlaubt. Ich bin aber überzeugt, daß ich noch eine Menge Punkte nicht berührt habe, von denen Sie erwartet und ich mir vorgenommen habe, sie zu besprechen.

Ich möchte nur noch Folgendes bemerken. Gewiß hat das heiße Kampfgewühl, das wir unter Badeni hatten, aufgehört. Wir stehen Verhältnissen gegenüber, wo wir nicht unmittelbar dreinschlagen können. Aber, Genossen, trauen Sie dem Landfrieden nicht! Ich möchte Sie weit weniger vor dem warnen, was Graf Thun will, denn ich glaube, er weiß nicht, was er will. Ich möchte sie aber darauf aufmerksam machen, daß dieser Graf Thun, weil er nicht weiß, was er will, in Lagen kommen kann, die gerade so zur Verwirrung führen, wie das bei Badeni der Fall gewesen ist, der sich auch nicht vorgenommen hatte, die Opposition mit Polizisten aus dem Parlamente führen zu lassen. Wenn ich dieses Mißtrauen ausspreche, so thue ich es, weil ich heute gelesen habe, daß man damit angefangen hat, in Graz den Gemeinderath aufzulösen. Das ist eine Sache, die möglicherweise glatt verläuft, möglicherweise aber zu politischen Konsequenzen führt, die ebenso einschneidend sind, wie die des Geheimerlasses und des Verbotes des Volkstages von Eger. Wir sind auf alles gefaßt. Wir bleiben ruhig, wir bauen unsere Organisation aus, damit haben wir genug zu thun. Von uns gilt das Bibelwort, welches sagt: „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher." Wird es wieder heiß, dann werden wir wieder unseren Mann stellen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Genosse Popp: Genosse Dr. Adler hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Parteitag billigt die politische Haltung und die Taktik, die der Verband, die Parteivertretung und das Zentralorgan in der Berichtsperiode gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien eingehalten hat und geht über die Anträge 6 a und 6 c zur Tagesordnung über.

Der Antrag 5 wird der Fraktion, der Antrag 6 b der Parteivertretung zur Erledigung zugewiesen."

Nach der Verlesung des Referentenantrages gibt der Vorsitzende bekannt, daß an den Ausgängen die Ordner Spenden für die Strikenden in Innsbruck in Empfang nehmen werden. Hierauf wird die Verhandlung um 1 Uhr 5 Min. abgebrochen.

Nachmittagssitzung. (Beginn der Sitzung 3 Uhr.)

Vorsitzender Gen. Popp: Es ist folgender Antrag eingelangt:

„Der heute tagende Parteitag spricht dem jeder Kultur und Zivilisation hohnsprechenden Vorgehen der ungarischen Regierung gegen die Sozialdemokratie seine Entrüstung und Verachtung aus. Gleichzeitig spricht der Parteitag den ungarischen Genossen in ihrem schweren Kampfe seine volle Sympathie aus und verspricht, dieselben nach Kräften zu unterstützen." Müller, Schaßmayr, Muhitsch, Grablowitsch.

Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Zur Tagesordnung Punkt b

Parlamentarische Thätigkeit

erhält das Wort als Referent des sozialdemokratischen Verbandes

Reichsraths-Abgeordneter Gen. Rieger: Da Gen. Dr. Adler die politische Haltung des Verbandes bereits zur Genüge beleuchtet hat, erübrigt mir nur, mich auf die trockenen geschäftsmäßigen Daten zu beschränken. Am Beginne

der XIII. Session des Reichsrathes fanden wir dieselbe Situation vor, wie am Ende der XII. Session, denselben nationalen Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen, der von Badeni durch Herausgabe des Geheimerlasses, durch das Verbot des Volkstages von Eger u. s. w. nur noch verschärft wurde. Als am 23. September v. J. das Parlament wieder zusammentrat, da standen die nationalen Gegensätze des Bürgerthums einander schärfer als je gegenüber. Die Tendenz dieses nationalen Kampfes ist nicht die, wirkliche kulturelle Interessen, Interessen der Zivilisation zu verfechten, sondern die Frage, ob die tschechische oder die deutsche Bourgeoisie die Vorherrschaft in Oesterreich innehaben soll. Es ist bekannt, welche Stellung wir gegenüber jeder Vorherrschaft, mag sie in nationaler, mag sie in politischer Beziehung verlangt werden, einnehmen. Es ist bekannt, daß wir prinzipielle Gegner jeder Herrschaft sind, mit Ausnahme der Herrschaft des Volkes, und aus dieser prinzipiellen Stellung ergibt sich auch die Stellung, welche der Verband in dem nationalen Kampfe zwischen dem deutschen und tschechischen Bürgerthum einnehmen mußte. Wir hatten leider nicht Gelegenheit, uns an der Debatte über die Sprachenverordnungen im Herbste des vorigen Jahres mit einer längeren Rede zu betheiligen, da uns das Wort abgeschnitten wurde. Wir mußten uns daher auf eine kurze Erklärung beschränken, aus welcher Sie ersehen können, daß der sozialdemokratische Verband seinen Verpflichtungen dieser Streitfrage gegenüber, soweit dies durch Abgabe einer Erklärung möglich war, vollkommen nachgekommen ist. In dieser Erklärung, welche am 12. November v. J. von Genossen Hybes abgegeben wurde, heißt es (liest): „Meine Herren! Ich habe einige thatsächliche Berichtigungen vorzubringen, deren erste sich dagegen wendet, daß in dieser Debatte Redner von beiden Seiten des Hauses im Namen des deutschen und tschechischen Volkes gesprochen haben, während uns Sozialdemokraten, die eine größere Zahl von Wählern vertreten als jede andere Partei hier im Hause, das Wort regelmäßig abgeschnitten wird. Ich berichtige deshalb thatsächlich, daß die Mehrheit des arbeitenden Volkes, sowohl des tschechischen wie des deutschen, in deren Namen hier gesprochen wurde, keineswegs auf dem chauvinistischen Standpunkte dieser deutschen und tschechischen Abgeordneten steht, sondern im Gegentheile nichts sehnlicher wünscht, als daß der nationale Hader, in den die besitzenden Klassen gerne die Arbeiter hetzen möchten, dem nationalen Frieden platzmache, einem Frieden, der auf Grundlage der vollen Gleichberechtigung Aller beruhen soll." Dieser Wortlaut der Erklärung war schon deshalb nothwendig, weil die Deutschfortschrittlichen und Deutschnationalen genau so wie die bürgerlichen Vertreter der tschechischen Nation regelmäßig im Namen des gesammten deutschen und des gesammten tschechischen Volkes sprechen. Gegenüber der Thatsache, daß die Wahlen in der fünften Kurie in Böhmen nicht im Sinne Schönerer's, sondern gerade im Sinne unserer Partei ausgefallen sind, ist es blutiger Hohn, wenn Wolf und Schönerer im Namen des gesammten deutschen Volkes von Böhmen sprechen. Gen. Hybes sagte weiter (liest): „Ich berichtige weiter: Es ist auch von Rednern der linken Seite des Hauses von der Vorherrschaft des deutschen Volkes in Oesterreich gesprochen worden. Wir, ob Deutsche, Tschechen, Polen oder Ruthenen protestiren, wie gegen jedes wirthschaftliche, so auch gegen jedes nationale Privilegium. Für uns gibt es nur gleichberechtigte Nationen, wir kennen keine herrschenden und keine beherrschten Völker in Oesterreich. (Beifall.) Die arbeitende Bevölkerung aller Nationen verlangt und hat das Recht zu verlangen, daß behördliche Organe zu ihrer Verfügung stehen, die ihre Sprache verstehen, weil nur so ihre Interessen in Amt, Gericht und Schule gewahrt werden können. Gerade deshalb aber erklären wir uns gegen diese Sprachenverordnungen, die den praktischen Bedürfnissen nicht entsprechen, wenn auch ein Theil ihrer Bestimmungen ungerechte Benachtheiligungen des tschechischen Volkes aufhebt. Die nationale Gleichberechtigung darf kein Geschenk der wechselnden Gnade irgend einer Regierung zu ihren eigennützigen Zwecken sein, sondern muß auf dem Rechte der Völker beruhen, wenn der wahre Frieden erreicht werden soll. Ich berichtige weiter thatsächlich, daß die Sprachenverordnungen auch dem Interesse des tschechischen Volkes, von einem höheren Standpunkte betrachtet, nicht entsprechen, und der sozialdemokratische Verband erklärt, daß er gegen Uebergang zur Tagesordnung stimmen wird, weil die Sprachenverordnungen sowohl gesetzwidrig sind, als auch mit dazu beigetragen

haben, jene traurige Lage zu schaffen, unter der alle Völker Oesterreichs heute leiden."

Nachdem aber die Sprachenfrage in Oesterreich einmal aufgerollt war, jene Frage, die durch einige Jahre geschlafen hat, nachdem diese Frage durch das tölpelhafte Eingreifen Badeni's wieder aktuell wurde, konnte der sozialdemokratische Verband keine Vogelstraußpolitik spielen, sondern mußte auch hier durch einen weiteren Antrag in die Debatte eingreifen. Es wurde in der ersten Sitzung der XIII. Session jener Antrag, der bereits in der XII. Session gestellt wurde und der dahin geht, es sei ein Sprachenausschuß zu wählen, der ein Sprachengesetz auszuarbeiten habe, das auf der vollen Gleichberechtigung aller Völker beruhe, wieder erneuert. Aber, werthe Genossen, ich gestehe Ihnen aufrichtig, daß, obwohl dieser Antrag bereits zur Diskussion stand und seitens des Gen. Zeller begründet wurde, obwohl es vielleicht möglich ist, daß ein solcher Sprachenausschuß, der auch von anderer, und zwar von radikaler Seite beantragt wurde, zu Stande kommt, ich nicht genug Optimist bin, um an die Arbeiten dieses Sprachenausschusses irgendwelche Hoffnungen zu knüpfen. Es steht heute vielmehr fest, daß die Arbeiten dieses Ausschusses, wenn sie überhaupt beginnen, mit einem eklatanten Mißerfolge enden werden, und zwar deshalb, weil es weder der deutschen, noch der tschechischen Bourgeoisie ernst damit ist, die nationalen Wirren zu beenden. Sowohl das deutsche, wie das tschechische Bürgerthum lebt ja von der nationalen Hetze. Wenn der Sprachenausschuß mit einem Mißerfolg endet und das Parlament auch in der Zukunft arbeitsunfähig bleibt, so ist das nur die Folge davon, daß in diesem Parlamente Schichten und Parteien einen Einfluß besitzen, der mit ihrer Bedeutung außerhalb des Parlaments im allerstärksten Widerspruche steht. Wenn wir auch als Sozialdemokraten und freisinnige Politiker Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes wären — die Wirren, die sich in Oesterreich entwickelten, unter denen wir leiden und die das Parlament lahmlegen, mußten uns zu der Erkenntniß bringen, daß das allgemeine Wahlrecht zu einer dringenden und zwingenden politischen Nothwendigkeit geworden ist. In der XIII. Session wurde der Antrag, den wir selbstverständlich immer stellen müssen und immer stellen werden, so lange diese Forderung nicht erfüllt ist, der Antrag auf Wahl eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, wieder erneuert.

Eine Folge des nationalen Konfliktes ist die Obstruktion des deutschen Bürgerthums. Wir haben nicht wegen der Sprachenverordnungen obstruktionirt, sondern wegen der zahlreichen anderen Verbrechen, die seitens des Ministeriums Badeni systematisch verübt wurden. Das nächste Ziel dieser Obstruktion des deutschen Bürgerthums war der Sturz des Grafen Badeni. Das deutsche Bürgerthum glaubte — und da hat es sich allerdings gründlich geirrt — daß durch den Sturz des Ministeriums Badeni auch die Sprachenverordnungen werden begraben werden. Badeni wurde gegangen. Die Sprachenverordnungen aber sind — allerdings in modifizirter Form — geblieben. Auch wir hatten alle Ursache, zum Sturze dieses gefährlichsten galizischen Verbrechers, den wir bisher an der Spitze österreichischer Regierungen gesehen haben, kräftigst beizutragen. Wochenlang haben wir als stumme Zuschauer der deutschbürgerlichen Obstruktion zugesehen. Die Situation änderte sich aber sofort, als das Ministerium Badeni gemeinsam mit der Majorität das Ausgleichsprovisorium mit Ungarn mit Gewalt durchpeitschen und die Opposition und Obstruktion mit den ärgsten Verbrechen und Gewaltthaten knebeln wollte. In diesem Augenblicke war von der Sprachenfrage im Parlament nicht mehr die Rede. In dem Momente, als es sich darum handelte, die ärgsten Vergewaltigungen, die dem Parlamente bevorstanden, zurückzuweisen, trat der Verband aus jener, wie viele Genossen meinen — reservirten Haltung heraus, und es kam zu jenen Szenen, die sich am 25., 26. und 27. November im Parlament abgespielt haben. Wenn der Verband am 26. November das Präsidium nicht gestürmt und durch diesen Sturm auf das Präsidium nicht eine Entscheidung herbeigeführt hätte, so hätte Graf Badeni die Schlacht — ich will nicht gerade sagen für immer — gewonnen, aber ganz bestimmt wäre er am 28. November noch nicht gestürzt gewesen. Die bürgerlichen Parteien haben sich in der That hinter feierliche Proteste verschanzt, und es ist charakteristisch für

die Kourage und den Muth dieser parlamentarischen Gruppen, wenn ich Ihnen anführe, was ein bürgerlicher Abgeordneter — allerdings im Privatgespräche — zu mir und einigen Genossen des Verbandes geäußert hat. Er meinte: „Ja, wir hätten auch stürmen wollen, aber Sie bedenken nicht, was wir zu verlieren haben." Er wollte damit sagen: Ihr seid Arbeiter, seid arme Teufel; Ihr könnt, wenn Ihr eingesperrt werdet, durchaus nicht viel verlieren; aber bei uns — der Betreffende war ein Professor — stehen ganz andere Stellungen in Frage. Die bürgerlichen Parteien wollten also, obwohl sie monatelang einen zähen Kampf gegen Badeni geführt hatten, weil sie Angst hatten, daß sie sehr viel verlieren könnten, im entscheidenden Augenblick den Rückzug antreten.

Der Verband trat nun in Aktion. Das Präsidium wurde verjagt, und nicht blos das Präsidium, sondern auch das Ministerium Badeni fiel. Dieser Sturm der Sozialdemokraten auf das Präsidium des Abgeordnetenhauses war wohl einer der denkwürdigsten Momente. Ich kann Ihnen das Gefühl nicht beschreiben, welches mich und uns Alle erfaßt hat, welche damals dieses Schauspiel mit ansehen mußten, als auf der rechten Seite des Saales sich die Thüren öffneten und die Sicherheitswache in den Saal der Volksvertretung einmarschirte. Ich war mir sofort klar darüber, daß der Polizeikommissär der Teufel sei, der das Ministerium Badeni holen wird. (Lebhafte Heiterkeit!) Und in der That, die Polizei hat nicht nur uns hinausgeworfen, sondern indirekt auch das Ministerium Badeni; und wenn es in der nachfolgenden Situation einen Unterschied gibt, so ist es der, daß wir in das Parlament zurückkehrten, das Ministerium Badeni aber nicht mehr. Alle diese Dinge beweisen, daß Badeni's Sturz fast ein ausschließlicher Erfolg der Sozialdemokraten war. Unsere bürgerlichen Politiker und Zeitungsschreiber haben freilich auch in diesem Punkte versucht, grobe Geschichtsfälschung zu treiben, und den kolossalen Erfolg, den die Sozialdemokraten in den Novembertagen vorigen Jahres innerhalb und außerhalb des Parlaments errungen haben, in einen Erfolg der bürgerlichen Politiker umzulügen. Die Deutschnationalen und Deutschfortschrittlichen haben in ihren Kundgebungen so gesprochen, als ob es im Parlamente eigentlich gar keine Sozialdemokraten gegeben hätte, als ob nicht die Sozialdemokraten den Abrahamowicz und Kramarsch von der Tribüne vertrieben und den Badeni gestürzt hätten.

Noch ein charakteristisches Symptom der XIII. Session muß ich berichten, dahingehend, daß der Verband den Antrag stellen mußte, daß der berüchtigte „§ 14" aufgehoben werde. Er stand damals noch nicht in jener Blüthe der Bethätigung wie heute — er wurde blos angekündigt, und zwar in der offiziösen „Reichswehr", wie auch im Budgetausschusse. Als Antwort stellte der Verband in der 25. Sitzung der XIII Session den Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung dieses § 14. Auch dieser Antrag ist in der XIII. Session nicht mehr zur Verhandlung gelangt; denn wenige Tage später kamen jene furchtbaren Stürme, welche die Vertagung und schließlich den Schluß der Session gebracht haben.

Wir haben in der XIII. Session aber noch einige andere Anträge gestellt, Anträge politischer und sozialpolitischer Natur und — nachdem es auch Hochwasser gegeben hat, der liebe Herrgott ist dem Herrn Grafen Badeni während des Sommers zu Hilfe gekommen, hatten wir eine 14tägige Nothstandsdebatte — auch einige Dringlichkeitsanträge in Nothstandsangelegenheiten.

Von den Dringlichkeitsanträgen politischer Natur in der XIII. Session führe ich Ihnen folgende an: Es wurde am 6. Oktober ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, welcher die Durchführung einer Preßreform forderte. Ihnen den Inhalt dieses Antrages mitzutheilen, halte ich für überflüssig, da ich voraussetze, daß Sie diesen Antrag Alle kennen werden. Er verlangt die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels und geht nicht einmal so weit — das mag vielleicht als Schwäche ausgelegt werden — die Aufhebung des Kolportageverbotes zu fordern, er will blos einige wesentliche Erleichterungen. Wir wollten dem Parlamente nicht gar zu kräftige Kost vorsetzen und wollten ihm, respektive der Regierung, nicht die Ausrede geben, daß die geforderte Reform gar zu radikal sei. Wir haben in der zweiten Sitzung vom 24. September auch einen Dringlichkeitsantrag gestellt, worin die Regierung aufgefordert wird, ihre Entlassung einzureichen. Dieser Antrag ist so originell, daß er wohl noch in keinem Parlamente der Welt gestellt wurde,

und wurde mit den Verbrechen begründet, die das Ministerium Badeni bereits im Herbst, also vor den Novembertagen, begangen hatte. Alle diese Anträge sind in der Herbstsession nicht zur Verhandlung gekommen. Am 24. März stellten wir einen Dringlichkeitsantrag, welcher die Regierung auffordert, an eine Reform der Bruderladen zu schreiten. Damit sind wir einem von den Bergarbeitern lebhaft empfundenen Wunsche nachgekommen. In diesem Antrage wird auch angegeben, wie wir uns die Sanirung der verrotteten Bruderladenverhältnisse vorstellen.

Im Sommer vorigen Jahres war es bekanntlich sehr gefährlich, mit der Eisenbahn zu fahren. Es ereigneten sich eine Menge von Eisenbahnunglücksfällen, die wieder nur auf die Ausbeutung des Eisenbahnerproletariats zurückzuführen sind. Es wurde daher von uns am 24. September ein Antrag eingebracht, dahin gehend, es sei ein Ausschuß zur Ermittlung der Ursachen der Eisenbahnunfälle zu wählen. Von unseren Dringlichkeitsanträgen, den Nothstand betreffend, gelangte einer, und zwar der am 30. September eingebrachte, zur Verhandlung, und wurde derselbe von den Genossen Hannich, Kiesewetter und Schrammel begründet. Er betrifft die Gewährung einer Staatshilfe für die durch das Hochwasser Beschädigten. Am 6. Oktober v. J. stellten wir einen Antrag, welcher dahin geht, daß die Vertheilung der staatlichen Unterstützungsgelder geregelt werden sollte. Dadurch sollte der Mißbrauch, der in diesen Dingen regelmäßig getrieben wird, den ich selbst häufig zu beobachten Gelegenheit hatte, und über den sich die armen Kleingewerbetreibenden und Bauern, die vom Hochwasser geschädigt wurden, bitter beschwerten, abgeschafft werden. Diese Anträge wurden in den Ausschüssen begraben. In der Herbstsession haben wir aber noch eine ganze Reihe sehr wichtiger sozialpolitischer Anträge eingebracht. Dies beweist, daß, obwohl im Hause wegen der nothwendigen Obstruktion nichts gearbeitet werden konnte, im Verbande doch sehr rege berathen und gearbeitet worden ist. Ich erinnere Sie daran, daß wir am 24. September einen Gesetzentwurf eingebracht haben, welcher den Schutz für die Handlungsgehilfen betrifft, einen umfangreichen Gesetzentwurf, in welchem die Regelung der Kündigung, der Arbeitszeit u. s. w. beantragt wird. Wir haben weiter in derselben Sitzung einen Gesetzentwurf zum Schutze der Bergarbeiter eingebracht. Darin wird gefordert, daß für die Bergarbeiter der Achtstundentag eingeführt werde. In der Sitzung vom 24. September brachten wir weiters einen Antrag, betreffend die Einführung der Berginspektion, ein. Sie wissen aber, daß die Anträge, deren Titel ich hier aufzähle, nicht Anträge in dem Sinne sind, wie sie zu Dutzenden von den Christlich-Sozialen und anderen Parteien gestellt werden, die die Regierung einfach auffordern, sie möge Dieses und Jenes thun, obwohl diese Parteien wissen, daß die Regierung sich hüten wird, das zu machen, sondern daß diese Anträge wohlausgearbeitete Gesetzentwürfe vorstellen. Wir sind mit den Vertrauensmännern der verschiedenen interessirten Fachgruppen in Verbindung getreten und haben mit deren Hilfe diese Gesetzentwürfe ausgearbeitet. Am 14. Oktober wurde ein Gesetzentwurf, betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Tramwayunternehmungen eingebracht.

Aus dem Angeführten werden Sie ersehen, daß der Verband in der kurzen Zeit seines Bestandes sehr fleißig gewesen ist. Wenn Sie die Zahl der Gesetzentwürfe, die der sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause eingebracht hat, mit der Zahl jener Gesetzentwürfe vergleichen, welche die sozialistischen Gruppen in anderen Parlamenten, z. B. im deutschen Reichstage, eingebracht haben, so werden Sie ersehen, daß wir in dieser Richtung einen Vergleich nicht zu scheuen haben.

Ich komme nun zu den Aktionen, die wir in der XIV. Session, die vor wenigen Wochen ihren Anfang genommen hat, unternommen haben. Die ersten Aktionen des sozialdemokratischen Verbandes in dieser Session gingen dahin, für die ungeheuerlichen Vergewaltigungen und Verbrechen, die das Ministerium Badeni sich in den Novembertagen hat zuschulden kommen lassen, Genugthuung zu fordern. Ich führe hier an, daß wir gleich in der ersten Sitzung einen Antrag einbrachten, den Grafen Badeni in den Anklagezustand zu versetzen. Der Antrag kam auch zur Verhandlung und die Opposition hatte bekanntlich einen überraschenden

Erfolg. Es wurde ein Anklageausschuß gewählt; allerdings darf noch lange nicht befürchtet werden, daß auf Grund des Zustandekommens dieses Anklageausschusses Graf Badeni aufgehängt werden wird. Wir haben einen weiteren Dringlichkeitsantrag in Sachen der Novemberereignisse gestellt, dahin gehend, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die nicht blos die Schuld der auf der Ministerbank befindlichen Personen eruiren soll, sondern auch die aller ihrer Werkzeuge, denn nicht allein Graf Badeni hat die Verfassung vergewaltigt, nicht er allein hat ein schweres Verbrechen begangen, sondern jeder Polizeimann, der in die Volksvertretung eindrang, hat an diesem Verbrechen theilgenommen. Dieser Antrag ist allerdings noch nicht zur Verhandlung gelangt. Den Antrag, betreffend die Einsetzung eines Sprachenausschusses, gestalteten wir zu einem Dringlichkeitsantrage um. Er gelangte auch bereits zur Verhandlung und wurde durch den Genossen Zeller am 3. Mai begründet. Unsere weiteren Dringlichkeitsanträge charakterisiren so recht, wie frech unsere österreichischen Staatsanwälte mit der Zeit werden. Es ist dies der Dringlichkeitsantrag vom 29. März, betreffend die Konfiskation einer Interpellation im Brünner „Volksfreund", und weiter der Dringlichkeitsantrag vom 1. April, ebenfalls wegen der Konfiskation dieser Interpellation und wegen der Verurtheilung eines Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung". Diese Anträge sind am 1. April zur Verhandlung gelangt und wurden durch den Genossen Dr. Verkauf begründet. Der zweite Antrag wurde allerdings zu Gunsten eines von deutschnationaler Seite gestellten Antrages in derselben Sache zurückgezogen. Wir haben damals auch einen Erfolg erzielt. Die dringliche Behandlung wurde angenommen und bei der Abstimmung über den Antrag selbst war es blos ein Abgeordneter, der den Muth hatte, dagegen zu stimmen und zwar der Abgeordnete Falkenhayn. Am 21. März haben wir den Dringlichkeitsantrag, betreffend die Preßreform, erneuert und ebenso den Dringlichkeitsantrag, betreffend die Aufhebung des § 14. Daß wir die Dringlichkeitsanträge sozialpolitischer Natur, die wir in der XIII. Session gestellt hatten, in der XIV. Session wieder einbrachten, versteht sich von selbst. Es kam aber noch ein Dringlichkeitsantrag dazu, der, eingebracht am 31. März, die Aenderung des Dienstverhältnisses der k. k. Amtsdienergehilfen und die Gehaltsaufbesserung der k. k. Amtsdiener bei den Bezirksbehörden betrifft. Am 2. April wurde ein Antrag gestellt, dahin gehend, daß für die Angestellten im Handelsgewerbe, in Komptoirs, Niederlagen und Fabriksunternehmungen endlich einmal die volle Sonntagsruhe durchgeführt werde, und am 5. Mai haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der so viel Staub aufgewirbelt hat, und mit dem sich die gesammten bürgerlichen Parteien, besonders aber die antisemitischen Parteien, beschäftigt haben, den Antrag, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle. Dieser Antrag kam nicht unmittelbar zur Verhandlung, weil es bekanntlich dem Abgeordneten Schönerer gefallen hat, dagegen zu protestiren, daß er sofort in Verhandlung gezogen werde. Am 6. Mai gelangte Genosse Dr. Verkauf dennoch dazu, diesen Antrag zu begründen. Das Schicksal aller dieser Anträge, soweit sie zur Verhandlung gelangt sind, ist Ihnen bekannt. Am 6. Mai haben sich die Großgrundbesitzer, die Vertreter des Kleinbürgerthums und die Vertreter der städtischen und agrarischen Interessen zusammengefunden, um angeblich zur Rettung des kleinen Bauers gegen diesen Antrag Stellung zu nehmen.

Ich komme nun auf die Anträge sozialpolitischer Natur, die wir in der XIV. Session eingebracht haben. Auch hier haben wir eine stattliche Reihe. Es sind vor allem die Gesetzentwürfe, die wir in der XIII. Session eingebracht haben. In der XIV. Session kam aber ein sehr wichtiger Gesetzentwurf in der Gestalt eines Schutzgesetzes für Eisenbahner dazu. Am 26. April wurde ein Antrag, betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung, gestellt. Durch diesen Antrag kommen wir dem Verlangen der Genossen hoffentlich vollständig nach. Ein Gesetzentwurf wurde in dieser Richtung nicht ausgearbeitet, dazu fehlt uns jenes Material, welches sich eben nur die Regierung verschaffen kann. In diesem Antrage wird der Ausbau der Arbeiterversicherung in dem Sinne und nach jenen Grundsätzen gefordert, die bisher auf den Krankenkassentagen und ähnlichen Kongressen aufgestellt und erörtert wurden. Einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe erwähne ich blos deshalb, weil es viele Genossen gibt, welche meinen, es möge dieser Antrag so

lange nicht beschlossen werden, als Graf Badeni lebt. (Heiterkeit.) Auf zwei sehr wichtige Anträge hätte ich in der Masse von Anträgen beinahe vergessen, auf die sogenannten Inkompatibilitätsgesetzentwürfe. Diese wurden bereits in der XIII. Session eingebracht und sind in der XIV. Session erneuert worden.

Wenn es dennoch Leute gibt, werthe Genossen, die, um uns zu verleumden, behaupten, die Sozialdemokratie wolle nur zerstören, sie wolle aber nicht aufbauen, so wird diese Phrase durch die Anträge und Gesetzentwürfe des sozialdemokratischen Verbandes auf das Glänzendste widerlegt. Wir haben in der XIII. und XIV. Session auch eine Menge von Interpellationen eingebracht. Wir werden in dieser Richtung von den Genossen ziemlich reichlich in Anspruch genommen. So wurden zum Beispiel in der XIV. Session, die ja nur wenige Wochen dauert, von unserer Seite nicht weniger als 50 Interpellationen überreicht. Davon betreffen 14 die Konfiskationen von Parteiblättern, 7 die Vergewaltigung des Vereins- und Versammlungsrechtes, 2 das Krankenkassenwesen, 2 Bergarbeiterangelegenheiten, 2 Sachen der Gewerbe-Inspektion und Gewerbegerichte, 3 eigene Angelegenheiten, 3 Schulangelegenheiten und 17 verschiedene Gegenstände. Von diesen 50 Interpellationen wurden blos 11 beantwortet. Da muß ich aber bemerken, daß sich in Bezug auf die Beantwortung der Interpellationen die Verhältnisse gegen früher bedeutend gebessert haben. Früher wurden die Interpellationen bekanntlich gar nicht beantwortet. Das Ministerium Thun will zeigen, daß es viel anständiger sei als seine Vorgänger, daß es das Parlament respektiren will. Charakteristisch ist, daß von den 14 Interpellationen, die wir in Sachen der Konfiskationen eingebracht haben, nicht eine einzige beantwortet wurde. In der XIII. Session wurden 76 Interpellationen eingebracht, davon 29 in Sachen der Konfiskation von Parteiblättern, 14 in Betreff des Vereins- und Versammlungsrechtes, 2 wegen Soldatenmißhandlungen, 4 in Krankenkassenangelegenheiten, 3 in Schulangelegenheiten, 2 in eigenen Sachen, 1 betreffend die Gewerbe-Inspektion und 18 verschiedene Gegenstände. Von diesen wurde nicht eine beantwortet. Unsere Staatsanwälte haben es auf die Sozialdemokratie nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Parlaments sehr scharf: Es wurden in der XIII. Session 6 Auslieferungsbegehren gestellt, welche die Genossen Cingr, Dr. Verkauf, Resel, Daszynski, Schrammel und Bratny betrafen; in der XIV. Session wurden 3 gestellt, betreffend die Genossen Daszynski, Kozakiewicz und Dr. Verkauf. Diesen Auslieferungsbegehren wurde nur in einem Falle stattgegeben, da Genosse Cingr selbst verlangt hatte, es möge seine Auslieferung beschlossen werden. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich Sie an die grobe Verletzung der Immunität, die in den letzten Tagen, angeblich aus Versehen, ein schlesisches Bezirksgericht begangen hat.

Ich habe Ihnen nun noch mitzutheilen, inwieweit sich der sozialdemokratische Verband an den Verhandlungen des Parlaments betheiligt hat. In Nothstandsangelegenheiten wurden 6 längere Reden gehalten, und zwar von den Genossen Hannich, Kiesewetter, Schrammel, Daszynski und Resel. In der Debatte über die Ministeranklage wegen des Geheimerlasses hat Gen. Kozakiewicz gesprochen. Ferner wurde wiederholt in Form von längeren thatsächlichen Berichtigungen in die Debatten eingegriffen. In der XIV. Session wurden 5 längere Reden gehalten. Ich erwähne hier nur die Aufsehen erregende Rede des Gen. Daszynski in der Debatte über die Erklärung des Grafen Thun.

Das ist der Geschäftsbericht über die XIII. und XIV. Session, soweit dieselbe verlaufen ist. Wenn ich nicht die Zeit für zu kostbar halten würde, möchte ich Ihnen Einiges aus den Interpellationen vorlesen, woraus ersichtlich ist, in welchem sogenannten Kulturstaate wir eigentlich leben. Ich erwähne da nur die Interpellation in Sachen der schreienden Gewaltthaten, die gegen unsere galizischen Genossen im Winter d. J. in Przemysl geübt wurden, ich erinnere an die Interpellation, welche die Lehrermaßregelungen betrifft u. s. w. Das würde aber zu viel Zeit in Anspruch nehmen.

Gestatten Sie mir zum Schlusse nur noch einige ganz kurze Bemerkungen über die momentane Situation im Parlamente. Diese Situation wird am besten dadurch charakterisirt, daß am 1. Juni, an welchem Tage das Parlament wieder zusammentritt, die Debatte über die Sprachenfrage fortgesetzt wird. Es sollen

hiezu noch 66 Redner vorgemerkt sein. Wir werden also in der nächsten Zeit gar nicht einmal dazu kommen, gegen jenen berüchtigten Regierungsabsolutismus, der sich in der Aera und nach dem Sturze des Grafen Badeni durch die Anwendung des § 14 geltend machte, im Parlamente Stellung zu nehmen. Es wird in der nächsten Zeit blos über die Sprachenfrage diskutirt werden. Das deutsche Bürgerthum nimmt die Verordnungen und Verfügungen, die auf Grund des § 14 erlassen werden, ganz ruhig und geduldig hin; es regt sich nicht besonders darüber auf, daß wir schon mitten im Absolutismus stehen. Wie das tschechische Bürgerthum über den § 14 denkt, hat ja vor einigen Tagen Herr Dr. Stransky in Pest ausgesprochen, der vom „patriotischen Absolutismus" sprach, der ihm „an's Herz gewachsen" sei. Das Bürgerthum, sowohl das deutsche wie das tschechische, läßt sich also den Absolutismus mit dem § 14 ganz ruhig gefallen. Eine andere Frage ist aber die, ob auch die Arbeiterschaft, die sozialdemokratische Partei, dieser Wirthschaft noch länger ruhig zuschauen soll. Es wird nothwendig sein, daß wir uns endlich aufraffen, um gegen den Absolutismus auf's Allerschärfste Stellung zu nehmen. Es wird das schon deshalb nothwendig sein, weil gar keine Aussicht besteht, daß wir in der nächsten Zeit zu einem sogenannten arbeitsfähigen Parlament kommen, denn selbst wenn nach dem Wunsche der Deutschradikalen und Deutschfortschrittlichen die Sprachenverordnungen aufgehoben würden, wäre damit noch lange kein arbeitsfähiges Parlament geschaffen. Wie die Obstruktion von den deutschen Chauvinisten betrieben wurde, kann sie auch von den tschechischen Chauvinisten betrieben werden.

Die Folge dieses Zustandes wird sein, daß, da das Budgetprovisorium Ende dieses Monats abläuft, und die Regierung den § 14 nur in Bewegung setzen kann, wenn der Reichsrath nicht tagt, das Parlament vor Ende dieses Monates vertagt werden wird, damit der § 14 seine Thätigkeit wieder beginne. Für uns Sozialdemokraten sind die Dinge ziemlich klar: das ganze parlamentarische System, wie wir es gegenwärtig haben, wird und soll an seinen furchtbaren Gebrechen, an seinen furchtbaren Mängeln zu Grunde gehen. Durch viele Jahre hat man es versucht, das Parlament als eine Privatangelegenheit der besitzenden Klassen zu betrachten, in welche die Arbeiterschaft nichts dreinzureden hat. Und als man endlich daranging, eine Wahlreform zu schaffen, hat man diese so ausgebaut, daß die breiten Schichten der Bevölkerung nicht jenen Einfluß im Reichsrathe erhielten, der ihnen gebührt. An diesen Sünden, welche der österreichische Staat, welche die besitzenden, die privilegirten Klassen, Adel und Bürgerthum dem Volke, dem Proletariate gegenüber auf dem Kerbholz haben, wird dieses System schmählich enden. Nach meiner subjektiven Ueberzeugung stehen wir jedenfalls vor einer sehr wichtigen Entscheidung. So wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr lange weiter. Eine Reform nach rückwärts ist wohl vollständig unmöglich, es bleibt also blos ein Schritt nach vorwärts übrig. Werthe Parteigenossen! Ich glaube, daß wir in der nächsten Zeit — das Jubiläumsjahr wird ja bald vorüber sein, dieses Jahr, welches für uns das Jubiläumsjahr der Revolution ist — sehr stürmischen und bewegten Tagen entgegengehen. Es wird jedenfalls sehr viel Krawall setzen, und die Arbeiterschaft wird werkthätig eingreifen müssen. Daß die Arbeiterschaft in diesem Kampfe gerüstet sei, dafür müssen wir sorgen. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Petersilka (Wien) überreicht folgende Anträge:

Der Parteitag wolle beschließen:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, unbeschadet unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Legislaturperiode des Reichsrathes nicht wie bisher sechs, sondern nur drei Jahre zu dauern hat."

Der Parteitag wolle beschließen:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert — soferne die Einrichtung der Delegationen für Oesterreich überhaupt nothwendig ist — einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Zusammensetzung der Delegationen nicht mehr nach Ländergruppen geschieht, sondern jede im Reichsrathe vertretene Partei je nach der Stärke ihre Vertreter in dieselbe zu entsenden hat."

Gen. Kotteck (Wien) ist mit den Grundzügen der Taktik, wie sie Dr. Adler vorgeführt hat, ebenso wie mit den Leistungen des Verbandes im All-

gemeinen einverstanden. Wünschenswerth wäre es jedoch, wenn alle Fragen, die seitens des Verbandes im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht werden, von außen mit mehr Nachdruck und rechtzeitig unterstützt würden, damit die sozialdemokratischen Abgeordneten, die doch nur 14 Mann ausmachen, auf die Massen, die hinter ihnen stehen, mit Erfolg hinweisen können. Die Debatte über die Aufhebung der Getreidezölle habe die Parteivertretung nicht in die Massen hinausgetragen. Da hätte man nur das stenographische Protokoll dieser Verhandlungen zu vervielfältigen und zu verbreiten gebraucht, um das Volk über seine wahren Freunde aufzuklären. Auch die Agitation gegen die Greuel, die an unseren ungarischen Parteigenossen begangen werden, hätte eifriger betrieben werden sollen.

Gen. Ulbrich (Reichenberg): Wir können den Antrag der Karlsbader Genossen nicht unterstützen. Es hieße den Deutschnationalen zu viel Ehre anthun, wollten wir sie gewissermaßen durch Ausnahmsbestimmungen bekämpfen. Außerdem würde dies auch sehr wenig nützen. Wir müssen diese Leute je nach den Verhältnissen behandeln.

Gen. Polke (Wien) ist von dem Gefühl durchdrungen, daß die sozialdemokratische Fraktion Alles gethan hat, was nur zu leisten möglich war. Anders steht es jedoch mit der Parteivertretung. Ich bin von meinen Mandatgebern beauftragt, hier zur Sprache zu bringen, wieso es kommt, daß die Parteivertretung, wenn es sich um politische Forderungen handelt, große Demonstrationen veranstaltet, in wirthschaftlichen Fragen aber, wie zum Beispiel in Sachen der Lebensmitteltheuerung, eigentlich gar nichts gethan habe. In dieser wichtigen Frage, die den Volksnerv in erster Reihe berührt, hätte sich die Parteivertretung zu einer energischen That aufraffen sollen. Auf die Frage der Frauenorganisation übergehend, bemerkt Redner, daß dem Beschlusse des letzten Parteitages, die Frauenorganisation nach Möglichkeit zu fördern, nicht in genügendem Maße Rechnung getragen würde. Gerade die Provinzgenossen werden es im Wahlkampfe empfunden haben, daß sie die Frauenorganisationen nicht entbehren können. Die Frage der Organisation der sozialdemokratischen Kleingewerbetreibenden muß mit Vorsicht behandelt werden. Die Provinzgenossen haben ein Interesse daran, dieselben in die Organisation zu bekommen, da sie zur Agitation unabhängige Genossen brauchen.

Gen. Smutny (Wien): Die Parteivertretung hat sich in der Frage der Aufhebung der Getreidezölle einen taktischen Fehler zuschulden kommen lassen, so daß unsere Gegner jetzt zu verbreiten suchen, die Sozialdemokraten wollten die Spekulanten schützen. Es hätte wenigstens der Antrag Verkauf etwa in Form eines Flugblattes herausgegeben werden sollen.

Gen. Behr (Saaz): Was den Antrag der Karlsbader Genossen betrifft, so bin ich mit der Form desselben auch nicht einverstanden, obwohl ich es für nothwendig halte, daß eine entschiedene Agitation gegen die Deutschnationalen in Szene gesetzt werde. Wenn es auch unrichtig ist, daß uns die Christlich-Sozialen über den Kopf gewachsen sind, so müssen wir doch darauf sehen, daß dies nicht bei den Deutschnationalen eintritt. Dem Genossen Dr. Adler kann ich nicht zustimmen, wenn er die Erfolge der Christlich-Sozialen in Wien damit zu erklären versucht, daß die Christlich-Sozialen Eins sind mit den Klerikalen. Ich sage nicht, daß sie etwas Anderes vertreten als die Klerikalen, sie sind eben die Schildknappen der Klerikalen. Wenn man aber die Behauptung aufstellt, daß Wien früher in den Händen der Klerikalen war, so muß ich das bestreiten. (Widerspruch.) Heute ist Wien auch nicht in den Händen der Christlich-Sozialen. Der neuerliche Einfluß der Klerikalen in Wien ist erst durch die Christlich-Sozialen geschaffen worden, und am letzten Parteitage hat ja die Parteivertretung zugegeben, daß man den Christlich-Sozialen so viel Spielraum gewährt habe, weil man sich freute, daß sie den Liberalen Opposition machen. Dies trifft nun zum Theil auch in Bezug auf die Deutschnationalen zu. Es ist aber schwierig, eine Partei anzugreifen, die uns noch keine Angriffspunkte geboten hat. (Rufe: Oho!) Wenn eine junge Partei auftritt und sich radikal geberdet, so wird man diese Partei nicht in der Weise angreifen können, wie eine alte Partei, von der man weiß, daß sie niederträchtig ist. Es hat viele Leute gegeben, die geglaubt haben, die Deutschnationalen seien eine ehrliche demokratische Partei, und es

hat sich erst später gezeigt, daß sie ebenso wenig werth sind, wie die anderen Parteien. Ich befinde mich in einem Orte, der eine Hochburg der Deutschnationalen ist. Wir haben ihren Terrorismus kennen gelernt und wissen, daß sie genau dieselben erbärmlichen Mittel anwenden, wie die Christlich-Sozialen. Diese Leute, die sich in religiöser Beziehung als freisinnig geberden, erzählen, daß wir aus der Kirche einen Tanzsaal machen wollen, sie haben, als wir eine Erhöhung des Krankengeldes bei den Krankenkassen durchsetzen wollten, dagegen an das Ministerium rekurrirt, und haben sich entschieden dagegen gewehrt, daß den Arbeitern das Gemeindewahlrecht zuerkannt werde. Heute haben wir also Angriffsmaterial genug.

Gen. Winarsky (Wien): Es sind in einer Reihe von Orten Angehörige der sozialdemokratischen Partei in die Personalsteuer-Einschätzungskommissionen gewählt worden. Da diese Personen der Arbeiterklasse angehören und sie als Mitglieder der Kommission keine Diäten erhalten, ist es ihnen beinahe unmöglich, in der Kommission thätig zu sein. Es ist daher nothwendig, daß das Gesetz in dieser Richtung geändert werde. Auf administrativem Wege läßt sich nichts machen, und sind diesbezügliche Versuche bereits von der Behörde zurückgewiesen worden. Ich stelle deshalb den Antrag:

> „Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden vom Parteitage beauftragt, in den nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der den Mitgliedern der Personalsteuer-Einschätzungskommissionen Diäten sichert."

Die Regierung hat ja in ihrem Entwurfe selbst Diäten vorgesehen, das kapitalistische Parlament hat diese Bestimmung aber abgelehnt. Aus den eben gehörten Berichten werden Sie den Eindruck gewonnen haben, daß unsere Abgeordneten bei der heutigen Zusammensetzung des Parlaments nicht im Stande sind, irgend eine positive gesetzgeberische Arbeit zu leisten. Es ist daher ganz unnütz, wenn die Genossen an unsere Abgeordneten herantreten, damit sie dies oder Jenes thun. Das Wichtigste, was vor Allem geschehen muß, ist also, eine Umgestaltung des Parlamentes herbeizuführen, damit unseren Abgeordneten die Möglichkeit geboten werde, thätig zu sein. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der Einfluß des Feudaladels in Oesterreich gebrochen werden kann durch einen entschiedenen Vorstoß auf dem Gebiete der Erweiterung der Volksrechte. Ich muß es daher bedauern, daß Genosse Adler in seinem Referate über das allgemeine Wahlrecht fast gar nichts gesprochen hat. Es muß wieder ein Sturm auf diese Bastion unternommen werden. Es ist möglich, daß die Regierung nach dem Ablauf des Jubeljahres Neuwahlen ausschreibt. Unsere Parole, mit der wir in den Kampf ziehen, muß dann wieder nur sein: Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht!

Reichsraths-Abgeordneter Gen. Resel (Graz): Genosse Dr. Adler hat bemerkt, daß unsere Taktik gegenüber einer Partei, die momentan selbst drangsalirt wird, eine andere sein muß, als jene gegenüber den anderen Parteien. Ich muß hier nun mit einigen Worten auf die Verhältnisse in Graz eingehen. Es wurde in der Kreisvertretung ein Beschluß gefaßt und derselbe auch in der Zeitung veröffentlicht, sowie in einer Versammlung dagegen Stellung genommen, daß die Deutschnationalen die Arbeiterschaft zu ihren Zwecken mißbrauchen. Dies hat die Deutschnationalen veranlaßt, zu behaupten, daß wir in einem Momente, wo sie von der Regierung angegriffen werden, gegen sie Stellung nehmen, und sie beschuldigten uns, daß wir der Polizei Dienste leisten. Eine solche Auffassung unserer Erklärung ist ganz falsch. Es hat sich lediglich darum gehandelt, daß es nicht mehr vorkommen soll, daß die Studenten die Arbeiter abfangen und zu Demonstrationen verwenden, die wir nicht mitmachen wollen, es lag uns aber vollständig fern, den Deutschnationalen in den Kämpfen, die sie in freiheitlicher Beziehung führen, in den Rücken zu fallen. Wenn die Auffassung der Deutschnationalen Verbreitung finden würde, könnte die Ansicht platzgreifen, als ob wir uns den Moment deshalb ausgesucht haben, um uns zu salviren, da die Polizei in Graz jetzt schärfer vorgeht. Unsere Erklärung ist aber lediglich dahin zu deuten, daß wir uns dagegen verwahren, daß unsere Leute zu Demonstrationen benützt werden, ohne daß die Partei damit einverstanden ist. Wir werden, wo es sich um gemeinsame Interessen handelt, unsere Aktionen stets selbst einleiten, wir

haben aber gar kein Interesse, dem Grafen Thun bei seiner Arbeit gegen die Nationalen Vorschub zu leisten. (Bravo!)

Gen. Steinbauer (Waidhofen a. d. Ybbs): Ich weiß nicht, welche Motive die Karlsbader Genossen bei Stellung ihres Antrages geleitet haben, weil ich eine Begründung dieses Antrages leider vermisse. Wenn aber die Karlsbader Genossen sagen, daß die christlich-soziale Bewegung den niederösterreichischen Genossen über den Kopf gewachsen ist, so muß ich dagegen entschieden protestiren. Ich vertrete einen der schwärzesten Winkel in Niederösterreich, ich kann aber konstatiren, daß dies selbst dort nicht der Fall ist. Vielleicht haben aber die Genossen in Karlsbad diesen Schluß aus dem Umstande abgeleitet, daß wir in Niederösterreich bei den Wahlen unterlegen sind. Da müssen Sie aber wissen, daß den Christlich-Sozialen nur der Schwindel zum Siege verholfen hat. Heute steht es anders. Die Herren besorgen uns ja selbst die beste Agitation. Am Sonntag war in unserem Bezirke eine Volksversammlung, die gezeigt hat, wie diese Leute arbeiten. Da hat ein Hetzpfäfflein für uns eine so kolossale Agitation entwickelt, wie wir sie in einer Versammlung, wo keine Gegner anwesend sind, nie erreichen könnten. Wir haben bei den Wahlen auch gelernt, was uns fehlt: Die Kleinarbeit. Der Spieß dreht sich aber schon um und auch in den Dörfern beginnt es zu dämmern.

Gen. Wagner (Knittelfeld): Der Antrag der Karlsbader Genossen dürfte, sofern er sich auf die Bekämpfung der Deutschnationalen bezieht, nicht so ganz unbegründet sein, als hier mehrfach behauptet wurde. Ich verweise zum Beispiel auf die Stadt Brüx in Böhmen, wo die Deutschnationalen dieselben Polizeidienste leisten, wie sie es den Sozialdemokraten in Steiermark vorwerfen wollen. Es sind von Brüx viele Arbeiter nach Knittelfeld gekommen, die das alle bestätigten. Ich bin aber der Ansicht, daß man es den örtlichen Organisationen überlassen soll, wie sie ihre Gegner zu bekämpfen haben. Die Kampfesweise einer und derselben Partei uns gegenüber ist ja auch in den einzelnen Ländern eine verschiedene und darnach soll man sich einrichten.

Gen. Petersilka (Wien): Ich kann nicht umhin, der Parteivertretung den Vorwurf zu machen, daß sie es verabsäumt hat, den Antrag des Genossen Dr. Verkauf, die Aufhebung der Getreidezölle betreffend, in populärer Form in einer Broschüre herauszugeben, oder ihn wenigstens in der „Arbeiter-Zeitung" in verständlicher Weise zu besprechen. Es ist Thatsache, daß dieser Antrag von der christlich-sozialen Partei in einer Weise ausgenützt wird, die allerdings politisch höchst unanständig ist, aber was kümmert sich die um politischen Anstand. Die Christlich-Sozialen haben eine Anzahl von Volksversammlungen abgehalten, in denen sie sich mit diesem Thema beschäftigt haben und wo sie den Antrag Verkauf in der bekannten Weise zur Sprache brachten. Sie haben dem Volke vorzumachen versucht, daß wir ihn nur im Auftrage der jüdischen Spekulanten eingebracht haben. Vor einigen Tagen schrieb das „Deutsche Volksblatt", es hat sich gezeigt, daß die indifferenten Arbeiter für die christlich-soziale Sache leicht zu gewinnen sind. Gerade auf die indifferente Arbeiterschaft hat es diese Partei abgesehen, wir können uns aber nicht verhehlen, daß es leider noch eine ganze Unmasse indifferenter Arbeiter gibt. Ich würde also wünschen, daß die Parteivertretung vielleicht noch in letzter Stunde das Geeignete veranlassen möge. Redner begründet schließlich die beiden von ihm eingebrachten Anträge und bittet um deren Annahme.

Gen. Hartinger (Wiener-Neustadt) erklärt sich namens der Organisation Wiener-Neustadt des IX. Wahlkreises mit der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion einverstanden, nicht aber mit der äußeren Thätigkeit der Abgeordneten. Seit dem 9. März 1897 hat sich außer dem Abgeordneten Schrammel kein Abgeordneter dort sehen lassen; auch Genosse Pernerstorfer war nicht dort. Er ersucht die Abgeordneten um Unterstützung in der Agitation für Wiener-Neustadt.

Gen. Köhler (Haindorf) tadelt gleichfalls das verspätete Eingreifen der Parteivertretung in der Frage der Lebensmitteltheuerung. Er vertheidigt seine Mandanten gegenüber dem Vorwurfe Behr's, mit den Deutschnationalen geliebäugelt zu haben. Auch jetzt, wenn der Bandwurm der Sprachenfrage wieder aufgerollt werden wird, müsse man sich gegen die Deutschnationalen wieder gehörig einsetzen und die Leute darauf aufmerksam machen, daß die wirthschaftlichen

Fragen nicht behandelt werden können, so lange die Zeit mit der Sprachendebatte ausgefüllt wird.

Ueber Antrag des Gen. Mann (Steyr) wird die Rednerliste geschlossen.

Gen. Barth (Gablonz a. d. N.) ist der Meinung, daß man nicht bei jeder Frage erst warten müsse, bis die Parteivertretung eine Weisung herausgibt und die Genossen zu jedem Schritt erst antreiben müsse. Die Annahme des Antrages der Organisation Karlsbad würde den Nationalen zu viel Bedeutung verschaffen, die aber nichts anderes seien, als ein Abklatsch der alten Liberalen. Er theilt die Ansicht des Genossen Dr. Adler, daß die Parteigenossen selbst am besten wüßten, wie sie zu Hause vorzugehen haben. Wenn die Nationalen, sagt Redner, den ungeheueren Nothstand der Glasarbeiter, die bis zu 18 Stunden arbeiten und dabei einen Lohn erhalten, daß sie sich höchstens zweimal im Tage mit Kaffee und ungeschälten Kartoffeln satteessen können, ausnützen wollen, so werden wir den Leuten den Standpunkt der Nationalen auseinandersetzen und Klarheit in die Köpfe der Arbeiter bringen. Wenn eine Broschüre über die deutschnationale Bewegung herausgegeben wird, muß sie möglichst billig sein, damit sie einen massenhaften Absatz finde.

Gen. Vielhaber (Lilienfeld) überreicht folgenden Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen:

„Es ist den Genossen jedes Ortes oder jeder Provinz überlassen, die ihnen gegenüberstehenden Parteien deren Taktik und deren Angriffen gemäß zu bekämpfen.“

Gen. Lill (Falkenau a. d. Eger): Da es den Genossen des Karlsbader Bezirkes nicht möglich war, einen Delegirten zu entsenden, gestatten Sie mir als Delegirten des IV. böhmischen Wahlkreises, über den Antrag der Karlsbader Organisation einige Worte zu sagen. Als wir den Antrag stellten, lag uns ein Mißtrauen gegen die Parteivertretung ferne; wir sind vielmehr mit dem, was Genosse Dr. Adler in einer Hinsicht ausgeführt hat, ebenso wie mit dem Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes einverstanden. Es scheinen sich jedoch die Genossen von Wien und Niederösterreich über die Deutschnationalen Westböhmens etwas zu täuschen und zu meinen, daß wir dort mit einer Sorte von Deutschnationalen zu rechnen haben, die in ihrer Taktik doch etwas anständiger sind. Aber jene Herren Deutschnationalen dort in Westböhmen, und speziell im Egerlande, in der Hochburg des Herrn Schönerer, sind um kein Haar anständiger als die Christlich-Sozialen Niederösterreichs; sie arbeiten mit den infamsten Verleumdungen und Lügen, von denen ich nur die eine anführen will, daß Genosse Dr. Adler für einen einzigen Vortrag im Erzgebirge 80 fl. Honorar verlangt habe. Zu ihren Versammlungen werden die indifferenten Arbeiter eingeladen, während wir nicht eingelassen werden. Wir hegen daher die gerechte Befürchtung, daß sie Verwirrung in die Reihen der Indifferenten tragen und uns bei den von ihnen angewendeten Mitteln die Agitation erschweren. In Asch, Eger und den kleinen Orten des Egerlandes werden die Leute seit der letzten Wahlbewegung von den deutschnationalen Unternehmern in der brutalsten Weise chikanirt. Damals wurde der Stimmenkauf in der ausgiebigsten Weise versucht; weil er nicht gelang, wurden die Wahlmänner auf's Pflaster geworfen. Ebenso geschah Jenen, die an der Märzfeier theilgenommen haben. Bezweifeln möchte ich es, wenn Dr. Adler gesagt hat, daß die Deutschnationalen nicht gleichbedeutend seien mit den anderen bürgerlichen Parteien. Als in mehreren deutschen Gemeinden die Petition um Befürwortung das allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zur Besprechung gelangte, sind alle diese Gemeindevertretungen über diese Petition einfach zur Tagesordnung übergegangen. Es zeigt das deutlich, was wir in Bezug auf die politische Entwicklung der Deutschnationalen zu halten haben. Die Form des Antrages ist gewiß etwas unglücklich; aber die harten Kämpfe, die wir zu bestehen haben, berechtigen uns, zu fordern, daß wir in diesen Kämpfen von der Parteivertretung in ausgiebigster Weise unterstützt werden, daß in ausgiebigster Weise dafür Sorge getragen werde, daß diesen Deutschnationalen in Westböhmen in der schärfsten Weise entgegengetreten wird. Wir wollen mit dem Antrage nichts weiter bezwecken, als daß das Zentralorgan in Zukunft in der schärfsten Tonart

gegen die Deutschnationalen Stellung nehme und uns auf diese Weise in unserem Kampfe zu unterstützen sucht.

Reichsraths-Abgeordneter Gen. Zeller (Teplitz): Gegen den Antrag der Karlsbader Organisation muß ich mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, weil die Form desselben eine derartige ist, daß die Leute draußen wirklich glauben würden, daß wir ihnen eine Kraft beimessen, die ihnen thatsächlich nicht innewohnt. Wenn der Kampf von irgend einer Seite geführt werden soll, so muß er von draußen — und zwar mit der größten Energie — geführt werden. Wenn Genosse Resel sagt, wir sollen den Leuten nicht in den Rücken fallen, so erklären wir, daß wir in allen Fällen, wo die Leute für freiheitliche Bestrebungen eintreten werden, sie nicht hindern werden. Solche Momente werden aber nicht eintreten. Im Gegentheile. Sie haben bei uns in Böhmen nur immer bewiesen, daß sie volksfeindlich sind und es ihnen nie darum zu thun ist, freiheitliche Ziele zu verfolgen.

Die Deutschnationalen wollen die Vorherrschaft der Söhne des Bürgerthums, wir haben aber keinen Grund, uns dafür zu echauffiren. Wenn in dem Antrage der Organisation Karlsbad auf die „Arbeiter-Zeitung" verwiesen wird, so möchte ich dem insoferne beistimmen, als es thatsächlich scheint, daß Galizien für die „Arbeiter-Zeitung" mehr Bedeutung hat als Böhmen. Ich glaube aber, daß für die „Arbeiter-Zeitung" das allerwichtigste Gebiet Wien und Niederösterreich ist, weil sie dort ihren größten Absatz findet. Sie kann daher den Kampf auswärts nicht so führen, wie es nöthig wäre. Wir müssen trachten, daß wir in Böhmen in der nächsten Zeit einmal zusammenkommen und einen Plan ausarbeiten, wie wir dort gegen diese Leute vorgehen sollen. Es geht aber nicht an, daß sich der Parteitag um diese Dinge kümmert und daß der Kampf von einer Zentralstelle aus geführt werde, wie es die Genossen draußen haben wollen. Ich möchte Sie daher bitten, daß Sie die Anträge 6 a und 6 c ablehnen, weil wir in Böhmen uns selbst darum zu kümmern haben.

Gen. Prachensky (Innsbruck): Wir in Tirol sind mit der Taktik der Partei und des Verbandes sehr zufrieden. Wenn wir einen Wunsch hätten, so wäre es der, daß von Seite der Partei und der Abgeordneten mehr Werth auf die Agitation gelegt würde, und daß, wenn sie Innsbruck berühren, nicht blos durchfahren, sondern sich uns in einer Volksversammlung zur Verfügung stellen. Was den Karlsbader Antrag betrifft, so muß ich bekennen, daß ich während des Referates des Genossen Dr. Adler nicht anwesend war, ich schließe aber aus dem Gehörten, daß er sich gegen den Antrag ausgesprochen hat, und ich muß ihm da ganz beipflichten. Wir brauchen keine Ausnahmstaktik gegen die Deutschnationalen. Wir in Tirol könnten ja ebenso eine Ausnahmstaktik gegen die Klerikalen verlangen, denn Sie machen sich gar keinen Begriff, wie man uns die Organisation und Agitation erschwert. Wir haben schon manche Gebiete erobert gehabt und haben sie wieder in Folge der Beeinflussung von Seite der Klerisei verloren. Für den Antrag 6 b, daß eine derartige Broschüre herausgegeben werde, würde ich allerdings sein.

Gen. Scherz (Stuppach): Ich habe die Absicht, der Parteivertretung, die wir heute vor uns haben und dann ein Jahr nicht, etwas den Rücken zu waschen, damit sie bei jeder Gelegenheit, wo es nöthig ist, einschreitet. Das ist allerdings kein Vorwurf für die jetzige Parteivertretung, weil es einen Fall vor zwei Jahren betrifft, der aber am vergangenen Parteitage nicht zur Sprache gekommen ist. Die Parteivertretung hat sich um die Landtagswahlen einfach gar nicht bekümmert. Ich bin von drei Gemeinden ersucht worden, als Kandidat für den Landtag aufzutreten, ich habe mich in einem Schreiben an die Parteivertretung gewendet, aber keine Antwort erhalten. Ich habe auch ein Manuskript an die „Arbeiter-Zeitung" geschickt, es ist aber nichts erschienen. Ich möchte also der künftigen Parteivertretung an's Herz legen, daß sie sich um diese Dinge mehr kümmere. Auch bezüglich der Gemeinderathswahlen möchte ich wünschen, daß die Parteileitung von den Provinzgenossen darüber informirt werde, in welchen Orten Genossen das Wahlrecht in den Gemeinderath haben. Auch bei uns waren, als die Gemeinderathswahlen vorgenommen wurden, ziemlich viele wahlberechtigte Sozialdemokraten vorhanden; da aber nichts verfügt wurde, konnten wir keine Kandidaten aufstellen. (Genosse

Schuhmeier: Das geht ja Alles die niederösterreichische Organisation an!) Bei den Einkommensteuerwahlen, wo wir von Wien aus Broschüren bekommen haben, haben wir gesehen, daß die Bauern zu uns kamen und uns die Broschüre abkauften, und es haben mir Bauern selbst gesagt, daß sie mit ihrem Abgeordneten nicht zufrieden seien, weil es seine Pflicht wäre, wenn neue Gesetze herauskommen, die Wähler zu informiren. Bei diesen Wahlen haben wir auch sehr viele Stimmen von Bauern bekommen. Mit dem Antrage Winarsky bin ich ganz einverstanden, aber es ist ganz gut, daß bisher keine Diäten festgesetzt waren, denn sonst hätten sich die Gegner, insbesonders die christlich-sozialen Herren, um diese Stellen viel mehr bemüht.

Gen. Hecker (Teichstadt): Ich muß nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß man über den Karlsbader Antrag so viele Worte verliert. Wenn wir unser Parteiprogramm durchlesen, so finden wir, daß wir die bürgerlichen Parteien als eine geeinigte reaktionäre Masse anzusehen haben und in diesem Sinne müssen wir auch die Deutschnationalen behandeln. Als der Badeni gestürzt wurde, haben wir nicht mit ihnen, sondern neben ihnen demonstrirt. Ich betrachte daher den Antrag als einen ganz überflüssigen. In jedem Ort müssen die Genossen wissen, was sie für Gegner haben, und darnach müssen sie sich benehmen. (Zustimmung.) Hier handelt es sich um die indifferenten Massen. Auf die wird aber die „Arbeiter-Zeitung" sehr wenig Einfluß nehmen können. Die Karlsbader Genossen haben ja ihre Parteiblätter im Bezirke. Sie mögen diese auffordern, in der Richtung Stellung zu nehmen, das wird von größerem Erfolge begleitet sein. Zum Schlusse möchte ich noch den Wunsch aussprechen, daß die Parteivertretung eine Direktive in Bezug auf die Aktion gegen die Lebensmittelvertheuerung herausgeben möge.

Gen. Krapka (Wien): Es wurde hier ein Vorwurf erhoben, der an die deutsche Parteivertretung adressirt, eigentlich aber an die Gesammtparteivertretung gerichtet war. Ich muß als Mitglied der Gesammtparteivertretung hier erklären, daß wir uns mit der Frage der Brotvertheuerung beschäftigt haben und muß auch hervorheben, daß diese Frage nicht blos eine Sache der deutschen Genossen, sondern gewiß eine Sache der ganzen österreichischen Bevölkerung ist. Die Behauptung einiger Genossen, daß die Christlich-Sozialen Versammlungen veranstaltet haben und wir keine, ist nicht richtig, sondern das Gegentheil ist der Fall. Die Christlich-Sozialen sind uns erst nachgehumpelt, als wir schon eine Menge Manifestationen und Demonstrationen veranstaltet hatten. Es war aber sehr gut, daß die Gesammtparteivertretung in dieser Frage nicht eingegriffen hat, weil diese Manifestationen spontan von der Bevölkerung selbst ausgingen und daher gewiß eine größere Wirkung hervorgerufen haben, als wenn die Sache arrangirt worden wäre.

Gen. Hanusch (Sternberg): Wenn der Parteileitung von den Provinzgenossen ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß sie keine Aktion wegen der Brotvertheuerung eingeleitet hat, so ist das größtentheils gerechtfertigt. Es waren aber meistens Wiener Genossen, die der Parteileitung diesen Vorwurf gemacht haben. Nun, die Wiener Genossen sind ja in Wien und wenn sie wollen, daß solche Sachen geregelt werden, so mögen sie das in ihren Lokalorganisationen beschließen, die sich dann sehr leicht mit der Parteivertretung in's Einvernehmen setzen können. Wenn wir den Antrag der Karlsbader Genossen annehmen würden, würden wir den Deutschnationalen eine Ehre erweisen, die sie nicht verdienen. Die deutschnationalen Blätter haben bereits erklärt, daß ihre Partei eine „mächtige Volkspartei" sei, da sich der Parteitag „gezwungen sehe", sich mit ihr besonders zu befassen. Die Deutschnationalen lassen die Arbeiter in ihre Versammlungen gar nicht hinein, und wer nicht für die Arbeiter agitirt, von dem ist es ausgeschlossen, daß sich ihm die Arbeiter anschließen werden. Genosse Zeller hat auch bemerkt, daß sich die „Arbeiter-Zeitung" mehr mit den galizischen als mit den böhmischen Verhältnissen beschäftige. Darauf muß ich erwidern, daß sich die „Arbeiter-Zeitung" vor Allem mit den behördlichen Chikanen in Galizien befassen muß. Uebrigens gibt es in Böhmen eine ganze Menge Parteiblätter, die nachhelfen können, wenn es gilt, Besonderes zu thun.

Die Genossen Mann (Steyr) und Dobiasch (Aussig) verzichten auf as Wort.

Gen. **Vielhaber** (Lilienfeld): Die Lilienfelder Genossen haben mich beauftragt, bezüglich des Karlsbader Antrages hier zu erklären, daß die Kampfesweise gegenüber den verschiedenen Parteien den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden soll. Der „Arbeiter-Zeitung" ist es nicht möglich, für jeden Ort einen anderen Ton anzuschlagen. Die Sozialdemokratie hat auch nicht die Aufgabe, eine Partei speziell zu bekämpfen, sondern wir haben jede Partei zu bekämpfen, die sich als eine volksfeindliche darstellt. Weil wir aber einen internationalen Kampf führen, können wir auch nicht unserem Parteiorgan vorschreiben, es soll gegen diese oder jene Partei einen besonderen Kampf führen.

Gen. **Müller** (Graz): Es ist bereits eine deutschnationale Debatte entstanden, obwohl wir einen diesbezüglichen Punkt auf der Tagesordnung haben. Es handelt sich jetzt nur darum, ob der Parteivertretung oder der Fraktion in dieser Hinsicht ein Vorwurf gemacht werden kann. Dies ist aber aus den Reden nicht ersichtlich geworden, sondern es haben nur einige Genossen den lebhaften Wunsch ausgesprochen, daß die Gegner, die ihnen an ihrem Orte höchst unangenehm sind, durch die Parteivertretung abgeschafft oder ausgerottet werden sollen, indem sie meinen, die Parteivertretung möge ihnen eine Direktive geben, wie sie mit diesen Gegnern fertig werden können. Die Taktik läßt sich nicht schablonenmäßig für alle Parteien und alle lokalen Verhältnisse feststellen, es obliegt den einzelnen lokalen Organisationen, das zu beurtheilen.

Vorsitzender Gen. **Popp** theilt mit, daß die Rednerliste erschöpft sei.

Gen. **Pernerstorfer** (zur thatsächlichen Berichtigung): Genosse Hartinger aus Wiener-Neustadt hat mir gewissermaßen den Vorwurf gemacht, als sei ich ein so boshafter Mensch, der, weil er in Wiener-Neustadt durchgefallen ist, jetzt zur Strafe nicht in den Bezirk hinauskommt. Ich komme aber nur nicht nach Wiener-Neustadt, sondern suche mit Vorliebe jene Ortschaften auf, von denen mir bekannt und durch Personen beglaubigt worden ist, daß dort von der Kanzel herab gegen mich besonders am 7. März vorigen Jahres eine Aktion in der Weise geführt wurde, daß man den Leuten, die größtentheils Bauern sind, sagte: „Ihr könnt den Pernerstorfer nicht wählen, er ist ein Jude, er ist dafür, daß das Wallfahren verboten wird, daß ein Gesetz gemacht wird, daß die Kinder nicht mehr getauft werden dürfen." Sie verstehen, daß es für mich einen besonderen Reiz hat, gegen diese schwarze Lügenbande, die angesichts Jesu Christi und des Kreuzes von der Kanzel herab die gemeinsten Lügen schleudert, Stellung zu nehmen und sie in ihren Schlupfwinkeln aufzusuchen. Zum Schlusse erlaube ich mir die Mitglieder der Parteivertretung und den Sekretär der niederösterreichischen Landesvertretung zur Beglaubigung der Behauptung aufzurufen, daß ich sicher zu jenen Mitgliedern der Parteivertretung gehöre, die agitatorisch am meisten thätig sind. (Beifall.)

Das **Schlußwort** erhält zuerst:

Referent Gen. Dr. **Adler**: Parteigenossen! Ich möchte zunächst eine Unterlassungssünde gutmachen, deren ich mich in meinem Referate schuldig gemacht habe. Unsere Partei hat nicht nur eine innere, sie hat auch eine äußere Politik. Obwohl wir hier nur die deutsche Organisation Oesterreichs vertreten, hätte ich die Pflicht gehabt — ich hole dies jetzt nach — zu sagen: Wir deutsche Sozialdemokraten haben ebenso wie die Parteigenossen anderer Zungen die Verfolgungen unserer **ungarischen** Parteigenossen seitens der ungarischen Regierung auf's Allerschärfste verurtheilt, und haben, soweit dies in der Presse und in Versammlungen möglich war, Alles gethan, um dieses Regiment so zu brandmarken, wie es gebrandmarkt zu werden verdient. Sie wissen, wie die Klerikalen und Christlich-Sozialen früher bei jeder Gelegenheit gegen die ungarische Regierung vorgegangen sind. Warum? Weil sie eine liberale Regierung war. Heute, wo diese „liberale" Regierung zeigt, daß sie eine barbarische Unterdrückerin der Arbeiter in Stadt und Land ist, schweigen diese beiden Parteien, weil sie bedauern, daß die österreichische Regierung nicht mehr die Macht hat, mit den österreichischen Arbeitern in der gleichen Weise zu verfahren. Bei den konfessionellen Gesetzen in Ungarn haben sie natürlich den größten Widerstand entwickelt. Jetzt aber, wo es gegen die Arbeiterklasse geht, haben die Herren, von Lueger bis zum letzten Pfaffen, nicht ein Wort gefunden gegen die Brutalitäten, die dort erfolgt sind. Ja, noch

mehr: die christlich-soziale und klerikale Presse hat unsere Genossen, während sie am ärgsten verfolgt wurden, noch beschimpft. Die liberale Presse, die dafür zum größten Theile bezahlt ist, daß sie das ungarische Regiment verherrlichte, hat sich in ihrer Feigheit damit begnügt, all die Greuel da drüben — todtzuschweigen. Ich möchte auch nicht, daß dieser Parteitag vorübergehe, ohne daß wir unseren Parteigenossen in Italien den Ausdruck unserer herzlichsten Sympathie und brüderlichsten Solidarität aussprechen. (Beifall und Händeklatschen.) Sie stehen dort einer Regierung gegenüber, welche denselben Charakter aufweist, wie die ungarische Regierung. Ich spreche von der österreichischen Regierung in diesem Zusammenhange nicht. (Heiterkeit.) Wenn die österreichische Regierung heute mit den Arbeitern etwas anders vorgeht, so ist das nicht ihr Verdienst, sondern — wir können es ruhig sagen — unser Verdienst. (Zustimmung.) Wenn die herrschenden Klassen Italiens gegenüber unseren italienischen Genossen, insbesondere im letzten Monate, mit seltener Grausamkeit und Barbarei vorgegangen sind, so sind wir in der Lage gewesen, denselben nicht nur durch Sympathieerklärungen, sondern auch thatsächliche Hilfe zu leisten. Hunderte von italienischen Genossen sind in die Schweiz hinübergedrängt worden. Diesen wird von unseren Schweizer Genossen, sowie auch von den österreichischen Genossen, welche in der Schweiz eine eigene Organisation haben, eine Aufnahme bereitet, wie sie von der Bruderliebe, die das Proletariat beherrscht, gefordert wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß manche auch nach Oesterreich kommen werden, und es wird dann unsere Pflicht sein, sie zu empfangen, wie man kämpfende Brüder empfängt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß in Zürich von einem österreichischen Sozialdemokraten, von Harrich, geradezu ein taktischer Fehler begangen wurde, indem er — befangen in romantischen Ideen — die ganze internationale Schweiz zu einem Zug nach Mailand aufgerufen hat. Ich erwähne dies hier, damit festgestellt wird, daß an diesem thörichten Unternehmen die Partei, weder in Oesterreich, noch in der Schweiz, irgend einen Antheil gehabt hat. Ich erwähne dies hier, um es als warnendes Beispiel hinzustellen, wenn einzelne Genossen, die gewiß sehr gutherzig sind und einen guten Willen haben, aber die Vernunft zu wenig sprechen lassen, aus eigener Initiative Dinge ausführen, für die sie die Verantwortung nicht übernehmen können. Wenn auch ein Unglück dabei nicht herausgekommen ist, so muß doch gesagt werden, daß das nicht die Art ist, wie man hilft, sondern daß zielbewußten Arbeitern die Organisation helfen muß.

Die Aufnahme und Hilfe, die wir diesen italienischen Flüchtlingen zukommen lassen, hat aber noch eine Bedeutung, insbesondere für die gewerkschaftliche Organisation. Zum ersten Male sind wir in der Lage, italienischen Arbeitern zu zeigen, daß sie auch eine andere Rolle bei uns in Oesterreich spielen können, als nur Lohndrücker zu sein. Zum ersten Male sind wir in der Lage, den italienischen Arbeitern an einem lebendigen, sichtbaren Beispiele zu Gemüthe zu führen, daß auch sie alle ein Interesse daran haben, sich den Reihen der organisirten Arbeiter anzuschließen. Sagen Sie nicht, diese Flüchtlinge da brauchen diese Belehrung nicht. Was sich da vollzieht, wird auch von den indifferenten Italienern verstanden werden, und wir versprechen uns gerade von dieser Thatsache einen Erfolg in der Organisation und Agitation unter den italienischen Arbeitern. Wo Willkür und Gemeinheit, wo Niedertracht der Regierungen einen Schlag gegen uns geführt hat, da haben wir immer den Spieß umdrehen können, und Schritt für Schritt ist Alles gegen unsere Gegner ausgefallen. So wird es auch hier gehen. (Richtig!)

Ich komme nun zu den einzelnen Anträgen. Den Antrag Winarsky, betreffend Diäten für Mitglieder der Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission, empfehle ich Ihnen zur Annahme, und ich bin überzeugt, daß der Verband nicht zögern wird, dem Wunsche des Parteitages Folge zu leisten. Der von mir gestellte Antrag beinhaltet wohl zugleich ein Vertrauensvotum für die Parteivertretung. Ich war aber Referent und mußte einen bezüglichen Antrag stellen, es haben auch so viele Redner dieses Verhalten gebilligt, und so glaube ich, daß Sie mir es nicht übelnehmen werden, daß dieser Antrag gerade von mir gestellt wurde. Auf die Anträge Petersilka übergehend, glaube ich, den Genossen Petersilka

und seine Mandatgeber beruhigen zu können: die gegenwärtige Legislaturperiode wird nicht so lange dauern, dieses Haus wird nicht alt werden. Ich habe nichts dagegen, daß dieser Antrag dem Verbande zugewiesen wird, der sich überlegen mag, wann er diesen Antrag für zeitgemäß hält. Den Antrag, die Delegationen betreffend, möchte ich Ihnen aber zur Ablehnung empfehlen. Was sollen wir uns um diese krüppelhafte Institution, um diese Ausgeburt österreichischer Ohnmacht, überhaupt bekümmern. Fehlt denn diesen Delegationen nichts Anderes, als daß sie nach Ländergruppen gewählt werden? Ich halte den Antrag nicht für opportun, weil wir nicht wissen, ob wir überhaupt noch viele Delegationssessionen haben werden. Der Antrag des Genossen Vielhaber besagt etwas Selbstverständliches. Wir müssen ihn annehmen, weil wir ihn nicht ablehnen können; er ist aber meiner Ansicht nach überflüssig.

Es erübrigt mir noch, auf die Diskussion, die hier geführt wurde, mit einigen Worten zurückzukommen. Selbstverständlich haben die Karlsbader Anträge hier die erste Rolle gespielt. Genosse Lill war der Einzige, der durch sein Mandat gezwungen war, diese Anträge hier aufzunehmen und vollinhaltlich zu vertreten. Ich bin ihm aber sehr dankbar dafür, daß er wenigstens zugegeben hat, daß die Fassung der Anträge eine unglückliche war. Es scheint mir denn doch, daß gerade diese Debatte ergeben hat, daß die Parteivertretung in diesem Punkte vollständig im Sinne der großen Mehrzahl — ja ich wage zu sagen — aller Genossen an diesem Parteitage gehandelt hat, und daß, wenn sie anders handeln würde, sie sich nur ganz bestimmten lokalen Einflüssen in Karlsbad — nicht im westböhmischen Wahlkreise — gefangen geben würde. Was Genosse Lill da erzählt hat, daß die Schönerianer unanständig gegen uns kämpfen, was Genosse Müller darüber erzählt hat — das wissen wir ja. Wenn die Genossen vermissen, daß über die Geschichte mit den 80 fl. kein fulminanter Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" gestanden ist — nun, es wird auch in Zukunft keiner kommen. Das ist eine jener Lügen, die den Stempel der Lüge und boshaften Erfindung an sich tragen und die so dumm sind, daß man sich mit ihnen gar nicht zu beschäftigen braucht.

Hier handelt es sich aber um etwas ganz Anderes. Sie erinnern sich an den Volkstag von Eger, und an die Konsequenzen, die sich daran knüpften. Als der Volkstag von Eger, etwa einen Monat vorher, angekündigt war, haben die Genossen in Eger, ihren lokalen Bedürfnissen entsprechend, die Absicht gehabt, eine Protestversammlung abzuhalten, um zu erklären, das ist kein Volkstag, sondern das Volk ist bei uns. Sie haben sich mit dieser Absicht an die Parteivertretung gewendet, und die Parteivertretung hat ihnen gesagt: Parteigenossen! Ihr habt ganz Recht, das ist kein Volkstag, sondern dort ist höchstens nur eine dünne Schichte des Bürgerthums vertreten; aber es wäre ein taktischer Fehler, wenn Ihr Eueren an sich ganz gerechtfertigten Protest gerade zur Zeit dieses Volkstages loslassen würdet. Die Genossen haben das eingesehen und haben ihren Plan nicht ausgeführt. Wir hätten dem Badeni keinen größeren Gefallen thun können, als wenn wir damals in Eger, wo Soldaten und Gendarmen gegen das in Bewegung kommende Bürgerthum ausgerückt sind, eine Protestversammlung abgehalten hätten. Mögen die Deutschnationalen noch so perfid gegen uns kämpfen, so kann uns das niemals veranlassen, der Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir müssen die Deutschnationalen bekämpfen als Vertreter des deutschen reaktionären Bürgerthums und dies mit aller Energie. Daß wir sie aber gerade in dem Augenblicke bekämpfen, wo sie sich anschicken, etwas halbwegs Anständiges zu thun, das wäre eine Dummheit, die wir nicht begehen wollen. Redner erinnert daran, daß die Partei zur Zeit der Omladinisten auch gezeigt hat, was für Niederträchtigkeiten gegen sie verübt wurden, ihnen aber andererseits als Phantasten, Querköpfen und Strebern entgegengetreten sei. Darin lag kein Widerspruch. Fürchten Sie nicht, fährt der Referent fort, daß wir uns in die Deutschradikalen so verlieben werden, daß wir von ihnen nicht loskommen werden. Dafür sorgen diese Herren schon selbst. Genosse Behr sagte: Am letzten Parteitage habt Ihr es selbst zugestanden, daß Ihr die Christlich-Sozialen habt gewähren lassen, so lange es gegen die Liberalen gegangen ist. Ja, Genossen, war unsere Taktik da vielleicht falsch? War es nicht klug, gerecht und unseren Grundsätzen entsprechend, daß wir

gesagt haben, die Verweigerung der Bestätigung Lueger's als Bürgermeister war eine Schandthat und Ungeschicklichkeit zugleich? Und stehen heute die Dinge nicht so, daß diese Partei abwirthschaftet und abwirthschaften muß, nicht durch uns, aber durch sich selbst? Lassen Sie doch die Nationalradikalen agiren mit ihren radikalen Geberden und warten Sie, bis sie gezwungen sind, Stück für Stück die Fetzen ihrer Maske sich selbst herunter zu reißen. Jede Partei wird durch sich selbst umgebracht. Wenn diese Leute gezwungen sind, in politischen Dingen einen radikalen Standpunkt einzunehmen, sollten wir gerade diesen Augenblick uns aussuchen, um die ganze Front der Partei gegen sie zu richten? Das wäre doch thöricht.

Was wir aber thun müssen und was wir immer gethan haben, das ist protestiren gegen die Ausschreitungen der chauvinistischen Roheit dieser Deutschnationalen. Wir wären in der Lage, einen ganzen Haufen von deutschnationalen Flugschriften vorzulegen, die an Gemeinheit und Brutalität gegenüber den Tschechen und insbesondere gegenüber den tschechischen Arbeitern bis zur Bestialität gehen. (Zustimmung.) Diese Dinge zu wenden, dazu sind wir nicht nur bereit, sondern das thun wir alle in der entschiedensten Weise, und ich glaube nicht, daß man uns den Vorwurf machen kann, daß wir es je haben daran fehlen lassen.

Wenn ich mit einem Wort von der „Arbeiter-Zeitung" reden soll, so bemerke ich nur Eines: Wenn gesagt wurde, daß wir über Galizien mehr schreiben als über Böhmen, so ist mir das zwar nie aufgefallen, aber es ist richtig. Berichte bringen wir aus Galizien mehr als aus Böhmen; wenn aber gesagt wird „Artikel", so ist das nicht richtig. Um Berichte über die Verhältnisse und Zustände in Böhmen zu bringen, dazu ist die Parteipresse in deutscher und tschechischer Sprache da, es ist außerdem die ganze bürgerliche Presse gezwungen, fortwährend darüber zu berichten. Was in Böhmen vorgeht, weiß alle Welt, was aber in Galizien, in jenem dunklen Erdtheil geschieht, an dem drückt sich die ganze bürgerliche Presse herum, das wird auf das Sorgsamste verschwiegen, auch wenn diese bürgerliche Presse in der Schlachtlinie gegen das politische Regiment steht. Auch dann wagt sie es nicht, gegen die Stanczykenwirthschaft ordentlich aufzutreten. Da ist es nun die Pflicht der „Arbeiter-Zeitung", diese Verhältnisse an's Licht zu ziehen. Ich glaube also, daß daraus dem Blatte kein Vorwurf gemacht werden kann, wir haben nur unsere Pflicht gethan. (Sehr richtig!)

Es wurde weiters der Parteivertretung ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie in der Frage der Aufhebung der Getreidezölle und der Lebensmittelvertheuerung nicht früher energisch eingegriffen habe. Das ist ja sehr schwer; Versammlungen wegen der Lebensmitteltheuerung haben wir eine Menge gehabt. Wenn uns ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß wir die Debatte über die Lebensmittelvertheuerung nicht genügend verbreitet haben, daß die Sache ganz unbekannt geblieben ist, und daß wir nicht einmal eine Broschüre daraus gemacht haben, so scheinen die Genossen, die das sagen, zu vergessen, daß wir eine Arbeiterpresse haben, die gewiß in weit ausgiebigerer Weise diese Debatte in die Oeffentlichkeit gebracht hat, als dies durch eine Broschüre möglich gewesen wäre. Hätten Sie noch eine Broschüre verlangt, so wäre dem kein Hinderniß im Wege gestanden, wir haben geglaubt, daß das genügt. Es wird eben sehr häufig übersehen, daß auch eine Provinzpresse vorhanden ist, und es ist zu meiner großen Genugthuung von mehreren Seiten gesagt worden: Was Ihr der Parteivertretung vorwerft als nicht gethane Arbeit, verrichtet gefälligst selbst, denn Einzelne können nicht Alles besorgen.

Nun erlauben Sie, daß ich auf einen Vorwurf zu sprechen komme, den der Genosse Winarsky gegen uns und speziell gegen mein Referat gerichtet hat. Er hat gesagt: Ihr habt Eines vergessen, und das ist doch der entscheidende Punkt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Ja, Genossen, das wissen wir ganz genau, daß das der entscheidende Punkt ist. Wir wissen ganz genau, daß Oesterreich heute daran krankt, daß es sich aus dem Sumpfe der heutigen Verfassungszustände, dieser halb feudalen Zustände, nicht herausretten kann. Ich könnte da auf die Presse hinweisen. Die „Arbeiter-Zeitung" spricht auch manchmal vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. (Heiterkeit.) Ich könnte darauf hinweisen, daß in der Presse manches dafür geschieht, um dieses Mittel zu empfehlen,

aber, Genossen, das würde nicht genügen, Sie verlangen, oder wenigstens Genosse Winarsky meint, man möge eine Wahlrechtsbewegung in's Werk setzen, und er denkt da offenbar an eine Bewegung, die mit derselben Entschiedenheit auftritt, wie die, die wir vor mehreren Jahren hatten. Demgegenüber erkläre ich Ihnen: Heute können wir das nicht thun, vielleicht müssen wir es morgen thun, ich weiß es nicht. (Rufe: Sehr richtig!) Das wir es aber heute nicht thun können, das ist klar. Solche Bewegungen werden nicht in's Werk gesetzt, weil man sie machen will, solche Bewegungen müssen sich als innere Nothwendigkeit aus den Verhältnissen ergeben. (Zustimmung.)

Mir ist es vollständig klar, daß von dem Worte, das Genosse Bretschneider in der Versammlung im Sofiensaal zuerst ausgesprochen hat, und das seitdem tausend und tausendmal in Oesterreich gesprochen wurde: „Keine Ruhe in Oesterreich, bis das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht durchgesetzt ist," die ganze österreichische Politik beherrscht wird, das heißt, daß die Ursachen unserer Fäulniß, die Ursachen der ganzen Unfähigkeit, sich aus diesen Verhältnissen herauszuarbeiten, denen Bürgerthum, Adel und Regierung ganz ohnmächtig gegenüberstehen, nur zu beseitigen sind durch eine vollständige Umgestaltung unserer Verfassung auf dem Wege des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Zur Erfüllung dieser Forderung können wir heute nicht so viel als die Anderen thun. Die Geschichte zeigt, daß man so in Oesterreich weder regieren noch politisch leben kann, und die bürgerlichen Parteien mitsammt der Regierung, die sich an den Unmöglichkeiten dieser österreichischen Verfassung abstrampeln, bis sie daliegen, sind es heute, die für die Einführung einer wirklich vernünftigen Verfassung das meiste thun. Haben Sie keine Sorge, wenn die Zeit da sein wird, wenn die Gelegenheit günstig sein wird, das heißt, wenn es nöthig sein wird, wieder einmal hervorzutreten, den Ruf in die Massen hinauszutragen und sie stürmen zu lassen, dann wird es geschehen. Es wird aber dann geschehen, wenn die Massen instinktiv begreifen, wenn sie nur auf dieses Wort warten, wenn sie soweit sind, um zu stürmen. Soweit sind sie heute nicht, vielleicht sind sie es morgen; dann werden wir morgen den Wunsch des Gen. Winarsky erfüllen. (Sehr richtig!)

Weil ich vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht spreche, möchte ich noch Eines bemerken. Wir haben uns mit den radikalen Parteien beschäftigt. Vergessen Sie ja nicht, daß das, was Gen. Rieger hier angeführt hat, eines der wichtigsten Dinge ist. Vergessen Sie ja nicht, den bürgerlichen und gerade den deutschnationalen Parteien aller Schattirungen zu sagen, daß sie an den heutigen Zuständen in Oesterreich mitschuldig sind. Die Erbsünde der Verderbung der Wahlordnung haben sie auf dem Gewissen, ja, noch mehr, die Badeni'sche Wahlordnung, unter der sie selbst zu seufzen beginnen, ist direkt ein deutschnationales Produkt. Professor Steinwender und Dr. Kraus sind zuerst damit gekommen. Wenn sie heute selbst darunter leiden und sehen, welchen Bock sie geschossen haben, so vergönnen wir ihnen das vom Herzen. Das mag uns aber noch ein Anderes lehren, daß wir uns nämlich vor diesen Parteien nicht zu fürchten haben, daß wir aus lokalen Erscheinungen nicht voreilig Schlüsse zu ziehen brauchen, daß wir ja nichts thun dürfen, um den alten Liberalen Gefälligkeiten zu erweisen, noch weniger der heutigen Regierung oder irgend einer Regierung. Das mag uns lehren, daß wir ruhig abwarten können, bis diese Parteien bei der nächsten Frage, die wirklich das arbeitende Volk betrifft, zeigen, daß sie eben keine Volksparteien sind. Solange sie Phrasen machen, können wir weiter nichts sagen als: Ihr macht Phrasen. Das braucht man uns nicht zu glauben. Wenn es aber zum Klappen kommt, dann führen sie selbst den Beweis, und darauf müssen wir warten.

Ich bin der Ansicht, Genossen, daß die Taktik der Partei ernsten Angriffen, ernstem Tadel nicht ausgesetzt gewesen ist. Ich glaube, daß Sie auch in Zukunft sicher sein können, daß die Vertrauensmänner, die Sie wählen werden, in den gegebenen Bahnen bleiben und in jedem einzelnen Moment wissen werden, wann wir zu warten und wann wir zu handeln haben. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Partei von heute auf morgen, nichts wäre falscher, als eine Politik der Ungeduld. Ich meine damit nicht, daß wir nicht arbeiten, rastlos arbeiten sollen.

das müssen wir, und wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wenn Sie heute die Stellung der Arbeiterschaft in Oesterreich, nicht blos der Sozialdemokratie, ihren Einfluß nicht nur in politischen, sondern im gesammten öffentlichen Leben vergleichen mit der Stellung derselben vor ein paar Jahren, so werden Sie Alle zugeben, daß wir einen Fortschritt gemacht haben. Das haben aber nicht allein die großen Aktionen der Partei bewirkt. Daß die Partei heute eine so ganz andere Stellung hat, daß die Arbeiterschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu einer gewissen Geltung kommt, daß wir einen Schritt weiter gemacht haben auf dem Wege, der das eigentliche Programm der Sozialdemokratie ist, die politische Macht in die Hände zu bekommen, das ist vielmehr das Verdienst der Arbeit im Kleinen, als das der öffentlichen Arbeit, es ist das Verdienst jedes einzelnen Genossen, der mühsam die Organisation mitaufbaut und der im kleinen Kreise den Sozialdemokraten die Achtung der Bevölkerung erwirkt, weil jeder Sozialdemokrat, der in Aktion tritt, dafür bekannt ist, daß er versteht, um was es sich handelt, daß er hilfsbereit und opferwillig ist, kurz, daß er Muth und Verstand hat. Als das sind nicht nur die Leute, die in den Zeitungen genannt werden, bekannt, sondern alle Sozialdemokraten in Stadt und Land. Täuschen wir uns nicht. Diese breite Masse bildet unsere Kraft. Da zu bauen und die kleinsten Leute arbeitsfähig zu machen auf allen Gebieten, das ist die wichtigste und erfolgreichste Arbeit, die wir machen können. Das ist die Taktik, die wir mit allen Mitteln und mit den größten Opfern verfolgen sollen. Wenn es zum Handeln kommen wird, zweifeln Sie nicht: die sozialdemokratische Partei in Oesterreich wird immer wissen, wo und mit welchen Mitteln sie einzugreifen hat. Wir wären eine schwache Partei, wenn wir vom Lärm leben würden. Wenn die Deutschnationalen zwei Wochen keinen Radau machen, so fragt man: Wo sind sie? (Heiterkeit und Sehr gut!) Mit der Sozialdemokratie ist es so wie mit den Mühlen Gottes: Wir mahlen langsam, aber sicher. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich hoffe, Genossen, daß wir auf dem betretenen Wege bleiben werden. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Referent Reichsraths-Abgeordneter Gen. R i e g e r: Ich habe geglaubt, daß gegen den sozialdemokratischen Verband allerhand Angriffe werden gerichtet werden, bin aber angenehm enttäuscht worden, da dies nicht der Fall war. Es sind nur von zwei Genossen, von einem Genossen aus Wiener-Neustadt und von einem Genossen aus Innsbruck Beschwerden erhoben worden, die sich jedoch nicht auf die Thätigkeit des Verbandes im Parlament, sondern auf seine Thätigkeit außerhalb desselben beziehen. Die Genossen sagen, ja, im Parlament macht Ihr es ganz gut, aber in der Agitation könntet Ihr mehr machen. Ihr kommt nicht nach Wiener-Neustadt und wenn Ihr in der Nähe von Innsbruck seid, kommt Ihr nicht in die Stadt hinein, sondern fahrt vorbei. Wenn darüber geklagt wird, daß die Abgeordneten zu wenig agitiren, muß ich Sie vor Allem auf den riesigen Umfang der Wahlbezirke aufmerksam machen, aus denen die Genossen gewählt wurden, daß aber vor Allem die Genossen des Wahlbezirkes verlangen, daß ihre Abgeordneten ihnen über ihre Thätigkeit im Parlament Bericht erstatten. Wenn man nur diesen Wünschen allen entsprechen wollte, so dürfte man in das Parlament, in welches man doch gewählt wurde, überhaupt nicht gehen. Die Wahlkreise sind ja so groß, daß jeder derselben mehr Orte als ein Jahr Tage hat. So umfaßt zum Beispiel der Wahlbezirk, den ich zu vertreten die Ehre habe, nicht weniger als 13 Gerichtsbezirke und diese umfassen mehrere hundert Ortschaften. Die Bevölkerung aller dieser Orte hat doch das Recht, zu erfahren, was der Abgeordnete gemacht hat. Wenn er aber diesen berechtigten Wünschen der Bevölkerung nachkommen wollte, dürfte er gar nicht im Parlament erscheinen. Sie werden schon daraus ersehen, daß an die Abgeordneten Ansprüche gestellt werden, denen sie nachzukommen nicht in der Lage sind. Es ist aber durchaus unrichtig, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in jene Wahlbezirke, welche keinen sozialdemokratischen Abgeordneten haben, nicht gegangen wären. Es wurde Ihnen am letzten Parteitag in Wien von Seite des Abgeordneten Daszynski mitgetheilt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in zirka 180 Versammlungen gewesen sind; das sind aber nicht jene Versammlungen, in welchen die Abgeordneten ihren Wählern Bericht erstatten. Ich habe mir leider die Zahl der Ver-

sammlungen, die wir im letzten Jahre abgehalten haben, nicht notirt, ich kann Sie aber versichern, daß wir, so weit es in unseren Kräften stand, dem Rufe unserer Genossen gefolgt sind. Das Eine muß ich aber noch feststellen, daß der sozialdemokratische Verband kein Komité hat, welches die Referenten für die Versammlungen zu bestimmen hat. Das ist Sache der Bezirks- und Kreisorganisationen und der Parteivertretung. Die erhobenen Beschwerden sind also meines Erachtens nicht begründet. Ich kann mich wenigstens nicht erinnern, daß von Seite der Genossen in Innsbruck an einen Genossen im sozialdemokratischen Verband das Ansuchen gerichtet worden wäre, in einer Versammlung in Innsbruck oder in Tirol ein Referat zu übernehmen.

Es ist am Parteitage sehr wenig von dem Ausgleich mit Ungarn gesprochen worden, trotzdem Graf Thun überzeugt ist, daß er im September in Angriff genommen werden wird. Ich kann Ihnen selbstverständlich in meinem Schlußwort kein langes Referat darüber erstatten, wie wir uns zu den einzelnen Fragen des Ausgleichs stellen werden. Ich erlaube mir hier nur an ein Wort zu erinnern, welches Franz Deak vor mehr als 30 Jahren ausgesprochen hat. Er sagte, man könnte mit Oesterreich nur dann einen Ausgleich eingehen, wenn Oesterreich genau so ein konstitutioneller Staat sein wird, wie Ungarn es ist. Wir Sozialdemokraten erklären aber heute, einem Ausgleich mit Ungarn nur dann zuzustimmen, bis die Räuberbande, die in Ungarn am Ruder ist, beseitigt sein wird. Wir werden nie und nimmer einem Ausgleiche mit einem Staate zustimmen, der nicht den geringsten Arbeiterschutz hat, mit einem Staate, in welchem die Arbeiter der rücksichtslosesten Ausbeutung preisgegeben sind, nicht blos in wirthschaftlicher, sondern, wie gerade die letzten Monate bewiesen haben, auch in politischer Beziehung. Ungarn ist kein konstitutioneller Staat, Ungarn ist ein Räuberstaat und mit einem Räuberstaat werden wir, solange diese Verhältnisse nicht geändert sind, einen Ausgleich nicht eingehen. (Zustimmung.)

Im Uebrigen wird der sozialdemokratische Verband sich bemühen, das Vertrauen, welches Sie in seine Thätigkeit gesetzt haben, auch in der Zukunft zu rechtfertigen. Wir sind freilich nur eine kleine Zahl, der Verband sucht aber diesen Umstand durch eine erhöhte Energie in seinem Auftreten wettzumachen, und Sie werden mir Recht geben, wenn ich sage, daß wir es daran nicht haben fehlen lassen. Wir haben von dem Tage, an welchem wir unseren Einzug in's Parlament gehalten haben, die Fahne der Sozialdemokratie hochgehalten und werden dies auch in Zukunft immer thun. Ich bin überzeugt, daß es keinen Parteitag geben wird, der gegen den Verband mit Recht den Vorwurf erheben könnte, daß er sich seiner Pflichten gegenüber der Partei nicht mehr erinnere, weil wir uns stets die größte Mühe geben werden, das uns so ehrende Vertrauen nach jeder Richtung hin zu rechtfertigen. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Adler, welcher lautet:

„Der Parteitag billigt die politische Haltung und die Taktik, die der Verband, die Parteivertretung und das Zentralorgan in der Berichtsperiode gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien eingehalten hat und geht über die Anträge 6a und 6c zur Tagesordnung über.

Der Antrag 5 wird der Fraktion, der Antrag 6b der Parteivertretung zur Erledigung zugewiesen,"

wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen; es entfällt somit die Abstimmung über die gedruckten Anträge 5 und 6.

Der Antrag Winarsky:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden vom Parteitage beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der den Mitgliedern der Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission Diäten sichert,"

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag **Petersilka**:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, unbeschadet unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Legislaturperiode des Reichsrathes nicht wie bisher sechs, sondern nur drei Jahre zu dauern hat,"

wird dem sozialdemokratischen **Verbande zugewiesen**.

Der Antrag **Petersilka**:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, soferne die Einrichtung der Delegationen für Oesterreich überhaupt nothwendig ist, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Zusammensetzung der Delegationen nicht mehr nach Ländergruppen geschieht, sondern daß jede im Reichsrathe vertretene Partei, je nach der Stärke, ihre Vertreter in dieselbe zu entsenden hat,"

wird **abgelehnt**.

Der Antrag **Vielhaber**:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Es ist den Genossen jedes Ortes oder jeder Provinz überlassen, die ihnen gegenüberstehenden Parteien deren Taktik und deren Angriffen gemäß zu bekämpfen,"

wird **angenommen**.

Hiemit ist der **zweite Punkt der Tagesordnung erledigt**.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Wahl der Parteivertretung

beantragt

Gen. **Schuhmeier**:

„Behufs Vornahme der Wahl der Parteivertretung wählt der Parteitag eine sechsgliedrige Wahlkommission, welche dem Parteitag Vorschläge zu machen hat. In die Wahlkommission wollen die Genossen von Wien und Niederösterreich je 1, die Genossen von Böhmen 1, die Genossen von Mähren und Schlesien 1, die Genossen von Steiermark und Kärnten 1 und die Genossen von Oberösterreich, Tirol und Salzburg 1 Genossen wählen."

Der Antrag wird **angenommen** und die Verhandlung hierauf abgebrochen.

Vorsitzender Gen. **Popp** theilt mit, daß in der Vorbesprechung eine Einigung zu Stande gekommen sei, bei Punkt IV, „Parteipresse", verschiedene Angelegenheiten interner und persönlicher Natur in einer vertraulichen Sitzung zu behandeln. Ueber Antrag **Schuhmeier's** wird beschlossen, zunächst Punkt V. „Die christlich-soziale und deutschnationale Bewegung" in Verhandlung zu nehmen.

Vorsitzender Gen. **Popp** theilt weiter mit, daß aus Innsbruck die telegraphische Nachricht eingelaufen sei, daß der Strike gewonnen und 90 Perzent der Forderungen bewilligt wurden. Das Ergebniß der vormittägigen Kollekte beträgt 26 fl. 77 kr. Dieser Betrag wurde von der Gewerkschaftskommission und der Parteivertretung auf 50 fl. erhöht, die an die Strikenden bereits abgegangen sind. Die **Sitzung** wird hierauf um 7 Uhr 20 Minuten **geschlossen**.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung. (Beginn 9 Uhr 20 Minuten.)

Vorsitzender: Gen. Neander (Linz).

Gen. Popp theilt mit, daß die Genossen aus Deutschland ein Telegramm überschickt haben, worin sie erklären, daß es ihnen unmöglich sei, einen Delegirten zu entsenden, da sie im Wahlkampfe jeden Mann brauchen.

Im Namen der Mandatsprüfungskommission berichtet

Gen. Ulbrich (Reichenberg): Anwesend sind 134 Theilnehmer, darunter 104 stimmberechtigte Delegirte, 5 Reichsraths-Abgeordnete aus deutschen Wahlbezirken, 15 Mitglieder der Parteivertretung, 1 Vertreter der tschechischen Parteileitung und 15 Vertreter der Parteipresse. Ich muß hinzufügen, daß einige Theilnehmer mit ungenügenden oder auch mit keinem Mandate versehen sind. Ich bin beauftragt, Sie zu ersuchen, das nächste Mal die Mandate regelrecht ausstellen zu lassen. Weiters mögen die Mandate womöglich mit der Anmeldung der Delegirten an das Parteisekretariat eingesendet werden, damit die Präsenzliste von vornherein aufgestellt werden kann.

Gen. Schuhmeier konstatirt, daß die 104 Delegirten mindestens die dreifache Zahl von Orten vertreten, wie aus der morgen erscheinenden Präsenzliste zu entnehmen sein wird.

Gen. Dr. Adler: In dem Berichte des Genossen Ulbrich findet sich ein Satz, der zu unliebsamen Konsequenzen nach außen Anlaß geben könnte. Es heißt, daß einzelne Mandate überhaupt fehlen und andere unrichtig ausgefertigt sind. Ich möchte nur den Referenten fragen, ob die Kommission aus anderen Quellen weiß, daß die Genossen, die unvollständige oder keine Mandate haben, stimmberechtigte Mitglieder des Parteitages sind, oder ob das blos Formfehler sind.

Gen. Ulbrich: Diejenigen, die keine oder ungenügende Mandate haben, sind bei der Parteileitung schriftlich als Delegirte angemeldet. In dieser Richtung haben wir keinen Anstand gefunden.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission wird sohin zur Kenntniß genommen.

Gen. Seliger (Teplitz) beantragt die Ablehnung des in der Vorbesprechung gefaßten Beschlusses, die deutschnationale Bewegung als einen besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, nachdem schon gestern eine längere Debatte über diesen Gegenstand abgeführt worden sei.

In der Debatte hierüber sprechen die Genossen Behr (Saaz) und Tobiasch (Aussig) gegen und die Genossen Siegl (Linz) und Häcker (Teichstadt) für den Antrag des Gen. Seliger. Ueber Antrag des Gen. David wird die Debatte geschlossen und der Antrag Seliger abgelehnt.

Vorsitzender Gen. Neander theilt mit, daß in das Wahlkomité zur Wahl der Parteileitung folgende Genossen vorgeschlagen werden:

Für Mähren und Schlesien August Smeref (Brünn);
für Oberösterreich, Tirol und Salzburg Prachensky (Innsbruck);
für Böhmen Ulbrich (Reichenberg);
für Steiermark und Kärnten Grablovicz (Köflach);
für Wien und Niederösterreich Kirillo (Wien) und Palka (Wiener-Neustadt).

Zur Tagesordnung

a) Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich

ergreift das Wort als Referent

Gen. Pernerstorfer: Es wird Ihnen klar sein, daß der Gegenstand, den ich zu behandeln habe, in einer Stunde unmöglich so erörtert werden kann, um auch nur nach einer Richtung hin erschöpft zu werden. Es wird mir die doppelte Aufgabe obliegen, die historische Entwicklung des sogenannten christlichen Sozialismus wenigstens anzudeuten und insbesondere die Entwicklung der christlich-sozialen Partei in Oesterreich zu beleuchten, denn so sehr die beiden Erscheinungen, der christliche Sozialismus und die christlich-soziale Partei scheinbar dasselbe sind, sind sie im Grunde etwas total Verschiedenes. Sie werden mir daher verzeihen, wenn ich in der Einleitung etwas weiter zurückgreife.

Wir begegnen der Bezeichnung christlich-sozial und dem Ausdrucke christlicher Sozialismus zum ersten Mal in jenem Lande, das für uns in Bezug auf alle sozialen Bewegungen von großer Bedeutung ist, in England und zur Zeit jener revolutionären Bewegung, welche von 1838 bis ungefähr 1848 gedauert hat und welche die Bezeichnung „Chartistenbewegung“ führt, von dem von diesen Leuten aufgestellten Programm, „Charte“ (Karte), so genannt. Wir besitzen eine kurze, ausgezeichnete Darstellung dieser Bewegung im zweiten Bande der sozialdemokratischen Bibliothek, die in Hottingen-Zürich herausgegeben wurde.*) Ein anderes Buch ist das von Lujo Brentano „Die christlich-soziale Bewegung in England“. Aus jener Zeit sind uns Namen großherziger und bedeutender Menschen bekannt — ich nenne nur zwei: Frederic Denison Maurice und Charles Kingsley — Leute, die an der Wiege des christlichen Sozialismus gestanden sind. Wenn wir den christlichen Sozialismus jener Tage und jenes Landes in's Auge fassen, so werden wir als Sozialdemokraten, die ein bestimmtes ökonomisches und politisches Programm haben, das weit hinausgeht über die Schwärmerei jener Männer, die mehr von ihrem Herzen geleitet wurden, doch von tiefer Rührung erfüllt über die Hingebung und Begeisterung, mit der jene Christlich-Sozialen in England für die breiten Massen des Volkes inmitten einer revolutionären Bewegung eingetreten sind. Die Bewegung von damals ist gekennzeichnet durch Blut und Feuer. Es war wirklich eine Bewegung des verzweifelten englischen Fabriksproletariats, das sich gegen die herrschende Gesellschaft und den ökonomischen und politischen Druck dieser Gesellschaft mit Mitteln der Gewalt aufgelehnt hat.

Jene Männer waren aber damals christlich genug, um mit Entschiedenheit sich auf die Seite der revolutionären Bewegung zu stellen und dem Volke geradezu voranzugehen. Sie sehen schon daraus, daß etwas wie ein tiefer Unterschied zwischen den Christlich-Sozialen Englands und den Christlich-Sozialen unserer Tage besteht, welche ja, wie allgemein bekannt ist, jederzeit die Bedienten der herrschenden Gewalt gewesen sind. Jene Männer, welche damals die christlich-sozialen Forderungen im Namen des Christenthums aufgestellt haben, waren entschlossene Bekenner des Evangeliums, und es genügt wahrhaftig, hiefür nur ein Zeugniß anzuführen, um darüber nicht den geringsten Zweifel zu lassen. Es waren Geistliche, allerdings nicht katholische, welche sich damals zum Theil an die Spitze der Volksbewegung gestellt haben, und unter ihnen ragt besonders Einer hervor, Josef Rayner Stephens, der mit unermüdlichem Eifer in der revolutionären Bewegung thätig war und eine Reihe von Reden und Predigten gehalten hat. Eine solche Predigt hat er auch am 10. Februar 1839 in der Methodistenkirche in Staleybridge gehalten, und damit Sie sehen, was ein wahrer Lehrer des Christenthums und der Evangelien ist, will ich Ihnen einige Sätze aus dieser Predigt vorlesen. Ich muß hieran allerdings aus preßpolizeilichen Gründen einige kleine Aenderungen vornehmen, es wird Ihnen auch mit diesen kleinen Abweichungen die Stelle zeigen, daß es sehr gut möglich ist, daß von einem gewissen ideologischen Standpunkte aus Bekenner des Evangeliums Jesu zu einer energischen sozialen Bethätigung gelangen können. Diese Rede ist überhaupt ein Produkt leidenschaftlicher Beredsamkeit. Nachdem der Redner — das Publikum waren Arbeiter, Männer und Frauen — die damaligen politischen und ökonomischen Zustände in England erörtert hatte, schließt er mit folgenden Worten: „Wenn es einst darauf ankommt, da werde ich bei Euch sein und werde der Erste vorangehen, nicht mit

*) Der Band ist vollständig vergriffen und nicht mehr erhältlich.

einem Dolch unter dem Rocke, nein, mit einer blanken Muskete auf dem Nacken. Nieder mit diesem verdammten Gouvernement! Nieder mit dem Hause der Commons! Nieder mit dem Hause der Lords! Ja nieder mit dem Thron! und nieder mit dem Pfaffenthum! Nieder mit allem Rang! Nieder mit allen Würden, allen Titeln, mit aller Gewalt, bis dem ehrlichen armen Manne eine gute Existenz als Lohn für eine gute Arbeit wird! Ihr gebt Euch jetzt so viele Mühe, um Euere Charte; dafür gebe ich nichts; sie mag recht gut sein, sie mag recht schön sein und Ihr habt ein Recht darauf, das merkt Euch; und ich will Euch stets helfen, aber ich lege gar keinen Werth darauf; ich gebe auch nichts für eine Republik; ich gebe für keinen einzigen Zustand etwas, wenn er nicht jedem Sohn der Arbeit, wenn er nicht jedem lebenden Wesen eine volle, hinreichende und gute Existenz sichert, laut dem Willen und nach dem Befehle des allmächtigen Gottes!"

Die Chartistenbewegung in England, die die erste Bewegung war, die ein politisches und zugleich ein ökonomisches Programm aufgestellt hatte, ist niedergerungen worden von den herrschenden Gewalten in England. Sie wissen aber, mit diesen Revolutionen, wenn sie auch niedergerungen werden, hat es immer eine eigenthümliche Bewandtniß. Man besiegt sie scheinbar, ihre Ideen lodern aber fort, und so hat auch die englische Gesellschaft der Vierziger- und Fünfziger-Jahre sich entschließen müssen, zu sozialen Reformen zu schreiten. So ist denn England in Bezug auf soziale Reformen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wirklich der zivilisirten Welt vorangegangen.

Die christlich-soziale Bewegung in England blieb bestehen. Sie hat nicht mehr jene leidenschaftlichen Formen, die sie Ende der Vierziger-Jahre gehabt hat, sie wird aber gepflegt und begegnet uns in der Literatur bis auf den heutigen Tag. Das Charakteristische dieser christlich-sozialen Bewegung liegt für uns hauptsächlich darin, daß die Christlich-Sozialen Englands sich nicht scheuen, im Interesse ihrer sozialen Forderungen Hand in Hand mit den radikalsten politischen und religiösen Parteien zu gehen. Der christliche Sozialismus Englands, der seine ökonomischen Forderungen auf dem Evangelium aufbaut und nicht, wie der unserige, auf Grundsätzen der ökonomischen Entwicklung, ist gebildet und geistig fortgeschritten genug, um zu wissen, daß er ehrlicherweise seine sozialen Forderungen nur in Verbindung mit jenen Gruppen durchsetzen kann, die im Ernste die soziale Reform wollen, wie er. Die christlich-soziale Bewegung in England ist nicht hetzerisch, sie kümmert sich nicht darum, was die Anderen glauben, die mit ihr gehen wollen, sie hat also eine gewisse Freiheit und Unbefangenheit, die die sozial höhere Kulturstufe des englischen Volkes in das glänzendste Licht stellt.

Vor Allem ist nun von dieser christlich-sozialen Bewegung Englands jene Strömung beeinflußt, welche sich zu Anfang der Siebziger-Jahre in Deutschland bemerkbar machte. Am 12. Oktober 1871 hat Prof. Dr. Adolf Wagner, einer jener Männer, welche als Kathedersozialisten vornehmlich bekannt geworden sind, in der freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer in Berlin eine Rede über die soziale Frage gehalten, welche im Jahre 1872 im Druck erschienen ist. Diese noch ganz stillen Anfänge des christlichen Sozialismus in Deutschland sind wesentlich durch die Bewegung in England beeinflußt.

Im Frühjahr 1872 begegnen wir schon einer sehr entschiedenen literarischen Erscheinung auf dem Gebiete des christlichen Sozialismus in Deutschland. Es ist dies das Buch des Pastors — wieder keines katholischen Geistlichen — Rudolf Todt, mit dem Titel: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft". Um ganz kurz zu markiren, von welchem Geiste dieses Buch beseelt ist, will ich Ihnen blos die ersten vier Zeilen der Einleitung vorlesen: „Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das neue Testament haben." Sie sehen auch hier wieder jenen Zug, dem wir in England begegnet haben, eines großen Verständnisses und einer großen Unbefangenheit. Zu gleicher Zeit, als das Buch von Todt erschien, tauchte zum ersten Mal der Name des nachher so berühmt und berüchtigt gewordenen Hofpredigers Stöcker auf, und am 3. Jänner 1878 findet in Berlin jene berühmte Eiskellerversammlung statt, in welcher Stöcker vor einem proletarischen Publikum auftritt und den christlichen Sozialismus seiner Faktur predigt. Wir

haben auch darüber ein im Jahre 1887 erschienenes Buch von Max Schön „Die Berliner Bewegung“. Uebrigens hat Stöcker selbst in der Einleitung der Sammlung seiner Aufsätze die Entstehung der christlich-sozialen Bewegung in Berlin geschildert.

Wenn wir heute auf die Zeit der Entstehung des christlichen Sozialismus in Deutschland zurückblicken, der schon ein weitaus weniger großes und freies Bild, besonders der Stöcker'sche, gegenüber dem englischen darbietet, so bemerken wir, daß von der mit so großem Aplomb in Szene gesetzten christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, die sich alsbald mit dem Antisemitismus verbündet hat, heute nur mehr schwache und nichtige Ueberreste vorhanden sind. Stöcker hat im Jahre 1885 in der Zeit, als die christlich-soziale antisemitische Bewegung in Berlin auf dem Höhepunkte stand, seine gesammelten Aufsätze herausgegeben und sagt in der Einleitung — es ist interessant, diese Worte sich in's Gedächtniß zurückzurufen, weil dadurch gezeigt wird, wie den Erwartungen der christlich-sozialen Führer in Deutschland durch die geschichtliche Entwicklung widersprochen worden ist — Folgendes: „Die Residenz des Deutschen Reiches ist unter dem Einfluß unserer populären Bewegung eine andere Stadt geworden. Christenthum, Deutschthum, Monarchie, Sozialreform haben hier eine begeisterte Anhängerschar gefunden und die Strömung des öffentlichen Lebens verändert. In den nachfolgenden Blättern findet man die idealen Mittel, mit denen dies geschehen ist; möglicherweise versucht man es in anderen Großstädten in ähnlichem Sinne. Das Durchschlagende ist in Berlin die religiöse Idee; niemals würden wir ohne die starke Betonung des Christenthums so an das Herz des Volkes gekommen sein. Darin liegt eine Ermunterung für christliche Arbeit überhaupt. Die Volksseele ist noch vielfach gesund; von dem Christenthum angerührt, kann auch ein kranker Geist noch genesen.“ Das hat Stöcker im Jahre 1885, als die Bewegung auf dem Höhepunkt war, geschrieben, im Jahre 1898 wird sich aber zeigen, daß von dem Geiste des Stöcker'schen Christenthums und dem christlich-sozialen Deutschthum in den Massen in Berlin verflucht wenig mehr vorhanden ist. (Beifall.)

Erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit gleich kurz zu erwähnen, daß die christlich-soziale Bewegung in Deutschland ohne jeden Antisemitismus angefangen hat, ja an dem Blatt, welches Stöcker gegründet hat, hat anfangs sogar ein jüdischer Bankier (Samter) mitgearbeitet. Aber nach und nach sind die Herren auf den Geschmack gekommen und haben den Antisemitismus als ein vortreffliches Mittel, die Massen zu haranguiren und für sich zu gewinnen, erkannt, und wir haben auf dem Kontinent zuerst in Deuschland jene große und starke antisemitische Bewegung gehabt, die von dort zu uns herübergekommen ist. Die Stöcker'sche Bewegung und der christlich-soziale Antisemitismus haben in Deutschland abgewirthschaftet. Diese Bewegung ist heute so gut wie vernichtet. Nur der Antisemitismus als solcher ist geblieben. Er tritt uns aber in hundertfach verschiedenen Färbungen entgegen, und es gibt in Deutschland so viele antisemitische Parteien, als es antisemitische Abgeordnete gibt. Da haben Sie Böckel, König, Zimmermann, Liebermann, Ahlwardt und wie diese netten Herren alle heißen. Jeder repräsentirt eine andere und sehr scharf geschiedene Abart des Antisemitismus. Dieser Antisemitismus und der mit ihm verbündete christliche Sozialismus dieser Art gehen in Deutschland in die Brüche, verschwinden, aber wir sehen in den letzten Jahren eine neue christlich-soziale Bewegung in Deutschland auftauchen, die sich jetzt konsolidirt und parteimäßig krystallisirt hat. Sie nennt sich nicht mehr christlich-soziale Bewegung, sondern national-soziale Bewegung. Sie wissen damit auch schon die Namen Derjenigen, die da an der Spitze stehen.

Vor einigen Jahren hat ein junger evangelischer Predigtamtskandidat, Göhre, ein Buch geschrieben, „Drei Monate Fabriksarbeiter“. Göhre, Naumann, Pastor Schall in Bardorf, Pastor Knötzschke, das sind so die prägnanten Erscheinungen des gegenwärtigen christlichen Sozialismus in Deutschland. Er ist beiweitem gerader und ehrlicher als der Stöcker's, er verquickt schon nicht mehr so Vielerlei. Während die englischen christlichen Sozialisten ihre Forderungen unerbittlich hingestellt haben, verbrämt Stöcker seine sozialen Forderungen mit allerlei Brimborium: Monarchie, Deutschthum u. s. w. Die christlichen Sozialisten Englands waren eine aufrechte und knorrige Erscheinung, sie gehen den sozialen Uebeln scharf an

den Leib und sagen sich: die anderen Dinge kümmern uns nicht, das englische Wesen wird sich unabhängig von irgend einer anderen Erscheinung entfalten. Republik oder Monarchie, das sind für einen Engländer Fragen zweiter Ordnung. Stöcker ist schon ein viel bewußterer Diener bestehender Zustände. Naumann, der geistig hervorragendste unter den National-Sozialen, überragt an Charakter thurmhoch den Hofprediger Stöcker, aber auch er hat es nicht verstanden, seine christlich-soziale Ueberzeugung rein zu erhalten von unlauteren Beimischungen, und so ist die national-soziale Partei in Deutschland heute dazu gekommen, sich im Namen ihrer Parteibewegung einzusetzen für die Monarchie, für Deutschthum in ihrem Sinne u. s. w., kurz und gut, lauter Dinge, die mit dem Sozialismus nichts zu thun haben.

Als diese nationale Bewegung in Deutschland entstand, hat unsere Partei sich ihr gegenüber beinahe wohlwollend verhalten. Die Sozialdemokratie in Deutschland steht überhaupt nicht auf dem Standpunkt, daß sie irgend eine Bewegung als für sie gefährlich hält, ist sie doch diejenige Partei, die seit vielen Jahren unablässig im Parlamente immer wieder die Aufhebung des Jesuitengesetzes gefordert hat und immer dem Zentrum beigestimmt hat, wenn die Sache im Reichstage zur Sprache gekommen ist, obwohl die katholischen Jesuiten jeden Tag der ganzen Welt erzählen, daß sie es sind, welche die Sozialdemokratie vernichten werden.

Die Bewegung, welche sich in Deutschland unter dem Namen der national-sozialen Bewegung breit gemacht hat, steht nicht allein sittlich, sondern auch wissenschaftlich-theoretisch auf einem höheren Niveau als Stöcker, und bis auf vereinzelte Ausnahmen hat sie sich auch im Allgemeinen in dem Kampfe, den sie gegen die Sozialdemokratie geführt hat, anständig benommen. Katholische Christlich-Soziale benehmen sich anständig nur in einem einzigen kleinen Lande, es ist die Schweiz. Dort existirt aber das, was wir christlich-soziale Bewegung nennen, eigentlich in geschlossener Form nicht. Wohl haben wir in der Schweiz eine Reihe von freireligiösen Gemeinden, die stark in christlichem Sozialismus machen, wir haben dort sogar den Führer der Katholiken, den Nationalrath Decurtins, der sich einigermaßen sehen lassen kann.

Was für eine Erscheinung begegnet uns auch da wieder? Decurtins, der Führer der katholischen sozialen Bewegung in der Schweiz, hat zu wiederholten Malen und so auch im vorigen Jahre auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß, Gelegenheit genommen, mit der größten Hochachtung von dem Begründer des modernen demokratischen Sozialismus zu sprechen, er sprach mit der größten Hochachtung von den wissenschaftlichen Leistungen eines Marx und er hat sogar auf dem Parteitage einmal Gelegenheit genommen, den Genossen Bebel in Schutz zu nehmen gegen Anwürfe von anderer Seite, die dahin gegangen sind, daß das Buch Bebel's „Die Frau und der Sozialismus" unsittlich sei; Decurtins — für einen Katholiken eine sehr bemerkenswerthe Leistung — hat von der Tribüne gesagt: „Ich halte dieses Buch Bebel's für ein durchaus sittliches Werk". Derlei Dinge sollten sich unsere bornirten Christlich-Sozialen in Oesterreich merken. Ein Decurtins ist in ganz Oesterreich nicht zu finden.

Von Deutschland springt die Bewegung, die wir dort als die christlich-soziale Bewegung in Deutschland kennen gelernt haben, nicht etwa als christlich-soziale Bewegung herüber nach Oesterreich. Sonst bemerken wir gewöhnlich die Erscheinung, daß wir in Oesterreich im wesentlichen den Gang der politischen und Ideenentwicklung des Westens Europas übernehmen. Als in den Sechziger-Jahren die sozialistische Bewegung zum ersten Mal in Deutschland durch die Agitation Lassalle's bestimmte Formen angenommen hatte, ist sie wesentlich in diesen Formen nach Oesterreich herübergekommen. Die christlich-soziale Bewegung Deutschlands, insbesondere Preußens, konnte schwer so herüberkommen, weil es eine christlich-soziale Bewegung protestantischer Art war. Oesterreich aber ist ein durchaus katholisches Land, daher mußte dieser christliche Sozialismus für Oesterreich erst adaptirt werden. Die antisemitische Bewegung jedoch ist als solche von Berlin herübergekommen und zwar Anfangs der Achtziger-Jahre, und als wir in Oesterreich anfingen, nach und nach parteimäßigen Antisemitismus zu bekommen, hatte derselbe noch keine Spur und keinen Beigeschmack von christlichem Sozialismus.

Wir haben in Oesterreich einen alten und bewährten Antisemitismus, den Antisemitismus der katholischen Hetzer Sebastian Brunner und Wiesinger. Das sind alte und bewährte Kumpane der katholischen klerikalen Partei, und die haben auch immer den Antisemitismus propagirt. Der Antisemitismus aber, der von Berlin herübergekommen ist, ist ein Antisemitismus anderer Art, er kommt herüber als ein nationaler Antisemitismus, und der Apostel, der zum ersten Mal in Oesterreich den Antisemitismus in großen Versammlungen gepredigt und verwerthet hat, das war jener Mann, vor dem sich heute Manche fürchten, der Abgeordnete Schönerer, jener Abgeordnete Schönerer, der in den Siebziger-Jahren im Abgeordnetenhause als nationaler Demokrat auch die Interessen der Arbeiter vertreten hat. Die Arbeiter wollten ihm aber nicht den Gefallen thun, ihn für den österreichischen Lassalle zu erklären, und so entschloß er sich, der österreichische Bismarck zu werden. (Heiterkeit.) Diese deutschnationale Bewegung, die Schönerer damals geführt hat, hat den Antisemitismus in sich aufgenommen. Schönerer hat mit der feinen Nase, die er für das hat, was so recht demagogisch wirkt, den Antisemitismus als ein Mittel erkannt, um neue Farben aufzusetzen, und so war er es, der zuerst den Antisemitismus in Oesterreich gepredigt hat. Was er vom Antisemitismus gepredigt hat, das ist etwas, was so ziemlich außer Diskussion steht, weil es eben wahr ist, nämlich daß die Juden Juden sind. (Heiterkeit.) Das ist eine Thatsache, die nicht wegzudisputiren ist, aber nur schade, daß Karl Marx schon viele Jahrzehnte vorher in einem glänzenden Aufsatz „Zur Judenfrage" dasselbe viel witziger und besser gesagt hat. Diese Bewegung, die damals als deutschnationale Bewegung aufgetreten ist, hatte, wie ich schon sagte, gar keinen sozialen Inhalt. Schönerer hat sich nun immer mehr als ein Vertreter der kleinbürgerlichen, der groß- und kleinbäuerlichen und agrarischen Interessen entwickelt und hat den Antisemitismus als ein Aufputzmittel für seine Politik verwendet. Diese Bewegung konnte aber niemals groß und mächtig werden. Wir sehen, die deutschnationale Bewegung, wie sie heute besteht, ist auch nicht groß und mächtig geworden durch den Antisemitismus, sondern durch die Dummheit der Regierungen. Die deutschnationale Bewegung von heute ist eine Bewegung des mittleren Bürgerthums und wird wesentlich beeinflußt durch gewisse ökonomische Forderungen reaktionärer gewerblicher und agrarischer Art. Mit dem Antisemitismus selbst hätte man also nichts machen können, wenn man ihn nicht mit anderen Dingen verquickt hätte. Den Juden todtzuschlagen, ist zu allen Zeiten ein sehr populäres Programm gewesen, aber schließlich erschöpft es die Dinge nicht, und die Leute haben doch gesehen, daß sie auch positive Forderungen aufstellen müssen. Und nun bewährt sich das, was wir in der Geschichte immer sehen: Die außerordentliche Schlauheit und Akkommodationsfähigkeit des römischen Klerikalismus. Antisemiten sind sie recht gerne. Warum nicht? Die antisemitische Tradition ist ja ein altes katholisches Erbstück. Diese Bewegung, die da von einer ganz anderen Seite her entsteht, ist eine solche, die man anfachen, die man benützen kann, und siehe da, auf einmal taucht in der antisemitischen Bewegung ein neues Element auf.

Bevor ich hier weiter fortfahre, erlauben Sie mir eine kleine Zwischenbetrachtung zu machen, die sich auf die Entwicklung der gewerblichen Politik in Oesterreich überhaupt bezieht. Sie wissen, der Antisemitismus, soweit er heute überhaupt eine Armee hinter sich hat, rekrutirt seine Anhänger aus dem Kleinbürgerthum und wesentlich aus den Reihen der Christlich-Sozialen. Das ist eine Armee von Unzufriedenen, deren Unzufriedenheit aus der Unsicherheit ihrer wirthschaftlichen Existenz entspringt. Wenn wir die Lage des Kleingewerbes in Oesterreich, um das es sich da hauptsächlich handelt, erörtern wollten, müßten wir weit zurückgehen, wir müßten auf die österreichische Industrie- und Gewerbepolitik des vorigen Jahrhunderts zurückgreifen und sie in ihren einzelnen Phasen verfolgen.

Wir würden zu der Ueberzeugung kommen, daß sich die Industrie- und Gewerbepolitik Oesterreichs immer ausgezeichnet hat durch eine vollkommene Ziellosigkeit, durch ein ewiges Schwanken zwischen verschiedenen Systemen. Ja, wir hatten in Oesterreich sogar Gewerberechte, die in den einzelnen Provinzen verschieden waren, oder wenigstens verschieden gehandhabt wurden. Das Jahr 1859 brachte Oesterreich die Gewerbefreiheit, gegen die eigentlich, als sie gegeben wurde, ein wesentlicher Widerspruch nicht erhoben wurde. Es folgte dann jene kurze

Entwicklung der Blüthezeit der österreichischen Industrie und es kommen die Jahre der wilden Börsenspekulationen. Im Jahre 1873 tritt die Börsekatastrophe ein und ihr folgen eine Reihe von Jahren, die eigentlich eine ununterbrochene industrielle Krise darbieten. Ein allgemeiner wirthschaftlicher Rückgang ist zu bemerken, dem Kleingewerbe geht es immer schlechter und schlechter, und nun beginnt das Kleingewerbe sich zu sammeln und seine Lage zu diskutiren. Am 28. und 29. September 1879 findet in Prag ein vom Verein zur Ermunterung des Gewerbefleißes einberufener Gewerbetag statt, der erste Gewerbetag. Daran schließt sich eine ganze Kette von Gewerbetagen. Dieser Gewerbetag vom Jahre 1879 spricht sich schon für Zwangsgenossenschaften und den Befähigungsnachweis aus. Im selben Jahre, wenige Tage später, findet eine Massenversammlung mährischer Gewerbetreibender — man spricht von 1400 Theilnehmern — in Brünn statt. Diese geht in ihren Forderungen nach Gewerbeschutz in reaktionärem Sinne noch weiter als der Gewerbetag. Im November 1881 findet in Wien unter dem Vorsitz Löblich's ein Gewerbetag statt. Löblich gehört schon einer neuen, bisher nicht in Betrachtung gewesenen politischen Richtung an. Die Wiener Demokratie hatte sich, so lange sie existirte, aus den kleingewerblichen Kreisen rekrutirt und diese kleingewerblichen Kreise, welche lange Jahre unter der Führung Löblich's, Kronawetter's u. s. w. gestanden hatten, geben nunmehr in der weiteren Entwicklung das Material für die Armee der Christlich-Sozialen ab. Die Demokraten wissen sich gegenüber den Forderungen der Kleingewerbetreibenden keinen Rath und zum großen Theile, ja Alle, mit Ausnahme Kronawetter's, fügen sie sich den Forderungen der Kleingewerbetreibenden nach reaktionärem Gewerbeschutz. Es ist selbstverständlich, daß die klerikale Partei in Oesterreich dieser Erscheinung gegenüber nicht blind bleiben konnte und daß sie bald einsehen mußte, daß diese Bewegung für sie von ungeheuerer Bedeutung werden könnte, wenn es ihr gelänge, diese Strömung für sich auszunützen, das fließende Gewässer der kleinbürgerlichen Reaktion in den breiten Strom des römisch-katholischen Klerikalismus zu leiten. Mit dem römischen Katholizismus in Oesterreich ist immer auch der Feudaladel untrennbar verbunden, und so finden wir, daß der Klerikalismus und der Feudalismus in dieser Phase der politischen und ökonomischen Entwicklung Oesterreichs gemeinsam vorgehen. Schon am 1. bis 3. Mai 1872 hatte in Wien der erste allgemeine österreichische Katholikentag stattgefunden, auf dem Belcredi, Liechtenstein u. A. eine hervorragende Rolle gespielt haben. Schon jener Gewerbetag hatte insbesondere die Forderung nach reaktionärer Umbildung der Gewerbeordnung auf seine Fahne geschrieben. Die klerikale und die feudale Partei erkannten, daß diese Forderung und die hinter dieser Forderung stehende Masse des Kleinbürgerthums sehr brauchbar zur Erringung der Herrschaft und zum völligen Sturz des damals kaum schon mehr zur Bedeutung gelangenden Liberalismus in Oesterreich sein könnte, aber in Oesterreich existiren keine geistigen Kräfte, welche diese Bewegung leiten könnten. Belcredi, der nach außen hin immer als der Führer der Gewerbebewegung gilt, war selbst ein durchaus unwissender Junker, und so mußte diese Partei — und das ist ebenfalls eine eigene Schuld Oesterreichs, indem seit einem Vierteljahrtausend die herrschenden Gewalten jede geistige Bewegung zu unterdrücken bestrebt waren — ihre geistigen Kräfte aus dem Auslande beschaffen. So finden wir den Baron Vogelsang als Redakteur des „Vaterlandes" und Herausgeber der Monatsschrift für christlich-soziale Reformen und etwas später Dr. Rudolf Meyer, den bekannten Freund des Rodbertus, den wissenschaftlich immerhin auch heute noch bedeutsamen Vertreter konservativer sozialer Ideen. Beide sind keine Oesterreicher, der Eine ist ein Hannoveraner, der Andere ein Preuße. Diese beiden Männer müssen die Instruktion der österreichischen Feudalen und Klerikalen besorgen. Vogelsang thut das unermüdlich im „Vaterland" und in der Monatsschrift und Dr. Meyer thut es geradezu als Lehrer auf den Schlössern der Feudaladeligen. Einer seiner Schüler, mit dem er allerdings wenig Ehre erringt, ist der Graf Sylva-Taronca. Vogelsang und Dr. Meyer sind also Ausländer, aber Beide sind, was besonders bemerkt werden muß, gebildete Leute. In Oesterreich ist es nicht überflüssig, so etwas ausdrücklich zu bemerken. (Heiterkeit.)

Bis zum heutigen Tage — Vogelsang ist gestorben und Dr. Meyer

hat Oesterreich wieder verlassen — ist es nicht gelungen, innerhalb der österreichischen feudalen und klerikalen Sippschaft Jemand aufzutreiben, der nur einigermaßen etwas von dem Wissen und Geist jener Männer hätte. In Oesterreich ist der Hemmschuh in dieser Partei der seichteste Dilettantismus und die krasseste Unwissenheit, und wenn wir in dieser Richtung die bedeutendsten Namen nennen wollen, so können wir als den Repräsentanten des seichtesten Dilettantismus Prof. Scheicher und als Repräsentanten der krassesten Unwissenheit unseren guten Freund Bielohlawek anführen. (Heiterkeit.) Das sind zwei österreichische Typen, wie man sie sich nicht prägnanter denken kann. Scheicher, der Schwätzer über Alles und um Alles herum, der mancherlei gelesen hat und sehr viel zusammenschreibt, aber alles saft- und kraftlos, molluskenartig, ein Brei, und Bielohlawek, der instinktiv alles Wissen und alle Bildung haßt.

Der große und ungeheure Unterschied, der zwischen Vogelsang und Rudolf Meyer auf der einen und den christlich-sozialen Katholiken in Oesterreich auf der andern Seite besteht, soll hier durch zwei Zitate markirt werden. Die Bedeutung des Dr. Meyer ist immerhin eine solche, daß wir von ihm mit Hochachtung sprechen müssen. Insbesondere wollen wir ihm nicht vergessen, daß er zu einer Zeit, wo dies immerhin eine Leistung war, jenes zweibändige Werk „Der Emanzipationskampf des vierten Standes“ geschrieben hat und daß er, ein Konservativer, dieses Werk mit einer großen Unbefangenheit verfaßt hat. Auch Vogelsang, der nicht jene große literarische Thätigkeit entfaltete, war ein für Oesterreich offenbar viel zu großer und weiter Kopf. Dr. Klopp hat versucht, aus den zerstreuten Aufsätzen Vogelsang's ein System zusammenzufassen, das er im Jahre 1894 herausgab. Aus diesem Buche, das aus wörtlichen Sätzen Vogelsang's zusammengesetzt ist, will ich nur zwei Stellen zitiren, damit Sie den Geist dieses Mannes gegenüber der Geistlosigkeit unserer christkatholischen Sozialreformer sehen. Auf Seite 94 dieses Buches heißt es: „Wir sind der Sozialdemokratie, das heißt ihren geistig hochbedeutenden Führern, sowohl den deutschen, wie den französischen großen Dank schuldig. Sie haben mit gewaltigen, unwiderstehlichen Keulenschlägen das ganze Truggebäude des Kapitalismus zertrümmert, und in der That ist erst hiedurch den Katholiken der Impuls gegeben worden, aus dem Schatze ihrer eigenen Traditionen das Material zum Neubau hervorzusuchen. Der Dank der Nachwelt, wenn erst die Schrecken der bevorstehenden Periode der vollständigen Destruktion und des Wiederaufbaues überstanden sein werden, gebührt der Sozialdemokratie für die Negation, uns für die Position.“ Nun, wir lassen ihm gern seine Meinung. Sie sehen aber, welche Achtung und welches Verständniß der Mann für die sozialistische Bewegung gehabt hat. Er fährt fort: „Die Wege der Christen und der materialistischen Sozialdemokraten laufen keineswegs vollständig auseinander; sie gehen in der Kritik parallel, um sich dann zu trennen und sich endlich zu kreuzen. Alle Wege aber führen nach Rom, auch die Sozialdemokratie wird dahin führen, vorausgesetzt, daß der Rathschluß Gottes der europäischen Menschheit überhaupt noch eine menschenwürdige Zukunft bewilligt hat.“

Auf Seite 145 desselben Buches steht zu lesen: „Machtlos — die Welt hat es schaudernd erlebt — steht eine ihres göttlichen Stempels, eines guten Gewissens und des Bewußtseins des guten Rechtes, damit aber aller Mannhaftigkeit entkleidete Autorität bald den entfesselten Instinkten der Bestie gegenüber. Dann ruft man: „Religion in's Land“, dann soll der Priester, dem man das eigene Ohr verschlossen, den man verhöhnt, verstoßen, geplündert hat, dem Pöbel den Zaum des Glaubens wieder zwischen die knirschenden Zähne legen; als „schwarzer Gendarm“ soll er die muthlos gewordene Polizei ergänzen und das Idol unserer Tage, das goldene Kalb, schützen, dem man das geistliche und leibliche Wohl des Volkes geopfert hat.

Ja, es ist wahr: das Christenthum ist die Religion der armen, leidenden, seufzenden Menschheit; der Herr hat selbst arm zur Welt kommen wollen, um ein Bruder und Tröster der Armen zu sein, seiner Lieblinge. Aber nicht deshalb ist dies geschehen, damit sie, wehrlos eine Beute der Ungerechtigkeit Mächtiger, diesen geopfert würden; Er, der ihnen Geduld, Demuth, Entsagung auferlegt, Er selbst will ihr Schützer und ihr Rächer sein gegen die Bedrücker und Verderber. Womit Ihr gesündigt habt, damit werdet Ihr gestraft werden.“

Fragen Sie heute einen von der christlich-sozialen katholischen Sippschaft, ob er diese Worte widerspruchslos anerkennen würde (Ruf: Ob er sie auch versteht!), obwohl sie von einem katholischen gläubigen Herzen diktirt sind. Es wird mir zugerufen, ich soll fragen, ob er sie versteht. Ja, wahrhaftig, man hat Grund, zu meinen, daß die Führer dieser Partei heute gar nicht in der Lage sind, solche Sätze und einen solchen Gedankengang zu verstehen.

Nun will ich mir doch nicht die Gelegenheit entgehen lassen, gegenüber dieser geistig bedeutenden Erscheinung und der Auffassung des Christenthums von Seite solcher Leute ein kurzes Streiflicht zu werfen auf die Haltung der echten, unverfälschten und durch keinen Aufputz verunstalteten Klerikalen. Im Jahre 1893 oder 1894 fand der niederösterreichische Katholikentag statt, und da will ich Ihnen nichts weiter als blos die Tagesordnung vorlesen, damit Sie sehen, in welcher Rangordnung diese Leute die Dinge dieser Welt behandeln. Das Programm dieses Katholikentages umfaßte 7 Punkte. Der erste betrifft die Lage des Heiligen Vaters (Heiterkeit), der 2. die Rechte der klösterlichen Genossenschaften, der 3. die Einsetzung einer Kommission, der 4. die Schule, der 5. die katholischen Vereine und das katholische Leben, der 6. die christliche Presse, und der 7. endlich — die soziale Frage. Als besonderen Typus des unchristlichen Katholizismus unseres österreichischen Landes will ich Sie auf ein Buch aufmerksam machen. (Ruf: Schon wieder ein Buch! — Schallende Heiterkeit.) Es wird Sie interessiren, wenn Sie es lesen. Es ist von einem hervorragenden Prediger — seine Predigten sind in Buchform erschienen — von einem in Wien bekannten Prediger: Heinrich Abel, einer Leuchte des Katholizismus in Oesterreich. Das Buch heißt: Zurück zum praktischen Christenthum! Nun könnte man sich sehr gut denken, daß ein katholischer Priester sehr wohl schreiben kann: zurück zum praktischen Christenthum! Ich versichere Sie aber, das, was der Abel mit diesem Ruf meint, steht weit sogar hinter dem zurück, was Bismarck damit gemeint hat. Sie werden sich fragen, was kann ein Wiener Priester von der Kanzel predigen, was wird er den Leuten sagen? Er wird den Leuten vielleicht sagen, bethätigt Euer Christenthum, speiset die Armen, tröstet die Kranken, besuchet die Gefangenen, mit einem Wort, bethätiget das, was Gebot der Lehre Christi ist, die Nächstenliebe. Was kommt aber beim Abel heraus? Die Forderung des praktischen Christenthums geht nach dem Rezept Abel's und ich darf wohl sagen, des Jesuitismus, auf Folgendes hinaus: geht beichten, heiliget den Sonntag, seid arbeitsam, tretet katholischen Vereinen bei, unterstützt die katholische Presse, wählt katholische Männer und zum Schluß: geht häufig beichten! (Heiterkeit.) Ich war selbst einmal bei einer Predigt dieses Abel, in der er den Leuten gesagt hat, geht nur beichten, und wenn Ihr Euch genirt, so kommt auf die Nacht zu mir und beichtet ruhig, ich absolvire Euch. (Heiterkeit.) Das, was heute in Oesterreich von den Katholiken als Christenthum verzapft wird, ist ein Christenthum der Worte und Geberden, aber von dem inneren Geiste des Christenthums, der Evangelien und der Bibel, ist keine Spur zu finden. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich knüpfe nun wieder dort an, wo ich diese Abschweifung gemacht habe und setze weiter die Entwicklung der Reform der Gewerbepolitik in Oesterreich fort. Im Jahre 1879 brachte die Regierung im Parlamente eine Gesetzesvorlage zur Reform der Gewerbeordnung ein. Der Hauptinhalt dieser Vorlage betrifft die Reform der Arbeiterrechte, das sechste Hauptstück und die Gewerbe-Inspektoren, außerdem gewisse Bestimmungen über den Befähigungsnachweis u. s. w. Im Jahre 1882 veranstaltete die niederösterreichische Gewerbekammer eine Enquete, im Jahre 1881 erscheint der Ausschußbericht über die Regierungsvorlage, dazwischen fällt das neue Wahlgesetz mit den Fünfguldenmännern. Mit der Annahme dieses Gesetzes sehen wir im österreichischen Abgeordnetenhause eine merkwürdige Wandlung vor sich gehen, indem nun die Liberalen und Demokraten anfangen, an den kleingewerblichen Meistern Geschmack zu gewinnen, weil sie wieder gewählt werden wollen. Im Jahre 1885 sind die Neuwahlen und die Forderungen dieser Kleingewerbetreibenden sind nach diesen reaktionären Bestimmungen gegangen. Es wird von außen ein Druck auf die Abgeordneten geübt. 1882 findet der allgemeine österreichische Gewerbetag statt. 1883 tritt die Gewerbenovelle mit dem Befähigungsnachweis in Kraft. Es findet dann eine parlamentarische Enquete bezüglich des

sechsten Hauptstückes statt und im März 1885 wird auch dieses Hauptstück kodifizirt, so daß wir nun drei Novellen haben, welche sich auf das Gewerbegesetz beziehen. Zu gleicher Zeit, während diese gewerbliche Schutzpolitik im Parlamente getrieben wird, wächst der Antisemitismus der Richtung Schönerer's und wird von den Klerikalen und Feudalen aufgegriffen. Während aber Schönerer den Antisemitismus blos dazu braucht, um sein chauvinistisches nationales Programm aufzuputzen, benützt die klerikale und feudale Partei den Antisemitismus, um die eigene Partei zu vergrößern. Sie macht aber die Sache viel energischer, sie faßt die Dinge gleich fest demagogisch an, und wir sehen nach und nach in Wien aus der nationalen antisemitischen Partei die christlich-soziale antisemitische Partei entstehen und zwar hauptsächlich in Wien. Sie geht dann besonders nach Niederösterreich auf's Land hinaus. Erst jetzt entwickelt sich das, was wir heute die christlich-soziale antisemitische Partei in Oesterreich nennen. Diese Partei ist als solche nicht älter als zwölf Jahre. Noch im Jahre 1885 hat es bei den Neuwahlen in's Abgeordnetenhaus keine christlich-soziale Partei gegeben. Die Führer der antisemitischen Partei von damals, deren Namen ja heute noch bekannt sind, Pattai, Geßmann, Lueger, später Scheicher, Latschka, Schnabl, Vetter, Psenner, Schneider, Steiner u. s. w., alle haben in ihrem Charakter etwas durchaus Demagogisches. Die klerikale Partei verstand es, diese Bewegung für ihre Zwecke dienstbar zu machen und sie hatte gewonnenes Spiel, als es ihr gelang, jenen Mann auf ihre Seite zu bringen, der wirklich als Persönlichkeit die ungemein große Fähigkeit gehabt hat, eine Partei um sich zu versammeln, eine Partei, die eigentlich wesentlich als eine Partei so und so vieler Personen bezeichnet werden kann, wenngleich auch bestimmte ökonomische Ursachen selbstverständlich zu ihrer Bildung beigetragen haben. Dr. Karl Lueger, der leuchtende Name des christlichen Sozialismus und des Katholizismus in Oesterreich, ist ein sehr entwicklungsfähiger Mann. Er ist als junger Mensch liberal gewesen, später ist er überzeugter Demokrat geworden, hat oft seine Lanze für die Gleichberechtigung der Konfessionen eingelegt, war insbesondere ein guter Freund vieler Juden, und er hat es immer verstanden, nur noch etwas klüger als Schönerer, auf den Instinkt der Schichten, auf die er wirken wollte, zu wirken. Nur in Einem thut man dem Lueger Unrecht. So sehr er sich sonst gewandelt hat, von einem internationalen Demokraten zu einem durchaus dienstbeflissenen Diener der österreichischen Feudalität und des Klerikalismus, eines war er immer, als Student und auch heute, und er ist stolz darauf: bis in die Knochen hinein schwarzgelb. Vielleicht ist das mit ein Grund, daß er alle diese Wandlungen so rasch gemacht hat, denn wenn schwarzgelb die Farbe Oesterreichs ist und Oesterreich durch sie recht signifikant bezeichnet werden sollte, so müßte man sagen, Oesterreich ist das Land der politischen Charakterlosigkeit seit Jahrhunderten und daher mag es ihm seine Eigenschaft als spezifischer Oesterreicher so leicht gemacht haben, von einer Stufe zur anderen herunterzuspringen, obwohl er äußerlich so weit hinaufgekommen ist. Lueger überlegt sich die Sache sehr lange, bevor er sich dreht, aber er dreht sich doch, langsam und energisch. Dazu wirkt insbesondere ein ihn geradezu verzehrender Ehrgeiz und eine zum Himmel stinkende Eitelkeit, die sein Wesen bezeichnen. Als er sieht, daß die Massen der Kleinbürger, die ja die Mandate vergeben, immer mehr in diese reaktionäre Gewerbepolitik und damit in den Antisemitismus hineinkommen, nimmt er — noch nicht im Jahre 1885, da wurde er zum ersten Mal gewählt und zwar im Vereine mit Kreuzig und Kronawetter — eine abwartende Haltung ein, und je mehr die Dinge sich nach dem Antisemitismus und Klerikalismus zu entwickeln, umsomehr gibt er nach und geht immer weiter in das Lager der Klerikalen hinein, bis sie ihn endlich ganz haben und zu dem Ihrigen machen können. Nicht handelt es sich diesem Manne mehr zu dieser Zeit um die Aufstellung bestimmter Programme, ja es wird sogar mit Aengstlichkeit darüber gewacht, daß in den Programmen nicht zu viel behauptet wird. Programme sind eine unbequeme Sache, sagt Herr Lueger. Aber etwas, womit man außerordentlich viel Effekt machen kann, das sind große und tönende Phrasen und statt eines Programmes sehen wir die christlich-soziale Partei und an ihrer Spitze Dr. Lueger mit der Phrase arbeiten. Die „Rettung des Volkes" u. s. w. ist nichts anderes als ein leeres Versprechen und insbesondere von ihm, dem Herrlichsten von allen, von Dr. Karl Lueger hat das Volk nichts zu erwarten.

Hundertmal haben wir es schon in Versammlungen gesagt und müssen es immer wiederholen: Leute, wer Euch sagt, daß er Euch retten wird, der belügt und betrügt Euch. Niemals kann ein Einzelner das Volk retten, das Volk kann nur gerettet werden durch das Volk.

Die ungeheuere Kluft, die uns in der Agitation und in unserer ganzen Art von den sogenannten Christlich-Sozialen trennt, liegt darin: Während die christlich-soziale Partei, um rasch zur Macht zu gelangen, nur eines tüchtigen Schlagwortes bedurfte, und dieses Schlagwort auch in dem Juden gefunden hat, müssen wir, wenn wir vor die Massen treten, eine schwere geistige Arbeit verrichten und müssen dies auch von unseren Anhängern verlangen. Die christlich-sozialen Antisemiten haben es leicht, ihr Evangelium zu predigen, sie sagen einfach: „Volk, sei auf deiner Hut, der Jud ist an Allem schuld“. Sie wissen diesen Satz mit einer solchen Leidenschaft zu wiederholen, daß schließlich das Volk ganz hypnotisirt wird und immer nur auf den Juden schaut. Während das hypnotisirte Volk sich aber so vor den Juden in Acht nimmt, kann der Feudaladel auf der einen und der Klerikalismus auf der anderen Seite dem Volke die Taschen ausleeren.

Was müssen wir thun, wenn wir vor das Volk hintreten? Immer und immer wieder die soziale Entwicklung predigen. Das ist sehr mühsam. Wir müssen den Leuten sagen: damit Ihr zu uns kommen könnt, müßt Ihr vor Allem die ökonomische Entwicklung verstehen, Ihr müßt begreifen, daß Ihr eine Klasse seid, die in einem Gegensatz zu allen anderen Klassen steht, und damit Ihr das begreift, müssen wir fordern, daß Ihr leset und etwas lernet, kurz, wir müssen an die Leute mit einer Reihe von Forderungen herantreten, die Dr. Lueger und die Anderen nicht brauchen. Wir können dabei aber den Leuten auch nicht sagen, w i r werden Euch retten. Wir können ihnen nur sagen, wir werden Euch im Kampfe um Euere Befreiung behilflich sein und Euch organisiren. Die Christlich-Sozialen laufen auch nicht Gefahr, eingesperrt oder von den Unternehmern ausgesperrt zu werden. Sie sehen also, es ist viel leichter, Christlich-Sozialer als Sozialdemokrat zu werden. Als Christlich-Sozialer braucht man gar nicht denken, als Sozialdemokrat muß man denken lernen und furchtlos an der Befreiung des Volkes aus den Fesseln des Kapitals mitarbeiten.

Der demagogische Charakter der christlich-sozialen Partei tritt immer deutlicher hervor: Während anfangs die christlich-soziale Partei wenigstens den Versuch gemacht hat, programmatische Forderungen aufzustellen, werden solche Forderungen jetzt immer seltener. Es handelt sich nun nur mehr um allgemeine Behauptungen. Das haben wir im vorigen Jahre auf dem Arbeiterschutzkongreß in Zürich in trefflicher Weise gesehen. Sie sind für jede Art von Schutz, wenn man nämlich das Wort im Allgemeinen ausspricht; wenn man aber etwas Konkretes, zum Beispiel den Achtstundentag fordert, da können sie nicht dafür sein, da gibt es eine Menge Hindernisse. Wenn man den Kinderschutz verlangt, oh, da sind sie dafür, sie sind für die Heiligkeit der Familie. Wenn man aber sagt, bis 14 Jahre — da sind sie nicht dafür, vielleicht bis zu zwölf Jahren. So zeigt sich insbesondere seit jener Zeit, seitdem diese Partei zur Herrschaft gekommen ist, immer deutlicher der rein demagogische Charakter derselben.

Als unter dem Koalitionsministerium die Christlich-Sozialen mit den Jungtschechen die Opposition im Parlamente besorgten, da konnten sie sich radikal geberden und thaten es auch. Das war die Zeit, wo im österreichischen Parlamente zum ersten Mal Obstruktion getrieben wurde von unseren lieben Freunden, den Jungtschechen, das war die Zeit, wo anscheinend radikale Forderungen von den Christlich-Sozialen im Parlamente gestellt oder wenigstens unterstützt wurden, aber auch schon zu dieser Zeit hat man den volksfeindlichen Charakter der christlich-sozialen Partei wahrnehmen können. Ich erinnere Sie an den Strike der Bergarbeiter in Falkenau und Ostrau im Jahre 1894. An den Debatten, die damals im Abgeordnetenhause geführt worden sind, haben sich die Christlich-Sozialen meines Erinnerns nicht betheiligt, und ich habe mir damals erlaubt, den katholischen Christlich-Sozialen zu sagen: Ja, Freunderln, warum geht Ihr denn nicht nach Falkenau und Ostrau hinaus? Die Arbeiter dort sind ja gute Katholiken. Wenn Sie in Mährisch-Ostrau und Falkenau in die Wohnungen der

Bergarbeiter kommen, werden Sie überall die Embleme der Katholiken finden. Warum geht Ihr nicht zu diesen Leuten, warum organisirt Ihr sie nicht? Sehen Sie, wenn die katholische christlich-soziale Bewegung in Oesterreich einen ernsthaften, einen wirklich sozialen Hintergrund hätte, so hätten die Leute es sehr leicht, an diese Massen heranzukommen. Sie können aber ihrer inneren Natur nach nicht, sie haben keinen Inhalt, sie sind keine Partei des unterdrückten arbeitenden Proletariats, daher können sie keine ernsthafte Arbeit im Sinne dieser Klassen leisten.

Aber nicht allein der Umstand, daß der demagogische Charakter der Partei immer mehr hervortreten mußte, sondern auch wohl die Persönlichkeiten, die in dieser Bewegung thätig waren, haben es dahin gebracht, daß diese Partei — und vielleicht nicht allein in der Geschichte Oesterreichs — einzig dasteht in Bezug auf die Art und Weise, wie sie die Agitation betrieb und dabei die gemeinsten Mittel anwendete. Es ist mit der christlich-sozialen Bewegung in Oesterreich soweit gekommen, daß man ruhig sagen kann, wenn einmal ein Christlich-Sozialer die Wahrheit sagt, dann geschieht es unversehens, es ist nicht gern geschehen (Heiterkeit), so sehr ist es ihnen ein Bedürfniß, zu lügen und zu verleumden.

Rasch mußte Lueger zur Macht kommen und um rasch zur Macht zu kommen, mußte er zu solchen Mitteln greifen, zu denen er gegriffen hat. Die letzte Wahlbewegung im vorigen Jahre hat uns das Niveau dieser Gesellschaft so deutlich gezeigt, daß bei Niemanden mehr ein Zweifel bestehen kann. Es ist Ihnen wahrscheinlich jenes Flugblatt bekannt, welches die christlich-soziale Partei damals verbreitet hat und welches die Sozialdemokratie „beleuchten" soll. Dasselbe beginnt mit der Behauptung, daß die Sozialdemokratie gegründet worden ist von den drei Juden Marx, Engels und Lassalle, und so geht es in lieblicher Weise fort. Dieses Flugblatt wird für alle Zeiten ein Schanddenkmal für die Unwissenheit, Gemeinheit und Niedrigkeit dieser Partei sein. Es ist nicht leicht denkbar, sich etwas Gemeineres und Niedrigeres vorzustellen, als die Agitation und den Inhalt dieser Partei. Wir haben wahrhaftig manche bittere Erfahrungen hinter uns. Wir haben die Entwicklung einer liberalen Partei hinter uns, die in ihren verschiedenen Phasen wirklich nicht immer sehr angenehme Bilder dargeboten hat. Die Eindrücke des Liberalismus in Oesterreich waren weder für das Auge noch für die Nase besonders angenehm (Heiterkeit), aber die Partei mit den Pfaffen mit und ohne Kutte an der Spitze überbietet Alles, was an Korruption und Gemeinheit von Seite der liberalen Partei jemals geleistet worden ist. Seit diese Leute in Wien und Niederösterreich an der Regierung sind, haben sie sich in ihrer wahren Gestalt Jedermann vollständig deutlich gemacht. Jene Leute, welche, solange sie in der Opposition waren, natürlich Gegner der Aemterkumulirung waren, sehen wir heute in Niederösterreich e i n i g e bezahlte Aemter — natürlich immer bezahlte! — in sich vereinigen, es ist ihnen nicht genug, aus einer Schüssel zu essen, sie brauchen drei, vier zu gleicher Zeit. Jene Leute, die das Maul nicht voll genug nehmen konnten, als es sich darum handelte, daß einige Beamte wegen mißliebiger politischer Gesinnung gemaßregelt wurden, haben die Lehrer in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise gemaßregelt, dieselben Leute, die immer gegen die Juden gewettert haben, haben, als sie zur Regierung kamen, gegen die großen Juden keinen Schritt unternommen, dafür aber ein paar kleine jüdische Stenographen aus dem Landtage hinausgeschmissen, ja derselbe Lueger, der im Parlamente den Baron Rothschild auf das Heftigste bekämpft hat, hat nicht umhin können, als Bürgermeister denselben Rothschild devotest zum Ball der Stadt Wien einzuladen: alle diese Leute bilden eine Gesellschaft, vor der Einem wirklich graut und vor der man sich die Nase zuhalten muß, eine Gesellschaft, die alle Gemeinheiten mit Bewußtsein begeht. Es ist mir der Gedanke gekommen, daß sie diese Gemeinheiten vielleicht deshalb so rasch hintereinander begeht und so rasch sich zu bereichern sucht, weil sie eine dunkle Ahnung davon hat, daß ihr famoses Geschäft von keiner langen Dauer sein wird und daß sie also dazu schauen muß, rasch zu fressen, was sie fressen kann. (Beifall.)

Ich kann mir hier nicht versagen, Sie auf eine Stelle des kommunistischen Manifestes aufmerksam zu machen. Manches von dem, was im kommunistischen Manifest steht, paßt vielleicht nicht mehr auf die heutigen Verhältnisse, aber immer

von Neuem bewundern wir den Scharfsinn und den durchdringenden geschichtlichen Blick, den die Verfasser dieses kommunistischen Manifestes gehabt haben. Und wenn sie auch zu einer Zeit gelebt haben, in der noch kein Mensch von dem feudal-katholischen Sozialismus in Oesterreich eine Ahnung haben konnte, so finden wir doch in diesem kommunistischen Manifest manches Bezeichnende für diesen Sozialismus. Erlauben Sie, daß ich Ihnen den Abschnitt vorlese. Er ist im 13. Kapitel des kommunistischen Manifestes, welches überschrieben ist „Sozialistische und kommunistische Literatur". Der erste Abschnitt behandelt den reaktionären Sozialismus und die erste Unterabtheilung beschäftigt sich insbesondere mit dem feudalen Sozialismus. Es heißt hier: „Die französische und englische Aristokratie war ihrer geschichtlichen Stellung nach dazu berufen, Pamphlete gegen die moderne bürgerliche Gesellschaft zu schreiben. In der französischen Juli-Revolution von 1830, in der englischen Reformbewegung, war sie noch einmal dem verhaßten Emporkömmling erlegen. Von einem ernsten politischen Kampfe konnte nicht mehr die Rede sein. Nur der literarische Kampf blieb ihr übrig. Aber auch auf dem Gebiete der Literatur waren die alten Redensarten der Restaurationszeit unmöglich geworden. Um Sympathie zu erregen, mußte die Aristokratie scheinbar ihre Interessen aus dem Auge verlieren und nur im Interesse der exploitirten Arbeiterklasse ihren Anklageakt gegen die Bourgeoisie formuliren.

Sie bereitete so die Genugthuung vor, Schmählieder auf ihren neuen Herrscher singen und mehr oder minder unheilschwangere Prophezeiungen ihm in's Ohr raunen zu dürfen.

Auf diese Art entstand der feudalistische Sozialismus, halb Klagelied, halb Pasquill, halb Rückfall der Vergangenheit, halb Dränen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie in's Herz treffend durch bitteres, geistreich zerreißendes Urtheil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen.

Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter." (Heiterkeit.)

In Oesterreich ist die Zeit gekommen, wo als Signum bei den Anhängern der christlich-sozialen und der feudalen Partei das Volk immer deutlicher das Wappen des Volksbetruges erblicken kann. Auch bei uns in Oesterreich ist der Tag nicht mehr ferne, wo das Volk mit lautem und unehrerbietigem Gelächter sich von diesen Gruppen abwenden wird. Sie wissen das und sind um ihre Herrschaft sehr besorgt. Deshalb der erbitterte Kampf, den sie gegen uns führen, denn wir sind ihre einzigen Feinde von Belang.

Die bürgerlichen Parteien, die auch manchmal gegen den Klerikalismus und den Christlich-Sozialismus in Oesterreich losgehen, die fürchten sie nicht, sie thun ihnen auch nicht wehe. Wehe thun einzig und allein wir ihnen, und deshalb hassen sie uns und gehen mit jener Rücksichtslosigkeit gegen uns vor, die sie kennzeichnet. Ich glaube, wir sollten heute auf dem Parteitage unsere Meinung über diese Sippschaft klar und unverhohlen äußern und im Namen der Parteivertretung habe ich die Ehre, Ihnen folgende Resolution vorzuschlagen (liest):

Resolution:

„In Erwägung, daß die christlich-soziale Partei in Oesterreich weder mit dem Christenthum der Evangelien, noch mit dem Sozialismus auch nur das Allergeringste zu thun hat, daß diese Partei vielmehr eine erbitterte Widersacherin der Lehren des Evangeliums ist, als solche tagtäglich die sittlich-verwerflichsten Mittel im Agitationskampfe anwendet, daß sie, während sie den Massen vorzuspiegeln versucht, deren wirthschaftliche Interessen zu vertreten, in Wahrheit eine Partei der Hausherren, des konfessionslosen, internationalen, privatkapitalistischen Unternehmerthums jeder Sorte, die Verbündete der Auswucherer des Volkes auf jedem Gebiete ist, die die von ihr geführten Schichten des Mittelstandes für die Zwecke der Feudalen und Klerikalen mißbraucht, daß sie diese ihre innere Natur, die sie zu Lakaien des Junker- und Pfaffenthums prädestinirt, besonders von dem Zeitpunkte an geoffenbart hat, seitdem sie zur Herrschaft in Niederösterreich und Wien gekommen ist, indem sie von da an keine einzige ihrer volksfreundlichen Versprechungen gehalten hat, vielmehr mit den wirthschaftlichen und politischen Bedrückern des Volkes in der schamlosesten Weise sich vereinigt hat;

in Erwägung insbesondere, daß die christlich-soziale Partei nichts Anderes ist, als die Vortruppe des reaktionärsten und volksfeindlichsten Klerikalismus, dem weder das materielle, noch das geistige Wohl des Volkes je am Herzen gelegen ist, der vielmehr die Religion jederzeit als Mittel zu Zwecken der weltlichen Parteiherrschaft in einer im Sinne des Christenthums der Evangelien geradezu gotteslästerlichen Weise geschändet hat (Beifall);

in Erwägung, daß diese Partei eine Partei der exzessivsten persönlichen Korruption ist, daß deren Mitglieder ihre politische Parteizugehörigkeit zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen und vor schmutzigen Geldgeschäften selbst dann nicht zurückschrecken, wenn sie mit Bordellen im Zusammenhange stehen (Lebhafter Beifall);

in Erwägung endlich, daß diese Partei das Gift der Lüge und Verleumdung systematisch und unablässig in den Körper des Volkes zu leiten sucht:

erklärt es der Parteitag für die Pflicht der Parteigenossen:

mit Entschiedenheit überall und jederzeit die christlich-soziale Partei in Oesterreich zu bekämpfen,

ihre innere Verlogenheit und Unaufrichtigkeit in ihrem ganzen Gebahren, wie in dem, was sie ihr Programm nennt, was aber im letzten Grunde ihre positive Programmlosigkeit ist, aufzudecken,

ihre wahre Natur als immer gefällige und dienstbereite Dirne des volksaussaugenden Feudalismus und volksverdummenden Klerikalismus zu enthüllen,

das Volk über die Niedrigkeit der Gesinnung ihrer Führer und über die Niedertracht ihrer Agitationsweise unermüdlich aufzuklären, um so die Vorbedingungen zu schaffen, durch welche es ermöglicht wird, daß endlich die Völker Oesterreichs aus dem ein Vierteljahrtausend währenden Schlafe, in den sie feudaler Junkerhochmuth im Bunde mit Klerikalismus und bureaukratisch-unfähigen Regierungen eingelullt haben, aufzuwecken und zur Selbstbesinnung zu bringen."

Ich könnte damit schließen, daß ich Ihnen diese Resolution zur Annahme empfehle. Erlauben Sie mir aber noch eine kleine Betrachtung anzuschließen. Seit mehr als 250 Jahren wird Oesterreich von den Feudalen und Klerikalen im treuen Verein in den Grund und Boden hineinregiert, seit mehr als 250 Jahren stehen die Völker Oesterreichs unter der Herrschaft dieser Blutsauger und Unterdrücker, seit mehr als 250 Jahren haben sie nicht allein das materielle Wohl der Völker Oesterreichs, sondern auch deren geistige Entwicklung systematisch gehemmt. Seit mehr als 250 Jahren befinden sich die Völker Oesterreichs — ich glaube sagen zu können in einer Rückentwicklung, und es bedarf großer Anstrengungen, großer Zähigkeit und unermüdlicher Energie, um endlich aus diesem so lange Jahre dauernden Zustand herauszukommen zu einer gesunden Entwicklung. Es gibt in Oesterreich zur Zeit keine Partei, welche diesen Kampf für eine bessere Zukunft der in Oesterreich vereinigten Völker mit Bewußtheit und Entschiedenheit führt, es sei denn die sozialdemokratische Partei. Auf uns liegt die große Verantwortung, in diesem Kampf das vorwärtstreibende Prinzip zu vertreten und unablässig unsere Kräfte anzuspannen, neben der momentanen Arbeit des Tages diese unsere geschichtliche Aufgabe in Oesterreich zu erfüllen. Deßhalb hassen und verfolgen uns insbesonders Jene, die das Gegentheil von dem wollen, was wir erstreben, deren Absicht dahin geht, dem Volke jede weitere Entwicklung zu versperren. Wenn der politische Kampf in Oesterreich heute trotz der Verschleierungen nach außen im wesentlichen der Kampf des Klerikalismus, der mit dem Kapitalismus verbunden ist, gegen den Sozialismus ist, und wenn dieser Kampf in einer so heftigen Weise geführt wird, so hat das seinen guten Sinn. Der römische Klerikalismus weiß es, daß der Kampf, in dem wir heute in Oesterreich stehen, ein Entscheidungskampf von besonderer Art ist. Der römische Klerikalismus, als der Anhänger der starren Autorität, des unabänderlichen Dogmas und der absoluten geistigen Unfreiheit, muß den Sozialismus auf Leben und Tod bekämpfen, der in allen drei Dingen das kontradiktorische Gegentheil von ihm ist, denn wie der Klerikalismus die starre Autorität vertritt, so stehen wir jeder Autorität zweifelnd gegenüber, wie der Klerikalismus das unwandelbare Dogma vertritt, so verneinen und bekämpfen wir jedes Dogma, wir wissen, daß wir uns im Flusse der Entwicklung befinden und daß im Flusse dieser Entwicklung keine Erfahrung und kein Satz der Wissenschaft sicher ist in dem Sinne, daß er sich nicht wandeln könnte, und wie der Klerikalismus der Vertreter der absoluten geistigen Unfreiheit ist, so müssen wir die Vertreter der absoluten

geistigen Freiheit sein, jene Partei, die das zur Wahrheit machen will, was allein ein menschenwürdiges Dasein verbürgt, die Freiheit des Gewissens und die Freiheit des Geistes. In diesem Entscheidungskampfe, der sich immer mehr zuspitzt, wird die Sozialdemokratie vor den Mächten der Erde und auch vor den Mächten der Hölle nicht zurückweichen. Wir werden wissen, was wir zu thun haben, und es erfüllt uns mit Stolz, sagen zu können, daß wir die einzige Kulturpartei im großen Stile in unserem Lande sind, wie es unsere Genossen in anderen Ländern sind. Und indem wir so auf der einen Seite für die Bedürfnisse des Tages kämpfen, tragen wir in uns das Bewußtsein, daß wir zugleich kämpfen für die größten geistigen Güter der Menschheit, daß wir dafür kämpfen, daß endlich einmal der jahrtausendelange Kampf zwischen Licht und Finsterniß entschieden werde zu Gunsten des Lichtes, zu Gunsten des Sozialismus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß folgende Anträge eingelangt sind:

„Der Parteitag wolle beschließen, in nächster Zeit eine Broschüre herauszugeben, in welcher die volksfeindliche Haltung des Klerus, seine Sucht nach irdischen Gütern, seine unchristlichen Herrschaftsgelüste kritisirt und der krasse Widerspruch seiner Handlungsweise mit der Lehre des Zimmermannssohnes von Nazareth verglichen wird.
Hoffman (Wels)."

„Der Parteitag beauftragt Gen. Pernerstorfer, eine Broschüre über das Thema „Christlich-soziale Bewegung" zu verfassen. Ulrich (Bielitz)."

„Das Referat des Gen. Pernerstorfer über „Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich" sammt der Resolution hat als Broschüre zu erscheinen.
Meizr (Wien)."

„Beantrage, daß die Rede des Genossen Pernerstorfer in einer Broschüre zum Preise von 5 Kreuzer herausgegeben wird. Ferdinand Hanusch (Sternberg)."

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Parteivertretung wird aufgefordert, die Rede des Genossen Pernerstorfer am Linzer Parteitage über „Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich" in ihrer Gänze, inklusive der Resolution, als Broschüre zu veröffentlichen. Petersilka (Wien)."

„Ich stelle den Antrag, Genosse Pernerstorfer möge beauftragt werden, sein Referat mit den nothwendigen Ergänzungen in Form einer Broschüre zu verfassen. Zugleich wird die Parteileitung beauftragt, dieselbe so bald wie möglich erscheinen zu lassen. August Hecker (Teichstadt)."

Gen. Prähauser (Salzburg): Wie ich die Tagesordnung gelesen habe, habe ich mich gefragt, warum eigentlich die Genossen aus Niederösterreich hier die Frage der Christlich-Sozialen besprechen wollen. Ich betrachte nämlich eine Partei nur dann als für uns gefährlich, wenn sie dem Volke mehr zu bieten im Stande ist als wir. Es ist aber kein Zweifel, daß dies weder bei den Christlich-Sozialen, noch bei den Deutschnationalen zutrifft. Gefährlich sind sie uns nur durch ihre Macht in wirthschaftlicher und politischer Beziehung, durch ihre Brutalität, ihre Verlogenheit. Auch den Klerikalen in Salzburg stehen alle Machtmittel zur Verfügung, welche den Christlich-Sozialen in Wien zur Verfügung stehen, aber Eines fehlt unseren Klerikalen: die Viehtreiber. Es berührt mich auch immer unangenehm, wenn ich in der „Arbeiter-Zeitung" lese, daß sich zum Beispiel bei einem Leichenbegängniß ein Geistlicher unanständig benommen hat, oder daß ein Genosse bei der Inanspruchnahme der Herren von ihnen über's Ohr gehauen wurde. Wir müssen den Schwarzen zeigen, daß wir sie nicht brauchen, dann werden sie uns nicht bemogeln können.

Gen. Pick (Wien): Die Rede des Genossen Pernerstorfer kann nur derjenige voll und ganz verstehen, der die Kämpfe gegen die Christlich-Sozialen in Wien mitgemacht hat, insbesondere den Kampf in einer Arbeitergruppe, in der Gruppe der Handelsangestellten. Wenn dieser Kampf zu unseren Gunsten entschieden wurde, so ist das nicht dem Umstande etwa zu danken, daß eine Anzahl von Anhängern der christlich-sozialen Partei Sozialdemokraten geworden wären, sondern es hat uns da ein Mittel geholfen, welches ich allen Genossen empfehlen möchte. Wir haben einen Punkt aus den Reden ihrer Führer — und die sind ja jetzt ihr Programm, wie sie sagen — hervorgeholt und haben es nicht an Mühe fehlen lassen, durch Monate hindurch selbst die Christlich-Sozialen auf diesen einen Programmpunkt zu dressiren. Wir haben uns auf die Frage der Sonntagsheiligung geworfen und wollten die Christlich-Sozialen verhalten, daß sie zu dem

Zwecke eine Aktion unternehmen, um diesem Minimum an Arbeiterschutz, worüber es doch in der ganzen zivilisirten Welt keine Debatte gibt, zu entsprechen. Da haben aber die Christlich-Sozialen gar schnell den Rückzug angetreten und damit zugleich bewiesen, daß sie nichts anderes als die Vertreter des Ausbeuterthums sind. Ich habe einmal in eine christlich-soziale Versammlung ein Buch von Psenner mitgenommen. Der Psenner hat nämlich auch ein Programm verfaßt. Da hat mir aber gleich ein Christlich-Sozialer gesagt, was kümmert uns denn das Psenner'sche Programm? Das ganze Um und Auf der christlich-sozialen Literatur sind die Kanzelreden des Pater Bauchinger. Ich werde einmal bei einer geselligen Zusammenkunft mir das Vergnügen machen, Ihnen eine solche Rede vorzulesen. (Rufe: Als Kneipzeitung!) Da wir hier in einer Stadt sind, wo die Christlich-Sozialen auch eine ziemliche Rolle spielen (Rufe: Die Klerikalen!), — also die unverfälschten Christlich-Sozialen — kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß gestern bis tief in den Nachmittag hinein die Geschäfte offen gehalten wurden (Rufe: Bis tief in die Nacht!), und ich habe mich überzeugt, daß in einer Paramentenhandlung, wo man heilige Bilder bekommt, nach 12 Uhr Mittags noch Bilder zu bekommen waren, die zwar keine Heiligenbilder, aber auch nicht in der Auslage waren. (Hört! Hört!)

Gen. Ulrich (Bielitz): Ich muß als Vertreter des II. schlesischen Wahlkreises darauf aufmerksam machen, daß sich bei uns eine Strömung geltend macht, die uns viel eher über den Kopf wachsen könnte, als dies die böhmischen Genossen von den Deutschnationalen behaupten. Es ist dies eine national-soziale Bewegung, und ich muß sagen, daß diese Leute in ihrem Benehmen nicht so schmutzig sind, wie die Christlich-Sozialen, weshalb es ihnen auch viel leichter gelingt, Anhänger zu gewinnen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir heute zu wenig Kräfte haben, um dieser Bewegung entsprechend entgegentreten zu können.

Gen. Dr. Adler: Parteigenossen! Wenn ich mir erlaube, dem Referate ein paar Worte anzufügen, so geschieht dies vor allem, um eine kleine Lücke auszufüllen, da ich nicht möchte, daß sie zu Ungunsten dieses Parteitages ausgenützt würde. Genosse Pernerstorfer hat ein glänzendes Bild aller Schattirungen des protestantischen Sozialismus entworfen, er hat aber den katholischen Sozialismus einigermaßen stiefmütterlich behandelt. Nun existirt allerdings auch in Deutschland — und hat existirt — eine Richtung des katholischen Sozialismus, die ziemlich alt ist und diejenigen Genossen, welche die Lassalle'sche Bewegung genauer kennen, werden wissen, daß zur selben Zeit, als Lassalle aufgetreten ist, der Erzbischof Ketteler von Mainz und mit ihm eine ganze Reihe von Agitatoren, anknüpfend an das Evangelium, mit Forderungen demokratischer Art aufgetreten sind. Die Kette von den Ketteler'schen Forderungen bis zu dem, was heute in Oesterreich im Absterben begriffen ist, ist eine direkte und selbst Meyer steht mitten darin. Er hat sowohl das protestantische wie das katholische Element in sich vereinigt.

Ich möchte, an diese Thatsache anknüpfend und gerade mit Bezug darauf, was der letzte Redner vor mir gesagt hat, ein paar Worte sagen. Es wäre doch ein Wunder, und es wäre gerade von unserem materialistischen Standpunkte gar nicht zu erklären und zu verstehen, wenn nicht aus dem Klerus heraus, der der großen Masse nach ja ein proletarischer Klerus ist, sich gewisse Ansätze und Symptome von proletarischem Klassenbewußtsein entwickeln würden. Wir sehen diese Ansätze auch überall. Das, was sich jetzt in Schlesien vollzieht, haben wir auch in Niederösterreich gehabt. Ich erinnere Sie an den Pater Eichhorn in seiner ersten Gestalt. Ich will da die Personen nicht näher beleuchten, aber jeder von uns, der mit den Leuten etwas mehr Berührung hat, weiß, wie viele mündliche und schriftliche Zustimmungen wir aus den Reihen des Klerus bekommen, und es ist kein Zweifel, daß auch im Klerus vielfach solche proletarische Instinkte auch heute noch lebendig werden. Aber genau so, wie damals die von Ketteler in so hoffnungsreicher Weise, und man muß sagen, mit allen Waffen der Gelehrsamkeit und des Geistes geführte Bewegung erdrückt wurde, wie ihr die Spitze abgebrochen wurde, so sehen wir es überall, wo sich aus dem Klerus heraus solche Elemente entwickeln.

Diese armen proletarischen Geistlichen werden schließlich von dem kapitalistischen Katholizismus entweder gekauft — wie der Stojalowski — oder sie

werden unterdrückt, gebrochen, mitunter geschieht auch beides, sie werden erst gebrochen und dann gekauft. Das ist in den katholischen Ländern die Uebermacht Roms, und das ist die kolossale Macht, die die Organisation der Kirche hat, daß sie es hindert, daß sich aus der Kirche eine katholische, volksthümliche, sozialistische Bewegung überhaupt entwickelt. Wir können das, was in England geschah, nicht erwarten. Nun wird vielleicht Einer sagen, wir haben ja die große Enzyklika „de novarum rerum". Diese Enzyklika ist thatsächlich nichts weiter als der Fortschritt der Kirche von den alten feudalen Anschauungen zu modernen, liberalen, wirthschaftlichen Anschauungen, nicht mehr und nicht weniger. Ein jeder liberale Professor steht ungefähr auf dem Standpunkt, auf dem diese Enzyklika steht.

Die Frage, die immer wieder aufgeworfen werden muß, muß für uns sein: Was haben wir als Arbeiterpartei, was haben wir als proletarische Partei von allen diesen Bewegungen zu erwarten? Ist es nicht denn doch möglich, daß sich einmal für uns eine geschichtliche Situation findet, wie sie in den Vierziger-Jahren in England war, wo die Tories, also der Feudaladel, für Arbeiterschutzgesetze eingetreten sind, ist nicht eine Konstellation in Oesterreich möglich, wie sie Anfangs der Achtziger-Jahre war, wo Belcredi und Liechtenstein das VI. Hauptstück der Gewerbe-Ordnung geschaffen haben, ist es nicht doch möglich, daß diese Kraft, wenn sie auch dem Haß gegen die Bourgeoisie und nicht der Liebe zum Proletariat entspringt, ein Faktor wird, der zum Vortheile der Arbeiterschaft ausgenützt werden kann? Darauf müssen wir eine Antwort finden, und diese kann — man kann das bedauern oder nicht — nicht anders lauten, als: Nein. Das ist nicht möglich, und zwar darum nicht mehr möglich, weil sich inzwischen eine große wirthschaftliche Umwälzung vollzogen hat. Die Scheidung zwischen landwirthschaftlichem und kapitalistischem, zwischen Industrie und Landwirthschaft ist vollständig verschwunden und im Verschwinden begriffen. Dem Fürsten Schwarzenberg konnte es noch vor zwanzig, dreißig Jahren gleichgiltig sein, in der opulentesten Weise eine Arbeiterschutzgesetzgebung für die Industrie zu bewilligen, während er sich heute sehr hüten wird, mitzuthun, wo er selbst Fabrikant und Großindustrieller ist, wo die Landwirthschaft ihren feudalen Charakter immer mehr abstreift, und heute nichts Anderes mehr ist als eine Fabrikation im kapitalistischen Sinne. Hier war einmal ein Katholikentag, und zwar der bedeutendste. Der Referent über den Arbeiterschutz war auch der bedeutendste Katholik, den wir in Oesterreich haben, der Graf Sylva-Tarouca. (Heiterkeit.) Der Mann hat hier in Linz über den Arbeiterschutz und den Achtstundentag referirt. Es waren aber noch keine drei Jahre in's Land gegangen, und er hat gewiß nicht seinen Herrn, aber das Proletariat, als dessen Schützer er sich ausgegeben hat, dreimal verrathen. Erinnern Sie sich an jene Parlamentssitzung, wo die Todten von Falkenau und Ostrau zitirt wurden und wo von Pernerstorfer die naturgemäße Konsequenz gezogen und gesagt wurde: Jetzt sind für den Achtstundentag der Bergarbeiter Jahr für Jahr die größten Opfer gefallen, das Parlament möge doch endlich ein Ende machen und die Achtstundenschicht der Bergarbeiter einführen. Es hat sich nur um die Dringlichkeit gehandelt, aber nicht einmal die Dringlichkeit konnte Herr Graf Sylva-Tarouca, der Führer in der Bewegung des christlich-katholischen Arbeiterschutzes, bewilligen, er hat gegen die Dringlichkeit des Achtstundentages gestimmt. Angesichts solcher Dinge kann eine Täuschung nicht mehr entstehen.

Aber wie steht es denn mit den Christlich-Sozialen? Es wurde gesagt, sie haben kein Programm. Das Programm der christlich-sozialen Arbeiterpartei wurde in Anwesenheit des Dr. Lueger selbst beschlossen. Sie kennen es ja, übrigens ist es überall um zwei Kreuzer zu haben. Ich gehe ohne dieses Programm überhaupt nicht aus. (Heiterkeit.) Es ist natürlich typisch dafür, was diese Leute sind, in welcher Furcht sie sich befinden, nicht Gottesfurcht, sondern Herrenfurcht. Sie haben nicht ein Wort in diesem Programm, mit welchem sie es wagen, in klarer und präziser Weise für die Arbeiterschaft gegen die Unternehmerschaft einzutreten, ja sie getrauen sich's nicht einmal in politischen Dingen. Das Programm wurde beschlossen, nachdem die Badeni'sche Wahlreform schon angenommen war. Da heißt es: „Wir Christlich-Soziale verlangen, daß alle männlichen Staatsbürger, die im Vollgenusse ihrer bürgerlichen Rechte sind, mit dem 24. Lebens-

jahr das aktive Wahlrecht haben." Ob auch das gleiche Wahlrecht, sagt das Programm nicht, gegen den Großgrundbesitz wagen sie nicht einmal aufzumucken. Und das heißt sich christlich-soziale „Arbeiter"partei!

Eines bemerken möchte ich noch. Wo immer die Interessen der Arbeiterschaft und des Proletariats mit der christlich-sozialen Politik in Berührung gekommen sind, immer sind die Christlich-Sozialen den Interessen der Arbeiterschaft auf das Schroffste entgegengetreten. Das war der Fall bei den städtischen Arbeiten in Wien, wo wir ein Lohnminimum und ein Arbeitszeitmaximum verlangt haben, das war bei der bekannten Krüppelgeschichte, das war bei allen Forderungen, die die arbeitenden Klassen treffen, und es war insbesondere im niederösterreichischen Landtage der Fall, wo diese Leute und besonders ein Geistlicher sich für die Wiedereinführung des Einlegerwesens eingesetzt haben. Eine solche Partei kann der Sozialdemokratie niemals gefährlich werden und sie kann auch nicht auf längere Zeit einen Theil der Arbeiterschaft in ihrem Gefolge haben. Ich habe am vorigen Parteitage gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, daß sich eine wirklich katholische, sozialistische Arbeiterpartei entwickelt. Die müßte aber, wenn sie Proletarier in ihren Reihen hat, die einen halbwegs offenen Kopf haben, sich von diesen Leuten lostrennen, und diese wären dann die gefährlichsten Feinde jener Leute, die sich heute christlich-sozial nennen. Wenn es jemals dazu käme, daß sich eine solche proletarische katholische Partei bildet, mit der müßten wir rechnen. Ich wiederhole aber, daß es in Oesterreich nicht dazu kommen wird, weil in Oesterreich jeder Proletarier, der Augen im Kopfe und ein Gefühl für seine Klassenlage hat, von vornherein Sozialdemokrat wird. (Beifall.)

Gen. Zipfinger (Wien): Wenn wir den Vorschlag des Genossen Prähauser, denjenigen Genossen, die noch einen Hang zum Klerikalismus haben, in schroffer Weise gegenüberzutreten, befolgen würden, so würden wir dadurch nicht nur hindern, daß sich unsere Partei ausbreitet, sondern wir würden auch Gefahr laufen, durch eine solche Agitation einen Theil unserer Genossen zu verlieren. Wir müssen unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen bekämpfen, wir müssen ihnen vorhalten, daß sie das, was sie predigen, selbst nicht einhalten. Ich würde es auch sehr begrüßen, wenn das Referat des Genossen Pernerstorfer eine große Verbreitung finden würde, denn wenn es auch die Leute, die im christlich-sozialen Lager stehen, nicht lesen, so werden doch unsere Genossen dadurch in die Lage gesetzt, für die Ausbreitung unserer Partei um so mehr thätig zu sein.

Es wird Schluß der Debatte beantragt. Nachdem Genosse Meizr dagegen und Gen. Hueber dafür gesprochen haben, wird der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Gen. Pernerstorfer: Ich bedaure lebhaft, daß der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden ist. Es ist nun der Antrag gestellt worden, daß mein Referat in Form einer Broschüre hinausgegeben werde, dagegen muß ich mich entschiedenst aussprechen. Ich habe schon gesagt, daß ich naturgemäß nur fragmentarisch sein kann und es liegt in dem Charakter eines solchen Referates, daß es die Sache nicht erschöpfend behandeln kann. Wenn Sie wollen, daß über diesen Gegenstand eine Broschüre erscheint, so kann es ja geschehen, und wenn Sie mich damit beauftragen, werde ich mich nicht dagegen erklären. Diese Broschüre müßte aber mindestens den doppelten Umfang meines Referates haben. Den Antrag des Genossen Hoffman (Wels) bitte ich der zu wählenden Parteivertretung zuzuweisen. Ich weise übrigens darauf hin, daß es solche Broschüren gibt, die von schweizerischen Pastoren geschrieben sind.

Genosse Dr. Adler hat eine Unterlassungssünde von meiner Seite gut gemacht, ich kann aber versichern, daß ich nicht die Absicht hatte, den Bischof Ketteler unerwähnt zu lassen. Was Genosse Dr. Adler vom katholischen Klerus gesagt hat, ist richtig. Die katholische Kirche wird aber nie eine solche Bewegung des proletarischen Klerus dulden. Ich erwähne auch, daß wir in Oesterreich ebenfalls einen Vertreter des katholischen Sozialismus haben, der sogar ein Wochenblatt herausgibt, Hans Beruth, der am Salzburger Katholikentage geradezu hinausgeworfen wurde. Während bei uns in Oesterreich die Katholiken die Sozialdemokratie mit Lug und Trug verfolgen, haben wir zum Beispiel gesehen, daß die Schweizer Katholiken ganz andere Leute sind, ebenso in Italien, und die Organe

des Papstthums verhalten sich dort ganz anders, als unsere österreichischen Katholiken. Wenn Sie den „Osservatore Romano“ oder die „Civiltà cattolica“ lesen, so finden Sie, daß die Leute mit dem Sozialismus ganz anders rechnen, weil sie die Empfindung haben, daß sie es mit einem gebildeten Publikum zu thun haben. Bei uns in Oesterreich weiß jeder Pfaffe, daß er vor einem verdummten Volke spricht, und die Arbeit, das durch den Klerikalismus denkunfähig gemachte Volk wieder zu einem denkfähigen zu machen, ist eine sehr schwere und braucht lange Zeit. Hier kämpft er daher mit anderen Mitteln, hier getraut er sich mit Lügen und Verleumdungen und mit den dümmsten Behauptungen der Sozialdemokratie gegenüber aufzutreten. In anderen, gebildeten Ländern wissen die Katholiken, damit kommen sie nicht weiter, da müssen sie andere Kleider anziehen.

Wenn ich gesagt habe, die Christlich-Sozialen haben kein Programm, so war es mir bekannt, daß sie ein solches gedruckt haben. Meine Behauptung ging nur dahin, daß ihr Programm thatsächlich die Programmlosigkeit ist, daß sie auf jede bestimmte, konkrete Forderung, die wir ihnen gegenüber aufstellen, auskneifen und auskneifen müssen. Sie können die Proletarier nicht vertreten, weil sie eine kapitalistische Partei sind, weil sie, wie Vogelsang sagt, die schwarze Gendarmerie des Kapitals sind, des Ausbeuters Sylva-Tarouca, den sie auf ihren Katholikentagen zum Präsidenten machen.

Zum Schlusse möchte ich Ihnen das, was in meiner Resolution zum Ausdruck kommt, besonders an's Herz legen. Man kann einen Gegner niemals besser bekämpfen, als indem man sich auf seinen Standpunkt stellt. Daher würde ich allen Genossen diese Taktik sehr empfehlen, daß sie die Christlich-Sozialen als Leute bekämpfen, welche ihrem eigenen Programm jeden Tag in's Gesicht spucken.

Wir haben es hundertmal erklärt und erklären es immer wieder: Wir haben gegen das Privatbekenntniß eines unserer Genossen nicht das Geringste einzuwenden, er möge in spirituellen Dingen sich benehmen wie er will. Das Bestreben, seine metaphysischen Bedürfnisse zu befriedigen, ist Sache des Einzelnen, und wenn wir wissen, daß ein Genosse eine religiöse Ueberzeugung hat, so haben wir keinen Anlaß, als Anhänger der Freiheit des Geistes und des Gewissens, seine Ueberzeugung zu verhöhnen oder zu bekämpfen, im Gegentheil, als Anhänger der absoluten geistigen Freiheit schützen wir Diejenigen, die in einem Lande in ihrer religiösen Ueberzeugung behindert werden. Wir sind der Meinung, daß mit der Sache des Sozialismus alle guten Geister der Welt sind, und wir werden in dem großen welthistorischen Kampfe, den wir kämpfen, nicht unterliegen, weil wir so gewiß siegen müssen, als es eine Entwicklung der Menschheit nach vorwärts gibt. Es ist möglich, daß wir heute oder morgen eine Reaktion erleben; das wird uns aber so wenig den Muth benehmen, als wenn wir heute eine vorübergehende Niederlage erleiden. Das ist eine Sache des Tages, unsere Sache ist ewig, eine Sache der Zukunft. Wir kommen nicht von gestern und gehen nicht blos bis morgen. Wir wissen, daß wir eine Partei sind, welche die Nothwendigkeit der Entwicklung der Menschheit nach vorwärts bringt und diese unsere Siegeszuversicht ist unbesiegbar, sie ist es, welche die anderen Parteien vor uns erzittern macht.

Ueber Antrag des Gen. Dr. E l l e n b o g e n beschließt der Parteitag, ausnahmsweise nach dem Schlußwort des Referenten das Wort dem

Gen. F i l z e r (Kitzbühel) zu ertheilen. Der Redner führt aus: Ich möchte den Genossen empfehlen, zu untersuchen, ob der Ausdruck „christlich-sozial“ auf die Bewegung, die uns da geschildert wird, überhaupt anwendbar ist. Unter einer sozialen Bewegung versteht man doch immer das Bestreben der gedrückten Volksschichten, eine bessere Stellung zu erringen. Dieser Charakter mangelt aber der christlich-sozialen Bewegung gänzlich. Und fragen wir uns, ob dies beim Urchristenthum der Fall war, so müssen wir, wenn wir der Wahrheit die Ehre geben wollen, mit „Nein“ antworten. Wir finden beim Urchristenthum, daß die Strömung dahin geht, daß die Menschen alles Leiden, das sie auf Erden zu tragen hatten, trugen um des Reiches Gottes willen. Wir finden, daß sie nicht darauf ausgingen, ihre Lage zu verbessern. Deshalb glaube ich, müßte man vom wissenschaftlichen Standpunkte aus abstehen, von christlichem Sozialismus zu sprechen. Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich bedient sich nur dieser wohlklingenden Bezeichnung,

denn wenn man einen schönen Aushängeschild hat, geht das Geschäft besser. Man sieht ja auch an den Gasthäusern einen goldenen Löwen aufgemalt, obwohl es doch nie einen goldenen Löwen gegeben hat. (Heiterkeit.) Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich ist nichts anderes, als eine entartete Bewegung des kleinen Bürgerthums in Oesterreich. Das Kleinbürgerthum steht in einem schweren Kampfe mit der Großindustrie und mit dem Großkapital. Wir in Tirol haben noch zu wenig Verständniß für den schweren Kampf, den die Sozialdemokratie mit den Christlich-Sozialen in Wien zu kämpfen hat.

Wir haben unsere katholische Volkspartei und unsere ultramontanen Schwarzen. Ich glaube, die christlich-soziale Partei wird an ihrer eigenen Wirthschaft zu Grunde gehen, und ich würde es daher für entsprechender halten, wenn wir unsere Kräfte mehr darauf verwenden, um in die Massen des Volkes Wissen und Bildung zu tragen, damit wir ein gut organisirtes und gebildetes Proletariat haben, nicht aber, daß unsere besten Kräfte aufgezehrt werden in dem Kampfe mit einer Partei, die kein Mittel scheut, um uns zu bekämpfen. Es ist nimmer guat, dabei zu sein, wo Säu raufen. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Referent Gen. Pernerstorfer: Es geht nicht an, daß ich auf die Ausführungen des Genossen Filzer näher eingehe, ich will nur Eines bemerken. Wir sind wahrlich nicht in der Lage und auch nicht in der Stimmung, ein theologisches Gespräch zu beginnen; das, was Genosse Filzer angezogen hat, würde aber darauf hinauslaufen, eine theologische Erörterung über das Urchristenthum und den Sinn des Christenthums zu pflegen. Die Anschauung, die er hat, ist eine solche, die sich wohl vertreten lassen kann, sie ist aber durchaus nicht die meine. Vor allem müßte ich, u. zw. vom Standpunkte der Wissenschaft aus, widersprechen, wenn er die christliche Bewegung in ihren Anfängen als eine rein ideologische, ohne jeden materiellen Hintergrund, hinstellen will. Die Bewegung des Christenthums war gewiß auch eine soziale Bewegung (Zuruf: Bis zum dritten Jahrhundert!), und ich erinnere nur daran, daß in dem Umstande allein, daß das Christenthum, wenn auch nur theoretisch, das Prinzip der Gleichheit der Menschen aufgestellt hat, der Beweis dafür liegt, daß dieses Christenthum auch eine große soziale Bedeutung hatte, daß es also nicht blos eine ideologisch-religiöse Bewegung war, sondern nur der ideologisch-religiöse Ausdruck einer großen sozialen Strömung. Es hat uns übrigens gefreut, einen Genossen aus Tirol kennen zu lernen, der in so bewußter und energischer Weise gegenüber der christlich-sozialen Bewegung auftritt. Wir glauben auch, daß die Tiroler, die so gescheidte Leute sind, wenn sie einmal die Herrschaft, die über sie verhängt ist, gebrochen haben, der Welt schon etwas erzählen werden; heute ist Tirol geistig verödet durch die Schuld der katholischen Wirthschaft. Ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß, wenn wir auch im Augenblicke genöthigt sind, der christlich-sozialen Partei etwas größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wir unsere Aufgabe, die Leute prinzipiell aufzuklären, nicht aus den Augen verlieren werden.

Die Abstimmung.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten.

Die Resolution des Genossen Pernerstorfer wird einstimmig angenommen.

Die Anträge der Genossen Hoffman (Wels), Ulrich (Bielitz), Höger (Wien), Hanusch (Sternberg), Petersilka (Wien) und Hecker (Teichstadt) werden der Parteivertretung zur Durchführung zugewiesen.

Hiemit ist auch der Antrag 11 der Bezirksorganisation Haindorf erledigt. Hierauf Schluß der Sitzung 1 Uhr 10 Minuten.

Nachmittagssitzung (Beginn der Sitzung 3 Uhr 25 Minuten.)

Vorsitzender: Gen. Popp.

Vor Uebergang zur Tagesordnung wird über Antrag der Brünner Genossen behufs Entscheidung einer unter diesen obschwebenden Kompetenzstreitigkeit durch den Parteitag eine Kommission zur Vorberathung und Berichterstattung gewählt, bestehend aus je einem Vertreter der bisherigen Parteileitung und der mährischen

Landesorganisation, sowie jedes Kronlandes. Aus den Kronländern werden gewählt: für Mähren Gen. Hanusch, für Schlesien Gen. Ulrich, für Steiermark Gen. Wagner, für Oberösterreich Gen. Popp, für Kärnten Gen. Eich, für Salzburg Gen. Prähauser, für Tirol und Vorarlberg Gen. Prachensky, für Böhmen Gen. Dobiasch, für Niederösterreich Gen. Petersilka, für die Bukowina Gen. Lehner.

Zur Tagesordnung

b) Die deutschnationale Bewegung in Oesterreich

ergreift das Wort der

Referent Gen. Seliger (Teplitz): Werthe Parteigenossen! Wenn wir heute über die deutschnationale Bewegung in Oesterreich sprechen, so geschieht es wohl nicht aus dem Grunde, um damit eine besondere Bedeutung dieser Partei für die Arbeiterschaft zu dokumentiren, sondern es geschieht wohl insbesondere deshalb, damit die Parteigenossen, die es hauptsächlich draußen in der Provinz und insbesondere im Nordwesten Böhmens mit den Deutschnationalen zu thun haben, sie nicht allzusehr überschätzen. Nach dem Antrage der Genossen aus Karlsbad, der bereits unter Punkt 2 der Tagesordnung verhandelt wurde, könnte es scheinen, als ob die Genossen dort thatsächlich eine geheime Furcht vor diesen Leuten hätten. Nun, ich glaube, das ist etwas Schwarzseherei, wenn man in Form dieses Antrages ausgesprochen hat, daß wir die deutschnationalen Parteien irgendwie besonders zu fürchten hätten.

Die deutschnationale Bewegung in Oesterreich ist ein Theil der nationalen Bewegung in Oesterreich überhaupt, und wollten wir die nationale Frage aufrollen, so müßten wir nicht allein von der deutschnationalen Bewegung sprechen, sondern auch von der nationalen Bewegung des Bürgerthums der anderen in Oesterreich lebenden Nationen. Das ist aber eine Sache, die meines Erachtens nicht auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokraten, sondern auf dem der gesammten österreichischen Sozialdemokratie besprochen werden muß. Nachdem es also nicht angeht, diese Frage eingehend zu behandeln, ohne auch die nationale Frage als solche erschöpfend zu erörtern, so werde ich nicht tief eingehen auf die eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen nationalen Bewegung im deutschen Bürgerthums Oesterreichs.

Es täuscht sich wohl keiner von uns, daß die Sprachenverordnungen Badeni's nicht die Ursache der jüngst so intensiv zu Tage getretenen deutschnationalen Bewegung sind, sondern wir wissen ja alle als Marxisten, daß die Ursachen dieser Bewegung viel tiefer liegen, daß sie einerseits zu suchen sind in den wirthschaftlichen Verhältnissen Oesterreichs, andererseits, ich möchte sagen in der Verfassung des österreichischen Staatswesens, in der Form, in welcher die Nationen in Oesterreich zusammengezwängt leben müssen.

Genossen! Die deutsche Bourgeoisie in Oesterreich hat nicht allein wirthschaftlich und politisch die Arbeiterklasse beherrscht, es ist eine Thatsache, daß sie durch die Bureaukratie und durch ihre wirthschaftliche Uebermacht auch die anderen Nationalitäten beherrscht und bis zu einem gewissen Grade unterdrückt hat. Hauptsächlich gilt das gegenüber der tschechischen Nation, und zwar galt das insbesondere solange, als das tschechische Bürgerthum noch eine sogenannte Einheit war, als es sich zumeist aus kleinbürgerlichen Elementen zusammensetzte und noch nicht jene wirthschaftliche Entwicklung durchgemacht hatte, die das deutsche Bürgerthum bereits hinter sich hatte, als der reine Feudalstaat im Jahre 1866 zusammenbrach. Heute dagegen besteht auch bereits bei dem tschechischen Volke ein krasser Gegensatz zwischen der Unternehmer- und der Arbeiterklasse. Hinter dem Kampfe aber, den die Tschechen nun seit Jahren gegen den deutschen Bureaukratismus und das deutsche Bürgerthum führen, verbirgt sich auch ein gut Theil Klassenkampf, ein gut Theil Kampf um wirthschaftliche Vorrechte, um die Privilegien des Geldsackes.

Die Deutschnationalen sind gegenwärtig daran, die Erbschaft der Liberalen anzutreten, und die deutschnationalen Parteien, ob sie sich nun deutschvölkisch oder deutschvolklich, deutschradikal oder Schönererianer nennen, wollen nichts Anderes, als die Aufrechterhaltung der Macht der deutschen Bourgeoisie, die seinerzeit repräsentirt wurde durch den deutschen Liberalismus. Wir haben sie somit als die Nachfolger der altliberalen Partei genau so zu bekämpfen, wie

seinerzeit diese. Sie werden aber auch anderseits sehen, daß gegenüber der Arbeiterklasse die Deutschnationalen dieselbe Haltung einnehmen, wie sie von den Liberalen eingenommen wurde. Allerdings, seit die Arbeiter in der fünften Kurie wahlberechtigt sind, bemühen sich die Deutschnationalen — die Liberalen haben es früher nicht gethan — um die Gunst der Arbeiter und sie versuchen es — insbesondere im nordwestlichen Böhmen, wo sie unter dem Kleinbürgerthum ihren Sitz haben — durch Gründung von deutschvölkischen Arbeitervereinen die Arbeiter an ihre Rockschöße zu heften. Sie bemühen sich auch, einzelne Forderungen der Arbeiterschaft aufzugreifen, sie plaidiren zum Beispiel in ihren geschlossenen Versammlungen für die Invaliditätsunterstützung, sie beginnen Arbeiterhilfskassen zu gründen, in die sie die Arbeiter hineinziehen wollen, damit sie dort zahlen und wo ihnen auch bei entsprechender Einzahlung eine allerdings sehr minimale Lebensversicherung gewährt werden soll. Ich brauche wohl nicht nachzuweisen, daß diese Gründungen nichts anderes als aufgelegter Humbug sind.

Die deutschnationale Bewegung im nordwestlichen Böhmen rekrutirt sich hauptsächlich aus Elementen des kleinen Bürgerthums. Wie in allen Staaten unter der gegenwärtigen Wirthschaft das Bürgerthum wirthschaftlich reaktionär sein muß, so ist es auch bei uns. Unter Umständen kann jedoch das Bürgerthum wirthschaftlich reaktionär, politisch fortschrittlich denken; bei uns im nördlichen Böhmen aber ist es, soweit es unter der Führung der Deutschnationalen und der Deutschliberalen oder Deutschfortschrittlichen, wie sie sich jetzt nennen, steht, auch politisch reaktionär. (Sehr richtig!) Wir sehen, daß diese Leute nicht einmal politisch fortschrittlich denken, noch viel weniger, daß sie in der That für politische Freiheiten eintreten.

Aus ihrer Handlungsweise, sowie aus der politisch-wirthschaftlichen Natur des Kleinbürgerthums ergibt sich aber, daß diese bürgerlichen Parteien unter keinen Umständen den Interessen der Arbeiterklasse irgendwelchen Vorschub leisten werden, und die Dinge, die sich im Laufe weniger Monate abgespielt haben, lassen uns ganz deutlich unter der fortschrittlichen Maske die reactionär verzerrte Fratze erkennen.

Eine ganze Reihe von Umständen zeigt uns, daß die Herren Deutschen, die sonst, wo sich ihnen die Gelegenheit bietet, sich immer als die Volksfreundlichen aufspielen, in der That volksfeindlich sind. Wir haben da zunächst die Haltung der Deutschnationalen gegenüber der wichtigsten politischen Forderung des Proletariats, dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in den Reichsrath, den Landtag und die Gemeinde, gesehen. Es ist richtig, was Genosse Zeller in seiner Rede im Reichsrathe gesagt hat, daß der Prüfstein für die Volksfreundlichkeit einer Partei die Stellung derselben zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht sei. Wir wissen, welche Haltung die Deutschnationalen, ihnen voran der Abgeordnete Wolf, gegenüber der Behandlung des Antrages Slavik auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Landtag eingenommen haben; wir haben gesehen, wie sich ein Theil dieser Deutschen aus dem böhmischen Landtage fortgeschlichen hat, während ein anderer Theil direkt gegen den Antrag stimmte. Darüber sind wir allerdings nicht im Zweifel, daß der Antrag Slavik gleichfalls nur Schein gewesen ist, dem nichts anderes als die Absicht zu Grunde lag, die tschechischen Arbeiter irrezuführen, allein ganz abgesehen davon, hätte dies, wenn die Deutschnationalen wirklich für politische Freiheiten sind, sie nicht hindern dürfen, für den Antrag zu stimmen. Sie wußten ja, daß die Großgrundbesitzer dagegen sein werden. Sie wußten aber auch, daß, wenn sie nicht dafür eintreten werden, der Antrag fällt. Wir haben des weiteren gesehen, welche Stellung die deutschnationalen Gemeindevorsteher des Reichenberger Bezirkes gegenüber der Forderung nach dem Wahlrecht in den Landtag und in die Gemeinde eingenommen haben. Sie wissen, daß diese Versammlung sich gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ausgesprochen hat, ja, daß sie direkt sagte, daß sie für die Ertheilung des Wahlrechtes in dem von der Arbeiterschaft geforderten Sinne an die Arbeiter „unter keinen Umständen" sein könne und sein werde. In einer Reihe von nordböhmischen Gemeinden mußte die Frage der Wahlrechtserweiterung in Folge der Wahlrechtsbewegung, die von den Arbeitern selbst ausging, zur Verhandlung kommen.

Es ist seinerzeit von unseren Genossen eine Resolution verfaßt worden, welche von Haus zu Haus ging, die mit Tausenden von Unterschriften versehen war und die dann den Gemeindeausschüssen mit der Aufforderung unterbreitet wurde, dieselbe zu unterstützen und befürwortend an den Landtag zu leiten. Die deutschnationalen Gemeindevertretungen haben es nun der Reihe nach, soweit sie es überhaupt der Mühe werth fanden, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, abgelehnt, diese Resolution zu befürworten und an den Landtag zu leiten, ja in den meisten Fällen haben sie sich ganz entschieden gegen die Ertheilung des Wahlrechtes an die Arbeiter ausgesprochen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß beispielsweise die Stadt Asch, jener Theil des Landes Böhmen, der, wie gesagt wurde, zur Hochburg des Schönerer gehört, wo also die Deutschesten der Deutschen wohnen, beschlossen hat, über den Antrag der deutschen Arbeiter — und ich hebe hier hervor, daß in jenem Bezirke nicht wie in anderen das deutsche Arbeiterelement mit tschechischen Arbeitern durchsetzt ist — einfach zur Tagesordnung überzugehen. Das gleiche geschah in der Stadt Saaz, mit einer zu zwei Drittel deutschnationalen Stadtvertretung. In der Stadt — und das ist ein Beispiel dafür, daß sich gegenüber der Arbeiterklasse alle Parteien, Christlich-Soziale, Liberale und Deutschnationale, ganz gleich verhalten — haben unsere Genossen dieselbe Resolution gleichfalls der Gemeindevertretung überreicht, und es wurde unseren Genossen die Zusage gegeben, daß zur Verhandlung Einer von ihnen zugezogen werde, damit er den Antrag vertrete. Als es aber zur Verhandlung kam, hat man weder die Genossen davon verständigt, noch hat man Einen von ihnen zugelassen.

Als sich die Genossen auf das Versprechen beriefen, wurde ihnen bedeutet, daß sie da nichts dreinzureden haben. Dieser Gemeinderath besteht aus Christlich-Sozialen, sogenannten Fortschrittlichen und deutschvolklichen Schönererianern. Der Gemeinderath ist über die Forderung der Arbeiter nach einem ehrlichen Wahlrechte einstimmig zur Tagesordnung übergegangen. Sie sehen, daß sich die Christlich-Sozialen, Deutschfortschrittlichen und Deutschnationalen in holder Uebereinstimmung befinden, wo es sich darum handelt, die Arbeiter mit einer politischen Forderung zurückzuweisen. Sie haben auch gesehen, welche Stellung die Deutschnationalen gegenüber der sogenannten Neuschule eingenommen haben. Die Liberalen haben auf die Neuschule immer als auf eines ihrer hervorragendsten Werke verwiesen. Wir haben uns aber nicht darüber täuschen lassen, daß sie diese Schule unter gewissen Umständen bereitwilligst stückweise wieder der Reaktion ausgeliefert haben. Die Deutschnationalen machen es nicht anders, wo sie die Erbschaft der Liberalen angetreten haben. Im steirischen Landtage wurde von den Deutschnationalen ein Antrag auf Verkürzung der Schulzeit eingebracht, womit das Prinzip, die Schule vor dem Einflusse der Reaktion zu schützen, bereits durchbrochen ist. Dort handelt es sich allerdings um spezifisch steirische Verhältnisse, es handelt sich darum, den Bauern Sand in die Augen zu streuen, um sie für die Deutschnationalen zu gewinnen. Als im Parlamente der Antrag kam, die Getreidezölle aufzuheben, waren es die Deutschnationalen, die Arm in Arm mit den Klerikalen und den Großgrundbesitzern für die Aufrechterhaltung der Getreidezölle gestimmt haben. An diese Thatsachen haben wir uns zu halten. Die Haltung der Deutschnationalen dem sozialdemokratischen Antrage auf Aufhebung der Getreidezölle gegenüber beweist deutlich genug den volksfeindlichen und speziell arbeiterfeindlichen Charakter der deutschnationalen Parteien auch in wirthschaftlichen Dingen. (Zustimmung.) Daß die Deutschnationalen eine reaktionäre Partei sind und sein müssen, weil sie sich aus den Schichten der Bevölkerung zusammensetzen, die an und für sich in Folge ihrer sozialen Stellung unter den heutigen Wirthschaftsformen reaktionär sind und es sein müssen, geht aber auch aus dem Umstande hervor, daß sie Forderungen des beschränkten Kleinbürgerthums aufgegriffen haben, die in alten Wirthschaftsformen zu suchen sind, die sich aber allerdings nicht realisiren lassen. Wir sehen zum Beispiel, daß am demjüngsten Kaufmannstage in Reichenberg, der unter deutschnationalem Einflusse stand, für den Befähigungsnachweis Stellung genommen wurde, und daß sogar ein deutschnationaler Handlungsgehilfe, allerdings ganz unberechtigter Weise, im Namen der Teplitzer Handelsangestellten für den Befähigungsnachweis eingetreten ist. Was die nationale Reinheit dieser Parteien anbelangt, so

haben wir die Erfahrung gemacht, daß sie nicht so besonders darauf halten. Wenn es sich um Unternehmerinteressen handelt, sind sie gern bereit, auf ihre nationale Reinheit zu verzichten. In Brünn fanden kürzlich die Handlungsgehilfenwahlen statt. Bei diesen Wahlen haben sich die Deutschnationalen mit den Jungtschechen koalirt, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen. Wo es sich also um den Schutz der Unternehmerinteressen handelt, pfeifen die Deutschnationalen stets auf ihr Deutschthum und ihre nationale Reinheit, sie legen sich vielmehr sehr gerne mit den Angehörigen der sogenannten minderwerthigen Nation zusammen. Aus all dem ersehen wir, daß die Deutschnationalen heute nicht einmal mehr den Schein zu wahren suchen, als seien sie eine Partei, die es mit den Interessen der Arbeiter ernst nimmt. In Asch z. B. sind Arbeiter gemaßregelt worden, welche sich an der Maifeier betheiligt haben, und auch solche, welche an der Gedenkfeier der 1848er Revolution sich betheiligt haben, wurden deswegen entlassen. Diejenigen, die so niedrig an den deutschen Arbeitern handelten, sind deutsche Fabrikanten.

Derselbe Wolf, der sich im Parlament als „Maulherkules" produzirt, verkriecht sich hinter der Gendarmerie und Polizeigewalt, wenn er einmal zum Volke reden soll. In Warnsdorf hatten sich die deutschen Helden hinter verschlossenen Thüren versammelt und diese mit Betten verrammelt, „damit die Arbeiter nicht hineinkommen". In Saaz, wo auch Herr Wolf „zum Volke" sprechen sollte, bestellten sich die deutschen Männer Polizisten, um sie am Eingange zu postiren. Damit soll gesagt sein, daß die Deutschnationalen nicht nur so erbärmlich, sondern ebenso feige wie die Liberalen sind.

Aus dem Antrage der Karlsbader Genossen, sagte ich zu Beginn meiner Ausführungen, könnte man entnehmen, als ob die Genossen in Westböhmen sich vor diesen Parteien besonders zu fürchten hätten. Es ist ja wahr, in der Art ihres Auftretens im Parlament geben sie sich einen ziemlich radikalen Anstrich, und weil sie gegenwärtig zur Regierung in heftiger Opposition stehen und von dieser besonders brutal behandelt werden, mag die Befürchtung, daß sich ein Theil der Arbeiterschaft verleiten läßt, diese Partei für eine volksfreundliche zu halten, nicht ganz unbegründet sein. Gen. B e h r hat gesagt, es hätte viele Leute gegeben, die geglaubt haben, die deutschnationalen Parteien seien wirklich ehrliche Parteien.

Genossen, daran glaube ich nicht. Das proletarische Gefühl läßt diesen Glauben in den Arbeitern gar nicht aufkommen, besonders wenn man in Betracht zieht, daß die Deutschnationalen tagtäglich den Beweis ihrer Arbeiterfeindlichkeit erbringen. Das eine, Genossen, ist jedoch wahr, daß die Deutschnationalen in ihrer Kampfesweise gegenüber der Sozialdemokratie in Nichts den Christlich-Sozialen nachstehen, und wenn heute gesagt worden ist, daß sich die Christlich-Sozialen im politischen Kampfe der niederträchtigsten Mittel bedienen, so gilt bei uns in Böhmen genau dasselbe von den deutschnationalen Parteien. Wie die Christlich-Sozialen, so suchen sich auch die Deutschnationalen die verwerflichsten Mittel aus, um die Arbeiter für sich zu gewinnen, damit sie dieselben zu ihren Zwecken mißbrauchen können. Es ist keine Lüge zu groß, keine Verleumdung zu schlecht, als daß sie nicht von den Deutschnationalen gegen uns gebraucht würde. Wir in Teplitz haben jetzt mit den Deutschnationalen einen Kampf wegen der Bezirkskrankenkasse zu führen. Die Deutschnationalen wollen uns die Bezirkskrankenkasse entreißen. Was da zusammengelogen und verleumdet wurde, davon machen Sie sich keinen Begriff, vielleicht mit Ausnahme der Wiener Genossen, die das an den Christlich-Sozialen zu erproben Gelegenheit hatten. In Teplitz gibt es überhaupt keinen Sozialdemokraten, der nach der Anschauung dieser Leute ein ehrlicher Mensch wäre.

Wenn Gen. L i l l meinte, die Genossen im Erzgebirge seien entrüstet, weil die Deutschnationalen dort verbreitet hatten, Genosse Dr. A d l e r habe für ein Referat 80 fl. bekommen, so theile ich Ihnen mit, daß bei uns die Deutschnationalen ein Flugblatt verbreiten, in dem sie sich gegen die Bezirkskrankenkasse wenden und zugleich ausstreuen, daß ich, seitdem ich Obmann der Bezirkskrankenkasse bin, mir ein Haus in Teplitz kaufen konnte. (Heiterkeit.) Unsere Genossen ärgern sich darüber nicht, sie bedauern nur, daß ich das Haus nicht habe.

Ich meine, unsere Genossen sind sich über die deutschnationale Bewegung

vollständig klar, es handelt sich nur darum, daß wir auch den indifferenten Arbeitern klar und deutlich sagen, daß sie von den deutschnationalen Parteien Nichts zu erwarten haben. Was aber diese deutschnationale Bewegung besonders verächtlich und hassenswerth macht, das ist die Brutalität, mit welcher sie auftritt. Es ist von Gen. Dr. Adler gestern schon angeführt worden, daß sie in Flugblättern gegen die Angehörigen der anderen Nationen in der gemeinsten Weise zu Felde zieht. In allen Städten Deutschböhmens haben die Deutschnationalen Flugblätter verbreitet, in welchen sie die deutschen Arbeitgeber aufhetzen und die deutschen Hausbesitzer auffordern, die schärfsten Maßregeln gegen die tschechischen Bewohner zu ergreifen. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß es in diesen Flugblättern hauptsächlich darauf abgesehen ist, die deutschen Unternehmer gegen die tschechischen Arbeiter und gegen die tschechischen Kleingewerbetreibenden aufzubringen. Dieser brutale Kampf gegen die Angehörigen der anderen Nation zeigt ganz deutlich, daß wir es mit einer Partei zu thun haben, die ihre Kampfmittel aus einer Zeit herholt, die weit hinter uns liegt. Wenn nun diese Partei an die indifferenten Arbeiter herantritt, um sie für sich einzufangen, so haben wir demgegenüber kein anderes Mittel als die Aufklärung, das wir gegenüber allen anderen Parteien ja auch zur Anwendung bringen, indem wir die Arbeiter über die wahre Natur dieser Parteien informiren und ihnen sagen, daß sie von den bürgerlichen Parteien, wie immer sie auch geartet sein mögen, Nichts, aber rein gar Nichts zu erwarten haben.

Ich habe mich darauf beschränkt, in meinem Referate zu zeigen, daß die von den Deutschnationalen zur Schau getragene Volksfreundlichkeit ein Humbug ist. Ich meine nun nicht, daß wir gegenüber diesen Parteien besondere Maßregeln, eine besondere Taktik anwenden sollen. Ich glaube aber auch, daß es nicht möglich ist, diese Frage zu generalisiren. Diese deutschnationalen Parteien benehmen sich in jedem Lande und in jeder Stadt anders, und es ist meines Erachtens Sache der Genossen, in jedem einzelnen Orte darüber selbst zu entscheiden, in welchem Grade und in welcher Weise sie den Kampf gegen die Deutschnationalen aufzunehmen haben. Dort, wo sie sich besonders perfid uns gegenüber benehmen, wie dies beispielsweise im westböhmischen Kreise der Fall ist, werden wir allerdings schärfer gegen sie vorgehen als anderwärts. Vergessen Sie aber Eines nicht, Genossen, daß die Deutschnationalen immerhin zu einer Regierung in Opposition stehen, die auch wir bekämpfen müssen, und daß es vielleicht von den Arbeitern nicht so leicht verstanden werden könnte, wenn wir jetzt mit einem Mal besonders scharf gegen die Deutschnationalen zu Felde ziehen würden. Was speziell den westböhmischen Kreis betrifft, so glaube ich, daß die Parteivertretung und die „Arbeiter-zeitung" nicht berufen sein kann, den Kampf gegen die Deutschnationalen in diesem Kreise zu führen, sondern es wird Sache der Genossen in jenem Kreise sein, die nothwendige Kraft und Klugheit zu finden, um dort den Kampf gegen die Deutschnationalen mit Erfolg zu führen. Ich erlaube mir demnach, Ihnen folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen (liest):

„In Erwägung, daß die deutschnationalen Parteien, obgleich sie sich volklich oder völkisch nennen, in keiner Weise die Interessen des gesammten Volkes vertreten, daß sie vielmehr nichts anderes sind, als nur die Vertreter der deutschbürgerlichen Schichten, die sich ehemals in ihrer großen Mehrheit deutschliberal genannt haben, daß sie besonders in den Sudetenländern im Wesentlichen die Partei des großen und kleinen Unternehmerthums sind;

in Erwägung, daß sie als solche weder die geistigen, noch insbesondere die wirthschaftlichen Interessen des weitaus größten Theiles der deutschen Bevölkerung, ganz gewiß aber nicht die Interessen der arbeitenden Klasse dieses Volksstammes vertreten und vertreten können;

in Erwägung, daß der brutal-nationale Chauvinismus nur dieser Parteien allen Forderungen edler Kulturentwicklung als auch den besten Traditionen deutschen Geisteslebens direkt widerspricht, und daß die Hervorkehrung nationaler Ueberhebung nur dazu führen kann, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Schichten des Volkes von ihren wirklichen Interessen abzulenken, beschließt der Parteitag:

Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutschnationalen Parteien, diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unablässig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen entweder nur halb oder nur zum Schein

vertreten werden, daß in Wahrheit auch diese Parteien, entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien, weder für die politische Gleichberechtigung, noch für soziale Gerechtigkeit eintreten, daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurtheilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutsch-radikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen."

Des weiteren liegt eine Resolution seitens des Genossen Behr (Saaz) vor, welche lautet:

„In Erwägung, daß die Deutschnationalen namentlich in Böhmen mit den verwerflichsten und rohesten Mitteln gegen unsere Partei und die Arbeiterschaft überhaupt kämpfen, ist es nothwendig, jede Gelegenheit zu benützen, um die Bevölkerung über das Treiben dieser Leute aufzuklären, damit sie über den näheren Charakter derselben urtheilen kann. Der Radikalismus, welchen die Vertreter dieser Partei zur Schau tragen, ist nur Phrase und Aushängeschild, um Kleinbürger, Kleinbauern und Arbeiter zu fangen. In Wirklichkeit aber entpuppen sich dieselben immer mehr als Verfechter des Unternehmerthums."

Gegen diese Resolution ist an und für sich nichts einzuwenden. Wenn Sie aber die Resolution, die ich beantragt habe, annehmen, so wird diese Resolution überflüssig. (Beifall.)

Gen. Behr (Saaz): Wir waren, als sich die deutschnationale Bewegung bemerkbar machte, der Ansicht, daß es sich da um die Vertretung des Kleinbürger- und Bauernthums handle. Wenn das der Fall gewesen wäre, so würden wir nichts dagegen einzuwenden haben, umsomehr als sich die Deutschnationalen in politischer Beziehung als Demokraten aufgespielt haben. Als „der große Wolf" zum ersten Male nach Saaz kam und gegen das herrschende System und die herrschenden Parteien loszog, da konnten wir ihm nicht leicht entgegentreten; wir konnten nichts sagen, als daß es vom menschlichen Standpunkt aus nicht in der Ordnung sei, eine Nation oder eine Rasse zu bekämpfen, sondern daß der Kampf gegen Diejenigen gerichtet werden müsse, die das Volk ausbeuten. Im Laufe der Zeit hat sich aber immer mehr herausgestellt, daß die Deutschnationalen die Interessen des Unternehmerthums vertreten und thatsächlich haben sie besonders dort einen festen Boden gefaßt, wo einerseits ein gewisser Indifferentismus vorhanden ist und wo andererseits noch ein ziemlicher Theil des kleinen Bürger- und Bauernstandes existenzfähig ist. Ich zweifle nicht, daß, wie dies auch in Deutschland der Fall ist, bei uns ein Bündniß zwischen den Lohnarbeitern und den Bauern und Kleingewerbetreibenden zu Stande kommt, wie wir ja auch schon bei den letzten Wahlen speziell in Nordböhmen die Wahrnehmung gemacht haben, daß ein großer Theil des Kleinbürger- und Bauernstandes für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat.

Gen. Dobiasch (Aussig): Wenn ich und meine Freunde darauf bestanden haben, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung komme, so geschah dies in der Absicht, damit nach außen hin auch nicht im mindesten der Anschein erweckt werde, als ob wir die Deutschnationalen für eine andere Partei ansehen würden als die Christlich-Sozialen oder die Liberalen, und weil man doch nur hätte annehmen können, daß sie eine bessere Partei seien, nachdem es bis jetzt nicht möglich ist, eine schlechtere Partei als die Christlich-Sozialen zu finden. Wir in Nordböhmen haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Deutschvolklichen nichts anderes als verkappte Christlich-Soziale sind, die sich blos deshalb deutschnational oder deutschvolklich nennen, weil bei uns der Name „christlich-sozial" derart verhaßt und verachtet ist, daß sich dort kein Mensch getraut, als Christlich-Sozialer aufzutreten. Als Beweis möchte ich anführen, daß das in Tetschen erscheinende Pfaffenblatt auf das Entschiedendste für den Deutschnationalen Hauck eingetreten ist, ferner, daß sich der deutschvolkliche Kandidat seine Instruktionen im Jesuitenkollegium in Mariaschein geholt hat, und es war geradezu köstlich, wie bei der Wahl zwei Jesuiten im Vereine mit dem Führer der Deutschnationalen, Dr. Eisenkolb (Gelächter) entschieden für Riemann eingetreten sind. Weiter führe ich an, daß ein Lehrer, der in der V. Kurie kandidirt hat, auf die Pfarrhöfe herumgefahren ist und sich der Unterstützung der Pfarrer versicherte. Ueberall sind die Pfaffen für die Deutschnationalen eingetreten und haben gemeinsame Listen aufgestellt.

Wie versuchen sie nun die Arbeiter einzufangen? Da haben sie in Tetschen ein Programm ausgearbeitet, daß größtentheils von dem unserigen abgeschrieben

ist, worin sie aber sagen, ja die Arbeiter müssen ihre Interessen auf nationaler Grundlage vertreten. Trotzdem hetzen sie jedoch gegen die Arbeiter, was sie nur können. So haben zum Beispiel die Deutschnationalen in Tetschen nicht blos gegen die tschechischen Arbeiter Stellung genommen, sondern sie haben von den dortigen Hausbesitzern auch verlangt, daß sie alle Arbeiter, die Sozialdemokraten sind, delogiren sollen, und auf der Liste, die sie herausgegeben haben, befinden sich auch viele sozialdemokratische Arbeiter deutscher Zunge. (Pfui-Rufe.) Wenn man die deutschnationalen Blätter liest, so findet man, daß, trotzdem Wolf und Schönerer so gegen die Preßkorruption und die Preßbestien losziehen, diese deutschnationalen Blätter an Verlogenheit, Verdrehungen und Verleumdungen mindestens dasselbe leisten, wie die christlich-sozialen. Mit der Resolution des Genossen Seliger erkläre ich mich vollkommen einverstanden, würde aber wünschen, daß besonders in Böhmen darauf das Hauptgewicht gelegt werde, der Arbeiterschaft zu erklären, daß die Deutschnationalen oder Deutschvolklichen und Christlich-Sozialen im Grunde dasselbe sind, daß sie nur andere Kappen tragen, die Einen schwarzgelbe, die Anderen schwarz-roth-goldene. Wenn auch die indifferente Masse darüber genügend aufgeklärt wird, wird es ihnen unmöglich sein, weiter auf Arbeiterfang auszugehen. (Bravo! Bravo!)

Gen. Schiller (Reichenberg): Für mich steht es fest, daß die deutschnationale Partei in denselben reaktionären Quarktopf hineingehört, in den wir jede andere bürgerliche Partei werfen, wenn sie sich auch ab und zu den Anstrich freiheitlicher Bestrebungen gibt. Es ist richtig, daß gerade diese Bewegung in der letzten Zeit sehr viel von sich reden machte und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. Das wird aber nicht ewig andauern. Wir in der Reichenberger Gegend haben auch schon die Bekanntschaft der deutschnationalen Radaubrüder gemacht. Wir haben zum Beispiel nie daran gedacht, daß uns Jemand unsere Versammlungen stören könnte. In der letzten Zeit ist es nun wiederholt vorgekommen, daß der Heil-Wolf mit seinen Brüdern in unsere Versammlungen gekommen ist und sie unmöglich gemacht hat. Das ist aber für uns kein Schaden. Erstens wird das unsere Genossen anspornen, in unsere Versammlungen zahlreich und zeitlich zu kommen und zweitens können wir diese Leute — die deutschnationale Anhängerschaft besteht ja meist aus jungen Burschen — wenn wir sie nur so weit bringen, daß sie unseren Referenten anhören, für uns gewinnen, da sie dann auch wissen, was unsere Partei anstrebt, während sie so nur hören, was ihnen jene Leute vorsagen. Man beginnt auch in der Reichenberger Gegend deutschnationale Arbeitervereine zu gründen. Von unseren Genossen werden sie da Niemanden hineinbringen, sie bekommen höchstens jene Leute, die für uns heute noch unnahbar sind. Die werden aber bald sehen, daß Wolf ganz andere als ihre Interessen vertritt.

Gen. Pernerstorfer: Die Beispiele des Genossen Dobiasch waren für uns sehr interessant, denn sie beschäftigen sich mit Leuten, die dem radikalsten, pfaffenfeindlichsten Flügel angehören. Wenn wir hören, daß diese Leute von den Klerikalen und Christlich-Sozialen unterstützt worden sind, so beweist dies zur Genüge, in welchem Maße diese Herren mit den anderen, korrupten Parteien verschwistert, verschwägert und verheiratet sind. (Lebhafte Heiterkeit.) Was nun die Aktion gegenüber den Deutschnationalen anbelangt, so ist es mir zweifellos, daß Genosse Schiller mit dem, was er vorhin in so ruhigem Tone gesagt hat, vollständig recht hat. Gefährlich können wir uns höchstens selbst durch Faulheit und andere Laster werden. Insbesondere die Arbeitermassen werden sich immer auf unsere Seite stellen, und wir haben einzig und allein den Indifferentismus zu bekämpfen. Wenn wir aber den Deutschnationalen gegenüber, insbesondere in Böhmen, im Kampfe stehen, so sollen wir uns daran erinnern, daß es auch hier das beste Mittel ist, sie im eigenen Lager zu bekämpfen. Wir stehen heute auf dem Standpunkt, daß Jeder, der hier auf diesem Parteitage sitzt und vertreten ist, sich ruhig überall als ein Angehöriger des deutschen Volkes bekennen kann, und ich meine, daß wir am besten die deutschnationalen Parteien bekämpfen werden, wenn wir ihnen nachweisen werden, daß ihre sogenannte deutsche Gemeinbürgschaft nur ein Schwindel zu politischen Herrschaftszwecken ist, da diese Leute von einer deutschen Gemeinbürgschaft mit allen Deutschen nichts wissen wollen; wenn wir den Leuten

immer wieder zu Bewußtsein bringen, daß das, was sie heute in Oesterreich propagiren, was sie von der Herrlichkeit und Größe des deutschen Volkes predigen, von ihrer Seite ganz falsch aufgefaßt wird, daß das deutsche Volk nicht groß und herrlich ist, weil im Deutschen Reiche ein Bismarck und andere Gewaltmenschen Hunderte und Tausende von Arbeitern geknebelt und einen großen Theil der deutschen Nation unterdrückt haben, sondern daß, wenn das deutsche Volk groß und herrlich in der Geschichte dasteht, dies deshalb so ist, weil es in der Kunst und Wissenschaft etwas geleistet hat. Nicht auf jenem Gebiete, wo die brutalen Nationalen die Größe der Nation suchen, liegt diese Größe, sondern auf dem Gebiete der Kultur. Den Leuten in's Gesicht zu sagen, daß das, was sie heute als die Größe des deutschen Volkes verkünden, die Wirthschaft draußen im Deutschen Reiche, die Schande des deutschen Volkes ist, daß ihr Nationalismus eine Verleumdung des deutschen Volkes ist, das ist unsere Aufgabe, und unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, überall diesen Verkündern einer nationalen Lehre, die wir verabscheuen, in's Gesicht zu sagen, daß sie Heuchler sind, denen es nicht um das wirkliche Wohlergehen und die Macht des deutschen Volkes zu thun ist, daß sie 95 Percent des deutschen Volkes, die nichtbesitzenden Klassen, nur mißbrauchen möchten, um ihre politischen Parteizwecke durchführen zu können. Wir haben als Sozialdemokraten die Verpflichtung, ihnen zu sagen und in einzelnen Beispielen nachzuweisen, daß es in den ganzen letzten 30 Jahren nur eine einzige Partei gibt, die im Deutschen Reiche und bei uns in Oesterreich den Namen des deutschen Volkes hochgehalten hat: es ist die deutsche Sozialdemokratie.

Wir könnten, wenn wir uns auf dieses Gebiet begeben wollten, auch etwas von jenem deutschen Chauvinismus entwickeln, in dem Sinne, daß wir sagen, jawohl, wir Deutsche können ein gewisses Selbstbewußtsein haben, aus dem deutschen Volke ist der moderne deutsche Sozialismus hervorgegangen, und wenn wir auf etwas stolz sind, sind wir es auf die wissenschaftlichen Errungenschaften unseres Volkes, daß die Männer, welche die Träger der modernen sozialistischen Wissenschaften sind, Deutsche sind, und ich bin überzeugt, daß die Genossen anderer Nationalität, wenn wir diesen Stolz entwickeln, uns nicht des Chauvinismus beschuldigen, im Gegentheil, wir wissen, daß die tschechischen, italienischen und polnischen Genossen dieselbe Ehrfurcht und Bewunderung vor dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben, wie wir selbst. Die Leute sind also an dem Punkte zu fassen, daß man ihnen sagt, Ihr seid nicht national im Sinne einer allgemeinen Thätigkeit für die große Masse des Volkes. Will das deutsche Volk wirklich seine Vertretung finden, dann muß es dorthin gehen, wo alle echten, großen, sittlich erhabenen Ideen zu finden sind, zur Sozialdemokratie. (Beifall.)

Genosse A r o n (Böhm.-Kamnitz): Dafür, daß die Deutschnationalen ebenso korrupt sind, wie die Christlich-Sozialen, haben wir in unseren Wahlbezirken sehr viele Beispiele erlebt. Als wir im letzten Momente den Genossen Pernerstorfer kandidirten, hätten die Deutschnationalen beinahe eine Niederlage erlitten. Sie arbeiten nun mit allen möglichen Mitteln, zwar nicht öffentlich, aber insgeheim. Genosse Pernerstorfer hat auch bei uns in einer Versammlung gesprochen, in der ihm die Deutschnationalen entgegengetreten sind und wo sie auch erklärten, daß sie ja dasselbe soziale Programm hätten, wie wir. Dadurch trachten sie die indifferenten Massen an sich zu reißen, und sie haben auch an manchen Orten Erfolge erzielt. Durch die Einberufung einer sozialdemokratischen Bauernkonferenz in Tetschen haben sie allerdings plötzlich große Angst bekommen. Nun trachten sie durch die Presse, durch die Gründung einer Volksbücherei und andere Mittel, die Leute zu gewinnen. Die vernünftige Bevölkerung sieht aber ein, daß sich's diesen Leuten nur darum handelt, die Herrschaft in die Hände zu bekommen. Auch bei uns haben sich die Deutschnationalen und die Christlich-Sozialen bei den Wahlen gegen uns verbündet.

Genosse S c h u h m e i e r: Genosse Pernerstorfer hat Ihnen ein Rezept vorgeschlagen, wie man die Deutschnationalen vernichten kann. Er hat gemeint, man muß sie von ihrer Festung aus bekämpfen, das heißt, man muß sich selbst als Deutscher deklariren. Er will die Deutschnationalen ungefähr so behandeln, wie

die Christlich-Sozialen, die Einen mit dem Evangelium in der Hand, die Anderen, indem man sich als deutscher Mann bekennt. Ich erkläre Ihnen, daß ich dieses Rezept für ganz falsch halte, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens hat nicht Jeder diese deutsche Krampfader (Heiterkeit), wie sie der Genosse Pernerstorfer besitzt, zweitens stehen nicht jedem die Stimmmittel zur Verfügung, über die Pernerstorfer verfügt. Es ist daher meiner Ansicht nach gefährlich, dieses Rezept allen Leuten zu empfehlen. Aber selbst Pernerstorfer hat damit schon schlechte Erfolge erzielt. So ist es ihm zum Beispiel in Karlsbad passirt, daß er von der dortigen gegnerischen Presse, von deutschnationalen und liberalen Blättern, als Sozialdemokrat erster Güte hingestellt worden ist. Ich halte es weder für opportun, noch für nothwendig, daß wir den Arbeitern sagen: Ihr seid Deutsche und sollt auf Euer Deutschthum stolz sein. Ich weiß nicht, ob Sie mein Rezept akzeptiren werden. Ich bin der Ansicht, daß wir den Deutschnationalen gegenüber weniger den deutschen, als vielmehr den proletarischen Standpunkt hervorkehren müssen. Wir haben den Arbeitern auseinanderzusetzen, daß die Kluft zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgerthum eine tiefe und unüberbrückbare ist, und daß, wer das Bürgerthum vertritt, nie das Interesse der Arbeiter wahren kann. Wir müssen den Arbeitern erklären, daß die Arbeiterklasse das Interesse hat, für eine möglichst kurze Arbeitszeit einen möglichst hohen Lohn zu bekommen. Diejenigen aber, die ein Wolf, Schönerer ꝛc. vertritt, haben das entgegengesetzte Interesse: für eine lange Arbeitszeit kurzen Lohn zu zahlen. Das sind Argumente, die die Arbeiter begreifen. Ich glaube deßhalb, daß derjenige Sozialdemokrat, der diesen Standpunkt in allen Versammlungen hervorhebt, also sich weniger auf den deutschen und mehr auf den proletarischen Standpunkt stellt, damit gewiß mehr Erfolg erzielen wird, als Genosse Pernerstorfer. Allerdings können wir auch die Deutschnationalen aus ihrer Festung herauslocken, aber nicht auf den Boden des deutschen Volkes, sondern auf den Boden des Klassenkampfes. Nach meinen Erfahrungen werden alle Genossen dieser Art des Kampfes noch eher gewachsen sein. Als kürzlich in Karlsbad eine große Volksversammlung stattfand, wurden die deutschradikalen Herren, von denen auch der Iro in Karlsbad weilte, zur Versammlung eingeladen. Sie kamen nicht, weil sie selbst die Ueberzeugung haben, daß sie denkenden Arbeitern gegenüber, welche auf dem Boden des Klassenkampfes fechten gelernt haben, nicht Stand halten können.

Der Vorschlag des Genossen Pernerstorfer erleichtert aber den Deutschnationalen den Kampf gegen uns, weil nicht Jeder im Phrasendreschen sich mit den deutschnationalen Herren messen kann. Wenn Sie da ein bischen weniger Schwung und weniger Feuer hineinlegen, so werden Sie damit keinen Beifall erzielen. Wenn man aber den Arbeitern sagt, der Interessenstandpunkt ist es, der uns von den Deutschnationalen scheidet, und wenn man ihnen beweist, daß diese nur die bürgerlichen Interessen vertreten, die Interessen der Arbeiter aber nur die Sozialdemokraten, dann werden w i r die Arbeiter haben. Wenn man zur Bekämpfung der Klerikalen und der Christlich-Sozialen den Arbeitern das Evangelium auseinandersetzt, so begreifen sie das eher, weil sie es in der Schule gelernt haben und dafür Verständniß besitzen, aber das Deutsche, das vermisse ich bei den Arbeitern. Ich gestehe aufrichtig, ich gehöre auch zum deutschen Volke, aber solch eine deutsche Ader, wie der Pernerstorfer, habe ich nicht. (Beifall.)

Abgeordneter Gen. R e s e l (Graz): Die Debatte über die deutschnationale Bewegung in Oesterreich macht auf mich den Eindruck, als wenn Alles fürchten würde, die Deutschnationalen könnten der sozialdemokratischen Bewegung einen Abbruch thun. Ich erlaube mir das zu bezweifeln. (Lebhafte Zustimmung.) Daß einzelne Arbeiter von den Deutschnationalen eingefangen werden, haben wir früher nicht verhindern können und wir können es umsoweniger jetzt, wo die Deutschnationalen thatsächlich durch die Ungeschicklichkeit der Regierung quasi in den Vordergrund geschoben wurden. Die Deutschnationalen sind für uns eine bürgerliche Partei, und unser prinzipieller Standpunkt muß nach unserem Programme der sein, jeder Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze entgegenzutreten.

Hier handelt es sich aber auch um unser taktisches Verhalten gegenüber den

Deutschnationalen und darüber, glaube ich, gibt es keinen Beschluß des Parteitages, sondern das hängt lediglich von den örtlichen Verhältnissen ab. Unser Verhalten wird in Böhmen ein anderes sein als in Oberösterreich oder in Steiermark. In Böhmen sind die Deutschnationalen die herrschende Partei, bei uns aber kämpfen wir, die Sozialdemokraten, sowohl wie die Deutschnationalen gegen die klerikale Partei. Daß in letzter Zeit scheinbar eine Verwischung der Gegensätze stattgefunden hat, das ist eine Folge der politischen Situation. An dem Sturze des Badeni waren die Deutschnationalen genau so interessirt, wie wir Sozialdemokraten. Wir haben aber das Präsidium nicht gestürzt, um das deutsche Volk, sondern um die Freiheit, die Ehre des Parlaments zu retten. (Beifall.) Deutschnationale und Sozialdemokraten haben zufällig den gleichen Kampf gegen die gleiche Person geführt. Wir brauchen uns allerdings gar nicht darüber zu täuschen, daß es sich bei der Einbringung der lex Falkenhayn weniger darum gehandelt hat, die Sozialdemokraten, sondern hauptsächlich darum, die Schönererianer aus dem Parlamente hinauszuwerfen. Aber auch die jetzige Regierung hat ein lebhaftes Interesse daran, die Deutschnationalen unterzukriegen, und die letzten Ereignisse sind ein Anzeichen dafür, daß Graf Thun gegen die Deutschnationalen und mit der jetzigen Regierungsmajorität gehen will.

Trotz aller dieser für die Agitation der Deutschnationalen günstigen Umstände gibt es in Graz jetzt mehr überzeugte Sozialdemokraten als früher. Wir haben in Graz eine ganze Reihe von Elementen, die in Wien unter christlichsozialer Führung sind, bei den Sozialdemokraten. Die Angst einzelner Genossen, die Deutschnationalen könnten bei uns einen Fischzug machen, ist vollständig überflüssig.

Ich habe gestern gesagt, daß wir in Graz den Deutschnationalen „das Bündniß" gekündigt haben. Ich erkläre offen, daß wir mit den Deutschnationalen in Graz ein Bündniß nie gehabt haben. Was geschehen ist und vielleicht nicht in der richtigen Form geschehen ist, ist, daß wir gesagt haben, daß wir entschieden dagegen sind, daß die Studenten die Arbeiter abfangen und sie zur Demonstration auffordern. Wir werden nur demonstriren, wenn w i r demonstriren wollen. Daß unsererseits nichts anderes mit unserer Erklärung gemeint war, halte ich deshalb zu erklären für nothwendig, weil gerade die Regierungsblätter sich der Grazer Erklärung bemächtigt haben und sie gegen die Nationalen ausnützen wollen. Wenn noch so sehr geraust und in uns Allen das Verlangen sich regt, das Parlament arbeitsfähig zu machen, so wissen wir doch ganz gut, daß wir gar kein Interesse haben, die Geschäfte des Grafen Thun zu besorgen. Wir warten insbesondere bei freiheitlichen Fragen nie darauf, was die Deutschnationalen thun, und wir werden auch jetzt überall dort eintreten, wo es sich um freiheitliche Fragen handelt, ohne Rücksicht auf die Deutschnationalen. (Lebhafter Beifall.) Schauen Sie, Genossen, die Auflösung des Grazer Gemeinderathes, wenn die Geschichte auch scheinbar blos wegen nationaler Dinge geschieht, ist wirklich ein Akt gegen die Freiheit. Wir haben in Graz, nicht vielleicht weil wir mit den Deutschnationalen ein Bündniß gehabt haben, sondern weil wir dort mit tonangebend sind, den Gemeinderath gezwungen, von der Polizei zu verlangen, daß sie jetzt dulde, was sie früher nicht geduldet hat. Das war mit ein Grund, warum die Regierung gegen den Gemeinderath vorgegangen ist, dessen freiheitliche Stellung im Vergleiche zu anderen Städten überhaupt ein Verdienst der Sozialdemokraten ist. Denn wir sind in Graz so mächtig, daß die Herren wirklich Respekt vor uns haben müssen.

Zum Schlusse mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß wir die Taktik gegen die Deutschnationalen, die übrigens auch keineswegs, wie der Genosse Dobiasch bemerkt, ü b e r a l l verkappte Christlich-Soziale sind, nicht festlegen können.

D r. E l l e n b o g e n (Wien): Ich glaube, daß die Polemik des Genossen Schuhmeier gegen Pernerstorfer einem kleinen Mißverständisse entsprungen ist. Es gibt keine klügere Taktik gegenüber einem politischen Gegner, als indem man einerseits die ganze Hohlheit und Nichtigkeit seines Programmes nachweist, noch viel mehr aber, indem man anderseits nachweist, daß er nicht einmal sein eigenes Programm einhält. Nicht mehr und nicht weniger hat meiner Auffassung nach der Genosse Pernerstorfer Ihnen empfohlen. Was heißt und was kann nur heißen,

nicht nur nach unserem Standpunkte, sondern auch nach dem Wesen des Begriffes: Nationale Politik? Das kann nur heißen, daß wir eine Nation in die Lage versetzen, sich im Sinne ihrer Eigenart zu entfalten. Wenn nationale Politik kulturelle Politik, Politik zur Förderung der Kultur der Gesammtheit sein soll, dann kann es nur heißen, daß wir alle die Fähigkeiten, welche in der Seele einer Nation schlummern, zur Entfaltung bringen, damit diese Nation ihren Antheil an dem großen Kulturwerke der Gesammtheit nehmen könne. Wie anders kann dieser Zweck angestrebt werden, als wenn wir alle Talente und Triebkräfte zur vollen Entfaltung zu bringen suchen, und wie anders können wir nachweisen, daß gerade die Nationalen im Gegensatze zu dieser Politik handeln, als wenn wir nachweisen, daß alle diese Tausende und Hunderttausende von Talenten, welche in der Nation vorhanden sind, durch die brutale Vergewaltigung des Kapitalismus erstickt und ertödtet werden?

Ich stehe auf demselben Standpunkte und ich glaube, es ist dies ein rein proletarischer Standpunkt. Wenn wir den Nationalen sagen, Ihr, die Ihr Euch national nennt, seid die größten Feinde Eurer eigenen Nation, Ihr tödtet Tag für Tag Tausende von Talenten, Ihr mordet die Gesundheit der Arbeiter, Ihr macht das Kind im Mutterleibe krank und verhindert durch Eure Politik, daß die Bildung des Arbeiters zunehme, weil er ja von Früh bis Nachts arbeiten muß, um sein Leben zu fristen — wenn wir dies sagen, so halte ich diese Taktik für eine im höchsten Sinne nationale und im eigentlichen Sinne sozialdemokratische. (Beifall.) Wir haben aber auch thatsächlich Gelegenheit, überall Schritt für Schritt den Nationalen nachzuweisen, daß sie wirklich mit ihrer Politik ihrer eigenen Nation in den Rücken fallen, und wir brauchen da gar nicht die verschiedenen Statistiken, die uns von der steigenden Sterblichkeit der deutschen Arbeiter in deutschen Gegenden erzählen oder von der Vertreibung der deutschen Arbeiter aus deutschen Gegenden und ihren Ersatz durch billigere Arbeitskräfte anderer Nationalität. Wir sehen Tag für Tag, wie sehr die Deutschnationalen in Oesterreich die deutsche Nation schädigen, wie sehr sie sie selbst an der Bethätigung ihrer weltgeschichtlichen, kulturellen Aufgabe, soferne sie eine solche hat, hindern. Das ist nun nicht ein „deutscher" Standpunkt. Ich glaube, Genossen, nicht nur die Deutschen haben Bewunderung vor den geistigen Größen der deutschen Nation, nicht nur wir deutsche Sozialdemokraten bewundern einen Goethe, einen Kant, einen Hegel, nicht nur wir Deutsche bewundern die gewaltige Geistesarbeit eines Engels, Marx u. s. w., sondern die gleiche Bewunderung hegen die tschechischen, slovenischen und italienischen Arbeiter auch und sie bethätigen sie durch den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Im Gegensatz zu dieser Bewunderung aber stehen die deutschen Fabrikanten und ihre Geschäftsträger, die deutschen Abgeordneten. Das ist ein proletarischer und internationaler Standpunkt. Freilich beruht das auf Gegenseitigkeit, denn ich glaube, mit derselben Bewunderung und Verehrung sehen die Arbeiter deutscher Zunge zu den geistigen Größen der tschechischen wie aller anderen Nationen empor, und wir haben gar nichts dagegen, daß die tschechische Nation sich ebenso vollständig im Sinne ihrer Eigenart entfalte, wie die deutsche. (Lebhafte Zustimmung.) Indem aber die deutschnationale Politik darauf ausgeht, die anderen Nationen zu unterdrücken, und indem sie gleichzeitig darauf ausgeht, die deutschen Arbeiter wirthschaftlich zu entkräften und politisch zu entrechten, arbeiten sie gewaltig mit an der Unterdrückung nicht nur der deutschen, sondern auch der gesammten Kultur. Ich glaube endlich, daß der Standpunkt, daß wir blos um höhere Löhne zu kämpfen haben, ein zu enger wäre, und daß das durchaus nicht das Wesen des sozialdemokratischen Programms erschöpft. Gewiß, wir kämpfen um höhere Löhne und zwar in erster Linie, weil wir wissen, daß die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft die Vorbedingung für alle Kulturarbeit ist. Um sie zu ermöglichen, darum höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Arbeiterschutz u. s. w.

Zum Schlusse möchte ich noch Folgendes erwähnen: Ich begreife nicht, warum die Genossen aus Deutschböhmen die Deutschnationalen für so gefährlich halten. Während hinter den Christlich-Sozialen die katholische Kirche mit ihrem gewaltigen Arsenal und die Jesuiten mit ihrer durch Jahrhunderte geschulten Politik stehen, haben die Deutschnationalen nicht einmal das. Ich bin der Ansicht,

daß sie entschieden die dümmste Partei in Oesterreich sind, weil sie überhaupt kein Programm und keine Männer haben, ein solches zu verfechten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Bichl (Graz): Wir haben wahrlich keinen Unterschied zu machen zwischen den Deutschnationalen und den anderen bürgerlichen Parteien. Ihre im steierischen Landtage gestellten Anträge auf Verkürzung der Schulzeit und Einführung eines Schulgeldes, ihre Koalition mit den Klerikalen in Obersteiermark, sowie der Umstand, daß der deutschnationale Gemeinderath von Graz bereits zwei Jahre mit einer Wahlreform zur Schaffung eines vierten Wahlkörpers schwanger ist (Heiterkeit) — all das beweist, daß auch die deutschnationale keine volksfreundliche Partei ist. Es ist uns ja durch unser Programm der Weg vorgezeichnet, wie wir uns gegenüber den bürgerlichen Parteien zu benehmen haben. Was die Grazer Verhältnisse betrifft, so ist es klar, daß, wenn die deutschnationale Partei thatsächlich von der Regierung mit Kneipzangen angefaßt wird, wir ihr gegenüber nicht jene schmähliche Haltung einnehmen können, wie die deutschen Unternehmer sie einnehmen, wenn deutsche Arbeiter in den Kerker geschleift werden.

Gen. Ulbrich (Reichenberg): „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen.“ Dieser Satz, auf die deutschnationale Partei angewendet, zeigt uns klar, was die Herren sind. Wir in Reichenberg sagen, an dem, wie Herr Prade seine Versprechungen, die er vor seiner Wahl den Kleingewerbetreibenden gegeben hat, gehalten hat, kann man die Volksfreundlichkeit der Heiloten erkennen. Die Deutschnationalen haben im Frühjahre die Parole ausgegeben, daß man nur bei Stammesgenossen kaufen soll, daß die deutschen Hausbesitzer ihren tschechischen Miethern kündigen und die deutschen Unternehmer ihre tschechischen Arbeiter entlassen sollen. Wenn aber der Reichenberger Magistrat Arbeiten zu vergeben hat, so gibt er sie auch an solche Leute, die tschechische Gehilfen beschäftigen. Wenn die Leute es so weiter treiben, werden sie uns im nördlichen Böhmen nicht gefährlich werden. Der Vorschlag des Genossen Pernerstorfer mag sehr gut gemeint sein, ich möchte aber nicht rathen, ihn zu akzeptiren. Wenn die Reichenberger „Volkszeitung“, das Organ der Deutschnationalen, das erfährt, so schreibt es bestimmt: „Endlich haben auch die Sozialdemokraten gelernt, deutsch zu sein.“

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß fünf Anträge eingelangt sind, drei auf Schluß der Rednerliste und zwei auf Schluß der Debatte. Es sind noch acht Redner vorgemerkt.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zur Resolution des Referenten ist von Gen. Dobiasch ein Antrag eingelangt, welcher lautet:

„Ich stelle den Antrag, daß aus der Resolution des Referenten im letzten Absatz die Worte „entweder nur halb oder“ eliminirt werden.“

Das Schlußwort erhält

Referent Gen. Seliger: Ich kann konstatiren, daß sich die Debatte über diesen Gegenstand in dem von mir eingangs meines Referates angegebenen Rahmen bewegt hat. Gestatten Sie mir vor Allem, daß ich auf die Ausführungen der Genossen Pernerstorfer und Dr. Ellenbogen zurückkomme. Ich erkläre, daß ich mich persönlich den Anschauungen des Genossen Pernerstorfer über die Art der Aktion im Allgemeinen nicht anschließen kann. Ich will nicht näher darauf eingehen, bemerke aber, daß auch ich den Vorschlag des Genossen Pernerstorfer, die Deutschnationalen den Arbeitern gegenüber mit dem Nationalismus zu bekämpfen, für eine sehr gefährliche Sache halte. Genosse Schuhmeier hat ganz Recht, wenn er meint, daß Genosse Pernerstorfer bei seinem Rednertalent dies leichter thun kann, als ein weniger geschulter Genosse. Wenn man z. B. so im trockenen Tone sagt: Wir haben alle Ursache, darauf stolz zu sein, daß die Begründer der sozialistischen Ideen Deutsche sind, so könnte man vielleicht wohl auch daraus deduziren, daß denn doch die deutsche Nation etwas Besseres sein müßte als die anderen Nationen, und es wäre vielleicht möglich, daß, wenn man die Frage untersucht, ob wirklich die Sozialdemokratie Grund hat, auf Marx und Engels stolz zu sein, man nicht zu dem Schlusse kommen könnte, daß die Engländer an diesem Stolze weit mehr Antheil haben als die deutsche Nation.

Ein Beweis dafür, wie haltlos ein derartiges Rezept wäre, ist wohl schon

der Umstand, daß sowohl Gen. Pernerstorfer als auch Gen. Ellenbogen ein ganzes Register von Tönen aufgezogen haben, um ihre Anschauung hier zur Geltung zu bringen. Ich meine, es ist im Allgemeinen viel klüger, wenn wir den Arbeitern sagen, die Deutschnationalen vertreten und verfechten alles Dasjenige, was euren Interessen genau entgegengesetzt ist, was euren wirthschaftlichen Forderungen widerspricht, was an und für sich der Arbeiterklasse in ihrem Aufstreben zur politischen Gleichberechtigung und zur wirthschaftlichen Emanzipation hindernd im Wege steht, daß Dasjenige, was die Deutschnationalen wollen, alles Dasjenige ist, was wir Sozialdemokraten nicht wollen, was wir beseitigen wollen, was der Arbeiterklasse schadet und was den geistigen und wirthschaftlichen Ruin derselben zur Folge hat, und wenn wir den Arbeitern andererseits sagen, daß alles Dasjenige, was einzig und allein die Hebung der Lage des arbeitenden Volkes möglich macht, von den Deutschnationalen auf das Heftigste bekämpft wird, daß wir mit einem Worte, wie Gen. Schuhmeier sagte, vor Allem den proletarischen Standpunkt hervorkehren. (Gen. Dr. Ellenbogen: Das ist ja auch mein Standpunkt!) Ich gebe dem Gen. Ellenbogen Recht, wenn er das sagt. Wenn er vor die Arbeiter Nordböhmens hintritt und mit jener Begeisterung und mit dem Schwunge spricht, wie er hier gesprochen hat, so wird er sie mitreißen, ob er sie aber überzeugen wird, das ist eine andere Frage.

Es ist vom Gen. Behr ein zweiter Antrag eingebracht worden, der folgendermaßen lautet (liest):

„Als praktische Mittel zur Bekämpfung der Deutschnationalen sind den Parteigenossen anzuempfehlen:

1. Unterstützung jener Parteiblätter, welche besonders hart mit denselben zu kämpfen haben.

2. Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen, um die indifferenten Arbeiter heranzuziehen.

3. Herausgabe einer Broschüre, eventuell eines Flugblattes, worin die Kampfesweise der Deutschnationalen entsprechend beleuchtet wird."

Was die beiden ersten Punkte betrifft, so meine ich, daß das selbstverständlich und bereits heute vorhanden ist. Gen. Behr meint wohl, daß diesen Parteiblättern eine besondere Unterstützung zu theil werden soll. Ich begreife ja, warum Gen. Behr den Antrag stellt: die nordwestböhmische Volkszeitung braucht Geld, und ich wünsche ihr von ganzem Herzen recht viel davon, ich meine aber, wie das schon mehr Vorredner hier gesagt haben, daß sich die deutschnationalen Parteien in nichts von den anderen bürgerlichen Parteien unterscheiden, weder in ihren Forderungen noch in ihrer Taktik gegenüber der Arbeiterklasse, und besonders deshalb, weil die Deutschnationalen sich nicht einmal den Schein geben, als wollten sie die Interessen der Arbeiterklasse verfechten, haben wir keinen Grund, sie entschiedener zu bekämpfen als die anderen bürgerlichen Parteien. Ich meine daher, daß wir es nicht nöthig haben, jene Blätter, die diesen Kampf führen müssen, mit besonderen Mitteln zu unterstützen. Wenn Sie das thun wollten, dann müßten Sie viel Geld haben, denn alle unsere Provinzblätter müssen den Kampf gegen die Deutschnationalen führen. Ich bin überzeugt, wenn sie größere Mittel zur Verfügung hätten, könnten sie ihn auch nicht anders, nicht besser führen, als es heute geschieht. (Gen. Behr: Nicht überall sind die Verhältnisse gleich!) Das ist ganz richtig. Darum haben wir aber noch keinen Grund, gewissermaßen Ausnahmsbestimmungen für unsere Taktik gegenüber den Deutschnationalen zu machen. (Gen. Behr: Es ist die Pflicht der Partei, überall dort einzugreifen, wo es nothwendig ist!) Ja, aber die Partei ist nicht nur in Wien, sondern auch in den Provinzen draußen, und was Gen. Behr wünscht, thut sie auch. Was die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen anbelangt, so hängt das absolut nicht mit der deutschnationalen Bewegung zusammen. Eine eigene Broschüre halte ich für überflüssig, weil ein diesbezüglicher Antrag bereits gestern bei Punkt 2 angenommen worden ist. Mit dem Antrage des Gen. Dobiasch erkläre ich mich einverstanden.

Mit Genugthuung will ich noch konstatiren, daß alle Redner ausdrücklich anerkannt haben, daß die deutschnationalen Parteien nichts anderes als bürgerliche Parteien sind, daß wir also ihnen gegenüber keinerlei Ausnahmsbestimmungen zu treffen haben. Damit ist ausgesprochen, daß die deutschnationalen Parteien für die

Sozialdemokratie keine größere und keine geringere Bedeutung haben, als alle anderen bürgerlichen Parteien. (Beifall.)

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Die nach dem Antrage des Gen. Dobiasch modifizirte Resolution des Referenten, welche lautet:

Resolution:

„In Erwägung, daß die deutschnationalen Parteien, obgleich sie sich volklich oder völkisch nennen, in keiner Weise die Interessen des gesammten Volkes vertreten, daß sie vielmehr nichts anderes sind, als nur die Vertreter der deutschbürgerlichen Schichten, die sich ehemals in ihrer großen Mehrheit deutschliberal genannt haben, daß sie besonders in den Sudetenländern im Wesentlichen die Partei des großen und kleinen Unternehmerthums sind;

in Erwägung, daß sie als solche weder die geistigen, noch insbesondere die wirthschaftlichen Interessen des weitaus größten Theiles der deutschen Bevölkerung, ganz gewiß aber nicht die Interessen der arbeitenden Klasse dieses Volksstammes vertreten und vertreten können;

in Erwägung, daß der brutal-nationale Chauvinismus nur dieser Parteien allen Forderungen edler Kulturentwicklung, als auch den besten Traditionen deutschen Geisteslebens direkt widerspricht, und daß die Hervorkehrung nationaler Ueberhebung nur dazu führen kann, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Schichten des Volkes von ihren wirklichen Interessen abzulenken, beschließt der Parteitag:

Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutschnationalen Parteien diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unablässig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen nur zum Schein vertreten werden, daß in Wahrheit auch diese Parteien entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien weder für die politische Gleichberechtigung, noch für soziale Gerechtigkeit eintreten,

daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurtheilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutschradikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen,"

wird einstimmig angenommen.

Die Resolution des Genossen Behr (Saaz), welche lautet:

Resolution:

„In Erwägung, daß die Deutschnationalen, namentlich in Böhmen, mit den verwerflichsten und rohesten Mitteln gegen unsere Partei und die Arbeiterschaft überhaupt kämpfen, ist es nothwendig, jede Gelegenheit zu benützen, um die Bevölkerung über das Treiben dieser Leute aufzuklären, damit sie über den näheren Charakter derselben urtheilen kann. Der Radikalismus, welchen die Vertreter dieser Partei zur Schau tragen, ist nur Phrase und Aushängeschild, um Kleinbürger, Kleinbauern und Arbeiter zu fangen. In Wirklichkeit aber entpuppen sich dieselben immer mehr als Vertreter der Interessen des Unternehmerthums."

wird abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Behr (Saaz), welcher lautet:

„Als praktische Mittel zur Bekämpfung der Deutschnationalen u. s. w."

wird abgelehnt.

Hiemit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Wahl der Parteivertretung

referirt namens der Kommission Gen. Ulbrich (Reichenberg): Nachdem Genosse Schrammel erklärt hat, wegen seiner Uebersiedlung von Wien eine Stelle in der Parteivertretung nicht mehr annehmen zu können, erlaubt sich die Wahlkommission Ihnen folgende Genossen zur Wahl in die Parteivertretung vorzuschlagen: Dr. Adler, Popp, Skaret, Schuhmeier, Pernerstorfer, Dr. Ellenbogen, Rieger und Beer Heinrich. In die Parteikontrole sind die beiden Genossen, welche aus Niederösterreich in dieselbe gewählt worden sind, auf Grund unserer Parteitagsbeschlüsse nicht mehr wählbar. Es werden demnach folgende Genossen vorgeschlagen: Anfobsky (Wien), Smitka (Wien) für Niederösterreich, Prähauser (Salzburg) für Oberösterreich, Tirol und

Salzburg, Hugo Schmidt (Jägerndorf) für Schlesien, Dr. Czech (Brünn) für Mähren, Müller (Graz) für Steiermark und Kärnten und Schiller (Reichenberg), Seliger (Teplitz) für Böhmen.

Es werden hierauf zu Skrutatoren die Genossen Wagner, David, Eich, Muchitsch und Petersilka gewählt und wird die Sitzung auf 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme derselben wird zur Vornahme der Wahl geschritten und geben die stimmberechtigten Delegirten über Namensaufruf seitens des Genossen Schuhmeier ihre Stimmzettel ab. Die Sitzung wird sodann um 7 Uhr 5 Minuten geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

(Vormittagssitzung von halb 10 bis halb 2 Uhr.)
(Nachmittagssitzung von halb 4 bis 8 Uhr).

Die Zeit, welche dem Parteitag am dritten Verhandlungstag gegeben war, nahm eine vertrauliche Sitzung in Anspruch, welche der ausführlichen Erörterung der finanziellen Verhältnisse der Parteipresse, insbesondere der „Arbeiter-Zeitung“, diente. Es ergab sich, daß die „Arbeiter-Zeitung“ im letzten Jahre einen wesentlichen Fortschritt in Beziehung auf ihre Verbreitung und auf ihre finanzielle Lage erzielt habe, daß ihr aber erst durch die Aufhebung des Zeitungsstempels ermöglicht würde, den berechtigten Wünschen der Partei in Bezug auf Reichhaltigkeit des Inhalts und Umfang zu genügen. Daran schloß sich eine ausführliche Diskussion über die Parteisteuer, die die ganze Nachmittagssitzung in Anspruch nahm. Auch wurde in der vertraulichen Sitzung die Angelegenheit der Brünner Genossen geschlichtet. Im Auftrage der Kommission erstattete Genosse Dobiasch (Aussig) einen Bericht. In derselben Angelegenheit sprach auch Genosse Zinburg (Brünn). Im Anschluße an die Diskussion wurden, die Brünner Lokalangelegenheit betreffend, folgende Beschlüsse gefaßt:

1. „Der Parteitag erklärt, daß die Bezirkskonferenz berechtigt und kompetent ist, Ausschließungen aus der Partei vorzunehmen, die so lange zu Recht bestehen, als die Kreis-, respektive Landeskonferenz oder der Parteitag nicht anders beschließt.“

2. „Der Parteitag erklärt, daß Herr Karl Schneeweiß nicht mehr Parteigenosse ist, und spricht sein Bedauern aus, daß die Vertrauensmänner in der Angelegenheit des Karl Schneeweiß so lange eine zuwartende Stellung eingenommen und nicht schon lange dessen Ausschließung aus der Partei betrieben haben.“

Vierter Verhandlungstag.

(Vormittagssitzung. Beginn 9 Uhr 30 Min.)

Vorsitzender: Gen. Weiguny (Linz). Genosse Petersilka (Wien) gibt das Ergebniß des Skrutiniums der Wahl der Parteivertretung bekannt. Abgegeben wurden 136 Stimmzettel; 2 Stimmzettel waren ungiltig. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 68 Stimmen. Es erhielten: Für den engeren Ausschuß die Genossen: Dr. Adler 107, Pernerstorfer 106, Rieger 106, Schuhmeier 106, Beer Heinrich 104, Dr. Ellenbogen 104, Skaret 104 und Popp Julius 98 Stimmen. Zersplitterte Stimmen entfielen auf Winarsky 12, Tomschik 3, Höger 2, Bretschneider, Dr. Czech, Eldersch, Klinger, Müller und Schäfer je 1 Stimme.

Für die Parteikontrole erhielten die Genossen Seliger 105, Müller 104, Prähauser 104, Schiller 104, Schmidt Hugo 104, Smitka 101, Ausobsky 98 und Dr. Czech 98 Stimmen. Zersplitterte Stimmen entfielen auf die Genossen Tomschik 5, Eldersch 3, Beer, Dr. Ellenbogen, Höger, Neander, Weiguny und Winarsky je 1 Stimme. Ueber Antrag der Genossen Palka und Scherz wird beschlossen, zunächst den Punkt

7. Parteiorganisation

in Verhandlung zu ziehen.

Referent Gen. Schuhmeier: Parteigenossen! Wir waren am ersten Tage des Parteitages in der angenehmen Lage, konstatiren zu können, daß die sozialdemokratische Armee auch im letzten Jahre angewachsen ist, und es tritt an uns die heilige Pflicht heran, diese Armee zu formiren, sie in Bataillone und Kompagnien einzutheilen. Dies kann nur durch die Organisation geschehen. Wir haben in den letzten Jahren diesem Punkte unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet und das Organisationsstatut wiederholt abgeändert. Auf dem diesjährigen Parteitage obliegt uns nur mehr, diesem bestehenden Organisationsstatut einzelne neue Punkte anzufügen, und zwar in erster Linie den Punkt, die Parteisteuer betreffend, und eine Aenderung, welche durch jenen ersten Punkt bedingt wird. Ich hebe zunächst hervor, daß die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge das Organisationsstatut nicht tangiren. Es sind dies der Antrag 15 der Bezirksorganisation Voitsberg, der die Aufhebung des Blocksystems verlangt, der Antrag 16 des V. Wiener Wahlkreises, der die Gründung von Turnvereinen verlangt, und der Antrag mehrerer Genossen des XVIII. Bezirkes, der die Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und die Gründung von Lehrlingsheimen wünscht. Fragen wir uns zunächst, was für eine Organisation haben wir heute? Die Partei hat in den letzten Jahren jeder Strömung Rechnung getragen; wir haben uns in politische, gewerkschaftliche und Bildungsvereine organisirt. Nun verlangt der Antrag des V. Wiener Wahlkreises, daß den bestehenden Organisationen noch Turnvereine anzugliedern seien. Im Antrage heißt es allerdings, „wo es irgend möglich“, und er spricht auch davon, daß in den bestehenden Organisationen Sektionen zur Pflege des Turnens errichtet werden sollen. Die Parteivertretung hat über diesen Antrag berathen und ist zu dem Entschlusse gekommen, daß die Gründung solcher Turnvereine den Parteigenossen der einzelnen Orte und Wahlkreise zu überlassen sei. Dort wo die Genossen wissen, daß Turnvereine mehr wirken können als andere Organisationen, wie dies in einzelnen Gebieten Böhmens der Fall sein dürfte, wird es vielleicht nothwendig sein, Turnvereine zu gründen. Die Parteivertretung empfiehlt Ihnen daher, diesen Antrag dahin zu verstehen. Der Antrag 17, der verlangt, daß wir den jugend-

lichen Arbeitern eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden sollen, ist nicht neu; er ist in Wien schon wiederholt aufgetaucht. Ich bin auch in der Lage, Ihnen mittheilen zu können, daß die Frage der Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge schon Gegenstand der Berathung in der Parteivertretung gewesen ist, und daß diese der großen Bedeutung sich wohl bewußt ist, die den jugendlichen Hilfsarbeitern und Lehrlingen beizumessen ist. Nun müssen wir aber sagen, daß wir auf diesem Gebiete mit unseren Gegnern, insbesondere mit den Klerikalen, absolut nicht konkurriren können. Zur Gründung von Lehrlingsheimen, wie sie der Antrag verlangt, ist sehr viel Geld nothwendig; da werden wir es nicht so weit bringen können wie unsere Gegner. Zu Lehrlingsheimen in des Wortes voller Bedeutung, Häusern, die der Partei gehören, wo Spielsäle u. s. w. vorhanden sind, wie beispielsweise im katholischen Gesellenvereinshause, werden wir es auch nicht so rasch bringen. Es wird nur das Eine übrig bleiben, daß wir Mittel und Wege zu ersinnen trachten, auch für jugendliche Arbeiter lebensfähige Vereine zu gründen. Uebrigens hat die Parteivertretung bereits zwei Genossen, die Gen. Bretschneider und Pernerstorfer, beauftragt, diese Frage zu studiren und der Parteivertretung diesbezüglich Bericht zu erstatten. Richtig ist es, daß wir gerade jetzt, wo die Klerikalen sich um die Jugend gar so sehr kümmern, die Pflicht haben, diesen Bestrebungen entgegenzutreten, indem wir die Leute schon frühzeitig in unser Lager herüber zu bekommen suchen. Den Antrag 15 bitte ich Sie abzulehnen. Wenn die Partei das Recht bekommt, die Reinerträgnisse von Festen für den Parteifonds einzukassiren, kann sich daraus logischerweise die Möglichkeit ergeben, daß, wo ein Defizit ist, die Partei ebenfalls dafür aufkommen muß. Dazu aber haben wir weder Lust noch Geld. An Stelle des Antrages 15 schlägt Ihnen die Parteivertretung einen eigenen Antrag vor.

Der Antrag ist dem Wunsche und Bedürfnisse entsprungen, der Parteivertretung mehr Mittel als bisher zuzuführen; er ist dem Bedürfnisse entsprungen, die Parteivertretung unabhängig von den Wahlkreis- und Kreisorganisationen zu machen. Wir meinen, wenn die Parteivertretung mehr Geld haben soll, so ist es in den Reihen der organisirten Genossen zu suchen. Es wird daher nichts Anderes übrig bleiben, als daß der Parteitag die Genossen verpflichtet, eine Parteisteuer auf sich zu nehmen, die einzig und allein für die Parteivertretung bestimmt ist. Der Antrag, den wir stellen, soll als ein neuer Punkt in das Organisationsstatut aufgenommen werden. Derselbe lautet:

„7. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuführen. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Mit dem Inkrafttreten dieser Abgabe hört die bisherige Form der Parteisteuerablieferung durch die Landes- und Wahlkreisorganisation auf."

Die Wahlkreisorganisationen werden nach Annahme dieses Antrages ihrer Pflicht enthoben sein, für die Parteivertretung den 25percentigen Beitrag zu liefern, den wir übrigens mit Ausnahme einzelner Kronländer in den seltensten Fällen erhalten haben. Die Annahme dieses Antrages über die Parteisteuer bedingt aber auch eine Aenderung des Punkt 3 des Organisationsstatutes. Wir stellen daher den weiteren Antrag:

Der letzte Absatz des Punktes 3, Wahlkreisorganisation habe fortan zu lauten:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Weiters liegt ein Antrag von Genossen Ulbrich vor, welcher lautet:

„Die Bezirksorganisation Reichenberg beantragt:

Die Parteileitung sei durch den Parteitag zu beauftragen, sich in allen Fragen, welche das Gesammtinteresse der Partei berühren, wie Aufbringung von Geldmitteln, agitatorische Thätigkeit in allgemeinen Parteifragen u. s. w. in erster Reihe mit den Kreisvertretungen in Verbindung zu setzen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen."

Diesen Antrag ersuche ich die Genossen abzulehnen; er ist das konkrete Gegen-

theil von dem, was wir Ihnen vorschlagen. Ich bin der Ueberzeugung, daß Sie dem von der Parteivertretung vorgeschlagenen Antrage Ihre Zustimmung ertheilen werden. Da wir doch unabhängig sein wollen, geht es doch nicht, daß wir wieder erst zu den Wahlkreisorganisationen gehen.

Genosse Zeller beantragt eine Aenderung des Absatzes 5 des Punkt 4, „Parteitag", in welchem es heißt: „Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme." Genosse Zeller stellt nun den Antrag, diesen Passus dahin abzuändern:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben auf dem Parteitage Sitz und Stimme."

Genosse Zeller will somit unsere Abgeordneten in Zukunft der Verpflichtung auf dem Parteitag zu erscheinen, entheben. Ich kann mich für diesen Antrag nicht erwärmen. Die Parteigenossen werden wohl wissen, warum sie im Vorjahre das so beschlossen haben; ich bitte Sie daher, den Antrag Zeller abzulehnen.

Gestatten Sie mir nun einige allgemeine Bemerkungen zu unserer heutigen Organisation. Es muß gesagt werden, daß die Organisation nach den im Vorjahre beschlossenen Bestimmungen vielfach noch nicht durchgeführt ist. So oft wir seitens der Parteivertretung eine gemeinsame größere Aktion geplant haben, haben wir diesen Mangel zu fühlen bekommen. Die Schlagfertigkeit unserer Partei liegt ja in dem pünktlichen Funktioniren unseres großen Vertrauensmännersystems, und da muß ich sagen, daß auf diesem Gebiete im letzten Jahre wiederholt gesündigt worden ist. Die Parteivertretung hat sich zuweilen in sehr wichtigen Briefen an die Genossen draußen gewendet; eine Aktion sollte eingeleitet werden; einzelne Länder haben das großartig durchgeführt, andere aber haben sich auf die Briefe hin, wo sie aufgefordert wurden, die Aktion einzuleiten, gar nicht gerührt. Ich erinnere beispielsweise an die Demonstration unserer Partei, die Greuel der ungarischen Regierung gegen unsere ungarischen Parteigenossen betreffend. Niederösterreich, Mähren, Steiermark haben die Sache prompt durchgeführt. Böhmen und Schlesien aber hat auf die Briefe gar keine Antwort gegeben, und wenn ich nicht irre, sind in ganz Böhmen nur ein paar Versammlungen diesbezüglich abgehalten worden. Es zeigt dies, Genossen, daß die Schlagfertigkeit noch viel zu wünschen übrig läßt.

Weiters macht sich bemerkbar, daß unsere Organisation vielfach den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden muß. Wir haben wohl vorgeschrieben, daß die Organisation nach Wahlkreisen durchzuführen sei; vielfach geht das aber nicht. (Richtig!) Da möchte ich nun doch bitten, daß, wenn wegen der örtlichen Verhältnisse den Bestimmungen des Organisationsstatuts nicht genau Rechnung getragen werden kann, doch die frühere Organisation funktionsfähig gemacht werde, und daß die Vertrauensmänner ihre Pflicht streng erfüllen. Es muß das peinlich berühren, wenn, obwohl lange vor dem 1. Mai Schreiben an die Vertrauensmänner gerichtet wurden, sie mögen bis 1. Mai die Berichte einsenden, wiederholt Mahnschreiben hinausgehen mußten und gestern noch von der Kreisorganisation Teplitz der Bericht für den Parteitag rekommandirt nach Linz hergekommen ist. Da ist es sehr schwer, seine Pflicht und Schuldigkeit zu thun, wenn man auf diese Weise von den Organisationen im Stiche gelassen wird.

Bei Bestimmung der Tagesordnung haben wir gesehen, daß die Genossen wünschen, daß die Partei der Organisation des ländlichen Proletariats näher trete. Wir sind uns gewiß alle klar darüber, daß wir mit der Organisation des industriellen Proletariats lange noch nicht fertig sind. Wohl marschiren, wenn wir uns an die Genossen wenden, die Massen auf, doch die Organisation im Inneren läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Der Antrag auf Besprechung der Organisation des ländlichen Proletariats wird zumeist von Genossen solcher Länder gestellt, wo eben weniger Industrie vorhanden ist; diesmal war es Salzburg. Wo Sozialdemokraten sind, wollen sie eben Organisationen schaffen und für die Partei agitiren, und wenn keine industriellen Arbeiter da sind, wollen sie die ländlichen Arbeiter der Organisation zuführen.

Wenn nun auf jedem Parteitage verlangt wird, daß der Parteitag den Genossen Mittel und Rathschläge in die Hand geben soll, wie sie die ländlichen

Arbeiter organisiren können, müssen wir demgegenüber konstatiren, daß die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter und der Bauernschaft in jedem Lande grundverschieden sind, und daß eine allgemeine Norm seitens der Partei da nie und nimmer passen wird. Es wird vielmehr in jedem Kronlande den besonderen Umständen angepaßt organisirt werden müssen.

In unsere Versammlungen auf dem Lande kommt der reiche Bauer selten, aber es kommen die landwirthschaftlichen Arbeiter und neben ihnen auch der kleine Bauer. Der landwirthschaftliche Arbeiter kommt einmal, um zu hören, was die Sozialdemokraten wollen, ein anderesmal kommt er vielleicht, um zu prügeln, weil ihn der Pfarrer von der Kanzel aus dazu aufgefordert hat, und der kleine Bauer kommt wieder, um zu hören, ob es wirklich wahr ist, daß die Sozialdemokraten den Knecht gegen den Herrn aufhetzen wollen. Der landwirthschaftliche Arbeiter wie der kleine Bauer haben ganz andere Interessen als der Großgrundbesitzer und der reiche Bauer, und ich empfehle Ihnen, Genossen, bei der ländlichen Agitation stramm an das sozialdemokratische Programm zu halten und sich nicht in Opportunitätspolitik einzulassen, und ich warne Sie davor, den Bauern Versprechungen zu machen, wie es seine falschen Freunde thun. Der ländliche Arbeiter ist uns viel näher als der Bauer, genau so wie der industrielle Arbeiter uns näher ist als der Kleingewerbetreibende. Wie wir den Kleingewerbetreibenden keine Konzessionen machen dürfen, so auch nicht den Bauern. Wenn wir den Bauern auseinandersetzen, daß es in unserem Programm eine Menge Punkte gibt, die gewissermaßen gemeinsame Angelegenheiten des ganzen Volkes sind, und eine Menge Forderungen, wie zum Beispiel Beseitigung des Militarismus oder Beseitigung der indirekten Steuern, bei deren Verwirklichung der Staat Millionen profitiren und den Bauern entlasten könnte, so werden Sie sehen, daß sie uns dann nicht mehr so feindlich gegenüberstehen werden, wie es heute noch vielfach der Fall ist. Uebrigens hat sich auch auf diesem Gebiete gegenüber den letzten Jahren ein ganz bedeutender Fortschritt bemerkbar gemacht. Nur wechselt das halt fortwährend, und wir dürfen nicht glauben, wenn wir irgendwo eine Volksversammlung abgehalten haben, daß dann der Ort für uns schon erobert ist. So lange wir dort sind, sieht auch der ländliche Arbeiter ein, daß das, was die Sozialdemokraten wollen, auch gut und nützlich für ihn ist. Wenn wir aber bedenken, daß wir alle von dem Orte wegmüssen, daß nur der Eine zurückbleibt, dem die ländliche Bevölkerung das ganze Jahr ausgeliefert ist und der sie unablässig Sonntag für Sonntag anagitirt, wenn wir bedenken, daß zum Beispiel der Kaplan am Lande draußen die schimpflichsten Dinge über die Sozialdemokraten den Bauern erzählt, mitunter so lange, daß sie es selbst nicht glauben; wenn wir bedenken, daß so die klerikale Partei an jedem Orte einen ständigen Agitator hat, so müssen wir sagen, daß unsere Erfolge nach der Seite hin ganz kolossale sind. So hat zum Beispiel in Platt in Niederösterreich trotz aller Anstrengungen der Klerikalen unsere ruhige und aufklärende Arbeit den Erfolg gehabt, daß in Augenthal ein sozialdemokratischer Bauernverein besteht — in Niederösterreich! Es gibt ja noch vielfach Arbeiter, die es nicht sagen dürfen, daß sie Sozialdemokraten sind, wie denn erst, wenn ein Bauer das erklärt, und es hat Ihnen ja Genosse Filzer erzählt, daß man ihm in den klerikalen Blättern sage, daß er kein Bauer, sondern ein Schandbauer sei; vielleicht machen sie aus ihm auch noch einen Juden. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich wiederhole also, als Prinzip für die ländliche Agitation möchte ich unser Hainfelder Programm aufstellen.

Seitens der Kronlandsleitungen muß auch dafür gesorgt werden, daß gerade zur Agitation am Lande in der Auswahl der Referenten besonders vorsichtig vorgegangen wird. Wenn also der Genosse Simon Stark aus Falkenau uns die freudige Mittheilung zukommen ließ, daß im Falkenauer Bezirke 40 Referenten an der Arbeit sind, so imponirt mir diese Ziffer gar nicht. Ich will den Genossen nicht nahetreten, aber es muß ausgesprochen werden: Lieber eine Versammlung weniger, aber dafür die anderen mit guten Kräften besetzen. (Zustimmung.)

Leichter als sonst wird die Agitation und die Organisation der ländlichen Bevölkerung dort sein, wo der Acker unmittelbar an die Fabrik grenzt und durch die Ausbreitung der Industrie der bäuerliche Charakter schon vielfach verwischt ist. Wo einmal die Kinder des Bauern in der Fabrik sind, weiß er es ganz genau

zu würdigen, was es bedeutet, wenn sie eine kürzere Arbeitszeit und einen höheren Lohn haben. Wenn es auch andererseits einzelne Länder geben wird, wo eine Organisation sehr schwer durchzuführen ist, so beweisen doch die Erfolge bei den letzten Wahlen, daß die Vorbedingungen hiefür gegeben sind.

Verzeihen Sie, wenn ich auf die Sache selbst nicht näher eingehe und Ihnen nicht Materiale zur Agitation vorlege, sondern Sie bitte, folgenden Antrag anzunehmen:

„Der Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Agitation und Organisation in der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem nächsten deutschen Parteitage Bericht zu erstatten hat."

Aus diesem von mir namens der Parteivertretung eingebrachten Antrage, Genossen, geht hervor, daß die Parteivertretung im Interesse der Partei der Frage wirklich nähertreten will, daß wir uns aber zur Durchführung der nothwendigen Untersuchungen Zeit erbitten. Durch die Annahme dieses Antrages würde ein unter Punkt 8: „Allgemeine Parteiangelegenheiten" von der Lokalorganisation Komotau gestellter Antrag auf Einsetzung einer Kommission zum Studium der Agrarfrage, welche Kommission ihre Untersuchungen zu veröffentlichen und dem nächsten Gesammtparteitage Vorschläge für das Parteiprogramm zu unterbreiten hätte, selbstverständlich entfallen. Jedenfalls wird die Kommission innerhalb der zwei Jahre im Stande sein, eine Fülle von Material zu sammeln, um es den Parteiblättern zur weiteren Verwerthung zu übergeben, und unser Studium der bäuerlichen Verhältnisse wird viel Uebelstände aufdecken und uns ein reiches Agitationsmaterial liefern. Dies über die Frage der ländlichen Agitation und Organisation.

Es ist aber auch meine Pflicht, noch einmal auf die Frage der Organisation der Frauen zurückzukommen. Meine Meinung darüber ist ja bekannt und was ich am ersten Verhandlungstage auseinandergesetzt habe, hat einerseits Widerspruch, andererseits Gelächter hervorgerufen, und Genosse Dr. Adler war sogar so freundlich, zu sagen, meine Ansicht sei nicht nur philiströs und kleinbürgerlich, sondern geradezu reaktionär. Genossen, darüber läßt sich diskutiren: Kleinbürgerlich, philiströs, reaktionär, vielleicht vom politischen, gewiß aber nicht vom praktischen Standpunkte aus genommen! Ich sage, wir können in Bezug auf die Frauenorganisation nicht mehr thun — das ist meine persönliche Ueberzeugung — als in allen Versammlungen darauf verweisen, daß auch die Frauen, die in der Fabrik genau so nur Werkzeuge sind wie die Männer, sich der Organisation anschließen mögen, und Diejenigen, die glauben, ein Mehr erreichen zu können, thun das meiner Ansicht nach nur darum, um über die Anderen hervorragen zu können, aber leisten werden auch sie nicht mehr können. Eine separate Frauenorganisation halte ich für nicht gut. Die Unzufriedenheit derjenigen Genossinnen, die mich wegen dieser Meinung geradezu verketzern und verfehmen (Widerspruch) — ich ertrage es schon, Genossen, haben Sie keine Angst (Heiterkeit) — scheint mir darauf hinauszugehen, daß die Genossinnen darüber ungehalten sind, daß die Frauen vieler hervorragender Genossen nicht in der Organisation stehen. Es ist meiner Ansicht nach schade um jene Zeit, welche einzelne Genossinnen verwenden, um in den Reihen der bereits organisirten Genossen Nachschau zu halten, ob auch deren Frauen schon organisirt sind. Ich für meinen Theil erkläre Ihnen, daß Sie meine bessere Hälfte nicht mehr zu organisiren brauchen, die habe ich mir selbst organisirt, und so wie bei mir, wird es wohl auch bei sehr vielen anderen Parteigenossen sein. Ich behaupte überdies: Je mehr ein Parteigenosse in der Organisation thätig ist, desto mehr hat die Frau zu Hause zu thun, und ich erkläre Ihnen, daß wenn Sie zum Beispiel mich ganz für die Partei haben wollen, daß Sie Diejenige, die mir meine beste und treueste Genossin ist, nicht haben können. Diejenige Frau eines Parteigenossen, die auch in die Fabrik gehen muß, hat zu Hause zu thun, sie kann nicht so ohneweiters in den Verein gehen. Ich verlange deshalb nicht von den Frauen unserer Genossen, daß sie in der Organisation stehen, ich bin zufrieden, wenn sie ihren Männern nichts in den Weg legen, damit diese ihre Pflicht als Parteigenossen erfüllen können. (Ruf: Das ist selbstverständlich!) Das ist nicht bei jeder Frau selbstverständlich, und vielleicht sind gerade die Ledigen, die immer „Sehr richtig!" und „Bravo!" schreien, Diejenigen, die sich binden, ohne vorher geprüft zu haben, ob sie im Stande sind, ihre Lebensgenossin auch zur Partei-

genossin zu machen. Aber warum machen Sie denn immer mir den Vorwurf der Vernachlässigung, des Philiströsen, des Kleinbürgerlichen und Reaktionären? Machen Sie ihn denjenigen Genossen, die ihre Pflicht selbst nach der Seite nicht erfüllt haben. Ich habe sie erfüllt, und alle Ihre Anwürfe prallen daher an meiner innersten Ueberzeugung ab, meine Pflicht gethan zu haben. (Zwischenruf: Schuhmeier ist Sekretär der Partei!) Sie können von mir doch nicht verlangen, daß ich, weil ich Sekretär der Partei bin, Alles das mache, was Jeder aus der Partei von mir haben will! Da würde ich schön ausschauen, da wüßte ich bald nicht mehr, ob ich ein Genosse oder eine Genossin bin. (Lebhafte Heiterkeit.) Der Zwischenruf scheint aber darauf hinzuweisen, daß einzelne Genossen der Ansicht sind, daß ich, wenn ich als Parteisekretär so rede, der Partei Schaden bringe. Ich kann wohl ruhig erklären, daß die Ansicht des einen oder anderen Genossen nie ein Hinderniß für Jemanden sein kann, für seine Idee zu arbeiten. In puncto Frauenorganisation höre ich das ganze Jahr nichts anderes als immer: „Der Schuhmeier ist die Schuld, daß wir nicht vorwärts können." Kümmern Sie sich nicht um mich, und arbeiten Sie ruhig weiter, denn gerade Diejenigen, die sich immer um den Parteisekretär scheren, sind es, die dabei gar nichts für die Partei oder die Organisation der Frauen thun.

Nachdem nun die Frauenkonferenz vorüber ist, da nunmehr ein Reichskomité besteht, da nunmehr ein neuerlicher Anlauf genommen wurde, die Frauenbewegung in Fluß zu bringen, so erkläre ich, daß ich nach meinen besten Kräften nicht nur in der Agitation, sondern auch in der Presse mitarbeiten werde. Das muß aber als Prinzip gelten, daß es eine separate Frauenorganisation nicht geben darf. Dies meine Meinung in der Frage.

Ich weiß wohl, was nun kommen wird. Ich habe es schon erfahren, daß immer die Referenten der Parteivertretung ihre Lektion bekommen, daß also auch ich meinen Theil vom Linzer Parteitage heimtragen werde. Ich bitte Sie zum Schlusse, die von mir befürworteten Anträge anzunehmen. Ich bitte Sie weiter, für den Ausbau unserer Organisation und des Vertrauensmännerwesens in der Provinz kräftigst Sorge tragen zu wollen. Wir haben heute einen Parteitag, wo wir bekannte Gesichter, alte Parteigenossen unter uns sehen. Ich benütze diese Gelegenheit, die älteren Parteigenossen zu bitten, wohl jüngere Kräfte zu schulen, sich aber deshalb nicht gänzlich von der Bewegung zurückzuziehen. Was ich zur Frauenorganisation gesagt habe, ist meine Ueberzeugung. „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir weiter" — in der Diskussion. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Es sind folgende Anträge eingelaufen:

„Der Parteitag möge beschließen: Die Gesammtparteivertretung wird beauftragt, jeder Lokal-, Bezirks- und Kreisorganisation Instruktionsvorschriften zu besorgen, damit der Ausbau der Organisation ein einheitlicher sei." Peer.

„Die Vertreter der Kreis- und Bezirksorganisationen insbesondere der Provinz werden aufgefordert, den Beschlüssen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen und den auf demselben beschlossenen Organisationsentwurf ehebaldigst zu realisiren. Ebenso haben die politischen Organisationen die Gründung von Subkomités in den einzelnen Bezirken vorzunehmen." Charlotte Glas.

„Im Interesse der Organisation der ländlichen Arbeiter möge die Parteileitung sich mit der Gewerkschaftskommission in's Einvernehmen setzen, um die Gründung und den Ausbau von Fachorganisationen beziehungsweise Gewerkschaftsvereinen zu betreiben, denen die entsprechende Unterstützung zuzuwenden ist." Behr (Saaz).

„Der Parteitag begrüßt die Gründung von Arbeiter-Turnvereinen, insofern dieselben wirklich ein Gegengewicht gegen die nationale Bewegung bilden, die Grundsätze unseres Programms hochhalten und unsere sonstigen Organisationen und die Parteipresse fördern." Josef Barth (Gablonz).

Die Debatte.

Gen. Prähauser (Salzburg) tritt der zuweilen selbst unter organisirten Gehilfen verbreiteten Ansicht entgegen, daß es sich für die Lehrlinge nicht schicke, in die Vereinsabende zu gehen. Man muß in dem Lehrling den künftigen Lohndrücker sehen; er muß so bald wie möglich für die Sache des Proletariats herangezogen werden. In Bezug auf die Frauenorganisation stehe ich auf dem Standpunkte des Gen. Schuhmeier. Von den Parteigenossen wird oft das Allernoth-

wendigste vernachlässigt, nämlich die eigene Frau für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Wenn die Kreisorganisation Salzburg den Antrag gestellt hat, daß eine Besprechung der Verhältnisse des ländlichen Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt werde, geschah dies nicht aus Renommirsucht, geschah dies nicht, wie der Referent meinte, weil wir kein industrielles Proletariat im Salzburger Lande haben, also eigentlich nichts zu thun haben — im Gegentheile, wir wissen, daß uns unter den kleingewerblichen Hilfsarbeitern noch Arbeit in Hülle und Fülle bevorsteht — sondern es geschah das einzig und allein deshalb, weil wir den Hilferuf der ländlichen Proletarier nicht überhören dürfen. Die ländlichen Proletarier kommen zu uns und sagen: Sozialdemokraten, Ihr seid die Partei, die den Befreiungskampf des Volkes auf Euere Fahne geschrieben habt; helft und schützt uns vor unseren Ausbeutern! Erlauben Sie, daß ich eine jener zahlreichen Zuschriften verlese, die wir vom ländlichen Proletariat erhalten; die Orthographie dieses Briefes beweist nebenbei, wie Recht die Pfaffen haben, daß die Schulzeit abgekürzt werden muß. (Liest:)

An die hochwohlgeborenen Herren im Abgeordnetenhause!

Ich ergreife die Feder, um die Herren Abgeordneten der Sozialdemokratie recht herzlich zu ersuchen, daß sie den elenden Zuständen beim Fürsten Lichtenstein, die einer Sklaverei gleichen, einer Besprechung unterziehen würden. Die armen Leute werden da bis auf die Knochen geschunden, es ist ein Jammer, anzuhören, wie es den Leuten geht. Wenn Einer klagt, heißt es gleich, Du kannst schon gehen, wenn es Dir nicht gefällt. Der Lohn beträgt im Winter 80 bis 90 kr. Im Sommer haben die Alten 1 fl. 10 kr. von 5 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends, oft bis 8 und 9 Uhr Abends. Die Viehställe des Fürsten sind alle schön hergerichtet, aber die Quartiere der Arbeiter sind traurig anzuschauen. Wem die Wohnung zu schlecht ist, der kann sich dieselbe auf seine Kosten herrichten lassen. Jeder Brocken Holz, auch das verfaulte, muß bezahlt werden. Die Monatlichen haben beim Fürst 30 fl. gehabt. Jetzt haben sie nur mehr 28 fl. Die Häuser der Arbeiter werden von außen schön hergerichtet, damit, wenn der Fürst vorbeifährt, glauben soll, es ist auch innen Alles in Ordnung. Die Fußböden sind aber nur mehr halb und Ungeziefer gibt's nicht wenig. So bald Einer Reparatur verlangt, wird gesagt, es ist kein Geld mehr da, das müßt Ihr Euch selber richten. Ist die Wohnung hergerichtet, dann heißt es, da kommt ein Anderer her, Ihr müßt fortwandern, und so geht es fort — — — (Folgt die Unterschrift.)

Sollten wir, Parteifreunde, solche Hilferufe ungehört verhallen lassen? Da ist es unsere heiligste Pflicht, einzugreifen. Es liegt uns ferne, die Frage so behandeln zu wollen, wie es draußen in Deutschland versucht wurde. Wir fassen die Befreiung des ländlichen Proletariats nur in dem Sinne auf, wie es in unserem Parteiprogramm festgelegt ist. Diese Frage ist viel wichtiger für uns, als die christlich-soziale oder deutschnationale Frage. Man wirft uns immer vor, wir wollen „die Religion abschaffen". Gehen Sie hinaus und hören Sie, wie die Leute die Pfaffen mit ihrer Religion verfluchen, zum Beispiel wenn sie Samstag Abends um 9 Uhr Feierabend machen und dann um 3 Uhr Morgens zur Messe hinunter in das Thal gehetzt werden, wo sie dann noch stundenlang warten müssen und dann wieder drei bis vier Stunden den Weg, bergan, zurücklegen müssen. Uebrigens hat aber die Religion als solche mit der Ausbeutung des ländlichen Proletariats nichts zu thun; wir kämpfen nur dagegen, daß die Ausbeutung mit dem Mantel der Religion gedeckt werde. Man macht uns weiter den Vorwurf, daß wir die Dienstbotenordnungen aufheben wollen, die ein wahres Ausnahmsgesetz bedeuten und die reine Leibeigenschaft der Dienstboten bedingen. Man wirft uns vor, wir wollen die Kinderarbeit aufheben. Herr Axmann sagte am Züricher Congreß: „Wenn wir den Bauern mit der Aufhebung der Kinderarbeit kommen würden, dann würden sie uns mit der Mistgabel nachlaufen." Nun, ich habe auch mit Bauern darüber gesprochen sie haben mir aber Recht gegeben. Interessant ist der Ausspruch einer Bäuerin, die ich gefragt habe, warum sie uns ihr Feld zur Verfügung stellt, eine Versammlung abzuhalten, nachdem uns die Pfaffen und Großgrundbesitzer ihre Lokale abgesperrt haben. „Schauen Sie," sagte sie, „ich habe fünf Kinder. Von diesen wird nur eins das Anwesen übernehmen können; die anderen sechs werden Dienstboten werden. Und weil ich das Elend der Dienstboten kenne, weil ich weiß, daß Ihr für die Beseitigung dieses Elendes eintretet, deshalb bin ich für Euch." Wir sehen, daß der Stand

der Kleinbauern von Jahr zu Jahr geringer wird, daß in den letzten Jahren der Großgrundbesitz sich um 85 Perzent vermehrt hat, wir sehen hier beispielsweise den Kapitalisten Schmiedmann und auf der anderen Seite den Fürsten Liechtenstein, die den Bauern auskaufen. Wir finden auch, daß, wenn die einheimischen Lohnsklaven sich nicht beugen wollen, der Herr Fürst seine Arbeiter aus Böhmen herholt. Auf solche Thatsachen müssen wir die Bauern aufmerksam machen, wir müssen den Agitatoren Material an die Hand geben in Bezug auf die Verschuldung von Grund und Boden, in Bezug auf die Expropriation der Bauern, in Bezug auf die Besteuerung, insbesondere in Bezug auf die Uebervortheilung des kleinen Grundbesitzes rücksichtlich der Grundsteuern, und wir müssen dann endlich auf die Thätigkeit unserer Bauernretter im Parlamente hinweisen, die im Namen des Christenthums den Bauern erhalten wollen, in Wirklichkeit aber die Taschen der Großgrundbesitzer füllen, unbekümmert um das Elend des erwerbsthätigen kleinen Bauern. (Beifall.)

Es sind weiter folgende Anträge eingelaufen:

Antrag des Gen. Winarsky:

„Die Wahl der Kommissionsmitglieder zum Studium der Verhältnisse des ländlichen Proletariats wird der Parteivertretung zugewiesen, damit sie sich die geeigneten Kräfte zu diesem Zwecke suchen kann."

„Die Bezirksorganisation Reichenberg beantragt, der Parteitag anerkenne die Organisation der Arbeiter-Turnvereine in Oesterreich und betrachte dieselben als ein Mittel, die jüngere Arbeiterschaft Oesterreichs in die Arbeiterorganisation heranzuziehen." Ulbrich.

„Der heute in Linz tagende Kongreß wolle beschließen, daß die Parteileitung die gewerkschaftlichen Organisationen in jeder Hinsicht ins Auge zu fassen und sie durch die Presse, Broschüren, sowie materielle Kräftigung zu unterstützen habe, da in Gegenden, wo noch die größte Zahl der Massen indifferent ist, diese durch die Gewerkschaften leichter zu gewinnen und dann der politischen Organisation zuzuführen sind."

Felix Scherz, Stuppach.

Gen. Jodlbauer (Klagenfurt): Wir müssen trachten, das gesammte Proletariat, möge es nun industrielles oder ländliches Proletariat heißen, zu organisiren und es geht nicht an, mit der Organisation des ländlichen Proletariates zu warten, bis wir mit der des industriellen fertig sind. Schon heute ziehen es die ländlichen Arbeiter und Dienstboten vor, sich mit ihren Beschwerden gegen die niederträchtige Sippschaft, die sie ausbeutet, an uns zu wenden. Die Organisation des ländlichen Proletariates liegt unmittelbar im Interesse des industriellen Proletariates, da ja die Unternehmer, zum Beispiel bei unserer Holzindustrie in Kärnten, bestrebt sind, dieses aus den Betriebswerkstätten zu entfernen und durch ländliche Arbeiter zu ersetzen, die in wenigen Tagen imstande sind, dieselben Verrichtungen zu machen, wie der frühere langjährige Arbeiter. Wenn zum Beispiel in einer Cementfabrik die Arbeiter von 3 Uhr Früh bis 10 Uhr Abends arbeiten, ohne daß der Gewerbeinspektor oder die Behörde trotz wiederholter Anzeige dagegen einschreiten (Hört! Hört!), und zwar um einen Taglohn von 75 und 80 kr., so ist das nur dadurch möglich, daß man die ländlichen Dienstboten von den Bauern entfernt und in die Fabriken hineinsteckt. Und sie fühlen sich dabei noch nahezu glücklich, denn sie sind wenigstens am Sonntag frei und brauchen sich nicht im Winter mitten im Schnee von hoch oben am Berge in die Kirche, dann wieder hinaustreiben lassen. Wir sehen in Kärnten, daß unsere Ideen, ohne daß wir uns an unserer Prinzipienfestigkeit etwas vergeben müssen, ganz gut Anklang finden, weil eben die wirthschaftlichen Verhältnisse auch den Verstocktesten überzeugen müssen. Die Masse des ländlichen Proletariates bei uns ist schon wenigstens insoweit aufgeklärt, daß es sieht, daß es mit dem Christenthum doch nicht so ist, wie es sein sollte. Nur bezüglich der sechsjährigen Schulpflicht sind die Bauern noch ganz Ebenhoch, weil der Bauer, da die Dienstboten großentheils als Lohndrücker in die Industrieorte ziehen, Mangel an Arbeitskräften hat und seine Kinder schon in frühester Jugend in die Arbeit einspannt, und weil es ihm daher am liebsten wäre, wenn er die Kinder gar nicht in die Schule schicken müßte. Wir speziell in Kärnten warten mit unserer Agitation nicht darauf, bis die Partei etwas beschließt und vielleicht Formen schafft, unter denen wir in die ländlichen Verhältnisse eindringen könnten, sondern wir waren

von Anfang an auch in dieser Beziehung thätig. Wir haben die ganze Masse der Unterdrückten aufzuklären und in unsere Organisationen hereinzuziehen, gleichgleichgiltig, ob es Industriearbeiter oder Dienstboten sind, und ohne Rücksicht darauf, ob sie männlichen oder weiblichen Geschlechtes sind. Nicht als Frauen und nicht als Männer, sondern als Menschen haben wir sie zu organisiren, zum Kampfe gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung. (Beifall.)

Vorsitzender: Es ist mir ein Antrag des Genossen Müller aus Graz übergeben worden (liest):

„Die Kreisvertretungen werden angewiesen, um eine einheitliche und sachliche Behandlung der politischen und organisatorischen Fragen in Versammlungen zu erzielen, Musterreferate zur Benützung für die Referenten auszuarbeiten."

Gen. Köhler (Haindorf): Ob wir in einem Bezirke zuerst eine politische Organisation oder einen Bildungsverein oder eine Gewerkschaftsorganisation zu schaffen haben, das richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Uns in Trautenau zum Beispiel muß der Bildungsverein das erste Mittel abgeben, ohne daß wir deswegen Bildungsmeierei treiben, sondern wir erziehen die Leute auf diesem Wege zum Klassenbewußtsein und zum Klassenkampfe.

Was die Landorganisation dort betrifft, so ist dieselbe sehr schwer, weil Alles national oder klerikal ist. Aber nichtsdestoweniger hat der Pfarrer dann verloren, wenn man versucht, die Klerikalen mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. So zum Beispiel ist der Pfarrer aus einer Versammlung von Kleinbauern davongelaufen, auf deren Tagesordnung die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion stand, obwohl er schon vorher in der Kirche verkündet hatte, daß er in dieser Versammlung sprechen werde. Bezüglich der Frauenorganisation stehen wir auf dem Standpunkte des Genossen Schuhmeier. Wir wollen, daß die Frauen organisirt sind, aber für eine separate Frauenorganisation können wir uns nicht erwärmen. Wir begrüßen die Gründung von Turnvereinen, aber die Leute sollen nicht bloß zu tüchtigen Turnern, sondern auch zu tüchtigen Parteigenossen herangezogen werden. (Beifall.)

Ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten wird abgelehnt, dagegen Schluß der Rednerliste angenommen.

Gen. Filzer (Kitzbühel): Werthe Parteigenossen! Wir sehen, daß bei uns in Oesterreich so wie in allen übrigen Ländern bei der sozialdemokratischen Partei das Verlangen vorhanden ist, auch das ländliche Proletariat und den kleinen Bauernstand in die sozialdemokratische Bewegung hineinzuziehen. Ueberall ist das mit großen Schwierigkeiten verbunden. Auch in Deutschland, wo die Organisationen bedeutend älter sind als bei uns, hat man die Erfahrung machen müssen, wie schwer auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen ist. Ich bin für den von der Parteivertretung gestellten Antrag auf Einsetzung einer Kommission. Fragen wir uns aber aufrichtig: Wird es möglich sein, den kleinen Bauernstand voll und ganz in die proletarische Bewegung hineinzubeziehen, dann müssen wir sagen: Nein, das wird nicht möglich sein. So lange der Bauer eben ein Bauer ist, und wenn er auch ganz unter proletarischen Verhältnissen lebt, wird er sich nicht proletarischen Klassengeist aneignen können. Nur Einzelne werden das können, welche die Geschichte des Proletariats kennen und vom wissenschaftlichen Standpunkte aus verstehen, welche Richtung die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung nimmt, aber der ganze Bauernstand als Klasse wird nicht zu dieser Einsicht kommen. Bei dem ländlichen Proletariate wären die Bedingungen wohl da für ein Eintreten der Sozialdemokratie, aber eine andere Frage ist die: Wie kann man zu dem ländlichen Proletariate kommen? Es ist ungemein schwierig, auf dem Lande zu arbeiten, wo die Leute weit draußen und zerstreut wohnen und wo die Schulbildung auf das niedrigste Niveau heruntergedrückt ist. Zu bedenken ist auch, daß man es wirklich mit Leuten zu thun hat, die eine bedeutend niedrigere Intelligenz besitzen. Wir müssen in einemfort beobachten, daß gerade die intelligenteren Landarbeiter mehr und mehr der Stadt zuziehen oder ein Handwerk lernen und daß nur die Indifferentesten, die sich mit ihrer Lage ganz wenig befassen, zurückbleiben. Durch den Militarismus wird veranlaßt, daß die jungen Burschen vom Lande in die Stadt kommen. Sie werden mit dem Stadtleben vertraut, und wenn sie in die Heimat zurückkommen, sind sie mit ihren Verhältnissen nicht einverstanden. Sie

haben das Leben von einer anderen Seite kennen gelernt, und nun heißt es: Ich will nicht mehr hier bleiben, ich mache dies oder jenes, ich gehe in die Stadt und werde Maurer, Zimmermann und dergleichen. Und dann, wenn er sich einmal in ein anderes Milieu begeben hat, wenn er als Handwerker in einer Stadt oder in einem Markte oder Dorfe lebt, ist es viel leichter möglich, ihn in die Organisation hineinzubeziehen. Das Einzige, was wir vorläufig thun können, ist, daß wir möglichst viele Versammlungen draußen auf dem Lande abhalten, damit wenigstens der Geist der Bauern angeregt werde. Ganz umsonst wird es nicht sein, hie und da bleibt schon etwas hängen. Man muß mit den Leuten klar und offen sprechen, man muß den Bauern sagen, die sozialdemokratische Partei kann Euch auf dem Boden des heutigen Klassenstaates nicht helfen, sie kann Euch wohl beistehen, daß Ihr weniger ausgebeutet werdet, aber gründlich helfen kann sie Euch nicht.

Und dann sind Forderungen für das ländliche Proletariat aufzustellen, deren Erfüllung doch wenigstens eine Erleichterung schaffen könnte, und das wäre auch gewissermaßen eine Arbeiterschutzgesetzgebung mit Alters- und Invaliditätsversicherung u. s. w. Während aber der Achtstundentag bei dem industriellen Proletariate eine so große Rolle spielt, indem es erwiesenermaßen eine Nothwendigkeit ist, daß der Arbeiter nicht übermäßig lange in die Arbeit eingespannt ist und er Zeit übrig haben muß, auch seinen Geist auszubilden, besitzt diese Idee auf dem Lande selbst noch keinen Anklang, und wenn wir für den Achtstundentag kämpfen, so halten sie das für eine Utopie. Sie sind für diesen Achtstundentag absolut noch nicht reif, wohl aber kann man ihnen von einer Verkürzung der Arbeitszeit sprechen. Die ländlichen Verhältnisse bringen überhaupt eine Ungleichmäßigkeit der Arbeit mit sich. Sind während der Sommermonate die Arbeitstage ungemein lang, so tritt im Winter wieder ein anderes Verhältniß ein. Wenigstens in meiner Heimat wird sehr häufig der Arbeitstag die acht Stunden nicht erreichen und im Sommer oft die doppelte Stundenzahl. Es war in früherer Zeit in diesem Punkte bedeutend besser als heutzutage, denn früher war die Anzahl der Feiertage eine viel größere, es hat eine viel kleinere Zahl von Arbeitstagen gegeben, so daß, wenn man diese für das ganze Jahr summirte, die Durchschnittsarbeitszeit beim landwirthschaftlichen Arbeiter nicht viel mehr betragen hat als acht Stunden. Aber heutzutage, nachdem die Liberalen es für ihre Pflicht gehalten haben, die kirchlichen Feiertage theilweise abzuschaffen, damit jeder Tag produktiv angewendet werde (Beifall und Heiterkeit), ist es in dieser Beziehung schlechter geworden. Wir müssen uns also auf dem Lande beschränken auf die Abhaltung von Versammlungen und die Verbreitung kleinerer Schriften. Es sollte sich die Parteivertretung daran machen, eigene Kalender und kleine Agitationsschriften herauszugeben, denn wenn man diesen Leuten dickere Bücher geben muß, so geht es nicht gut. Solche Schriften hätten sich weniger mit dem politischen Kampfe als damit zu befassen, aufzuklären über die Lage des Bauernstandes, wie alles so geworden ist, wie es heute ist, und woher alle diese Mißstände kommen. Das wäre auf die einfachste Art zu begründen und allenfalls gerade anzudeuten, auf welche Weise abzuhelfen wäre. In dem Programme, das von einer Kommission für den Bauernstand ausgearbeitet werden könnte, könnte festgestellt werden, wie die Forderungen aussehen müßten, deren Erreichung den Bauernstand wirklich einmal auf eine bessere Existenzgrundlage stellen würden. Aber daß sich die sozialdemokratische Partei schon jetzt für ihre Durchführung einsetze, das ist nicht nothwendig, denn sie hat noch genug Arbeit zu thun, wenn sie sich des eigentlichen Proletariats annimmt. Sobald der Bauer von seiner Scholle vertrieben ist, ist die sozialdemokratische Partei die Vertreterin seiner Interessen, vorher aber kann sie nur seine Lehrerin sein.

Wenn die Agrarkommission dem Breslauer Parteitage in Punkt 17 den Vorschlag gemacht hat: unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Nutzungs- und Weiderechte so ist ein solcher Punkt für ein Programm absolut unbrauchbar. In einigen Gegenden mag dies ja wohl vortheilhaft sein. Ich aber habe in Tirol, dort, wo noch die alten Verhältnisse bestehen, wo noch gemeinsame Weiden, gemeinsame Wälder 2c. existiren, die Beobachtung gemacht, daß diese gerade zu den schlechtest bewirthschafteten gehören. Es wäre zu empfehlen, daß darauf hingearbeitet werde, daß die größeren Bauerngüter aufgetheilt und von den einzelnen Familien

bewirthschaftet werden, und daß die einzelnen wieder zu genossenschaftlicher Arbeit zusammentreten. Die Sozialdemokratie hat ein Interesse daran, Licht und Klarheit zu schaffen und der Unwissenheit und Lüge überall entgegenzutreten. Sie wird den Kampf mit den herrschenden Klassen aufnehmen müssen, welche die Unwissenheit des Volkes mißbrauchen, um ihre eigenen Interessen zu vertreten. Und wenn uns auch die Klerikalen, wie Genosse Schuhmeier meinte, hundertmal sagen werden, daß wir sozialdemokratisch gesinnten Bauern „Schandbauern" sind — das macht uns nichts. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Weiters wurden folgende Anträge eingebracht:

„Da es der Partei gelungen ist, ihre Genossen in viele Gemeindevertretungen zu entsenden und es nothwendig erscheint, diesen Genossen eine Richtschnur an die Hand zu geben, um ein einheitliches Vorgehen allseits zu ermöglichen, wird die Parteivertretung beauftragt, die Aufstellung eines Kommunalprogramms, insbesondere mit Rücksicht auf die kleineren Landgemeinden auszuarbeiten und dem nächsten Parteitage vorzulegen."

Josef Dobiasch, Josef Schweichhart.

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, dahin zu wirken, daß in der Presse und durch Herausgabe von Druckschriften den Referenten am Lande mehr Material als bisher zur Landagitation zur Verfügung gestellt werde."

Anton Wagner, Knittelfeld.

Gen. Schiller (Reichenberg) bemerkt gegenüber dem Genossen Schuhmeier, daß die böhmischen Genossen von der Veranstaltung der Demonstrationsversammlungen, die ungarischen Greuel betreffend, zu spät verständigt wurden. So sei erst am 30. April die Aufforderung gekommen, am 8. Mai solche Demonstrationsversammlungen abzuhalten. Thatsächlich wurde auch eine ganze Reihe solcher Versammlungen, wenn auch nicht am 8. Mai, sondern etwas später, abgehalten. Redner tritt für den Antrag Ulbrich ein, daß die Parteivertretung in allgemeinen Parteifragen mit den Kreisorganisationen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen sich in Verbindung zu setzen habe. Denn wenn die Veranstaltung von Versammlungen beispielsweise nicht direkt von den Kreisvertretungen unternommen wird, so kann es sich ereignen, daß zwei wichtige Versammlungen zur selben Zeit und in der nächsten Nähe zusammenfallen. Er spricht sich gegen separate Bauernorganisationen, gegen separate Handwerker-Organisationen, sowie auch gegen separate Frauenorganisationen aus. Würden letztere bei uns gegründet werden, so müßten die weiblichen Arbeiter, welche die Hälfte der Textilarbeiter ausmachen, den Fachorganisationen entzogen werden, und das dürfen wir nicht thun. Die Gründung von Turnvereinen wäre bei uns zu empfehlen. Diese sind heute in deutschnationalem Fahrwasser, setzen sich aber hauptsächlich aus Arbeitern zusammen. Solche Leute, die für eine ernste Arbeit noch nicht zu haben sind, müssen wir dadurch in unsere Reihen heranziehen, indem wir ihnen dasselbe bieten, was ihnen in jenen Vereinen geboten wird. Es wird aber auch möglich sein, diese Leute nicht nur im Turnen heranzubilden, sondern sie auch zu tüchtigen Genossen heranzuziehen. Dem Antrage Schuhmeier's auf Wahl einer Kommission zum Studium der Agitation und Organisation unter den ländlichen Arbeitern kann ich nur zustimmen. Ich bin überzeugt, daß die Kommission Ihnen nur empfehlen wird, gemeinsame Vereine für die ländlichen Arbeiter und Bauern zu gründen. Wir können nicht beide separat organisiren, weil wir nicht in der Lage sind, den Bauern große Vortheile zu bieten.

Genossin Adelheid Popp (Wien): Werthe Genossen und Genossinnen! Ich will mich selbstverständlich nur auf das Prinzipielle der Arbeiterinnenfrage einlassen. Was Genosse Schuhmeier darüber gesagt hat, daß die Frauen von in der Bewegung stehenden Parteigenossen nicht die Möglichkeit haben, sich ebenfalls in der Organisation zu bethätigen, wird Niemand, der halbwegs in die Verhältnisse Einblick hat, bestreiten. Für die Sozialdemokratie ist aber die Frauenfrage vor Allem eine Frage der Lohnarbeiterinnen, ohne daß wir zwischen verheirateten oder ledigen Lohnarbeiterinnen zu unterscheiden haben. Die verheiratete Arbeiterin wird, wenn sie nicht organisirt ist, ebenso Lohndrückerin sein, wie die nichtorganisirte ledige Arbeiterin. In dieser Beziehung gibt es daher keinen Unterschied, wenn es sich um die Verfechtung unseres Programmpunktes handelt, das

Proletariat ohne Unterschied des Geschlechtes aus der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft zu befreien. Für uns handelt es sich in erster Linie darum, daß die Parteivertretung der Frauenfrage, der Arbeiterinnenfrage gegenüber auf Grund ihres Programmes genau fixire. Daß es in der Praxis nicht immer jedem Einzelnen möglich ist, dem sofort und in jeder Beziehung Rechnung zu tragen, gilt hier ebenso wie in vielen anderen Dingen. Etwas Anderes aber haben wir nie verlangt.

Die Genossen werden sich erinnern, daß seit dem Parteitage im Hotel Union kein Parteitag mit Ausnahme des letzten vorübergegangen ist, wo wir nicht an die Genossen appellirt hätten, sich dafür einzusetzen, daß die Arbeiterinnen in die gemeinsame Organisation einbezogen werden, wo nicht Anträge gestellt worden wären, daß die Vertreter der Landesorganisationen es den Arbeiterinnen ermöglichen sollen, in den gemeinsamen gewerkschaftlichen und den gemeinsamen politischen Organisationen ihre Vertretung zu finden. So viel ich weiß, haben die Genossinnen noch auf keinem Parteitage den Standpunkt vertreten, daß sie sich separat organisiren wollen. Im Gegentheile, wir wollen nicht, daß die Arbeiterinnenorganisation eine alleinige Frage der Arbeiterinnen sei, sondern vielmehr eine Gesammtarbeit und Gesammtaufgabe aller Parteigenossen. (Beifall.)

Die Ansicht, die Genosse Schuhmeier heute hier vertreten hat, ist nicht die allerreaktionärste, sie ist nicht in so schroffem Gegensatze zur Arbeiterinnenorganisation gestanden. Ich habe schon ganz andere Ausführungen von ihm gehört. Mich hat es heute mit der größten Befriedigung erfüllt, daß Genosse Schuhmeier als Parteisekretär konstatirt hat, daß er wie alle Anderen das Bestreben hat, in allen Versammlungen darauf hinzuwirken, daß auch die Arbeiterinnen sich organisiren sollen. Wir wünschen aber, daß dieser Grundsatz auch in der Organisationsarbeit seinen Ausdruck finde. Wir wissen, wie unüberwindlich die Schwierigkeiten sind, die sich der Organisation der Arbeiterinnen entgegenstellen, wenn diese auf ihre alleinige Kraft angewiesen sind. Sie bedürfen hier der Unterstützung der Gesammtpartei, um Erfolge erzielen zu können. Ich bin der Meinung, daß es nothwendig wäre, daß der Parteitag heute offiziell seine prinzipielle Meinung über die Arbeiterinnenfrage zum Ausdrucke bringe. Es könnte sonst das, was heute — und gewiß in bester Absicht — von der Scheidung zwischen den Arbeiterinnen hier gesagt wurde, gegen uns ausgenützt und uns wie den Genossen, die sich um die Organisation der Arbeiterin bemühen, entgegengehalten werden, daß es ja nicht die offizielle Meinung der Partei ist, daß jede Lohnarbeiterin ohne Unterschied heranzuziehen sei. Wir richten das Ansuchen an den Parteitag und die Parteigenossen, sich jederzeit ohne allen Rückhalt und ohne alle Ausflüchte der Unterstützung und Förderung der Arbeiterinnenfrage hinzugeben, wie wir es nach besten Kräften auch in Bezug auf die männlichen Arbeiter thun. Die Beschlüsse der Frauenkonferenz zeigen am besten, daß es keine einzige Arbeiterin gibt, die auf dem Standpunkte einer getrennten Organisation steht.

Die Genossinnen, die heute das Reichskomité der Arbeiterinnen bilden, nehmen ihre Aufgabe thatsächlich ernst. Das Komité muß daher auch von Ihnen verlangen, daß diese Organisationsform, die nur taktischen Gründen entspricht, anerkannt wird in der Weise, daß, wenn Sie irgendwie in der Agitation mit den Genossinnen rechnen zu müssen glauben, Sie mit dem Komité in Fühlung treten, mit demselben Rücksprache pflegen und der Frauenorganisation und dem Komité Ihre Unterstützung leihen. Wir sind gerne bereit, Hand in Hand mit Ihnen zu arbeiten. Es mag über Gegensätze gesprochen werden, so viel man will. Richtig ist, daß die Lohnarbeiterin ebenso wie der Lohnarbeiter in die Organisation gehört. Richtig ist aber auch weiter, daß die Frauen nicht nur zu den gewerkschaftlichen Organisationen heranzuziehen, sondern auch mit den sozialdemokratischen Ideen zu erfüllen sind, daß sie nicht nur zur Verbesserung ihrer wirthschaftlichen Lage in die Gewerkschaften einzuführen, sondern auch zu Kämpferinnen für die großen Ideen der Sozialdemokratie überhaupt zu erziehen sind. (Bravo!)

Gen. **Hecker** (Teichstadt) ist gegen den Antrag Dobiasch-Schweichhart auf Ausarbeitung eines Kommunalprogrammes, da die Verhältnisse in den verschiedenen Orten zu verschieden sind. Gegenüber dem Vorwurfe des Gen. Schuhmeier, daß Böhmen in der Aktion, die gegen das brutale ungarische Regiment

eingeleitet wurde, nicht einheitlich vorgegangen sei, konstatirt er, daß man im Rumburger Bezirke bis Samstag den 7. Mai von einer solchen Aktion gar nichts gewußt habe. Ueberhaupt sei der gegenwärtige Apparat viel zu umständlich.

Genossin Glas (Wien): Es scheint mir, als ob die Nothwendigkeit, sich auf diesem Parteitage über die prinzipielle Bedeutung der Frauenorganisation auszusprechen, doch eigentlich für die Sozialdemokratie nicht mehr vorläge. Es wäre wahrlich allzu traurig, wenn wir nach einer so langen Zeit erst uns darüber auszusprechen hätten, ob es denn nothwendig sei, die Frauen in die Organisation hineinzubringen, und dies ist ja von den bisherigen Rednern sogar zugegeben worden, daß die Frau zu organisiren eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie wäre. Ich denke nun, daß wir uns von nun an nicht vorwiegend damit befassen sollen, ob es nothwendig sei, die Frauen zu organisiren, sondern weit mehr jene Momente ins Auge fassen sollten, die hindernd für die Frauenorganisation sind. So lange überhaupt eine Sozialdemokratie besteht, war es eine ihrer Hauptaufgaben, und es ist das bekanntlich schon im Gothaer Programme ausgesprochen worden, in gleicher Weise die Frauen wie die Männer für den Gedanken der Sozialdemokratie zu bekommen. Heute aber hängt die Frage: Sollen wir die Frauen organisiren oder nicht? nicht mehr von unserem persönlichen Belieben oder unserer Einsicht ab. Die Frauen leben heute unter denselben Gesetzen und Bedingungen wie die Männer. Es bedarf heute nicht mehr der Ideologie der bürgerlichen Emanzipationsbewegung, des ethischen Standpunktes: Wir müssen die unterdrückte Frau, die Sklavin des Mannes, die auf den häuslichen Herd beschränkte Frau befreien, heute brauchen wir nicht mehr an den Altruismus der Männer zu appelliren, wir brauchen ihnen bloß zu sagen: Seht euch das Treiben der Klerikalen an, wie diese die Frauen zu organisiren suchen, schaut euch an, wie in allen Industriezweigen die Frauen in erschreckender Weise immer mehr beschäftigt werden, wie in den einzelnen Fabriken thatsächlich die Männer von den Frauen verdrängt werden und der Kampf zwischen Männern und Frauen nicht mehr ein Kampf ist, der sich richtet nach dem persönlichen Belieben und der Einsicht des Einzelnen, sondern ein Kampf, der bedingt und diktirt ist von der allgemeinen Erkenntniß der Sozialdemokratie überhaupt. (Zustimmung.) Es erscheint mir überflüssig, immer wieder eine Debatte für oder gegen Schuhmeier heraufzubeschwören. Ich glaube Gen. Schuhmeier ist mir gewiß nicht böse, wenn ich sage, daß es ihm eine zu große Bedeutung beilegen hieße, wenn man das, was er sagt, was seine persönliche Ansicht ist, nicht die des Parteisekretärs, nicht eines Mitgliedes der Parteivertretung, sondern eines ganz simplen Genossen aus dem XVII. Bezirke (Heiterkeit), zum Mittelpunkte der ganzen Debatte machen wollte.

Wenn schon hingehaut werden soll, so werde ich mir schon ganz andere Leute aussuchen. Ich finde, daß die Parteivertretung ebenso ihre Prügel verdienen würde wie der Gen. Schuhmeier. Gen. Dr. Adler betheuert zwar immer, daß er ein begeisterter Freund der Frauenorganisation ist, aber ich gestehe Ihnen, daß mir die Betheuerungen des Gen. Dr. Adler und der Parteivertretung überhaupt genau so werthvoll erscheinen wie die Worte des Gen. Schuhmeier, weil die Betheuerungen der Parteivertretung nichts nützen und die Worte des Gen. Schuhmeier nichts schaden können. (Heiterkeit.) Ich schimpfe nicht darum auf die Parteivertretung, weil ich glaube, daß sie es nicht verdient, sondern einzig und allein darum, weil ich weiß, daß es nichts nützt, aus Erfahrung, die gewiß auch andere Genossen gemacht haben. Es ist übrigens eine ganz falsche Auffassung, zu glauben, daß einzelne Leute, und selbst wenn es die tüchtigsten sind, irgend etwas Richtunggebendes für eine allgemeine Bewegung wie die Arbeiterinnenfrage thun können. Was wir brauchen und worauf wir angewiesen sind, ist, daß die einzelnen Vertreter der Vereine, der Industriegruppen, der Bezirke und Wahlkreise das, was sie als ihre Ansicht aussprechen, in die Wirklichkeit umsetzen. Ich finde auch, daß über diese Sache bereits genugsam gesprochen worden ist, und ich glaube, wir können die Arbeiterinnen für unsere Organisation nur gewinnen, wenn wir nicht warten, bis die Vertretung etwas sagt oder dem Gen. Schuhmeier irgendwelche freundliche Worte für die Frauen einfallen, sondern wenn wir selbst, ausgerüstet mit dem, was wir gelernt haben und wissen, für die Arbeiterinnen etwas thun.

Der Standpunkt, daß die Frauen nur schwer für die Organisation zu bekommen sind, ist heute in gewissem Sinne nicht mehr richtig, weil die Frau heute nicht allein Leidens- und Arbeitsgenossin des Mannes in der Fabrik ist, sondern, wenn sie von ihm auf ihre Lage aufmerksam gemacht wird, zur Kampfgenossin wird. Wenn aber angeführt wird, daß verheiratete Frauen schwerer zu bekommen sind als ledige, so erkläre ich mich damit vollständig einverstanden. Das kann nicht maßgebend sein, daß einzelne verheiratete Genossinnen trotzdem noch in der Agitation und Organisation stehen. Sie wissen selbst, welche schwere seelische Kämpfe sie da mit sich abzumachen haben, und sie wissen auch, daß sie früher oder später doch der Agitation entzogen werden. Wir haben ja gerade die tüchtigsten Genossinnen dadurch verloren, daß sie geheiratet und Kinder bekommen haben. Ich erinnere nur an die Genossin Lill in Falkenau, die eine der tüchtigsten Genossinnen war und heute, der Macht der Verhältnisse gehorchend, nichts mehr für die Partei thun kann. (Gen. Schuhmeier: Da habe ich doch Recht mit meiner praktischen Erfahrung!)

Es ist auch nicht ganz unrichtig, wenn behauptet wird, daß die Frauen schon dadurch der Sozialdemokratie einen Dienst leisten, daß sie ihre Männer nicht von der Organisation abhalten, haben wir doch viele Parteigenossen, die aus gewissen Gründen nicht in der Organisation stehen oder sich nicht an der Agitation betheiligen können. Wir können deswegen nicht sagen, daß das schlechte Genossen sind. Wenn wir aber diese Frauen soweit aufklären, daß sie ihre Kinder vernünftig, daß sie sie nicht mehr in dem alten knechtseligen Geiste erziehen, dann werden wir gewiß für die Sozialdemokratie überhaupt, um mit den Worten der Genossin Popp zu reden, sehr viel gethan haben. Aber es ist ein Unding, zu glauben, daß wir die Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung als Frau, als Mutter, als Weib befreien können. (Sehr richtig!) Wir können nur ihre wirthschaftliche Lage zu verbessern suchen und darauf hinarbeiten, daß ihr Gehirn und ihr Körper nicht verelendet werden, daß sie gesunde Kinder zur Welt bringe oder überhaupt die Fähigkeit hat, sie zu gebären. Der Mensch als Mensch aber kann innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung nicht befreit werden; heute können wir die Frau nicht als Weib und Mutter, heute können wir sie nur als Lohnarbeiterin befreien, indem wir sie zur Kampfgenossin des Mannes erziehen und versuchen, sie, wenn sie schon nicht in die Organisation geht, wenigstens mit den Ideen der Sozialdemokratie zu erfüllen. Wenn wir aber damit warten wollen, bis die Männer nichts mehr zu thun geben, dann müßten wir uns wirklich bis zum großen Kladderadatsch in Geduld fassen.

Was meinen Antrag betrifft, so deckt es sich mit dem, was mir vom Frauen-Reichskomité aufgetragen wurde. Wir haben in unserem Organisationsentwurfe darauf hingewiesen, daß überall dort, wo es nothwendig oder möglich ist, Sektionen für die Frauen zu errichten, den Frauen die Möglichkeit gegeben werden soll, eine Art von Komité zu bilden, wo sie ihre Angelegenheiten besprechen und für die Organisirung der Arbeiterinnen etwas machen können. Es genügt aber nicht, wenn wir nur die Sektionen bilden, die ja eine Art von Industriegruppen sind, sondern wir müssen den politischen Vertrauensmännern, den Vertretern der Wahlkreise und Bezirke, auch sagen, daß sie in den Bezirken Subkomités zu gründen haben, die eine Vereinigung der in den Orten anwesenden Frauen bilden sollen. Es ist uns aber keineswegs darum zu thun, irgendwie separatistische Organisationen zu gründen, und was mich betrifft, so bin ich eigentlich gleichfalls eine Gegnerin der Frauenvereine, weil nach den bisherigen Erfahrungen die Arbeiterinnenvereine nur wenig Gutes zu Tage gefördert haben. Insbesondere den Provinzgenossen möchte ich das sagen, damit sie nicht mehr glauben, daß wir die Frauen den Gewerkschaften entfremden wollen, wir wollen vielmehr einzig und allein, daß die Frauen in die Gewerkschaften hineinkommen. (Beifall.)

Ueber Antrag des Gen. Ludwig wird Schluß der Debatte angenommen.

Referent Gen. Schuhmeier: Werthe Parteigenossen! Ich bin Ihnen zunächst dafür dankbar, daß Sie meiner Einladung Folge geleistet und sich mehr an die Sache als an meine Wenigkeit gehalten haben. Ich kann auch konstatiren, daß die Diskussion sehr hübsches Material auf den hier in Betracht kommenden

Gebieten zu Tage gefördert hat. Auf die Bauernfrage ist eigentlich nur der Genosse Filzer eingegangen, und wir müssen gestehen, daß er wirklich mit der nothwendigen Klarheit und der Selbstaufopferung, welche die Sache verlangt, hier gesprochen hat. (Beifall.) Er hat mit Recht hervorgehoben, daß wir Sozialdemokraten in der Bauernorganisation schon deswegen einen schweren Stand haben, weil der Bauer an seiner Scholle hängt. Die Scholle des Bauern, sein Grund und Boden, wird zwar immer kleiner, was aber nicht kleiner wird, das ist der Stolz des Bauern als Bauer, und Sozialdemokrat werden, heißt für ihn das Preisgeben dieses falschen und nichtssagenden Stolzes. Die Worte des Genossen Filzer gehen ja insbesondere deshalb so wohlthuend zu Herzen, weil man sagen muß, daß solche Worte aus dem Munde eines Bauern doppelt werthvoll sind. Alles, was er sagt, hängt davon ab, daß der Bauer zunächst weniger glauben, wohl aber mehr wissen muß, die Erkenntniß ist es, die uns den Bauern näherbringen kann, und unsere Agitation auf dem Lande muß deshalb zunächst eine aufklärende sein. Wenn wir aber auch die Bauern nicht direkt in eine Organisation bringen können, so haben wir doch darauf Gewicht zu legen, daß die Bauern uns weniger feindlich gesinnt werden, als sie es vielfach heute noch sind. Wir müssen uns den Bauern in allen und jeden Rechtsstreitigkeiten dienstbar erweisen, und haben wir nur einmal einen Bauern, der jahrelang Recht gesucht, aber nicht gefunden hat, zu seinem Rechte verholfen, dann heißt es: Seht, dem hat Niemand sonst geholfen, gerade die Sozialdemokraten sind es, die ihm geholfen haben, und so oft wir derartiges gethan haben, immer hat es uns sehr viel genützt. (Sehr richtig!) Ich sage deshalb, Genossen, wenn Ihr zu den Bauern geht, müßt Ihr nicht nur Euer Programm mitnehmen, Ihr müßt mit Euerem ganzen Wissen hausiren gehen, Ihr müßt es ihnen gratis zur Verfügung stellen, damit sie, wenn sie wieder etwas brauchen, nicht zu den Gegnern, sondern zu uns kommen. Wenn von den Gegnern behauptet wird, daß die Sozialdemokraten die Proletarisirung des Bauern wollen, so müssen wir ihnen sagen, daß das nicht wahr ist, sondern daß die Zeit, der Fortschritt es ist, der ihn proletarisirt, und daß wir Sozialdemokraten nur den Muth haben, den Bauern die Zukunft zu zeigen. Die Schwarzen zeigen ihnen das Jenseits, den Himmel, und wir Rothe zeigen ihnen die Zukunft auf Erden. Schuld daran, daß der Bauer zu Grunde geht, sind nicht wir, sondern die Verhältnisse, wir machen ihn nur darauf aufmerksam: Bauer, wenn Du ausgepfändet wirst, steigst Du nicht in eine höhere Gesellschaftsklasse auf, sondern sinkst in's Proletariat hinunter.

Eine schwierige Frage ist die der Arbeitszeit, aber auch da müssen wir sagen, daß sowohl der Bauer wie der Großgrundbesitzer die Arbeitskraft im Sommer wie im Winter nach Möglichkeit ausnützen. Bezüglich dieser ganzen Frage der ländlichen Organisation bitte ich Sie, den durch einen Zusatzantrag modifizirten Antrag der Parteivertretung anzunehmen.

Was die Bemerkungen der Genossen Schiller und Hecker betrifft, so muß ich erwidern, daß es doch keine Entschuldigung ist, wenn sie sagen, sie haben die Aktion acht Tage später gemacht, sie haben es aber versäumt, uns davon zu verständigen. Wenn sie behaupten, die Verständigung zu spät erhalten zu haben, so wird das Sekretariat in Zukunft darauf Rücksicht nehmen. Im Interesse der Schlagfertigkeit der Aktion muß ich aber ersuchen, die Korrespondenten anzuweisen, in solchen Fällen sofort das Geeignete zu veranlassen, ohne erst den ganzen bureaukratischen Apparat in Bewegung zu setzen.

Was die Frauenorganisation anbelangt, wird jetzt, nachdem die Frauenkonferenz vorüber ist, allen Ernstes daran gearbeitet werden müssen. An mir wird es gewiß nicht fehlen. Nothwendig ist aber, daß das Reichskomité in ständiger Fühlung mit dem Sekretariate bleibt, und daß die privaten Abmachungen auf diesem Gebiete aufhören.

Und nun zu den Anträgen. Seitens der Parteivertretung liegen nun drei Anträge vor. Erstens der Antrag, die Parteisteuer betreffend, welcher, wenn er angenommen wird, eine Aenderung unseres Organisationsstatuts bedingt. Dies wäre der zweite Antrag. Drittens ist ein Antrag, betreffend die Einsetzung einer Kommission zum Studium der Verhältnisse auf dem Lande, gestellt worden. Zu diesem Antrage wurde seitens der Genossen Winarsky und Dr. Czech je ein

Zusatzantrag gestellt, welche beide dasselbe besagen; beide verlangen, daß die Wahl dieser Kommission der Parteivertretung zugewiesen werde; ich glaube auch, daß die Parteivertretung die Kommission ernennen soll. Ich bitte Sie, die Anträge der Parteivertretung mit den Zusatzanträgen Winarsky-Czech anzunehmen. Gegen den Antrag der Genossin Glas, die Frauenorganisation betreffend, habe ich nichts einzuwenden, ich bitte Sie, auch diesen Antrag anzunehmen.

Den Antrag Dobiasch-Schweichhart betreffend, meine ich, daß es gefährlich wäre, für alle Gemeinden ein gemeinsames Programm aufzustellen. Es lassen sich wohl die hauptsächlichsten Grundzüge fixiren; die gibt aber schon das Kommunalprogramm der Wiener Sozialdemokraten; andere Grundzüge werden schwer zu finden sein. Die Thätigkeit der Genossen in den Landgemeinden wird darauf zu richten zu sein, vernünftiger zu handeln als ihre Vorgänger und mit den Gemeindeangehörigen anständiger umzugehen, als z. B. die Deutschnationalen oder die Klerikalen mit ihnen umzugehen pflegen. Die Genossen müssen sich aber hüten, das Programm, das wir für Wien entworfen haben, als Schablone hinzunehmen und etwa in einer Landgemeinde eine kommunale Bäckerei errichten zu wollen. Ich glaube, es wird gut sein, wenn die Genossen bei wichtigen Anlässen vorher beim Sekretariat anfragen, welche Stellung sie einnehmen sollen. Ich bitte um Ablehnung des Antrages, damit in der Sache keine Verwirrung gestiftet werde.

Den Antrag Müller auf Ausarbeitung von Musterreferaten halte ich für undurchführbar. Dasselbe Referat wird verschiedene Wirkung auf die Zuhörer haben, je nachdem es mit mehr oder weniger Feuer und Schwung gehalten wird. (Ruf: Material!) Material haben Sie in unserer Parteipresse genügend, ein heimliches Material haben wir nicht.

Den Antrag Behr (Saaz) halte ich für überflüssig. Die Unterstützung der Gewerkschaften geschieht schon seit Jahren. Genosse Hueber kann darüber Auskunft geben, daß wir alle Angelegenheiten gemeinsam berathen. Wir haben uns über die Gewerkschaften nicht zu beklagen, und ich hoffe, daß sich die Genossen auch über uns nicht beklagen werden. (Gen. Behr: Es handelt sich hier um die Organisation der ländlichen Arbeiter. Gen. Hueber: Wo die Vorbedingungen gegeben sind, geschieht das auch!)

Die Anträge des Genossen Barth, der Vertretung des V. Wiener Wahlkreises und der Bezirksorganisation Reichenberg wünschen die Gründung von Turnvereinen. Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Den Antrag des Genossen Scherz (Stuppach) halte ich für überflüssig.

Genossen! Ich glaube, daß die Diskussion über die Organisation keine unnütze war, sondern daß sie der Partei zum Nutzen gereichen wird. Ich bitte Sie aber, daran zu gehen, die Beschlüsse des Parteitages vom ersten bis zum letzten Buchstaben genau durchzuführen. Das ist das Allernothwendigste, was gethan werden muß.

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Parteivertretung, betreffend die Parteisteuer, wird in folgender Fassung angenommen:

„7. Parteisteuer. Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben."

An die Stelle des letzten Absatzes des Punktes 3 im Organisationsstatut (Wahlkreisorganisation) wird nach dem Antrage der Parteivertretung folgender Passus gesetzt:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Weiters wird die Streichung des letzten Satzes des Punktes 3 „Wahlkreisorganisation", und zwar die Streichung der Worte: „Nach Möglichkeit sind

dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern" angenommen.

Der Antrag Zeller, nach welchem die Abgeordneten der Pflicht enthoben werden sollen, am Parteitag zu erscheinen, wird abgelehnt.

Der Antrag der Parteivertretung auf Einsetzung einer Kommission zum Studium der ländlichen Verhältnisse wird mit dem Zusatzantrag Winarsky-Czech angenommen.

Gen. Prähauser (Salzburg) konstatirt, daß er sich an der Abstimmung nicht betheiligte, weil er der Ansicht ist, daß die Kommission vom Parteitage gewählt werden soll.

Der Antrag der Genossin Glas: „Die Vertreter der Kreis- und Bezirksorganisationen, insbesondere der Provinz, werden aufgefordert, den Beschlüssen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen u. s. w." wird gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag 15 der Bezirksorganisation Voitsberg wird zurückgezogen.

Die Anträge 16 des V. Wiener Wahlkreises, Antrag Ulbrich (Reichenberg): „Der Parteitag anerkennt die Organisation der Arbeiterturnvereine in Oesterreich und betrachtet dieselben als ein Mittel, die jüngere Arbeiterschaft Oesterreichs in die Arbeiterorganisation heranzuziehen," sowie der Antrag Barth: „Der Parteitag begrüßt die Gründung von Arbeiterturnvereinen u. s. w.", sowie der Antrag Scherz werden gegen vier Stimmen angenommen.

Der Antrag 17 wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Müller, welcher verlangt, die Kreisvertretung wird angewiesen, Musterreferate auszuarbeiten, wird abgelehnt, der Antrag Wagner hingegen:

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, dahin zu wirken, daß in der Presse und durch Herausgabe von Druckschriften den Referenten am Lande mehr Material als bisher zur Landagitation zur Verfügung gestellt wird,"

angenommen. Der Antrag Peer wird der oberösterreichischen Kreisvertretung und der Antrag Dobiasch-Schweichhart der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Ulbrich (Reichenberg) wird, nachdem sich der Antragsteller mit dem Vorschlage des Referenten, das Wort „außerordentlichen" einzufügen, einverstanden erklärt hat, in folgender Fassung angenommen:

„Die Parteileitung sei durch den Parteitag zu beauftragen, sich in allen Fragen, welche das Gesammtinteresse der Partei berühren, wie Aufbringung von außerordentlichen Geldmitteln, agitatorische Thätigkeit, in allgemeinen Parteifragen u. s. w., in erster Reihe mit den Kreisvertretungen in Verbindung zu setzen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen."

Schließlich wird noch der Antrag Behr (Saaz): „Im Interesse der Organisation der ländlichen Arbeiter möge die Parteileitung sich mit der Gewerkschaftskommission in's Einvernehmen u. s. w." angenommen.

Der Punkt „Parteiorganisation" ist somit erledigt.

Die Sitzung wird hierauf um 1 Uhr 35 Minuten unterbrochen.

Arbeiterschutz und Heimarbeit.

Nachmittagssitzung. (Beginn 3 Uhr 30 Minuten.)

Vorsitzender Gen. Weiguny (Linz): Zur Tagesordnung „Arbeiterschutz und Heimarbeit", worüber Genosse Dr. Adler referiren wird, sind mir drei Anträge übergeben worden. Ein Antrag des Genossen Petersilka lautet:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung für das gesammte arbeitende Volk, zähle es sich zu den manuellen oder geistigen Arbeitern, von eminenter Wichtigkeit ist, beschließt der Parteitag: Es ist von der Parteileitung im ganzen Reiche eine lebhafte Agitation zu Gunsten dieser Forderungen einzuleiten, und haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamente diese Forderung energisch zu vertreten."

Ferner beantragt Genosse Petersilka folgende

Resolution:

„In Anbetracht des Umstandes, daß vornehmlich die christlich-sozialen Unternehmer gegen die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handel das Argu-

ment in's Treffen führen, daß die Arbeiter den Sonntag als Kauftag nicht missen können oder wollen, beschließt der Parteitag: Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für das Handels- und Speditionsgewerbe, ebenso wie für alle Bureaux. wird seitens der Arbeiterschaft nicht nur gebilligt, sondern im Interesse aller Angestellten als unumgänglich nothwendig betrachtet. Der sozialdemokratische Verband im Parlamente wird aufgefordert, die Realisirung dieser Forderung mit Entschiedenheit zu fördern."

Ein von den Genossen Hanusch und Kuntscher überreichter Antrag lautet:

„Der sozialdemokratische Verband wird vom Parteitage aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, wonach die Arbeitszeit in den Tabakfabriken, sowie in gesundheitsschädlichen Betrieben auf acht Stunden festgesetzt wird."

Referent Gen. Dr. Adler: Parteigenossen und Genossinnen! Es ist mir eine höchst undankbare Aufgabe zu Theil geworden. In Folge des Umstandes, daß Genosse Dr. Verkauf nicht hier ist, bin ich gezwungen, hier ein Referat zu übernehmen, dem ich nach der vollen Ausdehnung und vollen Bedeutung der Sache nicht gewachsen sein kann und für welches ich auch nicht einmal die nothwendigste Vorbereitung machen konnte. Genossen, ich glaube auch, daß die Bedeutung der Sache, um die es sich hier in erster Linie handelt, die Regelung der Heimarbeit, eine so außerordentliche ist, daß es ihr wirklich nicht entsprechen würde, wenn wir hier uns einbildeten oder unseren Genossen auswärts die Meinung beibringen wollten, daß wir diese Angelegenheit in der kurzen Zeit, die uns hier naturgemäß nur zur Verfügung steht, erschöpfend erledigen wollen oder uns auch nur vorstellen, daß wir hier etwas Erschöpfendes über die Sache sagen können. Ich muß Ihnen auch in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß unsere Reichsrathsfraktion in der Lage war, über eine ganze Reihe von Dingen, über bestimmte Abschnitte des Arbeiterschutzes völlig erwogene und in allen Einzelheiten begründete und festgestellte Entwürfe auszuarbeiten. Die allgemeinen Wünsche in Bezug auf die Heimarbeit sind auf dem letzten Parteitage im Wimberger-Saale in einem ausführlichen Referate von dem Genossen Reumann begründet worden. Hier in dieser Versammlung einen Gesetzentwurf auszuarbeiten oder auch nur in's Einzelne zu gehen, ist aus vielen Gründen ausgeschlossen. Ich meine aber auch, daß es nicht möglich sein wird, gesetzgeberisch die Sache in einem einzigen Entwurfe zu erledigen. Die Heimarbeit hat eine ganze Reihe von Formen, die von einander völlig verschieden sind, und die auch in ihrer gesetzgeberischen Behandlung mittels Arbeiterschutz von einander abgetrennt sein müssen.

Man kann sagen, daß das wichtigste Moment für alles, was mit Konfektion zusammenhängt, für uns sein muß der Zwang des eigentlichen Unternehmers, für die Betriebsstätten aus Eigenem zu sorgen. Das wichtigste Moment muß also sein, in letzter Linie eine Aufhebung, eine Beseitigung dieser Heimarbeit herbeizuführen. Hiezu wird aber eine Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes allein nicht genügen, es muß als nothwendige Ergänzung eine Regelung auf dem Gebiete der Wohnungsgesetzgebung hinzukommen. Dieser Weg ist ja schon wiederholt betreten worden und wird von unseren Organisationen der Konfektionsarbeiter aller Art in Oesterreich und Deutschland als der einzige bezeichnet, auf dem man zu jenem Ziele kommen kann, das von den Gewerkschaften selbstverständlich durch ihre Organisationen auch aus Eigenem gefördert werden kann und das schließlich meiner Ueberzeugung nach für diese Branche auch agitatorisch zu einem ebenso wichtigen Prinzipe und Schlagworte und ebenso populär gemacht werden muß wie die Abkürzung der Arbeitszeit.

Während wir auf dem Gebiete der Konfektionsindustrie einen klaren Weg und ein sicheres Ziel haben, müssen wir sagen, daß es in jeder Industrie andere Formen der Heimarbeit gibt; da meine ich insbesondere die Textilindustrie, wo wir nicht mit derselben Schärfe und Unmittelbarkeit diese Forderungen schon jetzt und für jetzt aufstellen können. Bei der Textilbranche wird es viel weniger unsere Aufgabe sein, die Hausindustrie zu beseitigen, denn sie beseitigt sich von selbst, als vielmehr dazu gesetzgeberisch mitzuwirken, daß die Formen und die Begleiterscheinungen, unter denen sich dieser Prozeß vollzieht, etwas weniger qualvoll für die Betheiligten sich gestalten. Es handelt sich allerdings bei allen diesen absterbenden Industrieformen wieder um die Frage: Ist ein schneller Tod oder ist das

lange Hinsiechen weniger qualvoll? Die Schwierigkeiten aber, mit denen wir in der Agitation zu thun haben, und zwar nicht nur in der Textil-, sondern auch in der Glas- und Porzellanindustrie, beziehen sich alle darauf, daß auch eine absterbende Betriebsform durch Individuen, durch Menschen betrieben wird, die, wenn sie noch so klar die Nothwendigkeit des Absterbens dieser Industrieform vor Augen haben, sich doch nicht selbst so ohneweiters zum Hungertode verurtheilen wollen. Auf diesem Gebiete der absterbenden Industrien ist eine gesetzliche Regelung viel schwerer als in der Konfektionsbranche, und sie kann nur geschehen auf Grund eingehender Studien, genau so, wie das für die Eisenbahner, kaufmännischen Hilfsarbeiter und Bergarbeiter bei den entsprechenden Gesetzentwürfen geschehen ist.

Nun handelt es sich freilich darum: Ist es nicht möglich, sofort wenigstens einiges zu thun, was den wichtigsten Schmerzen abhelfen würde? In den Anträgen, die uns vorliegen, wird überall gewünscht, es möge die Hausindustrie, die Heimarbeit auch dem Gewerbe-Inspektorate unterstellt werden. Parteigenossen! Für diese naturgemäße und nothwendige Forderung werden wir selbstverständlich eintreten. Aber keiner von uns wird sich der Illusion hingeben, daß das irgendeinen Werth hat ohne eine gründliche Umgestaltung des heutigen Inspektorates, und es wird Sie in diesem Zusammenhange interessiren, daß unsere Fraktion mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Neuorganisation des Gewerbe-Inspektorates beschäftigt ist, welcher analog dem Entwurfe über das Bergarbeiter-Inspektorat die Heranziehung von Delegirten der Arbeiterorganisationen zur Ausübung des Inspektionsdienstes zum Inhalte hat. (Bravo!) Ohne diese Heranziehung ist das Inspektorat auf jedem Gebiete mangelhaft, auf dem Gebiete der Heimarbeit aber vollständig leerer Buchstabe.

Es liegen nun eine Reihe von Anträgen vor, die sich nicht mit dieser Sache, sondern mit anderen beschäftigen. Ein Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs und ein Antrag des Genossen P e t e r s i l k a verlangen die Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung und eine Anregung in dieser Beziehung durch den sozialdemokratischen Verband; ein Antrag der organisirten Bauarbeiter in Voitsberg wünscht eine Altersversorgung speziell für die Bauarbeiter. Die Alters- und Invaliditätsversicherung ist gewiß eine sehr nothwendige Sache. Aber es bedarf unser ganzes Arbeiterversicherungswesen einer gründlichen Umgestaltung, und ich bin überzeugt, daß die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung erst mit einer gänzlichen Umgestaltung unseres ganzen Arbeiterversicherungswesens möglich sein wird. (Sehr richtig!) Ich verweise auch darauf, daß in dieser Beziehung vom Verbande ein Antrag auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses eingebracht wurde, welcher sich mit der Umgestaltung der Arbeiterversicherung in ihrem ganzen Umfange befassen soll, und daß der Verband auch die Altersversorgung bereits in Anregung gebracht hat. Ich mache weiters darauf aufmerksam, daß hier inbegriffen ist die Reorganisirung der Bruderladen, respektive ihre vollständige Beseitigung in ihrer heutigen Form, und ihre Eingliederung als Kranken-, Unfall-, Invaliditätsversicherung in eine a l l g e m e i n e A r b e i t e r v e r s i c h e r u n g. (Bravo!) Das ist die Richtung, in welcher wir weiter arbeiten müssen.

Es liegt weiter ein Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs vor (Antrag 12), welcher sich mit der Abschaffung des Arbeitsbuches beschäftigt. In dieser Beziehung wäre es wirklich nicht nothwendig, daß der Parteitag noch einen besonderen Beschluß faßt. Die Anschauung der Arbeiterschaft über das Arbeitsbuch ist, seitdem es besteht, eine feststehende, und es weiß Jedermann, wie die Sozialdemokraten hierüber urtheilen. Wenn aber der Antrag hier noch einmal vorliegt, bleibt uns nach meiner Meinung nichts anderes übrig, als ihn der Fraktion zur Berücksichtigung zuzuweisen.

Ein Antrag der Genossen H a u n s c h und K u n t s c h e r urgirt die Einbringung eines Gesetzes, betreffend die Herabsetzung der Arbeitszeit in den Tabakfabriken, sowie in gesundheitsschädlichen Betrieben auf acht Stunden. Eine solche Resolution hat jedenfalls den Werth, daß wir aussprechen, was wir davon halten. Aber, Genossen, der nächste Schritt, der auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes überhaupt gemacht werden kann, wird sich nicht auf diese Dinge, sondern voraussichtlich auf die Heimarbeit und auf das Kleingewerbe beziehen. Sie dürfen nicht

vergessen, daß das ganze Gebiet des Kleingewerbes heute des Arbeiterschutzes so gut wie entbehrt, und wir müssen von unserer Fraktion erwarten, daß, wenn sie ein neues Arbeiterschutzgesetz vorlegt, sie diese großen Gebiete der Produktion in allererster Linie berücksichtigt, und dabei werden die Betriebe, die hier gemeint sind, gewiß nicht zu kurz kommen. Allerdings wären gerade die Tabakfabriken, als ärarische Betriebe vielleicht, in erster Linie geeignete Objekte des Angriffes. Wir haben ja heute einen Finanzminister, welcher sich immer als Sozialpolitiker ausgegeben hat, und es wäre vielleicht eine gute Taktik, ihn an seine rühmliche Vergangenheit zu mahnen; er wird uns aber wahrscheinlich antworten, daß ihn seine höchst unrühmliche Gegenwart hindert, ihr gerecht zu werden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Es liegt noch ein Antrag vor, der auch von Genossen Petersilka ausgeht, es möge der Parteitag erklären, daß er nichts gegen die Sonntagsruhe der kaufmännischen Hilfsarbeiter und der Speditionsarbeiter habe, um so den christlichsozialen Herren das Argument aus der Hand zu nehmen, daß sie der Arbeiter wegen gezwungen seien, am Sonntag arbeiten zu lassen. Ich bin überzeugt, daß dieser Antrag ohne Diskussion angenommen werden kann. Auf Seite der Arbeiter bestand gewiß nie ein Hinderniß in dieser Beziehung, und es ist bekanntermaßen einfach eine Heuchelei, wenn das von den Christlich-Sozialen ausgespielt wird. Wohl aber müssen wir immer wieder betonen, daß es eine wirkliche Sonntagsruhe nicht geben kann, wenn nicht der Samstag Nachmittag freigegeben wird, daß wir den halben Feiertag am Samstag brauchen, um die Sonntagsruhe zu einer ernsthaften zu machen. (Sehr richtig!)

Ein Antrag des Genossen Höger lautet (liest):

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage auf, einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitsministeriums zu stellen."

Ich würde sehr wünschen, daß dieser Antrag der Fraktion zur Behandlung übergeben würde, ich möchte aber nicht wünschen, daß wir die Fraktion darauf festbinden würden. Wir leben in einem merkwürdigen Lande, und es ist vielleicht schon eine merkwürdige Sache, daß wir hier ruhig über Gesetzentwürfe der verschiedensten Art diskutiren, wir, die vorgeschrittenste Partei im ganzen Lande, während zu derselben Stunde, wie uns telegraphirt wird, sich im Parlamente wieder höchst stürmische Szenen abspielen. Die allgemeine politische Entwicklung macht es ja sehr wünschenswerth, daß im Parlamente wenig Ruhe herrsche, daß da einmal ein entschiedener Bankerott mit ausgesprochener Konkurserklärung stattfinde, aber auf der anderen Seite müssen wir doch sagen, daß dadurch die positive Gesetzgebungsarbeit zurückbleibt. (Zwischenruf: Da hätten wir ja die Schani Brot!-Politik machen müssen!) Wir selbstverständlich müssen im Gesammtinteresse, in dem weiterschauenden Interesse der Arbeiterschaft, sagen: Zum Teufel jetzt mit der Gesetzgebung, wenn wir dadurch in vernünftige politische Zustände überhaupt hineinkommen können. Darüber ist für uns gar kein Zweifel, aber es liegt immerhin ein Widerspruch darin, daß wir gerade in dem Momente, wo keine Aussicht ist, daß es aktuell wird, uns in Verhandlungen über Gesetzgebungsarbeiten einlassen sollen. (Gen. Höger: Hier handelt es sich nur um die Priorität des Gedankens.) In diesem Sinne können wir ja den Antrag akzeptiren, aber ich möchte Sie vor Folgendem warnen: Man wird sehr gerne bereit sein, ein Scheinamt, ein Scheinministerium zu machen, wie man überhaupt sehr gerne der Arbeiterschaft gewisse Brocken hinwerfen möchte, in der Hoffnung, sie werde sie schlucken und sich damit bestechen lassen. Wenn wir die Forderung nach einem Arbeitsministerium aufstellen, so geschieht es, wie ich glaube, hauptsächlich zu dem Zwecke, um jene Kategorien von Arbeitern, die dem Ackerbau- und dem Finanzministerium unterstellt sind und hier in einer durchaus nicht einmal der Produktion entsprechenden, aber gewiß arbeiterfeindlichen Weise ausgebeutet werden, aus den beiden Ministerien herauszukriegen und einem Ressort zu unterstellen, wo man hoffen kann, es werde, wenn ein halbwegs vernünftiger Mensch an der Spitze steht, möglich sein, daß etwas anderes geschieht, als bisher unter den Falkenhayns und den verschiedenen Finanzministern geschehen ist. In diesem Sinne bin ich ja dafür, daß das geschieht, aber wenn ich da eine leise Verwahrung eingelegt habe, so habe ich das mit gutem Grunde gethan. In Oesterreich muß man

auf Alles gefaßt sein. Dem Staate kommt es wohl auf einen Kreuzer Arbeiterlohn, aber niemals auf ein Ministergehalt an. Wir könnten überrascht werden mit der Anstellung eines adeligen Herrn als Arbeitsminister, und die Regierung könnte sich dabei noch rühmen, der Arbeiterschaft und dem Parteitag eine Konzession damit gemacht zu haben. Ueberhaupt kommt es nicht an auf den Titel des Arbeitsministeriums, sondern es ist sehr wichtig, daß unsere Fraktion ausdrücklich und deutlich begründe, was sie sich unter einem solchen Arbeitsministerium vorstellt.

Und nun gestatten Sie mir, Sie am Schlusse meines höchst mangelhaften Referates aufzufordern, Ihre nächste Thätigkeit zu richten auf die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Arbeiterschutzes für alle Branchen, die mit Heimarbeit zu thun haben. Die vorliegenden Anträge bitte ich Sie, der Fraktion und dem Verbande zu übermitteln.

Vorsitzender: Es sind folgende Anträge zu diesem Punkte eingebracht worden (liest):

„In Erwägung, daß die Bewegung des Achtstundentages nicht den ernstlichen Charakter besitzt, beantragt der deutsche sozialdemokratische Parteitag, die Reichsparteivertretung zu beauftragen, die hier einzuschlagende Taktik aufzustellen und am nächstfolgenden gemeinschaftlichen Parteitage den Achtstundentag auf die Tagesordnung zu stellen." Angmaier.

„Ich beantrage, daß der sozialdemokratische Verband in nächster Zeit im Reichsrathe einen Gesetzentwurf einbringe, nach welchem die Arbeiterschutzgesetze und die Arbeiterversicherung auch auf die Landarbeiter auszudehnen sind." Behr (Saaz).

„Der Parteitag beschließt: In Erwägung, daß die in den Eisenhütten beschäftigten Arbeiter in ungemein drückender Weise unter dem Trucksystem und den Werkswohnungen zu leiden haben,

in fernerer Erwägung, daß die Arbeiter obbezeichneter Kategorie bei den Hochöfen, Bessemer- und Martinöfen 2c. in Folge der außerordentlich gesundheitsschädlichen Art der Arbeit an Leben und Gesundheit in besonders starker Weise gefährdet sind,

beauftragt der Parteitag die Fraktion, in geeigneter Weise für die Beseitigung der Werkswohnungen und eine strengere Bestrafung derjenigen Werksunternehmer Sorge zu tragen, welche die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Trucksystems übertreten.

Die Fraktion wird ferner beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem die Einführung des Achtstundentages für Hüttenwerke gefordert wird." Heinrich Beer.

„Der Parteitag beschließt: Der sozialdemokratische Verband der Abgeordneten wird beauftragt, die Anträge des Abgeordneten Genossen Dr. Verkauf und Genossen über Bergarbeiterschutz 2c. mögen als dringlich behandelt werden." Schatzmayr.

Die Debatte.

Gen. Schweichhart (Ansdorf): Werthe Parteigenossen! Die Frage der Regelung der Heimarbeit und deren verwandten Industrieformen ist gewiß eine Frage, die von eminenter Bedeutung ist, und an der die Glasarbeiter des Haida-Steinschönauer Hohlglasindustriebezirkes, den ich vertrete, das größte Interesse bezeugen. Wenigen Genossen wird es vielleicht bekannt sein, welchen Umfang die Heimarbeit in Oesterreich besitzt. Im Handelskammerbezirk Reichenberg werden nach einer von der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer angelegten Statistik zirka 102.000 Arbeiter in fabriksmäßigen Betrieben beschäftigt. Eine annähernd gleiche Anzahl von Arbeitern ist in diesem Bezirke in der Heimarbeit beschäftigt. In ganz Oesterreich werden ungefähr 710.000 Heimarbeiter nach einer Schätzung der Brünner Handelskammer gezählt. Zu einem gleichen Resultat kommt man, wenn man von der Gesammtzahl der österreichischen Industriearbeiter die Zahl der krankenversicherungspflichtigen Arbeiter in Abzug bringt. Jedenfalls ist jedoch die Zahl der Heimarbeiter eine sehr große und die Frage daher eine ungemein ernste. Ich stimme mit Genossen Dr. Adler überein, daß wir heute an eine gründliche Erörterung und Beschlußfassung nicht denken können.

Der Kammersprengel Reichenberg besitzt eine ungemein reiche und verschiedenartige Verlagsindustrie im Zusammenhang mit der Heimarbeit. Am stärksten ist das Verlagssystem in den Glasindustriebezirken Gablonz, Tannwald und Haida vertreten. Im letzteren zählt man mit den in den angrenzenden Bezirken seßhaften zirka 6000 Glasarbeiter. Im Gablonzer und Tannwalder Bezirke ist die Zahl eine ungemein höhere. In den Bezirken Rumburg, Schluckenau, Hainspach hat

man die Stahlwaaren-, Metallknopferzeugung, Band-, Baumwoll- und Leinenweberei, Sparteriewaaren-, Drechslerwaaren-, Kunstblumenerzeugung, welche auf der Heimarbeit beruhen. In den Arnauer, Trautenauer, Hohenelber und Rochlitzer Bezirken finden wir die Leinenweberei theilweise neben der Baumwollindustrie vertreten. Das ganze nördliche Gebirge Böhmens besitzt solche Gruppen von Heimarbeitern. Die Holzindustrie Nordböhmens schließt eine bedeutende Anzahl von Heimarbeitern in sich. Die Drechslerei ist auch im Königgrätzer Bezirk vertreten. Neben der Bastweberei, Sparterie, die zirka 1500 Arbeiter im Rumburger und Schluckenauer Bezirk beschäftigt, ist die Bast- und Strohflechterei im Erzgebirge erwähnenswerth, welche eine Zahl von 6000 Arbeitern aufweist. Dann gibt es noch eine ganze Reihe von Industrien, darunter die Textilindustrie, welche zum großen Theile auf der Heimarbeit beruhen, zum Beispiel die Drahtflechterei, Korbflechterei, Erzeugung von Schirmen, Spitzen 2c. In Nordböhmen finden wir ganze Dörfer, welche wiederum die Erzeugung von Schuhen und Schuhtheilen als Industriezweig aufweisen. Bei alledem ist aber der Mangel einer genauen Statistik ungemein fühlbar, so daß man bestimmte Zahlen gar nicht auffinden kann. Wenn wir nun das Verlagssystem betrachten, so sehen wir, daß die Eigenart und Komplizirtheit desselben eine vorsichtige Behandlung erfordern. Der Verleger ist meistentheils nichts anderes als ein Kaufmann, ein Händler, der das Rohprodukt wie bei uns von der Glasfabrik bezieht und dasselbe zur Verarbeitung an die Heimarbeiter weiter gibt. Manchesmal ist zwischen dem Verleger und Heimarbeiter noch ein Zwischenmann, der Lieferant, vorzufinden. Der Verleger als Händler hat also gewöhnlich mit der Erzeugung der Waare nichts zu thun.

Der Heimarbeiter stellt meistens das Material zur Bearbeitung der Waare selbst bei, wie er ja auch eine eigene Betriebsstätte mit den dazu gehörigen Produktionsmitteln besitzt. In der Glasindustrie des Haida-Steinschönauer Bezirkes sind es durchwegs nur kleine Betriebe, dafür aber sehr zahlreiche, in denen das Glas von Heimarbeitern fertiggestellt und an den Händler nach einem vorgeschriebenen Preise wiederum abgeliefert wird. Bekanntlich untersteht die Hausindustrie und die Heimarbeit nicht der Gewerbeordnung, sie entbehren also selbst des bischen Arbeiterschutzes, das die Fabriksarbeiter genießen. Die Hilfsarbeiter in unseren Bezirken werden zwar als versicherungspflichtig behandelt, müssen sich aber die Krankenversicherung zum Beispiel selbst bezahlen; es findet sich bei dem Verlagssystem Niemand, der verpflichtet werden könnte, nach der gegenwärtigen Auffassung verschiedener Behörden, das Dritttheil bei der Krankenversicherung zu zahlen. Es ist auch wirklich schwer, eine strenge Scheidung zu treffen. Ein Beispiel: Ein ansehnlicher Theil der Heimarbeiter der Glasindustrie sind die Glasschleifer, welche in größeren Betriebsstätten entweder allein oder mit Hilfsarbeitern arbeiten. Die sogenannte Schleifmühle gehört nicht dem Arbeiter, sondern einem Schleifmühlenbesitzer, der für die Beistellung der Betriebsstätte und Betriebskraft, meist Wasserkraft, eine Entschädigung von den Pächtern, den Glasschleifern, erhält. Diese Schleifmühlenbesitzer sind nun verpflichtet worden, die Unfallversicherung der Glasschleifer durchzuführen. Diese haben aber bei dem Produktionsprozesse, der Herstellung der Waare, keinen Antheil, sie rekurrirten auch deshalb gegen die diesbezügliche Entscheidung. Der Verleger sagt aber auch, daß er mit dem Betriebe nichts zu thun habe. Mehrere Versammlungen haben sich bei uns mit dieser Frage beschäftigt, und wurden die Verleger als Diejenigen bezeichnet, welche zur Zahlung der Beiträge verpflichtet wären.

Eine Angelegenheit, wo ein Kleinmeister zur Zahlung eines Dritttheiles für die Krankenversicherung herangezogen wurde, liegt beim Obersten Gerichtshof; die Behörden versuchen wohl die Heimarbeiter der Gewerbeordnung zu unterstellen, aber es fehlt dafür die gesetzliche Handhabe ganz und gar, die Entscheidungen der verschiedenen Behörden widersprechen einander auch darum sehr oft. Die Behörde behandelt die Heimarbeiter als selbstständige Gewerbetreibende, sofern sie Hilfsarbeiter besitzen, und die einzelnen Glasarbeiter ohne Hilfsarbeiter als Sitzgesellen. Es ist aber falsch, die mit dem eigenen Hausstande arbeiten, hier als „Hausindustrielle" zu bezeichnen.

Mit der von der Regierung geplanten Regelung des Sitzgesellenwesens hat sich auch der Verband der Glasarbeiter beschäftigt, die Vorschläge, die hiezu

gemacht wurden, aber für die Glasindustrie als unannehmbar und nicht von gewünschtem Erfolge abgelehnt. Eine nothwendige Forderung für die Glasarbeiter ist ein ausgiebiger Musterschutz. Der Glasarbeiter, der, wie zum Beispiel der Maler, ein Muster anfertigt, sollte auch bei einer eventuellen Bestellung das Anrecht darauf haben. Das ist aber vielfach nicht der Fall. Die Verleger respektiren das geistige Eigenthum des Arbeiters nicht und geben einfach die Herstellung der Arbeit Demjenigen, der es billiger macht als der Urheber des betreffenden Musters. Deshalb bestreben sich die Glasarbeiter, ein Gewerbegericht zu bekommen, um die Streitigkeiten gewerblicher Natur, welche jetzt der Fachverband auskämpft, in schneller und einfacher Weise zu lösen. Bemerkt sei, daß die Verleger sich gegen die Errichtung eines Gewerbegerichtes ausgesprochen haben, mit der Begründung, sie wollten selbst die Streitfälle mit ihren Arbeitern schlichten. Auch eine Gewerbe-Inspektion wäre angebracht und hat es der Tetschener Gewerbe-Inspektor versucht, die Glasindustriebezirke einer kleinen Revision zu unterziehen. Er hat auch Aenderungen beantragt und Verschiedenes beanständet, aber er kann auch nichts weiter thun, da ihm die gesetzliche Handhabe hiezu fehlt. Durch die Einzelbetriebe ist den Verlegern die Möglichkeit gegeben, die Konkurrenz der Arbeiter auszunützen und die Arbeiter gegen einander auszuspielen. Es ist eine Thatsache, daß bei dem Verlagssystem der Heimarbeiter die ganzen Unbilden und Schäden in letzter Linie zu tragen hat, wie es auch bei den Glasarbeitern der Fall ist, welche zum Beispiel für Sprung, Schmelz und Ausschlag des Glases nichts vergütet erhalten, obwohl sie nichts dafür können und die Ursachen ganz wo anders liegen. Bei Krisen und Stockungen des Geschäftes ist es der Arbeiter, der die Folgen derselben zu tragen hat, während der Industrielle, der Verleger, gewöhnlich nicht mehr verlieren kann als den Unternehmergewinn. Da die Glasindustrie hauptsächlich auf den Export angewiesen ist, so wirken alle Vorgänge im politischen und wirthschaftlichen Leben auf die Industrie zurück, weil doch ein entsprechend großer Theil des exportirten Glases Luxusgegenstände bilden.

Wenn von der Hausindustrie behauptet wird, sie gehe im Allgemeinen zurück, so behaupte ich im Besonderen, daß dies in der Glasindustrie meines Bezirkes nicht der Fall ist. Wohl ist eine gewisse Konzentrirung einzelner Branchen, wie die der Glasschleifer, in größere Betriebe zu beobachten; dies wird aber darum sein, weil wie bei denjenigen Industrien, die vom Maschinenbetrieb verdrängt werden, auch hier bei größerer Kraftanwendung die Produktion gesteigert wird, und weil die Arbeit doch eine einfachere und gleichmäßige ist und so der Konzentrirung leichter zu unterwerfen ist, als bei einer auf geistiger Vielfältigkeit und Kunst beruhenden Arbeit, wie die der Malerei. Je mehr hier an Neuem und Schönem geschaffen wird, desto konkurrenzfähiger ist die böhmische Glasindustrie, aber hervorgehoben muß werden, daß dies wiederum nur auf Kosten der Heimarbeiter geschieht.

Die Forderungen der Glasarbeiter lassen sich in zwei Richtungen theilen: Für einen entsprechenden Schutz und Förderung der Meister gegenüber den Verlegern, Anwendung und Ausbau der Gewerbeordnung 2c., und für die gesammten Heimarbeiter Ausdehnung des Arbeiterschutzes, geregelte Arbeitszeit, Gewerbehygiene und Gewerbe-Inspektion. Auch haben die Glasarbeiter ein großes Interesse an einer vernünftigen Handelspolitik und einer Förderung des Exportes. Da ist aber in Oesterreich gegenwärtig wenig zu erhoffen. Eines will ich noch erwähnen. Die Frauen in der Glasindustrie bedürfen gleichfalls eines Schutzes. Wer sieht, wie die Frauen der Heimarbeiter die Körbe voll Waare, die schwere Last oft stundenweit in Sturm und Wetter tragen, nein schleppen müssen, wird sich gewiß dieser Frauen annehmen. Der Fachverband der Glasarbeiter hat erst in letzter Zeit Ruhebänke errichten lassen, damit die Frauen sich ausrasten können.

Ich schließe mich meinem Vorredner an, die Sache der Parteivertretung und dem sozialdemokratischen Verbande zuzuweisen und ich wünsche, daß diese sich mit der Gewerkschaftskommission und den daran betheiligten Organisationen in Verbindung setzen, Prüfungen und Untersuchungen anstellen und nachher eine Gesetzesvorlage schaffen. Es bedarf wohl noch großer Arbeit und Mühe, um zuerst Klarheit zu schaffen, da die eigenthümlichen Verhältnisse nicht leicht zu entwirren sind. Aber es handelt sich hier um 700.000 Arbeiter, die daran

betheiligt sind. Im Interesse dieser Arbeiter sollte etwas geschehen, die oft unter den schlechtesten und elendigsten Verhältnissen leben müssen, durch lange Krisen arbeitslos, wie das jetzt in dem Gablonz-Tannwalder Glasindustriebezirk der Fall ist, wo, wenn die traurige Lage noch einige Zeit anhält, eine Hungerrevolte ausbrechen kann, wie in Italien. Darum, Genossen, bitte ich Sie, geben Sie sich dem Studium dieser Frage hin mit dem ganzen Ernste, den sie verdient, um die entsprechenden Vorschläge möglich zu machen. Leicht ist es ja nicht und auch in kurzer Zeit kann das Problem nicht gelöst werden. (Beifall.)

Vorsitzender: Es sind abermals einige Anträge eingelangt (liest):

„Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, dahin zu wirken, daß auch die Postbediensteten in die Krankenversicherung einbezogen werden." Prachensky.

„Der Parteitag wolle beschließen: Zur Regelung der Heimarbeit und Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes wird die Parteivertretung beauftragt, eine Konferenz aller hier in Betracht kommenden Branchen einzuberufen, auf welcher dann diese Frage eingehend erwogen und Stellung zu dieser Frage genommen wird.

Die Kosten dieser Konferenz haben zu gleichen Theilen alle dabei in Betracht kommenden Faktoren zu tragen." Smitka.

„In Erwägung, daß für die kleingewerblichen Betriebe eine festgesetzte Arbeitszeit nicht besteht, welchem Umstande die krasseste Ausbeutung der kleingewerblichen Arbeiter zuzuschreiben ist, wird der sozialdemokratische Verband der Abgeordneten beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Fixirung einer Maximalarbeitszeit für den Kleinbetrieb einzubringen.

In Erwägung, daß die heute bestehenden Arbeiterschutzgesetze nur in der Theorie bestehen, in der Praxis aber nicht durchgeführt werden, und es selbst dem stärksten Drucke seitens der Arbeiterschaft nicht gelingt, Remedur zu schaffen, da die politischen Behörden niemals objektiv vorgehen, ja sogar augenscheinlich das Unternehmerinteresse ausschließlich vertreten, was zur Folge hat, daß selbst die wenigen Arbeiterschutzbestimmungen illusorisch werden, wird der Verband beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Handhabung der Arbeiterschutzgesetze den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden soll.

Der Verband wird weiters beauftragt, den auf den diversen Fachkongressen angenommenen Anträgen auf Einbringung von Gesetzentwürfen nach Möglichkeit nachzukommen, und solle die Gewerkschaftskommission dem Verband von den Vorgängen auf diesem Gebiete eingehend berichten, ebenso sollen die Organisationen von den Arbeiten des Verbandes in dieser Richtung verständigt werden, damit sie in entsprechender Weise hiezu Stellung nehmen können." Muchitsch.

Ein auf Schluß der Rednerliste abzielender Antrag wird abgelehnt.

Gen. Prähauser (Salzburg) schildert die traurige Lage der Straßeneinräumer des Landes Salzburg, welche ein Anfangsgehalt von fl. 18 monatlich beziehen und nach 20 Dienstjahren als monatlichen Höchstgehalt fl. 24 bekommen. Auch die Verhältnisse bei den Forstbruderladen sind äußerst kläglich. Es gibt da provisionirte Arbeiter, die 35 Jahre dem Staate bei einer gefährlichen, physisch außerordentlich anstrengenden Arbeit gedient haben und dann mit einer Jahresprovision von fl. 8 bis 12 auf's Plaster gesetzt werden. Der Minimallohn bei den Salinenarbeitern beträgt nur 80 kr. Wenn für die Tabakfabriken eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt wird, ist uns damit nicht gedient, sondern wir müssen auch die Beseitigung der Akkordarbeit und Festsetzung eines Minimallohnes fordern.

Gen. Prachensky (Innsbruck) begründet seinen Antrag auf Einbeziehung der Postbediensteten in die Krankenversicherung, die trotz einer gegentheiligen Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes bis nun der Krankenversicherung nicht unterzogen wurden.

Gen. Anjobsky (Wien) bemerkt, daß ein Gesetz unmöglich all' die Schlupfwinkel verstopfen könnte, in welche die Heimarbeit eindringt. Man müsse deshalb nach Mitteln suchen, um den Mißständen in der Heimarbeit durch eigene Kraft abzuhelfen. Er schlägt die Errichtung von Heimarbeitergruppen vor, mit denen man bei den Bildhauern und Bernsteindrechslern recht gute Erfahrungen gemacht habe. Die Leute arbeiten da auf eigene Rechnung für den Unternehmer, aber in gemeinsamen Lokalen, wodurch ihr Solidaritätsgefühl gehoben wird. Diese gemeinsamen Arbeitsstätten sind jedoch mit den Produktiv-Assoziationen nicht zu verwechseln. Für die Vorschläge, die der Gewerkschaftskongreß gemacht hat, müsse man mit aller

Entschiedenheit eintreten, doch dürfe man von der Gesetzgebung, insbesondere bei den heutigen Zuständen nicht zu viel erwarten.

Vorsitzender: Genosse Müller (Graz) überreichte folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß sich anläßlich der Auflösung einiger Werke der Alpinen Montangesellschaft ergeben hat, daß Arbeiter, welche 20 und mehr Jahre in die Bruderlade oder Versorgungskasse eingezahlt haben, in Folge der Passivität der Kassen bei ihrer Entlassung zum großen Theile kleine und in keinem Verhältnisse zu ihren eingezahlten Beträgen stehende Summen, wie zum Beispiel in Prävali, Gußwerk 2c., erhalten haben,

in weiterer Erwägung, daß es offene Thatsache ist, daß noch in einigen Werken, wie Donawitz, Zeltweg, Eibiswald, die Kassen passiv sind, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion, um die Arbeiter vor weiterer Schädigung zu bewahren, eine strenge Untersuchung über die Aktivität oder Passivität dieser Kassen zu verlangen."

Gen. Smitka (Wien): Als Vertreter der Gruppe der Bekleidungsindustrie gehöre ich einer Branche an, die beinahe ausschließlich auf der Heimarbeit begründet ist, und für uns ist die Regelung dieser Frage geradezu zu einer Lebensfrage geworden. Ein Gesetzentwurf in dieser Richtung ist jedenfalls eines der schwierigsten gesetzgeberischen Probleme, insbesondere darum, weil wir nicht nur verschiedene Formen der Hausindustrie haben, sondern diese auch bei den verschiedenen Branchen in verschiedenen Entwicklungsstadien begriffen ist. Während sie z. B. in der Textilindustrie auf den Aussterbeetat gesetzt ist, befindet sie sich bei der Bekleidungsindustrie in einer aufsteigenden Entwicklung. Aber auch innerhalb des einzelnen Gewerbes ist die Hausindustrie nicht überall die gleiche, sie ist eine andere in Wien und eine andere zum Beispiel in Linz oder den kleineren Städten Böhmens. Bei aller Hochachtung, die wir vor den Parteigenossen im Parlamente haben, müssen wir doch entschieden bestreiten, daß sie alle diese Verhältnisse so kennen, wie es nothwendig ist, wenn man ein Gesetz über diese Dinge machen will. Ich habe mir daher erlaubt, einen Antrag einzubringen, es möge von der Parteivertretung im Einvernehmen mit allen hier in Betracht kommenden Korporationen in Oesterreich zur Regelung dieser Angelegenheit eine eigene Konferenz von Vertretern aller jener Branchen einberufen werden, wo eine Hausindustrie vorhanden ist; durch die Darstellungen auf dieser Konferenz soll unserer Fraktion ein klareres Bild der Verhältnisse gegeben werden, als dies auf einem Parteitage oder Gewerkschaftskongresse, die die verschiedensten Fragen zu behandeln haben, möglich ist. Im Interesse der Sache, die ja eine eminente Bedeutung für uns Alle besitzt, bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen, dessen Durchführung unsere, und wie ich glaube, auch alle anderen Industriegruppen gerne ihre moralische und materielle Unterstützung angedeihen lassen werden. (Beifall.)

Gen. Augmaier (Leoben): Ueberall dort, wo der zuerst 1889 vom Sozialistenkongreß geforderte Achtstundentag eingeführt wurde, geschah es hauptsächlich aus dem Grunde, weil er von den Unternehmern mittelst Strike erzwungen wurde, freiwillig wurde er von keinem Unternehmer eingeführt. Unser Fordern ist bis heute größtentheils resultatlos geblieben, und selbst dort, wo der Achtstundentag besteht, gehen die Unternehmer daran, ihn zu beseitigen. In dem Bezirke, den ich vertrete, will die Alpine Montangesellschaft ihn wieder aufheben. Es nützt nichts, wenn wir immer nur in Versammlungen über den Achtstundentag diskutiren, wir müssen uns den Achtstundentag geradeso erkämpfen, wie wir uns seinerzeit das Bischen Wahlrecht erkämpft haben. Vor Kurzem wurde von unserer Fraktion im Reichsrathe ein Antrag, bezüglich des Achtstundentages im Bergbau, eingebracht; da wäre es nothwendig gewesen, die Arbeiterschaft zu verständigen, damit sie in den Versammlungen demonstrire und so dem Antrage einen gehörigen Nachdruck gebe.

Die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben beläuft sich heute vielfach auf 16, 17 und 18 Stunden, und ebenso ist sie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie eine immens große. Insbesondere bezüglich der Letzteren wird die Einbringung eines Gesetzentwurfes nothwendig sein.

Wir stehen bezüglich des Achtstundentages heute so ziemlich dort, wo wir vor neun Jahren gewesen sind, und es ist die höchste Zeit, daß wir einmal energisch in den Kampf treten, damit der Achtstundentag unter den Berg-, Hütten-

und Fabriksarbeitern eingeführt werde. Ich bitte Sie daher um die Annahme meines Antrages.

Gen. Beer (Wien): Trotz der großen technischen Fortschritte in der Metallindustrie besteht auch hier in einzelnen Theilen des Reiches eine Hausindustrie, zum Beispiel die Messererzeugung, bei welcher die Ausbeutung der Heimarbeiter eine sehr große ist. Nachdem diese Industrie hauptsächlich in Gebirgsthälern konzentrirt ist, ist überdies noch die behördliche Kontrole ungeheuer erschwert. In der Sache selbst meine ich, daß wir uns nicht damit begnügen sollten, was Genosse Smitka beantragt, sondern wir sollten unsere Vertreter im Parlamente ersuchen, gerade auf diesem scheußlichen Gebiete der Hausindustrie eine parlamentarische Expertise zu veranlassen.

Ich habe mit einigen Genossen einen Antrag unterbreitet, der sich auf die Lage der Hüttenarbeiter bezieht. Diese Leute stehen wohl nicht nach dem Gesetze, aber thatsächlich vollständig schutzlos da. Die Arbeit in den Hüttenwerken ist eine geradezu lebensgefährliche, in den größeren Werken ist noch immer das gesetzlich verbotene Trucksystem eingeführt u. s. w. Unser Antrag verlangt eine strenge Bestrafung derjenigen Unternehmer, die ihre Arbeiter zwingen, die Lebensmittel aus ihren Magazinen zu beziehen, sowie ferner, daß kein Druck auf die Arbeiter ausgeübt werde, in den Werkwohnungen zu wohnen, endlich die gesetzliche Statuirung des Achtstundentages. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß der Achtstundentag für alle Arbeiter zugleich fixirt werde, je häufiger und je reichhaltiger aber die Agitation sich für kleinere Gruppen einsetzen wird, umso eher werden wir diesbezüglich etwas erreichen. Ein Gesetz wird erst dann geschaffen werden, wenn die Arbeiter selbst den Achtstundentag in einer großen Anzahl von Betrieben durchgesetzt haben werden. (Bravo!)

Gen. Muchitsch (Graz): Der von mir im Auftrage der Lebensmittelarbeitergruppe überreichte Antrag bezweckt, daß die bereits bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen auch thatsächlich durchgeführt werden. Es soll für die kleingewerblichen Arbeiter eine Maximalarbeitszeit geschaffen und andererseits die Handhabung der Arbeiterschutzgesetze von den politischen Behörden, welche stets das Interesse der Unternehmer vertreten, an die ordentlichen Gerichte übertragen werden. Die überlange Arbeitszeit muß ja zu einer vollständigen Degenerirung der Arbeiter führen, und die politische Behörde verhält sich gegenüber den Anzeigen wegen Uebertretung der Sonntagsruhe vollständig gleichgiltig. So hat zum Beispiel in Steiermark ein Statthaltereirath uns erklärt, es können die Anzeigen, welche seitens der Gehilfenausschüsse gemacht werden, auf Erfolg nicht rechnen, weil im Gemeinderathe Unternehmer sind und diese bei jeder Gelegenheit nur ihr Interesse vertreten.

Gen. Meizr (Wien) überreicht folgenden Antrag:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem ein Maximalarbeitstag für Bäckereien und Konditoreien festgesetzt wird."

Gen. Müller (Graz): Die Arbeiterschutzgesetze werden bei uns in Steiermark, wenn eine Organisation bei den kompetenten Behörden gehörig einwirkt, so ziemlich eingehalten. Dagegen scheint für die Alpine Montangesellschaft kein Gesetz und keine Behörde zu existiren. Als ich bei der Bezirkshauptmannschaft Beschwerde führte, wurde ich gefragt, was mich das eigentlich kümmert. (Hört!) Hier gibt es keine Sonntagsruhe; die sich ergebenden Pausen bei der schweren Hüttenarbeit werden gegen das Gesetz, das reichliche Pausen fordert, dazu benützt, um die Leute andere Arbeiten verrichten zu lassen, für welche sie keine Entschädigung bekommen. Der Gewerbe-Inspektor findet aber merkwürdigerweise diese Uebelstände nicht. Außerdem herrscht noch großentheils das Trucksystem, bei dem es sich ereignen kann, daß ein Arbeiter nach dreiwöchentlicher Arbeit kein Geld zu sehen bekommt. Wir haben Beweise, daß der Herr Direktor das Rehfleisch von seiner Jagd oder die Milch theurer verkaufte, als man sie beim Bauern bekommt.

Die Bruderladenverhältnisse sind miserable; in Prävali ist die Kasse passiv; Leute, die durch 30 Jahre, und zwar fl. 3, 4 und 5 per Monat eingezahlt haben, haben fl. 15 herausbekommen. Hier wäre es schon ein bedeutender Fortschritt,

wenn wir nur konstatiren könnten, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Ueber Antrag Bretschneider's wird die Debatte geschlossen.

Gen. Barth (Gablonz) überreicht folgenden Antrag:

„Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, die Einberufung einer Enquête über die Lage der Glasarbeiter im Isergebirge zu veranlassen und auf Grund des Ergebnisses dieser die nothwendigen Arbeiterschutzbestimmungen im Hause zu beantragen."

Es erhält das Schlußwort

Referent Gen. Dr. Adler (Wien): Ueber den Hauptpunkt, der hier für die Debatte beabsichtigt war, über die Regelung der Heimarbeit, haben wir eine Reihe sehr instruktiver und sachlich sehr interessanter Ausführungen gehört, aus denen allen hervorgeht, daß man mit der Heimarbeit weder auf dem heutigen noch auf einem zukünftigen Parteitage ohneweiters fertig werden kann, daß hiezu vielmehr eine umfangreiche Arbeit gehört. Ich glaube daher, daß der Antrag des Genossen Smitka das Richtige vorschlägt, daß die Feststellung der Grundsätze, nach welchen mehrere Gesetzentwürfe auszuarbeiten wären, in einer Konferenz zu erfolgen hätte, welche die Vertrauensmänner jener Gruppen, die unter der Heimarbeit leiden, veranstalten, und zu welcher die Parteivertretung und — Sie werden wohl damit einverstanden sein — auch der parlamentarische Verband unserer Genossen die Initiative ergreifen soll. Wir stellen uns, wenn wir den Antrag Smitka annehmen, nicht eine oberflächliche Besprechung vor, die etwa in zwei bis drei Tagen erledigt ist, sondern ich meine, daß, wenn dabei etwas herauskommen soll, vielfach an Ort und Stelle Vorberathungen gepflogen werden müssen, auf Grund welcher die Konferenz erst Erfolgreiches leisten kann. Es ist das freilich eine Aktion, von der wir sagen müssen, daß sie eigentlich nicht in das Ressort der Partei, sondern — wenigstens in jedem vernünftigen Lande — in das Ressort der Regierung, des Staates fallen würde. Würden wir nicht unter Verhältnissen leben, die einen solchen Antrag rein akademisch erscheinen lassen, würde ich ohneweiters beantragen, daß diese Konferenz oder Enquête nicht von unserem sozialdemokratischen Verbande, der Parteivertretung und den Gewerkschaften, sondern als eine parlamentarische Enquête vom Parlamente veranstaltet werden soll, wo dann dafür zu sorgen wäre, daß sie von unseren Fachmännern in der entsprechenden Weise beschickt wird. Nachdem aber eine solche parlamentarische Aktion auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden müßte, so halte ich es für gut und nothwendig, daß wir den Antrag Smitka annehmen und zugleich aussprechen, daß in dem Wortlaut des Antrages nicht der volle Inhalt desselben erschöpft ist. Ich setze voraus, daß Genosse Smitka mit mir einverstanden ist, daß dies eine weit über eine Konferenz hinausgehende, sachliche und gründliche Erhebung sein soll. In diesem Sinne nehme ich den Antrag als den Hauptantrag, welcher sich aus unseren Verhandlungen ergibt, und ich glaube, daß er unsere Berathung auf das Würdigste und Entsprechendste abschließen wird.

Der Antrag auf Einleitung einer Aktion zum Zweck der Einführung einer Invaliditäts- und Altersversicherung wäre der Parteivertretung und dem Verbande zuzuweisen. Die Zeit einer solchen Aktion kann absolut nicht vom Parteitage bestimmt werden, sondern hängt von politischen und hundert anderen Momenten ab.

Der Antrag des Genossen Augmaier betrifft den Achtstundentag. Genosse Augmaier hat hier in ziemlich pessimistischer Weise über den Erfolg unserer gesammten Achtstundentagsbewegung gesprochen. So berechtigt die Klagen darüber sind, daß die Arbeitszeit in vielen Gewerben eine viel zu lange ist und sogar die gesetzlichen Bestimmungen überschreitet, möchte ich denn doch im Interesse der Wahrheit und Sachlichkeit unserer Verhandlungen den allzu pessimistischen Auffassungen Augmaier's entgegentreten. Es ist nicht richtig, wie aus seinen Ausführungen hervorgehen könnte, daß die österreichische oder die internationale Achtstundenbewegung ohne Erfolg geblieben ist. Eine sehr deutlich ausgesprochene Tendenz, und zwar gerade seit dem Jahre 1889, welche der Anfangspunkt dieser Bewegung ist, ist die der Verkürzung der Arbeitszeit in den allermeisten Branchen. Ich bitte nur, die Berichte der Gewerbe-Inspektoren genau zu lesen, ebenso wie,

worauf ich Sie besonders aufmerksam mache, die statistischen Berichte sowohl unserer Gewerkschaftskommission als der statistischen Abtheilung im Handelsministerium über Arbeitseinstellungen. Sie werden da finden, daß eine ganze Reihe von Lohnbewegungen, und zwar ein recht hoher Perzentsatz, in Bezug auf die Abkürzung der Arbeitszeit mit Erfolg geendet hat, während viele andere Forderungen, die mitunter leichter erfüllbar scheinen, Lohnforderungen, Personalforderungen u. s. w., regelmäßig nicht erfüllt wurden. Die Tendenz dieser ganzen Bewegung besteht; sie ist zwar sehr langsam, und Sie dürfen nicht glauben, daß ich Ihnen einreden will, es ist wunderschön, Sie brauchen nichts zu thun. Ich erinnere mich da eben an die Eisenbahner. Was jetzt bei den Staatsbahnen eingeführt wird, ist gewiß nicht das, was wir und die Eisenbahner anstreben. Aber es ist ein ganz entschiedener Fortschritt auf dem Gebiete der Einschränkung der Arbeitszeit, ein sehr wichtiger Fortschritt, der andere Fortschritte unbedingt nach sich ziehen muß. Seien Sie nicht allzu pessimistisch. Ziehen Sie aber daraus nicht die Folgerung, daß wir genug gethan hätten, sondern ziehen Sie daraus den Schluß: Gerade deshalb, weil wir einsehen, daß unsere Agitation etwas genützt hat, gerade deshalb muß sie verdoppelt, verdreifacht werden. Wenn Genosse Augmaier verlangt, man möge dafür sorgen, daß auf dem nächsten Parteitage die Achtstundenbewegung besprochen werde, so kann ich ihm, ohne ein Mandat zu haben, auf das Allersicherste versprechen, daß auf dem nächstfolgenden gemeinschaftlichen Parteitag der Achtstundentag auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Ich kann Ihnen nur empfehlen, auch diesen Antrag der Parteivertretung zu übergeben.

Es kommt nun eine Reihe von Anträgen, welche nicht mehr die Gesammtheit, sondern einzelne Branchen betreffen. Es sind dies Anträge, welche die Aufmerksamkeit sowohl der Parteivertretung als des Verbandes auf einzelne Punkte lenken; insoferne sind sie gewiß nicht nur lehrreich, sondern werden ihre Aufgabe auch erfüllen.

Parteigenossen! Wir haben heute in sehr kurzer Zeit ein sehr wichtiges Kapitel absolviren müssen, ein Kapitel, das eigentlich die eine Seite unserer Bewegung vollständig umfaßt, denn bei diesem Kapitel „Arbeiterschutz" kann man Alles unterbringen, was sich auf das wirthschaftliche Leben der Arbeiter bezieht. Wenn wir diesem Punkte heute nicht mehr so viel Zeit widmen, wie das auf früheren Parteitagen geschehen ist, so ist das nicht etwa die Folge davon, daß das Interesse dafür auch nur im Geringsten vermindert ist, sondern das ergibt sich daraus, daß es sich um Forderungen und Dinge handelt, die ihrem Hauptinhalte und dem größten Umfange nach bereits in's Fleisch und Blut der Parteigenossen übergegangen sind, die jeder klassenbewußte Arbeiter heute schon weiß, und die drittens zu ihrer Durchsetzung heute eine eigene Organisation, die Gewerkschaftsorganisation, haben. Der Arbeiterschutz ist uns heute keineswegs irgendwie nebensächlicher geworden als er es jemals gewesen, wir können im Gegentheil sagen, daß die Verfechtung der wirthschaftlichen Interessen jedes einzelnen Arbeiters, ganzer Gruppen und ganzer Branchen von Arbeitern heute eine solche ist, wie sie niemals in diesem Lande war, ja, wir können ruhig sagen, daß in dieser Beziehung die österreichische Arbeiterschaft sich mit jeder anderen ohne Ausnahme vergleichen kann. (Beifall.) Genossen! In kürzester Zeit wird die Frage der Arbeitersekretariate lokaler Natur, wie sie an einzelnen Orten Deutschlands, zum Beispiel Nürnberg, Stuttgart, Berlin, bereits bestehen, bei uns aktuell werden. Wir haben ja hie und da Ansätze hiezu, Surrogate, die sogar hie und da in mancher Beziehung ebensoviel wie diese Sekretariate leisten, aber diese Einrichtungen haben noch keine feste Form. Wenn, was ganz sicher ist, in der allernächsten Zeit die Arbeitsvermittlung von den Kommunen aufgegriffen werden sollte, in der Absicht, nicht für, sondern gegen die Arbeiterschaft zu wirken, dann werden diese Sekretariate und damit in Verbindung eine ganze Reihe von Einrichtungen eine höchst aktuelle Frage werden. Ich begnüge mich damit, das überhaupt nur zu berühren, um Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, mehr kann in diesem Zusammenhange von mir nicht gethan werden.

Genossen, es ist nicht richtig, wie Viele meinen, daß, wenn unsere Gesetzentwürfe nicht angenommen werden, unsere Aktion umsonst war. Ohne daß es die Leute wollen, ist heute der Einfluß der Arbeiterschaft ein so mächtiger, daß er sich bei

jeder gesetzgeberischen, ja bei jeder Verwaltungsaktion, die von Seite der Regierung oder des Parlaments erfolgt, geltend macht und machen muß. Man verwirft vielfach unsere Anträge, man muß aber Stück für Stück — freilich viel zu langsam — einzelne unserer Ideen selbst praktiziren, weil man sonst überhaupt nichts machen kann, was halbwegs lebensfähig ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Smitka, nach welchem eine Konferenz zur Besprechung der Heimarbeit einberufen werden soll, wird einstimmig angenommen.

Alinea 3 des Antrages 12 der gedruckten Vorlagen und der Antrag Petserilka:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung für das gesammte Volk, zähle es sich zu den manuellen oder geistigen Arbeitern, von eminenter Wichtigkeit ist, beschließt der Parteitag: Es ist von der Parteileitung im ganzen Reiche eine lebhafte Agitation zu Gunsten dieser Forderung einzuleiten, und haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament diese Forderung energisch zu vertreten.“

werden einstimmig dem sozialdemokratischen Verbande und der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Augmaier:

„In Erwägung, daß die Bewegung des Achtstundentages nicht den ernstlichen Charakter besitzt, beantragt der Parteitag, die Reichsparteivertretung zu beauftragen, die hier einzuschlagende Taktik aufzustellen und am nächstfolgenden gemeinschaftlichen Parteitag den Achtstundentag auf die Tagesordnung zu stellen,“

wird einstimmig der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Höger:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion im Reichsrathe auf, einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitsministeriums zu stellen,“

wird dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Der Antrag 13 wird zurückgezogen. Punkt 1 und 2 des Antrages 12 werden angenommen. Antrag 14 wird der Gewerkschaftskommission zugewiesen.

Zu dem Antrag Prachensky:

„Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, dahin zu wirken, daß auch die Postbediensteten in die Krankenversicherung einbezogen werden,“

bemerkt Gen. Dr. Adler: Es gibt eigentlich mehr Leute, die da hineingehören, und wenn die Frage der ganz kleinen Beamten angeschnitten wird, dann kommen nicht nur die Postbediensteten, sondern auch die städtischen Beamten, die Telegraphenbediensteten u. s. w. in Betracht. Wir können nichts Anderes thun, als diesen und ähnliche Anträge in Bausch und Bogen der Parteivertretung zuweisen, sonst würde es so aussehen, als hätten wir nur ein Herz für die Postbediensteten, ohne die Anderen zu sehen, die es ebenso brauchen. Da aber diese Anträge zum Theile von der Parteivertretung nicht in die Hand genommen werden können, ohne die Branche, um die es sich handelt, zu hören, so müssen wir sie der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission zugleich zuweisen. Das bezieht sich zum Beispiel auf die Anträge der Genossen Muchitsch und Meizr, welche sich auf die Lebensmittelbranche beziehen. Der letztere verlangt einen besonderen Gesetzentwurf für die Regelung der Arbeit bei Bäckern und Zuckerbäckern. Was aber für die Bäcker gilt, gilt auch für andere Branchen. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung nicht für die Bäcker allein, sondern für das ganze Kleingewerbe.

Der Antrag Prachensky und der Antrag Meizr werden der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission zugewiesen.

Die Anträge Muchitsch:

„In Erwägung, daß für die kleingewerblichen Betriebe eine festgesetzte Arbeitszeit nicht besteht, welchem Umstande die krasseste Ausbeutung der kleingewerblichen Arbeiter zuzuschreiben ist, wird der sozialdemokratische Verband der Abgeordneten beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Fixirung einer Maximalarbeitszeit für den Kleinbetrieb einzubringen,“

„In Erwägung, daß die heute bestehenden Arbeiterschutzgesetze nur in der Theorie bestehen, in der Praxis aber nicht durchgeführt werden, und es selbst dem stärksten Drucke seitens der Arbeiterschaft nicht gelingt, Remedur zu schaffen, da die politischen Be-

hörden niemals objektiv vorgehen, ja sogar augenscheinlich das Unternehmerinteresse ausschließlich vertreten, was zur Folge hat, daß selbst die wenigen Arbeiterschutzbestimmungen illusorisch werden, wird der Verband beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Handhabung der Arbeiterschutzgesetze den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden soll. Der Verband wird weiters beauftragt, den auf den diversen Fachkongressen angenommenen Anträgen auf Einbringung von Gesetzentwürfen nach Möglichkeit nachzukommen, und solle die Gewerkschaftskommission dem Verbande von den Vorgängen auf diesem Gebiete eingehend berichten. Ebenso sollen die Organisationen von den Arbeiten des Verbandes in dieser Richtung verständigt werden, damit sie in entschiedener Weise hiezu Stellung nehmen können,"

und der Antrag des Genossen Meizr werden dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Der Antrag Barth, nach welchem der sozialdemokratische Verband beauftragt werden soll, die Einberufung einer Enquête über die Lage der Glasarbeiter im Isergebirge zu veranlassen, wird als erledigt angesehen.

Zu dem Antrag des Genossen Heinrich Beer bemerkt Referent Genosse Dr. Adler: Was uns die Genossen Beer und Müller hierüber erzählt haben, wissen viele von uns sehr genau, und wir wissen auch, daß noch viel mehr darüber zu sagen wäre. Neben dem lebhaftesten Interesse, das wir daran haben, daß etwas geschieht, kann ich mich aber bei jedem dieser Anträge nicht eines Gefühles der Ohnmacht erwehren. In diesem Widerspruche bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Antrag der Fraktion zuzuweisen. Wir wissen aber, daß trotzdem das Elend dieser Leute und Millionen Anderer vollkommen ungemildert fortbestehen wird, und daß es nicht durch eine parlamentarische, sondern nur durch ihre eigene Aktion irgendwie gemindert werden kann. Wenn es jemals wahr war, daß die Hoffnung der Arbeiter nicht beim Staate, nicht bei den Regierungen und nicht beim Parlamente ist, sondern bei ihnen selbst, so ist das jetzt in Oesterreich zehnmal und hundertmal wahr. (Beifall.)

Die Anträge Heinrich Beer (Wien), Behr (Saaz) und Schatzmayr (Judenburg) werden der Fraktion zugewiesen, ebenso der Antrag Hanusch:

„Der sozialdemokratische Verband wird vom heutigen Parteitage aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, wonach die Arbeitszeit in den Tabakfabriken, sowie in gesundheitsschädlichen Betrieben auf acht Stunden festgesetzt wird."

Referent Gen. Dr. Adler: Ich komme nun zu dem Antrag Müller, der sich auf die Alpine Montangesellschaft bezieht. Es ist dies eine Sache, die nicht nur die Arbeiter eines Kronlandes, sondern aller Kronländer außerordentlich interessirt. Denn derselbe Prozeß, der sich heute in Steiermark und den Alpenländern vollzieht, hat sich vor ein paar Jahren mit der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft vollzogen, und die Wunden und Spuren davon tragen unsere Genossen noch am Leibe; es ist der Prozeß der Konzentrirung der Betriebe. Es ist dies aber etwas anderes als der gewöhnliche Konzentrationsprozeß. Wenn da ein Arbeiter in Hermannshütte oder Prävali künstlich arbeitslos gemacht wird, so ist er am schlechtesten daran, wenn er noch nicht so alt ist, wenn er zwischen 35 und 50 Jahren steht. Denn er ist noch zu jung, um da etwas zu bekommen, er ist aber schon zu alt, um in einem anderen Werke unterzukommen. Er ist am schlechtesten daran, weil er das Elend am längsten zu tragen hat. Hier ist es Pflicht des Staates, in einem weit größeren Ausmaße als dies im Antrage zunächst angedeutet ist, dahin zu wirken, daß die großen Gesellschaften bei so großen und einschneidenden wirthschaftlichen Prozessen gezwungen werden, in der ausgiebigsten Weise dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter irgendwie untergebracht oder versorgt werden. Das geschieht aber heute nicht. Man schreit uns heute damit die Ohren voll, daß der Kleingewerbestand langsam abwirthschaftet und langsam zu Grunde geht; eine ganze Politik wird darauf aufgebaut. Wo aber Proletarier nicht zum langsamen, sondern zum akuten Hungertode gebracht werden, wo sie plötzlich vor dem leeren Nichts stehen — in Massen und nicht nur als Einzelne — da rührt sich keine Hand. Zu dem letzten Passus des Antrages möchte ich bemerken, daß wir zuweilen kein Interesse daran haben, daß der Schein der Aktivität einer solchen Kasse sofort zerstört werde, weil sonst einfach ein Strich darüber gemacht wird und so doch wenigstens einzelne Arbeiter etwas bekommen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen den Antrag zur Annahme.

Antrag Müller, welcher lautet:

„In Erwägung, daß sich anläßlich der Auflösung einiger Werke der Alpinen Montangesellschaft ergeben hat, daß Arbeiter, welche zwanzig und mehr Jahre in die Bruderlade oder Versorgungskasse eingezahlt haben, in Folge der Passivität der Kassen bei ihrer Entlassung zum großen Theile kleine und in keinem Verhältnisse zu ihren eingezahlten Beträgen stehende Summen, zum Beispiel in Prävali, Gußwerk 2c., erhalten haben; in weiterer Erwägung, daß es offene Thatsache ist, daß noch in einigen Werken, wie Donawitz, Zeltweg, Eibiswald, die Kassen passiv sind, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion, um die Arbeiter vor weiterer Schädigung zu bewahren, eine strenge Untersuchung über die Aktivität oder Passivität dieser Kassen zu verlangen,"

wird angenommen.

Die Resolution Petersilka:

„In Anbetracht des Umstandes, daß vornehmlich die christlich-sozialen Unternehmer gegen die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handel das Argument in's Treffen führen, daß die Arbeiter den Sonntag als Kauftag nicht missen können oder wollen, beschließt der Parteitag:

Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für das Handels- und Speditionsgewerbe, ebenso wie für alle Bureaux, wird seitens der Arbeiterschaft nicht nur gebilligt, sondern im Interesse aller Angestellten als unumgänglich nothwendig betrachtet.

Der sozialdemokratische Verband im Parlamente wird aufgefordert, die Realisirung dieser Forderung mit Entschiedenheit zu fördern,"

wird gleichfalls angenommen.

Hiemit ist der Punkt „Arbeiterschutz und Heimarbeit" erledigt.

Zum Punkt

Parteipresse

referirt

Gen. Popp (Wien): Da in dem gedruckten Berichte, wie auch im Referate des Genossen Schuhmeier der Bericht über den Stand der Parteipresse eigentlich enthalten war, will ich mich kurz fassen und zunächst vom Zentralorgan der Partei, von der „Arbeiter-Zeitung", reden. Unter den schlechten Preßverhältnissen konnte sich unsere Presse im Allgemeinen nicht so entwickeln, wie es im Interesse der Arbeiterschaft nothwendig wäre. Trotzdem hat aber die „Arbeiter-Zeitung" in den letzten drei Jahren einen namhaften Erfolg errungen, und hat insbesondere während der Wahlbewegung des Jahres 1897 Auflagen bis zu 50.000 Exemplaren erzielt. Welchen Absatz wir im vergangenen Jahre gefunden haben, können Sie aus der Thatsache ermessen, daß wir im vergangenen Jahre fl. 80.000 an Zeitungsstempel gezahlt haben. Der materielle Stand des Blattes ist aber trotzdem bisher kein günstiger. Wir haben das Geld, das, wie unsere Gegner sagen, uns die Juden und reichen Börseaner geben (Heiterkeit), noch immer nicht bekommen und haben auch keine Aussicht, es jemals zu erhalten. Man sucht uns alle möglichen Prügel zwischen die Füße zu werfen. Die Staatsanwaltschaft glaubt, uns mit Konfiskationen ruiniren zu können. Es gibt kein Tagblatt in Wien, vielleicht auch nicht in ganz Oesterreich, welches so oft konfiszirt würde, wie die „Arbeiter-Zeitung". Wie willkürlich diese Konfiskationen sind, erhellt schon daraus, daß auch in diesem Jahre einem Einspruche, den wir übrigens gegen jede Konfiskation erheben, seitens des Gerichtes stattgegeben wurde, und wir haben in Folge dessen fl. 366 für eine konfiszirte Nummer von der Staatsbehörde herausbezahlt bekommen.

Abgesehen von diesen willkürlichen Konfiskationen der Staatsanwaltschaft, sucht uns auch die antisemitische Verwaltungsbehörde in Wien zu drücken. Wir haben bis zum Jahre 1897 etwas über fl. 80 Steuer gezahlt; nun kommt der Magistrat plötzlich daher und diktirt uns eine dreimal so hohe Steuer auf drei Jahre zurück. Unser Rekurs dagegen hat nichts gefruchtet. Auch mit den Verschleißern haben wir zu kämpfen. Da nun einige Hoffnung vorhanden ist, daß der Zeitungsstempel aufgehoben wird, wollen die Trafikanten und Zeitungsverschleißer den Gewinn davon an sich ziehen. Wir werden diesen Wunsch der Verschleißer nicht erfüllen; wir haben vorläufig in 15 Trafiken in Wien das Auflegen der „Arbeiter-Zeitung" eingestellt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Wiener Ge-

nossen empfehlen, dafür zu agitiren, daß das Wochenabonnement mehr gefördert werde.

Die Provinzpresse hat sich wie unsere gesammte Parteipresse im letzten Jahre sehr stark entwickelt. Die Klagen wegen neuer Blättergründungen haben jedoch nicht abgenommen. Wir haben auf dem letzten Parteitage den Beschluß gefaßt, daß Parteiblätter nur gegründet werden sollen, wenn die Wahlkreiskonferenz die Herausgabe beschließt, wenn ihr Bestand gesichert erscheint und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Dieser Beschluß bedeutet gewiß eine Verschärfung und insbesondere, wenn unsere Parteigenossen wirklich einmal Disziplin halten und die Beschlüsse des Parteitages ernst durchführen wollten. Die Genossen halten sich bei Neugründung von Blättern aber nicht immer vor Augen, ob auch die Vorbedingungen zur Herausgabe eines Blattes vorhanden sind.

Es liegt mir hier eine Beschwerde des VI. mährischen Wahlkreises vor betreffs des Abgeordneten Berner. Da die Parteivertretung erfuhr, daß dort ein Blatt gegründet werden soll, haben wir in Sternberg angefragt, wie es sich mit dieser Blattgründung verhalte. Es wurde uns geantwortet, daß allerdings von den Vertrauensmännern beschlossen wurde, in einer Konferenz den Antrag auf Herausgabe eines Blattes zu stellen. In der Konferenz wurde auch beschlossen, einen Fonds von fl. 100 zu sammeln und dann an die Herausgabe des Blattes zu schreiten. Nun ist aber der VI. mährische Wahlkreis ein zweisprachiger; es ist in Folge dessen schwer möglich, für den Wahlkreis ein spezielles Blatt herauszugeben. Nun hat der Abgeordnete Berner, der nach unserem Organisationsstatut der tschechischen Organisation angehört, versucht, in Sternberg ein deutsches Parteiblatt zu gründen. Er hätte aber die Pflicht gehabt, da die deutschen Bezirke Mährens und Schlesiens zusammen eine Wahlkreisorganisation haben, deren Sitz in Brünn ist, sich in erster Linie mit der Vertretung der Organisation hierüber zu besprechen und nicht im Rücken dieser Vertretung vorzugehen. Wenn die Wahlkreise zweisprachig sind, können die Wahlkreise einen diesbezüglichen gemeinsamen Beschluß nicht fassen, sondern da ist die Kreiskonferenz kompetent. Ich glaube, daß Genosse Berner da einen Fehler gemacht hat. Er hat sich wie jeder Genosse an das Organisationsstatut zu halten und die Bestimmungen der Organisation, die wir uns geschaffen haben, zu respektiren. Ich mache den Genossen in Sternberg weiter den Vorwurf, daß sie sich nicht früher an die Kreisvertretung gewendet haben.

Wir haben aber noch einen zweiten ähnlichen Fall und zwar aus dem II. schlesischen Wahlkreise. Da theilte uns Genosse Schmidt aus Jägerndorf mit, daß eine Konferenz stattfand, auf welcher beschlossen wurde, für Schlesien ein Blatt herauszugeben; die Jägerndorfer Genossen wurden aufgefordert, für die Aufbringung der Geldmittel miteinzutreten. Von dem Stattfinden der Konferenz wurden aber die Jägerndorfer Genossen nicht verständigt. Jägerndorf ist der Sitz der besten Parteiorganisation in Schlesien. Wenn nun diese Genossen zur Aufbringung der Mittel aufgefordert werden, sollte man sie doch auch zur Konferenz, wo man einen solchen Beschluß fassen will, einladen. Das ist also auch ein Vorgang, den wir nicht billigen können. Sie dürfen sich also nicht wundern, wenn die Genossen Anträge einbringen, die darauf hinauslaufen, daß der Punkt unseres Organisationsstatutes über die Blättergründungen abermals verschärft werden soll. Wir haben heute nach meiner Ansicht nach dem Stande unserer Organisation Parteiblätter genug. Wenn sich die Organisation weiter entwickelt, wenn die Bedingungen für neue Blätter geschaffen werden, wenn die Wahlkreise sich besser ausbauen werden und wir dort festeren Fuß fassen werden, dann wird wohl auch die Zeit kommen, wo man für jeden einzelnen Wahlkreis ein eigenes Blatt wird gründen müssen. Ob aber heute ein Wahlkreis, der außerdem zweisprachig ist, im Stande sein wird, ein Blatt zu erhalten, ist wohl sehr unsicher.

Durch die Gründung dieser neuen Blätter würden Sie den Bestand des „Volksfreundes“, der sein Absatzgebiet in Mähren und Schlesien hat, gefährden. Wenn Ihnen Brünn als Erscheinungsort nicht konvenirt, so kann dieser ja durch einen Beschluß der Landeskonferenz verlegt werden. Aber ohneweiters an die Herausgabe neuer Blätter zu gehen und damit den Lebensfaden des alten Blattes, das den bestehenden Verhältnissen entspricht, abschneiden, das sollten Sie nicht thun.

Auch in Wien sind in letzter Zeit neue Blätter erschienen. Insbesondere hat der Verein der sozialdemokratischen Kleingewerbetreibenden ein selbstständiges Blatt gegründet. Diese Genossen wenden sich überdies in einem sehr langen Briefe an den Parteitag mit einer Beschwerde gegen die „Arbeiter-Zeitung" und gegen die Parteivertretung.

Der Brief lautet:

Wien, am 28. Mai 1898.

An den verehrlichen Parteitag!

Werthe Genossen!

„Die freie Vereinigung sozialdemokratischer Kleingewerbetreibender und Kaufleute in Wien hat beschlossen, da sie nicht in der Lage ist, durch einen Delegirten ihre Wünsche und Beschwerden dem verehrlichen Parteitage zur Kenntniß zu bringen, dieses Schreiben an denselben zu richten, mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung desselben.

Nach der Wahlniederlage am 9. März 1897 traten einige unabhängige, vom sozialdemokratischen Geiste beseelte Männer zusammen, um über die Ursache und Folgen dieser Niederlage zu berathen. Wir, eben diese Männer kamen zu der Erkenntniß, daß bei der Zusammensetzung der V. Kurie die organisirte Arbeiterschaft allein nicht im Stande ist, irgendwelche nennenswerthe Erfolge zu erringen, wenn nicht eine sehr beträchtliche Anzahl von kleinen Geschäftsleuten und Meistern ihr Stimmrecht in einer für die sozialdemokratische Idee günstigen Weise ausüben. Wir haben bereits mehreremale betont, daß eine Agitation von Seite der Arbeiter und deren Führer in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden auf Mißtrauen stoßen würde, in Folge dessen wir die Agitation selbst in die Hand genommen haben. Wir verfolgen damit in keiner Weise irgend eine Interessenpolitik oder sogenannten Geschäftssozialismus, wir wollen nur der sozialdemokratischen Idee weiteste Verbreitung in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden verschaffen, und jeder objektiv beurtheilende Parteigenosse wird zu der Anschauung gelangt sein, daß wir in unserer Thätigkeit nicht über diesen Rahmen hinausgegangen sind. Daß diese Idee Anhänger fand, wurde durch den Umstand erhärtet, daß sich in kurzem drei solche Vereinigungen sozialdemokratischer Kleingewerbetreibender bildeten, während noch mehrere im Entstehen begriffen sind. Ein Beweis, daß eine richtig interpretirte gesunde Idee eine durchschlagende Kraft hat, an Boden gewinnt, wenn man ihr halbwegs das Terrain ebnet. Und dies ist eben unsere Absicht. Wenn unsere Organisation noch nicht die Anzahl von Mitgliedern aufzuweisen in der Lage ist, welche im Interesse unserer Sache wünschenswerth wäre, so trägt einen Hauptschuldtheil davon die Haltung der Parteileitung und die „Arbeiter-Zeitung" uns gegenüber. Das ist der erste Punkt unserer Beschwerde. Die „Arbeiter-Zeitung" nimmt von uns überhaupt keine Notiz; unsere Versammlungen, mögen sie noch so gut besucht sein, werden todtgeschwiegen, unsere Resolutionen werden nicht veröffentlicht, alle unsere Aktionen werden nicht nur nicht gefördert, sondern durch dieses konsequente Ignoriren nahezu geschädigt. Im Stillen wird gegen uns in der Arbeiterschaft ein Geist gezüchtet, welcher uns gegenüber zum Ausdrucke kommt, in einer Weise, welcher einer Gegnerschaft angepaßt wäre, aber nicht ehrlichen Mitkämpfern in einer edlen Sache. Daß dieses Vorgehen nicht geeignet ist, Begeisterung für die Partei in unseren Kreisen zu erwecken, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Nur unsere aufrichtigste Ueberzeugung hat uns davon abgehalten, den einmal betretenen Weg zu verlassen.

Zum Zwecke einer erfolgreichen Agitation haben wir ein Blatt aus eigenen Mitteln gegründet, welches halbmonatlich erscheint, und dessen Inhalt den Beweis geliefert hat, daß wir keine moderne Gewerberetterei betreiben, sondern nur einzig und allein im sozialdemokratischen Geiste aufklärend und belehrend zu wirken suchen.

Wie hat sich nun die „Arbeiter-Zeitung" unserem Blatte gegenüber verhalten? Sie hat mit keiner, auch nicht der leisesten Andeutung von unserer Existenz Notiz genommen, ja sogar die schon bezahlte Annonze refusirt und den Betrag zurückerstattet. Hingegen wird ein, von Patriotismus und Loyalität triefendes Blatt („Wiener Bilder"), dem Lesepublikum durch mehr als nothwendiges Annonziren gewissermaßen auf das Wärmste empfohlen. Auf einen, von den Organisationen verfaßten, der „Arbeiter-Zeitung" zweimal mit dem Ersuchen um Veröffentlichung übermittelten Aufruf wurde entgegen den landläufigsten Auffassungen der Höflichkeit und des Anstandes nicht einmal im Briefkasten der Redaktion geantwortet. Ob ein derartiges Vorgehen sich mit den Anschauungen des Korrekten decken, ist sehr fraglich. Dies wäre der zweite Punkt unserer Beschwerde. Einen dritten Punkt unserer Beschwerde bildet die Thatsache, daß man aus unseren Kreisen keine Vertrauensmänner weder in den Bezirks- noch Wahlkreisausschuß wählt, daß man uns überhaupt nie von den, der Partei dienlichen Schritten verständigt, kurz, daß man mit uns nie so verkehrt, wie mit anderen Organisationen und Gewerkschaften.

Wir wissen zwar nicht, ob die Partei schon jenen Kulminationspunkt erreicht hat welcher sie in die Lage setzt, eine Menge nützlicher Agitationskräfte von sich zu stoßen aber wir würden es auf das Tiefste beklagen, wenn die Parteileitung durch die Macht der Thatsachen gezwungen wäre, es zu bedauern, uns, die sozialdemokratisch denkenden und fühlenden Kleingewerbetreibenden, durch ihr brüskes Vorgehen von sich gestoßen zu haben. Um das zu verhindern, bevor es zu spät ist, senden wir diese Denkschrift an den geehrten Parteitag und ersuchen denselben,

a) dahin zu wirken, daß unsere Organisationen als gleichwerthig und gleichwichtig allen anderen sozialdemokratischen Organisationen angereiht werden,

b) daß unser Blatt genau so als Parteiblatt anerkannt wird und wie andere Parteiblätter auch publizirt,

c) daß unsere Actionen von der Partei genau so geschätzt, gefördert und unterstützt werden, wie andere sozialdemokratische Organisationen.

Nur wenn der Parteitag unsere Wünsche berücksichtigen wird, wird es uns möglich sein, als mitwirkendes und mitkämpfendes Glied in der Kette der sozialdemokratischen Kämpfer Ersprießliches zu leisten. An dem Willen mangelt es uns nicht, an Ihnen ist es, uns hiezu die Möglichkeit zu verschaffen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

„Die sozialdemokratischen
Gewerbetreibenden und Kaufleute Wiens“
als Organisation.

Der Brief ist an den Parteitag gerichtet und auch dem Genossen Zimmermann übergeben worden. Wer die Verhältnisse nicht kennt und diesen Brief liest, der wird sich denken, die Parteivertretung stoße neue Organisationen und Leute, die sich in die Parteiorganisation einfügen wollen, von sich, anstatt sie zu begrüßen. Abgesehen davon, daß ja die Wiener Organisation als solche, die Anreihung einzelner Mitglieder an die Organisation, die Parteivertretung gar nichts kümmert — das ist Sache des Wiener Lokalausschusses — kann ich nicht umhin, meine subjektive Meinung dahin abzugeben, daß die Organisation der Kleingewerbetreibenden als solche eigentlich eine Berechtigung nicht hat, sich sozialdemokratisch zu nennen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten können eine Organisation der Kleingewerbetreibenden als solche nicht anerkennen, weil, wenn sie sich abgesondert von den übrigen Parteiorganisationen organisiren, man annehmen muß, daß sie sich organisiren als Klasse, die ihre Klasseninteressen, die Interessen der Klasse der Kleingewerbetreibenden gegen die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Das ist gegen unser Programm. Wir können nur sagen: Ihr Kleingewerbetreibenden seid uns willkommen, wenn Ihr Euch in unsere Organisation einreiht. Wenn Ihr eine gewerkschaftliche Organisation in dem Sinne, wie wir sie kennen, nicht haben könnt, so habt Ihr bei uns in politischen Vereinen Platz und Ihr könnt Euch dort als Sozialdemokraten bethätigen. Da seid Ihr uns willkommen, aber als Interessenorganisation nicht.

Und nun gestatten Sie mir, kurz auf den Vorwurf einzugehen, der in diesem Briefe der „Arbeiter-Zeitung“ gemacht wird. Wir haben bekanntlich ein Statut dafür, unter welchen Bedingungen Blätter gegründet werden dürfen und diese Form haben auch diese Genossen nicht eingehalten. Sie haben sich weder an den Lokalausschuß, noch an sonst eine von Genossen eingesetzte Korporation gewendet. Und nun kommen sie zu uns und wollen, wir sollen das Blatt anzeigen mit der Marke „Sozialdemokratisches Organ“. Das können wir nicht thun, und es hat die Wiener Preßkommission, an die sie sich mit einer Beschwerde gewendet haben, entschieden, daß wir Recht haben.

Ich gehe nun auf die einzelnen Anträge über. Zunächst empfehle ich Ihnen den Antrag der niederösterreichischen Landes-Parteivertretung, daß die „Neue Volkstribüne“ als Parteiorgan anerkannt werde, zur Annahme; eine Begründung ist da wohl nicht nöthig.

Einen anderen Gegenstand behandeln der Antrag der Wiener Preßkommission (7. Antrag) und ein Antrag der Genossen Widlar, Winarsky, Meizr und Grosse.

Der Antrag der Preßkommission lautet:

„Zur Kontrole der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen von Wien eine Preßkommission, welche aus höchstens einem Mitgliede jeder Wiener Bezirksorganisation bestehen darf. Streitfälle zwischen der Administration und Redaktion einerseits, sowie der Preßkommission andererseits werden in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission mit der deutschen Parteivertretung erledigt. Anstellungen, Entlassungen und Gehaltsregulirungen im Personal der Administration, Expedition und Redaktion sind von der deutschen Parteivertretung im Einvernehmen mit der Preßkommission vorzunehmen."

Der Antrag Widlar-Winarsky lautet:

„Die Wiener Preßkommission wird aus je zwei Vertretungen der einzelnen Wiener Wahlkreisorganisationen gebildet und hat die Aufgabe: a) Die Administration; b) soweit es sich um Wiener, respektive niederösterreichische Angelegenheiten handelt, die taktische Haltung der in Wien erscheinenden deutschen Parteiblätter zu kontroliren. Die Arbeiten der Kommission werden so getheilt, daß je ein Genosse aus jedem Wahlkreis sich mit der Kontrole der taktischen Haltung der Blätter in der bezeichneten Begrenzung, der andere mit der Kontrole der Administration zu beschäftigen hat. Der Preßkommission sind alle Geschäftsbücher der einzelnen Blätter vorzulegen. 2. Anstellungen, sowie Feststellungen von Gehalten können nur über gemeinsamen Vorschlag der Preßkommission und der Parteivertretung von der Wiener Lokalorganisation beschlossen werden."

Diese beiden Anträge empfehle ich Ihnen zur Ablehnung und schlage Ihnen vor, den Beschluß des Schwender-Parteitages aufrecht zu erhalten, welcher lautet:

„1. Die Parteileitung wird aufgefordert, der niederösterreichischen Landesorganisation, respektive der Wiener Lokalorganisation, allvierteljährlich über den Stand der „Arbeiter-Zeitung" Bericht zu erstatten;

2. jede Postenbesetzung ist im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorzunehmen."

Ferner besteht der Beschluß, daß eine Preßkommission in Wien zur Kontrole der Parteiblätter ernannt werde.

Zur Präzisirung des letzteren Beschlusses stelle ich folgenden Antrag:

„Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Preßkommission zu wählen. Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation zu überlassen."

Was die Kontrole wegen der taktischen Haltung der Parteiblätter betrifft, so ist hiezu die Reichskontrole vorhanden. Es geht nicht an, die Wiener Preßkommission über die Reichskontrole zu setzen. Weiters aber glaube ich, daß der bereits bestehende Beschluß ganz gut aufrecht erhalten werden kann, daß nämlich die Anstellungen im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation zu geschehen haben.

Die Preßkommission will mit ihrem Antrag einen gewissen Einfluß auf die Redaktion des Blattes bezwecken, und es schwebt ihr in gewissem Sinne der Einfluß vor, den die Berliner Preßkommission auf den „Vorwärts" hat. Bis unser Parteiblatt eine solche Erweiterung wird erfahren können, wie der „Vorwärts", daß wir für die Wiener lokalen Verhältnisse einen speziellen Theil unseres Blattes widmen können, dann wird sich die Parteivertretung gegen eine solche Einflußnahme gewiß nicht wehren, aber solange das nicht der Fall ist, müssen Sie schon mit dem gegenwärtigen Zustande vorlieb nehmen.

Der Antrag des Genossen Zipfinger, welcher sagt:

„Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei aushilfsweise zu Beschäftigenden gestattet, wenn die Aushilfe nicht länger als sechs Wochen dauert,"

fällt selbstverständlich, wenn Sie den alten Beschluß aufrecht erhalten.

Ein Antrag des Genossen Schweichhart verlangt:

„Damit die „Arbeiter-Zeitung" ihre Aufgabe, als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, ein getreues Bild der gesammten Bewegung zu geben, erfüllen kann, beschließt der Parteitag: Die Bezirksorganisationen werden beauftragt, für jeden Bezirk einen Korrespondenten der „Arbeiter-Zeitung" zu wählen, der die Aufgabe hat, in kurzer, gedrängter Form die wichtigsten politischen und wirthschaftlichen Ereignisse seines Bezirkes zu besprechen."

Ich kann Ihnen empfehlen, daß Sie diesen Antrag annehmen, aber Sie

müssen dafür sorgen, daß die Genossen, welche Sie zu Korrespondenten wählen, wirklich nur solche Mittheilungen machen, die ein allgemeines Interesse haben.

Die Anträge der Organisation Steiermark, die „Neue Botschaft“ als Parteiblatt anzuerkennen, empfehle ich Ihnen zur Annahme.

Genosse Breuer hat folgenden Antrag gestellt:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, darauf Bedacht zu nehmen, daß bei Herstellung von Broschüren der Partei und solcher, auf deren Herausgabe die Partei Einfluß hat, das gleiche Format verwendet werde, damit sie sich leichter einbinden lassen, sowie, daß auf die Illustrationen und die künstlerische Ausstattung der Parteifestschriften mehr Sorgfalt verwendet werde.“

Was die Broschüren anbelangt, die von der Partei herausgegeben werden, ist schon die Anordnung getroffen worden, daß alle im gleichen Format zu erscheinen haben; ich verweise diesbezüglich auf eine Reihe von Heften, die in der „Arbeiter-Bibliothek“ erschienen sind. Aber auf die Broschüren, die nicht im Verlag der Volksbuchhandlung und nicht im Verlag der Partei erscheinen, hat die Partei natürlich keinen Einfluß. Immerhin können Sie den Antrag annehmen; er wird dann wohl, wenn von irgend einer Seite eine Broschüre herausgegeben wird, als Richtschnur genommen werden. Der weitere Wunsch, der im Antrage ausgesprochen ist, daß auf die Illustration und künstlerische Ausstattung der Parteifestschriften mehr Sorgfalt aufgewendet werde, ist insoferne berechtigt, als die technische Ausführung der Illustrationen eine nicht entsprechende ist. Doch tragen nicht wir hier die Schuld. Wir haben uns vielmehr zum Beispiel bei den letzten Festschriften die größte Mühe gegeben, wir haben uns die größten Künstler gesucht und haben uns die Zeichnungen Geld kosten lassen. Trotzdem haben die Bilder, als sie fertig waren, nichts gleichgesehen. Daran ist eben nur die technische Herstellung schuld. Im Farbendruck sind wir gegen die Deutschen sehr weit zurück. Wenn wir uns die deutschen Witzblätter ansehen, auf die gewiß kein größerer Betrag als bei uns aufgewendet wird, sehen wir einen himmelhohen Unterschied. So geht es auch mit unseren Festschriften. Jedenfalls wird in dieser Beziehung das Möglichste geschehen. Ich empfehle Ihnen den Antrag zur Annahme.

Genosse Dr. Czech hat einen Antrag eingebracht, welcher lautet:

„Gründungen von politischen Blättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.“

Diesen Antrag halte ich für zu komplizirt. Wenn Sie schon eine Verschärfung haben wollen, wäre es am besten, wenn gesagt würde: „Politische Parteiblätter dürfen nur mit Zustimmung der Parteivertretung gegründet werden.“ Das ist eine Verschärfung, die vielleicht viele Genossen, aber nicht die Wahlkreisvertretungen wollen.

Ein Antrag der Bezirksorganisation VIII (Wien) lautet:

„Zur Kontrole des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben, wählen die Parteigenossen von Wien eine Preßkommission, die aus höchstens einem Mitgliede jeder Wiener Bezirksorganisation bestehen darf. Streitfälle zwischen der Administration und Redaktion einerseits, sowie der Preßkommission andererseits werden in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission mit der deutschen Parteivertretung erledigt. Sollte aber eine Einigung nicht erzielt werden, so entscheidet darüber die Parteikontrole.“

Gröbner.

Das ist derselbe Antrag, wie er schon gedruckt vorliegt. Aus den bereits angeführten Gründen kann ich Ihnen nur empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Die Wiener Lokalorganisation ist beauftragt, eine Preßkommission in Wien einzusetzen. Ueberlassen Sie doch die Durchführung der Lokalorganisatian, in die wir so viel Vertrauen setzen können, daß sie das Richtige treffen wird.

Ein Antrag der Genossen Innsbrucks verlangt:

„In Erwägung, daß es für die österreichische Arbeiterschaft, insbesondere aber für die in der Agitation stehenden Genossen besonders in der Provinz, nicht immer möglich ist, sich über die Anfänge und die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung genügend zu unterrichten, die Kenntniß derselben aber nicht allein erzieherischen Werth besitzt, sondern auch für den politischen Kampf nothwendig und wichtig ist, beauftragt der Parteitag die zukünftige Parteivertretung, eine Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu billigem Preise herauszugeben.“

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen, weil

es sehr schwer möglich wäre, hier Jemanden zu bestimmen, der diese Geschichte schreiben soll. Es wird ja in der Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands auch ein Abriß der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung vorkommen. Vielleicht ist dann der Genosse, der das schreibt, auch im Stande, eine Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu verfassen.

Ein weiterer Antrag der Genossen Innsbrucks lautet:

„Da es im politischen Kampfe nothwendig ist, mit den Fehlern der gegnerischen Parteien so viel wie möglich bekannt zu sein, umsomehr jetzt, als durch die Badeni'schen Sprachenverordnungen die deutschen bürgerlichen Parteien nochmals in die Lage versetzt wurden, sich mit dem Nimbus der Volksfreundlichkeit zu umgeben, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung habe ein politisches Sündenregister der bürgerlichen Parteien in Broschürenform zu verfassen, in welches deren wichtigste, zum Nachtheile der österreichischen Völker seit dem Inslebentreten des Parlamentarismus begangenen Sünden in populärer Form, chronologisch geordnet, aufzunehmen sind."

Auch diesen Antrag empfehle ich Ihnen, der Parteivertretung zuzuweisen. Die Genossen wünschen wahrscheinlich, daß eine Broschüre in der Art herausgegeben werde, wie die deutschen Genossen jetzt ihre Rathschläge zur Wahlagitation herausgegeben haben. Wir haben in der Parteivertretung wiederholt davon gesprochen, daß uns eine solche Broschüre fehlt. Aber es mangelt an den nöthigen Leuten, die das machen würden. Wenn Sie den Antrag der Parteivertretung zuweisen, wird sie sich noch einmal mit der Sache befassen müssen und wird dann wahrscheinlich doch eine solche Broschüre herausgeben.

Ein Antrag Ellenbogen-Schuhmeier lautet:

„Die Parteigenossen allerorts sind verpflichtet, von allen Drucksorten, die aus was immer für Anlässen zur Agitation 2c. herausgegeben werden, als da sind: Parteiblätter, Flugschriften, Broschüren u. s. w., mindestens ein Exemplar für das Parteiarchiv an das Parteisekretariat abzusenden."

Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen, und hoffe ich, daß die Genossen dem auch nachkommen werden.

Gen. Seliger (Teplitz) hat seinen im Vorjahre gestellten Antrag wieder aufgenommen:

„Die Parteivertretung möge dahin wirken, daß die Gesammtexekutive den ihr vom vorjährigen Parteitage zugewiesenen Antrag auf Errichtung eines Parteipreßbureaus ehestens zur Durchführung bringt."

Dieser Antrag ist schon im Vorjahre beschlossen worden. Es war aber nicht recht möglich, ein solches Preßbureau zu errichten. Wenn Sie den Antrag neuerlich beschließen, wird sich die Parteivertretung abermals damit befassen müssen.

Endlich ist mir noch folgender Antrag des Genossen Smitka zugekommen:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Kleingewerbetreibenden sollen sich, insoweit sie sich über ihr eigenes Klasseninteresse erheben und als Parteigenossen mit allen daraus entstehenden Konsequenzen bekennen, den bestehenden politischen und gewerblichen Arbeiterorganisationen anschließen, ebenso die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter als Organe der Gesammtpartei abonniren."

Diesen Antrag kann ich Ihnen empfehlen.

Gen. Prähauser (Salzburg) beantragt, über die vorliegenden Anträge ohne Debatte abzustimmen. Wird abgelehnt.

Gen. Höger beantragt, die Sitzung zu schließen und am nächsten Tage weiter zu verhandeln.

Gen. Dr. Adler spricht sich dagegen aus, da viele Genossen schon abreisen müssen, worauf Gen. Höger seinen Antrag zurückzieht, aber verlangt, daß in Zukunft der Parteitag nicht nur auf einige Tage beschränkt werde. Er beantragt weiter, daß nur die Antragsteller das Wort erhalten sollen.

Dieser Antrag wird angenommen und die Sitzung hierauf um 7 Uhr 35 Minuten unterbrochen.

Wiederaufnahme der Sitzung 8 Uhr 10 Minuten Abends.

Gen. Zimmermann (Wien): Genosse Popp hat gemeint, daß der Wiener Preßkommission bei ihrem Antrage wahrscheinlich die Kompetenz der Berliner Preßkommission vorgeschwebt habe. Als vor vier Jahren am Schwender-Parteitag der Antrag angenommen wurde, eine Preßkommission einzusetzen, da war hiefür auch nichts Anderes als das Beispiel Deutschlands bestimmend. Nach diesem Beschlusse des Schwender-Parteitages hat die Preßkommission genau so

viel Rechte, als sie sich nimmt, aber andererseits genau so viel Rechte, als man ihr gewährt. Gerade darum, weil die Preßkommission keinerlei Rechte hat und nichts durchführen kann, hat es eine große Anzahl von Genossen abgelehnt, ein Mandat in die Preßkommission anzunehmen. Daß man sich hinter die Preßkommission verschanzen, ihr aber keine Rechte beilegen will, hat sich in Wien gezeigt, als bei einer internen Preßangelegenheit die Mitglieder der Preßkommission nicht eingeladen wurden. Bezüglich des letzten Absatzes unseres Antrages bemerke ich, daß das zwar durch den Beschluß beim Schwender geregelt, aber diese Regelung in der Praxis nicht durchgeführt worden ist. Es gibt allerdings viele Dinge, mit denen man die Lokalorganisation nicht belästigen kann, aber wo hört das Kleine auf, und wo fängt das Große an? Es ist eine Erfahrung, daß gerade dieser Punkt über die Kompetenz der Lokalorganisation bis jetzt immer erst dann eingehalten wurde, wenn die betreffende Sache fix und fertig war. Wenn viele Genossen sagen, daß man den einzelnen Genossen, die in der Preßkommission sind, nicht eine so große Kompetenz, wie sie in unserem Antrage verlangt wird, einräumen darf, so erklären wir ihnen: Diejenigen, die heute in der Kommission sitzen, sind sofort bereit, ihr Mandat niederzulegen, und Sie können dann tüchtigere Genossen hineinwählen. Aber zuerst muß man doch die Kompetenz bestimmen, und erst dann wählt man die zur Erfüllung der Aufgaben geeigneten Kandidaten.

Es ist allerdings richtig, daß große Differenzen bis jetzt eigentlich nicht vorgekommen sind. Aber was nicht ist, kann werden, und wir würden dann in größeren Dingen genau so machtlos sein wie jetzt in kleinen. Ich kann nichts anderes thun, als Ihnen diesen Antrag der Preßkommission, den wir reiflich erwogen haben, zur Annahme empfehlen.

Gen. Gröbner (Wien): Wir können die Preßkommission, so wie sie heute besteht, nicht mehr weiter bestehen lassen. Die Mitglieder werden ihrer Mandate sehr bald müde. Auf diese Weise entsteht ein fortwährender Wechsel der Preßkommissionsmitglieder. Wir wünschen weiter nichts, als daß der Preßkommission das Recht eingeräumt werde, welches sie haben soll, ebenso wie es die Berliner Preßkommission besitzt. Es liegt auch im Interesse der Genossen in der Provinz, wenn die Wiener Preßkommission richtig funktionirt. Ich bitte Sie gleichfalls, den Zusatzantrag des IV. Wiener Wahlkreises (Antrag 9) anzunehmen.

Gen. Winarsky (Wien): Wenn gesagt wird, daß zur Kontrole über die Dinge, die nach unserem Antrage der Kompetenz der Preßkommission unterstellt werden sollen, die Reichskontrole da sei, so bemerke ich, daß diese schon ihrer Zusammensetzung nach eine regelmäßige Kontrole nicht ausüben kann, und von dieser Erwägung ausgehend, haben wir beim Schwender der Lokalorganisation die Berechtigung zur Einsetzung einer Preßkommission gegeben. Unser Antrag soll nun dem Parteitage Gelegenheit geben, festzusetzen, welche Rechte die Wiener Preßkommission haben soll. Bis heute existirt eine derartige Festsetzung nicht, und erst durch sie können wir die Preßkommission aktionsfähig machen. Die Preßkommission soll in der Weise reformirt werden, daß sie erstens Gelegenheit hat, in alle Geschäftsbücher der einzelnen Administrationen Einblick zu haben, und daß sie zweitens auch die Möglichkeit hat, Einfluß zu nehmen auf die taktische Haltung der in Wien erscheinenden deutschen Parteiblätter, soweit es sich um Wiener, respektive niederösterreichische Angelegenheiten handelt. Der Antrag der Preßkommission dagegen verlangt schlechtweg die „Kontrole der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans". Dieselbe Berechtigung, welche die Berliner Preßkommission besitzt, können Sie mit gutem Gewissen der Wiener Kommission ertheilen. Die Preßkommission soll nicht bloß eventuell unterthänigst fragen dürfen, ob eine Sache so oder so ist, sondern sie muß in diese Dinge dreinzureden das Recht haben, ohne sich erst um das Gutdünken einzelner Genossen zu kümmern.

Wie wünschenswerth eine Einflußnahme der Preßkommission wäre, zeigt zum Beispiel das Verhalten der „Arbeiter-Zeitung" bei den Personaleinkommensteuerwahlen. Es ist gewiß, daß sie in dieser Beziehung viel zu spät eingegriffen und viel zu wenig gethan hat. Wenn die Preßkommission hätte eingreifen können, wäre dieser Fehler mit seinen Folgen jedenfalls vermindert worden. Es handelt sich ferner um Anstellungen, Feststellungen von Gehalten u. dergl. Genosse Popp sagt, es heiße ohnedies, jede Postenbesetzung sei im Einvernehmen mit der Wiener

Lokalorganisation vorzunehmen. Dieses Einvernehmen besteht aber darin, daß man einfach nachträglich berichtet: Das und das ist in der Administration geschehen. Dieses Einvernehmen ist möglicherweise ein sehr gutes, aber eine wirkliche Kontrolberechtigung existirt in diesem Falle nicht.

Wenn Sie mit der Preßkommission nicht bloß nominell eine Körperschaft bilden, sondern ihr wirklich Rechte ertheilen wollten, haben Sie selbst ein Interesse daran, genau zu bestimmen, daß nicht erst nachträglich an die Preßkommission herangetreten, sondern bereits vorher ein Einvernehmen mit der Preßkommission und durch sie mit der Lokalorganisation herbeigeführt werde; denn es ist etwas ganz anderes, irgend etwas zu verhindern, als etwas, was bereits geschehen ist, rückgängig zu machen. Wenn Sie überhaupt ein Interesse an dem Bestande einer geregelten Kontrole haben, so müssen Sie unseren Antrag annehmen, wenn nicht, und wenn Sie nicht einmal das annehmen, daß ein vorheriges Einvernehmen der Parteivertretung mit der Preßkommission stattzufinden habe, dann müßten wir annehmen, daß es überhaupt besser wäre, gar keine Preßkommission einzusetzen.

Gen. Bichl (Graz) stimmt dem Antrage, der eine Verschärfung bei der Gründung von Parteiblättern bezwecke, zu; ebenso dem Antrage auf Anerkennung der „Neuen Botschaft“ als Parteiorgan.

Gen. Zipfinger (Wien): Wenn Sie das Referat des Genossen Popp genau verfolgt haben und die gestellten Anträge damit vergleichen, müssen sie zu dem Resultate gelangen, daß der Referent eifrig bemüht war, jeden Antrag, der auf mehr Kontrole seitens der Wiener Organisationen hinzielt, der mehr Einfluß auf die Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ wünscht, auf das Entschiedenste zu bekämpfen, während die Anträge aber alle das gemeinsame Bestreben ausdrücken, etwas mehr Einfluß zu gewinnen. Die Wiener haben ein erhöhtes Interesse an der Kontrole, weil sie ja die meisten Abnehmer der „Arbeiter-Zeitung“ darstellen, da ja das Blatt in erster Linie von Wien abhängig ist. Es ist daher begreiflich, daß Anträge in der Richtung — und gerade von Wien aus — gestellt werden, mehr Einfluß auf die Haltung des Blattes zu gewinnen. Es ereignete sich auch Verschiedenes, was sich nicht ereignen sollte. Erst in jüngster Zeit hat es mich empört, als ich in einem Bericht über die Unruhen in Italien gelesen habe, daß die Kavallerie eingegriffen habe und in die Weiber eingeritten sei, ohne daß mehr geschah, als daß ein paar Säuglinge erschreckt wurden. Das ist ein Witz, der unseren Genossen nicht geboten werden sollte. Auf dem letzten Parteitage wurde beschlossen, daß die Anstellungen im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation zu geschehen haben. Dieses Einvernehmen hat bis nun gewöhnlich darin bestanden, daß man der Wiener Lokalorganisation gesagt hat: „Du Lokalorganisation, wir haben das so gemacht. Frißt Du es, ist es gut, frißt Du's nicht, ist's auch gut.“ Man hätte jedoch vorher mit den betreffenden Faktoren Rücksprache nehmen sollen. Um solchen Vorkommnissen vorzubeugen, habe ich den Antrag gestellt, daß das Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorher zu pflegen sei, damit diese nicht vor die fertige Thatsache gestellt werde.

Gen. Dr. Czech (Brünn) hält es für unbedingt nöthig, daß der Blättergründung Schranken gesetzt werden. Die Sternberger Genossen, die Schönberger Genossen, die Troppauer Genossen möchten alle ein Blatt haben, dann kommen noch die Genossen von Ostschlesien, welche auf der Wahlkreiskonferenz in Teschen den Beschluß gefaßt haben, es mögen Sammlungen behufs Gründung eines Parteiblattes veranlaßt werden. Abgesehen davon, daß heute, wo der Zeitungsstempel noch existirt, wo das Kolportageverbot noch nicht aufgehoben ist, der Zeitpunkt für Blättergründungen sehr ungünstig ist, ist es doch eine Leichtfertigkeit, an die Herausgabe eines Blattes schreiten zu wollen, wenn, wie die Brünner Landeskonferenz den Beschluß faßte, fl. 200 beisammen sind. Die geplante Gründung von Blättern in Teschen ist inspirirt von dem Abgeordneten Genossen Berner, und hinter diesem steht wieder der Abgeordnete Cingr, der sich auf der Teschener Wahlkreiskonferenz dafür eingesetzt hat, es möge ein Blatt in deutscher Sprache gegründet werden. Ich bitte Sie, gegen diese beabsichtigten Blättergründungen Stellung zu nehmen, weil die Gründung von Blättern im VI. und VII. mährischen Wahlkreise, in Ostschlesien und Westschlesien, zur Folge

haben müßte, daß der Brünner „Volksfreund" sein Erscheinen einstellt. Ob unter diesen Verhältnissen die sozialdemokratische Presse etwas gewinnen würde, werden Sie selbst beurtheilen können. Wenn man mit fl. 200 an die Herausgabe eines Blattes gehen will, so ist das — ich muß dies, so leid es mir thut, im Auftrage der mährisch-schlesischen Landeskonferenz hier erklären — eine große Leichtfertigkeit der Genossen Berner und Genossen. Redner spricht sich schließlich gegen den Antrag des Referenten aus, daß politische Parteiblätter nur mit Zustimmung des Parteitages gegründet werden sollen, weil die Reichsparteivertretung nicht immer in der Lage ist, die Verhältnisse genau zu kennen, während die Landeskonferenz beurtheilen kann, ob für diesen oder jenen Wahlkreis die Möglichkeit besteht, ein Blatt in's Leben zu rufen und zu erhalten. Redner nimmt endlich an seinem Antrage eine Aenderung vor, dahingehend, daß nicht die Reichsparteivertretung, sondern der Parteitag sich mit den Wahlkreiskonferenzen in's Einvernehmen setzen soll.

An Stelle des Gen. Seliger, welcher abgereist ist, vertritt als Redner dessen Antrag

Gen. Dr. Adler: Ich halte diesen Antrag für sehr gut, aber nur unter gewissen Bedingungen für ausführbar. Es hängt nämlich von den Provinzblättern ab, ob sie uns die finanzielle Durchführung ermöglichen. Es müßte Jemand bestimmt werden, welcher die Berichte und Korrespondenzen aus Wien versendet, wofür ein kleiner Betrag festzusetzen wäre, der mit den Redaktionen der Provinzblätter vereinbart werden müßte. Wir wären bei der „Arbeiter-Zeitung" in der Lage, hier mitzuhelfen, daß diese Korrespondenzen in der richtigen Weise abgefaßt und expedirt werden. Wir werden in der Exekutive den Antrag stellen, es möge ein Zirkular hinausgeschickt werden, um zu erheben, wie viel die Provinzblätter für diesen Zweck opfern wollten.

Erlauben Sie mir nun, mit einigen Worten über die Angelegenheit der Preßkommission und die Wiener Angelegenheiten mich zu äußern. Parteigenossen, es wurden hier eine Reihe von Anträgen gestellt, die, wie ganz richtig gesagt wurde, dahin zielen, die Kontrole, den Einfluß seitens der Wiener Preßkommission über die „Arbeiter-Zeitung" zu verstärken. Nun wird hier immer so gesprochen, als bestände über die „Arbeiter-Zeitung", das Zentralorgan der Gesammtpartei, gar keine Kontrole. Die Parteivertretung hat aber nicht nur die Ueberwachung in administrativer, sondern auch in redaktioneller Beziehung, das heißt in Bezug auf die taktische Haltung des Blattes, und ich meine nicht, daß sich die Parteivertretung und die von dem Parteitage gewählte Kontrolkommission dieses Recht werden einschränken lassen. Genosse Winarsky hat da etwas von „Wiener" taktischen Fragen gesprochen. Solche gibt es aber nicht. Wenn gesagt wurde, daß eine ähnliche Einrichtung beim Berliner „Vorwärts" bestehe, so sage ich Ihnen, das existirt dort nicht.

Die Leitung eines Blattes ist eine höchst verantwortliche Sache. Wenn Sie hören, daß man hier mit Bedenken kommt, ob ein Bericht über einen Hungerkrawall richtig ist — ich nehme an, er wäre falsch, er war aber ganz richtig — und wenn Sie meinen, daß es da irgendeine Kommission gibt, die in der Redaktion des Blattes etwas ändern könnte, so lügen Sie sich in den eigenen Sack hinein. Stellen Sie welche Kontrole immer auf, es wird das nicht zu erreichen sein, was Sie wollen. (Ruf: Aber rügen!) Ja, rügen können Sie, was Sie wollen, Sie können Rügekommissionen, Entrüstungskommissionen einsetzen, so viel Sie wollen. (Ruf: Und das wird in den Papierkorb wandern!) Das wird immer in den Papierkorb wandern, gewiß. Das Parteiblatt ist eben nur dem Parteitage verantwortlich. Nehmen Sie aber noch Eines. Glauben Sie denn, wir sind so thöricht, daß wir auf unsere Leser, auf die Wiener Genossen, keine Rücksicht nehmen? Jede Aeußerung, die uns von den Wiener Genossen zukommt, wird als sehr wichtig betrachtet und reiflich erwogen, aber ein hemmendes Recht können wir ihnen nicht zuerkennen, das ist auch technisch ganz unmöglich.

Genosse Winarsky hat gesagt, wenn die Preßkommission ein solches Recht gehabt hätte, so hätten die Genossen es bei den Personaleinkommensteuerwahlen etwas anders gemacht. Aber, Genosse Winarsky! Die „Arbeiter-Zeitung" hat vor den Wahlen in die Personaleinkommensteuer-Schätzungskommissionen Artikel

über Artikel gebracht, schon seit dem Sommer. Es hat sich hier nicht um die journalistische, sondern um die taktische Seite der Frage gehandelt, und das ist nicht Sache der „Arbeiter-Zeitung“. Wenn draußen etwas versäumt worden ist, so trägt nicht die „Arbeiter-Zeitung“ die Schuld daran, weil wir nur ein Exekutivorgan sind und keine Aufforderung bringen dürfen, bevor sie uns nicht von den kompetenten Organen zugekommen ist.

Nun kommt Genosse Zipfinger mit seinem Antrag. Aber was stellen Sie sich denn vor? Ich als Redakteur des Blattes, der die Bedürfnisse desselben so gut wie möglich erfüllen soll, suche mir einen Mann, mache vielleicht hundert Mißgriffe — ich könnte Ihnen Geschichten von Anstellungen erzählen — und nun soll ich, wenn ich mir einen hereinnehme, mir überlegen, ob er Jedem von den Genossen paßt, die keine Ahnung haben und nicht haben können von der Aufgabe, die der Betreffende zu erfüllen hat. Ich muß das auf meine Verantwortung thun. Sonst wird Ihnen kein gescheiter Mensch die Redaktion eines Blattes übernehmen. Sie können den Kapitän eines Kriegsschiffes vor das Kriegsgericht stellen und auch erschießen lassen, aber so lange er auf dem Schiffe steht, so lange kommandirt er.

Kontroliren Sie, was Ihnen der Parteitag zuweist, nämlich die Finanzgebahrung. Sie sollen auch die Beschwerden über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Zuschriften prüfen. Der Genosse, der da sagt, daß der Zutritt irgendwie erschwert wurde, ist falsch unterrichtet. Kontroliren Sie uns von links nach rechts und von rechts nach links, wir haben nichts zu verbergen. Und schließlich sage ich: Entweder Sie haben in solchen Dingen das Vertrauen oder Sie haben es nicht. Wenn Sie das Vertrauen in die Reichskontrole, die Sie wählen, nicht haben, dann lassen Sie diese Genossen fallen und wählen Sie sich andere. Unser Einvernehmen, Genossen, ist in der Praxis ein weit besseres, als es vielleicht hier erscheint. Wenn wir aber so eisern festhalten an dem, was wir haben, so geht das hervor aus der festen Ueberzeugung, daß die ungeheuren Schwierigkeiten, die gerade das Blatt in politischer, administrativer und finanzieller Beziehung durchgemacht hat, nur durchgemacht werden konnten, wenn man mit fester Hand die ganze Geschichte gehalten hat. (Beifall.)

Haben Sie das Vertrauen oder nicht? Wenn nicht, dann gehen wir. Wenn Sie aber sagen, bis jetzt haben wir unsere Pflicht gethan, wie es auch Ihnen recht war, werden wir sie auch weiterhin thun, dann lassen Sie die Preßkommission bezüglich der Kompetenz wie sie ist. Erweitern Sie diese Kompetenz nicht, es wäre Selbsttäuschung, denn sie kann diese Kompetenz nicht ausüben.

Gen. Prachensky (Innsbruck): Der eine Antrag der Innsbrucker Genossen wünscht, die Parteivertretung werde beauftragt, ein Werk herauszugeben, welches die Anfänge der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Oesterreich den Genossen in einer billigen Ausgabe schildert. Ein derartiges Werk wäre insbesondere für die jüngeren Parteigenossen, vor Allem in der Provinz, wo es keine öffentlichen Bibliotheken gibt, von großem Nutzen.

Ebenso empfehle ich Ihnen den zweiten Antrag der Innsbrucker Genossen zur Annahme, wonach die Parteivertretung ein Sündenregister der bürgerlichen Parteien herausgeben soll.

Gen. Bretschneider (Wien): Es war ein Fehler, daß man eine Kontrolkommission Preßkommission getauft hat. Weil sie so heißt, denkt sie immer daran, ihrer Machtbefugnisse zu erweitern. Ich beantrage daher den Ausdruck „Preßkommission“ zu streichen und an seine Stelle „Kontrolkommission“ zu setzen. Es ist ein Unding zu glauben, daß man vorher eine Kontrole üben könnte über das, was in einem Blatte geschrieben wird. Ich stehe da mit Dr. Adler auf demselben Standpunkte, eine Kontrole über die taktische Haltung, wie sie die Preßkommission verlangt, ist thatsächlich unmöglich. Es gibt dafür nur eine Kontrole und das ist die Kontrole aller Parteigenossen, die das Parteiblatt lesen. Man kann doch dem Redakteur nicht die Hände binden! Allerdings gibt es auch hierin eine Grenze, aber man kann nicht von vorneherein sagen: Wir werden, wenn Du das Manuskript geschrieben hast, zuerst schauen, was Du geschrieben hast, und erst dann darfst Du es zum Drucke befördern. (Zustimmung.)

Etwas anderes ist es mit der Frage der Anstellungen und Gehaltsbemessungen. Hier muß zumindest das eingehalten werden, was beim Schwender

beschlossen worden ist. Ich weiß allerdings auch, daß man nicht immer im Vorhinein sagen kann, ob eine Kraft geeignet ist oder nicht. Es könnte das aber bei der „Arbeiter-Zeitung“ in derselben Weise geregelt werden wie bei der „Volkstribüne“, wo jeder Anstellung ein Provisorium als Probezeit vorausgeht.

Nachdem also hier ein vorheriges Einvernehmen wünschenswerth ist, beantrage ich die Einschaltung eines „wenn möglich“ an dieser Stelle des Antrages Zipfinger, so daß es heißt: „Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung, wenn möglich nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation.“ Zum Schlusse befürwortet Redner die Anerkennung der „Neuen Volkstribüne“ als Parteiorgan.

Vorsitzender: Der Antrag Bretschneider ist geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig und wird daher dieser Antrag vom Präsidium nicht zur Diskussion gestellt.

Gen. Smitka (Wien): Aus Anlaß der Zuschrift der Kleingewerbetreibenden sollten wir unsere prinzipielle Anschauung darüber aussprechen, was in Bezug auf die Kleingewerbetreibenden, ihre Organisation und Mitarbeit innerhalb der Partei maßgebend sein soll. Es gibt in den verschiedenen Branchen eine ganze Reihe von Parteigenossen, welche Kleingewerbetreibende sind, und je mehr einerseits unsere heute in Wien herrschenden Parteien abwirthschaften und je mehr sich unsere Prinzipien in der Arbeiterschaft festsetzen, aus welcher sich vielfach die Kleingewerbetreibenden rekrutiren, umso größer wird die Anzahl der Kleingewerbetreibenden in unseren Organisationen. Wir müssen aber erklären, daß, wenn diese Kleingewerbetreibenden unserer Partei angehören wollen, sie sich mit den bestehenden Organisationen abfinden müssen. Sie müssen Schulter an Schulter mit uns thätig sein in unseren Organisationen, denn es geht nicht an, daß wir dazu beitragen, die Kleingewerbetreibenden von uns durch eine eigene Organisation zu separiren (Zwischenruf: Eine Zunft!), die beim ersten Zusammenstoß, der hier kommt und logisch kommen muß, zu unserem größten Feinde sich entwickelt. (Sehr gut!) Wir begrüßen alle Kleingewerbetreibenden, die, sich über ihre Klassenbornirtheit erhebend, zu uns kommen, als Genossen. Ich bitte Sie, meinen in dieser Richtung lautenden Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Referent Gen. Popp: Ich konstatire in erster Linie, daß das Verhältniß der Preßkommission zu uns heute ein außerordentlich gutes ist und daß die Administration die Beschwerden der Preßkommission — wenn solche vorgekommen sind, hatten sie ja meistens auf die Administration, Expedition oder sonst dergleichen Bezug — stets entgegengenommen und sich bemüht hat, ihnen gerecht zu werden. Der Genosse Zimmermann ist Obmann dieser Preßkommission, er möge konstatiren, ob das wahr ist oder nicht. (Gen. Zimmermann: Ich habe ausdrücklich betont, daß wir bis jetzt ganz gut ausgekommen sind, aber für die Zukunft . . .)

Referent Popp (fortfahrend): Der Beschluß, der bis jetzt Geltung hat, lautet folgendermaßen: „Die Parteileitung wird aufgefordert, der niederösterreichischen Landesorganisation, respektive der Wiener Lokalorganisation, allvierteljährlich über den Stand der „Arbeiter-Zeitung“ Bericht zu erstatten.“ Ich bitte zu konstatiren, ob das bisher geschehen ist. (Zustimmung.) Punkt 2 des Beschlusses lautet: „Jede Postenbesetzung ist im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorzunehmen.“ Ich bemerke, daß hier von der Gehaltsbemessung und Gehaltsregulirung kein Wort steht, aber trotzdem jede Gehaltsbemessung bei einer Anstellung, sowie auch jede Gehaltsänderung vor die Lokalorganisation gekommen ist. Die Wiener Genossen sollen sagen, ob sie bisher gegen irgendeine Anstellung protestirt haben. Das ist bis jetzt noch nicht geschehen. Wir waren vergangenes Jahr zu Neujahr gezwungen, eine neue Expeditorstelle zu besetzen, und es hat sich darum gehandelt, einen Fachmann zu bekommen. Wir haben einen solchen gefunden. Ich habe mit diesem Manne — es war kurz vor Neujahr — verhandelt. Er hat mir gesagt, er müsse sofort wissen, wie er daran sei, weil er eine sechswöchentliche Kündigung habe. Das war Mitte December. Die Lokalorganisation tagte erst Ende Jänner, ich konnte also nicht bis Ende Jänner warten, sondern mußte den Mann sofort engagiren. Ist es unter solchen Bedingungen möglich, erst ein vorheriges Einvernehmen mit der Lokalorganisation zu suchen? Das ist

nicht möglich, wenn es sich um einen sofortigen Entschluß handelt und wenn Sie den betreffenden Antrag annehmen. Nun akkommodire ich mich mit meinem Antrage dem Antrag des Genossen Bretschneider, auf Ersetzung des Wortes Preßkommission durch Kontrolkommission. Der Antrag lautet also: „Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen" u. s. w. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen und damit diesen Streit, der sich erst hier entsponnen hat und von dem in Wien nichts zu bemerken war, zu beenden.

Die gedruckten Anträge 7 und 9, ebenso wie die Anträge der Genossen Widlar-Winarsky und des Genossen Zipfinger ersuche ich Sie abzulehnen.

Die Abstimmung.

Der Antrag Popp

„Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen. Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation überlassen,"

wird mit großer Majorität angenommen.

Der Antrag Zipfinger:

„Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei aushilfsweise zu Beschäftigenden gestattet, wenn die Aushilfe nicht länger als sechs Wochen dauert,"

wird in satzweiser Abstimmung angenommen. Der Antrag Gröbner entfällt somit.

Zum Antrage des Genossen Dr. Czech, die Gründungen von Parteiblättern betreffend, bemerkt

Referent Gen. Popp, daß er sich mit der vom Antragsteller vorgenommenen Aenderung, daß es statt „Reichsparteivertretung" heißen soll „Parteitag", nicht einverstanden erklären könne. Da der Parteitag doch nur alle zwei Jahre stattfindet, wird ein Wahlkreis, der sich stark genug fühlt, ein Blatt zu erhalten, das Blatt gründen, ohne daß der Parteitag hiezu erst seine Zustimmung wird geben können. Der Referent erklärte sich in Folge dessen für den Antrag in seiner ursprünglichen Fassung.

Gen. Dr. Czech akkommodirt sich der Anschauung des Referenten, worauf der Antrag Czech, wie er zuerst gestellt wurde (siehe Seite 146) mit allen gegen eine Stimme angenommen wird.

Der Antrag Schweichhart, nach welchem die Bezirke Korrespondenten wählen sollen, wird angenommen.

Der Antrag Bichl, die „Neue Botschaft" (Graz), sowie der Antrag Bretschneider, die „Neue Volkstribüne" (Wien) als Parteiorgan anzuerkennen, wird einstimmig angenommen.

Weiters gelangen zur Annahme: Die zwei Anträge der Genossen Innsbrucks (siehe Seite 146, 147), der Antrag Ellenbogen-Schuhmeier (siehe Seite 147), der Antrag Breuer (siehe Seite 146), der Antrag Smitka (siehe Seite 147) und der Antrag Seliger auf Errichtung eines Preßbureaus.

Das Ansuchen der Kleingewerbetreibenden, ihr Blatt als Parteiorgan anzuerkennen, wird dem Ausschusse der niederösterreichischen Parteivertretung zugewiesen.

Die Anträge 8 und 10 werden abgelehnt.

Schließlich werden nach einem Antrage Dobiasch die beiden Organe „Neues Volksrecht" in Aussig und „Neue Freiheit" in Teplitz als Parteiorgane anerkannt.

Vorsitzender: Wir schreiten nunmehr zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Gen. Pernerstorfer: Ich beantrage, den Antrag 11 der Bezirksorganisation Haindorf, den ich bei Punkt 5 der Tagesordnung übersehen habe, durch die Resolution bezüglich der Christlich-Sozialen als erledigt anzusehen. Wird angenommen.

Referent Gen. Schuhmeier: Unter Punkt 8, „Allgemeine Parteiangelegenheiten“, befinden sich Anträge der verschiedensten Natur, die unter den übrigen Punkten nicht unterzubringen gewesen sind. Ich werde zunächst die gedruckten Anträge vornehmen.

Der Antrag 18 der Lokalorganisation Komotau lautet:

„Nachdem in Oesterreich der Bauernstand einen großen Perzentsatz der Bevölkerung bildet und in Bezug auf die Agrarfrage bisher keinerlei Direktive vorliegt, die Heranziehung des Bauernstandes zur Partei jedoch wünschenswerth ist, stellt die Lokalorganisation Komotau den Antrag: Der Linzer Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit dem Studium der Agrarfrage befaßt, ihre Untersuchungen veröffentlicht und dem nächsten Gesammtparteitage Vorschläge für das Parteiprogramm unterbreitet.“

Dieser Antrag ist durch den heute Vormittags angenommenen Antrag der Parteivertretung erledigt.

Antrag 19 der Lokalorganisation Johannesthal bei Reichenberg:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, dafür sorgen zu wollen, daß im ganzen Reiche Volksversammlungen einberufen werden, die sich mit der Theuerung der Lebensmittel zu befassen haben.“

Das geschieht ja schon jetzt und es ist gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, aber die Genossen mögen auch selbst die Initiative ergreifen.

Antrag 20 der Organisation Ischl:

„Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, seine ganze Kraft aufzuwenden, der zweijährigen Militärdienstzeit zum Durchbruch zu verhelfen und eine Entschädigung für die zur Waffenübung Eingerückten zu erreichen.“

Antrag 21 der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs:

„Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Miethzinssteuer für Arbeiterwohnungen einzubringen. Der ausfallende Ertrag könnte durch Erhöhung der Steuer auf Saisonwohnungen ersetzt werden.“

Diese beiden Anträge 20 und 21 bitte ich dem Sozialdemokratischen Verbande zuzuweisen.

Antrag 22 der Bezirksorganisation Ischl:

„Zur leichten und schnellen Verständigung der einzelnen Organisationen sei ein einheitliches Stenographiesystem von parteiwegen anzuerkennen, und sind die Organisationen aufzufordern, eifrigst für die Erlernung desselben zu agitiren.“

Dieser von der Bezirksorganisation Ischl gestellte Antrag charakterisirt sich von selbst, er ist unannehmbar und ich werde darüber kein Wort weiter verlieren.

Antrag 23 eines Meraner Genossen:

„Die Parteileitung wird vom Parteitag beauftragt, einen sachverständigen Genossen mit der Herausgabe eines für Arbeiter in leichtverständlicher Form abgefaßten „Volksadvokaten“ zu betrauen, enthaltend sämmtliche für die Arbeiterschaft in Betracht kommende Gesetze nebst Formularen betreffs Eingaben an die Behörden.“

Es wurde uns die Mittheilung gemacht, daß dieses Werk bereits begonnen ist, somit wäre der Antrag hinfällig.

Antrag 24 der Bezirksorganisation Saaz:

„Der Parteitag wolle behufs Revision des Parteiprogramms eine Kommission wählen, die dem nächsten Gesammtparteitage Bericht zu erstatten hat.“

Laut Organisationsstatut ist das dem Gesammtparteitage vorbehalten, welchem der Antrag vorzulegen wäre.

Antrag 25 der Bezirksorganisation Graz:

„Der Parteitag wolle beschließen: Bei Ernennung für Stellen in Partei-Unternehmungen und in Organisationen oder bei Unternehmungen und Institutionen, auf deren Verwaltung die Parteigenossen Einfluß haben, soll darauf gesehen werden, daß die zu Ernennenden die entsprechende fachliche und moralische Qualifikation haben und sich als thätige und erprobte Anhänger der Partei erwiesen haben.“

Ich glaube, Genossen, daß das bereits geschieht, aber wir können nicht anders, als diesen Antrag annehmen.

Ein Antrag der Czernowitzer Genossen sagt:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes auf eine längere Agitationstour in die Bukowina zu entsenden.“

Ich habe schon zweimal hervorgehoben, daß in der That noch kein Referent aus Wien in der Bukowina gewesen ist, und ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Die Genossen Taub, Müller und Schatzmayer beantragen:

„Der Geschäftsbericht der Parteivertretung ist, insoferne er auf die finanzielle Gebahrung der Partei Bezug hat, drei Tage vor dem Stattfinden des Parteitages den Delegirten zur Kenntniß zu bringen."

So lange seitens unserer Vertrauensmänner der Parteibericht erst an den Parteitag selbst eingesendet wird, ist das wohl nicht möglich. Wenn aber die Genossen in Hinkunft immer den Anforderungen der Parteivertretung entsprechen, so sind wir gerne bereit, Ihnen den Bericht noch vor dem Zusammentreten des Parteitages zu übersenden. Ich habe aber gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Der Antrag Heinrich Beer (Wien) verlangt: „Der Parteitag beschließe, daß der nächste deutsche Parteitag in Salzburg stattzufinden habe." Ein Antrag Feix schlägt Teplitz, ein Antrag der Grazer Genossen Graz als den Ort des nächsten Parteitages vor.

Hierüber erbitte ich mir erst die Meinung der Genossen.

Gen. Wrecinsky hat folgenden Antrag überreicht:

„Der Parteitag beauftragt die Parteileitung — nachdem dieselbe erklärt hat, auf dem nächsten gemeinsamen Parteitage die Angelegenheit der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als selbstständigen Punkt auf die Tagesordnung stellen zu wollen — sich in dieser Zwischenzeit mit dem Verbande der Arbeiter-Konsumvereine und Produktivgenossenschaften Oesterreichs in's Einvernehmen zu setzen, damit derselbe der Parteileitung das ihm zur Verfügung stehende Material unterbreiten kann, um so dem nächsten Parteitage mit einem vollständigen Elaborate kommen zu können und eine definitive Klärung in dieser Frage herbeigeführt werden kann."

Ein Antrag des Gen. Josef Popp aus Steyr lautet:

„In Erwägung, daß unsere Bewegung zwar sehr in die Breite, aber bedeutend weniger in die Tiefe sich entwickelte, wird die Parteivertretung beauftragt, das Augenmerk auf die prinzipielle Erziehung der Genossen zu lenken und zu diesem Zwecke diesbezügliche Versammlungen einzuberufen. Ebenso soll die Parteipresse in diesem Sinne wirken."

Ferner liegt ein Antrag des Gen. Pick vor:

„Soll die Frage der Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften einer befriedigenden Lösung zugeführt werden, so ist es unabwendbar nothwendig, daß vor Allem eine nach Möglichkeit einheitliche Regelung des Arbeitsverhältnisses der bei diesen Genossenschaften Angestellten vorgenommen wird. Es wird demnach die Parteivertretung aufgefordert, für den Fall, als diese Frage am nächsten Kongresse behandelt werden soll, ein statistisches Material beizubringen, aus welchem alle bei den Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften derzeit üblichen Arbeitsbedingungen zu entnehmen sind."

Ein zweiter Antrag des Gen. Wrecinski hat folgenden Wortlaut:

„Die Dauer der Verhandlungstage des Parteitages kann nicht definitiv im Vorhinein bestimmt werden, sondern richtet sich nach der Tagesordnung, das heißt die Delegirten sind verpflichtet, bis zur Erledigung sämmtlicher auf die Tagesordnung gestellten Punkte anwesend zu bleiben."

Endlich ein Antrag des Gen. Scherz:

„Die Parteileitung werde beauftragt, im Falle wichtiger politischer Ereignisse, zum Beispiel im Falle einer Reichsrathsauflösung zur Aufstellung der Kandidaten, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen."

Das sind die bisher eingelaufenen Anträge.

Gen. Wrecinsky (Wien): Nachdem gegenwärtig ein Verband der Arbeiterkonsumvereine und Produktivgenossenschaften gegründet ist, welcher bis jetzt 57 Vereine in sich schließt und zu welchem auf einer Konferenz in Teplitz weitere 26 Vereine prinzipiell ihren Beitritt erklärt haben, soll mein Antrag dazu führen, daß die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als solche auch Glieder unserer Organisation werden können. Er besagt nichts weiter, als daß der Verband das Material, das er sammelt, der Parteileitung zur Verfügung stellen will, damit sie und dann der nächste Parteitag besser in der Lage sei, über diese Angelegenheit zu urtheilen. Es können daher auch prinzipielle Gegner der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften für den Antrag stimmen, dessen Nichtannahme deprimirend auf jene Genossen wirken könnte, welche Mitglieder solcher Vereine sind.

Ferner empfehle ich Ihnen meinen zweiten Antrag zur Annahme, wonach in Punkt 4 des Organisationsstatutes ein Absatz eingeschaltet werden soll, daß die Dauer des Parteitages nicht im Vorhinein zu bestimmen sei. Die Genossen würden dann ihr Mandat für jene Zeit bekommen, die für die Erledigung aller Fragen nothwendig ist, und es würde dann vermieden werden, daß wichtige Angelegenheiten nur möglichst rasch erledigt werden müssen oder viele Genossen bei ihrer Berathung nicht mehr anwesend sind.

Gen. Pichl (Graz): Wenn Genosse Schuhmeier behauptet, daß das, was in dem Antrage 25 verlangt wird, ohnehin geschehe, so kann ich dem nicht voll und ganz beipflichten. Wir haben ja bei sehr vielen Institutionen und Konsumvereinen, Krankenkassen u. s. w. Einfluß, aber gar Viele, die angestellt werden, entdecken erst dann den Genossen in sich, wenn sie eben schon angestellt sind oder knapp vor ihrer Anstellung.

Unser Antrag sagt aber, daß die zu Ernennenden die entsprechende fachliche und moralische Qualifikation haben und sich als thätige und erprobte Anhänger der Partei bereits erwiesen haben sollen. Redner wünscht sodann eine möglichst rasche Fertigstellung des Parteitagsprotokolls und befürwortet den auch von Seite der Genossen aus Salzburg und Kärnten unterstützten Vorschlag, den nächsten Parteitag in Graz abzuhalten.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag des Genossen Mann aus Steyr eingelaufen:

„Das Protokoll des Parteitages soll in Druck gelegt und dafür ein niedriger Preis verlangt werden."

Gen. Behr (Saaz) begründet den Antrag der Bezirksorganisation Saaz auf Revision des Parteiprogrammes. Das Hainfelder Programm enthalte mehrere Wiederholungen, und die drei Resolutionen, die hier gefaßt wurden, bilden kein einheitliches Ganzes.

Gen. Ludwig (Troppau) befürwortet namens der Organisationen von Troppau und Jägerndorf die Gründung eines deutschen politischen Blattes in Schlesien.

Gen. Prähauser (Salzburg) kann aus lokalen Gründen nicht für die Abhaltung des Parteitages in Salzburg sein, worauf Genosse Beer (Wien) seinen Antrag zurückzieht.

Gen. Lehner (Czernowitz) begründet seinen Antrag, daß ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes auf eine längere Agitationstour in die Bukowina zu entsenden sei und sagt: Ich bin hergeschickt worden, nicht um zu sprechen, sondern um zu lernen, und ich kann sagen, ich habe sehr viel gelernt.

Das Schlußwort erhält

Referent Gen. Schuhmeier: Genosse Behr vergißt bei seiner Kritik des Parteiprogrammes, zu welcher Zeit und unter welchen Umständen die Prinzipienerklärung gemacht wurde. In Hainfeld wurde eben kein Programm, sondern nur eine Prinzipienerklärung beschlossen. Schon nach dem Titel kann sich Jeder vorstellen, was für Zustände damals bei uns in Oesterreich geherrscht haben. Es tobte damals ein großer und schwerer Kampf in der Partei, und wir sind stolz darauf, daß es gelungen ist, die Genossen auf Grund dieser Resolutionen zu einem Ganzen vereinigt zu haben.

Die Abstimmung.

Der Antrag Wrecinski: „Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, nachdem dieselbe erklärt hat, auf dem nächsten gemeinsamen Parteitag die Angelegenheit der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als selbstständigen Punkt auf die Tagesordnung stellen zu wollen u. s. w." und der Antrag Pick: „Soll die Frage der Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften u. s. w." wird angenommen.

Der Antrag Taub-Müller: „Der Geschäftsbericht der Parteivertretung ist, insoferne er auf die finanzielle Gebahrung der Partei Bezug hat, drei Tage vor dem Stattfinden des Parteitages den Delegirten zur Kenntniß zu bringen," wird abgelehnt.

Zum Antrag Scherz: „Die Parteileitung werde beauftragt, im Falle wichtiger politischer Ereignisse, zum Beispiel im Falle einer Reichsrathsauflösung zur Aufstellung der Kandidaten, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen," bemerkt

Referent Schuhmeier, daß der Antrag wohl gut gemeint sei, daß es aber zu einer Zeit, wo man das Geld für den Wahlfonds brauche, nicht angehe, Geld für einen Parteitag auszugeben. Uebrigens hätten hier auch die Wahlkreise mitzureden. Der Antrag Scherz wird hierauf abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Josef Popp (Siehe Seite 155) wird angenommen.

Der Antrag 18 ist durch die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer Kommission erledigt.

Der Antrag 19 wird angenommen.

Die Anträge 20 und 21 werden dem Verbande zugewiesen.

Der Antrag 22 wird abgelehnt.

Die Anträge 23 und 24 entfallen.

Der Antrag 25 wird angenommen.

Der Antrag Lehner (Czernowitz) wird angenommen.

Der Antrag Wrecinski, die Dauer der Verhandlungstage des Parteitages betreffend, wird abgelehnt.

Der Antrag Mann wird zurückgezogen.

Ueber Antrag der Grazer Genossen wird mit 22 gegen 18 Stimmen beschlossen, den nächsten deutschen Parteitag in Graz abzuhalten; es entfällt somit der Antrag Feix.

Vorsitzender Gen. Popp (den Vorsitz übernehmend): Parteigenossen! Die Tagesordnung des Parteitages ist somit erschöpft.

Schriftführer Winarsky verliest nun einige nachträglich eingelaufene Begrüßungstelegramme, darunter eines des italienischen Genossen Enrico Ferri, der „im Namen der noch nicht eingesperrten italienischen Sozialisten" dem Parteitage brüderlichen Gruß und die Versicherung übermittelt, daß das Vertrauen in die Verwirklichung unserer Ideale unerschütterlich sei. (Beifall.)

Vorsitzender Gen. Popp: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun nach viertägiger anstrengender Arbeit unsere aufgestellte Tagesordnung erledigt und Beschlüsse gefaßt, welche wieder für die zukünftige Agitation und Organisation unserer Partei zur Richtschnur dienen sollen. Wenn wir auf diesem Parteitage, der ja der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist, in verhältnißmäßig kurzer Zeit eine umfangreiche Tagesordnung erledigt haben, und wenn sie hier angespannt arbeiten mußten, so ist dies lediglich aus dem Grunde geschehen, weil ja eine Uebersicht, wie sich die Geschäfte entwickeln werden und wie sich die Sache am Parteitage selbst werde erledigen lassen, von vornherein nicht vorhanden war. Dem wird natürlich auf dem nächsten Parteitage Rechnung getragen werden können.

Die Genossen werden nun wieder in ihre Kreise und Bezirke zurückkehren und dort, wie ich wohl annehmen kann, im Sinne der Beschlüsse arbeiten. Ich möchte Sie bitten, werthe Genossen, daß Sie, wenn Sie hinausgehen, wenn Sie Ihren Genossen, die Sie zum Parteitage delegirt haben, über diesen berichten, nicht etwa berichten mit einer gewissen Erbitterung im Herzen, weil nicht alles das, was dem Einzelnen vielleicht passend schien, hier angenommen wurde, und nicht jeder Einzelne seinen Wunsch erfüllt sieht. Parteigenossen, wir haben uns hier am Parteitage gegenseitig ausgesprochen, wir haben hier am Parteitage einen sachlichen Kampf geführt, es darf ein persönlicher Stachel nicht zurückbleiben. Vergessen wir keinen Moment, Genossen, daß die schwerste Arbeit, unsere Organisation zu vervollständigen und die Agitation im Sinne der gefaßten Beschlüsse zu leiten gegen unsere Gegner, gegen unsere Widersacher, gegen unsere Unterdrücker in geistiger und materieller Beziehung erst kommt. (Lebhafter Beifall.) Ich hebe dies ausdrücklich hervor, Genossen, weil ich meine, daß vielleicht einige Genossen durch manches spitze Wort sich verwundet fühlen könnten.

Genossen, es steht uns ja eine harte Arbeit bevor, wir gehen einer Zeit entgegen, von der wir nicht wissen, wie sie sein wird, es liegt etwas Unbestimmtes

vor uns. Es ist heute unter „Allgemeine Parteiangelegenheiten“ ein Antrag gestellt worden, dessen Verfasser ja an die Eventualität baldiger Neuwahlen denkt. Es ist möglich, daß der Reichsrath aufgelöst wird, es ist möglich, daß die Regierung anerkennt, daß sie mit diesem Parlamente nicht weiter regieren kann, es ist möglich, daß irgendwelche Ereignisse eintreten, die wir nicht voraussehen können, von denen wir auch nicht wissen können, welche Folgen sie haben werden, von denen wir auch nicht wissen können, was wir dann thun müssen. Es ist daher nothwendig, daß wir unter uns einig und vorbereitet sind, daß wir die Agitation so einleiten, daß wir uns von den Ereignissen nicht überraschen lassen. Umsomehr ist es unsere Pflicht, unser Augenmerk unausgesetzt nur darauf zu richten, daß die Organisation und Agitation vorwärts schreitet und da gibt es eine Fülle von Arbeit, da gibt es einen Kampf mit den Gegnern, und dieser Kampf hat uns bisher noch immer freudig gestimmt, und in diesen Kampf müssen wir ziehen als ein einig Volk von Brüdern, als Kämpfer, die nicht vielleicht, weil irgend eine Differenz vorhanden war, mit Unlust in den Kampf gehen. (Lebhafter Beifall.)

Nun, Genossen, habe ich, bevor wir nach Hause gehen, noch Eines gut zu machen: Ich habe eingangs des Parteitages unserer Todten gedacht, ich habe aber an eine Todte vergessen. Diese eine Todte war gewiß auch denjenigen Genossen, die sie nicht persönlich gekannt haben, eine liebe Genossin, sie war gewiß von jedem Genossen bewundert, wenn er auch nur das gekannt hat, was er von ihr gehört hat. Sie wissen, welches traurige Ende die Genossin Marx-Aveling genommen hat, die Tochter unseres Vorkämpfers Karl Marx. Ich bitte Sie, sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen zu erheben. (Die Versammlung erhebt sich.)

Und nun, Genossen, glaube ich nicht besser den Parteitag der deutschen Socialdemokratie Oesterreichs schließen zu können als mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie. Sie lebe Hoch! Hoch! Hoch!

(Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Gen. Schuhmeier: Ich glaube, Genossen, wir haben die Verpflichtung, unseren Genossen im Präsidium, welche die Verhandlungen mit so viel Umsicht geleitet und viel dazu beigetragen haben, daß wir im Kampfe nicht allzu hart aneinander gerathen sind, unseren besten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.) Ich benütze die Gelegenheit, um namens des Parteitages Dank und Anerkennung auszusprechen allen Linzer Genossen für die Freundlichkeit und Aufmerksamkeit, die sie uns hier in Linz erwiesen haben. Es ist an und für sich bedeutungsvoll, daß wir hier überhaupt einen Parteitag abhalten konnten, und das ist ein Verdienst unserer Linzer Genossen, die sich so sehr für uns bemüht und uns das Dasein so schön gemacht haben. Darum Dank und Anerkennung den Linzer Genossen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Weiguny: Ich kann nur versichern, daß die Linzer Genossen sehr erfreut waren, all die Mitkämpfer, welche in Oesterreich für die Partei thätig sind, hier in Linz versammelt zu sehen, und es ist ja selbstverständlich, daß wir eine Ehre darein gesetzt haben, Sie hier zu empfangen. Es ist aus vollem Herzen geschehen, und wenn etwas irgendwo gehappert haben sollte, so kommt das ja überall vor, nehmen Sie uns das nicht besonders übel. Nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß die Linzer Genossen des Solidaritätsgefühls stets eingedenk sind.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich erkläre den Parteitag für geschlossen.

Die Versammlung singt stehend das Lied der Arbeit.

(Schluß des Parteitages 11 Uhr 35 Minuten Nachts.)

Präsenzliste
des
Parteitages der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Abersbach Karl . . .	Zwittau	Zwittau und Brüsau
Adler Victor, Dr. . .	Wien	Parteivertretung und „Arbeiter-Zeitung"
Aron Josef	Böhmisch-Kamnitz	Bezirks-Organisation Böhmisch-Kamnitz
Ausobsky Alois . .	Wien	Industriegruppe der Galanteriearbeiter (Drechsler, Korbflechter 2c.)
Augmaier Max . . .	Leoben	Leoben, St. Michael, Vordernberg, Eisenerz, Mautern
Barth Josef	Gablonz a. d. N.	Den IX. Wahlkreis Böhmen und Grünwald, Johannesberg, Kokan, Seidenschwanz, Riesenau, Neudorf, Wiesenthal, Hennersdorf, Pintschei, Poletschnei, Schlag, Radl
Beer Heinrich	Wien	1. Die Industriegruppe der Metallarbeiter; 2. Redaktion des „Oesterreichischen Metallarbeiter"
Behr Anton	Saaz	Den III. und V. Wahlkreis, Böhmen: Saaz, Lipschkau, Drabsmischel, Teschnitz, Kounowa, Podersam, Puschwitz, Rüdig, Pomeisl, Dekan, Michelsdorf
Beutlmayr Marie . .	Linz	Lokalorganisation Linz
Bichl Rudolf	Graz	Lokalorganisation Graz
Bill Ignaz	Neutitschein . . .	VI. Wahlkreis, Lokalorganisation Neutitschein und die sozialdemokratischen Arbeiter der deutschen Gemeinden des Bezirkes Neutitschein
Blaschek Emanuel . .	Wien	IX. Bezirk, Wien
Bretschneider Franz .	Wien	XVIII. Bezirk, Wien
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesparteivertretung Niederösterreich

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Breuer Wenzel . . .	Kratzau	Kratzau, Oberkratzau, Friedrichsheim, Machendorf, Karlswald, Christofsgrund, Engelsberg, Weißkirchen, Watzwalde, Wittig
Brod Jakob	Wien	Redaktion des „Holzarbeiter"
Czech Ludwig, Dr. . .	Brünn	Mährische Landesparteivertretung und Redaktion „Volksfreund"
Dangl Adolf	Wr.-Neustadt . .	Lichtenwörth, Eppendorf, Erlach, Felixdorf und Solenau
David Anton	Wien	XVI. Bezirk, Wien
Diwok Franz	Komotau	Komotau, Görkau, Trauschkowitz, Heinrichsdorf, Bielenz, Horzenz, Oberdorf, Kallich, Eidlitz, Trupschitz, Priesen, Deutsch-Kralup
Dobialsch Josef	Aussig	Den VI. böhmischen Wahlkreis
Elderich Mathias . .	Brünn	Parteivertretung
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung und das Parteiblatt „Il lavoratore" in Triest
Eich Wilhelm . . .	Villach	Wahlkreis Kärnten
Feix Reinhold . . .	Tannwald	Den IX. Wahlkreis Böhmen und Albrechtsdorf, Antoniwald, Dessendorf, Brand, Georgenthal, Morchenstern, Tannwald, Schumberg, Wustung, Tiefenbach, Prichowitz, Polaun, Wurzeldorf, Marienberg
Filzer Johann	Kitzbühel	Kreisorganisation Unter-Innthal
Fischer Heinrich . . .	Schwechat	Schwechat, Fischamend, Schwadorf, Himberg
Glas Lotte	Wien	Das Frauen-Reichskomité für die organisirten Arbeiterinnen Oesterreichs
Gneißl Franz	Aussee	Aussee, Altaussee, Grundlsee, Mitterndorf
Grablovic Anton . .	Köflach	Köflach, Lankowitz
Grininger Georg . .	Traun	Traun
Gräbner Johann . .	Wien	Bezirksorganisation VIII, Wien
Große Andreas . . .	Wien	IV. Bezirk, Wien
Grünwald Julius . .	Wien	Redaktion „Einigkeit", Wien
Hanusch Ferdinand .	Sternberg	Sternberger und Olmützer Bezirk mit sämmtlichen Localorganisationen
Harlinger Ignaz . .	Wr.-Neustadt . .	Wr.-Neustadt
Hawlicek Wenzel . .	Wien	II. Bezirk, Wien
Hecker August	Teichstadt	Bezirksorganisationen Rumburg und Schluckenau
Hoffmann Eduard .	Wels	Wels
Höger Karl	Wien	Redaktion der „Neuen Volkstribüne", Wien

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Hueber Anton . . .	Wien	Gewerkschafts-Commission Oesterreichs
Jindra Anton . . .	Gmunden	Gmunden, Vöcklabruck, Scharnstein
Jodlbauer Josef . . .	Klagenfurt . . .	Klagenfurt, St. Veit a. d. Glan, Hüttenberg, Wolfsberg, Völkermarkt, Althofen, Friesach
Kiesewetter Wilhelm	Reichenberg . . .	Abgeordneter des IX. böhm. Wahlkreis, V. Kurie
Kirillo Claudius . .	Wien	VI. Bezirk, Wien
Kleinwächter Ferdin.	Karbitz	Karbitz, Schönfeld, Wiklitz, Hohenstein, Marienschein, Cruschine, Lochtschitz, Raudnig, Priesten, Sobochleben
Köhler Robert	Haindorf	Haindorf, Friedland, Raspenau, Wildenau, Dittersbach, Kristiansau, Maisbach, Liebwerda, Ebersdorf
Kottek Franz	Wien	XIV. Bezirk, Wien
Krainz Mathias . . .	Reichenberg . . .	Redaktion des „Freigeist", Reichenberg
Krapka Josef	Wien	Czechische Parteivertretung
Kuntscher Johann . .	Odrau	Wigstadtl, Odrau, Wagstadt, Groß-Glockersdorf
Lehner Wilhelm . .	Czernowitz . . .	Czernowitz, Suczawa
Leitinger Karl . .	Mauthausen . . .	Mauthausen, Schwertberg, Perg
Lill Franz	Falkenau a. E. . .	IV. böhmischer Wahlkreis
Lindner Johann . .	Ried	Ried
Ludwig Friedrich . .	Troppau	Jägerndorf, Troppau, Olbersdorf
Mann Johann . . .	Steyr	Molln
Meizr Franz	Wien	XI. Bezirk, Wien
Muchitsch Vincenz . .	Graz	Steiermark, Gruppe der Nahrungsmittelarbeiter
Müller August . . .	Graz	Parteivertretung und Grazer Wahlkreis V. Kurie
Murauer Franz . . .	Klosterneuburg . .	Klosterneuburg, Höflein a. Donau, Greifenstein
Neander Johann . .	Linz	Kreisvertretung Oberösterreich
Němec Anton	Prag	Parteiorgan „Právo Lidu"
Palka Karl	Wr.-Neustadt . .	IX. (Niederösterreich) Wahlkreis und Leobersdorf
Pahl Johann	Znaim	Znaim, Freinersdorf
Peer Ignaz	Goisern	Ischl, Ebensee, Goisern, Gosau, Hallstatt, Obertraun
Pelikan Emil	Wien	I. Wiener Wahlkreis
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteivertretung
Petersilka Josef . . .	Wien	Wahlkreis-Organisation V, Wien
Pichler Josef	Neuzeug	Neuzeug, Sierning, Sierninghofen

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Pick Karl	Wien	Gruppe: Handel
Ploner Franz	Hallein	Stadt und Land Salzburg
Polke Emil	Wien	XIII. und XV. Bezirk, Wien
Pommer Josef	Laa a. d. Thaya	Laa a. d. Thaya, Fallbach
Popp Josef	Steyr	Steyr (Bezirk)
Popp Julius	Wien	Parteivertretung
Popp Adelheid	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung"
Prachensky Josef	Innsbruck	Innsbruck
Prähauser Jakob	Salzburg	Stadt und Land Salzburg
Preißer Wilhelm	Neustadtl	Neustadtl, Heinersdorf, Bärnsdorf, Rückersdorf, Schönwald
Pšenička Josef	Oberleutensdorf	Oberleutensdorf, Brüx
Rak Otto	Krumau	Budweis, Wallern, Hartmanitz, Ernstbrunn, Hublern, Krumau
Resel Hans	Graz	Abgeordneter des Grazer Wahlkreises, V. Kurie
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Grottau
Rieger Eduard	Wien	Abgeordneter des VII. mährischen Wahlkreises, V. Kurie
Schäfer Anton	Wien	Parteivertretung, Gruppe: Glas und keramische Branche Oesterreichs
Schatzmayr Johann	Judenburg	Unzmarkt, Fohnsdorf, Murau, Oberzeiring, Pöls, Neumarkt
Scherz Felix	Stuppach	Schottwien, Breitenstein, Payerbach, Reichenau, Hirschwang, Putzmannsdorf, Gloggnitz
Schiller Karl	Reichenberg	Parteivertretung
Schleif Franz	Urfahr	Lokalorganisation Urfahr
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. Wahlkreis Niederösterreich, Lokalorganisation Floridsdorf
Schönwälder Anton	M.-Schönberg	VII. Wahlkreis Mährens, ausschließlich Zwittau, Brüsau, Römerstadt, Mährisch-Neustadt, Wiesenberg und Müglitz
Schrammel Anton	Neunkirchen	Abgeordneter des VI. böhmischen Wahlkreises, V. Kurie
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung und „Volkstribüne"
Schuster Jakob	Linz	Bäcker Oberösterreichs
Schweichhart Josef	Ausdorf	Bezirksorganisation Haida, Steinschönau
Siegl Johann	Linz	Lokalorganisation Linz
Smitka Johann	Wien	Gruppe der Bekleidungs-Industrie
Smerek August	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Smutny Bartholom.	Wien	XII. Bezirk, Wien
Seliger Josef	Teplitz	32 Lokalorganisationen des V. böhmischen Wahlkreises

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung
Spielmann Julius	Linz	Redaktion der „Wahrheit", Linz
Steiner Adolf	Gmunden	Gmunden, Vöcklabruck, Scharnstein, Steyrermühl
Steinbauer Hans	Waidhofen a. d. Y.	Waidhofen a. d. Ybbs, Hilm-Kematen, Ulmerfeld, Amstetten
Sußmann David	Wien	Buchdrucker Wiens und Redaktion des „Vorwärts"
Swatschina Rob. Rud.	Wien	XIX. Bezirk, Wien
Taub Salomon	Wien	Sozialdemokratische Eisenbahner
Tomschik Josef	Wien	Fachblatt der sozialdemokratischen Eisenbahner
Ulbrich Josef	Reichenberg	Franzensdorf, Karolinsfeld, Berzdorf, Karlswald, Johannesthal, Hanichen, Rosenthal 1. und 2. Theil, Röchlitz, Dörfl, Neurode, Langenbruck, Maffersdorf, Harzdorf, Ruppersdorf, Kathreinberg, Ratschendorf, Paulsdorf, Habendorf, Kohlstadt, Liebenau, Proschwitz, Einsiedel, Reichenberg
Ulrich Viktor	Bielitz	II. Wahlkreis Schlesiens
Verkauf Leo, Dr.	Wien	Abgeordneter des IV. böhmischen Wahlkreises, V. Kurie
Vielhaber Michael	Lilienfeld	Lilienfeld, Traisen, Hohenberg, St. Egidi am Neuwald, Türnitz
Wagner Anton	Knittelfeld	Zeltweg, Obdach, Farrach, Knittelfeld
Weigunny Anton	Linz	Lokalorganisation Linz
Widlar Anton	Wien	X. Bezirk, Wien
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis, Bezirksorganisation III. Bezirk, Wien
Wittassek Johann	St. Pölten	St. Pölten
Wrecinski Julius	Wien	Stockerau
Wutschel Ludwig	Wien	Parteivertretung
Zeller Eduard	Teplitz	Abgeordneter des V. böhmischen Wahlkreises, V. Kurie
Zinburg Franz	Brünn	Brünner Wahlkreis
Zimmermann Franz	Wien	Preßkommission Wien
Zipfinger Alois	Wien	III. Wiener Wahlkreis, V. Bezirk, Wien
Zoppoth Thomas	Wien	Gmünd, Krems
Zoubek Franz	Wien	XVII. Bezirk, Wien
Zwanziger Johann	Voitsberg	Voitsberg und die organisirten Bauarbeiter von Voitsberg

Zusammenstellung der vom Parteitage gefaßten Beschlüsse.

I. Bericht der Parteivertretung.

Antrag Elders ch im Namen der Reichskontrole:

„Der Parteivertretung und dem Parteikassier ist das Absolutorium zu ertheilen."

II. Parlamentarische Thätigkeit und Taktik.

Antrag Adler:

„Der Parteitag billigt die politische Haltung und die Taktik, die der Verband, die Parteivertretung und das Zentralorgan in der Berichtsperiode gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien eingehalten hat und geht über die Anträge 6a und 6c zur Tagesordnung über.

Der Antrag 5 wird der Fraktion, der Antrag 6b der Parteivertretung zur Erledigung zugewiesen."

Antrag Winarsky:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden vom Parteitage beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der den Mitgliedern der Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission Diäten sichert."

Antrag Vielhaber:

„Es ist den Genossen jedes Ortes oder jeder Provinz überlassen, die ihnen gegenüberstehenden Parteien deren Taktik und deren Angriffen gemäß zu bekämpfen."

Antrag Müller:

„Der heute tagende Parteitag spricht dem jeder Kultur und Zivilisation hohnsprechenden Vorgehen der ungarischen Regierung gegen die Sozialdemokratie seine Entrüstung und Verachtung aus. Gleichzeitig spricht der Parteitag den ungarischen Genossen in ihrem schweren Kampfe seine volle Sympathie aus und verspricht, dieselben nach Kräften zu unterstützen."

III. Wahl der Parteivertretung.

Antrag Schuhmeier:

„Behufs Vornahme der Wahl der Parteivertretung wählt der Parteitag eine sechsgliedrige Wahlkommission, welche dem Parteitag Vorschläge zu machen hat. In die Wahlkommission wollen die Genossen von Wien und Niederösterreich je 1, die Genossen von Böhmen 1, die Genossen von Mähren und Schlesien 1, die Genossen von Steiermark und Kärnten 1 und die Genossen von Oberösterreich, Tirol und Salzburg 1 Genossen wählen."

IV. Christlich-soziale Bewegung.

Resolution Pernerstorfer:

„In Erwägung, daß die christlich-soziale Partei in Oesterreich weder mit dem Christenthum der Evangelien, noch mit dem Sozialismus auch nur das Allergeringste zu thun hat, daß diese Partei vielmehr eine erbitterte Widersacherin der Lehren des Evangeliums ist, als solche tagtäglich die sittlich-verwerflichsten Mittel im Agitationskampfe anwendet, daß sie, während sie den Massen vorzuspiegeln versucht, deren wirthschaftliche Interessen zu vertreten, in Wahrheit eine Partei der Hausherren, des konfessionslosen, internationalen, privatkapitalistischen Unternehmerthums jeder Sorte, die Verbündete der Auswucherer des Volkes auf jedem Gebiete ist, die die von ihr geführten Schichten des Mittelstandes für die Zwecke der Feudalen und Klerikalen mißbraucht, daß sie diese ihre innere Natur, die sie zu Lakaien des Junker- und Pfaffenthums prädestinirt, besonders von dem Zeitpunkte an geoffenbart hat, seitdem sie zur Herrschaft in Niederösterreich und Wien gekommen ist, indem sie von da an keine einzige ihrer volksfreundlichen Versprechungen gehalten hat, vielmehr mit den wirthschaftlichen und politischen Bedrückern des Volkes in der schamlosesten Weise sich vereinigt hat;

in Erwägung insbesondere, daß die christlich-soziale Partei nichts Anderes ist, als die Vortruppe des reaktionärsten und volksfeindlichsten Klerikalismus, dem weder das materielle, noch das geistige Wohl des Volkes je am Herzen gelegen ist, der vielmehr die Religion jederzeit als Mittel zu Zwecken der weltlichen Parteiherrschaft in einer im Sinne des Christenthums der Evangelien geradezu gotteslästerlichen Weise geschändet hat.

in Erwägung, daß diese Partei eine Partei der exzessivsten persönlichen Korruption ist, daß deren Mitglieder ihre politische Parteizugehörigkeit zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen und vor schmutzigen Geldgeschäften selbst dann nicht zurückschrecken, wenn sie mit Bordellen im Zusammenhange stehen (Lebhafter Beifall);

in Erwägung endlich, daß diese Partei das Gift der Lüge und Verleumdung systematisch und unablässig in den Körper des Volkes zu leiten sucht:

erklärt es der Parteitag für die Pflicht der Parteigenossen:

mit Entschiedenheit überall und jederzeit die christlich-soziale Partei in Oesterreich zu bekämpfen,

ihre innere Verlogenheit und Unaufrichtigkeit in ihrem ganzen Gebahren, wie in dem, was sie ihr Programm nennt, was aber im letzten Grunde ihre positive Programmlosigkeit ist, aufzudecken,

ihre wahre Natur als immer gefällige und dienstbereite Dirne des volksaussaugenden Feudalismus und volksverdummenden Klerikalismus zu enthüllen,

das Volk über die Niedrigkeit der Gesinnung ihrer Führer und über die Niedertracht ihrer Agitationsweise unermüdlich aufzuklären, um so die Vorbedingungen zu schaffen, durch welche es ermöglicht wird, daß endlich die Völker Oesterreichs aus dem ein Vierteljahrtausend währenden Schlafe, in den sie feudaler Junkerhochmuth im Bunde mit Klerikalismus und bureaukratisch-unfähigen Regierungen eingelullt haben, aufzuwecken und zur Selbstbesinnung zu bringen."

IV. b. Die deutschnationale Bewegung.

Resolution Seliger:

„In Erwägung, daß die deutschnationalen Parteien, obgleich sie sich volklich oder völkisch nennen, in keiner Weise die Interessen des gesammten Volkes vertreten, daß sie vielmehr nichts anderes sind, als nur die Vertreter der deutschbürgerlichen Schichten, die sich ehemals in ihrer großen Mehrheit deutschliberal genannt haben, daß sie besonders in den Sudetenländern im Wesentlichen die Partei des großen und kleinen Unternehmerthums sind;

in Erwägung, daß sie als solche weder die geistigen, noch insbesondere die wirthschaftlichen Interessen des weitaus größten Theiles der deutschen Bevölkerung, ganz gewiß aber nicht die Interessen der arbeitenden Klasse dieses Volksstammes vertreten und vertreten können;

in Erwägung, daß der brutal-nationale Chauvinismus nur dieser Parteien allen Forderungen edler Kulturentwicklung, als auch den besten Traditionen deutschen Geisteslebens direkt widerspricht, und daß die Hervorkehrung nationaler Ueberhebung nur dazu führen kann, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Schichten des Volkes von ihren wirklichen Interessen abzulenken, beschließt der Parteitag:

Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutschnationalen Parteien diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unablässig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen nur zum Schein vertreten werden, daß in Wahrheit auch diese Parteien entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien weder für die politische Gleichberechtigung, noch für soziale Gerechtigkeit eintreten,

daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurtheilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutschradikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen."

V. Vertrauliche Sitzung.

Parteizugehörigkeit:

1. „Der Parteitag erklärt, daß die Bezirkskonferenz berechtigt und kompetent ist, Ausschließungen aus der Partei vorzunehmen, die so lange zu Recht bestehen, als die Kreis-, respektive Landeskonferenz oder der Parteitag nicht anders beschließt."

2. „Der Parteitag erklärt, daß Herr Karl Schneeweiß nicht mehr Parteigenosse ist, und spricht sein Bedauern aus, daß die Vertrauensmänner in der Angelegenheit des Karl Schneeweiß so lange eine zuwartende Stellung eingenommen und nicht schon lange dessen Ausschließung aus der Partei betrieben haben."

VI. Parteiorganisation.

Antrag der Parteivertretung:

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die

direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben."

An die Stelle des letzten Absatzes des Punktes 3 im Organisationsstatut (Wahlkreisorganisation) wird nach dem Antrage der Parteivertretung folgender Passus gesetzt:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Weiters wird die Streichung des letzten Satzes des Punktes 3 „Wahlkreisorganisation", und zwar die Streichung der Worte: „Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern" angenommen.

Antrag der Parteivertretung:

„Der Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Agitation und Organisation in der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem nächsten deutschen Parteitage Bericht zu erstatten hat."

Zusatzantrag Winarsky:

„Die Wahl der Kommissionsmitglieder zum Studium der Verhältnisse des ländlichen Proletariats wird der Parteivertretung zugewiesen, damit sie sich die geeigneten Kräfte zu diesem Zwecke suchen kann."

Antrag Glas:

„Die Vertreter der Kreis- und Bezirksorganisationen insbesondere der Provinz werden aufgefordert, den Beschlüssen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen und den auf demselben beschlossenen Organisationsentwurf ehebaldigst zu realisiren. Ebenso haben die politischen Organisationen die Gründung von Subkomités in den einzelnen Bezirken vorzunehmen."

Antrag **16** (Turnvereine).

Antrag Ulbrich und Antrag Barth (Turnvereine).

Antrag Behr:

„Im Interesse der Organisation der ländlichen Arbeiter möge die Parteileitung sich mit der Gewerkschaftskommission in's Einvernehmen setzen, um die Gründung und den Ausbau von Fachorganisationen beziehungsweise Gewerkschaftsvereinen zu betreiben, denen die entsprechende Unterstützung zuzuwenden ist."

Antrag Scherz:

„Der heute in Linz tagende Kongreß wolle beschließen, daß die Parteileitung die gewerkschaftlichen Organisationen in jeder Hinsicht ins Auge zu fassen und sie durch die Presse, Broschüren, sowie materielle Kräftigung zu unterstützen habe, da in Gegenden, wo noch die größte Zahl der Massen indifferent ist, diese durch die Gewerkschaften leichter zu gewinnen und dann der politischen Organisation zuzuführen sind."

Antrag Wagner:

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, dahin zu wirken, daß in der Presse und durch Herausgabe von Druckschriften den Referenten am Lande mehr Material als bisher zur Landagitation zur Verfügung gestellt wird."

Antrag Ulbrich:

„Die Parteileitung sei durch den Parteitag zu beauftragen, sich in allen Fragen, welche das Gesammtinteresse der Partei berühren, wie Aufbringung von außerordentlichen Geldmitteln, agitatorische Thätigkeit, in allgemeinen Parteifragen u. s. w., in erster Reihe mit den Kreisvertretungen in Verbindung zu setzen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen."

VII. Arbeiterschutz und Heimarbeit.

Antrag Smitka. (Einberufung einer Konferenz betreffs Regelung der Heimarbeit.)

Antrag **12**, al. 1 und 2. (Abschaffung des Arbeitsbuches; Arreststrafen für Uebertretungen der Unternehmer.)

Antrag Müller:

„In Erwägung, daß sich anläßlich der Auflösung einiger Werke der Alpinen Montangesellschaft ergeben hat, daß Arbeiter, welche zwanzig und mehr Jahre in die

Bruderlade oder Versorgungskasse eingezahlt haben, in Folge der Passivität der Kassen bei ihrer Entlassung zum großen Theile kleine und in keinem Verhältnisse zu ihren eingezahlten Beträgen stehende Summen, zum Beispiel in Prävali, Gußwerk 2c., erhalten haben; in weiterer Erwägung, daß es offene Thatsache ist, daß noch in einigen Werken, wie Donawitz, Zeltweg, Eibiswald, die Kassen passiv sind, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion, um die Arbeiter vor weiterer Schädigung zu bewahren, eine strenge Untersuchung über die Aktivität oder Passivität dieser Kassen zu verlangen."

Resolution Petersilka:

„In Anbetracht des Umstandes, daß vornehmlich die christlich-sozialen Unternehmer gegen die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handel das Argument in's Treffen führen, daß die Arbeiter den Sonntag als Kauftag nicht missen können oder wollen, beschließt der Parteitag:

Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für das Handels- und Speditionsgewerbe, ebenso wie für alle Bureaux, wird seitens der Arbeiterschaft nicht nur gebilligt, sondern im Interesse aller Angestellten als unumgänglich nothwendig betrachtet.

Der sozialdemokratische Verband im Parlamente wird aufgefordert, die Realisirung dieser Forderung mit Entschiedenheit zu fördern."

VIII. Parteipresse.

Antrag Bichl (Anerkennung der „Neuen Botschaft").

Antrag Bretschneider (Anerkennung der „Neuen Volkstribüne").

Antrag Dobiasch (Anerkennung der „Neuen Freiheit" und des „Neuen Volksrecht").

Antrag Popp:

„Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen. Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation überlassen."

Antrag Zipfinger:

„Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei aushilfsweise zu Beschäftigenden gestattet, wenn die Aushilfe nicht länger als sechs Wochen dauert."

Antrag Dr. Czech:

„Gründungen von politischen Blättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung."

Antrag Schweichhart:

„Damit die „Arbeiter-Zeitung" ihre Aufgabe, als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, ein getreues Bild der gesammten Bewegung zu geben, erfüllen kann, beschließt der Parteitag: Die Bezirksorganisationen werden beauftragt, für jeden Bezirk einen Korrespondenten der „Arbeiter-Zeitung" zu wählen, der die Aufgabe hat, in kurzer, gedrängter Form die wichtigsten politischen und wirthschaftlichen Ereignisse seines Bezirkes zu besprechen."

Antrag Seliger:

„Die Parteivertretung möge dahin wirken, daß die Gesammtexekutive den ihr vom vorjährigen Parteitage zugewiesenen Antrag auf Errichtung eines Parteipreßbureaus ehestens zur Durchführung bringt."

Antrag der Genossen Innsbrucks:

„Da es im politischen Kampfe nothwendig ist, mit den Fehlern der gegnerischen Parteien so viel wie möglich bekannt zu sein, umsomehr jetzt, als durch die Badeni'schen Sprachenverordnungen die deutschen bürgerlichen Parteien nochmals in die Lage versetzt wurden, sich mit dem Nimbus der Volksfreundlichkeit zu umgeben, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung habe ein politisches Sündenregister der bürgerlichen Parteien in Broschürenform zu verfassen, in welches deren wichtigste, zum Nachtheile der österreichischen Völker seit dem Inslebentreten des Parlamentarismus begangenen Sünden in populärer Form, chronologisch geordnet, aufzunehmen sind."

Antrag der Genossen Innsbrucks:

„In Erwägung, daß es für die österreichische Arbeiterschaft, insbesondere aber für die in der Agitation stehenden Genossen besonders in der Provinz, nicht immer möglich ist, sich über die Anfänge und die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung genügend zu unterrichten, die Kenntniß derselben aber nicht allein erzieherischen Werth besitzt, sondern auch für den politischen Kampf nothwendig und wichtig ist, beauftragt der Parteitag die zukünftige Parteivertretung, eine Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu billigem Preise herauszugeben."

Antrag Breuer:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, darauf Bedacht zu nehmen, daß bei Herstellung von Broschüren der Partei und solcher, auf deren Herausgabe die Partei Einfluß hat, das gleiche Format verwendet werde, damit sie sich leichter einbinden lassen, sowie, daß auf die Illustrationen und die künstlerische Ausstattung der Parteifestschriften mehr Sorgfalt verwendet werde."

Antrag Smitka:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Kleingewerbetreibenden sollen sich, insoweit sie sich über ihr eigenes Klasseninteresse erheben und als Parteigenossen mit allen daraus entstehenden Konsequenzen bekennen, den bestehenden politischen und gewerblichen Arbeiterorganisationen anschließen, ebenso die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter als Organe der Gesammtpartei abonniren."

Antrag Ellenbogen-Schuhmeier:

„Die Parteigenossen allerorts sind verpflichtet, von allen Drucksorten, die aus was immer für Anlässen zur Agitation ꝛc. herausgegeben werden, als da sind: Parteiblätter, Flugschriften, Broschüren u. s. w., mindestens ein Exemplar für das Parteiarchiv an das Parteisekretariat abzusenden."

IX. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Antrag **19** (Volksversammlungen wegen der Lebensmitteltheuerung).

Antrag **25** (Anstellungen in Parteiunternehmungen).

Antrag Lehner:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes auf eine längere Agitationstour in die Bukowina zu entsenden."

Antrag der Grazer Genossen (Abhaltung des nächsten deutschen Parteitages in Graz).

Antrag Wrecinsky:

„Der Parteitag beauftragt die Parteileitung — nachdem dieselbe erklärt hat, auf dem nächsten gemeinsamen Parteitage die Angelegenheit der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als selbstständigen Punkt auf die Tagesordnung stellen zu wollen — sich in dieser Zwischenzeit mit dem Verbande der Arbeiter-Konsumvereine und Produktivgenossenschaften Oesterreichs in's Einvernehmen zu setzen, damit derselbe der Parteileitung das ihm zur Verfügung stehende Material unterbreiten kann, um so dem nächsten Parteitage mit einem vollständigen Elaborate kommen zu können und eine definitive Klärung in dieser Frage herbeigeführt werden kann."

Antrag Pick:

„Soll die Frage der Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften einer befriedigenden Lösung zugeführt werden, so ist es unabwendbar nothwendig, daß vor Allem eine nach Möglichkeit einheitliche Regelung des Arbeitsverhältnisses der bei diesen Genossenschaften Angestellten vorgenommen wird. Es wird demnach die Parteivertretung aufgefordert, für den Fall, als diese Frage am nächsten Kongresse behandelt werden soll, ein statistisches Material beizubringen, aus welchem alle bei den Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften derzeit üblichen Arbeitsbedingungen zu entnehmen sind."

Antrag Josef Popp:

„In Erwägung, daß unsere Bewegung zwar sehr in die Breite, aber bedeutend weniger in die Tiefe sich entwickelte, wird die Parteivertretung beauftragt, das Augenmerk auf die prinzipielle Erziehung der Genossen zu lenken und zu diesem Zwecke diesbezügliche Versammlungen einzuberufen. Ebenso soll die Parteipresse in diesem Sinne wirken."

Verhandlungen

des

Parteitages

der

Deutschen Socialdemokratie Oesterreichs

abgehalten zu

Graz

vom 2. September bis einschließlich 6. September 1900.

(Nach dem stenographischen Protokolle.)

Preis 50 Heller.

Wien, 1900.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.

Druck und Verlagsanstalt „Vorwärts" Frisch & Co., VI., Mariahilferstraße 89 A.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. V. Adler, A. Aufobsky, H. Beer, Dr. W. Ellenbogen, E. Pernerstorfer, J. Popp, E. Rieger, F. Schuhmeier, F. Skaret, J. Smitka aus Wien.

Dr. L. Czech (Brünn), A. Müller (Graz), J. Prähauser (Salzburg), C. Schiller (Reichenberg), H. Schmidt (Jägerndorf), J. Seliger (Reichenberg).

Bureau des Parteitages:

Präsidium:
Julius Popp (Wien), Florian Drößler (Graz).

Schriftführer:
L. Winarsky (Wien), Dr. L. Czech (Brünn).

Tagesordnung des Parteitages:

1. Bericht der Parteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret und Dr. Ellenbogen.
2. a) Parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Rieger.
   b) Parteitaktik. Berichterstatter: Dr. Adler.
3. Wahl der Parteivertretung.
4. Parteiorganisation. Berichterstatter: F. Skaret.
5. Parteipresse. Berichterstatter: J. Popp.
6. Gemeindewahlrecht. Berichterstatter: F. Schuhmeier.
7. Alters- und Invaliditätsversicherung. Berichterstatter: S. Kaff.
8. Landagitation. Berichterstatter: Dr. Ellenbogen.
9. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Lokal des Parteitages:

Steinfelder Bierhalle, Graz, Münzgrabengasse.

Beschlüsse des Parteitages

der

sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs

am

Parteitag zu Hainfeld

(30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889), ergänzt am Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892.)

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also *politisch* den Klassenstaat bedeutet, bedeutet *ökonomisch* steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. *Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volsbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwickung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. Die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle politischen Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisationen und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verendelung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbeinspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.



Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiterorganisationen, welcher auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitag zu Wien 1897.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, dessen Beschickung in folgender Weise geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivcomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

(Abgeändert am Parteitage zu Linz 1898 und zu Graz 1900.)

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokal organisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahkreisorganisation über Berufung des Agitationscomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteiver.retung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassengeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungne oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung“. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner zehn Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Bericht der Parteivertretung

der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und der zu ihr gehörigen Organisationen an den nach Graz einberufenen Parteitag.

(Vom 1. Juni 1898 bis 30. Juni 1900.)

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich ist der zweite, der auf Grund des im Jahre 1897 in Wien beschlossenen neuen Organisationsstatutes einberufen ist.

Die seinerzeit so viel besprochene Theilung unserer Gesammtorganisation nach sprachlichen Gruppen hat sich auch bei der deutschen Sozialdemokratie in jeder Hinsicht bewährt. Ohne die Aktionen der Gesammtpartei oder deren Taktik irgendwie zu beeinträchtigen, ist gerade durch die Schaffung der sprachlichen Gruppen jeder einzelnen von ihnen in Bezug der Organisation und Agitation eine weit größere Bewegungsfreiheit gegeben worden, als es vordem der Fall war. Wir können daher auf die seit dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (Linz 1898) abgelaufene Periode mit besonderer Befriedigung zurückblicken.

So wie vordem, waren in der sozialdemokratischen Partei auch in den letzten beiden Jahren in politischer Hinsicht zumeist nur gemeinsame Angelegenheiten zu fördern und zu vertreten. In einer Zeit wie dieser, in der durch den wüsten Nationalitätenhader und durch die in der Obstruktion sich ablösenden bürgerlichen Parteien jede parlamentarische Thätigkeit verhindert worden ist, fiel der Sozialdemokratie die Hauptaufgabe außerhalb des Parlaments zu. In der parlamentslosen Zeit mußte sich unser Kampf naturgemäß gegen den immer unverschleierter auftretenden Absolutismus und die mit ihm verbundene Anwendung des berüchtigten § 14 wenden.

Die ersten Arbeiten der neugewählten Parteivertretung galten der Durchführung der auf dem Linzer Parteitag gefaßten Beschlüsse. Im Vordergrund dieser Beschlüsse stand die Einführung der neuen Parteisteuer. Ihre Durchführung erforderte eine umfangreiche Thätigkeit des Parteisekretariats, und wir müssen leider hier erklären, daß es immer noch einen ganz beträchtlichen Theil von Genossen gibt, die diesem Beschlusse nicht nur nicht nachgekommen sind, sondern dessen Durchführung direkt verweigern. Die Gründe dieser Weigerung wollen wir hier unerörtert lassen.

Die Parteisteuer wird derzeit von durchschnittlich 50.000 organisirten Genossen und Genossinnen abgeführt, die sich auf 1113 Organisationen vertheilen. Wenn von verschiedenen Orten die Undurchführbarkeit dieses Beschlusses damit motivirt wurde, daß der geforderte Betrag unerschwinglich sei, so können wir nicht umhin, hier nochmals zu erklären, daß das nichts Anderes als ein leerer Vorwand ist, mit der man das Fehlen jeder Organisation zu verbergen sucht. Zwei Heller pro Monat für einen Parteigenossen: das kann selbst für den Schlechtestentlohnten nicht zu viel sein. Viel wird in dieser Beziehung auch von den Vertrauensmännern der Lokal- und Bezirksorganisationen gesündigt, wenn auch ihr Widerstand allmählig im Schwinden begriffen ist. Anstatt sich mit ihrer ganzen Autorität für die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse einzusetzen, finden es manche noch immer bequemer, denen das Wort zu reden, die sich dagegen sträuben

Ein weiterer Umstand, der dem Parteisekretariat die Durchführung des Beschlusses über die Reichsparteisteuer sehr erschwert hat, ist der, daß die Landes- und Wahlkreisorganisationen fast durchwegs bei ihren nach dem Linzer Parteitag abgehaltenen Konferenzen die Blocks- und Listensammlungen aufhoben, dafür aber eine vielfach ungleich höhere Steuer einführten.

Ein weiterer Parteitagsbeschluß, dessen Durchführung der größte Theil der Wahlkreisvertrauensmänner sich trotz aller Urgenzen entschlagen hat, lautet:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährig über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreis, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Durch die Thatsache, daß diese Berichterstattung bis jetzt zum großen Theil unterblieben ist, ist die Parteivertretung außer Stand gesetzt, das Vorschreiten oder Zurückgehen der Parteiorganisation in den einzelnen Orten beobachten zu können. Durch die Nichtdurchführung dieses Beschlusses ist aber auch die Parteivertretung außer Stand gesetzt, rechtzeitig helfend eingreifen zu können. Dort, wo Hilfe von der Parteivertretung angesprochen wurde, stand diese zumeist vor einer bereits vollzogenen Thatsache, wo nur sehr schwer, oft auch gar nicht mehr zu helfen war. Im Interesse einer engeren Fühlung zwischen Parteivertretung und Wahlkreisorganisation müssen wir wünschen, daß sich die Vertrauensmänner mit diesem Beschluß mehr als bisher befreunden. Seine strenge Durchführung wird zweifellos sehr viel dazu beitragen, die zentralistische Grundlage unserer Organisation zu stärken, ohne daß der selbstständigen Bethätigung der Wahlkreise irgendwie Abbruch geschähe.

Dem der Parteivertretung zugewiesenen Antrage über die Einsetzung einer Kommission, die sich mit der Frage der Agitation und Organisation in der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem diesjährigen Parteitage Bericht zu erstatten hat, konnte die Parteivertretung nur insoweit Rechnung tragen, als sie eines ihrer Mitglieder beauftragte, mit den dabei in Betracht kommenden Personen Fühlung zu nehmen. Das Ergebniß ist allerdings kein durchaus zufriedenstellendes, was eben durch die hiebei in Betracht kommenden besonders schwierigen Verhältnisse bedingt wird; ein Bericht darüber wird dem Parteitage bei Punkt 8 der Tagesordnung erstattet werden.

Ein vom Parteitag der Parteivertretung zugewiesener Antrag des Genossen Smitka über die Einberufung einer Konferenz zur Regelung der Heimarbeit hat seine Erledigung durch eine in der Zeit vom 26. Juni bis 6. Juli 1899 von Seite des arbeitsstatistischen Amtes abgehaltene Enquête über die Heimarbeit gefunden. Das hiebei zu Tage geförderte Material ließ die Einberufung einer eigenen Konferenz überflüssig erscheinen, weshalb auch, insbesondere im Hinblick auf die hieraus erwachsenden Kosten, davon Abstand genommen worden ist.

Der auf dem Linzer Parteitag gefaßte Beschluß, daß die Gründung von politischen Blättern nur von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz, oder der Reichsparteivertretung beschlossen werden kann, hat wiederholt die Intervention der Parteivertretung nothwendig gemacht. Freilich nicht immer mit dem durch diesen Beschluß beabsichtigten Erfolg. In zwei Fällen wurden wir von der beabsichtigten Gründung überhaupt nicht verständigt, so daß die Parteivertretung nach dem Erscheinen der Blätter vor eine vollzogene Thatsache gestellt war; in weiteren zwei Fällen wurden die Blätter entgegen dem Willen der Parteivertretung herausgegeben, in einem sogar selbst gegen einen ablehnenden Beschluß der Landeskonferenz. Dagegen ist es der Intervention der Parteivertretung in sechs Fällen möglich gewesen, total aussichtslose Blattgründungen zu verhindern oder statt einer vollkommenen Neugründung die Herausgabe eines Kopfblattes eines bereits bestehenden Blattes zu erzielen. Ganz unrichtig ist der gegen die Parteivertretung wiederholt ausgesprochene Vorwurf, daß sie überhaupt gegen jede Neugründung von politischen Blättern Stellung nimmt, aber es ist falsch, ohne genügende Geldmittel und ohne eine kräftige Organisation die Organisation und Agitation nur mit einem Lokalblatte betreiben und fördern zu wollen.

Bezüglich des am Linzer Parteitag urgirten Beschlusses auf Errichtung eines Preßbureaus von Seite der Parteivertretung berichten wir an dieser

Stelle, daß trotz der in dieser Richtung versendeten zahlreichen Zuschriften sowie Urgenzen im ganzen zwölf Antworten eingelangt sind, und zwar: Von fünf Antworten der politischen Parteipresse lauteten zwei zustimmend, drei ablehnend; von sieben Antworten der Fachpresse, an die sich die Parteivertretung ebenfalls gewendet hatte, lauteten vier zustimmend, drei ablehnend. Angesichts einer so schwachen Betheiligung und einer so unzweideutigen Interesselosigkeit an diesem projektirten Bureau mußte von der Gründung Abstand genommen werden.

* * *

Was die gemeinsamen Aktionen, die von der Gesammtpartei in den letzten beiden Jahren durchgeführt wurden, betrifft, so können wir wohl ohne jede Ueberhebung von uns sagen, daß die Parteivertretung deutscher Zunge sowie die zu ihr gehörigen Organisationen ihre Pflicht und Schuldigkeit der Gesammtpartei gegenüber, deren Interessen sie sich stets vor Augen hielten, voll und ganz gethan haben.

Wir erinnern hier an die großen Protestversammlungen gegen den Ausgleich mit Ungarn, die am 16. Juli und an den darauf folgenden Tagen im Jahre 1899 in ganz Oesterreich abgehalten worden sind, sowie an die anschließende Flugblattvertheilung vom 28. Juli 1899, bei der allein 700.000 deutsche Flugblätter zur Vertheilung gelangten. Das Flugblatt richtete sich vornehmlich gegen den die österreichische Reichshälfte wirthschaftlich benachtheiligenden Ausgleich mit Ungarn und die Erhöhung der Zuckersteuer. An diese Massenverbreitung von Flugblättern schlossen sich sodann Demonstrationsversammlungen an, in welchen scharf Stellung gegen die Erhöhung der Zuckersteuer sowie gegen die mißbräuchliche Anwendung des § 14 genommen wurde. In Graslitz kam es durch das ungeschickte Eingreifen der Behörde zu blutigen Zusammenstößen mit der Gendarmerie (21. August 1899). Bei dieser von Deutschnationalen inszenirten Demonstration waren wie gewöhnlich auch diesmal die Arbeiter die Opfer. Vier Todte und fünf Schwerverwundete waren das Ergebniß dieser ebenso unsinnigen als übereilten Schießerei.

Am 17. Oktober 1899 fanden aus Anlaß der Eröffnung des Reichsrathes im ganzen Reiche Versammlungen statt, die sich mit der Haltung zur neuen Regierung (Ministerium Clary, Antritt 2. Oktober 1899) beschäftigten. In diesen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Genugthuung über die Entlassung des verbrecherischen und meineidigen Ministeriums Thun-Kaizl aussprach, und die Aufhebung des oktroyirten Ausgleiches verlangte.

Während am 17. November 1899 im Abgeordnetenhause die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels beschlossen wurde, suchte das Herrenhaus die Vorlage in der Sitzung vom 19. Dezember 1899 durch Zuweisung an die Budgetkommission zu verschleppen. Nur dem sofortigen energischen Eingreifen unserer Partei in einer Reihe von Versammlungen und in der Presse ist es zu danken, daß sich das Herrenhaus in seiner nächsten Sitzung am 21. Dezember bequemen mußte, das Gesetz über die Aufhebung des Zeitungsstempels anzunehmen. Es war höchste Zeit, denn noch am selben Tage erfolgte die Demission des Ministeriums Clary, und an seine Stelle trat das Ministerium Wittek, dessen ganze Thätigkeit in einigen Verordnungen auf Grund des § 14 bestand.

Wir halten es für überflüssig, über die Stellung der Partei sowie die der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament zu den 70.000 streikenden Bergarbeitern und ihren Forderungen an dieser Stelle nochmals des Eingehenderen zu berichten. Es genügt, hier zu konstatiren, daß der am 22. Februar 1900 vom Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause eingebrachte Antrag auf Einführung der Achtstundenschicht im Laufe der weiteren parlamentarischen Berathungen in der definitiven Zusage des Ministerpräsidenten v. Körber endigte, nach Ostern einen Gesetzentwurf über die Neunstundenschicht einzubringen. In der That wurde ein solcher Gesetzentwurf am 17. Mai 1900 von der Regierung im Parlament vorgelegt, durch die Skandalszenen der Jungtschechen aber und den daraus entspringenden vorzeitigen Schluß des Parlaments (9. Juni 1900) wieder illusorisch gemacht.

Was die Maifeier anlangt, so gestaltete sie sich auch in den letzten beiden Jahren gleich den vorhergegangenen imposant und eindrucksvoll. An der Arbeits-

ruhe am 1. Mai wurde festgehalten, und sie wurde auch im größten Ausmaße durchgeführt. Wenn die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe scheinbar in einzelnen Fabriksdistrikten zurückgegangen ist, so hat sie in anderen Theilen Oesterreichs hingegen an Ausdehnung zugenommen. Jeder von oben begünstigte Versuch des vereinigten Unternehmerthums, die Maifeier zu beseitigen, scheiterte an der Energie und dem Opfermuth unserer Genossen. Wir werden auch weiterhin daran festhalten.

* * *

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wurde in der abgelaufenen Periode ein nennenswerther Fortschritt nicht gemacht; es sei denn, daß man die Schaffung des arbeitsstatistischen Amtes (4. Juni 1898) sowie das Inkrafttreten des Gesetzes über die Gewerbegerichte und die damit verbundene Aufhebung der Judikatur für die politischen Behörden (1. Juli 1898) und die Schaffung der Unfallverhütungskommission für besondere sozialpolitische Leistungen ansehen wollte. Die österreichische Regierung kommt eben auf diesem Gebiete aus dem eingeschlagenen langsamen Trott nicht heraus. Alles, was bisher auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes geschehen, ist nur dem ungestümen Andrängen der aufstrebenden Arbeiterorganisationen zu danken. Zu mehr fühlt sich in Oesterreich niemand bemüssigt, man thut nur, wozu man unbedingt gezwungen ist.

Was die **Agitation** anlangt, so liefen auch in der Berichtszeit wieder zahlreiche Wünsche um Beistellung von beliebten Rednern und Abgeordneten ein. Soweit als thunlich wurde diesen Wünschen der Genossen entsprochen. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß das ständige Wachsthum unserer Partei auch einer ständigen Pflege der Organisation und Agitation, besonders in industriellen Gebieten, bedarf, wurde nach Maßgabe der vorhandenen Geldmittel mit der Anstellung von Vertrauensmännern und Subventionirung derselben nicht gegeizt. Die in solcher Weise unabhängig gemachten Vertrauenspersonen konnten sich ohne Gefahr für ihre Existenz voll und ganz der Agitation und Organisation widmen, so daß überall dort, wo mit solchen Anstellungen vorgegangen werden konnte, ein stetiges Wachsthum unserer Parteiorganisation zu verzeichnen ist. Wohl konnte bis heute nicht allen dahinzielenden Wünschen Rechnung getragen werden, und die Parteivertretung mußte sich darauf beschränken, Subventionen für jene Orte zu bewilligen, die ihr am wichtigsten schienen.

In Folge der Aufforderung der einzelnen Wahlkreis- und Bezirksorganisationen wurden vom Parteisekretariat in der Berichtszeit zu 211 Volksversammlungen Referenten beigestellt. So weit die allerdings sehr mangelhaft eingesendeten Fragebogen eine Uebersicht gewähren, wurden in der Zeit vom 1. Juni 1898 bis 30. Juni d. J. 3648 Volks-, 17.945 Vereins-, 7672 § 2-Versammlungen, sowie 234 Konferenzen abgehalten. Von diesen Versammlungen wurden 229 verboten und 109 aufgelöst. Die meisten Versammlungsverbote entfallen auf den Brüxer und Gablonz-Tannwalder Bezirk. Die Zahl der Vereinsversammlungen gibt nicht einmal annähernd ein richtiges Bild der wirklich abgehaltenen Versammlungen, da hier größtentheils nur die politischen, nicht aber auch die Fachvereinsversammlungen mit einbezogen worden sind. Auch § 2-Versammsammlungen sind bestimmt mehr als doppelt so viel abgehalten worden, wie hier angegeben wurde, denn die Genossen haben in dieser Rubrik nur ausnahmsweise bestimmte Zahlen verzeichnet. Es bleibt aber immerhin noch der sozialdemokratischen Partei deutscher Zunge ein ganz schönes Stück agitatorischer Arbeit.

Außer der Pflege der Parteiorganisation im Allgemeinen stellen die Vorbereitungen für die möglicherweise bald erfolgenden Reichsrathswahlen große Anforderungen an die Organisationsarbeit der Genossen. Die Stärke unserer Partei beruht zweifellos auf der Klarheit unseres Programms und an dem festen Gefüge unserer Organisation sowie der dadurch bedingten Disziplin der Genossen. Anzuerkennen ist, daß die Vertrauensmänner in der Durchdringung der einzelnen Wahlkreise nach ihren Kräften das Beste leisten. Zu tadeln wäre, daß bei aller Rührigkeit im Wohnort oder Wahlkreise die Genossen die Fühlung mit der Parteivertretung nicht so aufrechterhalten, wie es im Interesse der Organisation zweifellos gelegen wäre. Was darüber das Organisationsstatut vorschreibt und durch Parteitagsbeschlüsse festgelegt ist, auf dessen Erfüllung muß die Parteivertretung bestehen.

Ueber die Thätigkeit des Frauenreichscomités zu berichten, ist sehr schwierig, da vieles, das von den Genossinnen agitatorisch und organisatorisch geleistet wurde, in den anderen Berichten bereits enthalten sein wird. Außerdem wurde voriges Jahr dem Gesammtparteitag in Brünn ein genauer Bericht erstattet und muß das dort Gesagte theilweise im vorliegendem Bericht mit verwendet werden.

Die Mittel, welche dem Comité zur Verfügung stehen, sind so beschränkt, daß ein planmäßiges Arbeiten damit nicht möglich ist. Die finanzielle Stütze des Comités sind die Unterstützungen, welche eine Anzahl Wiener Organisationen — Gewerkschaften und Bildungsvereine — in den abgelaufenen zwei Jahren dem Comité überwiesen haben. Die einzige „feste Einnahme“ ist eine Subvention von monatlich Kr. 10, welche die niederösterreichische Kreisvertretung aus eigener Initiative seit Dezember 1899 dem Comité zuwendet.

Die gesammten Einnahmen beliefen sich in zwei Jahren auf Kr. 1001·84; davon wurden verausgabt Kr. 849·32.

Außer mit den materiellen Schwierigkeiten, hat das Frauencomité mit dem Mangel an Kräften zu kämpfen. Viel zu wenig Genossinnen stellen sich in den Dienst der Agitation; manche, welche infolge ihrer unabhängigen Stellungen ganz Gutes leisten könnten, halten sich aus schlecht angebrachter Bescheidenheit im Hintergrunde, während andere in der Agitation thätige Genossinnen mit vielen unüberwindlichen Schwierigkeiten zu ringen haben, das gilt für Wien und die Provinz, obwohl konstatirt werden muß, daß in den letzten zwei Jahren in der Provinz weit mehr Frauen für die Agitation dienstbar gemacht wurden als in Wien. Das Comité hat es an Bemühungen zur rascheren Ausbreitung der Arbeiterinnenbewegung nicht fehlen lassen, allerdings in dem engen Maßstabe, wie es den Genossinnen unter den geschilderten Umständen möglich war. Das Comité war jederzeit bereit, Organisationen in Wien und der Provinz bei ihren Anforderungen entgegen zu kommen. Vieles konnte es nicht thun, da uns das Einemal die agitatorischen Kräfte, das Anderemal die finanziellen Mittel fehlten. Es wurden Referentinnen zu 346 Volks-, Frauen- und § 2-Versammlungen entsendet. Auch wurden Konferenzen — politische und gewerkschaftliche — beschickt, um dort für die Organisation der Arbeiterinnen zu wirken. Außerdem war das Comité bei vier Frauenkonferenzen vertreten.

Das Eine haben wir auch erreicht: daß durch Einflußnahme des Comités sehr oft der Grund für den Anfang einer Arbeiterinnenorganisation gelegt wurde. Unser Bestreben ging dabei immer dahin, die Arbeiterinnen vor Allem den Gewerkschaften zuzuführen, wo es nicht anders ging, sind wir dafür eingetreten, Sektionen in Bildungsvereinen oder gemischten Gewerkschaften zu errichten. Manchmal mußte eine von Beiden abweichende Form der Organisation gefunden werden. So sind in einigen Orten, wo vorläufig die Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Organisation nicht gegeben ist, Frauencomités gebildet worden; durch diese Comités werden regelmäßige § 2-Versammlungen aller jener Frauen und Mädchen veranstaltet, welche schon zur Partei gehören und solchen, von welchen man voraussetzt, daß sie gewonnen werden können. Durch Diskussionen und Vorlesungen wird Aufklärung und Kenntniß der sozialdemokratischen Prinzipien verbreitet. Diese Genossinnen zahlen vorläufig nur einen geringen Mitgliedsbeitrag, welcher für Parteisteuer und die Agitation verwendet wird. In vielen Fällen wird den Genossinnen die „Arbeiterinnen-Zeitung“ als Gegenleistung verabfolgt und geht das Bestreben immer mehr dahin, die „Arbeiterinnen-Zeitung“ allen organisirten Arbeiterinnen zu verabfolgen. Im Allgemeinen können wir sagen, daß sich die Gründung von Frauensektionen bewährt hat. Wenn auch ab und zu die Erwartungen nicht erfüllt werden, so ist das kein Grund gegen die Nützlichkeit der Sektionen, da speziell bei dieser Organisationsform die Erfahrungen viel besser sind, als bei allen früheren. Wiederholt kam das Comité in die Lage, gegen die Gründung von separaten Frauenvereinen Stellung zu nehmen. In einzelnen Fällen konnte die Gründung nicht verhindert werden, doch sprechen dort die Verhältnisse und die Erfahrungen dafür, daß vorläufig eine andere Organisationsform nicht durchführbar ist.

Das Comité hat auch Stellung genommen zu allen großen Ereignissen der letzten zwei Jahre. Es wurden Versammlungen gegen die Zuckersteuer und die Lebensmitteltheuerung veranstaltet; auch zum Bergarbeiterstreik haben die Genossinnen Stellung genommen.

Anläßlich der Bewegung für das Wiener Gemeindewahlrecht hat das Frauencomité Versammlungen veranstaltet, um die Frauen über die Bedeutung desselben aufzuklären und sie gleichzeitig zum Kampf gegen die christlich-soziale Schandwirthschaft aufzurufen. Auch die Angriffe auf die Schule von Seiten der Christlich-Sozialen hat das Frauencomité in Versammlungen gebührend gewürdigt. Die Genossinnen haben gethan, was sie konnten, um das ihrige zum Emanzipationskampfe des Proletariats, und speziell zur Aufklärung und Organisirung der Frauen beizutragen. Wir verkennen nicht, daß das Geleistete wenig ist. Von der Einsicht und der Unterstützung der Parteigenossen wird es abhängen, ob wir in Zukunft mehr leisten können.

* * *

Ueber den gegenwärtigen Stand der **deutschen Parteipresse** gibt folgende vergleichende Tabelle eine genaue Uebersicht:

a) politische Blätter:

Es erscheinen:	1898		1900	
Täglich	1		1	
Wöchentlich zweimal	2		3	
" einmal	9		16	
Vierzehntägig	1	(Glühlichter)	1	(Glühlichter)
Monatlich dreimal	5		—	
" zweimal	2		2	
" einmal	1		1	
Zusammen	21		24	

Außerdem erscheinen noch drei Blätter wöchentlich einmal (Tachau, Brüx und Mährisch-Schönberg). Diese sind jedoch gegen die Bestimmungen der Parteiorganisation gegründet worden und können daher zur Zeit als anerkannte Parteiblätter nicht gezählt werden.

b) Gewerkschaftsblätter:

Es erscheinen:	1898	1900
Wöchentlich einmal	3	5
Vierzehntägig	4	5
Monatlich dreimal	4	3
Vierteljährig siebenmal	1	1
Monatlich zweimal	6	6
Halbjährig neunmal	—	1
Monatlich einmal	3	3
Zusammen	21	24

Ueberdies erscheint noch ein Organ für Krankenversicherungswesen zweimal monatlich und ein Organ der Stenographen und eines der Naturfreunde einmal monatlich.

Die **politischen Verfolgungen und Bestrafungen** haben in der Berichtszeit eine Höhe erreicht, wie wir sie in den früheren Jahren nicht zu verzeichnen hatten. Von den Arreststrafen ist diesmal nur ein kleiner Bruchtheil auf die mit Lohnkämpfen im Zusammenhange stehenden Verurtheilungen zurückzuführen. Der größere Theil der Strafen ist auf die Demonstrationen gegen die Regierung als auch gegen die Wahlrechtsräubereien der Wiener Christlich-Sozialen zurückzuführen. Die Freiheitsstrafen, welche die Genossen deutscher Zunge in der Berichtszeit zu erleiden hatten, betrugen **29 Jahre, 1 Monat, 6½ Tage. Die Geldstrafen beliefen sich insgesammt auf Kronen 3621·72.** Diese Zahlen können bei der mangelhaften Einsendung der Berichtsbogen noch lange keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. In Wirklichkeit sind die den sozialdemokratischen Parteiangehörigen zudiktirten Strafen weit höher.

Doch wie sehr man von Oben aus bestrebt sein mag, das energische Vordringen der sozialdemokratischen Idee durch Strafen und andere Gewaltmaßregeln zurückzudämmen, konstatiren wir hier, daß es vorwärts geht trotz alledem.

Was bis heute erreicht wurde, ist nur dem Opfermuthe der Genossen zu danken. Daher wünschen wir im Interesse des arbeitenden Volkes, daß dieser Opfermuth sich auch weiterhin bewähren möge. Waren die von den Genossen gebrachten Opfer manchesmal auch schwer, so wurden doch gerade dadurch der Muth und die Ausdauer nur noch mehr gestählt. Ohne Kampf kein Sieg.

Im Nachstehenden lassen wir den Kassenbericht des Kassiers der Parteivertretung und anschließend daran die Berichte der Landes- und Wahlkreisorganisationen in alphabetischer Ordnung nach Kronländern folgen.

Ferd. Skaret,
Parteisekretär.

* * *

Die am Linzer Parteitage eingeführte **Parteisteuer** wurde im Ganzen von 518 Orten abgeliefert. Die Ablieferung ist aber äußerst unregelmäßig vor sich gegangen und es sind unter dieser Zahl viele Orte inbegriffen, die nur für ein bis sechs Monate gesteuert haben, so daß die Zahl der wirklich regelmäßig ihre Parteipflicht erfüllenden Orte eine bedeutend geringere ist.

Eingekommen sind in der Zeit vom 1. Juli 1898 bis 30. Juni 1900 Kr. 24.693'72. Nachstehend lassen wir eine tabellarische Uebersicht folgen, aus der die Betheiligung der einzelnen Orte in dieser Summe zu ersehen ist. Um Rekriminationen vorzubeugen, heben wir an dieser Stelle noch ausdrücklich hervor, daß in der Tabelle nur die bis einschließlich 30. Juni 1900 bei uns eingelaufenen Beträge eingestellt worden sind.

Bericht des Parteikassiers.

Der diesmalige Kassabericht weist gegenüber den vergangenen Jahren eine wesentliche Steigerung der Einnahmen und damit naturgemäß auch der Ausgaben auf, was hauptsächlich der Ein- und systematischen Durchführung der am Linzer Parteitag beschlossenen regelmäßigen Parteisteuer zu danken ist. Die Parteivertretung war in Folge dieser Sicherung ihrer finanziellen Basis in weit größerem Ausmaß als früher in der Lage, der Agitation und Organisation der Provinz ihre Unterstützung zu leihen und auch den anderen nationalen Exekutiven, soweit sie einer finanziellen Nachhilfe bedurften, unter die Arme zu greifen.

Gebahrungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben vom 7. Mai 1898 bis 30. Juni 1900.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in	Kronen		
Baarsaldo vom letzten Parteitag	3.443'37		3.443'37	
Agitationsfonds	41.687'35	41.266'58	420'77	
Inhaftirtenfonds	3.842'95	7.545'20		3702'25
Wahlfonds	361'56	.	361'56	
Maifonds	10.258'68	5.376'40	4.882'28	
Broschürenkonto	20.667'70	1.442'74	19.224'96	
Medaillenkonto	6.071'94	7.316'54		1244'60
Summe	86.333'55	62.947'46	28.332'94	4946'85
Saldo vom 1. Juli 1900	23.386'09		23.386'09	
Hievon baar			4.170'16	

Der Parteikassier:
Dr. Ellenbogen.

Revidirt und richtig befunden:
Die Kontrole:
A. Anfobsky, Dr. L. Czech, A. Müller, J. Prähauser, K. Schiller, H. Schmidt, J. Seliger, J. Smitka.

Tabellarische

der seit dem Linzer Parteitage

1. Juli 1898 bis

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
1	**Aich**	1·28	20·64	20·64	20·64	20·64	20·64	17·38	17·38	17·42	13·74
2	Albrechtsdorf	1·26	1·26	1·26	1·26	1·28	1·28	1·60	1·60	1·60	1·60
3	Algersdorf	1·28	1·28	1·28	1·06	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	1·64
4	Alt-Bielitz	1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—·84
5	Alt-Dietmanns	—·48	—·48	—·30	—·20	—·20	—·22	—	—	—·66	—·48
6	Altehrenberg	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34
7	Altendorf	—·52	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·56	—·56	—·58	—·76
8	Althofen	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·50	—·50	—·60	—·60
9	Altnagelberg	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·20	—·20	—·20	—·20
10	Altrohlau	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·—	1·—	1·—	1·—
11	Altsattl	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
12	Altstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Amstetten	1·—	1·10	1·20	1·08	1·50	1·10	—·48	—·48	—·48	—·48
14	Andritz	1·40	1·40	1·40	1·40	2·50	2·50	2·—	2·—	2·—	1·84
15	Annadorf bei Steffengrün	—	—	—	—	—	—	—	—·36	—·38	—·38
16	Antoniwald	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—	2·—
17	Arnau a. d. Elbe	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
18	Arnsdorf Haida	1·12	1·44	1·02	—·90	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
19	Asch	2·28	1·14	1·14	3·46	3·48	3·50	3·40	3·40	3·40	2·52
20	Atzgersdorf	1·86	1·86	—·82	—·82	—·84	—·84	—·24	—·24	—·26	—·46
21	Augenthal	—	—	—	—	—	—	—·28	—·28	—·28	—·28
22	Aussee	2·—	2·—	2·—	1·40	1·58	1·56	1·50	1·52	1·52	1·60
23	Aussig	6·96	6·38	6·42	4·92	4·92	4·96	4·36	5·68	12·64	12·64
24	**Baden**	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·50	—·78	—·78	2·76	—·20
25	Bäringen	—	—·72	—·72	—·64	—·64	—·60	—·60	—·64	—·50	—·50
26	Bärn	—	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·62	1·50	1·02	1·02
27	Bärnsdorf	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
28	Bennisch	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·70	—·70	—·72	—·72
29	Beusen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	Bergstadt bei Römerstadt	—	—	—	—	—	1·—	—	—	—	—
31	Bernsdorf	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—
32	Berzdorf	—	—	—	—	—	—	—·52	—·52	—·54	—·54
33	Bettelgrün	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Biela bei Bodenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
35	Bielenz bei Eidlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	Bielitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Bilin	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
38	Bischofshofen	—	—	—	—	—	—	1·58	1·40	1·04	1·88
39	Blattnitz	—	1·84	1·84	1·84	1·80	1·84	—·66	—·66	—·66	—·66
40	Bleiberg Kreuth	2·48	2·20	2·22	2·22	2·62	1·28	1·80	1·80	1·80	2·—
41	Bleistadt	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
42	Bludenz	—·68	—·68	—·68	—·88	—·88	—·88	—·66	1·94	1·96	2·06
43	Bober bei Schatzlar	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
44	Bodenbach	1·—	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·48
45	Böhm. Kamnitz	—·88	—·70	—·70	—·74	—·70	—·70	—·80	—·78	—·78	—
46	Böhm. Leipa	1·62	1·62	1·64	1·64	1·64	1·64	3·34	3·50	3·22	3·44
47	Böhm. Liebau	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34
48	Bozen	8·70	5·70	6·36	5·72	5·72	5·74	5·64	5·64	6·44	8·66
49	Brand bei Tannwald	—	—	—	—·26	—·26	—·28	—·20	—·20	—·20	—·20
50	Bras bei Pilsen	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24	—·24
51	Braunau in Böhmen	—	—	—	—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
52	Bregenz	1·92	1·92	1·94	1·86	1·88	1·88	1·58	1·58	1·60	1·48

Uebersicht

eingegangenen Reichsparteisteuer.

30. Juni 1900.

1899 Mai	1899 Juni	1899 Juli	1899 August	1899 September	1899 October	1899 November	1899 Dezember	1900 Jänner	1900 Februar	1900 März	1900 April	1900 Mai	1900 Juni	Summe Kr.	Summe h.	Fortlaufende Nummer
13·76	13·76	8·32	8·32	8·34	8·34	8·34	8·34	—	—	—	2·66	—	—	250	58	1
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	—	—	31	60	2
1·66	1·66	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·80	—·80	—·80	—	—	24	60	3
—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—	—	—	—	—	—	—	—	16	—	4
—·48	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·56	—·58	1·20	1·23	1·40	1·39	1·39	—	12	43	5
—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—	—	—	—	—	—	6	—	6
—·78	—·86	—·88	—·88	—·88	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·88	—	—	—	14	04	7
—·60	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—	—	—	—	—	—	8	60	8
—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	78	9
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	22	—	10
3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	—	—	—	—	—	—	54	—	11
—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	12	—	12
—·48	—·48	—·48	—·50	—·50	1·84	1·86	1·86	1·86	1·86	1·86	1·86	—	—	24	34	13
1·86	1·94	1·70	1·40	1·88	1·14	1·16	1·16	1·30	1·30	1·32	1·30	—	—	35	90	14
—·34	—·34	—·34	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—	—	—	—	—	—	3	42	15
2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	16
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—	9	60	17
3·52	1·86	1·86	1·96	1·96	1·88	1·88	1·98	1·40	1·40	1·40	1·40	—	—	38	98	18
3·54	3·54	2·40	1·—	1·22	4·22	4·22	4·22	4·24	4·24	4·24	—	—	—	64	80	19
—·46	—·46	1·06	1·08	1·08	1·18	1·18	1·18	—·96	—·26	—	—	—	—	17	14	20
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—	—	—	—	—	—	3	38	21
1·82	1·84	1·90	2·04	2·04	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·75	1·70	—	39	97	22
12·64	12·64	12·66	14·22	14·22	14·24	12·18	12·18	11·62	3·16	3·14	2·04	1·56	—	196	38	23
—·14	—·12	—·62	—·64	—·64	—·62	—·56	—·64	1·48	1·48	1·46	—·80	—·64	—·38	17	44	24
—·44	—·46	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	12	46	25
1·30	1·20	1·20	1·20	1·20	1·08	1·08	1·08	1·30	1·30	2·40	2·40	—	—	28	90	26
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	10	80	27
—·72	—·72	—·72	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	12	74	28
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	50	31
—·54	—·54	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·54	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	9	46	32
—	—	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—	—	—	1	80	33
—	—	—	—	—	—	—	—	1·42	1·44	1·44	—	—	—	4	30	34
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	—	—	—	—	2	—	35
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	37
—	—	—	2·34	1·24	1·52	1·94	1·76	2·08	2·22	1·30	2·10	—	—	22	40	38
—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	16	39
2·—	2·—	2·—	2·—	3·38	1·64	1·64	1·74	1·66	—	—	—	—	—	38	48	40
—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—	—	—	6	60	41
2·24	2·52	2·88	3·06	3·—	2·80	2·88	3·06	2·62	2·60	3·36	1·66	1·72	1·34	47	04	42
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	9	—	43
—	—·50	6·16	6·16	7·10	11·30	12·76	9·10	10·12	10·12	11·—	11·—	12·—	11·30	125	82	44
—	—·46	—·48	—·48	—·56	—·58	—·58	—·58	—·50	—·50	—·50	—	—	—	12	—	45
3·50	3·62	3·86	3·26	3·56	3·08	3·10	3·14	3·22	—·27	—·28	—·28	—·28	—	54	75	46
—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	5	68	47
7·60	7·62	7·48	10·80	10·66	10·62	11·66	9·08	7·32	4·—	4·—	5·—	5·—	1·—	165	86	48
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	3	20	49
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—	—	—	—	—	—	4	56	50
3·—	3·—	3·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	37	—	51
1·48	1·48	1·48	1·50	1·50	1·30	—·90	—·90	1·16	1·18	1·18	2·02	2·04	—	35	76	52

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
53	Bruck a. d. Mur	—·80	1·66	1·68	1·68	1·68	1·68	4·48	4·30	4·28	4·30
54	Brünn	7·14	5·64	5·82	3·32	4·38	4.38	4·02	3·02	2·98	2·98
55	Brüx	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	1·92	—·32
56	Brunn am Gebirge	—	—	—	—	—	—	—·54	—·54	—·54	—·54
57	Brunnersdorf	—	—	—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60
58	Budau bei Luck	—·44	—·44	—·44	—·44	2·50	—·64	—·78	—·34	—·34	—·34
59	Budweis	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	5·04
60	Bürgstein-Johannesdorf	—	—	—	1·82	1·84	1·84	1·32	1·32	1·34	1·34
61	Bullendorf bei Friedland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·40
62	Buschullersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—·62	—·62
63	Chodau	2·66	2·66	2·68	1·—	1·—	2·—	1·32	1·34	1·34	—
64	Chotieschau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
65	Christiansau	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
66	Christiansberg	—	—	—	—	—	—	—·64	—·64	—·64	—·64
67	Christofhammer	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·4	—·40	—	—	—
68	Christofsgrund	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·40	—·40	—·40	—·40
69	Cilli	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	1·06	1·06	1·06	—·72
70	Czernowitz	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40
71	Dallwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
72	Dessendorf	—	—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
73	Deutsch-Altenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·60
74	Deutsch-Feistritz	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·32	·32	—·32	—·32	—·38
75	Deutsch Kralupp	—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—·80	—·80
76	Deutsch-Landsberg	—	—	—	—·56	—·58	—·58	—·56	—·50	—·50	—·74
77	Deutsch Liebau	3·—	2·—	2·—	—·80	—·80	—·80	—·82	—·84	1·22	1·24
78	Dittersbach	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·36	—·36	—·36	—·36
79	Dobraken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
80	Dönis bei Grottau	—·76	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·82	—·84	—·84	1·36
81	Doglasgrün bei Chodau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
82	Dornbirn	—·60	—·74	—·80	—·80	—·78	—·60	1·86	1·68	1·92	1·60
83	Drahowitz bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
84	Dunkelthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	Dux	1·52	2·64	2·58	1·40	1·72	1·26	1·80	1·92	1·82	1·82
86	Ebensee	5·10	3·06	3·06	2·70	1·40	1·40	1·42	1·42	1·42	1·42
87	Ebreichsdorf	—	—	—	—	—	—	2·80	2·80	2·80	2·80
88	Eger	—·60	—	—	6·—	6·—	6·—	1·90	1·90	1·94	3·22
89	Ehlend	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72
90	Eibenberg Grünberg	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
91	Eibiswald	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
92	Eichicht	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
93	Eichwald	2·88	2·88	2·90	2·90	2·90	2·90	3·32	2·64	2·64	2·12
94	Eidlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
95	Einsiedl bei Reichenberg	—	—	—·36	—·36	—·36	—·36	·44	—·44	—·44	—·44
96	Eisenerz	1·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·72	—·72	—·72	1·04
97	Eisenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·24
98	Elbogen	1·32	1·34	1·34	—	—	—	—	—	—	—
99	Eleonorenhain	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
100	Engelsberg bei Kratzau	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60
101	Erlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
102	Ernstbrunn	—·70	—·70	—·72	—·70	—·70	—·70	—·66	—·66	—·68	—·56
103	Eulau bei Bodenbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
104	Falkenau	—	10·10	11·26	11·12	11·30	10·80	13·32	14·06	13·10	13·08
105	Feldbach	—	—	1·—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·22	—·22	—·38
106	Feldkirch	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—·74
107	Feldkirchen	2·40	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
108	Felixdorf	—	—	—	—	—	—	1·80	1·80	1·60	1·60
109	Ferlach	—·76	—	—	—	—	—	—	—	—	—
110	Fischern bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
4·26	4·24	4·52	4·02	4·12	3·98	3·58	3·78	3·92	2·86	3·28	3·20	1·60	2·38	76	28	53
3·—	3·18	2·20	2.32	2·30	2·40	2·40	2·46	1·74	1·74	1·—	—	—	—	68	42	54
—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	1·94	1·94	1·98	2·28	2·30	2·30	2·32	2·32	—	24	94	55
—·56	—·56	—·30	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—	—	6	06	56
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	—	—	—	27	20	57
—·44	—·44	—·46	—·40	—·42	—·50	—·50	—·53	—	—	—	—	—	—	10	39	58
5·04	5·04	5·04	5·04	5·04	5·04	5·04	5·04	4·40	4·40	4·40	4·40	4·40	4·40	98	76	59
1·34	1·34	1·12	1·12	1·14	1·14	1·14	1·14	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	26	78	60
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	40	61
—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·74	—·76	—·76	—	—	—	8	58	62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	—	63
—	—	—	—	—	—	—	2·08	2·54	—	—	—	—	—	4	62	64
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	6	24	65
—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—	—	—	—	—	—	7	80	66
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	80	67
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	22	68
—·72	—·72	—·72	—·72	1·20	1·20	1·20	—	—	—	—	—	—	—	13	26	69
1·40	1·40	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	—	—	—	29	94	70
—	—	—	—	—	—	—	—	—·62	—·52	—·42	—	—	—	1	56	71
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	40	—	72
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	8	40	73
—·38	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·38	—·38	—·38	—·50	—·50	—	—	—	7	70	74
—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	75
—·68	—·48	—·70	—·70	—·86	—·86	—·84	—·84	—·92	1·72	—·80	—·72	1·19	—	15	33	76
1·24	1·24	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·06	—	—	—	—	—	—	22	26	77
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	12	12	78
2·92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	92	79
1·36	1·36	1·18	1·20	1·20	—·94	—·94	—·94	1·64	1·64	1·66	1·16	1.18	1·18	26	10	80
—	—	—	—	—·34	—·34	—·34	—	—	—	—	—	—	—	1	02	81
1·76	1·52	1·94	1·62	1·82	1·80	2·28	2·12	2·—	2·18	2·—	—·92	—·40	—·40	34	14	82
—	—	—	—	—	—	—	—	1·80	1·99	—	—	—	—	3	79	83
—	—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	3	—	84
1·26	5·36	1·32	1·32	1·18	1·18	1·20	1·20	—·86	—·82	—·82	—·82	—·84	—	36	66	85
1·08	1·09	1·10	1·04	—·94	—·96	—·96	1·18	1·18	1·06	1·16	—	—	—	34	15	86
2·80	2·82	1·42	1·44	1·44	—·86	—·86	—·88	—	—	—	—	—	—	23	72	87
3·24	2·58	2·58	2·58	2·58	2·58	—·58	—·58	1·06	1·06	1·08	—·50	—·50	—·50	49	56	88
—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—	—	15	84	89
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	—	—	22		90
—	—	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	—	—	—	—	—	—	14	40	91
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	20	92
2·12	2·94	2·94	2·94	2·94	2·96	2·96	2·96	3·—	3·—	3·—	—	—	—	59	84	93
—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—	—	—	—	1	32	94
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	9	48	95
1·04	2·60	3·34	3·72	3·34	3·38	3·—	2·98	3·12	2·54	2·62	3·40	2·50	1·34	47	52	96
1·24	1·90	1·90	1·92	1·—	1·—	1·—	1·—	1·46	1·46	1·48	—	—	—	16	60	97
—	—	—	6·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	98
—	—	—	—	—	—	1·40	1·50	1·56	1·70	1·66	—	—	—	7	82	99
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	10	80	100
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	101
—·58	—·58	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	94	102
—	—	—	—	—	—	—	—	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	1	80	103
13·08	13·54	12·94	12·94	12·40	12·56	12·22	12·48	15·23	15·24	6·90	3·16	3·22	1·04	255	19	104
—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	02	105
—·74	—·76	1·42	1·44	1·44	1·54	1·54	1·54	1·14	1·14	1·14	—	—	—	17	58	106
2·—	2·—	2·—	2·—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	—	39	80	107
1·60	1·60	1·62	1·62	1·58	1·58	1·60	1·60	—	—	—	—	—	—	19	60	108
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76	109
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
111	Floridsdorf	8·40	9·44	9·46	9·44	9·78	11·06	12·80	12·74	13·38	14·28
112	Fohnsdorf	4·—	4·—	4·—	4·26	4·26	—	—	—	—	—
113	Franzensdorf b. Reichenberg	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
114	Franzensthal bei Bensen	—	—	—	—	—	4·04	—	—	—	1·—
115	Frainersdorf bei Znaim	—·42	—·42	—·4	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—
116	Freiwaldau	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·40	3·40	3·40	3·40
117	Freudenthal	—	—	3·—	3·—	3·—	3·—	4·—	4·—	4·—	2·—
118	Friedland	4·02	4·02	4·02	4·02	4·02	4·02	3·42	3·42	3·42	3·42
119	Friedrichshain	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·40	—·42	—·42	—·42
120	Frohnleiten	—	—	—	1·24	1·24	1·24	—·90	—·90	—·42	—·41
121	Fürstenfeld	—·86	—·88	—·80	1·—	1·—	1·—	—·64	—·66	—·66	4·72
122	Fulnek	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·50	1·50	1·—	1·—
123	Gabel-Markersdorf	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·—	1·—	1·—	1·
124	Gablonz	1·16	1·12	1·12	—·84	—·84	1·56	1·32	1·32	1·34	1·18
125	Gaming	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
126	Garsten	—	—	—	—	—	—	—·70	—·70	1·20	1·20
127	Georgenthal b. Morchenstern	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30	—·28	—·28	—·28	—·28
128	Georgswalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
129	Gfell bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
130	Gießhübl bei Buchau	1·16	1·16	1·16	1·16	1·18	1·18	—	—	—	—
131	Gloggnitz	—	—	—	—	—	—	1·20	1·20	1·20	—
132	Gmünd	7·40	3·50	3·52	3·54	4·98	4·98	5·60	4·38	4·38	1·96
133	Gmunden	—·92	—·92	·84	—·86	—·80	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—
134	Göpfritz a. d. Wild	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
135	Görkau	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·60	—·30	—·30	—·30	—·30
136	Görsdorf bei Grottau	—	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
137	Göß bei Leoben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
138	Goisern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·22
139	Gottowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
140	Grancsau	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·90	1·20	1·20	1·20
141	Graslitz	2·80	2·82	2·68	—·66	—·66	—·68	1·—	1·—	1·—	1·—
142	Grasseth	—	—	—	—	—	—	—·70	—·70	2·36	2·36
143	Graupen	1·60	1·60	1·60	1·60	1·20	1·20	—·60	—·60	—·60	—·60
144	Graz	31·84	42·46	42·26	41·26	30·50	29·16	35·90	32·22	31·86	34·86
145	Groß-Glockersdorf	—	—	—	—	—	—·66	—·34	—·34	—·36	—·40
146	Grottau	1·56	1·56	1·58	1·58	1·58	1·58	1·16	1·16	1·16	1·16
147	Grünbach am Schneeberg	—	—	—	—	—	—	—·76	—·76	—·76	—·76
148	Grünlas	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·36	1·—	1·—	1·—	1·—
149	Grünwald bei Gablonz	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·4	—·49	—·40	—·40
150	Grund bei Warnsdorf	—	—	—	1·86	1·86	1·88	2·16	2·16	2·16	2·16
151	Grußbach	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·22	—	—	—	—
152	Güntersdorf	—·60	—·60	—·60	—·6	—·60	—·60	—·70	—·70	—·70	—·70
153	Guntramsdorf	—·46	—·46	—·46	—·44	—·42	—	—·30	—·30	—·30	—·30
154	Haan bei Ossegg	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
155	Habendorf bei Reichenberg	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·74	1·76
156	Haimburg	1·40	1·40	1·40	2·02	2·34	2·28	2·36	2·36	2·36	1·60
157	Haindorf bei Friedland	3·92	3·92	3·92	3·90	3·90	3·90	3·22	3·22	3·22	3·22
158	Hainfeld	—·90	—·90	—·90	1·80	1·80	1·80	1·89	1·80	1·80	1·50
159	Hallein	1·20	1·20	1·22	—·84	—·84	1·62	1·64	—·80	—	—
160	Hallstatt	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—·96
161	Hannchen	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·66	—·66	—·66	—·66
162	Hartberg	—·86	—·86	2·06	1·80	1·—	1·—	1·—	1·20	1·22	1·20
163	Hartmanitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Harzdorf	—·96	—·98	—·98	—·86	—·86	—·86	—·50	—·50	—·50	—·50
165	Haselbach	—·68	—·68	—·68	—·63	—·68	—·70	—·80	—·62	—·82	—·54
166	Heinersdorf bei Friedland	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—
167	Heinrichsdorf	1·—	1·—	1·—	—·92	—·94	—·94	—	1·—	1·—	1·—
168	Hermsdorf bei Friedland	—	—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
11·04	12·06	11·56	9·84	11·—	10·64	10·12	11·64	7·08	7·70	6·14	4·80	1·16	—	225	56	111
—	—	—	7·50	—	4·48	4·14	2·42	3·34	3·35	5·04	2·16	—	—	52	95	112
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·4	—·40	—·4	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	9	60	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	04	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	52	115
3·40	3·40	3·32	3·32	3·34	3·34	3·34	3·34	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	70	40	116
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	42	—	117
3·42	3·42	3·94	3·98	3·98	3·98	3·98	3·98	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	70	52	118
—·42	—·42	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	68	119
—·44	—·50	—·50	—	—	—·56	—·56	—·56	—·52	—·54	—·54	—	—	—	11	10	120
2·58	2·60	2·72	3·18	2·80	3·84	3·08	2·60	5·24	5·24	4·60	4·60	4·60	—	59	90	121
1·—	1·—	1·—	1·—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	23	40	122
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	28	—	123
1·20	2·78	1·22	1·22	1·22	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	—	—	21	54	124
1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	125
—·74	—·76	—·56	—·50	—·50	1·04	—·94	—·60	—·72	—·88	—·58	—	—	—	11	62	126
—·28	—·30	—·30	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—	5	60	127
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	3	—	129
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	130
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	60	131
8·60	7·46	5·54	5·38	4·82	4·64	4·66	5·90	5·91	3·52	2·40	—	—	—	103	07	132
1·04	1·32	1·24	1·24	1·06	1·06	—·88	—·90	1·60	1·60	1·26	1·26	—·32	—·32	23	84	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	134
—·30	—·30	—	—	—	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—	—	—	8	18	135
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	18	40	136
—	—	—	—	—	—	—	—	—·44	—·44	—·44	—	—	—	1	32	137
1·24	1·24	1·30	1·26	1·26	1·24	1·22	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	17	18	138
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	139
1·20	1·20	1·20	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	—	—	1·50	—	—	24	—	140
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	24	30	141
2·36	2·36	2·38	2·38	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	21	20	142
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	16	—	143
32·74	42·54	39·60	42·02	44·24	42·64	44·44	43·34	36·55	38·62	38·68	33·87	35·12	26·74	893	46	144
—·40	—·40	—·34	—·34	—·34	—·32	—·46	—·36	—·50	—·50	—·50	—	—	—	6	56	145
1·18	1·18	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	25	44	146
—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	1·—	1·02	1·02	—	—	—	12	32	147
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	26	36	148
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	7	20	149
2·16	2·16	1·60	1·60	1·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	36	150
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	22	151
—·72	—·72	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	12	64	152
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—	—	—	—	—	—	5	86	153
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	6	—	154
1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	—	—	33	50	155
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	40	32	156
3·26	3·20	2·84	2·84	2·84	2·84	2·84	2·84	1·36	1·38	1·38	1·38	1·38	1·38	68	10	157
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·86	1·86	1·86	1·86	1·88	1·88	1·—	1·—	1·—	37	30	158
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	36	159
—·96	—·96	1·04	1·04	1·04	1·06	1·06	1·0·	1·90	1·90	1·90	—	—	—	17	90	160
—·68	—·68	—·66	—·66	—·68	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	13	20	161
1·20	1·10	1·10	1·16	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	—	—	—	—	—	22	—	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4·—	—	—	—	4	—	163
—·50	—·52	—·50	—·50	—·50	—·48	—·50	—·50	—·72	—·74	—·74	—·74	—	—	14	44	164
—·74	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—	—	—	—	—	—	10	26	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	40	166
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	21	80	167
—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	168

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
169	Herzogenburg	2·—	2·—	2·—	2·—	2·02	2·02	2·60	2·60	2·60	2·60
170	Hieflau	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·58	—·58	—·58	—·58
171	Hilm-Kematen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Hirschberg in Böhmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Hötting bei Innsbruck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Hötzelsdorf	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·38	—·58	—·58	—·66	—·68
175	Hof in Mähren	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
176	Hohenberg	3·70	3·70	3·72	4·32	4·28	4·28	3·88	3·88	3·90	3·90
177	Hohenelbe	1·16	1·16	1·16	1·16	1·18	1·18	1·32	1·32	1·32	1·32
178	Hombok	1·16	1·16	1·14	1·10	1·16	1·30	1·30	1·60	1·60	1·80
179	Hotzenplotz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180	Iglau	—·12	—·12	—·12	—·46	—·46	—·44	—·38	—·38	—·40	—·40
181	Innsbruck	9·32	9·32	9·32	9·64	9·64	10·42	11·78	10·44	10·50	10·36
182	Inzersdorf	11·60	2·84	2·38	2·34	2·36	2·20	2·20	2·24	2·26	2·42
183	Ischl	1·78	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·92
184	Irnsdorf	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Jägerndorf	7·64	5·68	8·28	8·96	8·96	8·08	9·60	7·50	8·26	10.14
186	Joachimsthal	2·58	2·58	4·86	4·86	4·82	4·18	—·80	4·90	4·90	4·44
187	Johannesthal b. Reichenberg	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	1·02	1·14	1·14	1·20	1·20
188	Jokes bei Welchau	—·40	—·40	—·40	—·40	—·44	—·46	—·44	—·46	—·24	—·24
189	Josefsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
190	Josefsthal-Glöckelberg	1·88	1·88	1·88	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
191	Judenburg	1·44	1·44	1·44	1·44	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	—
192	Kaaden	—	—	—	—	—·20	—·22	—·64	—·64	—.64	—·64
193	Kapfenberg	1·42	1·42	1·42	1·28	1·28	1·42	1·42	1·42	2·08	2·08
194	Kaplitz	—	—	—	—	—	—	—·10	—·10	—·10	—·10
195	Karlberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
196	Karlsbad	1·40	1·26	1·22	1·08	1·08	1·10	—·90	—·86	—·70	1·10
197	Karlsdorf	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
198	Karlsthal	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	—	—	—
199	Karlswald	—·52	—·52	—·52	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
200	Karolinsfeld b. Reichenberg	—	—	—	—	—	1·02	—·26	—·26	—·28	—·28
201	Katharinaberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
202	Katharinberg b. Reichenbg.	—	—	—	—	—	—	—·90	—·90	—·90	—·90
203	Ketten bei Reichenberg	—·86	—·86	—·88	1·20	1·20	1·20	1·—	1·—	1·—	1·—
204	Kindberg	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	—	—
205	Kirchberg	—·46	—·46	—·46	—·40	—·40	—·30	—·30	—·30	—·30	—·40
206	Kirchdorf	—	—·06	—·06	—·06	—·06	—·08	—	—	—	—
207	Kitzbühel	2·20	1·04	1·04	1·44	1·44	1·44	1·46	1·04	1·04	1·06
208	Klagenfurt	1·50	1·22	1·22	1·22	1·22	3·88	4·40	4·24	4·40	4·46
209	Kleinaugezd	1·76	1·76	1·80	1·88	1·90	1·90	1·82	1·82	1·82	1·96
210	Kleingrün bei Zwickau	—	—	—	—	—	1·—	—	—	—	—
211	Klein-Mohrau	—·84	—·76	—.76	—·46	—·46	—·48	—·64	—·64	—·66	—·66
212	Kleinmünchen	—	—·38	—·38	—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	—·48	—·48
213	Kleinreifling	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·94	1·10	1·16	1·20	1·20
214	Klösterle a. d. Eger	2·50	2·50	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52	2·52
215	Klostergrab	—	—	—	—	—	—	—·44	—·50	—·60	—·62
216	Klosterneuburg	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—	—	—	—
217	Knittelfeld	5·60	5·60	5·60	5·60	5·60	5·60	—	—	—	—
218	Köflach	4·—	5·38	6·22	6·24	5·64	5·64	4·66	4·28	4·30	5·14
219	Königsberg a. d. Eger	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—	—	—	—
220	Königswerth-Marienwerth	—	—	—	—	—	—	4·—	4·—	—	—
221	Köstldorf	—	—	—	—	—	—	1·46	1·48	1·48	1·48
222	Kohlstadt bei Langenbruck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·36
223	Komeise bei Jägerndorf	1·60	—·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·48	—·48	—·48	—·48
224	Komotau	—·98	—·98	1·76	1·76	1·76	1·34	1·10	1·10	2·12	2·12
225	Kosolup bei Tuschkau	—	—	—	—	—	—	1·06	1·06	1·06	1·06
226	Kratzau (Bezirk)	—	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—

1899 Mai	1899 Juni	1899 Juli	1899 August	1899 September	1899 October	1899 November	1899 Dezember	1900 Jänner	1900 Februar	1900 März	1900 April	1900 Mai	1900 Juni	Summe Kr.	Summe h.	Fortlaufende Nummer
2·60	2·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27	64	169
—·58	—·58	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	11	34	170
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	1·34	1·36	—	—	—	—	—	—	5	40	173
—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	1·22	—·72	—·72	—·66	—·66	—·68	—·20	—·20	—·20	12	96	174
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	17	—	175
3·90	3·90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	36	176
1·34	1·34	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—	—	—	—	—	—	15	92	177
1·80	1·24	1·24	1·26	1·26	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	26	12	178
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—	—	—	—	—	—	—	—	2	54	179
—	—	1·80	1·86	1·98	2·22	2·44	2·46	2·40	2·44	2·62	2·74	2·70	—	28	94	180
9·80	9·88	8·02	8·10	8·12	6·78	6·78	7·88	7·96	7·98	7·98	6·36	6·94	6·38	209	70	181
2·46	—·66	—·66	—·72	—·72	—·52	—·52	—·60	—·60	—·68	—·70	—·54	—·56	—	42	78	182
—·92	—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—	—	18	52	183
—	—·80	—	—	—	—	—	—	—·36	—·36	—·42	—·42	—·42	—	3	58	184
7·40	7·36	8·30	8·30	8·50	8·46	8·06	8·10	7·96	7·84	7·24	7·42	—·34	—	178	38	185
4·46	5·12	4·64	4·64	5·12	4·54	4·40	4·64	3·34	3·74	3·74	—	—	—	87	30	186
1·22	1·22	1·66	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	—	—	—	—	—	—	20	16	187
—·24	—·24	—·24	—·24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	84	188
—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	189
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	64	190
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	06	191
—·64	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·40	—·40	—	—	—	—	9	08	192
3·48	1·86	1·86	3·14	3·14	2·74	2·64	2·64	2·64	—	—	—	—	—	39	38	193
—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	194
—	—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	2	40	195
1·14	1·14	1·16	1·52	1·26	—·68	1·10	—·50	—·84	—·58	—·06	—·76	—	—	21	44	196
—·50	—·50	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—	—	—	—	9	—	197
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	20	198
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	12	06	199
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	6	38	200
—	—	—	—	—	—	—	—	1·20	1·20	1·20	—	—	—	3	60	201
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—	—	—	13	50	202
1·—	1·—	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	—	—	—	22	10	203
—	—	—	—	—	—	—	2·30	4·94	2·—	—	1·50	1·50	—	14	24	204
—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	18	205
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	206
1·06	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	—	25	16	207
4·50	4·68	4·74	4·46	4·48	4·34	3·82	3·80	3·16	3·—	2·92	2·86	2·86	3·14	80	52	208
1·96	1·98	1·68	1·68	1·70	1·76	1·76	1·78	1·86	1·88	1·86	—	—	—	38	32	209
—	1·—	—	1·44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	44	210
1·—	1·—	—·72	—·72	—·74	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—	—	—	11	80	211
—·48	—·48	—·50	—·50	—·50	—·50	—·72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—	11	76	212
1·20	1·20	1·20	1·20	1·18	1·18	1·20	1·20	1·18	1·18	1·34	1·34	1·36	1·36	27	72	213
2·52	2·52	2·50	2·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35	20	214
—·62	—·52	—·56	—·42	1·50	1·52	1·52	1·52	—	—	—	—	—	—	10	34	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	60	216
—	—	—	—	9·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	—	217
5·14	4·30	1·94	1·94	1·94	2·62	2·62	2·64	2·02	2·06	2·38	—	—	—	81	10	218
—	—	—	—	—	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	3	06	219
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	220
1·48	1·48	1·—	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	—·90	—·90	—·90	—·90	—	—	18	52	221
—·36	—·36	—·36	—	—	—	—	1·14	—	—	—	—	—	—	2	58	222
—·48	—·60	—·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	12	—	223
2·12	2·12	2·42	2·42	2·42	2·06	2·06	2·06	—·46	6·46	6·48	6·—	6·—	—	58	10	224
1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	—	—	—	—	—	—	12	72	225
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	226

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
227	Kratzau (Ort)	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
228	Krems	4·16	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Kriegern	—·54	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—	—	—	—
230	Krieglach	2·44	2·40	2·40	2·40	2·36	2·38	2·40	2·14	2·46	2·52
231	Kriesdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Kröllendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Krummau	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	2·—	2·—	2·—	2·—
234	Krummnußbaum	1·02	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	—·84	—	—	—
235	Kržemusch	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
236	Kufstein	—	—	—	—	—	—	—·88	—·88	—·88	—·88
237	Kunnersdorf bei Zwickau	—	—	—	—	—	—	—·30	—·32	—·32	—·32
238	Kuttowitz	—·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·46	—·46	—·46	—·46
239	Ladowitz	—	—	—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
240	Lampersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
241	Landeck	2·20	1·50	1·78	1·72	2·14	1·54	2·56	2·30	2·58	2·46
242	Landskron	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
243	Langendörflas	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Langendorf	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—
245	Langgrün	—	—	—	—	—	—	—·14	—·14	—·14	—·14
246	Langenbruck	1·04	1·04	1·04	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—
247	Langenwang	—·54	—·56	—·72	—·70	—·70	—·70	—·68	—·68	1·58	1·58
248	Lauterbach (Dorf)	1·02	1·06	1·08	1·10	1·12	—·96	—·98	1·—	1·—	1·06
249	Lend	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
250	Leoben	13·44	11·96	13·02	11·76	11·78	11·78	14·86	14·88	14·92	19·22
251	Leobersdorf	1·04	1·04	1·26	1·28	1·28	1·30	1·56	1·60	1·60	1·08
252	Lichtenstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
253	Lichtenwörth	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—·62	—·62	—·62	—·62
254	Liebenau	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
255	Liebwerda bei Friedland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
256	Lienz	—	—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
257	Liesing	1·98	1·58	1·58	1·66	—·78	—·66	2·10	2·10	1·96	—·20
258	Liezen	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40
259	Lilienfeld	—·76	—·76	—·64	—·66	1·26	1·16	1·76	1·88	1·20	1·30
260	Linz	14·92	16·66	15·42	14·98	16·40	14·02	16·96	20·56	15·44	13·88
261	Littnitz	—	—	—	—	—	—	1·40	1·40	—·20	—
262	Lofer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Loosch bei Dux	—·80	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·52	—·50	—·52	—·52
264	Lusdorf	—	—	—·54	—·54	—·56	—·56	—·66	—·66	—·68	—·66
265	Machendorf bei Reichenberg	—·86	—·86	—·88	—·80	·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·40
266	Mähr.-Rothwasser	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—	—
267	Mähr.-Schönberg (Bezirk)	—	—	—	—	—	—		—	18·88	—
268	Mähr.-Schönberg (Ort)	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·36	—·36	—·36	—·36
269	Mähr.-Neustadt	—	—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·50	1·50	2·—
270	Mähr.-Trübau	1·—	1·—	1·02	1·36	1·48	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
271	Maffersdorf	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60
272	Maltheuern	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·92	—·92	—·94	—·92
273	Marburg	2·96	2·28	2·30	2·32	4·34	4·34	4·56	4·74	6·84	6·18
274	Marchegg	—	—	—	—	—	—	—·64	—·64	—·64	—·64
275	Maria Lanzendorf	—	—	—	—·66	—·66	—·68	—·36	—·36	—·38	·62
276	Mariaschein	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34
277	Marienberg b. Albrechtsdorf	—·80	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
278	Marktl	—	—	—	—·80	—·82	—·82	—	—	—	—
279	Marschendorf	2·50	2·50	2·50	2·50	2·50	2·50	1·86	1·86	1·86	1·88
280	Mautern	—	—	—	—	—	—	—·44	—·44	—·44	—·44
281	Mauthausen	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
282	Meran	2·88	2·90	2·88	2·42	3·46	3·46	3·46	2·16	2·18	2·18
283	Merkelsgrün	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·38	1·38	1·38	1·38
284	Mildenau u. Raspenau	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·60	—·60	—·60	—·60

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
1·—	1·—	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	18	84	227
—	—	1·32	1·34	1·34	—·94	—·94	—·94	—	—	—	—	—	—	10	98	228
—	—	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—	—	—	5	14	229
2·62	2·54	2·44	2·46	2·46	2·62	2·64	2·64	2·64	2·70	—·90	—	—	—	50	86	230
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·04	1·06	—	—	—	3	10	231
—	—	—	—	—	—	—	1·08	—	—	—	—	—	—	1	08	232
2·—	2·14	2·14	2·14	2·14	2·14	2·14	2·16	3·12	3·14	3·14	1·14	1·14	—	46	68	233
—	—	—	—	—	—	—	—	—·46	—·46	—·48	—	—	—	9	16	234
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	50	235
—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	1·34	1·40	1·34	1·30	1·—	—·86	17	80	236
—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	90	237
—·46	—·46	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	6	56	238
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	—	22	80	239
—	—	2·56	2·58	2·58	2·58	2·58	5·60	2·42	2·42	2·42	2·22	2·38	—	30	34	240
2·14	2·04	3·32	2·40	2·96	2·04	2·48	2·84	3·14	2·52	2·52	3·—	4·34	2·[illegible]0	59	12	241
—	—	—	—	—	—	—	1·50	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	5	22	242
—	—	—	—	—	—	—	—	1·46	1·46	—·30	—·30	—·30	—	3	82	243
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64	244
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—	—	—	—	—	—	1	68	245
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	52	246
1·60	—·72	—·74	—·74	—·86	—·86	—·88	—·88	1·40	1·40	1·40	—	—	—	19	92	247
1·08	1·08	1·08	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·30	—·30	—·30	—·30	—	—	19	02	248
—	—	—	—	—	1·26	1·26	1·26	1·30	1·10	1·12	1·—	—	—	8	30	249
19·24	18·02	20·10	18·12	18·10	13·44	13·—	13·—	16·64	12·44	11·74	9·17	9·36	—	329	99	2 0
1·08	1·06	1·02	1·02	1·02	1·02	1·04	1·32	—·88	1·36	—·88	—	—	—	24	74	251
—	—	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—	—	—	—	—	1	26	252
—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—	—	—	—	—	—	17	56	253
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—	9	—	254
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	255
2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	—	256
—·24	—	—	—	—	—	—	—	—·20	—·20	—·48	—·40	—·40	—	16	52	257
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	60	258
1·30	1·32	1·34	1·34	1·48	1·68	1·68	1·70	1·70	—·88	—·90	—	—	—	26	70	259
19·90	16·70	16·—	17·24	16·68	16·24	19.04	16.78	17·14	16·86	14·60	14·60	15·32	4·94	381	28	260
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—·24	—·24	—·22	—	—	—	—	70	262
—·52	—·52	—	—	—	—	—	—·90	—	—	—	—	—	—	6	86	263
—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	10	—	264
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·74	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·70	—·76	—	15	80	265
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	16	266
[illegible]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	88	267
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	1·20	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	15	46	268
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	29	—	269
—	—	—	—	—	—	—	1·96	1·96	1·98	1·46	1·48	1·48	—	21	18	270
1·60	1·66	1·66	1·66	1·68	1·18	1·18	—·50	—	—	—	—	—	—	27	62	271
—·92	—·94	—·20	—·20	—·20	—·86	—·86	—·90	—·24	—·24	—·26	—·26	—	—	12	66	272
6·46	6·68	7·94	8·10	8·38	7·44	8·50	7·10	7·62	7·90	8·18	5·92	6·34	4·40	141	72	273
—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	7	76	274
—·80	—·80	—·82	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	14	275
—·34	—·34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	276
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	20	20	277
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	44	278
1·—	1·—	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—	—	—	—	—	—	29	46	279
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	5	32	280
1·20	1·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	40	281
2·52	2·52	2·52	4·42	4·44	4·44	3·68	3·70	3·70	2·54	2·56	2·54	—	—	67	56	282
1·88	1·38	1·38	1·38	1·38	1·38	1·40	1·40	—	—	—	—	—	—	28	60	283
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·[illegible]0	—·60	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	14	32	284

Fortlaufende Nummer	Ort	1898 Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
285	Mißlitz	—·80	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—
286	Mistek	—·14	—·14	—·16	—·18	—·18	—·18	—·20	—·22	—·22	—·22
287	Mistelbach	1·40	1·78	1·04	1·22	1·—	1·06	—·88	—·88	—·88	—·60
288	Mitterdorf	—·28	—·28	—·30	1·92	—·80	—·82	1·40	—·92	—·74	—·76
289	Modlau	1·76	—·96	—·48	—·48	—·48	—·52	—	—	—	—
290	Mödling	—·96	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	5·80	5·80	6·18	4·88
291	Molln	—·52	—·28	—·28	—·30	—·24	—·24	—·24	—·32	—·32	—
292	Morchenstern	2·40	2·42	1·81	1·86	—·70	1·82	1·82	1·82	1·70	1·70
293	Müglitz	—	—	—·80	—·80	—·80	—·80	—·40	—·40	—·42	—·42
294	Mühlbach	1·40	1·40	1·42	2·06	2·—	2·50	1·72	1·50	1·74	1·60
295	Mürzzuschlag	9·90	9·90	1·50	1·50	5·50	5·20	5·76	5·08	5·08	4·64
296	Nallesgrün	—·94	—·94	—·94	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
297	Naßengrub bei Asch	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26
298	Neuberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
299	Neudeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
300	Neudörfel bei Teplitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
301	Neudonawitz bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
302	Neudonitz	—	—	—	—	—	—	1·24	1·24	1·26	1·26
303	Neudorf bei Petschau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
304	Neudorf bei Sebastiansberg	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·80	—·60	—·60	—·80	—·66
305	Neuhammer	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
306	Neumarkt in Steiermark	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
307	Neundorf bei Kratzau	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—	2·—
308	Neunkirchen	1·64	1·64	1·64	1·64	1·66	1·66	2·50	2·52	2·52	3·64
309	Neurode bei Reichenberg	—	—	—	—	—	—	·28	—·28	—·28	—·28
310	Neustadtl bei Friedland	1·20	1·20	1·20	1·20	1·22	1·22	11·42	4·80	4·80	4·80
311	Neutitschein	1·60	2·40	2·04	1·22	1·22	1·—	1·26	1·24	1·34	1·42
312	Neuzeug	2·28	—·48	—	—	—·46	—·44	—·36	—·26	—·26	—·26
313	Niederalm	—	—	—	—	—	—	—	—	—·38	—·38
314	Niemes	—	—	2·50	2·50	2·50	2·50	5·32	5·34	5·34	3·32
315	Nikolsburg	—	—	—	—	—	—	—·36	—·36	—·36	—·36
316	Oberalm	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40
317	Oberdorf bei Voitsberg	—	—	—	—	—	—	·68	—·68	—·68	—·68
318	Ober-Georgenthal	—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—
319	Ober Grafendorf	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38
320	Ober Hennersdorf	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66
321	Oberhollabrunn	—	—	—	—	—	—	—·22	—·22	—·22	—·22
322	Ober Kratzau	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·32	1·34	1·34	1·20
323	Ober Leutensdorf	—·66	—·66	1·36	1·36	1·38	1·38	2·70	2·70	2·70	2·70
324	Ober Plan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
325	Ober-Tannwald	—	—	—	—·80	—·84	2·80	—·78	—·78	—·78	—·78
326	Ober Wittig	—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·24	—·70	—·24	—·24	—·24
327	Odrau	3·—	3·—	2·90	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
328	Olmütz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
329	Pankratz	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·44	—·44
330	Paulsdorf	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·20	—·80	—·80	—·80
331	Payerbach	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—
332	Pechgrün	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	·60	—·60	—·60
333	Perg	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·32	—·34	—·34	—·34
334	Perchtoldsdorf	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·90	—·90	—·90	—·90
335	Pettau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
336	Piesting	2·16	2·50	2·24	2·48	2·26	2·42	2·36	2·36	2·30	2·40
337	Pihlerbaustellen	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·56	—·70
338	Pintschei, P. Labau	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
339	Pirano	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·56	—·56	—·58	—·58
340	Pirkenhammer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
341	Platten bei Joachimsthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Planschnitz	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	40	285
—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—.26	—·26	—·26	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	5	62	236
—·60	—·60	—·60	—·70	—·84	—·66	—·66	—·68	—·90	—·90	1·—	1·02	—	—	19	90	287
—·80	—·78	—.78	—·82	—.80	—·56	—	—	—·68	—·68	—·76	—·40	—·40	—	15	68	288
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	48	289
2·96	2·98	—·82	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—	—	—·20	—·20	—·32	—	37	84	290
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	74	291
1·70	1·70	1·—	1·32	1·32	1·32	1·34	1·28	1·30	1·30	—	4·80	—	—	36	46	292
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—	—	—	—	—	—	8	20	293
1·48	1·16	1·34	1·34	1·20	1·14	1·08	1·62	—·93	1·11	1·43	—·77	1·13	—	33	07	294
3·62	2·94	2·94	3·10	3·10	3·80	3·80	5·70	5·70	3·70	3·70	1·02	1·02	—	98	20	295
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—	—	—	15	06	296
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·34	—·34	—·34	—	—	—	4	14	297
—	—	2·—	2·—	2·—	2·10	2·10	2·10	2·10	2·10	2·10	—	—	—	18	60	298
—	—	—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—	—	—	—	1	60	299
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300
—	—	—	—	—	—	—	—	—·48	—·48	—·50	—	—	—	1	46	301
1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	—	—	—	—	—	—	15	08	302
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	303
—·66	—·68	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	12	60	304
—·50	·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	305
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4·72	—	—	—	4	72	306
2·—	2·—	1·—	1·—	1·—	1	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	22	—	307
3·66	3·66	3·02	3·02	1·58	1·58	1·58	1·88	1·90	2·36	2·42	2·46	—·38	—	50	56	308
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	3	36	309
4·80	4·82	5·46	5·46	5·46	5·48	5·48	5·48	—	—	—	—	—	—	75	50	310
1·18	1·18	—·22	—·22	—·22	·24	—·24	—·24	—·36	—·38	—·38	—	—	—	19	60	311
—·26	—	—	—	—	—	—	—	—	—·28	—·28	—	—	—	5	62	312
—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·52	—·54	—·54	—	—	—	5	40	313
3·34	3·36	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	3·66	3·66	3·66	1·66	1·68	1·68	62	02	314
—·36	—	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	3	80	315
—·48	—·56	—·54	—·48	—·36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	02	316
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	12	317
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	—	—	—	13		318
—·38	—·38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	56	319
—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—	—	—	—	—	—	12	—	320
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—	—	—	3	—	321
1·20	1·20	1·06	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	—·90	—·90	—·90	—·90	—	—	25	64	322
2·70	2·70	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·20	1·20	1·20	1·20	2·40	—	42	20	323
—	—	—	—	—	—	—	—	1·04	1·04	1·06	—	—	—	2	14	324
—·78	—·78	—·72	—·88	—·78	—·78	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	15	08	325
—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·22	—·24	—·24	—·22	—·24	—·24	—	—	—	5	42	326
3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	2·	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	56	90	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·28	—	—	—	80	328
—·44	—·44	2·04	—	—	1·92	—	—	—	—	—	—	1·92	—	10	88	329
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	16	80	330
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	331
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	14	40	332
—·34	—·34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	12	333
—·90	—·90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	08	334
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	335
2·70	2·40	2·64	2·68	2·44	2·44	2·46	2·48	—·46	—·46	—·44	—·44	—·46	—	45	98	336
—·70	—·80	—·80	—·80	—·68	—·68	—·68	—·68	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—	10	88	337
—·36	—·36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	32	338
—·58	—·58	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·44	—·44	—·44	—	—	—	9	20	339
—	—	—	—	—	—	—	—	—·43	—·36	—·86	—	—	—	1	65	340
—	—	—	—	—	—	—	—	—·84	—·84	—·84	—	—	—	2	52	341
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	20	342

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
343	Bleil-Sorgenthal	—·90	—·52	—·40	—·42	—·40	—·52	—·26	—·28	—·28	1·—
344	Bodersam	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	1·32	1·40
345	Böls	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	1·08	—·28	—·28	—·28
346	Policka	—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·14	—·26	—·26	—·28	—·26
347	Pomeisl	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
348	Pontafel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
349	Pottenbrunn	—	—	—·68	—·68	—·68	—·68	—	—	—	—
350	Pottendorf	1·30	1·30	3·—	3·—	—·28	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32
351	Pottenstein	—·66	—·66	—·68	—·62	—·62	—·62	—·64	—·60	—·60	—·60
352	Prävali	—·56	—·40	—·40	—·64	—·80	2·—	2·—	2·—	2·—	—
353	Prag	1·92	2·70	2·08	2·52	2·54	2·54	1·14	1·14	1·14	1·14
354	Prassedig bei Teplig . . .	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·60	—·60	—·60	—·6
355	Přeheischen	—	1·68	1·68	1·68	1·84	2·—	1·94	1·96	1·80	1·78
356	Prerau	—	—	—	—	—	—	2·06	2·04	2·02	—
357	Preßnitz (Bezirk Kaaden) .	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
358	Priesßen bei Komotau . .	—	—	—	—·66	—·70	—·70	—·70	—·70	—·66	—·68
359	Priesten-Straden	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
360	Probstau bei Teplitz . . .	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·02	1·02	1·02	1·04
361	Proschwitz	1·42	1·42	1·44	1·44	1·44	1·44	1·22	1·22	1·22	1·22
362	Proßnitz	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40
363	Puletschnei bei Gablonz .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—·3
364	Puschwitz	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·20	1·20	1·20	1·20
365	Putzmannsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
366	Quickau	—·28	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14
367	Raad bei Haberspirk . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
368	Rabensgrün	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
369	Rabenstein bei Frohnleiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
370	Radl bei Gablonz . . .	—	—	—	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52
371	Rankweil	—	—	—	—	—	1·46	—·56	—·58	—·58	—·40
372	Ratschendorf	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
373	Reichenau bei Falkenau .	—	—	—	—	—	—	—	—	1·28	1·14
374	Reichenau bei Gablonz .	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
375	Reichenberg	2·46	2·46	2·46	2·52	2·54	2·56	5·66	4·36	4·68	3·98
376	Reischdorf	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—
377	Rettendorf	—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—
378	Ried	—·98	—·98	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—
379	Ringelshain bei Gabel . .	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30
380	Röchlitz bei Reichenberg .	2·24	3·22	5·04	—	—	2·8	—	—	—·64	—·64
381	Römerstadt	1·40	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
382	Ronsperg	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26
383	Rosenthal I	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—·40
384	Rosenthal II	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	—·58
385	Roßnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—·46	—·46
386	Rothau-Schindelwald . .	2·94	2·94	2·96	2·96	3·40	3·40	3·40	3·20	3·20	6·—
387	Rottenmann	—	—	—	—	—	—	—·62	—·62	—·64	—·64
388	Rudig bei Podersam . .	—	—	—	—	—	—	1·20	1·20	1·20	—·60
389	Rückersdorf	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·36	—·36	—·36	—·36
390	Rumburg	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—·50	—·50
391	Ruppersdorf	—·60	—·60	1·04	1·06	1·06	1·08	—·92	—·92	—·94	—·94
392	Saalfelden	—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—·80	—
393	Saaz	3·72	3·42	3·42	3·42	3·42	3·44	6·30	4·30	4·30	5·02
394	Salzburg	6·08	5·82	5·10	4·38	4·26	4·28	10·10	13·70	11·36	11·56
395	St. Egyd a. N.	1·90	1·90	1·92	1·92	1·92	1·92	1·76	1·76	1·78	1·34
396	St. Johann im Pongau .	—·42	—·44	—·44	—·30	—·30	—·32	—·36	—·36	—·38	—·38
397	St. Michael	1·96	2·10	1·90	1·96	1·98	1·80	1·82	2·88	2·88	2·48
398	St. Peter bei Leoben . . .	—·84	—·84	—·84	—·84	1·52	1·52	1·52	1·54	1·54	—·72
399	St. Pölten	1·82	1·52	1·80	1·66	1·72	1·72	1·76	1·62	4·08	2·68
400	St. Stefan in Steiermark	—	—	4·02	4·24	3·58	2·46	4·74	4·78	4·78	4·08

1899 Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1900 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe Kr.	h.	Fortlaufende Nummer
1·—	1·—	1·—	1·66	1·66	2·28	1·48	1·48	1·48	1·48	1·28	—·60	—	—	21	48	343
1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·50	1·50	1·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	18	30	344
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	8	04	345
—·26	—·28	—·18	—·20	—·20	—·22	—·24	—·24	—·39	—·39	—	—	—	—	4	56	346
—·80	—·80	—·60	—·60	—·60	1·20	1·20	1·20	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	18	60	347
—	—	—	—·82	—·86	—·88	—·88	—·90	—·98	1·88	1·02	—·98	—·98	1·02	11	20	348
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	72	349
—·32	—·32	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	2·12	2·12	2·12	2·12	—	—	25	—	350
—·60	—·60	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	—·50	—	—	—	11	86	351
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	80	352
1·14	1·14	1·10	1·10	1·10	1·10	1·10	1·12	—	—	—	—	—	—	27	76	353
—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	60	354
1·76	1·66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	78	355
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	12	356
—·44	—·44	—·44	—·44	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	—	—	6	96	357
—·68	—	—	—	—	—	—	—	—·84	—·84	—·84	—	—	—	8	—	358
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	6	—	359
1·04	1·04	—·84	—·84	—·81	—·84	—·84	—·86	—	—	—	—	—	—	18	80	360
1·22	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	17	70	361
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	7	32	362
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·60	—·60	—·60	—	—	—	4	50	363
1·20	1·20	—	—	—	—	—	—	—·68	—·68	—·70	—·66	—·66	—·68	20	86	364
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	365
—·14	—·14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	82	366
—	—	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	1	80	367
—	—	—	—	—·46	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	—	1	38	368
—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·46	—·46	—·69	—·69	—	—	—	—	5	70	369
—·52	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	7	76	370
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·58	—·58	—·58	—·50	—·50	—·50	—	—	—	8	82	371
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	16	32	372
—·80	—·94	—·72	—·74	—·74	—·76	1·68	1·68	—	—	—	—	—	—	10	48	373
1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	374
4·42	5·04	6·18	8·06	6·38	6·76	6·50	6·32	7·58	7·42	7·08	6·66	6·64	5·74	124	46	375
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	80	376
1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	—·90	—·90	—·92	—	—	—	13	52	377
—	—	—·62	—·68	—·68	—·70	—·68	—·64	—·66	—·74	—·64	—·72	—·62	—.58	15	92	378
—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	3	70	379
—·66	—·66	—·86	—·86	—·86	—·88	—·88	—·88	2·26	2·27	2·28	—	—	—	27	93	380
1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1.—	—	—	20	20	381
—·28	—·28	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	3	20	382
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	4	80	383
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	9	46	384
—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	4	60	385
6·—	6·—	4·60	4·60	3·—	3·—	5·—	5.—	3·10	3·10	3·10	—·50	—	—	81	40	386
—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	—·96	—·96	—·98	—·98	—·70	—·70	2·90	2·92	—	16	88	387
—·60	—·60	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—	—	—	—	—	—	8	82	388
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	—	—	8	12	389
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	6	—	390
—·96	—·96	—·54	—·54	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	16	16	391
1·—	1·—	—·44	—·44	—·46	1·04	1·32	—·90	—·42	—·24	—·24	—	—	—	9	90	392
5·02	5·02	4·78	4·78	4·80	4·80	4·82	4·82	—·72	—·72	2·72	—·72	—·72	—·72	85	92	393
11·46	11·46	12·34	13·32	13·12	12·92	13·46	11·88	14·47	11·24	10·86	11·50	9·26	—	233	93	394
—·14	—·16	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	—·78	—·80	—·80	—	—	—	28	84	395
—·38	—·38	—·20	—·20	—·20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	06	396
2·50	1·94	1·86	1·86	1·88	1·90	1·90	1·90	1·32	1·32	3·10	—	—	—	43	24	397
—·72	2·06	2·08	2·08	—	—	—	—	—	—	2·—	—	—	—	20	66	398
2·76	4·20	5·22	7·14	6·42	5·40	4·44	4·42	1·38	1·14	—·68	—	—	—	63	58	399
3·74	4·28	5·42	4·90	6·94	5·66	4·80	4·86	4·70	2·68	4·86	7·54	—	—	93	06	400

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
401	St. Veit a. d. Gl.	1·30	1·30	1·30	1·30	1·42	1·42	1·42	5·90	6·12	5·70
402	St. Veit a. d. Tr.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—·96	—·96	—·96	—·96
403	Saugerberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
404	Saubsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405	Schaben bei Daßnitz	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	1·—	1·—	1·—	1·—
406	Schärding	—·20	—·24	—·26	—·26	—·30	—·30	—·38	—·38	—·38	—·38
407	Schaßlowitz	—	—	—	—	—	—	—·52	—·52	—·52	—·52
408	Schatzlar	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	1·—	1·—	1·—	1·—
409	Scheibbs	—	1·—	1·20	1·20	1·—	1·—	—·66	—·66	—·68	—·80
410	Scheibmühl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
411	Schmiedeberg	—	—	—	—	2·—	—	—	—	4·—	—
412	Schneegattern	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·38	—·78	—·78	—·78	—·78
413	Schöbritz bei Aussig	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·46
414	Schönau bei Buchau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
415	Schönau bei Schluckenau	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—
416	Schönborn bei Reichenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
417	Schönfeld bei Karlsbad	1·06	—	—	—	—	—	—	—	—·64	—
418	Schönfeld bei Petschau	—·78	—·80	—·52	—·54	—	—	—·54	—·24	—·24	—·26
419	Schönlinde	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·—	1·—	1·—	1·—
420	Schönwald bei Friedland	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24
421	Schönwehr bei Petschau	—	—	—	—	—	—	—·54	—·54	—·56	—
422	Schrambach	—·80	—·80	—·80	1·20	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—
423	Schrems	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·80	—·82	—·46	—·46
424	Schwanberg	—·34	—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·28
425	Schwechat	—	—	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—·58	—·50
426	Schwertberg	—·78	—·78	—·78	—·80	—·80	—·80	—·74	—·74	—·74	—·32
427	Sebenico	—·24	—·24	—·30	—·32	—·36	—·36	—·32	—·32	—·36	—·36
428	Selzthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
429	Servola	—·50	—·50	—·50	—·42	—·48	—·36	—·38	—·54	—·54	—·26
430	Setzdorf	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
431	Siebenbirten	—·80	—·80	—·80	—·80	—·72	—·72	—·54	—·54	—·54	—·54
432	Sierning	—	—	—	—	—	—	—·26	—·26	—·26	—·26
433	Silberbach	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·40	—·42	—·42	—·42
434	Soborten bei Teplitz	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
435	Sodau bei Karlsbad	—	—	—	—	—	2·80	—	—	—	—
436	Soldatenhäuser	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
437	Sonnenberg bei Komotau	—·50	—·50	1·—	1·—	1·—	1·—	—·50	—·50	—·50	—·50
438	Sophienthal-Heinrichsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Spital a. d. Dr.	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—	—	—	—
440	Spittelgrund bei Grottau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
441	Staab	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
442	Stadlau	—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·80	4·80	5·52	4·86	5·72
443	Stefanau bei Olmütz	1·68	1·66	1·20	1·20	1·40	1·46	1·48	2·—	2·22	—·80
444	Steinach in Steiermark	—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·80	1·—	1·—	1·—
445	Steinbach bei Falkenau	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·86	—·86	—·88	—·88
446	Steinpöhl bei Asch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
447	Steinschönau	2·—	2·—	2·—	—	—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
448	Sternberg	—	3·88	3·92	6·04	6·20	9·84	7·88	7·98	9·56	9·04
449	Steyr	7·26	32·34	32·36	30·60	4·38	6·16	5·74	8·96	9·—	6·30
450	Stockerau	1·96	1·96	1·82	1·72	1·74	1·42	1·40	—·98	—·98	1·02
451	Strahl bei Kosten	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80
452	Stubenbach in Böhmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
453	Tachau	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·22	2·22	2·22	2·22
454	Taschwitz	1·26	1·22	1·16	1·16	1·16	1·18	1·06	1·06	1·08	—
455	Teplitz	—·50	—·50	1·50	2·70	2·70	3·04	4·14	3·94	3·94	3·94
456	Ternitz	—	—	—	—	—	—	—·50	—·50	—	—
457	Teschen	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·80	3·—
458	Teschnitz	—	—	—	—	—	—	—·66	—·66	—·66	—

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
6·04	5·98	7·04	6·01	6·12	6·50	6·98	6·78	6·55	6·24	6·42	6·08	6·18	—	110	13	401
—·96	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	23	80	402
—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·86	—·86	—·86	—	—	—	4	38	403
—	—	—	2·02	2·28	2·48	2·92	3·—	3·10	3·12	3·—	3·06	—	—	24	98	404
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	—	405
—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·64	—·61	—·66	—·66	—·22	—	—	—	8	22	406
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·28	—	—	—	—	—	—	6	—	407
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	22	—	408
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	20	409
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·06	—	—	1	06	410
—	—	—	—	2·—	—	—	—	—	2·—	—	—	—	—	10	—	411
—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·80	—	—	—	—	—	—	23	56	412
—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·60	—·60	—·60	—·60	—·56	—·56	—·56	—·56	—	12	84	413
—	—	—	—	—	—·60	—·58	—·66	—·70	—	—	—	—	—	2	54	414
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	415
—	—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	—	—	—	—	—	2	40	416
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	70	417
—·26	—·64	—	—	—·60	—·60	—	—	—	—·52	—·52	—	—	—	7	06	418
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1.—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	22	—	419
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—	—	—	—	—	—	4	32	420
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	64	421
—	—	—	—	—	—	—	—	2·—	—	—	—	—	—	7	60	422
—·48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	42	423
—·28	—·28	—·30	—·30	—·32	—	—·28	—·34	—·28	—·46	—·26	—·34	—·22	—	6	70	424
—·50	—·50	—·50	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	—·52	—·52	—	—	—	—	9	68	425
—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	80	426
—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	427
—	—	—	1·76	1·50	1·60	1·66	1·60	1·76	2·28	1·58	1·96	—	—	15	70	428
—·26	—·28	—·38	—·38	—·38	—·34	—·34	—·36	—·36	—·34	—·36	—	—	—	8	26	429
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	—	—	—	9	30	430
—·54	—·54	—·54	—·54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	96	431
—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—	—	—	—	—	—	3	22	432
—·42	—·42	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	10	—	433
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	—	—	12	60	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	80	435
—	—	—	—	—	—	—	—	—·40	—·40	—·40	—	—	—	1	20	436
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	—	10	50	437
—	—	—	—	—	—	1·96	—	—	—	—	—	—	—	1	96	438
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	88	439
—	—	—	—	—	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—	—	—	2	88	440
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	441
6·62	6·64	6·70	6·44	6·28	6·88	6·40	7·04	6·08	6·08	6·08	6·64	6·26	—	125	84	442
—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	70	443
1·50	1·50	1·50	1·—	1·—	1·32	1·34	3·44	1·50	1·50	1·16	1·16	1·38	1·39	27	89	444
—·88	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	14	56	445
—	—	—	—	—	—	—	—	—·90	—·90	—	—	—	—	1	80	446
2·—	2·—	2·—	2·—	1·22	1·22	1·22	1·24	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	—	35	60	447
7·58	7·54	11·54	8·38	9·16	9·32	9·34	9·40	5·23	5·25	10·19	6·92	3·01	—	167	20	448
6·30	14·76	13·34	13·36	12·34	9·86	12·78	17·82	6·52	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	253	18	449
1·02	1·04	1·06	1·08	1·58	3·—	2·84	2·96	6·64	2·72	2·44	—·36	—	—	41	74	450
1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	30	—	451
—	—	—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—·80	—	—	—	2	40	452
2·22	2·22	2·22	2·22	2·24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	—	353
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	34	454
3·60	3·60	2·60	2·60	2·60	4·10	3·50	3·50	3·04	1·—	—	—	—	—	57	04	455
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	456
3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52	20	457
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	98	458

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
459	Tetschen a. d. Elbe	—·98	—·98	—·98	—	—	—	—·68	—·68	—·68	—·68
460	Thörl	2·90	2·90	2·92	3·—	2·66	4·06	4·08	4·08	4·08	4·—
461	Tischau	—	—	—	—	1·82	1·82	1·44	1·44	1·42	1·42
462	Tollinggraben	—	—	—	—	—	1·—	—	—	1·—	1·—
463	Traisen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
464	Traiskirchen	—·82	—·82	—·82	—	—	—	—	—	—	—
465	Traismauer	—	—	—	—	—	—	—·56	—·56	—·56	—·32
466	Traun bei Linz	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2.—	2·—
567	Trauschkowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
468	Trautenau	1·32	1·32	1·34	1·34	1·34	1·34	1·16	1·16	1·16	1·16
469	Trinksaifen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
470	Trofaiach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
471	Troppau	8·02	8·02	9·70	7·80	8·56	8·56	9·12	8 84	8·96	9 02
472	Trossau bei Karlsbad	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
473	Tyssa	—·30	—·10	—·12	—	—	—	—	—	—	—
474	Turn bei Teplitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
475	Ullersdorf bei Grottau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
476	Unter-Polnau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
477	Unzmarkt	—·90	1·—	1·—	1·10	1·30	1·48	1·50	1·86	1·88	1·94
478	Urfahr	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
479	Veitsch	—	—	—	—	—	—	1·40	1·40	—·78	—·78
480	Villach	5·86	8·06	8·56	8·34	8·40	8·40	7 96	8·—	8·02	7·06
481	Vöcklabruck	—·60	—·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·46	—·46	—·48	—
482	Voigtsgrün	—	—	—	—·60	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62
483	Voigtsberg	—	2·—	2·02	3·50	3·50	2 52	2·52	2·52	2·76	2·76
484	Vordernberg	2·30	2·30	2 30	2·30	2·30	2·30	2·90	2 90	2 92	2 92
485	Vordersdorf	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·28	—·28	—·28	—·28
486	Wagstadt	—·22	—·94	—·96	—·60	—·68	—·58	—·64	—·52	—·54	—·42
487	Waidhofen a. d. Thaya	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
488	Waidhofen a. d. Ybbs	2·80	2·80	2 80	1·76	1·86	1·92	2·14	2·16	3·46	3·46
489	Wallern	2·44	2 44	2·44	2·44	2·44	2·46	—·66	—·66	—·66	—·66
490	Warnsdorf	—·80	—·80	—·80	3·46	3·46	3·46	3·44	3·46	3·48	·80
491	Wartberg	2·14	2·14	2·—	1·88	1·84	1·56	1·58	1·40	1·40	1·24
492	Weheditz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
493	Weipert	4·—	4·—	4·—	4·—	—	—	—	—	—	—
494	Weisbach in Böhmen	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30
495	Weiskirch bei Jägerndorf	1·10	1·04	1·06	1·20	1·20	1·10	1·10	1·—	1·—	1·—
496	Weißkirchen bei Kratzau	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
497	Weißenbach a. d. Triesting	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	·54	—·60	—·60	—·60	—·60
498	Weißkirchlitz	—	—	—	—	—	—	—·32	—·32	—·32	—·32
499	Weiz	—·64	—·72	—·76	—.40	—·28	—·28	—	—	—	—
500	Wellhotten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
501	Wels	1·68	1·46	1·40	1·32	1·40	—·80	1·30	1·30	1·30	1·10
502	Wernersreuth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
503	Weyer a. d. Enns	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
504	Wetzelsdorf bei Graz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
505	Wetzwalde	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66
506	Wien	427·20	465·10	461·02	456·18	428·94	495·42	840·96	415·78	480·16	499·50
507	Wr.-Neustadt	3·42	3·42	4·38	3·42	3·42	3·42	2·36	2 36	2·36	2·36
508	Wigstadtl	—	—	—	—	—	4·92	4·60	4·04	3·94	3·94
509	Wies	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·66	—·66	—·66	—·66
510	Wiesa-Ober Leutensdorf	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	—·52	—·52	—·54	—·54
511	Wiesenberg	1·48	1·50	1·50	1·50	1.50	1·50	2·42	2·42	2·42	2·08
512	Wiesen-Rabersdorff	—	—	—	—	—	—	1·66	1·66	1·68	1·—
513	Wilhelmsburg	2·72	3·44	3·46	3·30	3·66	3·68	4·36	2·90	2·90	1·94
514	Wilhemshöhe b. Schenkenb.	—	—	—	—	—	—	—·52	—·56	—·56	—·56
515	Willomitz	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
516	Wilten bei Innsbruck	—	—	—	—	—	—	—·62	—·62	—·62	—·62

1899 Mai	1899 Juni	1899 Juli	1899 August	1899 September	1899 Oktober	1899 November	1899 Dezember	1900 Jänner	1900 Februar	1900 März	1900 April	1900 Mai	1900 Juni	Summe Kr.	Summe h.	Fortlaufende Nummer
—·68	—·68	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—	—	—	—	—	—	10	86	459
4·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	68	460
1·42	1·42	1·48	1·48	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	—	23	16	461
1·—	1·—	—	—	—	—	—	4·—	—	—	2·—	—	—	—	11	—	462
—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·34	1·34	1·36	—·56	—·56	—	8	66	463
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	46	464
—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—	—	—	—	—	—	4	80	465
2·—	2·—	2·—	2 —	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—	—	—	—	—	38	—	466
—	—	—	—	—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64	467
1·16	1·16	2·02	2·12	2·20	2·28	2·34	2·44	1·26	1·44	1·60	1·78	1·80	1·84	38	08	468
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2·—	2·—	2·—	—	—	6	—	469
—	—	—	—	—	—	—	—·78	—·78	—·80	—·84	—·84	—·84	—	4	88	470
8·32	6·84	6·88	6·86	6·88	6·86	6·86	6·86	6·86	6·10	5·20	4·—	4·—	—	169	12	471
—	—	—	—	—	—	—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	1	60	472
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52	473
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	474
—	—	—	—	—	—	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—	—	—	2	68	475
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	476
1·94	1·36	1·86	1·86	2·46	3·58	3·82	1·94	—·86	—·86	—·88	—·44	—·44	—·46	37	22	477
—·80	—·80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	60	478
—·98	—·98	—·98	—·74	—·76	—·98	—·98	3·—	1·82	1·14	1·—	—	—	—	17	72	479
7·08	7·08	5·20	5·20	5·20	5·18	5·36	5·38	3·96	3·96	—·44	—	—	—	132	70	480
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	60	481
—·62	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—	—	—	14	54	482
2·52	2·54	2·54	2·62	2·62	—	—	—	2·06	2·08	—	—	—	—	41	08	483
2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	60	80	484
—·28	—·30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	02	485
—·44	—·44	—·56	—·60	—·60	—·54	—·56	—·56	1·32	1·32	1·36	—·60	—·30	—	15	30	486
—	—	—	—	—	—	—	—	—·32	—·34	—·34	—	—	—	1	—	487
3·38	3·22	3·60	3·68	3·68	3·68	3·66	2·46	2·48	—	—	—	—	—	55	—	488
—·68	—·68	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	2·60	2·40	2·40	—	—	—	28	26	489
—·80	—·80	—·69	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—	—	—	—	—	—	29	75	490
1·26	1·10	1·10	1·10	1·10	1·18	1·18	1·20	1·20	1·24	1·24	—	—	—	30	08	491
—	—	—	—	—	—	—	—	1·86	1·86	1·88	—	—	—	5	60	492
—	—	3·32	3·34	3·34	2·—	2·—	2·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	—	47	—	493
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—	—	—	—	—	—	3	60	494
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	23	80	495
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—	—	—	25	20	496
—·60	—·44	—·44	—·46	—·46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	04	497
—·32	—·32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	92	498
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	08	499
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1·06	1·06	—	2	12	500
1·28	1·42	1·42	1·44	1·44	1·28	1·30	7·52	1·44	—·76	—·60	—·60	—	—	33	56	501
—	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	8	18	502
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	24	—	503
—	—	—	—	—	—	—	2·67	—	—	—	—	—	—	2	67	504
—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	16	—	505
478·56	492·50	518·44	476·89	503·44	498·24	491·48	478·01	494·90	449·73	404·81	323·57	250·70	137·90	10.963	23	506
2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	1·—	1·—	1·—	—	—	—	52	80	507
3·94	4·—	4·—	4·—	4·—	4·36	5·22	5·40	5·68	5·68	5·72	—	—	—	73	44	508
—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—	—	—	13	50	509
—·54	—·54	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	18	40	510
2·08	2·08	2·08	2·36	2·36	2·38	2·96	2·98	2·98	2·—	2·—	—	—	—	44	58	511
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	17	—	512
1·94	1·96	1·96	1·22	1·22	1·22	2·96	2·96	3·06	3·06	—·56	—·54	—	—	55	02	513
—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—·54	—·54	—·54	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	9	88	514
—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	515
—·64	—·58	—·60	—·60	1·10	1·04	1·06	1·06	—	—	—	—	—	—	9	16	516

Fortlaufende Nummer	Ort	1898									
		Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
517	Windisch-Feistritz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
518	Wintersgrün	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
519	Wistritz	—	—	—	—	—·80	—·80	—·80	—·80	3·20	2·80
520	Wörgl	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	2·36	2·38	2·38	2·40
521	Wolfersdorf bei B.-Leipa	—	—	—	—	—	—	—·30	—·30	—·30	—·30
522	Wolfsberg bei Schönlinde	—	—	—	—	—	—	—·60	—·60	—·60	—·60
523	Wolfsberg in Kärnten	—·60	—·60	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64
524	Wolfsegg	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14
525	Ybbs	—·56	—·56	—·56	—·50	—·46	—·74	—·84	—·90	—·92	1·—
526	Zech bei Elbogen	2·70	3·10	3·28	1·34	1·98	1·50	1·—	1·—	1·—	1·—
527	Zell am See	—	—	—	—	—	—	—·92	—·92	—·92	—·92
528	Zeltweg	5·50	5·50	5·50	5·50	5·26	5·30	1·86	1·92	1·90	1·90
529	Zieditz	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
530	Znaim	3·—	3·—	3·—	3·—	2·—	3·—	3·32	2·32	2·32	2·32
531	Zuckmantel bei Teplitz	2·76	2·76	2·76	2·78	2·78	2·78	2·78	5·76	2·76	2·78
532	Zwettnitz	1·30	1·30	1·30	1·54	1·40	1·30	1·—	1·—	1·—	1·—
533	Zwickau	—	1·52	—·60	1·—	1·—	1·—	1·16	1·16	1·14	1·98
534	Zwittau	2·80	2·80	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—
535	Zwodau bei Falkenau	—·76	—·76	—·76	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54

1899								1900						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Kr.	h.	
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	—	—	—	—	—	1	—	517
—	—	—	—	—	—	—	—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·-	—	5	—	518
2·80	2·80	2·80	2·80	2·80	2·80	2·80	2·80	1·26	1.26	1·28	—	—	—	35	40	519
2·40	2·46	2·46	2·46	2·46	2·58	2·58	2·58	—·42	—·42	—·44	—	—	—	32	28	520
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	8	—	521
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—	—	—	—	—	—	7	20	522
·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—.66	—·66	—	—	—	—	—	12	14	523
1·16	1·16	1·16	—·86	-·86	—·86	—·86	—·86	—·88	—·88	—·88	—·88	—	—	22	70	524
—·78	—·58	—·62	—·62	—·64	—·60	·60	—·62	—·48	—·48	—·48	—	—	—	13	54	525
1·—	1·—	—		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	90	526
—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	- 94	1·50	—·58	—·60	—·60	—	—	—	13	54	527
1·90	1·92	1 90	1·88	1 94	—·90	—·88	—·84	—·86	—·96	—·86	2·14	—·90	—	58	02	528
1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	529
2·34	3·34	3·34	2·34	3·34	2·54	3 14	3·30	3·—	—	—	—	—	—	53	96	530
2·78	3·06	1·62	1·62	1·62	1·62	1 62	1·64	—	—	—	—	—	—	46	28	531
1·—	1·—	1 —	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—	—	—	—	—	—	20	20	532
1·98	1·98	3 80	3·82	3·82	—·72	—·72	—·72	1·78	1·78	1·78	—	—	—	33	46	533
3·—	3·—	3·—	3·—	5·	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	—	—	—	—	71	60	534
—·50	—·50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	06	535

Berichte der Wahlkreise.

Böhmen.

Die politische Organisation deutscher Zunge in Böhmen gliedert sich in die sechs deutschen Wahlkreise III, IV, V, VI, VIII und IX, sowie in die zwei deutschen Wahlkreissektionen I und XVI. Der Stand dieser deutschen Wahlkreisorganisationen und Sektionen ist, soweit uns Berichte hierüber zugekommen sind, wie folgt:

I. böhmischer Wahlkreis (Prag). Deutsche Sektion. Der Agitationskreis dieser Sektion erstreckt sich außerhalb Prags auf die Orte Lieben, Weinberge, Žižkov, Smichov, Slichov und Wršchowitz. In der Berichtszeit wurden 24 Volks-, 39 Vereins- und 63 § 2-Versammlungen, sowie 4 Konferenzen abgehalten. In Prag erscheint alle 20 Tage einmal das Fachblatt „Organ" (deutsch) für die Handlungsgehilfen, in einer Auflage von 1200 Exemplaren. Außerdem werden die „Arbeiter-Zeitung" in 20, die „Volkstribüne" in 100 Exemplaren verbreitet. Der Verein deutscher Arbeiter in Prag zählte am 1. Mai 1898 85, am 30. Juni 1900 70 Mitglieder.

II. böhmischer Wahlkreis (Mies). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist derzeit in Tachau. Der Wahlkreis zerfällt, soweit Berichte hierüber eingelangt sind, in zwölf Lokalorganisationen, und zwar Auschowitz, Podersam, Brand, Langendörflas, Mauthdorf, Schönau-Buchau, Schönbrunn, Staab, Tachau, Tuschkau und Benussen. Laut eingelangter Berichte wurden seit dem Linzer Parteitage 39 Volks-, 90 Vereins- und 62 § 2-Versammlungen neben einer Reihe von Konferenzen abgehalten. Von den Versammlungen wurden vier verboten. Im Wahlkreise erscheint ein von der Parteivertretung bis jetzt noch nicht anerkanntes politisches Blatt „Vorwärts". Außerdem finden noch eine große Zahl anderer Blätter Verbreitung. An Strafen wurden acht Tage Arrest und 22 Kronen Geldstrafe verhängt. Bei den Gemeindeausschußwahlen haben die Genossen im dritten Wahlkörper in Auschowitz zwei Genossen durchgebracht, in zwei Orten des Podersamer Bezirkes hatten sie vollen Erfolg. In Langendörflas wurden von zwölf Ausschüssen acht sozialdemokratische gewählt, somit auch der Bürgermeister aus unserer Partei. In Mauthdorf sitzen zwei Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung. Mit Befriedigung konstatiren wir, daß sich die Bewegung in den letzten beiden Jahren sehr stark gehoben hat.

IV. böhmischer Wahlkreis (Eger). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Falkenau. Von den 115 ausgesendeten Berichtsbögen sind 43 retour gelangt. Nach diesen haben in der Berichtszeit 164 Volks-, 699 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen stattgefunden. Als Wahlkreisorgan erscheint der „Volkswille" in Falkenau wöchentlich in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Außerdem erscheint noch „Glück auf!", Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter, (Auflage 6500) dreimal im Monat.

An Strafen wurden im Wahlkreise verhängt: 49 Tage, 12 Stunden Arrest und 119 Kronen Geldstrafe; einige Prozesse sind noch im Zuge.

Bei den Gemeindewahlen hat sich die Organisation, soweit Berichte vorhanden, in 20 Fällen betheiligt. In den drei Gemeinden Pechbach, Schwaderbach und Zech haben die Sozialdemokraten die Majorität im Gemeindeausschusse erlangt. In zwölf Fällen siegten die Sozialdemokraten nur im dritten Wahlkörper und in fünf Fällen blieben sie mit neun bis zwölf Stimmen in der Minorität.

Soweit wir aus den wenigen und mangelhaft ausgefüllten Fragebogen ersehen können, hat sich die Organisation im Wahlkreise freilich nicht in allen Orten gehoben. Bemerkenswerth ist, daß besonders stark in den ländlichen Bezirken vorgedrungen wurde.

V. böhmischer Wahlkreis (Saaz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Teplitz.

Soweit durch die eingesandten 24 Fragebogen zu ermitteln war, befinden sich im Wahlkreise 5 politische, 115 gewerkschaftliche, 30 Bildungs-, 20 Turn- und 16 Gesangvereine, sowie eine Frauenorganisation, die zusammen 11.867 männliche und 557 weibliche Mitglieder zählen.

In der Berichtszeit wurden 559 Volks-, 2860 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen abgehalten; davon wurden 132 verboten und 55 aufgelöst.

Als Wahlkreisorgan erscheint die „Freiheit" zweimal wöchentlich in einer Auflage von 3500 Exemplaren. Außerdem erscheint noch ein politisches Wochenblatt „Nordwestböhmische Volkszeitung" in Saaz und das bis jetzt noch nicht anerkannte, in Brüx herausgegebene Blatt „Wahrheit", ebenfalls wöchentlich, in einer Auflage von 1500 Exemplaren.

Die politischen Verfolgungen haben in der Berichtszeit eine besonders große Zahl von Verurtheilungen und hohen Strafen zur Folge gehabt. Die über die Genossen des V. böhmischen Wahlkreises verhängten Freiheitsstrafen betrugen, soweit dies durch

die Fragebogen ermittelt werden konnte, 15 Jahre, 11 Monate, 13½ Tage Haft und 339 Kronen Geldstrafe. Der größte Theil dieser Freiheitsstrafen besteht aus schwerem Kerker, zu welchem über 25 Arbeiter, die eine Versammlung der Deutschnationalen in Saaz besuchen wollten, infolge der beispiellosen Niedertracht dieser Deutschnationalen verurtheilt worden sind.

In der Berichtszeit haben sich die Genossen in 21 Orten an den Gemeindewahlen betheiligt, wo sie zumeist den gegen sie verbündeten Fortschrittlichen, Deutschnationalen und Christlich-Sozialen gegenüber gestanden sind. Dessen ungeachtet wurden die sozialdemokratischen Kandidaten in drei Orten im dritten Wahlkörper durchgebracht, in den übrigen Fällen hatten sie sehr starke Minoritäten auf sich vereinigt, so daß bei den kommenden Wahlen auf große Erfolge zu rechnen ist.

Trotzdem die Deutschnationalen mit den verwerflichsten Mitteln gegen die einzelnen Genossen, wie auch gegen die Organisationen vorgehen, trotzdem sie die Saalabtreibereien im größten Stile betreiben, hat doch die Organisation in der letzten Zeit, vielleicht gerade deshalb, bedeutende Fortschritte gemacht.

Der 1. Mai wurde, wie in den vorhergegangenen Jahren, trotz wiederholter Aussperrungen und Maßregelungen in den meisten Orten des Wahlkreises durch Arbeitsruhe gefeiert.

VI. böhmischer Wahlkreis (Leitmeritz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Aussig a. d. E. Die Wahlkreisorganisation besteht aus den Bezirksorganisationen: Aussig, Karbitz, Tetschen, Bensen, Leipa, Niemes, Wernstadt, Lobositz, Leitmeritz, Gastorf, Dauba und Auscha.

An Organisationen bestehen im Wahlkreise derzeit 8 politische, 29 gewerkschaftliche, 14 Bildungs-, 4 Turn- und 3 Gesangvereine, sowie ein landwirthschaftlicher Verein mit zusammen 11.205 männlichen und 527 weiblichen Mitgliedern.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 130 Volks-, 355 Vereins- und mehr als 900 § 2-Versammlungen abgehalten. Davon sind 4 Versammlungen verboten und 11 aufgelöst worden.

Als Wahlkreisorgan erscheint das „Volksrecht“ in einer Auflage von 8000 Exemplaren zweimal wöchentlich in Aussig, und es werden außerdem noch eine große Zahl anderer Blätter im Wahlkreise abgesetzt.

An politischen Verfolgungen hatte der Wahlkreis 9 Verurtheilungen zu zusammen 17 Tagen Arrest und 90 Kronen Geldstrafe zu verzeichnen.

Trotz des Terrorismus, der von den Deutschnationalen, vereint mit den hiesigen Fabrikanten gegen die Organisation praktizirt wird, ist sie nicht nur nicht geschwächt worden, sondern es hat im Gegentheile dieses Vorgehen viel dazu beigetragen, endlich einmal eine Klärung bei den Arbeitern des Wahlkreises herbeizuführen. Unbeschadet aller Versuche, die Maifeier zu unterdrücken, wird nach wie vor an ihr festgehalten.

VIII. böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Reichenberg. Der Wahlkreis ist in drei Agitationsbezirke eingetheilt, und zwar: I. Reichenberg mit Haindorf, Friedland, Neustadtl, Kratzau, Grottau und Gabel; II. Warnsdorf mit Rumburg, Schluckenau und Hainsbach; III. Haida-Steinschönau mit Zwickau und Böhmisch-Kamnitz.

Der Wahlkreis umfaßt, soweit Berichte hierüber vorliegen, 5 politische Vereine, 57 Lokalorganisationen, 63 gewerkschaftliche, 36 Bildungs-, 11 Turn- und 12 Gesangvereine mit zusammen 10.216 männlichen und 1018 weiblichen Mitgliedern. Innerhalb des Verbandes der Glas- und keramischen Branche bestehen separat noch 7 Frauensektionen in den Orten: Steinschönau, Scheiba, Langenau, Arnsdorf, Blottendorf, Falkenau und Kittlitz.

Ueber die Agitation ist zu berichten, daß in der Berichtszeit 224 Volks-, 1370 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen im Wahlkreise abgehalten wurden. Verboten wurden davon 5, aufgelöst 2.

Als Wahlkreisorgan gilt der in Reichenberg in einer Auflage von 3200 Exemplaren zweimal wöchentlich erscheinende „Freigeist“. Nebstdem erscheinen in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote“ (Auflage 2000) und in Warnsdorf die „Nordböhmische Volksstimme“ als Wochenblätter. Bezüglich des „Volksboten“ besteht die Absicht, dieses Blatt demnächst zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. In Reichenberg erscheint außerdem noch das Fachblatt „Der Textilarbeiter“.

Politische Prozesse haben in der Berichtszeit 23, darunter 5 Preßprozesse, stattgefunden, die mit Verurtheilungen von zusammen 175 Tagen Arrest und 186 Kronen Geldstrafe endigten.

An Gemeindewahlen haben sich die Genossen von 42 Ortschaften betheiligt, und zwar in drei Fällen mit einem vollständigen Siege der sozialdemokratischen Liste; in 33 Fällen gelang es nur, einzelne Kandidaten durchzubringen, und in 6 Fällen blieben die Genossen in einer starken Minorität. Außerdem betheiligten

sich die Genossen des VIII. Wahlkreises an den Landtagswahlen. In Reichenberg entfielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten 46 bis 54 Stimmen; im Städtebezirk Friedland, Neustadtl, Kratzau 171 Stimmen; im Städtebezirk Rumburg 130 und im Reichenberg-Gablonzer Bezirk 42 Wahlmännerstimmen.

Was die Feier des 1. Mai anbelangt, so versuchten wohl die Fabrikanten dieses Wahlkreises Alles daranzusetzen, sie auch in den letzten Jahren zu verhindern, doch ohne jeden Erfolg. Soweit die Möglichkeit vorhanden war, wurde die Arbeitsruhe an diesem Tage durchgesetzt.

In den abgelaufenen beiden Jahren haben im Wahlkreise eine große Zahl größerer und kleinerer Streiks, hauptsächlich in der Textilbranche um die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden, bei den Holzarbeitern auf neun Stunden, stattgefunden. Wir erwähnen hier nur die großen Textilarbeiterausstände in Zwickau, Liebenau und Warnsdorf, die 6 bis 13 Wochen dauerten.

Auch hier hat die Bewegung in der letzten Zeit ganz hübsche Fortschritte gemacht. Wenn schon nicht sprungweise, so geht es doch Schritt für Schritt vorwärts.

IX. böhmischer Wahlkreis (Trautenau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich in Gablonz a. d. N. Die Bewegung nimmt in unserem Wahlkreise im Allgemeinen einen guten Fortgang. Neben der Fachorganisation der Glasarbeiter hat die der Textilarbeiter durch die Zehnstundenbewegung einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Selbst im Riesengebirge wird eine Position um die andere gewonnen. Die Deutschnationalen üben daselbst Hand in Hand mit den autonomen Behörden und den Fabrikanten einen kolossalen Terrorismus gegen die Organisation. Seit zirka anderthalb Jahren hat sich im Riesengebirge, wo früher nur sehr vereinzelt Arbeiterbildungs- oder Lesevereine bestanden, eine ganz ansehnliche Gewerkschaftsbewegung festgesetzt.

Im April dieses Jahres ließen sich die Arbeiter der Firma Haase in Nieder-Altstadt bei Trautenau wegen der erfolgten Maßregelung ihres Obmannes zu einem Streik hinreißen. den die dortigen Fabrikanten zu einem Hauptschlage gegen die Organisation der Arbeiter benützen wollten. Ungefähr 9000 Arbeitern wurde mit Entlassung gedroht, falls die Arbeiter bei Haase die Arbeit nicht bedingungslos aufnehmen. Die Deutschnationalen leisteten hierbei, wie immer, den Fabrikanten Schergendienste und setzten Prämien für Streikbecher aus, um die Forderungen der Arbeiter zu Fall zu bringen. Was sie beabsichtigten, war, die Organisation zu vernichten. Es ist ihnen nicht gelungen.

In der Berichtszeit wurden 226 Volks-, 1009 Vereins- und ungezählte § 2-Versammlungen abgehalten, davon 21 verboten und 12 aufgelöst.

Organisationen befinden sich im Wahlkreise 2 politische Vereine, 32 Lokalorganisationen, 36 gewerkschaftliche, 29 Bildungs- und 9 Turnvereine mit zusammen über 7000 Mitgliedern beiderlei Geschlechtes.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so wurden in der Berichtszeit über einzelne Genossen 3 Monate und 27 Tage Arrest, und 420 Kronen Geldstrafen verhängt.

Das Wahlkreisorgan „Der Gebirgsbote“ erscheint wöchentlich einmal und hat derzeit eine Auflage von 3000 Exemplaren. Außerdem werden noch eine große Zahl außerhalb des Wahlkreises herausgegebene Blätter verbreitet.

Die Maifeier macht dauernd Fortschritte, und ist sie besonders bei den Glasarbeitern im Isergebirge zu einer bleibenden Einrichtung geworden. Im Tannwalder Bezirke feierten dieses Jahr, was vordem noch nie der Fall war, sämmtliche Textilarbeiter. Mit einem Wort: Es geht vorwärts, trotz aller Hindernisse und Bedrückungen.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis). Deutsche Sektion. Der Sitz des Ausschusses dieser Sektion befindet sich derzeit in Budweis. Die Bevölkerung des Wahlkreises gehört dem Berufe nach größtentheils der Landwirtschaft an, und die Industrie ist hier nur sehr spärlich entwickelt.

Soweit ermittelt werden konnte, befinden sich im Wahlkreise 2 politische, 7 gewerkschaftliche und 6 Bildungsvereine deutscher Zunge, mit zusammen 1201 männlichen und 68 weiblichen Mitgliedern.

Das Wahlkreisorgan „Böhmerwald-Bote“ erscheint wöchentlich einmal in der Auflage von 2500 Exemplaren. Pfaff', Adel und Kapital im Bunde mit Gendarmerie und Behörden waren bisher emsig bestrebt, Alles zu thun, um dieses Blatt zugrunde zu richten. Das Gegentheil wurde erreicht, seine Auflage steigt stetig.

Was die Agitation betrifft, so wurden in der Berichtszeit 89 Volks-, 177 Vereins- und mehr als 150 § 2-Versammlungen abgehalten. Hiervon wurden 4 verboten, 2 aufgelöst.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: 7 Verurtheilungen zu 29 Tagen Arrest und 50 Kronen Geldstrafe. In drei Fällen erfolgten Freisprüche.

Der 1. Mai wurde durchwegs, soweit industrielles Proletariat in Betracht kommt, durch Arbeitsruhe gefeiert. Im Allgemeinen macht die Organisation hier ganz bedeutende Fortschritte.

Kärnten.

Das Land Kärnten bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die in neun Bezirksorganisationen eingetheilt ist.

An Vereinsorganisationen bestehen im Wahlkreise: 2 politische, 47 gewerkschaftliche und 2 Bildungsvereine mit zusammen 2603 Mitgliedern.

Als Wahlkreisorgan für Kärnten erscheint seit 20. Juli 1900 das Wochenblatt „Volkswille" in Klagenfurt, das bei der geringen industriellen Bevölkerung sein Hauptabsatzgebiet unter den landwirthschaftlichen Arbeitern hat.

Auf dem Gebiete der politischen Verfolgungen haben wir 33 Verurtheilungen zu zusammen 1 Jahr, 7 Monate und 18 Tage Arrest und 26 Kronen Geldstrafe zu verzeichnen.

In der Berichtszeit wurden 132 Volks-, 204 Vereins- und mehr als 300 § 2-Versammlungen abgehalten, davon wurden vier verboten. Die Agitation leidet hier vornehmlich wegen Mangel an geeigneten Kräften. Wohl wird jetzt die Agitation durch die Verbreitung des Bruderorgans unterstützt, was ja einen neuen und nicht zu unterschätzenden Vortheil für die Organisationsarbeit in Kärnten bedeutet.

Was von Seite der Pfaffen an Terrorismus gegen die Arbeiterorganisationen Kärntens aufgebracht wird, klingt fast unglaublich. Diese schwarzen Himmelsgendarmen lassen kein Mittel unversucht, von dem sie glauben, daß es der Arbeiterbewegung schadet. Deutschnationale und k. k. Gendarmen assistiren dabei. So wurde in Spital a. d. Drau eine Wirthin von einem Gendarmen aufgefordert, ihr Lokal den Sozialdemokraten zu verweigern, sonst wird ihr die Konzession entzogen. Solcher Mittel der Erpressung bedienen sich sogenannte „k. k. Gendarmen".

Zum Schlusse müssen wir erklären, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse, sowie trotz aller Feindschaft der Pfaffen und ihrer Bundesgenossen, der Deutschnationalen, es in der letzten Zeit in Kärnten recht schön vorwärts gegangen ist.

Mähren.

Von den sieben Wahlkreisen der fünften Kurie, in die Mähren eingetheilt ist, untersteht nur einer, der siebente, vollkommen der deutschen Exekutive. Es bestehen aber noch in vier anderen Wahlkreisen deutsche Sektionen. Im Folgenden der Bericht.

Trotz der auf dem Wiener Parteitage im Jahre 1897 beschlossenen Gliederung unserer Parteiorganisation nach den Wahlkreisen der V. Kurie haben es die mährischen Organisationsverhältnisse als dringend nothwendig erscheinen lassen, die bisherige Form der Landesorganisation im vollen Umfange aufrecht zu erhalten. Um der Landesparteivertretung auch die nöthigen finanziellen Mittel zur Entfaltung einer regen agitatorischen und organisatorischen Thätigkeit zu sichern, wurde die Aufhebung der Blocks- oder Listensammlungen und die Einhebung der Landesparteisteuer durch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in dem Betrage von 2 Heller per Kopf und Monat beschlossen.

Die Berichtsperiode war reich an agitatorischen Aktionen und an schweren wirthschaftlichen Kämpfen, welche an den Opfermuth und die Agilität der Parteigenossen die stärksten Anforderungen gestellt haben.

Ungewöhnlich groß ist die Zahl der Streiks in den Berichtsjahren. Der große Textilarbeiterstreik in Brünn, die Streiks in Sternberg, Zwittau, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Neustadt, die Aussperrung in Jägerndorf und der Riesenausstand der Bergarbeiter haben an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Genossen große Anforderungen gestellt.

Die mährische Landesorganisation gliedert sich in eine rein deutsche Wahlkreisorganisation, 3 deutsche Wahlkreissektionen, 15 Bezirks- und 121 Lokalorganisationen. In den Berichtsjahren haben 12 Wahlkreis-, 26 Bezirks- und 4 gewerkschaftliche Konferenzen stattgefunden, zu welchen in 13 Fällen Vertreter der Landesorganisationen entsendet wurden.

Die Maifeier hat in beiden Jahren einen würdigen Verlauf genommen.

Landesparteiorgan für Mähren und Schlesien ist der „Volksfreund", welcher gegenwärtig in einer Auflage von 3300 Exemplaren erscheint. Im letzten Jahre ist in der Auflage ein Rückgang zu verzeichnen, der durch die Gründung der „Volkswacht" in Mährisch-Schönberg verursacht wurde, welche entgegen den Beschlüssen der Parteivertretung und der Landeskonferenz erfolgt ist. Dieses Blatt hat bereits eine Auflage von 2500 Exemplaren, und die Genossen des VII. mährischen Wahlkreises freuen sich ihres Erfolges. Der „Volksfreund" hat sieben Konfiskationen und vier Preßprocesse über sich ergehen lassen müssen, in welchen ein Strafausmaß von drei Monaten Kerker, sieben Tagen Arrest und 20 Kronen Geldstrafe verhängt wurde.

Kassebericht der deutschen Wahlkreissektion Brünn.

	Kronen
Saldo am 30. April 1898	95·04
Einnahmen vom 1. Mai 1898 bis 30. Juni 1900 .	589·64
Summa . . .	684·68
Ausgaben vom 1. Mai 1898 bis 30. Juni 1900 . .	645·62
Saldo am 30. Juni 1900	39·06

Kassebericht der mährischen Landesparteivertretung.

	Kronen	Kronen
Einnahmen:		
Landesparteisteuer vom 1. September 1898 bis 31. Juli 1900 .	445·37	
Sonstige Einnahmen	278·66	724·03
Ausgaben:		
Für 19 Konferenzen und Versammlungen	349·50	
„ Wähler in die Arbeiterunfallversicherung	60·—	
„ Unterstützungen	92·—	
„ Drucksorten	22·12	
„ Porti	39·77	563·39
Kassestand am 31. Juli 1900		**160·64**

I. mährischer Wahlkreis. Die deutsche Sektion des Brünner Wahlkreises gliedert sich in 9 Lokalorganisationen. Es bestehen 33 Fachvereine, 4 Bildungs- und Geselligkeitsvereine, 1 Wahlverein, 1 Konsumverein mit mehreren Filialen und der Verein „Arbeiterheim", die Zentralstätte für das Brünner Parteileben.

Abgehalten wurden in den Berichtsjahren 33 Volksversammlungen, 4 Frauenversammlungen, davon 3 mit nur deutschen Referaten, 7 Demonstrationen und 342 Vereins- und § 2-Versammlungen, viermal wurden Flugblätter vertheilt oder an die Häuser geklebt.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so wurden im Ganzen 32 Genossen in 35 Fällen angeklagt, hievon 15 Genossen freigesprochen. Verhängt wurden an Kerkerstrafen 8 Jahre 14 Monate, 18 Tage und 6 Stunden und 114 Kronen an Geldstrafen.

III. Wahlkreis (Hauptort Znaim). Zur deutschen Organisation des Wahlkreises gehören die Orte: Znaim, Frain, Freinersdorf, Grußbach, Mißlitz und Nikolsburg. Der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in Znaim und besteht aus zehn Genossen, die wieder ein Exekutivcomite von fünf Mann bestimmen.

Ueber die Anzahl der organisirten Genossen und die Zahl der abgehaltenen Versammlungen liegen leider keine Berichte vor und wir können daher keine genauen Angaben machen. In Znaim allein wurden 10 Volks-, 100 Vereins- und 124 § 2-Versammlungen abgehalten. Auch über die Bedeutung der Parteipresse können wir nur sagen, daß in Znaim zirka 400 Blätter verbreitet werden. Von den anderen Orten fehlt der Bericht.

Zum Schlusse ist noch anzuführen, daß ein Genosse zu 14 Tagen Arrest verurtheilt wurde.

V. Wahlkreis (Hauptort Proßnitz). Hier besteht nur in Proßnitz selbst eine deutsche Sektion, die 21 Mitglieder umfaßt und eine Volks- und fünf § 2-Versammlungen veranstaltet hat. Mehr ist über diese Organisation nicht zu berichten.

VI. Wahlkreis (Hauptort Sternberg). Die deutsche Sektion dieses Wahlkreises theilt sich in zwei Bezirksorganisationen: Neutitschein und Sternberg. Diese umfassen im Ganzen 19 Lokalorganisationen. In halbjährigen Perioden tritt die Wahlkreiskonferenz zusammen, in der alle gemeinsamen Angelegenheiten geregelt werden. Der Wahlkreisausschuß besteht aus acht Personen und hat seinen Sitz in Sternberg. In allen Lokalorganisationen ist das Häuservertrauensmännersystem durchgeführt und hat sich ausgezeichnet bewährt. Bei Gemeindewahlen haben sich die Genossen, soweit ermittelt wurde, in sechs Orten betheiligt, und zwar in zwei Orten mit vollem, in zwei mit theilweisen Erfolge im dritten Wahlkörper.

Die Zahl der im Wahlkreise bestehenden deutschen Organisationen beträgt, soweit ermittelt, 29. Darunter befinden sich drei Arbeiterinnenvereine. Die Gesammtzahl der organisirten Personen beträgt 2097, davon 547 Frauen.

Soweit verzeichnet, wurden 122 Volks-, 241 Vereins- und 161 § 2 Versammlungen abgehalten. Zwei Versammlungen wurden verboten, zwei aufgelöst. Die hier über die Zahl der Versammlungen und organisirten Personen gemachten Angaben können aber durchaus nicht auf Vollständigkeit Anspruch erheben.

Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, und es gilt als Kreisorgan der Brünner „Volksfreund“, doch werden noch viele andere Parteiblätter in einer großen Zahl von Exemplaren verbreitet.

Auch an politischen Verfolgungen ist das Leben der Parteigenossen des Wahlkreises nicht gerade arm gewesen. Im Ganzen wurden 88 Tage Haft und 118 Kronen Geldstrafe verhängt.

Ueber die finanzielle Lage des Wahlkreises geben folgende Ziffern einigen Aufschluß: Kassestand am 1. August 1898 Kr. 208·36, Einnahmen bis 31. Dezember 1898 Kr. 2538·32, Ausgaben bis 31. Dezember 1898 Kr. 2483·70. Saldo am 31. Dezember 1899 Kr. 312·98. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 850·30, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 983·98, Saldo am 1. Juli 1900 Kr. 179·30.

VII. Wahlkreis (Hauptort Mährisch-Schönberg). Das Gebiet des Wahlkreises ist in neun Bezirksorganisationen: Mähr.-Schönberg, Brüsau, Hohenstadt, Müglitz, Mähr.-Neustadt, Römerstadt, Mährisch-Trübau, Wiesenberg und Zwittau eingetheilt.

Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Mähr.-Schönberg. Der politische Kampf ist, wie in allen mährischen Gebieten mit vorwiegend deutscher Bevölkerung, vor Allem gegen die Deutschnationalen zu führen. Die Christlich-Sozialen kommen beinahe gar nicht in Betracht. Dafür sind aber die Deutschnationalen, wie überall, wo sie die Herrschaft haben, in der Art ihres Auftretens beinahe gar nicht von den Christlich-Sozialen zu unterscheiden. Die Organisationsthätigkeit der Partei wird sehr erschwert durch die besondere Armuth der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere des der Textilindustrie angehörigen Theiles. Seit 16. November 1899 besitzt der Wahlkreis ein eigenes Blatt, die in Mähr.-Schönberg erscheinende „Volkswacht“, das gegenwärtig bereits eine Auflage von 2600 Exemplaren erreicht hat. Die Gründung des Blattes hat sich für die Organisation äußerst förderlich erwiesen.

Bei Gemeindewahlen hat sich die Partei, soweit Berichte vorliegen, in elf Fällen betheiligt. In vier Gemeinden wurde der dritte Wahlkörper ganz erobert und in anderen vier Gemeinden gelang es, Theilerfolge im dritten und auch im zweiten Wahlkörper davon zu tragen.

Organisationen bestehen 31. Der Mitgliederstand ist 2297, darunter 268 Frauen. 115 Volks-, 243 Vereins- und 267 § 2-Versammlungen geben ein Bild der agitatorischen Thätigkeit im Wahlkreise. Fünf Versammlungen wurden verboten.

Auch an politischen Verfolgungen hat es nicht gefehlt. 170 Kronen Geldstrafe und 13½ Tage Haft sind ihre Resultate. Diese ziffermäßigen Angaben sind, insbesondere was die Zahl der organisirten Personen betrifft, lückenhaft, da eine ganze Reihe von Organisationen in ihren Berichten keine Angaben über die Stärke der Mitgliedschaft gemacht haben.

Ueber Kassegebahrung des Wahlkreises geben folgende Zahlen Aufschluß:

Einnahmen vom 1. Mai 1898 bis 30. Juni 1899	Kr. 628·32
Ausgaben „ 1. „ 1898 „ 30. „ 1899	„ 572·46
Einnahmen „ 1. Juli 1899 „ 30. „ 1900	„ 415·34
Ausgaben „ 1. „ 1899 „ 30. „ 1900	„ 456·44
Saldo am 30. Juni 1900	„ 80·72

Niederösterreich.

Bericht der Landesparteivertretung.

Die vornehmste Aufgabe, welche die Landesparteivertretung während der Berichtsperiode zu lösen hatte, war die Leitung des Kampfes um die Erringung des Gemeindewahlrechtes für die bisher rechtlose Arbeiterschaft Wiens und Niederösterreichs. Die Etappen dieses Kampfes sind bezeichnet durch die Einbringung der ersten Wahlreformvorlage durch Lueger im Gemeinderathe, durch die Verhunzung und Verkehrung dieser Vorlage in ihr Gegentheil durch Ehren-Schneider und Weißkirchner im Landtage und die darauf folgende erste Demonstrationscampagne der Wiener Arbeiterschaft gegen dieses unerhörte Machwerk, die mit dem Erfolge der Rückverweisung des bereits beschlossenen Gesetzes an den Landesausschuß endigte. Darauf folgte die zweite Berathung im Landtage, die neuerliche Annahme des Gesetzes in nur wenig verbesserter Form und damit die zweite Demonstrationscampagne der Wiener Arbeiterschaft. Der Bund zwischen Regierung und Luegerei erwies sich jedoch stärker als der Wille der Arbeiter und es gelang den Christlich-Sozialen nicht nur die Sanktionirung ihrer „Wahlreform“ durchzusetzen, sondern auch noch die Wahlen zu dem für sie günstigsten Termine zu bestimmen und auf Grund einer Wählerliste vorzunehmen, die sich in ihrer Mache würdig den galizischen Wahlvorbildern der Badeni und Konsorten anreihen läßt.

Trotzdem gelang es den Sozialdemokraten, bei der Wahl am 31. Mai 1900 einen bedeutenden Erfolg zu erringen, der nicht so sehr in der Wahl zweier sozialdemokratischer Gemeinderäthe, als in der Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zum Ausdruck kommt. Ueber das genaue Resultat gibt die folgende Tabelle einen Ueberblick:

Bezirk	Wähler im vierten Wahlkörper	Wähler in der fünften Kurie	1897 Sozialdemokraten	1897 Christlich-Soziale	1900 Sozialdemokraten	1900 Christlich-Soziale
I.	8.864	10.349	2.446	3.983	2.216	2.890
II.	18.085	31.432	11.364	12.073	5.401	5.911
III.	19.424	23.557	6.018	10.963	4.081	6.822
IV.	9.191	11.509	1.752	5.269	1.272	3.232
V.	16.205	19.426	7.567	8.002	4.904	5.548
VI.	9.736	11.627	3.313	5.382	1.959	3.587
VII.	11.415	13.658	2.997	6.577	1.826	4.303
VIII.	7.352	8.918	1.659	4.378	998	2.821
IX.	12.416	14.872	3.845	6.656	2.686	4.418
X.	15.610	19.867	9.120	6.225	5.360	4.090
XI.	5.939	6.019	2.264	2.654	1.844	2.372
XII.	10.218	12.671	4.675	5.527	2.658	3.501
XIII.	8.747	10.030	2.519	5.074	1.600	2.531
XIV.	10.267	12.935	4.881	5.534	2.730	3.282
XV.	6.700	9.202	3.008	4.062	1.547	2.547
XVI.	20.374	24.293	11.095	7.885	7.932	5.209
XVII.	12.313	15.461	4.986	6.682	2.483	4.330
XVIII.	12.426	15.144	3.325	7.065	1.716	4.264
XIX.	5.144	6.903	1.514	3.141	745	2.105
XX.	8.095	—	—	—	2.384	2.844
	228.491	277.918	88.350	117.102	56.306	77.608

Es geht aus ihr hervor, daß trotz dreijähriger Seßhaftigkeit, infolge deren vor Allem die Sozialdemokraten durch den Verlust vieler Arbeiterstimmen geschwächt wurden und trotz aller galizischen Machinationen die Wiener Sozialdemokratie nicht nur ihre Positionen behauptet, sondern sogar in einzelnen Bezirken bedeutende Fortschritte aufzuweisen hat.

Wurde so die Hauptaufmerksamkeit der Landesparteivertretung durch den Wahlrechtskampf in Anspruch genommen, so wurden doch noch die organisatorischen Bestrebungen nicht außer Acht gelassen. Wie aus den Wahlkreisberichten hervorgeht, ist überall die politische Organisation in langsamem aber stetigen Fortschreiten begriffen. Dies wurde besonders am flachen Lande dadurch gefördert, daß die Landesvertretung daran ging, in den Hauptorten der Wahlkreise unabhängige Vertrauensmänner anzustellen. Dies ist bis jetzt in drei Wahlkreisen geschehen. Im neunten Wahlkreis ist es überdies noch möglich geworden, für den Organisationsbezirk Pottendorf einen Genossen anzustellen.

Aber auch bei allen allgemeinen ganz Oesterreich umfassenden politischen Kämpfen stellte die niederösterreichische und Wiener Sozialdemokratie ihren Mann, und wir erinnern hier nur besonders an die Versammlungen und Demonstrationen gegen das Ministerium Thun-Kaizl anläßlich der Zuckersteuerverordnungen und an die Herausgabe und Verbreitung des Flugblattes „Niedersetzen-Sitzenbleiben" in 50.000 Exemplaren anläßlich des schändlichen Volksverrathes der Christlich-Sozialen bei der Abstimmung über die Aufhebung des § 14 im Abgeordnetenhause.

Der 1. Mai wurde in beiden Berichtsjahren in imponirender Weise gefeiert, und das wöchentlich erscheinende Landesparteiorgan „Volkstribüne" ist nach wie vor mit seiner Auflage von 24.000 Exemplaren das wichtigste Agitationsmittel der niederösterreichischen Organisation, insbesondere auf dem flachen Lande.

Ueber während der Berichtsperiode vorgekommene Wahlen wäre noch besonders zu berichten, daß die Partei in Wien, wie in einzelnen größeren Orten Niederösterreichs, sich auch an den Ergänzungswahlen zu den Personaleinkommensteuerschätzungskommissionen mit Erfolg betheiligte. In der letzten Zeit wurden in allen großen Gemeinden Niederösterreichs die Gemeinderathswahlen vorgenommen, und auch hier haben die Parteigenossen in den meisten Fällen sich an der Wahl betheiligt. Es gelang auch, da durch die Personaleinkommensteuerzahlung viele Arbeiter wahlberechtigt wurden, in einzelnen Orten Genossen in die Gemeindevertretung zu bringen. Wo nicht derartige direkte Erfolge der Partei zu erzielen waren, kommt der Effekt der sozialdemokratischen Wahlbetheiligung in Niederlagen der Christlich-Sozialen zum Ausdruck.

Es läßt sich daher bei den letzten Gemeinderathswahlen in Niederösterreich ein allgemeines Zurückdrängen dieser gefährlichsten Volksfeinde beobachten.

Der Bericht der Landesparteivertretung würde unvollkommen sein, wenn wir nicht auch die verschiedenen Strafen und gerichtlichen Verfolgungen erwähnen würden, die sich unsere Genossen vor Allem im Wahlrechtskampf zugezogen haben. Soweit Berichte vorliegen, wurden im Ganzen 5 Jahre, 4 Monate und 11 Tage Haft und 1205·72 Kronen Geldstrafe verhängt. Diese Angaben können aber gewiß auf Vollständigkeit nicht Anspruch erheben. Nachstehend geben wir noch eine Uebersicht über die Kassengebahrung der Landesparteivertretung, welcher wir dann die Spezialberichte der einzelnen Wahlkreise folgen lassen.

Kassebericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An d. Parteivertretung abgeführt	An d. czechische Kreisorganisation in Niederösterr. abgeführt	Dem Frauenreichscomité abgeführt
	Gulden				
1898					
Vom 1. bis 30./4.	656·05	511·77	85.43	29·62	
„ 1. „ 31./5.	739·46	365·45	125·92	44·34	
„ 1. „ 30./6.	904·57	754·38	512·54	29·94	
„ 1. „ 31./7.	752·50	379·19	68·57	28·71	
„ 1. „ 31./8.	876·95	1,156·74	143·67	87·90	
„ 1. „ 30./9.	1,344·27	1,487·55	138·70	32·61	
„ 1. „ 31./10.	1,476·01	1,064·81	103·73	50·19	
„ 1. „ 30./11.	574·99	1,086·42	57·15	31·15	
„ 1. „ 31./12.	1,007·73	1,153·45	123·78	38·37	
1899					
Vom 1. bis 31./1.	797·87	829·22	80·34	35·17	
„ 1. „ 28./2.	1,057·92	1,040·11	101·58	35·26	
„ 1. „ 31./3.	1,010·75	831·79	90·27	40·48	
„ 1. „ 30./4.	1,033·77	763·46	152·12	83·33	
Vom 1./5. „ 30./6.	2,214·10	2,011·80	122·16	80·14	
Vom 1. „ 31./7.	1,510·10	1,379·—	97·25	33·85	
„ 1. „ 31./8.	1,598·19	634·61	110·71	49·22	
„ 1. „ 30./9.	703·91	547·75	91·05	36·27	
„ 1. „ 31./10.	2,200·73	1,488·33	111·51	54·96	
„ 1. „ 30./11.	736·48	530·86	77·94	44·71	5.—
„ 1. „ 31./12.	1,283·63	1,092·52	96·47	42·50	10·—
1900					
Vom 1. bis 31./1.	682·15	583·78	73·84	49·23	
„ 1. „ 28./2.	744·93	745·44	63·14	31·76	
„ 1. „ 31./3.	1,062·79	781·31	81·21	40·21	10·—
„ 1. „ 30./4.	1,688·04	1,584·73	77·45	47·97	
„ 1. „ 31./5.	980·11	835·98	58·88	39·25	10·—
Vom 1./5 1898 bis 30./5. 1900	27,638·—	23,640·45	2,845·41	1,117·14	35·—

I. **Wahlkreis** (Wien, I., II. und XX. Bezirk). Die Stärke der Organisation ist in den einzelnen Theilen des Wahlkreises sehr ungleich, da im I. Bezirke, der beinahe ausschließlich von vermögenden Leuten bewohnt ist, natürlich viel schwerer ein Vorwärtskommen der Partei möglich ist als in den von mehr proletarischen Elementen bewohnten Bezirken II. und XX. Dies kommt auch in der Zusammensetzung des Wahlkreisausschusses zum Ausdruck, der nur aus je fünf Delegirten der beiden letztgenannten Bezirke gebildet ist. Nach den eingesandten Berichten bestehen im Wahlkreise 30 Organisationen mit 4982 Mitgliedern. Die Zahl der organisirten Frauen ist nicht zu ermitteln gewesen, der Wahlkreisausschuß hat aber bei jeder Gelegenheit versucht, auch unter den Frauen agitatorisch und organisatorisch zu wirken. Die Zahl der während der Berichtszeit abgehaltenen Versammlungen beträgt 118 Volks-, 1120 Vereins-

und 440 § 2-Versammlungen. Aufgelöst wurden 2, wegen Formfehlern verboten 5 Versammlungen. Die Einnahmen des Wahlkreises betrugen 1898 Kr. 215·72, 1899 Kr. 160·—. Ausgaben und Einnahmen decken sich.

II. **Wahlkreis** (Wien, III., IV., X. und XI. Bezirk). Auch in diesem Wahlkreise kommt die Wahlgeometrie der berüchtigten Badeni-Reform darin zum Ausdruck, daß leistungsfähige, proletarische Bezirke zusammengespannt sind mit von Bourgeois und Aristokraten bewohnten Stadttheilen. Dem Ausbau der politischen Organisation nach Gassen und Häusern wurde in der Berichtszeit die größte Aufmerksamkeit gewidmet, und es funktioniren von den 55 Sektionen des Wahlkreises heute 38 zur Befriedigung. Bei den großen Schwierigkeiten ein nicht zu unterschätzendes Resultat. Bei den Personaleinkommensteuerschätzungskommissionswahlen siegte die Partei im X. und XI. Bezirke. Auch bei den Gemeinderathswahlen gelang es, im X. Bezirke einen Kandidaten, den Gen. Neumann, durchzubringen. Der Wahlkreisausschuß wird aus je zwei Delegirten der vier zum Wahlkreis gehörigen Bezirke gebildet. Außerdem entsendet jeder Bezirk einen Genossen in die Kontrole. Organisationen bestehen im Wahlkreise 70, mit einer Mitgliederzahl von 5322. Darunter sind, soweit ermittelt, 383 Frauen. Nach Bezirken vertheilt, ergibt sich folgendes Bild:

III. Bezirk	23 Organisationen,	1546 Männer,	129 Frauen,	zusammen	1675
IV. „	3 „	165 „	— „	„	165
X. „	26 „	2400 „	137 „	„	2537
XI. „	18 „	828 „	117 „	„	945

Außerdem existiren im Wahlkreise drei Konsumvereine (III. Bezirk 1300, X. Bezirk 1500 und XI. Bezirk 1833 Mitglieder), im X. Bezirke ein Verein „Arbeiterheim“ mit 600 Mitgliedern und im XI. Bezirke eine Heimstättengesellschaft mit 122 Mitgliedern, die alle von Parteigenossen geleitet sind. Die wirkliche Zahl der organisirten Arbeiter kommt übrigens in den obigen Ziffern nicht zum Ausdruck, da in keinem Bezirke des Wahlkreises eine Zentralorganisation ihren Sitz hat und die vielen im Wahlkreise wohnenden Mitglieder von Zentralorganisationen (zum Beispiel Buchdrucker, Hutmacher und dergleichen) daher nicht mitgezählt werden können. Im X. Bezirke hat sich die Nothwendigkeit ergeben, einen Genossen speziell zur Besorgung der Agitations- und Organisationsarbeit anzustellen, und es bewährt sich diese Maßregel auf das Beste. An Versammlungen weist der Bericht 163 Volks-, 3773 Vereins- und 833 § 2-Versammlungen aus. Verboten wurden vier, aufgelöst fünf Versammlungen. Der Kasseberichte des Wahlkreises stellt sich wie folgt: Saldo am 1. Juni 1898 Kr. 824·86, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 1403·26, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 1644·12, Saldo am 1. Juli 1899 Kr. 584·—. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 1601·30, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 1539·44, Saldo am 1. Juli 1900 Kr. 645·86.

III. **Wahlkreis** (Wien, V., VI., XII. und XIII. Bezirk). In zwei Bezirken ist ein kräftiges Fortschreiten der Bewegung möglich, während ein Bezirk durch seinen ländlichen Charakter und einer durch den geringen Perzentsatz der proletarischen Bevölkerung dem Vordringen der Partei große Schwierigkeiten bereitet.

Bei den Personaleinkommensteuerschätzungskommissionswahlen siegten die Partei-Genossen im V. Bezirke. Der Wahlkreisausschuß besteht aus je vier Abgeordneten oer Bezirke, und außerdem delegirt jeder Bezirk einen Genossen in die Kontrole. Ueber die Gesammtziffer der Organisationen und ihrer Mitglieder können wir leider für den ganzen Wahlkreis keine Angaben machen, weil uns für den V. Bezirk keine genauen Daten berichtet wurden. Für die drei anderen Bezirke stellt sich die Sache wie folgt:

VI. Bezirk	21 Organisationen,	3032 Männer,	125 Frauen,	zusammen	3157
XII. „	14 „	1282 „	36 „	„	1318
XIII. „	11 „	703 „	41 „	„	744

Die Zahl der Versammlungen wird uns mit 83 Volks-, 813 Vereins- und 631 § 2-Versammlungen angegeben. Verboten 6, aufgelöst 5 Versammlungen. Auch diese Angaben sind nicht vollständig, weil mehrere Bezirke nur die rein politischen Versammlungen gezählt haben. Nachstehend der Kasseberichte: Saldo am 1. Mai 1898 Kr. 432·71, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 1.226·02, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 722·06. Saldo am 1. Juli 1899 Kr. 936·77. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 1288·77, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 1407·22, Saldo am 1. Juli 1900 Kr. 818·42.

IV. **Wahlkreis** (Wien VII., VIII., IX., XIV. und XV. Bezirk). Der Wahlkreis ist nach der Zusammensetzung der in seinem Gebiete seßhaften Bevölkerung unter den Wiener Wahlkreisen der ungünstigste für unsere Partei. Unter den fünf zu ihm gehörigen Bezirken sind nur zwei, die eine halbwegs ansehnliche Arbeiterbevölkerung aufzuweisen haben. Daher sind auch in keinem Bezirke bei den verschiedenen Wahlen in der Berichtsperiode Erfolge zu verzeichnen gewesen. Nichtsdestoweniger ist auch in diesem Wahlkreise tüchtig für die Stärkung der Parteiorganisation gearbeitet worden, und die Wahlarbeiten haben auf diesem Gebiete besonders anspornend gewirkt. So sind heute im IX. Bezirk allein 326 Gassen- und Häuservertrauensmänner ausgewiesen. Ueber die

Zahl der Organisationen kann leider auch für diesen Wahlkreis nicht zusammenfassend berichtet werden, weil der VII. Bezirk darüber keinen Bericht abgegeben hat. In den anderen Bezirken steht die Sache wie folgt:

VIII. Bezirk:	7 Organisationen,	1490 Männer,	169 Frauen,	zusammen	1659
IX. „	12 „	456 „	21 „	„	477
XIV. „	15 „	2192 „	? „	„	2192
XV. „	14 „	2584 „	151 „	„	2675

Auch über die abgehaltenen Versammlungen hat der VII. Bezirk nicht berichtet. In den vier anderen Bezirken wurden 107 Volks-, 782 Vereins- und 360 § 2-Versammlungen abgehalten. Am unvollständigsten sind ebenso wie beim III. Wahlkreis hier die Vereinsversammlungen verzeichnet. Ueber die Kassegebahrung des Wahlkreises wird uns berichtet: Einnahmen Kr. 2519.32, Ausgaben Kr. 2111·88, derzeitiger Kassestand Kr. 407·44.

V. Wahlkreis (Wien, XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk). Auch der V. Wahlkreis ist ein echtes Produkt Badenischer Wahlgeometrie. An den proletarischen XVI. Bezirk und den verhältnißmäßig günstigen XVII. Bezirk sind die Bezirke XVIII. und XIX. angehängt, von denen insbesondere der letztere große Gebiete mit rein ländlichem Charakter umfaßt. Das Resultat dieser merkwürdigen Mischung kommt auch zum Ausdruck in den Wahlresultaten. Während im XVI. Bezirke bei den Gemeinderathswahlen ein Kandidat unserer Partei, Gen. Schuhmeier, den Sieg davontrug, sahen wir in den Bezirken XVII. bis XIX. stufenweise immer geringer werdende Minoritäten. Auch im Ausbau der politischen Organisation dasselbe Schauspiel: im XVI. Bezirke finden wir eine starke Häuserorganisation, im XIX. Bezirke dagegen nur schwache Anfänge einer solchen. Der Wahlkreisausschuß ist aus je zwei Delegirten der einzelnen Bezirksorganisationen gebildet. Nach den Berichten der Bezirke beträgt die Zahl der Organisationen 51, der organisirten Personen im Ganzen 4304, darunter 164 Frauen. Auf die Bezirke vertheilt sich diese Summe, wie folgend angegeben ist:

XVI. Bezirk:	25 Organisationen,	2913 Männer,	121 Frauen,	zusammen	3034
XVII. „	13 „	1050 „	33 „	„	1083
XVIII. „	7 „	557 „	9 „	„	566
XIX. „	6 „	220 „	1 „	„	221

Versammlungen zählen wir 82 Volks-, 227 Vereins- und 480 § 2-Versammlungen. Hier sind jedoch nur die rein politischen Versammlungen gezählt; über die anderen liegt kein Bericht vor. Ueber die Kassegebahrung des Wahlkreises liegen nachstehende Daten vor: Saldo vom 20. April 1898 Kr. 293·94, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 1850·76, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 890·50, Saldo am 30. Juni 1899 Kr. 1254·20. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 2584·22, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 1529·56, Saldo am 30. Juni 1900 Kr. 2328·86.

VI. Wahlkreis (Hauptort St. Pölten). Der Wahlkreis ist der größte von Niederösterreich und umfaßt ein Gebiet, das von den Linien Wiens bis zur oberösterreichischen Grenze reicht. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Bedingungen für das Vorwärtskommen unserer Partei sehr verschieden sind. Während wir in Industriegebieten auf schöne Erfolge verweisen können, hängt andererseits die Masse der ländlichen Bevölkerung wie Bleigewicht an uns und läßt einen durchschlagenden Erfolg der Partei im Wahlkreise nicht zu. Das ganze Gebiet ist in 14 Bezirksorganisationen eingetheilt und der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in St. Pölten. Organisationen bestehen 77 mit zusammen 3893 Mitgliedern. Ueber die Zahl der weiblichen Mitglieder liegen genaue Daten nicht vor, doch sind ziemliche Erfolge zu verzeichnen. In drei Orten (St. Pölten, Traisen und Krummnußbaum) bestehen selbstständige Frauensektionen. An Versammlungen wurden 270 Volks-, 828 Vereins- und 1052 § 2-Versammlungen veranstaltet. 7 Volksversammlungen wurden verboten. Ueber die Kassegebahrung des Wahlkreisausschusses gibt der anschließende Bericht Auskunft. Saldo am 30. April 1898 Kr. 83·74, Einnahmen bis 30. Juni 1899 Kr. 805·36, Ausgaben bis 30. Juni 1899 Kr. 668·40, Saldo am 30. Juni 1899 Kr. 138·88. Einnahmen bis 30. Juni 1900 Kr. 623·34, Ausgaben bis 30. Juni 1900 Kr. 649·08, Saldo am 30. Juni 1900 Kr. 112·22.

VII. Wahlkreis (Hauptort Krems). Der VII. Wahlkreis ist der für unsere Partei aussichtsloseste in ganz Niederösterreich. Nur in einzelnen wenigen Orten sind Ansätze zur Entwicklung einer selbstständigen Industrie vorhanden, und die Verkehrswege in dem ausgedehnten Bereiche des Wahlkreises sind so elend, daß es nothwendig ist, oft fünf- bis sechsstündige Märsche von der Bahnlinie seitwärts zu machen, um eine kleine Arbeitergruppe aufzufinden. Im sogenannten Waldviertel ist der Vorläufer der kapitalistischen Großindustrie, die furchtbar ganze Familien aussaugende Hausindustrie

zu Hause. Es ist für die Genossen ungeheuer schwer, in die Reihen dieser Aermsten die Idee der Organisation zu tragen, denn wo die ganze Familie bei 14- bis 16stündiger Arbeitszeit fl. 1.50 bis fl. 4.— wöchentlich verdient, da ist für den Organisationsbeitrag wirklich nichts mehr übrig. Der Wahlkreis ist in sechs Bezirksorganisationen eingetheilt und der Sitz des Wahlkreisausschusses ist Gmünd. Soweit ermittelt werden konnte, bestehen im Wahlkreise 13 Organisationen mit zirka 600 männlichen und 20 weiblichen Mitgliedern. Versammlungen haben wir 34 Volks-, 41 Vereins- und 71 § 2-Versammlungen verzeichnet. Verboten wurden zehn, aufgelöst 5 Versammlungen. Die angegebene Zahl ist aber jedenfalls viel zu gering, da der wichtigste Organisationsbezirk, der von Gmünd, keinen Bericht eingesendet hat. In Gmünd wurden bei den Wahlen zur Personaleinkommensteuerschätzungskommission unsere Kandidaten mit Dreiviertelmajorität gewählt. Ueber die Kassegebahrung geben nachstehende Ziffern Aufschluß: Einnahmen vom 1. September 1899 bis 31. Dezember 1899 Kr. 167·92, Ausgaben für dieselbe Zeit Kr. 152·92, Saldo Kr. 15.—. Einnahmen vom 1. Jänner 1900 bis 30. Juni 1900 Kr. 63·67, Ausgaben vom 1. Jänner bis 30. Juni 1900 Kr. 74·67, Defizit Kr. 11·—. Der größte Theil der Agitationskosten in diesem Wahlkreise wird übrigens direkt von der Landesparteivertretung gedeckt.

VIII. Wahlkreis (Hauptort Floridsdorf). Der VIII. Wahlkreis hat ebenfalls vorwiegend ländlichen Charakter und es ist daher die Agitationsarbeit sehr schwierig. Trotzdem arbeiten die Parteigenossen von den wenigen Industrieorten aus mit großer Bravour unter der Bevölkerung für die Verbreitung sozialdemokratischer Ideen, und es ist sogar gelungen, unter der rein bäuerlichen Bevölkerung von Haugsdorf eine Organisation zu Stande zu bringen. Die Hauptarbeit leisten die Floridsdorfer Genossen. In Floridsdorf ist auch der Sitz der Leitung des in neun Bezirksorganisationen eingetheilten Wahlkreises. Der Wahlkreis besitzt auch ein eigenes Blatt, das unter dem Titel „Der Volksbote" wöchentlich in einer Auflage von 4000 Exemplaren erscheint und von Jahr zu Jahr an Verbreitung gewinnt. Natürlich kümmert sich um das Wohlergehen des Blattes auch der Staatsanwalt. Von 95 Nummern wurden nicht weniger als 31 konfiszirt. An Gemeindewahlen haben sich die Genossen mehrfach betheiligt. Unter Anderem wurde auch in Stockerau ein Erfolg errungen. Organisationen zählt der Wahlkreis 38 mit 2779 Mitgliedern, davon 170 Frauen. Außerdem bestehen in Floridsdorf und Stockerau Konsumvereine (Floridsdorf 1000 Mitglieder) und in Floridsdorf eine Baugenossenschaft mit 300 Mitgliedern, die ebenfalls von Parteigenossen geleitet werden. Versammlungen wurden 101 Volks-, 371 Vereins- und 367 § 2-Versammlungen gezählt. Verboten wurden drei, aufgelöst zwei Versammlungen. Ueberdies wurde bei zwei Versammlungen die Plakatirung verboten. Der Kassebericht führt Kr. 1026·12 Einnahmen, Kr. 1027·68 Ausgaben an. Davon wurden Kr. 184·48 an die Landeskasse abgeführt. Es ergibt sich also ein Defizit von Kr. 1·56. Dies zeigt aber nicht vielleicht die ganze finanzielle Leistung der Genossen an. So wurden in Floridsdorf für Streiks zirka Kr. 13.000 aufgebracht, davon Kr. 7400 für die Bergarbeiter und für den 14tägigen Streik der Spinnerei Kr. 1600. Die verhältnißmäßig günstigen Erfolge in diesem Wahlkreise sind umso höher anzuschlagen, als er der einzige unter den vier Provinzwahlkreisen Niederösterreichs ist, der noch keinen unabhängigen Agitator besitzt.

IX. Wahlkreis (Hauptort Wiener-Neustadt). Im IX. Wahlkreis befinden sich die meisten Industrieanlagen unter den vier Provinzwahlkreisen Niederösterreichs. Es müßte dementsprechend die Bewegung auch am stärksten sein. Der Mangel an agitatorischen Kräften und längere Zeit andauernde innere Zwistigkeiten haben aber die Entfaltung der Parteiorganisation vielfach gehemmt, und erst in letzter Zeit kann von einer regelmäßigen Agitations- und Organisationsthätigkeit die Rede sein. Der Wahlkreis ist in zehn Bezirksorganisationen eingetheilt und Wiener-Neustadt ist der Sitz der Wahlkreisleitung. In dieser ist aber auch jede der neun anderen Bezirksorganisationen durch einen Delegirten vertreten. Auch dieser Wahlkreis hat ein eigenes Organ, die wöchentlich erscheinende „Gleichheit". Die Auflage beträgt 2800 Exemplare. Ueber die Zahl der im Wahlkreise befindlichen Organisationen können wir leider keinen vollkommenen Bericht bringen, weil die Bezirke Triestingthal, Neunkirchen und Mödling keine Angaben darüber gemacht haben. In den sieben anderen Bezirken bestehen 28 Organisationen mit 1658 Mitgliedern, darunter 45 Frauen. Auch über die Menge der abgehaltenen Versammlungen kann kein vollkommener Bericht gebracht werden. Hier sind es wieder die Bezirke Triestingthal, Neunkirchen und Leobersdorf, die ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind. In den anderen Bezirken wurden 110 Volks-, 456 Vereins- und 681 § 2-Versammlungen gezählt. Zwei Versammlungen wurden verboten. Ueber die Kassegebahrung liegt kein Bericht vor, und es kann daher nichts Bestimmtes darüber gesagt werden.

Oberösterreich.

Das Land Oberösterreich umfaßt drei Wahlkreise, deren Berichte wir im Nachstehenden folgen lassen.

I. oberösterreichischer Wahlkreis (Linz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Linz. Der Wahlkreis ist in drei Bezirksorganisationen: Linz, Mauthausen und Haslach eingetheilt, die 18 Lokalorganisationen umfassen

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise 3 politische, 12 gewerkschaftliche, 3 Bildungs- 1 Touristen- und 2 Gesangvereine, sowie eine Frauenorganisation mit zusammen 2379 männlichen und über 60 weiblichen Mitgliedern.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 126 Volks-, 222 Vereins- und mehr als 200 § 2-Versammlungen abgehalten.

Als Wahlkreisorgan erscheint die „Wahrheit" in einer Auflage von 3600 Exemplaren wöchentlich in Linz. Außerdem erscheint ein Witzblatt „Linzer Kreuzköpferl" zweimal monatlich.

Die politischen Verfolgungen im Wahlkreise beschränkten sich in der Berichtszeit auf zwölf Fälle mit vier Verurtheilungen zu zusammen 36 Kronen Geldstrafe.

An den Gemeindewahlen betheiligten sich die Genossen von Linz, Neufelden und Schwertberg. In Linz erhielt die sozialdemokratische Liste im privilegirten dritten Wahlkörper 230 Stimmen, in Neufelden wurden im dritten Wahlkörper zwei Ersatzmänner durchgebracht und in Schwertberg erreichten die Genossen eine starke Minorität.

Am 1. Mai wurde im Allgemeinen an der Arbeitsruhe festgehalten und hat die Maifeier in den letzten beiden Jahren keinerlei Abbruch gelitten.

II. oberösterreichischer Wahlkreis (Steyr). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich in Steyr und ist der Wahlkreis in die Bezirksorganisationen Steyr, Weyr, Ischl und Gmunden eingetheilt.

An Organisationen befinden sich, soweit die eingelangten Fragebogen hierüber Aufschluß geben, im Wahlkreise 1 politischer Verein, 7 gewerkschaftliche und 6 Bildungsvereine mit zusammen zirka 600 Mitgliedern. Die wirkliche Mitgliederzahl ist weit höher. So fehlt aus Steyr selbst jeder Bericht darüber.

Was die Agitation betrifft, so wurden in der Berichtszeit 55 Volks-, 137 Vereins- und über 200 § 2-Versammlungen abgehalten. Davon sind 5 verboten und 3 aufgelöst worden.

In einem Falle erfolgte eine gerichtliche Verurtheilung zu Kr. 4·— Geldstrafe. Die große Zahl der Verurtheilungen, die in Steyr anläßlich des Kampfes um das Gemeindewahlrecht erflossen sind, fehlen hier, weil, wie schon erwähnt, aus Steyr kein Bericht vorliegt.

An den Gemeindewahlen haben sich die Genossen in Ziernung-Neuzeug betheiligt und von 345 im dritten Wahlkörper abgegebenen Stimmen 61 bis 95 auf ihre Kandidaten vereinigt.

An der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe wurde festgehalten trotz aller Versuche, sie zu unterdrücken.

III. oberösterreichischer Wahlkreis (Wels). Der Wahlkreis ist in die Bezirksorganisationen Wels, Schärding, Ried und Vöcklabruck eingetheilt.

Bei der mangelhaften Ausfüllung eines einzigen eingesendeten Fragebogens aus dem ganzen Wahlkreise sind wir außer Stande, die Zahl der Organisationen sowie deren Mitglieder hier bekanntzugeben.

Was die Versammlungen anbelangt, so haben, so weit aus dem einzigen Fragebogen ersichtlich, 16 Volks-, 38 Vereins- und mehrere § 2-Versammlungen stattgefunden.

An den Gemeindewahlen haben sich die Genossen von Neumarkt betheiligt und haben auf die sozialdemokratische Liste eine starke Minorität (Zahl der Stimmen unbekannt) vereinigt.

Im Großen und Ganzen läßt die Organisation in diesem Wahlbezirke nicht nur sehr viel, sondern Alles zu wünschen übrig. Ursache: die große Fluktuation unter den Arbeitern infolge der elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Salzburg.

Das Land Salzburg bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die in zehn Agitationsbezirke eingetheilt ist.

Im Wahlkreise bestehen derzeit 1 politischer Verein, 24 Gewerkschafts-, 2 Gesang- und 1 Radfahrerverein.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 105 Volks neben den regelmäßig stattfindenden Vereinsversammlungen abgehalten.

Als Wahlkreisorgan erscheint die „Salzburger Wacht" wöchentlich in einer Auflage von 1600 Exemplaren. In allen jenen Alpendörfern und -Thälern, wohin wir mit der mündlichen Agitation nur schwer zu dringen vermögen oder oft nur alle Jahre einmal hingekommen sind, besorgt die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen das neugegründete Blatt nun wöchentlich.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so wurde gegen 33 Genossen die Anklage wegen Uebertretung des § 23 P. G. erhoben und erfolgte in allen Fällen ausnahmslos die Verurtheilung zu je 24 Stunden Arrest, eventuell 10 Kronen Geldstrafe; in einem Falle wegen Verbrechen nach § 65 a und Vergehen nach § 302 St.-G. erfolgte ein Freispruch.

An den Gemeindewahlen betheiligten sich in diesem Jahre die Genossen der Stadt Salzburg und sie erhielten im dritten Wahlkörper von 630 abgegebenen Stimmen 200 bis 216.

Die Bewegung im Salzburgischen steigt, wenn auch langsam, so doch stetig. Der Mangel an agitatorischen Kräften macht sich auch hier bitter fühlbar, umsomehr, als die Klerikalen alles daransetzen, dem weiteren Eindringen der sozialdemokratischen Bewegung unter der Bevölkerung Salzburgs alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen.

Schlesien.

Die politische Organisation Schlesiens theilt sich in zwei Wahlkreisorganisationen, von denen der westschlesische Wahlkreis der deutschen, der ostschlesische der tschechischen Parteiexekutive untersteht. Der Sitz des Wahlkreisausschusses für den ersten schlesischen Wahlkreis ist derzeit in Jägerndorf und die Wahlkreisorganisation besteht aus den vier Bezirksorganisationen Jägerndorf, Freudenthal, Freiwaldau und Wigstadtl.

Einen Bericht über den Stand der Organisation sowie über die sonstige Thätigkeit im Wahlkreise können wir hier nicht bringen, da von all' den ausgesendeten Fragebögen nur ein einziger aus dem Orte Markersdorf bei Freudenthal eingelangt ist. Wir konstatiren dies hier zur besseren Kennzeichnung der Vertrauensmänner dieses Wahlkreises in der Hoffnung, daß sie das nächstemal ihre Pflicht besser erfüllen werden.

II. schlesischer Wahlkreis (Teschen), Deutsche Sektion. Der Sitz der deutschen Kreisexekutive befindet sich derzeit in Bielitz. Der Wahlkreis ist in die Bezirksorganisationen Bielitz, Freistadt und Teschen eingetheilt.

Die politische und gewerkschaftliche Organisation ist hier sprachlich nicht gesondert, da dies aus den verschiedensten Gründen bisher unthunlich erschien.

An politischen Verfolgungen waren in der Berichtsperiode fünf Verurtheilungen zu zusammen 96 Tage Arrest und 80 Kronen Geldstrafe zu verzeichnen.

Anläßlich der Gemeindewahlen in Lipnik haben die Genossen den dritten Wahlkörper ganz erobert. Auch bei den Gewerbegerichtswahlen in Bielitz (24. Juni 1900) hat die sozialdemokratische Liste einen vollen Sieg über die mit allen Mitteln arbeitenden Christlich-Sozialen, die bisher die Mandate innehatten, errungen.

Bei der sprachlichen Verschiedenheit im Wahlkreise gestaltet sich die Organisation und Agitation besonders schwierig; dazu kommt noch, daß der größte Theil der Arbeiter außerhalb der in Betracht kommenden Städte domizilirt. Doch geht auch hier trotz alledem die Bewegung vorwärts, trotz aller Maßregelungen und Verfolgungen von Seite der jüdischen Fabrikanten, die im innigsten Bündnisse mit den christlich-sozial sein wollenden Pfarrern sich die Vernichtung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gestellt haben.

Steiermark.

Die vier Wahlkreise Steiermarks bilden eine einheitlich verwaltete Landesorganisation, die in 14 Bezirksorganisationen: Graz, Cilli, Marburg, Bruck a. d. Mur, Kindberg, Mürzzuschlag, Leoben, Rottenmann, Aussee, Knittelfeld, Judenburg, Köflach, Voitsberg und D.-Landsberg eingetheilt ist.

Soweit aus den eingelangten Fragebogen zu ermitteln war, bestehen in Steiermark 4 politische, 60 gewerkschaftliche, ein Bildungs- und ein Arbeiterinnenverein mit zusammen 7726 Mitgliedern. Die wirkliche Zahl der organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen Steiermarks ist weit höher, wie aus dem vorjährigen Berichte zum Brünner Parteitag hervorgeht.

Versammlungen sind in der Berichtszeit in großer Zahl abgehalten worden. Soweit Daten hierüber vorliegen, haben wir 329 Volks-, 722 Vereins- und zahllose § 2-Versammlungen abgehalten. Davon erscheinen sechs verboten und drei aufgelöst. Außer diesen Versammlungen fanden noch eine Reihe von Bezirkskonferenzen statt. Der Haupttheil der Agitation galt der Erringung eines erweiterten Landtags- und Gemeindewahlrechtes.

Als Landesorgane erscheinen der „Arbeiterwille" in einer Auflage von 8000 Exemplaren wöchentlich, sowie die hauptsächlich für die Landagitation berechnete „Neue Botschaft" (Auflage 2500) monatlich in Graz. Durch den Wegfall des Zeitungsstempels wurde der Umfang des „Arbeiterwille" auf 12 Seiten vergrößert. Am 8. Juli d. J. beging der „Arbeiterwille" unter allgemeiner Theilnahme der Parteigenossen die zehnjährige Feier seines Bestandes.

An politischen Verfolgungen hat Steiermark, soweit ermittelt werden konnte, 28 Verurtheilungen zu verzeichnen, die eine Freiheitsstrafe von 4 Jahren, 2 Monaten und 17 Tagen sowie 92 Kronen in Gold zur Folge hatten. In zwei Fällen erfolgten Freisprüche.

An Gemeindewahlen haben sich die Genossen Steiermarks, soweit Berichte hierüber vorliegen, in vier Orten betheiligt. In Graz, der Landeshauptstadt, wurden am 24. November 1899 zwei Genossen im dritten Wahlkörper gewählt. In Knittelfeld wurde mit Hilfe der personaleinkommensteuerpflichtigen Arbeiter am 26. und 27. März 1900 der dritte Wahlkörper erobert. In zwei Orten blieb die sozialdemokratische Liste gegen die koalirten bürgerlichen Gegner in der Minorität.

Die Maifeier verlief in den letzten beiden Jahren, obwohl sie wiederholt Opfer forderte, in gewohnter Weise. An der Arbeitsruhe wird an diesem Tage nach wie vor festgehalten.

Von Bedeutung war auch der von den steiermärkischen Genossen geführte Kampf gegen die verbrecherischen Uebelstände bei der privilegirten Südbahn, zum Schutze der Bediensteten und des fahrenden Publikums, sowie der Kampf der Arbeiterkrankenkassen gegen das Wuchermonopol der Apotheker.

Die Bewegung in Steiermark hat in den letzten beiden Jahren, mit Hilfe des einträchtigen Zusammenwirkens der politischen Organisation und der Landesgewerkschaftskommission, sehr erfreuliche Fortschritte gemacht.

Tirol.

Das Kronland Tirol ist in drei Wahlkreise, zwei deutsche, einen italienischen, eingetheilt. Im Nachstehenden folgt der Bericht über die beiden ersteren.

I. Tiroler Wahlkreis (Innsbruck). Der Wahlbezirk ist in fünf Bezirksorganisationen: Innsbruck, Kitzbühel, Kufstein, Landeck und Wörgl eingetheilt. Es bestehen hier fünf politische, dreizehn gewerkschaftliche und fünf Arbeiterbildungsvereine mit zusammen 1691 Mitgliedern. Wie aus den Berichten hervorgeht, sind die sozialdemokratischen Organisationen in die schwärzesten Winkel dieses ganz von der Kutte beherrschten Landes vorgedrungen.

An Versammlungen wurden in der Berichtszeit 32 Volks-, 399 Vereins- und mehr als 100 § 2-Versammlungen abgehalten, davon sind drei verboten worden.

Als Landes- und Wahlkreisorgan erscheint die „Volkszeitung" in Innsbruck wöchentlich in einer Auflage von 2200 Exemplaren und unterstützt mit die Agitation in jenen Alpendörfern, wo es bisher unmöglich war, hinzukommen. Außerdem werden noch eine große Zahl außerhalb des Landes erscheinende Blätter mit Hilfe der Uebertretung des § 23 P.-G. abgesetzt.

An politischen Verfolgungen haben wir sechs Preßprozesse, drei Uebertretungen des § 23 P.-G. und zwei wegen § 3 V.-G. zu verzeichnen, die mit vier Verurtheilungen von zusammen drei Tagen Arrest und 506 Kronen Geldstrafe ihre Sühne fanden.

An Gemeindewahlen haben sich die Genossen im Orte Kirchbichl betheiligt, wobei die Gegner ein Mandat an die Sozialdemokraten verloren.

Die Bewegung nahm in der Berichtszeit sowohl in politischer als auch gewerkschaftlicher Beziehung einen erfreulichen Aufschwung. Beweis dafür der erhöhte Absatz

von Parteiblättern, der immer zahlreichere Besuch bei den Versammlungen sowie die geradezu großartige Betheiligung an der Maifeier und den übrigen Aktionen.

II. **Tiroler Wahlkreis (Bozen).** Der Wahlbezirk ist in drei Agitationsbezirke: Bozen, Lienz und Meran, eingetheilt und ist der Sitz des Wahlkreisausschusses in Bozen.

An Organisationen bestehen im Wahlkreise drei politische, achtzehn gewerkschaftliche und zwei Bildungsvereine mit zusammen 1060 Mitgliedern.

Was die Agitation anbelangt, so wurden in der Berichtszeit 31 Volks-, 129 Vereins- und eine große Zahl § 2-Versammlungen abgehalten.

An politischen Verfolgungen hatten wir zwei Fälle wegen Uebertretung des § 23 P.-G. zu verzeichnen, wo in einem Falle eine Geldstrafe von vier Kronen verhängt wurde, im zweiten Falle ein Freispruch erfolgte.

Soweit durch die eingelangten Berichte zu ermitteln war, betheiligten sich die Genossen bloß in Lienz an den Gemeindewahlen, wobei sie einen ganz respektablen Erfolg errangen.

Durch die Gemischtsprachigkeit des Wahlkreises (deutsch und italienisch) wird die Organisations- und Agitationsarbeit sehr erschwert. Dessenungeachtet ist ein stetiger Fortschritt zu verzeichnen.

Vorarlberg.

Das Land bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, die sich von der Landesorganisation Tirol getrennt und selbstständig gemacht hat. Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Rankweil. Die Wahlkreisorganisation gliedert sich in die drei Bezirksorganisationen: Bregenz, Dornbirn und Rankweil.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise zwei politische, siebzehn gewerkschaftliche und vier Bildungsvereine mit zusammen 1148 Mitgliedern.

Versammlungen wurden in der Berichtszeit abgehalten: 54 Volks-, 555 Vereins- und mehr als 200 § 2-Versammlungen.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so erfolgten, soweit aus den vorhandenen Fragebogen zu ersehen war, acht Verurtheilungen mit zusammen sieben Tagen Arrest und 24 Kronen Geldstrafe.

Obwohl im Wahlkreise eine ziemlich stark entwickelte Industrie, hauptsächlich in der Textilbranche, vorhanden ist, läßt die gewerkschaftliche und politische Organisation noch recht viel zu wünschen übrig. Wohl sind in letzter Zeit Besserungen in dieser Beziehung zu verzeichnen, und wir lassen als Hauptgrund dieser mißlichen Organisationsverhältnisse recht gerne die totale Verpfassung des größten Theiles der Bevölkerung im Wahlkreise gelten.

Erster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 1/4 10 Uhr.)

Popp (Wien) eröffnet den Parteitag mit folgender Ansprache: Sehr werthe Parteigenossen! Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs haben sich heute hier zusammengefunden, um einen Rückblick zu werfen auf die Thätigkeit der letzten zwei Jahre und sich neue Wege vorzuzeichnen, auf denen die österreichische Sozialdemokratie vorwärts schreiten kann. Während aber wir es ermöglichen, daß unsere Organisationen, mit unseren Brüdern der anderen Nationen geeinigt, in unausgesetzter agitatorischer Thätigkeit sich stets weiter entwickeln, steht in Oesterreich das politische Leben still. Seit Jahren ist die Gesetzgebung zum Stillstand gebracht, und die Völker Oesterreichs, die in wirthschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung so nothwendig Reformen benöthigen, müssen warten, bis die Herren, die heute zur Gesetzgebung berufen sind, ihre nationalen Streitigkeiten ausgefochten haben. Die Regierung ist zu einer That ohnmächtig, sie vermag es nicht, die streitenden Völker zu versöhnen, und diese selbst wissen nichts Anderes zu thun, als darum zu streiten, ob die Stellen, die in dem einen oder anderen Lande zu vergeben sind, an die Söhne der deutschen oder tschechischen Bourgeoisie vergeben werden sollen. Die Sozialdemokratie hingegen hat die Aufgabe, dagegen energisch vorzugehen, und es wird gerade auf diesem Parteitage nöthig sein, gegen die Reaktion, gegen den heute herrschenden Absolutismus entschiedenen Protest einzulegen. Es liegen heute Nachrichten vor, die Regierung denke daran, das Parlament aufzulösen. Der Parteitag wird Stellung zu nehmen haben, welche Aktion im Falle der Ausschreibung der Wahlen einzuleiten ist.

Sie werden mit Ernst und Würde an Ihre Aufgabe und deren Erledigung gehen und Ihre Beschlüsse zum Besten der Partei fassen. In diesem Sinne begrüße ich Sie, werthe Parteigenossen, und erkläre den zweiten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

In das **Bureau** des Parteitags werden einstimmig gewählt zu Vorsitzenden: Popp (Wien) und Drößler (Graz), zu Schriftführern: Winarsky (Wien) und Dr. Czech (Brünn).

Abgeordneter **Resel:** Genossen und Genossinnen! Als Reichsrathsabgeordneter und Gemeinderath dieser Stadt wurde mir die ehrenvolle Aufgabe zu theil, Sie hier herzlich willkommen zu heißen. Der erste deutsche Parteitag in Linz hat unsere Stadt als Ort der zweiten Tagung bestimmt, nicht deshalb, weil Graz schier tonangebend ist in dem Alles zersetzenden und verwirrenden nationalen Kampfe, sondern weil Sie sich an dem Orte zu ernsten fruchtbaren Berathungen versammeln wollten, an dem der unermüdliche Fleiß, der hingebende Eifer und der anerkennenwerthe Opfermuth der Arbeiterschaft unsere Partei Siege erringen ließ, wie selten anderswo. (Beifall).

Sie werden hier in Graz ruhig und ungestört von politischen Bureaukraten und vormärzlichen Polizisten tagen. Es wird Ihnen gegenüber von allen Schichten der Grazer Bevölkerung die Gastfreundschaft gewahrt werden. Von der unduld-

samen Niedertracht, die der Grundzug der in Wien herrschenden Partei ist, werden Sie unbehelligt bleiben, obwohl in Graz nicht weniger scharf gekämpft wird als anderswo, obwohl es auch hier nicht an Leuten fehlt, deren Thaten sich würdig denen der Wiener Christlich-Socialen anreihen. Ich meine da die jüngst erfolgten Lehrermaßregelungen durch den steierischen Landesschulrath (Entrüstungsrufe). In der weitaus größeren Mehrheit der Bevölkerung aber, bei den geraden offenen Steirern und Grazern, finden solche Thaten keinen Beifall, sondern nur Verurtheilung. Das ist mit ein Verdienst unserer Partei, der Grazer Arbeiterschaft (Bravo, Bravo), deren einziges und höchstes Streben es bisher immer war, im Kampfe für die Rechte des Proletariats, für die Freiheit gegen Niedertracht und Unterdrückung im vordersten Treffen zu stehen.

Namens dieser Bevölkerung, namens dieser Arbeiterschaft heiße ich Sie aufs Herzlichste willkommen und wünsche Ihren Arbeiten den besten Erfolg zum Nutz und Frommen der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Die deutsche Bruderpartei, mit der wir Oesterreicher immer Hand in Hand gehen, und auf deren Unterstützung wir jederzeit rechnen können, hat zu unserem Parteitage die beiden Genossen Georg von Vollmar aus München und Martin Segitz aus Nürnberg delegirt. Ich begrüße die beiden Genossen herzlich und ertheile dem Genossen Vollmar das Wort.

Vollmar (deutscher Parteivorstand): Parteigenossen! Es ist meinem Freunde Segitz und mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das Herzlichste zu begrüßen. (Beifall.) Die Gefühle, mit welchen wir diesen Auftrag übernommen haben und ausführten, sind leider nicht bloß Gefühle der Freude, hier unter Ihnen erscheinen zu können, sie sind gemischt mit Gefühlen tiefer Trauer. Dem Mann, der ursprünglich dazu bestimmt war, hieherzukommen, haben wir vor wenigen Wochen das Geleite auf jenem Gang gegeben, von welchem es keine Wiederkehr gibt. (Die Versammlung erhebt sich.) Die Feuerseele unseres Liebknecht ist entschwunden, sein beredter Mund ist verstummt, aber sein Andenken wird bleiben. Wir werden immer auf ihn sehen als auf einen Altmeister unserer Partei, nicht nur der deutschen, sondern der Sozialdemokratie aller Länder. (Zustimmung.) Es wird in uns immer wachbleiben die Erinnerung an seinen unermüdlichen Kampfesmuth, an eine Opferwilligkeit ohnegleichen und an eine Siegeszuversicht, die wir Alle nachzuahmen uns bestreben sollen.

Parteigenossen! Das politische und wirthschaftliche Ziel, welches wir anstreben, ist ja ein und dasselbe, das Sie anstreben; nur die einzelnen Wege zu seiner Erreichung sind naturgemäß infolge der verschiedenen politischen und wirthschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder verschiedene. Gerade darum aber können und sollen wir von einander lernen. Der Kampf, den wir in Deutschland zu kämpfen haben, ist wahrhaftig kein leichter. Wir müssen nicht nur trachten, das soziale Problem zu lösen, die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen vor Allem auf wirthschaftlichem Gebiet zu beseitigen; wir haben es in Deutschland leider auch mit einer Reihe von Erscheinungen zu thun, die dort noch stärker hervortreten als bei Ihnen. Ich weise hier vor Allem auf die sehr deutlichen Ansätze eines persönlichen Regiments hin, auf die Gewalt- und Abenteuerpolitik, die bei uns immer mehr überhandnimmt, auf das Junkerthum, das vielleicht in keinem Lande so stark ist wie bei uns. Freilich, Sie in Oesterreich haben es doch noch schlechter. Sie haben Kämpfe auszufechten, von denen wir uns fast keine Vorstellung machen können. Es war auf dem Pariser Kongreß, als sich der edle Wettstreit unter den Nationen entspann, welche von ihnen das schlechtere Bügerthum habe. Unser Freund Adler hat damals behauptet, das österreichische Bürgerthum sei doch das allerschlechteste. Wiewohl ich nicht geneigt bin, das Bürgerthum in Deutschland in Schutz zu nehmen, so muß ich doch sagen, daß, wenn eines noch korrupter und heruntergekommener ist als das unsrige, so ist es wahrscheinlich das Ihrige. Hiezu kommen noch die Nationalitätenkämpfe bei Ihnen. Wir in Deutschland haben es, obzwar es auch bei uns nichtdeutsche Bevölkerung gibt, deren Zahl gar nicht so gering ist, doch immerhin mit einem homogenen nationalen Ganzen zu thun, und da kämpft man in durchaus anderer Weise. Die Nationalitätenfrage

in Oesterreich birgt nach meiner Meinung noch eine Reihe ungelöster Räthsel in sich, und ich muß sagen, ich bewundere Diejenigen, die so frischen Muthes an die Lösung dieser Frage herangetreten sind, wie Sie es gethan haben. Wir, die Genossen in Deutschland, haben nur den einen Wunsch, daß es Ihnen gelingen möge, auf diesem Gebiete noch weitere Erfolge zu verzeichnen. Unsere besten Wünsche begleiten Sie auf diesem Wege.

Von ganz besonderem Interesse für die Sozialdemokratie in Deutschland ist der Punkt Ihrer Tagesordnung, welcher die Landagitation betrifft. Diese Frage ist bis jetzt innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu wenig beachtet worden, und doch ist dies eine Frage, die, wenn wir unser Ziel, die Eroberung der politischen Macht, erreichen wollen, gelöst werden muß, denn gegen die Landbevölkerung ist ein Erobern oder doch ein Festhalten der politischen Macht vollständig unmöglich. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir bloß mit Analogieschlüssen von den Zuständen in der Industrie auf die Zustände in der Landwirthschaft, daß wir mit theoretischen Formeln, die im Vorhinein aufgestellt werden, zu einem ersprießlichen Resultat nicht gelangen können. Auf dem Parteitag in Frankfurt im Jahre 1893 hat man einen Anlauf genommen, dieser Frage näher zu treten. Es wurde ein großer Ausschuß niedergesetzt, in dem auch ganz leidlich gearbeitet worden ist. Allein der folgende Parteitag in Breslau hat keineswegs jene Uebereinstimmung der Meinungen in der Partei bezüglich dieser Frage ergeben, die unbedingt nothwendig ist, um zu einem ersprießlichen Resultat zu gelangen. Es mag dies wohl zum großen Theil auf den Umstand zurückzuführen sein, daß die einzelnen Theile Deutschlands in Bezug auf die Landwirthschaft die denkbar größten Verschiedenheiten aufweisen. Wir haben eine — wenn ich sagen darf — junkerliche Großproduktion; wir haben Mittelbetrieb und kleinen und allerkleinsten Betrieb. Wir hoffen, daß die Verhandlungen, welche Sie über diese Frage pflegen werden, auch für uns in Deutschland von Vortheil sein werden, und insbesonders für mich, einen Bayer, der in einem Lande lebt, wo die landwirthschaftlichen Verhältnisse jenen in den österreichischen Alpenländern sehr ähnlich sind, werden diese Verhandlungen von ganz außerordentlichem Interesse sein.

In diesem Sinne überbringe ich Ihnen die herzlichsten und brüderlichsten Grüße der deutschen Sozialdemokratie, die der österreichischen Sozialdemokratie immer am nächsten gewesen ist und sich mit ihr eins weiß. Wir wünschen Ihren Berathungen im Interesse unserer gemeinsamen Sache den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Parteigenossen! Wir haben noch eine Pflicht der Pietät zu erfüllen und unseres Gen. Liebknecht zu gedenken, der vor einigen Wochen aus unserer Mitte gerissen wurde. Liebknecht hat nicht nur der deutschen Sozialdemokratie angehört, er ist gerade uns sehr nahe gestanden, weil er es war, der im Jahre 1869 mitgewirkt hat, die österreichische Sozialdemokratie in die richtigen Bahnen zu lenken. Wir können ihn mit Recht einen der Unseren nennen; und gerade deshalb ist sein Tod den österreichischen Genossen so nahe gegangen. Wir haben uns gelobt, gleich ihm unerschüttert im Kampfe zu stehen. Liebknecht wird uns stets als Vorbild eines echten Kämpfers und Revolutionärs vor Augen schweben.

Ich begrüße nunmehr die tschechischen Genossen Krapka und Nemec.

Krapka (tschechische Parteivertretung): Parteigenossen! In Oesterreich wird gegenwärtig in einer Weise gewirthschaftet, wie es wohl in keinem anderen Staate möglich ist. Die Bourgeoisie hat sich als unfähig erwiesen, die Schäden, an denen Oesterreich leidet, zu beseitigen. Sie kann nichts thun, weil sie nicht einmal ihre eigenen Interessen zu vertreten vermag. Ich hoffe, daß der Parteitag die nothwendigen Schritte thun wird, und daß sich zeigen wird, daß wenigstens die Sozialdemokratie nicht gesonnen ist, zu alledem, was in Oesterreich geschieht, zu schweigen. Der Parteitag muß der Oeffentlichkeit klar machen, daß es so nicht weiter gehen darf, und daß, wenn auch alle schweigen, doch wir nicht schweigen. In diesem Sinne wünschen wir Euren Arbeiten den besten Erfolg und versichern im Namen der tschechischen Organisation, daß wir Alles, was Ihr unternehmen werdet, mit aller unserer Kraft unterstützen werden, weil wir wissen, daß Ihr

nicht nur zum Vortheil der deutschen Arbeiter, sondern auch im Interesse der tschechischen wie der Arbeiter aller Nationen wirket. (Beifall.)

Auf Antrag des Vorsitzenden wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung en bloc angenommen.

Die von der Parteivertretung provisorisch festgesetzte Tagesordnung wird mit Umstellung der Punkte 3 und 5 genehmigt.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Antrag des Genossen Klingsbögl, VIII. Bezirk, zu Punkt 2b (Parteitaktik) zurückgezogen wurde, und schlägt vor daß der zu demselben Punkte gestellte Antrag der Bezirksorganisation Wien VII bei Punkt 6 (Gemeindewahlrecht) behandelt werde. (Angenommen.)

Die Berathungszeit wird von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags festgesetzt.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Meizr (Wien), Schlinger (Floridsdorf), Ressel (Grottau), Hanusch (Sternberg) und Schenk (Voitsberg).

Skaret (Wien): Da bezüglich der Wahl der Parteivertretung in der Regel eine längere Vorbesprechung stattfindet, wäre es angezeigt, daß die Wahl der Wahlkommission für die Parteivertretung gleich jetzt vorgenommen werde. Ich beantrage daher:

„Behufs Vornahme der Wahl der Parteivertretung wählt der Parteitag eine sechsgliedrige Wahlkommission, die dem Parteitag Vorschläge zu machen hat. In die Wahlkommission wollen die Genossen von Wien und Niederösterreich je einen, Böhmen einen, Mähren und Schlesien einen, Steiermark und Kärnten einen und Oberösterreich, Tirol und Salzburg einen Genossen wählen."

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf Wunsch des Genossen David soll die Wahl der Kommission in der Nachmittagssitzung vorgenommen werden.

Nach Verlesung der Präsenzliste wird konstatirt, daß 106 Delegirte anwesend sind.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen, und zwar zu Punkt 1:

Bericht der Parteivertretung.

Berichterstatter **Skaret:** Werther Parteitag! Ich will hier nicht wiederholen, was in dem gedruckten Berichte der Parteivertretung bereits aufgenommen ist, und zunächst nur jene Dinge berühren, welche die internen Parteigeschäfte zum Gegenstande haben. Das Verhältniß der deutschen Sozialdemokratie zu den anderen nationalen Gruppen wurde weder in Fragen der Organisation noch in Fragen der Taktik bisher irgendwie getrübt. Bei allen Fragen, die ein gemeinsames Vorgehen erheischt haben, wurde gegenseitig Fühlung gesucht und stets im besten Einvernehmen und in vollständiger Harmonie vorgegangen, trotz der Selbstständigkeit der einzelnen nationalen Exekutiven. (Beifall.) Durch die Theilung in die verschiedenen nationalen Gruppen wurde ein besserer Ausbau der Organisation möglich, und sowohl die deutsche als auch die anderen nationalen Gruppen haben auf dem Gebiete der Organisation bedeutende Fortschritte gemacht. Was die Gegner als nationale Spaltung innerhalb unserer Partei ausgegeben haben, hat sich nur zum Vortheil der Partei bewährt; durch die Theilung sind wir stärker und in vielen Fragen auch einiger geworden, als wir es vor der Theilung gewesen sind. Wir können jetzt unsere Kraft weit mehr konzentriren, als es vorher bei der Gemischtsprachigkeit unserer Partei der Fall war, dadurch, daß wir als deutsche Exekutive eben nur die deutschen Gebiete zu bearbeiten haben.

Die Organisation hat in den beiden letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, was allerdings aus den Berichtsbogen nicht vollständig ersichtlich ist. Früher sendeten wir die Fragebogen an die Wahlkreisvertrauensmänner, von denen wir jedoch nur mangelhafte Auskünfte erhielten. Ich glaubte deshalb für diesen Parteitag eine spezielle Berichterstattung einführen zu müssen, dahingehend, daß die Lokalorganisationen über die in ihrem Bereiche befindlichen Organisationen Bericht zu erstatten haben. Aber auch hier haben wir unangenehme Erfahrungen gemacht

und uns in der Voraussetzung, dadurch ein richtiges Bild zu bekommen, getäuscht. Wenn die Genossen bezüglich der Berichterstattung zu dem Linzer und Brünner Parteitag auf die Fragebogen nichts Anderes daraufgeschrieben haben als: „Ueber die Zahl der Organisationen und ihrer Mitglieder und über die Zahl der abgehaltenen Versammlungen können wir einen Aufschluß nicht geben", bezüglich alles Anderen, meinte ich, daß die Wahlkreisvertrauensmänner, die Vertrauensmänner der Lokalorganisation gewissenhafter arbeiten werden, was aber nicht eingetreten ist. Ich bitte daher, die Zahl der Organisationen und der in denselben eingereihten Mitglieder als durchaus weit unter dem thatsächlichen Stande zu betrachten, weil nur eine ganz verschwindend kleine Anzahl von Bezirksorganisationen die Fragebogen ausgefüllt rücksendete und auch deren Ausfüllung viel zu wünschen übrig ließ. Daraus scheint hervorzugehen, daß das Vertrauensmännersystem in der Provinz großentheils nur auf dem Papiere steht oder daß es im entscheidenden Moment versagt. Wir werden uns bei dem Punkte „Parteiorganisation" mit dieser Frage des Näheren befassen müssen. Wenn in der Agitation Fortschritte gemacht wurden, so ist dies auf Rechnung der in den letzten Jahren unabhängig gemachten Agitatoren und Vertrauensmänner zu setzen. Wollen wir die Organisation halten, so müssen wir in den einzelnen Bezirksorganisationen, zum Theil auch für ganze Wahlkreise, solche unabhängige Agitatoren anstellen, die zum Theil aus den Mitteln der Parteivertretung, zum Theil aus denen des Wahlkreises oder der Landesorganisation erhalten werden, damit diese Genossen die ganze agitatorische und organisatorische Arbeit übernehmen als freie, unabhängige, der Sache nützliche Arbeiter. Die Durchführung dieses Vertrauensmännersystems hat sich sehr bewährt, und würden wir nur wünschen, daß mit derartigen Anstellungen in weit größerem Ausmaße vorgegangen werden könnte, als das bisher der Fall war. Wenn die Parteivertretung nicht allen Gesuchen um Anstellung oder Subventionirung von Vertrauensmännern stattgeben konnte, so ist das nicht ihre Schuld, sondern einzig und allein nur dem Mangel an Mitteln zuzuschreiben. Wenn diese vorhanden sind, sind wir zur Unterstützung derartiger Vertrauensmänner gerne bereit.

Was die Agitation in den letzten Jahren betrifft, so haben wir einen heißen Kampf gegen das meineidige und verbrecherische Ministerium Thun geführt und Demonstrationen veranstaltet gegen die seinerzeitige Erhöhung der Zuckersteuer auf Grund des § 14, die leider auch Opfer gekostet haben. Wenn auch die Demonstrationen manchmal von deutschnationaler Seite ausgegangen sind, so waren es stets Arbeiter, wie in Graslitz, die von den mörderischen Gewehren der Gendarmen niedergeschossen wurden. Es waren Männer aus unseren Reihen, deren wir heute am Parteitage ehrend gedenken. Ein weiterer Kampf wurde von uns gegen den Zeitungs- und Kalenderstempel geführt, der endlich den gewünschten Erfolg gehabt hat. Im November 1899 sollte der Zeitungs- und Kalenderstempel durch beinahe einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses aufgehoben werden. Das Herrenhaus aber suchte knapp vor der Vertagung des Parlaments die Sache durch Zuweisung an die Budgetkommission zu verschleppen, so daß uns nichts übrig blieb, als innerhalb zweier Tage in der „Arbeiter-Zeitung" und in Versammlungen in Wien in der energischesten Weise aufzutreten, um gegen diese Verschleppung die schärfste Stellung zu nehmen. Diesen Demonstrationen, diesem unvorbereitet raschen und energischen Vorstoß der Sozialdemokratie haben wir es zu danken, daß sich das Herrenhaus in seiner nächsten Sitzung dazu bequemen mußte, das Gesetz betreffend die Aufhebung des Zeitungsstempels anzunehmen.

Wir haben im letzten Jahre 3648 Volks- und 17.945 Vereinsversammlungen abgehalten; es war uns möglich, in Gebietstheile einzudringen, wo wir bis nun keinen Eingang gefunden hatten, wie beispielsweise in Salzburg, Tirol und einer Reihe von ostböhmischen Städten, z. B. des Trautenauer Wahlkreises. Durch das Fallen des Zeitungsstempels hat unsere Presse ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Abgesehen davon, daß in den letzten drei Jahren sechs politische Blätter neu entstanden sind, wurde auch die Auflage der erscheinenden Blätter ganz bedeutend erhöht. Während wir im Jahre 1898 blos neun Wochenblätter hatten, haben wir im Jahre 1900 bereits 17 Wochenblätter. Die gewerkschaftlichen Blätter haben sich um drei vermehrt und erscheinen nunmehr größtentheils statt zweimal

monatlich dreimal, zum Theile auch wöchentlich. Ueber die Auflage unserer gesammten Presse kann ich Ihnen infolge der unverläßlichen Berichterstattung der Organisationen ein genaues Bild nicht geben. Sicher ist aber, daß die Zahl der in Oesterreich wöchentlich von uns verbreiteten politischen Blätter weit über 100.000 hinausreicht. (Beifall.) Gegen die Parteipresse wurde der Vorwurf erhoben, daß die Sozialdemokraten wohl gegen die geistige Steuer des Zeitungsstempels Stellung genommen haben, diese Steuer jedoch jetzt nach dem Fallen des Stempels nach wie vor von ihren Abnehmern einheben. Bezüglich der „Arbeiter-Zeitung" ist dieser Vorwurf vollständig unrichtig; sie hat den Kreuzer nicht selbst eingesteckt, ihn vielmehr ihren Abonnenten im vollen Umfange zugeführt. Zunächst wurde der Abonnementspreis um ein bedeutendes herabgesetzt und zwar das Wochenabonnement von 30 Kreuzer auf 25 und das Monatsabonnement von fl. 1.30 auf 1.10. Die weitere Ersparung von zwei bezw. 10 Kreuzern wurde den Lesern durch die Vergrößerung des Umfanges des Blattes von acht auf zehn Seiten und durch Ausgestaltung des Feuilletons zugeführt, so daß die Aufhebung des Stempels durchaus keinen Gewinn für die Partei und die „Arbeiter-Zeitung" bedeutet, sondern ausschließlich den Abnehmern des Blattes zu Gute kommt. Auch in der abgelaufenen Periode hatten wir uns über allzu wohlwollende Behandlung seitens der Behörden und Staatsanwaltschaften nicht zu beklagen. Die Berichte über die Konfiskationen und politischen Verfolgungen sind zwar höchst mangelhaft; trotzdem geht daraus hervor, daß wir nicht weniger als 29 Jahre, 1 Monat und 6½ Tage Freiheitsstrafen zu erdulden und 3621 Kronen 72 Heller Geldstrafen zu leisten hatten.

Die Größe dieser Freiheitsstrafe ist hauptsächlich auf den Zusammenstoß der Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen in Saaz zurückzuführen, welcher 25 Genossen, davon 16 verheirateten, zusammen über elf Jahre schweren Kerkers eingetragen hat. Unsere Versammlungen wurden wiederholt von Nationalen und Christlich-Socialen mit Hilfe bezahlter Handlanger gesprengt. Unsere Genossen wurden oft mit Messern auf der Straße angefallen oder bedroht. Die Gegner wußten sich aber immer aus der Schlinge zu ziehen — die Sozialdemokraten waren immer die Karnikel, die angefangen haben. Die Deutschnationalen stehen genau auf demselben reaktionären und feigen Standpunkte wie die Christlich-Socialen und Klerikalen, sie fürchten sich genau so vor den Arbeitern, bestellen sich Gendarmen zum Schutze, und die Nationalen waren es auch in Saaz, welche die Attaque auf die Einlaß begehrenden Arbeiter machten, die ihre Meinung gegenüber den verleumderischen Beschimpfungen eines Franko Stein zum Ausdrucke bringen wollten. Da ist es nur selbstverständlich, daß man zurückhaut, wenn man angegriffen wird, und es ist mehr als Justizmord, wenn man diese Leute, die im Vordertreffen standen und nicht zurückkonnten, weil von rückwärts nachgedrängt wurde, zu so unerhörten Kerkerstrafen verurtheilte. (Zustimmung.) Ich richte heute den Appell an Sie, sich dafür einzusetzen, daß die Familien dieser unschuldig im Kerker lebenden Genossen nicht darben müssen, vielmehr seitens der Parteigenossen thatkräftigste Unterstützung finden.

Durch die Einführung der Parteisteuer haben die Geschäfte des Parteisekretariats in so kolossaler Weise zugenommen, daß wir im letzten Jahre bemüßigt waren, für das Sekretariat eine Hilfskraft anzustellen, um allen Wünschen der Genossen Rechnung tragen zu können. Trotzdem konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden.

Die Nachfrage nach gewissen beliebten Rednern war häufig in solchem Maße gekommen, daß es nicht möglich gewesen wäre, allen diesen Wünschen zu entsprechen, auch wenn wir die betreffenden Genossen in zehnfacher Auflage zur Verfügung gehabt hätten. Ich bitte Sie, bezüglich der Referenten sich nicht immer nur auf einzelne bestimmte Personen zu steifen, sondern uns die Entscheidung zu überlassen, welche Genossen für dieses oder jenes Kronland geeignet sind. Es würde dadurch manch unnöthiger Briefwechsel und manche Meinungsverschiedenheit vermieden werden. Ueber die Frauenbewegung liegt Ihnen ein kurzer, aber hübscher Bericht vor. Wenn das Frauen-Reichscomité sich in Oesterreich so schlecht und recht durchwindet, so ist dies ein Produkt unserer österreichischen Verhältnisse.

Was wir bisher an Frauenbewegung haben, besteht hauptsächlich nur in den Sektionen der gewerkschaftlichen Organisationen. Ich halte auch diese Art der Organisation für die einzig richtige.

Wenn die verheirateten Genossinnen großentheils nicht in der Organisation stehen, so ist das insofern kein Unglück, als nur dort ein Fortschritt zu verzeichnen ist, wo sich die Bewegung auf die industriellen Arbeiterinnen stützt, während jene Organisationen, in welchen die verheirateten Frauen — die Frauen von Genossen — in die Organisation einbezogen wurden, eben so schnell verschwunden sind, wie sie gekommen. Der Fortschritt in der Frauenbewegung kann sich also nur auf eine tüchtige gewerkschaftliche Organisation derselben stützen.

Ich bitte Sie auch in Zukunft um Ihre Unterstützung und zwar nicht nur in organisatorischer und agitatorischer, sondern auch in materieller Beziehung. Trachten Sie die Parteisteuer auch wirklich durchzuführen, die es uns ermöglichen wird, die unabhängigen Kräfte zum Ausbaue unserer Organisation anzustellen. Wenn Sie uns in dieser Hinsicht unterstützen werden, so werden wir am nächsten Parteitage bedeutend größere Fortschritte als heute konstatiren können und die Beschwerden wegen Nichtanstellung oder Nichtsubventionirung von Vertrauensmännern werden verstummen. Ich bitte den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet Dr. **Ellenbogen:** Mein Bericht wird, wie jedes Jahr, auch heuer kurz sein, denn in Bezug auf die Kassen sind weniger die Worte als die Ziffern maßgebend. Der Bericht hat gezeigt, daß sich das Institut der Parteisteuer vollständig bewährt, ja unsere Erwartungen sogar noch übertroffen hat. Ich kann jedoch nicht verhehlen, daß die alte österreichische Schlamperei auch bei einer großen Anzahl unserer Organisationen noch immer unausrottbar ist. Ich brauche wohl nicht Namen zu nennen, sondern verweise blos auf die tabellarische Uebersicht, welche auf Seite 20 des Berichtes beginnt; die Genossen, die es angeht, werden sich schon selbst beim Kravattel nehmen. Ein anderer beklagenswerther Uebelstand liegt auch darin, dass einzelne Organisationen sich immer einige Monate mit dem Zahlen Zeit lassen, dann verschwinden sie uns plötzlich vollständig aus den Augen, so daß wir einen polizeilichen Recherchirapparat nöthig hätten, um sie zu finden, natürlich abgesehen von der Pfändungskommission, die wir dann auch noch brauchten. (Heiterkeit.) Von den 90.000 organisirten deutschen Genossen zahlen nur 50.000 die Parteisteuer, so daß also nahezu 50 Perzent ihrer Pflicht untreu werden. Ich hoffe aber, daß das im kommenden Jahre auch anders werden wird. In Anbetracht der günstigen Ergebnisse der Parteisteuer beantragt die Parteivertretung, daß die Abgaben der einzelnen Landesorganisationen an die Parteivertretung, die schon bisher recht schwach einliefen, nunmehr offiziell aufgehoben werden. Durch die ständige und sichere Einnahme durch die Parteisteuer waren wir diesmal auch in weit besserem Maße in der Lage, die schwächeren Punkte mit Agitatoren zu besetzen und die Agitationskosten zu besorgen. (Beifall.)

Für die Kontrole berichtet Dr. **Czech:** Die Parteikontrole hat während der Berichtsperiode wiederholt die gesammte Kassengebahrung geprüft und konnte sich stets von der durchaus korrekten Verwaltung sämmtlicher Parteifonds überzeugen. Mit Rücksicht darauf wird der Antrag gestellt, der Parteivertretung und dem Parteikassier das Absolutorium zu ertheilen.

Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der Antrag der Parteivertretung:

„Die bisherigen finanziellen Abgaben der Landesausschüsse an die Parteivertretung haben fortan zu entfallen"

wird einstimmig angenommen und zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Parlamentarische Thätigkeit.

Berichterstatter **Rieger:** Werthe Parteigenossen! Der Auftrag, über die Thätigkeit des Verbandes zu referiren, wäre mir sehr angenehm, wenn wir wirklich in der Lage gewesen wären, eine umfangreiche Thätigkeit zu entwickeln. Der Pflichtenkreis der sozialdemokratischen Abgeordneten ist ja ein sehr weiter. Die Tribüne des Parlaments soll in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes

gestellt werden, und im Jahre 1897 sind wir thatsächlich mit dem festen Entschluß in das Parlament eingetreten, dieses zu fruchtbringender Thätigkeit für das Proletariat zu zwingen. Allerdings, übertriebene Vorstellungen von dem, was wir dem Parlament für die Arbeiterklasse werden abringen können, haben wir uns nicht gemacht. Denn von einem Parlament, in dem zum überwiegenden Theil die Feudalen und Klerikalen sowie die Vertreter des großen und kleinen Kapitals den Ton angeben, und das gewohnt gewesen ist, nach jener Musik zu tanzen, die auf der Regierungsbank gepfiffen wird, von einem solchen Parlament hat die Arbeiterklasse sehr wenig zu erhoffen. Es gibt vielleicht kein zweites Parlament, in dem, gestützt auf ungeheuerliche Privilegien, einerseits die geschworenen Feinde des Proletariats, andererseits eine geradezu unglaubliche Bornirtheit so übermächtig vertreten sind. Dieses redselige politische Kleinkrämerthum, das vor Grafenkronen und Bischofsmützen in Ehrfurcht erstirbt, ist natürlich großer Gedanken nicht fähig und steht selbst einer vernünftigen bürgerlichen Klassenpolitik verständnißlos gegenüber. Sonst hätte ja die Vertretung der bürgerlichen Klassen das Joch der Feudalen und Klerikalen längst abschütteln müssen. So aber sehen wir diese Sorte bürgerlicher Vertreter sehr erfreut darüber, wenn sie hochmüthigen Junkern den Steigbügel halten darf und zum Dank dafür im Kampfe gegen die Arbeiterklasse die Unterstützung der Junker erhält.

Das österreichische Abgeordnetenhaus bot vor dem Jahre 1897 nach seiner Zusammensetzung, nach seiner Auffassung von Recht und Pflicht und nach der Behandlung der großen Fragen der Zeit das getreue Spiegelbild jener verrotteten und faulen Zustände, welche in dem Staat, in dem wir unglücklicherweise zu leben gezwungen sind, bestehen.

Die Badenische Wahlreform hat den parlamentarischen Sumpfboden nicht urbar gemacht; war sie doch bestimmt, Alles beim Alten zu belassen, die Arbeiterschaft auch in Zukunft im Parlament zur Ohnmacht zu verurtheilen und vornehmlich Garantien zu schaffen, daß für jeden Versuch, moderne freiheitliche, dem Polizeistock und dem Krummstab feindliche Reformen durchzuführen, das Parlament selbst das größte Hinderniß bleibe. Immerhin konnten wir hoffen, denn doch einige Konzessionen für die Arbeiterschaft herausschlagen zu können, und Niemand hätte damals gedacht, daß wir nach drei Jahren sozusagen mit leeren Händen vor den Parteitag würden treten müssen. Der Punkt, über den wir heute zu reden haben, sollte eigentlich heißen: Bericht über die erzwungene Unthätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes. Rascher als wir ahnen konnten, hat sich die Unfähigkeit dieses unechten, heuchlerischen Parlamentarismus ergeben. Der Tod sitzt diesem Privilegienparlament so fest im Genick, daß es ihm unrettbar verfallen ist. Es wird die Lähmung, von der es seit mehr als drei Jahren befallen ist, wohl nicht mehr überwinden. Es ist möglich, daß es in diesem Augenblick bereits ausgerungen hat, es ist auch möglich, daß der Kampf noch einige Zeit dauert, aber darum ist es doch nur ein Todeskampf, aus dem kein frisches Leben mehr ersteht. Auf die Ursachen dieser Parlamentslähmung hier näher einzugehen, ist nicht meine Aufgabe. Wie wir darüber denken, ist bereits mit voller Klarheit und Schärfe auf den früheren Parteitagen ausgesprochen worden, und es kann uns Niemand den Vorwurf machen, daß wir uns an der nationalen Frage stumm und scheu vorbeigedrückt hätten und aus diesen Wirren keinen Ausweg wüßten. Ich verweise da insbesondere auf die Resolution, welche hinsichtlich dieser Frage am Brünner Parteitage beschlossen wurde.

Meine Aufgabe besteht hauptsächlich darin, die Linien zu zeichnen, in welchen sich seit dem Linzer Parteitag die Taktik des sozialdemokratischen Verbandes bewegt hat.

Sie dürfen glauben, diese Linien im Parlament selbst nach allen Seiten abzustecken, war in den oft sehr verworrenen Situationen dieses tollgewordenen Parlaments nicht immer leicht. Der sozialdemokratische Verband konnte freilich eine umfangreiche Thätigkeit nicht entwickeln. Die Parlamentslähmung hat auch ihn gehindert, so zu funktioniren, wie er unter normalen parlamentarischen Verhältnissen hätte funktioniren wollen und funktioniren müssen. In der Hauptsache mußten wir uns darauf beschränken, scharf zu beobachten, um im gegebenen Moment

mit kräftigen Geißelhieben ein System zu züchtigen, das sich konstitutionell nennt, das aber nur ein Aneinanderschluß zahlloser Verfassungsbrüche ist.

Zu herber Kritik bot das Regime des Grafen Thun häufig genug Gelegenheit. Der böhmische Feudaljunker setzte den Willen seiner Klasse, ohne Parlament zu regieren, in die That um, indem er ausgiebiger als seine Vorgänger es gethan, den § 14 in Bewegung setzte. Wir waren im Juni 1898 kaum vom Linzer Parteitag ins Parlament zurückgekehrt, als dieses schon wieder vertagt wurde. Die schwierigsten Materien, wie der Ausgleich mit Ungarn, sollten auf dem bequemen Wege der Nothverordnungen aus dem Wege geschafft werden. Die Regierung des Grafen Thun und seine Majorität bauten so fest auf die Obstruktion, daß sie durch das Aufgeben derselben in das ärgste Gedränge kommen mußten. Die katholische Volkspartei und auch die Jungtschechen haben mit größter Besorgniß dem Augenblick entgegengesehen, in welchem in die erste Lesung über den Ausgleich mit Ungarn eingetreten würde, denn stimmten sie für den Ausgleich, wie er von Badeni-Bilinski ausgearbeitet und von Thun übernommen worden war, so retteten sie dadurch die Regierung vor dem Sturze, aber sie brachten sich selbst in die Gefahr, bei den nächsten Wahlen von ihren Wählern gestürzt zu werden. Stimmten sie dagegen, so wäre der Ausgleich begraben gewesen, mit ihm aber auch die Regierung des Grafen Thun. Der sozialdemokratische Verband hat es daher als seine Aufgabe betrachtet, der Regierung sowie der Majorität das Spiel zu verderben, und wenn im Herbst 1898 das Parlament in die erste Lesung des Ausgleichs eingetreten ist und die deutschbürgerlichen Parteien mit ihrer blöd- und wahnsinnigen Obstruktion — wahnsinnig, weil sie ja die Regierung zu ihrer Existenz brauchte — aussetzten und die erste Lesung des Ausgleichs ermöglichten, so war das nicht in letzter Linie das Verdienst des Sozialdemokratischen Verbandes. Je deutlicher es in die Erscheinung trat, daß Graf Thun seine Herrschaft auf den § 14 stützen wolle, desto dringender wurde es, diesen § 14 den Händen der Regierung zu entwinden. Wenige Stunden vor der Vertagung des Hauses setzten wir mit einer Aktion gegen den § 14 ein, indem wir verlangten, es möge unser Dringlichkeitsantrag wegen Beseitigung des § 14 in Verhandlung gezogen werden. Wir haben uns damals redlich Mühe gegeben, das Gewissen dieses Parlaments zu schärfen und es zu einem geharnischten Protest gegen seine Vergewaltigung zu veranlassen. Und steckte in diesen Parteien nur halbwegs ein Sinn für Ehre, so hätten sie sich vereinigen müssen, um den Herren auf der Ministerbank eine derbe Lektion zu ertheilen. Was wir mit unserem Antrag erreichen wollten, eine feierliche Verwahrung des Parlaments gegen den Absolutismus, wäre, wenn die Leute nur gewollt hätten, das Werk einer Stunde gewesen. Daß unser Antrag nicht angenommen wurde, ist eine der größten Schändungen dieses Hauses. Damals war es wohl klar, daß das österreichische Abgeordnetenhaus aufgehört hat, ein Parlament zu sein.

Daß das Parlament auch dann, wenn es sozusagen arbeitsfähig ist, kein Hort für die bürgerlichen Freiheiten ist, brauche ich wohl Ihnen gegenüber nicht zu beweisen. Ich erinnere nur an die Sitzung, in welcher über unseren Ministeranklageantrag wegen Verhängung des Ausnahmszustandes in Galizien verhandelt und abgestimmt wurde. Es sind im Laufe der drei letzten Jahre sehr viele Ministeranklagen eingebracht worden, und man kann mit Recht darüber im Zweifel sein, ob alle bürgerlichen Antragsteller es auch ernst gemeint haben. In einem oder zwei westgalizischen Bezirken hatten antisemitische Exzesse stattgefunden, und das wurde von der Regierung zum Anlaß genommen, über mehr als 30 galizische Bezirke den Ausnahmszustand zu verhängen. Gegen unsere polnischen Genossen, die bestimmt an diesen Exzessen unschuldig waren, wurde eine wüste Verfolgung eingeleitet. Einige Millionen Menschen wurden außer Recht gestellt, die polnische Schlachta hat es verlangt, und die Regierung gehorchte. So haben zum Beispiel die Jungtschechen deswegen, weil Graf Thun die Sprachenverordnungen aufrechterhielt, keinen Anstoß daran genommen, daß am polnischen Volk ein ungeheurer Raub an den Volksrechten begangen wurde. Die ehemaligen Verfechter des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes haben mit den reaktionären Parteien der Rechten unsere Ministeranklage zu Fall gebracht. Daß wir da eine Niederlage

erlitten, hat nicht uns geschadet, sondern Denjenigen, die sie herbeigeführt haben. (Zustimmung.) Hat die Regierung in dieser Sache einen Sieg errungen, so haben wir in einer anderen Sache der Regierung nicht nur eine, sondern sogar zwei Niederlagen bereitet. Das war der Fall bei der Verhandlung über das Staatsdienergesetz. Wir haben gegen den Willen der Regierung einige Verbesserungsanträge durchgesetzt. Unter diesen befand sich einer, bezüglich dessen der „volksfreundliche" Finanzminister Kaizl erklärte, er werde, im Falle dieser Antrag angenommen würde, die Vorlage nicht der Sanktion unterbreiten. Die Regierung wollte ein sogenanntes Lagergesetz schaffen, welches sie gegenüber dem Parlamente als Revolver gebrauchen wollte. Die Drohungen des Dr. Kaizl haben damals nicht verfangen. Unser Antrag, daß das Staatsdienergesetz vom 1. Februar 1899 an in Kraft zu treten habe, wurde mit einer allerdings sehr kleinen Majorität angenommen. Die Vorlage kam, nachdem das Herrenhaus sie in ihrer ursprünglichen Fassung wieder hergestellt hatte, im Jänner 1899 wieder ins Abgeordnetenhaus, und nun erlebte die Regierung bei demselben Antrage ihre zweite Niederlage. Am 31. Jänner 1899 bereiteten wir ihr im Parlament eine Niederlage, und am 1. Februar erfuhr das Parlament, daß es vertagt sei. Also nicht die Regierung ging, sondern das Parlament mußte gehen.

Es folgte dann die lange, parlamentslose Zeit bis 18. Oktober 1899. Die Regierung war froh, des Parlaments ledig zu sein. Das Budgetprovisorium, das Rekrutenkontingent und alle Ausgleichsvorlagen bis auf zwei wurden, wie es offiziell heißt, im Wege des § 14 geregelt. Ich verweise hier auf die Erhöhung der Zuckersteuer, welche die sonst beobachtete fürchterliche Gleichgiltigkeit der Bevölkerung gegenüber der Handhabung des § 14 jäh unterbrach und einen Sturm der Entrüstung zeitigte, der freilich für unsere Partei mit vielen und schweren Opfern verbunden war. Als im Herbst 1899 das Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, war es uns zu unserem Schmerze nicht mehr vergönnt, das Ministerium Thun „begrüßen" zu können. Die Drohung, daß auch die Wahl der Delegationen in den Bereich der Obstruktion einbezogen werden solle, genügte, um in den oberen Regionen einen „Stimmungswechsel" herbeizuführen. An Stelle der deutschen Obstruktion trat, wie vorauszusehen war — die Obstruktion der Jungtschechen.

Wir sind es gewohnt, uns immer von den Grundsätzen der Gerechtigkeit leiten zu lassen. Darum will ich nicht unerwähnt lassen, daß wir unter Clary einen nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen haben. Dieser besteht in der Aufhebung des Zeitungsstempels.

Unvergessen muß es für die Sozialdemokratie bleiben, daß auch die deutschbürgerlichen Parteien, als wir unter Thun die Verhandlung der Vorlage urgirten und die deutschbürgerlichen Parteien aufforderten, sie mögen wenigstens für eine Stunde die Obstruktion ausschalten, dieses Verlangen höhnisch und brutal zurückgewiesen haben. (Pfuirufe.) Daß der Zeitungsstempel gefallen ist, ist ein Verdienst der österreichischen Sozialdemokratie.

Dann kamen die antisemitischen Exzesse in Holleschau und Wsetin. Es ist dort auf Menschen geschossen worden, um einige Fensterscheiben zu schützen. Welche Haltung der Verband in dieser Angelegenheit eingenommen hat, ist Ihnen bekannt. Wir sind mit den chauvinistischen, pfäffisch-antisemitischen und ministeriellen Urhebern dieser Exzesse scharf ins Gericht gegangen.

Gelegentlich des Streiks der Textilarbeiter in Zwickau und Jägerndorf, der ja geführt wurde, um den Zehnstundentag zu erringen, sind wir mit der Sozialpolitik der Schönerianer, die es bekanntlich sehr eilig haben, auf den Arbeiterfang auszugehen, sehr strenge ins Gericht gegangen. Das Resultat der Debatte war der Beschluß, es seien nach Zwickau und Jägerndorf geeignete Schiedsrichter zu entsenden, welche den Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern beenden sollen. Weniger konnte wohl seitens des Parlaments nicht mehr geschehen.

Auch unter der Regierung des Grafen Clary haben wir eine Aktion gegen den § 14 unternommen, indem wir beantragten, der § 14 möge aus der Verfassung vollständig eliminirt werden. Unser Antrag wäre auch angenommen worden, wenn uns nicht die Christlich-Sozialen in der niederträchtigsten Weise in den Rücken

gefallen wären. Die Deutschvolklichen stellten bekanntlich den Antrag, der § 14 sei bloß umzuändern, und Dr. Lueger ertheilte seiner Partei den Befehl, gegen unseren Antrag zu stimmen. Die Regierung des Grafen Clary fiel, sie starb an ihrer relativen Anständigkeit. Herr v. Wittek erhielt nun den Auftrag, das Ueberweisungsgesetz und das Budgetprovisorium mit dem § 14 zu perfektioniren. Nachdem er diesen Auftrag pünktlich vollzogen hatte, hatte er die Stirne, im Kabinet Körber als Eisenbahnminister zu erscheinen. Es ergibt sich da die Frage, was schlechter und verächtlicher ist: ein Minister, der an die Spitze einer Regierung tritt, um die Verfassung zu brechen, oder ein Parlament, das einen solchen Minister freispricht?

Auch bei der Abstimmung über die Anklage gegen Wittek ertheilte Dr. Lueger seiner Sippe den Auftrag, gegen den Antrag zu stimmen, da er ja mit Herrn v. Wittek wegen der Wiener Wahlreform einen Pakt geschlossen hatte. Diese Flucht möchte ich als die Kapitulation des Bürgerthums vor dem § 14-Absolutismus bezeichnen.

Nach Herrn v. Wittek kam Dr. Körber. Er brillirte mit einem Programm, von dem behauptet wurde, daß es glänzend sei. Herr v. Körber hat sich bemüht, die Deutschen und Tschechen einander näher zu bringen, um dem Parlamente neues Leben einzublasen. Er hat Verständigungskonferenzen einberufen, die aber mit einem Fiasko geendet haben. Herr v. Körber war also weder durch sein schönes Programm, noch durch die Verständigungskonferenzen, noch durch das Sprachengesetz im Stande, den parlamentarischen Apparat wieder in Gang zu bringen. Am schmerzlichsten werden diese Unfruchtbarkeit des österreichischen Parlaments wohl die österreichischen Bergarbeiter empfunden haben. Als das Parlament am 22. Februar zusammentrat, zeigte sich das mächtige Wetterleuchten des Bergarbeiterausstandes. Hunderttausende Grubensklaven hungerten mit ihren Familien seit Wochen. Dieser Kampf gegen die übermächtigen Ausbeuter wurde von der gesammten Welt mit Bewunderung und Beweisen der wärmsten Sympathie verfolgt. Es war ein Ausstand, wie wir ihn in Oesterreich vorher nie gehabt haben. Einige Hunderttausend Menschen setzten ihre Hoffnung auf das österreichische Parlament, und nicht nur die Bergarbeiter, sondern einige Millionen Menschen gaben sich der Illusion hin, das Parlament werde angesichts dieses Riesenkampfes doch für kurze Zeit in dem nationalen Kampfe einhalten, um den Bergarbeitern zu helfen. Das war aber eine arge Täuschung. Es hat damals drei Faktoren gegeben, welche das Elend der Bergarbeiter völlig kalt ließ: die österreichischen Grubenmillionäre, die österreichische Regierung und das österreichische Parlament. Es ist zwar im Parlament über den Streik gesprochen und verhandelt worden, und wir haben dabei Gelegenheit erhalten, unseren alten Dringlichkeitsantrag, der die Einführung der Achtstundenschicht beim Bergbau fordert, begründen zu können. Es erhielten auch der Deutschliberale Ritter v. Demel und der Christlich-Soziale Steiner Gelegenheit, ihr Gift gegen die Bergarbeiter zu verspritzen und die Sozialdemokraten zu beschimpfen, und es erhielt auch der Ackerbauminister Giovanelli Gelegenheit, zu beweisen, daß er ein würdiger Nachfolger des Grafen Falkenhayn sei. Zu den denkwürdigsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses gehört unstreitig jene, in der die vom Ackerbauminister blamirte Regierung vor dem Ansturm des sozialdemokratischen Verbandes die Flucht ergreifen und die Sitzung vorzeitig geschlossen werden mußte. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß im sozialpolitischen Ausschuß ein Gesetzentwurf angenommen wurde, der die Neunstundenschicht beim Bergbau — allerdings nur für die Arbeiter unter Tags — festsetzt, und daß auch die Regierung mit einer ähnlichen Vorlage brillirte.

Alle diese schönen Absichten wurden durch den in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 1900 gewaltsam erzwungenen Schluß der Session vorläufig wieder eingesargt und begraben.

Wenn das Parlament nur gewollt hätte, es hätte den österreichischen Bergarbeitern in einer einzigen Stunde geholfen werden können. (Sehr richtig!)

Als in der Nacht vor dem 9. Juni das Parlament unter Pauken und Trompeten und jungtschechischen Kneipliedern geschlossen wurde, hatte Herr v. Körber bereits das Rekrutenkontingent und die Whal der Delegation in Sicherheit

gebracht. Die ehemaligen tschechischen Demokraten haben dadurch dem Militarismus ihre Reverenz erwiesen, daß sie sowohl die Wahl der Delegation als auch das Rekrutenkontingent von der Obstruktion ausschalteten. Nachdem Herr v. Körber diese Dinge in der Tasche hatte, war die jungtschechische Obstruktion allerdings nicht mehr zu bändigen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Daß wir in jeder Session unsere bekannten sozialpolitischen Gesetzentwürfe, wie ich sie auf früheren Parteitagen aufgezählt habe, aufs Neue eingebracht haben, ist selbstverständlich. Die Hoffnung, daß sie zur Verhandlung kommen werden, hatten wir nicht, aber sie sind als eine Demonstration gegen den wahnwitzigen nationalen Chauvinismus aufzufassen, sie zeigen, welche großen Aufgaben einer gewissenhaften Volksvertretung in Oesterreich noch harren. Zu diesen Anträgen ist noch ein neuer hinzugekommen, welcher die Reform der Gewerbeinspektion bezweckt. Daß wir von dem Interpellationsrecht den ausgiebigsten Gebrauch gemacht haben und machen mußten, ist ebenfalls bekannt.

Mehr als wir in diesem vom Chauvinismus zerfressenen Parlament gethan haben, konnten wir nicht thun, und wenn wir vielleicht in dem einen oder anderen Punkte gefehlt haben, so bitte ich Sie, das Eine zu bedenken, daß auch eine sozialdemokratische Fraktion nicht unfehlbar ist.

Es sehnt sich keiner von den sozialdemokratischen Abgeordneten in dieses Parlament zurück, und wenn heute Gerüchte im Umlauf sind, das Parlament werde aufgelöst, so müßte ich, wenn ich noch gläubig wäre, auf die Knie sinken und dem lieben Herrgott dafür danken. Man steigt wirklich nicht gern in einen Morast hinein. Wenn uns in der jetzigen Situation etwas tröstet, so ist es die Ueberzeugung, daß mit diesem Parlamentarismus eine Brutstätte der politischen Verwahrlosung zu Ende geht. Eine große Schande liegt im Sterben, ein raffinirt ausgeklügeltes volksfeindliches System bricht elend zusammen. Was in den nächsten Tagen kommen wird, das, Genossen, wissen wir nicht. Aber was kommen muß, um diesen greulichen österreichischen Augiasstall zu reinigen, das wissen wir. Mit kleinen Mitteln, mit Kurpfuscherei wird man diesmal nicht vorwärts kommen. Dazu ist die Sachlage denn doch zu ernst. Sollte man es wieder mit diesen kleinen Mitteln versuchen, so wird man bald die Erfahrung machen, daß das reine Zeitverschwendung war.

Ich will nicht prophezeien, was kommen wird. Das Prophezeien ist in solchen Zeiten eine schwierige Aufgabe, und sie zu lösen, überlasse ich dem Dr. Adler. (Heiterkeit.) Nicht mit einer Prophezeiung, sondern mit einer Mahnung möge mein Referat ausklingen: Rüsten wir uns, damit uns jede Situation schlagfertig finde und damit ein großer Moment in uns kein kleines Geschlecht finde. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Smrčka (Wien) stellt folgenden Antrag:

1. Der Parteitag fordert den sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses auf, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach bezüglich der Verbindung politischer Vereine untereinander kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht.

Dieser Antrag wird dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Die Sitzung wird um ½1 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung

(Beginn der Sitzung ½3 Uhr.)

Vorsitzender: **Popp.**

Nach Verlesung der Präsenzliste stellt Skaret den Antrag, dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses für sein bisheriges Wirken daselbst das volle Vertrauen auszusprechen. (Beifall.)

Wird einstimmig angenommen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter **Meizr** (Wien): Angemeldet zum Parteitage waren 107 Genossen. Acht sind abwesend, es verbleiben somit 99 Theilnehmer, und zwar: 95 stimmberechtigte und vier mit berathender Stimme. Da die einzelnen Mandate — einige von ihnen allerdings etwas verspätet — beigebracht und bis auf den Umstand, daß einzelne Mandate mit Stampiglien von politischen Vereinen versehen waren und nicht immer genau ersichtlich ist, von welchen Organisationen sie ausgestellt sind, in Ordnung befunden wurden, so stellt die Mandatsprüfungskommission den Antrag, sämmtliche Mandate anzuerkennen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Witzmann (Wien) überreicht folgenden Antrag:

2. Der Parteitag beschließt die Absendung folgenden Telegramms an die „Westböhmische Volkszeitung" in Saaz:

„Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich begrüßt die unschuldig eingekerkerten Opfer deutschnationaler Niedertracht in Saaz."

Der Parteitag leitet sofort eine Sammlung zu Gunsten der Familien der Saazer Inhaftirten ein.

Wird einstimmig angenommen.

Es wird hierauf zu Punkt 2 b)

Parteitaktik

übergegangen.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

3. Antrag der Bezirksorganisation Wien II:

Nachdem die Arbeiterklasse in Oesterreich mit durch und durch korrupten volks- sowie bildungsfeindlichen bürgerlichen Parteien, die das Proletariat bei jeder Gelegenheit verrathen und beschimpfen, zu kämpfen hat, beschließt der Parteitag: Bündnisse, Kompromisse 2c. dürfen mit bürgerlichen Parteien nicht geschlossen werden.

4. Antrag Heller, Gröbner, Bauer (Wien):

Die Vorgänge der letzten drei Jahre und der nunmehr eingestandene Bankerott des Privilegienparlaments haben weit über die Kreise der sozialdemokratischen Partei hinaus die Ueberzeugung von dem Widersinn und der Unhaltbarkeit des Privilegienwahlrechts geweckt, in welchem alles politische Elend wurzelt, das heute auf Oesterreich lastet. In Erwägung dessen hält der Parteitag den Zeitpunkt für eine mächtige, sich über das ganze Reich erstreckende Agitation gegen den Volksbetrug der fünften Kurie und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für gekommen und beauftragt die Parteivertretung, sofort an die Organisation dieses Kampfes zu gehen.

5. Antrag Ausobsky (Wien):

Zusatz zum Antrag Heller:

— um mit demselben den Kampf für das allgemeine Wahlrecht sofort und mit aller Macht einsetzen zu können, wenn Neuwahlen ausgeschrieben werden.

6. Antrag Dr. Czech (Wien):

Zum Antrage Heller wird an Stelle des Zusatzes Ausobsky folgender Zusatz beantragt:

Sollte die Partei in nächster Zeit vor die Auflösung des Parlaments und vor Neuwahlen gestellt werden, so ist die beantragte Aktion auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Selbstverständlich hat auch in diesem Falle die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahrecht in den Vordergrund des Wahlkampfes zu treten.

7. Antrag Pölzer (Wien):

Der Parteitag beschließt, die Parteivertretung wird aufgefordert, nach dem Parteitag sofort eine Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzuleiten und mit derselben Schärfe wie vor dem Jahre 1897 zu führen.

8. Antrag Beutel (Aussig):

Im letzten Satze des Antrages Heller ist das Wörtchen sofort zu eliminiren.

9. Antrag Petersilka (Wien):

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich in Gemeinschaft mit den Exekutiven der anderen Nationalitäten, im ganzen Reiche Versammlungen zum Zwecke der Aufklärung des Volkes über die schädlichen Wirkungen der chauvinistisch-nationalen Hetze und der damit verbundenen Verhinderung der parlamentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten für die dringend nothwendigen wirthschaftlichen Forderungen des gesammten werkthätigen Volkes abzuhalten. Die Parteivertretung wird weiters beauftragt, zu geeigneter Zeit die nothwendige Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht im ganzen Reiche zu organisiren.

10. Antrag Adelheid Popp und Therese Schlesinger (Wien):

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, bei informatorischen Zuschriften an die Organisationen darauf hinzuweisen, daß bei allen größeren Aktionen der Partei in Versammlungen, Zeitungsartikeln 2c. 2c. die politische Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere das Wahlrecht der Frauen für alle Vertretungskörper, gefordert und begründet werde.

Berichterstatter Dr. **Adler:** Genossen und Genossinnen! Die wahrhaft vorzüglichen Ausführungen des Referenten Genossen Rieger über die Geschichte der letzten Jahre in Oesterreich haben uns den Eindruck, unter dem wir zum Parteitage gekommen sind, nur intensiver zum Bewußtsein bringen können, den Eindruck nämlich, daß wir in einem Lande wirken müssen, wo schon politisch zu leben eine große, schwere Arbeit ist. Rieger hat Ihnen den Todeskampf des heutigen altgewordenen Oesterreich und seines Parlaments geschildert. Er hat zum Schluß die Freundlichkeit gehabt, für die ich mich bei ihm sehr bedanke, mir die Aufgabe zuzuweisen, daß ich die Zukunft prophezeien soll. (Heiterkeit.) Er hat das Prophezeien für ein höchst undankbares Geschäft bezeichnet; ich halte das für ein so schlechtes Geschäft, daß ich entschlossen bin, nicht darauf einzugehen. Der Parteitag hat vor allem die Pflicht, eine andere Seite der Frage ins Auge zu fassen: er hat die noch schwerere Aufgabe, die Interessen der Arbeiterschaft innerhalb dieser schwierigen Situation zu vertreten. Die Sozialdemokratie kann mit Stolz darauf verweisen, daß während der Zeit der unglaublichsten Zerrüttung dieses Staates die Organisation und die politische Erziehung der Arbeiterschaft nicht stillgestanden, sondern ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Wir haben gewißt die Aufgabe, das politische Gewicht der Arbeiterschaft in die Wagschale zu werfen, aber wie soll man das in Oesterreich machen, wenn uns der Feind, den wir fassen wollen, zwischen den Fingern zerrinnt, wo wir flehen, daß er doch lebensfähig wird. Politisch viel zu erreichen war uns in den letzten Jahren nicht vergönnt, aber wir hatten viel zu thun, um das Proletariat von der Ansteckung durch den österreichischen Marasmus, die österreichische Fäulniß, freizuhalten. Wir haben während dieser ganzen Zeit schwere Mühe gehabt, jene Stimmung der Verzweiflung und der absoluten Wurstigkeit, unter der alle Klassen Oesterreichs heute leiden, von der Arbeiterschaft fernzuhalten, und wenn die Arbeiterschaft hoffnungsvoll in die Zukunft sieht, so geschieht dies allerdings nicht, indem sie hinauf, sondern, indem sie hinunter sieht. Wir können natürlich in diesem Reiche der allgemeinen Unvernunft nicht allein Vernünftiges machen, aber unsere Stimmung, die aussichtslos und verzweifelt ist, wenn wir an die Herrschenden denken, wird eine hoffnungsreiche, sobald wir uns den Boden ansehen, auf dem wir fußen, sobald wir sehen, was im Proletariat selbst geschieht. Wir halten den Herrschenden den Spiegel vor, wir sprechen aus, was ist, wir stellen ihnen unverhüllt die Schwierigkeiten vor Augen, unter denen wir leben, und suchen ihnen den Weg zu zeigen, der zu gehen ist. Wenn er nicht gegangen wird, so konzentriren wir unsere ganze Kraft darauf, die Arbeiterschaft zur Vernunft zu erziehen durch die gewerkschaftliche Organisation. Sie hat während der ganzen Zeit des politischen Krebsganges in Oesterreich sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Wenn Sie an die Zeit vor 1897 denken und sich vor Augen führen, wie durch diese Wahlen für die arbeitende Klasse neuer jungfräulicher Boden aufgerissen wurde, welch enormer Zuwachs an politischem Terrain für die Sozialdemokratie

aus diesen Wahlen hervorgegangen ist, so werden Sie zugeben, daß wir genug zu thun hatten, um den damals aufgepflügten Boden nun auch in Cultur zu nehmen. Wir haben auf diesem Gebiete große Erfolge aufzuweisen, trotz der Schmutzkonkurrenz verschiedener bürgerlicher Parteien, die unterstützt wurde durch unser verlogenes und blödsinniges Wahlrecht, das den bürgerlichen Parteien gestattet, neben der egoistischen Pflege ihrer eigenen Klasseninteressen noch nebenbei eine Karikatur von Arbeiterfreundlichkeit, eine arbeiterfreundliche Scheinpolitik zu pflegen. Die Taktik der Partei spricht sich nicht nur im Parlament aus, sie hat sich auch bei jenen großen Unternehmungen der österreichischen Arbeiterschaft gezeigt, die nicht blos gewerkschaftlicher Natur sind, sondern die ganze politische Organisation der Sozialdemokratie in Anspruch genommen haben: Ich meine den Kampf der Textilarbeiter und den Kampf der Bergarbeiter.

Es ist schwer, unter den heutigen Umständen taktische Grundsätze für die Zukunft zu erörtern. Wir wissen im Moment nicht, was der nächste Tag bringen wird, und es ist ein eigenthümliches Schicksal unserer Parteitage, daß sie gewöhnlich in so kritische Zeiten fallen. Genosse Rieger sagt, es kann uns nicht einfallen, den bürgerlichen Parteien in den Arm zu fallen, wenn sie ihr Parlament zerstören wollen. Gewiß, aber gleichgiltig ist uns darum weder des Schicksal des Parlaments noch dieses Staates. Die österreichische Arbeiterschaft verträgt den Zerfall und das Aufhören Oesterreichs sehr gut, ich möchte sogar sagen, sie vertrage sogar den Fortbestand Oesterreichs; was sie aber nicht verträgt, ist das ewige Schwanken zwischen Leben und Sterben, dieses Nichtsterbenwollen und Nichtlebenkönnen, diese Unmöglichkeit, auch nur den geringsten wirthschaftlichen und politischen Fortschritt zu machen. Die Geschichte der letzten drei Jahre hat uns gelehrt, daß Oesterreich mit diesem Parlament nicht leben kann. Wenn Sie nun die bürgerlichen Parteien um ihr Programm und ihre Taktik fragen, so erhalten Sie die Antwort: Oesterreich muß deutsch sein, die andern sagen, Oesterreich muß slavisch sein, und es gibt auch Leute, die behaupten, Oesterreich muß österreichisch sein; aber die können sich darunter nichts vorstellen.

An der Schwierigkeit, daß Deutsche und Slaven in diesem Reiche nebeneinander existiren sollen, wird immer herumgeredet, sie wird mit Phrasen verkleidet und verhüllt, aber sie ernsthaft zu lösen, dazu machen die bürgerlichen Parteien auch nicht den geringsten Versuch. Wir sind weit davon entfernt, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, mit denen wir in Oesterreich zu rechnen haben dadurch, daß Nationen in verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung und eng ineinander geschoben ein Reich regieren und verwalten sollen. Aber diese Schwierigkeit wird dadurch nicht gelöst, daß man sie vermehrt durch ein Uebertreiben der Unterschiede, durch ein künstliches Zuspitzen der Gegensätze, durch Vergiftung der Feindseligkeit, durch eine chauvinistische Hetze, die zur Bestialität führt. Wir glauben im Gegentheile, daß man in diesem Oesterreich mit den alten Formen nicht mehr auskommt, sondern daß Oesterreich, wenn es leben will, zuerst sterben muß, das heißt, daß eine gründliche Umwälzung in diesem Oesterreich vorgenommen werden muß, und wenn es diese Kur nicht verträgt, dann wird es wenigstens schnell sterben, während es so einem Schicksal entgegengeht, gegen das das Schicksal der Türkei Leben und Blüthe ist. (Zustimmung.) Wir haben in der sozialdemokratischen Presse aller Zungen die Erkenntniß zu festigen gesucht, daß Oesterreich nur existieren könne, wenn es erst in seine nationalen Elemente zerlegt wird, um als neue Einheit, wenn eine solche möglich ist und uns von der Geschichte aufgedrungen wird, zusammengefaßt zu werden. Es muß mit der alten Feudalität, mit den alten Formen der feudalen Monarchie, es muß mit dem verkappten und offenen Absolutismus endlich gebrochen werden, denn die neue Zusammenfassung autonomer nationaler Gebilde in diesem Oesterreich ist nur möglich auf einer ehrlichen, bis in die letzte Faser demokratischen Grundlage. Oesterreich braucht diese Revolution, um zu leben, und wenn es sie nicht verträgt, dann stirbt es, aber es stirbt nicht einen rühmlichen Tod, sondern verreckt elend auf dem Schindanger der Weltgeschichte. (Beifall.)

Das sind die Ziele, das ist das Programm, für das wir kämpfen, und darin unterscheiden wir uns mit vollem Bewußtsein und schroff von allen Parteien

in Oesterreich, von jenen Chauvinisten, seien es Deutsche oder Tschechen, die sich gegenseitig unterkriegen zu können glauben. Wir haben vor einigen Tagen die Rede des Dr. Herold zu lesen bekommen, der auseinandersetzt, daß, was in Oesterreich vorgeht, ein Gefecht ist in dem jahrhundertealten Kampf zwischen Germanen und Slaven, und daß der Kampf bis zu Ende gekämpft und rücksichtslos ausgefochten werden muß. Dr. Herold sollte solche Dinge nicht an die Wand malen. Wenn es sich wirklich um einen solchen Kampf auf Leben und Tod zwischen den zwei Nationen handeln würde, so wäre das Schicksal seiner Nation wohl mehr gefährdet, als das der Deutschen. Es ist nicht vernünftig, es ist aber auch nicht wahr, was er sagt: Es handelt sich lediglich um Herrschaftsbedürfnisse der Bureaukratie und der Feudalität, es handelt sich um schwere materielle Interessen, die sich für das Volk in sehr wichtige Dinge umsetzen, die aber zu lösen sind, wenn man nicht gewaltsam zusammenhält, was einmal nicht beisammen bleiben kann, nicht beisammen bleiben will. Freilich, wenn man diesen Maßstab anlegt, muß man sagen, daß die Politik unserer Ministerien sehr kleinlich aussieht. Was will es sagen, wenn die Regierung wieder einmal mit den Tschechen unterhandelt — ich glaube jetzt ist Dr. Stransky der Auskunft gebende Sekretär für Körber. Es mag unsere Minister interessiren, ob die Jungtschechen nach Zusammentritt des Parlaments wieder Obstruktion machen werden oder nicht, weil sie von der Hand in den Mund leben und schon zufrieden sind, wenn sie nur wissen, was morgen geschieht. Aber für die Entwicklung des Landes ist es vollständig gleichgiltig, ob die tschechische Fraktion erlaubt, daß noch einige Tage Parlament gespielt wird. Es sind derartige Schwierigkeiten aufgehäuft, daß dieses Parlament unmöglich mehr leben kann. Man spricht jetzt wieder von einem klerikalen Ministerium Alfred Liechtenstein, das gegen die tschechische und deutsche Bourgoisie und gegen das tschechische und deutsche Proletariat regieren würde. Das wäre eine Koalition aller rückständigen Schichten Oesterreichs gegen die Fortgeschrittenen, mit einem Klerikalen als dem kommandirenden General. Die Sache ist nicht so gefährlich, wie sie aussieht. Das sollte man einmal machen. Vielleicht wäre das die Roßkur, die nothwendig ist, um endlich in diesem Oesterreich ein Exempel zu statuiren, um dieses blinde tschechische und deutsche Bürgerthum zu einem gemeinsamen Kampfe gegen ihren gemeinsamen Feind zusammen zu zwingen. Man erlebt ja merkwürdige Dinge. In Deutschland wird heute — dem Sedantage — keine Sedanfeier gehalten, weil Deutsche und Franzosen zusammen gegen die Chinesen kämpfen. Sollte es ganz unmöglich sein, daß einmal Deutsche und Tschechen gegen unsere Chinesen gemeinsam zu Felde ziehen? Doch lassen wir diese Kombination. Das Ministerium Körber genießt noch immer das Vertrauen der Krone in unvermindertem Maße. Es ist Herrn Körber bisher nichts eingefallen, und es besteht auch nicht die Gefahr, daß ihm in nächster Zukunft etwas einfällt. Er ist also gerade der Mann, wie wir ihn in Oesterreich brauchen, und er verdient das Vertrauen. Ich glaube also nicht, daß er zunächst abgelöst werden wird. Wir hören aber jetzt, daß dieses Parlament nicht mehr zusammenberufen werden, sondern eine Auflösung desselben beliebt wird. Es ist merkwürdig, wie sich manchmal die bürgerlichen Politiker der alten konstitutionellen Schlagworte erinnern. Es erschallt der Ruf, daß es unter den gegenwärtigen Umständen nur ein Mittel gibt: Den Appell an das Volk, den Appell an die Wähler, also Auflösung! Ja, den Appell an das Volk, den wollen auch wir, aber der Appell an die heutigen priviligirten Wähler ist kein Appell an das Volk, das ist ein Appell an eine Anzahl von Cliquen, die zum größten Theil volksfeindlich und volksverderberisch sind. Will man einen Appell an das Volk, dann muß man auch Muth und Ehrlichkeit und den ernsten Willen haben, etwas zu thun, dann ist mit der einfachen Auflösung des Abgeordnetenhauses nichts gethan, dann muß das geschehen, was wir auf mehreren Parteitagen immer lauter verlangt haben: Dann brauchen wir in Oesterreich eine Konstituante, das heißt ein Organ des Volkes, welches die von uns gewollte Umwälzung und Revolutionirung Oesterreichs in gesetzlicher Form durchführen wird.

Will man zweimal und dreimal und öfter auflösen, wie man sagt, wir sind bereit, zweimal und dreimal und öfter in den Kampf zu ziehen; wir werden auch

bei wiederholten Neuwahlen unsere Pflicht thun, wir können im Wahlkampf nur ein paar Mandate profitiren. Zur Lösung der Schwierigkeiten aber kann eine solche Neuwahl nicht das Geringste beitragen, denn es ist klar, daß dieselben Parteien mit noch verschärfterer Gegnerschaft noch fanatischer und durch den Wahlkampf aufgeregter in denselben ziehen werden. Die Regierung hat aber in Oesterreich gar kein Programm, sie tritt in den Wahlkampf mit der Parole ein: „A Ruah will i' ham und Ordnung muaß sein!" Wie die Ordnung aussehen soll, darüber hat sie keine Vorstellung oder es ist die Anerkennung eines bestehenden Unrechtes und der bestehenden Unmöglichkeiten. So wenig solche Neuwahlen für die Geschichte Oesterreichs und dessen weitere Entwicklung Bedeutung hätten, so haben sie eine umso größere Bedeutung für unsere Partei als eine Gelegenheit zur Bethätigung und Verbreitung unserer Grundsätze und zur Vermehrung unseres politischen Gewichtes. Aber wir geben uns darüber auch keiner Täuschung hin. Nehmen wir das Unmögliche an, es würden alle 72 Mandate der fünften Kurie, die auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes vergeben werden, nehmen wir an, es würde die große Majorität der gesammten österreichischen Wählerschaft sich nicht ausschließlich etwa für eine sozialdemokratische Parole, aber doch für die Parole des nationalen Friedens aussprechen, sich für eine nationale und politische Reformpolitik einsetzen, würde das in unserem Parlament auch nur die geringste Wirkung haben? Die chauvinistischen Parteien auf beiden Seiten des Hauses — verstärkt durch die Feudalen auf beiden Seiten — würden das Parlament nach wie vor in der Hand haben, und die Stimmen der großen Volksmassen würden durch die Privilegienvertreter wie bisher nullifizirt werden. Aber trotzdem hat ein Wahlkampf für uns eine sehr große Bedeutung, und es ist sehr ernstlich nothwendig, daß unsere gesammte politische Organisation ihren Mechanismus prüfe und kontrolire, ergänze, wo etwas fehlt und sich zum Kampfe bereit halte. Es ist dringend nothwendig, daß das unverzüglich nach dem Parteitage geschehe.

Abgesehen von diesen politischen Umständen scheinen wir auch in wirthschaftlicher Beziehung sehr schweren Zeiten entgegen zu gehen, die schon ihre Schatten voraus zu werfen beginnen und in manchen Branchen bereits heute sehr deutlich fühlbar sind. Wir stehen am Rande eines Stromes von industriellem Aufschwung, der unerhört ist in der Wirthschaftsgeschichte, von dem aber Oesterreich so gut wie gar nichts gehabt hat. Wir stehen am Vorabend einer Krise, die wir mit empfinden werden, obwohl wir nicht mitgenossen haben, was an dem Aufschwunge gut war. Wenn Sie das zu unseren politischen Schwierigkeiten dazurechnen und sich vor Augen halten, welche Summe von Widerstand nothwendig sein wird, um die schlimmsten Folgen dieser Wirthschaftskrise von unseren Organisationen abzuhalten, zu verhindern, daß die Lebenshaltung unserer Arbeiterschaft, die mit Mühe und Noth durch organisatorische Arbeit einigermaßen gehoben wurde, wieder aufs Neue tief herabsinke, dann werden Sie zugeben, daß wir eine Summe von schweren politischen und organisatorischen Arbeiten vor uns haben, die unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen werden. Man braucht in der That kein Prophet zu sein, um leider sagen zu müssen, daß es kaum in Aussicht stehe, daß in nächster Zeit auf dem Wege der Gesetzgebung ein erheblicher Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne gemacht werden wird. Die Sozialdemokratie kann sich das Zeugnis geben, daß sie durch Anwendung ihrer Prinzipien zuwege gebracht hat, was Niemand in Oesterreich noch geleistet: Ein ruhiges, friedliches und einträchtiges Zusammenleben der Arbeiter aller Zungen in ganz Oesterreich!

Genosse Rieger hat es unterlassen, in seinem Referate darauf hinzuweisen und Dank und Anerkennung des Parteitages dafür zu verlangen, daß eine parlamentarische Fraktion, die aus Deutschen, Tschechen, Polen und Ruthenen zusammengesetzt ist, zu einer Zeit der deutschen sowie auch der tschechischen Obstruktion, wo die größten Wirren in diesem Hause geherrscht haben und die Vertreter der verschiedenen Nationen wie die wilden Thiere aufeinander losgegangen sind, daß unsere internationale Fraktion Tag für Tag einheitlich und geschlossen vorgehen konnte. Das ist allein ein Stück politischer Arbeit, welche die volle Anerkennung und den Dank des Parteitages erheischt.

Wir werden als k. k. Sozialdemokraten hingestellt, weil wir die wirthschaftlichen Forderungen in den Vordergrund stellen. Wenn wir das thun und wenn die Regierung die wirthschaftlichen Nothwendigkeiten betont, so sind das zwei ganz verschiedene Dinge. Wenn Herr v. Körber so viel Versprechungen machte, so sollte das ein Mittel sein, um die Parteien von ihrer nationalen Politik zu einer anderen volksfeindlichen Politik zu verleiten. Wenn unser Parlament anfängt, arbeitsfähig zu werden, so ist die erste Bedingung nicht etwa, die Bedürfnisse die Völker zu befriedigen, sondern den schädlichen, für Oesterreich geradezu tödtlichen Ausgleich mit Ungarn anzunehmen; was uns in zwei bis drei Jahren in erster Linie beschäftigen wird, ist, daß die gesammte industrielle Bevölkerung mit gebundenen Händen den österreichischen und ungarischen Agrariern ausgeliefert werden soll. Mit dieser Verfälschung dieser Wirthschaftspolitik Oesterreichs, welche die Leidenschaften nicht durch Ordnung im Reiche, sondern durch Hypnotismus und Opium einschläfern will, mit einer solchen politischen Friedenspolitik können wir uns nicht befreunden. Im Gegentheile müssen wir sagen, daß wir den Jungtschechen dankbar zu sein haben, wenn sie ihren eigensinnigen blöden Schädel aufsetzen und darauf hinarbeiten, um dieses Parlament unmöglich zu machen. Wenn das Ding zertrümmert werden soll, soll gründliche Arbeit gemacht werden, wir pfeifen auf die Fortfretterei dieses alten Privilegienparlaments, wir hoffen nichts mehr von ihm, und wenn die Thorheit der bürgerlichen Parteien es in Scherben schlägt, so haben wir nur dafür zu sorgen, daß auf diesen Ruinen etwas Vernünftiges aufgebaut werde. Gewiß ist unsere Leistungsmöglichkeit in dieser Beziehung beschränkt. Nirgends wird die Partei von den Parteigenossen so wie in Oesterreich nicht nur dafür verantwortlich gemacht, was die Partei thut, sondern auch für das, was überhaupt geschieht. Vor einer solchen Ueberschätzung müssen wir uns aber hüten, wir allein können aus Oesterreich nicht etwas Vernünftiges machen, dazu ist die österreichische Arbeiterklasse zu schwach, sie ist eine Minorität und hat noch lange nicht den ihrer Entwicklung gebührenden Einfluß. Wir können uns nur davor schützen, daß sie mitleide unter den Folgen einer blinden, reaktionären Politik. Wenn Oesterreich zu Grunde geht, so geht es zu Grunde an den Sünden seiner herrschenden Klassen, die Arbeiterschaft hat nicht mitgesündigt, sie hat an den Früchten der Ausbeutung nicht mitgenossen, sie hat nicht mitgewirkt an der Verdummung und Niederhaltung des Volkes, nicht mitgewirkt an dem Zurückhalten der wirthschaftlichen Entwicklung des Landes, und sie will deshalb auch nicht mit zu Grunde gehen. Wir können unsere Taktik nur darauf einrichten, welche Anforderungen wir an uns stellen; daß die Anderen vernünftig werden, oder gar, daß wir sie vernünftig machen, das ist von uns nicht zu verlangen. Wir zeigen den Weg, den man gehen soll: Wir brauchen die nationale Trennung und Föderalisirung Oesterreichs. Wir brauchen die Beseitigung des feudalen österreichischen und die Beseitigung des feudalen böhmischen Staatsrechtes. Wir brauchen demokratische Grundlagen, wir brauchen ein neues Parlament auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, wir brauchen eine vollständige Revolutionirung des alten Oesterreich. Und mit diesem Rufe werden wir in den Wahlkampf eintreten, sobald er uns aufgenöthigt werden wird. Wenn jemals, so hoffen wir, daß heute die Bevölkerung, vielleicht über die Arbeiterklasse hinaus, dafür Verständniß hat, daß es nicht mehr möglich ist, an dem alten Plunder herumzudoktern und herumzuschmieren, daß es nicht genügt, neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen, sondern daß Alles beseitigt werden muß, was an das alte Oesterreich erinnert, und daß, wenn es ein Oesterreich geben muß, es ein neues Oesterreich sein muß, ein Oesterreich, gegründet auf der Selbständigkeit der Nation und auf der Freiheit des Volkes. Das allein kann unsere Taktik sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Pernerstorfer (Wien): Der Anblick, den uns unser Vaterland seit drei Jahren bietet, hat endlich in Jedem die Ueberzeugung gefestigt, daß wir einem schier unlösbaren Problem gegenüberstehen. Oesterreich ist ja nicht erst seit heute in einer schwierigen Situation, es ist schon ungemein oft in unglücklichen Situationen gewesen, ja, Oesterreich ist das typische Land des Unglücks, in dem die Völker seit nahezu 300 Jahren systematisch durch eine unglückselige Regierungspolitik erwürgt

werden. Aber so verzweifelt wie heute hat es noch nie ausgesehen. Die Radikalnationalen erheben den Ruf „Los von Rom“, die Tschechen „Los von Wien“ und die Deutschen in Böhmen „Los von Prag“. Wenn ich jünger wäre und meinen Bequemlichkeitsanwandlungen weniger nachgeben wollte, würde ich rufen: „Los von Oesterreich!“ (Beifall.)

Es kann heute nicht unsere Aufgabe sein, den herrschenden Klassen Rathschläge zu geben, aber wir müssen ihnen klipp und klar sagen: Ihr möget thun, was Ihr wollet, denket daran, daß es in diesem Oesterreich eine Partei gibt, die geschlossen vorgeht und nicht mehr vertilgt werden kann, eine Partei, die mit Entschlossenheit die Prinzipien der Freiheit vertheidigt in diesem Lande des Servilismus. Wir müssen insbesondere den bürgerlichen Parteien sagen, wenn sie uns bekämpfen, weil wir angeblich Verächter aller heiligen Empfindungen der Völker dieses Reiches sind, daß im Gegentheil wir den Vorwurf gegen sie erheben, daß sie alle ihre Ideale schmählich verrathen haben um kleiner materieller Vortheile willen.

Wir sehen ja, daß die bürgerlichen Parteien jeden Tag bereit sind, wenn es ihnen nur gelänge, an die Macht zu kommen, irgendeinen schäbigen Ausgleich mit den anderen Nationen zu machen, nicht einen Ausgleich auf die Dauer, wie wir ihn uns denken, sondern einen Ausgleich, der ihnen den Weg zur momentanen Macht ebnet.

Wenn uns die nächsten Tage vielleicht schon den Kampf aufdrängen werden, wir gehen sehr freudig in den Kampf, mit dem Bewußtsein, daß wir in Oesterreich die einzige Partei sind, die in diesen verrotteten Ländern, in diesen durch den Klerikalismus bis an den Rand des Abgrundes gebrachten Ländern die Interessen des Fortschritts und eine gesunde Entwicklung vertritt, die niemals dazu zu haben ist, einen Punkt ih es Programms preiszugeben, um die politische Macht zu erringen. Wir proklamiren an diesem Parteitage, daß wir unerschütterlich in dem festhalten, wodurch wir mächtig und groß geworden sind, und daß wir den Kampf gegen jene Mächte, die Oesterreich beinahe schon zu Grunde gerichtet haben, gegen den katholischen Klerikalismus und den Feudalismus mit vermehrter Kraft weiterführen werden. (Beifall.)

Krapka (tschechische Parteivertretung): Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn die Ausführungen der beiden Vorredner nicht etwas zu schönfärberisch gewesen wären. Ist denn an unserer Taktik gar nichts auszusetzen? Man sollte sich auf den Parteitagen — ich meine da nicht nur die deutschen, sondern auch die tschechischen — doch die Wahrheit ins Gesicht sagen. Die Parteigenossen draußen haben sehr wenig von diesen großen politischen Bildern, sie wollen von uns hören, wie sie sich in dem bevorstehenden Kampfe gegenüber den anderen Parteien verhalten sollen. Wir sind in der letzten Zeit etwas empfindlich in nationaler Beziehung geworden, und ich glaube, das schadet uns. Wenn wir stets von den Deutschnationalen auf der einen und von den Tschechischnationalen auf der anderen Seite als die „Verräther der Nation“ bezeichnet werden, so sollte uns das schon einmal gleichgiltig sein. Warum sollen wir dagegen immer protestiren und sagen: ich bin doch ein wirklicher Deutscher oder ein wirklicher Tscheche? Weiters sollte man den Genossen auch sagen, sie sollten nicht immer auf die Initiative der Parteivertretung warten, sondern auch selbst eingreifen, wenn es nöthig ist. Es wäre daher nothwendig, daß wir uns in der nächsten Zeit anders verhalten. Unser Verhalten muß etwas grobkörniger werden.

Winarsky (Wien): Ich meine, wir sind auch als Sozialdemokraten in mancher Beziehung Oesterreicher geblieben, es ist uns einiges von der altererbten österreichischen Schlamperei und dem Mangel an Konsequenz anhaften geblieben. In den letzten Jahren hat das österreichische Privilegienparlament den Beweis erbracht, daß es nicht lebensfähig ist. Ich glaube, unter solchen Verhältnissen hätte die sozialdemokratische Partei als die einzige, die sich an alle Nationen dieses Reiches zu wenden in der Lage ist, die Aufgabe, das Sturmsignal zu geben zum Kampfe gegen den Absolutismus.

Damit ist doch nicht gedient, wenn wir sagen, daß wir sozialdemokratische Taktik machen werden, und wenn wir sagen, daß, wenn die Wahlen ausgeschrieben

werden, wir als Wahlparole das allgemeine, gleiche Wahlrecht nehmen werden. Es ist nothwendig, daß der Parteitag den Beschluß fasse, daß die Partei nicht zu warten habe auf die Ausschreibung von Neuwahlen, sondern daß der Kampf für das Wahlrecht, der 1897 zum Schaden für die Partei unterbrochen wurde, von Neuem und verstärkt aufgenommen werden muß. Als wir die Badeni'sche Kurie erhielten, haben wir zwar beschlossen, uns an den Wahlen zu betheiligen, wir haben aber erklärt, daß unbeschadet dieser Betheiligung der Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht fortgeführt werden muß. Dieser Beschluß wurde aber nicht ausgeführt. Wenn wir nun schon den Fehler begangen haben, den Kampf nicht fortzuführen, so glaube ich, daß jetzt, wo die offiziellen Leiter dieses Staates rathlos sind, wo keine der bürgerlichen Parteien im Stande ist, einen Weg anzugeben, der aus dem Wirrsal herausführt, der Augenblick gekommen ist, den Kampf wiederum aufzunehmen und mit aller Energie durchzuführen. Genosse Adler wird uns sagen, eine derartige Bewegung lasse sich nicht machen. Das ist wahr; aber, Genossen, eine solche Bewegung wird, wenn wir nur selbst wollen. Auch die Wahlrechtsbewegung von 1893 ist nicht so ganz von selbst aus dem Gefühl der Proletarier entstanden, auch da mußte die Sozialdemokratie Geburtshelferdienste leisten. Auch damals haben einzelne Genossen in der Parteivertretung den Kopf geschüttelt und gemeint, daß die Sache nicht gehen werde. Ein Artikel in der „Volkstribüne" von einem gewissen Ataractus ist es gewesen, der den Anstoß zum Kampfe gegeben hat. Heute stehen wir an einem Wendepunkt der inneren Politik Oesterreichs. Da bedarf es keines „Ataractus-Artikels" mehr. Das Gefühl sagt Allen, daß wir vorwärts müssen, und deshalb bedauern wir, daß Genosse Adler nicht das Sturmsignal gegeben hat zum Kampf, den alle Parteigenossen mit Begeisterung führen werden, um das Proletariat hinauszubringen aus dem Sumpf, in den es die herrschenden Parteien geführt haben. (Beifall.)

Skaret (Wien): Die Schlußausführungen des Referenten haben in der That wie ein Kampfruf geklungen, ein Kampfruf, der die Parole für unser künftiges Verhalten sein soll. Derartige Kampfesrufe sind aber in den beiden letzten Jahren wiederholt ausgestoßen worden. Ich erinnere Sie nur an den Kampf gegen den Absolutismus gelegentlich der Oktroyirung der Zuckersteuer. Wir glaubten damals, daß im Anschlusse an diese abscheuliche Regierungshandlung eine ganz ansehnliche Wahlrechtsbewegung in Fluß gerathen werde. Die Erhöhung der Zuckersteuer hat allerdings die Gemüther sehr erregt; wir haben in der Provinz eine intensive Agitation entfalten und gewaltige Demonstrationen platzgreifen gesehen; aber kaum waren einige Wochen ins Land gegangen, so hatte man sich mit dieser Schandthat abgefunden.

Diese Thatsache hat uns davon überzeugt, daß Diejenigen Recht haben dürften, welche behaupten, daß die V. Kurie unser ganzes politisches Leben versumpft habe und uns nicht mehr zu jener Thatkraft gelangen lasse, die wir vor der Badeni'schen Wahlreform hatten. Ich glaube, es geht wohl nicht an, der Parteivertretung in dieser Hinsicht einen Vorwurf zu machen, da wir wiederholt die Gelegenheit wahrgenommen haben, um eine starke Bewegung zu inszeniren. Ich glaube daher, daß es heute an uns sein wird, aus dem Parteitag heraus eine Wahlrechtsbewegung zu machen. Wenn man auch hundertmal Recht haben mag, daß sich eine Wahlrechtsbewegung nicht machen lasse, daß sie ein Produkt der Verhältnisse sein müsse, so sage ich, daß gerade jetzt die Verhältnisse hiefür günstiger denn je liegen. (Zustimmung.) Es fragt sich nur, ob wir auch außerhalb Wiens die nöthige Unterstützung finden. (Rufe: Gewiß!)

Die Zuckersteueraktion und der Kampf gegen den Absolutismus wurden in Wien leider durch den Kampf, den wir gegen die Christlich-Socialen anläßlich der Gemeinderathswahlen führen mußten, sehr in den Hintergrund gedrängt. Ich meine nun, es muß eine Losung ausgegeben werden, die die Masse aufrüttelt und zu neuer Thatkraft anspornt. Wäre es nicht möglich, daß wir die alte Losung der Wahlbewegung in den Jahren 1893 und 1894 nehmen: die Organisirung des Generalstreiks? Sagen Sie nicht, daß das eine Phrase sei. Mit dem bloßen Verlangen eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, mit dem bloßen

Rufe nach Beseitigung der absolutistischen Zustände ist nichts gemacht. Wir brauchen andere Mittel, die die Arbeitermasse aufrütteln aus ihrer Lethargie.

Pölzer (Wien): Ich glaube, der Referent hätte die Pflicht gehabt, wenigstens mit einigen Worten darauf hinzuweisen, was in der nächsten Zeit zu geschehen habe. Die Parteivertretung hat überhaupt in den letzten Jahren ziemlich viele Sünden begangen. Es ist zum Beispiel nicht wahr, wenn sie sagt, daß die Genossen draußen ganz theilnahmslos sind. Die Genossen sagen: Seitdem wir die fünfte Kurie haben, ist es so, als ob die Generale hypnotisirt wären, es rührt sich nichts mehr. Ich meine also, es müssen überall Demonstrationsversammlungen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht abgehalten werden. Wir erwarten, daß die Parteivertretung nun ihre Pflicht thun wird, sonst treffen uns die Neuwahlen wirklich ungerüstet.

Stark (Tachau): Ich kann nicht den Ausführungen des Referenten zustimmen, wenn er sagt, daß, wenn dieses Oesterreich fortbestehen soll, es, wenn auch auf demokratischer Grundlage, in nationale Einheiten getheilt werden muß. Diese Auffassung hat bereits vielfach in Arbeiterkreisen zu falschen Ansichten geführt. Bei der Fluktuirung der Bevölkerung, deren Majorität ja nicht der Industrie angehört, können die nationalen Kreise im Verlaufe von fünf Jahren ein ganz anderes Gesicht angenommen haben, so daß man alle paar Jahre eine Neueintheilung vornehmen müßte. Es ist dies übrigens eine Frage, die nicht hier, sondern auf einem internationalen Parteitag zu diskutiren wäre. Es handelt sich nun darum, eine große Bewegung ins Leben zu rufen, und da ist das Wort „Generalstreik“ ausgesprochen werden. Ich meine, der Generalstreik kann in Oesterreich keine anderen politischen Verhältnisse schaffen, weil er eben nicht zustande kommt. Ein Generalstreik, der alle Branchen umfaßt, ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Ich glaube, es genügt vollkommen, wenn wir uns bemühen, die indifferenten Massen und insbesondere die landwirtschaftliche Bevölkerung darüber aufzuklären, wie sie immer mehr entrechtet werden. Dadurch werden wir am ehesten eine Bewegung zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu Stande bringen.

Heller (Wien): Unser Antrag entspricht derselben Erwägung, welcher Genosse Winarsky Ausdruck gegeben hat, daß Genosse Adler wohl in sehr ausführlicher Weise das Uebel, das Oesterreich bedrückt, auseinandergesetzt, es aber unterlassen hat, weiter zu sagen, was wir thun und insbesondere, welchen Weg wir einschlagen sollen. Genosse Skaret hat davon gesprochen, daß auch die Zuckersteueraktion nicht den Erwartungen entsprochen hat und die aufflammende Bewegung nach kurzer Zeit in sich zusammengebrochen ist. Die Ursache lag vornehmlich darin, daß mit dieser Aktion in Wien der Kampf gegen die Luegerei zusammenfiel, auf die wir unsere ganze Kraft konzentriren mußten, was auch auf die Provinz nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Ich glaube, wir müssen uns hüten, einer augenblicklichen Lockung zu folgen, das Schlagwort des Generalstreiks in die Massen zu schleudern, wenn wir uns nicht darüber klar sind, ob wir die Macht und auch den Willen haben, es auszuführen. Ich will nicht sagen, daß der Generalstreik von vornherein zu verwerfen ist. Genosse Jaurès, der durchaus nicht auf dem radikalsten Flügel der französischen Sozialdemokratie steht, hat erst in den letzten Tagen darauf hingewiesen, daß dem Proletariat doch irgend ein Weg für die revolutionäre Thätigkeit offen stehen muß, daß wir damit, daß wir sagen, der Weg der Barrikaden ist ungangbar geworden, gewiß eine Thatsache feststellen, daß wir aber andererseits doch die Verpflichtung haben, dem Proletariat ein anderes Machtmittel zu zeigen, welches es anwenden könne, wenn die Gewalt der Widersacher anders zu brechen nicht möglich erscheint. Er sagt, daß der Generalstreik die Form ist, in welcher sich nach seiner Meinung eine *proletarische* Revolution vollziehen könne. Aber Revolutionen können bekanntlich nicht gemacht werden; sie entstehen, wenn ihre Vorbedingungen reif geworden sind, spontan. Deshalb können wir, meines Erachtens, den Generalstreik nicht „vorbereiten“, haben aber auch keinen Grund, eine Diskussion über ihn abzulehnen.

Wir warten nicht auf das Kommando der Generale, aber ich glaube, die Genossen erwarteten thatsächlich, daß das Losungswort zum Kampf hinausgegeben werde. (Beifall.)

Bartel (Teplitz): Wir sind hergekommen, um hier von unseren Staatsmännern eine Direktive zu erhalten. Dr. Adler hat uns aber nicht gesagt, was wir machen sollen. Er hat uns ein schönes, formvollendetes Referat vorgetragen, indem er uns erzählt, was ist; aber was sein soll, davon hat er uns nichts gesagt. Dr. Adler will offenbar in seiner Schlauheit erst die Stimmung kennen lernen, bevor er mit Vorschlägen herausrückt. Wenn er dann auf Grund der gehörten Ansichten am Schlusse seine Anträge bringt, wird er auch sicher sein, sich keine Blößen zu geben. Das ist die berühmte Adler'sche Taktik. (Heiterkeit.) In unserem Wahlkreise sind zahlreiche Wünsche nach Wahlrechtsdemonstrationen ausgesprochen worden, es hätte aber doch keinen Zweck, wenn nur einzelne solcher Demonstrationen, zum Beispiel in Komotau oder in Saaz, abgehalten werden. Das verpufft wirkungslos. Solche Demonstrationen müssen planmäßig im ganzen Reiche durchgeführt werden, und dazu bedarf es der Parteivertretung. In dem Manifest der Parteivertretung und des Verbandes wurde ein schüchterner Aufruf zum Wahlkampf erlassen. Wir haben in der Provinz aufgeathmet, weil wir meinten, endlich werde etwas geschehen. Es geschah aber nichts, und wir stehen dort, wo wir vor dem Manifeste standen. Aus diesen Gründen begrüße ich den Antrag Heller. Mit dem alten abgenützten Schlagworte des Generalstreiks sollte man nicht kommen. Reden Sie draußen heute nach dem Bergarbeiterstreik (Unruhe) davon, dann können Sie Prügel bekommen; und ebenso wenig wie die Bergarbeiter könnten wir die Textilarbeiter oder die Arbeiter anderer Branchen dafür gewinnen. Das wäre ein Streik der Generale, aber kein Streik der Arbeiter.

Bretschneider Ludwig (Wien): Es wird der Parteivertretung der Vorwurf gemacht, sie hätte bei verschiedenen Gelegenheiten, wie insbesondere bei Anwendung des § 14 und bei Erhöhung der Zuckersteuer, nicht in der geeigneten Weise eingegriffen. Dieser Vorwurf erscheint mir nicht berechtigt. Da wir jetzt etwas machen sollen und nichts Anderes machen können, so verlangt man, daß eine große Wahlrechtsbewegung veranstaltet werde, und da muß ich doch fragen: Haben denn die Genossen aus der Wahlrechtsbewegung gar nichts oder doch so wenig gelernt, daß sie nicht zur Erkenntniß gekommen sind, daß große Bewegungen sich nicht von oben her kommandiren lassen, sondern aus der Situation herauswachsen müssen? Situationen lassen sich wohl geschickt ausnützen, um eine Forderung unseres Programms mehr als wie bisher in den Vordergrund zu setzen. Wenn die Genossen auf die Wahlrechtsbewegung von 1893 hinweisen, so vergessen sie auf den Umstand, daß damals Oesterreich noch ein halbwegs arbeitsfähiges Parlament gehabt hat. Damals konnte in Oesterreich keine Regierung bestehen, die sich nicht mit der Wahlrechtsfrage befaßt hätte. Wer soll uns heute das Wahlrecht geben? (Heller: Körber soll das Parlament einberufen und ihm eine Vorlage unterbreiten!) Sie wünschen — sagen Sie es offen — es soll das Wahlrecht mit dem § 14 gemacht werden. Ein solches Oktroi würde uns nicht entrüsten, aber damit können wir nicht rechnen. Wenn ein arbeitsfähiges Parlament da sein wird, können wir für die Wahlreform kämpfen. Solche Massenbewegungen lassen sich nicht machen, aber wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, so werden wir Wiener und Niederösterreicher wieder an der Spitze marschiren.

Seliger (Reichenberg): Winarsky verlangt, daß zum Sturm geblasen werde. Wenn Sturm geblasen werden soll, so muß auch ein Objekt da sein, gegen welches man zum Angriffe schreitet. Ich meine nicht, wie Winarsky, daß wir nur eine Losung zu finden brauchen; ich meine nicht, daß beispielsweise der Generalstrei[k] die Massen entflammen würde; das ist eine Losung, die in einer Zeit einer herannahenden Wirthschaftskrise ganz aussichtslos wäre. Ich wundere mich, daß Skaret dieses Schlagwort ausgesprochen hat. Mit einer bloßen Drohung des Generalstreiks ist nicht gedient, und ihn durchzuführen, daran glauben Sie wohl selbst nicht, schon mit Rücksicht auf den Bergarbeiterstreik. Was wir thun können, ist, wenn es zu einer Auflösung kommt, den Wahlkampf zu einem Wahlkampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu gestalten. Etwas anderes werden wir

nicht vermögen, und ich halte es für einen großen Erfolg der Sozialdemokratie, wenn wir dem Wahlkampf diesen Stempel aufprägen. Künstlich läßt sich eine Bewegung nicht aus dem Boden stampfen. Man wird nicht ewig auflösen können, und wenn der Appell an die privilegirten Wähler wirkungslos geblieben ist, dann wird sich schließlich auch in jenen Kreisen der österreichischen Politiker, die einen entscheidenden Einfluß besitzen, die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Wahlreform durchgesetzt haben. Das wird der entscheidende Moment sein, wo wir einzugreifen haben und wo eine einfache große Wahlrechtsdemonstration genügen wird, der Entscheidung unseren Stempel aufzudrücken. So viel taktische Klugheit können wir der Parteivertretung zumuthen, daß sie im entscheidenden Augenblick auch die Parole für das, was zu thun ist, finden wird.

Bauer (Wien): Auch ich bin der Ansicht, daß man eine große Volksbewegung nicht künstlich erzeugen kann. Unser Antrag (4) bezweckt auch nicht eine Massenbewegung, sondern soll ein Versuch sein, ob in unseren Kreisen die Stimmung darnach ist, um eine Bewegung entflammen zu können. Bei den organisirten Genossen ist eine gewisse Aufregung und Unzufriedenheit in politischer und wirthschaftlicher Beziehung bemerkbar. Es wird in diesem Herbst etwas geschehen müssen, weil wir sonst nicht vorwärts kommen. Wenn Sie unseren Antrag auch ablehnen, die Ereignisse werden doch in die von uns angegebene Richtung drängen.

Wlczek (Wien): Die politische Lage hat auf die politischen Organisationen deprimirend gewirkt. Ich bewundere den Radikalismus der Wiener Genossen, die von Generalstreik und Wahlrechtsbewegung gesprochen haben. Solche Dinge, die man nicht halten kann, sollte man nicht in die Massen werfen. Wir könnten statt des Generalstreiks leicht eine Generalaussperrung bekommen. Der Antrag Heller thut sehr radikal, fraglich aber ist, ob wir ihn auch durchführen können. Ich bin gegen den Antrag, weil ich mir keinen Erfolg davon verspreche. Wenn die Wahlen einmal ausgeschrieben sind, so sind auch eine Masse anderer Arbeiten zu erledigen. Richtig ist es, damit zu beginnen, eine Bewegung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu organisiren. Im Wahlkampfe selbst aber muß man sich vor taktischen Fehlern hüten. Den Antrag der Bezirksorganisation Wien II kann ich unterstützen.

Resel (Graz): Ich habe mich auf allen Parteitagen in der günstigen Lage befunden, der Parteivertretung Vorwürfe zu machen. Und der Punkt „Taktik" ist ja auch dazu da. Die Angriffe aber, die ihr diesmal gemacht werden, sind nichts weniger als neu. Auch heute wird verlangt, daß die Parteivertretung endlich einmal eine Parole ausgäbe, damit es endlich wieder etwas weitergehe. Welcher Unterschied ist nun zwischen dem verlangten Sturmsignal der Parteivertretung und dem Ruf „Heraus mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht!", der in jeder Volksversammlung wiederhallt. Man sagt, die Situation sei günstig. Ja, wieso denn? Wir wissen nicht, ob das Parlament aufgelöst, ob eine Wahlreform oktroyirt werden wird oder ob man sich die ganze Legislaturperiode so fortwursteln wird wie bisher. Wir haben in den letzten Jahren oft eine führende Rolle inne gehabt, und deshalb meinen die Genossen vielfach, daß wir nur zu wollen brauchen, und es kommt. Sollte der Parteitag beschließen, daß eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet werde, an uns Steiermärkern wird es sicher nicht fehlen; wir werden unsern Mann stellen. Eine Bewegung soll man aber nur dann einleiten (Beer Heinrich: Wenn sie Aussicht auf Erfolg hat!), wenn man sie bis zum Aeußersten durchzuführen entschlossen ist, und da ist die Frage, ob die Genossen auch wollen, daß wir eine Wahlrechtsbewegung einleiten, die bis zum Aeußersten geht. Wenn Sie das glauben, dann beschließen Sie die Wahlrechtsbewegung.

Wichtiger wäre es, zunächst unsere Organisation auszubauen, als jetzt in eine große Bewegung einzutreten. Unser Streben müßte es sein, die Ideen der Bevölkerung zu vertiefen. Das wird aber oft vernachlässigt wegen der tönenden Phrase darüber, was wir in Oesterreich Alles erringen wollen. Jetzt wäre die Zeit dazu, um die innere Kleinarbeit zu machen, die wir bislang vernachlässigt haben. Heute ist es nicht so wie im Jahre 1893. Es gibt jetzt Leute, die sagen: Hört uns auf mit dem Wahlrecht! Hört uns auf mit dem Parlamentarismus überhaupt! Wenn wir

arbeiten wollen, haben wir genug zu thun, und ich frage die Genossen, ob, wenn in den nächsten Tagen das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden, sie auch mit ruhigem Gewissen sagen können: wir haben alle nöthigen Vorarbeiten für die Wahlen gemacht. Wenn wir bei den nächsten Wahlen mit Verlusten aus dem Wahlkampfe hervorgehen, so wird das für die Partei viel schlechter sein, als wenn wir heute eine Wahlrechtsbewegung beschließen, die von den Massen nicht mitempfunden wird und dann vielleicht so versandet, wie bei uns schon manche Aktion versandet ist.

Petersilka (Wien): Wir haben heute auch andere Sorgen als die Wahlreform. Wir hätten gegen die Lebensmittel- und Kohlentheuerung aufzutreten. Wir haben ein Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das längst reformbedürftig ist. Das wären Signale für eine Volksbewegung. Die Hauptsache bleiben doch die wirthschaftlichen Fragen. Wir müssen dem Volke zeigen, wo seine Freunde und wo seine Feinde, seine Ausbeuter sind. Wir haben es ernstlich nothwendig, unsere Organisation auszubauen, und eine kräftige Organisation wird uns mehr nützen als manche verfehlte Demonstration. Denken wir in erster Linie an die Gegenwart und dann erst an die Zukunft. Ueberweisen wir die vorliegende Frage der neuen Parteivertretung und fordern wir sie auf, zu rechter Zeit einzugreifen.

Prähauser (Salzburg) beantragt den Schluß der Debatte.

Freundlich (Mähr.-Schönberg) spricht dagegen. Der Antrag wird abgelehnt und ein Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung hierauf um ¼7 geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 8 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Fortsetzung der Debatte über Parteitaktik.

Doubrawa (Wien): Als Vertreter einer der größten Gewerkschaften Oesterreichs habe ich die Pflicht, gegenüber dem gestern erschollenen Rufe nach einem Generalstreik entschieden meine Stimme zu erheben. Ein Generalstreik würde unsere sämmtlichen gewerkschaftlichen Organisationen zu Grunde richten. Es muß allerdings etwas geschehen, um eine regere Bewegung in unsere Reihen zu bringen. Mit der Agitation für die Neuwahlen wird zugleich eine Agitation für das allgemeine Wahlrecht entfaltet werden müssen. Gegenüber den Ausführungen des Gen. Resel erinnere ich daran, daß man sich in Belgien durchaus nicht entmuthigen ließ, wenn auch einmal eine Aktion keinen momentanen Erfolg hatte. Die Parteivertretung möge sich nicht auch durch die Reichsrathswahlen überraschen lassen. In den Bezirksvertretungen ist auch der Wunsch laut geworden, man möge bei der Aufstellung der Kandidaten auch die Aeußerungen der Organisationen berücksichtigen.

Schönwälder (Mährisch-Schönberg): Es mag ein Erbfehler von uns sein, daß wir stets ein Signal von oben bekommen müssen, um etwas zu thun. Gelegentlich der Aktion gegen die Erhöhung der Zuckersteuer hatten wir das Bedürfniß, auch die Agitation für das allgemeine Wahlrecht wieder in Fluß zu bringen. Ich glaube, wir werden mit dem Schlachtruf: Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht! in die Neuwahlen eintreten müssen.

Emmerling (Wien): Seit dem Jahre 1897 haben wir den Kampf für das allgemeine Wahlrecht vollständig eingestellt, und auch der Kampf gegen den Absolutismus wurde nicht in der beharrlichen Weise geführt, wie dies nothwendig gewesen wäre. Wenn man sagt, daß wir warten sollen, so finde ich das lächerlich. Auf der einen Seite schildert man den Zustand des Staates in den düstersten Farben und sagt, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht der einzige Ausweg ist, und auf der anderen Seite will man uns einreden, daß die Zeit für einen solchen Kampf noch nicht da ist. Gen. Resel widersprach sich selbst, indem er einerseits behauptete, daß bei den Genossen nicht das Bedürfniß vorhanden sei, in den Wahlrechtskampf einzutreten, und andererseits bemerkte, daß der Generalstreik etwas wäre, womit man die Genossen enthusiasmiren könnte. Der Hauptfehler liegt darin, daß man in der letzten Zeit nur eine zuwartende Haltung eingenommen hat.

Schiller (Reichenberg): Ich stelle mich auf die Seite Derer, die verlangen, daß in der nächsten Zeit eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet werde. Wenn die Frage aufgeworfen würde, ob man auch in der Provinz die nöthige Unterstützung finden werde, so muß ich bemerken, daß man in zahlreichen Orten unserer Gegend von uns verlangt hat, daß wir etwas thun mögen, und wir haben die Genossen bis nach dem Parteitag vertröstet. Das Wort von dem Generalstreik halte ich nicht ernstgemeint. Wir dürfen es aber auch nicht hinaustragen, wenn wir nicht überzeugt sind, daß ein solcher Streik durchführbar ist.

Elderſch (Brünn): Ich meine, die Hoffnungen, die auf eine Wahlrechtsbewegung geſetzt werden, wie auch die Beſorgniſſe, die geäußert wurden, ſind beide übertrieben. Für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht treten wir ja bei jeder Gelegenheit, in jeder Volksverſammlung ein. Wir haben in Mähren ſpeziell im letzten Jahre einen Anlauf zu einer Wahlrechtsbewegung genommen. Täuſchen wir uns aber darüber nicht, daß die ſchweren wirthſchaftlichen Kämpfe in der letzten Zeit die politiſche Aktion ſehr behindern mußten. Die Größe unſerer Partei ſteht nicht im richtigen Verhältniß zu dem Umfang der Aktionen, die wir veranſtaltet haben. Wir ſind ja dabei doch ſehr ſtark auf die Mithilfe der nichtorganiſirten Arbeitermaſſen angewieſen. Man ſollte mehr Werth darauf legen, daß unſere Organiſation ausgebaut werde, als große Aktionen zu veranſtalten. Wir müſſen bereits die Ueberzeugung gewonnen haben, daß mit großen Demonſtrationen nicht jene Wirkungen erzielt werden, die wir erzielen möchten. Ich verweiſe hier auf die Bewegung bezüglich des Gemeindewahlrechtes. Welche Opfer ſind da gebracht worden! Welche Demonſtrationen ſind veranſtaltet worden! Und welchen Erfolg hat dies Alles gehabt? Den Antrag Heller können wir ganz gut annehmen. Wenn wir in der nächſten Zeit Neuwahlen haben, dann werden wir mit dieſer Aktion nicht ſofort beginnen können, denn dann muß zunächſt für die Neuwahlen gearbeitet werden. Natürlich wird hiebei die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in den Vordergrund geſtellt werden.

Meizr (Wien): Es iſt bedauerlich, daß das Schlagwort vom Generalſtreik in die Verſammlung getragen wurde, da es Anlaß zu einem ganz müßigen Streit gibt. Vor dem Jahre 1897 befand ſich die Partei in einer weſentlich anderen Situation als heute. Man kommt uns immer mit Belgien. Vergeſſen Sie nicht, daß in Belgien die Organiſation eine andere iſt als wie in Oeſterreich. Ich wundere mich über den Standpunkt des Gen. Winarsky. Wenn es zum Losſchlagen käme, wäre er vielleicht der Letzte, der den Radikalismus des Gen. Pölzer gutheißen würde. Das Wichtigſte iſt die ruhige, organiſatoriſche Arbeit. (Heiterkeit.) Wenn ich früher anderer Anſicht war, ſo freue ich mich, daß ich durch die Erfahrung eines Beſſeren belehrt wurde. Zum Losſchlagen wird es Zeit ſein, bis die Neuwahlen ausgeſchrieben ſind. Dann iſt es ſelbſtverſtändlich, daß mit dem Wahlkampf auch der Kampf um das Wahlrecht beginnen wird.

Müller (Graz): Die große Maſſe der Arbeiter iſt nicht organiſirt und meint: Wir haben ja ein Wahlrecht! Was ſollen wir uns noch weiter echauffiren? Bei den großen Aktionen müſſen wir aber gerade mit den indifferenten Maſſen rechnen. Ich meine nun, eine ſolche große Maſſenbewegung wäre leichter zu Stande zu bringen, wenn wir zu der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes noch einen wirthſchaftlichen Punkt fügen würden, für den die große Maſſe empfänglich iſt. Bezüglich des Generalſtreiks mag es vielleicht in einzelnen Diſtrikten ſo ſchlecht beſtellt ſein, wie manche Delegirte behaupten, aber ich bin überzeugt, daß die Arbeiter zum Generalſtreik leicht zu haben ſein werden. Allerdings iſt dann die Frage, wie man ſie wieder in die Arbeit zurückführen kann.

Thereſe **Schleſinger** (Wien): Ich finde, daß es demokratiſcher iſt, wenn aus dem Kreiſe der Delegirten Anregungen gegeben werden, denen die Parteivertretung nachzukommen hat, als wenn man verlangt, daß die Parteivertretung kommandiren ſoll. (Zuſtimmung.) In dieſem Sinne möchte ich mir erlauben, dem Parteitag ebenfalls eine Anregung zu geben. Man hat ſich, mit einigen rühmlichen Ausnahmen, im Allgemeinen in unſerer Partei an den Gedanken gewöhnt, daß unter dem allgemeinen Wahlrecht nur das Wahlrecht der Männer zu verſtehen ſei. Ich ſtehe nicht auf dem Standpunkt, zu verlangen, daß nunmehr insbeſondere für das Wahlrecht der Frauen agitirt werden ſoll. Uns muß es ſich aber doch darum handeln, daß wir die Frauen in die Partei bekommen. Dabei können wir freilich nicht die Lueger'ſchen Mittel anwenden: wir können ihnen nicht verſprechen, daß ſie in den Himmel kommen werden und daß jede einen Mann bekommt. (Heiterkeit.) Ich ſpreche alſo nicht im Intereſſe der Frauen, wenn ich verlange, daß man auch für das Frauenwahlrecht eintrete, ſondern ich bitte Sie, im Intereſſe der Partei unſeren Antrag anzunehmen.

Anna **Boschek** (Wien): Bei unserem Antrag handelt es sich nicht bloß um das Wahlrecht der Frauen, sondern um ihre politische Gleichberechtigung überhaupt, deren bei informatorischen Zuschriften an die Organisationen, in Zeitungsartikeln, in Versammlungen rc. gedacht werden soll. Bei allen größeren Bewegungen werden Sie mit den Frauen zu rechnen haben, so beispielsweise bei einem eventuellen Generalstreik. Es gibt gewisse Fragen, für welche die Frauen in erster Linie Verständniß haben, wie zum Beispiel in der Frage des Kohlenwuchers. Ueberall dort, wo derartige Protestversammlungen stattfinden, sollten Sie auch besondere Agitationen für die Arbeiterinnen einleiten. Wenn bei kleineren Fragen auf die Arbeiterin eingewirkt wird, so können Sie auch bei größeren Fragen auf uns rechnen.

Ueber Antrag Dr. Ellenbogens wird Schluß der Debatte angenommen. Das Schlußwort erhält

Dr. Adler: Die Debatte, die soeben abgeführt wurde, ist weit über das Maß unserer anfänglichen Erwartungen hinausgegangen. Die Frage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wurde in breitester Weise erörtert. Auf der einen Seite wird verlangt, man müsse für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten; andererseits wird gesagt, es sei die Stimmung dafür nicht vorhanden, eine hochgehende Wahlrechtsbewegung zu veranstalten wie im Jahre 1897. Wie ist nun dieser anscheinende Widerspruch zu lösen? Es ist wahr, daß, seit Oesterreich besteht, zu keiner Zeit der Zusammenbruch, die Unmöglichkeit der heutigen politischen Verfassung des Reiches und die Nothwendigkeit des allgemeinen Wahlrechtes nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für alle Volksschichten klarer war als heute. Wenn aber die Arbeiterschaft heute nicht so geneigt ist, sich für hochgehende Massendemonstrationen zu erklären wie anno 1893 und 1897, so hat dies folgenden Zusammenhang. Heute ist es nicht allein und gar nicht vorzugsweise die Noth der Arbeiterschaft, die das allgemeine Wahlrecht verlangt, sondern die Noth des ganzen Reiches. Nun überschätzen wir unsere Kraft gewiß nicht so, daß wir wähnen würden, die Sozialdemokratie allein wäre im Stande, dem Reiche die nöthigen Grundlagen zu geben. Was uns hilft, ist die Thatsache des heute offenkundigen Zusammenbruches und der Bankerott des Alten. Aber es nützt nichts, wenn wir allein gescheidt sind, die Anderen müssen auch gescheidt sein. Und wenn wir uns bemühen, ihnen den Verstand einzudrillen und so primitive Dinge beizubringen wie die, daß man so nicht weiter arbeiten kann, so wird man mitunter müde. Die Arbeiterschaft sagt sich: Wenn Ihr uns nicht folgt, so werdet Ihr sehen, wie Recht wir haben; Ihr werdet im Marasmus zugrunde gehen. Und das ist das Bild, das wir heute vor uns haben. Es wurde vermißt, daß ich als Referent nicht eine präzise Losung für die künftige Taktik der Partei ausgegeben habe. Einer der Genossen hat hier die innersten Falten meiner schwarzen Seele auseinandergebreitet und gezeigt, wie ich eigentlich bin. Genosse Bartel sagte, daß ich abwarte, wie die Stimmung hier ist, und mich darauf einrichten werde. Ich gestehe, er hat mich vollständig durchschaut. Ich wollte wirklich abwarten, welche Meinung Genosse Bartel äußern wird, um dann nach seinem Sinne zu reden. Zu meinem Bedauern sind aber meine Erwartungen getäuscht worden; ich habe aus den Worten Bartel's trotz größter Mühe nicht entnehmen können, was er eigentlich will, und muß mich also wieder auf mich selbst verlassen. (Heiterkeit.) Losungen in diesem Oesterreich auszugeben, ist deshalb so schwer, weil sie so ganz auf der Hand liegen, weil man auch auf einem Parteitag darüber nichts Neues sagen kann. Seit Monaten, seit Jahren haben wir in Bezug auf die nationale Frage gesagt: Die Verfassung des Reiches ist unmöglich geworden. Die alte feudale Kronländerverfassung muß beseitigt werden, durch eine Konstituante müssen neue Gliederungen im Reiche geschaffen, das Reich muß auf vollständiger Autonomie der Nationen und ihrer föderativen Zusammensetzung basirt werden. Wir sagen weiter, wenn aus Oesterreich etwas werden soll, muß ein demokratisches Wahlrecht in allen Vertretungskörpern platzgreifen. Und erwarten Sie etwa, daß der heutige Parteitag etwas Anderes aussprechen soll? Die Parteigenossen machen uns vielfach für Dinge verantwortlich, die nicht von uns abhängig sind. Wir haben die Situation zu erfassen und im geeigneten Moment mit aller Wucht einzugreifen. Und wenn heute das Haus aufgelöst wird, so wird der Wahl-

kampf mit einer ganz anderen Energie geführt werden als im Jahre 1897, weil wir um die damals gemachten Erfahrungen reicher wurden, weil die Partei in diesen drei Jahren gewachsen ist, vor Allem aber, weil heute in weiten Kreisen der Bevölkerung Klarheit darüber gewonnen wurde, daß wirklich das sozialdemokratische Programm nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für alle Schichten dieses Landes das einzige ist, das zu einem Ziele führen kann. Freilich, das Bedürfniß unserer Genossen nach Aktion ist sehr löblich, und es wäre noch löblicher, wenn über der Lust nach Aktionen nicht die Lust zur Organisation so sehr leiden würde. (Zustimmung.) Wenn Sie aus der Mitte des Parteitages Stimmen hören, die zum Angriff blasen, und man zugleich hört, es geht nicht so, wie es gehen sollte, dann muß man zu dem Gedanken kommen, daß diese Form der immerwährenden Aktionen nach außen vielleicht nicht die richtige ist. Sehr viel wurde auch über den Generalstreik gesprochen. Genosse Skaret wurde hier von den Meisten mißverstanden. Er hat den Generalstreik nicht vorgeschlagen — so dumm ist er nicht — er sagte vielmehr, es müßten die Vorbereitungen zu einem Generalstreik durch den Ausbau der Organisation getroffen werden. Meines Erachtens hat der Generalstreik mit irgend einem Streik, und möge er so groß sein, wie er wolle, nichts gemeinsam als den Namen. Vielleicht würde man von einem Generalstreik vernünftiger und sachlicher reden, wenn er nicht General *streik* hieße. Es fällt mir nicht ein, die Chancen und die Möglichkeit eines Generalstreiks hier zu erwägen; aber es fällt mir auch nicht ein, zu leugnen, daß es in jedem Lande möglich ist, daß Situationen kommen können, wo die ganze Arbeiterschaft einfach erklärt: Jetzt bleibt Alles stehen, bis diese eine Frage erledigt ist! Ob man aber in einer solchen Lage ist, das ist schwer und am allerwenigsten im Vorhinein zu entscheiden. Heute in Oesterreich einen solchen Streik zu beginnen, wäre schon deshalb unmöglich, weil wir ja gar nicht wissen, *gegen wen* wir den Generalstreik unternehmen sollten. Wir haben keine Regierung, kein Parlament, keine Herrschaft in diesem Reiche; wir haben nichts als Sumpf. Unser Herr v. Körber ist ja der netteste Mensch von der Welt. Er macht uns sogar, wenn es sein muß, das allgemeine Wahlrecht. Nach Pfingsten war Herr v. Körber beim Kaiser und schlug ihm vor: Ich bitte, wollen Sie das Parlament schließen? Mir ist es recht! Oder wollen Sie es auflösen? Ist mir auch recht! (Heiterkeit.) Heute sagt der Körber zum Kaiser: Ich kann ja gehen! Wenn Sie wollen, gehe ich oder, wenn nicht, ich kann auch bleiben! Ich kann das Haus zusammenberufen, oder ich kann es nicht zusammenberufen und noch dunsten lassen! Ich kann es auflösen und Neuwahlen ausschreiben; ich kann aber auch keine ausschreiben! Und wenn ich Neuwahlen ausschreibe, kann ich sie auf Grund der alten Wahlordnung ausschreiben, aber auch auf Grund einer neuen Wahlordnung! Mir ist Alles Wurst! (Lebhafte Heiterkeit.) Nun aber will ja unser Parlament gar nichts. Es hat überhaupt keinen Willen, und was sich da äußert, ist nur ein Krankheitssymptom. Wenn wir heute rufen: Heraus mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht! so fehlt die Adresse, an welche dieser Ruf gerichtet ist. Es kommt mir das so vor wie die Demonstration für das Wahlrecht vor einer böhmischen Bezirkshauptmannschaft, wo der Bezirkshauptmann auf den Balkon hinaustrat und zu den Leuten sagte: Ja, meine Herren, ich bin ja für das allgemeine und gleiche Wahlrecht; ich kann es Ihnen aber mit dem besten Willen nicht geben, weil ich es nicht habe! (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn selbst hier auf dem Parteitag Stimmen laut werden, die ich nicht verstehe, die an dem Werthe eines allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in Oesterreich zweifeln, so muß ich gestehen, daß das auf eine Verwirrung hindeutet, die ich heute nicht mehr für möglich gehalten hätte. Wir glauben gewiß nicht, daß, wenn man heute unserem Oesterreich das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingibt, es morgen gesund sein wird. Aber wir glauben — und das hat uns auch die Erfahrung in Deutschland gezeigt — daß das allgemeine Wahlrecht eine feste Klammer für das Reich wäre, und wenn die Völker rings um die Donau gemeinsame Interessen haben, so können sie nur durch ein solches allgemeines Wahlrecht zum Ausdruck gebracht werden. Dieses ist gewiß für sich allein nicht in der Lage, die nationalen Zerwürfnisse zu beseitigen; es ist aber das einzige Mittel, um neben den nationalen Interessen, die bestehen, die wirthschaftlichen, politischen und kul-

turellen Interessen und Bedürfnisse aller Völker, die hier wohnen, so scharf und präzise zum Ausdruck zu bringen, daß die nationalen Interessen daneben erstens zurückgedrängt und zweitens in Formen geäußert werden, die sie einer Lösung zugänglich machen. Wenn wir in Oesterreich einen einflußreichen Faktor hätten, der Courage hätte — von Verstand will ich gar nicht reden — dann müßte er ein Reichsparlament auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes einberufen — wie das verfassungsmäßig einzurichten ist, darüber hat man sich in Oesterreich noch nie den Kopf zerbrochen — nicht in der Hoffnung, daß dadurch sofort alle Schwierigkeiten beseitigt werden, wohl aber in der Hoffnung, daß es die Vorbedingung jeder Gesundung des Reiches ist, daß die Völker mit ihren lebendigen, wirthschaftlichen Interessen zu Worte kommen. Das geschieht aber nicht, weil man von diesem Parlament nicht etwas will, was das Volk braucht, sondern weil man von vorneherein ein Parlament will, das nichts thut, als die Interessen der Krone und des Feudalismus zu den herrschenden zu machen. Seit Pfingsten war die ganze Bevölkerung, auch wir, in einer gewissen Stimmung des Abwartens, ob die Regierung aus den offenkundigen Thatsachen die nothwendigen Konsequenzen ziehen und sich zu einer entscheidenden That aufraffen wird. Hätte Herr v. Körber, statt seine offiziösen Blätter mit den Berichten über seine Hin- und Herreiserei zwischen Ischl und Wien zu strapaziren, verkünden lassen, die Regierung sehe ein, daß es so nicht weiter geht, sie werde im Herbst das Parlament einberufen und ihm einen Wahlreformantrag auf Basis des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes vorlegen — glauben Sie aber nicht etwa, daß ich ihn einer so vernünftigen Handlung für fähig halte — so hätte er damit nur einer allgemeinen Erwartung gesprochen, weil die Situation einen anderen Ausweg nicht zuläßt. Wenn Herr Körber heute das Parlament auflöst, ohne eine Wahlreform zu machen, dann hat er drei Monate gewonnen, aber die Völker haben wieder drei Monate verloren. Es ist ein Experiment, das von vornherein als mißglückt anzusehen ist. Ich will nicht prophezeien, aber das traue ich unseren Staatsweisen oder, besser gesagt, Staatsschlaucherln schon zu, daß ihnen das Gemunkel von Auflösen und Aenderung der Verfassung etwa nur dazu dient, um die Jungtschechen zu beeinflussen, daß sie wieder ein paar Wochen Ruhe geben. Mag dem sein wie immer, für uns wird allerdings — und das ist aus der Debatte mit voller Klarheit hervorgegangen — die Zeit der Aktion sehr bald kommen. Ich wundere mich nur, daß die Genossen aus dem Referat, das ich gestern gegeben habe, zu ersehen glaubten, daß ich oder die Parteivertretung solche Aktionen nicht wünschen, und meinten, daß es nöthig ist, daß die Parteivertretung vorwärtsgepeitscht werde. Die Peitsche thut immer gut, und ich gestehe es, daß mir Aeußerungen auf dem Parteitag, die sich beklagen, daß zu wenig geschehe, weit lieber sind, als solche, die zur Klugheit und Besonnenheit rathen. Die Besonnenheit besorgen schon wir, vielleicht in zu großem Maße. (Heiterkeit.) Zum Bremsen brauchen wir Sie nicht! Sehr erfreulich, außerordentlich belehrend und maßgebend für unsere Politik ist es, daß wir hier aus den verschiedensten Orten des Reiches Darstellungen gehört haben, die uns Muth und Sicherheit geben, daß wir in die Aktionen, die in baldiger Zukunft nöthig sein werden, mit der vollen Begeisterung und Entschiedenheit eintreten können, die nothwendig sind, um etwas zu erreichen; denn Alles kann die Sozialdemokratie in Oesterreich nicht richten.

Wenn ein Gran von Hirn in den Köpfen unserer Staatsmänner steckte, so könnten sie nicht ein von vornherein gescheitertes und überflüssiges Experiment, die Wähler nochmals auf Grund dieses Wahlrechtes zur Urne zu rufen, machen. Das ist ein Wahnwitz, gegen den wir mit aller Kraft protestiren, und wir werden das Möglichste thun, um diese unsere Ueberzeugung auch Anderen einzuprägen. Wir stehen vor einem Kampfe, dessen Bedingungen nicht nur Muth und Begeisterung nach außen sind, sondern der auch Festigung der Organisation im Innern und die Herbeischaffung der Kampfesmittel, zu denen auch Geld gehört, erfordert. Die Demonstrationen können auch nicht immer gesteigert werden. Wenn man Demonstrationen länger macht, als die Ursachen dazu vorhanden sind, wenn man einen Ingrimm und eine Kampfesentschlossenheit vortäuschen will in Momenten, wo sie nach der Psychologie der Massen nicht vorhanden sind, dann kommt es vor, daß sie unten fad werden und man oben auch die Witterung dafür bekommt, daß das

keine ernste Demonstration ist, sondern auf Kommando geschieht. Genossen! Der psychologische Moment steht nahe bevor, und es wird sehr lebendig werden in Oesterreich, darauf kann sich die verehrliche österreichische Regierung verlassen, und wir werden nicht aufzupeitschen, sondern vielleicht einzudämmen haben. (Beifall.)

Was nun die Anträge betrifft, so bemerke ich Folgendes: Gegen den Antrag Heller läßt sich nur das Eine einwenden, daß er überflüssig ist, weil ja die Parteivertretung im gegebenen Moment gar nichts Anderes machen kann. Genosse Beutel wünscht, daß in dem Antrag das Wort „sofort" gestrichen werde, weil der Antrag unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nur so annehmbar wäre. Genosse Beutel möge unbesorgt sein: „sofort" ist nicht so schnell, wie er glaubt. (Heiterkeit.) Genosse Ansobsky will auch, daß das Messer nicht so direkt an die Kehle gesetzt werde. Wenn Neuwahlen ausgeschrieben werden, dann ist das Wenigste, was wir zu thun haben werden, die Arrangirung des Kampfes und der Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, denn das geht dann von selbst. Aber was nicht von selbst geht, das ist die Organisation unserer ganzen Wahlarbeit, und für diese Vorkehrungen zu treffen, wäre viel nothwendiger. Genosse Czech möge mir verzeihen: wenn wir schon den Kampf nicht entfachen könnten, verschieben könnten wir ihn noch weniger. Ich meine, daß alle diese Zusätze an der Sache nichts ändern und daß man sie also fallen lassen könnte. Es genügt, daß aus der Mitte des Parteitages der Stimmung desselben Ausdruck gegeben wird, daß es nothwendig und an der Zeit ist, wieder mit aller Macht den Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu erheben.

Den Antrag des Genossen Pölzer halte ich für überflüssig. Was in dem Antrag des Genossen Petersilka steht, geschieht ja ohnehin. Was den Antrag der Bezirksorganisation II in Wien anlangt, so bin ich vor Allem gegen jeden Antrag, in dem „2c." steht. (Heiterkeit.) Wir haben keinen Anlaß, uns die Hände zu binden. (Sehr richtig!) Es fällt uns nicht ein, zu sagen, wir machen Kompromisse oder wir machen keine. Wir machen das, was uns in jedem Moment als das Nützliche und für die Partei Vortheilhafte erscheint, und sagen unseren Gegnern nicht, was wir machen werden. Die Genossen haben da eben nur an ihre lokalen Verhältnisse gedacht. Ich beantrage also, daß über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen wird.

Nun komme ich zu dem Antrag der Frauen. Es gibt Niemanden, der mehr die Nothwendigkeit einer Frauenbewegung, der Betheiligung der proletarischen Frauen an der Organisation wünscht wie ich; aber, Genossinnen, Sie machen entschieden einen Fehler damit, daß Sie, die Sie für die Gleichstellung der Frauen in politischen Dingen sind, sich eigentlich in Ihrem Innern noch nicht gleichgestellt haben. (Widerspruch seitens der Genossinnen.) Sie sind noch nicht so emanzipirt, wie Sie gelten wollen. Der Antrag soll uns sagen, wir sollen, wenn wir in die Wahlrechtsaktion eintreten, das Frauenwahlrecht nicht vergessen. Ich habe nichts dagegen. Aber sagen Sie mir, haben wir hier keine anderen Sorgen wie die? Wir können ja den Antrag nicht ablehnen; aber glauben Sie, daß das bei der heutigen Noth des ganzen Reiches so sehr in den Vordergrund zu stellen ist? Ich würde es für klüger gehalten haben, wenn eine gesagt hätte: Wir sehen, in welcher Arbeit ihr steht, wir werden euch helfen, ohne unseren speziellen Programmpunkt in den Vordergrund zu stellen.

(Gen. **Schlesinger:** Das thun wir ohnehin!)

Ich bitte also, den Antrag der Frauen und den Antrag Heller anzunehmen, über die anderen zur Tagesordnung überzugehen, weil sie überflüssig sind. Worauf es viel mehr ankommt, als welche Resolution wir hier beschließen, ist, in welcher Stimmung wir hinausgehen. Hier am Parteitag ist die Selbstkritik unsere Aufgabe. Wenn Manches nicht so ist, wie es sein sollte, so können und müssen wir anerkennen, daß es nicht leicht ist in diesem Oesterreich, eine so kräftige Partei hinzustellen, wie es die sozialdemokratische Partei trotz alledem ist; daß wir in den letzten Jahren der Partei eine Selbstständigkeit, eine Sicherheit ihrer Existenz und ihres Fortschreitens und eine Kraft gegeben haben, wie sie keine andere Partei hat. Oesterreich kann zugrunde gehen, das österreichische Proletariat wird nicht mit zugrunde gehen! Wir haben Alle die Empfindung, daß der Zeitpunkt nahe ist, wo die ganze Spannkraft der Partei eingesetzt werden muß. Sagen wir uns das

Eine, daß wir auch die Entschlossenheit haben, der Aufforderung, wenn sie an uns gestellt wird, zu entsprechen. Es wird der Moment kommen, wo sich die Arbeiterklasse erheben wird zu einem verzweifelten Kampfe. Ich halte aber einen solchen Ausbruch der Verzweiflung nicht für nützlich, weil daraus nie etwas Vernünftiges entstehen kann. Wenn aber Jemand berufen ist, diesen Ausbruch der Verzweiflung zu verhindern, dann sind es wir Sozialdemokraten. Auf uns sieht wirklich die Bevölkerung Oesterreichs, auf uns ruht thatsächlich eine größere Verantwortung, als dem Umfang unserer Partei entspricht. Die Bevölkerung von Oesterreich erwartet von uns Vernunft, Muth und Entschlossenheit, und ich bin überzeugt, das werden Sie im entscheidenden Moment haben. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen thatsächliche Berichtigungen.

Skaret (Wien): Meine Aeußerung bezüglich des Generalstreiks wurde mißverstanden. Ich habe nicht vom Generalstreik, sondern von der Organisirung des Generalstreiks gesprochen. Die Aufrüttelung der Massen ist weder unsinnig, noch undurchführbar.

Zeller (Teplitz): Genosse Bartel hat hier eine Bemerkung gemacht, von der ich annehme, daß sie ihm bloß in der Hitze des Gefechtes entschlüpft ist, die aber den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Genosse Bartel sagte, wenn heute Jemand unter die Bergarbeiter gehen und sie zu einem Streik auffordern wollte, so könnte er Prügel bekommen. Ich verkehre sehr viel mit Bergarbeitern. Nach dem Streik herrschte allerdings eine gewisse Mißstimmung. Diejenigen Bergarbeiter, die Jemanden prügeln würden, der ihnen sagt, sie sollen streiken, sind entschiedenst in der Minderheit.

Schlesinger Therese (Wien): Dem Genossen Dr. Adler dürfte es nicht unbekannt sein, daß wir unsere Pflicht nicht außer Acht lassen, wenn es sich darum handelt, mit den Männern zu kämpfen; wenigstens ist dies in Wien der Fall. Gegen die Art und Weise, wie Dr. Adler unseren Antrag behandelt hat, müssen wir uns verwahren.

Boschek (Wien): Kein Bezirk hat die Gleichberechtigung der Männer und der Frauen durchgeführt, indem er anstatt eines Genossen eine Genossin als Delegirte zum Parteitag entsendete. Wenn die Männer nicht für die Arbeiterinnen am Parteitag eintreten, dann haben eben wir die Pflicht, es zu thun.

Abstimmung.

Angenommen wurden einstimmig die Anträge **4** und **10**.

Zurückgezogen wurden die Anträge **5**, **7** und **8**.

Abgelehnt wurde der Antrag **7**.

Zur Tagesordnung übergegangen wurde über die Anträge **3** und **9**.

Es wird sodann die Wahl der Kommission, welche Vorschläge für die Wahl der Parteivertretung erstatten soll, vorgenommen. In die Kommission werden gewählt: Bretschneider (Wien), Hackenberg (Krems), Bichl (Graz), Spielmann (Linz), Schäfer (Reichenberg) und Pokorny (Brünn).

Schluß der Vormittagssitzung ½12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Beginn der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten. — Die Sitzung ist vertraulich.

Vorsitzender: Drößler.

Es wird Punkt 3

„Parteipresse“

in Verhandlung gezogen.

Zu diesem Punkte wurden folgende Anträge eingebracht:

11. Antrag Popp (Wien):

Im zweiten Absatz des 8. Punktes des Parteistatuts soll es statt wie bisher folgend heißen:

Gründungen von Parteiblättern können nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung beschlossen werden. — Der letzte Absatz im Punkte 2 entfällt.

12. Antrag Seliger (Reichenberg):

Dem zweiten Absatz des Punktes 8 des Organisationsstatuts wird folgende Fassung gegeben:

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben unter Zustimmung der Reichsparteivertretung von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird.

In jenen Ländern, wo Landesorganisationen bestehen, tritt an Stelle der Reichsparteivertretung die Landeskonferenz.

13. Antrag Dobiasch (Wiener-Neustadt):

Im zweiten Absatz des Punktes 8 soll es statt wie bisher folgend heißen:

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird.

14. Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

Um der „Arbeiterinnen-Zeitung" unter den Frauen und Mädchen mehr Verbreitung zu verschaffen, soll ihr Inhalt dahin geändert werden, daß leichtfaßliche sozialwissenschaftliche Artikel, sowie auch Artikel und Notizen über die Hauswirthschaft erscheinen.

15. Antrag der Wahlkreisorganisation Innsbruck:

In Erwägung, daß es eine Hauptaufgabe der Presse ist, die indifferenten Massen aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, sowie sozialistische Bildung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung zu verbreiten, welcher Aufgabe ein großer Theil unserer Presse nicht voll und ganz nachkommen kann, weil dieselbe zu viel von lokalen Ereignissen und Kämpfen in Anspruch genommen wird, stellt die Bezirksorganisation Innsbruck folgenden Antrag:

Es ist für sämmtliche in deutscher Sprache nicht täglich erscheinenden Blätter eine Beilage zu schaffen, welche die Aufklärungsarbeit, und zwar über die Ziele der Sozialdemokratie, das Wesen der heutigen Produktionsweise und des Klassenkampfes zu besorgen hätte.

Diese Beilage soll ferner eine Rundschau über die wichtigsten Ereignisse des In- und Auslandes, sowie hervorragende Reden unserer Parteigenossen ꝛc. bringen.

16. Antrag Bretschneider Ludwig (Wien)-Scheibein (Innsbruck) [Eventualantrag zum Antrag der Organisation Innsbruck]:

Die Parteivertretung wird beauftragt, sich in nächster Zeit mit der Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Unterhaltungsbeilage für die in der Provinz erscheinenden Parteiblätter zu befassen und in Erwägung zu ziehen.

17. Antrag Ressel (Grottau):

Der zweite Absatz des Antrages der Wahlkreisorganisation Innsbruck ist zu streichen.

18. Antrag der Lokalorganisation Tachau:

Das in Tachau erscheinende Wochenblatt „Vorwärts", welches von der Kreisvertretung des III. böhmischen Wahlkreises gegründet wurde und seit anderthalb Jahren besteht, wird als Parteiorgan anerkannt.

19. Antrag Zeller (Teplitz):

Die in Brüx erscheinende „Wahrheit" wird als Parteiorgan anerkannt.

20. Antrag Prähauser (Salzburg):

Der Parteitag beschließt: Das vom Wahlkreis Salzburg herausgegebene Wochenblatt „Salzburger Wacht" in Salzburg wird als Parteiorgan anerkannt.

21. Antrag der Kreisvertretung Mährisch-Schönberg und der Bezirksorganisation Wiesenberg:

Der Parteitag beschließt, das von der Wahlkreisvertretung des VII. mährischen Wahlkreises herausgegebene sozialdemokratische Wochenblatt „Volkswacht" in Mährisch-Schönberg wird als Parteiorgan anerkannt.

22. Antrag Czech (Brünn)-Freundlich (Mährisch-Schönberg):

Unter Berufung auf Punkt 8 des Organisationsstatuts, wonach Parteiblätter nur von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz gegründet werden können, beschließt der Parteitag:

Der Antrag der Organisationen Mährisch-Schönberg und Wiesenberg ist der Landeskonferenz für Mähren und Schlesien mit dem Wunsche zuzuweisen, die „Volkswacht" mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse nunmehr als Parteiorgan anzuerkennen.

23. Antrag Zehetbauer (Wien XIII):

Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kommission zu wählen, welche auch berechtigt ist, Beschwerden bezüglich der Administration und Expedition entgegenzunehmen und diesbezügliche Erhebungen zu veranlassen.

Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation überlassen.

24. Antrag Zehetbauer-Exner (Wien):

Neuanstellungen und Gehaltsregulirungen in der „Arbeiter-Zeitung" sowie im Parteisekretariat dürfen von der Parteileitung erst nach vorheriger Zustimmung der Wiener Lokalorganisation durchgeführt werden.

25. Antrag Bretschneider Ludwig (Wien):

Ueber die Anträge der Bezirksorganisation XIII (Zehetbauer), betreffend die Kontrolkommission und die Bestimmungen der Anstellungs- und Gehaltsregulirungen wird zur Tagesordnung übergegangen.

26. Antrag Hueber (Wien):

Der Parteitag beschließt:

Die Anstellung und Besoldung der Angestellten der Partei und Parteiorgane, soweit sie ihr unterstehen, wird der Parteivertretung überlassen.

27. Antrag Bartel (Teplitz)-Kraenkl (Falkenau):

Der Verlag der „Glühlichter" wird beauftragt, dem Blatte, das heute lediglich ein Wiener Witzblatt ist und hauptsächlich dem Kampfe gegen die Christlich-Sozialen dient, einen allgemeineren Charakter zu verleihen.

28.

In Erwägung, daß die Maifestschrift der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs bildlich zwar künstlerisch ausgestattet, jedoch vielen Genossen und insbesondere indifferenten Arbeitern oft unverständlich erscheint, so daß eine Massenverbreitung derselben schwierig ist, beschließt der Parteitag: Die Maifestschrift der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist künftighin bildlich anmuthiger und anziehender auszugestalten, damit dadurch eine Massenverbreitung ermöglicht werde und der agitatorische Werth des Textes zur vollen Geltung gelangt.

Berichterstatter **Popp:** Werther Parteitag! Genosse Skaret hat bereits in seinem Berichte auf die schwierige Lage der Parteipresse hingewiesen. Trotz der vielen Konfiskationen, trotz der Unsicherheit, unter der unsere Parteipresse zu leiden hat, infolge deren kein Redakteur weiß, wie weit er gehen und was er schreiben darf, was der Staatsanwalt dulden wird oder nicht, und trotz des Verbotes der Kolportage hat unsere Parteipresse einen riesigen Aufschwung genommen. Und wenn wir nach diesem Gradmesser die Fortentwicklung der Partei beurtheilen, so können wir sehr zufrieden sein. Die Einsendung der Berichte war auch in Bezug auf die Presse eine mangelhafte, und die Parteivertretung konnte infolge dessen auch über die Auflage der Blätter eine Zusammenstellung nicht machen. Es fehlten uns zunächst Daten über die „Nordböhmische Volkszeitung" und den „Nordböhmischen Volksboten" in Steinschönau. Ohne diese beiden Blätter und ohne unser Tagblatt erscheint die politische Presse in einer wöchentlichen Auflage von 92.000 Exemplaren. Ueberdies erscheinen drei Blätter, die vom Parteitag noch nicht anerkannt sind, nämlich die „Volkswacht" in Mährisch-Schönberg, die „Wahrheit" in Brüx und der „Vorwärts" in Tachau. Mit den Fachblättern beträgt die wöchentliche Auflage unserer Presse ohne die „Arbeiter-Zeitung" wohl 200.000.

Was den Antrag auf Anerkennung der „Volkswacht" und des „Vorwärts" als Parteiorgane betrifft, so bemerke ich, daß die Genossen das Blatt ohne jede weitere Rücksichtnahme auf den Beschluß des letzten Parteitages gegründet haben. Das zeigt, daß von einer Parteidisziplin hier sehr wenig vorhanden ist. Die Parteivertretung hat sich auf den Beschluß des letzten Parteitages gestellt und mußte infolge dessen viel Anfeindungen erfahren. Als die Landeskonferenz von Mähren und Schlesien einberufen wurde, schickte die Parteivertretung, die in der Sache selbst eine Initiative nicht zu ergreifen hatte, einen Vertreter zur Landeskonferenz, welche die Anerkennung des Blattes abgewiesen hat. Nachdem sich

Genosse Skaret als Delegirter der Parteivertretung auf den Standpunkt des Parteistatuts stellte, wurde im Briefkasten eines Blattes geschrieben: „Wir wissen, daß die Wiener nur für die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Volkstribüne“ sind und andere Blätter nicht aufkommen lassen.“ Gründungen von Parteiblättern werden sich nicht hintanhalten lassen, wo die betreffenden Genossen die Gründung für nothwendig halten. Wir wissen wohl, daß es oft schädlich ist, wenn mit der Blattgründung zu zeitig vorgegangen wird, wir wissen aber auch, daß es nichts nützt, wenn man noch so oft abräth; da kann man nichts weiter thun, als die Genossen selbst für ihre Handlung verantwortlich zu machen, sie sollen sich nur ein paarmal die Finger verbrennen, dann werden sie klüger werden. Die Parteivertretung soll aber solche Blätter, die sie nicht befürwortet, auch nicht weiter unterstützen.

Was den Stand der „Arbeiter-Zeitung“ betrifft, ist er leider noch immer nicht so, wie er sein könnte und der Haltung der Zeitung entsprechen würde. Der Abonnentenstand hat sich wesentlich gehoben, trotzdem aber ist der finanzielle Stand im Verhältnisse zu den Erfordernissen des Blattes kein glänzender. Immerhin steht sich das Blatt jetzt besser als früher vor Aufhebung des Zeitungsstempels, obwohl von dem Stempel zirka zwei Drittel an die Abonnenten abgegeben und ungefähr ein Drittel für die Verstärkung des Blattes aufgewendet wurde. Aber infolge eines festeren Abonnentenstandes kann die Auflage entsprechend eingerichtet werden, und auch die Retouren, für die früher der Stempel gezahlt werden mußte, ohne daß er uns ersetzt wurde, fallen nicht mehr so ins Gewicht. Den Kampf für die Aufhebung des Zeitungsstempels hat die „Arbeiter-Zeitung“ fast allein geführt, ohne davon eigentlich einen Vortheil zu haben, während die bürgerlichen Blätter, die sich gegen den Zeitungsstempel überhaupt nicht sehr gesträubt haben und denen vielleicht die Möglichkeit einer größeren Konkurrenz sogar sehr unangenehm ist, den vollen Profit aus der Ersparung des Zeitungsstempels eingesteckt haben. Die Gemeinheit aber dabei ist, daß sich bürgerliche Blätter noch erfrechen, zu sagen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ das Geld für den Stempel selbst einsteckt und das Blatt nicht billiger abgäbe, eine Lüge, die insbesondere das „Deutsche Volksblatt“ aufgetischt hat.

Ich komme zu den Anträgen. Was den Antrag der Wahlkreisorganisation Innsbruck auf Schaffung einer Beilage für die nicht täglich erscheinenden Blätter betrifft, so würde dadurch den Wochenblättern eigentlich ihre Arbeit abgenommen werden. Was die Genossen hier wünschen, ist eben die Aufgabe eines jeden Parteiblattes. Vielleicht dachten sich die Genossen eine Unterhaltungsbeilage, ähnlich wie die „Neue Welt“, die auch sozialpolitische Artikel bringen soll. Ueber eine solche Unterhaltungsbeilage könnte man heute umsomehr verhandeln, als wir eine leistungsfähige Druckerei haben. Die Frage ist, ob eine solche Beilage auch in einer entsprechend starken Auflage erscheinen könnte, damit sie an die Organisationen billig abgegeben werden könnte. Nach einer von mir gemachten Zusammenstellung würden acht Seiten einer solchen Beilage bei einer Auflage von 50.000 auf 8 fl. per Tausend kommen. In dieser Weise könnte man diesen Antrag annehmen, würde er aber durchgeführt werden, wie er hier steht, dann hätten die Parteiblätter selbst nichts zu thun.

Was den Antrag der Lokalorganisation Tachau auf Anerkennung des „Vorwärts“ betrifft, so bemerke ich, daß die Genossen die im Statut niedergelegten Bedingungen in keiner Weise erfüllt haben. Im Uebrigen wäre gegen die Anerkennung nichts einzuwenden. Bezüglich der „Volkswacht“ haben sich die Genossen Dr. Czech und Freundlich auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, gegen den nichts einzuwenden ist. Damit aber solche Dinge doch nicht mehr vorkommen, stelle ich den Antrag, daß Punkt 8, Parteipresse, Absatz 2, nunmehr folgendermaßen zu lauten habe: „Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Parteivertretung beschlossen wird.“ Der letzte Satz hat zu entfallen. Die Parteivertretung hat dann kein Zwischenglied mehr, das sie berücksichtigen muß, sie kann die Verantwortung tragen, während sie heute für etwas verantwortlich gemacht wird, wo sie einzugreifen überhaupt nicht kompetent ist. Das Einvernehmen mit der Parteivertretung wird nicht schwer zu finden sein.

Was die „Arbeiterinnen-Zeitung" betrifft, will ich Ihnen nur einen kurzen finanziellen Bericht vortragen, ohne mich in das Redaktionelle einzulassen. Vor einigen Jahren wurde, weil es der „Arbeiterinnen-Zeitung" schlecht ging, vorgeschlagen, daß sie aufgelassen und nur als Beilage der „Arbeiter-Zeitung" erscheinen soll. Während nun im Jahre 1896 der Schuldenstand zirka 1500 fl. betrug, ist er heute auf 1000 fl. gefallen. Im Jahre 1896 betrug die Auflage 2500 Exemplare, im Jahre 1900 beträgt sie 5500. Daraus ergibt sich, daß das Blatt eine Nothwendigkeit ist; es wird heute von den Gewerkschaften, die weibliche Mitglieder haben, für diese obligatorisch eingeführt. Das Blatt ist in Wien verbreitet in 504 Exemplaren, in Niederösterreich mit 366, in Oberösterreich mit 117, in Böhmen mit 2077, in Mähren mit 356, in Schlesien mit 340, in Steiermark mit 278, in Kärnten mit 132, in Tirol mit 36, in Galizien mit 13, in Ungarn mit 9 und im Ausland mit 8 Exemplaren. Wir sehen also in Böhmen, und zwar bei den Textilarbeiterinnen, auch bei der keramischen Branche, die stärkste Verbreitung des Blattes. Was den Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII betrifft, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" Artikel und Notizen über Hauswirthschaft und ähnliche Dinge bringen soll, so ist zu erwägen, daß das Blatt nicht für Frauen da ist, die außerhalb der Fabrik stehen, sondern speziell nur für die Fabriksarbeiterinnen, die ihrer Fachorganisation zugeführt werden sollen. Wir können mit dem finanziellen Stande des Blattes zufrieden sein, wie sich überhaupt die ganze Parteipresse wesentlich gehoben hat, und es ist zu erwarten, daß mit dem Fortschreiten der Organisation auch jene Blätter, die bisher nur eine kleine Auflage haben, stetig wachsen werden.

Widlar (Wien): Namens der Wiener Kontrolkommission, die am Linzer Parteitage beauftragt wurde, die „Arbeiter-Zeitung" und die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu kontroliren, kann ich Ihnen mittheilen, daß wir alle Monate kontrolirt und jederzeit Alles in Ordnung befunden haben. Ich beantrage: Ertheilen Sie der Administration das Absolutorium.

Smitka (Wien): Namens der Parteikontrole kann ich berichten, daß wir die Parteipresse wiederholt kontrolirt haben. Nachdem ein Anstand sich nie ergeben hat, beantrage ich die Ertheilung des Absolutoriums.

Klingsbögl (Wien): Unser Antrag geht darauf hinaus, die „Arbeiterinnen-Zeitung", die bisher das Amtsblatt des Reichs-Frauencomités war, zu einem wirklichen Werbeblatt zu machen. Die Arbeiterfrauen wollen etwas haben, was ihnen speziell als Hausfrauen ans Herz gewachsen ist.

Stark (Tachau): Ich bin beauftragt worden, für den Antrag einzutreten, daß der „Vorwärts" als Parteiorgan anerkannt wird. Nachdem die Unterstützung seitens des „Volkswille" ausgeblieben ist, mußten wir unser Blatt selbstständig machen. Es erscheinen in Böhmen noch zwei Parteiblätter, die „Saazer Zeitung" und der „Böhmerwaldbote" in Budweis, die, wenn der „Vorwärts" nicht anerkannt wird, auch nicht anerkannt werden könnten. Die Anerkennung des „Vorwärts" würde der Partei nur nützen.

Dr. **Czech** (Brünn): Der Antrag des Genossen Seliger deckt sich ohnehin mit dem bestehenden Organisationsstatut. Auf der vorjährigen Landeskonferenz für Mähren und Schlesien wurde der Antrag gestellt, daß das zu gründende Blatt „Mährische Volkswacht" als Parteiorgan anerkannt werden möge. Diesen Antrag hat die Landeskonferenz abgelehnt, weil sie glaubte, daß die Vorbedingungen für ein neues Blatt in Mährisch-Schönberg nicht vorhanden seien. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese Annahmen nicht richtig waren, und es ist nun recht und billig, daß man der Landeskonferenz Gelegenheit gibt, ihren Beschluß zurückzunehmen. Ich bitte Sie daher, den von mir und Genossen Freundlich eingebrachten Antrag anzunehmen. Es liegt kein Anlaß vor, für den Antrag des Referenten zu stimmen. Ich glaube, die Landesvertretung kennt doch die Verhältnisse besser als die Parteivertretung, die ja immer auf die Informationen der Landesvertretung angewiesen ist. Insbesondere wir Mährer haben ein Interesse daran, daß die bisherige Bestimmung des Statuts aufrecht bleibt.

Leo **Freundlich** (Mährisch-Schönberg): Die Idee, in Mährisch-Schönberg ein Blatt zu gründen, besteht schon seit mehr als zehn Jahren. Die Schönberger sind nicht leichtsinnig daran gegangen, ein Blatt zu gründen, denn es besteht that-

sächlich das Bedürfniß hiezu, da die Verhältnisse in den einzelnen Theilen Mährens so heterogene sind, daß ein Blatt für das ganze Land nicht ausreicht. Die „Volkswacht“ ist heute aktiv. Um unangenehmen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen, habe ich mich auf einen Kompromißantrag eingelassen.

Heller (Wien): Auf jedem Parteitage tauchen Anträge auf, welche bezwecken, der Disziplinlosigkeit in Bezug auf die Gründung von Parteiblättern einen Riegel vorzuschieben. Hiezu scheint mir die vom Referenten vorgeschlagene Fassung die zweckmäßigste zu sein, weil die Reichsparteivertretung dem Konkurrenzkampfe entrückt ist und unparteiisch entscheiden kann. Am Vormittag hat eine Genossin Klage geführt, daß so wenig Interesse für die Frauenorganisationen vorhanden sei. Mit Unrecht. Wir hören auf jedem Parteitage aus dem Kreise der männlichen Genossen Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die „Arbeiterinnen-Zeitung“. Wenn die Beilage, wie sie von den Innsbrucker Genossen beantragt wird, dazu ausersehen sein soll, die gegenwärtige schweizerische Beilage, die unsere Provinzblätter haben und die unter aller Kritik ist, zu verdrängen, so kann ich diesen Antrag nur begrüßen.

Pokorny (Brünn): Ich muß gegenüber dem Genossen Freundlich bemerken, daß es unrichtig ist, daß sich die Organisation in Mährisch-Schönberg bereits seit zehn Jahren mit der Idee der Gründung eines Blattes befaßt hat. Wenn jeder Wahlkreis machen kann, was er will, wozu haben wir dann Parteigesetze? Wenn sich der Parteitag nicht energisch gegen derartige Uebergriffe erhebt, dann werden wir in Mähren binnen kurzem eine stattliche Anzahl von Parteiblättern besitzen, die natürlich nicht so prosperiren werden, wie es zufälligerweise bei der „Volkswacht“ der Fall ist.

Ressel (Grottau): Mir kommt vor, daß Parteiblätter nicht gerade immer im Interesse der Partei gegründet werden, sondern auch, um da und dort einen unterzubringen. Ich meine, die Blätter, die nicht auf Grund von großen Parteiorganisationen gegründet sind, wären einfach nicht anzuerkennen. Ich stelle den Antrag, daß der zweite Absatz des Antrages der Wahlkreisorganisation Innsbruck gestrichen werde.

Klinger (Rumburg): Auch bei uns besteht der Wunsch, daß den Parteiblättern eine Unterhaltungsbeilage beigegeben werden solle. Durch eine solche Beilage werden wir die indifferenten Arbeiter und insbesondere die Frauen leichter für unsere Parteiblätter interessiren, als es jetzt möglich ist.

Exner (Wien): Es sollten doch auch einmal die technischen Schwierigkeiten beseitigt werden. Bei der gegenwärtigen Druckerei ist es nicht viel besser wie bei der Bergmann'schen. Gegen eine vorübergehende Anstellung von Hilfskräften wird auch die Lokalorganisation keine Einwendung erheben. Bezüglich der fixen Anstellungen hat aber der Linzer Parteitag festgesetzt, daß man sich mit der Lokalorganisation ins Einvernehmen zu setzen habe. Ich habe daher den Antrag eingebracht, daß Gehaltsregulirungen und Anstellungen nur mit Zustimmung der Wiener Lokalorganisation vorgenommen werden können.

Zehetbauer (Wien): Auf dem letzten Parteitage wurde der Antrag, daß eine größere Preßkommission eingesetzt werden solle, abgelehnt. Ich bin überzeugt, daß viele unserer Genossen nicht wissen, daß eine kompetente Stelle besteht, wo sie ihre Wünsche und Beschwerden als Abonnenten anbringen können. Der Weg durch die Bezirksvertretungen ist viel zu komplizirt. Was wir in unserem Antrage verlangen, ist nicht viel, und ich glaube, Sie werden sich nicht auf den engherzigen Standpunkt stellen, daß das nicht nothwendig ist. Unter „Kontrole“ verstehen die Genossen immer nur die Kontrole der Bücher u. s. w.; wir verstehen darunter aber auch die Stelle, welche Beschwerden und Wünsche zu übernehmen hätte.

Tobiasch (Wiener-Neustadt): Ich befürworte den Antrag, daß für die österreichischen Parteiblätter eine eigene Beilage herausgegeben werde, auf das Wärmste. Die schweizerische Beilage wird allgemein als nicht entsprechend bezeichnet. Die Blätter müssen sie aber halten, weil die Leser die Beilage nicht mehr missen wollen. Wir mußten sogar, um die Beilage beigeben zu können, den Preis des Blattes erhöhen, und trotzdem ist die Auflage nicht zurückgegangen. Ich glaube, die Parteivertretung wäre ganz gut in der Lage, eine Beilage um denselben Preis wie die Schweizer Beilage zu liefern. Auf jedem Parteitage wird Beschwerde geführt, daß die Bestimmungen über die Gründung von Parteiblättern nicht

beobachtet werden. Das muß aber geschehen, weil es anders nicht möglich ist, ein neues Blatt zu gründen. Man kann ja im Vorhinein nicht den geforderten Nachweis erbringen. Ich habe bei der Gründung von vier Blättern mitgeholfen und viermal diese Bestimmung übertreten. (Heiterkeit.) Jedesmal ist die Parteivertretung zu der Ansicht gekommen, daß es doch gut war, daß die Bestimmung übertreten worden ist. Ich glaube also, man sollte überhaupt keine Bestimmung festsetzen, wenn es von vornherein sicher ist, daß sie übertreten wird. Es sollte einfach heißen: Die Gründung von Parteiblättern kann nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird. Dann werden sich die Genossen strenge daran halten können und auch halten.

Adelheid **Popp** (Wien): Wenn die Bezirksorganisation VIII meint, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" durch die Veröffentlichung von sozialwissenschaftlichen Artikeln und durch Aufnahme eines Haushaltungstheiles an Verbreitung gewinnen wird, so glaube ich, daß sich die Bezirksorganisation VIII bisher zu wenig mit der „Arbeiterinnen-Zeitung" befaßt haben dürfte, um zu dieser Meinung berechtigt zu sein. Uns kommen Beschwerden seitens der Genossinnen, daß ihnen der Inhalt der Zeitung nicht entspricht, nicht zu, im Gegentheil, sie versichern, daß er ihnen entspricht. Wir wissen, daß jedes Blatt verbessert werden kann und verbessert werden soll. Man muß aber nur erwägen, daß mit den geringen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eben nicht mehr geleistet werden kann. Es wurde gesagt, die „Arbeiterinnen-Zeitung" sei zu hoch geschrieben, sie sei nicht verständlich. Unser Ziel ist ja doch, das geistige Niveau der Leserinnen zu heben. Wenn die „Arbeiterinnen-Zeitung" sich bemüht, Novellen zu bringen, die gewiß verdienen, gelesen zu werden, so weiß ich nicht, was dagegen eingewendet werden kann. Wir waren gerade der Ansicht, daß wir uns durch die Besprechung von Tolstoi's „Auferstehung" das Lob der Parteigenossen verdienen werden. Wir haben die Besprechung abgedruckt, um für den Roman, der in der „Arbeiter-Zeitung" abgedruckt wird, Propaganda zu machen.

Leichtfaßliche sozialwissenschaftliche Artikel bringt die „Arbeiterinnen-Zeitung" immer. Es ist auf dem Wiener Parteitage der Antrag gestellt worden, wir sollen Artikel bringen, die die Frau als Mutter und Gattin interessiren. Wir haben auch solche Artikel gebracht, über das Säugen der Kinder, über gesundheitliche Kleidung u. s. w. Was sollen wir mehr machen? Wenn wir die Arbeiterschutzgesetzgebung oder die Gewerbe-Inspektorenberichte besprechen, so kann man da freilich sagen, solche Artikel können auch in anderen Blättern stehen. Wenn sie aber in anderen Blättern stehen, dann werden sie eben nicht von den Leserinnen der „Arbeiterinnen-Zeitung" gelesen. (Sehr richtig!) Die Hälfte der „Arbeiterinnen-Zeitung" umfaßt Berichte der gewerkschaftlich organisirten Arbeiterinnen in den Provinzen. Einiges von dem, was Genosse Klingsbögl gesagt hat, trifft höchstens für Wien zu. Wenn es gelungen ist, das Defizit um 500 fl. zu verringern, dann ist dies gewiß nicht ein Beweis für den Tiefstand des Blattes. Ich glaube, es wäre besser, wenn die Genossen in erster Linie dafür sorgen würden, daß auch in Wien unter jenen Arbeiterinnen, die überhaupt kein Blatt lesen und uns daher fast unzugänglich sind, die „Arbeiterinnen-Zeitung" mehr Verbreitung fände, als daß sie mit solchen Vorwürfen kommen. Sie können versichert sein, daß wir bemüht sind, das Blatt so herzustellen, daß es in der That aufklärend zu wirken vermag. Unterstützen Sie uns dabei!

Bretschneider (Wien): Ich glaube, wenn wir den Antrag des Genossen Popp annehmen, so haben wir durchaus keine Gewähr dafür, daß nicht wieder derartige Gründungen von Parteiblättern erfolgen. Vielleicht wird dann erst recht gesündigt.

Die Reichsparteivertretung kennt die Verhältnisse gewiß nicht besser als die näherstehenden Organisationen. Ich glaube also, wir sollten auf den Antrag Popp nicht eingehen, sondern es bei den heutigen Bestimmungen bewenden lassen. Wegen einiger Fälle soll man nicht gleich zu einer Aenderung des Organisationsstatuts schreiten. Die meisten Genossen haben sich ja doch an das Statut gehalten. Wir sollen einfach den Muth haben, zu sagen, der Parteitag hat jenen Genossen, die sich nicht an die Organisationsbestimmungen halten, die Genehmigung zu verweigern. (Sehr richtig!)

Den Genossen des XIII. Bezirkes ist ein kleiner Lapsus passirt. Sie haben übersehen, daß am Linzer Parteitag folgende Beschlüsse gefaßt wurden: Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen. Weiter: Ueber alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Kann es etwas Klareres geben? Haben Sie von der Kontrolkommission gehört, daß sie mit der ihr zugewiesenen Kompetenz nicht einverstanden wäre oder daß sie nicht Beschwerden entgegengenommen, geprüft und auf deren Abhilfe gedrängt hätte? Die Wiener Lokalkommission hat unter „vorherigem Einvernehmen" nie etwas Anderes als „vorherige Zustimmung" verstanden. Ich empfehle Ihnen also, über diese zwei Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Scheibein (Innsbruck): Der Antrag der Wahlkreisorganisation Innsbruck ist wohl nur dahin zu verstehen, daß eine wöchentliche Unterhaltungsbeilage geschaffen werde, um den weißen, braunen und schwarzen Pfaffen, die bei uns mit den Heiligenbildern hausiren gehen, entgegenarbeiten zu können. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Seliger (Reichenberg): Die Beschwerde bezüglich der Neugründung von Blättern ist nur bis zu einem gewissen Grade berechtigt: solche Neugründungen sind in den letzten Jahren gewiß nur aus Nothwendigkeitsgründen erfolgt. Die Parteivertretung aber hat dabei nichts weiter gethan, als erklärt, daß die gegründeten Blätter nicht Parteiorgane sind. Auf dem Parteitag aber wird das Blatt als Parteiorgan anerkannt. Die Parteivertretung beschäftigt sich mit derartigen Fragen nicht, wenn sie auftauchen, sondern erst, wenn sie gelöst sind, und sie erklärt einfach, wir haben damit nichts zu thun. Der Referent beantragt uns, daß Gründungen von Parteiblättern nunmehr nach erzieltem Einvernehmen zwischen der Wahlkreiskonferenz und der Parteivertretung erfolgen können. Ein solches Einvernehmen kann aber doch nicht immer hergestellt werden; die Kreiskonferenz kann die Blattgründung beschließen oder ablehnen, ein Drittes gibt es aber nicht. Deshalb bin ich dafür, daß statt „im Einvernehmen" gesagt werde: „unter Zustimmung" der Reichsparteivertretung. Ich habe auf früheren Parteitagen den Antrag auf Gründung eines Preßbureaus gestellt; ohne diesen Antrag heute zu erneuern, halte ich es für eine wichtige Pflicht der Parteivertretung, der journalistischen Ausgestaltung unserer Provinzpresse, die von Tag zu Tag an Bedeutung gewinnt, ein Augenmerk zuzuwenden.

Scholz (Mildeneichen): Es wäre gut, wenn in unserer Presse überhaupt eine etwas allgemeinere Haltung eingenommen würde. Wir hatten bei uns einen langen Streit darüber, ob beim „Freigeist" eine Tageschronik eingeführt werden soll. Sie wurde nicht eingeführt, und die Folge war, daß die „Volkstribüne" viel stärker ging. So ist es auch mit der „Arbeiterinnen-Zeitung", die, wenn wir mit ihr eindringen wollen, Artikel bringen muß, mit denen die Frauen herangezogen werden können, sonst weist man auf die bürgerlichen Blätter hin, welche den Frauen durch solche Hauswirthschaftsnotizen imponiren. Für sozialpolitische Artikel sind unsere Frauen nicht sofort zu haben.

Zeller (Teplitz): Ich befürchte, daß der Antrag, daß die Gründung von Parteiblättern nur im Einvernehmen mit der Parteivertretung beschlossen werden kann, herzlich wenig nützen wird, weil sich derartige Sachen eben nicht reglementiren lassen. Genosse Seliger wünscht die vorherige Zustimmung der Parteivertretung. Nun wissen wir aber, daß die Parteivertretung ihre Zustimmung nur dort geben wird, wo sie vom Wahlkreis verlangt wird, und der Wahlkreis wieder wird nur in den seltensten Fällen mit einer Blattgründung einverstanden sein. Die Genossen werden vielmehr sagen: Wir gründen das Blatt, ob ihr nun damit einverstanden seid oder nicht. Und wenn sich das Blatt finanziell halten kann, so wird es bestehen bleiben, auch wenn der Bannstrahl der Reichsparteivertretung gegen dasselbe geschleudert wird.

Dr. Adler (Wien): Genosse Tobiasch ist im Irrthum, wenn er meint, daß die Parteivertretung oder ich persönlich an der Entwicklung der Provinzpresse kein Interesse hätten. Ganz im Gegentheil; aber wir wünschen, daß die erscheinenden Blätter nicht nur finanziell gehoben, sondern auch auf ein solches

geistiges Niveau gebracht werden, daß sie wirklich wirksame Waffen für uns werden. Auch die Presse unserer Gegner ist eine andere geworden, als sie vor einigen Jahren war, und so muß auch unsere Presse eine andere werden. Wenn ich gegen die Gründung von kleinen Kreisblättern in Böhmen bin, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß es nothwendig wäre, daß wir speziell in Nordböhmen ein gutfundirtes Tagblatt hätten. (Zustimmung.) Das wäre viel gescheidter als ein Blatt in Tachau und eines in Brüx und wieder eines in Saaz u. s. f. Es wurde viel über Scheerenarbeit gesprochen; da will ich nur das Eine sagen, daß mir Derjenige, der gut zu schneiden versteht, lieber ist als ein Redakteur, der schlecht schreibt. (Rufe: Sehr richtig!) Ueber die „Arbeiter-Zeitung“ ist eigentlich wenig geschimpft worden. Mein Existenzminimum ist eigentlich da etwas höher. Bezüglich der Anträge vom XIII. Bezirk schließe ich mich dem Antrag Bretschneider auf Uebergang zur Tagesordnung an. Lassen Sie es bei den Bestimmungen, wie sie seit zwei Jahren bestehen. Die Preßkommission hat sich in die Verhältnisse hineingefunden, sie hat schon das Recht, das ihr der XIII. Bezirk erst einräumen will, nämlich Beschwerden bezüglich der Administration und Redaktion entgegenzunehmen.

Am besten wäre der Antrag Hueber, daß die Anstellung und Besoldung der Parteiorgane der Parteivertretung zu überlassen sei. Ich weiß, der Antrag wird nicht angenommen werden, das nützt nichts, so weit sind wir noch nicht. Der heutige Zustand ist aber ein erträglicher, wir kommen ganz gut aus, und es ist nicht gut, daran zu rütteln. Daß für die Provinzpresse ein anderer Zuschnitt nothwendig wäre — ganz besonders in Böhmen — daran halte ich fest, und es wäre vielleicht im Wege einer Konferenz nachzudenken, wie da abzuhelfen wäre. Wie die Presse heute beschaffen ist, entspricht sie dort nicht der sonstigen Größe der Partei. Darin liegt nicht ein Vorwurf gegen die Redakteure; ich weiß, wie die Leute draußen ohne jegliche Hilfsmittel die Blätter so herstellen, daß sie etwas gleichsehen. Und das thun sie für einen elenden Hungerlohn; wir haben nicht die richtige Auffassung von der Sache, wenn wir unsere wichtigsten Arbeiter, die Tintenkuli, eigentlich am schlechtesten behandeln. Diesen Zuständen wäre endlich abzuhelfen.

Gröbner (Wien): Wenn Sie den Antrag der Bezirksorganisation VIII annehmen, wird das zur Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung“ wesentlich beitragen. Wir haben damit nicht etwa eine Hausfrauenzeitung im Auge; es ist aber doch andererseits nicht schlecht, auch aus anderen Blättern das Gute herauszunehmen. Wir haben mit Frauen gesprochen, die erklärten, daß sie auch in der „Arbeiterinnen-Zeitung“ Artikel über Hauswirthschaft, Gesundheits- und Kinderpflege suchen. Die Kosten des Blattes würden dadurch nicht erhöht. Wenn auch hie und da solche Artikel gebracht werden, so fehlen sie doch zumeist ganz, und das soll nicht sein. Für die indifferente Arbeiterin ist das Blatt auch zu hoch geschrieben. Darüber wird auch in der Provinz geklagt. Gut wäre es auch, wenn die Mittel hiezu vorhanden sind, einen Schnittzeichenbogen beizulegen.

Hueber (Wien): Durch den von mir eingebrachten Antrag wird der Wiener Lokalorganisation ein Stück Recht genommen, und der Parteitag wird sich zu entscheiden haben, ob dies geschehen soll oder nicht. Es wurde mir der Vorwurf gemacht, es liege in meinem Antrag ein Stück Konservativismus, und Andere sagen wieder, ich erwies der Parteivertretung mit diesem Antrag einen Gefälligkeitsakt. Durch den Antrag des XIII. Bezirkes würden die Quatschmeiereien nur befördert werden. Die Genossen würden sagen, nicht nur die Lokalorganisation, sondern wir alle Bezirke wollen darüber reden, ob die Lokalorganisation der Parteivertretung dieses oder jenes Recht geben soll. Genosse Exner behauptet, daß durch den Streit in der Lokalorganisation über die Erhöhung der Gehälter die Organisation untergraben und die „Arbeiter-Zeitung“ infolge dessen auch zurückgegangen sei. Da ist es nur naturgemäß, zu verlangen, es soll der Lokalorganisation das Recht genommen und sie von Dingen befreit werden, die für die Organisation keinen Werth haben. Die Vertreter der politischen Organisationen wünschen, daß dieser Streit endlich beseitigt werde, um die politische Organisation ausbauen und für die prinzipielle Ausbildung der Genossen sorgen zu können. Nun kommt aber der XIII. Bezirk mit seiner Verschärfung und will diese Quatsch-

meierei noch vergrößern. Lassen Sie diesen ironischen Hieb Adler's nicht auf sich sitzen. Beseitigen Sie diesen Uebelstand von Wien, und Sie haben für die Wiener Genossen eine tüchtige Organisationsarbeit geleistet. Das sind die konservativen Gründe und meine persönliche Freundschaft für die Parteivertretung, die mich veranlaßten, meinen Antrag zu stellen.

Hanusch (Sternberg) und **Schatzmayr** (Spittal a. d. Drau) beantragen Schluß der Debatte.

Smrčka (Wien) spricht dagegen, Hanusch dafür.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Referent **Popp:** Dr. Czech hat Recht, daß der Brünner „Volksfreund" wohl seit 20 Jahren besteht. Die Verhältnisse haben sich aber dort so sehr geändert, daß das Blatt heute in Brünn und Umgebung keinen festen Halt mehr besitzt, sondern seine Abnehmer weiter draußen hat. Da war es nun natürlich, daß in diesen Kreisen die Absicht auftauchte, selbst ein Blatt zu gründen. Dr. Czech ist im Irrthum, wenn er meint, daß der Blattgründung ein Riegel vorgeschoben werde, wenn nur die Landesorganisation darüber zu beschließen hätte. Die Parteivertretung steht nicht etwa auf dem Standpunkt, daß Blätter dort nicht gegründet werden dürfen, wo dies nöthig ist. Sie wird die Bewilligung geben, wo es die Organisation erfordert; wenn sie aber ihre Zustimmung versagt, dann muß dem Blatt auch wirklich die Anerkennung versagt werden. Das verlangt die Disziplin. Wenn Genosse Bretschneider sich gegen meinen Antrag erklärt hat, so meine ich, daß gerade der niederösterreichischen Landesparteivertretung mein Antrag infolge ihrer tüchtigen Disziplin nur nützlich sein kann. Bezüglich der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist es eigenthümlich, daß die meisten Beschwerden aus jenen Kreisen kommen, wo die wenigsten Blätter abgesetzt werden. Was den Antrag Hueber betrifft, so wird bei jedem Parteitag über die Anstellung bei der „Arbeiter-Zeitung" gesprochen. Durch den bestehenden Beschluß des Linzer Parteitages ist viel Streit in den Lokalorganisationen und Bezirksorganisationen entstanden, die wieder aus Vertrauensmännern anderer Organisationen zusammengesetzt sind. Statt sich mit Organisationsarbeiten zu beschäftigen, beschäftigt man sich jetzt in den Organisationen jahraus und jahrein mit Anstellungen und Gehaltsfragen. Hueber hat Recht, daß Sie durch Annahme seines Antrages der Wiener Organisation Gelegenheit zum Quatsch benehmen und den Platz für die Organisationsarbeit schaffen würden. Ich persönlich würde diesen Antrag annehmen, ich spreche aber da nicht für die Parteivertretung. Was den Antrag Seliger betrifft, so besagt er so ziemlich dasselbe wie der von mir gestellte. Den letzten Satz des Antrages jedoch halte ich für überflüssig.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Zu Punkt **Parteipresse** werden

die Anträge **12, 18, 19, 20, 22, 25** und **27** angenommen. Durch die Annahme des Antrages **12** entfällt der Antrag **13.**

Die Anträge **14** und **15** werden der Parteivertretung zugewiesen.

Antrag **28** wird zur Kenntniß genommen.

Die Anträge **11** und **26** werden abgelehnt; letzterer in namentlicher Abstimmung mit Stimmengleichheit (45 dafür, 45 dagegen).

Zum Schlusse wird der Antrag auf Ertheilung des Absolutoriums einstimmig angenommen.

Schluß der Nachmittagssitzung 7 Uhr Abends.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 8 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Bretschneider (zur Richtigstellung): Ich habe gesagt, daß ich es vom Genossen Freundlich nicht für loyal halte, an den Parteitag zu appelliren, nachdem er sich mit Dr. Czech auf einen Kompromißantrag geeinigt hatte. Ich bin darüber aufgeklärt worden, daß ich den Genossen Freundlich mißverstanden habe.

Hueber (Wien): Ich halte die gestrige Abstimmung über meinen Antrag für inkorrekt. Ich glaube, daß der Antrag nur deshalb gefallen ist, weil eine Anzahl Wiener Genossen das Präsidium eingeschüchtert und es dazu gedrängt hat, die Stimmengleichheit zu konstatiren. Ich finde darin ein unproletarisches Vorgehen. An der Abstimmung selbst kann ich nichts ändern, allein ich erhebe gegen dieselbe Protest und ersuche, daß dieser Protest dem Protokolle einverleibt werde.

Vorsitzender: Ich konstatire, daß eine Beeinflussung des Präsidiums nicht stattgefunden hat, daß aber eine Anzahl Genossen sich nicht darum gekümmert hat, worüber abgestimmt wird. (Gen. Schuhmeier: Das ist ihre Sache.) Ganz richtig. Ich konstatire dies nur gegenüber der Bemerkung des Genossen Hueber.

Exner (zur Richtigstellung): Ich konstatire, daß ich meinen Antrag auf Grund des Berichtes unseres Vertreters in der Lokalorganisation gestellt habe und daß mein Antrag mit dem Antrage der Organisation des XIII. Bezirkes nichts zu thun hat.

Parteiorganisation.

Zu diesem Punkte wurden folgende Anträge eingebracht:

29. Antrag des V. Wiener Wahlkreises:

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath, Landtag und Gemeinderath ist im Einvernehmen mit der Landes-, respektive Parteivertretung auf Vorschlag der Wahlkreis-, respektive Bezirksorganisation vorzunehmen.

30. Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

Der Organisation der jugendlichen Arbeiter ist von Seite unserer Parteigenossen mehr Augenmerk zuzuwenden, als es bisher der Fall war; ferner soll auch darauf geachtet werden, daß die übermäßige sportliche Pflege eingeschränkt wird und sie mehr den ernsteren Bestrebungen zugeführt werden.

31. Antrag des III. Wiener Wahlkreises:

Punkt 7 der Organisationsbestimmungen, Parteisteuer, hat zu lauten:

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat 2 Heller direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt.

Mit dem Inkrafttreten dieser Abgabe hört die bisherige Form der Parteisteuerablieferung durch die Landes- und Wahlkreisorganisationen auf.

Durch diese direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

32. Antrag Witzmann (Wien):

Im nachstehenden Antrage habe es im Absatz 1 und Absatz 3 statt „Parteivertretung" zu heißen: „Reichsparteivertretung".

33. Antrag der Gewerkschaftskommission Oesterreichs:

Zu Punkt 1 der Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich:

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

34. Zusatzantrag Winarsky (Wien):

Im Antrage der Gewerkschaftskommission habe es zu lauten: Wo politische Vereine existiren, werden die sozialdemokratischen Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet u. s. w.

35. Antrag A. Fritsch (Graz):

Der II. Absatz des Punktes 1 der Bestimmung für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich hat zu lauten:

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen anzugehören.

36. Antrag Barth (Gablonz):

Das Parteisekretariat hat regelmäßig am Ende Juni und am Ende Dezember den Wahlkreisleitungen mitzutheilen, welche Ortschaften und Organisationen ihrer Verpflichtung in Bezug auf die Parteisteuer nachgekommen sind und in welcher Weise.

Die Wahlkreisleitungen haben nach Erhalt dieser Mittheilungen mit den säumigen Orten und Organisationen sogleich in Verbindung zu treten, um die strikte Durchführung der Parteisteuer zu veranlassen.

37. Antrag Barth (Gablonz)-Kiesewetter (Reichenberg):

Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung hat im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission und der Kreisleitung des IX. böhmischen Wahlkreises in Gablonz in kürzester Zeit dafür zu sorgen, daß in Trautenau ein unabhängiger Vertrauensmann angestellt wird.

38. Antrag Doubrawa (Wien)-Müller (Graz):

Der Parteitag wolle beschließen: Turn- und sonstige Sportvereine müssen in ihre Statuten aufnehmen, daß die Mitglieder ihren Branchenorganisationen angehören müssen. Wo solche oder politische Vereine nicht existiren, sind die Turn- und sonstige Sportvereine verpflichtet, eine freie Organisation zu gründen.

39. Antrag Krumpholz (Freudenthal)-Mischak (Wigstadtl):

Der Parteitag wolle beschließen, daß auch im Westschlesischen eine verläßliche agitatorische Kraft angestellt werde.

40. Antrag Leo Freundlich (Mährisch-Schönberg):

Wo das Bedürfniß nach Sportpflege besteht, empfiehlt der Parteitag an Stelle separater Sportvereine die Gründung von Sportsektionen der gewerkschaftlichen Ortsverbände.

41. Abänderungsantrag des V. Wiener Wahlkreises. — Antrag Smrčka (Wien):

Die Aufstellung von Kandidaten für den Reichsrath, Landtag und Gemeinden ist im Einvernehmen mit der Landes-, respektive Wahlkreis- und Bezirksorganisation auf Vorschlag der Parteivertretung vorzunehmen.

42. Antrag Simon Stark (Tachau):

Das Parteisekretariat wird beauftragt, in seinen Zuschriften an die ihm bekanntgegebenen Lokalorganisationen besser als bisher eine Aufklärung (Instruktion) über die abzuführende Parteisteuer an die Parteivertretung als auch an die Wahlkreisvertretung zukommen zu lassen.

43. Antrag Barth (Gablonz):

Das Parteisekretariat hat regelmäßig am Ende Juni und am Ende Dezember den Wahlkreisleitungen mitzutheilen, welche Ortschaften und Organisationen ihrer Verpflichtung in Bezug auf die Parteisteuer nachgekommen sind und in welcher Weise.

Die Wahlkreisleitungen haben nach Erhalt dieser Mittheilungen mit den säumigen Orten und Organisationen sogleich in Verbindung zu treten, um die strikte Durchführung der Parteisteuer und die Erledigung der geschäftlichen Agenden zu veranlassen.

Zusatzantrag Kraenkel (Falkenau):

Im vorstehenden Antrage ist im Absatz 1 nach dem Worte „Parteisteuer" einzufügen: „und in der Erledigung der parteigeschäftlichen Agenden."

44. Antrag Wlczek (Wien):

Angesichts der Thatsache, daß wir ernsten politischen Kämpfen entgegengehen, angesichts der Thatsache, daß die territoriale Organisation in den Wahlkreisen und Wahlbezirken nicht in dem Maße ausgebaut ist, um insbesondere bei Wahlen thatkräftig und mit Erfolg eingreifen zu können, beschließt der Parteitag:

Den Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, in den Gewerkschaften auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie sich an dem Ausbau der territorialen Organisation mit allen Kräften betheiligen.

45. Antrag Dr. Adler (Wien):

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesammtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise.

46. Antrag Bretschneider (Wien):

Der Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII, betreffend die Förderung und Unterstützung der Organisation der jugendlichen Arbeiter, ist, da die in Betracht kommenden diesbezüglichen Organisationen zumeist in Wien und einigen Orten Niederösterreichs bestehen, der niederösterreichischen Landesparteivertretung zuzuweisen.

47. Antrag Meizr (Wien) - Ruczka (Wien):

Die Parteivertretung wird beauftragt, in jenen Orten, wo die nothwendigen Voraussetzungen vorhanden sind, im Einvernehmen mit den betheiligten Organisationen Arbeitersekretariate zu errichten.

48. Abänderungsantrag Majer (Wien) zum Antrage der Gewerkschaftskommission, Absatz 2, wird dahin abgeändert:

Die Mitglieder der Gewerkschaften werden aufgefordert, diesen Vereinen u. s. w. beizutreten.

Berichterstatter **Skaret:** Wir haben uns am Wiener Parteitag das derzeitige Organisationsstatut gegeben, wodurch mit Rücksicht auf die Badeni'sche Kurie die bisherigen Kreisorganisationen in Wahlkreisorganisationen umgewandelt wurden, die denn auch, mit Ausnahme von Steiermark, überall durchgeführt sind. Ob sich diese Form der Organisation in allen Kronländern bewährt hat, will ich dahingestellt sein lassen. Hervorheben will ich nur, daß es in Steiermark unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich gewesen sein soll, diese Organisation durchzuführen.

Wenn unser Statut neben den Wahlkreisorganisationen nur von Bezirksorganisationen spricht, so ist das ein Fehler, der wohl darauf zurückzuführen ist, daß man in den größeren Städten dasjenige Bezirksorganisation nennt, was in der Provinz als Lokalorganisation bezeichnet wird, und das als Lokalorganisation bezeichnet, was man in der Provinz Bezirksorganisation nennt. Ich glaube daher, daß es gut wäre, im Artikel II den Subtitel „Bezirksorganisation" zu streichen.

Genosse Dr. Adler hat gesagt, wir wollen zunächst sehen, wie unsere Organisationen in Oesterreich eigentlich ausschauen. Wir können wohl heute sagen, daß der Ausbau unserer politischen Organisation in den einzelnen Wahlkreisen nicht nur sehr viel, sondern Alles zu wünschen übrig läßt. Wir haben eine Reihe von Lokalorganisationen, die einen Ausschuß haben, um den herum aber nichts ist; und wir haben Lokalorganisationen, von denen selbst die Wahlkreisorganisation nichts weiß. Ich glaube, daß das System der Lokalorganisationen in manchem Wahlkreis als schlecht bezeichnet werden muß. Wir haben zwei Kategorien von Lokalorganisationen: die eine, die sich aus gewählten Vertrauensmännern zusammensetzt, und die andere — das dürfte die weniger werthvolle sein — die ausschließlich aus zahlenden Mitgliedern besteht. Wir brauchen Lokalorganisationen, die sich zusammensetzen aus den Vertrauensmännern der Organisationen, der Fabriken und

Werkstätten am Orte. Nur eine solche Organisation wird in dem Moment, wo eine Aktion durchgeführt werden soll, auch schlag- und kampfbereit dastehen.

Bei der Aufstellung des Statuts haben wir durchaus nicht das gemeint, was in einigen nordböhmischen Kreisen praktizirt wird. Es ist nicht leicht möglich, das, was wir meinen, in einen konkreten Antrag zusammenzufassen; aber wer die Debatten auf den verschiedenen Parteitagen verfolgt hat, wird darüber nicht im Zweifel sein können, daß diese Lokalorganisationen, die nur aus zahlenden Mitgliedern bestehen, nichts Anderes als eine Art politischer oder Wahlvereine sind. Das entspricht aber nicht unserem Statut.

Wir müssen jetzt, wo wir in einen heftigen Wahlkampf und vielleicht auch in einen Wahlrechtskampf werden eintreten müssen, für Alles gerüstet sein. Es wäre daher die Aufgabe der Lokalorganisationen, dafür Sorge zu tragen, daß es keine Werkstätte, keine Fabrik im Orte gibt, die nicht durch einen Vertrauensmann in der Lokalorganisation vertreten ist.

Zu den vorliegenden Anträgen bemerke ich Folgendes: Was den Antrag 28 des V. Wiener Wahlkreises betrifft, so weiß ich nicht, ob es gut ist, dieses Einvernehmen auch auf die Kandidaten für den Gemeinderath auszudehnen. Ich glaube, wir würden dadurch wieder eine jener Bestimmungen schaffen, die von den Organisationen draußen in keiner Weise eingehalten würde. (Sehr richtig!) Außerdem bin ich überzeugt, daß es der Parteivertretung sehr schwer fallen würde, in dieser Richtung ein entsprechendes und zutreffendes Urtheil abzugeben. (Zustimmung.) Wir wissen ja, daß in den kleinen Gemeinden sehr wenige in unserer Organisation stehende Genossen überhaupt ein Gemeindewahlrecht besitzen. Wenn die Genossen sich an diesen Wahlen betheiligen, so betheiligen sie sich, indem sie agitiren. Für die sozialdemokratischen Kandidaten möchte ich aber, sobald sie gewählt sind, nicht immer die Hand ins Feuer legen. (Sehr richtig!)

Ich würde Ihnen daher empfehlen, das Wort „Gemeinderath" aus dem Antrag zu eliminiren. Wenn sich dieser Antrag auch speziell durch die Wiener Verhältnisse begründen läßt, so meine ich, daß wir noch immer Mittel genug haben, um uns verständigen zu können. In dieser allgemeinen Fassung wäre der Antrag aber nicht zu empfehlen.

In Bezug auf den Antrag 29 der Bezirksorganisation Wien VIII bemerke ich, daß wir in letzter Zeit wiederholt den Versuch gemacht haben, die jugendlichen Hilfsarbeiter an uns heranzuziehen. Von Seite der Parteivertretung ist ein eigenes Comité eingesetzt worden, welches die Aufgabe hat, durch Veranstaltung deklamatorischer und musikalischer Vorträge den Bildungsdrang der jugendlichen Arbeiter zu heben. Es stehen uns aber nicht immer die nothwendigen Kräfte zur Verfügung. Was uns bisher möglich war, haben wir gethan. Ich halte daher den Antrag, wenigstens was Wien betrifft, für überflüssig. In der Provinz ist aber die Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge noch viel schwieriger als in Wien. Ein aus seiner Lehre herausgerissener Lehrling hat dort nicht viel Aussicht, am Orte wieder eine Lehre zu erhalten. Damit will ich nicht abrathen, solche Organisationen zu versuchen, allein es muß mit der größten Vorsicht vorgegangen werden.

Was die Einschränkung der übermäßigen Sportpflege anbelangt, so wünschen wir das gewiß Alle, und auch, daß dies auf alle Arbeiterorganisationen ausgedehnt würde. Wir hören in letzter Zeit viel mehr von der Gründung von Turn- und Radfahrervereinen als vom Ausbau der politischen Organisationen. Die Leute, die in einen solchen Verein eintreten, thun dies nur zum Zweck des Sports, nehmen aber an unserer gesammten Organisation wenig Antheil. Als Rekrutenschulen scheinen sich mir diese Vereine nicht zu eignen. Für zweckmäßiger würde ich es halten, wenn unsere Organisationen separate Sektionen für Turner, Radfahrer u. s. w. bilden würden.

Das Motiv des Antrages der Gewerkschaftskommission liegt hauptsächlich darin, daß ein ähnlicher Antrag von einem Genossen in Wien eingebracht wurde, der sich mit seiner Branchenorganisation zerworfen hatte. Ich halte den Antrag in dieser verschärften Fassung, obwohl ich meine, daß es nicht schaden würde, wenn wir ihn so annähmen, nicht für nothwendig, weil wir mit der bisherigen Bestimmung vollständig ausgekommen sind. Wenn dieser Antrag aber so auf-

zufassen ist, daß, was aus der bisherigen Stylisirung nicht ganz klar hervorgeht, Parteiangehörige in erster Linie der Branchenorganisation anzugehören haben, und nur dort, wo die Möglichkeit hiezu nicht vorhanden ist, Mitglieder einer anderen Organisation sein können; wenn dies also nur eine präzisere Fassung, aber keine Aenderung bedeuten soll: dann können wir ihn akzeptiren.

Der Antrag des III. Wiener Wahlkreises ist durch die Annahme des Antrages Ellenbogen überflüssig geworden.

Wir haben es mit Rücksicht auf den wahrscheinlich bald bevorstehenden Wahlkampf nicht für opportun gehalten, Ihnen Vorschläge wegen Aenderung unseres Organisationsstatuts vorzulegen. Der Zeitpunkt hiefür wäre jetzt sehr ungünstig. Wir bitten Sie aber, die bisherige Gleichgiltigkeit und Laxheit aufzugeben und energisch an den Ausbau der Organisationen zu schreiten. Wenn thatsächlich alle Vierteljahre über den Stand der Organisationen an die Parteivertretung berichtet würde, dann würde diese immer wissen, wo etwas faul und wo einzugreifen ist. Diese Berichterstattung ist seitens der Wahlkreisorganisationen mit sehr wenigen Ausnahmen nicht erfolgt. Eine solche Umschau wäre ja auch für die Wahlkreisorganisationen selbst von hohem Werth. Mit Rücksicht auf das Bevorstehende ist es unsere erste Aufgabe, die Lücken in unserer Organisation auszubessern und unsere Armeekorps zu organisiren, um im geeigneten Moment auf dem Platz zu sein.

Bezüglich der Frauenorganisation wird jetzt bedeutend mehr geleistet als in früheren Jahren. Es ist eine Reihe von Frauenorganisationen gegründet worden, und es ist hauptsächlich das Augenmerk darauf gerichtet worden, daß die Arbeiterinnen in den bestehenden Fachorganisationen die Vertretung ihrer Interessen finden. Es ist nicht zu verkennen, daß es ungemein schwierig ist, auf diesem Gebiet große Erfolge zu erzielen. Daß wir uns dabei nur auf die industriell beschäftigten Frauen und Mädchen beschränken sollen, ist ja schon wiederholt betont worden. Ich glaube jedoch, wir dürfen diese Arbeit nicht allein dem Frauen-Reichscomité überlassen, sondern müssen selbst mit aller Energie die Gewinnung des weiblichen Proletariats für unsere Organisationen anstreben. (Beifall.)

Witzmann (Wien): Ich glaube, daß die gegenwärtige Form unserer Organisation eine ganz vorzügliche ist. Wenn sie noch nicht tadellos funktionirt, so ist es darauf zurückzuführen, daß unsere Partei in den letzten zwei Jahren sehr wenig Gelegenheit gehabt hat, aktiv in das politische Leben einzugreifen.

Bezüglich der Turnvereine kann ich dem Referenten nicht beistimmen. Es gibt Leute, denen man den Sozialismus tropfenweise eingeben muß, die man abschreckt, wenn man sie gleich zu einer Organisation haben wollte. Da wir eine Anzahl von Landesparteivertretungen haben, die ja auch als „Parteivertretung“ bezeichnet werden, meine ich, es sollte im Antrag des III. Wiener Wahlkreises gesagt werden: „an die Reichsparteivertretung“.

Barth (Gablonz a. N.): Der Fehler unserer Organisation beruht nicht so sehr auf deren Aufbau, als vielmehr auf der mangelhaften Durchführung der Beschlüsse. Dort, wo wir es ausschließlich mit industriellen Arbeitern zu thun haben, setzen sich die lokalen Organisationen aus den Arbeitern der einzelnen Werkstätten zusammen, und diese zahlen fünf Kreuzer an die lokale Parteikasse, während der eine Kreuzer Parteisteuer separat verrechnet wird. Wo wir es aber nicht mit industriellen Arbeitern zu thun haben, müssen wir die Leute zu Versammlungen berufen und dort die Mittel für die Organisation aufzubringen trachten. An der äußeren Form unserer Organisation wird sich nichts ändern lassen, und ich bin daher gegen den Antrag Skaret. Was die Turnvereine betrifft, so sind uns dieselben ein Mittel, ein Stück von dem Nachwuchs, der für die Gewerkschaften noch nicht zu haben ist und der früher von den Deutschnationalen eingefangen wurde, für unsere Sache zu erziehen. Gewiß läßt sich nicht leugnen, daß in den Turnvereinen infolge der dort herrschenden Kneiperei und Aufzüge nicht immer in unserem Sinne gearbeitet wird. Statt aber auf sie zu schimpfen, sollte darnach gestrebt werden, junge Leute durch die Turnvereine für die gewerkschaftliche und die politische Organisation zu gewinnen. Der Antrag der Gewerkschaftskommission sagt etwas Selbstverständliches, eine schriftliche Verpflichtung ist da nicht erst nothwendig. Ich habe mit Genossen Kiesewetter einen Antrag auf Anstellung eines

Vertrauensmannes im Trautenauer Bezirke eingebracht, den ich Sie anzunehmen bitte. Ein solcher Vertrauensmann wäre auch für den Königinhofer und Braunauer Bezirk von hoher Wichtigkeit. Wenn wir die Ansätze zu einer Organisation, die in den beiden letzten Jahren in diesen Bezirken gemacht wurden, nicht wieder verlieren sollen, so brauchen wir einen solchen Vertrauensmann.

Schlinger (Floridsdorf): Ich bin für den Antrag der Gewerkschaftskommission, denn man kann da nicht genug scharfe Bestimmungen treffen. Die gewerkschaftliche Organisation leistet uns insbesondere in der Provinz außerordentliche Dienste. Die Wahlkreisorganisationen sind noch jung, die Arbeit ruht oft auf einzelnen wenigen Leuten, und wenn infolge von Entlassungen diese Leute von dem Orte weg müssen, bricht dann die ganze Organisation zusammen. Die gewerkschaftliche Organisation erzieht uns aber hier tüchtigen Nachwuchs. Auch ich kann mich der Ansicht des Referenten betreffs der Turnvereine nicht anschließen. Da wird oft gesündigt, indem man die Leute sich selbst überläßt und sie dann für das angerichtete Unheil verantwortlich macht. Den Turnvereinen müssen tüchtige Genossen zur Verfügung gestellt werden. Zugeben muß ich allerdings, daß die verschiedenen Sportvereine und insbesondere Radfahrklubs auch zahlreiche ältere Genossen der Organisationsarbeit entziehen. Was die Frauenorganisation anbelangt, so kann ich sagen, daß unsere Ortsgruppe der Textilarbeiter durch den indirekten Einfluß der Frauenorganisation in die Höhe gegangen ist.

Gröbner (Wien): Die Organisation der jugendlichen Arbeiter hat uns ersucht, in ihrem Namen verschiedene Forderungen an den Parteitag zu stellen. Die Jugendlichen verlangen in erster Linie Berathungen mit den älteren Genossen, während ihnen heute jede Gelegenheit eines Verkehres mit ihnen mangelt. Sie verlangen auch Zutritt in die Bezirksorganisationen, was wohl noch nicht durchführbar sein wird. In zweiter Linie verlangen sie, es sei der Bewegung der jugendlichen Arbeiter mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher, und es werde den Genossen zur Pflicht gemacht, dort, wo schon solche Vereine bestehen, dieselben durch Beistellung von Privatlokalen, Vortragskräften und Agitation für diese Vereine thatkräftigst zu unterstützen. Sie beklagen sich auch, daß in den Werkstätten seitens der älteren Genossen auf die jugendlichen zu wenig darauf hingewirkt werde, dem Vereine der jugendlichen Arbeiter beizutreten. Den Antrag der Gewerkschaftskommission kann ich nur wärmstens unterstützen.

Petersilka (Wien): Der Antrag Wlczek ist sehr begründet, weil man sich von demselben erhoffen kann, daß die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter, die heute gar kein Interesse an der Straßenorganisation haben, für dieselbe gewonnen werden. Unsere Frauenorganisation liegt noch sehr im Argen. Bezüglich der Turnvereine haben wir auf dem letzten Parteitage einen Antrag auf Förderung derselben angenommen. Man will auch die Organisation der jugendlichen Arbeiter fördern, und da verstehe ich nicht, wie man da unter Einem die Turnvereine bekämpfen kann. In den bürgerlichen Turnvereinen handelt es sich den Fabrikanten darum, die jugendlichen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Wenn Sie meinen, daß es genüge, in den Gewerkschaften Turnsektionen zu gründen, so sind Sie auf dem Holzweg.

Kraenkel (Falkenau a. E.): Ich bin kein so begeisterter Anhänger der Turnvereine wie mein Vorredner, weil ich weiß, daß man sich nicht mit einem kühnen Schwunge vom Reck in die Parteibewegung hineinschwingen kann. Wohl aber ist es nothwendig, wenn man die jungen Leute für die Organisation gewinnen will, ihnen die Möglichkeit zu geben, mit uns in Verbindung zu treten. In der Falkenauer Gegend haben wir heute ehemalige Nationale bei uns; sie werden durch die Thätigkeit der Vereine gewiß nicht direkt zu Sozialdemokraten gemacht, aber die Leute werden zu uns langsam hinübergezogen. Zu dem Antrage Barth werde ich den Antrag stellen, daß vom Parteisekretariat den Wahlkreisleitungen auch über die Erledigung der parteigeschäftlichen Agenden seitens der Organisationen Mittheilung gemacht werde.

Stark (Tachau): Bezüglich der Aufstellung der Kandidaten wäre darauf hinzuwirken, daß nicht die Personen-, sondern die Prinzipienfrage in den Vordergrund geschoben werde. Auch die Kreiskonferenz sollte da ein Wort mitzureden haben. Bezüglich der Steuern an die Kreis- und Parteivertretung, sowie bezüglich

der administrativen Arbeiten überhaupt sollten seitens der Parteivertretung in Druckschriften 2c. Belehrungen hinausgegeben werden. Die Turnvereine sollten dort gepflegt werden, wo der richtige Geist dafür vorhanden ist; zum Beispiel haben wir in Eichwald den besten Turnverein und die beste Lokalorganisation. Die Frauenagitation darf sich nicht nur auf das industrielle Gebiet beschränken, sondern wir müssen die Frau auch für die politische Bewegung gewinnen; wir müssen mit allen Mitteln dahinwirken, sie zu uns zu ziehen, so wie sie der Pfaffe zum Beichtstuhl zerrt.

Hanusch (Sternberg): Im Vertrauensmännersystem haben wir zwei Formen zu unterscheiden: die Straßenvertrauensmänner und die Fabriksvertrauensmänner. Durch das Fabriksvertrauensmännersystem entstehen Maßregelungen; eine bessere Form ist die Straßenorganisation. Der Antrag Hueber ist anzunehmen, denn wir können nicht unsere ganze Organisation auf der losen politischen Organisation aufbauen. Bei der Aufstellung von Kandidaten für die Gemeinde müssen wir vorsichtig vorgehen; es geht nicht an, daß die „guten Sozialdemokraten“ bald national, bald christlich-sozial oder klerikal werden. Die Bezirksorganisationen oder Wahlkreisorganisationen müssen da ein Wort mitzusprechen haben. An der schlechten Funktionirung der Lokalvertrauensmänner sind wir häufig nur selbst schuld, weil wir oft aus Pietätsgefühl Leute in dieser Stellung lassen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Nicht das Alter, sondern die Fähigkeit muß in der Organisation ausschlaggebend sein. Bezüglich der Frauenagitation ist es eine verfehlte Taktik, wenn wir von zwei oder drei Genossinnen verlangen, die Arbeiterinnen zu organisiren. Es ist aber auch falsch, wenn man meint, daß man eine Frauenorganisation schaffen kann aus Frauen, die nicht in der Fabrik stehen. Die Frauenorganisation kann nur an die Branchenorganisation angegliedert sein. Gegen die Turnvereine nehme ich entschieden Stellung. Wir müssen in einer Form organisiren, wie es uns die gewerkschaftliche und politische Organisation vorschreibt. Den Antrag Hueber können wir annehmen, ebenso den Antrag bezüglich der Aufstellung der Reichsraths- und Landtagsabgeordneten; verfehlt aber wäre es, der Parteivertretung auch einen Einfluß auf die Aufstellung der Gemeinderathskandidaten einzuräumen, weil sie die Personen nicht kennt.

Wlczek (Wien): Ich stimme wohl dem Antrage der Bezirksorganisation Wien VIII zu, würde aber wünschen, daß die sportliche Pflege nicht eingeschränkt werde, sondern bloß nicht dazu führen soll, die eigentlichen Parteipflichten zu vergessen. In dem Antrage des V. Wahlkreises wäre ich für die Auslassung des Wortes „Gemeinderath“, weil wir damit in Wien keine guten Erfahrungen gemacht haben. Meinen Antrag bezüglich der territorialen Organisation bitte ich Sie anzunehmen, damit die gewerkschaftlichen Mitglieder wissen, daß wir sie brauchen, um in ausgiebiger Art und Weise in der Straßenorganisation zu arbeiten.

Emmerling (Wien): Wir stehen heute vor Wahlen, und es wäre daher sehr gerathen, wenn wir uns mehr mit der Wahlorganisation als mit den Turnvereinen befaßten. Zu einer strammen Organisation ist auch eine Zentrale nothwendig, von wo die Berichte strengstens abgefordert werden. Von den Urgenzen des Parteisekretariats bezüglich der vierteljährigen Berichte ist mir nichts bekannt. Dem Genossen Skaret möchte ich empfehlen, daß die Berichte für den Parteitag früher abverlangt werden. Bezüglich der Frauenorganisation bin ich der Ueberzeugung, daß sie nur dann floriren wird, wenn sie ein Bestandtheil unserer Gesammtorganisation ist und wenn der separatistische Standpunkt vollkommen aufgegeben wird.

Dr. **Adler** (Wien): Ich bin kein Freund der Sportvereine, meine aber, daß wir in dieser Beziehung Manches von unseren Gegnern lernen können, und halte es für sehr nützlich, wenn sich das gesammte Leben der Parteigenossen in parteigenössischen Organisationen abspielt. Wo Uebertreibungen vorkommen oder wo der Versuch gemacht wird, solche Sportvereine für Organisationen auszugeben, zu denen man pflichtmäßig zu gehören hat, dort hat einfach die Kreisorganisation dem energisch entgegenzutreten. Unbedingt bin ich für den Antrag Hueber. Wenn unser alter Satz, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation untrennbar zusammengehört, eine Wahrheit ist, dann müssen wir so konsequent vorgehen, und umsomehr in Oesterreich, wo wir uns ruhig gestehen können,

daß die Gewerkschaften einen sehr wichtigen Bestandtheil unseres gesammten politischen Gebäudes bilden. Der Antrag des V. Wiener Wahlkreises behandelt einen sehr dringenden Gegenstand, nämlich die Vorbereitung zu den Wahlen. Es ist naturgemäß, was der Antrag sagt, daß der Wahlkreis zunächst ausspricht, wen er wünscht, und daß die Wünsche der Wahlkreise von der Vertretung der Gesammtheit in einen einheitlichen Zusammenhang gebracht werden. Der Antrag scheint mir aber nicht präzis genug stylisirt zu sein. Der Antrag wäre folgendermaßen zu fassen: „Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung (respektive Wahlkreisvertretung) gemeinsam mit der Gesammtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise." Wenn Sie nach Hause kommen, lassen Sie sich rücksichtslos von dem Gedanken leiten, daß sofort alle nöthigen Arbeiten gemacht werden müssen, und lassen Sie sich durch Gerüchte irgend welcher Art davon nicht aufhalten. Ob die Krise ein paar Wochen früher oder später kommt, sie kommt und muß kommen, und unsere Arbeit wird keine vergebliche sein. (Bravo!)

Hueber (Wien): Ich erwarte, daß der Parteitag den Antrag der Gewerkschaftskommission nicht ablehnen wird, denn ich glaube, daß dadurch die politische Organisation nur gefördert werden wird. Wir wünschen eine festgegliederte, schlagfertige politische Organisation, die auf dem Fundament der gewerkschaftlichen Organisation fußt, wodurch jede Zersplitterung der Kräfte vermieden und ein einheitliches Arbeiten zwischen beiden Organisationen ermöglicht wird. Wir brauchen uns mit der Frage der Neutralisirung der Gewerkschaften nicht zu befassen, denn für uns ist die gewerkschaftliche Organisation eine rein sozialdemokratische Organisation.

Die Sport- und Turnvereine halte ich für keine sozialdemokratischen Kampfesorganisationen, allein wir sind nicht so intolerant, sie zu verwerfen. Wir wollen jedoch festgelegt wissen, daß dies nur Behelfe der politischen Organisation sind, die des Charakters einer Kampfesorganisation vollständig entbehren.

Prähauser beantragt Schluß der Debatte. Nachdem Widholz dafür und Siegl dagegen gesprochen haben, wird der Antrag abgelehnt.

Auf Antrag **Heller's** wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Leo **Freundlich** (Mährisch-Schönberg): Dem Antrag des V. Wiener Wahlkreises können wir mit der Modifikation, welche Dr. Adler vorgeschlagen hat, unbedingt zustimmen. Es ist auch unsere Pflicht, den Antrag der Gewerkschaftskommission anzunehmen. Was die Organisation der jugendlichen Arbeiter betrifft, so bin ich der Ansicht, obwohl zum Beispiel in Brünn sehr schöne Erfolge zu verzeichnen sind, daß dieselbe sehr schwer durchzuführen ist. Die Sportvereine haben speziell in Nordböhmen sehr gute Dienste geleistet. Wir dürfen dabei freilich nicht in die Fehler unserer Gegner verfallen. Ich habe daher auch beantragt, daß dort, wo das Bedürfniß nach Sportpflege besteht, anstatt bloßer Sportvereine die Ortsverbände der gewerkschaftlichen Organisationen Sportsektionen errichten. Es wurde hier gesagt, daß das Frauen-Reichscomité nur die industriellen Frauen für die Organisation zu gewinnen trachten möge. Das scheint mir nicht richtig zu sein, denn von den Frauen gilt dasselbe wie von den jugendlichen Arbeitern: wenn wir sie nicht für uns organisiren, werden sie — oder sind es eigentlich schon — gegen uns organisirt.

Ausobsky (Wien): Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Genossen, die früher einer gewerkschaftlichen Organisation angehört haben, dieser in dem Moment, wo sie sich einem anderen Berufe zuwandten, den Rücken gekehrt haben und in einen politischen oder Bildungsverein eingetreten sind. Sie haben sich dann nichtsdestoweniger ebenso als Genossen betrachtet wie früher. Ich glaube, es ist Pflicht jedes Genossen, einer Branchenorganisation anzugehören, und wir sollten in dieser Richtung den Genossen mit gutem Beispiel vorangehen. Der zweite Theil des Antrages scheint mir zu wenig hervorgehoben worden zu sein. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jeder Parteiangehörige auch einer politischen Organisation anzugehören habe.

Widholz (Wien): Wir als politische Partei haben alles Interesse daran, in allen wirthschaftlichen Institutionen und Organisationen Einfluß zu gewinnen,

in sie den sozialdemokratischen Geist hineinzutragen und, wenn möglich, die Führung zu erlangen. Eine spezielle Bestimmung aufzunehmen, wonach jedes Gewerkschaftsmitglied ein Sozialist sein muß, geht doch nicht gut, das würde uns entschieden Schaden bringen. (Zustimmung.) Man kann nicht Jedem, der einer Gewerkschaft beitritt, um seine wirthschaftlichen Interessen zu wahren, sagen, Du mußt Dich in eine politische Partei einreihen lassen. Ich bitte Sie daher, den Antrag der Gewerkschaftskommission abzulehnen. In der gewerkschaftlichen Organisation werden auch allmonatlich die Berichte verlesen, und die Genossen ersehen daraus, in welcher Weise das Geld verwendet wurde. Dadurch festigt sich das Vertrauen, und ich kann sagen, seitdem ich diese Einführung habe, wächst die Organisation zusehends.

Muchitsch (Graz): In Steiermark ist infolge der geographischen Verhältnisse die Wahlkreisorganisation nicht durchführbar, und wir haben auch gar kein Bedürfniß darnach. Dagegen haben wir die Lokal- und Bezirksorganisation streng durchgeführt, und ich habe mit Verwunderung dem Bericht entnommen, daß diese in vielen anderen Provinzen noch nicht so durchgeführt ist, wie es sein sollte. Die Befürchtungen des Genossen Widholz kann ich nicht theilen; ich glaube vielmehr, daß es im Interesse der Organisation nothwendig ist, hier mehr Klarheit zu schaffen. Es geht nicht an, Jedem freizustellen, welcher Organisation er angehören will. Gerade die Unklarheit der gegenwärtigen Bestimmungen hat dazu die Möglichkeit gegeben, daß Genossen, die sich mit der gewerkschaftlichen Organisation überworfen hatten und dann einer anderen Organisation am Orte beitraten, der gewerkschaftlichen Organisation in den Rücken gefallen sind. (Sehr richtig!) Das wird durch den Antrag Hueber verhindert werden.

Smrcka (Wien): Auf allen Parteitagen wird über die Mängel unserer Organisation geklagt. Wenn man aber die Sache genauer ansieht, so findet man, daß es nicht so schlimm ist, wie es dargestellt wird. Wenn wir nach dem Antrag der Gewerkschaftskommission festsetzen, daß die Genossen beiden Arten von Organisationen angehören müssen, so weise ich darauf hin, daß es in den politischen Organisationen ja doch auch Unternehmer gibt, die einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören können.

Meizr (Wien): Als Genosse Segitz in der gestrigen Versammlung über die Entwicklung der Arbeitersekretariate in Deutschland sprach, habe ich mich erinnert, daß in Nürnberg ein Antrag angenommen wurde, wonach die Genossen verpflichtet werden, in den Orten, wo die nöthigen Voraussetzungen dazu vorhanden sind, Arbeitersekretariate zu errichten. Das wäre auch für Oesterreich sehr nothwendig. Wir sind heute mit einer Menge von Arbeiten, die dem Parteisekretariat obliegen würden, überlastet, mit Rekursen bezüglich der Personaleinkommensteuer, Zuständigkeitsgesuchen u. s. w. Den Antrag der Gewerkschaftskommission halte ich für ganz zwecklos. Das heutige Statut genügt vollkommen, wenn es nur durchgeführt würde. Ueberall wird von den gewerkschaftlich organisirten Genossen der Vorwurf erhoben, daß so viel Politik getrieben werde und daß dann für die gewerkschaftliche Arbeit keine Zeit und kein Geld übrig bleibe. Wir wissen, daß die politische Bewegung immer nur ein gewisses Kadre umfassen wird und sich ihr nie alle gewerkschaftlich organisirten Genossen anschließen werden.

Boschek (Wien): Wenn der Antrag der Gewerkschaftskommission angenommen wird, dann brauchen wir nicht zu besorgen, wie dies heute manchmal der Fall ist, daß, wenn eine Aktion in der einen oder der anderen Richtung unternommen wird, bei den Genossen das nothwendige Verständniß hiefür fehlt. Jeder Arbeiter, der in der Gewerkschaft mit klassenbewußten Kollegen verkehrt hat, wird es dann auch als seine Pflicht ansehen, sich politisch zu bethätigen. Es wurde uns auch gesagt, wir sollen uns darauf beschränken, die industriellen Frauen für die Partei gewinnen zu wollen. Wir haben aber gesehen, daß sich Frauen von Parteigenossen mit demselben Eifer der Partei widmen wie ihre Männer. Einer kinderlosen Frau ist es ja auch ganz gut möglich, eine Funktion zu übernehmen, was einer industriell beschäftigten Arbeiterin oft infolge ihrer größeren Abhängigkeit nicht möglich ist. Das ist der Grund, weshalb wir auch die verheirateten Frauen heranzuziehen trachten. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß wir künftighin nicht mehr bloß als die Vertreterinnen der Fraueninteressen

betrachtet werden, sondern als das, was wir in der That sind, als ebenbürtige Mitkämpferinnen in der Partei. (Beifall.)

Schäfer beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen, ebenso der weitere Antrag, daß in der Nachmittagssitzung Punkt 8 der Tagesordnung, „Landagitation", in Verhandlung gezogen werde.

Schluß der Vormittagssitzung 12 Uhr.

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten.)

Vorsitzender: **Popp.**

Nach Verlesung der Präsenzliste wird die Berathung über den Punkt

Parteiorganisation

fortgesetzt und nach einigen kurzen Bemerkungen des Referenten Skaret zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag **31** wurde als bereits erledigt zurückgezogen. Zur Annahme gelangen die Anträge **33, 44** und **45.**

Durch die Annahme des Antrages **33** entfallen die Anträge **34, 35** und **48.**

Durch die Annahme des Antrages **45** entfällt die Abstimmung über die Anträge **29** und **41.**

Die Anträge **30, 36, 37, 39, 42** und **47** werden der Parteivertretung zur Durchführung zugewiesen, somit entfällt der Antrag **46.**

Ueber die Anträge **38** und **40** wird zur Tagesordnung übergegangen und der Antrag **47** als unzeitgemäß abgelehnt.

Hiemit ist dieser Punkt erledigt, und es wird zum nächsten Punkt der Tagesordnung

Landagitation

übergegangen.

Zu diesem Punkt wurden folgende Anträge eingebracht:

49. Antrag der Parteivertretung:

Resolution.

Obgleich die industriell-kapitalistische Entwicklung Oesterreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der industriellen Arbeiterschaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf, ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, so weit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirthschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Drucke leiden wie die der Arbeiter. Ueberdies nöthigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der fünften Kurie mit seinen ungeheueren Wahlbezirken.

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch theilweise unausgebaut sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind, an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor Allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservatismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirthschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben und hat, indem sie es gemäß unserem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgsames Augenmerk zugewendet werden.

Unter den praktischen landwirthschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzenden gerichtet sind, also: Aufhebung sämmtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesammtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Errichtung von landwirthschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirthschaftlichen Unterrichts, Wahrung der Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung gegen die Uebervortheilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn;

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirthschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe analog den Gewerbegerichten, mit der Befugniß der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes um so innigeren Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

50. Antrag Hackenberg (Krems):

Es ist in der Resolution, dritter Absatz, hinter dem Worte „Fleischbeschau" folgender Satz einzuschalten: „Verbesserung der Thierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch die Handhabung dieses Gesetzes geschädigten Landwirthe."

51. Antrag Jodlbauer (Graz):

Es ist in der Resolution, dritter Absatz, hinter dem Satz über Bodenmelioration folgender Satz einzuschalten: „Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherungen durch den Staat."

52. Antrag Barth (Gablonz)-Klingsbögl (Wien):

Es ist in der Resolution, dritter Absatz, der Satz zu streichen: „Mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn."

53. Antrag Dolejši (Wien):

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung mit der Ausschreibung einer Preiskonkurrenz für eine den österreichischen wirthschaftlichen und politischen Verhältnissen angepaßte und leichtverständliche Agitationsschrift, welche für die Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung geeignet wäre.

54. Antrag Witzmann (Wien):

In Erwägung, daß die Landagitation durch Versammlungen in vielen Orten infolge der systematischen Verhetzung durch die Klerikalen unmöglich ist; in weiterer Erwägung, daß die kleinbäuerlichen und proletarischen Schichten der Landbevölkerung, wie die Erfahrung lehrt, den Ideen des Sozialismus nicht unzugänglich sind, beschließt der Parteitag:

Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, an jenen Orten, wo die Agitation durch Versammlungen momentan unmöglich ist, Agitationsbroschüren und Schriften durch die dortigen Vertrauenspersonen unentgeltlich verbreiten zu lassen.

Berichterstatter Dr. **Ellenbogen:** Werthe Parteigenossen! Auf allen Parteitagen trat in letzterer Zeit die Forderung nach Bethätigung der Partei auf dem Lande auf. Bald wird ein Agrarprogramm verlangt, bald wieder Direktiven

für die Landagitation. Der Linzer Parteitag hat den Beschluß gefaßt, eine Kommission einzusetzen, um dem nächsten Parteitag über diese Frage Bericht zu erstatten. Die Parteivertretung hat sich darauf beschränkt, eines ihrer Mitglieder mit der Aufgabe des Studiums dieser Frage zu betrauen, und zwar wurde mir dieser Auftrag zutheil.

Eine der Ursachen, warum diese Frage immer wieder in den Vordergrund tritt, ist der ökonomische Aufbau unseres Staates, dessen geringe industrielle Entwicklung. Nach Schäffle, „Deutsche Kern- und Zeitfragen", 1895, kommen auf 100 beschäftigte Personen

67·2 im Landbau thätige in Ungarn
62·6 „ „ „ „ Italien
59·8 „ „ „ „ Oesterreich
46·7 „ „ „ „ Deutschland
46·3 „ „ „ „ Frankreich
29·4 „ „ „ „ Belgien.

Aus diesen Ziffern ersehen Sie, daß wir zu den noch vorwiegend agrarisch produzirenden Ländern gehören. Das allein wäre aber ein Grund für die Landagitation noch nicht gewesen. Wir hätten uns ja sagen können, daß wir auf industriellem Gebiet noch so ungeheuer viel zu thun haben, daß uns die Landfrage noch lange nicht auf den Nägeln brennt; wir haben im Ganzen 157.773 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter, und es bleiben uns thatsächlich auf diesem Gebiet noch sehr viel Aufgaben zu lösen übrig. Wer so spräche, würde einer jener schablonenhaften Denker sein, die glauben, daß wir im Stande sind, die Entwicklung unserer Bewegung in bestimmte Kategorien einzustellen und uns etwa vorzunehmen, wann wir mit einer bestimmten Agitationsform aufzuhören und mit einer zweiten zu beginnen haben. Nun können wir aber die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse nicht nur nicht bestimmen, wir können auch nicht fixiren, wann und wie wir bestimmte Agitationsformen und -Gebiete in den Bereich unserer Thätigkeit einbeziehen. Ein weiterer Grund, der die Partei bewogen hat, dieser Frage näher zu treten, sind die politischen Einrichtungen unseres Staates. Wären wir ein Staat wie Deutschland, der auf der Grundlage des allgemeinen und direkten Wahlrechtes aufgebaut wäre, so hätten wir uns in Wahlzeiten jene Wahlkreise aussuchen können, wo wir unsere Thätigkeit entfalten wollen. Da wir aber die bekannte Badeni'sche Kurie bekommen haben, mit ihren ungeheuren Wahlbezirken, wo Stadt und Land wahllos durcheinander gewürfelt ist und wo vor Allem die industriellen Zentren durch die Masse der Landbevölkerung erdrückt werden, so waren wir, ob wir wollten oder nicht, gezwungen, mit unserer Agitation auch aufs Land hinauszugehen. Der Zwang bestand, aber eine Methode, wie wir mit der Landbevölkerung zu reden und auf sie einzuwirken hatten, fehlte. Das hat die Genossen der Alpenländer wie der Landwirthschaft treibenden Länder überhaupt bewogen, von den Parteitagen eine Direktive zu verlangen.

Wenn wir der Frage nähertreten wollen, wie wir unter der Landbevölkerung zu agitiren haben, so ist naheliegend, daß wir zunächst die Theorie befragen. Aber diese läßt uns hier im Stich. So großartig der Aufbau der Lehre Marx' auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung ist, so mangelhaft ist unser wissenschaftlicher Einblick in den thatsächlichen Aufbau und in die Gesetze der Entwicklung auf dem Gebiet der Landwirthschaft. Marx selbst hat ja in seinem „Kapital" eine ungeheure Lebensaufgabe erfüllt, indem er die Gesetze der industriellen Entwicklung darlegte; er hat uns aber eine Antwort auf die Frage der Entwicklung der Landwirthschaft nicht gegeben. Selbst die Kongresse der Internationale haben darauf nur mit wenigen Worten Bezug genommen, und es hat sich zum Beispiel der Kongreß zu Basel 1869 darauf beschränkt, zu erklären, daß die Umwandlung des Privateigenthums an Grund und Boden in Gesellschaftseigenthum im Interesse der Gesellschaft gelegen sei; er hat es aber der Zukunft überlassen, die Mittel und Wege zu finden, wie eine solche Vergesellschaftung durchzuführen sei. Seither hat sich allerdings im Schoße der Partei eine gewisse agrarische Literatur entwickelt; wir können aber nicht sagen, daß sie im gleichen Sinne grundlegend wäre wie die Werke von Marx und Engels. Wenn wir die

verschiedenen literarischen Leistungen auf agrarischem Gebiet durchgehen, so entdecken wir, daß sich da eine Reihe von einander scharf gegenüber tretenden Anschauungen geltend macht. Da ist eine Richtung, welche die Gesetze der ökonomischen Entwicklung auf dem Gebiet der Industrie unmittelbar auf die Landwirthschaft übertragen sehen will. Wenn wir aber die Thatsachen prüfen, sehen wir, daß jene mächtige und zweifellose Konzentration, die wir auf industriellem Gebiet sehen, auf agrarischem Gebiet nicht zu konstatiren ist. In einem ausgezeichneten Buche, welches Genosse Vandervelde über den Sozialismus in Belgien geschrieben hat, konstatirt er, daß die Zahl der landwirthschaftlichen Besitzer seit dem Jahre 1846 von 201.226 auf 293.524 im Jahre 1880 gestiegen sei. Die Zahl der Pächter ist in dieser Zeit noch weitaus mehr gestiegen, und zwar von 371.320 auf 616.872. Von einer Konzentration ist also da keine Rede, sondern es ist eine mächtige Zersplitterung zu konstatiren. Aehnliche Verhältnisse finden wir in Nordfrankreich und in Oberitalien; alle diese Länder machen Anspruch darauf, Parzellenländer par excellence genannt zu werden. Es ist weiter in Betracht zu ziehen, daß die landwirthschaftlichen Betriebsformen ungeheuer verschieden sind, daß das wichtigste Arbeitsmittel, der Grund und Boden, nicht überall in demselben Sinne dasselbe ist in Amerika, Deutschland und Frankreich, wie etwa eine Maschine, die man von da dorthin transportiren kann; der Grund und Boden ist nicht nur in den verschiedenen Ländern verschieden, sondern wenn man ein paar Schritte geht, wird er schon wieder ganz anders. Mit der Anwendbarkeit der Maschinen auf dem Gebiet der Landwirthschaft ist es ebenfalls nicht allzu weit her. Man kann auf einem Boden, der nur wenig locker, der hügelig oder steinig, dessen Humusschichte seicht ist, mit einer Maschine nicht vorwärts kommen. Die Gesetze der Industrie sind also hier nicht direkt übertragbar. Und was das Niederkonkurriren des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb betrifft, so lehren die Thatsachen, daß das durchaus nicht überall der Fall ist. Wenn wir auch als Sozialdemokraten gewohnt sind, den Großbetrieb als die Konzentration der Verwaltung anzusehen, wodurch eine Menge von Arbeitskraft erspart wird, so sehen wir, daß das auf landwirthschaftlichem Gebiet durchaus nicht in gleichem Maße und Sinne geschieht. Wir finden, daß die großen Güter eines Eszterházy in Ungarn einen Reingewinn von höchstens $2^1/_2$ Perzent abwarfen, während die kleinen, selbstverwalteten Privatgüter einen Reingewinn von 8 Perzent abgegeben haben. Von einer Niederkonkurrirung kann da keine Rede sein. Es gibt gewisse Kulturgattungen in der Landwirthschaft, welche beim Kleinbetrieb weit besser gepflegt werden als beim Großbetrieb, und ausnahmslos gilt das von den höheren Formen der Landwirthschaft, daß der extensive Großbetrieb weniger ertragreich betrieben werden kann als der naturgemäß intensivere Kleinbetrieb. Was übrigens die fortschreitende Konzentration betrifft, so gibt es Theoretiker, die behaupten, daß die Tendenz der landwirthschaftlichen Entwicklung nicht die Entwicklung zum Großbetrieb, sondern die Entwicklung zur Parzellenpacht sei, wie dies zum Beispiel ein junger österreichischer Parteigenosse — Friedrich Otto Hertz — in seinem Buche „Die agrarischen Fragen und der Sozialismus" ausführt. Sie erkennen daraus, daß man in dieser Frage auch anderer Meinung sein kann. Dazu kommt die ungeheure Verschiedenheit der Betriebsformen innerhalb eines und desselben Landes. Wir haben in Oesterreich nicht nur die Latifundien von Südböhmen, wir haben auch die Großbauern in Böhmen, Mähren und Oberösterreich, wir haben die Kleinbauern und Häusler in Böhmen und Tirol, ja wir haben Formen, wodurch wir uns von den agrarisch fortgeschrittenen Ländern unterscheiden, nämlich die Reste ehemaliger Markgenossenschaften im Nonsthal, im Ampezzothal, im Fleimsthal in Tirol — die „Comunità" — die durchaus nicht arm sind, sondern mehrere Millionen Gulden im Vermögen haben. Unter diesen Umständen müssen wir sagen, es ist sicher, daß die Gesetze der industriellen Entwicklung sich nicht unmittelbar auf die Landwirthschaft übertragen lassen und daß es noch einer ganzen Reihe von tiefgehenden Studien bedürfen wird, um die grundlegenden Gesetze der Agrarentwicklung zu erkennen. Ueberlassen wir also diese gewaltige Arbeit unseren Gelehrten, und gehen wir zur Praxis über.

Was lehrt uns nun die Praxis in Bezug auf die Landagitation? Die nächstliegende Arbeit für die Sozialdemokratie wäre, nur die Landarbeiter zu organi-

siren. Wenn wir nach den Erfahrungen auf dem Gebiete der Landarbeiterorganisation fragen, so hat zunächst in England, dem klassischen Lande der gewerkschaftlichen Organisation, nach vorheriger Bearbeitung der Landarbeiter durch Methodistengeistliche in den Sechzigerjahren ein Geistlicher Namens Girdlestone die englische Bevölkerung auf die elende Lage der Landarbeiter aufmerksam gemacht und die Knechtseligkeit geschildert, in der sie sich befinden. Er suchte die Landarbeiter aufzurütteln, es gelang ihm aber nicht. Nach ihm trat Josef Arch, selbst ein Landarbeiter, auf, dem es vermöge seiner Einsicht und seiner ökonomischen Bildung gelang, eine Landarbeitergewerkschaft ins Leben zu rufen. Große Erfolge vermochte er nicht zu erzielen. Die Bewegung ging immer mehr zurück. Das Mißtrauen der Landarbeiter, der Tiefstand ihrer Kultur und die Niedrigkeit ihrer Löhne, wie er selbst sagt, verhinderten es, daß eine ordentliche gewerkschaftliche Organisation aufgebaut wurde, und bis heute hat England keine Landarbeiterorganisation. Auch anderswo sind in dieser Beziehung vergebliche Versuche gemacht worden, und es sind gegenwärtig nur zwei Länder, wo man von einer Landarbeiterorganisation oder, vorsichtiger gesagt, von einer Landarbeiterbewegung sprechen kann. Es sind dies Italien und Ungarn. Italien ist im Norden und zum Theil im Süden das Land des Parzellenbaues, aber in der Mitte und in Sicilien gibt es größere Güter, insbesondere in der Provinz Emilia. Wir finden, daß sich in Sicilien, in der Emilia und zum Theil auch im Norden Italiens eine Landarbeiterbewegung bildete. Die italienische Regierung hat die sicilianische Bewegung unterdrückt, sie hat die Leute in den Kerker geworfen und von den blauen Bohnen ausgiebigen Gebrauch gemacht. Wo die Landarbeiter den Versuch machten, ihre Löhne zu erhöhen, ihre Arbeitszeit zu regeln, wo die kleinen Pächter die Pachtverhältnisse zu regeln suchten, da mußten sie mit dem Militär Bekanntschaft machen. Trotzdem ist es gelungen, einen Hauch von gewerkschaftlicher Organisation in Italien zu erzeugen, freilich auch niemals auf lange, weil, wie Genosse Gatti dem Kongreß zu Bologna im Jahre 1897 berichtete, „die abstrakten Ideen und altruistischen Begriffe kein genügendes Bindemittel sind, um den Landarbeiter an den Verein zu fesseln". Die in die Vereine gebrachten Arbeiter liefen immer wieder auseinander, und nur wenn die Ernte herannahte, gelang es zuweilen, durch eine Art Streikorganisation ad hoc die Leute zusammen zu bringen. Freilich, auch da hat das Militär eine Rolle gespielt, und zwar weniger als bewaffnete Macht, sondern vielmehr als Streikbrecher. Bei allen Streiks auf den Reisfeldern bei Bologna suchte man Militär heranzuziehen. Da fand aber einmal unser Genosse Costa ein ausgezeichnetes Mittel, um die Wuth der Soldatesca zu zähmen. Er rieth den Arbeiterinnen, sich auf die Erde zu setzen, und als das Militär kam, da wich es ganz erstaunt vor der frappirenden Friedlichkeit der „Revolutionäre" zurück: Mit der Revolution, die auf der Erde sitzt, war nichts anzufangen. (Heiterkeit.) Ja, es ist schon so weit gekommen, daß bei dem letzten Streik der Reisarbeiter in Bologna, bei dem wieder Soldaten als Streikbrecher verwendet werden sollten, sich die Präfektur entschloß, den Schiedsrichter abzugeben, und es gelang thatsächlich, eine Einigung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern herbeizuführen. Aehnlich ging es in Ungarn. Dort werden zur Erntezeit auf den ungeheueren Gütern der ungarischen Latifundienbesitzer Landarbeiter aus den ärmeren Gegenden herangezogen, der Vertrag wird schon ein halbes Jahr vorher geschlossen. Es war früher üblich, daß die Leute für ein Neuntel bis ein Zehntel des Gesammtertrages — es macht dies bei guter Mittelernte für eine Arbeiterfamilie einen Verdienst von 55 bis 60 Gulden aus — die ganze Feldarbeit verrichten mußten bei Getreide und gegen ein Drittel des Ertrages bei Mais. Die Herren Grundbesitzer fanden aber, daß dieser Betrag noch zu hoch sei — dabei ist zu bedenken, daß der Mann mit seiner ganzen Familie arbeiten und auch noch Hilfsarbeiter bezahlen mußte — die Grundbesitzer begannen die Löhne zu kürzen, und die Antwort darauf war eine furchtbare Erhebung der ungarischen Landarbeiter, eine Revolte, die schließlich infolge der bekannten Betyarenhaftigkeit der ungarischen Behörden wieder im Blute der Arbeiter erstickt wurde. Es kam zu den blutigen Tumulten in Oroshaza, Békés-Csaba und Battony im Jahre 1891. Die furchtbaren Unterdrückungsmaßregeln bewirkten durchaus keine Einschüchterung der ungarischen Feldarbeiter, sondern sie wurden dadurch nur den „Einflüsterungen"

der Sozialisten zugänglich und begannen sich zu organisiren. Bei dem angeborenen politischen und rednerischen Talente, das der Ungar besitzt, erwiesen sie sich für die zündenden Reden der Sozialisten äußerst empfänglich, und die Versammlungen, die damals veranstaltet wurden, haben Zehntausende von Feldarbeitern umfaßt. Aber auch diese Bewegung hielt sich nicht, und nachdem noch einmal der Boden von Hódmezövásárhely im Jahre 1894 mit dem Blute der Arbeiter getränkt wurde, nachdem 65 Angeklagte auf die Anklagebank gesetzt und viele zu schweren, jahrelangen Kerkerstrafen verurtheilt wurden, bestand die Organisation noch eine Zeitlang, ging aber wieder zurück. In den letzten Jahren hat sie sich langsam wieder emporgehoben, und gegenwärtig haben wir eine Landarbeiter-organisation, deren Sitz das Szenteser Komitat ist, und die auch eine eigene Zeitung besitzt. Wenn diese Organisation auch nicht in direkter Verbindung mit dem internationalen Proletariat steht, so verfolgt sie doch dessen Entwicklung und hat auch auf ihren Feldarbeiterkongressen mit einem gewissen Verständniß Forderungen aufgestellt, in denen noch eine gewisse Naivität, Widerspruchsfülle und Unklarheit gelegen ist, in denen sich aber zeigt, daß diese Schichten endlich zu denken begonnen haben. Wir in Oesterreich haben eine solche Bewegung nicht zu verzeichnen, bis auf die tschechischen Gebiete Rakonitz, Raudnitz und Melnik, wo aber die Leute auch nur in *politischen* Vereinen organisirt sind. Auch die ungarische Bewegung zeichnet sich übrigens dadurch aus, daß sie nur politisch thätig ist.

So müssen Sie erkennen, daß eine wirkliche Landarbeiterbewegung in unserem Sinne, mit dem reinen Klassenkampfcharakter, nur dort entstehen kann, wo große Arbeitermassen unmittelbar den Großgrundbesitzern gegenüberstehen, daß aber auch dort die Organisation ungeheuer schwierig ist, weil die Aufrechterhaltung dieser Organisation eine äußerst mühselige Arbeit ist. Die Regel ist es nicht, daß bloß die Landarbeiter organisirt wurden, und wir sehen, daß die Bruderparteien anderer Länder daher der Landfrage in ganz anderer Weise näher zu treten versuchten.

Wenn wir die Wahlstatistik in den verschiedenen Ländern, in denen es nennenswerthe sozialistische Parteien gibt, betrachten, so sehen wir, daß diese bei den Wahlen auch in den rein ländlichen Bezirken fortschreitende Erfolge zu verzeichnen haben. So ist dies zum Beispiel in Belgien der Fall. Wenn wir aber das schon zitirte Buch Vandervelde's zur Erklärung dieser Thatsache in die Hand nehmen, so finden wir Folgendes: In Belgien sind bloß 29 Perzent der Bevölkerung in der Landwirthschaft thätig, das Land ist mit Eisenbahnen übersäet, die Industrie ist dezentralisirt, überall finden wir kleine Industriezentren, und die Arbeiter haben es gar nicht nothwendig, in den Städten zu wohnen. Tag für Tag gehen am Morgen und Abend ganze Arbeiterzüge aus den Städten hinaus aufs Land. Die ersten Wahlerfolge hat die belgische Sozialdemokratie auf dem Lande allerdings nur mit Hilfe der städtischen Elemente errungen. Es waren die industriellen Arbeiter, die in der Stadt organisirt wurden, und auf dem Lande, wo sie ja wohnten, ihre Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben hatten. Freilich blieb es nicht dabei. Mit der Zeit gelang es, das „sozialistische Gift" auch einigen Landbewohnern, die nicht rein proletarisch waren, Pächtern und kleinen Bauern, einzuträufeln. Allerdings halten die belgischen Genossen diese Wirkungen vorläufig noch nicht für ewige Zeiten bindend. Vandervelde bezeichnet als die Schwierigkeiten, die den Sozialdemokraten bei der Landagitation entgegentreten, folgende: „Die Landwirthschaft ist nicht genügend kapitalisirt, die Assoziation beginnt sich erst auszubreiten; die Zersplitterung der Besitze, die Isolirung der Produzenten, der Mangel der Beziehungen unter den Landarbeitern erzeugt einen Individualismus wie die Heimarbeit in den Städten . . ., der Haß gegen das Neue, das Mißtrauen gegen Alles, was von der Stadt kommt, die Doppelsprachigkeit, aber auch — und das ist für uns sehr wesentlich und belehrend — die Unkenntniß des Landlebens seitens unserer Genossen" — das sind die Hindernisse.

Bisher ist es durch viele Radfahrer, die Sonntags aufs Land hinausgefahren sind und zahllose Flugschriften vertheilt haben, gelungen, einige Bauern, wenigstens theoretisch, mit dem bekannt zu machen, was die Sozialdemokraten

wollen. Vandervelde konstatirt mit Vergnügen, daß die Bauern wenigstens „Boerenbonden“, Bauernvereine, gegründet haben, die allerdings im Anfange nur unter dem Einflusse der Regierung zustande gekommen sind. Es genügt aber den Genossen, daß die Leute überhaupt in Vereine eingetreten sind. Damit treten sie dem Gedanken einer Vereinigung zu einem bestimmten Zweck immer näher. Die belgischen Genossen haben sich daher genöthigt gesehen, auf ein reines Landarbeiterprogramm zu verzichten. Aehnlich sind die Verhältnisse in Deutschland. Wenn es schon eine Reihe von politischen Momenten gibt, die uns von der Bruderpartei in Deutschland trennen, so sind die agrarischen Wirthschaftsformen in Oesterreich etwas, was uns in der Form unserer Agitation vielleicht noch weiter von ihnen entfernen wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich, nachdem sie früher rein industriell thätig war, im Anfange der Neunzigerjahre genöthigt gesehen, sich auch mit der agrarischen Frage zu befassen. Der vom Frankfurter Parteitag eingesetzte Ausschuß hat ein Agrarprogramm ausgearbeitet, das aber vom Parteitag in Breslau nicht akzeptirt wurde, da dieser der Meinung war, daß die Sache noch nicht spruchreif sei. Einige Genossen haben diesen Beschluß allerdings nicht dahin interpretirt, daß sie nunmehr auf dem Gebiet der Landagitation die Hände in den Schoß zu legen hätten. Sie haben eben gedacht: Probiren geht über Studiren. Sie gingen auf's Land hinaus und sprachen mit den Bauern. Im Anfang ging das natürlich schwer. Wenn wir jedoch die Statistik der letzten Reichstagswahlen vom Jahre 1898 betrachten, so finden wir, daß unsere Genossen in den rein ländlichen Bezirken die sehr respektable Zahl von 563.852 Stimmen, das sind 9½ Perzent der abgegebenen Stimmen, erhalten haben. Diese 9½ Perzent sind aber bloß eine Durchschnittsziffer. Wir haben einige Gebiete, wo ein bedeutend größerer Erfolg zu verzeichnen ist. Betrachten wir diese Bezirke näher. Da haben wir zum Beispiel Reuß, dort ist auf dem Lande eine Woll- und Baumwollindustrie, in Sachsen-Altenburg und Coburg eine Bergbauindustrie, in Sachsen-Meiningen eine Spielwaarenindustrie, in Anhalt eine starke Zuckerindustrie. Ebenso ist in Hannover, wo ebenfalls eine Dezentralisirung der Industrie platzgegriffen hat, ein Anwachsen der Stimmen zu konstatiren. Nur in Schleswig-Holstein haben wir rein agrarische Bezirke mit großen Latifundien, wo überdies die knechtische Gebundenheit der Landarbeiter nicht so groß ist, wie in den eigentlichen preußischen Gebieten; dort sind die Arbeiter selbstständiger und wählen sozialdemokratisch. Bei alldem zeigt sich die merkwürdige Erscheinung, daß selbst auch in Ostpreußen, wo der Arbeiter gebunden ist, immerhin 12 Perzent der abgegebenen Stimmen auf Sozialdemokraten entfielen. Dagegen haben wir in Württemberg, Baden und Bayern keine solchen Erfolge zu verzeichnen. Dies erklärt sich einerseits durch die Uebermacht des katholischen Zentrums in jenen Ländern, andererseits durch die Konkurrenz, welche der sozialdemokratischen Agitation durch den Bauernbund und die Volkspartei gemacht wird. Aber auch in Süddeutschland schreitet die Sozialdemokratie vorwärts, und wir können konstatiren, daß zum Beispiel in Rothenburg bei den letzten Reichstagswahlen siebenmal so viel sozialdemokratische Stimmen auf dem Lande erzielt worden sind als bei den vorhergegangenen Wahlen. Ganz schlechte Erfolge auf dem Lande sind nur in der Rheinprovinz und in Westphalen zu verzeichnen, wo eben die Landarbeiterschaft ganz unter dem klerikalen Einfluß steht, und ebenso dort, wo nationale Streitigkeiten bestehen, in Posen, Ostpreußen und Schlesien.

In Frankreich sind die Führer der sozialistischen Bewegung sehr bald zu der Erkenntniß gelangt, daß ihnen die Landarbeiterschaft allein Erfolge bei den Wahlen nicht verschaffen wird. Sie haben daher schon im Jahre 1892 auf dem Kongresse in Marseille ein eigenes Bauernprogramm ausgearbeitet, in dem sie ausdrücklich erklärten, es handle sich darum, den nicht ausbeutenden Bauern zu schützen. Sie verlangten daher, daß Land an die Besitzlosen vertheilt werde, daß Invalidenkassen gegründet, daß den Bauern ärztliche Hilfe unentgeltlich zutheil werde, daß die Reservisten entschädigt, daß auf Gemeindekosten Maschinen angeschafft werden sollen 2c. Sie haben denn auch mit diesem Programme unleugbar große Wahlerfolge erzielt, und es ist ihnen gelungen, den sozialdemokratischen Gedanken auf das Land hinauszutragen. Dieses französische Agrarprogramm war

eigentlich der Ausgangspunkt für die deutsche Agrarbewegung in der Partei. Die Kritik, die dieses Programm von Seite einiger Genossen in Deutschland erfuhr, war eine verschiedene, und auch ein Artikel von Friedrich Engels hat durchaus nicht die erforderliche Klärung gebracht, weil er von den Parteigenossen in ebenso verschiedenartiger Weise interpretirt wurde, wie etwa die Bibel verschieden interpretirt wird. Die anderen Länder folgten. In Italien wurde ebenfalls ein Bauernprogramm aufgestellt, in welchem die Zuweisung von Staatsland an Genossenschaften, Aufhebung der Grundsteuer u. s. w. gefordert wurde. Es wurden damit Wahlerfolge erzielt, und es ist bezeichnend, daß gerade in den kleinen Gemeinden bei den Gemeindewahlen immer fortschreitende Erfolge zu verzeichnen sind. Endlich wurden auch in Dänemark und Rumänien ähnliche Programme aufgestellt.

Fassen wir diese Thatsachen zusammen, so ergibt sich, daß Erfolge der sozialdemokratischen Agitation nur dort erzielt wurden, wo sich die Partei nicht darauf beschränkt hat, den Landarbeiter allein aufzusuchen, sondern wo sie unerschrocken erklärt hat, ihre Agitation auch auf den kleinen Besitzer ausdehnen zu wollen. Diese Anschauung mag scheinbar unserem Prinzip zuwiderlaufen, aber die Genossen haben sich gesagt, es ist nothwendig, daß wir diese Bevölkerung aufwühlen, denn ohne sie werden wir den ungeheueren Mauerwall der Reaktion nicht zu brechen im Stande sein. Und wenn es heute eine Reihe von Genossen gibt, die uns, zweifellos im besten Glauben, rathen, daß wir ja an die Bauern nicht herantreten sollen, weil das angeblich dem Prinzip widerspricht, daß wir uns darauf beschränken sollen, sie zu neutralisiren, so verweise ich nur auf folgende Ziffern: Nach Verkauf gibt es in Oesterreich in der Landwirthschaft 2,155.355 ganz besitzlose Arbeiter und Taglöhner, aber noch 1,193.414 grundbesitzende Arbeiter und Taglöhner. An diese dürften wir also schon nicht mehr heran. Sie sind zwar „Märtyrer ihres Besitzes", aber wir dürfen an sie nicht heran, weil sie schon etwas haben. Endlich gibt es über zwei Millionen selbstständige Besitzende. Das sind über fünfeinhalb Millionen Leute, mit denen wir da zu rechnen haben, und die sollen wir Alle links stehen lassen? Wir sollen sie bloß „neutralisiren"? Wir wünschen, insbesondere für Oesterreich, eine starke politische Bewegung. Können wir glauben, den Strom dieser Bewegung an der Landbevölkerung, ohne sie im Geringsten zu berühren, vorüber zu führen? Nein, und wenn wir sie nicht an uns ziehen, so werden sie einfach die Beute unserer Gegner. Diese Ziffern lehren uns, daß wir uns sehr sorgfältig um das zu kümmern haben, was auf dem Lande vorgeht. Meiner Ueberzeugung nach ist dort viel für die Partei zu erwarten, weil dort genug Elend und Unterdrückung zu finden ist und die Sozialdemokratie die Pflicht hat, sich dieser Leute anzunehmen. (Zustimmung.) Wir müssen also aufs Land hinausgehen, und es war nur eine Art Opportunismus oder gar pure Bequemlichkeit, wenn wir dieser Frage bisher vorsichtig aus dem Wege gegangen sind.

Welches sind nun die Grundsätze, die wir zu befolgen haben? Man hat uns in gegnerischen Kreisen das bekannte Schäffle'sche Wort vom antikollektivistischen Bauernschädel entgegengehalten, und es gibt Kreise, die sich bei dem Gedanken beruhigen, der sozialistische Gedanke werde in diesen harten, antikollektivistischen Schädel nicht hineinkommen. Mit diesem Antikollektivismus hat es aber nicht seine volle Richtigkeit. Die Urformen der Landwirthschaft sind ja rein kommunistisch gewesen, und ein Beweis dafür, daß der Bauer auch heute nicht unter allen Umständen antikollektivistisch ist, ist die Thatsache, daß das Genossenschaftswesen unter den Bauern immer mehr Fuß faßt. (Sehr richtig!) Die Herrschaften mögen sich also dabei nicht beruhigen, es wird den Sozialisten gelingen, in die bäuerliche Bevölkerung einzudringen. Nun gibt es aber für jede soziale und politische Erziehung eine Reihe von Voraussetzungen, und so wenig wir den auf der allertiefsten Stufe stehenden Arbeiter sofort zu einem Sozialdemokraten machen können, ebensowenig können wir von heute auf morgen aus einem antikollektivistischen einen kollektivistischen Bauernschädel machen. Es muß da zuerst eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Zu diesen gehört vor Allem die Hebung der Einsicht, der Bildung, des Wissens, der Zugänglichkeit für außerbäuerliche Ideen. Wir müssen also für die Erweiterung der Schulbildung eintreten und — um der Schulfeindlichkeit der Bauern zu begegnen — für die Uebernahme der Schullasten durch den Staat. Daß auch die politische Erziehung nothwendig ist, versteht sich

von selbst, ebenso, daß durch eine gewisse Literatur, die vorsichtig ausgewählt sein muß, die Aufklärung der Landbevölkerung gefördert werden muß. Wir werden dabei allerdings sofort einen ungeheueren Widerstand bei denjenigen finden, die ein eminentes Interesse daran haben, daß der Bauer so konservativ bleibt, wie er bisher war. Sie denken sich wohl, daß das die Klerikalen sind. Als ich in dem Buche von Vandervelde von den „verheerenden“ Wirkungen des pfäffischen Einflusses in Belgien las, wo dargestellt wird, daß den Leuten ganz falsche Vorstellungen von unserer Partei beigebracht werden, daß zum Beispiel „eine Menge braver Leute glaubte, daß diejenigen, die zwei Kühe besitzen, eine davon hergeben müssen“ u. s. w., da sagte ich mir: Belgien, du hast es besser. Solche zarte Agitationsformen kennen unsere Pfaffen nicht. Bei uns begann eine Bauernversammlung, die von Sozialdemokraten einberufen wurde und in welcher sich zum Schutze der Seelen einige Kutten aus Brixen, Hall oder Innsbruck befanden, in folgender Weise. Der zum Vorsitzenden ernannte geistliche Herr sagt: „Wißt Ihr, Bauern von Tirol, was das eigentliche Programm der Sozialdemokraten ist? In wenigen Worten werde ich es Euch sagen. Solange nicht der letzte Fürst, König oder Kaiser an den Gedärmen des letzten Pfaffen aufgehenkt ist, solange ist dieses Programm nicht erfüllt.“ (Lebhafte Heiterkeit.) Dieser pfäffische Einfluß ist ein ungeheuerer, und wir werden ihn mit aller Ueberzeugungskraft, die unsere Ideen besitzen, zu bekämpfen trachten müssen. Dabei dürfen wir aber einen Grundsatz nicht aus dem Auge lassen. Es gibt noch immer Genossen, die die Bekämpfung des Pfaffenthums mit der Bekämpfung der Religion verwechseln. Wenn wir auf das Land hinausgehen, müssen wir uns als feste Richtschnur vor Augen halten: Die Religion ist Privatsache. Dieser Grundsatz ist nicht bloß ein Grundsatz der Taktik, er ist mit dem Wesen unserer Partei verbunden, denn es gehört zum Wesen unserer Partei, daß wir über Dinge, von denen wir nichts wissen und nichts wissen können, kein entscheidendes Urtheil abgeben, und daß wir fremde Ueberzeugungen achten und respektiren: Es gibt auch echte religiöse Ueberzeugungen.

Als Ausgangspunkt der Landagitation sind vor Allem die kleinen Gemeinden ins Auge zu fassen. In diesen stehen die armen Leute, die industriell thätig sind, mit der bäuerlichen Bevölkerung in einem persönlichen Kontakte, manchmal auch in verwandtschaftlichen Beziehungen. Das ist der glatteste und leichteste Weg, auf dem unsere Anschauungen auf das Land gelangen können. Die Erfahrung lehrt, daß es ganz gut möglich ist, auch der Landbevölkerung unsere Ideen mitzutheilen. Wir müssen daher trachten, in den kleinen Gemeinden auf dem Lande einen gewissen Einfluß zu gewinnen, um dort vor Allem sozialdemokratische Kommunalpolitik zu machen, so ungeheuer schwierig es auch sein mag, gerade bei kleinen Gemeinden eine solche Politik zu machen, weil dies hauptsächlich in dem finanziellen Moment ein beinahe unübersteigliches Hinderniß findet.

Wir müssen uns aber auch mit der Kenntniß dessen ausrüsten, was wir positiv vorzuschlagen haben. In der Resolution sind eine Reihe solcher positiver Forderungen aufgestellt. Es ist hier Alles mit peinlichster Vorsicht ausgeschaltet worden, was in der Theorie noch strittig ist. Es wird in der Resolution von Reformen gesprochen. Einige Genossen haben eine furchtbare Scheu vor diesem Worte. Ich gestehe, daß ich das nicht begreife, da ja unser Programm eine Menge von Reformen anführt, die wir im Rahmen der heutigen Wirthschaftsordnung fordern. Wir verlangen hier vor Allem das, was der Kongreß in Basel im Jahre 1869 verlangt hat. Es heißt hier, wir haben für Reformen einzutreten, die auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen. Diese Forderung ist ziemlich allgemein gehalten. Ich habe hier zwei Briefe von Bauern. Der eine verlangt die Vertheilung der Staatsgüter unter die Besitzlosen, was unter gewissen Vorbehalten nicht unangebracht wäre — eine Forderung, die beinahe in allen anderen Programmen wiederkehrt — der andere verlangt die Verstaatlichung der Wege und Straßen, wogegen sich gar nichts einwenden läßt. Aber solcher Forderungen könnten noch eine Menge erhoben werden. Sie würden uns aber zu sehr ins Detail führen. In der Resolution heißt es auch: Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik. Nun gibt es Genossen, welche meinen, daß die Ver-

mehrung des Staatseigenthums für uns gefährlich werden muß. Wir verlangen aber doch die Verstaatlichung auch auf anderen Gebieten. Und das Wort „volksfreundlich" besagt ja, daß wir hierbei Garantien dafür verlangen, daß diese Verstaatlichung nicht im Interesse weniger Besitzender erfolge. Eines der wirksamsten Mittel jedoch, um den kollektivistischen Gedanken zu verbreiten, ist das Genossenschaftswesen. Es sind hier freilich eine Reihe von Voraussetzungen nothwendig. So vorsichtig wie bei der Gründung von Konsumvereinen müssen wir auch bei den bäuerlichen Genossenschaften sein. Wir haben eine solche in Kitzbühel, die vom Genossen Filzer gegründet wurde. Freilich befindet sie sich noch in einem embryonalen Stadium. Trotzdem hat die Genossenschaft einen Jahresumsatz von 70.000 Gulden erreicht. Was will das aber gegen die deutschen Landwirthschaftsgenossenschaften sagen, die noch fortwährend an Größe zunehmen? In Deutschland sind von 15.000 eingetragenen Genossenschaften nicht weniger als 72 Perzent landwirthschaftliche Genossenschaften, und in jedem Jahre werden in Deutschland 1500 neue Genossenschaften gegründet. Wie kollektivistisch der deutsche Bauernschädel zu werden begonnen hat, darüber möge Sie die Thatsache belehren, daß in der Bezugsvereinigung deutscher Landwirthe 1,050.000 Landwirthe inbegriffen sind. 5537 landwirthschaftliche Darlehenskassen haben 445.153 Mitglieder mit einem Vermögen von 679·4 Millionen Mark. Die englischen Genossenschaften, die noch viel größer sind, sind zwar nicht reine landwirthschaftliche Genossenschaften. Eine davon hat im Jahre 1897 einen Jahresumsatz von 144 Millionen Gulden ausgewiesen. Wenn wir nun solche Genossenschaften verlangen, so ist es selbstverständlich, daß wir sie in einer bestimmten Form verlangen müssen. Auch Reaktionäre verlangen ja Genossenschaften. Der verstorbene, im Leben so beliebt gewesene Ackerbauminister Graf Falkenhayn hat doch auch Bauerngenossenschaften geplant, freilich mit dem Hintergedanken, dadurch die Auslieferung der kleinen Bauern an den Großgrundbesitz zu fördern. Wir verlangen Bauerngenossenschaften auf völlig demokratischer Grundlage, aber keinesfalls solche, wie sie den reaktionären Mächten genehm wären. Wenn hier auch von der Vergesellschaftung durch Land oder Gemeinde gesprochen wird, so weise ich darauf hin, daß zum Beispiel in Tirol durch die Kommunalisirung der Wasserkraft Fortschritte erzielt worden sind, wie man sie in großen Gemeinwesen, zum Beispiel in Wien, noch nicht aufzuweisen hat.

Wir verlangen weiter Aufhebung der Privilegien. Das ist selbstverständlich. Was die Hebung der Bodenkultur anbelangt, so gibt es einige vorgeschrittene Genossen, welche diesen Punkt eliminirt wissen wollen, weil sie meinen, wenn wir die Bodenkultur heben, so fördern wir dadurch auch die Interessen der Besitzer. Es ist wahr, dieses Verbrechens machen wir uns schuldig, aber wir machen uns dieses Verbrechens auch auf anderen Gebieten schuldig. Sind wir nicht für Verbesserungen auf dem Gebiete der Industrie, haben wir etwas dagegen, daß die Maschinen vervollkommnet werden, haben wir gegen die Errichtung technologischer Gewerbemuseen durch den Staat etwas einzuwenden gehabt? Sind wir nicht für die Amelioration des Handels und Verkehrs durch Bau von Eisenbahnen, Straßen und Kanälen? Die Uebertriebenheiten eines Wilhelm II. werden mit Recht von der deutschen Sozialdemokratie bekämpft. Das versteht man aber auch nicht unter Amelioration. Wem anders aber nützt in letzter Linie diese Verbesserung des Bodens als gerade den städtischen Proletariern? Oder haben wir nicht ein Interesse daran, daß die Nahrungsmittel verbessert und verbilligt werden? Daß wir die Aufhebung der Lebensmittelzölle u. s. w. verlangen, das versteht sich bei uns von selbst. Freilich werden wir damit nicht die großen und mittleren Bauern gewinnen. Das sind aber auch nicht die Elemente, auf die wir reflektiren. Wir wollen ja nur die kleinen Bauern gewinnen, die vielfach eine schlechtere Existenz führen als die städtischen Arbeiter. Schließlich kommen noch die Forderungen der Landarbeiter, die in der Sache selbst begründet sind. Genosse Vollmar hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die landwirthschaftlichen Inspektoren, die wir hier verlangen, nur für die großen landwirthschaftlichen Betriebe einen Sinn haben, wo viele Arbeiter sind. Ich habe gegen diese Interpretation nichts einzuwenden, und der Zweck dieser landwirthschaftlichen Inspektoren wird durch die hier geforderten Landgerichtshöfe, wie sie auch in Belgien eingeführt sind, ebenfalls erreicht.

Das Alles ist natürlich nur ein großer und weiter Rahmen, innerhalb dessen wir uns praktisch bethätigen können. Er ist so gefaßt, daß sich in ihm unser weiteres Programm wird entwickeln und daß wir in ihn noch eine Menge von Forderungen hineinbringen können, die nothwendig sind, um den Bedürfnissen der landwirthschaftlichen Bevölkerung entgegenzukommen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Dinge nicht so einfach sind, und daß der Kampf nicht allein ein wirthschaftlicher ist. Wenn wir durch die V. Kurie gezwungen sein werden, auf das Land hinauszugehen, so werden wir mit den Bauern noch eine Menge anderer Dinge zu besprechen haben, die ihnen auch sehr weh thun. Wenn wir ihnen vom Militarismus, von der Herabsetzung der Steuern u. s. w. sprechen, so werden wir bei ihnen volles Verständniß finden. Freilich, auf die Herabsetzung der indirekten Steuern geben sie nicht so viel, denn es sind viel mehr die verschiedenen Taxen bei Ueberschreibungen und die hohen Gemeindeumlagen, die die Bauern besonders drücken.

Genossen! Die Frage der Landagitation eröffnet uns somit ein Gebiet für eine außerordentlich vielgestaltige Thätigkeit. Aber ich meine, wenn wir auf das Land hinausgehen, dann dürfen wir nicht allein als Lehrer hinausgehen; wir müssen auch hinausgehen als Schüler, die noch sehr viel zu lernen haben. (Zustimmung.) Wir sollen nicht nur der ländlichen Bevölkerung den Strom der Kultur zuleiten, sondern auch umgekehrt, dort neue Quellen der Erkenntniß für die Bereicherung der Kultur erschließen. Wenn wir in diesem Sinne thätig sein werden, dann werden sich uns neue große Perspektiven eröffnen; wir werden tiefere Einblicke in das erhabenste aller Welträthsel, die menschliche Gesellschaft, gewinnen; wir werden unsere Partei auf eine breitere Basis stellen und sie rascher und sicherer jenem großen und herrlichen Ziele entgegenführen, das ihr von der Geschichte gesetzt worden ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

55. Antrag D o b i a s ch (Wiener-Neustadt):

> Die Parteivertretung wird beauftragt, das Referat des Gen. Dr. W. Ellenbogen in Broschürenform herauszugeben und zum Selbstkostenpreise an die Organisationen abzugeben.

Dobiasch (Wiener-Neustadt): Ich bin von dem Referat sehr angenehm überrascht; es hat uns einen Ausgangspunkt für unsere Agitation unter der ländlichen Bevölkerung gegeben. Welches sind nun die Schichten, unter denen wir arbeiten können? Des Schutzes am bedürftigsten, aber auch der Agitation am wenigsten zugänglich ist der Landarbeiter. Etwas mehr zugänglich, wenn auch nur mit größter Mühe, sind die Taglöhner auf den Meierhöfen oder auf den Höfen der Großbauern, die theils Geldlohn, theils Deputat, theils Beides erhalten; bei diesen muß man mit dem A-B-C anfangen. Dann haben wir als dritte Kategorie Jene, die auch ein Stückchen Grund in Pacht oder Eigenthum haben. Solche finden wir im Böhmerwalde. Das sind Leute, die vom Förster oder der Gutsverwaltung in ungeheurer Knechtschaft gehalten werden. Wenn sie zu dem diktirten Preise nicht arbeiten wollen, wird ihnen ihr Grund weggenommen; sie können aber nicht auswandern, weil sie ihr Häuschen hier haben und nirgends anders als in den herrschaftlichen Gebieten Arbeit finden. In diese Gebiete einzudringen, ist wohl schwer, aber nicht unmöglich. Die Möglichkeit ist theilweise im Böhmerwalde schon bewiesen worden. Am allerzugänglichsten ist jene Kategorie von landwirthschaftlichen Arbeitern, die ein Häuschen und eine bis zwei Kühe haben, die im Frühjahr und im Spätherbst zu Hause sind, aber im Sommer als Maurer oder Zimmerleute in der Stadt arbeiten. Dort können wir am besten eindringen, und diese Leute sind auch Mitglieder der landwirthschaftlichen Organisationen, die draußen gegründet wurden.

Dann haben wir die Kleinbauern, die von dem Ertrag ihrer Felder leben und keinen Knecht und keine Magd beschäftigen. Auch diese sind noch theilweise zugänglich. Weiter haben wir die Kategorie der Mittelbauern, die selbst arbeiten, aber auch einen Knecht haben. Diese stimmen unserer Kritik der Gesellschaftsordnung und unseren politischen Forderungen ziemlich zu. Sie sind für sozialdemokratische Ideen, soweit sie die Verwerthung ihrer Produkte betreffen, empfänglich, wie zum Beispiel für Genossenschaften zur Verwerthung des Getreides, der

Milch, für gemeinsame Mühlen u. s. w. Nicht befreunden können sie sich mit der Vergesellschaftung des Bodens. Wir haben auf dem Lande eine Reihe von sogenannten Wahlsiegen zu verzeichnen gehabt. Die da mitgeholfen haben, sind Kleinhäusler, die sich aufgerafft haben, das Joch der Großbauern abzuschütteln. Nun werden aber alle Bestrebungen, die eine Auflehnung gegen die bisher geübte Herrschaft bedeuten, als sozialdemokratische ausgegeben. Diese Leute kommen zu uns, obwohl sie sonst nie etwas von den Sozialdemokraten wissen wollen. Bei unserer Agitation muß uns klar sein, an welche Schichten wir uns zu wenden haben, und da sage ich, es ist das in erster Linie der Taglöhner, der landwirthschaftliche Arbeiter und der Kleinbauer. Bei den Bauern, die Knechte und Mägde haben, also schon zu den mehr besitzenden zählen, wird uns eine Agitation schwer fallen.

Prähauser (Salzburg): Ich freue mich, daß die Scheu vor der Agrarfrage endlich überwunden wurde und wir endlich eine Direktive bekommen haben, wie wir am Lande zu arbeiten haben. Wenn wir nicht selbst in die Landbevölkerung hinausgehen, so werden wir von ihr gerufen; besonders ist der Kleinbauer, der ohne Dienstboten arbeitet, unseren Ideen zugänglich. Daß jenen Bauern, welche Dienstboten beschäftigen, die Schutzgesetze für die Dienstboten und besonders die Aufhebung der Dienstbotenordnung unangenehm sein wird, ist natürlich. Gegen die Aufstellung eines Agrarprogramms war ich immer und bin ich auch heute, weil ich es für unnöthig halte. Die Religion zu bekämpfen, habe ich nie Ursache gehabt, und wir würden uns nur den Weg versperren, wenn wir in die Agitation unter der Landbevölkerung religiöse Fragen hineintragen wollten. Was die Gemeindewahlen betrifft, so müssen wir, wo uns dies möglich ist, uns an denselben betheiligen, insbesondere, um die Klerikalen, unsere erbittertsten Gegner, denen es sich um Sein oder Nichtsein handelt, niederzuringen. Wenn die Idee der Produktivgenossenschaften irgendwo praktisch durchgeführt werden kann, so ist dies bei der Landwirthschaft, aber der österreichische Bauernstand steht noch auf einem zu niedrigen Niveau, und es wird Aufgabe unserer Genossen im Parlament sein, dahin zu streben, daß die Bauern auf eine höhere Bildungsstufe gebracht werden. Der Antrag auf Verfassung einer gemeinverständlichen Broschüre für die Landwirthschaft ist mir sehr sympathisch, denn wir können nicht in jedem Dorfe Versammlungen abhalten, wir müssen auf die Presse rechnen. Kaufen will sie der Bauer allerdings nicht, wenn er s' aber geschenkt bekommt, so liest er sie auch.

Pechota (Dornbirn): Wir haben in den Alpenländern Leute, die nicht direkt landwirthschaftliche Arbeiter sind, die, wie die Holzknechte, in ländlichen Verhältnissen leben und einer Fachorganisation nicht zugeführt werden können; einerseits vermöge ihrer geringen Bildung, dann auch, weil das Unterstützungswesen in diesen Organisationen ganz anders gestaltet sein müßte als in den sonstigen Branchenorganisationen. Die geringe Bildung der bäuerlichen Bevölkerung ist auch schuld daran, daß der Ausbau des Genossenschaftswesens so sehr zurückgeblieben ist. Es ist auch sehr schwierig, die Lebenshaltung der Leute zu erhöhen, weil sie nur sehr geringe Bedürfnisse haben. Die industrielle Entwicklung wird uns auch in dieser Hinsicht vorarbeiten.

Krapka (Wien): Ich würde wünschen, daß die Sache nicht nur hier, sondern auch auf dem gemeinschaftlichen Parteitag zur Sprache gebracht werde, da sie alle Nationalitäten in gleicher Weise berührt. Ich wäre weiter dafür, daß man nicht bei der Herausgabe von Agitationsschriften stehen bleibt, sondern in einer Art Schule Agitatoren für die Landbevölkerung erzieht. Wenn heute ein Agitator aufs Land hinausgeht, so spricht er draußen genau so wie in der Stadt, und die Folge davon ist, daß wir uns das nächstemal in das Dorf überhaupt nicht mehr hineintrauen dürfen. Unsere erste Aufgabe muß es sein, den Bauer vom Pfaffen loszureißen, und die nächste Pflicht, dessen Lebenshaltung zu erhöhen. Heute kommen nach Ober- und Niederösterreich viele Landarbeiter aus Böhmen, und nach Böhmen kommen wieder slovakische Arbeiter aus Ungarn, sowie auch italienische Arbeiter, deren Bedürfnisse eben noch weitaus geringer sind als die der tschechischen Arbeiter. Dort, wo sich die Leute, wie zum Beispiel im Erzgebirge und Riesengebirge, auch mit Industrie, und sei es nur Heimarbeit, beschäftigen, können wir leichter eindringen als bei der Landbevölkerung, die bloß

von Feldarbeit lebt. Aus Südböhmen wandert der Kleinbesitzer nach Wien auf Lohnarbeit, Frauen und Kinder besorgen zu Hause die Wirthschaft; er selbst arbeitet in Wien als Maurer oder Taglöhner und erspart sich mit seinen geringen Bedürfnissen noch so viel, daß die Familie trotz des geringen Bodenertrages existiren kann. In Böhmen gibt es ganze Gebiete, wo die Klein- und Mittelbesitzer ihren Besitz einfach stehen ließen, ohne ihn zu verkaufen. Die Leute sind ausgewandert, ohne sich um ihren Grund weiter zu kümmern. Sicher ist, daß wir bei der Landbevölkerung von Böhmen und Mähren leichter eindringen können als in den klerikalen Alpenländern, und sicher ist weiter, daß die Bauern wirklich nur für die wirthschaftliche Seite der Frage zu interessiren sind.

von **Vollmar** (München): Ich halte darauf, zu sagen, daß ich mich nicht zum Worte gemeldet habe, sondern gemeldet worden bin. (Heiterkeit.) Ich bin hiehergekommen, um zu hören, um zu lernen, denn es kann mir als Ausländer nicht einfallen, Ihnen irgendwelche Rathschläge ertheilen oder gescheidter sein zu wollen als Sie. Aber eine Anzahl von Genossen meinte, es wäre nicht übel, wenn ich einige Worte sagte, und wie ich schon einmal ein guter Kerl bin (Heiterkeit), will ich mich dieser Aufforderung nicht entziehen. Ich will nur über einige Punkte aus dem Referate ein paar Worte verlieren. Ich bin auf dem Lande erzogen und wohne auf dem Lande. Wenn ich auch selbst kein Landwirth bin, so glaube ich mir doch zutrauen zu dürfen, daß ich das Wesen der Landwirthschaft Altbayerns und Bayerns überhaupt kenne und mit den Leuten umzugehen verstehe. Ich betreibe auch in Bayern seit Langem viel Landagitation. Wenn irgendwo ein Sichlosreißen von Vorurtheilen nöthig ist, so ist dies ganz besonders nöthig bei der Agitation auf dem flachen Lande. Täuschen wir uns nicht. Unsere Partei hat in der Landfrage bisher wesentlich nur Analogieschlüsse nach der Industrie gezogen. Man hat einfach gesagt: Marx hat gezeigt, wie die Entwicklung des Produktionsprozesses, wie die Kapitalskonzentration vor sich geht, und was einmal ein richtiger Satz ist, muß sich auf Alles anwenden lassen. Nun sehen wir das aber bei der Landwirthschaft in Wirklichkeit noch nicht. Im prinzipiellen Theile unseres Programmes ist diese Frage ein reines Anhängsel. Früher stand von der Landwirthschaft gar nichts drin. In Erfurt wurde schnell eine Einführung gemacht, und die Ausarbeiter des Programmes haben damit bewiesen, daß sie der Meinung seien, es müsse im Wesentlichen an dem Grundsatze von der Konzentration unverrückbar festgehalten werden. Heute hat Ihnen der Referent bereits unwiderleglich gezeigt, daß diese Annahme für die Landwirthschaft ganz und gar unrichtig ist. Was die Zukunft bringen wird, wissen wir nicht. Zur Zeit steht die Sache so: So lange die Lehre des internationalen Sozialismus existirt, wurde auf dem Gebiete der Landwirthschaft auch nicht ein Schritt nach der Richtung der industriellen Entwicklung und Kapitalsakkumulation gethan. Gerade in Deutschland hat dies die letzte Berufszählung aufs Deutlichste gezeigt, und es war ein kindliches Unterfangen einiger Leute, der Statistik Zwang anzuthun, um zu beweisen, daß sie doch Recht hatten. Thatsache ist, daß in verschiedenen Ländern, speziell bei uns, in der Landwirthschaft eine Entwicklung analog der industriellen Entwicklung, ein Fortschritt vom kleinen zum mittleren und vom mittleren zum Großbetriebe nicht vor sich gegangen ist. Ob das später einmal sein wird, darauf will ich mich nicht einlassen, dazu bin ich zu wenig Theoretiker. Zur Stunde steht die Sache so, daß zum Mindesten derzeit eine unaufhaltsame Entwicklung der Großproduktion in der Landwirthschaft nicht vorhanden und der Beweis, daß die Großproduktion in der Landwirthschaft die vortheilhaftere ist und die Kleinproduktion erschlagen müsse, nicht erbracht ist. Das muß uns einen Fingerzeig geben, uns vor vorschnellen Schlüssen zu hüten. Es gibt Leute, die entgegen der Marx'schen Auffassung der äußeren Form der Dinge mehr Bedeutung beilegen als ihrem inneren Wesen, die bei dem Begriff der Verstaatlichung mehr die juristische Seite im Auge haben zu müssen glauben, als ob es nicht eine Form der Vergesellschaftung gäbe, die, ohne äußerlich eine Verstaatlichung zu sein, gleichwohl thatsächlich ein Stück Vergesellschaftung darstellt, das heißt, fortgesetzte Vermehrung des staatlichen und gesellschaftlichen Einflusses und Einschränkung des früher unbeschränkten Privateigenthumsrechtes. In der Landwirthschaft spielt das ganz insbesonders eine Rolle. Ich kann nicht oft genug wiederholen, daß man Bedenken

prinzipieller Art gegen ein Landprogramm keinen allzu großen Werth beilegen soll, weil Programme überhaupt nicht die absolute Bedeutung, die man ihnen zuweilen beilegen möchte, sondern vielmehr nur eine relative haben. Früher sagte man, wir stehen auf dem Standpunkte der Kollektivwirthschaft und können infolgedessen nichts unterstützen, was den Privatbesitz — sei dies nun in der Landwirthschaft oder in der Industrie — zu erhalten oder zu fördern irgendwie geeignet ist. Wenn das richtig wäre, würden wir allerdings Landprogramme nicht machen können; dann müßten wir uns allerdings auf den Standpunkt stellen: Wir haben es nur mit den Landproletariern, den Landarbeitern zu thun, alles Andere geht uns nichts an. In Wirklichkeit steht die Sache aber nicht so. Nach meiner Auffassung wäre es Unsinn, sich vorzustellen, daß in einem Jahre oder etwa in Jahrzehnten die Gesammtheit der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum und gesellschaftliche Betriebe übergeführt werden könne; sondern in dem Maße, wie die Produktionsmittel gesellschaftlicher Natur geworden sind, in dem Maße, als die Industrie riesengroß angewachsen und der Privatwirthschaft entzogen worden ist, geht auch eine Art Verstaatlichung vor sich, während dort, wo eine Konzentration noch nicht eingetreten ist, der Privatbetrieb bestehen und unter Umständen auch nützlich sein kann. Es ist also besser, wir gehen der Reihe nach vor, weil der Umschwung sonst so gewaltig wäre, daß unsere Kräfte nirgends ausreichen würden, das heißt, daß wir nach meiner Auffassung sehr wohl Maßregeln ergreifen können, den Kleinbetrieb in der Landwirthschaft zur Zeit aufrecht zu erhalten und ihn zu befähigen, sich gegenüber dem Großgrundbesitze dort, wo eine Rivalität eintritt, zu halten, ohne daß wir damit unseren Prinzipien entgegenhandeln. Wer nicht auf diesem Standpunkt steht, der kann ein Landprogramm, ein Bauernprogramm überhaupt nicht machen; denn wenn wir den kleinen Bauern schützen wollen, so schützen wir damit auch sein Eigenthum. Das wäre der prinzipielle Standpunkt, über den man sich klar werden muß, und nun kommt die persönliche Frage, die weniger die Landfrage, als die Landagitation betrifft. Der Referent hat sehr richtig gesagt, daß wenn wir aufs Land gehen wollen, es nicht nur thun sollen, um draußen zu reden, sondern vor Allem, um draußen etwas zu lernen. Wir wollen uns hier nicht schöne Worte sagen, sondern unser Gewissen erforschen und eventuell auch Sünden entdecken. Wer die Landagitation mitgemacht hat, muß sich sagen, daß unter 100 Parteigenossen kaum Einer ist, der fähig wäre, auf dem Lande einen Erfolg zu erzielen. (Lebhafte Zustimmung.) Und zwar deshalb nicht, weil selbst in unserer modernen Zeit zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung eine tiefe Kluft gähnt, die trotz aller Abwanderung von dem Lande in die Stadt nicht überbrückt ist, weil sich die Städter und so auch der städtische Arbeiter in die Seele des Bauern und dessen ganze Existenz nicht hineinzudenken vermögen. Der Streit kommt mir oft so vor, wie der Streit zwischen den Katholiken und Protestanten, indem der Protestantismus sich vorstellt, viel gescheidter und viel aufgeklärter zu sein als der Katholizismus. Ich habe mit Hunderten und Tausenden von Arbeitern im Laufe der Zeit gesprochen, und immer wieder ist von Zeit zu Zeit der Gedanke aufgetaucht, daß der Bauer eigentlich ein dummer Kerl ist. Es gibt Leute, die freundlich genug sind, ihm das gleich ins Gesicht zu sagen (Heiterkeit), andere haben wenigstens im Inneren diese Vorstellung. Das ist aber nicht wahr. Der Bauer mag in vielen Dingen beschränkter sein als der städtische Arbeiter, wer aber den Bauern für dumm hält, der ist schief gewickelt. Der Bauer hat in seiner Denkweise manchen Vortheil; durch allgemeine schöne Redensarten ist er absolut nicht zu gewinnen; er hat auch außerordentlich schnell heraus, ob Einer nur so herumredet oder ob er etwas versteht und es ernst meint. Der Bauer will, daß zu den Dingen, die ihn umgeben, Stellung genommen werde. Eine Hand voll Praxis ist ihm lieber als ein ganzer Hügel voll Theorie. Damit hängt auch die ganze Behandlung des Bauern zusammen. Es gibt Agitatoren, die den Bauern, wenn sie das erstemal zu ihm sprechen, mit „Genossen“ ansprechen und ihre Rede dann mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließen. Das ist genau so, wie wenn man mit dem Mann griechisch reden würde. Da ist es mir schon lieber, wenn Einer draußen am Lande gar nichts macht, als wenn er es so patschert macht. Da wäre es schon besser, den Trieb zum Agitiren einzudämmen als ihn zu befördern.

Ueber die Religion wurde schon gesprochen, und da muß ich allerdings sagen, daß eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Landagitation ist, daß in unserer Partei in Bezug auf die Behandlung der Religion eine andere Praxis platzgreife. Ich spreche hier allerdings nur für deutsche Verhältnisse. Wir sagen: Religion ist Privatsache, aber ein großer Theil schert sich den Teufel darum. Wenn irgend ein Grundsatz unseres Programms, so muß der gehalten werden, daß die Religion ein neutrales Gebiet, eine Privatsache sei, und daß es nicht angehen kann, daß es grundsätzlich verkehrt und praktisch so thöricht wie nur irgend möglich ist, wenn man überall die Religion hineinzieht und das, was man in Bezug auf religiöse Ansichten für verkehrt hält, mit Spott und Hohn austreiben will. Es ist gewiß schön, Religion und Pfaffenthum von einander zu trennen, aber es gehört ein sehr feines Messer dazu, um den Schnitt richtig durchführen zu können, und das ist nicht Sache eines Jeden. Ich habe gefunden, je weniger man über die Religion redet, umso besser ist es, und wer gar nichts darüber redet, ist ein Meister in der Agitation. Die Stärke der Pfaffen besteht auch bei uns darin, daß sie den Leuten sagen, die Sozialdemokraten wollen ihnen die Religion nehmen. Das hat natürlich Boden gefunden, wenn in jeder Agitationsrede der Agitator es nicht vermeiden konnte, wenn er über wirthschaftliche oder soziale Dinge sprach, in der unmotivirtesten Weise die Religion hereinzuziehen. Die Leute, die von sich glauben, die Aufklärung des ganzen Jahrhunderts mit Löffeln gefressen zu haben und Jeden, der ein religiöses Gefühl hat oder zu haben glaubt, für einen Schafskopf halten, sprachen jetzt über den Militarismus und sofort darauf über die Religion. Da mußten sich die Leute doch fragen: Ja, was hat denn das damit zu thun?

Dagegen war es den Leuten sehr leicht begreiflich zu machen, daß die Religion wirklich reine Privatangelegenheit des Einzelnen sein soll, daß man Jeden thun lasse, was er will.

Die heutigen Verhandlungen erinnern mich lebhaft an unsere Verhandlungen in Frankfurt im Jahre 1894. Man hat damals in Deutschland groß begonnen und es ist dabei, ich muß es gestehen, wenig herausgekommen. Im ersten Augenblick war große Begeisterung, wir haben eine große Kommission von 24 Mitgliedern eingesetzt, die die Aufgabe hatte, sich in drei Unterkommissionen für Nord-, Mittel- und Süddeutschland zu theilen. Die Arbeit in der süddeutschen Kommission war ziemlich leicht: sie hat ein Programm ausgearbeitet, dessen Schönheit sehr groß war — leider hat das der allgemeine Parteitag nicht erkennen wollen (lebhafte Heiterkeit) — und in Breslau wurde das Programm von den Genossen, die in der Mehrzahl von der Landwirthschaft nicht viel verstanden, verworfen und der Auftrag ertheilt, die Sache weiter zu studiren. Wir können froh sein, so mit einem blauen Auge — ich meine das nicht etwa österreichisch-parlamentarisch (Heiterkeit) — davon gekommen zu sein. Wiewohl ich seinerzeit zu den ersten Veranstaltern gehört habe, habe ich jetzt die Behandlung der Agrarfrage nicht mehr beschleunigt. Die Sache muß ihre Entwicklung haben. Die Norddeutschen stehen jetzt der Frage nicht mehr so feindlich gegenüber, man hat einsehen gelernt, daß der Klassengegensatz, der in der Industrie zwischen den Unternehmern und Arbeitern für alle Welt offenbar ist, keineswegs in dem Maße zwischen den landarbeitenden und besitzenden Bauern besteht, daß bei Letzteren eine gemeinsame Lebensauffassung vorwaltet und zwischen ihnen und den Städtern ein Gegensatz herrscht. Daraus möchte ich den Schluß ziehen, daß, wenn Sie in die Landagitation eintreten, nicht glauben dürfen, allzuschnelle Erfolge haben zu müssen. Das taugt in der Regel überhaupt nicht viel, sie sind aber beim Bauern gar nicht herbeizuführen: der Bauer ist langsam in seinem Wesen, er denkt langsam, er ist nur langsam zu bekehren. Mir ist es vorgekommen, daß ich mit demselben Aufwande von Mühe und Zeit vor 50 Leuten gesprochen habe, mit dem ich in der Stadt zu vielen Tausenden sprach. Die langsamen Erfolge auf dem Lande dürfen uns nicht abschrecken; sie kommen übrigens auch bei der gewerkschaftlichen Organisation vor. Eines haben wir durch die Landagitation in Bayern, dessen Verhältnisse den Ihrigen sehr ähnlich sind, erreicht: Die Bauern halten uns jetzt nicht mehr für Räuber und Spitzbuben. Die Gewaltthaten oder Beschimpfungen, die früher allgemein auf der Tagesordnung standen, sind vollständig verschwunden, die Leute haben den Schrecken

vor uns verloren, und je mehr der Geistliche gegen uns Lügen ausstreut, desto weniger wird ihm von den Bauern geglaubt. Wer aufs Land hinausgeht, muß langsam vorgehen, er muß zu lernen trachten, wie die Verhältnisse draußen sind, seinen Stolz muß er hübsch daheim lassen. Die Frage ist außerordentlich schwierig zu lösen, weil sie uns bisher fremd geblieben; ob aber die Bauern schwer oder leicht zu gewinnen sind, sie müssen gewonnen werden. Denn die Eroberung der politischen Macht ohne die Landbevölkerung ist schwer; sie aber auch zu behalten und dann das, was wir wollen, auch durchzusetzen, ist gegen den Bauern unmöglich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ein Antrag des Genossen Schiller (Reichenberg) auf Schluß der Debatte wird, nachdem Dr. Adler dagegen gesprochen, abgelehnt.

Die Verhandlung über den Punkt Landagitation wird abgebrochen.

Zu Skrutatoren für die Wahl der Parteivertretung werden gewählt: Eich (Villach), Grünwald (Wien) und Bartel (Teplitz).

Namens des Wahlcomités für die Wahl der Parteivertretung erstattet den Bericht **Schäfer** (Reichenberg) und schlägt vor, folgende Genossen zu wählen:

Dr. Victor Adler,
Heinrich Beer,
Anna Boschek,
Dr. Wilhelm Ellenbogen,
Engelbert Pernerstorfer,
Julius Popp,
Franz Schuhmeier,
Ferdinand Skaret,

in die Kontrole:

Georg Emmerling, Wien,
Josef Tomschik, Wien,
Franz Beutel, Aussig,
Josef Seliger, Reichenberg,
Mathias Eldersch, Brünn,
Julius Spielmann, Linz,
Vinzenz Muchitsch, Graz,
Jakob Prähauser, Salzburg.

Die Sitzung wird hierauf um 6 Uhr aufgehoben.



Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 8 Uhr.)

Vorsitzender **Popp**.

Fortsetzung der Debatte über die Landagitation.

Eich (Villach): Wir in Kärnten sind der Ansicht, daß, wenn wir weiterkommen wollen, wir unbedingt zu den Bauern hinausgehen müssen. Kärnten ist industriell wenig entwickelt und unsere landwirthschaftliche Bevölkerung befaßt sich vornehmlich mit Viehzucht und Holzschlägerei. Eine ganze Menge von Bauern sind bei uns nur mehr dem Namen nach Besitzer. Wir sind schon häufig von den Bauern eingeladen worden, bei ihnen Versammlungen abzuhalten, obwohl sich bei uns die Pfaffen und die Nationalen stark an die bäuerliche Bevölkerung herandrängen. Da geht es doch nicht an, daß wir uns in den Winkel stellen, weil uns das Parteiprogramm die Agitation unter den Bauern angeblich nicht erlaubt. Als wir unsere Wahlflugschriften unter die landwirthschaftliche Bevölkerung warfen, da haben die Bauern erklärt, ja, den Achtstundentag und auch den Grundsatz, daß die Religion Privatsache sei, können wir nicht akzeptiren. Was die Ausführungen des Genossen Vollmar anbelangt, so muß ich sagen, daß sie mich etwas verschnupft haben. Ich glaube, wenn wir Alles über Bord werfen, um nur die Bauern zu bekommen, dann sind wir nicht mehr jene Partei, die wir sein sollen und sein wollen. Freilich soll man auch nicht mit der Thür ins Haus fallen.

Bei uns haben ganze Thäler sozialdemokratisch gewählt, ohne daß wir persönlich dorthin haben kommen können. Wenn wir wollen, daß in Kärnten in der fünften Kurie ein sozialdemokratischer Kandidat durchdringt, dann müssen wir die landwirthschaftliche Bevölkerung für uns gewinnen.

Das wird insbesondere dort leicht zu erreichen sein, wo ein Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung in den Fabriken beschäftigt ist, wie dies zum Beispiel in der Nähe von Ferlach und Villach der Fall ist. Großbauern gibt es bei uns überhaupt nicht.

Wenn wir in Kärnten nicht bei Zeiten auf dem Lande Fuß fassen, dann werden wir mit den Genossen in anderen Ländern absolut nicht gleichen Schritt halten können.

Tuller (Leoben): Es wurde darauf hingewiesen, daß wir den Bauern nicht mit Fragen kommen dürfen, denen sie nicht zugänglich sind. Das ist bezüglich derjenigen richtig, die nicht in großen Massen zusammenleben, wie dies zum Beispiel bei den Holzknechten der Fall ist. Meiner Ansicht nach ist es unmöglich, den Bauern mit der Kranken- und Unfallversicherung, mit der Alters- und Invaliditätsversorgung, Beseitigung der Dienstbotenordnungen und dergleichen zu kommen, denn dadurch geben wir unseren Gegnern ein Mittel in die Hand, uns die Bauern sofort abwendig zu machen. Ich habe schon wiederholt Versammlungen unter Bauern abgehalten. Wenn man ihnen die hohen Lasten des Militarismus vor Augen hält, wenn man die Beseitigung der Privilegien der Adeligen, insbesondere Aufhebung der Jagd- und Fischereirechte, fordert, dann kann man

sie leicht gewinnen. Wenn man aber mit anderen Dingen anfängt, ist man bei ihnen fertig. Gegen die Resolution können wir freilich nicht stimmen. Aber was haben Sie in derselben, was der Bauer verstehen wird? Schon bezüglich des ersten Punktes werden ihm die Gegner die Phrase von der Vertheilung der Güter entgegenhalten, und das zieht beim Bauern immer. Denn er ist der ärgste Gegner aller kommunistischen Einrichtungen. Der Ansicht des Genossen Krapka, der die Sache eigentlich auf dem internationalen Parteitag geregelt wissen will, stimme ich vollkommen bei.

Schrammel (Aussig): Ich war sehr erfreut, als ich erfuhr, daß die Frage der Landagitation auch auf dem Parteitag zur Sprache kommen wird. Unsere Wahlkreise, und besonders auch mein Wahlkreis, haben eine große bäuerliche Bevölkerung. Zu dieser müssen wir hinaus und müssen sie aufklären. Bis heute sind wir ganz gut damit ausgekommen, daß wir gegen den Militarismus und die hohen Steuern gesprochen haben. Je länger wir aber dort arbeiten, desto klarer müssen wir uns ausdrücken, insbesondere in jenen Gegenden, in denen ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt wurde. Wir müssen trachten, eine klare Scheidung in der Landbevölkerung vorzunehmen, und wir müssen darin so weit gehen, wie wir bei der industriellen Bevölkerung gegangen sind. Die wirklich besitzenden Bauern werden wir niemals in unsere Reihen bekommen. Wen wir in unsere Reihen bekommen müssen, das ist der Proletarier, der Landarbeiter und der kleine Bauer, dessen Söhne, oft auch er selbst, in die Arbeit gehen müssen, der aber noch so viel hat, daß er vom Ertrage seiner Scholle zwar nicht lebt, aber doch vegetirt. Ich muß sagen, daß die Resolution sowie die Ausführungen Ellenbogen's uns das bieten, was wir brauchen. Die kleinen Bauern verlangen vor Allem, daß der Zwischenhandel aufgehoben werde, damit sie nicht so sehr dem Wucher ausgeliefert wären. Da muß man ihnen klar machen, daß sie zunächst eine gute Organisation brauchen. Die Agitation bei uns ist entschieden schwerer als in Deutschland, und ich kann daher auch nicht Allem zustimmen, was Genosse Vollmar gesagt hat. Auf eine Kritik der Religion haben wir uns allerdings nicht einzulassen, das ist richtig, aber wir sind in Oesterreich gezwungen, die Lehren der Kirche zu besprechen und zu kritisiren. Die ländliche Bevölkerung in Nordböhmen ist entweder für oder gegen die „Los von Rom"-Bewegung. Wir müssen also dazu Stellung nehmen, weil bei uns in Oesterreich die Religion von den bürgerlichen Parteien zu politischen Zwecken ausgenützt wird. Wenn wir uns daneben auch mit den Fragen, wie sie in der Resolution aufgezählt sind, befassen, und wenn wir uns insbesondere bemühen, den Charakter und die Lebensweise der Bauern zu studiren, dann werden wir auch thatsächlich etwas erreichen.

Dr. **Adler** (Wien): Vor Allem möchte ich konstatiren, daß der gesammte Parteitag von der Wichtigkeit der Frage, die uns eben beschäftigt, vollständig durchdrungen ist, und daß es Niemanden hier gibt, der daran zweifelt, daß uns die Nothwendigkeit, uns auch mit der ländlichen Bevölkerung zu befassen, durch die Verhältnisse geradezu aufgedrängt wird. Erlauben Sie mir aber, daß ich andererseits meinen Bedenken Ausdruck gebe, wenn auch in solchen Gegenden, wo diese Nothwendigkeit nicht so unmittelbar und ausschließlich vorliegt, Kräfte auf die sogenannte Landagitation verwendet werden, da dies meines Erachtens vielfach eine Verschwendung bedeuten würde. In jenen Gegenden, die einen erheblichen Perzentsatz von industriellem Proletariat haben, haben wir vor Allem die Aufgabe, dieses Proletariat für uns zu gewinnen. Ich habe den Eindruck, daß die harte und schwierige Arbeit, diese zurückgebliebenen Schichten des Industrieproletariats für uns zu gewinnen, mitunter hintangesetzt wird, um die nicht leichteren, aber vielleicht bestechenderen Erfolge unter der Landbevölkerung zu erzielen. Ich gebe ohneweiters zu, daß daran unsere Wahlordnung sehr viel schuld ist. Ich bin mit den Ausführungen Ellenbogen's und vielfach auch mit jenen des Genossen Vollmar einverstanden, aber ich bin kein solcher Optimist, wie es die Beiden sind. Ich bedauere aufrichtig, daß es dem Genossen Vollmar nicht möglich war, unserer heutigen Debatte noch beiwohnen zu können. Was Vollmar in Bezug auf die Praxis, ich möchte sagen auf die Technik der Agitation gesagt hat, ist in den allermeisten Punkten auch für Oesterreich giltig. Ich möchte jedoch im Punkt der Religion nicht ganz so weit gehen, wie er und auch Ellenbogen gehen, und zwar

deshalb, weil ich meine, daß wir da nicht immer so handeln können, wie wir wollen. (Sehr richtig!) Es gibt Niemanden, dem persönlich die kommune Pfaffenfresserei so zuwider ist wie mir, Niemanden, dem das oberflächliche Diskutiren über schwere philosophische Fragen so widerwärtig ist wie mir. Aber können wir in einem Lande, wo nicht die Religion, aber die kirchliche Organisation und die Träger dieser eine Organisation von politischen Agitatoren sind, jenes von Vollmar geforderte scharfe Messer immer anwenden, das Religion und Pfaffen von einander trennt? Wenn der Schnitt da irgendwie daneben geht, sind fürwahr nicht wir daran schuld, sondern Diejenigen, die unter dieses Messer eben auch das bringen, was sie ihre heiligsten Güter und ihre heiligsten Ueberzeugungen nennen, während es nichts Anderes ist als der Leim, auf den die Leute geführt werden.

Nun zur theoretischen Grundlage. Es freut mich, mich da auf Genossen Eich, der uns aus unmittelbarer Anschauung berichtet, berufen zu können. Ich bin kein Theoretiker, wie dies ja auch Genosse Vollmar von sich behauptet. Ich bin's aber nur wirklich nicht! Genosse Vollmar hat seiner Abneigung gegen Dogmen hier Ausdruck gegeben. Aber das sind immer die Dogmen der Anderen, für die eigenen Dogmen hat er eine ganz erhebliche Werthschätzung. Ich gebe zu, daß die Statistik nicht jene Konzentration beweist, wie wir sie uns in der Landwirthschaft noch vor 10 bis 20 Jahren vorgestellt haben — daß wir seitdem etwas gelernt haben, darüber besteht kein Zweifel. Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen, daß auch für Deutschland die Verhältnisse, wie sie in Bayern bestehen, nicht im Allgemeinen maßgebend sind; im größten Theil des Reiches hat eben die Industrie eine vollständige Umwälzung auch in den agrarischen Verhältnissen herbeigeführt. Die Statistik weist uns nun nach, wie viele Besitzer da sind; aber wenn eine quantitative Entwicklung nicht nachweisbar ist, so zeigt sich doch eine qualitative Entwicklung in ganz ungeheurem Maße. Die Zahl der Bauern mag sich nicht vermindert haben, gerade so gut wie sich die Zahl der selbstständigen Schneider in der Statistik nicht vermindert hat. Aber der Schneider ist seit 20 Jahren ein ganz anderer geworden und ebenso auch der Bauer. Wenn sich die Zahl der Besitzenden nicht vermindert hat, so ist der Besitzcharakter und das Verhältniß des Besitzenden zu seinem Besitz ein total verschiedenes geworden: allerdings, wie ich zugebe, nicht überall, aber daß eine Entwicklung hier vorhanden ist, das kann Niemand leugnen, der die Augen offen hat.

Vollmar hat in seiner wohldurchdachten Rede konstatirt, daß unsere sozialistische Theorie über diese Dinge nicht viel Neues zu Tage gefördert habe. Ich möchte aber doch sehr wünschen, daß die Genossen die Resultate dieser so gering geschätzten Theorie, die übrigens Vollmar auch sehr gut zu würdigen und zu verwerthen weiß, auch zur Kenntniß nehmen würden. Sie würden über den Einfluß der industriellen Entwicklung auf die Landwirthschaft zum Beispiel im Buche von Kautsky sehr viel Material finden. Noch mehr, Vollmar kommt thatsächlich zu demselben Resultat wie unsere verrufensten Dogmatiker, zum Beispiel, um den schwärzesten herauszugreifen, Kautsky. Jene unter den Grundbesitzern, die heute noch im Besitz sind, deren Besitzstand von der ansteigenden Fluth des Kapitalismus noch nicht angefressen ist — auch auf dem Lande gibt es ein Klassenbewußtsein, wenigstens bei den Großen, während wir es bei den Kleinen erst wecken wollen — die werden wir so wenig gewinnen, als wir die industriellen Unternehmer gewinnen können. Das versteht sich von selbst. Wir können sie ja auch gar nicht brauchen, weil wir ihnen zu viel Konzessionen machen müßten. Jene Leute aber, die nur im Bannkreise der bäuerlichen Anschauungen sind, während sie wirthschaftlich bereits der Proletarisirung entweder anheimgefallen sind oder ihr entgegengehen, die können wir bis zu einem hohen Grad mindestens — und das hat Vollmar genau so gesagt wie Kautsky — neutralisiren.

Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich diesen theoretischen Dingen auch einige Worte widme. Ich thue es, weil ich möchte, daß sich die Genossen, sowie sie die reichen praktischen Erfahrungen vollauf würdigen, daneben auch das kritische Auge bewahren mögen, dessen man gerade bei der Bauernagitation bedarf. Ich möchte hiebei auch die Bemerkung von dem relativen Werth der Programme auf das meiner Ansicht nach richtige Maß zurückführen. Es ist gesagt worden, wir können

für die Landagitation überhaupt kein festes Programm brauchen. Ja, das ist richtig: in den Dingen, von denen wir nichts verstehen. Daß wir aber etwas lernen müssen, das ist aber doch ebenso richtig!

So sehr ich überzeugt bin von der Nothwendigkeit, auch die agrarische Bevölkerung in den Kreis der sozialistischen Ideen und der sozialistischen Aktion zu ziehen, so sehr ich das Wort von Vollmar unterschreibe, daß wir ohne die Bauern vielleicht die politische Macht gewinnen, sie aber ohne dieselben nicht behalten können, so bin ich auch der Ansicht, daß wir es sein müssen, die zur politischen Macht kommen und sie behalten wollen, das heißt, daß wir den Willen haben müssen, daß es eine sozialdemokratische Partei sein muß, die zur politischen Macht gelangt, denn diese hätte für das Proletariat keinen Werth, wenn die Partei, um zur Macht zu gelangen, sich aus einer sozialdemokratischen in eine ganz verwaschene Opportunitätspartei (lebhafte Zustimmung) nicht allein in der Taktik, sondern auch in den Prinzipien entwickelt hätte. Glauben Sie nicht, daß ich Programm und Prinzip gegen Vollmar und Ellenbogen retten wollte. In der Praxis gehen wir mit ganz gutem Gewissen vor. Wir können, ohne uns etwas zu vergeben, ruhig sagen: Wir haben über die Entwicklung der landwirthschaftlichen Besitzverhältnisse keine so klare Einsicht, weil sie viel längere Zeiträume beansprucht als die industrielle. Und weiter können wir sagen: Allerdings hat sich heute das kleine oder sagen wir das mittlere Privateigenthum in der Landwirthschaft nicht in dem Grade als kulturwidrig herausgestellt, wie das Eigenthum in der Industrie. Wir können zugeben, daß wir mit Rücksicht auf den langsamen Verlauf der Entwicklung ohneweiters vom sozialdemokratischen Standpunkte aus heute den kleinen Besitz schützen können gegen die Auswucherung von oben. Wir können aber nicht so weit gehen, daß wir in dem nothwendigen Konflikt zwischen Proletariern und Großbauern uns, um uns zu schonen, auf die Seite des Großbauern stellen — was zwar nicht geschieht — oder auch nur stillschweigend darüber hinweggehen. Alle Erfolge, die erkauft werden durch feiges Preisgeben der ländlichen Lohnarbeiter, und zwar nicht nur wo es sich um die großen Plantagen der Schwarzenberge u. s. w., sondern auch, wo es sich um die großen Bauerngüter handelt, erscheinen mir nicht als Erfolge, sondern als prinzipieller Parteiverrath (Beifall), als ein Verrath, der sich früher oder später an uns rächen müßte. (Erneuerter Beifall.) Ich verwahre mich dagegen, daß ich Vollmar, weil ich gegen ihn polemisirt habe, unterschiebe, er rathe zu solchen Dingen. Aber eine Gefahr besteht; Vollmar sagt zwar: Meine Worte beziehen sich auf Bayern, und ich rede von nichts Anderem. Hernach zieht er aber die Konsequenzen ganz im Allgemeinen. Da ist es möglich, daß Vorstellungen entstehen, die seinen Absichten nicht entsprechen. In der Resolution Ellenbogen können wir von unserem Parteistandpunkte aus jedes Wort vertreten, es ist darin keine Forderung enthalten, die mit den wirklichen Interessen des Proletariats im Widerspruch steht, keine Forderung, die nicht mittelbar oder unmittelbar dem ländlichen Proletariat zugute käme. Wir fürchten uns nicht vor der Befestigung des bäuerlichen Besitzes, ebensowenig aber fürchten wir uns vor allzu rascher Verstaatlichung des Besitzes. Daß wir gar noch Vorkehrungen treffen sollten, damit das nicht allzu geschwind gehe, ist nicht nothwendig. (Heiterkeit.) Unsere Gegner mögen uns Thorheiten nachsagen, aber so thöricht sind wir nicht, daß wir das Thörichteste thun und mit der Expropriation der Bauern anfangen, die thatsächlich Arbeiter auf ihrem Boden sind, deren Arbeitswerkzeug der Boden ist. Vor unserer eigenen Dummheit brauchen wir uns nicht zu fürchten. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Schönwälder (Mähr.-Schönberg): Genosse Vollmar hat uns sehr Wichtiges und Werthvolles gesagt. Seine Behauptungen sind jedoch nicht ganz einwandfrei. In unserem Wahlkreise unterscheiden wir zweierlei Bauern, den, der im Gebirge lebt und politisch unverdorben ist, und den, der den besseren Boden, das flache Land bebaut und schon Anhänger aller möglichen bürgerlichen Parteien war. Die soziale Lage des Gebirgsbauers ist eine viel traurigere als die desjenigen, der in der Ebene ist, und die Folge ist, daß das Einvernehmen zwischen Beiden nicht immer das beste ist. Der Gebirgsbauer kommt bei der Vertheilung von Landessubventionen immer schlecht weg, weil sich die Verbesserungen, die durch die Subventionen angestrebt werden, auf dem Boden des Gebirges nicht mit dem-

selben Erfolg anwenden lassen, wie auf dem flachen Lande. Das Genossenschaftswesen bringt dem Bauern und zwar vor Allem dem des flachen Landes ganz erkleckliche Vortheile. Der Bauer in der Ebene verlangt von uns, wir sollen dafür eintreten, daß seine Produkte einen höheren Werth bekommen. In dem Momente, wo wir das thun, schädigen wir aber wieder den industriellen Arbeiter. Nach den Wahlen im Jahre 1897 haben wir mit den Bauern Konferenzen abgehalten und wir sind sogar darangegangen, mit ihnen ein Programm auszuarbeiten. Es versteht sich, daß wir dabei nicht viel Glück gehabt haben. Sie haben sich aber doch eine Organisation geschaffen, und wenn ihr Programm in wirthschaftlichen Fragen auch nicht unseren Prinzipien entspricht, so ist es doch zumindest freisinnig, und das ist schon immerhin ein Fortschritt. Genosse Vollmar hat gemeint, es sei klüger, bei der Landagitation von der Religion ganz zu schweigen. Bei uns geht das nicht, wir werden ja provozirt. (Zustimmung.) In Bezug auf das Genossenschaftswesen müssen wir sehr vorsichtig sein. Wir dürfen dem Bauer nicht sagen, daß es ihm nichts genützt hat, denn zum Beispiel auf die Raiffeisenkassen hält er sehr viel, und wenn man die angreift, dann könnte man leicht hereinfallen. Dadurch, daß die Textilarbeiter den Zehnstundentag errungen haben, hat sich der Haß der Bauern gegen uns noch vermehrt, und die Deutschnationalen haben die Gelegenheit benützt und haben ihnen vorgeredet, dadurch, daß wir für die industriellen Arbeiter den Zehnstundentag fordern, ruiniren wir die Bauern, denn dann wird der Zug zur Stadt und der Dienstbotenmangel nur noch größer werden. Den Antrag Witzmann halte ich für überflüssig, dagegen empfehle ich Ihnen den Antrag Dobiasch auf das Wärmste.

Schlinger (Floridsdorf): Es ist eine verfehlte Taktik, daß, wenn auf dem Lande eine Versammlung ist, immer ein Dutzend oder mehr Leute mitgehen. Die Schlappen und Keilereien, die wir hatten, sind auf jene vielen Leute zurückzuführen, die da mit hinausgehen und die durch einen ungeschickten Zwischenruf im ungeeigneten Moment die Bauern zum Losschlagen gebracht haben. Von großem Vortheil wäre es, wenn es uns gelänge, einige Bauern zu tüchtigen Genossen zu erziehen, die dann selbst die Agitation führen könnten, denn gegenüber einem Fremden ist der Bauer sehr mißtrauisch. Die Referenten, die hinausgehen, müssen auch nach der Versammlung sehr vorsichtig sein; es wird draußen auf jedes Wort, das der Referent spricht, auf jeden Bissen, den er ißt, und jedes Viertel Wein, das er trinkt, genau aufgepaßt. Ich habe gefunden, daß die beste Rede eines Referenten oft durch sein Benehmen nach der Versammlung oder durch das Auftreten seiner Mitgeher verdorben wurde. Ueber die Religion soll womöglich nicht gesprochen werden. Wir sind aber oft dazu gezwungen, denn wenn wir nicht davon sprechen, dann steht der Pfaffe auf und sagt: Ja, warum hat denn der Referent über die Religion nichts gesagt? Es geht auch nicht an, daß die Referenten immer mit denselben Sachen kommen. Heute hat der Bauer über Militarismus und Steuer sprechen gehört, das nächstemal will er von den Genossenschaften etwas hören, das drittemal wieder vom Jagdrecht und Fischereirecht. Besonders in Niederösterreich wird dem Versicherungswesen unsererseits zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt; es geht nicht, daß wir die Versicherung schon deshalb als schlecht bezeichnen, weil sie vom niederösterreichischen Landtag gemacht wurde. Es wäre vielleicht gut, einen Kurs zu halten über Gesetze, welche die Bauernschaft in Niederösterreich betreffen. Unsere Genossen, die aufs Land gehen, glauben, die Bauern mit dem Kotzen einfangen zu müssen. Wir müssen uns aber davor hüten, den besser situirten Bauern, die in unsere Versammlungen kommen, Konzessionen zu machen; dann werden auch die Knechte, die uns anfangs fernbleiben, zu uns kommen.

Ueber Antrag B r e t s c h n e i d e r's (Wien) wird die R e d n e r l i s t e g e s c h l o s s e n; es sind noch 14 Redner vorgemerkt.

Seliger (Reichenberg): Wenn wir über proletarische Forderungen reden, müssen wir auch über Dinge zu den Grundbesitzern reden, die ihnen nicht so leicht in den Kopf gehen, zum Beispiel über den Klassengegensatz zwischen ländlichem Proletarier und ländlichem Besitzer. Selbstverständlich müssen wir auch für die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Lande eintreten, aber es geht nicht, einfach zu sagen, wir fordern ebenso wie für den industriellen Arbeiter auch für die

Landarbeiter den Achtstundentag, weil sich dieser für die Landwirthschaft nicht so einfach durchführen läßt. Wir haben im Zentrum Böhmens eine Bauernschaft, die wirthschaftlich noch sehr gut fundirt ist und durchaus nicht vor dem Ruin steht. Wir haben aber auch, insbesonders an der Peripherie des Landes, wo der Boden des Landes minder ertragreich ist, eine große Anzahl von Bauern, die von der Hand in den Mund leben und dem wirthschaftlichen Untergang entgegengehen. Diese Leute leben hauptsächlich vom landwirthschaftlichen Betrieb, befinden sich aber in einer ebenso proletarischen Lebensweise wie die industrielle Arbeiterschaft. Zwischen dieser Bevölkerung und dem nichts besitzenden Proletarier besteht kein Klassengegensatz. Diese Leute sind Herr und Knecht zugleich, und diese Elemente wären für die Sozialdemokratie zu gewinnen, nicht etwa in dem Sinne, daß wir sie gewerkschaftlich organisiren, aber doch so, daß wir sie uns zugänglicher und sympathischer machen dadurch, daß wir für eine Reihe ihrer Forderungen eintreten, die ohne sozialistisch oder antisozialistisch zu sein, doch dem Kleingrundbesitzer zugute kommen, wie zum Beispiel Steuererleichterung und Aehnliches. Die Resolution des Genossen Ellenbogen verlangt den Ausbau des Genossenschaftswesens. Nun haben wir schon heute verschiedene derartige Genossenschaften, wie Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, Molkereigenossenschaften und andere, die unter bürgerlicher Flagge stehen, von denen wir aber nicht den Beweis haben, daß sie den Bauern nur deshalb nichts nützen, weil sie nicht sozialdemokratisch sind. Diese Genossenschaften sind aber nicht ohneweiters zu akzeptiren, denn sie sind in den meisten Fällen eher ein Schutz der größeren Grundbesitzer als der kleinen. Wenn wir dem kleinen Grundbesitzer die Genossenschaften so ohneweiters empfehlen, so wird er uns oft sagen: Ja, wir haben diese Genossenschaften schon gehabt, und sie haben uns nur geschädigt. Wir müssen den Leuten auch sagen, wie die Genossenschaften aussehen sollen. Eine Illusion aber wäre es, zu glauben, eine große gewerkschaftliche Bauernorganisation schaffen zu können.

Jodlbauer (Graz): Ich bin nicht der Anschauung Tuller's, daß man den Bauern mit allem Möglichen, nur nicht mit der Kranken-, Unfalls- und Invaliditätsversicherung und Aehnlichem kommen darf. Bei Bauern, die eine große Anzahl von Knechten beschäftigen, haben wir ohnehin nichts zu gewinnen, und Jene wieder, welche den Grund selbst bearbeiten, werden umso leichter zu gewinnen sein, weil heute die Altersversicherung den Gemeinden zufällt, die Bauern also selbst dafür aufkommen müssen, sie aber die Leute, deren Versorgung ihnen zufällt, nicht ausgenützt haben. Oesterreich entwickelt sich immer mehr vom Agrikulturstaat zum Industriestaat, und die Leute, die heute vom Lande in die Stadt kommen, sind heute für uns schwer zu gewinnen. Da könnte vorgearbeitet werden, wenn man für die Interessen dieser Leute eintritt, solange sie noch am Lande beschäftigt sind. Die Resolution ist jedenfalls zu begrüßen, weil wir dadurch einen Anhaltspunkt bekommen und bei der Agitation nicht mehr so im Finsteren herumtappen müssen wie bisher. Gegen eine Verschlechterung der Dienstbotenordnung müssen wir uns entschieden wenden. Ich vermisse auch eine Bestimmung über Elementarschäden und beantrage deshalb, daß in die Resolution ein Passus aufgenommen werde, der den Ausbau des Versicherungswesens und dessen Uebernahme durch den Staat verlangt, weil heute der Kleinbauer auf diesem Gebiete sehr stark benachtheiligt wird.

Resel (Graz): Die Aufstellung eines Bauernprogrammes begegnet noch nicht jener Klarheit, die dazu nothwendig wäre. Es wird gefragt: Was dürfen wir dem Bauer prinzipiell sagen, und auf der anderen Seite wieder, wie man am Lande überhaupt agitiren kann. In Bezug auf die prinzipielle Richtschnur ist das Programm genau so zu beurtheilen wie alle bisher aufgestellten Agrarprogramme der sozialdemokratischen Partei. In keinem herrscht prinzipielle Klarheit. In Deutschland konnte man sich nicht einigen, weil die Genossen Marxisten sind, und gerade das Buch des Genossen Vandervelde beweist uns, daß es in Belgien nicht so schwer ist, ein Agrarprogramm aufzustellen, weil die belgischen Genossen es mit den sozialdemokratischen Prinzipien nicht so genau nehmen wie die deutschen. Dasselbe gilt von den französischen und italienischen Genossen. Bisher ist die Aufstellung eines Agrarprogrammes daran gescheitert, daß eine Klarheit darüber, ob die Grundsätze, die wir in Bezug auf den Kapitalismus für richtig

halten, auch auf die Landwirthschaft anzuwenden sind, noch nicht herrscht. In unserer Resolution ist etwas enthalten, was Kautsky in seinem Werke über die Agrarfrage bezüglich seines Werthes bezweifelt. Es ist nämlich fraglich, ob es prinzipiell zulässig ist, den bäuerlichen Besitz zu erhalten, und solange das nicht geklärt ist, gibt es kein Agrarprogramm. In der Debatte wurde Alles bunt durcheinander gewürfelt. Es hätte aber eine strenge Scheidung jener Elemente, die naturgemäß zu uns gehören, der Landarbeiter einerseits und der bäuerlichen Besitzer andererseits, eintreten müssen. Soweit es sich nun um die ländlichen Dienstboten handelt, so sind diese, wo sie in großen Massen beisammen sind, genau so zu behandeln wie die industriellen Arbeiter. Ob diese unserer Propaganda auch zugänglich sind, ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Agitation. Vollständig auszuschalten wären hier auch alle kleinen Grundbesitzer, die aber im Grunde genommen Arbeiter, also für uns zu gewinnen sind. Auch da ist die Frage, wie zu agitiren ist. Die Frage brennt uns nicht in Bezug auf die hausindustriellen Kleinbesitzer, sie brennt uns aber in Bezug auf die Bauern selbst; und da sagt uns die Statistik, daß die überwiegende Mehrzahl der Grundbesitzer Oesterreichs so minimalen Besitz hat, daß bei ihnen die Sozialdemokratie nicht infolge ihrer Stellung Widerstand findet, sondern infolge des Mangels an Aufklärung. Der Bauer, der sich schindet und plagt, wird der Frage, ob der Grund und Boden vergesellschaftet werden soll, nur so lange schroff ablehnend gegenüberstehen, als er sich nicht klar darüber ist, was das für ihn bedeutet. Anders aber ist es, wenn unter den größeren Bauern Agitation getrieben werden soll, das wäre nutzlos verschwendete Arbeit. Ehe Sie einen solchen Bauern gewinnen, werden Sie tausend industrielle Arbeiter organisiren. Die Frage ist für uns wichtig in Bezug auf die Agitation bei den Wahlen, wo wir gezwungen sind, mit der Landbevölkerung in Fühlung zu treten. Da handelt es sich weniger um das Prinzip, als um die Art, wie wir die Agitation einleiten. Ich begrüße die Resolution nicht deshalb, weil wir als Partei sie unbedingt nöthig haben, sondern weil sie Jene brauchen, die unter den Landarbeitern agitiren wollen, die aber nicht wissen, wie weit sie gehen dürfen. Ich brauche die Resolution nicht, ich betreibe schon lange genug Bauernagitation ohne Programm, und es wird mir Niemand eine Prinzipienwidrigkeit nachweisen können. Bei unseren Genossen herrscht aber zuweilen eine solche Unklarheit, daß sie auch zu Konzessionen bereit sind, ohne zu wissen, ob sie sie auch machen dürfen. Ich bin der Ansicht, daß die Entscheidung über derlei Fragen dem Gesammtparteitage und nicht einem nationalen Parteitage obliegt. Wir können aber die Resolution unter der Bedingung annehmen, daß über die Sache auf dem Gesammtparteitage diskutirt wird. Es wird darüber noch gesprochen werden müssen, was mit dem in die Resolution Aufgenommenen gesagt sein soll und was in dieselbe noch weiter aufzunehmen wäre.

Gestatten Sie mir nun noch ein paar Worte über die Agitation auf dem Lande. Genosse Vollmar hat über die Religion gesprochen; zunächst möge er uns mit seinen prinzipiellen Differenzen mit seinen Parteigenossen in Deutschland hier in Oesterreich verschonen. Er hat Recht, wenn er sagt, daß viele Genossen meinen, die Religion sei für die Agitation keine Privatsache. Für mich ist die Religion Privatsache, damit ist aber nicht gesagt, daß ich Religion und Pfaffen vollständig außer Diskussion lasse. Der Rath, daß wir auch über den Pfaffen nicht reden sollen, ist für unsere österreichischen Verhältnisse vollständig unanwendbar. Wenn wir aufs Land in eine Versammlung kommen, wer steht da? Der Herr Pfarrer! Und wenn ich den Kampf gegen die Klerikalen führe, so kann ich doch nicht sagen: Der Meßner ist der Lump, das würde mir kein Mensch glauben. Die Anregung des Genossen Krapka, eine Schule für ländliche Agitatoren zu errichten, halte ich für sehr verfehlt. Solche Sachen lassen sich nicht lernen. Man muß es sich angewöhnen, sich in den Gedankengang des Bauern hineinzufinden. Aber auch in Bezug auf die Verbreitung von Schriften wird sehr gesündigt; wenn ein Genosse aufs Land hinausgeht, so räumt er einfach seinen Kasten aus, nimmt den ganzen Pack unter den Arm und vertheilt das draußen ohne Rücksicht darauf, ob das auch für die Bauernagitation geeignet ist. Ich halte die Resolution, die uns der Referent vorgelegt hat, für eine Anregung, um die Sache zunächst eingehend zu studiren und darüber auf dem nächsten Parteitag gründlich zu diskutiren.

Ressel (Grottau) beantragt den Schluß der Debatte, der mit 36 gegen 31 Stimmen angenommen wird.

Das Schlußwort erhält der Berichterstatter Dr. **Ellenbogen:** Unter den Ausführungen zu diesem Punkte scheinen mir jene des Genossen Dr. Adler die wichtigsten zu sein. Während Dr. Adler sich gegen die Dogmatiker gekehrt und sich selbst als Antidogmatiker hingestellt hat, haben doch seine einleitenden Bemerkungen gezeigt, daß auch er an der Unverrückbarkeit gewisser Anschauungen festhält. Ich war vorsichtiger. Ich habe erklärt, eine Reihe von Theoretikern sprechen sich für die Unübertragbarkeit unserer Anschauungen und Prinzipien auf die Landwirthschaft aus, andere seien entgegengesetzter Meinung. Genosse Dr. Adler ist aber schließlich zu demselben Standpunkte gelangt wie ich, daß uns die Gesetze der Entwicklung in der Landwirthschaft noch nicht völlig klar sind. Wenn das aber der Fall ist, dann darf man nicht behaupten, daß derjenige, der an der alten Meinung nicht festhält, der Partei einen verwaschenen Opportunismus anrathe. Ich glaube, daß weder ich noch Genosse Vollmar etwas gesagt haben, woraus hervorgeht, daß wir mit Stillschweigen über den Klassengegensatz in der Landwirthschaft hinweggehen wollen. Ueberhaupt war es unnöthig, gegen Anschauungen zu polemisiren, die Niemand geäußert hat.

Einer der Genossen hat behauptet, wenn wir zu den Bauern hinausgehen und ihnen von der Kranken- und Unfallversicherung, von der Altersversorgung, Beseitigung der Dienstbotenordnung sprechen, dann sind wir am Lande fertig. Ich erkläre Ihnen: mit denjenigen Bauern, welche uns darauf den Rücken kehren, haben wir nichts zu thun. Wir müssen gegenüber jenen Bauern, die Dienstboten beschäftigen, den Standpunkt hervorkehren, daß wir in erster Linie eine proletarische Partei sind, daß wir die Interessen der Besitzlosen verfechten, und wenn die hier genannten Besitzenden sich durch unsere Agitation getroffen fühlen, so thut uns das leid. Wir werden um ihre Stimmen nicht betteln, denn wir wollen keinen Bauernfang betreiben.

Genosse Resel meinte, daß, so lange die prinzipielle Frage nicht gelöst ist, wir ein Bauernprogramm nicht aufstellen können. Das ist richtig. Meine Resolution ist aber nichts Anderes als ein Rahmen, in den man noch eine Menge von Forderungen hineinbringen kann. Diese Resolution hat einen rein provisorischen Charakter. Es gibt noch eine Menge von Forderungen, die wir da hätten unterbringen können. Von diesen sind aber eine Reihe strittiger Natur, und wir haben nur jene Forderungen aufgenommen, die nach dem Stande unserer Erkenntniß zweifellos feststehen. Genosse Resel hat auch verlangt, daß wir eine strenge Scheidung zwischen Jenen, deren wir uns annehmen sollen, und Jenen, die uns nichts angehen, vornehmen sollen. Diesem Wunsche trägt eine Broschüre Rechnung, die Genosse Vollmar für die Agitation in Bayern geschrieben hat, und die betitelt ist: „Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern." Es heißt hier: „Von der Zahl der Betriebe sind rund neun Zehntel in den Händen von Selbstwirthschaftern, das heißt solcher, welche ihre Güter durch ihre und ihrer Familienangehörigen eigene Arbeit bewirthschaften. Diese Bauern unterscheiden sich vom modernen Proletarier wirthschaftlich nur dadurch, daß sie sich noch im Besitze ihrer Arbeitsmittel befinden. Dieser selbsterarbeitete, auf der Verwachsung des unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Besitz ist wesentlich verschieden von der kapitalistischen Eigenthumsform, welche auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht." Aehnlich sagen die französischen Sozialisten — nur haben sie es negativ gefaßt: Der nicht fremde Arbeit ausbeutende Bauer sei es, dessen sich die Sozialdemokratie annehmen soll.

Gerade mit Rücksicht auf die österreichischen Verhältnisse kann ich dem Genossen Vollmar durchaus nicht beistimmen, wenn er der Praxis gegenüber der Theorie eine so große Bedeutung beimißt. Bei uns wäre es sehr gefährlich, zu sagen: Eine Handvoll Praxis ist mir lieber als ein Hügel voll Theorie, weil bei unseren Genossen ohnehin die häßliche Gepflogenheit besteht, sich um die Theorie nicht zu kümmern. In dieser Hinsicht die Genossen noch anzueifern, wäre etwas gefährlich. Das, was er von der Religion gesagt hat, kann ich prinzipiell vollständig unterschreiben. Auch ich bin der Meinung, daß die Religion unter allen Umständen nicht bloß aus taktischen, sondern auch aus prinzipiellen Gründen

Privatsache bleiben muß. Damit soll nicht gesagt sein, daß man sich mit einem Gegner nicht in eine wissenschaftliche Diskussion einlassen darf. Wie wir jede unserer Ueberzeugungen mit Argumenten vertreten, so können wir dies auch auf dem Gebiete der Religion, nur sollen wir nicht glauben, daß Jemand, der eine religiöse Ueberzeugung hat, unter gar keinen Umständen ein Sozialdemokrat sein kann und unter allen Umständen ein Schwindler sein muß. Das sind übrigens Dinge, auf die die Wissenschaft überhaupt keinen Einfluß hat, und über die sie keinen Aufschluß geben kann, weil sie auf unkontrolirbaren Empfindungen und Gefühlen beruhen, für die sie noch nicht einmal ein Wort gefunden hat. Allerdings irrt sich Vollmar, wenn er glaubt, daß wir in der Lage sind, auch wenn wir es wollten, bei uns dieselbe noble Behandlung der Geistlichen einzuführen, wie sie in Deutschland üblich ist. Der Ton der politischen Diskussion ist in Deutschland überhaupt ein viel noblerer. Es gibt auch im deutschen Parlamente keine solchen ordinären Ausdrücke, wie sie im österreichischen vorkommen. Da aber bei uns die Pfaffen der angreifende Theil sind, so können wir nicht anders, als sie auf das Allerentschiedenste und Rücksichtsloseste bekämpfen. Ein Genosse hat ja gesagt, wenn wir nicht von der Religion reden, so fragen uns die Pfaffen: Wie steht Ihr mit der Religion? Die beste Antwort hat einmal Dr. Adler gegeben. Ein Pfaffe sagte zu ihm: Es ist mir aufgefallen, daß Sie gar nichts über die Religion gesagt haben. In welchem Verhältnisse stehen Sie zu Gott? Darauf erwiderte Adler: Zu gar keinem. Die Sache geht uns nichts an, als Partei stehen wir zur Religion in gar keinem Verhältnisse.

Ich komme nun zu den eingebrachten Anträgen. Genosse Dolejsi beantragt, daß eine gemeinverständliche Broschüre zur Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu verfassen wäre u. s. w. Es ist eine alte Erfahrung, daß bei Preiskonkurrenzen gewöhnlich die schlechtesten Broschüren eingeschickt werden, und daß von diesen die allerschlechteste ausgesucht wird. (Widerspruch.) Ich glaube, daß das gar keinen Zweck hat. Der Mann, der eine solche Broschüre schreibt, wird sich schon von selbst finden. Wenn Sie den Antrag nicht direkt ablehnen wollen, so weisen Sie ihn der Parteivertretung zu.

Bei dem Antrage Dobiasch beantrage ich direkt die Ablehnung. Beschränken Sie sich darauf, das Protokoll stark zu verbreiten, das wird vollkommen genügen.

Den Antrag Witzmann bitte ich der Parteivertretung zuzuweisen.

Ich komme zu dem Antrage des Genossen Hackenberg. Die Verbesserung des Thierseuchengesetzes ist etwas, wofür wir entschieden eintreten müssen. Es ist aber klar, wenn wir sagen, „durch Schadloshaltung der Landwirthe", so haben wir damit schon eine entscheidende Stellung eingenommen. Ich glaube, daß in dieser Richtung der Antrag des Genossen Jodlbauer besser ist, der verlangt, daß hier eingeschaltet wird: „Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherung durch den Staat." Wenn die Landwirthe in der Weise versichert sind, dann werden sie jedenfalls schadlos gehalten.

Der Antrag der Genossen Barth und Klingsbögl dürfte auf einem Mißverständnisse beruhen. Es handelt sich hier nicht darum, eine Zollgrenze zwischen Oesterreich und Ungarn aufzustellen. Es heißt hier ausdrücklich: „Aufhebung der Lebensmittelzölle." Hier ist nicht von einer wirthschaftlichen, sondern von einer politischen und fiskalischen Trennung Oesterreichs und Ungarns die Rede. Wollen Sie denn, daß Oesterreich noch weiter durch Ungarn ausgebeutet und betrogen wird? Ich beantrage die Ablehnung des Antrages.

Schließlich bemerke ich, daß ich damit einverstanden bin, wie Genosse Resel bemerkt hat, daß die heutigen Ausführungen nur eine Art Einleitung zum weiteren Studium der Frage bilden sollen. Ich theile nicht die Angst des Dr. Adler, daß einzelne unserer Genossen über der Landagitation die Organisation der schwieriger zu gewinnenden industriellen Arbeiterschaft vergessen werden. Ich glaube, die Nothwendigkeiten drängen sich überall so unwiderstehlich auf, daß wir ihnen nicht ausweichen können. Fassen wir das, worüber wir diskutirt haben, als Aufforderung auf, den landwirthschaftlichen Verhältnissen durch genaues Studium näher zu treten, und bemühen wir uns, durch Erforschung der Thatsachen der Ausbreitung unseres Einflusses auf dem Lande den Boden vorzubereiten. (Beifall.)

Tuller (zur persönlichen Bemerkung): Ich habe nicht gesagt, daß wir kein Programm brauchen, sondern: Programme sind sehr gefährlich.

Barth (zur thatsächlichen Berichtigung): Wir haben unseren Antrag gestellt, weil wir die Kompetenz des Parteitages in dieser Frage entschieden bestreiten. Wenn eine Frage vor den allgemeinen Parteitag gehört, so ist es diese.

Hackenberg (zur thatsächlichen Berichtigung): Der Grund, weshalb wir unseren Antrag eingebracht haben, ist der, weil wir wollen, daß dem Bauer nicht bloß ein Theil des Schadens, sondern der volle Schaden vergütet werden soll.

Dr. **Adler** (zur thatsächlichen Berichtigung): Es ist durchaus kein Uebergriff, und wir gehen nicht über den Rahmen unserer Organisation hinaus, wenn wir den Passus bezüglich des österreichisch-ungarischen Ausgleiches in die Resolution aufgenommen haben. Wenn dies der Fall wäre, dann dürften wir hier überhaupt gar keinen Gegenstand besprechen. Es läge weder im Interesse unseres Parteitages, noch im Interesse der nichtdeutschen Genossen, wenn das Recht der Diskussion in einer solchen Weise eingeschränkt würde, umsoweniger in einem Punkte, in dem wir uns mit allen anderen Nationen vollständig eins wissen.

Abstimmung.

Zunächst wird über die Abänderungsanträge abgestimmt und der Antrag **49**, sowie die Zusatzanträge **50** und **51** angenommen.

Die Anträge **53** und **54** werden der Parteivertretung zugewiesen.

Die Anträge **52** und **55** werden abgelehnt.

Vorsitzender Popp: Wir gehen nun zum Punkt

Gemeindewahlrecht.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

56. Antrag Schuhmeier:

Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde.

In der Erwägung, daß die sozialdemokratische Bewegung stets weiter fortschreiten und dadurch allein schon in den Gemeinden an Einfluß gewinnen wird, welcher Einfluß sich bei Wahlen jetzt schon zeigte und noch stärker zeigen wird, ist es Pflicht der Sozialdemokraten, in den Gemeinden dafür zu sorgen, daß der arbeitenden Bevölkerung mit dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokraten auch von der Gemeinde aus Schutz vor den ausbeutenden Klassen gewährt wird. Wir streben den Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes an, um das Volk aus den Fesseln des Kapitals, welches dasselbe in einen menschenunwürdigen Zustand gebracht, zu befreien. Wir bedienen uns als Mittel zu unserem Zwecke auch der Reformarbeit in den Gemeinden. Wir fordern nur, was möglich ist, dem Volke auch in der Gemeinde des Klassenstaates zu geben. Wir betrachten die Gemeinde als eine nothwendige Form für den gesellschaftlichen Organismus, die aber zu einer autonomen Form **im demokratischen Sinne** ausgestaltet werden muß. Die Gemeinde ist als eine Vereinigung von Staatsbürgern zum Zwecke eines erträglichen Beisammenseins und zur Förderung gemeinsamer Interessen aufzufassen. Sie darf nicht zur Produktivassoziation für Einzelne werden, sondern hat für die Allgemeinheit, für das Wohl Aller zu sorgen.

Im Interesse der Gesammtheit des arbeitenden Volkes sind folgende Grundsätze in den Gemeinden der Verwirklichung zuzuführen:

1. Wahlrecht. Wir fordern für alle in der Gemeinde wohnenden Inländer, insofern sie das 20. Lebensjahr erreicht haben, ohne Unterschied des Geschlechtes, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, also Aufhebung der Wahlkörper und Beseitigung der Virilstimmen. Den gewählten Vertretern sind die mit ihrer Amtsführung entstandenen Kosten zu entschädigen.

Als Wahltag ist der Sonntag festzusetzen.

2. Befreiung von der Bevormundung. Die Gemeinden sind von jeder Bevormundung seitens der verschiedenen k. k. Behörden, sowie von den politisch-polizeilichen Pflichten zu entheben. Ferner ist die Befreiung der Gemeinden von der Pflicht der Einhebung ihnen nicht zukommender Steuern und von der Besorgung von und mit dem Militär- und Exekutionsdienst verbundenen Arbeiten anzustreben. Die Rechte der Gemeinden sind zu erweitern.

3. Amtliche Behandlung. Die Gemeindeverwaltung hat dafür zu sorgen, daß die in der Gemeinde bei den Aemtern vorsprechenden Personen anständig behandelt und nicht chikanirt werden, wie es leider häufig vorkommt. Gegen eine private Mißhandlung und grobe Behandlung kann man sich leichter wehren als gegen eine amtliche. Alle Agenden sind raschestens zu erledigen.

Die Berichte über die Gemeindegebahrung und das Rechnungswesen, sowie alle gefaßten Beschlüsse sollen den Gemeindeangehörigen unentgeltlich zugänglich gemacht werden, um diese für die Verwaltung der Gemeinde zu interessiren.

4. Heimatsrecht. Abänderung der bis jetzt geltenden Gesetze über das Heimatsrecht in dem Sinne, daß in der Regel ein zweijähriger Aufenthalt in der Gemeinde zur Erlangung der Gemeinde- und Staatszugehörigkeit berechtigt. Dies soll für Männer und Frauen sowohl als für deren Kinder gelten. Die Zuerkennung des Heimatsrechtes darf nicht von der Zahlung von Gebühren abhängig gemacht werden. Das Ausweisungsrecht der Gemeinde ist aufzuheben.

5. Armenversorgung. Die Armenversorgung ist so durchzuführen, daß sie auch allen Arbeitsunfähigen in gleichem Maße zutheil wird. So weit es nur immer möglich ist, hat diese Versorgung in hiezu bestimmten Anstalten (Versorgungshäusern) zu erfolgen. Die Gemeinde fordert als solche vom Staate die Einführung einer staatlichen Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung, ferner eine Reform der Krankenversicherung in dem Maße, daß alle Arbeitspersonen versicherungspflichtig werden. Ebenso ist die Regierung aufzufordern, die Reform der Unfallversicherungspflicht in Angriff zu nehmen und dieselbe auf alle, auch auf die im Kleingewerbe beschäftigten Arbeiter gesetzlich auszudehnen.

Den bei der Gemeinde in Arbeit stehenden Arbeitern oder Angestellten ist bis zur Aktivirung der staatlichen Altersversicherung eine Invalidenrente zu gewähren, welche nach dem Tode des Rentners der Witwe oder den Kindern des Rentners zugewiesen werden kann.

6. Schulwesen und Erziehung. Es ist Pflicht der Gemeinde, dafür einzutreten, daß die Kosten für das gesammte Unterrichtswesen, also auch die Kosten für die Volksschule, vom Staat bestritten werden, und zwar unter vollständiger Wahrung des Einflusses der Gemeinden auf dem Gebiet des Schulwesens. Die Schulen sind so einzurichten, daß in keiner Klasse mehr als 30 Schulkinder sitzen. Den Kindern sind die Lernmittel und Schulbücher gratis zur Verfügung zu stellen. Sämmtliche Schulkinder erhalten auf Gemeindekosten ausgiebige, kräftige Mittagskost. Kinder, deren Eltern nachweisen, daß sie zu Hause genügend genährt werden, können vom Besuch der Schultafel enthoben werden. Die Gemeinde errichtet Schulbäder, Fach- und Fortbildungsschulen, sowie Lehrwerkstätten. Der Unterricht an allen Schulen soll unentgeltlich sein. Das Lehrpersonal ist entsprechend zu vermehren und anständig zu besolden. Die Bestellung von Schulärzten durch die Gemeinde ist geboten.

Der Kindererziehung hat die Gemeinde eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In Städten und Gemeinden mit einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung sind für nicht schulpflichtige Kinder Kinderbewahranstalten zu errichten, in welchen von weltlichen Personen die Kinder beaufsichtigt und in einer ihrem Alter entsprechenden Weise erzogen und gebildet werden. Für die schulpflichtigen Kinder, insofern sie sich selbst überlassen sind, ist auch außerhalb der Schule von der Gemeinde vorzusorgen. Arme und elternlose Kinder von Gemeindeangehörigen hat die Gemeinde zu übernehmen, darf sie aber nicht, um deren Versorgung loszuwerden, als Arbeitsthiere an Begüterte vergeben, sondern hat sie zu erziehen. Zu dem Zwecke sind Anstalten zu errichten, mit weltlichen Personen als Leiter derselben und solchen als Lehr- und Erziehungskräfte.

Auch für die Fortbildung und Veredlung der der Schule entwachsenen Knaben und Mädchen sorgt die Gemeinde durch Veranstaltung von Vorträgen und Lehrkursen an jenen Tagen, an welchen jede gewerbliche Arbeit zu ruhen hat.

7. Gesundheitswesen. In den Gemeinden sind Gesundheitsämter und Rettungsstationen zur ersten Hilfe bei Unfällen ꝛc. zu errichten, und ist für eine genügende Anzahl von Aerzten, auch für die Armen, also für Armenärzte, Sorge zu tragen.

Unbemittelten, für Krankheit noch nicht versicherten Personen ist außer der unentgeltlichen ärztlichen Pflege auch der unentgeltliche Medikamentenbezug zu besorgen.

Zu dem Zwecke empfiehlt es sich, Gemeindeapotheken zu errichten. Desgleichen ist für Spitäler in ausreichendem Maße Vorsorge zu treffen. Die Einführung eines nächtlichen Aerztedienstes wird jeder Gemeinde zum Vortheil gereichen.

8. Leichenbestattung. Die Bestattung der Leichen besorgt die Gemeinde unentgeltlich und in einer der Pietät entsprechenden Weise. Nur der Luxus soll bezahlt werden.

9. Approvisionirung. Die Gemeinde überwacht den Handel mit Lebens- und Verbrauchsartikeln und kehrt Alles vor, um eine Verfälschung derselben oder eine Verkürzung des Publikums beim Maß und Gewicht verhindern zu können. Um dem Wucher, der mit Brot und Fleisch und mit Fleischwaaren getrieben wird, entgegentreten zu können, empfiehlt es sich, in größeren Gemeinden, insbesonders in solchen mit einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung, kommunale Fleischhallen und eigene Bäckereien zu errichten.

10. Wohnungswesen. Der Wohnungsfrage ist gleichfalls die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, auch in kleinen Gemeinden. Das Sprichwort: „Schlechte Wohnung, früher Tod" gilt auch hier. Wo der Zinswucher vorherrscht, läßt die Gemeinde Arbeiterhäuser mit entsprechenden, jedenfalls zweiräumigen Wohnungen bauen und vermiethet sie. Die Einführung einer Wohnungsinspektion durch hygienisch gebildete Fachleute ist im Interesse der Gesundheit Aller und zur Verhütung von gefährlichen Krankheiten dringend geboten.

11. Gemeindeeigenthum. Gemeindearbeiten. Die Gemeinde sorgt nicht nur für die Erhaltung des vorhandenen Gemeindeeigenthums jeder Art, sondern trachtet, dasselbe zu vermehren. Der Werth des Grundeigenthums ist durch sachverständige Organe von fünf zu fünf Jahren festzustellen. Durch den Ankauf von Grundstücken trachtet die Gemeinde, der damit betriebenen Spekulation entgegenzuwirken.

Die Gemeinde strebt darnach, die zu vergebenden Gemeindearbeiten, sowie das Beleuchtungswesen und die Transportmittel ꝛc. in eigene Regie zu bringen. Alle Gemeindeunternehmungen, zum Beispiel Apotheken, Bäckereien, Lebensmittelmagazine, verwaltet die Gemeinde selbst. Den für ihre Angestellten bestimmten Lohn vereinbart sie mit den Arbeiterorganisationen des Ortes. Es ist ein Minimallohn und der achtstündige Arbeitstag festzusetzen. Wo die Gemeinde Arbeiten vergibt, wirkt sie auch auf den Vertrag mit den Unternehmern insofern ein, daß sie für die Arbeiter garantirte menschenwürdige Arbeitsbedingungen feststellen läßt und für deren Einhaltung sorgt. Schlechter als die bei der Gemeinde vorherrschenden Arbeitsbedingungen dürfen die der Arbeiter bei den Privatunternehmern, welchen die Gemeindearbeit zugesprochen wird, nicht sein.

12. Besteuerung. Das heutige Steuersystem ist ein ungerechtes. Der Große leistet im Verhältniß zu seinem Einkommen und Besitz, der Leistung des Kleinen gegenüber betrachtet, weniger als dieser. Dem schlechten Steuersystem sind schon ungezählte Existenzen zum Opfer gefallen. Wir verlangen daher: a) Aufhebung aller Zuschläge, die eine indirekte Besteuerung zur Folge haben, wie Bierumlagen, Zuschläge zur Verzehrungssteuer, Zuschläge zur Miethzinssteuer und Zinskreuzer; b) Einführung einer direkten Gemeindesteuer nach mit der Höhe des Einkommens steigenden Sätzen, unter Freilassung eines Existenzminimums; c) Einhebung einer Erbschaftssteuer mit nach der Höhe der Hinterlassenschaft steigenden Sätzen.

13. Rechtsbeirath und Rechtsschutz. Die Gemeinde führt überall dort, wo weder Gewerbe- noch Schiedsgerichte bestehen, einen Rechtsbeirath ein und aktivirt Schiedsgerichte, bei deren Zusammensetzung Parität herrschen muß, für alle aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältniß entstandenen Streitigkeiten. Den Gemeindeangehörigen ist pflichtgemäß der Rechtsbeistand in allen jenen Fällen zu gewähren, in denen es sich um Erlangung und Sicherstellung der Renten von Anstalten und Unternehmungen handelt, bei welchen die obligatorische Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung eingeführt ist. Der Rechtsbeistand ist unbemittelten Frauen und Kindern auch dann zu gewähren, wenn es sich um Alimentations- oder Erbschaftsansprüche handelt.

14. Arbeitsvermittlung. Zuweisung der Arbeit. Statistik. Jede Gemeinde soll eine Arbeits- und Dienstvermittlung, sowie ein arbeitsstatistisches Bureau errichten und für deren Erhaltung Sorge tragen. Die Verwaltung der Arbeitsvermittlung ist einem von der Arbeiterschaft gewählten Ausschuß zu übertragen, und hat die Vermittlung von Dienst und Arbeit unentgeltlich zu erfolgen. Bei der Arbeitsvermittlung ist eine Abtheilung für Statistik zu aktiviren, deren Aufgabe darin besteht, die Führung der Statistik über die Zahl der in Arbeit Stehenden, über Arbeitszeit, Unfälle, Löhne, Uebersiedlung, Preise der Wohnungen und Lebensmittel zu besorgen.

Bei Betrieben und Bauten, welche die Gemeinde für ihre Rechnung führt, ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Arbeiten, soweit es ihr Wesen gestattet, zu einer Zeit vorgenommen werden, wo sich eine stärkere Arbeitslosigkeit zu zeigen beginnt.

Alle Bedarfsgegenstände, wie Kleidungsstücke, Schuhe ꝛc., mit welchen die Gemeinde ihre Angestellten, Anstalten und Schulkinder versorgt oder welche sie auf ihren Lagern hält und zu Erzeugungspreisen an die Bevölkerung abgibt, sind in solchen Zeiten zur Verfertigung zu vergeben, wo in dieser oder jener Branche eine Arbeitslosigkeit platzzugreifen droht.

Als Grundsatz für die Produktion dieser Bedarfsgegenstände hat zu gelten: Die Gemeinde besorgt den Einkauf von Rohmaterialien und Hilfsstoffen und übergibt die Ausfertigung der Waaren an Arbeitslose. Zu diesem Zweck errichtet oder unterstützt sie gemeinsame Werkstätten.

15. Gemeinde und Kirche. Die Gemeindevertretungen haben sich aller Subventionen oder Unterstützungen von Bauten und Unternehmungen, welche zu Zwecken dieser oder jener Religionsgenossenschaft dienen, zu enthalten. Ebenso haben sich die Vertretungen aller Kundgebungen, durch welche eine Religion oder Kirche über die andere gestellt würde, zu enthalten. Religion und Bekenntniß sind als Privatsache zu betrachten; aus diesem Grunde ist auch dahin zu wirken, daß die Schulen und Anstalten in diesem Geiste geleitet und von der Kirche getrennt werden.

16. Sachverständigen-Beiräthe. Die Gemeindevertretungen haben für die Organisation von Sachverständigen-Sektionen und Beiräthen Sorge zu tragen, und ist diesen Korporationen eine berathende Stimme in der Gemeindevertretung zuzuerkennen.

17. Vereinigung von Gemeinden. Zur Erreichung für die Allgemeinheit zweckmäßiger und vortheilhafter Einrichtungen und Unternehmungen haben sich die Gemeinden zu gemeinsamen Unternehmungen zu vereinigen.

18. Kundgebungen und Publikationen. Die autonomen Gemeindevertretungen haben jede sich darbietende Gelegenheit zur Stellung von Initiativanträgen und Kundgebungen bei den gesetzgebenden Körperschaften behufs Erreichung vollkommener bürgerlicher Freiheiten und Rechte zu ergreifen und haben mit allen Kräften für die Aenderung jener Bestimmungen, welche das freie Wort, die Freiheit des Aufenthalts, die Freizügigkeit ꝛc. beschränken, einzutreten.

57. Antrag der Bezirksorganisation Oskau:

In Erwägung, daß in vielen Gemeinden sozialdemokratische Gemeinderäthe gewählt wurden, jedoch ein planmäßiges Vorgehen derselben vermißt wird, beschließt der Parteitag: Es wird ein viergliedriges Comité gebildet, das mit der Ausarbeitung eines Kommunalprogramms für die Landgemeinden betraut wird; dasselbe ist nach gepflogener Berathung sofort zu verlautbaren.

58. Antrag des Genossen Austerlitz:

Der Parteitag erklärt: Nach wie vor hält die Partei an dem Prinzip des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für alle Vertretungskörper fest, und sie brandmarkt alle Abschwächungen und Entstellungen dieses Prinzips als ungerecht und die politische und soziale Entwicklung hemmend und störend. Insbesondere hält es der Parteitag für nothwendig, zu erklären, daß die Rechtlosigkeit der arbeitenden Klassen in der Gemeinde ein Ende nehmen müsse, und daß es auch für die Gemeinde nur Ein vernünftiges und gerechtes Wahlsystem gibt: das des allgemeinen und gleichen Rechtes der gesammten erwachsenen Bevölkerung. Denn einestheils wird auch die Gemeinde von den breiten Volksmassen erhalten, ruhen auch die Gemeindelasten — wenn auch das wahre Verhältniß absichtlich verschleiert wird — auf den besitzlosen Schichten, und anderntheils vermögen die Kommunen ihre sozialen Aufgaben nur dann zu erfüllen, wenn ihre Vertretungen ein getreues Spiegelbild der Klassengegensätze innerhalb der Bevölkerung sind. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht gibt Niemandem etwas und nimmt Niemandem etwas; es beseitigt nur verliehene Vorrechte und hebt verübtes Unrecht auf. Es ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den breiten Schichten, und es ist nothwendig für den sozialen Fortschritt der Gemeinden.

Von diesem seinen prinzipiellen Standpunkt, der unverrückbar feststeht und den die Erfahrung nur noch verstärkt und vertieft hat, erklärt der Parteitag, daß er den sogenannten vierten Wahlkörper, das heißt, die Uebertragung der allgemeinen Wählerklasse zum Reichsrath auf die Gemeinde, für eine der verderblichsten und der Gerechtigkeit aufs Schroffste widersprechende Verfälschung des Prinzips des gleichen Rechtes ansieht und ihn demgemäß aufs Entschiedenste verwirft. Diese „allgemeinen Wahlkörper" sind nicht der Beginn der Verwirklichung des Prinzips des gleichen Rechtes, sondern dessen völlige Aufhebung; sie ebnen dem Klassenkampf nicht die Bahn, sondern

sie bringen die Bourgeoisie, die Klasse, gegen die sich der geschichtliche Kampf des Proletariats wendet, so außer Gefecht, daß sie für den Angriff der Arbeiter unerreichbar bleibt. Der vierte Wahlkörper ist nichts Anderes als eine schlechte Interessenvertretung; das Unrecht, das in dem Vorrecht der besitzenden Klassen liegt, wird nicht kleiner, wenn die Privilegirten das Wahlrecht auch in dem neuen Wahlkörper haben, sondern größer. Der Parteitag erklärt daher mit allem Nachdruck, die Behauptung, mit der die herrschenden Klassen diese Verewigung des ererbten Unrechtes zu bemänteln suchen: daß mit dem vierten Wahlkörper das Prinzip des gleichen Wahlrechtes „zu verwirklichen begonnen werde", als eine unverschämte Fopperei. Der „allgemeine" Wahlkörper ist von den Gegnern der Emanzipationsbestrebungen des Proletariats nicht ersonnen worden, um das Prinzip der Sozialdemokratie verwirklichen zu beginnen, sondern er verfolgt keine andere Absicht und führt zu keinem anderen Ziele, als der Arbeiterklasse die Vertretung zu kürzen.

Der vierte Wahlkörper realisirt also von den Forderungen, die die Arbeiterklasse an das gleiche Wahlrecht stellt, nicht eine einzige. Indem er aber auch die Möglichkeit, durch das Wahlrecht auf die Leitung der Gemeinde Einfluß zu erhalten, empfindlich beeinträchtigt und durch den Umstand, daß die Mandate dieses neuen Wahlkörpers der Bourgeoisie ganz gleichgiltig sind, da ihr eigener Besitzstand schon vorweg feststeht, den herrschenden Klassen ermöglicht wird, die Arbeiter zu spalten und falsche Arbeiterparteien hervorzurufen, sinkt sein Werth für das Proletariat weit unter die sogenannte Interessenvertretung, die, wohl ungerecht und unvernünftig wie alle Klassenwahlrechte, doch den Vorzug hat, daß sie sich für nichts Anderes ausgibt als sie ist. Die Einführung eines Wahlkörpers, der die bisher nicht Wahlberechtigten umfaßt, ist ein Unrecht; die Schaffung eines Wahlkörpers, in dem nicht bloß die bisherigen Nichtwähler, sondern auch die alten Wähler wählen, deren Privilegien dazu ganz unangetastet bleiben, ist ein noch größeres Unrecht und ein Schwindel dazu. Da sich aber der Parteitag der Erkenntniß nicht verschließen kann, daß die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für die Gemeinden an dem bornirten Widerstande der herrschenden Klassen ein solches Hinderniß findet, daß sie nur auf Umwegen erfolgen, also vorher ein Surrogat ins Leben treten wird, so erklärt er ausdrücklich, daß die Beurtheilung dieses Surrogats, sei es der „reine" Wahlkörper oder der allgemeine, keine Frage des Prinzips ist, sondern lediglich von den in den einzelnen Gemeinden herrschenden Verhältnissen abhängt. Von ihrem prinzipiellen Standpunkt verwirft die Partei selbstredend alle Surrogate; was aber im Augenblick in einer Gemeinde das kleinere Uebel ist, kann nur aus den politischen und sozialen Verhältnissen dieser Gemeinde festgestellt werden. Daß die Verhinderung des größeren Uebels, die Durchsetzung des besseren Surrogats, keine Abirrung von der prinzipiell festgestellten Forderung enthalte, wird vom Parteitag ausdrücklich bestätigt.

59. Antrag der Bezirksorganisation Wien VII.

Der Parteitag erklärt sich aufs Entschiedenste gegen jede opportunistische Konzession an das verrottete System der Interessenvertretung und findet es mit den Prinzipien der Partei unvereinbar, daß diese durch wenn auch nur bedingte Gutheißung einer sogenannten „reinen" Arbeiterkurie sich auf den Boden der sogenannten Interessenvertretung stellt, um für den fragwürdigen Gewinn einiger Mandate eine starke Einbuße an moralischer Kraft einzutauschen.

Der Parteitag erblickt in der sogenannten „reinen" Arbeiterkurie die Gefahr einer Versteinerung der Partei. Wohl würde durch die Aufhebung des Kampfes ums Mandat innerhalb der Kurie die Gefahr von Niederlagen beseitigt, aber damit auch die Möglichkeit von Siegen. Die Wahlen würden hiedurch aller politischen Bedeutung entkleidet, und durch die Scheidewand der „reinen" Arbeiterkurie würden große, dem Proletariat nahestehende Volksschichten dem Einfluß unserer Agitation völlig entzogen.

Da unleugbar die erste und wichtigste Aufgabe der Partei ist, dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für alle Vertretungskörper nicht nur in Staat und Land, sondern auch in der Gemeinde zum Durchbruch zu verhelfen, mißbilligt der Parteitag jede Taktik, welche geeignet erscheint, die Partei auf einen Nebenweg zu führen.

Berichterstatter **Schuhmeier:** Ich möchte zunächst hervorheben, daß gerade bei diesem Punkt die Ansicht platzgreifen könnte, als ob wir Sozialdemokraten unsere Prinzipien vergessen wollten und die Absicht hätten, zu einer Reformpartei ohne weiteres Ziel zu werden. Dem ist nun nicht so, und darauf verweise ich ganz speziell. In unserem Programm heißt es: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechts die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus

der geistigen Verkümmerung." Um diese Aufgabe zu erfüllen, kann sie sich jedoch nicht begnügen, die Organisation der Vertreter dieser Idee zu fördern und die Agitation hiefür zu pflegen, sondern sie muß auch durch praktisches Mitarbeiten in den verschiedenen Körperschaften zeigen, daß es ihr ernst ist um diese Reformarbeit. Wir Sozialdemokraten haben das Proletariat geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten. Wo es immer möglich ist, dem Proletariat zu nützen und ihm Vortheile zuzuwenden, müssen wir trachten, es zu thun. Ueber diese Reformthat hinweg blicken wir aber stets auf unser Ziel: Beseitigung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Unsere Reformarbeit dient also eigentlich nur als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes.

Als die Partei noch klein war, waren auch die Mittel, deren sie sich bei der Reformarbeit bedienen konnte, beschränkt. Mit dem Wachsthum der Partei aber mehrten sich die Waffen. Die Eroberung neuer Kampfesmittel, zum Beispiel des Wahlrechtes, drängt uns zur praktischen Arbeit. Wo immer wir Einrichtungen des Klassenstaates finden, müssen wir anfangen, sie zu beseitigen. Der Klassenstaat zeigt sich in dem Streben, seine Nutznießer zu entlasten und die Hauptkosten seiner Erhaltung auf das arbeitende Volk zu überwälzen.

Wir finden diese Bestrebungen im Reiche, in den Ländern und Gemeinden. Im Reichsrath dagegen aufzutreten, ist uns durch ein elendes Wahlrecht nur im eingeschränktesten Maße möglich. Die Stimmen Derer, die für das Volkswohl sorgen wollen, werden eben im Klassenstaat sorgfältig abgewogen, und Wahlreformen benöthigen, bis sie gemacht werden, nirgends so viel Weile als gerade in Oesterreich, dem Klassenstaat, der regiert und verwaltet wird nur mit Rücksichtnahme auf den Grund- und Kapitalsadel, und in dem eine reaktionäre Bourgeoisie neben einem vielfach geistig verkommenen und jedes Rechtsbewußtseins baren Kleinbürgerthum und einem zum Theil gänzlich verpfafften Bauernstand herrscht, die beide nicht nur dem religiösen, sondern auch dem politischen Aberglauben verfallen sind. Haben doch auch die Vertreter dieser Stände im Jahre 1893 im Verein mit ihren geschwornen Feinden, den Vertretern der Großbourgeoisie, eine Regierung deshalb zu Falle gebracht, weil sie das geltende Wahlunrecht etwas mildern wollte. Und ein politischer Aberglaube ist es zum Beispiel, zu meinen, daß ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht dem Kleinbürger- und Kleinbauernthum von Nachtheil sein könnte. Diese beiden Stände werden ebenfalls niedergehalten und nur als Zahler betrachtet wie die Arbeiterschaft.

Während wir Arbeiter für den Reichsrath in der V. Kurie nun ein Wahlrecht haben, nach dem auf 120.000 Wähler und noch mehr ein, sage: Ein Abgeordneter kommt, und welche Kurie den wenn auch eine sehr minimale, aber direkte Steuer Zahlenden ein zweifaches Wahlrecht gibt, sind wir für den Landtag und die Gemeinde als „nur" indirekte Steuer leistende Staatsbürger — rechtlos. Ich weise darauf hin, daß die indirekte Steuer die für den Staat einträglichere ist; sie verursacht, nebenbei bemerkt, nicht eine einzige Pfändung und macht zwei Drittel der Steuereinnahme aus und wird zum großen Theil von der arbeitenden Bevölkerung, deren Lebens- und Verbrauchsartikel ganz besonders der indirekten Besteuerung unterworfen sind, bezahlt. Nur die Arbeiter in Wien, sofern sie eine dreijährige Seßhaftigkeit nicht nur auf-, sondern auch nachweisen können, was wohl zu bedenken ist, und insofern sie von der Gemeinde noch nicht eine Armenunterstützung bezogen haben und den sonst im Gesetz vorgeschriebenen Verpflichtungen, zum Beispiel Staatsangehörigkeit, Eigenberechtigung 2c., entsprechen können, haben ein Wahlrecht im IV. Wahlkörper. Welche Art des Wahlrechtes nun besser ist, die Badeni'sche V. Kurie oder der Lueger'sche IV. Wahlkörper, untersuche ich nicht erst, denn es könnte sich hier nur darum handeln, welche Form der Volksbevormundung mehr politische Lumperei enthält. Nur so viel sei hier gleich gesagt, daß wir uns dessen wohl bewußt sind, daß mit diesem Wahlrecht versucht wird, dem arbeitenden Volke sein ihm in einem konstitutionellen Staat, als den sich Oesterreich ausgibt, zukommendes Recht — das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht — noch weiterhin vorzuenthalten.

In den Ländern und Gemeinden sind also die Arbeiter gänzlich rechtlos, insofern sie „nur" indirekte Steuern zahlen. Und das Wahlrecht der direkten

Steuerzahler ist sehr verschieden. „Es entspricht dem Kulturniveau, auf dem sich die Bevölkerung befindet," sagen Jene, die für jedes Unrecht „Gründe" anzugeben wissen. Daß dies eine wissentliche und beabsichtigte Täuschung ist, brauche ich nicht erst nachzuweisen. Die Kleinbürger und Kleinbauern haben eben auch nur ein solches Wahlrecht, mit dem sie sich nicht nützen und dem Grund- und Kapitalsadel nicht schaden können. Das Unrecht, an ihnen verübt, ist im Vergleich zu dem, das an uns verübt wird, zumeist nur kleiner — um was sie kleiner an Zahl sind. Der Einfluß des Geldkräftigen ist wohl nicht in jedem Kronland gleich groß. Aber er genügt in jedem einzelnen, um die Kleinen nicht aufkommen zu lassen. Es gebührt somit der arbeitenden Bevölkerung nicht nur das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, sondern sie braucht es, um sich des Druckes der Großen erwehren zu können.

Den Arbeitern das Wahlrecht in den Landtag und die Gemeinde zu verschaffen, soll unsere nächste politische Arbeit sein. Freilich kann man eine Wahlrechtsbewegung nicht „vom Zaune brechen". Aber die Gelegenheit hiezu kann gesucht werden, indem wir wieder damit beginnen, der Bevölkerung das Wahlunrecht vor Augen zu halten. Mehr oder weniger müssen solche Bewegungen, wenn auch nicht gemacht, so doch eingeleitet werden. Wir müssen anfangen, die Bevölkerung aufs Neue von der Nothwendigkeit der Beseitigung des Wahlunrechtes zu überzeugen. Denn hat sie keine Ueberzeugung, wird sie auch den günstigen Moment zum Beginn der Bewegung unausgenützt verstreichen lassen. Ohne Einsicht in das Unrecht hat das Volk keine Aussicht auf dessen Beseitigung.

Die Frage: Wie können wir uns das Wahlrecht erringen? ist weit schwieriger als die: Was für ein Wahlrecht ist besser: die „reine Interessenvertretung", also ein Wahlrecht in einem Wahlkörper, in dem nur die Arbeiter wahlberechtigt sind, oder ein Wahlkörper mit vielen Mandaten und allgemeinem Wahlrecht? Daher hat auch der Genosse Fritz Austerlitz es vorgezogen, in der „Arbeiter-Zeitung", nachdem diese, zwei Tage nach dem Wahlkampf in Wien von einem „Lichtblitz" getroffen, über „wahre und falsche Interessenvertretung" geschrieben und sich natürlich für die reine Interessenvertretung entschieden hatte, am 25. Juli über die zweite Frage eine Diskussion zu eröffnen.

Die so schwache Betheiligung an der Diskussion wird natürlich dem Genossen Austerlitz ein Beweis mehr dafür sein, daß die Arbeiter „noch nicht reif" sind, um solche Fragen behandeln zu können. Ich aber sage: Wenn schon diskutirt wird, so soll es eine Diskussion über die wichtigere Frage sein. Nun muß ich wohl auch dem Genossen Austerlitz eine Antwort geben und, ohne ihn etwa im Verdacht zu haben, daß er nicht ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht wollte, ihm sagen, daß sowohl die Notiz vom 2. Juni als auch seine Meinung im Zusammenhang mit derselben von mir nicht unterschrieben wird. Daß die „Arbeiter-Zeitung" in der Notiz vom 2. Juni und Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung" (am 25. Juli) in dem von ihm verfaßten Artikel „Der vierte Wahlkörper" Wahrheiten gesagt haben, kann nicht bestritten werden. Aber die erste Notiz war zwei Tage nach den Wahlen geschrieben worden und der Gedanke, daß eine reine Arbeiterkurie uns 20 Mandate anstatt zwei getragen hätte, doch zu nahe. Die erste Notiz ist also begreiflich. Sie spiegelt uns den Eindruck wieder, den der Wahlausgang auf den Verfasser des Artikels gemacht hat, und ich begreife die Notiz, wenn ich sie auch nicht unterschreibe. Auch zeigt sie uns, daß, wer schreinen will, doch auch zuerst bedenken soll, w a s er schreinen will.

Diesen Gedanken über die „reine Interessenvertretung" aber so weit auszuspinnen, bis er zur Frage wird: „reine Interessenvertretung" oder allgemeiner Wahlkörper? halte auch ich für einen Versuch, der Opportunitätspolitik in der Partei allzuviel Spielraum gewähren zu wollen.

Der Genosse Austerlitz meinte (am 30. August), daß die Genossen in Wien „noch nicht ernüchtert sind" und „trotz der Lehren zweier Wahlkämpfe" an der Illusion „hartnäckig festhalten, in dem allgemeinen Wahlkörper werde mit der Verwirklichung unseres Prinzips begonnen". Er thut so, als ob er der einzig nüchterne Mann in der Partei wäre und als ob die Genossen in Wien mit dem allgemeinen Wahlkörper zufrieden wären. Da im Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in der Gemeinde in Wien leider nur der allgemeine Wahlkörper das

Ergebniß ist, so rechnen sie einfach mit der Thatsache, daß zunächst nicht mehr erreicht werden konnte, weil den Gegnern der gute Wille mangelte, sich selbst den Sarg zu zimmern, und weil wir nicht die Kraft hatten, mehr zu erreichen. Von einem „hartnäckigen" Festhalten zu schreiben, wie es Genossen Austerlitz beliebt, entspricht also nicht den Thatsachen. Die Genossen wollen eben praktisch sein; praktischer als der Genosse Austerlitz. Und da nun der allgemeine Wahlkörper da war, wurde er ausgenützt. Begeistert ist von dem vierten Wahlkörper keiner der Genossen. Keiner, weder in Wien noch in Linz oder sonstwo. Allerdings auch nicht von der „reinen" Interessenvertretung.

Wir haben dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zuzustreben. Was wir im Kampfe um dasselbe für Uebergangsformen erringen werden können — und von unserem Können hängt da wohl Alles ab — werden wir ausnützen müssen. Das Bessere werden wir nur haben, wenn wir es uns erringen können. Zu wählen gibt es da leider nichts, weil uns die Gegner nicht fragen, wollt Ihr dieses oder jenes Wahlrecht, sondern wir das bekommen werden, was die Bewegung den Gegnern abzuringen im Stande sein wird. Ich will mich jedoch darauf nicht weiter einlassen, weil ich wünsche, daß aus der Mitte der Parteitagstheilnehmer heraus die richtige Antwort auf den Antrag des Genossen Austerlitz gegeben werde.

Es ist übrigens bezeichnend, daß wir nur über das Gemeindewahlrecht debattiren, wo doch auch das Landtagswahlrecht in Frage steht. Ein Erklärungsgrund ist wohl nur darin zu finden, daß im Verlaufe des letzten Jahres in vielen Gemeinden im dritten Wahlkörper Sozialdemokraten als Gemeinderäthe gewählt wurden. In Böhmen schon zur Zeit, als die Arbeiter noch nicht die Personaleinkommensteuer zu entrichten hatten, in Niederösterreich und in anderen Kronländern erst seit dieser Zeit.

Wir werden unserer Sache sehr nützen, wenn wir, während wir für das allgemeine Wahlrecht streiten, trachten, zu erreichen, daß allen Personaleinkommensteuerpflichtigen auf Grund des derzeit geltenden Gesetzes das Wahlrecht zumindest im dritten Wahlkörper zukommt. Unser Wirken in den Gemeinden muß die Bevölkerung daraufbringen, daß, wenn sich Sozialdemokraten in der Gemeindestube befinden, ihr Interesse nur von diesen gefördert wird. Sie muß sich sagen: Die Sozialdemokraten arbeiten ohne Rücksichtnahme nach oben, aber mit Rücksichtnahme nach unten hin. Wenn ihrer mehr dort sitzen würden, wäre es für uns von Vortheil. Und so kommen sie auch darauf, daß vor Allem ein Wahlrecht noththut, das der Stimme des arbeitenden Volkes Ausdruck verleiht. Und da, wie schon gesagt, jede Reform bei uns lange auf sich warten läßt und bei uns nicht dem Bedürfniß oder dem Wunsch des arbeitenden Volkes, sondern der in diesem wohnenden und sich äußernden Macht nachgegeben wird, müssen wir das Errungene verwerthen und weiterringen.

Diese Ansicht dürfte, wie ich glaube, die Genossen beseelt haben, als sie die Parteivertretung beauftragt haben, ein Kommunalprogramm für die Wahlen und die Arbeit in der Gemeinde auszuarbeiten. Die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Kronländern tritt auch bei dieser Arbeit wieder als erstes großes Hinderniß hervor. Ein einheitliches Programm für alle Gemeinden auszuarbeiten, ist eine schwere Aufgabe — zum Mindesten erkläre ich, daß ich dies allein nicht leisten kann. Wir müssen auch dafür vorsorgen, daß wir ein kommunales Programm fertigbringen, das den Genossen der anderen Nationen entspricht. Und daß auch diese sich mit der Frage schon beschäftigen, beweist der nach Budweis einberufene tschechische Parteitag. Was die Fertigstellung eines Kommunalprogramms noch erschwert, ist der Umstand, daß der Gesammtparteitag den Beschluß gefaßt hat, das Parteiprogramm einer Revision zu unterziehen, und dafür bereits ein Comité eingesetzt ist. Am besten wird es daher wohl sein, wenn wir diese Sache zu einer gemeinsamen machen und alles bisher aufgebrachte Material diesem Comité, in dem ja alle Nationen vertreten sind, übergeben. Der deutsche sowohl als der tschechische Parteitag wird in der Diskussion vielleicht auch noch Material liefern und so die Arbeit fördern.

Ich will mich um die Frage nicht herumdrücken, denn ich gehöre dem Comité an und habe mich auch bemüht, dafür insoferne zu arbeiten, daß ich eine Vorlage

ausgearbeitet habe, die Ihnen vorliegt. Material hiezu liegt nur spärlich vor und zumeist nur ausländisches. Es gibt ja sozialistische Gemeinden in Frankreich und mehr noch in Belgien, aber das Material, das wir von dort erhalten konnten, paßt nicht auf unsere Verhältnisse. Als Eigenbau besitzen wir nur ein von den Sozialdemokraten zu den Wahlen in Wien ausgearbeitetes Kommunalprogramm, das die Feuerprobe bereits bestanden hat. Dieses Programm ist aber nur für die Wiener Verhältnisse berechnet. Und als sich die Genossen in Niederösterreich in mehreren Orten an den Wahlen betheiligten, arbeiteten sie sich ein provisorisches Progamm nach dem Muster des Wiener Kommunalprogramms aus.

Uebrigens hat sich auch der Abgeordnete Genosse Hannich mit der Frage beschäftigt und eine Arbeit geliefert, die er „Kommunalprogramm für die Gemeinden auf dem Lande" betitelt hat. Ich habe auch dieses Programm genau studirt, es kann aber gleichfalls nicht als eine endgiltige Arbeit angesehen werden, denn so wie das Wiener Kommunalprogramm, so hat auch die Arbeit Hannich's nur allgemeine Sätze. Was aber für eine große Gemeinde paßt, das paßt nicht für eine kleine. Bei dem Umstande, daß in Oesterreich die Agrikultur vorwiegend ist, wir also sehr viele bäuerliche Gemeinden haben, stoßen wir wieder auf neue Hindernisse. Die Folge dieser auftauchenden Schwierigkeiten ist der von mir gemachte Vorschlag, die Frage dem Comité zur Revision des Parteiprogramms zu überweisen, wo sie vielleicht zur Zufriedenheit Aller gelöst werden wird. Und gelöst muß auch diese Frage werden, denn ein Kommunalprogramm müssen wir haben. Der wachsende Einfluß unserer Partei zeitigt auch Erfolge draußen in den Gemeinden, und ebensowenig wie wir in einen Wahlkampf ohne Programm eintreten können, ebensowenig können wir in den Gemeinden einheitlich arbeiten, wenn wir nicht wenigstens in der Theorie Direktiven haben.

Bei der Ausarbeitung der Grundsätze mußte ich an das vorliegende Material anknüpfen. Ich habe mir zunächst das Wiener Kommunalprogramm und die Arbeit des Genossen Steiner genau durchstudirt. Je mehr man aber bei einer solchen Arbeit in die Details eingeht, auf um so größere Schwierigkeiten stößt man. Wenn wir aber den Genossen etwas an die Hand geben wollen, wodurch wir sie in die Lage versetzen, ohne Entgleisung weiter arbeiten zu können, so müssen wir auch auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen, was aber in einem Programm unmöglich ist. Wir müssen uns daher begnügen, allgemeine Grundsätze aufzustellen, an die jeder Sozialdemokrat sich zu halten verpflichtet werden muß.

Ich hatte nicht den Muth, meine Arbeit ein Programm zu nennen, sondern ich sagte: „Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde." Im Eingang derselben ist auf die prinzipielle Seite der Fragen hingewiesen und gesagt, daß der Uebergang der Arbeitsmittel aus dem Privatbesitz in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes angestrebt wird, und daß Alles, was wir jetzt in der Gemeinde machen, nur ein Mittel zu unserem Endzweck sein soll. Was über das Wahlrecht gesagt wird, entspricht unserem Programm. Ich freue mich außerordentlich, daß Dr. Adler hier einmal mit mir in einen Gegensatz gekommen ist, der zu meinen Gunsten ausfällt. Ich war so vorsichtig, zu sagen, daß wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht fordern ohne Unterschied des Geschlechtes. Ich verlange von den Genossinnen keine Anerkennung, weil ich weiß, daß sie dort nicht zu finden ist, und insbesondere nicht für mich. Bei Punkt 1 (Wahlrecht) bitte ich noch die Forderung aufzunehmen, daß als Wahltag ein Sonntag festzusetzen sei. Was den Punkt 2 betrifft, wird es Manchem vielleicht kleinlich erscheinen, derartige Dinge in ein Kommunalprogramm hineinzunehmen. Wie aber die Verhältnisse heute draußen am Lande liegen — und dies besonders in Böhmen, wo der Hochmuth der österreichischen Bureaukraten aufs Höchste entwickelt ist — müssen wir dieser Forderung nach Befreiung von der Bevormundung und bezüglich der Behandlung seitens der Behörden unbedingt Raum gewähren. Bezüglich des Heimatsrechtes und der Armenversorgung sind vielleicht Forderungen aufgenommen, die bei Ausarbeitung eines endgiltigen Programms auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen werden, weil viele kleine Gemeinden hiefür nicht das nöthige Geld haben werden. Der Staat von heute frißt auch sie arm. Wir wollen aber Forderungen aufstellen, von denen wir wissen, daß sie gut und durchführbar sind,

und haben auch die Ueberzeugung, daß sie von dem heutigen Klassenstaat zugestanden werden können. Und die in Rede stehenden gewiß in den größeren Gemeinden. Bei dem Punkt Schulwesen und Erziehung, welchem ich eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe, hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es ist daselbst von der Verstaatlichung des Unterrichtswesens die Rede; es liegt mir aber nichts ferner, als aus der Schule ein Amt machen oder dem Staat überhaupt auf die Schule einen Einfluß gewähren zu wollen. Es muß vielmehr das Recht der Gemeinden auf die Volksschule erweitert werden. Ich habe daher für den ersten Satz eine andere Fassung gewählt, und zwar soll derselbe lauten: „Es ist Pflicht der Gemeinde, dafür einzutreten, daß die Kosten für das gesammte Unterrichtswesen, also auch die Kosten für die Volksschule, vom Staat bestritten werden, und zwar unter vollständiger Wahrung des Einflusses der Gemeinden auf dem Gebiet des Schulwesens." Einige Punkte, und zwar über Gemeindeeigenthum und Gemeindearbeit, Rechtsbeirath und Rechtsschutz, Arbeitsvermittlung, Zuweisung der Arbeit und Statistik, Gemeinde und Kirche, sind im Wiener Kommunalprogramm noch nicht behandelt gewesen.

Wenn wir die vorliegenden Grundsätze zu einem Programm gestalten würden, so würden wir damit weder in der Agitation, noch bei der praktischen Arbeit weit kommen, weil die kleinen Gemeinden die Sache unmöglich so machen können, wie das hier steht. Eines ist aber doch gewonnen, nämlich, daß die Genossen auf Basis dieser Grundsätze arbeiten können. Das Ganze soll eine Instruktion für unsere Parteigenossen bilden. Ich bin überzeugt, daß diese Grundsätze, insbesondere in den größeren Städten, durchführbar sind, gebe aber zu, daß sie in den kleineren bäuerlichen Gemeinden eine Einschränkung erfahren müssen. So zum Beispiel spielt die Frage der Kanalisation in der größeren Gemeinde eine ungeheure Rolle, in der bäuerlichen aber kommt sie gar nicht in Betracht. Was in der Stadt einfach beseitigt wird, wird am Land als ungeheuer werthvolles Material betrachtet. Man muß sich also da sehr wohl hüten, ein allgemeines Programm aufzustellen. Die von mir vorgelegten Grundzüge sind meine Privatarbeit und nicht eine Arbeit der Parteivertretung; sie sollen der Kommission Material liefern für ihre weitere Arbeit. Zum Zweck der Ausarbeitung eines entsprechenden Programms für die Gemeinden muß in erster Reihe Zeit genug vorhanden sein, um jeden einzelnen Punkt herausgreifen und darüber förmlich eine Expertise veranstalten zu können. So müßten zum Beispiel in der Schulfrage Lehrer, Pädagogen und Hygieniker um ihre Meinung gefragt werden, und erst, wenn man sich über jeden einzelnen Punkt in dieser Weise vollständig klar geworden ist, erst dann kann man das Resultat als ein feststehendes Programm ansehen.

Auf den Fingern brennt uns diese Frage nicht. In Niederösterreich, wo sie am allerwichtigsten war, sind die Wahlen bereits vorüber, und in anderen Gemeinden hat man sich bisher auch zu helfen gewußt. Die Frage wird für uns erst aktuell werden in dem Moment, wo wir vor einer Erneuerung des Gemeindewahlrechtes stehen. Und darauf, daß wir uns das Wahlrecht für die Gemeinde erobern, muß unsere nächste politische Aktion gerichtet sein. Wenn für die Gemeinden draußen am Lande die Wiener Vorlage nachgeahmt werden soll, dann wird ein sehr heftiger Wahlrechtskampf geführt werden müssen, und zwar weniger von den Genossen in Wien als vielmehr von den Genossen draußen in der Provinz. Mit Versammlungen werden wir da wenig erreichen, die werden spurlos vorübergehen; es werden mehrere Gemeinden zusammen gemeinsame Vertrauensmännerkonferenzen abhalten müssen, mit deren Beschlüssen sich die Oeffentlichkeit und insbesondere das Zentralorgan zu beschäftigen haben wird. Das wird für unser Zentralorgan nothwendiger sein, als daß dort einzelne Mitarbeiter über Fragen von untergeordneter Bedeutung, wie die Frage des vierten Wahlkörpers seinerzeit war, ihre Ansichten auskramen und zur Diskussion stellen. Die „Arbeiter-Zeitung" wird zu veröffentlichen haben, was, wenn schon nicht die Ansicht der Gesammtpartei, so doch eines Theiles der Parteigenossen ist.

Und nun komme ich zu dem Antrag Austerlitz, der meint, es sei kein prinzipielles Vergehen, daß man sich, wo zwei Dinge zu erreichen sind, für das Bessere entscheidet. Ich glaube, zur Entscheidung wird man Ihnen auch in den Land-

gemeinden nichts vorlegen, sondern die herrschende Partei wird genau so wie in Wien das machen, was ihr und nicht der sozialdemokratischen Partei nützlich ist. Wo die bürgerlichen Parteien — mögen sie sich nun klerikal, christlich-sozial oder national nennen — an der Herrschaft sind, da halten sie sich nicht an das Recht und die Gerechtigkeit, sondern an die Nützlichkeit für sich selbst. Aber auch aus Zweckmäßigkeitsrücksichten ist das, was Austerlitz geschrieben hat, absolut nicht zu rechtfertigen, und ich wundere mich nur, daß Genosse Austerlitz, der doch schon wissen muß, daß seine Meinung über die „reine Interessenvertretung“ nicht die Ansicht zahlreicher Parteigenossen ist, uns auch noch hier zum Parteitag eine diesbezügliche Resolution vorlegt. Eingangs derselben erklärt sich Austerlitz für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, zum Schlusse seiner schönen Auseinandersetzung aber wünscht er, daß der Parteitag beschließen soll, daß die Verhinderung des größeren Uebels, die Durchsetzung des „besseren Surrogats“, keine Abirrung von der prinzipiell festgestellten Forderung enthalte. Nun steht aber die Sache gar nicht so, daß wir hier wählen können, und schon deshalb ist der Schluß des Antrages unrichtig. Die Genossen einzelner Orte würden sich, wenn es erlaubt wäre, statt eines Kampfes für das allgemeine und gleiche Wahlrecht Unterhandlungen zu führen, sagen: „Einen Kampf können wir nicht führen, es ist aber erlaubt zu mogeln. Also mogeln wir!“ Das wäre mehr als Opportunitätspolitik, das wäre ein Preisgeben unserer Grundsätze, und ich wende mich daher mit aller Entschiedenheit gegen diesen Schluß des Antrages Austerlitz. Ich hatte ursprünglich die Absicht, dem Genossen einen Streich zu spielen und den Antrag zu stellen, den ersten Theil des Antrages, der sich so scharf gegen die Verkümmerung des Wahlrechtes richtet, anzunehmen und an diesen ersten Theil — das wäre von der zweiten Zeile des zweiten Absatzes angefangen — den Antrag der Bezirksorganisation VII anzufügen. Es ist aber schließlich überflüssig, daß wir uns die Begründung zu diesem Antrag aus dem Antrag Austerlitz holen, und ich erkläre, als Referent für den Antrag der Bezirksorganisation VII einzutreten, in welchem sich der Parteitag aufs Entschiedenste gegen jede opportunistische Konzession an das verrottete System der Interessenvertretung aussprechen soll. Was den Antrag der Bezirksorganisation Oskau anlangt, so haben die Genossen gewiß die beste Absicht. Aber gerade das Bestreben, der Partei zu nützen, könnte die Genossen am Lande vielfach in Situationen bringen, die für uns von Nachtheil wären, wie überhaupt in unseren Kreisen vielfach in dieser Richtung gesündigt wird, indem Jeder, der sich nicht direkt als Gegner gibt, und besonders, wenn er reden oder schreiben kann, sofort als Parteigenosse besonderer Qualität und Güte angesehen und angesprochen wird. Als wir vor einiger Zeit diese Unmasse von Wahlerfolgen aufzuweisen hatten — man war ja keinen Tag sicher, daß man gestern nicht wieder einen Wahlkörper erobert hat (Heiterkeit) — war ich mir sofort klar darüber, daß das nicht in jedem Falle die besten und verläßlichsten Sozialdemokraten waren, die da gewählt wurden. Ich wollte Ihnen eine Statistik der sozialdemokratischen Gemeinderäthe nicht geben, weil man das ein „Hinters-Licht-führen“ hieße. Was da gewählt wird, sind zumeist Leute, die uns eben nur nicht feindlich gesinnt sind; man sucht durch „gemischte Listen“ Erfolge zu erringen; das ist aber kein ehrlicher Erfolg, sondern eine Spekulation auf den Unverstand der Wähler, das ist Stimmenfang, und auf einen solchen „Erfolg“ kann die Partei feierlichst verzichten. Wir wollen siegen und uns nicht Stimmen erschleichen. Viele der heute gewählten Gemeinderäthe, die als Sozialisten figuriren, sind keine Sozialdemokraten. Wenn wir aber ein Programm haben werden, dann können wir den Mann fragen: „Was sagst Du zu dem, was hier steht?“ Dann werden solche Fälle nicht mehr eintreten. Zum Schlusse empfehle ich Ihnen nochmals Vorsicht bei Ausarbeitung des Programms, sowie bei Aufstellung von Kandidaten für die Gemeinde. (Beifall.)

Die Sitzung wird hierauf um 11 Uhr 50 Minuten unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Sitzung 2 Uhr.)

Vorsitzender **Popp.**

Seidl (Krumau): Es wurde gesagt, daß man bei den Gemeindewahlen nicht Jemanden als Kandidaten aufstellen soll, der nicht als vollwerthiger Sozialdemokrat erscheint. Gegen jene Personen aber, die am Lande leben und so den gestern gefaßten Beschluß nicht einhalten können, könnte man dann leicht einwenden, daß sie keine vollwerthigen Sozialdemokraten seien und daher nicht kandidirt werden dürfen. Sehr viele Genossen gehören auch nur einer politischen Organisation an, weil eine gewerkschaftliche Bewegung für sie keinen Werth hat. In der vorliegenden Frage stelle ich mich auf den praktischen Standpunkt. Wenn einmal die Gemeindewahlordnung auf die Tagesordnung kommt, müssen wir so vorgehen wie bei einem Streik; wir müssen viel fordern und nehmen das Wenige an, wenn wir nicht mehr erreichen können. Was die Aufstellung von Kandidaten für den Gemeinderath betrifft, so muß ich sagen, wenn einer nicht die genügende Befähigung hat oder nicht die genügenden Garantien vorhanden sind, daß er im Sinne unserer Partei wirken werde, dann verzichte man lieber auf die Aufstellung von Kandidaten.

Winarsky (Wien): Die Frage, welche Austerlitz zur Diskussion gestellt hat, ist gewiß weniger eine Frage des Prinzips als der Taktik. Es handelt sich darum, wo mehr für die Partei herausschaut. Das Eine ist gewiß, daß die allgemeine Kurie, wie sie jetzt auch für die Gemeinde nachgeahmt wird, eine elende Karikatur des allgemeinen Wahlrechtes ist. Ich bin mir auch sehr wohl der Thatsache bewußt, daß gerade durch den allgemeinen Wahlkörper den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geboten ist, Demagogie zu treiben. Die bürgerlichen Parteien können da zwei Gesichter zeigen, ein anderes in der allgemeinen Kurie und ein anderes in der privilegirten Kurie. Ich weiß auch, daß dieses Wahlrecht dazu führt, den bürgerlichen Parteien eine Doppelvertretung zu geben, aber gerade diese Thatsache muß in den Reihen der Arbeiter eine ungeheuere Erbitterung über dieses Wahlsystem erzeugen, und gerade darin liegt die Gewähr, daß diese allgemeine Kurie die Wahlrechtsbewegung nicht zum Stillstande bringen wird. Darum glaube ich, so schlecht die allgemeine Kurie ist, so ist sie doch der reinen Interessenvertretung vorzuziehen, weil sie uns die Möglichkeit des Anlaufes für das wirkliche allgemeine Wahlrecht gibt, während bei der reinen Interessenvertretung die Gefahr der scheinbaren Befriedigung besteht. Diese scheinbare Gleichberechtigung macht es unmöglich, die Massen in jenen Schwung zu bringen, der nöthig ist, um eine Wahlrechtsbewegung hervorzubringen. Aber ganz abgesehen davon kann sich unsere Partei, selbst wenn sie zu wählen hätte, wovon ja gegenwärtig keine Rede ist, nicht für das „bessere Surrogat“ der reinen Interessenvertretung entscheiden, weil es einfach kein besseres Surrogat ist, und besonders deshalb, weil Derjenige, der einmal vorzuziehen angefangen hat, sich bereits selbst auf den Boden der Interessenvertretung gestellt hat. Und was nicht übersehen werden darf: Kann es aber unsere Position stärken, wenn wir uns in dem Augenblicke, wo wir beschlossen haben, neuerlich eine Massenbewegung für das allgemeine Wahlrecht im ganzen Reiche einzuleiten, auf den Boden des Austerlitz'schen Antrages stellen? Das wäre ein schwerer taktischer Fehler. Ich glaube daher, daß der Antrag der Bezirksorganisation VII anzunehmen wäre.

Stark (Tachau): Man liest jetzt so viel von sozialdemokratischen Siegen. Besser wäre es, man würde nicht davon sprechen. Auf ein Zusammengehen mit anderen Parteien können wir nicht ganz verzichten. Es gibt verschiedene Dinge, in denen wir mit ihnen gehen müssen. Warum sind die Bauern politisch so geknechtet? Weil sie in den Bezirksvertretungen, in denen ja die Vertreter der Gemeinden sitzen, den fürstlichen Direktor oder den Herrn Fabrikanten zum Obmann wählen und sich dann dessen Diktaten fügen müssen.

Emmerling (Wien): Wir haben im Wiener Wahlkampfe ein bedenkliches Symptom kennen gelernt: Die Unlust zum Kampfe. Das mag zum Theil auf den Gegner zurückzuführen sein, den wir zu bekämpfen hatten, zum Theil war die Aussichtslosigkeit des Kampfes schuld. Seit wann sind uns aber denn die Mandate

die Hauptsache? Ich habe immer gehört, daß für uns der Kampf die Hauptsache ist, daß wir in ihm groß geworden sind. Wenn wir den Weg betreten, der uns vom Genossen Austerlitz vorgeschlagen wird, dann begeben wir uns auf eine schiefe Ebene. Dann können Sie nicht mehr verhindern, daß Kompromisse gemacht werden. Wenn Genosse Austerlitz sagt, daß das keine Frage des Prinzips sei, und daß man das den Genossen in den einzelnen Gemeinden zur Beurtheilung überlassen möge, so glaube ich, daß unsere Genossen noch nicht so gefestigt sind, um entscheiden zu können, ob es gut ist, diesen Weg einzuschlagen oder ob es nicht besser ist, einzig und allein nur für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten. Ich glaube also auch, daß wir den Antrag der Bezirksorganisation VII annehmen sollen.

Prähauser (Salzburg): Es scheint, daß es Leute gibt, die in dem Momente, wo Mandate zu holen sind, um ein Mandat zu erhalten, jedes Wahlrecht akzeptiren. Genosse Dr. Adler hat in seiner Broschüre über die Arbeiterkammern gesagt: Es handelt sich nicht um das Gewähltwerden, sondern um das Wählen. Wir haben uns nicht damit zu befassen, zu entscheiden, ob die Interessenvertretung oder die fünfte Kurie annehmbarer wäre. Was wir bekommen, ist uns gleichgiltig. Wir benützen Alles, was uns die bürgerlichen Parteien geben, um unser Ziel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, zu erkämpfen.

Maar (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Austerlitz. Es möge nunmehr nur über die anderen Dinge diskutirt werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Bauer (Wien): Ich bin gegen den Antrag des Genossen Austerlitz. Wenn wir die reine Interessenvertretung hätten, würden wir dadurch sowohl in der Agitation wie in der Organisation großen Schaden erleiden. Wenn wir eine bestimmte Anzahl von Mandaten sicher haben, wo bleibt dann die Agitation für das allgemeine Wahlrecht? Die Gemeinderathswahlen sinken dann zur Bedeutungslosigkeit der Gewerbegerichtswahlen herab, wo bekanntlich eine sehr geringe Wahlbetheiligung ist. Wenn wir uns an einem Wahlkampf betheiligen, so thun wir es, weil wir Propaganda machen wollen für unser Programm.

Dr. Adler (Wien): Ich habe mir die Debatte anders vorgestellt, gebe aber zu, daß den Anlaß zu dieser Auseinandersetzung der Artikel des Genossen Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung" gegeben hat. Zunächst muß ich aber mit einer Verwahrung gegenüber dem Referenten beginnen. Ich hoffe, Sie werden nicht der Ansicht sein, daß man einem Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" bloß deshalb, weil er Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" ist, das Recht entziehen kann, seine Ansichten in der „Arbeiter-Zeitung" zu vertreten. Es hat so etwas wie von oben herab geklungen, wenn Schuhmeier sagte, Austerlitz solle in der „Arbeiter-Zeitung" das sagen, was die Genossen meinen, nicht aber das, was er selbst meint. Ich muß konstatiren, daß in dieser Frage wie in allen anderen, in der „Arbeiter-Zeitung" die vollste Objektivität gewahrt worden ist. Wenn die Diskussion keinen größeren Umfang annahm, so ist das fürwahr nicht die Schuld der „Arbeiter-Zeitung." (Schuhmeier: Der Artikel war ganz unzeitgemäß.) Wenn Alle, die an der Frage interessirt sind, insbesondere die Provinzgenossen, den Entschluß hätten fassen können, sich wirklich sachlich mit der Frage zu beschäftigen, wäre es schon anders gewesen. Auch muß ich noch die angeblich prinzipielle Frage auf ihren wahren Umfang zurückführen. Der Antrag des VII. Bezirkes ist einfach ein Schlag ins Wasser. Das, was dort behauptet wird, ist auch vom Genossen Austerlitz nicht bestritten worden. Es handelt sich nicht darum, daß wir jetzt statt für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Interessenvertretung kämpfen sollen, sondern bloß darum, in einem bestimmten Momente seine Meinung zu sagen. Für Wien ist die Frage erledigt. Wir haben es also leicht, prinzipiell zu sein. Für die Provinzhauptstädte kommt aber jetzt überall eine Wahlreform, und da sehen wir zwei Strömungen bei den herrschenden Parteien: die eine, die altliberale Strömung, einen Wahlkörper der Rechtlosen anzuflicken, die andere, die bei den Christlich-Sozialen und Klerikalen vorherrscht und die von der Regierung durch ein Rundschreiben in allen Provinzen empfohlen wurde, einen vierten allgemeinen Wahlkörper einzuführen. Eine von diesen zwei

Reformen wird in allen größeren Städten gemacht werden. Da hat nun Genosse Austerlitz gemeint, es genüge in dieser Situation für die Arbeiter nicht, daß sie ihren prinzipiellen Ruf immer wiederholen, sondern sie haben vielmehr auch die Pflicht, zu sagen, welche von diesen schlechten Reformen ihnen als das kleinere Uebel erscheint. Es wurde hier gesagt, daß die Arbeiterschaft so machtlos sei, daß sie nicht gefragt werde, welche Reform ihr passe. Aber, Genossen, wenn wir mit dem, was wir sagen, nichts ausrichten, dann dürfen wir überhaupt nichts verlangen, dann dürfen wir überhaupt nicht demonstriren. Wir können dann höchstens sagen, je mehr wir das Eine verlangen, desto eher werden wir das Andere bekommen. Das ist aber eine Schlaumeierei, die wir sonst nicht befolgen. Die Genossen werden mir vorlesen, was ich in meiner Broschüre gesagt habe. Recht schön. Aber für uns ist die Frage: Haben wir aus der Geschichte der fünften Kurie und aus den Erfahrungen mit dem allgemeinen Wahlkörper etwas gelernt? Sind diese Erfahrungen geeignet, uns in der alten Meinung zu bestärken, daß ein Wahlkörper des allgemeinen Wahlrechts eine Station, auch nur eine schlechte und elende Station auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht ist? Oder zeigen diese Erfahrungen, daß wir uns in der Abschätzung geirrt haben und daß die andere Verfälschung die weniger giftige und weniger gefährliche ist? Es ist also eine rein praktische und durchaus nicht prinzipielle Frage.

Wenn Sie nun mich persönlich fragen — ich habe bisher nicht darüber gesprochen und geschrieben, weil ich es nicht für opportun hielt, daß diese Frage aufgeworfen wird —, so sage ich Ihnen: Ich bin allerdings durch die Erfahrungen belehrt worden, und ich glaube heute einzusehen, daß es in vielen Fällen etwas Schlechteres gibt als eine Kurie der Rechtlosen, und dieses Schlechtere ist die Kurie des allgemeinen Wahlrechts mit all ihrer Korruption. Die Verhältnisse können anderswo anders sein. Genosse Austerlitz hat meiner Anschauung nach in diesen Artikeln nicht gesagt, man habe sich für die separate Kurie der bisherigen Nichtwähler zu entscheiden, sondern er hat gesagt, daß die Beurtheilung von den Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden abhängt, und daß man darin, ob man das Eine oder das Andere für das kleinere Uebel hält, nicht eine Abirrung vom Prinzip sehen soll. Und wenn Sie genau wissen wollen, was er meint, so sage ich Ihnen, er wünschte einer ganzen Anzahl von Genossen das Gewissen zu erleichtern.

Ich glaube wirklich, daß es unserem Kampfe gar nichts vergeben würde, wenn die Genossen in irgend einer Gemeinde ruhig erklären würden: Ihr verfluchten Kerle, wir verlangen das allgemeine, gleiche Wahlrecht, und Ihr gebt es uns nicht. Wenn Ihr uns statt dessen einen elenden Knochen hinwerft, so gebt uns wenigstens einen solchen, an dem noch etwas Fleisch daran ist. (Schuhmeier: Also ein Schinkenbein! — Heiterkeit.) Ganz richtig. Sie werden selbstverständlich von diesem praktischen Standpunkte aus nicht sprechen, sondern werden auf dem prinzipieller aussehenden, der in diesem Falle der bequemere ist, verbleiben.

Nusbosky (Wien): Genosse Austerlitz scheint die Umwege zu lieben, und ich fürchte, wenn wir ihm auf diesen Umwegen folgen, so wird uns dasselbe Schicksal in Bezug auf das Gemeindewahlrecht erreichen, das seine Resolution erleben wird. Ich glaube, wenn er den geraden Weg gegangen wäre, so würde das, was er will, zum Mindesten nicht einen heftigen Widerstand am heutigen Parteitage hervorgerufen haben. Genosse Austerlitz hat in seinem Artikel die Interessenvertretung über den grünen Klee gelobt (Dr. Adler: Das kann man nicht sagen), auf der anderen Seite hat er die allgemeine Kurie als das Allerschlechteste hingestellt, was sie ja schließlich auch ist. Ich kann mich nun, sobald es sich um diese beiden Surrogate handelt, nicht in eine große Hitze hineinreden. Dr. Adler hat gemeint, man wirft uns da einen Knochen hin. Ich möchte lieber Folgendes sagen: Wir verlangen Fleisch und anstatt dessen gibt man uns bloß Erdäpfel. Der Austerlitz will aber statt der Erdäpfel Kraut haben. (Heiterkeit.) Ja, das ist eben Geschmackssache. (Erneuerte Heiterkeit.) Ich habe das Gefühl, wenn wir eine Interessenvertretung erhalten hätten, so hätte man die allgemeine Kurie für das Bessere angesehen. Ich glaube, es ist ganz unnöthig, sich über die „Vorzüge" dieser beiden Surrogate auseinanderzusetzen, weil wir ja nicht in die Lage kommen, eines derselben zu wählen. Auch Genosse Austerlitz ist jedenfalls dieser Meinung. Wenn er

ein so überzeugter Anhänger seiner Idee wäre, dann hätte er konsequenterweise sagen müssen: Wir müssen aus taktischen Gründen — „taktisch“ scheint man gern für „opportun“ zu gebrauchen — die Interessenvertretung verlangen, weil wir vorläufig das allgemeine Wahlrecht nicht erreichen. Es geht nicht an, daß wir uns für irgend ein Surrogat erwärmen. Ich bin unter Umständen für eine Opportunitätspolitik, es geht aber nicht an, es so weit zu treiben, daß wir etwas verlangen, was mit unseren Anschauungen nicht übereinstimmt. Ich will durchaus nicht das Recht der freien Meinungsäußerung einschränken, aber ich würde doch wünschen, daß man in Zukunft nicht eine ganz neue Taktik proklamirt, bevor man sie nicht gründlich diskutirt hat. Die Artikel des Genossen Austerlitz waren eine gewöhnliche Entgleisung. Das hat man aber in der Redaktion nicht zugestehen wollen. Wir haben keine Ursache, vorläufig eine andere Parole auszugeben als die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht auch in der Gemeinde. Daß wir das nicht bekommen werden, mag richtig sein. Was wir bekommen, werden wir uns genau anschauen und dann unsere Taktik darnach einrichten.

Resel (Graz): Es ist merkwürdig und es wird so gethan, als ob wir uns jetzt zwischen dem allgemeinen Wahlkörper und der Interessenvertretung entscheiden müßten. Ich weiß nicht, wer darum gefragt wurde. Wir sind bisher noch nicht gefragt worden. Den Herrschenden handelt es sich in diesen Fragen immer um die Zweckmäßigkeit. Ob sie uns nun das Eine oder das Andere geben, immer haben sie die Absicht, uns zu prellen. Ich glaube nicht, daß es zum Prinzipe gemacht werden muß, daß man sich unter allen Umständen von den Gemeindevätern prellen lassen muß. (Heiterkeit.) Genosse Austerlitz hat sich in einem späteren Artikel darüber beschwert, daß gerade die Brünner und Grazer Genossen zu der Frage nicht Stellung genommen haben. Wir werden dazu Stellung nehmen, wenn die Sache in Graz zur Verhandlung kommt. (Sehr richtig!) Dann werden wir untersuchen, was uns zweckmäßiger erscheint. Ich bin weder für den Antrag Austerlitz, noch für den des VII. Bezirkes. Für was ich bin, ist der letzte Absatz des Antrages des VII. Bezirkes.

Die Anzahl der Mandate, die wir haben, ist nicht gleichgiltig. Wenn ich bei der Arbeiterkurie im Gemeinderathe sitze, kann ich mehr für das allgemeine, gleiche Wahlrecht wirken, als wenn ich beim allgemeinen Wahlkörper nicht darin sitze. Ich bin gewiß nicht für Mandatsjägerei. Aber mitunter kann uns ein Mandat im Gemeinderath wichtiger sein als der bloße Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Dadurch, daß wir hier im Gemeinderathe als Vertreter sind — wenn auch als Vertreter des dritten Wahlkörpers — haben wir schon viele neue Anhänger für unsere Partei gewonnen. Die Frage ist eben keine Frage des Prinzips, sondern ausschließlich der Taktik, und deshalb ist der eine Antrag genau so verwerflich wie der andere. Solche Dinge lassen sich nicht festlegen. Darüber muß in dem Augenblick entschieden werden, wo die Frage an uns herantritt. Man entscheidet dann so, wie man es für die Partei am zweckmäßigsten findet. Das Beste wäre, wenn wir über beide Anträge zur Tagesordnung übergingen.

Nun zu etwas Anderem: Die Zeitungen schreiben jetzt sehr viel von sozialdemokratischen Gemeindewahlsiegen. Wir Alle wissen, wie oft uns derartige „sozialistische“ Gemeinderäthe nur Schande bereiten. Da werden wir uns doch vor Allem darüber klar werden müssen, wer ein sozialdemokratischer Gemeinderath ist und wer nicht. Wir Steirer sind immer gescheidte Leute (Heiterkeit), und so haben wir auch diese Frage bereits geregelt. Auf der Landeskonferenz haben wir beschlossen: Sozialistischer Gemeinderath ist, wer auf Grund unseres sozialistischen Programms gewählt wurde und sich während der ganzen Dauer seines Mandats nichts zu schulden kommen ließ, was gegen die Arbeiterinteressen ist oder gegen unsere Prinzipien verstößt.

Freilich hat dies eigentlich die Festsetzung eines Gemeindeprogramms zur Voraussetzung. Ich glaube, daß in dieser Frage vor Allem praktische Erfahrungen maßgebend sind, und solche haben wir bis jetzt nicht. Wenn die Parteivertretung das Wirken der sozialistischen Gemeinderäthe genau überwachen würde, wenn das geschähe, würden wir allerdings erleben, daß sich die Zahl der sozialistischen Gemeinderäthe erheblich reduziren würde. (Heiterkeit und Beifall.)

60. Seliger (Reichenberg) stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag beschließt, über den Punkt „Gemeindewahlrecht“ zur Tagesordnung überzugehen und das gesammte hiezu vorliegende Material der Kommission für die Revision des Parteiprogramms mit dem Auftrage zuzuweisen, im Anschluß an das Parteiprogramm die Grundzüge für ein Gemeindewahlprogramm auszuarbeiten und dem nächsten Gesammtparteitage vorzulegen.

Gegen den Uebergang zur Tagesordnung spricht

Beutel (Aussig).

Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf abgelehnt.

Heller (Wien): Ich bedauere, daß wir uns durch einen Fehler der Parteivertretung bei diesem Punkte ausschließlich mit dem Gegensatz zwischen reiner Interessenvertretung und allgemeiner Kurie beschäftigen müssen. Wäre die Parteivertretung so klug gewesen und hätte sie nicht „Gemeindewahlrecht“ sondern „Gemeindeverwaltung“ auf die Tagesordnung gesetzt, so wäre diese Frage in den verschiedenen Bezirken schon vorher berathen, der Entwurf wäre studirt worden und wir hätten Verbesserungsvorschläge zu demselben bringen können. Anzunehmen ist der Entwurf in der vorliegenden Form in keinem Fall. Die Verbesserungsbedürftigkeit desselben steht außer allem Zweifel. Nehmen wir nur den Punkt Besteuerung. Im Punkt 11 heißt es: Der Werth des Grundeigenthums ist von fünf zu fünf Jahren festzustellen. Aber die Forderung nach fünfjähriger Einschätzung ist doch nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu dem Zweck, den Werthzuwachs, den Grund und Boden durch auf die Kosten der Gemeinde vollzogene Verbesserungen erfahren, wie zum Beispiel Kanalisation, Straßenverbesserung 2c., sowie die Werthsteigerung des Bodens in den Städten, welche durch die einfache Thatsache des wachsenden Zuzuges der Landbewohner in die Stadt geschaffen wird, der Gemeinde wenigstens zum Theil zuzuführen, statt ihn in die Taschen der Grundbesitzer fließen zu lassen. (Resel: Aufkaufen!) Gewiß, das ist immerhin ein Weg zur Zugänglichmachung dieses Werthes, denn die Gemeinde soll ja möglichst viel eigenen Grund und Boden erwerben, aber diese fünfjährige Einschätzung hat doch den Zweck, den Werthzuwachs der Besteuerung zuzuführen, was aber im Punkt 12 überhaupt nicht berührt ist. Alle möglichen Steuern werden da vorgeschlagen, diese wichtigste Steuer wird aber mit keinem Wort erwähnt. Und nun bedauere ich, Ihre Zeit nochmals mit der Frage Austerlitz in Anspruch nehmen zu müssen, weil ich der Meinung bin, daß das keine Wiener Krankheit ist, sondern daß auch die Provinzen, die Linzer und Grazer Genossen daran sehr lebhaft interessirt sind und hier Klarheit geschaffen werden soll. Es ist nicht richtig, daß das Ganze eine Privatunterhaltung zwischen den Genossen f. a., Ansobsky und Brod ist. Die Linzer Genossen, die lediglich von den in ihrer Gemeinde herrschenden Verhältnissen aussagen: Wir wollen die Interessenvertretung nicht, wurden in der „Arbeiter-Zeitung“ auf das Heftigste angerempelt; es wird dort nicht gesagt, daß die reine Kurie unter Umständen gut ist, sondern es heißt, sie ist unstreitig das Vernünftigste und Ehrlichste. Wenn Dr. Adler uns sagt, wir Wiener haben leicht reden, wir haben unseren Betrug schon, aber die Genossen in der Provinz können sich noch aussuchen, ob sie geröstet oder gebraten werden wollen, so ist das nicht richtig, denn auch die Linzer und Grazer haben keine Wahl. Es ist nicht wahr, daß wir unter zwei Betrugsformen, die vorhanden sind, eine wählen müssen. So wie es Zeiten in der Partei gegeben hat, wo man sich überall von der Phrase beherrschen ließ, so sehen wir heute in der Partei eine „praktische“ Strömung, die jedes Pathos in der Partei durch eiskalte Skepsis ertränkt, jede Schwungkraft erstickt, und die Ausführungen von f. a. in der „Arbeiter-Zeitung“ sind symptomatisch dafür. Dr. Adler sagt, das sei keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der Taktik. Aber wenn wir auch die Frage nicht als eine prinzipielle ansehen und wenn wir nicht davon ausgehen, daß es ein Unrecht sei, traditionelle Schlagworte, die sich als durchaus nicht unbequem erwiesen haben, über Bord zu werfen, so frage ich: Ist es denn auch nur taktisch klug, zu thun, was uns Austerlitz vorschlägt? Dr. Adler hat sich um die Sache herumgedrückt; er hat uns nicht ein Wort davon gesprochen, welche Nachtheile und welche Vortheile dieser reinen Kurie anhaften. Er hat uns gesagt, was uns auch Austerlitz unterschiebt, daß, wenn wir die reine

Kurie verwerfen, wir unbedingt für die allgemeine sind. Aber ganz im Gegentheil, wir hätten vielmehr gewünscht, daß Genosse f. a. jene Gründe, die er gegen den Volksbetrug durch den vierten Wahlkörper ins Feld führte zu Gunsten der reinen Interessenkurie, viel früher geltend gemacht hätte, aber zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die reine Interessenvertretung, wie Sie Ihnen empfohlen wird, hat nur den Zweck, Ihnen unter den besten Umständen einige Mandate mehr zu verschaffen. Ich stehe ja auch nicht auf dem Standpunkte, daß wir nur wählen sollen, um uns in Bewegung zu setzen, aber wir haben in der allgemeinen Kurie durch unsere Kraft Männer durchzubringen, die dann als Ausdruck der Macht des arbeitenden Volkes in die Vertretungskörper, in den Gemeinderath eintreten, und ich gestehe offen, daß zwei Gemeinderäthe, die vom Volk hineingeschickt werden, ein viel größeres moralisches Gewicht in die Wagschale zu werfen vermögen als etwa 15 Leute, die einfach hintreten als ernannte Vertreter der Arbeiterschaft. Wir sehen beispielsweise bei den Gehilfenausschußwahlen in Wien, wie die Betheiligung und das Interesse an den Wahlen von Jahr zu Jahr sinkt, weil wir keine Gegner haben. Die allgemeine Kurie und die Interessenkurie — Beides ist Volksbetrug — in beiden Fällen sind wir die Betrogenen und die Entrechteten; wir verlangen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, alles Andere, was beschlossen wird, wird gegen uns beschlossen! Wir werden es ausnützen wie Alles, was wir bisher abgetrotzt und ausgenützt haben, wir werden es aber nicht billigen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Bezirksorganisation VII anzunehmen.

Dr. Czech (Brünn): Ich halte die heutige Diskussion für durchaus unfruchtbar und überflüssig, denn es ist sicher, daß Wahlreformen heute ohne uns gemacht werden und wir die Letzten sind, an welche sich die herrschenden Klassen um Rath wenden, wenn sie uns ein Wahlrecht geben. Wenn wir von vorneherein wissen, daß alles Fordern und jeder Kampf aussichtslos ist, so haben wir es absolut nicht nothwendig, unsere Forderungen und Prinzipien zu prostituiren. Wir stehen jetzt in Brünn vor einer Wahlreform, nämlich Herabsetzung des Zensus im dritten Wahlkörper von acht auf fünf Gulden und Schaffung einer allgemeinen Wählerklasse nach Art der Wiener Kurie mit zweijähriger Seßhaftigkeit. Ginge es nach dem Vorschlage Austerlitz, so müßten wir jetzt, nachdem wir jahrelang den Kampf für das allgemeine Wahlrecht geführt haben, gegen diese Wahlreform auftreten und den Kampf führen zu Gunsten einer Arbeiterkurie, die wir auf keinen Fall bekommen. Darin wäre aber auch die weitere Gefahr gelegen, daß, wenn wir für eine solche Arbeiterkurie mitarbeiten, wir sie überhaupt nicht mehr los würden. Und dadurch würde die von Austerlitz befürchtete Versteinerung des Wahlrechtes erst recht befördert werden. Wir würden es der Arbeiterschaft dann nicht mehr plausibel machen können, daß sie neuerdings den Kampf für das echte, unverfälschte, allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu führen habe. Wir werden es uns wohl überlegen, für irgend eine Form des Wahlunrechtes eine Stellung zu nehmen, sondern wir fordern das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Wenn wir aber gegen die Resolution Austerlitz sind, so sind wir auch gegen die Resolution der Bezirksorganisation VII, in der ausschließlich für die allgemeine Wählerklasse Propaganda gemacht wird, wenn das auch nicht offen herausgesagt wird. Wir brauchen keine Resolutionen, die ganze Diskussion in der Presse wurde vom Zaune gebrochen, wir bleiben bei unserer alten Parole, wir verlangen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Dr. Ellenbogen (Wien): Der ganze Streit wurde von Austerlitz ganz überflüssig vom Zaune gebrochen. Es schaut das so aus, als ob man gar nicht erwarten könnte, betrogen zu werden. Es war von Austerlitz taktisch unklug, einen solchen Artikel zu schreiben. Solche Artikel können nur den Glauben an den Ernst unserer Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht erschüttern. Es sieht das etwa so aus, als wenn wir zu den Herrschaften sagen würden: Wir wissen, daß wir beschwindelt werden, aber beschwindelt uns gefälligst nicht mit der allgemeinen Kurie, sondern mit der reinen Interessenvertretung. (Heiterkeit.) Ich stimme dem Genossen Dr. Czech vollkommen zu, daß wir die Autorität der Partei nicht für eine Sache in Bewegung setzen sollen, die uns nichts nützt, und daß wir unsere Kraft für das allgemeine und gleiche Wahlrecht aufwenden sollten.

Petersilka (Wien): Es fällt mir nicht ein, ein Jota von der Forderung nach dem allgemeinen und direkten Wahlrecht für die Gemeinde abzulassen, aber Einzelnes, was Austerlitz geschrieben, und der Gedankengang dieser Artikel ist mir sympathisch. Es handelt sich hier nicht um die Frage des Prinzips, sondern um die praktische Erwägung, auf welche Weise wir in der Gemeinde leichter zu Macht und Einfluß kommen. Wir wollen Leute in den Gemeinderath bekommen, damit sie dort wirthschaftliche Interessen der Bevölkerung vertreten, die Jeder, sei es auch der Dümmste, begreifen muß; und wenn unsere Gemeinderäthe in der Gemeindestube eine segensreiche Thätigkeit entfalten, so wirkt dies auch auf die Reichsrathswahlen zurück. Als Genosse Schuhmeier in den Gemeinderath gewählt wurde, wurde er für den Wauwau gehalten. Die Leute haben aber bald gesagt: Das ist ja doch eigentlich ein ganz fescher Kerl! (Heiterkeit.) Je mehr sich unsere Gemeinderäthe mit Realpolitik befassen, desto mehr wird die Bevölkerung einsehen, daß es ein Schwindel ist, was alles über die Sozialdemokratie gesagt wird. Je mehr Genossen wir in die Gemeindestube bekommen, desto leichter wird es sein, eine Erweiterung des Wahlrechts herbeizuführen, und wenn die Thätigkeit unserer Genossen in der Gemeindestube auch noch von Außen unterstützt wird, desto leichter werden wir die Leute zur Vernunft zwingen; von einer Versteinerung des Wahlrechts kann also da keine Rede sein.

Ueber Antrag des Genossen Wlczek wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter **Schuhmeier**: Es war mir vollständig ferngelegen, wie Dr. Adler anzunehmen schien, dem Genossen Austerlitz persönlich nahezutreten, weder in seiner Eigenschaft als Redakteur, noch als Parteigenosse. Ich wollte ihn durchaus keines Mißbrauches seiner Redaktionsgewalt zeihen, indem er die angezogenen Artikel schrieb, sondern nur sagen, daß er ganz unzeitgemäß einen Artikel schrieb, wo ein anderer besser am Platz gewesen wäre. Er hat geirrt, und irren können wir Alle. Wenn Genosse Dr. Adler meint, Austerlitz wollte das Gewissen der Parteigenossen erleichtern, so meine ich, Austerlitz wollte das Gewissen Jener erleichtern, die ein schlechtes Gewissen haben, er wollte die Einen retten, um die Anderen in die Höhe zu bringen. (Heiterkeit.) Eine solche Taktik kann ich aber nicht gutheißen.

Wir können dem, was Genosse Austerlitz uns vorgelegt hat, nicht zustimmen, und bis auf den Genossen Petersilka scheint einmüthige Uebereinstimmung darüber vorzuherrschen, daß der Parteitag die Ansichten, die ich in meinem Referate vorgetragen habe, zu den seinigen gemacht. Nachdem ich nun meinen Zweck erreicht habe und fest überzeugt bin, daß Sie den Antrag Austerlitz ablehnen werden, daß Sie sich von dem bisherigen Wege nicht werden abbringen und sich nicht auf die Interessenvertretung als den kleineren Schwindel statt des größeren verweisen lassen, so getraue ich mich auch nicht mehr, den Antrag der Bezirksorganisation VII zur Annahme zu empfehlen. Genosse Heller soll selbst schauen, wie er damit fertig wird. (Heiterkeit.) Zum Schluß bitte ich Sie noch, dafür zu sorgen, daß die Kommission, die zur Revision des Parteiprogramms gewählt wird, etwas Endgiltiges in dieser Frage zustande bringe. Die Kommission wird uns dankbar sein, daß wir ihr Material geliefert haben und ich hoffe, daß auch der tschechische Parteitag hiefür weiteres Material liefern wird.

Abstimmung.

Der Antrag Austerlitz (**58**) wird einstimmig abgelehnt.

Heller (Wien): Durch die einstimmige Ablehnung des Antrages Austerlitz hat der Parteitag seinen Willen bekundet, daß er eine prinzipielle oder taktische Abweichung von der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für alle Vertretungskörper nicht billige. Hiedurch erscheint der Zweck des Antrages der Bezirksorganisation VII vollkommen erreicht, und ich ziehe unseren Antrag zurück. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag auf Zuweisung der „Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokraten in der Gemeinde" (**56**) an die zur Revision des Parteiprogramms gewählte Kommission wird einstimmig angenommen, womit der Antrag Seliger (**60**) und der Antrag der Bezirksorganisation Oskau (**57**) erledigt erscheint.

Das Skrutinium der

Wahl der Parteivertretung

hat folgendes Resultat ergeben:

Gewählt erscheinen in die Parteivertretung: Dr. Viktor Adler mit 93, Heinrich Beer mit 79, Anna Boschek mit 87, Dr. Wilh. Ellenbogen mit 93, Engelbert Pernerstorfer mit 92, Julius Popp mit 91, Franz Schuhmeier mit 92, Ferdinand Skaret mit 92 Stimmen; in die Kontrole: Georg Emmerling (Wien) mit 90, Josef Tomschik (Wien) mit 92, Franz Beutel (Aussig) mit 92, Josef Seliger (Reichenberg) mit 90, Mathias Eldersch (Brünn) mit 92, Julius Spielmann (Linz) mit 93, Vinzenz Muchitsch (Graz) mit 93, Jakob Prähauser (Salzburg) mit 93 Stimmen.

Weiters entfielen für die Wahl in die Parteivertretung auf Widholz 8, Hueber 4, Meizr 4, Smitka 2, Ausobsky 1, David 1, Rieger 1 und Winarsky 1 Stimme; in die Kontrole: auf Grünwald 2, Gröbner 1, Meizr 1, Pokorny 1, Schiller 1, Seidel 1 und Stark 1 Stimme.

Die Sammlung für die Familien der Saazer Inhaftirten hat Kr. 69·29 ergeben.

Nach Verlesung des Einlaufes wird die Sitzung um halb 5 Uhr geschlossen.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Beginn der Sitzung ½9 Uhr.)

Vorsitzender **Popp**.

Alters- und Invaliditätsversicherung.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

61. Resolution des Berichterstatters:

Der deutsche Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erklärt die Versorgung der Arbeitsunfähigen als eine ebenso selbstverständliche wie dringende Pflicht der kapitalistischen Gesellschaft und beauftragt den sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, die Einbringung einer Vorlage betreffend die obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung energisch zu urgiren, wobei folgende Grundsätze zu berücksichtigen sind:

1. Die Versicherungspflicht hat zu gelten für sämmtliche Arbeiter und Beamten der Groß- und Kleinindustrie, des Bergbaues, der Handels- und Transportunternehmungen, des Hausfleißes, der Land- und Forstwirthschaft, für die Dienstboten — kurz, ausnahmslos für Alle, die im Bezuge von Gehalt, von Geld oder Naturallohn stehen.

Außerdem sollen versichert werden diejenigen Kleingewerbetreibenden, die nur mit Lehrlingen oder mit einem bis zwei Gehilfen arbeiten, sowie Landwirthe, welche nur mit ihren Angehörigen oder höchstens zwei Hilfskräften arbeiten.

2. Als Mindestleistungen sind Renten in der Höhe von 50 Perzent des faktischen Lohneinkommens zu gewähren, und zwar die Altersrente vom 60. Lebensjahre an, die Invalidenrente an zeitweise Arbeitsfähige im unmittelbaren Anschlusse an die Krankenversicherung, an dauernd Erwerbsunfähige ebenfalls sofort beim Eintritte der Invalidität, wobei als invalid Derjenige zu betrachten ist, dessen Arbeitsverdienst infolge seiner mangelnden Arbeitsfähigkeit dauernd unter die Hälfte seines bisherigen Verdienstes in seinem Berufe gesunken ist.

3. Die Renten sollen nach je drei Jahren um zehn Perzent steigen, bis 80 Perzent des wirklichen Verdienstes erreicht sind.

Die Einschätzung hat in acht Lohnklassen nach dem faktischen Einkommen zu erfolgen.

Die Wartefrist hat bei Invaliditätsrenten drei, bei Altersrenten 20 Jahre zu betragen.

4. Die Kosten der Versicherung sind entweder vom Staat und Unternehmerthum unter Garantieleistung des ersteren zu decken oder durch Zuschläge zur Personaleinkommensteuer hereinzubringen, wobei bis zur Einführung der progressiven Einkommensteuer die ersten zehn Stufen von einer Beitragsleistung frei bleiben, so daß also bloß Einkommen über 2000 Kronen belastet werden.

Im ersteren Falle hat der Staat auch während der Dauer der Arbeitslosigkeit des Arbeiters für die Beiträge des Unternehmers aufzukommen.

Die Deckung der Kosten hat nach dem Kapitaldeckungssystem zu erfolgen.

5. Die Durchführung der Versicherung hat durch die Krankenkassenverbände zu erfolgen, deren Verwaltung den Versicherten und den Unternehmern unter Aufsicht des Staates zu übertragen ist.

62. Antrag Simon Stark (Tachau):

Zu Punkt 2 soll es heißen: „50 Perzent des faktischen Lohneinkommens, dessen Minimum nicht unter zwei Kronen festgestellt werden darf, zu gewähren."

63. Antrag Bauer (Wien):

Die Versicherungspflicht hat zu gelten für sämmtliche männliche und weibliche Personen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, welche als Gehilfen, Lehrlinge und Dienstboten sowie als Beamte der Groß- und Kleinindustrie, des Bergbaues, der Handels- und Transportunternehmungen, des Hausfleißes, der Land- und Forstwirthschaft beschäftigt sind, kurz, ausnahmslos für Alle, die im Bezug von Gehalt, von Geld- und Naturallohn stehen.

64. Antrag Beutel (Aussig):

Um die Lösung der Frage des Ausbaues der Alters- und Invaliditätsversorgung zu beschleunigen, ist derselben in einer ständigen Rubrik der gesammten Parteipresse wie auch in den Volks- und Vereinsversammlungen mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuweisen.

65. Antrag Widholz (Wien):

Der Parteitag erklärt sich prinzipiell mit der vom Referenten vorgelegten Resolution einverstanden und beschließt, mit Rücksicht auf die erst in letzter Stunde erfolgte Vorlage derselben die Resolution dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses zur selbstständigen Entschließung und eventuellen Aenderung der einzelnen Punkte zu überweisen.

Berichterstatter **Kaff:** Wer auf die Regungen und Wünsche der Arbeiterschaft, wenn auch nur mit halbem Ohr, hinzuhorchen pflegt, der konnte in der letzten Zeit die Wahrnehmung machen, daß laut und leise Wünsche nach Einführung einer obligatorischen Alters- und Invaliditätsversicherung wach werden und immer deutlicher sich äußern. Die Millionen Proletarier, deren Herzen die Sorge um das Brot der Zukunft quält, sie wollen dieser Sorge enthoben sein! Und merkwürdig! Auch andere Bevölkerungskreise, nicht bloß bürgerliche „Volksvertreter“, welche in arbeiterfreundlichem Lichte erscheinen wollen, sogar die Regierung und — man sollte es nicht für möglich halten: selbst landwirthschaftliche Korporationen erklären die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter für eine wünschenswerthe Sache. Es bedarf daher keiner weiteren Begründung, um die Nothwendigkeit dieser Versicherung zu erweisen, und der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs kann es sich füglich ersparen, seine Bereitwilligkeit und seinen guten Willen in dieser Sache zu manifestiren, zumal ja die Sozialdemokratie es sich von jeher zur Aufgabe gemacht hat, den erwerbsunfähigen gleichwie den erwerbsfähigen Arbeiter zu schützen. Wenn nun in der Folge der Interessenschutz des erwerbsunfähigen Arbeiters zeitweilig in den Vordergrund der Agitationsthätigkeit treten und der Parteitag heute den Organisationen den Rathschlag ertheilen sollte, bei der Agitation für die Erweiterung der politischen Rechte auch der Propaganda für die Alters- und Invaliditätsversicherung Raum zu geben, dann gewiß nicht deshalb, weil diesfalls etwas verabsäumt wurde und nun nachgeholt werden muß oder weil der Interessenschutz des erwerbsunfähigen Arbeiters leichter ist als der des erwerbsfähigen, sondern weil mit der Einführung der obligatorischen Alters- und Invaliditätsversicherung in der That nicht länger zugewartet werden kann und der Ausbau der Arbeiterversicherung eine dringende Pflicht des kapitalistischen Staates, eine soziale Aufgabe der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist. Denn die Arbeiterversicherung — und damit möchte ich die Stellung der Sozialdemokratie zu derselben prinzipiell erklären — stellt zwar ein Stück bürgerlicher Sozialreform, aber nicht ein Stück Sozialismus dar. Die Kapitalien, welche als Reserven das Vermögen der Krankenkassen und Unfallversicherungsanstalten ausmachen, sind zwar kollektives Eigenthum, aber nicht mehr wie die Kassenbestände des Staates, die er zur Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse benützt. Die Arbeiterversicherung ist nur die moderne Form für die Armenversorgung, die sich, je länger sie in der alten Weise betrieben wird, desto unzulänglicher zeigt.

Damit soll die Bedeutung und Wichtigkeit der Alters- und Invaliditätsversicherung für die Arbeiterschaft nicht herabgesetzt, sondern nur festgestellt werden, daß mit der obligatorischen Einführung derselben der heutige Staat nichts thut, was er nicht seinem Wesen und seinem Zwecke nach ohnedies thun muß und wozu er auf alle Fälle verpflichtet ist: jedem Erwerbsunfähigen ein Existenzminimum zu garantiren.

Was hat denn der Staat, was hat das Unternehmerthum bisher auf dem Gebiete der Alters- und Invalidenfürsorge geleistet?

Es ist bald erzählt. Fette Pfründen für abgetakelte Minister und ausrangirte Generale, magere Provisionen, Bettelalmosen für die Arbeiter der ärarischen Betriebe.

Und für die Uebrigen? Sieht man von den Bergarbeitern ab, für die eine obligatorische, freilich sehr fragwürdige Alters- und Invaliditätsversorgung besteht, so ist das Riesenheer der besitzlosen Proletarier wie auch ein stattliches Armeekorps vermögensloser Kleinbürger auf die berüchtigte Armenpflege angewiesen, die eine rechtliche Folge unserer nicht minder berühmten Heimatsgesetzgebung ist.

Bekanntlich werden die skandalösen Zustände, die die letztere herbeigeführt hat, durch das neue Heimatsgesetz eine Aenderung erfahren. Millionen heimatloser Proletarier werden im nächsten Jahre und in den folgenden Jahren in ihren Aufenthaltsgemeinden das Heimatsrecht und damit den Anspruch auf Armenpflege erwerben. Wie rüsten sich nun die Gemeindeverwaltungen der Industriestädte, um ihren erhöhten Verpflichtungen nachzukommen? Bisher hat man noch wenig erfahren. Aus einem Industriemarkt an der Südbahn ist mir ein ganz unerhörter Vorfall bekannt geworden: Die Leitung des dortigen Stahlwerkes entließ auf einen Wink der Gemeindeverwaltung ältere Arbeiter, welche das Heimatsrecht bis zum nächsten Jahre ersessen hätten, aus dem Arbeitsverhältniß. Und in den Arbeiterblättern war jüngst zu lesen, daß eine solche keineswegs „stillschweigende Willenserklärung" auch in anderen Gemeinden erfolgte und die Entlassung älterer, derzeit noch nicht heimatsberechtigter Arbeiter herbeiführte.

Andererseits hat das Inkrafttreten des neuen Heimatsgesetzes und die bevorstehende Erhöhung der Armenlasten zur Folge, daß die Gemeindevertretungen dem Gedanken einer staatlichen Alters- und Invalidenversorgung näher treten, und daß auch Viele, die den besitzenden Klassen angehören, sich mit der Sache befreunden. Die Gemeindevertreter wissen, wie sehr die derzeit schon vorhandene Arbeiterversicherung die Armenbudgets der Gemeinden entlastet, und sie wissen auch, daß dies bei Einführung der Alters- und Invalidenversorgung noch weit mehr der Fall sein würde.

Schon die Unfall- und Krankenversicherung wirkt entlastend. Ende 1897 standen 26.252 Personen im Bezug dauernder Renten von zusammen 2,156.702 fl., außerdem leisteten die Unfallversicherungsanstalten im Jahre 1897 über 1⅓ Millionen an sonstigen Entschädigungen. Die Krankenkassen haben in dem Zeitraume von 1890 bis 1897 für rund 7·37 Millionen Erkrankungsfälle mit 125·54 Millionen Krankentagen, sowie für zirka 148.000 Sterbefälle 103·13 Millionen Gulden an Unterstützungen geleistet.

Alle diese Tausende von Arbeitern wären ohne die Unfall- und Krankenversicherung zum größten Theile den Gemeinden zur Last gefallen. Heute ist die Arbeiterschaft versicherungspflichtig und erhält ihre Erwerbsunfähigen größtentheils aus eigenen Mitteln. Denn von den 160 Millionen Gulden, die für Zwecke der Arbeiterversicherung in dem Zeitraume von 1890 bis 1897 eingehoben wurden, haben die Arbeiter allein zirka 84 Millionen direkt aufgebracht, die heute dazu dienen, die Gemeinden zu entlasten und die öffentlichen Mittel, die übrigens ohnedies auch zu einem großen Theile von den arbeitenden Klassen stammen, zu schonen. Aber nicht genug daran: Den Gemeinden steht sogar ein Forderungsübergang hinsichtlich des Krankengeldes zu. Wer Armenpfründe bezieht, muß diese unter Umständen mit seinem Krankengeld zurückzahlen! Es besteht aber eine direkte Leistung der Krankenkassen zu Gunsten der Gemeinden. Die Entlastung der letzteren durch die ersteren erfolgt dadurch, daß die Krankenkassen die Verpflegskosten für die in den Spitälern befindlichen Kassenmitglieder tragen; — was das bedeutet, weiß Jeder, der von der Verwaltung der Krankenkassen Kenntniß hat.

Die Landes- und Gemeindeverwaltungen sind denn auch mit großem Eifer bemüht, die Krankenkassen zur Erhaltung der Spitäler heranzuziehen; wo das nicht geht, schreckt man auch davor nicht zurück, dem Verpflegten selbst die Kosten aufzubürden, und nur der Koulanz der Krankenkassen haben es viele Arbeiter zu danken, wenn sie nicht um ihre letzten Habseligkeiten gepfändet werden ... Es ist sonach begreiflich, wenn Professor Mischler in seiner Schrift über das „Armenwesen in

Steiermark" einen Rückgang der Spitalskosten, insbesondere der uneinbringlichen, infolge der Krankenversicherung konstatirt.

Die Einführung der Alters- und Invalidenversorgung würde nun sicherlich noch intensiver entlastend wirken, wie dies Erhebungen, die im Deutschen Reiche diesfalls gepflogen wurden, unzweifelhaft dargethan haben.

Allerdings — und das ist eine höchst werthvolle Beobachtung — ist in der Zahl der Unterstützten und im Aufwand für dieselben seit Einführung der sozialen Versicherung keine Verminderung eingetreten (siehe die vom Deutschen Reichsversicherungsamt für die Pariser Weltausstellung herausgegebene Denkschrift [Seite 229 ff.], Berlin 1900. Verlag von A. Ascher u. Cie.), womit die in einem Athem ausgesprochene Behauptung, daß die soziale Versicherung die wirthschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung gehoben habe, ganz energisch dementirt wird. Allein der Vortheil der Arbeiterversicherung für die Gemeinden steht dennoch außer Frage, weil sie wenn schon nicht direkt entlastet, so doch das allzu rasche Ansteigen der Armenlasten hemmt.

Sehen wir übrigens, was sich am Ende des 19. Jahrhunderts in einem Rechtsstaat als Humanitätspflege ausgeben darf.

Im Jahre 1896 gab es 613 öffentliche und private Krankenhäuser — 1892 waren es mehr: 625, die Zahl der privaten geht zurück — mit 43.452 Betten. Die Zahl der behandelten Kranken betrug 413.562, die Erhaltung kostete den Anstalten 7,741.683 fl. Auf 1000 Einwohner entfielen 1·83 Betten und — 17·44 Kranke, welche durchschnittlich 25 Tage verpflegt wurden und per Tag 97 kr. kosteten . . .

In den 1516 Versorgungsanstalten gab es 1896 43.467 Verpflegte mit 8,366.815 Verpflegstagen, für welche 3,017.433 fl., das ist 36 kr. per Tag (!), ausgegeben wurden.

Endlich vertheilten 10.894 Armenverwaltungen an 353.643 Personen 7,674.483 fl. Unterstützungen, zirka 22 fl. per Person.

Es kam also im Jahre 1896 ein Unterstützter auf 70 Einwohner!

Das ist unsere „öffentliche Armenpflege", die bekanntermaßen im Dienste der politischen Parteien steht und von diesen vielfach — ich erinnere nur an die Schandthaten der Christlich-Sozialen Niederösterreichs — mißbraucht wird, davon zu schweigen, daß sie den Arbeiter entrechtet.

Um unsere „private" Armenunterstützung zu charakterisiren, will ich nur folgende Stellen aus einer Denkschrift des Wiener „Vereines gegen Armuth und Bettelei" ohne jeden Kommentar zitiren:

„Die Dimensionen, welche das Elend der unteren Schichten der Bevölkerung Wiens annimmt, wachsen geradezu ins Ungemessene.

Man komme nur und nehme Einsicht in die Registratur des Vereines, in die nahezu 80.000 Nummern derselben, von welchen jede einzelne einen eigenen Nothstandsfall darstellt, und man wird in eine Welt von Jammer und Elend blicken, von welcher sich der Reiche und Glückliche keine Vorstellung machen kann. Die mit Blut und Thränen geschriebenen Blätter erzählen die Geschichte von zahllosen Witwen, denen ihre von furchtbarer Krankheit dahingerafften Männer nichts hinterließen als eine Schaar von acht bis zwölf hungernden Kindern, oder von tuberkulosen, herz- oder geisteskranken Männern, die ihrer skrophulosen, verkrüppelten Nachkommenschaft kein Brot mehr zu schaffen vermögen.

Nicht das Fünffache, kaum das Zehnfache dieses Betrages (250.000 fl.) würde ausreichen, um all' den Tausenden von würdigen und verschämten Armen, die alljährlich um Hilfe und Rettung an den Verein herantreten, das zu bieten, was sie zur Erhaltung ihrer wirthschaftlichen Existenz oder zur Führung eines nur annähernd menschenwürdigen Daseins unzweifelhaft und unumgänglich benöthigen.

Die Unzulänglichkeit unserer Heimatsgesetzgebung offenbart sich (hiebei) in grellster Weise, da es zumeist Ortsfremde sind, bei denen die Noth so furchtbare Dimensionen annimmt. In Wien Zuständige würden im Falle solchen Elendes monatliche Pfründen oder Erziehungsbeiträge, wenn auch in dem bekannten geringfügigen Ausmaße, aber immerhin doch eine Beihilfe von der Kommune erhalten, während Ortsfremde, wenn sie auch noch so lange in Wien gewohnt haben, an

ihre zumeist armen Heimatsgemeinden gewiesen sind, welche in der Regel die zu leistende Hilfe möglichst hinausschieben, wenn sie dieselbe überhaupt gewähren. Wie sollte aber der Arme dieselbe erzwingen, muß er sich doch noch glücklich schätzen, wenn er überhaupt in Wien geduldet und nicht zu ihm wildfremden Menschen in seine Heimatsgemeinde „abgeschoben" wird!

Die mehrfach erwähnte statistische Zusammenstellung des Vereinspräsidenten v. Inama-Sternegg ergab, daß 89·9 Perzent der männlichen und 90·4 Perzent der weiblichen Bittsteller des Vereines Ortsfremde waren, mit einer Aufenthaltsdauer in Wien von über sechs Jahren, und daß 40·4 Perzent aller Bittsteller über 20 Jahre in Wien wohnten, ohne hier zuständig geworden zu sein!"

So also sieht es mit unserer öffentlichen und privaten Armenpflege aus! Begreifen Sie nun, daß die Arbeiter nur im Schubwagen dahin gebracht werden können, sich dem Genusse der „Armenversorgung" auszusetzen? Und begreifen Sie, daß die Gemeinden und andere öffentliche Korporationen, die heute dem Ansturm der Arbeiter trotz des beschränkten Wahlrechtes nicht mehr widerstehen können, sich beeilen, die Arbeiter mittelst der Arbeiterversicherung zur Entlastung der öffentlichen Verwaltungen heranzuziehen? Die Kosten der Armenpflege trägt die Allgemeinheit, also auch der Arbeiter; die Kosten der Arbeiterversicherung aber trägt vorzugsweise der Arbeiter und in zweiter Linie der Unternehmer. Die Uebrigen: Finanzaristokratie, Grundbesitz, Klerus 2c., die sonst doch auch für die Allgemeinheit steuern, gehen da frei aus. Deshalb sinkt die Armenpflege auch bei den bürgerlichen Klassen im Kredit und steigt die Arbeiterversicherung im Werthe.

Und noch andere Gründe wirken auf die besitzenden Klassen ein, die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter zu wünschen: die Leutenoth auf dem Lande. Der mährische Landeskulturrath hat in der Ausschußsitzung vom 8. März 1900 behufs Schaffung einer Altersversorgung der landwirthschaftlichen Dienstboten Beschlüsse gefaßt, welche eingestandenermaßen den Zweck haben, die Leutenoth der Grundbesitzer zu beseitigen. Was die Noth der Arbeiter bisher nicht hervorrief, das bewirkte die Noth an Arbeitern!

Ich wiederhole also:

Die Unfall- und Krankenversicherung war nothwendig nicht allein vom Standpunkte der Arbeiter, sondern ebenso sehr der Gemeinden, die die steigenden Armenlasten nicht ertragen mochten. Und desgleichen ist die Alters- und Invaliditätsversicherung im Interesse der Arbeiter wie der Gemeinden gelegen! Die herrschenden Gesellschaftsklassen, Staat und Unternehmer, mögen sich daher keiner Täuschung hingeben. Die Arbeiterschaft betrachtet die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung nicht als ein Gnadengeschenk, nicht als eine sozialpolitische Errungenschaft von unermeßlichem Werthe, sondern als die Abzahlung einer längst fälligen Schuld.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß der bürgerliche Klassenstaat der Verelendung des Proletariats in seinem ureigensten Interesse steuern muß, daß er die Pflicht hat, die Arbeitsunfähigen, Greise und Invalide, zu versorgen, und sie warten auf die Erfüllung dieser selbstverständlichen Pflicht des kapitalistischen Staates seit vielen Jahren — vergebens!

Ist es nicht für das Rechtsbewußtsein des Volkes unfaßbar, daß der durch einen Betriebsunfall invalid gewordene Arbeiter der Großindustrie eine wenn auch geringfügige Rente bekommt, nicht aber Derjenige, welcher durch eine Berufskrankheit dauernd erwerbsunfähig geworden ist? Der Mangel einer Invaliditätsversicherung hat in der Praxis zu einer furchtbaren Belastung der Krankenkassen geführt, wovon insbesonders die Vereinskassen mit ihren vielen alten Mitgliedern erzählen können.

Die Betriebskrankenkassen machen es sich leicht; sie bewirken vom Arbeitgeber, dessen Interesse sie in erster Linie wahren müssen, daß von Zeit zu Zeit die älteren Arbeiter und andere ungünstige Risken entlassen werden, die dann andere Kassen belasten.

Die Zustände auf dem Gebiete der Krankenversicherung erfordern also gleichfalls den Ausbau der Arbeiterversicherung durch die Alters- und Invaliditätsversorgung.

Die Regierung hat sich aber nicht damit begnügt — von den Bruderladen abgesehen — Alles zu unterlassen; nein, sie unterband auch mit bureaukratisch plumper Hand die vorhandenen Ansätze, indem sie im Jahre 1882 die von den klassenbewußten Arbeitern errichteten Invalidenkassen zur Auflösung zwang. Von den aus der Initiative der Arbeiter hervorgegangenen Kassen ist nur die der Buchdrucker leistungsfähig erhalten geblieben.

Erst im Jahre 1892 kam das Gesetz über die registrirten Hilfskassen — zu spät! Das Gesetz ist noch heute so gut wie unbenützt, da die Prämien für die Alters- und Invaliditätsversicherung von den Arbeitern nicht aufgebracht werden können und die Unternehmer natürlich keine Lust haben, freiwillig arbeiterfreundlich zu sein und sich ihren Patriotismus viel kosten zu lassen.

Was an Invalidenkassen in einzelnen größeren Betrieben vorhanden ist, kommt für die Masse nicht in Betracht, kann übrigens auch für die Interessenten selbst nicht als ausreichende Fürsorge gelten, ganz zu schweigen davon, daß diese Kassen für den Unternehmer nur Mittel zu dem Zwecke sind, die Herrschaft im „eigenen“ Hause aufrecht zu halten. In den zwölf Handelskammerbezirken gab es nach einer Zusammenstellung der statistischen Zentralkommission vom Jahre 1898 bloß 362 Betriebe = 13·8 Perzent der Gesammtheit (15.308) mit 104.379 Arbeitern = 25·4 Perzent der Gesammtzahl (659.696), welche nothdürftige Einrichtungen zur Alters- oder Invalidenunterstützung hatten. Die wenigsten dieser Institute sind versicherungstechnisch fundirt, so daß man nicht von einem unter allen Umständen gesicherten Rechtsanspruch sprechen kann, für den die Kasse oder der Unternehmer haftet. Vielfach sind es nur nach dem 1867er Vereinsgesetze statuirte Unterstützungsfonds, die bloß nach Maßgabe der vorhandenen Mittel, das heißt nach Gutdünken des Unternehmers, kleine Unterstützungen gewähren. Wie da die Arbeiter betrogen und geschädigt werden, davon zu erzählen würde zu weit führen.

Es genügt diesfalls — um einige typische Beispiele anzuführen — an die Vorgänge bei den Provisionsfonds der Alpinen Montangesellschaft, der Prager Eisenindustriegesellschaft und gewisser Bahnen zu erinnern, woselbst seit 20 bis 30 Jahren ungezählte Arbeiterkreuzer aufgehäuft wurden, ohne daß die Unternehmung einen entsprechenden Betrag geleistet hätte, so daß heute die Sanirung der Fonds nothwendig ist.

Wie die Sanirung erfolgt? — Furchtbar einfach! Die älteren Arbeiter werden entlassen . . . . .

Doch selbst dort, wo derlei kapitalistische Brutalitäten nicht vorkommen, wo den Arbeitern ein gewisser Einfluß auf die Verwaltung eingeräumt und der Bezug der Provisionen geregelt ist, kann von einer Altersversicherung nicht gesprochen werden, weil schlechte Geschäftskonjunktur und darauffolgende Arbeitslosigkeit, Willkür der Unternehmung u. A. den Arbeiter jederzeit des Anspruchs berauben können. Schon die Feststellung des Begriffes der Invalidität durch die Organe der Unternehmung führt zu oft schreienden Ungerechtigkeiten, wie zahllose Fälle, die in der Arbeiterpresse veröffentlicht wurden, beweisen. Kurz, diese bei manchen Unternehmungen bestehenden „Wohlfahrtseinrichtungen“ sind nicht einmal Surrogate einer Alters- und Invaliditätsversicherung, sondern bloß Zwangsinstrumente der Ausbeuter zum Zwecke willkürlicher Einschränkung des Arbeitsvertrages.

Nicht besser wie den industriellen und kleingewerblichen Arbeitern geht es den ländlichen Proletariern und den Privatbeamten. Für Letztere versprach die Regierung zunächst eingreifen zu wollen. Bisher geschah nichts, und es wäre von den Privatangestellten thöricht, wenn sie ruhig und geduldig abwarten wollten, bis die Regierung sie erhört. Sie müssen gleich den gewerblichen Arbeitern laut und lauter ihre Stimme erheben, um sich wenigstens trockenes Brot für die Tage ihres Alters zu sichern.

Weder die Klerikalen und Christlich-Sozialen, noch die Deutsch- und Tschechischnationalen haben es an geschäftigen Schwindelanträgen von der bekannten Schablonenmache: „Die k. k. Regierung wird dringend aufgefordert, noch in diesem Sessionsabschnitte 2c.“, fehlen lassen. Das arbeitende Volk weiß, daß es von all' diesen Versprechungen nichts zu halten hat und daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die eine ausreichende Alters- und Invaliditätsver-

sicherung ernsthaft will. Die Regierung wie auch das Abgeordnetenhaus haben übrigens ihre Stellung zur Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung wiederholt gekennzeichnet.

Am 13. Dezember 1892 berichtete der Gewerbeausschuß über einen am 22. April 1891 eingebrachten Antrag, daß die Kranken- und Unfallversicherung nur als der erste Schritt auf der Bahn anzusehen sei, welche weiter verfolgt werden müsse, wenn man ernstlich soziale Reformen wolle und sich der Hoffnung hingebe, durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung die sozialen Gegensätze und die daraus entspringenden Gefahren für die heutige Gesellschaftsordnung mildern zu können. Ein weiterer Ausbau der Arbeiterversicherung sei aber umso dringender geboten, als sich aus den gegenwärtig noch nicht versicherten Gruppen von Erwerbsunfähigen zumeist die Bewohner von Armenhäusern und jene Unglücklichen rekrutiren, welche in ihren Heimatsgemeinden im „Abschubwege" verpflegt oder vielmehr nicht verpflegt würden.

Die Armen- und Heimatsgesetzgebung könne auch bei entsprechender Reform keine genügende Abhilfe schaffen, die private Alters- und Invalidenversorgung seitens der Arbeitgeber greife aber nur in den allerseltensten Fällen Platz, und die wenigen Industriellen und Großgrundbesitzer, welche eine Altersversorgung gewährten, thäten dies meist nur im Gnadenwege, ohne dem Arbeiter einen Rechtsanspruch zu gewähren.

Eine allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung könne selbst bei bescheidenen Leistungen unendlich viel Elend mildern, die fortschreitende Proletarisirung hemmen und wohl auch eine aufsteigende Klassenbewegung fördern. Gleichviel, ob man darin eine wirkliche Versicherung oder nur eine anderweitige Vertheilung der Armenlast erblicke, sei die Invaliditäts- und Altersversicherung geeignet, die Armenversorgung zum größten Theil zu ersetzen, beziehungsweise eine solche überhaupt erst zu schaffen.

Der Bericht befaßt sich dann mit der deutschen Invaliditäts- und Altersversicherung und weist darauf hin, daß, wenn man diesem Vorbilde in Oesterreich auch nicht durchwegs werde folgen können, so doch jedenfalls die Einführung einer allgemeinen Zwangsversicherung in öffentlich-rechtlichen Organisationen auf gemeinwirthschaftlicher Grundlage und die Betheiligung des Staates an den bezüglichen Gesammtlasten nicht zu umgehen sein dürften. Der Bericht schloß mit der Aufforderung an die Regierung, „die Vorarbeiten für die Einführung der allgemeinen zwangsweisen Invaliditäts- und Altersversicherung thunlichst zu beschleunigen und über den Stand derselben dem Abgeordnetenhause ehestens Bericht zu erstatten".

Aehnliche Resolutionen ergingen auch in den Landtagen einzelner Länder und in anderen öffentlichen Korporationen; seitdem sind wiederholt Anträge und Interpellationen von allen möglichen Seiten eingebracht worden, ein billiges Vergnügen für die bürgerlichen Abgeordneten, die sich im Lichte der Arbeiterfreundlichkeit zeigen und ihren naiven Wählern einreden wollen, daß sie für das Volk etwas „gethan" hätten.

Einige dieser Interpellationen wurden in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Mai 1895 durch den Minister des Innern, den Marquis Bacquehem, dahin beantwortet, daß die Frage der Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter den Gegenstand des Studiums der Regierung bilde, daß aber ein bestimmter Termin für die Erstattung konkreter Gesetzesvorschläge in dieser Richtung noch nicht in Aussicht gestellt werden könne, weil es sich dabei um die Lösung einer sowohl hinsichtlich der Organisation als der Aufbringung der Mittel äußerst schwierigen Frage handle, auch bei Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung die Frage einer entsprechenden Organisation der gesammten Arbeiterversicherung in Erwägung zu ziehen sein werde.

Aehnlich ausweichend war die Aeußerung des Ministers Badeni am 3. Juni 1896. Nur Eines ging mit aller Sicherheit aus den Reden der diversen Regierungsmänner hervor: daß ein staatlicher Zuschuß sowie eine Garantieleistung ausgeschlossen ist.

Von Seite der Regierung haben also die Arbeiter nichts zu erwarten, und dasselbe gilt von den bürgerlichen Abgeordneten, die sich nur deshalb der Arbeiter zu erinnern geruhen, weil diese Wähler geworden sind.

Daraus folgt: die Arbeiter müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen! Sie müssen laut und unaufhörlich fordern, daß ihnen in Form von auskömmlichen Alters- und Invalidenrenten mindestens ein Theil des Arbeitsertrages zurückerstattet werde, den man ihnen bei der Lohnzahlung vorenthält. Die sozialdemokratische Partei muß vor Allem diese Forderung aufstellen, damit dem Arbeiter, der alle Werthe produzirt und all den Reichthum schafft, womit die bürgerliche Gesellschaft ihr Leben genießt, wenigstens ein sorgenfreies Alter zutheil werde.

Heraus, Ihr Arbeitergreise und Krüppel, Ihr Insassen der Armenhäuser und „Badstuben", Ihr städtischen Pfründner und Nutznießer des Ausgedinges, Ihr „Einleger", Ihr „Ueberzähligen"! Heraus, Ihr Arbeitsinvaliden in Stadt und Land, in Feld und Wald und Werkstatt!

Wir wissen schon, was uns die sozialpolitischen Hofräthe, die Industriellen und Grundbesitzer sagen werden: „Woher nehmen? Wer zahlt die Kosten?" Man wird auf das Ausland hinweisen, die Konkurrenz wird wieder zu Tode geritten werden u. s. w. Die Agrarier werden sagen: Ihr Industrielle, geht nur voran! Die Industriellen werden dasselbe zu den Agrariern sagen. Denn wenn sich die Arbeiterfreundlichkeit ins Zahlen umsetzen soll, dann gilt der Vers Heine's von den zwei Schlachzizen mit einer kleinen Variante:

> Und da Keiner wollte leiden,
> Daß er selber etwas zahle,
> Zahlte Keiner von den Beiden.

Wir sind der Ansicht und verlangen es, daß der Staat, dem die Arbeiter direkt und indirekt dienen, dem sie über 91 Perzent der Steuereingänge verschaffen, für die Kosten der Altersfürsorge mitaufkommt. Der altgewordene Bürger hat ein unveräußerliches Recht darauf!

Der Hinweis auf das Ausland ist ganz und gar ungerechtfertigt. Das deutsche Reich besitzt übrigens eine, allerdings unzureichende, Alters- und Invaliditätsversicherung — und die Industrie Deutschlands ist bekanntlich weltbeherrschend geworden — Dänemark hat eine Altersversicherung, und andere Staaten, wie Schweden und England, sind nahe daran, sie einzuführen, während Frankreich vorläufig sich damit begnügt, die von der staatlichen Alterskasse und den Hilfsvereinen geleisteten Unterstützungen durch staatliche Zuschüsse aufzubessern.

Im Uebrigen: Warum beruft man sich denn stets auf das Schlechte, das anderwärts besteht, und nicht vielmehr auf das Gute? Warum übersieht man denn so geflissentlich, daß anderwärts die Arbeiter nicht nur mehr politische Freiheiten genießen, sondern auch unter günstigeren Lohn- und Arbeitsverhältnissen leben?

Von zwei Dingen eines: Entweder man zahle dem Arbeiter einen solchen Lohn, daß er sich davon die Altersfürsorge selbst leisten kann, oder man trage gefälligst diese Last allein! Ersparnisse zu erzielen, ist dem Arbeiter unmöglich, und es geht daher nicht an, ihm zuzumuthen, von seinem heutigen Lohn den ganzen erforderlichen Beitrag für Alters- und Invaliditätsversicherung zu erschwingen. Es genügt, diesfalls als gewiß unverdächtigen Kronzeugen den gewesenen Minister Baernreither aufzurufen, der gelegentlich der Berichterstattung über das Hilfskassengesetz Folgendes erklärte:

Die Mittelklasse, selbstständige Gewerbs- und Handelsleute u. s. w. können die nothwendigen Mittel zu der Invaliditäts-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung aufbringen; wenn wir aber den eigentlichen Lohnarbeiter ins Auge fassen, so kann als eine allgemeine Erfahrung ausgesprochen werden, daß nirgends in Europa der Lohn hoch und stetig genug ist, um es der großen Masse der Lohnarbeiter zu ermöglichen, diese über die Krankenversicherung hinausgehenden Versorgungen aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Selbst in England, wo gewisse Arbeiterschichten die höchsten Löhne unseres Erdtheiles genießen, hat es trotz eifriger Bestrebungen einzelner Gewerkvereine und Hilfskassen nur ein minimaler Theil der Arbeiterschaft dahin gebracht. Was in Frankreich auf diesem Gebiete für den eigentlichen Lohnarbeiter geleistet worden ist, wurde nur durch Zuschüsse der Unternehmer zustande gebracht; ebenso im Deutschen Reiche. Noch viel weniger könnte man bei unseren Lohnverhältnissen nur im Entferntesten darauf rechnen, daß der österreichische Arbeiter die Lasten, die eine Invaliditäts- und Altersversorgung ihm auferlegen würde, ganz aus Eigenem zu tragen im Stande wäre.

Wir müssen erklären, daß der Arbeiter die Lasten der Alters- und Invaliditätsversicherung überhaupt nicht, also auch nicht theilweise, tragen kann. Nach den „Mittheilungen des Finanzministeriums" (IV. Jahrgang, 3. Heft) über die Ergebnisse der Personaleinkommensteuer machten jene Steuerträger, welche ein Einkommen von 600 bis 1000 fl. beziehen, fast 58 Perzent, also weit über die Hälfte der Gesammtheit aus. Die Sache wird noch trauriger, wenn man bedenkt, daß die Besteuerung erst bei einem Einkommen von 625 fl. beginnt, und daß insgesammt nur 752.588 Personen, das ist 8·65 Perzent der gesammten Bevölkerung, besteuert werden, daß also elf Zwölftel, demnach die ungeheuere Mehrheit der Bevölkerung, von einem Einkommen unter 600 fl. zu leben gezwungen sind. . . .

Die Arbeiter dürfen also nicht belastet werden, obzwar die Prämien, selbst wenn sie nach dem Kapitaldeckungssystem berechnet werden, für eine Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter nicht so hoch sein müssen wie für einen Pensionsfonds, dem Bourgeois angehören. Die Arbeiter leben nicht so lange wie die Bourgeois! Die Gefahren des Berufes, die lange Arbeitszeit, der karge Lohn, die fressende Sorge, Noth und Entbehrungen kürzen das Dasein des Arbeiters bedeutend ab. Mit dem 40. Lebensjahre sinkt die Arbeitsfähigkeit des Arbeiters rapide, viel rascher als bei der übrigen Bevölkerung. Von 1000 Angehörigen der Gesammtbevölkerung leben nach 60 Jahren nur 44, von 1000 Arbeitern bloß 16! Nach 65 Jahren 33 Bourgeois, 8 Arbeiter, nach 70 Jahren 40 (!) Bourgeois, 4 Arbeiter.

Eine Ermittlung des versicherungstechnischen Departements im Ministerium des Innern hat ergeben, daß das Durchschnittsalter bei vielen Berufen ein ungemein niedriges ist, wie folgende Beispiele zeigen:

	Jahre
Fuhrleute	35·8
Bauarbeiter	35·3
Salinenarbeiter	34·0
Handschuhmacher und verwandte Berufe	30·7
Gold- und Silberarbeiter	30·3
Lederarbeiter	29·9
Buchbinder	29·9
Drechsler	29·6
Eisen- und Metallarbeiter	29·5
Holzarbeiter	29·4
Handlungsbedienstete	29·3
Bäcker, Zuckerbäcker	28·8
Schneider	28·3
Schuhmacher	27·0
Fleischhauer und Selcher	25·9

Bei den Arbeitern dieser Branche sinkt das Durchschnittsalter noch tiefer; in Zündhölzchenfabriken gar auf 25·3, bei Schneiderinnen auf 23·8, in Thon- und Porzellanwaarenfabriken auf 23·4, bei Buchbinderinnen auf 21·1 Jahre . . .

Also, die Herren Unternehmer dürfen unbesorgt sein: Die Arbeiter werden nicht alt. Und da die Herren Industriellen die vom Gewerbeinspektor ausgearbeiteten Unfallverhütungsvorschriften für unannehmbar erklären und die vor- und frühzeitige Invalidität der Arbeiter auch fernerhin bewahrt wissen wollen, so ist auch für die Zukunft nicht zu besorgen, daß die Arbeiter ein allzu hohes Alter erreichen! . . . . Die Versicherungstechniker können daher ruhig für die Arbeiter niedrigere Beiträge berechnen, als sie seinerzeit in den Achtzigerjahren für die Invalidenkassen der Arbeiter und in Deutschland berechneten, wo das Vermögen der Versicherungsanstalten den Kapitalswerth der Renten jetzt schon um 214 Millionen Mark übersteigt.

Hinsichtlich des Umfanges der Versicherungspflicht und der Leistungen der Anstalten nur soviel: Wir wollen, daß alle lohnarbeitenden Klassen und auch Kleinbürger, wenn sie nicht über ein gewisses Einkommen verfügen, obligatorisch versichert und derart versorgt werden, daß ihnen ein menschenwürdiges Dasein für den ohnedies kargen Rest ihrer Tage verbürgt wird. Das, was das deutsche

Gesetz den alten Arbeitern bietet — durchschnittlich eine halbe Krone täglich — ist ungenügend. Wir verlangen für die österreichischen Arbeiter mehr!

Eine Kardinalforderung, die wir hinsichtlich der zu schaffenden Alters- und Invaliditätsversicherung stellen, ist die Verwaltung der Versicherungsanstalten durch die Interessenten, wobei den Versicherten als den Hauptinteressenten zwei Drittel der Stellen in den Vertretungskörpern der Anstalten durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuräumen sind. Nur in der Selbstverwaltung der Arbeiter liegt eine Garantie dafür, daß die Institution nicht gegen die Interessen der Arbeiter verwaltet werde. Freilich müßte auch eine Reform der Unfall- und Krankenversicherung vorhergehen oder gleichzeitig vorgenommen werden. Denn nur dann, wenn die Organisation der Krankenversicherung vereinfacht wird, ist zu erwarten, daß die Kassenverbände die Alters- und Invaliditätsversicherung zur Zufriedenheit der Arbeiter durchführen werden.

Fassen wir unsere Forderungen in eine Resolution zusammen, so müßte dieselbe lauten: (Verliest dieselbe, Antrag 59.)

In der barbarischen vorgeschichtlichen Zeit hat man die arbeitsunfähig gewordenen alten Leute todtgeschlagen oder in die Wildniß ausgesetzt, wo sie von wilden Thieren gefressen wurden oder verhungerten. In unserem Jahrhundert der Humanität ist man zu dem Brauche der Wilden zurückgekehrt. Zwar schlägt man die alten Leute nicht direkt todt, denn das verbietet ja das Strafgesetz, sonst würde es vielleicht auch geschehen; aber daß ein arbeitsunfähiger Greis dem Hungertode preisgegeben wird, das ist in unserer Bourgeoisgesellschaft gar nicht so selten. Man braucht ihn übrigens auch nicht in der Wildniß auszusetzen, er kann mitten in der schönsten Stadt, wo Reichthum und Luxus Orgien feiern, ebenso leicht verhungern. Freilich pflegen die Armen in der Regel wenigstens ihren reichen Mitbürgern diesen Gefallen nicht zu thun, sondern greifen zum Bettel. Da der Bettel verboten ist, so kann man in der Tagespresse fast täglich von Gerichtsszenen lesen, die sich anläßlich der Verurtheilung erwerbloser Krüppel und Greise wegen Bettelns abspielen. Eines der „schönsten“ Kulturbilder dieser Art, das in einem Gerichtssaale zu sehen war, habe ich mir aus dem Jahre 1892 aufbewahrt. Damals berichteten die Wiener Blätter folgenden Fall, der sich bei einem Bezirksgerichte im Mai abspielte:

Vor diesem erschien ein 100jähriger Greis, begleitet von seiner 80jährigen Tochter. Der Hundertjährige konnte nicht mehr sprechen, sondern nur noch unverständlich lallen; seine Tochter mußte seine Sache führen. Der Alte war wegen Bettelns angeklagt, und die Tochter führte aus, man könne sein Benehmen nicht als Betteln bezeichnen, denn er könne nicht sprechen und auch nichts fordern; wenn ihm Jemand etwas gebe, so geschehe das eben aus Mitleid. Der alte Mann könne nicht mehr arbeiten, fuhr die 80jährige Tochter fort, und sie selbst könne ihm nur wenig geben, da sie gleichfalls nicht genug verdiene. Die Arme muß also noch arbeiten! Wehe ihr, wenn sie 100 Jahre alt wird!

Und das Wiener Gericht? Nun, es beschloß auf Antrag des Staatsanwalts, den Hundertjährigen von der Anklage des Bettelns freizusprechen, weil er nicht mehr arbeiten könne. So etwas muß in einem christlichen Staate erst durch einen ausdrücklichen Gerichtsbeschluß konstatirt werden!

Und was weiter? Der Alte kann seinen langsamen Hungertod weiter sterben und seine 80jährige Tochter mit ihm. Vielleicht schleppt ihn die diensteifrige Polizei noch öfter wegen Bettelns vor Gericht!

Wenn sich nur ein großer Maler fände, der diese Szene, den hundertjährigen Greis mit seiner 80jährigen Tochter vor Gericht, auf einem großen, farbenprächtigen Bilde verewigte! Dann würde die Nachwelt doch auch einen richtigen Begriff von der „Kultur“ dieses kapitalistischen Zeitalters bekommen. . . .

Wir vielgeschmähten und verleumdeten Sozialdemokraten wollen, daß der Lebensabend unserer Arbeitergreise sich sorgenlos gestalte, daß der Großvater und auch die Großmutter nicht als „Ueberzählige“ in der Familie empfunden werden, daß Kinder, Eltern und Großeltern in trautem Verein ihr Dasein genießen, ohne von Nahrungssorgen gepeinigt zu werden und Noth zu leiden. Was der Proletarierdichter Herwegh vor fünfzig Jahren von der Zukunft Fernen begehrte, weil es für ihn wirklich die ferne Zukunft war, das fordern wir von der Gegenwart:

„D a ß u n s ' r e G r e i s e n i c h t m e h r b e t t e l n g e h ' n." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dobiasch (Wiener-Neustadt): Ich würde es für sehr empfehlenswerth halten, daß die Frage der Altersversorgung in dem kommenden Wahlkampf stärker betont würde als bisher, denn diese erregt das Interesse der indifferenten Arbeiter weit mehr als alles Andere. Als in Wiener-Neustadt ein 40jähriger Arbeiter, der entlassen worden war, seinem Leben ein Ende machte, wurde über diesen Fall eine Versammlung einberufen. Ich habe darnach so viele Zuschriften aus der Umgebung bekommen, daß ich beinahe alle Tage eine Versammlung über diese Frage hätte abhalten können. Die schlauen Fabrikanten haben Hilfskassen errichtet, in deren Statuten es nicht heißt, daß der Arbeiter im Alter auf so und so viel Anspruch hat, sondern es wird gesagt, dem Arbeiter k a n n eine Unterstützung zutheil werden. In den Fabriken, wo solche Hilfskassen bestehen, müssen sich die Arbeiter Alles gefallen lassen, sie müssen sich ängstlich von unserer Partei ferne halten, um vielleicht im Alter der Gnade einer Unterstützung theilhaftig zu werden.

Wenn wir eine allgemeine Altersversorgung hätten, würden auch die Arbeiter ihre Rechte energischer vertreten können.

Bauer (Wien): Im Punkt 3 der Resolution heißt es: „Die Wartefrist hat bei Invaliditätsrenten 3, bei Altersrenten 20 Jahre zu betragen." Wenn Jemand erst mit 45 Jahren in ein Gewerbe eintritt, so müßte er 20 Jahre warten, um eine Altersrente bekommen zu können.

Im Punkt 2 heißt es aber, daß die Altersrente vom 60. Jahre an gewährt werden soll. Das ist also ein Widerspruch. In Deutschland tritt der Anspruch auf eine Altersrente erst mit dem vollendeten 70. Lebensjahre ein und besteht eine 30jährige Karenzzeit. Wenn also zum Beispiel ein Oesterreicher mit 55 Jahren nach Deutschland kommt, muß er auf die Altersrente bis zu seinem 85. Jahre warten. Ich wünschte, daß die 20jährige Karenzzeit vollständig gestrichen werde.

In den Punkt 4 sollte aufgenommen werden: „auch im Falle der Militärdienstleistung." Weiters hätte sich die Versicherungspflicht auf sämmtliche männlichen und w e i b l i c h e Personen zu erstrecken. Das ist aus dem Punkte 1 nicht ersichtlich.

Man könnte auch einschalten: „Ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit." Wenn nämlich nur die eigenen Staatsbürger die Vortheile dieser Versicherung genießen dürften, würden sich die Unternehmer, wenn sie verpflichtet würden, für Arbeiter Beiträge zu leisten, so viel wie möglich ausländische Arbeiter nehmen. Bezüglich der Lohnklassen möchte ich bemerken, daß hier nicht das Kalenderjahr, sondern das B e i t r a g s j a h r zu verstehen ist, wie auch in Deutschland. Das ist aber hier nicht ausgedrückt. Dann möchte ich fragen, was mit dem Lehrling geschieht, der mit 14 Jahren in die Lehre kommt und dem schon in der ersten Woche etwas passirt, wodurch er invalid wird? Es sollte hier heißen: „Die Invaliditätsrente vom 14. Lebensjahre an." Dann fehlt die Selbstversicherung. Es gibt eine Menge Hausweber, Bauern, Handwerker 2c., die in keinem Betriebe stehen und die sich selbst versichern wollen.

Krumpholz (Freudenthal): Unsere ausgemergelten Weber werden nicht erst mit 60, sondern schon mit 40 Jahren invalid. Die Unternehmer sind so schlau, wenn sie sehen, daß ein Arbeiter arbeitsunfähig wird, werfen sie ihn beizeiten hinaus. Wo kann ein solcher Mensch dann einen Verdienst finden? Auf der einen Seite zahlen die Unternehmer sehr niedrige Löhne, den Arbeitern, die im Akkord arbeiten, geben sie Prämien, wenn sie sich recht anstrengen, wodurch aber die Kraft des Arbeiters vorzeitig zu Ende geht, auf der anderen Seite sträuben sie sich aber, die Prämien für die Altersversicherung zu zahlen. Es wäre auch angezeigt, daß hier gesagt werde, daß eine Reform des Krankenversicherungsgesetzes anzustreben sei.

Vierkopf (Villach): Bei uns hat sich folgender Fall zugetragen: Eine Frau, die durch eine Krankheit die Sprache verloren hat, erschien in der Gemeinde. Sie wurde aufgegriffen. Da sie keine Dokumente hatte und man sich mit ihr nicht verständigen konnte, wurde sie i n d e n A r r e s t g e s t e c k t. Nach einigen Tagen wurde sie auf einem Leiterwagen in den Wald hinausgeführt und dort einfach abgeladen. (Pfuirufe.) So etwas geschieht in einer d e u t s c h n a t i o n a l e n Gemeinde.

Weiters ist mir vor Kurzem mitgetheilt worden, daß eine kranke Frau in einem Stall mitten unter dem Vieh untergebracht, also der „Versorgung" zugeführt wurde. Ich habe den Gemeindearzt von Villach geholt und wir haben die Frau aufgesucht. Wir fanden sie kaum zwei Meter von einer Kuh entfernt auf einem Bündel Stroh, mit einer Pferdedecke zugedeckt. Sie war eine Arbeitersfrau. Mehr als 20 Jahre war sie als Köchin bei Generalen und anderen hochstehenden Personen bedienstet gewesen. Zu ihrem Unglück hat sie geheiratet. Ihr Mann war zwei Jahre krank. Die Ersparnisse gingen drauf. Die Frau, die noch für ein Kind zu sorgen hatte, mußte sich mit schwerer Arbeit in Triest fortbringen. Endlich wurde sie krank und kam ins Krankenhaus. Die Gemeinde wollte aber die Verpflegskosten von 20 kr. per Tag nicht leisten und erklärte, sie werde die Kranke als Einlegerin übernehmen. Ein Bauer wurde nach Triest geschickt, um sie heimzubringen. Die Frau war gelähmt und konnte auch nicht sprechen. In der Gemeinde wurde sie nun von Stall zu Stall transportirt. Wir haben sie in einem erbärmlichen Zustande getroffen. Das ganze Gesicht war voll von Fliegen und Gelsen. Anstatt der Medizin wurde ihr Schnaps eingegossen. So sieht die Alters- und Invaliditätsversorgung in den Landgemeinden aus. Diesen schändlichen Zuständen muß ein Ende gemacht werden.

Widholz (Wien): Die Festsetzung von 80 Perzent des wirklichen Verdienstes als Maximum, wie es im Punkt 3 der Resolution heißt, scheint mir nicht so ohneweiters akzeptabel zu sein. Wir haben ja die Forderung erhoben, daß im Falle der Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes, da die 60perzentige Rente zu gering ist, dieselbe auf 100 Perzent und bei gänzlich arbeitsunfähigen Personen, die auf fremde Hilfeleistung angewiesen sind, auf 120 Perzent erhöht werde, und dieser Forderung haben in der Enquête auch die Unternehmer zugestimmt.

Den in der Resolution ausgesprochenen Gedanken, daß die Arbeiter keine Beiträge zu leisten haben sollen, begrüße ich auf das Wärmste. Bezüglich der jungen Invaliden müssen wir mit Rücksicht auf die bösen Erfahrungen bei der Unfallversicherung sehr vorsichtig sein. Wenn hier der Lohn zur Grundlage der Rente genommen wird, so besteht eine große Gefahr. Nach dem heutigen Gesetze wird als Lohn der Lehrlinge 300 fl. angenommen. Im Falle der gänzlichen Erwerbsunfähigkeit infolge eines Unfalles bekommt ein solcher Lehrling also 160 fl. und das bekommt er, auch wenn er noch 30 oder 40 Jahre lebt. Wie er damit auskommen kann, weiß ich nicht. Ich meine, es müßte für diesen Fall eine progressive Steigerung festgesetzt werden. Ich halte es übrigens für nothwendig, daß diese Resolution dem Verbande zugewiesen werde und bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Hackenberg (Krems): Ich glaube, es wäre besser, wenn wir den sozialdemokratischen Verband beauftragen würden, einen selbstständigen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Im Waldviertel haben wir im Schremser Bezirk ein Bezirksarmenhaus, das einen Fassungsraum für höchstens 40 Personen besitzt. In diesem Armenhause sind innerhalb sechs Monaten nicht weniger als 21 Personen gestorben. (Hört!) Die alten Leute werden dort man kann sagen vergiftet. Es werden ihnen zwei Jahre alte saure Rüben zum Essen vorgesetzt. Fleisch bekommen sie in der Woche nur zweimal. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn die Leute darauf verzichten, ins Armenhaus zu gehen. Im Gefangenhause des Kreisgerichtes habe ich einen 78jährigen Mann getroffen, der wegen Diebstahls zu sechs Monaten verurtheilt war. Der sagte mir: In meinem ganzen Leben habe ich's nicht so schön gehabt wie hier! Er ist aus dem Armenhause davongegangen und hat gestohlen, um ins Gefängniß zu kommen. Ich glaube, daß es für Versammlungen kein besseres und dankbareres Thema geben kann als die Altersversorgung, und auch bei den Bauern werden wir damit sehr viel Anklang finden.

Stark (Tachau): Auf Eines möchte ich aufmerksam machen. Im Punkt 2 werden 50 Perzent des faktischen Lohneinkommens als Mindestleistung vorgeschlagen. Wie steht es nun damit bei den landwirthschaftlichen und jenen industriellen Arbeitern, die vielleicht nur 30 Kreuzer per Tag verdienen? Es muß, glaube ich, ein Minimum von 2 Kronen festgesetzt werden. Darüber kann das faktische Lohneinkommen maßgebend sein.

Beutel (Aussig): Es hat uns bisher eine Direktive gefehlt, um gegenüber den skandalösen Vorkommnissen, wie wir sie heute gehört haben, Stellung zu nehmen. Auch hat es in den Parteiblättern hiefür keine ständige Rubrik gegeben. Wir müssen trachten, daß die Forderung nach einer besseren Alters- und Invaliditätsversorgung in Fleisch und Blut der arbeitenden Bevölkerung übergeht. Unter den indifferenten Arbeitern bestehen in dieser Richtung noch sehr getheilte Meinungen.

Die Rednerliste ist erschöpft.

Berichterstatter **Kaff** (Wien): Sehr richtig sind die Bemerkungen der Genossen Stark und Widholz in Bezug auf die Abschätzung des der Bemessung der Altersrente zugrunde gelegten faktischen Lohneinkommens. Es ist klar, daß bei gewissen Personen die Berechnung des Lohnes und die Fixirung der Altersrente nicht möglich wäre. Ebenso selbstverständlich ist, daß für solche Personen ein Existenzminimum von etwa 2 Kronen festgelegt werde. Gegen die Anregung des Genossen Bauer, daß die Uebernahme der Beitragsleistungen durch den Staat auch in dem Falle einzutreten habe, wenn der Betreffende seiner Militärdienstpflicht genügt, läßt sich nichts einwenden. Ich gehe in sehr wichtigen Punkten über die Forderungen hinaus, die der Verband aufgestellt hat. Unsere Abgeordneten haben in ihrem diesbezüglichen Antrag verlangt, daß die Deckung der Lasten der Alters- und Invaliditätsversicherung aufgetheilt werde zwischen Staat, Unternehmer und Arbeiter, während ich auf dem Standpunkt stehe, daß wir die Arbeiter von der Beitragsleistung befreien und diese Lasten nur dem Staat und den Unternehmern aufbürden sollen. Wir, die wir hier als die Vertreter der Arbeiter sitzen, haben keine Ursache, Opportunitätspolitik zu treiben wie unsere Abgeordneten. Wir verlangen, daß der Arbeiter mit diesen Lasten nicht belastet werden darf, daß vielmehr nur der Staat und das Unternehmerthum herangezogen werden sollen — eventuell in Zuschlägen zur Personaleinkommensteuer, wo aber dann das Einkommen bis zu 1000 Gulden, also die Arbeitereinkommen, von diesen Zuschlägen freizubleiben hätten. Ich würde Ihnen empfehlen, diese Frage nicht nur bei Gelegenheit der Wahlagitation, sondern auch bei anderen Gelegenheiten etwas mehr in den Vordergrund Ihrer Agitation zu rücken als bisher.

Abstimmung.

Der Antrag **65** wird in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Parteitag erklärt sich prinzipiell mit der vom Referenten vorgelegten Resolution einverstanden und beschließt, mit Rücksicht auf die erst in letzter Stunde erfolgte Vorlage derselben die Resolution dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses zu überweisen.“

Hiemit entfällt die Abstimmung über die Anträge **61, 62** und **63.**

Der Antrag **64** wird angenommen.

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Zur Beschickung des internationalen Kongresses ergreift das Wort

Dr. **Adler:** Parteigenossen! Der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Paris wird für die ganze sozialistische Welt eine ganz besondere Wichtigkeit haben. Es handelt sich gerade in diesem Augenblick um eine sehr kräftige Demonstration der Arbeiter aller Länder gegen die neuerlichen Kriege wie gegen die ganze Politik des Kapitalismus und der Bestialität, die wieder ihre Orgien feiert. Von unseren Bruderparteien — besonders der deutschen — werden für die Beschickung auch schon sehr umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Wenn wir auch leider nicht so reich sind wie unsere deutschen Genossen, wenn wir auch mit Arbeit aller Art überbürdet sind, so scheint es doch nothwendig, daß der Parteitag an die Landesorganisationen und Wahlkreise die Aufforderung richte, womöglich auch ihrerseits neben der offiziellen Beschickung des Kongresses durch die Parteivertretung einen Vertreter nach Paris zu entsenden. Es kann dies vielleicht bewerkstelligt werden, wenn sich mehrere Wahlkreise zu diesem Zweck vereinigen.

Da der Kongreß nicht nur ein Kongreß der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisationen ist, so versteht es sich von selbst, daß zumindest die großen Verbände der Industriegruppen ausreichend vertreten sind, umsomehr, als sich an den Kongreß eine ganze Reihe von internationalen Fachkongressen anschließen wird.

Ich stelle daher den Antrag:

66. Der Parteitag spricht sich dahin aus, es mögen sowohl die Industriegruppen, als insbesondere die größeren politischen Organisationen nach Maßgabe ihrer Mittel dafür sorgen, daß möglichst viele Vertreter nach Paris entsendet werden.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ressel (Grottau) hat folgenden Antrag eingebracht:

67. Es ist eine energische Aktion gegen die willkürliche und schamlose Erhöhung der Kohlenpreise über das ganze Reich einzuleiten.

Ressel (Grottau): Es wäre Pflicht der Parteivertretung gewesen, nicht nur einen energischen Vorstoß gegen die willkürliche Erhöhung der Kohlenpreise zu machen, sondern auch die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß nicht nur der Kohlengräberstreik die Erhöhung der Kohlenpreise bedang.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Die Erbitterung über die neuerliche Erhöhung der Kohlenpreise ist um so größer, als für diese Erhöhung eine Nothwendigkeit überhaupt nicht vorlag. Im Brüxer Revier zum Beispiel, wo übrigens die Löhne seit fünf Jahren relativ zurückgegangen sind, ist die Kohle seit dem Jahre 1895 um 48 Perzent im Preise gestiegen; im Brucher, Teplitzer, Duxer und in anderen Revieren ist sie um mehr als 50 Perzent gestiegen. Die Industrie muß ebenso wie die übrigen Konsumenten gegen diesen Kohlenwucher in Schutz genommen werden; Glasfabriken, Ziegeleien 2c. mußten ihren Betrieb einstellen. Wenn wir auch heute den Beschluß fassen, gegen die Kohlentheuerung zu Felde zu ziehen, so wird das wirkungslos bleiben. In der Gesetzgebung haben wir nicht so viel Macht, um die Herren zu zwingen, auf die Interessen der Bevölkerung und der Industrie Rücksicht zu nehmen. Wir können nur die Oeffentlichkeit zur Entrüstung aufrufen. Aber die Stirnen, die das ertragen haben, was ihnen während des Kohlenstreiks geboten wurde, werden auch das ertragen. Der Kohlenwucher ist die Ausgeburt der kapitalistischen Produktionsweise und wird erst mit ihr verschwinden.

Zeller (Teplitz): Auch anläßlich des Steigens der Kohlenpreise wurde seitens der Partei nicht so eingegriffen, wie es nöthig gewesen wäre. Draußen herrschte ursprünglich die Meinung, daß diese Erhöhung auf den letzten Streik zurückzuführen sei. In den Versammlungen haben wir aber die Leute aufgeklärt, daß die Preissteigerung ihren Grund in dem Kohlenmangel habe, der noch durch das seit einiger Zeit bestehende Kartell der Grubenbesitzer und Großkohlenhändler künstlich gesteigert wird. Dieses Kartell bringt nur ein gewisses Quantum auf den Markt und diktirt die Preise. Der Patriotismus der Herren offenbart sich da auch in recht eigenthümlicher Weise. Während für den inländischen Markt nicht genug Kohle vorhanden ist, auch für Geld nicht zu haben ist, schließen dieselben Herren mit sächsischen, preußischen und bayerischen Kohlenhändlern Verkaufsverträge ab. Die letzte Preiserhöhung der Kohle beträgt 10 bis 14 Kronen, ab 1. September sogar 24 Kronen per Waggon. Wenn diese Erhöhung mit den den Arbeitern gewährten Begünstigungen motivirt werden soll, die übrigens nur den älteren Arbeitern gewährt wurden und dazu dienen, um Zwiespalt in die Bergarbeiter hineinzutragen, so ist das durchaus ungerechtfertigt, weil die den Arbeitern zugestandenen Konzessionen schon durch vorausgegangene Preissteigerungen reichlich hereingebracht wurden, und weil auch die effektive Arbeitsleistung der Bergarbeiter sich wesentlich gesteigert hat.

Bartel (Teplitz): Ich bin dafür, daß wir den vorliegenden Antrag annehmen, dessen Durchführung aber der Parteivertretung überlassen. Bezüglich des Bergarbeiterstreiks wird die Sache so dargestellt, daß wir ihn jetzt als etwas Ungeschicktes ansehen. Wir als Partei haben aber den Streik überhaupt nicht provozirt. Die Bergarbeiter selbst haben den Streik gewollt; er ist ausgebrochen, ohne daß die Partei darauf Einfluß genommen hätte. Nachdem der

Streik ausgebrochen war, haben wir die Leute unterstützt; gerade die tüchtigsten Genossen haben sich mit dem Wenigsten begnügt, während wir gerade Leuten, die nicht zu unseren tüchtigsten Genossen gehört haben, die beste Unterstützung angedeihen ließen. Wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt wurden, so haben wir doch Erfolge errungen, die, unter dem Gesichtswinkel der österreichischen Verhältnisse betrachtet, bei der Macht der Grubenbesitzer und bei der parteiischen Stellungnahme der Behörden zu Gunsten dieser Grubenbesitzer gewiß nicht unbedeutend sind. Die Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen wurden nur durch den Streik errungen. Es ist eine willkürliche Verdrehung meiner Worte, als ob ich mit dem Worte „verkrachter Bergarbeiterstreik" hätte sagen wollen, daß die Partei mit dem Streik ein Fiasko gehabt hätte. Wir haben vielmehr das öffentliche Gewissen aufgepeitscht, wir haben einen großen Theil der Bergarbeiter aufgerüttelt und haben die Grundlagen für einen besseren Ausbau der Bergarbeiterorganisation geschaffen.

Dr. **Adler** (Wien): In der ganzen parlamentarischen Aktion des Achtstundentages im Bergbau hat ein Argument bei den bürgerlichen Sozialpolitikern und Antisozialpolitikern eine große Rolle gespielt, daß man nämlich die Achtstundenschicht nicht bewilligen könne, weil sie eine Erhöhung der Gestehungskosten der Kohle nach sich ziehen und dadurch die Kohlenpreise für die Konsumenten und insbesondere für die Industrie zu einer unerschwinglichen Höhe steigern würde. Man ging so weit, zu sagen, daß Erzherzog Friedrich, Baron Rothschild und Graf Larisch entweder bankerott werden oder die Kohle zu einem Preise verkaufen müssen, den die Industriellen nicht zahlen können. Für die Industriellen, die gegen ihr eigenes Interesse mit den Grubenbaronen und Kohlenwucherern gegen die Arbeiter zu Felde gezogen sind, und für jeden Anderen ist es heute gründlich erwiesen, daß zwischen den Gestehungskosten und dem Verkaufspreis der Kohle heute gar kein Zusammenhang besteht, sondern daß die Kohlenpreise einzig und allein von den Verhältnissen auf dem Weltmarkt abhängig sind, und daß diese Preise ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten durch das internationale Kohlenwuchersyndikat, welches besteht, rücksichtslos hinaufgetrieben werden. Wenn im nächsten Abgeordnetenhause die so lange verschleppte Frage der Schichtdauer der Bergarbeiter zur Verhandlung kommt — und unsere Abgeordneten werden dafür sorgen, daß sie in erster Linie auf die Tagesordnung gesetzt wird — dann wird dieses angeführte Argument nicht mehr gebraucht werden. Es zeigt sich da wiederum der absolute Bankerott unserer heutigen Wirthschaftsordnung, die ihre eigene Produktion nicht mehr beherrschen kann und an ihren Widersprüchen kläglich zugrunde geht. Eine sozialistische Gesellschaft oder ein Staat, wo die Arbeiter auch nur eine ausschlaggebende politische Macht hätten, würden mit den paar Wucherern von oben bis unten im Parlament in zwei Minuten fertig werden.

Der Antrag **67** wird hierauf angenommen und mit dessen Durchführung die Parteivertretung betraut.

Bartel (Teplitz) stellt folgenden Antrag:

68. Namens der Bezirksorganisation Teplitz wird beantragt, der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist in Nordböhmen abzuhalten. Die Wahl eines passenden Ortes bleibt der Parteileitung überlassen.

Afritsch (Graz) beantragt:

69. Der nächste Parteitag hat aus finanziellen Gründen in Wien zu tagen.

Bretschneider Ludwig (Wien): Parteitage sollen an Orten abgehalten werden, wohin auch die kleinsten Organisationen einen Delegirten schicken können. Ich bin daher dagegen, daß der nächste Parteitag oben an der Grenze des Reiches abgehalten werde; dadurch würde ein verkehrtes Bild unserer Organisation entstehen. Ich lade Sie daher Namens der Wiener Genossen ein, den nächsten Parteitag wieder in der Zentrale des Reiches, der Zentralstelle vieler Organisationen, abzuhalten, und beantrage:

70. Der nächste deutsche Parteitag hat in Wien zu tagen.

Der Antrag **68** wird mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge **69** und **70** werden angenommen.

Antrag Spielmann (Linz), Siegl (Linz), Prähauser (Salzburg), Pechota (Dornbirn).

71. In Anbetracht, daß es einer bedeutenden Anzahl von Wahlkreisen finanziell unmöglich gemacht ist, den Gesammtparteitag im entlegenen Krakau zu beschicken, daher diese Kreise unvertreten bleiben müßten, spricht der deutsche Parteitag in Graz den Wunsch aus, es möge die Gesammtexekutive in entsprechender Weise die Zustimmung der Wahlkreise zur Abänderung dieses Beschlusses einholen und gleichzeitig einen geeigneten Ort in Vorschlag bringen.

Wird gegen eine Stimme angenommen.

Dr. **Adler** (Wien) stellt folgenden Antrag:

72. Die Vertrauensmänner der Partei werden aufgefordert, ohne Rücksicht auf die wechselnden Nachrichten über die Auflösung des Reichsrathes sofort und mit aller Energie an die nothwendigen Vorarbeiten für die Neuwahlen zu gehen.

Dr. **Adler:** Es hat sich wieder eine kleine Verzögerung in den Entschließungen der Regierung eingestellt. Die Herren Polen wünschen nicht die Auflösung des Reichsrathes, sie wollen sich die Neuwahlen ersparen, weil sie ihnen zu viel Geld kosten. Niemand wird aber bezweifeln, daß trotzdem binnen Kurzem die Auflösung erfolgen wird. Es wird uns heute schon angekündigt, daß mit derselben ein Programm der Regierung publizirt werden wird. Was das heißt, wissen Sie: Es ist ein Leitartikel in der „Wiener Zeitung", der genau so viel werth ist, wie das Papier, auf dem er gedruckt ist. Wir haben also nicht zu erwarten, daß in nächster Zeit irgendwelche vernünftige Entschlüsse gefaßt werden, und wir müssen damit rechnen, daß die Wahlen nach dem bisherigen Wahlsystem vorgenommen werden. Wir konstatiren, daß Neuwahlen unter diesen Verhältnissen ein Schlag ins Wasser sind. Wenn sie aber für Oesterreich werthlos sind, so sind sie für uns nicht werthlos. Sie geben uns die Möglichkeit zu einer Agitation auf breitester Basis, und wir sind die Letzten, die über eine solche Gelegenheit etwa bekümmert sind. Wir gehen in die Wahlen mit der Ueberzeugung und dem felsenfesten Vertrauen, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich die einzige Partei ist, die ein klares Programm besitzt, die einen klaren Einblick in die Verhältnisse gewonnen hat und sich durch nichts täuschen läßt, aber auch Niemanden täuschen will, die aber auch die Entschlossenheit hat, ihren Willen durchzusetzen. Wir gehen in die Wahlen mit der Ueberzeugung, daß wir die Todtengräber dieses fluchwürdigen absolutistischen Systems in Oesterreich in allen seinen Formen sein müssen. (Lebhafter Beifall.) Ich will Sie bloß auffordern, Genossen, nicht auf weitere Nachrichten zu warten, sondern sofort, wenn Sie nach Hause kommen, mit aller Energie an die Arbeit zu gehen. Die Parteivertretung wird ihre Pflicht thun; wir fordern Sie auf, daß Sie in den einzelnen Wahlkreisen die Ihre thun.

Der Antrag **72** wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Schluß des Parteitages.

Vorsitzender Gen. **Popp:** Wir kommen nun zum Schlusse. Wir haben in Graz ein großes Stück Arbeit für unsere Partei geleistet, aber auch einige vergnügte Stunden verlebt. Die Grazer Genossen haben Alles gethan, um den Delegirten den Aufenthalt in dieser Stadt angenehm zu machen, und ich spreche ihnen Namens des Parteitages hiefür den Dank aus. (Beifall.) Der Parteitag hat uns gezeigt, daß es vorwärts geht. Nicht die Zahl der Delegirten am Parteitag ist maßgebend bei der Beurtheilung des Standes unserer Organisation, sondern maßgebend für die Fortschritte, die wir gemacht haben, sind die Berichte, die aus den Wahlkreisen eingelangt sind.

Wenn wir diese mit den Berichten früherer Parteitage vergleichen, so müssen wir zugestehen, daß wir Fortschritte gemacht haben. Mag die Situation noch so verworren sein, wir wissen, daß wir davon nicht den Schaden haben werden. Wir sind die einzige Partei, die eine feste Richtschnur hat und die vorwärts schreitet, unbekümmert um das, was rechts und links um sie vorgeht. Deshalb können uns alle die politischen Verwicklungen zwar die Arbeit erschweren, sie können uns in unserem Vormarsch hemmen, aber aufhalten können sie uns nicht.

Wenn wir auf die Arbeiten dieses Parteitages zurückblicken, müssen wir sagen: Wir haben uns neue Gesichtskreise eröffnet, wir haben uns neues Agitationsmaterial geschaffen, und die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Parlaments findet uns gerüstet und auf unseren Posten. Und wir wissen, wie Sie gestern auf dem Kommers die Mittheilung, daß das Haus aufgelöst sei, mit Jubel aufnahmen, so wird diese Nachricht im ganzen Reiche von den Genossen mit Jubel aufgenommen werden. Nicht nur, weil wir froh sind, dieses Haus losgeworden zu sein, sondern vornehmlich auch deshalb, weil uns neue Gelegenheit gegeben ist zu neuen Kämpfen, Gelegenheit, der Bevölkerung unser Programm zu entwickeln und damit die Thätigkeit unserer Gegner zu beleuchten, deren Ziel die Verdummung, Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes ist. (Beifall.) Wenn wir jetzt nach Hause kommen, dann geht es sofort in einen frischen, fröhlichen Krieg. Wir werden mit Frohmuth und Siegeszuversicht in den Wahlkampf eintreten, mit der Zuversicht, daß der Sieg unser sein muß.

Wir sind ein deutscher Parteitag. Dieselben Ziele, die wir verfolgen, streben aber alle Genossen, die diesem Reiche angehören, an. Ich bin überzeugt, daß sich die Genossen, mögen sie welcher Nation immer angehören, dort, wo nationale Gebiete aneinandergrenzen, gegenseitig unterstützen werden. Ich glaube, den Parteitag nicht besser schließen zu können als mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Hoch! Hoch! Hoch! (Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Elderſch (Brünn): Ich glaube im Sinne aller Delegirten zu sprechen, wenn ich den Antrag stelle, daß dem Präsidium für die umsichtige und mühevolle Leitung der Verhandlungen der Dank des Parteitages ausgedrückt werde. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Ich erkläre den Parteitag für geschlossen.

Die Versammlung singt stehend das Lied der Arbeit.

(Schluß des Parteitages 12 Uhr Mittags.)

Im Anschlusse an den Parteitag fand eine vertrauliche Sitzung aller Parteitagstheilnehmer statt, die zwei Stunden währte.

Angenommene Anträge.

Bericht der Parteivertretung.

Der Parteivertretung wird das Absolutorium ertheilt.

Die bisherigen finanziellen Abgaben der Landesausschüsse an die Reichsvertretung haben fortan zu entfallen.

Parlamentarische Thätigkeit.

Dem Verbande der Abgeordneten zugewiesen:

1. Der Parteitag fordert den sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses auf, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach bezüglich der Verbindung politischer Vereine untereinander kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht.

Dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten wird das volle Vertrauen ausgesprochen.

Parteitaktik.

2. Der Parteitag beschließt die Absendung folgenden Telegramms an die „Westböhmische Volkszeitung" in Saaz: „Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich begrüßt die unschuldig eingekerkerten Opfer deutschnationaler Niedertracht in Saaz." Der Parteitag leitet sofort eine Sammlung zu Gunsten der Familien der Saazer Inhaftirten ein.

4. Die Vorgänge der letzten drei Jahre und der nunmehr eingestandene Bankerott des Privilegienparlaments haben weit über die Kreise der sozialdemokratischen Partei hinaus die Ueberzeugung von dem Widersinn und der Unhaltbarkeit des Privilegienwahlrechts geweckt, in welchem alles politische Elend wurzelt, das heute auf Oesterreich lastet. In Erwägung dessen hält der Parteitag den Zeitpunkt für eine mächtige, sich über das ganze Reich erstreckende Agitation gegen den Volksbetrug der fünften Kurie und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für gekommen und beauftragt die Parteivertretung, sofort an die Organisation dieses Kampfes zu gehen.

10. Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, bei informatorischen Zuschriften an die Organisationen darauf hinzuweisen, daß bei allen größeren Aktionen der Partei in Versammlungen, Zeitungsartikeln 2c. 2c. die politische Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere das Wahlrecht der Frauen für alle Vertretungskörper, gefordert und begründet werde.

Parteipresse.

12. Dem zweiten Absatz des Punktes 8 des Organisationsstatuts wird folgende Fassung gegeben: Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben unter Zustimmung der Reichsparteivertretung von der Wahlkreiskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, wo Landesorganisationen bestehen, tritt an Stelle der Reichsparteivertretung die Landeskonferenz.

18. 19. 20. Die in den letzten beiden Jahren gegründeten politischen Parteiblätter „Vorwärts" (Tachau), „Wahrheit" (Brüx) und „Salzburger Wacht" (Salzburg) werden als Parteiorgane anerkannt.

22. Unter Berufung auf Punkt 8 des Organisationsstatuts, wonach Parteiblätter nur von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz gegründet werden können, beschließt der Parteitag: Der Antrag der Organisationen Mährisch-Schönberg und Wiesenberg ist der Landeskonferenz für Mähren und Schlesien mit dem Wunsche zuzuweisen, die „Volkswacht" mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse nunmehr als Parteiorgan anzuerkennen.

27. Der Verlag der „Glühlichter“ wird beauftragt, dem Blatte, das heute lediglich ein Wiener Witzblatt ist und hauptsächlich dem Kampfe gegen die Christlich-Sozialen dient, einen allgemeineren Charakter zu verleihen.

Der Parteivertretung wurden folgende Anträge zugewiesen:

14. Um der „Arbeiterinnen-Zeitung“ unter den Frauen und Mädchen mehr Verbreitung zu verschaffen, soll ihr Inhalt dahin geändert werden, daß leichtfaßliche sozialwissenschaftliche Artikel, sowie auch Artikel und Notizen über die Hauswirthschaft erscheinen.

15. Es ist für sämmtliche in deutscher Sprache nicht täglich erscheinenden Blätter eine Beilage zu schaffen, welche die Aufklärungsarbeit, und zwar über die Ziele der Sozialdemokratie, das Wesen der heutigen Produktionsweise und des Klassenkampfes zu besorgen hätte. Diese Beilage soll ferner eine Rundschau über die wichtigsten Ereignisse des In- und Auslandes, sowie hervorragende Reden unserer Parteigenossen zc. bringen.

Parteiorganisation.

33. Zu Punkt 1 der Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich: Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

44. Angesichts der Thatsache, daß wir ernsten politischen Kämpfen entgegengehen, angesichts der Thatsache, daß die territoriale Organisation in den Wahlkreisen und Wahlbezirken nicht in dem Maße ausgebaut ist, um insbesondere bei Wahlen thatkräftig und mit Erfolg eingreifen zu können, beschließt der Parteitag:

Den Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, in den Gewerkschaften auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie sich an dem Ausbau der territorialen Organisation mit allen Kräften betheiligen.

45. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrath ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesammtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise.

Der Parteivertretung wurden folgende Anträge zugewiesen:

30. Der Organisation der jugendlichen Arbeiter ist von Seite unserer Parteigenossen mehr Augenmerk zuzuwenden, als es bisher der Fall war; ferner soll auch darauf geachtet werden, daß die übermäßige sportliche Pflege eingeschränkt wird und sie mehr den ernsteren Bestrebungen zugeführt werden.

36. Das Parteisekretariat hat regelmäßig am Ende Juni und am Ende Dezember den Wahlkreisleitungen mitzutheilen, welche Ortschaften und Organisationen ihrer Verpflichtung in Bezug auf die Parteisteuer nachgekommen sind und in welcher Weise.

Die Wahlkreisleitungen haben nach Erhalt dieser Mittheilungen mit den säumigen Orten und Organisationen sogleich in Verbindung zu treten, um die strikte Durchführung der Parteisteuer zu veranlassen.

37. Der Parteitag beschließt: Die Parteivertretung hat im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission und der Kreisleitung des IX. böhmischen Wahlkreises in Gablonz in kürzester Zeit dafür zu sorgen, daß in Trautenau ein unabhängiger Vertrauensmann angestellt wird.

39. Der Parteitag möge beschließen, daß auch im Westschlesischen eine verläßliche agitatorische Kraft angestellt werde.

42. Das Parteisekretariat wird beauftragt, in seinen Zuschriften an die ihm bekanntgegebenen Lokalorganisationen besser als bisher eine Aufklärung (Instruktion) über die abzuführende Parteisteuer an die Parteivertretung als auch an die Wahlkreisvertretung zukommen zu lassen.

49. Resolution.

Obgleich die industriell-kapitalistische Entwicklung Oesterreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der

industriellen Arbeiterschaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf, ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, so weit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirthschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Drucke leiden wie die der Arbeiter. Ueberdies nöthigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der fünften Kurie mit seinen ungeheueren Wahlbezirken.

Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch theilweise unausgebaut sind, einzugehen, erklärt daher der Parteitag:

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind, an die Landarbeiter und Kleinbauern.

Sie muß ferner vor Allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservatismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Uebernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirthschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben und hat, indem sie es gemäß unserem Programm vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinziellen Kommunalpolitik ein sorgsames Augenmerk zugewendet werden.

Unter den *praktischen landwirthschaftlichen Reformen* ist für diejenigen einzutreten, die

1. *auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Vertheilung der Bodenprodukte abzielen*, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. *die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzenden gerichtet sind*, also: Aufhebung sämmtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. *die auf die allgemeine, der Gesammtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind*, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Ausbau des Versicherungswesens durch Uebernahme der Versicherungen durch den Staat, Errichtung von landwirthschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau, Verbesserung der Thierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch deren Handhabung geschädigten Landwirthe, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirthschaftlichen Unterrichts, Wahrung der Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung gegen die Uebervortheilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Oesterreichs von Ungarn;

4. *die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind*, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirthschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe analog den Gewerbegerichten, mit der Befugniß der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes um so innigeren Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen.

Der Parteivertretung zugewiesen:

53. Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung mit der Ausschreibung einer Preiskonkurrenz für eine den österreichischen wirthschaftlichen und politischen Verhältnissen angepaßte und leichtverständliche Agitationsschrift, welche für die Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung geeignet wäre.

54. Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, an jenen Orten, wo die Agitation durch Versammlungen momentan unmöglich ist, Agitationsbroschüren und -Schriften durch die dortigen Vertrauenspersonen unentgeltlich verbreiten zu lassen.

Gemeindewahlrecht.

Der Antrag Schuhmeier (**56**) wird der Programmkommission zugewiesen.

Alters- und Invaliditätsversicherung.

64. Um die Lösung der Frage des Ausbaues der Alters- und Invaliditätsversorgung zu beschleunigen, ist derselben in einer ständigen Rubrik der gesammten Parteipresse wie auch in den Volks- und Vereinsversammlungen mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden.

Der Antrag **65** wird in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Parteitag erklärt sich prinzipiell mit der vom Referenten vorgelegten Resolution einverstanden und beschließt, mit Rücksicht auf die erst in letzter Stunde erfolgte Vorlage derselben die Resolution dem sozialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses zu überweisen."

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

66. Der Parteitag spricht sich dahin aus, es mögen sowohl die Industriegruppen, als insbesondere die größeren politischen Organisationen nach Maßgabe ihrer Mittel dafür sorgen, daß möglichst viele Vertreter nach Paris entsendet werden.

67. Es ist eine energische Aktion gegen die willkürliche und schamlose Erhöhung der Kohlenpreise über das ganze Reich einzuleiten.

70. Der nächste Parteitag hat in Wien zu tagen.

71. In Anbetracht, daß es einer bedeutenden Anzahl von Wahlkreisen finanziell unmöglich gemacht ist, den Gesammtparteitag im entlegenen Krakau zu beschicken, daher diese Kreise unvertreten bleiben müßten, spricht der deutsche Parteitag in Graz den Wunsch aus, es möge die Gesammtexekutive in entsprechender Weise die Zustimmung der Wahlkreise zur Abänderung dieses Beschlusses einholen und gleichzeitig einen geeigneten Ort in Vorschlag bringen.

72. Die Vertrauensmänner der Partei werden aufgefordert, ohne Rücksicht auf die wechselnden Nachrichten über die Auflösung des Reichsrathes sofort und mit aller Energie an die nothwendigen Vorarbeiten für die Neuwahlen zu gehen.

Präsenz-Liste

des

Parteitages der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs

in Graz.

Kongreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung.
Afritsch Anton	Graz	Lokalorganisation Graz.
Ausobsky Alois	Wien	Parteikontrole.
Bartel Heinrich	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz.
Barth Josef	Gablonz a. N.	9. böhmischen Wahlkreis.
Bauer Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien IX.
Beer Heinrich	Wien	Parteivertretung.
Beer Rudolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XX.
Beutel Franz	Aussig a. E.	Lokalorganisation Aussig.
Bichl Rudolf	Graz	Landesorganisation Steiermark.
Bierkopf Peter	Villach	Lokalorganisation Villach.
Boschek Anna	Wien	Frauen-Reichscomité.
Bretschneider Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII.
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesorganisation Niederösterreich.
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Parteikontrole.
David Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI.
Dobiasch Josef	Wr.-Neustadt	Wr.-Neustadt, St. Veit, Leobersdorf, Eggendorf, Pottendorf, Pottenstein und Redaktion „Gleichheit".
Dolejši Johann	Wien	Redaktion „Solidarität".
Doubrawa Josef	Wien	Industriegruppe der Metallarbeiter Oesterreichs.
Drößler Florian	Graz	Lokalorganisation Graz.
Eich Wilhelm	Villach	Wahlkreis Kärnten.
Elderſch Mathias	Brünn	Lokalorganisation Brünn.
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung.
Emmerling Georg	Wien	3. Wiener Wahlkreis.
Exner Ludwig	Wien	Bezirksorganisation Wien V.
Feichtner Michael	Amstetten	Lokalorganisation Amstetten, Ulmerfeld, Kematen, Waidhofen, St. Valentin.
Freundlich Emmy	M.-Schönberg	Frauenorganisationen von Reutenhau, Philippsthal, Wiesenberg.
Freundlich Leo	M.-Schönberg	Lokalorganisation Mähr.-Schönberg, Landskron, Zwittau; Bezirksorganisation M.-Neustadt, Wiesenberg, M.-Trübau; Bezirks- und Lokalorganisation Müglitz.
Gerdinits Ferdinand	St. Pölten	Lokalorganisationen St. Pölten, Grafendorf, Wilhelmsburg, Pottenbrunn, Harland-Spratzern, Statersdorf.
Gröbner Johann	Wien	4. Wiener Wahlkreis.
Grünwald Julius	Wien	Fachbl. der Buchbinder &c. „Einigkeit".
Gschiel Marie	Graz	Frauen-Aktionscomité Graz.
Hackenberg Theodor	Krems	7. niederösterreichischen Wahlkreis.
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabg., Bezirksorganisation Haida-Steinschönau u. B.-Kamnitz.

Kongreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Hannich Ferdinand	Sternberg	6. mährischen Wahlkreis und Industriegruppe der Textilarbeiter.
Heller Hugo	Wien	Bezirksorganisation Wien VII.
Hofer Franz	Wien	Freie Organisation der Buchdrucker und Redaktion des „Vorwärts!"
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission.
Jodlbauer Josef	Graz	Bezirksorganisation Ried.
Kaff Sigmund	Wien	„Arbeiterschutz."
Kiesewetter Wilhelm	Reichenberg	Reichsrathsabgeordneter.
Klinger Anton	Rumburg	Die Bezirke Warnsdorf und Rumburg-Schluckenau.
Klingsbögl Hermann	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII.
Kraenkel Gustav	Falkenau a. E.	4. böhmischen Wahlkreis.
Krumpholz Konrad	Freudenthal	Jägerndorf, Freudenthal, Troppau.
Lagger Josef	Bozen	2. Tiroler Wahlkreis.
Maar Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien III.
Meizr Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XI.
Mischak Eduard	Wigstadtl	Wigstadtl, Groß-Glockersdorf, Odrau und Wagstadt.
Muchitsch Vinzenz	Graz	Landesorganisation Steiermark.
Müller August	Graz	Parteikontrole.
Pechota Franz	Dornbirn	Wahlkreis Vorarlberg.
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteivertretung.
Petersilka Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII.
Piringer Franz	Neunkirchen	Wimpassing, Ternitz, Putzmannsdorf.
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X.
Pokorny Alois	Brünn	Landesorganisation Mähren-Schlesien, Bezirksorganisation Brünn, Redaktion „Volksfreund".
Popp Adelheid	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung."
Popp Julius	Wien	Parteivertretung.
Prähauser Jakob	Salzburg	Parteikontrole und den Wahlkreis Land Salzburg.
Resel Hans	Graz	Reichsrathsabgeordneter.
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Grottau.
Rieger Eduard	Brünn	Reichsrathsabgeordneter.
Riese Arnold	Klagenfurt	Wahlkreis Land Kärnten.
Ruczka Karl	Wien	Industriegruppe der Lebensmittelarbeiter Oesterreichs.
Schatzmayr Johann	Spittal a. D.	Spittal, Gmünd, Malta und Möllbrücken.
Schäfer Anton	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg.
Scheibein Wilhelm	Innsbruck	1. Tiroler Wahlkreis.
Schenk Peter	Voitsberg	Bezirksorganisationen Voitsberg und Köflach.
Schiller Karl	Reichenberg	Parteivertretung und VIII. böhmischen Wahlkreis.
Schlesinger Therese	Wien	Redaktion „Der Handlungsgehilfe".
Schlinger Anton	Floridsdorf	8. niederösterreichischen Wahlkreis.
Schmid Josef	Niemes	Lokalorganisation Niemes.
Schönwälder Anton	M.-Schönberg	Bezirksorganisation M.-Schönberg.
Scholz Franz	Mildeneichen	Bezirksorganisation Haindorf-Friedland.
Schrammel Anton	Aussig a. E.	Reichsrathsabgeordneter.
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung.
Seidel Josef	Krumau	16. böhmischen Wahlkreis (deutsche Sektion).
Seliger Josef	Reichenberg	Parteikontrole.
Siegl Johann	Linz	1. oberösterreichischen Wahlkreis.
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung.
Smitka Johann	Wien	Parteikontrole.

Kongreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Smrčka Andreas	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV.
Spielmann Julius	Linz	1. oberösterreichischen Wahlkreis.
Stametz Josef	Eggenberg	Lokalorganisation Eggenberg.
Stark Simon	Tachau	Bezirksorganisation Podersam; Sangerberg, Petschau, Chotieschau und Staab.
Taub Salomon	Wien	Sozialdemokratische Eisenbahner.
Tomschik Josef	Wien	Redaktion „Der Eisenbahner".
Tuller Ludwig	Leoben	Lokalorganisation Leoben.
Wels Johann	Mödling	Lokalorganisation Mödling.
Widholz Laurenz	Wien	Industriegruppe der Holzarbeiter Oesterreichs.
Widlar Anton	Wien	Kontrolkommission Wien.
Winarsky Leopold	Wien	2. Wiener Wahlkreis.
Witzmann Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV.
Wlczek Josef	Wien	5. Wiener Wahlkreis.
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien II.
Wolfram Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien IV.
Zehetbauer Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XII u. XIII.
Zeller Eduard	Teplitz	Reichsrathsabgeordneter.
Zmuegg Moriz	Klagenfurt	Lokalorganisation Klagenfurt.

Als Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:

Georg von Vollmar (München), Mitglied des deutschen Reichs- und bayerischen Landtages;

Martin Segitz (Nürnberg), Mitglied des deutschen Reichs- und bayerischen Landtages.

Für die tschechoslavische sozialdemokratische Parteiexekutive:

Krapka Josef (Wien),

Nemec Anton (Prag).

Sprechregister.

Berichtigung.

Auf Seite 104, Zeile 19 von oben, hat die Ziffer **47** zu entfallen.

Inhalt.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten zu Aussig
vom 15. bis 18. August 1902.

Tagesordnung:

1. Konstituirung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Bericht der Parteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret und W. Ellenbogen.
3. Parteiorganisation. Berichterstatter: F. Skaret.
4. **Der österreichisch-ungarische Ausgleich.** Berichterstatter: W. Ellenbogen.
5. Wahl der Parteivertretung.
6. a) Parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Pernerstorfer.
   b) Parteitaktik. Berichterstatter: Viktor Adler.
7. **Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung in Oesterreich.** Berichterstatter: A. Schrammel.
8. Parteipresse. Berichterstatter: J. Popp.
9. Eventuelles.

Wien 1902
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

Einberufer des Parteitages:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Anna Boschek, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Georg Emmerling, Engelbert Pernerstorfer, Julius Popp, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik aus Wien. Franz Beutel (Aussig), Mathias Elderich (Brünn), Vinzenz Muchitsch (Graz), Jakob Prähauser (Salzburg), Josef Seliger (Teplitz), J. Spielmann (Linz).

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Julius Popp (Wien), Anton Schrammel (Aussig).

Schriftführer:

Vinzenz Muchitsch (Graz), Anton Schäfer (Reichenberg), Leopold Winarsky (Wien).

Mandatsprüfungskommission:

Franz Beutel (Aussig), Ludwig Bretschneider (Wien), Wilhelm Kiesewetter (Gablonz), Wilhelm Rießner (Brünn), Johann Siegl (Linz).

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, geräth dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigenthums an den Produktionsmitteln die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat kann der Träger dieser nothwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Aus-

nützung der Arbeiter zu Gunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurtheilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbstständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirthschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Thätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirthschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Beschlossen am Brünner Gesammtparteitag 1899.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor Allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem Anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.
2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.
3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.
4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.
5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesammtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte und, wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesammtvertretung, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, czechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein vom Parteivorstande zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer werden von denjenigen nominirt, die den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Ausschluß Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

II. Vertrauenspersonen.

Alle in einem Orte befindlichen Parteigenossen und -Genossinnen bilden zusammen die **Lokalorganisation**. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteimitglieder der einzelnen Orte in zu diesem Zwecke berufenen Parteiversammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Als Grundlage für den Ausbau der Lokalorganisation ist nach Thunlichkeit die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

Die Vertrauenspersonen mehrerer Lokalorganisationen bilden zusammen die **Bezirksorganisation**, deren Umfang, unter Berücksichtigung der territorialen Verhältnisse, von der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz bestimmt wird. Wo es die sprachlichen oder territorialen Verhältnisse nothwendig erscheinen lassen, können **Agitationsbezirke**, ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen, gebildet werden.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben.

Die **Wahlkreisorganisation**, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Diesem obliegt die

Förderung und Ueberwachung des Ausbaues der Organisation als auch die Agitation im Wahlkreis.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation auf Berufung des Agitationscomites nach Bedarf, mindestens aber einmal innerhalb eines Jahres zu einer Konferenz zusammen. Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der dem Kreise angehörenden Bezirksorganisationen unter Angabe von Gründen es verlangt. Die Wahlkreiskonferenz entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisorganisationen eines Kronlandes können sich zu einem Verbande (Landesorganisation) vereinigen. Zur Besprechung und Beschlußfassung von Angelegenheiten, die das ganze Kronland betreffen, und soweit sie durch das eigene Organisationsstatut dem Verbandsausschuß nicht vorbehalten sind, treten die Wahlkreisvertrauensmänner des betreffenden Verbandes nach Bedarf zu einer Verbandskonferenz zusammen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag, insoferne sie nicht schon durch die Bestimmungen der Kronländer geregelt ist.

Die Vertrauenspersonen der Lokal-, Bezirks-, Wahlkreis- und Landesorganisationen haben ihre Wahl mit genauer Angabe ihrer Adresse sofort dem Parteivorstande mitzutheilen.

Die Anstellung von Bezirksvertrauensmännern nach Vorschlag des betreffenden Bezirkes kann nur nach Zustimmung der Landes- oder Wahlkreisvertretung geschehen, die auch über die Person entscheidet.

III. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

IV. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen

hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassengeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

V. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VI. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat e i n e n Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungne oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, n i c h t aufgehoben.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes

der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei an den nach Aussig a. d. E. einberufenen Parteitag.

Der diesjährige Parteitag der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich ist der dritte seit Schaffung der nationalen Executiven.

Der letzte, in der Zeit vom 2. bis inclusive 6. September 1900 in Graz tagende Parteitag wurde unter dem Eindruck der vorzeitig erfolgten Auflösung des Parlaments geschlossen. Obzwar das die Auflösung betreffende Decret erst am 8. September kundgemacht wurde, so hatte der Parteitag dennoch Gelegenheit, noch am Schlusse seiner Tagung die Vorbereitungen zu den

bevorstehenden Reichsrathswahlen

zu treffen.

Bei der Unentschiedenheit der Regierung Koerber's schien es von vorneweg so gut wie ausgeschlossen, daß eventuelle Neuwahlen auf einem anderen als dem bis zur Lächerlichkeit verzerrten Fünfcuriensystem ausgeschrieben werden würden. Es wurde demzufolge am Parteitag auch ein Antrag angenommen, nach dem die Vertrauensmänner der Partei „... ohne Rücksicht auf die wechselnden Nachrichten über die Auflösung sofort und mit aller Energie an die nothwendigen Vorarbeiten für Neuwahlen zu schreiten haben". Wir hatten uns in unseren Voraussetzungen nicht getäuscht. Das Parlament, das sich auf Grund der alten Wahlverfassung als total lebensunfähig erwiesen hatte, wurde abermals, und zwar mit noch verschärfteren Gegensätzen während eines Zeitraumes von mehr als zwei Monaten durch directe und indirecte, durch geheime und öffentliche Wahlen mühselig, wie in keinem anderen Staate auf dem Continent, zusammengewählt.

Die Wahlbewegung selbst, die wohl an Lebhaftigkeit und äußeren Effecten, nicht aber an innerer Intensität der vom Jahre 1897 nachstand, hat das bereits im Berichte zum Gesammtparteitag (1901) dargestellte Resultat gehabt. Die deutsche Parteiorganisation hat fünf von den sieben bisher innegehabten Wahlkreisen verloren, dafür fünf neue wieder erobert. Alles in Allem verfügt unsere Gesammtpartei im Abgeordnetenhause über zehn Sitze, davon die deutsche Socialdemokratie sieben inne hat. Die geringe Zahl der errungenen Mandate steht allerdings in keinem Verhältniß zu den auf die socialdemokratischen Candidaten abgegebenen Stimmen. Der Zahl der auf die socialdemokratischen Candidaten vereinigten Stimmen nach müßte bei Einführung eines gerechten Proportionalwahlrechtes unsere Partei die stärkste im österreichischen Abgeordnetenhause sein, wie sie zweifellos die stärkste Partei in Oesterreich ist.

* * *

Im Einverständnisse mit der Gewerkschaftscommission und unter Zuziehung von Delegirten der Krankencassen wurde eine große Action zu Gunsten der

Invaliditäts- und Altersversicherung,

Witwen- und Waisenversorgung eingeleitet. Es wurde zu diesem Behufe ein eigenes Actionscomité eingesetzt, das die Vorarbeiten einzuleiten hatte. Zur intensiveren

Unterstützung dieser Bewegung wurden an alle Localorganisationen zum Zwecke des Sammelns von Unterschriften diesbezügliche Petitionen übermittelt. Weitere Petitionen wurden auch noch behufs Unterfertigung an diverse Gemeindevorstehungen, Arbeiterorganisationen sowie Krankencassen gesendet.

Der anfängliche Widerstand, der von einzelnen Genossen gegen die Betretung des Petitionsweges erhoben worden war, wurde nach entsprechender Aufklärung beigelegt. Handelte es sich dabei doch nicht, wie irrthümlich angenommen wurde, um einen Bittgang, sondern einzig und allein um eine Verstärkung der Propaganda, damit ein weiterer, der mündlichen Agitation weniger zugängliche Theil der Bevölkerung an der Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung interessirt werde. Die an das Abgeordnetenhaus überreichten Petitionen in Sachen der Altersversicherung bezifferten sich auf 5006. Darunter 1917 Petitionen mit 693.007 Unterschriften, 1480 Petitionen von Gemeindevorstehungen, 1201 Petitionen von Gewerkschaften und Arbeitervereinen und 408 von Arbeiterkrankencassen. Daß der Erfolg der Petitionen betreffs der Zahl der Unterschriften einigermaßen hinter unseren Erwartungen zurückblieb, ist wohl mit auf den Mangel an Thatkraft eines großen Theiles unserer Vertrauensmänner und nicht in letzter Linie auf das in dieser Sache zweifellos unbegründete, aber dennoch bei dem überwiegend großen Theile der städtischen wie ländlichen Bevölkerung vorhandene Mißtrauen zurückzuführen, das sie hindert, ihre Unterschrift unter eine Petition zu setzen.

Am 22. Juli 1901 fand in Angelegenheit der Invaliditäts- und Altersversicherung die erste große Volksversammlung in Wien statt, zu der aus allen Theilen Oesterreichs Zustimmungsschreiben und Telegramme einlangten und der eine große Zahl weiterer Versammlungen, zum Theil verbunden mit Demonstrationen, folgten. Am 17. October 1901, am Tage der Eröffnung des Abgeordnetenhauses, wurde vom Socialdemokratischen Verband ein Dringlichkeitsantrag über die Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung 2c. eingebracht, der am 25. October im Hause zur Verhandlung gelangte und einstimmig angenommen worden ist. Seit dieser Zeit hat man, mit Ausnahme der am 14. Jänner 1902 im Budgetausschuß von Seite der Regierung abgegebenen Erklärung: daß von der Fachsection des Ministeriums des Innern Grundzüge ausgearbeitet worden sind, die demnächst an die betheiligten Centralstellen zur Begutachtung abgegeben werden sollen, nichts mehr darüber gehört.

* * *

Angesichts der außerordentlich ungünstigen Geschäftsconjunctur vom Jahre 1901 auf 1902, unter der die Arbeiter der meisten Branchen, insbesondere aber die in der Metallindustrie und im Baugewerbe beschäftigten zu leiden hatten und noch leiden, wurde von der Reichsrathsfraction am 17. October 1901 im Abgeordnetenhause ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, betreffend die

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Antrag verlangte die Einbringung eines Gesetzentwurfes, nach dem es der Regierung gestattet werde, die durch das Investitionsgesetz bis zum Jahre 1905 bewilligten Credite sofort in Anspruch nehmen zu können; die sofortige Inangriffnahme und Durchführung der beschlossenen Eisenbahnbauten sowie der Spitalbauten für Wien; Untersagung der Ueberstundenbewilligungen durch die Gewerbebehörde 2c. Dieser Antrag gelangte am 24. October 1901 zur Verhandlung; er wurde angenommen und im socialpolitischen Ausschusse — begraben.

Den Thatsachen zum Trotze wurde von Seite der bürgerlichen Gegner als auch der verschiedenen politischen Verwaltungsstellen das Vorhandensein einer stärker auftretenden Arbeitslosigkeit in Abrede gestellt. Durch mehrere große Versammlungen der Arbeitslosen in und außerhalb Wiens, sowie durch eine unter Leitung des Gen. Dr. Verkauf jedoch nur auf Wiener Betriebe beschränkte Enquête wurde zur Genüge bewiesen, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse insbesondere in den bereits oben bezeichneten Branchen abnorm schlechte waren. Die

Ergebnisse der Enquête gelangten ausführlich in der „Arbeiter-Zeitung" zur Veröffentlichung.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die außerordentlich ungünstige Geschäftsconjunctur von einer Reihe von Unternehmern dazu benützt, das bisher durch die Arbeiterschaft Errungene oft noch unter das ursprüngliche Niveau herabzudrücken. Dank der bei einzelnen Branchen besonders gut ausgebauten Gewerkschaftsorganisation blieb es erfreulicherweise vielfach nur bei den Versuchen. In der That ist von einzelnen Branchen der Beweis glänzend erbracht worden, wie viel eine gut ausgebaute und gut geführte Gewerkschaftsorganisation gerade zur Zeit der wirthschaftlichen Krise für die Arbeiter zu leisten im Stande ist.

* *
*

Zu dem in der Zeit vom 23. bis inclusive 27. September 1900 in Paris stattgefundenen

Vierten internationalen Arbeitercongreß

wurden von der deutschen Parteiexecutive die Genossen Ellenbogen, Pernerstorfer und Skaret, von Seite der „Arbeiter-Zeitung" Gen. Adler delegirt. Auf dem Congresse selbst wurde unter Anderem die Errichtung eines internationalen Secretariats mit dem Sitze in Brüssel beschlossen. Als Mitglieder des Bureaus für die deutsche Socialdemokratie in Oesterreich wurden die Genossen Adler und Skaret gewählt. Die Kosten für das internationale Secretariat werden von den socialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder getragen, der auf Oesterreich entfallende Theil von den einzelnen nationalen Executiven.

* *
*

Durch das am 1. Jänner 1901 in Kraft getretene

neue Heimatsgesetz

hat sich der Wirkungskreis und die Thätigkeit der localen Centralstellen unserer Partei um ein Beträchtliches erweitert. In den größeren Orten wurden ständige Bureaux errichtet, in denen durch unsere Vertrauensmänner nicht nur Auskünfte in allen Angelegenheiten des Heimatsrechtes ertheilt, sondern wo vielfach auch gleich die hiezu nothwendigen Gesuche und sonstigen schriftlichen Arbeiten an die Rath holenden Personen unentgeltlich gemacht wurden. Einen sehr heißen Kampf hatten unsere Vertrauensmänner auch gegenüber den verschiedenartigen und nachtheiligen Auslegungen des Heimatsgesetzes mit den einzelnen Gemeindevorstehungen zu führen, einen Kampf, der auch heute noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten ist.

Im Kampfe um eine halbwegs vernünftige Auslegung und Handhabung des neuen Heimatsgesetzes im Sinne des Gesetzgebers stand die socialdemokratische Partei den arbeiterfeindlichen und reactionären Gemeindeverwaltungen allein gegenüber, während die nationalen und christlich-socialen Arbeitervereinigungen in Sachen des Heimatsgesetzes den ablehnenden Standpunkt ihrer Gemeindeverwaltungen billigten und so gegen die Arbeiter frondirten. Zur Ehre der Vertrauensmänner unserer Partei sei es gesagt, daß sie den Kampf um das Heimatsrecht der Arbeiter mit ebensoviel Nachdruck als Erfolg gegen den schmutzigen Egoismus der Gemeinden geführt haben und noch führen.

* *
*

Sehr wichtig sind einige Vorkommnisse auf dem Gebiete des

Coalitionsrechtes,

das von den Arbeitern Oesterreichs, trotzdem es ihnen durch das Gesetz seit Jahrzehnten gewährleistet ist, in der Praxis Schritt für Schritt erst durchgesetzt werden

muß. Hieher gehört vor Allem folgender Fall: Es hatte noch bis vor Kurzem zu den Gepflogenheiten gewisser Behörden und ihrer Organe gehört, daß unterstützungsberechtigte organisirte Arbeiter, wenn sie ohne Baarmittel angetroffen worden, als subsistenzlos behandelt und nach dem Vagabundengesetz abgeurtheilt wurden. Im Sommer 1901 waren nun zwei organisirte Buchdrucker, die in Oberösterreich reisten, verhaftet und nach dem Vagabundengesetz zu Arrest verurtheilt worden, obwohl sie ihre Zugehörigkeit zum Fachverein und damit ihre Berechtigung zum Bezug einer Reiseunterstützung nachweisen konnten. Dieses ungeheuerliche Urtheil wurde sogar vom Kreisgericht Steyr in zweiter Instanz bestätigt. Auf eine Eingabe des Verbandes der Buchdrucker und Schriftgießer in Wien wurde jedoch vom Obersten Gerichts- und Cassationshofe die principiell wichtige Entscheidung gefällt, daß diese Urtheile als gesetzwidrig aufgehoben und zu neuerlicher Entscheidung an die Untergerichte zurückverwiesen wurden. Nunmehr erfolgte natürlich Freispruch.

Zugleich veröffentlichte das Justizministerium in seinem Verordnungsblatte vom 18. September 1901 an die ihm unterstehenden Gerichtsbehörden und Organe nachstehende Mittheilung:

> Es ereignen sich Fälle, daß Personen wegen Verdachtes der Landstreicherei angehalten werden, die infolge Zugehörigkeit zu einem bestimmten Berufe, insbesondere aber infolge geleisteter Einzahlungen Anspruch auf Reiseunterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit haben. Bei Angehörigen einzelner Arbeiterverbände ist dieser Anspruch einer Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit ähnlich. Dieser Umstand dürfte bei Beurtheilung der Frage, ob der Angehaltene die Mittel zu seinem Unterhalte besitzt, regelmäßig von Bedeutung sein. Es wird sich daher in Fällen dieser Art empfehlen, auch zu erheben, ob ein solcher Anspruch besteht oder ob er nicht etwa infolge unbegründeter Verweigerung von Arbeit verwirkt ist.

Für die organisirte Arbeiterschaft ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von eminent principieller Wichtigkeit. Sie bezeichnet es als eine Verletzung des Gesetzes, daß bei dem angeklagten Arbeiter auf seinen Unterstützungsanspruch bei der Organisation keine Rücksicht genommen worden ist. Sein erworbener Anspruch, das heißt seine Organisation, schützt ihn somit vor Verurtheilung wegen Landstreicherei.

* * *

Hat hier der Oberste Gerichtshof einen kleinen Fortschritt in der Richtung zu einer modernen Auffassung des Coalitionsrechtes bekundet, so zeigt eine geradezu ungeheuerliche Entscheidung des Reichsgerichtes, wie unserer Bureaukratie die reactionärste Tendenz noch in den Knochen liegt. Anstatt daß der Staat jede Anstrengung der Gewerkschaften, dem Problem der Arbeitslosigkeit näher zu treten, unterstützen würde, tritt er jeder solchen Bemühung hinderno in den Weg. Das Ministerium des Innern hatte solchen Statuten von Vereinen, die Arbeitslosenunterstützung bezwecken, die Genehmigung versagt. Das sodann angerufene Reichsgericht fällte folgende Entscheidung, die als historisches Document für Oesterreichs Rückständigkeit hier wörtlich Platz finden soll:

> Nach dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 13. April 1901, Z. 10.466, stellt sich die Bestimmung des § 2, lit. b, der vorgelegten Statuten im Zusammenhalte mit jener des § 17 insoferne als gesetzwidrig dar, als mangels jeder Unterscheidung zwischen ordnungsmäßigem und gesetzwidrigem Austritte aus der Arbeit die Unterstützung auch solcher arbeitsloser Vereinsmitglieder im Rahmen der statutenmäßigen Vereinsthätigkeit gelegen wäre, die die Arbeit ohne Einhaltung der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist verlassen haben. Nach der Ueberzeugung des k. k. Reichsgerichtes ist diese Auffassung begründet, denn im § 2, lit. b, wird unter den Zwecken des Verbandes angeführt: „Unterstützung seiner Mitglieder in Fällen der Arbeitslosigkeit.“ Eine Unterscheidung innerhalb dieser Fälle wird daselbst nicht gemacht, somit muß angenommen werden, daß nach dieser Statutenbestimmung der Verein seine Mitglieder in allen Fällen der Arbeitslosigkeit, somit auch dann zu unterstützen hätte, wenn die Arbeitslosigkeit die Folge eines gesetzwidrigen Austrittes aus der Arbeit sein würde. Die Richtigkeit dieser Auffassung ergibt sich aus dem § 17 der Statuten, und zwar deshalb, weil dieser Paragraph das bezügliche Recht der Mitglieder nur in der Richtung einschränkt, daß das betreffende Mitglied nicht muthwillig aus der Arbeit ausgetreten sein darf. Es bedarf nun weiter

seiner Ausführung, daß die Begriffe „muthwilliger Austritt“ und „gesetzwidriger Austritt“ sich nicht decken, daß es zweifellos Fälle geben kann, in denen der Austritt gesetzwidrig ist, ohne daß er im Sinne des § 17 als muthwillig bezeichnet werden könnte. Da sonach bei Bestand des § 17 der Statuten statutenmäßig der Verein laut § 2, lit. b, die Unterstützung auch in Fällen solcher Arbeitslosigkeit zu gewähren hätte, welche die Folge eines gesetzwidrigen, nicht nur muthwilligen Austrittes ist, so ist diese Statutenbestimmung zweifellos geeignet, gesetzwidrigen Austritt zu erleichtern und zu befördern, weshalb sie als rechtswidrig (§ 878 a. b. G.-B.) bezeichnet werden muß.

Wenn man bedenkt, daß die Vereinsleitungen keinerlei Möglichkeit haben, Untersuchungen darüber anzustellen, ob ein Unterstützungswerber die Arbeit in gesetzwidriger Weise verlassen hat oder nicht, so kann man daraus ermessen, wie weit man die chicanösen Drangsalirungen der Arbeiter treiben will und wie selbst von höchster richterlicher Stelle das Coalitionsrecht zu Gunsten der Unternehmer eingeschränkt wird. Doch auch zu dieser Hacke wird und muß sich ein Stiel finden. An der Verständnißlosigkeit unserer obersten Richter darf das Coalitionsrecht nicht scheitern.

Organisation.

Das wichtigste Ergebniß für die Partei innerhalb der Berichtsperiode war der im November 1901 in Wien abgehaltene österreichische Gesammtparteitag, der seine Hauptaufgabe, die Revision des Parteiprogramms, nach einer eingehenden und bedeutungsvollen Discussion mit gutem Erfolge löste. An Stelle des alten Hainfelder Programms ist nunmehr für die österreichische Socialdemokratie das Wiener Programm getreten. Möge es uns gleiche Erfolge bringen!

In organisatorischer Beziehung hat sich in dieser Berichtsperiode nicht sonderlich viel verändert. Das im Jahre 1897 am Wiener Parteitag geschaffene Organisationsstatut hat innerhalb der deutschen Parteiorganisation noch nicht die volle Anerkennung gefunden. Während einerseits unsere Genossen noch an der alten Kronlandsorganisation festhalten, sind sie andererseits wieder von der Wahlkreisorganisation zur strammen Landescentralorganisation zurückgekehrt.

Wie bereits aus dem Berichte der deutschen Executive an den letzten Gesammtparteitag hervorgeht, wurde in einer am 7. April 1901 in Linz stattgefundenen Landesconferenz beschlossen, die bisherige Form der Wahlkreisorganisation aufzulassen und wieder zur Landesorganisation mit dem Sitze der Centrale in Linz zurückzugreifen.

Desgleichen fand am 26. und 27. Mai 1901 eine auf Initiative der Parteivertretung nach Teplitz einberufene Conferenz der deutsch-böhmischen Wahlkreise statt. Auf dieser wurde beschlossen, für Böhmen einen Verband aller deutschböhmischen Wahlkreise zu schaffen, an dessen Spitze der Verbandsausschuß, respective die Verbandsexecutive mit dem Sitze in Aussig-Teplitz steht. Die Aufbringung der Mittel für den Verband wurde vorläufig mit 10 Percent von den Einnahmen der Wahlkreise festgesetzt. Zweck des Verbandes ist die einheitliche Leitung von parteipolitischen, sich auf das ganze Kronland erstreckenden Actionen. Der Verband hatte seit der kurzen Zeit seines Bestandes wiederholt Gelegenheit, sich in dieser Richtung zu bethätigen, und wollen wir an dieser Stelle unter Anderem sein Eingreifen in die im October des Vorjahres stattgefundenen Landtagswahlen in Böhmen, sowie die Protestaction gegen die drohende Biersteuer anerkennend hervorheben. Aber so wie fast überall, fehlt es auch dem Verbande an den hiezu erforderlichen Mitteln, um seinen Aufgaben gegenüber den deutsch-böhmischen Wahlkreisen voll und ganz nachkommen zu können.

Wir unterlassen es diesmal, an dieser Stelle eine ziffermäßige Darstellung über die Stärke der Organisation zu geben, da bei der äußerst mangelhaften Berichterstattung durch die Local- und Bezirksorganisationen ein wahrheitsgemäßes Bild nicht geboten werden kann. Betonen jedoch müssen wir, daß mit wenigen Ausnahmen, der territorialen Organisation, dem Ausbau der Straßen- und

Häuserorganisation, nicht in dem Maße entsprochen worden ist, wie es im Interesse unserer politischen Parteibewegung nothwendig gewesen wäre und wie es der am Grazer Parteitag gefaßte Beschluß forderte.

Von den dem Parteivorstande am Grazer Parteitag zugewiesenen Anträgen können wir nur berichten, daß von Seite des Parteisecretariats wiederholt der Versuch gemacht worden ist, Zusammenstellungen jener Orte und Organisationen zu machen, die in Bezug auf Parteisteuer ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind. Der Erfolg stand vielfach in keinem Verhältniß zu der hiefür aufgewendeten Arbeit, was, wenn auch nicht begreiflich, so doch erklärlich ist durch den Umstand, daß ein großer Theil der Vertrauensmänner mehr den localen als den Gesammtbedürfnissen unserer Parteiorganisation Rechnung trägt.

Was den Antrag, betreffend die Anstellung eines unabhängigen Vertrauensmannes in Trautenau (IX. böhmischer Wahlkreis), anbelangt, so hat der Parteivorstand das Einvernehmen mit der Gewerkschaftscommission allerdings gesucht, mußte jedoch dabei eine ablehnende Haltung einnehmen, da die dortigen Genossen an Stelle Trautenaus Braunau als Sitz des Vertrauensmannes in Vorschlag brachten.

Dem Wunsche der westschlesischen Wahlkreisorganisation wurde in der Weise entsprochen, daß seit 1. August 1901 eine unabhängige agitatorische Kraft mit dem Sitze in Bielitz angestellt worden ist, zu der von Seite des Parteivorstandes ein entsprechender Zuschuß geleistet wird. Desgleichen wurde unter Mitwirkung des Parteivorstandes und der Gewerkschaftscommission eine agitatorische Kraft in Ostschlesien (Jägerndorf), eine im VI. mährischen Wahlkreise (Neutitschein) und eine im III. böhmischen Wahlkreise (Blattnitz) im Vorjahre angestellt.

Die zwölf unter Mithilfe des Parteivorstandes angestellten Vertrauensmänner erhalten zusammen eine monatliche Subvention von Kr. 244·— aus dem Parteifonds regelmäßig ausbezahlt.

Wenn bei Anstellungen und Subventionirungen von Vertrauensmännern nicht immer alle Wünsche der betreffenden Organisationen von Seite des Parteivorstandes berücksichtigt werden konnten, so deshalb, weil wir, an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt, über das Maß der vorhandenen Mittel hinaus nicht gehen konnten.

Agitation.

Selbstverständlich wurde neben dem Ausbau der Organisation mit demselben Eifer auch der Agitation in der Berichtsperiode von Seite des Parteivorstandes das größte Augenmerk zugewendet. Leider ist das Parteisecretariat immer weniger in der Lage, den allzu massenhaft steigenden Anforderungen nach Zuweisung von Referenten entsprechen zu können, und dies hauptsächlich auch deshalb, weil sich die überwiegende Mehrzahl der diesbezüglich gestellten Wünsche vorwiegend nur auf Abgeordnete und da wieder nur auf einzelne bestimmte Personen beschränkt.

So sehr wir die Gründe, die unsere Parteigenossen bei derartigen Wünschen leiten, anerkennen, so wenig liegt es in unserer physischen Möglichkeit, ihnen in vollem Umfange gerecht werden zu können.

Erfreulicherweise tritt in schon mehr vorgeschrittenen Orten neben die mündliche Agitation immer mehr das geschriebene Wort, wozu neben der Parteipresse und diversen Flugschriften auch die Kalender sich als sehr wirksam erwiesen haben.

Erschwert wird unsere Agitation in vielen Orten durch die gerade in den letzten Jahren häufig vorgekommenen Saalabtreibereien. In solchen Orten müßten es sich die Parteigenossen angelegen sein lassen, an Stelle der mündlichen Agitation für eine rege Verbreitung von Parteizeitschriften, Agitationsbroschüren und von dem fast eigens zu diesem Zwecke bestimmten „Lichtstrahlenkalender“ einzutreten. Soweit die Parteigenossen dieser Verpflichtung nachgekommen, erwiesen sich die Saalverweigerungen als ein vollkommen unwirksames Mittel. Dabei aber zeitigten sie unter den Genossen vielfach den Gedanken nach Erwerbung oder Erbauung eines

eigenen Heims. Leider ist bei der Art der Geldbeschaffung, sowie bei einer Reihe anderer scheinbar untergeordneter, aber dennoch wichtiger Fragen nicht immer mit der nothwendigen Vorsicht vorgegangen worden, und wurde der Parteivorstand vielfach erst dann zu Rathe gezogen, wenn an der Sachlage nichts mehr zu ändern war. So sehr wir den Wunsch der Genossen, besonders jener Orte, in denen ihnen die Ausübung jeder Vereinsthätigkeit durch Localabtreibereien erschwert wird, bezüglich der Erwerbung eines „eigenen Heims“ begreiflich finden, so sehr müssen wir die mit derartigen Geschäften oft vollständig unvertrauten Genossen zur größten Vorsicht mahnen.

Die Zahl der in der Berichtsperiode abgehaltenen Versammlungen dürfte der von den früheren Jahren in gar nichts nachstehen. Wegen der mangelhaften Berichterstattung der einzelnen Organisationen müssen wir jedoch diesmal von der Wiedergabe von Ziffern absehen.

Als einen erfreulichen Fortschritt unserer Parteibewegung müssen wir es bezeichnen, daß an Stelle der vielfach überflüssig lärmenden Agitation positive Kleinarbeit getreten ist, und daß sich bei dem größten Theile unserer Parteigenossen endlich die Erkenntniß durchgerungen hat, daß unter der hauptsächlich industriellen Arbeiterschaft uns noch ein genügend großes Gebiet der agitatorischen Thätigkeit eröffnet ist, ohne bemüssigt zu sein, unsere Kräfte und Mittel anderweitig zwecklos zu vergeuden.

Wahlen.

In die Berichtszeit fallen die Reichsrathswahlen 1901, deren ziffermäßiges Ergebniß wir bereits im Berichte an den in Wien abgehaltenen Gesammtparteitag (1901) niederlegten.

Am 2. Juli 1901 fand die Ergänzungswahl des X. Wiener Gemeindebezirkes Favoriten in den niederösterreichischen Landtag statt. Von der christlich-socialen Partei wurden, um sich in diesem Landtagswahlbezirke behaupten zu können, die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht. Trotz des außerordentlich hinterhältigen und complicirten Wahlrechtes zum Landtag ist es der Energie und Thatkraft unserer Parteigenossen dennoch gelungen, dem socialdemokratischen Candidaten Gen. Dr. Adler zum Siege zu verhelfen. Von 8469 abgegebenen giltigen Stimmen erhielt der Socialdemokrat Adler 4298, sein christlich-socialer Gegner 4125 und der czechisch-nationale Zählcandidat 41 Stimmen.

Gen. Adler ist nicht nur der einzige Socialdemokrat im niederösterreichischen Landtage, sondern der erste socialdemokratische Abgeordnete in Oesterreich überhaupt.

Bei den im October 1901 in Böhmen stattgefundenen Landtagswahlen wurde bei einem Steuercensus von 8 Kronen das erstemal auf Grund des directen Wahlrechtes gewählt. Trotz des für die Arbeiterverhältnisse in Böhmen unverhältnißmäßig hohen Census hat die Socialdemokratie bei den am 8. October stattgefundenen Wahlen in den deutschen Landgemeindebezirken, sowie bei den am 11. October stattgefundenen Wahlen in den Städtebezirken achtunggebietende Erfolge errungen.

Die höchste Stimmenanzahl, die in den Landgemeindebezirken sich auf die socialdemokratischen Candidaten vereinigte, betrug im Reichenberger Bezirke 1207. In den zwei Landgemeindebezirken Böhmisch-Leipa und Reichenberg kamen die Socialdemokraten in die Stichwahl, wo sie dem vereinigten bürgerlichen Kuddelmudel unterlagen. In den Städtebezirken betrug die höchste Zahl der auf die socialdemokratischen Candidaten abgegebenen Stimmen 649. In einer Reihe von Landgemeinden- als auch Städtebezirken hatten unsere Parteigenossen bei der Stichwahl die Entscheidung vollständig in der Hand.

Neben den Wahlen in den Landtag haben sich unsere Genossen in der Berichtsperiode bei den Gemeinde- und Personaleinkommensteuerwahlen mit immerhin nennenswerthen Erfolgen betheiligt.

Am 19. November 1901 fanden die Wahlen in den Grazer Gemeinderath (III. Wahlkörper) statt. Auf die socialdemokratische Liste wurden

1244 bis 1294, für die Nationalen 1014 bis 1059, für die Clericalen 426 bis 472 Stimmen abgegeben. Es war somit eine Stichwahl zwischen Socialdemokraten und Deutschnationalen nothwendig, die am 22. November stattfand und bei den von den fünf zu wählenden Gemeinderäthen drei Mandate den Socialdemokraten zufielen. Unsere Partei hat somit derzeit sieben Sitze im Grazer Gemeinderathe inne.

Einen nicht minder günstigen Erfolg constatiren wir bei den am 13. Jänner 1902 stattgefundenen Gemeindewahlen in Wiener-Neustadt. Es wurden dort gegen die vereinten bürgerlichen Gegner von unseren Genossen zwei von fünf Mandaten erobert. Die Zahl der im Wiener-Neustädter Gemeinderathe befindlichen Socialdemokraten ist somit auf drei gestiegen.

Ein heißer Kampf wurde am 12. März 1902 um das Gemeinderathsmandat des XI. Wiener Bezirkes (IV. Wahlkörper) geführt, leider ohne den gewünschten Erfolg. Von den 5794 abgegebenen giltigen Stimmen fielen 2293 auf den socialdemokratischen, 3335 auf den christlichsocialen und 150 Stimmen auf den Candidaten der deutschen Volkspartei. Die socialdemokratischen Stimmen waren gegenüber der letzten Wahl um 450, die der Christlich-Socialen dagegen um 1000 gestiegen. Die unverhältnißmäßig hohe Steigerung der Stimmen bei den Christlich-Socialen beweist zur Genüge die schamlosen Wahlschwindeleien, deren sie sich bedienen und denen sie fast ausschließlich ihre Wahlerfolge zu verdanken haben.

Das Eindringen der Genossen in die Gemeindevertretungen war in der Berichtsperiode ein so umfangreiches, daß wir außer Stande sind, die einzelnen Erfolge alle hier anführen zu können. In einigen Fällen wurde von den Genossen nicht nur der III., sondern auch der II. Wahlkörper erobert, so daß wir heute schon einige allerdings kleine Gemeinden besitzen, an deren Spitze ein socialdemokratischer Bürgermeister steht. Durch die Bethätigung der Genossen an den Gemeindewahlen und das Eindringen in die Gemeindevertretungen ist vielfach ein frischer Zug in die Gemeindeverwaltung gekommen. Aufgabe der local organisirten Genossen wird es daher sein, diesen Eroberungsfeldzug fortzusetzen, um so auf die Gemeindeverwaltungen mehr als bisher Einfluß gewinnen zu können.

Neben den Gemeindewahlen hat sich unsere Partei in der Berichtszeit an den Wahlen in die Personaleinkommmensteuer-Schätzungscommission wiederholt mit Erfolg bethätigt. Wir erwähnen hier unter Anderem die Wahlsiege unserer Genossen in Linz (4. Jänner 1902), Mödling (8. Jänner 1902), Floridsdorf (9. Jänner 1902) und Wien in den Bezirken II, X und XI am 20. Jänner 1902.

Maifeier.

In den beiden letzten Jahren nahm die Maifeier als Demonstration gegen die politische und wirthschaftliche Entrechtung der arbeitenden Classen einen vollständig befriedigenden Verlauf. Durch die Ungunst der wirthschaftlichen Verhältnisse beeinflußt, mußte in einzelnen Orten von der allgemeinen Arbeitsruhe an diesem Tage Abstand genommen werden. Dafür fanden am Abend die Zusammenkünfte der Parteigenossen statt, woraus man erkennen konnte, daß sie, wenn auch der Noth gehorchend, sich von der Feier des 1. Mai kein Jota nehmen lassen werden. Am Vormittag des 1. Mai fanden wie gewöhnlich Versammlungen, Nachmittags Ausflüge statt, die, was die Zahl der Theilnehmer anbelangt, die vorhergegangenen Jahre übertrafen. Das Märchen von dem Zurückgehen unserer Maibewegung wurde selbst in diesem Jahre, trotz des außergewöhnlich schlechten Wetters, zur Genüge durch die Thatsache widerlegt, daß die Betheiligung an den Versammlungen, insbesonders in den größeren Parteiorten, eine bedeutend stärkere war als vordem. Offenbar haben die Unternehmer erkennen gelernt, daß der Widerstand gegen die Freigabe des 1. Mai nicht nur nichts fruchtet, sondern geeignet ist, ganz überflüssige Conflicte hervorzurufen.

Parteipresse.

In dem Stande unserer Parteipresse ist in der Berichtszeit eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Die gesammte politische Parteipresse umfaßt derzeit 27 Blätter, darunter eine Neugründung für den II. schlesischen Wahlkreis, die „Bielitzer Volksstimme“.

Ueber den derzeitigen Stand der deutschen Parteipresse gibt folgende vergleichende Tabelle eine genaue Uebersicht:

a) politische Blätter:

Es erscheinen:

	1900	1902
Täglich	1	3
Wöchentlich zweimal	3	3
Wöchentlich einmal	16	20
Vierzehntägig	2	2
Monatlich zweimal	2	1
Zusammen	24	29

Wie aus obiger Zusammenstellung ersichtlich, hat sich die Gesammtzahl der politischen Blätter um fünf vermehrt. Die täglich erscheinenden Blätter haben sich von einem auf drei vermehrt, und zwar wurde der bis im Herbst 1900 als Wochenblatt erscheinende „Arbeiterwille“ (Graz) in ein Tagblatt umgewandelt und vom Parteivorstande eine kleine Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ unter dem Titel „Volkswacht“ im October 1900 herausgegeben. Letzteres Blatt ist bezüglich seines Absatzes ausschließlich nur für Wien berechnet. Die Ziffer der wöchentlich einmal erscheinenden Blätter hat sich von 16 auf 20 erhöht. Hinzugekommen sind: „Vorwärts“ (Tachau), „Wahrheit“ (Brüx) und „Volkswacht“ (Mähr.-Schönberg), die wohl schon zur Zeit des Grazer Parteitages bestanden, jedoch als Parteiorgane noch nicht anerkannt waren, sowie die „Bielitzer Volksstimme“, die am 21. März 1902 das erstemal erschienen ist.

b) Gewerkschaftsblätter:

Es erscheinen:

	1900	1902
Wöchentlich einmal	5	3
Monatlich dreimal	3	4
„ zweimal	6	7
„ einmal	3	6
Vierzehntägig	5	6
Vierteljährlich siebenmal	1	—
halbjährlich neunmal	1	—
Zusammen	24	26

Es ergibt sich somit eine Vermehrung der Gewerkschaftsorgane um zwei Blätter. Hiezu kommt noch das Organ für Krankenversicherung „Arbeiterschutz“, das zweimal, sowie das Organ der Stenographen und der Naturfreunde, das einmal monatlich erscheint.

Unsere politische Parteipresse verfiel, soweit aus der sehr ungenügenden Berichterstattung zu ersehen, in der Berichtsperiode hundertsiebenzehnmal der Confiscation. Darunter wurde das oberösterreichische Organ „Die Wahrheit“ (Linz) allein achtunddreißigmal confiscirt, eine Leistung, mit der der Linzer Staatsanwalt zweifellos allein auf dem Continente dastehen dürfte.

Unsere Parteipresse erfreut sich jedoch nicht nur im In-, sondern auch im Auslande der außerordentlichen Aufmerksamkeit und Liebenswürdigkeit der Staatsanwälte. So wurde die „Arbeiter-Zeitung“ im Jahre 1901 wegen an-

geblicher Verspottung Kaiser Wilhelms von deutschen Gerichtshöfen zweimal verurtheilt und ihr gleichzeitig auf zwei Jahre das Postdebit entzogen.

Der auf dem Grazer Parteitag dem Parteivorstande zugewiesene Antrag, betreffend die Schaffung einer Beilage für die in deutscher Sprache erscheinende Parteipresse, konnte wegen der vorläufig zu hohen Herstellungskosten und der mangelnden Betheiligung einer Reihe von Blättern nicht zur Verwirklichung gebracht werden. Es soll damit nicht gesagt werden, daß in einem späteren Zeitraume dieser Gedanke nicht zur Ausführung gebracht werden könnte.

Gemäß des ebenfalls dem Parteivorstande zugewiesenen Antrages wegen Ausschreibung einer Preisconcurrenz für eine Agitationsschrift, die sich besonders zur Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung eignen sollte, erfolgte eine Ausschreibung am 1. März 1901. Bis zur gestellten Frist (1. Juni) liefen vier Arbeiten von Preiswerbern ein, als verwendbar erwies sich keine dieser Arbeiten.

Strafregister.

Das Ausmaß der Strafen, die unsere Genossen in der Berichtsperiode zu erleiden hatten, ist diesmal erfreulicherweise weit hinter dem des Berichtes zum Grazer Parteitag zurückgeblieben. Die Ursachen der verminderten Strafen dürften nicht so sehr in einer milderen Auffassung der Behörden gegenüber uns Socialdemokraten, als in dem Umstande zu suchen sein, daß die Thätigkeit unserer Parteigenossen in der Berichtsperiode mehr auf den inneren ruhigen Ausbau der Organisation, als auf besondere politische Kämpfe gerichtet war. Ein weiterer Umstand ist der, daß die Aufzeichnungen über politische Verfolgungen und Strafen bei einzelnen Wahlkreisen höchst mangelhaft geführt werden, und daß von einer Anzahl Wahlkreise*) bis zur Fertigstellung dieses Berichtes Berichte überhaupt nicht eingegangen sind.

Es betrugen sonach die Freiheitsstrafen, womit unsere Genossen deutscher Zunge, soweit Berichte vorliegen, in der abgelaufenen Periode bedacht worden sind, **3 Jahre, 9 Monate schweren Kerker und 4 Jahre, 3 Monate, 10 Tage einfachen, sowie verschärften Arrest. Die Geldstrafen beliefen sich insgesammt auf 3870 Kronen.**

* * *

Wie aus vorstehendem Berichte ersichtlich, galt die Thätigkeit unserer Partei in der abgelaufenen Berichtsperiode weniger den mit besonderer Leidenschaft geführten Demonstrationen und politischen Kämpfen, als vielmehr vorwiegend dem Ausbau der Organisation und der Abwehr gegenüber Versuchen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Aus dem Berichte geht aber noch ein Zweites hervor: das unaufhaltsame Vorwärtsdringen und das Eindringen der Socialdemokratie in alle Theile der Reichs-, Landes- und Communalverwaltung. Obwohl noch klein an Zahl, haben unsere Vertreter dennoch, wo immer sie in öffentlichen Körperschaften auftraten, eine achtunggebietende Stellung eingenommen. Durch das ruhige, zielbewußte Auftreten ist es unseren Genossen gelungen, weit über ihre Zahl hinaus sich Einfluß und Anerkennung zu erobern, so daß das Märchen von der Alles zerstörenden Socialdemokratie immer mehr in das Bereich der Kinderstuben getreten ist.

*) Von nachstehenden fünf Wahlkreisen sind bis zur Fertigstellung des Berichtes des Parteivorstandes (31. Juli 1902) keine Wahlkreisberichte beim Parteisecretariate eingelangt: III. böhmischer Wahlkreis (Tachau); XVI. böhmischer Wahlkreis (Krumau); III. Wiener Wahlkreis (V., VI., XII. und XIII. Wiener Bezirk); VII. niederösterreichischer Wahlkreis (Krems); I. Tiroler Wahlkreis (Innsbruck).

Mitten im Trubel der ärgsten chauvinistischen Excesse auf der einen Seite und der wirthschaftlichen Krise auf der anderen ist die Socialdemokratie auf dem ihr durch ihr Programm vorgezeichneten Wege unaufhaltsam vorwärts geschritten.

Was wir bis heute erreicht haben, ist zweifellos dem außerordentlichen Opfermuthe unserer Parteigenossen zu danken, und wir können nur wünschen, daß sowohl im Interesse unserer Parteibewegung als auch im Interesse des gesammten arbeitenden Volkes sich dieser Opfermuth auch weiterhin bewähren möge. So schwer die Opfer, die der Einzelne, sowie die Gesammtheit zu tragen hatte, auch gewesen sein mögen, so erfüllt uns doch das befriedigende Bewußtsein: Sie wurden nicht umsonst gebracht!

Ferdinand Skaret,
Parteisecretär.

Bericht des Parteicassiers.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in dieser Berichtsperiode ungefähr gleichgeblieben. Ein Zeichen des regelmäßigen Fortschritts der Parteibewegung ist insbesonders die starke Steigerung der Ausgaben für den Agitations- und Inhaftirtenfonds, die von der Fürsorge der Parteivertretung für die Propaganda und die Gemaßregelten Zeugniß ablegt. Neu hinzugetreten zu den früheren Fonds ist das „Zünderconto", und es wird bei dieser Gelegenheit den Genossen nahegelegt, das Möglichste für den Vertrieb der Volkszünder, die sich als ergiebige Einnahmsquelle der Partei erweisen, zu thun.

Gebahrungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1902.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Deficit
	in Kronen			
Baarsaldo vom letzten Parteitag	4.170·18	—	4.170·18	—
Agitationsfonds	36.155·58	42.036·52	—	5.880·94
Inhaftirtenfonds	872·63	4.163·79	—	3.291·16
Wahlfonds	3.223·70	2.851·60	372·10	—
Maizeichenconto	5.604·43	2.809·46	2.794·97	—
Broschürenconto	9.194·35	1.400·—	7.794·35	—
Medaillenconto	151·70	697·16	—	545·46
Zünderconto	1.386·12	902·40	483·72	—
Summe . .	60.758·69	54.860·93	15.615·32	9.717·56
Saldo vom 1. Juli 1902 . . .	5.897·76		5.897·76	
		Hievon baar . . .	5.560·97	

Der Parteicassier:
Dr. Ellenbogen.

Revidirt und richtig befunden:
Die Controle:

F. Beutel, M. Eldersch, G. Emmerling, L. Muchitsch, J. Prähauser, J. Seliger, J. Spielmann, J. Tomschik.

Wien, 10. Juli 1902.

Frauen-Reichscomité.

Die Thätigkeit des Frauencomités war speciell im abgelaufenen Jahre sehr wenig initiativ. Die Mitglieder des Comités sind von den Organisationen so sehr in Anspruch genommen, daß es nur in geringem Maße möglich war, noch außerhalb derselben eine hervorragende Thätigkeit zu entfalten.

Das Frauencomité war bemüht, die Correspondenz mit den Genossinnen der Provinz aufrechtzuerhalten, doch muß leider constatirt werden, daß die früher so intensive Thätigkeit der Genossinnen nachgelassen hat. Die Berichte und Correspondenzen laufen sehr spärlich ein, das Comité aber, das hier nachhelfen und urgiren sollte, ist durch seine stete Mittellosigkeit gehindert. Die 10 Kr. monatlicher Subvention, die der niederösterreichische Landesausschuß dem Frauencomité gewährt, war die einzige regelmäßige Einnahme, die uns zur Verfügung stand und wurde fast ausschließlich auf Correspondenzen verwendet. Referentinnen wurden zu politischen, gewerkschaftlichen und § 2-Versammlungen entsendet; an Sitzungen und Berathungen zum Zwecke der Arbeiterinnenorganisation haben die Genossinnen des Comités wiederholt theilgenommen. Wenn auch Manches sich ereignet hat, das scheinbar nicht dem Wirken des Frauencomites entsprang, so waren es doch die Mitglieder des Comités, welche in hervorragender Weise an allen Vorkommnissen und Erfolgen der Arbeiterinnen betheiligt waren.

Erfolge hat die Arbeiterinnenbewegung thatsächlich zu verzeichnen. In erster Linie ist es die gewerkschaftliche Organisation der Tabakarbeiterinnen, welche erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Ueber Initiative der Tabakarbeiterinnen hat die Gewerkschaftscommission zu Pfingsten dieses Jahres eine Reichsconferenz der Tabakarbeiterinnen einberufen, bei welcher die Gründung einer Reichsorganisation beschlossen wurde.

Weiters ist es nach langen Bemühungen gelungen, in Wien einen „Verein für socialdemokratische Frauen und Mädchen" zu gründen. Dreimal wurden die Statuten zurückgewiesen, ehe es den Genossinnen der Landstraße und von Favoriten möglich war, endlich die so lang ersehnte Organisation zu besitzen.

Außer diesen beiden Organisationen wurde noch der „Verein der Heimarbeiterinnen und aller im Hause beschäftigten Frauen und Mädchen" neu geschaffen. Dieser Verein hat den Zweck, endlich den Heimarbeiterinnen Gelegenheit zur Organisation zu geben. Krankenunterstützung, Entbindungsbeitrag, Rechtsschutz, die unentgeltliche Zustellung der „Arbeiterinnen-Zeitung" u. A. m. gewährt der Verein seinen Mitgliedern. Wie nothwendig das Entstehen eines solchen Vereines war, beweist die rege Antheilnahme, die ihm entgegengebracht wird. Es bestehen in Wien außer der Centrale in Fünfhaus Ortsgruppen in Margarethen und Ottakring, andere werden im Herbste folgen. Auch in der Provinz gibt sich für den Verein lebhaftes Interesse kund und laufen fortwährend Zuschriften wegen Errichtung von Ortsgruppen ein.

An politischen Actionen has das Frauencomité die drei großen Versammlungen gegen den Militarismus veranstaltet. Die Betheiligung der Frauen an diesen Versammlungen war massenhaft, und gestalteten sich dieselben zu einem imposanten Protest gegen das volksbedrückende militaristische System.

Was sich sonst noch innerhalb der Arbeiterinnenbewegung ereignet hat, enthält der Bericht an den Gesammtparteitag zu Wien 1901, auf welchem auch eine Genossin in die Reichscontrole der Partei gewählt wurde.

Mit Vorliegendem ist keinesfalls die Thätigkeit der im Frauen-Reichscomité vereinigten Genossinnen erschöpft. Die Thätigkeit Einzelner ist auf so viele Orte

vertheilt, daß es nicht möglich ist, ihnen vollständig gerecht zu werden. Daß die Arbeiterinnenbewegung Fortschritte macht, kommt aber wohl am besten durch die angeführten Neugründungen von Organisationen und das Zustandekommen der Conferenzen zum Ausdruck.

Um aber wieder einen größeren Vorstoß im Allgemeinen zu machen, die Genossinnen im ganzen Reiche zu vermehrter Thätigkeit anzuspornen, wird es nöthig sein, wieder einmal mit den Genossinnen und Organisationen aller Orte in Fühlung zu treten. Diese Aufgabe wird das Frauen-Reichscomité im kommenden Winter erfüllen und rechnet dabei auf die Unterstützung der Parteigenossen.

Die **Reichsparteisteuer** ist im Ganzen in 563 Orten eingeführt und 1282 Organisationen sind an ihrer Ablieferung betheiligt. Während der Berichtsperiode haben aber thatsächlich nur 539 Orte mit 1096 Organisationen Beträge an die Parteicassa abgeführt.

Die Summe aller eingelaufenen Beträge macht Kr. 26.816·50 gegenüber Kr. 24.693·72 in der vorigen Berichtsperiode. Es ist also eine Steigerung von Kr. 2122·78 zu verzeichnen. Trotzdem muß mit Bedauern constatirt werden, daß noch immer eine sehr große Zahl von Parteiorten die Reichsparteisteuer gar nicht oder nur sehr mangelhaft eingeführt haben.

Anschließend lassen wir die tabellarische Uebersicht aller eingelaufenen Beiträge, nach Orten alphabetisch geordnet, und eine Zusammenstellung nach der Betheiligung der einzelnen Wahlkreise der V. Curie an der Gesammtsumme folgen. Wir bemerken, um allen Reclamationen vorzubeugen, daß hier nur die bis einschließlich 30. Juni 1902 bei uns eingelaufenen Beträge berücksichtigt werden konnten.

Tabellarische

der in der Berichtsperiode

1. Juli 1900 bis

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
1	Absdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—·32
2	Aich	2·40	—·80	—·80	.	—·66	—.66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66
3	Albrechtsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
4	Algersdorf	1·20	—·60	—·60	—·60	—·72	—·72	—·72	—·82	—·82	—·84	—·84
5	Altbielitz	6·84	—·43	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
6	Altdietmanns	1·36	1·37	1·35	1·33	1·31	1·30	1·29	1·31	1·38	1·38	1·35
7	Altehrenberg	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
8	Altendorf	1·58	—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.	.
9	Altnagelberg	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
10	Altrohlau	6·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
11	Altsattl	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	3·—	3·—	3·—	3·—
12	Altstadt	9·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·62	1·62	1·76	1·76	1·76	1·76
13	Amstetten	6·—	3·—	3·—	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22
14	Andritz	2·12	1·06	1·06	1·08	1·18	1·20	1·20	1·20	1·20	1·02	1·02
15	Annadorf b. Gossengrün	1·32	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
16	Antoniwald	20·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
17	Ardning	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
18	Arnau a. d. Elbe	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
19	Arnsdorf-Haida	3·—	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50
20	Asch	12·28	3·34	3·34	3·34	3·34	3·34	3·36	—·36	—·36	—·36	—·36
21	Atzgersdorf	13·58	—·90	—·30	·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.
22	Augenthal	1·68	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20
23	Auherzen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
24	Auschowitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
25	Aussee	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	—·94	—·94	—·94
26	Aussig	57·86	3·04	2·75	2·76	3·64	2·06	2·07	2·72	2·22	2·80	2·93
27	Baden	—·50	—·68	—·74	—·74	—·52	—·70	—·48	—·70	—·66	—·58	—·60
28	Bäringen	6·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
29	Bärnsdorf	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50	—·50	—·50	—·50
30	Bennisch	1·36	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	.	.
31	Bensen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
32	Bergstadt b. Römerstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
33	Berzdorf	.	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52
34	Bettelgrün	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	·60	—·60	—·60	—·60
35	Bettlern	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
36	Biela bei Bodenbach	4·40	1·48	1·48	1·48	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·44	—·70
37	Bielitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
38	Bischofshofen	3·48	2·08	1·50	2·32	3·84	2·22	2·38	2·30	2·16	1·80	1·90
39	Bischofteinitz	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24
40	Blattnitz	.	.	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
41	Blottendorf b. B.-Leipa	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
42	Bludenz	2·02	2·32	2·62	2·0·	2·16	2·46	2·06	2·14	2·26	2·26	1·84
43	Bober bei Schatzlar	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
44	Bodenbach	3·—	10·—	11·—	11·—	11·—	11·—	10·—	13·60	11·60	13·44	13·46
45	Böhmisch-Kamnitz	1·12	—·38	—·38	—·38	—·44	—·44	—·44	2·46	2·46	2·46	2·—
46	Böhmisch-Leipa	11·23	2·53	2·28	2·40	2·35	2·44	2·38	2·30	2·—	2·—	2·—
47	Böhmisch-Liebau	—·64	—·12	—·12	—·12	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
48	Bozen	14·54	2·40	2·70	2·68	2·44	2·78	2·54	2·02	1·98	2·04	2·02
49	Brand bei Tannwald	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.
50	Bras bei Pilsen	1·92	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·44	—·44	—·44	—·46
51	Braunau i. B.	12·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·70	2·70	2·70	2·70
52	Bregenz	2·10	1·68	1·70	1·70	2·24	2·24	2·24	1·44	1·44	1·44	3·22

Uebersicht

eingelaufenen Reichsparteisteuer

30. Juni 1902.

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
—·32	—·32	—·38	—·38	—·38	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·42	.	.	.	5	30	1
—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	2
10·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	20	3
—·84	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	32	4
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	22	43	5
1·36	1·24	1·25	1·15	1·13	1·11	1·09	1·03	1·05	1·05	1·06	1·04	1·06	.	29	35	6
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	5	40	7
.	.	.	.	.	.	.	2·48	.	.	.	.	.	.	5	14	8
. .	.	—·32	.	.	.	.	—·52	.	.	.	.	.	.	2	84	9
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	10
3·—	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	—	11
1·76	1·60	1·60	1·60	1·60	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	36	44	12
1·24	2·80	2·80	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	.	.	55	60	13
1·03	1·04	—·98	—·98	—·98	—·99	1·14	1·14	1·14	1·15	1·16	1·16	1·16	.	27	39	14
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	32	15
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	56	—	16
.	.	.	.	1·18	—·26	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	.	2	24	17
.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	2	40	18
1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	—·82	—·82	—·82	.	.	.	.	.	.	27	96	19
1·—	2·—	1·66	—·66	—·68	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	43	78	20
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	98	21
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	5	86	22
.	.	—·27	.	—·17	.	.	.	.	.	.	.	.	.	-	44	23
.	.	.	.	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	24
—·94	1·06	1·38	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·08	1·08	1·20	1·20	.	30	36	25
4·42	3·83	3·04	13·10	13·10	12·78	14·28	14·30	20·82	12·87	12·88	10·68	10·69	—·69	232	33	26
—·76	—·30	—·48	—·50	—·46	—·50	—·42	—·42	—·12	—·20	—·24	—·18	—·10	.	11	68	27
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	28
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	13	20	29
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	76	30
.	.	.	.	.	—·80	—·92	1·—	1·02	—·98	—·98	—·96	—·92	.	7	58	31
.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	.	4		32
—·52	—·52	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	12	—	33
—·60	—·60	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·60	—·60	—·60	.	.	.	14	—	34
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	3	60	35
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·66	—·66	—·68	.	.	.	25	68	36
.	.	.	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	60	37
1·92	1·62	2·82	2·48	2·24	2·80	3·62	2·80	2·76	2·68	2·13	2·13	.	.	55	98	38
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	3	-	39
—·80	—·80	—·80	—·80	1·58	1·60	3·—	2·—	.	.	.	.	.	.	17	78	40
.	.	.	.	.	.	.	3·—	.	.	.	.	.	.	3	—	41
2·24	1·50	2·38	2·16	2·26	1·74	2·28	1·96	1·26	1·24	1·34	1·34	1·36	1·38	48	62	42
—·50	—·50	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	9	60	43
13·46	10·78	14·78	12·78	13·78	13·48	11·48	11·24	11·42	13·16	13·98	13·66	16·78	13·42	303	30	44
2·—	—·60	—·60	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	1·27	—·60	—·60	.	.	.	21	73	45
2·—	2·—	2·—	.	.	.	2·—	2·—	4·—	.	.	—·80	—·80	—·80	50	31	46
—·40	—·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	6	40	47
2·12	2·82	2·96	2·78	3·18	3·98	5·—	5·70	5·81	5·55	1·03	.	.	.	79	07	48
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	49
—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	78	50
2·70	2·70	2·70	2·72	2·72	2·72	2·72	2·72	.	.	.	.	.	.	56	50	51
3·24	8·04	3·22	3·22	3·36	3·36	3·36	3·38	1·21	1·21	1·22	1·14	1·14	1·14	54	68	52

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
53	Bruch	4·—	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.
54	Bruck a. d. Mur	13·94	4·22	4·84	4·54	4·76	4·28	4·48	4·54	4·64	4·64	4·96
55	Brünn	19·60	3·60	3·60	3·60	3·60	3·62	3·62	5·48	5·48	4·06	4·06
56	Brüx	.	.	.	.	.	—·50	—·50	1·74	1·76	1·76	1·76
57	Brunn am Gebirge	2·16	—·20	—·20	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.	.
58	Brunnersdorf	6·02	1·52	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·—	1·—	1·—	1·—
59	Buchbergsth. b. Würbth.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
60	Budweis	.	1·80	1·80	1·80	1·80	1·82	1·82	1·34	1·34	1·34	1·34
61	Bürgstein-Johannesdf.	.	1·—	1·—	1,—	1·—	1·—	1·—	2·—	2·—	2·—	1·—
62	Bullendorf	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
63	Buschullersdorf	2·82	—·96	—·98	—·98	1·04	1·04	1·06	1·02	1·02	1·02	1·04
64	Chodau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
65	Chotieschau	.	.	.	.	.	.	10·16	.	.	.	.
66	Christiansau	.	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
67	Christiansberg	2·48	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.
68	Christofsgrund	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
69	Cilli	3·60	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—·26	—·26	—·26	—·26
70	Czernowitz	4·40	1·46	1·46	1·48	1·46	1·46	1·48	1·44	1·44	1·44	1·46
71	Dallwitz	3·72	—·72	—·74	—·75	—·74	—·76	—·76	1·11	1·12	1·13	—·57
72	Deutsch-Kralup	7·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
73	Deutsch-Landsberg	—·88	—·88	—·88	—·88	1·12	1·26	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
74	Deutsch-Lieban	2·10	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	1·40	1·40	1·40	1·40
75	Dittersbach	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50
76	Divacca	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
77	Dobraken	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
78	Dobrzan	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
79	Dönis bei Grottau	.	1·28	1·28	1·30	—·90	—·90	—·90	1·10	1·10	1·12	—·66
80	Dörfel bei Reichenberg	7·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
81	Doglasgrün b. Chodau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
82	Dornbirn	9·22	3·60	2·76	2·54	1·88	1·98	1·98	1·16	1·46	1·92	1·88
83	Drahowitz b. Karlsbad	1·52	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	1·96	.	.	1·44
84	Dürrmaul	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
85	Dunkelthal	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
86	Dux	3·22	1·60	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	—·96	—·96	—·96	—·98
87	Ebensee	3·72	1·10	1·46	1·35	1·35	1·56	1·60	1·32	1·30	1·78	1·68
88	Ebergassing	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
89	Ebersdorf b. Weigsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
90	Ebreichsdorf	8·24	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
91	Eger	9·46	2·12	2·13	2·16	1·80	1·82	1·82	—·40	—·40	—·40	—·40
92	Ehlend	1·44	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72
93	Eibenberg-Grünberg	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
94	Eibiswald	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
95	Eichicht bei Reichenberg	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·26	—·26	—·26	—·26
96	Eichwald	9·54	3·18	3·20	3·38	2·70	2·70	2·70	3·50	3·50	3·50	2·50
97	Eidlitz	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
98	Einsiedl b. Reichenberg	.	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·46	—·46	—·48	—·48
99	Eisenerz	5·12	3·18	3·18	3·—	3·86	5·08	4·26	3·34	2·69	3·03	3·33
100	Eleonorenhain	3·08	1·52	1·54	1·54	.	.	.	.	.	.	.
101	Engelsberg b. Kratzau	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·90	—·90	—·90	—·90
102	Erlach	.	.	.	.	.	.	.	1·50	1·50	1·50	1·50
103	Ernstbrunn	2·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·38	—·38	—·38	—·38
104	Espenthor	2·69	—·46	—·42	—·42	—·42	—·44	.	.	.	.	.
105	Eulau bei Bodenbach	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·64	—·66	—·28	—·28
106	Falkenau a. d. Eger	4·60	3·64	3·78	3·82	3·84	3·64	3·66	3·80	1·20	.	1·32
107	Feldkirch	3·94	1·40	1·40	1·40	1·42	1·42	1·42	—·36	—·36	—·34	—·36
108	Feldkirchen	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—
109	Fillipsdorf b. Schluckenau.	.	.	.	.	.	.	.	—·22	—·24	—·24	—·22
110	Fischern	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—

1901 Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	1902 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe K	h	Fortlaufende Nummer
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	08	53
5·18	5·40	5·24	5·04	5·42	5·46	5·22	5·74	3·66	4·15	3·35	2·72	.	.	116	42	54
4·08	4·04	4·04	4·04	4·94	4·94	4·90	4·80	5·26	4·68	2·74	13·02	12·74	2·50	137	04	55
1·76	1·76	1·16	1·68	1·40	1·04	1·16	1·70	1·36	1·38	1·30	1·64	2·06	.	27	42	56
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	44	57
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·82	—·84	—·84	.	.	.	.	.	26	84	58
.	.	.	—·80	—·82	—·66	—·66	—·68	—·66	—·68	—·66	.	.	.	5	62	59
1·34	1·34	1·16	1·16	1·18	1·18	1·18	1·18	.	.	.	.	.	.	25	92	60
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	27	—	61
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	62
1·06	1·06	1·—	1·—	1·—	—·86	—·88	—·88	—·54	—·56	—·56	.	.	.	22	38	63
.	.	.	.	.	.	.	.	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	2	04	64
.	.	—·82	1·20	1·90	.	.	.	—·80	1·78	1·82	.	.	.	17	48	65
—·26	—·26	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	6	72	66
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	67
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	68
—·26	5·02	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	5·04	—·54	—·55	—·57	.	.	.	25	12	69
1·46	1·46	1·42	1·42	1·42	1·43	1·44	1·44	.	.	.	.	.	.	30	47	70
—·58	—·58	—·57	—·58	—·58	—·82	—·82	—·84	—·57	—·58	—·60	—·16	.	.	19	40	71
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	72
—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	98	73
1·42	1·42	1·32	1·34	1·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	17	72	74
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	6	—	75
.	.	1·14	1·14	1·14	1·14	1·10	1·12	1·10	1·18	1·20	1·14	1·12	1·10	13	62	76
.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	1	76	77
.	.	—·50	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	.	.	1	50	78
—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·56	—·56	—·58	—·56	—·57	—·58	.	.	.	17	29	79
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	60	80
.	.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	.	.	.	1	92	81
2·24	2·18	2·24	2·26	2·26	2·02	2·04	2·06	2·62	1·96	1·98	.	.	.	54	24	82
.	.	1·48	.	.	1·20	.	6·34	1·—	1·—	1·—	.	1·23	.	19	73	83
.	.	.	.	.	.	.	1·46	.	.	.	.	.	.	1	46	84
—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	85
1·—	1·—	1·04	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	2·40	2·40	.	2·—	2·—	.	32	50	86
2·44	1·60	1·88	1·80	—·94	1·10	1·22	1·30	1·18	1·22	—·64	.	.	.	33	54	87
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·32	2·34	2·34	7	—	88
.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	.	.	.	—	96	89
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	26	24	90
—·40	—·41	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	.	.	.	.	.	.	26	62	91
—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	.	.	.	13	68	92
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	22	—	93
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	94
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	7	92	95
2·50	2·50	2·50	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	.	.	.	.	.	.	67	20	96
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	60	97
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	.	.	.	.	.	.	8	62	98
2·74	2·74	2·88	3·80	2·98	3·12	2·82	2·60	2·38	2·54	2·24	1·02	1·22	1·44	74	59	99
.	.	.	.	.	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	.	.	11	28	100
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	14	40	101
1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	.	.	.	.	.	.	18	—	102
—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	9	50	103
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	85	104
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	10	96	105
1·20	1·24	1·30	1·50	1·50	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	45	04	106
—·34	—·30	—·24	—·24	2·12	1·92	3·24	2·33	2·16	1·88	1·62	1·18	1·80	1·54	34	73	107
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	12	—	108
—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	40	109
1·—	1·—	—·83	—·83	—·83	—·83	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	11	—	110

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
111	Floridsdorf	42·36	13·18	11·78	13·92	14·46	14·50	14·56	11·66	13·40	15·32	12·34
112	Fohnsdorf	5·65	3·44	3·74	2·87	2·16	2·72	3·—	.	.	.	.
113	Franzendorf		—·32	—·34	—·34	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	. ·40
114	Freiwaldau	9·60	9·60	3·60	3·60	3·60	3·80	3·80	3·80	3·80	3·82	3·82
115	Freudenthal		.	.	.	.	.	.	—·70	—·70	—·70	—·70
116	Friedrichshain	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	. ·40	—·40	—·40	—·40
117	Friedland	19·80	3·98	3·98	3·98	3 98	3·98	3·98	3·44	3·44	3·44	3·44
118	Frohnleiten		.	.	.	.	.	.	—·34	—·34	—·34	—·34
119	Fürstenfeld	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—
120	Fugau bei Schluckenau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
121	Fulnek	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
122	Gabel bei Markersdorf	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·76	—·76	—·76	—·60
123	Gablonz a. d. Neiße .	11·72	1·51	1·51	1·83	1·83	1·85	1·85	1·98	1·98	1·98	1·88
124	Garsten	2 04	—·68	—·68	- ·68	--.46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·42
125	Georgenthal	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	—·18	—·18	—·24	—·24	—·24	—·24
126	Georgswalde	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·46	—·46	—·46	— 46
127	Gesteinigt bei Eulau .	2·40	—·10	—·40	—·40	—·40	- ·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
128	Gfell bei Karlsbad . .	1·30	—·66	—·66	—·66	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
129	Gießhübl	6·20	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·10	1·12	1·12	1·12
130	Gistei bei Pintschei . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·54	—·54
131	Gloggnitz	27·28	1·96	1·96	1·96	1·96	1·96	1·97	2·28	2·32	2·30	2·30
132	Gmünd	13·66	7·27	8·10	4·81	6·39	8·51	5·79	5·61	6 75	9·31	5·29
133	Gmunden	1·80	1·16	1·16	1·20	1·20	1·20	1·20	1·08	1·10	1·14	1·14
134	Göblasbruck b. Wilhbg.		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
135	Görkau	—·94	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.
136	Görsdorf bei Grottau	.	—·80	—·80	—·80	— 80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
137	Göß bei Leoben . . .	1·42	—·48	—·48	—·48	—·46	—·46	—·48	—·46	—·48	—·48	—·50
138	Goisern	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·10	1·10	1·10	1·10
139	Gottowitz	3·96	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.
140	Grauesau	3·—	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1 40	1·40
141	Graslitz	7·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·50	1·50	—·50	—·50
142	Grasseth	1·40	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·90	—·90	—·90	—·90
143	Graupen	5·74	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·32	—·32	—·34	—·34
144	Graz	65·43	44·48	43·96	47·85	46·17	47·20	43·50	45·92	44·57	45·54	44·85
145	Großbocken	.	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—.42	—·42
146	Großglockersdorf . . .	1·50	—·50	—·50	—·50	— 50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
147	Großmergthal		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
148	Grottau	2·64	—·88	—·88	--·90	—·90	—·90	—·90	1·—	1·—	1·—	—·80
149	Grün bei Marienbad .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
150	Grünbach a. Schneeberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
151	Grünlas	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
152	Grünwald bei Gablonz	4·20	—·40	—·40	— 40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
153	Grußbach bei Znaim .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
154	Habendorf	3·—	1·50	1·50	1·50	3·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50
155	Hainburg	1·60	1 60	1·60	1 60	1·50	1·50	1 50	1·50	1·50	1·40	1·40
156	Haindorf bei Friedland	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	3·06	1·70	1·70	1 60	1·50
157	Hainfeld	2·40	1 80	1·80	2·—	2·—	2·—	2·—	2 —	2·—	2·—	2·—
158	Hallein	.	.	.	.	.	.	.	2·—	2·—	2 —	2·—
159	Hallstatt	3·60	1·20	1·20	1·20	1·18	1·18	1·19	1·20	1·20	1·20	1 20
160	Hammer	3·72	—·64	—·64	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
161	Hannichen	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·50
162	Harrachsdorf b. Neuwelt	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	— 80	—·80
163	Hartberg	2·—	—·50	--·50	—·50	—·50	- ·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40
164	Harzdorf	1·08	—·56	—·50	—·5	— 50	—·50	—·51	—·50	—·50	—·50	—·50
165	Haselbach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
166	Heinersdorf b. Friedland	.	.		.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
167	Heinrichsdorf	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
168	Hermsdorf b. Friedland	2·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
13·66	14·56	16·13	16·10	16·—	17·26	16·44	13·14	13·90	8·66	9·48	12·38	7·08	.	352	27	111
.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·34	2·04	2·17	1·93	.	32	06	112
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	7	—	113
1·82	1·82	1·82	1·84	1·84	1·84	1·84	1·84	2·02	2·02	2·04	.	.	.	67	58	114
—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	10	—	115
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	12	—	116
3·44	3·44	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	80	52	117
—·34	—·36	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	06	118
4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·10	4·10	4·10	.	.	.	88	30	119
.	.	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	1	80	120
.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	15	—	121
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	13	68	122
1·88	1·88	1·04	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	—·26	—·26	—·26	.	.	.	40	84	123
—·18	—·18	—·22	—·36	—·20	—·16	—·18	—·18	—·02	—·12	—·38	.	.	.	9	50	124
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	4	08	125
—·46	—·46	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·24	.	.	.	.	.	11	62	126
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	12	—	127
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50		.	.	.	.	.	.	.	.	9	28	128
1·12	1·12	1·36	1·36	1·38	1·38	1·—	1·—	—·36	—·36	.	.	.	.	27	10	129
—·54	—·54	—·32	—·34	—·34	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	.	.	3	96	130
2·20	2·24	2·24	2·18	2·16	2·22	2·30	2·26	2·38	2·40	2·34	2·22	2·28	.	77	67	131
9·49	5·39	6·55	8·70	4·31	5·87	8·45	6·19	6·81	6·37	6·07	5·89	6·05	3·79	171	42	132
1·14	1·14	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	27	02	133
.	.	.	.	.	.		.	1·80	1·80	1·80	.	.	.	5	40	134
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	86	135
—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	60	136
—·50	—·50	—·46	—·46	—·46	—·42	—·42	—·42	—·46	—·48	—·48	.		.	11	24	137
1·10	1·10	1·10	1·36	1·52	1·58	1·58	1·30	1·50	1·50	1·50	1·44	1·44	.	30	82	138
.	.	.	.	.	.	.	.	—·72	—·76	.	.	.	.	11	48	139
1·30	1·30	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	35	40	140
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	25	20	141
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·9	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	21	80	142
—·34	—·34	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	.	.	.	.	.	1·—	17	30	143
37·68	40·46	38·33	38·52	39·98	50·02	45·14	47·44	38·80	39·10	46·46	31·12	18·82	2·—	1033	34	144
—·42	—·42	—·42	—·42	·42	—·42	·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·84	—·84	—·86	11	36	145
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	13	50	146
.	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	3	—	147
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	18	20	148
.	.	.	.	.	.	2·50	.	.	.	.	.	.	.	2	50	149
—·90	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·82	—·82	1·08	.	.	4	42	150
1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	17	40	151
—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	11	40	152
.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·18	1·22	1·28	1·28	.	4	96	153
1·50	1·50	1·50	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	29	—	154
1·40	1·32	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·40	1·40	1·40	1·40	1·50	1·50	.	34	52	155
1·50	1·40	1·40	1·50	1·40	1·42	1·44	1·44	—·72	—·74	—·74	.	.	.	28	26	156
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·60	2·60	2·60	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	46	80	157
2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	158
1·20	1·20	—·90	—·90	—·90	1·20	1·20	1·20	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	33	85	159
40·—	40·—	40·	40·—	40·—	40·—	40·—	40·—	.	.	.	.	.	.	11	40	160
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	14	—	161
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	16	—	162
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	10	—	163
—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·54	—·55	—·88	—·88	—·88	—·88	.	.	13	64	164
.	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	.	.	.	1	50	165
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	2	40	166
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	22	—	167
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·52	—·54	—·54	.	.	.	7	60	168

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
169	Hötzelsdorf	3·23	1·26	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·78	—·78	1·08
170	Hof	3·—		.	.	.	.	.	.	.	.	.
171	Hohenberg	31·60	3·50	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	1·76	1·76	1·76	1·76
172	Hohenelbe	4·38	1·30	1·32	1·32	1·32	1·24	1·24	1·24	1·24	1·24	1·26
173	Hohenstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	—·70	.	.
174	Hombok	3·28	—·56	.	.		.	.		.	.	.
175	Hotzenplotz	2·60	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·18	—·18	—·18	—·18
176	Hüttenberg	.	.	.	.	.	.	.	1·14	1·14	1·14	1·14
177	Iglau	2·76	2·76	2·70	2·50	2·50	2·68	2·24	2·26	2·41	2·42	5·34
178	Innsbruck	77·26	6·06	6·08	6·08	6·34	6·34	6·34	7·87	7·90	7·82	7·74
179	Inzersdorf	—·44	—·46	—·62		.	8.—	.	.	.	.	.
180	Irmsdorf	—·32	—·32	—·32	—·52	—·52	—·54	—·54	—·28	—·28	—·28	—·28
181	Jichl	2·46	—·88	—·76	1·04	—·78	—·76	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78
182	Jägerndorf	23·34	8·38	7·72	8·02	6·50	6·62	8·64	6·—	5·12	6·28	5·48
183	Jedlesee	9·12	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	.	.	.	.
184	Joachimsthal	11·08	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	2·92	2·92
185	Johannesthal b. Reichb.	6·72	1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	—·92	—·92	—·92	—·92
186	Johnsdorf bei Gabel	.		.	.	.	.	.	.	.	.	.
187	Josefsdorf bei Falkenau	5·60	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
188	Kaaden	1·92	—·26	—·26	—·26	—·26	3·86	—·26	1·86	1·86	1·86	1·86
189	Kaltenbach	.	.		.	.	.	.	.	.	.	.
190	Kapfenberg	9·—	2·06	2·06	2·06	2·06	2·06	2·06	2·08	2·08	4·62	1·34
191	Karbitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
192	Karlberg b. Untermardf.	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
193	Karlsbad	7·48	1·74	1·88	2·34	1·08	—·62	1·16	—·68	—·82	—·68	—·58
194	Karlswald	—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
195	Karolinsfeld	.	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34
196	Katharinaberg	3·60	1·20	1·20	1·20		.	.	.	.	.	.
197	Katharinberg b. Reichb.	3·—	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50
198	Ketten	2·40	—·92	—·92	—·94	1·04	1·06	1·06	—·80	—·82	—·82	—·60
199	Kienberg-Gaming	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
200	Kindberg	7·76	2·36	2·38	2·56	2·12	7·18	1·38	1·38	1·40	2·20	2·38
201	Kirchberg	3·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
202	Kitzbühel	1·06	1·06	1·08	1·08	—·56	—·58	—·58	1·06	—·48	1·12	—·80
203	Klagenfurt	4·56	3·58	3·46	3·42	3·54	3·66	3·90	5·30	5·56	5,72	5·54
204	Kleinaugezd	5·66	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·06	2·06	2·06	1·70
205	Kleingrün bei Zwickau	1·—	.	.	.	.	.	1·20	—·66	—·66	—·68	—·34
206	Kleinmohrau	2·46	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.
207	Kleinmünchen	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
208	Kleinreifling	.	1·36	1·36	1·40	1·40	1·42	1·42	1·12	1·42	1·42	1·44
209	Klösterle a. d. Eger	20·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
210	Klostergrab	6·—	1·02	1·02	1·24	1·26	1·22	1·30	1·20	1·22	1·08	1·02
211	Klosterneuburg	4·96	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·82	—·82	—·82	—·82
212	Knittelfeld	2·60	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	3·42	3·44	3·44	3·36
213	Köflach	10·90	3·12	3·12	3·14	3·14	3·14	9·14	2·92	2·82	2·82	3·16
214	Königsberg a. d. Eger	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
215	Königswald b. Bodenb.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
216	Köstldorf bei Chodau	3·28	1·64	1·64	1·66	1·66	1·66	1·66	—·40	—·40	—·40	—·40
217	Kohlhau bei Karlsbad	3·30	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·60	—·60	—·60	—·60
218	Kohlstadt bei Langenb.	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
219	Komeise bei Jägerndorf	·90	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.
220	Komotau	11·64	6·26	6·28	6·28	6·28	6·28	6·28	6·—	6·—	6·—	6·—
221	Korneuburg	8·58	—·42	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.
222	Kosolup	5·16	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·80	—·80	—·80	—·80
223	Kosten	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
224	Kratzau bei Reichenberg	.	—·66	—·66	—·68	—·62	—·62	—·62	—·90	—·90	—·90	—·92
225	Krems	3·60	—·56	—·56	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
226	Krenhof bei Köflach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
1·06	1·04	1·22	1·19	1·21	1·26	1·26	1·24	—·86	.	.	.	.	.	22	03	169
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	5	40	170
1·76	1·76	1·76	1·76	1·76	1·76	1·68	1·68	1·68	.	.	.	.	.	77	74	171
1·26	1·26	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	20	58	172
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	70	173
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	84	174
—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	28	175
1·14	1·14	1·15	1·16	1·16	—·90	—·91	—·91	—·91	—·91	—·91	.	.	.	15	75	176
6·48	5·64	5·34	5·28	7·29	5·36	4·49	4·61	4·74	4·50	4·37	3·66	.	.	92	33	177
7·62	7·66	7·66	7·66	7·68	8·02	8·20	8·08	6·59	5·19	5·34	3·36	3·50	6·24	238	63	178
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	52	179
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	6	48	180
—·78	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	16	96	181
5·48	5·20	5·33	5·35	5·39	5·39	5·19	5·21	5·72	5·72	6·44	4·82	.	.	157	34	182
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	40	183
2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·40	2·42	2·22	2·22	2·22	.	75	76	184
—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	—·96	—·96	—·96	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·66	28	46	185
.	.	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	2	52	186
—·80	1·—	1·—	1·—		—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	21	60	187
1·94	1·94	1·96	1·96	1·96	1·96	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	26	96	188
.	.	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	48	189
1·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	32	82	190
.	.	.	.	.	7·65	.	3·78	.	.	.	.	.	.	11	43	191
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	9	60	192
—·64	1·14	1·94	—·52	1·82	3·30	—·40	—·11	1·65	1·25	2·25	4·25	.	2·56	40	92	193
—·50	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·53	—·54	.	.	.	.	.	.	9	15	194
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	6	12	195
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	196
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	17	70	197
—·60	—·62	—·84	—·84	—·84	—·80	—·80	—·81	—·44	—·44	—·44	.	.	.	18	85	198
.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	9	—	199
2·92	2·92	2·50	2·50	2·54	1·22	1·24	1·21	—·59	—·59	—·59	.	.	.	51	95	200
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	80	201
—·80	—·82	—·82	—·82	—·82	—·78	1·22	—·78	—·98	—·60	—·80	.	.	.	18	70	202
5·54	5·58	5·54	4·92	5·90	5·31	5·72	5·96	5·80	5·64	4·62	4·22	4·28	1·96	119	23	203
1·72	1·72	1·72	1·72	1·72	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	40	14	204
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	7	08	205
.	.	.		1·50	—·32	—·32	—·32	—·80	—·48	—·48	.	.	.	11	04	206
—·46	—·46	—·46	—·46	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	.	8	34	207
1·44	1·52	1·68	1·70	1·76	1·82	1·80	1·78	1·78	.	.	.	.	.	29	34	208
.	1·42	1·42	1·42	1·44	1·42	1·44	1·44	1·40	1·40	1·40	.	.	.	34	20	209
—·84	—·98	1·02	—·94	1·04	1·26	1·—	—·94	1·10	1·12	1·12	.	.	.	28	94	210
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	20	—	211
3·37	—·10	1·32	1·34	1·34	4·46	2·28	2·30	2·08	1·58	1·60	.	.	.	39	35	212
2·82	3·54	1·90	2·02	2·02	2·64	2·71	2·44	3·48	3·52	3·54	—·94	.	.	72	99	213
.	.	.	.	.	.	.	.	1·68	1·68	1·70	.	.	.	5	06	214
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·50	—·52	.	.	.	5	70	215
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	19	20	216
—·60	—·60	—·60	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	.	.	.	.	.	.	14	22	217
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	10	80	218
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	60	219
6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	.	.	.	.	.	127	30	220
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	221
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·75	—·75	—·75	.	.	.	22	17	222
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	4	80	223
—·94	—·94	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	17	46	224
—·82	—·82	1·78	1·78	1·80	1·80	1·80	1·80	2·52	2·54	2·62	.	.	.	27	20	225
.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·54	—·54	—·56	.	.	.	3	26	226

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
227	Kriegern	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48
228	Krieglach	9·78	2·66	2·68	2·50	2·50	2·52	2·52	—·68	—·68	—·68	—·68
229	Kriesdorf b. N.-Gabel	1·60	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.
230	Kritzendorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·82
231	Krumau	16·71	4·20	4·18	4·20	4·02	4·02	4·03	2·59	3·10	3·13	2·72
232	Krummnußbaum . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
233	Krženmusch	2·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
234	Kufstein	2·08	1·22	1·16	—·86	1·06	1·16	1·24	1·34	1·44	1·34	1·14
235	Kukan	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40
236	Kunnersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·40
237	Kuttowitz	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
238	Laa a. d. Thaya . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
239	Ladowitz	2·40	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
240	Lampersdorf b. Schatzl.	2·10	2·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.
241	Landeck	.	2·12	3·36	3·37	2·59	3·57	2·81	4·05	3·—	2·99	3·53
242	Landskron	.	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·48	—·48	—·48	—·48
243	Langenbruck	.	.	.	.	.	.	.	—·82	—·82	—·82	—·82
244	Langendörflas	—·52	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.
245	Langenwang	4·08	1·18	1·18	1·18	1·20	1·20	1·20	—·76	—·76	—·76	—·76
246	Lanz bei Falkenau . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
247	Lauterbach, Dorf . .	1·20	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
248	Lend	2·30	1·34	1·34	1·06	1·06	1·08	1·28	1·68	—·86	1·42	—·84
249	Leoben	27·05	18·—	14·—	18·54	21·50	19·82	19·34	17·34	14·82	15·06	16·70
250	Leobersdorf	2·44	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·48	—·48	—·48	—·48
251	Liboje bei Petrowce .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
252	Lichtenstadt	5·26	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
253	Lichtenwörth	2·48	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·32	—·32	—·34	—·34
254	Liebenau	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
255	Lienz	4·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	.
256	Liesing	4·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	3·02	—·30	—·30	—·30	—·30
257	Lilienfeld	7·96	1·94	1·96	1·94	1·98	1·98	1·98	—·54	—·54	—·54	1·98
258	Linz	39·40	19·67	20·76	21·06	16·76	20·78	22·18	24·16	25·16	18·44	23·75
259	Littmitz	21·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
260	Lofer	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
261	Lossin bei Staab . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
262	Lundenburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
263	Lusdorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
264	Machendorf	—·84	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·50	—·50	—·50	—·50
265	Mähr.-Ostrau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
266	Mähr.-Neustadt . . .	2·48	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.
267	Mähr.-Schönberg . .	14·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·40	—·58	3·40	3·52
268	Mähr.-Trübau . . .	1·64	1·64	1·65	1·42	1·42	1.42	1·44	1·70	1·70	1·70	1·44
269	Maffersdorf	9·52	1·24	1·24	1·24	1·24	1·24	1·26	1·26	1·44	1·44	1·44
270	Maglern bei Feistritz .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
271	Maltheuern	—·44	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
272	Mantau b. Chotieschau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
273	Marburg	.	5·—	6·62	8·50	8·82	10·48	9·74	9·08	9·28	13·—	10·60
274	Marchegg	4·18	.	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·76	—·76	—·74	—·78
275	Marienbad	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·24
276	Marienberg	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
277	Marschendorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
278	Mautern	2·56	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	—·32	—·32	—·32	—·32
279	Mauthausen	14·40	—·72	—·72	—·72	—·73	—·73	—·73	—·73	—·73	—·73	—·73
280	Meran	4·62	2·32	1·62	1·62	1·62	1·64	1·64	2·70	2·70	2·70	2·70
281	Merkelsgrün	5·40	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·78	—·78	1·42	1·42
282	Mistek	.	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·40	—·40	—·40	—·40
283	Mistelbach	1·38	—·70	—·50	—·50	—·50	—·64	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52
284	Mitterdorf	—·56	—·56	—·54	—·54	—·54	—·60	—·50	—·50	—·50	—·52	—·28

1901 Mai	1901 Juni	1901 Juli	1901 August	1901 September	1901 October	1901 November	1901 December	1902 Jänner	1902 Februar	1902 März	1902 April	1902 Mai	1902 Juni	Summe K	Summe h	Fortlaufende Nummer
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·66	—·66	—·68	.	.	.	13	80	227
—·68	1·16	1·16	1·18	1·18	1·18	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	36	82	228
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	84	229
—·82	—·76	—·76	—·88	—·92	—·92	—·91	—·94	—·94	—·94	—·82	—·82	—·84	—·84	13	76	230
2·86	2·90	2·78	4·—	3·96	2·88	2·72	4·06	3·53	4·38	3·68	3·29	.	.	93	94	231
.	.	.	.	.	.	.	4·—	.	.	.	.	.	6·22	10	22	232
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	50	233
1·26	1·—	—·98	—·94	1·08	—·98	—·86	1·04	1·32	—·80	—·80	—·80	.	.	25	90	234
—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	235
—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	6	60	236
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	12	—	237
—·60	—·60	—·60	—·62	—·62	—·63	—·64	—·64	.	.	.	.	.	.	4	95	238
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	31	20	239
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	20	240
4·10	4·10	4·10	4·70	6·41	5·52	4·83	3·09	3·10	4·65	4·63	4·74	4·97	3·85	94	18	241
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	10	92	242
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·98	15	78	243
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	14	244
—·76	—·76	—·76	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	.	.	.	.	.	21	22	245
4·—	.	.	.	.	.	.	2·80	—·40	—·40	—·40	.	.	.	8	—	246
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	.	.	.	12	40	247
—·34	—·48	—·46	1·02	—·42	—·38	—·14	—·16	.	.	—·17	—·17	—·48	.	18	48	248
13·42	13·47	18·04	14·11	12·46	16·34	15·20	13·72	10·59	8·45	6·48	8·26	7·10	.	359	81	249
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	1·04	1·06	1·06	.	.	.	.	.	13	52	250
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·48	.	.	—	48	251
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·8	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	25	56	252
—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	9	20	253
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	6	90	254
.	.	.	.	.	.	1·72	1·72	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	27	84	255
—·30	1·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	1·30	—·30	.	.	.	.	.	15	92	256
1·76	—·62	—·62	—·62	—·24	1·48	—·56	—·58	1·39	1·39	1·05	—·80	—·80	—·80	36	05	257
16·26	19·80	19·26	18·62	18·06	17·92	18·72	15·48	14·74	19·64	17·58	13·04	17·78	3·38	482	40	258
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	21	80	259
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	40	260
.	—·49	.	—·80	.	.	.	.	.	.	—·78	—·58	—·58	.	3	21	261
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·74	—·74	—·74	.	2	22	262
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	9	60	263
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	12	—	264
.	.	.	.	.	.	.	.	5·10	5·34	5·30	5·26	5·26	.	26	26	265
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	266
3·60	3·30	3·84	4·34	4·34	4·31	5·44	5·44	4·16	4·64	4·56	2·—	2·40	2·70	84	—	267
1·46	1·46	1·46	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·10	1·10	.	.	31	31	268
1·68	1·68	2·48	2·52	2·—	2·—	2·—	2·—	1·78	1·78	1·78	1·10	1·10	1·10	47	56	269
.	2·16	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	16	270
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	44	271
.	.	2·87	2·—	3·20	1·34	.	.	4·20	2·70	3·42	2·32	2·34	2·34	26	73	272
10·29	10·94	13·24	13·35	13·36	10·96	2·96	2·96	2·96	14·02	5·61	5·93	6·60	2·60	206	90	273
—·78	—·78	—·74	—·78	—·74	—·72	—·72	—·64	—·58	—·58	—·72	—·70	—·68	.	19	88	274
—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·46	—·48	—·48	—·48	.	.	4	20	275
1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	—	276
—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	14	40	277
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	10	64	278
—·73	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	30	80	279
2·70	2·70	2·70	2·72	2·72	2·72	2·72	2·72	.	.	.	.	.	.	47	58	280
1·42	1·42	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	.	.	.	.	.	.	26	68	281
—·42	—·42	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	9	48	282
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·56	—·56	.	.	.	.	.	.	11	06	283
—·28	—·34	—·36	—·62	—·48	—·34	—·34	—·18	—·32	—·31	.	.	.	.	9	24	284

Fortlaufende Nummer	Ort	1900 Reitzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
285	Möderbrugg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
286	Mödling	5·30	—·80	—·80	—·96	—·62	—·96	—·62	1·26	—·62	1·14	—·62
287	Molln	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
288	Mondsee	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·42
289	Moosbrunn	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
290	Morchenstern	6·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
291	Müglitz	1·32	—·22	—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.
292	Mühlbach	—·97	1·—	—·77	—·72	—·59	—·60	—·66	—·68	—·68	—·56	—·58
293	Mürzzuschlag	7·96	3·32	3·32	3·—	3·—	4·—	4·—	1·60	5·98	4·94	5·18
294	Murau	.	—·82	—·82	—·64	—·68	—·70	—·70	1·18	.	.	1·22
295	Nallesgrün	2·04	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
296	Nassengrub	—·90	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.
297	Nesselsdorf	1·78	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.
298	Neuberg	5·28	1·78	1·78	1·78	1·32	1·32	1·32	1·12	1·12	1·12	1·12
299	Neudonawitz	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·52	.	.	.	.	.
300	Neudonitz	6·28	1·06	1·06	1·06	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
301	Neudorf b. Sebastiansb.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
302	Neundorf bei Kratzau	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
303	Neunkirchen	6·42	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	2·24	—·54	6·94	—·94	—·94
304	Neuofen bei Salnau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
305	Neu-Preuneth bei Taus	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
306	Neurode bei Reichenberg	1·68	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·24	—·24	—·24	—·24
307	Neustadt bei Tafelfichte	23·88	4·	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	—·84	—·84	—·84	—·84
308	Neutitschein	3·07	—·20	—·20	.	.	.	3·—	1·12	1·12	1·12	1·12
309	Neu-Zedlisch	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
310	Neuzeug	—·72	—·24	·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·56	—·58	—·58	—·58
311	Niedereinsiedel	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
312	Niedergrund b. Warnsd.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
313	Niederehrenberg	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
314	Niemes	8·48	5·74	5·76	5·76	4·08	4·08	4·10	4·06	4·08	4·10	4·08
315	Nikolsburg	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
316	Nirdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·70	—·70	—·70	—·90
317	Nürschau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
318	Oberalm bei Hallein	2·44	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28
319	Obergeorgenth. b. Brüx	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·30	—·30	—·30	—·30
320	Obergrafendorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
321	Oberheunersdf. b. Rumb.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
322	Oberhollabrunn	1·64	—·56	—·76	—·76	—·78	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44
323	Oberkratzau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·60
324	Oberleutensdorf	6·88	2·60	2·60	2·20	2·20	2·20	2·20	2·30	2·30	2·30	2·30
325	Oberplan	3·62	—·42	—·42	—·44	—·38	—·38	—·38	—·56	—·57	—·58	—·96
326	Oberrothau bei Graslitz	1·—	—·50	—.50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
327	Oberwittig	—·72	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·30	—·30	—·30
328	Obertannwald	2·80	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·82	—·82	—·82	—·82
329	Oderberg	3·40	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
330	Odrau	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
331	Olmütz	—·52	—·28	—·40	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.
332	Pankraz	.	.	.	.	.	.	1·72	—·32	—·32	—·32	—·28
333	Parchen-Schelten	.	.	.	.	.	.	.	1·40	1·40	1·40	1·40
334	Paulsdorf	2·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·70	—·70	—·70	—·70
335	Paulusbrunn b. Tachau	.	.	.	.	.	.	.	—·75	—·75	—·60	—·52
336	Pechgrün bei Chodau	.	—·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
337	Perchtoldsdorf	9·60	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·26	—·26	—·26	—·26
338	Petschau bei Karlsbad	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—
339	Pfraumberg	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	.	.	.	.
340	Piesting	10·46	—·46	—·46	—·38	—·38	—·40	—·46	—·48	—·48	—·48	—·44
341	Pihlerbaustellern	1·40	1·40	.	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
342	Pirano	1·32	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1901 Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	1902 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe K	h	Fortlaufende Nummer
.	.	.	.	—·30	—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	—·20	—·20	—·22	.	2	64	285
—·98	—·62	—·20	.	—·54	.	—12	.	—·72	—·32	.	—·06	.	.	17	28	286
.	.	.	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·70	—·70	—·72	—·72	.	.	5	12	287
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	5	92	288
.	.	.	.	.	.	.	.	1·82	1·84	1·84	1·60	1·60	1·60	10	30	289
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	60	290
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	18	291
—·54	—·54	—·56	—·58	—·54	—·54	—·52	—·54	—·80	—·80	—·40	—·40	—·40	.	14	97	292
5·20	5·24	5·56	4·80	4·90	5·06	5·—	4·28	5·98	4·10	3·08	2·96	2·80	.	105	26	293
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	76	294
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	16	32	295
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	296
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	74	297
1·12	1·32	1·34	1·34	—·66	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	26	88	298
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	02	299
—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	46	300
.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	4	—	301
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	16	—	302
—·94	—·94	—·94	—·95	—·73	—·74	.	.	.	.	.	.	.	.	25	96	303
.	.	.	.	.	2·06	2·06	2·16	2·14	2·20	2·20	.	.	.	12	82	304
.	.	.	1·04	1·04	1·26	1·10	.	.	.	—·92	—·82	.	.	6	18	305
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	6	04	306
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·86	—·86	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	63	—	307
1·12	1·12	1·12	2·—	2·—	2·84	2·84	2·86	2·60	2·60	2·62	.	.	.	34	69	308
.	.	.	.	.	.	.	.	—·54	—·54	—·50	—·50	—·50	—·50	3	08	309
—·58	—·74	—·74	—·76	—·76	—·76	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	11	80	310
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	3	—	311
.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	3	60	312
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	80	313
4·08	4·10	4·74	4·74	4·76	3·08	3·08	3·10	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	6·—	100	—	314
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·40	—·40	—·40	.	.	.	5	20	315
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·70	.	.	.	.	.	.	.	.	8	20	316
.	.	.	.	.	.	.	1·46	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	7	46	317
—·28	—·28	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	7	78	318
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	9	60	319
.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	1	28	320
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	4	—	321
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	10	70	322
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	9	—	323
2·30	2·40	2·40	2·40	2·40	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	50	98	324
—·96	—·54	—·54	—·54	—·54	—·24	—·28	—·28	—·24	—·18	—·18	—·24	—·26	—·26	13	99	325
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	10	—	326
—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.	.	5	58	327
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	17	—	328
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	1·24	1·26	1·24	1·26	.	.	.	.	19	50	329
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	54	—	330
1·—	.	.	1·—	.	1·—	.	—·20	1·—	1·—	1·—	1·—	—·50	.	14	90	331
—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	5	32	332
1·40	1·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	333
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	15	60	334
—·52	—·52	—·54	—·46	—·46	—·46	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	.	.	.	7	46	335
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	60	336
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	18	48	337
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	16	—	338
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	48	339
—·44	—·46	—·34	—·34	—·36	—·48	—·48	—·50	—·44	1·16	1·20	—·74	.	.	21	82	340
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	14	—	341
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	32	342

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
343	Birkenhammer	2·90	1·45	1·45	1·20	1·20	1·20	1·20	—·36	—·36	—·36	—·36
344	Plan	.	.	.	.	.	.	.	—·38	—·38	—·74	—·74
345	Platten b. Joachimsthal	2·10	—·72	—·72	—·72	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	—·56	.
346	Pleil-Sorgenthal . .	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
347	Podersam	6·76	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·60	1·60	1·60	1·60
348	Pörtschach a. W. . . .	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
349	Polaun	.	.	.	.	.	.	.	.	2·64	.	.
350	Pomeisl	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50	—·50	—·50	—·50
351	Pontafel	.	1·02	1·06	—·96	—·94	—·96	—·90	—·90	—·80	—·62	.
352	Pottendorf	3·	1·50	1·50	.	.	.	.	2·24	2·24	2·26	2·26
353	Pottenstein	1·38	.	.	.	.	.	1·20	—·40	—·40	—·40	[illegible]
354	Prachatitz	1·96	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·16	—·16	—·16	—·16
355	Prag	3·02	—·52	—·52	—·52	—·52	—·92	—·92	—·94	—·94	1·32	1·34
356	Prassedic bei Teplitz .	4·80	—·40	—·40	—·40	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
357	Preheischen	.	1·50	1·50	1·50	1·24	1·24	1·24	1·10	1·58	1·30	—·70
358	Preßbaum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
359	Prestawlk bei Tachau .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
360	Priesen bei Komotau .	.	.	.	.	.	.	.	—·18	—·18	—·18	—·18
361	Priesten-Straden . . .	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
362	Probstau bei Teplitz .	9·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	.	.	.	.
363	Prödlitz bei Aussig . .	—·56	—·56	—·58	—·58	1·18	1·18	1·18	1·04	1·04	1·04	1·03
364	Proschwitz	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	—·80	—·80
365	Proßnitz	.	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·44	—·44	—·44	.
366	Puchberg a. S.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
367	Puletschnei bei Gablonz	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
368	Puntigam bei Graz .	.	.	.	.	.	.	.	1·80	1·80	1·80	—·26
369	Puschwitz	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66
370	Raad	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.
371	Rankweil	2·34	—·70	—·70	—·72	—·60	—·60	—·62	—·96	—·96	—·98	—·58
372	Ratschendorf	.	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
373	Reichenau bei Falkenau	2·22	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·32	—·32	—·32	—·32
374	Reichenau bei Gablonz	5·04	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42
375	Reichenau bei Payerbach	.	1·09	—·52	—·53	—·54	—·54	1·38	1·40	1·40	1·92	1·94
376	Reichenberg	5·48	6·04	7·—	6·08	7·26	6·92	7·78	8·16	8·08	9·08	9·44
377	Reitendorf	.	2·36	2·36	2·36	2·36	2·38	2·38	1·80	1·80	1·80	—·60
378	Rettendorf	3·48	1·16	1·18	1·18	1·—	1·—	1·—	—·84	—·84	—·84	—·66
379	Ried	.	—·62	—·64	—·64	—·58	—·66	—·66	1·10	1·08	1·02	1·24
380	Ringelstein	2·04	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22
381	Rochlowa	4·—	1·—	1·—	1·—	.	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90
382	Röchlitz	4·07	2·—	2·—	2·—	1·82	1·82	1·82	1·84	1·86	1·86	1·87
383	Röhrsdorf bei Zwickau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
384	Römerstadt	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
385	Rosenthal I	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42
386	Rosenthal II	3·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
387	Roßnitz	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·30	—·30	—·30	—·30
388	Rothau-Schindelwald .	4·26	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·44	—·90	—·90	—·90	—·90
389	Rottenmann	—·84	—·84	—·84	—·88	—·88	—·90	—·90	—·74	—·74	—·74	—·76
390	Rudig	3·36	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·56	—·56	—·56	—·58
391	Rückersdorf	1·08	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·30	—·30	—·30	—·28
392	Rumburg	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·80	—·80	—·80	—·80
393	Ruppersdorf b. Rchbg.	3·96	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66
394	Saalfelden	—·74	—·36	—·36	—·22	—·22	—·24	—·24	—·22	—·68	—·34	2·56
395	Saaz	17·22	2·58	2·58	1·72	1·72	1·72	5·28	1·28	1·28	1·28	1·28
396	Salzburg	21·65	16·12	12·34	10·66	16·66	10·98	12·56	15·23	12·73	13·31	15·67
397	St. Egyd a. N.	4·70	1·14	1·14	1·14	1·22	1·22	1·22	1·20	1·20	1·20	1·20
398	St. Johann i. P. . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
399	St. Lambrecht	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
400	St. Michael bei Leoben	3·60	1·20	1·20	1·20	1·16	1·54	—·86	—·98	1·26	1·08	—·76

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	14	96	343
—·74	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·78	—·78	—·34	—·36	1·04	—·90	—·74	—·56	12	22	344
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	58	345
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	346
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	32	80	347
—·20	—·22	—·22	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	3	16	348
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	64	349
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	11	40	350
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	16	351
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	—	352
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	78	353
—·16	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	6	—	354
1·34	—·84	—·84	—·86	—·86	.	.	.	.	.	.	.	.	.	16	22	355
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	60	356
—·70	—·70	—·60	1·62	1·62	1·80	1·56	1·22	1·26	1·34	1·04	.	.	.	26	36	357
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	—·44	—·42	2	18	358
.	.	—·50	.	—·50	.	.	.	.	.	1·04	.	.	.	2	04	359
—·18	—·18	—·18	—·18	—·19	—·20	—·74	—·76	—·99	—·99	—·90	—·96	—·87	—·84	8	88	360
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	11	80	361
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	19	20	362
1·03	1·04	—·55	—·55	—·56	—·88	—·88	—·88	1·12	1·14	1·14	.	.	.	29	74	363
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	18	40	364
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	365
.	.	—·76	—·70	—·64	—·60	—·50	—·44	.	.	.	.	.	.	3	64	366
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	15	—	367
—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	8	80	368
—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	16	—	369
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	80	370
—·58	—·60	—·70	—·70	—·72	—·84	—·84	—·84	—·50	—·50	—·50	.	.	.	17	08	371
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	12	24	372
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	8	50	373
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	14	40	374
2·78	2·22	2·24	—·55	—·94	—·60	—·39	—·68	.	—·38	—·68	.	.	.	22	72	375
11·22	8·54	9·40	8·80	9·38	7·52	11·78	8·24	10·22	7·98	11·80	9·42	7·30	9·28	212	20	376
—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	22	—	377
—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·68	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·56	21	52	378
1·18	1·08	1·20	1·28	1·34	1·52	1·32	1·58	1·64	1·76	1·70	1·62	1·74	—·66	27	88	379
—·22	—·22	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	7	32	380
—·92	—·92	—·92	—·88	—·90	—·90	—·90	—·90	—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	25	16	381
1·88	1·88	1·10	1·10	1·10	1·11	1·12	1·12	2·98	2·99	1·88	.	.	.	41	22	382
.	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	—·44	—·42	—·42	2	60	383
.	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	—	384
—·42	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	8	78	385
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	12	60	386
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	9	12	387
—·90	—·90	—·90	—·90	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	22	40	388
—·76	1·18	1·18	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·46	—·46	—·46	—·48	.	.	18	04	389
—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	14	40	390
—·28	—·29	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	6	79	391
—·80	1·—	1·—	1·02	1·02	—·52	—·52	—·52	—·42	—·44	—·44	.	.	.	16	90	392
—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	1·32	1·32	1·32	1·32	1·36	1·36	24	—	393
2·22	2·22	2·62	2·46	2·50	3·16	3·18	3·16	4·70	4·70	3·28	—·54	—·26	—·48	41	66	394
1·28	1·28	1·28	1·28	1·28	—·82	—·82	—·82	.	.	.	.		2·26	49	06	395
12·12	12·56	11·80	11·48	13·02	17·26	12·12	12·78	14·03	13·67	10·98	12·38	6·—	.	317	51	396
1·24	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·56	1·56	1·22	1·22	1·22	1·22	1·24	1·24	35	—	397
.	.	.	—·68	—·68	—·46	—·46	—·46	—·47	—·48	—·48	.	.	.	4	17	398
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·14	.	1	14	399
1·28	1·18	1·—	1·40	1·04	—·86	1·12	1·22	—·66	1·24	1·44	—·74	1·20	—·96	30	18	400

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
401	St. Peter bei Leoben	1·34	—·38	—·38	—·42	—·42	—·42	—·44	—·50	—·50	—·50	—·50
402	St. Pölten	14·16	1·20	2·44	1·14	1·66	—·94	—·94	—·92	—·92	—·92	1·50
403	St. Stefan	11·64	5·82	5.84	5·84	5·84	6·82	6·82	6·82	6·84	5·50	5·50
404	St. Valentin	1·54	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.
405	St. Veit a. d. Glan	6·94	6·94	6·38	6·12	6·36	5·80	5·96	5·38	6·42	5·70	9·75
406	St. Veit a. d. Triesting	3·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32
407	Saugerberg	1·64	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	.	.	.
408	Schaben bei Daßnitz	.	.	.	.	.	.	.	4·—	.	.	.
409	Schärding	2·—	—·70	—·70	—·34	—·32	—·32	—·34	—·40	—·40	—·40	.
410	Scharnstein	6·94	2·48	1·82	2·04	.	1·90	1·20	1·88	1·56	2·42	2·42
411	Schaßlowitz b. B.-Leipa	3·36	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48
412	Schatzlar	.	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
413	Scheibbs	7·19	—·80	—·80	—·80	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32
414	Scheibmühl	1·12	1·16	—·78	—·78	—·78	—·78	—·80	1·—	—·66	1·14	—·92
415	Schlaggenwald	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
416	Schloppenhof bei Eger	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
417	Schluckenau	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
418	Schmiedeberg	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.	.
419	Schneegattern	4·78	1·04	1·04	1·04	1·06	1·06	1·06	1·10	1·10	1·10	1·10
420	Schöbritz	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·62	—·62	—·62	—·64
421	Schönau bei Hainspach	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
422	Schönau bei Teplitz	.	.	.	.	—·82	—·82	—·82	.	.	.	.
423	Schönborn b. Reichenbg.	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·26	—·26	—·26	—·26
424	Schönbrunn	.	.	.	.	.	.	.	—·42	—·42	—·42	—·42
425	Schönbrunn bei Tachau	—·84	—·84	—·86	—·66	—·66	—·68	—·72	—·72	—·74	—·42	—·42
426	Schönfeld bei Petschau	2·42	—·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.
427	Schönlinde	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
428	Schwanberg	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·46
429	Schwarzwasser	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
430	Schwechat	1·12	—·30	—·30	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·27	—·28
431	Selzthal	3·26	1·22	1·24	1·24	1·24	1·24	1·24	1·80	2·30	.	1·90
432	Servola	—·96	—·32	—·32	—·32	—·62	—·62	—·62	—·52	—·52	—·52	—·54
433	Setzdorf	1·37	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·19	—·20	—·20	—·20	—·20
434	Siebenhirten	4·80	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.
435	Silberbach	.	—·70	—·70	—·70	.70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
436	Sodau bei Karlsbad	.	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·48	—·48	—·48	—·48
437	Söhle bei Neutitschein	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
438	Soldatenhäuser bei Asch	1·20	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.
439	Sollenau	—·72	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14
440	Sonnenberg	3·88	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·50
441	Sophienthal-Heinrichsb.	7·04	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·14	1·14	1·14	1·14
442	Spital am Pyhrn	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
443	Spittal a. d. Drau	.	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.
444	Spittelgrund	2·88	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·48
445	Sporitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
446	Staab	10·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·34	—·34	—·34	—·34
447	Stadlau	6·34	5·88	5·40	5·76	5·86	5·38	5·66	5·40	6·50	5·18	4·96
448	Stainach	.	1·56	1·56	1·70	1·72	.	.	.	.	.	.
449	Stefanau	.	.	.	.	.	.	.	2·48	.	.	.
450	Steinaugezd	4·17	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·48	—·48
451	Steinpöhl	6·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
452	Steinschönau	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
453	Sternberg	16·73	8·11	8·39	9·46	8·96	8·58	8·97	8·85	6·39	9·14	6·04
454	Steyr	23·30	5·58	5·58	5·40	5·40	5·34	5·46	4·68	4·70	5·02	5·04
455	Steyrermühl	.	.	.	.	.	.	.	—·78	—·78	—·78	—·80
456	Stockerau	2·40	.	—·50	—·50	—·64	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·56
457	Strahl bei Kosten	1·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
458	Suczawa	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
—·50	—·50	—·36	—·38	—·38	—·38	—·36	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	9	80	401
1·26	3·20	1·20	1·20	1·24	3·46	—·59	1·60	—·54	—·54	—·54	—·55	.	.	42	66	402
5·50	5·50	5·66	5·66	5·66	5·68	.	.	.	.	.	.	.	.	106	94	403
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	404
8·49	5·46	6·30	6·52	5·84	6·28	6·16	8·70	9·33	6·34	5·96	5·98	6·14	.	159	25	405
—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	—	406
.	.	.	.	.	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·76	.	.	.	9	50	407
.	4·—	.	.	.	.	.	.	10·—	.	.	.	.	.	18	—	408
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	92	409
1·86	1·78	1·91	1·56	1·56	1·26	1·62	1·34	1·34	1·50	1·10	.	.	.	41	49	410
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	12	—	411
1·—	1·—	1·—	1·—	3·—	3·—	3·—	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	32	—	412
—·32	—·32	—·32	.	.	1·—	.	2·—	.	.	.	.	.	.	15	79	413
—·86	—·86	—·84	—·94	—·94	—·96	—·92	—·88	1·14	1·10	1·12	.	.	.	20	48	414
.	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·80	—·80	.	.	.	2	40	415
.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	2	40	416
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	3	—	417
.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	418
1·12	1·12	—·92	—·92	—·94	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	.	.	23	32	419
—·64	—·64	—·60	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·46	—·48	.	.	.	.	12	48	420
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	6	—	421
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	46	422
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	6	72	423
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	.	4	20	424
—·42	—·36	—·36	—·36	—·36	—·54	—·56	—·56	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	.	13	72	425
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	22	426
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	24	—	427
—·46	—·32	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	7	64	428
.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	4	20	429
—·28	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·76	—·76	—·78	—·40	.	.	9	61	430
2·—	2·56	1·82	2·54	1·52	1·54	2·64	2	2·18	2·74	2·64	2·40	.	.	43	26	431
—·54	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·70	—·70	—·72	—·72	.	.	.	.	11	44	432
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	5	46	433
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	.	.	7	36	434
—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	435
—·50	—·50	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	7	26	436
.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	8	—	437
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	4	80	438
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·15	—·16	—·16	—·16	—·16	.	4	03	439
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	88	440
1·14	1·06	1·06	1·06	1·08	1·24	1·24	1·26	1·24	1·24	1·26	1·26	1·26	.	33	12	441
.	.	.	.	.	—·40	—·42	—·42	—·61	—·61	—·62	—·66	—·66	—·68	5	08	442
.	.	.	.	1·10	.	1·76	—·54	.	.	.	.	.	.	5	40	443
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·60	—·60	—·60	.	.	.	17	64	444
.	.	.	.	.	.	.	1·06	.	.	.	.	.	.	1	06	445
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	1·10	1·10	1·10	.	.	.	21	82	446
5·68	6·06	5·76	6·—	6·36	6·60	10·16	6·42	6·52	7·20	6·80	6·18	.	.	142	06	447
.	.	.	1·98	1·98	2·—	2·04	2·04	1·90	1·90	1·94	1·96	1·94	1·94	28	16	448
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	48	449
—·49	—·50	—·50	—·50	—·74	—·74	—·76	—·76	.	.	—·80	.	.	.	16	52	450
—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	—	451
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	25	—	452
6·32	6·32	5·32	6·24	6·74	4·70	5·60	6·79	7·61	5·55	9·55	.	.	.	170	36	453
5·06	4·66	4·66	7·60	7·82	7·28	6·50	5·68	5·79	5·51	2·90	2·28	2·58	2·06	145	88	454
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	2·—	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	22	54	455
—·56	—·56	—·56	—·58	1·13	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	14	89	456
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	457
.	.	.	.	.	—·76	—·76	—·76	1·20	1·20	1·20	1·60	1·60	1·60	10	68	458

Fortlaufende Nummer	Ort	1900 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
459	Tachau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·—
460	Tannwald	.	.	.	.	.	.	.	—·50	— 50	—·50	—·50
461	Tarvis	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
462	Taschwitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
463	Teichstatt	·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
464	Teplitz	22·—	4·—	4·—	4·—	4·—	3·60	3·60	3·10	3·10	3·10	2·60
465	Tetschen a. d. Elbe	2 64	—·44	— 44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·40	—·40	— 40	—·40
466	Thiergarten bei Plsbr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
467	Thörl bei Aflenz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
468	Thomasroith	4·86	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
469	Tischau bei Teplitz	3·84	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	.	.	.	.
470	Tollinggraben	.	.	.	1·—	.	1·—	.	.	.	.	1·12
471	Traisen	2 40	— 80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.
472	Traiskirchen	4·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
473	Traun	2·10	—·42	·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	1·—
474	Trautenau	1·56	2·14	2·16	2·10	2·22	2·22	2·22	2·24	2·24	2·28	2 26
475	Triest	.	.	.	.	.	.	.	1·50	1·50	1·52	1·86
476	Trofaiach	—·62	— 62	—·63	—·46	—·46	—·46	—·46	—·38	—·38	—·38	—·32
477	Troppau	22·98	8·16	9 34	8 72	4·62	4 62	9·84	7 78	7·80	7·80	7·90
478	Tulln	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
479	Turn bei Teplitz	11·75	—·48	—·48	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.
480	Tuschkau a. d. M.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
481	Ullersdorf	1·84	—·72	—·72	—·72	—·56	—·58	—·58	—·60	—·60	—·62	—·44
482	Ullitz bei Mies	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
483	Unterlangendorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
484	Untermardorfb. Gablonz	—·80	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
485	Untersekeran bei Staab	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
486	Unzmarkt	13 38	— 86	1 92	1·92	1·76	1·78	1·76	2·54	2·54	2·57	—·64
487	Urfahr	4·80	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	— 40	—·40	—·40
488	Veitsch	1·74	1 22	1·10	1·12	1·19	1·24	1·26	1·28	1·26	1·26	1·34
489	Villach	37·80	—·36	—·36	—·33	—·36	—·36	—·38	—·92	4·62	4·62	5·34
490	Voigtsgrün	1·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.
491	Voitsberg	11·52	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
492	Vordernberg	.	2·—	4·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
493	Vordersdorf	3·36	—·24	— 24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.
494	Wagstadt	1·52	1·18	1·18	—·68	—·68	1·38	1·38	—·82	—·82	—·82	—·82
495	Waidhofen a. d. Thaya	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
496	Waidhofen a. d. Ybbs	9·80	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	1 22	1·22	1·22	1·24
497	Wallern	2·62	—·66	— 66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	.	.
498	Warnsdorf	15·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—
499	Wartberg	3·62	1·22	—·66	— 66	—·66	—·66	—·66	—·56	—·56	—·56	—·56
500	Wehedítz	3·50	1·38	1·38	1·38	1·38	1·40	1·40	1·80	1·80	1 84	1·06
501	Weipert	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·36	2·36	2 36	2·36
502	Weißbach	1·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·20	—·20	—·20	—·20
503	Weißkirch	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
504	Weißkirchen bei Kratzau	3·60	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·2	1 20	1 20	1·20	1·20
505	Weiz	.	.	.	—·42	.	.	.	.	.	.	.
506	Wellhotten	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.
507	Welhenitz bei Teplitz	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24
508	Wels	7·34	1·88	1·88	1·82	1·82	1·82	1·82	1·58	1·58	1·58	1·58
509	Wenussen bei Tuschkau	2 —	—·50	—·50	·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
510	Wernersreuth	.	— 64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64
511	Wernstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
512	Wetzwalde	.	—·66	—·66	—·68	—·60	—·60	—·60	—·60	— 60	—·60	—·60
513	Weyer a. d. Enns	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
514	Wien	1228·89	478·63	490·88	506 99	492·53	510·66	499·59	498·11	498,86	495·28	497·39
515	Wiener-Neustadt	7·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1 20	2·06	2·08	2·08	2·—
516	Wiesen-Rabersdorf	2 40	—·80	—·80	— 80	—·80	—·80	—·80	—·90	—·90	—·90	—·90

1901 Mai	1901 Juni	1901 Juli	1901 August	1901 September	1901 October	1901 November	1901 December	1902 Jänner	1902 Februar	1902 März	1902 April	1902 Mai	1902 Juni	Summe K	Summe h	Fortlaufende Nummer
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	24	—	459
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	6	—	460
.	.	.	.	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	.	13	50	461
.	.	.	.	.	1·50	.	1·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	4	50	462
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	5	60	463
2·60	2·60	2·60	2·60	2·60	2·60	2·60	2·60	1·10	1·10	1·10	—·60	—·60	—·60	83	—	464
—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	10	16	465
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56	.	2	68	466
.	1·96	1·56	1·70	—·96	1·70	1·52	1·18	1·14	1·88	.	.	.	.	13	60	467
—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·50	—·50	—·50	.	.	.	12	96	468
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	80	469
.	.	.	1·—	.	.	.	1·64	—·70	—·70	—·70	.	.	.	7	86	470
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	471
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	472
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	16	—	473
2·40	2·46	2·56	2·60	2·56	2·62	2·64	2·74	2·92	3·—	3·04	3·06	3·04	3·30	62	58	474
2·18	1·44	1·88	2·26	1·74	2·08	2·36	1·38	1·92	1·92	1·62	1·64	1·64	1·64	32	08	475
—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	10	11	476
7·90	7·92	7·76	7·77	7·77	7·04	7·04	7·04	4·80	4·80	4·82	.	.	.	174	22	477
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5·—	5	—	478
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	71	479
.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	4	—	480
—·44	—·44	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·52	—·54	—·54	.	.	.	14	28	481
.	.	—·15	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	.	.	.	1	03	482
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—	90	483
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	9	60	484
.	1·13	.	.	.	.	—·96	1·08	—·82	—·96	1·68	1·14	1·16	1·16	10	09	485
—·64	—·64	2·58	2·60	2·60	2·66	3·20	2·92	2·78	1·88	1·88	1·74	1·74	1·74	61	27	486
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	12	—	487
1·08	—·50	—·38	—·38	1·48	1·20	1·54	—·98	1·18	1·14	1·14	1·10	.	.	26	11	488
5·96	4·66	4·54	4·68	5·48	6·99	4·95	5·18	—·42	.	.	.	.	.	98	34	489
.	.	.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	490
2·—	2·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	57	12	491
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·86	1·86	1·86	1·86	1·86	1·86	49	16	492
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	493
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·24	.	.	.	.	.	.	17	40	494
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	495
1·36	1·38	1·40	1·40	1·40	2·02	2·06	2·06	2·31	2·31	2·31	—·78	.	.	40	04	496
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	02	497
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	42	—	498
—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	.	17	92	499
.	.	.	.	5·44	.	.	.	3·23	.	.	.	.	.	26	99	500
2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	50	32	501
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	5	28	502
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	25	—	503
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	.	28	80	504
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	42	505
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	506
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·32	—·34	—·34	.	.	.	4	—	507
1·60	1·96	1·96	1·96	1·10	1·10	1·10	1·10	1·14	1·16	—·48	.	.	.	39	36	508
—·46	—·44	—·44	—·44	—·44	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·52	—·54	—·54	12	50	509
—·64	—·64	—·64	—·64	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	96	510
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.	1	—	511
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	14	60	512
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	24	—	513
498·47	494·16	487·76	469·39	495·76	499·17	478·72	504·75	411·13	392·26	366·97	256·33	256·58	130·62	11,973	55	514
2·—	2·05	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—·40	.	.	.	.	.	36	67	515
—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	60	516

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
		1900										
517	Wiesenberg	13·—	3·48	3·48	3·50	6·32	6·34	6·34	2·66	2·66	2 68	2·30
518	Wigstadtl	19 64	6·60	6·60	6·60	4·16	4·16	4·18	6·60	6·60	6·60	6 60
519	Wilhelmsburg	7·14	—·40	—·40	—·42	—·44	—·44	—·44	1·30	1·30	—·50	—·50
520	Wilhelmshöhe b. Schkh.	.	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·42	—·42	—·42	—·42
521	Willomitz	2 40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
522	Wilten	3·88	—·64	—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	1·08	1·08	1·10	1·10
523	Wintersgrün	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.
524	Wistritz	7·08	1·56	1·58	1·58	1·18	1·18	1·18	1 18	1·18	1·18	1·18
525	Wölmsdorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
526	Wörgl	14·86	2·70	2 70	2·56	2·56	2·58	2·58	1·50	1·50	1·50	1·52
527	Wolfsberg i. K. . . .	3·86	—·95	1·48	1·—	1·46	1·—	1·26	1·44	1·18	1·06	1·—
528	Wolfsberg b. Schönlinde	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.
529	Wolfsegg	2·—	.	2·—	.	.	2·—	.	.	.	2·—	.
530	Wustung bei Tannwald	6·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
531	Zech bei Elbogen . .	2·48	—·42	—·42	—·42	1·42	—·42	1·42	.	1 88	.	2 —
532	Zell am See	4·08	—·90	—·91	—·92	—·92	—·46	—·46	—·44	—·68	—·70	—·82
533	Zeltweg	—·86	1·20	1·08	—·88	—·94	—·90	1·26	1·26	1·34	1·76	1·34
534	Znaim	5·80	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·52
535	Zuckmantel bei Teplitz	11·—	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	1·60	1·60	1·60	1 60
536	Zwettnitz	5·64	—·94	—·94	—·94	—·94	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
537	Zwickau	5·54	1·10	1·12	1·12	3·04	3·06	3 06	2·92	9·92	2·94	—·48
638	Zwittau	.	.	.	.	.	.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
539	Zwodau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4·60	.

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
2·30	2·30	4·—	4·—	4·—	2·28	2·30	2·30	3·37	3·38	3·38	.	.	.	86	37	517
6·60	6·60	6·60	6·60	6·60	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	169	58	518
—·50	—·50	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	16	92	519
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	7	96	520
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	6	—	521
1·10	1·10	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	.	.	19	98	522
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	523
1·18	1·18	1·18	1·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	78	524
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	9	60	525
1·54	1·50	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·24	1·24	1·—	1·—	1·—	.	.	51	18	526
1·40	2·08	1·22	1·14	1·10	1·78	2·30	2·35	1·04	1·47	3·51	.	.	.	35	08	527
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	528
2·—	.	.	2·—	.	2·—	2·—	.	4·—	.	.	.	.	.	20	—	529
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	530
.	.	3·—	.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	88	531
—·82	1·10	—·90	—·62	—·60	—·70	—·50	—·52	—·58	—·58	—·68	—·66	—·58	—·60	20	73	532
2·42	1·34	1·12	1·32	1·26	1·24	1·76	1·22	2·34	1·46	—·74	1·26	1·14	.	31	44	533
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	15·86	2·86	—·52	—·52	—·52	.	.	.	31	52	534
1·60	—·70	—·70	—·72	1·22	1·22	1·22	1·22	1·32	1·34	1·34	.	.	.	35	—	535
—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·56	—·56	—·86	—·86	—·86	—·86	.	.	20	04	536
—·48	—·48	1·38	1·40	1·40	2·70	2·70	2·72	1·10	1·10	1·10	.	.	.	43	86	537
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	36	—	538
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	60	539

Betheiligung der einzelnen Wahlkreise an der Gesammtsumme der Reichsparteisteuer.

Kronland	Wahlkreis	Zahl der Orte	Summe Kronen	Landessumme der Orte	Landessumme Kronen
Böhmen	I	1	16·22	300	5,377·16
	III	40	440·03		
	IV	59	919·31		
	V	45	918·03		
	VI	19	884·67		
	VIII	91	1,448·29		
	IX	33	521·06		
	XVI	9	183·47		
	XVIII	3	46·08		
Bukowina	I	1	30·47	2	41·15
	II	1	10·68		
Kärnten	—	11	470·03	11	470·03
Küstenland	Triest, Istrien, Görz	4	58·46	4	58·46
Mähren	I	1	137·04	35	911·70
	II	1	92·33		
	III	4	43·90		
	V	1	3·—		
	VI	11	287·95		
	VII	17	347·48		
Niederösterreich	I–V	1	11,973·55	67	13,737·24
	VI	24	507·34		
	VII	8	263·09		
	VIII	9	581·12		
	IX	25	412·14		
Oberösterreich	I	5	547·54	27	1,159·50
	II	19	536·50		
	III	3	75·46		
Salzburg	—	10	491·68	10	491·68
Schlesien	I	15	719·30	18	761·83
	II	3	42·53		
Steiermark	I	8	1,212·41	51	2,999·34
	II	35	1,433·71		
	III	6	327·62		
	IV	2	25·60		
Tirol	I	6	446·57	9	600·06
	II	3	153·49		
Vorarlberg	—	5	208·35	5	208·35
	Summe . .	539	26,816·50		

Anträge zum Parteitag.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Parteiorganisation.

1. Antrag des Parteivorstandes.

Artikel I des Organisationsstatuts für die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs soll durch folgenden Zusatz ergänzt werden:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein vom Parteivorstande zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer werden von denjenigen nominirt, die den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Ausschluß Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu."

An Stelle der bisherigen Artikel II und III ist folgender Wortlaut zu setzen:

II. Vertrauenspersonen.

Alle in einem Orte befindlichen Parteigenossen und -Genossinnen bilden zusammen die **Lokalorganisation**. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteimitglieder der einzelnen Orte in zu diesem Zwecke berufenen Parteiversammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Als Grundlage für den Ausbau der Lokalorganisation ist nach Thunlichkeit die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

Die Vertrauenspersonen mehrerer Lokalorganisationen bilden zusammen die **Bezirksorganisation**, deren Umfang, unter Berücksichtigung der territorialen Verhältnisse, von der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz bestimmt wird. Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig erscheinen lassen, können **Agitationsbezirke**, ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen, gebildet werden.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben.

Die **Wahlkreisorganisation**, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Diesem obliegt die Förderung und Ueberwachung des Ausbaues der Organisation als auch die Agitation im Wahlkreis.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation auf Berufung des Agitationscomités nach Bedarf, mindestens aber einmal innerhalb eines Jahres, zu einer Konferenz zusammen. Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der dem Kreise angehörenden Bezirksorganisationen unter Angabe von Gründen es verlangt. Die Wahlkreiskonferenz entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisorganisationen eines Kronlandes können sich zu einem **Verbande** (**Landesorganisation**) vereinigen. Zur Besprechung und Beschlußfassung von Angelegenheiten, die das ganze Kronland betreffen, und soweit sie durch das eigene

Organisationsstatut dem Verbandsausschuß nicht vorbehalten sind, treten die Wahlkreisvertrauensmänner des betreffenden Verbandes nach Bedarf zu einer Verbandskonferenz zusammen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen der Lokal-, Bezirks-, Wahlkreis- und Landesorganisationen haben ihre Wahl mit genauer Angabe ihrer Adresse sofort dem Parteivorstande mitzutheilen.

2. Antrag der Lokalorganisation Wien:

Wenn nicht genügende Gründe die Abhaltung des turnusmäßigen deutschen Parteitages veranlassen, so soll der Parteivorstand berechtigt sein, von der Einberufung desselben abzusehen.

3. Antrag der Bezirksorganisation Braunau in Böhmen:

Um eine planmäßige Agitation in Ostböhmen zu ermöglichen und durchzuführen, ist in diesem Landestheil Böhmens eine Zentralstelle zu schaffen. Die Reichsparteileitung wird beauftragt, sich sofort mit der Gewerkschaftskommission ins Einvernehmen zu setzen, eine Konferenz der in Frage kommenden Bezirke einzuberufen und dort Vorschläge, respektive Anträge zur Aufbringung der Mittel zu machen.

4. Antrag der Bezirksorganisation Saaz:

Der Parteitag empfiehlt dem Landesausschuß in Böhmen, eine praktische Eintheilung der einzelnen Wahlkreise untereinander nach Agitationsdistrikten durchzuführen.

5. Antrag des Genossen L. Winarsky:

Der Parteitag fordert die Genossen auf, der Jugendorganisation mehr Beachtung zu schenken, überall dort, wo noch keine Vereine jugendlicher Arbeiter existiren, solche zu gründen, die jungen Genossen auch nach der Vereinsgründung mit Rath und That zu unterstützen und dem nächsten Parteitag hierüber zu berichten.

6. Antrag der vereinigten Lokalorganisationen Kosten, Strahl und Klostergrab:

Der Parteitag beschließt: Der ordentliche Parteitag wird jedes vierte Jahr abgehalten. Ein außerordentlicher Parteitag kann abgehalten werden, wenn zwei Drittel der Parteivertretungsmitglieder dafür sind oder wenn ein Drittel der Lokalorganisationen es verlangt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Parteipresse.

7. Antrag der gemeinschaftlichen Konferenz der Bezirke Gablonz an der Neiße und Tannwald:

Der Parteitag möge die Herausgeber der Maifestschrift sowie des Arbeiterkalenders verpflichten, die Bilder dieser beiden Schriften in Zukunft gediegener herzustellen. — Ferner beantragt die Konferenz, dem Arbeiterkalender das Jahrmarktverzeichniß für die Kronländer beizulegen.

8. Antrag des II. schlesischen Wahlkreisausschusses:

Die „Bielitzer Volksstimme“ ist als Parteiorgan anzuerkennen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Wahl der Parteileitung.

9. Antrag des IV. böhmischen Wahlkreisausschusses:

Der Umstand, daß in dem engeren Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie und damit in der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs kein mit den spezifisch böhmischen Verhältnissen vertrauter und daran interessirter Genosse bisher

vertreten war, woraus wohl die bisherige mangelhafte Berücksichtigung der speziellen deutschböhmischen Angelegenheiten und Bedürfnisse zu erklären ist, beantragt der Wahlkreisausschuß des IV. böhmischen Wahlkreises: Der Parteitag wählt in den engeren Parteiausschuß auch mindestens einen als Kenner der deutschböhmischen Verhältnisse bekannten, in Wien wohnhaften bewährten Parteigenossen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Eventuelles.

10. Antrag des Bezirksagitationscomités Saaz:

Der Sozialdemokratische Verband wird beauftragt, ehebaldigst im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf einzubringen, der die obligatorische Krankenversicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter sowie aller Dienstboten bezweckt.

11. Antrag der Lokalorganisation Teplitz:

In Hinkunft sind alle deutschen Parteitage, falls nicht ein Grund dagegen vorliegt, in Wien, als dem geographischen Mittelpunkt des Reiches, abzuhalten.

12. Antrag der Lokalorganisation Hanichen bei Reichenberg:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Aussig an der Elbe wolle beschließen:

Es sei zur nächsten Reichsrathssession eine neuerliche Aktion zur Erringung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung für die Arbeiterschaft einzuleiten.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Parteiorganisation.

13. Antrag Bretschneider (Zusatz zu Antrag 2):

Der Parteitag muß jedoch vom Parteivorstand einberufen werden, wenn ein Drittel der deutschen Wahlkreise die Einberufung fordert.

14. Antrag Pölzer:

Im vorletzten Absatz vom Antrag 1 einzufügen: insoferne sie nicht schon durch die Bestimmungen der Kronländer geregelt ist.

15. Antrag Wlczek:

In allen Orten, wo sich k. k. Tabakfabriken befinden, werden die Parteigenossen, insbesondere die Vertrauensmänner aufgefordert, sich angelegentlich um die Organisirung der in diesen k. k. Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zu kümmern.

16. Antrag Freundlich:

Im letzten Absatz vom Antrag 1 soll es heißen: — sprachlichen und territorialen Verhältnisse.

17. Antrag Muchitsch:

Die Anstellung von Bezirksvertrauensmännern nach Vorschlag des betreffenden Bezirkes kann nur nach Zustimmung der Landes- oder Wahlkreisvertretung geschehen, die auch über die Person entscheidet.

Parlamentarische Thätigkeit.

18. Antrag Czech:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, alljährlich zu jedem Parteitage einen ausführlichen und detaillirten Thätigkeitsbericht (nach dem Muster unserer reichsdeutschen Fraktion) zu erstatten und in Druck legen zu lassen. Gleich-

zeitig wird die Parteivertretung ersucht, die zu diesem Zwecke nothwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und für die weiteste Verbreitung dieses Thätigkeitsberichtes Sorge zu tragen.

19. Antrag der Lokalorganisation Hanichen:

Es sei zur nächsten Reichsrathssession eine neuerliche Aktion zur Erringung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung für die Arbeiterschaft einzuleiten.

20. Antrag Brod:

Die Parteileitung wird aufgefordert, in ihrer Taktik immer dessen eingedenk zu sein, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann, und daß alle bürgerlichen Parteien gegen uns Reaktionäre sind. Kompromisse mit bürgerlichen Parteien, durch die unsere Partei nur kompromittirt werden kann, sollen thunlichst vermieden werden.

21. Antrag Schäfer, Muchitsch, Polke, Prähauser, Schrammel, Spielmann:

Der Parteitag nimmt den Bericht des Verbandes der Abgeordneten zur Kenntniß und spricht ihm für sein entschiedenes Eintreten für die Interessen der gesammten Arbeiterschaft des Reiches Dank und Anerkennung aus.

Parteipresse.

22. Antrag Czech:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, darauf zu dringen, daß der von der Regierung vorgelegte Preßgesetzentwurf in der nächsten Session des Parlaments zur Verhandlung gelange und im Sinne unserer Prinzipien abgeändert und ausgestaltet werde.

23. Antrag Polke:

In Erwägung, daß die Maifestschriften durch die unglückliche Reproduktion des Farbendruckes bisher der Würde der Sache nicht entsprachen, stelle ich den Antrag, in Zukunft von dem Farbendruck abzusehen und die Maifestschriften in Schwarzdruck erscheinen zu lassen.

24. Antrag der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung:

Der Parteitag beschließt: Die Kolportage anderer Parteiblätter als des Zentralorganes „Arbeiter-Zeitung“ in Wahlkreisen, in denen die eigenen Wahlkreisblätter um ihre Existenz zu kämpfen haben, wird als unstatthaft bezeichnet. Insoweit sie bereits besteht, ist sie sofort einzustellen.

25. Eventualantrag der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung (falls der vorstehende Antrag abgelehnt wird):

Mit Ausnahme des Zentralorganes „Arbeiter-Zeitung“ darf kein Parteiblatt in irgend einem Wahlkreise billiger als das Wahlkreisblatt kolportirt werden; der über den wirklichen Preis hiedurch eingehobene Mehrbetrag ist dem betreffenden Wahlkreise zu Wahlkreiszwecken von dem Blatte abzuliefern.

26. Eventualantrag Piraschütz, Sever, Volkert, Hauschka, Kütt, Grosse:

Ueber den Antrag 26 der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

27. Antrag Volkert, Schuhmeier, Sever, Wlczek, Pirasch ütz:

Der Parteitag macht es den Parteigenossen Wiens zur Pflicht, im Interesse der Gesammtpartei alle ihre Kräfte für die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ einzusetzen, und fordert insbesondere die Vertrauensmänner der territorialen Organisation auf, bei jeder Zusammenkunft dieser ihrer Pflicht sich bewußt zu sein.

28. Antrag Czech:

Der Antrag des II. schlesischen Wahlkreisausschusses „auf Anerkennung der ‚Bielitzer Volksstimme‘ als Parteiorgan“ wird der mährisch-schlesischen Landeskonferenz zugewiesen.

29. Antrag Elderſch:

Die Parteivertretung wird aufgefordert, die Volksbuchhandlung zu veranlassen, die in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienenen, ungemein instruktiven Erläuterungen der Preßreform des Ministeriums Körber, in einer Broschüre zusammengefaßt, in Vertrieb zu bringen, damit die genaue Kenntniß dieser für die organisirte Arbeiterschaft äußerst wichtigen Gesetzesvorlage weiten Kreisen unserer Parteigenossen vermittelt wird.

30. Antrag Seliger:

Der Verband der deutschböhmischen Wahlkreise wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Parteivertretung die Frage der Gründung eines Parteitagblattes für Deutschböhmen in ernste Erwägung zu ziehen und dem nächsten Parteitag hierüber Bericht zu erstatten.

31. Antrag Skaret:

Der Parteitag beschließt, daß die Herausgabe von Kalendern und Parteifestschriften jeder Art nur im Einvernehmen und mit Zustimmung der Parteivertretung erfolgen darf.

32. Antrag der Bezirksorganisation XIX Wien:

Der Parteitag erklärt es für nothwendig, die Presse endlich von ihren Fesseln zu befreien, und fordert die Fraktion auf, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß die Regierung die Preßreform in der Herbstsession des Reichsrathes der Erledigung zuführe.

Eventuelles.

33. Antrag Smrcka:

Der nächste deutsche Parteitag hat in Salzburg zu tagen.

34. Antrag Pölzer:

Wenn nicht besondere Gründe vorliegen, den nächsten Parteitag an einem anderen Orte abzuhalten, empfiehlt der Parteitag der Parteivertretung, den nächsten Parteitag in Wien abzuhalten.

35. Antrag Hackenberg und Bretschneider:

Es wird der Parteivertretung überlassen, den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen.

36. Antrag Zuschratter:

In Anbetracht der Wichtigkeit der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches und der Komplizirtheit des Wesens desselben wird die Parteivertretung beauftragt, für sämmtliche Vertrauensmänner der Partei eine gemeinverständliche Darstellung der Ausgleichsfragen ausarbeiten zu lassen, diese in Druck zu legen und den in Betracht kommenden Genossen, die mit der Agitation sich befassen müssen, sowie den Redaktionen der Parteiblätter zur Verfügung zu stellen.

Resolutionen.

37. Resolution des Parteivorstandes:

Der Parteitag erklärt:

Der österreichisch-ungarische Ausgleich, in einem Augenblick tiefster politischer Ohnmacht Oesterreichs entstanden, bedeutet seit seinem Bestehen eine ununterbrochene Kette politischer und wirthschaftlicher Schädigungen für unsere Reichshälfte.

Während Ungarns Interessen immer entschiedener die äußere Politik des Gesammtstaates bestimmen, dagegen hemmend auf die organische Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse Oesterreichs wirken, wird durch das verschwommene System des Dualismus, das in der parlamentarischen Karikatur der Delegationen gipfelt, unser Parlamentarismus entnervt und unser Konstitutionalismus verfälscht.

Und während Ungarn seine wirthschaftlichen Potenzen zu kraftvoller Entfaltung gebracht und starke Grundlagen für seine Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat geschaffen hat, ist unsere ökonomische Entwicklung stillgestanden, ja zurückgegangen, eine direkte Wirkung der völlig zielbewußten Politik Ungarns, auf unsere Kosten und auf unseren Schultern zu einer höheren wirthschaftlichen Entwicklungsstufe emporzusteigen.

Aber diesen Prozeß des ungarischen Vorwärts- und des österreichischen Rückwärtswirthschaftens muß überdies Oesterreich überwiegend mit eigenem Gelde bezahlen, da die von Anbeginn ungerechtfertigte Höhe der Quote infolge des wachsenden Mißverhältnisses der Prosperität in beiden Staaten mit immer stärkerer Ungerechtigkeit Oesterreich belastet.

Dieses für Oesterreich so verderbliche Vertragsverhältniß dient vorgeblich den sogenannten Gesammtstaats- und Großmachtsinteressen, in Wahrheit aber lediglich dynastischen Interessen. Die Kosten dafür müssen in erster Linie die Arbeiter in der Form enormer, fortwährend wachsender indirekter Steuern sowie der Vertheuerung ihrer Nahrung durch Agrarzölle, aber auch in der Form des politischen und wirthschaftlichen Entwicklungsstillstandes, der Lähmung und Versumpfung des staatlichen und sozialen Lebens auf allen Gebieten bezahlen.

Ohne irgendwie den Ungarn, am allerwenigsten den ungarischen Arbeitern, mit denen sie die brüderlichen Interessen der Klasse verbinden, das Recht und die Möglichkeit der freiesten Entwicklung schmälern zu wollen, verlangt die österreichische Arbeiterschaft auch für Oesterreich das Recht der vollen, freien, politischen und ökonomischen Selbstbestimmung, und sie vermag die Möglichkeit hiezu lediglich in einer vollständigen politischen und fiskalischen Trennung der beiden Reichshälften zu erblicken, einer Trennung, die keineswegs nothwendig zu einem Zollkrieg führen muß, sondern in durchaus friedlicher und einverständlicher Weise vollzogen werden kann, und als Endziel durch den wirthschaftlichen Zusammenschluß der alsdann gleich berechtigten und gleich starken Staaten zur Schaffung eines großen einheitlichen Wirthschaftsgebietes führen soll.

Um diesem Ziele näher zu kommen, genügen nicht Scheinsiege der Regierung, die übermüthige Neuforderungen der Ungarn zurückweisen, sondern es muß vor Allem die Grundlage des Badenischen Ausgleichs, der Oesterreich ausliefert, vollständig verlassen werden.

In der lauen und verschwommenen Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung erblickt jedoch die Arbeiterschaft ein trügerisches Scheingefecht, und sie brandmarkt die Konzessionen zu Gunsten einzelner Parteien sowie den leeren Wortschacher um den Text des Vertrages, der uns auf eine weitere Reihe von Jahren in Abhängigkeit von Ungarn bringen soll, und durch den der günstigste Augenblick zur

Emanzipation Oesterreichs versäumt wird, als einen ausgesprochenen Verrath an den politischen und geistigen, den nationalen und materiellen Interessen der Völker Oesterreichs, insbesondere aber seiner Arbeiterklasse.

38. Resolution Skaret:

Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei spricht den polnischen und ruthenischen Landarbeitern in Galizien angesichts ihres aufopferungsvollen und berechtigten Lohnkampfes gegen die profitgierige Schlachta die wärmsten Sympathien aus und protestirt gegen die einseitigen Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung der ärmsten Schichten des Proletariats in Ostgalizien.

39. Resolution Schrammel:

In dem Maße, als die Arbeiterklasse politische Rechte erobert und an politischem Gewicht zunimmt, wächst auch das Bedürfniß der herrschenden Klassen, Arbeiterstimmen für sich zu gewinnen und die Macht der Arbeiter durch ihre Spaltung zu schwächen. Wenn sich die bürgerlichen Parteien um die Arbeiter kümmern, so geschieht es gemeinhin, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, um den Klassenkampf zu verwirren, abzustumpfen und zu verfälschen.

In Oesterreich insbesondere ist die korrupte und korrumpirende Einrichtung der fünften Kurie für die bürgerlichen Parteien Veranlassung, Möglichkeit und Verleitung, neben der eigenen Parteiorganisation Afterorganisationen aus proletarischen Elementen zu bilden, die unter der falschen Flagge von „Arbeiterparteien“ Ausbeuterinteressen dienen. Diese Filialen der bürgerlichen Parteien mit proletarischer Firma sind eine Schule der Versimpelung und Korrumpirung der irregeleiteten Arbeiter, die ihren schlimmsten Feinden als Werkzeug und Marionette dienen müssen. In schamloser Nachäffung der sozialdemokratischen Organisationen und der echten Gewerkschaftsbewegung dienen die sogenannten nationalen und christlich-sozialen Arbeiterparteien ausschließlich dem mehr oder minder bewußten Betruge der Arbeiter.

Wenn es allerdings im Allgemeinen nur die an Einsicht und Charakter schwächeren Elemente der Arbeiter sind, die diesem Betrug unterliegen und sich dazu verleiten lassen, der Arbeiterklasse in ihrem politischen und wirthschaftlichen Kampfe in den Rücken zu fallen, so können trotzdem zu Zeiten und bei günstiger Gelegenheit diese Verfälschungen vorübergehend eine gewisse Bedeutung gewinnen und das Fortschreiten der ernsthaften proletarischen Organisation für eine Zeitlang empfindlich hemmen.

Es ist darum die Pflicht der Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter den Arbeiterparteischwindel überall und bei Zeiten als das erkennen, was er ist: ein plumper Versuch, die indifferenten Arbeiter von ihren wahren Zielen abzulenken, gegen ihre eigenen Interessen zu mißbrauchen, ja direkt Arbeitswillige und Streikbrecher zu züchten.

Es muß rücksichtslos aufgezeigt werden, wie dort statt klaren Klassenbewußtseins konfuse Allerweltsduselei, statt proletarischen Stolzes spießbürgerliche Eitelkeit, statt mannhaften Kampfesmuthes erbärmliche Knechtseligkeit gefördert wird. Es muß den Arbeitern gezeigt werden, daß, wie die Sozialdemokratie die Frucht der Kraft und der Reife des Proletariats ist, ihre bürgerliche Verfälschung nur möglich ist durch die Schwäche und Rückständigkeit der Arbeiter.

Der Parteitag fordert demnach die Genossen auf, die bürgerlichen Betrüger rücksichtslos zu brandmarken, er erwartet aber auch, daß sie den so betrogenen Proletariern mit aller jener zähen Aufklärungsarbeit zur Seite stehen, deren gerade diese so sehr bedürfen, und daß sie, stets bereit zur Versöhnung, jede Gelegenheit begünstigen werden, die den verblendeten Brüdern erleichtert, auf

den Boden zurückzukehren, der ihre Heimat ist und den sie nur, der Versuchung folgend, verlassen haben, auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes.

Zugleich erklärt der Parteitag auch aus diesem Anlasse, daß die Beseitigung des Privilegienparlaments sammt der korrumpirenden fünften Kurie, die Ersetzung des Wahlunrechtes durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht nur eine Forderung des Rechtes, sondern auch ein Gebot der politischen Reinlichkeit ist.

40. Resolution Bentel:

Nachdem die bürgerliche Verfälschung der Arbeiterbewegung auch in den nationalen Turn- und Vergnügungsvereinen einen starken Nährboden findet, sind auch diese von den Genossen überall in geeigneter Weise zu bekämpfen, und es haben speziell die Arbeiter-Turn- und Gesangvereine darauf hinzuarbeiten, daß ihre Reihen durch diesen Kampf gekräftigt und so die jüngeren, noch nicht zielbewußten Arbeiter der Präparirungsarbeit der nationalen Chauvinisten entzogen und für das Eintreten in die sozialdemokratische Bewegung vorbereitet werden.

Erster Verhandlungstag.

Freitag den 15. August 1902. — Vormittagssitzung.

Schrammel (Aussig): Als uns mitgetheilt wurde, daß die Parteivertretung den Parteitag in Nordböhmen abzuhalten gewillt ist, waren wir selbstverständlich sehr erfreut, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß Zehntausende von Parteigenossen diesem Beschlusse zugejubelt haben. Wir sind überzeugt, daß die Berathungen des Parteitages für uns in Nordböhmen von großem Werthe sind. Sie werden unsere Arbeit neu beleben, sie werden uns mit frischer Kraft erfüllen, uns neuen Muth und neue Arbeitsfreude für unseren schweren Kampf mitgeben, den wir hier auf diesem von nationalen Wirren zerklüfteten Boden zu führen haben. Im Namen der organisirten Arbeiter des VI. böhmischen Wahlkreises, im Namen der Aussiger Arbeiter begrüße ich Sie auf das Herzlichste. (Beifall.)

Popp (Wien): Wir haben uns zusammengefunden, um wieder einmal über den Stand unserer Organisation zu berathen und uns wieder für die nächste Zeit eine Richtschnur für unsere Arbeiten zu geben. So mancher der Genossen war vielfach nicht zufrieden mit der Thätigkeit der Partei, die ihm vielleicht zu ruhig erschienen sein mag. Allein eine Partei, wie unsere, kann nicht von Demonstrationen leben, sie braucht auch eine ruhige Zeit, um das Material, das sie durch die Demonstrationen gewonnen hat, auch festzuhalten, die neuen Genossen auch principiell zu bilden und zu schulen. Wir wollen heute sehen, wie weit wir diese Arbeit in den letzten zwei Jahren geleistet haben.

Daß dieser Parteitag in Nordböhmen abgehalten wird, auf dem Gebiete, wo die Wellen der nationalen Politik so hoch gehen, wo die bürgerlichen Parteien versucht haben, auch die Arbeiter in ihr Schlepptau zu nehmen und sie für ihre Zwecke zu benützen, wird für die Zukunft wahrscheinlich von Bedeutung sein. Die Arbeiter von Nordböhmen werden uns an der Arbeit sehen, und sie werden sich überzeugen können, welche Partei ihre Partei ist, die socialdemokratische, die alle ihre Kräfte für die Arbeiter opfert, oder die bürgerlichen Parteien, die die Arbeiter bloß für ihre egoistischen Zwecke benützen wollen.

Den Aussiger Genossen, die uns einen so schönen Empfang bereitet haben, sei von vorneherein der Dank ausgesprochen. Wir werden gewiß eine schöne Erinnerung nach Hause mitnehmen, und ich hoffe, daß auch die Arbeiten dieses Parteitages, wie die aller früheren Parteitage ruhig und sachlich geführt werden, und daß wir von diesem Parteitag reiche Ernte nach Hause mitnehmen werden. (Beifall.)

Hiemit begrüße ich Sie auf das Herzlichste und erkläre namens der Gesammtparteivertretung den Parteitag der deutschen Socialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

Der Parteitag schreitet hierauf zu seiner **Constituirung.**

Genosse **Skaret** schlägt vor: als Vorsitzende Popp (Wien) und Schrammel (Aussig); als Schriftführer Winarsky (Wien), Schäfer (Reichenberg), Muchitsch (Graz).

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Hierauf wird die **Tagesordnung** festgestellt. Die Punkte: Parlamentarische Thätigkeit, Parteitaktik, Parteipresse wurden vorläufig zurückgestellt.

Es werden hierauf die **Commissionswahlen** vorgenommen.

Skaret schlägt vor: für die Mandatsprüfungscommission Nießner (Brünn), Bretschneider (Wien), Sigl (Linz), Beutel (Aussig), Kiesewetter (Gablonz).

Der Parteitag nimmt diesen Vorschlag einstimmig an.

Popp: Ein Wiener, Jenitschek, hat wegen seiner Ausschließung an den Parteitag berufen. Da wir uns mit dieser Angelegenheit nicht vor dem ganzen Plenum beschäftigen können, so schlage ich Ihnen eine Commission vor, die diese Ausschließung und deren Gründe zu überprüfen und darauf bezügliche Anträge dem Parteitag zu stellen hat.

In diese Commission werden gewählt: Winarsky, Schloßnickel, Schlinger, Bösmüller, Resel.

Popp: Es sind zwei darauf bezügliche Schreiben von den Genossen Jenitschek und Richter eingelangt, die ich der Commission übergebe.

Skaret: Zur Wahl in die vorbereitende Commission zur Wahl der Parteivertretung schlage ich folgende Mitglieder vor: Für Wien: Bretschneider, für Niederösterreich: Schlinger, für Böhmen: Sponer, für Steiermark: Resel, für Oberösterreich, Salzburg und Tirol: Sigl, für Mähren: Schloßnickel.

Der Vorschlag wird angenommen.

Popp: Die deutsche Bruderpartei hat, wie alljährlich, auch heuer, zwei Delegirte entsendet, unseren alten Freund und Genossen Kaaden (Bravo!) und den altbewährten Genossen Fischer aus Dresden. (Bravo!) Von der czechischen Partei ist Genosse Nemec delegirt wurden. (Beifall.) Wir begrüßen alle drei aufs Herzlichste (Bravo!) und wünschen, daß sie mit dem denkbar besten Eindruck von uns gehen mögen. (Beifall.)

Kaaden (Dresden): Ich überbringe Ihnen die Grüße der Socialdemokratie Deutschlands (Beifall) und ich muß sagen, ich habe mich sehr gefreut darüber, daß ich diesmal ausersehen wurde, die deutsche Partei hier zu vertreten, weil ich vor vielen Jahren mit den Genossen Oesterreichs und namentlich mit denen Nordböhmens sehr viel in Verbindung stand. Ich brauche kein langes Lied darüber anzustimmen, wie es uns in Deutschland geht. Sie wissen das. Sie wissen auch, wie wir in allen Ländern zu kämpfen haben, um unsere Forderungen durchzusetzen. Wir wissen, wie sie hier in Oesterreich zu kämpfen haben, und wir sind uns dessen bewußt, daß dieser Kampf ein schwerer ist. Die Regierungen und die herrschenden Klassen suchen in allen Ländern mit aller Macht den Freiheitsgedanken im Volk zu unterdrücken; deshalb müssen wir einander unterstützen und Schulter an Schulter kämpfen. Mögen auch die Hiebe hageldicht fallen, möge man uns auch gewaltsam unterdrücken wollen, wir werden siegen, trotz alledem. (Beifall.)

Fischer (Dresden): Die Socialdemokratie Deutschlands ist zwar nur durch zwei Delegirte vertreten, aber die ganze Socialdemokratie Deutschlands verfolgt Ihre Berathungen mit derselben Spannung und mit demselben Interesse wie unsere eigenen Parteitage. Uns einigt ja nicht nur das geistige Band, das die Socialdemokraten aller Länder einigt, das Band der Brüderlichkeit und Solidarität; uns bringt auch der gleichartige Charakter der Bewegung, die gleiche Art des Kampfes viel näher. Wenn auch der Kampf in allen Ländern das gleiche Ziel hat, so ist doch die Form in den meisten Ländern verschieden. Der Charakter ändert sich nach dem Temperament, er wird bedingt durch die nationalen und politischen Verhältnisse jedes Landes. Aber in Deutschland und Oesterreich ist eine größere Uebereinstimmung des Kampfes vorhanden. Wir haben uns immer gegenseitig beeinflußt. Wie die österreichische Socialdemokratie von der deutschen gelernt hat, so lernen wir auch von Euch und sind namentlich Bewunderer Eurer Energie, Eures Muthes und Eurer Siege. An Eurer Energie rafft sich so mancher Wankelmüthige unter uns empor, Euer Kampfesmuth schafft bei uns neuen Kampfesmuth. Wenn wir mit großem Interesse Ihren Verhandlungen folgen, so deshalb, weil wir von der Zuversicht erfüllt sind, daß Ihre Arbeiten nicht nur den österreichischen Arbeitern, sondern auch uns in Deutschland nützen werden. Wir wissen, daß Sie in Oesterreich das politische Leben viel mehr beherrschen, als das Ihrer Stärke entspricht, viel mehr, als das in anderen Ländern der Fall ist, weil Sie hier in diesem wirren Chaos die einzige treibende Kraft, weil Sie die Hoffnung Oesterreichs sind.

Wenn ich sage, daß wir uns an Eurem Muthe stärken, so will ich damit nicht sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie etwa schlaff oder nachlässig ge-

worden wäre. Aber die deutsche Socialdemokratie ist heute groß und mächtig geworden, und wie ein großer breiter Strom ruhiger, aber mächtiger dahinfließt als ein in die Tiefe stürzender Gebirgsbach, so ist es auch bei den Parteien. Unser Kampf ist aber auch ein einheitlicherer: wir haben nicht nach verschiedenen Richtungen zu kämpfen wie Sie, unser Kampffeld ist einheitlicher und klarer.

Wir treten im nächsten Jahre wieder in einen Wahlkampf ein, ja, wir sind schon seit einem Jahre in diesem Wahlkampf; es ist ein großer entscheidender Kampf, nicht nur von wirthschaftlicher, sondern auch von größter politischer Bedeutung für die ganze zukünftige Gestaltung Deutschlands.

Und das ist auch Euch nicht gleichgiltig, so wenig es uns gleichgiltig ist, wie die Verhältnisse in Oesterreich liegen. Unsere Siege sind Eure Siege; Eure Siege die unseren. Deshalb sind Eure Verhandlungen für uns von solchem Interesse und deshalb wünschen wir deutschen Socialdemokraten Euren Berathungen den besten Erfolg. (Beifall.)

Nemec (Prag): Es ist mir der ehrende Auftrag zutheil geworden, Sie namens der Parteivertretung der czechischen Socialdemokratie willkommen zu heißen und ihren Berathungen den besten Erfolg zu wünschen. Wir czechischen Socialdemokraten sind gewiß auf Eure Mitarbeit angewiesen, wie auch Ihr auf unsere Mitarbeit. Deshalb müssen wir auch immer und bei jeder Gelegenheit treue Kampfgenossenschaft halten, wie wir sie bisher immer gehalten haben, und dieser Kampfgenossenschaft rufe ich ein brüderliches Na zdar! zu. (Beifall.)

Der Parteitag tritt nun in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt ist der **Bericht der Parteivertretung**.

Das Referat erstattet

Skaret (Wien): Ich kann mich wohl bezüglich des Berichtes der Parteivertretung der äußersten Kürze befleißen, schon deshalb, weil ja ein ziemlich ausführlicher Bericht gedruckt vorliegt. Es wurde von einzelnen Genossen die etwas veränderte Form der Berichterstattung vermerkt. Zu dieser wurde man aber dadurch gedrängt, daß die Berichterstattung aus den Wahlkreisen eine höchst mangelhafte war. Ich will das nicht so sehr den Wahlkreisvertrauensmännern zuschreiben, als vielmehr den Local- und Bezirksorganisationen, deren Berichterstattung vielfach Alles zu wünschen übrig läßt. Ich glaube, es geht doch nicht an, daß eine Anzahl, wenn auch eine *kleine* Anzahl, von Wahlkreisorganisationen überhaupt sich der Verpflichtung der Berichterstattung zum Parteitag, wie das diesmal geschehen ist, vollständig entschlägt. Ich habe nicht umhin können, in dem Bericht diejenigen Organisationen zu nennen, von denen Berichte überhaupt nicht eingelangt sind. Es wird gerade durch das Verhalten dieser Organisationen vollständig unmöglich gemacht, daß wir über jene Ziffern Klarheit gewinnen, die uns im Interesse der Entwicklung unseres Parteilebens unbedingt nothwendig sind. Soweit ich bis jetzt mit den Genossen gesprochen habe, habe ich gefunden, daß die Form unseres Berichtes Zustimmung findet, da sie sich wirklich günstiger repräsentirt als die ungefähr 26 Berichte der einzelnen Wahlkreise, die in ihren Grundzügen nichts sind als ewige Wiederholungen desselben Textes, in dem nur die Ziffern andere sind, jedoch Ziffern, an deren Richtigkeit zu zweifeln wir sehr viel Grund haben.

In der letzten Zeit wurden der Parteivertretung wiederholt Vorwürfe gemacht, daß die Lebhaftigkeit der Bewegung der früheren Jahre, daß jenes Vorwärtsstürmen, das wir von früher gewohnt waren, verschwinde. Aber ich meine, *eine Partei braucht nicht nur eine Zeit des Sturmes, des Demonstrirens und Kämpfens, sie braucht auch eine Zeit, wo sie ihre Organisation ausbauen und sich innerlich kräftigen kann.* Es geht nicht immer so, wie es die Genossen wünschen möchten. Aber ich glaube, wenn die Zeit des Friedens zum Ausbau der Organisation entsprechend benützt würde, so würde unserer Bewegung ein bedeutend größerer Dienst erwiesen als durch die lärmendsten Demonstrationen.

Ich will hier einen besonderen Umstand aus unserem Berichte hervorheben, daß ist die Action für die *Alters- und Invalidenversicherung.* Diese Action wurde von einzelnen Genossen übel vermerkt, und es wurde die Meinung

ausgesprochen, daß wir von unserem alten Princip abgewichen seien und jetzt vom Petitioniren unser Heil erwarten. Sie können die Versicherung hinnehmen, daß, wenn wir die Petitionen eingebracht haben, wir damit durchaus nicht den revolutionären Charakter unserer Partei abgeschwächt haben, wir haben nur den einen Zweck damit verfolgt, unserer Agitation durch die Unterschriftensammlung von Haus zu Haus, von Person zu Person eine breitere Basis und eine nachhaltigere Wirkung zu geben. Es wurde eine größere Zahl von Personen für unsere Bewegung zu interessiren versucht, als das durch die sonstige Art der Agitation möglich ist.

Das Verlangen nicht nur nach Referenten, sondern, wie es sich in der letzten Zeit herausbildete, sogar ein Verlangen nach einer ganz besonderen Kategorie von Referenten führt zu immer größeren Unsitten. Es ist in den Reihen unserer Parteigenossen eine so merkwürdige Sucht eingerissen, nur dann einen Referenten herbeizuwünschen, wenn er irgendeinen officiellen Titel als Abgeordneter hat. Nur wenn man bescheiden ist, nimmt man mit einem Landtagsabgeordneten oder einem Gemeinderath vorlieb. (Heiterkeit.) Jedes Referat, das ein anderer Sterblicher halten würde, hat nach der Anschauung solcher Vertrauensleute keine Wirkung. Die Abgeordneten sind ein gesuchter Artikel in der Parteiagitation geworden, die anderen Agitatoren sind im Preise sehr gesunken. Auch der Umstand, daß innerhalb der wenigen Abgeordneten noch eine besondere Auslese getroffen wird, macht die Sache noch schwieriger. Es werden einzelne Abgeordnete nur als Lückenbüßer angesehen, und ich bitte Sie, endlich mit diesem Unfug gründlich aufzuräumen. Wir anerkennen vollständig, daß eine Menge Leute einmal den oder jenen Abgeordneten kennen lernen wollen, aber Sie dürfen uns, wenn wir nicht immer so bereit sind, den betreffenden Abgeordneten parat zu haben, daraus keine Staats- und Parteiaction machen. Nicht nur, daß wir häufig den Wünschen der betreffenden Vertrauensleute nicht entsprechen können, hat sich sogar ein Usus herausgebildet, daß man mit irgendeinem Abgeordneten eine Agitationstour inscenirte, ohne daß man vorher wußte, ob der betreffende Abgeordnete abkommen kann; der Abgeordnete erhält erst drei, vier Tage vorher eine Verständigung und kann sehr oft gar nicht abkommen. Dann wendet man sich an die Parteivertretung und macht uns für die Blamage der Partei, für den Ruin der Organisation am Orte, und wie diese Ausdrücke sonst noch heißen, verantwortlich. Aber nicht wir, nicht die Parteivertretung und auch nicht die Abgeordneten, sondern die Leichtfertigkeit solcher Vertrauensmänner ist schuld an derartigen Schädigungen der Partei. Wir sind gewiß jederzeit bereit, ihre Actionen zu unterstützen, aber über unsere physischen Kräfte hinaus unterstützen können wir auch nicht.

Noch einen Punkt möchte ich hervorheben. Man macht der Parteivertretung den Vorwurf, daß sie zur Belebung der Organisation nichts thue, daß sie die Provinzverhältnisse nicht genügend würdige und dergleichen. Wir waren stets bereit, den jeweiligen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wenn wir Vieles nicht thun konnten, was viele Leute als das einzig Wichtige angesehen haben, dann war das deshalb, weil wir doch nicht immer gleicher Meinung mit unseren Genossen waren. Der Schwerpunkt unserer Thätigkeit in der Partei hat sich in der letzten Zeit, seitdem wir eine parlamentarische Fraction haben, stark verschoben. Wir haben neben der parlamentarischen Fraction auch eine Gesammtexecutive. Es ist unrecht, wenn uns immer wieder vorgeworfen wird, daß Vieles hätte geschehen können, was nicht geschah, und ich möchte die Genossen einladen, sie mögen uns nicht mit nachträglichen Besprechungen in den Bezirksorganisationen oder vor dem Parteitag kommen, sondern uns lieber mit Rath und That rechtzeitig unterstützen! Der Vorwurf, daß die Parteivertretung nur Politik treibe und die Organisationsverhältnisse nicht berücksichtige, zerfällt in nichts, wenn man die Wahlkreis- und Landeskonferenzen verfolgt und gar nichts herausfindet, was einer Directive für die Parteivertretung gleichschauen würde.

Wir constatiren auf diesem Parteitag mit größter Zufriedenheit, daß — selbst gegen die Meinung derer, die beklagen, daß nicht mehr der Geist, das Leben von einst vorhanden ist — gerade in den letzten Jahren immer mehr an

positiver Kleinarbeit geschaffen wurde. Gerade in den letzten Jahren hat unsere Partei auf dem Gebiete der communalen und Länderverwaltungen einen großen Einfluß errungen. Die Socialdemokratie beeinflußt die communalen Verwaltungen in bisher nicht erreichtem Grade. Der Grad dieses Einflusses hängt ab von der Macht unserer Organisation in den einzelnen Orten. Namentlich in Nordböhmen haben unsere Genossen in dieser Hinsicht große Erfolge errungen. Wir haben nicht nur den dritten, sondern vielfach auch den zweiten Wahlkörper erobert. In manchen Orten haben wir die Bürgermeister- oder wenigstens die Vicebürgermeisterstelle erobert. Wir glauben aber unsere Aufgabe voll und ganz erfüllt zu haben, wir hoffen, daß Sie die künftige Parteivertretung ebenso unterstützen, und daß auch in Zukunft wieder emsige Arbeit im Interesse der Partei geleistet werde. Ich danke Ihnen für die Unterstützung, die Sie uns angedeihen ließen und auch für die materiellen Opfer, die Sie gebracht haben. Die Parteivertretung hofft auch in Zukunft ihr Interesse voll und ganz befriedigen zu können. (Bravo!)

Den **Bericht des Parteicassiers** erstattet

Dr. Ellenbogen (Wien): Die Sprache des Parteicassiers sind Ziffern. Ich weiß nicht, ob Sie Alle diese Sprache verfolgen. Aber aus den Ziffern können Sie ersehen, daß trotz der wirthschaftlich drückenden Situation insofern ein Fortschritt zu verzeichnen ist, als der Eingang an Parteisteuer um 2600 Kr. sich gehoben hat. Das beweist, daß der Ausbau der Organisation fortgeschritten ist. Es gibt keinen schärferen Maßstab, diese Erfahrung haben wir in der Parteivertretung gemacht für die Organisation, als die Parteisteuer. Aus der bezüglichen Tabelle ist ersichtlich, welche Genossen sich selbst anklagen müssen, wenn Sie die Tabelle vergleichen. Die geringe Schlußsumme ist darauf zurückzuführen, daß im Broschürenconto die Controle noch nicht erfolgt ist, so daß wir diese Beträge von circa 5000 Kr. noch nicht einsetzen konnten. Wir konnten mit den finanziellen Ergebnissen vollständig zufrieden sein. (Bravo.)

Den Bericht der **Controlore** erstattet

Tomschik (Wien): Die Controlore haben die Gebahrung der Parteivertretung geprüft und Alles in Ordnung befunden. Ich beantrage, der Parteivertretung das Absolutorium zu ertheilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen: **Parteiorganisation.**

Berichterstatter **Skaret** (Wien): Unser Organisationsstatut ist höchst mangelhaft. Es enthält eine Reihe von wichtigen Dingen nicht, und da muß man sich dann mit Interpretationen begnügen. Die Parteivertretung hat aber eine gründliche Revision des Organisationsstatuts noch nicht für angebracht gehalten, obzwar unser nächster Parteitag diese Frage gewiß wird beantworten müssen. Unsere Organisation beruht auf Localorganisation, Bezirksorganisation, Wahlkreis- oder Landesorganisation. Wir haben wohl eine große Anzahl von Localorganisationen in den Wahlkreisorganisationen, aber wenn man der Sache auf den Grund geht, sieht man, daß zuweilen außer dem Localvertrauensmann von einer Localorganisation nicht viel besteht. Darauf ist wohl sehr viel, auch der Ausgang der letzten Reichsrathswahlen zurückzuführen. Ich muß Ihnen unumwunden erklären: Wenn auch unsere Organisation nicht für die Wahlen gemacht wird, so ist doch die Organisation ausschlaggebend für den Ausgang der Wahlen. Insbesondere dort, wo die directen Wahlen endlich an die Stelle der indirecten getreten sind. Solange wir in Wien eine festgegliederte Straßen- und Häuserorganisation nicht hatten, solange wir uns bloß auf die mündliche und schriftliche Agitation beschränkten, hatten wir zwar schön besuchte Versammlungen, aber am Wahltage machten wir schlechte Erfahrungen. Wir sind deshalb zur Ueberzeugung gedrängt worden, daß wir unumgänglich die Kleinarbeit, die Häuser- und die Straßenorganisation benöthigen. Die nebulose Form der Localorganisation muß schwinden! Unsere Organisation muß eine positive Grundlage haben! Unerläßlich ist unserer Partei die genaue Evidenzhaltung jener Parteigenossen, die wir als solche kennen. Gerade in kleineren Orten, wo Einer dem Anderen bis in die

Eingeweide schauen kann, ob er ein Soci oder ein Nazi ist, ist dies viel leichter möglich. Mit der bloßen Evidenzführung ist's freilich nicht gethan. Wir brauchen auch die nöthigen Mittel. Wir haben fast keine Wahlkreisconferenz, keine Bezirksconferenz vorübergehen sehen, wo nicht Anträge angenommen wurden, daß jeder Genosse einen bestimmten Betrag an Parteisteuer abzuführen hat. In den meisten Fällen ist es bei dieser Beschlußfassung geblieben! Nur in wenigen Bezirken ist die Parteisteuer wirklich durchgeführt worden! Es gehört nicht zu den Annehmlichkeiten, wenn man da energisch ist. Die Popularität der Vertrauensmänner steigt nicht bei energischem Eintreiben der Parteisteuer. Aber sind wir überzeugt, daß wir ohne Mittel nichts machen können, dann müssen wir, ob's angenehm ist oder nicht, auf der Durchführung dieser Beschlüsse beharren, damit es uns nicht gehe wie bei den letzten Wahlkämpfen, daß wir im Frieden nichts sammeln und im Kampfe der nöthigsten Mittel entblößt sind. Gewaltige Reformen wären in dieser Hinsicht nöthig, obzwar es an präcise ausgearbeiteten Statuten nicht fehlt. Fehlen thut's nur an der Durchführung. Wir haben den Beschluß des Wimberger-Parteitages, wo wir die Wahlkreisautonomie geschaffen haben und wo wir dachten, die einzelnen Bezirke zu festen Massen zusammenzufügen. Was sehen wir heute? Eine Reihe von Unterströmungen und separaten Bestrebungen in den Wahlkreisen. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß wir an einzelnen Orten zurückgegangen sind, von persönlichen Streitigkeiten, die uns oft am bittersten schaden, ganz abgesehen.

Seitens der Parteivertretung haben wir Ihnen deshalb einen Antrag unterbreitet, der die Einschiebung eines Schiedsgerichtes in unser Organisationsstatut verlangt und wodurch es uns möglich ist, auf Streitigkeiten in einzelnen Orten mehr Einfluß zu nehmen. Was bedeutet das? Bis jetzt wurde gegen einzelne Personen, die sich gegen das Parteiprincip vergangen haben, an den betreffenden Orten entschieden. Dadurch bildeten sich gewöhnlich zwei Gruppen. Die eine stand auf Seite der officiellen Vertrauensmänner, die andere auf Seite der Ausgeschlossenen. Wir sind überzeugt, daß eine ganze Reihe solcher Streitfälle, wenn unparteiische Leute sich der Sache annehmen, viel leichter und auch gerechter geschlichtet werden können.

Bezüglich unseres zweiten Antrages, der sich auf die Vertrauenspersonen bezieht, ist zu sagen, daß darin keine wesentliche Aenderung begehrt wird. Es handelt sich nur um eine genauere Präcisirung unseres Statuts.

Nun gestatten Sie mir zum Antrag der Localorganisation Wien, der den Parteivorstand ermächtigen soll, bei der Abhaltung eines deutschen Parteitages vom Turnus eventuell abzugehen, einige Worte. Ein ähnlicher Antrag liegt ja auch seitens der Localorganisationen Kosten, Strahl, Klostergrab vor. Ich glaube, es ist kein Unglück, wenn die Vertrauensmänner alle zwei Jahre zusammenkommen und sich berathen. Ein Zeitraum von zwei Jahren scheint mir genügend lang, weil wir ja dazwischen immer einen Gesammtparteitag haben, der ja eine ganz andere Zusammensetzung hat. Eine derartige statutenmäßige Bestätigung, wie sie in diesen Anträgen verlangt wird, sollten wir nicht annehmen. Wo unsere Parteiverhältnisse im Laufe von zwei Jahren sich so gestalten, daß die Abhaltung eines Parteitages unnöthig wäre, da wird die Parteivertretung durch ein Circular die Wahlkreisorganisation verständigen und sie fragen, ob sie besondere Gründe für die Abhaltung anführen kann. Ich meine gerade die Beschickung des diesjährigen Parteitages, die Anwesenheit von so vielen Bezirksvertrauensmännern soll uns beweisen, wie nothwendig es ist, daß wir von Zeit zu Zeit zusammenkommen. Wenn Sie diese Anträge erwägen, so bedenken Sie auch die Möglichkeiten des Falles von Differenzen mit der Parteileitung. Wir hätten im Falle der Annahme des Antrages das Werkzeug in Händen, den Parteitag zu verschieben und abzuwarten, bis wieder die Liebe zur Parteivertretung eingekehrt ist. (Heiterkeit.) Der Antrag Kosten, Strahl und Klostergrab ist schon deshalb unannehmbar, weil derselbe eine Abänderung des Gesammtstatuts erfordern würde. Vier Jahre können wir nicht auf einen Parteitag warten. Wenn Sie sich darüber beklagen, daß nicht mehr so frisches Leben wie einst in der Partei herrsche, dann dürfen Sie die Verschiebung des Parteitages auf vier Jahre nicht genehmigen.

Den Antrag der Bezirksorganisation Braunau, der die Schaffung einer Centralstelle für die planmäßige Agitation in Ostböhmen fordert, bitte ich der Parteivertretung zu überlassen. (Zwischenruf: Bestattung erster Classe!) Es wird gerufen: erster Classe. (Zwischenruf: Nein, zweiter Classe!) Also zweiter Classe. Die Classe ist ja gleichgiltig, in der Sie den Antrag erledigen. Wir können einen solchen Unfug nicht einreißen lassen, da und dort die Bezirksorganisationen mit Vertrauensmännern zu versehen, weil dann in ganz Oesterreich nicht eine einzige Bezirksorganisation wäre, die nicht einen Vertrauensmann brauchte.

Was den Antrag der Bezirksorganisation Saaz, der die Eintheilung der Wahlkreise nach Agitationsdistricten fordert, betrifft, so kann ich Ihnen mittheilen, daß wir im Laufe dieses Parteitages uns einen Zeitpunkt aussuchen werden, um eine deutsch-böhmische Landesconferenz abzuhalten. Das ist der einzige Ort, wo derartige Fragen geregelt werden. Ich bitte Sie, diesen Antrag zurückzuziehen und ihn dann dieser Conferenz vorzulegen.

Noch ein Antrag des VI. böhmischen Wahlkreisausschusses, der die Zuziehung eines mit den böhmischen Verhältnissen vertrauten Genossen in die Parteivertretung begehrt, muß besprochen werden. Ich glaube, wie Genosse Spielmann sehr richtig gesagt hat, daß wir uns mit der Geschichte vom Landsmannminister (Heiterkeit) nicht beschäftigen können. Wenn die Genossen in Böhmen einen Wunsch oder eine Forderung haben, so hindert sie Niemand, an die Parteivertretung heranzutreten, wir werden ihnen gerne Rechnung tragen. Nachträglich wurde mir privatim mitgetheilt, daß der Antrag nicht so sehr die Absicht hatte, in die Parteiexecutive einen Kenner Böhmens hineinzuschieben, sondern die Parteivertretung sollte in Gruppen getheilt werden, Gruppe aus den Alpenländern, Gruppe aus den mährisch-schlesischen Ländern rc. rc. Ich zeige Ihnen damit nur die Tendenz des Antrages. Ich glaube, wir können von dem schwerfälligen Apparat einer Parteiexecutive, deren Mitglieder so viele Kilometer von einander wohnen, keinen Gebrauch machen, ganz abgesehen von den großen Kosten, die es verursachen würde. Es liegt auch für die Schaffung eines Landsmannministers keine besondere Veranlassung vor.

Der Antrag Winarsky, der uns die Organisirung der jugendlichen Arbeiter ans Herz legt, liegt gleichfalls vor. Wir können heute nicht auf dem Standpunkt stehen, daß die Organisation der jugendlichen Arbeiter so ganz ohne Mithilfe der Parteibewegung geschaffen werden soll. „Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft." Sie wissen, wie sehr unsere Gegner von der Wahrheit dieses Ausspruches überzeugt sind und darnach handeln. Katholische Gesellenvereine, nationale Jugendvereine sind überall. Es ist allerdings mit der größten Vorsicht vorzugehen, weil die Abhängigkeit der Lehrlinge eine besonders große und ihre Stellung eine leicht gefährdete ist. Aber wir sind verpflichtet, sie in unsere Organisationen einzubeziehen und mit Rath und That zu unterstützen.

Ich halte es vor Ihnen, als drei-, viermal gesiebten Vertrauensmännern, für überflüssig, zu sagen, je fester das Gefüge unserer Parteiorganisation, je besser das Einvernehmen der verschiedenen Organisationen, je größer unsere Mittel sind, desto rascher geht es vorwärts. Unsere socialdemokratischen Organisationen sind nichts Anderes als in die Gemeindekörper eingefügte Verwaltungen, die sich zu entwickeln haben und die die Hülle der heutigen Gesellschaft zu zersprengen und einen immer größeren Einfluß auf die Verwaltungen zu gewinnen haben. Ich bitte Sie also, die Anträge, die auf Verschiebung der Parteitage abzielen, sowie jene Anträge, die auf Anstellung und Subventionirung von Vertrauensmännern gerichtet sind, abzulehnen oder der Parteivertretung zuzuweisen. Den jugendlichen Arbeitern wollen wir eine größere Unterstützung zukommen lassen. In dem Maße, als unsere Organisation wächst, hebt sich unser Einfluß, unsere Macht! (Lebhafter Beifall.)

Rießner (Brünn): Auch ich bin der Ansicht, der Winarsky in seinem Antrag Ausdruck gegeben hat, daß der Organisation der jugendlichen Arbeiter eine große Bedeutung zukommt. Es läßt sich nicht leugnen, daß bezüglich der Erziehung oder Heranbildung der arbeitenden Jugend große Fehler gemacht werden. Dem ist es zuzuschreiben, daß wir vielfach nur einen sehr geringen

Nachwuchs haben. Ein großer Theil der jugendlichen Arbeiter ist im Lager der Clericalen und Nationalen. Unsere Gegner haben die Wichtigkeit der Organisation der Jugend erkannt. Wir schaden uns durch derartige Versäumnisse selbst, denn später sind dann die Leute für uns schwerer zu gewinnen, als wenn wir rechtzeitig Vorsorge treffen. Es ist allerdings in der letzten Zeit einigermaßen besser geworden, aber es bleibt noch viel zu thun übrig.

Pernerstorfer (Wien): Die Frage der Jugendorganisation ist speciell in Wien schon seit einer Reihe von Jahren erörtert worden. Die jugendlichen Arbeiter sind wirklich Schmerzenskinder unserer Partei, und wir haben in Wien schon verschiedene Versuche mit ihrer Organisation gemacht. Bretschneider war der Obmann eines Comités, das in einer Reihe von Sitzungen, denen auch jugendliche Arbeiter angehörten, Vorschläge für die Art der Agitation ausgearbeitet hat. Ich glaube, daß der Weg, den wir damals beschritten haben, der beste war, und wenn wir nicht sehr viel weiter gekommen sind, so liegt das wesentlich darin, daß wir für diese Art der Agitation nicht die genügenden Kräfte haben. Ich habe in den damaligen Berathungen immer den Standpunkt vertreten, daß wir es eigentlich so machen müßten, wie es in den katholischen Jünglingsvereinen gemacht wird: wir müßten die jungen Leute nicht so sehr unter dem Titel der Partei zusammenbringen als unter dem Titel geselliger Zusammenkünfte. Wir haben das in Wien einmal mit Unterstützung von Lehrern und kunstausübenden Leuten versucht; es waren etwa 80 jugendliche Arbeiter da, die wir dazu genommen haben, um ihnen zu zeigen, wie das wäre. Allen hat diese Art ausgezeichnet gefallen. Dazu haben wir aber nicht genügend Leute, und wir werden uns nun so einstweilen noch fortwurstelu müssen.

Ich habe mich hauptsächlich zum Worte gemeldet, um gegen die Anträge zu sprechen, die verlangen, daß die deutschen Parteitage nicht so oft abgehalten werden. Diese Anträge gehen darauf hinaus, den deutschen Parteitag gleichsam herunterzudrücken in seiner Bedeutung. Es ist mir nicht bekannt, ob in der czechischen oder polnischen Partei ein solcher Antrag gestellt wurde, aber ich getraue mir die Prophezeiung auszusprechen, daß weder Czechen noch Polen einen solchen Antrag stellen werden, daß aber wir Deutschen in völliger Verkennung unserer Organisation sofort dazu bereit sind. Wenn es irgendwer will, so verzichten wir gleich auf unseren deutschen Parteitag und begnügen uns mit dem gemeinsamen Parteitag. Das ist aber ein gänzliches Verkennen der Organisationsformen. Nachdem sich die Nationen selbstständig organisirt haben, steht es uns nicht gut an, daß wir bei jeder Gelegenheit die Taktik verfolgen, unsere Organisation, soweit sie eine deutsche Organisation ist, zurückzustellen, sie in ihrer Bedeutung herabzudrücken und sie als minderwerthig erscheinen zu lassen. Vergessen Sie nicht, daß die deutsche Socialdemokratie — und das ist Feststellung einer Thatsache, keine Ueberhebung — die älteste und größte socialdemokratische Partei Oesterreichs ist. Warum gerade wir so wenig Werth legen sollten auf die Stellung, die wir uns durch eine dreißigjährige Geschichte erworben haben, verstehe wer kann, wenn man nicht immer wieder auf den Gedanken zurückkommt, daß der Deutsche immer geneigt ist, seine eigenen nationalen Interessen in die Schanze zu schlagen, wenn ein anderer es auch nur wünscht. (**Nemec**: Welcher Andere wünscht das? Das wünscht ja kein Anderer, daß Sie den Parteitag nicht abhalten!) Ich meinte nicht ein Anderer, außerhalb der Partei, sondern innerhalb der Partei. (Zu Nemec gewendet): Gewiß schlagen Sie uns das nicht vor, aber lachen werden Sie schon, wenn Sie hören, daß wir solche Pläne haben. Ich möchte mich also mit aller Deutlichkeit gegen diese Anträge aussprechen. Ich bin überzeugt, daß sie gewiß abgelehnt werden, aber ich verhehle mir nicht, daß sie ein für uns Deutsche nicht sehr ehrenvolles Zeugniß sind. Es ist für das nationale Empfinden der Deutschen kein sehr hervorragendes Zeugniß, daß solche Anträge überhaupt gestellt werden. (Widerspruch.) Das ist das Malheur bei uns. Den Czechen und Polen fällt es nicht ein, ihr nationales Empfinden zurückzustellen. Ich wünsche, daß diese Anträge abgelehnt werden, und ich wünsche mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß kein oder kein guter Sinn darin liegt, wenn in der deutschen Organisation solche Anträge gestellt oder gar angenommen werden.

Bretschneider (Wien): Von den Vertrauensmännern der Wiener Localorganisation bin ich beauftragt, den Antrag zu vertreten, gegen den Pernerstorfer jetzt gesprochen hat. Pernerstorfer hat gemeint, dem Parteivorstand das Recht zu geben, den deutschen Parteitag nicht einzuberufen, wenn er überflüssig ist, sei einem Hintansetzen unserer nationalen Gefühle sehr ähnlich. Wir hätten uns damit gewissermaßen selbst des Rechtes begeben, uns als Deutsche zu fühlen. Ich muß schon sagen, das ist den Wiener Vertrauensmännern wirklich am allerwenigsten eingefallen. Ich glaube, die deutsche Organisation wird auch in Zukunft nicht verschwinden, wenn zum Beispiel einmal in sechs Jahren vielleicht der deutsche Parteitag entfällt. Die deutschen Genossen haben noch oft Gelegenheit, zusammenzukommen: in Wahlkreis- und Landesconferenzen u. s. w., und ich meine, vom nationalen Standpunkt kann man bei diesen Dingen überhaupt nicht sprechen. (Sehr richtig!) Da kommt vielmehr der materielle Standpunkt in Betracht. Wien kann 25 Delegirte zum deutschen Parteitag entsenden, die Kosten einer solchen Delegation sind sehr groß, aber es würde übel vermerkt werden, wenn Wien statt 25 bloß 10 Delegirte herschicken würde. Warum sollen wir „Muß-Parteitage“ einberufen und „Muß-Tagesordnungen“ aufstellen? Da wollen wir dem Parteivorstande das Recht einräumen, uns solche „Muß-Parteitage“ zu ersparen. Es ist sehr schön vom Vorstande, daß er das selbst nicht will, und das bietet uns die Gewähr, daß wir nicht sobald einen Vorstand bekommen werden, der etwa sechs Jahre lang auf der faulen Haut liegen und den Parteitag gar nicht einberufen wird. Wir beabsichtigen mit unserem Antrage nichts Anderes, als daß den Organisationen nicht unnöthige materielle Opfer auferlegt werden. Mir ist der Gesammtparteitag in vielen Dingen viel maßgebender. Wir können dort genug leisten, deshalb wollen wir uns unnöthige Opfer ersparen. Bedenken Sie nur: es finden Wahlkreis-, Landes- und Bezirksconferenzen statt, dann sind Wahlen, dann der Reichsparteitag. Alles das kostet Geld. Ja, um Gotteswillen, hören Sie nur einmal, was unsere Vertrauensmänner da sprechen; sie sagen, daß sie einfach keine Delegirten entsenden können. Dieser Parteitag ist ja sehr gut beschickt. (Elderſch: Na also!) Ja, aber aus den böhmischen Bezirken. Die anderen Länder sind nur sehr schwach vertreten.

Sie sehen also, gar so unnütz ist der Antrag nicht, damit aber die Gewähr geboten werde, daß der Parteivorstand nicht willkürlich vorgehe, stellen wir den Zusatzantrag:

Der Parteitag muß jedoch vom Parteivorstand einberufen werden, wenn ein Drittel der deutschen Wahlkreise die Einberufung fordert.

Resel (Graz): Die Redner, die bisher gesprochen haben, haben sich hauptsächlich mit zwei Anträgen beschäftigt. Aber ich glaube, daß diese beiden Anträge doch nicht die wichtigsten sind. Skaret hat darauf verwiesen, daß unsere Organisationsbestimmungen sehr mangelhaft sind und einer Abänderung bedürfen, und die Parteivertretung legt uns auch einen Abänderungsantrag vor, der aber meines Erachtens doch nicht den Bedürfnissen entspricht. Aus dem Bericht der Parteivertretung ersehen Sie, daß manche Länder daran gegangen sind, die Wahlkreisorganisation aufzugeben und eine einheitlichere, größere Gebiete umfassende Organisation zu bilden. Wir in Steiermark haben die Wahlkreisorganisation nie durchgeführt, weil wir sahen, daß diese nichts bedeuten würde als eine Zerschlagenheit der Einheitlichkeit der Bewegung des Landes. Wir haben gleich vom Anbeginn an erkannt, daß die Festlegung der Wahlkreise durch Badeni für uns nicht die Grundlage für unsere Organisation sein kann. Die Wahlkreisorganisation hat in manchen Gegenden zu einer völligen Zersplitterung der Organisation geführt; auch bei uns ist es einigen Organisationen eingefallen, auch Wahlkreisorganisationen bilden zu wollen. Wir haben uns aber mit aller Macht dagegen gewehrt. Es mögen die Genossen noch so viel von Demokratie und Autonomie reden, ich bin für eine stramme, womöglich große Theile einheitlich regelnde Organisation.

Skaret hat in seinem Bericht darauf verwiesen, daß sich bei den Wahlen gezeigt hat, daß wir eine ganze Menge Localorganisationen haben, die bloß auf dem Papier stehen, die aber nicht actionsfähig sind, weil sie bloß aus einem

Vertrauensmann bestehen. Aber auch der Antrag der Parteivertretung läuft wieder darauf hinaus, eine Localvertrauensperson zu bestimmen. Es müßte auch bestimmt werden, daß die Localorganisation nicht aus allen Parteiangehörigen des Ortes, sondern aus den Delegirten der im Localorganisationsgebiet seßhaften Parteiangehörigen besteht, und daß diese ein Localcomité, nicht aber eine Localvertrauensperson zu wählen haben. Wir hätten auch noch einige kleine Aenderungen; so sollte es bei Punkt 3 statt „Wahlkreisorganisation" heißen: „Landes-, beziehungsweise Wahlkreisorganisation".

Was die Häuserorganisation betrifft, so haben wir in Graz diese Organisation bereits ziemlich durchgeführt, soweit es in der kurzen Zeit möglich war, und wir sind daran, sie in ganz Steiermark durchzuführen. Ich glaube aber, daß da etwas Bestimmtes gesagt werden sollte, weil in die Häuserorganisation auch Jene einbezogen werden, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Es müßte festgestellt werden, wie sich die Organisation aufbaut, damit festgestellt werde, inwieweit Jemand, der in der Häuserorganisation eingezeichnet ist, im Localcomité mitzureden hat, ob die Leistung der Parteisteuer zur Zugehörigkeit zur Partei genügt.

Die Wiener Localorganisation schlägt uns vor, daß Parteitage nicht regelmäßig abgehalten werden. Ich meine, es ist wirklich nicht besonders gut, Parteitage abzuhalten, wenn man nicht recht weiß, was man dort thun soll. Wir haben schon Alle manchen Parteitag mitgemacht, wo ziemliche Theilnahmslosigkeit herrschte, und der Parteitag soll doch agitatorisch wirken, die Beschlüsse sollen einen Zweck haben; man soll aber nicht zusammenkommen müssen und dann Beschlüsse fassen, weil man schon gerade beisammen ist. Aber ich glaube doch, daß man davon, daß alle zwei Jahre der Parteitag stattfindet, nicht abgehen soll — zum Theil aus den von Pernerstorfer angeführten Gründen, wenn ich auch erklären muß, daß ich mit seinem sogenannten nationalen Empfinden nicht einverstanden sein kann. Ich begreife, daß man die Nation, der man angehört, nicht verachtet, daß man sie werthschätzt, aber daß man solche dem Wortschatz unserer bürgerlichen Gegner, der Herren Nationalen, entnommene Ausdrücke und Wendungen gebraucht, erachte ich für schädlich, weil es verwirrend wirkt. (Sehr richtig!)

Was die Organisation der jugendlichen Arbeiter betrifft, so kann das am Parteitag nicht einfach beschlossen werden; das ist vielmehr Sache der Genossen am Orte. Dort, wo die Genossen die Wichtigkeit dieser Organisation erkannt haben, werden sie sie fördern. Aber wenn wir den Beschluß fassen, so werden die Genossen, die mit sich selbst nicht auf gleich kommen können, am wenigsten die Lehrjungen organisiren.

Es liegen jetzt schon so viele Anträge vor, daß man eine Commission wird einsetzen müssen, die die Anträge sichtet und sie in eine Form bringt, die keine Verwirrung erzeugt und unserer Sache förderlich ist. (Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Es wird noch beschlossen, an die Prager Arbeiterausstellung ein Begrüßungstelegramm abzusenden.

Schluß der Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr Nachmittags. Die Debatte über den Punkt **Parteiorganisation** wird fortgesetzt.

Bauer (Wien): Ich bin mit den Ausführungen Bretschneider's vollkommen einverstanden. Was uns bei dem Antrage wegen des Parteitages geleitet hat, sind hauptsächlich finanzielle Rücksichten. Es mag ja zu erwägen sein, ob nicht das Ansehen der deutschen Socialdemokratie leiden könnte, wenn man den Parteitag nicht regelmäßig abhält. Aber wir haben uns doch gesagt, daß vom praktischen Gesichtspunkte aus mehr Argumente gegen die Abhaltung sprechen. Ferner mache ich Sie noch aufmerksam, daß Sie, wenn Sie unseren Antrag annehmen, auch die Bestimmung ändern müssen, daß die Vertrauensmänner alljährlich, und zwar im Anschlusse an den Parteitag gewählt werden.

Winarsky (Wien): Gegen die Abänderungsvorschläge R e s e l's kann man im Großen und Ganzen wohl wenig einwenden. Es kommt aber bei allen diesen Bestrebungen weniger auf die Präcision der einzelnen Organisationsbestimmungen an, als darauf, ob in den einzelnen Orten auch die Personen vorhanden sind, die diese Organisationsbestimmungen durchzuführen im Stande sind. In einzelnen Kronländern haben sich die Genossen bereits die detaillirten Statuten geschaffen, wie sie Resel wünscht, so die Wiener, die Steiermärker und mehrere deutschböhmische Wahlkreise. Aber es ist nicht möglich, derartige Detailbestimmungen für das ganze Reich festzustellen. Das Wichtigste ist, daß überall die nöthigen Personen vorhanden sind, und für diese muß Vorsorge getroffen werden. Diesen Zweck hat auch unser Antrag auf Förderung der Organisation der arbeitenden Jugend, den ich infolge Aufforderung der Wiener jugendlichen Arbeiter eingebracht habe. Wien hat eine solche Organisation, der etwa 1100 jugendliche Arbeiter angehören; wir haben auch in den Provinzstädten Niederösterreichs, dann in Brünn solche Vereine, in Graz wurde ein Verein aufgelöst und in Aussig ist eine Organisation in Constituirung begriffen. Es ist nothwendig, daß die älteren Genossen den gegründeten Vereinen dann an die Hand gehen. Es wurde hier Vieles versäumt. Manche Genossen stehen dem ziemlich pessimistisch gegenüber; so hat in der Linzer „Wahrheit" S p i e l m a n n gemeint, daß mein Antrag ganz überflüssig sei. Andere Genossen wieder meinen, die Forderung selbstständiger Vereine bedeute eine Schädigung der gewerkschaftlichen Organisation, weil die jugendlichen Arbeiter eigentlich in die Gewerkschaften hineingehören würden. Aber alle diese Anschauungen beruhen auf Mißverständnissen. Es ist selbstverständlich nicht möglich, in allen kleinen Orten gleichmäßig eine Organisation jugendlicher Arbeiter zu schaffen, weil sie doch nicht existenzfähig wäre; dort werden andere Formen der Organisation an ihre Stelle treten müssen. Aber in allen größeren Orten mit starker Industrie wird es möglich sein, auf diese Weise die arbeitende Jugend in den Bannkreis der socialistischen Bewegung zu ziehen. Dort wird man aber vernünftigerweise ältere Genossen an die Spitze stellen müssen, die den Verein nach außen decken. Wir thun da auch ein großes Werk, nicht nur für die Verbreitung unserer Ideen selbst, sondern auch für die einzelnen jugendlichen Arbeiter persönlich. Wir bereiten sie für den Kampf um ihr eigenes Dasein vor. Wir verhindern auch, daß die Demagogie der bürgerlichen Parteien ein so gutes Wirkungsfeld an den jungen Arbeitern besitzt. Auch der Gewerkschaftskommission wird dadurch gedient; denn wenn diese auch vielleicht manchmal ein paar Kreuzer an Mitgliedsbeiträgen — viel Kreuzer sind ja von den jüngeren Arbeitern nicht hereinzubringen — verliert, wird doch die Jugend für s i e in der Denkweise des Socialismus geschult. Diese Vereine sind eine V o r s c h u l e d e s S o c i a l i s m u s f ü r d i e G e w e r k s c h a f t e n; die jungen Leute werden durch sie bereits als fertige Mitarbeiter den Gewerkschaften zugeführt.

Nun noch einige Worte über den Antrag der Wiener Localorganisation. P e r n e r s t o r f e r hat vom nationalen Empfinden Allerlei gesprochen. Ich muß Ihnen da schon sagen: Wir, die wir den Antrag eingebracht haben, haben wirklich nicht einen Augenblick gedacht, daß er nationale Complicationen zur Folge haben könnte. Wir haben praktische Zwecke vor Augen gehabt. N u n b r i n g t a b e r P e r n e r s t o r f e r d a s G a n z e a u f d a s n a t i o n a l e G e b i e t. Mit Pernerstorfer ist es eine eigene Sache. Wir haben ihm nicht genug nationales Empfinden; aber mir kommt wieder vor, als ob er eine z u s t a r k e n a t i o n a l e E m p f i n d l i c h k e i t hätte; eine, die zu stark auf alle Eindrücke reagirt und mitunter auch a u f E i n d r ü c k e, d i e g a r n i c h t v o r h a n d e n s i n d. Wir glauben nicht, daß der Ausspruch Pernerstorfer's, daß wir eine national organisirte Partei seien, richtig ist. Wir sind e i n e e i n h e i t l i c h e, i n t e r n a t i o n a l e, a b e r n a c h S p r a c h g r u p p e n o r g a n i s i r t e P a r t e i. (Lebhafter Beifall.) Das ist unsere Auffassung gewesen, sowohl auf dem Parteitag beim Wimberger, wo dies beschlossen wurde, wie auch in Brünn, wo wir uns über die nationale Organisation und über unsere Forderungen auf nationalem Gebiete verständigt haben. Ob es den polnischen und czechischen Genossen einfällt, auch einen solchen Antrag zu stellen, das hat gar nichts mit

nationalem Empfinden zu thun; es ist eine praktische Frage, die nur nach praktischen Gesichtspunkten geregelt wird. Auch wir Deutschen können uns das erlauben, da nur praktischen Erwägungen nachzugeben. Wir vergeben uns damit weder politisch noch national etwas. Die Empfindung, daß wir Angehörige eines großen Volkes sind, das große gemeinsame Culturinteressen besitzt, in allen Ehren, aber nationale Empfindlichkeit sollten wir uns denn doch vom Leibe halten. (Lebhafter Beifall.)

Pölzer (Wien): Es heißt im Antrage der Parteivertretung, daß die Wahl der Vertrauensmänner alljährlich im Anschluß an den Parteitag erfolgen soll. Das ist unpraktisch. Manche Landesorganisationen haben das bereits anders und, wie ich glaube, besser geregelt. Ich beantrage daher, daß diesem Absatze beigefügt werde: „insoferne sie nicht schon durch die Bestimmung der Kronländer geregelt ist". Was die Verschiebung des Parteitages betrifft, so halte ich es für selbstverständlich, daß, wenn nichts vorliegt, auch kein Parteitag abgehalten werden soll. Wir haben unsere Landesconferenzen, auf denen wir alle unsere Landesangelegenheiten regeln. Auf dem Parteitage müssen wir dann dasselbe sagen. Das ist überflüssig. Den Antrag Winarsky begrüße ich. Aber ich meine, daß man sich nicht auf unüberlegte Gründungen einlassen soll. Es müssen einige ältere Genossen da sein, die die jungen Leute beaufsichtigen und sie immer auf den richtigen Weg lenken. Wenn das nicht geschieht, dann geht es schief.

Prähauser (Salzburg): Ich muß erklären, daß wir in Salzburg und Oberösterreich durchaus nicht mit dem Antrage der Wiener Localorganisation einverstanden sind. Uns haben die Argumente der Wiener nicht überzeugt. Ich glaube, die Parteitage sind so wichtig, daß man, wenn es nur anginge, sie alljährlich abhalten sollte. Ich möchte die deutschen Genossen fragen, ob sie sich schon einmal gesagt haben: Wir wissen nicht, was wir zu reden haben. Skaret hat gesagt, daß sehr viel Kleinarbeit zu machen ist. Die Gesammtorganisation des Reiches hätte alle Ursache, sich damit zu beschäftigen, wie die Beschlüsse des Parteitages durchgeführt wurden, warum sie nicht durchgeführt werden konnten, was zu ändern wäre u. s. w. Das allein, glaube ich, wäre schon wichtig genug. — Der Antrag wegen der jugendlichen Arbeiter scheint mir so selbstverständlich, daß er schon überflüssig ist. Bei solchen Anträgen kommt es mir oft vor, als ob der Antragsteller nicht wüßte, daß hier die Vertrauensmänner der Socialdemokratie beisammensitzen, die doch auch eine Ahnung haben, was zu thun ist. Daß wir die Jugend zu erziehen haben, wird Jeder auch ohne Winarsky gewußt haben. Aber die Vereinsgründungen sind bei uns nicht so leicht wie in den großen Städten. Ich bin immer an die Genossen herangetreten, daß sie die Kinder im Interesse unserer Ideen erziehen, denn es gibt viele Parteigenossen, die zu Hause in der Familie ganz vergessen, daß sie Parteigenossen sind. Der Antrag Winarsky wird uns zwar nicht den Kragen umdrehen, aber er wird ein Antrag sein, wie die vielen anderen, die immer beschlossen, aber nie ausgeführt werden. (Beifall.)

Tuller (Leoben): Es war höchste Zeit, daß wir darangegangen sind, die Form der Organisation zu ändern. Bis heute waren wir größtentheils von den Personen in den Gewerkschaften abhängig. Haben diese Personen gewechselt, so hat oft auch die Thätigkeit der Partei aufgehört. Nun haben wir hier einen Antrag auf Ausbau der Straßen- und Häuserorganisation. Aber wir finden kein Wort darüber, wer in das Localcomité gewählt werden kann. Es könnten also auch Leute hineinkommen, die keiner politischen oder Branchenorganisation angehören. Man müßte also unbedingt hinzufügen, daß nur solche Genossen gewählt werden können, die ihre Parteipflicht erfüllen. Wir haben auch keine Bestimmungen über die Orte, wo keine Lokalorganisation möglich ist. Ich beantrage, daß in allen solchen Orten Vertrauensmänner aufzustellen sind. Man muß dort ja auch Jemanden haben. (Bravo!)

Zmrcka (Wien): Ich glaube, daß die gegenwärtige Form unserer Organisation vorzüglich ist. Der Fehler ist nur, daß man die Beschlüsse, die man gefaßt hat, nicht durchführt. In Graz haben wir zum Beispiel den Beschluß gefaßt, daß jeder Parteigenosse der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation angehören muß. Ist das wirklich vollständig durchgeführt? Dann wurde der Beschluß

gefaßt, eine populäre Erläuterung des Wiener Programms herauszugeben. Dieser wichtige Beschluß wurde nicht durchgeführt. Dieses Verhältniß haben wir auch bei den jugendlichen Arbeitern. Ich war einer Derjenigen, die am Grazer Parteitag die Anregung machten, wir sollen uns um die jugendlichen Arbeiter mehr kümmern. Bezüglich der Aenderung des Organisationsstatuts wäre es sehr wünschenswerth, die Form der Agitation einzelnen Bezirken zu überlassen, die doch immer nur nach den örtlichen Verhältnissen betrieben werden muß.

Wlczek (Wien): Ich finde alle vorgeschlagenen Abänderungen der Organisationsbestimmungen entsprechend. Wenn Befürchtungen auftauchen wegen der Häuserorganisation, so ist das deshalb, weil die politische Organisation als solche zu wenig für die gewerkschaftliche Organisation macht. In den Orten zum Beispiel, wo Tabakfabriken bestehen, können wir vielfach unsere politische Organisation nicht dazu bringen, die Gründung von Organisationen der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in die Hand zu nehmen. Damit die Genossen verhalten seien, sich um diese k. k. Sclaven zu kümmern, empfehle ich Ihnen, den von mir eingebrachten Antrag anzunehmen.

Hackenberg (Gmünd): Es hat mich sehr gewundert, daß die Parteivertretung gegen den Antrag der Wiener Localorganisation Stellung genommen hat. Dieser Antrag sagt doch nicht mehr, als daß der Parteitag nicht stattfinden soll, wenn er keinen Zweck hat. Die Salzburger sind von den Argumenten der Wiener nicht überzeugt. Ich werde Ihnen also einige Argumente aus der Provinz anführen. Sie wissen Alle, wie schwer die Geldmittel immer aufgebracht werden. Jedes Jahr haben wir Landesparteitage, alle zwei Jahre Reichsparteitage, in den beiden anderen Jahren deutsche Parteitage, jährlich fünf bis sechs Conferenzen im Wahlkreis. Alles das kostet viel Geld. Ich sehe ein, daß der Parteitag für uns von großem agitatorischen Werth ist, gewissermaßen eine Hochschule für uns. Aber von größerem agitatorischen Werth für die Partei sind die Wahlkreis- und Landesconferenzen. Bei den Parteitagen sind immer dieselben Leute, bei den Landes- und Wahlkreisconferenzen könnten die Anderen auch ausgebildet werden. Wir haben aber oft nicht das Geld dafür. Es wäre wichtiger, wenn die Genossen zu den Landesconferenzen kommen könnten, da könnten wir organisatorisch bedeutend mehr Erfolg erzielen als bei den Parteitagen, wenn zu diesen nicht die nöthigen Gründe vorhanden sind. Sind aber genügend Gründe vorhanden, dann wird die Parteileitung eben den Parteitag einberufen.

Brod (Wien): Was den Antrag auf Verschiebung des Parteitages betrifft, so begreife ich ihn sehr gut vom Standpunkte Niederösterreichs aus. Sie haben eine verhältnißmäßig gute Organisation und können auf die regelmäßigen Parteitage sehr leicht verzichten. Anders verhält es sich aber mit den anderen Kronländern, für die die regelmäßige Abhaltung der Parteitage schon aus agitatorischen Rücksichten nothwendig ist. Wir dürfen nicht auf dem Standpunkte stehen, daß wir nicht zusammenkommen, wenn nichts vorliegt, denn dadurch würden wir der Nachlässigkeit und Schlamperei mancher Genossen Vorschub leisten. Pernerstorfer hat gefragt, ob es den Czechen und Polen einfällt, ihre Parteitage nicht regelmäßig abzuhalten, und hat darin einen Beweis gesehen, daß den Deutschen nationales Empfinden fehle. Die Deutschen, meine ich, sind ebensowenig national indifferent wie die Czechen. Nur haben die Deutschen die löbliche Gewohnheit, nicht bei jeder Gelegenheit stolz darauf zu sein, daß sie Deutsche sind. Wenn Pernerstorfer immer das nationale Moment hervorhebt, kann das der Organisation nicht von Nutzen sein. Pernerstorfer bewies damit, daß er sich von den Brüsten der Frau Germania nicht trennen kann. (Heiterkeit.) Wenn dann ihrerseits die Slaven von den Brüsten der Frau Slavia sich nicht trennen wollen (Heiterkeit), so kommen wir in den nationalen Strudel hinein. (Winarsky: Millirahmstrudel! Heiterkeit.) Die nationale Frage ist in Oesterreich eine kleinbürgerliche Frage. Wir müssen immer das hervorheben, was uns verbindet, nicht, was uns trennt. Nur durch Internationalität kann man der eigenen Nation nützen. (Bravo!)

Seliger (Teplitz): Die Parteivertretung schlägt uns im zweiten Antrag eine Aenderung des Parteistatuts vor, die in der Debatte fast gar nicht ins

Auge gefaßt worden ist, die aber von einiger Bedeutung ist. Eine bedeutende Aenderung führt der sechste Absatz ein, worin die Parteivertretung förmlich vorschlägt, daß wir zu den ehemaligen Landescommissionen zurückkehren sollen. Ich bin mit diesen Vorschlägen vollständig einverstanden. Sie sind, wie sich gerade in Deutschböhmen gezeigt hat, der Nothwendigkeit entsprechend. Wir haben die Organisation in Wahlkreisen seinerzeit beim Wimberger beschlossen, um uns den bestehenden Bedürfnissen anzupassen. Aber dadurch wurde der Zusammenhang der Genossen in einzelnen Ländern, namentlich in Böhmen, gelockert. Anderswo hat man ja die alte Landesorganisation beibehalten. Für Böhmen haben wir uns im Vorjahre eine neue Landesorganisation geschaffen. Nun schlägt die Parteivertretung vor, in ganz Oesterreich Landesorganisationen wie hier in Böhmen einzurichten. Wenn Sie den vorliegenden Antrag annehmen, so müßte in Steiermark, Niederösterreich und vielleicht auch in Schlesien eine vollständige Aenderung eintreten. Die Wahlkreise eines jeden Kronlandes können untereinander zu einem Verband zusammentreten, sie setzen sich eine oberste Leitung ein. Daneben aber hätten wir die auf der Landesconferenz gewählte Executive.

Es bleibt also die Organisation für Niederösterreich und Steiermark bestehen und es trägt diese Fassung auch einem Bedürfniß der neu geschaffenen Organisation in Böhmen Rechnung.

Pernerstorfer ist wiederholt Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. Aus seinem nationalen Empfinden macht ihm Niemand einen Vorwurf. Meinetwegen bin auch ich stolz darauf, ein Deutscher zu sein. Aber momentan hat Pernerstorfer einen ganz unpassenden Augenblick für sein „nationales Empfinden" erwischt, denn die Genossen, die den Antrag stellten, hatten nicht die geringste Absicht, sich national etwas zu vergeben. Sie sind da nur von rein finanziellen Erwägungen ausgegangen. Es ist unmöglich, daß wir in deutschen Parteitagen von vier zu vier Jahren zusammentreten. Wir könnten da den Zusammenhang zueinander verlieren. Bei den Gesammtparteitagen werden ganz andere Dinge behandelt, hier hauptsächlich Fragen der deutschen Organisation. (Hackenberg: Der Ausgleich?) Warum sollen wir uns in die Suppe nicht auch ein Körnchen Salz hineingeben? Der Ausgleich gehört allerdings auf den Gesammtparteitag, aber wir fürchten, daß wir nicht mehr auf dem Gesammtparteitag über den Ausgleich reden könnten. Die Genossen der anderen Nationen werden es gewiß begreifen, daß wir die Gelegenheit noch energisch beim Schopf packen, sie werden auf ihren Parteitagen gewiß auch zum Ausgleich Stellung nehmen. Ich bitte Sie um Ablehnung der Anträge, die auf Verschiebung der Parteitage abzielen.

Der Antrag Winarsky wäre anzunehmen, wenn er uns auch keinen besonderen Nutzen bringen wird. Vielleicht in Wien wird's nützen. (Hueber: Auch in Wien nicht!) Soll sich die Organisation der jugendlichen Arbeiter als Kampforganisation vorstellen, so muß es eine Gewerkschaftsorganisation sein. Eine Trennung zwischen jugendlichen und älteren Arbeitern darf nicht herbeigeführt werden. Diese Jugendorganisationen sind auch nicht Kampforganisationen. (Winarsky: Erziehungsorganisationen!) Wenn die Partei das thun will, dann haben wir allerdings einen ganz gewaltigen Fortschritt gemacht. Ich glaube, wir haben nicht die Mittel und Kräfte dazu und werden sie auch in absehbarer Zeit nicht haben. Wir haben uns in das Gemüth dieser Jungen hineinzudenken, das sind schwierige pädagogische Fragen. Ich sage das nicht, weil ich ein Gegner dieser Jugendorganisation bin, aber ich möchte Sie warnen, solche Organisationen zu bilden und einzurichten mit der Voraussicht, daß sie zugrunde gehen werden. Der Antrag Winarsky ist nur deshalb anzunehmen, weil er nichts Bestimmtes enthält. Wir dürfen uns da nicht übereilen. Es handelt sich da um eine schöne Idee, die aber nicht allzu schnell realisirt werden soll. (Beifall.)

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Manche Wahlkreise in der Provinz sind aus dem territorialen Zusammenhang des Wahlkreises so ungünstig herausgerissen, daß einzelne Bezirke vom Centrum abgeschnitten sind und mit dem Wahlkreis ganz außer Zusammenhang stehen. Ich bitte daher die Worte: „wo es die sprachlichen und territorialen Verhältnisse zulassen" einzufügen. Die Schiedsgerichte werden sich sehr nützlich erweisen. In den Localorganisationen

spielen Antipathien und Leidenschaftlichkeiten bei der Behandlung persönlicher Angelegenheiten doch oft eine sehr große Rolle. Wir dürfen die Jugendorganisation nicht in derselben Weise behandeln wie die Frauenorganisation. Es gibt viele Genossen, die förmlich Krämpfe kriegen, wenn sie von Frauen- und Jugendorganisation hören. Wenn wir diese Arbeit nicht leisten, so werden sie uns Andere abnehmen! (Sehr richtig!) In Gegenden, wo wir mit den Nationalen zu thun haben, wird gerade die Jugend gegen uns aufgeboten. Das sind die Leute, die man zu Prügeleien und dergleichen gegen uns benützt. Ich selbst habe schon gesehen, daß Kinder guter, alter Parteigenossen bei dem Klimbim bürgerlicher Parteien die Staffage abgegeben haben. Der Antrag Winarsky ist ein anspornender. Die Gewerkschaftler, die gegen diese Jugendorganisationen sind, dienen damit ihren Gewerkschaften sehr wenig. Es liegen auch Anträge vor, die Parteitage in größeren Zeiträumen abzuhalten. Es sind das Stimmungsproducte der sterilen Zeit, wo wir keine Bombenpunkte auf der Tagesordnung haben.

Mit Pernerstorfer will ich schonend umgehen. Brod hat ihm ja energisch die Leviten gelesen. Wir sind uns unserer nationalen Pflichten ganz gut bewußt. Wir wissen, was wir unserem Volke schulden, und wir wissen wirkliche nationale Rechte zu vertheidigen. Wir müssen jedoch energisch dagegen protestiren, daß nationalistische Finessen in unsere Parteibewegung hineingetragen werden. Wir dürfen uns von dem nationalen Tohuwabohu der Bürgerlichen nicht verwirren lassen. (Bravo!)

Schloßnickel (Sternberg): Die Ursachen der Niederlagen in den mährischen Wahlkreisen liegen tiefer als nur im schlechten Ausbau unserer Organisation. In unserem Wahlkreis haben wir die Straßenorganisation durchgeführt, aber gerade viele alte Genossen, die noch befangen sind in Anschauungen alter Zeiten, stemmen sich gegen den Ausbau der Organisation. Sie können es nicht fassen, daß die jetzige große Partei ganz andere Formen braucht wie früher, als sie noch klein war.

Auch sonst ist es oft schwer, die Häuserorganisation ganz durchzuführen, weil diese Organisationsform große Anforderungen an den Vertrauensmann stellt. Der wichtigste Punkt ist die Parteisteuer. Vielleicht werden wir einmal eine Parteiexecution durchführen müssen. (Heiterkeit.) Gerade die ältesten Genossen aus den Anfängen der Partei sagen da: „Ja, wir werden das Geld nach Wien schicken, wir brauchen es lieber für uns." Was nun die Parteitage anlangt, so wundere ich mich nicht, daß Wiener Genossen die Verschiebung des Parteitages verlangen; aber über die Provinzgenossen wundere ich mich. Die Wiener Genossen sitzen an der Quelle und können sich leicht über Alles informiren. Aber für die Provinz haben die Parteitage ganz anderen Werth. Er ist uns auch eine Autorität. Nehmen Sie zum Beispiel die Frage der Abgeordneten als Referenten. Wir Vertrauensmänner dämpfen da sowieso. Das Verlangen wird aber doch immer wieder laut. Wenn wir uns nun auf die Autorität des Parteitages berufen können, so wird dieser Unfug doch besser werden! Je weniger Parteitage wir hätten, desto geringer wäre das Erträgniß der Parteisteuer. Auch in Sternberg haben wir uns schon mit der Frage der Jugendorganisationen beschäftigt. Die jugendlichen Arbeiter, die wir haben, machten aber gleich im Anfang einen Fehler, indem unnöthigerweise ein Zwiespalt zwischen alten und jungen Genossen heraufbeschworen wurde. Die Organisation der jugendlichen Arbeiter ist nothwendig, das wissen wir! Die jungen Burschen mit der Kornblume im Knopfloch, die ärgsten „Heil"-Schreier, lehren uns das! Schon deshalb müssen wir diese Organisation in die Hand nehmen. Es darf aber kein Zwist mit den Alten entstehen. (Winarsky: Gewiß! Gerade deshalb müssen wir's in die Hand nehmen.)

Behr (Saaz): Ich bin für den Antrag des Parteivorstandes auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes. Es war sehr oft möglich, daß persönliche Gehässigkeiten in der Localorganisation den Ausschlag gaben. Eine höhere Instanz ist vonnöthen! Die Straßen- und Häuserorganisation habe ich auf der letzten Kreisconferenz in Teplitz auch angeregt, sie wurde nicht durchgeführt. Die Parteigenossen marschiren sehr langsam in dieser Beziehung. Durch die Wahlkreis-

organisation sind viele Territorien zerrissen worden. Es muß etwas gethan werden, damit die Agitation richtig besorgt werden kann. Deshalb empfehle ich Ihnen den Antrag der Organisation Saaz. Es fehlt oft an Geld zur Beschickung der Parteitage. Aber, Genossen, aus demokratischen Gründen können wir nicht für die Hinausschiebung der Parteitage sein. (Beifall.) Wir verlieren dadurch die Controle über die Parteileitung. Ich bin also nicht aus nationalen Gründen, wie Pernerstorfer, für Beibehaltung des jetzigen Modus. Ich bin und war immer international!

In den Antrag Winarsky über die Organisation der jugendlichen Arbeiter möchte ich das Wort „Arbeiter-Turnvereine" einfügen. Diese Turnvereine sind kein Schaden für die Bewegung, wenn nämlich alte, erfahrene Genossen sich mehr um diese Vereine kümmern würden. Dann werden sie nicht die dummen Aeußerlichkeiten bürgerlicher Turnvereine annehmen, son ern zur Stärkung von Geist und Körper unserer Jugend wirken.

Hermann (Kratzau): Auch ich habe den Auftrag, für die Abhaltung der Parteitage in längeren Perioden einzutreten. Die Genossen hören wohl gern Berichte von den Parteitagen, aber die Mittel dafür geben sie nicht gern her. Es soll der Parteivertretung überlassen bleiben, die Parteitage einzuberufen.

Albrecht (Reichenberg): Für das Schiedsgericht sind wir auch. Was die anderen Anträge betrifft: Seitdem die Partei besteht, kommen wir aus den Organisationsänderungen nicht heraus. Kaum hat sich eine eingelebt, wird schon eine andere eingeführt. Ich glaube, wir können gar nicht genügend viel Conferenzen und Parteitage abhalten. Ich bin daher unbedingt für die Abhaltung von deutschen Parteitagen alle zwei Jahre. Nach dem Antrage der Saazer sollen die Bezirke anders eingetheilt werden, das steht ja eh' schon in den alten Statuten drin. Die Kreisleitungen verständigen sich einfach und die Sache ist abgethan. Wir sind auch für die Organisirung der jugendlichen Arbeiter. Die Lehrjungen sind hier größtentheils Czechen. Die Jugendorganisation kann sich bei uns hauptsächlich nur auf die jugendlichen Fabriksarbeiter beziehen. Die Turnvereine sind für sie da, weil ja die Arbeiter-Bildungsvereine leider weg mußten. Wer hat heute die Jugend in Händen? Der Lehrer und der Pfaffe. Ist der Lehrer national, so schreit auch der Schulbub schon „Heil!", und im anderen Falle nimmt ihn der Pfaffe in Arbeit. Die Eltern müssen selbst die Erziehung übernehmen, damit nationale Lehrer und Pfaffen sie nicht um ihre Kinder bringen können! (Bravo!)

Nemec (Prag): Wenn wir auch als Czechen und Deutsche in zwei Organisationen getrennt sind, so haben wir doch ein gemeinsames Programm und dies verbindet uns bedeutend fester, was sich auch bei unserem gesammten Vorgehen äußert. Deswegen auch haben wir ein Interesse an Ihrem Vorgehen in jeder Richtung, deswegen interessiren wir uns auch für Ihre Parteitage. Wenn Sie Ihren Parteitag nicht mehr alle zwei Jahre abhalten wollten, müßten wir Czechen vielleicht dasselbe thun. Denn wenn ich auch nicht die Bedenken Pernerstorfer's, der als oberster Hüter aller nationalen Gefühle gesprochen hat, theile, gegen die Verschiebung bin ich wie er. Man redet von einer „Muß-Tagesordnung". Nun, wir werden uns daran gewöhnen müssen, auf unseren Parteitagen diese Fragen der Kleinarbeit zu besorgen, auf der die Partei beruht. Man redet von Geldersparniß. Das Geld ist allerdings überall sehr knapp. Ich meine aber: Je mehr gearbeitet wird, desto mehr Geld werden wir haben. Eine Aenderung der nationalen Parteitage hätte auch eine Aenderung der Gesammtparteitage zur Folge. Es wurde gesagt, daß, wenn der Parteitag im Norden tagt, mehr nördliche, wenn er im Süden tagt, mehr südliche Genossen kommen. Das ist ja gut so, deswegen werden ja auch die Parteitage abwechslungsweise an verschiedenen Orten abgehalten. Es ist absolut nothwendig, daß wir in fortwährendem Contact miteinander bleiben; wir Czechen haben schon einmal praktisch die böse Erfahrung gemacht, wie die Sache aus dem Leim geht ohne den regelmäßigen, verbindenden Parteitag. Deshalb empfehle ich Ihnen, ich habe kein Entscheidungsrecht, die Ablehnung der betreffenden Anträge. (Lebhafter Beifall.)

Gröbner (Wien): Ich habe eine andere Anschauung über die jugendlichen Arbeiter. Wir sollten einmal Versammlungen mit der Tagesordnung abhalten: „Wie soll der Lehrling in der Werkstätte von den organisirten Arbeitern behandelt werden?" Selbstverständlich durch Mißhandlungen kann kein Lehrling zur Socialdemokratie erzogen werden. Viele Gehilfen sehen es nicht gerne, wenn die Lehrlinge zur selben Zeit Feierabend machen wie sie selbst, sie sagen: „Ah was, zu meiner Zeit war das auch nicht so." Dann gibt es Väter, die alle Lehrlinge gerne, nur nicht ihre Kinder als Mitglieder in Jugendvereinen sehen. Es gibt Gehilfen, die es unter ihrer Würde halten, an den Lehrling einige Worte zu verlieren über die Gewerkschaftsorganisation oder dergleichen. Wenn Socialdemokraten sich so benehmen, das wäre der größte Schaden für die Fortentwicklung der Jugendorganisation. (Widerspruch.) Wir müssen in den Gewerkschaftsversammlungen sagen, wie die organisirten Arbeiter die Lehrlinge behandeln sollen. (Beifall.)

Dr. **Ellenbogen**: Gröbner hat zu viel generalisirt. (Sehr richtig!) Im Allgemeinen ist wohl kein wirklicher Socialdemokrat je ein Lehrlingsschinder. Aber nach einem Weg, die jugendliche Organisation möglich zu machen, sollten wir suchen. Wir sind ja keine geschulten Pädagogen und sollen deshalb in dieser Frage unser Augenmerk auf die socialdemokratischen Lehrer lenken. Ich gebe mich keiner Täuschung hin, es sind ihrer nicht zu viele, und diese sind überbeschäftigt. Aber wo dieser Einfluß hergestellt werden kann, dort soll er's. — Was die Verschiebung der Parteitage anlangt, so bedauere ich vor Allem, daß Pernerstorfer diese Frage ganz überflüssigerweise mit nationalen Fragen verquickt hat. Gerade ein echtes Nationalgefühl wird eigentlich verletzt, wenn es fortwährend mit Dingen, die damit gar nichts zu schaffen haben, vermengt wird. Aber der Antrag erregt den Anschein, als ob wir nichts zu sagen hätten auf unserem Parteitag. (Albrecht: Und es ist heute so viel geredet worden! Heiterkeit.) Ein Parteitag ist eine Heerschau. Und dann haben wir zu großen Fragen Stellung zu nehmen. Wir sind heute so weit, daß jede Regierung, wie einst Caprivi, sich fragt: Wie verhält sich die Socialdemokratie dazu? Darauf müssen wir Antwort geben! Hätte vielleicht heuer der Ausgleich von uns nicht besprochen werden sollen? Man sagt, der Parteitag kostet Geld! Aber dazu ist ja das Geld da! Wir wollen es ja nicht in die Sparcassa legen. Ich bitte Sie um Ablehnung aller dieser Anträge.

Pernerstorfer: Im Ganzen bin ich ja glimpflich behandelt worden. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahr bestritt mir Brod wegen principieller Streitfragen die Parteizugehörigkeit überhaupt, heute hat er mich mit beinahe sentimentaler Liebenswürdigkeit behandelt. (Heiterkeit.) Ich bin durchaus mit Brod einverstanden, daß in der Nationalitätenfrage das Einigende betont werden muß. Meinen Nationalismus habe ich auch zu der Zeit, als ich noch nicht officiell zur Partei gehört, sehr gut mit proletarischem Empfinden zu vereinigen gewußt. Ich habe zu der Zeit, als ich ohne officielles Mandat proletarische Interessen im Parlamente vertrat, nie darnach gefragt, ob es sich um czechische, polnische oder deutsche Arbeiter handelte. (Sehr richtig!) Auch ich glaube, daß wir echte Internationale sein müssen, wenn auch nicht vom Schlage Derer, die da glauben, die Internationalität fordere von dem Einzelnen, daß er seine Nationalität zurückstellen, daß er anational oder antinational sein müsse. Ich bin international im Sinne der Verbrüderung der Völker, um mit Hilfe dieser Verbrüderung die Nationen erst frei zu machen und zu großen Volksganzen zu gestalten. Wir in Oesterreich müssen uns besonders mit nationalen Fragen beschäftigen, wir können uns nicht auf den abstracten Standpunkt großer geschlossener Nationen stellen, da wir täglich mehr mit der nationalen Frage zu thun haben. Der Wiener Parteitag hat 1897 die nationale Organisation der verschiedenen Völker Oesterreichs beschlossen. Damit konnte ich Mitglied einer Partei werden, die es mir nicht verwehrt, national zu empfinden. Von nationalistischen Finessen ist bei mir keine Rede. Freundlich hat mit diesem Ausdruck die Grenzen des Zulässigen überschritten. Ist er wirklich dieser Meinung, dann müßte er offen auftreten und

meinen Ausschluß beantragen. Mein Nationalismus ist der Stolz auf deutsche Cultur, auf Schiller und Goethe, auf deutsche Philosophie und Wissenschaft. (Vereinzelter Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Ich wollte dem Redner nicht in die Rede fallen, da er sich gegen Angriffe zu vertheidigen hatte; aber ich glaube doch, daß wir etwas mehr über die Frage der Organisation als über die nationale Frage reden sollten. (Lebhafte Zustimmung.)

Widholz (Wien): Ich will mich in diese nationale Debatte nicht einmischen, aber ich muß gegenüber Pernerstorfer doch feststellen, daß der Parteitag von 1897 unsere nationalen Anschauungen nicht geändert hat. Nur Zweckmäßigkeitsgründe haben die veränderte Organisationsform herbeigeführt und die Trennung in nationale Gruppen bedingt. Entweder hat sich Pernerstorfer also vor 1897 der Partei ebensogut anschließen können wie nachher oder gar nicht! (Beifall.) Der Antrag der Wiener Localorganisation scheint mir sehr bedenklich. Der Parteitag hat auch die Controle über die Parteivertretung auszuüben. Ich habe unbegrenztes Vertrauen zu unserer Parteileitung und ich gelte in Wien als ungeheuer parteitreu, ich kritisire sehr wenig. Aber ich meine, es kann doch kommen, daß wir etwas zu kritisiren haben. So meine ich, daß der Vorwurf nicht ganz unberechtig ist, daß der Beschluß des Wiener Parteitages, eine populäre Darstellung des Parteiprogramms herauszugeben, nicht durchgeführt wurde. Es könne uns auch einfallen, an der Parteivertretung Kritik zu üben, daß den Verhältnissen nicht ganz entsprechende Berichte über international wichtige Vorkommnisse gemacht werden. Erinnern Sie sich nur an den belgischen Generalstreik, der in der deutschen Presse rücksichtslos kritisirt wurde, während man bei uns geschwiegen hat. Wir brauchen die Kritik. Wir brauchen den Parteitag, um frisches Leben in die Partei zu bringen. Wir haben auch einige Abgeordnete zu überwachen. Vielleicht werden wir einmal mit ihnen nicht zufrieden sein.

Ich bin für den Antrag Winarsky. Ich meine, daß wir als Socialdemokraten verpflichtet sind, uns der Jugend anzunehmen. Wir haben uns in Wien um die unglücklichsten der Lehrlinge zu kümmern, um die sich Niemand kümmert. Wir müssen uns oft an die Eltern und Vormünder wenden und uns von ihnen die Vollmacht geben lassen, daß wir etwas thun können. Die Organisation der Jugend führt uns alle diese unglücklichen Lehrlinge zu, sie gibt uns Gelegenheit, sie in Schutz zu nehmen, und wenn wir einen solchen Lehrling einem ruchlosen Unternehmer entreißen und ihm eine anständige Lehre verschaffen, so wird er, ohne daß wir ihm auch nur ein Wort von Socialismus zu erzählen brauchen, später ein braves Gewerkschaftsmitglied werden. (Beifall.)

Beer (Wien): Ich glaube, man unterschätzt die Bedeutung unserer Parteitage, wenn man glaubt, ihrer entrathen zu können. Ich glaube, wir müssen zumindest alle zwei Jahre einmal zusammenkommen. Die Parteigenossen in Deutschland haben einen weitaus besseren Organisationsapparat, aber deshalb wird es ihnen nicht einfallen, den Parteitag nicht jedes Jahr abzuhalten. Wenn ich also gegen den Antrag der Wiener Localorganisation bin, so bin ich durchaus nicht einverstanden mit der Begründung, die Pernerstorfer gegeben hat.

Die nationale Frage, die Pernerstorfer bei dieser Gelegenheit in ganz überflüssiger Weise anschnitt, hat mit dem Antrage nicht das Geringste zu thun. Die Antragsteller selbst erklären, sie hätten ihren Antrag nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gestellt; wie konnte da Pernerstorfer das Gegentheil sagen? Ich meine, daß Pernerstorfer der Sache, der er dient, gerade damit den schlechtesten Dienst erwiesen hat, dadurch, daß er vielleicht mehr, als es nothwendig war, die Ueberzeugung anderer Genossen verletzte.

Uebrigens befindet sich Pernerstorfer auch in einem sachlichen Irrthum, weil der Parteitag beim Wimberger durchaus nicht eine principielle Sonderung beabsichtigt hat, sondern nur eine Scheidung der nationalen Gruppen aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen. Nun hat Pernerstorfer die Erklärung abgegeben, es

wäre ihm, wenn der Parteitag damals diese Scheidung nicht vollzogen hätte, unmöglich gewesen, der Partei beizutreten. Aber, Genosse Pernerstorfer, Sie sind schon vorher officiell der Partei beigetreten. Ich hielt es für nothwendig, diese übrigens bekannte Thatsache hier festzustellen.

Was die Organisirung der jungen Arbeiter betrifft, so bin ich der Ansicht, daß sie überhaupt nur in größeren Städten möglich ist. Ich glaube nicht, daß eine Schädigung der Gewerkschaftsbewegung dadurch eintreten wird. Aber es wird nothwendig sein, diese jungen Arbeiter in einer Weise zu behandeln, die ihrem Alter entspricht. (Bravo!)

Resel (Graz) beantragt, eine fünfgliedrige Commission zur Durchberathung der zu diesem Punkte vorliegenden Anträge einzusetzen.

Skaret bekämpft den Antrag. Der Antrag wird abgelehnt.

In einer thatsächlichen Berichtigung erklärt **Pernerstorfer**, er sei zwar schon vor 1897 Mitglied der Partei geworden, aber zu einer Zeit, wo es schon sicher war, daß die nationale Gliederung auf dem Parteitag beim Wimberger zur Sprache kommen und Thatsache werden werde. Er habe das damals von einigen Parteigenossen, vor Allem von Victor Adler erfahren.

Skaret (Schlußwort): Die Debatte hat sich mehr um nationale als um organisatorische Fragen gedreht. Ich will aber nur kurz auf die Ausführungen Pernerstorfer's reagiren, der erklärte, es sei ihm nur durch die Trennung der Partei in nationale Gruppen möglich geworden, sich der Partei anzuschließen. Aber worauf es ihm bei dieser Trennung in nationale Gruppen angeblich ankam, war nicht so sehr die Frage, in welcher Sprache die Organisations- und Agitationsarbeiten geleistet werden sollen, sondern die Frage, welche Stellung wir zu den anderen Nationalitäten einnehmen. Da aber ist kein Zweifel, daß sich unsere principielle Stellung zu den anderen Nationalitäten im Jahre 1897 gar nicht geändert hat. Wir haben nur aus praktischen Gründen eine andere Organisationsform geschaffen.

In der Debatte wurde uns auch der Vorwurf gemacht, daß wir den Beschluß auf Herausgabe einer populären Darstellung des Parteiprogrammes nicht ausgeführt haben. Es ist richtig, daß Adler mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut wurde; wenn das aber bis jetzt nicht möglich war, so ist das einzig und allein nur der Ueberarbeit Adler's zuzuschreiben. Was den Vorwurf betrifft, wir hätten das Vorgehen der Belgier nicht kritisirt, so meine ich, daß das kein Fehler war; wir können uns über die Verhältnisse im Ausland gewiß unser Urtheil bilden, aber ich weiß nicht, ob uns ein Recht zusteht, den ausländischen Genossen, die ja selbst für ihre Handlungen die Verantwortung tragen, in ihre Angelegenheiten dreinzureden und ihnen unter Umständen die Stellung in ihrem Lande zu erschweren — wenn auch, ohne es zu wollen. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.

Angenommen werden die Anträge **1** (mit den Abänderungsanträgen **14, 16, 17**) **5, 15,** der Parteivertretung zugewiesen Antrag **3,** abgelehnt die Anträge **2, 4, 6, 13.**

Die Sitzung wird geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Samstag den 16. August 1902. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Schrammel** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Vor Eingang in die Tagesordnung erhielt das Wort

Kiesewetter: Ich glaube Ihren Empfindungen zu entsprechen, wenn ich mit wenigen Worten eines Mannes gedenke, der sich große Verdienste um die

Arbeiterbewegung in Oesterreich, besonders aber in Nordböhmen, erworben hat: Josef Schiller's, dessen fünfter Todestag heute ist. Schiller wurde 1846 in Reichenberg als Sohn armer Eltern geboren und hatte schon in seiner Jugend mit Noth und Elend zu kämpfen. Aber sein seltenes Talent befähigte ihn, eine große Rolle an der Wiege der Socialdemokratie zu spielen. Der „Schiller-Seff", wie er im Volksmunde genannt wird, war nie ein Stratege, dafür aber ein Haudegen ersten Ranges; er verstand, wie kein Zweiter, Ackerarbeit zu verrichten. Schon als Jüngling von 18 Jahren sog er freie Gedanken in sich auf, seine Dichternatur macht ihn für die Arbeiterschaft unsterblich. Ein strammer Parteigänger war er wohl nie, aber er gehörte doch mit seinem ganzen Empfinden und Denken dem kämpfenden Proletariat. Leider war es ihm nicht gegönnt, in seiner Heimat zu bleiben. Das Mißgeschick, an dem er allerdings nicht ganz ohne Schuld ist, trieb ihn im Jahre 1896 über das Meer nach Amerika, wo ihn am 16. August 1897 der dürre Sensenmann dahinraffte. So wollen wir an seinem Todestage seiner gedenken (die Versammlung erhebt sich von den Sitzen), wollen geloben, in seinem Geiste weiter zu kämpfen unter dem rothen Banner.

Skaret stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei spricht den polnischen und ruthenischen Landarbeitern in Galizien angesichts ihres aufopferungsvollen und berechtigten Lohnkampfes gegen die profitgierige Schlachta die wärmsten Sympathien aus und protestirt gegen die einseitigen Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung der ärmsten Schichten des Proletariats in Ostgalizien.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen.

Zur Verhandlung gelangt der dritte Punkt der Tagesordnung: **Der österreichisch-ungarische Ausgleich.** Das Wort erhält der

Berichterstatter **Dr. Ellenbogen**: Sie kennen das berühmte Wort: „Bella gerant alii, tu felix Austria nube", zu deutsch: „Glückliches Oesterreich, als Schlachtengewinner hast du deinen Beruf verfehlt, etablire dich lieber als Heiratsbureau." Dieses Wort, in dem das Geschick unserem Vaterlande gerade keine heroische Aufgabe zugewiesen hat, enthält zugleich die Erklärung für den ganzen österreichischen Jammer. Mit Blut und Eisen wurden andere Staaten zusammengeschweißt, Oesterreich aber war seit jeher kein Staat, sondern ein Sammelsurium von Heiratsgütern. Wenn man Völker, die sich nie ein Leid zugefügt, plötzlich zwingen will, einander zu lieben, so zu lieben, daß sie zu Gunsten eines Gesammtstaates sich in der Bethätigung ihrer nationalen Kraft und Eigenart Schranken auferlegen, so muß man dazu wohl festere Bindemittel suchen als die ökonomischen Herzensneigungen zweier Fürstenkinder. Aber die Geschichte läßt sich nicht foppen, und die Sünden der Väter, der Erzeuger des österreichischen Staates, mußten sich an den Kindern und Kindeskindern rächen. Was bei dem Entstehen des österreichischen Staates versäumt wurde, mußte im Laufe seines Bestehens nachgeholt werden. Die Völker, die nicht auf einem normalen Wege zu einem Staate zusammengefügt wurden, mußten im Nachhinein unterworfen werden, denn sie wollten sich dem Bunde des Gesammtstaates nicht fügen. In der Schlacht am Weißen Berge ist das mit den Czechen gelungen, bis zu welchem Grade, lehrt allerdings die Geschichte seit 1848. Mit Ungarn aber ist es nie gelungen. 300 Jahre haben die Ungarn gegen diese verhaßte Oberherrschaft gekämpft. Im Jahre 1849 erlitten sie die letzte Niederlage, aber auch da wurde Ungarn nicht von Oesterreich allein unterworfen, sondern mit Hilfe der kosakischen Truppen. Aber Oesterreich vermochte durchaus nicht, diesen Scheinsieg zu einer endgiltigen Niederlage Ungarns auszunützen. Im Gegentheil, die Reaction in Oesterreich schritt von Blamage zu Blamage, bis sie schließlich in den Jahren 1859 und 1866 so entscheidend auf das Haupt geschlagen wurde, daß sie vor der ungarischen Unabhängigkeitsidee endgiltig capituliren mußte.

Die politische Lage Oesterreichs nach 1866 ist am besten zu charakterisiren mit den Worten des Grafen Julius Andrassy: „Eine vollständig zerrüttete finanzielle Lage, zwei verlorene Feldzüge, zwei verlorene Provinzen, vollständige

Isolation im europäischen Staatensystem, unzufriedene Völker im Innern: das war das Ergebniß des Absolutismus." Es ist begreiflich, daß diese Schwäche Oesterreichs von den Ungarn nach allen Richtungen ausgenützt wurde, um ihre politische Unabhängigkeit nicht nur festzustellen, sondern auch so viel als möglich Capital daraus zu ziehen. Die Ungarn, die durch 300 Jahre Selbstverwaltung zu Politikern erzogen wurden, wären schlechte Politiker gewesen, wenn sie es nicht gethan hätten.

Worin besteht nun der Ausgleich der Form nach? Vor Allem in dem Gesetz vom 21. December 1867 über die gemeinsamen Angelegenheiten. Dieses bestimmt, daß als gemeinsam anzusehen seien: die auswärtigen Angelegenheiten, das Heer und die gemeinsamen Finanzen. Ueberdies sollen zwar nicht gemeinsam sein, aber nach gleichen Grundsätzen behandelt werden: die commerciellen Angelegenheiten, insbesonders das Zollwesen, die mit der industriellen Production in innigem Zusammenhang stehenden indirecten Abgaben. (Gemeint sind Bier, Branntwein, Zucker, Petroleum, die Stempelgebühren- und Taxengesetzgebung, die Feststellung des Geldfußes und des Münzwesens, die Verfügungen bezüglich der beiden Reichshälften gemeinsamen Eisenbahnlinien, das Wehrsystem.) Ferner enthält das Gesetz Bestimmungen über die Aufbringung der gemeinsamen Mittel, die Art der Regelung der Quote, die Delegationen, das gemeinsame Ministerium.

Diesem als Grundgesetz des Gesammtstaates anzusehenden Gesetz folgen dann eine große Anzahl seither naturgemäß vielfach abgeänderter Gesetze: über die Quote, das Zoll- und Handelsbündniß, den Münz- und Währungsvertrag, über die indirecten Steuern, über die gemeinsame Staatsschuld, die Vereinbarung mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank 2c. 2c. Die ursprüngliche Form der Beitragsregelung bestimmte, daß die Ungarn zuerst 2 Millionen Gulden (für die Abtretung der Militärgrenze, 1871) zu zahlen hätten, sodann die Reineinnahmen des Zollgefälles zu verwenden sind und daß der dann verbleibende Rest nach dem Verhältniß von 70:30 aufzubringen ist. Ueberdies haben die Ungarn jährlich 29·1 Millionen Gulden zur Verzinsung und 1·1 Millionen Gulden zur Amortisation der Staatsschuld beizutragen.

Fragen wir nun nach den politischen Wirkungen des Ausgleichs.

Die Zeit unmittelbar nach 1866 war die Zeit des tiefsten Standes des politischen Ansehens Oesterreichs. Die Ungarn siegreich am Ziele eines 300jährigen Unabhängigkeitskampfes, geschulte Politiker, von Kraftbewußtsein geschwellt, ein einheitlicher Staat, Oesterreich finanziell zerrüttet, politisch gedemüthigt, innerlich zerrissen. Und in dieser Zeit wurde der Ausgleich mit Ungarn geschlossen. Sie können sich denken, was dabei herauskam.

In der Politik entscheiden bekanntlich nicht Sentimentalitäten, und wenn 1867 Franz Deak dem Kaiser auf seine besorgte Frage, was denn die Ungarn jetzt verlangen könnten, sagte: „Wir verlangen nach Königgrätz nichts Anderes, als was wir vor Königgrätz verlangt haben!" so war das wohl der Ausdruck der chevaleresken Gesinnung dieses zwar ehrenwerthen, aber nicht sehr weitblickenden Mannes, jedoch nicht der Ausdruck der Stimmungen und Bedürfnisse seiner Nation, vor Allem aber nicht der Ausdruck der treibenden Kräfte der Geschichte.

Aber Wind und Wetter waren auch sonst ungünstig vertheilt. Ungarn hatte ausgezeichnete Politiker, Leute, die zumindest wußten, was sie in diesem Augenblicke wollten, Leute, die, gedrängt von ihrer Nation, nichts Anderes vor Augen hatten als die Stärkung ihres Landes, dem gegenüber auch die Interessen der Dynastie zurücktraten; vor Allem aber hatte Ungarn eine Parole, eine öffentliche Meinung. Von alledem war auf österreichischer Seite nichts zu spüren. Sie verzeihen, wenn ich hier wieder ein Citat anbringe, hier das eines österreichischen Politikers, Unger, der die diesseitigen Zustände folgendermaßen charakterisirte: „Regierungen des halben Wollens, des halben Vollbringens, in sich selbst gespalten, durch sich selbst gelähmt, Regierungen der Transaction statt der Action,

die stets unterhandelten, niemals handelten, die ewig schwankten zwischen Verfassungstreue und Verfassungsreue": das waren unsere Vertreter in den Unterhandlungen mit Ungarn. Sie können sich denken, wie die Sache ausging. Gegenüber der ungarischen Einheitlichkeit besaßen wir nichts; um ein Gegengewicht zu haben, mußte es erst erfunden werden: die Idee des Gesammtstaates, die gleichbedeutend ist mit den Interessen der Dynastie. Die Ungarn waren im Augenblick die Mächtigeren, Oesterreich konnte keinen Widerstand innerlich aufbringen, also mußte und konnte Oesterreich preisgegeben werden. Daher kommt es auch, daß alle Ausgleichsbestimmungen einen so unklaren, verschwommenen Charakter tragen mußten, da die Ungarn dank ihrer großen politischen Macht im entscheidenden Augenblick immer die für sie günstigere Interpretation durchsetzen können. Die Oesterreicher hatten keinen Willen, sie mußten sich fügen.

Der erste und zugleich charakteristische Ausdruck dieser Unbestimmtheit der Ausgleichsbestimmungen ist das famose Institut der Delegationen, dieser Hohn auf alle parlamentarischen Begriffe. Man geräth in Verlegenheit, wenn man definiren soll, was die Delegationen sind. Sind sie ein Parlament oder ein Parlamentsausschuß? Sie sind kein Ausschuß, weil sie ja ein selbstständiges Budgetbewilligungsrecht haben; sie sind aber auch kein Parlament, denn wenn es einem der beiden Parlamente einfällt, das Gesammtbudget abzulehnen, so sind die von den Delegationen bewilligten Forderungen auch abgelehnt. Die Delegationen haben etwas bewilligt, die Parlamente können es ablehnen. Vor Allem aber ist es gar nicht sicher, daß die Delegationen zu Stande kommen müssen. Nach lit. O des § 11 des Gesetzes vom 21. December 1867, womit das Grundgesetz über die Reichsvertretung abgeändert wird, gehört zum Wirkungskreis des Reichsraths unter Anderem: „Die Gesetzgebung, betreffend die Form der Behandlung der durch die Vereinbarung &c. als gemeinsam festgestellten Angelegenheiten", das heißt, der Reichsrath kann, wenn er will, diese Form in den Delegationen sehen, wenn es ihm aber beliebt, kann er auch eine andere Form für diese Behandlung beschließen. Die Delegationen hängen also in der Luft. Aber gerade diese Labilität ist für die Ungarn sehr günstig. Denn um den ganzen ewig wackligen Apparat zum Klappen zu bringen, muß man sich auf den Weg der Transaction begeben, der Unterhandlungen. Nehmen wir an, es käme zu einer gemeinsamen Abstimmung beider Delegationen, so ist es klar, daß die Ungarn wie Ein Mann stimmen werden, während auf österreichischer Seite ganz gewiß zumindest Einer umfallen wird, damit nicht etwa die Gesammtstaatsidee leide, und voraussichtlich wird dieser Retter in der Noth gewöhnlich ein Feudaler sein. In einem solchen Falle, wo die beiden Staaten einander direct entgegengesetzte Interessen haben, ist es klar, daß das stärkere Staatsgefühl, die stärkere öffentliche Meinung siegen müssen. Auf österreichischer Seite dagegen war die Annahme des Ausgleichs eine Nothwendigkeit, die einfach „gefressen" werden mußte. Um sie durchzusetzen, mußte mit den Parteien geschachert, es mußten ihnen Separatconcessionen bewilligt werden. Der berühmte luogo di traffico, dieses Schandmerkmal unseres Parlaments, hat seinen letzten Urgrund im Ausgleich. Die Zusammensetzung der Delegationen hat überdies noch das Letzte beigetragen, um die Delegation zu dem zu machen, was sie im Sinne der Ungarn sein soll. Sie sehen, daß dadurch der ganze österreichische Parlamentarismus entnervt und entwerthet wird und zu einem Komödienspiel herabsinken muß.

Als weiterer Beleg für die Mißachtung der parlamentarischen Institutionen durch den Ausgleich diene Ihnen die Thatsache, daß der § 18 des gemeinsamen Grundgesetzes die Schaffung eines eigenen gemeinsamen Ministerverantwortlichkeitsgesetzes verspricht, ein Versprechen, das bis zum heutigen Tage nicht eingelöst wurde.

Mit einem Wort: es war für Oesterreich immer nur ein einziges Interesse ausschlaggebend, das dynastische, und der Zustand des ungarischen Commandirens und österreichischen Gehorchens läßt sich am besten mit dem geistreichen Wort des Baron Offermann charakterisiren: „Wenn die Ungarn aut — aut sagten, antworteten wir jedesmal prompt coûte que coûte, das heißt, wir schlugen Alles in die Schanze, um nur nicht von dem schrecklichen ungarischen ‚Gehorchen oder Trennen' bedroht zu sein, um der Segnungen des Gesammtstaates nicht verlustig zu gehen."

Blicken wir auf die äußere Politik des Staates, so zeigt sich wieder, daß die Interessen Ungarns maßgebend sind. Wir Socialdemokraten sind mit dem Dreibund insoferne einverstanden, als er eine Friedenspolitik betreibt, und weil wir überhaupt dafür sind, daß sich größere Staaten politisch und dann auch wirthschaftlich zusammenschließen. Aber die Dreibundspolitik wurde nicht unsertwegen, sondern nur wegen Ungarn geschaffen. Denn Ungarns Erbfeind ist Rußland. Als isolirter Staat wäre Ungarn der Länderhabgier Rußlands wehrlos preisgegeben und es suchte daher einen Schutz für sich in einem russenfeindlichen westeuropäischen Staatenbündniß. Darum wurde Graf Andrassy der Schöpfer des Dreibundes, und die ungarischen Interessen waren es, die Oesterreich zum Eintritt bestimmten. Ein Beweis dafür ist die Thatsache, daß auch in der Zeit, wo wir in Oesterreich slavische Regierungen hatten, die gerne ein Bündniß mit Rußland gewünscht hätten, am Dreibund festgehalten wurde. So konnte der jüngere Graf Andrassy mit berechtigtem Stolze sagen: Ungarn ist der maßgebende Factor der Monarchie.

Das gemeinsame Grundgesetz ist aber auch so unklar gehalten, daß man in vielen Fällen überhaupt keinen constitutionellen Ausweg findet, man überläßt das letzte Wort der Krone. Durch den Ausgleich haben wir somit ein rein absolutistisches Element in unser Staatsleben hereingebracht. Was geschieht zum Beispiel, wenn die Delegationen sich nicht einigen? Für die Quotendeputation ist ausdrücklich im Falle der Nichteinigung die Entscheidung der Krone vorgesehen, also Absolutismus in optima forma. Wenn jedoch in Bezug auf das Wehrgesetz keine Einigung erfolgt, dann ist eine Lücke da, dann weiß man nicht, was zu geschehen hat. Auch hier entscheiden österreichische und ungarische Machtverhältnisse. Der Präsenzstand unseres Heeres steht in gar keinem Verhältniß zu unseren Leistungen. Während das Mannschaftsverhältniß 56:44 ist, ist das Beitragsverhältniß 70:30. Die Ungarn kostet das Heer nur 11 Percent ihres Budgets, uns kostet es 17 Percent. Da können sich die Ungarn schon ein großes Heer leisten, wenn wir es zahlen. (Zustimmung.) Und es ist bezeichnend, daß, als einmal dem Kriegsminister eine erhöhte Armeeforderung von der österreichischen Delegation abgelehnt wurde, die ungarische sie bewilligte, worauf sie, trotzdem der Minister schon hatte nachgeben wollen, angenommen wurde. In wichtigen Fällen halten sich die beiden Delegationen im Schach. Statt gemeinsam den Willen des Volkes im Gegensatz zur Krone zu vertreten, sind sie nur der Schemel für die Machtgelüste der Krone, stärken die Uebermacht der Dynastie. Es ist bezeichnend, daß in der Führung des Krieges die Krone ganz unbeschränkt ist. Daher der Hochmuth des Kriegsministers, daher dessen Abkanzeln der Delegirten.

Auch unsere innere Politik wird von dem Willen der Ungarn beeinflußt. Die Ungarn haben 1867 den Ausgleich unter der Voraussetzung der deutschen Vorherrschaft geschaffen. Aus guten Gründen. Sie wollen mit einem gleich starken Staate gleichberechtigt sein. Die Deutschen als Beherrscher des österreichischen Staates sind viel dreibundfähiger als die Slaven. Im § 28, Artikel XII, wird gesagt, daß „einerseits die Länder der ungarischen Krone, andererseits die übrigen Länder und Provinzen Seiner Majestät zusammen als zwei gesonderte und ganz gleichberechtigte Theile angesehen werden mögen“. Die Ungarn gehen mit unbeugsamer Energie daran, auch einen national einheitlichen Staat zu bilden. Sie haben auch dort sehr viele Nationalitäten! Die Deutschen sind ihnen nicht gefährlich bei der Entnationalisirung, weil sie sich in Oesterreich in der Defensive befinden, daher sich um ihre Connationalen in Ungarn nicht kümmern können, dagegen befinden sich die slavischen Nationen bei uns in der Offensive, in ihnen ist noch nationale Expansionskraft. Die nationale Autonomie in Oesterreich ist den Ungarn ein Dorn im Auge, und sie suchen sie deshalb zu verhindern. Nun aber liegt diese Autonomie im Zuge der Entwicklung. Im vorigen Jahrhundert hat Josef II. auch versucht, gewaltsam die nationale Autonomie zu verhindern; es ist ihm, trotzdem er dabei gute Absichten hatte, mißlungen. Wir würden thatsächlich nicht zur Ruhe kommen, wenn der Ausgleich in der alten Form weiterbestünde, Oesterreich müßte dann weiter der zerfaserte und zerfranste Staat, ein Sammelsurium von Unmöglichkeiten bleiben. Aus Gründen der gesunden

Entwicklung der Nationen müssen wir entschieden gegen die Belassung des alten Ausgleichs Stellung nehmen.

Noch faßlicher sind die wirthschaftlichen Gründe gegen den Ausgleich. Wir sind für große wirthschaftliche Einheiten, wir vertreten allerdings in der Frage des Schutzzolles und Freihandels nicht nur den Arbeiter als Consumenten, sondern auch als Producenten. Deshalb sind wir unter Umständen auch für Schutzzölle für aufstrebende Industrien. Ich könnte Sie jetzt wieder an das bekannte Marx-Citat erinnern. Ohne das Durchlaufsstadium des Capitalismus können wir nicht zum Socialismus gelangen. Wir verstehen also ganz gut den Kampf, der zwischen jungen und alten Industrien geführt wird, und wir begreifen es vollständig, daß sich Deutschland in den Dreißiger- und Vierzigerjahren des vorigen Jahrhunders, dem Rathe Friedrich List's folgend, in den Zollkampf gegen England und Europa eingelassen hat. Es ist ja auch thatsächlich zu einem starken Industriestaat herangewachsen. Aber daß zwischen Vertragsstaaten, die eine Zolleinheit bilden, ein Zollkampf entstehen kann, in dem ein Theil auf Kosten des anderen seine wirthschaftlichen Kräfte zur Entfaltung bringt, ist ungewöhnlich. Die außergewöhnliche wirthschaftliche Jugendkraft Ungarns ist außer den politischen Machtverhältnissen der Grund dafür, und der Ausgleich hat die Kosten dieser Entwicklung auf unsere Schultern geladen.

Die Quote war im Jahre 1867 70 : 30. In Wahrheit hätte sie damals schon eine andere sein sollen, wenn die thatsächlichen Verhältnisse die Grundlage gewesen wären. Nach der Bevölkerungszahl hätte sie heißen müssen 58 : 42 und nach dem Maße der politischen Einflüsse hätte sie mindestens 50 : 50 lauten sollen. Wenn wir auf die Zolleinnahmen blicken, so zeigt sich, daß wir als der vorläufig noch höher entwickelte Staat weit mehr an Zöllen zahlen. Es ist charakteristisch, daß besonders hohe Zölle namentlich auf Artikel, die besonders in Oesterreich consumirt werden, lasten. Das Kilogramm Kaffee ist ja deshalb von 20 auf 48 kr erhöht worden. Darnach wäre die Quote eigentlich mit 80 : 20 festzusetzen. Außerdem sind dadurch die indirecten Steuern riesig gewachsen, besonders für Zucker, Petroleum, Branntwein. 1873 mußten ja Ungarn zuliebe eigene Steuergesetze gemacht werden, weil die Ungarn neue Steuern brauchten. Ich empfehle Ihnen übrigens die bekannte Parlamentsrede des Dr. Verkauf, die außerordentlich viel Material darüber enthält. Inzwischen sind aber in Ungarn Industrie, Bevölkerung und Wohlstand gestiegen. Ein Beweis dafür ist zum Beispiel das Anwachsen der Actiengesellschaften; 1890 waren es 36, 1900 schon 147. Auch ihr Capital hat sich vervierfacht. Im Jahre 1895 allein wurden 42 neue Actiengesellschaften mit 70 Millionen Gulden Actiencapital gegründet und die bestehenden vermehrten ihr Capital um 30 Millionen, also 100 Millionen Gulden mehr in einem Jahr. Die Zuckerproduction in Ungarn hat sich in zehn Jahren vervierfacht, Bier wurden 1889 563.600 Hektoliter und 1893 schon 1,321.000 Hektoliter erzeugt. Der Kohlenverbrauch aus dem Auslande, nach Lotz nebst Roheisen und Baumwolle der wichtigste Maßstab für die Größe einer Industrie, hat 1882 1½ Millionen, 1889 7 Millionen, 1893 13 Millionen betragen. Dabei aber hat die inländische Kohlenproduction Ungarns fortwährend zugenommen. Der Gesammtverbrauch betrug 1890 39 Millionen, 1894 55 Millionen Metercentner. Die Einfuhr gewerblicher Hilfsstoffe ist seit 1889 von 44·4 Millionen Gulden auf 53·7 Millionen Gulden im Jahre 1894 gestiegen, während deren Ausfuhr in der gleichen Zeit von 85·3 auf 79·3 Millionen Gulden gesunken ist. Die Fabricatenausfuhr ist von 171 Millionen Gulden im Jahre 1889 auf 192 Millionen Gulden im Jahre 1894 gestiegen. Der Güterverkehr auf den ungarischen Staatsbahnen hat sich von 9·2 Millionen Tonnen im Jahre 1888 auf 23·9 Millionen im Jahre 1893 gehoben. Die industrielle Bevölkerung selbst ist von 1870 bis 1890 um 41·3 Percent gestiegen, während die Gesammtbevölkerung bloß um 12 Percent gestiegen ist. Aber das stärkste Merkmal ist wohl die Hebung des Seehandels mit Fiume. 1871 betrug er 2 Millionen Tonnen, 14·6 Millionen Gulden ausmachend, 1893 schon 10·1 Millionen Tonnen, 127·1 Millionen Gulden. Um **765 Percent** ist also der Fiumaner Seehandel in 22 Jahren gestiegen, Triest in der gleichen Zeit bloß um 33 Percent! Fiume, das ungünstiger als unser

Triest liegt, ist mit allen Mitteln von den Ungarn zu einem großen Handelsplatz gemacht worden.

Unter Badeni ist nun die Quote mit 34·4:65·6 festgesetzt worden. Aber diese Aenderung zu unseren Gunsten war ein raffinirter Betrug, um die furchtbaren Nachtheile, die damit eingehandelt wurden, zu verschleiern: die ungeheure Erhöhung der indirecten Steuern, der Bier-, Zucker- und Petroleumsteuer um 50 Millionen Gulden, die Auslieferung der Bank, die Ausdehnung des Ueberweisungsverfahrens u. s. w. Trotzdem verhöhnen uns die Ungarn noch, indem sie diese Quote als zu hoch für sie angeben. Einen classischen Beweis für die politischen Mißstände Oesterreichs gegenüber Ungarn liefern die Berathungen dieser Quotendeputationen. In der ungarischen Deputation erklärten die Mitglieder in der Sitzung vom 28. März 1901 einstimmig: „Obwohl die Mitglieder der Quotendeputation ohne Ausnahme der Ueberzeugung sind, daß das gegenwärtig in Kraft bestehende Quotenverhältniß (34·4:65·6) der Leistungsfähigkeit Ungarns nicht entspricht, sondern dieselbe beträchtlich überschreitet, genehmigen sie dasselbe." Dagegen will in der österreichischen Quotendeputation Jeder etwas Anderes. Da machte der Abgeordnete Kaiser einen Quotenvorschlag 50:50, der Abgeordnete Forscht einen nach dem Bevölkerungsschlüssel, Graf Zedtwitz wollte die ungarische Quote nur auf ein Jahr. Abgeordneter Menger beantragte eine Resolution, es sei die Regierung aufzufordern, Unterhandlungen zur Findung eines geeigneten Austheilungsmaßstabes einzuleiten! (Heiterkeit.) Schließlich wurde mit sechs gegen sechs Stimmen die ungarische Quote bis zum Jahre 1909 angenommen. Der Präsident dirimirte, es war der Graf Schönborn.

Betrachten wir weiter den Binnenverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn, so erhebt sich vor Allem die Frage: **Welche Wirkungen hat der Ausgleich auf die Zölle?** Hauptsächlich wegen der Ungarn haben wir Agrarzölle geschaffen. Auf Brotgetreide zahlen wir 1·8 kr. per Kilo, 4·5 kr. auf Mehl, 1·8 kr. auf Reis, 20 kr. auf Schweinefett. Deshalb ist der Brotconsum, der 183 Kilogramm per Kopf betragen sollte, auf 149 Kilogramm gesunken. Und bei alledem sind wir ein Getreideimportland.

Dabei ist — als weiteres Zeugniß für die Kopflosigkeit der Vertragsbestimmungen — zu erwähnen, daß für den Fall einer Differenz in Zollfragen nichts vorgesehen ist. Auch die Frage, ob, wenn die Trennung erfolgt, die Handelsverträge mit dem Ausland von beiden Staaten eingehalten werden müssen oder was an deren Stelle tritt, wird mit Stillschweigen übergangen.

In dem Ausgleichskampfe hört man immer wieder ein Wort, das heißt: Illoyalität. Die österreichischen Fabrikanten, sagen die Ungarn, halten die Vertragsbestimmungen nicht ein, sie durchbrechen sie illoyal. Im Artikel I des Vertrages heißt es, daß wir ein Zoll- und Handelsgebiet sind, daß beiden Staaten während der Dauer des Bündnisses kein Recht zustehe, Verkehrsgegenstände, welche aus dem einen ins andere Landesgebiet übergehen, mit Ein-, Aus- oder Durchfahrtsabgaben welcher Art immer zu belasten. Trotzdem wird der steirische Kaufmann, der auf den ungarischen Markt kommt, mit Consumsteuern belegt. Commissionslager österreichischer Fabrikanten werden in Ungarn riesig hoch, zum Beispiel mit 75.000 fl. besteuert, trotzdem doch der österreichische Producent zugleich als ungarischer zu betrachen ist. Das Aergste auf diesem Gebiete leisten die Ungarn mit der Besteuerung der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft. Im Artikel VII des Zoll- und Handelsbündnisses heißt es: „In Bezug auf sämmtliche Binnengewässer, welche in ihrem Lauf beide Ländergebiete berühren, wird ein einverstandlicher Vorgang in allen auf die Ausübung der Schiffahrt 2c. bezüglichen Angelegenheiten beobachtet." Die Donau ist nach den Donauacten vom Jahre 1857, die in das ungarische gemeinsame Grundgesetz recipirt wurden, frei. Die Schiffahrt darf mit keiner Abgabe belegt werden. Was thut nun die schlaue ungarische Regierung? Wir subventioniren die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft mit einer halben Million Kronen. Die Ungarn belegen sie mit 469.000 Kr. Transportsteuer! Zugleich aber wurde eine ungarische Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft gegründet, die von Ungarn mit einer halben Million subventionirt wird und keine Transportsteuer zu zahlen hat. Wir zahlen also den Ungarn die

Subvention! Umso unanständiger ist diese Art des Vorgehens, als serbische, rumänische, bulgarische Schiffe keine Transportsteuer zahlen müssen!

Die Ungarn sperren die rumänische Grenze direct gegen unsere Zollverträge unter dem lügenhaften Vorwand, das rumänische Vieh sei verseucht. Die Folge ist, daß unser Export nach Rumänien aufhört. Von 1880 bis 1890 ist der Gesammtexport nach Rumänien von 123 auf 181 Millionen gestiegen, der österreichische Export ist von 63 auf 26 Millionen hinabgesunken. Dagegen ist der belgische, englische, französische, deutsche Export nach Rumänien gestiegen. Also während rings um uns ein wirthschaftlicher Aufschwung erfolgt, verlieren wir infolge des Ausgleiches einen Markt nach dem anderen. Daß wir dieses Gebiet je wieder zurückerobern können, davon ist gar keine Rede.

Wie ist's mit der Eisenbahnpolitik? Der Artikel VIII soll die gleichmäßige Behandlung der Hauptbahnen, die beide Landesgebiete berühren, garantiren. Dagegen sind die Localbahnen außerhalb der Vereinbarung. Was thun nun die Ungarn? Sie behandeln fast jede Bahn als Localbahn. Sie sperren durch Grenzbahnen unsere Industrie ab. Die Ungarn zahlen den ungarischen und deutschen Producenten Refactien, die Oesterreicher erhalten sie nicht! Die ungarischen Fabrikanten erhalten Steuernachlässe und unverzinsliche Vorschüsse. Selbst eigene Gesetze wurden schamlos zu solchen Zwecken in den Jahren 1881 und 1890 geschaffen, wodurch es in die Hand der Regierung gelegt ist, Unternehmern Steuer-, Gebühren- und — Stempelfreiheit zuzugestehen — erinnern Sie sich, daß Stempel und Gebühren nach gleichen Grundsätzen zu behandeln sind —; an nahezu 500 Fabriken wurden bis zum Jahre 1898 diese Nachlässe gewährt. Ungarische Fabriken erhalten Tarifermäßigungen an den Bahnen. So zum Beispiel rühmt die Schlosser- und Blechwaarenfabriksactiengesellschaft in Erlau in ihren Offerten die ihr gewährten 40 Percent Nachlaß auf allen ungarischen Staatsbahnen. Alle diese illoyalen Vorgänge wirken wie eine Zwischenzolllinie, sie wirken wie ein Schutzzoll. Mit der ihren eigenen Energie haben es die Ungarn verstanden, die Eisenbahnen beinahe vollständig zu verstaatlichen. Aber selbst unsere österreichische Eisenbahnpolitik haben sie beeinflußt. Wenn wir erst voriges Jahr den Bau der Tauern- und Karawankenbahn beschlossen, so muß daran erinnert werden, daß dieses Project 30 Jahre alt ist, und daß es die Ungarn sind, die die Ausführung verzögerten. Dank ihrem Einfluß im Kriegsministerium haben wir nur Eisenbahnen von Osten nach Westen gebaut, die dem ungarischen Export über unsere Reichshälfte dienten. Daß wir unsere eigenen Waaren nach unserem eigenen Hafen Triest befördern könnten, das wurde uns nicht erlaubt! (Heiterkeit.) Was haben die Ungarn durch den Kriegsminister Alles gethan, um die Predillinie zu verhindern! Wir müssen durch das öde, leicht einsinkende Karstgebiet mit bedeutend höheren Kosten die Bahn bauen, weil die Ungarn die Predillinie nicht wollen. Die Verhinderung des Baues der zweiten Verbindung hatte eben den Zweck, Fiume zu heben, Triest zu unterdrücken. Wie sehr dies gelungen ist, lehren folgende Ziffern. Von 1887 bis 1897 hat zu- (+), beziehungsweise ab- (—) genommen:

	In Fiume	In Triest
Die Anzahl der eingelaufenen Schiffe . . .	+ 108 Percent	+ 16 Percent
Der Tonnengehalt der Schiffe	+ 96 „	+ 28 „
Der Land- und Seeverkehr	· 29 „	+ 1·8 „
Die Einfuhr zur See	+ 117 „	— 7 „

Sie sehen: in Fiume Fortschritt, in Triest Rückgang.

Und nun gar Bosnien! Die Ungarn, die 1878 die Occupation nicht wollten, haben heute den ganzen bosnischen Markt sammt Dalmatien an sich gezogen, während dieses Land, das von der Occupation reich zu werden hoffte, immer mehr verarmt, und wie eine Spinne haben sie das ganze Occupationsgebiet commerciell umstrickt. Wir haben auch eine Bahn, der aber plötzlich bei Banjaluka der Athem ausgeht. Die 70 Kilometer zum Anschluß ans bosnische Bahnnetz dürfen nicht ausgebaut werden! Ungarn aber hat dort zwei Bahnnetze ausgebaut. Ja, mit unserem eigenen Kronland Dalmatien dürfen wir über Ungarns Machtgebot keine Verbindung herstellen, und die abenteuerlichsten Pläne, Inselbahnen und dergleichen werden laut, um dieses Verbot zu umgehen! Noch mehr! Falls

heute die wirthschaftliche Trennung zwischen Oesterreich und Ungarn erfolgt, dann gehört der Orient vollständig den Ungarn; sie haben schon jetzt die Verbindung nach Constantinopel, und bei ihrer zielbewußten Politik werden sie die nach Salonich durchsetzen, wenn sie wollen. Wir Oesterreicher haben freiwillig den Ungarn den Orient abgetreten. Der ganze Handel von drüben gehört fast schon ihnen.

Infolge aller dieser zielbewußten Maßnahmen ging Ungarn in die Höhe, wir gingen hinunter. Geflissentlich bemühten sich die Ungarn, uns, ihr „Bruderland", von ihrem Markt zu verdrängen: Der Import nach Ungarn betrug

	1889	1894
aus Oesterreich	85·9	80·9
„ Deutschland	3·68	5·28
„ Frankreich	0·28	0·41

Man kann somit sagen, Ungarn ist das einzige Beispiel in der ganzen Welt, das in dem merkwürdigen Zustand sich befindet, alle Vortheile des Schutzzolles mit allen Vortheilen des Freihandels zu verbinden. Ungarn ist das einzige Beispiel einer solchen Doppelseitigkeit, und wir Oesterreicher müssen diese seltsame Rechnung bezahlen! Die Ungarn haben sich eine Zolllinie gegen Oesterreich geschaffen, wir Oesterreicher aber sind nicht geschützt gegen sie. Sie haben volles Einbruchsgebiet und können so ihre Industrie ungemessen fördern und sind überdies gegen das Ausland durch die gemeinsame Zolllinie geschützt.

Ein wichtiger Punkt des Ausgleichs ist die **Bankfrage**. Die Oesterreichisch-ungarische Bank, seit dem Ausgleich so genannt, ist beinahe ausschließlich mit österreichischem Gelde gegründet worden. Es ist klar, daß sie hauptsächlich unter österreichischem Einfluß stehen sollte. Wenn wir uns ein Institut gründen, so wäre es merkwürdig, wenn irgend ein Tatar es uns ohneweiters wegnehmen könnte. Die Ungarn aber haben dafür einen Rechtstitel gefunden: die Schulden der Bank kommen nämlich aus Ungarn. Vom Leihcapital der Bank befinden sich 40 bis 50 Percent in Ungarn. An Hypothekarschulden haften der Bank 139 Millionen aus, davon allein 121 Millionen aus Ungarn. Die Ungarn verlangen also nichts Geringeres, als daß die Schuldner über das Capital des Gläubigers verfügen sollen. Selbst der ehemalige ungarische Finanzminister Kerkapolyi wollte nicht mehr, als daß das Leihcapital nach dem Quotenverhältniß vertheilt sei. Sie wissen, daß Badeni und Bilinski die Bank den Ungarn ausgeliefert haben, indem sie in den Generalrath der Bank ebensoviel Ungarn als Oesterreicher ließen. Das Unglaubliche ist also geschehen. Mit anderen Worten: Wir Oesterreicher haben das Geld herzugeben, die Ungarn haben darüber zu verfügen. Die sogenannte Parität wurde hergestellt, das heißt, der ungarische Einfluß überwiegt.

Auf allen Gebieten bietet uns also der Ausgleich Schädigungen. Er kostet uns unsere Freiheit, unser Blut und unser Geld! Wir sind ja für die industrielle Entwicklung, auch Ungarns, wir wünschen auch den Ungarn ihre Demokratie, obzwar ja in Ungarn nur eine Gentrydemokratie besteht und die Betyarenwirthschaft dort am stärksten ist. Wir wollen nicht mehr haben als die volle Freiheit der politischen Entwicklung für uns Oesterreicher. In Wahrheit sind wir Oesterreicher nichts Anderes als der Schemel für die politische Machtentwicklung der Ungarn. Wir wollen nicht für die ungarische Entwicklung büßen. Wir wollen im eigenen Hause selbst Herren sein. Wir sind keine Freunde der Zolltrennung, noch weniger eines Zollkrieges, dessen Kosten ja in erster Linie wir selbst bezahlen müßten. Aber, Genossen, wenn wir gegen die Ungarn selbst Zolltrennung verlangten, so würden wir unseren Principien nicht das Geringste vergeben. Liebknecht hat 1875 auf dem Gothaer Parteitag gesagt: „Zum Schutze der socialen Arbeit brauchen wir Einfuhrzölle gegen solche Länder, die keinen kurzen Normalarbeitstag eingeführt und die Frauen- und Kinderarbeit nicht vernünftigen Beschränkungen unterworfen haben." Der maßlosen und wucherischen Ausbeutung der ungarischen Arbeiter ist zum größten Theile gewiß die ungarische Industrieentwicklung zu danken! Gegen einen solchen Staat könnten wir mit der größten Seelenruhe Schutzzölle verlangen! Aber wir begehren das gar nicht. Um jeden Preis haben wir bisher das Beisammensein bezahlt! Steht aber das Sache jetzt

noch immer so? Wenn die Ungarn heute ebenso energisch Zolltrennung oder Unterwerfung verlangen oder wenn sie es gar auf einen Zollkrieg ankommen lassen wollten, was lehrt uns dann die Zwischenverkehrsstatistik?

Wer über die Zwischenverkehrsstatistik spricht, muß mit einer Verwahrung anfangen. Sie ist bekanntlich erst zwei Jahre alt und wurde auf Grund des § 14 geschaffen. Ihre Daten sind nicht vollkommen verläßlich, weil sie auf dem Wege von Schätzungen gewonnen werden. Immerhin sind die großen Ziffern für uns beweisend genug, denn die Ungarn haben sie noch zu ihren Gunsten gefälscht. Die Ausfuhr an agrarischen Producten betrug 696·6 Millionen Kronen, die Ausfuhr nach Ungarn 81·8 Millionen Kronen, an Industrieproducten die Einfuhr aus Ungarn 230·1 Millionen, die Ausfuhr nach Ungarn 799·8 Millionen Kronen. Würde eine Trennung eintreten, so würden die Ungarn achtmal soviel an Agrarwerthen verlieren, während wir nur dreimal soviel an ausgeführten Industrieartikeln verlieren würden, die Ungarn verlören 614·8 Millionen, wir 569·7 Millionen. So muß man sagen, daß die Ungarn die Trennung zu fürchten haben, allerdings ginge unsere Industrie nicht ohne Wunden aus dem Kampfe hervor. Geschädigt werden könnten auf österreichischer Seite insbesondere folgende

Branchen	deren Einfuhr nach Oesterreich	deren Ausfuhr nach Ungarn beträgt
	Millionen Kronen	
Textilwaaren	44	333
Papier und Baumwolle	2·1	17·8
Lederwaaren	14·4	54·1
Kleider, Putzwaaren	11·2	68·9
Instrumente, Uhren, Kurzwaaren	1·4	40·5
Zucker	2·8	18·6
Maschinen	9·2	35·5
Glas	1·2	7·6
Thonwaaren	0·5	8·1

Dagegen sind weniger gefährdet: Eisen und Eisenwaaren mit 32·4 Millionen Kronen Einfuhr nach Oesterreich und 46·1 Millionen Kronen Ausfuhr nach Ungarn, und Holz, Kohle und Torf mit 34·7 Millionen Kronen Einfuhr nach Oesterreich und 29·6 Millionen Kronen Ausfuhr nach Ungarn.

Das sieht nun im ersten Moment ungünstig aus. Aber ob mit oder ohne Ausgleich, werden wir eben auf einen Theil dieser Ausfuhr verzichten müssen, weil gerade in diesen Industrien die Ungarn große Fortschritte gemacht haben, wie zum Beispiel nach dem Bericht der Prager Handelskammer der Glasexport nach Ungarn jährlich um 20 Percent abnimmt. Haben sie uns doch schon auf manchen Gebieten in unserem eigenen Lande verdrängt. Es ist zum Beispiel eine Thatsache, daß die Wiener Elektricitätswerke mit ungarischen Maschinen arbeiten. Ungarisches Oberleder aus Lipto-Szent-Miklos geht nach Prag, die chemische Industrie macht uns insbesondere auf dem Gebiete der Schwefelsäure- und Kunstdüngerfabrication gefährliche Concurrenz. Aber gar so einfach ist die Schaffung einer Industrie doch auch nicht. So leicht kann ein Barbarenstaat zum Beispiel keine Textilindustrie aus dem Boden stampfen, dazu gehört nicht nur Capital — das die Ungarn übrigens nicht haben — sondern auch geschulte Arbeiter! Der turanische Standpunkt der Arbeiterschutzlosigkeit kann auch in Ungarn nicht fortbestehen! Es wird der Augenblick kommen, wo auch die ungarische Arbeiterschaft energisch aufstehen wird und Arbeiterschutzgesetze verlangen wird. (Beifall.) In dem Augenblick wird die Concurrenzfähigkeit der ungarischen Industrie sehr zweifelhaft sein. Je mehr fremde Arbeiter die neuen Industrien brauchen, desto mehr „unruhige Elemente“ sammeln sich an, nach Heine's Wort: „Ausländer, Fremdlinge zumeist sind's, die bei uns gesäet den Geist der Rebellion“ 2c.

Die österreichische Industrie würde also noch auf lange Zeit trotz der Trennung ihre Producte in Ungarn verkaufen können, und in der Zwischenzeit, entsprechend ihrer leichteren Beweglichkeit, neue Absatzmärkte suchen können. Die österreichische Industrie wird eben aus ihrem Schlaf aufwachen müssen. Wir haben also lange nicht soviel zu fürchten von der Trennung wie die Ungarn. Die

ungarischen Werthe sind überdies alle autochthon, an Ort und Stelle erzeugt. Von Industrieproducten, die wir ausführen, sind dagegen 25 Percent nicht in Oesterreich erzeugt.

Wie steht es nun aber mit dem Absatz der Ungarn? Die Ungarn haben agrarische Producte zu verkaufen, sind also viel weniger beweglich als ein Industrieland. Darum sind wir vor Allem nicht so abhängig von ihnen, wie sie von unseren Industrieartikeln. Wir können unser Getreide sehr leicht aus Argentinien und Rußland beziehen! Wo aber werden die Ungarn ihre agrarischen Producte los werden? Der Weltmarkt ist versorgt und schon deshalb wäre das unmöglich, weil der Weltmarktpreis des Getreides ein viel billigerer ist als der ungarische.

Der Durchschnittspreis des Metercentners betrug in Kronen

	in Wien	in London
1898	24·75	19·32
1899	18·28	14·80
1900	17·36	15·24

Und betrachten Sie die Landkarte: Wie mit einer eisernen Klammer könnten wir Ungarn von ganz Mitteleuropa abschließen. Und durch eine rücksichtslose Eisenbahnpolitik, durch die Verstaatlichung der Staatseisenbahngesellschaft, durch die wir Marchegg und Bruck, die wichtigsten Einbruchsstellen Ungarns, in die Hand bekämen, könnten wir ihnen den Rest geben! Die Ungarn müßten buchstäblich in ihrem eigenen Fett, auch in ihrem Schweinefett, das sie ausführen, ersticken. (Heiterkeit.) Es wäre das eine der furchtbarsten Katastrophen für sie. Wir als älteres Industrieland haben nicht nur in Ungarn unseren Absatz, und können überdies, wie gesagt, andere Märkte suchen. Die Ungarn aber setzen beinahe Alles in Oesterreich ab! 72 Percent der Gesammtausfuhr der Ungarn gehen nach Oesterreich, während von uns nur 39 Percent nach Ungarn gehen.

Die Bankfrage wird von Vielen als der springende Punkt des Ausgleichs angesehen. In England, sagen sie, wären Badeni und Bilinski wegen ihrer schmählichen Felonie in diesem Punkt in früheren Jahrhunderten gehängt worden. Wir hätten auch hier die Trennung nicht zu fürchten. Unsere Bank hat einen so großen Goldbestand, daß unsere Geldverhältnisse nichts von ihrer Constanz verlören. Die Ungarn aber haben nicht soviel Gold, sie müssen unbedeckte Noten ausgeben, ihre Valuta käme ins Wanken, ihr Credit müßte sinken. Der Zinsfuß bei den Ungarn würde bedeutend steigen, bei uns sinken. Wittelshöfer, ein Kenner dieser Dinge, hat einmal für diesen Fall eine kurze Hausse und eine dauernde Baisse in Ungarn vorausgesagt.

Welche Stellung nimmt nun Parlament und Regierung ein? Wir haben bisher Minister gehabt, die von all den Dingen nichts verstanden haben. Thun, Badeni haben mit ihrer Unwissenheit einen großen Theil ihrer Verbrechen entschuldigen können. Von Herrn v. Körber kann man glauben, was man will. Man mag ihn für modern oder nicht, für einen Politiker oder das Gegentheil halten, Eines ist gewiß: den Ausgleich kennt er bis in seine letzten Fasern. Er versteht ihn bis in die kleinsten Detailfragen. Er wird sich nicht ausreden können wie seine Vorgänger. Mit dem System, das nun 35 Jahre besteht, muß gebrochen werden. Wenn er in dem Moment der Entscheidung sich auf einen Schacher einläßt, so bedeutet das einen eben solchen Verrath, wie der, den Badeni als Unwissender verübt hat. Es ist möglich, daß Herr Körber durch eine Veterinärconvention und durch eine unter furchtbaren Drohungen ihm „abgerungene“ kleine Erhöhung der Weinzollclausel die Agrarier und durch einige Zölle oder durch sprachliche Concessionen die Czechen kaufen wird, die Deutschen wird er ohnehin in der Tasche haben, die sind immer zu haben. Eine Majorität kann Herr Körber kriegen! Nicht um politische Quengeleien, nicht um Majoritätsschacher handelt es sich hier. Herr v. Körber muß da mehr als ein feiner Entwirrer sein! Jetzt wird er auch Muth nach oben zeigen müssen, wenn er Oesterreich retten will.

Da wird seit Monaten ein irreführender Zeitungskrieg geführt. Die „Neue Freie Presse“ redet immer nur von den Rohstoffzöllen. Das ist ein so perfides Spiel, wie wenn bei einem Gang durch die Judengasse Jemand viel zu hohe Preise angeboten erhält, damit er den scheinbar billigsten, aber noch immer zu

theuren Preis zahlt. Die Rohstoffzölle werden nur hervorgehoben, damit die Ungarn dann einen Scheingrund zum Jammern und wir einen Scheingrund zum Jubeln haben. Das Gleiche gilt von der Loyalitätsclausel, durch die man uns fortwährend zu hypnotisiren sucht. Wenn zwei Leute einen Vertrag schließen, so ist die Voraussetzung, daß sie ihn halten wollen. Aber es ist doch Blödsinn, in einen Vertrag die Bestimmung aufnehmen zu wollen: Du Anderer mußt ein anständiger Mensch sein! Wenn das erst nothwendig ist, dann ist es auch überflüssig und zwecklos.

Aber stehen denn heute die Ungarn überhaupt noch auf dem Standpunkt der Trennung, des aut aut?

Im Jahre 1870 ist ein Oesterreicher, der in einer Versammlung für die Personalunion eintrat, wegen Hochverraths angeklagt worden. Heuer hat der österreichische Ministerpräsident die Trennung angedroht, die ja auch zur Personalunion führen würde, und die Welt ist nicht eingestürzt, Herr v. Körber sprach das eine aut aus, aber vergebens warten wir auf das antwortende aut von jenseits der Leitha! Nichts ist geschehen, als daß Herr v. Szell auf Körber bös wurde. Na, das können wir schließlich vertragen. Aber was sagen die anderen maßgebenden Factoren in Ungarn? Schon vor drei, vier Jahren hat sich die Budapester Handelskammer — nicht erst heuer, wie die „Neue Freie Presse" meinte — gegen eine Zolltrennung ausgesprochen. Vom verstorbenen Minister Horanszky erzählte man, er habe ein Testament zu Gunsten der Zolltrennung hinterlassen, es war nicht wahr, er war entschieden für das Vertagsverhältniß. Apponyi, der ehemalige Führer der Unabhängigkeitspartei, deren Stellung zum Ausgleich schon in ihrem Namen angegeben ist, also angeblich auch ein Gegner des Bündnisses, hat jüngst in Jaszberenyi erklärt, daß gegenwärtig das Vertragsverhältniß eine wirthschaftliche Nothwendigkeit ist! Wer sich in Ungarn von der verantwortungslosen Phrase freigemacht hat, der ist für ein Vertragsverhältniß, und daß das ungarische Parlament einen Kampf mit Oesterreich ablehnen wird, dafür bürgt seine Zusammensetzung: es besteht zu drei Viertel aus Agrariern, für die der Zollkampf den totalen Ruin bedeuten würde. Heute sind wir es, die sagen: Entweder ... Die Ungarn sagen aber nicht: Oder. Wir wollen von den Ungarn nichts erpressen, aber unsere wirthschaftliche und politische Entwicklung wollen wir frei haben! Wenn Herr v. Körber ein Staatsmann in großem Stil sein wollte, dann würde er nicht in kleinlichem Schacher sich ergehen, sondern er würde erklären: Oesterreich muß zugrunde gehen, wenn dieses System so weiter geht. Freiheit der Entwicklung oder Trennung. Niemals war der Augenblick dazu so günstig als jetzt.

Wenn die großen wirthschaftlichen Einheiten unsere Lebenshaltung herabdrücken, uns abhängig machen, so sind wir gegen sie. Um jeden Preis schwärmen wir nicht für die Einheit. Wir haben es satt, die tugendhaften Don Quixotes der Gesammstaatsidee zu sein. Die Trennung aber wäre ja nur ein heilsames Mittel, um zu gesunden, zu natürlichen Zuständen zu gelangen. Die Völker Oesterreichs haben andere Interessen als die Dynastie. Wenn uns fortwährend pathetisch vom Gesammtstaat geredet wird, so sagen wir: Wir haben andere Vorstellungen vom Gesammtstaat als Ihr; wenn Euere Gesammtstaatsidee lautet: Infanterie, Cavallerie, Artillerie und Gendarmerie, so heißt unser Großmachtsideal: Achtstundentag, politische Rechte, hohe Löhne und freie Schule. Dieselben Ideen, die all unser übriges Handeln bestimmen, leiten uns auch in dieser Frage. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. **Adler**: Es ist selbstverständlich, daß wir in dieser Frage, wie das der Referent ausgeführt hat, in erster Linie die Interessen der Arbeiterclasse in Oesterreich vertreten, aber nicht die Interessen dieser allein, sondern auch die aller übrigen breiten Volksschichten. Es scheint mir aber nothwendig, in dieser Frage, die eine internationale Arbeiterfrage ist, klarzustellen, wie unser Verhältniß zu den ungarischen Arbeitern ist. Es ist das deshalb nothwendig, weil sonst zwischen den ungarischen Genossen und uns Mißverständnisse entstehen könnten, ja vielfach schon entstanden sind. Es ist klar, daß ebenso, wie wir mit der größten Entschiedenheit die Interessen der Arbeiter Oesterreichs

wahren, unsere ungarischen Genossen die Interessen der ungarischen Arbeiter wahren müssen. Es muß deutlich ausgesprochen werden: Nichts, was wir hier beschließen, soll so ausgelegt werden, als würden wir die Entwicklung Ungarns zum Industriestaat irgendwie hemmen oder beeinträchtigen wollen. Ich bin damit nicht im Widerspruch mit dem Referenten, aber ich dachte, daß es ganz besonders hervorgehoben werden muß, daß wir da mit unseren ungarischen Parteigenossen vollständig solidarisch sind.

Wir haben an der Entwicklung Ungarns zum Industriestaate auch ein großes politisches Interesse. Die Zustände in Oesterreich, die Rückständigkeit in der socialpolitischen Gesetzgebung und in der Lage des Arbeiters ist vielfach auch dadurch bedingt, daß unser nächster Nachbar ein Staat ist, wo der Arbeiter absolut rechtlos ist, wo noch so barbarische Zustände herrschen, wie bei uns vor 20 oder 30 Jahren. Das kann nur überwunden werden, und es kann in Ungarn nur eine lebensfähige Socialdemokratie entstehen, in dem Maße als sich ein regelrechtes Industrieproletariat ausbildet. Ich möchte von hier aus den Genossen in Ungarn die Versicherung geben, daß wir nicht wünschen, sie auf dem Wege des Aufschwunges aufzuhalten. Aber es muß uns unbenommen bleiben, daß wir uns auf das Aeußerste dagegen wehren, zu Gunsten des Auslandes ausgebeutet zu werden. Wir wollen die Einigung, so wie sie uns Dr. Ellenbogen dargelegt hat, wir glauben aber, daß eine ehrliche Einigung erst möglich sein wird, wenn sich eine ehrliche Trennung vollzogen haben wird.

Unsere Abgeordneten werden im Parlament eine schwere Aufgabe vor sich haben. Sie werden unstreitig einer fertigen Sache gegenüberstehen. Wenn der Ausgleich einmal von den Ministern abgeschlossen ist, wird man im Reichsrathe sagen: Nun hast du ihn zu schlucken mit Haut und Haar. Friß oder stirb! Nun ist ja das Fressen sehr unangenehm, aber das Sterben ist für Viele noch unangenehmer. (Heiterkeit.) Unsere Genossen werden da zu zeigen haben, daß sie um keinen Preis fressen wollen. (Heiterkeit.) Das wird umso schwerer sein, als die Opposition der Anderen gegen den Ausgleich die verlogenste ist, die man sich vorstellen kann. Man kann es schon heute prophezeien: Es werden jene Parteien, die am meisten über die Magyaren geschimpft haben, vor Allen die Christlich-Socialen und sämmtliche agrarische Parteien, ein ungeheueres Geheul anfangen, aber mit dem festen Entschlusse, unbedingt nachzugeben. Die Gründe sind dann bald beschafft. Wenn es früher geheißen hat, daß man die Judäomagyaren aus dem Sattel heben will, wird sich auf einmal doch vielleicht eine Beziehung zum Terminhandel ergeben, die es ermöglicht, für den Ausgleich zu sein. Es wird sich irgendein Mantel finden, mit dem umhüllt man den Verrath begehen kann. Da wird es für unsere Abgeordneten eine schwierige Aufgabe sein, unsere Meinungen in dieser Frage ganz klar und für die ganze Bevölkerung unmißverständlich darzustellen. Wir dürfen hoffen, daß unsere Abgeordneten der Aufgabe gewachsen sein werden, aber es wird nothwendig sein, daß sich auch weitere Kreise der Partei und der Parteipresse mit den Einzelheiten der Frage beschäftigen. Wir werden in der nächsten Zeit eine sehr ausgiebige Agitation entfalten müssen. Nicht als ob ich meinte, daß wir dadurch die Annahme des Ausgleiches abwenden könnten, aber ich meine doch, daß es von großem Vortheil sein wird, daß, wenn Oesterreich wieder ausgeliefert wird, die Arbeiter und auch die übrige Bevölkerung wisse, was geschehen ist und wer die Einzigen waren, die bis zum letzten Moment und mit aller Kraft sich dagegen zur Wehre gesetzt haben. (Beifall.)

Brod (Wien): Die Resolution gipfelt darin, daß wir sagen: Wir lassen uns scheiden, um uns dann umsomehr lieben zu können. Das ist aber für gewöhnlich doch nicht so, und ich glaube auch, daß das hier ein frommer Wunsch bleiben wird. Trotzdem bin ich für die Resolution. Wir haben gegen unsere ungarischen Genossen ja nichts, aber es wäre Selbstmord und würde auch eine Verletzung unserer Principien sein, wenn wir uns aus lauter Liebe zu den Ungarn das Fell über die Ohren ziehen ließen. Ich nehme die Zahlen, die Dr. Ellenbogen angeführt hat, nicht gar so tragisch, aber ich lege das Hauptgewicht darauf, daß in Ungarn thatsächlich die Arbeiter rechtlos sind und daß die Industrie dort auf

Kosten der Arbeiter einerseits und auf Kosten Oesterreichs andererseits gefördert wird. Dagegen können wir auftreten und deshalb bin ich für die Resolution.

Die Debatte wird geschlossen. Bei der Abstimmung wird die von der Parteivertretung vorgeschlagene Resolution **37** einstimmig angenommen.

Sodann wird zur Wahl der Parteivertretung geschritten.

Zu Scrutatoren werden gewählt: Frömmel (Teplitz), Aster (Karbitz), Patzner (Teplitz).

Im Namen der Wahlcommission erstattet

Schloßnickl (Sternberg) folgenden Vorschlag: In den engeren Parteiausschuß: Dr. Victor Adler, Anna Boschek, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Julius Popp, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik. In die Controle: Heinrich Beer und Laurenz Widholz (Wien), Josef Seliger (Teplitz), Anton Schäfer (Reichenberg), Julius Spielmann (Linz), Jacob Prähauser (Salzburg), Dr. Ludwig Czech (Brünn), Hans Resel (Graz).

Dr. Stark (Karlsbad): Im Namen meines Wahlkreises möchte ich einen partiellen Gegenvorschlag machen. Das soll nicht deshalb geschehen, weil wir etwa gegen einen der vorgeschlagenen Genossen etwas einzuwenden hätten. Nicht persönliche, sondern ausschließlich sachliche Gründe sind für uns maßgebend. Dadurch, daß die Mitglieder der Parteivertretung in Wien wohnen müssen, ist das Wiener Milieu auf die Parteivertretung von so großem Einfluß. Die Parteivertretung ist dadurch der Gefahr ausgesetzt, zu einer Interessenvertretung von Wien und Niederösterreich zu werden, sich vorwiegend von den Interessen dieser leiten zu lassen, zu Ungunsten der übrigen Provinzen. Wir wollten ursprünglich den Antrag stellen, daß auch die Controle an den Berathungen theilnehme, aber wir haben den Antrag aus finanziellen Gründen fallen lassen. Aber eine Aenderung ist doch nöthig. Uns ist in Wien ein Genosse bekannt, der die nordböhmischen Verhältnisse genau kennt, Dr. Verkauf. Es ist nothwendig, daß Jemand in der Parteileitung ist, der begreift, daß es außer dem Kampf gegen die Christlich-Socialen noch andere wichtige Dinge in Oesterreich gibt.

Vorsitzender **Popp**: Als Dr. Verkauf den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises, der gestern abgelehnt wurde, las, wußte er sofort, wo der Antrag hinziele. Er nahm mit unserem Parteisecretär Rücksprache und erklärte, daß er eine Wahl entschieden ablehnen würde.

Dr. Adler (Wien): Wenn auch gegen den Wunsch, einen bestimmten Genossen in der Parteivertretung zu haben, nichts einzuwenden ist, so ist umsomehr gegen die Begründung dieses Wunsches durch Dr. Stark einzuwenden. Es geht nicht, daß man, um angeblich eine Interessenvertretung im Parteivorstand auszuschließen, sie erst recht einführt. Denn um nichts Anderes handelt es sich Ihnen hier. Auf das Sachliche einzugehen, fehlt mir die Lust. Nur Eines möchte ich geltend machen. Wenn ich auch zugeben will, daß Dr. Verkauf die Verhältnisse in Deutschböhmen sehr genau kennt, so muß ich doch sowohl persönlich als auch im Namen einer ganzen Anzahl Mitglieder der Parteivertretung dagegen protestiren, daß man so thut, als ob wir diese Verhältnisse nicht kennten, und ich glaube ohne Unbescheidenheit sagen zu können, daß wir diese Verhältnisse sogar schon zu einer Zeit kannten, wo sie noch nicht ganz so entwickelt waren wie heute. Ich bin überzeugt, daß die deutsch-böhmischen Genossen ihre Angelegenheiten in den Händen der Genossen, die sich bis heute damit befaßt haben, für nicht schlechter verwaltet ansehen, als das dann wäre, wenn Dr. Verkauf auch darin wäre.

Was hier gegen uns gesagt wurde, ist in Bezug auf eine unserer wichtigsten Functionen ein Mißtrauensvotum. Ich will gar nicht von dem excessiven Angriff sprechen, daß die Parteivertretung nur die Vertretung einer Provinz sei — das war wohl nur eine Redeblume, denn wenn man solche Behauptungen im Ernst ausspricht, so hätte man sie wohl begründen müssen. Nicht immer, wenn man anderer Ansicht ist als die Parteivertretung, hat man schon recht (Heiterkeit), und es mag ja sein, daß Wien ein ungeeigneter Punkt ist, um Oesterreich zu übersehen, aber der Beweis wäre erst herzustellen, daß Karlsbad mehr Objectivität garantirt.

(Heiterkeit.) Wir sind in einer unangenehmen Position. Wir sollen uns vertheidigen, und es wurde nur ein Angriff unternommen, aber ohne Belege. Die Hauptsache ist aber, daß es nicht eingeführt werden darf, daß man in die Parteivertretung Leute wählen will, die für einen bestimmten Wahlbezirk wichtig sind. Womit ich nichts dagegen gesagt haben will, daß Dr. Verkauf einstimmig gewählt werde. Nicht gegen die Person Dr. Verkauf's spreche ich, sondern gegen die Art der Begründung durch Dr. Stark, die wir uns auf das Allerentschiedenste verbeten haben möchten.

Es wird die Debatte geschlossen und die Wahl vorgenommen.

Es erscheinen als gewählt:

In die Parteivertretung: Dr. Victor Adler (124 Stimmen), Anna Boschek (126), Dr. Wilhelm Ellenbogen (125), Engelbert Pernerstorfer (114), Julius Popp (126), Franz Schuhmeier (122), Ferdinand Skaret (125) und Josef Tomschik (120). Die übrigen Stimmen waren zersplittert. Von ihnen entfielen 8 auf Dr. Verkauf, 7 auf Hueber und 3 auf Grosse. Andere hatten noch 2 oder 1 Stimme.

In die Parteicontrole: Heinrich Beer (Wien, 124 Stimmen), Dr. Josef Czech (Brünn, 126), Jacob Prähauser (Salzburg, 126), Hans Resel (Graz, 126), Adolf Schäffer (Reichenberg, 125), Josef Seliger (Teplitz 125), Julius Spielmann (Linz, 126) und Laurenz Widholz (Wien, 121 Stimmen). Die übrigen Stimmen waren zersplittert.

* * *

Beutel (Aussig) erstattet im Namen der Mandatsprüfungscommission Bericht. Es wurden alle Mandate für richtig befunden. Anwesend sind 119 Delegirte für 58 Bezirks-, 41 Local-, 15 Wahlkreis- und 3 Landesorganisationen und 2 Frauenorganisationen, ferner 4 Industrieverbände, 6 politische und 2 Fachblätter, dann das Frauen-Reichscomité, die Gewerkschaftscommission und die Controlcommission.

Schluß der Vormittagssitzung um halb 1 Uhr.

Nachmittagssitzung:

Vorsitzender **Popp** eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. Zu Punkt 6a der Tagesordnung: **Parlamentarische Thätigkeit**, erhält das Wort als

Berichterstatter **Pernerstorfer** (Wien): Mein Referat wird nicht so sehr ein Bericht über jene Thätigkeit sein, über die Sie sich in der „Arbeiter-Zeitung" ausführlich orientiren konnten, ich werde vielmehr das Hauptgewicht auf jene Fragen legen, die in der Presse und in der Partei eine Controverse hervorgerufen haben.

Es wird Ihnen Allen lebhaft in Erinnerung sein die Session von 1901 bis zum Sommer, die ausgefüllt war durch die sogenannten wirthschaftlichen Reformen, Eisenbahnen und Wasserstraßen. Es ist dem Verbande damals schon der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht gleich vom Anfang an energisch seine oppositionelle Stellung betont habe. Nun wurde schon auf dem Gesammtparteitag nachgewiesen, wie unberechtigt dieser Vorwurf ist. Wir haben immer dort, wo es sich um wichtige parlamentarische Rechte gehandelt hat, gleich durch scharfes Eingreifen verhindert, daß etwa eine Praxis eintrete, die irgendwelche parlamentarische Rechte beschneidet. Ich erinnere Sie nur daran, daß es die Socialdemokraten waren, die den Ausschlag gaben, daß im Frühjahr 1901 das Interpellationsrecht, das schon in früheren Sessionen arg beschnitten worden war, wider dem Wortlaut der Geschäftsordnung gemäß behandelt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit erlauben Sie mir gleich auf die strittige Frage einzugehen, die damals schon erörtert wurde. Man hat gegen den Verband den Vorwurf erhoben, daß er womöglich gleich vom Anfang an durch Obstruction das Parlament hätte ruiniren sollen. Der Grundgedanke, von dem man ausging, war der, daß, wenn es gelänge, das Parlament abermals zu sprengen, vielleicht von obenher das käme, was wir anstreben: das allgemeine, gleiche,

directe Wahlrecht. Nun war die politische Lage aber so, daß eine Aussicht auf diesem Wege, auch wenn er gangbar gewesen wäre, wirklich zum allgemeinen Wahlrecht zu kommen, versperrt war, und daß man die Verantwortung, daß uns vielleicht für längere Zeit hinaus eine Tribüne genommen worden wäre, die für uns von ungeheuerster Wichtigkeit ist, auf sich geladen hätte. Wenn die socialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Parlament vielleicht als Abgeordnete zweiter Güte behandelt worden wären, wenn die Gleichberechtigung unseres Verbandes mit allen anderen Verbänden nicht gleich vom Anfang an anerkannt worden wäre, dann wäre die Sache für uns anders gestanden. Nun hat sich gezeigt, daß alle maßgebenden Factoren weit entfernt davon waren, der socialdemokratischen Fraction, so klein sie auch war, irgendeines der Rechte zu nehmen, die dem parlamentarischen Verband überhaupt zustehen. Man ist sogar so weit gegangen, unserem Verbande, der einer der kleinsten des Hauses ist, eine Stelle im Bureau des Hauses anzutragen. Wir haben sie abgelehnt, wohl aber haben wir in Bezug auf die Besetzung der Ausschüsse alle uns angebotenen Rechte in Anspruch genommen. Es war von allem Anfang an nicht sofort sicher, ob bei unserer geringen Zahl uns sofort in allen Ausschüssen Sitze eingeräumt worden wären. Aber es hat sich gleich in den ersten Tagen gezeigt, daß man gar nicht daran dachte, uns auszuschließen, so daß wir jetzt thatsächlich in allen Ausschüssen Sitz und Stimme haben.

Es sind damals sogenannte Obmännerconferenzen eingeführt worden, um die parlamentarische Geschäftsführung einverständlich mit Beiziehung aller Parteien zu ordnen. Es ist das keine neue Form parlamentarischer Berathung. Der deutsche Reichstag hat den sogenannten Seniorenconvent, der die Geschäftsfolge des Hauses festsetzt. Wir wurden zu dieser Obmännerconferenz auch eingeladen, und es hat damals auch Genossen gegeben, die meinten, wir sollten diese Conferenz nicht beschicken, ein Standpunkt, den man vielleicht dann goutiren könnte, wenn man überhaupt gegen den Parlamentarismus eine Kampfstellung einnehmen würde. Aber seit der Reorganisation der österreichischen Partei Ende der Achtzigerjahre sind wir nicht auf dem Standpunkt der Nichtintervention gestanden, wir sind im Gegentheil der Meinung, daß wir überall eindringen müssen, und es ist selbstverständlich, daß wir mit Corporationen, in die wir eindringen, als mit bestehenden Realitäten rechnen müssen und uns dort gewissermaßen häuslich einrichten. Aber dieselben Gründe, die dagegen sprechen, daß wir auf die Zerstörung des Parlamentes hinarbeiten, sprachen dafür, daß wir uns auch an der Obmännerconferenz betheiligen.

In späterer Zeit wurde wiederholt von Parteigenossen an den Verband die Aufforderung gerichtet, in Obstruction zu treten, und erst in letzter Zeit haben viele Genossen gemeint, der Verband solle durch Obstruction die Fahrkartensteuer verhindern. Da muß man nun auf Folgendes aufmerksam machen: Je länger wir uns von der Obstructionszeit entfernen, umsomehr wird sich die Neigung, bei jeder Gelegenheit das Wort „Obstruction“ zu gebrauchen, verlieren. Ich will gleich sagen: man ist im Irrthum, wenn man glaubt, daß die Obstruction, die wir erlebt haben, schon alle Mittel der parlamentarischen Obstruction erschöpft hätte. Unsere Geschäftsordnung ist so gemacht, daß sie noch immer eine Fundgrube von neuen Obstructionsmitteln ist, und es ist nur eine Frage der physischen und der Zeitanstrengung, die man anwenden will. Aber wenn die Obstruction noch so leicht ist, so muß den Genossen doch klar sein, daß es nicht angeht, bei jeder unangenehmen Vorlage im Abgeordnetenhaus mit der Obstruction zu drohen. Das Wesen des Parlamentarismus besteht nun einmal darin, daß die Majorität im Recht ist und wir dürfen nicht bei jeder Gelegenheit Obstruction treiben wollen. Wir wissen genau, daß die Grenzen für uns sehr eng gesteckt sind, ja, daß wir wirklich nur im äußersten Nothfall, besonders dort, wo parlamentarische Rechte beeinträchtigt werden, zur Obstruction schreiten dürfen. Diese Einsicht macht sich allmälig auch unter den Parteigenossen immer mehr und mehr geltend. Im Herbst wird uns der Minister den Ausgleich vorlegen, und das österreichische Parlament wird den Ausgleich fressen. Die socialdemokratischen Abgeordneten, die principiell den Aus-

gleich bekämpfen werden, werden auch da wohl nicht in der Lage sein, den Vogel zum Sterben zu bringen. (Rufe: Wie können Sie das jetzt schon sagen?) Ich halte es für thöricht, mit etwas zu drohen, was man nicht durchführen kann. Ich habe vorhin gesagt, wie leicht man mit der Geschäftsordnung unseres Parlaments Obstruction machen kann. Das gilt theoretisch, aber darum noch immer nicht praktisch. Die bürgerlichen Parteien werden ihren Massen schon einzureden wissen, daß der Ausgleich ein Erfolg ist. Wir würden also auch nicht in der glücklichen Lage sein, die großen Massen hinter uns zu haben. Eine Obstruction ist aber praktisch nur dann möglich, wenn die große ausschlaggebende Masse hinter den Obstructionisten steht. (Beifall.)

Als im Herbst das Parlament zusammentrat, schien es durch zwei Monate, als ob in der That wieder eine parlamentarische Krise eintreten werde, daß es sich wieder um Leben und Sterben des Parlaments handle. Es schien, als ob Diejenigen recht behalten sollten, die gesagt hatten, das Parlament werde nicht lange leben. Die Verhandlungen des Ministeriums mit den verschiedenen Parteien schleppten sich lange hin, und als nach Neujahr der Budgetausschuß wieder zu arbeiten begann, war keine Sicherheit vorhanden, ob das Parlament nach so langer budgetloser Zeit wieder das Budget verhandeln werde. Im Herbste vorigen Jahres hat Dr. Körber dem Parlament zugeredet, zuerst milde, dann stärker, und endlich sogar gedroht, doch ein Parlament zu sein, um von seinem Rechte Gebrauch zu machen, so daß der Fernestehende glauben mußte, als ob Herrn v. Körber nichts mehr am Herzen läge als ein starkes Parlament, obwohl doch jeder Sachkundige sah, daß er das Parlament nur zum gefügigen Werkzeug seiner Bestrebungen machen wollte. Denn charakteristisch ist der Umstand, daß überall dort, wo das Haus etwas einstimmig beschloß, was Herrn Körber nicht angenehm war, dieser nichts that, um den Beschluß durchzuführen, ja, daß er seine Versprechungen durch Monate nicht gehalten hat, wie er es zum Beispiel mit dem Preßgesetz gethan hat.

Der Verband hat durch seine Redner sowohl bei der Katastrophe im Jupiter-Schacht wie bei der Affaire von Triest den Standpunkt der Partei klar und energisch vertreten; Daszynski hat in zwei bedeutsamen Reden im Interesse des Proletariats und des demokratischen Gedankens gegen den Militarismus gesprochen. Sie erinnern sich seiner Rede über die Affaire Mattachich und gegen die Institution der Delegationen, die er als Erster im Parlament in ihrer ganzen Nichtigkeit beleuchtet hat. Es ist Ihnen bekannt, daß wir im Parlament wiederholt die Schande aufgedeckt haben, die mit dem Namen Axmann verknüpft ist, und daß es uns endlich gelungen ist, was Mancher in Oesterreich für unmöglich gehalten hat, Axmann wirklich zum Weichen zu bringen.

Am 20. Februar endlich begann die Budgetdebatte, ein seit Jahren ungewohntes Schauspiel. Bei dieser Gelegenheit sind uns nun bedeutsame Vorwürfe gemacht worden, daß wir der sogenannten Contingentirung der Redner zugestimmt haben. Ich weiß nicht, ob Sie eine Ahnung haben, wie schwer man im Parlament zu Worte kommt. Wenn ein wichtigerer Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird, so sagt der Präsident: Die Einzeichnung in die Rednerliste ist morgen, eine halbe Stunde vor der Haussitzung in meinem Bureau. Am nächsten Tage um halb 10 Uhr kommen nun in das Präsidentenbureau 100 bis 200 Mitglieder, die alle auf einmal eingezeichnet werden sollen. Da hat sich nun seit Jahren die Uebung ausgebildet, daß die Reihenfolge der Redner ausgelost wird. Es findet also eine Lotterie statt. Da kann es nun der Zufall bringen, daß eine Partei die ersten Plätze besetzt, aber auch, daß sie nur die letzten Plätze erhält, also gar keine Aussicht mehr hat, zu Wort zu kommen. Als nun die Budgetdebatte beginnen sollte, hat der Präsident in Erwartung des großen Andranges die Abgeordneten nicht in sein Bureau, sondern in den Budgetsaal des Hauses kommen lassen. Es war wie eine Völkerwanderung, als die Auslosung begann. Zum zweiten Punkt meldeten sich Hunderte von Rednern, und für das ganze Budget hatten sich ein paar Dutzend Redner gemeldet. Nun hat man die Obmännerconferenz einberufen und hat über einen anderen Modus berathen. Die verschiedensten und thörichtesten Anträge wurden gestellt; endlich kam man

darauf, jeder Partei nach ihrer Größe eine gewisse Anzahl von Rednern zu gewähren, die Redner, wie Einer scherzhaft bemerkte, zu „contingentiren“. Eine ähnliche Uebung ist im deutschen Reichstage, wo auch „nach Parteien“ gesprochen wird. Dort zeichnen sich die Redner ein, und der Präsident vergibt die Reden nach Gutdünken, und zwar so, daß jede Partei zum Worte kommt. Daß wir auf die Contingentirung eingegangen sind, über die die „Arbeiter-Zeitung“ sich weidlich lustig gemacht hat, hat man uns zum Vorwurf gemacht. In der That, unser Einspruch hätte die Contingentirung verhindern können, die nur dann zu Stande kommen konnte, wenn Alle einverstanden waren. Wir haben nun kühl nachgerechnet und haben uns gesagt: Wenn wir auf diesen Modus eingehen, so haben wir die Sicherheit, bei jedem größeren Capitel einen sicheren Redner zu haben; wenn nicht, so riskiren wir, bei wichtigen Angelegenheiten, bei denen wir sprechen mußten, überhaupt nicht zum Worte zu kommen. Deshalb haben wir zugestimmt. Allerdings hat dieses System nicht den erwarteten Erfolg gehabt, daß dadurch die Budgetdebatte abgekürzt werden würde, wie ich es übrigens von allem Anfange an vorhergesagt habe.

Ich habe das deshalb so ausführlich auseinandergesetzt, weil der Vorwurf, der uns gemacht wurde, eine gewisse Berechtigung zu haben scheint. Uebrigens haben wir auch während der Budgetdebatte wiederholt durch Dringlichkeitsanträge über andere wichtige Dinge gesprochen, so am 28. Februar mit dem Dringlichkeitsantrag wegen der Preßreform, wo Rieger in einer großen Rede unsere Forderungen begründete, am 30. April mit dem Dringlichkeitsantrag wegen der Grubenkatastrophe in Brüx; am 15. Mai sprach Daszynski über die Delegationen, am 2. und 4. Juni über die Vorfälle in Lemberg. Außerdem ist es wesentlich unser Verdienst, daß das kindische Gesetz über den Ingenieurtitel mitten in den Berathungen von der Tagesordnung abgesetzt wurde und daß das Gesetz über die Verhältnisse bei den Regiebauten der Eisenbahnen durchging.

Sie werden auch den Kampf, den die „Arbeiter-Zeitung“ gegen das Parlament führt, genau kennen, und Sie können überzeugt sein, daß der Grundgedanke des Kampfes bei uns Abgeordneten gewiß volles Verständniß findet. Da wir nicht der Meinung sind, daß es in der nächsten Zeit möglich sein wird, dieses Parlament wegzufegen, so müssen wir innerhalb des Parlaments die Interessen der organisirten Arbeiterschaft zu vertreten suchen. Innerhalb des Parlaments können wir die Aufgabe, das Parlament zu spornen und zu peitschen, nur erfüllen, wenn hinter uns die organisirten Massen stehen. Wir glauben aber, daß einige Zeit vergehen wird, bevor wir wieder einen offensiven Vorstoß machen können, wie er in den Neunzigerjahren vollzogen wurde. So unvollkommen die Vertretung des Proletariats heute im Abgeordnetenhause ist, theoretisch ist der Arbeiterschaft das Thor des Parlaments aufgemacht worden, und jenes Argument, das in den Neunzigerjahren so oft mit Recht ausgesprochen wurde, daß das Abgeordnetenhaus für die Arbeitermassen nicht zugänglich sei, ist heute hinfällig. Wir haben in der Partei heute drei Hauptformen, in denen sich unser Leben abspielt und in denen wir unsere Macht zum Ausdruck bringen können: unsere politische und gewerkschaftliche Organisation, unsere Presse nud das Parlament. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir durchaus nicht immer und jederzeit in der Lage waren, Alles zu thun, was gethan werden mußte, oder Alles so zu thun, wie es am besten hätte gemacht werden können. Aber andererseits glaube ich, darf uns das Zeugniß nicht versagt werden, daß wir mit allen unseren Kräften und aller parteimäßigen Treue und Entschiedenheit im Abgeordnetenhause unsere Aufgabe erfüllt haben. (Beifall.) Unsere Stellung in dem Tohuwabohu der heute sich bekämpfenden und morgen sich in den Armen liegenden Parteien ist umso schwieriger, je mehr wir gezwungen sind, unserer Ueberzeugung gemäß und den Verhältnissen entsprechend ohne Concession und ohne uns irgendwie auf Mogeleien einzulassen, unsere Aufgaben zu erfüllen.

Seit einigen Tagen erhebt sich vor dem Parlament ein neues Standbild, vor dem Hause des Volkes steht Athene, die Göttin der Weisheit und Besonnenheit, die Göttin, die die höchste Intelligenz, Wissen und Können verkörpert.

Ein schönes Standbild, das seinem Schöpfer alle Ehre macht und das nur den großen Fehler hat, daß es — vor dem österreichischen Parlament steht (Heiterkeit und Beifall), in dem Weisheit, Besonnenheit und Intelligenz gerade nicht im Uebermaße gefunden werden. Allerdings, wenn es nach unserem Willen ginge, dann könnte das Parlament sich wirklich unter der Devise dieser Athene versammeln. Das ist eine jener vielen Ironien, an denen die Geschichte Oesterreichs ja überreich ist. Aber es mag kommen wie es wolle, es mag dieses Parlament noch einige Jahre hinsiechen, wir Socialdemokraten werden innerhalb und außerhalb des Hauses immer als eine geschlossene Partei wirklich unter der Devise der Athene, unter der Devise der Vernunft den politischen Kampf in unserem Vaterland weiterzuführen bereit sein. Das gedeihliche Zusammenwirken von Partei und Fraction ist das erste Erforderniß einer gedeihlichen Arbeit auch für uns im Parlament. Deswegen, Parteigenossen, sagen Sie Alles, was Ihnen an uns nicht recht ist. Wenn wir Ihre Vorwürfe begründet finden, werden wir uns zu bessern suchen. (Heiterkeit und Beifall.)

Das Wort erhält sodann zu Punkt 6a der Tagesordnung: **Parteitaktik,** der

Berichterstatter Dr. **Adler:** Pernerstorfer hat am Schlusse seiner Rede erzählt, wie da vor dem Parlament ein Standbild der Athene aufgerichtet wurde, ein schöne Göttergestalt, die ruhig dasteht, in der einen Hand den Speer, auf der anderen Hand die Göttin des Sieges tragend. Aber vor dem Parlament steht nicht nur diese Göttin so ruhig, sondern es geht dort sehr lebendig zu. Da sitzen eine Menge alter Herren herum, die Geschichte studiren, Reden halten, Rösser bändigen; oben auf dem First des Hauses fahren sie gar mit Wagen herum (Heiterkeit), kurz, es ist ein sehr lebhaftes Schauspiel dort, nur meine ich, wenn ein Fremder dort hinkommt, so wird er nicht ahnen, daß da hinter diesem Schauspiel ein Parlament stehen soll. So ist es einmal bei uns in Oesterreich. Wir dürfen uns nicht nur auf die Göttin der Weisheit einrichten, wir sind dazu verdammt, uns auch mit der Rösserzähmung zu beschäftigen. (Heiterkeit.) Das ist unser Unglück, daß wir so viel primitive Arbeit machen müssen. Das Schönste bei der Sache ist, das diese Göttin auf einem Brunnen steht, dem nur Eines fehlt: das Wasser, sonst ist Alles in Ordnung. Es ist ein treffendes Bild unseres Parlaments. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wer über die österreichische Parlamentsthätigkeit und die politische Thätigkeit in Oesterreich überhaupt sprechen will, der hat die Pflicht, die Schwierigkeit unserer Verhältnisse sehr genau in Betracht zu ziehen. Die Parteitage sind ja dazu bestimmt, daß die Genossen an ihren Vertrauensmännern Kritik üben. Ich bin gefaßt darauf, daß im Laufe der Debatte eine ganze Reihe von Vorwürfen kommen wird, was Alles hätte geschehen können innerhalb des Parlaments und außerhalb, und es wird gewiß die Empfindung — die ich auch habe, wie Jeder von Ihnen — einen lebhaften Ausdruck finden, daß wir zwei Jahre der Parteithätigkeit hinter uns haben, die viel weniger lebhaft waren als viele andere. Diese Lebhaftigkeit wird vielfach mit Recht vermißt. Es ist gar kein Zweifel, daß auf die Periode des Sturmes, die von 1892 etwa bis 1901 gedauert hat, auf die Periode der Erregung nun eine Periode der Ruhe gefolgt ist, und es ist selbstverständlich, daß einer Generation von Genossen, die im Sturme aufgewachsen ist, diese Ruhe sehr wenig behagt. Aber vergessen wir nicht, daß wir gestürmt haben, um einen Platz zu erobern, von dem wir Besitz nehmen wollten, um dort Arbeit zu leisten. Wir haben den Vorstoß gemacht, nicht um immer weiter vorzustoßen, immer weiter zu stürmen, auch wenn es nicht mehr nöthig ist, sondern — um ein anderes Bild zu gebrauchen — auf die Zeit der Aussaat mußte eine Zeit der Ernte kommen. Wenn ich von einer Zeit der Ernte spreche, spricht aus mir nicht etwa die Zufriedenheit und Behaglichkeit. Aber wir haben der Arbeiterschaft in jenen Kämpfen eine Stellung erobert, zu der wir nun Jahre brauchen, um ihren Inhalt vollständig auszuschöpfen.

Wir sind in das Parlament eingedrungen, man hat uns die Thür nicht aufgemacht, sondern wir haben sie aufgestoßen. Es ist uns aber nicht gelungen, die Thür weit aufzuthun, sondern wir sind durch einen schmalen Spalt hineingekommen, aber wir haben in unserer Fraction — in der des ersten wie in der

des zweiten Parlaments — gezeigt, was in gleicher Weise, in Oesterreich wenigstens, noch nicht da war. Da ich nicht Abgeordneter bin, bin ich in der glücklichen Lage, das constatiren zu können, was kein Abgeordneter vielleicht zu sagen die Offenheit haben wird. Es gibt keine Partei im österreichischen Parlament, die bei einer gleich beschränkten Anzahl auch nur den kleinsten Theil des Gewichtes, des Einflusses und Ansehens hat wie die socialdemokratische Fraction (Beifall), und es ist eine Sünde an uns selbst, eine Sünde an der Partei, wenn wir das nicht bei jeder Gelegenheit unumwunden anerkennen. (Lebhafter Beifall.) Das ist nun freilich nicht die Arbeit der zehn Männer allein, sondern die zehn Männer sind getragen von dem breiten Rücken der Arbeiterschaft, und sie verdanken ihre Bedeutung und ihren Einfluß der Thatsache, daß sie eine Million Arbeiter vertreten, wie auch, daß sie nach einem bestimmten, klar begründeten Programm ihre parlamentarische Thätigkeit verrichten. Aber nicht nur das müssen wir anerkennen, sondern auch, daß diese zehn Leute Arbeit leisten für hundert Leute. Wir haben sehr große Parteien im Parlament, die alle miteinander nicht das an parlamentarischer Arbeit leisten, was unsere kleine Fraction geleistet hat. (Beifall.) Das sind wir schuldig, hier auf dem Parteitage zu bekennen, schuldig, unseren Parteigenossen als Ermuthigung mitzugeben, daß sie sich nicht durch kleine Bedenken die Arbeit vergällen lassen. Jeder von uns hat ja trotzdem etwas auf dem Herzen gegen sie (**Brod**: Sehr viel!), der Brod natürlich sehr viel (Heiterkeit), aber glauben Sie nicht, daß unsere Abgeordneten selbst mit Allem zufrieden sind. Es ist nicht ihre Rolle, sich auf dem Parteitage selbst anzuklagen, aber sie wissen ganz genau, trotz der großen Arbeit, die sie geleistet haben, wieviel sie eben nicht leisten konnten; weil die Aufgabe, die sie zu leisten hätten, eben zu groß ist und die Verhältnisse zu ungünstig.

In dem Maße, als wir eine Parlamentsfraction haben, tritt nun die äußere Thätigkeit der Parteiorganisationen, die Thätigkeit in den Versammlungen, ich möchte sagen, die Massenthätigkeit, naturgemäß in den Hintergrund, insoferne sie ein politischer Hebel ist. Wir waren gewohnt, solange wir Niemanden im Parlament hatten, den Willen der Arbeiterschaft in großen und demonstrativen Actionen Ausdruck zu geben, in Actionen, wie sie eigentlich kein anderes Land kennt. Wir haben in Deutschland eine weitaus größere, ältere und einflußreichere und eine weit höher entwickelte Partei, als die österreichische Socialdemokratie es ist. Aber der deutschen Socialdemokratie ist es niemals eingefallen und es konnte ihr nicht einfallen, weil sie gewissermaßen schon als Kind in das Parlament eingetreten ist, ihre Evolutionen, ihre taktischen Bewegungen in Versammlungen zu vollziehen. Auch dort sind große Actionen durch Versammlungen unterstützt worden, aber so, wie wir ein Jahrzehnt lang unsere Politik ausschließlich auf der Straße gemacht haben, war es in Deutschland niemals und würde dort wahrscheinlich auch gar nicht möglich gewesen sein. Einer der Gründe, warum es auch in Oesterreich immer schwerer wird, ist der, daß bereits ein anderer Ausdruck für den Willen der Arbeiterschaft durch das Parlament gegeben ist. Ich will damit die Wichtigkeit der außerparlamentarischen Thätigkeit nicht herabsetzen, ich meine aber, daß es ein wesentliches Gebot unserer Parteitaktik ist, die Kraft, die wir nach der einen Seite sparen können, weil wir ein anderes Organ für diese Arbeit gefunden haben, auf einen Punkt zu lenken, der während der Zeit der bisherigen Thätigkeit der Partei — sagen wir es offen — vernachlässigt wurde und vernachlässigt werden mußte.

Wir können zum Glück sagen: Es ist der großen Opferfähigkeit der österreichischen Arbeiterschaft gelungen, daß während der Zeit des Kampfes sich neben dem Kampfe eine beträchtliche gewerkschaftliche Organisation mit großer Schnelligkeit aufbauen konnte. Aber unsere politische Organisation und das Erziehungswerk, das wir an den Arbeitern zu leisten haben, sind während dieser Zeit des Kampfes in bedauernswerther Weise zurückgeblieben. Die ganze Thätigkeit war nach außen gedrängt. Nun kann man auf der Straße sehr viel thun, man kann dem Gegner imponiren, man kann ihm etwas abzwingen, man kann Selbstbewußtsein und Rechtsgefühl in der Arbeiterschaft verbreiten, aber man kann die

Arbeiter auf der Straße nicht erziehen, vor Allem sie nicht zu wirklichem socialdemokratischen Bewußtsein und zu socialdemokratischer Einsicht ausbilden. Ich sage hier offen, daß der Grundgedanke der Taktik heute ist, daß endgiltig auf diese Formen des äußerlichen Kampfes verzichtet werde, die heute zunächst nicht nothwendig und, weil sie nicht nothwendig, nicht möglich sind, und daß wir mit Bewußtsein sagen: Zurück in das Haus, zurück in die Vereine, zurück zu einer erziehenden Arbeit im Einzelnen! (Lebhafter Beifall.) Und wenn ich hier dreimal zurück gesagt habe, so verstehen Sie wohl, daß das nur heißt: zurück, um, wenn es nothwendig ist, in verstärkter Zahl mit mehr und mit tüchtigeren Leuten hinauszuziehen und sagen zu können: Vorwärts, vorwärts, und erst recht vorwärts! (Neuerlicher, lebhafter Beifall.) Nun haben wir da immer die Schwierigkeiten, die entstehen dadurch, daß wir temperamentvolle Leute haben, die eine andere Arbeit gar nicht erlernt haben, die deshalb unzufrieden sind und sich unbeschäftigt fühlen. Da heißt es dann: Es ist kein Leben in der Bude! Parteigenossen! Es gibt Arbeit genug und es wäre sehr gut, wenn Alle, die unzufrieden sind, recht anpacken würden. Aber ich fürchte, daß die Unzufriedenen es am nothwendigsten hätten, diese Erziehung erst selbst zu genießen.

Wenn ich von hier aus eigentlich weniger die Politik des Parteivorstandes vertrete, als eine Predigt an die Masse der Genossen halte, so hoffe ich, daß Sie damit einverstanden sein werden. Diejenigen thun nicht gut, die meinen, es sei der Gipfel aller vernünftigen Politik, fortwährend ein Ziel — und wenn es auch ein so wichtiges ist wie das allgemeine Wahlrecht — zu „erstreben", unsere Genossen nur auf diese Formel zu dressiren und sie zu einer maßlosen Ueberschätzung dieser Sache zu verleiten. Sie thun darum nicht gut damit, weil diese Ueberschätzung gar nicht zu Stande kommen kann, ohne daß zugleich eine Unterschätzung aller übrigen Dinge platzgreift; und ich gestehe Ihnen, daß ich sehr die Befürchtung habe, daß es heute verhältnißmäßig weniger Genossen gibt, die sich in Bezug auf die Details unserer anderen Forderungen und Bedürfnisse so genau auskennen, wie das vor zwanzig Jahren gewesen ist in der kleinen Zahl, die wir damals waren. Diese Kenntniß ist aber dringend nothwendig nicht nur im Interesse der Erziehung überhaupt, sondern darum, weil unsere Actionen und unsere Vorstöße nicht nur von dem Muth und der Energie abhängen, mit der wir vorgehen, sondern vor Allem von der Nachhaltigkeit und Zähigkeit, mit der unsere Leute an ihr festhalten, und von dem Grade ihrer Einsicht in das Einzelne. Unsere Fortschritte hängen davon ab und vor Allem hängt davon das Maß ab, in dem wir das, was wir erobert haben, für die Arbeiterschaft ausnützen können.

Mit diesen allgemeinen Bemerkungen ist die Frage der Taktik noch lange nicht erschöpft. Die parlamentarische Taktik hat Pernerstorfer ja besprochen. Wir werden uns in Zukunft wohl damit abfinden müssen, daß bis auf Weiteres dieses Parlament nicht umzubringen sein wird. Es scheint, daß es die Lust verloren hat, sich selbst umzubringen; und daß wir es umbringen, dazu waren wir seit jeher zu schwach. (Ein Zwischenruf: Muth!) Ich weiß nicht, welchen Muth Sie meinen, den Muth des Parlaments zum Selbstmord oder unseren Muth? Wenn Sie meinen, daß es unseren zehn Abgeordneten an Muth gefehlt hat, das Parlament von 425 Mann zu sprengen, da kann ich Sie nur fragen, welche Sorte von Muth meinen Sie da? Ich weiß nicht, woher die Genossen diesen Muth beziehen sollen, um unmögliche Dinge zu machen. Es gibt einen Muth, der nicht beneidenswerth ist, das ist der Muth, der sich vor der Lächerlichkeit nicht fürchtet. Das Einzige, was die Genossen hätten versuchen können, wäre gewesen, mit dem Kopfe gegen eine offenbar sehr feste Mauer zu rennen. Das hätte dann den Vortheil für die Anderen gehabt, daß die socialdemokratische Partei sich unsterblich blamirt hätte. Wir fürchten nur einen Tod, das ist der Tod an der Lächerlichkeit, und den wäre die Fraction gestorben; dann hätten allerdings Diejenigen, die ihr heute den Muth absprechen, mit derselben lächelnden und überlegenen Miene ihr den Verstand abgesprochen, und da hätten sie allerdings recht gehabt. (Lebhafter Beifall.) Wenn schon das Parlament als Ganzes

nicht Alles kann, so kann eine Fraction von zehn Mitgliedern schon gar nicht Alles. Es ist also die Meinung aller oder wenigstens der vernünftigen Leute, daß es heute nicht geht, das Parlament umzubringen. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß es einmal gehen wird, und ich habe den Wunsch, daß nächstens irgendeine Sache kommt, wo das Parlament hineinplumpst. Aber wir müssen warten. Wir sind in derselben Lage wie die Partei in anderen Ländern. Die müssen auch mit ihren Parlamenten vorlieb nehmen, wie sie sind, es gibt noch mehr Länder, wo es kein allgemeines Wahlrecht gibt, und wo es eines gibt, wird noch lange nicht davon der vernünftige Gebrauch gemacht, den wir Oesterreicher mit unserem bißchen Wahlrecht machen. Wenn wir uns also darauf einrichten müssen, so müssen wir fragen: Was läßt sich aus dem Parlament, wie es einmal ist, herauskriegen?

Da können wir ruhig sagen: Wir sind auch an positiven Erfolgen durchaus nicht so arm, als es den Anschein hat. Aus der langen Reihe von Actionen möchte ich nur einige hervorheben. Wenn wir den Neunstundentag für die Bergarbeiter haben, so verdanken wir das außer den Bergarbeitern selbst der Thätigkeit unserer Abgeordneten; wenn heute die Preßreform in eine greifbare Nähe gerückt ist — über ihre Gestalt werden wir noch zu sprechen haben — wenn sogar die Frage der Altersversorgung etwas näher gerückt ist, so ist das ausdrücklich das Verdienst der Socialdemokraten. Das sind Erfolge, die sich nicht hätten gewinnen lassen ohne eine parlamentarische Fraction.

Ob das Parlament zu lebhaften Episoden kommen wird, weiß ich nicht, Pernerstorfer, der den Dingen doch etwas näher steht, meint nicht, daß es beim Ausgleich zu einer Obstruction kommen werde. Ich möchte mich nicht auf das Prophezeien einlassen, aber verschwören möchte ich die Obstruction doch nicht. Sicher ist, daß wir die möglichen ernsthaften Mittel erschöpfen werden. Ob dazu die Obstruction gehören wird, ist eine Frage, die sich heute gar nicht entscheiden läßt. Nach meiner Ansicht ist das parlamentarische Gesetz der Majorität für Jedermann bindend, solange es von der Majorität eingehalten wird, und man wird immer mit dem Untergang bestraft, wenn man diesen Boden verläßt. Erst wenn das Recht von der Majorität gebrochen wird, wenn also anstatt des Gesetzes der Majorität die Gewalt proclamirt ist, hat man das Recht — aber auch nur dann — die Möglichkeit der Obstruction, das ist der Gewalt. Aber daß man glaubt, jeden beliebigen Beschluß hindern zu können, die Majorität durch eine Minorität vergewaltigen zu können, auf die Dauer durch die fortgesetzt angewendete Methode der Obstruction — das ist ein hirnrissiger Gedanke. Es hat ja Leute gegeben, die gemeint haben, man hätte gegen die Fahrkartensteuer Obstruction machen können. Die Fahrkartensteuer ist eine sehr gehässige Steuer, gewiß, man hätte sie ablehnen können, wenn man in der Majorität gewesen wäre, aber die Obstruction hätte das nie erzielt. Die Jungczechen hätten, wenn sie nicht umgefallen wären, durch parlamentarische Mittel den Beschluß hinausschieben können, aber daß eine kleine Partei die Majorität hätte hindern können, gewaltsam die Fahrkartensteuer zu machen, daß man wegen dieser Steuer das Parlament hätte zertrümmern können, das kann nur ein politisches Kind glauben, und wenn Pernerstorfer gesagt hat, daß die Geschäftsordnung sehr viele Handhaben für eine Obstruction bietet, so hat er sehr richtig hinzugefügt, daß das nur theoretisch möglich ist. Die praktische Möglichkeit entsteht immer erst dann, wenn das Recht gebrochen ist. Es fällt mir, wie gesagt, nicht ein, über den Ausgleich zu prophezeien. Ich glaube, es wäre Thorheit, uns heute zu binden, ob wir die Obstruction machen oder unterlassen sollen. Man kann schwer prophezeien, was die Anderen machen werden, aber fast noch schwerer, was man selbst machen wird.

Nun komme ich auf ein anderes Gebiet. Unter Parteitaktik versteht man nicht nur die innere Entwicklung und Richtung der Parteithätigkeit, sondern auch das Verhältniß zu den anderen Parteien, und da haben wir in Oesterreich ganz ungeheure Schwierigkeiten — mehr als in anderen Ländern —

weil wir in Oesterreich keine einheitliche Politik haben. In jedem Lande sind die Parteiverhältnisse verschieden. Es ist keine leichte Sache, in diesen Einzelkämpfen eine gewisse Gleichmäßigkeit und Consequenz festzuhalten. Sie gestatten, daß ich in die Thätigkeit der Partei die Thätigkeit der „Arbeiter-Zeitung" einbeziehe, des Centralorgans der Partei, das aber durchaus nicht Organ der Parteivertretung in dem Sinne ist, daß für jedes Wort, das die „Arbeiter-Zeitung" schreibt, etwa die Parteivertretung verantwortlich gemacht werden könnte. Es wird wohl Niemand glauben, daß jedes Wort, das in der „Arbeiter-Zeitung" steht, auf einem Beschluß der Parteivertretung beruht, und es wird wohl Niemand die Fehler, die etwa die „Arbeiter-Zeitung" gemacht hätte (ein Zwischenruf: Hat!) — ich sage „hätte", denn ich gebe es nicht zu — der Parteivertretung zuschieben. Es ist schwer, eine einheitliche Politik festzuhalten, und wir haben schon ein classisches Beispiel, wieviel uns diese Schwierigkeit zu schaffen macht.

Eine der wichtigsten Fragen, die wir heute haben, ist neben der nationalen Gefahr, das heißt neben den Schwierigkeiten durch die Ausschreitungen des Chauvinismus, die clericale Gefahr. In Bezug auf den Clericalismus hat sich die Stellung der Socialdemokratie im Laufe von dreißig Jahren wiederholt wesentlich geändert. Nicht etwa, als ob die österreichische Socialdemokratie jemals etwas Anderes gewesen wäre als die erbittertste und consequenteste Feindin des Clericalismus, nicht etwa, als ob wir jemals aufgehört hätten, die Clericalen als eine volksfeindliche Partei zu bekämpfen. Aber es hat große Schwankungen in dem Maße gegeben, in dem wir die clericale Gefahr als die wichtigste angesehen haben. Ende der Sechziger- und Anfangs der Siebzigerjahre war einer der bezeichnendsten Punkte der Partei der Kampf gegen den Clericalismus. Ich erinnere Sie nur daran, daß die Unfehlbarkeitsbulle in Wien in einer Volksversammlung feierlich verbrannt wurde. Es war eine große Bewegung, die dann ein bißchen zurückgedämmt ist. Es sind andere Momente mehr in den Vordergrund getreten. Der nächste Vorstoß des Clericalismus war Mitte der Achtzigerjahre: der Liechtenstein'sche Schulantrag hat die Arbeiterschaft wieder auf dem Posten gefunden. Wieder hat die Partei eine Zeitlang — es war nicht auf lange nothwendig — ihre ganze Front gegen die Clericalen gerichtet. Es sind dann andere Dinge gekommen, und wir haben lange Zeit nicht gegen die damals verhältnißmäßig schwachen Clericalen, sondern gegen die herrschenden Liberalen und ihren Anhang in erster Linie zu kämpfen gehabt.

Jetzt ist wieder eine Zeit gekommen, wo der Clericalismus eine gefährliche Macht geworden ist und sich mit einer Wucht in den Kampf stürzt, der Niemand gewachsen ist als die socialdemokratische Arbeiterschaft, gegen die es kein anderes Bollwerk gibt als diese. Denn die bürgerlichen Parteien erliegen entweder den Verführungen des Clericalismus und lassen sich von ihm mißleiten, wie das beim Wiener Bürgerthum der Fall ist, oder sie sind feig dem Clericalismus gegenüber, wie das von der großen liberalen Partei und ihren meisten Gruppen gilt. Aber diese Gefahr des Clericalismus wird nicht im ganzen Reiche gleich stark empfunden. Die verschiedenen Verhältnisse bringen es mit sich, daß wir in den Alpenländern und in Wien im Clericalismus einen viel gefährlicheren Feind sehen, daß er uns viel näher auf den Leib rückt, als das in den nördlichen Kronländern der Fall ist. Während sich bei uns der größte Theil des Kleinbürgerthums mit den Clericalen verbündet hat und die Minorität nur einen schwächlichen Widerstand leistet, so existirt in Böhmen, Mähren und Schlesien der Clericalismus als politischer Machtfactor überhaupt nicht.

Die Socialdemokratie hat nun die Aufgabe, den Elementen, die in jedem Moment die gefährlichsten sind, am schärfsten entgegenzutreten, und sie hat ferner die Aufgabe, jene Elemente, die diesen gefährlichsten Feinden selbst feindlich gegenüberstehen, wenigstens nicht allzusehr zu stören, wenn wir uns auch nicht darüber täuschen, wie kurzathmig diese Leute sind. Aus dieser einfachen Klugheitsregel entspringt nun eine ganze Reihe von Consequenzen, die richtig zu ziehen freilich mitunter schwierig ist. Die Politik

ist überhaupt keine besondere Kunst, es dreht sich da immer nur um das Einmaleins, immer nur um ganz einfache Fragen, die mit der Klugheit zu entscheiden sind.

Wir sind in diesem Moment gezwungen, nach zwei Fronten zu kämpfen: in den Alpenländern gegen das clericale Kleinbürgerthum und im Norden gegen dasselbe Kleinbürgerthum in seiner nationalen Gestalt. Wir in Niederösterreich sind genöthigt, mit allen Kräften gegen den überwuchernden Einfluß des Clericalismus zu kämpfen, und wir sind genöthigt, jede Spur des Widerstandes gegen die Clericalen nicht abzutödten und zu verhöhnen, sondern zu ermuthigen und zu fördern. Dazu sind wir genöthigt, weil wir allein noch nicht die Macht haben, diese Mächte zu besiegen. Selbstverständlich — das ist ein alter Conflict mit den Nordböhmen oder eigentlich nur mit einigen Genossen in Nordböhmen — finden diese, daß wir die Nationalen in Niederösterreich nicht so scharf bekämpfen, wie man es hier braucht. Das geschieht aus demselben Grunde, aus dem Sie in Böhmen die Clericalen nicht bekämpfen. Bei uns in Niederösterreich sind nämlich die Nationalen nicht vorhanden; wo sie vorhanden sind, dort sind sie eine schwache, ziemlich einflußlose Partei. Man darf eben in der Politik nur nicht glauben, daß der Ort, wo man gerade lebt, der Nabel der Welt ist. (Heiterkeit.) Ich habe diese Dinge gesagt, nicht, um der Debatte vorzugreifen, sondern, um zur Debatte aufzustacheln. Gebrauchen Sie Ihre kritischen Gaben nach Herzenslust.

Ein Punkt, der uns schon wiederholt auf Parteitagen beschäftigt hat, ist unser Badeni'sches Wahlrecht. Wir führen jetzt einen Kampf ums Landtagswahlrecht. Sie könnten sagen: Ihr in Niederösterreich habt nichts für das Landtagswahlrecht gethan, während man sich in Graz, Brünn, Linz sehr angestrengt hat! Jedermann weiß, daß wir heute für den Landtag bloß eine Uebertragung der Badeni'schen fünften Curie kriegen. Man kann nun sehr wohl der Meinung sein: lieber gar nichts als eine solche Curie. Das Gift der fünften Curie, wenn es erst in die Landtagsgesetze eingedrungen ist, wird dann nur sehr schwer aus dem Reichsgesetzkörper herauszubringen sein. Ich lade Sie nicht zu einem Beschluß ein, denn in diesen Fragen muß man sich nach den Verhältnissen richten. Ich persönlich aber sage Ihnen: Ich habe nicht die geringste Trauer über das Scheitern der Landeswahlreform in Steiermark empfunden. Ich hoffe, die Grazer selbst haben einen etwas übertriebenen Schmerz geäußert und werden sich schon ein wenig beruhigt haben. Hier könnten wir einen Gefangenen machen, der uns noch gefährlich werden kann.

Eines möchte ich am Schlusse noch sagen: Wir können mit den Erfolgen der Partei im Großen und Ganzen zufrieden sein. Uns hat nicht nur die Zeit der größten parlamentarischen Verwirrung, der politischen Anarchie nichts anhaben können, sondern auch die Zeiten der Ruhe, der politischen Versumpfung, die die nationalen Parteien eine nach der anderen zugrunde richtet, hat unsere Partei siegreich bestanden. Die ehrliche Politik, die aus wirklichen Bedürfnissen hervorgeht und die mit schonungsloser Selbstkritik jede Phrase von sich entfernt, diese ehrliche proletarische Politik muß uns zum Siege führen. Wir machen vielleicht im Einzelnen Fehler, aber sie haben uns nicht im Geringsten geschadet. Unwahr sind wir nie geworden und schwindelhafte Politik haben wir nie getrieben. Wir haben nur eine Aufgabe: immer aus der Arbeiterschaft, aus der psychologischen und thatsächlichen Möglichkeit heraus die Schritte der Partei zu lenken! In einer Zeit des Stillstehens ist es ebenso thöricht und schwindelhaft, Sturm zu „machen", wie in einer Zeit des Sturms, Ruhe zu predigen. In die Verwaltungen eindringen, das ist jetzt unsere Aufgabe. Die geistige Grundlage unserer Partei, die Gehirne unserer Parteigenossen vernünftig zu bearbeiten, das ist jetzt das Wichtigste. Benützen wir die Zeit redlich! (Lang anhaltender Beifall.)

Pölzer (Wien X): Ich spreche im Auftrage meines Bezirkes und wollte an die Parteivertretung und die Fraction die Anfrage richten, was sie in der Frage des Ausgleiches zu thun gedenken. Pernerstorfer hat mir aber eigentlich schon geantwortet. Ich halte es aber für einen taktischen Fehler, daß der Vertreter der Fraction hier erklärt: Zur Obstruction werden wir nicht greifen.

Dr. Adler hat das ja ausgebessert, indem er sagte: Wir wissen es noch nicht, was wir thun werden. Ist der Ausgleich so schlecht, wie wir fürchten, dann müssen wir mit allen möglichen Mitteln ihn zu verhindern suchen. Dr. Adler ist immer vorsichtig. Wer weiß, ob im Jahre 1897, wenn Dr. Adler im Parlament gewesen wäre, auch die Tribüne gestürmt worden wäre? Wenn wir immer so Alles vorausgewußt und überlegt hätten, dann wäre die Arbeiterschaft heute noch nicht so weit vorwärts gekommen. Ich glaube, die ganze Arbeiterschaft würde der Fraction bei der Obstruction gegen den Ausgleich zujubeln. Wir würden sogar große Kreise aus anderen Classen und Parteien mitreißen. Nicht zu den Abgeordneten, sondern zu uns Vertrauensmännern dringen fortwährend die Beschwerden, daß zu wenig geschieht, daß Alles für die Katz ist 2c. Ich glaube, es wird einen schlechten Eindruck machen, wenn wir im Ausgleichskampf sagen: Wir können nichts dagegen machen. (Beifall.)

Dr. **Stark** (Karlsbad): Ich habe den Auftrag, das Folgende in Vertretung des IV. böhmischen Wahlkreises zu sagen, bitte jedoch im Vorhinein, es nicht als meine ausschließliche persönliche Meinung aufzufassen: Wir vermuthen, daß andere als die angegebenen Gründe die Ursache der zuwartenden Haltung der Partei dem politischen Marasmus in Oesterreich gegenüber bilden. In Westböhmen ist man vielfach der Ansicht, daß die connivente, opportunistische Haltung dem Ministerium Koerber gegenüber nicht so sehr in der Ueberzeugung wurzelt, sondern man glaubt, daß sie vielmehr hauptsächlich der Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in Niederösterreich entspringe. Man neigt bei uns vielfach zu der Anschauung, daß die Ursachen der conniventen Opportunitätspolitik der letzten Zeit darauf zurückführbar seien, daß die Parteipolitik dieser Zeit nur niederöstereichische Landtagswahlpolitik gewesen sei. Ich bin beauftragt worden, auf die Folgen dieser Politik aufmerksam zu machen. Die Genossen in Niederösterreich, Steiermark und anderwärts kommen über die Zeit der Ruhe in der hohen Politik leicht hinüber, weil sie den Parteigenossen im Kampfe gegen locale oder provinzielle Gegner eine Beschäftigung bieten. In Böhmen leben wir diesbezüglich jetzt in Ausnahmsverhältnissen. Ruhe in der hohen Politik, kein greifbarer Gegner localer oder provinzieller Natur infolge Zerfalles der Nationalen und infolge des Umstandes, daß sich der neue Gegner noch nicht krystallisirt hat. Politisch können wir unsere Arbeiter also, da sich die ewigen Schilderungen der „Lage", sowie die zum Ueberdruß gewordenen Belehrungen über die Parteiprincipien als nicht genügend zugfähig und Interesse erregend erweisen, nicht beschäftigen. Eine Aenderung der Organisationsform der großen Branche der Porzellanarbeiter, die noch in Durchführung begriffen ist, persönliche Zänkereien unter den Bergarbeitern hindern uns auch auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Arbeit an hervorragender Thätigkeit. Auf dem Wege der Beschäftigung in den sportlichen Organisationen (Gesang-, Turnvereine 2c.), sowie auf dem Gebiete des Bildungswesens halten wir unsere Truppen beisammen, befriedigen sie aber nicht, haben vielmehr fortwährend Vorwürfe zu hören, daß die Führer nichts thäten. Es ist nichts zu machen, die passive Haltung der Führer beweise dies, behaupten die Leute. Wenn dem so ist, wozu dann unnütz Zeit, Geld, Nachtruhe 2c. durch Theilnahme an Organisationsbestrebungen, Versammlungen 2c. opfern? Und sie bleiben wirklich zahlreich zu Hause unsere westböhmischen Arbeiter, wenn von uns irgend etwas veranstaltet wird. Aber nicht genug daran. Der wankende Glaube an die Richtigkeit der Classenorganisation und des Classenkampfes läßt die Leute vielfach direct in das Gegentheil ihrer früheren Anschauung verfallen. Auch der Glaube an die Bedeutung des Parlamentarismus überhaupt, nicht nur des privilegirten, als nützliche Waffe im proletarischen Emancipationskampfe wird durch die zuwartende Haltung der Partei erschüttert und wankend. Die Unabhängigenbewegung, die in Böhmen nie ganz verschwunden ist, könnte wieder aufleben.

Sie werden fragen: was wünschen wir, daß geschehen solle? Darauf kann ich Ihnen mit einem Citate aus der „Arbeiter-Zeitung" vom 2. August d. J. aus

dem Artikel „Das clericale Problem“ antworten. Das Citat bezieht sich auf eine Ennunciation des Berliner „Vorwärts“ bezüglich der Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten und verlangt die Erkämpfung des Wahlrechts und nicht die Erwartung des Heils vom Himmel. Das österreichische Unglück wurzelt in der Privilegienvertretung; wenn wir diese nicht zertrümmern, kann jenes sich nicht zum Besseren entwickeln. Für eine Wahlrechtsbewegung ist gerade jetzt thatsächlich keine passende Gelegenheit. Wenn man aber einen Anlaß suchen wollte, würde man ihn bald finden. Es ist nothwendig, auszusprechen, welche Consequenzen aus der gegebenen Stellung zum Ausgleich unsere Genossen Parlamentarier zu ziehen verpflichtet werden sollen, mit welchen Mitteln der Kampf gegen den Ausgleich geführt werden soll. Und da möchte ich dem Gen. Pernerstorfer gegenüber meiner Meinung schon dahin Ausdruck geben, daß, wenn auch schon die Fahrkartensteuer keine Veranlassung zur Obstruction gewesen sein mag, aber doch der Ausgleich, wenn er unseren Bedürfnissen nicht entspricht, mit allen parlamentarischen Mitteln, eventuell mit Obstruction wird bekämpft werden müssen. Hiedurch die bürgerlichen unaufrichtigen Volksfreunde entweder zum Anschlusse und damit zur Verhinderung des Attentates der Gesetzwerdung des Ausgleiches zu zwingen, oder aber sie zu zwingen, ihre Scheinopposition einzustellen, wird unsere Aufgabe sein. Im ersteren Falle wird uns Herr v. Körber vom Privilegienparlament erlösen müssen, im letzteren Falle werden wir gezwungen sein, gegen das seinen Privilegiencharakter so kraß demonstrirende Parlament die wirthschaftlich bedrohten Massen in Form einer Wahlrechtsbewegung in Bewegung setzen zu müssen. In diesem Kampfe werden unsere Abgeordneten eventuell zur Abstinenz greifen müssen, um an der Spitze der Volksmassen um die Demokratisirung der Verfassung zu streiten. Das habe ich im Auftrage meiner Mandatsgeber vorzubringen gehabt, wollte aber Niemanden verletzen.

Behr (Saaz): Die gegenwärtige Situation scheint mir nicht für gewaltige Actionen geeignet, der Ausgleich wird, fürchte ich, die Massen nicht aufrütteln. Wir sollten uns auf die Kleinarbeit verlegen, unsere Redner sind durch die großen Versammlungen ohnehin verwöhnt. Einen Wunsch haben wir vorzubringen: Die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter unseres Bezirkes haben an das Parlament eine Petition um Erweiterung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes entrichtet. Genosse Hueber schrieb uns jedoch zurück, das lasse sich nicht eher thun, als bis das Alters- und Invaliditätsgesetz geschaffen wird. Hier handelt es sich aber nur um den Ausbau bestehender Gesetze; da braucht man nicht zu warten.

Resel (Graz): Nach den Vorfällen des vorigen Jahres muß ich erst die Frage aufwerfen, ob es überhaupt erlaubt ist, zu dem Bericht der parlamentarischen Fraction Stellung zu nehmen, ohne kindische Vorwürfe und grobe satirische Angriffe empfangen zu müssen. Im Vorjahre hat auch die Landesconferenz von Steiermark diese Angriffe als „ungehörig“ gekennzeichnet. Ich vermisse einen Geschäftsbericht der Fraction nicht, weil es alleseins ist, ob eine Interpellation mehr oder weniger eingebracht worden ist.

Wenn unsere Genossen im Parlament auch nicht zur Obstruction treiben konnten, so haben sie doch, glauben wir, zuviel gethan, um alle Hindernisse der parlamentarischen Arbeit noch aus dem Wege zu räumen. Der Dringlichkeitsantrag wegen der Altersversicherung wurde bereitwilligst zurückgestellt. (Abgeordneter Eldersch: Weil der Zeitpunkt höchst ungünstig gewesen wäre!) Ich begrüße diese Erwägung, aber ich glaube sie nicht. (Heiterkeit.) Wir haben oft schon schlechte Gelegenheiten für unsere Actionen gewählt. (Dr. Adler: Das war ein Fehler!) Auch wegen Triest hätte man mehr gewünscht als ein paar heftige Reden. Was werden die Erfolge des Herrn v. Körber sein? Ein miserabler Ausgleich. Ist er erledigt, so fehlt jeder Hebel, von der Regierung etwas herauszupressen. Die vollständige Apathie und Gleichgiltigkeit in Bezug auf die Abgeordneten und ihre Thätigkeit besteht in der Masse. Ich sage das ungern wegen der Rolle, die ich selbst früher gespielt habe. (Heiterkeit.) Die Fahrkartensteuer wurde sang- und klanglos angenommen. Nicht eine Versammlung fand statt, um sie zu verhindern. Es wurde auf den Neunstundentag der Bergarbeiter als Erfolg der Fraction hingewiesen. Das ist eine kleine, sagen wir:

Verschiebung der Sache. Die Ursache ist in einer Vorperiode, im Bergarbeiterstreik, zu suchen gewesen. Ich bezweifle, daß es dem Drängen der Abgeordneten zuzuschreiben ist, daß das Gesetz verhandelt wurde. Herr v. Körber hatte selbst ein Interesse am Neunstundentaggesetz. (Dr. *Adler*: Damit er selbst nicht so lange arbeiten muß. — Heiterkeit.) Ruhe ist in unseren Reihen eingetreten. Ich constatire, daß keine Katze sich um die politische und wirthschaftliche Bewegung gekümmert hat. (Dr. *Adler*: Wo denn?) In Wien geht es noch schlechter als bei uns in Graz. Ich erinnere Sie an den Besuch der Altersversicherungsversammlung, wo Dr. Verkauf referirte. Man muß in der Zeit der Ruhe Punkte herausgreifen, um die Leute in Bewegung zu erhalten. Wir Grazer Particularisten sind ja darüber hinweggegangen, haben fleißig agitirt und können uns nicht beschweren, daß es in unseren Bezirken zu ruhig war. Den Lueger, den man jetzt so heftig angreift, hätte man schon seinerzeit nicht stützen sollen. (*Bretschneider*: Wann hat man ihn denn gestützt?) Vor Jahren schon! — Auch ich bedauere, wie Genosse Dr. Adler, das Scheitern der steiermärkischen Wahlreform nicht. Die Nationalen haben sich dabei weniger geschickt und vielleicht auch noch weniger anständig wie die Clericalen benommen. Die gemeine, niederträchtige, hinterlistige Haltung der Nationalen zu erkennen, war für uns belehrend! Der parlamentarische Verband soll ein ganz unzweifelhaftes Verhalten gegenüber der Regierung einnehmen, nicht der Schein eines Zweifels soll obwalten! *Die Parteivertretung möge etwas mehr Initiative ergreifen.* Folgten wir nur ihr, so wäre uns der Agitationsstoff ausgegangen. (Beifall.)

Prähauser (Salzburg): Von den Abgeordneten wird zuviel große Staatspolitik getrieben. Außer Christlich-Socialen und den Polen, die von Schuhmeier und Daszynski natürlicherweise gepackt werden müssen, gibt es auch noch Gesammtinteressen des Proletariats zu vertreten. Man redet von der Ruhe, die überall herrscht. Also werden wir wieder einmal Ruhestörer! Der *Unwille gegen den Ausgleich* und die Vertheuerung der Lebensmittel durch Zölle und indirecte Besteuerung sollte durch lebhafte Demonstrationen Ausdruck gegeben werden.

Dr. **Czech** (Brünn): Jeder Genosse hat das Gefühl, daß die Fraction zu wenig gethan hat. Anläßlich der Triester Ereignisse hatte man das Gefühl, daß zu wenig geschehen sei. Es waren nur Worte, die man gegen Körber hatte. (Zwischenruf: Was hätte man thun sollen?) Ja, man hätte wohl nicht mehr thun können, wenn man auch das Bedürfniß darnach hatte. Was möglich war, geschah. Das glaube ich. Pernerstorfer hat, meine ich, nicht gesagt, daß es beim Ausgleich zu keiner Obstruction kommen wird. Das werden wir erst in dem Moment entscheiden können, wenn der *Ausgleich* da ist. Leider ist in den Massen kein Verständniß für die Bedeutung des Ausgleichs. Man müßte die Massen erst aufklären. Eine *Action außerhalb des Parlaments* muß den parlamentarischen Kampf gegen den Ausgleich ergänzen. — Im großen Ganzen hat die Fraction ihre Pflicht gethan.

Ich empfehle Ihnen den von mir eingebrachten Antrag auf Herausgabe eines Thätigkeitsberichtes (Antrag **18**) zur Annahme, weil ein solcher Thätigkeitsbericht von großem agitatorischen Werth ist und gewiß auch die Kosten hereinbringen wird. (Bravo!)

Albrecht (Reichenberg): Ich will nicht als Ankläger gegen die parlamentarische Fraction und die Parteivertretung auftreten, weil ich mir sagen muß, daß, wenn die Abgeordneten mehr hätten thun können, so hätten sie es gewiß gethan. Auch die Parteivertretung hätte mehr gethan, wenn sie es vermocht hätte. Was hätte die Partei thun sollen, um den österreichisch-ungarischen Ausgleich unmöglich zu machen? Seinerzeit, als die einen Theil des Ausgleiches bildende Zuckersteuer zur Berathung stand, hatten wir Volksversammlungen abgehalten, welche massenhaft besucht waren, und dennoch konnten wir die Zuckersteuer nicht verhindern. In Reichenberg und auch an anderen Orten wurden Volksversammlungen, die sich mit dem Ausgleich beschäftigen sollten, einberufen, die aber so schlecht besucht waren, daß sie keinen Erfolg hatten. Die Massen haben für den Ausgleich kein Verständniß und demzufolge auch kein Interesse.

Wird der Ausgleich nicht parlamentarisch gemacht, so wird er eben unparlamentarisch gemacht, so wie die Zuckersteuer. Der § 14 ist ja immer noch nicht beseitigt. Unsere Bewegung ist wohl breiter, aber nicht tiefer geworden. Deshalb begrüße ich mit Freuden, daß der Wunsch nach Erziehungsarbeit wieder geäußert wurde. Wir wünschen, daß die Action für die Altersversicherung nicht einschlafe und empfehle Ihnen den Antrag der Localorganisation Hanichen bei Reichenberg (Antrag **12**) zur Annahme.

Sponer (Reichenberg): Mit der parlamentarischen Thätigkeit sind die Genossen im Großen und Ganzen zufrieden. Wenn der Genosse Adler gesagt hat: Zurück! Zurück! Zurück in die Organisation! so müssen wir sagen: Gut, aber macht uns auch die Thüren ordentlich auf! Gewiß können wir nicht, wie Genosse Stark wollte, künstlich Sturm erzeugen, es wäre ein Sturm im Wasserglas. Es muß die ruhige Arbeit in den Organisationen verrichtet werden.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung um ½7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Sonntag den 17. August. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und spricht den Genossen von Aussig und Umgebung für das Arrangement der gestrigen Stromfahrt den Dank des Parteitages aus. Es wird den Congreßtheilnehmern unvergeßlich sein, wie uns die Aussiger Genossen hier empfangen und an dem schönen Abend bewirthet haben, wie uns die Genossen der Umgebung vom Gebirge durch Höhenfeuer begrüßt haben. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde der Einlauf verlesen. Begrüßungen sendeten: Genossin Anna Boschek, Genosse Sorger, Abgeordneter Daszynski, Bielitzer Genossen, Brüxer Handlungsgehilfen, Localorganisation Friedland, Genosse Altschul, Verein socialdemokratischer Kleingewerbetreibender und Kaufleute Wiens, Genosse Mitzner, Petraschek, Gröbner, Genosse Thomas, Bezirksverband der Arbeiter-Turnvereine Niemes, Union der Textilarbeiter, Ortsgruppe Böhmisch-Leipa, Friedrich Leßner (London), Comité der Arbeiterausstellung in Prag, Verein socialdemokratischer Frauen und Mädchen in Favoriten, Localorganisation Tetschen a. E., die abgerüsteten Reservisten von Beneschau, Consumvereinsangestellte Teplitz, Jägerndorfer Arbeiterschaft, Genosse Schermann, die polnische socialdemokratische Parteivertretung, erster Tiroler Wahlkreis, Währinger Sängerbund, Localorganisation Oberleutensdorf, organisirte Metallarbeiter Polas, organisirte Drechsler Wiens.

Die Debatte über **parlamentarische Thätigkeit und Parteitaktik** wird fortgesetzt.

Dr. **Czech** beantragt Schluß der Rednerliste. (Angenommen.)

Brod (Wien): Aus den Rössern auf dem First unseres herrlichen Parlaments wurde gestern vielerlei Moral gezogen. Gestatten Sie, daß auch ich meine Moral daraus ziehe. Die Rösser stürmen nämlich nach allen Richtungen hin, die einen nach Wildwest, die anderen nach der Leopoldstadt, und so scheint es auch, als ob unsere Parteigenossen im Parlament sich auch danach richteten. Obgleich unsere Fraction so klein ist, besteht doch nicht die wünschenswerthe einheitliche Auffassung. Der Mangel an Disciplin hat sich vor Allem darin manifestirt, daß in allen Fragen, die den mindesten nationalen Anstrich haben, verschiedene nationale Strömungen sich zeigten. Pernerstorfer verliert, wenn von Deutschen und Czechen die Rede ist, gleich das Gleichgewicht. Ich erinnere nur an den Vorfall mit dem Abgeordneten Stransky. Ich kenne den Abgeordneten Stransky nicht, aber wenn ich zwischen ihm und Deutschnationalen wie Herzog und Stein zu wählen habe, so möchte ich mich doch eher für Stransky entscheiden als für die wildgewordenen Spießer, deren ganzer Radicalismus darin besteht, die Arbeiter noch mehr zu beschimpfen. Statt sich als lachender Dritter zu freuen, hat Perner-

storfer mitgeschimpft. Die Milch der Frau Germania ist ihm zu Kopf gestiegen. (Heiterkeit.) Da komme ich darauf zu sprechen, welche Taktik wir bei einem Streit zwischen rein bürgerlichen Parteien einnehmen sollen. Da zerbrechen wir uns die Köpfe darüber, wer schlechter ist, die Deutschnationalen oder Christlich-Socialen. Ich sage, wir haben mit beiden nichts zu thun. Es hat aber Momente gegeben, wo wir schon so weit waren, für die Deutschnationalen gegen die Christlich-Socialen einzutreten. Und doch sind beide, wie auch Adler gesagt hat, Kleinbürger. Sie sagen auch manchmal die Wahrheit, aber schon Lassalle hat gesagt: Wenn eine Wahrheit verkehrt ausgesprochen wird, so richtet sie mehr Unheil an als die Lüge. Dr. Adler sagt, wir müssen zwischen gefährlichen und minder gefährlichen Gegnern unterscheiden. Diejenigen, die nicht eingeweiht sind, wissen gar nicht, wo das hinaus soll. Adler tanzt um den heißen Brei herum, ohne anzubeißen, er spricht nur indirect, daß wir uns bei den Wahlen mit einer bürgerlichen Partei verbinden können. Ich bin kein Fanatiker, ich gestehe zu, daß man das unter Umständen thun kann. Aber diese Umstände sind jetzt nicht da. Wir begeben uns auf die schiefe Ebene. Wenn wir einmal anfangen, wissen wir gar nicht, wo wir aufhören, und wir engagiren uns zu viel. Wenn einmal ein socialdemokratischer Abgeordneter nicht nur durch die Arbeiter gewählt ist, muß er den bürgerlichen Wählern Concessionen machen (Ohorufe), sonst wird er nicht mehr gewählt. (Dr. Ellenbogen: Nun, dann wird er nicht mehr gewählt!) Ja, aber Manche betrachten es als das größte Unglück, wenn sie nicht gewählt werden. Mit bürgerlichen Parteien Compromisse zu schließen, ist gefährlich, und man kann nicht vorsichtig genug sein, zumal wenn der Gewinn dabei so klein ist. Das macht unsere Genossen kopfscheu. Wir müssen uns klar sein, daß das Proletariat nur befreit werden kann, wenn es immer revolutionär, classentreu bleibt, keine Concessionen macht und immer des Wortes Lassalle's eingedenk ist, daß alle bürgerlichen Parteien eine große reactionäre Masse sind. Und wenn wir zwei Mandate gewinnen, so bedeutet das gar nichts gegen den Verlust an Thatkraft, den wir erleiden würden. Es wurde von Obstruction gesprochen. Ich glaube, daß man das nicht commandiren kann, ebensowenig, wie man das Fieber commandiren kann. Der Körber hat es verstanden, es so einzurichten, daß unsere Abgeordneten gar nicht empört sind. Es geht ihnen ganz gut. Ich meine aber, daß, wenn sie unter den Spießern dort sitzen, dürfen sie nicht vergessen, welches Unrecht an dem österreichischen Proletariat begangen wird, daß es noch immer Unterdrückung, Elend, Jammer und Noth gibt. (Beifall.)

Der Redner stellt folgenden Antrag:

> Die Parteileitung wird aufgefordert, in ihrer Taktik immer dessen eingedenk zu sein, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann, und daß alle bürgerlichen Parteien gegen uns Reactionäre sind. Compromisse mit bürgerlichen Parteien, durch die unsere Partei nur compromittirt werden kann, sollen thunlichst vermieden werden.

Polke (Wien): Die Fraction wurde gestern einer Kritik unterzogen, die ich nicht theilen kann. Vergessen Sie nicht, daß unsere Fraction nur zehn Mann stark ist. Es geht auch nicht an, daß man auf der einen Seite die Fraction tadelt, weil sie zu wenig gethan habe, und auf der anderen Seite die parlamentarische Thätigkeit geringschätzt. Es wurde vom Ausgleich gesprochen und gesagt, daß die Parteigenossen kein Interesse dafür haben. Ich glaube, daß man es falsch anpackt, um das Interesse hiefür zu wecken. Eine schlechte Handelspolitik macht ja die ganzen Arbeiterschutzgesetze illusorisch. Das wissen wir; aber wir verstehen es den Leuten nicht recht klar zu machen. Thäten wir das, so würde sich das Interesse der Arbeiter sofort einstellen. Aber bisher hat man immer so gethan, als ob das so eine capitalistische Sache wäre, die uns nichts angeht. Brod hält Compromisse für eine Gefahr. Ich glaube aber, wenn wir etwas erreichen wollen, kann man sie doch nicht vermeiden. Wir haben die Parole ausgegeben, unter allen Umständen die christlich-sociale Majorität im Landtag zu zertrümmern. Das ist aber nur möglich, wenn man alle Stimmen entweder auf die Socialdemokraten oder Fortschrittler vereinige. Alle Mittel müssen ergriffen werden, wenn die christlich-

sociale Majorität beseitigt werden soll. Ein großer Theil unserer radicalen oder radical scheinenden Genossen hat sich eine Kampfweise zurechtgelegt, die nicht geeignet ist, Anhänger zu werben. Es wird in den Versammlungen ungeheuer geschimpft. Die Masse ist vielfach schon so weit erzogen, daß, wenn Einer von der Rednerbühne nicht fortwährend schimpft, die Leute sagen: „Ah, das heißt nichts, das ist kein Redner!" Es ist nothwendig, daß wir von dieser Art abgehen. Die Massen müssen zur Sachlichkeit erzogen werden.

Vieth (Tachau): Schon im vorigen Jahre wurde gesagt, daß man im Parlament in der gegenwärtigen Zusammensetzung nicht viel thun kann und daß man es vielmehr als Tribüne ansehen muß. Es scheint mir, als ob die Genossen jetzt Alles vom Parlament erwarteten. Es wurde mehr dem Verbande der Vorwurf gemacht, aber wenn Sie schon Vorwürfe machen, so halten Sie sich an die Parteileitung, die doch hinter den Abgeordneten stehen muß. Es ist auch nicht wahr, daß wir im Parlament nichts errungen haben. Unsere Abgeordneten haben durch ihr kräftiges Eingreifen manchen Vortheil für uns erkämpft und unsere Wünsche dort zum Ausduck gebracht. Ist das Alles nichts? Nicht die lärmende Arbeit ist das Wichtigste, auch bei uns draußen. Wenn wir das den Leuten klar machen, werden sie nicht immer unzufrieden sein, wenn kein Krawall ist. Wenn wo Kleinarbeit geleistet wurde, so möchte ich die Parteileitung bitten, uns da zu unterstützen, dann werden wir auch unsere Arbeit leisten können.

Bartel (Karlsbad): Es hat Dr. Stark, der Delegirte der Karlsbader Localorganisation, von einer Mißstimmung gesprochen, die unter der westböhmischen Arbeiterschaft gegen die Fraction und die Parteileitung herrscht. Diese Ansicht ist zum Theil richtig. Bei einem nicht geringen Theile der Arbeiterschaft Westböhmens wie auch anderer Wahlkreise herrscht diese Mißstimmung. Nur meine ich, daß diese Mißstimmung auf die eigentlichen Ursachen zurückgeführt werden muß, wenn sie begriffen werden soll. Diese Mißstimmung ist der Ausdruck der allgemeinen Verdrossenheit gegenüber dem politischen Leben überhaupt, die in der Arbeiterschaft Oesterreichs zu finden ist. Die letzten Jahre, insbesondere die letzten zwei Jahre waren nicht darnach angethan, innerhalb der Arbeiterschaft das Interesse am politischen Leben zu wecken. Man hört hie und da ziemlich harte Worte. Da darf man sich nicht wundern, wenn die Leute die Ursachen suchen, wenn sie die Schuldigen suchen. Das Erste ist, daß sie die Fraction packen, dann kommt die Parteivertretung daran. Aber dabei bleibt es nicht. Genau so, wie man auf den Parteitagen die Fraction und die Parteivertretung beim Wickel hat, so werden in den Bezirksconferenzen die Localvertrauensmänner und in den Kreisconferenzen die Kreisvertretungen beim Ohr genommen. (Heiterkeit und Beifall.) Die Leute wollen Jemanden haben, an den sie sich halten können. Nun ist es ja wahr, daß in den letzten Jahren in Oesterreich nicht zu viel Lebendigkeit geherrscht hat, daß es ziemlich still zugegangen ist und daß wir Alle davon nicht gerade erfreut sind. Aber wir müssen uns fragen: Was hätten wir machen sollen und wie hätten wir es machen sollen? Es war die Rede davon, wir könnten keine Obstruction gegen den Ausgleich machen. Andere haben es für unklug erklärt, daß man das schon vorher sagt. Aber was haben wir davon, wenn wir die fürchterlichste Drohung ausstoßen und dann doch nichts thun können. Es ist doch gleichgiltig, ob wir vorher sagen, wir können nichts machen, oder ob man es nachher sieht. Wir möchten sehr gerne Lebendigkeit schaffen, wenn wir nur wüßten, wo wir anpacken sollen. Es liegt nichts vor.

So ist es auch mit der Wahlrechtsbewegung. Ich war in Graz auch für eine große Wahlrechtsbewegung. Aber ich bin allmälig zu der Ansicht gekommen, daß es nicht genügt, zu sagen, daß wir eine Massenbewegung brauchen. Wir brauchen auch die Mittel, um diese Bewegung machen zu können. Wir können heute nachdenken wie wir wollen, wir bringen die Arbeiter nicht mehr so in Bewegung wie früher, das liegt in den gegenwärtigen Verhältnissen. Die Arbeiter stimmen uns immer zu, wenn wir sagen, daß etwas gethan werden soll. Aber zu Actionen sind sie dann nicht zu haben. Wir sind in dieser Situation und fühlen uns dabei nicht wohl, aber wir können einstweilen nichts thun, um daraus herauszukommen. Das allein nützt nichts, wenn man nur immer sagt, daß wir etwas machen wollen. Wahr ist, daß die Siege von 1897 uns noch heute in den Knochen

liegen. (Beifall.) Als wir 1897 auf einmal 15 Mandate bekamen, waren diese Mandate nicht nur einigen Abgeordneten, sondern auch der Masse zu Kopf gestiegen. Wir haben uns und den Anderen eingeredet, daß wir eine riesig starke Partei sind, aber wir waren viel stärker, als wir noch schwächer waren, das heißt, als wir uns auf unsere Stärke noch nicht soviel einbildeten und nicht die innere Thätigkeit verabsäumten.

Wir sollen nicht nach großen Actionen schreien, die nicht möglich sind, sondern unsere innere Organisation ausbauen. Adler hat das Wort von der Erziehung der Massen ausgesprochen. Das ist selbstverständlich und gar nichts Neues. Wenn wir heute mit Versammlungen kommen, wo ein erzieherisches Programm ist, so kommen sie gerne. Aber immer die alten politischen Sachen wollen sie nicht mehr hören. Wir brauchen keine breitere Partei, sondern besser ausgebildete Parteigenossen.

Noch etwas will ich hervorheben. Wir sind heute zu unvorsichtig bei der Wahl der Vertrauensmänner. Man soll nicht Jeden, der ein bißchen reden kann oder sich vordrängt, gleich zum Vertrauensmann wählen.

Nur solche Genossen sollen Vertrauensmänner sein, die mit den Arbeitern in Fühlung stehen und selbst praktische Parteiarbeit leisten. Wenn wir so arbeiten, dann wird es schon wieder lebendig werden und die Partei wird erstarken nach innen und außen. (Beifall.)

Hueber (Wien): Als Vertreter der Gewerkschaftscommission habe ich an den Parteitag eine Bitte zu stellen, und ich glaube zugleich, daß die Genossen in ihrem Wahlkreise sehr viel Arbeit bekommen werden, wenn sie unseren Wunsch erfüllen. Es handelt sich darum, eine Reichsaction einzuleiten, um endlich den Gewerkschaften jene Bewegungsfreiheit zu geben, die sie brauchen. Es ist nicht so gleichgiltig für die Socialdemokratie, wie sich die Gewerkschaften entwickeln können, und Sie kennen ja alle die Entscheidungen des Reichsgerichtes und die Praxis unserer Verwaltungsbehörden, die in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in den Gewerkschaften gewaltsam eingreifen. Es ist an die gewerkschaftlich organisirte Arbeiterschaft die Nothwendigkeit herangetreten, eine Action einzuleiten, um überall zu zeigen, wie in Oesterreich mit gleichem Maße gemessen wird. Ich verweise da nur auf die mächtige Organisation des Unternehmerthums, die sich eine Streikversicherung schaffen durfte, eine Kampforganisation der Unternehmer, die jede Bewegung der Arbeiter zur Verbesserung ihrer unmittelbaren Lage im Keime ersticken will. Parteivertretung und Fraction haben uns bereits ihre Hilfe zugesagt, und wir sind bereits an der Arbeit, einen Gesetzentwurf zur Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes in Oesterreich auszuarbeiten und dem Verbande zu übergeben, damit er ihn im Parlament vertrete. Ich glaube, man wird das geschickt mit dem Ausgleich in Verbindung bringen können. Preßgesetz, Reform des Vereinsrechtes und die Alters- und Invaliditätsversicherung, diese drei Dinge könnten wir Herrn von Körber auf dem Präsentirteller entgegenhalten, sobald er mit dem Ausgleich kommt. Ich glaube, wenn auch nicht alle drei Forderungen sogleich durchgehen werden, so werden wir doch erreichen, daß Herr v. Körber wird Farbe bekennen müssen, wie er über die versprochenen Reformen denkt. Ich meine, diese drei Forderungen, mit dem Ausgleich in Verbindung gebracht, könnten zum Gegenstand einer rührigen Agitation gemacht werden in großen Volksversammlungen und kleinen Branchenversammlungen. Ich glaube, die Arbeiter werden zu diesen Versammlungen gehen und Sie haben dadurch wieder Gelegenheit zur Arbeit. Ich bitte Sie daher, wenn Ende September oder anfangs October diese Action eingeleitet wird, uns Ihre Unterstützung zu leihen.

Ich will hier gleich einen Irrthum richtigstellen, der mich betrifft. Behr hat gesagt, ich hätte nach Saaz geschrieben, daß wir die Petition der Hopfenarbeiter nicht im Parlament einreichen lassen könnten, bevor nicht die Altersversicherung Gesetz geworden sei. Das ist unrichtig. Die Petition des Vereines der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter wurde von mir dem Socialdemokratischen Verband überreicht. Aber diese Petition fiel gerade in die Zeit, wo wir im ganzen Reiche für die Altersversicherung aller Berufe eine Action durchführten, und es wäre daher taktisch unklug gewesen, eine separate

Petition im Hause einzureichen, besonders da in unserer Petition ausdrücklich auch für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter die Alters- und Invaliditätsversicherung gefordert wird.

Nun Einiges über unsere Stellung zu den Bildungsvereinen, die den Genossen in Reichenberg noch immer nicht recht ist. Die Genossen werden schon entschuldigen, aber die Weltgeschichte dreht sich nicht um Reichenberg und auch nicht um die dortigen Arbeiter-Bildungsvereine. Wir Gewerkschaftler sind keine Dogmatiker und besonders nicht in Oesterreich. Wir wissen, daß wir unsere Organisation der geschickten Taktik und dem organisatorischem Talent unserer Parteigenossen zu verdanken haben, daß die Gewerkschaftsorganisation in Oesterreich ein Kind der Socialdemokratie ist. Das vergessen wir nie, aber wir könnten nicht dafür, daß die Arbeiterclasse in ihrem Emancipationskampfe mit den alten Formen der Organisation nicht mehr auskommt. In einer Zeit der industriellen Entwicklung, in einer Zeit, wo der Capitalismus die Arbeiter in ihrem Vormarsche aufzuhalten sucht, braucht die Arbeiterclasse eine Form der Organisation, wo sie als Masse sich frei bewegen kann. Die Arbeiter können eben nicht darauf warten, daß das Parlament ihre wirthschaftlichen Forderungen erfüllt, sondern sie müssen aus eigener Kraft gegen das Unternehmerthum vorrücken. Es gibt zweierlei Formen des Classenkampfes: den Kampf der Classe als Allgemeinheit im Staate und der Kampf gegen die einzelnen Unternehmer. Wir können nicht warten, bis man uns etwas gibt, sondern wir müssen die Zeit ausnützen, um nicht zu degeneriren und dann für die Socialdemokratie überhaupt werthlos zu werden. Es geht nicht, daß die Reichenberger immer so über die Gewerkschaftsorganisation losziehen. Das Gewerkschaftssecretariat in Reichenberg mag Ihnen ja unangenehm sein. (Ruf: Im Gegentheil!) Dann begreife ich nicht, was Sie so gegen Wien reden. Sie sind ja in ihren Angelegenheiten autonom. Wir wissen, wie es dort mit der Partei steht und welchen Werth die Gewerkschaftscommission in Reichenberg hat, und wir haben mit unseren geringen Mitteln dem Wunsche der Reichenberger organisirten Arbeiter nachgegeben und dort ein Secretariat errichtet, denn wir sagten uns: Wenn in keinem Lande Oesterreichs die Gewerkschaftsorganisation unmöglich ist, so ist sie erst recht in Reichenberg möglich, und wenn man dort mit Bildungsvereinen der Arbeiterschaft irgendwelche Dienste zu erweisen glaubt, entschuldigen Sie, daß wir das verneinen. Wenn es möglich ist, in allen Ländern Oesterreichs schöne gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, warum sollte es nicht in einer Gegend möglich sein, wo 200.000 bis 300.000 großindustrielle Arbeiter wohnen. Ist es ein unbilliges Verlangen, wenn die Gewerkschaftscommission darauf dringt, daß dort alte, veraltete Formen der Organisation beseitigt werden? Wo in einem Bildungsvereine hundert Textilarbeiter sind, schadet das der Partei, weil sie in der Gewerkschaftsorganisation sein könnten. Kann Einer erklären, daß sich eine Gewerkschaft geweigert hätte, der Partei Dienste zu leisten? Nein! Aber das ist der alte chinesische Zopf bei Ihnen; haben Sie keine Angst, wir schneiden ihn Ihnen nicht weg, zum Andenken sollen Sie den Zopf noch recht lange behalten. (Heiterkeit.) Aber die Entwicklung geht vorwärts, und ob Einer oder der Andere sich dagegen stemmt, Sie werden sie nicht aufhalten. Die Arbeiter im Reichenberger Bezirk sind sich im Allgemeinen schon längst klar darüber, daß die Gewerkschaftsorganisation für sie eine Nothwendigkeit ist, aber auch für Sie sollte die Erkenntniß obwalten, diese Organisationen kräftig zu unterstützen. (Beifall.)

Schuhmeier (Wien): Die strengsten Parteigenossen haben hier an unserem Verhalten Kritik geübt. Selbst Diejenigen aber, die auszogen, um arg zu fluchen, mußten schließlich ihren Segen geben. Selbst die Rösser vor dem Parlament wurden von Genossen Brod in die Debatte hineingezogen, als ob sie Mitglieder des Parlaments oder gar des Verbandes wären. (Heiterkeit.) Ich will bei der Polemik mit den Rössern nicht anfangen, weil ich sonst nicht wüßte, bei welchem Roß ich aufhören soll. (Heiterkeit.) Unser Verhalten, wurde gesagt, soll nicht einmal den Schein eines Zweifels an dem Verbande aufkommen lassen. Der Zweifel wäre gut, wenn man auch nur den Schein einer Thatsache vorbringen würde (Adler: Könnte!), ja, vorbringen könnte. Der Adler hat ja immer recht. (Heiterkeit.) Was die Fahrkartensteuer betrifft, so waren wir die Einzigen, die mit einer dem Körber sehr unangenehmen Begründung dagegen stimmten.

Wir sagten dem Ministerium, daß aus dem Ertrag der Fahrkartensteuer nicht die Ausfälle durch die Aufhebung der Mauthen ꝛc. gedeckt werden sollen, sondern die Auslagen für Haubitzen und andere Werkzeuge der Mordcultur. Resel hat gesagt, daß die Erledigung des Neunstundentaggesetzes der Bergarbeiter nicht im Geringsten unser Verdienst ist. Resel weiß eben nicht, was für schwere Arbeit im Hause wir leisten mußten, bis es uns gelang, dieses Gesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Das war nur unseren Bemühungen zu danken. Resel sprach auch von der Apathie, die eingerissen ist. Er ist nobel und hat gleich höher hinaufgegriffen wie Bartel und hat deshalb die Mitglieder des parlamentarischen Verbandes dafür verantwortlich gemacht. Daß in einzelnen Bezirken Gleichgiltigkeit eingerissen ist, ist oft der Wahl der betreffenden Vertrauensmänner zu danken. Im Allgemeinen hat aber Resel da sehr aufgeschnitten. Das viel verlästerte Wien hat ungeheure Organisationsarbeiten in dieser Zeit geleistet. Wir haben eine Agitation und Organisation für das Centralorgan durchgeführt. Prähauser hat gemeint, die Genossen wünschen, daß große allgemeine Parteipolitik gemacht wird. Er hat davon geredet, daß nicht nur gegen die Christlich-Socialen gekämpft werden soll. Aber jeder Erfolg, Genossen, gegen die Christlich-Socialen ist ein Erfolg der ganzen socialdemokratischen Partei. (Zustimmung.) Es ist uns gelungen, die Christlich-Socialen, die einmal im Parlament sehr mächtig waren, stark an die Wand zu drücken. Wir sind durch unsere steten Angriffe dahin gekommen, daß die Herren schließlich den Beschluß faßten, sich mit den Socialdemokraten gar nicht mehr einzulassen. Das war ein Rückzug erster Classe. Wir müssen in Niederösterreich diesen Gegner unbedingt bekämpfen. Die Christlich-Socialen wären niederträchtig genug, die Aeußerung Prähauser's so umzudeuten, als ob wir vielleicht gar jetzt den Christlich-Socialen Frieden geben sollten, weil sie Gott weiß wie anständige Leute sind. Deshalb muß ich auf die gewiß nicht so gemeinten Aeußerungen Prähauser's eingehen.

Die Aeußerung des Abgeordneten Genossen Pernerstorfer über den Ausgleich wurde mißverstanden. Wir müssen gegen den Ausgleich ankämpfen, weil wir da wieder neue Belastungen zu erwarten haben. Wir haben der Bevölkerung zu zeigen, daß die Volksinteressen den dynastischen Interessen in Oesterreich stets untergeordnet werden! Die Behandlung des Ausgleiches wird uns ein Anlaß zur Agitation sein, wie wir ihn seit Langem nicht hatten. Wie wir den Ausgleich bekämpfen werden, das können wir heute noch nicht sagen, denn wir müssen warten, bis die Vorlage da sein wird. Dann erst werden wir unsere Kampfmittel wählen.

Es war noch kein Parteitag, auf dem nicht die Karlsbader Angriffe erhoben. Auch als Verkauf Abgeordneter war, waren sie unzufrieden, es gibt also kein Mittel dagegen. (Heiterkeit.) Auch in diesem Wahlkreis gäbe es sehr viel zu thun, und wenn nichts an Parteithätigkeit zu leisten wäre, so könnte Erziehungsarbeit geleistet werden. Auch in Karlsbad! Ich danke noch dem Genossen Brod dafür, daß er uns sagt, wir dürfen nicht vergessen, von wem wir gewählt worden sind, und daß es immer noch eine Noth in Oesterreich gibt. (Heiterkeit.) Wir verkehren aber auch noch mit anderen Genossen als mit dem Brod, und deshalb benöthigen wir diese Aufklärung nicht im Geringsten. Solche Aufklärungen können nur von den gegnerischen Blättern verwerthet werden. Die socialdemokratischen Abgeordneten, sagt Brod, sind „nicht genügend empört“. Es gibt eben Leute, die immer nicht genügend empört sind. (Heiterkeit.) Wenn sie aber die Vergangenheit prüfen, so werden Sie finden, daß Sie uns gerade in puncto Empörung keinen Vorwurf machen können. Da waren wir immer am Platz, denn Niemand empört sich leichter als Jemand, der das Herz am rechten Fleck hat. Brod empört sich immer nur am Parteitag, ob er sich im Parlament ebenso heftig empören würde, ist eine andere Frage. Brod will freilich stets das Gute, wenn er auch zumeist so das Böse schafft. (Brod: Das überlasse mir!) Was seinen Antrag anlangt, die Parteileitung möge nie vergessen, daß sie nur proletarische Interessen zu vertreten hat, muß ich schon sagen, daß wir damit in Aussig Wasser in die Elbe tragen. Ein Mißtrauen kann wohl Niemand darin lesen, aber überflüssig ist der Antrag vollständig. (Zwischenruf: Ablehnen!) Keine einzige Thatsache kann ihn begründen!

Es liegt auch ein Antrag des Dr. C z e ch auf Drucklegung eines Thätigkeitsberichtes der Abgeordneten vor, ich empfehle ihn Ihnen. Es wäre wirklich nicht schlecht und wir haben das selbst am Schluß der letzten Session erwogen, wenn wir auf Kosten des Verbandes unsere Thätigkeit zusammenfassen und diese Schrift herausgeben würden. Darauf haben Sie ein Recht, deshalb nehmen Sie den Antrag an. Adler sagte: Zurück ins eigene Haus, um im Innern Alles in Ordnung zu bringen! Er hat recht. Speciell im Punkt Vortragswesen ist Vieles zu verbessern. Viele frühere Vortragende sind jetzt durch anderweitige Beschäftigung abgehalten. Alles in Allem möchte ich unser Verhalten zusammenfassen: Wir haben im Parlament immer ohne alle Rücksicht nach oben und mit aller Rücksicht nach unten unsere Pflicht erfüllt. Nur sehr ungeschulte Köpfe können glauben, daß wir der Regierung je auch nur die geringste Gefälligkeit erwiesen haben. Wir zehn Mann können das übrigens gar nicht. Ueberall haben wir uns fürs gute Recht eingesetzt! Es liegt ein Antrag vor, dem parlamentarischen Verband den Dank auszusprechen. Sie machen uns mit der Annahme kein Geschenk; wir haben das redlich verdient. (Beifall und Händeklatschen.)

Muchitsch (Graz): Man hat von Stillstand der Bewegung gejammert, ich kann in diesen Jammer nicht miteinstimmen. Es ist das nur Unzufriedenheit mit dem bestehenden Fortschreiten. Das letztemal haben wir in den Zeiten ungünstigster wirthschaftlicher Conjunctur in den Reichsrath gewählt. Wenn wir in Graz nicht durch den Niedergang der Fahrradindustrie Tausende von Fahrradarbeitern und im Köflach-Voitsberger Revier durch Auswanderung von Bergarbeitern nicht viele hundert Wähler verloren hätten, dann wäre trotz des Bündnisses der Clericalen und Nationalen das Mandat nicht verloren gegangen. Keiner der Redner hat auf die ganz ungeheuren Wirkungen der wirthschaftlichen Krise verwiesen, wodurch unsere Organisationen naturgemäß Schaden leiden mußten. Es ist aber nicht wahr, daß ein solcher Stillstand in der gewerkschaftlichen Bewegung eingetreten ist, wie hier gesagt wurde. Nach der Statistik der Gewerkschaftscommission ist die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter nur ganz unbedeutend zurückgegangen. Dadurch, daß wir während der Krise in den Organisationen standhielten, haben wir unsere Festigkeit am besten bewiesen. Es wurde ferner gesagt, die Abgeordneten hätten nichts dazu beigetragen, daß das Neunstundengesetz der Bergarbeiter zu Stande gekommen ist. Nun, wir haben den Bergarbeitern erzählt, wem wir das Zustandekommen des Gesetzes zu danken haben, wir haben darauf verwiesen, daß d u r ch d e n S t r e i k a l l e i n das Gesetz nicht erreicht worden wäre, wenn wir nicht eine Vertretung im Parlamente hätten und wenn unsere Abgeordneten nicht mit allem Nachdruck dafür eingetreten wären, und haben damit nur den Thatsachen entsprochen. Genosse Dr. H u g o S t a r k hat von einer Verwässerung des Classenkampfes gesprochen. Der Kampf um politische Rechte ist gewiß ein bedeutendes Stück Classenkampf, aber nicht der ganze. Genosse Stark soll es Berufeneren überlassen, über die Reinheit des Classenkampfes zu wachen, solchen, die mit der Bewegung mehr Fühlung haben, die mitten drinnen stehen. (S t a r k: Ich stehe drin!) Das kann ich nicht entscheiden, aber jedenfalls stehen wir in einem anderen Verhältniß zur Bewegung wie Sie. Ich habe die Empfindung, dies sagen zu müssen, da auch Dr. Stark nur ganz persönliche Meinungen hier vertreten hat. Der Kampf gegen die Fahrkartensteuer wird den Classenkampf nicht verstärken und nicht verwässern. Es wäre besser gewesen, wir hätten beim Punkt Parteiorganisation eine nutzbringendere Debatte gehabt als bei der Frage der Parteitaktik. (Beifall.)

Löw (Karlsbad): Wir müssen uns gegen den Vorredner Genossen Muchitsch verwahren. Es sind hier nicht Delegirte erster und zweiter Classe. Wir in Westböhmen sind mit der politischen Taktik des Verbandes nicht ganz einverstanden. Die Debatten über Triest und Lemberg haben mit dem größten Pathos eingesetzt. Diese Bewegung ist aber plötzlich abgebrochen. Wenn man da geschickt eingesetzt hätte, so hätte mehr geschehen können, als geschehen ist. Unser Wahlkreis ist verloren gegangen, weil die Parteivertretung gewartet hat, bis wir abgeschlachtet waren. Die Parteileitung hätte früher eingreifen sollen, nicht erst, als wir umgebracht waren. Der Wahlkreis ist total zerfahren. Wir können nicht, wie Adler sagte, weiter zurückgehen, wir sind schon weit zurück. Die Parteivertretung hat Raufereien

der Einzelnen zu lange mitangesehen. In der Partei muß bessere Disciplin herrschen. (Rufe: Bei Euch!) Auch bei uns. Unsere Vorgänger sind bei uns die Schuldtragenden. Die Parteileitung hätte sagen müssen: Bis hieher und nicht weiter! Nicht einmal heute noch schreitet sie ein. (Skaret: Und was macht ihr am Ort?) Wir können den Streit nicht schlichten, weil wir die Personen nicht beseitigen können, welche die Störefriede sind. Der Wahlkreis wäre nicht verloren gegangen, wenn die Partei nur einen Mann in den Wahlkreis gestellt hätte, der sich der Sache angenommen hätte. (Zwischenruf: Ein Bezirkshauptmann! — Heiterkeit.) Wenn einmal ein unrichtiges Wort fällt, so darf nicht gleich der betreffende Delegirte angegriffen werden, namentlich nicht so wie von Genossen Dr. Adler, der Jeden, der über die Parteivertretung etwas sagt, was nicht nach seiner Meinung ist, niederbeißt. Aufgeregt haben sich die Abgeordneten genug, manchesmal nur zu viel. Ich erinnere nur an das Wort Schuhmeier's gegen Geßmann. (Schuhmeier: Da habe ich mich gar nicht aufgeregt. — Heiterkeit.) Die Partei soll die Reibereien unter den Parteigenossen nicht so ruhig mitansehen bis zu dem Moment, wo dann nichts mehr zu machen ist.

Schäfer (Reichenberg): Die Parteileitung und der Verband dürfen mit der Debatte vollständig zufrieden sein, waren doch die Angriffe der Unzufriedenen fast durchgehends unbegründete. Die Stürmer vergessen, daß unsere Bewegung heute nicht mehr dieselbe ist wie zur Zeit des Wahlrechtskampfes. Damals ist uns ein großer Theil des Bürgerthums sympathisch gegenüber gestanden. Die demagogischen Parteien waren noch nicht so entwickelt. Wer mehr stürmen will, vergißt, daß heute nicht mehr die Stimmung hiezu vorhanden ist. Damals haben wir eine schwache Organisation und eine stärkere Bewegung gehabt. Heute haben wir eine stärkere Organisation und ein stärkeres Verlangen nach inneren Organisationsarbeiten. Der Ruf nach innerer Arbeit ist ein guter! In manchem Wahlkreis in Böhmen sieht es nicht rosig aus. Aus jenem Wahlkreis, wo es am traurigsten liegt, werden die meisten Angriffe gegen die Parteileitung laut. Aber im gleichen Athem sagen diese Vertreter selbst, daß ihnen Niemand in die Versammlungen kommt. Wir haben die Stimmung im IV. böhmischen Wahlkreis nicht nach den Aeußerungen der Delegirten zu beurtheilen. Hunderte dortiger Genossen, ich kenne den Bezirk, beurtheilen die Dinge ganz anders. Nun zu Reichenberg. Ich bedaure aber, daß ein Delegirter da die Frage Arbeiter-Bildungsverein—Gewerkschaft aufgeworfen hat, die schon längst erledigt ist. Nur eine sehr kleine Anzahl von Genossen lebt noch in der Meinung, die alte Organisationsform dürfe nie verändert werden. Es ist so viel zu thun für Alle, die arbeiten wollen, daß Niemand sagen darf: es wird zu wenig Arbeit gefordert. Man darf eben nicht immer auf irgendeine Ordonnanz warten und braucht nicht von der Parteileitung sich erst stoßen zu lassen. (Beifall und Händeklatschen.)

Rießner (Brünn): Es besteht wohl nur eine Meinung auf dem Parteitag, daß die Fraction sehr viel geleistet und sich brav und tapfer gehalten hat und unseren Dank verdient. In zwei Fällen hat die Fraction aber gebremst: bei der Fahrkartensteuer und bei den Triester Vorfällen. Der erste Fall ist nicht von großer Bedeutung. Aber im zweiten Falle hätte man nicht gleich — auch im Centralorgan — erkennen lassen sollen, daß man es nicht allzu böse meint. Ich fürchte mich nicht vor dem Wort Obstruction. Wenn die Fraction energisch vorgegangen wäre, so hätte Körber nicht in solcher Weise vorgehen können. In großen Kreisen hat diese Taktik, wenn nicht Befremden, so doch Verwunderung erregt. Aber man braucht deshalb kein großes Geschrei zu erheben, ich hätte mich deshalb auch nicht zum Wort gemeldet. Es geht auch nicht an, daß man Parteivertretung und Fraction zum Prügelknaben oder gar, wie ein böhmischer Delegirter wollte, zum Mädchen für Alles macht. Wenn man selbst in einem Wahlkreis nicht Ordnung macht, so kann das auch die Parteivertretung nicht. Die Schuld des Stillstandes liegt in der wirthschaftlichen Krise, an der fünften Curie, die viele Genossen nicht dauernd befriedigt. Durch lärmende Thätigkeit ist für den Ausbau der Organisation nichts gemacht worden. Es ist gut, daß eine Zeit kommt, wo wir für den Ausbau der Organisation Ruhe haben. Adler sagte, daß die niederösterreichischen Genossen sich an dem Kampfe um das Landtagswahlrecht nicht betheiligt haben, damit das Princip der fünften Curie nicht in die Landtage ein-

dringe. Die Parteivertretung hätte den einzelnen Landesvertretungen diese sehr vernünftige Erwägung mittheilen sollen, damit die Landesvertretungen es sich zur Richtschnur genommen hätten.

Vorsitzender **Popp**: Es ist folgender Antrag eingelaufen:

Der Parteitag nimmt den Bericht des Verbandes der Abgeordneten zur Kenntniß und spricht ihm für sein entschiedenes Eintreten für die Interessen der gesammten Arbeiterschaft des Reiches Dank und Anerkennung aus.

Schäfer, Muchitsch, Polke, Prähauser, Schrammel, Spielmann.

Die Debatte ist geschlossen.

Es folgen thatsächliche Berichtigungen:

Sponer (Reichenberg): Es wurde uns der Vorwurf gemacht, daß wir in Reichenberg gewissermaßen einen Zopf hätten. Wir sind nicht Gegner der gewerkschaftlichen Organisation, wir haben schon seinerzeit einen Fachverein der Textilarbeiter gehabt, der circa viertausend Mitglieder hatte. Wir haben auch andere Branchen organisirt. Ich erkläre in der Regel, daß die gewerkschaftliche Organisation die beste Form der Arbeiterorganisationen ist. Wenn Hueber sagt, die Welt dreht sich nicht um Reichenberg, so muß ich sagen, die Welt dreht sich auch nicht um die Gewerkschaftscommission. Denn die Verhältnisse bestimmen die Menschen und nach diesen muß man sich richten. Wir haben eine Menge Leute, die gewerkschaftlich nicht so leicht zu organisiren sind, und auch für die müssen wir den passenden Rahmen schaffen.

Behr (Saaz): Ich habe nur die Meinung ausgesprochen, daß es noch wichtigere Fragen als den Ausgleich gibt, und zwar that ich das deshalb, weil zwei Redner vor mir eine Action gegen den Ausgleich einleiten wollten.

Brod (Wien): Ich berichtige thatsächlich: Die Fraction hat bei der Berathung der Fahrkartensteuer es einem bürgerlichen Abgeordneten überlassen, für Arbeiterkarten die Befreiung von der Fahrkartensteuer zu begehren. (Ellenbogen: Das war eben nur Pflanz!) Genosse Schuhmeier ist unter die Aesthetiker gegangen, aber es kann sich nicht Jedermann mit den unteren Partien des menschlichen Körpers befassen. (Vorsitzender: Das überschreitet den Rahmen einer thatsächlichen Berichtigung.)

Dr. **Stark** (Karlsbad): Ich bin seit neun Jahren mitten in der Bewegung. Nur aus Unkenntniß der Verhältnisse kann ich mir die Aeußerungen des Genossen Muchitsch erklären. Es dürfen nicht Delegirte erster und zweiter Classe geschaffen werden. (Muchitsch: Wie sind Sie denn zu Ihrem Mandat gekommen?) Das fragen Sie die Karlsbader.

Schuhmeier (Wien): Dem Genossen Brod gegenüber berichtige ich thatsächlich, daß wir im Parlamente stets am Platze waren. Was die Fahrkartensteuer betrifft, sei gesagt, daß wir es eben nicht verhindern können, daß zuweilen auch ein bürgerlicher Abgeordneter einen arbeiterfreundlichen Antrag stellt, ohne daß er kommt und uns frägt, ob wir das erlauben. Meine Privatangelegenheit wegen des Götz von Berlichingen geht Brod nichts an.

Es erhält nunmehr das Schlußwort

Berichterstatter **Pernerstorfer**: Gestatten Sie, daß ich zuerst meine Stellung zu den eingebrachten Anträgen markire. Dem Antrage Czech stimme ich zu. Ich werde versuchen, daß auch noch nachträglich über die Thätigkeit der Socialdemokraten in den verflossenen Sessionen ein statistischer Bericht gemacht werde, obwohl die Arbeit sehr langwierig und langweilig ist. Zum Antrag Brod habe ich zu bemerken: So weit die Bemerkungen in ihm wahr sind, sind sie so alt und so überflüssig, daß ich nicht glaube, daß die Nothwendigkeit vorliegt, den Antrag anzunehmen. Die zweite Hälfte des Antrages ist aber ganz unmöglich. Compromisse, durch die die Partei compromittirt werden kann, sollen thunlichst vermieden werden; das heißt, es wird uns zugemuthet, daß wir vielleicht doch einmal ein Compromiß eingehen, durch das wir compromittirt werden. Ich bin kein solcher Dogmatiker wie Brod, der mir gegenüber ein bibelfester Mensch ist, ich bin

nicht absolut gegen Compromisse, aber ein Compromiß, durch das wir compromittirt werden, kann ich nicht eingehen, ich, der Opportunist und Compromißler. (Heiterkeit.)

Die Debatte hat sich vornehmlich mit der Frage des Ausgleiches und der Obstruction beschäftigt. Dr. Adler hat gesagt: Obstruction kann nur gemacht werden im Falle eines wirklichen Rechtsbruches. Ich stimme dem bei, aber auch nur mit einer Einschränkung. Rechtsbeugungen sind bei uns sozusagen das tägliche Brot; sie sind nicht so selten, weder in der politischen Verwaltung noch im Parlament. Sie können also an sich noch keinen Anlaß zur Obstruction geben. Die Obstruction ist nur dann möglich, wenn diese Rechtsbeugung so kraß ist, daß sie große Massen in Erregung bringt. Aber die Obstruction ist auch möglich, wo keine Rechtsbeugung vorliegt, sondern wo es sich um eine Verletzung wichtiger Interessen großer, bewußter Massen handelt, um solche Interessen, die den breiten Massen an den Leib gehen. Dann kann die parlamentarische Minorität, die aber in der That die Majorität des Volkes repräsentirt, parlamentarische Obstruction machen. Die Obstruction ist, rein theoretisch betrachtet, nach unserer Geschäftsordnung jeden Tag möglich. Sie können bestimmen: wir fangen um so und so viel Uhr an, Obstruction zu machen. Theoretisch und rein abstract genommen, ist das möglich. Aber eine andere Frage ist es, ob eine solche Obstruction jenen Wiederhall in der Bevölkerung findet, daß sie mit Erfolg durch längere Zeit durchgeführt werden kann. Nun hat man es mir verübelt, daß ich gesagt habe, der Ausgleich werde wahrscheinlich im Parlamente angenommen werden. Man hat sogar, weil ich gesagt habe: „Wir werden ihn fressen" gemeint, unsere Fraction werde zustimmen. Das ist ein Mißverständniß, das ich nicht aufzuklären brauche. Wir Socialdemokraten werden selbstverständlich Alles thun, um die Ausgleichsvorlagen zu Fall zu bringen. Wenn ich „wir" sagte, so meinte ich natürlich „wir, das Parlament." Aber man hat auch gesagt, es sei taktisch ungeschickt, das zu sagen. Da bin ich nun der Meinung, daß es in der Politik das Sicherste und Beste ist, wenn man ganz offen spricht. Es hat auch in den Reihen der Delegirten eine große Anzahl gegeben, die mit Recht sagten: Es ist nicht so leicht, in den Massen die Ausgleichsfrage so „populär" zu machen, daß sie den Anhaltspunkt für eine Obstruction bilden könnte. Wenn es gelingen sollte, durch eine Verknüpfung von heute ganz unbekannten und ganz unmöglich erscheinenden Verhältnissen eine solche Bewegung im Volke hervorzurufen, dann liegt eine geänderte Situation vor. Wie die Dinge heute stehen, wird es wohl bei dem bleiben, was ich gesagt habe.

Pölzer, der als erster Redner sich mit dieser Frage beschäftigte, hat überhaupt gemeint, wenn wir immer so in der Partei überlegt hätten, wie wir das jetzt thun, wäre es schlecht gewesen. Ich glaube, auch in der Zeit, wo die Partei mehr eine äußerliche, eine außen in die Augen springende Politik getrieben hat, hat sie das auch mit voller Ueberlegung gethan. Auch als die Partei in Wien auf die Straße ging, ist das nicht geschehen, weil plötzlich ein unwiderstehlicher Drang die Partei erfaßt hat, sondern die Vertrauensmänner der Partei haben am grünen Tisch darüber gesprochen, und man ist mit großer Ueberlegung auf die Straße gegangen. Als der berühmte Tag der Lex Falkenhayn war, da war es auch nicht anders. Um 3 Uhr Nachmittags war die Sitzung aus und um 10 Minuten später sind die 14 Mitglieder des Verbandes am grünen Tisch gesessen, und in dieser Sitzung wurde Punkt für Punkt genau bestimmt, was unsere Abgeordneten am anderen Tage zu thun haben. Dr. Adler und ich waren auch dabei. Sie sehen, wie unrecht Sie thun, wenn Sie etwa den Dr. Adler verdächtigen, als ob ihm das Bremsen sozusagen im Blute läge. Gewiß, es gibt Leute, die vielleicht in einem Augenblicke zu viel überlegen, aber ich glaube, der Fehler ist noch immer eher zu ertragen als der andere, wenn man nämlich zu wenig überlegt. Der Verband ist bei der Kritik, so weit ich übersehen kann, noch immer ganz gut weggekommen. Es sind von einigen Seiten schwere Anwürfe erhoben worden, aber es hat sich gezeigt, daß die Mehrheit des Parteitages doch nicht auf der Seite Derjenigen steht, die uns so verurtheilen. Doctor Czech war selbst so einsichtsvoll, zu sagen, er habe manchmal die Empfindung

gehabt, daß der Verband zu wenig gethan habe, aber schließlich sei er selbst daraufgekommen, daß es doch nur eine Empfindung sei. Andere aber haben gegen den Verband mit bloßen Schlagworten gearbeitet, so wenn Dr. Stark von einer zuwartenden Haltung des Verbandes gegenüber dem politischen Marasmus spricht. Ich weiß nicht, ob Dr. Stark den Marasmus innerhalb der Partei meint. Ich glaube, ein Marasmus, eine politische Theilnahmslosigkeit der Partei läßt sich denn doch nicht behaupten. Wenn aber Stark jenen Marasmus meint, an dem wir in Oesterreich seit jeher leiden, den können wir nicht mit einem Schlage aus der Welt schaffen. Einiges haben wir auch da schon geleistet. Und Dr. Stark selbst wird nicht leugnen können, daß schon durch das Bestehen der Partei in den politischen Verhältnissen Oesterreichs bedeutende Wandlungen hervorgegangen sind, und wenn man von den Dingen in Böhmen spricht und sich nicht erinnert, wie es hier noch vor 15 Jahren in politischer Beziehung ausgeschaut hat und wie heute, so scheint mir das eine große Ungerechtigkeit.

An dieser Stelle gleich möchte ich einfügen, daß, obwohl es nicht ausgesprochen wurde, ein Grund der Unzufriedenheit mit den Abgeordneten auch speciell darin liegt, daß wir nicht überall hinkommen, wohin wir gerufen werden. Denken Sie daran, daß die sieben deutschen Abgeordneten unmöglich allen jenen Anforderungen nachkommen können, die an sie gestellt werden. Die Genossen aus Karlsbad speciell haben es gern, wenn wir hinkommen, und wenn es nach den Karlsbadern ginge, wir sieben hätten das ganze Jahr sehr viel bei ihnen zu thun. Ich glaube auch, daß das kein sehr gutes Zeichen für das Mißtrauen ist, das auch die Karlsbader Genossen zu uns haben. Sie müssen uns doch nicht für gar so schlechte Praktiker und Taktiker halten, weil wir ja auch bei ihnen die Praktik und Taktik der Partei und des Verbandes vertheidigen würden. (Heiterkeit und Beifall.) Das ist nicht nur in Karlsbad so, sondern das ganze deutsche Organisationsgebiet schreit nach den Abgeordneten. Der Parteisecretär könnte Ihnen ein Lied davon erzählen. Das hat eben seine Gründe. Da hat man eine große Rede des Schuhmeier oder Seitz in den Zeitungen gelesen. Die sind nun sehr berühmte Männer und in ganz Oesterreich will man sie hören.

Dr. Stark hat dem Verband eine connivente Haltung gegen Körber vorgeworfen, und auch Resel hat uns zum Vorwurf gemacht, daß wir geholfen hätten, das Parlament lebendig zu machen. Ich gestehe Ihnen offen: als Körber im vorigen Jahre den geschickten Einfall hatte, durch große wirthschaftliche Vorlagen die nationalen Dinge in den Hintergrund zu schieben, da haben wir uns eindringlich gefragt, was wir thun sollen, und der gesammte Verband kam zu dem Entschluß, daß wir die Verantwortung nicht auf uns nehmen, außer in den Fällen der allerdringendsten Noth, etwas zu thun, um das Parlament zu ruiniren. Wir wissen, wie werthvoll der Bestand eines parlamentarischen Bestandes ist und wie sehr wir wirken können. In der That hat Resel insoweit recht, daß er sagen kann: Der Verband hat nichts gethan, um das Parlament zu sprengen. Wir wollten nicht activ gegen das Parlament wirken, schon deshalb nicht, weil im Falle einer Zerstörung des Parlaments wir dann die Schuld hätten tragen müssen, wenn Zustände gekommen wären, die wir nicht wünschen. Am allerwenigsten hat Stark recht, wenn er glaubt, daß die Rücksichtnahme auf specielle Verhältnisse Wiens und auf die niederösterreichischen Landtagswahlen für die Haltung des Verbandes und der Parteileitung maßgebend gewesen wäre. Es ist naturgemäß, daß die niederösterreichischen Verhältnisse für uns nicht ohne Belang sind, aber glauben Sie doch nicht, daß der Kampf, den wir in Niederösterreich führen, nur niederösterreichische Interessen berührt. (Beifall.) Die Verhältnisse in Wien sind eben nicht ohne jeden Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in Oesterreich überhaupt. Wien ist trotz den großen aufstrebenden centrifugalen nationalen Bewegungen doch das Haupt des Reiches, und was in Wien geschieht, ist nicht ohne Belang für das Reich.

Je geringer der Einfluß Lueger's im Parlament geworden ist, umso freier ist die Bahn für alle jene Elemente, die wenigstens das Eine wollen: daß nicht das Allerpöbelhafteste in Oesterreich obenauf schwimmt, und es ist nicht gleichgiltig, welche Partei uns gegenübersteht. Wir führen im österreichischen Parlament den erbitterten Kampf gegen die Christlich-Socialen. Ja, aber schauen Sie sich

die Verhältnisse dort doch an. Wer schimpft denn auf die Arbeiter in der unfläthigsten Weise? Es sind die Christlich-Socialen und die Schönerianer, gegen die wir wahrhaftig auch nicht milde vorgegangen sind. Wenn heute die Deutsche Volkpartei und die Liberalen in den Formen concilianter gegen uns sind, mag das vielleicht nur dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse es ihnen nicht angezeigt erscheinen lassen, mit voller Offenheit gegen uns vorzugehen. Aber in der Politik stehen die Dinge eben so, daß sich die Verhältnisse verschieben, und uns ist es heute nicht gleichgiltig, ob andere bürgerliche Parteien in Niederösterreich das Uebergewicht erlangen oder ob die Christlich-Socialen es behalten. Das ist zwar zunächst eine Frage für Niederösterreich. Aber die weitere Befestigung der christlich-socialen Herrschaft in Oesterreich bedeutet auch die Befestigung aller ohnehin so scharfen clericalen Bestrebungen.

Auch daß die Führer nichts thun, hat Stark gesagt. Ich weiß nicht, was er sich darunter vorstellt. Meint er, daß wir für die Agitation nichts erfinden oder daß wir nichts in der Partei leisten? Auch diese Behauptung gehört in die Kategorie jener, die nichts sind als allgemeine Redensarten, die durch keine concreten Beweise belegt sind. Er hat von der Einschläferung des Classenbewußtseins gesprochen. Aber ich kann versichern, daß die Reden unserer Abgeordneten alle von proletarischem Geiste getragen waren, und daß aus diesen Reden, die doch massenhaft gelesen werden, nicht eine Erschlaffung, sondern eine Stärkung des Classenbewußtseins resultirt. (Beifall.)

Stark meint, wenn trotz Obstruction und trotz aller Mittel der Ausgleich Gesetz wird, sollten wir die schärfste Obstructionswaffe in die Hand nehmen: wir sollen zur Thür hinausgehen und Abstinenz treiben. Wenn wir in einem anderen Lande lebten, wäre es vielleicht erklärlich, wenn ein solcher Vorschlag gemacht würde, aber nicht in Oesterreich, wo die Politik der Abstinenz einmal von einem großen mächtigen Volksstamm, den Czechen, geübt wurde. Und was war die letzte Folge dieser Abstinenz? Die Czechen haben gesehen, daß die Abstinenz nicht etwa ihr Gewicht und ihr Ansehen vermehrt, sie mußten im Gegentheil fürchten, daß der Zeitpunkt kommen werde, wo man sie einfach als eine Menge, die man gar nicht mehr zu beachten braucht, ansehen werde. Sie haben sich noch rechtzeitig entschlossen, die Abstinenz aufzugeben. Das war vor nun mehr als zwanzig Jahren, und ich glaube nicht, daß die Czechen für sich eine bessere Politik gemacht haben vor ihrem Wiedereintritt in das Parlament als nachher.

Zum Schluß hat Stark gesagt, bei der Masse sei eine Gleichgiltigkeit gegen das Parlament und gegen den Verband eingetreten. Da möchte ich nur wieder darauf verweisen, wie oft man uns als Redner wünscht. Und ich habe mich gerade im Gegentheil oft gewundert, wie genau die Genossen unsere parlamentarischen Actionen verfolgen und wie sie mit den Details vertraut sind. Schon Schuhmeier hat darauf hingewiesen, daß es eine arge Täuschung wäre, wenn man glauben würde, der Neunstundentag wäre auch ohne uns gekommen. Da kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen, er wäre nicht gekommen, wenn wir nicht so seccante Leute gewesen wären, die durch Wochen hindurch der Regierung keine Ruhe gelassen haben. Vieles, was gethan wird, wird in der Oeffentlichkeit nicht bekannt. Aber wir sind unangenehme Dränger, und wenn Sie meinen, es sei der Socialdemokraten nicht würdig, daß wir das auch hinter den Coulissen thun, so übersehen Sie, daß wir hier andere Verhältnisse haben als unsere Genossen in Preußen. Es steht einmal bei uns und in den süddeutschen Landtagen so, daß halt die Minister nicht solche Leute sind wie die preußischen Herrgötter. Es gibt unter unseren Ministern in Süddeutschland und Oesterreich solche, die keine Ladstöcke verschluckt haben und selbst mit einem Socialdemokraten sehr gern reden. Nicht wir brauchen sie anzureden, sie kommen selbst zu uns. Es ist da auch der Volkscharakter in Anschlag zu bringen: der Verkehr unter den Leuten ist anders, nicht so schroff wie in Preußen. Selbst Brod, der doch so ein Principienwächter ist, wird mir zugeben, daß es nicht nothwendig ist, mit Ministern nicht zu sprechen, bloß weil sie Minister sind. Prähauser hat dem Verband vorgeworfen, er mache zu hohe Politik. Das ist auch so eine Bemerkung, mit der ich nichts zu machen weiß. Wir müssen die Politik machen, die im Abgeordnetenhause zu machen ist.

Wir müssen uns auch mit der „hohen" Politik, ja sogar mit der auswärtigen Politik beschäftigen. Daß wir aber je vergessen würden, auch die kleinen nothwendigen Dinge zu machen, speciell bei Berathung von Gesetzesvorlagen die Interessen der Arbeiter zu vertreten, das kann uns ja Niemand vorwerfen.

Brod hat in seiner Polemik gegen mich gemeint, einmal hätte ich mich ganz besonders vergangen, nämlich dem Stransky gegenüber. Ich will zugestehen, es war unvorsichtig, daß ich zugehört habe. Ich hätte es machen sollen wie die Anderen (Adler: Ausspucken und weggehen!), dann hätte mir das nicht passiren können. Brod aber sagt, gegen Deutschnationale würde ich das nicht thun. Wir haben unter den Deutschnationalen gegenwärtig keinen, der diese Art von Geschäftspolitik getrieben hätte wie Dr. Stransky. Er ist etwa anfangs der Neunzigerjahre in das Haus gekommen. Das war die Zeit, wo der Badeni in der Nähe war. Damals war es der Stransky, der den Unterhändler abgab und die Jungczechen dem Badeni zugeführt hat. Die Jungczechen hatten doch in den letzten Jahren im Parlament eine ganz nette Figur gemacht, jetzt wurden sie mit allen Mitteln der Geschäftspolitik zu Badeni hinübergeführt. Daß sie sich von Badeni zu Schurkereien haben benützen lassen, würde ich ihnen aber noch immer nicht so verargen. Dem Kramarsch zum Beispiel verzeihe ich noch eher Alles, weil ich mir da noch immer denke: Bei ihm kommt es — wenn es mir auch unsympathisch ist — doch aus einer starken Leidenschaft, und wenn ein Mensch aus Leidenschaft etwas thut, was auch immer es sei, so pardonnire ich ihn zum Schluß doch. Aber der Stransky, das ist ein Mensch, der die größten Tiraden, die größten Drohungen mit einem so höhnischen, selbstgefälligen Lächeln begleitet, daß ich auf der ganzen Welt, so weit ich herumgekommen bin, keinen Menschen wüßte, der so das Bild eines widerwärtigen Charakters gibt. (Beifall), eines Charakters, bei dem der Widerspruch dessen, was er redet und thut, worüber er sich aber innerlich lächerlich macht, mit dem was er glaubt, so sehr in die Erscheinung tritt. (Abgeordneter Schuhmeier: Der czechische Geßmann! Beifall.) Das ist der Grund, warum ich mich damals nicht zurückhalten konnte, und es war nicht geschmackvoll von Brod, mir zuzumuthen, daß ich Stransky deshalb, weil er ein Czeche ist, so angreife. Dieser Vorwurf war ebensowenig geschmackvoll, als wenn ich sagte, Brod habe mit Stransky wegen der alten heimatlichen Klänge und Zusammenhänge so viel Mitgefühl. (Große Heiterkeit und Beifall.) Brod meinte auch, der Umstand, daß wir socialdemokratischen Abgeordneten vielfach auch bürgerliche Stimmen erhalten haben, macht uns zu Concessionen geneigt. Sie wissen ja, wie die fünfte Curie beschaffen ist. Wir müssen, wenn wir candidiren, vor die gesammte Bevölkerung treten. Aber man könnte uns einen Vorwuf doch nur dann machen, wenn wir bei unseren Candidatenreden oder später im Parlament wirklich auf die Interessen der Bourgeoisie Rücksicht nehmen würden. Nun sagen Sie mir einen Fall, wo wir gegen die Interessen der Arbeiter oder auch nur ohne Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter etwa die Interessen des Bürgerthums vertreten hätten.

Es gibt wirklich einen solchen Fall, der merkwürdigerweise in der ganzen Debatte gar nicht erwähnt wurde: unsere Abstimmung beim Verbot des Terminhandels. Damals haben wir gesagt: Das ist eine Sache, die nicht gegen das Interesse des Proletariats, sondern nur gegen die bisherigen Ergebnisse aller wissenschaftlichen Betrachtung geht. Die Bauern aber glauben, daß ihnen das etwas hilft. Warum sollen wir ihnen also in die Suppe spucken, die sie für schmackhaft halten! Sie werden schon selbst darauf kommen, aber wir haben damals gestimmt nach einer ausdrücklichen Erklärung, die in unserem Namen Abgeordneter Elderſch abgab. Wenn wir alle Vorwürfe Brod's zusammenfassen, so glaube ich, gehen sie im letzten Grunde darauf aus, der Parteitag solle beschließen, daß die zehn Abgeordneten des Verbandes das Programm zehnmal abschreiben sollen, damit sie es sich endlich merken. (Lebhafte Heiterkeit.)

Löw hat uns gesagt, wir hätten bei der Triester Affaire früher eingreifen sollen. Da muß er die Parlamentsverhandlungen doch nicht gut im Kopfe haben. Wir haben, bevor in Triest geschossen wurde, bereits eine parlamentarische Action eingeleitet, aber wir haben auch privatim, und zwar vor Zeugen dem Körber 24 Stunden früher gesagt: „Sie werden dafür verantwortlich sein

wenn geschossen wird!" Wir haben Alles vorher gethan, was möglich war. Nießner hat sich auch beklagt, daß wir damals nicht genug scharf vorgegangen seien. Ich verstehe wirklich nicht, was er will. Man kann verschiedener Ansicht sein über das, was man hätte machen sollen, aber darüber kann kein Zweifel sein: Was die Kraft der Ausdrücke betrifft, die wir damals gebraucht haben, so ist das Menschenmögliche geschehen, und zwar in einem Grade, der manchem Genossen bereits über die Hutschnur gegangen ist.

Es soll doch einer der Parteigenossen sagen, was man hätte thun sollen. Es ist wahr, brutal und niederträchtig war das Vorgehen in Triest. Der Körber hat einfach das decken müssen, was der Goëß, der ja hohes Blut in sich hat, gethan hat. Aber in früheren Zeiten war bei solchen Gelegenheiten das Nächste, daß die Leute für das Schießen Orden bekommen haben: aber diesmal — und ich glaube, ich werde es nicht einmal dadurch verhindern, daß ich es hier prophezeie — ist es sicher, daß die Tage des Goëß in Triest gezählt sind. Sie dürfen aber nicht erwarten, daß die Socialdemokratie und die politische Anständigkeit in Oesterreich schon so stark sind, daß eine bureaukratische Regierung, und eine solche ist doch die Regierung des Körber, gegenüber der vollendeten Thatsache einer militärischen Schießerei etwa zugeben könnte, es sei ein Unrecht geschehen. Das ist für einen Mann wie Körber und für jeden österreichischen Ministerpräsidenten eine selbstverständliche Sache, daß das Militär recht hat. Aber so wenig der Ministerpräsident ein Held ist, daß ihm die Sachen, die ihm der Goëß gemacht hat, nicht angenehm waren, können Sie mir glauben.

Aber wir werden Gelegenheit haben, ihm wiederum zu sagen, wie leichtsinnig und im höchsten Grade geringschätzig die Regierung Körber mit dem Leben des Volkes umgeht. Das Parlament wird zusammentreten und das Erste wird sein, daß wir den Landarbeiterstreik in Galizien in die gehörige Beleuchtung stellen werden (Beifall), und bei der Gelegenheit wird den herrschenden Mächten wiederum in reichlichem Maße die Wahrheit gesagt werden.

Ich habe gestern gesagt, daß wir uns dessen bewußt sind, nicht Alles gethan zu haben, was gethan werden mußte; aber das Eine nehme ich für uns in Anspruch: der Verband hat in seiner Gesammtheit, und jeder Abgeordnete hat für sich in ehrlicher, aufrichtiger Absicht und nicht ganz ohne Erfolg seine Arbeit in die Wagschale geworfen zum Besten des österreichischen Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung um ½1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr und ertheilt zunächst zum Bericht der Commission, welche über die Ausschließung des Genossen Jenischek zu berathen hat, das Wort an

Resel (Graz): Ein Wiener, Genosse Jenischek, wurde von der Organisation des XIX. Bezirkes aus der Partei ausgeschlossen und hat dagegen Berufung an den Parteitag ergriffen. Der Parteitag soll nun darüber entscheiden, ob Jenischek eine solche unehrenhafte Handlung begangen hat, daß er nicht weiter werth ist, unserer Partei anzugehören. Die Commission hat nach eingehender Untersuchung entschieden, daß die Ausschließung nicht gerechtfertigt ist, und zwar mit Rücksicht auf das der Ausschließung Vorhergegangene. Jenischek ist schon seit langer Zeit in der Partei thätig, wenn auch sein Name nicht in weiteren Kreisen bekannt ist. Er war im Arbeiter-Bildungsverein „Lassalle" eifrig thätig; es haben sich jedoch Streitigkeiten ergeben und es wurde beschlossen, ihn als störendes Element aus dem Verein auszuschließen. Jenischek war bestrebt, diese Ausschließung rückgängig zu machen und verlangte, es solle das Schiedsgericht einberufen werden. Das Verlangen wurde aber nicht erfüllt. Er appellirte an die Generalversammlung, war aber, als diese tagte, krank; der Brief, den er an die Generalversammlung gerichtet hatte, wurde gar nicht vorgelesen. Er wendete sich dann an andere

Factoren, allerdings nicht mit dem nöthigen Nachdruck, wurde aber abgewiesen. Nun wendete er sich an die Polizei, diese möge den Verein verhalten, den Statuten entsprechend vorzugehen. Er hat darauf verwiesen, daß bei der Generalversammlung nicht ordnungsmäßig Protokoll geführt wurde, daß nicht ordentliche Controle vorgenommen wurde und daß der Verein die Einberufung des Schiedsgerichtes abgelehnt habe. Als nun der Polizeirath die Erledigung dieses Ansuchens an den Verein schickte und die Genossen so erfuhren, daß sich Jenischek an die Polizei gewendet habe, wurde Jenischek vom XIX. Bezirk ausgeschlossen. Es war der Commission klar, daß es unstatthaft ist, wenn ein Genosse in einer derartigen Angelegenheit die Polizei als Hilfe oder Richter anruft.

Unter Umständen wäre ein solches Vorgehen entschieden hinreichend, um Jemanden aus der Partei auszuschließen, aber in Berücksichtigung dessen, daß man vorher Jenischek, der früher immer fleißig gearbeitet hatte und auch während der Wahlen seine Pflicht gethan, wirklich bitteres Unrecht gethan hat, und daß Jenischek sein Recht nirgends finden konnte, sowie mit Rücksicht auf das lebhafte Temperament, das daran schuld sein soll, daß er nicht immer bei seinen Ueberlegungen die nöthige Zeitdauer eintreten läßt, um einen überlegten Beschluß hervorzurufen (Heiterkeit), hat die Commission beschlossen, zu empfehlen, daß der Ausschluß des Jenischek aus der Partei nicht gutgeheißen werde. Ein Genosse, der aus der Partei ausgeschlossen wird, ist moralisch ruinirt, und man muß es sich sehr wohl überlegen, ob man gegen einen Genossen, der früher seine Pflicht gethan, mit diesem äußersten Mittel vorgeht. Andererseits geht es doch nicht an, daß eine derartige Handlung, wie sie Jenischek begangen, ohne Sühne bleibe.

Die Commission fand nach eingehender Prüfung des Falles Jenischek:

Der Ausschluß Jenischek's aus dem Bildungsverein „Lassalle“ kann weder der Form noch dem Inhalte nach als gerechtfertigt bezeichnet werden.

Jenischek hat nun aber im Kampfe gegen das ihm widerfahrene Unrecht zu Mitteln gegriffen, die bei strenger Auslegung der Parteiorganisationsbestimmungen seinen nachher erfolgten Ausschluß aus der Partei gewissermaßen rechtfertigen ließen.

Aber mit Rücksicht darauf, daß der Fehltritt Jenischek's im Kampfe gegen erlittenes Unrecht erfolgte, beantragt die Commission:

Dem durch die Organisation des XIX. Wiener Bezirkes erfolgten Ausschluß Jenischek's aus der Partei stimmt der Parteitag nicht zu, sondern beschließt:

Jenischek ist zwar nicht als aus der Partei ausgeschlossen zu betrachten, aber er hat dadurch, daß er im Streite mit seiner Organisation die Polizei als Helfer angerufen hat, den Anspruch, in der Partei oder einer ihr zugehörigen Organisation eine Function zu bekleiden, verloren.

Der Parteitag genehmigt den Beschluß der Commission.

Sodann erhält das Schlußwort zur **Parteitaktik** der

Berichterstatter Dr. **Adler**: Am Ende einer eingehenden Discussion über die Parteitaktik muß man sagen, daß der Einladung der beiden Referenten, Beschwerden vorzubringen, in reichlichem Maße Folge gegeben wurde. Aus der Debatte geht die erfreuliche Thatsache hervor, daß die Genossen unzufrieden sind, unzufrieden mit dem, was erreicht wurde, unzufrieden mit der Schnelligkeit und der Energie der Vertrauensmänner. Das ist darum erfreulich, weil daraus hervorgeht, daß, wenn die Vertrauensmänner mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Energie und nach allen Möglichkeiten, die die Lage gibt, zum Kampfe übergehen, sie hinter sich Leute wissen, denen es noch immer zu langsam geht. Es ist das eine weit angenehmere Lage, als wenn wir das Bewußtsein haben müßten, daß wir zwar voransmarschiren, daß aber Niemand hinter uns kommt. Es ist uns lieber, daß wir uns sagen können: Wenn wir noch so energisch losgehen, erreicht das noch immer nicht den Ingrimm, der im Lande ist, als daß wir uns von den bürgerlichen Parteien den Vorwurf gefallen lassen müßten, den sie oft erhoben: Ihr zerreißet Euch das

Maul, aber die Arbeiterschaft ist sehr zufrieden und weiß von nichts. Damit will ich aber nicht sagen, daß ich über jedes Wort, daß hier gefallen ist, ein besonderes Vergnügen empfunden habe. Meine Phantasie ist so groß, daß ich mir vorstellen kann, daß die Beschwerden und Wünsche mitunter in einer etwas klügeren Form hätten vorgebracht werden können.

Ich muß sogar gestehen, daß, wenn ich mir die Sache recht überlegen würde, ich einige andere schwache Punkte entdecken würde, die der Aufmerksamkeit der Kritiker entgangen sind, während sie hingegen an Punkten angepackt haben, wo es vielleicht nicht ganz am Platze war. Sie haben nicht unsere schwächsten Punkte getroffen, sondern unsere stärksten. (Heiterkeit.)

Wir sind seit den Wahlen zum erstenmale beisammen, und es ist begreiflich, daß viele der Erinnerungen und Stimmungen, die bei den Wahlen und aus Anlaß ihrer Resultate bei den Genossen rege geworden sind, hier reproducirt werden. Nun freilich müßte man meinen, daß anderthalb Jahre eigentlich Zeit genug gewesen wären, um ein bißchen zur Besinnung zu kommen. Man müßte das umsomehr annehmen, als insbesondere hier in Böhmen diese Zeit ausgereicht hat, um die Verhältnisse hier so wesentlich zu ändern. Wenn die Genossen von Böhmen unmittelbar nach den Wahlen von 1901, die uns schmerzliche Niederlagen gebracht haben, in voller Entrüstung Himmel und Hölle verflucht und nicht nur die niederträchtige Perfidie der Gegner angeklagt haben, wenn sie damals auch in ihrer Erregung die eigenen Genossen angeklagt haben, so war es zu begreifen.

Ich möchte hier einen Zug besonders hervorheben. Unsere Taktik im Parlament, in der Presse und in der Partei wird vielfach angegriffen, weil sie nicht so lebendig ist, als es gewünscht wird. Es wird aber dabei aus einem gewissen Schamgefühl ein Nachsatz in der Oeffentlichkeit verschwiegen, den sich Viele denken, Manche auch hie und da aussprechen. Die Genossen denken nämlich: Wir bestehen schlecht in der Concurrenz mit den bürgerlichen Parteien. Sehr häufig denken die Genossen: Wenn wir nur auch soviel Spectakel machen würden wie die Deutschnationalen! Jetzt haben die wieder etwas gemacht. Es ist ja einmal höchst naiv von einem Redner herausgekommen — es war der sehr naive Genosse Brod — der der Fraction vorgeworfen hat, daß sie einen Antrag nicht eingebracht hat, den die bürgerlichen Abgeordneten eingebracht haben. Sehr oft wird der Fraction vorgeworfen, daß sie in den Wettrennen der bürgerlichen Demagogie nicht mitthun. Und wenn Sie das Schamgefühl gehabt haben, das hier nicht zu sagen, so rechne ich Ihnen das zur Ehre an. Unser Parlamentarismus ist so heruntergekommen wie in gar keinem anderen Lande, und gerade das, wodurch diese jungen bürgerlichen Parteien, diese kleinbürgerlichen demagogischen Parteien in die Höhe gekommen sind, hat zur Verächtlichmachung der Methode unseres Parlamentarismus am meisten beigetragen. Wollen Sie von unseren Abgeordneten wirklich, das sie sich auf diesen Schwindel miteinlassen, daß sie sich in den Wettbewerb begeben, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, die verächtlichste Demagogie zu treiben? Die Parteien bringen leere Demonstrationsanträge ein, Anträge, über die die Antragsteller selbst lachen müssen. Wenn Sie das wollen, so suchen Sie sich andere Leute aus als die zehn ehrlichen Männer, die wir im Parlament haben. Dann nehmen Sie sich die Herren Franko Stein und solche Individuen, die keinen Funken Gewissenhaftigkeit, keinen Funken Verantwortlichkeitsgefühl haben. Wir sind als Socialdemokraten erzogen, und unser erstes Gebot ist, daß wir nichts sagen, als was wahr ist und was wir auch vertreten können, daß wir vor Allem unsere eigenen Wähler nicht belügen. Das, was Sie so oft als Besonnenheit belächeln, so oft als Abwiegeln verabscheuen und kritisiren, das ist nichts Anderes als ehrliche Wahrheitsliebe. Wenn Sie aber beschwindelt sein wollen, dann suchen Sie sich, ich wiederhole es, andere Leute. (Beifall.)

Aber der Schwindel hält nicht vor. Sie in Nordböhmen sehen denselben Proceß, den wir in Niederösterreich sehen, daß die beiden demagogischen Parteien — Christlich-Sociale und Deutschnationale — im völligen Abtrachen begriffen sind. Nicht wir können sie umbringen. Wir können unseren Feinden überhaupt nicht soviel anthun, als Manche von Ihnen glauben. Seien Sie aber deshalb unbesorgt, jeder Lump hängt sich zuletzt selbst auf. (Lebhafter Beifall.) Das ist ein wirkliches Gesetz der Nothwendigkeit, so schwindelhafte politische Existenzen

können nicht bestehen, sie müssen zugrunde gehen und sie gehen nicht an der Zufälligkeit einer angeblichen Unsittlichkeit irgendeines Führers zugrunde, auch nicht an einer Dummheit, die Jemand gemacht hat. Menschen sind wir Alle und Dummheiten machen wir Alle. Nicht weil Einzelne von ihnen Lumpereien machen, sondern weil das Wesen dieser Parteien ein unwahres ist, weil sie auf einer ganz unnatürlichen Grundlage beruhen, weil sie auf der Lüge begründet sind, auf der Lüge, daß sie, die die Vertreter kleiner Schichten des Bürgerthums sind, Vertreter aller möglichen Schichten, insbesondere auch der der Arbeiterclasse seien. Diese Demagogie, diese Lüge muß sie dahin bringen, daß sie sich schließlich selbst bis an den Rand des Abgrundes bringen.

Weil diese Parteien kein klares Programm, kein klares Ziel und keine klare Taktik haben und haben können, darum sind sie einzig und allein überall auf eine Person gestellt. Mit der Person geht dann der Krempel caput. Es sind eben Personen, überall fehlbare Menschen. Es müssen zwar nicht Alle so ausgemachte Lumpen sein, aber daß sie Fehler haben, ist sicher. Wenn aber eine Partei nicht auf die wirkliche wirthschaftliche und politische Nothwendigkeit gestellt ist, sondern auf das Ansehen von Personen, dann muß mit den Personen auch die Partei caput gehen. Das geschieht in Wien und auch hier in Nordböhmen.

Ich habe vorhin gesagt, daß heute noch, nach anderthalb Jahren, die Stimmung bei Vielen von Ihnen vorherrscht, die unmittelbar nach dem Ausgang der Wahlen zu begreifen war. Heute sind wir aber in einer ganz anderen Situation wie vor anderthalb Jahren. Dieser Siegesrausch der Deutschnationalen, dieser Triumphzug des deutschen Hochgedankens (Heiterkeit), der auf der nichtswürdigsten Erpressung beruht hat und darauf, daß man als Mittel des Wahlkampfes zum erstenmale in einem Maße, wie das selbst den weit weniger deutschhochgedanklich entwickelten Liberalen bekannt war, die Hungerpeitsche eingeführt hat, ist längst verschwunden. Die Dinge sehen heute nach anderthalb Jahren etwas nüchterner aus als damals. Grau und bleischwer liegt auf diesen Leuten die Wirklichkeit, und das sieht durchaus nicht so aus, als ob diese deutschnationalen Kleinbürger, die sich vermessen haben, diesen sehr complicirten und schwer zu führenden Staat zu führen, diese Fähigkeit besitzen. Eine Partei, die nicht einmal ihre kleinen persönlichen Angelegenheiten in einer halbwegs anständigen, wenn auch noch so philiströsen Form zu ordnen vermag, ist nicht befähigt, politisch zu führen oder auch nur ein entscheidender Factor zu sein.

Also, Sie dürften heute ganz anders die österreichische Politik ansehen, und wenn Leute unter Ihnen sind, die niedergedrückt waren darüber, daß die viele Arbeit und Opfer und die Anstrengungen von Jahrzehnten schließlich zu nichts geführt haben als zu der Niederlage gegenüber Leuten, die Sie mit Recht verachten, so können Sie sich heute sagen: das ist eine vorübergehende Stimmung infolge einer vorübergehenden Situation gewesen. Heute ist die Bahn frei, die Gespenster sind verjagt, heute hat sich gezeigt, was Schwindel und was echt ist, und von Tag zu Tag mehr sieht auch der irregeführte Theil der Bevölkerung ein, daß er irregeführt wurde und daß er sich auf ein Phrasen- und Maulmacherthum eingelassen habe, das zerplatzt wie eine Blase, wenn es mit dem wirklichen Leben in Berührung kommt.

Es ist ja begreiflich, daß jede Stimmung eine Form annimmt, die sehr gern etwas Concretes sein möchte, auch wenn es nicht gelingt. Deshalb muß ich auf einige Ausführungen zurückkommen. Die, wenn auch nicht bedeutendste, aber doch heftigste Rede war die des Genossen Dr. Stark. Wir sind ja von ihm Manches gewöhnt und hoffen noch auf manchem Parteitag seine mahnende Prophetenstimme zu hören. Diesmal hat er sein eigenes Maß aber überschritten. Er sagte: Die Genossen in Westböhmen, merken Sie wohl, die Genossen in Westböhmen haben den Eindruck, daß der Parteivorstand von conniventem Opportunismus geleitet werde. Ich bin überzeugt, daß eine Reihe von ebenso werthvollen Genossen, wie Dr. Stark, gar nicht wissen, was sie unter „conniventem Opportunismus" verstehen sollen. (Zustimmung.) Dieser connivente Opportunismus entspringt aber, das ist Dr. Stark's zweiter Vorwurf, gar nicht unserer Ueberzeugung. Wenn mir Jemand sagt, daß ich gegen meine Ueberzeugung etwas thue, so rede ich nicht weiter mit ihm, vorausgesetzt, daß der Betreffende weiß, was er

redet. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß Genosse Stark nicht gewußt hat, was er redet. Wir sollen aus Gründen der niederösterreichischen Landtagspolitik so connivent opportunistisch sein. Da ich der einzige Landtagspolitiker bin, so habe ich schon gemeint, daß ich allein mich der Connivenz und des Opportunismus schuldig gemacht habe. (Heiterkeit.) Es zeigte sich dann, daß Dr. Stark niederösterreichische Landtags w a h l politik meinte. Ein Redner soll sich bei seinen Angriffen doch etwas vorstellen! Was sollen sich aber die angeblichen Genossen aus Westböhmen vorstellen, wenn von einer angeblichen Wahlpolitik die Rede ist? Was sollen wir denn von der Regierung wollen? Was denn? (S t a r k: Das habe ich ja gesagt!) Kein Mensch hat das entnehmen können. Wie Herr v. Körber mit den Christlich-Socialen steht, das weiß Jeder. Er hat beim Beginn seiner Thätigkeit dem Lueger einen Dienst erwiesen, der ihm nicht vergessen wird. Die Regierung bringt dieser Partei genau soviel Wohlwollen entgegen, als sie Einfluß und Macht hat. Wir haben allerdings dazu beigetragen, daß die Regierung es heute weniger nothwendig hat, aufs Augenzwinkern des Lueger so großen Werth zu legen, wie das noch vor zwei Jahren der Fall war. Wenn der Stark meint, daß das niederösterreichische Landespolitik ist, so kennt er die Dinge nicht, oder er ist ein sehr kurzsichtiger Mann. Ich will nicht davon reden, daß die Bevölkerung von Wien auf die Stimmung der hohen und Hofkreise einen größeren Einfluß hat als die Localorganisation von Karlsbad. Es wäre zum Beispiel nicht nur für Wien und Niederösterreich sehr fatal, wenn statt des conniventen opportunistischen Herrn H a r t e l der sehr unconnivent radicale L i e c h t e n s t e i n Unterrichtsminister wäre, und diese Aussicht war nicht gar so entfernt. Die Christlich-Socialen unterscheiden sich in einigen Punkten doch noch von den nationalen Parteien. Die Deutschnationalen treiben wenigstens Anticlericalismus, sie treiben auch politischen Radicalismus; mit welchem Ernst, wie widersprechend ihre Handlungen zu ihren Worten sind, das ist eine andere Frage. Aber es gibt doch kein in deutscher Sprache geschriebenes Blatt, das, wie das Wiener „D e u t s c h e V o l k s b l a t t“, B e i f a l l g e k l a t s c h t hat, als man in T r i e s t a u f A r b e i t e r g e s c h o s s e n hat. Die ganze reactionäre Canaille von Oesterreich hat dort in Wien ihren Kopf und Mittelpunkt! (Beifall und Händeklatschen.) Die alten Jellacic-Patrioten, das sind die Ahnen der Lueger und Consorten! Das Schändlichste ist, daß sich dieses Volk offen mit seiner Niedertracht brüstet. (Beifall.) Vielleicht sind das Alles doch noch andere Sachen, als man sich in Karlsbad träumen läßt.

Diese Sachen, die Stark vorbringt, sind viel zu „gebildet“ (Heiterkeit), viel zu gesucht, als daß es Gedanken wären, die wirklich von den Massen, auch in Westböhmen, gedacht werden können. Die Proletarier sind viel gescheiter als Sie, Genosse Stark! (Lebhafter Beifall.) Stark sagte auch, wir sind nicht in der Lage, auf die Straße zu gehen und zu demonstriren, was sollen wir denn thun? Ich werde es Ihnen sagen, Genosse Stark: sich auf die Hosen setzen und etwas lernen. (Heiterkeit und Beifall.) Ich würde ihn nicht auf den Tisch des Saales legen, wenn ich nicht wüßte, daß es sich hier um eine kleine Seuche handelt, um eine locale Krankheit. Stark sagte auch: die Genossen verlieren den Glauben an den Parlamentarismus. Ja, wenn Sie diesen Aberglauben haben, so s o l l er Ihnen untergraben werden! W i r haben diesen Aberglauben nicht, w i r überschätzen den Parlamentarismus nicht, und nicht, was ein einzelner Abgeordneter, eine Gruppe, ja eine Majorität leisten kann. Selbst im besten Falle, was würde uns ein Parlament, das dem Culturzustand Oesterreichs entspricht, sein? Glauben Sie, daß wir mit dieser photographischen Verkleinerung Oesterreichs zufrieden sein könnten? Ich bezweifle, daß uns das schmecken würde. Es ist freilich schwer: Erstens wünschen wir dieses Parlament beseitigt und ein Volkshaus auf Grund des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes, wir wünschen also den Ruin des Parlaments. Zweitens aber können wir es nicht entbehren, nicht nur die Partei im Ganzen nicht, sondern jede Organisation nicht. So schlecht und elend es ist, so ist es doch der einzige Schutz, den wir haben. Hier kann die Arbeiterschaft ihren ganzen Einfluß am concentrirtesten zur Geltung bringen. Sie dürfen eben nicht nur fragen: Was geschieht heute in Oesterreich? sondern auch: Was geschieht nicht? Ich habe mir gestern Nachts bei der Stromfahrt gedacht, wenn viele unserer Genossen, die in den letzten zwanzig Jahren gestorben sind, gesehen

hätten, was für Dinge uns in der einst besonders strengen Bezirkshauptmannschaft Aussig gestattet werden: Fahrten zu Schiff, Bergfeuer, Lampions (Heiterkeit), die armen Genossen von damals hätten das gar nicht geglaubt. Ich hätte etwas darum gegeben, wenn sie's hätten sehen können. (Beifall und Händeklatschen.) Unsere modernen Minister, selbst wenn sie secessionistische Cravatten tragen, sind noch reactionär genug. Ja, hat denn, Genosse Stark, irgend Jemand den Körber für einen Vertreter der besitzlosen Classen gehalten? (Sehr richtig.) Frühere Minister haben bei Anlässen wie Triest einfach gesagt: „Es ist nicht genug geschossen worden.“ Körber sagt: „Zum Teufel, es ist schon wieder geschossen worden.“ Das ist Alles, und zu diesem bißchen Erleuchtung haben wir redlich mitgeholfen. Wir beeinflussen heute die öffentliche Meinung — ich scheue mich nicht, es zu sagen — in weit höherem Grade noch, als es der Zahl der Socialdemokraten entspricht. Wenn Sie glauben, daß unsere Aufgabe im Ministerstürzen besteht, dann sind wir allerdings schlechte Politiker. Im Ministerstürzen sehen wir nicht immer Erfolge, weil die Aenderung von Namen sehr selten die Aenderung von Systemen bedeutet, und nicht einmal amüsant ist diese Beschäftigung. Uebrigens ist es auch ein schlechtes Geschäft, sich einer Sache zu rühmen, die man gar nicht zusammenbringt. Wir haben eine Regierung, die etwas weniger confiscirt, die etwas weniger einsperrt, etwas mehr freie Luft läßt als früher. Ich muß Ihnen sagen, ich wünsche das nicht zu ändern. Damit ist gar kein Vertrauensvotum für Körber ausgedrückt. Ich werde übrigens darüber noch sprechen.

Was sagte **Brod**? Sein Antrag ist leider verschwunden, er sollte besagen, daß wir nicht vergessen dürfen, daß unsere Abgeordneten von Arbeitern gewählt sind, daß das sociale Elend noch nicht beseitigt ist und dergleichen. Wenn Brod das für unumgänglich nothwendig hält, so brauchte er deshalb noch nicht zum Parteitag damit zu kommen, er kann sich beim Eingang des Parlaments aufstellen und den vorbeikommenden Abgeordneten wieder ins Gedächtniß rufen, woher sie kommen und was sie sollen. (Heiterkeit.) Wenn die Abgeordneten sich all das übrigens bis heute nicht gemerkt haben, so werden sie sich's wohl überhaupt nie merken. (Heiterkeit.) Auch den Parteivorstand hat Brod ermahnt. Aber da muß ich schon sagen: Entweder haben wir es bis jetzt gut getrieben, dann ist seine Einschärfung überflüssig; haben wir aber nicht so gehandelt, warum haben Sie uns dann wiedergewählt? Ein Parteivorstand, der dieses Rückgrat unserer Anschauungen, diesen Kernpunkt unseres Kampfes nicht vor Augen hätte, dem würde ich auf dem Parteitag nicht erst Instructionen geben. Ich würde ihn einfach nicht wieder wählen lassen. Brod aber legt dem Vorstand nur eine überflüssige Resolution als Umschlag um, das soll uns curiren. Sind wir im Parteivorstand schlechte Socialdemokraten, dann fort mit uns, oder wir sind gute Socialdemokraten, dann brauchen wir diese Schulmeisterei nicht. (Beifall. **Schuhmeier**: Das nützen nur die gegnerischen Blätter aus.) Nein, die haben noch schlechtere Mitarbeiter als den Brod. (Heiterkeit.) Am Parteitag brauchen wir auf gegnerische Blätter keine Rücksicht zu nehmen. Was die sagen, darf uns nicht kümmern. Sie werden morgen schreiben: „Selbst der Genosse Stark hat von Opportunismus gesprochen“, und „Sogar Genosse Brod hat erkannt, daß sich die Socialdemokraten mit der Regierung gegen die Christlich-Socialen verbünden“ u. s. w., u. s. w. Wäre das nicht gewesen, so hätten sie ein anderes Haar gefunden und von der Heerde, die ein paar Hammel führen, geredet.

Ein Lichtpunkt war die Rede **Huber's**. Er hat uns unser nächstes Arbeitspensum vor Augen geführt: die Sicherung des **Coalitionsrechtes**, der **Preßreform**, der **Alters- und Invaliditätsversicherung**. Wir können überzeugt sein, daß wir in der Lage sein werden, positive Erfolge zu erzielen. Was die Preßreform betrifft, so sind wir so weit, einen Entwurf zu haben, der das objective Verfahren verwirft und die Freigebung der Colportage herstellt. Das ist denn doch der Beweis, daß wir in Oesterreich etwas durchsetzen können, denn die anderen Parteien haben für die Preßreform von jeher keinen Finger gerührt. Was das Coalitionsrecht betrifft, so ist unsere Aufgabe eine zweifache. Die Auslegung des Gesetzes ist eine solche, daß unsere Ge-

werkschaften aufs Schwerste geschädigt würden. Deshalb müssen wir eine gesetzliche Aenderung hervorrufen. Das ist aber nur die Hälfte der Sache. Das Zweite ist von der Gewerkschaftsbewegung und der Parteipresse zu thun. Bei uns in Oesterreich haben sich die Unternehmer später organisirt als die Arbeiter. Sie haben natürlich nicht die Hindernisse der Arbeiter zu überwinden gehabt. Wir stehen einem einflußreichen Klüngel gegenüber, der sich gerade auf den Hintertreppen breit macht, der auch seine eigene Presse hat. Die bürgerliche Tagespresse traut sich nicht direct arbeiterfeindlich zu sein, wenigstens nicht in Wien, weniger in der Provinz. Wir Socialdemokraten machen nämlich ein wenig die politische Mode. Starke Kämpfe in der Presse, Kämpfe an allen Gerichtsstellen stehen uns da bevor. Wir müssen eben auch die Anschauungen unserer Bureaukraten so beeinflussen, daß eine gesetzliche Regelung den Boden schon vorbereitet findet. Zuweilen wird in den Gerichten schon etwas vernünftiger geurtheilt als früher. Wir haben nicht nur die Bezirkshauptleute erzogen, sondern auch manchen Richter in Vielem aufgeklärt.

Mit der Alters- und Invaliditätsversicherung steht es vielleicht am schlimmsten, darum, weil die Sache eine Geldsache ist.

Das Ministerium Körber möchte gern populär, es möchte sogar recht gern modern sein, aber es hat in entscheidenden Punkten keinen Muth, vielleicht auch nicht die Macht. Das ist für mich ein sehr geringer Milderungsgrund; wenn ein Minister nicht die Macht hat, dann soll er eben gehen. (Zustimmung.) Das lassen wir als Entschuldigung nicht gelten. Es ist übrigens nicht richtig, daß die Macht des Ministeriums eine gar so geringe ist. Vielleicht war es nicht in der Lage, die Kanonenforderung abzulehnen, weil das gegenüber dem Kriegsminister der entscheidende Punkt ist. Das aber mußte möglich sein, daß nach diesen militärischen Forderungen die anderen Forderungen, die weniger Geld kosten, auch erfüllt werden. Vor Allem die Alters- und Invaliditätsversicherung. Diese Macht mußte die Regierung haben. Die Regierung Körber ist zwar eine relativ vernünftige für Oesterreich, aber sie ist doch nicht einmal das, was sie auch in Oesterreich sein könnte! Körber kann nicht verhindern, daß das Parlanent nur von heute auf morgen lebt. Ihm fehlt der Muth, die nationalen Fragen wirklich an der Wurzel anzupacken. Seine Kunst besteht nur im Hinausschieben und Vertrösten. Es liegt im Zuge unserer Gedankengänge, daß die wirthschaftlichen Fragen im Vordergrunde stehen und die nationalen Fragen in den Hintergrund treten. Wir wünschen aber, daß diese Fragen endgiltig durch eine vernünftige Regelung gelöst werden, weil sonst jede solide Arbeit fortwährend gefährdet ist. Das Bett des nationalen Wildbaches muß regulirt werden, damit wir nicht morgen wieder eine Ueberraschung erleben. Hinausschieben ist ein Zeichen von Geschicklichkeit, aber nicht das Zeichen eines Staatsmannes. Ein Staatsmann muß auch etwas wagen! Körber hat nur wenig staatsmännische Momente gehabt, und zwar damals, als er sagte, es sei nöthig, die Grundlage des Parlaments zu ändern. Nicht, wenn ihm die Fortfretterei gelingt, ist Körber ein Staatsmann, sondern wenn er an der Situation verzweifelt. Aber wir müssen fürchten, daß er das Gespenst nur an die Wand malt und nicht weiß, daß diese gründliche Aenderung eine politische Nothwendigkeit für Oesterreich ist.

Wir haben also keine Ursache, uns mit der Regierung auf einen anderen Fuß zu stellen, als zu sagen: So gut wie die früheren ist sie mindestens auch noch. Wir haben aber nicht den geringsten Grund, sie als eine Regierung anzusehen, der gegenüber wir einen Moment lang die Waffen ruhen lassen sollen. Das ist ganz klar seit den Triester Vorgängen. Ich meine das nicht wegen der Flintenschüsse, die fielen. Selbstverständlich ist der Minister verantwortlich für seine Beamten. Er mußte zur Verantwortung gezogen werden. Wir haben die Ueberzeugung, daß in Triest nicht geschossen worden wäre, wenn es vom Ministerium abgehängt hätte. Aber daß er wie ein alter, echt österreichischer, verzopfter Bureaukrat diese Leute in Schutz nahm und die Lügen seiner Beamten vorbrachte, damit hat er die Blutschuld auf sich genommen, von der er früher vielleicht frei war. Ein pflichtbewußter Minister hätte sofort einen vernünftigen Menschen mit ordentlichen Instructionen hinuntergeschickt. Vielleicht hat er damals mit Deutschnationalen verhandeln oder die Klofacianer beruhigen müssen. Wenn

der Statthalter von Triest oder der Polizeidirector am Tage, nachdem geschossen wurde, sofort abgesetzt worden wären, so hätte das für Oesterreich mehr Bedeutung gehabt als die schönsten modernen Redensarten. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hätte man sagen können: Dieses Blut in Triest ist nicht umsonst geflossen, es hat einen Fortschritt bewirkt. Es ist der Vorwurf gemacht worden, wir hätten nicht genug gegen den Körber gethan. Ich hätte den Genossen gewünscht, zu sehen — im Allgemeinen ist das Zuschauen im Parlament gewöhnlich eine sehr langweilige Sache — wie Einer unser Abgeordneten nach dem Anderen die Regierung mit Ruthen gezüchtigt hat, so daß ihr die Schamröthe ins Gesicht gestiegen ist. Was können wir mehr thun? Die Todten lebendig machen, das können wir nicht. Sie werden doch nicht glauben, daß der Körber durch seine Reden, während die Flinten noch rauchten, seine Stellung nach oben durch diese Tiraden verschlechtert hat? In der Bevölkerung hat er verloren, in den Hofkreisen, die ihn immer als verdächtigen Bürgerlichen hinstellen wollen, hat er dadurch gewonnen, daß er zeigte, daß er sich auf den Säbel stützen kann. Daß wir diese Demaskirung erzwungen haben, auch das ist unser Verdienst! Es ist gut, daß man jetzt weiß, wie weit man einem sogenannten modernen Minister trauen darf. Mehr hätte man nicht thun können. Der einzige Erfolg ist, daß man es sich immer mehr überlegen wird, gegen die Arbeiterschaft mit dem Säbel loszugehen. (W i d h o l z: Der Ausnahmszustand ist ja auch bald aufgehoben worden!) Er war auch bloß eine Formalität. Das war mit eine Folge der Thätigkeit der Fraction. Wir sind jetzt weniger den Excessen der Unvernunft und Brutalität ausgesetzt wie bisher. Daraus folgt für uns, daß wir der Regierung Körber gegenüber in schärfster Opposition stehen, daß wir aber sie doch für fähig halten, einige der Nothwendigkeiten in Oesterreich zu erfüllen. Sie dahin zu treiben, das ist unsere Aufgabe. Wir haben keinen Anlaß, eine Regierung wegfegen zu wollen, die die P r e ß r e f o r m machen will. Wir müssen aber die drohendste Stellung gegen sie einnehmen, wenn sie diese Reform v e r s c h l e p p e n oder gar begraben will.

Es wurde uns vorgeworfen, daß wir C o m p r o m i s s e mit anderen Parteien schließen. Leider sehe ich die Parteien nicht, mit denen wir Compromisse schließen sollen. Wo sind sie denn? Wenn es welche gäbe, so würde ich, das sage ich offen, für gewisse Zwecke gern gewisse Compromisse eingehen. Die Phrase von der „einheitlichen reactionären Masse“ ist längst von Engels und Kautsky todtgeschlagen worden. Es ist nicht gleichgiltig, welche von den Parteien uns gegenüberstehen. Nicht alle sind gleich schädlich für die Entwicklung. Es gibt Parteien, die Ueberbleibsel feudaler Zustände sind, das sind die gefährlichsten Feinde, durchaus nicht gleichwerthig mit den anderen. Man sagt auch, die Abgeordneten, wenn sie nicht nur von Arbeitern gewählt werden, kommen auf Abwege. Es gibt in Oesterreich keinen Abgeordneten und in Deutschland nur sehr wenige, die nur von Arbeitern gewählt werden. Es wäre traurig, wenn das nicht so wäre. Soll die treibende Kraft unserer Partei sich nicht auch darin äußern, daß wir auch andere Kreise mitreißen? Das Stück Gerechtigkeit, das in unserer Bewegung steckt, soll nicht andere Schichten mitreißen? Und was ist's denn für ein Unglück, wenn Andere mitwählen? Wir haben noch selten mit anderen Parteien gewählt und es wird uns nicht so leicht passiren. Wenn aber die anderen mit uns wählen, wo ist das Unglück? Wenn diese Leute glauben, wir werden ihnen Gefälligkeiten erweisen, so werden sie sehr enttäuscht werden. Kein Bürgerlicher wählt heute einen Socialdemokraten, weil er ihm nützen soll, sondern aus demselben Grund, wie wir lieber — es soll das vorkommen — einen Liberalen als einen Alldeutschen wählen, der uns für den Moment weniger Abscheu einflößt oder ungefährlicher erscheint.

Die österreichische Socialdemokratie hat die schwersten Prüfungen bestanden: sie hat sich eine Organisation gegeben, in der die nationalen Schwierigkeiten besiegt wurden. Wir können gemeinsame Politik machen, ohne daß Einer den Anderen bedrücken muß, wir haben seinerzeit ohne regelrechten parlamentarischen Boden Politik gemacht, eine Partei, die aus Deutschen, Czechen und Polen zusammengesetzt ist! Wir haben unser Ansehen dadurch gehoben, daß wir uns an der v e r l o g e n e n D e m a g o g i e d e r b ü r g e r l i c h e n P a r t e i e n nicht

betheiligt haben, dadurch, daß wir eine consequente, zielbewußte und gewissenhafte Politik gemacht haben.

Es werden immer wieder Zeiten kommen, die so aussehen wie Stillstand. Nicht der allein ist ein Held, der sich vom Sturm fortreißen läßt, sondern der noch mehr, der in der festen Ueberzeugung des Sieges täglich und stündlich, auch in den Tagen der Flauheit die Begeisterung anzuhalten weiß und erkennt, daß die ruhige Arbeit mit derselben Zuversicht gemacht werden muß! Sie können, das sage ich auch zu den Arbeitern Nordböhmens, die heute als Gäste hier sind, zuversichtlicher in die Zukunft sehen als je! Es muß heute den Arbeitern klarer als je sein, daß sie nur einen Freund haben, der ihnen treu bleibt, einen Freund, der Sie selbst sind, die Arbeiter und Vertrauensmänner der Partei! Die Wendung bei den Nationalen ist kein Zufall! Sie ist eine geschichtliche Nothwendigkeit! Schwindler müssen zugrunde gehen, die Weisheit, die Kraft, die aus Ihrem Blut entspringt, aus dem lebendigsten Bedürfniß der Arbeiterschaft, sie muß siegen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wird die Abstimmung vorgenommen.

Angenommen werden die Anträge **18** (einstimmig) und **21** (einstimmig).

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort:

Brod (Wien): Ich muß mich darüber beschweren, wie das Präsidium mit meinem Antrag vorgegangen ist. Man hätte meinen Antrag nicht aus der Debatte herausreißen sollen, um dadurch den Parteitag gegen mich einzunehmen.

Vorsitzender **Popp** erklärt diesen Vorwurf für unbegründet. Ueber Geschäftsordnungsanträge muß sofort abgestimmt werden. Wenn Uebergang zur Tagesordnung beantragt wird, muß darüber sofort abgestimmt werden.

Pernerstorfer stimmt der Beschwerde Brod's zu: Ueber einen einzelnen Antrag kann nicht Uebergang zur Tagesordnung beantragt werden. Das Präsidium hat sich geirrt.

Vorsitzender **Popp**: Das Präsidium wird, wenn sich ein ähnlicher Fall wiederholt, den Parteitag befragen und sich die geäußerten Wünsche zur Richtschnur nehmen. Damit ist die Sache erledigt.

Es gelangt nun Punkt 7 der Tagesordnung: **Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung**, zur Verhandlung.

Berichterstatter **Schrammel** (Aussig): Der Gegenstand, über den ich zu referiren habe, zeigt, wie berechtigt der Ruf ist, den Dr. Adler gestern erhoben hat, der Ruf: Zurück zu den Gewerkschaften, zurück zu den Organisationen! Nicht etwa, als ob ich glauben würde, daß durch die bürgerlichen Verfälschungen der Arbeiterbewegung unsere Organisation verdrängt werden könnte, nicht als ob ich glauben würde, daß das Proletariat versumpfen könnte. Aber es kann uns nicht alleseins sein, zu welcher Zeit die Arbeiter aus den Klauen des Capitalismus befreit werden, es kann uns nicht gleichgiltig sein, wenn das Proletariat oder ein Theil des Proletariats auch nur eine Zeit vom richtigen Wege abgelenkt wird, denn sicher ist, daß uns durch diese bürgerlichen Arbeiterorganisationen die Aufklärung des Proletariats erschwert ist. Es ist noch nicht gar so lange her, daß sich die bürgerlichen Beutepolitiker der verschiedensten Richtungen um die Arbeiter kümmern. Vor dem Jahre 1889, als die Partei noch zerschlagen, in sich uneinig war, da haben die bürgerlichen Elemente es nicht für nothwendig gehalten, um die Gunst der Arbeiter zu buhlen. Damals hielten sie Flintenschüsse und Kerker für bessere Mittel, um die Arbeiter im Zaume zu halten, und wenn sie so hin und wieder einen Brocken Socialreform den Arbeitern hinwarfen, glaubten sie, damit noch der indifferenten Masse das Wohlwollen bewiesen zu haben.

Als sich aber die classenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs im Jahre 1889 ein Programm schuf, als dann die Maidemonstration die Einigkeit der Arbeiterschaft documentirte, da wurden sich die herrschenden Classen klar, daß sich die socialdemokratische Arbeiterbewegung nicht mit brutaler Gewalt, nicht mit wenigen Versprechungen aufhalten lasse. Die Arbeiterschaft hatte ein Programm, ein Ziel, und man mußte nun suchen, ihr auf andere Weise beizukommen. Man

suchte nun die Arbeiter von der Socialdemokratie fernzuhalten, indem man selbst „Arbeiterorganisationen" schuf, die den Zweck hatten, die socialdemokratischen Arbeiterorganisationen zu bekämpfen. Die ersten, die diese Verfälschung der Arbeiterbewegung unternahmen, waren die Pfaffen. Sie hatten schon seit jeher katholische Gesellen- und Jungfrauenvereine gegründet, und sie gingen nun daran, diese neu aufzufrischen. Ich habe lange genug in Wien gelebt, um zu wissen, was für einen harten Kampf unsere Parteigenossen in Wien damals zu führen hatten. Um dieser christlich-socialen Arbeiterbewegung den richtigen Nachdruck zu geben, veranstaltete die Leo-Gesellschaft einen „socialen Cursus", auf dem Mittel ausfindig gemacht werden sollten, um den verhaßten Socialdemokraten den Boden unter der Arbeiterschaft abzugraben. Es wurde eine Reihe principieller Punkte aufgestellt, eine Art Programm, mit dem man gegen die Socialdemokraten losgehen wollte. Pater Weiß stellte zwölf Thesen auf, die damit am besten charakterisirt sind, daß es dort unter Anderem heißt, daß die Ungleichheit der Menschen Gottes weise Anordnung ist.

Die Herren Prälaten wollten darlegen, daß die Socialdemokraten unrecht haben. Das ganze Unrecht, das darin liegt, daß Millionen und Millionen Menschen da sind, die schwer arbeiten müssen, ohne auch nur recht ihren Hunger stillen zu können, und daß einige Zehntausende der Besitzenden auf Kosten dieser Millionen in Ueberfluß leben: dieses Unrecht sollte den Arbeitern als eine von Gott so geschaffene Einrichtung eingeredet werden, die von den Menschen nicht beseitigt werden könne. Dafür sollten die Arbeiter lernen, daß es nur der Unglaube sei, der Noth und Elend unter den Menschen verschuldet. Während die Jesuiten die „Wissenschaft" beistellten, lieferte Dr. Geßmann die taktischen Grundsätze für die christlich-sociale Arbeiterorganisation. Er bewies damals, daß man die Socialdemokraten nicht mit ihrem Programm bekämpfen könne, sondern, daß man den Kampf hauptsächlich gegen die Vertrauensmänner richten müsse, um ihnen das Vertrauen und die Anhänglichkeit der Massen abwendig zu machen. Man erinnert sich noch, wie damals die socialdemokratischen Vertrauensmänner systematisch verleumdet und in den Koth gezerrt, des Diebstahls und Betruges geziehen wurden.

Diese christlich-socialen Verfälscher der Arbeiterbewegung, diese Vergifter der öffentlichen Moral gründeten nun eine christlich-sociale Arbeiterpartei. Sie nahmen aus dem socialdemokratischen Programm, was sie für sich geeignet fanden, in verschlechterter Form in ihr Programm auf. Rechtsschutz, Krankenunterstützung u. s. w. Das Alles rollten sie auf einmal auf. Man suchte den Unterschied zu verwischen und den Arbeitern einzureden, daß sie ihre Interessen auch in den christlich-socialen Arbeitervereinen wahren könnten. Wenn es den Christlich-Socialen damit nicht gelang, eine größere Anzahl von Arbeitern für sich zu gewinnen, so gelang ihnen doch das, daß viele indifferente Arbeiter sich nicht den Socialdemokraten anschlossen.

Die Errichtung der corrumpirenden fünften Curie hat die christlich-sociale Demagogie nur gefördert, und ihr ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß unsere Wiener Genossen im Jahre 1897 unterlegen sind. Wir haben uns in Wien und Niederösterreich stark gefühlt und waren doch zu schwach, um diese Demagogie gehörig bekämpfen zu können. Durch die interne Arbeit, die die Genossen nach 1897 in Wien geleistet haben, haben wir die nöthige Kraft erlangt, um im Jahre 1901 zu siegen.

Die Erfolge der Christlich-Socialen im Jahre 1897 aber haben auch den übrigen bürgerlichen Parteien Muth gemacht und sie haben es nun auch versucht, die indifferenten Arbeiter als Schutztruppen gegen die Socialdemokraten zu verwenden. Im Jahre 1897 haben wir hier in Böhmen die fünfte Curie nur erobert, weil unsere Gegner nicht so organisirt waren wie jetzt. Unser Sieg wäre gar nicht möglich gewesen, wenn die bürgerlichen Elemente damals so offen ihre Feindschaft gegen die classenbewußten Arbeiter gezeigt hätten. Es gibt leider noch immer so viele indifferente Arbeiter, zu denen Jeder kommen und ihnen Alles einreden kann, was er nur will. Sofort nach dem Jahre 1897 gingen die Deutschnationalen in Böhmen und Mähren daran, nach dem Muster der Christlich-Socialen eine deutschnationale Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Anfangs ging es nur langsam. Die Mittel, die die Gründer dieser „Arbeiterbewegung"

anwendeten, waren dieselben wie die der Christlich-Socialen. Was an unverschämten, perfiden Verleumdungen in den christlich-socialen Blättern gegen uns stand, wurde von den deutschnationalen weiterverbreitet. Ich erinnere nur daran, wie nach dem Bergarbeiterstreik gegen uns Lügen gemeinster Art verbreitet wurden. In einem Flugblatte, das ich vor mir habe, heißt es: „Der Kohlenarbeiterstreik war eine abgekartete Sache! Die Kohlenhändlerjuden haben Millionen verdient und 70.000 Arbeiter sind bis auf das Hemd geplündert. Arbeiter! Ueber die Streikgelder existirt gar keine Verrechnung. Die gesammte Bergarbeiterschaft ist das Opfer der socialdemokratischen Volksbetrüger, und die armen Consumenten müssen die theuren Kohlen bezahlen. Arbeiter! Bei jedem seit einer Reihe von Jahren von den Socialdemokraten inscenirten Streik waren die Arbeiter die blutigen Opfer und jedesmal haben die Fabrikanten ein glänzendes Geschäft dabei gemacht!" So wurde verleumdet und verdächtigt, um den Vertrauenspersonen der denkenden Arbeiterschaft den Boden zu untergraben.

Man gründete deutschnationale Arbeitervereine als Kampfmittel gegen die Socialdemokraten. Gewiß hat jede Partei das Recht, sich eine Organisation zu schaffen. Es fragt sich nur, zu welchem Zwecke das geschieht. Während die Socialdemokraten Arbeitervereine gründen, um den Classenkampf zu organisiren, gründen diese bürgerlichen Beutepolitiker Arbeitervereine, um den Classenkampf hintanzuhalten. Diese nationalen Arbeitervereine sind gar nicht von Arbeitern geschaffen, sondern von einigen politischen Klopffechtern, die die Knechte der deutschen Unternehmer sind, geschaffen zu dem Zweck, um die Arbeiter von der Verfolgung ihrer Interessen abzuhalten. Man wußte damals nicht, daß das Parlament so bald aufgelöst werden würde, aber man hat damals die Arbeit gerade zur rechten Zeit begonnen.

Selbstverständlich gestehen die bürgerlichen Chauvinisten nicht zu, daß sie die Arbeiterbewegung verfälschen wollen, um dem kämpfenden Proletariat in den Rücken zu fallen. Sie thun im Gegentheil so, als ob auch sie wollten, daß die Arbeiter für ihre Interessen eintreten. Da war es nun am zweckmäßigsten für die nationalen Arbeitervereine, die Statuten der socialdemokratischen Vereine einfach abzuschreiben, soweit sie nicht zu gefährlich schienen. Ich habe hier die Statuten einer socialdemokratischen Gewerkschaft und die Statuten eines nationalen Arbeitervereines. Bei unserem Verein ist als Zweck der Vereines angegeben: 1. die Förderung und Wahrung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder; das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Fachgenossen zu beleben und zu stärken. Der nationale Verein hat den ersten Punkt abgeschrieben, nur daß er statt „materiell" „wirthschaftlich" schreibt. Der zweite Punkt aber wurde ausgelassen. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit schien den Herren zu gefährlich. Das deutschnationale wie das christlich-sociale Programm ist im Wesentlichen nichts als eine verschlechterte Auflage des socialdemokratischen Programms, in dem namentlich alle jene Sätze, die sich auf den Classenkampf beziehen, ausgelassen sind.

Da habe ich das „social-politische Programm der deutschvölkischen Arbeiterschaft". Dieses beginnt: „Die deutschnationale Arbeiterschaft bildet einen Bestandtheil der auf dem Linzer Programm fußenden deutschnationalen Partei." Hier haben wir es gleich. Die Abhängigkeit der deutschnationalen Arbeiterpartei von einer anderen Partei wird da offen zugestanden. Und als Grundsatz wird aufgestellt, daß „jedem ehrlich arbeitenden Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein, der gebührende Antheil an dem Ertrage der nationalen Arbeit und den Mitgenuß der idealen Güter unserer Cultur" gesichert werde. In solchen allgemeinen Ausdrücken geht es weiter. Immer aber kehrt das Wort „gebührend" wieder. Nicht das gleiche Recht verlangen diese deutschnationalen Arbeiter, sondern das gebührende Recht. Das gebührende Recht! Was ist das? Die meisten Deutschnationalen sind eben der Ansicht, daß den Arbeitern so wenig als möglich oder gar nichts gebühre. Das Linzer Programm verlangt ja auch nicht das gleiche Wahlrecht, sondern nur, „daß die bestehende gekünstelte, unvollständige und ungerechte Interessenvertretung durch eine fortschreitende Erweiterung des Wahlrechtes, sowie insbesondere durch Vermehrung der Abgeordnetenzahl für die Landgemeinden und durch Einführung

der directen Wahl mittelst geheimer Abstimmung zu einer wahren Volksvertretung umgestaltet werde". Also ein fortschreitendes Wahlrecht und kein allgemeines, gleiches, directes, wie es einzig und allein sein soll.

Was diese sogenannte Arbeiterpartei will, wird eben nicht von den Arbeitern bestimmt, sondern von Denen, die sich selbst zu Führern der Arbeiter ernannt haben. Das sieht man auch an dem deutschnationalen Arbeitersecretariat, das von den Herren selbst als „unter der Aufsicht des Abgeordneten Schönerer stehend, vom Abgeordneten Stein ins Leben gerufen, von den Abgeordneten Hauck, Schreiter, Hanich und Herzog eifrigst gefördert" angepriesen wurde. Der Charakter dieser nationalen Arbeiterpartei kommt auch klar zum Ausdruck in deren „Parteiblatt der deutschvölkischen Arbeiterschaft in Böhmen", im „Deutschvölkischen Arbeiter". Da heißt es in einem Artikel, der am 27. Juli erschien, nachdem davon gesprochen worden war, daß der Arbeiterstolz berechtigt ist: „Glücklicherweise gibt es nur einen geringen Percentsatz sich mästender Müßiggänger, denn nicht unterschätzt darf werden, daß viele Reich- und Hochgeborene durch emsiges Studium, ihre Talente und durch große Unternehmungen ihren Reichthum segenbringend für sich und die Gesammtheit anlegen." Ist das nicht köstlich in einem Arbeiterblatt? Besonders die Stelle von dem, die „durch große Unternehmungen ihren Reichthum segenbringend für sich und die Gesammtheit anlegen". Seit wann hat ein Unternehmer, ob Deutscher oder Czeche, seinen Reichthum segenbringend für die Gesammtheit angelegt? Und nicht weniger bezeichnend ist das, was das Blatt des „Arbeiterführers" Franko Stein, der „Hammer", über den Stuttgarter Gewerkschaftscongreß schreibt: „Es hat auch dieser Congreß wieder gezeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung unter socialdemokratischer Führung ihren sectenhaften Charakter nicht verlieren kann. Es liegt in der Natur der Interessenkämpfe, ein gewisses Vorurtheil der betheiligten Gruppen gegeneinander unter allen Umständen wach zu halten. Aber die Arbeiterschaft als besitzlose Classe gegen die Besitzenden überhaupt, ja sogar gegen alle außerhalb der Lohnarbeiterschaft stehenden Personen fortwährend in Athem zu halten, ist zweifellos verfehlt."

In Wien hält man auch die Deutschnationalen für gewaltige Feinde der Clericalen. Das ist nur in einem beschränkten Grade richtig. Die Deutschnationalen sind wirklich Feinde der katholischen Clericalen. Aber sie sind nicht weniger verpfafft, als es die Christlich-Socialen sind, nur suchen sie die protestantischen statt der katholischen Pfaffen zur Macht zu bringen. Wir haben zahlreiche Ortschaften, wo die Bevölkerung früher dem Bannkreise des Clericalismus entrückt war. Jetzt sind dort zwei Kirchen: eine katholische und eine protestantische. Zuerst schimpften die Deutschnationalen über Rom und wollten die Ultramontanen ausrotten, und das Erste, was sie thaten, war, daß sie eine protestantische Kirche hinbauten. In den deutschnationalen Blättern stehen jede Woche Aufforderungen zur Theilnahme an dem evangelischen Gottesdienst, und die deutschvölkischen Arbeitervereine rücken „mit Fahne und Musik zur heiligen Messe" aus.

Alle diese Thatsachen sind bekannt und sie könnten noch durch zahlreiche Beispiele ergänzt werden. Sie alle zusammen geben erst das richtige Bild der deutschnationalen Arbeiterbewegung, die nur den Zweck hat, das Proletariat zu schwächen und die Arbeiter den Unternehmern gegenüber wehrlos zu machen. Unterschätzen wir diese Bewegung nicht. Sagen wir nicht: Wir sind stark genug, wir brauchen uns nicht zu fürchten. Gewiß, wir sind stark, aber darum dürfen wir dieser Verfälschung der Arbeiterbewegung durch bürgerliche Parteien doch nicht unthätig zuschauen. Seien wir uns darüber klar, daß es nöthig ist, die Arbeiter über die Programme der verschiedenen Parteien, aber auch über das Programm und Ziel der socialdemokratischen Partei gründlich aufzuklären. Nicht die Partei zu verbreitern allein, sondern auch zu vertiefen ist nöthig. Machen wir die indifferente Masse immer wieder aufmerksam, wie die ehrliche Bewegung der classenbewußten Arbeiter verfälscht wird, und ich bin überzeugt, wenn nächstens Wahlen kommen, werden wir die Scharte von 1901 auswetzen und

damit auch die Arbeiterbewegung von ihren Verfälschern befreien. (Lebhafter Beifall.)

Der Referent empfiehlt die auf Seite 51 des Protokolles abgedruckte Resolution zur Annahme.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Im Jahre 1897 haben sich in Mähren die Christlich-Socialen breit gemacht. Damals haben die Deutschnationalen die Taktik befolgt, den Arbeitern nichts in den Weg zu legen. Man hat sogar in vielen Bezirken versucht, den Arbeiter als Sturmbock gegen die Christlich-Socialen zu benützen. So verschwanden die Christlich-Socialen. Der größte Theil des Kleinbürgerthums ist immer indifferent. Wenn die Deutschnationalen sich auch alle Mühe geben, gegenüber den Arbeitern zu sagen, daß sie alle Stände des deutschen Volkes vertreten, so haben sie doch durch ihre Thätigkeit den Beweis erbracht, daß dies nicht so ist. Wir in Mähren wählen noch immer nach dem veraltetsten Wahlrecht, müssen noch immer Wahlmänner wählen. Da war es von Interesse, zu sehen, wer die Wahlmänner der Deutschnationalen waren. Bei uns waren es Leute, von denen ein Arbeiter nicht ohne Haß und Erbitterung reden kann; so war der berüchtigte Unternehmer Hermann Braß ein Wahlmann des deutschnationalen Arbeitercandidaten Burschovsky. Leute, die seinerzeit die Petition gegen die Verkürzung der Arbeitszeit unterschrieben haben, findet man unter den Wahlmännern der deutschnationalen Arbeiterpartei. Die Deutschnationalen leben mit den ärgsten Feinden der Arbeiterschaft in enger Freundschaft. Auf einem Bergarbeitertage in Kwobitz haben die Deutschnationalen den Sechsstundentag beschlossen. Aber die meisten alldeutschen Abgeordneten haben im Parlament gegen den Neunstundentag gestimmt. Sie haben im Parlament Anträge gestellt, die die Freizügigkeit der landwirthschaftlichen Arbeiter beschränken. Ueber das Wahlrecht äußern sie sich gerne sehr undeutlich. Wir haben aber gelegentlich einzelne Agitatoren in die Enge getrieben und da sehr interessante Dinge gehört. Franko Stein zum Beispiel hat sich in Freiwaldau gegen das allgemeine Wahlrecht erklärt. Burschovsky erklärt, in die Enge getrieben, seine Partei könne nicht für gleiche Rechte eintreten. Bei ihr heiße es: „Jedem das Seine!“ Auch bezüglich der Stellung seiner Partei zum Wahlrecht könne er nur sagen: „Jedem das Seine!“ (Gelächter.) Wie die Herren das verstehen, können Sie sich denken. (Zustimmung.) Wie verhalten sich die Alldeutschen zum Militarismus? Ich erinnere Sie an die begeisterte Rede des Abgeordneten Türk für den Militarismus! Die Alldeutschen wollen den Arbeitern auch die Verwaltung der Krankencassen aus den Händen nehmen und sie den Unternehmern überantworten. Franko Stein hat diesen Kriegszug ja auch im Parlament zu unterstützen gesucht. Auf diese und ähnliche Vorgänge müssen wir hinweisen und den Arbeitern zeigen, daß die Deutschnationalen bürgerliche Classenpolitik treiben, die direct gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. (Beifall.)

Krobath (Krems) beantragt Schluß der Rednerliste. (Angenommen.)

Behr (Saaz): Die Deutschnationalen brauchen nur Gelegenheit zum Wirthschaften, und dann haben sie bald abgewirthschaftet. In einzelnen Bezirken versuchen es die Nationalen mit neuen Organisationen. Wir müssen wachsam sein, aber zu fürchten haben wir nichts (Zustimmung), denn die Deutschnationalen sind nicht mehr actionsfähig. Welche schwere Kämpfe hatten wir vor drei Jahren in Saaz um die Bezirkskrankencassa! Sogar zu Kerkerstrafen führte dieser Kampf. Heute stehen die Dinge derart, daß die Deutschnationalen nicht einmal im Stande waren, eine Candidatenliste zusammenzubringen. Sie haben den Culminationspunkt überschritten. Die Deutschnationalen gehen an ihrem eigenen Unrath zugrunde. (Bravo!)

Schloßnickel (Sternberg): Wir müssen bei der Verfälschung der Czechischnationalen gedenken. Die größten Schurken haben wir dort gefunden. Wir haben nach 1897 einen großen Fehler gemacht. Die Wiener Genossen haben die Zeit benützt, um zu arbeiten. Die Sieger von 1897 haben sich einem unverzeihlichen Optimismus hingegeben. Wir haben geglaubt, nicht mehr unterliegen zu können. Erst nach dem Jahre 1897 entstanden die nationalen Unternehmungen der Herren Stein und Burschovsky. Die ganze alldeutsche Bewegung wird ebenso wie die czechischnationale Arbeiterbewegung von Fabrikantengeld

erhalten. Deshalb ist auch der Zwist Wolf-Schönerer nicht von großer Bedeutung. Auf keinen Fall dürfen wir ihnen mit Milde begegnen, sondern Gleiches mit Gleichem vergelten. (Händeklatschen.)

Seliger (Teplitz): Moralisch ist die deutschnationale Bewegung fertig! Aber dieses Kleinbürgerthum mit denselben wirthschaftlichen Interessen wie die Christlich-Socialen in Niederösterreich, das ist in Böhmen erst im Entstehen begriffen! Wir werden uns ihrer erst zu erwehren haben. Noch sind wir mit ihnen nicht fertig, der große Kampf kommt erst! Er wird noch schwieriger sein als der Kampf gegen die Christlich-Socialen, weil die Alldeutschen nicht so concentrirt an einem Orte sind. Dieser Kampf ist zersplittert auf tausend Gemeinden und hundert Städte. Das ist sehr schwierig, schwieriger als der Kampf in Wien! Wenn wir den Classenkampf entschleiern, so thun wir die wichtigste Arbeit gegen die Deutschnationalen. Die verfälschten Arbeiterparteien haben stets diesen Gegensatz verschleiern wollen. Die letzte Niederlage bei den Wahlen haben wir nicht erlitten, das möchte ich hervorheben, weil etwa Arbeiter von uns abgefallen waren. Aber das ganze Kleinbürgerthum, das 1897 mit uns oder wenigstens nicht gegen uns gestimmt hat, hat diesmal alldeutsch gestimmt. Industrielle Arbeiter haben sie uns nicht Einen genommen. Höchstens ein paar Gehilfen, die sich einmal „selbstständig" machen wollen, sind ihnen gefolgt. Wir dürfen wegen dieser Bewegung nicht nervös werden. Ruhigen, klaren Kopfes wird es uns gelingen, die alldeutsche Verfälschung der Arbeiterbewegung zu überwinden. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Verhandlung wird abgebrochen und die Sitzung um 6 Uhr Abends geschlossen.

Vierter Verhandlungstag.

Montag den 18. August 1902. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr Vormittags.

Es gelangt ein Begrüßungstelegramm des Internationalen socialistischen Secretariats zu Brüssel und ein Begrüßungstelegramm des Vereines der Gewerberichter in Wien zur Verlesung.

Die Debatte über Punkt 7 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Hackenberg (Gmünd): Es ist nicht nur nothwendig, die principiellen Unterschiede unserer Partei von den bürgerlichen Parteien zu erörtern, wir müssen auch immer darauf verweisen, was diese Parteien für die Arbeiter gethan haben. Wo immer die Christlich-Socialen hinkommen, brüsten sie sich damit, daß sie die Lage der Waldviertler Weber verbessert haben. Ich habe früher erzählt, daß es bei uns Weber gibt, die 1 fl. 50 kr. bis 1 fl. 80 kr. wöchentlich verdienen, ich bin aber allmälig darauf gekommen, daß sehr oft nicht einmal das verdient wird. So habe ich vor Kurzem in Amaliendorf Weber gesehen, die nur zwölf Kreuzer täglich verdienen. Der Mann, der mir das gezeigt hat, arbeitet für die Waldviertler Webereigenossenschaft, und er hat mir nachgewiesen, daß er da noch sehr fleißig arbeiten muß. Er hat berechnet, daß bei einem Schneller bei der Organtinweberei 2000 Schuß sind, wozu er drei Viertelstunden braucht. Dann hat er einen ganzen Heller verdient. (Hört, Hört!) Um nicht der einseitigen Darstellung bezichtigt zu werden, will ich auch von den bessergestellten Arbeitern sprechen. Die Musterarbeiter, das sind jene, die die beste Arbeit, die Muster, erzeugen, verdienen 3 fl. wöchentlich, dazu müssen sie aber von 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends arbeiten. Der Geßmann hat erzählt, die Genossenschaft habe 500 Mitglieder. Wir haben tagelang die Mitglieder gesucht. Wir haben aber leider keine gefunden. Die Mitglieder der Genossenschaft sind Factore. Die Zahl 500 wird nach den Geschäftsantheilen berechnet; ich kenne Factore, die zwanzig Geschäftsantheile haben, die meisten haben aber zehn Antheile. Die Factore sind Mitglieder der Genossenschaft, die Factore ziehen Nutzen aus der Genossenschaft, aber für die Arbeiter wurde nichts geleistet. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Genossenschaft hauptsächlich für Landes- und Communalanstalten arbeitet, also ohne Zwischenhändler direct mit dem Consumenten in Verbindung tritt.

Das niederösterreichische Landeseisenbahnamt hat vor kurzer Zeit die Bahnen Gmünd—Weitra und Gmünd—Litschau ausgeführt. In der Arbeitsordnung heißt

es nun, daß die Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang dauert. Außerdem haben die Leute durch vier Wochen keine Löhne, sondern nur à conto-Zahlungen bekommen, und überdies ist der Bahnbau, der angeblich in eigener Regie ausgeführt wurde, an Subunternehmer, an Accordanten, vergeben worden. So zeigt sich auch hier, daß die Christlich-Socialen auch dort, wo sie könnten, nichts für die Arbeiter thun.

Albrecht (Reichenberg): In unserem Wahlkreis haben wir es mit den Christlich-Socialen und mit den Deutschnationalen zu thun, mit jenen im sogenannten schwarzen Winkel von Schluckenau, mit diesen in dem übrigen Theil des Wahlkreises. Wenn wir es hauptsächlich mit den Nationalen zu thun haben, so dürfen Sie nicht glauben, daß die radical-nationale Arbeiterorganisation gar so stark ist. Herr Arnold von der Deutschen Volkspartei, der sich den Alldeutschen zur Verfügung stellt, hausirt die verschiedenen Gemeinden ab und gründet überall „deutschnationale Arbeiterbünde". Aber das geschieht so, daß der Herr mit seinen Getreuen in das nächste Dorf zieht und dort einen Arbeiterbund gründet; aber es sind immer dieselben Leute, die da jedesmal bei der Gründung dabei sind und das „Volk" bilden. An der Spitze dieser sogenannten Arbeiterbewegung stehen die deutschnationalen Lehrer, die sich zu Handlangern gegen uns hergeben, die wir, was wir konnten, immer für die Lehrer eingetreten sind. Ich möchte Sie noch warnen, unsere Bewegung zu überschätzen, wo wir stark sind; dort aber, wo wir unsere Schwäche erkannt haben, sollen wir fleißig arbeiten, damit wir auch dort stark werden. Wir sind mit den Alldeutschen noch nicht fertig, wir müssen erst mit ihnen fertig werden.

Dr. **Adler** (Wien): In der Resolution ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die specielle österreichische Entwicklung dieser Schwindelarbeiterbewegungen nur möglich geworden ist durch die fünfte Curie. Darüber ist kein Zweifel. In Deutschland, wo das gleiche Wahlrecht besteht, ohne diese Form des Pluralvotums, wie wir es hier haben, sind die Bürgerlichen gezwungen, um ihre eigenen Mandate mit den Socialdemokraten zu kämpfen. Durch die fünfte Curie sind sie bei uns in der Lage, zuerst ihre eigenen Mandate für sich zu sichern und hernach in der fünften Curie irgendeinen falschen Arbeiter, eine Puppe von Arbeiter, einen Mann, dem man erst den Namen Arbeiter beigelegt hat, aufzustellen und hier — äußerlich — eine ganz andere Politik zu machen als in ihrer eigenen Curie. Ich möchte noch einen Punkt in der Resolution hervorheben, der bisher noch wenig berührt wurde. Wir haben eine Bewegung vor uns, die mit den schlechtesten Mitteln in der bewußten Absicht der Verführung von Arbeitern eingeleitet ist, eine Bewegung, die auf die schwachen Elemente in der Arbeiterschaft eine gewisse Anziehungskraft hat, und zwar darum, weil sie directe Belohnungen und Prämien auf die Charakterlosigkeit, auf die Schwächlichkeit und Knechtseligkeit der Arbeiter einführt. Wir wissen ganz gut, daß an der Spitze dieser Organisationen überall die Antreiber in den Fabriken stehen, daß die die Leute hineinlocken, sie noch dafür belohnen, und dadurch, daß sie die äußerlichen Formen unserer Organisation annehmen, ihnen gewissermaßen einen *Ersatz für die wirkliche Organisation bieten*. Der Arbeiter sagt: „Ich bin ja auch organisirt, aber so, wie es mir in meinem Fortkommen nicht schadet." Unsere Leute werden gemaßregelt und drangsalirt, den Anderen aber werden alle möglichen Vortheile versprochen, denen, die den Verrath an der Arbeiterclasse begehen. Nun bin ich weit entfernt, für diese schwächlichen Elemente der Arbeiterschaft hier ein Wort der Entschuldigung zu sprechen, aber ich meine doch, daß wir in der Praxis sehr wohl unterscheiden müssen zwischen Denjenigen, die in bewußter Absicht die Arbeiter verführen, und Denen, die sich aus Unkenntniß, Schwäche und Indifferentismus in diese Organisationen hineinlocken lassen. Jeder Arbeiter, der aus Unkenntniß und Indifferentismus hineingelockt wird, ist ein *Vorwurf für uns*, weil es uns ansagt, daß unsere eigene Organisation noch nicht genügend in den breiten Massen der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt hat.

Daraus geht hervor, daß diese Leute, die aus Unwissenheit in diese Organisationen hineinkommen, nicht so behandelt werden wie die bewußten Verräther an der Arbeiterschaft, sondern daß sie so behandelt werden, wie wir Indifferente überhaupt behandeln, daß wir ihnen nämlich mit allen Mitteln der

Belehrung entgegentreten, daß wir niemals vergessen, daß wir in ihnen verführte, mißleitete Arbeiter, aber doch Arbeiter vor uns haben; auch wir Alle waren nicht von Geburt aus Socialdemokraten, Viele von uns haben Wandlungen verschiedener Art durchmachen müssen, um uns zu unserer heutigen Ueberzeugung durchzuringen. Wir wissen, daß der proletarische Charakter in jedem Arbeiter schließlich doch zum Durchbruch kommt, daß auf die Dauer dieser Betrug an den Arbeitern nicht möglich ist. Wir sind verpflichtet, ihnen die Augen zu öffnen, und wir sind verpflichtet, Jeden, dem wir die Augen öffnen, mit offenen Armen bei uns aufzunehmen. Das heißt: Schärfste Bekämpfung und unversöhnlicher Haß den Verführern, aber brüderliche Liebe und Versöhnlichkeit gegenüber den verführten Arbeitern! (Beifall.)

Kiesewetter (Gablonz): Vor 14 Tagen war in Trautenau, dem Hauptwahlort Wolf's, ein großartiges Arbeiterfest, über das das liberale Blatt einen ausführlichen Bericht brachte. Darüber ist nun die alldeutsche „Trautenauer Zeitung" in Harnisch gerathen und dabei sind ihr einige interessante Geständnisse entschlüpft. Sie schreibt: „Die Fabrikanten suchten durch viele Jahre die socialdemokratischen Bestrebungen in der Arbeiterschaft zu unterdrücken, sie suchten, den Socialdemokraten große Versammlungen durch Abmiethen von Sälen und andere Mittel unmöglich zu machen, ja sie mußten selbst bei Streikausbrüchen infolge der widerspenstigen, gefahrdrohenden Haltung der Arbeiter, die von den socialdemokratischen Führern à la Kiesewetter, Köhler, Schäfer, Glas und Anderen aufgehetzt wurden, die Hilfe der Sicherheitsbehörde durch Beistellung von Gendarmen und Militär in Anspruch nehmen. Das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde ein schon ganz unleidliches. Die socialdemokratischen Hetzer trugen immer mehr und mehr Unzufriedenheit in die Arbeiterschaft . . . . Nun scheint es, daß die Großindustriellen die hier fast spurlos verschwundenen Socialdemokraten vermissen und deren Wiederauftauchen herbeisehnen . . . Es wäre hoch an der Zeit, daß die Trautenauer Garn- und Flachsbörse endlich einmal officiell erklärte, daß sie sich mit ihrem Organ, dem „Trautenauer Wochenblatt", in keiner Weise identificirt; finden unsere deutschbewußten, ehrlichen und wackeren Arbeiter und Parteigenossen nicht auch in den Arbeitgebern Genossen im Kampfe um unsere nationalen Güter, dann hindert sie nichts mehr, sich wieder apathisch beiseite zu stellen und der weiteren Entwicklung der Dinge zuzusehen."

Also auf deutsch gesagt: Wenn die alldeutschen Fabrikanten, wie es in der letzten Zeit der Fall war, ihre Arbeiter nicht mehr mit Gewalt in die deutschvölkischen Arbeitervereine hineintreiben, dann werden die deutschvölkischen Arbeiter nicht mehr die Fanghunde der Fabrikanten des Aupathales machen.

Hueber (Wien): In der letzten Zeit tauchen in den gegnerischen Arbeitervereinen immer mehr Leute auf, die verlangen, daß man wirkliche Classenorganisationen schaffe. Da muß man sich fragen: Läßt sich vom nationalen Standpunkt eine wirkliche Classenorganisation schaffen? Läßt sich eine Classenorganisation für die christlich-socialen Arbeiter schaffen? Ich sage: Ja, aber bedingt. Man kann in einer deutschnationalen Gewerkschaftsorganisation gegen das Unternehmerthum als Proletarier kämpfen, man kann Streiks durchführen, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für Lohnerhöhungen eintreten, man kann Krankenversicherung in der Organisation schaffen, kurz, man kann in diesen Organisationen für alle socialpolitischen Forderungen der Socialdemokratie eintreten. (Ohorufe.) Aber auch dann besteht ein Unterschied zwischen einer socialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation und einer nationalen oder christlich-socialen, und diesen Umstand den Arbeitern klar zu machen, ist unsere Hauptaufgabe. Wir haben allerdings einen Kampf von heute auf morgen zu führen. Aber damit ist unsere Aufgabe nicht erschöpft, wenn wir nicht dem Arbeiter gleichzeitig helfen, sich aus der Lohnsclaverei zu befreien. Darauf aber gehen unsere deutschnationalen Arbeiter nicht ein. Ich bin ein ausgesprochener Feind der sogenannten Neutralität, das ist ein Schwindel. Denn die Gewerkschaftsorganisation hat nicht nur die Aufgabe, dem Arbeiter als Arbeiter seine Lage zu verbessern, sondern es muß auch klargestellt werden, daß sein Heil nur darin liegt, wenn er gegen den Bestand der heutigen Gesellschaft auftritt und auf

die Beseitigung aller Schäden hinarbeitet, das heißt für die Beseitigung der Lohnsclaverei.

Den Arbeitern kann nicht geholfen werden, wenn sie sich mit einem Theile des Programms zufrieden geben, sie können also nicht neutral sein. Diese Verfälschung der Arbeiterbewegung liegt auch darin, daß diese nationalen und christlichen Gewerkschaften zwar Alles thun, was wir als moderne Gewerkschafter jetzt thun, daß sie aber noch immer nicht genug thun, daß sie vor Allem nicht auf die Beseitigung der Lohnsclaverei hinarbeiten. Denn wenn sie das thäten, wären sie Socialdemokraten.

Die Debatte wird geschlossen.

Bei der Abstimmung wird die vom Referenten vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, ebenso Antrag **40**.

Hierauf folgt die **vertrauliche Sitzung**, in der Popp über den finanziellen Stand der „Arbeiter-Zeitung", der „Arbeiterinnen-Zeitung" und der Volksbuchhandlung Aufschluß gibt. Kütt (Wien) beantragt namens der Wiener Preßcommission, die die ganze Gebahrung der „Arbeiter-Zeitung" geprüft hat, der Administration der „Arbeiter-Zeitung" das Absolutorium zu ertheilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp:** Bevor wir in die Berathung des nächsten Punktes eingehen, möchte ich eine Richtigstellung vornehmen. Genosse Sponer aus Reichenberg hat sich über einen Vorgang des Präsidiums beschwert, er hat den Parteitag auch bereits verlassen, nicht ohne übrigens zu erklären, daß er keine große Affaire daraus machen will. Genosse Sponer meint sich in seinem Recht verkürzt, weil ihm gestern durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde, während angeblich Genosse Hueber in die Rednerliste eingefügt worden sei. Das Präsidium erklärt, daß Genosse Hueber sich beim Schriftführer rechtzeitig schriftlich gemeldet hat. Das Präsidium hat dies, weil die Schriftführer oft abwesend sind, übersehen. Als sich jedoch die schriftliche Anmeldung vorfand und der Schriftführer die rechtzeitige Anmeldung zugab, hat Hueber selbstverständlich das Wort erhalten. Es ist aber auch selbstverständlich, daß Niemand Genossen Sponer unrecht thun wollte, und ich hoffe, daß er sich in Reichenberg mit dieser Erklärung, daß kein Unrecht geschehen ist, zufrieden geben wird.

Schrammel übernimmt den Vorsitz. Es gelangt nun der achte Punkt der Tagesordnung: **Parteipresse**, zur Berathung. Das Referat hat

Popp (Wien): In Anbetracht dessen, daß viele Delegirte schon reiselustig sind, werde ich mich kurz fassen. Es ist in der Debatte früher erwähnt worden, daß es nöthig sein wird, in principieller Beziehung auf die Arbeiter einzuwirken. Ein Mittel dieser Vertiefung, das wirkungsvollste, ist die Parteipresse. Sie hat nicht nur die Pflicht, zu agitiren, den Gegnern zu antworten, sie hat auch die Pflicht, principielle Aufklärungsarbeit zu leisten. Wenn die Presse das thun soll, dann muß sie es auch thun können! Wir haben auf den Parteitagen wiederholt die Bedingungen festgestellt, unter denen ein Blatt herausgegeben werden darf. Diese Bedingungen wurden aber nicht eingehalten. In letzter Zeit ist es zum Beispiel möglich geworden, daß in manchem Ort ein Buchdrucker, der selbstständig werden will und etwas Geld hat, um sich eine Druckerei einzurichten, den Genossen einredet, daß sie ein Blatt herausgeben sollen. Da werden zwar Berechnungen aufgestellt (Heiterkeit), anfangs geht es ja, schließlich aber leiden beide Theile darunter, oder es werden alle Geldmittel im Bezirk darauf verwendet, das Blatt zu erhalten. Es wird nicht gewissenhaft genug untersucht, ob allen festgesetzten Bedingungen entsprochen werden kann. Dadurch kommt es, daß ein solches Blatt, statt die Partei zu unterstützen, schließlich ein Streitpunkt für die Partei wird und das bißchen Organisation im Orte zertrümmert.

Die Preßgesetzgebung erschwert unsere Preßverhältnisse sehr. Jeder Bezirkshauptmann, jeder Staatsanwalt hat die Möglichkeit, ein Blatt zugrunde zu richten. Das viele Confisciren hat noch nicht aufgehört, wenn auch Herr von Körber etwas mehr Ruhe gibt. Wenigstens in Wien; in der Provinz wird ja

noch eben so lustig confiscirt. Es fehlt uns besonders das Mittel der Verbreitung, die Freiheit der Colportage.

Die Parteipresse soll gewissermaßen das Barometer der Partei sein. Es soll nicht nur die Stärke, sondern auch die geistige Entwicklung der Partei zeigen. Da steht es aber oft sehr schlecht. Zum Beispiel sollte man meinen, daß die Parteiblätter, die ungefähr zum 15. d. M. erschienen, dem Parteitag wenigstens ein paar Zeilen widmen. In einer Reihe von Parteiblättern war in der letzten Nummer nicht mit einem Wort davon die Rede! Die Zeitung soll actuell sein! Auf einem Parteitag ist ein Parteipreßbureau beschlossen worden, das wichtige Nachrichten und Artikel an die Parteiblätter herausgibt. Die Genossen haben damals Alle zugestimmt; wir haben nun den Genossen in der Provinz mitgetheilt, daß wir dieses Preßbureau errichten werden, wenn die Provinzpresse einen Betrag dazu beiträgt. Darauf haben einige geantwortet, die Mehrzahl der Blätter hat nicht geantwortet! So scheiterte das Unternehmen an der finanziellen Seite. Wenn die Parteiblätter nicht in der Lage sind, die paar Gulden jährlich zu bezahlen, wie steht es dann mit unserer Provinzpresse? Die Provinzpresse lebt zum Theile geistig von Wien. Die „Arbeiter-Zeitung" ist ja nach allgemeinem Urtheil gut gehalten. Nun besteht in manchen Orten der Beschluß, die Provinzblätter dürfen keine Scheerenarbeit leisten. Da man der „Arbeiter-Zeitung" aber nicht ausweichen kann, so schreibt man die Artikel um und bringt sie in verschlechterter Ausgabe heraus. Das gilt nicht von allen, aber von vielen Provinzblättern. Wenn ich da einen Vorwurf erhebe, so mache ich ihn den Organisationen, welche ihren Parteiblättern nicht die genügenden Mittel an die Hand geben. Welche Bücher, welche Hilfsmittel stehen dem Provinzredacteur zur Verfügung? Was er selbst einkauft, von seinem Geld, das hat er. Meistens haben die Redactionen nicht die Mittel, diese Behelfe zu beschaffen. Wie aber sind die Redacteure bestellt? Sie sind zumeist sehr schlecht bezahlt, sie haben als Tintenkuli die meiste Arbeit im Orte zu leisten, die ganze Agitationsarbeit zu besorgen, Auskünfte zu ertheilen und überdies mit unzureichenden Mitteln zu arbeiten, von privaten Sorgen gedrückt. Einmal waren solche Verhältnisse begründet. Heute sind wir größer geworden, und deshalb müssen den Blättern die Mittel beigestellt werden, die sie brauchen. Das ist aber nicht möglich, wenn so viele Blätter wie heute erscheinen. Es ist nicht nöthig, daß in jedem größeren Orte ein Blatt herauskommt. Wenn hier in Böhmen ein gutes Tagblatt erschiene, so wäre dies dem Ansehen der Partei viel zuträglicher als diese vielen kleinen Blätter. Es ist auch die Frage der Existenz der in den Redactionen Beschäftigten dabei zu erwägen. Aber auch diese Fragen könnten gelöst werden, ohne diese Existenzen zu gefährden. (Skaret: Sogar besser gestellt würden sie!) Der Einfluß der Partei ist größer als die Zahl der Genossen, wurde gesagt, und das ist zum Theil gewiß der „Arbeiter-Zeitung" zu danken. Die „Arbeiter-Zeitung" hat sich Respect zu verschaffen gewußt, der Einfluß der „Arbeiter-Zeitung" ist ein großer, sie wird nicht nur von dem Unternehmerthum, sondern auch von der Regierung gefürchtet. Die Herrschenden wissen eben die Waffe der „Arbeiter-Zeitung" besser zu würdigen als die Genossen selbst. Hier in Böhmen könnten die Verhältnisse ebenfalls besser liegen. Organisationen sind in Böhmen genug! Eines möchte ich noch sagen: Wenn wir auch scharfe Kritik zu üben haben, so sollen wir doch immer eine anständige Kritik üben und uns durch die Dreckschleuderpolemik der Gegner nicht im Geringsten zur Nachahmung verleiten lassen.

Die „Arbeiter-Zeitung", welche gewiß vorsichtig ist, hatte in den letzten Jahren viel Ehrenbeleidigungsprocesse und mehr als 6000 Kronen an Gerichtskosten zu zahlen. (Adler: Trotzdem wir uns so zusammennehmen!)

Seinerzeit haben wir für die Verschleißlicenz, gegen den Zeitungsstempel kämpfen müssen, heute müssen wir für die Reform des Preßgesetzes energisch kämpfen! Die Preßreformvorlage der Regierung ist nur unserer Agitation und unserer Presse zu danken. Die bürgerliche Presse befindet sich unter den gegenwärtigen Preßverhältnissen sehr wohl. Sie fürchtet die Concurrenz und wünscht deshalb keine Aenderung der bestehenden Preßverhältnisse. Als die Preßreformvorlage eingebracht wurde, wurden sofort zweierlei Meinungen laut. Die Einen fanden im ersten Moment die Vorlage sehr freisinnig, die Anderen sagen,

daß dieses neue Preßgesetz noch reactionärer sei als das alte. Dr. Jugwer hat eine Broschüre geschrieben, worin er diese Preßreform total verwirft. Ich möchte Sie bitten, sich weder von der einen noch von der anderen Meinung allzu stark beeinflussen zu lassen. Ich will keine Preßnovellendebatte heraufbeschwören, sondern nur die Hauptzüge der Reform streifen. Gut ist die Freigebung der Colportage. (Schuhmeier: Es ist ja nur eine halbe Colportagefreiheit.) Genosse Schuhmeier, Du wirst daran mitarbeiten, sie ganz zu machen! Heute können wir allerdings Wochenblätter in den Werkstätten colportiren, jedoch bei einem Tagblatt ist der Apparat unbrauchbar. Nach der Vorlage wird das Ausrufen, der Straßenverkauf, das Abonnentensammeln möglich sein. Auch die Aufhebung des objectiven Verfahrens sieht einem Fortschritt gleich. Freilich ist diese Aufhebung nicht so vollkommen, wie sie aussieht. Bei Hochverrath, Majestätsbeleidigung, Gotteslästerung bleibt die Confiscation bestehen. In Oesterreich darf aber kein Rest von Anhaltspunkten zur Confiscation für die Staatsanwälte im Gesetze bleiben; wenn irgend ein Graf Minister wird, kann dann die Auslegung wieder angehen, denn es kommt doch immer auf die administrative Handhabung des Gesetzes an. (Zustimmung.) Die „Arbeiter-Zeitung" zum Beispiel ist in den letzten zwei Jahren nur sechsmal confiscirt worden, während wir sonst in einem Jahre vierzehn-, fünfzehnmal und öfter confiscirt wurden, trotzdem wir noch immer das gleiche Preßgesetz haben.

Auch bezüglich der Ehrenbeleidigungen sind die Anschauungen verschieden. Wir sind in Wien unseren Gegnern vollständig ausgeliefert. Wir müssen uns die größten Beschimpfungen gefallen lassen, die ärgsten Lügen, die crassesten Verleumdungen. Das Berichtigen, Jeder weiß das, hilft nichts. Mit einer Klage aber können wir in Wien nicht vorgehen, weil die christlich-socialen Geschwornen ein antisemitisches Blatt stets freisprechen. Nach der neuen Novelle werden Ehrenbeleidigungen den Geschwornen entzogen. Es ist aber doch eine Frage, ob es nicht doch besser ist, wenn Geschworne urtheilen. Der Grazer „Arbeiterwille" schrieb: „Wir sind für die Beibehaltung der Geschwornengerichte, nicht weil wir in Graz stets freigesprochen, sondern trotzdem die „Arbeiter-Zeitung" in Wien stets verurtheilt wurde." (Heiterkeit.) Principiell stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir Geschwornengerichte wollen, aber nicht die Geschwornen von heute, wir wollen die Geschwornen durch das Volk wählen lassen. Auch in diesem Punkte werden unsere Abgeordneten die rechten Verbesserungen möglich zu machen suchen.

Das Berichtigungsverfahren ist heute so, daß man mit dem § 19 machen kann, was man will. Die neue Vorlage setzt fest, daß die Redaction nicht jede Berichtigung aufnehmen muß, der Berichtiger muß eventuell die Wahrheit erst erweisen. Dadurch werden die Redactionen, aber nicht das Publicum geschützt! Unsere Redactionen werden gewiß wahrheitsgetreue Berichtigungen aufnehmen, auch wenn dies nach dem Gesetz nicht unbedingt nöthig wäre. Wenn Jemand eine Berichtigung mit unwahren Thatsachen einsendet, so kann er — nach dem Entwurf — eine Muthwillensstrafe erhalten. Die Redaction aber, wenn sie lügt, bleibt straflos! Alles das muß noch eingehender besprochen werden. Wir brauchen unbedingt größeren Spielraum für unsere Presse. Die Vorlage können wir nicht in Bausch und Bogen verwerfen, aber wir können sie auch nicht, wie sie ist, annehmen. Aber ich glaube, wenn die Preßreform nicht jetzt gemacht wird, wird sie auf Jahre hinaus nicht kommen, dann kann es uns gehen wie mit dem Strafgesetz, das wiederholt eingebracht worden ist und das doch heute in seiner vollen Verzopftheit zu Recht besteht. Die Vorlage wird ja in nächster Session zur Berathung kommen, von unseren Abgeordneten soll sie verbessert und dann Gesetz werden.

Es besteht ein Parteitagsbeschluß, daß der Arbeiter-Kalender, die Maifestschrift und Parteibroschüren nur von der Parteivertretung für das ganze Reich herausgegeben werden dürfen. Solche Beschlüsse müssen eingehalten werden. Der Organisation in Salzburg hat es nun gefallen, sich daran nicht zu kehren; die Genossen haben einen eigenen Kalender herausgegeben, den sie „Volkskalender" nennen. Sie haben das deshalb gethan, weil ein Buchdrucker Arbeit gebraucht

hat. Der Parteitag kann das nicht gutheißen; das darf sich keine Organisation herausnehmen! Es wäre für die Disciplin unserer Partei ein sehr schlechtes Zeugniß, wenn das einreißen würde. Ich habe Ihnen daher zu erklären, daß dieser Kalender ein Privatunternehmen und nicht als Parteikalender anzusehen ist. Der Parteitag muß das entschieden rügen, wenn die Salzburger Genossen das auch nicht wieder thun, weil der Versuch mit einem Deficit enden dürfte.

Ich komme nun zu den Anträgen. Da liegt zuerst ein Antrag Dr. **Czech's** (Antrag **22**) vor, der den Socialdemokratischen Verband auffordert, darauf zu dringen, daß der von der Regierung vorgelegte Preßgesetzentwurf in der nächsten Session des Parlaments zur Verhandlung gelange.

Ich hätte diesen Antrag selbst gestellt und empfehle ihn zur Annahme. Wir brauchen unseren Abgeordneten erst keine Vorschriften zu machen, sie werden wissen, was sie an der Preßnovelle zu verbessern haben.

Dann liegt der Antrag **Polke** (Antrag **23**), betreffend die Maifestschriften, vor.

Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden.

Die Anträge **24** und **25** der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung bitte ich abzulehnen, eventuell empfehle ich die Annahme des Antrages Piraschütz und Genossen. Wir können dem zünftlerischen Standpunkt kein Zugeständniß machen und gewissermaßen Concessionen ertheilen, welche Blätter verkauft werden dürfen und welche nicht. Dieser Antrag ist nicht socialdemokratisch (Sehr richtig!), er ist zünftlerisch.

Den Antrag **27**, betreffend die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung", empfehle ich Ihnen, trotzdem er eigentlich nur die Wiener angeht. Ich möchte aber bei diesem Anlaß die Provinzgenossen ersuchen, diesen Antrag auch auf sich zu beziehen. Wenn die Blättergründungen wie bisher weitergehen, so werden wir nicht mehr an Abonnenten das Blatt in die Provinz senden, sondern nur als Tauschexemplar an die Redaction. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, auch in der Provinz tüchtig Propaganda zu machen.

Was den Antrag des II. schlesischen Wahlkreisausschusses auf Anerkennung der „Bielitzer Volksstimme" als Parteiorgan betrifft, so muß ich erklären: Nachdem der Bezirk eine Landesorganisation hat, die mährisch-schlesische, und diese bisher nicht über das Blatt bestimmt hat, so muß die Entscheidung ihr überlassen bleiben. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrages Dr. Czech. (Antrag **28**.)

Ferner ist ein Antrag von Genossen Eldersch eingelaufen, betreffend die Herausgabe einer Artikelserie über die Preßreform.

Ich glaube, es wird das nicht so einfach sein. Der Satz ist wohl schon zerstört. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen.

Nun zum Antrag der gemeinschaftlichen Conferenz der Bezirke Gablonz an der Neiße und Tannwald, betreffend die Bilder der Maifestschrift sowie des Arbeiter-Kalenders.

Es ist immer sehr schwer zu garantiren, daß Bilder besser ausfallen. Die Reproduction gelingt nicht immer. Für die Ausführung kann man keine Garantie übernehmen. (Zwischenruf: Aber die böhmischen Festschriften sind immer gelungen.) Ich glaube, Sie müssen das der Parteivertretung und der Volksbuchhandlung überlassen. Beschließen Sie auch nicht im Vorhinein, daß die Bilder schwarz sein sollen. Was das Jahrmarktverzeichniß betrifft, so ist es bisher dem Lichtstrahlen-Kalender beigelegen. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß das Verzeichniß im Arbeiter-Kalender erscheint, wenn sie dagegen auf das Vereinsverzeichniß verzichten. (Oho!) Für Wien hat das Vereinsverzeichniß keinen Werth. (Auch die Jahrmärkte nicht! — Heiterkeit.) Das Vereinsverzeichniß hat unter Umständen sogar Nachtheile. Jedenfalls Eines oder das Andere! Beides zugleich geht nicht hinein.

Den Antrag Seliger, betreffend die Gründung eines Tagblattes für Deutschböhmen, empfehle ich Ihnen zur Annahme.

Im Sinne der einleitenden Worte empfehle ich Ihnen ferner folgenden Antrag zur Annahme:

Der Parteitag beschließt, daß die Herausgabe von Kalendern und Parteifestschriften jeder Art nur im Einvernehmen und nur mit Zustimmung der Parteivertretung erfolgen darf. Skaret.

Weitere Anträge liegen nicht vor. Es wird auch der Parteicontrole obliegen, nicht nur die finanzielle Seite der Parteipresse, sondern auch ihren Inhalt zu prüfen. (Beifall und Händeklatschen.)

Dr. **Adler** (Wien): Die Preßreform ist für uns neben dem Ausgleich der wichtigste politische Gegenstand, und sie wurde nur darum nicht auf die Tagesordnung gestellt, weil es sich da um juristische Einzelheiten handelt, die schwer in einer so großen Versammlung besprochen werden können, und auch deshalb, weil wir nicht den Abgeordneten eine gebundene Marschroute in den Einzelheiten geben wollten. Aber Eines muß hier öffentlich mit möglichster Bestimmtheit gesagt werden: Der Ministerpräsident hat uns mit dieser Preßreform etwa zwei Jahre lang zum Narren gehalten. Sie war uns schon in der Thronrede angekündigt, und alle sechs Monate ungefähr, nach Bedarf auch öfter, hat er uns das feierliche Versprechen abgegeben, er werde die Preßreform einbringen. Es ist nicht zuletzt dem energischen Auftreten der Parteipresse und unserer Abgeordneten gelungen, die Preßreform jetzt aus den Bureaux herauszubefördern. Aber es besteht darum doch die sehr dringende Gefahr, daß die Preßreform eine lange Zeit in den Heften des Abgeordnetenhauses bleiben werde, daß der Preßausschuß sich nicht entschließen wird, sich mit ihr zu beschäftigen, daß er vielmehr, wie das so oft der Fall ist, immer beschlußunfähig sein wird; kurz, daß bei dem geringen Interesse der Abgeordneten für die Preßreform die Regierungsvorlage verzögert und verschleppt wird. Da haben wir die Pflicht, zu sagen, daß wir uns nicht mit der Vorlage eines *Entwurfes* begnügen, sondern daß wir ein *Gesetz* wollen, und daß wir allen unseren Einfluß in der Oeffentlichkeit sowohl wie im Parlament aufbieten werden, und wir werden, wenn es nothwendig sein wird, an Sie, Parteigenossen, appelliren. (Beifall.)

Nachdem ich constatirt habe, daß wir nicht gesonnen sind, uns von der Regierung etwa foppen zu lassen, so will ich constatiren, daß wir uns auch nicht über den Inhalt der Vorlage täuschen. Die Vorlage hat den großen Vortheil, daß sie mit dem Princip des Colportageverbotes und des objectiven Verfahrens bricht. Das ist selbstverständlich nur für Oesterreich ein ungeheurer Fortschritt. In civilisirten Ländern würde es keinen Fortschritt bedeuten. Aber Dr. Körber ist ja nur modern, weil das bisherige Oesterreich so unmodern war; nur fortschrittlich, weil Oesterreich bisher rückschrittlich war. Die bisherigen Zustände dienen ihm als Folie, von der er sich leicht glanzvoll abheben kann. Aber immerhin bilden die Freigebung der Colportage und die Beseitigung des objectiven Verfahrens einen entscheidenden und für uns in allererster Linie maßgebenden Fortschritt. Wir leiden am meisten unter der Beschränkung der Colportage und unter dem objectiven Verfahren, und wir müssen darum in erster Linie trachten, daß die beiden Fortschritte auch verwirklicht werden. Aber wir verhehlen uns nicht, daß wir diesen wichtigen Fortschritt nach dem Willen der Regierung *mit sehr schweren Opfern bezahlen müssen.* Wenn die Regierungsvorlage, so wie sie ist, Gesetz würde, so bestünde die Gefahr, daß alle Preßvergehen den Schwurgerichten entzogen und als Privatbeleidigungen der Beamten vom Bezirksrichter abgeurtheilt würde. Damit würde der größte Theil des Werthes der Preßreform für uns verloren gehen. Wir brauchen unseren Abgeordneten gewiß keinen Fingerzeig zu geben, sie wissen sehr gut, was sie zu thun haben. Aber es muß dennoch schon jetzt mit möglichster Bestimmtheit ausgesprochen werden, daß unsere Abgeordneten im Sinne der Socialdemokratie handeln werden, wenn sie mit allen Mitteln und mit größter Energie verhüten, daß die Preßfreiheit, die auf der einen Seite erweitert wird, auf der anderen Seite in empfindlichster Weise eingeschränkt wird. (Beifall.) Wir Journalisten der Partei, *wir fürchten uns vor dem subjectiven Verfahren nicht!* Wir haben wiederholt erklärt, wir wollen nicht anonym eingestampft und objectivirt werden, ohne Gelegenheit zu haben, in der Oeffentlichkeit zu vertreten, was wir geschrieben haben. Wenn wir für unsere Reden haben sitzen können, sind wir ohneweiters entschlossen, auch für das, was wir schreiben, zu sitzen. Denn darüber ist ja kein Zweifel, daß

die Preßnovelle eine gefährliche Bedrohung der persönlichen Freiheit socialdemokratischer Redacteure ist. (Heiterkeit.) Aber Alles hat eine Grenze. Das wünschen wir nicht, daß Beamte darüber urtheilen, was eine erlaubte Kritik an Beamten und ihrer Amtsführung ist. Dagegen müssen wir uns auf das Entschiedenste wehren, und alle Mängel, die die Schwurgerichte überall und insbesondere bei uns haben, sind weit leichter zu ertragen als der Zustand, wo wir einfach an die Willkür und an das Commando eines Justizministers, an seine Richter ausgeliefert wären. (Zustimmung.) Wie es mit der Unabhängigkeit der Richter bestellt ist, das wissen wir. Ueberall, nicht nur bei uns, herrscht bis zu einem gewissen Grad Classenjustiz, aber was hier weit mehr zu fürchten ist: hier handelt es sich um bureaukratische Justiz in eigener Sache. Dagegen aber müssen wir uns ganz entschieden wehren.

Der andere wichtige Punkt, um den es sich handelt, ist, daß die Colportage, obwohl sie principiell freigegeben wird, im Einzelnen noch immer durch kleinliche und überflüssige, zum Theile sogar lächerliche Beschränkungen aufgehalten wird. Uns ist es allerdings nicht gar so fürchterlich, denn wenn wir mit dem alten § 23 fertig geworden sind, werden wir mit dem neuen Gesetz erst recht fertig werden. Aber wir sehen nicht ein, warum man, wenn man schon ein neues Gesetz macht, die Sache nicht ordentlich machen soll, und so, wie es unserem heutigen Begriff entspricht.

Nun ist es ja sicher, daß wir von anderen Parteien sehr wenig Hilfe zu erwarten haben, vielmehr steht zu befürchten, daß eine Anzahl reactionärer Parteien daran arbeiten wird, diesen Entwurf noch mehr zu verderben. Ein ernsthaftes Interesse haben ja die bürgerlichen Parteien, mit sehr wenigen Ausnahmen, nicht an einem anständigen Preßgesetz; wir werden also in diesem Kampfe, so wie bisher, wesentlich auf eigene Kraft angewiesen sein. Das bitte ich Sie vor Augen zu haben, und schon aus diesem Grunde erbitten wir uns Ihre Mithilfe. Wenn Sie diese Mithilfe aber in entsprechendem Maße bieten wollen, dann müssen Sie sich vor Allem mit dem Inhalt dieser Preßnovelle auf das Eingehendste vertraut machen, und ich erlaube mir, im Anschluß an die Anträge auf die vortrefflichen Artikel des Genossen Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung“ aufmerksam zu machen. (Beifall.)

Zuschratter (Jägerndorf): Ich will an den Antrag anknüpfen, den die Organisation Gablonz eingebracht hat. Es ist wirklich hoch an der Zeit, daß wir endlich daran gehen, in der Ausstattung der Festschriften eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Arbeiter sind zum großen Theil nicht einverstanden mit den secessionistischen Kunststückchen, die nichts Anderes bedeuten als eine Verfälschung der Natur. (Widerspruch und Heiterkeit.)

Volkert (Wien): Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in Wien nicht so verbreitet als nothwendig wäre, und das kommt daher, daß die Wiener Genossen dem Blatte gegenüber ihrer Pflicht noch niemals nachgekommen sind. Mit der Uebernahme des Vertriebes der „Arbeiter-Zeitung“ durch die Wiener Wahlkreise haben wir eine kolossale Arbeit auf uns genommen. Ich habe in der letzten Zeit Gelegenheit genommen, in den Vereinen nachzuforschen, wie dort die „Arbeiter-Zeitung“ verbreitet ist. Unter 200 Mitgliedern einer Ortsgruppe eines Fachvereines habe ich nur 45 Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung“ gefunden. Es gibt noch genug Genossen, die sich anstatt der „Arbeiter-Zeitung“ bürgerliche Schmierblätter kaufen und damit sogar in die Fabrik gehen. Wir möchten nun, daß uns der Parteitag bei der Arbeit für unser Centralorgan durch die Annahme unseres Antrages unterstütze. Ich meine, daß uns auch die „Arbeiter-Zeitung“ unterstütze, indem sie ihre übel angebrachte Noblesse gegen die anderen Zeitungen aufgebe und die Arbeiter belehre, daß sie ein Verbrechen an sich selbst und an der Arbeiterclasse begehen, wenn sie mit ihren Kreuzern die bürgerlichen Blätter unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Wir in der Provinz sind absolut dagegen, daß uns das Recht, das, was wir schreiben, vor den Geschwornen vertreten zu können, genommen wird. Es haben sich in der Partei Stimmen bemerkbar gemacht, daß es besser ist, wenn die Ehrenbeleidigungen vor die Bezirksrichter kommen. Aber ich meine, Classenrichtern stehen wir gegenüber, ob

wir vor Berufsrichtern oder Geschwornen stehen, und daß es schlechte Richter gibt, wie schlechte Geschworne. Principiell muß unsere Stellung sein, daß wir den Wirkungskreis der Geschwornen nicht beschneiden lassen, sondern die Geschwornengerichte demokratisiren. Was die Illustrationen der Festschriften betrifft, so meine ich, daß sie sehr oft sehr geschmacklos sind. Wir brauchen nicht die Secession zu bekämpfen, sondern müssen der Volksbuchhandlung beibringen, daß sie geschmackvollere Bilder beischaffe. (Beifall).

Schuhmeier (Wien): Wenn Zuschratter erklärt hat, daß die Arbeiter gegen die Secession seien, so meine ich, daß er kein Mandat dazu hatte. Ueber Geschmack läßt sich nicht streiten, aber der Geschmack, den die Maifestschriften hinterlassen, convenirt uns Allen zusammen nicht. Ueber den Antrag des IV. böhmischen Wahlkreises will ich mich nicht weiter äußern. Gesagt sei aber, daß wir uns auf eine solche Hochschutzzollpolitik für die Provinzpresse nicht einlassen können.

Was die Preßnovelle betrifft, so glaube ich im Namen des Verbandes die Erklärung abgeben zu dürfen, daß daran noch ungeheuer viel wird geändert werden müssen, um sie zu einem wirklich modernen, den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechenden Gesetz zu schaffen, und daß wir im Parlament Alles daransetzen werden, damit das, was Herr v. Körber versäumt hat, durch das Parlament nachgeholt werde. (Beifall.) Genosse Dr. Adler hat gemeint, der Preßausschuß werde das Gesetz zu verschleppen suchen. Ich möchte dem widersprechen. Es sind ja noch wir und auch die „Arbeiter-Zeitung“ auf der Welt; wir werden den Ausschuß wohl überwachen und die Namen der Abgeordneten, die den Ausschuß schwänzen, veröffentlichen. Das wird wohl das wirksamste Mittel sein, um die Herren an ihre Pflicht zu erinnern. Sie können auch nicht leicht aus, weil sie fast ohne Ausnahme in der letzten Zeit moderner zu sein vorgeben als Herr v. Körber. In der jetzigen Form ist der Entwurf unannehmbar und ebenso sicher ist, daß Aenderungen werden gemacht werden müssen. Ich will hier nur einige anführen, um die Fadenscheinigkeit der Körber'schen Neuheit zu zeigen. Da ist zum Beispiel der § 17, der bestimmt, daß der Straßenverkauf nur Personen „von nicht unter achtzehn Jahren“ gestattet sein solle. Ich erinnere daran, daß es uns Socialdemokraten unmöglich war, bei der Berathung des Bergarbeitergesetzes durchzusetzen, daß die jugendlichen Arbeiter vom Bergbau ausgeschlossen werden. Aber, was beim Bergbau erlaubt ist, wird da verboten. Und dann das Verbot des Verkaufes vor 6 Uhr Früh. Wo Tausende Arbeiter in die Fabriken gehen, soll der Straßenverkauf verboten sein. Im Parlament mußten wir kämpfen, um zu verhindern, daß die Arbeiten bei den Wasserstraßenbauten vor 6 Uhr beginnen. In der unmittelbaren Nähe der kaiserlichen Hofburg, der Amtsgebäude und der Thore der Gotteshäuser ist der Straßenverkauf untersagt. Wir werden bei dieser Gelegenheit davon erzählen, was von den Clericalen nicht vor, sondern in den Gotteshäusern Alles geschieht. (Lebhafter Beifall.)

So könnte man stundenlang die Fehler des Entwurfes aufzählen, denn der Entwurf ist so mangelhaft in seinem Inhalt, als Körber mangelhaft in seiner socialpolitischen Erziehung. Seien Sie versichert, wir werden unsere Pflicht thun, erwarten aber, daß auch Sie, wenn an Sie der Ruf ergeht, ihre Pflicht außerhalb des Parlaments thun werden, um zu erringen, was wir brauchen: eine wirklich dem Zuge der Zeit entsprechende Preßreform. (Lebhafter Beifall.)

Seliger (Teplitz): Ich will nur auf die Anregung Popps zurückkommen, es möge getrachtet werden, daß an Stelle der in Böhmen erscheinenden Wochenblätter ein Tagblatt gegründet werde. Das ist eine Sache, deren Nothwendigkeit jeder von uns fühlt. Es liegt in der Natur, daß unsere ganze Bewegung in Deutschböhmen, die auf ein- oder zweimal wöchentlich erscheinende Blätter angewiesen ist, nicht auf der Höhe der Zeit stehen kann. Die Gründung eines Tagblattes ist eine Nothwendigkeit, aber sie ist äußerst schwierig. Wenn ein Tagblatt gegründet werden soll, so ist es nur in Prag möglich, und nur dann, wenn es zu bedeutend niedrigerem Preise herausgegeben wird als die „Arbeiter-Zeitung“. Wir werden mit einem ganz anderen Lesekreis und mit bedeutend geringerem Lesebedürfniß zu rechnen haben als in Wien. Das Tagblatt ist eine

Nothwendigkeit und wir werden an die Realisirung dieser Nothwendigkeit wohl oder übel einmal schreiten müssen. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Popp (Schlußwort): Ich will nur einige Worte zum Antrag Seliger sagen. Die Partei vermißt schon lange das Tagblatt. Wir glauben auch nicht, daß die „Arbeiter-Zeitung" darunter leiden würde; wohl aber würde es die Entwicklung der Partei in Nordböhmen beschleunigen. So lange Sie aber das Tagblatt noch nicht haben, möchte ich Sie auffordern, für die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" eifrigst zu wirken. Was die Preßreform betrifft, so wird die Parteivertretung Alles thun und auch in der Provinz das Aviso geben, sobald es an der Zeit ist, energisch in Action zu treten.

Vorsitzender **Schrammel**: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung:

Angenommmen werden die Anträge **22** (Preßgesetzberathung im Parlament), **26** (Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge 24 und 25), **27** (Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung"), **28** („Bielitzer Volksstimme"), **31** (Kalender und Festschriften dürfen nur mit Zustimmung der Parteivertretung herausgegeben werden). Es entfallen hiedurch die Anträge **8, 24, 25, 32.**

Der Parteivertretung zugewiesen werden die Anträge **7** (Maischrift), **23** (Maischrift), **29** (Preßreformartikel der „Arbeiter-Zeitung"); dem böhmischen Landesverband zugewiesen wird der Antrag **30** (deutsches Tagblatt für Böhmen).

Vorsitzender **Schrammel:** Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt und wir schreiten nunmehr zum letzten Punkt **Eventuelles.**

Berichterstatter **Skaret** (Wien) empfiehlt Ablehnung der Anträge **11, 33, 34** (Ort des nächsten Parteitages); Zuweisung der Anträge **12** (Altersversicherung) und **10** (Versicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter) an den Verband der Abgeordneten; Zuweisung des Antrages **36** (Broschüre über den Ausgleich) an die Parteivertretung und Annahme des Antrages **35** (Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag durch die Parteivertretung). Der Parteitag beschließt gemäß diesem Vorschlag.

Zur Geschäftsordnung erhält nunmehr das Wort:

Stark (Karlsbad): Ich muß Protest erheben gegen eine Erscheinung, die wir bereits auf früheren Parteitagen constatiren konnten, nämlich gegen die persönliche und verletzende Form der Polemik einzelner Genossen gegen alle Aeußerungen der Opposition. Ich bin nicht empfindlich, auch nicht eitel und eingebildet, aber ich brauche mich darum nicht von Dr. Adler als den dümmsten Kerl hinstellen zu lassen. Adler ist in der angenehmen Lage, daß er seine Angriffe im Schlußwort vorbringen kann, er verfügt über die größere Intelligenz und Rednergabe und über ein altes gefestetes Parteiansehen. Dieser Kampf des Starken gegen den Schwachen ist nicht ritterlich. Ich protestire dagegen nicht aus persönlichen, sondern aus principiellen Gründen, weil eine solche Art der Abschlachtung aller oppositionellen Anschauungen nur zum Mamelukenthum führt.

Dr. **Adler** (Wien): Ich muß gestehen, daß ich den Vorredner nicht verstehe. Es ist das gute Recht jedes Delegirten, seiner Meinung möglichst scharfen Ausdruck zu geben, und wenn man von dem selbstverständlichen Rechte der Kritik einen so außerordentlichen Gebrauch macht wie der Vorredner, so muß man es sich gefallen lassen, daß die Abwehr ebenso scharf erfolgt. Der Vorwurf, daß ich mich gegen einen Schwachen nicht ritterlich benommen habe, trifft mich nicht. Die Genossen, die mich kennen, werden mir sagen, ob ich jemals bei irgendeinen Genossen, der wirklich schwach war, bei dem ich aber den guten Willen sah, einen Gedanken ordentlich zum Ausdruck zu bringen, von meiner größeren Uebung, die ich im Reden habe, Gebrauch gemacht habe. Sie aber sind nicht schwach, Sie leiden nicht an der Unfähigkeit, Ihren Gedanken den richtigen Ausdruck zu geben, und wenn Sie den Gedanken aussprechen, daß die Parteivertretung gegen ihre Ueberzeugung eine bestimmte Taktik einschlägt, so ist das wohl überlegt und ich darf es auf das Schärfste brandmarken. Wenn mir nicht die Kritik, sondern die Unterschiebung gegenübersteht, so kenne ich keine Schonung, da haben wir die Pflicht, unsere Parteiehre rücksichtslos zu wahren. Das würde Ihnen gut passen, rücksichtslos herüberschießen, wenn man aber zurückschießt, schreien:

„Ich bin der Schwache, mir darf man nicht wehthun!" — Nein, auf den Leim gehe ich Ihnen nicht. Die Kritik und das Recht des freien Wortes wird auf allen Parteitagen hochgehalten, aber das Recht der Antikritik, das Recht der Gegenwehr dürfen Sie Ihren Vertrauensmännern nicht nehmen. Lesen Sie die Protokolle der deutschen Parteitage, da wird sehr viel schärfer gesprochen als hier, und es hat der deutschen Partei gar nie geschadet, sondern nur genützt. Es liegt mir fern, Jemanden zu verletzen. Aber ich habe nicht das Bewußtsein, daß ich gerade Genossen Stark Unrecht gethan habe. Ich erkläre, daß meine Meinung über sein Verfahren, über die Methode, wie er seine Anschauungen vertritt, völlig aufrecht steht, und daß ich nicht geneigt bin, davon auch nur das geringste Wort zurückzuziehen. (Beifall und Händeklatschen.)

Adelheid Popp (Wien): Die Organisation der Heimarbeiter ist bestimmt, sich über ganz Oesterreich auszudehnen. Sie wurde im März gegründet und hat heute schon drei Ortsgruppen und eine Zahlstelle. Es sind Zuschriften an uns um Gründung von Ortsgruppen gelangt. Wir kennen zuweilen nicht genau die Ortsverhältnisse und bitten Sie daher um Ihre Unterstützung. Die zu Hause arbeitenden Frauen können nur im Verein der Heimarbeiterinnen organisirt werden. Es handelt sich um eine Organisation der Aermsten, wir bieten ihnen Krankenunterstützung, Unterstützung in den ärgsten Nothfällen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" 2c. 2c. Der Anfang ist gemacht! Wir hoffen, daß die Genossen in der Provinz wie die in Wien uns unterstützen werden, es handelt sich ja zumeist um die Frauen von Arbeitern. Noch Eines: 1898 hat die erste Frauenconferenz stattgefunden. Zu Ostern nächsten Jahres dürfte wieder eine Conferenz einberufen werden. Wir möchten Sie ersuchen, uns dann zu unterstützen, damit auch die nächste Frauenconferenz einen Erfolg der Bewegung bedeute. (Lebhafter Beifall.)

Barth (Saaz): Ich protestire, daß ich zur Begründung des von den Saazer Genossen eingebrachten Antrages nicht das Wort erhielt. Es ist ein Gebot der Pflicht unserer Reichsrathsfraction, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz ausgedehnt wird. In Graz hat man auf dem Parteitag gegen uns gesprochen. Die Nationalen sagen, daß dadurch die Landwirthschaft geschädigt werde, und jammern, daß die Leutenoth von Tag zu Tag zunimmt. Wenn das Los der landwirthschaftlichen Arbeiter immer schlechter wird, so ist es klar, daß die Arbeiter von der Landwirthschaft fliehen. Ich bin 16 Jahre als landwirthschaftlicher Arbeiter thätig und war mit den Ausführungen am Grazer Parteitag nicht zufrieden. Unsere Abgeordneten müssen Forderungen der landwirthschaftlichen Arbeiter mit größtem Nachdruck vertreten. (Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Es fehlt uns, die wir in erster Linie die Vertreter der Industriearbeiter sind, durchaus nicht an Verständniß für die schweren Leiden und die Unterdrückung der landwirthschaftlichen Arbeiter. Wir kennen sie so genau, daß wir vom Anfang unserer Bewegung an auf Mittel sinnen, um die landwirthschaftlichen Arbeiter unserer Bewegung zuzuführen. Es ist nicht richtig, daß man auf dem Grazer Parteitag gegen die Krankenversicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter gesprochen hat. Ein Redner aus den Alpenländern hat gesagt: „Meiner Ansicht nach ist es unmöglich, den Bauern mit der Kranken- und Unfallversicherung zu kommen, denn dadurch geben wir es unseren Gegnern in die Hand, die Bauern uns sofort abwendig zu machen." Trotzdem der Redner nur die Schwierigkeit der Bauernagitation damit schildern wollte, haben sich sofort eine ganze Reihe von Genossen dagegen gewendet, und der Referent Dr. Ellenbogen sagte: „Ich erkläre, daß wir mit Bauern, die uns auf das hin den Rücken kehren, nichts zu thun haben wollen." Und in der Resolution ist ausdrücklich die Krankenversicherung für die Landarbeiter verlangt. Ich habe das deshalb auseinandergesetzt, weil ich nicht möchte, daß da auch nur das geringste Mißverständniß zurückbleibe.

Pernerstorfer (Wien): Die Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die landwirthschaftlichen Arbeiter ist eine alte Forderung. Auch im Parlament waren wir schon in der Lage, diese Forderung zu erheben. In der Debatte über die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften haben wir gerade jenen Antrag gestellt, den Barth von uns verlangt. Auch eine Arbeitsordnung für diese Arbeiter haben wir verlangt; und wenn Sie die Ausschußberichte lesen würden,

würden Sie auch da finden, daß wir uns bei jeder Gelegenheit der landwirthschaftlichen Arbeiter annehmen.

Seitz (Wien): Barth hat uns wohl nicht den Vorwurf machen wollen, daß wir zu wenig auf die landwirthschaftlichen Arbeiter bedacht sind, er wollte wohl so gewissermaßen „Hier!“ rufen, aufmerksam machen, daß auch ein Vertreter landwirthschaftlicher Arbeiter anwesend ist. Pernerstorfer hat schon darauf verwiesen, daß wir in der Debatte über die Berufsgenossenschaften uns ihrer angenommen haben. Wir verlangten einen eigenen Ausschuß für sie in der Genossenschaft, ferner die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter, die Beseitigung der Gesindeordnung. Wir haben uns damals sogar den heftigsten Anfeindungen der Agrarier ausgesetzt. Es ist selbstverständlich, daß wir jederzeit auch für die Interessen der landwirthschaftlichen Arbeiter eintreten werden.

Vorsitzender **Popp**: Der Antrag ist ohnedies dem Verband zugewiesen. Die Angelegenheit ist also erledigt. — Die Tagesordnung ist erschöpft und wir schreiten zum Schluß des Parteitages.

Schuhmeier (Wien): Ehe wir uns trennen, möchte ich nochmals unseren Dank an die Aussiger Genossen entrichten. Sie haben uns hier in ihrem Hause, das ja ein Stück Parteivermögen ist, herzlich empfangen. Für alle ihre Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft drücken wir ihnen unseren Dank und Anerkennung aus. Eines haben uns die Aussiger Tage unbedingt gezeigt: Mit der „Ausrottung“ durch die Deutschnationalen ist es nichts. (Stürmische Heiterkeit.) Fertig sind sie. Ihrem Hochmuth folgte ein dreifacher Fall: Wolf, Herzog, Stein. Wie die Christlich-Socialen, werden wir auch die Nationalen ganz zu Falle bringen. Und was wir vorgestern Abends im Bilde sahen, die Freiheit, hoch oben am Berge, das soll in Leben verwandelt werden, damit die Freiheit niedersteige bis in die letzte Hütte des Armen. Den braven Aussiger Genossen also nochmals Dank von Allen, die aus der Ferne kamen. (Beifall und Händeklatschen.)

Beutel (Aussig): Namens der Aussiger Genossen danke ich dem Parteitag. Wir haben es uns zur Ehre angerechnet, einen Parteitag in Aussig zu sehen. Es gereicht uns zur Genugthuung, wenn Sie befriedigt weggehen. Wir werden wie bisher, auch in Zukunft den Kampf fürs Proletariat entschlossen kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Bretschneider (Wien): Wir Congreßtheilnehmer haben noch die Pflicht, dem Präsidium für seine umsichtige Leitung, der wir die Erfolge dieses Parteitages gewiß auch zu verdanken haben, den besten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Popp (Wien): Die Tagesordnung des Parteitages ist erschöpft. Einige Delegirte meinten anfangs, daß man auf diesem Parteitag nicht viel zu verhandeln habe. Nun sind wir vier Tage beisammen gewesen und jeder Zuhörer wird zugeben, daß ein Jeder daraus lernen und sich etwas auf den Weg mitnehmen konnte, um es zur Aufklärung und Agitation in der Arbeiterschaft zu verwenden. Der Parteitag war nothwendig! Gerade hier in Deutschböhmen, wo man uns zu wiederholtenmalen todtgesagt hat, wo unsere Genossen nach den Wahlen selbst an sich verzweifeln wollten, hat der Parteitag gute Früchte gezeitigt. Es hat sich gezeigt, daß die Arbeiterschaft den Verlockungen bürgerlicher Demagogie nicht folgt und an den Bestrebungen der Socialdemokratie festhält. Wie oft man uns auch todtsagt, es geht vorwärts! (Brausender Beifall.) Wenn wir in zwei Jahren wieder zusammenkommen werden, werden wir gewiß wieder einen Fortschritt constatiren können. Kraft unserer Organisation und des wahrhaft internationalen Zusammenwirkens aller Nationen Oesterreichs haben wir stets alle Schwierigkeiten überwunden und werden sie auch stets überwinden. Zum Trotz allen lügnerischen Feinden werden wir bestehen, werden wir siegen! (Stürmischer Beifall.) Ich schließe mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie. Hoch! Hoch! Hoch!

Die Delegirten erheben sich von den Sitzen und singen stehend das „Lied der Arbeit.“

Der Parteitag ist geschlossen.



Präsenzliste.

Congreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Adler Victor, Dr.	Wien	Parteivertretung
Albrecht Adolf	Reichenberg	VIII. böhmischer Wahlkreis
After Jaroslaw	Karbitz	Bezirksorganisation Karbitz
Baier Ferdinand	Aussig	Localorganisation Aussig
Bartel Heinrich	Karlsbad	Red. „Volkswille", Localorg. Eger, Graslitz und Asch
Barth Josef	Saaz	Localorganisation Saaz
Bauer Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Behr Anton	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Beer Heinrich	Wien	Parteivertretung
Beutel Franz	Aussig	Bezirksorganisation Aussig
Bienert Wenzel	Niemes	Localorganisation Niemes
Bösmüller Wenzel	Bilin	Localorganisation Dux, Losch, Bilin und Wschechlab
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesorg. Niederösterreich u. Bezirks-org. Wien VII
Brod Jacob	Wien	Redaction „Arbeiterschutz"
Christof Johann	Iglau	Localorganisation Iglau
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Red. „Volksfreund", Landesp.-Vertr. Mähren u. Schlesien, III. m. Wahlkr.
Dießner Heinrich	Rumburg	Localorganisation Rumburg
Dietl Heinrich	Aussig	Localorganisation Schwora
Dösch Albin	Wernersreuth	Bezirksorganisation Asch
Ebert Franz	Grasseth	Localorganisation Grasseth
Elderſch Mathias	Brünn	Parteicontrole
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung
Emmerling Georg	Wien	Parteicontrole
Fieth Ferdinand	Tachau	III. böhmischer Wahlkreis
Franzl Ottomar	Karbitz	Localorganisation Karbitz
Freundlich Leo	M.-Schönberg	Localorganisation M.-Schönberg
Frömel Johann	Teplitz	Bezirksorganisation Weipert und V. böhmischer Wahlkreis
Gerdinits Ferdinand	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis
Götz Jaroslaw	Prödlitz	Localorganisation Türmitz
Gottfried Anton	Komotau	Bezirksorganisation Komotau
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis
Gröger Florian	Brüx	Bezirksorganisation Brüx
Groß Johann	Wien	Industriegruppe der Holzarbeiter
Große Andreas	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Grünwald Julius	Wien	Redaction „Einigkeit"
Gürlich Carl	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Hackenberg Theodor	Gmünd	Bezirksorg. Gmünd, VII. Wahlkr.
Hain Anton	Gatschken	Localorganisation Groß-Kaudern
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabgeordneter
Hanusch Ferdinand	Wien	Industriegruppe d. Textilarbeiter
Hauschka Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Heger Olga	Bodenbach	Frauenorganisation Bodenbach
Heinze Franz	Dobern	Bezirksorganisation Bensen
Herrmann Carl	Kratzau	Bezirksorganisation Kratzau
Hillebrand Oswald	Turn	Localorganisation Turn
Hoffmann Carl	Senfeln	Localorganisation Senfeln
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftscommiss. Oesterreichs
Jäger Carl	Eulau	Localorganisation Eulau
Kaulfuß Daniel	Trautenau	Bezirksorganisation Trautenau
Kiesewetter Wilhelm	Gablonz	Bezirksorg. Gablonz-Tannwald

Congreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Klose Anna	Sternberg	Frauenorganisationen Sternberg, Bautsch und Neutitschein
Kohl Ludwig	Strahl	Localorganisation Klostergrab, Kosten und Strahl
Koutzký Anton	Wiklitz	Localorganisation Wiklitz
Kral Franz	Wistritz	Localorganisation Wistritz-Pihanken
Kraus Josef	Falkenau	Localorganisation Falkenau
Krebs Rudolf	Schönfeld	Localorganisation Schönfeld
Kreibich Ferdinand	Zwickau	Bezirksorganisation Zwickau
Kremser Heinrich	Böhm.-Leipa	Bezirksorganisation Böhm.-Leipa
Krobath Hans	Weinzierl	Bezirksorganisation Krems
Kühnel Anton	Saaz	Localorganisationen Gr.-Tschernitz, Liboritz und Schellesen
Kühnel Josef	Straden	Localorg. Priesten u. Straden
Kütt Philipp	Wien	Wr. Preßcontrol-Commission
Kužička Wenzl	Eichwald	Localorganisation Eichwald
Laufke Franz	Bensen	Localorg. Bensen, Dobern, Gr.- u. Kl.-Wöhlen, Habendorf, Güntersdorf, Ebersdorf
Lill Franz	Teplitz	Bezirksorganisation Falkenau a. E.
Lippa Cilly	Wien	Frauen-Reichscomité
Löbel Anton	Postitz	Localorganisation Postitz
Löbel Carl	Prassedítz	Localorganisation Prassedítz
Löw Dominik	Drahowitz	Localorganisation Drahowitz
Mischak Eduard	Wigstadtl	Localorganisation Wigstadtl und Groß-Glockersdorf
Muchitsch Vincenz	Graz	Parteicontrole
Nadwornik Josef	Niemes	Bezirksorganisation Niemes
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mähr. Wahlkreis
Nowak Alois	Wien	Industriegruppe der Metallarbeiter
Obrist Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Patzner Wenzl	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz
Paul Anton	Schöbritz	Localorganisation Schöbritz
Pernerstorfer E.	Wien	Parteivertretung, IX. n.-ö. Wahlkr.
Pick Carl	Wien	Fachbl. „Der Handelsangestellte"
Piraschütz Franz	Wien	Bezirksorg. Wien XII und XIII
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pohl Lotte	Wien	Frauen-Reichscomité
Polke Emil	Wien	III. Wiener Wahlkreis
Popp Adelheid	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung"
Popp Julius	Wien	Parteivertretung
Prähauser Jacob	Salzburg	Parteicontrole
Reitzner Adolf	Bodenbach	Bezirksorganisation Tetschen
Resel Hans	Graz	Bezirksorganisation Graz
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Grottau
Rieger Eduard	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Schäfer Anton	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Scharmann Josef	Wernstadt	Bezirksorganisation Wernstadt
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederösterr. Wahlkreis
Schloßnickel Hieron.	Sternberg	VI. mährischer Wahlkreis
Schmidt Eduard	Anschine	Localorg. Anschine u. Arbtsau
Schmidt Carl	Böhm.-Leipa	Localorganisation Böhm.-Leipa
Schönwälder Anton	M.-Schönberg	Bezirksorg. Mähr.-Schönberg
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischer Wahlkreis
Schrammel Marie	Aussig	Frauenorganisation Aussig
Schreiber Hugo	Brüx	Localorganisation Brüx
Schubert Wenzel	Mariaschein	Localorganisation Mariaschein
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertr. u. Red. „Volkstribüne"
Schweichhardt Josef	Steinschönau	Bezirksorg. Haida-Steinschönau
Seifert Anton	Neustadt a. T.	Localorganisation Neustadt a. T.
Seitz Carl	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Seliger J.	Teplitz	Parteicontrole

Congreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Sever Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Siegl Johann	Linz	Bezirksorganisation Linz
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung
Smrčka And.	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Spielmann Julius	Linz	Parteicontrole, Red. „Wahrheit"
Sponer Franz	Reichenberg	Localorganisation Reichenberg
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	Localorganisation Karlsbad
Stork Eduard	Krammel	Localorganisation Krammel
Strahl Anton	Großpriesen	Localorganisation Großpriesen
Slapak Ernst	Warnsdorf	Bezirksorganisation Warnsdorf
Tomschik Josef	Wien	Parteicontrole, Industriegruppe, „Eisenbahner"
Trutzenberger Karl	Linz	Landesorganisation Ober-Oesterr.
Tuller Ludwig	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Uhlik Franz	Graupen	Localorganisation Graupen
Volkert Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Wagner Wilhelm	Aussig	Localorganisation Reichen
Weber Franz	Kaiserswalde	Bezirksorganisation Schluckenau
Werner Adalbert	Weiskirchlitz	Localorganisation Weiskirchlitz
Widholz Laurenz	Wien	Bezirksorg. Wien V und VI
Wilhelm Ant. Wilh.	Aussig	Localorganisation Prödlitz
Winarsky Leopold	Wien	Bezirksorg. Wien, III. und II. Wr. Wahlkreis
Wlczek Josef	Wien	V. Wiener Wahlkreis
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien II.
Zeller Eduard	Teplitz	Localorg. Teplitz-Schönau
Zuschratter Johann	Jägerndorf	Localorg. Troppau, Freudenthal, Freiwaldau, Wagstadt, Bezirksorg. Jägerndorf

Gäste:

Für die Socialdemokratie Deutschlands:

August Kaden (Dresden), Mitglied des deutschen Reichstags;

Edmund Fischer (Briesznitz bei Dresden), Mitglied des deutschen Reichstags.

Für die czechoslavische socialdemokratische Parteiexecutive:

Anton Nemec (Prag).

Ergebniß der Abstimmungen

über die

dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 45.

Abgelehnt:

2, 4, 6, 9, 11, 13, 33, 34.

Durch Abstimmung über andere Anträge erledigt und deshalb entfallen:

8, 24, 25, 32.

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt:

20.

Der Parteivertretung zugewiesen:

3, 7, 23, 29, 36.

Dem Verband der socialdemokratischen Abgeordneten zugewiesen:

10, 12 (irrthümlich wiederholt als Antrag **19**).

Dem böhmischen Landesverband zugewiesen:

30.

Angenommen:

1 (Parteiorganisation), **5** (Jugendorganisation), **14** (Organisationsstatut), **15** (Organisirung der Tabakarbeiter), **16** und **17** (Organisationsstatut), **18** (Thätigkeitsbericht der Fraction), **21** (Anerkennung für die Fraction), **22** (Preßreform), **26, 27** („Arbeiter-Zeitung"), **28** („Bielitzer Volksstimme"), **31** (Kalender dürfen nur mit Zustimmung der Parteivertretung herausgegeben werden), **35** (Ort des nächsten Parteitages), **37** (Resolution über den Ausgleich), **38** (Resolution für die polnischen Landarbeiter), **39** (Resolution über die bürgerlichen Verfälschungen der Arbeiterbewegung), **40** (Resolution über die Turnvereine).

Sprechregister.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorw" & Co., Wien VI.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten zu Salzburg

vom 26. bis 29. September 1904.

Tagesordnung:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. **Berichte:**
   a) der Parteivertretung. Berichterstatter: Skaret;
   b) der Kassenverwaltung. Berichterstatter: Ellenbogen;
   c) der Kontrolle;
   d) über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: Elderſch.
3. **Partei- und Wahlorganisation.** Berichterstatter: Skaret.
4. **Parteipresse.** Berichterstatter: Emmerling.
5. **Wahl der Parteivertretung.**
6. **Lebensmittelteuerung.** Berichterstatter: Karpeles.
7. **Verfassungsrevision.** Berichterstatter: Adler.
8. **Allgemeine Parteiangelegenheiten.**

Wien 1904.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

Einberufer des Parteitages:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Anna Boschek, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik, L. Widholz aus Wien. Dr. L. Czech (Brünn), Hans Resel (Graz), Josef Seliger (Teplitz), J. Spielmann (Linz), A. Schäfer (Reichenberg).

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Josef Tomschik (Wien), Robert Preußler (Salzburg).

Schriftführer:

Vinzenz Muchitsch (Graz), Anton Schrammel (Aussig), Leopold Winarsky (Wien).

Mandatprüfungskommission:

Simon Abram (Innsbruck), Josef Seliger (Teplitz), Albert Sever (Wien), Ludwig Tuller (Leoben), Johann Zuschratter (Jägerndorf).

Konstituierung des Parteivorstandes:

I. Vorsitzender:

Josef Tomschik.

II. Vorsitzender:

Franz Schuhmeier.

Sekretär:

Ferdinand Skaret.

Kassier:

Dr. Wilhelm Ellenbogen.

Vorsitzender der Parteikontrolle:

Dr. Ludwig Czech, Brünn, Rennergasse 22.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. **Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich**, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats

vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihrer Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeindewesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er daß Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Enwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existieren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe tätig sein.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein vom Parteivorstande zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer werden von denjenigen nominiert, die den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Ausschluß Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand.

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Gesamtpartei gelten und steht dem davon Betroffenen das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Gesamtpartei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Verzichtet oder unterläßt ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Zeitpunkt der Verständigung an innerhalb vierzehn Tagen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

II. Vertrauenspersonen.

Alle in einem Orte befindlichen Parteigenossen und -Genossinnen bilden zusammen die Lokalorganisation. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteimitglieder der einzelnen Orte in zu diesem Zwecke berufenen Parteiversammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Als Grundlage für den Ausbau der Lokalorganisation ist nach Tunlichkeit die Straßen- und Häuseragitation durchzuführen.

Die Vertrauenspersonen mehrerer Lokalorganisationen bilden zusammen die Bezirksorganisation, deren Umfang, unter Berücksichtigung der territorialen Verhältnisse, von der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz bestimmt wird. Wo es die sprachlichen oder territorialen Verhältnisse notwendig erscheinen lassen, können Agitationsbezirke, ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen, gebildet werden.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben.

Die Wahlkreisorganisation, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Teile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Diesem obliegt die Förderung und Ueberwachung des Ausbaues der Organisation als auch die Agitation im Wahlkreis.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation auf Berufung des Agitationscomités nach Bedarf, mindestens aber einmal innerhalb eines Jahres, zu einer Konferenz zusammen. Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der dem Kreise angehörenden Bezirksorganisationen unter Angabe von Gründen es verlangt. Die Wahlkreiskonferenz entscheidet endgültig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisorganisationen eines Kronlandes können sich zu einem Verbande (Landesorganisation) vereinigen. Zur Besprechung und Beschlußfassung von Angelegenheiten, die das ganze Kronland betreffen und soweit sie durch das eigene Organisationsstatut dem Verbandsausschuß nicht vorbehalten sind, treten die Wahlkreisvertrauensmänner des betreffenden Verbandes nach Bedarf zu einer Verbandskonferenz zusammen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag, insoferne sie nicht schon durch die Bestimmungen der Kronländer geregelt ist.

Die Vertrauenspersonen der Lokal-, Bezirks-, Wahlkreis- und Landesorganisationen haben ihre Wahl mit genauer Angabe ihrer Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

Die Anstellung von Bezirksvertrauensmännern nach Vorschlag des betreffenden Bezirkes kann nur nach Zustimmung der Landes- oder Wahlkreisvertretung geschehen, die auch über die Person entscheidet.

III. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes, respektive Bezirkes und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden. Orte, respektive Bezirke und Wahlkreise, in denen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, eventuell außer dem männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu schicken. Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, respektive Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen.

Die Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Diese Delegierten haben jedoch nur beratende nicht aber beschließende Stimme.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisierten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitage zu delegieren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgane der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Teilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

IV. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrolle.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrolle können Reichsratsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrollore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit teilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassengeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Tätigkeit sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen.

V. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VI. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisierten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigen Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären

und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisationen besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesamtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

VIII. Kandidaturen.

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung des Vorschlages der Wahlkreise.

Die endgültige Aufstellung der so nominierten Kandidaten für den Reichsrat erfolgt, mit Ausnahme von Ersatzwahlen, durch eine Reichskonferenz, der neben der Parteivertretung die Wahlkreisvertrauensmänner beizuziehen sind.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung.

Dieser Bericht umfaßt nur die Periode vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904, und wir verweisen bezüglich des vorangegangenen Jahres auf den vorjährigen Bericht an den Gesamtparteitag.

Zum viertenmal seit Schaffung der nationalen Exekutiven (1897) tritt die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich zu ihrem Parteitag zusammen.

Schon der Aussiger Parteitag, August 1902, mußte seine Beratungen unter den schon damals bestandenen trostlosen politischen Zuständen in Oesterreich fast ausschließlich dem Ausbau der Organisation widmen. Seit damals haben sich die politischen und parlamentarischen Verhältnisse nicht nur nicht gebessert, sondern verschlechtert. Demzufolge sah sich auch die Parteivertretung genötigt, ihr Verhalten dementsprechend einzurichten und angesichts der vorherrschenden Verhältnisse das Hauptaugenmerk mehr auf den Ausbau der Organisation als auf größere parteipolitische Aktionen zu lenken. Was immer von seiten unserer Partei auch unternommen worden wäre, sei es ein Vorstoß auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung oder der Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter, es fehlte das Parlament, an das diese Forderungen hätten gestellt werden können.

Das österreichische Proletariat hat unter solchen Verhältnissen jede Hoffnung, daß dieses Parlament auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, der Arbeits- und Lohnverhältnisse oder gar der Verfassung irgend eine, wenn auch noch so geringfügige Verbesserung herbeiführen könnte, vollständig aufgegeben. Die Arbeiterschaft hat, der parlamentarischen Komödien müde, mit ihrer Organisation zur Selbsthilfe gegriffen und, wie das abgelaufene Jahr beweist, auf dem Gebiete der Lohnkämpfe anerkennenswerte Erfolge erreicht.

Nachdem am 26. Juni 1903 das Parlament abermals geschlossen und die Regierung die Abgeordneten nach Hause geschickt hatte, erließ die Gesamtparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie im Verein mit dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten ein Manifest, das am 5. Juli 1903 in der „Arbeiter-Zeitung“ erschien und die Arbeiter Oesterreichs zum Kampfe aufruft gegen dieses Parlament und gegen die alles korrumpierenden Wahlprivilegien. Diesem Manifest folgte in kurzer Aufeinanderfolge eine große Anzahl von Kundgebungen im ganzen Reiche, die die Forderungen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zum Gegenstand hatten.

Eine der größten und würdigsten Demonstrationen gegen das Privilegienparlament war zweifellos das am 26. Juli 1903 auf der Prater-Rennbahn in Wien abgehaltene Meeting. Dasselbe war von mehr als 30.000 Personen besucht, zu denen von drei Rednertribünen deutsch und tschechisch gesprochen wurde.

Leider ging es bei einer dieser Kundgebungen, wie das in Oesterreich schon einmal so üblich ist, nicht ohne Blutvergießen ab. Bei der am 7. September 1903 stattgefundenen Wahlrechtsversammlung in Brünn kam es nach Schluß der Versammlung zu blutigen Zusammenstößen mit den wie wahnsinnig dreinschlagenden Polizisten. Es wurden hierbei mehr als 20 Personen durch Säbelhiebe verwundet.

Am 13. September 1903 erschien in der „Arbeiter-Zeitung“ ein von den sozialdemokratischen Abgeordneten gezeichneter Aufruf: „An unsere Brüder im Waffenrock!“, der sich mit einer Verfügung der Regierung wegen Zurückbehaltung der drittjährigen Diener als Geiseln gegen die Obstruktion im ungarischen Parlament beschäftigte. Dieser Aufruf wurde zur Gänze konfisziert, was seine Verbreitung allerdings keineswegs hinderte. Anschließend daran fand eine Reihe großer und wirksamer Protestversammlungen statt, in

denen gegen die willkürliche Zurückbehaltung der Soldaten Stellung genommen wurde. Es ist kein Zweifel, daß diese Kundgebungen unserer Partei, wie kaum eine andere, einen starken Widerhall in allen Schichten der Bevölkerung wachriefen.

Auch die neuen Militärforderungen von 353 Millionen Kronen gaben Anlaß zu eingreifender Agitation. In ungezählten Versammlungen, die in den Monaten Mai und Juni 1904 mit der Tagesordnung: „Die Millionenforderungen für den Militarismus und die Notlage des arbeitenden Volkes" stattfanden, wurde das Verhalten der alles bewilligenden Parteien scharf und sachgemäß kritisiert und neuerlich die Forderung auf Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung erhoben.

Außer diesen hier angeführten Kundgebungen, die ja zugleich auch Aktionen der Gesamtpartei waren, sehen wir unsere Parteigenossen wiederholt und an vielen Orten im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher mit außerordentlichem Erfolg tätig. In Details hierüber können wir uns des Raummangels halber leider nicht einlassen, bemerken jedoch, daß gerade der Kampf gegen den systematisch betriebenen Lebensmittelwucher es war, der von der Arbeiterschaft mit größtem Verständnis und sehr sympathisch aufgenommen wurde, und daß er die Reihen unserer Organisationen gestärkt hat.

In der Zeit vom 8. bis 12. Juni 1903 fand der vierte Gewerkschaftskongreß in Wien statt. Dem Bericht der Gewerkschaftskommission entnehmen wir, daß Ende 1902 135.178 Mitglieder in Berufsgewerkschaften und 31.310 in Arbeiter-Bildungs- und anderen Vereinen organisiert waren. Die Ziffer der in den Berufsgewerkschaften stehenden Arbeiter hat sich bis Ende 1903 auf 154.665, somit um 19.487 Mitglieder erhöht. Die Zahl der in Arbeiter-Bildungs- und anderen Vereinen stehenden Mitglieder betrug Ende 1903 22.927.

Am 4. November 1903 wurde im oberösterreichischen Landtag eine Gemeindewahlreform für Linz bei Absentierung der Großgrundbesitzer einstimmig beschlossen und am 15. Jänner 1904 sanktioniert. Die wichtigsten Abänderungen, die die Gemeindewahlordnung erfahren, bestehen darin, daß die Mitglieder des Gemeinderates von 36 auf 48 erhöht, daß der Wahlbezirk in vier Wahlkörper eingeteilt und die Mandatsdauer von drei auf sechs Jahre erstreckt worden ist. Im vierten Wahlkörper sind auch die Wähler der ersten drei Wahlkörper wahlberechtigt. Diese Wahlreform ist verhältnismäßig die wenigst schlechte, die wir bis heute verzeichnen können, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß bei den kommenden Wahlen im Jahre 1905 der vierte Wahlkörper von unseren Genossen erobert werden wird.

Ganz anders als die Wahlreform für Linz ist die Gemeindewahlreform für die 75 größeren Stadt- und Marktgemeinden Niederösterreichs ohne eigenes Statut ausgefallen. In zwei Sitzungen wurde dieses Schandgesetz, das den personaleinkommensteuerpflichtigen Arbeitern noch das bißchen Wahlrecht raubt, von der christlich-sozialen Majorität des niederösterreichischen Landtages durchgepeitscht, am 28. Oktober 1903 beschlossen und im Sommer 1904 sanktioniert. Schamloser als die christlich-soziale Partei ist wohl noch keine mit dem Recht der Arbeiter umgesprungen und der Regierung Koerber blieb es vorbehalten, bei diesem Raubzug hilfreich zu assistieren.

Einen immerhin erheblichen Fortschritt hat die am 10. November 1903 im steiermärkischen Landtag einstimmig beschlossene Landtagswahlreform zu verzeichnen. Ihr hauptsächlichster Inhalt ist die Schaffung einer allgemeinen Wählerklasse mit acht Mandaten in acht Wahlbezirken und die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes.

* * *

Am 20. Dezember 1903 fand eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Niederösterreichs in Wien statt. Sie war von 35 Gemeinderäten und Ausschüssen aus 23 Gemeinden besucht. Die Tagesordnung zu dieser Konferenz lautete: Gemeindewahlrecht, Armenrecht und Heimatsrecht, Arbeiterfragen in der Gemeinde

und das Schulwesen. Ueber alle diese Punkte wurden interessante und belehrende Debatten geführt und schließlich Resolutionen gefaßt. Der Gedanke olcher Zusammenkünfte der Gemeindevertreter erwies sich als außerordentlich rnchtbringend und zweckmäßig.

* * *

Anläßlich des Gesamtparteitages fand am 10. November 1903 die Enthüllung des Grabdenkmals für den uns allen unvergeßlichen Julius Popp statt. In Extrazügen der Straßenbahn fuhren die Mitglieder des Parteitages auf den Zentralfriedhof und dort wurde ein vom Gesamtparteitag gewidmeter Kranz am Grabe niedergelegt. Das Denkmal, das drei Meter hoch und 80 Zentimeter breit ist, versinnbildlicht die Befreiung der Arbeit und paßt für die Ruhestätte des Mannes, der sein ganzes Sein in den Dienst der Befreiung seiner Arbeitsbrüder gestellt hatte. Der Sockel trägt die Inschrift: „Die sozialdemokratische Partei Oesterreichs ihrem treuen Kampfgenossen.“ Am Grabe sprachen die Genossen Adler deutsch und Nemec (Prag) tschechisch. Sodann erklang das Lied der Arbeit, aus hundert Kehlen gesungen, kräftig und feierlich über das große Leichenfeld und aus der Trauer heraus entsprossen neue Kampfesstimmung und neuer Kampfesmut.

* * *

Am 15. August 1903 fand der dritte Verbandstag der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs in der Volkshalle in Aussig an der Elbe statt. Für die Parteivertretung nahm Gen. Skaret an den Verhandlungen, die sich hauptsächlich mit der Aenderung der Statuten und der Autorisation zur Revision der Verbandsvereine beschäftigten, teil.

Zu dem am 12. September 1903 nach Dresden einberufenen deutschen Parteitag entsendete die Parteileitung die Genossen Adler und Skaret, der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten den Gen. Pernerstorfer. Auch zu der ungarländischen Sozialdemokratie haben wir in den letzten Jahren regere Beziehungen unterhalten und zu dem für den 3. April 1904 nach Budapest einberufenen Parteitag der ungarländischen Sozialdemokratie Gen. Winarsky als Delegierten entsendet.

Auf dem italienischen Parteitag, der am 7. April 1904 in Bologna seinen Anfang nahm, war die österreichische Sozialdemokratie durch Gen. Adler vertreten.

* * *

Parteiorganisation. Wir haben bereits Gelegenheit genommen, auf den erfreulichen Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung hinzuweisen, und bedauern nur, dasselbe von der politischen Organisation nicht in gleichem Maße konstatieren zu können.

Wir verkennen nicht, daß die Durchführung der auf dem Aussiger Parteitage beschlossenen Straßen- und Häuserorganisation den Genossen, insbesondere in den kleineren Orten, mangels an den hierzu notwendigen Vertrauenspersonen, sehr viel Schwierigkeiten bereitet, sind jedoch der Meinung, daß nicht überall und nicht immer mit Ausdauer an dem Ausbaue unserer Organisation gearbeitet worden ist. Dort, wo dies geschehen, haben wir auch tatsächliche Fortschritte zu verzeichnen, was besonders bei den diversen Wahlen sich am deutlichsten zeigt.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist, wie aus den Berichten hervorgeht, in den meisten Wahlkreisen nicht durchgeführt worden. Sie besteht in Böhmen nur in zwei Orten des III., je einem Orte des V. und XVI. Wahlkreises und zum Teile im Reichenberger Wahlkreise. Aus dem Aussiger Kreise fehlt der Bericht über sie und in den anderen Wahlkreisen Böhmens fehlt sie ganz. Ebenso fehlt sie vollkommen in Kärnten, dem I., II., III. und V. mährischen Wahlkreise, der Bukowina, im II. Tiroler und im II. schlesischen

Wahlkreise. Halbwegs gut durchgeführt ist sie nur in Wien, Floridsdorf und in der Mehrzahl der steiermärkischen Lokalorganisationen. In den anderen nicht namentlich angeführten Wahlkreisen besteht sie nur in einzelnen Orten oder ist sie nicht in der Einführung. Das Gesamtbild der politischen Organisation ist also durchaus nicht sehr befriedigend und es ist sehr notwendig, daß die Genossen das Versäumte in nächster Zukunft nachholen.

Auf einer guten Organisation beruht zweifellos der Erfolg des Kampfes und zugleich auch die Möglichkeit, Erkämpftes festhalten zu können. Leider werden diese Grundsätze nicht immer und nicht von allen unseren Vertrauenspersonen genügend gewürdigt.

Der Beitrag an die politische Organisation, der zum Teile auf den Wahlkreis-, zum Teile von den Bezirkskonferenzen bestimmt wird, schwankt zwischen 5 bis 30 h per Monat und Mitglied. Ebenso verschieden wie die Höhe des Beitrages ist die Art der Einhebung, Quittierung 2c.

In einer Reihe mährischer Städte, in denen noch bis vor einem Jahre ein gemeinsames Zusammenarbeiten zwischen deutschen und tschechischen Genossen in gemeinsamen Lokalorganisationen stattgefunden, ist ebenfalls ohne unser Zutun die Trennung in eine tschechische und eine deutsche Lokalorganisation erfolgt. Im übrigen sind unsere Beziehungen zu den Parteiorganisationen der anderen sprachlichen Gruppen, obwohl sie von der unseren vollständig getrennt sind, die denkbar besten.

Versammlungsagitation. Statistisch wurden 1639 Volks-, 7981 Vereins- und 7551 § 2-Versammlungen, also 17.171 Versammlungen erhoben. Die Berichterstattung ist äußerst mangelhaft. Besonders die Vereinsversammlungen sind durchaus unvollkommen angegeben und aus einigen Wahlkreisen fehlt überhaupt jede präzise Angabe über die Versammlungstätigkeit.

* * *

Maifeier. Soweit wir aus den Detailberichten konstatieren können, war die diesjährige Maifeier eine über alles Erwarten imposante Demonstration für den Achtstundentag und das gleiche Wahlrecht. Dies wohl auch hauptsächlich deshalb, weil heuer der 1. Mai an einen Sonntag fiel, wodurch an sich schon die Arbeitsruhe gegeben war.

Die Genossen sehr vieler Wahlkreise haben in diesem Jahre vielfach von lokalen Feiern abgesehen und sich mit einer Anzahl von Lokalorganisationen zu einer gemeinsamen Bezirksfeier verbunden.

In den meisten Fällen fanden vormittags Volksversammlungen, zum Teile unter freiem Himmel statt, nachmittags veranstalteten die Genossen in der Regel Festzüge durch den Ort oder auf einen in der Nähe des Ortes gelegenen Festplatz.

Im großen und ganzen ist die Maifeierstimmung nicht, wie unsere Gegner behaupten, eine im Abnehmen begriffene, sondern im Gegenteil: sie wächst von Jahr zu Jahr und reißt immer größere Schichten indifferenter Arbeiter mit sich. Hat doch die Arbeiterschaft Oesterreichs wie fast keine andere, am meisten Ursache, gegen ihre politische und wirtschaftliche Rechtlosigkeit zu demonstrieren.

Wahlen. Im abgelaufenen Jahre hatten sich unsere oberösterreichischen Genossen an einer Ersatzwahl für den Reichsrat (Allgemeine Wählerklasse) zu beteiligen. Um das Mandat des II. oberösterreichischen Wahlkreises, das durch den Tod des Abgeordneten Kern vakant geworden, bewarben sich neben dem sozialdemokratischen Kandidaten Gen. Weigunny noch ein Klerikaler und ein Deutschfortschrittlicher. Bei der am 9. Dezember 1903 stattgefundenen Wahl wurde der klerikale Kandidat, der Pfarrer Baumgartner aus Weyer, mit 22.112 Stimmen gewählt. Der deutschfortschrittliche Kandidat Schögel blieb mit 5308, der Sozialdemokrat Weigunny mit 3509 Stimmen in der Minorität. Der zweifellos erhebliche Rückgang an sozialdemokratischen Stimmen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß unsere oberösterreichischen Genossen diese

Kandidatur als eine vollständig aussichtslose ansahen und sie ohne besonderen Kraftaufwand von vornherein als reine Agitationskandidatur behandelten.

Bei den Landtagsersatzwahlen hatten sich unsere deutschböhmischen Genossen in zwei Fällen beteiligt, und zwar am 27. Juni 1904 im Landgemeindenwahlbezirk Aussig an der Elbe und im Städtewahlbezirk Böhmisch-Leipa. Als Wahlbewerber im ersteren Wahlbezirk wurde der Sozialdemokrat Dietl aufgestellt. Von 6248 Wahlberechtigten wurden 2807 gültige Stimmen abgegeben; davon entfielen auf den Deutschradikalen 1646, auf den Fortschrittlichen 863 und auf den Sozialdemokraten 284 Stimmen. Es ist auch hier ein Rückgang an sozialdemokratischen Stimmen um 46 zu verzeichnen.

Im Städtewahlbezirk Böhmisch-Leipa hatten unsere Parteigenossen den Sozialdemokraten Franz Beutel aufgestellt. Bei der am 28. Juni 1904 stattgehabten Wahl erhielten: der Volksparteiler 731, der Fortschrittler 621, der Alldeutsche 278 und der Sozialdemokrat 241 Stimmen. Es war somit eine Stichwahl zwischen den beiden ersteren Kandidaten notwendig, an der sich unsere Genossen jedoch nicht beteiligten. Bemerken wollen wir noch, daß in beiden Landtagswahlbezirken das Wahlrecht an den Steuerzensus von zehn Kronen gebunden ist.

Bei den Wahlen in die Gemeinden haben unsere Genossen im abgelaufenen Berichtsjahre sehr schöne Erfolge errungen. Hervorheben wollen wir vor allem den großartigen Sieg unserer Grazer Genossen. Trotz der Anbiederung der Deutschen Volkspartei an die Klerikalen siegten bei der Wahl am 17. November 1903 sämtliche im III. Wahlkörper aufgestellten Sozialdemokraten und ließen die deutschvölkischen Kandidaten stark hinter sich zurück. Von den 2684 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 1553 bis 1415, auf die Deutschvolklichen 1202 bis 1106. Der Ausgang dieser Wahlen ist trotz aller Verleumdungskünste der Gegner ein glänzender Beweis für das Erstarken unserer Partei in Steiermark und ein gutes Vorzeichen für die im September stattfindenden Landtagswahlen. Es sitzen derzeit neun Sozialdemokraten im Grazer Gemeinderat.

Ebenso haben unsere Genossen in Knittelfeld (Steiermark) am 19. August 1903 im III. Wahlkörper einen vollen Erfolg errungen; es siegten die sozialdemokratischen Kandidaten und die von ihnen unterstützten oppositionellen Bürgerlichen.

Einen geradezu glänzenden Erfolg, wenn auch vorläufig noch keinen endgültigen Sieg, haben die Salzburger Genossen bei der am 16. März 1904 stattgehabten Gemeindewahl der Stadt Salzburg (III. Wahlkörper) errungen. Von 1224 abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 521 bis 556, die Deutschbürgerlichen 491 bis 521, die Klerikalen 151 bis 167. Bei der hierauf folgenden Stichwahl erhielten die Sozialdemokraten 510 bis 529, die Deutschbürgerlichen, für die die Klerikalen stimmten, 535 bis 552 Stimmen. Gegen die Gültigkeit der Wahl wurde von den Sozialdemokraten ein Protest eingereicht. Die Stimmenzahl selbst ist bei dem Umstande, daß der größte Teil der Arbeiter Salzburgs wegen des Steuerzensus vom Wahlrecht in die Gemeinde ausgeschlossen erscheint, ein ganz bedeutender Erfolg unserer Partei.

Am 27. April 1904 fanden in zwei Wiener Bezirken die Ersatzwahlen in den Wiener Gemeinderat (IV. Wahlkörper) statt. Die aufgelegten Wählerlisten sowie die ganze Art, wie diese Wahlen gemacht worden sind, der Ausschluß der Sozialdemokraten aus den Wahlkommissionen ꝛc., beweisen, daß die christlich-soziale Partei die rücksichtsloseste Wahlfälschung unter den Augen der Regierung betreibt. Das Wahlergebnis ist:

II. Bezirk Leopoldstadt 28.167 Wähler, 16.501 abgegebene Stimmen, 7053 sozialdemokratische, 9277 christlich-soziale; XIII. Bezirk Hietzing 15.629 Wähler, 8371 abgegebene Stimmen, 2572 sozialdemokratische, 5655 christlich-soziale.

Die sozialdemokratischen Kandidaten blieben, trotzdem sie in beiden Bezirken 2624 Stimmen mehr als im Jahre 1900 auf sich vereinigten, in der Minorität.

Die Wahlmache der christlich-sozialen Rathauspartei wird jedoch offenkundig, wenn man nachstehende Ziffern betrachtet: Die Wählerzahl im II. Bezirk betrug im Jahre 1900 noch 18.085, die im XIII. Bezirk 8747 und soll somit innerhalb vier Jahren um 10.082 im II. und um 6882 im XIII. Bezirk gestiegen sein. Man sieht, auf die Fabrikation von Wählern verstehen sich die Herren im Wiener Rathaus ausgezeichnet und darauf gründen sie mit mathematischer Sicherheit auch ihre „Wahlsiege" über die Wiener Arbeiterschaft.

Außer diesen hier angeführten Wahlen haben sich unsere Genossen in einer Reihe von Orten an den Gemeindewahlen mit Erfolg beteiligt und wir verweisen auf die angeschlossenen Landes- und Wahlkreisberichte. Die Aufschrift: „Sozialdemokraten in der Gemeindestube" ist schon fast zu einer ständigen Rubrik in unserer Parteipresse geworden.

Auf keinem Gebiete übrigens ist die Berichterstattung durch die Wahlkreise so lückenhaft wie auf diesem. Von sechs Wahlkreisen liegen überhaupt keine Angaben vor und bei einem großen Teile ist wohl die Zahl der Beteiligungen an den Wahlen angegeben, aber nicht die erzielten Resultate. In anderen Berichten ist wieder der Besitzstand aufgeführt, ohne eine Angabe, was davon innerhalb der Berichtsperiode gewonnen wurde und was alter Besitz war. Ein zuverlässiges Bild unserer Stärke in den Gemeindevertretungen war also nicht zu gewinnen und die folgenden Zahlen haben daher nur höchst problematischen Wert. Nach den eingelaufenen Berichten beteiligte sich die Partei in der Berichtszeit in 77 Orten an den Gemeindewahlen und besitzt derzeit in 96 Orten 379 Gemeinderäte und Ausschüsse und zehn Stellvertreter. Außerdem ist in zehn Orten des Reichenberger und in zwei Orten des Budweiser Wahlkreises der ganze III. Wahlkörper in unserem Besitz. Im Aussiger Wahlkreis haben wir sogar in einzelnen Orten Vertreter aus dem II. und I. Wahlkörper und — zwei sozialdemokratische Gemeindevorsteher.

Parteipresse. Die politische Presse der Partei hatte während der Berichtsperiode einen ziemlich großen Aufschwung zu verzeichnen. Die Zahl der Parteiblätter ist allerdings gleich geblieben. Die kleine Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung", die unter dem Titel „Volkswacht" in Wien erschien, wurde zu Neujahr 1904 aufgelassen. Sie hatte ihre Aufgabe, neue Abnehmer für das Hauptorgan zu werben, erfüllt und konnte daher ruhig eingestellt werden. Der von ihr gestreute Same trug reiche Früchte, denn seit ihrer Einstellung hat sich die tägliche Auflage der „Arbeiter-Zeitung" bedeutend erhöht. Ebenso ist die Auflage der „Volkstribüne" und vieler anderer Parteiblätter stark gestiegen. Für den westschlesischen Wahlkreis erscheint ein neues Blatt, die „Schlesische Volkspresse" in Jägerndorf und so sind auch heuer 27 politische Organe der deutschen Parteiorganisation festzustellen.

Zwei Blätter erscheinen täglich, drei zweimal wöchentlich, 21 Blätter einmal wöchentlich und eines vierzehntägig. Die einmalige Gesamtauflage aller politischen Parteiorgane, die am 30. Juni 1903 117.750 Exemplare ausmachte, betrug am 30. Juni 1904 130.900. Das entspricht also einer Steigerung von 13.150 Exemplaren für das Berichtsjahr. Außer diesen Blättern gibt die Partei, wie bekannt, auch noch das humoristisch-satirische Blatt, die „Neuen Glühlichter" heraus.

Die „Neuen Glühlichter" sind auf Grund einer Bekanntmachung des deutschen Reichskanzlers im „Reichsanzeiger" vom 13. Februar 1904 im ganzen Deutschen Reich verboten worden. Wir konstatieren hierbei, daß seit diesem Verbot die Anzahl der nach Deutschland versendeten „Glühlichter" nicht nur nicht gesunken, sondern sehr erheblich gestiegen ist.

Das Verbot der „Arbeiter-Zeitung" für Deutschland, das seinerzeit wegen einer Beleidigung Kaiser Wilhelms verhängt war, ist im Dezember 1903 außer Kraft getreten.

Nachfolgend lassen wir wieder die Liste aller politischen Blätter und daran anschließend die Liste der deutschen Gewerkschaftsblätter Oesterreichs folgen:

1. Politische Presse.

	erscheint:
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Arbeiterwille, Graz	„
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14tägig
Bielitzer Volksstimme, Bielitz	1mal wöchentlich
Böhmerwaldbote, Krumau	1 „ „
Freigeist, Reichenberg	2 „ „
Freiheit, Teplitz	2 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	1 „ „
Gleichheit, Wr.-Neustadt	1 „ „
Salzburger Wacht, Salzburg	1 „ „
Schlesische Volkspresse, Jägerndorf	1 „ „
Trautenauer Echo, Trautenau	1 „ „
Volksbote, Floridsdorf	1 „ „
Volksbote, Nordböhmischer, Steinschönau	1 „ „
Volksfreund, Brünn	1 „ „
Volksfreund, Steyrer, Steyr	1 „ „
Volkspresse, Czernowitz	1 „ „
Volksrecht, Aussig a. d. E.	2 „ „
Volksstimme, Nordböhmische, Warnsdorf	1 „ „
Volkstribüne, Wien	1 „ „
Volkswacht, Mähr.-Schönberg	1 „ „
Volkswille, Falkenau	1 „ „
Volkswille, Klagenfurt	1 „ „
Volkszeitung, Innsbruck	1 „ „
Volkszeitung, Nordböhmische, Saaz	1 „ „
Vorwärts, Der, Staab	1 „ „
Wahrheit, Linz	1 „ „

2. Gewerkschaftspresse.

	erscheint:
Bäcker-Zeitung, Wien	14tägig
Bauarbeiter, Der, Wien	14 „
Bergarbeiter (Glück auf!), Turn	3mal monatlich
Buchbinder (Einigkeit), Wien	14tägig
Buchdrucker (Vorwärts!), Wien	1mal wöchentlich
Drechsler, Fachblatt der, Wien	14tägig
Druckerei-Arbeiter (Hilfsarbeiterblatt), Wien	2mal monatlich
Eisenbahner, Der, Wien	3 „ „
Gerber, Fachzeitung der, Wien	2 „ „
Gewerkschaft, Die (Organ der Gewerkschaftskommission Oesterr.), Wien	14tägig
Gießereiarbeiter, Der, Wien	1mal monatlich
Glasarbeiter, Der, Tannwald	14tägig
Glashüttenarbeiter, Der, Teplitz	3mal monatlich
Graphische Nachrichten, Neue, Wien	3 „ „
Handelsangestellte, Der österreichische, Wien	1 „ „
Handelsangestellten, Organ der, Prag	20tägig
Handschuhmacher, Fachblatt der, Prag	2mal monatlich
Holzarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Hutarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Kleidermacher-Gehilfe, Der, Wien	14tägig
Krankenkassenangestellte (Korrespondenzblatt), Wien	1mal monatlich
Maler und Anstreicher (Dekorateur), Wien	1 „ „
Maschinist, Der, Wien	2 „ „
Metallarbeiter, Oesterreichischer, Wien	1 „ wöchentlich
Papierarbeiter, Der (Verbandszeitung der Papier- und chemischen Industrie), Wien	1 „ monatlich
Porzellanarbeiter, Der, Karlsbad	14tägig
Schirmbranche, Die, Wien	1mal monatlich
Schuhmacherfachblatt, Neues, Wien	2 „ „
Sattler, Taschner und Riemer, Fachblatt der, Wien	2 „ „
Textilarbeiter, Der, Reichenberg	1 „ wöchentlich
Tonarbeiter, Der, Wien	2 „ monatlich
Transportarbeiter (Zeitrad), Wien	1 „ „
Versicherungsbeamten, Organ der, Wien	1 „ „

Wir zählen somit 3 Wochenblätter, 6 dreimal monatliche, 8 vierzehntägige Blätter, 7 zweimal monatliche, 8 einmal monatliche und 1 zwanzigtägig erscheinendes Blatt.

Außer den politischen und gewerkschaftlichen Blättern erscheinen noch: Der „Arbeiterschutz", Organ der Krankenkassen Oesterreichs, zweimal monatlich; der „Arbeiterstenograph" einmal monatlich; die österreichische „Arbeiter-Sängerzeitung" einmal monatlich; der „Jugendliche Arbeiter" einmal monatlich; der „Naturfreund" einmal monatlich; die „Mitteilungen der Freidenker" einmal monatlich und die „Arbeiter-Genossenschaft" ebenfalls monatlich; lauter Blätter, die hauptsächlich in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft verbreitet werden und zum Teil nur Dolmetsche besonderer Richtungen der Gesamtbewegung darstellen.

Politische Verfolgungen. Die Verfolgungen von Parteigenossen wegen Uebertretung der Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung einschränken, waren zwar im letzten Jahre nicht so zahlreich wie vielleicht in der Herrschaftszeit des Koalitionsministeriums, aber die nachfolgende Liste zeigt deutlich, daß auch in der vielgerühmten Aera Koerber noch durchaus nicht den Vexationen ein Ende gemacht wurde. Es wurden im ganzen 480 Fälle von Verfolgungen konstatiert und Strafen im Gesamtausmaße von 4 Jahren 5 Monaten Kerker und 5 Jahren 9 Monaten und 20 Tagen Arrest, also **Freiheitsstrafen von 10 Jahren 2 Monaten und 20 Tagen** und 690 K Geldstrafe verhängt. Die Liste ist übrigens nicht ganz vollständig.

Was für sonderbare Blüten die Verfolgungen wegen des § 23 P.-G. (Kolportageverbot) treiben, zeigt uns folgender Vorfall: Am 3. Oktober 1903 verteilten zwei Genossen aus Görlitz im Friedländer Bezirk vor einer Fabrik, die einer reichsdeutschen Firma gehört, Einladungszetteln zu einer Textilarbeiterversammlung. Die beiden Genossen wurden wegen dieser ihrer Tätigkeit verhaftet, dem Bezirksgericht Friedland eingeliefert und nach viertägiger Haft von zwei Gendarmen, in Ketten geschlossen, nach Reichenberg wie gemeine Verbrecher transportiert, wo sie dann sofort abgeurteilt und jeder zu zehn Kronen Geldstrafe verurteilt wurde. Dies alles wegen Verteilung von Versammlungseinladungen zu einer Branchenversammlung.

Am 11. November v. J. konfiszierte der Bezirkshauptmann von Aussig im „Volksrecht" einen Absatz aus dem Bericht der Gesamtparteivertretung an den Parteitag, der kurz zuvor in allen österreichischen Parteiblättern abgedruckt war. Das Kreisgericht Leitmeritz konnte diese ganz willkürliche Konfiskation nicht aufrecht erhalten und auf Ansuchen des Herausgebers wurde der Staat zu 32 Kronen Schadenersatz an das „Volksrecht" verurteilt.

* * *

Wir wollen hier an dieser Stelle nicht aller jener Schwierigkeiten Erwähnung tun, die beim Einreichen von Statuten den Proponenten gemacht werden, können es jedoch nicht unterlassen, einen besonders krassen Fall von Schikane aus den vielen herauszugreifen. Im Jahre 1902 wurde der Verein der jugendlichen Arbeiter in Graz auf Denunziation einiger Genossenschaften hin von der Behörde aufgelöst. Um nun den jugendlichen Arbeitern in Steiermark wieder einen Verein zu schaffen, reichte der Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs in Wien im Herbst vorigen Jahres Statuten für Ortsgruppen in Graz, Eggenberg und Leoben bei der steiermärkischen Statthalterei ein. Nach einiger Zeit erhielt der Verbandsobmann Gen. Fritz die Verständigung, daß die gesendeten Statutenexemplare auf 31 ergänzt werden müssen. Als die Ergänzung erfolgt war, erhielt der Verbandsobmann folgende Zuschrift:

„An die Leitung des Verbandes der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs in Wien; zu Handen des Obmannes Herrn Johann Adam Fritz. — Ueber das von der k. k. steiermärkischen Statthalterei mit Zuschrift vom 29. Oktober 1903, Z. 47.964, anher gerichtete Ersuchen werden der Verbands-

leitung die mitfolgenden, mit 31 Statutenexemplaren belegten Anzeigen betreffend die beabsichtigte Bildung der Ortsgruppen Graz, Leoben und Eggenberg mit der Eröffnung zurückgestellt, daß diese Anzeigen einer Amtshandlung im Sinne des Vereinsgesetzes vom 13. November 1867 (R.-G.-Bl. Nr. 134) seitens der genannten Landesstelle nicht unterzogen werden können, weil die Berechtigung der auf den Anzeigen unterfertigten Personen zur Vertretung des Hauptvereines nicht nachgewiesen ist."

Die erste und zweite Statuteneinreichung haben ein und dieselben Genossen unterzeichnet, in der letzten Zuschrift heißt es ebenfalls: „Zu Handen des Obmannes Herrn Johann Adam Fritz"; die Behörde erkennt somit Genossen Fritz als Verbandsobmann an und dennoch die Zurückweisung. Man ersieht daraus, daß es der steiermärkischen Statthalterei um nichts anderes als einen Willkürakt zu tun war, der abermals an den jugendlichen Arbeitern vollzogen werden sollte.

* * *

Bei einer am 27. Oktober 1903 in Wien stattgefundenen Demonstration gegen den Wiener Magistrat wegen der Auflösung der Schuhmacherkrankenkasse wurde ein Arbeiter verhaftet, weil er einen Pfiff ausgestoßen hatte. Der Arbeiter, der sich vor der Polizei wegen dieses angeblich „polizeiwidrigen Pfiffes" zu verantworten hatte, erklärte, daß dieser Pfiff seinem Freunde auf der gegenüberliegenden Seite der Straße gegolten habe. Der Arbeiter wurde — so unglaublich es auch klingen mag — wegen dieses Pfiffes zu vierundzwanzig Stunden Arrest verurteilt.

Man sieht aus diesen hier angeführten Beispielen, die sich schier ins Unendliche vermehren ließen, wie kärglich den Arbeitern jedes Teilchen von Recht zugemessen und wie die Ausübung dieser Rechte, je nach Ort und Zeit, sofort wieder unter Strafe gestellt wird.

Im Nachstehenden lassen wir den Kassenbericht des Kassiers der Parteivertretung und anschließend daran den des Frauenreichscomités sowie die Berichte der Landes- und Wahlkreisorganisationen in alphabetischer Reihenfolge nach Kronländer folgen.

Ferdinand Skaret,
Parteisekretär.

Bericht des Parteikassiers.

Auch in der Berichtsperiode 1902 bis 1904 ist das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ungefähr dasselbe geblieben. Sowohl die Einnahmen als die Ausgaben sind entsprechend der stetigen Entwicklung der Partei gestiegen, und insbesondere gilt dies von den Eingängen der Reichsparteisteuer, die trotz der krisenhaften wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches eine regelmäßige Steigerung aufweist, was nicht nur von der äußeren Fortentwicklung, sondern auch dem inneren Organisationsausbau der Partei ein erfreuliches Zeugnis ablegt.

Die **Reichsparteisteuer** wurde in der Berichtsperiode von im ganzen 1277 Organisationen in 601 Orten geleistet. Wenn auch heuer ebenso wie in den früheren Berichten Klage über die äußerst unregelmäßige Abfuhr und den hohen Schuldenstand vieler Organisationen geführt werden muß, so ist doch nicht zu verkennen, daß sich die Reichsparteisteuer bei der Mehrzahl der Organisationen eingelebt hat und die „Steuermoral" der Parteiorganisationen im allgemeinen besser geworden ist.

Die Summe aller eingelaufenen Beiträge macht Kr. 35.322·94. Das bedeutet gegenüber der früheren Periode eine Steigerung von Kr. 8506·44 = 31·7 Prozent. Die Entwicklung der Reichsparteisteuer seit ihrer Einführung ergibt sich aus folgenden Daten:

Berichtsperiode	Zahl der abführenden Orte	Zahl der abführenden Organisationen	Gesamtsumme der Eingänge in Kronen
1898—1900	536	.[1]	24.693·72
1900—1902	539	1096	26.816·50
1902—1904	601	1277	35.322·94[2]

[1] Nicht ermittelt.
[2] Vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903 Kr. 14.486·68.
„ 1. Juli 1903 „ 30. Juni 1904 „ 20.836·26.

Anschließend an den Kassenbericht lassen wir auch heuer die tabellarische Uebersicht folgen, die ein genaues Bild der Abfuhr der einzelnen Parteiorte bietet. Darnach folgt eine zweite Tabelle, welche die Beteiligung der einzelnen Wahlkreise der V. Kurie an der Reichsparteisteuer darstellt und interessante Vergleichsziffern der Beitragsleistung in der gegenwärtigen und in der vorigen Berichtsperiode aufweist. Schließlich bemerken wir, daß nur die während der Berichtsperiode, das ist vom 1. Juli 1902 bis einschließlich 30. Juni 1904 bei uns eingelaufenen Beträge in die Statistik aufgenommen sind.

Gebarungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1904.

1. Für das erste Berichtsjahr: 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
		in Kronen		
Barsaldo vom letzten Parteitag	5.560·97	.	5.560·97	.
Agitationsfond	20.842·70	27.935·72	.	7.093·02
Inhaftiertenfond	355·78	2.021·68	.	1.665·90
Wahlfond	142·76	.	142·76	.
Preßfond	.	3.350·—	.	3.350·—
Maizeichen	2.616·65	1.269·09	1.347·56	.
Broschürenkonto	11.376·04	799·94	10.576·10	.
Medaillen	14·48	.	14·48	.
Zünder	1.670·10	75·55	1.594·55	.
	42.579·48	35.451·98	19.236·42	12.108·92
Saldo per 1. Juli 1903	7127·50		7127·50	

2. Für das zweite Berichtsjahr: 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
		in Kronen		
Barsaldo vom 30. Juni 1903	7.127·50	.	7.127·50	.
Agitationsfond	26.847·63	24.258·36	2.589·27	.
Inhaftiertenfond	381·65	3.310·52	.	2.928·87
Wahlfond	130·28	.	130·28	.
Preßfond	.	.	.	.
Maizeichen	3.516·52	2.038·09	1.478·43	.
Broschürenkonto	4.500·00	.	4.500·00	.
Medaillen	17·28	.	17·28	.
Zünder	1.435·97	.	1.435·97	.
	43.956·83	29.606·97	17.278·73	2.928·87
	14.349·86		14.349·86	

3. Für die ganze Berichtszeit.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
		in Kronen		
Barsaldo vom letzten Parteitag . . .	5.560·97	.	5.560·97	.
Agitationsfond	47.690·33	52.194·08	.	4.503·75
Inhaftiertenfond	737·43	5.332·20	.	4.594·77
Wahlfond	273·04	.	273·04	.
Preßfond	.	3.350·—	.	3.350·—
Maizeichen	6.133·17	3.307·18	2.825·99	.
Broschürenkonto	15.876·04	799·94	15.076·10	.
Medaillen	31·76	.	31·76	.
Zünder	3.106·07	75·55	3.030·52	.
	79.408·81	65.058·95	26.798·38	12.448·52
Saldo per 1. Juli 1904	14.349·86		14.349·86	

Der Parteikassier:
Dr. Ellenbogen.

Revidiert und richtig befunden:

Die Kontrolle:

Heinrich Beer, Dr. Ludwig Czech, Hans Resel, Anton Schäfer, Josef Seliger, Julius Spielmann, Laurenz Widholz.

Tabellarische

der in der Berichtsperiode

1. Juli 1902 bis

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
1	Absdorf	1·24	—·38	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·34	—·32
2	Adelsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
3	Aflenz-Thörl	2·88	—·58	—·60	—·60	—·62	—·64	—·64	—·80	—·80	—·80	—·8
4	Alexanderfeld	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·80	—·80	—·80	—·80
5	Algersdorf bei Bensen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30
6	Alt-Dietmanns	1·11	—·98	1·—	1·03	—·95	1·—	—·84	—·90	—·94	—·94	—·78
7	Alt-Ehrenberg	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
8	Althofen	5·06	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
9	Altrohlau	.	.	.	2·—	2·—	1·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
10	Altsattl	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	1·86	1·86	1·86	1·20
11	Altstadt bei Bensen	4·80	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.
12	Amstetten	7·52	3·26	3·26	3·26	3·26	3·26	3·26	3·—	3·60	3·—	3·40
13	Antoniwald	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
14	Arduing	1·—	—·24	—·24	—·26	—·26	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·32
15	Arnau a. d. Elbe	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
16	Arnsdorf-Haida	4·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
17	Asch	1·32	1·68	1·66	1·66	1·68	1·—	1·—	1·60	1·60	1·60	2·—
18	Atzgersdorf	19·50	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·28	—·28	—·28	2·20
19	Aussee	1·30	1·30	1·30	1·	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—
20	Aussergefild	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42
21	Aussig	57·89	20·16	20·16	20·20	21·04	21·06	21·21	24·15	27·06	24·78	27·39
22	Baden	2·22	—·48	—·48	—·52	—·52	—·60	—·66	—·56	—·30	—·36	—·32
23	Bärn	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·32	—·32	—·32	—·32
24	Bärnsdorf	2·40	—·40	—·40	—·10	—·40	—·40	—·40	—·30	—·30	—·30	—·30
25	Bautsch	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
26	Bennisch	2·61	—·54	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	1·38	1·38	1·40	1·42
27	Bensen	—·92	—·92	—·92	—·92	—·86	—·92	—·96	—·96	—·82	—·82	—·82
28	Bergstadt bei Römerstadt	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66
29	Berzdorf	.	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·50	—·50	—·50	—·50
30	Bettelgrün	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.
31	Biela bei Bodenbach	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66
32	Bielitz	12·06	2·92	3·20	3·22	3·44	3·44	3·46	2·58	3·76	4·08	3·34
33	Bilin	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·36	—·36	—·36	—·36
34	Bischofshofen	3·32	2·64	1·44	1·92	1·30	1·48	1·36	2·02	1·72	1·42	1·94
35	Bischofteinitz	1·08	—·16	—·16	—·17	—·18	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·18
36	Blankersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
37	Bludenz	1·96	1·54	2·64	1·40	1·80	2·22	1·58	1·74	2·85	1·58	2·40
38	Bober	5·28	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·68	—·68	—·68	—·68
39	Bodenbach	.	16·32	16·24	13·14	13·98	15·64	11·62	13·04	17·88	13·74	13·12
40	Bodenstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
41	Böhmisch-Kamnitz	3·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·30
42	Böhmisch-Leipa	8·50	3·06	3·06	3·08	3·12	3·14	3·14	2·91	2·92	2·92	2·72
43	Böhmisch-Liebau	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·32
44	Bozen	22·88	4·48	4·36	5·68	4·86	5·24	7·22	6·26	5·66	6·22	4·76
45	Branowitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
46	Bkas	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
47	Braunau i. B.	12·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.
48	Bregenz	4·48	1·94	2·76	5·36	4·—	3·70	4·14	3·68	3·72	3·82	3·68
49	Bruck a. d. Mur	14·24	3·80	4·04	11·26	19·13	13·22	7·16	3·46	3·46	3·50	4·22
50	Brünn	23·36	5·78	10·40	10·—	10·02	13·14	13·02	16·54	16·98	17·14	17·36
51	Brüsau	.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.
52	Brüx	2·66	2·36	1·52	1·68	2·24	1·34	2·88	1·62	1·34	1·46	1·28

Uebersicht

eingelaufenen Reichsparteisteuer

30. Juni 1904.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·28	—·28	—·22	—·24	—·26	—·24	—·14	—·12	.	.	.	.	.	.	.	6	66	1
.	.	—·26	—·26	—·26	—·26	·26	—·26	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	3	64	2
—·80	—·80	—·92	—·92	—·92	1·10	1·12	1·12	—·94	—·95	—·95	.	.	.	.	20	30	3
1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·30	1·30	1·30	.	.	.	.	21	10	4
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	5	—	5
—·78	—·80	—·81	—·87	—·88	—·75	—·76	—·76	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	19	28	6
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	12	—	7
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	06	8
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·28	2·28	2·28	2·28	2·30	2·30	.	.	42	72	9
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	21	78	10
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	48	11
3·—	3·—	3·—	3·—	2·—	3·—	2·—	1·86	2·28	2·36	2·06	2·58	2·56	.	.	72	78	12
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	24	—	13
—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	14
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	2·40	12	—	15
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	24	—	16
2·—	2·—	2·—	2·	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	38	80	17
—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	28	50	18
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	25	90	19
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	·58	—·58	—·59	—·66	—·66	—·68	.	8	75	20
27·55	27·56	30·86	31·16	31·16	27·24	27·18	32·62	31·09	31·15	31·22	12·65	12·14	1·34	—·60	640	62	21
—·24	—·32	—·32	—·44	—·44	—·62	—·54	—·56	—·72	—·68	—·72	—·46	—·46	.	.	13	54	22
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	6	—	23
—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	92	24
—·50	—·50	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	.	17	—	25
1·42	1·42	1·42	1·42	1·44	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	.	20	71	26
—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	19	76	27
—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	18	—	28
—·50	—·50	—·50	—·50	—·52	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	10	88	29
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	30
—·66	—·68	—·66	—·66	·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	18	—	31
3·34	5·68	5·56	5·82	5·82	5·69	5·32	5·38	5·52	5·73	5·75	—·70	—·70	.	.	106	51	32
—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	90	33
1·26	1·48	1·78	.	1·46	1·64	2·08	1·82	1·30	1·68	1·68	1·68	1·68	.	.	40	10	34
—·18	—·18	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	·28	.	.	.	.	.	.	.	4	97	35
.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·88	—·88	.	.	.	.	.	2	64	36
1·54	1·30	2·04	1·38	—·88	1·94	1·20	1·16	1·46	1·68	1·50	1·28	.	.	.	39	07	37
—·68	—·68	—·58	—·58	—·58	—·59	—·60	—·60	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	1·68	22	97	38
15·22	13·24	14·54	16·72	12·32	15·20	18·08	14·40	14·82	15·68	18·98	14·52	14·36	11·36	.	354	16	39
.	.	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·66	1·66	1·68	.	.	.	.	15	—	40
.	.	.	.	.	.	4·—	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	41
2·72	2·72	7·04	6·55	3·27	8·50	4·72	4·96	5·78	5·36	5·22	3·76	4·28	.	.	103	45	42
—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	6	44	43
4·26	3·96	3·10	5·14	5·66	4·54	4·16	4·70	5·44	5·78	6·18	4·—	2·88	—·88	.	138	30	44
.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	—·64	—·58	—·58	.	.	3	72	45
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	30	46
.	.	.	.	—·18	—·20	—·10	—·10	—·14	.	.	.	.	.	.	24	72	47
3·46	3·10	2·94	3·72	2·92	3·78	3·10	3·58	3·68	3·66	3·66	2·28	2·42	.	.	83	58	48
4·24	8·12	5·26	5·38	4·18	4·22	2·76	3·26	3·60	2·72	3·42	7·74	—·38	.	.	142	77	49
16·16	15·86	13·86	12·96	10·20	9·62	6·38	2·94	2·86	3·90	2·44	1·80	1·44	1·54	.	255	70	50
.	.	.	.	.	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	.	.	.	.	10	—	51
—·86	2·02	1·42	—·56	—·48	—·92	1·06	2·10	1·22	1·04	1·10	—·34	—·34	—·34	.	34	18	52

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
53	Brunnersdorf	2·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
54	Buchbergsthal	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·40	—·40	—·40	—·40
55	Buchelsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
56	Budigsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
57	Budweis	9·46	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·56	—·56	—·62	—·30
58	Bürgstein-Johannesdorf	.	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—
59	Bullendorf	4·42	—·26	—·26	·26	.	.	.	.	.	.	.
60	Buschullersdorf	2·70	—·93	—·94	—·94	·94	—·94	—·94	—·26	—·26	·28	.
61	Chodau	1·92	—·84	·84	—·84	—·84	—·84	—·84	·30	—·30	—·30	—·30
62	Chotieschau	2·14	—·56	—·76	—·74	—·74	·74	1·66	1·68	1·11	1·11	1·12
63	Christiansau	.	·30	·30	—·30	·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
64	Cilli	2·90	—·54	·56	·57	—·56	—·58	—·60	—·48	—·48	—·48	—·57
65	Czernowitz	24·60	3·60	3·58	3·62	1·66	1·74	1·82	1·84	1·88	3·48	2·82
66	Dallwitz	1·95	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·82	—·88	—·88	—·88	—·10
67	Daubitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
68	Dessendorf	30·—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·—	1·—	1·—	1·—
69	Deutschhause	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
70	Deutsch-Kralupp	9·92	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	—·36
71	Deutsch-Landsberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
72	Deutsch-Liebau	5·36	2·32	2·34	2·34	—·98	—·98	—·98	3·16	—·86	—·86	—·72
73	Dienten	3·60	—·20	—·20	—·18	—·18	—·18	—·18	·32	—·34	—·34	—·20
74	Dittersbach	2·40	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·24	—·24	—·24	—·24
75	Dittersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
76	Divacca	.	1·10	1·10	1·08	1·02	1·02	1·02	—·96	—·94	—·94	1·18
77	Dobraken	·70	—·32	—·36	—·30	—·32	—·30	.	.	.	.	.
78	Dobrzan	.	.	.	.	.	.	1·46	—·52	—·52	—·54	—·40
79	Dönis bei Grottau	2·04	—·68	—·68	·68	—·66	—·66	—·68	·68	—·68	—·68	—·66
80	Dörfel bei Reichenberg	7·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·20	·20	—·20	—·20
81	Doglasgrün bei Chodau	1·64	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	.	.	.
82	Dornbirn	7·04	—·86	—·86	1·36	1·—	—·50	—·91	2·40	3·36	2·04	3·13
83	Drahowitz bei Karlsbad	.	.	1·55	.	1·20	.	1·16	—·24	—·24	—·24	—·24
84	Dürrmaul	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
85	Dunkelthal-Marschendorf	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	—·40
86	Dux	2·96	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·32	1·32	1·32	1·52
87	Ebenfurth	1·68	—·24	—·24	—·24	·24	—·24	—·24	—·14	—·16	—·16	—·16
88	Ebensee	5·44	1·86	1·56	1·56	—·72	—·72	—·72	1·18	1·18	1·20	1·38
89	Ebergassing	.	2·32	2·34	2·34	2·42	2·42	2·44	1·46	1·46	1·48	1·02
90	Ebersdorf bei Weigsdorf	1·32	—·64	—·64	—·64	—·26	—·26	—·26	—·12	—·12	—·12	—·08
91	Ebreichsdorf	3·10	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.
92	Eger	2·03	—·26	—·28	—·28	—·34	—·34	—·34	2·27	2·27	2·30	2·48
93	Eggenberg bei Graz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
94	Eibenberg-Grünberg	4·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
95	Eibiswald	4·—	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·36	—·36	—·36	—·36
96	Eichicht bei Reichenberg	1·56	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·14	—·14	—·14	—·14
97	Eichwald	12·	2·—	2·	2·—	2·—	2·	2·—	·48	—·48	—·48	1·38
98	Einsiedl bei Reichenberg	2·23	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·36	—·36	·36	—·36
99	Einsiedel bei Würbenthal	.	.	.	.	.	.	.	·40	—·40	—·40	1·—
100	Eisenerz	5·46	3·46	2·75	1·80	1·62	1·96	1·82	5·06	5·34	5·92	6·32
101	Elbogen	.	.	.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·68	.
102	Engelsberg b. Freudenthal	.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56
103	Engelsberg bei Kratzau	3·—	—·50	—·50	—·50	1·—	1·—	1·—	—·40	—·40	—·40	—·34
104	Erlach	.	.	.	.	.	.	.	—·70	—·70	—·70	—·70
105	Ernstbrunn	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·36	—·36	—·36	—·36
106	Eulau	.	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·30	—·30	—·30	—·30
107	Falkenau a. d. Eger	5·20	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	3·36	3·36	3·36	2·66
108	Feldbach	.	.	.	.	.	—·24	—·26	—·24	—·26	.	—·22
109	Feldkirch	—·64	2·10	1·82	1·24	1·54	1·70	1·22	1·52	2·62	1·76	1·82
110	Feldkirchen	.	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	40	53
—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	11	40	54
.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	—	60	55
.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·22	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	1	94	56
—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	1·84	—·32	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	19	32	57
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	3·—	27	—	58
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	20	59
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	13	60
—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	76	61
1·12	1·12	1·12	2·44	2·44	2·44	1·46	1·20	2·34	2·82	2·02	2·02	2·02	2·04	.	38	96	62
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	1·80	9	—	63
—·57	—·62	—·92	·93	1·28	—·62	·64	—·64	—·66	—·66	—·68	1·—	1·—	1·—	.	19	54	64
3·76	3·28	4·24	3·48	3·46	5·26	4·98	7·90	3·50	4·06	2·98	—·66	—·66	.	.	98	86	65
—·12	—·12	—·82	—·82	—·86	—·92	—·94	·94	—·66	—·67	—·70	.	.	.	.	16	98	66
.	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	—	60	67
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	51	60	68
.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·80	—·80	—·80	.	4	80	69
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	92	70
.	.	.	.	.	—·40	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	1	24	71
—·72	—·72	—·60	—·60	—·60	1·71	1·72	1·72	1·16	1·17	1·18	.	.	.	.	32	80	72
—·22	—·22	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·40	—·40	·40	—·40	.	.	.	9	16	73
—·24	—·24	.	.	.	.	.	—·18	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	.	.	8	38	74
—·18	—·18	—·24	—·34	—·34	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·38	—·36	—·36	—·36	.	4	24	75
1·24	1·24	1·22	1·20	—·86	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	16	12	76
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	30	77
—·42	—·42	—·46	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	70	78
—·66	—·68	—·58	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	15	50	79
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	12	—	80
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	81
4·54	3·40	2·16	2·18	2·20	2·26	1·98	2·—	—·96	—·96	—·96	.	.	.	.	47	06	82
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	6	95	83
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	3	20	84
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	10	20	85
1·54	3·34	3·34	3·54	3·24	3·24	2·18	2·18	3·10	3·10	1·80	3·10	3·22	1·44	1·80	56	64	86
—·16	—·16	—·14	—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	5	12	87
1·39	1·40	1·18	1·18	1·20	1·30	1·42	1·44	1·40	1·42	1·44	—·14	—·14	.	.	32	57	88
1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·04	.	.	.	.	.	.	.	27	88	89
—·06	—·04	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	56	90
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	10	91
2·48	2·49	3·12	3·18	3·14	2·06	2·08	2·08	2·38	2·40	2·40	.	.	.	.	41	—	92
.	.	.	.	.	3·06	3·50	3·68	3·90	4·—	4·—	4·40	4·40	.	.	30	94	93
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	25	—	94
—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	—	95
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.	.	.	.	4	80	96
1·38	—·50	—·50	—·50	—·50	—·66	—·66	—·68	·84	—·84	—·86	.	.	.	.	34	74	97
—·36	—·36	—·36	—·36	—·37	—·38	—·38	—·38	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	2·76	13	36	98
1·—	1·—	—·82	—·84	—·84	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	8	20	99
6·24	5·48	5·52	5·88	4·68	3·02	2·34	2·34	3·32	6·28	8·30	6·30	6·50	10·06	.	117	77	100
.	.	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	—	101
1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	68	102
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	1·60	.	.	.	14	26	103
—·70	—·70	—·70	—·80	—·80	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	8	30	104
—·70	—·70	—·70	—·72	—·60	—·60	—·60	—·60	—·66	—·66	—·66	—·68	.	.	.	14	84	105
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	5	76	106
2·68	2·68	2·20	2·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·60	1·60	1·60	—·40	—·40	—·40	.	48	70	107
—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·60	.	.	4	92	108
2·60	1·54	2·02	2·02	2·02	2·02	2·02	1·94	1·38	1·72	1·90	1·28	2·08	.	.	42	52	109
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·24	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	6	16	110

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
111	Ferdinandsthal	.	.	.	.	.	.	.	·20	—·20	—·20	—·20
112	Floridsdorf	63·16	13·46	14·32	12·86	13·26	12·46	13·20	17·02	13·74	15·76	11·99
113	Fohnsdorf	1·72	1·80	2·08	2·22	3·10	3·08	4·56	4·30	7·16	5·52	5·76
114	Frankstadt b. Mähr.-Schönberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·30
115	Franzendorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
116	Franzenthal	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40
117	Freiwaldau	2·70	2·18	3·02	3·02	1·28	2·48	2·48	2·72	2·72	2·72	2·72
118	Freudenthal b. Frankenmarkt	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·80	—·80	—·80
119	Freudenthal in Schlesien	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
120	Friedland in Böhmen	2·16	1·84	1·84	1·84	1·84	1·84	1·84	2·14	2·14	2·14	2·—
121	Friedland a. d. M.	1·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.
122	Friedrichshain	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
123	Frohnleiten	2·42	—·34	—·34	—·36	·36	—·36	—·36	—·30	—·30	—·32	—·32
124	Fürstenfeld	16·38	5·10	5·10	5·10	5·10	5·10	5·10	4·—	4·—	4·—	4·—
125	Fugau bei Schluckenau	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
126	Fulnek	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·20
127	Gablonz an der Neiße	17·98	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	2·20	2·20	2·20	2·20
128	Garsten	—·30	—·16	—·08	—·16	—·34	—·20	—·20	·20	—·22	—·22	—·12
129	Georgenthal b. Morchenstern	1·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	·24	—·24	—·24	—·24	—·24
130	Georgswalde	2·50	—·46	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·30	—·30	—·30	—·30
131	Gesteinigt bei Eulau	.	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16
132	Gießhübl bei Buchau	6·51	—·43	—·43	—·43	.	.	.	.	.	.	.
133	Giftei-Pintschei	2·10	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·32	—·32	—·34	—·34
134	Glöckelberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
135	Gloggnitz	2·39	1·78	1·80	1·77	1·78	1·94	1·40	3·23	3·24	2·82	3·65
136	Gmünd	1·80	4·39	8·67	4·61	4·51	7·77	4·71	5·31	8·29	5·15	5·37
137	Gmunden	4·—	1·02	1·02	1·04	1·04	—·84	—·84	—·24	·24	—·24	—·24
138	Göblasbruck	3·56	1·18	1·18	1·20	1·30	1·30	1·30	—·54	—·56	—·56	—·56
139	Göpfritz a. d. W.	.	.	.	.	.	.	2·28	.	.	.	.
140	Görkau	3·50	.	—·50	—·52	—·52	.	.	.	.	.	.
141	Görsdorf bei Grottau	8·40	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·80	—·80	—·80	—·80
142	Görz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
143	Göß bei Leoben[1]	1·40	1·10	1·10	1·10	1·14	1·14	1·16	1·10	1·12	1·12	1·17
144	Goisern	1·44	1·46	1·50	1·50	1·46	1·40	.	1·04	1·04	1·10	1·40
145	Gottmannsgrün	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	·44
146	Gottowitz bei Staab	.	.	.	—·74	—·74	—·76	—·54	—·54	—·60	—·60	—·60
147	Grabowo	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
148	Granesau bei Neusattl	.	1·—	1·—	1·—	1·70	1·70	1·72	1·72	1·72	1·72	1·72
149	Graslitz	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·53	1·53	1·53	1·53
150	Grasseth	.	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·68
151	Graupen bei Teplitz	.	.	.	.	.	.	1·—	—·40	—·40	—·40	—·40
152	Graz	129·50	42·12	34·66	34·94	66·88	38·06	66·36	33·82	72·32	76·56	75·84
153	Groß-Glockersdorf	.	—·50	—·50	—·50	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32
154	Großpriesen a. d. Elbe	.	.	.	.	.	.	.	—·34	—·34	—·34	—·34
155	Großraaden	.	.	.	.	.	.	.	—·26	—·26	—·26	—·26
156	Großwasser	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·81	—·82	—·74
157	Grottau	4·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
158	Grün bei Marienbad	3·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
159	Grünbach am Schneeberg	—·64	—·33	—·34	—·34	—·52	—·52	—·52	—·54	.	.	.
160	Grünlas	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
161	Grulich	1·76	—·89	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·43	—·43	—·43
162	Grußbach bei Znaim	1·30	1·32	1·32	1·32	1·34	1·42	1·52	1·78	1·84	2·06	2·32
163	Güntersdorf	9·24	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.
164	Gumpoldskirchen	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
165	Habendorf	5·40	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90
166	Hainburg	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	—·80	.	.	.	.	.
167	Haindorf bei Friedland	4·98	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·—	1·—	1·—	1·—

[1] Ab 1. Oktober 1903 durch Leoben.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	2	40	111
11·47	10·83	13·65	13·05	11·97	16·88	14·34	13·50	15·66	11·63	13·88	12·54	8·06	6·28	.	374	97	112
7·—	5·64	5·—	5·48	6·40	6·80	5·28	5·30	10·20	7·74	8·32	4·26	.	.	.	118	72	113
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	4	80	114
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	11	76	115
—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	116
3·06	3·06	3·06	2·98	3·02	3·02	3·32	3·32	3·33	3·14	3·16	3·16	.	.	.	65	67	117
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	12	—	118
2·—	2·—	—·82	—·82	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	.	40	—	119
1·98	2·—	1·92	1·92	1·92	1·94	1·94	1·94	1·95	1·95	1·96	.	.	.	.	43	04	120
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	121
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	9	60	122
—·32	—·32	—·30	—·30	—·32	—·32	—·67	—·68	—·56	—·56	—·56	—·37	—·38	—·38	.	11	82	123
4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	.	118	98	124
—·20	—·20	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	6	90	125
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	22	80	126
2·20	2·22	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	.	.	.	.	.	.	.	54	24	127
—·12	—·12	—·12	—·12	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.	.	.	.	3	24	128
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	7	20	129
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	7	56	130
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·96	4	80	131
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	80	132
—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	9	20	133
.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·32	—·32	—·34	.	.	.	.	1	62	134
3·17	3·46	3·56	3·02	3·04	3·80	2·98	3·25	3·13	3·25	3·31	2·12	2·42	.	.	66	31	135
7·55	5·31	5·69	6·69	5·89	5·35	8·12	5·47	4·19	7·19	5·25	4·51	6·03	3·74	.	141	56	136
—·24	—·24	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·22	—·22	—·24	—·24	—·44	—·44	.	15	08	137
—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·84	—·84	—·85	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	20	57	138
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	28	139
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	04	140
—·80	—·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	24	—	141
.	.	.	.	—·46	—·48	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·42	—·44	.	.	3	08	142
1·17	1·20	1·06	1·08	1·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	18	26	143
1·10	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	28	54	144
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	5	28	145
—·60	—·60	—·62	—·60	—·60	—·54	—·56	—·54	—·56	—·44	—·44	—·44	.	.	.	11	66	146
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·10	—·10	.	.	—	20	147
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	—	148
1·54	1·54	1·45	1·45	1·45	1·45	1·45	1·45	.	.	.	.	.	.	.	23	90	149
—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	16	40	150
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	5	80	151
50·10	65·98	68·32	67·06	67·62	62·38	68·04	48·96	83·22	81·66	89·06	83·24	61·02	.	.	1567	72	152
—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	7	50	153
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·52	—·52	—·52	.	.	.	.	5	70	154
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	.	.	.	3	14	155
—·74	—·74	—·68	—·70	—·70	1·12	1·14	1·14	—·84	—·86	—·86	—·74	—·74	—·76	.	14	93	156
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	21	60	157
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	11	20	158
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	75	159
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	14	40	160
—·43	—·43	.	.	.	.	.	1·23	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	12	09	161
2·28	2·30	2·58	2·50	2·52	2·60	2·58	2·56	2·22	2·50	2·46	2·30	2·30	.	.	49	24	162
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	48	163
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	8	64	164
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	18	90	165
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	30	166
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	26	28	167

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
168	Hainfeld	8·—	3·22	3·04	3·—	3·—	3·12	3·04	3·16	3·04	3·04	3·04
169	Halbseit	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
170	Hallein	17·40	—·70	1·—	.	.	.	2·48	.	.	.	.
171	Hallstatt	.	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·—	1·—	1·—	1·—
172	Hammer	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.
173	Hangenstein bei Bergstadt	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34	—·32
174	Harrachsdorf-Neuwelt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
175	Hartberg	2·18	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·26	—·26	—·26	—·26
176	Harzdorf	.	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36
177	Haselbach	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.
178	Haslau bei Eger	.	.	.	.	.	.	.	—·36	—·36	—·36	—·36
179	Heinersdorf bei Reichenberg	1·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
180	Heinrichsdorf	3·—	1·—	1·	1·—	.	.	.	.	.	.	.
181	Hermesdorf b. M.-Schönberg	6·50	1·30	1·29	1·30	1·30	1·30	1·30	—·94	—·94	—·94	—·94
182	Hermsdorf b. Gabel	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	·32
183	Herzogenburg	9·90	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·24
184	Hieflau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	.
185	Hillersdorf in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34
186	Höritz im Böhmerwald	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56	—·89
187	Hötzelsdorf	5·06	—·98	—·94	—·90	—·88	—·82	—·80	—·84	—·84	—·90	—·90
188	Hohenberg	4·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
189	Hohenelbe	—·78	—·08	—·10	—·12	—·16	—·14	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12
190	Horn	.	.	.	.	.	.	.	—·18	—·18	—·18	—·18
191	Hüttau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·44	·44
192	Hüttenberg	2·67	—·86	—·86	—·86	1·16	1·16	1·17	1·—	1·—	1·02	—·82
193	Iglau	7·24	1·—	3·97	3·04	3·55	4·39	3·93	2·08	1·46	2·14	2·04
194	Innsbruck	74·06	14·96	15·18	15·36	16·12	16·22	16·06	16·52	16·52	16·56	9·60
195	Inzersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
196	Irmsdorf b. Römerstadt	1·58	—·16	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	—·30	—·30	—·30	—·30
197	Ischl	.	1·20	1·20	1·34	1·32	1·28	1·20	1·38	1·42	1·48	.
198	Jägerndorf	25·04	7·74	7·78	7·74	7·84	7·82	7·82	7·14	7·16	8·48	8·60
199	Jauernig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
200	Joachimsthal	2·22	2·30	2·26	2·20	2·40	2·40	2·40	2·44	2·44	2·68	2·60
201	Johannesthal b. Reichenberg	1·92	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72
202	Johannesthal in Schlesien	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
203	Johnsdorf bei Brüx	2·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·70
204	Johnsdorf bei Gabel	—·60	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·18	—·18	—·18	—·18
205	Johnsdorf bei Janowitz	2·—	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
206	Josefsdorf	1·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.
207	Judenburg	4·74	1·68	1·68	1·69	—·82	—·94	—·94	1·10	1·12	1·12	1·86
208	Kaaden	12·80	1·34	1·34	1·34	1·34	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
209	Kapfenberg	5·—	.	.	.	.	5·—	6·14	—·60	—·64	—·64	—·64
210	Karlsbad	4·46	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·18	—·42	—·42	1·04	1·09
211	Karlsthal in Schlesien	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.
212	Karlswald	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·82	—·82	—·82	—·82
213	Karolinsfeld bei Reichenberg	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60
214	Katharinaberg	3·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
215	Katharinberg b. Reichenberg	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
216	Kaumberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
217	Ketten	2·26	—·72	—·72	—·72	1·22	1·22	1·24	—·50	—·50	—·50	—·50
218	Kienberg-Gaming	1·62	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54
219	Kimpolung	.	.	.	.	.	.	.	1·18	1·18	1·18	1·18
220	Kindberg	13·12	1·20	1·20	1·20	1·64	1·68	1·68	1·42	1·43	1·30	1·30
221	Kitzbühel	2·30	—·48	—·92	—·60	—·58	—·50	—·46	—·86	—·72	—·68	—·64
222	Klagenfurt	8·16	6·44	6·52	4·32	5·13	4·79	3·89	5·24	4·74	4·93	4·39
223	Klamm am Semmering	.	.	.	.	.	.	.	1·04	1·04	1·04	1·08
224	Kleinaugezd bei Teplitz	12·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·20
225	Kleingrün	3·—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	1·—	.	79	02	168
.	2·—	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.	.	1·—	.	5	—	169
.	1·98	.	—·74	1·40	.	—·76	2·80	—·50	2·—	—·84	1·—	3·38	.	.	36	98	170
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	21	36	171
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	172
—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·36	—·36	—·38	—·36	—·36	—·38	.	.	.	.	5	20	173
.	.	.	.	.	.	.	.	—·68	—·70	—·70	.	.	.	.	2	08	174
—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	.	7	68	175
—·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	40	176
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	60	177
—·36	—·36	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	5	04	178
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	179
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	180
—·74	—·74	—·76	—·76	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·28	.	.	32	21	181
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	—	182
—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	19	04	183
—·20	—·44	—·20	—·36	—·30	—·48	—·28	—·20	—·22	—·28	—·28	—·32	.	.	.	3	96	184
—·34	—·54	—·54	—·56	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	66	185
—·89	—·90	—·78	—·78	—·80	—·76	—·78	—·78	—·60	—·60	—·62	.	.	.	.	10	86	186
—·90	—·92	—·84	—·84	—·84	—·84	—·86	—·86	1·02	1·02	1·06	1·06	—·40	—·40	.	25	72	187
1·—	1·—	1·—	1·—	1·24	1·24	1·26	1·26	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	29	80	188
—·12	—·12	—·12	—·12	—·10	—·12	—·10	—·10	.	.	.	.	.	.	.	2	88	189
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	2	20	190
—·27	—·27	—·28	—·28	—·12	—·12	—·12	—·12	—·18	—·22	—·24	—·24	.	.	.	3	34	191
—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	.	19	18	192
1·70	1·50	2·06	2·86	2·28	2·18	1·14	1·02	1·26	1·08	1·02	.	.	.	.	52	94	193
9·60	9·60	10·56	10·56	10·58	10·84	10·64	10·66	8·20	7·98	7·88	8·10	8·12	7·44	10·88	368	80	194
.	.	.	.	.	.	.	.	—·28	.	—·16	—·18	—·20	.	.	—	82	195
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	6	18	196
.	.	.	.	.	.	.	.	—·96	1·30	1·30	.	.	.	.	15	38	197
7·63	7·67	7·46	5·67	7·62	7·74	7·88	7·88	7·68	—·94	—·40	—·40	.	.	.	172	13	198
.	.	.	.	.	.	.	.	—·16	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	.	1	—	199
2·60	2·60	2·54	2·70	2·40	2·80	3·26	3·50	5·84	6·30	6·66	6·66	.	.	.	74	20	200
—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	17	28	201
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	7	20	202
—·70	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	.	.	.	12	60	203
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	3	12	204
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	8	26	205
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	–	206
1·86	1·88	1·06	1·08	1·08	1·48	1·18	1·22	1·35	1·47	1·67	1·61	1·50	1·26	.	37	39	207
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	25	16	208
—·84	—·84	1·32	1·32	1·34	1·34	1·34	1·34	1·50	1·50	1·50	1·50	.	.	.	34	34	209
1·09	—·46	—·46	—·46	—·48	—·46	—·46	3·82	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	21	22	210
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	32	211
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	21	—	212
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	7	20	213
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	13	20	214
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	10	—	215
.	.	1·30	1·30	1·30	1·34	1·34	1·34	1·50	1·50	1·52	.	.	.	.	12	44	216
—·50	—·52	—·48	—·50	—·50	—·86	—·88	—·88	—·36	—·38	—·38	.	.	.	.	16	24	217
—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·55	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	14	73	218
1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	.	.	.	.	.	.	.	14	16	219
1·12	1·12	1·16	1·16	—·82	.	.	.	.	1·50	1·50	.	.	.	.	35	55	220
—·68	—·74	1·18	—·50	—·70	—·22	—·80	—·76	—·88	—·84	—·58	—·76	.	.	.	17	38	221
4·20	5·68	5·44	5·46	5·20	6·42	5·62	5·66	5·98	6·38	6·50	4·07	1·08	.	.	126	24	222
1·08	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·12	1·12	1·12	1·40	1·42	1·42	1·40	1·42	1·42	22	42	223
2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	.	.	.	.	56	40	224
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	6	60	225

Post-Nummer	Ort	Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
		1902										
226	Klein-Mohrau	1·72	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	—·14
227	Klein-Neusiedel	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
228	Kleinreifling	8·86	1·64	1·64	1·64	1·64	1·64	1·64	1·66	1·66	1·66	1·72
229	Kleinmünchen	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.
230	Klein St. Paul	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·44	—·44
231	Kleinwöhlen bei Bensen	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	1·04	1·02	—·98
232	Klösterle an der Eger	4·20	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40
233	Klostergrab	5·38	2·16	2·28	1·66	1·68	1·86	1·80	1·68	1·96	2·06	2·20
234	Klosterneuburg	5·—	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	1·10	1·10	1·10	1·10
235	Knittelfeld	3·—	.		.	.	—·20	3·60	—·92	—·96	2·33	—·76
236	Köflach	9·42	5·42	5·14	4·90	4·52	4·42	4·98	4·06	4·04	4·06	3·84
237	Königsberg an der Eger	6·55	1·93	1·93	1·93	1·33	1·33	1·33	—·92	—·92	—·92	—·94
238	Königshan	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
239	Königswald bei Bodenbach	2·92	1·66	1·68	1·68	1·38	1·38	1·38	—·96	—·96	—·98	1·12
240	Köstldorf bei Chodau	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·24	—·24	—·24	—·24
241	Kohlhau bei Karlsbad	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·34	—·34	—·34	—·34
242	Kohlstadt	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·20	—·20	—·20	—·20
243	Komotau	41·40	6·50	6·50	6·50	6·50	6·50	6·50	6·40	6·40	6·40	6.40
244	Korneuburg	2·14	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
245	Kosolup bei Tuschkau	2·70	—·90	—·90	—·90	—·80	—·80	—·80	—.80	—·80	—·80	—·80
246	Kosten bei Teplitz	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	·20	—·20	—·20	—·20
247	Kostenblatt		.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·08
248	Kratzau bei Reichenberg	2·70	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·60
249	Krems	6·54	2·20	1·94	2·14	2·02	2·16	2·86	2·22	2·22	2·12	2·06
250	Krenhof bei Köflach	2·16	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.
251	Kriegern	2·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·70	—·70	—·70	—·70
252	Krieglach	2·75	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—.46	—·52	—·52	—·52	—.70
253	Kritzendorf	.	1·—	2·26	1·—	1·—	1·06	1·10	1·12	1·06	1·04	1·02
254	Kröllendorf	2·04	—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	.	.	.	.
255	Krombach bei Zwickau	.	.	.	.	.	.	.	—·26	—·26	—·26	—·36
256	Krumau	6·20	3·76	3·78	4·21	4·30	4·87	5·72	2·92	2·98	2·65	2·72
257	Krummnußbaum	.	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·12	—·12	—·12	—·12
258	Krzemusch bei Teplitz	1·88	—·32	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	·50	.	.	.
259	Kufstein	2·24	1·28	—·56	—·56	1·42	—·70	—·70	—·68	1·72	—·68	—·98
260	Kukan	2·—	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
261	Kunnersdorf bei Zwickau	1·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
262	Kuttowitz-Schwaaz	3·—	—.50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·44	—·44	—·44	—·44
263	Laa an der Thaya	2·20	—·88	—·88	—·90	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·48
264	Ladowitz	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
265	Laibach	.	.	.	.	.	.	—·28	—·26	—·28	.	—·12
266	Lampersdorf bei Schatzlar	10·—	1·—	1·—	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·60	—·60	—·60
267	Landeck	.	5·35	5·03	4·95	5·59	5·89	3·69	5·82	5·89	4·52	4·80
268	Lauterbach	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·49	—·40	.
269	Landskron in Böhmen	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	—·30	.
270	Landskron bei Villach	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44
271	Langenbruck	.	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·34
272	Langenwang	3·60	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66
273	Langlammitz bei Buchau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
274	Langugest bei Bilin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·58
275	Lanz bei Falkenau	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40
276	Leibnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
277	Lend	—·12	—·62	—·24	—·50	—·90	—·56	—·56	1·46	—·96	—·96	—·98
278	Leoben	57·17	18·31	15·03	16·91	17·95	14·45	15·74	12·42	8·15	8·02	9·—
279	Leobersdorf	4·81	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·56	—·56	—·56	—·52
280	Liboje	.	.	—·36	.	.	.	—·48	.	.	—·48	.
281	Lichtenstadt	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·96	—·96	—·98	—·98
282	Lichtenwörth	2·—	—·32	·32	—·34	—·34	·34	—·34	.	.	.	.
283	Lieboritz bei Michelob	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·14	—·14	—·14	1·54	—·14	—·16	—·16	—·16	·16	—·16	—·16	.	.	.	.	7	92	226
.	.	.	.	.	.	.	.	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	1	78	227
1·66	1·74	1·74	1·72	1·76	1·72	1·70	1·68	1·66	1·58	1·62	1·54	1·56	.	.	47	08	228
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	26	229
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	14	08	230
—·82	—·82	—·84	—·68	—·66	—·58	—·56	—·54	—·50	—·50	—·48	—·42	.	.	.	15	88	231
1·40	1·40	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	25	80	232
1·60	1·74	1·78	1·82	1·82	1·78	1·72	1·77	1·72	1·52	2·98	1·48	1·96	2·12	.	50	53	233
1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	2·—	2·—	2·—	—·18	—·18	—·18	—·70	—·72	.	.	27	96	234
—·78	2·12	1·16	1·20	1·20	2·68	2·68	5·18	2·26	2·50	2·50	2·32	—·34	.	.	38	69	235
3·50	3·02	6·80	6·84	6·30	6·30	8·06	3·06	6·42	5·20	3·74	3·72	5·76	.	.	123	52	236
—·94	—·94	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	21	91	237
.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.	.	.	.	.	.	1	—	238
1·18	1·18	1·12	1·06	1·04	—·80	—·80	—·80	—·80	—·76	—·76	.	.	.	.	26	40	239
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	4	68	240
—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	10	20	241
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	7	60	242
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	—·40	.	157	60	243
—·60	—·60	—·56	—·56	—·76	—·62	—·66	—·66	—·12	—·12	—·12	.	—·12	.	.	13	64	244
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	17	40	245
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	·20	—·20	—·20	—·20	—·20	1·20	7	20	246
1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·20	1·20	1·20	1·28	1·28	1·28	.	.	.	.	13	92	247
—·60	—·60	—·60	·60	—·60	—·52	—·54	—·54	·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	.	19	42	248
2·—	1·74	2·08	2·—	2·08	1·80	2·42	2·56	2·40	3·39	3·31	2·08	2·06	.	.	58	40	249
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	96	250
—·74	—·74	—·76	—·76	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	12	60	251
—·70	—·72	1·34	1·76	1·50	1·30	1·44	1·—	—·68	1·34	5·86	2·68	1·44	.	.	29	51	252
1·02	1·02	1·02	1·02	—·96	—·94	·94	—·94	1·04	1·14	1·04	—·58	—·54	.	.	23	86	253
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	52	254
—·36	—·36	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	4	26	255
3·04	4·87	4·88	4·66	4·70	4·43	4·46	3·74	2·83	2·83	3·73	2·—	2·—	.	.	92	28	256
—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	.	.	3	58	257
.	.	.	.	.	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	80	258
—·48	1·16	—·48	1·32	—·48	—·48	—·48	—·62	—·18	—·12	—·14	—·14	—·16	.	.	17	76	259
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	4	40	260
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	9	—	261
—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	11	40	262
—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	10	90	263
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	21	—	264
.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·36	—·34	—·34	—·30	—·32	.	.	3	80	265
—·60	—·60	—·60	—·60	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	1·74	26	64	266
5·12	6·94	6·48	2·90	4·76	4·46	5·80	3·20	3·62	4·78	4·54	5·58	3·62	.	.	113	33	267
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	268
.	.	.	—·38	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	5	48	269
—·42	—·42	—·44	—·44	—·76	—·76	—·78	—·78	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	60	270
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	6	—	271
—·66	—·66	—·66	—·66	1·02	1·04	1·04	1·04	1·16	1·16	—·66	—·66	—·92	—·93	.	22	47	272
.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	1	20	273
—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	06	274
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	4	80	275
.	—·98	1·—	1·—	—·98	—·74	—·74	—·76	—·76	—·56	—·56	1·06	.	.	.	9	14	276
—·98	1·—	1·02	1·02	1·04	—·94	—·92	—·90	1·02	1·02	—·58	.	.	.	.	18	30	277
7·45	7·47	8·52	7·20	8·46	10·96	10·—	10·02	17·48	18·14	24·30	13·50	13·50	15·80	.	365	95	278
—·52	—·54	—·54	·56	—·56	—·99	1·—	1·—	—·14	—·14	—·15	—·15	.	.	.	16	42	279
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	32	280
—·98	—·98	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	20	24	281
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	282
—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	·60	—·60	—·60	.	.	.	.	8	72	283

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
284	Lienz	.	2·40	2·40	2·40	4·32	4·42	4·70	3·55	4·07	3·53	3·2
285	Liesing	7·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
286	Lilienfeld	1·56	1·12	1·12	1·03	1·03	1·04	1·04	1·72	1·72	1·76	1·6
287	Linz	43·57	23·28	23·40	18·74	23·98	18·58	22·80	22·58	24·68	23·64	24·7
288	Litschkau bei Saaz	3·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.
289	Littitz bei Pilsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
290	Littmitz	12·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
291	Lobnig bei Römerstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
292	Loosch bei Dux	3·24	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·16	—·16	—·16	—·16
293	Lossin bei Staab	—·66	—·66	—·52	—·54	—·70	—·60	—·64	—·60	—·60	·60	—·60
294	Lundenburg	—·90	—·90	—·90	—·82	1·12	1·02	1·20	2·50	2·50	2·50	2·90
295	Lusdorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
296	Machendorf	9·—	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	2·44	2·44	2·44	2·44
297	Mährisch-Neustadt	2·64	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
298	Mährisch-Ostrau	.	.	.	.	1·32	1·34	1·34	1·32	1·34	1·34	1·
299	Mährisch-Schönberg	8·52	5·—	4·60	5·80	5·02	5·22	4·88	4·80	4·62	5·42	5·48
300	Mährisch-Trübau	2·62	1·32	1·32	1·32	1·32	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68
301	Märzdorf bei Braunau	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	·32
302	Maffersdorf	—·72	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·40	1·40	1·42	1·42
303	Mannersdorf a. Leithageb.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
304	Mautau	.	2·10	2·10	2·12	3·53	3·54	3·54	3·02	3·04	3·04	2·98
305	Marburg	1·32	7·66	9·66	3·66	4·26	4·72	4·72	4·54	4·54	4·54	5·
306	Marchegg	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	1·68	1·64	1·60	1·60	1·58	1·58
307	Marchtrenk	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
308	Mariazell	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
309	Marienberg	—·74	—·74	—·76	—·76	—·76	·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76
310	Markersdorf-Gabel	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—.60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
311	Markersdorf in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
312	Markhausen bei Graslitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
313	Mautern	.	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	·38	—·36	—·38	—·34
314	Mauthausen	.	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	·70	—·70	—·70
315	Mayerbach	.	.	.	.	.	.	.	—·66	—·66	·68	·60
316	Meierhöfen bei Karlsbad	.	.	.	.	.	.	.	.	.	·72	—·72
317	Meistersdorf-Ulrichsthal	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60
318	Meran	8·12	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	2·40	2·40	2·40	1·92
319	Merelitz bei Klösterle	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·34	—·34
320	Merkelsgrün	7·20	1·08	1·08	1·08	1·10	1·10	1·10	1·06	1·06	1·06	—·90
321	Mildenau	.	.	.	.	.	.	.	·24	—·24	—·24	—·24
322	Mistek	.	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	1·04	1·04	1·04	1·42
323	Mistelbach	3·14	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	·48	—·64	·64	—·64	—·64
324	Mitterdorf-Wartberg	1·74	—·48	—·52	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·36
325	Möderbrugg	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·14	.	.	.	.	.
326	Mödling	18·32	1·98	2·14	1·98	2·16	2·96	2·70	2·03	1·71	1·71	1·73
327	Möllbrücken	.	.	.	.	.	.	.	—.20	—·20	—·20	—·20
328	Molln	1·04	—·52	—·52	—·52	—·42	—·52	—·42	—·50	—·42	—·42	—·47
329	Mondsee	.	.	.	.	.	.	.	—·14	—·14	—·14	—·14
330	Moosbrunn	.	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·70	1·70	1·70	1·70
331	Morchenstern bei Gablonz	6·72	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	·30	—·30	—·30
332	Mürzzuschlag	12·86	6·—	5·02	4·88	4·74	6·52	5·88	8·64	6·82	5·96	5·36
333	Murau	—·34	—·26	.	—·44	—·20	—·26	·26	—·24	—·26	—·60	—·26
334	Nallesgrün bei Elbogen	2·04	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.
335	Nassengrub	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
336	Neu-Algersdorf[1]	8·06	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.
337	Neuberg	4·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	2·26	2·26	2·26	2·26
338	Neudeck	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
339	Neudonitz	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
340	Neundorf bei Kratzau	11·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.

[1] Jetzt mit Eggenberg.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
2·90	2·94	3·12	3·28	3·46	2·88	3·04	3·24	3·66	3·32	3·28	3·16	3·16	1·—	.	77	43	284
.	1·—	.	.	.	.	.	1·—	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	.	.	10	54	285
1·62	1·50	1·88	1·92	1·92	1·46	1·46	1·48	1·—	1·—	1·—	—·98	—·98	—·98	.	34	02	286
20·56	21·08	23·88	22·80	16·84	17·98	18·34	18·40	18·22	21·80	15·62	16·12	4·96	3·54	.	510	17	287
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	288
.	.	.	.	.	.	.	—·68	—·68	—·70	—·64	—·66	—·66	.	.	4	02	289
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	290
.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·46	—·46	—·46	—·48	.	.	.	3	06	291
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	8	52	292
—·60	—·60	—·36	—·36	—·36	—·56	—·56	—·58	—·52	—·52	—·52	.	.	.	.	12	26	293
2·84	3·02	3·22	3·38	2·80	4·08	3·62	3·60	5·—	4·08	5·06	5·48	4·58	5·64	.	73	66	294
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	9	60	295
2·44	2·44	2·46	2·46	2·46	2·46	1·86	1·86	2·—	2·—	2·—	1·78	1·78	1·78	.	57	54	296
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	12	—	297
1·60	1·60	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	—	298
5·54	5·48	4·90	5·64	5·54	5·78	6·10	6·20	5·54	6·10	6·06	4·22	4·50	.	.	130	96	299
1·68	1·72	1·72	1·72	1·72	1·72	1·72	2·44	2·44	2·46	2·46	.	.	.	.	39	70	300
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	3·—	10	—	301
1·42	1·42	—·84	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·66	—·66	—·66	.	.	.	.	24	36	302
.	.	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	2	94	303
3·—	3·—	3·54	3·54	3·54	2·72	2·72	2·72	3·70	3·72	3·72	.	.	.	.	64	93	304
4·98	4·74	5·14	5·16	10·50	12·04	12·20	10·76	7·46	11·26	8·52	10·30	9·66	8·64	.	175	98	305
1·54	1·54	1·52	1·52	1·38	1·38	1·36	1·38	—·52	—·52	—·50	—·48	—·48	.	.	27	20	306
.	.	.	.	.	.	.	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	5	—	307
—·10	—·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	20	308
—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	.	.	.	.	.	.	.	14	40	309
—·60	—·60	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	20	40	310
.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	.	.	4	—	311
.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	3	36	312
—·34	—·40	—·30	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	7	60	313
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	14	70	314
—·60	—·62	—·76	—·76	—·78	—·82	—·84	—·84	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	14	62	315
—·72	—·72	—·72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	.	.	.	.	.	8	76	316
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	7	20	317
1·92	1·92	1·92	1·92	1·94	1·94	1·94	1·94	.	.	.	.	.	.	.	40	84	318
—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	5	60	319
—·88	—·88	—·98	—·98	—·96	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	.	.	.	25	32	320
—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	44	321
1·44	1·06	1·96	1·80	1·82	2·08	1·60	1·80	2·86	2·02	2·02	2·96	2·30	1·76	.	35	26	322
—·64	—·66	—·66	—·68	—·72	—·74	—·74	—·52	—·54	—·54	—·92	—·92	.	.	.	16	78	323
—·36	—·36	—·36	—·36	2·34	2·34	1·06	1·08	2·06	2·08	2·29	2·29	1·68	1·70	.	25	70	324
—·46	.	.	.	.	—·48	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	68	325
1·73	1·79	1·74	1·74	1·56	1·72	1·84	1·70	1·20	1·51	1·54	1·24	1·26	.	.	59	99	326
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	2	40	327
—·44	—·56	—·50	—·52	—·50	—·34	—·38	—·62	.	.	.	.	.	.	.	9	63	328
—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	1	80	329
1·70	1·70	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·69	1·69	1·70	.	.	.	.	35	68	330
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	12	—	331
5·50	5·50	5·92	5·48	5·40	4·64	4·88	12·10	7·46	10·82	9·82	4·80	.	.	.	155	—	332
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	1·44	1·46	.	.	.	.	.	.	.	7	70	333
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	16	334
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·50	—·52	—·52	.	.	.	.	4	42	335
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	66	336
2·26	2·26	2·26	2·28	2·23	1·70	1·70	2·70	1·52	1·52	1·52	1·—	1·—	1·60	1·—	45	19	337
—·50	—·50	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	13	—	338
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	339
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	—	340

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
341	Neunkirchen	2·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·72	—·76	1·08	—·32
342	Neufen	6·64	2·32	2·32	2·32	1·66	1·66	1·68	1·92	1·92	1·92	2·32
343	Neuputschiern	3·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
344	Neurode	1·68	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·32	—·32	—·32	—·32
345	Neusattl bei Elbogen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
346	Neustadt an der Tafelfichte	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	2·70	2·72	2·76	2·—
347	Neutitschein	8·14	2·90	3·08	3·09	2·92	2·92	3·36	2·74	2·74	2·78	2·78
348	Neu-Zedlisch	.	.	.	.	.	.	—·50	—·52	—·52	—·64	—·76
349	Neuzeug	2·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
350	Niedergrund bei Warnsdorf	3·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
351	Nieder-Ehrenberg	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
352	Niedereinsiedel	—·60	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.
353	Niemes	15·84	4·14	4·14	4·12	4·12	4·14	4·12	3·69	3·49	3·49	3·49
354	Nixdorf	1·80	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.
355	Oberalm	3·36	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	1·42	1·42	1·42	1·42
356	Ober-Altstadt bei Trautenau	.	.	.	.	.	.	.	1·06	1·06	1·06	1·06
357	Oberferlach	.	.	.	.	.	.	.	6·44	6·44	6·44	6·44
358	Obergrafendorf	.	.	.	.	.	.	.	2·10	.	.	.
359	Oberhennersdorf b. Rumburg	1·44	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24	—·24
360	Oberhollabrunn	4·32	—·54	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.	.	.
361	Oberkratzau	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·24	—·24	—·24	—·24
362	Oberleutensdorf	22·90	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	—·16	—·16	—·16	—·16
363	Oberplan	.	.	.	.	.	.	.	—·58	—·72	1·80	1·53
364	Oberrothau	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.
365	Ober-Tannwald	4·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.
366	Obertraun	.	.	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·16
367	Oberzeiring	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42
368	Oderberg	3·—	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
369	Oderfurt	6·02	6·34	6·30	5·94	6·10	6·72	6·90	7·02	7·22	7·56	7·86
370	Odrau	.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
371	Olbersdorf bei Jägerndorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
372	Olmütz	4·72	2·68	2·78	2·94	2·84	3·54	3·32	3·50	3·50	3·30	5·22
373	Pankraz	1·68	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·40	—·40	—·40	—·40
374	Parchen-Schelten	12·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·34	1·34	1·34	1·34
375	Paulsdorf	4·20	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·60	—·60	—·60	—·60
376	Paulusbrunn	1·29	—·48	—·48	—·48	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36
377	Pechgrün bei Chodau	1·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
378	Peggau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
379	Perchtoldsdorf	7·20	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·50	—·30	—·30	—·30
380	Petersdorf bei Johannesthal	.	—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·28	—·26
381	Petschau bei Karlsbad	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
382	Pettau	.		.	.	.	—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·08
383	Pichlberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
384	Piesting	13·04	2·34	2·12	2·12	2·06	1·62	1·62	1·96	1·96	2·—	1·94
385	Pilnikau bei Trautenau	1·56	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
386	Pihl	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·44	—·44	—·44	—·44
387	Pilsen	.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	2·56
388	Plan	.	—·78	—·77	—·77	—·86	—·88	—·90	—·40	—·40	—·40	—·40
389	Poderfam	10·36	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·32	1·32	1·34	1·34
390	Pöls bei Judenburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
391	Pörtschach am See	—·26	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.
392	Pola	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·70
393	Polaun	3·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
394	Pomeisl	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
395	Poschetzau bei Neu-Rohlau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·50
396	Poßitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·18
397	Postelberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
398	Pottendorf	1·68	—·64	—·64	—·64	—·64	·64	·64	—·72	—·64	—·64	—·46

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·33	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·54	—·54	—·12	—·12	—·14	—·10	—·12	.	.	11	19	341
2·32	2·32	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·40	1·40	1·40	.	.	.	.	45	12	342
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	343
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	7	20	344
.	.	.	.	.	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	.	.	.	.	18	—	345
2·02	2·02	2·—	2·—	2·02	2·02	2·02	2·02	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	36	82	346
2·78	2·81	3·12	3·12	3·12	3·04	3·04	3·04	.	.	.	.	.	.	.	61	52	347
—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	.	.	.	.	.	.	.	9	18	348
.	2·92	.	.	.	.	.	2·10	.	.	.	.	.	.	.	7	32	349
—·40	—·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	13	20	350
.	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	1·56	3	40	351
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	352
3·49	3·49	3·72	3·72	3·76	3·74	3·74	3·76	3·62	3·62	3·64	1·96	1·98	1·98	.	101	—	353
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	354
1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	.	.	.	.	.	.	.	25	—	355
1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	3·96	20	64	356
6·44	6·46	6·46	6·46	6·46	6·46	6·46	6·46	7·72	7·72	7·74	.	.	.	.	99	60	357
.	.	.	.	.	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	4	50	358
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	6	—	359
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	48	360
—·24	—·24	—·58	—·58	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	7	40	361
—·18	1·18	1·30	1·50	1·70	1·90	1·80	1·80	.	.	.	.	.	.	.	49	30	362
1·38	1·22	1·96	1·68	1·36	1·46	1·06	1·06	—·52	—·54	—·54	—·60	—·60	1·02	.	19	63	363
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6		364
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	—	365
—·18	—·20	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	—·20	—·18	—·10	.	.	.	.	3	90	366
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	5	—	367
—·36	—·36	—·36	—·36	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	11	—	368
8·02	8·12	8·10	8·04	8·18	6·94	6·94	6·94	9·—	6·72	8·10	8·90	7·78	.	.	175	76	369
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·	.	48	—	370
.	.	.	.	.	.	.	.	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	—	78	371
4·32	4·42	3·08	3·58	4·06	3·90	3·46	4·64	2·20	2·46	3·04	2·44	2·36	.	.	82	30	372
—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	.	8	04	373
1·34	1·34	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	.	.	.	.	.	.	.	34	20	374
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·68	—·60	.	19	20	375
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	8	97	376
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	10	80	377
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.	.	.	1	—	378
—·62	—·56	—·56	—·56	—·42	—·42	—·48	—·48	—·58	—·62	—·64	—·32	—·34	.	.	17	—	379
—·26	—·28	—·26	—·26	—·28	—·26	—·26	—·28	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	5	40	380
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	9	20	381
—·08	—·08	—·08	—·18	—·18	—·86	—·14	—·16	—·16	—·72	—·72	—·76	—·78	.	.	5	74	382
1·14	1·16	1·16	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	46	383
1·96	1·97	2·04	2·04	1·96	1·90	1·94	1·94	1·64	1·66	1·68	.	.	.	.	53	51	384
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	7	80	385
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	10	80	386
2·86	2·74	2·92	2·94	2·16	3·46	2·82	2·04	5·06	—·66	3·10	2·44	2·44	.	.	40	12	387
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	10	96	388
1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·24	1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	1·32	.	.	14	02	389
—·34	—·34	—·36	—·36	—·40	—·40	—·83	—·84	—·84	—·32	—·34	—·34	.	.	.	5	71	390
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	10	391
—·70	1·20	1·22	—·86	—·86	1·22	1·34	1·34	1·42	1·20	1·24	1·16	1·18	.	.	15	64	392
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	6	80	393
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	12	—	394
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	395
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·14	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	2	56	396
.	.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·90	—·94	—·90	—·90	—·92	.	5	44	397
—·46	—·46	—·98	—·78	—·78	—·48	—·48	—·56	.	.	.	.	.	.	.	12	96	398

8*

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
399	Prag	3·10	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·52	—·52	—·52	—·52
400	Pragerhof		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
401	Prassedič	2·71	—·32	—·32	—·32	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·46	—·30
402	Preheischen	2·14	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
403	Prerau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
404	Preßbaum-Rekawinkel	.	—·46	—·42	—·52	—·46	—·50	—·50	—·40	—·34	—·42	—·34
405	Přestawlk	—·96	—·49	—·54	—·50	—·50	—·52	—·68	—·22	—·30	—·40	·30
406	Priesen bei Komotau	.	—·24	—·24	—·24	—·62	—·62	—·64	—·38	—·40	—·44	—·44
407	Priesten-Straden	—·80	—·40	—·40		.	.	.	.	.	.	.
408	Prödlitz[1]) bei Aussig	1·38	1·30	1·30	1·30	—·88	—·90	—·90	1·—	1·—	1·—	.
409	Proschwitz	8·64	1·28	1·28	1·28	1·28	1·28	1·28	1·68	1·68	1·69	1·77
410	Proßnitz		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
411	Puchberg am Schneeberg	2·06	—·40	—·36	—·32	—·28	—·22	—·26	—·28	—·26	—·26	—·26
412	Puletschnei bei Gablonz	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
413	Puntigam bei Graz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
414	Puschwitz	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	1·—	1·—	1·—	—·60
415	Rankweil	1·70	—·62	—·62	—·62	—·36	—·38	—·38	1·—	1·—	1·—	—·52
416	Ratschendorf	4·08	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
417	Reichenau bei Gablonz	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
418	Reichenau bei Payerbach	1·34	—·40	—·64	—·30	—·46	—·40	—·40	·42	—·42	—·42	.
419	Reichenberg	12·14	10·20	11·32	7·90	8·28	8·56	7·84	11·06	10·44	10·76	9·82
420	Reichstadt		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
421	Reitendorf b. M.-Schönberg	4·80	.	.	.	.	.	.	1·70	1·70	1·72	1.72
422	Rettendorf	.	—·50	—·50	—·50	·50	—·50	—·50	—·36	—·36	—·36	—·36
423	Ried	1·12	1·86	1·86	1·90	1·92	1·84	1·88	1·64	1·54	1·56	—·86
424	Ringelshain	.	—·22	—·22	—·22	—·22	·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24
425	Rochlowa	.	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.
426	Röchlitz	9·23	1·28	1·28	1·28	1·28	1·30	1·30	1·42	1·42	1·44	1·44
427	Römerstadt	7·20	—·60	·60	—·60	—·60	·60	—·60	1·—	1·—	1.—	1·—
428	Rosenthal I	1·92	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—.50	—·50	·50	—·50
429	Rosenthal II	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·44	—·44	—·44	—·44
430	Rothau-Schindelwald	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
431	Rottenmann	—·68	—·36	—·70	—·71	—·72	—·50	—·50	—·50	—·52	—·70	2·08
432	Rudig	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
433	Rumburg	6·20	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	2·02	2·04	2·04	1·80
434	Ruppersdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·88	—·88	—·88
435	Saalfelden	9·—	2·92	3·02	2·96	2·62	2·90	2·72	2·80	2·08	2·04	1·98
436	Saaz	37·91	3·28	3·20	3·24	3·22	3·18	3·16	4·70	4·68	4·74	4·82
437	Salzburg	31·46	16·98	14·30	14·58	16·08	13·46	14·40	18·38	15·78	16·78	18·16
438	St. Egid am Neuwald	1·56	2·26	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—·92	·92	—·94	—·94
439	St. Georgenthal b. Warnsdorf	.	.	.	.	.	.	.	·48	—·48	—·50	—·40
440	St. Johann im Pongau	—·82	—·52	—·24	—·24	—·24	—·28	—·48	—·18	—·28	1·14	—·58
441	St. Lambrecht	—·48	—·24	·26	—·41	—·42	—·42	—·42	—·29	—·30	—·38	—·38
442	St. Michael ob Leoben	.	1·08	1·12	1·16	1·24	1·12	1·04	1·20	1·20	1·20	1·14
443	St. Peter ob Leoben	—·92	—·40	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
444	St. Pölten	14·50	1·97	1·96	2·01	2·16	2·08	2·06	1·48	1·50	1·53	1·12
445	St. Ruprecht bei Klagenfurt	.	—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·18	—·18	—·20	—·20
446	St. Stefan a. G.	83·08	10·40	10·40	10·40	8·50	8·50	8·50	8·52	8·52	8·52	8·54
447	St Veit an der Glan	9·48	6·04	5·54	5·56	5·92	5·68	6·12	5·84	5·50	5·62	5·06
448	St. Veit an der Triesting	12·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
449	St. Veit bei Mühlbach	—·32	—·32	—·32	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42
450	Schaben bei Dassnitz	2·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
451	Schaiba	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
452	Scharnstein	2·64	—·68	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
453	Schaßlowitz bei Böhm.-Leipa	2·88	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.
454	Schatzlar	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·	2·—	1·42	1·42	1·42	1·42
455	Scheibbs	1·78	—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.

[1]) Seit 1. April 1903 mit Aussig.

1903								1904						Vorauszahlungen	Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni		K	h	
—·53	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·48	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	14	63	399
.	.	—·56	2·10	1·76	1·50	—·60	—·62	2·04	3·25	2·16	1·24	.	.	.	15	73	400
—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	75	401
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	14	402
.	.	.	.	.	—·16	—·10	—·12	—·16	—·08	—·10	.	.	.	.	—	72	403
—·32	—·40	—·52	—·36	—·36	—·44	—·34	—·50	—·24	—·30	·30	—·28	.	.	.	8	72	404
—·48	—·53	—·54	—·44	—·40	—·76	—·72	1·11	—·94	—·78	—·95	—·76	—·86	—·90	.	15	58	405
—·44	—·44	—·44	—·56	—·46	—·46	·46	—·46	·46	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	10	54	406
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	60	407
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	96	408
1·77	1·78	1·54	1·56	1·66	2·—	2·—	2·—	2·37	2·49	2·49	1·32	—·32	—·32	.	46	76	409
.	.	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	2	16	410
—·26	—·34	—·30	—·28	—·28	—·26	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	7	16	411
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	·60	·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	14	40	412
.	.	4·50	4·50	4·36	2·56	2·56	3·—	3·—	3·—	3·—	.	.	.	.	30	48	413
—·60	—·60	—·60	—·60	·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	12	40	414
—·52	—·52	—·40	—·40	—·42	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.	13	58	415
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	·70	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	21	76	416
—·40	—·40	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	8	80	417
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	20	418
11·54	8·68	10·86	11·52	10·30	10·54	12·16	10·88	6·50	9·22	6·68	8·08	7·32	1·40	.	234	—	419
.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	4	50	420
1·19	1·19	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	02	421
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	7	32	422
—·86	·80	—·84	—·86	—·72	—·78	—·82	—·76	—·72	—·80	—·68	—·90	1·04	.	.	28	56	423
—·24	—·24	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	3	84	424
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	82	425
1·44	1·44	1·—	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	.	.	.	.	.	.	.	31	61	426
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	22	80	427
—·50	—·50	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	10	46	428
—·44	—·44	—·44	—·44	·44	·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	8	28	429
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	430
2·08	2·—	2·—	2·—	3·38	2·90	2·48	3·—	4·18	1·48	—·82	4·04	3·76	1·26	.	43	35	431
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	60	432
1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	.	.	.	.	.	.	.	33	50	433
—·88	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8		434
1·96	2·04	1·56	1·56	2·82	1·54	1·50	1·48	1·80	1·83	1·83	.	.	.	.	54	96	435
4·80	4·80	4·82	4·76	4·80	4·78	4·72	4·82	1·50	1·54	1·54	1·56	1·58	.	.	122	15	436
15·10	16·08	19·36	16·46	16·28	18·38	19·92	17·74	17·53	15·75	15·40	9·52	5·38	.	.	393	26	437
—·94	—·94	—·94	—·94	1·02	1·02	1·02	1·04	.	.	.	.	.	.	.	25	40	438
—·40	—·40	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	70	439
—·56	—·48	—·62	—·72	—·40	—·48	—·51	—·22	—·50	—·55	—·45	—·49	—·51	—·50	.	11	99	440
—·38	—·53	—·54	—·54	—·67	—·68	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	10	94	441
1·46	1·—	1·10	1·20	1·30	1·20	1·20	1·20	1·—	1·40	1·10	1·16	1·68	1·04	.	28	54	442
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	8	92	443
1·14	1·17	1·22	1·26	1·87	2·—	2·02	2·02	1·12	1·76	1·36	—·74	—·16	.	.	50	21	444
—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	52	445
8·54	5·35	6·80	5·20	5·70	5·66	5·66	5·68	4·53	4·53	4·54	.	.	.	.	236	07	446
5·46	5·20	6·—	5·32	5·58	5·76	4·84	5·20	6·52	6·20	4·72	5·—	5·20	.	.	137	36	447
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	.	38	40	448
—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	.	.	8	34	449
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	11	50	450
.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	3	—	451
—·98	—·98	—·98	1·—	1·—	1·—	—·96	—·96	—·86	—·86	—·88	.	.	.	.	20	08	452
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	76	453
1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	37	08	454
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	62	455

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
456	Scheibmühl	3·30	1·40	1·24	1·26	1·16	—·88	1·02	1·14	1·14	1·02	1·28
457	Schlaggenwald	2·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—
458	Schlackenwerth	2·—	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·64	—·64	—·66	—·66
459	Schluckenau	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·30	—·30	—·30	—·30
460	Schmiedeberg	3·—	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24	—·26
461	Schneegattern	4·86	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·76	—·76	—·77	—·78
462	Schöbritz	2·48	—·64	—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·62
463	Schönau bei Hainspach	.	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
464	Schönau bei Wernstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
465	Schönborn bei Reichenberg	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.
466	Schönborn bei Rumburg	—·96	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16
467	Schönbrunn	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
468	Schönlinde	6·—	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
469	Schönwald bei Friedland	4·32	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24
470	Schwanberg	—·82	—·42	—·42	—·42	—·42	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·28
471	Schwarzwasser	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.
472	Schwechat	1·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42
473	Schwertberg	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·50
474	Seeberg	1·20	—·24	—·24	—·24	—·24	—·25	—·26	—·24	—·25	—·26	—·24
475	Sedlnitz	.	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	.	.	.	.
476	Selzthal	5·08	3·12	2·70	2·64	2·86	1·84	2·72	2·78	2·62	2·84	2·—
477	Servola	6·35	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
478	Siebenhirten	—·76	—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·20	—·20	—·22	—·22
479	Silberbach	8·40	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
480	Soborten bei Teplitz	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·52	—·48
481	Sodau	.	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34
482	Söhle	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
483	Sollenau	—·20	—·20	—·22	—·21	—·22	—·22	—·22	—·18	—·18	—·18	—·18
484	Sonnenberg	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
485	Sophienthal-Heinrichsberg	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	.
486	Spital a. Pyhrn	.	—·64	—·64	—·66	—·58	—·58	—·58	—·84	—·84	—·84	—·64
487	Spittal an der Drau	2·42	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·50	—·50	—·52	—·52
488	Spittelgrund	1·44	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	—·50	—·50	—·50
489	Staab	2·82	—·70	—·70	—·70	1·62	1·62	1·62	2·04	2·06	2·06	1·42
490	Stadlau	9·44	7·—	5·70	4·46	6·—	3·24	3·26	5·—	5·—	3·84	6·14
491	Stadl-Paura	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
492	Stainach	.	1·78	1·80	1·68	1·68	1·72	1·74	1·76	1·76	1·68	1·70
493	Stauding	1·90	—·28	—·28	—·28	—·32	—·34	—·34	—·36	—·36	—·38	—·28
494	Stefanau	1·96	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·56	—·56	—·58	—·58
495	Steinaujezd	1·62	—·54	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·26	—·26
496	Steinbrück	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
497	Steinfeld im Drauthale	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
498	Steinpöhl	6·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·24	—·24	—·24	—·24
499	Steinschönau	.	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60
500	Sternberg	20·50	6·71	6·03	6·83	6·89	7·66	8·52	8·26	7·98	10·84	7·67
501	Steyr	13·86	4·86	4·84	4·72	4·54	4·86	4·56	4·87	4·80	4·68	4·92
502	Steyrermühl	.	.	.	.	1·36	1·36	1·38	—·78	—·78	—·78	—·78
503	Stich bei Dobrzan	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
504	Stockerau	8·70	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·90	—·54	—·54	—·54	1·14
505	Suczawa	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—
506	Tachau	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	3·40	3·02	3·22	1·—
507	Tannwald	1·20	—·20	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	1·—	1·—	1·—	1·—
508	Tarnów	.	.	.	.	.	.	—·20	—·14	—·14	—·14	.
509	Tarvis	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·98	2·12
510	Taschwitz	1·50	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	1·04	1·04	1·06	1·08
511	Teichstatt	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
512	Teplitz	15·82	3·72	3·72	3·72	3·86	3·86	3·26	5·16	4·58	4·58	3·90
513	Teschen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	K	h	
1·08	—·96	1·02	1·34	1·10	1·14	—·96	—·94	—·84	—·34	—·52	.	.	.	.	25	08	456
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	22	20	457
—·66	—·66	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	9	92	458
—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	8	82	459
—·26	—·26	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	8	—	460
—·78	—·78	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—·75	—·80	—·80	—·80	—·80	—·81	—·82	.	23	87	461
—·62	—·62	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	16	82	462
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	3	60	463
.	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	1	80	464
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	60	465
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	3	84	466
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	467
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	4·20	27	—	468
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	16	469
—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	12	—	470
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	40	471
1·16	1·18	1·20	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·10	1·26	1·02	—·80	.	.	.	18	22	472
1·50	1·50	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	13	10	473
—·25	—·26	—·24	—·25	—·26	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	5	72	474
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	475
2·12	2·52	2·42	3·08	2·58	2·60	2·52	1·52	3·26	2·16	1·66	2·64	1·88	.	.	62	16	476
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	35	477
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	92	478
—·70	—·70	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	30	—	479
—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	96	480
—·34	—·34	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.	6	90	481
1·—	1·—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	16	20	482
—·18	—·18	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	.	.	.	.	.	.	3	41	483
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	484
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·20	.	.	.	.	6	84	485
—·66	—·66	—·74	—·74	·74	—·76	—·76	—·78	—·74	—·74	—·74	.	.	.	.	14	90	486
—·52	—·52	1·32	1·36	1·36	1·44	1·38	1·38	—·10	.	.	—·10	—·10	.	.	16	22	487
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	10	32	488
1·42	1·44	1·12	1·12	1·12	—·92	—·94	—·94	1·30	—·96	—·60	.	.	.	.	29	24	489
3·98	4·04	5·24	5·62	4·14	5·34	5·36	5·44	4·68	4·30	5·94	8·64	7·46	.	.	129	26	490
.	—·30	—·30	·30	—·30	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	3	20	491
1·72	1·70	1·84	1·76	1·72	1·66	1·66	1·70	1·48	1·60	1·70	1·50	1·52	1·54	.	40	40	492
—·30	—·40	—·40	—·40	—·36	—·38	—·38	—·38	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	9	62	493
—·40	—·40	—·40	—·40	—·34	—·34	—·36	—·36	—·39	—·38	—·38	.	.	.	.	10	43	494
—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	.	8	86	495
.	1·40	1·72	.	2·06	1·68	2·04	1·90	2·10	2·46	1·68	1·90	2·12	.	.	21	06	496
.	.	.	.		—·78	—·78	—·80	—·90	—·90	—·92	.	.	.	.	5	08	497
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	40	498
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	—	499
7·27	7·55	7·11	8·04	9·12	7·16	6·96	10·20	7·52	5·86	.	.	.	.	.	174	68	500
4·66	4·42	4·46	4·82	4·66	5·—	5·12	3·62	5·29	5·74	6·42	1·88	2·04	—·94	.	120	58	501
—·78	—·78	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·82	.	16	12	502
.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	.	1	28	503
1·15	1·01	—·84	—·84	1·10	1·12	—·96	—·96	—·96	—·84	—·82	—·34	—·34	.	.	26	34	504
1·—	1·—	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	8	—	505
2·80	2·40	2·20	1·80	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	41	84	506
1·—	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	.	.	.	.	.	.	.	14	60	507
.	.	—·24	—·15	—·15	·12	—·08	—·08	·08	—·50	—·52	—·38	—·40	.	.	3	32	508
1·62	1·60	2·36	2·16	1·46	2·28	1·32	2·12	1·68	2·08	2·42	1·44	2·22	.	.	42	36	509
1·08	1·08	1·16	1·16	1·16	1·18	1·18	1·18	1·22	1·22	1·22	—·74	.	.	.	21	70	510
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	·20	—·20	—·20	.	.	.	.	4	80	511
3·90	3·90	4·18	4·30	4·32	4·12	4·24	4·28	3·86	4·16	4·66	1·38	—·68	—·30	.	104	46	512
.	.	.	.	—·18	.	.	—·10	—·20	—·14	—·14	.	.	.	.	—	76	513

Post-Nummer	Ort	1902										
		Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
514	Tetschen	1·84	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.
515	Theresienthal	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24
516	Thiergarten	—·44	—·44	—·46	.	.	.	.	.	.	.	.
517	Thomasroith	1·20	—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40
518	Tollinggraben	2·20	.	.	1·15	.	.	2·01	.	.	1·12	—·50
519	Tomitschan	1·44	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·40	—·40	—·40	—·40
520	Traisen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
521	Traiskirchen	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40
522	Trautenau	—·72	3·86	3·80	3·72	3·82	3·92	3·84	3·98	3·98	3·98	3·88
523	Triest	.	2·26	2·26	3·08	2·52	2·08	2·54	2·48	2·80	2·82	2·78
524	Trinksaisen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
525	Trofaiach	.	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	·28	—·28	—·28	—·30
526	Troppau	33·44	7·26	7·30	7·30	7·34	7·36	7·36	8·18	8·18	7·20	7·18
527	Türmitz bei Aussig	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·51	—·52	—·44	—·44	—·44	—·45
528	Türnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·46
529	Tulln	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
530	Turn bei Teplitz	8·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
531	Tuschkau a. d. M.	·82	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30
532	**Ullersdorf**	1·04	—·36	—·36	—·36	—·44	—·44	—·46	—·46	—·48	—·48	—·74
533	Ullitz bei Mies	—·66	—·34	—·30	—·28	—·30	—·26	.	.	.	.	.
534	Unterlangendorf	.	—·22	—·22	—·22	—·22	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
535	Unter-Mardorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
536	Untersekeran	.	1·26	1·26	1·27	1·20	1·20	1·22	1·12	1·12	1·12	1·10
537	Unteršiška	25·62	4·82	5·06	5·26	5·40	5·46	5·62	3·96	3·48	3·08	3·10
538	Unzmarkt	1·42	2·28	2·28	2·28	2·28	2·30	2·32	2·22	2·24	2·24	2·28
539	Urfahr	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
540	**Veitsch**	—·80	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	1·—	1·01	1·02
541	Villach	5·58	—·70	—·70	4·50	5·96	5·86	6·20	7·38	7·62	7·20	5·56
542	Völkermarkt	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42
543	Voitsberg	.	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·38	1·30	1·32	1·28
544	Vordernberg	.	1·86	1·86	1·86	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·06
545	Vordersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
546	**Wagstadt**	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
547	Waidhofen an der Thaya	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
548	Waidhofen an der Ybbs	7·92	3·22	2·30	2·34	2·10	2·28	1·90	2·34	2·34	2·54	2·74
549	Wald-Kaltwang	.	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42
550	Waltsch	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·—	.
551	Warnsdorf	.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·18	2·18	2·18	2·08
552	Wartberg[1]	·30	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	·34	—·34	—·34	—·34	—·34
553	Weheditz	3·	3·16	1·60	1·62	1·64	1·20	1·20	.	.	.	.
554	Weipert	6·04	2·34	2·34	2·34	2·34	2·34	2·34	1·98	1·98	1·98	1·98
555	Weisbach	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·26	—·24	·24	—·24	—·24
556	Weiskirch	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·	1·—	1·—
557	Weißkirchlitz	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·54	—·54	—·54	—·24
558	Weißkirchen bei Kratzau	3·60	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
559	Welhenitz	1·—	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.
560	Wels	19·28	2·70	2·70	—·90	2·32	2·32	2·32	2·70	2·70	4·16	3·50
561	Welsberg	.	.	.	.	.	.	.	—·48	—·48	—·48	—·48
562	Wenussen	.	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
563	Wernersreuth	2·37	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	—·34
564	Wernstadt	1·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·20	1·20
565	Wetzwalde	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·56	—·56	—·56	—·56
566	Weyer an der Enns	.	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
567	Wien	1711·96	550·43	547·98	559·55	604·21	583·48	546·98	585·36	590·66	590·89	659·77
568	Wiener-Neustadt	17·93	1·62	1·54	—·80	—·80	—·80	—·80	—·62	—·64	—·64	—·73
569	Wies	14·40	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	—·64
570	Wiesa-Oberleutensdorf	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·50	1·50	1·50	[illegible]

[1]) Ab 1. Sept. 1903 mit Mitterdorf.

1903 Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1904 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Summe K	h	Post-Nummer
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	72	514
—·24	—·24	—·24	—·24	—·30	—·30	—·30	—·24	.	.	.	.	.	.	.	3	06	515
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	34	516
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	62	517
—·50	—·51	1·30	1·30	1·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	89	518
—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	519
.	.	—·40	—·40	—·40	—·49	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	2	40	520
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·20	.	.	.	.	.	.	5	—	521
4·20	4·04	3·94	3·98	3·66	3·92	3·82	3·24	4·38	3·88	3·50	3·98	3·48	—·60	.	90	12	522
2·22	2·54	1·56	1·56	2·54	2·44	4·08	4·20	4·96	6·18	5·10	1·76	1·76	.	.	67	52	523
.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	4	50	524
—·30	.	.	.	.	.	.	—·71	.	.	.	.	.	—·64	.	4	49	525
7·18	7·20	7·42	7·42	7·44	7·84	7·86	8·70	4·92	4·50	4·78	4·—	4·—	4·—	.	195	36	526
—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	11	48	527
—·46	—·48	—·48	—·48	—·48	—·76	—·76	—·76	—·70	—·72	—·72	.	.	.	.	7	26	528
.	.	.	.	.	.	.	5·—	.	.	.	.	.	.	.	5	—	529
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	1·26	1·26	1·68	2·13	2·13	2·14	.	.	.	.	25	60	530
—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	30	531
—·74	—·74	—·50	—·50	—·50	—·86	—·86	—·88	—·86	—·86	—·88	.	.	.	.	13	80	532
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	14	533
—·20	—·20	·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	5	48	534
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	535
1·10	1·12	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	09	536
4·62	3·36	4·20	4·74	3·56	3·36	4·50	3·44	3·82	3·82	3·82	.	.	.	.	114	10	537
2·40	2·14	2·32	2·44	2·26	2·04	2·06	2·06	2·70	2·70	2·72	2·72	2·73	2·75	.	58	18	538
—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	11	20	539
1·02	1·02	1·02	1·44	1·44	1·46	1·46	.	—·50	—·34	.	.	.	.	.	16	33	540
7·18	5·56	6·10	7·42	7·02	6·42	6·96	6·62	4·98	5·72	5·02	3·58	5·14	2·96	.	137	94	541
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	5	—	542
1·28	1·30	1·30	1·34	1·34	4·40	4·40	4·40	2·48	4·08	6·88	6·88	—·10	.	.	52	66	543
2·06	2·06	2·02	2·02	2·02	1·78	1·78	1·78	2·12	2·12	2·12	2·12	2·12	1·80	.	47	56	544
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	.	.	1	20	545
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	2·60	2·60	2·60	.	.	.	.	13	80	546
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·19	—·20	.	.	.	.	—	39	547
2·76	2·78	3·34	3·38	3·38	3·80	3·98	4·01	4·20	4·24	4·21	—·18	—·18	.	.	72	49	548
—·42	—·44	—·46	—·30	—·22	—·28	—·28	—·30	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	7	68	549
.	.	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	5	—	550
2·08	2·10	4·10	4·10	4·10	5·10	5·10	5·10	5·06	5·06	5·06	—·14	.	.	.	67	72	551
—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	02	552
.	.	.	.	.	.	—·74	—·74	—·90	—·90	·90	—·92	—·92	—·92	.	20	36	553
1·98	1·98	1·78	1·78	1·78	1·78	1·78	1·78	2·02	2·02	2·02	—·42	—·42	—·42	2·52	52	48	554
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	5	28	555
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	21		556
—·24	—·24	—·64	—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	—·72	—·74	.	.	.	.	.	12	50	557
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1.20	.	.	.	.	28	80	558
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2		559
3·42	3·63	3·80	3·82	3·06	2·80	2·80	3·82	.	.	1·84	1·88	1·92	1·62	.	80	21	560
—·48	—·38	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	6	32	561
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	5	46	562
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	8	25	563
1·20	1·10	1·10	1·10	1·06	1·06	1·07	1·06	1·06	1·07	—·50	—·50	.	.	.	19	28	564
—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	11	46	565
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	18	—	566
697·84	680·99	696·36	687·09	730·03	751·75	712·73	717·55	699·19	669·65	662·81	592·32	373·41	247·63	257·44	16708	06	567
—·73	—·75	—·44	—·44	—·45	—·44	—·80	—·83	—·74	—·68	—·70	—·40	—·40	.	.	34	72	568
—·64	1·76	1·76	1·76	1·76	1·76	1·90	—·72	—·72	—·74	1·18	1·18	1·18	1·18	.	35	20	569
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	50	570

Post-Nummer	Ort	1902										
		Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
571	Wiesen-Rabersdorf	6·80	—·72	—·72	—·74	—·74	—·34	—·74	—·40	—·40	—·40	—·40
572	Wiesenberg	5·50	2·32	2·34	2·34	2·66	2·66	2·69	1·78	1·78	1·80	2·12
573	Wigstadtl	.	6·40	6·40	6·40	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—
574	Wilhelmsburg	1·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	1·13	1·13	1·13	1·13
575	Wilhelmshöhe	2·70	—·54	—·54	—·54	—·52	—·54	—·54	—·52	—·52	—·52	—·36
576	Wilten	6·84	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·16	1·32	1·32	1·32	1·32
577	Wintersgrün	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
578	Wistritz-Pyhanken	13·72	1·46	1·46	1·46	1·46	—·28	—·28	—·28	—·28	1·42	—·28
579	Wittig	—·88	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22
580	Wölmsdorf	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
581	Wörgl	6·38	2·50	2·50	2·50	2·50	2·50	2·50	.	.	1·—	.
582	Wolfsberg in Kärnten	5·68	2·10	2·30	1·56	1·76	1·70	1·66	2·36	2·40	2·40	1·86
583	Wolfsberg bei Schönlinde	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60
584	Wolfsegg	2·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
585	Wichechlab bei Dux	5·76	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·12	—·12	—·12	—·14
586	Wicherau bei Pilsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
587	Wünschendorf	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
588	Würbenthal	.	.	.	.	.	.	.	1·20	1·20	1·20	1·20
589	Wustung bei Tannwald	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
590	Ybbs a. d. D.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
591	Zauchtel	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·40	—·40	—·40	—·40
592	Zech bei Elbogen	.	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50
593	Zell am See	—·16	—·60	—·60	—·56	—·60	—·60	—·86	1·26	1·16	1·18	1·20
594	Zeltweg	5·26	2·10	2·20	1·68	2·20	2·20	1·92	1·98	1·80	1·74	1·90
595	Znaim	16·80	3·—	3·—	3·—	3·—	3·02	3·02	3·26	2·86	2·68	2·84
596	Zuckmantel bei Teplitz	7·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
597	Zuckmantel in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
598	Zuflucht bei Klösterle	3·40	—·58	—·58	—·56	—·56	—·56	—·56	1·30	1·30	1·30	1·30
599	Zwettnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·22
600	Zwickau	9·40	1·28	1·28	1·28	1·40	1·40	1·40	—·66	—·66	—·66	1·58
601	Zwittau	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	3·—	3·—

1903 Mai	1903 Juni	1903 Juli	1903 August	1903 September	1903 Oktober	1903 November	1903 Dezember	1904 Jänner	1904 Februar	1904 März	1904 April	1904 Mai	1904 Juni	1904 Vorauszahlungen	Summe K	Summe h	Post-Nummer
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	18	60	571
2·12	2·12	3·—	3·01	3·02	2·96	2·96	2·96	2·41	2·42	2·42	.	.	.	.	57	38	572
4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	.	.	.	.	91	20	573
1·13	1·13	1·24	1·46	1·46	2·24	2·06	2·08	1·54	1·52	1·54	1·22	1·24	—·88	.	28	14	574
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·40	—·40	—·40	.	14	—	575
1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	.	.	.	.	.	.	.	29	70	576
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	577
—·30	1·44	—·30	—·30	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	28	22	578
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	6	04	579
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	4	80	580
.	1·—	.	.	1·—	.	.	1·—	—·26	—·26	—·26	—·40	—·40	.	.	26	96	581
1·91	1·91	2·08	2·30	2·30	2·26	2·44	2·46	1·56	2·98	2·24	1·06	1·10	.	.	52	38	582
—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	583
—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	8	—	584
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	80	585
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·84	—·84	—·86	.	.	3	04	586
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	—	587
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	.	.	.	.	.	16	—	588
.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	1·20	3	60	589
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·12	—·12	.	.	.	.	—	24	590
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	5	52	591
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	5	50	592
—·92	1·23	—·50	—·94	—·94	1·28	—·44	—·44	—·18	—·18	—·20	.	.	.	.	16	03	593
1·72	3·10	1·78	1·40	—·64	1·02	1·20	1·06	—·66	1·34	.	.	.	.	.	38	90	594
2·78	2·48	2·56	2·56	2·54	2·40	2·41	2·91	1·22	1·18	1·20	1·08	1·10	.	.	72	90	595
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	—	596
.	.	.	.	.	.	.	.	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	2	82	597
1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·04	1·04	1·04	.	.	.	.	25	52	598
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·20	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	2	46	599
1·58	1·58	—·96	—·98	—·98	1·02	1·02	1·02	2·—	2·—	2·46	.	.	.	.	36	60	600
3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·66	3·76	3·72	3·74	3·76	3·76	3·70	3·70	3·—	.	71	80	601

Beteiligung der einzelnen Wahlkreise

an der Gesamtsumme der Reichsparteisteuer vom 1. Juli 1900 bis zum 30. Juni 1902 und vom 1. Juli 1902 bis zum 30. Juni 1904.

Kronland	Wahlkreis	Zahl der Orte 1900 bis 1902	Zahl der Orte 1902 bis 1904	Summe Kronen 1900 bis 1902	Summe Kronen 1902 bis 1904	Kronlandssumme der Orte 1900 bis 1902	Kronlandssumme der Orte 1902 bis 1904	Kronlandssumme Kronen 1900 bis 1902	Kronlandssumme Kronen 1902 bis 1904
Böhmen	I. Prag	1	1	16·22	14·63				
	III. Mies-Staab	40	37	440·03	469·06				
	IV. Eger-Falkenau	59	56	919·31	788·89				
	V. Teplitz-Saaz	45	45	918·03	1087·89				
	VI. Aussig-Leitmeritz	19	25	884·67	1400·45				
	VIII. Reichenberg	91	92	1448·29	1440·54				
	IX. Trautenau-Gabl.	33	32	521·06	575·48				
	XVI. Budweis-Krumau	9	9	183·47	227·04				
	XVIII. Pilsen	3	4	46·08	51·28	300	301	5377·16	6055·26
Bukowina	I. Czernowitz	1	1	30·47	98·86				
	II. Radautz-Suczawa	1	2	10·68	22·16	2	3	41·15	121·02
Galizien	V. Tarnów	.	1	.	3·32	.	1	.	3·32
Kärnten	Kärnten	11	17	470·03	683·28	11	17	470·03	683·28
Krain	Krain	.	2	.	117·90	.	2	.	117·90
Küstenland	Görz, Istrien, Triest	4	6	58·46	108·91	4	6	58·46	108·91
Mähren	I. Brünn	1	1	137·04	255·70				
	II. Iglau	1	1	92·33	52·94				
	III. Znaim	4	5	43·90	202·08				
	V. W.-Meser.-Proßnitz	1	3	3·—	38·14				
	VI. Olmütz-Ostrau	11	18	287·95	640·78				
	VII. M.-Schönberg	17	22	347·48	511·63	35	50	911·70	1701·27
Niederösterreich	I—V. Wien	1	1	11973·55	16708·06				
	VI. St. Pölten	24	28	507·34	623·54				
	VII. Krems-Gmünd	8	9	263·09	267·39				
	VIII. Floridsdorf	9	7	581·12	594·67				
	IX. Wr.-Neustadt	25	27	412·14	495·56	67	72	13737·24	18689·22
Oberösterreich	I. Linz	5	4	547·54	537·33				
	II. Steyr	19	21	536·50	440·17				
	III. Wels	3	4	75·46	116·97	27	29	1159·50	1094·47
Salzburg	Salzburg	10	11	491·68	617·46	10	11	491·68	617·46
Schlesien	I. Troppau-Jägerndf.	15	26	719·30	761·15				
	II. Teschen-Bielitz	3	4	42·53	139·37	18	30	761·83	900·52
Steiermark	I. Graz	8	10	1212·41	2069·83				
	II. Bruck-Leoben	35	39	1433·71	1662·50				
	III. Feldbach-Marburg	6	10	327·62	383·39				
	IV. Cilli	2	5	25·60	53·06	51	64	2999·34	4168·78
Tirol	I. Innsbruck	6	6	446·57	572·83				
	II. Bozen	3	4	153·49	262·89	9	10	600·06	835·72
Vorarlberg	Vorarlberg	5	5	208·35	225·81	5	5	208·35	225·81
	Summe	539	601	26816·50	35322·94	539	601	26816·50	35322·94

Bericht des Frauenreichscomités.

Die letzten Jahre hatten immer mehr dargetan, daß eine engere Verbindung der Genossinnen untereinander fehlt, daß in Orten wo eine verhältnismäßig gute Organisation besteht, nicht das Notwendige getan wird, um die agitatorische Tätigkeit auf die umliegenden Orte auszudehnen. Eine Zusammenkunft der in der und für die Partei tätigen Genossinnen wurde als notwendig empfunden und so berief das Frauenreichscomité für den 8. November 1903 die Zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz ein. Die Beratung über die Organisation nahm fast den ganzen Tag in Anspruch und endete mit der Annahme eines Organisationsentwurfes, der die Anzahl der Genossinnen bestimmt, aus welcher das Frauenreichscomité zu bestehen hat. (Acht als Mitglieder und zwei als Kontrolle.) Das Comité hat Plenarversammlungen der Wiener Genossinnen einzuberufen. Die Verbindung in der Provinz soll durch Korrespondentinnen aufrecht erhalten werden. In größeren Orten sollen Frauenagitationscomités eingesetzt werden, welchen obliegt, die Organisation in ihren Bezirken zu fördern. Die Verhandlungen der Konferenz sind von der Wiener Volksbuchhandlung als Broschüre unter dem Titel: „Was fordern die Arbeiterinnen Oesterreichs?" herausgegeben worden. Von den 5000 gedruckten Exemplaren wurden bis jetzt 3800 verkauft und es wird nur ganz geringer Anstrengungen bedürfen, um die für die Arbeiterinnen sehr lesenswerte unterrichtende Broschüre in der Gesamtzahl der Auflage zu verbreiten. Eine Umfrage, welche vom Frauenreichscomité unternommen wurde, hat ergeben, daß in sonst sehr guten Organisationsorten die Broschüre noch nicht gesehen wurde. Wir hoffen, daß dieser Hinweis dazu beitragen wird, ihren Vertrieb zu fördern. Agitationstouren wurden vom Frauenreichscomité in der Berichtszeit sehr viele unternommen. Allerdings nicht im eigenen Wirkungskreis des Comités, sondern auf Wunsch von politischen und Gewerkschaftsorganisationen. Die größte Tätigkeit haben die Comitémitglieder in den Organisationen der Tabakarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Textilarbeiterinnen entfaltet. Also vornehmlich in Berufen, wo die Beschäftigten überwiegend Frauen sind. Auch in den Protestversammlungen gegen die Lasten des Militarismus haben Frauen referiert; ebenso oftmals in Versammlungen streikender Arbeiterinnen.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat einen erfreulichen Aufschwung genommen, es werden per Nummer 5300 Exemplare verkauft, womit das Blatt aktiv ist.

Noch nicht durchgeführt ist die Bildung von Agitationscomités. Nur in Mährisch-Schönberg und im II. Wiener Wahlkreise besteht eines. Dort sind die Genossinnen nicht nur Mitglieder in der gewerkschaftlichen Organisation, sie nehmen auch an allen politischen Arbeiten teil. Dasselbe gilt für die meisten anderen Orte, wo nur halbwegs Ansätze einer Organisation vorhanden sind. Die Genossinnen beginnen überall, ihre Tätigkeit auszudehnen, um den Organisationen weibliche Mitglieder zuzuführen. Beim Einheben der Parteisteuer, bei allen Arbeiten, welche die Häuserorganisation erfordert, nehmen die Genossinnen hervorragend Anteil. Nur zu klein ist die Zahl der tätigen Genossinnen, was aber nicht an der Lauheit oder Unlust der Frauen liegt, sondern ihre Begründung in der Ueberbürdung mit häuslichen und Berufsarbeiten der Proletarierinnen hat. Dennoch berechtigt alles zur Erwartung, daß die nächste Zeit einen Aufschwung auch in der proletarischen Frauenbewegung bringen wird. Wo unter den Frauen die Versuche, sie der Organisation zuzuführen, mißglücken, sind die Ursachen im Darniederliegen der Gesamtorganisation des betreffenden Ortes zu suchen. Jedes Aufblühen und Aufleben der Organisation unter den Männern bringt auch einen Fortschritt der Arbeiterinnenbewegung mit sich, wenn man Wert darauf legt, die Frauen für die Betätigung in der Organisation zu gewinnen.

Im nachstehenden lassen wir den Spezialbericht der einzelnen Kreis- und Landesorganisationen folgen:

Böhmen.

I. böhmischer Wahlkreis (Prag). Deutsche Sektion. Diese Sektion zählt in Prag 15 und in der Umgebung 30 deutsche Mitglieder von denen ein Monatsbeitrag von 20 h für die politische Organisation eingehoben wird. In der Berichtszeit wurden 12 Vereins- und 4 Versammlungen nach § 2 V.-G. abgehalten. Als politisches Organ wird von einem Teile der Genossen neben der „Arbeiter-Zeitung" und den diversen Fachblättern die „Volkstribüne" in zirka 50 Exemplaren kolportiert. Bei der Maifeier und den sonstigen Parteiaktionen nehmen die Deutschen an den gemeinsamen Veranstaltungen mit den tschechischen Genossen teil. Im allgemeinen ist die deutsche Parteibewegung Prags in der letzten Zeit stark zurückgegangen.

III. böhmischer Wahlkreis (Mies). Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Staab. Der Wahlkreis ist in sechs Bezirksorganisationen eingeteilt, die wieder eine Reihe von Lokalorganisationen umfassen. In organisatorischer Beziehung hat sich der Wahlkreis in der Berichtszeit nicht nur nicht gebessert, im Gegenteil — durch die Lauheit unserer Parteigenossen ist vieles schlechter geworden.

Soweit aus den spärlich eingelangten Berichten zu entnehmen ist, ist die Straßen- und Häuserorganisation nur in zwei Orten und hier höchst mangelhaft durchgeführt. Die Beiträge für die politische Organisation betragen in manchen Orten 5 h, in anderen wieder 6 bis 10 h.

Was die agitatorische Tätigkeit betrifft, so wurden, soweit Berichte vorliegen, in der Berichtszeit 15 Volks-, 37 Vereins- und 34 § 2-Versammlungen abgehalten.

Das Wahlkreisblatt „Der Vorwärts" erscheint derzeit in einer Auflage von 1600 Exemplaren.

An Lohnbewegungen fanden statt: ein Streik und eine Aussperrung bei den Bergarbeitern, an denen zirka 1200 Personen beteiligt waren und die mit einem teilweisen Erfolg endeten.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so bestanden dieselben zumeist in Anklagen wegen Uebertretung des § 23 P.-G., wobei sechs Genossen zu insgesamt 16 Tagen Arrest und 65 K Geldstrafe verurteilt worden sind.

An Gemeindewahlen haben sich die Genossen, soweit zu erheben war, in vier Orten beteiligt. Der Erfolg war: in einem Orte wurden mittelst Kompromiß drei sozialdemokratische Gemeindevertreter und zwei Ersatzmänner gewählt, in einem Orte drangen zwei sozialdemokratische Kandidaten durch und in zwei Orten blieben wir in der Minorität.

Im ganzen Wahlkreise sind mit Ausnahme der Bergarbeiter fast nur land- und forstwirtschaftliche Arbeiter vorhanden, wodurch die organisatorische Arbeit sehr erschwert wird. Dazu kommt, daß in einer großen Anzahl von Orten die Arbeiter den Sommer über über die Grenze (Sachsengänger) auf Arbeit gehen, so daß auf Monate hinaus vielfach alles Parteileben brachgelegt wird.

IV. böhmischer Wahlkreis (Eger). Das politische Leben stockt hier fast gänzlich, auch bei den Bürgerlichen. Bei uns selbst wirkt neben der allgemein herrschenden Stagnation besonders nachteilig die geringe Aktionsfähigkeit der meisten auswärtigen Vertrauensmänner. Grundlegende erzieherische und organisatorische Arbeit hat es hier schon vom Anbeginn so gut wie keine gegeben und das ist das Haupthindernis für die Entwicklung der Bewegung. Dazu kommt noch der Konflikt unter den Bergarbeitern des Falkenauer Bezirkes, wo infolgedessen die politische Organisation vollständig brach liegt. Immerhin aber ist es gelungen, das wenige im Kreise festzuhalten; in einigen Bezirken sind sogar Ansätze vorhanden, die auf einen langsamen Fortschritt der Organisation hoffen lassen: so in Lichtenstadt, Asch und Karlsbad. Selbst im Falkenauer Bezirke scheint es, daß der gute Sinn der Arbeiterschaft zwar sehr allmählich, aber doch wieder durchdringt. Darauf läßt der sukzessive Zuwachs an Mitgliedern der Bergarbeiterunion schließen.

Funktionierende Lokalorganisationen bestehen im Wahlkreise 46 mit zusammen 3000 Mitgliedern; hinsichtlich der Ablieferung der Parteisteuer lassen auch diese viel zu wünschen übrig. Doch steigt die Zahl der Abnehmer des Kreisblattes da und dort, so daß auf diese Art der durch den Zwist im Falkenauer Bezirke erfolgte Abfall wettgemacht wurde und die Auflage die gleiche blieb. Die Auflage des „Volkswille" beträgt 2700, die zur Gänze abgesetzt wird.

Versammlungen wurden im Berichtsjahre, soweit die Daten vorliegen, 501 abgehalten, davon 69 Volks-, 310 Vereins- und 132 § 2-Versamm-

lungen. In einer Anzahl von Gemeindevertretungen sitzen im dritten Wahlkörper auch Parteigenossen.

V. böhmischer Wahlkreis (Teplitz). Der Teplitz-Saazer Wahlkreis hat sieben Bezirksorganisationen. Der Sitz derselben ist in Teplitz, Saaz, Komotau, Dux, Weipert, Oberleutensdorf und Kaaden. Diese Bezirksorganisationen umfassen 62 Lokalorganisationen mit zusammen 1087 den Bezirkswahlvereinen angehörigen Mitgliedern.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist in Saaz durchgeführt; in Teplitz und Turn ist der Wahlkataster auch angelegt, jedoch funktioniert in den beiden letztbezeichneten Orten der Apparat noch nicht so, wie es wünschenswert wäre. Auch in allen anderen Bezirken des Kreises ist mit der Anlage des Wahlkatasters begonnen worden. In Saaz ist auch die „Nordwestböhmische Volkszeitung" obligatorisch für die Parteigenossen eingeführt. Die von den politischen Vereinen als Bezirksorganisationen eingehobenen Beiträge betragen 20 h per Monat. Davon erhält die Kreisorganisation 4 h, die Reichspartei 2 h, die Lokalorganisation 4 h, der verbleibende Rest von 10 h fließt der Bezirksorganisation zur Bestreitung der Agitationsarbeiten zu. Als zur politischen Lokalorganisation gehörig betrachten wir jene Personen, die Mitglieder der politischen Vereine sind.

Im Wahlkreise erscheinen zwei Parteiblätter: zweimal wöchentlich das Kreisorgan „Freiheit" und einmal wöchentlich dessen Kopfblatt, die „Nordwestböhmische Volkszeitung", ersteres in einer Auflage von 2200, letzteres von 750 Exemplaren. Konfisziert wurde in der Berichtszeit die „Freiheit" fünfmal, die „Nordwestböhmische Volkszeitung" überhaupt nicht. In zwei Fällen wurde die Konfiskation der „Freiheit" aufgehoben und einmal wurde seitens des Staates für eine aufgehobene Konfiskation der Betrag von K 21·90 an Entschädigung an das Blatt bezahlt.

Versammlungen wurden im Kreise abgehalten: 132 Volks-, 786 Vereins- und 629 § 2-Versammlungen. Es sind diese Zahlen aber keineswegs vollständig, denn die Berichterstattung der Genossen Vertrauensmänner ist eine derart mangelhafte, daß es überhaupt schwer wird, einen insbesonders nach dieser Richtung hin nur halbwegs verläßlichen Bericht zu liefern. Versammlungsverbote sind keine erfolgt.

Die Maifeier fiel dieses Jahr überaus imposant aus und insbesonders in Teplitz nahm dieselbe einen großartigen Verlauf. Am Festzuge beteiligten sich ungefähr 7000 Personen, die Zahl der Teilnehmer am Festplatze wurde auf 10.000 geschätzt. Aber auch in allen anderen Bezirken, mit Ausnahme von Kaaden, verlief die Maifeier glänzend. In 16 Versammlungen des Kreises wurden am 1. Mai von der Kreisvertretung Referenten entsendet. Alle Versammlungen, bis auf jene in Kaaden, waren sehr zahlreich besucht.

Außer einigen kleinen Werkstättenlohnbewegungen und hie und da einmal aufgetretenen Differenzen auf den einzelnen Kohlenschächten, die aber alle schnell beigelegt wurden, sind Ausstände von längerer Dauer nicht zu verzeichnen. Dagegen wurde über die Görkauer bürgerliche Brauerei der Boykott verhängt, weil diese anläßlich der im Vorjahre stattgefundenen Wahlen der Bezirkskrankenkasse die Arbeiter zwang, die gegnerische Kandidatenliste — die der Deutschnationalen — zu wählen. Derzeit sind auch zwischen den Komotauer Genossen und der dortigen bürgerlichen Brauerei Differenzen ausgebrochen, da diese es nicht dulden will, daß in den ihr gehörigen Sälen tschechische Versammlungen abgehalten werden, und ist der Boykott über diese Brauerei seit 1. August 1904 bereits verhängt.

Bei Gemeindewahlen wurde seitens unserer Genossen in einigen Orten eingegriffen. In Graupen wurden im III. Wahlkörper zwei Genossen gewählt, die anderen sechs Kandidaten der sozialdemokratischen Liste erhielten nur zwei bis fünf Stimmen weniger als die gegnerische Liste. In Pyhanken ist die Majorität bei der Gemeindevertretung sozialdemokratisch. In Eichwald, Tischau, Prassedit und einigen anderen Orten fielen unsere Genossen durch, brachten es aber zu ganz beachtenswerten Minoritäten.

Politische Verfolgungen fanden statt einige mit dem Gesamtresultate von 10 K Geldstrafe und 19 Tagen Arrest. Gegen die „Freiheit" wurden fünf Ehrenbeleidigungsprozesse anhängig gemacht, dieselben endeten durchwegs mit einem Ausgleich der Parteien, jedoch verursachten sie dem Blatte ziemlich viel Kosten.

Differenzen, die in Bilin zwischen den Genossen bestanden hatten, wurden beigelegt und eine vor einiger Zeit wieder einberufene Parteiversammlung war gut besucht und ein jetzt abgehaltenes Volksfest hat die Genossen, wenn auch noch nicht alle, wieder versöhnt und sie wesentlich einander näher gebracht, so daß anzunehmen ist, daß die vollständige Einigkeit in nicht allzu ferner Zeit wieder einkehren wird.

Der Bezirk Kaaden ist derzeit das Schmerzenskind der Partei. Stumpe intriguiert, wo er nur kann, gegen die Partei und die Bezirkskrankenkasse und sorgt für die Verbreitung der „Freien Worte" und der „Kaadener Nachrichten". Leider findet

er noch bei vielen Genossen Anklang, und wenn auch die Bewegung dadurch nicht lahmgelegt ist, so ist Kaaden für den Wahlkreis heute nicht mehr das, was es einst war. Halbwegs gute Organisationen im Kaadener Bezirke sind die von Zuflucht und Klösterle. Auch sonst gab es noch manche kleinere Streitigkeiten in den Organisationen, wie dies eben bei den mannigfachen Reibungsflächen in einer großen Organisation schwer ganz zu vermeiden ist. Im allgemeinen ist aber ein langsamer Fortschritt der politischen Organisation im Wahlkreis nicht zu verkennen.

VI. böhmischer Wahlkreis (Leitmeritz). Die Agitation hat im abgelaufenen Jahre tüchtige Fortschritte gemacht, so daß wir heute 80 Lokalorganisationen mit 2784 Mitgliedern besitzen. Diese bezahlen einen Monatsbeitrag von 20 h, von denen ein Teil der Lokalorganisation, ein Teil der Bezirks- und ein Teil der Kreisorganisation zugeführt wird. Von diesen Lokalorganisationen besitzen 30 einen Wahlfond von 952 K. Außer dieser politischen Organisation befindet sich im Wahlkreis eine ziemlich gute gewerkschaftliche Organisation, dann Turn-, Gesang- und Bildungsvereine und eine sehr gute Konsumvereinsbewegung. Die gewerkschaftliche Organisation umfaßt 73 Ortsgruppen von Gewerkschaftsverbänden und drei selbständige Fachvereine mit einer Mitgliederzahl von 5017. Turnvereine gibt es im Wahlkreis 19 mit 1249 und 28 Bildungs- und Gesangvereine mit 1017 Mitgliedern. Endlich sind zwei Frauenorganisationen (Aussig und Bodenbach) mit 259 Mitgliedern zu verzeichnen. Konsumvereine besitzt der Wahlkreis zehn mit elf Filialen, welche zusammen 3943 Mitglieder haben. Die Arbeiterbäckerei in Aussig zählt 497 Mitglieder.

Versammlungen wurden im ganzen 2590 abgehalten, und zwar 150 Volks- und Wählerversammlungen, 1344 Vereinsversammlungen und 1096 Versammlungen nach § 2 V.-G.

Das im Wahlkreis zweimal wöchentlich erscheinende Parteiorgan „Volksrecht“ hat eine Auflage von durchschnittlich 3700 Exemplaren und erscheint jeden Mittwoch und Samstag. Konfiskationen erfolgten zwei.

Der 1. Mai wurde überall in imposanter Weise gefeiert.

Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre keine statt. Dagegen mußten die Arbeiter in einzelnen Unternehmungen einige Forderungen auf gütlichem Wege zu erreichen suchen. Unerhört sind die Zustände unter den Bergarbeitern, denen im letzten Jahre fast auf allen Schächten die Löhne reduziert worden sind. Die Not ist daher groß und es wäre kein Wunder, wenn diese die Bergarbeiter, welche nur drei Schichten die Woche arbeiten, zur Verzweiflung treiben würde.

Politische Verfolgungen kamen im Berichtsjahre zwei vor, und zwar eine gegen einzelne Genossen wegen der Demonstration für die 8 Uhr-Ladensperre. Nach mehrmaliger Einvernehmung wurde die Untersuchung eingestellt. Die zweite politische Verfolgung ist gegen einen Genossen im Bezirke Niemes, und zwar wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung ꝛc. Die Anklage wurde auf Grund einer Denunziation der Deutschnationalen erhoben.

Die Partei hat sich im Berichtsjahre bei fast allen Gemeindewahlen und auch bei der Landtagsersatzwahl in den Bezirken Aussig-Karbitz und Leipa-Niemes-Zwickau-Haida beteiligt. Einen wirklich nennenswerten Erfolg hatten die Genossen bei den Gemeindewahlen zu verzeichnen und es sind auch gegenwärtig im Wahlkreis in 42 Orten 181 sozialdemokratische Gemeindevertreter, und zwar sind im I. Wahlkörper 5, im II. Wahlkörper 11 und im III. Wahlkörper 165 zu verzeichnen. In zwei Orten sind Sozialdemokraten als Gemeindevorsteher gewählt worden.

Zu bemerken ist noch, daß durch die enorme Hitze der Wasserstand auf der Elbe so nieder ist, daß die Schiffahrt schon vor einigen Wochen eingestellt werden mußte. Dadurch entstand eine furchtbare Krise, die gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht hat. Einige Tausende Arbeiter sind arbeitslos, darunter die Kohlenverlader, deren Hauptarbeit in diese Jahreszeit fällt. Die Arbeiterschaft dieses Wahlkreises und mit ihr ein Teil der ländlichen Bevölkerung, soweit sie denken gelernt, stehen im sozialdemokratischen Lager.

VIII. böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Der Wahlkreis ist in drei Agitationsbezirke eingeteilt, und zwar: 1. Agitationsbezirk Reichenberg mit den Bezirksorganisationen: Reichenberg, Kratzau, Grottau, Friedland, Neustadt a. T., Deutsch-Gabel und Zwickau. 2. Agitationsbezirk Warnsdorf mit den Bezirksorganisationen: Warnsdorf, Rumburg, Schönlinde, Schluckenau, Nixdorf und Hainspach. 3. Agitationsbezirk Steinschönau mit den Bezirksorganisationen: Haida, Steinschönau und Böhm.-Kamnitz.

Die Kreisvertretung hat ihren Sitz in Reichenberg, wo auch das Wahlkreisorgan „Der Freigeist“, zweimal wöchentlich, erscheint. Die Auflage des „Freigeist“

beträgt Dienstag 2600, Freitag 3000 Exemplare. In Warnsdorf erscheint die „Nordböhmische Volksstimme“ wöchentlich einmal in einer Auflage von 2000 Exemplaren und in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote“ in einer Auflage von 2000 Exemplaren.

Im Agitationsbezirke Reichenberg gehören 1750 Genossen, im Agitationsbezirke Warnsdorf 655 und im Agitationsbezirke Steinschönau 500, somit zusammen 2955 Genossen der politischen Organisation an.

Versammlungen nach § 2 wurden 491, Volksversammlungen 56 abgehalten, davon 4 unter freiem Himmel. Die Maifeier wurde in allen größeren Orten bezirksweise durchgeführt und erfreute sich eines regen Besuches.

Die Straßenorganisation ist mit 1. Jänner 1903 in Angriff genommen worden, jedoch begegnete sie einem großen Widerstande. Einesteils ist sie in den Dörfern nicht durchführbar, anderenteils ist in den Städten die Organisation zu schwach, um sie durchführen zu können. Nur in einzelnen Orten, wo die Arbeiter noch in den Städten wohnen, konnte ein kleiner Erfolg verzeichnet werden. Betreffs des Wahlfonds ist es mit Ausnahme der Orte Friedland, Haindorf und Langenbruck schlecht bestellt.

An den Gemeindewahlen haben sich die Parteigenossen in 15 Gemeinden beteiligt. In zehn Fällen wurde im dritten Wahlkörper ein vollständiger, in drei Fällen jedoch nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in zwei Orten blieben die sozialdemokratischen Kandidaten in der Minorität. In allen Orten, wo die Genossen in die Wahl eingegriffen haben, ging es heiß her und betrug die Beteiligung 80 bis 85 Prozent sämtlicher Wähler. Desgleichen hatte sich die Partei an der Landtagsersatzwahl in den Bezirken Leipa, Niemes, Haida, Zwickau beteiligt. Der Erfolg war aber nur ein bescheidener, es wurden in den Bezirken Haida, Zwickau im ganzen 150 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben. Bei der Bezirkskrankenkassenwahl in Maffersdorf, an der sich ebenfalls die Partei beteiligte, blieb sie in der Minorität.

An politischen Strafen sind zu verzeichnen: acht Tage Arrest für den Redakteur des „Freigeist“ in Reichenberg. Ein Genosse wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 10 K, ein Genosse wegen Ehrenbeleidigung eines politischen Gegners zu 30 K Geldstrafe verurteilt. Vier Genossen wurden wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen.

An Streiks sind im Berichtsjahre nur drei zu verzeichnen, und zwar: der Streik der Sattler und Taschner in Reichenberg, welcher resultatlos beendet wurde. Der Steik der Schneider in Reichenberg, welcher mit einem teilweisen Erfolge geendet hatte. Ferner der Streik der Gummiweber in Machendorf, welcher den Streikenden eine Niederlage brachte. Im Berichtsjahre sind an das Kreissekretariat 1243 Schriftstücke gekommen und 1541 ausgegeben worden. Auskünfte wurden in 522 Fällen erteilt. Nebstdem verschiedene Eingaben in politischen Angelegenheiten, dem Heimatsrecht, in Steuer-, Gewerbegerichts- und Unfallversicherungsangelegenheiten verfaßt. Im Berichtsjahre wurde eine Wahlkreiskonferenz in Haida abgehalten, in welcher eine andere Taktik bezüglich der Gemeindewahlen gegenüber der früheren beschlossen wurde.

Die Bewegung hat ein langsames Tempo eingeschlagen. Die Versammlungen sind nur mäßig besucht, die Leselust hat abgenommen. Dies alles ist zum großen Teil auf die verlotterten österreichischen politischen Zustände zurückzuführen, die zum Teil auch unsere Parteigenossen erfaßt haben.

Die Bildungsvereine haben zum größten Teil der gewerkschaftlichen Organisation Platz gemacht, ohne daß dieselbe wesentlich vorwärts schreitet. Die Turn- und Gesangvereine, soweit sie nicht aus älteren Parteigenossen zusammengesetzt sind, liefern nur sehr wenige Parteigenossen.

Die Partei hat im Wahlkreise mehrere Demonstrationsversammlungen gegen den Militarismus veranstaltet, welche gut besucht waren.

IX. böhmischer Wahlkreis (Trautenau). Der allgemein unerquicklichen Situation entsprechend, war der Stand unserer Parteibewegung in politischer sowie gewerkschaftlicher Richtung das verflossene Jahr nicht der beste. Ja, gerade in diesem Wahlkreise, der das ganze Iser- und Riesengebirge umfaßt, wo das Elend schon immer heimisch war, machte sich der wirtschaftliche Druck doppelt bemerkbar, so daß in vielen Distrikten die Bevölkerung nicht zu-, sondern abnahm. Und da die Auswanderer in der Regel die tatkräftigsten Elemente sind, die nicht ruhig verhungern wollen, wird gerade unsere Partei am meisten von der Auswanderung betroffen. Zudem kommt noch die mit dem allgemeinen Elende verbundene Rückständigkeit und Kraftlosigkeit, welche einen kräftigeren Aufschwung unserer Bewegung nicht zuläßt.

Die Kraft und Zahl unserer Organisationen ist im letzten Jahre nicht gewachsen, sowie keine größeren Aktionen unternommen wurden. Nur der Gablonzer Bezirkskrankenkassenwahlkampf macht eine Ausnahme. Dieser war eine glänzende Leistung der

Gablonzer Arbeiterschaft. Die Uebernahme der Kassenleitung wurde erst nach einem harten Rekurskampfe möglich.

Dem gegenüber steht freilich die durch die Mißwirtschaft in der Braunauer Arbeiterbäckerei herbeigeführte unerquickliche Lage unserer Partei im Braunauer Bezirke. Schmerzlich empfunden wird auch die durch die brutalsten Maßregelungen herbeigeführte Schädigung der Bergarbeiterorganisation im Schatzlarer Bezirke. Trotzdem hat aber das im dortigen Distrikte verbreitete „Trautenauer Echo" seine alte Auflage von 1200 Exemplaren nicht verloren. Der Ausfall in Schatzlar wurde durch einen Mehrabsatz im Aupatale gedeckt. Der „Gebirgsbote" in Gablonz erscheint in 2600 Exemplaren und hat in Gablonz-Stadt in der letzten Zeit, trotz des schlechten Geschäftsganges, nichts verloren. Die fachliche Organisation der Glasarbeiter des Isergebirges läßt zu wünschen übrig. Ebenso die der zahlreichen Textilarbeiter, was alles auf die eingangs des Berichtes angeführten Zustände zurückzuführen ist.

Von politischen Verfolgungen wäre ein Majestätsbeleidigungsprozeß zu nennen, der aber mit einem Freispruche vor dem Kreisgerichte in Königgrätz endete. Als Kuriosum sei eine Anklage wegen Uebertretung des § 2 des Versammlungsgesetzes gegen die Einberufer des vorjährigen Kreistages in Hohenelbe erwähnt. Auch hier folgte ein Freispruch. Wegen einer Ehrenbeleidigung mit politischem Hintergrunde, begangen durch die Presse an dem berüchtigten Bergingenieur Schottala in Schatzlar, wurde der Redakteur des „Trautenauer Echo", Genosse Kaulfuß, zu zwei Monaten Arrest von dem Reichenberger Geschwornengerichte verurteilt. Zudem gab es im verflossenen Jahre eine ganze Reihe aus dem Krankenkassenwahlkampfe in Gablonz stammender kleinerer Prozesse, die für den Redakteur des „Gebirgsboten" gut ausfielen. Sie alle hatten einen politischen Hintergrund. Jedoch der Hauptprozeß gegen den Redakteur des „Gebirgsboten" ist noch im Zuge. Derselbe wurde vom alten nationalen Krankenkassenvorstande wegen Ehrenbeleidigung angestrengt. Wir warten auf die Verhandlung, um dabei vor der weiten Oeffentlichkeit die Schlamperei und Mißwirtschaft der alten Kassenleitung darlegen zu können.

Genannt zu werden verdient auch ein Maurerstreik in Gablonz, der für die Streikenden gut ausfiel.

Das wäre die Situation im IX. böhmischen Wahlkreise. Der Mut der Genossen ist im allgemeinen nicht gebrochen, so daß wir mit Siegeszuversicht in den nächsten Wahlkampf eintreten werden.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis). Der XVI. böhmische Wahlkreis (V. Kurie) besteht aus den Gerichtsbezirken Budweis, Schweinitz, Neuhaus, Neubistritz, Wittingau, Kaplitz, Gratzen, Hohenfurt, Krumau, Kalsching, Oberplan, Prachatitz, Wallern, Winterberg, Bergreichenstein, Hartmanitz und Neuern. Die Bevölkerung ist deutsch und tschechisch. Vorwiegend deutsch sind die Bezirke: Neubistritz, Kaplitz, Gratzen, Hohenfurt, Krumau, Prachatitz, Neuern, Kalsching, Oberplan, Winterberg, Bergreichenstein, Hartmanitz; vorwiegend tschechisch: Budweis, Schweinitz, Neuhaus, Wittingau.

Die große Ausdehnung des Wahlkreises, dessen Bevölkerung zum großen Teil Land- und Forstwirtschaft betreibt, während Industrie nur in wenig Orten vorhanden ist, erschwert die Agitationsarbeit, so daß es bisher nur in verhältnismäßig wenig Orten gelungen ist, eine feste Parteiorganisation zu schaffen. Bis jetzt bestehen im Wahlkreise zwei Bezirksorganisationen: Krumau und Oberplan, und zwölf Lokalorganisationen mit 600 zahlenden Mitgliedern, die per Woche und Kopf 2 h an Parteisteuer entrichten, wovon je 25 Prozent der Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Reichsleitung zufallen.

Außerdem besteht im Kreise ein gemeinschaftlicher Wahlfond, der aus diversen Einnahmequellen, als Festüberschüssen ꝛc., gespeist wird. Im ganzen fanden etwa 100 Vereins-, 30 Volks- und 20 § 2-Versammlungen sowie 2 Bezirkskonferenzen statt.

Das Wahlkreisorgan „Der Böhmerwaldbote" hat einen schweren Kampf gegenüber dem Indifferentismus der Bevölkerung zu kämpfen und die geringe Bildung sowie die Armut der Bevölkerung machen es erklärlich, daß die Auflage nicht höher als 1200 Exemplare ist. Konfisziert wurde das Wahlkreisorgan trotz größter Vorsicht im Berichtsjahre zweimal.

Lohnbewegung war eigentlich im Berichtsjahre nur eine zu verzeichnen, und zwar verlangten die Bauarbeiter im Mai d. J. von der Firma Spior in Pötschmühle eine 15prozentige Lohnerhöhung. Gewährt wurden aber nur den Saisonarbeitern 5 Prozent. Ein Streik oder vielmehr eine Aussperrung der Papierarbeiter der Polakschen Fabrik in Kienberg hatte für die Organisation unangenehme

Folgen. Die Ursache war die Maßregelung einiger Kollegen. Auch „Der Böhmerwaldbote" erlitt dadurch Einbuße einer ziemlichen Zahl Abonnenten.

Von politischen Prozessen ist zu erwähnen, daß in vier Fällen Verurteilungen wegen Uebertretung des § 23 P.-G. zu je 10 K Geldstrafe stattfanden, und zwar wegen unerlaubter Plakatierung und in zwei Fällen wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes. Einmal soll diese begangen worden sein, indem eine öffentliche Vereinsversammlung, das anderemal, indem eine § 2-Versammlung von den betreffenden Bezirksgerichten als Volksversammlungen erklärt wurden, als die sie nicht angemeldet worden waren.

An Gemeinderatswahlen hat sich unsere Partei in Außergefield und Unterwuldau beteiligt und ihre Kandidaten im dritten Wahlkörper durchgebracht. Auch bei der Gemeinderatswahl in Krumau erhielt Genosse Seidel, obwohl die Partei sich offiziell nicht an der Wahl beteiligte, eine bedeutende Stimmenzahl. Der 1. Mai wurde in Krumau, Budweis, Glöckelberg und Prachatitz festlich begangen. In den beiden ersteren Orten fanden auch große Volksversammlungen und Umzüge statt. Die Straßen- und Häuserorganisation konnte vorläufig nur in Krumau durchgeführt werden.

XVIII. böhmischer Wahlkreis (Pilsen). Deutsche Sektion. Die Organisation beschränkt sich auf das Stadtgebiet Pilsen und zählt 109 Mitglieder. Die Wahlkreisparteisteuer beträgt per Monat 7 h.

In der ganzen Tätigkeitsperiode wurden abgehalten, und zwar 28 § 2-Versammlungen und 33 Ausschußsitzungen. Auf Kosten der Organisation wurden zwei Maireferate und eine Reichsratswahlversammlung abgehalten.

Angeklagt waren wegen politischer Vergehen zwei Mitglieder. Eines wurde bereits freigesprochen. Gegen das andere wird noch die Untersuchung, respektive Zeugeneinvernahme fortgeführt.

Bukowina.

Die zwei Wahlkreise der V. Kurie sind in einer Landesorganisation vereinigt. Doch ist in dem Lande, in welchem drei Volksstämme bunt durcheinander gewürfelt wohnen, die erfolgreiche Agitation und Organisationstätigkeit für die Partei sehr erschwert. Daher war es auch bisher nicht möglich, die Straßenorganisation durchzuführen. In der Organisation stehen im ganzen zirka 650 Personen. An Landesparteibeitrag werden 12 h per Monat eingehoben.

In der Berichtsperiode wurden 5 Volks-, 22 Vereins- und 36 § 2-Versammlungen abgehalten.

Als Landesorgan erscheint die „Volkspresse" in einer Auflage von 800 Exemplaren. Während der Berichtszeit wurde das früher vierzehntägig erscheinende Organ in ein Wochenblatt umgewandelt. Unter derselben Zeit wurde es sechsmal konfisziert.

Der 1. Mai wurde ziemlich gut gefeiert. In Czernowitz durch eine Versammlung, eine Unterhaltung und einen Fackelzug.

So viel unter den schwierigen Umständen getan werden konnte, wurde jedenfalls geleistet, und es ist zu hoffen, daß in der nächsten Zeit eine größere Festigung der Organisation eintreten wird.

Istrien.

Die deutsche Organisation, die in Pola längere Zeit bestanden hatte, löste sich am 14. Jänner 1904 auf und vereinigte sich mit der hiesigen italienischen Organisation zu gemeinsamer Arbeit.

Bis zur Auflösung hielt die deutsche Organisation während der Berichtsperiode eine Volks- und fünf § 2-Versammlungen ab. Der Parteibeitrag betrug 10 h per Monat.

Die Maifeier und alle übrigen größeren Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den italienischen Genossen durchgeführt.

Kärnten.

Wie bekannt ist, bildet das ganze Land bloß einen Wahlkreis der V. Kurie. Entsprechend den Bezirkshauptmannschaften ist das Landesgebiet in die sechs Agitationsbezirke Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, Spittal an der Drau, St. Veit an der Glan und Völkermarkt eingeteilt. In der siebenten Bezirkshauptmannschaft des Landes — Hermagor — war es bisher nicht möglich, eine Bezirksorganisation in das Leben zu rufen. In der vorwiegend slovenischen Bevölkerung dieses Gebietes ist es sehr schwer möglich, einzudringen. In den sechs Bezirks-

organisationen bestehen 20 größtenteils gut funktionierende Lokalorganisationen. Die Straßen- und Häuserorganisation ist leider in Kärnten noch nirgends durchgeführt. Die Parteibeiträge werden dementsprechend auch nur durch acht Lokalorganisationen regelmäßig eingehoben.

Politische Versammlungen wurden während der Berichtszeit 178 abgehalten. Davon waren 38 Volksversammlungen. Auffällig ist die große Zahl von Sitzungen, die zur Bewältigung der Parteigeschäfte notwendig waren.

Das Landesorgan ist der Klagenfurter „Volkswille", der als Kopfblatt der Linzer „Wahrheit" in einer Auflage von 1500 bis 1700 Exemplaren erscheint und in den einzelnen Orten gut verbreitet ist. In der Berichtsperiode hatte das Blatt keinen Preßprozeß zu absolvieren.

In gewerkschaftlichen Organisationen sind im Lande Kärnten 2551 Personen vereinigt, darunter sehr viele Frauen. Besonders in Klagenfurt, wo es gelungen ist, die Tabakarbeiterinnen der gewerkschaftlichen Organisation größtenteils zuzuführen, ist die Zahl der organisierten Frauen groß. Am 28. und 29. Juni des Vorjahres feierten die Villacher Genossen den Gedenktag der vor 25 Jahren erfolgten Gründung des ersten sozialdemokratischen Arbeitervereines in Kärnten. Das Fest gestaltete sich zu einer großen Heerschau über alle sozialdemokratischen Organisationen im Lande und trug durch seinen würdigen Verlauf viel für die Hebung der sozialdemokratischen Agitation bei.

Politische Verfolgungen haben wir im ganzen 13 zu verzeichnen. Drei endeten mit Freispruch. In zehn Fällen wurde verurteilt und es wurden Strafen im Gesamtausmaße von zwei Jahren sechs Monaten und einer Woche verhängt.

An Gemeindewahlen beteiligten sich die Genossen in vier Orten. Sie erzielten überall bedeutende Stimmenzahlen, errangen aber einen positiven Erfolg nur in St. Veit an der Glan, wo es gelang, zwei Genossen durchzubringen.

Die Maifeier verlief im ganzen Lande ausgezeichnet und an allen Aktionen der Gesamtpartei nahmen die Genossen Kärntens lebhaften Anteil.

Dabei vergessen sie nicht an die Wahrung der lokalen Interessen der Kärntner Arbeiterschaft. So gelang es in Villach und Spittal, eine Verteuerung der Milch glücklich abzuwehren und in Wolfsberg eine Fleischverteuerung erfolgreich zu bekämpfen. Die scharfe Kritik der gesetzgeberischen Leistungen des Landtages und der Tätigkeit der Klagenfurter Stadtväter wurde durch die Presse und Versammlungen mit wertvollem agitatorischen Ergebnisse besorgt.

In jeder Richtung, kann man also sagen, hat die Parteiorganisation Kärntens während der Berichtsperiode sich bemüht, ihr Bestes zu leisten, und wenn auch der Erfolg nicht überall vollkommen befriedigend war, so ist doch eine Besserung der Parteiverhältnisse im großen und ganzen zu konstatieren.

Mähren.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Deutsche Sektion. Die Stadt Brünn, auf die sich die Organisation der deutschen Genossen zumeist beschränkt, ist in sieben Bezirke eingeteilt, deren jeder eine Lokalorganisation besitzt. Der Durchführung einer wirklichen Straßen- und Häuserorganisation standen bis jetzt unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege. Die politische Organisation der deutschen Genossen Brünns zählt rund 300 Mitglieder, von denen 6 h per Woche eingehoben werden. Von diesem Beitrag werden 2 h wöchentlich an die Lokalorganisation abgeführt, 2 h monatlich an den Wahlfond, 2 h an die Landes- und 2 h an die Reichsparteivertretung, 2 bis 3 h verbleiben wöchentlich der Bezirksorganisation. Lokal- und Bezirksorganisation verfügen derzeit über einige 100 K Wahlfond.

Was die Agitation anbelangt, so fanden eine Reihe von massenhaft besuchten Volksversammlungen statt, darunter insbesondere die vom 7. September 1903, die infolge des brutalen Einschreitens der Polizei einen blutigen Ausgang nahm. Zirka 30 Teilnehmer wurden durch Säbelhiebe verwundet. Neben den Volksversammlungen fand eine große Zahl von Vereins- und § 2-Versammlungen statt.

Als Organ der deutschen Genossen erscheint der „Volksfreund" in einer Auflage von 3200 Exemplaren wöchentlich. In der Berichtszeit fiel der „Volksfreund" dem Rotstifte des Staatsanwaltes zweimal zum Opfer.

Der 1. Mai wurde in üblicher Weise durch Massenmeetings, Festzug und Volksfest im Schreibwalde gefeiert.

An politischen Verfolgungen wären zu vermerken eine Anklage gegen drei Genossen wegen der Demonstration am 7. September 1903, von denen zwei freigesprochen, der dritte aber zu drei Monaten schweren Kerkers verurteilt wurde. Außerdem wären noch einige Verurteilungen nach § 23 P. G. zu verzeichnen, deren Strafausmaß jedoch nicht bekannt ist.

Der Ausdehnung der deutschen Parteiorganisation stehen, da die deutsche Arbeiterschaft nur langsam zunimmt, große Schwierigkeiten im Wege. Dessenungeachtet geht es, wenn auch langsam, so doch vorwärts. An speziellen Veranstaltungen gab es eine Aktion zugunsten des Gemeindewahlrechtes, dessen Entwurf trotz aller Versprechungen von den Liberalen seit zirka fünf Jahren noch immer im Landtage schlummert. Desgleichen wurde von seiten der mährischen Landesorganisation eine Bewegung für das Landtagswahlrecht und gegen die geplante Biersteuer ins Leben gerufen, die zu gegebener Zeit ihre Fortsetzung finden wird.

II. mährischer Wahlkreis (Iglau). Deutsche Sektion. Die deutsche Wahlkreissektion beschränkt ihre Tätigkeit vorwiegend auf die Stadt Iglau und ihre nächste Umgebung. Die deutsche Lokalorganisation Iglau zählt derzeit 60 Mitglieder, von denen monatlich ein Beitrag von 10 h eingehoben wird. Auch besteht der sozialdemokratische „Vorwärts" am Orte, der 45 Mitglieder umfaßt.

Volksversammlungen wurden 6, § 2-Versammlungen 10 abgehalten.

Lohnbewegung ist eine zu verzeichnen, an der sich 40 Personen (Textilarbeiter) beteiligten und die mit teilweisem Erfolg nach dreiwöchentlicher Dauer endete.

Der Mangel an tüchtigen aufopferungsfreudigen Kräften hinderte bisher ein rascheres Vorwärtsschreiten.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Aus diesem Wahlkreis ist es infolge des Wechsels der Vertrauensmänner nicht möglich, einen vollständigen Bericht zu erhalten.

Allen Genossen wird noch der tapfere Kampf in Erinnerung stehen, den die keramischen Arbeiter Znaims so viele Wochen hindurch gegen die kapitalistische Uebermacht des Millionärs Ditmar geführt haben. Leider mit negativem Erfolge.

V. mährischer Wahlkreis (Proßnitz). Deutsche Sektion. Die deutsche Wahlkreissektion beschränkt ihre Tätigkeit ausschließlich nur auf den Ort Proßnitz. Sie umfaßt zirka 40 Mitglieder, die einen regelmäßigen monatlichen Beitrag von 4 h leisten. Diese Mitglieder gehören zugleich auch der tschecho-slavischen Organisation an, bei der sie ebenfalls ihrer Beitragspflicht genügen.

Selbständige Versammlungen hat die Wahlkreissektion — mit Ausnahme derer vom Verein der Kaufmännisch Angestellten (4 öffentliche, 14 nach § 2 und 58 Vereinsversammlungen) — keine abgehalten. Außer einer starken Bewegung zugunsten der Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die leider nicht den gewünschten Erfolg hatte, nahmen die deutschen Genossen an den gemeinsamen Veranstaltungen der tschecho-slavischen Organisation am Orte teil.

VI. mährischer Wahlkreis (Sternberg-Mährisch-Ostrau). Die deutsche Sektion dieses Wahlkreises ist in die vier Bezirksorganisationen Sternberg, Olmütz, Mährisch-Ostrau und Neutitschein eingeteilt. Diese enthalten im ganzen 33 politische Lokalorganisationen mit 1171 Mitgliedern.

Die Straßenorganisation ist mit Ausnahme von sieben kleineren Provinzorten überall mit ziemlich gutem Erfolge eingeführt worden. Die Beiträge für die politische Partei betragen 10 bis 12 h per Monat, nur in zwei Organisationen werden 20 h eingehoben.

Ein eigenes Blatt gibt der Wahlkreis nicht heraus, sondern es gilt der Brünner „Volksfreund" als Wahlkreisorgan.

Versammlungen politischer Natur wurden im ganzen 374 abgehalten. Ueberdies vier Konferenzen.

In Vereinen und Gewerkschaften sind im ganzen 3039 Personen organisiert, darunter 645 Frauen. Die Frauen beteiligen sich überhaupt recht lebhaft an dem Partei- und Gewerkschaftsleben. Im Vorjahre waren bloß 2584 Personen organisiert. Also eine Steigerung von 445. Neben den Gewerkschafts- und Bildungsvereinen bestehen noch drei politische Vereine mit 215 Mitgliedern.

Auch die Genossenschaftsbewegung ist gut entwickelt. Es befinden sich zwölf Arbeiter-Konsumvereine im Wahlkreise, von denen aber nur fünf in unseren Händen sind. Auch die Arbeiterheimbewegung hat einen kräftigen Aufschwung genommen. Neun Arbeiterheimvereine sind im Wahlkreise und in sieben Orten besitzen die Organisationen wirklich schon ihre eigene Heime.

Politische Verfolgungen sind drei zu verzeichnen. Eine endete mit Freispruch In den beiden anderen wurden Strafen von drei Monaten Kerker und 12 K verhängt.

An den Gemeindewahlen beteiligten wir uns in der Berichtsperiode in fünf Orten und es gelang uns, in vier Orten zusammen fünf Mandate im III. Wahlkörper zu gewinnen.

Die Maifeier verlief heuer besonders imponierend, da es diesmal durch die Sonntagsfeier auch möglich war, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der staatlichen Betriebe an der Feier teilnehmen konnten.

Mit der tschechischen Organisation des Wahlkreises stehen wir im besten Einvernehmen, was sich schon durch den Umstand auch nach außen zum Ausdruck bringt, daß in einer Reihe von Orten mit deutscher und tschechischer Organisation regelmäßig gemeinsame Volksversammlungen abgehalten werden.

Der Fortschritt der Parteiorganisation im deutschen Teile des Wahlkreises ist nach all dem Gesagten unverkennbar.

VII. mährischer Wahlkreis (Schönberg). Der VII. mährische Wahlkreis ist in sieben Bezirksorganisationen eingeteilt, diese heißen: Mährisch-Schönberg, Müglitz, Mährisch-Trübau, Zwittau, Mährisch-Neustadt, Römerstadt und Wiesenberg. Das slavische Gebiet hat seine eigene Organisation, doch wird die Organisationsarbeit von den deutschen Genossen mit gefördert.

Nach den uns zur Verfügung gestellten Berichten ist in 13 Orten die Häuserorganisation durchgeführt, in 5 Orten teilweise, in 2 Orten nach Werkstätten und in 7 noch gar nicht.

Parteisteuer zahlen regelmäßig 1203 Genossen.

Die Art und Höhe der Parteibeiträge ist verschieden und schwankt dieselbe zwischen 8 bis 14 h monatlich. Von obgenannten Beiträgen wird die Reichsparteisteuer gezahlt und alle im Wahlkreise, Bezirke und der Lokalorganisation entstehenden Ausgaben. Einen Wahlfond besitzen die Genossen in zehn Orten.

Volksversammlungen wurden 95, § 2-Versammlungen 135, Vereinsversammlungen 175 abgehalten.

In Mährisch-Schönberg erscheint seit 1899 die „Volkswacht", welche gegenwärtig 3250 Auflage hat und die Organisation materiell mit unterstützt. Das Blatt wurde im Berichtsjahre zweimal konfisziert.

Der 1. Mai wurde in allen Orten des Wahlkreises, wo Lokale oder Gärten den Genossen zur Verfügung standen, durch Abhaltung von Versammlungen und Nachmittagskonzerten gefeiert.

Von Lohnbewegungen ist ein Streik zu verzeichnen, an dem 250 Personen beteiligt waren, der mit teilweisem Erfolg beendigt wurde, sowie eine Aussperrung von 17 Arbeitern.

In Mährisch-Neustadt wurde ein Genosse wegen einer Uebertretung zu 5 K Geldstrafe verurteilt. In neun Orten beteiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen mit Erfolg und eroberten zumeist den III. Wahlkörper ganz oder teilweise.

Die Wahlkreisvertretung, welche ihren Sitz in Mährisch-Schönberg hat, veranlaßte außer ihren sonstigen Obliegenheiten, daß alle von der Reichs- oder Landesparteivertretung ausgegangenen Aktionen im Wahlkreise durchgeführt wurden.

Niederösterreich.

Bericht der Landesparteivertretung.

Die niederösterreichische Landesorganisation hat es natürlich während der Berichtszeit ebenso wie in früheren Jahren als ihre Verpflichtung und als ihren Stolz angesehen, bei der Ausführung von Aktionen der Gesamtpartei in erster Linie zu stehen. So hat sie, als im Vorjahre das Manifest des Parteivorstandes und unserer Abgeordneten gegen das Privilegienparlament erschien, ein Massenmeeting unter freiem Himmel in Wien veranstaltet, welches von Zehntausenden besucht war und auf welchem die Beseitigung des versumpften Privilegienparlaments verlangt und die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht neuerdings auf das nachdrücklichste erhoben wurde. Dieser Massenkundgebung folgten gleiche Veranstaltungen in den größeren Provinzstädten und auch diese Versammlungen waren von großer agitatorischer Bedeutung. Auch bei Bekämpfung der neuen Millionenforderungen des Militarismus und allen anderen Reichsaktionen wurde das möglichste getan.

Aber nicht nur das Parlament, sondern auch „unser" Landtag, respektive dessen Tätigkeit für das Wohl der christlich-sozialen Majorität, gab unserer Partei Arbeit genug. Die christlich-sozialen Machthaber ließen es willig geschehen, daß den Arbeiter-Krankenkassen eine Erhöhung der Spitalverpflegskosten vorgeschrieben wurde. Sie „reformierten" trotz allen Protesten der arbeitenden Bevölkerung das Gemeindewahlgesetz für das Land Niederösterreich in einer Weise, daß dadurch Tausende von Gemeindewählern ihres bisherigen Wahlrechtes beraubt wurden, und sie verübten ebenso eine Verschlechterung der ohnehin mittelalterlichen Dienstbotenordnung: nicht zu sprechen von der neuerdings propagierten Lieblingsforderung der Christlich-Sozialen, der Einführung der siebenjährigen Schulpflicht. Da war es Pflicht der Parteiorganisation, durch unermüdliche Agitation in Stadt und Land die arbeitende Be-

völkerung über das gemeinschädliche Treiben der Landtagsmehrheit aufzuklären. Ueber Beschluß des vorletzten Landesparteitages veranstaltete die Landesparteivertretung am 20. Dezember 1903 eine Konferenz aller niederösterreichischen sozialdemokratischen Gemeindevertreter; eine Aktion, welcher allseitig zugestimmt wurde und durch die es auch gelungen ist, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht nur nach einer bestimmten Richtung zu lenken, in der sie den proletarischen Interessen wirksamer dienen können, sondern auch diese Genossen zu einem einheitlichen Vorgehen in wichtigen Angelegenheiten der Kommunalpolitik zu veranlassen.

Außer dieser vielfachen propagandistischen Tätigkeit wurde während dieser Berichtsperiode an der Ausgestaltung und Festigung der politischen Organisation so intensiv wie nie zuvor gearbeitet. In den Wiener Wahlkreisen wurde das Landesorgan, die „Volkstribüne“, als Quittierungsmittel bei Entrichtung des Wahlkreisparteibeitrages in Verwendung genommen, wodurch eine bedeutende Erhöhung der Auflage der „Volkstribüne“ erzielt wurde. Dadurch wieder konnte den Wahlkreisen das Blatt zu einem entsprechenden Nettopreise übergeben werden, so daß der Organisation die Differenz zwischen dem Netto- und Verkaufspreis zufällt und jedem Wahlkreis eine regelmäßige und beträchtliche Einnahme sichert. Außer den materiellen Vorteilen wird durch die wöchentliche Parteibeitragserhebung noch erzielt, daß eine große Anzahl Straßen- und Häuservertrauensmänner mit den Genossen in den Bezirken und Rayons in stetem Kontakt verbleiben und eine Evidenzführung über die in den Bezirken wohnenden Genossen ermöglicht ist. Nicht weniger als 28.609 Wiener Parteigenossen entrichten nunmehr allwöchentlich ihre Wahlkreissteuer und der Gesamtertrag der Steuer beträgt alljährlich für die Wahlkreise beiläufig 52.000 K.

Anschließend daran sei nur noch mitgeteilt, daß durch diese Einführung die Auflage der „Volkstribüne“ im letzten Jahre sich rapid erhöhte und am Ende der Berichtszeit 46.000 betrug.

Seit dem Bestande der Wahlkreisexpeditionen der „Arbeiter-Zeitung“ ist auch für die Verbreitung unseres Zentralorganes mehr als wie bisher geschehen und die Wiener Wahlkreisorganisationen arbeiten unausgesetzt und mit Erfolg an der Gewinnung einer immer größeren Abnehmerzahl. Die Mittel des Landesorganes „Volkstribüne“ gestatten es nun auch, mehr als wie bisher für die Förderung der Organisation und Agitation in den Provinzwahlkreisen zu unternehmen. Zu Ende des Berichtsjahres befanden sich in den vier Provinzwahlkreisen neun Vertrauensmänner, welche einen Gehalt, beziehungsweise eine Subvention aus Landesmitteln bezogen.

Auch die gewerkschaftliche Organisation hat große Fortschritte aufzuweisen. Nach den genauen Erhebungen der Gewerkschaftskommission waren am 31. Dezember 1903 in Gewerkschaften und Arbeiter-Bildungsvereinen organisiert: in Wien 47.248 Männer und 4245 Frauen, zusammen also 51.493 Personen, und in Niederösterreich, außer Wien, 11.676 Männer und 780 Frauen, zusammen 12.456 Personen. In allen neun niederösterreichischen Wahlkreisen sind also 63.949 Personen organisiert.

Erwähnt sei nur noch, daß die Landesvertretung mit der Frauenorganisation in steter Verbindung ist und dieselbe tatkräftigst unterstützt. Das gleiche gilt auch von der Organisation der jugendlichen Arbeiter, welche sich auch in der Provinz allmählich einen Anhang verschaffte und ebenfalls von den Genossen gefördert wird.

Versammlungen wurden im verflossenen Jahre abgehalten, und zwar in Wien 128 Volks-, 3523 Vereins- (politische und gewerkschaftliche, die letzteren nicht vollzählig angeführt), 1994 § 2-Versammlungen. In den Provinzwahlkreisen fanden 304 Volks-, 884 Vereins- und 1140 § 2-Versammlungen statt.

Der 1. Mai verlief im Berichtsjahre in Wien über alle Erwartungen großartig, und zwar hinsichtlich der Zahl der Versammlungen und deren Besucher sowie der Teilnahme an dem Marsche in den Prater. In der Provinz fanden viele Volks- und Branchenversammlungen mit ungemein zahlreichem Besuch statt, was ebenso hinsichtlich der Maifestveranstaltungen gesagt werden kann.

Ueber die politischen Verfolgungen ist zu berichten, daß in der ersten Hälfte der Berichtsperiode insgesamt 310 Fälle vorkamen, wobei die Genossen wegen Uebertretung des Straf-, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetzes verurteilt, beziehungsweise freigesprochen wurden. Die Freiheitsstrafen betrugen insgesamt 6 Monate schweren Kerkers, 1 Monat, 187 Tage Arrest. Die Geldstrafen beliefen sich insgesamt auf 55 K. In der zweiten Hälfte der Berichtsperiode ereigneten sich 84 Fälle, wobei es zu 73 Verurteilungen kam, welche ein Gesamtstrafausmaß von 816 Tagen Arrest und 163 K Geldstrafen nach sich zogen. Freisprüche erfolgten 11.

Nun folgen die Einzelberichte der Wahlkreise:

I. Wahlkreis (Wien, I., II. und XX. Bezirk). Die politische Organisation ist im II. und XX. Bezirk teilweise nach Sektionen und Rayons ausgebaut, im I. Bezirk jedoch nicht. In beiden erstgenannten Bezirken entrichten 2600 Genossen die Wahlkreissteuer und befinden sich mit unseren Vertrauensmännern in Kontakt. Die Einnahmen der Wahlkreissteuer betrugen K 4360·78, die Ausgaben K 3910·52. Versammlungen wurden abgehalten: 52 Volks-, 630 Vereins- und 172 § 2-Versammlungen. Politische Verfolgungen sind 70 Fälle zu verzeichnen. Bei 66 erfolgte eine Verurteilung zu insgesamt 814 Tagen Arrest und 60 K Geldstrafen. Ende der Berichtsperiode fand eine Ergänzungswahl für den Gemeinderat aus dem IV. Wahlkörper statt, bei der unser Kandidat 7053 Stimmen, gegenüber 9227 Stimmen des Gegners, erhielt.

II. Wahlkreis (Wien, III., IV., X. und XI. Bezirk). Für die politische Organisation des II. Wiener Wahlkreises war die Berichtsperiode eine Zeit der Konsolidierung. Die politische Organisation nach Straßen und Häusern hat sich in allen proletarischen Teilen des Wahlkreises innerlich gefestigt und die Einführung des niederösterreichischen Landesorganes „Volkstribüne" als Quittierungsmittel der Parteibeträge hat sich auch in finanzieller Beziehung ausgezeichnet bewährt.

Der Stand der in der politischen Straßenorganisation vereinigten Personen ist gegenwärtig:

III. Bezirk	1856
IV. „	333
X. „	4384
XI. „	1088
Summe	7661

Auch auf dem Gebiete der Agitation durch Versammlungen wurde sehr viel geleistet. Besonders die Zahl der § 2-Versammlungen, jener unentbehrlichen Behelfe der Kleinarbeit, war sehr groß. Folgendes Bild ergibt sich:

	Volksversammlungen	Vereinsversammlungen	§ 2-Versammlungen	Bezirkssumme
III. Bezirk	8	895	192	1095
IV. „	3	89	102	194
X. „	15	1048	480	1543
XI. „	5	624	108	737
Summe	31	2656	882	3569

Politische Wahlen sind für die Berichtsperiode nicht zu verzeichnen. Bei den Wahlen zur Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission behaupteten die Genossen des X. und XI. Bezirkes ihre Mandate des III. Wahlkörpers mit großer Majorität. Im X. Bezirke wurde sogar im II. Wahlkörper eine sehr große Stimmenzahl aufgebracht. Im IV. Bezirke verzeichneten wir einen großen Stimmenzuwachs. Im III. Bezirke fand diesmal keine Wahl statt.

Die Frauenorganisation hat bedeutende Fortschritte aufzuweisen, und besonders durch die zielbewußte Tätigkeit des „Allgemeinen Vereines sozialdemokratischer Frauen und Mädchen" wurden viele Frauen der Häuserorganisation zugeführt und bewährten sich überall als stramme Mitarbeiterinnen.

Die selbständigen Konsumvereine, die früher in drei Bezirken des Wahlkreises bestanden haben, wurden aufgelöst und es bestehen heute in diesen Bezirken des Wahlkreises Filialen des Konsumvereines „Vorwärts". So haben auch auf diesem Gebiete die Genossen Verständnis für die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte zu einem größeren Ganzen gezeigt.

Wie schon oben gesagt, ist auch in finanzieller Beziehung eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Die alten Schulden wurden abgestoßen und wenigstens der Grundstock für einen selbständigen Wahlfond gelegt. So sehen wir im ganzen Wahlkreise einen stetigen Fortschritt und haben noch die besondere Genugtuung, unsere Genossen des X. Bezirkes zu beglückwünschen zu der prachtvollen Proletarierburg, die sie sich im Favoritener Arbeiterheim geschaffen haben.

III. Wahlkreis (Wien, V., VI., XII. und XIII. Bezirk). Die politische Organisation ist in den Bezirken teilweise durchgeführt. 256 Vertrauensmänner widmen sich dieser Arbeit, um mit den Genossen im Wahlkreise stets in Fühlung zu sein. Von den 323 § 2-Versammlungen ist die weitaus größte Anzahl auf Konto der Tätigkeit dieser Vertrauensmänner zu setzen. Volksversammlungen wurden 14, Konferenzen 15 abgehalten. Binnen verhältnismäßig kurzer Zeit haben wir es erreicht, daß jetzt 6700 Genossen wöchentlich die Wahlkreisbeiträge mittelst der „Volkstribüne" entrichten, deren Erlös teilweise den Bezirken und dem Wahlkreise zufließt. Die Wahlkreiskasse weist einen Kassestand von K 2126·07, die Bezirks-

kassen zusammen einen solchen von 710 K auf. In letzter Zeit fand im XIII. Bezirke eine Ergänzungswahl aus dem IV. Wahlkörper in den Gemeinderat statt, an der sich unsere Genossen beteiligten. Auf unseren Kandidaten entfielen 2572 Stimmen gegen 1600 im Jahre 1900. Die Christlich-Sozialen siegten.

IV. **Wahlkreis (Wien, VII., VIII., IX., XIV. und XV. Bezirk).** Die politische Organisation hat, seitdem wir mit der Einführung der Wahlkreissteuer begonnen und uns dabei der „Volkstribüne" als Quittierungsmittel bedienen, einen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Zirka 20 Rayons sind nur mehr im Wahlkreise unbesetzt. Zirka 220 bis 240 Genossen bestreiten unausgesetzt die Arbeiten der politischen Organisation. Versammlungen wurden in der Berichtszeit 15 Volks-, 173 Vereins- und 130 § 2-Versammlungen abgehalten. Frauenversammlungen fanden sechs statt. Die Genossen des XIV. Bezirkes beteiligten sich in letzter Zeit an den Wahlen in die Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission und erzielten eine respektable Stimmenzahl. Bei der Wahlkreissteuer erzielte der Wahlkreis 1881 K, die Bezirke, welche an diesen Einnahmen prozentuell partizipieren, zusammen K 1452·70 Einnahmen.

Unsere Wahlkreisverschleißstelle weist hinsichtlich der Verbreitung der beiden Wiener Parteiblätter folgende Abnehmerzahl auf: „Arbeiter-Zeitung" 1. Juli 1903: 1662 Exemplare, 30. Juni 1904: 2225 Exemplare täglich; die „Volkstribüne" zählte am 1. Juli 1903: 1764, am 30. Juni 1904: 2971 Abnehmer, die also zugleich Parteibeiträge leisten.

V. **Wahlkreis (Wien, XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk).** Im XVI. und XVII. Bezirk ist die Straßen- und Häuserorganisation vollständig, im XVIII. und XIX. Bezirk nur teilweise durchgeführt. Von den Bezirksorganisationen wurden in der Berichtsperiode 16 Volks-, 64 politische Vereins- und 487 § 2-Versammlungen abgehalten. Das Landesorgan, die „Volkstribüne", zählt 8500 Abnehmer, beziehungsweise der Wahlkreis ebensoviele Wahlkreisbeitragszahler. Die Einnahmen und Ausgaben der Wahlkreissteuer, welche zentralistisch verwaltet werden, zeigen folgenden Stand:

	Kronen
Saldo Ende Juni 1903	1035·92
Einnahmen vom 1. Juli 1903 bis 31. Mai 1904	30151·94
Summe . .	31187·86
Ausgaben vom 1. Juli 1903 bis 31. Mai 1904	29688·66
Verbleibt ein Saldo von . .	1499·20

Da einzelne Bezirke für den Monat Juni (zur Zeit der Fertigstellung des Berichtes) die Wahlkreisbeiträge noch nicht verrechnet haben, so wurde der Kassebericht mit 31 Mai l. J. abgeschlossen.

VI. **Wahlkreis (St. Pölten).** Der Wahlkreis hat 24 Bezirksorganisationen, in welchen teilweise die politische Häuserorganisation besteht. Für die Agitation auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete wurde durch die Abhaltung von 68 Volks-, 230 Vereins- und 496 § 2-Versammlungen Sorge getragen. Der St. Pöltener Bezirk versuchte es zuerst allein, von den Genossen die Wahlkreisbeiträge mittelst Abquittierung durch das Landesorgan einzuheben, was nach mühevoller kurzer Arbeit auch gelang. Als der Versuch einen Erfolg aufwies, wurde dieses System der Steuereinhebung im letzten Viertel der Berichtsperiode für den ganzen Wahlkreis eingeführt. Da die Einrichtung dieses Apparates zunächst große Ausgaben verursacht, ist der finanzielle Effekt erst abzuwarten; jedoch haben wir von derselben nur das beste zu erhoffen und es werden dadurch dem Wahlkreise regelmäßige Einnahmen zugeführt, die bisher in einer so spärlichen Weise flossen und unsere Tätigkeit für den Wahlkreis empfindlich hemmten. An politischen Verfolgungen haben wir acht Fälle zu verzeichnen, wovon fünf mit einer Verurteilung zu Geldstrafen (insgesamt 22 K) und in drei Fällen durch Freispruch erledigt wurden. An den Wahlen in die Gemeindevertretung in St. Pölten beteiligten sich unsere Genossen nur durch Aufstellung von Zählkandidaten.

VII. **Wahlkreis (Krems).** Im Wahlkreise befinden sich 4 Bezirks- und 25 Lokalorganisationen, in welchen teilweise eine territoriale politische Organisation besteht. Versammlungen fanden insgesamt im Wahlkreise statt: 37 Volks-, 46 Vereins- und 113 § 2-Versammlungen, zusammen 196. Eine derselben wurde vom Regierungsvertreter „wegen des bedrohlichen Charakters der Versammlung" aufgelöst. Gewiß ein Kuriosum!

Die Einnahmen an Wahlkreissteuer beliefen sich auf K 683·87, die Ausgaben auf K 398·77. Der Stand des Wahlfonds beträgt K 285·10.

Politische Verfolgungen, und zwar wegen Uebertretung des fürchterlich lächerlichen § 23 P.-G. wurden sechs Fälle gezählt. Es erfolgten vier Verurteilungen,

welche zusammen 24 Stunden Arrest und 41 K Geldstrafe nach sich zogen. Freisprüche waren zwei. Im Wahlkreise beteiligten sich die Genossen beinahe überall an den Wahlen in die Bezirkskrankenkassen, welche zumeist von Erfolg begleitet waren.

VIII. **Wahlkreis (Floridsdorf-Korneuburg).** Eine Zählung jener Genossen, die für die politische Organisation Abgaben leisten, ist derzeit noch nicht möglich, da in acht Bezirken die Beiträge für die politische Organisation durch Blocks aufgebracht werden und dieses System eine genaue Zählung ausschließt. Nur in Floridsdorf ist jetzt eine politische Steuer von 20 h monatlich eingeführt und wird ein Verzeichnis jener Genossen geführt, die für die politische Parteiorganisation Beiträge leisten. Sollte dieses System im ganzen Wahlkreis eingeführt werden, dann könnte man erst genau angeben, wie viel politisch organisierte Genossen es im Wahlkreise gibt.

Wahlen hatten wir nur in die Personaleinkommensteuer-Kommission, die im Floridsdorfer Land- sowie Stadtbezirk für uns glänzend ausfielen.

Auch war im Berichtsjahre im Floridsdorfer Bezirke die Konstituierung der Gehilfenvertretungen der kleingewerblichen Arbeiter, wo wir, obwohl in diesen Gruppen eine nennenswerte Organisation nicht vorhanden war, doch überall Sieger blieben.

Die Gewerkschaften machten, wenn es uns auch viel Mühe kostete, im letzten Jahre schöne Fortschritte. Die Streiks, welche stattfanden, waren zumeist regellos ausgebrochen und wurden nur durch das Eingreifen der Organisation glücklich zu Ende gebracht. Wo die Organisation eine gute war, kam es nirgends zum Streik, da die Streitpunkte durch Verhandlungen erledigt wurden.

Die Maifeier fiel in allen Industrieorten glänzend aus; vormittags waren Versammlungen und dann Feste mit demonstrativen Umzügen.

Das Bürgertum und die Bauern, auch in solchen Orten, wo sich früher Nationale und Freisinnige in der Herrschaft teilten, versinken immer mehr in die Luegerei, die am Lande ganz klerikal ist.

Die Wahlkreiskasse verzeichnet K 2873·48 an Einnahmen und K 2293·86 an Ausgaben. Das Wahlkreisorgan, der „Volksbote", dessen Auflage während der Berichtszeit um 200 Exemplare gestiegen ist, erstattete dem diesjährigen Landesparteitage folgenden Kassebericht für das Jahr 1903:

	Kronen
Einnahmen	15619·25
Ausgaben	15816·81
Aktivstand am Ende des Jahres 1903	3934·99

IX. **Wahlkreis (Wiener-Neustadt).** Endlich geht es auch in unserem Wahlkreise zwar langsam, aber sicher vorwärts. Die Bezirke Wiener-Neustadt, Neunkirchen, St. Veit a. d. Triesting, Leobersdorf, Traiskirchen, Pottendorf, Mödling, Schwechat, Hainburg, Piesting und Gloggnitz, in die der Wahlkreis eingeteilt ist, sind alle nur zum Teile organisiert und bedürfen einer gründlichen Bearbeitung. Nun, die Wahlkreisleitung geht mit Ernst daran, nicht nur in Wiener-Neustadt die politische und gewerkschaftliche Organisation zu heben, sondern auch in den Bezirken des Wahlkreises. Der Mangel an materiellen Mitteln erschwerte uns diese so notwendige Arbeit am meisten, und deshalb war die Wahlkreisleitung darauf bedacht, auch nach dieser Seite Remedur zu schaffen. Vorläufig mußte die Lokalkasse in Wiener-Neustadt für die notwendigsten Ausgaben aufkommen. Sie verzeichnete in der Zeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904 an Einnahmen K 1397·75 und an Ausgaben K 1111·49. Ueber einige Mittel verfügen nur noch die Bezirks-, beziehungsweise Lokalorganisationen in Leobersdorf, Mödling, Schwechat und Piesting. Die übrigen Bezirke besitzen gar keine eigenen Fonds.

Versammlungen wurden im Wahlkreise abgehalten: 96 Volks-, 348 Vereins- und 154 § 2-Versammlungen. Unser Wahlkreisorgan „Gleichheit" ist nun endlich in der Lage, sich selbständig zu erhalten, denn es ist aktiv geworden und hat noch nebenbei eine Schuldenlast von 1300 K binnen Jahresfrist abgezahlt. Laut Rechnungsabschluß vom ersten Halbjahre 1904 hatte das Blatt K 6530·70 Einnahmen und K 6349·69 Ausgaben, wonach ein Saldo von K 218·81 resultiert. Die Auflage beträgt per Nummer 2700 Exemplare.

Die letzte Maifeier verlief in den meisten Orten imposant.

Oberösterreich.

Die drei Wahlkreise der V. Kurie, in die unser Land eingeteilt ist, sind in einer Landesorganisation vereinigt. Zur leichteren Bewältigung der organisatorischen Arbeit ist das ganze Gebiet in zwölf Bezirksorganisationen geteilt, von denen vier

(Linz, Mauthausen, Freistadt und Rohrbach) auf den I. Wahlkreis Linz, sechs (Steyr, Weyer, Kirchdorf, Gmunden, Ischl-Goisern und Wolfsegg) auf den II. Wahlkreis Steyr und zwei (Wels und Ried) auf den III. Wahlkreis Wels entfallen. Lokalorganisationen bestehen 63, von denen auf den I. Wahlkreis 16, auf den II. Wahlkreis 35 und auf den III. Wahlkreis 12 kommen. Die Häuser- und Straßenorganisation ist in Linz und Urfahr, von denen das erstere in zehn, das letztere in sechs Sektionen eingeteilt ist, ziemlich gut durchgeführt. In den anderen Orten fehlt sie größtenteils noch.

Die Beiträge für die politische Organisation schwanken in jedem Bezirke, in dem einen 4 h, in dem anderen bis zu 12 h, ausschließlich der Reichsparteisteuer. Die Ortsorganisationen wären verpflichtet, per Mitglied und Monat 4 h Landesparteisteuer einzuheben und hiervon 50 Prozent an die Landesvertretung einzusenden, 50 Prozent verbleiben für Ortsbedürfnisse; sind diese höher, so ist durch größere Beisteuer für diese Zwecke aufzukommen.

Von den 50 Prozent der an die Landesparteivertretung abgelieferten Parteisteuer werden 25 Prozent für den Wahlfond festgelegt, die anderen 25 Prozent für Agitationszwecke verwendet. In den Organisationen des ganzen Landes sind beiläufig 4500 Personen vereinigt.

Die Versammlungstätigkeit war besonders in dieser Berichtsperiode eine sehr rege, weil in sie auch die zahlreichen Versammlungen fallen, die für die Nachwahl in der V. Kurie im Steyrer Wahlkreise notwendig waren. Die Zahl der § 2-Versammlungen war außerordentlich groß, doch läßt sich leider die genaue Ziffer nicht feststellen, weil die Berichte fehlen. Wir müssen uns also mit der Ziffer von 146 Volksversammlungen begnügen, für die direkt von der Landesvertretung die Redner besorgt wurden. Verboten wurde eine Versammlung.

Im Lande erscheinen zwei Parteiorgane, in Linz die „Wahrheit" mit einer Auflage von 3500 und in Steyr ihr Kopfblatt, der „Steyrer Volksfreund", mit einer Auflage von 800 Exemplaren. Beide Organe sind Wochenblätter.

Die Maifeier wurde in allen Organisationsorten entsprechend ihrer Stärke durch Versammlungen, Feste und Ausflüge begangen. Besonders groß in Linz durch vormittägige Festversammlung, Straßenumzug und Festkonzert mit 5000 Teilnehmern, dann in Hallstadt durch das gemeinsame Bezirksfest und in Mauthausen, Wels und Steyr durch Versammlungen, Umzüge und Feste; ebenso in Kirchdorf, Gmunden, Pettenbach, Wolfsegg und Holzleithen.

Bei der schon oben erwähnten Ersatzwahl für den Reichsrat aus der V. Kurie im Steyrer Wahlkreise erhielt der Kandidat unserer Partei 3509 Stimmen. Auf einen Sieg war in dem größtenteils ländlichen Kreise von vornherein nicht zu rechnen. Bei Gemeindewahlen beteiligte sich die Partei in Linz, Steyr, Hallstadt und Goisern. In Linz errangen wir einen schönen Achtungserfolg — 415 Stimmen bei einem Zensus von 10 K — und in Steyr gelang es uns leider nicht, die drei Mandate der hauptsächlich durch unsere Agitation neugeschaffenen IV. Kurie zu erobern. In der Stichwahl siegten die vereinigten Gegner. Positive Erfolge errangen wir in Hallstadt, wo der ganze III. Wahlkörper sozialdemokratisch ist, und in Goisern, wo uns ein Ausschußmandat und drei Ersatzstellen zufielen.

Politische Verfolgungen sind, bis auf eine Verurteilung zu einer Polizeistrafe von 10 K in Weyer, nicht vorgekommen.

Im allgemeinen ist eine langsame Besserung der Organisation im ganzen Lande zu konstatieren, aber der Fortschritt bricht sich nur äußerst langsam Bahn. Die Ursache davon sehen wir hauptsächlich in dem Fehlen genügender agitatorischer und administrativer Kräfte, deren Mangel sich oft bitter fühlbar macht.

Salzburg.

Die Wahlkreisorganisation hat bis jetzt erst im Tennengau, Pongau und Pinzgau festen Fuß gefaßt und besitzt in diesen Landesteilen 18 Lokalorganisationen, die von vier Bezirkszentren, das ist Salzburg, Hallein, Sankt Johann i. P. und Lend, geleitet werden. Die Zahl der Mitglieder beträgt 1400, die auch ihrer Parteisteuerpflicht nachkommen. Die Geldmittel für Agitations- und Organisationskosten werden durch Einhebung einer Steuer, deren Höhe die Wahlkreiskonferenz auf 10 h per Mitglied und Monat festgesetzt hat, aufgebracht. 50 Prozent von dieser Steuer verbleiben den Bezirksorganisationen zur Deckung der Agitationskosten und sonstigen Ausgaben und die restlichen 50 Prozent werden monatlich an die Wahlkreiskasse abgeführt.

Der Wahlfond, der leider noch nie aus dem schwindsüchtigen Stadium herauskam, ist durch den hartnäckigen, schwere Geldopfer heischenden Gemeinderatswahlkampf in Salzburg stark mitgenommen worden.

Versammlungen wurden im Berichtsjahre insgesamt 218 abgehalten, und zwar 51 Volks-, 10 Wähler-, 102 Vereins- und 55 § 2-Versammlungen.

Lohnbewegungen wurden sechs durchgeführt, und zwar mit einem durchgreifenden Erfolg. In den Streik traten 100 Aluminiumarbeiter in Lend, der schon nach 24stündiger Dauer mit einem vollständigen Siege der Arbeiter endete. Ferner 350 Bauarbeiter in Salzburg, die nach einem vierwöchentlichen harten Kampfe die gestellten Forderungen durchsetzten. Auch den Bäckergehilfen gelang es nach einem achttägigen Ringen, bei 30 Meistern ihre Forderungen zur Geltung zu bringen. Ueber acht Bäckereien, die nicht bewilligten, wurde die Sperre verhängt.

Anklagen politischer Natur wurden gegen sieben Genossen erhoben, und zwar sämtliche wegen Uebertretung des § 23 P.-G. In sechs Fällen erfolgte Verurteilung zu insgesamt sechs Tagen Arrest und 70 K Geldstrafe. Der Ausgang des Ehrenbeleidigungsprozesses Bürgerklub contra Jakob Prähauser endete leider mit einer Erklärung, die für den letztgenannten sehr unangenehme Konsequenzen nach sich zog.

An den Kommunalwahlen beteiligte sich die Partei in den Gemeinden Goldberg, Tienten, Maxglan, Gnigl und Salzburg. In Goldberg erhielten unsere Genossen von 94 abgegebenen Stimmen 28. In Tienten wurden unsere Kandidaten jedoch mit großer Majorität gewählt und es gelang ihnen auch, durchzusetzen, daß Gen. J. Prähauser zum Gemeindevorsteher gewählt wurde. In Gnigl siegten die vereinigten bürgerlichen Parteien. Von 260 abgegebenen Stimmen erhielten unsere Kandidaten 122. Auch in Maxglan blieben unsere Genossen mit wenigen Stimmen in der Minorität.

Besonders heiß war der Kampf um die Mandate in Salzburg. Von 1221 abgegebenen Stimmen erhielten unsere Genossen 517, die Bürgerklubler 479 und die Klerikalen 151 geschlossene Stimmen. Bei der Stichwahl erzielte unsere Liste 510, die der Klubkandidaten mit Hilfe der Klerikalen 535 geschlossene Stimmen. Die Bürgerlichen konnten nur siegen, weil sie erstens nach Herzenslust schwindelten und betrogen, und weiters hauptsächlich deshalb, weil unsere Straßen- und Häuserorganisation noch viel zu mangelhaft durchgeführt war. Schon vor ungefähr vier Jahren wurde dieses Organisationssystem in Salzburg eingeführt, doch wie weit es noch fehlt, zeigt nur zu deutlich das Resultat der Gemeindewahl. Nicht zu unterschätzende Gegner dieses Systems hat man hier auch an einer Anzahl alter Genossen, die sich gar nicht in die neue, durch das gewaltige Anwachsen der Bewegung zur Notwendigkeit gewordene Organisationsform hineinfinden können.

Eine wackere und schneidige Bundesgenossin in allen Kämpfen haben wir an unserer Presse, der „Salzburger Wacht", die wir am 14. April 1899 gründeten und jetzt als Wochenblatt in einer Auflage von 2400 Exemplaren herausgegeben wird. Konfisziert wurde im Berichtsjahre nur die Nummer 49 vom 4. Dezember 1903, angeblich wegen Kollission mit dem § 63 St.-G.

Schließlich wäre noch zu berichten, daß heuer die Maifeier in allen Organisationsorten des Wahlkreises imposant durchgeführt wurde. Die Versammlungen waren massenhaft besucht sowie die Demonstrationszüge in Salzburg und Hallein von imponierender Wirkung.

Obwohl im Berichtsjahre die Zahl der Arbeiter infolge des äußerst schlechten Geschäftsganges bedeutend zurückging, die Klerikalen mit Hochdruck ihre Maulwurfsarbeit fortsetzten, gelang es uns, nicht nur die innegehabten Positionen zu behaupten, sondern auch noch in einigen bisher von Klerikalen beherrschten Orten festen Fuß zu fassen und so trotz alledem die Zahl der Kampfgenossen zu vermehren.

Schlesien.

I. **schlesischer Wahlkreis (Troppau-Jägerndorf).** Innerhalb dieser Berichtsperiode haben sich für die beiden schlesischen Wahlkreise wichtige organisatorische Veränderungen vollzogen. Zunächst kommt in Betracht die im August vorigen Jahres auf der mährisch-schlesischen Landeskonferenz in Freudenthal beschlossene Trennung der bisherigen gemeinsamen Landesorganisation und die dadurch bedingte Schaffung einer eigenen Landesorganisation für Schlesien, welche auf der Ersten schlesischen Landeskonferenz im Jahre 1903 offiziell festgelegt wurde. Auf dieser Konferenz wurde des ferneren auch der Beschluß gefaßt, für den 1. schlesischen Wahlkreis ein Kopfblatt ins Leben zu rufen, und können wir auf Grund der damit gemachten Erfahrungen erklären, daß unsere Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen wurden.

Wenn sich auch die Berichterstattung in den einzelnen Orten bedeutend gebessert hat, so bleibt dennoch vieles zu wünschen übrig und können die nachfolgenden Zahlen nur als annähernd richtig bezeichnet werden.

Der I. schlesische Wahlkreis gliederte sich bis zuletzt in 15 Lokal- und 4 Bezirksorganisationen. Von den letzteren berichtete aber nur eine regelmäßig. Die Straßen- und Häuserorganisation, leider ein Stiefkind unserer Bewegung, ist im Werden begriffen und in vier größeren Orten mit zufriedenstellendem Erfolg bereits eingeführt. Gegenwärtig wird mit Fleiß daran gearbeitet, dieses Organisationssystem überall zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zwecke wurde der Wahlkreis in zehn Bezirke eingeteilt, wovon jedem ein größeres Agitationsgebiet zugewiesen wurde, in welchem nun mit Eifer das bisher Versäumte nachgeholt wird werden müssen. Die bisher bestandenen vier Bezirksorganisationen waren leere Formen, mußten solche bleiben, da der Bezirk ein zu großes Gebiet umfaßte, als daß eine erfolgreiche Arbeit zu erwarten gewesen wäre. Die Zahl der den Lokalorganisationen angehörenden Mitglieder beträgt nach den gemachten Angaben 2014.

Die Landespartei-, Wahlkreis- und Lokalsteuer sollte je 2 h per Mitglied und Monat betragen. Doch läßt deren Abführung vieles zu wünschen übrig und es wird Aufgabe der neu eingeteilten Bezirksorganisationen sein, in dieser Beziehung gründlich Wandel zu schaffen. Von den 15 Lokalorganisationen verfügen nur 4 über einen Wahlfond.

Versammlungen wurden im Wahlkreise abgehalten: 49 Volks-, 182 Vereins-, 86 § 2- und 29 Werkstättenversammlungen.

Lohnbewegungen fanden drei statt, von denen zwei mit gutem, eine ohne Erfolg beendet wurden.

Das seit 1. Februar 1904 erscheinende Kopfblatt des „Volksfreund", „Schlesische Volkspresse", hat eine Auflage von wöchentlich 2500 Exemplaren und ist begründete Aussicht vorhanden, daß dasselbe in kürzester Zeit noch eine weit höhere Auflage erreichen wird. Konfiskationen erfolgten nicht.

Der erste Mai wurde im ganzen Wahlkreise festlich gefeiert und die Teilnahme war befriedigend.

Politische Prozesse fanden nicht statt.

An Gemeinderatswahlen haben sich die Genossen in fünf Orten beteiligt, und zwar in vier mit und einem ohne Erfolg. Die Zahl der für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen betrug: Odrau 191 (ein Mandat), Wigstadtl 210 (zwei Mandate), in Oberdorf 130 (ein Mandat; früher hatten wir in beiden Orten je sechs Mandate inne), Karlsthal 33 (der ganze dritte Wahlkörper erobert), Jägerndorf 192 (kein Mandat).

Die gewerkschaftliche Bewegung macht erfreulicherweise sehr gute Fortschritte und ist eine ganze Reihe von Organisationen im Berichtsjahre gegründet worden, die sehr gut prosperieren.

Eine über den ganzen Wahlkreis ausgedehnte Aktion galt der Abwehr einer Nahrungsmittelverteuerung — hauptsächlich Milch und Butter. Die Aktion wurde erfolgreich zu Ende geführt.

Dies der Bericht, und wenn er auch nur in knappen Zügen das Wichtigste enthält, so ist dennoch daraus zu sehen, daß Fortschritte gemacht wurden, die zur begründeten Hoffnung auf regen Fortgang der Bewegung Anlaß geben.

II. **schlesischer Wahlkreis (Teschen-Bielitz).** In unserem Wahlkreise ist die Parteiarbeit sehr schwer, weil die Mehrsprachigkeit der Organisationstätigkeit große Hindernisse in den Weg legt. Trotzdem können wir sagen, daß während der Berichtsperiode verhältnismäßig große Erfolge zu verzeichnen waren, die besonders in den deutschen Teilen des Wahlkreises deutlich zum Ausdrucke kommen.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist zwar nirgends gut durchgeführt, aber es werden in den größeren Orten regelmäßig monatlich 10 h an Parteibeiträgen eingehoben.

Die Versammlungstätigkeit war eine ziemlich rege. Wir verzeichnen 28 Volks-, 93 Vereins- und 108 § 2-Versammlungen und Konferenzen. Zusammen also 229 Versammlungen. Verbot haben wir nur eines zu verzeichnen.

Von großer Bedeutung für den steigenden Einfluß der Partei ist der Aufschwung unseres Kreisorganes, der „Bielitzer Volksstimme", die heute in einer Auflage von 1300 Exemplaren erscheint, während vor Gründung des Blattes nicht mehr als 100 deutsche Parteiblätter im Wahlkreise vertrieben wurden. Wir hatten auch Verfolgungen zu überstehen, vier Preßprozesse, als deren Ergebnis uns 16 Tage Arrest und 100 K Geldstrafe beschert wurden.

An Gemeindewahlen beteiligten wir uns in zwei Orten und wir hatten in einem Falle, in Kamitz, den Erfolg, von vier Mandaten des III. Wahlkörpers drei und die zwei Ersatzmandate zu erobern.

Das Bielitzer Parteisekretariat wird fortwährend um Rat und Hilfe von vielen Hilfsbedürftigen aus allen Gesellschaftskreisen angegangen, so daß es zum Teile Funktionen zu erfüllen hat, die ähnlich den Leistungen der reichsdeutschen Arbeiter-

sekretariate sind. Freilich ist dies auch nur ein Beweis des steigenden Vertrauens, das sich die Partei in der Bevölkerung erwirbt. Auch die Gewerkschaftsorganisation hat in der Berichtszeit große Fortschritte gemacht. Es wird aber noch lange dauern, bevor ihr Stand wirklich befriedigend sein wird. Zum Schlusse wollen wir noch darauf hinweisen, daß sich in der letzten Zeit die Bielitzer Genossen ein eigenes Heim geschaffen haben.

Steiermark.

Das Land Steiermark, für welches eine Wahlkreisorganisation nicht besteht, ist in 15 Bezirks- und 38 Lokalorganisationen eingeteilt. Außerdem sind noch in zirka 25 Orten Vertrauensmänner aufgestellt, so daß sich die Verbindung der Bevölkerung mit der Partei auf 73 Orte des Landes erstreckt. Die Leitung der Parteigeschäfte besorgt die Landesparteivertretung mit dem Landessekretariate in Graz. Außerdem besteht ein Parteisekretariat für die Bezirksorganisation Leoben.

Die Straßenorganisation ist in 46 Orten eingeführt. In der gewerkschaftlichen Organisation stehen 13.000 Mitglieder, in der politischen Organisation nur zirka 9000. Durch die Straßenorganisation wird in allen Orten eine Parteisteuer von 10 h monatlich eingehoben, wovon 4 h seitens der Lokal- und Bezirksorganisationen an die Landesparteivertretung und 2 h monatlich an die Reichsparteivertretung abgeliefert werden.

Die Landesparteivertretung vereinnahmte an Parteisteuer von den Genossen in Graz K 3981·58, von den Genossen in der Provinz K 3359·63. Gegen das vorhergehende Berichtsjahr ist die Parteisteuereinnahme um K 2047·21 gestiegen. Die Straßenorganisation ist in dem Berichtsjahre in 21 Orten neu eingeführt, ist daher bedeutend vorgeschritten. Sämtliche Organisationen hatten zusammen einen Wahlfond von K 1713·96. Im Berichtsjahre wurden zusammen 889 Versammlungen abgehalten nach den eingelangten Berichten, es dürften aber bedeutend mehr abgehalten worden sein, da die Gewerkschaftsversammlungen nicht von allen Orten angegeben wurden. Davon sind 232 Volksversammlungen, 390 § 2-Versammlungen und 267 Vereinsversammlungen.

Das Landesparteiorgan, der „Arbeiterwille", erscheint täglich. Die Auflage ist im Berichtsjahre an Wochentagen um 1150, an Sonntagen um 2100 gestiegen. Konfisziert wurde das Blatt einmal, und zwar wegen der Bileker Affaire.

Streiks waren im ganzen sechs zu verzeichnen, an welchen zirka 3300 Arbeiter beteiligt waren. Mit vollem Erfolg wurde 1 Streik, mit teilweisem Erfolg 4 und ohne Erfolg 1 Streik beendet. An diesen Streiks waren folgende Branchen beteiligt: Tischler, Bergarbeiter, Bauarbeiter und Textilarbeiter. Außerdem wurden 30 Glasarbeiter ausgesperrt, weil sie in eine Lohnreduzierung nicht einwilligten. Bei Wiederaufnahme der Arbeit mußte ihnen eine namhafte Lohnerhöhung zugesprochen werden.

Die Partei beteiligte sich in 21 Orten an den Gemeindewahlen mit ziemlich bedeutenden Erfolgen. In 14 Orten (gegen 11 des Vorjahres) sitzen zusammen 72 (gegen 59 des Vorjahres) Sozialdemokraten in der Gemeindestube. Einen besonders glänzenden Sieg errang die Partei in Graz bei den Gemeindewahlen, wo im ersten Wahlgange sämtliche sechs sozialdemokratische Kandidaten gewählt wurden. Von den 16 Mandaten des III. Wahlkörpers sind 9 durch die sozialdemokratische Partei besetzt.

Politische Verfolgungen und Verurteilungen fanden statt: Weges des § 23 P. G. 2 Fälle, zusammen 60 K Geldstrafe. Wegen der Demonstrationen am 1. Mai 1903 wurden 8 Arbeiter, darunter 3 Genossen, verurteilt zu 37 Monaten schweren Kerkers und 24 Tagen Arrest. An einem Genossen wurde ein „Justizirrtum" begangen. Er wurde auf Grund des Diensteides eines Wachmannes zu acht Monaten schweren Kerkers verurteilt. Der Wachmann, welcher diesen „Diensteid" geschworen, wurde später wegen unmoralischen Lebenswandels entlassen. Dies hatte zur Folge, daß der Prozeß gegen den unschuldig verurteilten Genossen wieder aufgenommen wurde, was nach viermonatlicher Haft zu seinem Freispruch führte. Das Justizministerium erkannte ihm eine Entschädigung von über 300 K zu. Eine ganze Reihe von Prozessen hatte der Redakteur des Parteiblattes auszufechten gegen eine Schwindlerbande, die sich in Graz etablierte und hinter der das nun im eigenen Kot erstickte Blatt „Der Volksanwalt" steckte, ein Blatt, das sich Arbeiterblatt nannte, aber die schmutzigsten Geschäfte für die Feinde der organisierten Arbeiterschaft besorgte. Der Kampf dieser Schwindlerbande wurde besonders gegen einzelne Vertrauensmänner der Partei geführt. Weil nun unser Redakteur die Bande beim wahren Namen nannte, wurde er beim Schwurgericht geklagt, aber einstimmig freigesprochen. Dafür wurden die Schwindler später zu 6 Wochen, 1 Monat und 4 Tagen Arrest wegen Verleumdung unseres Redakteurs verurteilt

Die Feinde der Partei waren besonders im abgelaufenen Jahre bestrebt, die Partei und deren Vertrauensmänner zu verunglimpfen. Alle Hunde waren los und trotzdem hat die Partei im Berichtsjahre die bedeutendsten Fortschritte gemacht. Die politische und gewerkschaftliche Organisation hat sich bedeutend gebessert, das Parteiorgan ist in der Auflage gestiegen, bei den Gemeindewahlen haben wir Siege errungen trotz alledem. Das Sprichwort: „Viel' Feind', viel' Ehr'" hat sich hier wenigstens bewahrheitet. Mögen auch im kommenden Jahre gleiche Erfolge erzielt werden.

Tirol.

I. **Tiroler Wahlkreis (Innsbruck).** Der Wahlkreisausschuß dieses Kreises ist zugleich die Landesparteivertretung. Eingeteilt ist dieser Wahlkreis in die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Landeck, Wörgl, Kufstein und Kitzbühel. Seit der letzten Landeskonferenz sind die Lokalorganisationen daran, das Straßenvertrauensmännersystem durchzuführen. Die Parteibeiträge, welche monatlich eingehoben werden, sind 20 h. Derzeit beträgt die Anzahl zahlender Parteigenossen im Wahlkreise nur wenig über 500. Indes sind wir der Ueberzeugung, daß diese Organisationsform der Partei neue Kämpfer und insbesondere bedeutendere Mittel zuführen wird. Erfreulicher ist über den Stand der Gewerkschaftsbewegung im Wahlkreise zu berichten. Von 2200 im Vorjahre hat sich die Zahl der Mitglieder auf 2700 erhöht, was zumeist freilich auf die Erstarkung der Gewerkschaften in Innsbruck zurückzuführen ist.

Die Verbreitung des Landesorganes, der „Volkszeitung", hat mit dem Wachsen und Erstarken der Gewerkschaften leider nicht Schritt gehalten. Immer noch beträgt deren Auflage 2000 Exemplare, wovon die Hälfte im Wahlkreise abgesetzt wird. Außer dem Landesorgane werden noch zirka 500 verschiedene andere Parteiblätter abgesetzt.

Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen sowohl der Vereine als nach § 2 wird stetig größer. Die Anzahl der abgehaltenen Volksversammlungen beträgt 26.

Die diesjährige Maifeier nahm im Wahlkreise einen glänzenden Verlauf. In Wörgl beteiligten sich über 1000, in Innsbruck mehr als 5000 Personen an derselben.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: In Schwaz (an welchem Orte ein Kesseltreiben von der bunten Gegnerschaft auf die junge Organisation der Tabakarbeiter stattfand) die Maßregelung einer Deputation. Diese wurde drei Tage ausgesperrt, weil sie eine, angeblich im ungehörigen Tone gehaltene Resolution der Direktion der Tabakfabrik überreichte. Gerichtlich dortselbst wurden abgestraft vier Tabakarbeiterinnen wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes zu 15 K Geldstrafe. Eine andere Tabakarbeiterin wurde wegen Amtsehrenbeleidigung freigesprochen. In Innsbruck sind Verurteilungen wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes zu verzeichnen, und zwar ein Genosse zu 8, zwei zu 6, zwei zu 3 und einer zu 2 Tagen Haft. Es gebührt sich, zu registrieren, daß alle diese Strafen auf Denunziationen christlich-sozialer Parteigänger zurückzuführen sind.

In Anführung bringen wir noch, daß unsere Partei in diesem Jahre zum erstenmale selbständig in Innsbruck in die Gemeindewahlen eingegriffen hat. In Anbetracht des hohen Wahlzensus (16 K) mit bemerkenswertem Erfolge. Unsere Kandidaten erhielten 125 bis 192 Stimmen bei rund 1100 Wahlbeteiligten, worin sich fünf Parteien teilten.

Es zeigt sich auch in unserem Wahlkreise, daß zunehmend die Agitation unter den Arbeitern auch in italienischer Sprache geführt werden muß. Die in mehreren Orten wahrnehmbare Industrialisierung und das Bestreben der Unternehmer, billige Arbeitskräfte zu erhalten, führt Scharen immer neuer italienischer Arbeiter herbei.

Im allgemeinen sind wir der Zuversicht, daß mit dem Wachsen unserer Organisation und deren Ansehen sowie der Opferfreude der Parteigenossen auch in Tirol unserer Partei es möglich wird, über neue und größere Erfolge zu berichten.

II. **Tiroler Wahlkreis (Bozen).** Im Wahlkreise bestehen drei Bezirksorganisationen: Bozen, Lienz und Meran. Die Organisation läßt noch viel zu wünschen übrig, da in unserem Wahlkreise die Arbeit schwierig ist. Die Industrie fehlt im größten Teile des Wahlkreisgebietes ganz. Ueberdies sind viele Arbeiter Italiener und die Agitation ist daher doppelt schwer. Die Häuserorganisation konnte noch in keinem Orte ernstlich durchgeführt werden. Die starke Zu- und Abwanderung erschwert alle darauf gerichteten Bestrebungen und dazu kommt noch die Protzigkeit der vielfach klerikalen Hausherren, die sozialistischen Mietern sehr ungern Quartier geben.

Der Parteibeitrag beträgt in Bozen 10 und in Meran 8 h monatlich.

Versammlungen wurden erhoben: 11 Volks-, 25 Vereins- und 8 § 2-Versammlungen. Die Liste dürfte nicht komplett sein.

Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, doch werden die Innsbrucker „Volkszeitung“ und noch andere Blätter rege kolportiert.

Eigene Kandidaten bei Gemeindewahlen wurden nirgends aufgestellt. Der 1. Mai wurde in den drei Hauptorten des Wahlkreises gut gefeiert.

Verurteilungen hatten wir zwei, zusammen 25 K Geldstrafe.

Betont muß noch werden, daß im Wahlkreise die Agitation auch deshalb besonders schwierig ist, weil eigene agitatorische, rednerische Kräfte fehlen und die Aufstellung von auswärtigen Rednern wegen der großen Entfernung von Wien mit sehr großen Kosten verbunden ist.

Vorarlberg.

Die sozialdemokratische Partei Vorarlbergs besteht aus den Lokalorganisationen Bregenz, Feldkirch, Bludenz, Hard, Hohenems, Rankweil, Dornbirn, Lustenau, welche insgesamt zirka 800 Mitglieder umfassen. Die Leistung der Parteisteuer stellt sich folgend. Die Mitglieder der verschiedenen Organisationen, welche in den Lokalorganisationen politisch vereinigt sind, zahlen per Woche 4 h oder per Monat 20 h Die nur politisch organisierten Mitglieder der freien Organisation Dornbirn und Bregenz per Monat 30 h, welche Beträge dann per Monat und Mitglied zu 8 h Landesparteisteuer, 4 h Preßfond und 2 h Reichsparteisteuer verrechnet werden, das übrige verbleibt der Lokalorganisation.

Im Berichtsjahre wurden 28 Volks-, 61 Vereins- und 56 § 2-Versammlungen abgehalten und wir haben in den Volksversammlungen an allen Aktionen der Partei teilgenommen. Eine Volksversammlung in Bregenz wurde aufgelöst. Die Vereinsversammlungen sowie die § 2-Versammlungen waren größtenteils der inneren Organisations- und Agitationsarbeit gewidmet.

An Wahlen haben wir uns im Berichtsjahre nicht beteiligt.

Der erste Mai wurde in den größeren Orten durch Veranstaltung von Versammlungen, Umzügen und geselligen Unterhaltungen gefeiert.

Lohnbewegungen einer ganzen Branche fanden in Bregenz drei statt. Weitere Aussperrungen, respektive Arbeitsniederlegungen im Umfange eines Betriebes sind eine in Hohenems, eine in Rankweil und zwei in Feldkirch zu verzeichnen. welche sämtlich zugunsten der Gehilfen endeten.

Politische Verfolgung haben wir eine zu verzeichnen. Wegen Beleidigung der Regierung durch eine Versammlungsrede in Bregenz wurde ein Genosse zu einer Arreststrafe in der Dauer von einer Woche verurteilt.

Der Kampf, den die Partei in unserem Ländchen zu führen hat, ist sehr schwer. Trotz der verhältnismäßig großen Industrie ist die einheimische Arbeiterbevölkerung zum großen Teile noch in den Händen der Klerikalen, die hier als Christlich-Soziale auftreten, und nur mit großen Anstrengungen für unsere Ideen zu gewinnen. Die Klerikalen führen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit großer Brutalität. So wurde uns vergangenes Jahr in Dornbirn eine Versammlung gesprengt. Mit der Brutalität geht natürlich, wie überall, die Verleumdung und Beschimpfung Hand in Hand. Zu diesen Hindernissen, die der Parteientwicklung in Vorarlberg entgegenstehen, kamen in der Berichtszeit noch lokale Streitigkeiten innerhalb der Partei und die unangenehme Art des Abganges des bisherigen Landesparteisekretärs.

Heute sind die Folgen dieses Ereignisses doch schon ziemlich überwunden, der lokale Streit ist beigelegt und so hoffen wir auf besseren Erfolg in der kommenden Periode.

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses

für die Zeit vom Juli 1903 bis August 1904.

Allgemeines.

Die Hoffnungen, die ein kleines Häuflein unverbesserlicher Optimisten auf unser Abgeordnetenhaus gesetzt hat, sind unerfüllt geblieben. Alle Bemühungen, diese wenig ansehnliche Körperschaft lebensfähig zu gestalten, sind an dem Widerwillen der Volksvertreter gegen den Racker Staat, der in dem Parlamente seinen politischen Ausdruck findet, gescheitert. Ja, es ist in der Berichtsperiode noch viel schlimmer geworden, als man es ohnedies für möglich gehalten hätte. Von sachlichen Beratungen ist in den Protokollen über die „Verhandlungen" des Abgeordnetenhauses keine Spur zu finden, die Mehrzahl der Sitzungstage wurde mit der wörtlichen Verlesung des Einlaufes totgeschlagen, zu welchem die offenbar zur Hebung des Buchbindergewerbes verfertigten dickleibigen Interpellationen das stärkste Kontingent gestellt haben. Hie und da wurde die öde Langweile des Buchstabierens vernachlässigter Handschriften von einem wüsten Schimpfkonzert unterbrochen, das mitunter in einen Raufexzeß auszuarten drohte. Die Verhandlung aktueller Vorkommnisse wurde durch die Einbringung von Dringlichkeitsanträgen der deutschen Parteien verhindert, so daß das Abgeordnetenhaus auch noch das kleine Restchen seines Wertes als parlamentarische Tribüne eingebüßt hat. Wenn es früher noch möglich war, die Regierung wegen eines Gewaltstreiches oder einer flagranten Gesetzesverletzung durch Stellung eines Dringlichkeitsantrages, dem in den meisten Fällen von den obstruierenden Jungtschechen die Priorität eingeräumt und der dann sofort verhandelt wurde, zur Verantwortung zu ziehen, so ist dies in der letzten Zeit wegen der Weigerung der deutschen Parteien, in eine Rückstellung ihrer Dringlichkeitsanträge zu willigen, unmöglich geworden. Die Christlich-Sozialen haben auf diese Weise in der Berichtsperiode der Regierung manchen Liebesdienst erwiesen und ihr die Verantwortung für ihre verbrecherischen Liebesdienste gegenüber der klerikalen Maffia erspart. Waren die Obstruktionsparteien einmal gerade gut gelaunt und geneigt, der physischen Erschöpfung der verlesenden Schriftführer Rechnung zu tragen, so wurde wieder ein Dringlichkeitsantrag verhandelt, der schon vor einem Jahre nicht mehr dringlich war und eine Reihe von Monologen absolviert. Die Gewohnheit unserer bürgerlichen Volkstribunen, nicht mit Argumenten zu kämpfen, sondern einander mit Schimpfworten zu traktieren, hat diesmal Konsequenzen gehabt. Wohl keine ernsten, denn es gab nur Mißbilligungsdebatten. Unsere Abgeordneten sind schon so erfinderisch geworden, daß sie Beschimpfungen symbolisch andeuten: Skala zeigte Wolf ein Stückchen Zucker, Graf Sternberg seine gut fassonierte Reversseite.

So ist dieses Parlament unter der werktätigen Mithilfe der bürgerlichen Parteien und der Regierung zur Parodie einer gesetzgebenden Körperschaft geworden, die nicht einmal zu ihren primitivsten Funktionen veranlaßt werden kann und auch als Instrument des Klassenstaates unbrauchbar geworden ist.

Die bürgerlichen Parteien haben sich mit dem Bankerotte des Parlaments in ihrer Art abgefunden. Die tschechischen Parteien betrachten die Obstruktion als Mittel, um ihre nationalen Forderungen durchzusetzen und prunken bei jeder Gelegenheit mit ihrer das Zentralparlament vernichtenden Tätigkeit. Im Bedarfsfalle aber laufen sie oder ihre Vermittler zu dem verhaßten

Ministerpräsidenten, um ihm Maßnahmen abzubetteln, die eigentlich in die Kompetenz der Legislative gehören. Die deutschen Parteien ertragen die Obstruktion mit Gleichmut, weil sie den Preis für die Einstellung derselben nicht zahlen wollen und der Meinung sind, daß sie der Fortbestand der Parlamentskrise des Kampfes um ihren nationalen Besitzstand enthebt. Sie identifizieren ihre nationalen Interessen mit denen des Gesamtstaates und überlassen es in ihrer angeborenen Faulheit dem Herrn v. Koerber, den Kampf mit den Jungtschechen auf eigene Rechnung zu führen. Auch die Hyänen des parlamentarischen Schlachtfeldes fehlen nicht. Da sind vor allem die Christlich-Sozialen, welche für die Handlangerdienste, die sie der Regierung leisten, Konzessionen erpressen, die ihnen die Fortsetzung ihrer das öffentliche Leben demoralisierenden Tätigkeit auf lange Zeit hinaus sichern. Wir erinnern an die Sanktionierung der niederösterreichischen Gemeindewahlreform und die Sanktionierung des Beschlusses des niederösterreichischen Landtages, mit welchem der Stadt Wien die Einhebung einer Gebühr bei der imperativen Aufnahme von Ausländern in den Heimatsverband zugestanden wurde. Getreu dem Grundsatze: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut", schlagen sie ihre patriotischen Kapriolen nur, wenn sie Erfüllung ihrer schamlosen Forderungen heischen, drohen aber gleich mit der Kündigung ihrer Freundschaft, wenn die Regierung zögert, ihrer Schandwirtschaft den Stempel der Legitimität aufzudrücken. In einer Rathausversammlung im Dezember v. J. hat Lueger öffentlich erklärt: „Mit Herrn v. Koerber kann nicht anders verhandelt werden, als mit dieser Devise: Ich gebe, wenn du gibst. Wenn du tust, was wir wollen, werden wir dir auch geben. Nächstesmal muß uns alles schriftlich gegeben werden." Strobach rief: „Eine Kaution muß er erlegen."

Trotz der parlamentarischen Wirren kommen die bürgerlichen Parteien infolge der unglaublichen Dummheit ihrer Wähler noch immer auf ihre Rechnung. In den Wählerversammlungen wüstes Geschimpfe auf die Gegner, chauvinistisches Phrasengeklingel, demagogische Versprechungen und der Spießer geht zufrieden nach Hause. Im aktionsunfähigen Parlamente eine Flut von Anträgen zur Rettung des Bauern- und Gewerbestandes, hier und da wird eine Deputation vorgestellt, für die Herr Koerber immer zu sprechen ist und deren Wünsche er entgegennimmt, ohne nervös zu werden. Wenn es gar nicht mehr gehen will, helfen einflußreiche Protektoren oder der Weg über die Hintertreppen.

Die Regierung selbst scheint sich in diesem Sumpfe am wohlsten zu fühlen. Ja, sie hat alle Ursache, einer parlamentarischen Behandlung ihrer sogenannten Staatsnotwendigkeiten aus dem Wege zu gehen. Obwohl Herr v. Koerber jeder Bewilligung der Militärlasten sicher ist (sogar die Jungtschechen bereiten da, weil sie hoffähig bleiben wollen, keine ernsten Schwierigkeiten); obwohl die unaufhörlichen Erhöhungen der indirekten Steuern immer prompt erledigt wurden, weiß die Regierung, daß sie selbst unter unseren korrupten Reichsboten für den Ausgleich mit Ungarn keine Majorität findet. Hierzu kommen noch die nationalen Schwierigkeiten, die sich bei der parlamentarischen Behandlung der meisten Regierungsvorlagen geltend machen. Herr v. Koerber macht sich nun das Regieren leicht. Unter Berufung auf die parlamentarischen Wirren, die zu lösen eigentlich seine berufsmäßige Pflicht wäre, läßt er die Wünschelrute des § 14 in Aktion treten, verordnet sich jedes Halbjahr das Budget und was er noch sonst nötig zu haben glaubt. Ja, in der letzten Zeit hat er offen ausgesprochen, daß er nicht an eine Aenderung der Verfassung denkt, sondern ruhig zuwarten will, bis das Parlamentswerkel wieder von selbst geht. Er ernennt sich taxfrei zum Kurator Oesterreichs, scheint aber vergessen zu haben, daß die bürgerlichen Herren nur die Minorität der österreichischen Bevölkerung bilden, die Majorität der denkenden, arbeitenden und darbenden Bevölkerung des unwürdigen Komödienspieles ernstlich satt ist.

In der nächsten Zeit müssen schwerwiegende Angelegenheiten entschieden werden. Der Ausgleich mit Ungarn, der Zolltarif und die Handelsverträge sollen ihre Erledigung finden. Die ungeheuerlichen For-

derungen des Moloch Militarismus, deren Bewilligung sich die Delegationen schuldig gemacht haben, sollen, wie verlautet, durch die Aufnahme einer Staatsschuld Bedeckung finden. Wenn die Regierung die Vermessenheit haben sollte, die Lösung dieser Fragen mit dem § 14 zu versuchen, so wird der Alarmruf des organisierten Proletariats eine Volksbewegung zustande bringen, die das Koerbersche Regierungssystem schwer überdauern dürfte. Für das organisierte Proletariat Oesterreichs ist der Stillstand in der Gesetzgebung ohnedies schon unerträglich geworden. Die Gesetze, welche die Beziehungen unseres öffentlichen Lebens regeln, sind mit verschwindenden Ausnahmen durchaus rückständig und wurzeln zum größten Teile in den Anschauungen der vormärzlichen Zeit. Die gegenwärtige Ordnung der Dinge verstößt gegen die wichtigsten Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Hierzu kommen noch die stetigen Erhöhungen der indirekten Steuern und die Raubzüge kapitalistischer Cliquen gegen die Taschen des Volkes, die von der Regierung ruhig geduldet werden. Staatsnotwendigkeiten werden zu Lasten des Volkes verordnet, die notwendigsten Bedürfnisse der Arbeiterschaft unbefriedigt gelassen. Die so oft und feierlich versprochene Reform der Arbeiterversicherung, die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung vermodert im ministeriellen Aktenschranke. Eine Wiedergeburt des Parlaments ohne eine großzügige demokratische Verfassungsänderung liegt nicht mehr im Bereiche der Möglichkeit. Das haben die jahrelangen Experimente bis zum Ekel erwiesen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gleichen einem Pulverfaß und es dürfte Zeit werden, die Lunte anzulegen.

Das organisierte Proletariat ist die einzige Hoffnung dieses bankerotten Reiches, hoffen wir, daß es immer gerüstet sei für die bevorstehenden Kämpfe und die Regierung sowie die bürgerlichen Parteien belehren wird, daß die Zeiten vorüber sind, in welchen es die arbeitenden Schichten der Bevölkerung dem herrschenden Klüngel überlassen mußten, die gesellschaftliche Ordnung ihren Bedürfnissen entsprechend einzurichten.

Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes.

Bei den vorgeschilderten Verhältnissen wird es begreiflich erscheinen, daß die wenigen Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in diesem lebensunfähigen Privilegienparlamente in der wirkungsvollen Vertretung der proletarischen Interessen stark behindert wurden. Wir bilden uns wahrhaftig nicht ein, daß eine verhältnismäßig kleine Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneten in die Lage kommen könnte, die bürgerlichen Reaktionäre zur Abdikation zu zwingen. Gewiß ist aber, daß bei normaler Funktion des Parlaments die Möglichkeit der Förderung der Arbeiterinteressen nicht ausgeschlossen ist und vor allem die rücksichtslose Geltendmachung derselben der Regierung und den bürgerlichen Parteien arge Verlegenheiten bereitet. Unser Lebenselement ist der Kampf. Wenn wir auch oft voraussehen, daß demselben kein unmittelbarer praktischer Erfolg beschieden ist, so haben wir doch die Genugtuung, den österreichischen Machthabern einige derbe Wahrheiten gesagt und die bürgerlichen Parteien an den Pranger gestellt zu haben. Wir sind auch dessen sicher, daß unsere Angriffe in der arbeitenden Bevölkerung tausendstimmigen Widerhall finden werden.

Wenn aber einem sozialdemokratischen Vertreter die Möglichkeit benommen ist, den Wünschen und Beschwerden der arbeitenden Bevölkerung Ausdruck zu geben, wenn über ihn die Maulsperre verhängt und ihm zugemutet wird, der geisttötenden Vorlesung von Interpellationen oder der Verhandlung schimmelig gewordener Dringlichkeitsanträge, denen jede Aktualität fehlt, zuzuhören, so ist dies eine Situation, die geeignet ist, den Ekel vor dem Tiefstande unserer Volksvertretung zu einem unüberwindlichen zu machen. Waren wir doch in der Berichtsperiode genötigt, die wichtigsten Angelegenheiten in Form von Interpellationen zu erörtern. Die von der Regierung verübten Ungesetzlichkeiten beim ungarischen Eisenbahnerstreik konnten nur im Wege von Interpellationen gebrandmarkt werden, denn der in dieser Angelegenheit gestellte Dringlichkeitsantrag gelangte nicht zur Verhandlung.

Um unseren Standpunkt präzisieren zu können, waren wir mehrmals genötigt, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, welcher die gleiche Materie behandelt hat wie ein Obstruktionsantrag, dessen Verhandlung bereits angesetzt war. Dieser Antrag wurde dann mit dem alten Obstruktionsantrage zur Debatte gestellt. So oft sich also Gelegenheit geboten hat, proletarische Interessen geltend zu machen, ist es geschehen. Die Ungunst der Verhältnisse hat verhindert, daß dies in dem Maße geschehen ist, das wünschenswert gewesen wäre. Wenn man die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten gerecht beurteilen will, so müssen auch die parlamentarischen Zustände in Rücksicht gezogen werden und dann wird man dem Verbande das Zeugnis nicht versagen können, daß er, soweit dies bei den obwaltenden Schwierigkeiten möglich war, seine Pflicht erfüllt hat.

Zu erwähnen ist noch die umfangreiche agitatorische Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Sie mußten nicht nur in ihren Wahlkreisen einen großen Teil der Agitationsarbeit auf sich nehmen, sie durften auch bei keiner größeren Aktion, die in anderen Wahlkreisen veranstaltet wurde, fehlen. Es hat sich bei den Genossen vieler Orte überhaupt die Gepflogenheit herausgebildet, größere Versammlungen ohne einen Abgeordnetenreferenten nicht zu den gelungenen Veranstaltungen zu zählen. Dem Parteisekretär dürfte es oft Verlegenheiten bereitet haben, die Nachfrage nach Referenten zu befriedigen, wenn er auch schon die stärksten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verbandsmitglieder gestellt hatte. Außerordentlich zahlreich waren die Fälle, in welchen die Verbandsmitglieder von einzelnen Genossen oder Organisationen um Intervention bei den verschiedenen Behörden ersucht wurden.

Nun zur detaillierten Darstellung unserer parlamentarischen Arbeit:

Sessionsabschnitt vom 23. bis 26. September 1904.

Diese kurze Tagung war nur der Beratung des Rekrutenkontingents gewidmet. Die Blamage, welche der gemeinsamen Kriegsverwaltung und damit auch den österreichischen Stiefelwichspatrioten durch die ungarische Obstruktion bereitet wurde, hatte eine neuerliche Rekrutenvorlage notwendig gemacht. Die Chiarische Klausel verhinderte nämlich die Einreihung der Rekruten, weil diese in Ungarn noch nicht bewilligt waren, andererseits hatte sich der Erlaß des Kriegsministers über die Zurückbehaltung der Drittjährigen bis Ende Dezember, vornehmlich durch die energische Agitation unserer Partei, als unhaltbar erwiesen. Die Regierung hatte nun die verwegene Absicht, das erhöhte Rekrutenkontingent als sichere Beute festzuhalten und verlangte lediglich vom Parlamente die Aenderung der Chiarischen Klausel in der Weise, daß nur das P l u s an Rekruten erst nach Maßgabe der Bewilligung durch den ungarischen Reichstag eingereiht werden könne, das bisher übliche Kontingent aber ohne weitere Förmlichkeiten einzuberufen sei. Von der Bewilligung dieser Vorlage machte der Ministerpräsident die Beurlaubung der Drittjährigen abhängig. Nun brachten die Jungtschechen einen Dringlichkeitsantrag ein, in welchem das Verlangen gestellt wurde, die Drittjährigen sofort zu beurlauben und erklärten, die Regierungsvorlage zu obstruieren, wenn ihr Antrag nicht vorher angenommen werde. Die deutschen Parteien wollten diesem Verlangen nicht entsprechen und es vergingen zwei Tage, die mit zwecklosen Verhandlungen vertrödelt wurden, bei denen die Eifersüchteleien und die Reklamesucht der maßgebenden Parteien in den widrigsten Formen in Erscheinung traten. Da die Gefahr bestand, daß der Regierung die Erhöhung des Rekrutenkontingents im Prinzipe würde zugestanden werden, mußte die Probe gemacht werden, ob sich denn die bürgerlichen Parteien nach den Erfahrungen des Sommers wieder in so würdeloser Weise den Forderungen des Militarismus anbequemen werden. Da von den bürgerlichen Parteien ein Antrag auf Bewilligung des einfachen Rekrutenkontingents nicht gestellt worden war, beschloß der Sozialdemokratische Verband, einen derartigen Antrag in Verbindung mit dem Antrage auf Einführung der zweijährigen Dienstpflicht zu stellen. Die bürgerlichen Parteien, denen eine nochmalige Abstimmung über die zweijährige Dienstzeit, nach den Versprechungen des ungarischen Honved-

ministers äußerst unangenehm war, hetzten bei dem Präsidenten gegen den sozialdemokratischen Antrag, der dann erklärte, er lasse eine Abstimmung über denselben nicht zu, weil die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bereits anläßlich der Verhandlung des erhöhten Rekrutenkontingents abgelehnt worden sei. Da überdies im Wege eines Kompromisses die Einbringung eines Antrages auf Einstellung des einfachen Rekrutenkontingents in Aussicht stand, wurde der Antrag der Fraktion, nachdem Gen. Schuhmeier denselben benützt hatte, um zum Wort zu gelangen, zurückgezogen. Die Erhöhung des Rekrutenkontingents für die Landwehr hat die Regierung durch eine unredliche Auslegung der Chiarischen Klausel durchgesetzt. Die Haltung der Fraktion in dieser Angelegenheit wurde auf dem vorjährigen Gesamtparteitag eingehend diskutiert und es erscheint als überflüssig, sie an dieser Stelle nochmals zu motivieren. Ueberdies wird sich der nächste Gesamtparteitag eingehend mit unserer prinzipiellen Stellungnahme zum Militarismus befassen, ob er aber den sozialdemokratischen Abgeordneten brauchbare Direktiven für die Kämpfe des Tages wird geben können, muß abgewartet werden.

Herbstsession (vom 17. November bis 12. Dezember 1903).

In dieser Session wurde der Staatsvoranschlag per 1904 vorgelegt und vom Finanzminister mit einem der in ihrer Art bekannten Exposés einbegleitet. Dann kam das Cliché einer Koerberschen Rede über die Situation und hiermit durch sechs Sitzungstage die unvermeidliche Debatte über die Regierungserklärung. Gen. Ellenbogen präzisierte in einer längeren Rede den Standpunkt des sozialdemokratischen Verbandes und gab einer Reihe von Beschwerden und Forderungen Ausdruck. Unterbrochen wurde diese Debatte am 27. Dezember, um die schmutzige Wäsche der Schimpfakrobaten Fresl und Stein zu waschen. Es handelte sich um den Vorwurf des Stein gegen Fresl, derselbe habe im serbischen Konak Wertsachen gestohlen. Gen. Pernerstorfer benützte die Gelegenheit, um die Verleumdungstaktik der radikalen Radaumacher, vor allem die des Stein, zu brandmarken, und gab schließlich unserer Ueberzeugung Ausdruck, daß sie alle beide stinken.

Auf die Debatte über die Regierungserklärung folgte die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages Dr. Dvořak, betreffend die Aufhebung des § 14. In der Debatte ergriff Gen. Pernerstorfer das Wort und brandmarkte den Mißbrauch, den die Regierung seit Jahren mit dem § 14 treibt, aber auch das feige Verhalten der bürgerlichen Parteien und den unechten Charakter des Antrages. Der Antrag wurde abgelehnt. Hierauf kam die Verhandlung von Dringlichkeitsanträgen in Notstandsangelegenheiten, in welcher auch Genosse Hybes das Wort nahm und zum Schlusse die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge Fort, Dr. Ellenbogen und Romanczuk, betreffend die Reform der Verfassung. Gen. Dr. Ellenbogen begründete in einer ausgezeichneten Rede, die weit über die Reihen unserer Partei hinaus volle Beachtung fand, den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Gewährung der nationalen Autonomie. Ellenbogen wies auf die Ursachen des politischen und wirtschaftlichen Verfalles hin, ging mit den Sünden der österreichischen Regierungen, dem Servilismus und der chauvinistischen Barbarei der bürgerlichen Parteien strenge ins Gericht und führte den strikten Beweis, daß nur eine große politische Reform, bei welcher die in unserem Antrage enthaltenen Forderungen volle Berücksichtigung finden, Oesterreich vor dem Verderben retten kann. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Für die nationale Autonomie stimmten gar nur die Sozialdemokraten und die Italiener.

Dringlichkeitsanträge wurden eingebracht:

Dr. Ellenbogen, betreffend die Haltung der Regierung in der Frage der wissenschaftlichen Forschung (Vivisektion). Anlaß hierzu boten die skandalösen Vorgänge im niederösterreichischen Landtag und die jämmerliche Haltung des Statthalters.

Pernerstorfer, betreffend die Berichterstattung über die noch nicht erledigten Immunitätsangelegenheiten.

Diese Anträge gelangten nicht zur Verhandlung.

Ellenbogen, betreffend die Einsetzung eines 48gliedrigen Ausschusses zur Ausarbeitung eines Entwurfes einer neuen, auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechte, sowie auf der nationalen Autonomie fußenden Verfassung. Ueber die Ablehnung dieses Antrages haben wir bereits berichtet.

Anträge wurden in dieser Session vom Verbande nicht überreicht.

Interpellationen wurden 44 eingebracht, von denen wir nur die bemerkenswertesten anführen:

Dr. Ellenbogen, betreffend die Aufhebung des Petroleumzolles.

Pernerstorfer, betreffend die Nichtschließung des niederösterreichischen Landtages.

Ellenbogen, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Schuhmeier, betreffend die Lage der Finanzwache.

Eldersch, Hybes, betreffend die Handhabung der Verordnung über die Begnadigung jugendlicher Verbrecher.

Vier Petitionen wurden im vollen Wortlaute im Protokolle aufgenommen und betreffen zumeist die Verhältnisse staatlicher Bediensteter.

Beantwortet wurden 19 sozialdemokratische Interpellationen, und zwar 17 vom Ministerpräsidenten und 2 vom Eisenbahnminister.

Erste Frühjahrssession (vom 8. bis 22. März 1904).

In dieser Session wurden die Obstruktionsanträge Sileny, Kratochwil und Dworak verhandelt, deren Inhalt uns nicht weiter interessiert. Diese Verhandlungen wurden unterbrochen durch die Mißbilligungsaffairen Dyk contra Iro und Sehnal contra Herzog-Stein. Anmutige Schimpfereien gaben hierzu Veranlassung. Gen. Pernerstorfer nahm in der Affaire Sehnal contra Herzog-Stein das Wort, um diesen parlamentarischen Rowdies gehörig die Meinung zu sagen. Die übrige Zeit der Sitzungen wurde mit der Verlesung des Einlaufes und mit namentlichen Abstimmungen über Petitionen totgeschlagen.

Dringlichkeitsanträge und Petitionen wurden vom Verbande in dieser Session nicht eingebracht.

Interpellationen wurden 38 überreicht, von welchen als bemerkenswert zu verzeichnen sind:

Pernerstorfer, Daszynski, betreffend die Drohungen Luegers gegen Koerber.

Schuhmeier, betreffend die Einfuhr ausländischen Fleisches.

Schuhmeier, Eldersch, betreffend den Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Ellenbogen, betreffend die Ausdehnung der Sonntagsruhe.

Daszynski, betreffend die Regelung des Auswandererwesens.

Daszynski, betreffend die Verhaftung in Galizien (Russenkurs).

Eldersch, betreffend die Löhne der Salinenarbeiter.

Interpellationsbeantwortungen sind in dieser Session nicht erfolgt.

Zweite Frühjahrssession (vom 19. April bis 10. Mai 1904).

In dieser Session wurden nur die Obstruktionsanträge der Abgeordneten Dworak und Sileny verhandelt und abgelehnt. Die übrige Zeit wurde in der üblichen Weise totgeschlagen. Am 28. April fand eine Debatte über die Mißbilligungsaffaire Choc contra Steinwender statt, in welcher sogar mit Mehrheitsbeschluß durch Ablehnung der Mißbilligung für Steinwender dem Abgeordneten Choc attestiert wurde, daß er ein dummer Kerl sei. Wie kann man aber auch von diesem Parlamente ein psychiatrisches Gutachten verlangen. Am 22. April hat eine außerordentliche Sitzung stattgefunden, in welcher die Wahlen der Delegationen vorgenommen wurden. Da der Präsident in dieser Sitzung die Vornahme der Verlesung des Einlaufes verweigerte und auch die Bestimmungen der

Geschäftsordnung über die Festsetzung der Tagesordnung als auf die Sitzung nicht anwendbar erklärte, nahm Gen. Pernerstorfer das Wort und legte gegen eine derartige Verletzung der Geschäftsordnung Verwahrung ein. Dieser Protest war notwendig geworden durch die freche Anmaßung einiger parlamentarischer Unterhändler, die für die Erledigung der Reform der Geschäftsordnung eifrig agitierten. Es sollte verhindert werden, daß das Gelingen dieses unsauberen Planes auf dem Wege der außerordentlichen Sitzungen, in welchen dann kein anderer Gegenstand als der auf die Tagesordnung gesetzte zur Verhandlung zugelassen werden sollte, ermöglicht werde. Der Präsident erklärte, daß es langjährige Gepflogenheit sei, die Wahl der Delegation immer in einer außerordentlichen Sitzung vorzunehmen, in welcher weder der Einlauf verlesen noch sonst ein anderer Gegenstand verhandelt werde. Er gab jedoch zu, daß dieser Usus bei der Wahl der Delegation kein Präjudiz bilden könne für die Beratung anderer Gegenstände, bei welcher dann die Bestimmungen der Geschäftsordnung volle Anwendung finden mußten. Dieser Erfolg befriedigte jedoch die Tschechischradikalen nicht und sie begannen auf eigene Faust zu randalieren, um die Vornahme der Wahl unmöglich zu machen. Obwohl voraussichtlich war, daß diese Aktion nur mit einer Blamage enden konnte, da die Wahl nur von einer großen Zahl von Abgeordneten mit Brachialgewalt hätte verhindert werden können, pfiffen, sangen und schrien sie bis zur Bewußtlosigkeit und demolierten die Pulte, bis sie in ihrer physischen Erschöpfung dem Holze nichts mehr anhaben konnten. In diesem Sturme, der der Komik des Theaterdonners nicht entbehrte, wurden jene gewissenlosen Menschen gewählt, die den frivolen Forderungen der Militärkamarilla in so ungeheuerlichem Maße entsprochen und der österreichischen Bevölkerung neue Lasten von nahezu 400 Millionen Kronen aufgebürdet haben. Die Affaire Walewski gab auch Gen. Daszynski Veranlassung, in einer Anfrage an den Präsidenten von der Regierung die Vorlage eines Verzeichnisses jener Abgeordneten zu verlangen, welche mit der Regierung in geschäftlicher Verbindung stehen.

Dringlichkeitsanträge wurden eingebracht:

Ellenbogen, betreffend die Vorkommnisse bei den Wahlen in die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen.

Seitz, betreffend die Aenderung des Reichsvolksschulgesetzes, hinsichtlich der Verteilung der Schullasten auf den Staat, die Länder und die Gemeinden.

Daszynski, betreffend die Regelung des Auswandererwesens.

Seitz, betreffend das Verbot der Heranziehung von schulpflichtigen Kindern zur Erwerbsarbeit.

Schuhmeier, betreffend die Heranziehung des k. u. k. Eisenbahnregiments anläßlich der Ausstandsbewegung der ungarischen Eisenbahner.

Hannich, betreffend die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Hausindustrie,

Daszynski, Pernerstorfer, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Affaire Walewski.

Von diesen Anträgen gelangte keiner zur Verhandlung. Einige derselben wurden gestellt, um gegen die Reform der Geschäftsordnung Obstruktionsmaterial in Bereitschaft zu haben.

Interpellationen wurden 54 eingebracht, von denen als die bemerkenswertesten anzuführen sind:

Ellenbogen, betreffend den Erlaß über Besuch von Kunden durch Reisende.

Elderſch, betreffend die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf das gesamte Handelsgewerbe in Mähren.

Ellenbogen, betreffend die Verwendung des österreichischen Eisenbahnregiments und von Ersatzreservisten beim Eisenbahnerstreik in Ungarn.

Ellenbogen, betreffend die Einberufung von Ersatzreservisten zur Dienstleistung bei den ungarischen Staatsbahnen.

Seitz, betreffend die Erhöhung der Verpflegsgebühren bei den Wiener Krankenanstalten.

Ellenbogen, betreffend die Gemeinderatswahlen in Wien.

Hybeš, betreffend Soldatenmißhandlung beim 6. Dragonerregimente in Wels.

Elderſch, betreffend die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher aus Anlaß eines Schneiderstreiks in Reichenberg.

Pernerstorfer, betreffend die Verhältnisse der Finanzwache.

Daszynski, betreffend die Arbeitsverhältnisse bei den Restaurierungsarbeiten der Kathedrale und des Königsschlosses am Wawel und die Mißwirtschaft des Krakauer Fürstbischofes Kardinals Puzyna.

Seitz, betreffend die Vorlage der Schul- und Unterrichtsordnung.

Hybeš, betreffend die Lage der Gefangenhausaufseher in Brünn.

Pernerstorfer, Daszynski, betreffend die Beziehungen der Regierung zu den Christlich-Sozialen.

Elderſch, betreffend die Handhabung der Verordnung über die Begnadigung jugendlicher Verbrecher.

Der Eisenbahnminister beantwortete zwei sozialdemokratische Interpellationen.

Anträge und Petitionen wurden nicht überreicht.

Infolge der Unfruchtbarkeit der Session feierten auch beinahe alle Ausschüsse. Die einzige Arbeit, die geleistet wurde, besorgte der Sanitätsausschuß, der ein Subcomité zur Beratung des neuen von der Regierung ausgearbeiteten Apothekengesetzentwurfes einsetzte. Dieses Subcomité, dem auch Gen. Dr. Ellenbogen angehörte, veranstaltete eine Enquete, zu der die Vertreter der Stadt- und Landapotheken, des pharmazeutischen Hilfspersonals, der Aerzte und der Krankenkassen eingeladen wurden. Die Ergebnisse dieser Enquete liegen bereits in deren Protokoll gedruckt vor.

Zum Schlusse wollen wir noch die gesamte Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes während der Berichtsperiode in einige Ziffern zusammengefaßt veranschaulichen.

Die Vertreter des Verbandes haben sich neunmal an der Debatte beteiligt oder zur Begründung von Anträgen das Wort genommen.

Dringlichkeitsanträge wurden zehn überreicht, davon nur einer in Verhandlung gezogen.

Interpellationen wurden 136 eingebracht, davon 7 an die Gesamtregierung, 43 an den Leiter des Ministeriums des Innern, 33 an den Leiter des Justizministeriums (17 derselben wegen Konfiskation), 20 an den Eisenbahnminister, 8 an den Handelsminister, 12 an den Landesverteidigungsminister, 5 an den Finanzminister, 2 an den Ackerbauminister, 2 an den Justiz- und Handelsminister, 1 an den Justiz- und Landesverteidigungsminister, 2 an den Unterrichtsminister und Minister des Innern und 1 an den Minister des Innern und den Landesverteidigungsminister. Von diesen Interpellationen wurden zwei beantwortet.

Petitionen wurden vier überreicht.

Geschäftsordnung

für die Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Anträge zum Parteitag.

Zur Abänderung der provisorischen Tagesordnung.

1. Antrag des Parteivorstandes:

Der Parteivorstand sieht sich veranlaßt, zu beantragen, daß nachträglich noch an Stelle des Punktes 6: Die Lebensmittelverteuerung (Berichterstatter: Karpeles) gestellt wird.

2. Antrag der Genossen Seliger und Hillebrand (Teplitz):

In der Tagesordnung ist als Punkt 4 aufzunehmen: Der Generalstreik.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Partei- und Wahlorganisation.

3. Antrag der Lokalorganisation Karlsbad:

In das Parteistatut ist betreffend die Aufstellung von Kandidaten für die Reichsratswahlen folgender Passus aufzunehmen:

Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen der V. Kurie in den Reichsrat obliegt lediglich der Konferenz der Genossen des betreffenden Wahlkreises.

Der Parteileitung steht jedoch das Recht zu, eventuell vorhandene objektive Gründe gegen die Aufstellung eines Genossen in der betreffenden Konferenz vor der Abstimmung namhaft zu machen.

Der in der Konferenz gewählte Kandidat gilt jedoch unwiderruflich als Kandidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für den betreffenden Wahlkreis.

4. Antrag des Landesparteicomités für Vorarlberg und der Lokalorganisation Dornbirn.

In Erwägung, daß in Vorarlberg eine überaus große Arbeitermasse in den Fabriken beschäftigt ist, die bei zielbewußter, tatkräftiger Agitation für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen wäre; in Erwägung, daß diese Arbeiterschaft dem christlich-sozialen Schwindel auf den Leim geht, wenn nicht geeignete Agitationskräfte für uns tätig sind; in weiterer Erwägung, daß im Lande Vorarlberg keine agitatorisch tätigen Genossen vorhanden sind und seitens der Reichsparteileitung höchst selten ein Referent nach Vorarlberg gesendet wird, wahrscheinlich infolge der allzu großen Entfernung, beauftragt der Parteitag in Salzburg die Parteileitung, die Wiederbesetzung des Vorarlberger Sekretariats im Einvernehmen mit der österreichischen Gewerkschaftskommission und den hieran interessierten Zentralorganisationen sofort zu veranlassen, so daß das Sekretariat bis Jänner 1905 besetzt ist.

Da das Proletariat in Vorarlberg durch die Sucht der deutschnationalen Fabrikanten nach billigen Arbeitskräften, obwohl die deutschen Arbeiter ohnehin schon sehr genügsam sind, schon einen großen Prozentsatz Italiener aufweist, wäre es notwendig, wenn entweder ein eigener italienischer Vertrauensmann subventioniert würde oder aber der zukünftige deutsche Sekretär der italienischen Sprache auch mächtig wäre.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die Lebensmittelteuerung.

5. Antrag des Parteivorstandes:

Die in den letzten Wochen eingetretene außerordentliche Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel ist nicht in der Ungunst der Produktionsbedingungen begründet, sondern die Folge systematischer Treibereien der Agrarier und der Börsenspekulation. Die staatlichen und autonomen Behörden und die Gemeindevertretungen, die diese Bestrebungen auf jede Weise fördern, machen sich an der schamlosen Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung mitschuldig.

Indem der Parteitag diese Tatsachen feststellt, fordert er die Arbeiterschaft auf, den Kampf gegen das Agrariertum mit größter Schärfe und Energie zu führen und durch den rastlosen Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation den Sieg von Tendenzen zu verhindern, die die wichtigsten Interessen des Proletariats bedrohen.

Der Parteitag erkennt an, daß in dem Kampfe gegen den Lebensmittelwucher auch der wirtschaftlichen Organisation des Proletariats eine wichtige Rolle zufällt, und fordert die Arbeiter auf, unter genauer Beobachtung des Beschlusses des Wiener Parteitages (1903), den Fortschritt der Konsumvereinsbewegung zu fördern.

6. Antrag der Bezirksorganisation Wien XI.

Durch die heurige Mißernte und die hierdurch bewirkte unerhörte Lebensmittelteuerung ist die Not des arbeitenden Volkes in Oesterreich entsetzlich gestiegen. Wenn schon in normalen Zeiten in Oesterreich in allen Lebensmitteln — und zwar insbesondere in Brotgetreide, Fleisch und Zucker — ein gewaltiger Unterkonsum und in dessen Folge eine allgemeine Unterernährung des Volkes besteht, so bedeutet die neuerliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise buchstäbliche Hungersnot für das arbeitende Volk.

Mit Rücksicht auf die besorgniserregende Tatsache und in weiterer Erwägung, daß durch das österreichisch-ungarische Zoll- und Handelsbündnis im Falle großer Not infolge gemeinsamen Beschlusses der beiden Regierungen eine zeitweilige Suspendierung der Getreidezölle zulässig ist, beschließt der Parteitag:

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt:

1. Im Falle der Einberufung des Reichsrates sofort einen Dringlichkeitsantrag auf Suspendierung der Getreidezölle zu stellen.

2. Einen weiteren Dringlichkeitsantrag einzubringen, der fordert, daß die Personaleinkommensteuer allen steuerpflichtigen Personen, deren steuerpflichtiges jährliches Einkommen weniger als 2000 K beträgt, für das Jahr 1904 erlassen wird.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Parteipresse.

7. Antrag der Lokalorganisation Mährisch-Ostrau (deutsche Sektion):

Viele Leser des Zentralparteiorgans „Arbeiter-Zeitung“ haben das Bedürfnis, die „Arbeiter-Zeitung“ getrennt vom Unterhaltungsbeiwerk aufzubewahren. Wenn Feuilleton und Romanfortsetzung ausgeschnitten werden, so wird das oft zur Agitation erforderliche Blatt verunstaltet, ja unbrauchbar gemacht. Wir stellen hiermit den Antrag:

Die „Arbeiter-Zeitung“ möge, statt das Feuilleton und die Romanfortsetzungen unter dem Striche zu bringen, eine gesonderte tägliche Unterhaltungsbeilage, analog der des „Vorwärts“ in Berlin, herausgeben. Eventuell könnten aus Administrationsrücksichten entweder eine oder zwei Seiten mit Inseraten gefüllt werden.

8. Antrag der Wiener Preßkontrollkommission:

Um den notwendigen Kontakt zwischen der Parteivertretung und der Preßkontrollkommission herzustellen, möge der Parteitag beschließen: Ein von der Preßkontrollkommission delegiertes Mitglied hat das Recht, allen Parteivertretungssitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen und ist daher auch zu allen Sitzungen einzuladen.

9. Antrag der Bezirksorganisation des VI. Wiener Bezirkes:

Die „Arbeiter-Zeitung" möge auf die einzelnen Gewerkschaften mehr Rücksicht nehmen als bisher, in der Weise, daß allwöchentlich an einem bestimmten Tage den Gewerkschaften mehr Raum zur Veröffentlichung aktueller Artikel zur Verfügung gestellt werde.

Es kommen im Leben auch der kleinen Gewerkschaften derart wichtige Dinge vor, die auch für die breite Oeffentlichkeit von Wert sind. Ein Fachblatt mit seinem kleinen Leserkreis hat nie den Wert wie ein Parteiorgan, das für die Massen geschrieben und verbreitet wird. Der indifferente Arbeiter wird aufgerüttelt, das Unternehmertum fürchtet die Tagespresse, zudem wird es leichter für alle Agitatoren, die Gewerkschafter als Abonnenten zu gewinnen. Die Leitungen der Gewerkschaften verpflichten sich, das Material, beziehungsweise die Artikel einzusenden.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Verfassungsrevision.

10. Antrag der Lokalorganisation Mährisch-Ostrau (deutsche Sektion):

Der Parteitag möge beschließen, es sei von nun ab bei Aktionen und Demonstrationen zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes nachdrücklichst auch die Einführung des Proportionalwahlrechtes zu verlangen. Es sei auch zu veranlassen, daß dieses System und seine Vorteile in Versammlungen und Druckschriften populär gemacht werden, und auch zu betonen, daß dies eine Forderung unseres Programms sei.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Allgemeine Parteiangelegenheiten.

11. Antrag der Lokalorganisation Mährisch-Ostrau (deutsche Sektion):

Trotzdem unsere Abgeordneten im Parlament wiederholt den Antrag auf Einführung der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung gestellt haben, trotzdem auch Petitionen überreicht worden sind und das Ministerium wiederholt darüber interpelliert worden ist, erachten wir es dennoch für notwendig, daß sofort beim Zusammentritt des Parlaments unsere Abgeordneten Einfluß nehmen, damit endlich die Alters- und Invaliditätsversicherung auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gestellt werde.

12. Antrag der Bezirksorganisation Kratzau:

Der Parteitag möge dahin wirken, daß ein Kommunalprogramm ausgearbeitet werde, das für unser Eintreten in die Gemeindewahlen maßgebend sein muß.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Partei- und Kassenbericht.

13. Antrag der Kontrolle:

Der Parteivertretung das Absolutorium zu erteilen.

14. Antrag Skaret (Wien):

Die Angelegenheit Dr. Hugo Stark (Karlsbad), Pechota (Vorarlberg) und Jenischek (Wien) einer Kommission zur Untersuchung und Berichterstattung zuzuweisen.

15. Antrag Dietl (Saaz)

schlägt in die von Skaret beantragte Kommission folgende Mitglieder vor: Barth (Gablonz), Elderich (Brünn), Muchitsch (Graz), Schäfer (Reichenberg) und Widholz (Wien).

16. Antrag Pernerstorfer-Ellenbogen:

Der Parteitag spricht den italienischen Genossen in ihrem unerschrockenen und aufopferungsvollen Kampfe gegen die Brutalisierungsbestrebungen der italienischen Bourgeoisie die begeisterte Sympathie aus.

Parlamentarische Tätigkeit.

17. Antrag Schrammel und Genossen:

Der Parteitag anerkennt die schwere Lage, in welcher sich der sozialdemokratische Verband innerhalb der gegenwärtig politischen Versumpfung Oesterreichs befindet, und ist daher überzeugt, daß der Verband all seinen Verpflichtungen dem Proletariat gegenüber nach allen Richtungen nachgekommen ist. Er spricht ihm deshalb das Vertrauen und die Anerkennung aus und erwartet, daß derselbe auch in Zukunft mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten wird.

Partei- und Wahlorganisation.

18. Antrag Skaret:

Nachstehenden Beschluß des Grazer Parteitages ins Organisationsstatut aufzunehmen:

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung des Vorschlages der Wahlkreise.

19. Zusatzantrag Skaret:

Die endgültige Aufstellung der so nominierten Kandidaten für den Reichsrat erfolgt mit Ausnahme von Ersatzwahlen durch eine Reichskonferenz, der neben der Parteivertretung die Wahlkreisvertrauensmänner beizuziehen sind.

20. Antrag Seliger:

Am Schlusse des letzten Absatzes des Punktes 1 des Organisationsstatuts wird folgende Bestimmung angeregt: Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen.

21. Antrag Hackenberg:

Hinter dem Worte Parteivertretung soll eingeschaltet werden: „oder einzelne Mitglieder derselben", so daß der Satz lauten soll: „Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung oder einzelne Mitglieder derselben entscheidet die Parteikontrolle."

22. Antrag Seliger:

Der Punkt 3 (Parteitag) ist wie folgt abzuändern: An Stelle des zweiten Absatzes soll es fernerhin heißen: „Die Delegierten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes oder Wahlkreises bestimmt.

Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, beziehungsweise Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen."

Im vierten Absatz desselben Punktes sind die Anfangsworte „Die Wahlkreisvertretungen" zu streichen.

23. Antrag Skaret:

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Gesamtpartei gelten und steht dem davon Betroffenen das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Gesamtpartei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Verzichtet oder unterläßt ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Zeitpunkt der Verständigung an innerhalb vierzehn Tagen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

24. Antrag Winarsky. (Zusatz zum Antrag Skaret):

Nach Absatz 2 dieses Antrages soll eingeschoben werden:

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

25. Antrag Winarsky und Genossen:

Absatz 2 und 3 des Punktes 3 des Organisationsstatuts sollen in Hinkunft heißen:

Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes, respektive Bezirkes und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden. Orte, respektive Bezirke und Wahlkreise, in denen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, eventuell außer dem männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu schicken. Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, respektive Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen.

26. Antrag Behr (Krumau):

Die Parteivertretung wird beauftragt, das Organisationsstatut der Partei einer gründlichen Revision zu unterziehen und dasselbe am nächsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs zur Beschlußfassung vorzulegen.

27. Antrag Witzmann (Wien):

Das Parteiorganisationsstatut, dritter Teil, „Parteitag", 4. Absatz hat zu lauten:

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter und jener Parteifachblätter, deren Branchenorganisationen die Reichsparteisteuer entrichten, haben gleichfalls das Recht, je einen Vertreter mit Sitz und Stimme auf den Parteitag zu entsenden.

28. Antrag Preußler und Genossen:

Nachdem aus dem Parteibericht hervorgeht, daß in verschiedenen Wahlkreisen die Partei- und Wahlorganisation sowie die Einhebung der Parteibeträge nicht durchgeführt wurden, wird der Parteivorstand beauftragt, in alle jene Wahlkreise, in welchen sich der Durchführung dieser Organisation besondere Schwierigkeiten entgegenstellen, Instruktoren zu entsenden, welche die Vertrauensmännerversammlungen mit allen Einzelheiten der praktischen Arbeit vertraut machen.

Parteipresse.

29. Antrag der Preßkontrollkommission:

Der „Arbeiter-Zeitung" das Absolutorium zu erteilen.

30. Antrag Emmerling:

Um den notwendigen Kontakt zwischen der Parteivertretung und der Preßkontrollkommission herzustellen, beschließt der Parteitag: Ein von der Preßkontrollkommission delegiertes Mitglied hat das Recht, allen Parteivertretungssitzungen, in denen die Presse zur Verhandlung steht, mit beratender Stimme beizuwohnen, und ist daher auch zu diesen Sitzungen einzuladen.

Die Preßkontrollkommission hat das Recht, jederzeit eine Sitzung der Parteivertretung verlangen zu können.

Preßangelegenheiten sind in der Parteivertretung nur unter Beisein eines Mitgliedes der Kontrollkommission zu verhandeln.

31. Antrag Witzmann:

In Erwägung der Tatsache, daß besonders in der Provinz große Massen Arbeiter, wie Weber, Steinarbeiter, Waldarbeiter und sonstige landwirtschaftliche Arbeiter, infolge ihrer tristen wirtschaftlichen Lage nur sehr selten in die Lage kommen, unsere Agitationsschriften kennen zu lernen; in weiterer Erwägung, daß viele dieser Arbeiter zu den Agitationsversammlungen aus irgendwelchen Gründen eben nicht kommen, wird die Parteivertretung beauftragt, auf Verlangen der Wahlkreise von Zeit zu Zeit kleine billige Agitationsbroschüren unentgeltlich zur Verbreitung zu bringen.

32. Antrag Freundlich:

Der Parteitag beauftragt die Administrationen der Parteiblätter, Inserate unlauteren Charakters, insbesondere Ankündigungen, deren Inhalt unseren Parteigrundsätzen zuwiderläuft, sowie solche, welche Mangel an Reellität vermuten lassen, unbedingt zurückzuweisen.

33. Antrag Behr:

Um der Presse größere Verbreitung zu sichern, sollen nicht nur die Redner der Partei in Versammlungen jede Gelegenheit benützen, um auf die Wichtigkeit der Parteipresse und die Notwendigkeit ihrer Verbreitung hinzuweisen, sondern diese Agitation muß, namentlich durch Ausbau und Benützung der Straßen- und Häuserorganisation, beziehungsweise der Parteiorganisation auf dem flachen Lande, entsprechend organisiert werden.

34. Antrag Preußler, Widholz, Grünwald, Wolfit, Frankl und Polke:

Die Anstellung von Redakteuren und des Administrationspersonals der „Arbeiter-Zeitung“ sowie die Festsetzung der Gehalte fällt in die Kompetenz der Parteivertretung.

35. Antrag Beer, David und Winarsky:

Der Parteitag weist den Antrag Nr. 34, dessen Berechtigung er anerkennt, der Parteivertretung zu, die die Angelegenheit im Einvernehmen mit der Preßkommission und der Lokalorganisation einer Lösung im Sinne dieses Antrages zuführen soll.

36. Antrag Gröbner, Tamask, Richter Paul, Sonnek und Stark:

Die Parteivertretung wird beauftragt, sofort nach dem Parteitag an die Ausarbeitung einer Dienstpragmatik für sämtliche Angestellte der „Arbeiter-Zeitung“ zu schreiten und baldigst das Elaborat der Lokalorganisation zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Kommissionsbericht.

Angelegenheit Dr. Hugo Stark, Pechota und Jenischek.

37. Antrag der Kommission für den Fall Dr. Hugo Stark:

In Erledigung des Antrages der Lokalorganisation Karlsbad betreffend die Affaire des Dr. Hugo Stark gegen Pernerstorfer, Skaret und Hueber konstatiert der Parteitag, daß Dr. Stark nach dem bisher erhobenen Tatbestand keinen Anlaß hat, über eine ihm zugefügte Rechtsverweigerung Klage zu führen.

Die Parteivertretung konnte über die Beschwerde des Dr. Stark nicht entscheiden, weil die von ihm beschuldigten Genossen als Delegierte der Parteivertretung auf der Konferenz in Chodau anwesend waren und deshalb ein von ihr gefälltes Erkenntnis wegen mangelnder Objektivität sehr leicht hätte in Zweifel gezogen werden können.

Die Parteivertretung hat sich um das Zustandekommen eines Schiedsgerichtes bemüht und auch die Beschuldigten haben erklärt, daß sie sich einem schiedsgerichtlichen Urteil unterwerfen.

Das illoyale, unter Parteigenossen nicht übliche Verhalten des Dr. Stark gegen das Schiedsgericht hat zu wiederholtenmalen den Mandatsverzicht von Schiedsrichtern beider Streitteile veranlaßt und sohin die erwünschte Erledigung dieser Angelegenheit unmöglich gemacht.

Der Parteitag hat daher keinen Anlaß, auf das Meritum dieser Angelegenheit einzugehen und stellt es der Erwägung der Parteivertretung anheim, eine Ergänzung unseres Organisationsstatuts durch Aufnahme einer Bestimmung über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Austragung persönlicher Differenzen zu veranlassen.

38. Antrag der Kommission für den Fall Pechota:

Der Parteitag beschließt, dem Ansuchen des seinerzeitigen Vertrauensmannes für Vorarlberg, Franz Pechota, auf Annullierung des in der Vorarlberger Landeskonferenz vom Jänner dieses Jahres gefaßten Beschlusses auf Ausschluß aus der Partei aus formalen Gründen Folge zu geben, ohne zu untersuchen, ob die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen.

Den Parteigenossen Vorarlbergs soll es hingegen freigestellt sein, wenn sie es dermalen noch für notwendig halten, die erforderlichen Vorkehrungen zur Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu treffen, das, im Sinne des Organisationsstatuts zusammengesetzt, auch die dem Pechota zur Last gelegten Beschuldigungen zu untersuchen und, was das Wichtigste ist, ihn anzuhören hat. Der Parteitag findet es wohl begreiflich, daß die Genossen Vorarlbergs in der damals herrschenden Situation diesen Beschluß faßten, muß jedoch auch seinem Grundsatz, dem Beschuldigten die Möglichkeit der Verteidigung bietend, gerecht werden.

39. Antrag der Kommission für den Fall Jenischek:

Der Ausschluß Jenischeks aus dem Bildungsverein „Lassalle" kann weder der Form noch dem Inhalt nach als gerechtfertigt bezeichnet werden. Jenischek hat aber im Kampfe gegen das ihm widerfahrene Unrecht zu Mitteln gegriffen, die bei strenger Auslegung der Parteiorganisationsbestimmungen seinen nachher erfolgten Ausschluß aus der Partei gewissermaßen rechtfertigen ließen. Aber mit Rücksicht darauf, daß der Fehltritt Jenischeks im Kampfe gegen erlittenes Unrecht erfolgte, beantragt die Kommission: Dem durch die Organisation des XIX. Wiener Bezirkes erfolgten Ausschluß Jenischeks aus der Partei stimmt der Parteitag nicht zu, sondern beschließt: Jenischek ist zwar nicht aus der Partei als ausgeschlossen zu betrachten, aber er hat dadurch, daß er im Streit mit seiner Organisation die Polizei als Helfer angerufen hat, den Anspruch, in der Partei oder einer ihr zugehörigen Organisation eine Funktion zu bekleiden, verloren.

Lebensmittelteuerung.

42. Antrag Kiesewetter und Genossen:

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, die Rede des Gen. Dr. Karpeles über die Lebensmittelverteuerung schnellstens in Broschürenform herstellen zu lassen, so daß diese zur Agitation massenhaft verbreitet werden kann.

40. Zusatzantrag Petersilka, Sever, Volkert und Hauschka zum Antrag Kiesewetter:

Es wird beantragt, in der Broschüre an die Rede des Gen. Dr. Karpeles auch die Reden der Genossen Hackenberg und David anzuschließen.

41. Zweiter Zusatzantrag Witzmann zum Antrag Kiesewetter:

Nach dem Worte „massenhaft" ist einzuschalten: „gratis verbreitet werden kann".

43. Antrag Langer (Wien):

Da durch die Annahme des österreichisch-ungarischen Ausgleiches eine neuerliche Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel bevorsteht, fordert der Parteitag die Parteivertretung sowie den Verband der Abgeordneten auf, zu geeigneter Zeit eine energische Agitation gegen diesen Ausgleich sowie gegen die weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, sei es durch Versammlungen, Verbreitung von Flugschriften oder Demonstrationen, einzuleiten.

44. Antrag Martinek:

In Erwägung, daß durch das österreichisch-ungarische Zoll- und Handelsbündnis im Falle großer Not infolge gemeinsamen Beschlusses der beiden Regierungen eine zeitweilige Suspendierung der Getreidezölle zulässig ist, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragt, im Falle der Einberufung des Reichsrates sofort einen Dringlichkeitsantrag auf Suspendierung der Getreidezölle zu stellen.

Verfassungsrevision.

45. Resolution des Referenten.

Angesichts des vollständigen Zusammenbruchs der politischen Organisation Oesterreichs, des endgültigen und unwiderruflichen Bankerotts des Parlaments, dessen Grundlage das Unrecht, dessen höchste Leistung die Verhüllung des Absolutismus ist:

angesichts des ebenso beschämenden wie empörenden Schauspiels eines Verfassungslebens, das nur durch gehäuften Verfassungsbruch weitergefristet werden kann;

angesichts der damit zusammenhängenden fortschreitenden Lähmung jeder politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Völker Oesterreichs

erklärt der Parteitag:

Alle Versuche, die geltende Verfassung aufrecht zu erhalten, müssen an deren inneren, längst offenbar gewordenen Unmöglichkeit scheitern und die Politik des Ministeriums Koerber, die eine kostbare Zeit mit kläglichen Künsteleien vertrödelt, ist eine Politik der Selbsttäuschung, hinter der sich jene Halbheit verbirgt, die von jeher Oesterreichs Fluch war.

Die bürgerlichen Parteien, die an ihren längst hinfällig und gemeinschädlich gewordenen Privilegien borniert festhalten, die den nationalen Streit frivol weiterspinnen und ihn ausnützen, um sich der Pflicht zu entziehen, gegenüber dem Willen der Dynastie die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Völker Oesterreichs mit Energie und Rücksichtslosigkeit zu wahren, betreiben eine Politik der Feigheit und des Volksverrates. Der Parteitag bringt darum neuerlich seine im Programm der österreichischen Sozialdemokratie niedergelegte Ueberzeugung zum Ausdruck, indem er erklärt:

Die Verwesung Oesterreichs kann nur dadurch gehindert werden, daß die Trümmer der abgestorbenen Verfassung entschlossen und gründlich weggeräumt werden: daß der Dualismus beseitigt wird, der Oesterreich politisch entehrt und wirtschaftlich ausbeutet; daß das dann erst selbständig gewordene Oesterreich allen seinen Völkern das Recht und die Möglichkeit voller kultureller Entwicklung gebe, indem es sich als Nationalitätenbundesstaat konstituiert, der jedem Volke auf seinem Gebiete nationale Selbstverwaltung einräumt und der zur Grundlage durchgängig die Demokratie hat. Schließlich erklärt der Parteitag, daß der Beginn jeder Neugestaltung die Beseitigung des Privilegienparlaments und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes sein muß.

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

46. Antrag Winarsky und Genossen:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich verurteilt auf das entschiedenste die total ungesetzlichen Verfolgungen der ungarischen Sozialdemokraten durch die ungarische Regierung, er brandmarkt das asiatische, jeder sozialpolitischen Einsicht bare Willkürregiment Tiszas vor den Augen der zivilisierten Welt und spricht der ungarländischen Sozialdemokratie, die unter so schweren Verhältnissen unbeirrt ihren Kampf für das Recht der Arbeiterklasse und damit für die Umgestaltung Ungarns in einen Staat wirklicher Kultur fortführt, ihre wärmsten brüderlichen Sympathien aus.

47. Antrag Pölzer:

In Erwägung, daß durch das Gesetz vom Jahre 1896 über die Personaleinkommensteuer ein Einkommen von mehr als 1200 Kr., das nicht einmal annähernd ausreicht, daß eine Arbeiterfamilie leben kann, besteuert wird; in weiterer Erwägung, daß durch das dreijährige Durchschnittseinkommen, welches der Bemessung zugrunde liegt, gerade jene, welche durch Arbeitslosigkeit oder kleineren Verdienst in dem betreffenden Steuerjahr nicht steuerpflichtig wären, besteuert werden müssen, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, im Parlament dahin zu wirken, daß die Besteuerung erst dann einzutreten hat, wenn der durch das Dreijahrsdurchschnittseinkommen erzielte steuerpflichtige Betrag 2000 K übersteigt.

48. Antrag Schiller und Genossen:

Die Gefertigten beantragen, den nächsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in Reichenberg abzuhalten.

49. Antrag Rießner:

Der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs findet in Brünn statt.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 26. September 1904. — Vormittags 9 Uhr.

Preußler (Salzburg): Namens der Salzburger Genossen gestatte ich mir, Sie auf das herzlichste zu begrüßen. Wenn Sie von Salzburg sprechen, so denken Sie nicht an gewaltige Kämpfe, wie wir sie etwa in Böhmen oder Niederösterreich haben. Hier entwickeln sich die Dinge bloß im kleinen und wir sind bescheiden. Dennoch können wir uns einer bedeutenden sozialdemokratischen Organisation rühmen. Leben wir auch in einem industriearmen Lande, so mag dafür der Gemütsreichtum der Alpenländer beigetragen haben, daß unsere hehre Idee hier rasche Wurzel fassen konnte, als die materiellen Vorbedingungen sich entwickelten. Was in Salzburg von seiner Hände Arbeit lebt, ist sozialdemokratisch. Das Land ist noch eine Hochburg des Klerikalismus, der in Oesterreich so lange die proletarische Entwicklung niedergehalten hat. Deshalb wird uns der Parteitag nicht bloß eine Schule sein für die Stärkung unserer Erkenntnis, sondern auch uns Ansporn geben zu unermüdlicher Arbeit im Dienste der Idee. Wir heißen Sie darum auf das herzlichste willkommen. Ich bin ersucht worden, auch im Namen der hiesigen Arbeitertouristen, der „Naturfreunde", einige Worte der Begrüßung an Sie zu richten, und bitte Sie hiermit, die hübschen Edelweißsträußchen in Empfang zu nehmen, die dieser Verein jedem einzelnen Delegierten gewidmet hat. (Lebhafter Beifall.) Nehmen Sie dieses kleine Geschenk als Zeichen, daß die braven Genossen, die gewohnt sind, die mächtigen Bergriesen dieses Landes zu bezwingen, auch erfüllt sind von der Pflicht der Solidarität mit euch im Kampfe gegen die riesenhaften Mächte, die vergebens unseren Siegeslauf hemmen wollen (Beifall), daß sie entschlossen sind, den sozialistischen Gedanken bis ins letzte Alpendorf zu tragen.

Tomschik (Wien): Gestatten Sie, daß ich im Namen der Parteileitung erwidere. Wir sind gewiß alle von dem herzlichen Empfang, den uns die Salzburger Genossen bereits gestern bei der Vorbesprechung zuteil werden ließen, freudig bewegt. Es berührt uns freudig, daß es im schönen Lande Salzburg, wo leider die Sonne noch mit Kutten verhängt ist, die Arbeiter mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie eines Sinnes sind. Hoffen wir, daß Sie auch bald so schöne Siege erkämpfen wie unsere Genossen in Steiermark; hoffen wir, daß es auch Ihnen bald gelingt, alle Unterdrückten zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ernstlich die Lage der arbeitenden Klassen verbessern will und kann. Wir schreiten nun zur

Konstituierung des Parteitages.

Skaret (Wien) schlägt vor als Vorsitzende: Tomschik (Wien) und Preußler (Salzburg); als Schriftführer: Muchitsch (Graz), Schrammel (Aussig) und Winarsky (Wien).

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Hierauf wird die Geschäftsordnung festgesetzt, der von Genosse David (Wien) gestellte Antrag auf eine ununterbrochene Arbeitszeit von 9 Uhr bis 3 Uhr nachmittags abgelehnt und der Antrag Skaret, von 8 bis 12 Uhr mittags und von 2 bis 6 Uhr abends zu tagen, angenommen.

Skaret (Wien) bespricht kurz die zur Aenderung der Tagesordnung gestellten Anträge und empfiehlt die Einschaltung des vom Parteivorstande vorgeschlagenen Punktes „Die Lebensmittelverteuerung". Dagegen empfiehlt er die Ablehnung des Antrages Seliger und Hillebrand, daß auch der Generalstreik auf die Tagesordnung gesetzt werde mit nachstehender Motivierung:

Eine Diskussion über den Generalstreik ist nicht dringend, weil die österreichische Arbeiterschaft klar darüber ist, daß der Generalstreik als Allheilmittel zur Durchführung unserer letzten Ziele eine Utopie ist, daß aber der politische Massenstreik ein unter gewissen Umständen brauchbares und wirksames Mittel der Aktion ist, auf das das Proletariat nicht verzichten kann und das es sich vorbehält, und weil schließlich der Amsterdamer Kongreß eine durchaus bestimmte und sachgemäße Resolution in dieser Frage beschlossen hat.

Angenommen.

Weiters wird beschlossen, daß der Punkt „Generalstreik" auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages gestellt werde.

Es wird sodann die

Tagesordnung

wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Berichte:
   a) der Parteivertretung, Berichterstatter: Skaret;
   b) Kassenbericht, Berichterstatter: Ellenbogen;
   c) der Kontrolle;
   d) über die parlamentarische Tätigkeit, Berichterstatter: Eldersch.
3. Partei- und Wahlorganisation, Berichterstatter: Skaret.
4. Lebensmittelverteuerung, Berichterstatter: Karpeles.
5. Parteipresse, Berichterstatter: Emmerling.
6. Wahl der Parteivertretung.
7. Verfassungsrevision, Berichterstatter: Adler.
8. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: Abram (Innsbruck), Seliger (Teplitz), Sever (Wien), Tuller (Leoben) und Zuschratter (Jägerndorf).

Skaret: Für die vorbereitende Kommission zur Wahl in die Parteivertretung schlage ich folgende nominierte Mitglieder vor: für Wien: Polke; für Niederösterreich: Hackenberg; für Böhmen: Reitzner; für Steiermark: Ausobsky; für Oberösterreich: Spielmann; für Salzburg und Tirol: Rattay und für Mähren: Freundlich.

Der Vorschlag wird angenommen.

Tomschik begrüßt nun die erschienenen auswärtigen Delegierten, Abgeordneten v. Vollmar (München), Nemec (Prag) und Großmann (Budapest).

Vollmar: Parteigenossen! Es ist mir der ehrenvolle und erwünschte Auftrag geworden, Sie im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlichst zu begrüßen und Ihrer Tagung beizuwohnen. Wir Sozialdemokraten nennen uns mit Recht international. Denn das werktätige Volk, dessen Interessen wir vertreten, wird in allen Ländern von den herrschenden Klassen wesentlich gleich unterdrückt und ausgebeutet, woraus sich notwendig eine Interessengemeinschaft und Kampfgenossenschaft unter den sozialistischen Parteien aller Länder ergibt. Darum beobachten wir mit Aufmerksamkeit unsere gegenseitigen Aktionen und Fortschritte, um uns vor Einseitigkeit und Selbstgenügsamkeit zu behüten, um zu vergleichen und aus den Erfahrungen aller zu lernen. Wenn wir dies aber gegenüber den Bruderparteien aller Länder tun, so stehen wir noch in einem ganz besonderen Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs. Unsere beiden Parteien haben einen gemeinsamen Ursprung und sind von jeher brüderlich Hand in Hand gegangen; und wenn auch die Politik der Herrschenden unsere Länder von einander getrennt hat, so sind wir doch ein Volk mit gleicher Sprache und Sitten, mit gleichem Denken, Fühlen und Streben und werden es bleiben! (Beifall.) Ich darf wohl auch noch hinzufügen, daß

es gerade mich als Bayern besonders freut, zu Ihnen sprechen zu können; tagen Sie doch unmittelbar vor unseren Toren, und ist uns doch kein Volk durch die Bande des Blutes und des Gefühles näher verbunden.

Parteigenossen! Auch die geschichtliche Entwicklung in unseren beiderseitigen Reichen zeigt, wenn auch nicht Gleichheit, so doch viele Aehnlichkeiten. Viele Ueberlebtheiten, mit denen wir uns herumzuschlagen haben, sind in Deutschland und in Oesterreich die gleichen, und wenn es auch richtig ist, daß Sie davon noch eine ziemliche Portion über uns hinaus zu tragen und Hindernisse zu überwinden haben, die wir nicht oder nicht in demselben Maße kennen, die Ihren Kampf besonders schwer machen und Ihnen unsere ungeteilte Sympathie sichern: so können wir gelegentlich auch wieder hinter Euch zurück sein. Denn während ich hier frei zu Ihnen spreche, haben wir es in Deutschland kürzlich erleben müssen, daß unser Freund Pernerstorfer, der gehofft hatte, im Deutschen Reiche freier atmen zu können (Heiterkeit), nicht nur den preußischen Maulkorb zu spüren bekam. Und wenn es schon schlimm genug war, daß Preußen auch in diesem Falle einen Schimpf auf Deutschland gebracht hat, wie es das leider so oft tut — ich brauche da nur auf die Beziehungen zu Rußland hinzuweisen — so kam noch das Schlimmere hinzu, daß sich auch eine süddeutsche Regierung gefunden hat, die Preußen Schergendienste leistete und damit die gleiche Verurteilung über sich gebracht hat. Wenn darum unser Freund Schuhmeier in Bremen gemeint hat, daß er mit einem gewissen Neide auf unsere Verhältnisse blicke, so können Sie sehen, daß man hier doch sehr kritisch sehen muß, und daß, wenn vielleicht manches für Sie besser erscheinen mag, doch auch wir in Deutschland viele der allereinfachsten und ursprünglichsten politischen Rechte uns erst noch zu erkämpfen haben.

Unsere Parteidiskussionen in den verschiedenen Ländern sind im Laufe der letzten Zeit vielfach lebhafter geworden und das scheint mir sehr natürlich. Denn mit der fortschreitenden Entwicklung, mit der gewaltigen Ausdehnung des Einflusses, den die Sozialdemokratie auf die öffentlichen Angelegenheiten ausübt, mit dem steten Fortschreiten auf dem Wege zur Erringung der politischen Gewalt kommen naturgemäß mehr und mehr neue Aufgaben in unseren Gesichtskreis, an die wir früher kaum gedacht oder die wir wenigstens in einem wesentlich anderen Lichte gesehen haben, deren Lösung sich aber heute aufdrängt. Daraus resultierten mit Naturnotwendigkeit Meinungskämpfe, und wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß wir hier noch viel zu tun haben werden, bevor wir zu voller Klarheit kommen. In einem solchen Stadium müssen wir um so mehr von einander lernen und verstehen, daß eine ruhige, scharfsinnige Beobachtung der Tatsachen nicht minder notwendig ist als das begeisterte Eintreten für unsere Prinzipien. Vor allem aber wollen wir niemals vergessen, daß die Meinungskämpfe in diesen Dingen kein anderes Ziel haben, wie man am besten und erfolgreichsten der Sache dienen kann, für die wir alles, was in unseren Kräften steht, einsetzen wollen.

In diesem Sinne begrüße ich Sie nochmals im Namen der deutschen Sozialdemokratie und wünsche Ihnen den besten Erfolg Ihrer Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Großmann: Ich bin beauftragt, Ihnen die besten Grüße der ungarischen Sozialdemokratie zu überbringen. In einer Zeit, da in Ungarn der Wahnsinn des Chauvinismus tobt, fühlen wir uns doppelt verpflichtet, unsere Zusammengehörigkeit und unsere Solidarität mit den österreichischen Arbeitern zu dokumentieren. Wir haben in dem letzten Jahre nicht sehr viel von unserer Partei hören lassen. Wir haben den Ratschlag Adlers, den er Ihnen in Aussig gegeben hat: „Zurück in die Organisationen" nach unserer Weise erfüllt. Wir haben die Zeit benützt, um neue Organisationen zu schaffen und die bestehenden zu stärken. Unsere ganze Arbeit war dem Sammeln unserer Kräfte gewidmet, denn wir stehen vor heftigen Kämpfen. Die Unternehmerklasse unseres Landes hat von den ausländischen Unternehmern alles Schlechte gelernt. Wir haben gegenwärtig große Aussperrungen — zehntausend

Bauarbeiter sind schon ausgesperrt und heute sollen in Budapest 2000 Buchbinder ausgesperrt werden — die Unternehmer kämpfen mit den schändlichsten Mitteln gegen uns und die Staatsgewalt steht ihnen völlig zur Verfügung. Wir haben eine Regierungsverordnung an die Gerichtshöfe, daß diese gegen die Sozialdemokraten energischer vorgehen sollen, eine Verordnung, in der ausdrücklich angeführt ist, daß die Polizeibehörden sich darüber beklagen, daß die Gerichte ihnen im Kampfe gegen die Sozialdemokraten nicht vollständig zu willen sind. Infolge dieser Verordnung sind bereits zwei Genossen zu zweieinhalb Jahren, respektive zwei Jahren Zuchthaus wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt worden. Wir haben keine Preßfreiheit, unsere Presse wird nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv verfolgt. Wir haben kein Vereins- und Versammlungsrecht und so keine Agitationsfreiheit. Wir haben es sogar erlebt, daß die Unternehmer offen an die Regierung die Forderung richteten, sie möge bei Streiks fremde Arbeiter ausweisen und die einheimischen einsperren. Dieser Wahnsinn wird in Ungarn ganz ernsthaft behandelt und in einer Stadt — Bekes-Gyula — wurde er auch durchgeführt. Dort wurden am ersten Tage des Streiks der Bauarbeiter alle Streikenden eingesperrt und die nicht Zuständigen abgeschoben. (Hört!)

Wir haben also einen noch schwereren Kampf zu führen als Sie und unsere Zustände lassen sich vielfach nur mit den russischen Zuständen vergleichen. Die moralische Unterstützung, die wir bei unserem Kampfe — und wir stehen jetzt auch im Kampfe ums Wahlrecht — von Ihnen erwarten, wird uns, davon sind wir überzeugt, auch zuteil werden. (Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik:** Wir erwidern die Grüße unserer ausländischen Genossen auf das herzlichste; es ist selbstverständlich, daß wir die Vorgänge in den Bruderparteien mit unserem lebhaftesten Interesse verfolgen, und Sie können unserer wärmsten Sympathien sicher sein. (Beifall.)

Nun werden die eingelaufenen **Begrüßungsschreiben** verlesen.

Den

Bericht der Parteivertretung

erstattet

Skaret: Ich habe nur noch einige Bemerkungen zu dem Ihnen vorliegenden Bericht zu machen. Es ist wahr, wir leben in einer Zeit, wo man am politischen Leben verzweifeln könnte, und wir konnten wiederholt an unseren Parteigenossen das Drängen nach politischen Aktionen wahrnehmen. Es ist auch in der letzten Zeit wiederholt die Klage über die Parteivertretung laut geworden, sie lasse sich allzuviel von der schlechten politischen Situation beeinflussen und sie lasse es an der notwendigen Initiative fehlen. Es ist ja sehr erfreulich, wenn man diesen Tätigkeitsdrang merkt, aber wenn Sie glauben, daß es von der Parteivertretung abhängt, große politische Aktionen zu machen, oder wenn Sie sich beschweren, daß diese politischen Aktionen nicht gemacht wurden, so möchte ich Sie nur auf eines verweisen: Was sollen alle die großen politischen Aktionen, wenn jene Stelle, wohin unser Ruf dringen soll, schon seit Jahren vollständig versagt? Ich meine, es ist verfehlt, wenn Sie immer uns Vorwürfe machen, daß wir nichts machen und daß dadurch das ganze Parteileben versumpfe. Wir haben ja eine Reihe von verschiedenartigsten Aktionen unternommen. Ich erinnere Sie nur an die Demonstration gegen die Militärforderungen, den Zoll- und Lebensmittelwucher 2c. Aber wenn der Tätigkeitsdrang unter Ihnen gar so groß ist, so meine ich, daß die Parteigenossen wohl auch aus eigener Initiative jene Veranstaltungen treffen könnten. Wir haben — wie bereits erwähnt — im Frühjahr wieder größere Aktionen wegen der Militärforderungen gehabt. Wir haben immer hinausgehorcht, ob sich denn dort nichts rührt, und wir mußten — es ist bedauerlich, daß es so ist — neuerlich hinausgehen und den Wahlkreisen sagen: So rührt euch doch auch!

Das und vieles andere beweist, daß es durchaus nicht immer an der Parteivertretung gelegen ist, wenn draußen nicht immer das geschieht, wovon

die Genossen glauben, daß es geschehen sollte. Die Genossen sollten doch auch selbst solche Dinge in Angriff nehmen und brauchten da nicht immer erst auf das Aequit von Wien zu warten.

Was die Entwicklung unserer Organisation seit Aussig anlangt, muß ich konstatieren, daß wir damit — einige wenige Wahlkreise ausgenommen — sehr zufrieden sein können. Wohl machen wir keine besonders großen Sprünge, aber wir haben immerhin gerade in den letzten Jahren bemerkt, daß die Wahlkreise nunmehr den Ausbau ihrer Organisation ganz energisch in die Hand genommen haben und daß die Organisationen in der Tat eine festere und solidere Basis erhalten haben. Die Parteivertretung ist bestrebt, diese Organisationen, so weit als in ihren Kräften steht, zu unterstützen, und wir haben in der letzten Zeit wiederholt trotz unserer knappen Mittel an eine Anzahl Vertrauensmänner Subventionen erteilt, damit jemand in den einzelnen Bezirken, respektive Wahlkreisen, die Aufgaben der Partei erfüllen könne, ohne Furcht, gemaßregelt zu werden und dann die Stätte seiner Tätigkeit verlassen zu müssen. Vielfach ist ja unsere ganze politische und wirtschaftliche Organisation davon abhängig, ob wir einen unabhängigen Vertrauensmann erhalten können. Freilich können wir allen Anforderungen, die an uns herantreten, da nicht nachkommen. Es gibt heute fast keinen nennenswerten Parteiort, der nicht bestrebt wäre, einen solchen unabhängigen Agitator zu besitzen, und wir müßten uns die Parteikasse unserer deutschen Parteigenossen ausleihen, um allen diesen Forderungen Genüge zu tun. (Heiterkeit.) Und solche Forderungen werden oft in ganz unangebrachter Weise gestellt. Wir haben vor kurzem in Nordwestböhmen, dem zweijährigen Drängen der Genossen nachgebend, einen Vertrauensmann angestellt, nachdem wir lange genug uns dagegen gewehrt hatten, mit der Begründung, daß ohne jede Organisation und ohne jede finanzielle Grundlage kein Vertrauensmann über Wasser gehalten werden könne. Aber die Genossen schrieben uns immer: Gebet uns zuerst einen Vertrauensmann und wir werden euch zeigen, was wir aus dem Bezirke zu machen imstande sind. So haben wir dem ewigen Drängen nachgegeben. Aber die Genossen waren nicht imstande, auch nur die allerbescheidensten Anforderungen befriedigen zu können, und vor acht oder vierzehn Tagen hat der Vertrauensmann seinen Posten wieder verlassen müssen. Ich führe das nur an, weil die Parteigenossen in ihrer Kritik oft durchschimmern lassen, als ob es böser Wille wäre, wenn wir nicht allen ihren Forderungen nachgeben. Die Subventionen, die die Parteivertretung an Vertrauensmänner leistet, betragen monatlich über 400 K, immerhin bei unseren beschränkten Mitteln eine nicht zu unterschätzende Ziffer, besonders wenn man bedenkt, wie viel wir auch sonst noch für die Agitation auszugeben haben.

Nun muß ich noch eines Umstandes Erwähnung tun, der sich in den letzten Jahren sehr zum Schaden der Partei herausgebildet hat. Da ist bei Ersatzwahlen, sei es für den Reichsrat, sei es für den Landtag, wiederholt beschlossen worden, auch wenn der Wahlgang noch so aussichtslos war, einen Kandidaten aufzustellen, damit glaubte man auch schon alles getan zu haben. Mangels der hierzu notwendigen Agitation war die Folge, daß unser Kandidat weit weniger Stimmen erhielt als in früheren Wahlgängen, was durchaus nicht geeignet ist, das Prestige unserer Partei zu heben. Wenn wir uns einmal an einer Wahl beteiligen, so müssen wir das doch mit aller Kraft tun und müssen allen unseren Ehrgeiz dareinsetzen, vorwärts zu kommen und nicht zurückgeschlagen zu werden. Es ist eine zweifellos falsche Taktik, den Kandidaten aufzustellen und dann nichts für die Kandidatur zu tun.

Aber wenn wir auch derartige Vorkommnisse rügen müssen, so müssen wir doch andererseits auch wieder erfreuliche Zeichen von Tatkraft und Opfermut rühmend hervorheben, wie sie sich zum Beispiel bei den letzten Landtagswahlen in Steiermark gezeigt haben. Wenn wir auch bloß imstande waren, zwei Mandate aus diesem Wahlkampf zu holen, so hat doch die Wahl das ganz bedeutende Erstarken unserer Parteiorganisation in Steiermark geoffenbart. (Beifall.)

Und nun muß ich eine Angelegenheit besprechen, die in der letzten Zeit schon einigermaßen aus der Parteidiskussion verschwunden ist, die aber leider noch immer einige Genossen beschäftigt: die Angelegenheit des Simon Stark. Wir haben uns lange bemüht, den auf Abwege Geratenen wieder zur Vernunft zurückzuführen, und die Parteivertretung hat wiederholt Konferenzen und Besprechungen im Egerer Wahlkreis abgehalten, um doch einen Ausgleich zu ermöglichen. Bei der letzten Konferenz am 10. Mai 1903 waren Adler und ich anwesend, und wir haben uns redlich Mühe gegeben, den Zwist beizulegen. Es hatte auch fast den Anschein, als ob die Sache gut werden wollte, und die Anhänger Starks haben, wenn auch keine bindende Zusage, so doch das Versprechen gegeben, nunmehr wieder gemeinsam mit den übrigen Organisationen arbeiten zu wollen. Aber schon die Zieditzer Konferenz, die vierzehn Tage später tagte, hat unsere Absichten wieder über den Haufen geworfen und wir haben gesehen, wie Simon Stark versucht hat, selbständig politische Lokalorganisationen zu gründen, und wie er sein Blatt zu vertreiben und Kopfblätter von diesem zu gründen versuchte: allerdings nicht mit dem von ihm gewünschten Erfolg. Leider blieb kein anderer Ausweg, um endlich mit diesen Quertreibereien fertig zu werden, als die Konstatierung, daß sich Simon Stark mit Rücksicht auf sein Verhalten außerhalb unsere Partei gestellt hat.

Nun ist es begreiflich, daß sich solche persönliche Angelegenheiten, je stärker wir werden, immer häufiger wiederholen, und wir hatten in der letzten Zeit noch einen zweiten solchen Fall, der allerdings nicht denselben Umfang angenommen hat: das ist eine Angelegenheit in Vorarlberg. Unser ehemaliger Landesvertrauensmann Pechota hat dort verschiedene Dummheiten gemacht, die zur Folge hatten, daß er aus der Vorarlberger Organisation ausgeschlossen wurde. Ich betone ausdrücklich, daß die Ausschließung nicht in Gemäßheit des Organisationsstatuts erfolgte, sondern kurzerhand ohne Schiedsgericht vorgenommen wurde. Nun hat sich Pechota, der sich in der Schweiz befindet, an den Parteitag gewendet und protestiert gegen seine Ausschließung.

Noch ein anderer persönlicher Konflikt hat uns zu beschäftigen. Auf einer Wahlkreiskonferenz des Egerer Wahlkreises, die im März in Chodau stattfand und an der für die Parteivertretung Pernerstorfer und ich teilnahmen, sind wir mit Dr. Hugo Stark aus Karlsbad scharf aneinandergeraten. Die Ursache lag darin, daß er die Motive, die die Parteivertretung in bestimmten Fragen leiteten, zu verdächtigen suchte und daß er eine frühere Anwesenheit Huebers zum Vorwand nahm, um Privatgespräche in entstellender Weise gegen die Parteivertretung auszunutzen. Wir haben damals vielleicht scharfe, aber, wie ich glaube, nicht ganz unberechtigte Worte gebraucht, durch die sich Stark in seiner Ehre gekränkt fühlte. Er wendete sich nach dieser Konferenz an die Parteivertretung und verlangte die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Untersuchung des Falles. Die Parteivertretung hat diesem Ansuchen Rechnung getragen, aber das Schiedsgericht wurde durch die Art, wie Dr. Stark es angriff, gesprengt. Es waren die von ihm bestimmten Schiedsrichter, die sich durch die Art seiner Schreiben beleidigt fühlten und ihre Mandate zurücklegten. Unsere Schiedsrichter haben diese Zurücklegung einfach zur Kenntnis genommen und damit war die Angelegenheit für uns erledigt. Nun wendete sich Stark nachträglich noch ein paarmal an diese und jene Personen, die allerdings kein Mandat hatten, mit dem Verlangen, ein Schiedsgericht einzusetzen, bis endlich die Karlsbader Lokalorganisation an die Parteivertretung das neuerliche Ersuchen stellte, ein Schiedsgericht gegen Skaret, Pernerstorfer und Hueber einzuberufen. Die Parteivertretung betrachtete die Angelegenheit mit der Niederlegung der Mandate der Schiedsrichter Dr. Starks für sie als erledigt. In Konsequenz dieses Beschlusses lehnte die Parteivertretung beidemale das Ansuchen der Lokalorganisation auf Wiedereinsetzung eines Schiedsgerichtes ab. Die Folge ist, daß sich nunmehr die Lokalorganisation Karlsbad, die die Angelegenheit Stark zu der ihren gemacht zu haben scheint, an den Parteitag wendet, damit dieser Stark „Gerechtigkeit

widerfahren lasse". Nun kann die Angelegenheit aus zwei Gründen hier nicht erörtert werden. Zunächst ist es eine rein persönliche Angelegenheit und wir haben uns noch auf keinem Parteitag mit solchen Dingen mehrere Stunden lang aufgehalten und wir haben auch nicht die Zeit dazu. Dazu kommt, daß der eigentliche Ankläger auf dem Parteitag gar nicht anwesend ist.

Wir schlagen Ihnen daher vor, die Angelegenheit der Ausschließung Pechotas wie auch den Antrag der Karlsbader Organisation wegen des Schiedsgerichtes einer fünfgliedrigen Kommission zuzuweisen, die die Sache prüfen und dann dem Parteitag Bericht erstatten soll.

Nun ist aber in letzter Stunde noch ein Schreiben eingelangt von einem Genossen Jenischek, der vor ungefähr zwei Jahren aus der Bezirksorganisation Wien XIX ausgeschlossen wurde. In Aussig wurde vom Parteitag an den er rekurrierte, die Ausschließung aufgehoben, aber mit Rücksicht auf die groben Verstöße Jenischeks und auf die ganze Art seines Betragens in der Organisation beschlossen, er sei zu keiner Partei- oder Vereinsfunktion zuzulassen. Gegen diese Einschränkung wendet sich der neuerliche Rekurs des Jenischek und bitte ich Sie, auch diese Sache der Kommission zu überweisen.

Ich bin fertig und bitte Sie nur, die Tätigkeit der Parteivertretung nicht so zu beurteilen, daß wir Sie immer anzuweisen haben, was für Aktionen gemacht werden sollen. Tun Sie in Ihrer Organisation, was notwendig und möglich ist. Dort, wo in den beiden letzten Jahren genügend gearbeitet worden ist, haben wir Erfolge aufzuweisen und unsere Organisation hat dort ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Leider ist das aber nicht überall in dem notwendigen Ausmaße geschehen. Ich hoffe aber, daß wir auch dort, wo es bisher nicht nach Wunsch gegangen ist, Erfolge verzeichnen werden. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Tomschik** (Wien).

Den

Kassenbericht

erstattet

Dr. **Ellenbogen:** Aus meinem gedruckt vorliegenden Bericht werden Sie ersehen, daß die Parteisteuereingänge angewachsen sind, woraus Sie deutlich erkennen können, in welchem Grade die Organisation in der Provinz fortschreitet. Es muß festgehalten werden, daß diese Fortschritte in einer Zeit zu verzeichnen sind, wo die schleichende Krise auf den Gipfelpunkt gestiegen ist. Da haben wir eine Steigerung um 31 Prozent an Parteisteuer zu konstatieren. Tatsächlich hat sich herausgestellt, daß durch den auf dem Linzer Parteitag gefaßten Beschluß die einzelnen Organisationen enger an die Parteileitung angeschlossen wurden, wodurch eine genaue Kontrolle über die Entwicklung der Organisationen in der Provinz ermöglicht wurde. Wir sind jetzt in der Lage, in jedem Augenblick sagen zu können, ob eine bestimmte Organisation fortschreitet oder ob sie stagniert. Allerdings wäre es wünschenswert, daß die Genossen uns hier ausführlicher berichten und wenigstens auf dem Parteitag uns einen besseren Einblick in ihre Tätigkeit geben würden.

Von den einzelnen Ausgabsposten sei angeführt, daß wir für Agitation 5591 K ausgegeben haben, für die spezielle Agitation anläßlich der Aktion für die Altersversorgung 242 K; das ist nur der Rest dieser Ausgabe, der in die letzte Periode fällt. Für Subventionen haben wir 9750 K ausgegeben, für Delegationskosten zu den verschiedenen Konferenzen 2719 K, und wenn wir diese Posten mit anderen kleineren Posten zusammennehmen, so ergeben sich Agitationskosten im Betrage von 24.193 K. Auch für Prozesse haben wir 1774 K ausgegeben; das ist vielleicht auch ein Zeichen der Zeit, ich meine die Geringfügigkeit der Summe gegenüber der vergangenen Perioden. 1760 K haben wir an die Gesamtexekutive abgeliefert.

Das sind einige Ziffern, die ich Ihnen anführen mußte; das übrige haben Sie in dem Ihnen vorliegenden gedruckten Bericht.

Den

Bericht der Kontrolle

erstattet

Beer (Wien): Wir haben die Geschäfte der Partei gewissenhaft geprüft und sind auf Grund der Ergebnisse zu der Ueberzeugung gekommen, daß alles in vollster Ordnung ist. Der Parteikassier Ellenbogen hat darauf hingewiesen, daß eine erfreuliche Steigerung der Einnahmen zu verzeichnen sei. Ich glaube jedoch, es ließe sich auf diesem Gebiete noch mehr tun, als bisher geschehen ist. Ganz besonders verweise ich darauf, daß sich im Berichte auf jenen Seiten, die die Abgaben der Organisationen an die Parteikasse ausweisen, ganz bedauerliche Lücken finden. Das beweist, daß die Organisationen nicht pünktlich zahlen. Wir beantragen, dem Parteivorstand und dem Parteikassier das Absolutorium zu erteilen.

Dietl (Saaz): Wir haben auf dem Parteitag eine ganze Menge Angelegenheiten zu erledigen, können uns also mit den persönlichen Angelegenheiten nicht befassen. Wir müssen es der Kommission überlassen, die Angelegenheit Dr. Stark, Pechota-Vorarlberg und Jenischek-Wien zu überprüfen, die auch in der Lage ist, den diesbezüglichen Briefwechsel einer eingehenden und gründlichen Prüfung zu unterziehen. Bei der Zusammensetzung der Kommission müssen wir auf die einzelnen Länder Rücksicht nehmen, damit sich kein Teil benachteiligt fühlen kann. Ich beantrage: Widholz, Eldersch, Muchitsch, Schäfer und Bartel.

Seliger (Teplitz): Skaret hat die Affaire Simon Stark nicht ganz richtig dargestellt, indem er von einer Ausschließung Starks sprach. Es lag der Landeskonferenz der deutschen Wahlkreise in Böhmen, die sich mit der Sache beschäftigt hat, der Antrag vor, die Ausschließung Simon Starks gutzuheißen. Aber die Konferenz erkannte, daß eine Ausschließung überflüssig ist, weil sich Stark durch seine Tätigkeit selbst außerhalb des Rahmens der Parteiorganisation gestellt hat, und es blieb der Organisation nichts übrig, als den Austritt Starks aus der Partei zur Kenntnis zu nehmen. Das ist dann auch auf der Kreiskonferenz des Falkenauer Wahlkreises so beschlossen worden. Ich muß das deshalb erzählen, weil Stark überall damit krebsen geht, daß er wegen abweichender Meinungen ausgeschlossen worden sei.

Dr. Ellenbogen hat den Wunsch ausgesprochen, es mögen sich die Parteigenossen hier aussprechen, wie es in der Provinz aussieht. Das ist in zehn Minuten schwer zu sagen. Die Berichte, die Ihnen vorliegen, geben gewiß kein richtiges Bild der Verhältnisse in den Wahlkreisen. Ich kann hier nur über das sprechen, was in unserem Wahlkreise vorgeht, und da muß ich Ihnen sagen, die Parteibewegung befindet sich bei uns — und das wird auch für eine Reihe anderer Wahlkreise Deutschböhmens zutreffen — unter tristen Verhältnissen. Es ist ungemein schwer zu arbeiten. Was wir auf das schwerste empfinden, ist, daß sich der Arbeiterschaft eine Hoffnungslosigkeit bemächtigt hat, die alle ihre Tatkraft lähmt. Skaret hat gemeint, man solle doch nicht an die Parteivertretung herantreten, daß sie Aktionen einleite. Ich erkläre Ihnen, ich habe immer Angst davor, daß es der Parteivertretung einfallen könnte, in irgend einer Sache eine Aktion zu unternehmen. Wir haben ja in diesen letzten zwei Jahren Aktionen gehabt, die wir unternehmen mußten. Es ist einfach nicht möglich, selbst bei Dingen, von denen man glauben sollte, daß doch Verständnis für sie vorhanden ist, das Interesse der Arbeiter zu wecken. Wir haben erlebt, daß es uns nicht möglich war, zum Beispiel in der Frage der Militärvorlage auch nur halbwegs respektable Versammlungen zustande zu bringen, Versammlungen, wie wir sie sonst in den traurigsten Zeiten des politischen Stillstandes gehabt haben. Von einem demonstrativen Charakter der Versammlungen von der Art, daß man von Aktionen großen Stils reden könnte, ist nicht die Rede. Wir haben jetzt eine Aktion gegen die Milchverteuerung unternommen, aber ich erkläre Ihnen, es ist uns vielfach nicht möglich, diese Aktion auch nur halbwegs zum Leben zu erwecken. Es ist unter den Verhältnissen, wie sie bei uns vorhanden sind, einfach nicht möglich, diese Aktion auch nur halbwegs zum Leben zu erwecken. Es ist unter den Ver-

hältnissen, wie sie bei uns vorhanden sind, einfach nicht möglich, große Aktionen zu unternehmen, und je weniger die Parteivertretung solchen Wünschen, wenn sie an sie herantreten, Gehör schenkt, desto besser für uns. Es ist nicht möglich, in der kurzen Zeit über die Ursachen dieser Dinge und die Möglichkeit der Beseitigung zu sprechen.

Zum Fall Dr. Stark (Karlsbad) möchte ich bemerken, daß mir da ein Mangel des Organisationsstatuts vorzuliegen scheint. Wie kommt die Parteivertretung überhaupt dazu, dem Wunsche Starks nach einem Schiedsgericht, das über Differenzen zwischen einzelnen Genossen und der Parteivertretung entscheiden soll, nachzukommen? Mit welchem Recht verlangt Dr. Stark ein solches Schiedsgericht? Dem Mangel abzuhelfen, schlage ich vor, daß nach dem ersten Absatz unseres Organisationsstatuts eingefügt werden soll: „Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Parteiorganisationen gegen die Parteivertretung entscheiden die Parteikontrollore. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen.“ Das würde ungefähr der Einführung entsprechen, die auch in Deutschland besteht. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Nicht um eine politische Rede zu halten, habe ich mich zu diesem Punkte der Tagesordnung zum Worte gemeldet, obgleich es sehr verlockend wäre, auf die Frage, ob die Parteivertretung zur Belebung der Agitation genug getan hat, einzugehen, und ich bin überzeugt, daß in einer etwaigen Diskussion nicht viele mit Seliger übereinstimmen würden, der da meinte: Je weniger die Parteivertretung in der Agitation tut, desto besser. Nach dieser Anschauung wäre es ja am allerbesten, wenn die Parteivertretung überhaupt ihre Tätigkeit einstellen würde. Doch ich will, wie gesagt, Selbstbeschränkung üben und zum Bericht wirklich über den Bericht sprechen. So viel Arbeit der Parteibericht auch gemacht hat und so sehr er sich durch seinen reichen Inhalt günstig von früheren Parteiberichten unterscheidet, ist er doch nicht imstande, ein richtiges Bild von der Entwicklung unserer Parteiorganisationen und vom Umfang der Parteitätigkeit zu geben. Es ist zum Beispiel unmöglich, daraus zu erfahren, wie stark die Partei in den einzelnen Gemeinden des Reiches vertreten ist. Aus den Angaben, die von den einzelnen Wahlkreisen der Parteivertretung zur Verfügung gestellt wurden, sind absolut keine zuverlässigen Daten herauszuziehen. Die einen teilen bloß mit, an wie vielen Wahlen man sich beteiligt hat, andere wieder bloß, wie viele Mandate sie besitzen, andere, in welchen Orten unsere Partei sich an den Wahlen beteiligt hat. Es ist also nicht festzustellen, wie es in dieser Hinsicht wirklich mit der Stärke der Partei bestellt ist. Ebensowenig vermag der Bericht anzugeben, wie groß die Zahl der politisch organisierten Proletarier eigentlich ist. Aus den Berichten der Wahlkreise ist in dieser Hinsicht fast gar nichts zu ersehen. Das ist aber sehr bedauerlich und ein Uebelstand, der wohl kaum bei einer Bruderpartei in anderen Ländern vorkommen dürfte. Dabei geht es mit vielen anderen Dingen so. So ist die Zahl der abgehaltenen Versammlungen ganz unrichtig und unzuverlässig. Eine Wahlkreisorganisation gibt bloß eine Liste der politischen Versammlungen, eine andere mengt unterschiedslos die gewerkschaftlichen hinein, eine dritte erwähnt die § 2-Versammlungen gar nicht und schließlich kommt es vor, daß man einfach berichtet: Die Zahl der Versammlungen war ungeheuer groß. (Heiterkeit.) Auch die politischen Verfolgungen werden nur höchst ungenau registriert und es ist vorgekommen, daß das Sekretariat einzelne politische Verfolgungen, die bekannt waren, erst in den Wahlkreisbericht, der sie nicht erwähnte, hineinschreiben mußte; das muß künftighin besser gemacht werden. Es ist notwendig, daß bessere Berichte abgefaßt werden, die ein genaues Bild der Stärke der politischen Organisation geben. Wir müssen doch vor allem selbst wissen, wie stark wir sind. Genosse Ellenbogen hat gemeint, daß man den Bericht hier in der Diskussion ergänzen könnte. Da kann ich ihm nicht beipflichten. Wir würden ja gewiß recht interessante Dinge erfahren; aber die Zeit des Parteitages ist denn doch zu beschränkt dazu. Besser ist es, wenn die Wahlkreisvertrauensmänner die Mahnung beherzigen und ihre Berichte das nächstemal genauer machen. (Beifall.)

Petersilka (Wien): Winarsky hat gemeint, sich mehr auf die Kritik des Parteiberichtes beschränken zu müssen, und wollte auf die Ausführungen Skarets und Seligers nicht näher eingehen. Er scheint das mir überlassen zu wollen. Ich bin der Anschauung, daß die Parteivertretung zwar nicht Wunder wirken kann, aber daß mehr schon möglich gewesen wäre. Die Berichte, die uns zugekommen sind, zeigen uns, daß es im Reiche mit der Parteibewegung sehr flau steht. Nicht etwa, daß wir wenig Sozialdemokraten haben; aber Tatsache scheint es mir, daß die Bewegung in Bahnen gelangt, die uns nicht erwünscht sind. Ich habe mir erlaubt, Auszüge zu machen über Aeußerungen von Mitgliedern der Parteivertretung auf früheren Parteitagen.

Auf dem Gesamtparteitag in Brünn 1899 sagte Dr. Adler: „Unsere Haltung in Zukunft wird sein, daß wir jedem Versuch, mit Scheinkonstitutionalismus zu regieren, entgegentreten werden; nicht, indem wir durch Obstruktion das Parlament mechanisch zum Stillstand bringen, sondern indem wir die lebende Kraft des Volkes aufrufen, indem wir an alles, was politisch fühlt, indem wir an die Arbeiter appellieren und so dieses alte Oesterreich ad absurdum führen."

Auf dem Parteitag in Graz 1900 heißt es in einer Resolution: „In Erwägung dessen hält der Parteitag den Zeitpunkt für eine mächtige, sich über das ganze Reich erstreckende Agitation gegen den Volksbetrug der fünften Kurie und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für gekommen und beauftragt die Parteivertretung, sofort an die Organisation dieses Kampfes zu gehen."

In Wien 1901, in Aussig 1902 und wieder in Wien 1903 hörte man ähnliche Aeußerungen und überall wurde betont, daß man nun den Kampf ums Wahlrecht mit aller Energie führen müsse. Ich frage Sie nun, wo das alles, was uns da in Resolutionen und Reden vor Augen geführt wurde, von der Parteivertretung auch durchgeführt worden ist. Und wenn uns nun Seliger ein so trauriges Bild entworfen hat, dann müssen wir ihm unsere steirischen Genossen entgegenhalten, bei denen wir in erfreulicher Weise das Umgekehrte sehen. Das kann überall so gehen, und wofern nur den Genossen die Möglichkeit gegeben wird, sich zu betätigen, werden wir überall Erfolge haben. Viele Wiener Genossen glauben, daß die Parteivertretung es da an starker Initiative vermissen läßt. Wenn die Verhältnisse zehn Jahre so weiter bleiben werden, sollten wir da etwa noch zehn Jahre warten, bis Wandel geschaffen wird? Die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Klasse haben es ja gewiß nicht dringend, aber die Arbeiter wollen nicht länger warten. Wie lange sollen wir uns denn noch mit den bloßen Versprechungen von Preßreform, Altersversicherung und anderen Dingen abspeisen lassen? Wir müssen endlich darangehen, eine systematische und ausgebreitete Agitation zu entfalten und nicht eine solche, die sich auf Volksversammlungen beschränkt und die wir bald wieder versanden lassen. Wir müssen trachten, daß das Ministerium Koerber endlich verschwinde, denn die finstere Reaktion, ja selbst eine Regierung des Ausnahmszustandes ist besser als diese Situation, die auf die Dauer unerträglich wird. Wir müssen es der Parteivertretung zur Pflicht machen, die Sache endlich einmal energisch zu betreiben und vor keinem Mittel zurückzuschrecken. (Beifall.)

Schrammel (Aussig): Gestatten Sie mir, daß ich die Ursachen beleuchte, warum es in einzelnen Bezirken schlechter aussieht. Die Schuld liegt nicht in den Genossen der einzelnen Wahlkreise, sondern in den einzelnen Vertrauenspersonen, die an der Spitze der Organisation stehen. Der innere Zwist verhindert da eine gute Organisation, da sich mit ihm die Genossen fortwährend beschäftigen müssen. Ich meine da vor allem den Falkenauer Wahlkreis, wo gerade wegen der persönlichen Streitigkeiten eine ordentliche Organisation nicht aufkommen kann. Auch im Teplitzer Kreis ist es nicht viel besser, wo aber nicht jene Leute, die jetzt an der Spitze stehen, daran schuld sind, sondern jene, die früher das Vertrauen mißbraucht haben. Ich muß entschieden erklären, daß die österreichische Arbeiterschaft nicht so gleichgültig ist, wie Seliger geschildert hat; daß sie uns nicht gleichgültig gegenübersteht, dafür ist unser

Wahlkreis ein Beweis. Da waren alle Versammlungen bei allen Aktionen gut und sogar sehr gut besucht, und zwar überall, an jedem Orte. Aber ein noch besserer Beweis sind die Ziffern des Parteikassiers im Vergleich mit denen der früheren Jahre. Unser Wahlkreis hat diesmal über 500 K mehr an Parteisteuer abgeliefert und ich muß bemerken, daß auch die Reichenberger Steuern dasselbe beweisen. Wir haben keinen Anlaß, uns selbst für schlaff zu erklären, und wir können uns ruhig gestehen, daß trotz der Versumpfung im politischen Leben unter der Arbeiterschaft ein reges Leben herrscht.

Ein Beispiel noch: In Aussig haben wir einen Konsumverein gegründet, der nichts auf Borg gibt, und dieser Verein hat heute bereits 1000 Mitglieder. So geht es bei uns auch in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen vorwärts. Es ist wahr, daß wir nicht zu rosig malen dürfen, aber ich halte es auch für gefehlt, wenn man so spricht, als ob die Versumpfung, die im Staate herrscht, auch die Arbeiterbewegung ergriffen habe.

Muchitsch (Graz): Die Aufforderung Ellenbogens an die Provinzdelegierten hätte mich nicht veranlaßt, zu sprechen; wohl aber habe ich nach den Ausführungen Seligers die Pflicht gefühlt, diese Ausführungen nicht unwidersprochen zu lassen. Seliger hat es so dargestellt, als ob die Arbeiterschaft jede Hoffnung, jeden Glauben an ihre Bewegung verloren hätte. Das ist aber einfach nicht wahr. Wir Steirer wurden heute wegen unseres Sieges vielfach gelobt. Es hat uns wirklich gefreut, Anerkennung zu finden, und ich kann nicht sagen, daß wir selbst irgendwie unzufrieden mit unserem Siege wären, weil wir vielleicht mehr erwartet hätten. Im Gegenteil, die Wahl hat uns den Beweis erbracht, daß wir gut gearbeitet haben, aber sie hat uns auch gezeigt, wo wir noch mehr arbeiten müssen, um bei den nächsten Reichsratswahlen Erfolge zu erzielen. Wir hatten in den letzten zwei Jahren Erfolge aufzuweisen, wie wir sie bisher überhaupt noch nicht hatten. Die Häuser- und Straßenorganisation, auf die sich unsere Organisation aufbaut, ist in einer großen Zahl von Orten ausgebaut worden. Die Organisation ist heute bedeutend schlagfertiger als früher. Unsere Parteipresse hat einen bedeutenden Aufschwung genommen, unsere Finanzen haben sich bedeutend gebessert. Aber alle diese Erfolge sind nicht gar so leicht errungen worden. Es ist zum Beispiel ein Blatt von einem ehemaligen Parteigenossen herausgegeben worden, in dem nicht nur die Partei, sondern alle an der Spitze stehenden Genossen in der unflätigsten Weise beschimpft worden sind. Bei der Gemeinderatswahl wurde das Blatt vom deutschnationalen Wahlausschuß an alle Wähler des dritten Wahlkörpers verschickt. Trotzdem haben wir aber alle Mandate des dritten Wahlkörpers erobert. Eine förmliche Maffia hat gegen uns gekämpft. Wir haben uns nicht beirren lassen, sondern haben tapfer weitergearbeitet. Trotz dieser geradezu unglaublichen Anfeindungen haben wir bedeutende Erfolge erzielt. Für diese Landtagswahl haben wir seit dem Beginn dieses Jahres gearbeitet und wir haben nahezu zweihundert Versammlungen abgehalten, in denen wir zu Zehntausenden sprachen. Ein Kandidat allein hat sechzig Versammlungen abgehalten. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß wir aus unserer Landeskasse monatlich 100 K an Subventionen für unsere Vertrauensmänner ausgeben.

Wenn es wahr wäre, daß sich der Arbeiterschaft solche Hoffnungslosigkeit bemächtigt hat, so müßte das doch wenigstens zum Teile auch in der Steiermark zutreffen. Wir haben heute in Graz 500 Vertrauensmänner fortwährend auf den Beinen, die in der Straßenorganisation tätig sind, und das ist gewiß mit ein Beweis, daß es nicht so ist, wie es Seliger sagte. Es ist dann gesagt worden, daß vielfach persönliche Differenzen schuld sind, wenn die Organisation nicht die gewünschten Fortschritte macht. Persönliche Differenzen kommen überall vor. Wir sind auch nicht davon verschont. Aber wir haben das Glück, daß bei uns die persönlichen Angelegenheiten noch nicht auf die Organisation übertragen worden sind. Wenn auch über die Landtagskandidaturen Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, so hat sich doch jeder, sobald der Beschluß der Landesorganisation vorlag, dem Beschluß gefügt und alle haben mit bewunderungswürdiger Begeisterung dafür gearbeitet,

daß jene Kandidaten durchdringen, die von der Parteivertretung vorgeschlagen und von der Landeskonferenz beschlossen worden sind. (Lebhafter Beifall.)

Wenn sich eine Versumpfung zeigt, so tragen wir dem nicht dadurch Rechnung, daß wir sie auch in unsere Reihen einlassen, sondern wir nehmen das zur Ursache, mit noch größerer Kraft zu arbeiten, damit angedeutet werde, was unserer Organisation im Wege steht. (Lebhafter Beifall.)

Schäfer (Reichenberg): W i n a r s k y hat darüber Klage geführt, daß im Bericht über die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu wenig enthalten sei. Ich muß aber sagen, daß ich damit ganz zufrieden bin, und ich glaube, daß es nicht möglich ist, einen detaillierten Bericht zu geben. In sehr vielen Fällen läßt sich die Zugehörigkeit der „sozialdemokratischen“ Gemeindevertreter zur Partei nicht feststellen. Es wurden eben sehr oft Kandidaten aufgestellt, ohne daß man sich mit den zuständigen Körperschaften ins Einvernehmen gesetzt hätte und ohne daß man auch nur die nötigste Vorsicht bei der Auswahl der Kandidaten beobachten würde. Was für Zwecke hätte es, wenn man uns erzählen würde, daß in soundsoviel hundert Gemeinden sozialdemokratische Vertreter sind, wenn wir wissen, daß diese eine ganz andere Haltung einnehmen, als wir sie von Sozialdemokraten erwarten müssen? Es wäre sehr an der Zeit, daß unsere Organisationen da viel rücksichtsloser vorgehen als bisher. In unserem Wahlkreis haben wir die meisten sozialdemokratischen Gemeinderäte. Aber wir haben schon vor zwei Jahren Stellung dagegen nehmen müssen, daß man sich an den Wahlen beteiligt, wenn nicht die geeigneten Kandidaten vorhanden sind und wenn bloß Leute aufgestellt sind, die oppositionell sind, aber alles andere eher tun, als was die Sozialdemokratie verlangen könne. Ich würde wünschen, daß die Parteiorganisation Einfluß darauf nehme und gegen die Mißstände auftrete.

Seliger hat auseinandergesetzt, daß die politische Bewegung ganz darniederliege, und er hat nicht so unrecht. Aber wenn wir ihm ganz recht geben, so müssen doch ganz andere Umstände der Stagnation zugrunde liegen. Es kann nicht allein die Hoffnungslosigkeit der Arbeiter sein, sondern es muß wohl an den nötigen organisatorischen Kräften fehlen oder daran, daß man vielleicht auf die kleine organisatorische Arbeit nicht jenen Wert legt, der notwendig ist. Wir sollten uns Steiermark zum Muster nehmen und ich glaube, es gibt auch in Böhmen eine Menge von Industriestädten, wo sich in der politischen Organisation mehr erreichen läßt. Es ist nicht richtig, daß, weil die Einnahmen des Parteikassiers viel größer geworden sind, schon bewiesen sei, daß die politische Organisation einen riesigen Aufschwung genommen habe. Die Vermehrung der Einnahmen ist nur zum geringsten Teile dem Aufschwung der politischen Organisation, zum größten Teile aber dem Aufschwung der anderen Organisationen zuzuschreiben. Wir müssen das auch begrüßen; aber wir sollten uns ernstlich damit beschäftigen, wie es möglich ist, die politische Organisation bedeutend besser auszubauen. Es ist geradezu eine Schande, wenn wir in den Parteiberichten verschiedener Organisationen nicht einmal die Ziffern finden, wie viel politisch organisiert sind. S k a r e t sollte solche Berichte, die darüber gar keine Aufschlüsse geben, nicht mehr annehmen. Wenn auch die Organisation schlecht steht, so dürfen das die Genossen doch nicht verschweigen, weil es sonst nie besser werden kann.

Wenn P e t e r s i l k a der Parteileitung vorwirft, daß sie eine Anzahl von Parteitagsbeschlüssen nicht durchgeführt hat, so sage ich, daß in den letzten Jahren überhaupt nichts geschehen ist, was nicht auf eine Anregung der Parteileitung zurückzuführen wäre. Und ein Vorwurf trifft nicht die Parteileitung, sondern die Genossen, die diese Anregungen nicht befolgen. Es würde wahrlich nicht besser werden, wenn die Parteileitung dem Wunsche S e l i g e r s nachkäme und die Anregungen nicht mehr hinausschicken würde. Wir dürfen nicht verkennen, daß es zahlreiche Bezirke und Wahlkreise gibt, wo ohne das Drängen der Parteileitung überhaupt nichts geschähe.

Zum Schluß will ich noch feststellen, daß gerade jetzt in der letzten Zeit in einem Teile von Deutschböhmen sich eine Besserung bemerkbar macht. Die Lebensmittelverteuerung ist durchaus nicht so gleichgültig aufgenommen

worden. Wir haben da eine Reihe von Massenversammlungen abgehalten und es hat sich dabei ein so reges Interesse für die Aktionen der Partei gezeigt, daß wir vollkommen zufrieden sein können.

Wir brauchen den Mut nicht sinken zu lassen. Der angeblich trostlose Zustand in Deutschböhmen läßt sich zum großen Teil aus dem Temperament unserer Arbeiter erklären, das nicht so lebendig ist als das der österreichischen und steirischen Arbeiter; wir müssen diese scheinbare Gleichgültigkeit wettmachen durch ausgiebige Arbeit in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Bartel (Falkenau): Unser Wahlkreis ist das Schmerzenskind der Partei schon seit Jahren. Vor allem fehlt es hier an dem, was die Grundbedingung für jedes gemeinsame Arbeiten ist: an einem natürlichen politischen Zentralpunkt. Wir haben drei oder vier ziemlich große Städte, aber keine Stadt wie Teplitz, Reichenberg, Aussig mit pulsierendem politischen Leben, nach der alles gravitiert. Falkenau ist eine vollständig tote Stadt, auch bei den bürgerlichen Parteien rührt sich dort nichts. In Karlsbad, das aber wieder von Falkenau aus sich wenig beeinflussen läßt, ist in der Stadt so gut wie keine Bewegung. Wir haben Eger, Asch, eine ganze Anzahl kleinerer Orte, die jeder für sich arbeiten, aber keinen natürlichen Zentralpunkt. Es kommt aber auch in Betracht, daß in Westböhmen der Boden für Sonderbestrebungen, wie wir sie dort haben, ganz besonders geeignet ist, daran sind die intellektuellen Verhältnisse unter der Arbeiterschaft schuld. Viele Bergarbeiter zumal sind Gefühlsmenschen, die sich leicht von dem beeinflussen lassen, der immer um sie her ist und ihren vielfach rückständigen Anschauungen schmeichelt. Wir haben Bezirke, die ganz agrarisch sind, und eine rein industrielle Arbeiterschaft gibt es nur im Karlsbader und Ascher Bezirk. Die persönlichen Streitigkeiten haben viel beigetragen, daß die Organisation einen Rückgang zu verzeichnen hat. Aber diese allein nicht. Man darf nicht vergessen, daß es eine wirkliche Organisation in Westböhmen überhaupt nicht gegeben hat. Was 1897 dort bestand, war keine Organisation, sondern ein künstliches Gewächs, das sich so lange erhielt, als die Quellen flossen. Hätten wir mehr intelligente, geschulte Arbeiter, so wäre es jetzt anders dort. Der Falkenauer Bezirk gehört so gut wie gar nicht unserer Bewegung an, der steht im Lager des Simon Stark. Wir haben dort etwa 700 Abonnenten des „Volkswillen" verloren. Die Auflage des Blattes ist aber trotzdem nicht gesunken, ein Beweis, daß es im Wahlkreise doch nicht so ganz still ist. Der Verlust wurde im Karlsbader Bezirk wettgemacht, wo man jetzt anfängt, wirklich brav zu arbeiten, in Liechtenstadt und zum Teil auch in Asch. Die Arbeit würde besser gehen, wenn wir genügend Kräfte hätten. Unsere Vertrauensmänner sind ja ganz gute Genossen, aber von einer geregelten Tätigkeit haben die meisten keine Ahnung und oft lassen sie sich zum Beispiel bei Gemeindewahlen sogar von den bürgerlichen Parteien ins Schlepptau nehmen.

Der Mangel an Kräften ist der Grund, warum es bei uns nicht vorwärts gehen will. Die Parteileitung möge uns da zu Hilfe kommen, und ich glaube, es wird gehen. In Falkenau allerdings, glaube ich, werden wir nicht so bald fertig mit den Streitigkeiten, aber wir können es in den anderen Bezirken wettmachen.

Stein (Wien): Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, die bis jetzt nicht in Diskussion gezogen wurde. Es wurde die Frage aufgeworfen, warum es in den einzelnen Bezirken trostlos oder weniger trostlos aussieht. Ich glaube, daß es tatsächlich an der nötigen Aufklärung der breiten Massen fehlt und daß dieses Interesse nicht nur durch Versammlungen und Konferenzen, sondern viel mehr noch durch Lektüre der Broschüren geweckt werden kann, durch die unsere Parteigenossen in früheren Jahren so viel an Begeisterung und Hoffnungsfreudigkeit gewonnen haben. Ich will Ihnen nicht ein Bild der Kolportage unserer Zeitschriften geben; aber da diese Angelegenheit mit der agitatorischen Tätigkeit unserer Partei im engsten Zusammenhang steht, sollte sie auch jetzt besprochen werden. Die Einnahmen aus den Broschüren, ehemals eine der wichtigsten Einnahmsquellen für die Partei, sind,

wie Sie aus dem Bericht des Kassiers ersehen können, ungeheuer zurückgegangen. Nach dem Bericht von 1900 waren die gesamten Einnahmen dieses Kontos 20.664 K, so daß auf ein Jahr 10.332 K Reineinnahmen entfielen. Der heurige Bericht weist 15.867 K für die beiden Jahre auf und wenn wir die zwei vorigen Jahre noch dazu nehmen, so kommen auf ein Jahr durchschnittlich 6267 K, das heißt um 4100 K weniger als vor vier Jahren.

Diese Ziffern sollten uns Anlaß zum Nachdenken geben. Wir müssen die Leute, die nicht in die Versammlungen kommen, um sich da aufklären zu lassen, mit Flugblättern und Broschüren aufsuchen, und der Parteitag hätte die Pflicht, die Genossen überall auf die Notwendigkeit dieser politischen Kleinarbeit sowohl in organisatorischer als agitatorischer Hinsicht aufmerksam zu machen.

Schloßnikel (Sternberg): Zunächst möchte ich mich gegen die Behauptung Skarets wenden, daß die Initiative zu größeren Aktionen nicht notwendig von der Parteileitung ausgehen muß. Aber das ist nicht anders möglich. Solche Aktionen können nur von Wien aus angeregt werden. Auch in den einzelnen Wahlkreisen müssen ja alle Aktionen von der Zentrale ausgehen, und wenn bei uns im VI. mährischen Wahlkreise die Organisation ganz gut ist, so ist das vor allem dem zu danken, daß die Leitung der Aktionen in den Händen der Wahlkreisleitung ist. Ebenso muß es auch mit allen anderen Aktionen sein, die nur von der Parteileitung bestimmt werden können. Wenn Ellenbogen wünscht, daß die Vertrauensmänner auf dem Parteitage berichten, so finde ich, daß das ein Rückfall in alte Mißbräuche ist. Wir haben die mündlichen Berichte seinerzeit abgeschafft, weil die Parteitage dadurch nur überlastet wurden. Nebenbei sei bemerkt, daß es gut wäre, wenn man die schriftlichen Berichte nicht gar so sehr zustutzen würde. Denn dadurch wird oft den Berichten das einzig Interessante, was darin ist, genommen. Wenn sich einzelne Genossen über die Mangelhaftigkeit der Berichte beschweren, so müssen Sie sich nicht an die Berichterstatter wenden, sondern an diejenigen, die die Berichte so zugeschnitten haben.

Was die Versammlungen anlangt, so muß ich mich energisch dagegen wenden, wenn Seliger erklärt, es mache ihm Grauen, wenn die Parteivertretung mit Aktionen komme. Ich weiß nicht, wie es in seinem Wahlkreis ist, aber bei uns sind auch bei Aktionen lokalen Charakters die Versammlungen ausgezeichnet besucht, ebenso auch bei außerordentlichen Anlässen, wo die Parteivertretung für das ganze Reich Aktionen arrangiert. Was die Gemeindewahlen anlangt, so meine ich, daß wir uns einmal auf einem Parteitag speziell mit dieser Frage werden beschäftigen müssen. Wir haben in unserem Wahlkreise auch einige Erfolge erzielt; in einigen Orten haben wir den ganzen Wahlkörper erobert, aber nach der Eroberung haben wir Erfahrungen gemacht, daß es uns lieber gewesen wäre, wir hätten den Wahlkörper nicht erobert.

Dötsch (Asch): Es ist nicht alles ganz richtig, was Bartel über den IV. böhmischen Wahlkreis gesagt hat. Aber die Zustände sind doch wirklich derart, daß sie der gesamten Parteiorganisation zum Schaden gereichen. Täuschen Sie sich nicht, daß die Starksche Bewegung so schwach wäre. Die Bewegung hat wohl keinen festen Untergrund, aber die Leute arbeiten unermüdlich und wir dürfen die Bewegung nicht unterschätzen. Da müssen wir auch die Kleinarbeit verrichten, sonst können wir sicher sein, daß wir ein riesiges Fiasko erleiden müssen. Wenn Dr. Stark über Pernerstorfer so beleidigt ist, so meine ich, daß Pernerstorfer ebenso von Stark beleidigt wurde. Ich möchte an die Parteivertretung die Bitte richten, daß sie in Hinkunft dem Wahlkreis mehr Aufmerksamkeit schenke und daß sie dort, was sie uns schon lange versprochen haben, endlich ein Parteisekretariat errichte. Mit Versprechungen allein ist uns nicht gedient.

Hillebrand (Teplitz): Es läßt sich nicht leugnen, daß wir bei jeder Aktion auf eine Gleichgültigkeit stoßen, die uns geradezu zur Verzweiflung treiben könnte. Wir hatten Versammlungen über den Zolltarif, über die Militärvorlagen, über die Landesbiersteuer, in der letzten Zeit über die Milch-

verteuerung — und immer war es dieselbe Erscheinung. Ganz wenige Versammlungen ausgenommen, zeigte es sich, daß die Leute kein Interesse hatten. Wenn Muchitsch gegen uns die Steiermark ausspielt, so sind dort die Verhältnisse eben wesentlich anders. Der nationale Kampf hat bei unseren Arbeitern eine gewisse Abstumpfung erzeugt, die eben bei den steirischen Arbeitern nicht eingetreten ist. Die Steirer sind auch sonst temperamentvoller, sie sind leichter in Bewegung zu setzen als die böhmischen Arbeiter. Die meisten Genossen haben die Ausführungen Seligers nicht richtig aufgefaßt. Es liegt auf der Hand, daß Seliger nicht gemeint hat, wir sollen uns jetzt auf die Bärenhaut legen und die Dinge gehen lassen, wie sie eben gehen. Davon war doch nicht die Rede. Wenn wir unter den angeführten Verhältnissen zu oft Versammlungsaktionen machen, so ist es doch klar, daß schließlich der Besuch der Versammlungen schwächer wird und daß selbst gute Genossen kein Interesse für die Versammlungen mehr zeigen. Seliger meint also, daß man mit solchen Anregungen nicht allzu häufig komme, daß man uns Zeit lasse, stille Organisationsarbeit zu verrichten, die speziell im V. böhmischen Wahlkreis in der letzten Zeit tatsächlich geleistet worden ist. Trotz der politischen Teilnahmslosigkeit haben wir organisatorisch bedeutende Fortschritte gemacht. Das wird Ihnen Skaret bestätigen können. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, mit diesen großen Aktionen etwas zurückzuhalten und dafür den Ausbau der Organisation, die Werbearbeit im kleinen zu betreiben; so werden wir jedenfalls Besseres leisten, als wenn wir immer großes Geschrei erheben.

Mit unseren Gemeinderäten ist es wirklich ein Kreuz. Es geht nicht, daß in ganz kleinen Orten, wo nur wenige Genossen sind, um jeden Preis Kandidaten aufgestellt werden. Die Leute wissen vielfach nicht einmal recht, was Arbeitervertreter in der Gemeindestube zu tun haben, und alle Dummheiten, die sie machen, werden dann der Partei aufgepelzt. Es wäre ganz gut, wenn wir das einmal ausführlich auf einem Parteitag besprechen würden.

Die Anregung Steins bezüglich der größeren und planmäßigen Verbreitung von Parteibroschüren finde ich erwägenswert. Es würde dies gewiß dazu beitragen, die Partei vorwärts zu bringen.

Nießner (Brünn): Es sind von einigen Rednern Details über einzelne Wahlkreise vorgetragen und besprochen worden, die nicht hierher gehören. Für diese Leiden und Klagen sind die Landeskonferenzen die geeignete Instanz. Ich werde Sie selbstverständlich mit so etwas verschonen und nur in einer ganz bestimmten Sache Klage über die Parteivertretung führen. Die Reichsparteivertretung kümmert sich viel zu sehr um Wien und viel zu wenig um die Provinzen. Insbesondere gilt dies von Mähren. Bei zwei Landeskonferenzen hat die Parteivertretung trotz unserer dringlichen Bitten unter nichtigen Vorwänden die Beschickung unterlassen, obwohl es sich um Dinge handelte, die ein Eingreifen der Parteivertretung notwendig machten. Man klagt über das mangelhafte Ergebnis der Reichsparteisteuer. Aber durch ein solches Vorgehen wird man nicht angeregt, darin Besserung zu schaffen. Die Parteivertretung mag vielleicht auf dem Standpunkt stehen, daß in Mähren für die deutsche Parteiorganisation nicht viel zu holen ist. Das ist aber nicht richtig, die deutsche Sozialdemokratie steht in Mähren durchaus nicht auf dem Aussterbeetat, wenngleich die Verhältnisse schlecht und besonders ungünstig sind. Wir verlangen, daß sich die Parteivertretung in Zukunft mehr um uns kümmere. (Beifall.)

Skaret (Wien, Schlußwort): Wir sind, wenn man die Sache im allgemeinen betrachtet, als Parteivertretung sehr glimpflich weggekommen. Nur Genosse Petersilka hat es einigermaßen scharf auf uns gehabt. Er meint, es sei vieles nicht geschehen, was auf früheren Parteitagen beschlossen wurde. Wenn schon von Versäumnissen gesprochen wird, dann sollte man sie namentlich anführen. Sich bloß auf die Resolutionen früherer Parteitage zu berufen, geht nicht an, denn nicht alles, was unter ganz eigenartigen Verhältnissen beschlossen worden ist, läßt sich gleich in den nächsten Monaten, die vielleicht wieder andere Dinge in den Vordergrund schieben, in die Tat umsetzen. Und

gerade die Wiener Genossen würden sich bedanken, wenn wir ihnen immer und immer nur die Litanei vom Wahlrecht singen wollten; dann würde vielleicht das eintreten, was Seliger uns schildert: es würde niemand mehr kommen, die Bewegung würde durch ihre Eintönigkeit verflauen.

Nun gibt es allerdings Lücken im Parteibericht, aber das ist nicht unsere Schuld. Die Mängel der Wahlkreisorganisationen tragen die Schuld. Wir leiden unter der großen Fluktuation der Vertrauensmänner die Wahlkreisverhältnisse können leider so schwer zu einer inneren Festigung gelangen. Die neuen Wahlkreisvertrauensmänner kümmern sich um das Vergangene nicht und sind deshalb nicht imstande, richtige Bilder der Organisationsentwicklung zu geben. Heute geht die Sache schon etwas besser als früher, aber eine lange Zeit hindurch hatten wir Anlaß, auf die Detailberichte einfach zu verzichten.

Wenn damals Fragebogen hinausgesendet wurden, so waren die Wahlkreisvertrauensmänner nie imstande, ordentliche Auskünfte einzutreiben. Sie schrieben also einfach: Bin nicht in der Lage zu antworten, habe keine Auskünfte erhalten. Wenn Winarsky meint, es wäre wünschenswert, über unsere Stärke etwas Genaueres zu wissen, so ist das richtig. Aber ich habe wenig Hoffnung, daß wir das bald erreichen werden. Wo das Vertrauensmännersystem nach Straßen und Häusern nicht ausgebaut ist, werden wir immer nur nebulose Resultate erhalten und immer im Dunkeln tappen. Ein notdürftiges Bild des Wachstums der Partei haben wir ja durch die Eingänge der Parteisteuer. Wir sollen per Monat und Mitglied einen Kreuzer erhalten. Nun ist es sicher, daß wenigstens ein Drittel der Organisierten dieser Verpflichtung noch nicht nachkommt. Trotzdem ist die Parteisteuer in den letzten Jahren um etwa 11.000 K gewachsen, und das ist ein unfehlbarer Maßstab dafür, daß die Organisation wenigstens in den einzelnen Ländern ganz schön emporgewachsen ist.

Es ist wahr, wir haben lange nicht die Kräfte, die wir notwendig hätten. Aber es geht nicht, immer zu sagen, die Parteivertretung soll uns Kräfte abgeben, soll uns mit Agitatoren und Organisatoren versorgen. Wie sollen wir das machen, wo sollen wir sie hernehmen? Wir sehen im Gegenteil immer, daß tüchtige Provinzgenossen sehr häufig nach Wien gravitieren und so die Provinz entblößt würde, wenn nicht gerade die Parteivertretung dem entgegenarbeiten würde. Was die Beschwerde Nießners betrifft, so ist das auch so eine Sache. Die Landeskonferenzen sind gewöhnlich an Doppelfeiertagen und da trifft es sich oft, daß mehrere zu gleicher Zeit stattfinden. Natürlich wird die Parteivertretung nur dorthin gehen, wo die Schwäche der Verhältnisse ihre Anwesenheit heischt. Von Mähren wissen wir aber, daß dort eine ganze Menge tüchtiger Genossen an der Arbeit ist, auf die wir uns verlassen können und die auf unsere Ratschläge nicht so dringend angewiesen sind. Gerade Nießner hat es nicht notwendig, uns Interesselosigkeit vorzuwerfen, denn oft genug hat er Anstoß daran genommen, daß wir uns zu viel für die mährische Organisation interessierten. (Heiterkeit.)

Was wir zu leisten imstande waren, haben wir redlich und nach bestem Wissen getan. Wir fragen Sie: Können wir allein alle Fehler beseitigen? Wir leiden unter denselben Verhältnissen wie Sie und wir können nichts tun, als Sie ermahnen, der Organisation alle ihre Kraft zu widmen. Tun Sie es, dann werden wir bald zu Zuständen gelangen, wo wir dann nicht mehr über Lauheit, Schwäche und Mangel an energischer Betätigung zu klagen haben werden. (Beifall.)

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge **13, 14, 15** und **16** angenommen.

Den

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit

erstattet

Abgeordneter **Elderſch:** Es ist mir eine unangenehme Aufgabe zugefallen. Ich soll über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in einem

Parlament berichten, das eigentlich gar nicht existiert. Wir haben eine lange Zeit der Parlamentslosigkeit hinter uns und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß wir noch ebensolange ohne Parlament weiter zu arbeiten haben. Die kurzen Tagungen des Parlaments in der Berichtszeit haben dessen Aktionsunfähigkeit erst recht bewiesen. Wir haben auf das Parlament niemals unsere Hoffnungen gesetzt. Wir haben immer unserer Abneigung gegen dieses Privilegienparlament lauten Ausdruck gegeben und es als ein Hindernis des politischen Fortschritts erklärt. Aber in unserem Kampfe konnte das Parlament wenigstens als eine Tribüne des freien Wortes gegen die Unterdrückung der Arbeiter dienen. Dieses kleine Restchen des Wertes für die Arbeiter hat das Parlament im letzten Jahre ebenfalls eingebüßt. Ich erinnere Sie daran, daß wir die wichtigsten Angelegenheiten oft nur in Form von Interpellationen zur Sprache bringen konnten. Das Parlament befindet sich in einem Zustande, der mit der Bezeichnung: „es krepiert" erschöpfend dargestellt ist. Nur wenn es galt, die unverschämten Forderungen des Militarismus zu befriedigen und der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten aufzubürden, hat der Kadaver noch einige Lebensfähigkeit aufgebracht. Wenn sich die Jungtschechen auch immer als Feinde des Parlaments und der Wiener Kamarilla gerieren, so geben sie doch immer klein bei, wenn es sich um die Forderungen des Militarismus handelt. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in diesem Parlament war daher im Berichtsjahre wesentlich erschwert. Dem Wunsche vieler Parteigenossen, dieses Parlament endlich aus der Welt zu schaffen, konnten wir auch nicht entsprechen. Es kommt eben leider nicht auf unsere Fraktion an, denn die bürgerlichen Parteien bemühen sich selbst ausgiebig darum, das Parlament so lebensunfähig als möglich zu gestalten.

An eine Aktion des Verbandes muß ich ganz besonders erinnern: die Verhinderung der Geschäftsordnungsreform. Im Mai hatte sich wieder eine freiwillige Rettungsgesellschaft zusammengefunden, die den Versuch unternahm, das Parlament durch eine neue Geschäftsordnung lebensfähig zu machen. Die zersetzende und korrumpierende Wirkung des Wahlrechtes sollte mit technischen Hilfsmitteln bekämpft werden. Es sollten durch eine Geschäftsordnungsreform die kleinen Parteien mundtot gemacht werden. Wir sind der Ansicht, daß die Geschäftsordnung gewiß reformbedürftig ist. Aber ebenso sicher ist für uns, daß ein Parlament, das so jede Fühlung mit dem Volke verloren hat, dessen Grundlage der Wahlrechtsraub an der österreichischen Bevölkerung ist, niemals den Anspruch erheben darf, daß das Majoritätsprinzip in ihm unbedingt Geltung habe. Trotzdem es sich oft zur Genüge erwiesen hat, daß das Parlament nicht lebensfähig ist, will es Herr v. Koerber doch nicht sterben lassen. Es ist eine Anomalie in der Geschichte der konstitutionellen Staaten, daß es eine Regierung gibt, die eigentlich nur davon lebt, daß das Parlament aktionsunfähig ist. Wir sozialdemokratischen Abgeordneten bedauern es gewiß am meisten, wenn sich die parlamentarischen Verhältnisse so gestaltet haben, daß es uns nicht möglich war, den Wünschen und Beschwerden der arbeitenden Bevölkerung in wirksamer Weise Rechnung zu tragen. Wir können aber auch für die Zukunft nicht der Hoffnung Ausdruck geben, daß es in diesem Parlament möglich sein wird, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu fördern. Sie dürfen also unter den gegebenen Verhältnissen auf die parlamentarische Aktion keine Hoffnung setzen.

Die bürgerlichen Parteien ertragen die gegenwärtigen parlamentarischen Zustände ziemlich leicht. Wenn es ihnen einmal schlecht geht, laufen sie wieder zu Herrn v. Koerber oder senden ihre Vermittler zu ihm. Er verordnet ihnen schließlich doch, was sie brauchen. Sie leben ja vom nationalen Streite und sind nicht gewillt, auf einen nationalen Ausgleich einzugehen. Ich erwähne da nur, daß für unseren Antrag auf Gewährung der nationalen Autonomie nur die Italiener und Sozialdemokraten gestimmt haben. Die Parteien leben von der chauvinistischen Hetze und wenn der nationale Ausgleich zustande käme, hätten sie jede Existenzberechtigung verloren. Den bürgerlichen Parteien gibt die Regierung auch während der parlamentslosen Zeit Konzessionen und

Konzessiönchen. Nur für die Arbeiter hat sie nichts übrig. Ja, durch die Verordnung der vielen Staatsnotwendigkeiten mit dem § 14 schlägt Koerber den Arbeitern Wunden, an deren Heilung er nicht denkt. Man spricht von der Freiheit, die uns Herr v. Koerber gewährt. Aber wer gibt uns die Gewähr, daß das nicht im nächsten Augenblick anders wird, und schließlich: wird das Maß unserer Freiheiten nicht noch immer von der Willkür eines Polizeikommissärs bestimmt?

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter unerträglich geworden und es ist nur begreiflich, wenn sich in unseren politischen Organisationen ein gewisser Mißmut bemerkbar macht, und wir dürfen uns nicht verhehlen, daß das Barometer einen ziemlichen Grad der Verdrossenheit anzeigt. Wir Abgeordnete sind nicht in der Lage, diese Verhältnisse abzuändern.

Daran können auch Beschlüsse des Parteitages nichts ändern. Wir haben wiederholt Anläufe zu großen Wahlrechtsbewegungen unternommen. Aber die Stimmung war nicht da. Das Mittel der Wahlrechtsversammlungen hat, wie es scheint, vollständig versagt, und es wird notwendig sein, nach einem anderen Mittel zu suchen, mit dem die Arbeiterschaft ihre Forderungen wirksamer geltend machen kann. Ich will hier radikalen Lösungen nicht das Wort reden. Es ist auch nicht die Aufgabe des Parteitages, nach einem derartigen Mittel zu suchen. Aber es wird notwendig sein, in der nächsten Zeit die Kraft der Organisation darauf zu prüfen; es wird die Aufgabe unserer Organisation sein, festzustellen, ob wir nicht genügend erstarkt sind, um nicht nur den bürgerlichen Parteien, sondern auch dem Ministerium Koerber zu zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht gewillt ist, eine weitere Versumpfung zu dulden. Wir wollen den Parlamentarismus nicht überschätzen. Aber gewiß ist, daß die Regierung absichtlich die Komödie mit dem Parlament fortführt, um daraus Kapital für den Absolutismus zu schlagen. Dagegen muß die organisierte Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit Front machen. Es wird Ernst gemacht werden müssen. Wir haben keine Hoffnung, daß es in der nächsten Zeit besser wird, und es ist auch gewiß, daß wir nicht die Kraft haben, die Oeffentlichkeit von diesem parlamentarischen Wechselbalg zu befreien. Es muß Sache der Arbeiterschaft sein, in entsprechender Weise dafür zu sorgen, daß der Regierung und den bürgerlichen Parteien mit allem Nachdruck der Beweis erbracht werde, daß sich die Arbeiterschaft nicht länger mehr in der Weise behandeln läßt, wie es bisher geschehen ist.

Die parlamentarischen Verhältnisse werden nicht mehr gesunden. Das Parlament wird nicht mehr zu einer praktischen Arbeit kommen. Ich erinnere Sie daran, daß sich die Regierung nun auch anschickt, die Kosten der Forderungen des Militarismus durch ein Anlehen, das sie mit Hilfe des § 14 aufnehmen will, zu decken. Das ist ein offenkundiger Gesetzesbruch. Die Arbeiterschaft darf sich diese Attentate auf keinen Fall gefallen lassen. Sie wird zum entscheidenden Schlag ausholen müssen, nicht nur gegen die Verlogenheit der bürgerlichen Parteien, sondern auch gegen die Regierung, die an diesen Verhältnissen mitschuldig ist und die sich auf keine Weise bemüht, wie es ihre Pflicht wäre, durch eine Aenderung der unbrauchbaren Verfassung eine Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse herbeizuführen.

Welche Form diese Aktion annehmen wird, muß allerdings der Entscheidung unserer Organisationen im Verein mit der Parteivertretung überlassen bleiben. (**Freundlich:** Das wird dem nächsten Parteitag überlassen werden!) Ich war auch der Meinung, daß hier über den Generalstreik gesprochen werden solle. Nachdem sich aber die Majorität dagegen ausgesprochen hat, will ich es unterlassen. Es kann auch eine solche Frage nicht ohne gewissenhafte Vorbereitung diskutiert werden. Eines aber ist sicher, daß wir nicht an unseren Besitzstand an Organisationen und durch die zu große Besorgnis, diesen Besitzstand vielleicht zu verlieren oder irgendwie zu gefährden, einer Untätigkeit verfallen dürfen, die uns weit mehr Schaden bereiten muß als eine Aktion, die vielleicht nicht in vollem Umfange glückt. Gewiß aber ist, daß die bisherigen Mittel, die wir angewendet haben, nicht

mehr ausreichen und daß wir nachdenken müssen, wie wir unseren Wünschen Nachdruck verschaffen. Es muß die Kraft unserer Organisation richtig eingeschätzt, aber auch dem Bedürfnis nach einer entsprechenden Aktion Rechnung getragen werden.

Vielleicht wird der Mißbrauch des § 14 und die fortgesetzte Hintansetzung der Interessen der Arbeiterschaft schon in der nächsten Zeit eine Stimmung in der Arbeiterschaft erzeugen, die der Einleitung einer solchen Aktion günstig ist. Wir dürfen kein Mittel unversucht lassen, um aus dieser unerträglichen Situation herauszukommen. Nach einer Zeit der ruhigen Organisationsarbeit, der Stärkung und Kräftigung unserer Organisation haben wir auch die Pflicht, zu versuchen, die Schädigung der Arbeiterschaft durch die von der Regierung beliebte Art der Verordnung von Gesetzen hintanzuhalten. Wir bedauern, daß unsere Tätigkeit nicht intensiver sein konnte, und Sie können sich denken, daß es uns, die wir gewohnt sind, bei jeder Gelegenheit unseren Gegnern die Zähne zu weisen, unter der Untätigkeit am meisten zu leiden gehabt haben. Mehr wie Ihnen hat uns der Aufenthalt in dieser parlamentarischen Totenstadt Ekel bereitet, wo kein vernünftiger Gedanke Aussicht auf Verwirklichung hat. Wir müssen Sie bitten, die Organisation auszugestalten, daß es in Bälde möglich werde, dem österreichischen Volke ein volksfreundlicheres Parlament zu verschaffen, und daß es in der nächsten Zeit möglich werde, die Aenderung des Wahlrechtes, wie wir sie seit Jahrzehnten propagieren, endlich zu verwirklichen. (Beifall.)

Pölzer (Wien): Ich kann die Rede des Genossen Eldersch nicht verstehen. Er sagt, wir müssen mit allen Mitteln trachten, der Regierung Hiebe zu versetzen. Die Sache steht nun so, daß es wahrscheinlich wieder bei leeren Drohungen bleiben wird. Ja, was wird denn eigentlich geschehen? Eldersch meint, wir sollen das der Parteivertretung überlassen. Ja, wenn die Zeit kommt, wird die natürlich wieder sagen, jetzt ist die Gelegenheit ungünstig. Man klagt, daß die Wahlrechtsbewegungen im Sande verlaufen. Ja, wenn die leitenden Personen immer sagen: Es ist nicht Zeit, es ist nicht möglich, dann verlaufen sich natürlich die Arbeiter. Genossen, das geht nicht weiter. Wenn wir Drohungen aussprechen, müssen wir sie verwirklichen, sonst sind wir die reinsten Komödianten. Eingreifen gilt es mit aller Macht, denn lange genug haben wir bloß gedroht.

Frau **Schlesinger** (Wien): Der Genosse Eldersch hat uns gesagt: Wenn Koerber wieder versuchen sollte, die wichtigsten Staatsnotwendigkeiten mit dem § 14 zu machen, dann wird die Arbeiterschaft zu entscheidenden Schlägen ausholen müssen und kein Mittel unversucht lassen dürfen. Das, was da Eldersch sagt, ist sehr viel, aber genau betrachtet, gar nichts. Was sind entscheidende Schläge? Was für Mittel sind gemeint? Was ist eine entscheidende Aktion? Solche allgemeine Redensarten klingen sehr radikal, besagen aber gar nichts und erschweren den Leuten, die in den Organisationen zu arbeiten haben, die Arbeit außerordentlich, weil sie jedem unklaren und unsinnigen Radikalismus Vorschub leisten. Es wird dann heißen: Ja, in Salzburg ist von entscheidenden Schlägen gesprochen worden, warum führen wir sie nicht? Also, was haben wir uns eigentlich darunter vorzustellen, inwieferne sollen wir jetzt unsere Taktik abändern? Das muß uns ausdrücklich gesagt werden, damit wir darüber diskutieren und die gemachten Vorschläge annehmen oder verwerfen können. (Bravo!)

Adler (Wien): Genossin Schlesinger war so grausam, zu verlangen, daß wir ihr klar angeben, was wir tun sollen, und sie hat die Grausamkeit so weit getrieben, zu verlangen, daß wir sofort angeben, was wir uns unter diesen so leidenschaftlich begehrten Aktionen vorstellen. Selbstverständlich hängt die Debatte zusammen mit jener Debatte, die wir beim vorigen Punkte hatten. Wir sollen zwar vom Parlamente reden, da wir aber keines haben, ist es selbstverständlich, daß man von den Dingen außerhalb des Parlaments spricht. Deshalb bin ich der Debatte gefolgt und habe gewartet, ob wir nicht endlich einen Fingerzeig für das haben könnten, was zu finden wir in der

Parteileitung uns fortwährend den Kopf zerbrochen haben. Es liegt in der Bitterkeit der Situation, daß man etwas Humor bekommt, wenn es auch nur Galgenhumor wäre. Täuschen wir uns doch nicht. Wir können niemand anderen täuschen und uns selbst zu täuschen wäre ein Verbrechen an uns selbst. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Situation, in der heute Oesterreich ist, durch eine Aktion des Parlaments allein, mag sie noch so energisch sein, nicht geändert werden kann. Wir müssen uns doch endlich darüber klar werden und wir sind uns doch klar — wir haben nur oft nicht den Mut, es uns einzugestehen, weil wir von der verrückten Einbildung ausgehen, als ob wir gelähmt wären und uns selbst bankerott erklären würden — es ist wahr, die Geschicke Oesterreichs zu lenken und Oesterreich vernünftig zu machen, dazu sind wir Sozialdemokraten außerstande. Wir können es nicht und wenn wir uns zerreißen und Aktionen phantastischer Art mit dem größten Aufwand von Hingebung, Leidenschaft und Intelligenz ausführen würden, wir können aus diesem Staatengebilde nicht durch eine Aktion etwas Vernünftiges machen. Aus diesem Gefühl der Unmöglichkeit, diesen Staat auf normale Verhältnisse zu bringen, aus dem Gefühl des fruchtlosen Ankämpfens gegen ein Verhängnis, gegenüber dem wir augenblicklich machtlos sind, entspringt alle die Unzufriedenheit, die sich bald nach oben, bald nach unten richtet, die sich bald darin äußert, daß man sagt: „Die Leute, die an der Spitze stehen, tun nichts!" bald darin, daß man sagt: „Die Masse ist stumpf und nicht in Bewegung zu setzen." Das ist in solchen Lagen immer so, wo man eben das, was man am sehnlichsten wünscht, nicht durchsetzen kann.

Es ist so, daß wir uns einrichten müssen, in unserem ganzen Gedankengang, in unserer Organisation, in unserer Politik, daß wir auf einige Zeit diesen Zustand der permanenten chronischen Krise mit allen Fäulniserscheinungen, die damit zusammenhängen, über uns ergehen lassen müssen, anstatt die vergeblichen Versuche zu machen, verzichten müssen, Oesterreich, das von Hirnlosen beherrscht wird, von Staatsmännern, die noch viel feiger sind, als sie borniert sind, dieses Oesterreich in Ordnung zu bringen, und unsere ganze Arbeit darauf hinlenken müssen, wo wir Macht und Einfluß haben, wo wir etwas leisten können: das ist das Proletariat selbst. Immer wieder sage ich Ihnen: Oesterreich gesund machen können wir nicht, aber das Proletariat lebendig erhalten, es aufklären, es weiterbringen, es erziehen, das können wir, das müssen wir.

Eldersch hat in seiner Antwort auf einen Zwischenruf den Generalstreik gestreift. Ich will darauf nicht eingehen. Aber welches Mittel der Aktion Ihre Phantasie ersinnen kann, gegen wen soll es denn gerichtet sein? Von wem verlangen Sie das alles dann? Wer soll die Forderung, die Sie stellen, gewähren? Was ist überhaupt diese Forderung? Eine Neukonstruierung Oesterreichs! Sie werden mir zugeben, daß das keine Forderung ist, die von uns mittelst einer Aktion durchgeführt werden kann. Wenn es einmal zu dem kritischen Punkte kommen soll, der das unabweisbar macht, wir können ihn nicht herbeiführen. Aber er wird uns bereit finden. Wenn der Augenblick kommt, wo ein sofortiges Eingreifen einen Erfolg herbeiführen kann, dann wird ein jedes derartiges Eingreifen von Volksmassen in Oesterreich selbstverständlich die Sozialdemokraten an der Spitze finden. Aber die Bedingungen dafür herzustellen, das sind wir außerstande und es ist völlig müßig, solchen Träumereien nachzuhängen. So viel an uns ist, wird die Agitation in den Massen immer dahin geführt werden müssen, daß wir ihnen sagen: Schaut nicht, was die anderen tun, sondern was ihr selbst tut. Geht auf euch selbst zurück! Das ist das einzige, was ihr da machen könnt.

Nun bin ich der letzte, der nicht empfinden würde, wie die allgemeine Stagnation auch für uns schädlich ist, und abgesehen davon, wenn die Stagnation gar nicht so wäre, wäre es gar kein Wunder, wenn eine gewisse Abflauung in unserer Agitation für einige Jahre empfunden werden würde. Alle psychologischen Dinge — auch die Politik ist ja in erster Linie eine

Hirnleistung — vollziehen sich in Wellenlinien. Da gibt es Wellenberge; aber auf jeden Wellenberg, auf jeden Hochstand einer Bewegung folgt mit mechanischer Notwendigkeit ein Abflauen, ein Niedergang, der zugleich eine Zeit der Ruhe ist und wieder ein Aufwärtssteigen der Erregung ermöglicht. Eine psychologische Erregung, die fortwährend in die Höhe geht oder die jahrelang auf einem Höhepunkt zu erhalten wäre, gibt es nicht. Nun haben wir in dem Dezennium von 1891 bis 1900 eine fieberhafte, über den Rahmen des Normalen hinausgehende Bewegung, Kraftanstrengung und Erregung in den Massen gehabt, und es ist schon aus diesem Grunde kein Wunder, wenn es da etwas abflaut.

Aber es ist auch notwendig, daß wir nicht nur von der außerparlamentarischen Tätigkeit sprechen, sondern auch ein bißchen, was im Parlament vorgeht, mit ruhigem, objektivem, leidenschaftslosem Blicke beobachten. Das Parlament erregt keine Leidenschaften mehr, höchstens ein Gefühl des Ekels — und das ist kein leidenschaftliches Gefühl — aber wir dürfen uns davon nicht hindern lassen und wir müssen sehen, was unsere Abgeordneten dort machen. Es ist sehr ungerecht, wie es vielfach geschehen ist, die traurige Situation unserer ganzen Politik, unseres ganzen Staates bewußt oder unbewußt die Abgeordneten entgelten lassen, die ebenso wie die Parteileitung lauter gescheite Leute sind (Heiterkeit), aber doch unfähig, daran etwas zu ändern, und die ihr Aeußerstes tun, um in diesem furchtbaren Milieu das Ansehen der Partei und die Interessen des Proletariats zu wahren. Zu unserem parlamentarischen Bericht können wir nur sagen: Unsere Abgeordneten haben unter den schwierigsten, fürchterlichsten Bedingungen, wie sie niemals sozialdemokratischen Abgeordneten auferlegt waren, reichlich ihre Pflicht mit einer bewunderungswerten Ausdauer und Selbstverleugnung getan.

Ich resumiere also: Suchen wir nicht nach traumhaften Mitteln, nicht nach Eingebungen, die uns über Nacht kommen sollen oder von denen wir verlangen, daß sie den Abgeordneten oder der Parteivertretung über Nacht kommen, sondern richten wir uns darauf ein, daß wir einige Zeit in diesen trostlosen Verhältnissen leben müssen. Wir haben nicht nur in Steiermark, sondern auch in Wien und in gar vielen Orten Mährens und Böhmens durchaus Erfolge gerade in dem Sinne der fortschreitenden Organisation, auf die wir nicht nur stolz sein können, sondern die auch zu den besten Hoffnungen berechtigen. Wenn Oesterreich verfault, die österreichische Arbeiterschaft wird dabei nicht zugrunde gehen. (Lebhafter Beifall.)

Winarsky (Wien): Eldersch hat uns auseinandergesetzt, wie der Absolutismus in Oesterreich allmächtig ist und wie mittelst des § 14 ohne Rücksicht auf Parlament, Verfassung und ähnliche Kleinigkeiten die Regierung alles zu tun imstande ist, was sie will, wie sie sogar das Unerhörteste zu wagen sich anschickt, das Anlehen auf Grund des § 14 aufzunehmen. Nach dieser ausgezeichneten Darlegung der politischen Verhältnisse, nach dieser Schilderung der ungeheuren Uebergriffe des Absolutismus hätte jeder erwartet, jetzt kommt der Clou, jetzt kommt das, was der Abgeordnete dem Volke zu sagen hat (**Adler:** Das Rezept!), jetzt kommt die Aufforderung: Weil der Absolutismus auf solche Weise herrscht, weil wir im Parlament nicht imstande sind, das Gewünschte auszurichten, weil unsere einzige Hoffnung in Oesterreich bloß das organisierte Proletariat ist, deshalb kommen wir zu euch, Parteitagsdelegierte, Vertreter des organisierten Proletariats, und rufen euch auf zum Kampfe gegen den Absolutismus! Aber so folgerichtig diese Ausführungen gewesen wären, so ist es nicht gekommen. Statt mit diesem Aufrufe hat Eldersch seine Ausführungen mit einem langgedehnten Seufzer geschlossen. Adler hat uns dann ein Lied vorgesungen, das wir schon öfter gehört haben. Er ist hergekommen, um unsere Ratschläge zu hören, aber er hat keinen gehört (**Adler:** Jetzt werde ich sie hören!) Er hat den Fortgang unserer Bewegung mit dem Steigen und Fallen einer Wellenflut verglichen und hat gemeint, wir seien eben jetzt in einem Wellental und müßten uns dementsprechend einrichten. Es

scheint mir nur, daß wir immer im Tal sind, schon seit längerer Zeit wenigstens. Der Berg kommt nicht. Uebrigens, wie wird mir da? Was Adler hier auseinandersetzte, ist gewiß sehr schön, aber ich denke, eigentlich ist bis jetzt in den Köpfen und Augen der Sozialdemokraten das Bild der sozialdemokratischen Bewegung doch etwas anders gewesen, als es Adler in seinem Gleichnis von den Wellen dargestellt hat. Bisher war es dargestellt durch die vorwärtsschreitende Entwicklung, die immer größere Massen der Organisation zuführt und auf diese Weise die Macht des Proletariats anwachsen läßt. Wenn wir uns aber einrichten, wie es Adler wünscht, dann bedeutet das nicht ein Aufsteigen, sondern ein Einrichten auf einen langsamen, aber stetigen Rückgang. Ein Einrichten auf den kampflosen Verlust von Position auf Position. Es wurde uns heute wieder die Parole von Aussig, „Zurück in unsere Organisationen!" wiederholt, aber Sie haben die Berichte von Deutschböhmen gehört und Sie können vergleichen, inwieweit der Fortschritt gerade dort, wo diese Parole vor zwei Jahren ausgegeben wurde, zu verzeichnen ist.

Es handelt sich nicht um Träume, die hier zum Ausdruck kommen, wenn die Genossen von Parteitag zu Parteitag immer wieder und mit immer mehr Energie fordern, daß die Parteivertretung und die Fraktion anders vorgehen mögen als bisher; es sind nicht Halluzinationen, nicht Schwärmereien, sondern die Genossen reden heraus aus den Bedürfnissen der Partei, aus dem, was die Massen der Partei fordern, und das ist nicht abzutun mit solchen Redensarten. Ich glaube natürlich ebenfalls nicht, daß eine einfache Aktion der Partei mit einem Ruck Oesterreich umgestalten kann; aber wo haben wir das Bild, das Oesterreich bietet, in irgend einem Lande gesehen? Eine absolutistische Regierung, seit sieben Jahren Gesetzlosigkeit auf Gesetzlosigkeit, Uebergriff auf Uebergriff und die radikalste demokratische Partei im Lande schweigt und unternimmt nichts E r n s t l i c h e s, um diesen Zuständen entgegenzutreten. Dieses Schauspiel Europa zu bieten ist allein Oesterreich berufen gewesen, und deshalb glaube ich, daß, wenn wir auch nicht imstande gewesen sein mögen, dieses Oesterreich umzukonstruieren durch eine solche Aktion, wir als Sozialdemokraten, als einzige ernst zu nehmende demokratische Partei dieses Landes, die Verpflichtung haben, wenigstens unser möglichstes zu tun, um nicht ruhmlos zu sterben, uns nicht geschlagen zu geben, bevor wir den Kampf versucht haben.

So ist es heute in Oesterreich. Wir haben die Aufgabe, den Kampf gegen das absolutistische Oesterreich auf der ganzen Linie aufzunehmen und diese Losung hinauszutragen in die Massen des Volkes. Die Abgeordneten aber, die fühlen, daß sie in diesem Parlament unfähig sind zu einer ernsten Tat, daß dort kein Boden für sie ist, sie mögen mit dazu beitragen, die Volksbewegung zu entfesseln, dem Absolutismus das Terrain abzugraben.

Schuhmeier (Wien): Es ist vor allem festzustellen, daß auch dieser Parteitag unter den Einflüssen steht, die sich in ganz Oesterreich auf jedem politischen Gebiete geltend machen. Es läßt sich nicht leugnen, daß in unseren Reihen die Stimmung abgeflaut ist, daß das Feuer der Kampfesbegeisterung nachgelassen hat. Es wäre aber ein arger Fehlschluß, wenn man meinen würde, daß auch wir versumpfen, weil dieser Staat rettungslos versumpft. In uns schlummert noch dieselbe Kraft wie früher, denn wir sind vom Schicksal Oesterreichs nicht abhängig. Aber es ist uns auch nicht möglich, in dieses Schicksal einzugreifen. Wir besitzen noch unsere Kraft, was hilft sie uns aber, wenn wir keine Möglichkeit haben, zuzupacken, wenn die kritische Lage des Staates keinen Punkt bietet, wo man derb zugreifen könnte, wenn es keinen Moment zum Einsetzen gibt? Man darf also aus der Versumpfung unserer Umgebung nicht auf unsere Kraftlosigkeit schließen. Nur die bürgerlichen Parteien, die gleichgültig den Handlungen der Regierung gegenüberstehen, versumpfen. Wir verrichten doch, unbeirrt um die politischen Verhältnisse, unser Tagewerk im Klassenkampfe und haben vollauf zu tun. Haben wir nicht unsere Lohnkämpfe? Ringen wir nicht täglich und unermüdlich mit dem Unternehmertum? Die Genossen wollen allerdings eine weithin sichtbare Betätigung. Ja,

wie denn, wenn, wie schon gesagt, der Staat so gar keine Handhabe bietet? Winarsky hat von Eldersch erwartet, daß er seine Rede mit einem „Clou“ schließen, daß er ein unfehlbar wirksames Mittel angeben wird, dessen wir uns bedienen müssen. Aber hat uns Winarsky denn selbst diesen „Clou“ geboten? Er hat sich gehütet, uns eine deutliche Direktive für den Kampf gegen den Absolutismus zu geben; er verlangt bloß von uns, daß wir neue und überraschende Weisheiten zutage fördern sollen. Winarsky hat ja oft Gelegenheit, uns seine Ideen mitzuteilen. Er berät mit der Parteivertretung und könnte da seine Stimme erheben. Er sitzt bei uns und hat da mehr als zehn Minuten Zeit, über das geeignete Mittel nachzudenken. (Heiterkeit.) Warum ist ihm da noch nichts Rechtes eingefallen? Wo keine parlamentarische Tätigkeit im Lande ist, können Sie von uns nicht verlangen, daß wir uns hervorragend betätigen. Unser ganzes Sein ist im Kampfe, das wissen wir. Haben wir jemals gezögert, den Kampf gegen den Absolutismus zu führen? Was haben wir an flammenden Artikeln in der Presse geleistet, wie unermüdlich waren wir mit unserer Versammlungstätigkeit! Täglich und stündlich kämpfen wir. Ja, aber was können wir allein ausrichten gegen die Regierungsgewalt?

„Auf zum Kampfe gegen die Regierung Koerber!“, das wäre immerhin eine deutliche Direktive. Nun, wir kämpfen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Und man könnte ja sagen: „Weg mit dem Trugbild dieser Koerberschen Regierung! Das ist das Wichtigste und das muß geschehen, selbst wenn wir dann eine klerikale, erzklerikale Regierung bekämen. Dann hätten wir wenigstens ein Kampfobjekt, das wir tüchtig anpacken könnten.“ Aber was können wir tun, wenn das Parlament lebensunfähig ist und sich gegen den Absolutismus nicht wehrt? Unser Unglück ist, daß wir untätige Zeugen dieses Fäulnisprozesses sein müssen, die Zeitgenossen des Verfalles; da können wir nichts tun als die Nasen zuhalten und uns auf unser eigenes Haus zurückziehen, es zu einer starken Festung umgestalten, bis die Zeit kommt, wo dieses faule Staatsgebilde zusammenbricht und wir dann aus unserer Festung herausbrechen können, um auf dem neuen Boden Spielraum zur Betätigung zu gewinnen. Wir, die wir der Geschichte voraus sind, müssen leider warten, bis die Verhältnisse die anderen vernünftig gemacht haben, obgleich von diesem Parlament und von dieser Regierung keine Vernunft zu erwarten ist. Ich bin heute überzeugt, daß wir vom allgemeinen Wahlrecht weiter entfernt sind als je. Wenn selbst die Erwägung, daß das allgemeine Wahlrecht den Staat auf eine neue Grundlage stellen, eine neue Klammer des Reiches bilden würde, nichts nützt, was soll denn die Herrschaften da zur Vernunft bringen? Im Jahre 1893 war der Regent dieses Reiches überzeugt, daß das allgemeine Wahlrecht notwendig ist. Heute wäre es vergebens, ihn daran zu erinnern.

Es bleibt uns nichts übrig, als unermüdlich Organisationsarbeit zu leisten. Im Innern der proletarischen Bewegung haben wir genug Betätigung und so können wir ohne Furcht, daß wir verflauen, den Moment abwarten, wo sich Gelegenheit finden wird, mit ganzer Kraft einzusetzen, um die Entwicklung der parlamentarischen Politik machtvoll zu beeinflussen. Wenn es einst not tut, werden wir wie immer über die alte Kraft verfügen, die immer bereit sein wird, aufzulodern, wenn die Zeit unser Eingreifen heischt. (Beifall.)

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Die Fäulnis der politischen Verhältnisse hat in den Massen eine Hoffnungslosigkeit und Teilnahmslosigkeit gegenüber dem politischen Leben erzeugt, wie sie in diesem Umfange noch nicht beobachtet worden ist. Wir haben alle möglichen Mittel versucht, um eine Verbesserung des Wahlrechtes, die Altersversorgung u. s. w. herbeizuführen. Wir haben demonstriert, Massenversammlungen abgehalten, geredet, agitiert, sozusagen mit Händen und Füßen gearbeitet. (Heiterkeit.) Trotzdem sind wir dem Ziele nicht näher gekommen. Da ist es kein Wunder, wenn sich der Massen Hoffnungslosigkeit bemächtigt, wenn sie sagen: Wir haben nichts zu hoffen! Auch hier hat sich diese Stimmung geäußert. Wir alle stehen unter ihrem Eindruck. Es tut in diesem Augenblicke not, der Arbeiterschaft zu zeigen, daß es Mittel gibt, die wir noch in Reserve haben, die wir noch nicht ver-

sucht haben, kräftige Mittel, die uns für den äußersten Fall noch bleiben. Man ist heute um diese Frage herumgegangen wie um einen heißen Brei. Es wurde gesagt, daß man von Eldersch und anderen Genossen einen „Clou“ erwartet hätte. Sagen wir es offen heraus, was wir unter diesem „Clou“ verstehen — den Generalstreik. Ja, wir müssen uns mit der Frage des Generalstreiks vertraut machen und näher befassen. Wir müssen den Arbeitern sagen, daß es noch ein Mittel gibt, das wir noch nicht versucht haben, daß unsere Rüstkammer noch nicht erschöpft ist. Wenn wir uns auf die Wellentheorie des Genossen Adler zurückziehen, dann werden wir unseren Kampf so führen wie Kuropatkin, der immer glauben machen will, daß seine Rückzüge Erfolge sind. Wir sind die einzigen, die noch die Kraft haben können zu entscheidenden Schritten, und deshalb müssen wir den Arbeitern offen sagen, daß wir im Generalstreik noch ein letztes Mittel besitzen, das geeignet ist, uns im Kampfe gegen politische Unfreiheit und wirtschaftliche Unterdrückung als wertvolle Waffe zu dienen und das im geeigneten Augenblick anzuwenden wir gewillt sind. (Beifall.)

Muchitsch (Graz): Mir kommt es so vor, als bestünde unter den Delegierten aus dem Norden des Reiches eine Verschwörung, um dem Parteitag einzureden, daß die Arbeiterschaft hoffnungslos ist und nichts mehr erwartet in Oesterreich. Das ist nicht wahr. Es wird so viel übertrieben, daß man sich förmlich fürchten muß. Winarsky hat gar etwas ausgesprochen, was er nie beweisen kann, nämlich, daß wir Position um Position kampflos preisgeben. Ja, welche Position haben wir denn schon preisgegeben? Wo ist sie? Winarsky, der von der Fraktion erwartet, daß sie uns ein Arkanum gibt, ist selbst nicht imstande, uns auch nur eine Richtschnur zu geben. Es ist notwendig, auszusprechen, was ist. Das haben Adler und Schuhmeier getan. Wenn diese Genossen ein Mittel wüßten — na, so schlecht sind sie ja gewiß nicht gegen die Partei, daß sie es verheimlichen würden. (Heiterkeit. — **Adler:** Das sagt nur der Winarsky!) Ist denn das Parlament das einzige, was für uns wichtig ist? Haben wir denn sonst nirgends was zu tun als im Parlament? Wichtig wäre es ja gewiß, dieses elende Privilegienparlament zu beseitigen, aber das ist doch nicht unsere einzige Aufgabe.

Ich habe die Ueberzeugung, daß diese trügerischen Verhältnisse von selbst zusammenbrechen müssen. Es ist notwendig, daß wir gerüstet dastehen, es ist notwendig, unser Haus zu bestellen, und wir haben so viel revolutionäre Kraft, um, wenn es notwendig und möglich sein wird, mit Vehemenz einzusetzen. Wenn man die Fraktion mit dem einen immer quält, verekeln Sie ihnen das ekelhafte Geschäft noch mehr. Ich erkenne vollständig die Schwierigkeiten an, mit denen unsere Fraktion zu kämpfen hat, und glaube, daß es unsere Pflicht ist, ihr Dank und Anerkennung für ihre Tätigkeit auszusprechen. (Beifall.)

Sonnek (Wien): Nicht zum erstenmal kommt heute der Unwillen über das Parlament auf dem Parteitag zum Ausdruck. Es ist mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden, Oesterreich zu einem vernünftigen Staat zu machen, und man kann die Fraktion nicht verpflichten, diese unmögliche Aufgabe durchzuführen. Es ist aber unzweifelhaft, daß unter der Arbeiterschaft ein Radikalismus herrscht, der nach Betätigung drängt und nur der immer von den führenden Personen eingedämmt wird. Gewiß ist die Organisation das Wichtigste und erst muß sie ausgebaut werden, ehe die Arbeiterschaft zu radikalen Mitteln schreiten kann. Aber immer wieder muß die Begeisterung entfacht werden, sonst droht die Bewegung zu verflachen. Wir glauben, wir haben etwas erreicht, weil wir von der Polizei jetzt mehr Ruhe haben. Aber wir geben ihr auch gar keinen Vorwand, sich gegen uns zu betätigen. Wir sind ruhig und zu leidenschaftslos geworden. Unsere Fraktion ist nicht deshalb gewählt, damit sie zwecklose Petitionen einbringt. Wenn sie schon nichts anderes machen können, so sollen die Abgeordneten hinausgehen als Agitatoren, als lebende Brandfackeln den Genossen voranschreiten. Wenn wir den Badeni weggefegt haben, so muß es möglich sein, auch den Koerber Mores zu lehren. Das muß gesagt werden und diese Meinung kann man nicht immer abdämpfen. Wir

leiden furchtbar unter den parlamentarischen Zuständen und zum Teil hängen ja sogar die industriellen Krisen mit ihnen zusammen. Geben Sie uns Betätigung für unseren Radikalismus, lassen Sie unsere revolutionäre Kraft nicht verrosten! (Beifall.)

Pernerstorfer (Wien): Der parlamentarische Bericht ist das Werk des Referenten, aber ich muß Wert darauf legen, zu erklären, daß Eldersch nicht etwa im Auftrage des Verbandes hier gesprochen hat, und daß er nur seine persönliche Meinung, die allerdings von anderen auch geteilt wird, zum Ausdruck gebracht hat. Die Mehrheit des Verbandes ist nicht in der Lage, seine Aufforderung zu großen Taten mit zu unterschreiben und zu vertreten. Ich glaube, daß hier nicht viele sind, die meinen, daß wir in der Tat zu einem politischen Massenstreik greifen können. Winarsky sagt ,wir sollen die Führung zu großen politischen Bewegungen übernehmen. Nun wäre hier Klarheit notwendig. Wenn die Genossen meinen, das wir Versammlungen abhalten und dann gegen das Ministerium und gegen das Parlament reden sollen, so muß ich sagen, daß wir das ohnedies tun. Es muß also gemeint sein, daß wir auf die Straße gehen, daß wir die Parteigenossen auffordern, eine Art von Demonstrationen zu beginnen, wie sie ja schon einmal gemacht worden sind. Nun meinen wir aber ganz ernstlich, daß wir mit einer solchen Aktion jetzt ein Fiasko erleben würden. Die Apathie, über die hier geklagt worden ist, ist viel mehr im allgemeinen politischen Leben der bürgerlichen Parteien als bei uns zu suchen. Ich habe wenigstens in meinem Wahlbezirk und auch anderswo diese Apathie unter den Genossen nicht gefunden. Ein großer Ekel vor dem Parlament und vor Oesterreich ist ja zweifellos da, aber ich habe gerade gefunden, daß der Eifer für die Parteiarbeit sehr groß ist.

Wenn wir also, die wir die Verantwortung dafür tragen, zu solchen Schritten aufforderten und es käme ein Mißerfolg, der einer Reihe von Genossen schwere Leiden verursachen würde, so würde man uns hinterher streng aburteilen. Es ist nicht gut, immer neue Illusionen zu erwecken; und wenn wir heute auf die Straße steigen, würden wir die Illusion bei unseren Genossen hervorrufen, daß wir damit etwas erreichen können. Das ist aber völlig ausgeschlossen. Wenn jemand meint, daß wir imstande sind, die Massen, auch die nicht in unserer Organisation stehen, mitzureißen, möge er sich offen zu dieser Meinung bekennen. Wir haben diese Meinung nicht. Zweifelt jemand, daß, wenn die Situation sich so zuspitzte, daß unser Eingreifen Erfolg verspräche, wir dann zaudern würden, wirkliche Maßregeln zu ergreifen? Was im Augenblick geschehen kann, ist aber nur die Aufforderung an das Proletariat, sich zu sammeln. Was haben denn unsere deutschen Parteigenossen durch zwölf Jahre getan, als das Sozialistengesetz über ihnen lagerte? Wäre es nicht, theoretisch betrachtet, ganz erklärlich gewesen, wenn die volle flammende Wut des Proletariats sich gegen dieses schändliche Gesetz gekehrt hätte, auch mit gewaltsamen Mitteln? Die Deutschen haben aber zwölf Jahre einer namenlosen politischen Bedrückung über sich ergehen lassen. Aber sie haben nicht geschlafen, sonst wäre nicht die Bewegung so gewaltig angewachsen. Was also den deutschen Genossen möglich war, müssen wir unter viel weniger ungünstigen Verhältnissen auch zustande bringen.

Wir haben unter Taaffe eine Wahlrechtsbewegung durchgeführt; aber die Verhältnisse sind heute anders. Der § 14 hat sich so ausgezeichnet bewährt, daß in der Tat die Verlegenheit des Koerber größer wäre, wenn das Parlament aktionsfähig wäre, als sie es ist dadurch, daß das Parlament obstruiert wird. Die Verhältnisse sind also für einen solchen Kampf so ungünstig wie nur möglich. Wir können die indifferenten Massen nicht mitreißen und sind nicht in der Lage, heute eine solche Aktion mit einiger Aussicht auf Erfolg zu unternehmen. Wenn man an verantwortungsvoller Stelle steht und der Meinung ist, daß eine Aktion unternommen werden soll, so muß man sagen, welche Aktion, und Winarsky, der uns das jede Woche einmal sagen könnte, hat es uns weder in unseren Sitzungen gesagt noch heute auf dem Parteitage. Mit leeren Worten und Drohungen ist uns nicht gedient. Es

gibt viele, die glauben, die Sozialdemokratie hier in Oesterreich soll zuerst große Aktionen machen, dann wird sie groß und mächtig werden. Der umgekehrte Weg ist der richtige: Wir müssen stark und mächtig werden, um dann große Aktionen unternehmen zu können. Es ist die österreichische Ungeduld und — verzeihen Sie das Wort — auch ein Stück österreichischer Zuchtlosigkeit, das Heil immer von außen zu erwarten, statt es zuerst im Innern vorzubereiten. Wenn wir zweifellos die einzige Partei sind, die an die Zukunft denkt, dann haben wir die große Verantwortung auf uns, keinen Schritt zu unternehmen, ohne ihn uns genau zu überlegen. Wir haben die größte Verantwortung, nicht eine Aktion geschehen zu lassen, wenn wir nicht wissen, daß sie Aussicht auf Erfolg hat. Es gibt heute kein anderes Rezept als das, welches Ihnen von dieser Stelle schon angeraten wurde. Wenn die Partei innerlich konsolidiert, stark und mächtig wird, dann werden wir unsere Macht schon gebrauchen können. (Beifall.)

Bartel (Falkenau): Die Vorwürfe, die da erhoben werden, sind menschlich begreiflich. Die Genossen, die sie hier vorbringen, halten sich einfach schadlos für die Vorwürfe, die sie selbst aus der Masse erhalten. Die Prügel, die wir draußen bekommen, geben wir hier weiter (Heiterkeit; Rufe: Danke!), die Genossen brauchen einen Blitzableiter für ihren Unmut. Wir sind eine Kampfpartei und können daher ohne Kampf nicht sein. Nun haben wir eine Situation, wo der Gegner gar nicht zu fassen ist, wo wir kein Feld für den Kampf finden. Natürlich empfinden das viele Genossen als Flauheit und sehen sich um, was schuld daran ist. Einer beschuldigt den anderen und aus dieser Stimmung heraus ist auch der Gedanke gewachsen, der hier von einzelnen ausgesprochen wurde, daß selbst ein Ausnahmszustand besser wäre als die herrschende politische Versumpfung. Weil es keine Gelegenheit gibt zu Aktionen, ärgert man sich sogar, daß die Polizei uns verhältnismäßig unbelästigt läßt. Man möchte halt gerne raufen (Heiterkeit), Gelegenheit haben zur Tätigkeit. Muchitsch sieht die Verhältnisse gar zu rosig und das ist auch kein Wunder. Sie haben ja in Steiermark eben einen großen Wahlsieg erfochten; wir haben aber nicht überall so viel Glück und bei uns in Böhmen sieht es mitunter recht trostlos aus. (**Schrammel** ruft: In Aussig nicht!) Gut, so stelle ich denn fest, daß es in Aussig beim Genossen Schrammel großartig bestellt ist, aber das ist doch nur eine Ausnahme bei der allgemeinen Niedergeschlagenheit, die man bei uns findet. Trotzdem dürfen wir nicht gleich nach Ausnahmszuständen schreien, um etwas zu tun zu bekommen. Den Genossen, die so was aussprechen, wäre es gar nicht so angenehm, wenn sie eines Morgens vom Gendarmen ausgehoben und in Ketten weggeführt würden. Solche leichtsinnige Wünsche grenzen doch ein bißchen an Bierbankpolitik, auch wenn sie nur eine drastische Uebertreibung sind. Wir haben jetzt keine Angriffspunkte, unserer Aktion günstige Fragen gebiert die gegenwärtige Situation leider nicht; also ziehen wir uns auf die eigene Organisation zurück. Die gegenseitigen Vorwürfe werden ja nie schwinden, weil die Genossen einen unversiegbaren Drang nach Betätigung haben. (Beifall.)

Abgeordneter **Seitz**: Wir sollten uns nicht scheuen, ruhig einzugestehen, daß die Arbeiterschaft heute nicht die Macht hat, allein mit dem Absolutismus aufzuräumen. Weil wir die Macht dazu nicht haben, machen wir uns gegenseitig den Vorwurf der Lauheit, und es scheint, daß die meisten darauf vergessen, wer denn sonst noch schuld ist an den Zuständen, unter denen wir leiden. Winarsky hat uns in einer schönen Periode geschildert, daß kein anderer Staat in Europa solche Zustände ertragen könnte. Er hat aber die historischen Ursachen dieses Elends vergessen. Er vergißt aber auch, daß die bürgerlichen Parteien kein Interesse an einer Aenderung haben und daß sie das Parlament jetzt gar nicht wollen. Der Ausgangspunkt der Lage ist bekanntlich die Ausgleichsfrage. Keine Partei hat den Mut, das unpopuläre Ausgleichswerk zu vollbringen; aber auch keine hat den Mut, mit dem Dualismus kurzen Prozeß zu machen. Ferner haben auch, das ist sehr zu beachten, besonders die Unternehmer ein Interesse an der Beibehaltung dieser Zustände. In dieser parlamentslosen Zeit bröckelt Stück für Stück von

der Arbeiterschutzgesetzgebung ab. Ich erinnere an den Ueberstundenerlaß, an die Krankenkassen und an die Machtlosigkeit der Gewerbeinspektoren. Die Unternehmer haben den Weg der Hintertreppenpolitik eingeschlagen und suchen da Stück für Stück von unseren Arbeiterschutzbestimmungen wegzustehlen. Gar manche schädliche Entscheidung haben sie bereits ergattert und wenn sie fleißig auf den Hintertreppen lungern und betteln, finden sie sehr häufig Gehör bei der Regierung. Was liegt ihnen da am Parlament?

Wir haben eine Verfassung, aber sie ist nichts Erworbenes, nicht auf den Barrikaden erkämpft; sie ist „geschenkt“. Wie man nichts mehr gewußt hat, unter dem Drucke der Kriegsnot und später der Kreditnot, ist der österreichische Konstitutionalismus entstanden. Eine Verfassung aber, die nicht errungen ist, wird auch nicht mit rechtem Mute verteidigt. Vielleicht kommt der Moment, wo wir uns die Verfassung erkämpfen; aber das steht fest, daß wir sie heute mit keinem Mittel aus eigener Kraft erreichen können. Winarsky sitzt in der Parteileitung. Warum hat er dort das Mittel nicht gesagt? Heraus mit dem Mittel! Sie stellen uns ja hin, wie wenn wir Lumpen wären, die das Mittel wissen und nur zu feig sind, damit herauszurücken. Wir sind alle nur Beamte der Partei und werden alles tun, was Sie uns auftragen; aber Unmögliches dürfen Sie nicht verlangen.

Nun hat ja Freundlich das Mittel herausgesagt, das Winarsky zu meinen scheint, er hat vom Massenstreik gesprochen. Ich bin kein Gegner dieser Idee. Wenn Freundlich uns verbürgen könnte, daß es möglich ist, mit Hilfe des Generalstreiks Oesterreich neu aufzubauen, wäre niemand dagegen, nicht einmal die Genossen der Gewerkschaftskommission würden zögern, den Säckel, den sie so wohl hüten, zu öffnen, wenn sie wüßten, daß Oesterreich dadurch mit einem Schlage ein moderner, freier, sozialpolitischer Staat würde. Wir sind bereit, jedem Auftrag Folge zu leisten, wenn er durchführbar und vernünftig ist. Das können wir Ihnen aber leider nicht versprechen, daß wir imstande sind, das Parlament wieder auf die Beine zu bringen und lebensfähig zu machen. Es ist gewiß kein Vergnügen, in den Couloirs zu weilen, während man Interpellationen des Klofač verliest, wir müssen aber im Parlament ausharren, trotzdem es uns vielleicht lieber wäre, mit Winarsky und Freundlich auf die Barrikaden zu steigen. (Heiterkeit und Beifall.)

Um 6 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag den 27. September 1904. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Tomschik** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Seliger (Teplitz) erstattet im Namen der Mandatprüfungskommission Bericht. Der Kommission lagen 85 Mandate zur Ueberprüfung vor. Zwei von den anwesenden Delegierten haben ihre Mandate nicht mitgebracht. Gegen ihre Anerkennung liegt, da sie beide von ihren Organisationen ordnungsgemäß angemeldet worden sind, nichts vor. Außerdem sind auf Grund des Organisationsstatuts 9 Mitglieder des Parteivorstandes und der Parteikontrolle und 7 Abgeordnete, zusammen 103 Delegierte anwesend. Davon sind 11 Delegierte von Korporationen und Redaktionen ohne Stimmrecht.

Es wird sodann die Debatte über den Bericht der Fraktion fortgesetzt.

Adler (Wien): Winarsky hat, wie es bei ihm zu einer Art Spezialität geworden ist, eine ungemein flammende, aufgeregte Rede für irgend eine nicht näher bestimmte Aktion gehalten und er hat gemeint, es müsse etwas geschehen, und er hat die Parteivertretung und damit auch bis zu einem gewissen Grade sich selbst, aber auch die Abgeordneten sehr gerügt, daß sie so tief empfundene und hochgehende Aktionen nicht veranlaßt haben. Nun

freue ich mich immer, wenn ich sehe, daß die Masse der Partei nicht der Empfindung der Selbstzufriedenheit verfällt, und nichts würde mir als schlechteres Zeichen gelten, als wenn auch bei uns Zeichen der Versumpfung zu merken wären. Aber wenn man auf dem Parteitag im engsten Kreise von Verantwortlichen so spricht wie Winarsky, dann muß man doch auch wenigstens so entfernt und ungefähr wissen, was man will. Nun gibt es verschiedene Zeichen, durch die man seinen brennenden Wunsch, daß etwas geschehe, andeuten kann und zugleich eine Täuschung darüber erzielen kann, als wüßte man, was man will. Eines der harmlosesten Mittel, um solche Täuschungen zu erzeugen, sind Anträge. Eine Resolution ist noch lange keine Aktion, aber sie ist doch geeignet, manche Leute glauben zu machen, als wüßte man, was man will. Wenn aber Winarsky nicht einmal zu diesem Minimum von Feststellung dessen, was er etwa wollen könnte, kommt, ist das ein sehr bedenkliches Symptom, daß er sehr viel Stimme, aber sehr wenig Vorstellung von dem hat, was er etwa wollen könnte. Anfragen ist sehr hübsch, anklagen immer nützlich, aber für die Partei kommt dabei wenig heraus. Winarsky hat unter anderem selbstverständlich auch mir den schweren Vorwurf gemacht, daß ich den Genossen gesagt habe, sie müßten nicht verzweifeln, daß es heute etwas stiller zugeht. Ich habe auf die physiologische Tatsache, daß auf Erregung immer Beruhigung folgt, hingewiesen. Da hat er nun pathetisch gesagt: Ja, wir befinden uns immer im Wellental und wir sind doch eine aufwärtsstrebende Bewegung. Ja wer, wie Winarsky, Bewegung mit Erregung verwechselt, wer glaubt, daß die Partei nur fortschreitet, wenn sie sehr laut schreit, wenn sie aufgeregt ist, der beurteilt unsere Partei sehr schlecht. Von einer immer fortschreitenden Aufregung des Proletariats habe ich nie etwas gehört (Heiterkeit) und nur in den wirrsten Köpfen kann sich unsere Bewegung in dieser Weise malen. Wenn unsere Bewegung und ihr Fortschritt an eine wachsende Aufregung gebunden wären, so müßten unsere Hoffnungen sehr tief gesunken sein, und es ist ein mit dem Charakter und der Geschichte unserer Bewegung im letzten Jahrzehnt verknüpfter, aber durchaus nicht vorteilhafter Irrtum, daß unsere Bewegung nur dann gut geht, wenn sie sehr laut auf den Straßen sich geltend macht. Ich glaube, wir können die Aufregung Winarskys sich selbst überlassen. Sie wird sich beruhigen, sie wird abflauen wie die Erregung im ganzen, um bis zum nächsten Parteitag wieder jenen Höhepunkt in der Wellenlinie erreicht zu haben, die es ihm ermöglicht, auch hier wieder die gewohnte, von uns allen mit Befriedigung, daß er noch immer der Alte ist, entgegengenommene Rede zu halten. (Heiterkeit.)

Freundlich war so gütig, entgegen unserer Abmachung und unserem Beschluß uns plötzlich den Generalstreik zu präsentieren. Er hat zwar keinen Antrag gestellt, er hat das Wort nur so hinausgeschmettert. Er hat nur gemeint, wenn er für den Ausgang garantieren könnte, würde er ihn beantragen. Ich schätze Freundlich sehr, er ist ein eifriger, tüchtiger, verläßlicher Genosse, aber ich muß gestehen, ich würde mich, wenn ich einen Beschluß zu fassen hätte, mit seiner Bürgschaft allein nicht begnügen. Er müßte schon eine zweite Unterschrift haben. (Heiterkeit. — **Freundlich:** Das hat ja Seitz gesagt, nicht ich.) So, das macht nichts. Das ist dasselbe. (Heiterkeit.) Ich meine, alle sachlichen Gründe gelten da ebenso.

Lassen Sie doch dieses Spielen mit den großen Worten, das hier schon gar keinen Zweck hat und auch zu keinem praktischen Erfolg führen kann. Wenn Sie vom Parteitag weggehen mit dem Entschluß, die Sozialdemokratie aktionsfähiger zu machen, nicht nur wenn es um die Rettung Oesterreichs geht, wenn Sie Ihre ganze Energie in die Reihen des Proletariats hinein richten, haben Sie genug getan. Der Absolutismus ist ja eine Tatsache, aber wir dürfen uns doch nicht einbilden, daß durch uns allein Oesterreich vom Absolutismus zu retten ist, und müssen es uns versagen, die einzige und wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie darin zu sehen, uns mit dem Staate abzugeben, anstatt, was wichtiger und notwendiger ist und mehr in dem Bereiche der Möglichkeit liegt, mit der Arbeiterschaft selbst. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Auf meine gestrigen Ausführungen hat eine Anzahl Genossen verlangt, ich solle doch das Allheilmittel bekanntgeben, das geeignet ist, die Bewegung der Partei über den gegenwärtigen toten Punkt hinwegzubringen, ihnen sagen, wie man mit einem Schlage aus allen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, herauskommen kann. Aber es ist mir gar nicht eingefallen, Ihnen ein solches Allheilmittel zu verschreiben, aus dem Grunde, weil es kein solches Mittel geben kann. Wenn ich mich mit der gegenwärtigen Taktik der Partei nicht einverstanden erklärt habe — wobei ich nicht im geringsten die Absicht habe, etwa der Fraktion das Mißtrauen auszusprechen — habe ich nur meiner Ueberzeugung Ausdruck geben wollen, daß das Tempo der Parteibewegung, ihr Grundton, wenn ich so sagen darf, die ganze Art ihres Auftretens nicht dem entspricht, was ich im Interesse der Partei für nützlich und notwendig halten würde. Es ist die Ueberzeugung auch vieler anderer Parteigenossen, die begründet ist in den Erfahrungen der letzten Jahre, daß eine große politische Partei, die auf eine Massenbewegung aufgebaut ist, auf die Dauer nicht die Taktik des Zuwartens sich zu eigen machen kann. Zuwarten, das ist eine Taktik für eine kleine Körperschaft, die ausharren kann, weil sie jedes einzelnen Mitgliedes sicher ist, aber nicht für eine Massenpartei, weil es unter der Zeit des Wartens geschehen kann, daß ein Teil der Masse, statt hinter ihren Führern zu warten, fortgeht. Freilich, wenn man so genügsam ist wie Schuhmeier und feststellt, daß die Sozialdemokratie nicht auseinanderfällt, wenn man also dort angekommen ist, zu konstatieren, daß die Sozialdemokratie ist (Heiterkeit), dann mag man ja mit alledem, was wir sehen, zufrieden sein. Man hält mir entgegen: Unsere Aufgabe ist die Erstarkung der Organisation. Ist denn aber ein Gegensatz zwischen dem, was ich will, und unserer Organisationsarbeit? Glauben Sie, wir müssen die Tätigkeit für die Organisation des Proletariats aufgeben, wenn wir den Absolutismus bekämpfen? Eines schließt das andere nicht aus. Aber ich glaube, daß doch nicht die Organisationsarbeit, die das tägliche Brot unserer Agitation ist, den ganzen Inhalt des politischen Kampfes und das ganze Wesen der Partei auszumachen vermag. Deshalb ist es keine Widerlegung meiner Ausführungen, wenn man mir gegenüber die Notwendigkeit der Organisation betont. Es wird doch niemand behaupten können, daß zu der Zeit, wo die Partei in mächtiger Bewegung gewesen ist, die Entwicklung der Organisation gelitten hat. Haben wir ein so schlechtes Gedächtnis, daß wir schon vergessen haben, daß gerade die Jahre des heftigsten politischen Kampfes auch die Jahre der Konstituierung der sozialdemokratischen Organisation in Oesterreich gewesen sind? Die Arbeit mit der Maurerkelle läßt sich sehr wohl mit der Arbeit des Schwertes verbinden und wir haben bisher immer diese beiden Arbeiten als Einheit aufgefaßt.

Was ich will, habe ich gestern deutlich genug gesagt. Ich halte es für eine Pflicht der Partei, alles daranzusetzen, um gegen den Absolutismus alle Kräfte dieses Landes mobil zu machen. Die Partei hat ja auch gar keinen anderen Weg für ihre energische Betätigung. Wenn sie auf die Massen wirken, wenn sie groß bleiben, größer werden will, bleibt ihr nichts übrig als die schärfste Betonung des demokratischen Moments, daher der entschiedenste Kampf gegen den Absolutismus. Ich leugne ja nicht, daß hie und da ein Zeitungsartikel, hie und da auch eine Versammlung sich damit beschäftigt hat. Aber was ich will, unterscheidet sich eben sehr stark von den sogenannten Aktionen, die manchmal unternommen wurden mit halbem Herzen und mit einem spöttischen Lächeln über ihren wahrscheinlichen Erfolg auf den Lippen und ohne die energische Absicht, sie bis zum Ende durchzuführen. Ich will sagen, daß tatsächlich die ganze Kraft der Partei eingesetzt werden muß für den Kampf gegen den Absolutismus, den ich für das einzig Mögliche, unumgänglich Notwendige im Interesse der sozialdemokratischen Partei halte. (**Pernerstorfer**: Also, was soll geschehen?) Alles: Versammlungen, Agitation, Presse, Demonstrationen und so weiter! (**Adler**: Nämlich?) Es gibt kein Ende in dieser Beziehung. (**Adler**: Im Reden!) Auch im Handeln. Aber, wenn man,

so oft ein Genosse hier auftritt und erklärt, daß die Partei mit der Taktik des Wartens nicht weiter fortfahren darf, immer mit dem kalten Hohn kommt, mit jenem Lächeln, das jede Begeisterung ertötet, wenn man jeden Idealismus geringschätzt und von vornherein an der Möglichkeit einer energischen Betätigung der Partei verzweifelt: dann ist es aussichtslos, etwas zu unternehmen. Mit ganzem Herzen müssen wir die Dinge anpacken, die wir durchsetzen wollen (Beifall), wenn wir aber am Anfang jeder Aktion zu gescheit sind, wenn man sogar, wenn es sich um die Einberufung einer Versammlung handelt, sagt: Eine Versammlung mehr, was ist denn weiter damit los?; wenn man bei jeder Aktion sagt: Was kann denn dabei herauskommen?, dann glaube ich gern, daß Resultate zu verzeichnen sind, wie sie Seliger aus seinen Erfahrungen heraus zum besten gegeben hat. Was uns Seliger erzählt hat, ist eben nicht zu erklären daraus, daß die Parteivertretung zu viel Aktionen unternommen hat, sondern daraus, daß die Genossen schon zu viel Aktionen beginnen, aber nicht durchführen gesehen haben.

Es fällt mir nicht ein, zu meinen, daß die Fraktion Oesterreich ummodeln kann, und sie verantwortlich zu machen für den Zustand Oesterreichs; es fällt mir nicht ein, die sozialdemokratische Partei für stark genug zu halten, alles zu ändern; aber ich glaube, es genügt nicht, den Tiefstand bloß zu konstatieren und nichts zu unternehmen, um ihn zu bekämpfen.

Nun hat einer der Redner gemeint, es sei eine Art Zuchtlosigkeit, wenn derartige Meinungen hier auf dem Parteitage zum Ausdruck gebracht werden; ein anderer meinte wieder: der Winarsky sitzt im Sekretariat, dort redet er nicht; er hätte doch auch den Parteibericht korrigieren können, mit dem er nicht zufrieden ist. Da muß ich zuerst erklären, daß ich nicht am Bericht des Sekretärs, sondern an der Berichterstattung der einzelnen Organisationen Kritik übte. Die plötzliche Ueberraschung, daß ich anderer Meinung über die Taktik der Partei bin als die Mehrheit der Genossen der Parteivertretung und der Fraktion, finde ich merkwürdig. Ich glaube, kein Genosse, der in der inneren Parteitätigkeit bewandert ist, wird im unklaren darüber sein, daß ich nicht einverstanden bin mit der bisherigen Taktik der Partei. Es war nicht Tändelei, nicht die Lust, ein bißchen Sensation zu machen, was mich bewogen hat, hier zu sprechen. Ich habe keinen Antrag gestellt, denn was ich hier sage, läßt sich nicht in einem Antrag zusammenfassen, wenn er nicht ein Mißtrauensvotum gegenüber der Fraktion und der Parteivertretung sein soll. Ich hatte aber nicht die Absicht, ein solches Votum hier zum Ausdruck zu bringen, sondern nur die Absicht, zu sagen, was notwendig ist. Wenn die Parteivertretung und die Fraktion wollen, können sie auch ohne präzisen Antrag den richtigen Weg gehen. An Ihnen liegt es, sich darüber zu entscheiden. Wir haben sieben Jahre gewartet, und ich glaube, es ist endlich notwendig, daß diese Zeit des Wartens im Interesse der Partei ein Ende nehme. Wir haben gewartet und wir sehen nun die Folgen des Wartens. Man muß sehr bescheiden sein, wenn man mit diesen Folgen, wenn man mit der gegenwärtigen Stellung der Sozialdemokratie im Lande vollkommen zufrieden ist. Die sozialdemokratische Bewegung ist nicht allein eine Bewegung der kühlen Vernunfttätigkeit, sondern sie muß zum Inhalt haben die Vernunft, gepaart mit jener Begeisterung, ohne die, wie schon unser Altmeister Saint-Simon gesagt hat, große Taten niemals vollbracht werden können.

Czech (Brünn): Die Debatte ist etwas lebendiger und leidenschaftlicher geworden, es sind fast alle Abgeordneten auf den Plan getreten, so daß es den Anschein haben könnte, als wenn unsere Abgeordneten es notwendig hätten, sich zu rechtfertigen. Deshalb muß ich hier erklären, daß es keinem Redner eingefallen ist, unsere Abgeordneten zu tadeln und ihnen für ihre parlamentarische Betätigung andere Direktiven zu geben. Wenn es trotzdem zu einer lebhafteren Auseinandersetzung gekommen ist, so nur deshalb, weil alle Parteigenossen gern den ersten Anlaß ergriffen haben, Ihnen zu sagen, wie die Dinge in der Provinz liegen. Da muß ich denn auch erklären, daß auch wir in Mähren der Ueberzeugung sind, daß es so, wie es bisher gewesen

ist, einfach nicht weiter geht und daß irgend etwas geschehen muß; was, das soll erst erörtert werden. Ich werde nicht das Wort vom Generalstreik, vor dem sich fast alle Genossen dreimal bekreuzigt haben, in den Mund nehmen. Aber wir haben es nicht so gut wie die Genossen in Steiermark. Muchitsch ist gesättigt von dem schönen Erfolg der Landtagswahlen, er will weiter nichts haben. Organisieren wir uns, sagt er, das ist die Hauptsache. Haben wir denn keine andere Sorge als das Parlament? So, wie die Dinge in Steiermark liegen, liegen sie eben nicht überall. Ich würde Sie einladen, sich ein wenig die mährischen Verhältnisse anzuschauen, und Sie würden mit uns die Empfindung haben, daß unsere Kampfesweise sich unbedingt ändern muß. Mähren ist eines der entwickeltsten Industrieländer und hat eine starke Arbeiterbewegung. Nichtsdestoweniger ist es unseren Bemühungen bis heute nicht gelungen, dort die Schmach des indirekten Wahlrechtes zu beseitigen. Wir haben ein Landtagswahlrecht mit einem Zensus von 20 fl., in Brünn ein Gemeindewahlrecht mit einem Zensus von 10 fl. Alle unsere Bemühungen, eine Wahlreform zu erzwingen, sind vergebens gewesen und wir sind so zur Ueberzeugung gekommen, daß die bisherige Kampfesweise nicht in Permanenz erklärt werden darf, sondern daß wir einen anderen Ton anschlagen müssen, daß mit der bisherigen Phrase: „Wir werden nicht ruhen und nicht rasten!" aufgeräumt werden muß. Mag das durch den Generalstreik geschehen — ich will auch diesen nicht ausgeschlossen wissen — oder durch Kundgebungen auf der Straße; das wird der Moment ergeben.

Wir wollen hier offen sagen, daß wir unzufrieden sind und daß wir eventuell auf die Straße steigen wollen, um uns das Wahlrecht zu holen. (Beifall.) Es ist wahr, wir werden diese große Aktion nicht schon morgen machen; aber wissen sollen es die Herren, daß wir es auf alles ankommen lassen, auch auf das Aeußerste. (Beifall.) Wir können nicht warten. Die Verhältnisse bei uns sind allerdings infolge des nationalen Trubels viel schwieriger. Die Majorität im Landtag hängt da von ein paar Stimmen ab. Freiwillig werden die Herren nichts geben; sie müssen dazu gezwungen werden. Wenn uns gesagt wird, daß wir uns organisieren sollen, so erklären wir, daß wir das ohnedies tun. Hueber wird es Ihnen sagen, daß sich die gewerkschaftliche Organisation mit jedem Jahre mehr entwickelt, und Beer wird Ihnen bestätigen, daß die gewerkschaftliche Bewegung der Metallarbeiter im Vorwärtsstreben begriffen ist. Wir arbeiten unermüdlich. Aber wir wollen auf die alten bewährten Kampfmittel der Partei nicht verzichten, uns nicht zur Ruhe setzen und warten, bis wir einmal so stark und schlagfertig geworden, um dann mit kühler Berechnung den Generalstreik oder welches Kampfmittel sonst zu unternehmen. Seitz hat erklärt, man solle ihm garantieren, daß der Generalstreik siegreich ausgehe, und er werde dafür sein. Das ist sehr bequem. So werden wir es nie haben, schwarz auf weiß von vornherein, um klar sagen zu können, daß jenes Kampfmittel, das wir benützen, unbedingt zum Siege führen muß. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß durch politische Kundgebungen die gewerkschaftliche Organisation nicht ruiniert wird. Eines der Hauptargumente Adlers in der Vorbesprechung war, daß wir nicht mit dem Generalstreik ausrücken können, weil wir fürchten müssen, was wir besitzen, zu verlieren. (**Adler:** Das habe ich nicht gesagt!) Dann habe ich es falsch verstanden. Ich glaube jedoch richtig gehört zu haben.

Wir wollen nicht, daß man denkt, als würden wir gegen die bisherige Taktik der Partei ankämpfen wollen, als würden wir der Parteileitung oder dem Verbande Ausstellungen machen wollen. Aber wir müssen uns sagen, wie die Situation ist, und ich erkläre Ihnen, daß das, was wir Ihnen hier sagen, die Stimmung unter den Arbeitern ist. Daran werden wir nichts ändern, wenn wir uns kühl und ruhig die Situation überlegen. Ich will selbstverständlich auch keinen präzisen Antrag stellen, kann Ihnen auch keine Vorschläge bezüglich des Generalstreiks machen, Ihnen nicht einmal sagen, was unbedingt zum Siege führen muß. Aber schließlich entscheidet ja doch der Augenblick, das haben wir ja an Italien gesehen. (Beifall.)

Ellenbogen (Wien): Winarsky hat heute mit einer Verwahrung dagegen begonnen, daß man ihm zumute, er wisse, was er wolle (Heiterkeit), und er hat wieder einmal das Hohelied des Idealismus, wie er es nennt, gesungen. Ich gehöre gewiß nicht zu denjenigen, die etwa wünschen, daß sich die sozialdemokratische Partei Oesterreichs zu einer Partei alter Herren entwickele, auch meine ich nicht, daß die Vorsicht bis zur absoluten Tatenlosigkeit übertrieben werden soll, und ich glaube auch nicht, daß die Disziplin allein das Um und Auf unserer Stärke ist, daß vielmehr auch dem Enthusiasmus die Fähigkeit zur Eroberung von Machtpositionen innewohnt. Die Selbstkritik ist sehr schön, aber ich sehe nicht ein, warum wir der Welt einreden müssen, daß wir gar so schwach sind, wenn es nicht wahr ist, ja ich halte das geradezu für unklug. Alle Genossen, die für eine scharfe Taktik gesprochen haben, können mich in diesem Sinne auf ihrer Seite sehen. Aber man muß doch sagen, wie man bestimmte scharfakzentuierte Aktionen haben will, man muß doch vor allem sagen, welches bestimmte Ziel man meint und welche bestimmte Aktion man will. Da finde ich, daß in wohltuendem Gegensatz zu Winarsky mein Vorredner steht. Jener sprach uns vom Absolutismus, andere vom politischen Elend in Oesterreich, und wenn man nun meint, daß man gegen diesen unfaßbaren Begriff, gegen dieses schwammige, quallige Ding mit Straßendemonstrationen und Generalstreik vorgehen will, so liegt die Unlogik auf der Hand. Das Eigentümliche der sogenannten großen Aktionen liegt darin, daß es sich bei ihnen immer nur um engumgrenzte, also in diesem Sinne kleine Ziele handelt. Es liegt mir selbstverständlich fern, zu meinen, daß das Wahlrecht ein kleines Ziel ist, aber im Verhältnis zur Beseitigung der politischen Versumpfung oder zum Sturz des Absolutismus ist es doch nur ein kleines Ding. Es mag sein, daß wir manchmal, um das Wahlrecht oder die Altersversorgung zu erreichen, selbst vor blutigen Kämpfen nicht zurückscheuen dürfen. Man muß etwas wagen, wenn man etwas erreichen will. Ein Kampf ohne Verluste dürfte wohl in der Weltgeschichte nicht oft vorkommen. Aber das eine muß man doch verlangen, daß man ein konkretes Ziel vor Augen habe.

Anders als Winarsky hat Czech gesprochen. In Mähren haben sich die Dinge wirklich zugespitzt auf die Frage, ob denn nicht endlich dieser Klüngel das betrügerische Spiel mit dem Chauvinismus aufgeben will; es handelt sich wirklich um nichts als um den letzten Tropfen, der das Glas zum Uebergehen bringt, nur um den letzten Anstoß, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Wenn die Genossen dort auf die Straße steigen, habe ich gar nichts dagegen. Ich bin auch bereit, mich daran zu beteiligen. Aber das kann man nicht auf einem Parteitag beschließen. Hier kann man sich wieder nur in ganz allgemeinen Redensarten ergehen. Wenn der große Moment gekommen sein wird, wo eine solche radikale Taktik einen Sinn hat, soll man uns dieses Mittel nicht verbieten, und ich glaube, die kälteste Schnauze unter uns würde nicht gegen die Anwendung eines solchen Mittels sein. Da muß man sich aber gegen Winarsky wenden, daß er gar so geheimniskrämerisch ist. „U. s. w.", weiter weiß er uns nichts zu sagen? In dem Moment, wo er gar so von Begeisterung durchglüht ist, hört er plötzlich, wie von Wasser begossen, auf, und es macht stark den Eindruck, als ob sich hinter dem „U. s. w." die Tatsache verbirgt, daß ihm das entscheidende Mittel selbst unbekannt ist.

Es ist gut, wenn wir die Stimmung in der Bevölkerung, zu deren Ausdruck sich Winarsky und Czech gemacht haben, konstatieren, aber auch die Bereitwilligkeit, sie auszunützen; aber immer mit dem Hinweis auf ein bestimmtes konkretes Ziel. Aber unterlassen wir zu allgemeine Reden, die keine Vorstellung von dem geben, was wir eigentlich wollen.

Schrammel (Aussig): Ich erachte es als ungeschickt, daß man die Parteivertretung oder die Fraktion für die Flauheit der Bewegung verantwortlich macht. Czech stößt in dasselbe Horn und sagt zum Beispiel von Muchitsch, daß er gut zu reden habe, er sei durch den Erfolg der Landtagswahlen saturiert. Ja, wer hindert uns, dieselbe Kraft zu entfalten wie die Steirer? Wir haben im böhmischen Landtage Zustände, die unerträglich sind.

Die Obstruktion wütet und indessen werden wir mit Verordnungen belastet. Man will jetzt gar womöglich im Verordnungswege die Biersteuer erhöhen. Warum wird in Böhmen nicht dagegen demonstriert? Hat uns die Parteivertretung schon jemals an einer Aktion gegen solche Zustände gehindert? Ich verstehe aber auch nicht den Widerspruch, der hier immer herauskommt. Einzelne aus Deutschböhmen sagen: „Es ist nichts zu machen, die Leute wollen nicht mehr in Versammlungen gehen.“ Ja, wie wollen Sie denn auf der anderen Seite die Leute da zu großen Demonstrationen, wie wollen Sie sie auf die Straße bringen? Wer wird Ihnen da kommen, wenn die Leute wirklich so bewegungsmüde sind, wie Sie sie schildern? Wenn Sie die Leute haben wollen, dann müssen Sie sie haben, und geht das nicht, dann ist es ganz ungerechtfertigt, für diese angebliche Flauheit die Parteivertretung verantwortlich zu machen. Die Fraktion hat sich zum Beispiel in der Militärdebatte gewiß ganz ausgezeichnet gehalten. In unserem Wahlkreise hat das auch entsprechend nachgeklungen. Bauen Sie Ihre Organisationen aus, damit die Genossen da sind, wenn es notwendig wird, zu demonstrieren. Bei dieser Taktik würden alle Wahlkreise Erfolge erzielen. Nichts ist notwendiger, als mit aller Kraft Organisationsarbeit zu leisten. Tun wir das, so werden wir bald sehen, daß wir stark genug sind, um im gegebenen Moment alles unternehmen zu können.

Seliger (Teplitz): Es ist im Laufe der Debatte vielfach an meine Ausführungen angeknüpft worden. Man macht mir den Vorwurf der Schwarzmalerei und hat das auch als unklug hingestellt. Wir haben die Pflicht, hier das auszusprechen, was ist. Unbegründete Schwarzmalerei wäre ebenso ein Fehler, wie das unbegründete Rosigmalen einer ist. Ich habe mir nur erlaubt, das zu sagen, was wir wirklich erfahren. Muchitsch hat leicht reden, wenn er sagt: „Macht es ebenso wie wir.“ Er scheint sich nicht ganz klar zu sein über die Bedingungen eines politischen Kampfes. Diese Bedingungen sind bei uns nicht vorhanden. Vor allem haben die Steirer im Landtag ein wirkliches politisches Zentrum. Es gehört doch zum Kampfe auch die Möglichkeit des Eingreifens. Die Sozialdemokratie ist eine Angriffspartei, sie kann nicht immer in Verteidigungsstellung ausharren. Wir leiden da nun in Böhmen unter demselben Uebel, das von Czech für Mähren geschildert worden ist. Es ist bei unseren Verhältnissen unmöglich, einen Kampf um das Landtagswahlrecht auszulösen. Wir sind durch die Obstruktion gelähmt. Wenn der Landtag zusammentritt, so geschieht das nur, um seine Lebensunfähigkeit zu bekunden. Was uns aber am meisten trifft, ist, daß die böhmische Arbeiterschaft unter den Folgewirkungen des nationalen Kampfes schwer zu leiden gehabt hat. Bei uns hat der nationale Chauvinismus am meisten getobt und unsere politische Entwicklung schwer geschädigt. In gewerkschaftlicher Hinsicht haben wir ja nichtsdestoweniger schöne Fortschritte zu verzeichnen, aber für den politischen Kampf genügt das nicht. Und die Arbeiter werden mutlos, wenn sie die Aussichtslosigkeit jedes politischen Kampfes sehen. Es ist ja schwer, das zu sagen, was Adler und andere von Winarsky verlangt haben, daß er es sagen sollte. Man hat uns ja schon in der Vorbesprechung den Mund verstopft und die Möglichkeit benommen, über den Generalstreik zu sprechen. Schrammel sagt, in anderen Wahlkreisen seien von früher her persönliche Streitigkeiten an der Teilnahmslosigkeit viel schuld. Diese alten Dinge haben heute so viel wie gar nichts mehr mit der Sache zu tun. Wovon ich gesprochen habe, ist, daß die Arbeiterschaft unter dem Drucke der Empfindung steht, daß mit den bisherigen Mitteln nichts erreicht werden kann, daß die Waffen nicht auslangen, mit denen wir bisher gekämpft haben. Es geht ihnen verloren der Glaube an die Sieghaftigkeit dieser Waffen. Das ist der springende Punkt dieser Sache. Deshalb ist es unsere Aufgabe, nach neuen Mitteln zu suchen und nach Waffen, die vielleicht scharf genug wären. Das hielte ich für eine nützliche Arbeit des Parteitages und man sollte denen, die diese Frage aufwerfen, nicht so begegnen, wie es hier geschieht. Nicht nur Organisationsarbeit ist notwendig und vernünftig, sondern auch die Begeisterung brauchen wir. Aber begeistert ist man nur, wenn man den Glauben hat an die Sieghaftigkeit der

Mittel. Daß den Arbeitern dieser Glaube abhanden gekommen ist, befürchte ich und halte es deshalb für notwendig, darüber zu sprechen.

Nießner (Brünn): Auf der Tagesordnung steht die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion und wir haben unversehens eine Debatte über den Generalstreik. Dieser merkwürdige Umstand ist, darüber glaube ich kein Zweifel, ein Symptom für die Stimmung eines großen Teiles der Delegierten und eines großen Teiles der Arbeiterschaft. Ich besitze selbstverständlich so viel Disziplin, um mich an den in der Vorkonferenz gefaßten Beschluß zu halten, aber das Wort Generalstreik kann man schon aussprechen. Es ist sehr bedauerlich, daß unsere Abgeordneten, soweit sie hier zu Worte gekommen sind, nur gebremst haben, und daß Genosse Dr. Adler sich hier als Oberbremser etabliert hat und entschieden dagegen Stellung genommen hat, daß auch nur gesprochen werde über diese Frage. Und doch wäre eine Aussprache von großem Vorteil und von keiner Gefahr gewesen. Der Generalstreik ist doch kein Noli me tangere, keine Sache, die gleich losgeht, wenn man nur darüber redet. Gerade unter dem Einfluß der italienischen Vorgänge wäre es von Vorteil gewesen, das Für und Wider zu erwägen, anstatt der beständigen Furcht, daran zu rühren. Wenn wir aus dem politischen Elend heraus wollen, geht es mit der bisherigen Taktik absolut nicht. Wir müssen zu anderen, schärferen Mitteln greifen. Das steht fest. Wie sollen wir uns denn nach dem Muster von Steiermark in Mähren mit Kämpfen um das Landtagswahlrecht betätigen? Was wir tun, rührt die Landtagsherren nicht im mindesten. Wir veranstalten Demonstrationen und Versammlungen, ohne daß sie Beachtung finden würden, und es ist daher schon so weit, daß die Arbeiter meinen, das beste wäre, sich einmal vor dem Landtag aufzustellen und die Herrschaften gut durchzuprügeln. Denn anders sind sie einmal nicht zur Vernunft und zum Eingehen auf unsere Forderungen nach dem allgemeinen Wahlrecht zu bringen. Der Generalstreik ist nun allerdings keine Sache, die ohne weiteres gemacht werden kann und nur proklamiert zu werden braucht, und es müssen die Bedingungen hierzu vorhanden sein. Aber er ist zweifellos die Ultima ratio und ich glaube, der Tag ist gar nicht so fern, daß wir zu dieser Ultima ratio werden schreiten müssen. Es sieht nach Annahme der Generalstreikresolution so aus, als wenn wir uns vor dem Generalstreik fürchten würden. Das ist nun keineswegs der Fall. Wir halten es vielmehr für notwendig, hier auszusprechen, daß die Ueberzeugung, daß aus der Stumpfheit, aus der Enge und Beschränktheit unserer politischen Verhältnisse nicht anders herauszukommen ist als durch Anwendung eines radikalen Mittels, die Massen ergriffen hat. Ich erinnere hier an das Wort des jungen Marx, der die auf unsere Verhältnisse passenden Worte schrieb:

> Darum laßt uns alles wagen,
> Nimmer rasten, nimmer ruh'n!
> Nur nicht dumpf so gar nichts sagen
> Und nichts wollen und nichts tun! (Beifall.)

Es folgen nun tatsächliche Berichtigungen.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Gegenüber Seitz, dem Anhänger des Generalstreiks gegen beglaubigte notarielle Garantie, bemerke ich: Wir haben nicht gefordert, der Parteitag soll den Generalstreik proklamieren oder beschließen, sondern er soll nur erwägen, inwieweit wir uns vorbereiten müssen, dieses Mittel als letzten Trumpf in das Bewußtsein der Massen zu bringen.

Muchitsch (Graz): Es ist wiederholt behauptet worden, daß wir durch unsere Erfolge gesättigt seien, oder ich hätte gesagt, die anderen Genossen sollten es uns nachmachen. Das ist beides nicht wahr. Ich habe vielmehr deutlich merken lassen, daß wir trotz des Fortschrittes nicht zufrieden sind, und bloß konstatiert, daß wir tatsächlich auf dem Gebiete der Organisation und der Verbreitung der Presse sehr bedeutende Fortschritte gemacht haben.

Dr. Adler: Jemand hat geglaubt zu hören, daß ich in der Vorbesprechung gesagt hätte, daß wir zum Unterschied gegen früher den Generalstreik deshalb nicht mehr machen können, weil wir zu stark geworden sind und zu viel zu verlieren hätten. Ich habe allerdings gesagt, wir müßten unter ganz anderen Bedingungen arbeiten als etwa im Jahre 1892, und daß wir deshalb auch von anderen Erwägungen geleitet werden. Ich bin aber weit entfernt davon und würde mich gegen die Meinung verwahren, daß ich den politischen Massenstreik aus unseren Erwägungen ausschließen möchte. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß der politische Massenstreik ein Mittel ist, das zu den möglichen gehört. Ich bin aber allerdings auch der Meinung, daß alle unsere Erwägungen unter dem Gefühle der Verantwortlichkeit und in dem Bewußtsein ihrer vollen Tragweite gemacht werden müssen.

Es folgt nun das Schlußwort des

Abgeordneten **Eldersch:** Die Debatte war nur zum Teil eine Debatte über die parlamentarische Tätigkeit, zum anderen Teil aber eine maskierte Debatte über den Generalstreik. Wenn die Aufforderung an uns ergangen ist, uns auch außerhalb des Parlaments an die Spitze der Bewegung zu stellen, so muß ich sagen, daß das vom Standpunkt der Parteiorganisation nicht unsere Sache ist. Außerhalb des Parlaments ist eine andere Instanz an der Spitze der Partei: die Parteivertretung. Gegen die Zensur, die mir Pernerstorfer erteilt hat, muß ich mich entschieden wenden. Was habe ich denn gesagt? Daß das Parlament aktionsunfähig ist und daß die Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen auf parlamentarische Mithilfe nicht rechnen kann. Es werden ihr demnächst wieder große Lasten mit Hilfe des § 14 der Bevölkerung aufgebürdet werden. Wir stehen wieder vor der offenen Etablierung des Absolutismus, und es ist doch klar, daß die öffentliche Meinung da eine energische Aktion der Sozialdemokraten erwarten wird. Das konnte ich doch als Mitglied des Verbandes getrost sagen und eine gewisse persönliche Note kann ja jeder seinen Ausführungen geben. Wenn mir Pernerstorfer vorwirft, ich sei zu weit gegangen, so müßte ich gegen ihn den Vorwurf erheben, daß er zu wenig gesagt hat, indem er ohne Einschränkung betonte, daß wir dem Absolutismus völlig machtlos gegenüberstünden. Auch Pernerstorfers Reden haben oft persönliche Noten enthalten, die nicht mit den Anschauungen der Fraktionsmajorität übereinstimmten. Wir haben ihm das aber niemals zum Vorwurf gemacht. Ich glaube, es ist schädlicher, wenn man sagt, daß wir nichts ausrichten, als wenn man die Stärke unserer Organisation höher einschätzt. Der Genossin Schlesinger habe ich zu erwidern, daß ich allerdings nicht in der Lage bin, heute schon ein taugliches Mittel anzugeben. Der Generalstreik und ähnliche Dinge sind doch nicht Mittel wie andere, die man förmlich dem Arsenal einverleiben und auf Lager legen kann. Wenn er unvermeidlich ist, wird er kommen, vielleicht eher, als es sich die österreichischen Machthaber träumen lassen. Ich glaube, daß der Kampf gegen den Absolutismus wirksamer geführt werden kann als der Kampf für das Wahlrecht, weil ganze Bevölkerungskreise da mit uns sympathisieren. Zum Schluß bemerke ich noch, daß die Abgeordneten auch in Bezug auf die Tätigkeit in Versammlungen und in der außerparlamentarischen Agitation ihre Pflicht getan zu haben glauben. Wir könnten uns auch dem gar nicht entziehen; denn fast in jeder größeren Versammlung oder Demonstrationskundgebung verlangt man heute einen oder mehrere Abgeordnete als Redner, so daß es gar nicht möglich ist, allen diesen Wünschen gerecht zu werden. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag **17** einstimmig angenommen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung

Partei- und Wahlorganisation

nimmt als Referent das Wort

Skaret (Wien): Einer der wichtigsten Faktoren in unserem Parteileben ist zweifellos die Organisation. Es drängt sich uns hier die Frage auf: Was

haben wir im Laufe der letzten zwei Jahre mit dem Organisationsstatut für Erfahrungen gemacht, inwieweit ist es abänderungsbedürftig geworden? Ein Uebelstand ist, daß wir außer dem Organisationsstatut noch eine ganze Reihe anderer Statuten für die Landes-, Wahlkreis- und selbst Lokalorganisationen haben, so daß wir heute vor einem ganzen Labyrinth von Bestimmungen stehen, die davon handeln, wie sich die Genossen in den Ländern, Kreisen, Bezirken und Orten organisieren sollen. Wir haben nun die Frage aufgeworfen, ob da nicht ein einheitliches System möglich wäre. Die Mehrzahl aber war der Meinung, wir sollten von jeder Uniformierung absehen und den Genossen überlassen, wie sie sich organisieren wollen. So haben wir Ihnen denn heute keine speziellen Anträge auf Aenderung einzubringen. Ich halte es aber für wichtig, daß wir uns diese Dinge etwas näher ansehen. Es wurde beim Parteibericht gesagt, „wir möchten es so weit bringen, daß wir ein klares Bild über die Entwicklung der Organisation selbst in entlegeneren Gegenden gewinnen". Nun muß man aber bedenken, daß dies so, wie die Sache heute gemacht wird, mit wenig Ausnahmen, gar nicht möglich ist, weil der ganze Aufbau der Organisationen ein solcher ist, daß wir oft niemanden haben als einen einzigen Lokalvertrauensmann, an den man sich halten kann. Es ist da oft unmöglich, eine stete Verbindung aufrecht zu halten, die Personen wechseln oft und oft sind welche gewählt, die nicht die Eignung haben, die Organisationsgeschäfte übersichtlich zu führen. Die Lokalorganisationen sind also oft nur auf die Qualität der Vertrauensmänner angewiesen und von dieser hängt es ab, ob wir in dem betreffenden Orte bei Wahlen den entsprechenden Rückhalt haben. Daher aber auch die Klagen über die Schwäche und die Mittellosigkeit der betreffenden Organisation.

Wir haben in Aussig beschlossen, die Straßen- und Häuserorganisation zu empfehlen. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß in vielen Orten diese Organisationsform durchgeführt worden ist, und wir haben dabei sehr erfreuliche Resultate zu verzeichnen. Von dem Momente an, wo uns mitgeteilt worden ist, daß im betreffenden Orte die Straßen- und Häuserorganisation eingeführt worden ist, bekommen wir schon immer deutlichere Berichte und ein umfassenderes Bild der Organisationsverhältnisse. Da sagt man aber, daß diese Organisation nur in größeren Städten durchführbar ist. Warum denn? Kommt es denn auf die Größe der Häuser an? Auch in den Hütten sind Parteizugehörige zu finden, und es handelt sich nur um die richtige Methode, diese von Haus zu Haus, ich möchte sagen, katastermäßig, in Evidenz zu halten. Dazu noch eines. Man klagt über den Mangel an Mitteln zum Ausbau der Organisation. Wenn man nun darauf wartet, bis die Parteigenossen dem Vertrauensmann die Parteisteuer ins Haus bringen, werden wir allerdings noch lange klagen können. Die Häuserorganisation ermöglicht es, daß man die Genossen im Hause aufsucht, um die Parteisteuer von ihnen einzuheben. Hand in Hand mit der Katastereinrichtung geht es, daß bestimmte Rayonsvertrauensmänner von Zeit zu Zeit die Genossen ihres Rayons besuchen und ihre Beiträge einkassieren. Dort, wo das geschieht, hören wir nicht klagen über Schwäche der Organisation, dort hat die Organisation aufgehört, ein nebuloses Ding zu sein, bei dem man überhaupt nicht weiß, auf wen und auf wie viele Genossen man zählen kann. Wohl war es bis heute Usus, die ganze politische Organisation auf die gewerkschaftlichen Ortsgruppen aufzubauen, wodurch eine Reihe unangenehmer Konflikte resultierten, die wir bei Selbständigmachung unserer politischen Organisation sehr gut vermeiden könnten. Wenn jeder weiß, an wen er sich im Orte zu wenden hat, wer der Vertrauensmann ist, mit dem er in persönliche Verbindung zu treten hat, dann werden wir nicht länger im Dunkeln tappen, neues Leben wird pulsieren und wir werden keine Klagen hören, daß die Bewegung versumpfe und verflaue. Bisher war das leider immer so, daß man nach dem Parteitag oder der Landeskonferenz Lokalvertrauensmänner wählte, um die man sich dann das ganze Jahr nicht mehr bekümmerte. Dabei darf man es nicht bewenden lassen, daß der Vertrauensmann gewählt ist und ein- oder zweimal im Jahre zu Konferenzen kommt. Mit diesem alten

bequemen Usus muß gebrochen werden. Es muß der Lokalvertrauensmann mit all den im Orte befindlichen Genossen einerseits und mit dem Bezirks- und Wahlkreisvertrauensmanne andererseits im innigsten Kontakte stehen. Bisher geschah häufig alles so, wie es eben kam, man verließ sich auf die Opferwilligkeit der Genossen, die Beiträge leisten, von einer systematischen Einhebung war keine Rede. Nun lassen sich solche Dinge nicht in statutarische Formen bringen. Wir können nichts als den Vertrauensmännern einschärfen, die Methode der Häuser- und Straßenorganisation zu befolgen und es ihnen zur Pflicht machen.

Was die Einhebung der Parteisteuer anlangt, bin ich weit entfernt davon, die Schaffung eines festnormierten Beitrages zu empfehlen. Wir haben Beiträge von 5 h bis zu 30 h. Das ist sehr verschieden und es wäre falsch, wenn wir eine Norm beschließen wollten für die Beitragsleistung, da doch die Erwerbs- und Lohnverhältnisse so vielfach verschieden sind. Fraglich aber ist es, ob man mit 5 h Beitrag überhaupt imstande ist, etwas zu leisten. Da könnte man schon den Wunsch aussprechen, daß der monatliche Beitrag nicht unter 10 h sinken soll. (**Schiller**, Reichenberg: Noch zu wenig!) Ich meine das nur als Mindestmaß. Es gibt ja Gegenden, wo die Löhne äußerst schlecht sind und wo man mehr unmöglich verlangen kann. Also 10 h wäre das mindeste, obwohl ich andererseits nicht verkenne, daß in einer solchen Direktive die Gefahr liegt, daß die Minimalquote häufig als Maximalquote aufgefaßt wird. Der ganze Aufbau unserer Organisation muß dadurch folgerichtig ein wesentlich anderer werden. Erinnern Sie sich doch einmal, wie sich die Dinge entwickelt haben. Zuerst erhoben wir die Organisationsbeiträge durch Listen. Das erwies sich sehr bald als völlig unzureichend. Dann kam das Blocksystem und da machten wir die Erfahrung, daß die Genossen den Block oft im Westentaschel herumtrugen (Heiterkeit), ohne davon Gebrauch zu machen. Später kam die Einkassierung in den Häusern, wie sie die Häuserorganisation ermöglicht. Das hatte schon den Vorteil, daß die Vertrauensmänner mit den Genossen in persönliche Berührung traten und sie in Evidenz halten konnten. In Wien sehen wir gar wieder eine ganz neue spezielle Form, daß man nämlich gar keine Steuer mehr verlangt, sondern aus dem Erträgnis des Blattes, das die Genossen, statt Parteisteuer zu bezahlen, beziehen, alle Mittel zur Organisationstätigkeit gewinnt. Und die Erfahrung lehrt, daß man gut dabei fährt, was allerdings nicht als Norm für alle anderen Orte gelten kann.

Aber jedenfalls bleibt uns eines unerläßlich. Wir müssen einen Wahlkataster anlegen, wir müssen wissen, über welche Leute wir in jedem Orte unter allen Umständen verfügen können. Wir dürfen es den Leuten nicht überlassen, freiwillig beizutragen, wenn sie gerade wollen, sondern wir müssen Ordnung in die Sache der Parteisteuer bringen. Und nicht allein von diesem Gesichtspunkt ist die Häuserorganisation nützlich, sondern auch bei Wahlen ist sie unentbehrlich. Besitzt man einen eigenen Kataster, so kann man leicht die Wählerliste kontrollieren und ist nicht der Willkür der Ortsvorsteher, die doch fast immer unsere erbittertsten politischen Gegner sind, ausgeliefert, die die Wählerlisten anlegen. Besonders bei den direkten Wahlen, wo es auf jede Stimme ankommt, wird sich der Vorteil einer solchen Organisation, die alle Wähler in Evidenz zu halten versteht und eine ordentliche Uebersicht über die Parteigenossen des Ortes hat, zeigen. Unser Mißerfolg im Jahre 1901 war nicht zuletzt den Wählerlisten zuzuschreiben, aus welchen die Ortsvorsteher nach Willkür und fast ohne Kontrolle alle roter Gesinnung Verdächtigen ausschließen konnten.

Nun werden Sie mir einwenden: Ja, das, was der Referent sagt, ist sehr schön. Wie aber, wenn wir oft nicht einmal einen Vertrauensmann finden, der die Sache übernehmen will. Gewiß, ich verkenne nicht die Schwierigkeit. Es gibt ja Orte, wo die Leute sogar an Demonstrationen nur dann teilnehmen, wenn sie in anderen Orten stattfinden, weil sie nicht gesehen werden wollen. Aber wenn gut gearbeitet wird, läßt sich das alles überwinden, davon bin ich fest überzeugt.

Ich werde nun kurz die Anträge besprechen, und zwar in erster Linie den der Karlsbader Genossen, der folgendermaßen lautet:

In das Parteistatut ist betreffend die Aufstellung von Kandidaten für die Reichsratswahlen folgender Passus aufzunehmen:

Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen der V. Kurie in den Reichsrat obliegt lediglich der Konferenz der Genossen des betreffenden Wahlkreises.

Der Parteileitung steht jedoch das Recht zu, eventuell vorhandene objektive Gründe gegen die Aufstellung eines Genossen in der betreffenden Konferenz vor der Abstimmung namhaft zu machen.

Der in der Konferenz gewählte Kandidat gilt jedoch unwiderruflich als Kandidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für den betreffenden Wahlkreis.

Wir stehen seit einiger Zeit mit dem IV. böhmischen Wahlkreis diesbezüglich in Diskussion. Aus ihr wurde dieser Antrag geboren, der mit dem Beschluß des Grazer Parteitages, daß die Wahlkreisorganisationen wohl die Kandidaten nominieren können, daß aber die letzte Entscheidung der Parteivertretung obliegt, im Widerspruch steht. Die Genossen wollen den Beschluß des Grazer Parteitages so aufgefaßt wissen, daß dieses Entscheidungsrecht nur ein Einspruchsrecht wäre. Wenn man die Sache von der prinzipiellen Seite ansieht, so muß man fragen: Ist ein sozialdemokratischer Abgeordneter bloß ein Vertrauensmann der Wähler des betreffenden Wahlkreises oder ist er — wie Seitz gesagt hat — ein Parteibeamter, der nicht bloß seinem Wahlkreis, sondern der ganzen Partei verantwortlich ist? Da glaube ich mit allen, mit Ausnahme eines Teiles der Karlsbader Genossen, einer Meinung zu sein: ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist kein Bestandteil des Wahlkreises, der nur Wahlkreispolitik zu machen hat und der nur dem Wahlkreise allein verantwortlich ist; er ist der ganzen Partei verantwortlich, und deshalb muß die Entscheidung über die Kandidaturen bei der Gesamtparteivertretung sein, die die Gesamtheit der Parteigenossen repräsentiert. Aus dieser rein prinzipiellen Erwägung heraus empfehle ich Ihnen, den Antrag der Karlsbader abzulehnen, und bitte Sie, den Grazer Beschluß auch heute wieder zu bestätigen, und zwar in dem Sinne, daß er dem Organisationsstatut eingefügt wird.

Was würde daraus resultieren, wenn die Karlsbader Resolution beschlossen würde? Die Wahlkreise, in denen wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf eine Majorität rechnen können, sind nur wenige. Nehmen wir an, es wären siebzehn und das schon im günstigsten Falle. Bei dieser geringen Zahl spielt die Person, die da hineinkommen soll, wie mir scheint, keine untergeordnete Rolle und wir haben die Qualifikation der Abgeordneten sehr genau zu erwägen. Wenn aber der Wahlkreis sich einmal für eine Person seines Vertrauens entschieden hätte, was sollten wir da einwenden? Ich will zugeben, daß der betreffende Genosse sehr beliebt ist und einstimmig nominiert wurde. Da kann es aber immer noch möglich sein, daß wir im Parteiinteresse sagen müßten: Das Vertrauen des betreffenden Genossen in allen Ehren, aber die Partei braucht im Parlament einen anderen Mann. Und glauben Sie, daß wir dann Gehör finden würden; daß die Genossen sich von denselben Gesichtspunkten leiten lassen werden wie die Gesamtpartei?

Wenn Sie die Parteivertretung einsetzen, daß sie über die Interessen der Partei zu wachen hat, dann werden Sie ihr auch überlassen müssen, frei von aller persönlichen Voreingenommenheit das Richtige und Notwendige für die Partei zu treffen.

Der Grazer Beschluß lautet samt einem Zusatz, den ich Ihnen hier anzunehmen empfehle, folgendermaßen:

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung des Vorschlages der Wahlkreise.

Zusatzantrag Skaret: Die endgültige Aufstellung der so nominierten Kandidaten für den Reichsrat erfolgt mit Ausnahme von Ersatzwahlen durch eine Reichskonferenz, der neben der Parteivertretung die Wahlkreisvertrauensmänner beizuziehen sind.

Ich glaube, daß sich gegen diese Fassung, abgesehen davon, daß sie schon vier Jahre in Kraft ist, nichts einwenden läßt. Wir stellen uns nicht auf den Standpunkt, daß der Wahlkreis nichts zu reden hätte. Wenn sein Vorschlag so ist, daß sich aus dem Parteiinteresse heraus etwas Begründetes nicht einwenden läßt, welche Parteivertretung würde so frivol und so dumm sein, da den Genossen Hindernisse zu bereiten? Wir verkennen gar nicht die Schwierigkeiten, die oft darin liegen, das Parteiinteresse über das Bezirksinteresse zu stellen. Eine Partei wie die unsere kann und darf sich jedoch von solchen Dingen allein nicht bestimmen lassen, sondern sie muß tun, was im Interesse der Gesamtpartei gelegen ist, der wir und auch Sie alle ohne Ausnahme zu dienen haben.

Es liegt auch ein Antrag der Dornbirner Genossen vor, der folgendermaßen lautet:

In Erwägung, daß in Vorarlberg eine überaus große Arbeitermasse in den Fabriken beschäftigt ist, die bei zielbewußter, tatkräftiger Agitation für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen wäre; in Erwägung, daß diese Arbeiterschaft dem christlich-sozialen Schwindel auf den Leim geht, wenn nicht geeignete Agitationskräfte für uns tätig sind; in weiterer Erwägung, daß im Lande Vorarlberg keine agitatorisch tätigen Genossen vorhanden sind und seitens der Reichsparteileitung höchst selten ein Referent nach Vorarlberg gesendet wird, wahrscheinlich infolge der allzu großen Entfernung, beauftragt der Parteitag in Salzburg die Parteileitung, die Wiederbesetzung des Voralberger Sekretariats im Einvernehmen mit der österreichischen Gewerkschaftskommission und den hieran interessierten Zentralorganisationen sofort zu veranlassen, so daß das Sekretariat bis Jänner 1905 besetzt ist.

Da das Proletariat in Vorarlberg durch die Sucht der deutschnationalen Fabrikanten nach billigen Arbeitskräften — obwohl die deutschen Arbeiter ohnehin schon sehr genügsam sind — schon einen großen Prozentsatz Italiener aufweist, wäre es notwendig, wenn entweder ein eigener italienischer Vertrauensmann subventioniert würde oder aber der zukünftige deutsche Sekretär der italienischen Sprache auch mächtig wäre.

Wir halten diesen Antrag für vollständig berechtigt. Die Durchführung dieser Angelegenheit aber, nämlich die Anstellung eines entsprechenden Vertrauensmannes, kann nicht Sache des Parteitages sein. Das hängt von finanziellen Umständen und vor allem von der Ausfindigmachung einer geeigneten Person ab. Ich bitte Sie also, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen.

Ein weiterer von Seliger eingebrachter Antrag liegt vor, der in der Schiedsgerichtsaffaire Dr. Stark seinen Ursprung haben dürfte. Er lautet:

Am Schlusse des letzten Absatzes des Punktes 1 des Organisationsstatuts wird folgende Bestimmung angeregt: Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen.

Gen. Hackenberg hat zu diesem Antrag einen Ergänzungsantrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

Hinter dem Worte Parteivertretung soll eingeschaltet werden: „oder einzelne Mitglieder derselben", so daß der Satz lauten soll: „Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung oder einzelne Mitglieder derselben entscheidet die Parteikontrolle."

Genossen! Obwohl mir bis jetzt keine Fälle bekannt sind, daß Beschwerden gegen die Parteivertretung erhoben wurden — wohl ein Beweis, daß sie bis jetzt immer vorzüglich war (Heiterkeit) — und obwohl der Fall Stark auch keine Beschwerde gegen die Parteivertretung' darstellen kann, läßt

sich dennoch gegen den Antrag nichts einwenden. Aber ich weiß nicht, ob Genosse Seliger die Sache bezüglich der Kontrolle auf den richtigen Wert geprüft hat. Soll man denn immer die Kontrollmitglieder aus der Provinz nach Wien einberufen? Ob das, wenn es sich etwa um eine Bagatelle handelt, ersprießlich wäre, ist sehr fraglich. Wenn aber der Antrag so gemeint ist, daß diese Beschwerden immer dann von der Kontrolle zu untersuchen sind, wenn sie eben in Wien ihre Sitzung abhält, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Nur fürchte ich, daß auch Beschwerden vorkommen könnten, deren Erledigung keine Verschiebung duldet.

Nun haben wir noch eine Anregung des Genossen Seliger wegen einer Unklarheit über das Stimmrecht auf den Parteitagen. Der Antrag bezweckt eine entsprechende Aenderung des Organisationsstatuts und lautet:

> Der Punkt 3 (Parteitag) ist wie folgt abzuändern: An Stelle des zweiten Absatzes soll es fernerhin heißen: „Die Delegierten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes oder Wahlkreises bestimmt.
>
> Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, beziehungsweise Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen."
>
> Im vierten Absatz desselben Punktes sind die Anfangsworte „Die Wahlkreisvertretungen" zu streichen.

Ich gebe nun zu, daß da eine verschiedene Auslegung des Statuts möglich sein kann. Nun ist in der Mandatprüfungskommission die Frage erörtert worden, ob die Lokalorganisationen nur auf einen Delegierten oder auf mehrere das Recht haben. Den später folgenden Passus kann man nicht gut auf die beiden ersten Absätze anwenden, sie betreffen die Korporationen und Redaktionen. Man kann daraus durchaus nicht schließen, daß jemand das Recht hätte, 15 oder 20 Delegierte zu entsenden, um den Parteitag zu majorisieren. Ist auch gar nicht möglich, schon wegen der Kosten. Nun befinde ich mich auch bezüglich des vierten Absatzes mit der Mandatprüfungskommission in Widerspruch. Seliger rangiert die Wahlkreisvertretungen unter die Korporationen. Was ist aber als Korporation aufzufassen? Nur besondere Parteiinstanzen, wie zum Beispiel die Wiener Kontrollpreßkommission oder wenn irgendwo eine Agitationskommission gewählt wird oder dergleichen. Ich glaube also, daß wir an diesem Passus nichts zu ändern brauchen. Wir sind bis jetzt ganz gut damit ausgekommen.

Noch einen Umstand habe ich zu erwähnen, das ist die Frage der Ausschließung aus der Partei. Wir haben in Böhmen Fälle gehabt, wo ein Ausschluß aus der gewerkschaftlichen Organisation erfolgte, weil jemand sich aus irgend einem Grunde benachteiligt fühlte und dann auf eigene Faust etwas unternahm, was der Meinung der Organisation nicht entsprach, zum Beispiel bei Bezirkskrankenkassenwahlen eine eigene Liste aufstellte. Wenn nun eine solche Person von der Lokalorganisation ausgeschlossen wurde, ist es fraglich, ob er da als aus der Gesamtpartei ausgeschlossen zu gelten hat. Wir können uns nicht wieder zwei Jahre mit diesen Unklarheiten herumschleppen. Wir brauchen da eine klare, als Richtschnur brauchbare Formulierung. Ich beantrage daher folgende Ergänzung zum Punkt 1 des Organisationsstatuts:

> Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Gesamtpartei gelten und steht dem davon Betroffenen das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen.
>
> Der Ausschluß aus der Gesamtpartei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.
>
> Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.
>
> Verzichtet oder unterläßt ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Zeitpunkt der Verständigung an innerhalb 14 Tagen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Diese klare Definition bitte ich Sie, als Ergänzung zu unserem Organisationsstatute anzunehmen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Tomschik** (Wien).

Schäfer (Reichenberg): Vor allem anderen möchte ich davor warnen, daß der Parteitag bei den Parteibeiträgen eine bestimmte Minimalhöhe festsetzt. Wegen der wenigen Organisationen, die weniger als 10 h einheben, brauchen wir durchaus nicht jenen Gebieten, wo man schon heute darüber hinaus ist, Schwierigkeiten bei der weiteren Erhöhung der Beiträge zu bereiten. Das aber würde geschehen, wenn ein so niedriger Minimalbeitrag eingeführt werden sollte. Ueberlassen wir die Bestimmung der Beiträge den Organisationen. Wir haben in Nordböhmen nahezu keine Lokalorganisation mehr, die Beiträge unter 10 h einhebt, die meisten heben 20 h ein. Besonders wichtig ist, daß wir uns einmal darüber aussprechen, wie die Lokalorganisationen zu arbeiten haben. Wir haben in unserem und im Aussiger Wahlkreise die verhältnismäßig größte Anzahl von Organisationen, aber wir sind doch nicht so recht mit ihrer Tätigkeit zufrieden. Sie verfallen sehr häufig in den Fehler, daß sie das ganze Jahr in ihren Sitzungen nichts tun, als geschäftliche Angelegenheiten erledigen, mit den eigentlichen Aufgaben der politischen Organisation aber sich nicht beschäftigen, namentlich aber nichts für die prinzipielle Schulung der Genossen tun. Was das Organisationsstatut betrifft, ist es ganz unmöglich, daß alle diese anderen Statuten, Reglements und Geschäftsordnungen der einzelnen Bezirks-, Kreis- und Lokalorganisation im Organisationsstatut aufgehen. Aber damit nicht so ein Chaos in den Bestimmungen der verschiedenen Bezirke und Wahlkreise bestehe, könnte von der Parteileitung und von der Wahlkreisorganisation auf die Ausarbeitung solcher Geschäftsordnungen mehr Einfluß genommen werden. Ich kenne einige Statuten, die mit dem Parteistatut direkt im Widerspruch stehen.

Der Antrag Karlsbad wird wohl wenig Freunde haben. Wir kommen mit den bisherigen Bestimmungen ganz gut aus. Das, was die Karlsbader verlangen, steht im direkten Gegensatz zu dem, was wir für den obersten Grundsatz in unserer Organisation halten müssen: daß bei allen unseren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen ist auf das Interesse der Gesamtpartei.

Bartel (Falkenau): Als wir das erstemal in die Wahlen eingriffen, hat sich die Parteileitung nicht so sehr für die Personen der Kandidaten interessiert, vor allem wohl deshalb nicht, weil man in einer ganzen Reihe von Kreisen nicht glaubte, daß man siegen werde, und so ist es gekommen, daß da und dort Zählkandidaten gewählt wurden. Da allerdings scheint man sich gesagt zu haben, daß es besser gewesen wäre, andere dort aufzustellen, deren Kraft für die Partei wertvoller gewesen wäre. Nichtsdestoweniger sind aber überall nur solche Leute aufgestellt worden, die sich eines langjährigen Vertrauens erfreuten, die höchstens den Nachteil hatten, daß andere fähiger waren als sie. Es können aber nicht alle Genossen gleich befähigt sein. Es gibt solche, die in einzelnen Fragen mehr, in anderen weniger bewandert sind. Aber damals hat man solche aufgestellt, die die verdienstvollsten und populärsten waren und die meiste Aussicht hatten, gewählt zu werden. Mit dem Inhalt des Karlsbader Antrages kann man ganz wohl einverstanden sein, wenn er in der Form nicht so ungeschickt abgefaßt wäre. Man könnte aber auch dem Antrag Skaret zustimmen, wenn uns nicht die Interpretation stutzig gemacht hätte.

Es ist bei uns schon vielfach gefährlich, von Demokratie zu sprechen, weil einem da bald die Parteiinteressen, bald die praktischen Verhältnisse entgegengehalten werden. Trotzdem möchte ich doch darauf halten, daß der Wahlkreis ein gewichtiges Recht bei der Bestimmung seines Kandidaten haben muß. Gewiß kommen da auch die Interessen des Wahlkreises in Betracht; aber die Arbeit muß doch in den Wahlkreisen selbst geleistet werden, und wenn der Kandidat die Stimmung der Genossen im Wahlkreise für sich hat, ohne daß durch seine Aufstellung das Interesse der Partei geschädigt wird, warum soll man ihn da nicht kandidieren, selbst auf die Gefahr, daß ein

anderer gescheiter ist als er? Oft ist es übrigens gar nicht so sicher, daß der andere überhaupt gewählt würde. Es handelt sich da um Genossen, die Abgeordnete sind, deren Mandate aber nicht so sicher sind. Von diesen Genossen, die ihre eigenen Mandate nicht zu halten imstande sind, nimmt man an, daß sie einen neuen Wahlkreis erobern werden! Ist der betreffende Wahlkreis dafür, so mag man einen solchen Mann aufstellen, ist der Kreis aber anderer Meinung, dann darf man nicht gegen seinen Willen ihm einen anderen Kandidaten aufzwingen wollen. Wenn der Genosse den Wahlkreis hinter sich hat, muß sich die Parteileitung der Autonomie des Wahlkreises fügen. Allerdings steht es anders, wo gewichtige Gründe gegen die Person des Kandidaten sprechen. Anders ist es aber auch dort, wo der Kandidat bei seiner Bestellung nicht so viel Stimmen erhielt, daß man ihn für den unbestrittenen Vertrauensmann des gesamten Kreises halten muß, weil der andere nur ein paar Stimmen weniger hatte. Für solche Fälle muß eine Instanz geschaffen werden, der dann die Entscheidung obliegt. Es heißt immer, man soll die Angelegenheit losgelöst von lokalen Interessen behandeln. Das mag ganz plausibel klingen; aber es gibt Fälle, wo eine solche Loslösung nicht möglich ist, sondern wo man sich auch bei der Parteileitung geradezu ausschließlich von lokalen Interessen leiten läßt. Man hätte vielleicht tüchtigere Kandidaten gefunden; aber man mußte einen bestimmten Genossen kandidieren, weil ein anderer keine Aussicht hat, gewählt zu werden. Der Antrag der Karlsbader ist mir, wie gesagt, in dieser Fassung nicht sympathisch. Aber ich möchte auch deutlicher ausgedrückt haben, wie weit das Recht der Parteileitung geht, wenn ich für den Antrag Skaret sein soll. Wenn die Parteileitung gemeinsam mit dem Kreise den Beschluß faßt, bin ich damit einverstanden; wenn sie sich aber gegen die Majorität des Kreises stellt und dessen Autonomie beschneiden will, bin ich nicht dafür. Wie ist es, wenn sich da der Wahlkreis nicht fügt? Dann ist das Ansehen der Parteileitung erschüttert.

Witzmann (Wien): Ich schlage zum Organisationsstatut eine kleine Aenderung vor, und zwar die, daß wir auch den Korporationen und Redaktionen Sitz und Stimme auf den Parteitagen geben. Wir sollen dem Umstand Rechnung tragen, daß die Genossen, die erst nach langer Parteiarbeit in die Redaktionen kommen, nicht als Vertreter zweiter Güte herkommen. Auch soll eingefügt werden, daß die Fachblätter, deren Organisationen die Parteisteuer entrichten, dieselben Rechte haben. Ich habe noch einen zweiten Antrag. Wir leiden darunter, daß viele Hunderttausende Arbeiter von den Bestrebungen der Sozialdemokratie gar nichts wissen. Bei den Versammlungen ist so ziemlich immer dasselbe Publikum, in Wien wie in der Provinz. Ein großer Teil der Arbeiter kommt nicht zu den Versammlungen, wir müssen also die Parteiliteratur dazu benützen. Zahllose Broschüren sind liegen geblieben, die nicht abgesetzt werden können und die wir am besten benützen, wenn wir sie an jene Arbeiter weiter verbreiten, die es sich aus irgend einem Grunde nicht erlauben können, auch nur einige Kreuzer für die Parteiliteratur auszugeben. Wir haben da namentlich Landarbeiter, Holzarbeiter, Steinarbeiter, Weber u. s. w. Eine Agitationsschrift, verteilt von einem Referenten, der hinausgeschickt wird an die Lokalvertrauenspersonen, die sie dann wieder weiter verbreiten, das würde gewiß gute Wirkung machen. Wir könnten durch die unentgeltliche Verteilung solcher Broschüren in Kreise dringen, in Dörfer und Orte, wo wir durch Versammlungen einzudringen nicht in der Lage sind. Es handelt sich auch nicht um große Summen und jedenfalls würde sich die Sache lohnen. Ich möchte noch auf einen Umstand hinweisen. Die Wahlkreise erzählen uns immer von ihrem großen Geldmangel. Sie können nur mit schwerer Mühe eine Versammlungstätigkeit entwickeln; dazu kommt noch, daß jedes Jahr ein nationaler oder ein Gesamtparteitag und jedes Jahr ein Landesparteitag ist, was alles den Organisationen unerschwingliche Ausgaben aufbürdet. Es wäre wirklich notwendig, darüber zu reden, ob man nicht auch bezüglich Abhaltung der Parteitage eine Aenderung eintreten lassen könnte. In Aussig wurde ein solcher Antrag abgelehnt. Deshalb habe ich mich ent-

schlossen, diesmal keinen Antrag einzubringen. Aber ich stelle es Ihnen zur Erwägung und wäre dem Referenten sehr dankbar, wenn er sich mit der Sache beschäftigen würde.

Schloßnikel (Sternberg): Wie notwendig die Vorschläge Skarets sind, um den Ausbau der politischen Organisation zu fördern, sehen wir deutlich in unserem Wahlkreis. Es kommt bei uns häufig vor, daß mit dem Steigen der gewerkschaftlichen Organisation die Lust zum Zahlen der Parteisteuer fällt. Die Leute sagen es oft direkt heraus: „Ich trete der Organisation bei, aber ich zahle keine politische Parteisteuer." Wir haben diese Erfahrung kürzlich auch bei den Tabakarbeiterinnen gemacht. Wenn nun in einem Wahlkreis die Möglichkeit nicht vorhanden ist, einen Agitator zu besitzen, wenn die Genossen die schwierige Arbeit inmitten ihrer täglichen Arbeit leisten müssen, ist es leicht begreiflich, wenn in solchen Organisationen ein Rückgang eintritt und wenn diese Organisationen nicht so funktionieren, wie sie sollen. Bartel hat erklärt, welche Bedenken in einsprachigen Wahlkreisen bei der Aufstellung von Kandidaten bestehen. Schwieriger ist es noch in gemischtsprachigen Wahlkreisen, wie zum Beispiel bei uns. Die Zahl der Genossen, die da in Betracht kommt, ist sehr gering. Wir haben nicht viel organisierte Genossen, die der deutschen und tschechischen Sprache mächtig sind, vor allem deshalb nicht, weil unsere deutschen Genossen viel zu wenig tschechisch lernen. Wenn nun in solchen Wahlkreisen, bei denen ohnedies keine so große Auswahl unter den in Betracht kommenden Personen vorhanden ist, ein Kandidat aufgestellt ist, der den Genossen paßt, wird es höchstwahrscheinlich der Parteileitung schwer fallen, Protest einzulegen, selbst wenn der Kandidat nicht gerade alle Eigenschaften hätte, von denen heute gesprochen wurde. Es mag ja sein, daß der eine Genosse politisch gescheiter ist, aber der andere ist vielleicht geriebener (Heiterkeit), und ich meine, wenn die Genossen in den Wahlkreisen die Kleinarbeit leisten können, wenn sie imstande sind, zu agitieren, kann man es nicht bestreiten, daß diese Genossen auch die Fähigkeit besitzen, den Wahlkreis im Parlament zu vertreten. Da wird man die Autonomie der Wahlkreise nicht zu sehr beschränken können, weil die Wünsche der Genossen respektiert werden müssen. Die Genossen in den Wahlkreisen verlangen, daß in erster Linie der Kandidat im Wahlkreise wohnt, damit die Möglichkeit gegeben sei, ihn bei jeder Gelegenheit zur Agitation zu benützen. Dann müssen wir auch das Empfinden der Genossen in Betracht ziehen. Wenn sie sehen, daß gegen den Kandidaten, der vom Wahlkreis aufgestellt wird, eine Einwendung erhoben wird und sie müssen einen anderen aufstellen, so kommt es leicht vor, daß die Genossen sich gekränkt fühlen und nicht vollauf ihre Pflicht tun. Man kann also über die Autonomie der Wahlkreise nicht so rundweg hinweggehen.

Skaret (Wien): Damit die Debatte nicht auf Abwege gerate, muß ich bemerken, daß es bisher immer die Reichskonferenz war, die in letzter Linie über die vorliegenden Kandidatenvorschläge zu entscheiden hatte. Damit man nicht glaube, daß etwas anderes beabsichtigt sei, habe ich beantragt, einen Passus einzufügen, der besagt, daß die endgültige Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat durch die Reichskonferenz erfolge.

Schiller (Reichenberg): Skaret hat Klage geführt, daß die Organisationen eine zu niedrige Parteisteuer einheben. Ich bin auch dafür, daß man darauf hinarbeite, daß die Steuern in höherem Maße eingehen. Es ist richtig, daß sich die Genossen auf die Ausgaben für Krankenkasse, Gewerkschaft u. s. w. berufen. Aber von demselben Zeitpunkte an, wo wir den Genossen diese Konzessionen machen, daß sie die politische Organisation nur mit so geringen Beiträgen bedenken, sagen wir, daß die politische Organisation minderwertig ist, und das ist ein Fehler. So viel in unseren Kräften steht, soll getan werden; ebenso wie die Gewerkschaften brauchen auch wir Geld und gerade die niedrigen Beiträge sind es, die die ganze Bewegung lahmlegen. Die Genossen können da eben rein gar nichts unternehmen, weil sie kein Geld haben. Es muß den Leuten die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die politische Organisation ebenso notwendig ist wie die gewerkschaftliche. Nach dem großen Brünner Streik haben auch unsere Textilfabrikanten den Zehn-

stundentag gegeben; wir haben sie ohne Schwertstreich bezwungen, weil sie es auf einen Kampf nicht ankommen lassen wollten. In der letzten Zeit wird aber unter allerlei Ausreden wieder die Arbeitszeit verlängert, und wenn sich die Arbeiter nicht wehren, kann es leicht geschehen, daß ihnen diese Errungenschaft wieder genommen wird. Es muß also darnach gestrebt werden, solche Errungenschaften gesetzlich festzulegen, und das können wir nur durch die politische Aktion. Was nun die Abgaben selbst betrifft, so meine ich, daß die Genossen jetzt zu wenig Ideale haben. In vergangenen Jahren hörte man nicht immer die Ausrede: „Ich habe die paar Kreuzer nicht." Anfangs der Achtzigerjahre hatten wir eine große Zahl Genossen im Gefängnis und wir mußten ihre Familien unterstützen. Da brachten wir mit Leichtigkeit die nötigen Mittel auf. Ich bezweifle, wenn heute der Fall einträte, ob das wieder so leicht ginge. Skaret hat uns empfohlen, einen Wahlkataster anzulegen. Ich kann Ihnen das auch auf das wärmste anraten. Wir haben das in unserem Wahlkreise bereits zum Teile durchgeführt und wir sind bei eventuellen Wahlen doch einigermaßen sicher, einen Ueberblick über unsere Wähler zu haben.

Nun noch einige Worte über die Kandidatenfrage. Ich kann mich gegen den Antrag der Parteivertretung nicht aussprechen. Der Fall Göhre beweist uns, daß es angezeigt ist, bei der Aufstellung von Kandidaten auch die Oberleitung zu Rate zu ziehen.

Was die Gemeindewahlen betrifft, so haben wir in Reichenberg schon unsere Erfahrungen gemacht. In einer Reihe von Gemeinden haben sich unsere Genossen an den Wahlen beteiligt. Oft fehlt es an überzeugten Sozialdemokraten und so greifen sie zu anderen. So sind oft Leute gewählt worden, die alles andere eher waren als Sozialdemokraten. Wir haben deshalb auf der Kreiskonferenz in Haida den Genossen eine Richtschnur für die Beteiligung an Gemeindewahlen gegeben. Vor allem dürfen als Kandidaten nur organisierte Genossen aufgestellt werden und auch die nur im Einverständnis mit der Kreisvertretung.

Schrattenecker (Bregenz): Es wurde von Skaret Beschwerde geführt, daß bei uns die Parteisteuer so schlecht eingeht. Ich gebe zu, daß da sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Aber ich muß doch dagegen sprechen, daß unser Antrag der Parteivertretung zugewiesen werde. Wir wünschen, daß die Sekretärstelle bei uns so bald wie möglich wieder besetzt werde. Wir haben nicht die notwendigen Kräfte, die imstande wären, eine rege Agitation zu entfalten. Seit drei Vierteljahren ist das schon der Partei bekannt, aber sie hat noch nichts getan. Soll die Steuer regelmäßig abgeführt werden, so müssen Sie auch dafür sorgen, daß eine Organisation geschaffen werde. Vorarlberg hat keine unbedeutende Industrie; es lohnt sich, für uns etwas zu tun. Was die Aufstellung von Kandidaten betrifft, meine ich, daß es doch nicht angeht, da einseitig vorzugehen. Es wäre schädlich, wenn die Zentrale alles Recht für sich in Anspruch nehmen würde, weil dadurch überflüssige Gehässigkeiten entstehen würden. Das Vernünftigste ist, das in gemeinschaftlichen Konferenzen zu erledigen.

Behr (Komotau): Ich habe den Antrag gestellt, daß das Organisationsstatut einer Revision unterzogen werde, und ich glaube, daß unser Antrag schon durch die heutige Debatte gerechtfertigt wurde. Wir haben keine einheitliche Organisation. In den einzelnen Wahlkreisen wird die Parteizugehörigkeit in verschiedenen Formen dokumentiert. In einigen muß man einem politischen Verein angehören, um als Genosse anerkannt zu werden, in anderen Wahlbezirken werden Parteikarten ausgegeben, wo Parteimarken aufgeklebt werden, und ich glaube, daß es sehr praktisch wäre, wenn das überall eingeführt würde. Es könnten dann einheitliche Parteikarten und Parteimarken eingeführt werden, die gewissermaßen überall als Parteilegitimation dienen könnten. Ich muß auch erklären, daß die Art der Vertretung auf dem Parteitage mir nicht gefällt. Es wäre besser, wenn man jeder Bezirksorganisation oder jeder Wahlkreisorganisation das Recht auf eine bestimmte Zahl von Delegierten gäbe. Heute ist den Genossen des Ortes, wo der Parteitag ist, ein Vorrecht vor den anderen gegeben. Sie haben keine Kosten und können nach Belieben Dele-

gierte wählen, während die entfernten Gegenden nicht einmal von jedem Wahlkreise einen Delegierten schicken können. Es wäre das beste, wenn die Delegationskosten von der Partei getragen würden. Der Knotenpunkt der heutigen Debatte ist aber die Frage der Aufstellung der Kandidaten. Da läßt es sich nun nicht leugnen, daß tatsächlich in manchen Wahlkreisen Kirchturmpolitik getrieben wird. Die Genossen sehen nicht über ihren Wahlkreis hinaus. Die Partei wird geschädigt, indem unsere fähigsten Genossen nicht in den Reichsrat gewählt werden. Die Wiener Genossen haben sich verhältnismäßig viel zu wenig um die Genossen in der Provinz gekümmert. Wenn sie mehr hinausgingen, so würden die Provinzgenossen viel eher auf den Einfall kommen: Den müssen wir aufstellen. Ich kann mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Parteivertretung in letzter Instanz entscheiden soll. Das wäre undemokratisch. Es sollen wenigstens die Wahlkreisvertrauensmänner befragt werden.

Seliger (Teplitz): Skaret hat meinen Antrag zu interpretieren gesucht. Aber ich glaube, er braucht keine Interpretation, er ist klar genug. Es ist selbstverständlich, daß man das gar nicht im Antrag selbst aussprechen kann, daß nicht bei jedem Quark die Kontrolle aus dem ganzen Reiche zusammenberufen werde. Ich habe noch einen anderen Antrag eingebracht, der die Abänderung des § 3 des Parteistatuts bezweckt, und ich möchte Sie um Annahme des Antrages bitten, obwohl sich Skaret vorweg dagegen ausgesprochen hat. Er entspricht den Erfahrungen, die ich bei diesem Parteitage als Mitglied der Mandatprüfungskommission gemacht habe. Unser Statut ist da höchst unklar. Mein Antrag will einer tatsächlichen Gepflogenheit bezüglich der Beschickung des Parteitages Ausdruck geben. Ich kann mich noch an die Debatten beim Wimberger erinnern, wo ein Genosse beantragte, es sollten außer den Lokal- und Bezirksorganisationen auch einzelne Korporationen der Wahlkreisorganisationen das Recht erhalten, vollberechtigte Mitglieder zu entsenden, weil es von Wichtigkeit sei, hier die verschiedenen Fragen zu hören. Der Parteitag hat das Recht der Delegation aber nur den Bezirks- und Lokalorganisationen, gewissermaßen den Urorganisationen, gegeben. Den anderen wurden bloß beratende Stimmen erteilt. Die Interpretation, die Skaret von dieser Bestimmung gegeben hat, ist deshalb falsch. Nun haben wir aber eine Delegation der Wahlkreise und Wahlkreisvertretungen hier. Wir haben da den Lokalausschüssen und Bezirksausschüssen und solchen kleinen Korporationen allzuviel Spielraum gelassen. Deshalb verlange ich, daß die Delegationen nicht diesem engen Kreise von Ausschüssen, sondern daß die Vertretung der Parteigenossen in den Bezirken vorgenommen werde. Als die demokratische Vertretung der Bezirksorganisation kann man sich nur die Bezirkskonferenz vorstellen, für den Wahlkreis die Wahlkreiskonferenz, für den Ort die Lokalorganisation. Es geht aber nicht, daß man sich von ganz unbedeutenden Bezirkscomités, die nicht immer den Willen der Gesamtheit der Parteigenossen richtig zum Ausdruck bringen, Mandate ausstellen läßt. Das will mein Antrag beseitigen.

In der Kandidatenfrage herrscht Verwirrung unter den Genossen. Der Beschluß, der in Graz gefaßt wurde, ist den Genossen offenbar nicht mehr bekannt. Es heißt da: Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise. Es wurde auch immer so gehalten, daß die Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner gemeinsam mit der Parteileitung, die sogenannte Reichskonferenz, die Kandidaten aufstellte. Den Wahlkreisen steht nur das Vorschlagsrecht zu.

Ich will nicht alles anführen, was diesen Vorgang rechtfertigt. Ich frage nur immer: Ist der sozialdemokratische Kandidat der Vertreter der Partei, der Vertreter bestimmter Grundsätze der Partei oder ist er der Vertreter des Wahlkreises? Ich glaube nicht, daß es da einen Streit geben kann. Unsere Abgeordneten sind nicht die Abgeordneten von Troppau, Reichenberg, Wien, sondern die Abgeordneten der österreichischen sozial-

demokratischen Arbeiterschaft. (Beifall.) Die österreichische Sozialdemokratie trägt für sie die Verantwortung, die Abgeordneten machen die Politik der Sozialdemokratie, die Gesamtpartei hat also ein Interesse, mitzubestimmen, wer berufen sein soll, ihre Politik im Parlament zu machen, und man darf es nicht den Wahlkreisen überlassen, wenn man nicht das demokratische Prinzip auf das schwerste verletzen will. Wenn so viel von demokratischem Recht der Wahlkreise gesprochen wurde, so sage ich: Ueber dem demokratischen Recht der Wahlkreise steht das demokratische Recht der Gesamtpartei.

Schlinger (Floridsdorf): So sehr ich sonst für den engen Zusammenhang mit den Gewerkschaften bin, so meine ich, daß wir eine gute politische Organisation nur schaffen können, wenn wir feste Parteibeiträge einführen, sie in den Häusern einkassieren lassen und ein genaues Verzeichnis aller Genossen anlegen, die der Parteiorganisation angehören. Das bisherige System der Einhebung der Parteisteuer hat sich überlebt und jeder größere Industrieort ist zu dem neuen System übergegangen. In Wien wird die Parteisteuer durch die Presse eingehoben, aber das ist nicht überall möglich. Wir können zum Beispiel unser Blatt nicht so billig an die Genossen abgeben und dabei noch verdienen. Und daß wir die „Volkstribüne" als Quittung nehmen, werden Sie doch, solange wir unser eigenes Blatt haben, nicht von uns verlangen. (Zwischenruf: Nach der Einverleibung!) Auch dann würden wir darüber noch reden. Mit Haut und Haaren lassen wir uns von den Wienern nicht fressen. (Heiterkeit.) Wir haben in den letzten Jahren so viel Wahlen gehabt, daß wir recht froh sind, endlich einige Monate für die Organisation frei zu haben. Durch unseren Wahlkataster waren wir nun in der Lage, am Tage vor der Wahl genau zu wissen, wie viel Stimmen wir erhalten müssen. Bei der letzten Landtagswahl zum Beispiel haben wir uns nur um 25 Stimmen geirrt. Gerade in Niederösterreich wird es unbedingt notwendig sein, dieses System des Wahlkatasters so rasch als möglich einzuführen, wollen wir bei den innerhalb eines Jahres durchzuführenden Gemeindewahlen gut abschneiden. Es wird gewiß nicht überall gut möglich sein, feste Organisationen zu haben, aber man wird trachten müssen, in solchen Orten wenigstens einen Vertrauensmann zu haben, gewissermaßen einen Außenposten, durch den man immerhin eine Kontrolle über die Verhältnisse in den Orten hat.

Bezüglich der Kandidatenfrage stehe ich auf dem Standpunkt Skarets. Es ist im Interesse des Wahlkreises gelegen, wenn die Vertrauensmänner wissen, daß sie auch nach dieser Richtung die volle Zustimmung der Gesamtpartei haben.

Genossin **Popp** (Wien): Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß bei der Aufstellung der Kandidaten auch dem Wahlkreis ein entsprechender Einfluß gewährt werde. Das ist selbstverständlich. Bisher war es aber umgekehrt. Die Parteivertretung hat sich in Wirklichkeit bisher in der Regel den Beschlüssen der Wahlkreise zu fügen gehabt und sie konnte nie den ihr gebührenden Einfluß bei der Aufstellung der Kandidaten nehmen. Es wurde nun von den Genossen gesprochen, die in der Kleinarbeit Tüchtiges leisten, und es wurde verlangt, daß man diese als Kandidaten auch mit in Betracht ziehe. Aber es kann einer im Wahlkreis, nicht nur in der Kleinarbeit, sondern auch in der Presse, in Versammlungen Großes leisten, ohne daß damit bewiesen ist, daß er gerade in Oesterreich, wo nur eine so kleine Zahl von Mandaten zu vergeben ist, der Politiker ist, den die Sozialdemokratie im Parlament nicht entbehren kann. Da sollten doch alle Genossen einsehen, daß gerade in Oesterreich diese Frage als eine Frage der Gesamtpartei zu betrachten ist. Wenn auf den Fall Göhre hingewiesen wird als Beweis, wie das Diktat von oben schlecht ausgehen kann, so hat gerade dieser Fall das Beispiel bewundernswerter Disziplin gegeben. Man möge nicht fürchten, daß die Wahlkreise vergewaltigt werden; die Parteivertretung wird gewiß ihren Einfluß nur dann geltend machen, wenn es im Interesse der Gesamtpartei notwendig ist.

Nun etwas anderes; Schlossnikel hat darauf hingewiesen, daß viele Arbeiterinnen, wenn man sie auch in großen Scharen für die gewerkschaftliche Organisation gewinnt, sich der Bezahlung der Parteisteuer entziehen. Das ist ja in einzelnen Fällen richtig, die Arbeiterinnen sind nicht sofort, wenn sie der Organisation beitreten, Parteigenossinnen und verstehen nicht die Wichtigkeit der Parteisteuer. Es muß eben mit aller Energie die Aufklärung der Arbeiterinnen gefördert werden. Es hat sich auch die Frauenkonferenz mit der politischen Betätigung der Frau befaßt und über die Organisationsmöglichkeit der Frau gesprochen. Es waren alle einig, daß wir in Zukunft die Frauen dazu gewinnen müssen, daß sie für die Partei tätiger sind als bisher. Dazu ist es aber notwendig, daß Sie uns Ihre Unterstützung leihen. Wir haben daher den Beschluß gefaßt, den politischen Organisationen zu empfehlen, „zu allen ihren Besprechungen Frauen heranzuziehen, um sich für alle ihre Aktionen sowie für die Wahlarbeit die Hilfe der Frauen zu sichern und den Indifferentismus der weiblichen Arbeiterbevölkerung allerorts durch wirtschaftliche und politische Aufklärung zu bekämpfen und so die weiblichen Klassengenossen zu Mitkämpfern zu erziehen". Wir wollen, daß in allen Wahlkreisen und Industrieorten Agitationscomités von Arbeiterinnen gegründet werden. Da aber die Genossinnen die dazu notwendigen Arbeiten nicht allein machen können, weil sie darin zu unerfahren sind, bitten wir Sie, uns behilflich zu sein und unseren Genossinnen mit Ihrem Rate beizustehen.

Den Antrag Winarsky finde ich unglücklich stilisiert. Er könnte leicht so gefaßt werden, daß er annehmbarer würde. Das Wort „männliche Delegierte" soll entfallen, weil wir uns nicht vorstellen, daß der Delegierte unter allen Umständen ein Mann sein muß. Wir streben dahin, wenn wir auch heute noch nicht ganz die Sonderstellung der Frau entbehren können, daß wir so viel Frauen in die Organisation bringen, daß wir eine separate Delegation für die Frauen überhaupt nicht brauchen.

Volkert (Wien): Es ist eine alte Klage auf den Parteitagen, daß die nötigen Geldmittel nicht einlaufen. Schiller meint, das habe seinen Grund darin, daß die Opferwilligkeit der jetzigen Generation nicht mehr die von früher sei. Das ist gewiß unrichtig. Wohl aber ist es wahr, daß unsere Genossen sehr schwer für regelmäßig wiederkehrende, bestimmte Abgaben zu haben sind. Auch bei uns in Wien war es so. Jetzt haben wir die Einhebung der Steuer durch die „Volkstribüne" eingeführt und haben dadurch so viel Geldmittel erhalten, als wir brauchen; ja, so viel, daß wir alte Schulden zahlen und noch Geld ersparen konnten. Wir haben damit nicht nur unsere Wiener Parteiorganisation materiell gesichert, sondern wir geben auch allwöchentlich 29.000 Personen ein Parteiblatt in die Hand, das gewiß eine ausgezeichnete Agitationsarbeit für uns leistet. Ein weiterer Vorteil ist, daß unsere Vertrauensmänner in ständiger Verbindung mit den Parteigenossen stehen. Nun hat Skaret auf den Wahlkataster hingewiesen und Schlinger hat das fortgesetzt. Es ist richtig, daß ein Wahlkataster uns ganz besondere Dienste leisten kann, und ich weiß, was er den Floridsdorfer Genossen geleistet hat. Aber bei der Fluktuation der Wiener Arbeiter würde in Wien die Anlage eines ständigen Wahlkatasters zu große Summen von Geld verschlingen und wir müssen uns daher begnügen, einen solchen Kataster immer vor der Wahl anzulegen. Frau Popp hat uns aufgefordert, die Frauen zur politischen Organisation heranzuziehen. Wir können dagegen selbstverständlich nichts einwenden. Ich meine nur, daß die Frauen in ihrer Organisation zu der nötigen Bereitwilligkeit gebracht werden. In dem Bezirk, wo ich Vertrauensmann bin, haben wir eine große Frauenorganisation. Wir laden die Delegierten immer zu unseren Sitzungen der Bezirksorganisation ein, es kommt aber nur äußerst selten vor, daß uns die Genossinnen besuchen.

Brutar (Lend): Die Einhebung der Parteisteuer in der Provinz ist doch nicht so leicht, wie es sich die Genossen in Wien vorstellen. Wir können nicht jeden Samstag oder jeden Monat einen Genossen in die Häuser schicken, um die Steuer einzuheben, schon deshalb nicht, weil die Genossen zu weit auseinander wohnen. Ich möchte da besonders an die Vertrauensmänner

der Branchen appellieren, daß sie uns dabei behilflich seien. So könnten wir am besten Evidenz führen über die Genossen. Wie wir verpflichtet sind, die Arbeiter den Gewerkschaften zuzuführen, so sind wieder die Gewerkschaften verpflichtet, sie der politischen Organisation zuzuführen.

Preußler (Salzburg): Ich habe einen Antrag eingebracht, der vielleicht für alle Genossen verständlich sein wird, daß nämlich die Parteivertretung, unsere fürsorgliche Großmutter (Heiterkeit), beauftragt werde, Instruktoren in die Wahlkreise hinauszuschicken, die den Genossen dort, wo Schwierigkeiten in der Organisation sich zeigen, durch praktische Vorschläge an die Hand gehen. Es gibt in unserer Organisation noch immer zwei Schulen: die alte Schule in den Sudetenländern, die neue in Wien und in den Alpenländern. Diese hat in den Neunzigerjahren eingesetzt und hat seither Schritt für Schritt auf dem Gebiet der Kleinarbeit so positive Arbeit geleistet, daß wir von Parteitag zu Parteitag eine weitere Entwicklung sehen. Daß jene riesigen Wahlkreise Böhmens eine so schwache Organisation haben, das hat seinen Grund darin, daß die Genossen dort noch immer zu unkontrollierbaren Massen sprechen, daß man die Genossen nicht zählt, daß man sich immer nur auf die Werbekraft der sozialistischen Ideen verläßt. Freilich, dank ihrer starken Industrie sind auch dort noch mehr Erfolge aufzuweisen, als bei der besten Organisation wir aufzuweisen vermögen. Daß es aber auch in Böhmen möglich ist, die neue Schule durchzuführen, beweist mir vor allem der Aussiger Wahlkreis, der noch vor einigen Jahren der schlechteste Wahlkreis war, dank seinem Wiener Instruktor Schrammel aber ganz ausgezeichnete Fortschritte gemacht hat. Dort ist das Vertrauensmännersystem in der Tat so glänzend durchgeführt, daß der Wahlkreis uns die Garantie bietet, daß dort keine Hoffnungslosigkeit in der Arbeiterschaft trotz der österreichischen Misere sich zeigt. Wie es dieser Wahlkreis angepackt hat, so könnten es auch die anderen Wahlkreise anpacken.

Noch ein Wort zur Kandidatenfrage. Da möchte ich meinem Freunde Bartel ein wenig den Kopf waschen, da er fortwährend das Wort Demokratie mißbraucht. Sprechen wir nicht immer von Demokratie, wenn wir etwas gegen die Parteileitung unternehmen wollen; sprechen wir auch einmal von Disziplin. Sehen wir in der Parteivertretung nicht immer ein Instrument zu unserer Unterdrückung, sondern als unsere freigewählten Vertrauensmänner, denen wir Disziplin halten müssen. Wir sind keine Sumper, keine Spießer. Der Kandidat, den wir aufstellen, ist nicht ein Kandidat eines Wahlkreises, sondern der der österreichischen Sozialdemokratie.

Fleming (Mährisch-Schönberg): Die gewerkschaftliche Organisation ist bei uns im Steigen begriffen und damit hängt es zusammen, daß die politische Organisation, wenn sie nicht im Rückgang begriffen ist, doch einen gewissen Stillstand aufweist. In unserem Wahlkreis schreitet die politische Organisation mit der gewerkschaftlichen vorwärts. Was Schloßnikel von seinem Wahlkreis erzählt hat, trifft auch bei uns vollkommen zu. Allerdings, die gewerkschaftliche Organisation nimmt heute das ganze, bessere Material der Arbeiter für sich in Anspruch. Die Beiträge in den gewerkschaftlichen Organisationen sind im Verhältnis zu den Beiträgen in den politischen sehr hoch. Aber der Arbeiter zahlt sie doch eher, weil er da einen materiellen Vorteil für sich sieht. Das fällt bei der politischen Organisation weg, wo man vom Arbeiter weniger Sinn für sein materielles Wohl als ein Stück Idealismus verlangt. Man soll deshalb bei der Festsetzung der Beiträge für die politische Organisation nicht zu hohe Anforderungen stellen. Wir müssen sowohl die gewerkschaftliche als auch die politische Organisation ausbauen und darauf sehen, daß beide in beständiger Fühlung bleiben. Dann werden wir es auch durchsetzen, daß die sozialdemokratischen Ideen in die Gewerkschaften eindringen.

Bartel (Falkenau): Wir hätten uns wohl leichter über die Kompetenzfrage bezüglich der Aufstellung der Kandidaten verständigen können, wenn wir das an der Hand von praktischen Beispielen erproben könnten. Das ist aber hier nicht angänglich. Es handelt sich da nicht um ein allgemeines

Prinzip, sondern um ganz besondere spezielle Fälle. Es ist ja richtig, daß der Abgeordnete eines Wahlkreises Vertreter der Partei ist, aber ich sehe nicht ein, warum man diese Frage nicht auch so regeln sollte, wie man Parteifragen sonst zu regeln pflegt. Wenn die Parteivertretung bei Wahlkreiskonferenzen durch ihren Delegierten ihre Anschauung auseinandersetzt, so ist es noch nie vorgekommen, daß sich die Parteigenossen, wenn sie überzeugt werden, daß die Parteileitung recht hat, sich der Ansicht derselben nicht angeschlossen hätten. Wenn Sie bei der Wahlkreiskonferenz Ihre Bedenken gegen den vorgeschlagenen Kandidaten anführen, so bin ich überzeugt, daß Sie recht behalten, vorausgesetzt, daß Ihre Bedenken begründet sind. Wenn Sie aber die Wahlkreise überwachen und kommandieren wollen wie die Kinder, ist es begreiflich, daß sich die Wahlkreise gegen ein derartiges Armutszeugnis wehren. Es wird gesagt, da ist ein Genosse, der unbedingt im Parlament sein muß. Ganz richtig, und es wird das jeder begreifen, wenn die Parteileitung alles in Bewegung setzt, um ihn hineinzubringen. Aber muß sie das gerade in dem Wahlkreise tun, wo seine Wahl nicht einmal sicher ist, und warum nicht lieber in Wahlkreisen, die sicher sind? Man will uns einreden, daß es demokratischer sei, wenn die Reichskonferenz, als wenn der Wahlkreis die Kandidaten aufstellt. Aber die Reichskonferenz ist nicht die Gesamtpartei, sondern nur ein Comité von Kreisvertrauensmännern. (**Ellenbogen**: Was ist der Parteitag?) Das ist etwas anderes. Beim Parteitag ist der Kreis der vertretenen Organisationen ein viel breiterer als bei der Reichskonferenz. Woher nimmt der Mann als einzelner das Recht, auch über Kandidaturen in anderen Kreisen zu entscheiden, wenn die Gesamtheit in dem von ihm repräsentierten Kreise nicht Gelegenheit hatte, zu den Kandidaturen dieser Kreise vorher Stellung zu nehmen? Ich fürchte, daß sich da ein Cliquenwesen etabliert, das nicht zum Vorteil der Partei ist.

Langer (Wien): Nachdem so viel von der Autonomie der Wahlkreise gesprochen wurde, muß ich meine Meinung aussprechen, daß da ein gewisses Gleichgewicht hergestellt werden muß. Die Wahlkreise dürfen nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, aber es könnten auch leicht Fehler unterlaufen, wenn die Parteivertretung allein das Recht hätte, die Kandidatenfrage zu erledigen. Es ist notwendig, daß Wahlkreis und Parteivertretung ein gleiches Recht haben. Es ist selbstverständlich, daß ins Parlament nur unsere besten Genossen geschickt werden. Das ist aber auch für die Gemeindevertretungen nötig, wo unsere Gegner auch ihre besten Männer hinschicken. Auch da wird etwas unternommen werden müssen. Aber das ist doch nicht das Wichtigste. Bis zu den nächsten Wahlen ist noch ein oder zwei Jahre Zeit. Wichtiger ist, daß wir uns über die Organisation klar werden. Sie haben, nachdem Sie den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit zur Kenntnis genommen haben, dokumentiert, daß Sie mit der jetzigen Taktik zufrieden sind und in Zukunft so wie bisher weiter arbeiten werden. Es ist von allen Rednern ausgeführt worden, daß wir große Fortschritte in gewerkschaftlicher Beziehung machen in Wien wie in der Provinz. Aber in politischer Beziehung haben wir keine Fortschritte gemacht. Die Arbeiter gehen mehr in die gewerkschaftliche Organisation, und wir haben ein großes Interesse, die Gewerkschaften zu unterstützen. Wir haben nicht so viel mit den Leuten zu rechnen, die in der gewerkschaftlichen Organisation tätig sind, sondern mit den Massen, die noch nicht in der Gewerkschaft sind, die angeeifert werden sollen, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten.

Die Rednerliste ist geschlossen; es erhält zur persönlichen Berichtigung das Wort

Schloßnikel (Sternberg): Ich habe nur eine kurze Bemerkung zu machen. Es ist nicht richtig, daß die Tabakarbeiterinnen schon früher eine Parteisteuer verweigert haben; im Gegenteil hat in Bautsch die Organisation schon früher aus ihren Beiträgen ihre Ausgaben gedeckt; erst nach Gründung der gewerkschaftlichen Ortsgruppe ist ihre Weigerung entstanden, Parteisteuer zu zahlen.

Skaret (Schlußwort): Ich möchte mich vor allem noch einmal mit dem Karlsbader Antrag beschäftigen. B a r t e l hat auf das demokratische Empfinden

gepocht. Nun, wenn Sie es undemokratisch finden, daß eine Reichskonferenz über die zu nominierenden Kandidaten entscheidet, dann scheint mir auch der Beschluß einer Wahlkreiskonferenz nicht der Ausfluß des Gesamtwillens des Wahlkreises zu sein, sondern nur der Delegierten, also einzelner Personen. Ist die Reichskonferenz nicht die Delegation einer größeren Gesamtheit als die der Wahlkreiskonferenz? Wir müssen uns daher klar werden, ob es Angelegenheit des Wahlkreises oder Sache der Gesamtpartei ist, welche Männer ins Parlament kommen sollen. Selbst die, welche den Absolutismus der Parteivertretung fürchten, werden zugeben müssen, daß das Interesse der Gesamtpartei über dem des Wahlkreises steht. Daher fallen alle Bedenken bezüglich des demokratischen Charakters des Beschlusses weg. Es gibt aber noch andere Beschwerden. Eine Reihe von Genossen fürchtet eine lästige Einmischung in den Willen des Wahlkreises. Aber in ganz anderen, und zwar verhältnismäßig nichtigeren Sachen verlangen sie diese Einmischung. Bei jeder Streitigkeit! Wenn ihnen ein Redakteur mitsamt der Redaktion durchgebrannt ist, heißt es: Parteivertretung, bringe ihn uns zurück! Selbst zur Schlichtung der internsten Streitfälle wird die Parteivertretung aufgerufen. Das ist begreiflich, weil den Beteiligten ja die Objektivität fehlte. Aber diese fehlt — sagen wir es offen — vielfach auch bezüglich der Wahrung des Parteiinteresses bei Aufstellung von Kandidaten. Es ist ja auch keine leichte Sache, sich gegen einen verdienten Parteigenossen, welchem man persönlich nahe steht, auszusprechen. Das verlangen wir ja von Ihnen nicht. Als Sicherheitsventil gegen den „Absolutismus" haben Sie ja wieder die Reichskonferenz, die ja alles noch in letzter Instanz korrigieren kann. Wenn Sie an der Objektivität der Parteivertretung zweifeln, an der Objektivität der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner zu zweifeln ist kein Grund. Sie werden sich dieser Instanz fügen und, falls es vorkommen sollte, für einen gegen Ihre ursprüngliche Absicht aufgestellten Kandidaten mit nicht weniger Begeisterung arbeiten, als wenn er der von Ihnen zuerst vorgeschlagene wäre. Die Begeisterung soll sich doch nicht bloß auf eine bestimmte Person konzentrieren, sondern dem gesamten Parteiinteresse dienen.

Nun noch das, was Genosse Brutar aus Lend vorgebracht hat. Er wünscht, daß die Parteisteuer im Wege der Gewerkschaften eingehoben werde. Wir wollen ja keine Uniformierung in der Organisation und die Genossen in Lend mögen es so machen, wenn sie es für das einzig Mögliche halten, obwohl ich mir zu zweifeln erlaube, ob das die richtige Methode der politischen Organisation ist. Vielleicht geht es derzeit nicht anders, aber Sie müssen trachten, auf eine höhere Stufe zu kommen und sich nicht bloß mit der Einkassierung bei Gewerkschaftsmitgliedern zu begnügen.

Es ist vorgekommen, daß eine oder die andere Bezirkskonferenz den Beschluß gefaßt hat, 15 bis 20 h einzuheben und zu verfügen, wie viel davon nicht nur an die Wahlkreis- und Bezirksorganisation, sondern auch, entgegen dem Beschlusse des Linzer Parteitages, an die Reichsparteivertretung abzuführen ist. Sie können über die Beiträge und ihre Aufteilung selbstverständlich beschließen, wie Sie wollen, aber Sie haben kein Recht, Beschlüsse zu fassen, die den Linzer Beschluß bezüglich der Einhebung der Parteisteuer entweder unwirksam machen oder aufheben. Sie können durch Ihre Konferenzbeschlüsse Parteibeschlüsse nicht aufheben, und wenn man so was tut, so ruiniert man uns damit den ganzen, mühselig aufgebauten Apparat unseres Parteisteuerwesens und nur mit großer Mühe können wir dann die Sache wieder herstellen. Ich will aber durchaus nicht behaupten, daß wir im gegenseitigen Einvernehmen nicht auch Uebereinkommen treffen können, die auch diese Frage regeln.

Es folgt die Abstimmung.

Es werden, nachdem der Antrag **21** zurückgezogen worden ist, die Anträge **18, 19, 20, 23, 24** und **25** angenommen, wodurch die Anträge **3** und **22** entfallen. Die Anträge **4, 25** und **27** werden der Parteileitung zugewiesen; Antrag **26** wird abgelehnt.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch den 28. September 1904. — Vormittags 9 Uhr.

Vertrauliche Sitzung.

Den Vorsitz führt **Tomschik** (Wien).
Es gelangt der Punkt 5 der Tagesordnung:

Parteipresse

der nur ihren internen Angelegenheiten gewidmet ist, zur Verhandlung. Das Referat hierüber erstattet

Emmerling (Wien): Er berichtet über den Stand der „Arbeiter-Zeitung“, der „Arbeiterinnen-Zeitung“ und der Buchdruckerei „Vorwärts“. Aus diesen Berichten geht hervor, daß sich alle drei Unternehmungen in den letzten beiden Jahren eines besonders günstigen Aufschwunges erfreuten.

Brand (Wien) berichtet über den Stand der Volksbuchhandlung und fordert alle Delegierten auf, dafür zu sorgen, daß die Parteigenossen ihren Bedarf an Schriften mehr als bis jetzt bei der Volksbuchhandlung decken.

Für die Preßkontrollkommission berichtet

Kütt (Wien), der die Erteilung des Absolutoriums für die „Arbeiter-Zeitung“ beantragt.

An der Debatte über diesen Punkt, der fast den ganzen Tag in Anspruch nahm, beteiligen sich die Genossen Behr, David, Witzmann, Richter, Freundlich, Boschek, Volkert, Austerlitz, Gröbner, Schuhmeier, Skaret, Widholz, Hueber, Winarsky, Wolfik, Muchitsch und Adler.

* * *

Oeffentliche Sitzung.

In öffentlicher Sitzung wird sodann zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Es werden die Anträge **9, 29, 30, 32, 33, 35** und **36** angenommen. Durch die Annahme der Anträge **29** und **35** entfällt die Abstimmung über die Anträge **8**, beziehungsweise **34**. Die Anträge **7, 31** und **37** werden der Parteivertretung zugewiesen.

Hierauf wird die

Wahl der Parteivertretung

vorgenommen.

Dann erstattet die zur Prüfung der

Angelegenheiten Stark, Pechota und Jenischek

eingesetzte Kommission den Bericht.

Die Angelegenheit Stark.

Das Referat hat

Widholz (Wien): Es ist der Kommission gelungen, in allen Fällen, die ihr zur Prüfung überwiesen waren, ganz einmütig ihre Beschlüsse zu fassen. Die Kommission war auch der Anschauung, daß es nicht ihre Sache ist, die ganze Materie, besonders aber die Streitsache Stark zu überprüfen, also eine Art Schiedsurteil zu fällen, sondern bloß die, sich streng an den von der Karlsbader Organisation gestellten Antrag zu halten. Da aber in dem Antrage Karlsbad die Streitsache aufgerollt ist, werden wir uns nur mit dem darin wirklich Beantragten beschäftigen, und ich teile nun diese Stellen des Antrages mit:

„Die angestrengten Bemühungen des unbestimmt beschimpften und in seiner Ehre gröblich gekränkten Genossen Dr. Stark sowohl als auch der Organisation Karlsbad, die Angreifer zur Vertretung und Beweisung ihrer Anwürfe zu veranlassen, sind erfolglos geblieben. Sogar die Parteileitung

hat es unbegreiflicherweise abgelehnt, auf Abstellung der erwähnten Anwürfe zur Erzielung der notwendigen Rehabilitierung oder Abstoßung des Genossen Dr. Stark irgend einen Einfluß zu üben.

Nachdem weiter das in dem fraglichen Falle geradezu als Rechtsverweigerung zu bezeichnende unbegreifliche Vorgehen dringend einer Korrektur bedarf, beschließt mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Notwendigkeit eines solchen Beschlusses der Parteitag:

Es geht nicht an, die Ehre von Parteigenossen gegenüber den Anwürfen von Parteigenossen für vogelfrei zu erklären. Die Angreifer sind entweder zum Beweis ihrer Anwürfe oder zur Revokation derselben verpflichtet. Nach diesem Beschluß haben sich auch die im fraglichen Streitfall in Betracht kommenden Genossen zu richten."

Zum Verständnis der Sache sei folgendes bemerkt: Es hat zu Ostern eine Wahlkreiskonferenz in Chodau stattgefunden, an der für die Parteivertretung Skaret und Pernerstorfer teilnahmen. Es kam dabei zu einer Differenz zwischen diesen und einigen Mitgliedern der Konferenz. Wir haben festgestellt, daß auf dieser Konferenz **die erste Beleidigung von Stark gefallen ist.** Darauf sollen die beiden die von Stark inkriminierten Worte gebraucht haben. **Skaret** hat erklärt, daß er die von Stark angeführte Aeußerung nicht gemacht habe, und Stark konnte selbst nicht mehr behaupten, als daß Skaret Dinge gesprochen habe, die er als den Vorwurf der Mandatsstreberei auffaßte. Er kann also selbst von keinem direkten Vorwurf sprechen. Ueber die Aeußerungen Pernerstorfers, die von diesem nicht bestritten werden, und Skarets sollte ein Schiedsgericht entscheiden, das Dr. Stark angerufen hatte und dem sich beide Teile unterworfen haben.

Was Hueber betrifft, ist festgestellt, daß Hueber vor jener Konferenz mit Stark in ganz freundschaftlicher Weise gesprochen hat. Stark hat auch keine Miene gemacht, die Ausführungen Huebers als Beleidigung aufzufassen, er hat sogar Hueber noch zum Nachtmahl zu sich geladen und hat ihn zur Bahn begleitet. Es war also ein geradezu **freundschaftlicher Abschied** und Hueber konnte nicht ahnen, daß diese Unterredung noch ein Nachspiel haben sollte. Bei der Kreiskonferenz hat aber Dr. Stark über Hueber, der gar nicht anwesend war, ehrenrührige Aeußerungen gemacht, wobei er jenes Privatgespräch auszunützen versuchte. Stark hat sich auch da an die Parteivertretung gewendet und ersucht, daß ein Schiedsgericht eingesetzt werde. Es wurden die Einleitungen für das Schiedsgerichtsverfahren getroffen. Nun hat plötzlich Stark an das Schiedsgericht ein Schreiben gerichtet, worin er die Objektivität des Schiedsrichters Ellenbogen und des Obmannes Adler in Zweifel zieht. Daraufhin haben diese ihre Mandate niedergelegt. Dann hat sich ein neues Schiedsgericht konstituiert, dem Austerlitz, Domes, Schlinger, Kirillo, Walecka und Smitka angehörten und dessen Obmann Seitz war. Dieses Schiedsgericht hat sich an Stark gewendet, er möge die Anklagen präzisieren. Er hat das so getan, daß er nach kurzem Briefwechsel den Vorwurf erhoben hat, man wolle es ihm unmöglich machen, daß er sein Recht finde. In diesem Briefe waren so heftige Ausdrücke gegen das Schiedsgericht enthalten, daß bei der Verlesung der ersten Seite auf Antrag eines der von Stark nominierten Schiedsrichter die Sitzung unterbrochen wurde und daß nach Wiederaufnahme alle von ihm bestellten Schiedsrichter — Kirillo, Smitka und Walecka — die Erklärung abgaben, daß sie ihre Mandate zurücklegen. Nun haben die anderen Schiedsrichter die Erklärung abgegeben, daß für sie die Sache erledigt sei. In dieser Sitzung wurde folgendes Protokoll aufgenommen:

Protokoll

der am 4. Juli 1904, halb 5 Uhr nachmittags, abgehaltenen vierten Sitzung des Schiedsgerichtes in Sachen Dr. Hugo **Stark** (Karlsbad) gegen die Genossen **Hueber**, **Pernerstorfer** und **Skaret**.

Bei der Anwesenheit aller Mitglieder des Schiedsgerichtes verliest der Vorsitzende Genosse Seitz die Einleitung des Schreibens, das Genossen

Dr. Hugo Stark unter dem 29. Juni 1904 als Antwort auf das Schreiben des Schiedsgerichtes vom 27. Juni 1904 eingesendet hat.

Der Vorsitzende spricht seine Entrüstung über den Ton dieses Schreibens aus, insbesondere aber über die Ausdrücke „Insinuation" und „besiegeln", und stellt zur Diskussion, ob ein Schiedsgericht, das von einer Partei in derartiger Weise behandelt werde, überhaupt noch länger seine Funktion ausüben kann.

Auf Antrag Kirillos wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme wünscht Genosse Kirillo die Verlesung des ganzen Briefes, welchem Ersuchen der Vorsitzende nachkommt.

Hierauf erklärt Genosse Kirillo: „Infolge des Umstandes, daß Genosse Hugo Stark trotz des ausdrücklichen Ersuchens des Schiedsgerichtes, sich in sachlicher und objektiver Weise zu äußern, in der angeschlagenen Art und Weise fortfährt, bin ich nicht in der Lage, weiter als Vertrauensmann des Genossen Dr. Hugo Stark zu fungieren und lege daher mein Mandat als Schiedsrichter zurück."

Die Genossen Walecka und Smitka schließen sich dieser Erklärung an.

Genosse Austerlitz erklärt im eigenen wie im Namen der Genossen Domes und Schlinger, daß sie diese Erklärung zur Kenntnis nehmen.

Der Vorsitzende erklärt hierauf, daß somit auch er sein Mandat zurücklegt.

Die Abschrift dieses Protokolls wird sämtlichen Beteiligten zugeschickt.

Wien, am 4. Juli 1904.

Der Vorsitzende: K. Seitz.

Kirillo. Smitka. Walecka.
Austerlitz. Domes. Schlinger.

Zu derselben Zeit mit dem Protokoll kam an die Parteivertretung eine neuerliche Zuschrift Starks, worin dieser ein neues Schiedsgericht verlangt. Die Parteivertretung hat jedoch den Beschluß gefaßt, daß die Angelegenheit für sie erledigt ist und daß sie keinen Anlaß hat und es daher ablehnt, ein neues Schiedsgericht zu konstituieren. Stark hat sich dann nochmals an sie gewendet, und als das nichts nützte, an Austerlitz, den er ersuchte, nunmehr seine Sache in die Hand zu nehmen und ihm Satisfaktion zu verschaffen. Es wurden nun wieder mehrere Briefe gewechselt, die Sache hat sich hingezogen und ist schließlich bis zum Parteitag gekommen. Im Verlaufe der Affaire hat Stark auch der Parteivertretung und ihrem Vorsitzenden Tomschik den Vorwurf gemacht, daß sie die Sache verzögert haben (Gelächter) und er spricht in dem Briefe ganz unverblümt die Drohung aus, daß er gerichtliche Schritte einleiten werde, wenn die Sache nicht rechtzeitig erledigt werde, und er gibt zu verstehen, daß man wahrscheinlich die Absicht habe, die Sache zu verschleppen, damit ihm die Möglichkeit benommen werde, gerichtliche Schritte einzuleiten.

Aus den Akten geht aber hervor, daß Stark selbst die Sache verschleppt hat und daß niemandem anderen ein Vorwurf gemacht werden kann. Auf die Sache selbst, um die es sich bei den Vorwürfen handelt, wollen und können wir hier nicht eingehen. Im Namen der Kommission lege ich Ihnen also folgenden Antrag vor:

„In Erledigung des Antrages der Lokalorganisation Karlsbad betreffend die Affaire des Dr. Hugo Stark gegen Pernerstorfer, Skaret und Hueber konstatiert der Parteitag, daß Dr. Stark nach dem bisher erhobenen Tatbestand keinen Anlaß hat, über eine ihm zugefügte Rechtsverweigerung Klage zu führen.

Die Parteivertretung konnte über die Beschwerde des Dr. Stark nicht entscheiden, weil die von ihm beschuldigten Genossen als Delegierte der Parteivertretung auf der Konferenz in Chodau anwesend waren und deshalb ein von ihr gefälltes Erkenntnis wegen mangelnder Objektivität sehr leicht hätte in Zweifel gezogen werden können.

Die Parteivertretung hat sich um das Zustandekommen eines Schiedsgerichtes bemüht und auch die Beschuldigten haben erklärt, daß sie sich einem schiedsgerichtlichen Urteil unterwerfen.

Das illoyale, unter Parteigenossen nicht übliche Verhalten des Dr. Stark gegen das Schiedsgericht hat zu wiederholtenmalen den Mandatsverzicht von Schiedsrichtern beider Streitteile veranlaßt und sohin die erwünschte Erledigung dieser Angelegenheit unmöglich gemacht.

Der Parteitag hat daher keinen Anlaß, auf das Meritum dieser Angelegenheit einzugehen, und stellt es der Erwägung der Parteivertretung anheim, eine Ergänzung unseres Organisationsstatuts durch Aufnahme einer Bestimmung über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Austragung persönlicher Differenzen zu veranlassen."

Austerlitz (Wien): Ich muß zunächst meinem Bedauern Ausdruck geben, daß Dr. Stark auf dem Parteitage nicht anwesend ist. Aber Stark hat es selbst herbeigeführt, daß die Sache auf dem Parteitage verhandelt wird, und daß es ihm nun beliebt hat, dem Parteitag fernzubleiben, kann mich des Rechtes nicht entäußern, über die Sache zu sprechen, und mir nicht die Pflicht abnehmen, über diese Angelegenheit, die nicht allein eine persönliche Angelegenheit Starks ist, sondern vielfach in Zusammenhang mit den desolaten Verhältnissen dieses Wahlkreises steht, so gründlich als nötig zu reden. Ich lege Wert darauf, daß Sie das Bewußtsein mitnehmen, daß Dr. Stark nicht das geringste Unrecht widerfahren ist und daß der Umstand, daß es zu keinem Schiedsspruch gekommen ist, ausschließlich sein Verschulden ist. Vor allem muß festgestellt werden, daß die Parteivertretung in dem ganzen Schiedsverfahren keinerlei Kompetenz besitzt. Ein Schiedsgericht zur Austragung persönlicher Konflikte sieht unser Parteistatut nicht vor. Die Aufgabe der Parteivertretung, an die sich ein Parteigenosse mit einer solchen Sache wendet, ist erschöpft mit der Pflicht der formalen Vermittlung eines Schiedsgerichtes. Man kann es von niemandem verlangen, daß er sich selbst an die Genossen wendet, von denen er sich beleidigt glaubt, und sie fragt, ob sie ein Schiedsgericht wollen. Das wäre gewiß peinlich. Deshalb wendet er sich an die Parteivertretung, damit sie die Beschuldigten darüber frage. Wenn die drei Genossen nein gesagt hätten, wäre die Aufgabe der Parteivertretung zu Ende gewesen. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in derartigen Angelegenheiten weder Ratschläge zu geben noch Aufträge und Weisungen zu erlassen. Nun haben sich die drei Genossen dem Schiedsgericht unterworfen. Es könnte also die Vermutung entstehen, daß die Reden der Genossen auf der Chodauer Konferenz mit Beleidigungen gegen Stark gespickt waren. Deshalb muß ich zuerst über die Vorgeschichte reden.

Bei einer zufälligen Anwesenheit Huebers in Karlsbad hat eine persönliche Begegnung zwischen ihm und Stark stattgefunden. Das ist nicht zu vermeiden, wenn man nach Karlsbad kommt. (Heiterkeit.) Schließlich sind die beiden ja Parteigenossen und ihre Beziehungen waren bis dahin sogar freundschaftliche. Als bezeichnend führe ich an, daß, als Hueber nach Wien zurückkam und erzählte, wie er mit Stark gesprochen und freundschaftlich verkehrt habe, ich, der ich über die Dinge anders denke, ein gewisses Unbehagen darüber zu äußern mich verpflichtet fühlte. (Heiterkeit.) Dann kam die Konferenz in Chodau, und da hat ein Parteigenosse, nicht Stark, geheimnisvolle Anspielungen gemacht, daß von der Parteivertretung versucht werde, auf Stark mit ungehörigen Mitteln einzuwirken. Das war also bestellte Arbeit, denn der Genosse war bei der Unterredung nicht anwesend gewesen. Dann ist Stark gekommen und hat mit Gesten, Gebärden, mit dramatischem Pathos erzählt, daß man mit Erpressungen und Drohungen vorgehe; und auf die erregte Frage Skarets, er solle doch sagen, wer das getan habe, hat Stark erklärt, das habe Hueber versucht. Pernerstorfer und Skaret sind nach Wien gekommen und haben es Hueber erzählt. Was hat nun Hueber gemacht? Hueber ist ein Mensch, der zwar manchmal etwas resch ist, aber die Rechtlichkeit selbst, dem alles Ränkespinnen fremd und dem kein Funke von Neigung

zur Intrigue eignet. Ein anderer hätte vielleicht öffentlich Skandal geschlagen, vielleicht die Sache bei der Parteivertretung anhängig gemacht. Hueber aber hat, nachdem er so unqualifizierbare Verdächtigungen seiner Person gehört hat, an Stark einen Privatbrief geschrieben. Daß darin nicht ausschließlich Höflichkeiten waren, werden Sie begreiflich finden. Aber ich frage jeden Mann von Ehre, jeden Parteigenossen von Einsicht, ob er solche Verleumdungen ruhig auf sich sitzen ließe. Uebrigens enthält auch dieser Brief die Aufforderung an Stark, die Sache nicht versumpfen zu lassen, sondern strikte zu erklären, was vorgefallen sei und welche Genugtuung er geben wolle. Diesen Brief macht nun Stark zum Gegenstand des schiedsgerichtlichen Verfahrens! Und wenn nun Hueber erklärt hätte, daß ein Privatbrief nicht Anlaß zu einem Schiedsgericht sein könne und daß er gegen die so unglaublichen Vorwürfe doch nur berechtigte Abwehr ausgeübt habe, so hätte ihm kein Mensch einen Vorwurf daraus machen können. Sie begreifen, wie unerhört es ist, wenn die Sache nun so dargestellt wird, als ob Hueber sich der Verantwortung für seine Worte entzogen habe. Ich kann ruhig sagen, was an Hueber verübt wurde, ist eine ganz unqualifizierbare, eines Parteigenossen unwürdige Handlung und würde ausreichen, die Ausschließung Starks zu rechtfertigen. (Lebhafter Beifall.)

Was ist dann in Chodau geschehen? Da hat Stark einen ungehörigen Ausfall gegen Pernerstorfer gemacht. Darauf hat Pernerstorfer mit einem, wenn man will, ebenfalls ungehörigen Ausfall geantwortet. In der ganzen Welt kompensieren sich Beleidigungen und schließlich unterliegen sie der Zensur des Vorsitzenden. Pernerstorfer konnte also ein Schiedsgericht ruhig ablehnen. Aber auch Pernerstorfer hat sich einem Schiedsgericht loyal unterworfen. Was gegen Skaret vorliegt, habe ich bis zur Stunde nicht erforschen können. Er soll etwas gesagt haben, was Stark so auslegen könnte, daß es der Vorwurf der Mandatsstreberei sei. (Heiterkeit.) Aber wenn Skaret Tatsachen vorgebracht hat, so hatte sie Stark zu entkräften. Für die Schlüsse, die er aus den Tatsachen zieht, ist doch nicht Skaret verantwortlich! Es könnte doch sonst Stark auch den Schluß ziehen, daß Skaret ihm nachsage, er leide an Verfolgungswahn, und Skaret für diesen „Schluß" verantwortlich machen. (Heiterkeit.)

Das ist der Sachverhalt. Wenn nun in dem Antrage — ich muß es als bedauerlichen Umstand erklären, daß sich die Karlsbader Lokalorganisation mit Stark solidarisch erklärt hat — die Sache so dargestellt wird, als ob sich's die drei Genossen, die doch als Männer von Ehre ausreichend bekannt sind, zum Gewerbe machten, Dr. Stark die Ehre abzuschneiden, so ist das, gelinde gesagt, eine ganz falsche Darstellung. Aber die Genossen haben sich dem Schiedsgericht unterworfen, obwohl ein Ansuchen um ein Schiedsgericht, das man mit der Mitteilung verknüpft, daß, wenn das Schiedsgericht nicht für die Erledigung bis zu einem bestimmten Tage „garantiere", man zum Bezirksgericht gehen werde, nicht gerade angenehme Aussichten eröffnet; und das Schiedsgericht hat es an Bemühungen nicht fehlen lassen, die Sache korrekt und normal zu Ende zu führen. Einige Beispiele. Wir haben sogar die Tatsache gewürdigt, daß Stark zur Kursaison ein vielbeschäftigter Arzt ist, und haben ihn nicht nach Wien geladen, sondern schriftlich mit ihm verhandelt, was wahrlich nicht zu den Annehmlichkeiten gehört. In der ersten Sitzung des Schiedsgerichtes ist darüber beraten worden, welche Fragen wir an Stark richten sollen, damit er uns den Sachverhalt vollständig aufkläre — denn die Briefe Starks sind nicht zu stark durch Logik ausgezeichnet. (Heiterkeit.) Es würde sich verlohnen, Ihnen die Antwort vorzulesen, die Stark an das Schiedsgericht gelangen ließ. In unserem Brief war nicht ein Wort, nicht eine Anspielung, nicht eine Beziehung, woraus irgendwelche andere Folgerung sich hätte ableiten lassen, als daß wir über einzelne Punkte eine Aufhellung für nötig erachten. Als die Antwort kam, fragten sich alle Schiedsrichter, die den Brief nicht gelesen hatten: Was muß man dem Manne geschrieben haben, daß er so antwortet? Er schrieb, es gehe aus dem Briefe die Absicht hervor, ihn als Schuldigen zu bezeichnen, und das bloß, weil wir

ihn um Aufklärung über Dinge fragten, die uns nicht klar waren! Wir waren über diese Auslegungskunst einfach perplex, und das Schiedsgericht hat darauf einstimmig beschlossen, ihm zu schreiben: „Das geht nicht, daß Sie mit dem Schiedsgericht so verfahren wollen.“ Ich meine nämlich, wenn man irgend ein Amt hat, muß man sich am Ende Grobheiten gefallen lassen; aber wenn man ersucht wird, als Mann von Ehre einen Schiedsspruch zu fällen, muß man Manierlosigkeiten nicht hinnehmen. Man hat Stark also ersucht, Aufklärungen zu geben und im Laufe des Verfahrens jede Beschimpfung zu unterlassen. Aus dem Briefe ist zu ersehen, wie unbehaglich sich bereits alle in ihrer Rolle als Mitglieder dieses Schiedsgerichtes fühlten. Die Genossen Beer und Ellenbogen sind ausgetreten, Adler hat den Vorsitz zurückgelegt, nur ich allein, der gute Nerven hat, bin übriggeblieben. (Heiterkeit.)

Dann kam ein zweites Schiedsgericht zusammen. Daß Stark übrigens die Vertrauensmänner seiner Gegner für befangen erklärte, ist stark. Es wäre wirklich komisch, zu verlangen, daß sich seine Gegner Vertrauensmänner wählen, zu denen er Vertrauen haben soll. (Heiterkeit.) Da wäre es ja leicht möglich, alle Schiedsrichter des Gegners abzulehnen, dem Gegner das ganze Schiedsgericht zu verekeln und schließlich noch zu erzählen, der Gegner kneife also aus.... Aber die Genossen hatten die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Sache zu finalisieren, und haben neuerlich Vertrauensmänner nominiert. In der Sitzung dieses neuen Schiedsgerichtes haben die drei Genossen, die Stark nominiert hatte, Seitz als Vorsitzenden vorgeschlagen. Ich muß das deshalb hervorheben, damit festgestellt werde, daß von unserer Seite auch nicht der geringste Versuch gemacht wurde, den Lauf der Verhandlung irgendwie zu hemmen. Das Schiedsgericht hat dann mit der Einvernehmung der Beschuldigten begonnen. Damit aber nicht behauptet werde, es sei nicht so, sondern anders ausgesagt worden, es habe ein Ausdruck, eine Nuance anders gelautet, haben wir sie veranlaßt, daß sie ihre Aussagen schriftlich erstatten, und haben diese dann an Stark geschickt, damit er seine Gegenäußerung abgebe: ein Vorgehen, das beispiellos ist in seinem Entgegenkommen. Wir haben ihm also die schriftlichen Aussagen vorgelegt, ihn darauf aufmerksam gemacht, wo Widersprüche gegen seine Angaben vorliegen, und ihn um seine Gegenäußerung ersucht. Das war in demselben Briefe, worin er ersucht wurde, sich eines normalhöflichen Tones zu befleißen. Darauf ist eine Antwort gekommen, von deren Effekt Sie das verlesene Protokoll bereits genügend verständigt hat, Starks eigene Schiedsrichter haben erklärt, daß sie es mit ihrer Würde nicht vereinbar finden, sich weiter am Schiedsgericht zu beteiligen und daß sie nicht mehr Starks Vertrauensmänner sein wollen. Sie werden zugeben, daß da der Vorwurf Starks gegen seine Gegner, sie wären es, die das Schiedsgericht vereitelt haben, wirklich grundlos, schlechtweg lächerlich ist. Die drei Genossen haben das Protokoll erhalten, aus dem sie die Sprengung des Schiedsgerichtes erfuhren, und damit war für sie die Sache zu Ende.

Nun hat sich Stark plötzlich und wirklich unerwartet an — mich gewendet. Von mir, gerade von mir, hat Stark verlangt, ich solle ihm ein Schiedsgericht zusammensetzen. (Gelächter.) Ich habe ihm darauf geschrieben: Ich bin nicht in der Lage, das Schiedsgericht zusammenzusetzen, weil ich gar nicht weiß, ob die drei Genossen mit der Austragung der Sache durch ein Schiedsgericht noch einverstanden sind — stehen denn die drei Genossen unter meiner Kuratel oder bin ich ihr advokatorischer Vertreter? — und daß ich sie auch nicht fragen kann, weil sie verreist sind. Der Sommer ist für sie die Urlaubszeit, und daß alle Leute ihre Urlaube aufgeben, weil Dr. Stark ein Schiedsgericht betreibt, kann man doch wirklich nicht verlangen. Stark hat mir übrigens drei Schiedsrichter genannt, von denen zwei ausdrücklich und einer stillschweigend abgelehnt hat. Auf meinen Brief habe ich von Stark eine Antwort erhalten, worin er — ich will die Grobheiten hier nicht wiederholen — folgendem Gedankengang Ausdruck gibt: „Du fragst, ob sich die drei Genossen noch der schiedsgerichtlichen Entscheidung unterwerfen. Du hast nichts zu fragen. Ich erkläre, daß das notwendig ist und du hast zu folgen.“ (Schallende Heiterkeit.) Darauf habe ich ihm einen höflichen Brief (Heiterkeit),

wirklich, diesen höflichen Brief geschrieben: „Lieber Freund! Du bist im Irrtum, das Schiedsgericht ist aus. Ich wollte Dir eine Gefälligkeit erweisen; aber da Du der Meinung bist, daß es gleichgültig ist, was ich und die drei Genossen meinen, und ausschlaggebend nur ist, was Du meinst, lehne ich jede Intervention ab.“ Ich glaube, da doch wirklich ganz korrekt gehandelt zu haben. Ich bin ja nicht verpflichtet, die schiedsgerichtlichen Angelegenheiten jedes Parteigenossen in der Provinz auszugleichen. Ich bin für Artikelschreiben da, aber nicht für Schiedsgerichte. Der Mann hat im ganzen neun Schiedsrichter konsumiert (Heiterkeit), von denen sieben abgelehnt und zwei sich nicht geäußert haben, zwei Vorsitzende beseitigt und zwei Schiedsrichtern von der Gegenseite das Leben unmöglich gemacht (Heiterkeit) und jetzt sagt er, wir hätten es vereitelt! (Gelächter.) Stellen Sie sich nun vor, wir würden an irgend einen Menschen herantreten, er solle in einem dritten Schiedsgericht den Vorsitz übernehmen. Der würde uns doch sagen: Adler ist wegen Flegeleien weggelaufen, Seitz ist entrüstet geflüchtet, es ist eine Unverschämtheit, mir zuzumuten, daß ich jetzt das Amt übernehmen soll! Ich glaube, jeder Parteigenosse, der etwas auf sich hält, würde sich dafür bedanken, nach dem, was vorgegangen ist, Vorsitzender dieses Schiedsgerichtes zu werden.

Und nun verbreitet Dr. Stark die Behauptung, man hätte ihm an seine Ehre „gegriffen“ und ihm „Satisfaktion“ verweigert! Absichtlich und bewußt übertreibt Dr. Stark die Bedeutung eines Schimpfwortes. Ein starkes Wort unter Parteigenossen ist wirklich nicht das ärgste. Wenn jedesmal wegen eines Schimpfwortes, das da fällt, ein Schiedsgericht einberufen würde, würde die Partei eigene Injuriengerichte einsetzen müssen, die das Gewerbe im Umherziehen betreiben müßten. (Heiterkeit.) Wenn eine Ehrabschneiderei verübt wurde, hat sie Stark verübt. (Lebhafter Beifall.) Das muß offen und rücksichtslos gesagt werden. Er geht mit dem Vorwurf hausieren, daß die drei Genossen auskneifen, daß sie sich wie feige Buben benehmen würden, wenn sie seinen Alfanzereien nicht nachgeben wollten. Ich glaube, es ist Ihre Pflicht, der ewigen Behelligung der Partei mit Starks Privataffairen endlich ein Ende zu setzen. Das schmerzlichste aber ist, daß sich ehrliche Arbeiter, gute Parteigenossen — und es gibt gute Genossen noch immer in Karlsbad trotz der Treibereien des Dr. Stark — von Stark zu privaten Querelen mißbrauchen lassen. (Beifall.) Was geht die Sache denn die Lokalorganisation an? Stark weiß, daß er falsche Behauptungen aufstellt und daß nur durch sein Vorgehen die Sache so weit gekommen ist; die Arbeiter in Karlsbad wissen das nicht. Aber ich hoffe, daß die Parteigenossen die Verhandlungen dieses Parteitages lesen und endlich erkennen werden, daß Arbeiter zu gut dafür sind, um Stark die Staffage abzugeben, damit er seine Privatangelegenheiten breitspurig dem Parteitag vortragen könne. (Beifall.) Es ist kein Zweifel, daß die Person des Stark auf die Verhältnisse im Bezirk nur schädigend wirkt. (Lebhafter Beifall.) Ihm handelt es sich nicht um den Nutzen der Organisation, sondern ihm ist seine kleine, eitle Persönlichkeit das Wichtigste. Da ich nicht zweifle, daß die Folge meiner Ausführungen ein neues schiedsgerichtliches Ansuchen Starks sein wird (lebhafte Heiterkeit), erkläre ich vorweg, daß ich mich auf ein „Schiedsgericht“ nicht einlassen werde. Stark hat die Sache angezettelt, er hat den Parteitag gezwungen, sich damit zu beschäftigen, und hat es nicht einmal für notwendig gefunden, herzukommen. Er kann sich also nicht beklagen, wenn ich in seiner Abwesenheit über ihn spreche. Ich war verpflichtet, alles das zu sagen, es war notwendig, es zu sagen, und es wird hoffentlich auch in Karlsbad nicht ohne Wirkung bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Widholz: Ich muß nur kurz noch auf ein Gerücht verweisen, wonach andere Gründe die Mandatsniederlegung der Starkschen Schiedsrichter veranlaßt haben sollen als die verletzende Schreibweise durch Stark. Wir haben die Sache untersucht und überdies stehen mir einige dieser Schiedsrichter so nahe, daß ich Gelegenheit hatte, unmittelbar nach dem Vorfall mit ihnen zu sprechen, und ich kann Ihnen auf das bestimmteste erklären, daß jene Gerüchte ganz unwahr sind.

Bei der Abstimmung wird der Antrag **37** unter lebhaftem allgemeinen Beifall angenommen.

Die Affaire Pechota.

Widholz (Wien): Eine zweite Sache, die Angelegenheit Pechota (Dornbirn), hat gleichfalls die Kommission beschäftigt. Es liegt eine Zuschrift von Pechota vor, worin er sich beschwert, daß er von den Genossen Vorarlbergs aus der Partei ausgeschlossen worden ist, ohne daß er Gelegenheit gehabt hätte, sich in der betreffenden Wahlkreiskonferenz zu verteidigen gegen die Anschuldigungen, die wider ihn erhoben wurden. Die Sache, um die es sich hier dreht, hat schon Genosse Skaret in der Vorbesprechung als eine Dummheit bezeichnet. Pechota selbst bezeichnet jetzt sein Vorgehen als eine „Riesendummheit" und ich kann mich dieser Bezeichnung nur anschließen. Der Fall mußte allerdings Aufregung hervorrufen, und wenn man alle Nebenumstände betrachtet, konnten die Vorarlberger nicht anders handeln. Pechota ging von Dornbirn plötzlich weg, ließ alle Geschäfte liegen, ohne jemandem etwas zu sagen, ohne etwas zu übergeben, und brachte dadurch heillose Verwirrung in die ganze Organisation. Die Genossen mußten sich behelfen, so gut es ging, und nur mit Mühe konnten sie ihre Angelegenheiten wieder in Ordnung und ins Geleise bringen. Sie behaupten, daß sie nicht gewußt hätten, wo Pechota sich befindet. Er ist nun gegenwärtig, wie man später erfuhr, in der Schweiz in Zürich und betätigt sich dort in der Partei, und zwar hauptsächlich in der Metallarbeiterorganisation. Da nun seine Vorarlberger Angelegenheit doch auch dort bekannt geworden ist, hat er ein Interesse daran, den Beschluß der Vorarlberger Wahlkreiskonferenz rückgängig zu machen, und wendet sich mit diesem Ersuchen an den Parteitag. Nach reiflicher Prüfung der Angelegenheit haben wir nun beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

> „Der Parteitag beschließt, dem Ansuchen des seinerzeitigen Vertrauensmannes für Vorarlberg, Franz Pechota, auf Annullierung des in der Vorarlberger Landeskonferenz vom Jänner dieses Jahres gefaßten Beschlusses auf Ausschluß aus der Partei aus formalen Gründen Folge zu geben, ohne zu untersuchen, ob die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen.
>
> Den Parteigenossen Vorarlbergs soll es hingegen frei gestellt sein, wenn sie es dermalen noch für notwendig halten, die erforderlichen Vorkehrungen zur Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu treffen, das, im Sinne des Organisationsstatuts zusammengesetzt, auch die dem Pechota zur Last gelegten Beschuldigungen zu untersuchen und, was das Wichtigste ist, ihn anzuhören hat. Der Parteitag findet es wohl begreiflich, daß die Genossen Vorarlbergs in der damals herrschenden Situation diesen Beschluß faßten, muß jedoch auch seinem Grundsatz, dem Beschuldigten die Möglichkeit der Verteidigung bietend, gerecht werden."

Schrattinger (Dornbirn): Als Parteigenosse in Vorarlberg bin ich in der Lage, die Sache selbst mitgemacht zu haben und Ihnen darüber Auskunft zu geben. Ich kann nur in Kürze sagen, daß Pechota sich um die Parteiinteressen in Vorarlberg wenig gekümmert und seine Stellung zu anderen Dingen ausgenützt hat, dann verduftete er plötzlich und ließ nichts mehr von sich hören. In Zürich tauchte er nun, wie wir später erfuhren, plötzlich in einer Metallarbeiterversammlung auf und sprang für den zufällig verhinderten Referenten ein. Er hielt einen so vorzüglichen Vortrag, daß er alsbald zum zweiten Vorsitzenden der Organisation gewählt wurde. Dazu braucht er aber die Zugehörigkeit zur Partei. Von selbst hätte er sich vielleicht gehütet, etwas von sich hören zu lassen und um Wiederaufnahme in die Partei zu ersuchen, denn er weiß ganz gut, daß sein Benehmen gegen die Vorarlberger Organisation verwerflich war. Da aber zufällig einer von unseren Genossen in Zürich ihm in der Versammlung begegnete, mußte er fürchten, daß sein Ausschluß aus der Partei bekannt würde, und deshalb suchte er um Wiederaufnahme

an. Ich werde trotz dem Vergangenen dem Antrag beistimmen; wir werden ja sehen, was die Vorarlberger Genossen dazu sagen werden.

Es folgt die Abstimmung, bei der Antrag **38** angenommen wurde.

Die Affaire Jenischek.

Widholz (Wien): Nun noch einiges über den Fall Jenischek, der sich an den Parteitag um Aufhebung des Beschlusses in Aussig wendet. Die Sache ist kurz folgende: Jenischek hatte als Ausschußmitglied des Arbeiter-Bildungsvereines „Lassalle" im XIX. Wiener Bezirk einen Konflikt mit dem Bibliothekar. Es handelte sich um eine Lappalie, ich glaube um den Verbleib eines Betrages von 50 h. Der Streit hatte zur Folge, daß Jenischek ein Schiedsgericht verlangte, was ihm aber der Ausschuß verweigerte. Jenischek wendete sich nun an die Bezirksorganisation; doch diese schloß sich der Auffassung des Vereinsausschusses an. Darauf ging Jenischek, um das Schiedsgericht durchzusetzen, zur Polizei und beschwerte sich über die Ablehnung. Als die Polizei erklärte, daß sie da nicht eingreifen könne, wendete er sich an die Statthalterei, die das Schiedsgericht anordnete. Es fand statt und sein Ergebnis war, daß Jenischek wegen seiner Gänge zur Polizei aus dem Verein und dann von der Bezirksorganisation aus der Partei ausgeschlossen wurde. Er appellierte an den Aussiger Parteitag, der in dieser Angelegenheit folgende Resolution faßte:

> „Der Ausschluß Jenischeks aus dem Bildungsverein „Lassalle" kann weder der Form noch dem Inhalt nach als gerechtfertigt bezeichnet werden. Jenischek hat aber im Kampfe gegen das ihm widerfahrene Unrecht zu Mitteln gegriffen, die bei strenger Auslegung der Parteiorganisationsbestimmungen seinen nachher erfolgten Ausschluß aus der Partei gewissermaßen rechtfertigen ließen. Aber mit Rücksicht darauf, daß der Fehltritt Jenischeks im Kampfe gegen erlittenes Unrecht erfolgte, beantragt die Kommission: Dem durch die Organisation des XIX. Wiener Bezirkes erfolgten Ausschluß Jenischeks aus der Partei stimmt der Parteitag nicht zu, sondern beschließt: Jenischek ist zwar nicht aus der Partei als ausgeschlossen zu betrachten, aber er hat dadurch, daß er im Streit mit seiner Organisation die Polizei als Helfer angerufen hat, den Anspruch, in der Partei oder einer ihr zugehörigen Organisation eine Funktion zu bekleiden, verloren."

Jenischek wendet sich nun an den Salzburger Parteitag um Aufhebung dieses Beschlusses. Wir beantragen heute, den Beschluß von Aussig aufrecht zu erhalten und die Erklärung abzugeben, daß einem neuerlichen Ansuchen Jenischeks nur dann stattzugeben ist, wenn der XIX. Bezirk sein Ansuchen unterstützt. Wir wollen bemerken, daß er sich mit ihnen wieder in friedliches Einvernehmen setzt, denn ein ordentlicher Genosse muß bestrebt sein, zu allererst mit seinen nächsten Genossen, mit den Mitkämpfern im eigenen Bezirke in Frieden und Freundschaft zu leben, sonst ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht möglich. So hoffen wir, daß diese Angelegenheit zur Zufriedenheit aller Beteiligten enden wird.

Es folgt die Abstimmung und wird der Antrag **39** (Beschluß des Aussiger Parteitages) angenommen.

Dr. Czech (Brünn): Im mährischen Landtag hat heute der erste Sozialdemokrat eine Rede gehalten. Eben haben wir folgendes Telegramm erhalten:

> „Heute vormittags um halb 11 Uhr hat eine große Wahlrechtsdemonstration im Landtagsgebäude stattgefunden. Einige hundert Genossen besetzten die Galerie und brachen in die Rufe ‚Hoch das allgemeine Wahlrecht' aus. In der Verwirrung, die sich des Landtages bemächtigte, ergriff Hybesch von der Galerie herab das Wort und hielt eine Ansprache für das allgemeine Wahlrecht. Infolge des Lärmes wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Landeshauptmann, daß er, da seiner Aufforderung, die Galerien zu räumen, nicht Folge geleistet werde und er nicht Polizei in den Landtag führen wolle, die Sitzung

schließe. Die Genossen warfen in der Zwischenzeit Agitations- und Flugzettel in den Saal und entfernten sich unter Absingung des 'Liedes der Arbeit'."

Der Kampf ums Wahlrecht hat in Mähren begonnen und wir werden ihn, wie wir Ihnen versprochen haben, zu Ende führen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Adler (Wien): Ich glaube, unser Parteitag, der eine, wie das mehrfach genannt wurde, flaue Stimmung aufgewiesen hat, konnte nicht in besserer Weise sehen, daß es auch in schlechten Zeiten Momente gibt und Mittel geben kann, um Aktionen mit Erfolg ins Werk zu setzen. Unsere mährischen Genossen sind ihrem Landtage gegenüber in ganz besonderer Lage. Ein Klüngel, der schlechter ist, wie der, welcher Mähren regiert, ist kaum irgendwo in Oesterreich zu finden. Wenn unsere Genossen den einen ersten Vorstoß machen, begleiten sie unsere besten Wünsche, denn sie leisten nicht nur für Mähren, sondern für ganz Oesterreich gute Arbeit. Ich beantrage, den Brünner Genossen ein Telegramm zu senden, worin ihnen die Glückwünsche und die Anerkennung des Parteitages ausgesprochen werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen. (Beifall und Händeklatschen.)

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag den 29. September 1904. — Vormittagssitzung.

Um 9 Uhr eröffnet **Preußler** die Sitzung.

Hackenberg gibt im Namen der Skrutatoren zunächst das Ergebnis der

Wahl der Parteivertretung

bekannt. Abgegeben wurden 87 Stimmen.

Gewählt sind in die Parteivertretung:

Dr. Adler (Wien) mit 87 Stimmen; Heinrich Beer mit 81; Doktor Ellenbogen mit 84; Georg Emmerling mit 87; Engelbert Pernerstorfer mit 83; Franz Schuhmeier mit 86; Ferdinand Skaret mit 87; Josef Tomschik mit 82 Stimmen.

In die Parteikontrolle:

Emil Polke (Wien) mit 87; Adelheid Popp (Wien) mit 79; Doktor Ludwig Czech (Brünn) mit 83; Vinzenz Muchitsch (Graz) mit 86; Robert Preußler (Salzburg) mit 87; Anton Schäfer (Reichenberg) mit 87; Anton Schrammel (Aussig) mit 77; Julius Spielmann (Linz) mit 87 Stimmen.

Zersplitterte Stimmen entfielen für die Parteivertretung auf: Widholz 11, Lippa 3, Winarsky 1, Frank 1, Popp 1.

Für die Kontrolle auf: Seliger 9, Tomschik 5, Rießner 4, Vogel 3, Boschek 2, Hueber 1.

Zur Verhandlung steht nun der Punkt

Lebensmittelteuerung.

Dazu liegen die Anträge **5, 6, 10, 11, 12, 13** und **14** vor.

Das Referat erstattet

Dr. Karpeles (Wien): Ueber die Tatsache, daß in den letzten Wochen die Preise fast aller wichtigen Lebensmittel ganz außerordentlich gestiegen sind, herrscht keine Meinungsverschiedenheit; auch darüber nicht, daß es sich nicht etwa um eine lokalbegrenzte Erscheinung handelt, nicht etwa um einen

Notstand in einzelnen Industriezentren, sondern um einen allgemeinen Notstand. Das sehen wir aus den Berichten der Presse und aus den Hunderten von Versammlungen, die im ganzen Reiche abgehalten werden. Es ist endlich kein Zweifel, daß das Maß dieser Steigerung ganz unerträglich ist. Die „Neue Freie Presse", die den ganzen Sommer alle Treibereien der Börse in der wirksamsten Weise unterstützt hat, eröffnet jetzt ihren lokalen Teil den Klagen der bürgerlichen Hausfrauen. Sie hat ausgerechnet, daß die Steigerung der Kosten eines bürgerlichen Haushaltes 23 Prozent betrage. Diese Rechnung ist ganz richtig, und wenn es beim proletarischen Haushalt vielleicht manchmal scheint, daß die Preissteigerung geringer sei, so ist die Differenz tatsächlich nur eine scheinbare. Die Billigkeit geht auf Kosten der Qualität. Es ist also schon jetzt klar, daß wir in diesem Winter ganz furchtbaren Verhältnissen entgegengehen, daß in Tausenden von Familien, die bisher gewohnt waren, über des Lebens nackte Notdurft hinaus ein gewisses nur allzu bescheidenes Maß von kulturellen Bedürfnissen zu befriedigen, Entbehrung, Not und Hunger einziehen wird und muß. Das ist keine Uebertreibung. Es genügt, zu wissen, daß wir in Oesterreich im Konsum von Brotgetreide an neunter Stelle in der Reihe der europäischen Staaten stehen, daß der durchschnittliche europäische Konsum höher ist als der österreichische Konsum, um zu begreifen, daß schon eine ganz geringe Erhöhung der Lebensmittelpreise bei uns eine so furchtbare Wirkung haben muß, da doch schon in normalen Zeiten nach guten Ernten die große Mehrheit der Bevölkerung sich über das Niveau des absoluten Existenzminimums nicht erheben kann. Das ist ja nur selbstverständlich in einem Lande, wo durch die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, durch die Unersättlichkeit des Militarismus, durch den Wahnsinn unserer Zoll- und Steuerpolitik alle Lebensmittel auch in normalen Zeiten auf furchtbarer Höhe stehen, in einem Lande, in dem auch in den besten Jahren nichts billig ist als Menschenfleisch.

Daß wir einer Katastrophe entgegengehen, ist also eine Tatsache, und wir müssen uns nun vor allem darüber klar werden, ob diese Katastrophe etwas ist, was wir geduldig als eine unabwendbare Sache hinnehmen müssen, oder ob wir es nicht mit einer Erscheinung zu tun haben, die nicht begründet ist durch die Ungunst der Produktionsbedingungen, sondern die von einzelnen bestimmten Schichten der Produzenten und Händler mit Bewußtsein hervorgerufen ist, und da allerdings meine ich, daß sogar in unseren Kreisen, wie die Resolution Wien XI anzudeuten scheint, noch nicht volle Klarheit darüber besteht, daß wir es heuer keineswegs mit einer Mißernte zu tun gehabt haben. Es ist mir ganz unbegreiflich, wie diese Resolution mit den Worten anfangen kann: „Durch die heurige Mißernte", wie wenn es mit aller Sicherheit feststehen würde, daß wir wirklich eine Mißernte haben.

Wenn wir nun darangehen, uns klar zu werden, wie diese Teuerung entstanden ist, müssen wir zunächst ein Gebiet betreten, das den allermeisten von Ihnen ziemlich fremd ist: das Gebiet der Börse, und ich muß Sie bitten, mit mir einen längeren Ausflug an die Börse von Budapest zu machen. Denn von der Budapester, nicht von der Wiener Börse werden die Preise aller Lebensmittel für Oesterreich diktiert. Warum die Wiener Börse heute so machtlos ist und warum sie keine größere Rolle spielt als die Produktenbörse in Prag und kaum eine größere als der Samstagwochenmarkt in Linz, darüber werden wir noch sprechen. Tatsache ist es, daß die Preise in Budapest diktiert werden, und zwar nicht auf dem Effektivmarkt, nicht von jenen Leuten in erster Linie, die wirklich Getreide kaufen und verkaufen, sondern auf dem Terminmarkt. Wie war nun die Situation, die die Börse am Anfang der Getreidekampagne vorgefunden hat? Die Jahre 1902 und 1903 waren wirklich gesegnete Jahre; wir hatten zwei ganz ausnahmsweise gute Ernten hinter uns und wir sind in das Jahr 1904 getreten mit Vorräten, die im mindesten 8 Millionen Meterzentner, wahrscheinlich aber 12 Millionen Meterzentner betragen — wir sind in Oesterreich weniger als anderswo imstande, den genauen Bestand zu erfassen, weniger als in Australien

und Amerika. Tatsache aber ist, daß von einem Mangel oder auch nur von einer Furcht vor Mangel im Frühjahr keine Rede sein konnte. Dazu kam, daß die Saaten außerordentlich gut überwintert hatten, und so war zu Anfang Mai die Tendenz an der Börse keineswegs ausgesprochen steigend. Damals kostete Oktober-Weizen, das heißt der Weizen, der im Frühjahr gekauft wurde, aber erst im Oktober lieferbar war, K 7·90 per 50 Kilogramm. Die Witterung im Mai war warm. Dann aber setzte, je wärmer es wurde und je weniger Regen kam, eine ganz ausgesprochene Haussestimmung ein und, wie es an der Budapester und auch an anderen Börsen üblich ist, Schätzungen von Mißernten in Ungarn, Indien, Argentinien, Nordamerika durchschwirrten die Luft, Gerüchte, die ganz zweifellos absichtlich erfunden wurden, um den Markt zu beeinflussen. Nun ist es merkwürdig, daß, obwohl wir, wie gesagt, zwei gute Ernten hatten, doch Ende Mai der Preis des Oktober-Weizens schon auf K 9·36, das heißt um beinahe fl. 1·50 per Meterzentner gegenüber Anfang Mai in die Höhe getrieben war, ein Preis, der auch dann nicht berechtigt gewesen wäre, wenn tatsächlich eine schlechte Ernte schon mit absoluter Sicherheit vorauszusehen gewesen wäre. Die Wärme im Mai bedeutete aber noch sehr wenig. Es konnte ja noch den ganzen Juni regnen und es hat ja tatsächlich anfangs Juni geregnet, so daß dann die Kurse etwas ins Weichen kamen. Da ist aber glücklicherweise — vom Standpunkt der ungarischen Produzenten gesprochen — das ungarische Ackerbauministerium gekommen und hat im amtlichen Saatenstandsbericht die Parole offen ausgegeben, die bis dahin nur verdeckt unter den Produzenten kursierte, die Parole, die auch bei uns mit großem Erfolg befolgt wurde: Keine Waren verkaufen! Die Ware einsperren! Wir haben Zeit, wir können warten!

Der „Pester Lloyd" war in dieser Kampagne vermutlich à la baisse engagiert oder er hatte die Aufgabe, die Interessen der großen Budapester Mühlen zu vertreten. Wir sehen also aus diesem Blatt diesmal deutlich die Treibereien der Pester Hausse-Spekulation. Er schrieb: „Die Besorgnisse bezüglich der reifenden Ernte beherrschen noch immer die Stimmung. Das Wetter hat wohl in der letzten Zeit alles geleistet, was von ihm bestenfalls zu erwarten war und was besorgte Landwirte nur wünschen konnten. Zahlreiche ausgebreitete Niederschläge verbreiteten sich über alle Teile des Landes, die Temperatur blieb warm, ohne heiß zu werden, fächelnde Winde mildern die mäßige Wärme und kühle Nächte erfrischen die Saaten. Trotzdem wollen die Besorgnisse nicht schwinden und *der größte Teil der Spekulation lehnt es beharrlich ab, seine Befürchtungen auch nur teilweise aufzugeben.* Die glänzenden Ernteaussichten Mitteleuropas bleiben ebenso unbeachtet wie der gebesserte Saatenstand in Amerika und in Südrußland; sogar dasjenige, was uns am meisten nahe gehen sollte, die vollbefriedigenden Ernteaussichten in den österreichischen Kronländern, werden von denjenigen nicht in Betracht gezogen, *die entschlossen scheinen, sich durch nichts von ihrer pessimistischen Anschauung abbringen zu lassen.*" Selbstverständlich, wenn die ungarischen Agrarier und Händler entschlossen sind, unter allen Umständen daran zu glauben, daß wir 1904 eine Mißernte haben werden, muß ja der Preis von K 9·36 ganz gerechtfertigt sein. Zu dieser Zeit schrieb das ungarische Ministerium im amtlichen Saatenstandsbericht — das ist eine Einrichtung, die wir auch in Oesterreich haben und die dazu dient, ganz mit Absicht dazu bestimmt ist, die Tatsache guter Ernten vor dem Publikum zurückzuhalten und die Tatsache schlechter Ernten mit großer Aufdringlichkeit und Uebertreibung zu publizieren — am 15. Juni: „Eine der vorjährigen gleich gute Ernte kann man mit Recht nicht erwarten und jetzt, wo die aufgehenden Aehren der Möglichkeit einer wesentlichen Besserung eine Grenze setzen, müssen wir darauf aufmerksam machen, daß mit dem, was wir heuer ernten werden, *sehr sparsam umgegangen werden muß.*" Deutlicher kann der Minister den Großgrundbesitzern und Bauern nicht den Rat geben, ihre Ware einzusperren, um die Preise zu steigern. Der Rat des Ministers ist auf sehr fruchtbaren Boden gefallen. Die ungarischen Produzenten haben ihre Ware eingesperrt und haben dadurch selbst-

verständlich den Händlern in Budapest den Anlaß gegeben, die Preise auf dem Terminmarkt und durch den Terminmarkt auf dem Effektivmarkt immer mehr in die Höhe zu bringen.

Die offizielle Schätzung dieses Berichts erklärt, daß Ungarn eine Ernte von 34 Millionen Meterzentnern Weizen zu erwarten habe gegen 44 Millionen im Jahre 1903. Das wäre also ein Ausfall von vollen 10 Millionen Meterzentnern gewesen und somit gewiß ein Moment für eine Preissteigerung. Aber irgendwie besorgniserregend konnte diese Schätzung nach zwei so glänzenden Ernten und mit so vielen Vorräten durchaus nicht sein. Begründet würde die Sorge erst dann gewesen sein, wenn sich auf dem Weltmarkte die Ernteaussichten in demselben Maße abgeschwächt hätten. Ungarn allein ist heute auf dem internationalen Getreidemarkt nicht mehr tonangebend. Es muß sich mit einer bescheideneren Rolle begnügen, und nur wenn solche Treibereien vorkommen wie heuer, kann man es erleben, daß die Budapester Börse nicht nur Wien beherrscht, sondern daß sie durch 14 Tage auch richtunggebend für alle europäischen Börsen wird. Unabhängig vom Weltmarkt kann also die Budapester Börse nicht ins Ungemessene die Preise hinaufsetzen, wohl aber konnte sie ihn in diesem Sommer fast ständig über der Importparität halten. Die Budapester Notiz stand lange Zeit nicht nur über der Parität der böhmischen Preise, so daß es nicht möglich war, ungarischen Weizen nach Böhmen zu bringen, sondern es ergab sich auch die Situation, daß zu derselben Zeit, wo Weizen in Budapest K 9·36 notierte, der beste argentinische Weizen Rosario Santa Fe K 9·35 ab Triest verzollt kalkulierte, daß der Weltmarktpreis ab Hamburg 135 Mk. für die Tonne Weizen betrug, das ist weniger als der Preis in Budapest, daß La Plata-Mais ab Prag verzollt für K 8·15 für 50 Kilogramm, also noch immer mit Vorteil gegenüber ungarischem Mais zu beziehen war. Das sind abnorme Verhältnisse. Zu einer Zeit, wo der Schnitt noch gar nicht begonnen hatte, verstanden es die Herren in Budapest, sowohl die Produzenten wie die Spekulanten — es besteht die intimste und dickste Freundschaft zwischen den Karoly, Andrassy, Schwarzenberg (denn auch unsere Agrarier spielen in Budapest) und den Händlern — die Preise über den Weltmarktpreis hinaufzutreiben. Auf dem Weltmarkt natürlich glaubt man alle die Dinge nicht, die man an der Budapester Börse erzählen kann. Da weiß man ganz genau, daß die sichtbaren Vorräte auf der ganzen Welt, mit denen wir heuer in die Kampagne getreten sind, 9·7 Millionen Quarters betragen haben, das heißt 3 Millionen mehr als die Vorräte im vorigen Jahre vor Beginn der Ernte betragen haben. Ein Quarter ist rund drei Hektoliter. Wir hatten also heuer 30 Millionen Hektoliter Vorräte vor Beginn der Ernte, so daß von irgend einer Besorgnis für die Versorgung von Europa auch nur dann erhebliche Preissteigerungen berechtigt wären, wenn wir es mit einer totalen Mißernte in sämtlichen Getreide- und Futterartikeln zu tun gehabt hätten.

Selbstverständlich glaubte man an der Budapester Börse nicht — aber man konnte es eine Zeitlang der Oeffentlichkeit mit Erfolg erzählen — daß Rußland durch die Ansprüche seiner Kriegsverwaltung gehindert sein werde, sein Getreide an den europäischen Markt abzugeben. Das ging nur so lange, bis endlich auch die Leute, die sich um die Wochenstatistiken nicht regelmäßig kümmern, darauf kamen, daß die Zufuhren, die der europäische Markt Woche für Woche aus Rußland erhält, stiegen, und daß es lächerlich sei, anzunehmen, Rußland würde uns im Stiche lassen. Nachdem man sich wochenlang darüber unterhalten hatte, daß in Indien eine Mißernte bevorstehe, mußte man endlich zugeben, daß Ostindien eine Weizenernte von 44 Millionen Quarters hatte, um zehn Millionen mehr als das Jahr vorher, daß also auch für den Fall, daß die Gerüchte wahr wären, die damals auftauchten über eine schlechte Ernte in Amerika, sofort Ostindien einspringen und sich an der Versorgung von Europa beteiligen könne. Das alles nützte aber nichts. Der Preis an der Budapester Börse blieb dauernd über Import-Parität und blieb es auch dann so, als am 1. Juli der neue Saatenstandsbericht schon zugab, daß die Weizenernte um 600.000 Meterzentner größer sein werde, als die erste Schätzung

erwarten ließ. Immerhin aber machte die Tatsache, daß die europäischen und auch die amerikanischen Börsen nicht in die Melodie einstimmten, zu der der Takt in Budapest angeschlagen wurde, die Budapester Börse etwas stutzig. Der Preis des Oktober-Weizens ging um einige Heller zurück.

Da machten nun diese Herren die Entdeckung, daß, wenn es schon richtig sei, daß wir in Getreide eine Mittelernte zu erwarten haben, doch der Wert dieser Mittelernte ganz außerordentlich dadurch in Frage gestellt werden würde, wenn wir eine komplette Mißernte in allen Futterartikeln haben werden, da dann die Bauern selbstverständlich gezwungen sein würden, einen Teil ihres Getreides zur Fütterung ihres Viehes zu verwenden, also dieses Getreide dem Konsum zu entziehen, so daß dann die Getreidepreise steigen müßten. Die Herren entschlossen sich also, fest daran zu glauben, daß eine Mißernte aller Futterstoffe unabwendbar sei, und von diesem Glauben durchdrungen, inszenierten sie eine neue Hausse. Kaum war die Parole von der Futternot ausgegeben, steigerte sich, wie der „Pester Lloyd" so anschaulich erzählt, die Kauflust förmlich zur Kaufgier: „Die Weizenanschaffungen wurden täglich größer und erreichten in den letzten zwei Wochen die respektable Höhe von nahezu 500.000 Meterzentnern, wobei die Preise um etwa 40 h höher gingen. . . . Wer das Vorhandensein reicher, alter Bestände bezweifelt haben sollte, wird durch die Tatsachen eines Besseren belehrt. Heute allein konnten zu unveränderten Preisen volle 65.000 Meterzentner Weizen gekauft werden, so daß der Umsatz der abgelaufenen Wochenhälfte 150.000 Meterzentner erreicht. Alter Weizen ist da in Hülle und Fülle in allen Qualitäten und Provenienzen. Es wird aber weiterhaussiert und kommen Preise und Kurse zutage, die man am Tage vorher kaum für möglich gehalten hätte und die ebensowenig zu verstehen als sachlich zu erklären sind. Auf dem Terminmarkt wurde schon gestern nachmittags eine Haussebewegung inszeniert auf das Gerücht, daß eine leitende Mühle einen großen Posten alten Weizen zu erhöhten Preisen gekauft habe. Das Gerücht erwies sich heute als falsch, was jedoch nicht hinderte, daß die Terminkurse weiter stiegen. Der Weizen stieg, weil die Coulisse fest gestimmt war. Der Mais stieg, weil es noch nicht regnet. Dann stieg der Weizen weiter, weil der Mais gestiegen war. Der Roggen ging mit, weil er verhältnismäßig später in die Haussebewegung geraten war, daher eines stärkeren Deckungsbegehrs teilhaftig wurde. Selbstverständlich ging der Hafer mit und das Steigen scheint kein Ende nehmen zu wollen." Das war am 21. Juli und am 25. Juli war endlich der Kurs von 10 K für 50 Kilogramm Oktober-Weizen überschritten. Jetzt wurde die Parole ausgegeben, daß der Oktober-Weizen auf 12 K kommen müsse. Das ist natürlich nicht ganz gelungen, aber wenigstens annähernd hat man es doch erreicht.

Da hat sich nun folgendes gezeigt: Rumänien, das tatsächlich eine schlechte Ernte hat, kommt nun bei dem Terminpreis von K 10·04 auf den Markt. In derselben Woche, wo dieser Preis notiert wurde, wurden bereits mehrere Ladungen rumänischen Weizens nach Budapest und nach Wien verkauft. Der rumänische Weizen hat keine Grenzbegünstigung wie der serbische Weizen, er zahlt den vollen Zoll von fl. 1·50 in Gold. Trotz Zoll und trotz Fracht war es möglich, ihn billiger zu liefern, als er in Ungarn verkauft wurde. Aber nicht nur Rumänien brachte dieses Kunststück zustande, der Weizen war dauernd über Importparität des gesamten Weltmarktes. Wenn im Juli und August nicht die Kalamität gewesen wäre, daß die Elbe nicht schiffbar war, so wäre der Import von La Plata-Weizen und von nordamerikanischem Weizen über Hamburg und Aussig sehr leicht gewesen und die Preise in Budapest hätten sich nicht auf dieser Höhe halten können. Als der Preis in Budapest schon auf 10·75 stand, wurde La Plata-Weizen ab Aussig verzollt zu 10·60 gehandelt. Aber die Zufuhr konnte auf der Elbe nicht durchgeführt werden. Allein die ungarischen Produzenten blieben dabei, nicht zu verkaufen. Sie ließen die auswärtigen Waren hereinkommen, sperrten aber ihre Waren beharrlich ein und trieben den Weizenpreis fort und fort in die Höhe. Anfangs August erst kam es aus dem Bedürfnis

einer großen Anzahl von Produzenten nach Geld endlich in Budapest zu einer geringen Abschwächung der Preise, die aber sehr bald durch das Eingreifen der Spekulation in Amerika wettgemacht wurde. Vierzehn Tage lang, Ende Juli und anfangs August, hatte Budapest mit seinen Kursen tatsächlich die Kurse von Berlin und New-York diktiert. In dem Moment, da der Budapester Terminmarkt etwas nachließ, griff die amerikanische Spekulation ein, die selbstverständlich die ungarische Spekulation aufs neue entfachte und bewirkte, daß die ungarischen Preise auch weiterhin über Importparität blieben. Wie es in Amerika zugegangen ist, muß ich Ihnen doch an einer netten Schilderung veranschaulichen, die ich damals in der „Neuen Freien Presse" (18. August) gelesen habe:

> Auf der New-Yorker Getreidebörse gab es Szenen der wildesten Erregung. Den ersten Alarm brachte eine Meldung, daß die Manitoba-Ernte weit hinter den Erwartungen stehe und daß ihr die Gefahr des Ruins drohe. Die Händler kämpften im Handgemenge mit Nägeln und Zähnen wie wilde Tiere bei der Anstrengung, ihre Kaufordres zu placieren. Alles wollte decken, als ob von der sofortigen Deckung die Abwehr vom Weltende abhänge. Dann kamen ungünstige Berichte aus Norddakota und Minnesota, worin von der Verwüstung von weiten Landstrichen durch den schwarzen Rost zu lesen war. In Minnesota sollen die Farmer ihre Weizenfelder abbrennen und für nächstes Jahr zurechtmachen. Auf diese und die ungünstigen canadischen Berichte hin vermehrte sich die Panik und die jetzt folgenden Szenen übertrafen alles je Gesehene. Den Händlern gingen sukzessive im Ringen um die Käufe Rock, Weste und Hut, in manchen Fällen auch die Hosen verloren und ihre Stimmen füllten die Börse mit einem Lärm, der nur Todesszenen bei Massenpaniken glich.

Viel netter ging es in der Budapester Kornhalle ja auch nicht zu. Die Budapester Jobber verloren zwar nicht die Hosen, aber uns ziehen sie die Haut über die Ohren. Diese Hausse in Amerika hat natürlich den Mut der Budapester Spekulation belebt, und am 22. August, kaum einen Monat, nachdem der Kurs auf 10 K hinaufgetrieben worden war, hatte der Kurs die Höhe von 11 K überschritten. Er notierte K 11·15, also beinahe 4 K mehr, als der Kurs im Mai gestanden hatte. Nun mußte das Spiel doch langsam zu Ende gehen. Denn Ende August wußte man schließlich überall schon, wie die Ernte wirklich ausgefallen war. Da wußte man nicht nur, daß wir tatsächlich in Weizen und Roggen eine ganz gute Mittelernte hatten, sondern daß von einer Mißernte in keinem Bodenprodukt die Rede sein konnte. Nicht einmal von einer allgemeinen Mißernte in Kartoffeln und Zuckerrüben. Ganz gewiß hat es große Bezirke gegeben, die eine Mißernte in diesen Artikeln hatten, von einer allgemeinen Mißernte ist aber auch da keine Rede. Ende August konnte man auch schon ein Bild über die Verhältnisse auf dem Weltmarkt haben. Es ergab sich denn, daß die Welternte beim Weizen 1903 rund 883, 1904 rund 844 Millionen Meterzentner betrug. Das ist ein Rückgang um 4½ Prozent, ein Rückgang, der, wenn man daran denkt, daß man doch nicht jedes Jahr eine so gute Ernte haben kann wie 1903, absolut nichts bedeutet. Und wenn man sämtliche Getreideartikel betrachtet, so zeigt sich auf dem Weltmarkt ein Rückgang von 2970 auf 2824 Millionen Meterzentner, also um 145 Millionen oder 5 Prozent. Aber demgegenüber stehen die sichtbaren Vorräte am Beginn der Kampagne, die auf 144 Millionen Meterzentner geschätzt werden. Mit einem Worte, der sichtbare alte Bestand ist genau so groß als das Defizit der heurigen Ernte gegenüber der vorjährigen außerordentlich guten Ernte und irgendwelche Sorgen, daß eine Hungersnot bevorstehe oder daß die Produktion der Welt nicht ausreiche, um den normalen Bedarf an Brotgetreide zu befriedigen, sind vollkommen lächerlich. Wir haben keine Mißernte im Getreide, wohl aber ein verbrecherisches Spiel der Spekulation, einer Spekulation, die freilich keineswegs ausschließlich von den ungarischen Händlern getrieben, sondern die nur möglich war, weil

sie von den ungarischen und österreichischen Agrariern alimentiert wurde.

Wie wahr es ist, daß von einer Mißernte nicht die Rede sein kann, zeigt sich, wenn man die Ziffern der österreichischen Handelsstatistik für den August ansieht, die eben jetzt publiziert worden sind. Wir haben im August 746.000, also rund drei Viertelmillionen Meterzentner Weizen und andere Getreideprodukte importiert; im August vorigen Jahres nur 272.000. Exportiert haben wir heuer 103.000, im vorigen Jahre 337.000 Meterzentner. Das heißt, daß die Preise bei uns so übermäßig hoch sind, daß 746.000 Meterzentner bereits im August hereingebracht wurden, unmittelbar nach der Ernte, wo das Importbedürfnis, selbst wenn wir eine schlechte Ernte gehabt hätten, sich noch lange nicht zeigen konnte. Dieses macht sich immer erst im Frühjahr geltend, da im August auch bei einer Mißernte noch so viel Vorräte da sein müssen, daß der Bedarf gedeckt werden kann. Der übermäßige Preis hat den Import angelockt. Wir sehen, daß sämtliche Lagerhäuser, nicht nur die Scheunen der Produzenten, bis zur Decke angefüllt sind, und was seit zwölf Jahren nicht mehr vorgekommen ist, es muß wieder einmal die Wiener Rotunde benützt werden, um das Getreide einzulagern. Das Mehl wurde um 4 K verteuert, auf der anderen Seite aber weiß man nicht, wie man die ungeheuren Vorräte von Getreide unterbringen, wie man die Magazine beschaffen soll, um die Waren aufzustapeln. Das ist doch der klarste Beweis, daß von Mißernte, ja auch nur von einer schlechten Ernte keine Rede sein kann.

Woher kommt aber die merkwürdige Erscheinung, daß wir in Oesterreich vollständig von den Kursen der Budapester Terminbörse abhängig sind? Das kommt daher, daß zwar in Oesterreich der Terminhandel aufgehoben ist, aber in Ungarn weiter besteht. Wir haben diese Folgen der einseitigen Aufhebung des Terminhandels seinerzeit vorausgesagt. Man muß kein Freund des Terminhandels sein und es ist sicher, daß der Getreidehandel ohne den Terminhandel funktionieren kann und daß die Welt nicht zugrunde ginge, wenn der Terminhandel nicht existierte. Wenn aber in Budapest eine Terminbörse besteht, in Wien jedoch nicht, so mußten die Folgen eintreten, die auch die Regierung in ihrer Vorlage über die Reform des Terminhandels auseinandergesetzt hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß es für ein Importland — und Oesterreich ist im Verhältnis zu Ungarn ein Importland — wichtig ist, einen maßgebenden Markt in der Hand zu haben und nicht zu dulden, daß die Preise an der Börse des Exportlandes, in Budapest, gemacht werden. Die Regierungsvorlage sagt: „Das einsame Verbot des Terminhandels würde den Erfolg haben, daß zwar in Wien eine vom Terminhandel gereinigte Börse bestünde, aber auch die Wirkungen des Terminhandels bestehen blieben, mit dem Unterschied allerdings, daß man ihm wehrlos preisgegeben bliebe und diese Situation noch mit besonderen Nachteilen zu erkaufen hätte.“ Und das ist genau eingetroffen. Solange der Terminhandel in Wien erlaubt war, war es möglich, gewisse Unzukömmlichkeiten zu beseitigen, und es wäre bei einer Reform möglich gewesen, sie noch weiter zu beschränken. Heute sind wir aber der Spekulation, nicht der österreichischen, aber der ungarischen Börseaner ausgeliefert. Diese leichtfertige, einseitige Aufhebung des Terminhandels hat gezeigt, wie sehr sich das Abgeordnetenhaus von den Schlagworten der Agrarier beeinflussen läßt und daß die Regierung, die ganz genau wußte, wie die Sache sich entwickeln werde, sich bloß als die Exekutive der Agrarier fühlt und deren Aufträge ausführt.

Das zeigt sich noch deutlicher in der Frage der Futternot. Am 11. August hat die Regierung im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung ein Futterausfuhrverbot erlassen. Nun will ich für einen Augenblick zugeben, daß dieses den Erfolg gehabt, die Preise der Futterartikel zu ermäßigen, und insofern läßt sich dagegen nichts einwenden. Aber wie steht es denn mit der Futternot überhaupt? Ich habe hier das Zeugnis eines Mannes, der ganz gewiß uns allen zur Beurteilung dieser Frage kompetent

sein wird. Das ist der berühmte Herr Simitsch Reichsritter v. Hohenblum, der Mann, den die Agrarier als ihren leitenden Geist angestellt haben; der Mann ist ein großer Narr, aber wenigstens ein konsequenter Narr. Dieser Herr v. Hohenblum hat nun am 12. August in einer Sitzung der landwirtschaftlichen Zentralstelle zur Vorbereitung der Handelsverträge das am Tage vorher erfolgte Ausfuhrverbot besprochen und dabei gesagt, er müsse grundsätzlich dagegen Stellung nehmen, denn es widerspreche dem Programm der Zentralstelle und würde von den Gegnern der Landwirtschaft später als Präzedenzfall ausgenützt werden. Er könne aber auch die heutigen Futterpreise nicht als Zeichen der Futternot auffassen, da sie sich tief unter den Tarifen früherer Jahre bewegen. Das erklärt derselbe Mann, der morgen erzählen wird, alle Großgrundbesitzer seien auf die öffentliche Mildtätigkeit angewiesen, wenn ihnen nicht die österreichische Bevölkerung ausgeliefert werde — ein Mann, der sich aber sagt: Spielen wir nicht mit dem Ausfuhrverbot, denn sonst könnten die Arbeiter kommen und auch die Erleichterung der Einfuhr, also Suspendierung der Getreidezölle, verlangen, und das wollen wir um so weniger tun, als sich die Preise tief unter dem Niveau der früheren Jahre bewegen.

Aber Hohenblum war der einzige in diesem Ausschuß, der so argumentiert hat: die anderen, die weniger Konsequenten, nehmen, was die Regierung gibt, und machen sich wegen des Präzedenzfalles keine Sorgen. Sollte sich die Regierung unterstehen, etwa die Maiszölle zu suspendieren, so werden sie mit ihr schon zu reden wissen. Die Regierung weiß es und die Agrarier haben recht, wenn sie Hohenblum wegen seines starren Festhaltens am Prinzip verspotten. Prinzipien sind bei den Agrariern wirklich keine gangbare Münze: bei den Agrariern, die vor noch nicht langer Zeit die energischesten Freihändler waren und heute die ausgepichtesten Schutzzöllner sind, und die morgen, wenn es die Situation erheischt, wieder Freihändler sein werden. Die Agrarier sind konsequent nur in ihrer unglaublichen Frechheit und die Regierung ist konsequent nur in der unglaublichen Nachgiebigkeit und Schwäche, mit der sie alles tut, was die Agrarier von ihr fordern. Das Futterausfuhrverbot war tatsächlich durchaus unberechtigt; aber immerhin — wenn man von der Oelindustrie absieht, die besonders in Böhmen sehr darunter leidet — könnte man nichts dagegen einwenden, wenn nur die Preise der Futterartikel durch das Verbot herabgesetzt worden wären. Aber das Verbot war auch überflüssig. Es war nichts anderes als ein Kompliment, das die Minister den Agrariern gemacht haben; tatsächlich ist überhaupt fast gar kein Futter über die Grenze gegangen, denn die Futterpreise, die sich ja bis zu einem gewissen Grade nach dem Weizenpreis richten, waren so hoch, daß es niemandem eingefallen ist, Futter in Oesterreich für den Export ins Ausland einzukaufen. Die hohen Preise der Budapester Börse wirkten ganz automatisch als Futterausfuhrverbot und der ganze Effekt des Ausfuhrverbotes war, daß 800.000 Meterzentner Kleie, die im Anfang des Jahres nach Deutschland verschlossen waren, im Lande blieben. Es ist also ganz klar, daß das Futterausfuhrverbot einen wesentlichen Einfluß auf die Preise nicht geübt hat. Wenn aber die Regierung meinte, daß zu wenig Futter vorhanden sei, so wäre doch die logische Konsequenz davon gewesen, den Zoll auf Mais, der einen halben Goldgulden beträgt, aufzuheben. Die österreichische Regierung war dazu bereit. Wir bauen in Oesterreich wenig Mais; die ungarischen Großgrundbesitzer aber hatten so ungeheure Maisbestände vom vorigen Jahre eingelagert, daß sie ihrer Regierung nicht erlaubten, zur Suspendierung der Maiszölle ihre Zustimmung zu geben. Daß die Futternot in dem Umfang nicht besteht, wie man glauben machen möchte, geht auch aus folgendem hervor: Die ungarische Regierung hat im Juli in Oesterreich große Vorräte von Heu angekauft und will jetzt diese Vorräte an die ungarischen Bauern zum Selbstkostenpreise abgeben. Es wird nämlich in Oesterreich und in Ungarn eine große Notstandsaktion eingeleitet, nicht etwa um die Not der Arbeiter zu beheben, sondern um den Karolyis und Schwarzenbergs zu helfen. Die ungarische Regierung kann

aber das Heu um den Selbstkostenpreis nicht anbringen, denn der heutige Preis ist viel niedriger, als der Preis war, zu dem sie vor zwei Monaten das Heu in Oberösterreich und Salzburg eingekauft hat. Wo ist denn da die Futternot? Wo sind die übertriebenen Preise der Futterartikel, die es nötig machen, daß uns vor allem die Milch so übertrieben verteuert werden muß, wie sie in den letzten Wochen verteuert worden ist, verteuert in einem Maße, das auch dann nicht berechtigt wäre, wenn wir eine Futternot wirklich hätten?

Es existiert die Futternot also nicht. Die Preise der Futterartikel sind auch im Rückgang begriffen; trotzdem aber haben sich erst in der vorigen Woche die Agrarier als großes Zentralnotstandscomité für Oesterreich konstituiert und die ungarischen ebenso. Sie sind zu sämtlichen Ministern gelaufen und weder Koerber noch die anderen Minister haben die Courage gehabt, diese Bande die Treppe hinabzuwerfen. Es ist eine Unverschämtheit, die einfach unbegreiflich ist, wie bei einer Situation, die so klar ist wie die, die ich Ihnen geschildert habe, von einem landwirtschaftlichen Notstand in großem Maße gesprochen werden kann. Aber es ist ja eine ganz selbstverständliche Sache, daß die Agrarier das machen. Die Agrarier machen ja die ganze Zeit nichts anderes als Versuche, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu bringen, und sie haben dabei die wirksamste Unterstützung der Regierung. Wir wissen doch, daß der autonome Zolltarif, den uns die Regierung vorgelegt hat, einen Sieg der agrarischen Impertinenz bedeutet, der geradezu unerhört ist, und es ist nur die eine Tatsache merkwürdig, daß in unserer Partei der Widerstand gegen diesen autonomen Zolltarif nicht nachhaltiger gewesen ist, daß die Erregung über die unerhörte Behandlung, der die Bevölkerung von Oesterreich ausgesetzt ist, wenn der autonome Zolltarif in Kraft tritt, in ganz kurzer Zeit abgeflaut ist und daß heute von dem autonomen Zolltarif in Oesterreich kein Mensch mehr spricht, obwohl ich meine, daß, wo immer Arbeiter beisammen sind, sie keine wichtigere Sache zu tun haben, als sich mit dem autonomen Zolltarif und den ungeheuren Gefahren zu beschäftigen, die uns drohen, wenn der Tarif wirklich Wahrheit wird. Die Agrarier, die sehen, wie geduldig die Bevölkerung ist, werden von Jahr zu Jahr rücksichtsloser. In der vorigen Woche ist es endlich gelungen, den italienischen Handelsvertrag unter Dach zu bringen. So viel man bisher von diesem Vertrag hörte, ist er doch im großen und ganzen wieder nichts als ein Sieg der Agrarier. Aber die Agrarier erklären in ihrem Organ, in der „Landwirtschaftlichen Zeitung", daß sie, wenn es wahr sei, daß auch nur vier Monate lang ein bestimmtes Quantum italienischen Weines zu dem reduzierten Zolle hereinkommen dürfe, mit der Vollkraft des agrarischen Agitationsvermögens unmöglich machen werden, daß dieser Vertrag im Parlament angenommen werde. Aber die Agrarier haben recht, wenn sie von der Vollkraft ihres Agitationsvermögens sprechen, und es ist beschämend, wenn konstatiert werden muß, daß diese Kraft — bisher wenigstens — größer zu sein scheint als die Kraft des sozialdemokratischen Agitationsvermögens in dieser Frage, die nach meiner Ueberzeugung eine Lebenskraft für die Arbeiterschaft Oesterreichs und für unsere Gesamtpartei ist.

Mit viel größerer Wucht wie bisher muß die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Agrarier führen. Wenn die Arbeiter, die doch überzeugt sein müssen, daß es unberechtigt ist, von „Mißernte" zu sprechen, und daß die ganze gegenwärtige Preissteigerung nichts anderes ist als der bewußt organisierte Versuch der Agrarier, die Konsumenten auszuwuchern, wenn die Arbeiter, sage ich, sich da nicht zur Wehre setzen, wer soll denn den Agrariern Widerstand leisten? Etwa unsere Industriellen? Ja, die ganze Industrie liegt vor den Agrariern auf dem Bauch, genau so wie die Regierung. Und die Regierung tut in dem Falle nichts anderes, als was zu tun sie schließlich verpflichtet ist, wenn sie auf der einen Seite den ungeheuren Lärm der Agrarier und auf der anderen Seite unser Stillschweigen bemerkt. Es ist eine ganz selbstverständliche Sache und ich greife die Regierung durch-

aus nicht an, daß sie die Forderungen der Agrarier bewilligt, wo sie doch sieht, daß die Sozialdemokraten den autonomen Zolltarif viele Wochen lang bekämpft haben, dann aber beinahe vergessen haben, daß er überhaupt besteht. Die Industrie läßt sich durch die schönen Reden Koerbers beruhigen. Ihr sind Ueberstundenerlässe viel lieber als selbst wichtige Positionen im autonomen Zolltarif, besonders wo sie weiß, daß man — wenn man sich nur brav aufführt — eine ganze Reihe von Zugeständnissen erlangen kann, die manche Schwierigkeiten des Zolltarifes wieder beseitigen. Wenn Sie die ganze Schwäche, die ganze erbärmliche Position unserer Industrie kennen lernen wollen, brauchen Sie nur die Rede zu lesen, mit der Herr v. Kink sein Amt als Präsident der ersten Handelskammer Oesterreichs angetreten hat, eine Rede, in der nicht ein Funke eines industriellen Programms zu entdecken war, eine Rede, die ausschließlich aus Phrasen über deutsches Oesterreichertum und über die tschechische Obstruktion zusammengesetzt war. Mit einem Worte: eine Vertretung der Industrie, die das Erbärmlichste und das Erbarmungswürdigste ist, was wir uns nur vorstellen können. Dazu kommt, daß die Bauernschaft nun anfängt, sich unter dem Kommando der Agrarier in einer Weise zu organisieren, von der wir bisher noch keine genügende Vorstellung haben. Ganz gewiß, darüber ist kein Zweifel, kommt die Durchsetzung dieser agrarischen Forderungen in allererster Linie, wenn nicht ausschließlich, den Großgrundbesitzern zugute, nicht den Bauern. Aber wenn die Bauern das nicht einsehen wollen, wenn sie sich durch die „Landwirtschaftliche Zentralstelle" nun einmal haben einfangen lassen, wenn sie sich nun dort eine wirklich ausgezeichnete Organisation geben, und wenn sie durch das Spiel, das in diesem Sommer mit den Konsumenten getrieben wurde, merken, daß diese agrarische Organisation doch für sie die gute Folge hat, daß sie der städtischen Bevölkerung den Brotkorb manchmal etwas höher hängen und für sich höhere Preise herausbringen können — dann wird die Position der Konsumenten von Tag zu Tag schwieriger. Wir haben gewiß kein Interesse daran, daß die Bauern etwa zugrunde gehen, wir sind bereit, das, was wir für die Industrie verlangen, auch den Bauern zu bewilligen und die Forderung als ganz selbstverständlich anzuerkennen, daß die Höhe der Produktionskosten auch den Preis bei Lebensmitteln bestimmen muß, und wir verlangen nicht, daß die Bauern ihre Ware billiger absetzen, als sie produziert werden kann. Wir haben ja auf dem Grazer Parteitag den Bauern den Weg der genossenschaftlichen Betätigung gezeigt und tatsächlich sehen wir in Oesterreich einen Aufschwung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, der in höchstem Maße erfreulich ist. Aber ich muß sagen, wenn diese Genossenschaften immer Subventionen vom Staate und von autonomen Körperschaften verlangten, dann müssen sie sich auch gefallen lassen, daß die Regierung und die autonomen Behörden Einfluß auf die Preise nehmen können, zu denen sie ihre Produkte abgeben. Aber die Genossenschaften nur zu benützen, um die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben, geht doch nicht an. Es geht um so weniger an, als wir da auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens Ansätze zur Ringbildung entdecken, die äußerst bedrohlich ist. Ich verweise auf den Spiritusring in Deutschland, auf den Milchring in Berlin und auf die Vereinigung der Genossenschaften in der Niederösterreichischen Molkerei, die ebenfalls einen Milchring gegen die Wiener Konsumenten geschaffen hat. Wenn sich diese Ringbildung auch weiter fortsetzt, dann entsteht die große Gefahr, daß die Situation, in die wir heuer im Winter kommen werden, ein Kinderspiel sein wird gegen die kommenden Ereignisse und daß wir diesen subventionierten Genossenschaften wehrlos ausgeliefert sein werden.

Ein Rezept, wie man momentan der Steigerung der Lebensmittelpreise entgegentreten kann, kenne ich nun freilich nicht. Aber das eine ist gewiß: Wenn wir nicht eine Verewigung des heutigen Zustandes wollen, müssen wir uns in unserer politischen Organisation ganz anders als bisher mit den Fragen des autonomen Zolltarifes und der auf Grund des autonomen Zoll-

tarifes geschlossenen Handelsverträge beschäftigen, müssen wir auf das erbittertste und zäheste den Kampf führen, entschlossen, diesen Kampf auch entschieden durchzuführen. Für unangebracht halte ich es, das Schlagwort auszugeben, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise mit einer durch Streiks zu erzwingenden Lohnerhöhung beantwortet werden solle. Die Arbeiter aufzufordern, sich gewerkschaftlich zu organisieren, das ist unsere selbstverständliche Pflicht, auch wenn die Lebensmittelpreise nicht steigen. Aber ich halte es für eine Degradation der gewerkschaftlichen Bewegung, wenn man ihr zumutet, daß sie sich einfach nur als Vorspann im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher benützen lasse. Die gewerkschaftliche Bewegung hat andere Aufgaben, als jedesmal, wenn es den Agrariern einfällt, die Preise zu treiben, dagegen durch Streiks anzukämpfen. Wenn die Situation für gewerkschaftliche Kämpfe günstig ist, dann müssen sie geführt werden. Aber das ist in jedem einzelnen Falle und für jede Branche besonders zu entscheiden und die Steigerung der Lebensmittelpreise kann das Streikreglement nicht außer Kraft setzen. Wenn die politische und gewerkschaftliche Organisation aber nicht in der Lage ist, momentan gegen den Lebensmittelwucher etwas auszurichten, müssen wir uns mehr, als es bisher geschehen ist, mit der Organisierung des Konsums beschäftigen. Es ist gar keine Frage, daß nur die Organisation der Konsumenten imstande ist, als ein spezifisches Mittel zu wirken gegen diese Organisation der Produzenten.

Mit dem Antrage der Bezirksorganisation Simmering kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich glaube, daß wir es der Fraktion mit aller Beruhigung überlassen können, wenn das Abgeordnetenhaus zusammentritt, zu tun, was im gegebenen Momente zu tun notwendig ist. Die Resolution aber, die Ihnen die Parteivertretung vorgelegt hat, bringt das, was ich hier ausgeführt habe, zum Ausdruck. Wir meinen, daß es vor allem notwendig ist, volle Klarheit darüber zu verbreiten, daß von einer Mißernte keine Rede sein kann, daß wir zwar eine schwächere Ernte als im vorigen Jahre haben, daß aber dieser Ausfall in gar keinem Verhältnis steht zu dem Wucher, der in den letzten Monaten getrieben wurde. Wir haben dann in unserer Organisation die Ueberzeugung zu vertiefen und zu verstärken, daß die österreichische Arbeiterschaft keinen Feind hat, der ihr gefährlicher sein könnte als die Agrarier. Denn unsere Agrarier sind nicht nur die Leute, die uns durch den Lebensmittelwucher ausbeuten, sondern auch diejenigen, die schuld sind an der ganzen politischen Misere in Oesterreich, die Leute, die allein ein Interesse haben, daß es so bleibe, wie es in Oesterreich ist. Wir haben keinen gefährlicheren Feind und die Angriffe auf die agrarische Position müssen nicht nur mit der größten Energie geführt werden, die Energie muß auch nachhaltig sein und der Kampf muß mit derselben Ausdauer geführt werden, wie er von unseren Genossen im Reiche draußen gegen die deutschen Agrarier geführt worden ist, die im Vergleiche zu unseren Agrariern noch ganz umgängliche und vergleichsweise besonnene Leute sind. Indem wir diese Ueberzeugung in die Massen hineintragen, können wir ihnen auch mit aller Ruhe, ohne befürchten zu müssen, irgendwelche Rückschläge herbeizuführen oder ein Gründungsfieber zu verursachen, sagen: Vergeßt nicht, daß auch die wirtschaftliche Organisation imstande ist, manches für euch durchzusetzen! Vergesset nicht, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation es euch heute ermöglicht, durch die Angliederung der genossenschaftlichen Organisation Erfolge im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher zu erreichen. Die Verhältnisse, die wir in diesem Jahre in Oesterreich gesehen haben, sind nur möglich, weil sich die Konsumenten vollständig wehrlos, mit gebundenen Händen, von den Agrariern zur Schlachtbank führen lassen. Sie sind unmöglich in dem Moment, wo die Agrarier die Entschlossenheit unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, diese Dinge nicht zu dulden, erkennen und wo sie einsehen, daß die österreichischen Arbeiter auch darangehen wollen, gegen die Bestrebungen der Agrarier praktische Mittel anzuwenden. Diese praktischen Mittel zu gebrauchen, haben wir in Oesterreich bereits gelernt, und wir können darangehen, mehr als wir es

bisher getan haben, diese Erfahrungen unter den Massen zu verbreiten. Wenn so dieser Parteitag bewirkt, daß der Kampf gegen die Agrarier von neuem auflodert, mit der Energie, Zähigkeit und Ausdauer geführt wird, mit der er geführt werden muß, hat er für die österreichische Arbeiterschaft eine gute Parole ausgegeben, hat er den österreichischen Arbeitern gezeigt, was ihre Aufgabe ist. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nun in die Debatte hierüber eingegangen:

Behr (Krumau): Es gibt gegenwärtig keine Frage von wichtigerer Bedeutung als die der Lebensmittelverteuerung. Die Massen sind jetzt überall in Fluß gekommen; namentlich die Milchverteuerung hat bewirkt, daß sich auch die Frauen in großer Zahl an unseren Demonstrationen beteiligen, und die sind in allererster Linie berufen, in dieser Sache einzugreifen. Wenn sie einmal rabiat werden, so ist das für die Lebensmittelwucherer schon einigermaßen gefährlich. Wir haben da Gelegenheit zur Agitation für die Konsumvereine, die gerade jetzt alles tun müssen, um zu beweisen, daß sie wirklich etwas für die Bevölkerung leisten können. Wir haben auch die Gelegenheit, mit den Bauern direkt in Verbindung zu treten, und können ihnen sagen: Wenn ihr wirklich wollt, daß der Zwischenhandel beseitigt wird, müßt ihr euch mit unserer Konsumvereinsbewegung verbünden. Wir haben uns kürzlich selbst an den Verwalter der Schwarzenbergschen Güter gewendet und der Herr hat furchtbar gejammert, der Landwirtschaft gehe es jetzt sehr schlecht. Nun, dann tauschen Sie mal mit uns, erwiderten wir. Der Herr behauptete auch, daß es den kleinen Bauern verhältnismäßig besser gehe als den Großgrundbesitzern, worauf wir ihm erzählten, wie es bei jenen armen Pächtern des Fürsten Schwarzenberg aussieht, die schon die Last der Steuern nicht ertragen können und denen obendrein alle paar Jahre der Pachtzins gesteigert wird. Wir haben bei uns auch bezüglich der Fleischteuerung eine Aktion eingeleitet, die der Konsumvereinsbewegung sehr förderlich ist, indem wir mit einem Fleischhauer vereinbarten, daß er das Fleisch denen, die sich als Mitglieder unseres Konsumvereines ausweisen können, um 10 Prozent billiger gibt. Wir können die Lauheit des Bürgertums gegenüber der Teuerung beseitigen, wenn wir höhere Löhne fordern. Wenn die Industriellen sehen werden, daß ihnen die Arbeiter mit Forderungen an den Leib rücken, dann wird ihre Lauheit schon verschwinden und sie werden sich dann wohl entschließen, gegenüber den Agrariern andere Töne anzuschlagen. Eine solche Bewegung würde dann selbstverständlich auch den Gewerkschaften nützen und wir kämen tüchtig vorwärts. Die Direktive, die uns der Referent gegeben hat, können wir ganz gut akzeptieren; dagegen muß ich mich entschieden gegen den Antrag des XI. Wiener Bezirkes wenden. Unsere Leute werden es gar nicht verstehen, wenn ein Nachlaß der Personaleinkommensteuer gefordert wird, denn bei uns sind so schlechte Löhne, daß ohnedies kein Arbeiter eine solche Steuer bezahlt. Es ist in dieser Frage das Allerwichtigste, daß wir eine große Bewegung entfachen, an ihre Spitze treten und alle Mittel anwenden, die uns zur Verfügung stehen.

Hackenberg (Gmünd): Der Antrag des XI. Bezirkes kann nur von Leuten gestellt worden sein, die von den wirklichen Verhältnissen keinen Begriff haben. Ich komme aus einem landwirtschaftlichen Bezirke und da weiß ich ganz genau, daß von einer vollständigen Mißernte keine Rede sein kann. Die Landwirte sind nicht ganz befriedigt, aber wann gibt es ein Jahr, wo sie wirklich ganz zufrieden sind oder es zugestehen? Obendrein gegenüber Leuten, die entgegengesetzte Interessen haben. Wenn wir eine Mißernte hätten, dann könnte die Produktion den Bedarf nicht decken und da wäre es ein besonderes Verbrechen, wenn da nicht sofort die Lebensmittelzölle aufgehoben würden, denn da wäre ja eine Einfuhr unbedingt notwendig. Wenn Sie aber das den Agrariern sagen, dann heißt es wieder, daß die heimische Produktion den Bedarf decken kann und daß man nichts einzuführen braucht. Wo bleibt aber dann wieder die Mißernte, wo die Gefahr, daß die Nachfrage stärker sein könnte als das Angebot, die es angeblich bewirkt, daß die Preise so in die Höhe getrieben werden?

Ich komme aus einem Bezirke, wo hauptsächlich Kartoffeln und Korn gebaut werden. Es gibt bei uns aufrichtige Bauern, die die Wahrheit sagen. Da hat mir nun einer das Korn gezeigt und gesagt, daß es nicht wahr ist, daß die Ernte schlecht ausgefallen sei. Es ist eine gute Mittelernte. Das Korn ist zwar nicht so reichhaltig, aber es ist schwer. Die Kartoffelernte ist besser ausgefallen, als erwartet wurde, und ist dies aus dem Sinken der Preise ersichtlich. Die Preissteigerung ist also keine natürliche und notwendige, sie ist nicht hervorgegangen aus den Kreisen der kleinen Bauern, sondern aus der von den Großgrundbesitzern und Börsenjobbern betriebenen Spekulation. Die verderbliche Tätigkeit der Spekulanten ist auch für die kleinen Bauern nachteilig, denn wie oft sind sie selbst auch Konsumenten und können auf ihren kleinen Betrieben nicht einmal den vollen eigenen Bedarf produzieren. Es wird den Bauern immer gesagt, daß es ihnen schlecht geht, und selbst die Bezirkshauptleute, also staatliche Behörden, machen in den Amtsblättern einseitige Agrarpolitik, indem sie zu Notstandsaktionen auffordern und zum Beispiel aufmerksam machen, daß in Wien großer Milchbedarf ist, der ausgenützt werden soll. So werden dann die Bauern aufgestachelt zu Preiserhöhungen und die industriellen Arbeiter müssen das büßen. Es wäre ja nichts dagegen einzuwenden, daß die Behörden das Interesse der Landwirtschaft wahren wollen, wenn sie dabei nicht so einseitig verfahren würden. Man hat noch nie gehört, daß die Amtsblätter der Bezirkshauptmannschaften in ähnlicher Weise eingegriffen hätten, wenn es sich darum handelte, die Interessen der Arbeiter zu fördern. Wird übrigens durch solche Förderungen dem kleinen Bauern geholfen? Nicht im mindesten und das ist ein gar merkwürdiges Kapitel. Wenn Notstandsaktionen im Zuge sind, wird nicht dem geholfen, der den meisten Schaden erlitten hat, sondern dem, der den meisten Einfluß in der Gemeinde hat, das sind aber meist die großen und wohlhabenden Landwirte. Die bäuerliche Bevölkerung weiß deshalb heute schon ganz gut, was sie von solchen Notstandsaktionen zu halten hat. Es wird auch von Futternot gesprochen. Infolge einer solchen müßten doch die Fleischpreise fallen, doch wo hat man von einer solchen Ermäßigung des Fleischpreises etwas gehört.

Zum Antrag Simmering habe ich folgendes zu bemerken: So wenig den kleinen Bauern geholfen ist, wenn man ihnen die Grundsteuer nachläßt, so wenig kann der Nachlaß der Personaleinkommensteuer eine nennenswerte Hilfe darstellen. Es wäre das Allervernünftigste, wenn die Simmeringer diesen Antrag zurückzögen. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Preußler** (Salzburg).

In der Debatte sprach zuerst

David (Wien): Der Referent hat sein Bedauern ausgedrückt, daß seine Zeit so beschränkt ist; und es ist wirklich so, daß, wenn man aber die verschiedenen Teuerungen erörtern wollte, man fünf oder sechs Stunden reden müßte. Wie interessant wäre es gewesen, wenn der Referent die Geheimnisse der Fleischversorgung hätte besprechen können. Wie sehr hätte es sich da gelohnt, darauf hinzuweisen, daß wir hier den Fleischpreis nicht erschwingen können, während in Australien jährlich 60 bis 80 Millionen Schafe bloß wegen der Häute und zum Zwecke der Fettproduktion für die Seifeerzeugung geschlachtet werden. Es wäre vielleicht auch interessant gewesen, zu erörtern, was für Gründe die Zuckerbarone haben müssen, mit den Preisen plötzlich in die Höhe zu gehen, da doch die Zuckerkampagne die Rübeneinkäufe bereits am Dreikönigstag abzuschließen pflegt, und eine spätere Preissteigerung kann sich daher nicht mehr aus dem Preise der Rübe erklären. Interessant wäre auch das Kapitel der Kohle, die gewiß nicht unter der Dürre zu leiden gehabt hat. Kurz, es gäbe da eine ganze Menge sehr interessanter Dinge; es geht aber leider nicht, in so kurzer Zeit sich mit all dem zu befassen. Aber was uns an dieser Frage hier vor allem interessiert, ist, wie man diese Teuerungsverhältnisse bekämpfen kann; und da befinde ich mich mit dem Referenten

vielleicht insofern in Widerspruch, als ich meine, daß es von uns nicht ganz korrekt gehandelt war, vor allem anderen das Schlagwort auszugeben: „Hinein in die Konsumvereine!“ Das war der Tenor der bisherigen Agitation, die nicht Rücksicht darauf nahm, was bei der Sache für Aufgaben der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation zufallen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Entwicklung zur Emanzipation des Konsums vom Zwischenhandel und zu den Konsumorganisationen hindrängt. Ich habe auch empfunden, daß die Konsumvereinsbewegung örtlich viel leisten kann. Aber wenn es sich um so große Dinge wie eine so allgemeine und ausgedehnte Lebensmittelteuerung handelt, ist es nicht möglich, von den Konsumvereinen Rettung zu heischen, sondern da heißt es die politische Macht des Proletariats in Bewegung setzen und durch die Masse einen Druck ausüben. Daß ein Konsumverein auf den Weltmarktpreis Einfluß nehmen könnte, das kommt mir so vor, wie wenn ein Greisler schützend seine Hand über den Quargelsturz hält und sich einbildet, jetzt die Zuckungen am Weltmarkte wahrnehmen zu können. Ich glaube, daß wir die Bewegung in einer anderen Weise hätten machen müssen und nicht die Konsumvereine in den Vordergrund hätten schieben sollen. Wir hätten uns die Mitwirkung der kleinen Geschäftsleute, Beamten und Staatsdiener sichern und die Bewegung volkstümlich machen sollen und vielleicht hätten wir da in einer ganz anderen Weise die Frage, die heute hier verpönt ist, der Frage des Generalstreiks nähertreten können. Im Moment aber, wo wir mit der Marke „Konsumverein“ kommen, sagen die uns fernstehenden und indifferenten kleinen Leute: „In dieser Frage könnte ja ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten etwas erzielen, aber leider verlangen sie immer gleich, daß man sich da allen möglichen Organisationen anschließt.“ Und überdies gibt es viele kleinbürgerliche Elemente, die zwar ebenso unter der Teuerung zu leiden haben wie wir, die aber den Konsumvereinen direkt feindlich gegenüberstehen. Wir können bei einer anderen Taktik diese Leute gewinnen, denn der Spießer ist nirgends so empfindlich wie beim Geldsack und am meisten, wenn es sich da um eine dauernde, sich täglich wiederholende Schröpfung handelt. Deshalb ist es ein Fehler, daß wir diese Volksbewegung verflachen lassen, ohne uns ihrer zu bemächtigen. Es ist ja nicht einmal wahr, daß unter den Arbeitern ein gar so großes Gedränge zu den Konsumvereinen ist, und es gibt noch immer eine ansehnliche Minorität, die von ihnen nichts wissen will, ja sogar aus denselben hinausdrängt.

Gegen die Resolution habe ich ja nichts einzuwenden, wenn sie nur nicht zu einer planlosen Gründungswut führt. Wo eine solche sich zeigt, werden wir entschieden einschränkend wirken müssen. Ich appelliere an Sie, daß Sie bei allen Versammlungen, die jetzt kommen werden — denn wir werden uns ja der Bewegung doch noch bemächtigen — die Konsumvereine nicht allzusehr in den Vordergrund schieben.

Es ist unsere Aufgabe, dieses Feld zu bearbeiten, um so mehr, als wir, wie ich glaube, erst an der Schwelle einer großen Teuerung stehen. Der große Raubzug wird erst beginnen, wenn die Zolltarife endgültig festgesetzt sein werden. Nicht nur wir Arbeiter haben an dieser Frage ein großes Interesse, sondern wir müssen alle Konsumenten heranziehen, und deshalb war es ein Fehler, wenn wir die Konsumvereine allzusehr in den Vordergrund schoben. Eine energische politische Bewegung wäre imstande, bei vielen Lebensmitteln die Teuerung zu hemmen. So zum Beispiel die Fleischteuerung, deren Grund man schon gar nicht begreifen kann. Das Vieh ist jetzt bedeutend billiger, nur einige besondere Arten sind teurer geworden, die aber beim Wiener Viehkauf nur eine geringfügige Rolle spielen. Freilich ist der Schlachtbetrieb ganz irrationell. Manche Fleischhauer können das Vieh nicht einmal selbst schlachten, weil sie nur für gewisse Fleischsorten Verwendung haben. Daß die Fleischapprovisionierung einer Millionenstadt Sache des Kleingewerbes ist, ist geradezu ein Skandal. Dennoch würde eine Großschlächterei, wie die Kommune sie sich vorstellt, auch nicht viel ändern, denn sie wäre ja doch in den Händen der Genossenschaft. Was da einzig not tut, ist die Einfuhr argentinischen und

australischen Fleisches. Doch das alles nur nebenbei. Ich wollte im ganzen nur darauf hinweisen, daß die Lebensmittelverteuerung eine viel zu allgemeine ist, als daß man die Konsumvereine beim Kampfe allzusehr in den Vordergrund schieben sollte. Wenn Karpeles meint, daß man nicht bei jeder Preissteigerung die gewerkschaftliche Kraft in Anspruch nehmen soll, so erwidere ich, daß die einzige wirksame Bekämpfung des Lebensmittelwuchers die Forderung höherer Löhne ist. Dadurch würde man doch die Industriellen gegen die Agrarier, mit denen sie ja jetzt einen förmlichen Pakt geschlossen haben, zum Kampfe gegen die Lebensmittelzölle aufpulvern. Wenn man die Landwirtschaft schon subventioniert, so sollen die Herren das Geld verwenden, ihre Betriebe rationeller zu gestalten und nicht um auf Kosten der Konsumenten sich durch maßlose Preissteigerungen Profite zuzuschanzen. Ich halte es also für verfehlt, die Konsumvereine in den Vordergrund der Bewegung zu stellen, und meine, daß der politischen und gewerkschaftlichen Organisation die Hauptaufgabe zufällt.

Martinek (Simmering): Ich bin gezwungen, indem sich schon einige Vorredner gegen die Form des Antrages Wien XI ausgesprochen haben, einige Worte zu denselben zu sprechen, trotzdem derselbe nicht so schlecht ist und angenommen werden könnte; ich sehe ja ein, daß speziell der letzte Absatz unseres Antrages nicht ganz gut formuliert ist und daß diese Forderung auch kein so gutes Kampfmittel ist. Der Betrag wäre auch zu klein, der hier herausfallen würde als Nachlaß für die Lebensmittelteuerung.

Ich ziehe daher den Antrag zur Hälfte zurück, halte jedoch den zweiten und dritten Absatz in dem Antrag aufrecht. Wir wollen ja damit der Fraktion gewiß keine Vorschrift machen, wir wissen, daß sie das Nötige veranlassen, sobald der Reichsrat eröffnet wird, ich glaube daher, daß der Antrag in der Form annehmbar ist.

Seitz (Wien): Ich wende mich nur gegen eine Bemerkung des Referenten, die gewissermaßen der Regierung die Absolution erteilt, daß sie an der Teuerung nicht mitschuldig sei. Er meint, gegen den heftigen Druck der Agrarier konnte die Regierung nicht aufkommen, weil andererseits von seiten der Arbeiterschaft zu wenig geschehen ist, so daß die Regierung keinen rechten Rückhalt hatte. So leicht sollten wir der Regierung die Ausrede doch nicht machen. Es ist ja wahr, daß die Regierung den Agrariern gegenüber es nicht leicht hat und daß diese Herren sehr mächtig sind. Die Regierung hat aber die Pflicht, Widerstand zu leisten, die Interessen der Gesamtbevölkerung zu wahren, und es kann der Regierung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie gegen ihr besseres Wissen den Agrariern nachgibt und noch mehr den Ungarn, vor denen sie ja vollständig zusammenknickt. Und wie schwächlich ist ihre Haltung in den Approvisionierungsfragen! Schmählich ist freilich auch die Haltung der Industriellen. Freilich reden sich ihre Vertreter auf die agrarische Majorität aus. Aber haben sie nicht im Jahre 1893 die Taaffesche Wahlreform vereiteln geholfen und dadurch selbst verhindert, daß die Agrarier im Parlament ein starkes Gegengewicht finden? Ein Hauptvorwurf allerdings trifft auch uns selbst, denn es ist wahr, daß die Vorgänge im Zollausschuß in den Massen zu wenig Resonanz gefunden haben. Zollfragen sind ja gewiß ein trockenes Thema, aber wenn die Bevölkerung weiß, daß sie ein starkes Interesse hat, in diese Dinge einzugreifen, werden sich auch die Massen zeigen.

Ich habe noch einiges zu den Ausführungen Davids zu bemerken. Er meint, daß die Konsumvereine nicht sehr geeignet seien, eine Verbilligung der Lebensmittel herbeizuführen. Dies stimmt allerdings damit überein, daß auch die Vertreter der Konsumvereine sagen, man dürfe nicht sofort besondere Billigkeit und Dividenden, sondern vor allem gute Ware verlangen. Aber der Vorschlag Davids, den Kampf mehr auf politischem Gebiete zu führen, kann ja auch keine augenblicklichen Wirkungen erzielen. Mit der Zeit werden die Konsumvereine Faktoren auf dem Markte werden und dann werden sie zweifellos auf den Preis Einfluß üben. Die Verteuerung durch Zölle ist eine selbstverständliche Folge des Verhältnisses mit Ungarn, in welchem wir die Heloten sind. Erinnern Sie sich nur, wie man in Südtirol, wo sich die Be-

völkerung von Mais ernährt, Erleichterungen für die italienische Maiseinfuhr im Grenzverkehr verlangte. Die Ungarn sträubten sich gegen jede Erleichterung selbst nur auf diesem kleinen Gebiete. Erinnern Sie sich, daß Ungarn uns jährlich 15 Millionen Meterzentner Getreide liefert und uns dafür den Weltmarktpreis plus dem Zoll zu zahlen zwingt. Erinnern Sie sich, wie wir bei den Fleischpreisen von Ungarn „betakelt“ werden. Wir beziehen jährlich zirka eine Million Stück Rindvieh aus Ungarn. Der Zoll von 60 K das Stück kommt im Preise voll zum Ausdruck und wir müssen daher den Ungarn ein jährliches Geschenk von 60 Millionen Kronen machen. Ganz abgesehen davon, daß sie außerdem noch unserer Industrie den Markt rauben, wodurch sich die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter noch mehr verschlechtert. Ich glaube nicht, daß es so einfach ist, daß sich, wie David meint, die Gewerkschaften als Puffer zwischen die industriellen und agrarischen Interessenten einschieben, und wir müssen daher auch noch andere Mittel anwenden.

Zum Antrag der Simmeringer Genossen muß ich bemerken, daß ich natürlich nicht gegen die Forderungen bin, die dieser Antrag darstellt; aber ich möchte zu bedenken geben, daß die Zumutung, die der Antrag an die Fraktion stellt, wenig Sinn hat. Es käme nicht einmal zu einer parlamentarischen Demonstration, weil dieser Dringlichkeitsantrag etwa der hundertvierzigste wäre, der im Hause eingebracht wird. Ich habe seinerzeit im Zollausschuß bei Beratung des Zoll- und Handelsbündnisses durch einen Antrag dieselbe Tendenz verfolgt, wurde aber selbstverständlich niedergestimmt. Glauben Sie, daß jetzt die agrarische Majorität unserem Antrag den Vorrang geben würde? Würden etwa die Christlich-Sozialen, die im Zollausschuß alle meine Argumente bekämpften, unseren Antrag fördern? Vom Parlament ist also wenig zu erwarten, der Kampf muß von uns mit allen Mitteln, mit politischer Agitation, mit gewerkschaftlichen Lohnkämpfen, aber besonders auch mit den Konsumvereinen geführt werden. Seitdem die Konsumvereine ernsthaft gefördert und kaufmännisch geleitet werden, ist das Mißtrauen, das den früheren unzulänglichen Gründungen entgegengebracht wurde, verschwunden und wir können mit Recht erwarten, daß sie im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher uns noch ausgezeichnete Dienste leisten.

Skaret (Wien): Es hat aus einzelnen Reden hervorgeklungen, als ob man die Parteivertretung eines Versäumnisses bezichtigen würde. Ich bitte nicht zu vergessen, daß, seit wir im Kampfe gegen die Zölle stehen, die Lebensmittelverteuerung gar nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt worden ist. Es sind zum Beispiel an verschiedenen Orten, zum Teil mit Erfolg, Kämpfe gegen Versuche, das Fleisch zu verteuern, durchgeführt worden, und wir haben nicht aufgehört, diese Interessen im Bewußtsein der Genossen in Wien und in der Provinz in den Vordergrund zu schieben. Als in Wien die Lebensmittelwucherer zusammentraten, wurde von uns sofort die Agitation mit Eifer entfacht. Es war da außerordentlich schwer, mit den alten Forderungen auf Aufhebung der Zölle auszulangen, und wir brauchen da eine ganz neue Richtschnur. Darüber waren aber die Meinungen, als wir die neue Agitation begannen, geteilt. Die einen meinten, daß man die Konsumvereine in den Vordergrund schieben müsse, die anderen, die von den Konsumvereinen nicht so viel halten, waren der Meinung, sich mehr auf die Gewerkschaften zu stützen und diese Forderungen erheben zu lassen, daß die Unternehmer die Not auch zu spüren bekommen und sich dem Kampfe gegen die Agrarier anschließen. Man kann verschiedener Meinung sein, darf aber die andere Meinung nicht so einseitig kritisieren, wie es David getan hat. Wenn man sagt, die Hervorhebung der Konsumvereine habe der Verallgemeinerung des Kampfes geschadet, weil wir gewisse kleinbürgerliche Schichten damit vor den Kopf stoßen, so trifft das nicht zu. Das kann höchstens von den Greislern gelten (**David:** Die meine ich nicht, das sind nicht Konsumenten!), die ja selbst am Lebensmittelwucher beteiligt sind. Die Kleingewerbetreibenden haben aber gar kein Interesse, sich gegen die Konsumvereine zu stellen. Oder glauben Sie, daß die sich eher an der Bewegung beteiligen, wenn ihre Arbeiter sie zwingen, höhere Löhne zu zahlen? Dann werden sie erst recht gegen uns sein und

sagen: So bekämpft ihr die Wucherer und Spekulanten, daß ihr uns die Kosten dieses Kampfes aufbürdet. Ich will ja zugeben, daß Konsumvereinspolitik und Wahlpolitik zwei einander oft ausschließende Dinge sind. Wahlpolitische Erwägungen dürfen uns aber nie hindern, das zu tun, was im Interesse der Arbeiter liegt. Wir haben nicht um Wahlstimmen uns zu bekümmern, sondern nur darum, was der Arbeiterschaft nützt. Weil die Konsumvereine noch nicht das sind, was sie sein sollen, darf man die Arbeiter davon nicht abreden, wie das gelegentlich geschehen ist. (**Sever:** Wo ist das geschehen?) Ich kann hier momentan nicht alle die großen Versammlungssäle nennen, wo das geschehen ist, aber es genügt ja, wenn man eine gewisse ablehnende Haltung einnimmt und das in den betreffenden Kreisen gewissermaßen zur Mode macht. Darum meine ich, daß gerade in diesem Kampfe die Konsumvereine ein ebenso wertvolles Mittel sind wie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. (Beifall.)

Brod (Wien): Die Ausführungen Davids haben mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, dies um so mehr, als David dieselben Argumente, die er heute gegen die Konsumvereine geltend gemacht hat, auch in einer Versammlung des politischen Vereines „Gleichheit" im VI. Wiener Bezirk vorgebracht hat. Ich habe damals nicht dagegen gesprochen, weil David so loyal war, voranzuschicken, daß er mit seiner Ansicht in Widerspruch mit anderen Genossen sich befindet. Außerdem war es ja eine Agitationsversammlung und ich wollte den guten Eindruck des sonst vortrefflichen Referats nicht abschwächen. Aber heute muß ich doch seinen Argumenten entgegentreten. Ich möchte vorausschicken, daß ich schon 1897 auf dem Wiener Parteitag eine Resolution eingebracht habe, in welcher die Ausbauung der Konsumvereine verlangt wurde. Einige Genossen glaubten damals, sich darüber lustig machen zu müssen, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß jede Schöpfung des Proletariats, die geeignet ist, dessen Macht zu heben, zu unterstützen ist. Ursprünglich wurden auch die Gewerkschaften bekämpft und doch sind sie zu großer Bedeutung gelangt. So verteidigte Marx in seinem Buche „Das Elend der Philosophie" die Gewerkschaften gegen Proudhon. Was von den Gewerkschaften, gilt auch von den Konsumvereinen. David hat gemeint, daß man auf anderem Wege viele Kleingewerbetreibende und Beamte für eine Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung gewinnen könnte. Ich bezweifle nun, daß diese Elemente über eine solche Bewegung hinaus in unseren Reihen zu halten sind. Wir sind auch nicht dazu da, um mit Rücksicht auf diese Kategorie die Dinge zu vernachlässigen, die geeignet sind, den Interessen des Proletariats zu dienen. David meint, nur eine Minderheit der Arbeiter sei für die Konsumvereine. Kann David behaupten, daß für die politische und gewerkschaftliche Organisation die Mehrheit der Arbeiter zu haben ist? Um die Arbeiter für etwas Neues zu gewinnen, muß zuerst lange und ausdauernd agitiert werden. Und dazu sind wir ja da, um die Massen für das zu gewinnen, was wir als nützlich für das Proletariat erkannt haben. In Belgien und auch in Frankreich zieht sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Bewegung einen ungemeinen Nutzen aus den Konsumvereinen. Als im Jahre 1895 der Bergarbeiterstreik in Decasseville die öffentliche Meinung in Atem hielt, waren es die Konsumvereine, die den Streik mit Erfolg unterstützten. Die Masse ist für nichts gleich zu gewinnen, ihre Erkenntnis reift nur langsam. Ich bitte Sie, Genossen, darin keinen Widerspruch zu suchen. Es ist leider so, daß man mit der politischen Organisation und den genossenschaftlichen Organisationen des Proletariats einen Widerspruch zu finden sucht, der nicht vorhanden ist. Die politische Organisation kann aus der Entwicklung des Konsumvereinswesens nur gewinnen.

Witzmann (Wien): Ich möchte mir erlauben, einen Zusatzantrag zum Antrag Kiesewetter zu begründen. Ich beantrage nämlich, daß die Verteilung der betreffenden Broschüre gratis erfolgen soll. Ich bin der Ansicht, daß sich das tun läßt, da die finanziellen Mittel der Partei jetzt schon reichlicher vorhanden sind als früher. Bei einem Saldostand von 14.000 K wird es auf 1000 K mehr nicht ankommen. Wenn nur so viel dazu aufgewendet

wird und die Broschüre in kleinem Format erscheint, läßt sie sich in 20.000 Exemplaren verbreiten und wird gute Dienste erweisen; wenn sie dagegen verkauft würde, selbst um billigen Preis, so ist doch die Gefahr vorhanden, daß die Hälfte liegen bleibt. Wenn Sie das nicht wollen und eine wirksame Agitation zu entfachen beabsichtigen, so müssen Sie meinen Zusatzantrag annehmen. Ich bitte Sie aber, ihn unter keiner Bedingung der Parteivertretung zuzuweisen, das ist so gut wie abgelehnt; lieber lehnen Sie ihn von vornherein ab.

Karpeles (Schlußwort): Von den vorliegenden Anträgen kann ich Ihnen nur den der Parteivertretung empfehlen und ich möchte Sie bitten, die anderen Anträge abzulehnen. Den Antrag Wien XI können wir nach den Ausführungen des Abgeordneten Seitz nicht annehmen und wir können ihn erledigen, indem wir ihn der Fraktion zuweisen. Den Antrag wegen Herausgabe der Broschüre bitte ich abzulehnen, da ich meine, daß das Referat nicht geeignet ist, in der Form, wie es gehalten wurde und gehalten werden mußte, als Broschüre verbreitet zu werden. Ich halte es für wünschenswert, daß die Parteivertretung mit möglichster Raschheit eine Broschüre herausgibt, in der das Ergebnis der Diskussion nach Möglichkeit verwendet wird; daß man aber das Referat, das in Anbetracht der kurzen Zeit mangelhaft sein mußte, in Massen verbreiten will, halte ich für falsch. Wenn wir über die Frage der Lebensmittelteuerung reden, müssen wir auch über die Belastung durch die indirekten Steuern reden, und ich muß Sie aufmerksam machen, daß es mir nicht einmal möglich war, über den unerhörten Skandal zu reden, daß, obwohl im letzten Jahre der Zuckerkonsum dank der Verbilligung des Preises um eine Million Meterzentner gestiegen ist, der Finanzminister keine Anstalten trifft, um die Zuckersteuer zu ermäßigen. Auch davon müßte in einer Broschüre die Rede sein, daß zu der Zeit, als die Brüsseler Konvention im Abgeordnetenhause beraten wurde, die Anträge Ellenbogens auf Ermäßigung der Zuckersteuer abgelehnt wurden, und daß unter den Leuten, die diese Ablehnung mit herbeiführten, auch die Christlich-Sozialen waren, daß auch die in Wien gewählten christlich-sozialen Abgeordneten die unerhörte Gewissenlosigkeit hatten, gegen die Ermäßigung der Zuckersteuer zu stimmen. Sie werden mir keinen Vorwurf daraus machen, daß ich nicht imstande bin, in einer Stunde so viel zu reden, als in vier Stunden geredet werden müßte. Aber es wird gut sein, es der Parteivertretung anheimzugeben, die Broschüre in kurzer Zeit herauszugeben. Ob sie unentgeltlich ausgegeben werden soll, wie Witzmann wünscht, oder gegen Entgeld, möge ebenfalls der Parteivertretung überlassen bleiben.

David muß ich den Vorwurf machen, daß er ganz gegen die Absicht, die ich hatte, direkt eine Konsumvereinsdebatte heraufbeschworen hat. Daß ich ein entschiedener Anhänger der Konsumvereine bin und überzeugt bin, daß sie eine notwendige Ergänzung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation ist, brauche ich nicht zu versichern. Aber viel wichtiger als die Konsumvereinsdebatte wäre mir erschienen, und ich habe mich bemüht, diese Ueberzeugung im Referat zu wecken, daß wir in der Bevölkerung den klaren Eindruck hervorrufen, daß die jetzige Steigerung der Lebensmittelpreise durchaus unberechtigt und auf die Treibereien der Agrarier und die Börsespekulation zurückzuführen ist, und in uns allen den Entschluß zu festigen, mit allen möglichen Mitteln der Agitation gegen die Agrarier loszugehen. Diese politische Arbeit ist viel wichtiger als eine Debatte über die Konsumvereine. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir die Debatte ausschließlich darauf beschränkt hätten, die Genossen im ganzen Reiche schon selbst daraus herausgelesen hätten, in welchem Maße die Forderungen der Konsumvereinsbewegung auf das Ziel hinarbeiten, das wir jetzt erreichen wollen durch die Entfaltung einer mächtigen Agitation gegen die Agrarier, gegen den autonomen Zolltarif und gegen alle Handelsverträge, die den Charakter des Zolltarifes tragen. Da David aber damit angefangen hat, muß ich sagen, daß sein Widerstand gegen die Konsumvereine durchaus unberechtigt ist und daß eine große Reihe von Bedenken, die in früheren Zeiten gegen die Konsumvereine

mit Recht geltend gemacht werden konnten, nicht mehr zutrifft und daß, wenn die Konsumvereinsbewegung noch nicht die Höhe erreicht hat, die sie auch heute schon erreicht haben könnte, leider auch der passive Widerstand und oft auch mehr als der passive Widerstand gerade solcher Genossen, die, wie David, befähigt wären, hier mitzuarbeiten, eine Rolle spielt; David hat gemeint: Daß die Konsumvereine den Weltmarkt beherrschen wollen, komme ihm so vor, wie wenn ein Greisler die Hand auf einen Quargelsturz legt und meint, er beherrsche den Weltmarkt. Man könnte aber, wenn man boshaft wäre, sagen, daß die Argumente, die David angeführt hat, nicht gerade eine proletarische, sondern vielmehr eine Greislerpolitik beinhalten und daß bei einer derartigen Politik viel mehr Rücksicht genommen wird auf die Leute, die nicht zu uns gehören, als auf die Proletarier, für die wir doch in erster Linie Politik zu machen haben und nach deren Bedürfnissen wir unsere Taktik in erster Linie einzurichten haben. Es ist aber auch eine Uebertreibung, angesichts eines Umsatzes von zehn Millionen, der heute schon von den Wiener Arbeiter-Konsumvereinen erzielt wird, eine Bewegung, die von Tag zu Tag zunimmt und zu den besten Hoffnungen berechtigt, mit dem Geschäft eines Greislers zu vergleichen.

Freilich ist es klar, daß gegen den Notstand, in dem wir uns jetzt befinden und der im Winter sich noch ganz erheblich steigern wird, die Konsumvereine momentan selbstverständlich nur wenig wirken können, obwohl ich darauf hinweisen könnte, daß in einzelnen Artikeln die Konsumvereine heute schon imstande sind, gegenüber dem ganzen Markte ihre Mitglieder billiger zu bedienen. Aber wenn David gesagt hat — und er hat recht gehabt — daß, wenn der autonome Zolltarif in Kraft tritt und wenn die Handelsverträge so ausfallen, wie wir befürchten, die Teuerung in Permanenz sein wird, so könnten wir uns doch endlich daranmachen, die Vorbereitungen zu treffen, um besser gerüstet diesen Eventualitäten gegenüberzustehen. Die von David befürchtete Gefahr kann in diesem Maße nur dann eintreten, wenn wir nicht imstande sind, die Konsumenten in dem Maße zu organisieren, daß er gegenüber der Organisation der Produzenten als gleichberechtigter, gleichstarker Kämpfer auf dem Markte auftreten kann. Wir haben bisher diese Politik nicht befolgen können. Wir hatten wichtigere, dringendere Aufgaben zu erfüllen, aber wir sind heute in der Lage, den Konsum dort zu organisieren, wo die politische und gewerkschaftliche Organisation ein bestimmtes Maß erreicht hat. Wir haben jetzt ein geradezu glänzendes Beispiel in Aussig, wo die Sache vollständig glatt geht, ohne daß der anderen Bewegung Kraft entzogen würde. Wie in Aussig, kann es in einer großen Zahl von Industrieorten geschehen und vor allem auch in Wien, und es ist deshalb vollkommen überflüssig gewesen, hier die Bedeutung der Konsumvereine, die ich durchaus nicht überschätze, noch herabzusetzen und den Genossen zu sagen, kümmert euch nicht um die Konsumvereine, die können ja sehr wenig machen. (**David:** Das habe ich nicht gesagt!) Aber es ist wohl niemand im Saale, der aus Ihren Ausführungen herausgespürt hätte, daß Sie von der Bedeutung der Konsumvereine auch nur im geringsten überzeugt sind. Ich war kürzlich in einer Versammlung im XVII. Bezirk, die sich mit der Lebensmittelteuerung beschäftigte; ich habe da sehen wollen, wie in diesem Wahlkreise die Agitation gegen die Lebensmittelteuerung geführt wird. Ich habe aber nicht gefunden, daß da ein Verständnis für die Bedeutung der Konsumvereinsbewegung vorhanden gewesen wäre. Diesen Eindruck möchte ich hier etwas verwischen. Im übrigen meine ich, daß wir uns heute nicht über Konsumvereine unterhalten wollen, und wenn die Debatte sich damit beschäftigt, trägt die Schuld nicht mein Referat, sondern die Stellung, die David gegen die Konsumvereine einzunehmen für gut befunden hat. Aber wichtiger als die Frage der Konsumvereine ist, daß wir hier erklären, daß in den wesentlichen Fragen der Arbeiterexistenz Lauheit nicht am Platze ist. Wir dürfen den jetzigen Anstoß nicht vorübergehen lassen, ohne im ganzen Reiche die stärkste Bewegung gegen das Agrariertum zu entfalten. Das ist die dringendste Aufgabe, die der Partei in den nächsten Monaten zufällt, und wenn wir uns dieser Auf-

gabe mit aller Kraft hingeben, werden wir auch die Bewegung haben, die bei einer früheren Debatte von einzelnen Rednern vermißt worden ist. (Beifall.)

Es folgen nun tatsächliche Berichtigungen.

David (Wien): Ich habe mit keinem Worte Stellung gegen die Konsumvereine genommen. Ich habe mich auch mit der Resolution einverstanden erklärt und bin nur dagegen gewesen, daß die Agitation, wie es am Anfange geschah, ausschließlich unter dem Schlagwort: Hinein in die Konsumvereine! geführt wird. Das habe ich als taktisch unklug bezeichnet und daran halte ich fest.

Schuhmeier (Wien): Karpeles hat erzählt, daß er einer Versammlung im XVII. Bezirk angewohnt und dort wenig Verständnis für Konsumvereine gefunden habe. Ich habe selbst in dieser Versammlung gesprochen und ich muß daher annehmen, daß diese Aeußerung auf mich geht. Ich verwahre mich dagegen, daß man als verständnislos bezeichnet wird, wenn man in einer bestimmten Sache anderer Anschauung ist.

Es folgt die Abstimmung.

Es wird der Antrag **5** angenommen. Der Antrag **6** wurde im Laufe der Debatte zurückgezogen. Der Antrag **43** wird der Parteivertretung, **44** der Reichsratsfraktion zugewiesen. Der Antrag **39** wurde abgelehnt, womit die beiden Zusatzanträge **41** und **42** entfallen.

Zur Verhandlung steht nun der Punkt

Verfassungsrevision.

Hier liegen die Anträge **10** und **45** vor.

Das Referat erstattet

Adler (Wien): Die Parteivertretung hat den Punkt „Verfassungsrevision“ auf die Tagesordnung gesetzt in der Ueberzeugung, daß ein Parteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich nicht vorbeigehen kann, ohne daß die Gesamtheit der politischen Verhältnisse, unter denen wir zu leben verurteilt sind, ein Gegenstand seiner Besprechung wäre. Es ist nicht möglich, daß wir einen neuen Zug in dem alten entsetzlichen Bilde entdecken, oder daß wir ein neues Heilmittel, neue Forderungen fänden. Wir leben in Oesterreich nun seit Jahren nicht etwa in einer Krise der Verfassung wie andere Länder, die ein Durchgangspunkt wäre oder zu Reformen führt, sondern wir haben es hier mit dem völligen Zusammenbruch der Verfassung, mit dem Zusammenbruch des Staates selbst zu tun. Daß man sich über diese Tatsache hinwegzulügen sucht, daß die Regierungen und die bürgerlichen Parteien diese Tatsache des völligen und unwiderruflichen Bankerotts des heutigen Staatsgebildes sich nicht einmal zum Bewußtsein kommen lassen wollen, das ist gewiß das größte und entscheidende Verbrechen, das sie an den Völkern Oesterreichs begehen. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich Ihnen die Leidensgeschichte dieses Staates, wenn man von Staat überhaupt noch reden kann, hier wieder aufrolle, daß ich Ihnen die Krankheitssymptome oder vielmehr die Leichenflecke des Kadavers aufzeige. Diese Tatsache ist unser aller Bewußtsein so unauslöschlich eingebrannt und sie lebt als undeutlicher Instinkt auch in der ganzen Bevölkerung: die Tatsache, daß das alte Oesterreich fertig ist. Wir haben da eine zwiefache Stellung. Wenn unser erstes und wichtigstes Bedürfnis ist, daß an Stelle des Kadavers ein Lebendes trete, so ist selbstverständlich nebenher bei der augenblicklichen Hoffnungslosigkeit, daß sich diese neue Organisation vollziehe, das augenblickliche Interesse vorhanden, diesen Ruinen abzugewinnen, was sich für den Moment abgewinnen läßt, und in diesem Sinne müssen wir uns selbst beschuldigen, daß auch wir mitunter der Selbsttäuschung unterliegen, als ob der alten Verfassung, dem alten Zustand Oesterreichs auch nur augenblicklich etwas für die Völker Vorteilhaftes herauszureißen wäre. Daß diese Selbsttäuschung noch besteht, sehen sie an den Hunderten Anforderungen, die bei jeder Gelegenheit selbst von der Arbeiterschaft, von unseren eigenen berufsmäßigen Politikern

— niemanden, auch mich nicht ausgeschlossen — erhoben werden, an den vielen Begehren, noch Dringlichkeitsanträge einzubringen und dringlich Dinge zu verlangen, die auch ein lebendiger Körper nur schwer leisten würde.

Aber die Lage, in der wir sind, entspringt nicht nur der Selbsttäuschung, sondern vor allem der Tatsache, daß wir einen Staat so notwendig brauchen, und ich wiederhole es mit allem Nachdruck, mit dem vollen Bewußtsein als Sozialdemokrat zu sprechen: wir, die wir den Kapitalismus beseitigen wollen, wir können ihn nicht beseitigen, ohne daß er existiert, wir können diesen Klassenstaat nicht bekämpfen und nicht die ganze Macht des Proletariats gegen ihn entwickeln, ohne daß er ein lebendiges Leben habe. Denn der Kapitalismus braucht zu seiner Entfaltung vor allem den Staat. Da das Proletariat aber das Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus ist, sind wir an die Entwicklung des Kapitalismus gebunden, und so ergibt sich für uns die merkwürdige Situation, daß wir zugleich den Staat aufrufen, einen lebendigen, modernen Staat, mit dem klaren Bewußsein, daß es ein Staat ist, der nicht unser Staat ist. Wir kämpfen hier zum Unterschiede von allen europäischen Staaten um den Boden für unseren Kampf. Wir haben den Punkt nicht einmal, von dem man angreifen, den Punkt nicht, den man angreifen kann. Wir stehen allerdings Parteien gegenüber, die sich dieser Tatsache gegenüber die Augen verschließen. Wir stehen einer Regierung gegenüber, die sich bewußt der Selbsttäuschung ergibt, und ich habe sie, und darunter besonders den Minister Koerber, stark im Verdacht, daß er weiß, was er tut, indem er die Zaghaftigkeit, die Unentschlossenheit, die Feigheit so weit treibt, daß seine Regierung eine Kette von kleinen Schwindeleien ist, die ihm von einem Tage zum anderen hinweghelfen sollen und mit denen er die öffentliche Meinung forttäuschen kann, als würde in Oesterreich ein Verfassungsleben existieren. Oder soll man es anders nennen, wenn wir nun seit Jahren unser Parlament in folgender Lage sehen: Die wichtigste Grundfrage der Existenz des Staates muß nach unserem famosen dualistischen Zustande neuerdings erwogen und beschlossen werden, wir leben in einem Interim, das kaum mehr so zu nennen ist, und diejenigen, die den neuen Ausgleich beschließen sollen, erklären, jede Partei für sich, daß man den Ausgleich nicht beschließen kann, ohne die Interessen der österreichischen Völker auf das schwerste zu schädigen. Aber jede erklärt zugleich, und wo sie das auch nicht erklärt, weiß man es doch, daß sie diese bewußte Schädigung der Interessen der österreichischen Völker vorzunehmen bereit wäre für gewisse Konzessionen, nicht an die nationalen Interessen, sondern an die Gruppen- und Cliqueninteressen, an die Herrschaftsbedürfnisse dieser Parteien. Darum und um nicht in die Lage zu kommen, eine Verantwortung zu übernehmen, im stillschweigenden Einvernehmen mit der Regierung treibt man es bewußt darauf hin, daß der Ausgleich in der Weise geschaffen werde, wie unsere Verfassung heute überhaupt lebt: mit dem Verfassungsbruch. Der einzige Paragraph unserer Verfassung, der lebendig ist, ist der § 14, und wenn wir mit Recht behaupten müssen, er sei schuld, daß die Verfassung nicht funktioniert, weil er den Abgeordneten die Verantwortung abnimmt, so kann man ebenso gut und vielleicht mit noch größerer Sicherheit sagen: die Verfassung lebt nur von diesem § 14 und sie wäre längst auch formal, auch offenkundig für jedes Kind unmöglich geworden, wenn die Hintertür des § 14 fehlen würde. Wir sind es nun allerdings gewohnt, daß das Parlament seit Jahren über das Budget nicht entscheidet; wir sind es von jeher gewohnt, denn das ist ein Stück unserer Verfassung, daß über die auswärtigen Fragen ohne das Parlament entschieden wird, wir sind es gewohnt, daß die entscheidenden Militärfragen ohne unser Parlament entschieden werden. Aber an einem Punkt war das Parlament bisher doch eine technische Notwendigkeit, das ist: der Staat kann keine Schulden machen ohne Parlament. Nun ruft man die Völker bei uns, entweder wenn Oesterreich eine Schlacht verloren hat oder wenn es finanziell bankerott ist. Hier haben wir doch einen dritten Fall, daß Oesterreich einige hundert Millionen für militärische Forderungen aufnehmen muß: Forderungen, die einige Herren in Budapest beschlossen

haben, die sich Delegation nennen, die aber keinerlei Verantwortung irgend jemandem gegenüber haben und die sämtlich zufrieden sind mit dem Bewußtsein, daß der Kaiser mit ihnen zufrieden ist. Es gibt dort Parteien, die sich auch den Luxus gestattet haben, „nein“ zu sagen. Das wollen wir anerkennen und wir wollen auch anerkennen, daß sie es in der Weise getan haben, daß sie niemanden darüber täuschen konnten, daß sie es nur darum getan haben, weil sie dem Hofe zublinzeln konnten: du brauchst uns ja nicht und uns nützt es, wenn wir nein sagen.

Nun kommt aber das Parlament vor die Entscheidung, diese vierhundert Millionen zu bewilligen, und es wird sich darum handeln, ob die bürgerlichen Parteien den Ernst ihrer Obstruktion — Obstruktion auf der einen und Obstruktionsentschlossenheit auf der anderen Seite, denn ich habe nicht den tschechischen und deutschen nationalen Parteien gesonderte Vorwürfe zu machen; wir sind ja heute in der Lage, daß wir die tschechische Obstruktion so lange haben, bis die deutsche anfängt, und daß die deutsche in dem Moment beginnt, wo die tschechische aufhört, was ja eben die Form des Zusammenbruches unseres Parlamentarismus ist — den Ernst ihrer Kampfstellung zeigen werden. Und wenn auch in den offiziellen Reden des Ministers und in der offiziösen Presse darüber geschwiegen wird, es versteht sich von selbst, daß die Sorge um dieses Anlehen im Vordergrund der Sorge der Regierung steht, ja, daß das ihre einzige Sorge ist, denn alles andere besorgt sie sich in eigener Regie, und es gibt kein Gebiet, auf dem sie nicht einfach den Staat in absolutistischer Weise, bureaukratisch weiter führt ohne Parlament. Hier kann sie es nicht und hier muß es zum Klappen kommen. Nun werde ich mich gar nicht auf die Wahrscheinlichkeit einlassen, ob diese Frage parlamentarisch entschieden werden wird, aber das glaube ich mit Sicherheit sagen zu können: Wenn die tschechische Obstruktion oder die deutsche, wenn diese darankommt, vor die Frage gestellt wird, ist hundert gegen eines zu wetten, daß sie diesen Punkt ausschalten wird, daß sie zurückweichen wird vor dem offenen Konflikt mit der Krone. Diese Meinung stützt sich auf die Erfahrung, daß sie immer vor diesem Punkte zurückgeschreckt sind, auf die Tatsache, daß unsere bürgerliche Opposition jeder nationalen Richtung sich immer in dem Dilemma der demagogischen Furcht nach unten und der byzantinischen Feigheit nach oben befindet. Aber das charakteristische, für uns wesentliche Moment ist nicht die Frage, ob die 400 Millionen bewilligt werden. Wir wollen nicht in den Fehler der bürgerlichen Parteien verfallen, die von einer Verfassungsverletzung zur anderen gehen, die zufrieden sind, wenn sie den morgigen Tag gesichert haben, die zufrieden sind, wenn der Karren des Parlaments wieder einen Schritt weiter geschoben werden kann; wir wissen ja, daß er beim nächsten Schritt wieder stecken bleiben muß. Es ist für uns klar, daß nicht in diesen Einzelheiten, sondern in den Grundübeln unserer Verfassung, in den Unmöglichkeiten, die zu ihrem Wesen gehören, die Ursachen unseres Zustandes liegen. Vor ein paar Wochen ist ein sehr interessantes französisches Werk erschienen: „Le Compromis Austro-Hongrois“ (Der österreichisch-ungarische Ausgleich) von Louis Eisenmann. Herr Eisenmann, ein Franzose, hat sich bemüht, die österreichische Verfassung und ihre Geschichte und speziell die Geschichte des Dualismus zu studieren. Er hat sich längere Zeit in Wien und Budapest aufgehalten und hat einen sehr instruktiven Abriß dieser Geschichte gegeben. Es ist nun sehr interessant, zu sehen, wie sich dieses Oesterreich in den Augen eines Fremden spiegelt. Dieser Fremde, der unbefangenen Auges die Sache betrachtet, kommt am Ende seines Buches zu folgender Konklusion: Daß die Verfassung, die 1867 verliehen wurde, heute bankerott ist, das ist kein Wunder. Ein Wunder ist nur, daß diese Verfassung und dieser Dualismus dreißig Jahre lang aufrecht erhalten werden konnten. Denn diese Verfassung ist ein Unikum einer Verfassung. Oesterreich stellt einen Einheitsstaat dar und es ist ein Zweiheitsstaat; im Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn ist die Parität ausgesprochen, aber das Wesen dieses Verhältnisses ist die wirtschaftliche und politische Ungleichheit, die Disparität; dieses Verhältnis

und die Verfassung sind auf die Konstitution gegründet und diese Konstitution hat den Absolutismus zum Inhalt. Daß ein Zustand, der solche drei Lügen enthält, durch dreißig Jahre aufrecht erhalten werden konnte, das ist das Wunder; daß er seit 1897 in Ruinen liegt, darüber braucht niemand zu staunen.

Das sagt der Franzose und so ist es. Und dieser unwiderruflichen und unleugbaren Tatsache gegenüber nützt es nichts, mit künstlichen Mitteln, mit Illusionen sich darüber irgendwie hinwegtäuschen zu wollen. Wir haben schon auf dem Brünner Parteitag ausgesprochen — und wir sind die einzige Partei in Oesterreich, die ein klares Bild davon hat — wie wir uns ein neu organisiertes Oesterreich vorstellen. Wir haben es mit jener Präzision ausgesprochen, die möglich ist, wenn man nicht direkt an die Ausarbeitung einer Verfassung geht: kein notwendiger Grundzug dieses Bildes fehlt in den Forderungen, die wir aufgestellt haben. In der Praxis verwandelt sich diese Forderung der Neubildung Oesterreichs allerdings in eine Reihe von Einzelforderungen und es ist selbstverständlich, daß die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes nicht nur für das Parlament, sondern auch für die anderen Vertretungskörper im Vordergrund jeder politischen Aktion und als erste Forderung immer voransteht. An dieser Tatsache nun verfängt sich ein Gedankengang, der seit einiger Zeit nicht nur in den Köpfen der hohen Bureaukratie, sondern auch in denen einzelner Parteigenossen spukt. Wenn wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht vom Parlament verlangen und einen großen Teil auch der nicht proletarischen Bevölkerung dazu gebracht haben, einzusehen, daß das eine Wendung im politischen Zustand Oesterreichs bedeuten würde; wenn sogar „dem Vernehmen nach“ — ich gebrauche absichtlich das abendpostartige Wort — verschiedene Wahlreformentwürfe vom Minister bereits „in Erwägung gezogen“ worden sein sollen, so hat sich immer daran der Gedanke geknüpft, daß das ein Ausweg ist, um Oesterreich zu retten.

Daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht für unser österreichisches Abgeordnetenhaus Oesterreich „retten“ kann, das haben wir unser Lebtag nicht behauptet, wenigstens nicht in einer irgendwie programmatischen Weise an einem verantwortlichen Ort. Ich verhehle nicht, daß ich an einen Gedankengang anknüpfe, der mir durch einen sehr bemerkenswerten Artikel im Reichenberger „Freigeist“ nahegelegt wird. Es ist gar kein Zweifel, daß dieses allgemeine Wahlrecht ein Anfang einer Umgestaltung ist, aber daß derjenige es nicht anwenden kann, der es als das Ende ansieht. Einem Minister, der keine andere Sorge hat, als wie er das Parlament notdürftig zum Nadeln bringe, und der glaubt, daß sofort das neue Parlament, wenn das Wahlrecht oktroyiert ist, besser funktionieren und ihm nun leisten wird, was er will, können wir allerdings auf dem Wege dieses bedenklichen Irrtums nicht folgen. Wenn der Minister auf dem Standpunkt steht, daß das österreichische Parlament auch künftighin nur dazu da sein soll, Budget, Rekruten, Zollerhöhungen zu liefern, meine ich allerdings, daß ein Volksparlament an Stelle eines Privilegienparlaments nicht viel geeigneter sein wird, diese Dienste für den, sagen wir es gerade heraus, für den Kaiser zu verrichten. Wenn wir Sozialdemokraten das allgemeine, gleiche Wahlrecht an die Spitze unserer Forderungen stellen, tun wir es nicht in der bornierten Auffassung, die sich andere Parteien in solchen Momenten mit hundert Vorsichten angeeignet haben, als das Ende einer Reform, als eine Panacee, die man im letzten Moment, wenn es nicht mehr anders geht, macht, sondern wir stellen es an den Anfang einer Reform, an den Anfang einer vollständigen Umgestaltung dieses Landes, dieses Konglomerats von Völkerschaften, die einzig und allein sich vollziehen kann auf demokratischer Grundlage. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht die Revolution, nicht die Umgestaltung des Staates, aber es enthält eine der Bedingungen der Umwälzung des Staates, eine der Möglichkeiten, sie in Fluß zu bringen, und wenn wir es mit einer Regierung zu tun haben — ganz allgemein gesprochen, denn wie der Minister auch heiße, immer ist er ein österreichischer Bureaukrat

mit mehr oder weniger Ahnen — wenn wir dem Minister raten, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen, so raten wir ihm nicht dazu, etwas einzuführen, was ihm über eine augenblickliche Verlegenheit hinweghelfen kann; und ein Mann, der so borniert wäre, das Wahlrecht nur unter diesem Gesichtspunkt einzuführen, wäre unfähig oder vielleicht richtiger, gerade der wäre würdig, an der Spitze des österreichischen Staates zu stehen.

Wir verlangen es und halten es für unausbleiblich, wenn dieser Staat nicht verfaulen soll, daß die nationale Ordnung hergestellt werden muß, wie es Kulturnationen ziemt, wie es allein Kulturnationen möglich ist: auf Grundlage ihrer nationalen Selbständigkeit, auf Grundlage der nationalen Abtrennung, der Loslösung nationaler Gebiete, um ihnen diese Selbständigkeit zu ermöglichen, und auf der Zusammenfassung aller dieser nationalautonomen Gebiete zu einem einheitlichen, lebenskräftigen, aber darum notwendig demokratischen Staat. Das allgemeine Wahlrecht allein ist eine vereinzelte Tatsache, aber freilich gilt es, erst diese Tatsache zu schaffen, von der dann die anderen Wirkungen ausgehen können. Es steht mit Oesterreich genau so, wie es mit dem Proletariat überhaupt steht. Wie wir in unserem zehnjährigen Wahlkampfe hundertmal erklärt haben, daß das Wahlrecht das Proletariat nicht erlösen kann, aber daß es die Luft ist, die notwendig ist, damit das Proletariat politisch leben kann, genau so ist es für den Staat. Das allgemeine Wahlrecht kann dem Staat nicht die Rettung bringen. Aber es ist die Bedingung der Ausgangspunkt, der Anstoß und die einzige Möglichkeit, daß jene Umwälzung ins Werk gesetzt werde, die allein bewirken kann, daß aus Oesterreich ein lebendiges Gebilde werde. Das ist unser Standpunkt, und es ist notwendig, daß man sich das auch bei uns einpräge; und je überzeugter, je genauer man den ganzen Umfang der Notwendigkeiten für die Völker Oesterreichs erkennt, je genauer man sich vor Augen hält, wie tief diese Umwälzung sein muß, um weiter zu kommen, um so weniger wird man sich zu sanguinischen Hoffnungen von heute auf morgen hinreißen lassen und um so weniger — das sage ich mit einem Rückblick auf die Debatte von vorgestern — das Proletariat und die Aktion der Sozialdemokratie verantwortlich machen für Dinge, die unsere Aktion einfach nicht leisten kann. Wie groß der Zusammenbruch geworden sein muß, um diese Notwendigkeit auch denen nahezubringen, an denen es schließlich liegt, die Hindernisse für diese Umwälzung aus dem Wege zu räumen, das kann ich Ihnen nicht sagen, aber das weiß ich, daß das Proletariat, wenn es sich noch so sehr Mühe gibt, vielleicht eine Reform, eine Einzelheit in einem Moment durchsetzen kann, aber daß es auf Jahre hinaus auf einen Höhepunkt der Erregung und der Machtentfaltung gebracht werden könnte, um im Staate diese grundlegende Reform durchzusetzen, wie sie allein helfen kann, das ist ausgeschlossen, ist jedenfalls heute ausgeschlossen, wo noch immer da und dort ein Luftloch ist, wo noch immer der Zusammenbruch irgendwie überdeckt werden kann, wo man sich noch immer fretten kann. Es kann eine Zeit kommen — ich bin kein Prophet und halte das für das schlechteste Gewerbe — und sie kann so plötzlich kommen, daß wir alle davon überrascht sind, sie kann aber auch sehr lange ausbleiben — ein Moment, wo das Gerümpel ein so labiles Gleichgewicht hat, daß ein Fußtritt es entfernen kann. Wenn dieser Fußtritt notwendig ist, die Sozialdemokratie wird bereit sein, ihn zu vollführen, aber wenn man fortwährend den Fuß erhoben halten will, bis der Moment gekommen ist, da wird der Fuß leicht ermüden, und das ist keine vernünftig taktische und die Kraft des Proletariats schonende und stärkende Methode.

Gewiß ist, daß es mit einer Reform der inneren Zustände allein nicht abgetan sein kann. Ein Oesterreich gibt es nicht, und wenn Herr v. Koerber gesagt hat: Oesterreich ist! so ist das nur eine jener offiziellen Lügen, deren er sich berufsmäßig schuldig machen muß. Oesterreich ist nicht, Oesterreich ist erst zu schaffen, Oesterreich ist erst loszutrennen von Ungarn, für den Staat ist erst die staatliche Selbständigkeit überhaupt zu erobern und zu kodifizieren, eine Selbständigkeit, die heute jeden Tag geopfert wird auf

dem Altar der Dynastie, eine Selbständigkeit, mit deren Vernichtung die Anhänglichkeit der Ungarn an die habsburgische Dynastie bezahlt wird. Das ist ein Zustand, den sich kein Volk gefallen lassen würde. Ich spreche nicht von Klassen, ich spreche vom Volk. Kein Parlament, keine Bourgeoisie und kein Adel, kein Volk würde sich einen solchen Zustand der schmählichsten Abhängigkeit von einem Nachbarstaat gefallen lassen, in dem es ein gemeinsames politisches Bewußtsein gibt und geben könnte. Daß sich dieses gemeinsame politische Bewußtsein in Oesterreich nicht entwickeln kann, daß diese nationalen, bis zum Wahnsinn aufgepeitschten Differenzen die Ausbildung eines jeden solchen gemeinsamen Bewußtseins hindern, davon lebt allerdings heute noch die Dynastie, davon lebt die österreichische Bureaukratie, davon lebt der sogenannte Gesamtstaat Oesterreich-Ungarn. Aber wenn wir warten würden, und darin besteht das große Mißverständnis des „Freigeist", bis die nicht mehr davon leben wollen, so würde das allzulange dauern. Die Sache steht aber so, daß sie davon nicht weiter leben **können**. Wenn dieser gewiß hundertmal geschilderte Zustand des Ausspielens der Nationen untereinander, das „Teile und herrsche", wenn sich dieses Balancieren auf den wichtigsten Interessen und Lebensnotwendigkeiten der Völker noch weiter fortspielen ließe, gewiß: die Dynastie wäre bereit dazu und Minister findet sie dazu immer gegen Bezahlung und Orden. Aber es geht eben nicht mehr. Die Nationen in Oesterreich sind heute denn doch zu sehr erwachsen, zu groß geworden, zu sehr kulturell entwickelt und zu sehr bewußt geworden, und das ist ja das ganze Unglück Oesterreichs, daß seine Völker gewachsen sind, daß sie erwachsen sind, daß sie sich dieses Spiel nicht mehr gefallen lassen. Auf keine Weise ist dieser Zustand auch für die Dynastie fürderhin mehr möglich, dafür bürgt die Geschichte seit 1897, denn das ist ja ihr Inhalt. Oesterreich hat ja keine Alternative, als zu verfaulen oder die Verfassung, die tot ist und nur in Ruinen daliegt, wegzuschaffen und ein neues Gebilde zu schaffen. Aber dann ist es mit dem Knechtsverhältnis gegenüber Ungarn aus.

Ich möchte, gerade weil ein ungarischer Genosse hier ist, erklären: Wir wissen ganz gut, daß von diesem Knechtsverhältnis, daß von dieser Ausbeutung, die Ungarn an Oesterreich verübt, das ungarische Proletariat nichts hat. Wir nehmen Ungarn diese Ausbeutung von seinem Standpunkt aus auch gewiß nicht übel. Wir verachten unsere Politiker, daß sie die wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs an die Dynastie verkauft haben, daß die Magyaren von diesem Glücksfall Gebrauch machen und schröpfen, soviel sie schröpfen können: das ist ihr gutes Recht, da sind sie in ihrer Rolle. Gerechtigkeit von einem anderen Staate zu erwarten, fällt uns nicht ein, und wenn man die Rechnung aufmachen wollte, und wenn die Völker Oesterreichs etwa das Schuldkonto der Dynastie gegenüber Ungarn oder gegenüber irgend einem anderen Volke bezahlen müßten, wissen wir ganz gut, daß wir viel zu zahlen hätten, wissen ganz gut, daß dieses Schuldkonto, das nach Jahrhunderten gerechnet werden muß, eine Entschuldigung für jeden Angriff darstellt, den die Ungarn unternehmen. Unser ganzer Kampf ist auch nicht gegen das Proletariat Ungarns gerichtet, wir wissen, daß dieses Proletariat an den Früchten der Ausbeutung Oesterreichs keinen Anteil hat, wir wissen andererseits ebenso, daß sie selbst in der schmählichsten, gewalttätigsten, brutalsten Weise von denselben Leuten entrechtet werden, die mit den österreichischen Politikern und Diplomaten in dieser famosen Weise umspringen.

Das allgemeine Wahlrecht bedeutet also den Anfang einer Regeneration Oesterreichs, es bedeutet damit zugleich den Anfang einer Lösung des Verhältnisses zu Ungarn, und wenn wir diese ganze Fülle von Notwendigkeiten übersehen, wenn dieses Oesterreich am Scheidewege steht zwischen der Türkei und der Schweiz, wenn Oesterreich vor sich hat entweder die langsame Verwesung oder die Umbildung in einen Staat, der gewiß durch seine Größe eine andere Form haben muß als die Schweiz, der aber den Geist haben muß, den die Schweizer Republik hat, wenn wir diesen Scheideweg vor uns sehen, fragen wir uns allerdings vielleicht: Wo sind die Männer, die das machen sollen? Auf diese Frage wissen wir keine Antwort. Aber daß die Re-

gierung, die heute an der Spitze steht und die sich besonders dadurch auszeichnet, daß sie sich mit großer Beflissenheit als gebildet, als modern, als aufgeklärt und intelligent hinstellen läßt, kaum die Dinge machen wird, die notwendig sind, scheint mir leider klar. Herr v. Koerber scheint nicht der Mann, den Teufel festzuhalten. Herr v. Koerber begnügt sich mit einer viel geringeren Rolle, er bescheidet sich damit, der letzte Bureaukrat zu sein, der der Herrschaft der Bureaukratie in Oesterreich einen anständigen Abgang gibt. Einen anständigen Abgang, das können wir nicht leugnen, weil tatsächlich einige Veränderungen in der Verwaltungspraxis eingetreten sind, die wir als notwendig längst gefordert haben, die er allerdings als längst fällige Reformen anerkennt: ich leugne nicht — und wir sollen es nicht leugnen, sondern sollen diese Tatsache konstatieren, damit man sie auch abwägen könne — daß wir heute vor allem ein weit größeres Maß von Preßfreiheit besitzen, als wir es in Oesterreich vielleicht jemals gehabt haben; daß unsere Verwaltungsbehörden angewiesen sind, unser Vereins- und Versammlungsrecht mehr zu respektieren als früher. Gewiß machen sie nicht genug, aber wir sind in Oesterreich und man soll nicht sagen, daß wir von den Tatsachen nur die Hälfte in Betracht ziehen. Wir können diese Tatsachen ruhig konstatieren und zugeben, daß darin eine Besserung liegt; aber zugleich müssen wir feststellen, daß man gerade hier sehen kann, wie jede einzelne Reform, jede Besserung im Staate nichts nützt und unfruchtbar sein muß, wenn der natürliche Boden für den Staat nicht da ist, wenn die Lebensbedingungen für das Volk nicht gegeben sind, daß jede Reform dem nicht gedankt wird, der sie bringt, weil sie von dem nicht gebraucht werden kann, der sie bekommt, wenn die geschichtlichen Notwendigkeiten nicht erfüllt werden; und Herr v. Koerber mag sich noch so rühmen mit den kleinen Verbesserungen, die er eingeführt hat, er ist nichtsdestoweniger genau so wie seine Vorgänger ein Mann der Rückständigkeit, ein Mann der österreichischen Halbheit, ein Mann der verbrecherischen Schwäche, genau wie die anderen.

Wenn ich Ihnen so unsere Forderungen, die Lage des Staates und seine Notwendigkeiten vorgeführt habe, habe ich mit keinem Gedanken jenen Kreis überschritten, den die Partei sich schon vor Jahren gezogen hat. Ich konstatiere das ausdrücklich auch deshalb, weil Zweifel geltend gemacht worden sind, ob die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich die Befugnis habe, über das ganze Reich und die Gesamtpartei betreffende Angelegenheiten zu sprechen und zu entscheiden. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Befugnis haben, so weit wir im Rahmen unseres Programmes bleiben. Das ist das Wesen unserer Parteikonstitution, die bereits die nationale Autonomie und bereits jene demokratische Grundlage hat, daß jede Organisation auf dem Boden des gemeinsamen Programms selbständig vorgeht. Ich kann aber, ohne Widerspruch erwarten zu müssen, hier feststellen, daß das, was wir hier ausgesprochen haben, die Empfindung nicht nur der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, sondern die Empfindung und Ueberzeugung auch der slavischen, auch der italienischen Sozialdemokraten in Oesterreich ist. Wir alle sind der Ansicht, daß Demokratie und nationale Autonomie die Notwendigkeit ist und daß ohne die Erfüllung dieser Notwendigkeit alle kleinen Reformen nur Selbsttäuschung bleiben müssen.

Neues sagen wir in der Resolution nicht und können wir nicht sagen, aber wir werden diese Wahrheiten so lange sagen müssen, bis sie die endlich hören und begreifen, die es angeht, und bis sie die Entschlossenheit finden, aus ihnen zu lernen. Nicht nur für die anderen, auch für uns ist die österreichische Frage eine Lebensfrage. Ich wiederhole am Schlusse, was ich am Anfang gesagt habe: Wir brauchen einen Staat, wir brauchen diesen Rahmen der Entwicklung, wir brauchen diesen Boden für das Aufsteigen des Proletariats. Wir brauchen ihn, aber wenn wirklich die, die den österreichischen Staat lenken und regieren und die ihn zuschanden gelenkt und beherrscht haben, die die Völker Oesterreichs an den Rand dieses scheußlichen Abgrundes gebracht haben, in ihrer Verblendung verharren, wenn dieses Oesterreich wirklich als Misthaufen Europa behelligen will, bis sich jemand findet, der

ihn wegschafft: auch dann werden wir unsere Pflicht tun und mit aller Hingebung das schwierige Werk leisten, unter den traurigsten, bittersten, entsetzlichsten Verhältnissen, die je einem Proletariat auferlegt waren, das Proletariat lebendig zu erhalten, so lange, bis die Zeit kommt, daß es seine wirklichen Lebensbedingungen findet. (Stürmischer Beifall.)

Die Bezirksorganisation Mährisch-Ostrau hat einen Antrag auf Propaganda für das Proportionalwahlsystem gestellt. Ich weiß, daß das Proportionalwahlrecht in unserem Programm steht und ich halte es gerade in Oesterreich für ein in vielen Beziehungen opportunes System. Aber ich glaube nicht, daß es aktuell ist, dieses Amandement zu unserem Wahlrecht, diese zweite Forderung in den Vordergrund unserer Aktion zu stellen. Aber es wird gewiß nützlich sein, wenn man über das Proportionalwahlrecht, worüber die Genossen wirklich nicht aufgeklärt genug sind, ausführlicher spricht und es öfter erörtert. In diesem Sinne glaube ich, möge man den Antrag nicht direkt annehmen, sondern der Parteivertretung zur geeigneten Veranlassung überweisen.

Pernerstorfer (Wien): Nichts ist für mich drolliger, als wenn ich im politischen Leben die Jeremiaden über den politischen Zustand Oesterreichs höre und wenn die Leute verzweifelt sind und sagen: alles Unglück kommt vom Parlament, kommt vom Jahre 1897 her. Wenn man nur endlich wieder einen Weg fände, dieses Parlament halbwegs in Bewegung zu setzen, dann möchte vielleicht wieder alles in Ordnung sein. Nichts ist komischer, nichts beweist mehr, wie wenig sich die Leute in Oesterreichs mit der Geschichte dieses Landes befassen. Das ist aber nicht nur unter den wenig berufenen Schichten, sondern auch unter den sogenannten Politikern so. Wir haben ja in den letzten Jahren wiederholt eine Reihe von Rezepten vernommen, die Oesterreich und das Parlament wieder auf die Beine helfen sollen; so zum Beispiel hat ein verflossener Staatsmann, der in bürgerlichen Kreisen große Achtung genoß, gemeint: Man muß das widerhaarige Parlament so oft auflösen, bis es Vernunft annimmt. Andere wieder meinen: Wenn wir nur eine andere Geschäftsordnung hätten! Und so gibt es noch eine ganze Menge anderer Mittelchen. Aber wir können die politischen Zustände nicht anders begreifen, als wenn wir den historischen Verlauf begreifen. Was wir in Oesterreich sehen, ist nicht ein zufälliges Produkt etwa einer momentanen Verwirrung im Staate, sondern das Produkt einer mehrhundertjährigen Entwicklung. Daß Oesterreich ein Staatsgebilde ist, das bis auf den heutigen Tag wesentlich mit Rücksicht auf die Interessen der Dynastie regiert wurde, das ist jedem Geschichtskundigen klar. Wir sind unbefangen genug, bei der Betrachtung der Geschichte auch der Monarchie zu ihrer Zeit ihre bestimmte Stellung, ihre Aufgabe zuzubilligen. Aber es hat meines Wissens keinen großen Staat gegeben, in dem die dynastischen Interessen so ausschlaggebend waren wie in Oesterreich, und diese dynastischen Interessen sind heute noch so ausschlaggebend, wie sie es bei der Gründung dieses Staates waren. In der Tat hat kein Land so den Anschein, als ob das ganze Land nur da wäre für eine Familie.

In anderen Monarchien, das sehen wir aus der Geschichte des sogenannten aufgeklärten Absolutismus im 18. Jahrhundert, hat die Monarchie eine gewisse Fühlung mit den Interessen des Staates zu finden gesucht und hat diese Fühlung auch in gewissen Fällen gefunden, bei uns in Oesterreich niemals, wenn wir vielleicht nur einige wenige Jahre des 18. Jahrhunderts ausnehmen, die uns aber auch wieder beweisen, daß selbst die Versuche, die damals gemacht wurden, gescheitert sind daran, daß das Material für einen aufgeklärten Absolutismus nicht einmal vorhanden war. Einmal wäre die Gelegenheit dagewesen, den Staat in die Wege zu leiten, nur einmal hat ein großer Teil dieses Staates sich gegen die unleidlichen Zustände aufgelehnt. Das war im Jahre 1848. Aber es war eine relativ kleine, ideologische Schichte, die sich an der Revolution beteiligte. Wenn damals wirklich aufgeklärte Männer an der Spitze des Staates gestanden wären, hätten sie die friedliche Entwicklung Oesterreichs zu einem modernen Staat begünstigen können; und wäre nicht das Hausinteresse ausschlaggebend gewesen oder

wäre es wenigstens einigermaßen mit dem Interesse des Landes und der Völker verbunden gewesen, dann hätte damals eine moderne organische Entwicklung angebahnt werden können. Das ist aber nicht geschehen, und die daran schuld waren, sind dieselben Mächte, die die ganzen letzten dreihundert Jahre jede Entwicklung Oesterreichs gehindert haben.

In einem halben Menschenalter werden wir das Jubiläum der Schlacht am Weißen Berge haben, dann werden die dreihundert Jahre voll sein, daß dieses Oesterreich vom römischen Katholizismus innerlich ausgehöhlt worden ist. Wir leben ja in einer Zeit, wo, wie es scheint, eine Renaissance dieses römischen Katholizismus wieder vor unseren Augen auftaucht, und wir haben jetzt wieder mit dieser Macht zu kämpfen, die eine mehr als tausendjährige politische Institution von ungeheuerster Kraft darstellt. Da durch die Jahrhunderte jede Entwicklung bürgerlicher Freiheit und bürgerlichen Geistes durch diese Macht mit Gewalt verhindert wurde, stehen wir heute, nachdem wir mehr als dreißig Jahre eine Verfassung haben, vor der Tatsache, daß das gesamte Bürgertum aller Nationen selbst mit dieser unvollkommenen Verfassung nichts auszurichten gewußt hat und auch nichts ausrichten wird. Das österreichische Bürgertum aller Nationen hat aus sich heraus niemals einen Widerstand gegen die bedrückenden Tendenzen der Staatsgewalt geleistet und wir sehen in unserem Lande auch nicht den Ansatz einer revolutionären, ja nicht einmal einer liberalen bürgerlichen Tradition. Alle Nationen ohne Unterschied sind bereit, was sie etwa an liberalen Prinzipien haben, für vermeintliche nationale Vorteile zu opfern. Die einzige Partei in unserem Lande, die gegenüber diesen retrograden Traditionen, die Jahrhunderte alt sind, eine wirksame oppositionelle Haltung zu nehmen imstande ist, ist die sozialdemokratische Partei. Wir sind die einzigen, die gegenüber der großen und mächtigen Organisation der römischen Kirche auch eine Organisation begründet haben, eine Organisation, die natürlich gegenüber jener Organisation noch schwach ist, die aber allein den Kampf gegen sie aufgenommen hat. Die römische Organisation kämpft heute mit allen Mitteln um ihre Existenz, und wenn wir die Renaissance, diesen neuen Katholizismus, bei uns in Oesterreich und speziell in Niederösterreich in der Blüte sehen, so wissen wir, daß das unser erbittertster Feind ist, weil er ein Feind des gesamten Fortschrittes ist, und wenn wir daran denken, wie in dem Hause, das heute die Regierung in Oesterreich hat, die Zukunftshoffnungen ausschauen, werden Sie begreiflich finden, daß für uns eine verdoppelte Pflicht besteht, in allererster Linie diesen Kampf im Auge zu behalten. Wir müssen eben besorgen, was die Bürgerlichen zu machen unterlassen haben.

Es ist gewiß nicht möglich, Oesterreich mit einem Schlage zu retten, aber wir sind die einzigen, welche ernste Vorschläge gemacht haben, wie Oesterreich anders einzurichten wäre. Es mag vielleicht sein, daß diese Vorschläge falsch oder unzulänglich sind, aber wir können doch den bürgerlichen Parteien sagen: Heraus mit euren Gedanken, wenn ihr welche habt! Aber sie haben keine. Geben wir uns darum keinen Selbsttäuschungen hin. Es steht nicht in unserer Macht, über Nacht Wandel zu schaffen. Aber in unserer Macht steht es, den Kampf fortzusetzen, den zu führen uns alle guten Traditionen heißen. Wir werden den Kampf führen, und wenn wir auch allein bleiben, in dem Bewußtsein, damit nicht allein unsere Parteizwecke zu erfüllen, sondern der ganzen Entwicklung in Oesterreich einen mächtigen Stoß nach vorwärts gegeben zu haben. (Beifall.)

Straßer (Reichenberg): Adler hat in seiner Rede gegen Winarsky vor Illusionen gewarnt. Es gibt aber nun Illusionen mehrfacher Art: man kann Seitensprünge nach links, aber auch nach rechts machen und Doktor Adler hat sich nur mit denen nach links befaßt. Die Wahrheit, die er da produzierte, ist aber nur eine unvollständige Unwahrheit. Die volle Wahrheit ist, daß Winarsky eine Reaktion gegen Austerlitz ist. Wenn Austerlitz nicht wäre, wäre auch Winarsky nicht, er ist nur seine Folgeerscheinung. Während nämlich Winarsky beständig zu neuen Taten aufruft, sagt Austerlitz immer, es ist keine Bewegung möglich, wenn keine Stimmung

vorhanden ist. Daher schlägt er einen anderen Weg ein und redet dem Koerber zum allgemeinen Wahlrecht zu wie einem kranken Roß. Ich bin nun nicht dagegen, daß man der Regierung zuredet, sie solle einmal etwas Vernünftiges machen. Aber man wird sie nur dann überzeugen können, wenn sie am Vernünftigen wirklich interessiert ist. Austerlitz bemüht sich ja im Schweiße seines Angesichtes, dem Koerber das zu beweisen. Ich bin aber anderer Meinung über den Nutzen des allgemeinen Wahlrechtes vom Standpunkte der Regierung. Austerlitz glaubt, das allgemeine Wahlrecht werde eine Klammer des Reiches sein. Ich meine, daß es ein Keil sein wird. Setzen Sie den Fall, Odysseus Koerber ließe sich von den Sirenenklängen des Genossen Austerlitz wirklich betören, wie würde das neue Parlament ausschauen? Die Großgrundbesitzer würden arg reduziert, wir würden allerdings Mandate gewinnen, der Rest aber würde sich unter die kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Parteien verteilen, die liberale Bourgeoisie würde jedoch aus dem Parlament verschwinden. Es würde nichts sein als das heutige Privilegienparlament, von dem bloß die fünfte Kurie übrig geblieben ist, die Wolf, Klofač und Fresl würden massenhaft ihren Einzug halten und von einer Arbeitsfähigkeit wäre keine Spur. Im Interesse Koerbers ist also das allgemeine Wahlrecht nicht. Nun ist es aber wahrscheinlich, daß, wenn man die Regierung beständig zu überzeugen sucht, daß sie ein Interesse an der Aenderung des Wahlrechtes hat, dies schließlich jemand glaubt. Nämlich nicht der Koerber, sondern unsere Genossen, deren Kampflust dann durch den Verlaß auf die schließliche Einsicht der Regierung herabgemindert wird. Es kann also durch diese ständige Behauptung, daß das Wahlrecht ohnedies eine Staatsnotwendigkeit sei, mit der Zeit eine sehr beträchtliche Verringerung des Kampfeifers unserer Genossen herbeigeführt werden und ich würde daher wünschen, daß ein anderer Weg eingeschlagen wird.

Bartel (Falkenau): Ich fürchte, daß das, was Straßer gesagt hat, bei uns in Böhmen mißverstanden werden wird, und halte daher seine Auffassung für verfehlt. Wir haben ohnedies eine gefährliche Mißstimmung zu überwinden, die den Parlamentarismus mit dem Parlament verwechselt und gegen das Wahlrecht überhaupt abzustumpfen droht. Diese Mißstimmung kommt jenen Strömungen zugute, die vom politischen Kampfe überhaupt nichts erwarten und die Arbeiterschaft ganz auf den wirtschaftlichen Kampf verweisen möchten. Da darf doch nicht noch abgewiegelt und den Massen die Ueberzeugung genommen werden, daß das allgemeine Wahlrecht kommen muß, weil es notwendig ist. Die Massen, die sich da einmal von der Politik abwenden, können wir nicht mehr so leicht wieder gewinnen. Für uns ist es sehr nützlich, wenn wir den Arbeitern beweisen können, daß die Zeit eintreten wird, wo die Regierung gezwungen ist, das allgemeine Wahlrecht zu machen. Das ist wenigstens etwas, was wir den Leuten geben, wenigstens eine zuversichtliche Hoffnung. Sollen wir vielleicht die antipolitische Agitation, die uns in den Bergarbeiterbezirken und manchen anderen Orten so schädigt, fördern? Wir sagen im Gegenteil den Massen immer, daß die Ereignisse seit dem Jahre 1897 nur die Folgeerscheinung der Tatsache sind, daß man die große Mehrheit der Bevölkerung so lange ausgeschlossen hat von der Mitarbeit an der Gesetzgebung. Darum muß die Agitation für das allgemeine Wahlrecht im Vordergrunde unserer Betätigung bleiben. Sonst müßte sich das Mißtrauen gegen den Parlamentarismus noch steigern und die Arbeiter kämen auf den Standpunkt, daß doch alles keinen Zweck hat und daß nur der wirtschaftliche Kampf allein einen Wert hat.

Dr. Ellenbogen (Wien): Wenn wir die Verfassungsrevision neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt haben und die Resolution Adler im wesentlichen die Anschauungen wiederholt, die wir in Brünn festgelegt haben, so hat das seinen großen politischen Wert. Man macht es uns insbesondere in gegnerischen Kreisen zum Vorwurf, daß wir zu sehr Politik vom Standpunkt der Ewigkeit, utopistische Politik auch in der Frage der Nationalitäten und Oesterreichs treiben und zu wenig aktuelle Politik, daß wir zu wenig Beziehungen zur Wirklichkeit des Tages haben; ja, man sucht damit die an-

gebliche Stagnation, die vorgestern so viel hier herumgespukt hat, zu erklären. Nun, ich glaube demgegenüber, daß unsere grundsätzliche Stellungnahme gerade unsere Stärke ist. Wir sehen es ja an den kläglichen Resultaten der bürgerlichen Politik, als gerade derjenigen, die sich mit tausend lächerlichen Kleinigkeiten abgibt und die slavischen Parallelklassen als die Nationalitätenfrage behandelt, daß auf diesem Wege eine Lösung nicht zu finden ist. Und der ungeheure Abgrund, der uns von diesen bürgerlichen Politikern trennt, wird darum auch bemerkbar, so oft wir im Parlament unsere prinzipielle Stellung fixieren und der absoluten Verständnislosigkeit dieser bürgerlichen Abgeordneten begegnen, die keine Ahnung von der Unzahl alberner Widersprüche haben, in denen sie sich bewegen. So wenig Aussicht vorhanden ist, daß unser Ruf sofort gehört wird, so sind wir es doch, die die Wahrheit sagen, und die Stupidität unserer Gegner ist kein Grund, sie nicht immer wieder zu sagen. Aber die Sache hat auch tatsächlich ihre aktuelle Seite. Man sagt Herrn v. Koerber nach, seine Mission sei, den Ausgleich fertigzustellen, dieses angeblich einzige Hindernis der parlamentarischen Tätigkeit, auf das sich als Staatsnotwendigkeit alle obstruierenden Parteien stürzen, um damit die Maschine zum Stillstand zu bringen, und dann könne er gehen. Nun, Herr v. Koerber hat ja das Volk so sehr an den § 14 gewöhnt, daß sich wahrscheinlich kein allzu großer Widerstand erheben wird, wenn er sogar den Ausgleich, vielleicht auch die Handelsverträge mit dem § 14 machen wird. Wenn man aber glaubt, daß dann der Weg frei sein wird, so müssen wir schon jetzt sagen, daß das nicht der Fall sein wird, sondern die Quälereien in anderer Form von neuem beginnen werden, und daß das so lange fortgehen wird, bis nicht die Verfassungsrevision Oesterreichs ernstlich in Angriff genommen wird. Was nun das Wahlrecht anlangt, so bedeuten all die Einwendungen, die hier als möglich vorgebracht wurden, gar nichts. Ob der Bara oder Stein wieder kommen, vielleicht sogar in größerer Anzahl, ist gleichgültig. Man könnte noch anderes einwenden: daß es sogar Ungerechtigkeiten in nationaler Beziehung enthalte, zum Beispiel gegen die Deutschen, oder daß das kommende Parlament klerikaler sein wird als der jetzige. Aber wir haben erstens nie gesagt, daß das allgemeine Wahlrecht allein das Mittel der Lösung ist, sondern die nationale Autonomie dazu gehört, dann aber ist das allgemeine Wahlrecht schlechthin die erste Voraussetzung, der unumgängliche erste Schritt, ohne den überhaupt nichts angefangen werden kann, der die einheitliche Basis für den Staat schaffen soll, auf der dann die sekundären Erscheinungen ihrer Lösung zugeführt werden können.

Dr. Adler (Schlußwort): Wir müssen zunächst Pernerstorfer dankbar sein, daß er uns einige der Formen vorgeführt hat, die die Kleinlichkeit und Enge unserer österreichischen Politik kennzeichnen. Man braucht nicht gerade Abgeordneter zu sein, es genügt, wenn man Journalist ist, um, so oft man ins Parlament kommt, einen dokumentarischen Beweis für die absolute Nichtigkeit jener Leute zu erhalten, die in Oesterreich Politik machen. Wenn Sie in den Parlamentscouloirs herumgehen, werden Sie immer dieselben Redensarten hören: Wird's auch gehen? Der Stürgkh redet wieder mit dem Vetter und der Vetter mit dem Koerber. Es hat eine Konferenz mit dem Kramarsch stattgefunden, ob es morgen gehen wird. Werden die Dringlichkeitsanträge zurückgestellt oder nicht? (Heiterkeit.) Und sämtliche Politiker Oesterreichs haben entweder eine heitere Stirn der Hoffnung oder die düstere Stirn der um die Zukunft des Parlaments besorgten Männer, je nachdem, ob irgend ein Fresl einen Dringlichkeitsantrag zurückstellt, und das Schicksal Oesterreichs hängt immer an der Frage, ob wir heute bloß den Einlauf verlesen hören oder ob wir auch das Glück haben werden, irgend einen Antrag erledigt zu sehen. Es ist wirklich das Grundübel, die Grundsünde dieser österreichischen Politiker, eingeschlossen die Männer der Regierung, daß man diese rein formellen kleinlichen Fragen, durch deren Lösung gar nichts entschieden wird, so in den Vordergrund stellt und das Verbrechen unserer ganzen bürgerlichen öffentlichen Meinung, die viel zu feige und viel zu gedankenlos ist, um jemals auch nur an den Kern der Frage heranzutreten, sondern immer nur

die tiefsinnige Erwägung hat, ob es morgen gehen oder nicht gehen wird. Das ist ein so klägliches, ein so hoffnungsloses Bild, daß Sie sich gar nicht wundern dürfen, wenn diejenigen, die fortwährend diesen Eindrücken ausgesetzt sind, wirklich nicht in der Stimmung sind, immer wieder mit großem Feuer anzutreten. Es ist ja in jedem Parlament eine schlechte Luft, aber die schlechteste, vergiftendste Luft ist in diesem Parlament.

Nun haben wir eine Rede von Straßer gehört, der sich gegen mich verteidigt hat, die unkluge Rede eines klugen Mannes, unklug aus dem Grunde, weil er die falschen und ungerechten Auslegungen, die Bartel unmittelbar an diese Rede knüpfte, damit provoziert hat. Was Straßer sagte, ist nicht richtig, aber es ist nicht so, wie es in der mißverständlichen Auslegung Bartels aussieht. Was Straßer sagen will, ist: Ihr bemüht euch umsonst, der Regierung zuzureden, daß es auch im Interesse der Herrschenden in Oesterreich liege, das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu schaffen. Ihr bemüht euch umsonst, nicht nur weil die Herrschenden das nötige Verständnis und den nötigen guten Willen nicht haben, sondern weil es auch wirklich nicht in ihrem Interesse liegt. Es kann also die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes nicht von dem guten Willen und der Einsicht der Herrschenden abhängen und es ist darum ganz müßig, sie aufzuklären. Ich halte das für falsch. Ich meine, daß es nur dann richtig wäre, wenn den Herrschenden irgend ein Ausweg bliebe, wenn es möglich wäre, auf irgend eine andere Weise Oesterreich weiter zu fristen. Straßer meint dann, unsere Arbeiter würden abgehalten, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, wenn sie das von oben erwarten, man sage ihnen nicht mehr: Ihr seid es, die das Wahlrecht erkämpft, sondern es soll von oben kommen, und Bartel, der auch das wieder mißversteht .... (**Straßer:** Für den Bartel bin ich nicht verantwortlich!) Das sage ich ja zu Ihrer Verteidigung gegen Bartel. Bartel meint, die Leute sind ohnehin vom österreichischen Parlamentarismus in die anarchistischen Gedankengänge hineingetrieben worden, und wenn man ihnen noch ausmalt, daß das allgemeine Wahlrecht nicht eine Panacee ist, werden sie noch weniger das Parlament wollen. Davon hat Straßer nichts gesagt. Er hat im Gegenteil gesagt: Wir brauchen das Parlament, wir müssen darum kämpfen, nur die anderen brauchen es nicht. Damit hat er recht Bartel gegenüber, aber durchaus nicht uns gegenüber.

Wenn ich gesagt habe, daß Straßer ein unkluges Argument gebraucht habe, wollte ich damit durchaus nicht sagen, daß ich solche Aeußerungen für bedenklich oder gar in ihrer Wirkung gefährlich halte. Diese Schwarzseherei mag den Koerber bedenklich machen, nicht uns, und insofern mag, wenn Koerber schon die Feder angelegt hat, um das Wahlrecht zu oktroyieren, Straßer beigetragen haben, daß er es sich noch einmal überlegt. (Heiterkeit.) Für unsere Agitation ist darüber gar nichts gesagt, für uns ist das allgemeine Wahlrecht auch dann notwendig, wenn es Oesterreich nicht helfen wird. Aber es ist auch durchaus falsch, was Straßer sagt. Gewiß wird ein Parlament, das auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes einberufen wird, kein ruhiges und kein bequemes Parlament sein, gewiß wird es eine Reihe technischer Schwierigkeiten bieten, die das heutige Parlament nicht in dem Maße geboten hat, vor allem sprachliche Schwierigkeiten. Das ist kein Zweifel. Wenn aber Straßer meint, daß da die nationalen Dinge erst recht im Vordergrund stehen werden, sage ich: Das mag vielleicht sein, aber dann in einer Form, wo sie auch zur Lösung gebracht werden können. Dann wird zum erstenmal das Parlament eine kompetente Vertretung der einzelnen Nationen sein. Straßer hat das dunkle Bewußtsein davon, wenn er sagt, daß die kleinen Parteien möglicherweise verschwinden werden. Damit allein schon wäre ein Schritt zur möglichen Verständigung zwischen den Nationen gemacht. Freilich, daß ein solches Parlament ein der Regierung zuliebe mit beschränkter Lieferzeit arbeitendes Parlament sein würde, das glaube ich allerdings nicht. Das wollen wir aber auch nicht. Und das war ja der Sinn meiner Ausführungen, daß eine Regierung, die nur das will, überhaupt unfähig wäre, das allgemeine Wahlrecht zu geben, weil sie die Situation nicht begreift. Ich muß mich aber mit diesem Argument doch noch etwas befassen.

Straßer hat es die Politik Austerlitz genannt. Es ist die Politik der „Arbeiter-Zeitung" — ich bin mitverantwortlich dafür und will mich der Verantwortung nicht entziehen. Das Blatt hat allerdings nicht nur das Bedürfnis und die Pflicht, zu den Arbeitern, sondern auch zur Regierung und zu den herrschenden Klassen zu sprechen, und wir haben diese Pflicht in sehr vielen Fällen mit nicht unerheblichem Erfolge erfüllt und wir müssen sie auch in diesem Punkte erfüllen. Eine Wahrheit, die einmal in einem Jahre oder in zwei Jahren auf einem Parteitage gesagt wird, die nur grundsätzlich festgelegt wird, eine solche Wahrheit setzt sich nicht in Ueberzeugungen und Wirkungen um. Eine politische Wahrheit — und dazu ist die Presse da — muß immer und immer wieder gesagt, durch Beispiele immer wieder illustriert werden, um endlich in die Gehirne einzudringen. Wir können nicht mehr tun, als den Ministern das sagen. Ob diese nicht leichter empfänglich und vernünftiger werden durch das, was wir ihnen sagen, als durch das, was Straßer ihnen zu sagen beliebt, muß ich Ihrem Urteil überlassen. Aber wenn die Minister nicht zum Verstand kommen, wenn das, was wir ihnen sagen, keine Wirkung übt, so haben wir doch unsere Pflicht getan, wir müssen sie tun und indem wir das den Ministern sagen, erfüllen wir zugleich dem Proletariat gegenüber die Pflicht, daß wir ihm sagen: „Sehet ihr, die Leute tun nicht das, was sie tun müßten, obwohl es nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse des Staates, im Interesse des Weiterlebens dieses Gemeinwesens überhaupt ist." Wir häufen dadurch eine Verantwortung auf sie, die um so schwerer ist, je stärker unser Argument ist, wir machen ihr Verbrechen, das ein Verbrechen an der Arbeiterklasse ist, zu einem Verbrechen am Staate, zu einem Verbrechen an ihren eidlich übernommenen Verpflichtungen. Darum halte ich diese Politik ebenso für notwendig als vernünftig.

Gewiß, wenn man so argumentiert, wie wir es auch von anderer Seite hören, daß man die V. Kurie gewissermaßen als eine Kostprobe für das Ergebnis des allgemeinen Wahlrechtes ansieht, argumentiert man eben von der Wurzel aus falsch. Denen, die so denken, möchte ich sagen: Es ist nicht nur notwendig, daß der Koerber die „Arbeiter-Zeitung" aufmerksam liest, sondern auch die Genossen sollten es tun, sie würden zu dem Ergebnis kommen, daß die Sünde der V. Kurie, die Sünde dieser Verfälschung des Wahlrechtes nicht allein die ist, daß sie der Arbeiterklasse ein unvollständiges Recht gibt: nicht allein die, daß sie eine Entrechtung der Arbeiterklasse in der Quantität bedeutet, sondern daß die große Sünde darin liegt, daß die notwendigen günstigen Folgen, die aus dem Wahlrecht fließen, in der V. Kurie gar nicht zum Durchbruch gelangen können, daß im Gegenteil der Klassenkampf sich durch Kombinationen der Privilegienkurien und der V. Kurie unter Masken vollzieht, daß die V. Kurie ermöglicht, daß die bürgerlichen Parteien Leute in der Maske von Arbeitervertretern ins Parlament schicken und daß das Ergebnis der V. Kurie darum durchaus kein Bild davon ist, was uns das allgemeine Wahlrecht bieten kann. Das allgemeine Wahlrecht wird uns nicht den nationalen Frieden an sich bringen, aber die Möglichkeit, ihn zu erreichen, und es wird auch den Furor und muß die Wut abschwächen, mit denen die nationalen Angelegenheiten erledigt werden, weil das allgemeine Wahlrecht die Form ist, in der die Klasseninteressen zum parlamentarischen Ausdruck kommen können, während die V. Kurie die Form ist, in der die Klasseninteressen zum parlamentarischen Ausdruck verfälscht werden. Das ist das Entscheidende.

Es ist wahr, wir sind in einer chronischen Krise und es ist irrig, anzunehmen, daß irgendwelche Sprachenverordnungen oder das Unglück mit den Parallelklassen in Troppau oder morgen irgend ein Bezirksgericht oder übermorgen irgendwelche Straßentafeln daran schuld sind. In jedem Moment seit 1867, wo über Oesterreich entschieden werden mußte, wo es sich um die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn handelt, wo die Frage wieder an Oesterreich gestellt wird, hat es sich gezeigt, daß die Verfassung eine Möglichkeit der Lösung

nicht bieten konnte, und in jedem solchen Moment haben wir eine innere Krise gehabt, so beim ersten Ausgleich Ende der Siebzigerjahre, beim zweiten und nun beim dritten Ausgleich. Nun ist die Krise absolut nicht mehr zu überwinden. Oesterreich ist am Ende seines Lateins. Wir schämen uns gar nicht, zu sagen: Aus unserem Interesse, nicht aus Anhänglichkeit an irgendwelche patriotische Vorstellungen, aber im Interesse der Arbeiterschaft, die wir vertreten, brauchen wir ein Oesterreich, brauchen wir eine Neuordnung des Staates, und wer anders denkt, der kann nur von der Voraussetzung ausgehen, daß durch äußere Einflüsse dieser Staat aufhören wird, zu existieren. Keiner, der in Oesterreich lebt, hat an Oesterreich viel zu verlieren, keiner als ein paar Leute, die gute fette Posten haben und meinen, daß ein anderer Staat nicht so dumm sein wird, ihnen ebenso gute Stellung zu geben, weil sie zu dumm sind. Ich wüßte also, wer ein Interesse daran hat, daß die Katastrophe nicht eintrete. Aber wir können uns doch nicht auf ein Erdbeben einrichten, nicht auf eine Katastrophe einrichten, die außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit liegt und von der wir heute sagen müssen, daß, soweit das Auge reicht und soweit sich mit irgendwelcher Sicherheit politische Dinge voraussehen lassen, sie nicht in Sicht ist. Wir haben das auch bei der Grundlegung unseres Nationalitätenprogramms gesagt: Wir hängen nicht an Oesterreich, wir hängen aber an den Völkern, die hier wohnen, wir halten den Patriotismus in der heutigen Form für einen Verrat am Vaterlande jedes einzelnen Volkes; wir meinen, daß der Patriotismus im Gegensatz zum Interesse jedes einzelnen in Oesterreich lebenden Volkes ist. Wir haben aber zugleich viel zu viel Empfindung für Verantwortung und wissen, was wir unserer Klasse und unserem Volke schuldig sind, als daß wir uns mit irgendwelchen katastrophalen Nebelbildern abfinden lassen würden. Wir wissen, Oesterreich ist keinem der Völker, die hier leben, recht; aber wir sind alle auf absehbare Zeit — und jeder Politiker kann nur für absehbare Zeit Politik machen — gebunden an diesen Boden, gebunden an diesen staatlichen Raum. Darum wollen wir allen diesen Völkern ein Vaterland erkämpfen und darum verfolgen wir die schwarz-gelben Patrioten, die diese Notwendigkeit nicht sehen und in ihrer Borniertheit, in ihrem Egoismus, in ihrer Dummheit, wenn nicht schlechtere Motive sie treiben, diese Notwendigkeit verschleiern wollen. Darum erklären wir die österreichischen Patrioten für die eigentlichen Verräter an den Völkern Oesterreichs. Wir haben den österreichischen Völkern ein Vaterland zu erkämpfen und dieses Vaterland liegt noch voran, ist und kann nur sein das Ergebnis einer gründlichen Umwälzung Oesterreichs, einer Wegräumung der Ruinen und eines Neubaues, in dem neues Leben möglich ist.

Von der Rolle, die wir dabei zu spielen haben, brauchen wir nicht mehr zu sprechen und wir können nicht voraussehen, weder im großen noch im kleinen, wo ein Eingreifen möglich, wo es notwendig sein wird. Wir können nicht voraussehen, welche Gelegenheiten sich ergeben werden, und ich erinnere an den Zwischenfall, der sich gestern in Brünn ereignet hat, wie da mit einem kühnen Vorstoß immerhin eine große, wirksame, weithin vernehmbare Demonstration gemacht wurde; ich erinnere daran, daß sich solche Gelegenheiten sehr oft ergeben können und daß wir sie auszunützen haben. Das versteht sich von selbst und dazu braucht man keine Beschlüsse, das ergibt sich aus der ganzen Haltung unserer Partei, das ist das Wesen unserer Partei. Das Proletariat ist nicht allmächtig in Oesterreich, aber was seine Macht leisten kann, was seine Hingebung, seine Intelligenz und seine Energie leisten kann, das wird das österreichische Proletariat leisten. (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.

Der Antrag **45** wird einstimmig angenommen; Antrag **10** der Parteivertretung zugewiesen.

Den Vorsitz übernimmt **Tomschik** (Wien).

Es wird der achte Punkt,

Allgemeine Parteiangelegenheiten,

beraten.

Skaret (Wien) referiert kurz über die zu diesem Punkte eingelaufenen Anträge **11, 12, 46, 47, 48** und **49.**

Ueber den Antrag der Bezirksorganisation Kratzau

„Der Parteitag möge dahin wirken, daß ein Kommunalprogramm ausgearbeitet werde, das für unser Eintreten in die Gemeindewahlen maßgebend sein muß."

entspinnt sich eine Debatte.

Skaret erklärt, daß auf diesem Gebiete momentan nicht mehr getan werden kann, was nicht schon geschehen ist. Schon der Grazer Parteitag hat sich mit dieser Frage beschäftigt und wurden dort Grundzüge für ein Kommunalprogramm ausgearbeitet, die den Genossen in den größeren Gemeinden ganz gut als Richtschnur gelten können. Für alle, auch für die kleinsten Gemeinden ein passendes Kommunalprogramm auszuarbeiten, ist ein Ding der Unmöglichkeit, was leider immer noch nicht eingesehen wird.

Hausmann (Neundorf): Persönlich stehe ich zu unserem Antrage nicht gerade in einem Sympathieverhältnis, da wir ja ohnedies für die Kommunalpolitik schon Grundzüge haben, die maßgebend sein sollen. Wir haben aber sehr sonderbare Verhältnisse und Erfahrungen. Es kommt oft vor, daß sich Genossen in die Gemeindeausschüsse kandidieren lassen und dann, wenn sie im Amte sind, nicht wissen, in welcher Weise sie proletarische Politik zu machen haben. Es geschehen auf diese Weise viele Dummheiten, die uns oft Ungelegenheiten machen.

Ausführlich dieses Thema zu besprechen, würde zu weit führen. Da wir am Schlusse des Parteitages sind, bin auch ich für den Antrag des Referenten.

Bartel (Falkenau): Viel wichtiger als ein solcher Antrag wäre es, sich einmal gründlich über die Art und Weise der Beteiligung an Gemeindewahlen in unseren kleinen Orten auszusprechen. Ein Kommunalprogramm kann noch so schön ausschauen, was nützt es, wenn man es den örtlichen Verhältnissen nicht anzupassen versteht? Wenn die Ausschüsse nicht prinzipiell sattelfest sind, wird es immer wieder vorkommen, daß sie egoistische Kirchturmpolitik treiben und Dinge machen, die alles weniger sind als sozialdemokratisch. Es ist bei uns vorgekommen, daß als Sozialdemokraten gewählte Ausschüsse ganz im Sinne der Unternehmer handelten und zum Beispiel gegen eine vierte Volksschulklasse stimmten. Wo es nicht Fälle gäbe, wo es notwendig ist, sich an den Gemeindekämpfen zu beteiligen, wäre es mir lieber, wenn die Art der Betätigung, die den Kreiskonferenzen dann immer alle möglichen Ungelegenheiten bereitet, ganz eingestellt würde.

Skaret (Wien): Ein Antrag der Reichenberger Genossen wünscht, daß der nächste Parteitag in Reichenberg stattfinde. Ein anderer Antrag des Genossen Nießner schlägt Brünn vor.

Wir können den Reichenbergern nicht zusichern, daß ihrem Wunsche willfahrt wird, denn möglicherweise wird bei Erwägung der Frage, wo der nächste Parteitag stattfindet, schon die Rücksicht auf die bevorstehenden Reichsratswahlen mit eine Rolle spielen. Dasselbe gilt auch betreffs des Antrages der Brünner Genossen, weshalb ich Sie ersuche, beide Anträge der Parteivertretung zuzuweisen.

Schiller (Reichenberg): Ich möchte doch wünschen, daß man Reichenberg auch einmal berücksichtigt. Wir sind bisher immer von so weit hergekommen und die meisten Parteitage haben in den Alpenländern stattgefunden. Ich appelliere also an Sie, wenn es nur irgendwie möglich ist, unseren Wunsch zu berücksichtigen. Die Abhaltung des Parteitages in unserer Stadt würde gewiß sehr viel zur Förderung der Bewegung in unserem so wichtigen Wahlkreise beitragen.

Es folgt nun die Abstimmung. Der Antrag **46** wird angenommen; die Anträge **12, 47, 48** und **49** der Parteivertretung, Antrag **11** der Reichsratsfraktion zugewiesen.

Damit ist die Tagesordnung des Parteitages erledigt.

Adler (Wien): Genossen! Wir sind am Ende der Verhandlungen angelangt und ich meine, daß es notwendig ist und unserer Empfindung entspricht, daß wir den Salzburger Genossen und den Organisationen dieses Ortes den wärmsten Dank nicht nur dafür aussprechen, daß sie uns den Aufenthalt in so erfreulicher Weise angenehm gestaltet haben, sondern auch dafür, daß sie es uns ermöglicht haben, hier an der Westgrenze des Reiches die wachsenden Fortschritte der sozialdemokratischen Organisation zu beobachten. Die Salzburger stehen auf einem exponierten Posten und wir müssen uns freuen, daß es ihnen gelungen ist, auf diesem Posten so prächtig zu wirken. Wer die Versammlung am Montag miterlebt hat, der wird überzeugt sein, daß auch hier in Salzburg der proletarische Gedanke eine gesicherte und eine herrliche Zukunft versprechende Stätte gefunden hat. Ich beantrage, den Salzburgern unseren Dank auszusprechen. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag wird mit Akklamation angenommen.

Pernerstorfer (Wien): Nicht um einen Antrag zu stellen, sondern um einen Appell an Sie zu richten, der bei Ihnen, die Sie lebendige Glieder des deutschen Volkes sind, begeisterten Widerhall finden wird, ergreife ich das Wort, um Sie zu erinnern, daß nächstes Jahr hundert Jahre verflossen sind, seit Schiller gestorben ist. Ich glaube, es ist in Ihrem Sinne, wenn wir uns heute schon vornehmen, das Andenken dieses Dichters, der dem Volke gehört und den wir alle ins Herz geschlossen haben, nach unserer Weise würdig zu feiern. (Beifall.)

Sever (Wien) drückt im Namen des Parteitages dem Präsidium für seine sorgsame und aufopfernde Geschäftsführung den Dank aus. (Beifall.)

Tomschik (Wien): Genossen, ich danke auch Ihnen im Namen des Präsidiums für die Unterstützung, die Sie uns angedeihen ließen. Der Parteitag ist zu Ende. Es wurden in Salzburg keine großen Aktionen beschlossen, aber wichtige Organisationsarbeit geleistet, die reiche Früchte tragen wird. „Mehr Organisation!" in diesen Ruf sind alle Debatten ausgeklungen und dieser Ruf wird Widerhall finden in den Massen. Der Salzburger Parteitag wird uns gewiß wieder einen Schritt weiter nach vorwärts bringen, und wenn bürgerliche Blätter in ihrer Dummheit von einer „Bankerotterklärung" gesprochen haben, so werden wir ihnen bald eine arge Enttäuschung bereiten. Noch einmal besten Dank unseren lieben Salzburgern und zum Schlusse ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie!

Begeistert stimmten die Delegierten in den Hochruf ein und dann brauste das „Lied der Arbeit" durch den Saal. Der Parteitag war zu Ende.

Begrüßungsschreiben und -Telegramme.

Von der sozialistischen Partei Italiens:

Werte Genossen!

Wir sagen euch den besten Dank für eure Einladung zum Kongreß in Salzburg. Es ist uns unmöglich, einen Delegierten nach Salzburg zu senden. Doch senden wir euch die Versicherung unserer herzlichsten internationalen Brüderlichkeit im Namen der ganzen sozialistischen Partei Italiens.

Vor allem euch, österreichischen Genossen, gilt der besondere brüderliche Gruß der italienischen Sozialdemokraten, die ihr mit uns das gemeinsame Interesse habt, gegen jene gewissenlosen Bestrebungen aufzutreten, die zwischen den beiden Reichen Haß und Zwietracht säen wollen, nur zu Nutz und Frommen des parasitischen Militarismus.

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Für die Parteileitung:

Enrico Ferri. Giovanni Lerda.

Die französische sozialistische Partei hat folgendes Schreiben gesendet:

Genossen!

Aus Anlaß des deutschen Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie sendet die französische sozialistische Partei allen Delegierten ihren brüderlichen revolutionären Gruß. Sie verfolgt seine Arbeiten und Debatten mit lebhafter Teilnahme und versichert euch, daß wir eines Herzens und Sinnes sind in dem Werke der Befreiung des internationalen Proletariats.

Für die französische sozialistische Partei:

Der Sekretär.

Das kämpfende russische Proletariat sendet den österreichischen Genossen brüderliche Grüße und Glückwünsche zu ihren Beratungen.

Für den Generalrat der sozialdemokratischen Partei Rußlands:

Axelrod.

Aus Graz kam folgendes Telegramm, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde:

Auf dem ersten Gange zur steirischen Landstube senden wir brüderliche Grüße und Wünsche auf gedeihliche Beratung zum Heile des Proletariats.

Resel, Schacherl.

Weitere Begrüßungen sind eingelangt:

Von unserem alten Friedrich Leßner aus London. Der südslavischen Sozialdemokratie in Triest. Für das Exekutivcomité der polnischen Sozialdemokratie — Daszynski und Bobrowski. Die organisierte arbeitende Jugend Oesterreichs. Bezirksorganisation Heida-Steinschönau. Genossen des Bezirkes Dux-Bilin. Deutsche und tschechische Genossen des Brüxer Bezirkes. Die organisierten Sensenarbeiter Oesterreichs. Lokalorganisation und Bezirksvertretung Karbitz. Mitzner, Bischofteinitz. Wondrak, München.

Sprechregister.

Präsenzliste.

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Abeles Siegfried	Turn	Lokalorganisation Turn
Abram Simon	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck und I. Tiroler Wahlkreis
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung
Auer Jakob	Salzburg-Maxglan	Redaktion „Der Bauarbeiter“
Ausobsky Alois	Graz	Bezirksorganisation Graz
Austerlitz Fritz	Wien	Industriegruppe der Handelsangest.
Bartel Heinrich	Falkenau a. E.	IV. böhmischer Wahlkreis (Eger)
Barth Josef	Gablonz a. N.	Redaktion „Gebirgsbote“
Behr Anton	Krumau	XVI. böhmischer Wahlkreis
Beer Heinrich	Wien	Parteikontrolle
Beutel Franz	Aussig	Bezirksorganisation Aussig
Boschek Anna	Wien	Parteivertretung
Bräuer Fr. Josef	Warnsdorf	Agitationsbezirk Warnsdorf
Bretschneider Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Brod Jakob	Wien	Redaktion des „Arbeiterschutz“
Brutar Franz	Lend	Bezirksorg. Pinzgau und Pongau
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Parteikontrolle
Damask Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Dametz Josef	Linz	Lokalorganisation Linz
David Anton	Wien	Redaktion „Volkstribüne“
Dietl Anton	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Domes Franz	Wien	Industriegruppe der Metallarbeiter
Dötsch Albin	Wernersreuth	Bezirksorganisati n Asch
Duda Adolf	Pottendorf	Bezirksorg. Pottendorf Hainburg
Eich Wilhelm	Villach	Bezirksorg. Villach und Spittal a. D.
Eldersch Matthias	Brünn	Reichsratsabgeordneter
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung u. Reichsratsabg.
Emmerling Georg	Wien	Redaktion „Arbeiter-Zeitung“
Ettinger Leopold	Waidhofen a. Y.	Bezirksorg. Waidhofen u. Amstetten
Fleming Franz	Mährisch Schönberg	Bezirksorg. Mährisch Schönberg
Frankl Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Freundlich Leo	Mährisch-Schönberg	Lokalorg. Mährisch-Schönberg
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	Bezirksorg. St. Pölten u. VI. niederösterreichischer Wahlkreis
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis
Grübl Karl	Neu-Hirschstetten	Bezirksorganisation Stadlau
Grünwald Julius	Wien	Redaktion „Einigkeit“
Hartl Georg	Ried	Bezirksorganisation Ried
Hackenberg Theodor	Gmünd	Bezirksorganisation Krems und VII. niederösterreichischer Wahlkreis
Häckel Anton	Tannwald	Industriegruppe der Glasarbeiter und Bezirk Tannwald
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsratsabgeordneter
Hanschka Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Hausmann Eduard	Neundorf-Kratzau	Bezirksorganisation Kratzau
Hillebrand Oswald	Turn bei Teplitz	V. böhm. Wahlk. u. Bezirksorg. Teplitz
Hiebel Franz	Reichenberg	Lokalorganisation Reichenberg
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission Oesterreichs
Hübel Ernst	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Kern Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis
Kiesewetter Wilhelm	Gablonz a. N.	Bezirksorganisation Gablonz
Koller Georg	Staab	III. böhmischer Wahlkreis
Korinek Alois	Mödling	Lokalorg. Mödling u. Perchtoldsdorf
Kütt Philipp	Wien	Preßkontrollkommission
Langer Robert	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Lippa Cilli	Wien	Frauenreichscomité

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Martinek Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Marcher Matthias	Lienz	II. Tiroler Wahlkreis
Muchitsch Vinzenz	Graz	Landesorganisation Steiermark
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mährischer Wahlkreis
Ortner Matthias	Wörgl	Bezirksorganisation Wörgl
Pernerstorfer Engelbert	Wien	Parteivertretung und Reichsratsabg.
Petersilka Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Piringer Franz	Neunkirchen	Bezirksorganisation Neunkirchen
Pohl Lotte	Wien	Frauenreichscomité
Polke Emil	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII und III. Wiener Wahlkreis
Popp Adelheid	Wien	Redaktion „Arbeiterinnen-Zeitung"
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Preußler Robert	Salzburg	Redaktion „Salzburger Wacht"
Rattey Hans	Salzburg	Bezirksorganisation Salzburg
Richter Karl	Wien	Industriegruppe der Holzarbeiter
Richter Paul	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter
Riehl Walter	Wiener-Neustadt	Lokalorganisation Wiener-Neustadt
Riese Arnold	Klagenfurt	Redaktion „Volkswille", Klagenfurt
Reitzner Adolf	Bodenbach	Bezirksorganisation Tetschen
Schäfer Anton	Reichenberg	Parteikontrolle
Schiller Karl	Reichenberg	VIII. böhmischer Wahlkreis
Schlesinger Therese	Wien	II. Wiener Wahlkreis
Schlinger Anton	Floridsdorf	Bezirksorganisation Floridsdorf und VIII. niederösterr. Wahlkreis
Schloßnikel Hieronymus	Sternberg	VI. mährischer Wahlkreis
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischer Wahlkreis
Schrattinger Franz	Dornbirn	Landesorganisation Vorarlberg
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung und Reichsratsabg.
Seitz Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	Parteikontrolle
Sever Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung
Sonnek Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Spielmann Julius	Linz	Parteikontrolle
Stark Karl	St. Veit a. T.	Bezirksorganisation St. Veit a. T.
Stockreiter Georg	Ebensee	Bezirksorganisation Goisern
Straßer Josef	Reichenberg	Redaktion „Freigeist"
Tomschik Josef	Wien	Parteivertr. u. Gruppe d. Eisenbahner
Tuller Ludwig	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Vogel Leopold	Wels	Bezirksorganisation Wels
Vollert Karl	Wien	V. Wiener Wahlkreis
Watzlik Josef	Hallein	Bezirksorganisation Hallein
Weixelberger Anton	Fürstenfeld	Bezirksorganisation Fürstenfeld
Widholz Laurenz	Wien	Parteikontr. u. Bezirksorg. Wien VI
Widlar Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Winarsky Leopold	Wien	Bezirksorg. Wien III u. II. Wahlkr.
Witzmann Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation II
Wolfik Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Zuschratter Johann	Jägerndorf	I. schlesischer Wahlkreis

Als Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
Georg v. Vollmar (München), Mitglied des deutschen Reichstages.
Für die tschechoslavische sozialdemokratische Parteiexekutive:
Anton Nemec (Prag).
Für die ungarische Sozialdemokratie:
Max Großmann (Budapest).

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Angenommene Anträge:

1 („Lebensmittelverteuerung" auf die Tagesordnung zu setzen). **5** (Resolution zur „Lebensmittelverteuerung", Seite 75). **9** (Einschaltung gewerkschaftlicher Artikel in der „Arbeiter-Zeitung", Seite 76). **13** (Erteilung des Absolutoriums). **14, 15** (Angelegenheiten Stark, Pechota, Jenischek). **16** (Sympathiekundgebung der italienischen Genossen). **17** (Vertrauensvotum der Fraktion). **18, 19** (Organisationsbestimmung über Kandidaturen). **20** (Beschwerden gegen die Parteivertretung). **23, 24** (Regelung des Ausschlusses aus der Partei). **25** (Regelung der Delegiertenwahl zum Parteitag). **29** (Absolutorium der „Arbeiter-Zeitung"). **30** (Delegierung der Preßkontrollkommission zu den Parteivertretungssitzungen). **32** (Inseratenaufnahme in Parteiblättern). **33** (Agitation für die Presse). **35** (Festsetzung der Gehalte der Angestellten der „Arbeiter-Zeitung" durch die Wiener Lokalorganisation, Preßkommission und Parteivertretung). **36** (Dienstpragmatik für die „Arbeiter-Zeitung"-Angestellten). **37, 38, 39** (Kommissionsbericht über die persönlichen Angelegenheiten). **45** (Resolution für Verfassungsrevision, Seite 81). **46** (Protest gegen das ungarische Willkürregime Tisza).

Der Parteivertretung wurden zugewiesen:

4 (Vertrauensmann für Vorarlberg). **7** (Ausgestaltung der Unterhaltungsbeilage der „Arbeiter-Zeitung"). **10** (Proportionalwahlrecht). **12** (Kommunalprogramm). **27** (Ergänzung des Organisationsstatuts). **31** (Verteilung von Agitationsbroschüren). **43** (Agitation gegen den Ausgleich). **47** (Personaleinkommensteuer). **48, 49** (Ort des nächsten Parteitages).

Der Fraktion zugewiesen:

11, 44.

Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

3, 8, 22, 34.

Durch Ablehnung anderer Anträge erledigt:

40, 41, 42.

Dem Gesamtparteitag zugewiesen:

2 (Diskussion über den Generalstreik).

Während der Debatte zurückgezogen:

6, 21.

Abgelehnte Anträge:

26, 39.

Sachregister.

„Vorwärts“ Swoboda & “- Wien VI.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten in Wien
vom 30. September
bis 4. Oktober 1907



Wien 1907

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18

Tagesordnung:

1. Konstituierung des Parteitages:
a) Wahl des Präsidiums;
b) Festsetzung der Geschäftsordnung und Tagesordnung;
c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte:
a) der Parteivertretung. Berichterstatter F. Skaret und Dr. W. Ellenbogen;
b) der Kontrolle. Berichterstatter Dr. L. Czech;
c) über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter E. Rieger.
3. Das neue Organisationsstatut der Partei. Berichterstatter F. Skaret.
4. Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament. Berichterstatter Dr. V. Adler.
5. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter Leopold Winarsky.
6. Die Wahl der Parteivertretung.
7. Parteipresse. Berichterstatter G. Emmerling.
8. Das Wahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen. Berichterstatter W. Eldersch.
9. Der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung. Berichterstatter Dr. B. Karpeles.
10. Eventuelles.

Einberufer des Parteitages:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Georg Emmerling, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Anton Schrammel, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret und Josef Tomschik aus Wien; Doktor Ludwig Czech (Brünn), Vinzenz Muchitsch (Graz), Robert Preußler (Salzburg), Anton Schäfer (Reichenberg), Julius Spielmann (Linz).

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Engelbert Pernerstorfer (Wien), Josef Tomschik (Wien), Anton Schäfer (Reichenberg).

Schriftführer:

Paul Richter (Wien), Dr. Ludwig Czech (Brünn), August Lindner (Graz), Kollinger (Linz).

Mandatsprüfungskommission:

Josef Dametz (Linz), Wilhelm Eich (Villach), Kalabus (Brünn), Schiller (Reichenberg), Franz Wolf (Wien).

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats

vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an **Arbeiterschutz** fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.
2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.
4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.
5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Organisationsstatut der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt.

§ 2. Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Berufsorganisation anzugehören. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Berufsorganisationen hingegen werden verpflichtet, der politischen Organisation der Partei anzugehören.

§ 3. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 4. Ein Parteigenosse darf keiner anderen politischen Partei angehören oder für sie tätig sein.

Gliederung der Parteiorganisation.

a) Lokalorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Organisation bilden die Lokalorganisationen. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteigenossen und -Genossinnen. Innerhalb der Lokalorganisationen ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

b) Bezirksorganisation.

§ 6. Die Lokalorganisationen schließen sich zu Bezirksorganisationen zusammen. Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Territorium sein, das entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird. In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

Die Bezirksorganisation ist überall, wo und sobald es möglich ist, auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Vereines durchzuführen.

c) Landesorganisation.

§ 7. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt. Diese Statuten dürfen mit den Parteistatuten nicht im Widerspruch stehen. Ihr Wortlaut ist der Reichsparteivertretung mitzuteilen. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

Parteibeiträge.

§ 8. Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat zwei Heller direkt an die Reichsparteivertretung als Reichsparteibeitrag abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Reichsparteivertretung beauftragt. Durch den direkten Beitrag an die Reichsparteivertretung wird der Parteibeitrag, welcher von den organisierten Genossen an die Landesparteivertretungen sowie Kreis- und Bezirksorganisation geleistet wird, nicht berührt.

§ 9. Die Festsetzung der Beiträge für die Lokalorganisation sowie der prozentuellen Abgaben hiervon an die Bezirks-, Kreis-, respektive Landesorganisationen ist den Bezirks-, Kreis- oder Landeskonferenzen überlassen, doch soll der Beitrag in der Regel mindestens 20 H. monatlich betragen. Jedem Parteigenossen sind die von ihm

geleisteten Beiträge auf einer Legitimationskarte, die zugleich als Parteilegitimation zu dienen hat, zu bestätigen.

Vertrauenspersonen.

§ 10. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen den Lokalvertrauensmann. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß oder die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Bezirks- sowie des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch die Landeskonferenz bestimmt. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind der Reichsparteivertretung sofort mitzuteilen.

§ 11. Der Bezirksvertrauensmann ist verpflichtet, alljährlich an die Reichsparteivertretung über die Tätigkeit der Bezirksorganisation Bericht zu erstatten. Der Bericht hat den Zeitraum vom 1. Juli bis Ende Juni zu umfassen und soll enthalten: die Zahl der im Agitationsbereich organisierten Parteigenossen und -Genossinnen, die Zahl der Lokalorganisationen sowie politischen Vereine, Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, Berichte über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

In derselben Weise haben alljährlich in Bezug auf ihre Tätigkeit die Kreisvertrauensmänner und die Landesparteivertretungen Bericht zu erstatten.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 12. An allen Orten, wo dies irgendwo möglich ist, sind im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisation des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind nicht nur dem Parteisekretariat, sondern auch dem Frauenreichskomitee mitzuteilen, welches sie mit Rat und Tat zu unterstützen hat.

Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, gewählt. Für die Art der Durchführung der Wahlen sind die von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen maßgebend.

Jugendorganisation.

§ 13. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall, wo es die Verhältnisse zulassen, sollen zu diesem Zwecke eigene Jugendorganisationen gegründet werden.

Parteitag.

§ 14. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der in den Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen organisierten Parteigenossen. Mehr als zwei Delegierte können von keiner dieser Körperschaften geschickt werden. Bezirks- oder Kreisorganisationen, wo eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer den männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu senden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen.
2. Die Mitglieder der Parteivertretung und der Parteikontrolle.
3. Die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten.
4. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen.
5. Je ein Delegierter der Partei- und Fachblätter, jedoch nur mit beratender Stimme.

§ 15. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 16. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich findet regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt und wird von der Reichsparteivertretung einberufen.

Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 17. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt, so hat die Reichsparteivertretung mit der Parteikontrolle die Bestimmung vorzunehmen.

§ 18. Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termin der Abhaltung durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Der Parteibericht muß längstens 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen zum Parteitag sind vor dem Parteitag an die Reichsparteivertretung einzusenden und vor dem Stattfinden des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Dasselbe gilt auch für die Anträge der Reichsparteivertretung.

§ 19. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die politische und geschäftliche Tätigkeit der Reichsparteivertretung, der Parteikontrolle und die parlamentarische Tätigkeit der Reichsratsabgeordneten.

2. Bestimmung des Ortes, an dem die Reichsparteivertretung ihren Sitz hat.

3. Die Wahl der Reichsparteivertretung und der Parteikontrolle.

4. Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Reichsparteivertretung und Kontrolle.

§ 20. Der Parteitag wählt die aus 20 Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der engere Ausschuß seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode die Funktion als Kontrollore am Sitze des engeren Ausschusses ausübten, sind in der nächsten Periode als Kontrollore nicht wieder wählbar.

Die Wahl der Reichsparteivertretung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgang nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach der Wahl hat die Reichsparteivertretung ihre Konstituierung vorzunehmen und das Ergebnis im Zentralorgan der Partei bekanntzugeben.

§ 21. Die Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte und verfügt über die Parteigelder.

Sie kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung jederzeit teilnehmen.

Die Reichsparteivertretung tritt in der Regel vierteljährlich einmal zusammen und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Der Chefredakteur und der Administrator des Zentralorgans haben das Recht, an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Jedem Parteitag hat die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitag beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

§ 22. Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Reichsparteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen. Die Adresse des Obmannes der Parteikontrolle ist im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Reichskonferenz.

§ 23. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Kreis- und Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung“. Sie untersteht der Parteivertretung. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung“. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung sind in der „Arbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

Parteipresse.

§ 25. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn streng darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden, und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen erfolgen. In jenen Ländern, die keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landes- die Reichsparteivertretung.

Kandidaturen.

§ 26. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesparteivertretung, wo diese fehlt, von der Kreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Vertrauensmänner der Wahlbezirke vorzunehmen, und zwar nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke.

Die endgültige Entscheidung über die Reichsratskandidaturen vor allgemeinen Neuwahlen erfolgt für die Reichsratswahlen durch eine Reichskonferenz.

Ausschluß aus der Partei.

§ 27. Ueber den Ausschluß aus der Partei im Sinne der §§ 3 und 4 entscheidet ein von der Reichsparteivertretung zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation nominiert, die den Ausschluß beantragt, die andere Hälfte von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt die Reichsparteivertretung; derselbe hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Partei gelten und dem davon Betroffenen steht das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Partei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Unterläßt es ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Tage der Verständigung an innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, oder verzichtet er ausdrücklich auf die Einsetzung des Schiedsgerichtes, so gilt er ohneweiters als ausgeschlossen.

Abänderung der Organisation.

§ 28. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation müssen vier Wochen vor Abhaltung des Parteitages der Reichsparteivertretung mitgeteilt werden. Die Parteivertretung hat die Pflicht, diese Anträge mindestens 14 Tage vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der auf einem Parteitag anwesenden Vertreter sich dafür entscheiden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich an den Parteitag 1907.

Ueber zwei Jahre schwerer Kämpfe, über zwei Jahre gewaltiger Siege haben wir dem Parteitag zu berichten.

Als der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie im Oktober 1905 zum letztenmal die Vertrauensmänner des österreichischen Proletariats in Wien vereinigte, entfachte die Nachricht von dem ersten großen Siege der russischen Revolution die glimmende Kampflust der österreichischen Arbeiterschaft zu hochlodernder Flamme. In dieser weltgeschichtlichen Stunde beschlossen Oesterreichs Arbeiter, nun auch auf ihrem Boden einen mutigen Schritt im Kampfe für die Befreiung des Proletariats zu wagen. Der Parteitag gab das Signal zum Kampfe für das gleiche Wahlrecht; er forderte die Arbeiter auf, den politischen Massenstreik vorzubereiten, damit diese furchtbare Waffe die herrschenden Klassen zwinge, die politische Rechtsgleichheit zu verwirklichen.

Schon während der Tagung des Parteitages erschienen die Arbeiter Wiens auf der Straße, um, jubelnd über den Sieg der russischen Brüder, ihr volles Bürgerrecht zu fordern. Das Manifest, das der Parteitag beschlossen, rief die Arbeiter aller Städte, aller Industriegebiete zu den Waffen und überall folgte die Arbeiterschaft dem Rufe ihrer Vertrauensmänner. Vergebens versuchten es die Herrschenden, die Arbeiterschaft mit brutaler Gewalt einzuschüchtern. Auf das Blutbad in der Babenbergerstraße am 2. November antworteten die Arbeiter Wiens mit der gewaltigen Demonstration am 5. November; die rote Fahne des Proletariats flatterte zum erstenmal von den Masten des Parlamentsgebäudes. Und gleichzeitig erhob sich auch das Proletariat in der Provinz. Unsere tschechischen und südslawischen, polnischen und ruthenischen, italienischen und rumänischen Genossen kämpften Schulter an Schulter mit dem deutschen Proletariat. Die Bewegung, die die Schlagfertigkeit, aber auch die selbstauferlegte freiwillige Disziplin des proletarischen Heeres den erschreckten Gegnern so anschaulich bewies, erreichte ihren Höhepunkt in der gewaltigen Kundgebung des Volkswillens am 28. November. In ganz Oesterreich ruhte an diesem Tage die Arbeit. Ueberall zogen die Arbeiter mit ihren roten Fahnen auf die Straße, ihr politisches Recht zu fordern. In Wien zogen 250.000 arbeitende Männer und Frauen schweigend an dem Hause vorbei, in dem die Vertreter der Privilegierten allein den Völkern Oesterreichs ihre Gesetze auferlegt. Volle vier Stunden währte der Zug — die gewaltigste Demonstration, die Europa je gesehen.

Mit welcher Leidenschaft der Kampf um das gleiche Wahlrecht das Bewußtsein der Arbeiterklasse erfüllte, erwies sich auch in den wirtschaftlichen Kämpfen des Proletariats. Die passive Resistenz der Eisenbahner, ursprünglich ein rein wirtschaftlicher Kampf, gewann in der von den Leidenschaften der politischen Kämpfe getränkten Atmosphäre auch politische Bedeutung; neben den wirtschaftlichen Forderungen der gequälten Lohnsklaven der Eisenbahnen erschien auch das gleiche Stimmrecht als unabweisbares Verlangen der kämpfenden Arbeiterschaft.

Die Herrschenden wagten es nicht mehr, dem arbeitenden Volke sein Recht zu verweigern. Als die Arbeiter Wiens und Prags die Demonstration vom 5. November ankündigten, suchte die Regierung die erregte Stimmung zu beruhigen, indem sie am 10. November in der „Wiener Abendpost“ sich bereit erklärte, dem Parlament eine Wahlreformvorlage zu unterbreiten. Und als am 28. November Hunderttausende in allen Gauen Oesterreichs ihre Entschlossenheit bekundeten, sich das gleiche Recht zu erkämpfen, koste es, was es wolle, bekannte sich der Ministerpräsident Gautsch in einer eindrucksvollen Rede im Abgeordnetenhause zu der Erkenntnis, daß die Forderung, unsere Verfassung auf eine breitere, volkstümlichere Grundlage zu stellen, nicht länger abgewiesen werden könne.

Nach langen Vorarbeiten, die die Geduld der Arbeiter auf eine harte Probe stellten, wurde der Entwurf des neuen Wahlgesetzes und der neuen Wahlordnung am 23. Februar 1906 dem Abgeordnetenhause vorgelegt. Aber nun erst begann im Parlament, in der Presse, in Versammlungen und auf der Straße der schwerste Kampf. Die Volksfeinde aller Farben und aller Richtungen verschworen sich gegen das große Werk der Verfassungsreform. Mit Herrenhäuslern und liberalen Großgrundbesitzern, mit den böhmischen Feudalen und der polnischen Schlachta verbanden sich deutschbürgerliche Volksfeinde vom Schlage der Kaiser und Pergelt, wahnwitzige Demagogen wie Schönerer und Stein, die wohl wußten, daß das gleiche Recht die morschen Grundlagen ihres politischen Daseins mit einem Schlage zertrümmern werde. Gefährlicher noch als die offenen Volksfeinde waren die heuchlerischen Freunde des gleichen Rechtes, die — wie die Freialldeutschen — sich mit leeren Worten zu dem großen Gedanken des gleichen Bürgerrechtes bekannten und doch die Vollendung der Reform arglistig zu verhindern sich mühten, indem sie sie mit der Frage der Sonderstellung Galiziens zu verquicken suchten oder ihre Zustimmung an die unerfüllbare Bedingung knüpften, daß der deutsch-romanischen Minderheit der Bevölkerung die Mehrheit der Abgeordneten gesichert werde. Als das Ministerium Gautsch den Wahlrechtsfeinden zum Opfer fiel, bekundete die Arbeiterschaft am ersten Mai neuerlich ihre Entschlossenheit zum Kampfe; niemals seit der historischen ersten Feier des Maitages war die Arbeitsruhe vollkommener durchgeführt als an diesem dem Wahlrechtskampfe geweihten Festtage der Arbeit. Das Ministerium Hohenlohe, das an diesem Tage sein Amt antrat, erlag einer Intrige der magyarischen Adelsclique, die in Ungarn ihren Waffenstillstand mit der Krone geschlossen hatte. Das Ministerium Beck vereinigte die Vertreter des deutschen, tschechischen und polnischen Bürgertums im Rate der Krone; die parlamentarische Regierung erschien als Vorfrucht des gleichen Stimmrechtes. Aber trotz alledem ward im Wahlreformausschusse des Abgeordnetenhauses die kostbare Zeit vergeudet. Zweieinhalb Monate wurde im Ausschusse geredet, ohne daß es auch nur zu einer einzigen Abstimmung kam. Die schleichende Obstruktion der Wahlrechtsfeinde sollte das Reformwerk töten.

Da holte die Arbeiterklasse zum entscheidenden Schlage aus. Am 10. Juni 1906 veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ folgenden Aufruf:

Parteigenossen, Arbeiter, Arbeiterinnen in ganz Oesterreich!

Das Werk der Wahlreform wird im Wahlreformausschuß aufgehalten durch eine schleichende, aber nicht minder deutliche Obstruktion. Die Wahlrechtsfeinde wollen nicht, daß der Ausschuß arbeitet. Man scheint zu glauben, daß die Arbeiter sich damit abgefunden haben, die Vereitelung der Wahlreform ruhig, geduldig und ohne Kampf über sich ergehen zu lassen. Es wird immer wahrscheinlicher, daß wir genötigt sein werden, zu beweisen, daß das Gegenteil wahr ist.

Arbeiter, ihr könnt darüber beruhigt sein, daß eure Vertrauensmänner die Augen offen haben und euch nicht den richtigen Zeitpunkt verpassen lassen werden. Leider scheint es, daß es ohne große Opfer nicht abgehen wird. Sie möglichst zu vermindern, ist eine unserer wichtigsten Pflichten. Darum hat die Parteivertretung beschlossen, zunächst ein Warnungssignal zu geben, nur im äußersten Notfall den allgemeinen Massenstreik anzuordnen.

Darum wird — falls die Dinge weitergehen wie bisher — in den allernächsten Wochen eine

dreitägige Arbeitsruhe in Wien
und nur in Wien

eintreten. Wien ist das Zentrum, ihm obliegt die Ehre und die Pflicht, voranzugehen.

An die Arbeiter aller Gewerbe in allen Ländern außerhalb Wiens ergeht hiermit die Mahnung, sich, mag in Wien was immer geschehen, unter gar keinen Umständen in einen Massenstreik einzulassen, bevor die kompetenten Instanzen dazu das Zeichen gegeben haben.

Dieses erste — und letzte — Warnungssignal soll

ausschließlich von der Wiener Arbeiterschaft

besorgt werden.

Wenn die Herren im Wahlreformausschuß zu arbeiten sich weigern, um das Recht des Volkes zu vereiteln, so werden die Arbeiter die Arbeit stehen lassen, um das Recht des Volkes zu erobern. Wir werden sehen, wer es länger aushält.

Die Zeit des Wiener Streiks und alles nähere wird rechtzeitig kundgemacht werden. Diese heutige, vorläufige Veröffentlichung soll hauptsächlich dazu dienen, den Genossen in allen Provinzen klarzumachen, daß sie sich während des Wiener Streiks ruhig zu halten haben und daß sie mit strengster Disziplin daran festhalten müssen, daß außerhalb Wiens vorläufig weitergearbeitet werden wird.

Parteigenossen allerorts, zügelt eure Ungeduld und wartet ruhig, bis die Reihe an euch kommt! Den Arbeitern Wiens brauchen wir heute kein Wort der Ueberredung zu sagen: Sie werden freudig das Opfer ihrer halben Arbeitswoche bringen und ihre Kampfpflicht in vollem Maße erfüllen, dessen sind wir gewiß!

Die Arbeiter Oesterreichs werden sich durch schmutzige Intrigen nicht um ihr Recht betrügen lassen. Mag die Krone es dulden, daß eine kleine Bande von Junkern, Advokaten und Lumpenproletariern ihren Willen, der diesmal mit dem Willen und dem Rechte des Volkes eins ist, mißachtet, mag die Regierung zusehen, daß ihre schönen Reden und Beteuerungen verhöhnt werden, die Arbeiter werden sich dem Privilegiengesindel nicht beugen und werden für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kämpfen mit allen Mitteln und bis zum äußersten!

Genossen, ihr wißt nun, was wir zunächst von euch erwarten; tut eure Pflicht!

Wien, 9. Juni.

Ferdinand Skaret Anton Němec Ignaz Daszynski
für die Gesamtexekutive der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Anton Hueber
Gewerkschaftssekretär.

E. Pernerstorfer
Obmann des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Am folgenden Tage schon haben die Wiener Arbeiter in zehn überfüllten Massenversammlungen in leidenschaftlicher Erregung beschlossen, den dreitägigen Massenstreik ungesäumt vorzubereiten.

Am 14. Juni tagte im Buchdruckerhause in Wien eine von der Gesamtparteivertretung einberufene Konferenz, in der die Vertreter aller politischen Landesorganisationen und aller großen gewerkschaftlichen Verbände folgenden Beschluß faßten:

Die Konferenz erklärt sich einverstanden mit dem von der Gesamtexekutive und der Fraktion am 10. d. M. veröffentlichten Manifest, erklärt sich also einverstanden mit der unmittelbaren Ankündigung des Massenstreiks, respektive einer eventuell vorausgehenden dreitägigen Arbeitsruhe in Wien.

Die Konferenz fordert die organisierte Arbeiterschaft aller Branchen in ganz Oesterreich auf, **unverzüglich** daranzugehen, die letzten Vorbereitungen für den Massenstreik in möglichst großem Umfang zu treffen.

Die Vollmacht, die nötigen Anordnungen für den Massenstreik zu treffen und sofort, wenn es notwendig ist, die Parole zu seinem Beginn auszugeben, wird einem aus Mitgliedern der Parteivertretung, Gewerkschaftskommission und Fraktion bestehenden Zentralkomitee in Wien übertragen.

Die Leitung in jedem einzelnen Lande wird in der Hand eines einzigen, ebenso zusammengesetzten Landeskomitees vereinigt, das sich unmittelbar mit den Lokalkomitees in Verbindung zu setzen hat.

Die Konferenz legt dem Zentralkomitee die volle Verantwortung dafür auf, daß der richtige Zeitpunkt nicht versäumt und daß der Massenstreik trotz aller damit verbundenen Opfer proklamiert wird, sobald eine das Zustandekommen des Gesetzes ernstlich bedrohende Stockung in der parlamentarischen Behandlung eintreten sollte.

Am 17. Juni bestätigten die Arbeiter Wiens in einer ungeheuren Massenversammlung in der Volkshalle und auf dem großen Platze vor dem Rathaus den Beschluß ihrer Vertrauensmänner. Zahllose Branchenversammlungen in allen Teilen des Reiches stimmten begeistert der Parole zu, den Widerstand der Wahlrechtsfeinde mittelst des Massenstreiks zu brechen. Die Lokalkomitees, die den Massenstreik vorbereiten sollten, wurden überall von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gewählt. In Wien, das ausersehen war, den ersten Schlag zu tun, wurden alle Einzelheiten — Branche für Branche — sorgfältig beraten. Das Proletariat war gerüstet. Ungeduldig, aber mit musterhafter Disziplin erwarteten die Massen das Zeichen zum Entscheidungskampf.

Dieser Entschlossenheit haben sich die Wahlrechtsfeinde schließlich zähneknirschend gebeugt. Wohl traf die Regierung militärische Vorbereitungen, um beim Ausbruch des Streiks die Straßen und Bahnhöfe, die Fabriken und die öffentlichen Gebäude sofort militärisch besetzen zu lassen. Wohl hielten sich die Truppen der niederösterreichischen Landstädte bereit, bei Ausbruch des Massenstreiks sofort nach Wien abzumarschieren. Wohl zeterten die Wahlrechtsfeinde über den „Terrorismus" der Arbeiterschaft. Aber die Feinde des Volksrechtes wagten es nicht mehr, sich dem unbeugsamen Willen der Arbeiterklasse zu widersetzen, deren eiserne Faust sie schon im Nacken fühlten. Am 10. Juni ward die Parole zum Massenstreik ausgegeben — am 12. Juni wurde im Wahlreformausschuß zum erstenmal abgestimmt, die Wahlkreiseinteilung für ein Kronland beschlossen. Bis zum 20. Juli wurde der entscheidende § 6 des Wahlgesetzes beschlossen, die Verteilung der Mandate auf die Nationen festgestellt. Damit war die größte Schwierigkeit überwunden: die Feindschaft gegen das gleiche Recht konnte sich nun nicht mehr hinter den „nationalen" Scheinargumenten verbergen.

Die Wahlreformfeinde mußten sich nun offen als Gegner des gleichen Rechtes, als Beschützer des Privilegs der Besitzenden bekennen. Der Klerikale Tollinger brachte einen Antrag ein, der die Wahlreform durch ein schändliches Pluralwahlrecht entwerten und verfälschen sollte. Nach harten Kämpfen im Parlament gelang es, den volksfeindlichen Anschlag abzuwehren. Am 4. Oktober 1906 wurde das Mehrstimmenrecht im Wahlreformausschusse abgelehnt. Noch einmal suchten die Gegner das große Werk zu Falle zu bringen, indem sie den Schutz der Wahlkreiseinteilung durch die qualifizierte Mehrheit zum nationalen Kampfobjekt machten. Vergebens! Am 25. Oktober wurde der letzte Paragraph der Reform vom Ausschusse angenommen. Der Gedanke des gleichen Rechtes erwies sich unüberwindlich; die schnelle Beendigung der großen Reform erschien nun auch den großen bürgerlichen Parteien als unabweisbares Gebot ihres politischen Daseins. Am 5. November begann die Beratung der Wahlreformentwürfe im Plenum des Abgeordnetenhauses, am 21. November wurde der Pluralitätsantrag Tollinger auch im Plenum des Hauses abgelehnt, am 1. Dezember hat das Abgeordnetenhaus die beiden Wahlreformgesetze in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben. Aber in letzter Stunde versuchten es die Volksfeinde noch einmal, das arbeitende Volk um sein schwer errungenes Recht zu betrügen. Am 11. Dezember wurde das Pluralwahlrecht von der Spezialkommission

des Herrenhauses beschlossen. Schon schien es, als müßte die Arbeiterklasse den Kampf um das gleiche Recht noch einmal aufnehmen. Am 14. Dezember traten in Wien die Gesamtexekutive und der Sozialdemokratische Verband zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, die folgenden Beschluß faßte:

„Die Vertrauensmänner der politischen Organisationen und gewerkschaftlichen Verbände werden aufgefordert, sich sofort bereitzumachen, um unmittelbar nach der Abstimmung im Herrenhause, wenn nötig, zu einer außerordentlichen Reichskonferenz in Wien zusammenzutreten und die zur Durchführung des neuen Wahlrechtskampfes notwendigen Beschlüsse zu fassen. Zugleich tritt der seit Mai dieses Jahres bestehende Generalausschuß wieder in Funktion."

Wiederum war die Arbeiterklasse zum äußersten Kampfe gerüstet. In dieser Stunde gelang es der Regierung, dem Herrenhause die Zustimmung zur Wahlreform durch das Zugeständnis des numerus clausus abzukaufen. Am 21. Dezember wurde das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht vom Herrenhause beschlossen. Am 20. Jänner 1907 hielt das Privilegienparlament seine letzte Sitzung.

Niemand von uns verkennt die Mängel des neuen Wahlrechtes. Im Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht, in der hohen Altersgrenze, in der Seßhaftigkeitsklausel, in der schamlosen Wahlgeometrie, in der Schwächung der Arbeiterklasse durch die Einführung des Nationalkatasters in Mähren, in der fragwürdigen Wahlpflicht — in allen diesen Mängeln spiegelt sich die Tatsache wider, daß die große Reform eben von einem halb feudalen, halb bürgerlichen Parlament, von erbitterten Gegnern der Arbeiterklasse beschlossen werden mußte. Aber trotz alledem ist das Proletariat durch die Wahlreform zu einer gewaltigen politischen Macht geworden. Diese Macht im Dienste der Arbeiterklasse zu nützen, war unsere nächste Aufgabe. Der Wahlrechtskampf war vorüber; mit Feuereifer stürzten sich die Genossen in den Wahlkampf.

Die schweren Kämpfe des Jahres 1906 machten es uns unmöglich, den deutschen Parteitag einzuberufen, der nach unserem Organisationsstatut in diesem Jahre hätte tagen sollen. Wir mußten uns mit der Einberufung einer Reichskonferenz begnügen, die am 27. und 28. Jänner 1907 in Wien zusammentrat und die organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf traf.

Die Reichskonferenz beschloß, in allen deutschen Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen. Dieser Beschluß wurde überall, außer in zwei Tiroler Landgemeindenbezirken, in denen keine organisierten Genosse leben, durchgeführt.

Mit der Eroberung des gleichen Stimmrechtes begann ein neuer Abschnitt in Oesterreichs Geschichte. So stand denn keine Einzelforderung auf der Tagesordnung der politischen Oeffentlichkeit, als wir in den Wahlkampf traten. Desto leichter konnten wir den Wahlkampf dazu benützen, um unser ganzes Programm den Wählermassen zu enthüllen. Keine Forderung unseres Parteiprogramms blieb in diesem Wahlkampfe unbesprochen. So haben wir das große Werk der Erziehung der proletarischen Massen zum Klassenbewußtsein, zu sozialistischer Erkenntnis und zu sozialistischem Wollen im Wahlkampfe wirksam gefördert. Vor allem aber haben wir unsere Waffen gegen den Klassenstaat gerichtet, der von den arbeitenden Massen so furchtbare Opfer fordert und unsere Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen hungern läßt, gegen den Militarismus, der unseren Söhnen drei Jahre ihres Lebens raubt, gegen den agrarischen Lebensmittelwucher und die klerikale Volksverdummung, gegen die tückischen Anschläge auf das Koalitionsrecht, das wichtigste und unentbehrlichste Recht der kämpfenden Arbeiterschaft. So wirksam war unsere Kritik, daß auch die bürgerlichen Parteien sich gezwungen sahen, die demokratische Umgestaltung des Staates, die nationale Autonomie, die dringendsten sozialen Reformen zu fordern, wenn sie unseren scharfen Waffen nicht erliegen wollten. Daß die bürgerlichen Parteien mit uns in

Wettbewerb treten und die Erfüllung der wichtigsten Tagesforderungen der Arbeiterschaft den Wählermassen versprechen mußten, ist nicht der geringste Erfolg unseres Kampfes.

Zahllose Flugblätter, Wahlzeitungen, Versammlungsreden trugen die Gedanken des Sozialismus in die Reihen der Massen. Im Auftrage des Zentralkomitees wurden in Wien Flugblätter in einer Auflage von 2,500.000 Exemplaren gedruckt und im ganzen Reiche verbreitet. Weit größer war die Auflage jener Flugblätter, die im Auftrage der einzelnen Wahlkreisorganisationen hergestellt und verbreitet wurden. Die niederösterreichische Landesparteivertretung hat sieben Nummern der Wahlzeitung „Ratgeber für Reichsratswähler" in einer Gesamtauflage von mehr als 2,000.000 Exemplaren verbreitet. Tausende von Arbeitern opferten die Ruhe des Feierabends, den Schlaf ihrer Nächte jener unscheinbaren Kleinarbeit, die die Bedingungen unseres Sieges schuf. Vergebens versuchten es die Gegner, die aufkeimende Saat sozialer Erkenntnis in einem Meer von Lügen und Verleumdungen zu ertränken. Die industrielle Arbeiterschaft bekannte sich im ganzen Reiche freudig zur Sozialdemokratie. Breite Schichten der Angestellten, der öffentlichen Beamten und Diener haben sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, zu der großen Armee des Proletariats gehören. Die Stimmenzahlen, die wir in den ländlichen Wahlbezirken erlangten, haben bewiesen, daß der Sozialismus sich schon den Weg zu Tausenden von Landarbeitern, Kleinbauern und Häuslern zu bahnen wußte. Und auch in einzelnen Schichten des kapitalshörigen Kleinbürgertums, das in Oesterreich stets das Opfer der sozialen und nationalen Demagogie, die Stütze der politischen Reaktion gewesen ist, fanden wir diesmal Gehör.

So blieben die Tücken der Gegner fruchtlos. Vergebens suchten die Unternehmer in vielen Teilen Oesterreichs der Arbeiterschaft die Freiheit der Wahl durch schamlosen Terrorismus zu verkümmern. Vergebens haben die Bürgermeister und Gemeindevorsteher ihre Amtsgewalt zur Unterstützung der bürgerlichen Parteien mißbraucht. Die siegende Gewalt des sozialdemokratischen Gedankens, die Opferwilligkeit und Begeisterung der Arbeiterschaft, die Kraft unserer Organisationen fesselten den Sieg an unsere Fahnen.

Am 14. Mai 1907, dem Tage der Hauptwahl, bekannten sich in den deutschen Wahlbezirken 511.590 wahlberechtigte Männer zur Sozialdemokratie. 34 deutsche Sozialdemokraten wurden an diesem Tag gewählt, in 54 Wahlbezirken kamen die Wahlwerber der deutschen Sozialdemokratie in die Stichwahl.

Die Genossen aller Kronländer hatten an diesem gewaltigen Wahlsieg ihren Teil. Unsere Wahlerfolge verteilten sich auf die einzelnen Kronländer in folgender Weise:

	Stimmenzahl	Gewählte Abgeordnete	Stichwahlen
Niederösterreich	180.952	12	8
Oberösterreich	21.568	1	2
Salzburg	7.564	—	1
Steiermark	44.763	5	2
Kärnten	11.920	1	1
Tirol	7.793		2
Vorarlberg	1.998	—	—
Böhmen	166.913	12	24
Mähren	43.308	2	7
Schlesien	21.509	1	6
Bukowina	3.302	—	1
Zusammen	511.590	34	54

Dieser Erfolg war um so bedeutsamer, als auch die Sozialdemokratie der anderen Nationen am 14. Mai einen herrlichen Wahlsieg erfochten hatte. Insgesamt wurden an diesem Tage 58 Sozialdemokraten gewählt; 113 sozialdemokratische Wahlwerber kamen in die Stichwahl. 995.937 österreichische Wähler bekannten sich bei der Hauptwahl zur Sozialdemokratie.

Am Tage nach der Wahl trat die Parteivertretung zusammen und gab den Genossen für die Stichwahlen folgende Weisung:

Wir werden in erster Linie überall, wo wir können, gegen den Klerikalen, gegen den Christlichsozialen entscheiden, ganz gleichgültig, welche Parteibezeichnung sein Gegner trägt. Der Schwarze ist für uns in allen Fällen das größere Uebel. Wir werden weiter, wo zwischen bürgerlichen Parteien zu entscheiden ist, gegen die agrarischen Parteien stimmen, auch wo die Brotverteuerer in freialldeutscher Maske auftreten, und werden die Reste der alldeutschen Partei beseitigen helfen.

Diese Grundsätze stellen wir ohne jede Rücksicht auf Gegenleistung auf und werden überall frei und selbständig so vorgehen, wie es uns nach unserer Ueberzeugung die proletarischen und freiheitlichen Interessen vorschreiben; wir werden es unseren Gegnern, die sich als bürgerlich-freisinnige Parteien bezeichnen, ruhig überlassen, welche Haltung sie dort, wo wir Sozialdemokraten in Stichwahl stehen, mit ihrem politischen Gewissen vereinbaren können.

Mit musterhafter Disziplin wurde diese Wahlparole im ganzen Reiche befolgt. 16 deutsche sozialdemokratische Abgeordnete wurden am 23. Mai gewählt, und zwar:

in Niederösterreich	4
„ Oberösterreich	2
„ Steiermark	1
„ Kärnten	1
„ Tirol	1
„ Böhmen	4
„ Mähren	1
„ Schlesien	1
„ der Bukowina	1
Zusammen	16

Insgesamt wurden 87 sozialdemokratische Abgeordnete, darunter 50 deutsche Sozialdemokraten, gewählt.

In 22 deutschen Wahlbezirken hatten wir zwischen deutschbürgerlichen und klerikalen Kandidaten zu entscheiden; es ist uns gelungen, in 19 Wahlbezirken die Klerikalen zu Falle zu bringen.

So haben unsere Siege am Stichwahltage den Erfolg gekrönt, den uns der 14. Mai gebracht, obwohl die Regierung sich alle Mühe gab, die bürgerlichen Parteien gegen uns zu vereinigen, obwohl sich Klerikale mit „Los-von-Rom-Hetzern", schwarz-gelbe Patrioten mit alldeutschen „Hochverrätern" gegen uns verbündeten.

Genosse Hans Resel, der sowohl im 4. als auch im 9. steirischen Wahlbezirk gewählt worden war, legte das Mandat des 4. Wahlbezirkes nieder. An seiner Stelle wurde Genosse Karl Höger gewählt.

* * *

Aber nicht nur in den großen Kämpfen, die das ganze Reich erschütterten, sondern auch in zahlreichen lokalen Kämpfen hat die deutsche Arbeiterschaft in Oesterreich ihre Kraft bewährt.

Noch vor Beginn des Wahlrechtskampfes hat die Reichsratsnachwahl im 8. böhmischen Wahlkreis der V. Kurie bewiesen, daß die Arbeiterschaft des industriellen Nordböhmen mit unerschütterlicher Treue sich zur Sozialdemokratie bekennt. Genosse Josef Hannich hatte das Mandat dieses Wahlkreises krankheitshalber niedergelegt; an seiner Stelle wurde Genosse Dr. Viktor Adler am 18. Oktober 1905 mit 30.096 Stimmen gegen 13.881 alldeutsche und 4800 christlichsoziale Stimmen gewählt.

In Mähren fiel der Kampf um das Landtagswahlrecht mit den Kämpfen um das allgemeine Wahlrecht für den Reichsrat zusammen. Brünn glich einem Heerlager, als die volksfeindliche Landtagswahlreform angenommen wurde, die die Arbeiterschaft mit dem Bettel einer V. Kurie abspeist. Trotzdem hat die mährische Arbeiterschaft selbst dieses dürftige Recht auszunützen verstanden.

Am 11. November 1906 fanden die ersten Landtagswahlen in der neuen allgemeinen Kurie statt. Die deutschen Sozialdemokraten erhielten 35.332 Stimmen; von den sechs deutschen Wahlbezirken wurde einer von Genossen Eldersch erobert, in zwei Wahlkreisen kamen unsere Kandidaten in die Stichwahl. Die tschechischen Genossen erhielten 68.000 Stimmen; zwei tschechische Mandate wurden in der Hauptwahl erobert, acht Kandidaten der tschechischen Sozialdemokratie kamen in die Strchwahl, drei von ihnen wurden am 18. November gewählt.

Bei den Gemeinderatswahlen erzielten wir in vielen Orten im vierten und dritten Wahlkörper große Erfolge. In Wien haben wir bei den Wahlen im vierten Wahlkörper am 9. Mai 1906 trotz der Beschränkung des Wahlrechtes durch das Erfordernis dreijähriger Seßhaftigkeit, die drei Mandate, die wir in den Jahren 1897 und 1905 erobert hatten, behauptet und vier neue Mandate erobert. Unsere Stimmenzahl ist seit 1897 von 61.726 auf 97.094 gestiegen. In Linz hatten die Wähler des vierten Wahlkörpers am 8. April 1907 4 Mandate zu besetzen; unsere 4. Kandidaten kamen in die Stichwahl und wurden am 11. April mit großer Mehrheit gewählt. Wir haben hier 3 Mandate behauptet und ein neues Mandat erobert. In Graz sind die 16 Mandate des dritten Wahlkörpers in unserem Besitz; bei den Wahlen am 14. November 1905 haben wir zu den 14 Mandaten, die wie bereits besaßen, 2 weitere erobert, am 14. November 1906 haben wir sämtliche Mandate behauptet. In Brünn wurden am 3. Dezember 1905 5 deutsche Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt. Auch in vielen kleineren Ortsgemeinden sind wir in die Gemeindevertretung eingedrungen. Soweit unsere Berichte reichen, wurden insgesamt in 249 deutschen Gemeinden in Oesterreich 897 Genossen in den Gemeinderat gewählt. Bei den Wahlen der Gehilfenausschüsse, der Gewerbegerichtsbeisitzer, bei den Krankenkassenwahlen erzielten wir fast überall im Reiche vollen Erfolg.

Politische Verfolgungen. Auch in den letzten Jahren haben die Herrschenden nicht gänzlich darauf verzichtet, sich der Waffe des längst veralteten Strafgesetzes gegen die Arbeiterklasse zu bedienen. In zahlreichen Fällen wurden unsere Genossen angeklagt, weil sie die Forderungen ihrer Klasse im politischen Kampfe unerschrocken vertreten hatten. Soweit wir Berichte über den Ausgang der politischen Prozesse erhielten, wurden unsere Genossen insgesamt zu 645 Tagen Kerker, 392 Tagen Arrest und 3813 Kronen Geldstrafe verurteilt. Hierbei sind zahlreiche Verurteilungen wegen der Uebertretung nach § 23 des Preßgesetzes nicht eingerechnet.

Maifeier. Die großen Kämpfe der beiden letzten Jahre gaben auch der Feier des 1. Mai ihr Gepräge. Im Jahre 1906 trug die Maifeier den Charakter einer gewaltigen Wahlrechtsdemonstration, im Jahre 1907 stand die Feier des 1. Mai im Zeichen der Reichsratswahlen. In dem größten Teile des Reiches ruhte die Arbeit, in zahllosen Versammlungen, in gewaltigen Festzügen bekundete die Arbeiterschaft ihre Kampfesentschlossenheit.

Parteiorganisation. Der Ausbau unserer politischen Organisation hat in der Berichtsperiode große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Lokalorganisationen und der politisch organisierten Genossen ist, wie aus den unserem Berichte angeschlossenen Berichten der Landes- und Wahlkreisorganisationen hervorgeht, in allen Teilen des Reiches gewachsen. Insbesondere die Wahlbewegung hat die Entwicklung unserer politischen Organisation sehr gefördert. Die Gesamtzahl der Lokalorganisationen läßt sich nicht ziffermäßig feststellen, da die Berichte, die uns von den einzelnen Wahlkreisorganisationen erstattet wurden, leider sehr unvollständig sind.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist dort, wo sie bereits bestand, ausgebaut, in zahlreichen Orten während der Wahlbewegung neu geschaffen worden. Den Wert dieser Organisationsform haben die Ergebnisse der Reichsratswahlen deutlich bewiesen. Ueberall dort, wo die Straßen- und Häuserorganisation durchgeführt ist, haben

wir bei den Reichsratswahlen meist günstigere Ergebnisse erzielt als in jenen Orten, wo die Genossen immer noch behaupten, gerade ihnen sei die Durchführung dieser Organisation unmöglich. Daß diese Organisationsform auch in kleineren Orten durchaus möglich ist, daß sie auch dort die Schlagfertigkeit und die Kraft der politischen Organisation erhöht, ist jetzt durch vielfältige Erfahrungen unwiderleglich bewiesen. Wollen wir die errungenen Erfolge sichern, neue Siege vorbereiten, so ist es unumgänglich notwendig, daß die Genossen überall an den Aufbau der Straßen- und Häuservertrauensmännerorganisation schreiten. Nur eine wohlgegliederte, planmäßig ausgebaute Häuser- und Straßenorganisation ist eine sichere Grundlage einer kampffähigen Lokalorganisation.

Die Wahlkreisorganisation hat den durch die neue Wahlordnung veränderten Bedürfnissen der Partei nicht mehr überall vollkommen entsprochen. In einzelnen Teilen des Reiches haben die Genossen daher Agitationsbezirke gebildet, die sich der neuen Wahlkreiseinteilung anpassen und mit den Wahlkreisen der ehemaligen V. Kurie nicht zusammenfallen. Diese organisatorischen Gebilde tragen natürlich einen provisorischen Charakter; die Grundsätze für eine neue und dauernde Organisation zu schaffen, wird Aufgabe des Parteitages sein.

Parteipresse. Die politische Partei verfügt über folgende 23 Parteiblätter:

	erscheint:
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Arbeiterwille, Graz	"
Arbeiterinnen-Zeitung	14tägig
Bielitzer Volksstimme	1mal wöchentlich
Freigeist, Reichenberg	2 " "
Freiheit, Teplitz	3 " "
Gebirgsbote, Gablonz	3 " "
Gleichheit, Wr.-Neustadt	1 " "
Nordböhmischer Volksbote, Steinschönau	1 " "
Nordböhmische Volksstimme, Warnsdorf	2 " "
Nordböhmische Volkszeitung, Saaz	2 " "
Salzburger Wacht	2 " "
Schlesische Volkspresse	1 " "
Trautenauer Echo	1 " "
Volksbote, Floridsdorf	1 " "
Volksfreund, Brünn	2 " "
Volkspresse, Czernowitz	1 " "
Volksrecht, Aussig	3 " "
Volkstribüne, Wien	1 " "
Volkswacht, Mähr.-Schönberg	1 " "
Volkswille, Karlsbad	2 " "
Volkszeitung, Innsbruck	2 " "
Wahrheit, Linz	2 " "

Wir verfügen also über 2 Tagblätter, 3 Blätter, die dreimal wöchentlich erscheinen, 8 Blätter, die zweimal wöchentlich erscheinen, 9 Wochenblätter und 1 vierzehntägig erscheinendes Blatt. Seit dem letzten deutschen Parteitag blieb die Zahl der Tagblätter unverändert, die Zahl der dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter ist um 3, die Zahl der zweimal wöchentlich erscheinenden um 5 gestiegen, die Zahl der bloß einmal wöchentlich erscheinenden Blätter um 12 gesunken.

Außerdem erscheint noch das humoristisch-satirische Blatt „Neue Glühlichter".

Die Auflage unserer Parteipresse ist während des Wahlrechtskampfes und des Wahlkampfes beträchtlich gestiegen. Ueber die Auflage der Landes- und Wahlkreisorgane geben die angeschlossenen Berichte der Landes- und Wahlkreisorganisationen näheren Aufschluß. Am erfreulichsten aber ist die gesunde und stetige Entwicklung unseres Zentralorgans, der „Arbeiter-Zeitung".

Obwohl die Auflage der „Arbeiter-Zeitung“ auch heute noch weder zur Zahl der sozialdemokratischen Stimmen noch zur Stärke der gewerkschaftlichen Organisation in einem entsprechenden Verhältnis steht, ist sie doch, bürgerliche Sudel- und Tratschblätter abgerechnet, immerhin schon eines der größten Tagesblätter.

In der Höhe der Auflage des Blattes kommen alle Ereignisse der letzten Zeit zum Ausdruck.

Am 28. November 1905, jenem denkwürdigen Tag der Wahlrechtsdemonstration, war die Auflage 100.000, die der Extraausgabe 150.000. Von diesem Tag datiert ein bedeutender Aufschwung, der die größten Anforderungen an unsere Parteidruckerei stellte.

Einen weiteren Einfluß auf die Höhe der Auflage nahm die Ankündigung des dreitägigen Massenstreiks im Juni 1906, die die Gemüter in Spannung und Aufregung hielt, insbesondere auch in bürgerlichen Kreisen; ferner die Beratungen des Wahlreformausschusses bis zur Schlußsitzung.

Während der Wahlkampagne hat die „Arbeiter-Zeitung“ ihr möglichstes geleistet und es kann wohl auch ein kleiner Teil des Erfolges ihrem Wirken zugeschrieben werden.

Große Anforderungen wurden auch an die Parteidruckerei „Vorwärts“ gestellt. Tag und Nacht wurde in Schichten gearbeitet bei einem Personalstand von 270 Personen.

Alles in allem ein erfreuliches Bild des Fortschrittes, aber, wie wir nochmals bemerken wollen, in keinem Verhältnis zum Wachstum der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ hat ihre Auflage seit 1904 verdoppelt; sie setzt jetzt 11.000 Exemplare ab.

Ueber das nicht minder erfreuliche Wachstum unserer Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse berichten wir an anderer Stelle.

Parteiliteratur. Leider hat die Verbreitung der Parteiliteratur mit dem Wachstum unserer Organisationen und unserer Parteipresse nicht gleichen Schritt gehalten. Die Organisation der Kolportage durch unsere Bezirks- und Lokalorganisationen läßt immer noch viel zu wünschen übrig.

Von den Arbeiterkalendern wurden im letzten Jahre nur 88.000 Exemplare verkauft. Die Märzschrift erscheint alljährlich in einer Auflage von 32.000, die Maischrift in einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Von den anläßlich der Reichsratswahl herausgegebenen Agitationsbroschüren wurden insgesamt 188.000 Exemplare abgesetzt. Von der zur Feier des Wahlsieges herausgegebenen Festschrift wurden 110.000 Exemplare verkauft.

Die Gewerkschaften. Die günstige wirtschaftliche Konjunktur der letzten Jahre hat das Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen in ganz Oesterreich wesentlich gefördert. Im Jahre 1906 stieg die Zahl der Gewerkschaftsortsgruppen von 2964 auf 4062, die Zahl der Mitglieder von 323.099 auf 448.270. Die Zunahme an männlichen Mitgliedern betrug 110.383, das ist 37·42 Prozent, die der weiblichen Mitglieder 13.788, das ist 48·49 Prozent. Nach den Berechnungen der Gewerkschaftskommission sind bereits 20·13 Prozent der industriellen Arbeiter organisiert. Die Einnahmen der Gewerkschaften betrugen im Jahre 1905 4,641.727 Kr., im Jahre 1906 schon 6,982.375 Kr., die Ausgaben stiegen von 3,829.751 Kr. auf 5,609.810 Kr. Hierbei ist die Finanzgebarung der freien Organisationen nicht eingerechnet. Die freien Organisationen haben für gemaßregelte und streikende Mitglieder im Jahre 1905 1,164.848 Kr., im Jahre 1906 1,918.900 Kr. ausgegeben. Die Einnahmen der Gewerkschaftskommission betrugen im Jahre 1905 60.936 Kr., im Jahre 1906 96.824 Kr., die Ausgaben im Jahre 1905 50.495 Kr., im Jahre 1906 94.864 Kr. Die Gewerkschaften verfügen über 94 Fachblätter, darunter 46 deutsche. Von den deutschen Fachblättern erscheinen 14 einmal, 14 zweimal, 2 dreimal im Monat, 10 Fachblätter erscheinen vierzehntägig, 6 Blätter wöchentlich. Die Auflage der Fachblätter ist von 1905 bis 1906 von 331.930 auf 458.670 gestiegen, die Auflage der deutschen Fachblätter von

204.450 auf 286.400. Die deutsche Ausgabe der „Gewerkschaft" hat eine Auflage von 233.800 Exemplaren. Die Gewerkschaftskommission wurde von 4 Landessekretariaten und 33 Landesvertrauensmännern in ihrer Tätigkeit unterstützt.

Das kraftvolle Wachstum der gewerkschaftlichen Organisationen treibt die um ihre Profite besorgten Unternehmer zur Abwehr. Am 5. März 1907 haben sich die österreichischen Arbeitgeberorganisationen in der „Hauptstelle" zusammengeschlossen. Immer deutlicher wurde das Streben der Unternehmer offenbar, eine Gewerkschaft nach der anderen durch große Aussperrungen finanziell zu ruinieren. Die Gewerkschaften haben darum eine außerordentliche Steuer in der Höhe von 20 H. wöchentlich für jedes Mitglied auf die Dauer von sechs Wochen ausgeschrieben. Die Einhebung der Steuer erfolgte unter dem Namen „Solidaritätsfonds" mittelst eigenen Karten und Marken; es wurden bereits mehr als 1,000.000 Marken zu 20 H. unter diesem Titel von diesen Organisationen bezogen.

Die bürgerlichen Parteien, die im Dienste der Scharfmacherverbände der Unternehmer stehen, planen einen tückischen Angriff auf unsere Gewerkschaften. Die Reform des Strafrechtes soll dazu mißbraucht werden, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Wir haben schon die Reichsratswahlbewegung dazu benützt, die Arbeiterschaft auf diese ihr drohende Gefahr nachdrücklich aufmerksam zu machen. Es ist selbstverständlich, daß die österreichische Arbeiterschaft jederzeit bereit ist, ihre ganze Kraft im Parlament und außerhalb desselben einzusetzen, um dieses Attentat auf das wichtigste ihrer Rechte, auf die rechtliche Grundlage unseres ganzen Kampfes abzuwehren.

Zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften besteht das beste Einvernehmen. Unsere Genossen haben stets ihre ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschaften gestellt, die Vertrauensmänner der Gewerkschaften haben stets auch in den politischen Organisationen und im politischen Kampfe ihre Pflicht erfüllt. Die großen Aktionen während des Wahlrechtskampfes — die Vorbereitungen zum Massenstreik von allen — wurden von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam geleitet. Im Wahlkampfe haben uns die gewerkschaftlichen Organisationen moralisch und materiell wirksam unterstützt. Andererseits hat unser politischer Kampf die Massen des arbeitenden Volkes in ganz Oesterreich aus träger Ruhe aufgerüttelt und dadurch auch zur Kräftigung der Gewerkschaftsbewegung erheblich beigetragen. So fällt das Wachstum der politischen Macht der Arbeiterklasse zusammen mit dem Erstarken ihrer gewerkschaftlichen Organisationen. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart wurde das einträchtige Zusammenwirken der Partei und der Gewerkschaften in Oesterreich als leuchtendes Beispiel für die Proletarier aller Länder und Völker gerühmt.

Die Organisation der jugendlichen Arbeiter. Der für die Zukunft der Bewegung so wichtigen Aufgabe der Erziehung unseres Nachwuchses haben sich unsere Genossen mit wachsendem Eifer gewidmet. Der „Verband der jugendlichen Arbeiter" zählt in Niederösterreich 31, in Böhmen 14, in Mähren 8, in Galizien 7, in Steiermark, Schlesien und der Bukowina je 2, in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und im Küstenlande je eine Ortsgruppe. Die Zahl der Ortsgruppen ist im letzten Jahre um 26 gestiegen. Der Verband verbreitete die Monatsschrift „Der jugendliche Arbeiter", Broschüren über die Lehrlingsfrage und die Staatslehrwerkstätten und Flugblätter in großer Zahl. Trotz der Kürze ihres Bestandes hat sich die Organisation der Arbeiterjugend bereits als treffliche Rekrutenschule der Partei und der Gewerkschaften bewährt.

Die Genossenschaftsbewegung. An dem gewaltigen Fortschritt der österreichischen Arbeiterbewegung hatte in den letzten Jahren auch die Genossenschaftsbewegung ihren Teil. Die fortwährende Verteuerung aller Lebensmitttel hat Tausende von Arbeitern zu der Erkenntnis geführt, daß auch die genossenschaftliche Organisation des proletarischen Konsums eine schneidige Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats sein kann.

Dem Verbande der Konsumvereine gehörten am Ende des Jahres 1906 324 Konsumvereine mit 134.000 Mitgliedern, 43 Produktivgenossenschaften, 7 Baugenossenschaften und Arbeiterheime an. Im Laufe des Jahres 1907 schlossen sich dem Verbande weitere 29 Konsumvereine, 7 Produktivgenossenschaften, 4 Baugenossenschaften und Arbeiterheime an. Dem Verbande sind also insgesamt 414 genossenschaftliche Organisationen angeschlossen. Die deutsche Ausgabe des Verbandsorgans erscheint in einer Auflage von 3300 Exemplaren, von der tschechischen Ausgabe werden 1700 Exemplare abgesetzt.

Durch die vom Verbandstag des Jahres 1905 beschlossene Gründung der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine wurde die Leistungsfähigkeit der Konsumentenorganisation erheblich gesteigert.

In Oesterreich sollen — soweit Berichte vorliegen — insgesamt 965 Konsumvereine bestehen. Dem von unseren Genossen geleiteten Verbande gehören also bereits 36·6 Prozent der Konsumvereine an.

Die Zwischenhändler verfolgen die Konsumvereine mit ihrem bornierten Hasse und alle bürgerlichen Parteien leisten ihnen hierbei Gefolgschaft. Es wird die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die Entwicklung der proletarischen Konsumentenorganisationen gegen die Angriffe engherziger Zünftler zu schützen.

Internationale Beziehungen. Das schwierige Problem, bei voller Wahrung der Autonomie der nationalen Parteien innerhalb der Gesamtpartei die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der sozialdemokratischen Gesamtbewegung zu erhalten und zu sichern, wurde während der Berichtsperiode vollkommen gelöst. Blieben uns auch augenblickliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen nationalen Organisationen einzelner Orte nicht erspart, so haben doch die Arbeiter aller Nationen in Oesterreich ihre großen und siegreichen Kämpfe, den Wahlrechtskampf und den Wahlkampf vor allem, einheitlich und einmütig geführt.

Bei den Reichsratswahlen haben die deutschen Genossen, die in nichtdeutschen Wahlbezirken wahlberechtigt sind, selbstverständlich für die Kandidaten unserer Bruderparteien, die nichtdeutschen Genossen in den deutschen Wahlbezirken für unsere Wahlwerber gestimmt.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, die noch schwächeren Organisationen unserer polnischen und ruthenischen, südslawischen und italienischen Genossen wiederholt, und insbesondere während des Wahlkampfes, moralisch und materiell zu unterstützen.

Auch gegenüber unseren Genossen außerhalb Oesterreichs haben wir die Pflichten zu erfüllen gesucht, die die internationale Solidarität des Proletariats uns auferlegt. Insbesondere haben wir die russischen Revolutionäre, die die Schergen des Zarismus zur Flucht ins Ausland gezwungen, gegen polizeiliche Schikanen geschützt und nach Kräften materiell unterstützt.

Andererseits haben auch unsere Genossen im Ausland unsere Kämpfe wirksam gefördert. Die deutsche Sozialdemokratie hat unseren und unserer nichtdeutschen Bruderparteien Wahlfonds durch einen Beitrag von 30.000 Mk. gestärkt. Nach unserem großen Wahlsieg erhielten wir aus allen Ländern Glückwünsche, in denen die Arbeiter aller Nationen ihrer Freude über unsere Erfolge Ausdruck verliehen.

Im internationalen Bureau in Brüssel sind wir durch die Genossen Dr. Viktor Adler und Ferdinand Skaret vertreten. Bei der Stimmenverteilung für den internationalen Kongreß erhielten die Sozialdemokraten Oesterreichs (eingeschlossen die tschechischen Sozialdemokraten, die eine gesonderte Vertretung haben) 20 Stimmen, wovon 9 Stimmen auf die deutsche Sozialdemokratie entfallen.

Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart waren wir durch 46 Delegierte, die Gewerkschaften durch 27 Delegierte vertreten. An den bedeutsamen und für die Entwicklung der proletarischen Bewegung so wichtigen Beratungen des Kongresses nahmen unsere Delegierten rege teil.

Todesfälle. Auch in dieser Berichtsperiode hatte die deutsche Arbeiterschaft in Oesterreich den Tod vieler braver und treuer Genossen zu beklagen. Allzuweit dehnt sich bereits der Kreis unserer Organisation, als daß wir alle nennen könnten, deren treuem und opfervollem Wirken für die Befreiung des Proletariats der Tod ein Ende bereitet hat. So können wir von unseren Toten nur jene nennen, deren Namen der Arbeiterschaft ganz Oesterreichs besonders lieb und wert gewesen sind.

Am 17. November 1906 starb Genosse Emil Kralik. Kralik ist als Redakteur des Buchdruckerfachblattes „Vorwärts“, als Verfasser der ersten weitverbreiteten Broschüre über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaften“ an der Wiege der österreichischen Gewerkschaftsbewegung gestanden. An der „Arbeiter-Zeitung“, der „Arbeiterinnen-Zeitung“, der „Volkstribüne“ arbeitete er seit der Gründung dieser Blätter eifrig mit. Als die „Arbeiter-Zeitung“ Tagblatt wurde, legte er den Winkelhaken aus der Hand und trat in die Redaktion ein. Er leitete abwechselnd den lokalen, den kommunalen und den sozialpolitischen Teil. Seine Sonntagsplaudereien waren den deutschen Arbeitern ganz Oesterreichs teuer; verstand es doch keiner so gut wie er, aus der Seele des Wiener Arbeiters heraus zu lachen. Aber „Habakuk“, der über das Wiener Spießertum so herzhaft zu lachen wußte, war auch der „Genosse aus Wildwest“, der nicht nur zu lachen verstand, sondern auch zu kämpfen.

Wie ein Soldat auf dem Schlachtfelde starb am 8. Mai 1907 Genosse Hugo Schmidt. Schmidt war schon im Jahre 1868 einer der Leiter der großen Brünner Streiks. Nach wochenlanger Untersuchungshaft aus Brünn ausgewiesen, wirkte er in Nordböhmen für die große Sache der Arbeiterklasse. Auf Geheiß der Unternehmer auch aus Nordböhmen ausgewiesen, war er in Wien als Administrator des „Volkswille“ tätig, bis ihn die Polizei auch von hier vertrieb. Schmidt ging nun nach Deutschland; aber die preußischen Polizisten sahen ihn nicht lieber als die österreichischen und auch aus Preußen wurde er ausgewiesen. Nun kehrte Schmidt in seine schlesische Heimat zurück. Er war der Lehrer und Vorkämpfer der schlesischen Arbeiterschaft, der Gründer ihrer Organisation. In einer Wählerversammlung im Arbeiterheim in Jägerndorf, in der er noch lebhaften Anteil nahm, hat ihn der Tod ereilt.

Der schwere Schlag, der unsere Genossen im Deutschen Reiche durch den Tod Ignaz Auers ereilt, erfüllte auch Oesterreichs Arbeiter mit lebhafter Teilnahme; war doch Auer einer der Besten, die das erwachende deutsche Proletariat aus seiner Mitte hervorgebracht. Auch sein Name bleibt „eingeschreint im großen Herzen der Arbeiterklasse“.

* * *

Im nachstehenden lassen wir die Abrechnung sowie die Tabellen über die eingegangene Parteisteuer folgen. Letztere umfassen jedoch nur den Zeitraum bis zum 30. Juni 1906. Anschließend daran folgen die Berichte des Frauenreichskomitees sowie der Wahlkreis- und Landesorganisationen in alphabetischer Reihenfolge der Kronländer.

Ferdinand Skaret
Parteisekretär.

Bericht des Parteikassiers.

Die Reichsparteisteuer. In dem Teile der Berichtsperiode, der sich mit den früheren Berichten vergleichen läßt, also von 1904 bis 1906, wurde die Reichsparteisteuer von 1346 Organisationen in 652 Orten abgeliefert, gegen 1277 Organisationen in 601 Orten in der vorigen Berichtsperiode. Die Gesamtsumme der eingelaufenen Beiträge ist Kr. 51.722·63. Gegenüber der letzten Berichtszeit ist also eine Steigerung von Kr. **16.399·69** (**46·42** Prozent) zu verzeichnen. Die starke Steigerung gegenüber dem früheren Stand entspricht dem großen Aufschwung, den die Organisation unter derselben Zeit genommen hat. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, ist die Steigerung nicht einmal ganz entsprechend und es muß mit Bedauern konstatiert werden, daß noch immer

Tausende von deutschen organisierten Arbeitern die 2 H. Reichsparteisteuer per Monat **nicht** bezahlen.

Auch eine ziemliche Anzahl von Organisationen hat entweder die Verpflichtung zur Zahlung der Reichsparteisteuer noch nicht begriffen oder zahlt so säumig, daß fortwährend große Arbeit für Mahnungen geleistet werden muß, die bei größerer Pünktlichkeit vollkommen erspart werden könnte.

Die Entwicklung der Reichsparteisteuer seit ihrer Einführung ist aus folgenden Daten zu ersehen:

Berichtsperiode	Zahl der abführenden Orte	Zahl der abführenden Organisationen	Gesamtsumme der Eingänge in Kronen
1898—1900	536	. [1]	24693·72
1900—1902	539	1096	26816·50
1902—1904	601	1277	35322·94 [2]
1904—1906	652	1346	51722·63 [3]

[1] Nicht ermittelt.
[2] Vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903 Kr. 14.486·68
„ 1. Juli 1903 „ 30. Juni 1904 „ 20.836·26.
[3] Vom 1. Juli 1904 „ 30. Juni 1905 „ 21.225·31.
„ 1. Juli 1905 „ 30. Juni 1906 „ 30.497·32.

In der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 sind für Reichsparteisteuer Kr. **37.599·28** eingelaufen. Die Steigerung hat also noch in diesem Jahre angehalten und die **Gesamtsumme** der in allen **drei** Berichtsjahren eigenommenen Reichsparteisteuer beträgt also Kr. **89.321·91**.

Nach dem Kassebericht kommt wieder, wie jedesmal, die Tabelle, die ausweist, wie viel Reichsparteisteuer jeder Parteiort geleistet hat, und darnach die Tabelle, die — zum letztenmal — die Reichsparteisteuerleistung der einzelnen Wahlkreise der V. Kurie vergleichend aufführt. Auch diese Tabellen liegen nur für die Zeit vor, für die ein Vergleich mit den früheren Berichtsperioden möglich ist und die Organisation auf Grundlage der V. Kurie noch **unverändert** bestanden hat. Aus ihnen ersehen wir deutlich, wie in den Gebieten, die organisatorisch im Hintertreffen waren, auch finanziell nichts für die Partei geleistet wurde. Wir müssen dann noch anführen, daß die Reichsparteisteuer für **Wien** etwas zu günstig durch den Bericht dargestellt ist, da die Parteisteuer einzelner Zentralorganisationen, wie der Brauer, Handlungsgehilfen, Sattler und Transportarbeiter, dort für das ganze Reich mit angeführt wird. Ein Umstand, der im letzten Jahre, 1906—1907, noch stärker fühlbar geworden wäre, uns es daher auch von diesem Gesichtspunkte aus nicht tunlich erscheinen ließ, die Eingänge dieses Jahres in die Tabellen einzubeziehen. Doch würde auch nach Abzug dieser Posten Wien noch immer den stärksten Fortschritt in der Reichsparteisteuer aufweisen.

Darstellung der Finanzgebarung

der Parteivertretung in der Zeit vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1907.

1. Gebarungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1906.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Barsaldo vom letzten Parteitag . . .	14.349·86	.	14.349·86	.
Agitationsfonds	60.979·65	59.762·58	1.217·07	.
Inhaftiertenfonds	394·29	6.914·32	.	6520·03
Maizeichen	7.155·85	3.559·83	3.596·02	.
Medaillen	7·40	.	7·40	.
Broschürenkonto	9.380·—	400·—	8.980·—	.
Wahlfonds	503·82	2.245·10	.	1741·28
Wahlrechtsfonds	13.285·74	9.678·56	3.607·18	.
Zünder	830·81	.	830·81	.
	106.887·42	82.560·39	32.588·34	8261·31
Saldo per 1. Juli 1906	24.327·03		24.327·03	

2. Gebarungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Saldo vom 1. Juli 1906	24.327·03	.	24.327·03	.
Agitationsfonds	41.597·02	33.759·96	7.837·06	.
Inhaftiertenfonds	96·91	1.958·89	.	1.861·98
Wahlrechtsfonds	2.385·73	1.323·70	1.062·03	.
Wahlfonds	168.122·69	183.811·33	.	15.688·64
Maizeichen	4.543·28	2.243·59	2.299·69	.
Broschürenkonto	1.500·—	.	1.500·—	.
Zünder	171·60	.	171·60	.
	242.744·26	223.097·47	37.197·41	17.550·62
Saldo per 1. Juli 1907	19.646·79		19.646·79	

3. Für die ganze Berichtszeit.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Barsaldo vom letzten Parteitag	14.349·86	.	14.349·86	.
Agitationsfonds	102.576·67	93.522·54	9.054·13	.
Inhaftiertenfonds	491·20	8.873·21	.	8.382·01
Wahlrechtsfonds	15.671·47	11.002·26	4.669·21	.
Wahlfonds	168.626·51	186.056·43	.	17.429·92
Maizeichen	11.699·13	5.803·42	5.895·71	.
Broschürenkonto	10.880·—	400·—	10.480·—	.
Medaillen	7·40	.	7·40	.
Zünder	1.002·41	.	1.002·41	.
	325.304·65	305.657·86	45.458·72	25.811·93
Saldo per 1. Juli 1907	19.646·79		19.646·79	

Der Parteikassier:
Dr. Wilhelm Ellenbogen.

Revidiert und richtig befunden:

Die Kontrolle:

Dr. Ludwig Czech. Vinzenz Muchitsch. Adelheid Popp. Robert Preußler.
Anton Schäfer. Julius Spielmann. Anton Schrammel.

Tabellarische

der in der Berichtsperiod

1. Juli 1904 b

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
1	**Adelsdorf bei Freiwaldau**	—·52	—·52	—·54	—·54	—·86	—·86	—·88	—·48	—·48	—·48
2	Aflenz u. Seebach	1·74	1·18	1·18	1·20	—·72	—·72	—·74	—·96	—·96	—·98
3	Aich	.	.	.	.	.	.	.	1·66	1·66	1·66
4	Albrechtsdorf	23·—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·20	1·20	1·20
5	Alexanderfeld	3·60	1·10	1·10	1·10	1·14	1·14	1·14	1·—	1·—	1·—
6	Algersdorf bei Bensen	.	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·24	—·24	—·24
7	Alt-Dietmanns u. Gr.-Sieghart	2·87	1·08	1·08	1·09	1·25	1·26	1·26	—·45	—·46	—·46
8	Alt-Ehrenberg	1·50	—·50	—·50	—·50	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
9	Altendorf	.	.	.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·68
10	Alt-Rohlau	2·76	2·76	2·76	2·76	2·78	2·78	2·78	4·16	4·16	4·16
11	Altnagelberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
12	Altsattl	2·10	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
13	Altstadt bei Bensen	5·04	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.
14	Amstetten	4·62	2·48	3·14	2·26	3·12	2·86	2·56	3·20	2·56	2·62
15	Andritz bei Graz	9·—	1·—	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72
16	Antoniwald	12·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
17	Ardning	2·34	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·26	—·26	—·26
18	Arnau a. d. Elbe	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40
19	Arnsdorf-Haida	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
20	Asch	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
21	Attnang	12·20	3·06	3·06	1·32	1·74	1·34	1·46	4·14	4·76	4·78
22	Atzgersdorf	15·92	1·54	1·54	1·56	1·56	1·56	1·56	2·15	2·15	2·47
23	Augenthal	11·40	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34
24	Auverschin bei Teplitz	.		—·44	—·46	—·70	—·72	—·72	—·66	—·66	—·66
25	Aussee	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·80	1·—	1·—	1·—
26	Außergefild	.	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—·52	—·52	—·52
27	Aussig	68·86	27·72	28·67	28·74	36·48	36·54	36·69	34·56	34·36	34·44
28	**Baden**	4·84	—·64	—·52	—·54	1·06	1·08	—·96	—·96	—·68	—·68
29	Bärn	4·—	—·86	—·86	—·90	—·92	—·90	—·90	1·44	1·44	1·44
30	Bärnsdorf	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·25	—·25	—·25
31	Bautsch	.	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—·66	—·66	—·66
32	Bennisch	7·44	—·92	—·96	—·96	—·96	—·98	—·98	1·02	1·01	1·04
33	Bensen	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
34	Bergstadt bei Römerstadt	.	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66
35	Berndorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
36	Berzdorf	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
37	Biela bei Bodenbach	.	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66
38	Bielitz	13·—	1·40	1·41	4·50	4·97	5·03	5·06	5·66	5·43	5·48
39	Bilin	.	.	.	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·46
40	Bischoffeld bei Knittelfeld	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
41	Bischofshofen	—·84	1·68	1·82	2·—	1·48	2·34	1·98	1·54	2·74	2·12
42	Bischofteinitz	1·72	—·28	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·20	—·20	—·20
43	Blankersdorf	4·16	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04
44	Blattnitz	.	.		.	—·60	—·56	.	.	.	.
45	Bleiberg Kreuth	17·84	1·18	1·20	1·20	1·20	1·07	1·08	.	.	.
46	Blottendorf bei Böhm. Leipa	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
47	Bludenz	1·82	1·80	2·14	1·52	2·20	2·18	2·16	2·12	1·46	2·32
48	Bober	.	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24
49	Bodenbach	2·70	14·40	15·78	14·18	12·94	16·80	13·42	12·52	16·04	13·08
50	Bodenstadt	5·—	1·66	1·66	1·68	1·66	1·66	1·68	1·66	1·66	1·68
51	Böckstein	.	.	.	.	.	.	.	.	—·62	—·62
52	Böhmischdorf in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	—·46	—·46	—·46

Uebersicht

ingelaufenen Reichsparteisteuer

30. Juni 1906.

1905 Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1906 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Summe K.	h.	Post-Nummer
—·71	—·72	—·88	—·90	—·90	1·12	1·14	1·14	—·70	—·72	—·72	.	.	.	.	16	52	1
—·62	—·62	—·62	—·64	—·98	1·—	1·-	1·—	1·04	1·04	1·04	1·04	.	.	.	22	—	2
1·66	1·66	1·68	1·68	1·68	2·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	23	20	3
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	.	.	.	47	—	4
1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	.	32	28	5
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·60	.	8	50	6
—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·52	—·84	—·85	—·86	1·—	1·—	1·—	.	.	.	20	01	7
—·70	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	16	—	8
—·94	—·94	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·80	—·76	—·76	—·78	.	.	.	.	11	82	9
4·18	4·18	4·66	4·66	4·66	4·66	4·68	4·68	.	.	.	.	.	.	.	72	38	10
.	.	.	.	.	.	.	.	1·10	1·10	1·10	.	.	.	.	3	30	11
—·76	—·77	—·77	—·77	—·77	—·86	—·86	—·86	—·86	—·88	—·88	.	.	.	.	18	20	12
—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	72	13
3·48	2·90	3·22	3·44	3·74	3·34	5·03	4·08	5·05	6·36	5·38	4·70	5·01	.	.	87	89	14
—·72	—·72	—·72	1·44	1·46	1·46	1·66	1·66	1·68	2·30	2·34	2·24	2·22	4·—	.	41	08	15
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·	2·—	.	.	.	.	.	.	.	48	—	16
—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	.	7	20	17
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	4	80	18
—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	19	80	19
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·—	.	.	.	.	.	45	-	20
4·01	1·95	1·92	2·06	2·34	1·90	2·30	2·24	4·56	2·68	2·92	2·54	.	.	.	73	30	21
2·10	2·10	4·94	4·82	4·82	4·74	4·74	8·60	8·38	8·68	4·68	.	.	.	.	92	70	22
—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	17	60	23
—·66	—·66	—·50	—·50	—·52	—·56	—·56	—·58	.	.	.	.	.	.	.	10	20	24
1·—	1·—	1·52	1·52	1·72	3·73	—·94	5·18	2·48	7·94	4·82	2·28	6·52	3·91	.	55	36	25
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	56	26
35·46	35·44	43·24	43·50	43·22	46·46	46·25	46·40	36·48	36·34	36·40	14·51	14·54	3·74	.	884	39	27
—·74	—·75	1·14	1·24	1·76	5·71	5·68	2·40	1·96	1·91	5·39	—·64	—·66	.	.	42	70	28
1·48	1·44	1·50	1·52	1·52	1·62	1·60	1·62	—·66	—·76	—·66	—·82	—·90	—·84	.	32	08	29
—·25	—·26	—·24	—·24	—·24	—·25	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	4	80	30
—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	—	31
1·17	1·17	1·16	1·16	1·18	1·16	1·16	1·18	—·86	—·86	—·88	.	.	.	.	29	40	32
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	25	-	33
—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	.	12	—	34
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·42	—·44	—·24	—·25	.	.	1	35	35
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·50	15	—	36
—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	.	16	—	37
5·54	5·54	6·02	6·31	6·50	7·42	7·48	7·37	13·88	13·95	13·96	—·65	—·66	.	.	158	77	38
—·46	—·46	—·48	1·67	1·66	1·66	1·73	1·78	1·78	1·95	2·—	1·40	.	.	.	21	95	39
.	.	.	—·32	—·34	—·34	—·30	—·30	—·30	—·66	—·66	—·68	—·40	—·40	—·40	5	10	40
2·68	2·20	1·70	2·70	2·52	2·24	3·—	2·44	3·08	3·62	3·—	2·76	4·32	2·76	.	59	60	41
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	38	42
1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	.	.	.	.	.	.	.	22	88	43
.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	6	56	44
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	77	45
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	5	40	46
1·12	1·06	1·40	1·14	1·08	1·36	2·38	1·60	1·68	1·38	1·28	1·58	1·90	.	.	43	46	47
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	4	32	48
16·14	13·48	13·60	15·82	14·20	13·16	17·—	14·96	16·42	17·96	14·76	13·82	11·70	9·26	.	348	82	49
1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	23	-	50
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	5	24	51
—·48	—·48	—·72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	9	90	52

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1905 Jänner	Februar	März	[illegible]
53	Böhmisch-Eisenstein	.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·66	—·72	[illegible]
54	Böhmisch-Kamnitz	1·68	—·24	—·24	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	[illegible]
55	Böhmisch-Leipa	6·82	5·10	4·56	5·34	4·68	5·08	3·78	6·18	4·74	4·86	[illegible]
56	Böhmisch-Liebau	—·48	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·20	—·20	—·20	[illegible]
57	Boryslaw	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
58	Bozen	13·74	5·14	5·16	4·56	4·68	4·46	4·78	4·57	4·29	4·35	[illegible]
59	Brand bei Tannwald	—·72	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	.	.	.	
60	Branowitz	1·24	1·28	—·68	—·68	1·64	—·80	2·04	2·05	—·70	—·96	[illegible]
61	Braunau i. B.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
62	Braunseifen	2·—	—·20	·20	.	.	.	.	.	.	.	
63	Bregenz	10·56	4·—	3·84	3·80	4·62	4·82	4·12	4·36	4·04	4·08	[illegible]
64	Bruck a. d. Leitha	.	.	.	.	.	.	—·10	—·10	—·10	—·12	[illegible]
65	Bruck a. d. Mur	11·03	4·90	3·28	5·72	7·22	3·96	5·48	3·26	6·30	5·96	[illegible]
66	Brückl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
67	Brünn	95·02	7·26	6·56	6·92	6·56	6·76	6·96	14·82	16·48	14·96	[illegible]
68	Brüsau	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	[illegible]
69	Brüx	2·64	—·88	—·70	—·96	1·22	—·98	—·84	1·12	—·80	—·78	[illegible]
70	Brunndorf bei Marburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
71	Brunnersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
72	Buchelsdorf	1·80	—·62	—·62	—·62	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	[illegible]
73	Budigsdorf	—·48	—·24	—·24	—·24	—·24	—·40	—·40	·19	—·19	—·19	[illegible]
74	Budweis	2·60	1·19	1·20	1·04	1·14	1·22	—·97	1·60	1·27	2·14	[illegible]
75	Bürgstein-Johannesdorf	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	[illegible]
76	Bullendorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
77	Chodau	7·26	—·67	—·67	1·27	1·27	1·27	1·27	2·39	2·41	2·41	[illegible]
78	Choticschan	.	2·02	—·66	1·19	1·02	2·28	1·01	—·84	—·86	1·51	
79	Christiansau	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	[illegible]
80	Christofsgrund	.	—·40	—·40	—·42	1·04	1·04	1·06	—·40	—·40	—·40	[illegible]
81	Cilli	.	·96	·96	—·96	—·46	·46	—·48	—·66	—·66	—·66	[illegible]
82	Czernowitz	—·84	—·84	—·84	—·84	1·12	1·06	—·84	1·—	1·—	1·03	[illegible]
83	Dallwitz	2·08	—·74	—·74	—·78	·58	—·58	—·58	·58	—·60	—·60	[illegible]
84	Daubitz	.	—·10	—·10	—·10	—·10	·10	—·10	—·10	—·10	—·10	[illegible]
85	Dessendorf	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	[illegible]
86	Deutschhause	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
87	Deutsch-Kralup	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	·30	—·30	—·30	—·30	[illegible]
88	Deutsch-Landsberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
89	Deutsch-Liebau	2·31	—·52	—·52	—·53	1·14	1·14	1·14	7·38	7·38	7·40	[illegible]
90	Dienten	—·36	—·18	—·20	—·20	—·20	—·20	·20	—·16	—·16	—·16	[illegible]
91	Dittersbach bei Braunau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
92	Dittersbach bei Friedland	—·40	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·84	—·84	—·84	[illegible]
93	Dönis bei Grottau	1·46	—·50	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·46	—·46	—·48	[illegible]
94	Dörsel bei Reichenberg	3·80	—·40	—·40	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
95	Dornbirn	6·04	1·34	1·34	1·34	1·01	—·88	1·08	1·22	1·12	1·10	1·12
96	Drahowitz bei Karlsbad	4·92	—·82	—·83	.	.	.	.	—	.	.	
97	Dürrmaul	2·10	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·30	—·30	—·32	[illegible]
98	Dunkelthal-Marschendorf	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
99	Dux	2·—	2·14	4·82	2·66	3·36	2·78	3·78	3·54	2·14	2·18	3·22
100	Ebensee	6·30	1·40	1·32	1·44	2·06	2·06	2·—	1·32	1·22	1·30	1·32
101	Ebergassing	5·56	—·68	—·68	—·68	—·70	1·14	1·16	—·80	—·80	—·82	1·21
102	Eberstein	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
103	Ebreichsdorf	5·40	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·52	—·52	—·54	—·48
104	Eger	12·42	3·14	3·14	3·14	3·24	3·26	3·26	2·54	2·56	2·58	3·49
105	Eggenberg bei Graz	6·32	4·18	4·18	4·18	4·18	4·18	4·20	4·20	8·90	6·78	3·40
106	Ehlend	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24
107	Eibenberg-Grünberg	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
108	Eichicht bei Reichenberg	—·84	—·14	·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·12	—·12	—·14	—·14
109	Eichwald bei Teplitz	1·46	—·50	—·50	1·—	1·—	1·—	1·—	1·02	1·02	1·04	—·56
110	Einsiedl bei Reichenberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·24

1905 Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1906 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	Summe Kr.	H.	Post-Nummer
−·76	−·80	−·84	−·84	−·88	−·88	−·88	−·86	−·86	−·86	−·84	.	.	.	.	12	06	53
−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	.	.	.	.	13	56	54
4·44	5·56	4·70	6·12	4·32	5·60	6·52	8·99	16·36	12·20	10·28	9·94	9·32	.	.	160	49	55
−·20	−·20	−·20	−·20	−·20	−·20	−·20	−·20	.	.	.	.	.	.	.	3	84	56
.	.	.	.	.	.	−·53	−·28	−·30	−·18	−·18	−·18	−·19	.	.	1	84	57
4·88	4·60	4·12	4·30	4·34	4·56	4·08	4·18	5·66	−·26	1·40	.	.	.	.	102	51	58
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	44	59
1·—	−·56	−·56	−·56	−·56	−·46	−·70	−·50	−·56	−·38	−·42	.	.	.	.	19	23	60
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·04	1·02	1·04	.	3	10	61
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	62
3·82	3·24	4·42	3·94	3·52	4·70	5·36	4·74	4·12	4·14	4·34	2·36	1·01	.	.	102	96	63
−·14	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	68	64
6·20	3·87	3·90	3·98	4·14	5·15	6·71	3·92	12·54	8·34	10·22	6·71	8·72	.	.	150	59	65
.	.	.	.	.	.	.	.	−·44	−·44	−·44	−·44	−·44	−·44	.	2	64	66
15·08	14·78	14·46	14·22	16·02	11·64	12·32	10·57	6·48	6·42	4·88	4·78	4·20	3·84	.	336	39	67
1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·66	1·66	1·68	1·66	1·66	1·68	.	.	.	.	38	—	68
−·70	1·12	1·50	1·22	1·28	1·46	1·72	1·04	2·63	2·72	2·50	1·34	−·34	.	.	31	99	69
.	.	.	2·28	2·30	2·30	2·52	2·52	2·51	3·20	3·20	3·22	.	.	.	24	08	70
.	.	.	.	−·90	.	.	.	.	.	1·62	.	.	.	.	2	52	71
−·60	−·60	−·60	−·60	−·60	−·70	−·70	−·70	−·45	−·45	−·45	.	.	.	.	14	31	72
−·19	−·20	−·20	−·20	−·20	−·20	−·20	−·20	−·18	−·18	−·20	.	.	.	.	5	15	73
2·15	1·14	1·92	2·08	1·10	1·86	1·88	3·52	2·92	1·87	1·25	1·32	1·27	.	.	39	99	74
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	18	—	75
.	.	.	.	−·40	−·40	−·40	−·40	.	.	.	.	.	.	.	1	60	76
1·21	1·21	2·41	2·41	2·36	2·42	2·42	2·44	−·56	−·56	−·56	−·56	−·56	−·56	.	42	34	77
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	39	78
−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	.	.	.	.	.	.	.	3	60	79
−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·74	−·74	−·76	−·76	.	.	.	.	11	76	80
−·68	−·68	−·90	−·90	−·90	−·36	−·36	−·36	−·36	−·36	−·36	.	.	.	.	13	14	81
1·69	1·69	2·52	1·94	1·20	1·74	3·46	−·86	7·90	7·94	7·03	6·08	5·—	.	.	60	15	82
−·52	−·52	−·52	−·52	−·52	−·54	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	52	83
−·10	−·10	−·10	−·10	−·10	−·10	−·10	−·10	.	.	.	.	.	.	.	1	80	84
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	24	—	85
−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·42	−·42	−·42	−·42	−·42	.	.	.	.	7	30	86
−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	−·30	.	.	.	.	.	.	.	7	20	87
.	.	.	.	.	.	1·10	2·22	1·14	1·14	1·14	1·12	1·12	1·14	.	10	12	88
7·14	7·18	7·18	7·20	7·22	7·24	7·24	7·28	.	.	.	.	.	.	.	94	28	89
−·12	−·12	−·12	−·12	−·12	−·12	−·14	−·14	−·16	−·16	−·16	.	.	.	.	3	62	90
.	.	.	.	.	.	.	1·36	1·36	1·36	.	.	.	.	.	4	08	91
−·58	−·56	−·42	−·42	−·42	−·66	−·66	−·66	−·40	−·60	−·60	.	.	.	.	14	88	92
−·66	−·68	−·52	−·52	−·52	−·54	−·54	−·56	−·54	−·54	−·56	.	.	.	.	12	78	93
−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·40	−·80	−·80	−·80	−·80	−·80	−·80	4·80	20	60	94
1·12	1·16	1·16	1·16	1·70	1·70	1·70	3·62	3·60	−·14	−·14	.	.	.	.	31	82	95
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	57	96
−·32	−·32	−·32	−·32	−·32	−·32	−·32	−·32	.	.	.	.	.	.	.	8	60	97
−·40	−·40	−·28	−·28	−·30	−·30	−·30	−·30	−·32	−·32	−·34	−·34	−·34	−·34	.	8	56	98
2·68	2·96	−·84	−·84	−·84	−·84	−·34	−·34	.	.	.	.	.	.	.	42	30	99
1·46	1·42	1·46	1·34	1·46	1·45	1·48	1·56	2·69	3·05	3·22	1·16	1·17	1·03	.	45	69	100
1·22	1·24	1·16	1·17	1·18	1·84	1·84	1·85	2·32	2·32	2·33	.	.	.	.	32	70	101
.	.	.	.	.	.	.	.	−·38	−·38	−·40	−·36	−·36	.	.	1	88	102
−·48	−·49	−·30	−·31	−·32	−·32	−·32	−·32	.	.	.	.	.	.	.	15	72	103
3·51	3·52	2·78	2·80	2·82	2·90	2·92	2·94	2·40	2·42	1·42	.	.	.	.	73	20	104
3·92	7·76	5·44	7·—	5·—	5·—	5·14	5·14	4·68	4·90	4·82	2·24	3·84	.	.	119	58	105
−·24	−·24	−·24	−·24	−·24	−·24	−·24	−·24	.	.	.	.	.	.	.	2	88	106
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	27	—	107
−·14	−·14	−·14	−·14	−·14	−·14	−·14	−·14	−·16	−·16	−·16	−·16	−·18	−·18	.	4	32	108
−·58	−·58	−·58	−·58	−·58	−·74	−·74	−·76	−·84	−·84	−·86	.	.	.	.	17	78	109
−·24	−·24	−·24	−·24	−·40	−·40	−·40	−·40	−·60	−·60	−·60	−·60	.	.	.	5	20	110

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
111	Eisenerz	—·26	7·28	9·32	7·48	9·14	10·42	7·68	7·38	6·62	7·50	[illegible]
112	Endersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
113	Engelsberg bei Kratzau	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	[illegible]
114	Erlach	.	.	.	.	.	.	.	—·62	—·62	—·62	[illegible]
115	Ernstbrunn	1·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	[illegible]
116	Eulau bei Bodenbach	1·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
117	Falkenau a. d. Eger	3·48	1·52	1·88	2·20	2·10	2·36	1·62	2·90	1·58	2·72	[illegible]
118	Feldbach	—·52	—·48	—·60	—·60	—·40	.	—·40	—·26	—·26	—·26	[illegible]
119	Feldkirch	2·78	1·68	2·58	2·02	1·16	2·16	1·80	2·10	1·80	1·74	[illegible]
120	Feldkirchen	2·36	—·50	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·56	—·57	—·57	[illegible]
121	Floridsdorf	99·53	24·32	23·92	25·29	28·44	22·68	26·55	29·26	24·40	25·28	[illegible]
122	Fohnsdorf	12·88	4·14	6·60	4·—	4·—	4·46	4·46	10·—	10·—	10·—	[illegible]
123	Frankstadt b. M.-Schönberg	.	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	[illegible]
124	Franzendorf	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
125	Freiwaldau	4·76	2·38	2·40	2·40	2·28	2·30	2·30	2·12	2·14	2·14	[illegible]
126	Freudenberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
127	Freudenthal b. Frankenmarkt	2·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	[illegible]
128	Freudenthal in Schlesien	.	—·82	—·82	—·84	—·81	—·84	—·84	—·82	—·82	—·84	[illegible]
129	Friedland	7·86	2·04	2·04	2·04	2·01	2·04	2·04	2·04	2·04	2·04	[illegible]
130	Friedrichshain	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·82	—·82	—·84	[illegible]
131	Friesach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
132	Frohnleiten	.	—·59	—·60	—·60	—·54	—·54	—·55	—·56	—·56	—·57	[illegible]
133	Fürstenfeld	.	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·60	4·60	4·60	[illegible]
134	Fugau bei Schluckenau	1·10	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·48	—·50	—·50	[illegible]
135	Fulnek	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
136	Furth i. W.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
137	Gablonz an der Neiße	13·52	2·14	2·14	2·18	3·81	3·84	3·86	3·60	3·60	3·82	[illegible]
138	Gänserndorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
139	Georgenthal	.	—·21	—·24	—·21	—·24	—·24	—·21	—·24	—·24	—·24	[illegible]
140	Georgswalde	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·40	—·40	—·40	[illegible]
141	Gersdorf bei Kamnitz	1·08	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·26	—·26	—·26	[illegible]
142	Gesteinigt bei Eulau	.	.	.	.	.	.	.	—·16	—·16	—·16	[illegible]
143	Gistei-Pintschei	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	
144	Glöckelberg	—·44	—·16	—·46	—·36	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·42	[illegible]
145	Gloggnitz	4·59	3·72	3·16	2·54	3·68	3·52	3·50	3·76	3·70	3·64	[illegible]
146	Gmünd	8·60	5·64	7·23	6·13	6·66	5·96	6·99	6·57	8·57	6·87	5·97
147	Gmunden	9·96	1·18	1·18	1·36	1·50	1·50	1·64	—·80	—·72	—·74	[illegible]
148	Göblasbruck	2·16	—·72	—·72	—·71	—·71	—·74	—·74	—·88	—·88	—·88	[illegible]
149	Göpfritz a. d. W.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
150	Görsdorf bei Grottau	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·94	—·94	—·94	·94	[illegible]
151	Görz	—·64	—·61	—·66	—·66	1·31	1·34	1·42	1·44	—·88	—·88	[illegible]
152	Goisern	1·20	1·34	1·34	1·36	1·20	1·36	1·20	1·20	1·20	1·20	[illegible]
153	Gottmannsgrün	1·92	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·26	—·26	—·26	[illegible]
154	Gottowitz	—·80	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	
155	Grahowo	.	.	.	—·06	.	.	.	.	.	.	.
156	Graslitz	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
157	Grasseth	2·10	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	[illegible]
158	Graupen	6·64	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·84	—·84	—·84	—·84
159	Graz	73·20	76·10	69·78	69·48	63·21	72·12	61·62	92·32	67·34	84·20	73·16
160	Grenzdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
161	Groß-Glockersdorf	.	—·32	—·31	—·34	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.
162	Großpriesen a. d. Elbe	1·20	—·46	—·46	—·46	—·39	—·40	—·40	—·44	—·46	—·46	[illegible]
163	Großraaden	1·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
164	Großwasser	.	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	[illegible]
165	Grottau	2·32	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·80	—·80	—·80	[illegible]
166	Grünbach am Schneeberg	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·34	—·34
167	Grünlas bei Elbogen	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
168	Grünwald bei Gablonz	.	.	.	.	—·28	—·28	—·28	—·32	—·32	—·32	[illegible]

1905 Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1906 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Summe Kr.	h.	Post-Nummer
0·46	9·45	13·78	15·38	14·56	15·83	17·42	19·—	21·24	10·75	18·10	12·10	19·66	12·36	.	294	37	111
—·41	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·62	—·62	—·63	.	.	.	.	5	22	112
—·48	—·48	—·48	—·52	—·52	—·80	—·82	—·82	—·82	—·82	—·56	.	.	.	.	13	60	113
—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	.	.	.	.	.	.	.	7	50	114
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	115
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	116
2·38	2·72	1·30	2·70	1·24	2·12	1·38	1·48	.	.	.	.	.	.	.	39	90	117
—·20	—·20	—·20	—·20	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	6	04	118
1·72	1·40	1·10	1·64	1·30	1·72	1·64	1·70	1·82	1·86	1·84	.	.	.	.	39	02	119
—·56	—·56	—·56	—·59	—·52	1·20	1·21	1·22	1·22	1·22	1·24	.	.	.	.	18	33	120
25·76	24·24	30·16	26·90	29·84	30·40	27·13	26·83	28·24	49·76	55·37	46·53	44·63	1·58	.	805	39	121
8·96	6·—	6·—	6·80	9·—	10·—	10·	10·—	12·—	10·—	12·—	6·—	8·	.	.	193	30	122
—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	8	—	123
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	8	40	124
2·18	2·18	1·68	2·50	—·70	—·50	—·50	—·50	1·76	1·76	1·76	.	.	.	.	43	38	125
.	.	.	.	.	.	.	.	—·16	—·16	—·16	—·12	.	.	.	—	60	126
1·46	4·48	—·80	—·80	—·80	·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	21	20	127
—·84	—·84	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—·82	—·84	—·84	.	.	.	.	17	50	128
1·98	1·98	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	.	61	66	129
—·84	—·84	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	17	40	130
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	1·80	2·—	1·88	2·—	3·22	.	.	12	70	131
—·64	—·66	—·80	—·80	—·82	—·56	—·56	—·58	·56	—·56	—·56	—·36	—·38	—·38	.	13	97	132
4·60	4·60	4·60	4·60	4·60	4·60	4·60	4·60	4·60	4·60	4·60	.	.	.	.	93	—	133
—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	80	134
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	28	20	135
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·52	—·50	.	.	1	02	136
3·86	4·06	4·52	4·52	4·94	6·36	8·36	8·76	3·94	3·94	3·96	3·24	3·25	3·—	.	113	57	137
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·96	1·62	1·14	.	.	3	72	138
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	5	76	139
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	11	40	140
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	5	28	141
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·96	3	84	142
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	143
—·34	—·34	—·26	—·28	—·28	—·42	—·42	—·42	—·22	—·24	—·24	—·24	.	.	.	8	10	144
1·06	3·92	4·20	2·98	3·62	4·78	4·08	3·34	5·—	4·84	3·72	3·26	2·90	—·16	.	90	43	145
8·23	6·27	5·05	6·09	1·61	4·67	6·89	6·39	5·99	6·92	7·42	6·32	8·34	3·64	.	162	02	146
—·54	—·54	—·76	—·78	—·62	1·30	—·68	—·72	—·38	—·35	—·36	—·45	—·46	.	.	29	14	147
1·18	1·18	—·96	—·96	—·98	—·98	—·98	—·98	.	.	.	.	.	.	.	18	58	148
.	.	.	—·26	—·28	—·28	—·36	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	1	94	149
—·94	—·96	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	16	80	150
—·52	—·52	—·52	—·26	1·08	—·40	1·41	—·57	—·58	—·62	—·63	—·43	—·44	.	.	18	72	151
1·20	—·60	—·68	—·60	—·74	—·74	—·76	—·76	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	25	88	152
—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	28	153
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	154
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	06	155
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	24		156
—·70	—·70	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·60	—·60	·60	—·60	—·60	—·60	.	17	10	157
—·86	—·86	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	40	158
87·62	74·36	74·50	77·42	73·18	84·23	76·46	67·84	[illegible]	90·44	90·72	76·16	81·94	.	.	1873	40	159
.	.	.	.	.	—·52	—·52	—·52	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	4	26	160
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	161
—·42	—·42	—·40	—·42	—·42	—·50	—·52	—·52	—·76	—·78	—·77	.	.	.	.	11	48	162
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	163
—·72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—·71	—·74	—·76	—·76	.	.	.	.	15	14	164
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	21	40	165
—·34	—·34	—·50	—·52	—·52	—·53	—·54	—·54	1·01	1·01	1·01	.	.	.	.	6	18	166
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	.	14	40	167
—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	6·32	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	5·90	.	18	58	168

Post-Nummer	Ort	1904										
		Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	[illegible]
169	Grulich	1·04	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·26	—·26	—·26	[illegible]
170	Grußbach	2·20	2·18	2·22	2·14	2·10	2·14	2·—	2·08	2·04	2·04	[illegible]
171	Gumpoldskirchen	.	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·30	—·30	—·30	[illegible]
172	Güntersdorf bei Königinhof	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·28	—·36	—·40	[illegible]
173	Habendorf	8·10	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	[illegible]
174	Haindorf	4·50	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
175	Hainfeld	2·40	3·—	3·—	2·60	2·84	2·84	2·84	2·82	2·82	2·82	[illegible]
176	Halbseit	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·24	—·24	—·24	[illegible]
177	Halbstadt bei Braunau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
178	Hall in Ober-Oesterreich	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	[illegible]
179	Hall i. T.	1·84	—·32	—·32	—·32	—·40	—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	[illegible]
180	Hallein	1·10	2·38	2·42	2·46	2·52	2·56	2·78	2·90	2·62	2·66	[illegible]
181	Hallstatt	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
182	Hammer	6·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
183	Hangenstein	—·80	—·26	—·26	—·28	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	[illegible]
184	Hannsdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·42	[illegible]
185	Hannichen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	[illegible]
186	Harrachsdorf-Neuwelt	2·24	—·74	—·74	—·74	—·70	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	[illegible]
187	Hartberg	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	
188	Harzdorf	2·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	[illegible]
189	Haslau bei Eger	—·84	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·28	—·28	—·28	[illegible]
190	Heinersdorf bei Reichenberg	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.
191	Heinrichsdorf	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	[illegible]
192	Hermagor	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
193	Hermannstadt in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	—·84	—·84	—·84	[illegible]
194	Hermesdorf b. M.-Schönberg	1·08	1·08	1·08	1·08	1·10	1·10	1·10	—·38	—·40	—·40	[illegible]
195	Hermsdorf b. Friedland	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	[illegible]
196	Herzogenburg	.	—·50	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·12	1·12	1·12	[illegible]
197	Hieflau	.	—·20	—·20	—·16	—·14	—·14	—·14	—·28	—·28	—·28	[illegible]
198	Hillemühl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
199	Hillersdorf	.	—·52	—·52	—·52	—·52	1·10	1·12	1·54	1·54	1·54	[illegible]
200	Himberg	.	.	.	.	.	.	.	—·11	—·20	—·20	[illegible]
201	Hliboka	2·70	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24	[illegible]
202	Höritz in Böhmen	2·44	—·60	—·60	—·60	—·46	—·48	—·48	1·34	1·40	1·40	[illegible]
203	Hötzelsdorf	1·28	1·64	1·64	1·62	1·62	2·30	2·32	1·98	1·98	2·44	[illegible]
204	Hof am Leithaberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
205	Hofgastein	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
206	Hohenberg	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	[illegible]
207	Hohenelbe	10·—	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	[illegible]
208	Hohenems	.	.	.	—·52	—·52	—·54	—·54	.	.	.	
209	Horn	2·—	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·46	—·46	—·46	[illegible]
210	Hüttau	—·12	.	—·18	.	—·18	.	.	.	.	.	
211	Hüttenberg	.	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·04	—·04	—·06	[illegible]
212	Hussowitz bei Brünn	.	.	.	.	.	.	—·56	—·22	—·22	—·22	[illegible]
213	Iglau	3·16	1·24	—·96	—·94	.	.	1·58	1·32	1·16	1·76	[illegible]
214	Innsbruck	45·16	11·72	13·86	13·41	12·57	18·72	18·46	22·49	22·22	22·14	25·—
215	Inzersdorf	—·06	—·18	—·20	—·20	—·32	—·32	—·40	1·22	1·20	1·20	1·10
216	Irmsdorf bei Römerstadt	1·58	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	[illegible]
217	Ischl	3·50	—·80	—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	1·04	1·04	1·04	[illegible]
218	Jägerndorf	13·96	2·67	2·67	2·67	3·17	3·55	8·49	8·68	9·26	8·48	9·54
219	Janessen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
220	Jaroslau	.	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	[illegible]
221	Jauernig b. Freiwaldau	.	—·24	—·24	—·26	—·26	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	[illegible]
222	Joachimsthal	12·96	5·94	5·94	4·82	4·82	4·82	4·83	4·84	5·19	5·—	[illegible]
223	Johannesthal b. Reichenberg	1·32	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	[illegible]
224	Johannesthal in Schlesien	1·20	—·40	—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	[illegible]
225	Johnsdorf bei Gabel	—·60	—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—·20	—·20	—·20	[illegible]
226	Johnsdorf bei Janowitz	1·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·40	—·40	—·40	[illegible]

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Kr.	H.	
—·56	—·58	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	1·38	1·40	1·40	.	.	.	.	12	94	169
2·06	1·84	1·58	1·66	1·94	1·10	1·20	1·62	1·34	2·—	2·72	1·46	.	.	.	43	72	170
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·42	—·42	—·44	.	.	.	.	7	22	171
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	—·78	—·72	—·86	.	.	.	.	13	74	172
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	.	24	30	173
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	22	50	174
2·80	2·80	2·80	2·80	3·—	2·96	2·96	2·96	3·04	3·04	2·24	2·26	2·27	.	.	66	71	175
—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	32	176
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3·—	.	.	.	.	3	—	177
—·28	—·28	—·29	—·50	—·18	—·17	—·34	—·27	—·28	—·28	—·29	—·16	—·18	.	.	4	14	178
—·39	—·39	—·48	—·48	—·48	—·56	—·56	—·56	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	.	.	12	04	179
2·26	3·49	3·36	5·74	2·88	—·87	2·30	2·47	2·28	2·12	2·12	—·42	—·42	.	.	57	37	180
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	24	—	181
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	15	60	182
—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	7	60	183
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	5	—	184
1·78	1·48	1·50	1·64	1·42	1·74	1·58	1·62	2·16	2·46	2·14	2·—	2·64	.	.	25	68	185
—·68	—·68	—·70	—·70	—·70	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	.	.	.	.	17	42	186
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	60	187
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	7	20	188
—·28	—·28	—·30	—·30	—·50	—·50	—·50	—·50	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	7	68	189
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	190
—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	6	—	191
.	.	—·44	—·44	—·44	—·88	—·90	—·90	—·72	—·72	—·74	1·52	.	.	.	7	70	192
—·86	—·86	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	11	70	193
—·38	2·36	2·36	2·36	2·90	2·90	2·90	3·06	4·02	4·02	4·04	—·57	.	.	.	41	07	194
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	3	96	195
1·12	1·12	1·36	—·84	—·84	—·86	—·86	—·86	2·90	2·90	2·90	.	.	.	.	26	64	196
—·26	.	—·20	—·26	—·20	—·20	—·40	—·40	—·52	—·52	—·62	1·14	1·04	—·88	.	8	66	197
.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	1	60	198
1·20	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	.	.	.	.	.	.	.	.	18	98	199
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	.	2	11	200
—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	76	201
1·20	1·20	1·18	1·18	1·18	—·56	—·56	—·58	—·88	—·88	—·39	—·60	.	.	.	21	38	202
2·58	2·58	3·72	3·72	3·50	3·50	3·50	3·50	1·58	1·58	1·42	1·42	.	.	.	53	86	203
.	.	.	.	.	.	.	.	—·86	—·88	—·88	.	.	.	.	2	62	204
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·22	—·18	—·19	.	.	—	59	205
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	3·32	3·34	3·34	3·32	3·34	3·34	.	62	—	206
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	19	—	207
.	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·40	.	.	.	.	3	12	208
—·48	—·48	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	8	80	209
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	38	210
—·10	—·12	—·12	—·12	—·20	—·20	—·20	—·20	—·62	—·64	—·64	.	.	.	.	7	14	211
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.	.	.	.	.	3	20	212
1·04	1·46	1·—	—·86	2·30	3·14	1·96	3·36	2·58	2·80	2·44	4·16	3·84	.	.	44	10	213
25·44	25·48	22·35	22·44	20·94	21·01	25·92	26·24	23·82	23·34	20·40	17·66	12·04	1·48	.	514	31	214
1·29	1·30	1·30	1·22	1·18	1·10	1·21	1·24	—·40	—·26	—·26	—·08	—·08	.	.	17	26	215
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	5	88	216
1·06	1·06	1·18	1·18	1·18	1·18	1·20	1·20	—·08	—·08	—·08	—·08	.	.	.	22	54	217
11·40	11·52	11·52	11·52	11·52	11·54	11·54	11·54	12·10	12·14	15·10	15·10	7·40	.	.	227	08	218
.	.	.	.	.	.	.	.	—·54	—·56	—·56	.	.	.	.	1	66	219
—·08	—·08	—·08	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	.	.	2	08	220
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	4	40	221
5·13	5·12	5·17	4·69	5·13	5·35	5·73	5·75	5·75	5·75	5·67	5·90	5·55	.	.	134	12	222
—·72	—·72	1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	2·40	26	88	223
—·84	—·84	—·41	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	12	20	224
—·20	—·20	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	4	32	225
—·40	—·40	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.	7	80	226

Post-Nummer	Ort	1904 Reitzahlung	1904 Juli	1904 August	1904 September	1904 October	1904 November	1904 Dezember	Jänner	Februar	März
227	Judenburg	—·16	3·48	2·86	2·76	2·82	1·74	1·74	1·76	1·92	[illegible]
228	Kaaden	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
229	Kapfenberg	1·04	—·52	—·52	—·52	1·60	1·60	1·60	1·24	1·24	1·24
230	Karolinsfeld	2·—	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32
231	Karlsbad	13·60	2·90	2·92	2·92	2·84	3·23	3·16	2·92	2·92	[illegible]
232	Karlsthal in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	1·69	1·70	[illegible]
233	Karlswald bei Reichenberg	.	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—·82	—·82	—·84
234	Katharinberg b. Reichenberg	3·74	1·08	1·10	1·60	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	[illegible]
235	Kaumberg	4·36	1·40	1·40	1·40	1·66	1·66	1·68	1·66	1·66	1·66
236	Ketten	1·56	—·58	—·58	—·60	1·12	1·14	1·14	—·37	—·37	[illegible]
237	Kienberg-Gaming	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	[illegible]
238	Kimpolung	4·32	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·26	—·26	—·26
239	Kindberg	5·82	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	1·38	1·38	[illegible]
240	Kirchberg am Walde	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	[illegible]
241	Kitzbühel	1·66	—·78	—·60	—·72	—·82	—·58	—·92	—·92	—·64	—·26
242	Klagenfurt	17·76	5·41	7·84	7·68	8·72	8·90	7·98	7·86	9·62	9·20
243	Klamm am Semmering	.	.	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	2·20	3·24
244	Kleinaugezd bei Teplitz	6·60	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	3·—	3·—	3·—
245	Kleingrün	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
246	Klein-Mohrau	1·98	—·30	—·30	—·32	—·40	—·40	—·40	—·46	—·46	—·46
247	Klein-Neusiedl	.	.	.	.	.	.	.	1·04	1·04	1·06
248	Kleinreifling	1·46	1·44	1·38	1·38	1·38	1·38	1·38	1·38	1·54	1·38
249	Klein-St. Paul	.	1·—	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	—·17	—·17	—·17
250	Kleinwöhlen bei Beusen	—·88	—·44	—·44	—·46	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34
251	Klösterle an der Eger	6·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.
252	Klostergrab	.	1·56	1·88	1·60	2·36	1·52	1·90	1·54	1·—	2·12
253	Klosterneuburg	9·90	2·08	1·64	1·64	1·56	1·56	1·54	1·74	1·72	1·82
254	Knittelfeld	4·74	2·84	2·84	5·86	4·58	4·28	2·48	8·50	7·42	7·42
255	Köflach	5·12	18·88	10·08	3·62	3·62	3·54	3·54	3·54	3·54	3·56
256	Königsberg an der Eger	14·02	1·28	1·28	1·28	1·30	1·30	1·30	1·52	1·52	1·54
257	Königsfeld bei Brünn	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
258	Königshan bei Schatzlar	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
259	Königswald bei Bodenbach	2·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.
260	Königswalde bei Schluckenau	—·68	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28
261	Köstldorf	1·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.
262	Kohlhau bei Karlsbad	.	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·56	.
263	Kohlstadt bei Langenbruck	—·80	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36
264	Kolomea	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
265	Komeise	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40
266	Komotau	16·—	9·66	9·66	9·66	9·66	9·68	9·68	7·68	7·68	7·68
267	Korneuburg	10·12	1·06	1·14	1·14	1·04	1·04	—·94	—·56	—·54	—·46
268	Kosten bei Teplitz	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20
269	Kostenblatt	3·84	1·30	1·30	1·30	1·30	1·32	1·32	1·30	1·30	1·30
270	Krakau	.	.	.	.	.	.	.	—·18	—·38	—·40
271	Kratzau	1·84	—·78	—·80	—·80	1·06	1·06	1·06	1·56	3·36	3·36
272	Krems	2·24	3·22	2·24	2·62	2·68	2·58	2·54	2·10	2·22	2·32
273	Krenhof bei Köflach	.	.	.	.	.	.	.	—·14	—·14	—·14
274	Kriegern	1·92	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.
275	Krieglach	.	2·80	1·48	1·22	1·56	1·92	1·14	—·86	—·86	1·28
276	Kriegsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
277	Kritzendorf	—·54	—·54	—·44	—·50	—·52	—·56	—·56	—·56	—·56	—·12
278	Kröllendorf bei Ulmerfeld	.	.	.	.	—·52	—·52	—·52	.	.	.
279	Krombach bei Zwickau	1·20	—·42	—·42	—·42	—·48	—·48	—·48	—·52	—·52	—·52
280	Krumau	13·15	4·50	3·77	3·78	4·91	5·59	7·11	7·59	4·50	3·44
281	Krzemusch	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.
282	Kufstein	9·54	1·52	1·34	1·34	1·64	2·—	1·94	1·84	1·62	1·62
283	Kukau	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·40	—·40	—·40
284	Kumrowitz bei Brünn	.	.	.	.	.	.	.	—·48	—·48	—·48

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Kr.	H.	
1·44	3·44	1·94	1·84	2·42	2·33	4·54	2·94	1·96	1·80	1·80	1·92	1·93	3·—	.	55	82	227
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	12	—	228
1·26	1·26	1·26	1·26	5·18	3·50	1·40	1·40	6·08	6·08	6·08	.	.	.	.	47	12	229
—·34	—·54	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	—	230
4·06	4·03	3·85	3·48	3·02	3·78	3·81	3·82	4·50	4·51	4·52	—·36	—·36	—·36	.	89	20	231
2·72	2·65	2·42	2·32	2·34	2·34	2·36	2·46	2·12	2·12	1·96	—·30	—·44	.	.	34	64	232
—·84	—·84	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	.	15	—	233
1·20	1·20	1·20	1·20	1·31	1·40	1·42	1·42	3·10	3·10	3·10	2·60	2·60	2·60	.	43	90	234
1·48	1·48	1·56	1·56	1·56	1·46	1·46	1·46	2·22	2·24	2·24	.	.	.	.	38	84	235
—·38	—·38	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	14	58	236
—·60	—·60	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	15	20	237
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	.	.	.	—·14	—·14	.	.	12	08	238
—·94	—·96	—·96	—·96	—·96	2·66	2·66	2·68	2·68	1·86	1·86	1·88	3·—	3·—	.	43	60	239
—·34	—·34	—·26	—·26	—·26	—·26	—·27	.	.	.	.	.	.	.	.	3	30	240
—·42	—·52	—·50	—·46	—·52	—·36	—·48	—·68	1·08	—·50	—·44	.	.	.	.	14	30	241
7·04	7·34	7·86	8·22	9·34	10·94	10·30	11·68	15·28	17·09	16·88	9·22	9·39	.	.	240	33	242
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·94	—·94	—·96	1·66	1·66	1·68	.	.	.	25	82	243
3·—	3·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·32	4·34	4·34	.	.	.	.	74	80	244
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	6	60	245
—·18	—·18	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	7	22	246
1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	.	.	.	.	.	.	.	12	68	247
1·58	1·60	1·62	1·68	1·72	1·78	1·80	1·96	2·32	2·50	2·60	2·56	2·58	2·60	.	44	60	248
—·20	—·20	—·20	—·20	—·70	—·72	—·72	—·54	1·04	1·12	1·14	.	.	.	.	13	56	249
—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	28	250
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	—	251
1·82	1·60	—·60	3·—	1·64	1·28	1·41	1·02	2·10	1·52	1·74	1·68	1·60	—·74	.	39	56	252
1·68	1·74	2·34	2·54	2·80	2·75	3·36	3·70	6·46	7·02	7·08	5·68	4·31	4·10	.	82	52	253
7·55	7·55	10·06	12·20	9·26	13·68	8·18	5·78	5·80	14·22	19·21	9·34	11·72	.	.	193	02	254
3·56	3·56	3·22	3·22	3·22	3·22	3·22	3·24	4·60	4·60	4·60	.	.	.	.	102	86	255
1·54	1·54	1·54	1·54	1·54	1·54	1·54	1·54	2·32	2·33	2·34	.	.	.	.	47	19	256
.	.	.	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·74	—·74	—·74	.	.	.	.	4	16	257
.	.	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	2	—	258
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	34	259
—·38	—·38	—·14	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	.	6	58	260
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	261
.	.	.	.	.	.	.	.	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	6	44	262
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	7	52	263
.	.	.	.	.	.	.	—·14	—·16	.	.	.	.	.	.	—	30	264
—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	265
7·70	7·70	6·58	6·58	6·58	6·58	6·86	6·66	6·07	6·20	6·20	6·36	6·36	.	.	191	15	266
—·42	—·42	—·42	—·44	1·42	1·12	1·12	1·20	—·84	—·86	—·86	.	.	.	.	27	58	267
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	1·20	4	80	268
1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	2·72	2·72	2·72	1·40	1·40	1·40	1·46	1·46	1·46	.	40	36	269
—·36	—·38	—·39	—·70	—·70	—·93	—·92	—·95	—·96	1·46	1·46	1·43	1·44	.	.	13	34	270
3·56	3·56	3·56	3·58	3·44	3·44	3·46	3·48	2·48	1·80	1·80	.	.	.	.	53	20	271
1·77	1·66	1·04	1·06	1·06	—·98	1·—	1·71	—·98	1·—	1·60	—·91	.	.	.	40	87	272
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·10	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	.	.	.	.	1	96	273
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	88	274
1·62	1·59	1·62	1·68	1·74	1·76	3·42	3·58	3·50	3·50	2·—	2·—	2·—	2·24	.	46	97	275
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·66	.	1	98	276
—·78	—·34	—·44	—·64	—·54	—·44	—·62	—·44	—·56	1·05	—·79	—·56	.	.	.	12	60	277
.	.	—·64	—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	1·04	1·04	1·04	1·06	1·06	1·06	.	11	86	278
—·52	—·52	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	8	82	279
3·44	3·44	3·46	3·48	3·49	3·41	3·44	3·45	2·94	3·95	2·74	.	.	.	.	99	02	280
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	281
1·80	1·80	1·80	2·08	2·08	1·60	1·80	1·86	—·99	—·58	1·06	—·11	—·12	.	.	43	88	282
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	8	40	283
—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	92	284

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
285	Kunnersdorf bei Zwickau	2·52	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·30	—·30	—·30	[illegible]
286	Kuttowitz-Schwaz	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	[illegible]
287	Labau bei Gablonz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
288	Ladowitz	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	[illegible]
289	Laibach	—·26	—·28	—·40	—·40	—·56	—·56	—·56	—·56	—·62	—·62	[illegible]
290	Lampersdorf	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	
291	Landeck	3·54	3·04	3·06	3·26	3·28	3·18	3·20	4·02	2·68	2·68	[illegible]
292	Landschach bei Knittelfeld	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
293	Landskron in Böhmen	9·02	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·60	—·60	—·62	—·62	[illegible]
294	Landskron bei St. Ruprecht	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·62	—·62	—·34	—·34	—·34	[illegible]
295	Langenbruck	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	[illegible]
296	Langenwang	.	—·84	—·86	—·62	—·62	—·62	—·64	—·62	—·62	—·62	[illegible]
297	Langugest bei Bilin	2·72	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	[illegible]
298	Lanz bei Falkenau	1·32	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	[illegible]
299	Leibnitz	—·52	—·54	—·60	—·60	.	.	—·40	—·64	.	.	
300	Lellowa-Starosedl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
301	Lemberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	[illegible]
302	Lend	1·92	—·98	1·12	3·38	3·42	1·78	1·86	1·92	1·90	2·10	[illegible]
303	Leoben	1·38	26·54	26·98	16·96	17·14	16·44	20·46	5·12	9·10	17·76	[illegible]
304	Leobersdorf	7·30	—·96	—·96	—·96	—·98	—·98	1·—	1·10	1·10	—·94	[illegible]
305	Lichtenstadt	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	[illegible]
306	Lichtenwalde	.	.	.	.	.	.	—·96	.	.	.	
307	Liebenau	5·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·44	—·44	—·44	[illegible]
308	Lieboritz	1·52	—·56	—·56	—·56	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	[illegible]
309	Lienz	.	3·34	3·62	2·20	4·04	3·26	3·72	3·60	2·70	3·18	[illegible]
310	Liescha-Prävali	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
311	Liesing	20·76	1·90	1·92	1·64	1·66	3·08	1·96	1·98	1·98	1·98	[illegible]
312	Lilienfeld	1·50	1·50	1·54	1·56	1·50	1·50	1·50	2·26	2·26	2·26	[illegible]
313	Linz	—·54	20·36	19·48	19·46	22·60	20·20	19·72	22·20	19·64	19·66	[illegible]
314	Lipnik bei Biala	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
315	Litschkau bei Saaz	4·16	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	[illegible]
316	Littitz bei Pilsen	—·70	—·70	—·70	—·60	—·60	—·60	—·66	—·66	—·68	—·66	[illegible]
317	Lobnig bei Römerstadt	—·72	—·36	—·36	—·36	—·36	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	[illegible]
318	Loser	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
319	Loosch bei Dux	—·96	—·16	—·16	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	
320	Lossin	1·04	—·36	—·36	—·36	—·64	—·64	—·66	.	.	.	
321	Lundenburg	.	4·90	5·48	6·—	6·90	5·80	6·—	8·16	7·10	7·24	
322	Lusdorf bei Friedland	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·40	—·40	—·40	[illegible]
323	Lustenau	.	.	.	.	.	.	.	1·24	1·24	1·26	[illegible]
324	Machendorf	12·36	3·66	3·66	3·66	3·50	3·50	3·50	2·42	2·42	2·42	[illegible]
325	Mährisch-Neustadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
326	Mährisch-Ostrau	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
327	Mährisch-Schönberg	12·18	6·52	6·90	7·54	6·88	7·70	8·08	8·08	8·98	7·58	7·70
328	Mährisch-Trübau	7·58	2·54	2·02	2·02	2·04	2·04	2·04	2·04	1·19	1·19	[illegible]
329	Märzdorf bei Braunau	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56	[illegible]
330	Maffersdorf	9·50	1·—	1·02	1·02	1·04	1·04	1·04	1·04	1·50	1·50	1·50
331	Mannersdorf a. Leithaberg	1·42	—·44	—·44	—·44	—·42	—·42	—·42	—·46	—·46	—·46	[illegible]
332	Mautau	5·82	3·16	3·16	3·18	2·42	2·42	2·46	.	.	.	
333	Marburg a. d. D.	—·90	9·20	12·80	1·02	10·06	13·34	2·10	17·—	14·68	11·64	16·34
334	Marchegg	6·70	1·18	1·16	1·14	1·24	1·28	1·27	1·26	1·26	1·26	1·17
335	Marchtrenk	.	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	
336	Maria-Saal	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
337	Marienbad	.	—·84	—·84	—·84	1·22	1·24	1·24	1·36	1·20	1·20	[illegible]
338	Marienberg	14·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
339	Markersdorf bei Gabel	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·70	—·70	—·70	—·70
340	Markersdorf in Schlesien	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·34	—·34	—·34	—·34
341	Markhausen bei Graslitz	.	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	
342	Mautern	.	—·24	—·34	—·32	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·24

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Kr.	h.	
−·30	—·30	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	9	16	285
−·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	4	80	286
.	.	.	.	.	—·44	—·46	—·46	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	4	36	287
−·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	11	40	288
−·74	—·75	—·76	—·66	—·84	—·70	—·71	—·59	—·60	—·72	—·74	—·20	—·20	.	.	13	87	289
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	50	290
−·14	2·54	2·54	4·88	2·84	2·78	5·20	3·56	3·56	—·16	—·16	3·48	—·28	—·32	.	66	80	291
.	.	.	.	1·30	1·30	1·30	1·32	1·86	1·86	1·86	1·38	1·40	1·40	.	14	98	292
−·62	—·62	—·62	—·60	—·60	—·60	—·60	—·62	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	21	36	293
−·34	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	7	86	294
−·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	13	50	295
1·60	1·62	—·56	—·56	—·56	—·58	1·16	1·16	1·32	1·34	1·20	1·20	1·44	1·46	.	22	46	296
−·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	10	60	297
−·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	.	6	60	298
.	1·14	—·64	—·68	—·70	—·70	1·28	1·30	2·20	1·50	1·50	1·50	1·96	2·08	.	20	48	299
.	.	.	.	.	.	—·26	—·26	—·28	—·54	—·54	—·56	.	.	.	2	44	300
−·90	—·91	—·92	1·40	1·64	1·28	—·99	1·18	1·18	1·28	1·30	—·98	1·—	.	.	15	92	301
2·10	1·92	1·94	2·02	1·98	2·02	2·02	2·56	1·88	1·82	1·40	.	.	.	.	44	22	302
14·40	13·14	18·22	12·50	14·18	11·12	10·14	15·98	21·98	16·24	18·26	18·—	17·02	.	.	377	56	303
—·96	—·96	—·42	1·08	1·—	1·—	1·12	1·—	1·36	1·56	1·36	1·14	1·34	1·16	.	32	68	304
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	17	40	305
.	.	.	.	.	—·77	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	73	306
—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	16	28	307
−·44	—·44	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	10	86	308
3·40	3·34	3·48	3·64	3·46	2·96	3·92	3·06	3·88	3·76	3·56	4·36	3·84	4·34	.	84	14	309
.	.	.	.	.	.	.	1·20	1·—	1·—	1·—	1·22	1·24	.	.	6	66	310
2·01	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·23	1·24	1·26	1·26	1·26	.	.	.	.	55	20	311
2·10	2·10	3·24	3·24	3·08	3·02	3·05	3·06	2·40	2·44	2·44	—·60	—·60	—·60	.	51	43	312
19·76	20·32	19·—	18·78	21·12	20·37	22·39	14·56	17·72	25·84	24·49	23·50	23·27	16·46	.	544	90	313
.	.	.	.	.	.	.	.	—·82	1·20	2·—	.	.	.	.	4	02	314
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	9	92	315
—·68	—·64	—·66	—·66	—·54	—·54	—·56	—·56	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	13	86	316
—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·44	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	7	50	317
—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	2	36	318
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	319
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	06	320
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14·—	14·38	11·77	13·08	.	110	81	321
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	8	40	322
—·24	—·24	—·16	—·16	—·16	—·18	—·20	—·20	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	6	22	323
2·04	2·04	2·04	2·04	2·04	2·06	2·06	2·06	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	63	12	324
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10·—	.	.	.	.	10	—	325
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	15	—	326
7·12	6·32	7·10	6·12	6·76	7·24	7·36	5·94	11·92	9·78	10·42	9·48	9·58	.	.	193	28	327
1·19	1·19	1·19	1·21	1·50	1·50	1·52	1·52	1·26	1·26	1·28	1·28	.	.	.	41	79	328
—·56	—·56	—·46	—·46	—·48	—·48	—·48	—·78	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	7	40	329
1·50	1·50	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	29	—	330
—·46	—·46	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	9	40	331
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	22	62	332
7·98	5·16	16·54	17·48	18·08	18·65	10·86	11·03	21·70	19·87	27·20	25·04	19·93	12·66	.	341	26	333
1·17	1·17	1·17	1·15	1·13	1·15	1·15	1·15	1·15	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	31	51	334
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	80	335
.	.	.	.	.	—·16	.	.	.	.	—·22	.	.	.	.	—	38	336
1·22	1·22	1·06	—·94	—·94	—·94	—·96	—·96	—·58	—·60	.	.	.	.	.	20	62	337
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	28	80	338
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	.	13	20	339
—·34	—·34	—·26	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	11	64	340
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	20	341
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·36	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	34	342

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
343	Mauthausen	3·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·40	1·40	1·40
344	Mauthen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
345	Mayerbach	.	1·10	1·12	1·12	1·16	1·17	1·18	1·08	1·09	1·08
346	Meierhöfen	3·08	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52
347	Meistersdorf	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
348	Meran	9·96	1·66	1·68	1·68	1·68	1·68	1·80	3·36	3·44	3·44
349	Merkelsgrün	4·24	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·66	—·94	—·94	—·94
350	Mistek	.	3·28	2·70	1·88	3·28	2·30	1·62	4·54	5·26	4·34
351	Mistelbach	—·90	—·50	—·50	—·50	—·50	—·60	—·60	—·72	—·74	—·74
352	Mitterdorf-Wartberg	.	—·90	—·92	1·76	1·76	2·96	2·98	2·16	2·18	1·90
353	Mödling	8·88	2·88	2·78	2·78	2·86	2·86	2·94	3·63	3·73	3·74
354	Möllbrücken	1·20	—·20	—·38	—·38	—·38	—·18	—·18	—·20	—·20	—·20
355	Molln	2·60	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·59	—·59	—·59
356	Moosbrunn	4·78	1·80	1·82	1·82	2·08	2·08	2·08	1·60	1·60	1·62
357	Morchenstern	3·—	—·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·—	1·—	1·—
358	Müglitz	10·80	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28
359	Mürzzuschlag	14·80	5·60	8·—	5·20	5·40	8·—	8·16	10·18	7·74	6·14
360	Nallesgrün	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
361	Nassengrub b. Asch	2·40	1·04	1·04	1·06	—·94	—·94	—·94	1·02	1·02	1·02
362	Neuberg a. d. M.	2·34	2·36	2·82	2·62	4·12	3·72	4·02	2·92	2·92	2·94
363	Neudeck i. B.	.	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·66	—·66	—·66
364	Neudorf b. Gablonz a. d. N.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
365	Neulengbach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
366	Neundorf b. Kratzau	18·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
367	Neunkirchen	7·57	—·66	—·50	—·50	—·68	—·70	1·10	1·62	1·54	1·56
368	Neuofen	1·20	1·30	1·30	1·30	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
369	Neu-Paulsdorf	.	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·22	—·22	—·22
370	Neurode b. Reichenberg	1·32	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.
371	Neustadt a. d. T.	18·68	3·19	3·22	3·22	2·37	2·46	2·46	5·22	5·24	5·25
372	Neutitschein	14·64	2·80	2·84	2·82	3·04	3·04	3·06	3·52	3·56	3·56
373	Neuzeug	.	.	.	.	.	.	1·74	.	.	.
374	Nieder-Ehrenberg	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40
375	Nieder-Einsiedl	5·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.
376	Niedergrund	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·70	—·70	—·70
377	Nieder-Rochlitz a. d. Iser	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
378	Niemes	7·88	4·18	4·20	4·20	4·18	4·20	4·22	3·60	3·60	3·62
379	Niklasdorf b. Freiwaldau	.	.	—·12	—·12	—·14	—·14	—·14	.	.	.
380	Nikles i. M.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
381	Nixdorf	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
382	Oberalm	5·64	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·32	—·32
383	Ober-Altstadt	1·56	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	1·26	1·26	1·26
384	Ober-Ferlach	7·62	2·54	2·54	2·54	2·54	2·54	2·54	3·40	3·40	3·42
385	Ober-Grafendorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
386	Obergrund b. Freiwaldau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
387	Ober-Hennersdorf	1·44	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24
388	Oberhollabrunn	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
389	Ober-Kratzau	3·48	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·40	—·40	—·40
390	Ober-Leutensdorf	25·80	1·90	1·90	1·90	1·90	1·90	1·90	1·90	1·90	1·90
391	Ober-Marxdorf	2·70	.	.	.	.	.	.	.	.	.
392	Ober-Plan	.	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·48	—·48	—·48	—·48
393	Ober-Rochlitz a. d. Iser	4·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
394	Ober-Traun	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
395	Ober-Vellach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
396	Ober-Zeiring	1·16	—·26	—·26	—·28	—·28	—·24	—·24	—·24	—·24	—·22
397	Ober-Waltersdorf	.	—·32	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.
398	Oberberg	1·38	—·48	—·48	—·48	—·66	—·66	—·68	—·50	—·50	—·50
399	Oberfurt	6·82	7·58	7·80	7·28	6·42	6·44	4·88	8·76	5·08	6·98
400	Odrau	.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	4·—	4·—	4·—

1905								1906							Summe		Post-Nummer
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Kr.	H.	
·74	1·74	1·76	1·76	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	.	.	.	.	32	—	343
.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	1	—	344
·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·26	1·26	1·28	—·96	1·—	1·—	.	.	.	.	22	86	345
·52	—·52	—·52	—·42	—·52	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	.	.	.	.	.	12	52	346
·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	18	60	347
·92	3·93	3·94	3·68	3·68	4·24	3·96	4·18	—·96	—·88	—·90	—·88	—·88	.	.	70	33	348
·94	—·94	1·18	1·18	1·18	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	.	.	.	.	23	76	349
.	3·24	2·74	4·94	2·58	2·78	5·—	3·40	5·66	4·78	3·14	5·62	3·54	.	.	79	52	350
·40	1·40	1·26	1·26	1·28	1·54	1·56	1·56	1·52	1·52	1·54	.	.	.	.	23	54	351
1·76	1·78	1·04	1·04	1·06	1·06	1·28	1·28	4·26	4·26	1·60	1·60	3·24	3·24	.	47	92	352
5·52	5·54	6·12	6·02	6·03	5·90	4·92	4·78	3·09	3·—	3·—	—·32	—·34	.	.	95	64	353
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	5	30	354
—·60	—·60	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	11	10	355
2·14	2·16	2·—	2·—	2·02	2·16	2·16	2·18	2·26	2·24	2·26	.	.	.	.	47	—	356
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	29	—	357
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	.	21	-	358
0·12	6·64	6·64	8·24	10·22	11·10	9·34	12·17	20·18	8·26	8·28	6·79	6·80	22·42	.	234	54	359
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·60	.	.	.	.	2	60	360
1·04	1·04	—·72	—·72	—·74	—·74	—·84	—·84	—·86	—·86	—·86	.	.	.	.	21	72	361
2·94	2·94	1·10	—·56	—·40	2·58	2·40	1·74	2·—	1·—	1·40	1·44	.	.	.	54	22	362
—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	15	68	363
.	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	1	80	364
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·98	1·08	.	.	2	94	365
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	27	—	366
1·52	1·52	1·80	1·80	2·10	1·96	1·85	1·86	2·95	5·27	1·87	—·54	—·54	.	.	43	67	367
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	26	10	368
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.	.	.	.	.	4	74	369
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	64	370
5.53	5·55	5·30	5·32	5·34	5·32	5·34	5·35	2·54	2·56	2·48	.	.	.	.	107	47	371
4·90	4·91	4·04	4·04	4·06	3·82	3·82	3·86	.	.	.	.	.	.	.	81	23	372
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	74	373
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	4	80	374
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	375
—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	90	376
.	.	.	.	.	—·18	—·18	—·18	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	1	62	377
3·62	3·66	3·57	3·57	3·59	3·57	3·59	3·61	1·66	1·66	1·68	.	.	.	.	81	26	378
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	66	379
.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·42	—·42	—·44	.	.	.	3	68	380
—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	6	60	381
—·34	—·34	—·65	—·66	—·66	—·66	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	.	13	37	382
1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	2·09	2·10	2·10	4·60	4·60	4·60	—·60	—·60	—·60	.	37	35	383
3·42	3·42	3·42	3·42	3·42	4·54	4·54	4·54	10·40	10·42	10·42	10·42	10·42	10·42	.	129	72	384
.	.	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	2	72	385
.	.	—·50	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.	3	14	386
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	6	—	387
.	.	.	.	.	.	1·10	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	5	10	388
—·40	—·40	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	11	98	389
1·48	1·48	1·48	1·48	1·48	1·48	1·48	1·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	57	66	390
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	70	391
—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	66	392
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	18	60	393
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·62	—·64	.	.	1	86	394
.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	1	—	395
—·24	—·24	—·14	—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	5	02	396
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	397
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·66	—·66	—·68	.	.	.	.	12	82	398
6·70	6·70	6·70	6·72	.	.	3·12	3·12	6·—	6·—	6·32	7·24	5·76	.	.	139	86	399
4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	.	.	.	.	72	—	400

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	[illegible]
401	Olbersdorf b. Jägerndorf	—·60	—·24	—·26	—·26	—·32	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	[illegible]
402	Olmütz	6·08	2·40	1·86	2·30	2·93	2·17	2·19	2·01	2·09	2·33	[illegible]
403	Oswiecim	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
404	Pankraz b. Ringelshain	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	[illegible]
405	Parchen-Schelten	9·60	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	[illegible]
406	Paulowitz b. Olmütz	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
407	Paulsdorf	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	[illegible]
408	Paulusbrunn b. Tachau	—·84	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	
409	Pechbach b. Graslitz	7·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
410	Pechgrün b. Chodau	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.		
411	Peggau	1·38	1·38	1·40	—·72	1·26	—·86	—·80	1·20	1·20	1·20	[illegible]
412	Perchtoldsdorf	—·30	—·30	—·26	—·26	—·88	—·88	—·46	—·48	—·40	—·42	[illegible]
413	Petersdorf b. Johannesthal	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
414	Pettau	—·62	—·76	—·62	—·66	—·58	—·46	—·46	—·44	—·36	—·46	[illegible]
415	Pfraumberg	17·48	—·42	—·42	—·42	·42	—·42	—·42	—·30	—·30	—·30	[illegible]
416	Piesting	6·40	1·72	1·72	1·76	1·46	1·46	1·48	1·30	1·30	1·32	[illegible]
417	Pihl b. Haida	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32		.		
418	Pilnikau b. Trautenau	.	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	[illegible]
419	Pilsen	4·30	3·64	2·42	4·—	4·02	3·10	3·12	4·28	3·44	3·64	[illegible]
420	Plan	—·90	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	
421	Podersam	1·80	1·30	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	[illegible]
422	Pöchlarn	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
423	Pöls ob Judenburg	—·98	—·50	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·44	[illegible]
424	Pörtschach am See	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
425	Pola	—·86	—·88	—·98	1·—	1·28	1·30	1·46	1·48	—·88	—·90	[illegible]
426	Polaun	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	
427	Pomeisl	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
428	Possitz	.	—·12	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·12	—·12	—·14	[illegible]
429	Poschetzau	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	[illegible]
430	Postelberg	.	—·70	—·88	1·—	1·66	—·26	—·92	—·72	—·90	—·76	[illegible]
431	Pottendorf	1·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·36	—·36	—·36	[illegible]
432	Prag	1·04	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·60	—·62	—·62	[illegible]
433	Prassedit b. Teplitz	3·60	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	[illegible]
434	Preßbaum	—·96	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	[illegible]
435	Přestawlk	.	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·90	—·90	—·90	[illegible]
436	Priesen b. Komotau	.	—·12	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·38	[illegible]
437	Probstau b. Teplitz	7·20	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	[illegible]
438	Proschwitz	3·90	1·86	2·22	2·24	2·40	1·87	1·88	2·36	2·36	2·10	[illegible]
439	Proßnitz	2·16	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
440	Przemysl	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
441	Puchberg am Schneeberg	1·42	—·20	—·24	—·22	—·32	—·29	—·29	—·29	—·29	—·30	[illegible]
442	Puletschnei	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	[illegible]
443	Puntigam b. Graz	6·—	9·—	5·—	5·—	3·32	3·32	3·36	3·32	3·34	3·34	3·32
444	Purkersdorf	4·10	—·52	—·54	—·53	—·50	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	[illegible]
445	Puschwitz	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	[illegible]
446	Putzmannsdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·88	—·88	[illegible]
447	Pyhanken b. Eichwald	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	[illegible]
448	Radautz	3·05	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·38	—·38	—·38	[illegible]
449	Rankweil	1·20	—·20	—·20	—·22	—·26	—·26	—·28	—·20	—·20	—·20	[illegible]
450	Ratsch b. Teplitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
451	Ratschendorf	.	—·62	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·84	—·86	—·86	[illegible]
452	Reichenau b. Payerbach	2·50	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	[illegible]
453	Reichenberg	51·42	9·30	10·30	8·96	9·50	9·10	9·38	11·66	13·82	13·—	12·54
454	Reichstadt	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
455	Rennweg	.	.	.	.	.	.	.	—·22	—·22	—·22	—·22
456	Ried	11·02	1·76	1·46	1·40	1·42	1·44	1·58	1·70	1·52	1·50	1·60
457	Ringelshain	1·08	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·36	—·36	—·36	—·36
458	Rochlowa	3·90	—·20	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·20	—·20	—·22	—·22

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Kr.	H.	
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·46	—·46	—·48	.	.	.	.	.	.	.	6	64	401
1·61	1·65	1·83	1·88	1·88	2·32	2·06	2·08	1·66	1·68	2·54	2·58	2·62	1·98	.	55	98	402
.	.	.	.	.	.	—·13	.	·06	.	.	.	.	.	.	—	19	403
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·50	—·50	—·50	—·42	—·42	—·42	.	10	86	404
1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	.	.	.	.	.	.	.	34	80	405
.	.	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	2	76	406
—·30	—·30	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	6	—	407
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	68	408
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	14	40	409
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	80	410
1·40	1·32	1·88	1·88	1·88	2·22	2·22	2·22	2·32	2·34	2·34	2·48	2·50	2·50	.	43	30	411
—·30	—·31	—·32	—·32	—·58	—·60	—·60	—·62	—·98	—·45	—·46	—·66	—·67	.	.	11	87	412
.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	2	20	413
—·26	—·28	—·28	—·24	—·24	—·24	—·34	—·26	—·52	1·22	1·60	1·50	2·04	.	.	14	70	414
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	23	60	415
1·54	1·31	1·24	1·46	1·34	1·52	1·53	1·54	—·80	—·80	—·82	.	.	.	.	35	12	416
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	64	417
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	4	20	418
3·46	3·28	3·82	3·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	55	42	419
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	70	420
1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	28	70	421
.	.	.	.	.	.	.	.	—·47	—·48	—·48	—·75	—·78	—·86	.	3	82	422
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	1·70	1·70	6·54	6·54	.	.	.	.	.	23	78	423
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·14	1·16	.	.	.	2	30	424
—·81	—·82	—·82	—·98	1·08	—·60	1·36	1·50	1·52	—·23	—·24	.	.	.	.	22	12	425
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	426
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	8	40	427
—·14	—·14	—·12	—·12	—·12	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.	.	.	.	2	40	428
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	13	50	429
—·90	—·66	—·90	—·72	—·64	—·64	—·72	—·72	—·58	—·68	—·72	—·58	—·70	—·64	.	18	38	430
—·36	—·36	—·36	—·38	—·24	—·24	—·24	—·26	.	.	.	.	.	.	.	6	80	431
—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·66	—·66	—·66	—·66	.	.	.	14	32	432
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	9	—	433
—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	46	434
—·90	—·90	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·79	.	.	.	.	.	.	.	15	85	435
—·38	—·38	—·36	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	7	82	436
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	11	64	437
2·10	2·10	1·86	1·86	2·36	2·12	2·12	2·12	2·12	1·12	1·12	—·32	—·32	—·32	1·92	49	17	438
—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	10	74	439
.	.	.	—·48	—·52	1·10	—·48	—·72	—·74	—·92	—·92	—·52	—·54	.	.	6	94	440
—·30	—·30	—·40	—·40	—·22	—·28	—·44	—·68	—·52	—·42	—·66	.	.	.	.	8	78	441
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	12	60	442
3·34	3·34	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	10·—	10·—	.	.	.	115	—	443
—·60	—·60	—·61	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	.	1·90	1·54	2·58	1·84	.	.	22	14	444
—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	10	62	445
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	1·04	1·04	1·04	.	.	.	.	.	.	.	10	80	446
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	12	60	447
—·40	—·40	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·42	—·26	—·28	1·40	.	.	.	11	59	448
—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·32	—·32	—·34	—·28	—·28	—·30	.	.	.	.	6	40	449
.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	.	.	.	2	40	450
—·86	—·86	—·70	—·70	—·72	—·68	—·68	—·68	1·14	1·16	1·16	.	.	.	.	16	54	451
—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	.	.	.	.	.	.	.	9	88	452
12·87	12·48	10·76	13·52	11·68	11·10	16·44	14·92	15·34	16·84	17·37	16·18	14·92	1·68	.	345	08	453
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	9	—	454
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.	.	.	.	.	2	64	455
1·60	1·46	1·32	1·40	1·36	1·41	1·48	1·40	1·74	1·68	1·83	1·64	1·64	—·40	.	46	76	456
—·36	—·36	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	5	40	457
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	20	458

Post-Nummer	Ort	1904										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
459	Röchlitz	7·56	1·26	1·26	1·26	1·27	1·28	2·28	1·44	1·44	1·46	1·46
460	Römerstadt	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.
461	Rosenthal I	2·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·36	—·36	—·38	—·38
462	Rosenthal II	2·40	—·40	—·40	—·40	—.40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
463	Roßbach	10·50	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	1·—	1·—	1·—	1·—
464	Rottenmann	.	3·86	1·86	2·20	3·—	1·22	3·94	2·94	2·26	2·30	2·42
465	Rudig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
466	Rumburg	6·—	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·21	2·20	2·—
467	Ruppersdorf	9·56	1·08	1·08	1·08	1·06	1·06	1·08	1·06	1·06	1·06	1·06
468	Saalfelden	4·15	1·94	1·96	1·74	1·72	1·56	1·52	1·56	1·60	1·58	1·58
469	Saaz	58·14	6·08	6·08	6·—	6·—	6·—	6·—	5·98	5·98	6·03	5·98
470	Salzburg	39·50	16·54	17·92	15·90	20·48	19·62	15·80	22·74	19·34	18·50	21·10
471	Sambor	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
472	Sangerberg	.	.	.	.	—·36	—·48	—·64	—·55	—·60	—·60	—·60
473	St. Egyd a. N.	4·53	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·82	—·82	—·82	—·82
474	St. Georgenthal b. Warnsdf.	1·80	—·30	—·30	—·30	—·38	—·38	—·38	—·34	—·34	—·34	—·38
475	St. Johann i. P.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
476	St. Lambrecht	2·74	—·82	—·84	—·84	—·65	—·66	—·66	—·26	—·62	—·62	—·70
477	St. Michael	.	1·54	1·38	1·26	1·14	1·10	1·18	—·80	1·80	—·92	1·32
478	St. Peter-Freienstein	4·80	1·20	1·24	1·24	1·26	1·26	4·18	4·18	3·32	3·32	2·34
479	St. Pölten	23·99	6·52	6·46	6·04	6·50	6·71	6·57	9·47	9·55	9·47	9·48
480	St. Ruprecht bei Klagenfurt	.	.	.	.	.	.	.	—·14	—·14	—·16	—·20
481	St. Stefan a. Gr.	10·48	3·82	3·82	3·84	3·84	3·84	3·84	1·14	1·14	1·14	1·16
482	St. Valentin	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·50
483	St. Veit a d. Glan	5·66	5·92	5·62	4·44	5·96	4·80	5·08	5·22	4·94	4·80	5·04
484	St. Veit a. d. Triesting	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·10	2·10	2·10	2·10
485	St. Veit b. Mühlbach	—·70	—·70	—·70	—·70	—·56	—·56	—·58	—·70	—·70	—·70	—·62
486	Schaben b. Taßnitz	3·—	·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
487	Schärding	.	.	.	.	.	.	—·10	—·12	—·22	—·24	—·20
488	Schaiba	3.—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
489	Scharnstein	2·68	—·68	—·68	—·68	—·72	—·72	—·72	—·60	—·60	—·64	—·64
490	Schaßlowitz	6·12	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
491	Schatzlar	3·60	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·50	—·50	—·50	—·50
492	Scheibbs	—·56	—·60	—·70	—·72	—·80	—·82	—·70	·14	—·22	—·24	—·24
493	Schlackenwerth	2·61	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·72	—·72	—·74	—·74
494	Schlaggenwald	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
495	Schluckenau	1·50	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·70	—·70	—·70	—·70
496	Schmeil	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·16
497	Schmiedeberg	1·98	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34
498	Schneegattern	.	—·80	—·80	—·81	—·72	—·73	—·74	—·71	—·70	—·70	—·68
499	Schöbritz	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·66	—·66	—·66	—·66
500	Schönau b. Schluckenau	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
501	Schönau b. Wernstadt	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.
502	Schönborn b. Reichenberg	4.—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·30	—·30	—·30	—·30
503	Schönborn b. Rumburg	1·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
504	Schönbrunn i. Schl.	3·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.
505	Schönlinde	4.20	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	4·36	4·36	4·36	4·36
506	Schwaderbach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
507	Schwanberg	.	—·46	—·46	—·48	—·48	—·48	—·48	—·52	—·52	—·54	—·54
508	Schwarzebach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
509	Schwarzenau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
510	Schwechat	3·—	1·18	1·19	1·20	1·20	1·20	1·22	1·33	1·34	1·34	1·34
511	Schwertberg	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·80	—·80
512	Seeberg b. Eger	1·55	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·46
513	Setzdorf b. Jauernig	.	.	.	.	.	.	.	.	—·42	—·42	—·42
514	Selzthal	1·84	2·04	1·72	2·18	1·98	1·90	—·74	3·56	1·70	1·80	1·88
515	Siebenhirten	13·18	2·26	2·26	2·26	2·26	2·34	3·34	2·50	2·46	2·46	2·42
516	Silberbach	.	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	Kr.	H.	
1·46	1·46	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	23	89	459
.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	16	—	460
—·38	—·38	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·50	—·50	—·52	.	.	.	.	9	68	461
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	10	80	462
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	26	70	463
2·60	1·90	1·90	1·80	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	2·56	2·48	3·62	2·16	.	.	54	72	464
.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	1	20	465
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·80	1·80	1·80	.	.	.	.	49	20	466
1·08	1·08	1·06	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	1·06	1·06	1·08	.	.	.	.	32	—	467
1·60	1·63	1·64	1·69	1·67	1·65	2·34	3·44	3·42	3·61	3·73	3·96	3·92	.	.	55	21	468
5·96	5·96	4·64	5·96	5·96	5·98	5·98	6·02	3·58	3·72	3·65	3·46	3·48	2·—	.	184	62	469
19·19	19·68	20·42	19·50	18·14	26·52	21·06	20·31	18·74	14·03	15·58	14·18	1·78	.	.	456	57	470
.	.	.	.	.	.	.	.	—·14	—·32	—·34	—·22	—·23	.	.	1	25	471
—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	03	472
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	.	19	21	473
—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·52	—·52	—·52	.	.	.	.	9	84	474
—·40	—·40	—·40	—·40	—·24	—·24	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	7	—	475
—·66	—·66	—·59	—·58	—·52	—·62	—·56	—·46	—·52	—·66	—·52	—·55	—·22	—·22	.	16	75	476
1·24	1·32	—·94	1·54	1·04	1·76	1·—	1·—	1·—	1·66	1·68	1·38	1·56	3·70	.	33	26	477
2·34	2·36	2·36	2·36	1·96	1·98	1·98	1·98	1·98	1·98	.	.	.	.	.	49	62	478
9·22	9·26	9·24	9·72	11·28	11·10	11·15	12·08	11·02	12·19	6·96	3·82	1·38	—·40	.	219	58	479
—·20	—·20	—·20	—·22	1·20	1·22	1·22	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	10	32	480
1·16	1·02	1·04	1·04	1·01	1·04	1·04	1·04	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	47	68	481
—·50	—·50	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·64	—·65	—·66	.	.	.	.	13	95	482
4·81	4·59	4·54	4·38	4·61	4·66	4·98	5·50	6·36	5·70	5·26	6·08	5·26	.	.	124	24	483
2·12	2·12	2·12	2·12	2·12	3·50	3·50	3·50	3·50	3·50	3·50	.	.	.	.	47	90	484
—·62	—·62	—·90	—·90	—·90	1·02	1·04	1·01	1·32	1·32	1·32	.	.	.	.	18	22	485
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	12	—	486
—·16	—·16	·16	—·12	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	48	487
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	15	—	488
—·96	—·96	—·98	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·84	—·84	—·86	.	.	.	.	17	20	489
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	11	52	490
—·50	—·50	—·50	—·50	·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	15	—	491
—·19	—·20	—·20	—·32	—·16	.	—·09	—·10	—·10	—·06	—·06	—·04	—·05	.	.	7	31	492
—·74	—·74	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	72	493
1·—	1·—	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	3·—	3·—	3·—	.	.	.	.	33	—	494
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	17	70	495
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	2	80	496
—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	40	497
—·68	—·68	—·68	—·68	—·69	—·77	—·78	—·78	—·76	—·76	—·77	.	.	.	.	15	42	498
—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	16	32	499
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	6	—	500
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	40	501
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	13	—	502
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	5	20	503
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	10	504
4·36	4·36	3·82	3·82	3·84	3·84	3·84	3·84	.	.	.	.	.	.	.	49	16	505
.	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	2	—	506
—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	04	507
.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·10	1·10	.	.	.	.	2	20	508
—·60	—·60	—·61	—·46	—·64	—·50	—·40	—·74	—·28	—·42	—·47	.	.	.	.	5	72	509
1·20	1·22	1·24	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·32	1·34	—·55	—·38	.	.	.	28	89	510
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	16	40	511
—·46	—·48	—·48	—·48	—·48	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	10	15	512
—·42	—·42	1·20	1·20	1·28	1·28	1·28	1·28	1·50	1·50	1·50	.	.	.	.	14	12	513
1·44	1·38	1·44	2·14	1·24	1·92	1·30	1·36	2·34	2·22	2·22	2·74	3·46	.	.	46	54	514
2·46	2·46	2·86	3·10	2·84	2·90	3·10	2·82	2·72	2·72	2·70	.	.	.	.	67	42	515
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	7·20	36	—	516

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	(1905) Jänner	Februar	März	April
517	Sittmesgrün	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
518	Soborten	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
519	Sodau b. Karlsbad	2·05	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32
520	Söhle b. Neutitschein	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·54
521	Sollenau	—·86	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.
522	Sonnenberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
523	Sophienthal-Heinrichsberg	.	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
524	Spachendorf	.	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·76	—·76	—·82	—·76
525	Spital am Pyhrn	1·58	—·54	—·54	—·54	—·42	—·60	—·14	—·68	—·70	—·70	—·50
526	Spittal a. d. Drau	6·06	1·28	1·20	1·38	1·20	1·20	1·20	1·44	1·44	1·44	1·44
527	Spittelgrund	1·96	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·32
528	Staab	1·64	1·—	1·—	1·—	—·96	—·96	—·96	—·76	—·76	—·78	.
529	Stadlau	11·70	11·12	7·78	5·36	7·12	4·98	5·38	13·96	14·26	14·12	12·28
530	Stadl-Paura	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
531	Stadt Liebau	.	.	.	.	.	.	.	—·58	—·58	—·58	—·40
532	Stainach	.	1·74	1·28	1·38	1·32	1·62	1·58	1·22	1·50	1·60	[illegible]
533	Stanislau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
534	Stattersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
535	Standing	1·50	—·51	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·50	—·50	—·50	[illegible]
536	Stefanau	.	.	.	.	.	.	1·15	—·40	—·40	—·42	[illegible]
537	Steinaugezd	1·22	—·16	—·16	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.
538	Steinbach b. Gösting	6·—	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·56	—·56	—·58	—·62
539	Steinbrück	1·44	1·46	1·74	1·74	1·60	1·52	1·42	1·38	1·68	1·46	1·72
540	Steinfeld im Drautal	.	.	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·06	—·06	—·06	[illegible]
541	Steinschönau	4·—	2·—	2·—	2·—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	[illegible]
542	Sternberg	34·50	6·76	6·28	12·65	8·14	7·42	7·22	8·73	8·78	8·76	[illegible]
543	Steyr	19·50	7·17	6·92	7·—	5·18	4·65	4·16	5·24	5·55	5·17	[illegible]
544	Steyrermühl	.	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·44	—·44	—·44	[illegible]
545	Stockerau	45·08	4·58	4·84	4·86	4·72	4·62	4·74	4·74	4·70	4·68	[illegible]
546	Suczawa	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
547	Tachau	5·—	—·50	—·50	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—·44	—·44
548	Tannwald	7·40	1·22	1·22	1·24	1·24	1·24	1·24	.	.	.	.
549	Tarnopol	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
550	Tarnow	—·88	·88	—·74	—·76	—·46	—·46	—·72	—·72	—·44	—·46	[illegible]
551	Tarvis	1·58	2·02	1·34	2·56	2·02	1·70	1·30	2·70	1·76	1·60	[illegible]
552	Taschwitz	2·80	1·18	1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	1·06	1·06	1·06	[illegible]
553	Teichstatt	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	[illegible]
554	Teplitz	24·76	5·38	4·96	4·46	4·70	4·62	4·42	4·32	4·28	4·58	[illegible]
555	Teschen	21·90	—·92	—·92	—·92	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	[illegible]
556	Tetschen a. d. Elbe	.	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	.	.	.	
557	Thomasdorf b. Freiwaldau	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·26	[illegible]
558	Thomasroith	.	.	.	1·58	.	2·16	.	.	1·80	.	
559	Tischau	.	.	.	.	.	.	.	—·26	—·26	—·27	[illegible]
560	Tollinggraben	4·32	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·34	—·34	[illegible]
561	Traisen	9·50	1·80	1·80	1·80	1·62	1·62	1·60	1·64	1·68	1·68	[illegible]
562	Traiskirchen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
563	Traun	.	.	.	.	.	.	.	.	.		[illegible]
564	Trautenau	3·26	3·62	3·70	3·68	3·72	3·36	2·88	4·14	3·62	3·84	[illegible]
565	Treibach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
566	Trieben	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
567	Trient	.	.	.	.	.	.	.	.	.		
568	Triest	6·96	2·76	4·52	2·98	3·36	3·78	3·58	3·68	4·26	4·06	[illegible]
569	Trinksaiten	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	[illegible]
570	Trofaiach	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·—	1·—	—·50	[illegible]
571	Troppau	24·11	9·—	9·—	8·98	7·86	8·92	8·40	8·44	8·24	8·52	[illegible]
572	Türmitz b. Aussig	2·25	—·40	—·40	—·40	—·40	—·41	—·42	2·—	2·—	2·—	[illegible]
573	Türnitz	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·62	—·62	.	.	.	
574	Tüppelsgrün	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·46	—

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K.	h.	
.	.	.	.	.	.	.	.	1·16	1·16	1·16	.	.	.	.	3	48	517
.	.	.	.	.	.	.	.	—·46	—·46	—·46	—·32	—·34	—·34	.	2	38	518
—·34	—·34	—·54	—·54	—·54	—·54	—·56	—·56	.	.	.	.	.	.	.	9	09	519
—·54	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	.	.	.	.	.	.	9	20	520
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	40	521
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3·—	.	.	3	—	522
—·69	—·70	—·90	—·90	—·92	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	91	523
—·76	—·76	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	26	524
—·50	—·52	.	—·68	—·40	—·52	—·36	—·36	—·36	1·—	—·74	—·60	.	.	.	12	98	525
1·44	1·44	1·68	1·68	1·70	1·70	1·70	1·70	3·72	2·76	2·78	.	.	.	.	41	58	526
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	8	—	527
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	82	528
13·38	15·20	17·82	18·72	18·56	18·56	15·06	13·38	18·18	17·08	7·18	7·80	8·60	.	.	297	58	529
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	530
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	6	54	531
1·30	1·44	1·46	1·36	1·24	1·40	1·10	1·30	1·60	1·24	1·76	1·62	1·60	1·54	.	34	80	532
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·09	.	.	.	.	—	09	533
.	.	.	.	4·04	4·04	4·04	4·04	4·06	.	.	.	.	.	.	20	22	534
—·50	—·54	—·54	—·56	—·50	—·50	—·50	—·52	.	.	.	.	.	.	.	10	77	535
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	6	15	536
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	26	537
—·62	—·62	—·66	—·66	—·68	1·48	1·50	1·50	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	21	92	538
1·62	1·54	1·38	1·36	1·50	—·84	—·86	—·92	—·92	1·24	1·26	1·52	1·54	.	.	33	66	539
—·15	—·15	—·15	—·15	—·34	—·34	—·52	—·54	—·36	—·36	—·38	.	.	.	.	6	28	540
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	.	.	42	—	541
6·06	6·21	6·48	5·96	6·52	6·46	6·28	7·32	5·80	5·83	4·84	.	.	.	.	183	43	542
4·84	4·91	3·92	3·56	3·84	3·69	3·93	3·35	4·69	4·85	4·77	2·40	1·90	1·76	.	127	97	543
—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	8	10	544
4·70	5·28	4·54	4·74	4·66	3·40	3·18	3·07	—·80	—·86	1·31	1·28	1·34	.	.	131	43	545
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—	.	.	.	18	50	546
—·44	—·44	—·44	—·44	—·70	—·70	—·70	1·58	1·24	1·24	1·24	1·26	.	.	.	20	82	547
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	80	548
.	.	.	.	.	—·20	—·36	—·28	—·28	—·28	—·30	—·18	—·19	.	.	2	07	549
—·44	—·44	—·44	—·30	—·30	—·32	—·40	—·28	—·29	—·28	—·29	—·30	—·31	.	.	11	31	550
1·76	1·22	2·18	1·78	2·22	1·44	2·52	1·54	2·18	2·32	2·09	1·94	2·40	.	.	46	63	551
1·10	1·10	1·14	1·14	1·14	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	.	.	.	.	25	96	552
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	5	40	553
4·14	4·14	4·42	3·16	3·36	4·01	4·49	3·18	3·52	3·39	3·92	2·22	2·26	1·84	3·—	122	07	554
—·76	—·84	1·24	1·24	1·20	1·20	1·46	1·48	—·26	—·72	—·70	2·26	—·52	.	.	43	86	555
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5·70	4·70	.	12	60	556
—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	2	60	557
.	.	.	.	.	.	.	1·80	.	.	.	.	.	.	.	7	34	558
—·28	—·28	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	3	55	559
—·34	—·38	—·38	—·40	—·48	—·48	—·48	—·48	—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	.	.	14	04	560
1·28	1·28	1·02	1·02	1·06	1·20	1·22	1·22	.	.	—·63	.	.	.	.	35	92	561
.	.	—·20	.	—·26	—·24	—·24	—·24	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	2	18	562
—·84	—·84	—·50	—·50	—·50	1·32	1·34	1·34	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	16	—	563
3·34	3·34	3·52	3·46	2·90	3·50	2·82	3·28	3·06	3·44	3·26	3·08	2·28	.	.	80	44	564
.	.	.	.	.	.	.	.	—·38	—·50	—·50	.	.	.	.	1	38	565
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·58	—·60	—·60	.	5	38	566
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·58	.	.	1	14	567
5·02	4·38	4·16	5·68	5·42	5·30	6·35	6·26	6·89	6·93	7·08	6·76	7·20	.	.	121	29	568
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	12	—	569
—·50	—·50	1·—	1·—	—·50	—·50	—·74	—·76	—·74	—·76	1·20	.	.	.	.	14	20	570
7·56	7·16	7·97	7·82	7·10	7·10	7·12	7·14	6·78	6·78	6·78	1·70	1·70	1·10	.	193	—	571
3·60	3·61	3·72	3·92	4·22	4·22	4·22	4·22	5·10	5·14	5·14	2·34	2·34	2·35	.	68	38	572
.	1·40	—·38	—·38	—·38	—·72	—·72	—·74	—·76	—·78	—·78	.	.	.	.	12	48	573
—·46	—·46	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	6	88	574

Post-Nummer	Ort	1904 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
575	Tulln	2·50		.	.	.	.	2·50		.	.	.
576	Turn bei Teplitz	4·54	1·52	1·52	1·46	1·66	1·68	2·—	2·50	2·40	2·50	2·70
577	Ullersdorf b. Grottau	2·56	1·24	1·26	1·26	—·36	—·38	—·38	1·64	1·64	1·66	—·62
578	Ullersgrün	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
579	Unter-Marxdorf	1·60	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.
580	Unter-Radelberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
581	Unter-Schischka	9·90	2·90	4·72	3·66	3·46	4·42	2·90	3·62	5·—	3·58	3·76
582	Unzmarkt	.	2·28	2·30	2·30	2·38	2·38	2·38	2·38	2·40	—·50	—·60
583	Urfahr	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
584	Viehofen	.	.	.	.	.	.	.	1·32	1·34	1·34	1·60
585	Villach	9·56	6·18	7·32	6·50	5·62	6·88	5·72	6·36	7·06	5·84	4·64
586	Völkermarkt	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·18	—·20	—·20	—·20
587	Voitsberg	9·26	5·06	4·42	5·16	3·10	3·12	3·06	3·84	3·82	4·14	4·28
588	Vordernberg	.	1·70	1·70	1·70	2·40	2·42	4·96	4·96	4·62	2·70	2·72
589	Vordersdorf	—·58	—·58	—·58	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	.	.
590	Wagstadt	13·70	—·70	—·70	—·70	1·50	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·80
591	Waidhofen a. d. Th.	—·18	.	.	.	.	.		—·40	—·40	—·40	—·44
592	Waidhofen a. d. Y.	13·09	4·94	4·92	4·94	4·23	4·06	4·12	4·64	4·54	4·56	4·67
593	Wald-Kalwang	1·04	—·24	—·36	—·16	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·06
594	Wallachisch-Meseritsch	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
595	Wallern	.	1·20	1·20	1·20	—·80	—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	—·80
596	Warnsdorf	15·08	5·08	5·06	5·08	3·—	3·10	3·06	3·06	3·—	4·16	3·08
597	Wehedитz	—·70	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·40
598	Weipert	4·80	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·94	1·94	1·94	1·94
599	Weißbach	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
600	Weißkirchlitz	1·68	—·12	—·44	—·56	—·56	—·56	—·56	—·68	—·68	—·68	—·68
601	Weißkirch	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
602	Weißkirchen	3·60	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
603	Weiz	.	.	.	.	.	.	.	—·94	—·94	—·94	—·44
604	Welbine bei Teplitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
605	Wels	14·85	4·73	4·87	4·80	4·86	5·04	6·02	5·38	5·06	6·04	5·42
606	Welsberg	1·14	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·40
607	Wernersreuth b. Asch	1·08	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
608	Wernstadt	3·45	1·16	1·17	1·16	1·16	1·07	1·06	1·06	1·07	2·56	2·56
609	Wetzwalde	1·52	—·58	—·58	—·60	—·66	—·66	—·68	—·56	—·58	—·58	—·36
610	Weyer a. d. E.	4·34	—·76	—·74	—·72	—·62	—·72	—·76	—·72	—·82	—·86	—·80
611	Wien	2173·46	803·87	825·89	856·65	898·65	901·81	934·36	1061·87	1052·76	1017·93	[illegible]
612	Wiener-Neustadt	11·64	1·06	3·02	3·04	3·24	3·26	3·10	5·34	5·34	5·39	5·26
613	Wies	.	1·56	1·58	1·56	—·90	—·90	—·92	—·50	—·50	—·50	—·72
614	Wiesa-Oberleutensdorf	17·20	1·46	1·46	2·11	2·11	2·11	2·11	2·11	2·11	2·11	2·11
615	Wiesen-Rabersdorf	4·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·—	1·—	1·—	1·—
616	Wiesenberg	15·58	2·82	2·82	2·84	2·84	2·84	2·84	3·08	3·08	3·09	3·28
617	Wiesenthal a. d. N.	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.
618	Wigstadtl	12·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—
619	Wilhelmsburg	8·40	2·24	2·38	2·42	2·36	2·36	2·28	3·55	3·47	3·47	3·43
620	Wilhelmshöhe b. Polaun	.	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·32
621	Wilkischen	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·28	—·28	—·28	—·30
622	Wilten bei Innsbruck	7·08	1·18	1·18	.	.	.	.	.	.	.	.
623	Windischgarsten	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
624	Wintersgrün b. Chodau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·60
625	Wittig b. Kratzau	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
626	Wiznitz	.	.	.	.	.	.	.	—·54	—·54	—·56	—·54
627	Wölmsdorf	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
628	Wörgl	—·82	—·80	—·82	—·86	—·78	—·84	—·82	—·78	—·78	—·78	—·76
629	Wolfsberg i. K.	3·30	1·70	2·60	2·64	1·82	1·70	1·72	1·27	1·28	1·28	—·96
630	Wolfsberg b. Schönl.	7·20	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
631	Wolfsegg	.	.	.	.	.	.	.	—·15	—·20	—·20	—·20
632	Wschechlab b. Tux	—·80	—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—·10	—·20	—·20	—·20	—·20

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	Kr.	H.	
.	2·50	.	.	.	.	.	2·50	.	.	.	.	.	.	.	10	—	575
2·70	2·36	2·36	2·38	2·34	2·34	2·34	2·98	2·48	2·48	2·48	.	.	.	.	51	72	576
—·64	—·64	1·30	1·30	1·32	—·36	—·38	—·38	1·08	1·10	1·10	.	.	.	.	22	60	577
.	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	—	90	578
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	579
—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	580
4·04	3·84	3·18	4·74	3·24	3·90	4·18	3·02	6·81	4·05	3·98	4·14	4·20	3·96	.	105	20	581
—·60	—·60	1·98	1·98	1·98	1·98	1·98	2·78	2·78	2·78	2·78	.	.	.	.	42	12	582
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	8	40	583
1·60	1·60	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	25	60	584
5·92	5·56	4·81	7·96	5·60	9·59	11·39	10·30	17·60	20·14	18·80	9·92	9·28	6·24	.	214	79	585
—·30	—·10	—·40	—·40	—·26	—·26	—·56	—·92	1·44	1·12	—·78	—·26	.	.	.	9	08	586
4·17	4·18	5·42	5·40	6·66	4·35	6·12	6·42	4·74	5·50	5·50	3·58	3·60	.	.	114	90	587
2·74	2·78	3·70	3·80	3·72	3·72	3·44	3·44	5·80	5·34	5·72	7·76	7·66	5·80	.	95	80	588
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	44	589
1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	.	.	.	.	.	45	80	590
—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·24	—·24	—·26	—·26	.	.	.	6	44	591
4·62	4·64	4·52	4·50	4·42	4·09	4·25	4·24	5·34	5·30	5·34	—·12	—·13	.	.	110	22	592
—·24	—·20	—·22	1·56	1·20	1·14	1·98	2·34	—·20	—·06	—·12	.	.	.	.	12	86	593
.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·24	2·44	2·48	2·74	.	.	9	90	594
—·89	—·89	—·59	—·60	—·60	—·56	—·56	—·57	1·08	1·08	1·10	.	.	.	.	17	91	595
3·06	4·08	3·08	3·08	3·10	3·06	3·07	3·06	3·06	3·06	3·07	—·06	—·07	.	.	87	67	596
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	10	597
1·94	1·94	1·94	1·94	1·94	1·94	1·94	1·94	1·94	1·94	1·94	—·34	—·34	—·34	.	44	52	598
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	4	80	599
—·68	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·68	—·68	—·68	—·68	—·88	—·88	—·88	.	17	74	600
1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	.	.	.	.	24	—	601
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	.	.	.	25	20	602
—·44	—·44	—·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	6	02	603
.	.	—·33	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	2	03	604
5·26	5·56	5·18	5·44	5·54	5·85	5·74	6·81	6·62	6·15	6·40	4·18	2·99	2·54	.	141	33	605
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·56	—·56	—·56	.	.	.	.	9	66	606
—·36	—·36	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	.	.	.	.	.	8	16	607
2·57	2·56	2·56	1·56	1·56	1·56	1·58	1·42	1·42	1·42	1·43	1·—	.	.	.	38	12	608
—·36	—·36	—·38	—·38	—·80	—·80	—·82	—·82	—·96	—·98	—·98	—·98	.	.	.	15	98	609
—·80	—·82	—·84	—·82	—·84	—·82	—·86	—·86	—·86	—·86	1·—	.	.	.	.	21	24	610
1115·70	1119·21	1147·36	1169·52	1204·97	1237·09	1302·81	1330·86	1233·50	1230·53	1230·36	867·52	573·02	139·62	398·84	26939	07	611
5·22	5·25	4·94	5·24	5·34	4·89	4·76	5·—	5·64	5·50	5·53	3·44	3·46	2·62	.	116	52	612
—·74	—·74	—·84	—·86	1·12	1·12	1·46	2·22	1·54	1·44	1·46	1·24	1·24	3·40	.	29	06	613
2·11	2·11	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	41	22	614
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	26	80	615
3·29	3·30	4·30	4·30	4·30	9·66	9·68	9·68	12·58	12·58	12·59	.	.	.	.	131	37	616
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	32	617
4·—	4·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	5·—	.	.	.	.	105	—	618
3·43	3·46	3·92	3·96	3·82	3·74	3·67	3·86	3·96	3·85	3·88	—·31	—·32	.	.	78	54	619
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	7	62	620
—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	96	621
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	44	622
.	—·58	—·50	—·28	—·30	—·58	—·42	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	3	54	623
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	7	20	624
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	80	625
—·54	—·54	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·76	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	10	76	626
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	1·20	7	20	627
—·76	—·76	3·76	3·78	3·82	3·82	3·88	3·89	3·82	3·82	3·80	3·86	3·88	3·—	.	55	40	628
—·92	1·96	1·80	1·94	1·42	2·14	1·96	2·34	2·06	2·24	1·82	1·54	2·12	1·56	.	46	09	629
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	18	—	630
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·14	—·14	—·14	—·95	1·—	1·—	.	5	72	631
—·20	—·20	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	.	.	.	4	18	632

Post-Nummer	Ort	1904										
		Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
633	Wscherau b. Pilsen	—·28	—·28	—·29	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18
634	Würbenthal	7·98	1·84	1·84	1·84	4·32	4·34	4·34	3·82	3·82	3·86	4·62
635	Wustung	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
636	Ybbs	.	.	.	.	.	—·12	.	.	.	.	.
637	Zauchtel	.	.	.	.	.	.		—·20	—·20	—·20	—·20
638	Zech b. Elbogen	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
639	Zeidler	.	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20
640	Zell am See	1·66	—·38	—·38	1·36	1·38	1·22	1·14	—·42	—·44	—·44	1·02
641	Zeltweg	15·28	3·34	3·36	3·36	3·92	3·92	3·92	1·20	4·48	5·—	3·—
642	Ziersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
643	Znaim	3·28	1·18	1·20	1·50	—·82	1·16	—·52	1·62	1·04	1·24	1·02
644	Zöptau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
645	Zuckmantel b. Teplitz	14·40	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
646	Zuckmantel i. Schl.	2·49	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
647	Zuflucht	2·94	—·96	—·96	—·96	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·92
648	Zwettnitz	—·72	—·24	—·24	—·20	—·20	—·22	—·22	—·30	—·32	—·32	—·26
649	Zwickau	5·44	1·60	1·60	1·62	1·46	1·46	1·46	1·60	1·60	1·60	1·20
650	Zwittau	—·80	3·82	3·70	3·72	3·—	3·—	3·54	4·22	4·26	4·26	4·26
651	Zwitte b. Lindenau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
652	Zwug b. Nürschan		.	.	.	.	.	.	—·90	—·76	—·62	—·76

1905								1906							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K.	h.	
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	37	633
4·62	4·62	4·82	4·84	4·84	4·62	4·64	4·64	3·44	3·44	3·44	.	.	.	.	90	58	634
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	3	60	635
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	12	636
—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	637
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	13	50	638
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	3	—	639
—·40	—·40	—·42	—·36	—·50	1·—	—·48	1·42	—·52	—·50	—·46	.	.	.	.	16	30	640
2·60	2·60	4·—	2·—	3·—	4·—	3·60	5·60	3·80	3·80	8·—	7·—	7·60	.	.	108	38	641
.	.	.	.	.		.	.	.	—·20	—·26	—·26		.	.	—	72	642
1·02	1·60	1·24	1·30	1·30	1·32	1·22	—·82	2·52	1·62	2·16	2·10	2·02	.	.	34	82	643
.	.	.	.	.		—·82	—·82	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	5	24	644
1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	3·20	46	—	645
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	9	69	646
—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	16	98	647
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	·24	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	6	16	648
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·60	1·60	1·60	.	.	.	.	35	04	649
4·26	4·22	4·21	4·10	4·10	4·10	4·10	4·18	4·26	3·76	4·76	4·—	4·—	4·—	.	96	57	650
.	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	.	.	.	—	1	80	651
—·80	—·94	—·26	—·44	—·22	—·48	—·68	—·88	—·60	.	.	.	.	.	.	8	34	652

Vergleichende Zusammenstellung der

an der Gesamtsumme der Reichsparteisteuer in den Berichtsperioden vom 1. Juli 1900
1. Juli 1904 bis

Kronland	Wahlkreis	Zahl der Orte 1900 bis 1902	1902 bis 1904	1904 bis 1906
Böhmen	I. Prag	1	1	1
	III. Mies-Staab	40	37	26
	IV. Eger-Falkenau	59	56	49
	V. Teplitz-Saaz	45	45	47
	VI. Aussig-Leitmeritz	19	25	21
	VIII. Reichenberg	91	92	97
	IX. Trautenau-Gablonz	33	32	38
	XVI. Budweis-Krumau	9	9	13
	XVIII. Pilsen	3	4	4
Bukowina	I. Czernowitz	1	1	2
	II. Radautz-Suczawa	1	2	4
Galizien	Aus verschiedenen Wahlkreisen kleine Beträge	.	1	12
Kärnten	Kärnten	11	17	27
Krain	Krain	.	2	2
Küstenland	Görz, Istrien, Triest	4	6	4
Mähren	I. Brünn	1	1	4
	II. Iglau	1	1	1
	III. Znaim	4	5	5
	V. Wall.-Meseritsch-Proßnitz	1	3	3
	VI. Olmütz-Ostrau	11	18	20
	VII. Mährisch-Schönberg	17	22	26
Niederösterreich	I—V. Wien	1	1	1
	VI. St. Pölten	24	28	34
	VII. Krems-Gmünd	8	9	10
	VIII. Floridsdorf	9	7	10
	IX. Wiener-Neustadt	25	27	31
Oberösterreich	I. Linz	5	4	4
	II. Steyr	19	21	23
	III. Wels	3	4	5
Salzburg	Salzburg	10	11	14
Schlesien	I. Troppau-Jägerndorf	15	26	32
	II. Teschen-Bielitz	3	4	4
Steiermark	I. Graz	8	10	9
	II. Bruck-Leoben	35	39	38
	III. Feldbach-Marburg	6	10	9
	IV. Cilli	2	5	3
Tirol	I. Innsbruck	6	6	7
	II. Bozen	3	4	4
	III. Trient	.	.	1
Vorarlberg	Vorarlberg	5	5	7
	Summe	539	601	652

Beteiligung der einzelnen Wahlkreise

bis zum 30. Juni 1902, vom 1. Juli 1902 bis zum 30. Juni 1904 und vom zum 30. Juni 1906.

Summe			Kronlandssumme					
Kronen			der Orte			Kronen		
1900 bis 1902	1902 bis 1904	1904 bis 1906	1900 bis 1902	1902 bis 1904	1904 bis 1906	1900 bis 1902	1902 bis 1904	1904 bis 1906
16·22	14·63	14·32						
440·03	469·06	272·45						
919·31	788·89	1036·84						
918·03	1087·89	1275·26						
884·67	1400·45	1737·86						
1448·29	1440·54	1925·42						
521·06	575·48	690·97						
183·47	227·04	272·17						
46·08	51·28	81·21	300	301	296	5377·16	6055·26	7306·50
30·47	98·86	70·91						
10·68	22·16	47·93	2	3	6	41·15	121·02	118·84
.	3·32	59·35	.	1	12	.	3·32	59·35
470·03	683·28	986·91	11	17	27	470·03	683·28	986·91
.	117·90	119·07	.	2	2	.	117·90	119·07
58·46	108·91	162·19	4	6	4	58·46	108·91	162·19
137·04	255·70	347·67						
92·33	52·94	44·10						
43·90	202·08	210·98						
3·—	38·14	100·16						
287·95	640·78	674·34						
347·48	511·63	783·86	35	50	59	911·70	1701·27	2161·11
11973·55	16708·06	26939·07						
507·34	623·54	1294·16						
263·09	267·39	306·26						
581·12	594·67	1334·17						
412·14	495·56	825·66	67	72	86	13737·24	18689·22	30699·32
547·54	537·33	601·30						
536·50	440·17	542·16						
75·46	116·97	194·99	27	29	32	1159·50	1094·47	1338·45
491·68	617·46	740·05	10	11	14	491·68	617·46	740·05
719·30	761·15	1047·85						
42·53	139·37	247·73	18	30	36	761·83	900·52	1295·58
1212·41	2069·83	2459·76						
1433·71	1662·50	2459·53						
327·62	383·39	534·52						
25·60	53·06	61·50	51	64	59	2999·34	4168·78	5515·31
446·57	572·83	716·17						
153·49	262·89	266·64						
.	.	1·14	9	10	12	600·06	835·72	983·95
208·35	225·81	236·—	5	5	7	208·35	225·81	236·—
26816·50	35322·94	51722·63	539	601	652	26816·50	35322·94	51722·63

Im nachstehenden lassen wir die Spezialberichte der einzelnen Kreis- und Landesorganisationen folgen:

Böhmen.

Prag (Deutsche Sektion). In Prag besteht eine deutsche Bezirksorganisation, der fünf Vereine angeschlossen sind und die ihre Tätigkeit zumeist auf die Gewinnung und Aufklärung der in Prag zerstreuten deutschen Arbeiter beschränkt. Die Bezirksorganisation hebt von ihren Mitgliedern einen monatlichen Agitationsbeitrag von 20 Hellern ein. In der Berichtsperiode wurden zirka 30 politische Vereinsversammlungen und vier größere Volksversammlungen abgehalten. Bei Wahlen und sonstigen größeren Parteiaktionen gliedern sich die deutschen Genossen in die tschechische Organisation ein und unterstützen dieselbe nach Kräften in den gemeinsamen Kämpfen.

Die Kreisorganisation der westböhmischen Sozialdemokratie (ehemaliger IV. und ein Teil des III. böhmischen Wahlkreises) umfaßt gegenwärtig die Reichsratswahlbezirke 88, 89, 90, 91, 92, 93, 97, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 122 und 123. Die Wahlbezirke 92, 93, 119, 121 und 122 wurden erst im Herbst 1906 dem IV. böhmischen Wahlkreis angegliedert, eine Maßnahme, die dadurch notwendig wurde, daß die Kreisorganisation des III. böhmischen Wahlkreises (Tachau) nicht lebensfähig war. Gleichzeitig wurde das in Tachau herausgegebene Blatt des III. böhmischen Wahlkreises, der „Vorwärts“, aufgelassen und an seine Stelle die Verbreitung des „Volkswille“, respektive der Teplitzer „Freiheit“ und der Saazer „Volkszeitung“ den Parteigenossen zur Pflicht gemacht.

Der erfreuliche Aufschwung der Parteibewegung, der bereits im Frühjahr 1905 begann, hat auch im Berichtsjahre seine Fortsetzung gefunden. Von den ausgesandten Fragebogen ist nur knapp die Hälfte zurückgelangt und auch von diesen sind wieder viele sehr mangelhaft ausgefüllt, so daß das nachstehende Ziffernmaterial weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Soweit die eingelangten Fragebogen Aufschluß geben, läßt sich nachstehendes feststellen:

In 85 Parteiorten bestehen 186 Organisationen mit insgesamt 17.342 (darunter 1529 weiblichen) Mitgliedern. Regelmäßige Parteibeiträge entrichten jedoch nur 5946, das ist zirka ein Drittel aller in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Die Parteibeiträge werden meist in der Höhe von 10 H. per Monat eingehoben. Die Straßenorganisation ist in 48 Orten ganz, in 8 Orten teilweise durchgeführt, der vorhandene Wahlfonds beträgt in 17 Orten Kr. 1460·30. Ueber die Versammlungstätigkeit berichten 99 Orte, daß 234 politische Vereinsversammlungen, 939 politische § 2-Versammlungen und Sitzungen, 235 Volksversammlungen und 1128 gewerkschaftliche und sonstige, zusammen also 3071 Versammlungen und Sitzungen abgehalten wurden. Drei davon wurden aufgelöst. Die durch das rasche Emporblühen der Parteibewegung und besonders durch den Wahlkampf gesteigerten Anforderungen an das Kreisorgan, „Volkswille“, machten es notwendig, daß dasselbe seit März 1907 zweimal wöchentlich erscheint. Im Berichtsjahre hat sich die Auflage von 6400 auf 8100 per Nummer erhöht. Seit Anfang 1905, also in $2\frac{1}{2}$ Jahren, ist die Auflage des „Volkswille“ von 2800 auf 8100 gestiegen. An Preßprozessen hat es nicht gefehlt. Zwei Anklagen nach § 24 Pr.-G. endeten damit, daß ein Freispruch und eine Verurteilung zu 20 Kr. Geldstrafe erfolgte. Wegen Vergehens nach § 29 Pr.-G. wurde über den Redakteur eine Geldstrafe von 40 Kr. verhängt. Eine Anklage wegen Beleidigung durch die Presse ist noch vom Schwurgericht zu erledigen, in zwei anderen Fällen ist wegen des gleichen Delikts die Voruntersuchung gegen den Redakteur eingeleitet. Außer dem „Volkswille“ erscheint in Westböhmen noch das Fachblatt „Der Porzellanarbeiter“, der in Fischern dreimal monatlich herausgegeben wird. Seine Auflage ist im Berichtsjahre von 2400 auf 6600 gestiegen! Eine Anklage gegen den Redakteur dieses Blattes harrt noch der Austragung, eine andere wurde zurückgezogen

An politischen Verfolgungen war kein Mangel. Aus 28 Orten wird uns von 67 Anklagen berichtet, von denen sich mehr als die Hälfte auf den veralteten § 23 P.-G. gründeten. Wegen dieses Delikts wurden 33 Genossen zu insgesamt 215 Kr. Geldstrafe und 12 Stunden Arrest verurteilt. Außerdem wurden Anklagen wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes (eine Verurteilung zu fünf Tagen Arrest), Uebertretung des § 2 V.-G. (eine Verurteilung zu 10 Kr.), dann auf Grund des berüchtigten Prügelpatentes ꝛc. erhoben. Zum Teil mußten Freisprüche erfolgen, ein Teil ist noch nicht ausgetragen. In Wahrheit wurden indes bedeutend mehr Strafen verhängt als hier angegeben, da die Berichterstattung hierüber höchst mangelhaft ist. Eine im Verlaufe des Wahlkampfes gegen den Wahlkreisvertrauensmann eingeleitete Voruntersuchung wegen des Verbrechen nach den §§ 65a, 63 St.-G.

und Vergehens nach §§ 300, 283 St.-G., dann der Uebertretung der §§ 312, 496 St.-G. und Artikel V des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, Z. 8, sowie der §§ 3, 14 V.-G. brach schmählich in nichts zusammen.

Lohnbewegungen werden aus 37 Orten 76 gemeldet. Davon waren 29 mit vollem, 10 mit teilweisem und 8 ohne Erfolg. Ueber das Ergebnis der übrigen fehlen die Angaben.

Die diesjährigen Reichsratswahlen brachten uns einen schönen Erfolg: Das Städtemandat St. Joachimsthal, dann die Landgemeindenmandate Karlsbad, St. Joachimsthal und Eger-Graslitz wurden im ersten Wahlgang erobert. Sonst gelang es nur noch den Freialldeutschen in Karlsbad-Stadt und den deutschen Agrariern in Mies-Land im ersten Wahlgang ein Mandat zu erringen. In den übrigen neun Wahlbezirken waren Stichwahlen erforderlich, und zwar waren in vier Wahlbezirken die sozialdemokratischen Kandidaten beteiligt. Sie hatten im ersten Wahlgang die weitaus größte Stimmenzahl, allein dem verzweifelten Ansturm der vereinigten Gegner gelang es, die Sozialdemokraten in der Stichwahl niederzuringen. Als reichliche Entschädigung dafür und als große Genugtuung mag es gelten, daß es gelang, im Egerland Georg Schönerer zu werfen und in Asch die Wahl Franko Steins zu verhindern. Von 129.907 Wahlberechtigten schritten insgesamt 104.557 = 80 Prozent zur Urne. Die Sozialdemokratie vereinigte auf ihre Kandidaten zusammen 39.493 Stimmen, das ist so viel wie die deutschen Agrarier, die Freialldeutschen und Christlichsozialen zusammengenommen oder 35 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Der Stimmenzahl nach rangieren in Westböhmen die politischen Parteien wie folgt:

Sozialdemokraten	39.493	Stimmen,	4	Mandate
Deutsche Agrarier	21.047	„	3	„
Alldeutsche (Schönerianer)	11.918	„	1	Mandat
Freialldeutsche	11.257	„	4	Mandate
Christlichsoziale	7.153	„	—	„
Freisozialisten	5.213	„	1	Mandat
Selbständige Agrarier	4.025	„	1	„
Liberale	3.255	„	1	„
Tschechischnationale	194	„	—	„

Bei tüchtiger Organisationsarbeit muß es gelingen, den diesjährigen Wahlsiegen neue hinzuzufügen. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß, soweit Berichte vorliegen, die Sozialdemokratie in 35 westböhmischen Gemeinden 175 Vertreter in den Gemeindestuben hat. In drei Orten ist der Gemeindevorsteher Sozialdemokrat. Auch da zeigt ein Vergleich mit den letzten Jahren, daß sich unsere Partei in aufsteigender Linie bewegt.

Die Kreisorganisation Teplitz-Saaz hat in ihrem Geltungsgebiete die Bezirksorganisationen Teplitz, Dux, Brüx, Komotau, Kaaden, Weipert, Saaz, Görkau, Oberleutensdorf, Podersam und nun auch den Luditzer Bezirk, der früher zu Karlsbad gehörte. In diesem letzteren Bezirk sind soviel wie keine Organisationen. Podersam war vordem dem III. Wahlkreis zugeteilt, nach dessen Auflösung aber wurde es dem ehemaligen V. Wahlkreis einverleibt.

Die seit dem Gesamtparteitag in Wien eingeleitete Aktion zur Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes hat auch in unserem Kreis die Arbeiterschaft aus ihrer Lethargie aufgerüttelt und in den Hauptorten unseres Kreises fanden sich in den Novembertagen 1905 die Arbeiter zu Tausenden zu den von der Partei veranstalteten Demonstrationen ein. Den Höhepunkt erreichten die Demonstrationen am 28. November 1905. Im Bezirke Teplitz und auch in anderen Bezirken ruhte an diesem Tage die Arbeit vollständig.

Die Zahl der in den einzelnen Bezirken abgehaltenen Wählerversammlungen läßt sich nicht feststellen. Aus den vorliegenden Angaben jedoch läßt sich entnehmen, daß in den Wahlkreisen 82, 83, 85 und 87 103 Versammlungen und in den Wahlkreisen 110, 111, 113 und 114 183 Versammlungen abgehalten wurden. Ueber die anderen Wahlkreise fehlen die Mitteilungen.

Ein jeder Wahlkreis hat seine Wahlkreisleitung und seinen eigenen Wahlfonds. Die Oberleitung und die Anregung zur Arbeit in diesen Wahlkreisen war der Kreisorganisation übertragen. Der Wahlfonds der einzelnen Wahlkreise wurde dotiert aus Ueberschüssen von Festen, Sammlungen und in den Wahlbezirken Teplitz-Stadt und -Land, Oberleutensdorf, Görkau-Stadt, Dux-Stadt und -Land, durch Einhebung eines Beitrages von 5 H. durch 20 Wochen. Im Kaadner-Duppauer Wahlbezirk waren Wahlblocks eingeführt.

Flugblätter wurden mehr als 200.000 in den verschiedenen Wahlbezirken verteilt. Zunächst das sozialdemokratische Programm, dann jenes gegen die Freialldeutschen und zum Schluß das mit der Instruktion und den Namen der

Kandidaten. Wegen Uebertretung des § 23 P.-G. wurden dabei, soviel uns bekannt ist, 11 Personen zu à 5 bis 6 Kronen bestraft. 2 Genossen wurden überdies wegen Beleidigung der Gendarmerie zu 5, respektive 2 Tagen verurteilt.

Wir wollen nun, soweit uns das Zahlenmaterial hierzu zur Verfügung steht, den Zahlenbericht für die Kreisorganisation Teplitz-Saaz liefern, bemerken aber, daß darin jene über die Tätigkeit der Bezirksorganisationen Komotau, Brüx, Weipert und Görkau fehlen, da uns aus diesen Orten und auch von Lubitz trotz Aufforderung ein Bericht nicht zugegangen ist.

Die Kreisorganisation umfaßt 79 Lokalorganisationen, das ist um 19 mehr als vor ungefähr Jahresfrist; dieselben zählen 2757 Mitglieder. Bezirkskonferenzen fanden 13 statt, Volksversammlungen 69.

Die angeführten Bezirke haben 22 Arbeiterturnvereine mit 913 Mitgliedern, 29 Arbeitergesangvereine mit 606 Mitgliedern, 24 Bildungsvereine mit 1185 Mitgliedern und eine Frauenorganisation mit 20 Mitgliedern. Gewerkschaftliche Organisationen sind 101 Ortsgruppen und Zahlstellen mit zusammen 9130 Mitgliedern.

Ueber die Streiks werden wohl die Gewerkschaftssekretariate den besten Aufschluß geben können, bemerken wollen wir jedoch, daß von den fünf Streiks im Teplitzer Bezirk zwei besonders hervorgehoben zu werden verdienen. Es ist dies der heroisch geführte Streik der Maurer, der fünf Monate dauerte, und der 13wöchentliche Streik der Tischler. Sowohl den Maurern als auch den Tischlern, insbesondere den ersteren, mußten die Unternehmer ziemliche Zugeständnisse machen. Aus Anlaß dieser Streiks wurden auch einige Maurer und Tischler mit zusammen 38 Tagen Arrest bestraft.

Die Maifeier in Teplitz wurde 1907 großartiger abgehalten als in allen früheren Jahren. Die Arbeitsruhe war eine fast vollständige, nur in wenigen Fabriken wurde bis Mittag gearbeitet. Die am Vormittag stattgefundenen Branchenversammlungen waren gut besucht, der Festzug war äußerst imposant und beim nachmittägigen Volksfest mögen wohl über 10.000 Personen anwesend gewesen sein. Auch von Dux, Brüx, Saaz, Oberleutensdorf, Komotau und Kaaden liefen Berichte ein, daß die Maifeier glänzend verlaufen ist.

Soweit uns mitgeteilt wurde, haben sich die Genossen des Teplitzer und Duxer Bezirkes in neun Orten an Gemeindewahlen beteiligt und in dreien davon den dritten Wahlkörper erobert, in einer Gemeinde einen Genossen im dritten Wahlkörper durchgebracht und in einer Gemeinde gelang es, unsere Genossen in den zweiten und dritten Wahlkörper zu bringen, so daß dort auch ein Genosse zum Gemeindevorsteher gewählt wurde.

Im heurigen Jahre fanden in Dux auch die Bezirkskrankenkassewahlen statt. Die Nationalen gaben sich alle erdenkliche Mühe, die Kasseverwaltung an sich zu reißen, doch bei angestrengter Arbeit brachten es unsere Genossen soweit, daß sie die Mehrheit der Delegierten auf sich vereinigten.

Das Kreisorgan, die „Freiheit“ in Teplitz, erscheint dreimal wöchentlich mit über 4000 Auflage; „Nordwestböhmische Volkszeitung“ in Saaz einmal wöchentlich mit 1350 Auflage; außerdem die Gewerkschaftsblätter: „Glasarbeiter“ in Teplitz einmal wöchentlich mit 6000 Auflage; „Glückauf!“ in Turn dreimal monatlich, deutsch, mit 7500 Auflage.

Aussig. Der Aussiger Agitationskreis umfaßt jetzt, nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, die Wahlbezirke: 78, 79, 80, 81, 83, 105, 106, 107, 108 und 109. Von diesen gehören die Wahlbezirke 78, 79, 105 und 108 zum Teil dem früheren VIII. Wahlkreis und der Wahlbezirk 83 dem früheren V. Wahlkreis, der V. Kurie an. Obwohl die sozialdemokratische Partei in diesem Teil Deutschböhmens seit Jahren einen großen Anhang unter der Arbeiterschaft zu verzeichnen hatte und die politische sowohl als auch die gewerkschaftliche Organisation einen mächtigen Aufschwung genommen, so hat doch die Bewegung unter der arbeitenden Bevölkerung seit den Novembertagen des Jahres 1905 das meiste dazu beigetragen, um die glänzenden Siege zu ermöglichen, welche die Arbeiterschaft dieses Wahlkreises im Monat Mai 1907 zu verzeichnen hatte. Bei den Reichsratswahlen am 14. Mai wurden die Wahlbezirke 81, 108 und 109, das ist Aussig-Stadt, Aussig-Karbitz-Land und Tetschen-Land beim ersten Wahlgang mit einer überwältigenden Majorität von über 12.000 Stimmen gewonnen und die Wahlbezirke 79 und 83 bei der Stichwahl erobert. Außerdem kamen unsere Kandidaten in den Wahlbezirken 79 und 80 in die Stichwahl, bei welcher allerdings die vereinigten Gegner als Sieger hervorgingen.

Der Bericht umfaßt nicht alle Orte, welche früher zum VI. Wahlkreis der V. Kurie gehörten, da sich die Bezirke Leipa und Niemes schon seit vielen Monaten abgetrennt hatten und daher keine Berichte einsendeten.

Die Zahl der Vereine, welche sich in den in Betracht kommenden 140 Orten befinden, ist 333, von denen 40 auf Aussig-Stadt entfallen. Die Mitgliederzahl beträgt 12.616. Die Zahl der Parteigenossen, welche regelmäßig Parteisteuer entrichten, ist 5352. Diese zahlen einen Beitrag von 12 bis 30 H. per Monat. Versammlungen wurden 3753 abgehalten, davon 387 politische, 1137 gewerkschaftliche und 1207 Versammlungen, beschränkt auf geladene Gäste. Verboten wurden zwei Versammlungen, aufgelöst keine. Strafgerichtliche Verfolgungen sind 75 zu verzeichnen und wurden die Genossen in 15 Fällen verurteilt. Die Urteile erflossen wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes und § 23 des Preßgesetzes und erhielten die Verurteilten insgesamt eine Arreststrafe in der Dauer von 46 Tagen und eine Geldstrafe von 120 Kr. zuerkannt.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind in 37 Orten, und zwar 146 im dritten Wahlkörper, 14 im zweiten und ein Gemeindevertrer im ersten Wahlkörper zu verzeichnen. In einem Orte gehört der Gemeindevorsteher der sozialdemokratischen Partei an.

Hervorzuheben sind die großen Wahlrechtsdemonstrationen, welche in diesem Wahlkreis bis zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Reichsrat stattfanden, an denen Hunderttausende von Arbeitern beiderlei Geschlechts teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Arbeiterfrauen an der Wahlrechtsbewegung einen großen Anteil nahmen; ein Beweis, daß es an der Zeit ist, auch den Frauen das Wahlrecht zu geben. Gegenwärtig befindet sich die arbeitende Bevölkerung in dem Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Landtag und man kann überzeugt sein, daß die Arbeiterschaft auch in diesem Kampfe voll und ganz am Platze sein wird, wenn es gilt, alles einzusetzen, um ihr Recht zu erringen.

Reichenberg (ehemaliger VIII. böhmischer Wahlkreis). Dem Agitationsgebiete Reichenberg sind zur Berichterstattung die deutschböhmischen Wahlbezirke zugewiesen:

1. Die Städtebezirke Nr. 76 Reichenberg und Nr. 78 Böhmisch-Leipa, Haida, Blottendorf, Zwickau, Deutsch-Gabel, Niemes, Dauba und Hirschberg.

2. Die Landgemeinden-Wahlbezirke Nr. 101 Friedland, Nr. 102 Kratzau, Nr. 103 Reichenberg, Nr. 105 Gabel-Niemes und Nr. 106 Leipa-Dauba, Wegstädtl und Haida.

Von dem früheren VIII. böhmischen Wahlkreis der V. Kurie hat sich mit 1. Jänner 1907 das Agitationsgebiet Warnsdorf, Rumburg, Schluckenau und Hainspach abgetrennt und ein selbständiges Agitationsgebiet gebildet. Der Bezirk Böhmisch-Kamnitz wurde durch die Neueinteilung der Wahlbezirke aus dem Agitationsgebiete Reichenberg abgegliedert und dem Wahlbezirke Nr. 108 zugeteilt.

Durch die neue Wahlbezirkseinteilung sind von dem früheren Agitationsgebiete fünf industriell hoch entwickelte, mit einer intelligenten Arbeiterschaft durchsetzte Bezirke abgegliedert worden.

Demgegenüber wurden dem Agitationsgebiete Reichenberg die überwiegend agrarischen Bezirke Leipa, Niemes, Wegstädtl, Dauba und das Gebiet der deutschen Gemeinden des Bezirkes Weißwasser und der Stadt Böhmisch-Aicha zugeteilt. Als alter Besitzstand verbleiben dem Agitationsgebiete die Bezirke: Friedland, Kratzau, Reichenberg-Stadt und -Land, Gabel, Zwickau und Haida.

Der 14. Mai 1907 hat der Partei im alten Agitationsgebiete drei Mandate, und zwar: in den Wahlbezirken Nr. 101 Friedland, Nr. 102 Kratzau und Nr. 103 Reichenberg-Land gebracht. Dagegen blieben wir in den neuen uns angegliederten Wahlbezirken Nr. 105 Gabel, Zwickau, Niemes und dem deutschen Teil des Bezirkes Weißwasser sowie im Wahlbezirke Nr. 106 Leipa, Dauba, Wegstädtl und Haida, wo die Organisation erst ausgebaut werden muß, in der Minorität. In dem Wahlbezirke Nr. 105 konnte der Bezirk Zwickau und Gabel nicht ersetzen, was in den Bezirken Niemes und Weißwasser nicht erreicht werden konnte.

Im Wahlbezirke Nr. 106 konnte der Bezirk Haida das nicht ersetzen, was in den Bezirken Leipa, Dauba und Wegstädtl fehlte. Immerhin können wir mit den Minoritäten zufrieden sein, denn in jedem dieser zwei Bezirke haben die Gegner trotz der Anwendung ihrer wirtschaftlichen Macht und der schäbigsten Mittel in der Agitation nur einige Hundert Stimmen Majorität. In diesen Bezirken wird es noch einer intensiven Agitations- und Organisationsarbeit bedürfen, um sie zu erobern.

Der Städtebezirk Nr. 76 Reichenberg ist eine Domäne der Deutschvolklichen. Die Arbeiter in Reichenberg sind in der Minorität. Die Handwerker sind Antisemiten und Klerikale.

Im Städtewahlbezirke Nr. 78 liegen die Verhältnisse günstiger. In diesem Wahlbezirke hatten wir am 14. Mai die größte Stimmenzahl erhalten 3109, es fehlten 228 Stimmen zur absoluten Majorität. Es kam zur Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Professor Dr. Wollschak und dem freialldeutschen Fabrikanten Kraus, welcher in der Stichwahl am 24. Mai mit 84 Stimmen Majorität nach Aufwendung

aller wirtschaftlichen Macht und der Preisgabe der Grundsätze der Liberalen über den Sozialdemokraten siegte.

In dem Agitationsgebiete Reichenberg wurden im Berichtsjahre Versammlungen abgehalten: 166 Volksversammlungen, 164 öffentliche Wählerversammlungen, 1249 § 2-Versammlungen und Sitzungen, 1620 Branchen- und Vereinsversammlungen; 2 Volksversammlungen wurden verboten.

Die Kreisleitung hat 32 Sitzungen abgehalten und an 70 Konferenzen teilgenommen. Die laufenden Geschäfte wurden durch den Sekretär erledigt. Die Zahl der eingelangten Schriftstücke betrug 3637, die des Ausganges 4122.

Im Organisationsgebiete sind 16.510 gewerkschaftlich und in Vereinen organisierte Mitglieder. Politisch organisierte Genossen sind im Organisationsgebiete 3986. Die Beiträge der politischen Organisation sind nach den örtlichen Verhältnissen durch die Lokalorganisationen bestimmt und variieren zwischen 10 und 20 H. per Monat und Mitglied.

Streiks haben in dieser Periode stattgefunden: In Reichenberg der Tuchmacherstreik, welcher in vier Betrieben mit 170 Arbeitern einsetzte und nach sechswöchentlicher Dauer zu der großen Aussperrung, an welcher nahe an 5000 Arbeiter beteiligt waren, führte. Nach einer vier-, beziehungsweise zehnwöchentlichen Dauer wurde der Streik, beziehungsweise die Aussperrung siegreich beendet. In Ketten bei der Firma Limburger brach ebenfalls ein Streik der Aufstecker aus, worauf die Firma mit der Aussperrung von 700 Arbeitern vorging. Trotz der Opfer, welche die Organisation gebracht, fiel der Kampf zugunsten der Unternehmer aus. Auch in Kratzau war ein Streik bei der Firma Feigel und Windrich ausgebrochen, welcher von der Organisation nicht anerkannt wurde. Auch dieser Streik ging infolge Zuzuges von Streikbrechern, welche sich des größten Schutzes erfreuten, verloren.

Verurteilungen sind erfolgt: wegen § 23 P.-G. 91 zu 718 Kr., wegen §§ 2 und 19 V.-G. 8 zu 60 Kr., wegen anderer 15 Delikte zu 62 Kr. Summe der Geldstrafe 818 Kr. und 39 Tage Arrest wegen Uebertretung der §§ 2 und 3 des Koalitionsgesetzes bei Streiks und Aussperrungen. Freisprüche sind 25 erfolgt.

Gemeindevertreter, die als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören, gibt es im Agitationsgebiete Reichenberg 165 in 50 Gemeinden. In 5 Gemeinden sind Genossen als Gemeindevorsteher tätig. In 8 Gemeinden sind Genossen als Gemeinderäte gewählt.

Die Maifeier wird nicht in allen Orten durch Arbeitsruhe gefeiert. Auskünfte in verschiedenen Rechts- und Strafangelegenheiten wurden 320 erteilt.

In Reichenberg erscheint der „Freigeist“ als Parteiorgan zweimal wöchentlich und hat eine Auflage von über 4000 Exemplaren. Das Verbreitungsgebiet ist bis jetzt in den Bezirken Reichenberg, Friedland, Kratzau, Grottau und Niemes.

Im Bezirke Haida ist der Steinschönauer „Volksbote“ als Organ des Verbandes der Glasarbeiter und der Keramikbranche ausschließlich verbreitet.

9. böhmischer Wahlkreis. Derselbe umfaßt die neuen Wahlbezirke: 77, 95, 96, 127, 128, 129, 130, bestehend aus den Bezirksorganisationen Gablonz, Tannwald, Rochlitz a. d. Iser, Hohenelbe, Braunau, Landskron und Grulich und der tschechischen Wahlkreisorganisation mit sieben Lokalorganisationen. Sitz der deutschen und tschechischen Kreisvertretung ist Gablonz. (Letztere erst seit April d. J.) Zur besseren Durchführung der Wahlagitation wurden drei Agitationsgebiete geschaffen: 1. Bezirk: Gablonz, Tannwald, Rochlitz a. d. Iser und zum Teil Hohenelbe. 2. Bezirk: Trautenau, Hohenelbe zweiter Teil, Braunau, Königinhof und Rokitnitz (deutsches Gebiet); 3. Bezirk: Landskron, Grulich, Leitomischl und Poli-ka, welche die Agitation im engeren Zirkel zu leiten hatten. Als Hauptwahlkomitee fungierte die Kreisvertretung in Gablonz.

Die Straßen- und Distriktsorganisation wurde vor den Wahlen energisch in Angriff genommen und im Gablonz-Tannwald-Rochlitzer Bezirke erfolgreich eingeführt; auch in den anderen Gebieten wurde dieselbe nach besten Kräften in Angriff genommen, jedoch fehlte es dort mindestens an den diese Arbeit energisch betreibenden Genossen. Tatsache ist, daß dort, wo die Agitation durch die Straßen- und Distriktsvertrauensmänner betrieben wurde, die besten Resultate gezeitigt wurden.

Die Zahl der organisierten Parteigenossen stieg von 1047 im Jahre 1905 auf 2167, die Zahl der Organisationen von 42 auf 68. Der Parteibeitrag beträgt noch immer 12 H. per Monat (3 H. für den Kreis, 2 H. für das Reich, 2 H. für den Bezirk, 5 H. für die Lokalorganisation). Doch hat sich eine Erhöhung auf mindestens 20 H. behufs Erzielung besserer Einnahmen zur Bestreitung intensiverer Agitation schon längst als notwendig erwiesen.

Die Gewerkschaften und sonstige Arbeitervereine haben durch den Wahlrechts- und Wahlkampf in vielen Gebieten bedeutend zugenommen. 1905 zählten wir zirka 3000, diesmal 9000 Mitglieder, trotzdem im Trautenauer Bezirk infolge Auswanderung

und Streikbewegung über 1000 Mitglieder wieder verloren gingen; zugenommen haben besonders die Textil-, Glas- und Bauarbeiter, auch die Konsumvereine bilden namentlich in Ostböhmen ein bedeutendes Glied unserer Parteibewegung.

Die Versammlungstätigkeit war eine äußerst rege: zirka 800 Wähler-, 300 Partei- und gegen 400 Gewerkschaftsversammlungen, insgesamt gegen 1500 Versammlungen, mit durchwegs gutem Besuch. Flugblätter wurden zirka 250.000 (Wahl, Freie Schule und Presse) verbreitet, ebenso 6000 Agitationsbroschüren. Verboten wurden 2 Versammlungen (Hohenelbe und Gablonz) auf Grund des § 6 V.-G., aufgelöst wurden 2 Versammlungen (Tannwald und Gablonz) wegen Verherrlichung der russischen Revolution.

Der Wahlrechtskampf wurde mit größter Intensivität geführt und waren auch in den industriellen Gebieten alle Vorkehrungen zur Inszenierung des Massenstreiks getroffen. Der Wahlrechtskampf hatte die indifferentesten Massen aufgerüttelt, weshalb neben der Agitation für den Massenstreik auch erfolgreich die gewerkschaftliche Propaganda betrieben wurde.

Die Reichsratswahlen brachten uns unerwartete Erfolge, die sicher noch größer gewesen wären, wenn in einzelnen Bezirken intensiver gearbeitet worden wäre; auch machte sich der Mangel an agitatorisch tätigen Genossen besonders in den östlichen Wahlbezirken stark bemerkbar. In Gablonz-Stadt mußten bei einer eingetragenen Wählerzahl von 4187 nicht weniger als 1472 Reklamationen vorgenommen werden.

Das Stimmenverhältnis war folgendes:

	Bezirk		Wähler	Zahl der Sozialdem.	Gegenkandidaten		gegnerischen Stimmen
77	Gablonz-Stadt . . .	Hauptwahl	9717	2929	4	=	3500
		Stichwahl		**3475**	1	=	3257
96	Hohenelbe-Stadt . .	Hauptwahl	5285	1373	3	=	2700
		Stichwahl		2037	1	=	2231
95	Trautenau	Hauptwahl	6837	1188	3	=	4500
104	Gablonz-Land . . .	"	11762	**5717**			3500
127	Landskron	"	12198	2848	3	=	6430
128	Braunau-Land . . .	"	12764	2611	3	=	8172
		Stichwahl		3458	1	=	5242
129	Trautenau-Land . .	Hauptwahl	10285	2817	2	=	5491
130	Hohenelbe-Land . .	"	11434	2617	4	=	6514
		Stichwahl		3402	1	=	5358

Wir erhielten somit bei der Hauptwahl in allen acht Wahlbezirken rund 22.100 Stimmen = 31·48 Prozent der Wähler oder 37·6 Prozent der abgegebenen Stimmen; zuzüglich der Stimmen bei der Stichwahl erhielten wir 24.934 Stimmen = 35·52 Prozent der Wähler oder 41·7 Prozent der abgegebenen Stimmen. 1901 erhielten wir von 638 Wahlmännerstimmen 212 = 33 Prozent.

Presse. Das Kreisorgan „Der Gebirgsbote" erscheint ab 1. November 1906 dreimal achtseitig die Woche (Samstag illustrierte Beilage) in einer Auflage von 2700 Exemplaren am Dienstag und Donnerstag und 3600 am Samstag. Vor dem dreimaligen Erscheinen hatte das einmal erscheinende Blatt eine Auflage von 3200 (1905: 2500). Dem dreimaligen Erscheinen ist in der Hauptsache der Wahlerfolg im 104. und 77. und die große Stimmenzahl im 96. Wahlbezirk zu danken. Auch das gewesene Kopfblatt des „Gebirgsboten" (jetzt entnimmt es nur entsprechende Aufsätze), das „Trautenauer Echo", hat seine Auflage von 1400 auf 3200 Exemplare in die Höhe gebracht. Konfiskationen sind bloß 6 beim „Gebirgsboten" zu verzeichnen gewesen; auch sind noch 2 Ehrenbeleidigungsklagen anhängig, die erst in der Berichtsperiode 1907/08 ausgetragen werden.

Die Maifeier stand im Zeichen des Wahlkampfes und wurde im Gablonz-Tannwald-Rochlitzer Bezirke durch massenhaft besuchte Volksversammlungen und Demonstrationszüge mit roten Fahnen feierlich begangen; auch die anderen Gebiete hatten eine gegen die Vorjahre bessere Feier zu verzeichnen.

An politischen Verfolgungen haben wir zu verzeichnen: 10 Uebertretungen nach § 3 Koalitionsgesetz, davon 6 Verurteilungen mit 13 Tagen Arrest und 1 Tag Untersuchungshaft. 1 Uebertretung des § 2 V.-G. (Freispruch), 8 Anklagen wegen § 23, davon 2 Freisprüche und 6 Verurteilungen mit 45 Kr. Geldstrafe.

Gemeindevertreter haben wir 58 (55 im dritten und 3 im zweiten Wahlkörper) in 15 Orten. In Puletschnei bei Gablonz haben wir im dritten Wahlkörper 4 Mandate neu erobert.

Lohnbewegungen fanden statt: Textilarbeiter in Proschwitz, 2 viertägige Streiks, und die Tuchweberaussperrung (6 Wochen), voller Erfolg; Lohnerhöhung 200

Personen; Tannwald: 2 Streiks, 250 Personen, erfolgreich. Hohenelbe: 120 Arbeiter, Dauer 4 Wochen, 10 Prozent Lohnerhöhung. In Gablonz ein Streik der Zelluloidarbeiter (150 Arbeiter), der nach 3 Wochen mit einem Mißerfolg endete. Im Aupatale etliche Abwehrstreiks der Textilarbeiter; gegen 1000 Beteiligte, nach dreizehnwöchentlicher Dauer ohne Erfolg. Im Glasschleifergebiet des Isergebirges endeten die Aktionen der Glasring- und Glasknopfarbeiter um Schaffung geregelter Arbeitszeit, deretwegen in beiden Branchen einige Wochen die Arbeit ruhte, mit für die Arbeiter bedeutendem materiellen Erfolg. Die Waldarbeiter in den Graf Dessoursschen und Harrachschen Revieren errangen durch die erst im Entstehen begriffene Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Oesterreichs ohne Streik eine schriftlich festgelegte 15- bis 25prozentige Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit und anderes. In Reinowitz bei Gablonz errangen 100 Ziegelarbeiter durch achttägigen Streik 20 Prozent Lohnerhöhung, die Maurer in Landskron errangen den Zehnstundentag und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Papier- und Goldarbeiter in Landskron haben erfolglos gekämpft; ebenso die Maurer in Braunau, welche mit kleinen Zugeständnissen zufrieden sein mußten. Außerdem fanden noch etliche Lohnbewegungen mit kurzem oder ohne Streik statt; so bei den Maurern und Zimmerern in Gablonz, wo Kollektivverträge abgeschlossen wurden.

Besondere Bemerkungen. Durch die Wahlbewegung sind wir in den rückständigen ostböhmischen Gebieten in die angenehme Lage versetzt, neue Organisationen schaffen zu können und sind sogar eine größere Anzahl schon gegründet worden. Schöne organisatorische Erfolge weist auch nach den Wahlen der so lange brachgelegene Braunauer Bezirk auf und auch die Genossen nützen die Situation gut aus.

Wahlbezirk 98 (Warnsdorf). Aus diesem Wahlbezirke sind sechs von den Lokalorganisationen beantwortete Berichtsbogen eingelangt, aus denen zu entnehmen ist, daß sich in diesem Bezirke 25 Vereine mit zusammen 2087 Mitgliedern befinden.

Die Parteisteuer wird von über 600 Mitgliedern geleistet und schwankt deren Höhe zwischen 8 und 12 H. monatlich.

Die agitatorische Tätigkeit beschränkte sich, soweit Berichte vorliegen, auf 258 Versammlungen, in welcher Ziffer die gewerkschaftlichen mitgezählt sind.

An politischen Verfolgungen verzeichnen die einzelnen Berichte 16 Fälle, darunter 13 Verurteilungen. Das Gesamtausmaß der Strafen betrug: Wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes in 2 Fällen 4 Tage Arrest, wegen Uebertretung des § 23 P.-G. in 11 Fällen 62 Kr. Geldstrafe.

Auf die im Berichtsbogen gestellte Frage, ob die Straßen- und Häuserorganisation durchgeführt ist, haben nur zwei Lokalorganisationen (Grund und St. Georgenthal) mit „ja" geantwortet, was, wenn die Organisationsverhältnisse so liegen, die Niederlage bei den Reichsratswahlen vollauf erklärlich macht.

Lohnbewegungen haben acht stattgefunden, von denen sechs mit, zwei ohne Erfolg nach teilweise mehrwöchentlicher Dauer endeten.

Presse. Im Wahlbezirke erscheint die „Nordböhmische Volksstimme" zweimal wöchentlich mit einer Auflage von je über 3000 Exemplaren.

Obwohl sich die Organisationsverhältnisse seit den letzten Reichsratswahlen um einiges gebessert haben, so lassen sie dennoch viel zu wünschen übrig und wir hoffen, daß in nächster Zeit das bisher Versäumte nachgeholt werden wird.

Wahlbezirk 99 (Rumburg). Soweit aus diesem Bezirke beantwortete Berichtsbogen vorliegen, befinden sich in demselben 15 Vereine mit zusammen 663 Mitgliedern, von denen 466 regelmäßige Parteisteuer leisten. Die Höhe der Beiträge für Parteisteuer schwankt zwischen 10 und 15 H. monatlich. Die Zahl der in der Berichtszeit abgehaltenen Versammlungen beziffert sich auf zirka über 200.

Von den sechs aus dem ganzen Wahlbezirke eingelangten Berichtsbogen ist leider weder die Anzahl der politischen Verfolgungen, noch sind andere auf die Organisation bezughabende Details zu entnehmen. Wir stellen nur noch fest, daß von den 6 Orten, von denen Berichte eingelangt sind, in 3 Orten 17 sozialdemokratische Gemeindeausschüsse gewählt wurden.

Bei den Reichsratswahlen brachte dieser Wahlbezirk den sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl durch.

Von den 6 Lokalorganisationen, die sich an der Berichterstattung beteiligten, ist die Straßen- und Häuserorganisation in 4 Orten, und zwar in Rumburg, Nieder-Ehrenberg, Schönlinde und Schönborn eingeführt; in Georgswalde und Wolfsberg nicht.

Wahlbezirk 100 (Schluckenau). In den bedeutenderen Orten des Wahlbezirkes befinden sich Lokalorganisationen mit teilweiser Einführung der Straßen- und Häuserorganisation. Im Wahlbezirk sind, soweit eine Beantwortung der Fragebogen vorliegt, 41 Vereine mit zusammen 1463 Mitgliedern. Parteisteuer zahlende Mitglieder wurden 990 gezählt. Die Höhe der Parteisteuer schwankt, je nach den einzelnen Orten, zwischen 10 und 40 H. per Monat.

Agitation. In der Berichtsperiode wurde eine große Anzahl von Versammlungen abgehalten, die wir leider nicht ziffermäßig feststellen können.

Reichsratswahl. Bei den Reichsratswahlen wurde hier sehr tüchtig gearbeitet und wenn es diesmal auch noch nicht gelang, dem vereinten Ansturm der Gegner gegenüber unserem Kandidaten zum Durchbruch zu verhelfen, so haben wir doch eine sehr respektable Stimmenzahl erzielt.

Im Schluckenauer Bezirk sind, soweit Berichte hierüber vorliegen, in drei Gemeinden sieben sozialdemokratische Vertreter gewählt.

Südböhmen. Der südböhmische Agitationskreis (ehemaliger XVI. böhmischer Wahlkreis) umfaßt die Wahlbezirke 94, 123, 124, 125 und 126 mit zusammen 23 Lokalorganisationen. Soweit Erhebungen vorgenommen werden konnten, befinden sich in diesem Agitationsgebiet 22 Vereine mit zusammen 1098 Mitgliedern. Die Zahl der regelmäßig Parteisteuer leistenden Personen beträgt 560. Die Höhe der Beiträge schwankt zwischen 6 und 30 H. per Monat.

In der Reichsratswahl hat unsere Partei, obwohl sie keinen Wahlbezirk zu erobern vermochte, verhältnismäßig und ganz wider Erwarten gut abgeschnitten. In den fünf Wahlbezirken kamen die sozialdemokratischen Kandidaten in drei Fällen (94, 124 und 125) in die Stichwahl, wo sie dem vereinigten bürgerlichen nationalklerikalen Mischmasch unterlagen.

Im Agitationsgebiet sind in einer Gemeinde im ersten Wahlkörper zwei und in fünf Gemeinden acht Genossen als Gemeindeausschüsse gewählt.

An politischen Verfolgungen hat der Agitationskreis zehn Fälle zu verzeichnen, von denen sieben mit Verurteilungen endeten und drei Freisprüche erfolgten. Die Verurteilungen erfolgten zumeist wegen § 2 V.-G. und § 23 P.-G. Die Strafen betrugen, soweit dies aus den Berichtsbogen zu entnehmen war, insgesamt 75 Kr. in Geld.

Das ehemals für Südböhmen erscheinende Blatt „Der Böhmerwaldbote“ wurde aufgelassen und an dessen Stelle die Wiener „Volkstribüne“ als teilweise obligatorisches Parteiblatt eingeführt.

Bukowina.

Zum Berichte vom vorigen Jahre vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 wäre vor allem hinzuzufügen, daß die Zahl der organisierten Arbeiter in der Bukowina im letzten Jahre von 2427 auf 3162 gestiegen ist. Darunter 89 organisierte Frauen.

Regelmäßige Landesparteisteuer, die 24 H. monatlich beträgt und zu politischen Aktionen dient, leisten 381 Parteimitglieder.

Versammlungen: Es fanden im Berichtsjahre 56 politische Vereinsversammlungen, 53 gewerkschaftliche Versammlungen, 178 politische § 2-Versammlungen, 208 § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen und 122 Volksversammlungen statt. Verboten wurde eine Versammlung in Sereth.

Presse: In Czernowitz erscheinen zwei Parteiblätter: 1. „Volkspresse“, deutsch, einmal wöchentlich, und 2. „Lupta“, rumänisch, einmal monatlich. Das früher in Czernowitz erschienene ruthenische Parteiblatt „Semlja i Wolja“ wurde zum Zentralorgan der ruthenischen sozialdemokratischen Partei und erscheint jetzt in Lemberg. Der verantwortliche Redakteur der „Volkspresse“ wurde viermal unter Anklage gestellt. Drei Preßprozesse sind noch im Zuge; es erfolgte ein Freispruch.

Maifeier: Die Maifeier wurde gefeiert in Czernowitz, Storozynetz und Sereth. In den ersteren zwei Städten durch Massenversammlungen, Umzüge mit roten Fahnen und durch fast allgemeine Arbeitsruhe, in Sereth durch Massenversammlung und Umzug mit roten Fahnen und Musik. Hervorzuheben wäre, daß sich in Storozynetz an der Maifeier 400 Feldarbeiter beteiligten.

Lohnbewegungen: Lohnbewegungen fanden in diesem Jahre nur wenige statt, was zum Teil auf die ungünstige Konjunktur, zum Teil aber darauf zurückzuführen ist, daß die politische Bewegung (die Vorbereitungen zum Massenstreik und die Reichsratswahl) die meisten Kräfte in Anspruch nahm. In Czernowitz fanden statt: Ein Streik mit 14 Beteiligten durch 14 Tage; erreicht wurde 2 Kr. wöchentliche Lohnerhöhung. Ein Sympathiestreik mit 118 Beteiligten durch 3 Tage ohne Erfolg und ein Streik mit 5 Beteiligten durch einen Tag; erreicht wurde eine 20prozentige Lohnerhöhung. In Radautz streikten Schuhmacher und Schneider, 50 an der Zahl, durch 4 Wochen; sie erreichten Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Ferner 10 Riemer durch 3 Tage, setzten Arbeitszeitverkürzung durch. In Sereth streikten 23 Tischler durch 3 Tage und erzielten die Einführung des Zehnstundentages; ferner 8 Schlosser durch 8 Tage ohne Erfolg.

Politische Verfolgungen fanden statt: Eine wegen Einmengung in eine Amtshandlung, acht wegen § 81 des St.-G., zwei wegen Auflauf und eine wegen § 23 des Pr.-G. Es erfolgten drei Freisprüche und zehn Verurteilungen. Die letzteren betrugen insgesamt 15 Tage Arrest und 645 Tage Kerker.

Wahlen: Außer den Reichsratswahlen beteiligten wir uns an den Gewerberichterwahlen in Czernowitz und an den Krankenkassenwahlen in Suczawa. Bei den Reichsratswahlen siegten wir im Wahlbezirke Czernowitz II. Auf unseren Kandidaten entfielen in der Hauptwahl 2076 und bei der Stichwahl 3543 Stimmen (1101 Stimmen Majorität). In Czernowitz I blieb unser Kandidat mit 882 Stimmen in der Minorität. Im Wahlbezirke Storozynetz entfielen auf unseren Kandidaten 880 Stimmen, davon in der Stadt Storozynetz 680, die Majorität aller abgegebenen Stimmen. Im Wahlbezirke Suczawa-Radautz-Sereth unterlag unser Kandidat mit 441 Stimmen. Bei den Gewerberichterwahlen wurden alle sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Ebenso siegten wir bei der Krankenkassenwahl in Suczawa, wo jetzt der ganze Vorstand bis auf ein Mitglied sozialdemokratisch ist.

Kärnten.

Der nachfolgende Bericht ist ein kurzer Auszug aus dem „Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1906“ per 1907.

Das erste Halbjahr 1906 war mit einer fieberhaften Versammlungstätigkeit ausgefüllt. Tagesordnung der Versammlungen: „Heraus mit der Wahlreform!“

In das zweite Halbjahr 1906 fällt die Landtags-Ergänzungswahl aus der allgemeinen Kurie in Oberkärnten und die Vorbereitung der Neuwahlen für den Reichsrat.

Es wurden Bezirkskonferenzen und solche nach einzelnen Tälern veranstaltet, in denen die Vertrauensmänner zum Ausbau der Straßenorganisationen und weiters zur Aufnahme aller voraussichtlichen Wähler in einen Wählerkataster aufgefordert wurden. Bis Ende 1906 hatten nicht weniger als 37 solcher Konferenzen und Vertrauensmännerbesprechungen im ganzen Lande stattgefunden.

Als die Wahlen ausgeschrieben waren, wuchsen diese Arbeiten ins Ungemessene. Was alle die Orts- und Bezirksvertrauensmänner im ganzen Lande bis zum 23. Mai geleistet haben, wird der Kärntner Parteigeschichte stets zu besonderem Ruhm gereichen. Das über alle Maßen erfreuliche Stimmenresultat hat man im Reiche von dem Lande ohne besondere Industrie gewiß nicht erwartet. Kärnten umfaßt 9 deutsche und 1 slowenischen Wahlbezirk. Es gelang der Partei, den Wahlbezirk VIII (Villach) in der Hauptwahl und den Wahlbezirk II (Klagenfurt-Land) in der Stichwahl zu erobern. Hier die Stimmenverhältnisse der Hauptwahl in den einzelnen Bezirken:

	Name d. sozialdem. Kandidaten	Stimmenzahl sozialdem.	national	christl.-soz.
1. Wahlbezirk	Riese	702	2009	375
2. „	Lukas	1506	1899	1297
3. „	Kristan	1385	2173	4425
4. „	Eich	1509	1753	1547
5. „	Pressien	675	2656	4154
6. „	Pressien	1009	2368	870
7. „	Eich	962	2202	2227
8. „	Riese	3372	1888	—
9. „	Schatzmayr	1399	2748	2112
10. „	Gabriel	786	3078	2865
	Summe	13305	22774	19872

Das Ergebnis der Hauptwahl war also, daß wir den vierten Teil aller abgegebenen Stimmen erhielten, Genosse Riese in Villach mit einer Majorität von 702 Stimmen und Genosse Lukas in der Stichwahl am 23. Mai in Klagenfurt-Land gewählt wurde. Das agrarische Kärnten sendet somit zwei sozialdemokratische Abgeordnete ins Parlament. Zu erwähnen ist, daß Genosse Eich im IV. Wahlbezirk nur mit 38 Stimmen hinter dem slowenisch-klerikalen Kandidaten zurückgeblieben ist. Diese 38 Stimmen brachten die Partei um das Mandat. Wir stellten fest, daß auf beinahe 300 Stimmzetteln der Name Eich von den klerikalen Wahlagitatoren ausgestrichen und an seine Stelle der Name des slowenischen Gegenkandidaten gesetzt worden war. Die Wahlbeeinflussung der Geistlichkeit war eine kolossale.

In Oberkärnten fand im Juli 1906 eine Ergänzungswahl in den Kärntner Landtag aus der IV. allgemeinen Kurie statt. Unser Kandidat, Genosse Eich, erhielt 1166, der nationale 3860 und der klerikale Gastwirt Huber 4924 Stimmen. In der Stichwahl gaben die sozialdemokratischen Stimmen den Ausschlag zugunsten des nationalen Kandidaten. Das Land zerfällt in 1 Stadt- und 9 Landgemeinden-Wahlbezirke. Die Landesorganisation ist für ganz Kärnten eine zentralistische. Die Landesparteiexekutive hat ihren Sitz in Klagenfurt.

Die Häuser- und Straßenorganisation ist in 52 Parteiorten des Landes durchgeführt, ist aber in den meisten Orten noch sehr der Erweiterung bedürftig. Die Partei revidierte auf der Landeskonferenz vom 2. Februar 1907 ihr Organisationsstatut, indem sie die Organisationsbezirke den Reichsratswahlbezirken möglichst anpaßte, was indes nur in wenigen Fällen restlos möglich war. Es bestehen sechs Agitationsbezirke: Klagenfurt, Villach (mit Hermagor), Ferlach, Feldkirchen, Spittal und Wolfsberg. Das Gebiet der Bezirkshauptmannschaft St. Veit und Völkermarkt ist direkt der Landesparteivertretung zugewiesen.

Die Parteisteuer wird von den gewerkschaftlich Organisierten durch Zuschlag von 2 H. zu den Wochen-, beziehungsweise 10 H. zu den Monatsbeiträgen eingehoben. Parteiangehörige, die keiner Gewerkschaft angehören, zahlen in der Straßenorganisation 20 H. Das Steuerwesen ist im ganzen Lande einheitlich durchgeführt.

Von gewerkschaftlichen Organisationen gab es am 31. Dezember 1906 zusammen 104 (Landesvereine, Ortsgruppen und Zahlstellen). Der ungeheure Fortschritt, den die Gewerkschaften in Kärnten in den letzten Jahren gemacht haben, läßt sich am besten daraus ermessen, daß mit 1. Jänner 1907 ein Gewerkschaftssekretariat mit Genossen L. Mahrer als Gewerkschaftssekretär errichtet werden konnte.

Landesparteiorgan ist der Grazer „Arbeiterwille", der in Kärnten eine eigene Redaktion unterhält. Sonntagnummern dürften gegen 3000, Tagblätter gegen 600 abgesetzt werden. Der Verschleiß des Blattes in Kärnten ist im fortwährenden Steigen begriffen.

Politische Prozesse, an denen unsere Partei beteiligt gewesen wäre, fanden keine statt, dagegen erfolgten etliche Verurteilungen auf Grund des § 23 P.-G., zumeist infolge von Denunziationen durch politische Gegner.

Der 1. Mai wird in Klagenfurt, Villach und einzelnen anderen Orten durch Arbeitsruhe, in den anderen Parteiorten nur in Versammlungen gefeiert.

Alles in allem: die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Kärntens haben in den letzten Jahren schöne Fortschritte gemacht.

Mähren.

Bericht der Landesparteivertretung in Brünn.

Die Zeit seit dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokraten Mährens hat an unsere Organisationen Anforderungen gestellt, wie keine Zeit vorher. Klar steht nun vor unseren Blicken, was uns nottut und was in nächster Zeit geschaffen werden muß: eine stramme, schlagfertige Landesorganisation, ein Tagblatt und ein Landesparteisekretariat.

Die letzte Landeskonferenz fand in Brünn während der „Volkstage" unrühmlichen Angedenkens, zur Zeit der wildesten chauvinistischen Erregung statt. Tschechisch- und Deutschbürgerliche schlugen sich damals mit vielem Eifer die Köpfe ein, was sie nicht hinderte, anderthalb Monate später sich einträchtig bei den Verhandlungen über den berüchtigten mährischen „Ausgleich" zusammenzufinden und gemeinsam die deutsche und tschechische Arbeiterschaft Mährens um ihren Rechtsanspruch auf das gleiche politische Recht in diesem Lande zu betrügen. Unter dem Schutze tausender Soldaten, welche Brünn in ein Kriegslager verwandelten, kam als Frucht jener deutsch-tschechischbürgerlichen Paarung der schändliche Pakt zustande, welcher um den Preis der Rechtlosmachung der Arbeiterschaft den deutschen und tschechischen Bourgeois, Pfaffen und Junkern die alten Vorrechte sicherte.

So schlecht aber auch das neue Landtagswahlrecht war, die Landtagswahlen fanden unsere Parteiorganisation am Platze und mit Stolz darf es konstatiert werden: sie hat die Feuerprobe gut bestanden. Obwohl unsere Partei infolge des bisherigen Wahlsystems für die Wahlagitation noch wenig geschult ist, obwohl sich die Gegner zu einem geschlossenen Block zusammenschlossen und mit den schmutzigsten Mitteln uns niederzuringen suchten, errangen wir doch einen achtunggebietenden Erfolg. Die deutschen Sozialdemokraten erhielten 35.000 Stimmen, während sämtliche deutschbürgerlichen Parteien zusammen nur die geringe Zahl von 51.000 Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen vermochten. Daß wir dennoch von den sechs Mandaten der allgemeinen Wählerklasse nur eines zu erringen vermochten, daran trägt das von den Deutschbürgerlichen geschlossene schmutzige Kompromiß mit der klerikalen Reaktion die Schuld.

Die zweite und schwerste Probe hat die Partei bei den stattgefundenen Reichsratswahlen zu bestehen gehabt und wie der Ausfall lehrt, mit prächtigem Erfolg. Obwohl von den Landtagswahlen noch erschöpft, gingen doch unsere Parteigenossen mit Feuereifer an die Bewältigung der Wahlarbeit und ihr Mühen zeitigte die

schönsten Früchte. Freialldeutsche, Volksparteiler, Fortschrittler und Christlichsoziale waren in der Bekämpfung unserer Partei und der kandidierenden Genossen wenig skrupelhaft, dennoch war das Resultat des ersten Waffenganges ein solches, daß die bürgerlichen Parteien, sämtlich von einem wahrhaft panischen Schrecken erfaßt, sich in der Stichwahl zu der einen reaktionären Masse zusammenschlossen. Die Stimmenzahl der deutschen Sozialdemokraten Mährens stieg gegenüber den Landtagswahlen von 35.000 auf 43.000, drei Mandate waren der Preis des Wahlkampfes und drei weitere Mandate konnten die deutschbürgerlichen Parteien nur durch Preisgabe aller Prinzipien und durch schamloseste Vergewaltigung der Arbeiterwähler behaupten.

Eine Neuerung, die sich insbesondere in der Provinz sehr bewährte, war die Herausgabe einer Wahlzeitung, des „Sozialdemokrat“, die zum Preise von 2 H. per Exemplar verkauft, während der Wahlzeit in einer Auflage von 24.000 Exemplaren abgesetzt wurde.

Die Förderung und Unterstützung der einzelnen Orte und Wahlkreise durch die Landesparteivertretung beschränkte sich selbstverständlich nicht nur auf die Wahlzeiten. Der Landesparteivertretung ist die Gründung einer Reihe von Organisationen zu danken, sie war auch bestrebt, durch Beschickung zahlreicher Konferenzen und unentgeltlicher Beistellung von Referenten die Parteibewegung in rückständigeren Orten zu fördern. Die regelmäßige Subventionierung eines Wahlkreisvertrauensmannes konnte infolge der spärlichen Geldmittel leider nur in einem Falle durchgeführt werden.

Die Presse hat in der Berichtsperiode Fortschritte gemacht, die, so erfreulich sie sind, zum Wachstum der Partei dennoch in keinem Verhältnis stehen. Auch hier muß endlich von allen Parteigenossen im Lande der Hebel angesetzt werden. Das Landesparteiorgan, der „Volksfreund“, erscheint seit der letzten Landeskonferenz im alten Umfange zweimal wöchentlich, ein Fortschritt, der sich nicht ohne Schwierigkeiten vollzog, um so mehr, als im Frühjahr 1906 die beiden bisherigen Kopfblätter des „Volksfreund“, die Jägerndorfer „Schlesische Volkspresse“ und die „Bielitzer Volksstimme“, selbständig wurden. Gegenwärtig beträgt die Auflage des „Volksfreund“ per Nummer über 4000 Exemplare. Einen schönen Fortschritt hat auch die Mährisch-Schönberger „Volkswacht“ aufzuweisen, die eine Auflage von 4600 Exemplaren zählt. Um die Gründung eines deutschen sozialdemokratischen Tagblattes in Mähren vorzubereiten, ist die Landesparteivertretung vor etwa einem Jahre an die Gründung eines Tagblattfonds geschritten, der gegenwärtig fast 5000 Kr. beträgt.

Politische Verfolgungen kamen in der Berichtszeit verhältnismäßig nur wenig vor, desgleichen Konfiskationen.

Ueberblicken wir die Tätigkeit und die Erfolge unserer Landesorganisation, so dürfen wir damit vollkommen zufrieden sein und können nur wünschen, daß auch die kommende Berichtsperiode in der gleichen Weise auf die Erstarkung unserer Partei einwirkt, wie die abgelaufene.

7. mährischer Wahlkreis Mährisch-Schönberg, V. Kurie. Aus dem ehemaligen 7. mährischen Wahlkreis wurden durch die Wahlreform sechs Wahlbezirke, und zwar: der 7 und 8. Städtewahlbezirk, der 15., 16., 17. und 18. Landwahlbezirk geschaffen; der 15. und 18. umfassen allerdings auch Agitationsgebiete des früheren 6. Wahlkreises der V. Kurie und dem 18. Landwahlbezirke wurde die Iglauer Sprachinsel angegliedert. In Mähren wurde die heimtückischeste Wahlgeometrie angewendet, um der Sozialdemokratie, die hier die stärkste politische Partei ist, die parlamentarische Vertretung zu rauben; vor allem wurden im roten Nordmähren die natürlichen zusammenhängenden Gebiete auseinandergerissen und Wahlkreise zusammengesetzt, welche die Wahl kapitalistischer Vertreter sichern sollten. Dadurch geschah es, daß aus dem Agitationsgebiete des ehemaligen 7. mährischen Wahlkreises nur ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt wurde; allerdings verdankt der 15. Wahlbezirk seinen Sieg vor allem dem Umstande, daß der durchaus proletarische Römerstädter Bezirk, eine alte Hochburg der Sozialdemokratie, ihm angegliedert wurde. Es wurden im ehemaligen 7. mährischen Wahlkreis am 14. Mai abgegeben 18.645 sozialdemokratische Stimmen, 41·6 Prozent sämtlicher Wähler. Es bestehen 7 Bezirksorganisationen, und zwar: Mährisch-Schönberg, Wiesenberg, Römerstadt, Mährisch-Trübau, Zwittau, Mährisch-Neustadt, Müglitz mit zusammen 50 Lokalorganisationen. Soweit die allerdings lückenhaften Berichte der Lokalorganisationen lauten, bestehen 43 gewerkschaftliche Vereine und Ortsgruppen mit bei 3000 Mitgliedern. Geringer ist allerdings die Zahl der politisch Organisierten, doch wird hierin hoffentlich die Neuorganisation Wandel schaffen. Die Zahl der Versammlungen aller Art erreicht die enorme Höhe von 804 Versammlungen, 17 Lohnbewegungen endeten zum größten Teil mit einem Erfolge der Arbeiter, in 14 Orten gibt es 43 sozialdemokratische Gemeindevertreter, in Johnsdorf im Römerstädter Bezirk ist auch der Vorsteher Sozial-

demokrat. 4 politische Verfolgungen fanden statt, und zwar: in Römerstadt, Johannesthal und Mährisch-Trübau wegen § 23 P.-G., in Wermsdorf und Mährisch-Trübau wegen § 19, § 4 V.-G., verhängt wurden 75 Kronen Geldstrafe, 12 Stunden Arrest, 5 Genossen wurden in Wermsdorf freigesprochen, die Verfolgung in Johannesthal ist noch nicht erledigt. Die in Mährisch-Schönberg erscheinende „Volkswacht" hat gegenwärtig eine Auflage von 4500 Exemplaren. In den meisten industriellen Orten des Wahlkreises wird der 1. Mai regelmäßig durch Arbeitsruhe, Demonstrationsversammlungen und Festzüge gefeiert.

Oberösterreich.

Gliederung. Die Wahlkreisorganisation ist in Oberösterreich nicht eingeführt, sondern es besteht eine zentralistische Landesorganisation, die in zwölf Bezirksorganisationen eingeteilt ist und die früher unter dem Kurienwahlrecht den ersten, zweiten und dritten Wahlkreis und jetzt auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes alle 22 Wahlbezirke umfaßt. Die Partei hat in 76 Orten Lokalorganisationen. Die Landesparteivertretung hat ihren Sitz in Linz.

Häuserorganisation. In Linz, Urfahr, Steyr, Wels, Attnang, Steyrermühl, Goisern, Ebensee, Schneegattern und Schärding ist die Straßen- und Häuserorganisation eingeführt, in den übrigen Orten mangelt noch eine solche. Die Häuserorganisation hat sich bei den Wahlen vorzüglich bewährt und insbesondere sehr viel zum Linzer Wahlsieg beigetragen.

Eine einheitliche Einhebung der Parteisteuer wurde noch nicht erzielt. Als Landesparteisteuerbetrag werden 4 H. eingehoben. Samt den Beisteuerungen für die Bezirks- und Ortsorganisationen bewegen sich die Beiträge zwischen 20 und 46 H. per Monat und haben in der Berichtsperiode 5431 Personen den Beitrag geleistet.

Vereine. Gewerkschaftliche Organisationen bestehen in 42 Orten mit 126 Ortsgruppen und Zahlstellen; der Mitgliederstand hat sich von 4847 auf 8390 Mitglieder erhöht. Auch zwei politische Vereine sind mehr geworden; es sind deren fünf; diese verteilen sich: Linz, Urfahr, Steyr, Wels und Steyrermühl.

Versammlungen. In 134 Orten Oberösterreichs fanden in der Berichtszeit 291 politische und Wählerversammlungen, 243 Volksversammlungen und außer diesen zum Ausbau der Organisation und Parteitätigkeit 912 § 2-Versammlungen statt. Zusammen 1446 Versammlungen. Die Branchen- und Gewerkschaftsversammlungen konnten nicht erhoben werden.

Presse. Als Landesorgan erscheint in Linz die „Wahrheit" zweimal wöchentlich (Montag und Donnerstag) mit einer Auflage von 4600 Exemplaren.

Das in der Stadt Steyr erschienene Wochenblatt „Volksfreund" als Kopfblatt der „Wahrheit" hat sein Erscheinen mit Ende Dezember 1906 eingestellt. Die Auflage der „Wahrheit" ist in der Berichtsperiode um 400 Exemplare gestiegen.

Politische Verfolgungen. Gerichtliche Verfolgungen kamen sehr wenig vor. Im ganzen nur fünf Fälle wegen Uebertretung des Kolportageparagraphen.

Wahlen. Auf Grund der neuen Reichsratswahlordnung hat die Partei in allen 22 Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt gehabt, worunter fünf Doppel- und zwei dreifache Kandidaturen waren. Trotz der Wahlbezirksgeometrie und der Wahlpflicht ist es der Partei gelungen, von den 167.723 im ganzen Kronlande gültig abgegebenen Stimmen 21.568 = 12·8 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen aufzubringen. Der dritte Linzer Wahlbezirk wurde gleich im ersten Wahlgange, der 1. und 2. Wahlbezirk, in denen eine engere Wahl zwischen den Deutschfreiheitlichen und Sozialdemokraten notwendig war, in der Stichwahl erobert. Es unterlagen erstere gegen unsere Genossen Spielmann und Gruber im ersten mit 1236 gegen 1410 und im zweiten Wahlbezirk mit 1393 gegen 1465 Stimmen. Unsere Partei hat somit alle drei Linzer Mandate. Mit Berechtigung blicken die Genossen auf ihren schönen Sieg: „das rote Linz". Auch im 4. (Städte Steyr u. s. w.), 5. (Wels-Gmunden) und 6. (Urfahr-Freistadt-Ried) Städtewahlbezirke und in einzelnen Landgemeindenbezirken, im 15. (Grein-Perg-Mauthausen) und 17. (Schwanenstadt-Haag-Lambach) wurde eine respektable Stimmenzahl aufgebracht, welche für künftige Siege bürgt.

Die am 8. April in Linz stattgefundene Gemeindeergänzungswahl im IV. Wahlkörper, welche eine Stichwahl erforderte, die am 11. April 1907 stattfand, brachte der Partei auch einen schönen Erfolg. Die drei ausgeschiedenen Genossen wurden wiedergewählt und ein weiteres Mandat erkämpft. Die niederste Stimmenzahl der sozialdemokratischen Liste betrug 5218, die höchste 5265 Stimmen. Die christlichsozial-deutschnationalen Paarungskandidaten blieben mit 4751 bis 4760 Stimmen in der Minderheit. Auch den Steyrer Genossen ist es gelungen, bei der am 6. März stattgehabten Gemeindewahl im IV. Wahlkörper einen schönen Erfolg zu erringen. Der Sieg brachte ihnen zwei neue Mandate.

Vertretungen in den Gemeinden. In sieben Orten, gegen drei der vorigen Berichtsperiode, sitzen 33 Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen die sich auf folgende Orte verteilen: Linz (11), Kleinmünchen (3), Attnang-Puchheim (3), Goisern (6), Ebensee (4) und Hallstatt (3).

Maifeier. Gegen das Vorjahr war in Anbetracht der bevorstehenden Reichsratswahlen die Arbeitsruhe etwas schwächer ausgefallen. Volksversammlungen fanden statt: in Linz, Urfahr, St. Martin, Wels, Wolfsegg, Schneegattern, Ried, Steyr, Neuzeug, Kirchdorf mit Arbeitsruhe, Versammlungen und Festlichkeiten des Abends in Ischl, Traun und Attnang.

Besondere Bemerkungen. Recht erfreuliche und sichtbare Fortschritte macht die gewerkschaftliche Organisation, für deren Erstarkung und Erweiterung mit großer Umsicht gearbeitet wird.

Niederösterreich.

Bericht der Landesparteivertretung. Der Beginn der Berichtsperiode findet unsere Parteigenossen Wiens und Niederösterreichs in strammer Kampfbereitschaft — Gewehr bei Fuß — denn die Gesamtexekutive der Partei und der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat einige Wochen vorher, angesichts der schleichenden Obstruktion im Parlament gegen die Wahlreform, die Parole zur Organisation des Massenstreiks ausgegeben. Er sollte sich wohl nur zunächst auf Wien erstrecken und nur im alleräußersten Falle in die Provinz übergreifen. Wir können es heute mit aller Ruhe nun sagen: die Arbeiterschaft war mit den Vorarbeiten des Massenstreiks schon Ende Juni 1906 bis in das kleinste Detail fertig und es bedurfte nur des Signals, um auf der ganzen Linie diese gewaltige und furchtbare Waffe in Anwendung zu bringen. Daß insbesondere die Wiener Arbeiterschaft sich der Situation gewachsen zeigte, so wie sie dieses an jenem glorreichen 28. November 1905 durch ihren gigantischen Demonstrationszug auf der Ringstraße bewies, steht außer allem Zweifel. Trotz alledem fand die Landesparteivertretung mitten im Kampfe um das gleiche Wahlrecht noch Zeit, ihr Augenmerk auch auf die Gemeindewahlen in den kleineren Gemeinden Niederösterreichs zu richten, welche auf Grund des neuen Gemeindewahlgesetzes zumeist in der zweiten Hälfte des Jahres 1906 vor sich gingen. Während in den größeren Gemeinden die Ausübung des Wahlrechtes in dem neugeschaffenen vierten Wahlkörper von einer dreijährigen Seßhaftigkeit abhängig gemacht wurde, bestimmt das neue Wahlgesetz für die kleineren Gemeinden, daß nur diejenigen im vierten Wahlkörper wahlberechtigt sind, welche nebst einer zweijährigen Seßhaftigkeit auch eine direkte Steuer entrichten, und jene Personen, welche mehr als 24 Kr. Personaleinkommensteuer zahlen. Diese Bestimmungen sollten es möglichst verhindern, daß in den kleineren Gemeinden die christlichsoziale Clique durch die Mitkontrolle sozialdemokratischer Gemeindevertreter gestört werde. In 26 größeren Gemeinden wurden im Jahre 1905 zusammen 84 sozialdemokratische Gemeindevertreter gewählt, in 27 kleineren Gemeinden 57 Gemeindebeiräte und 15 Ersatzmänner.

Folgende Tabelle soll die Verteilung der sozialdemokratischen Mandate in den einzelnen Gemeinden und Wahlkörpern besser veranschaulichen. Gewählt wurden in der Gemeinde im Jahre 1905:

	Sozialdemokraten		Mit Stimmen
Amstetten	4		476—594
Atzgersdorf	5	(ohne Gegenkand.)	782—794
Ebenfurth	2		90—97
Ebergassing	2		212— —
Gloggnitz	4		432—453
Gmünd	2		217—222
Groß-Sieghharts	1	(in der Stichwahl)	137— —
Guntramsdorf	2		330—341
Hainburg	15	(10 im 3. Wahlk.)	350—493
Hainfeld	3		276—279
Herzogenburg	1	(in der Stichwahl)	182— —
Leobersdorf	3		75—79
Liesing	5		747—765
Lilienfeld	2		209—327
Neunkirchen	5		912—978
Perchtoldsdorf	1		113— —
Pottendorf	2		157—178
Pottenstein	1		102— —
Reichenau	5		328—361
St. Egid am Neuwald	2		285—292

	Sozialdemokraten		Mit Stimmen
Stockerau	4		1101—1116
St. Pölten	4	(in der Stichwahl)	825—845
St. Veit a. d. Triesting	2		327— —
Traiskirchen	3		264—326
Traismauer	2		148— —
Wilhelmsburg	2		360—362

Bedeutende Minoritäten erzielten unsere Genossen bei den Gemeindewahlen in Baden (121—139). Brunn am Gebirge, Berndorf (240—247), Bruck an der Leitha, Felixdorf, Grammat=Neusiedl, Gaming, Himberg, Horn, Inzersdorf, Klosterneuberg, Korneuburg, Krems, Kirchberg an der Pielach, Mistelbach, Mödling (810—833) Truman und Türnitz.

Gewählt wurden in den kleineren Gemeinden im IV. Wahlkörper:

	Sozialdemokraten		Ersatzmänner
Alt=Waidhofen a. d. Thaya	1	(in der Stichwahl)	
Augenthal	2		
Böhmzeil (bei Gmünd)	2		1
Deutsch=Altenburg	4		
Dreistetten (bei Piesting)	2		1
Dürnbach	1	(im 3. Wahlkörper)	
Dunkelstein	1		
Ebreichsdorf	2		1
Fahrafeld	1		1
Göblasbruck	2		3
Grillenberg	1		
Haugsdorf	2		
Hohenberg	6	(davon 2 im 3. Wahlkörper)	
Karlstein	2		
Krumnußbaum	6	(im 3. Wahlkörper)	3
Peisching	1	(im 3. Wahlkörper)	
Pottschach	4	(davon 2 im 3. Wahlkörper)	
Ramsau (bei Hainfeld)	—	(in der Stichwahl)	1
Raschala (bei Oberhollabrunn)	1		
Rohrbach (bei Ternitz)	1		
Sommerein	5	(im 3. Wahlkörper)	3
St. Johann (bei Ternitz)	1		
Unter=Retzbach	1		
Unter=Ternitz	1		
Unter=Wielands (bei Gmünd)	4	(davon 2 im 2. Wahlkörper)	1
Viehofen (bei St. Pölten)	2		
Zellerndorf	1		

Leider ist diese Liste zurzeit noch nicht vollständig, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß in noch einigen Gemeinden unsere Genossen gesiegt haben.

Die sozialdemokratische Partei besitzt demnächst in Niederösterreich in 53 Gemeinden zusammen 141 Gemeindevertreter und 15 Ersatzmänner und außerdem 7 Vertreter im Gemeinderate der Stadt Wien.

Durch den Besitz dieser Mandate in den Gemeindestuben übt unsere Partei durch ihre Vertreter in verschiedenen, die industrielle Arbeiterschaft enge berührenden wirtschaftlichen Fragen, wie zum Beispiel der Wohnungs= und Approvisionierungsfrage, insbesondere hinsichtlich der Lebensmittelteuerung, schon einen Einfluß aus. Gerade im verflossenen Jahre wurden in vielen Orten Versammlungen wegen der Milch= und Fleischverteuerung abgehalten und durch die Organisierung der Konsumenten und Ausfindigmachung billigerer Verkaufsquellen oftmals nicht unbedeutende Erfolge erzielt.

Als eine weitere Folgeerscheinung der steten Lebensmittel= und Gebrauchsartikelteuerung macht sich daher ein erfreuliches Verlangen nach Gründung solider Konsumvereine in den Provinzorten geltend, das von der Landesparteivertretung beständig verfolgt und getrachtet wird, daß derlei Gründungen nicht mehr ohne Zustimmung der dabei in Betracht kommenden Faktoren vor sich gehen können.

Was die Wahlagitation betrifft, so war es für Wien mit seinen 21 Bezirken, welchem 33 Mandate zuerkannt wurden, nicht so schwer, ein Zusammenfassen aller agitatorischen Kräfte und die Beschaffung der für die bevorstehenden Reichsratswahlen notwendigen Geldmittel zu bewerkstelligen. Um so viel schwieriger war die Wahlorganisation in der Provinz in Angriff zu nehmen. Die neue Wahlbezirkseinteilung wurde wie bekannt wohl nach den Bedürfnissen der bürgerlichen Parteien, nicht aber

nach denen der sozialdemokratischen Partei vorgenommen. Das neue Wahlgesetz und die Wahlbezirkseinteilung mußte den Genossen auch möglichst leicht zugänglich und erfaßbar gemacht werden, was insbesondere durch die rasche Anschaffung und Verbreitung diesbezüglicher Druckschriften erzielt wurde.

Auch unsere christlichsozialen Gegner waren nicht faul und setzten mit der Verbreitung einer eigens für die Reichsratswahlagitation erscheinenden Druckschrift sehr frühzeitig ein. Schon im Winter überschwemmten dieselben alle Industrieorte mit diesen Stinkbombenblättchen, um Proselyten für ihre Kandidaten zu machen.

Diesem Treiben unserer Gegner mußte rasch ein Damm gegenübergestellt werden und dieses geschah zu gelegener Zeit, und zwar im ausreichendsten Maße. Die Landesparteivertretung war nun dank der Mittel, welches das Landesorgan, die „Volkstribüne", zur Verfügung hatte, in der Lage, die Wahlagitation in ausreichendster Weise im ganzen Lande durch die Schaffung einer eigenen Wahlflugschrift, betitelt „Der Ratgeber für die Reichsratswähler", zu vertiefen und dadurch dem maßlosen Treiben der Gegner ein Paroli zu bieten. Diese Druckschrift wurde während der Zeit der intensivsten Wahlbewegung im ganzen Lande (Wien selbstverständlich mitinbegriffen) in einer Auflage von 125.000 bis 300.000 Exemplaren von unseren Vertrauensmännern insbesondere unter der indifferenten Arbeiterschaft, aber auch in bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen auf das gewissenhafteste verbreitet und förderte unsere Wahlagitation in einer Weise, wie dieses noch nie zuvor (wegen Mangel an den hierzu nötigen Mitteln) der Fall war.

Nebst diesem wirksamen Agitationsmittel stand aber der Partei das Landesorgan, die „Volkstribüne", selbst noch zur Verfügung, die nunmehr eine bedeutende Erhöhung ihres Abnehmerkreises gefunden hatte. Hier die Ziffern:

	1906 Exemplare	1907 Exemplare
Gesamtauflage	65.000	71.000
In Wien und Niederösterreich	56.000	65.000
In Wien allein	46.000	48.000

Nachdem in Wien die Wahlkreissteuer mittelst der „Volkstribüne" eingehoben wird und dadurch den Wahlbezirken eine ständige Einnahmsquelle erwachsen ist, so zählt Ende des Berichtsjahres Wien zirka 45.000 Wahlkreissteuerzahler.

Auch die übrigen Wahlkreisorgane, und zwar der „Volksbote" (Floridsdorf) wuchs zu einer Auflage von 7000 Exemplaren und die „Gleichheit" (Wiener-Neustadt) zu einer solchen von über 5100 Exemplaren wöchentlich heran.

Die unablässige Organisations- und Aufklärungsarbeit unzähliger Vertrauensmänner, die gesteigerten Mittel, die zur Agitation überdies bei der ersten Wahl, die auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes nun im Mai 1907 verwendet werden konnten, zeitigte jenen glänzenden Wahlsieg, den auch Wien und die Provinz Niederösterreichs zu verzeichnen hatten. Das Wachstum unserer Stimmenzahl in Wien und Niederösterreich wollen wir hier vor Augen führen, um den großen Erfolg der diesmaligen Reichsratswahlen an der Hand von Zahlen zu beweisen:

	1897	1901	1907
	Sozialdemokratische Stimmen		
Wien	88.000	95.022	124.994
Niederösterreich	45.132	42.960	55.958

Erobert wurden folgende Wahlbezirke:

Wien:

19. u. 20. Wahlbezirk (Favoriten)
21. „ (Simmering)
22. „ (Meidling, in der Stichwahl)
24. „ (Rudolfsheim)
25. „ (Fünfhaus, in der Stichwahl)
26. u. 27. „ (Ottakring)
32. „ (Brigittenau)
33. „ (Floridsdorf).

Niederösterreich (Provinz):

34. städt. Wahlbezirk (Ebreichsdorf)
35. „ „ (Liesing)
37. „ „ (Zwettl, in der Stichwahl)
40. „ „ (Wiener-Neustadt, in der Stichwahl)
42. „ „ (Neunkirchen)
43. „ „ (Lilienfeld).

Nachstehend ein Vergleich der Wahlbeteiligung gegenüber den früheren Reichsratswahlen:

	Abgegebene Stimmen V. Kurie 1901	1907	Wahlbeteiligung in Prozenten V. Kurie 1901	1907
Niederösterreich	365.654	617.000	63	92

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug diesmal in Niederösterreich: 670.000, davon 617.000 abgegebene Stimmen, ergibt obige 92 Prozent der Wahlbeteiligung.

Die Zahl der eroberten Mandate stellt sich wie folgt:

	1901	1907
In Wien	2	10[2]
In Niederösterreich	2[1]	6[3]
	Früher 4 Abgeordnete,	jetzt 16 Abgeordnete.

Bei den Stichwahlen in Wien sowie in der Provinz wurden alle unsere Kräfte konzentriert, um den vereinigten Gegnern (Deutschfortschrittliche und Christlichsoziale) das Mandat zu entreißen, was uns ja, wie obige Zahlen besagen, in Wien als auch in zwei wichtigen Wahlbezirken Niederösterreichs glänzend gelungen ist.

Im St. Pöltner Städtewahlbezirk erzielten wir in der Stichwahl eine große Minorität und nur dem feigen und volksverräterischen Verhalten der deutschbürgerlichen Wählerschaft ist es zu danken, daß dieser Wahlbezirk diesmal an die Schwarzen verloren ging, trotzdem unsere Genossen sowie die Landesparteivertretung keine Opfer scheuten, um den Sieg an unsere Fahnen zu heften.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in Niederösterreich haben große Fortschritte zu verzeichnen. Auch dieses läßt sich durch folgende Gegenüberstellung dartun: Es hatte:

	Zentral-vereine	Lokal-vereine	Orts-gruppen	Organisierte Arbeiter männlich	weiblich	zusammen
Wien 1905	41	20	403	93.866	9.087	102.953
" 1906	43	13	493	115.019	12.185	127.204
Niederösterreich 1905	2	—	280	17.258	2.635	19.893
" 1906	2	—	357	28.092	4.103	32.195

Die interne Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen findet noch darin ihren Ausdruck, daß im Berichtsjahre in Wien 4894 Vereinsversammlungen und 4378 § 2-Versammlungen abgehalten wurden. In den Provinzortsgruppen wurden 1920 Vereins- und Branchenversammlungen und 671 § 2-Versammlungen, welche der Förderung der Vereinstätigkeit und der Agitation unter der indifferenten Arbeiterschaft galten, abgehalten.

Die Bewegung in der politischen Organisation findet ihre Bestätigung darin, daß in Wien (obwohl einige Berichtsbogen bei Fertigstellung des Berichtes nicht eingelangt sind und daher sich die Ziffern bedeutend höher stellen würden) 21 politische Vereine bestehen, welche 1080 Volks- und politische Vereinsversammlungen abhielten. Die Bezirks- und Wahlkreisorganisationen hatten nebst vielen Sitzungen und Konferenzen noch 1419 § 2-Versammlungen zu verzeichnen.

In der Provinz bestehen heute 20 politische Vereine, deren Mitgliederstand sehr schwankend ist und daher einen zahlenmäßigen Nachweis sehr erschwert. Die Bezirksorganisationen, soweit dieselben Berichte einsendeten, weisen hinsichtlich ihrer Tätigkeit 233 Volksversammlungen, 367 politische Vereins- und 624 § 2-Versammlungen aus. 4101 Genossen leisten in 30 Orten ihre regelmäßige Parteisteuer.

An politischen Verfolgungen verzeichnen die Berichte für Wien 97 Fälle, woraus 95 Verurteilungen und zwei Freisprüche erwuchsen. Strafen wurden zumeist wegen Uebertretungen des Preß-, Vereins- und Wahlgesetzes ausgesprochen und betrugen insgesamt 173 Tage und neun Stunden Arrest. Die Geldstrafen betragen zusammen 1384 Kr. Weiters sind in der Provinz 70 politische Verfolgungen zu konstatieren, die von der Wahlbewegung herrühren. Es erfolgten 28 Freisprüche und 42 Verurteilungen wegen Uebertretungen des Wahl-, Vereins-, Versammlungs- und Preßgesetzes und endeten in Summa mit 28 Tagen und 24 Stunden Arrest und 163 Kr. Geldstrafen.

Die Maifeier 1907 gestaltete sich speziell in Wien, weil in die Zeit der intensivsten Wahlbewegung fallend, zu einer großartigen Heerschau über die vielen Streiter, welche der sozialdemokratischen Partei angehören. Diese imposante Maidemonstration bekam heuer eine besondere Bedeutung dadurch, daß die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, welche von jeher am 1. Mai mit jener des Achtstundentages gemeinsam erhoben wurde, endlich zur Tat wurde.

[1] Davon 1 in der Stichwahl erobert; [2] davon 2 in der Stichwahl erobert; [3] davon 2 in der Stichwahl erobert.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Provinz berichten über die Abhaltung von 1920 Branchen- und Vereinsversammlungen und 671 § 2-Versammlungen. Schließlich sei noch der Tätigkeit des Landesparteisekretariates gedacht, welches im Berichtsjahre 1061 Eingänge verzeichnete und 1507 Schriftstücke expedierte, in vielen Fällen Auskünfte in Rechts- und Arbeiterfragen erteilte und 85 Gesuche und Eingaben verfaßte.

Die Landesparteivertretung hat zu 313 Volks- und politischen Vereinsversammlungen Referenten, zu 36 Konferenzen Delegierte und zu 10 Frauenversammlungen in der Provinz Rednerinnen entsendet. Ebenso wurden Delegierte der Landesparteivertretung zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mannheim und zum Internationalen Kongreß in Stuttgart entsendet.

Salzburg.

Die Ereignisse, die zwischen dem letzten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie liegen, haben auch die Arbeiterbewegung in dem kleinen Lande Salzburg mächtig gefördert.

Während des Kampfes um die Wahlreform fanden hier so machtvolle Demonstrationen statt, daß die gesamte Bevölkerung unter dem Eindruck derselben stand. Die rührige Tätigkeit der Organisation kam auch in der ersten Reichsratswahl unter dem neuen Wahlrecht zum Ausdruck. Im ersten Salzburger Wahlkreis entging der allmächtig scheinende Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien, Dr. Julius Sylvester, nur mit knapper Not der Stichwahl, indem er mit 15 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt wurde. Unser Kandidat erhielt 1430 Stimmen. Im zweiten Wahlkreis kam unser Kandidat in eine aussichtsvolle Stichwahl. Er hatte einen Vorsprung gegenüber dem bürgerlichen Kandidten von 763 Stimmen. Nur durch die Koalition mit den Klerikalen und durch besondere Schwindeleien gelang es, uns mit wenigen Stimmen Mehrheit zu Falle zu bringen. Auch im dritten Wahlkreis erreichten wir eine hohe Stimmenzahl und hatten die Entscheidung in der Stichwahl zwischen dem nationalen und klerikalen Kandidaten.

In den vier agrarischen Bezirken erhielten unsere Kandidaten 452, 540, 748 und 846 Stimmen. Die gesamte Stimmenzahl betrug bei 43.000 Wählern 7564. Wenn man bedenkt, daß in 50 von 98 Gemeinden wegen Mangel an Lokalen und agitatorischen Kräften überhaupt keine Versammlungen abgehalten werden konnten, so ist dieses Resultat überraschend und steht prozentuell über den meisten Alpenländern. Daß ein Mandatserfolg nicht errungen werden konnte, liegt darin, daß die deutschbürgerlichen Parteien hier mit besonderer Charakterlosigkeit vorgingen und gegen uns mit den Klerikalen bei allen Wahlen offene und geheime Bündnisse schlossen. Nebst den zahllosen Agitationsversammlungen, die in allen wichtigen Orten stattfanden, wurden neun Flugblätter in rund einer halben Million Exemplaren unter die Wähler verbreitet. Die Partei griff auch bei den Gemeinderatswahlen in Salzburg ein, bei welchen unser Vertrauensmann erst in der Stichwahl durch die klerikal-nationale Koalition überwunden werden konnte. In der großen Gemeinde Gnigl (7000 Einwohner) drang bei den Gemeinderatswahlen unsere ganze Liste durch. In Dienten (Pinzgau) erzielten wir die Majorität und Genosse Viehauser wurde trotz aller Anstrengungen der Klerikalen als Gemeindevorsteher wiedergewählt.

Die Partei war an dem Ausbau der Häuser- und Straßenorganisation tätig, die während der Wahl in Salzburg und Umgebung, dann in Hallein, Bischofshofen und Saalfelden bis auf einige Sektionen gut funktionierte. Als Muster der Häuserorganisation können Gnigl-Itzling und Bischofshofen gelten.

In 40 Ortsorganisationen besitzt die Partei 3100 Mitglieder. Die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften ist auf rund 5000 gestiegen, was genau ein Drittel der Gesamtarbeiterschaft beträgt. Der Allgemeine Konsumverein „Vorwärts" weist 1600 Mitglieder auf. Das Parteiblatt „Die Salzburger Wacht" erscheint seit 1. Jänner d. J. zweimal wöchentlich in einer Auflage von 4000 und 3000 Exemplaren. Die „Wacht" wurde zweimal konfisziert.

An politischen Verfolgungen gab es 9 Verurteilungen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz, 40 Strafmandate von je 2 Kr. wegen Flugblattverteilung, 3 Verurteilungen wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes, 1 Verurteilung wegen Ehrenbeleidigung (40 Kr. Geldstrafe) und eine Verurteilung wegen Wachebeleidigung. Die Gewerkschaften hatten in 5 Aussperrungen und Streiks vollen Erfolg, ein Streik (Müller) endete ohne Erfolg. Die Unternehmer suchen durch eine Organisation der Geschäftsinhaber unsere gesamte Partei- und Gewerkschaftsbewegung zu unterbinden. So boykottieren sie alle Geschäftsleute, welche in unserem Parteiorgan inserieren, und schaffen durch Unterstützung der Christlichsozialen und durch Gründung nationaler

Arbeitervereine Streikbrecherzufluchtstätten. All diese Versuche konnten jedoch den Aufschwung unserer Gewerkschaften und der Parteibewegung nicht hindern.

Bemerkenswert ist, daß unsere Partei immer mehr der Anziehungspunkt aller nach politischer Ehrlichkeit strebenden Elemente wird und gerade in der Zeit, wo man ihr durch Streikbrecherorganisationen die Arbeiter abtreiben will, die Schichten des neuen Mittelstandes gewinnt.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der Kampf um das Landtagswahlrecht mit gleicher Energie wie in den anderen Ländern aufgenommen wurde. Die Salzburger Landtagsmehrheit hat bereits zwei Reformversuche unternommen. Der eine scheiterte an der Empörung der Masse, die man mit einer Kurie des allgemeinen Wahlrechtes mit vier Mandaten abspeisen wollte, der andere Entwurf wurde von der Regierung zurückgewiesen, weil er die Aufhebung der Kurie anstrebte.

Da es seit jener Zeit still geworden ist, zeigt es sich, daß der zweite Entwurf nur ein Scheinmanöver der deutschnationalen Landtagsmehrheit war. Den Herrschaften wäre es am liebsten, wenn sie überhaupt keine Reform zu machen brauchten. Sache der Arbeiterschaft wird es sein, ihnen auf die Beine zu helfen und nicht zu ruhen, bis ihre Forderung nach dem gleichen Wahlrecht für den Landtag erfüllt ist.

Schlesien.

Auch hier hat die Organisation seit dem letzten Parteitag große Fortschritte aufzuweisen. Leider kommt das in den nachfolgenden Daten nicht ganz klar zum Ausdruck, weil sie sich, soweit die Versammlungen, die Organisation und die Vertretung in den Gemeinden und Kassen in Frage kommt, nur auf Westschlesien beziehen. Aus Ostschlesien ist kein Bericht gekommen.

Die Häuserorganisation ist bisher nur sehr mangelhaft durchgeführt und fehlt in den meisten Orten ganz.

In Westschlesien bestehen derzeit 44 Lokalorganisationen mit 3793 zahlenden Mitgliedern.

Gewerkschaftliche Organisationen gibt es 94 mit 4662 männlichen und 2418 weiblichen, also zusammen 7080 Mitgliedern. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine Zunahme von 1031.

Die Zahl aller Versammlungen beträgt 1947, und zwar 691 Vereins-, 933 § 2- und 323 Volks-, respektive Wählerversammlungen.

Das westschlesische Landesorgan ist die „Schlesische Volkspresse“, die in einer Auflage von 4000 Exemplaren hergestellt wird. Das Blatt erscheint einmal wöchentlich in einem Umfang von zehn Seiten. Sie hat sich während der Berichtszeit sehr gehoben. Für Ostschlesien erscheint in Bielitz die „Bielitzer Volksstimme“, ebenfalls einmal wöchentlich.

Politische Verfolgungen sind 93 zu melden. Verurteilt wurde in 51 Fällen und die Strafen ergaben 51 Tage Arrest und 563 Kr. Geldstrafe.

Bei den Reichsratswahlen hat sich Schlesien glänzend gehalten. Von 150.049 Stimmen, die im ganzen Lande unter dem Zwange der Wahlpflicht abgegeben wurden, erhielten

die deutschen Sozialdemokraten	21.509
die tschechischen Genossen	20.243
die polnischen „	13.377
Zusammen also	55.129

Das ergibt einen Prozentsatz von 46·4 der Wähler. Speziell die Stimmen in den deutschen Wahlkreisen waren wie folgt verteilt:

Sozialdemokraten	21.509
Agrarier	13.773
Christlichsoziale	7.990
Deutschfortschrittliche	4.581
Deutschradikale	2.752
Deutschvolkliche	2.075

Schlesien hat unter allen österreichischen Provinzen den verhältnismäßig höchsten Prozentsatz sozialdemokratischer Stimmen. Gewählt wurden die deutschen Genossen Elderſch und Tuppy, die tschechischen Genossen Cingr und Pospischil und die polnischen Genossen Reger und Kunicki. Fünf andere Genossen, die in Stichwahl standen, sind dem bürgerlichen Block erlegen, doch hat sich schon jetzt gezeigt, daß einzelne der fraglichen Bezirke in nicht zu ferner Zeit uns zufallen müssen.

Bei den Gemeindewahlen hat sich ebenfalls die Partei mit Erfolg beteiligt. In Westschlesien besitzen wir gegenwärtig im ganzen 45 Genossen, welche Gemeindefunktionäre sind. Bei den fünf Bezirkskrankenkassenwahlen der Berichtszeit behaupteten wir in vier Fällen unseren Besitzstand, im fünften Falle eroberten wir eine Kasse, die von Olbersdorf, die bisher von Gegnern verwaltet wurde. Auch bei den Gewerbegerichtswahlen in Jägerndorf bestanden wir siegreich.

Allenthalben ist eine stetige Vorwärtsbewegung unserer Partei und ihrer Organisation zu verzeichnen. Alle Verleumdungen und Beschimpfungen der Gegner, unter denen sich besonders die Christlichsozialen in dieser Richtung auszeichneten, haben unseren Vormarsch nicht zu hindern vermocht, und so wird es wohl gelingen, den alten Erfolgen neue hinzuzufügen und in Bälde auch den Landtag der Vertretung des schlesischen Proletariats zu öffnen.

Steiermark.

Gliederung. Das Land Steiermark besteht aus einer zentral geleiteten Landesorganisation, die in 41 Lokalorganisationen und 13 Bezirksorganisationen eingeteilt ist. Verbindungen hat die Partei mit rund 140 Orten, bedeutend mehr als im letzten Berichtsjahre. Sekretariate bestehen außer dem Landessekretariat in Graz, in Fohnsdorf, Kapfenberg, Knittelfeld, Leoben und Marburg.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist in allen größeren und auch vielen kleineren Orten durchgeführt und hat sich insbesondere bei den letzten Reichsratswahlen sehr gut bewährt. In ihr leisteten im Berichtsjahre rund 13.000 Personen den monatlichen Beitrag von 10 H., von denen 4 H. an die Landesparteivertretung und 2 H. an die Reichsparteivertretung als Parteisteuer abgeliefert wurden. Für den Organisationsfonds verbleiben somit von jedem Beitrag 4 H., was zur Aktionsfähigkeit der politischen Organisation wesentlich beiträgt.

Vereine. Gewerkschaftliche Vereine (Ortsgruppen der Zentralverbände) bestehen in ganz Steiermark 246, deren Mitgliederzahl inklusive der 1084 organisierten Frauen 22.121 beträgt. Bildungsvereine fünf, von denen der Arbeiter-Volksbildungs- und Rechtshilfeverein, dessen Agitationstätigkeit sich fast ausschließlich auf landwirtschaftliche und Forstarbeiter erstreckt, 70 Zahlstellen in ganz Steiermark hat. Ferner fünf politische Vereine, zwei Vereine „Arbeiterheim", ein Verein der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs und ein Arbeiter-Antialkoholistenverein für Steiermark.

Versammlungen. Es wurden 659 Volks- und 777 § 2-Versammlungen abgehalten. Bei den Volksversammlungen sind die Wählerversammlungen mit inbegriffen. Zusammen 1436 Versammlungen. Die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen beträgt 661, die jedoch etwas höher sein dürfte, da eine Anzahl Orte keine genauen statistischen Daten angegeben haben.

Presse. Als Landesparteiorgan erscheint in Graz der „Arbeiterwille". Seine Auflage ist gegenüber dem Vorjahre abermals gestiegen, und zwar an Wochentagen um 1700 und an Sonntagen um 2900 Exemplare. Das Blatt erscheint täglich mit einem Umfange von mindestens acht Seiten, an Sonntagen 16 bis 24 Seiten. Der „Arbeiterwille" wurde dreimal konfisziert. Außerdem wurden gegen das Blatt zwei Berichtigungsklagen eingereicht, von denen eine zurückgezogen wurde. Ein Preßprozeß wurde ebenfalls angestrengt, bei dem der verantwortliche Redakteur zu 600 Kr. verurteilt wurde.

Politische Verfolgungen. Auch in diesem Jahre kamen sehr wenig politische Verfolgungen vor. Drei Genossen wurden wegen Uebertretung des famosen § 23 P.-G. zu 4 Tagen Arrest und drei Genossen zu 24 Kr. Geldstrafe verurteilt. Maßregelungen kamen in 13 Orten vor, und zwar in den meisten Fällen wegen der Maifeier.

Wahlen. Große Erfolge hat die Partei im Berichtsjahre bei den Wahlen errungen. Bei den Gemeinderatswahlen im dritten Wahlkörper in Graz, die am 15. November 1906 stattfanden, siegten unsere Parteigenossen mit rund 200 Stimmen Majorität gegen die Koalition der Nationalen und Klerikalen. Auf unsere Genossen vereinigten sich rund 1600 Stimmen, während die bürgerlichen Kandidaten mit 1400 Stimmen in der Minorität blieben. Als Wahlparole bedienten sich die Gegner der Sonntagsruhe, gegen die fortwährend eine Hetze betrieben wurde, wodurch sie die kleinen Geschäftsleute gegen unsere Partei mobil machten. Der Steuerzensus beträgt im dritten Wahlkörper Kr. 10·80, weshalb der Erfolg um so höher einzuschätzen ist. Der dritte Wahlkörper (16 Mann) ist bereits zwei Jahre im Besitze unserer Partei.

Die Reichsratswahlen in Steiermark brachten der Partei überraschende Siege. Auf unsere Kandidaten, die in 23 deutschen und 7 slowenischen Wahl-

kreisen aufgestellt waren, vereinigten sich rund 48.000 Stimmen, um 10.000 Stimmen mehr als bei der letzten allgemeinen Landtagswahl im Jahre 1904 bei sechsmonatlicher Seßhaftigkeit. Bei der Hauptwahl am 14. Mai wurden 4 Genossen gewählt, und zwar Genosse Resel zweimal, in Graz, 4. Bezirk, und Marburg-Stadt; großer Jubel herrschte über den Sieg im allgemeinen und über den Sieg in Marburg im besonderen, da dieser Wahlkreis direkt für den Deutschnationalen Wastian zugeschnitten war. Es wurden gewählt:

Josef Pongratz im dritten Wahlkreis Graz 5. und 6. Gemeindebezirk mit 4928 Stimmen. Hans Resel im 4. Wahlkreis Graz 4. Gemeindebezirk und die Ortsgemeinden Andritz, Eggenberg, Gösting, Gratwein und St. Stefan a. G. mit 5883 Stimmen. Ferner in Marburg-Stadt, mit 2075 Stimmen. Alois Aufobsky im 5. Wahlkreis Stadt, Bruck-Mariazell mit 6214 Stimmen. Vinzenz Muchitsch im 6. Wahlkreis Stadt, Donawitz-Eisenerz mit 6191 Stimmen. Genosse Ludwig Tuller kam im 7. Wahlkreis Stadt, Judenburg mit dem christlichsozialen Dr. Funder in die Stichwahl und siegte am 23. Mai mit 3584 Stimmen gegen Dr. Funder, welcher mit 2282 Stimmen in der Minorität blieb.

Genosse Julius Hilari kam mit dem christlichsozialen Dechant Prisching im 13. Wahlkreis (Landgemeinden) Bruck-Leoben in die Stichwahl, wo er unterlegen ist, da einerseits dem Christlichsozialen bei der Hauptwahl nur wenige Stimmen zur absoluten Majorität fehlten und andererseits bei der Stichwahl der größte Teil Bauernbündler klerikal wählte. Leider gelang es auch nicht, den zweiten nationalen Wahlrechtsfeind, den Alldeutschen Malik im 10. Wahlkreis Stadt, Pettau-Leibnitz zu Falle zu bringen. Malik kam mit dem Christlichsozialen Kremser in die Stichwahl, bei der unsere Partei Stimmenenthaltung proklamierte und Malik mit Hilfe der Stimmen der Deutschen Volkspartei gewählt wurde. Am schlechtesten hat bei den Wahlen die deutsche Volkspartei abgeschnitten. Nur ein Mandat fiel ihr bei der Hauptwahl zu. In drei der übrigen Wahkreise, wo die Kandidaten der Deutschen Volkspartei mit den Christlichsozialen in die Stichwahl kamen, darunter auch der Eisenbahnminister Dr. Derschatta, stimmten unsere Parteigenossen, gemäß der Parole „Gegen die Reaktion", für das kleinere Uebel, für die Deutsche Volkspartei. Ebenso im 15. Wahlkreis (Landgemeinden Murau) für den Bauernbündler gegen den Christlichsozialen. Die Christlichsozialen wurden sehr bedrängt und es wäre bei etwas mehr Tatkraft seitens der freiheitlichen bürgerlichen Parteien möglich gewesen, ihnen den einen oder den anderen Wahlkreis zu nehmen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in den Industrieorten die Stimmenzahl der Christlichsozialen sehr minimal war, ein Beweis, daß, wo Arbeiter in Betracht kommen, die Christlichsozialen ausgespielt haben.

Vertretung in den Gemeinden. In 21 Orten, gegen 19 des Vorjahres, sitzen 91 Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen, die sich auf folgende Orte verteilen: Graz (16), Andritz (5), Aussee (2), Brunndorf (8), Donawitz (10), Eggenberg (10), Fohnsdorf (8), Frauendorf (3), Gradenberg (3), Kindbergdörfl (5), Kumpitz (3), Landschach (1), Marburg (1), Neuberg (3), Puntigam (1), Pichling (3), Piber (1), Rottenmann (2), Selzthal (1), St. Peter-Freienstein (4), St. Lambrecht (1).

Besondere Bemerkungen. Die steiermärkische Organisation hat sich auch an allen Aktionen der Gesamtpartei beteiligt. Insbesondere verdient der zähe Kampf um das gleiche Wahlrecht der steirischen Genossen hervorgehoben zu werden, der bis zur Sanktion der Wahlreformvorlage energisch geführt wurde. Die steirische Arbeiterschaft hatte sich bereits überall zum Massenstreik gerüstet. Unsere Abgeordneten im steirischen Landtag, die Genossen Resel und Schacherl, haben ebenfalls eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Es wurde über Antrag unserer Genossen das geheime Stimmrecht für die Gemeinden beschlossen. Es wurde auch die Bestimmung fallen gelassen, wonach Personen, die einen „selbständigen Erwerb nicht haben", von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein sollen. Auch beantragten unsere Genossen eine 20prozentige Lohnerhöhung für die in der Landesforstverwaltung beschäftigten Arbeiter und Förster, was jedoch abgelehnt wurde. Unter scharfer Betonung der Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für den Landtag wurde von unseren Genossen der Antrag auf Beseitigung der Virilstimmen (2 Bischöfe und 1 Rektor) und der Kurie des Großgrundbesitzes gestellt, und damit der Antrag, diese Mandate auf die anderen Kurien mit besonderer Berücksichtigung der allgemeinen Kurie aufzuteilen, verbunden. Wenn schon diese Anträge abgelehnt wurden, die Entwicklung spricht für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Die Arbeiterschaft Steiermarks wird sich auch das Wahlrecht für den Landtag erkämpfen.

Unsere Genossen in Steiermark sind von Erfolg zu Erfolg geschritten und werden auch in Hinkunft durch den Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation sowie durch die Verbreitung unserer Presse der Partei neue Siege erkämpfen.

Tirol.

Das abgelaufene Jahr war bei uns sowohl für die politische als auch gewerkschaftliche Organisation ein fruchtbares. Beide Organisationen sind nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gegangen, welche Tatsache einerseits durch den für die politischen Verhältnisse in Tirol bedeutenden Wahlerfolg, andererseits durch die zahlreichen unter schwierigsten Umständen mit Erfolg beendeten Lohnkämpfen erhärtet wird.

Die politische Organisation im Lande wird durch die Landesparteivertretung mit dem Sitze in Innsbruck geleitet. Nordtirol, das bis zur Beseitigung des Privilegienwahlrechtes in der V. Kurie in einen einzigen Wahlkreis zusammengefaßt war, zerfällt nun in acht Wahlbezirke. Unsere Organisation teilt diese acht Wahlkreise in acht Bezirksorganisationen, und zwar: Innsbruck (für beide Wahlkreise), Kufstein, Kitzbühel, Wörgl, Schwaz, Hall, Telfs und Landeck. Jeder Bezirksorganisation ist ein Agitationsbezirk zugeteilt und hat in demselben die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen. Eine spezifische Wahlkreisorganisation besteht dermalen nicht, ist auch bei der kuriosen Wahlkreiseinteilung, der Sondierung von Stadt und Land, schwer mit Erfolg durchzuführen.

Die Landesparteisteuer beträgt per Mitglied und Monat 20 Heller und wird ausschließlich durch die Straßen- und Häuserorganisation (Freie Organisation) eingehoben. Die in den Gewerkschaften organisierten Genossen entrichten durch ihre Berufsorganisation nur die Reichsparteisteuer. Gegenwärtig wird an dem Ausbau der Straßen- und Häuserorganisation in allen Parteiorten, besonders aber in Innsbruck, fleißig — und mit Erfolg gearbeitet.

Was die Gewerkschaften anbelangt, so kann mit Genugtuung konstatiert werden, daß die Tiroler Arbeiter die Notwendigkeit einer Berufsorganisation mehr und mehr erkennen. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten beträgt seit 1. Juli 1907 in Deutschtirol mehr als 7000. In Innsbruck allein sind mehr als 3000 organisiert.

Politische Versammlungen hat die Partei in der Berichtsperiode abgehalten: 60 Volks-, 10 Vereins- und 126 § 2-Versammlungen. Die Zahl der in der Wahlbewegung abgehaltenen Wählerversammlungen, Wählerbesprechungen u. s. w. dürfte mit 200 eher zu nieder als zu hoch gegriffen sein. Außerdem haben die Gewerkschaften in dem ersten Halbjahr 1907 572 Vereins- und 357 § 2-Versammlungen zu verzeichnen. Aufgelöst oder verboten ist keine Versammlung worden.

Die Reichsratswahlen hatten in Tirol als positives Ergebnis: Innsbruck II erobert; Innsbruck I Stichwahl. Wenn man bedenkt, daß für unsere Partei, außer Innsbruck, wo auf unsere Kandidaten 3649 Stimmen, das ist 46 Prozent, entfielen, noch in den übrigen Wahlbezirken 5426 Stimmen abgegeben worden sind, so kann man dieses Wahlresultat als ein ganz günstiges bezeichnen. In keinem Lande fast haben die Parteigenossen zur Wahlzeit mit einem so bornierten Gegner zu kämpfen wie wir in Tirol. Am Lande, wo bei Wählerversammlungen es oft zum Ausdruck kam, daß das ländliche Proletariat unseren Ideen nicht ganz unzugänglich ist, war das Stimmenresultat oft ein geradezu ungünstiges für unsere Partei. Dieser sonderbare Gegensatz zwischen Wahlbewegung und Wahlresultat ist aber, wenn man die Agitation und den Terrorismus der Geistlichen bedenkt, nur zu erklärlich.

Unser Landesparteiorgan, die „Volks-Zeitung“, erscheint seit 1. Juli 1906 zweimal wöchentlich. Das zweimalige Erscheinen hat sich außerordentlich gut bewährt. Das Blatt ist seither aktueller geworden und hat sowohl an Ansehen und Einfluß — und was die Hauptsache ist — an Abonnenten gewonnen. Gegenwärtig beträgt die Auflage des Blattes 3600 Exemplare. Konfiskationen sind in der Berichtsperiode fünf, Preßprozesse drei vorgekommen. Letztere führten zu kleineren Geldstrafen. Die Entwicklung, die das Blatt seit dem zweimaligen Erscheinen genommen hat, zeigt, daß die Zeit, wo der Partei Wochenblätter genügten, auch in den rückständigsten Ländern vorbei ist und daß die Aktionsfähigkeit der Partei im engsten Zusammenhange mit einer weitverbreiteten und gutgeleiteten Presse steht — in Erkenntnis dieser Tatsache haben jetzt die Innsbrucker Genossen eine energische Aktion für das Blatt eingeleitet und wir hoffen, in nicht allzuferner Zeit mit unserer Presse den entscheidenden Schritt machen zu können.

Außer einigen Anklagen wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, anläßlich der Streikbewegung in Innsbruck, hatten wir keine politischen Verfolgungen. Nur Anklagen wegen Uebertretung des § 23 P.-G. gaben uns zu schaffen. In einzelnen Orten ist es heute überhaupt nicht mehr möglich, einen Kolporteur zu finden, weil jeder Genosse sofort angezeigt wird. Zu bemerken ist, daß die Anzeigen wegen Ueber-

tretung des § 23 durchwegs von Klerikalen erfolgte. In einem Ort, wo unser Kolporteur im letzten Halbjahr nicht weniger als neunmal abgestraft wurde, hat der Ortspfarrer im Verein mit dem Postmeister das wenig anständige Geschäft der Denunziation übernommen. — Für einen Priester gewiß eine würdige Nebenbeschäftigung. Auch wegen der Flugblattverteilung im Wahlkampfe sind zahlreiche Genossen wegen Uebertretung des § 23 von fünf bis zu zehn Kronen Geldstrafe oder bis zu 14 Tagen Arrest verurteilt worden. Insgesamt betragen die wegen Uebertretung des § 23 verhängten Geldstrafen über 400 Kronen.

Noch hervorzuheben wäre, daß die Partei bei den heurigen Gemeinderatswahlen in Innsbruck, trotz des Zensus von 16 Kronen, 291 Stimmen erhalten hat. Der Zuwachs an Stimmen gegen das vorige Jahr ist ein solcher, daß wir in nicht allzuferner Zeit auch ein positives Ergebnis hoffen können.

Alles in allem können wir mit den Fortschritten zufrieden sein, denn hundertfache Erscheinungen lehren uns, daß der steinige Boden in Tirol doch nicht ganz umsonst bearbeitet worden ist.

Südtirol. Dieser Agitationskreis umfaßt die Wahlbezirke 4, 5, 13, 14 und 15. Auf Grund der äußerst mangelhaft eingegangenen Berichtsfragebogen können wir nur feststellen, daß sich innerhalb dieses Gebietes 23 Vereine mit über 1000 Mitgliedern befinden. Die Parteisteuer wird regelmäßig von zirka 700 Personen geleistet und schwankt die Höhe zwischen 8 und 10 H. monatlich.

In der Agitation wurde das menschenmöglichste geleistet. Die Berichtsbogen verzeichnen 664 gewerkschaftliche sowie politische und Wählerversammlungen.

Politische Verfolgungen sind fünf vorgekommen, die alle mit Verurteilungen endeten, und zwar wegen § 3 des Koalitionsgesetzes und § 23 des Preßgesetzes. Das Gesamtausmaß der Strafen betrug: 6 Tage verschärften Arrest und 22 Kr. Geldstrafe.

An Lohnbewegungen sind neun Fälle zu verzeichnen, von denen sieben ohne Streik mit fast vollem Erfolge beigelegt worden sind, während es in zwei Fällen zur Arbeitseinstellung kam.

Vorarlberg.

Das ganze Organisationsverhältnis unseres Landes war bis Ende 1906 höchst unbefriedigend. Nur schwer war es möglich, einen Teil der Arbeiterschaft für die gewerkschaftliche wie politische oder genossenschaftliche Organisation zu gewinnen. Der eigentliche Hemmschuh war weniger in der mangelhaften Aufklärungsarbeit als in den fanatischen Bestrebungen der klerikalen Gegner zu suchen. Es gibt keine Gemeinde im Lande, wo nicht einer oder zwei der Ortsgeistlichen ihre Haupttätigkeit darin erblickten, mit den schändlichsten Mitteln gegen unsere Bestrebungen zu hetzen. Bittgänge, Versammlungen, Beichtstuhl und Kanzel werden zu diesem Zweck mißbraucht. Seit Beginn dieses Jahres jedoch haben unsere Organisationen merkliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder in den Gewerkschaften stieg von 712 auf 1903. Von diesen gehören der Partei 695 Mitglieder an, die regelmäßig Beiträge leisten. Die Gesamtzahl der Parteimitglieder beträgt 864, so daß 169 Parteigenossen keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei kann ein günstiges genannt werden. Am 1. Jänner 1907 trat die neue im Dezember 1906 beschlossene Organisationsform in Kraft. In den meisten Gewerkschaften wird die Partei- und Landesgewerkschaftskommissions- wie Bezirksverbandssteuer obligatorisch eingehoben und beträgt der Beitrag per Mitglied und Woche 6 H., die übrigen Mitglieder zahlen monatlich 30 H. Die Landesparteiorganisation teilt sich in vier Wahl- respektive Agitationsbezirke. Während der Berichtsperiode haben 2 Landeskonferenzen, 34 Volksversammlungen, 259 Gewerkschafts- und 302 § 2-Versammlungen stattgefunden. Die zur Partei gehörenden Vereine zählen 37. Lohnbewegungen haben neun stattgefunden, von denen zwei mit vollem, sieben mit teilweisem Erfolg endeten. An den Lohnbewegungen beteiligt waren zirka 3000 Personen. Streiks oder Aussperrungen haben nicht stattgefunden. Politische Verfolgungen sind drei vorgekommen, und zwar wegen Vergehens gegen § 23 (Kolportage), §§ 490 und 333 des St.-G. Verurteilungen sind in allen drei Fällen erfolgt, und zwar in den ersten zwei zu 30 Kr. Geldstrafe, in letzterem Fall zu drei Tagen Arrest. Außer der Reichsratswahl haben in mehreren Orten Gemeindewahlen stattgefunden. In drei Orten war die Partei daran beteiligt. In zwei Gemeinden wurde je ein sozialdemokratisches Mitglied gewählt. Gelegentlich der Reichsratswahlen haben 33 Wählerversammlungen stattgefunden und wurden 40.500 Flugschriften verbreitet, davon 2500 italienische. Für die sozialdemokratischen Kandidaten wurden 1998 Stimmen abgegeben. Die Kolportage weist einen Vertrieb von 750 Broschüren und 555 Festschriften aus.

Als Parteiorgan wird die Innsbrucker „Volks-Zeitung“ verbreitet und beträgt deren Absatz in Vorarlberg 650 bis 700 Exemplare wöchentlich. Auch die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wie der „Grazer Arbeiterwille“ und die „Volkstribüne“ werden vereinzelt abgesetzt. Die im Juni stattgefundene Landeskonferenz hat die Vorbereitung der Herausgabe eines eigenen Landesorgans beschlossen. Auch auf dem Gebiete der Genossenschaftsbewegung war die Partei nicht untätig. Zwei Konsumvereine wurden neu gegründet, die sich einer gesunden Entwicklung erfreuen. Wenn der Erfolg auch kein großer zu nennen ist, so können wir mit dem, was geschaffen wurde, zufrieden sein. Auf einen Punkt sei zum Schlusse noch hingewiesen: Der Mangel eines Gewerbegerichtes macht sich hier empfindlich fühlbar. Richter und Advokaten sind zu sehr von dem bürgerlichen Klüngel abhängig, so daß der Arbeiter nur in den allerseltensten Fällen sein Recht findet.

Bericht des Frauenreichskomitees.

Die Genossinnen, welche es unternommen haben, für die Partei agitatorisch und organisatorisch zu arbeiten, haben bei ihrer Tätigkeit alle jene erschwerenden Umstände zu überwinden, die der Frauenarbeit im allgemeinen anhaften. Die Genossinnen können sich nicht auf ein Gebiet konzentrieren, um dort Hervorragendes zu leisten, sie müssen ihre Kräfte zersplittern auf jede Form der proletarischen Organisation. Nur wenige Genossinnen sind unabhängig von Lohnarbeit und Haushalt, wenn sie trotzdem Anerkennenswertes leisten in der politischen Agitation sowie in der Propaganda für die Gewerkschaften und für die Konsumgenossenschaften, so gibt das Zeugnis sowohl von der großen Macht, die der Sozialismus auszuüben vermag, als auch von der Aufopferung und Hingabe, die von den in der Partei tätigen Genossinnen bekundet wird. Die letzten zwei Jahre haben der Arbeiterinnenbewegung eine Vermehrung der Agitatorinnen gebracht, über die aber fast nur lokal verfügt werden kann, da sie in abhängigen Berufsstellungen sind. Hier Wandel zu schaffen, ist eine der brennendsten Fragen für das Frauenreichskomitee. Die Lösung ist nur auf finanziellem Wege möglich, jedoch wird jede Ausgabe, die der Partei auf diesem Gebiete erwächst, durch die Erstarkung der Organisation wettgemacht. Befruchtend und aufrüttelnd hat der Wahlrechtskampf gewirkt; die dem Frauenreichskomitee zur Verfügung stehenden Kräfte müßten sich vervielfachen, um allen Ansprüchen nach Agitationsversammlungen und nach Gründung von Organisationen nachzukommen. Immer dringender werden die Anforderungen nach politischen Frauenorganisationen. Das Frauenreichskomitee hat darüber beraten und mit Zustimmung der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission ein Regulativ ausgearbeitet, nach welchem freie politische Frauenorganisationen gegründet werden sollen. Wo die Genossinnen eine festere Form der Organisation wünschen, hat bisher der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen Ortsgruppen errichtet. So ist im Laufe des Sommers in Stadlau eine neue blühende Ortsgruppe dieses Vereines gegründet worden. Eine freie politische Organisation ist in Brünn entstanden, auch in Deutschböhmen sind neue Frauenorganisationen entstanden und nur der Mangel an verfügbaren agitatorischen Kräften verschuldet es, daß nicht schon ein Netz solcher Organisationen sich entwickelt hat. Daß auch die „Arbeiterinnen-Zeitung" einen erfreulichen Aufschwung genommen hat und in einer Auflage von 12.000 Exemplaren verbreitet wird, sei noch hervorgehoben. Während des Wahlrechtskampfes wurde vom Frauenreichskomitee ein Flugblatt an die Frauen der arbeitenden Bevölkerung Wiens herausgegeben, das in einer Auflage von 150.000 Exemplaren verbreitet wurde und außerordentlich gute Wirkung tat. Während des Wahlkampfes erschien einmal die „Arbeiterinnen-Zeitung" illustriert als Wahlnummer und wurde ebenfalls in größerer Auflage verbreitet.

Vor den Stichwahlen am 23. Mai gaben die Genossinnen ein Flugblatt an die Frauen der Wähler heraus, um diese zur Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten anzufeuern. Die erprobtesten Genossinnen Wiens wurden am Stichwahltag planmäßig in dem umstrittensten Bezirk (Fünfhaus) zusammengezogen, um an dem sozialdemokratischen Sieg über den christlichsozialen Kandidaten mitzuhelfen.

Wie brav und hingebend die Genossinnen gearbeitet und der Partei gedient haben, wurde von den Genossen rückhaltlos anerkannt. Wenn das Frauenreichskomitee Wert darauf legt, dies alles in dem Bericht an den Parteitag zu sagen, so deshalb, weil uns daran liegt, den Genossen die Ueberzeugung beizubringen, daß die Erkenntnis von der Bedeutung politischer Rechte nicht nur bei einzelnen Frauen vorhanden ist, sondern daß tatsächlich große Scharen des weiblichen Proletariats reif genug sind, sich politisch zu betätigen, und daß diese Tatsache die Gewähr bietet, daß die Frauen auch reif genug sind, selbst politische Rechte zu besitzen. Die Genossinnen haben während des ganzen Wahlrechtskampfes und am 28. November 1905 in jeder Situation und im ganzen Reiche ihre volle Pflicht getan und haben sich bestrebt, der Partei zu dienen und zu nützen. Die Genossinnen haben auch nicht ver-

säumt, zu wirtschaftlichen Ereignissen Stellung zu nehmen. Sie haben den Anfang gemacht, im September 1905 in großen Versammlungen gegen die Fleisch- und Kohlenteuerung zu protestieren, und sie haben die Aktion im ganzen Winter fortgesetzt. Das Frauenreichskomitee hat darüber nicht die ebenso wichtige gewerkschaftliche Agitation vergessen; in Werkstätten und Vereinsversammlungen haben die Genossinnen die Agitation unter die Arbeiterinnen getragen; sie haben auch bei Verbandstagen und Generalversammlungen von Branchen, die viel Arbeiterinnen beschäftigen, teilgenommen, um Einfluß zu nehmen und selbst ein Bild von dem Verhältnisse jener Organisation zu gewinnen. Auch die Anknüpfung internationaler Beziehung wurde unternommen und es delegiert das Frauenreichskomitee jedesmal Genossinnen zu den Frauenkonferenzen der Genossinnen Deutschlands. An der im August stattgefundenen Ersten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart haben sieben Genossinnen aus Oesterreich teilgenommen, die gleichzeitig zum internationalen Kongreß delegiert waren.

Zum Schlusse sei noch darauf verwiesen, daß vom Frauenreichskomitee Stellung genommen wurde zur Gründung eines Rekonvaleszentenhauses für Frauen und eines Entbindungsheims. An die maßgebenden Instanzen wurden Petitionen in diesem Sinne gerichtet. Die Institution der Plenarversammlungen für die Genossinnen Wiens hat sich bestens bewährt. Alle für die Gesamtheit der proletarischen Frauen notwendigen Aktionen werden dort erörtert und beschlossen, so daß es immer ein größerer Kreis von Genossinnen ist, der sich in den Dienst der Agitation stellt. Wie sehr auch bei den Frauen politische und gewerkschaftliche Organisationen als gleich notwendig erkannt werden, zeigt der Umstand, daß bei allen Aktionen sowohl die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften, einschließlich der Heimarbeiterinnen, als auch die Genossinnen vom Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen einträchtig miteinander arbeiten.

Wenn es uns gelingt, über genug Kräfte und Mittel zu verfügen, um die freie politische Frauenorganisation auszubauen, und wenn die Parteigenossen in allen Orten uns unterstützen, dann wird das Frauenreichskomitee dem nächsten Parteitag auch einen ziffermäßigen Bericht über politisch organisierte Frauen geben können.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes.

Vom 17. November 1904 bis 24. Juli 1907.

Es ist ein verhältnismäßig langer Zeitraum, über den wir zu berichten haben. Er beginnt mit dem Herbst 1904 und reicht bis in den Sommer 1907 hinein, umfaßt also rund drei Jahre. Wir können uns daher, soll der Bericht nicht gar zu umfangreich ausfallen, nur an die Ereignisse von wesentlicher Bedeutung halten, und müssen alles, was mehr oder minder nebensächlicher Natur ist, unbesprochen lassen oder können es nur nebenbei erwähnen.

Wir beginnen vor allem in gedrängter Kürze mit einer Beschreibung der größeren politischen Ereignisse, die in kurzen Zeitintervallen einander folgten und die in fortschreitender Entwicklung in die innerpolitische Gestaltung des Staates tief eingegriffen haben. Denn am Anfang dieser Ereignisse stand noch das Privilegienparlament und an ihrem Ende das Parlament des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes. Diese Gegenüberstellung zeigt sinnfällig den gewaltigen Schritt nach vorwärts an, der sich in der inneren Politik vollzogen.

Anschließend an die Erörterung der politischen Ereignisse lassen wir dann jene Taten folgen, die auf die eigentliche parlamentarische Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes Bezug haben.

I.

Die größeren politischen Ereignisse.

Herbstsession 1904.

Sturz des Ministeriums Koerber.

Als am 17. November 1904 das Abgeordnetenhaus zu seiner Herbstsession (17. November bis 9. Dezember) zusammentrat, stand es sofort mitten drin im Jammer des Nationalitätenzwistes. Die Demolierung der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck und die damit in Verbindung stehenden nationalen Straßendemonstrationen am 3. und 4. November 1904 bildeten in den elf Haussitzungen der Herbsttagung den einzigen Gegenstand der Verhandlung.

An der Spitze der Regierung stand damals noch Herr v. Koerber. Er ergriff in der ersten Sitzung das Wort zu einer längeren Erklärung, die sich in der Hauptsache mit den erwähnten blutigen Vorfällen in der Landeshauptstadt von Tirol befaßte und in welcher Herr v. Koerber das Verhalten der Regierung zu rechtfertigen versuchte. Ueber die Erklärung der Regierung wurde die Debatte eröffnet, die in der Sitzung vom 8. Dezember — noch nicht zu Ende war. Noch am selben Tage erfolgte die Vertagung des Hauses.

Die Tage des Ministeriums Koerber waren übrigens — noch während im Sitzungssaal der nationale Krakeel über die Zusammenstöße in Innsbruck tobte — bereits gezählt. Sein Sturz wurde inzwischen im Budgetausschuß vorbereitet. Dort stand eine sogenannte Notstandsvorlage in Beratung, die unter dem Aushängeschild: „15½ Millionen Kronen für Unterstützung der notleidenden Landwirtschaft" der Regierung 69 Millionen Kronen als „Refundierung" in den Schoß werfen, die Kassenbestände stärken und dem § 14-Regime materielle Mittel zur Verfügung stellen sollte. Herr v. Koerber vermochte jedoch nicht im Budgetausschuß für seine „Notstandsvorlage" eine Majorität aufzubringen und blieb, auch von seinen ehemaligen Freunden auf der deutschen Linken im Stiche gelassen, in der Minorität. Das Mißtrauensvotum im Budgetausschuß führte zur Demission des Kabinetts Koerber. Seine Entlassung erfolgte am 31. Dezember 1904. An seine Stelle trat das Kabinett Gautsch. Als neue Männer erschienen außer Herrn v. Gautsch

Graf Bylandt-Rheidt als Minister des Innern und Dr. Klein als Leiter des Justizministeriums. Die übrigen Ressorts blieben in den alten „bewährten" Händen.

Winter- und Frühjahrssession 1905.

Sturz Witteks. — Das Ende der jungtschechischen Obstruktion.

Das Parlament trat am 24. Jänner zu einer Winter- und Frühjahrstagung zusammen, die bis zum 13. Mai währte. Das hervorstechendste Merkmal der Session bildete in politischer Beziehung das Erlöschen der jungtschechischen Obstruktion. Was Herrn Koerber verweigert worden war und was seinen Sturz herbeigeführt hatte: die Refundierungsvorlage zur Stärkung der Kassenbestände, das wurde Herrn Gautsch in modifizierter Form — von der Notstandsvorlage getrennt — bereitwilligst konzediert!

Hervorgehoben zu werden verdient der am 1. Mai 1905 vollzogene Hinauswurf des Herrn von Wittek als Eisenbahnminister. Der Mann, der einstmals an die Spitze einer Regierung berufen wurde, um auszuführen, was zu tun sein Vorgänger sich geweigert hatte: die Vergewaltigung des Parlaments und der Verfassung durch den § 14, kam über seine skrupellosen Kreditüberschreitungen bei dem Bau der Alpenbahnen endlich zu Fall. Mit ihm fiel einer der erbittertsten Feinde der Arbeiterschaft. Um seinen Sturz hat sich Genosse Dr. Ellenbogen als Mitglied des Eisenbahnausschusses ein nicht unwesentliches Verdienst erworben.

Außer Herrn Wittek schied auch — am 11. März 1905 — der langjährige Landesverteidigungsminister Graf Welsersheimb aus der Regierung. Wittek wurde durch den Sektionschef im Eisenbahnministerium, Herrn Wrba, Welsersheimb durch den Feldzeugmeister Schönaich ersetzt.

Sommersession 1905.

Nach vierwöchentlichen Ferien nahm das Haus am 14. Juni seine Sitzungen zu einer Sommersession, die bis zum 8. Juli (offizielle Vertagung am 15. Juli) dauerte, wieder auf. Von politisch bedeutenden Ereignissen, die in den Gang der inneren Politik bestimmend eingegriffen hätten, ist in dieser Session eigentlich nichts zu verzeichnen. Ein Versuch der Tschechischradikalen, am 6. Juli 1905 durch massenhafte Dringlichkeitsanträge die Verhandlung über den Handelsvertrag mit Deutschland zu vereiteln, schlug fehl.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß im Verlauf dieser Tagung das Sturmgewitter der russischen Revolution in die Verhandlungen des Hauses, wenn auch nur kurz, hineinleuchtete. Und zwar in der Sitzung vom 26. Juni, in welcher ein Dringlichkeitsantrag des Sozialdemokratischen Verbandes zur Beratung gelangte. In dem Antrag wurde die Regierung aufgefordert, „die politischen Flüchtlinge, die in den Grenzen Oesterreichs den Schutz vor den Verfolgungen der absoluten russischen Regierung suchen, menschlich zu behandeln und das in allen zivilisierten Staaten geachtete Asylrecht nicht zu verletzen". Der Antrag wurde angenommen.

Erste Herbstsession 1905.

Der erste Sieg des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes im Privilegienparlament.

Zu einem nur kurzen — 26. September bis 6. Oktober — aber für die innerpolitische Gestaltung um so bedeutungsvolleren Sessionsabschnitte versammelte sich das Parlament am 26. September 1905. Auf der Ministerbank gab es zwei „neue Männer": an die Stelle des demissionierten Unterrichtsministers Hartel war Freiherr v. Bienerth, an die Stelle des früheren Handelsministers Call Graf Auersperg getreten.

Der äußere Anlaß zur Einberufung des Hauses ist in der Zuspitzung der ungarischen Wirren zu suchen. Hier sei daran erinnert, daß in den Sommer-

monaten von 1905 der ungarische Minister des Innern, Herr v. Kristoffy, in die politische Diskussion das zündende Schlagwort vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht geworfen hatte, und daß behauptet wurde, Herr v. Gautsch habe in Ischl bei der Krone gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn Verwahrung eingelegt. In der österreichischen Arbeiterschaft hatten diese Nachrichten eine starke Erbitterung erzeugt und als Herr v. Gautsch am 26. September sich anschickte, im Parlament in einer Rede seine Auffassung von dem momentanen Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn erläutern zu wollen, wurde er vom Sozialdemokratischen Verband mit einem Sturm der Entrüstung empfangen.

In der Rede erklärte Gautsch, er sei kein prinzipieller Gegner einer Erweiterung des Reichsratswahlrechtes, doch halte er die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Oesterreich zur Zeit, „mit Rücksicht darauf, als das allgemeine Wahlrecht, wenn es die Gewähr seines Bestandes in sich tragen soll, nur auf der festen und dauernden Unterlage einer Ordnung unserer nationalen Verhältnisse ruhen kann", für unmöglich. So sprach Gautsch am 26. September 1905.

Noch in derselben Sitzung wurde über die Erklärung der Regierung die Debatte eröffnet, die erst am 5. Oktober endete und beinahe sechs Sitzungen des Hauses ausfüllte.

Inzwischen waren nicht weniger als sieben Dringlichkeitsanträge eingebracht worden, die alle die Forderung nach der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zum Gegenstand hatten. Als Antragsteller fungierten der sozialdemokratische Verband, die Jungtschechen, die Tschechischradikalen, die Ruthenen, die klerikalen Slowenen, der Abgeordnete Breiter und die Katholische Volkspartei. In den ersten sechs Anträgen wurde die Regierung aufgefordert, unverzüglich oder doch bei dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses eine Vorlage, betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes dem Hause vorzulegen. Der Antrag der Katholischen Volkspartei verlangte von der Regierung, „ungesäumt Studien zu machen und Erhebungen zu pflegen, welche zum Ziele haben, an die Stelle der gegenwärtigen ungerechten Wahlordnung dem Reichsrat ehemöglichst einen Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechtes mit Berücksichtigung der nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Verschiedenheiten Oesterreichs vorzulegen".

Die Verhandlung über diese Anträge begann am 5. Oktober 1905. Am darauffolgenden Tage kam es zur Abstimmung. Für die Dringlichkeit der ersten sechs Anträge wurden 155, dagegen 114 Stimmen abgegeben. Für die Dringlichkeit des Antrages der Katholischen Volkspartei stimmten 124, dagegen 137 Abgeordnete. Die dringliche Behandlung der Anträge, zu deren Beschlußfassung eine Zweidrittelmajorität notwendig gewesen wäre, erschien damit zwar abgelehnt, aber dieser Umstand vermochte nicht die Tatsache zu verdunkeln, daß 155 Abgeordnete für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gestimmt hatten und nur 114 dagegen. Es war der erste Sieg des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes im Privilegienparlament.

Zweite Herbstsession 1905.

Ankündigung der Wahlreform durch Gautsch.

Mit dem 28. November 1905, an welchem Tage das Haus sich zu einer zweiten Herbstsession versammelte, beginnt in der Geschichte Oestereichs ein neuer Abschnitt. Der Tag hat nicht nur für die innerpolitische Entwicklung eine geschichtliche Bedeutung, er bleibt auch in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung für alle Zeiten denkwürdig. Am 28. November 1905 bekannte sich im Parlament die Regierung des Freiherrn v. Gautsch zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. Und während Gautsch im Sitzungssaal in einer längeren Rede dieses Be-

kenntnis zur Vernunft ablegte und für den Monat Februar 1906 eine Wahlreformvorlage auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes ankündigte, feierten in allen Industrieorten Oesterreichs die Arbeiter und zog das Proletariat Wiens — eine Viertelmillion Köpfe stark — in endlosem Zug, ernst und schweigend, am Parlamentsgebäude vorüber.

Den heroischen Wahlrechtskampf der Arbeiter zu schildern, wie er sich insbesondere unter der Entwicklung der ersten Siegesnachrichten der russischen Revolution entwickelte, müssen wir uns hier leider versagen. Die Regierung des Freiherrn von Gautsch lenkte rechtzeitig ein und ersparte so dem Proletariat jene schweren Opfer, die zu bringen es stündlich bereit war. Sie vermied es, den Staat Erschütterungen auszusetzen, die ihn angesichts der nationalen Wirren doppelt hart hätten treffen müssen. Staat und Arbeiter wurden so vor dem Aergsten bewahrt: vor der Revolution.

An die Ankündigung der Wahlreform durch Gautsch schloß sich eine Debatte, die sechs Sitzungen in Anspruch nahm und bis zum 6. Dezember währte. Die Session selbst endete am 18. Dezember.

Winter- und Frühjahrssession 1906.

Wahlreformvorlage und Sturz des Ministeriums Gautsch.

Die Winter-, respektive Frühjahrssession, die am 30. Jänner begann und am 1. Mai schloß, brachte zwei große politische Ereignisse: die Wahlreformvorlage und den Sturz des Ministeriums Gautsch.

In der Sitzung vom 23. Februar löste Gautsch sein am 28. November 1905 gegebenes Versprechen ein: er legte die Wahlreformvorlage in Verbindung mit Vorlagen, die auf den Schutz der Wahlfreiheit, ferner auf eine Aenderung des Immunitätsrechtes und eine Reform der Geschäftsordnung Bezug haben, auf den Tisch des Hauses nieder.

Am 7. März wurde mit der ersten Lesung der Wahlreformvorlagen begonnen. Sie nahm elf Sitzungen in Anspruch und endete am 23. März.

In der Sitzung vom 27. März erfolgte die Wahl des Wahlreformausschusses, der sich am 28. März konstituierte und am 29. März seine meritorischen Verhandlungen eröffnete. Zu gleicher Zeit fingen auch die gehässigen Feinde des gleichen Wahlrechtes — mit der polnischen Schlachta an der Spitze — an, gegen die Wahlreform zu intrigieren. Sie schufen im Wahlreformausschuß eine Situation, die in Herrn v. Gautsch die Ueberzeugung reifen ließ, daß es nicht möglich sein werde, unter seiner Ministerschaft die Wahlreform parlamentarisch zu erledigen. Er zog aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen: am 1. Mai erfolgte die Vertagung des Hauses und am 2. Mai die Demission des Ministeriums Gautsch. Die Gegner der Wahlreform hatten ihren ersten Erfolg.

Sommersession 1906.

Ministerium Hohenlohe. — Eine freie Protestsitzung im Abgeordnetenhause. — Das Ministerium Beck. — Verschleppung der Wahlreform im Wahlreformausschuß.

Bereits am 15. Mai trat das Parlament abermals zusammen. Auf der Ministerbank finden wir das Ministerium Hohenlohe. Es unterschied sich seiner Zusammensetzung nach wenig von seinem Vorgänger: dieselben Männer, nur Gautsch und Bylandt fehlen. An ihrer Stelle fungiert Prinz Hohenlohe als Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern.

Am 15. Mai entwickelte Hohenlohe im Parlament sein Programm. Es lautete: Festhalten am allgemeinen, gleichen Wahlrecht und kräftige Wahrung der Interessen Oesterreichs gegenüber Ungarn. Die Hoffnung der Wahlreformfeinde, daß mit dem Sturz des Ministeriums Gautsch die Wahlreform miteingesargt sein werde, erfüllte sich nicht.

Das Ministerium Hohenlohe war ein sehr kurzlebiges. Es stürzte über den sogenannten autonomen ungarischen Zolltarif, den es mit

Recht als einen Bruch früherer Vereinbarungen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung bezeichnete. Wieder jubelten die Feinde der Wahlreform, denn, war das Ministerium Hohenlohe auch nicht über die Wahlreform zu Fall gekommen, so erschien es doch durch den Konflikt mit Ungarn beseitigt.

Hier soll auch eines außerordentlichen Zwischenfalles gedacht werden, der sich am 29. Mai im Sitzungssaal des Parlaments abspielte. Für diesen Tag war eine ordentliche, vom Hause beschlossene Sitzung anberaumt worden. Graf Vetter sagte jedoch als Präsident eigenmächtig die Sitzung ab und begründete sein Vorgehen mit dem Ausbruch der Ministerkrise. So wurde dem Hause die Gelegenheit genommen, sofort gegen die Hinopferung des Kabinetts Hohenlohe zu protestieren. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten nun, daß eine so grobe Verletzung der Geschäftsordnung nicht ruhig hingenommen werden dürfe und agitierten dafür, daß eine freie Sitzung stattfinden möge, um gegen das eigenmächtige Vorgehen des Präsidenten zu protestieren. Diese Sitzung, in welcher der spätere deutsche Landsmannminister Prade den Vorsitz führte, hat unter Beteiligung zahlreicher Abgeordneter an dem oberwähnten Tage auch tatsächlich stattgefunden. Es wurde ein Protest beschlossen, der durch das Bureau der Protestsitzung dem Präsidenten bekannt gegeben wurde und in welchem gefordert ward, daß für den nächsten Tag eine Haussitzung anzuberaumen sei. Der Protest hatte, nachdem sich mit der Angelegenheit auch eine Obmännerkonferenz beschäftigt hatte, Erfolg.

Die Entlassung des Kabinetts Hohenlohe aus dem Amte erfolgte am 2. Juni 1906 und als sein Nachfolger stellte sich in der Sitzung vom 7. Juni jenes Ministerium vor, dem es beschieden war, die Wahlreform durchzuführen: das Ministerium Beck. Die neue Regierung, die ja heute noch am Ruder ist, führte sich als ein zur Hälfte „parlamentarisches Kabinett" ein: neben Freiherrn v. Beck als Ministerpräsidenten, v. Bienerth als Minister des Innern, Dr. v. Korytowski als Finanz-, Dr. Klein als Justiz-, dem Grafen Auersperg als Ackerbau- und Schönaich als Landesverteidigungsminister, die Abgeordneten Dr. v. Derschatta als Eisenbahn-, Dr. Forscht als Handels- und Marchet als Unterrichtsminister, ferner die Abgeordneten Dzieduszycki, Pacak und Prade als Landsmannminister für die Polen, Tschechen und Deutschen.

Die Parlamentarisierung des Ministeriums sollte der Wahlreform Vorspanndienste leisten. In seiner Programmrede, die sich hauptsächlich mit dem ungarischen Konfliktsstoff beschäftigte, bekannte sich Beck rückhaltlos für die begonnene Wahlreform. „Die Regierung," erklärte er, „übernimmt die Vorlage und will sie entschlossen dem Ziele zutragen."

Freiherr v. Beck hat Wort gehalten, aber ob es ihm möglich gewesen wäre, das Werk zu vollenden, wenn die Arbeiterschaft mit verschränkten Armen dem Treiben der zahlreichen offenen und versteckten Gegner der Reform im Privilegienparlament zugeschaut hätte, wagen wir zu bezweifeln. Im Wahlreformausschuß machten sich alle Zeichen raffinierter Verschleppungskünste bemerkbar und stellten die Geduld der Arbeiter auf eine harte Probe. Die Arbeiterschaft hatte bis Ende Mai sich fast übermenschliche Reserve auferlegt und war im großen und ganzen ruhig geblieben, obwohl es wiederholt Situationen gab, die ein energisches Auftreten der Arbeiter gerechtfertigt hätten. Als es aber in der ersten Junihälfte 1906 immer klarer wurde, daß die Absicht bestand, schon im Wahlreformausschuß das große Reformwerk durch allerlei Verschleppungsmanöver und Intrigen zu vereiteln, fing es unter der Arbeiterschaft an zu gären. Die wachsende Aufregung fand in großen Demonstrationsversammlungen in Wien und in den Provinzstädten beredten Ausdruck. Von der Gesamtexekutive der Partei wurde in einem Aufruf verlautbart, daß, falls im Wahlreformausschuß die Verschleppung fortgesetzt werden sollte, in Wien als letztes Warnungssignal eine dreitägige Arbeitsruhe einzutreten habe. Die Entschlossenheit der Arbeiter blieb auf den Wahlreformausschuß nicht ohne Eindruck. Er fing an zu arbeiten, langsam und widerwillig zwar, aber es ging doch ächzend vorwärts.

Herbstsession 1906.

Vollendung der Wahlreform.

Die Herbsttagung von 1906 — vom 18. September bis 21. Dezember — zählt zu den politisch bedeutungsvollsten Sessionen des Parlaments: sie brachte den großen endgültigen Sieg der Wahlreform.

Am 29. Oktober war der Wahlreformausschuß mit jenem Teil seiner Arbeiten, welche die eigentliche Wahlreform betreffen, zu Ende. Am 28. März hatte er begonnen, am 29. Oktober hatte er in seiner 62. Sitzung seine Hauptaufgabe bewältigt. Nun war die Reihe wieder am Plenum.

Im Plenum wurde von den Tschechischradikalen gemeinsam mit den slowenischen Liberalen und dem Grafen Sternberg der gewissenlose Versuch unternommen, der zweiten Lesung der Wahlreform Schwierigkeiten zu bereiten. Sie überreichten am 30. Oktober eine lange Reihe sogenannter Dringlichkeitsanträge, kamen aber mit ihrem Anschlag zu spät. Denn am selben Tag war — noch vor den Obstruktionsanträgen — von dem Abgeordneten Geßmann ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, in welchem der Wahlreformausschuß aufgefordert wurde: 1. binnen 24 Stunden seinen Bericht über die Wahlreformvorlagen vorzulegen; 2. die zweite Lesung der Vorlagen sofort zu beginnen, im Falle der Bericht des Ausschusses noch vor oder während der Verhandlung über den ersten Teil des Antrages dem Hause vorgelegt werden sollte.

Der Antrag Geßmanns stand in den Sitzungen vom 5., 6. und 7. November in Beratung und wurde angenommen. Anschließend begann noch am 7. November die zweite Lesung der Wahlreformvorlagen. Die Generaldebatte füllte die Sitzungen vom 8., 9. und 12. November aus. Die Spezialdebatte beanspruchte 15 Sitzungen: sie begann am 13. November und endete am 1. Dezember. Am letztgenannten Tage schloß sich an die zweite Lesung sofort die dritte: der 1. Dezember 1906 ist somit der Tag, an dem im Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht definitiv über alle seine Feinde triumphierte.

Die gehässigen Gegner des gleichen Rechtes hatten noch im Verlauf der Spezialdebatte einen Vorstoß unternommen, die Gleichheit des Wahlrechtes zu vereiteln: in der Sitzung vom 19. November begründete der Deutschklerikale Dr. Tollinger sein Minoritätsvotum betreffend die Statuierung eines Pluralwahlrechtes. Die Abstimmung hierüber erfolgte am 21. November: der Antrag Tollinger wurde mit 201 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Schlußsession des Privilegienparlaments.

Die Schlußsession währte vom 9. bis 28. Jänner 1907. Am 10. Jänner stimmte das Haus der numerus clausus-Vorlage für das Herrenhaus zu, denn die Herrenhäusler wollten nur um diesen Preis die Wahlreform annehmen. Sollte die letztere nicht im letzten Augenblick ernstlich gefährdet werden, so mußte vom Abgeordnetenhaus der Forderung des Herrenhauses Rechnung getragen werden. Das ist denn auch geschehen. In den Sitzungen vom 10., 11. und 12. Jänner wurde auch das Gesetz zum Schutz der Wahlfreiheit erledigt, von dem wir drastisch erfahren haben, daß es in der Praxis weniger ein Gesetz zum Schutz der Wahlfreiheit als vielmehr ein Gesetz gegen die Arbeiter ist. Und in der Sitzung vom 15. Jänner wurde durch den Beschluß auf Rückverweisung an den Verfassungsausschuß eine Vorlage eingesargt, die mit zu dem Komplex der Wahlreformvorlagen zählte und die das geltende Immunitätsrecht der Abgeordneten einschränken wollte. Als das hervorstechendste politische Ereignis der Schlußsession möchten wir die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Jänner 1907 hervorheben: sie war die letzte Sitzung des Privilegienparlaments.

Die erste Session des neuen Parlaments.

Der erste Sessionsabschnitt des neuen Parlaments — vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 — war fast ausschließlich von politischen Debatten ausgefüllt. Die Maßregelung von Staatsbeamten, die deshalb erfolgt war, weil sie für den Reichsrat kandidiert hatten, die krassen Wahlmißbräuche in Galizien und die Frage des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für die Landtage bildeten, außer der Verhandlung über ein Budgetprovisorium, einen sehr ausgiebigen und spruchreifen politischen Beratungsstoff.

Eine Abstimmung, die uns als das wichtigste — politisch-reaktionäre — Ereignis der kurzen Session erscheint, soll hier besonders angemerkt werden: die Abstimmung über den sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag betreffend die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für die Landtage. Sie ging am 9. Juli vor sich. Mit 193 gegen 158 Stimmen wurde die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt! Abgelehnt aus Furcht vor der Sozialdemokratie, die dem neuen Hause noch mehr eigen ist als dem alten.

II.

Die Zusammensetzung des alten und neuen Verbandes.

Die Zusammensetzung des alten Verbandes hat während der Berichtsperiode eine Verschiebung erfahren. Aus den Wahlen von 1901 war er zehn Mitglieder stark hervorgegangen. Am 15. April 1905 wurde nun bei der durch den Tod des Abgeordneten Posch für den Landgemeindenbezirk Bruck a. d. Mur notwendig gewordenen Ersatzwahl Genosse Resel gewählt, wodurch die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten von 10 auf 11 stieg.

Im Sommer 1905 hatte Genosse Hannich krankheitshalber sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle trat Genosse Dr. Adler, der im Oktober 1905 in Nordböhmen mit erdrückender Majorität gewählt wurde.

Der neue, auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählte Verband besteht bekanntlich aus 87 Mitgliedern. An seiner Spitze steht ein zwölfgliedriger Vorstand (Adler, Pernerstorfer, Resel, Seitz, Seliger, Hybeš, Němec, Soukup, Diamand, Hudec, Pittoni, Witzk), der zugleich die Funktion einer parlamentarischen Kommission versieht.

Der Gesamtverband gliedert sich in folgende nationale Gruppen:

1. Klub der deutschen Sozialdemokraten (50 Mitglieder);
2. Klub der tschechischen Sozialdemokraten (24 Mitglieder);
3. Gruppe der polnischen Sozialdemokraten (6 Mitglieder);
4. Gruppe der italienischen Sozialdemokraten (5 Mitglieder), und
5. Gruppe der ruthenischen Sozialdemokraten (2 Mitglieder).

In nationalen Angelegenheiten ist jede der Gruppen autonom.

An der Spitze des deutschen Klubs steht ein siebengliedriger Vorstand (Adler, David, Eldersch, Ellenbogen, Pernerstorfer, Schäfer, Seitz).

Der Klub der deutschen Sozialdemokraten war auch beim Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart vertreten. Als seine Delegierten fungierten die Genossen Eldersch, Seitz und Rieger.

Die Vertretung in den Ausschüssen.

Während im alten Parlament der Verband in den Ausschüssen nur eine schwache Vertretung hatte (in jedem Ausschuß einen Vertreter!) und bei der Wahl der Funktionäre stets ignoriert wurde, hat sich das im neuen Hause, in welchem der Verband die zweitstärkste Partei bildet, selbstverständlich geändert.

Im Bureau des Hauses hat der Verband eine Schriftführerstelle inne (Schuhmeier) und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß bei der Vermehrung

der Vizepräsidentenstellen, die angestrebt wird, ein Parteigenosse die Funktion eines Vizepräsidenten erhält.

In den Ausschüssen des Hauses, soweit solche bis jetzt gewählt sind, ist der Verband wie folgt vertreten:

in jenen Ausschüssen, die sich aus 52 Mitgliedern zusammensetzen, durch je 9 Genossen; es sind dies der Budget-, Legitimations-, Eisenbahn-, Wehr-, Gewerbeausschuß, ferner der volkswirtschaftliche und landwirtschaftliche Ausschuß;

in den 26gliedrigen Ausschüssen (Immunitäts-, Geschäftsordnungs-, Notstands-, Petitions-, Justiz-, Gebühren-, Preß-, Verfassungs- und Jubiläumsausschuß) durch je 4 Genossen.

In einer Reihe von Ausschüssen haben Genossen die Funktionen von Obmannstellvertretern inne, so im Budget-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Gewerbe- und Preßausschuß; im volkswirtschaftlichen Ausschuß die Funktion des Obmannes; im Legitimations-, Notstands-, Justiz-, Gebühren-, Eisenbahn-, Gewerbe-, Jubiläumsausschuß haben Genossen Schriftführerstellen inne.

In der Quotendeputation wird der Verband von den Genossen Ellenbogen und Němec vertreten, zum Ersatzmann in die Staatsschuldenkontrollkommission wurde Genosse Eldersch gewählt.

III.

Die sozialdemokratischen Parlamentsreden.

In die Verhandlungen des Hauses haben die Mitglieder des Verbandes sowohl im alten wie im neuen Parlament fleißig eingegriffen. Nur bei Gegenständen, wo ihnen eine Debatte überflüssig erschien, oder bei unernsten demagogischen Aktionen der bürgerlichen Parteien haben sie sich in der Regel des Wortes enthalten oder sich mit einer kurzen Erklärung begnügt. Sonst aber waren sie, das darf ohne Unbescheidenheit gesagt werden, immer zur Stelle. Daher kommt es, daß in den Verhandlungen des Parlaments vom 17. November 1904 bis 28. Jänner 1907 134, und in der Zeit vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 29, also aus der ganzen Berichtsperiode nicht weniger als 163 sozialdemokratische Reden zu verzeichnen sind. Dabei sind jene Fälle, in welchen zur formalen Geschäftsgebarung des Hauses das Wort ergriffen wurde oder wo es sich nur um ganz kurze Ausführungen handelt, nicht mit inbegriffen.

Indem wir auch die Gegenstände anführen, zu welchen vom Verband Redner delegiert wurden, bieten wir zugleich eine Uebersicht des hauptsächlichen Inhaltes der Parlamentsverhandlungen.

* * *

Herbstsession 1904.

Vom 17. November bis 9. Dezember.

In der kurzen Herbstsession von 1904 stand nur die Erklärung der Regierung — Demolierung der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck — in Verhandlung. Zu dem Gegenstand ergriff Genosse Pernerstorfer zweimal das Wort: am 18. und 19. November.

Winter- und Frühjahrssession 1905.

Vom 24. Jänner bis 13. Mai.

Aus den Verhandlungsgegenständen dieser Session, zu welchen vom Verband das Wort ergriffen wurde, heben wir vor allem hervor:

am 31. Jänner die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Berger, betreffend den Tod des Kooperators Petrau. Redner: Schuhmeier;

am 6. Februar die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Daszynski betreffend die Versammlungsverbote in Galizien ꝛc. Redner: Daszynski, Pernerstorfer;

die erste und zweite Lesung des Rekrutenkontingents. Redner: — bei beiden Lesungen am 7. und 23. Februar — Schuhmeier;

die erste Lesung des Staatsvoranschlages. Redner (9. Februar): Rieger;

am 3. März die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Schuhmeier, Seitz betreffend die Wahl eines Ausschusses zur Erhebung der Zustände in den Garnisonsspitälern. Redner: Schuhmeier;

die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Reform der Gewerbeordnung. Redner (9. März): Eldersch;

die Debatte auf Einsetzung eines Ausschusses betreffend das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn („Derschatta-Ausschuß"). Redner (17. März): Ellenbogen;

die Verhandlung über die Auslieferung des Abgeordneten Hauck. Redner (24. März): Rieger;

die Debatte über den Bericht des Zuckersteuerausschusses betreffend das Verbot der Rübenrayonnierung. Redner (3. und 4. April): Ellenbogen;

am 10. April die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Daszynski betreffend den Bau der Wasserstraßen. Redner: Daszynski;

die General- und Spezialdebatte über den Bericht des Zollausschusses betreffend den österreichisch-ungarischen autonomen Zolltarif. Redner (am 5., 10., 11., 12. Mai): Seitz, Schuhmeier, Hybeš, Hannich, Resel;

am 13. Mai die erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Rovereto. Redner: Ellenbogen.

Eingegriffen wurde ferner noch in die Verhandlungen über Berichte des Notstandsausschusses (27. und 30. Jänner, Hybeš, Hannich), des Immunitätsausschusses (31. Jänner, 1. Februar, 24. März, Pernerstorfer, Seitz, Rieger), des Gewerbeausschusses über den Beschluß des Herrenhauses betreffend den Hausierhandel (13. Mai, Ellenbogen), in die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Dr. Stojan betreffend die Regelung der Kongrua (10. Februar, Hannich) und über den Dringlichkeitsantrag Pacher betreffend die Verbesserung der Lage der Posthilfsbeamten (22. Februar, Ellenbogen).

Sommersession 1905.

Vom 14. Juni bis 8. Juli.

Von den Verhandlungsgegenständen dieser Session, zu welchen Mitglieder des Verbandes zu Worte gekommen sind, wären vor allem zu erwähnen:

die erste Lesung der Kongruavorlage. Redner (14. und 16. Juni): Schuhmeier;

die Verhandlung von Lokalbahnvorlagen. Redner (16. Juni): Ellenbogen;

am 26. Juni die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Daszynski betreffend die Behandlung russischer Flüchtlinge in Oesterreich. Redner: Daszynski;

die zweite Lesung des Budgetprovisoriums. Redner (26. Juni): Hannich;

die erste Lesung des Handelsvertrages mit Deutschland. Redner (28. Juni): Ellenbogen;

die Debatte über den Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses betreffend die Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe im Handelsgewerbe. Redner (5. Juli): Eldersch;

die Verhandlung über den Bericht des Eisenbahnausschusses betreffend die Ueberschreitung der Baukredite bei den Alpenbahnen. Redner (7. Juli): Ellenbogen.

Sonst haben sich noch Genossen beteiligt an den Debatten über den Dringlichkeitsantrag Schönerer betreffend die Aufhebung der Gemeinsamkeit mit Ungarn (23. Juni, Resel), den Dringlichkeitsantrag Stein betreffend die Trennung der zwei Reichshälften (4. Juli, Pernerstorfer), ferner über den Dringlichkeitsantrag Placek betreffend die Permanenzerklärung des Gewerbeausschusses (4. Juli, Eldersch), den Dringlichkeitsantrag Wohlmeier betreffend den „Ueberfall" auf den Abgeordneten Scheicher (20. Juni, Schuhmeier, Seitz, Pernerstorfer) und über einen Bericht des Mißbilligungsausschusses in der Angelegenheit „Holansky contra Eldersch" (20. und 21. Juni Daszynski, Seitz, Eldersch).

Erste Herbstsession 1905.

Vom 26. September bis 6. Oktober.

Die Session war nur kurz und hatte außer einigen Berichten des Immunitätsausschusses und einem Dringlichkeitsantrag Suklje betreffend die überseeische Auswanderung aus Unterkrain nur zwei Verhandlungsgegenstände: 1. Die Debatte über die Erklärung des Freiherrn v. Gautsch betreffend seine Stellung zum allgemeinen Wahlrecht in Ungarn 2c. und 2. die Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge der Abgeordneten Pacak, Schusterschitz, Choc, Breiter, Romanczuk, Daszynski, Ebenhoch betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes.

In der Verhandlung über die Erklärung der Regierung sprachen die Genossen Pernerstorfer (27. September), Schuhmeier (29. September und 5. Oktober), Ellenbogen (5. Oktober);

in der Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge betreffend das Wahlrecht Genosse Daszynski (5. Oktober).

Zweite Herbstsession 1905.

Vom 28. November bis 18. Dezember.

Es ergriffen in dieser Session das Wort:

zu der Debatte über die Erklärung der Regierung vom 28. November 1905 betreffend die Wahlreform die Genossen Adler, Hybeš, Daszynski (30. November, 1., 5. Dezember);

zu der Verhandlung des Dringlichkeitsantrages Klofač betreffend das Vorgehen der Polizei in Prag gegen Wahlrechtsdemonstranten: Hybeš (12. Dezember);

zu der gemeinsamen Verhandlung über einige Dringlichkeitsanträge betreffend die Notlage von Staatsbeamten, Staatslehrpersonen und Staatsangestellten in der Bukowina, ferner die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der Staatsbeamten: Resel (14. Dezember);

zur zweiten Lesung des Budgetprovisoriums: Rieger (16. Dezember).

Winter- und erste Frühjahrssession 1906.

Vom 30. Jänner bis 1. Mai.

Mit elf Reden griff der Verband in die Beratungen dieser Session ein, und zwar:

am 31. Jänner in die Debatte über das Rekrutenkontingent. Redner: Resel;

am 5. und 7. Februar in die General- und Spezialdebatte über das Privatbeamtenversicherungsgesetz. Redner: Eldersch;

am 19. und 20. Februar in die Debatte über eine Interpellationsbeantwortung des Ministerpräsidenten Gautsch betreffend die Rückwirkung

der Verhältnisse in Ungarn auf Oesterreich. Redner: Ellenbogen, Seitz;

am 6. März in die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Daszynski betreffend die Vorgänge in Rizniow und Ladzkie. Redner: Daszynski;

am 9. und 14. März in die erste Lesung der Wahlreformvorlagen. Redner: Adler, Daszynski;

am 27. März in die Verhandlung über die Dringlichkeitsanträge Schönerer und Wolf betreffend die Sonderstellung Galiziens. Redner: Daszynski;

ferner noch in die Debatte über einen Dringlichkeitsantrag Zuleger betreffend den Viehverkehr mit Serbien (24. April, Seitz) und über einen Dringlichkeitsantrag Hofer betreffend die Vorkommnisse bei einem Festabend in Wien (12. Februar, Schuhmeier).

Zweite Frühjahrs- und Sommersession 1906.

Vom 15. Mai bis 20. Juli.

In den Verhandlungen dieser Session kamen Genossen zum Wort:

am 22. Mai in der Debatte über die Erklärung des Ministeriums Hohenlohe am 15. Mai betreffend die Wahlreform und das Verhältnis zu Ungarn. Redner: Pernerstorfer;

am 30. Mai bei der Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Kathrein betreffend das Vorgehen Ungarns in Bezug auf den Zolltarif. Redner: Adler;

am 7. Juni in der Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Militärtaxe. Redner: Schuhmeier;

am 16. Juni, 6. und 10. Juli in der Spezialdebatte über die Reform der Gewerbeordnung. Redner: Eldersch;

am 25. Juni bei der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums. Redner: Ellenbogen;

am 17. Juli bei der ersten Lesung der Nordbahnverstaatlichungsvorlage. Redner: Ellenbogen;

am 20. Juli bei der Verhandlung über das (vom Herrenhaus abgeänderte) Gesetz betreffend die Versicherung der Privatbeamten. Redner: Eldersch.

Ferner beteiligten sich Genossen an der Debatte über die stürmischen Zwischenfälle vor dem Parlament („Demonstration der Greisler") am 25. Mai (Schuhmeier) und am 17. Juli an der Verhandlung über einen Bericht des Mißbilligungsausschusses betreffend die „Affäre Eldersch und Malik" (Eldersch).

Herbstsession 1906.

Vom 18. September bis 21. Dezember.

Den Hauptgegenstand dieser Session bildete die zweite, respektive dritte Lesung der Wahlreform.

Es sprachen hierzu vom Verband: Pernerstorfer (6., 14. November), Adler (8., 14., 16., 21., 22. November), Ellenbogen (13. November), Schuhmeier (14. November), Daszynski (17., 30. November), Seitz (20. November), Rieger (28. November).

Wir heben aus den sonstigen Verhandlungen, zu welchen Mitglieder des Verbandes zu Worte kamen, heraus:

Die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Hofer betreffend die verweigerte Beurlaubung des kranken Soldaten Zwerger und die Debatte über eine Interpellationsbeantwortung des Landesverteidigungsministers in derselben Sache. Redner: Schuhmeier (18. und 25. September);

die Verhandlung über die Regelung des Apothekerwesens. Redner: Ellenbogen (25. September, 16. Oktober);

die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Hueber betreffend die Praxis der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten bei ge-

legentlich bei Bauten beschäftigten Hilfsgewerben. Redner: Eldersch (2. Oktober);

die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Haueis betreffend das Verbot der Vieheinfuhr aus den Balkanstaaten. Redner: Seitz, Schuhmeier (5. Oktober);

die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Kittel betreffend die Herabsetzung der Zuckersteuer. Redner: Seitz (5. Oktober);

die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Böheim betreffend die Lage der Postbeamten und Postbediensteten. Redner: Resel (24. Oktober);

die zweite Lesung der Nordbahnverstaatlichungsvorlage. Redner: Ellenbogen (25. und 26. Oktober);

die Verhandlung über den Gesetzentwurf betreffend die gesetzliche Regelung der Stellung und der Bezüge der Kanzleigehilfen, respektive Hilfsarbeiter. Redner: Resel, Seitz (18. Dezember);

die zweite Lesung des Budgetprovisoriums. Redner: Adler (19. Dezember).

Zu einem Dringlichkeitsantrag Gizowski betreffend die Gewinnung von Erdharzmineralien sprach Genosse Hybes (30. Oktober).

Schlußsession des Privilegienparlaments.

Vom 9. bis 28. Jänner 1907.

In der Schlußsession des Privilegienparlaments gab es noch 22 sozialdemokratische Reden, und zwar bei folgenden Verhandlungsgegenständen:

Gesetz zum Schutz der Wahlfreiheit. Redner: Adler (11. und 12 Jänner), Daszynski (12. Jänner);

Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Immunitätsrechtes. Redner: Pernerstorfer, Adler (15. Jänner);

Gesetzentwurf betreffend den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb. Redner: Ellenbogen (16. Jänner);

Verhandlung über den (vom Herrenhaus zurückgelangten) Gesetzentwurf betreffend die Reform der Gewerbeordnung. Redner: Eldersch (17. Jänner);

Verhandlung über den Komplex der sogenannten Beamtenvorlagen. Redner: Seitz (21. und 22. Jänner), Resel (22. Jänner);

zweite Lesung der Kongruavorlagen. Redner: Schuhmeier, Seitz (22. und 23. Jänner);

Debatte über die Militärkredite. Redner: Daszynski (24. Jänner);

Rekrutenkontingent. Redner: Schuhmeier (24. Jänner);

Lokalbahnvorlagen. Redner: Eldersch, Ellenbogen (26. Jänner);

das Automobilhaftpflichtgesetz. Redner: Seitz (26. Jänner).

Zum Schlusse sei noch die Verhandlung über einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 21. September 1869 (über die Erfordernisse der Exekutionsfähigkeit) erwähnt, in der Genosse Seitz (14. Jänner) das Wort ergriff.

Die erste Session im neuen Parlament.

Vom 17. Juni bis 24. Juli 1907.

In der ersten Session des Parlaments des gleichen Wahlrechts haben sich vor allen die neugewählten Genossen stark an den Debatten des Hauses beteiligt. Daß zu ein und demselben Verhandlungsgegenstand immer eine ganze Reihe von Genossen das Wort ergriffen haben, die Zahl der sozialdemokratischen Reden im Parlament also gewachsen ist, erklärt sich aus der ziffermäßigen Stärke des Verbandes, der ein Sechstel der Gesamtvertretung des Abgeordnetenhauses darstellt.

Wir zählen nun wieder jene Gegenstände auf, bei welchen der neue Verband in die Verhandlungen eingriff:

Dringlichkeitsantrag Dr. Geßmann ꝛc. betreffend die Sanierung der Landesfinanzen. Redner: Renner, Soukup, Prokeš (27. Juni), Diamand (28. Juni);

Dringlichkeitsantrag Glöckel ꝛc. betreffend die Maßregelung der Beamten Pollauf und Waber (Reichsratskandidatur). Redner: Glöckel (28. Juni, 2. Juli), Winter (2. Juli);

Dringlichkeitsanträge Hudec ꝛc. und Liebermann ꝛc. betreffend die Wahlmißbräuche in Galizien und Polizeiattaken in Przemysl. Redner: Hudec (3. Juli), Liebermann (3., 4. Juli), Wityk (3. Juli), Diamand (4. Juli);

Dringlichkeitsantrag Eldersch ꝛc. betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für die Landtage. Redner: Němec (5., 10. Juli), Seliger (10. Juli);

erste und zweite Lesung des Budgetprovisoriums. Redner: Dr. Adler (10. Juli), Černý (10. Juli), Beer (11. Juli), Němec, Reger (12. Juli), Tomášek (19. Juli), Pittoni (20. Juli), Schuhmeier, Diamand, Seitz (22. Juli).

Verhandlung über die Auslieferung des Abgeordneten Prochazka. Redner: Rieger, Pernerstorfer (24. Juli).

Debatte über den Bericht des Notstandsausschusses. Redner: Haberman (24. Juli).

IV.

Die Dringlichkeitsanträge des Verbandes.

Das in der Geschäftsordnung vorgesehene Recht des Ueberreichens von Dringlichkeitsanträgen wird bekanntlich im Abgeordnetenhaus vielfach mißbraucht. Die auf Wählerfang berechnete Demagogie spielt da arg mit. Zu einer unwürdigen Possenreißerei mit Dringlichkeitsanträgen hat sich der Verband nie hergegeben. Er hat nur dann Dringlichkeitsanträge überreicht, wenn der Gegenstand, um den es sich gehandelt hat, wirklich dringlicher Natur war und eine andere Möglichkeit, in der betreffenden Sache möglichst rasch zu Worte zu kommen, sich als ausgeschlossen herausstellte. Aus diesem Grunde ist die Anzahl der sozialdemokratischen Dringlichkeitsanträge — wenn wir von den 49 Anträgen in Notstandsangelegenheiten, die ohne Debatte dem Notstandsausschusse zugewiesen wurden, absehen — im Hinblick auf den langen Zeitraum eine verhältnismäßig geringe. Insgesamt wurden vom Verband — inklusive der Notstandsanträge — 61 Dringlichkeitsanträge überreicht, von welchen auf die Zeit vom 17. November 1904 bis 28. Jänner 1907 11 und auf die Zeit vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 50 entfallen. Dem Inhalt nach befassen sich 9 Dringlichkeitsanträge mit politischen, 2 mit militaristischen Fragen, 1 Antrag hat den Bau der Wasserstraßen zum Gegenstand, die übrigen 49 betreffen, wie bereits erwähnt, Notstandsangelegenheiten.

Von Dringlichkeitsanträgen politischer Natur wurden überreicht:

1. Ein Antrag der Abgeordneten Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš betreffend Versammlungsverbote in Galizien und Uebergriffe der Staatspolizei in Krakau am 2. Februar 1905. Der Antrag gelangte am 6. Februar 1905 zur Verhandlung und wurde bei der Abstimmung abgelehnt.

2. Ein Antrag des Abgeordneten Daszynski betreffend die Behandlung russischer Flüchtlinge in Oesterreich. Wurde am 26. Juni 1905 verhandelt und vom Hause angenommen.

3. Am 26. September 1905 ein Antrag der Abgeordneten Pernerstorfer, Daszynski, Hybeš betreffend das Eintreten des Herrn v. Gautsch gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn.

Der Antrag gelangte in der ersten kurzen Herbstsession — vom 26. September bis 6. Oktober — nicht mehr zur Verhandlung und wurde später als nicht mehr aktuell zurückgezogen.

4. Am 3. Oktober 1905 ein Antrag der Abgeordneten Daszynski, Pernerstorfer betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Der Antrag stand in den Sitzungen vom 5. und 6. Oktober 1905 in Verhandlung und gelangte mit sechs gleichlautenden Anträgen von anderen Parteien am 6. Oktober zur Abstimmung. Die Dringlichkeit wurde zwar abgelehnt, doch erhielt er die einfache Mehrheit. (155 gegen 114.)

5. Am 6. März 1906 ein Antrag des Abgeordneten Daszynski betreffend die blutigen Ereignisse in Niznioiw und Ladzkie. Der Antrag gelangte am selben Tag zur Verhandlung und wurde abgelehnt.

6. Am 25. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Glöckel ꝛc. betreffend die Maßregelung der Beamten Pollauf und Waber. Der Antrag gelangte in den Sitzungen am 28. Juni und 2. Juli zur Verhandlung und wurde abgelehnt.

7. Am 25. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Hudec ꝛc. betreffend die Wahlmißbräuche in Galizien. Gelangte in den Sitzungen vom 3. und 4. Juli 1907 zur Verhandlung. Wurde abgelehnt.

8. Am 25. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Liebermann ꝛc. betreffend die Gewalttätigkeiten der Polizei in Przemysl am 17. Mai 1907. Der Antrag stand zugleich mit dem obigen Antrag Hudec am 3. und 4. Juli in Beratung und wurde abgelehnt.

9. Am 28. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Eldersch ꝛc. betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für die Landtage. Der Antrag wurde am 5. und 9. Juli 1907 verhandelt und abgelehnt.

Von Dringlichkeitsanträgen, die Militärfragen zum Inhalt haben, wurden überreicht:

1. Am 19. November 1904 ein Antrag der Abgeordneten Schuhmeier, Daszynski betreffend die Pläne der Militärverwaltung bezüglich der Landwehr. (Artilleriebewaffnung.) Der Antrag gelangte nicht zur Verhandlung und wurde am 25. Jänner 1905 zurückgezogen.

2. Am 3. März 1905 ein Antrag der Abgeordneten Schuhmeier, Seitz betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Erhebung der Zustände in den k. u. k. Garnisonsspitälern der diesseitigen Reichshälfte. Ueber den Antrag wurde am selben Tage verhandelt, die Dringlichkeit abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag betreffend den Bau der im Gesetze vom 11. Juni 1901 angeführten Wasserstraßen, von Daszynski, Pernerstorfer, Hybes am 10. April 1905 überreicht, stand am selben Tage in Verhandlung und wurde abgelehnt.

Von einer Aufzählung der zahlreichen Dringlichkeitsanträge in Notstandsangelegenheiten glauben wir absehen zu dürfen. Sie betreffen samt und sonders Elementarkatastrophen in den verschiedenen Ländern und verlangen eine staatliche Unterstützung der von den Katastrophen betroffenen notleidenden Bevölkerung.

V.

Die einfachen (Initiativ-) Anträge des Verbandes.

Durch die Auflösung des Hauses und die Neuwahlen sind selbstverständlich alle noch im Privilegienparlament vom Verband überreichten Initiativanträge obsolet geworden. Solche Anträge sind übrigens in den letzten $2^1/_4$ Jahren (am 17. November 1904 bis 28. Jänner 1907) nur noch zwei eingebracht worden: am 26. Jänner 1905 ein Antrag betreffend die Erlassung eines

neuen Organisations- und Dienststatuts für die österreichische Finanzwache (Antragsteller: Pernerstorfer) und am 6. Februar 1905 ein Antrag betreffend die Lage der Justizdiener. (Antragsteller: Pernerstorfer, Dr. Ellenbogen.)

Der neue Verband hat sich sofort nach seiner Konstituierung mit einigen sehr aktuellen Fragen beschäftigt und in dem ersten Sessionsabschnitt des Parlaments eine lange Reihe von Initiativanträgen überreicht, die der Oeffentlichkeit zeigen sollen, welche Aufgaben es zum Teil sind, deren Lösung der Sozialdemokratische Verband vom Parlament zunächst verlangt.

Die Anträge gliedern sich in vier Gruppen: a) Politik; b) Sozialpolitik; c) Schule; d) Militarismus.

a) Politik.

Es wurden eingebracht:

am 27. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Dr. Adler, Němec, Dr. Diamand, Pittoni, Witук betreffend die Abänderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung;

am 4. Juli 1907 ein Antrag des Abgeordneten Forstner und Genossen betreffend die Aufhebung der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 und die Vorlage eines Gesetzentwurfes über das Gebots- und Verbotsrecht der Regierung und die Zuweisung aller Strafamtshandlungen bei Uebertretungen von Geboten und Verboten der Regierung an die ordentlichen Gerichte;

am 27. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Seitz, Folber, Hudec, Pagnini, Ostapczuk betreffend die Abschaffung der Todesstrafe.

b) Sozialpolitik.

Es wurden überreicht:

am 27. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Eldersch, Černý, Hudec, Oliva, Witук betreffend die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die Versorgung ihrer Witwen und Waisen sowie die zeitgemäße Reform der Kranken- und Unfallversicherung;

am 27. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Beer, Seliger, Beutel, Cingr, Reger betreffend die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle beim Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter;

am 2. Juli 1907:

ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Reger, Beer betreffend die Regelung der Lohnzahlungen beim Bergbau;

ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Reger, Beer betreffend die Bestellung von Berginspektoren;

ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Reger, Seliger betreffend die Einschränkung der Kündigung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern der Bruderladen und Delegierten der Genossenschaften beim Bergbau aus der Gruppe der Arbeiter;

am 16. Juli 1907:

ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Beer, Reger, Prokeš, Seliger, Beutel, Witук betreffend die Einführung der Achtstundenschicht im Bergbaubetriebe;

am 3. Juli 1907:

ein Antrag der Abgeordneten Dr. Ellenbogen, Reumann, Eldersch, Hybeš, Muchitsch, Dr. Diamand betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen, der Handelshilfsarbeiter, der Angestellten in Advokaturs- und Notariatskanzleien, in Apotheken, in Tabaktrafiken und Lottokollekturen, bei den Unfallversicherungsanstalten und Krankenkassen, ferner betreffend die Schließung der Betriebslokale und die Sonntagsruhe;

am 20. Juli 1907:

ein Antrag der Abgeordneten Dr. Soukup, Schuhmeier betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Post- und Telegraphenbediensteten in Oesterreich;

am 24. Juli 1907:

ein Antrag der Abgeordneten Tomschik, Dr. Ellenbogen, Černý, Moraczewski, Pagnini betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten;

ein Antrag der Abgeordneten Schrammel, Dr. Adler, Remeš betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Herstellung von Zündhölzchen und anderen Zündwaren;

ein Antrag der Abgeordneten Beer, Aust, Hudec, Pagnini, Witya betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Verwendung von Bleiweiß und bleiweißhältigen Farben sowie die Herstellung und den Verkauf von bleihältigen Firnissen, Sikkativen und Lacken.

c) Schule.

Es wurden eingebracht:

am 27. Juni 1907:

ein Antrag der Abgeordneten Seitz, Němec, Dr. Diamand, Pittoni, Witya betreffend die Reform der Schul- und Unterrichtsordnung vom 29. September 1905;

ferner von den ruthenischen und polnischen Genossen des Verbandes:

ein Antrag der Abgeordneten Witya, Ostapczuk, Moraczewski, Dr. Liebermann betreffend die Errichtung einer selbständigen ukrainischen (ruthenischen) Universität in Lemberg;

von den tschechischen Genossen des Verbandes:

ein Antrag der Abgeordneten Hybeš, Filipinský rc. betreffend die Errichtung einer tschechischen Universität in Brünn;

am 24. Juli 1907:

ein Antrag der Abgeordneten Reger, Kunicki betreffend die Errichtung einer k. k. Lehrerbildungsanstalt mit polnischer Unterrichtssprache in Teschen.

d) Militarismus.

Es wurden überreicht:

am 23. Juli 1907:

von den Abgeordneten Schuhmeier, Winarsky, Haberman, Dr. Liebermann, Oliva:

ein Antrag betreffend die Abänderung des Wehrgesetzes;

ein Antrag betreffend die Abänderung des Landwehrgesetzes;

ein Antrag betreffend die Ersatzleistungen an zur Waffenübung herangezogene Wehr- und Dienstpflichtige;

ein Antrag betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Institut der Landesverteidigung für Tirol und Vorarlberg.

Die Anträge betreffend die Abänderung des Wehr- und Landwehrgesetzes beziehen sich auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und die Herabsetzung der Dienstpflicht überhaupt.

Weitere Initiativanträge.

Außer den oben aufgezählten Anträgen wurden noch zwei Anträge überreicht, die beide Eisenbahnangelegenheiten betreffen und mehr lokaler Natur sind. Der eine, von den Abgeordneten Gruber, Spielmann, Weiguny eingebracht, betrifft den Umbau des Linzer Bahnhofes, den Bau einer Eisenbahn von Linz über Efferding, Waizenkirchen nach Neumarkt-Kallham, ferner die Ausgestaltung der Strecke Linz-Klaus der Pyhrnbahn; der andere, eingebracht von den Abgeordneten Pick, Johanis,

Klicka, betrifft den Bau einer Lokalbahn und die Einführung des Personenverkehrs von der Station Hořowitz der k. k. Staatsbahnen nach Komarow.

Insgesamt wurden in der Zeit vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 24 Initiativanträge überreicht. Davon sind drei politischer, elf sozialpolitischer Natur und je vier entfallen auf Schule und Militarismus.

* * *

Selbstverständlich wurden bei der Verhandlung wichtiger Gegenstände von den Mitgliedern des Verbandes zahlreiche Abänderungsanträge gestellt, die eine Verbesserung der betreffenden Vorlagen bezwecken sollten.

So beantragte zum Beispiel Genosse Dr. Adler bei der Beratung der Wahlreform: 1. die Bestimmung der einjährigen Seßhaftigkeit zu streichen oder im Falle der Ablehnung dieses Antrages die einjährige Seßhaftigkeit nicht an die Gemeinde, sondern an den Wahlbezirk zu binden, was, wenn angenommen, in beiden Fällen eine wesentliche Verbesserung der Wahlreform bedeutet hätte. Die Anträge wurden leider abgelehnt. Dagegen wurde ein anderer Antrag des Genossen Adler, der verlangte, daß unter denselben Bedingungen, unter denen die Wählerliste auf Verlangen jedermann auszufolgen ist, auch eventuelle Nachträge zur Wählerliste auszufolgen sind, vom Hause angenommen.

Auch bei den Verhandlungen über die Reform der Gewerbeordnung lagen seitens des Abgeordneten Eldersch zahlreiche Abänderungsanträge vor, wurden jedoch von der agrarisch-zünftlerischen Mehrheit fast sämtlich niedergestimmt.

So erging es auch bei zahlreichen anderen Gegenständen.

VI.

Die Interpellationen und Petitionen.

Vom Interpellationsrecht ist von den Mitgliedern des Verbandes sowohl im alten wie im neuen Parlament reichlich Gebrauch gemacht worden. Das erhellt aus den nachfolgenden Ziffern: Es wurden in der Zeit vom 17. November 1904 bis zum 24. Juli 1907 nicht weniger als 559 Interpellationen eingebracht. Davon entfallen auf die Zeit vom 17. November 1904 bis 28. Jänner 1907 (Privilegienparlament) 441 und auf die Zeit vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 118 Interpellationen.

Auf die Sessionsabschnitte in den einzelnen Jahren verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

Es wurden Interpellationen eingebracht: Herbstsession 1904 42, im Jahre 1905 203, im Jahre 1906 168, im Jahre 1907 146, zusammen 559.

Von den Interpellationen wurden gerichtet:

an den Ministerpräsidenten, respektive an die Gesamtregierung 11, gemeinsam an den Ministerpräsidenten und Minister des Innern 1, gemeinsam an den Ministerpräsidenten und Unterrichtsminister 1, gemeinsam an die Minister des Innern, der Justiz, des Handels und der Finanzen 1, an den Minister des Innern, der Justiz und des Handels 1, an den Minister des Innern, der Landesverteidigung und Justiz 3, an die Minister des Innern, der Justiz und des Unterrichtes 2, gemeinsam an den Minister des Innern und der Justiz 10, an den Minister des Innern und für Landesverteidigung 7, des Innern und Ackerbau 4, des Innern und der Finanzen 2, an den Minister des Innern und Handelsminister 6, des Innern und Unterricht 2, gemeinsam an den Finanz- und Eisenbahnminister 1, den Eisenbahn- und Handelsminister 1, an den Justiz- und Unterrichtsminister 1, an den Justiz- und Landesverteidigungsminister 2, an den Unterrichts- und Handelsminister 1, an den Handels- und Finanzminister 1 und an den Minister des Innern und den galizischen Landsmannminister 1.

Ferner an die einzelnen Ressortminister: Minister des Innern 127; Justizminister 128; Eisenbahnminister 92; Landesverteidigungsminister 51;

Ackerbauminister 33; Handelsminister 32; Finanzminister 20; Unterrichtsminister 17.

Von den 441 Interpellationen, die in der Zeit vom 17. November 1904 bis 28. November 1907 gestellt worden sind, wurden 125 beantwortet, und zwar vom Ministerpräsidenten 2, vom Minister des Innern 20, vom Justizministerium 20, vom Eisenbahnministerium 10, vom Landesverteidigungsminister 48, vom Ackerbauminister 14, vom Handelsminister 4, vom Finanzminister 3 und vom Unterrichtsminister 4.

Von den 441 Interpellationen sind somit nicht weniger als 316 unbeantwortet geblieben!

Von den 118 Interpellationen in dem ersten Sessionsabschnitt des neuen Parlaments wurden bis jetzt 7 beantwortet, und zwar vom Ministerpräsidenten 1, vom Minister des Innern, vom Ackerbau- und Landesverteidigungsminister je 1 und vom Justizminister 3.

Petitionen.

An Petitionen wurden insgesamt 60 überreicht. Davon entfallen auf die Zeit vom 17. November 1904 bis 28. Jänner 1907 33 und auf die Zeit vom 17. Juni bis 24. Juli 1907 27.

VII.

Immunitätsfälle.

Von Gerichten gestellte Auslieferungsbegehren, welche Mitglieder des Verbandes betreffen, sind insgesamt 18 zu verzeichnen. Davon entfallen auf das alte Parlament 6 und auf das neue 12.

Wegen Ehrenbeleidigung wurde im alten Parlament die Auslieferung der Genossen Eldersch (vom Bezirksgericht Trautenau), Daszynski (Bezirksgericht Krakau) und Cingr (Kreisgericht Teschen) begehrt. Die Auslieferung wurde in den Sitzungen vom 24. März 1905 (Eldersch, Daszynski) und 3. Juli 1906 (Cingr) beschlossen.

Ein zweites Auslieferungsbegehren gegen Cingr (vom Bezirksgericht Mährisch-Ostrau), gleichfalls wegen Ehrenbeleidigung, gelangte nicht mehr zur Verhandlung.

Wegen politischer Delikte begehrte das Landesgericht Krakau die Auslieferung des Genossen Daszynski in zwei Fällen. Die Auslieferung wurde in den Sitzungen vom 1. Februar 1905 und 15. Mai 1906 abgelehnt.

Im neuen Parlament wurde vom Bezirksgericht Reichenberg die Auslieferung des Genossen Barth (als Redakteur wegen Versäumnis der pflichtgemäßen Obsorge in Sachen einer Ehrenbeleidigung) und vom Bezirksgericht Brünn die Auslieferung des Genossen Filipinský wegen eines politischen Delikts verlangt. In der Sitzung vom 24. Juli 1907 wurde im Fall Barth die Auslieferung beschlossen, im Fall Filipinský abgelehnt.

Wegen Ehrenbeleidigung wird ferner die Auslieferung der Genossen Němec (in drei Fällen, vom Landesgericht Prag), Prokeš (in zwei Fällen, vom Kreisgericht Neutitschein), ferner der Genossen Adler, Tomášek und Wutschel (vom Landesgericht Wien), der Genossen Haberman (vom Kreisgericht Pisek) und Bösmüller (Bezirksgericht Tannwald) gefordert. Ueber diese Auslieferungsbegehren hat im Parlament derzeit noch keine Beschlußfassung stattgefunden.

Aus den voranstehenden Aufzeichnungen dürfte der Parteitag wohl die Ueberzeugung schöpfen, daß der Sozialdemokratische Verband im Parlament seine Pflicht und Schuldigkeit erfüllt hat. Wir sehen daher mit ruhigem Gewissen dem Urteil des Parteitages entgegen.

Im Auftrag des Klubs der deutschen Sozialdemokraten:

Rieger.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zur Abänderung der provisorischen Tagesordnung.

1. Antrag der Lokalorganisation Reichenberg:

Auf die Tagesordnung ist noch der Punkt „Die Lebensmittelverteuerung und die Agrarfrage" zu stellen.

2. Antrag der Lokalorganisation Wiener-Neustadt:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist noch der Punkt „Lebensmittelwucher" zu setzen.

3. Antrag der Kreisvertretung des IX. böhmischen Wahlkreises (Gablonz):

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist der Punkt „Die Lebensmittelverteuerung und der Kohlenwucher" zu setzen.

4. Antrag der westböhmischen Kreisvertretung (Karlsbad):

Auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages ist die Agrarfrage zu setzen.

5. Antrag der Bezirksorganisation Wien III:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist noch der Punkt „Die Genossenschaftsbewegung" zu setzen.

Zu Punkt 2, Alinea c, der Tagesordnung: „Ueber die parlamentarische Tätigkeit."

6. Antrag der Lokalorganisation Aussig a. d. Elbe:

Die Parteivertretung wird beauftragt, nach jeder Reichsratssession ein Flugblatt oder eine Broschüre in Form der während der letzten Reichsratswahl erschienenen Agitationsbroschüren herauszugeben, worin die Beschlüsse des Parlaments enthalten sind und die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion hierzu erläutert wird. Darin sollen auch alle bedeutenden, im Verlauf der Session von den sozialdemokratischen Abgeordneten gestellten Anträge und eingebrachten Gesetzentwürfe namentlich verzeichnet sein.

Begründet wird dieser Antrag folgendermaßen:

Obwohl in den Parteiblättern und auch in den parlamentarischen Berichten an den Parteitag die von den sozialdemokratischen Abgeordneten entwickelte Tätigkeit enthalten ist, so wird eine solche Agitationsschrift deshalb gut sein, weil damit nicht nur den Parteigenossen, sondern hauptsächlich den Indifferenten stets vor Augen geführt werden kann, was die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament leisteten. Mittelst dieser Agitationsschrift kann für die Interessen der Partei nützlich gewirkt werden, da dieselbe, übersichtlich dargestellt, ein für die Agitation wertvolles Material enthält.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Das neue Organisationsstatut der Partei."

7. Antrag der Parteivertretung:

Die Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich sind wie folgt abzuändern:

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig ist jede Person zu betrachten, die das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt und die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für sie tätig sein.

Gliederung der Parteiorganisation.

§ 4. Die Grundlage der Organisation bilden die Lokalorganisationen, denen jeder am Ort wohnende Genosse sowie jede Genossin als Mitglied anzugehören haben. Innerhalb der Lokalorganisationen ist das Straßen- und Häuservertrauensmännersystem durchzuführen.

§ 5. Die Lokalorganisationen schließen sich zu Bezirks- und diese wieder zu Kreisorganisationen zusammen, die entweder den Wahlbezirk oder ein territorial besser entsprechendes Agitations- und Organisationsgebiet umfassen. Alle Bezirks- und Kreisorganisationen eines Kronlandes unterstehen zunächst der Landesorganisation, der die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt. Diese Statuten dürfen mit den Organisationsstatuten der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen und ihr Wortlaut ist der Reichsparteivertretung mitzuteilen.

§ 6. Die Festsetzung der Beiträge für die Lokalorganisation sowie die prozentuellen Abgaben hiervon an die Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen sind den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen überlassen. Die Beiträge für die Reichsparteiorganisation bleiben davon vollständig unberührt.

Vertrauenspersonen.

§ 7. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen den Lokalvertrauensmann. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß, beziehungsweise die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Bezirks- sowie des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch die Landeskonferenz bestimmt. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind der Reichsparteivertretung sofort mitzuteilen.

§ 8. Der Bezirksvertrauensmann, dessen Wahl jedesmal im Anschluß an den Parteitag zu erfolgen hat, ist verpflichtet, alljährlich an die Reichsparteivertretung über die Tätigkeit der Bezirksorganisation Bericht zu erstatten. Der Bericht hat den Zeitraum vom 1. Juli bis Ende Juni zu umfassen und soll enthalten: die Zahl der im Agitationsbereich organisierten Parteigenossen, die Zahl der Lokalorganisationen sowie politischen Vereine, Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, Berichte über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

Den gleichen Bericht haben alljährlich in Bezug auf ihre Tätigkeit die Kreisvertrauensmänner und die Landesparteivertretungen zu erstatten.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 9. Die systematische Agitation und Organisation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die tunlichst an allen Orten im Einvernehmen mit den örtlichen Parteiorganisationen gewählt werden.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag stellt die oberste Vertretung der Partei dar. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen. Mehr als zwei Delegierte können von keiner dieser Körperschaften geschickt werden. Agitations-

bezirke, respektive Kreisorganisationen, in denen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, eventuell außer den männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu senden. Die Wahl der Delegierten muß in den Konferenzen, respektive Plenarsitzungen der angeführten Organisationen vorgenommen werden.

2. Die Mitglieder der Parteivertretung und der Parteikontrolle.

3. Die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten.

4. Je ein Delegierter der einzelnen politischen und gewerkschaftlichen Parteiblätter.

§ 11. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 12. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich findet regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Als Einberufer fungiert die Reichsparteivertretung.

Außerordentliche Parteitage können entweder auf einstimmigen Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen der Mehrheit der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen einberufen werden.

§ 13. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt, so hat die Reichsparteivertretung mit der Parteikontrolle die Bestimmung vorzunehmen.

§ 14. Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termin der Abhaltung durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Der Parteibericht muß längstens 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen zum Parteitag sind vier Wochen vor dem Parteitag an die Reichsparteivertretung einzusenden und spätestens drei Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Dasselbe gilt auch für die Anträge der Reichsparteivertretung.

§ 15. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die politische und geschäftliche Tätigkeit der Reichsparteivertretung, der Parteikontrolle und die parlamentarische Tätigkeit der Reichsratsabgeordneten.

2. Bestimmung des Ortes, an dem die Reichsparteivertretung ihren Sitz hat.

3. Die Wahl der Reichsparteivertretung und der Parteikontrolle.

4. Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Reichsparteivertretung und Kontrolle.

§ 16. Der Parteitag wählt die aus 16 Personen bestehende Reichsparteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der engere Ausschuß seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein.

Als Mitglieder der Kontrolle können Reichsratsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode die Funktion als Kontrollore am Sitze des engeren Ausschusses ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Wahl der Reichsparteivertretung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgang nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach der Wahl hat die Reichsparteivertretung ihre Konstituierung vorzunehmen und das Ergebnis im Zentralorgan der Partei bekanntzugeben.

§ 17. Die Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte und verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit teilnehmen.

Die Reichsparteivertretung tritt in der Regel vierteljährlich einmal zusammen und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassengeschäfte der Partei sind vom Zentralorgan getrennt zu führen. Der Parteisekretär und der Parteikassier dürfen nicht Angestellte des Zentralorgans sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Jedem Parteitag hat die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitag beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

§ 18. Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Reichsparteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen. Die Adresse des Obmannes der Parteikontrolle ist im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Reichskonferenz.

§ 19. Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Bezirksorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Bezirksorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Reichsparteivertretung zu einer Reichskonferenz einzuberufen sind.

Zentralorgan der Partei.

§ 20. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung". Sie untersteht direkt der Parteivertretung. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

Parteipresse.

§ 21. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn streng darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden, und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn deren Herausgabe von der respektiven Kreisorganisation mit Zustimmung der Landesparteivertretung beschlossen wird. In jenen Ländern, die keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Parteisteuer.

§ 22. Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat zwei Heller direkt an die Reichsparteivertretung als Reichsparteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Reichsparteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Reichsparteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisierten Genossen an die Landesparteivertretungen sowie Kreis- und Bezirksorganisation geleistet wird, nicht berührt.

Kandidaturen.

§ 23. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesparteivertretung, wo diese fehlt, von der Kreis- oder Bezirksvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Vertrauensmänner der Wahlbezirke vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der von den Vertrauensmännern der Wahlbezirke erstatteten Vorschläge.

Die endgültige Aufstellung der so nominierten Kandidaten mit Ausnahme von Ersatzwahlen erfolgt für die Reichsratswahlen durch eine Reichskonferenz, der neben der Reichsparteivertretung noch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke oder Kreisorganisationen beizuziehen sind.

Ausschluß aus der Partei.

§ 24. Im Falle der §§ 2 und 3 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein vom Parteivorstand zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen nominiert, die den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Ausschluß Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt die Reichsparteivertretung; derselbe hat im Schiedsgericht dirimierende Stimme.

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Gesamtpartei gelten und dem davon Betroffenen steht das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Gesamtpartei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Verzichtet oder unterläßt es ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Zeitpunkt der Verständigung innerhalb vierzehn Tagen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohneweiters als ausgeschlossen.

Abänderung der Organisation.

§ 25. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag angenommen werden.

Anträge auf Aenderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Frist, welche im § 14 vorgeschrieben ist, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen kommen.

Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der auf einem Parteitag anwesenden Vertreter sich dafür entscheiden.

8. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX. Bezirk:

§ 16 des Organisationsstatuts, vierter Absatz, soll der Deutlichkeit halber, damit hierüber kein Zweifel entsteht, heißen: „Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrollor am Sitze des engeren Ausschusses ausübten, sind in der nächsten Periode als Kontrollore nicht wieder wählbar.“

9. Antrag des Genossen R. Danneberg:

Nach § 9 ist ein neuer Paragraph einzuschalten:

Jugendorganisation. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall, wo es die Verhältnisse zulassen, sollen zu diesem Zwecke eigene Jugendorganisationen gegründet werden.

10. Antrag des Genossen Friedrich Schleifer:

§ 8, erster Absatz, des Organisationsstatuts soll lauten: Der Bezirksvertrauensmann, dessen Wahl jedesmal vor dem Parteitag zu erfolgen hat u. s. w.

11. Antrag der Bezirksorganisation Böhmisch-Leipa:

Der Parteitag wolle die Parteileitung beauftragen, das Organisationsstatut nebst Programm der Partei in Separatabdruck herstellen zu lassen und an die Organisationen zum Selbstkostenpreis abzugeben, so daß jedem Parteisteuer zahlenden Genossen ein Exemplar zugestellt werden kann.

12. Antrag der organisierten Frauen Wiens:

Im § 4, Gliederung der Parteiorganisation, hat es statt Häuservertrauensmänner zu heißen: Häuservertrauenspersonen.

Im § 9 ist in der Zeile, wo es heißt: organisierte Parteigenossen, hinzuzufügen: und Genossinnen.

§ 8 soll lauten: Die systematische Agitation und Organisation der Partei unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen unterstützt, die an allen Orten im Einvernehmen mit den örtlichen Parteiorganisationen gewählt werden und dem Frauenreichskomitee in Wien bekanntzugeben sind.

Das Frauenreichskomitee hat den weiblichen Vertrauenspersonen die Art und die Wege zu weisen, wie die Agitation unter den Arbeiterinnen zu fördern ist.

§ 10. Parteitag. In Absatz 1, dritte Zeile, soll es lauten: Agitationsbezirke, respektive Kreisorganisationen, in welchen sich die Genossinnen an der Parteiarbeit beteiligen, haben diese bei der Delegierung zu berücksichtigen.

13. Antrag der Bezirksorganisation Wien III:

Absatz 2 des § 12 des Organisationsstatuts hat zu lauten:
„Außerordentliche Parteitage können auf einstimmigen Beschluß der Reichsparteivertretung und müssen auf Verlangen der Mehrheit der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen einberufen werden."

14. Antrag der Lokalorganisation Eger:

§ 2 hat zu lauten:
„Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogrammes oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder das Parteiinteresse offenkundig schädigt."

15. Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

§ 23 des Organisationsstatuts soll wie folgt abgeändert werden:
Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat und Landtag ist mit der Bezirks- oder Kreisvertretung, gemeinsam mit der Reichsparteivertretung oder Landesparteivertretung vorzunehmen. Die entgültige Entscheidung u. s. w.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung „Parteipresse".

16. Antrag der Bezirksorganisation Steyr:

Mit Rücksicht darauf, daß einem großen Teile der Arbeiterschaft, hauptsächlich in der Provinz, wo die Arbeitslöhne oft äußerst niedrig sind, der tägliche Bezug der „Arbeiter-Zeitung" aus pekuniären Gründen nicht möglich ist, beauftragt der Parteitag die Parteivertretung: sich mit der Herausgabe eines billigen täglich erscheinenden deutschen Agitationsblattes, wie solche schon in anderen Sprachen erscheinen, zu befassen.

17. Antrag des 54. niederösterreichischen Wahlbezirkes (Mistelbach-Land):

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich möge beschließen: Der Preis der „Arbeiter-Zeitung" ist um den Betrag des aufgehobenen Zeitungsstempels zu ermäßigen.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge:

Zur Tagesordnung.

18. Antrag des Genossen Skaret:

Als 9. Punkt ist auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung", worüber Dr. Karpeles referieren soll.

Zu den Berichten.

19. Antrag des Genossen Weiß (Mährisch-Schönberg):

Der Parteitag nimmt den Bericht des Sozialdemokratischen Verbandes im österreichischen Abgeordnetenhause mit Befriedigung zur Kenntnis und spricht ihm für seine Tätigkeit Dank und Vertrauen aus.

20. Antrag des Genossen Sever:

Um die agitatorische Arbeit der Parteigenossen zu erleichtern, beschließt der Parteitag: Die Parteivertretung wird beauftragt, jeweils vor Reichsratswahlen ein

Handbuch herauszugeben, das in übersichtlicher Weise den Genossen das für den Wahlkampf notwendige Material liefert.

21. Antrag des Genossen Neumann:

Der Bericht des Parteikassiers ist so zu gestalten, daß dem nächsten Parteitag nicht nur ein Bild der Leistungen für die Steuerkraft der Länder, sondern auch ein Bild der Befriedigung ihrer Bedürfnisse aus Parteimitteln vorliegt.

22. Antrag des Genossen Dr. Czech:

Dem Parteikassier und der ganzen Parteivertretung ist das Absolutorium zu erteilen.

23. Antrag des Genossen Dr. Adler:

Die Parteivertretung wird beauftragt, alle Vorbedingungen zu schaffen, um die Verfassung einer Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu ermöglichen, indem sie das Material sammelt und eine geeignete Kraft mit dieser Arbeit beauftragt.

Zu Punkt „Organisationsstatut".

24. Antrag des Genossen Seliger:

Zur endgültigen Redaktion des Organisationsstatuts wird ein Komitee eingesetzt, dem außer dem Parteisekretär und zwei weiteren Mitgliedern der Parteivertretung die Landesvertrauensmänner angehören. Bis zur Berichterstattung dieses Komitees wird die Debatte über den Punkt „Organisationsstatut" ausgesetzt.

25. Antrag des Genossen Graffinger:

Zusatz zu § 4 des Organisationsstatuts: „Für die größeren Städte ist eine besondere Gliederung in den Organisationsstatuten der betreffenden Kronländer festgelegt."

26. Antrag des Genossen Schloßnikel:

Bei § 10, Absatz 2 (Parteitag), soll es heißen: „1. Die Delegierten der Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen."

27. Antrag des Genossen Tuppy:

Die Zahl der Mandate der Parteivertretung (der engere Parteiausschuß) als auch der Kontrollkommission ist um ein Mandat zu vermehren.

28. Antrag des Genossen Arbeitel:

§ 16, Absatz 3 des Organisationsstatuts, in welchem festgelegt ist, daß Reichsratsabgeordnete in die Kontrollkommission nicht gewählt werden dürfen, ist zu streichen.

29. Antrag des Genossen Pistiner:

Die Parteivertretung wird beauftragt, vor jeder Delegiertenwahl die Organisationen daran zu erinnern, daß sie bei der Wahl sich nicht von der Erwägung leiten lassen dürfen, ob der Delegierte seine Delegationsspesen allein bestreitet.

30. Antrag des Genossen Pistiner:

Zu § 10, Punkt 1: Zu Delegierten dürfen nur Genossen gewählt werden, welche in den betreffenden Bezirksorganisationen ihren ordentlichen Wohnsitz haben.

31. Antrag der Genossen Winarsky-Bretschneider:

Nach § 18 soll folgender neue Absatz mit dem Titel „Preßkommission" eingefügt werden:

„Die Preßkommission besteht aus fünf Mitgliedern, welche von den Wiener Delegierten am Parteitag aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Preßkommission übt die Kontrolle über die finanzielle Gebarung der in Wien erscheinenden Parteipresse aus. Die Funktionsdauer der Mitglieder der Preßkommission währt bis zum nächsten Parteitag. Ein Mitglied der Preßkommission ist zu jenen Sitzungen der Parteivertretung einzuladen, in welchen Angelegenheiten der Parteipresse behandelt werden."

32. Antrag des Genossen Hummel (Zusatz zu Antrag 31):

Punkt 3 des § 15 des Organisationsstatuts soll lauten: „Die Wahl der Reichsparteivertretung, der Parteikontrolle und der Preßkontrollkommission."

33. Antrag des Genossen Schlemmer:

In dem § 1 des Organisationsstatuts ist als zweiter Absatz einzuschalten: „Es ist Pflicht der Parteigenossen, ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Wo politische Vereine bestehen, sind die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen beizutreten, soweit die Vereinsgesetzgebung ihnen dies gestattet."

34. Antrag des Genossen Forstner:

In Artikel 1 soll nach den Worten: „. . . auch eine Genossin auf den Parteitag zu senden" eingefügt werden: „Bei Vorhandensein einer Frauenorganisation soll mindestens jede Kreisorganisation eine Frau delegieren."

35. Antrag des Genossen Behr:

Ich beantrage, den § 22 des Organisationsstatuts folgendermaßen zu fassen: „Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, außer der direkt an die Reichsparteivertretung abzuliefernden Steuer auch den von den betreffenden Organisationen festgesetzten Beitrag in den Lokal- und Bezirks-, beziehungsweise Kreis- und Landesparteifonds zu entrichten."

36. Antrag des Genossen Pölzer:

§ 10, Absatz 1, soll lauten: „Der Bezirksvertrauensmann, dessen Wahl jedesmal im Anschluß an den Parteitag zu erfolgen hat, wenn diese Sache durch die Statuten der Landesorganisation nicht bereits geregelt ist."

37. Antrag des Genossen Heinzl:

Im § 10 sind die Worte: „. . . dessen Wahl jedesmal im Anschluß an den Parteitag zu erfolgen hat" zu streichen.

38. Antrag der Genossin Kubala:

Absatz 1 des § 10 soll lauten: „. . . Frauenorganisation besteht, wo sich Genossinnen dortselbst an der Parteiarbeit beteiligen, haben das Recht, außer einem männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu entsenden."

39. Antrag des Genossen Patzelt:

Parteigenossen und Genossinnen in Orten, wo keine Lokalorganisation besteht, haben sich, solange keine eigene Organisation möglich ist, der nächstgelegenen Lokal-, eventuell der zuständigen Bezirksorganisation anzuschließen.

40. Antrag des Genossen Beutel:

Nachdem noch in verschiedenen Organisationsbezirken die Organisation nicht auf Grund politischer Vereine durchgeführt ist, möge der Parteitag beschließen: „Die Formation und der Ausbau der politischen Organisation hat im Sinne der Ausführungen des Referenten Genossen Skaret auf Grund von politischen Vereinen zu erfolgen."

41. Antrag der Preßkommission:

§ 23 soll heißen: „Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat, respektive den Landtag wird von den Vertrauensmännern der Wahlbezirke im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung, respektive der Landesparteivertretung vorgenommen; ist ein Einvernehmen nicht zu erzielen, so entscheidet endgültig die Reichskonferenz, respektive die Landeskonferenz. Dort, wo Reichspartei- und Landesparteivertretung fehlen, entscheidet unter denselben Modalitäten wie bei diesen die Kreis- oder Bezirksvertretung."

42. Antrag des Genossen Neumann:

Es ist eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Kommission zur Beratung der Anträge, die zu Punkt 3 der Tagesordnung eingelaufen sind, zu wählen. Die Beschlußfassung über das Organisationsstatut erfolgt nach dem Bericht der Kommission.

43. Antrag der Genossin Königstetter:

Bei der Zusammensetzung der Kommission zur Beratung der Anträge betreffend das neue Organisationsstatut ist auch eine Genossin zu wählen.

44. Antrag des Genossen Ellenbogen.

Die politischen Organisationen, politischen Vereine, Lokal-, Bezirks-, Wahlkreis- und Landesorganisationen haben die Pflicht, von ihren Jahreseinnahmen (Mitglieds-

beiträge, Feste, Kolportage, Presse rc.) 20 Prozent vierteljährig an die Parteivertretung abzuliefern.

45. Antrag der Organisationskommission:

Um die Parteivertretung in den Stand zu setzen, den gesteigerten Bedürfnissen der Partei zu genügen, beschließt der Parteitag:

„Die Bezirksorganisationen haben von ihren regelmäßigen Einnahmen allmonatich mindestens 10 Prozent an die Reichsparteivertretung abzuliefern. Der Beschluß ist im Einvernehmen mit den Bezirksorganisationen, respektive dort, wo die Organisationsverhältnisse es bedingen, mit den Kreis-, beziehungsweise Landesorganisationen durchzuführen."

46. Antrag des Genossen Reumann:

Zu § 12 des Statuts: „Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenkonferenz, die in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, gewählt. Für die Art der Durchführung der Wahlen sind die von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen maßgebend."

47. Antrag des Genossen Sever:

Im § 26 soll es heißen: „ . . . nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke."

48. Antrag des Genossen Grassinger:

Zusatz zum Antrag 11: „Die Statuten der Landes- und Kreisorganisation sind anzufügen."

Zu Punkt „Wohnungsfrage".

49. Resolution des Referenten:

Die Wohnungsfrage gehört zu den Problemen, deren völlige Lösung auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann. Solange die kapitalistische Ordnung besteht und die Wohnungen ebenso wie alle anderen Dinge nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern als Waren hergestellt werden, wird es auch unmöglich sein, der arbeitenden Klasse gesundheitlich und räumlich vollkommen befriedigende Wohnungen zu einem für sie erschwinglichen Preise herzustellen.

Die durch die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel bedingte Zusammendrängung großer Menschenmassen an einzelnen Orten treibt den Wert der Grundstücke maßlos hinauf und verteuert die Wohnungsmiete nicht bloß für den Arbeiter, sondern auch für alle kleinen Leute, Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte verschiedenen Grades. Am fühlbarsten aber wird die durch steigende Verteuerung der Miete auf der einen Seite und das Fehlen entsprechender Kleinwohnungen in genügender Anzahl auf der anderen Seite entstehende Wohnungsnot der Arbeiterklasse, die einen prozentuell immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aufwenden muß und dadurch in ihrer Lebenshaltung noch mehr herabgedrückt wird.

Um die hohen Mietzinse leichter erschwingen zu können, wird ein immer größerer Teil der arbeitenden Bevölkerung gezwungen, die räumlich und hygienisch ohnehin schon ungenügenden Wohnungen mit familienfremden Personen, Aftermietern und Bettgehern, zu teilen. Dadurch entstehen die schwersten sanitären und sittlichen Gefahren und mit dem Fehlen eines wirklichen Heims fällt jede Grundlage für die Entwicklung eines wirklichen Familienlebens.

Zugleich entstehen in allen Städten in den vornehmlich von der ärmeren Klasse bewohnten überfüllten Stadtvierteln Seuchenherde, die bei jeder Epidemie ungezählte Opfer an Menschenleben fordern.

Wenn auch eine vollkommene Lösung der Wohnungsfrage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann, so muß doch der Kampf gegen diese Mißstände schon heute mit der größten Energie geführt und einer wirksamen Wohnungsreform die Bahn gebrochen werden.

Ausgehend von diesen Erwägungen fordert der Parteitag:

Die Erlassung eines Reichswohnungsgesetzes, das die Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion und das Enteignungsrecht der Gemeinden zu enthalten hat.

Die Errichtung eines Reichswohnungsamtes, dessen Aufgabe die Ueberwachung des ganzen Wohnungswesens sein soll und das zu gleicher Zeit als **Zentralbehörde** für die Wohnungsinspektion und die Wohnungsstatistik zu dienen hätte.

Die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Städten, deren Aufgabe die Organisation der Wohnungsinspektion unter Heranziehung von Hilfskräften aus der organisierten Arbeiterschaft, die regelmäßige Wohnungsstatistik und die Wohnungsvermittlung sein muß.

Die Reform der Bauordnungen mit weitestgehenden Bestimmungen über die hygienische Einrichtung der Häuser und Wohnräume.

Die planmäßige Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung des Gemeindegrundbesitzes.

Die Reform des Steuerwesens, Beseitigung der Hauszins- und Hausklassensteuer und dagegen eine ausgiebige Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Ausdehnung des Enteignungsrechtes der Gemeinden.

Erbauung eigener Musterwohnhäuser mit billigen, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden in eigener Regie.

Reform des Verkehrswesens und Fahrterleichterungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb ihres Arbeitsortes wohnen.

In den bürgerlichen Bestrebungen, den Arbeitern zum Erwerb eigener Wohnhäuser zu verhelfen, erblickt der Parteitag keine Förderung der Interessen der Arbeiterklasse und keinen geeigneten Schritt zur Linderung der Wohnungsnot.

Dagegen empfiehlt er die Unterstützung von gemeinnützigen Baugenossenschaften, soweit sie auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind und nicht Spekulationsinteressen Vorschub leisten.

Die Vorbedingung zu jeder gedeihlichen Reform des Wohnungswesens aber ist die Beseitigung des volksfeindlichen Haus- und Grundbesitzerprivilegs in den Gemeinde- und Landesverwaltungen und die Demokratisierung der Verwaltung. Deshalb fordert der Parteitag neuerlich auf das nachdrücklichste als wichtigsten Schritt zu jeder ernsten Wohnungsreform die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Land und Gemeinde.

50. Antrag des Genossen Weiß:

Zwischen dem Absatze „Erlassung eines Reichswohnungsgesetzes“ und dem Absatze „Errichtung eines Reichswohnungsamtes“ soll in die Resolution eingefügt werden: „Schaffung eines Mieterschutzgesetzes, wodurch den Wohnungsvermietern das willkürliche Hinausdrängen der Mieter durch unbegründete gerichtliche Kündigung erschwert wird.“

51. Antrag des Genossen Nitschmann:

Bei dem Punkte der Resolution Winarsky, der von den kommunalen Wohnungsämtern handelt, ist die Aenderung zu treffen: „... die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Orten, in denen eine größere Anzahl von Industriearbeitern oder Verkehrsbediensteten zu leben gezwungen ist, deren Aufgabe es ist ...“

52. Antrag des Genossen Ofenböck:

Der Resolution ist anzufügen: „Der Parteitag fordert den Verband sozialdemokratischer Abgeordneter auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen und seine Verhandlung zu betreiben, der für Fabrikswohnungen festsetzt, daß der Mietvertrag von der Kündigungsfrist des Arbeitsvertrages unabhängig gemacht wird und den landesüblichen Bestimmungen über Ausziehtermine ohne Gestattung vertragsmäßiger Ausnahmen obligatorisch unterworfen werde.“

53. Antrag des Genossen Dr. Czech:

In den Passus über das Steuerwesen soll noch eingefügt werden: „Bemessung der Realsteuern nach dem gemeinen Werte, Einführung einer Bauplatzsteuer.“

Vor „Ausdehnung des Enteignungsrechtes“ soll eingefügt werden: „Erweiterung der Gemeindeautonomie, Festlegung der Kompetenz der Gemeindebehörden in Steuersachen.“

Anträge zu Punkt „Presse“.

54. Antrag des Genossen Schoof:

Der Parteitag beschließt, die „Oesterreichische Arbeiter-Sängerzeitung“ als Parteiorgan anzuerkennen und die künstlerischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiter-Gesangvereine nach Möglichkeit zu unterstützen.



55. Antrag des Genossen Behr:

Der Parteitag möge den Sozialdemokratischen Verband ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung für die Beseitigung des § 23 des Preßgesetzes zu wirken, um dieses Hindernis der Verbreitung von Druckschriften zu beseitigen.

56. Antrag des Genossen Mazig:

Der Parteitag erkennt die unbedingte Notwendigkeit der Gründung eines Tagblattes für Nordböhmen an und beauftragt die Genossen in Nordböhmen, alle notwendigen Schritte schleunigst einzuleiten, durch die die baldigste Herausgabe dieses Tagblattes zur Tatsache werden kann.

57. Antrag des Genossen Hummel:

Die Parteibuchhandlung hat dem Parteitag in Hinkunft über das finanzielle Gebaren dieses Parteiunternehmens Bericht zu erstatten.

Zu Punkt „Landtagswahlrecht".

58. Resolution des Referenten:

Die Reform des Reichsratswahlrechtes, die die österreichische Arbeiterklasse erkämpft hat, kann nicht der Abschluß, sondern nur der Beginn jener völligen Umgestaltung des Staatswesens sein, deren alle Völker Oesterreichs und nicht am wenigsten die deutsche Nation bedürfen, damit aus diesem Staate, der bisher ein Kerker seiner Völker gewesen ist, ein freies Gemeinwesen freier Nationen werde.

Zur Demokratisierung der Reichsgesetzgebung ist der erste Schritt geschehen. Nun muß im Zuge der Reformen die Demokratisierung der Landesgesetzgebung und der Verwaltung folgen. An die Stelle der bureaukratischen Willkür auf der einen, der oligarchischen Scheinautonomie auf der anderen Seite muß eine wirkliche Selbstverwaltung treten, an der alle Schichten des Volkes mit gleichem Recht teilnehmen. Als erster Schritt zur Neubegründung der Verwaltung fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes für die Landtage und die Gemeindevertretungen.

Der Arbeiterklasse, die in allen Ländern einen großen, in den wirtschaftlich höchst entwickelten Ländern den größten Teil der Landeseinnahmen aufbringen muß, kann das gleiche Bürgerrecht im Lande nicht länger verweigert werden. Die Arbeiter, die im Reiche vollberechtigte Staatsbürger geworden sind, werden über die Gemeinde- und Schulgesetzgebung, über die Regulierung der Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, über die wichtigsten Angelegenheiten der Landeskultur, über die Verwaltung des Landessanitätswesens und Armenwesens nicht Körperschaften beschließen lassen, auf deren Zusammensetzung sie keinen Einfluß haben. Das Proletariat, das an der sozialen Verwaltung ein größeres Interesse hat als jede andere Klasse, kann die Fremdherrschaft der Privilegierten im Lande nicht länger ertragen. Wir fordern daher für alle, die der Landesgesetzgebung unterworfen sind, für alle, deren Wohl und Wehe von der Ausgestaltung der Landes- und Gemeindeverwaltung abhängt, den gleichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Landtage und Gemeindevertretungen.

Der Parteitag protestiert dagegen, daß die Regierung, die sich der Verwirklichung der bürgerlichen Rechtsgleichheit im Reiche rühmt, die Wahlrechtsprivilegien der Besitzenden in den Ländern beschützt und sich der Demokratisierung der Landesgesetzgebung und Landesverwaltung widersetzt.

Er protestiert dagegen, daß die Arbeiterschaft von den volksfeindlichen Landtagsmehrheiten mit einem wert- und wirkungslosen Scheinrecht in der Badenischen Bettelkurie abgefertigt und weite Kreise der Arbeiterschaft durch die Bedingung der langjährigen Seßhaftigkeit oder gar durch die Beschränkung des Wahlrechtes auf die Gemeindemitglieder entrechtet oder die Träger der Personaleinkommensteuer bereits erworbener Rechte beraubt werden, wie dies die christlichsoziale Landtagsmehrheit in Niederösterreich beschlossen hat.

Der Parteitag fordert den Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause auf, alle geeigneten und politisch möglichen Mittel anzuwenden, um den Widerstand der Regierung gegen das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht zu brechen, damit der Arbeiter auch im Lande und in der Gemeinde zum vollberechtigten Bürger werde.

Die Parteivertretung wird aufgefordert, den Kampf für die Verwirklichung des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes in allen Ländern auch außerhalb des Parlaments mit aller Energie weiterzuführen.

Zu Punkt „Lebensmittelteuerung".

59. Resolution des Referenten:

Die fortgesetzte Erhöhung der Preise fast sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel ist vor allem das Ergebnis der fortschreitenden Organisation der agrarischen und industriellen Kapitalisten. Unser Zoll- und Steuersystem, das ausschließlich in den Dienst des Großgrundbesitzes und der Großindustrie gestellt ist, hat die Bahn für die Entfaltung dieser Organisation freigemacht und die Regierung ist stets bereit, sie bei der schamlosen Ausbeutung der Bevölkerung zu unterstützen. Indem der Parteitag diese Tatsachen feststellt, weist er zugleich die Behauptung zurück, daß die in den letzten Jahren geführten erfolgreichen Lohnkämpfe der industriellen Arbeiterschaft eine Erhöhung der Preise der Industrieprodukte notwendig gemacht hätten oder rechtfertigen könnten.

Die Arbeiterschaft muß die systematischen Angriffe auf ihre Lebenshaltung mit der größten Entschiedenheit zurückweisen und insbesondere den Kampf gegen das Agrariertum, das die industrielle Entwicklung Oesterreichs bedroht, mit noch größerer Wucht als bisher führen.

Aber auch der Kampf gegen die kartellierten Kohlen- und Eisenmagnaten, die nicht nur durch die Verteuerung der Hausbrandkohle die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung verschlechtern, sondern auch durch die Verteuerung der wichtigsten industriellen Roh- und Hilfsstoffe die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in Oesterreich hemmen, muß mit aller Energie geführt werden. Der Parteitag fordert darum zunächst die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und die Aufhebung der nur noch den Interessen des Eisenkartells dienenden Eisenzölle.

Die Abwehr der Lebensmittelteuerung wird jedoch nur in dem Maße von Erfolg begleitet sein, indem es gelingt, der Organisation der Produzenten eine starke Organisation der Konsumenten gegenüberzustellen und den wucherischen Zwischenhandel zu beseitigen.

Der Parteitag macht es deshalb allen Genossen zur Pflicht, überall dort, wo Konsumvereine bestehen, diesen beizutreten und ihre Pflichten als Mitglieder zu erfüllen, und dort, wo Konsumvereine nicht bestehen, die politische und gewerkschaftliche Organisation aber eine entsprechende Stärke erreicht hat, im Einvernehmen mit diesen Organisationen und mit dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine einen Konsumverein zu gründen.

Der Parteitag erklärt, daß die Konsumvereine ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn sie im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet sind und ihre lokalen Interessen dem Interesse der Gesamtheit unterordnen.

Der Parteitag empfiehlt endlich den Konsumvereinen und der Großeinkaufsgesellschaft, der Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften besondere Aufmerksamkeit zu schenken und den direkten geschäftlichen Verkehr mit ihnen nach Möglichkeit zu pflegen.

60. Antrag des Genossen Rudolf Richter:

Der Parteitag beschließt, den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten zu beauftragen, im Abgeordnetenhause einen Dringlichkeitsantrag einzubringen auf Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle.

61. Antrag des Genossen Dietl:

Bei Absatz 5 ist nach den Worten: „... entsprechende Stärke erreicht hat" einzufügen: „und die sonstigen ökonomischen Bedingungen für den sicheren Bestand einer konsumgenossenschaftlichen Organisation bestehen".

62. Zusatzantrag der Genossen Beutel-Dietl:

In Anbetracht der Tatsache, daß Getreide- und Mehlpreise in fortwährendem Steigen begriffen sind, worunter namentlich die Arbeiterschaft sehr schwer zu leiden hat, wird der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses ersucht, zu geeigneter Zeit eine Aktion einzuleiten, durch welche die periodische Aufhebung der Getreideeinfuhrzölle und ein Ausfuhrverbot für Getreide, Korn- und Weizenmehl erzielt werden sollen.

63. Abänderungsantrag des Genossen Höger:

Im zweiten Absatz der Resolution des Referenten ist über das Agrariertum statt des Satzes: „... das die industrielle Entwicklung Oesterreichs bedroht" der Passus einzusetzen: „das die Existenz der gesamten arbeitenden Bevölkerung Oesterreichs bedroht". Im dritten Absatz ist die Stelle: „... die nicht nur ... sondern auch ... die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in Oesterreich hemmen" so zu ergänzen: „die nicht nur ... sondern auch ... die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in Oesterreich und dadurch das wirtschaftliche Emporkommen der Arbeiterschaft hemmen".

64. Antrag des Genossen Ritschmann:

In Anbetracht dessen, daß sich die Interessen der kleinbäuerlichen Bevölkerung mit denen der Arbeiterschaft in den meisten Fällen decken und daß diese Kleinbauern durch die Realisierung der Forderungen der Agrarier so viel wie keinen Nutzen haben, aber in vielen Fällen sogar geschädigt werden, wird die Parteivertretung beauftragt, zum Zwecke der Aufklärung der kleinbäuerlichen Bevölkerung über diese Frage ein Flugblatt in Form einer kleinen Broschüre herauszugeben, in dem alle Forderungen der Agrarier auf ihren wahren Wert zurückgeführt und an der Hand der Statistik erklärt wird, daß nicht die Streiks und höheren Löhne schuld an der Teuerung sind. Diese Broschüre soll nur für die kleinbäuerliche Bevölkerung berechnet sein. Die Parteigenossen haben für deren weiteste Verbreitung zu sorgen.

65. Zusatzantrag des Genossen Beer:

Als vierter Absatz ist einzufügen: „Den kommunalen Verwaltungen erwächst die Pflicht, gegen die stete Steigerung der Lebensmittelpreise durch eine den Interessen der konsumierenden Bevölkerung dienende organisierte Approvisionierung anzukämpfen."

66. Antrag des Genossen Samt:

Die Parteivertretung wird beauftragt, aus ihrer Mitte eine eigene Sektion für Genossenschaftswesen zu wählen, die alle jene Schritte zu unternehmen hat, die zur Förderung des Genossenschaftswesens förderlich erscheinen.

67. Antrag der Genossin Popp:

Der Stelle der Resolution: „Der Parteitag macht es deshalb den Genossen zur Pflicht" (den Konsumvereinen beizutreten) ist nach dem Worte „Genossen" beizufügen: „und Genossinnen".

68. Antrag des Genossen Alammer (Radautz):

In Alinea 2 der Resolution ist folgender Zusatz aufzunehmen: „Der Kampf der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments ist allein nicht genügend. Dieser Kampf muß von dem Sozialdemokratischen Verband im Parlament mit der größten Energie unterstützt und bei jeder sich bietenden Gelegenheit gefördert werden."

69. Resolution des Genossen Neumann:

Der Parteitag erklärt: „Seit Jahrzehnten stagniert die österreichische Viehproduktion, während der Konsum an Fleisch infolge der Zunahme der Bevölkerung eine steigende Tendenz aufweist. Das Defizit in Vieh- und damit in der Fleischproduktion in Oesterreich erfordert gebieterisch, daß die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Nachbarländern gefördert werde. Der gegenwärtige Ackerbauminister Graf Auersperg hat seinerzeit als Vorsitzender der ministeriellen Veterinärkommission die Einfuhr von Fleisch aus Argentinien verhindert und er ist als Ackerbauminister ein entschiedener Gegner der Oeffnung der rumänischen und serbischen Grenzen. Dadurch wird die Fleischnot, die durch die Entwicklung der Abmelkwirtschaft noch verschärft wird, eine ständige Erscheinung bleiben. Der Parteitag spricht dem Ackerbauminister wegen seiner Haltung, die gegen die Interessen der Konsumenten gerichtet ist, die schärfste Mißbilligung aus."

Zu Punkt „Eventuelles“.

70. Antrag des Genossen Behr (Leipa):

Der nächste Parteitag ist in Reichenberg abzuhalten.

71. Antrag des Genossen Pankraz:

Der nächste Parteitag ist in Prag abzuhalten.

Sympathieerklärungen.

72. Antrag des Genossen Pernerstorfer:

Ich beantrage, daß die Sympathien der österreichischen Arbeiterschaft für die kämpfenden Eisenbahner feierlich ausgedrückt werden.

73. Antrag der Genossin Pölzer:

Der Parteitag spricht den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern der Firma Viktor Schmidt u. Söhne, die gegen ein besonders grausames Ausbeutungssystem anzukämpfen haben, seine wärmste Sympathie aus und erhofft für sie in diesem Kampfe einen entscheidenden Erfolg.

Erster Verhandlungstag. — 30. September.

Vormittagssitzung.

Bretschneider: Es obliegt mir die ehrende Aufgabe, Sie alle, werte Genossen und Genossinnen, die Sie aus dem ganzen Reiche zusammengekommen sind, namens der Wiener Lokalorganisation, namens der Wiener Arbeiterschaft herzlich in Wien willkommen zu heißen. Es war für uns Wiener stets eine große Freude, die tüchtigsten und bewährtesten Vertrauensmänner der Partei hier zu begrüßen. Gerade in diesem Jahre, nach dem glänzenden Wahlsieg, freut es uns um so mehr, Sie hier in diesen prächtigen Räumen begrüßen zu können, und ich kann Ihnen versichern, daß wir ehrlich bestrebt sein werden, die wenigen freien Stunden, die Ihnen von Ihrer ernsten Arbeit bleiben werden, so angenehm als möglich zu gestalten, und wir hoffen, unseren Teil beizutragen, daß Sie eine angenehme Erinnerung von Wien nach Hause tragen werden. (Lebhafter Beifall.)

Sever: Als Bezirksvertrauensmann des 26. und 27. Wahlbezirkes habe ich die Ehre, Sie hier zu begrüßen. Es ist das erstemal, daß hier in unserem proletarischen Bezirk der deutsche Parteitag tagt. Früher konnte davon nicht die Rede sein, daß wir Sie hierher laden. Es mußte erst diese Trutzburg erbaut werden, ehe wir eine würdige Stätte für Sie hatten. Wir bitten Sie, sich hier heimisch zu fühlen und dieses Heim als Ihr Heim zu betrachten, und wünschen ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Skaret: Es wurde mir die ehrenvolle Aufgabe zuteil, die geehrten Teilnehmer und Gäste des In- und Auslandes namens der Parteivertretung zu begrüßen, und erkläre ich hiermit den Parteitag für eröffnet. Gemäß den bei der gestrigen Vorbesprechung erstatteten Vorschlägen empfehle ich Ihnen, das Präsidium wie folgt zusammenzusetzen: Präsidenten: Pernerstorfer, Tomschik und Schäfer; Schriftführer: Paul Richter (Wien), Dr. Czech (Brünn), Lindner (Graz) und Kollinger (Linz). Ich ersuche, wer mit den hier vorgeschlagenen Genossen einverstanden ist, es mit Erheben der Karte zu bezeugen. Ich ersuche nunmehr die in das Präsidium gewählten Genossen, ihre Plätze einzunehmen.

Das neue Präsidium übernimmt den Vorsitz.

Pernerstorfer: Indem ich Ihnen im Namen des gewählten Vorstandes verbindlichst danke, erkläre ich den Parteitag für eröffnet. Mit großer Freude und Genugtuung, mit einem gewiß nicht unberechtigten Stolze kann die Sozialdemokratie Oesterreichs, nicht zuletzt die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs heute zurückblicken auf die vielen Jahre des Kampfes, die wir hinter uns haben. Zum erstenmal versammeln wir uns heute unter einer völlig veränderten politischen Situation. Es sind rund vierzig Jahre her, daß die österreichische Sozialdemokratie besteht. Während dieser ganzen vierzig Jahre ist der erste Punkt des politischen Programms der Partei die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes gewesen. Kämpfe, zahllos, Kämpfe nicht ohne Opfer haben wir in diesen vierzig Jahren erlebt und in diesen vierzig Jahren haben wir im Verein mit allen anderen sozialdemokratischen Organisationen der anderen Nationen unablässig gekämpft, unablässig gearbeitet, um endlich dieser Grundforderung des sozialdemokratischen Programms zum Siege zu verhelfen. Wenn wir die Summe von Mühe, von Arbeit und Opfern überblicken, die im Interesse des angestrebten Zieles gebracht wurden,

dürfen wir wohl heute sagen: das Ergebnis des Kampfes ist nicht leicht errungen worden. Es mußte in der Tat unendlich viel geleistet werden, bevor diese erste und natürliche Vorbedingung eines politischen Lebens in Oesterreich geschaffen wurde. Wir wissen alle, was alles unsere Genossen da erdulden mußten. Aber nicht allein die Verfolgungen der Behörden, auch die inneren Zwistigkeiten sind uns in lebhafter Erinnerung gerade heute, wo wir in einer bewunderungswerten Einigkeit zusammenstehen. Es gibt manchen in diesem Saale, der in den Anfängen der Arbeiterbewegung gestanden ist und sich an jene kraftvolle Bewegung Ende der Sechziger- und anfangs der Siebzigerjahre erinnert, wo das österreichische Temperament in einem starken Ansturm die sozialdemokratische Idee hat in Erscheinung treten lassen; in einem Ansturm, der die beste Hoffnung für die weitere Entwicklung erweckt hat. Wir wissen auch, wie von außen und innen die Schicksale der Partei gewesen sind. Wir wissen, wie dann in den Achtzigerjahren die innere Zerrüttung die Partei geschädigt hat, mehr noch als die äußerlichen Verfolgungen, und wie erst vom Parteitag in Hainfeld im Jahre 1889 die Regeneration, die Wiedergeburt der sozialdemokratischen Partei beginnt. Es ist nicht ohne Interesse, heute auf diese Tage von Hainfeld zurückzublicken. Damals war die Frage des Wahlrechtes noch eine, über die lebhaft für und wider gestritten wurde. Der Parteitag in Hainfeld hat die starken Tendenzen gegen die politische Betätigung des Proletariats zurückgeschlagen und seit der Zeit in allen Kreisen der Arbeiterschaft die Ueberzeugung immer festeren Fuß gefaßt, daß die erste und wichtigste Aufgabe der Partei die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes ist. Aber diejenigen, die damals gegen die politische Betätigung waren, sie sind alle bekehrt worden, und heute ist ihre Zahl so klein, daß sie wohl nur versprengte Reste, unbedeutende, nicht beachtenswerte Reste im ganzen Lande ausmachen. Heute haben wir das gleiche Wahlrecht erreicht. Es ist nicht unsere Aufgabe, ruhmredig zu sein. Wir wissen, daß verschiedene Umstände mitgewirkt haben, die es uns ermöglicht haben, gerade in diesem Zeitpunkt das allgemeine Wahlrecht zu erringen. Aber wir können wohl sagen und niemand kann uns da widersprechen, daß ohne die Sozialdemokratie, ohne die unablässige Arbeit der Sozialdemokratie durch vierzig Jahre hindurch das allgemeine Wahlrecht auch heute noch nicht errungen wäre. (Beifall.) Wir wissen es sehr genau, daß die Forderung der Partei in einem gewissen Moment — das war ein besonderer Glücksfall für uns — zusammengefallen ist mit den Interessen dieses fast im Sterben liegenden Staates. Aber wir nehmen das Hauptverdienst an der Erreichung dieses gleichen bürgerlichen Rechtes für uns in Anspruch. (Lebhafter Beifall.)

Wir stehen nun vor einer neuen politischen Situation. Zu neuen Aufgaben lockt ein neuer Tag, und die österreichische Sozialdemokratie wird auch fürderhin dieselben Wege wandeln, die sie durch Jahre hindurch mit solchen Erfolgen geschritten ist. Die österreichische Sozialdemokratie ist geradezu dadurch gekennzeichnet, daß sie es immer glücklich verstanden hat, das, was in hämischem Sinne oft die positive Arbeit genannt wird, zu leisten und dabei nie aus dem Auge zu lassen, daß wir eine prinzipielle Partei sind, daß das, was wir als unser Endziel betrachten, uns immer vor Augen steht, und daß wir den großen Unterschied zwischen uns und allen bürgerlichen Parteien nie aus den Augen verloren haben. (Beifall.) Wir werden in Zukunft immer so arbeiten wie bisher: den kleinsten Vorteil für das Proletariat, wo es geht, anstreben in unablässiger Arbeit; aber weit über das hinaus werden wir immer auf das große Ziele blicken, das wir anstreben. Wir werden immer aufrechte Sozialdemokraten bleiben, im Bewußtsein, daß uns gegenüber alle anderen eine einheitliche Formation bilden, daß wir grundsätzlich verschieden sind von allen anderen Parteien des Landes, daß wir ein großes Ziel haben, auf das hinzuarbeiten unser Stolz, unsere Würde, unsere große Lebensaufgabe ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir werden auf diesem Parteitag recht trockene Arbeit zu leisten haben, und wir werden diese trockene Arbeit, wie wir das ja gewohnt sind, gründlich

leisten. Wir werden die Aufgabe haben, uns eine neue Organisationsform zu schaffen, uns innerhalb zu stärken und zu kräftigen, und wir hoffen, daß wir die Grundlage legen werden für ein neues festes Gefüge unserer Partei.

Es obliegt uns aber, da wir den ersten Parteitag unter dem allgemeinen Wahlrecht abhalten, die Pflicht, auch der Genossen der anderen Nationen zu gedenken, die mit uns gemeinsam dafür gekämpft haben im Gefühl der internationalen Solidarität, und wir können erklären, daß wir uns wirklich eins fühlen im Gedanken der sozialistischen Internationalität, in dem wir bisher gekämpft haben, und wir danken allen Organisationen der anderen Nationen für die brüderliche Arbeit, die sie da geleistet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir danken insbesondere auch jenen Organisationen, die in Oesterreich mit der politischen Partei immer Hand in Hand gegangen sind: den Gewerkschaften, die uns die große Kraft, die uns die Grundlagen unserer Organisation gegeben haben. (Lebhafter Beifall.) Auch darin wird in Oesterreich nie ein Wandel eintreten. Die Gewerkschaften und die Partei werden immer eines Sinnes sein, werden immer einen geschlossenen Körper bilden, immer einig vorwärts marschieren. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Im verflossenen Jahre hat die Partei auch zahlreiche schwere Verluste erlitten. (Die Delegierten erheben sich von den Sitzen.) Wir gedenken heute aller derer, die in den Reihen unserer Partei vom Tode ereilt wurden. Es sind viele darunter, deren Namen ich heute nicht nennen kann; zahllos sind die Opfer, die der moderne Industrialismus fordert, und unter diesen zahllosen Opfern sind viele, viele Genossen. Aller dieser gedenken wir heute, auch derer, die, den weiten Kreisen unbekannt, als einfache Parteigenossen ihre Pflicht erfüllt haben, die mitten aus unseren Reihen gerissen worden sind. Aber viele sind auch darunter, deren Namen durch das ganze Reich bekannt sind, Genossen, deren Namen dauern werden bis in späte Jahrhunderte. Nicht im letzten Jahre, aber in der Periode nach Salzburg haben wir den Verlust eines Genossen zu beklagen, dessen Name jedem Parteigenossen ins Herz geschrieben ist, den Verlust unseres unvergeßlichen Josef Scheu, des Josef Scheu, der uns so prächtige Kampflieder gegeben hat, daß er durch sie allein fortleben müßte in den Herzen aller Arbeiter. Josef Scheu hat uns insbesondere jenes Lied gegeben, das eigentlich ein Kulturlied im besten Sinne des Wortes ist, das „Lied der Arbeit", das überall in allen deutschen Gegenden unseres Landes gesungen wird und das auch andere Nationen übernommen haben, jenes prächtige Lied, das in Wort und Melodie so recht ein Ausdruck proletarischen Geistes ist. Er war aber nicht nur als Komponist, als Musiker eine bedeutende Persönlichkeit, er war auch mit der Partei seit Anbeginn ihrer Geschichte eng verknüpft, nicht nur ein Künstler, sondern auch ein treuer Genosse, ein Sozialdemokrat durch und durch.

Wir haben ferner den Verlust eines Parteigenossen zu beklagen, der uns durch seinen Humor, durch seine witzigen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" ergötzt hat: Genosse Emil Kralik ist uns im letzten Jahre durch den Tod entrissen worden. Sie hier im Saale haben ihn alle persönlich gekannt, der durch seine liebenswürdige wienerische Art, mit der er das Leben zu nehmen wußte, aber auch durch seine Treue zur Partei uns allen so lieb war.

Einer der ältesten Parteigenossen ist uns im letzten Jahre entrissen worden: Genosse Hugo Schmidt in Jägerndorf; er war mit an der Wiege der österreichischen Parteibewegung gestanden und gehört zu jenen ganz Alten, die von Anfang an für die Sozialdemokratie gekämpft und gelitten haben. Er ist gestorben als ein tüchtiger Kämpfer; mitten in einer Versammlung hat ihm ein Schlaganfall den Tod gebracht. Auch ihn werden wir in der Geschichte der Arbeiterbewegung nie vergessen.

Aber es geziemt uns auch, jener Toten zu gedenken, die nicht dem engen Kreise unserer österreichischen Bewegung angehört haben. Bei der außerordentlich innigen Verbindung, die immer zwischen uns und der deutschen Partei geherrscht hat, trifft uns der Tod so manches deutschen Genossen auch sehr schwer. So muß ich ganz besonders unserem Schmerze Ausdruck geben, daß die deutsche Bruderpartei im letzten Jahre einen der besten Männer verloren: Ignaz

Auer. Auch wir Oesterreicher haben ihn gekannt, und jeder, der ihn gekannt hat, wird erfrischt gewesen sein durch sein echt urwüchsiges Wesen, durch seinen urwüchsigen Witz. Seit langen Jahren krank, wurde er durch den Tod von physischen Uebeln erlöst. Er war einer der ersten und besten der deutschen Sozialdemokratie und sein Hingang bedeutet für sie einen großen Verlust. Und gestern wieder haben wir die Nachricht erhalten, daß einer der Alten in Deutschland vom Tode dahingerafft wurde: Julius Motteler, bekannt als der rote Postmeister, der in der Zeit der ärgsten Verfolgung sich mit seiner ganzen Person für die Partei eingesetzt hat.

Allen diesen, den bekannten Genossen wie auch den Namenlosen, widmen wir am heutigen Tage unser Gedenken. Ihr Andenken wird uns unvergessen bleiben.

Es gereicht mir nun zur Freude, dem Parteitag mitteilen zu können, daß eine Reihe von Vertretern ausländischer Organisationen hier erschienen sind sowie Vertreter von Bruderparteien in Oesterreich selbst. Es gereicht uns zu ganz besonderer Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß, wie bei allen Parteitagen, auch diesmal die deutsche Partei einen Vertreter zu unserem Parteitag gesendet hat, und zwar den Reichstagsabgeordneten Richard Fischer (Beifall), den wir auf das herzlichste begrüßen; ebenso begrüße ich die Genossen, die aus Ungarn erschienen sind, den Genossen Witnk als Vertreter der ruthenischen Sozialdemokratie und den Genossen Kristan als Vertreter der slowenischen Sozialdemokratie sowie auch Genossen Adler als Vertreter der deutsch-österreichisch-ungarischen Organisation der Sozialdemokratie in der Schweiz. (Lebhafter Beifall.)

Fischer (Berlin): Ich bin von der deutschen Parteileitung beauftragt, Ihnen die besten Grüße und die herzlichsten Wünsche für das Gedeihen Ihrer Arbeit zu überbringen. Sie beginnen ja Ihren Parteitag unter den günstigsten Auspizien und nach einem Wahlsieg, so großartig und so glänzend, wie ihn die Genossen wohl selber kaum zu hoffen wagten, so glänzend, wie ihn auch die Gegner nicht gefürchtet haben, und wir Deutschen haben Ihren Wahlsieg noch mit ganz besonderer Genugtuung und Freude begrüßt. Es war ja für uns zugleich ein Stück Trost für den Mißerfolg, den wir selbst bei den Wahlen erlitten haben, den Mißerfolg, dessen Ursache bei uns war, was die Folge Ihres Sieges sein wird: der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien. Sie haben immer auf unseren Parteitagen durch Ihren Delegierten mit einer zu weit getriebenen Bescheidenheit erzählt, wie die Oesterreicher immer bei uns lernen können. (**Schuhmeier:** Haben auch gelernt!) Es wird jetzt, glaube ich, einmal umgekehrt kommen. In dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht, den Sie führen mußten und den wir nicht zu führen brauchten, haben Sie auch zugleich die Technik des Kampfes gelernt und aus dieser Vertrautheit mit der Waffe ist vielleicht auch Ihr Sieg erklärlich. Und wenn wir jetzt in dem größten deutschen Bundesstaat Preußen denselben Kampf aufnehmen, den Sie geführt haben, so ist vielleicht die Zeit gekommen, wo wir Deutschen von Ihnen lernen können, wie man diesen Kampf um das Grundrecht des Volkes zu führen hat; lernen können, wie man alle Verhältnisse benützen muß im Interesse der Arbeiterklasse, um die Arbeiterklasse zum Siege zu führen. Wir haben neidlos Ihren Sieg begrüßt, und wie wir in allen den Jahren mit Ihnen empfunden, mit Ihnen gekämpft haben, haben wir auch die Siegesfreude mit Ihnen geteilt. Wir wissen, daß mit Ihren Wahlerfolgen erst die Vorbedingung geschaffen ist für den großen Kampf, den Sie zu führen haben, daß jetzt erst für Sie die opferreiche schwierige Arbeit beginnt. So wie wir in den letzten Jahren uns zusammengefunden haben als Brüder und Mitglieder einer Partei, so, hoffen wir, werden wir in Zukunft zusammenstehen, einander helfend und anfeuernd in guten und schlechten Tagen, die über Sie und über uns kommen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Teszarsz (Budapest): Wenn wir Ungarn Ihren Parteitag besonders herzlich begrüßen, so hat dies seine guten Gründe. Wir sind einander ja so nahe verbunden, wir Oesterreicher und Ungarn, daß wir jeder fast jeden Schritt des anderen hören. Um so größer ist darum unser Interesse, alles zu

beobachten, was hier in Oesterreich geschieht, um daraus Erfahrungen zu sammeln für unsere eigenen Kämpfe, für die eigene Agitation. Wir kennen ja die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie sehr gut, wir wissen, daß vom Vagabundengesetz bis zum allgemeinen Wahlrecht ein wirklich holpriger Weg war, die Kämpfe, die Sie in diesen Zeiten durchgemacht haben, haben ja zum Teil auch viele ungarische Genossen, die zufällig in Wien waren, mitgekämpft und haben ihre Erfahrungen, die sie da gesammelt haben, bei uns zu Hause verwertet. Mit ganz besonderer Freude haben wir die letzte Wahlschlacht beobachtet und ich glaube, so wie es in ganz Europa die Genossen gefreut hat, so war die Freude bei uns doppelt groß. Darum beglückwünschen wir die österreichische Sozialdemokratie und ganz besonders die deutschen Genossen, die einen so riesigen Anteil an den Erfolgen der Sozialdemokratie haben. Man ist gewohnt, Ungarn als Land der Freiheit anzusehen. Aber wir, die wir verurteilt sind, in diesem Lande zu leben, verdammt, dort zu kämpfen, wir wissen, daß das ganz anders ist. Wir wissen, daß die ungarische Freiheit nur eine Spiegelfechterei ist und daß das Volk in Ungarn unterdrückt ist, wie es immer unterdrückt war. Die Parteien, die sich als demokratisch und national ausspielten und vorgaben, daß sie für die Unabhängigkeit kämpfen, hatten kein anderes Ziel, als zur Herrschaft zu kommen, um ihre reaktionären Gelüste durchführen zu können; und diese Partei, die als die eigentliche Unabhängigkeitspartei durch vierzig Jahre eine große Popularität hatte, ist heute daran, sich als die reaktionärste Partei zu entpuppen. Die Regierung, die heute an der Macht ist, hat uns versprochen — auf Wunsch des Königs versprochen — daß sie die Schaffung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechtes als ihre erste und ernsteste Aufgabe betrachten werde. Aber obwohl sie schon zwei Jahre lang im Sattel sitzt, hat sie noch nichts getan, um ihr Versprechen zu erfüllen, sondern sie ist bestrebt, durch immer neue Ausreden das Volk und ihre eigenen Anhänger zu täuschen; sie hat das Volksrecht, das ihr anvertraut wurde, daß sie es dem Volk übermittelt, defraudiert. Aber die Sozialdemokratie ist entschlossen, den Kampf nach dem Muster der österreichischen Sozialdemokratie zu beginnen. Wir werden einmal Ernst machen. Wir haben ja auch in diesen letzten Jahren schon für das Wahlrecht gekämpft, aber am 10. Oktober wird in Ungarn ein allgemeiner Demonstrationsstreik veranstaltet werden und hundert Städte haben sich schon dafür ausgesprochen, so daß ein glänzender Erfolg schon heute sichergestellt ist — und die Herren oben — von Andrassy bis Apponyi — müssen heute schon ihre ganze Staatsmacht gegen uns aufbieten. Versammlungen werden zu Hunderten verboten, die Arbeiter werden verfolgt, die Organisationen werden aufgelöst. Ich kann von hier aus erklären: Wir haben von Ihnen gelernt, wir werden wie Sie kämpfen und werden nicht eher ruhen, als bis wir das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht errungen haben. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Friedrich **Adler** (Zürich): Im Namen der ältesten Organisation deutscher Zunge habe ich Sie hier zu begrüßen, der Organisation der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten der Schweiz. Es war in den Vierzigerjahren, als der Schneider Wilhelm Weitling zum erstenmal in der Schweiz seine Agitation begann und Arbeitervereine im heutigen Sinne begründete. Unsere Organisation in der Schweiz ist quantitativ nicht sehr groß, sie zählt in 41 Sektionen etwa 3000 Mitglieder, aber ihre Geschichte ist unzertrennlich verknüpft mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Sie wissen, daß es eine Zeit gegeben hat, die Zeit des Sozialistengesetzes, in der das Zentrum der deutschen Bewegung in der Schweiz war und unsere Organisation die einzige öffentliche sozialdemokratische Organisation. Sie war lange Zeit nur die Organisation der Arbeiter aus Deutschland und erst in einem späteren Zeitpunkte wurden auch Oesterreicher und Ungarn aufgenommen. Es ist eine Organisation eigener Art; außer den österreichisch-ungarischen Delegationen die einzige gemeinsame Organisation, die es in Oesterreich und Ungarn noch gibt (Heiterkeit), und wenn wir auch manchmal lebhafte Auseinandersetzungen bei uns haben, so kann ich Ihnen doch ver-

sichern, daß bei uns der Ausgleich noch immer pünktlich zustande gekommen ist. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie fragen wohl, warum wir in der Schweiz eine separate Organisation haben, während doch jeder Ausländer, der nach Oesterreich kommt, den österreichischen Organisationen beitritt. Aber das hat seine guten Gründe. Es ist noch nicht lange her, da hieß es in der Schweiz, der Sozialismus sei eine Sache der Schwaben, wie man die Deutschen und die sonstigen Ausländer nannte, welche die Schweizer selbst nichts angehe, und wir haben den Schweizer Genossen den größten Dienst erwiesen, indem wir selbst eine Organisation geschaffen haben. Es wird wohl einmal der Moment kommen, wo die Schweizer Organisation so stark sein wird, daß wir uns ihr wieder anschließen können, ohne ihr Schwierigkeiten zu bereiten. Die Schweizer Genossen haben große Schwierigkeiten in ihrem Lande zu überwinden; nicht nur wegen der geringen Industrie, sondern auch wegen der spezifischen Probleme, die die Schweiz für die sozialistische Arbeit bietet. Wie bei uns in Oesterreich das Problem der Internationalität im Vordergrund steht, so ist es in der Schweiz das Problem der Demokratie. Der Arbeiter hat in der Schweiz eine Waffe in der Hand, von der er immer sehen muß, daß sie nicht zu stark wirksam werde. Die Oesterreicher haben das beste Beispiel gegeben, wie man kämpft, wenn man kein Recht hat, die Schweizer stehen vor der ebenso schwierigen Aufgabe, zu zeigen, wie man kämpft, wenn man ein Recht hat. Unsere Organisation nun hat vor allem die Aufgabe, zu verhindern, daß die Oesterreicher und Deutschen, die in die Schweiz kommen, enttäuscht werden von dem, was sie dort sehen, sie der Sozialdemokratie zu erhalten. Es kommt einer in die Schweiz, wie er glaubt, in das Land der Freiheit, und sieht nun dort eine Bewegung, der jedes revolutionäre Temperament fehlt, und wir haben große Mühe, die Leute vom Anarchismus oder Syndikalismus, wie sich jetzt das nennt, abzuhalten. Weiter aber ist die Organisation ein Zentralpunkt, wo die Oesterreicher und Deutschen die Politik in ihrer Heimat verfolgen können. Wir haben alle mit klopfendem Herzen jede einzelne Phase des riesigen Wahlrechtskampfes, den Sie führten, verfolgt und ebenso jede Phase des Wahlkampfes, die gezeigt hat, welche Macht das Proletariat in Oesterreich darstellt, und ich kann Ihnen sagen, wir vaterlandslose Gesellen in der Schweiz haben das größte Heimweh gehabt und jeder einzelne hat es bedauert, nicht dabei sein zu können, als die große Schlacht geschlagen wurde. Und wenn Sie dem Arbeiter ein Stück Vaterland in Oesterreich erobert haben, indem Sie ihn zum Bürger in diesem Staate machten, so hoffen wir in der Schweiz, daß auch dieser Parteitag einen weiteren Schritt bedeute, daß dem Arbeiter dieses Vaterland nun auch wohnlich werde. (Lebhafter Beifall.)

Witzk: Im Namen der ruthenischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie herzlichst. Sie halten Ihre Beratungen in einer Zeit ab, wo sich gezeigt hat, daß Sie eine große Partei sind, und wo Sie also eine große Verantwortung vor den Massen des Proletariats zu tragen haben, vor den Massen, die namentlich hier in Wien in erster Linie so heldenmütig gekämpft haben. Ihre Beratungen fallen in die Zeit, wo die christlichsoziale Massia wieder ein Stück Beute vom Rechte des Volkes heimgebracht hat. Unsere Schlachzizen schauen auf den großen Künstler Geßmann und sie rufen sich Mut zu, um die Wünsche des Volkes nach dem Muster der Christlichsozialen gering zu achten. So feiern die Christlichsozialen und unsere Schlachzizen ein wahres Verbrüderungsfest und unser Bobrzynski sieht in Ihrem Geßmann seinen Lehrmeister. Unsere Schlachzizen wollen uns eine Wahlreform geben, die noch schlechter ist als das jetzige Wahlrecht; sie wollen unsere Arbeiter knechten, sie wollen die Bauern entrechten. Ihnen hier ist es gelungen, es so weit zu bringen, daß die Christlichsozialen nur noch in den ländlichen Bezirken ihre sichere Burg finden; Sie haben sie von den Städten auf die Felder zurückgejagt. Aber ich hoffe, auch Ihre Bauern werden schließlich die Christlichsozialen durchschauen und werden sie ebenfalls davonjagen. Wenn wir ruthenischen Sozialdemokraten dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie besonders herzlich Glück wünschen, so auch deshalb, weil wir wissen, daß ihr euch auch der bedrückten Völker annehmt. (Lebhafter Beifall.)

Kristan: Werte Genossen! Im Namen der südslawischen sozialdemokratischen Partei, der einzigen, die in Oesterreich unter den proletarischen Parteien parlamentarisch noch unbekannt geblieben ist, habe ich die Ehre oder vielmehr das Vergnügen, Sie zu begrüßen. Wenn Sie uns nach den Resultaten der letzten Reichsratswahlen beurteilten, müßten Sie glauben, daß die südslawischen Völker für die Ideen der sozialdemokratischen Partei unempfindlich seien, allein das entspräche gerade so wenig der Wahrheit, wie die gesamten Wahlresultate das Bild der Partei überhaupt zum treuen Ausdruck bringen. Auch unter unserer Arbeiterbevölkerung, zum Teil auch unter der bäuerlichen, ist der verfluchte Geist der Unzufriedenheit schon mehr in die Keime geschossen, als allgemein bekannt ist. Nichtsdestoweniger sind wir eine schwache und arme Partei, weil wir arm und klein schon als Nation sind. Wir befinden uns auch nicht in der angenehmen Lage, in uns Eigenschaften zu entwickeln, die unseren Gegnern liebenswert erscheinen würden. Es scheint, daß es bei den deutschen Genossen etwas anders ist. Wir erfahren nämlich von unseren Konnationalen immer, daß unsere deutschen Genossen vortreffliche Nationale sind (Heiterkeit!), ja daß sie sogar chauvinistische Anwandlungen haben, während nur wir slawischen Sozialdemokraten so böse Buben sind, die die Freiheit ihrer Nation und alle Heiligtümer vergessen. (Erneute Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob wir auch bei Ihnen so angeschrieben sind; wir versprechen Ihnen, daß wir Sie wohl als Muster ansehen, Genossen, wir uns aber sagen, es wäre besser, das Muster mit eigenen Augen anzusehen, nicht nach der Beschreibung der bürgerlichen Gegner zu urteilen, sondern einfach bei Ihrer Beratung zu erscheinen und sich selbst ein Bild von Ihrer Arbeit und Ihren Erfolgen zu bilden. Wir sehen in der unbedingten internationalen Solidarität nicht nur die Voraussetzung der Befreiung der arbeitenden Klassen aller Nationen, sondern wir glauben, daß auch all dasjenige, was man berechtigt als national hinstellen kann, nur im Wege der Internationale gelingen kann. Und wenn es wahr ist, daß es unterdrückte Nationen gibt — und es heißt, daß wir Slowenen und Kroaten zu ihnen gehören — so glauben wir der Befreiung unserer Nation am besten zu dienen, wenn wir uns in die Reihen der internationalen vaterlandslosen Gesellen einreihen als Nation. Es ist doch auch bei uns schon so weit gekommen, daß ein Kern der Arbeiterschaft da ist, die sich von ihren Klasseninteressen nicht mehr abwenden läßt durch Vorgaukelung von Hirngespinsten, die man ihr als „nationale Ideale" einreden wollte. Wenn wir Ihnen, deutsche Parteigenossen, versprechen, Seite an Seite mit Ihnen zu kämpfen, so wollen wir dabei nicht verhehlen, daß darin ein gut Stück Egoismus gelegen ist, in der Erkenntnis, daß wir nur vorwärts kommen können, wenn wir einander helfen und unsere Kämpfe führen auf dem Boden der großen Arbeitergemeinschaft, auf dem Boden internationaler und unverbrüchlicher Solidarität. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer** teilt hierauf mit, daß von dem alten Genossen Friedrich Leßner aus London ein Begrüßungsschreiben und von den Genossen im Rekonvaleszentenheim Zeillern ein Begrüßungstelegramm an den Parteitag eingelaufen sind. Sie werden beide vom Schriftführer Richter verlesen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird dem alten treuen Genossen Leßner nach London ein Dankelegramm gesendet.

Skaret schlägt sodann die vorliegende Geschäftsordnung zur Annahme vor sowie daß die Arbeitszeit des Plenums des Parteitages von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 1 bis 4 Uhr nachmittags dauern soll, so daß die übrige Zeit den Kommissionsberatungen gewidmet sein kann. (Angenommen.)

Skaret: Zur Tagesordnung liegen mehrere Anträge vor. Alle wünschen, daß der von der Parteivertretung vorgeschlagenen provisorischen Tagesordnung ein weiterer Punkt angefügt werde, und zwar beantragen Reichenberg: Lebensmittelteuerung und Agrarfrage; Wiener-Neustadt: Der Lebensmittelwucher; Gablonz: Lebensmittelteuerung und Kohlenwucher; Karlsbad: Die Agrarfrage; Wien III: Genossenschaftsbewegung.

Ich schlage Ihnen vor, folgenden Punkt als neunten Punkt noch auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung", worüber Dr. Karpeles referieren wird. Die Tagesordnung des Kongresses lautet demnach folgendermaßen:

1. Konstituierung des Parteitages:
a) Wahl des Präsidiums;
b) Festsetzung der Geschäftsordnung und Tagesordnung;
c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte:
a) der Parteivertretung. Berichterstatter F. Skaret und W. Ellenbogen;
b) der Kontrolle;
c) über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter E. Rieger.
3. Das neue Organisationsstatut der Partei. Berichterstatter F. Skaret.
4. Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament. Berichterstatter Dr. V. Adler.
5. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter Leopold Winarsky.
6. Die Wahl der Parteivertretung.
7. Parteipresse. Berichterstatter G. Emmerling.
8. Das Wahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen. Berichterstatter M. Eldersch.
9. Der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung. Berichterstatter Dr. B. Karpeles.
10. Eventuelles.

Skaret: Für die Mandatsprüfungskommission schlage ich Ihnen gemäß den Vorschlägen der Vorbesprechung folgende Genossen vor: Wien: Wolf; Steiermark und Kärnten: Eich (Villach); Böhmen: Schiller (Reichenberg); Mähren und Schlesien: Kalabus (Brünn); Oberösterreich und die Alpenländer: Gruber (Linz).

Weiters schlage ich Ihnen in die Kommission zur Wahl der Parteivertretung vor: Wien: Pirkebner; Niederösterreich: Nelson; Böhmen: Hillebrand; Steiermark: Muchitsch; Oberösterreich: Dametz; Salzburg: Preußler; Mähren: Schloßnikel; Schlesien: Tuppy; Bukowina: Pistiner. Die übrigen Länder werden ihre Vertreter erst bekanntgeben.

Es wird sodann in die Verhandlungen der Berichte eingegangen.

Bericht der Parteivertretung.

Referent **Skaret**: Parteigenossen! Sie haben ja alle einen gedruckten Bericht der Parteivertretung vorliegen; er bezieht sich jedoch nur auf die letzten zwei Jahre nach dem Gesamtparteitag von 1905 in Wien, nicht aber auch auf das eine Jahr, das dem deutschen Parteitag in Salzburg unmittelbar gefolgt ist. Wir haben dieses Jahr in den Bericht nicht miteinbezogen, einer alten Gepflogenheit gemäß, weil wir sonst immer in die Berichte der deutschen und der Gesamtparteitage Wiederholungen hineinbekämen. Gestatten Sie, Parteigenossen, daß ich über das Jahr nach dem deutschen Parteitag in Salzburg hier nur kurz mündlich berichte. Unmittelbar an den Salzburger Parteitag hat sich noch im Oktober ein ziemlich intensiv geführter Kampf für das Landtagswahlrecht angeschlossen, so daß wir sehr große Wahlrechtsdemonstrationen besonders in Brünn, Prag und Steiermark verzeichnen konnten, deren Erfolg allerdings für einzelne Landtage damals ein verhältnismäßig sehr bescheidener war. Es wurde nichts anderes als das an sich bescheidene Kurienwahlrecht erreicht. Es ist dieses Kurienwahlrecht eingeführt in Steiermark, Mähren, Vorarlberg, Kärnten und erst heuer in den allerletzten Wochen nahmen wir neuerdings durch eine intensive Bewegung, wie es scheint, einen starken Anlauf und es ist große Aussicht, daß das Landtagswahlrecht in etwas freiheitlicher Weise reformiert werden dürfte.

Der Gesamtparteitag, der im Jahre 1905 stattgefunden hat, war einer unserer denkwürdigsten, mit Ausnahme des von 1889 vielleicht, zweifellos der

bedeutendste, den wir in der österreichischen Parteigeschichte verzeichnen. Sie werden sich noch erinnern, wie am 2. November 1905, am zweiten Verhandlungstag, plötzlich die Nachricht zum Parteitag kam, daß auch in Rußland endlich an die Einführung des Wahlrechtes geschritten und politische Freiheiten gegeben werden sollen. Mit einem Schlage war da das ganze Bild des Parteitages total verändert. Während wir früher noch in ruhiger Beratung beisammen saßen, war nun plötzlich die Kampfstimmung hereingekommen, daß wir uns sagten: „Was nützt jetzt alles weitere Beisammenbleiben, was nützt alles Beraten auf dem Parteitag!“ Wir erledigten nur noch den Punkt über den Massenstreik, brachen den Parteitag ab und gingen in allgemeiner Kampfbegeisterung unter der Parole hinaus: „Heraus mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht!“ Noch an demselben Abend hatten wir auf dem Burgring eine große Demonstration, an die sich selbstverständlich eine Reihe weiterer Demonstrationen in Wien und in der Provinz anschloß. So wurde der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Reichsrat, der allerdings auch — und ich konstatiere das nicht nur von Wien, sondern von der Provinz — seine Blutbäder zu verzeichnen hatte, aber auch an Intensität und Erfolg alle anderen weit übertrifft. Ich erinnere Sie, werte Parteigenossen, daß wir auf das Blutbad, das die Wiener Polizei am 2. November in der Babenbergerstraße angerichtet hat, schon am 5. November die Antwort in einer Weise gegeben haben, daß wir uns abermals in den größten Massen auf dem Ring sammelten und daß damals das Ereignis viel besprochen wurde, daß auf den Parlamentsmasten, auf dem sonst nur die schwarz-gelben Fahnen flattern, von unseren Parteigenossen rote Fahnen gehißt wurden. Die Demonstrationen haben sich bis 10. November hingezogen, bis endlich in der „Abendpost“ von derselben Regierung, die im Sommer vorher erklärt hatte, das allgemeine, gleiche Wahlrecht für den Reichsrat sei nicht zu machen, die Erklärung abgegeben wurde, daß sie bereit sei, dem zusammentretenden Parlament eine Wahlreform vorzulegen. Ich erinnere Sie kurz an die große Demonstration am 28. November, die nicht nur in Wien, sondern auch draußen so imponierend aufgetreten ist, daß wir in der Tat sagen können, es ist da während des Kampfes um das gleiche Recht von den österreichischen Parteigenossen gewiß nichts versäumt worden.

Anders haben sich allerdings die Dinge gestaltet, während sich im Parlament und besonders im Wahlreformausschuß die Beratungen schleppend gestalteten und sich hinauszogen, daß unsere Genossen draußen in der Provinz wiederholt den Anlaß gegeben erachteten, mit der Taktik der Parteivertretung nicht einverstanden zu sein. Sie meinten, wir möchten doch etwas energischer sein, etwas m e h r tun. Von vielen Seiten wurde uns damals wiederholt nahegelegt, wir sollen doch, nachdem die Dinge einen so schleichenden, schleppenden Gang nehmen, zur Proklamierung des Massenstreiks schreiten. Meine sehr geehrten Parteigenossen, Sie können versichert sein, wir haben damals wiederholt in solchen kritischen Momenten die Proklamierung und Anordnung des Massenstreiks erwogen, aber wir waren uns immer des Maßes der Verantwortung bewußt, die wir der Arbeiterschaft gegenüber tragen, und mußten uns die Anwendung dieses Mittels auf die allerletzten Augenblicke und den äußersten Fall aufheben. Es war damals gewiß unrecht, wenn von einzelnen Seiten Vorwürfe gekommen sind, daß wir „wieder schwach“ wurden und das Notwendige nicht vorzukehren wußten. Wir begriffen und begreifen alle sehr wohl dieses stürmische Drängen, das damals die Genossen erfaßte; doch andererseits bitte ich zu überlegen, daß wir alle jene Mittel zur Anwendung bringen mußten, von denen wir die Ueberzeugung hatten, daß sie unserem Zwecke dienen werden und daß wir dabei auch den Arbeitern und auch unseren Gegnern unnütze Opfer ersparen mußten. Wir waren uns zu klar bewußt, daß es, sobald wir zum Mittel des Massenstreiks einmal greifen, es dann kein Zurück mehr geben kann und ich glaube, daß wir der Parteivertretung gerade durch diese Taktik, insbesondere aber Genossen Dr. Adler, der im Wahlreformausschuß gesessen und durch seine weise Mäßigung das Werk am besten förderte, Dank schuldig sind. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Gerade der klugen Mäßigung, den nicht in den Vordergrund drängenden besonderen sozialdemokratischen Forderungen und dem Vorschieben anderer geeigneter Personen, wodurch es Genosse Dr. Adler nicht nur auf dem Parteitag, sondern auch im Parlament verstand, das als richtig Erkannte durchzusetzen, ist der größte Teil dieses Erfolges zuzuschreiben.

Allem Drängen zum Trotz haben wir damals vom Aeußersten zurückgehalten; aber bei aller Rücksicht auf die schwere Verantwortung gegen die Arbeiter waren wir doch wiederholt in der Situation, wo wir knapp vor dem Massenstreik standen. Ich hebe da nur jenen Moment hervor, wo wir uns in der Tat gedrängt fühlten, eine Proklamation hinauszugeben, die eine dreitägige Arbeitsruhe in Aussicht nahm. Sie wurde damals von vielen Parteigenossen sehr verschieden beurteilt und Sie haben heute den Beweis dafür, daß mit der damaligen Proklamation mit einer nur dreitägigen Arbeitsruhe, die erfreulicherweise nicht zur Durchführung gebracht werden mußte, die Parteivertretung voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hat. Wenn auch viele unserer Parteigenossen damals der Meinung waren: „Was ist das — drei Tage? Was wollen wir damit! Wem soll das imponieren!“ — so waren sich doch diejenigen Kreise, auf die es hauptsächlich ankommt und die zum größten Teil die Verantwortung tragen, vollständig dessen bewußt, daß es, wenn einmal die Arbeiter auf drei Tage aus den Fabriken und Werkstätten herausgehen und sich in der Wahlreformfrage nichts ändert, sehr schwer fallen werde, sie wieder hineinzubringen. (Zustimmung.) Wir haben damals auch einen Generalausschuß eingesetzt, der die ganze Zeit sozusagen in Bereitschaft stand, und es hätte in der Tat nur eines kurzen Zeitraumes gebraucht und die gesamte Arbeiterschaft Wiens wäre auf der Straße gewesen. Diese Dinge habe ich mich verpflichtet gefühlt, hier wieder in Erinnerung zu bringen, weil einzelne Genossen meinten, die Parteivertretung habe in jener Zeit nicht immer voll und ganz ihre Pflicht erfüllt — obgleich wir heute, wo der Erfolg auf unserer Seite ist, kaum noch ernste Rekriminationen zu befürchten haben. Als schon das Abgeordnetenhaus die Wahlreform angenommen hatte, kam noch die große Schwierigkeit, daß das Herrenhaus sich mit allen Mitteln der Wahlreform zu widersetzen suchte. Auch da mußten wir noch alle Minen springen lassen, um noch die letzten Widerstände sowohl bei den Herrenhäuslern als auch bei der Regierung zu beseitigen. Es ist uns auch gelungen, und das in der Kommission schon angenommene Pluralitätsprinzip ist dann im Parlament wieder gefallen, so daß wir in der Tat das allgemeine gleiche Wahlrecht in diesem Kampfe erobert haben.

Am 20. Jänner wurde dann das Privilegienparlament aufgelöst und nunmehr begann für uns die außerordentlich schwere Arbeit des Wahlkampfes. Schwere Zeiten hatten wir damals überwunden, eine schwerere Zeit stand uns bevor; nicht darum, weil wir wieder einen neuen Kampf führen mußten — solche Kämpfe sind wir ja schon gewohnt —, sondern weil wir einem ganz Ungewissen gegenüberstanden. Wir waren durch die kunstvolle Zusammenwürfelung der Wahlbezirke, die ja gewiß nicht zu unseren Gunsten, sondern zum Vorteil unserer einzelnen bürgerlichen Gegner erfolgt war, ganz im unklaren über die Frage, wie wir im Wahlkampf abschneiden werden. Unsere Hoffnungen, die wir in die Wahlschlacht setzten, waren keine übertriebenen. Die Pessimisten unter uns sprachen von 20 bis 25 Mandaten, die wir erreichen könnten, die Optimisten meinten, auf 50 bis 60 rechnen zu können. Die Wahl selbst hat dann die Erwartung unserer ausschweifendsten Optimisten übertroffen, als wir 87 Mandate davongetragen haben. Ich halte es aber bei diesem Bericht für meine Pflicht, hier ohne Umschweife zu sagen: der Erfolg unserer Partei hätte ungleich größer sein können, wenn wir organisatorisch und materiell dem Wahlkampf mehr gerüstet gegenübergestanden wären, als wir es in der Tat waren. Wir haben in Wahlbezirken Niederlagen zu verzeichnen, wo es nicht notwendig gewesen wäre. Während in anderen Ländern für derartige Kämpfe die Mittel vielfach in hohem Maße bereit stehen und die einzelnen Wahlbezirke selber mit den notwendigen Fonds ausgerüstet sind, hat bei uns, als sie in den Wahlkampf getreten sind, die überwiegend

große Anzahl von Wahlkreisen gar keine Mittel oder so gut wie gar keine Mittel gehabt und der Zentralwahlfonds, der für 230 Wahlkreise zur Verfügung stand und aus dem auch noch nationale Exekutiven unterstützt werden mußten, war viel zu unzureichend, als daß wir alle Anforderungen hätten erfüllen können.

Parteigenossen! Ich glaube, wir müssen die nunmehr vor uns liegende Zeit dazu benützen, nicht nur die Organisation wesentlich auszugestalten, sondern müssen in ihr auch ein großes Augenmerk darauf richten, daß die Eingänge für die politische Partei im Laufe des Jahres wesentlich höher werden, als es bis jetzt der Fall war. Wir verfallen ja beinahe dem Fluch der Lächerlichkeit, wenn man bedenkt, daß ziemlich starke Parteiorganisationen aus Orten mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung nicht einmal imstande sind, die notwendigen Agitationsspesen aufzubringen. Das sind Zustände, die — wie ich aus meinem Bericht scharf herausheben will — mit sehr viel Schuld tragen, daß wir in vielen Wahlkreisen nicht weit besser abgeschnitten haben, als wir es in der Tat haben.

Da ich den Bericht über die Verwendung der Mittel, in der, wie ich glaube, die Kritiker einen Angriffspunkt werden sehen wollen, dem Parteikassier Genossen Dr. Ellenbogen überlassen kann (Heiterkeit), so kann ich mich im weiteren auf die Darstellung beschränken, wie es nach dem Wahlkampf mit unserer Organisation bestellt ist. Es ist nicht zu leugnen, daß wir durch den Wahlrechtskampf und durch den Wahlkampf selbst organisatorisch eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen haben. Darüber ist kein Zweifel. Es fragt sich jetzt nur, inwieweit wir imstande sein werden, diese Erfolge auszunützen und sie auf die Dauer für die Partei sichern können. Gestatten Sie mir da, auf einige bedenkliche Schwächen unserer Organisation hinzuweisen. Es wirft gewiß ein ganz eigentümliches Licht auf unsere Organisationsverhältnisse, wenn aus Wahlkreisen mit vierzig bis fünfzig von Arbeitern stark bewohnten Parteiorten im ganzen nicht mehr als fünf, sechs Berichte mit den Antworten auf die hinausgeschickten Fragebogen einlaufen. Es macht das fast den Eindruck, als ob wir eine Parteiorganisation hätten, die weit mehr nur in unserem Glauben als Fiktion bestehe, nicht aber eine, die imstande ist, zu funktionieren und ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es fällt mir natürlich nicht ein, hier Namen zu nennen. Wenn bei einer Bezirksorganisation, wie ich sie im Auge habe, in den Berichtsfragebogen auf zweien die Antwort auf die Frage über die Häuser- und Straßenorganisation „nein" lautet und auch die anderen Zweifel erwecken, ob das „ja" ganz ehrlich ist, so verrät das gewiß, daß es mit unserer Organisation heute noch nicht am besten bestellt ist und daß es eine sehr schwere und sehr große Aufgabe ist, die wir auf diesem Gebiet in der nächsten Zeit zu lösen haben werden.

Die Zahl der politisch organisierten Genossen ist leider nicht festzustellen; erstens einmal darum nicht, weil die Berichte außerordentlich mangelhaft sind, und dann, weil unsere Lokalorganisationen, wie sie heute bestehen, vielfach auf so schwanker Grundlage beruhen, daß eine Zahlung wie in anderen Ländern nicht möglich ist; dessenungeachtet können wir konstatieren — und ich wiederhole das — daß unsere Organisationen ganz bedeutende Fortschritte zu verzeichnen haben.

Die politischen Verfolgungen haben sich auch in dieser Berichtsperiode um ein ganz Bedeutendes vermehrt. Allerdings kann man heute eigentlich in Oesterreich kaum mehr recht von politischen Verfolgungen sprechen. Fast das ganze Um und Auf, von dem man als von politischen Verfolgungen reden kann, ist eigentlich die Verfolgung wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes, die in allen Orten von ganz Oesterreich, wo wir eine Parteibewegung haben, immer wiederkehrt. Diesmal haben wir allerdings aus dem Wahlrechtskampf eine Reihe von Erfolgen und Verurteilungen zu verzeichnen, die gegenüber dem Jahre 1905, wo der letzte deutsche Parteitagsbericht veröffentlicht wurde, von viel bedeutenderer Höhe sind. Im Jahre 1905 hatte die deutsche Parteibewegung in Oesterreich 16 Monate und 3 Tage an Frei-

heitsstrafen im Bericht, im Jahre 1907 haben wir aber 34 Monate und 17 Tage, also weit mehr als das Doppelte an Freiheitsstrafen. Ueberdies waren unter den im heuer vorgelegten Bericht ausgewiesenen Freiheitsstrafen 21 Monate und 15 Tage schweren Kerkers. Auch die Geldstrafen haben sich während der jetzigen Berichtsperiode bedeutend erhöht. Während wir im Jahre 1905 über 472 Kronen Geldstrafen zu berichten hatten, verzeichnet der Bericht von 1907 jetzt Geldstrafen in der Gesamthöhe um 3813 Kronen, wozu der Wahlrechtskampf ein gutes Stück beigetragen hat.

Mit der Organisation, und ich möchte sagen mit und nach der Wahlbewegung, hat auch unsere Parteipresse einen ganz bedeutenden Fortschritt gemacht, wie wir ihn in früheren Jahren nie zu verzeichnen hatten. Wir haben allerdings jetzt 1907 um zwei politische Parteiblätter weniger als im Jahre 1905; doch ich bitte, das nicht vielleicht so zu deuten, als ob das ein Zurückgehen unserer Organisation darstellte. Diese zwei politischen Parteiblätter wurden deshalb aufgelassen, weil man es für praktischer gefunden hat, sie mit anderen bereits bestehenden, besseren und stärker ausgestatteten zu vereinigen. Es sind der „Böhmerwaldbote“ und der „Vorwärts“ in Tachau, die aufgelassen wurden. An der Zahl der Tagblätter hat sich nichts geändert, es sind nach wie vor zwei; aber das Erscheinen anderer Blätter hat sich bedeutend vermehrt. Nach dem Jahre 1905 hatten wir erst drei Blätter, die zweimal in der Woche erschienen; heute haben wir drei Blätter, die dreimal, und neun Blätter, die zweimal wöchentlich erscheinen. Weitere neun Blätter erscheinen noch einmal in der Woche. Die Auflage der Blätter ist durchwegs erhöht worden. Ich konstatiere da, daß in einzelnen Wahlkreisen nach der Wahlkampagne die Auflage um 2000, 3000 und 4000 Exemplare stieg und bedauere nur, daß die Erhöhung der Auflage damit nicht in allen Bezirken gleichen Schritt gehalten hat. Eines gestatten Sie mir da noch zu erwähnen, was jetzt insbesondere im Wahlkampf wieder kraß zum Ausdruck kam: daß wir eine sehr schlecht organisierte Kolportage besitzen. Ich glaube, daß sich darob doch niemand darauf beruft, daß wir in Oesterreich noch das Kolportageverbot haben. Dieses wissen wir doch in Oesterreich schon seit mehr als zehn Jahren zu negieren. Die Sorgfalt, die auf die Verbreitung des geschriebenen Wortes verwendet werden soll — nicht nur auf die Verbreitung der Parteipresse, sondern der gesamten Parteiliteratur — fehlt heute leider noch sehr. Ich nehme auch Wien da nicht aus. Wir haben auch in Wien bei den allermeisten Wählerversammlungen die Erfahrung machen müssen, daß bei der Kolportage nicht so vorgesorgt war, wie es im Interesse der Sache gelegen gewesen wäre.

Ist also auch im Punkte Organisation wie auch im Punkte Presse ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen, so haben uns die Wahlorganisation und der Wahlkampf auch gezeigt, wo unsere Stärke und wo die schwächsten Punkte unserer Organisation liegen. Ich weiß ja, Sie werden heute wieder mit Klagen kommen, daß die Parteivertretung nicht alle Ihre Wünsche bezüglich der Anstellung und Subventionierung der Vertrauensmänner und Parteiblätter erfüllt hat. Ich gebe das ohneweiters zu, daß wir da nicht auf alle Wünsche eingegangen sind, aber wir konnten darauf nicht eingehen, weil der Partei selbst die allernotwendigsten Mittel fehlten, um alle Wünsche durchzuführen, und weil sich die Wünsche auch nicht im Rahmen des Möglichen und praktisch Notwendigen gehalten haben. Seien Sie überzeugt: was wir als Parteivertretung im Laufe der Berichtsperiode tun konnten, haben wir in jeder Weise getan. Wenn wir nicht weitergehen konnten, war nicht die Parteivertretung die Schuld, sondern die Verhältnisse. Gerade was die Neuanstellung von Vertrauensmännern anlangt, bin ich überzeugt, daß die Genossen jetzt ihre darauf abzielenden Anträge reklamieren werden, um ihnen beim Parteitag Geltung zu verschaffen. Ich bitte Sie, diese Dinge vom Parteitag fernzuhalten. Wenn irgendwo ein Vertrauensmann angestellt oder ein Arbeitersekretariat errichtet werden soll, so können solche Dinge nur im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit erfolgen, können aber nicht in der Form von Anträgen

an den Parteitag beschlossen werden und der Parteivertretung quasi ein Auftrag erteilt werden, ohne daß für den Parteitag die Möglichkeit bestanden hat, die Sache genau zu untersuchen. Ich bitte die Genossen, sich vor Augen zu halten, daß wir sehr gern bereit sind, ihre dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen, bitte aber auch, nicht mehr zu verlangen, als wir in dieser Richtung leisten können. Ich möchte dem beifügen, werte Genossen, daß Sie sich nicht allein auf Forderungen nach Errichtung solcher Dinge beschränken, sondern daß Sie auch zugleich mit uns Mittel und Wege suchen, wie wir auch in den Besitz der notwendigen Mittel gelangen, um derartige Ansprüche befriedigen zu können. Ich leugne nicht, daß von der Parteivertretung organisatorisch weit mehr notwendig ist, als bis heute geschehen ist; seien Sie aber überzeugt, es ist nicht der Mangel an Kenntnis oder Verständnis dieser gewissen Notwendigkeiten, sondern es ist vielfach ein Ding der Unmöglichkeit, alles das durchzuführen, was in dieser Richtung an Wünschen sich meldet.

Im großen und ganzen meine ich, daß dieser Parteitag mit dem, was abgeschlossen hinter uns liegt, vollständig zufrieden sein kann; nicht nur im Punkte des Wahlrechtes und der Wahlen, sondern auch im Punkte dessen, was schon als schöne Ansätze zur Organisation zu finden ist. Aber selbstverständlich kann und darf das Reichsratswahlrecht mit seinen 87 Mandaten uns nicht zum Faulbett werden, daß wir glauben, nun wir das gleiche Recht haben, sei alles in schönster Ordnung und nun können die Dinge laufen und liegen, wie sie wollen. Im Gegenteil! Gerade dieser Wahlkampf heißt uns jetzt ganz besonders unser Augenmerk auf alle jene Schichten zu richten, die uns der Wahlkampf als für unsere Ideen empfänglich gezeigt. Wenn wir im gegenseitigen Einvernehmen darauf hinarbeiten, dann ist es sicher, daß wir bald gewiß auch in unserer Organisation, in unserer Presse, in unserer ganzen Bewegung ein wesentlich anderes und wesentlich günstigeres Bild zu verzeichnen haben werden als jetzt, zum mindesten, daß wir auch in Oesterreich endlich anfangen, etwas mehr Parteileben zu bekommen, als in unserer Bewegung bisher wahrzunehmen war. Ich kann Ihnen ruhig sagen, was an der Parteivertretung liegt, werden wir jederzeit tun; sehen nur auch Sie auf der anderen Seite, daß wir so im gegenseitigen Einvernehmen jenen Boden schaffen, der auch einen besseren und günstigeren Ausbau unserer gesamten Organisation ermöglicht. (Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Es sind folgende Anträge eingelangt:

Um die agitatorische Arbeit der Parteigenossen zu erleichtern, beschließt der Parteitag: Die Parteivertretung wird beauftragt, jeweils vor Reichsratswahlen ein Handbuch herauszugeben, das in übersichtlicher Weise den Genossen das für den Wahlkampf notwendige Material liefert. (Albert Sever.)

Der Parteitag nimmt den Bericht des Sozialdemokratischen Verbandes im österreichischen Abgeordnetenhause mit Befriedigung zur Kenntnis und spricht ihm für seine Tätigkeit Dank und Vertrauen aus. (Johann Weiß, Mährisch-Schönberg.)

Die Parteivertretung wird beauftragt, alle Vorbedingungen zu schaffen, um die Verfassung einer Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu ermöglichen, indem sie das Material sammelt und eine geeignete Kraft mit dieser Arbeit beauftragt. (Adler.)

Der Bericht des Parteikassiers ist so zu gestalten, daß dem nächsten Parteitag nicht nur ein Bild der Leistungen für die Steuerkraft der Länder, sondern auch ein Bild der Befriedigung ihrer Bedürfnisse aus Parteimitteln vorliegt. (Neumann.)

Bericht des Parteikassiers.

Referent Dr. **Ellenbogen**: Auch ich habe über eine dreijährige Parteigeschichte zu berichten. Der schriftlich vorliegende Bericht zeigt Ihnen ebenso wie in früheren Jahren ein fortwährendes Steigen der Parteieinnahmen, parallel mit dem Wachstum der Partei. Wir haben in den letzten zwei Jahren ein außerordentliches Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung zu verzeichnen und das natürliche Ergebnis ist auch das Anwachsen der Parteisteuer. Neben

diesen Einnahmen — die wir für die letzten beiden Jahre auf 75.000 Kr. bis 80.000 Kr. berechnen können, so daß die Steigerung folgendermaßen erfolgt: 1898 bis 1900 24.693 Kr., 1900 bis 1902 26.816 Kr., 1903 bis 1904 35.322 Kr., 1905 bis 1906 51.722 Kr., 1907 bis 1908 voraussichtlich 80.000 Kr. — kommen die anderen Einnahmen der Parteivertretung kaum in Betracht. Die paar hundert oder tausend Kronen aus dem Broschürenkonto können sich daneben kaum sehen lassen. Es ergibt sich aber daraus auch, daß hier eine gewisse Aenderung erfolgen muß. In den drei Jahren seit Salzburg ist eine große Wandlung eingetreten. Die Tatsache, daß wir das allgemeine Wahlrecht erobert haben, bedeutet auch, daß die Partei auf eine ganz andere politische, organisatorische und finanzielle Grundlage gestellt werden muß. Bei den Wahlen hat sich gezeigt, daß eine ganze Reihe von Orten, die früher gar nicht in Betracht kamen, als beachtenswerte Punkte der Organisation angesehen werden müssen. Wir haben eine Anzahl von Wahlkreisen erobert, wo wir der mangelhaften Organisation der bürgerlichen Parteien viel mehr unseren Sieg zu verdanken haben, als unserer eigenen Kraft. Diese Wahlkreise werden wir nun zu halten haben. Außerdem werden wir aber in den noch zahlreicheren Orten, wo wir mit großen Minoritäten unterlegen sind, unsere Organisation so ausbauen müssen, daß wir sie das nächstemal sicher gewinnen. Wir haben also einerseits mit aller Kraft zu behaupten, was uns das Kriegsglück in den Schoß geworfen hat, andererseits aber haben wir an den Ausbau unserer Organisation zu schreiten, um neue Eroberungen zu machen. Daraus ergibt sich, daß wir einer Anzahl von Organisationen direkt mit finanziellen Mitteln unter die Arme greifen müssen. Ich verweise da auf ein einziges Beispiel, das ist die Bukowina, wo wir uns nicht hätten träumen lassen, daß wir dort ein Mandat erobern werden. Nun haben wir es erobert und die erste Wirkung davon ist, daß die Christlichsozialen sich mit Heißhunger auf die Bukowina stürzen, um uns dieses Mandat zu entreißen. Es erwächst uns nun die Pflicht, finanzielle Mittel nicht zu scheuen, um die Organisation dort zu heben. Es erhellt daraus, daß wir nach Mitteln suchen müssen, um der Parteivertretung neue finanzielle Kräfte zuzuführen. Ich betone jedoch, daß die Parteivertretung nicht daran denkt, das Institut der Parteisteuer irgendwie zu ändern. Es sieht, wie jeder zugeben muß, etwas komisch aus, wenn es im Organisationsstatut heißt, daß Parteigenosse derjenige ist, der einen Kreuzer monatlich steuert; man kann sich also diese Ehre billig verschaffen. Trotzdem soll an dieser Steuer nichts geändert werden und dieses System ist für die Parteivertretung gerade wegen der konstanten ununterbrochenen Verbindung mit allen Organisationen so wichtig. Daneben aber muß nach neuen Einnahmsquellen gesucht werden und es wird Ihre Aufgabe bei Beratung des Organisationsstatuts sein, solche Mittel zu finden, eventuell werden wir Ihnen Vorschläge erstatten.

Sie werden jedoch wohl auch neugierig sein, wie wir die Gelder ausgegeben haben, und namentlich, wie sich die Ausgaben auf die einzelnen Kronländer verteilen.

Die Agitationsausgaben und was damit zusammenhängt, wie Unterstützung von Vertrauensmännern u. s. w., verteilen sich in diesen drei Jahren folgendermaßen:

Böhmen 14.102 Kr.,
Mähren 2257 Kr.,
Schlesien 1678 Kr.,
Niederösterreich 6416 Kr.,
Oberösterreich 213 Kr.,
Salzburg 627 Kr.,
Steiermark 1970 Kr.,
Kärnten 66 Kr.,
Tirol 2159 Kr.

Es haben also die Sudetenländer zusammen 18.038 Kr., die Alpenländer zusammen 11.455 Kr. erhalten. Ferner erhielten:

Krain 140 Kr.,
Triest 267 Kr.,
Dalmatien 81 Kr.,
Galizien 7966 Kr.,
Bukowina 595 Kr.

Für allgemeine Agitation im ganzen Reiche wurden 6835 Kr., für das Ausland 5901 Kr. ausgegeben. Ich betone hier nochmals, daß das lediglich für Agitation, nicht auch für den Wahlrechtskampf ausgegeben wurde.

Für den Wahlrechtskampf wurden 11.403 Kr. ausgegeben, wovon etwa 8000 Kr. auf Galizien allein entfallen. Sie wissen ja, daß eine Zeitlang die Entscheidung im Wahlrechtskampfe von Galizien abhing; das war damals, als die polnische Schlachta die Rebellion gegen den Wiener Hof in Szene setzte und ihr in Galizien das Feuer unter dem Stuhl angezündet werden mußte. Für Subventionen von Vertrauensmännern wurden rund 14.000 Kr. ausgegeben, an das Internationale Sekretariat in Brüssel 3000 Kr., für die Gesamtexekutive 3800 Kr., für die Ausgestaltung des Parteiarchivs 4500 Kr.

Ich komme nun zu einer kurzen finanziellen Darstellung des W a h l f o n d s. Wir haben diesmal die größte Summe aufgebracht und ausgegeben, die jemals bei uns in Oesterreich verwendet wurde. Wir haben

168.000 Kr. eingenommen,
183.000 Kr. ausgegeben,

so daß wir ein Defizit von 15.000 Kr. haben.

Hierzu haben die gewerkschaftlich organisierten Genossen nicht weniger als 72.911 Kr. aufgebracht (Lebhafter Beifall), die genossenschaftlich organisierten Genossen haben 10.785 Kr. beigesteuert, die niederösterreichische Landesparteivertretung 3000 Kr., die „Volkstribüne“ 10.000 Kr., die Druckerei Vorwärts 5000 Kr., die Volksbuchhandlung 1000 Kr. Aus dem Ausland kam die respektable Summe von 36.973 Kr., wovon allerdings 35.302 Kr. (gleich 30.000 Mk.) von unserer deutschen Bruderpartei gegeben wurden, wofür ich den Genossen hiermit nochmals unseren Dank ausspreche. (Großer Beifall.) Die deutschen und österreichischen Genossen in der Schweiz haben 837 Kr. (nach Ende Juni kamen noch einige Beiträge) geschickt und als Kuriosum will ich erwähnen, daß auch die russischen Revolutionäre uns 500 Kr. spendeten. (Beifall.) Aus Ungarn, Italien, Rumänien und Amerika sind Beiträge in verschiedener Höhe eingelaufen.

Die Ausgaben des Wahlfonds sind folgende:

Für die Zentrale 7357 Kr.,
„ Böhmen 48.541 Kr.,
„ Niederösterreich 54.738 Kr.,
„ Oberösterreich 1500 Kr.,
„ Salzburg 1595 Kr.,
„ Steiermark 7043 Kr.,
„ Kärnten 1000 Kr.,
„ Tirol 2100 Kr.,
„ Bukowina 1600 Kr.,
„ Mähren 7679 Kr.,
„ Schlesien 6869 Kr.

Dann für die Genossen der anderen Nationen:

Tschechen 8825 Kr.,
Polen 19.000 Kr.,
Ruthenen 8460 Kr.,
Italiener 4500 Kr.,
Slowenen 3000 Kr.

Genosse Skaret hat von voraussichtlichen Vorwürfen gesprochen, die man der Parteivertretung wegen der Verteilung des Wahlfonds erheben wird. Ich fürchte diese Vorwürfe nicht, denn wir haben ein reines Gewissen. Wir haben einfach einen Auftrag der Reichskonferenz, die unmittelbar vor der

Wahl tagte, ausgeführt. Ja, wir haben mehr getan, als man uns auftrug. Dort wurde beschlossen, daß nur diejenigen Wahlkreise aus dem Zentralwahlfonds unterstützt werden, bei denen Aussicht auf Erfolg ist. Wir haben nun die Wahlkreise in vier Kategorien geteilt, von denen die drei ersten 2000, 1000 und 500 Kr. bekamen; die aussichtslosen haben überhaupt nichts bekommen. Es ist nun der merkwürdige Fall eingetreten, daß ein Wahlkreis, der gar nichts bekommen hat, eine der ungeheuersten Majoritäten für uns erlangt hat, es ist das der Wahlkreis des Abgeordneten Dötsch, wo Schönerer durchgefallen ist und wo wir 5000 Stimmen Mehrheit erhielten. Andererseits haben wir einen Wahlkreis, in dem wir selbst auf keinen Sieg rechneten, mit großen Mitteln unterstützt, den Ascher Wahlkreis nämlich, wo wir allerdings den Erfolg erzielten, daß Franko Stein nicht mehr das Parlament verunziert, abgesehen von der riesigen Stimmenzahl, die wir dort erlangten.

Jetzt, nachdem die Wahl vorüber ist, kennen wir selbstverständlich die Struktur der Wahlkreise besser. Doch können wir uns das Zeugnis ausstellen, daß die Art, wie wir den Fonds verwaltet haben, erfolgreich war. Ich hoffe wenigstens, daß Sie mit den 50 Mandaten, die wir errungen haben, zufrieden sind. So glaube ich, daß Sie auch unserer finanziellen Gebarung Ihre Zustimmung geben und uns das Absolutorium erteilen werden. Jedenfalls aber bitte ich Sie, reiflich zu erwägen, wie Sie uns mehr Mittel zuwenden können, damit wir den großen Aufgaben, die unser in Zukunft harren, nachkommen können. (Lebhafter Beifall.)

Bericht der Kontrolle.

Dr. **Czech** (Brünn): Wir haben im Laufe der letzten Jahre sowohl die Parteikasse als auch die „Arbeiter-Zeitung“ und alle übrigen Parteiinstitute wiederholt eingehend revidiert, wiederholt auch an den Sitzungen der Parteivertretung teilgenommen und wir können Ihnen nur ganz beruhigt die Erteilung des Absolutoriums für die abtretende Parteivertretung empfehlen.

Nachmittagssitzung.

Den Vorsitz führt Schäfer.

Es wird zunächst beschlossen, den im Kampfe stehenden Giessereiarbeitern die Sympathien des Parteitages zum Ausdruck zu bringen. Hierauf wird in die Tagesordnung eingegangen.

Parlamentarische Tätigkeit.

Berichterstatter **Rieger:** Sie finden die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Parlament in dem sehr eingehenden und informativen schriftlichen Bericht genau verzeichnet, so daß ich eine Aufzählung unserer parlamentarischen Aktionen wohl vermeiden kann. Wenn Sie die Tätigkeit des Verbandes zum Gegenstand Ihrer Kritik machen werden, möchte ich Sie vor allem auffordern, nicht zu vergessen, daß es in einem Parlament, wie dem österreichischen, das ein Sammelsurium von Nationen und Parteien darstellt, nicht leicht ist, immer Politik und Taktik so einzurichten, daß sie jeder Kritik standhalten können. Der Boden, auf dem wir den größten Teil der Berichtsperiode arbeiten mußten — das war das Terrain des verlotterten Privilegienparlaments, war ein sehr unebener Boden, und der Kampf in diesem Parlament erforderte vielfach Methoden, die vielleicht in anderen Parlamenten als überflüssig erscheinen mögen. Zwei Dinge muß sich jede sozialdemokratische Fraktion in jedem Parlament zur Richtschnur ihres Handelns machen: Erstens eine streng proletarische Politik, die bestrebt ist, dem Staate und dem Parlament Konzessionen für die Arbeiterklasse abzuringen, abzuzwingen; eine Politik also, welche dem Ausstreben des Proletariats aus politischer, ökonomischer und geistiger Knechtung dienstbar ist. Zweitens muß jede sozialdemokratische Fraktion ängstlich dafür Sorge tragen, daß bei der Betätigung jener parlamentarischen Taktik, die man gemeiniglich als Opportunitätspolitik

bezeichnet und die, so unerwünscht es unter Umständen sein mag, schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht immer umgangen werden kann, das große Endziel unserer Bewegung nicht aus dem Auge gelassen werde, daß jeder Verstoß gegen jene Prinzipien, die uns allen heilig sind, streng vermieden werde. Es muß also ein unumstößliches Gesetz sein, nie und nimmer und unter gar keinen Umständen das Prinzip taktischen Erwägungen zu opfern. Wenn Sie nun von diesen Gesichtspunkten aus die Tätigkeit des sozialdemokratischen Verbandes zum Gegenstand Ihrer Kritik machen, so werden Sie wohl kaum eine Ursache zu Beschwerden haben. Wir haben gewiß nichts Uebermenschliches geleistet, aber was sich in diesem Parlament, in welchem sich Borniertheit und Hang zur Betätigung reaktionärer Gelüste in viel größerem Maße vorfinden als in irgend einem anderen Parlament, in diesem Parlament, wo wir neben den wilden Ausbrüchen eines wahnsinnigen Chauvinismus den allen feudalen und bürgerlichen Cliquen gemeinsamen Haß gegen die Arbeiterklasse in reichem Maße vorfinden, den Haß gegen jeden Fortschritt auch dann, wenn er die politische Entwicklung der Bourgeoisie fördert — was sich in diesem Parlament für die Arbeiterschaft anregen und durchsetzen ließ, das haben wir getan.

Wir haben im Parlament zunächst eine rücksichtslose Kontrolle an der Staatsgewalt und an der Staatsverwaltung zu üben; wir haben ferner bei der Gesetzgebung selbst die Initiative zu ergreifen und wir haben endlich überall dort, wo von anderer Seite, von der Regierung oder aus der Mitte des Hauses Gesetze vorgeschlagen werden, dahin zu streben, daß wir Schädliches verhindern und, soweit es nur möglich ist, Schlechtes und Schädliches durch Gutes und Besseres zu ersetzen. Was die Kontrolle betrifft, so glaube ich, daß wir wie im alten Privilegienparlament so auch im neuen Hause unsere Pflicht vollauf erfüllt haben. Es hat keine Budgetdebatte gegeben, keine Verhandlung einer Regierungserklärung, an der wir uns nicht im Sinne einer scharfen, rücksichtslosen Kritik an der landesüblichen, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung in der Regel abträglichen Regierungspolitik beteiligt hätten. Es hat keine Debatte über ein Rekrutenkontingent oder über irgend eine andere militärische Frage gegeben, bei der wir nicht die Kulturfeindlichkeit des Militarismus im allgemeinen und die Soldatenschindereien im besonderen, mit einem Worte die Verbrechen des Militarismus an Volk und Staat auf das schärfste gebrandmarkt hätten. Wir haben bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten immer ohne Scheu die systematische, politische und wirtschaftliche Vergewaltigung der Arbeiterklasse beleuchtet, die zum Teil von der Kapitalistenklasse selbst besorgt wird, zum anderen Teil von der staatsbureaukratischen Reaktion im Dienste des Kapitalismus und Klerikalismus. Was immer an Vergewaltigung von Staat und Volk verbrochen wird, entweder durch Passivität gegenüber den lebendigsten Bedürfnissen des Volkes oder durch Aktivität gegen das Ringen des Volkes um Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit; verbrochen wurde durch den Mißbrauch und die Mobilisierung der Staatsgewalt zugunsten kapitalistischer Barbarei, staatsbureaukratischer Reaktion oder klerikaler Volksverderbnis, das haben wir bei solchen Gelegenheiten immer erbarmungslos gegeißelt. Wir haben niemanden geschont und durften niemanden schonen. Wir haben unsere Pfeile gegen die Regierungsbank geschleudert nach rechts und nach links, und das auch zu einer Zeit, wo wir noch nicht die zweitstärkste Partei waren, sondern — im Parlament und der Zahl wenigstens — ein armseliges Häuflein.

Zu unserer Kritik der Staatsverwaltung haben wir ein überreiches Material gehabt. Es ist ja wahr, daß wir heute nicht mehr unter einem solchen Ausmaß politischer Verfolgung und Drangsalierung leiden wie vor zwanzig Jahren. Aber es ist damit wirklich nicht so gut bestellt, als heute viele Genossen annehmen. Ich möchte Sie einladen — wenn es nicht zu grausam wäre — die 559 Interpellationen zu lesen, die wir während der letzten drei Jahre im Parlament eingebracht haben. Da würden Sie ganz interessante Dinge finden. Wir haben 61 Interpellationen eingebracht, die sich mit Verfolgungen der Arbeiter durch Polizei und Gendarmen befassen, 30 Inter-

pellationen enthalten andere Beschwerden über die politischen Behörden, 29 Interpellationen beschäftigen sich mit Soldatenmißhandlungen, 23 mit der Justizpflege, die sich auch in Oesterreich immer mehr und mehr zu einer Klassenjustiz gegenüber dem Proletariat herausbildet; mehr als 100 Interpellationen betreffen Uebergriffe der Unternehmer gegenüber den Bestimmungen des Arbeiterschutzes, befassen sich mit der wirtschaftlichen Bedrängnis verschiedener Arbeitergruppen, der Lage der Staatsdiener und dergleichen. 60 Interpellationen — und das ist gerade in diesem Moment, wo eine Bewegung der Eisenbahner beginnt, bemerkenswert — befassen sich mit den Zuständen bei den Eisenbahnen, 83 mit der Konfiskationspraxis unserer Staatsanwälte. Das sind nur einige Auszüge aus den sozialdemokratischen Interpellationen; aber auch sie besagen wohl deutlicher als alles andere, daß fast kein Tag vergeht, an dem nicht an dem einen oder dem anderen Punkte des Reiches gegen Recht und Gesetz gesündigt würde, fast kein Tag, wo man nicht irgendwo im großen oder im kleinen die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats niederzutrampeln versuchte.

Was die Erfüllung unserer zweiten Aufgabe — bei der Gesetzgebung selbst die Initiative zu ergreifen — anlangt, so ist wohl die lange Reihe von Initiativanträgen, die wir im Parlament eingebracht haben, der beste Beweis, daß wir auch da nicht müßig geblieben sind. Einige von diesen Anträgen wurden ja bereits im Privilegienparlament eingebracht, durch die Auflösung des Parlaments wurden sie obsolet und mußten — selbstverständlich zum Teil entsprechend modifiziert — neu eingebracht werden. Wir haben, um den Herren auf der Ministerbank und dem Parlament jede Ausrede zu benehmen, uns selbst der Mühe unterzogen, wo immer es anging, vollständig ausgearbeitete Gesetzentwürfe vorzulegen. Wir wollen eben auch im neuen Hause der alten Gewohnheit treu bleiben, nur ernste und sachliche Arbeit zu verrichten, und verschmähen jene von den bürgerlichen Parteien so schwunghaft betriebene Demagogie, die sich in der massenhaften Ausarbeitung von Anträgen ausdrückt, welche fast ausnahmslos die Regierung auffordern, „etwas zu tun", Anträge, die nur auf allgemeinen Wählerfang berechnet sind. Wenn von den Anträgen, die wir eingebracht haben, auch nur einer, der auf Einführung der Alters- und Invaliditätsversorgung, der Witwen- und Waisenversicherung, der Antrag auf eine weitausgreifende moderne Reform unserer gesamten Arbeiterversicherung, von diesem Parlament verwirklicht würde, so hätte dieses Parlament ein so großes Werk vollbracht, daß es vor dem Richterstuhl der Geschichte bestehen könnte.

Wir haben auch, glaube ich, unsere dritte Aufgabe erfüllt, dort, wo von anderer Seite gesetzgeberische Arbeit vorgeschlagen wurde, verbessernd einzugreifen — allerdings muß ich gleich hinzusetzen, mit verschwindend wenig Erfolg. Unsere Anträge, die wir da im Ausschuß schon stellten, verfolgen ja den Zweck, die Interessen der Arbeiter zu schützen, und dafür haben die bürgerlichen Herren Volksvertreter wenig Verständnis. Auf den Einwand, der vielleicht gemacht werden könnte, warum wir bei der Wahlreform nicht Abänderungen der Wahlkreiseinteilung beantragt haben, will ich gleich antworten. Sie wissen ja, daß diese Einteilung ein raffiniert ausgeklügeltes Machwerk ist, das von den bürgerlichen Parteien durch feste Kompromisse gegen Aenderungen geschützt war, und so hätten wir leicht mit solchen Anträgen, statt uns zu nützen, den Gegnern der Reform Waffen in die Hand gegeben. Wir durften das nicht und mußten uns eben auf die unumgänglich dringendsten Anträge, dort nämlich, wo eben auch das Prinzip mit in Frage kam, beschränken. Ich glaube, daß Sie diese Taktik des Verbandes billigen werden.

Ich wäre nun mit meinem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes zu Ende. Aber es drängt mich, noch einiges über die gegenwärtige Situation im Parlament zu sagen. Sie wissen, daß wir im Parlament des gleichen Wahlrechtes die zweitstärkste Partei sind; denn um zu verhindern, daß wir an die erste Stelle rücken und dann Anspruch auf die Besetzung der Präsidentenstelle erlangen, hat sich ja bekanntlich die Vereinigung der christlichsozialen Partei mit den Altklerikalen vollzogen, den Herren, die allerdings

ihrem Wesen und ihrer Gesinnung nach längst zusammengehört haben. Und Herr Ebenhoch hat es ja öffentlich zugestanden, daß es der großartige Wahlerfolg der Sozialdemokraten gewesen ist, der die Vereinigung herbeigeführt hat. Allein das Zusammenrücken beschränkte sich nicht auf die Klerikalen allein. Das sogenannte deutschfreisinnige Bürgertum, das durch Jahrzehnte hindurch seine sonstigen stockreaktionären Gelüste unter dem Deckmantel eines gewissen Antiklerikalismus zu verbergen gesucht hat, wurde durch unseren großen Wahlerfolg derart in panischen Schrecken versetzt, daß es nun im Begriff ist, den Deckmantel des Antiklerikalismus fallen zu lassen, um so die Macht gegen die Sozialdemokratie zu verstärken. Unter dem falschen und heuchlerischen Vorwand, eine neue Koalition gegen die slawische Gefahr zu gründen, hat sich das deutschfreisinnige Bürgertum unter den Schutz der Herren Lueger und Geßmann, Ebenhoch und Morsey begeben, und Baron Morsey konnte die deutsche Wissenschaft und Philosophie in den Kot zerren, ohne daß ein Vertreter des deutschen Freisinns aufgestanden wäre, um sie in Schutz zu nehmen; es mußte ein tschechischer Professor kommen, um die deutsche Wissenschaft gegen die unflätigen Angriffe des Baron Morsey zu verteidigen. Das Bündnis zwischen Christlichsozialen und Deutschfreisinnigen zeigt im Parlament ein amüsantes Bild: den Los von Romling-Wolf mit Lueger und Geßmann im Bruderbund, dem vom Deutschfortschrittlichen Groß und vom Deutschvolklichen Derschatta der Segen erteilt wird. Auf deutscher Seite ist der Bund gegen die Sozialdemokratie perfekt. Aber die Herren sind sehr vorsichtig und haben darum auch noch den Polenklub mit einbezogen, um so die Schutzwehr gegen die sozialdemokratische Hochflut würdig zu komplettieren. Welcher Partei diese Koalition am meisten nützt, hat Doktor Lueger beim Siegesbankett selbst verraten, indem er erklärte, daß mit Ausnahme der Sozialdemokratie alle Parteien im Parlament den Christlichsozialen zu Füßen liegen. Wir haben heute im Abgeordnetenhause statt des einstmaligen eisernen slawischen Ringes einen eisernen deutsch-slawischen Ring gegen die Sozialdemokratie. Grundsätze, zu denen man sich durch Jahrzehnte bekannt hat, wurden angesichts des roten Gespenstes plötzlich über den Haufen geworfen, Parteiprogramme wurden schnöde im Stiche gelassen und man sucht Rettung in der Grundsatzlosigkeit, die allerdings einen Grundsatz hat: die Sozialdemokratie niederzuringen und den Sieg der Arbeiterklasse zu verhindern. Diese Parteikonstellation, deren Entwicklung wir ja immer vorausgesagt haben, trifft uns nicht schwer, sie ist uns im Gegenteil nur erwünscht, denn wir wollen einen klaren Boden für den Klassenkampf; für jenen Kampf, der mit dem Siege des Proletariats enden muß. Und wie die Morgensonne die Morgennebel zerteilt und ein klares Gesichtsfeld schafft, so hat der Aufmarsch, der Triumph der Sozialdemokratie am 14. Mai genügt, um jene Nebel von Gesinnungsheuchelei zu zerreißen, in welche bisher der deutschbürgerliche Freisinn getaucht war, um die Bevölkerung zu täuschen. Es wird also auch bei uns in der Politik die Luft immer reiner, klarer, durchsichtiger. Das hat zur Folge, daß wir Freund und Feind besser erkennen — eine Situation, die uns durchaus nicht mit Schrecken, sondern im Gegenteil mit neuer Siegeszuversicht erfüllt. Denn je gewaltiger auch die Hindernisse sind, die sich unserem Siegeslauf entgegenstellen, wir werden unsere Anstrengungen dann nur zu verdoppeln haben, um sie alle zu bewältigen. Darum möchte ich zum Schlusse sagen, wir sind in eine neue Zeit eingetreten, in eine neue Zeit mit neuen Kämpfen und neuen Aufgaben. Es muß unser größter Ehrgeiz, unser höchstes Bestreben sein, uns dieser neuen Zeit gewachsen, uns ihrer würdig zu zeigen, nicht nur im Parlament, sondern, was vielleicht noch wichtiger ist, auch außerhalb des Parlaments. (Lebhafter Beifall.)

Rudolf **Richter** (Bergstadt): Ich habe nicht viel zu den Ausführungen des Genossen Rieger zu sagen. Nur eines möchte ich erwähnen, daß es in der Arbeiterschaft etwas Befremden hervorgerufen hat, daß in der letzten Session des Kurienparlaments unsere Genossen für die Erhöhung der Beamtengehalte eingetreten sind. Von allen Parteigenossen wurde da der Vorwurf erhoben,

daß sie da etwas weit gegangen sind. Wir haben nichts dagegen, daß die Gehalte der Beamten erhöht werden, die schlecht gestellt sind. Aber es ist uns in agrarischen Versammlungen der Vorwurf gemacht worden, daß die Sozialdemokraten für die Erhöhung der Beamtengehalte von 16.000, ja 18.000 Kr. seien. Ich möchte nur wünschen, daß in dieser Beziehung in Zukunft etwas vorsichtiger vorgegangen werde, damit diese Leute bei Wahlen nicht solche Mittel an die Hand bekommen, in dieser Weise gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Wir selber begreifen ja die Sache, aber Bürgern und Bauern ist das schwer begreiflich zu machen, daß bei Gehalten von 16.000 bis 18.000 Kr. eine Erhöhung von 1000 bis 2000 Kr. geboten sein kann.

Sever (Wien): Sehr geehrte Parteigenossen! Wenn wir den Antrag, den Sie von uns in der Hand haben, stellen, glauben wir einem allgemeinen Wunsche der Delegierten entgegenzukommen. Wenn Sie sich erinnern, wie mühsam wir uns bei den Reichsratswahlen das Material zusammensuchen müssen, um in den Versammlungen auch sattelfest zu sein, so werden Sie den Wunsch begreifen, der besagt, die Parteivertretung möge vor den Wahlen ein Handbuch herausgeben, worin alles beisammen ist, was man bei der Agitation braucht.

Dr. **Adler**: Die Diskussion, die wir jetzt durchzuführen haben, erstreckt sich über einen Zeitraum von nicht weniger als drei Jahren. Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich war zum letztenmal vor drei Jahren in Salzburg zusammengekommen und es ist eigentlich verwunderlich, daß niemand hier heraufgekommen ist und der Parteivertretung darüber Vorwürfe gemacht hat, daß der deutsche Parteitag nicht jetzt vor einem Jahre schon stattgefunden hat; denn nach unserem Organisationsstatut mußten wir jetzt vor einem Jahre zum Parteitag zusammenkommen. Die Parteivertretung, die in Salzburg gewählt wurde, hat ihr Mandat um ein volles Jahr überschritten und nach unserer Konstitution waren wir absolut nicht mehr berechtigt, die Geschäfte zu führen. Wir haben unsere Befugnisse direkt überschritten. Wir hätten uns bereits heute vor einem Jahre der Neuwahl unterziehen müssen. Es ist aus der Mitte der Partei, weder in der Presse, noch hier auf dem Parteitag, noch sonst irgendwo auch nur ein Wort darüber gesprochen worden. Die gesamte Partei hat begriffen, daß im vorigen Jahr keine Zeit dazu war und keine Möglichkeit, sich zusammenzusetzen und Erörterungen über Parteitaktik zu pflegen, daß wir nicht in der Lage waren, Parteigesetze zu machen, sondern daß wir Parteipolitik, und zwar Parteipolitik in konzentriertester Weise machen müssen. Ich erwähne das auch nur deshalb, um den Genossen in Erinnerung zurückzurufen, daß diese drei Jahre zu den Erlebnissen gehören, die Leuten, die in der Bewegung stehen, wohl nur einmal im Leben passieren; daß diese drei Jahre eine Zeit waren, die uns nicht nur unvergessen bleiben wird, sondern die den vollen Ausdruck der gesamten Fähigkeit und Leistung, die die österreichische Arbeiterschaft aufzubringen vermag, gebracht hat. Wir hätten einen parlamentarischen Bericht zu bringen über die Arbeit, die unsere Fraktion im alten Parlament geleistet hat, und einen zweiten Bericht über die Leistung der Fraktion im neuen Parlament. Unser Referent hat in kurzen Zügen insbesondere von diesem neuen Parlament gesprochen. Ich halte es jedoch für unsere Pflicht, daß wir der Fraktion, die unter den allerschwierigsten Umständen, eine ganz kleine Gruppe von Leuten, im alten Parlament ihren Mann gestellt hat, und wie der Erfolg beweist, mit Glück und mit Umsicht operiert hatten, unsere Anerkennung ausdrücken. Ich kann das tun, da ich zwar selbst, wie ich mich gerade erinnere, auch Mitglied dieser alten Reichsratsfraktion war, aber es so spät geworden bin, daß niemand vermuten wird, daß ich nicht in dieser Beziehung objektiv wäre.

Die gesamte Arbeit, die vor uns liegt und die wir zu beurteilen haben, teilt sich in zwei Gruppen: Wahlrechtskampf und Wahlkampf. Wir dürfen nicht einen Moment darüber im unklaren sein: alles, was die alte Fraktion und die gesamte Partei bis zum vorigen Jahre gemacht, war ausschließlich zu beurteilen von dem Standpunkt, inwiefern sie die Wahlreform gefördert hat. Wir haben niemals alle unsere anderen Aufgaben übersehen, aber unsere

Parteitaktik im Parlament und außerhalb des Parlaments ist ausschließlich diesem Gesichtspunkt untergeordnet gewesen, und wenn Genosse Rieger sagt, wir haben zwei Gesichtspunkte zu beachten: erstens parlamentarische Politik zu machen, jeden Vorteil zu ergreifen, der für das Proletariat zu haben ist, und zweitens ängstlich darauf zu sehen, daß die prinzipielle Haltung der Partei durch diesen Opportunismus nicht etwa Schaden leide, so sage ich und Sie sagen es gewiß mit mir alle, wir haben niemals Grund zur Angst gehabt, wir haben niemals zu fürchten gehabt, daß, indem wir dem Proletariat kleine oder große Vorteile erobern, indem wir ihm Schritt für Schritt den Weg bereiten, daß wir dadurch uns von unserem Endziel irgendwie entfernten. Die österreichische Sozialdemokratie hat schon schwierigere Zeiten gehabt als heute. Wir haben das in Stuttgart, ich möchte sagen, mit Händen greifen oder, sagen wir, mit eigenen Ohren hören können, die österreichische Sozialdemokratie genießt heute im Ausland durch den Erfolg, den wir davongetragen, ein vermehrtes Ansehen, und ich bin der letzte, der daran mäkeln wollte, daß dieses Ansehen ein verdientes ist. Aber ich möchte Sie davor warnen — und jeder von uns hat derartige Anwandlungen —, daß wir diesen Erfolg, den uns eine Reihe von günstigen Umständen, die wir allerdings gut zu benützen gewußt haben, gebracht hat, und unseren eigenen Anteil daran allzu hoch in dem Sinne anschlagen, daß wir eben meinten, mit unserer Klugheit sei es so weit her und unsere kluge Taktik und unser Elan sei ein so großer, daß auch die vor uns liegenden Aufgaben immer mit demselben Glück und demselben Erfolg und ebenso schnell bewältigt sein könnten. Ich gestehe, es ist mir etwas ängstlich geworden mitunter, wenn ich draußen, insbesondere bei den deutschen Genossen, gehört habe, daß sie finden, daß wir so besonders gescheit sind, und als der Genosse Fischer uns heute früh gesagt hat: „Bis jetzt haben die Oesterreicher immer gesagt, daß sie von deutschen Sozialdemokraten lernen, nun wollen die Deutschen anfangen, von den österreichischen Genossen zu lernen" — da ist es mir ein bißchen ängstlich geworden. Ich finde, daß wir uns viel besser ausnehmen als die Schüler denn als Lehrmeister, und ich finde, daß wir gar nichts lehren können und daß eine Leistung für uns im gegebenen Moment unter bestimmten Verhältnissen in Oesterreich möglich ist, daß es aber eine Torheit ist, derartige Dinge auf andere Länder und andere Lagen zu übertragen. Im Gegenteil! Wenn ich auf unsere Organisation sehe, wenn ich — bei allem Respekt vor ihren Leistungen — auf unsere Presse sehe, wenn ich auf den Stand unserer geistigen Parteientwicklung sehe, da sage ich mir: Wir haben in dem Wahlrechtskampf nicht nur Opfer gebracht an Mut, an Ausdauer und Hingebung, sondern wir haben auch einen guten Teil Kraft in diesem Kampfe verbraucht, der uns für unsere innere Entwicklung, unser inneres Wachstum schmerzlich abgeht. „Von uns kann man viel lernen!" — mag sein; a b e r w i r h a b e n s e h r v i e l z u l e r n e n. (Sehr richtig!) Hier ist ein Parteibericht gebracht worden. Ich bin vollständig einverstanden; aber Sie werden sich selber sagen, wie ungeheuer viel uns fehlt.

Im Wahlkampf haben wir gesehen, daß es Schichten im Proletariat gibt in weitem Umfang, die empfänglich sind für unsere Agitationstätigkeit und denen wir bisher gar nicht nahekommen konnten mit intensiver sozialdemokratischer Erziehung. Wir müssen sagen, es ist nicht nur in den letzten drei Jahren allein, sondern schon viel länger ist die Kraft der Partei nach außen aufgebraucht worden mit Hintansetzung der intensiven Arbeit nach innen. Ich glaube, es ist gut, wenn wir uns das selbst sagen, daß nicht den einzelnen die Schuld trifft und daß wir erkennen, daß heute die erste Ruhe, die kommt, die erste Möglichkeit, die wir haben, Hand anzulegen an die Reform der Partei im Innern, auch dazu benützt werden muß. (Beifall.)

Wir haben Fortschritte gemacht, gewiß. Es sitzt hier eine Anzahl Frauen als Delegierte, wir haben jugendliche Organisationen und wir wünschen diese Fortschritte, die Einbeziehung dieser neuen Elemente. Aber, Parteigenossen, alles, was wir uns angegliedert haben als Genossen, was wir den Gewerkschaften in dieser riesigen Entwicklung an proletarischer Organisation angegliedert haben, sind heute im alten Sinne der Partei durchaus nicht durch-

gebildete Parteigenossen, wie wir sie haben müssen. (Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen, daß die Redezeit abgelaufen ist.)

Ich höre schon; ich möchte in etwas unvermitteltem Anschluß noch etwas anregen, was ich für sehr notwendig halte. Es wurde beim Bericht über die parlamentarische Tätigkeit die Herausgabe eines Handbuches für die Agitation angeregt. Mir liegt etwas am Herzen, was die Partei braucht und immer mehr brauchen wird und was wir, wenn wir es nicht bald in Angriff nehmen, überhaupt nicht mehr machen können. Wir werden älter und sind keine junge Partei mehr. Wir kommen alle schon mehr und mehr ins Mittelalter und die Partei hat eine Parteigeschichte hinter sich, für die es keine Geschichtsschreibung gibt, und wenn wir paar alten Leute hin sein werden, wird euch niemand mehr sagen können, wie es einmal war — ich meine nicht eine Geschichtsschreibung zur Erhöhung und Erbauung, sondern die wirkliche Feststellung der Tatsachen. Ich habe daher den Antrag eingebracht: Die Parteivertretung wird beauftragt, die Dokumente zu sammeln und die Vorkehrungen und Vorbereitungen zu treffen, um eine Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie in einer dieser Geschichte würdigen Weise herzustellen. (Beifall.)

Pernerstorfer: Ich habe mich hauptsächlich zum Worte gemeldet, weil vorher Genosse Richter etwas mitgeteilt hat, was ich entweder mißverstanden habe oder was jeder Grundlage entbehrt. Er hat dem Befremden Ausdruck gegeben, daß sich die Fraktion im alten Hause allzu beamtenfreundlich erwiesen habe und daß sie ihre Stimme erhoben hat für die Aufbesserung der Beamtengehalte von 16.000 und 18.000 Kr. Ich will hier nur bemerken, damit kein Mißverständnis obwalte, daß so etwas nicht geschehen ist, daß wir nichts anderes getan haben, als was jede sozialdemokratische Fraktion tun muß: daß wir uns auch jener Leute angenommen haben, die, ohne daß sie speziell im wörtlichsten Sinne den Arbeitern angehören, auch mit dem Leben schwer zu kämpfen haben — der großen Masse der Beamten, insbesondere der Staatsbeamten.

Dr. **Ellenbogen:** Dafür mußten wir stimmen!

Pernerstorfer (fortfahrend): Ja, daß wir dagegen stimmen, war noch mehr ausgeschlossen. Ich möchte nun noch ein Wort in dieselbe Kerbe hauen, wie Genosse Adler. Die großen Erfolge, die wir errungen und die sich darstellen in unserer mächtigen parlamentarischen Position, dürfen uns nicht hinwegtäuschen, daß wir sehr viel zu arbeiten haben. Wir haben zu arbeiten und selbstverständlich sehr viel zu lernen; aber so sehr wir immer gelernt haben von unseren Bruderparteien im Ausland, so sehr waren wir auch in der Kritik unserer Bruderparteien immer vorsichtig und haben nie vergessen, daß jedes Land seine eigene Lage hat. Aber wenn es uns auch gar nicht einfällt, uns als Lehrer der anderen aufzuspielen, so sind wir doch überzeugt, daß wir im Interesse des Proletariats unseres Landes etwas geleistet haben durch die Methode, die wir anwendeten, die auch vielleicht für andere Länder vorbildlich werden könnte. (Beifall.)

Seitz: Ich muß zunächst meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß bei der Diskussion über die parlamentarische Tätigkeit — vielleicht wird sie ja noch weitergesponnen — gegen die Fraktion überhaupt nur eine Beschwerde und die nur in sehr beschränktem Maße erhoben wurde. Wenn ich das mit Freude konstatiere, so wage ich daraus doch nicht den Schluß zu ziehen, daß die Fraktion in jeder Hinsicht vollkommen tadellos funktioniert hat. Wir sind uns schon auch unserer kleinen Schwächen bewußt. Der Genosse, der den Vorwurf wegen der bewilligten hohen Beamtengehalte erhob, wollte ausdrücken, daß wir für die höchsten Beamtengehalte nicht hätten stimmen sollen. Nun steht aber die Sache so, daß das Gesetz nicht nur die höheren Ränge, sondern auch die unteren Schichten der Beamten betroffen hat. Was nun die unteren Beamtenkategorien und Dienerkategorien betrifft, so wird der Genosse zugeben, daß sie die Gehaltserhöhung dringend benötigten. Als Redner der Fraktion habe ich auch ganz deutlich das Bedenken ausgesprochen, daß wir oben eine geringere Progression gewünscht hätten; aber wir mußten

die mit in Kauf nehmen im Interesse der unteren Beamtenkategorien, um das Gesetz nicht scheitern zu lassen. Dann dürfen wir auch nicht vergessen, daß die Bezüge der Staatsbeamten nicht mit den Bezügen unserer Parteibeamten und Redakteure in Vergleich gezogen werden dürfen. Bei unseren Beamten ist es so, daß sie aus Begeisterung die Arbeiten für die Partei leisten und daß der Lohn, den sie erhalten, nur das Mittel ist, um das nackte Leben fristen zu können, nicht aber die angemessene Belohnung, ein Aequivalent für ihre Arbeit. Bei den Staatsbeamten ist das anders. Man wird in Oesterreich schwerlich Leute finden, die sich für Oesterreich so begeistern, daß sie aus Liebe zur Sache, aus Patriotismus, den Dienst leisteten; da muß daher der Staat die Beamten so zahlen, wie sie in großen Privatinstituten bezahlt werden, wenn er tüchtige Leute haben will. Ich hätte gewünscht, daß es uns, als wir für die Beamten und Diener eine Erhöhung des Einkommens erreichten, auch gelungen wäre, zugleich ihre politische Freiheit zu erzwingen. Das dürfen wir nicht übersehen, daß viele Forderungen der Beamten — politische Freiheit und insbesondere das Koalitionsrecht — sich mit unseren Forderungen decken, und wir dürfen auch durchaus nicht glauben, daß diese Schichte für uns vollkommen gleichgültig ist. Wenn wir ihren berechtigten Forderungen entgegenkommen, können wir darauf rechnen, daß sie auch uns gegenüber gewiß mehr Objektivität zeigen werden. Ich glaube, daß wir, als wir bei der Gehaltserhöhung und der Frage der politischen Rechte für die Beamten Stellung nahmen, durchaus im Rahmen unseres Parteiprogramms handelten und unsere Pflicht erfüllt haben. (Beifall.)

Johann Bernt (Wien): Es scheint, daß man über eine Sache hinweggehen will, die nicht nur uns, sondern breite Schichten der Arbeiter in der Werkstatt interessiert. Es ist jene Sache, die einen Abschnitt in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie bildet: der Besuch, den unsere Genossen der Hofburg abgestattet haben. Geben Sie sich nicht dem Glauben hin, daß alle, die der Partei angehören, mit dieser Sache einverstanden sind, wenn Sie auch Ihre Gründe gehabt haben. Es gibt Genossen, die niemals damit einverstanden sein werden. Insbesondere hat es peinlich berührt, als am anderen Tage die bürgerlichen Blätter, besonders die christlichsozialen, von der tiefen Verbeugung schrieben, die Sie vor dem Höchsten dieses Staates gemacht haben. Es ist selbstverständlich, daß gerade das bei Arbeitern nicht sympathisch berührt hat. Ich habe das angeregt, um Ihnen zu sagen, daß es besser wäre, das in Zukunft zu unterlassen. Ich bin nicht da, Ihnen Vorschriften zu machen, aber ich bin überzeugt, daß wir denjenigen, die uns jahrzehntelang unser Recht vorenthalten haben, für die Verfolgungen, die wir seit 1848 zu leiden gehabt haben, keinen Dank schuldig sind. (Teilweise Zustimmung.)

Schuhmeier: Ich möchte zunächst, gegenüber der Behauptung des Genossen Bernt, richtigstellen, daß sich wohl niemand unter uns im Saale befindet, der aus irgend einem Grunde Ursache hätte, über die von ihm angezogene Sache „hinwegzukommen“. Alle unsere Tätigkeit liegt vor der Oeffentlichkeit, und es ist selbstverständlich, daß sie sich der Kritik unterziehen lassen muß. Der „Gang in die Hofburg“ — ich weiß nicht, warum immer so gesagt wird; es ist ja etwas wesentlich anderes — war etwas, das aus sehr reiflicher Ueberlegung gemacht wurde. Es hat sich nicht darum gehandelt, einen „Besuch in der Hofburg“ zu machen, sondern es hat sich darum gehandelt, endlich zu dokumentieren, daß wir uns von niemandem wehren lassen, an dem ersten Akt der Eröffnung des Parlaments, der die Thronrede ist, teilzunehmen. Die Thronrede ist nichts anderes als der Beginn jeder Session, die Verkündigung des Programms der Regierung, das in der Thronrede niedergelegt ist, und insolange in Oesterreich der Kaiser nicht ins Parlament kommt, muß auch uns das Recht zustehen, dorthin zu gehen, wo diese Thronrede zur Verlesung gelangt. Wenn es heute noch, wie Genosse Bernt meint, Parteigenossen gibt, die niemals damit einverstanden sein werden, so verstehe ich deren Gefühle, und ich bin der letzte, der diese Gefühle irgendwie lächerlich machen wollte; ich begreife den Groll aller, die um unsere Sache leiden mußten, denn ich habe ja auch gelitten. Aber, Parteigenossen, die sozial-

demokratische Politik darf sich nicht mehr von Gefühl leiten lassen, sondern die schreibt der Verstand vor; und wenn wir heuer zur Thronrede gegangen sind, so haben wir nur Rechnung getragen der Vernunft und dem, was in der Situation von damals unbedingt notwendig war und, ich sage, Parteigenossen, was hat geschehen müssen. Ich weiß gar wohl, warum zuvor einige Genossen gelacht oder mich wenigstens mit einem sehr freundlichen Gesicht begrüßt haben (Heiterkeit), als gerade ich heraufgestiegen bin nach der Rede des Genossen Bernt. Aber ich habe es für notwendig gehalten, daß gerade ich das übernehme. Ich bin auch im Sozialdemokratischen Verband unbedingt dafür gewesen, daß wir der Thronrede nicht demonstrativ wie bisher fernbleiben, nicht vielleicht, weil ich so genußsüchtig bin, um in die Hofburg zu gehen, oder dem Volke einmal zu zeigen, wie ich unter dem Zylinder aussehe, sondern weil ich damit demonstrieren wollte, daß bei uns der Verstand entscheidet. Die Folge, und besonders der Zorn unserer christlichsozialen Gegner, haben es dann auch deutlich gezeigt, daß es ein kluger Schachzug war, daß wir einmal so frei waren, in die Hofburg zu gehen. Die österreichische Sozialdemokratie ist heute eben schon so stark, daß vor ihr nicht verschlossen werden kann das Tor der letzten Hütte, sondern auch aufgemacht werden müssen die Tore der Hofburg. Auch in der Hofburg kann die Sozialdemokratie ihren Mann stellen und wir sozialdemokratischen Abgeordneten sind so echt gefärbt, daß wir nicht abfärben, wenn wir in eine andere Gesellschaft kommen; es hat sich nur immer gezeigt, daß, umgekehrt, die mit uns verkehren, mehr die Farbe von uns bekommen. Wir sind niemals verpflichtet, der Thronrede beizuwohnen, und es kann uns gar nicht schaden, sondern nur nützen, wenn wieder eine andere Zeit kommt und wieder andere Sitten angenommen werden — ich meine, wenn ein anderer Mann an die Spitze kommt — wir eine sehr wirksame Waffe zur Demonstration uns in die Hand gegeben haben. Wir gehen dann einfach nicht hin, und dieses Nichterscheinen wird mehr wirken, als wenn wir niemals dort gewesen wären. Und überdies: Sind wir denn während des Wahlrechtskampfes, ein Jahr vor dem Sieg, nicht mit dem Kaiser von Oesterreich in einer Linie gestanden? Der Kaiser kann uns nicht kompromittieren, so wenig als wir ihn kompromittieren können. Unsere Haltung zur Verlesung der Thronrede war lediglich eine Sache der Taktik, und die Taktik war gut und hat uns genützt. (Beifall.)

Hillebrand (Karlsbad): Die Berufung darauf, daß die Teilnahme an der Thronrede ein parlamentarischer Akt sei, ist nicht stichhältig. Das hätte man sich sonst ja auch 1897 und 1900 sagen müssen. Richtig ist indes, daß sich die Fraktion immer von dem Gesichtspunkt des momentan Notwendigen leiten lassen muß, und da bin ich nicht der Anschauung Bernts, daß die Massen über die Teilnahme an der Thronrede empört gewesen wären. Wir haben eine große Anzahl von Konferenzen und Versammlungen abgehalten und nirgends ist ein Vorwurf erhoben worden. Im Gegenteil, ich habe von vielen Arbeitern zu hören bekommen, daß die Parteigenossen, wenn es ihnen auch zuerst einigermaßen bedenklich erschienen ist, bald gesagt haben: Ja, es ist wirklich gut, daß unsere Leute das gemacht haben; wenn unsere Gegner sich darob ganz besonders aufregen, ist das ein Zeichen, daß wir wieder einmal etwas für uns Nützliches gemacht haben. Vergessen Sie auch nicht, daß eine Waffe beim steten Gebrauch stumpf wird. Jetzt ist die Waffe der Demonstration durchs Wegbleiben viel schärfer, wenn wir sie wieder einmal brauchen. Der „Gang zu Hofe" ist übrigens von Pernerstorfer im Septemberheft der „Sozialistischen Monatshefte" ausgezeichnet und erschöpfend besprochen worden. Dort, wo Unzufriedenheit mit der Anwesenheit bei der Thronrede herrscht, könnte der Artikel mit Nutzen in den betreffenden Parteiblättern abgedruckt werden. (Zustimmung.)

Bernstein (Gablonz): Ich habe hier nur eine kleine Anfrage zu stellen. Sie betrifft den Dringlichkeitsantrag Lueger, den berühmten Schwindel, den der Lueger mit der sogenannten Jubiläumsspende aufgebracht hat. Es ist nun diesem agitatorischen, auf Wählerfang berechneten Kniff des Lueger im Plenum von unseren Genossen nicht entgegengetreten worden, sondern erst im

Ausschusse und in der „Arbeiter-Zeitung". Nun ist es doch jedem klar, daß das, was in der Plenarsitzung geschieht, am nächsten Tag so und so viel Millionen Leser bürgerlicher Blätter erfahren, während das, was bloß in der Parteipresse und in Ausschüssen gesagt wird, nur einem kleinen Bruchteil der Bevölkerung zur Kenntnis kommt. Es wäre daher gerade bei einem solchen Schwindel besonders nötig gewesen, ihn im Plenum zu demaskieren. Daß das aber nicht geschehen ist, ist wirklich eine bedauerliche Unterlassung. Das ersieht man auch daraus, daß die Schwarzen noch jetzt damit krebsen gehen und sich sehr viel auf den Antrag zugute tun, weil sie darauf rechnen, daß so und so viel Leute von der ausgezeichneten Kritik, die Genosse Neumann im Ausschuß daran geübt hat, nichts erfahren haben. Ich möchte also um eine Aufklärung bitten, warum keiner unserer 87 Genossen bei der Verhandlung im Plenum hierzu das Wort ergriffen hat.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird, nachdem Adler dagegen gesprochen hatte, abgelehnt.

Austerlitz: Man muß dem Genossen Bernt aufrichtig dankbar sein, daß er diese Angelegenheit, die man nicht gern nennt, zur Sprache gebracht hat: denn es wäre gewiß eine Lücke in den Beratungen des Parteitages gewesen, wenn eine Angelegenheit, die zweifellos, wenn sie auch in der Oeffentlichkeit nicht sehr viel besprochen worden ist, doch im Innern der Partei sehr viele Gedanken ausgelöst hat, auf dem Parteitag nicht zur Sprache gekommen wäre. Im allgemeinen ist das Schweigen des Parteitages zum Bericht der Fraktion gewiß ein Ausdruck der Anerkennung; aber diese Sache ist doch eine solche, die der Aufklärung bedarf. Es ist zweifellos eine ungewöhnliche Erscheinung, daß sich sozialdemokratische Abgeordnete zu einer Thronrede in die Hofburg begeben, wobei der Nachdruck natürlich nicht auf der Thronrede, die gewiß ein verfassungsmäßiger Akt ist, sondern auf der Hofburg liegt, die sonst nicht der Ort ist, wo man Sozialdemokraten gewöhnlich anzutreffen pflegt. (Heiterkeit.) Warum sind also die Genossen dahin gegangen? Aus dem Verlangen, dieses Schaugepränge einmal von der Nähe aus anzusehen, sicher nicht. Wir können einem sozialdemokratischen Abgeordneten so triviale und so oberflächliche Anschauungen nicht zumuten, daß wir meinten, er würde einen Schritt, von dem er weiß, daß er mit Gewohnheiten in der Partei bricht, unternehmen, aus bloßer Lust, ein solches Schauspiel zu sehen. Und ich bin überzeugt, daß, wenn man in der sozialdemokratischen Fraktion darnach fragen will, wer auf Barrikaden steigen mag und wer in die Hofburg gehen, sich für das erste mehr Teilnehmer melden würden als für das zweite. Wenn also Genossen in die Hofburg gegangen sind, so haben sie es getan, weil sie geglaubt haben, es sei nützlich und notwendig — wobei vorläufig die Frage, ob es nützlich und notwendig war, ausgeschieden werden kann. Aber wir können ihren guten Glauben, etwas Nützliches und Notwendiges getan zu haben, sicher nicht in Abrede stellen. Was meine Anschauung betrifft, so bekenne ich offen, daß ich diese Haltung der sozialdemokratischen Fraktion vollständig für begreiflich erkenne und keinen Augenblick Anstand nehme, sie vollinhaltlich zu billigen. Diese Haltung kann nur erklärt werden aus der ganz eigentümlichen Situation, in der sich die Partei befindet, einer Situation, die der ernsthaften Erwägung der Gesamtpartei angelegentlichst empfohlen sei. Die sozialdemokratischen Abgeordneten befinden sich im Abgeordnetenhause wie im Feindeslager. Ohne daß eine Vereinbarung zwischen den bürgerlichen Parteien notwendig wäre, gibt es im ganzen Hause — ein paar versprengte Eigenbrödler ausgenommen — keinen Abgeordneten, der nicht der sozialdemokratischen Fraktion alles Unglück wünschte und der nicht bereit wäre, an der Koalition gegen die Sozialdemokraten teilzunehmen. Es ist das die Politik, die Doktor Adler im Parlament richtig die Politik der Einkreisung genannt hat. Man will um die Sozialdemokraten einen Bann ziehen, der sie als Partei aus dem parlamentarischen Leben ausscheidet. Nun kann ja eine sozialdemokratische Fraktion, namentlich solange sie klein ist, mit Hohnlachen darüber hinwegsehen; sie kann es auch als eine Erprobung ihrer Anschauung von der Scheidung in Klassen erkennen und kann sich die Stärke zusprechen, dieses

Netz, das man über ihre Köpfe geworfen hat, im richtigen Augenblick zu zerreißen. Aber für eine Fraktion wie die unsere ist mit einer bloßen Zukunftspolitik nichts getan. Sie müssen die eigentümliche Natur dieses Oesterreich einen Augenblick in Erwägung ziehen. Die Oesterreicher wählen nicht die Abgeordneten ins Parlament bloß als Ausdruck ihrer politischen Macht, sondern wie es im Naturell der Oesterreicher ist, knüpfen alle Leute, die die Wähler unserer Abgeordneten sind, also die gesamte Arbeiterklasse und die Schichten des erwerbstätigen Volkes weit über die Arbeiterschaft hinaus, unmittelbare Hoffnungen an die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten; sie wollen von den sozialdemokratischen Abgeordneten unmittelbare praktische Erfolge sehen. Deswegen kann sich eine Fraktion wie unsere in gar keinem Augenblick nullifizieren lassen; sie muß ununterbrochen im Vordergrund, an der Spitze aller Aktionen stehen, die eine positive Aktion sind. Damit hängt dieser Gang in die Hofburg untrennbar zusammen. Sie müssen ihn gleichsam als Ausdruck der Ueberzeugung der Fraktion ansehen, daß sie nicht gewillt ist, über sich irgendwo, irgendwie und zu welcher Zeit immer zur Tagesordnung übergehen zu lassen; und weil es so ist, daß manchmal in der Politik symbolische Akte notwendig sind, war es notwendig, den Gang in die Hofburg zu tun, so angenehm oder unangenehm es gewesen sein mag, um zu bekunden, daß die Sozialdemokratie, ob sie nun eine republikanische Partei sei, wie immer sie sich zum gegenwärtigen Staat stelle und wohin auch die prinzipiellen Ueberzeugungen sie führe, für die Regierung und für alle Gewalten im Staate eine parlamentarische Partei ist, die alle Rechte des Parlamentarismus in Anspruch nimmt, weil auch sie gewillt ist, alle Pflichten zu übernehmen. Deswegen war es notwendig, den Gang in die Hofburg zu tun, ohne daß ein Bedürfnis für jemanden vorhanden sein sollte, diesen Gang zu sehr zu übertreiben. Die Genossen, die daran Kritik üben, sind eigentlich sehr zurückhaltend und ich muß anerkennen, daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich einen ungemein politischen Sinn hat, der sie instinktiv erkennen ließ, daß die Fraktion eine Sache getan hat, gegen die gewiß vieles sprach, daß sie sie aber doch getan hat, weil sie sie für notwendig und nützlich erkannt hat. Aber wir wollen damit nicht den Interpretationskünsten allzusehr Spielraum geben, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als ob sich damit in unserer Gesamtauffassung zum kapitalistischen Staat auch nur im geringsten eine Wandlung vollzogen hätte. Wir verneinen, was wir immer verneint haben, bejahen nichts, was unser Programm zu bejahen verbietet. Wir sind in die Hofburg gegangen, um unseren Anspruch auf das Parlament zu bekunden. Es soll damit aber nicht ausgedrückt werden, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich eine andere Partei geworden ist oder eine andere Partei werden will, als sie immer war und als sie immer bleiben wird. (Lebhafter Beifall.)

Arbeitel (Bielitz): Es war für mich sehr interessant, daß diese Debatte gerade von einem Wiener Genossen angeschnitten wurde. Man hätte eher erwarten können, daß ein Genosse aus der Provinz darüber Beschwerde geführt hätte, da wir doch in der Provinz der eigentlichen Quelle des politischen Lebens etwas ferner stehen und aus den Zeitungsberichten doch nicht so gut über alle Verhältnisse, die da mitgespielt haben, informiert werden konnten. Ich muß sagen, ich habe mit Bangen gewartet, ob nicht bei uns in Oesterreich von diesem Gange in die Burg eine ähnliche Debatte in der Presse sich entspinnen werde, wie wir das in Deutschland erlebt haben. Es war gut, daß das bei uns nicht gekommen ist. Auch die Kritik der christlichsozialen Blätter, die ja in der Provinz einen besseren Boden finden als in Wien, wo die Arbeiter politisch geschulter sind, hat keinen Einfluß gehabt. Und ich habe überall von sozialdemokratischen Arbeitern nur das Urteil gehört, daß das ein geschickter Schachzug unserer Fraktion war, daß sie den Gegnern eine Waffe aus den Händen entwunden hat. Daß in kleinen Kreisen Kritik geübt wurde, möchte ich so als Wellenschlag aus Deutschland herüber bezeichnen. Bei uns in Oesterreich sind die Verhältnisse eben anders als in Deutschland. Bei uns bestehen die Gefühle nicht, die die deutschen Genossen gegenüber

ihrem Kaiser haben. Ich glaube, daß an diesem Schritte der Fraktion nichts auszusetzen ist, und ich bin überzeugt, daß es sich über kurz oder lang noch herausstellen wird, wie nützlich er für die Arbeiter war. Wenn ein Genosse wieder daran Anstoß genommen hat, daß die Fraktion zu wenig gegen den Luegerschen Jubiläumsschwindel getan hat, so muß ich erklären, daß dieser Trick Luegers auch nicht so viel Staub aufgewirbelt hat und von den meisten doch sehr rasch durchschaut wurde. Eine große Aktion im Parlament war nicht notwendig, wohl aber wäre es vielleicht gut gewesen, durch eine Flugschrift die Arbeiterschaft darüber aufzuklären. Aber auch die Unterlassung dessen ist von keiner großen Bedeutung. (Zustimmung.)

Adler: Was Genosse Berut hier ausgeführt hat, fasse ich nicht gar so böse auf. Er hat hier zum Ausdruck gebracht, was wir alle gefunden haben, daß es nämlich eine gewisse Selbstüberwindung gekostet hat, die Stellung, die wir seit Jahren allen diesen Zeremonien gegenüber eingenommen haben, zu ändern. Niemand braucht den Mitgliedern der Fraktion etwa erst das Gefühl in Erinnerung zu rufen, daß wir durch Jahrzehnte unter erbitternden Verfolgungen zu leiden hatten. Das Gefühl verläßt uns nicht und hat uns nie verlassen, um so weniger, als es durchaus nicht so sicher ist, daß, wenn der Wind wieder anders weht, wir wieder dieselbe Haltung einnehmen werden. Aber die Frage stellt sich ja so, und sie wurde auch von Hillebrand so gestellt: Wenn ihr jetzt zur Thronrede gegangen seid, warum seid ihr nicht auch früher hingegangen? Hier liegt allerdings das Entscheidende. Wir konnten uns früher nicht an einer feierlichen Eröffnung des Reichsrates beteiligen, solange wir nicht Abgeordnete gleichen Rechtes waren, und wir hatten keine Veranlassung, diese Demonstration gegen die Vergewaltigung fortzusetzen, wo der Grund zu dieser Demonstration tatsächlich weggefallen ist. In der Teilnahme der Fraktion an der Thronrede liegt nicht eine Demonstration, sondern liegt bloß die Erklärung: Heute haben wir keinen Grund, zu demonstrieren. Und Sie werden uns zugeben müssen, daß, wer die österreichische Politik der letzten Jahre mit sehendem Blick verfolgt und auch die österreichische Politik der nächsten Zeit, die ja nicht nur eine österreichische, sondern eine österreichisch-ungarische Politik ist, betrachtet, der wird einsehen, daß wir keinen Anlaß haben, gegen einen Faktor im Reiche, der zufällig in diesem Moment dasselbe Interesse gehabt hat wie das österreichische Proletariat, der gezwungen war, sich auf den Standpunkt des gleichen Rechtes des Proletariats zu stellen — in Oesterreich wie in Ungarn — daß wir keinen Anlaß hatten, gerade gegen diesen Faktor bei der Eröffnung des ersten Volksparlaments zu demonstrieren. Ich will nicht sagen, daß wir einen guten Schachzug getan haben. Aber ich muß sagen, daß wir einen Fehler vermieden haben, der vielleicht von bösen Folgen hätte begleitet sein können. Daß unsere Gegner davon nicht erbaut sind, daß die Christlichsozialen uns bei jeder Gelegenheit darüber aufziehen, zeigt ja doch nur, wie recht wir gehabt haben. Das ist doch nur eine Quittung dafür, daß wir ihnen weh getan haben, und es war doch nicht unsere Absicht, ihnen wohl zu tun.

Nun muß ich noch ein parlamentarisches Detail, das Genosse Bernstein hier vorgebracht hat, erörtern. Er hat es offenbar nicht mehr in genauer Erinnerung, um was es sich damals gehandelt hat, denn sonst müßte er wissen, daß es eine solche Debatte über die 100 Millionen-Spende im Parlament gar nicht gegeben hat. Zur Debatte stand nur ein Antrag Lueger, einen Ausschuß zu wählen, um Jubiläumsfeierlichkeiten zu beschließen, und Lueger hat damals bloß angekündigt, daß er im Ausschuß einen solchen Antrag stellen werde. Ob ihm das gerade während der Begründung eingefallen ist, oder ob das eine wohl überlegte Demagogie war, weiß ich nicht. Aber es war im Antrag selbst durchaus kein Grund, einzugreifen. Und Genosse Bernstein möge sich beruhigen. Ebenso wie das im Ausschuß in dem Moment, wo ein konkreter Antrag vorgelegt ist, durch Genossen Neumann schon geschehen ist, in dem Moment wird auch im Plenum der Schwindel demaskiert werden, sobald der Antrag ins Parlament kommt. Eine besondere Flugschrift darüber auszugeben, halte ich gegenwärtig für nicht so wichtig. Ich glaube, die

Christlichsozialen irren sich über die Tragweite dieses demagogischen Kniffs. Es kommt für die Altersversorgung nicht viel heraus, aber für die Christlichsozialen schaut verdammt wenig dabei heraus.

Nun will ich aber doch den Gedanken, den ich abbrechen mußte, als vorhin meine Redezeit abgelaufen war, weiterspinnen. Mir liegt daran, davon zu sprechen, daß wir heute vor großen Aufgaben stehen, Aufgaben, denen wir, wie ich glaube, nur unvollständig gewachsen sind. Es geht nicht an, daß wir weite Gebiete haben nicht nur in Böhmen, sondern in allen Ländern, auch hier in Niederösterreich unmittelbar vor den Toren von Wien, wo Proletarier in Massen wohnen und wir die wichtigsten Arbeiten nicht leisten. Da müssen Mittel gefunden werden, um mehr leisten zu können. Dazu gehört vor allem, daß wir Leute dazu haben; dazu gehört aber auch, daß wir Geld genug haben. Dr. Ellenbogen hat es mit seinem Kassenbericht sehr leicht gehabt. Er hat einige schöne Ziffern vorgelesen, aber niemand hat ihn gefragt, ob das, was der Partei an Mitteln zur Verfügung steht, auch genügt hat, ob wir als Partei genug geleistet haben. Ich habe durchaus die Empfindung, und jeder von Ihnen weiß es sehr gut, daß wir ganz ungenügende Mittel haben. Niemals bin ich so erbittert, als wenn unsere Gegner erzählen, daß wir eine gute Organisation und riesige Mittel zur Verfügung haben. Wir wissen leider, wie es mit diesen Mitteln bestellt ist. Wir brauchen Menschen und wir brauchen Mittel, und wir müssen die Menschen und die Mittel haben, und Sie werden dieses Lied von mir noch sehr oft hören, wenn es Ihnen mit der Zeit auch langweilig werden sollte. Wir müssen diese Mittel haben. Wir können nicht den Boden, der solche Hoffnung erweckt, unbearbeitet liegen lassen. Und wenn Sie das bedenken, was die österreichische Partei aufbringt im Vergleich zur deutschen Partei, so müssen wir sagen, daß, selbst abgerechnet die höhere Lebenshaltung, die höheren Löhne der deutschen Genossen, die größere Industrie und alle diese günstigen Umstände, doch noch ein Defizit auf österreichischer Seite bleibt. Hier muß Wandel geschaffen werden. Und ich möchte Sie bitten, daß Sie mit auf Mittel sinnen, daß wir besser gestellt werden und mit mehr Erfolg arbeiten. (Beifall.)

Die Debatte ist erschöpft und es folgen die

Schlußreden.

Skaret: Im Grunde kann ich nur wiederholen, was Adler hier mit Bedauern ausgesprochen hat, daß ich erstaunt bin, wie wenig hier an unserem Bericht bemängelt wurde. Ich selbst bin erstaunt, daß so wenige von den angekündigten Beschwerden hier vorgebracht wurden. Offenbar haben Sie eingesehen, daß wir nicht alles machen konnten, was Sie und wir gewünscht, das geschehen hätte sollen oder geschehen hätte können, und dadurch ist offenbar Ihr Urteil etwas milder gegen uns ausgefallen. Ich kann mich daher darauf beschränken, Ihnen vorzuschlagen, daß Sie die Anträge Sever, Neumann und Adler der Parteivertretung zuweisen. Sie können überzeugt sein, daß wir alles daransetzen werden, daß diese Wünsche raschestens in Erfüllung gehen. (Beifall.)

Rieger: Sie haben von meiner Einladung zu einer lebhaften Kritik unseres Berichtes keinen ausschweifenden Gebrauch gemacht und die lustige Prügelei, auf die ich mich gefaßt gemacht hatte, ist ausgeblieben. Daß Sie vielleicht gar mit unserer Tätigkeit zufrieden sein könnten, scheint mir doch kein genügender Grund. Ich glaube vielmehr den wahren Grund zu kennen: den nämlich, daß die Genossen, die früher mit solcher Liebe auf den Sozialdemokratischen Verband losschlugen, nun selbst Abgeordnete geworden sind (Heiterkeit) und also am Prügeln kein Interesse mehr haben. Was nun den Vorwurf wegen des Antrages Luegers betrifft, so muß ich darauf hinweisen, daß, als Dr. Lueger seinen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses einbrachte, das natürlich ganz bedeutungslos war. Als dann der Hundertmillionenantrag kam, haben wir nicht nur im Ausschuß, sondern im Plenum diesen Schwindel eingehend besprochen, und zwar ganz kurze Zeit nach der

Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag. Es war Genosse Schuhmeier, der in der Budgetdebatte der Sache eine ausführliche Besprechung widmete. Was die Beteiligung an der Thronrede betrifft, so muß ich Ihnen zunächst erklären, warum ich in meinem Bericht über die Sache nicht gesprochen habe. Da muß ich Ihnen denn mitteilen, daß ich persönlich ein Gegner der Beteiligung an diesem parlamentarischen Akt war. Sie dürfen nicht glauben, daß im Verband selbst der Beschluß einstimmig gefaßt wurde. Eine große Minorität des Verbandes war dagegen. Aber ich selbst habe das nicht als eine so wichtige und brennende Angelegenheit aufgefaßt, daß ich sie ganz besonders besprechen müsse. Unwidersprochen ist, daß wir es bei der Verlesung der Thronrede mit einem parlamentarischen Akt zu tun haben. In dem Augenblick nun, wo wir den Parlamentarismus als solchen akzeptieren, wo wir die Negation des Parlamentarismus verlassen haben, müssen wir selbstverständlich auch an allen Akten des Parlamentarismus teilnehmen können. Man wird dadurch, daß man zur Thronrede geht, noch kein Monarchist und man vergibt sich auch als Republikaner nichts; wenn man als Mitglied eines Parlaments in einer Monarchie einem solchen konstitutionellen Akt nicht ausweicht. Ich bin persönlich nicht der Anschauung, daß die Anwesenheit in der Hofburg besonders nützlich war. Aber ich habe sie auch für keinen großen Fehler gehalten. Es hat uns meiner Ueberzeugung nach nichts genützt, es hat uns aber auch nicht geschadet. Ich halte also das, was Genosse Bernt gewissermaßen zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall stempeln wollte, für mehr oder weniger nebensächlicher Natur, sicher aber nicht für einen Verstoß gegen das Prinzip. Wenn wir damit gegen unser republikanisches Prinzip verstoßen hätten, so hätte sich der Parteitag sicher ganz entschieden dagegen aufgelehnt, und wäre das Prinzip dabei verletzt worden, so hätte sich auch im Verband keine Majorität dafür gefunden.

Nun habe ich noch einen Antrag Aussig zu besprechen, daß die Parteivertretung betraut werde, nach jeder Reichsratssession Flugblätter oder Broschüren herauszugeben, worin die Beschlüsse des Parlaments und die Stellung der Fraktion hierzu dargelegt werden. Der Antrag ist nicht so ohneweiters anzunehmen, denn von allem anderen abgesehen, gibt es ja auch Sessionen, die ganz unfruchtbar waren. Ich bitte Sie also, den Antrag der Parteivertretung zur Beratung zu überweisen. Wie Sie über den Antrag Weiß beschließen, das können wir mit ruhigem Gewissen abwarten. Stimmen Sie also ab, wie Sie es vor der Arbeiterschaft verantworten können. (Lebhafter Beifall.)

Bernstein (Gablonz) erklärt in einer tatsächlichen Berichtigung, er habe der Ansicht Ausdruck gegeben, daß auch die erste Debatte über den Antrag Lueger Gelegenheit zu einer Kritik des Jubiläumsschwindels hätte geben können.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wurden die Anträge Dr. Czech (Absolutorium der Parteivertretung) und Weiß (Vertrauensvotum dem Verband) einstimmig angenommen; die Anträge Neumann (Umgestaltung des Kassenberichtes), Sever (Reichsrats-Handbuch) und Dr. Adler (Parteigeschichte) der Parteivertretung überwiesen.

Zweiter Verhandlungstag. — 1. Oktober.

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt **Tomschik**.

Das neue Organisationsstatut.

Berichterstatter **Skaret:** Unser derzeit noch geltendes Organisationsstatut wurde im Jahre 1897 auf dem Wimberger-Parteitag geschaffen und es wurde damals unter ausdrücklicher Berücksichtigung der durch die neue Wahl-

reform geschaffenen fünften Kurie die Wahlkreiseinteilung festgelegt. Wir haben damals in diesem Statut die Lokalorganisationen zur Grundlage unserer gesamten Parteiorganisation gemacht. Die weitere Gliederung der Lokal- und Bezirksorganisationen aber war damals nach den Wahlkreisen der fünften Kurie geordnet. Allerdings gebe ich zu, daß nicht in allen Kronländern die Wahlkreisorganisation rein durchgeführt wurde, sondern daß ein Teil der Kronländer davon Abstand genommen und eine stramme zentrale Landesorganisation geschaffen hat. Wir konnten auch Fälle verzeichnen, daß, obwohl in einzelnen Kronländern zuerst die Wahlkreisorganisation bestanden hatte, diese, da sie sich nicht bewährte, wieder aufgehoben und durch eine zentrale Landesorganisation ersetzt wurde. Ich erinnere da nur an Oberösterreich. Dieses Organisationsstatut, das nun elf Jahre in Geltung ist, ist im Laufe dieser Zeit ganz unbedeutend abgeändert worden. Es sind allerdings Zusätze, Einschiebsel gemacht worden, in seinem Wesen aber ist es unverändert geblieben. Eine einschneidende Aenderung allerdings wurde auf dem Linzer Parteitag im Jahre 1898 beschlossen, und zwar in der Einhebung der Parteisteuer. Sie alle können sich gewiß noch erinnern, daß die frühere Einhebung der Parteisteuer, die durch die Lokal-, Bezirks- und Landesorganisationen erfolgte, durchaus unzureichend gewesen ist und daß die Parteivertretung niemals in der Lage war, auch nur über die allernotwendigsten Mittel zu verfügen. Wir mußten darum von dieser indirekten Einhebung der Parteisteuer Umgang nehmen und mußten an deren Stelle die Einführung einer direkten Parteisteuer setzen, und zwar einer solchen, die hauptsächlich auf den Berufsorganisationen in der Weise beruhte, daß wir jeden Parteigenossen verpflichteten, monatlich 2 H. direkt an die Parteivertretung abzuführen. Da nun die Parteivertretung nicht direkt von jedem Parteigenossen diesen Betrag einheben konnte, haben wir uns der Vertrauensmänner der Berufsorganisationen zur Einhebung und Verrechnung bedient. Das waren nun die wesentlichsten Aenderungen, die wir von 1897 bis jetzt innerhalb des alten Organisationsstatuts vorgenommen haben.

Nun kam die neue Wahlreform, die eine ganz neue Wahlbezirkseinteilung brachte und damit auch eine vollständige Umkrempelung unserer ganzen Organisation zur Folge hat. Die Wahlbezirkseinteilung der neuen Wahlreform ist für unsere Parteiorganisation die denkbar ungünstigste, und zwar darum, weil vielfach in einem Landgemeindenwahlkreis oft zwei und drei andere Städtewahlkreise eingeschoben sind oder mit einigen Orten hineinragen, oder aber aus einzelnen Landgemeindenbezirken die Hauptorte, die die Führung und Leitung des Wahlkreises haben sollen, herausgerissen wurden. In Deutschland haben es unsere Genossen in dieser Richtung viel einfacher. Jeder Wahlkreis ist dort ein für sich abgeschlossenes Ganzes, jeder stellt eine Organisationseinheit dar, die nicht nur ihre Organisationsgeschäfte so ziemlich selbständig regelt, sondern die auch die Beschickung zum Parteitag sowie die ganze Wahlorganisation besorgt. Bei uns aber hat durch die Trennung der sogenannten Industriewahlbezirke von den Landwahlbezirken unsere Organisation eine außerordentliche Komplikation erfahren, der wir nun im neuen Organisationsstatut Rechnung tragen müssen. Da fragt es sich nun, in welcher Weise es möglich sein wird, alle diese Umstände zu berücksichtigen und dabei doch eine schlagkräftige Organisation zu bleiben, organisatorisch uns nicht allzusehr zu zerreißen und, worauf wir insbesondere zu sehen haben, eine ziemlich geschlossene Zentralstelle zu besitzen, von der alle Fäden ausgehen und von der aus die Agitation in entsprechender Weise geregelt werden kann. Eine Aenderung des neuen Organisationsstatuts kann sich infolgedessen nur nach zwei Richtungen bewegen: einmal müssen wir unsere Parteiorganisation den nun durch die Wahlreform veränderten Verhältnissen anzupassen suchen in Bezug auf unsere Organisationsform, in zweiter Linie müssen wir dafür Sorge tragen, daß auch die Wahlorganisation nicht wesenlich darunter leide, wenn wir geschlossene Wahlbezirke nicht haben können.

Einleitend möchte ich noch bemerken, daß unser neues Statut allerdings nur ein Rahmengesetz für unsere Parteiorganisation sein kann.

Es kann durchaus nicht so, wie es hier beschlossen werden wird, auf alle Wahlbezirke und alle Kronländer sklavisch nachgeahmt und übertragen werden, sondern es ist selbstverständlich, daß die verschiedenen Kronländer je nach den verschiedenen Verhältnissen sich die Sache verschieden einrichten müssen, wie es eben ihrer Agitation und Organisation zweckentsprechender ist. Aber der Rahmen der Organisation soll dadurch nicht so vielfach durchbrochen werden, wie das beim alten Organisationsstatut geschehen ist. Wir müssen uns also zunächst darüber klar werden, wie die Form der Organisation in Zukunft sein soll. Wir müssen uns bemühen, nun in unserem neuen Organisationsstatut einen Modus zu finden, der die Parteimitgliedschaft in einer präziseren Form zum Ausdruck bringt, und wir müssen andererseits auch dafür Sorge tragen, daß die Wahlorganisation aufrecht bleibt und bei einer Wahl keine Störung erleide. Nun haben wir Ihnen einen Entwurf vorgelegt, der vor ungefähr fünf Wochen in der „Arbeiter-Zeitung" abgedruckt wurde und wir waren der Meinung, es werde sich eine etwas lebhaftere Diskussion über die Ausgestaltung der Organisation entwickeln. Ich konstatiere aber, daß sich diese Erwartung nicht erfüllt hat.

Ehe ich mich mit dem Statut selbst beschäftige, muß ich noch folgendes bemerken: Zur Ausarbeitung dieses Statuts wurde ein Komitee eingesetzt, das sich schon im vorigen Jahre zu dem damals fälligen Parteitage damit hätte beschäftigen sollen. Sie wissen, wie wir alle mit Arbeiten überhäuft waren, so daß es uns auch nicht möglich war, viele Komiteesitzungen abhalten zu können. Das Komitee ist daher nur über die allerprimitivsten Grundsätze des Organisationsstatuts einig geworden, jedoch eine Schlußredaktion konnte das Komitee nicht mehr vornehmen. Der vorliegende Entwurf, der als Antrag der Parteivertretung eingebracht ist, ist also eigentlich mehr ein Antrag des Parteisekretariats mit Zuhilfenahme jenes Materials, welches das zu diesem Zwecke eingesetzte Redaktionskomitee geschaffen hat.

Nun gestatten Sie, daß ich hier auf die einzelnen Bestimmungen des Statuts selbst eingehe. Ich will die ersten drei Paragraphen vorläufig überspringen und mit jenem Teile anfangen, der die wichtigste Aenderung unseres Statuts darstellt: das ist die Gliederung der Parteiorganisation. Wir haben — und wir konnten es nicht anders — den Aufbau der Parteiorganisation wieder auf die Lokalorganisation gestellt. Die Lokalorganisation ist auch in unserem neuen Entwurf wieder die Grundlage unserer Parteiorganisation und jeder am Orte wohnende Genosse hat ihr anzugehören. Hier ist es wichtig, zu untersuchen, wie diese unsere Lokalorganisationen bisher vielfach ausgesehen haben und wie wir sie uns für die Zukunft vorstellen. Die Parteimitgliedschaft in diesen Lokalorganisationen — ich kann das nur im allgemeinen erklären und will nicht behaupten, daß nicht auch Ausnahmen zu konstatieren sind — war in den meisten Fällen eine nebulose, eine durch gar nichts zu fassende, durch gar nichts festzuhaltende. Wohl haben die Lokalorganisationen Beiträge eingehoben. Aber diese Beitragsleistung war durchaus keinem Zwange unterworfen; ja, ich kenne eine ganze Menge von Lokalorganisationen — und es bestehen ihrer zweifellos noch viel mehr —, wo die Mitglieder über die gezahlte Parteisteuer nicht den geringsten Ausweis in der Hand haben, über keinerlei Mitglieds- oder Legitimationskarte verfügen, sondern wo die Parteisteuer eingehoben wurde, sei es im Wege der am Orte bestehenden Vereine, Berufsorganisationen, Ortsgruppen u. s. w. oder durch eigens hierzu bestellte Kassiere. Das empfinden wir als einen ganz bedeutenden Mangel, weil der Nachweis der Parteimitgliedschaft durch das Parteimitglied nicht erbracht werden kann. Wir haben aber auch die verschiedensten Formen der Einhebung der Parteisteuer. In einzelnen Bezirken wird die Steuer im Wege eines Blattes eingehoben, das heißt das Parteiblatt ist die Quittung für den Parteibeitrag, den das Mitglied an die politische Organisation leistet. In anderen Bezirken wird sie durch die Ortsgruppen, Bildungsvereine oder dergleichen eingehoben. Eine Feststellung aber darüber, wer seinen Beitrag geleistet hat und wieviel geleistet wurde, ist nur in wenigen Fällen

möglich. Wir glauben also, daß auch da Wandel geschaffen werden soll, insoweit als eine feste Parteimitgliedschaft geschaffen werden muß, so daß es nicht mehr vorkommen kann, daß jeder, der das Blatt nimmt oder der eventuell zwei oder drei Kreuzer in der Woche leistet, auch schon als vollwertiges Mitglied in unser Register aufgenommen wird. Es ist also die Frage des Ausbaues der Lokalorganisation außerordentlich wichtig.

Wir stellen uns nun vor, daß die Lokalorganisationen, genau so wie in unserem alten Organisationsstatut, wieder zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt werden, die wir für ein außerordentlich wichtiges Glied in unserer Parteiorganisation halten. Schon deshalb, weil es die Aufgabe der Bezirksausschüsse ist, befruchtend, aneifernd und ausbauend auf die in ihrem Geltungsbereich liegenden Lokalorganisationen einzuwirken. Wir haben also die Form der Bezirksorganisation beibehalten und kommen nun bei dem weiteren Ausbau der Organisation zu der Frage, ob sich diese Bezirksorganisationen dann wieder zu Kreisorganisationen zusammenschließen sollen oder ob außer diesen größeren Agitationskreisen der Uebergang sofort zur zentralen Landesorganisation erfolgen soll. Ich weiß wohl, daß wir auch heute solche Kreisorganisationen haben, daß aber trotzdem schon seit 1897 vielfach diese Organisation nicht zur Geltung kam, und ich bin mir wohl bewußt, daß das auch in vielen Ländern jetzt nicht viel anders sein wird. So glaube ich, daß es in Böhmen, wo es schon jetzt mit der zentralen Landesorganisation außerordentlich schlecht bestellt war, auch in Zukunft nicht möglich sein wird, die Bezirksorganisationen ohne jede Zwischenstufe gleich zu einer geschlossenen zentralen Landesorganisation zusammenzufassen, wie das vielleicht in Niederösterreich, Salzburg, Tirol, Steiermark und bei anderen der Fall sein dürfte.

Wir haben also im Organisationsstatut die Zusammenfassung der Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen festgelegt, die allerdings durchaus nicht zwangsweise eingeführt werden sollen, sondern je nach den Verhältnissen in den einzelnen Kronländern auch ebensogut weggelassen werden können. Wie sollen nun diese Kreisorganisationen ausschauen? Was für Aufgaben sollen sie haben? Welches soll ihr Wirkungskreis sein? Die Zusammenfassung der Bezirks- zu Kreisorganisationen bringt uns mit der neuen Wahlbezirkseinteilung in Konflikt, indem Organisationsgebiete, die bisher dem einen Agitationsterritorium zugehört, nun in einen anderen Agitationsbezirk kommen sollen, und es haben sich daraus, wenn auch keine allzu bedeutenden, aber immerhin manchmal recht unangenehme Diskussionen darüber entsponnen, ob der eine Ort oder die zwei Orte oder ein bestimmter Bezirksteil noch zu einem Organisationsbezirk geschlagen werden soll. Ich glaube, daß wir uns bei solchen Fragen der Bezirks- und Kreiseinteilung nicht von solchen kleinlichen Gesichtspunkten leiten lassen sollen, wie etwa, daß in dem Orte bisher soundsoviel Exemplare eines bestimmten Parteiblattes abgesetzt wurden, sondern wir sollen uns ausschließlich von dem Gesichtspunkte leiten lassen, was für die Agitation und für die Organisation das Zweckentsprechendste ist. Wir haben also nun drei Glieder in unserer neuen Organisation, die sich eigentlich und scheinbar fast in nichts von dem alten Statut unterscheidet; insofern allerdings wird da ein Unterschied sein, als die Einteilung der Organisationen nach der neuen Wahlbezirkseinteilung geändert werden muß. Nun möchte ich da gleich beim § 5, mit Rücksicht darauf, daß nicht in allen Ländern die Kreisorganisation eingeführt werden muß, eine kleine Aenderung im zweiten Absatz dahin beantragen, daß es nicht mehr heißt, daß sich die Bezirke zu Kreisorganisationen zusammenschließen, sondern daß sie sich zusammenschließen können. Ich beantrage das darum, damit sich die einzelnen Länder dadurch nicht für unbedingt verpflichtet halten, diese Bestimmung in ihre Statuten aufzunehmen.

Nun will ich doch wieder zu der Frage der Parteimitgliedschaft übergehen. In Deutschland haben es die Genossen da ungleich leichter; dort hat jeder Wahlkreis einen eigenen Wahlverein und die Parteigenossen des Ortes sind Mitglieder dieses Wahlvereines, weisen sich durch ihre Karte aus und entrichten auch dementsprechend ihre Beiträge an den Wahlverein. Und

von diesen Beiträgen werden dann 20 Prozent an die Parteikasse abgeführt, 20 Prozent fließen in die Kasse des Wahlvereines (wobei allerdings auch diese prozentuelle Abführung nicht überall gleich ist, sondern besonders vereinbart wird) und der Rest sowie die Einnahmen aus Festen, aus der Kolportage und dergleichen verbleiben den Lokalorganisationen. Wir in Oesterreich haben uns bis heute mit dieser Form nicht gut befreunden können, das heißt wir haben mit dieser Art der Einhebung die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht. Nicht nur, daß in vielen Lokalorganisationen überhaupt keine Beiträge eingehoben werden, gibt es auch Lokalorganisationen, die so niedrige Beiträge einheben und von nur so wenigen Mitgliedern sie einheben können, daß das Ergebnis dieser Beitragsleistung ganz geringfügig ist, so daß die am Orte entstehenden Spesen für Agitation, ja oft nur die für Korrespondenz weit höher sind als ihre Einnahmen. Es muß also in dieser Hinsicht Wandel geschaffen werden. Nur fragt es sich, in welcher Weise das bei uns in Oesterreich möglich ist. Es wäre außerordentlich verlockend — und das war ja immer mein Ideal, seitdem ich im Parteisekretariat sitze — wenn jede Bezirksorganisation einen eigenen politischen Verein hätte, mit festen, für das ganze Kronland einheitlichen Wochen- oder Monatsbeiträgen. Wir hätten damit erreicht, daß wir unsere politisch organisierten Parteimitglieder gleich den Gewerkschaftern in ein festeres Organisationsgefüge bringen würden, als das bis heute der Fall war. Wir hätten damit weiter erreicht, daß wir auf bestimmte Einnahmen rechnen könnten. Diese Idee aber, für jede bestehende Bezirksorganisation einen politischen Verein zu bilden, der nicht nur ein Instrument für die Zusammenfassung der den Lokalorganisationen angehörenden Mitglieder sein, nicht nur die Parteimitgliedschaft nachweisen und bekräftigen soll, hat außerdem auch den Vorteil, daß er als gutes Instrument für die Einberufung von Versammlungen dienen kann. Dieser Absicht — die uns auch die überflüssigen Stempelausgaben bei der Einberufung von Versammlungen ersparen würde — steht allerdings die alte, blödsinnige reaktionäre Bestimmung in unserem Vereinsgesetz gegenüber, daß ein politischer Verein keine Zweigvereine haben darf, daß politische Vereine keinen Verband gründen und mit anderen nicht in Verbindung treten dürfen u. s. w., sowie auch die Bestimmung, daß Minderjährige und Frauen sowie Ausländer nicht Mitglieder sein dürfen. Nun haben wir ja mit dieser letzten Bestimmung bereits insofern teilweise gebrochen, indem letztere als unterstützende Mitglieder von den Lokalorganisationen aufgenommen und behandelt werden können, die denselben Beitrag leisten und schließlich auch keine andere Rolle zu spielen brauchen als ordentliche Mitglieder. Es wird also nicht unmöglich sein, daß wir auch in den anderen Beziehungen eine laxere Praxis durchsetzen. Ich lege sehr viel Gewicht darauf, daß unsere politische Organisation endlich anfängt, eine festere, kompaktere Form anzunehmen, als das bisher gewesen ist. Es ist also für unsere Parteimitgliedschaft nicht nur die Zusammenfassung in fest gegründete Organisationen, sondern es ist auch die Parteimitgliedskarte als Ausweisdokument sowie ein fest bestimmter Beitrag notwendig. Genosse Adler hat gestern ganz treffend bemerkt, daß man uns für eine ausgezeichnet organisierte Partei hält, daß aber in dem Moment, wo man das, was von außen besehen wie eine Organisation ausschaut, ein bißchen von innen betrachtet, sich herausstellt, daß es nirgends mit der Organisation so schlecht bestellt ist wie gerade vielleicht bei uns in Oesterreich.

Ich habe vorhin schon gesagt, wir sind durch die neue Wahlbezirkseinteilung in unserer Organisation in außerordentlich komplizierte und ungeschickte Verhältnisse hineingekommen. Wir haben nur wenige Wahlkreise, wie zum Beispiel Friedland, Kratzau, Rumburg und Warnsdorf, wo Land und Stadt beisammen und damit abgeschlossene Territorien zu einheitlichen Organisationsgebilden gegeben sind; doch die überwiegende Mehrzahl der Wahlbezirke ist so beschaffen, daß in einen Landgemeindenwahlbezirk ein, zwei und auch drei Industriewahlbezirke hineinragen und daß wir nun erst suchen müssen, aus diesem Wahlbezirkswirrwarr irgend eine Ordnung für unsere

Organisation herauszubringen. Wir meinen daher, wenn wir jetzt unsere Parteiorganisation neu aufbauen, daß es notwendig ist, unsere Organisationskreise und Organisationsbezirke so viel als möglich den Wahlbezirken anzupassen, indem wir Wahlkreise zusammenlegen und darauf sehen, daß die Grenzen unserer Organisationskreise so viel als möglich auch mit den Grenzen von Wahlbezirken zusammenfallen.

Hillebrand: Das sollte ausdrücklich ausgesprochen werden.

Skaret: Es ist auch im neuen Statut ausgesprochen. Ich lege auf diese Anpassung besonderes Gewicht, weil wir uns ja vor den Reichsratswahlen neben der Parteiorganisation als Wahlorganisation konstituieren müssen und es da von höchster Wichtigkeit ist, daß die Grenzen unserer Parteiorganisationsgebiete und die der Wahlkreise nicht allzusehr differieren. Ich möchte Sie daher ersuchen, überall, wo Sie an diese Einteilung schreiten — diese Einteilung können wir ja nicht hier auf dem Parteitag treffen, sondern sie muß dem Detailstatut der Landeskonferenz oder dem Agitationskreise vorbehalten bleiben — diese so viel als möglich dem Wahlkreis anzupassen. Gestatten Sie, daß ich hier auch gleich die Straßen- und Häuseragitation berühre. Es mögen einzelne Delegierte heute noch verschieden darüber denken, aber es steht für uns fest: die Straßen- und Häuserorganisation ist bei uns bei den Wahlen und schon vor den Wahlen, noch bevor die Wählerlisten aufgelegt sind und das Reklamationsverfahren begonnen hat, ein unerläßliches Instrument, wenn wir gute sozialdemokratische Wahlen machen wollen. Auf den Landes- und Kreiskonferenzen ist mir von einzelnen Genossen immer wieder darüber gesagt worden: „Ja, das ist eine Einrichtung, die mag für Wien gut sein und in Wien gehen, aber bei uns geht das nicht." Ich habe aber auch die Erfahrung gemacht, daß in einer ganzen Reihe solcher Organisationsterritorien, wo diese Einwendungen früher gemacht wurden, später die Straßen- und Häuserorganisation doch durchgeführt wurde, wenn auch nicht gerade bis auf das letzte i-Tüpferl, aber doch wenigstens in ihren gröberen Ansätzen so gut, daß nicht ein kleiner Teil unserer Erfolge bei den letzten Reichsratswahlen gerade darauf mit zu setzen ist. Darum ist es sehr zu bedauern, daß in Orten mit starker Arbeiterbevölkerung dieses wichtige und unerläßliche Organisationsglied, die Häuser- und Straßenorganisation, fehlt und in sonst selbst guten Wahlbezirken weder bei den Reklamationen noch am Wahl- oder Stichwahltag der Agitationsleitung als ein verläßliches Werkzeug bei den Wahlen benützt werden kann. Ich betone die Wichtigkeit der Straßen- und Häuserorganisation sowie der Anlage der Bezirksorganisation und Kreisorganisation der Partei mit Rücksicht auf die Wahlbezirksgrenzen hier nochmals ganz besonders, weil diese durchzuführen ja Aufgabe der Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen und nicht des Parteitages, somit unserer direkten Einflußnahme daher so gut wie entrückt ist.

Der § 8 des Statuts regelt die Verhältnisse der Vertrauensmänner. Wir sind der Meinung, daß die jetzige Form der Organisation nicht genügt, wo sich die Lokalorganisation damit begnügt, einen Lokalvertrauensmann und die Bezirksorganisation einen Bezirksvertrauensmann zu haben. Wohl wird der Lokalvertrauensmann als Bindeglied, als Verkehrsorgan zwischen der Bezirks-, Kreis- oder Landesorganisation immer unerläßlich notwendig sein, aber wenn eine Lokal- oder Bezirksorganisation auf gar nichts anderes aufgebaut ist und wenn gar nichts anderes gearbeitet wird als nur durch den einen Menschen, dann kann es mit unserer Lokalorganisation nicht viel besser stehen, als es leider heute vielfach der Fall ist. Wir müssen Sorge tragen, daß ein regerer Verkehr zwischen den Lokal- und Bezirksorganisationen, zwischen den Bezirks- und Kreis- und den Landesorganisationen hergestellt werde und daß diese Vertrauensmänner verpflichtet werden, in gewissen Zeiträumen regelmäßig Berichte zu erstatten, damit die Kreis- oder Landesorganisation jederzeit genau weiß, was eigentlich noch an der Organisation fehlt und wo und wie nachzuhelfen ist. Die einzelnen Mitglieder der Lokal- und Bezirksorganisationen sind bis heute fast in gar keinem Zusammenhang gestanden und haben die Arbeiten der Organisation meistens nur dem

einzelnen Vertrauensmann überlassen. Man verließ sich darauf, daß der einzelne die notwendige Initiative hat; besaß er sie, so geschah das Notwendige, mangelte sie ihm aber, so geschah es halt nicht. Da muß nun eine Aenderung in dem Sinne eintreten, daß durch die regelmäßige Berichterstattung der einzelnen Vertrauensmänner auch die Möglichkeit der Kontroll über den Ausbau der Organisation geschaffen werde, um eventuell mangelnder Initiative rechtzeitig und zielbewußt nachhelfen zu können.

Zu der Bestimmung des § 8, wonach die Vertrauensmänner im Anschluß an den Parteitag zu wählen sind, ist ein Antrag eingelangt, der die Wahl vor dem Parteitag fordert. Das wird mit der Erwägung begründet, daß der Vertrauensmann möglicherweise dann bei der folgenden Bezirkskonferenz entweder seine Funktion zurücklegt oder nicht mehr gewählt wird, wodurch die Anregungen des Parteitages für den Bezirk verloren gingen. Das Argument hat ja einiges für sich, aber ich bin überzeugt, daß dieser Fall doch nur ganz vereinzelt eintreten wird (Zustimmung), und halte es für zweckmäßig, daß die Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen knapp nach dem Parteitag stattfinden, damit seine Beschlüsse und Anregungen gleich fruchtbar gemacht und in Taten umgesetzt werden. Der heutige Zustand, wo zu Ostern, Pfingsten oder Weihnachten die Kreis- oder Landeskonferenzen abgehalten wurden, der Parteitag ein halbes oder Vierteljahr darnach folgte und dann wieder ein halbes Jahr verfloß, bis die Leute wieder zusammenkamen, halte ich nicht für zweckmäßig, da der Parteitag doch gewöhnlich den Organisationen eine ganze Reihe praktischer Aufgaben stellt, die auch rasch durchgeführt werden sollen.

Nun haben wir in das Organisationsstatut eine Bestimmung über die weiblichen Vertrauenspersonen aufgenommen, die mit Rücksicht auf eine erfreuliche Ausbreitung der Frauenorganisation auch in unser Parteistatut hineingehört. Freilich müssen wir dabei auch sorgen, daß der Aufbau von Frauenorganisationen und die Gewinnung der Frauen für die Bewegung von unseren männlichen Genossen in der Lokal- und Bezirksorganisation mehr gefördert werde, als es bisher der Fall war. Es ist nicht zu unterschätzen, welch enormen Dienst unserer Bewegung die Frauen dadurch leisten, daß sie andere Frauen aufklären und daß sie auch den Widerstand schwächen und beseitigen, den sonst Frauen der regeren Parteitätigkeit ihrer Männer entgegensetzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mehr Parteigenossen in der Organisation tüchtig arbeiten könnten und würden, wenn sie zu Hause aufgeklärte Frauen hätten.

Im Anschluß an die weiblichen Vertrauenspersonen hat Genosse Danneberg auch für die Jugendorganisation Berücksichtigung im Parteistatut verlangt. Ich sympathisiere mit der Forderung und halte den Ausbau der Jugendorganisation für außerordentlich wichtig; aber wir haben alle Ursache, wenn wir vor der Einfügung eines Punktes über sie sprechen, uns dabei vor Augen zu halten, daß die Organisierung der Jugend wohl noch halbwegs leicht geht in großen Orten und Städten, aber verhältnismäßig auf sehr viel Schwierigkeiten stößt in kleineren Orten. Es empfiehlt sich daher, bei der Schaffung von Jugendorganisationen außerordentliche Vorsicht walten zu lassen. Vergessen Sie nicht, daß heute unsere Lehrlinge durch einen Lehrvertrag an den Lehrherrn häufig gleich einem Sklaven auf drei oder vier Jahre gekettet sind und daß, wenn der Lehrherr, der ja gewöhnlich stets anders gesinnt ist als seine jugendlichen Arbeiter, an der Betätigung seines Lehrlings Anstoß nimmt und ihn hinauswirft, wir leider nicht in der Lage sind, dem Lehrling das alles zu ersetzen, was ihm durch die Unterbrechung der Lehre und die Nötigung, meist den Ort zu verlassen und anderwärts unterzukommen, an Unbill zugefügt wird. Darum möchte ich noch einmal beim Aufbau der Jugendorganisation zur äußersten Vorsicht mahnen. Ueber das Aufgeben dieses Punktes über die Jugendorganisation habe übrigens nicht ich, sondern wird die Kommission, die nach der Generaldebatte zur Beratung der Anträge zusammentreten wird, die entscheidenden Vorschläge zu machen haben.

Im § 10 haben wir, wie Sie gesehen haben werden, von der Beschickung des Parteitages die Lokalorganisationen ausgeschlossen, so daß jetzt nur

die Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen Delegierte entsenden, während früher auch jeder Lokalorganisation das Recht auf einen Delegierten zustand. Dafür haben aber jetzt die Bezirksorganisationen zwei Delegierte, so daß sie die Möglichkeit haben, immerhin auch aus einem Orte, dessen Vertretung auf dem Parteitag sie aus speziellen Gründen für zweckmäßig erachten, einen eigenen Delegierten auswählen und entsenden können. In Deutschland haben sie zur Delegierung für den Parteitag nicht einmal so kleine Organisationseinheiten wie die Bezirksorganisation; dort bilden die Wahlkreise auch die Organisationseinheit, die zum Parteitag delegiert. Bei diesem Punkte ist von den Wiener Genossinnen ein Antrag gestellt worden, der verlangt, daß überall dort, wo Frauen in der Parteiorganisation tätig sind, neben den männlichen Delegierten auch eine weibliche Delegierte zu entsenden wäre. Die Genossinnen wollen sich offenbar mit der Fassung des beantragten neuen Statuts: „Agitationsbezirke, respektive Kreisorganisationen, in denen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, eventuell außer den männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu entsenden“ nicht begnügen.

Die Genossinnen gehen da um einen Schritt oder eigentlich gleich um eine Menge Schritte weiter und wollen eine Verpflichtung der Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen statuieren, daß sie überall, wo sich Frauen in der Partei betätigen, auch eine Genossin delegieren müssen. Ich bin gewiß kein Gegner der Vertretung der Frauenorganisation auf dem Parteitag, ja ich stehe sogar auf dem Standpunkt, je mehr es unserer Organisation möglich sein wird, Frauen auf den Parteitag zu senden, desto besser wird es für unsere Bewegung sein; aber ich bitte doch zu bedenken, daß man nicht auf einen so weiten und dehnbaren Begriff, wie „wo sich Frauen in der Partei betätigen“, schon die Pflicht der Delegierung stipulieren kann. Das geht nach meinem Dafürhalten über die heutige Kraft unserer Organisation hinaus. Wenn wir nur von großen Agitationskreisen, von großen Landesorganisationen reden könnten, wäre ja das noch etwas anderes; aber stellen Sie sich vor, daß eine Bezirks- oder Kreisorganisation, weil wirklich in ihr ein paar Frauen tätig sind, nun auch zur Delegierung einer Genossin verpflichtet werden soll, wo sie ohnehin schon schwer die Mittel aufzubringen vermag, um einen Vertrauensmann zu entsenden! Da würde in der Praxis die Organisation auf dem Parteitag überhaupt nicht vertreten sein. Ich bitte die Genossinnen, lassen sie es mit der Fassung des neuen Entwurfes bewenden und seien sie überzeugt, wenn sie sich überall dort, wo Frauenorganisationen bestehen, in der Parteiorganisation entsprechend betätigen und vor der Wahl der Delegierten an die Konferenz mit ihren Ansprüchen herantreten, daß überall dort, wo es die Kraft unserer Organisation gestattet, ihre Ansprüche nicht unerfüllt bleiben werden. Doch eine Pflicht zu statuieren, wie sie es verlangen, scheint mir zu weit zu gehen; es scheint mir auch, daß sie damit für die Frauen ein eigenes Sonderrecht konstituiert wissen wollen, neben dem auch ihr eigener Grundsatz von der Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne nicht mehr ganz aufrecht zu erhalten wäre. Wir haben gar nichts dagegen, daß eine Frau delegiert wird, ob Mann oder Frau, muß uns gleich sein, und ich glaube, auf diesen Standpunkt müssen auch Sie sich einmal stellen. Ich verweise übrigens auch hier wieder auf die Antragskommission, die darüber beraten und sich entscheiden wird müssen.

Eine Aenderung, die bei einigen Genossen Unwillen oder doch Bedenken erregt hat, ist das Weglassen jener Bestimmung des alten Statuts, wonach die organisierten Genossen der einzelnen Industriegruppen je einen Vertreter auf den Parteitag senden, wo er stimmberechtigt ist. Die Gründe, warum dieser Absatz herausgenommen wurde, sind folgende: Die ursprünglich von dem Gewerkschaftskongreß geschaffene Vertretungsform war Verhältnissen angepaßt, die sich seither geändert haben. Der Begriff der Industriegruppe trifft heute nur mehr bei einzelnen Verbänden in dem alten Sinne zu, die Gewerkschaften haben sich seither in großen Zentralverbänden organisiert. Wir haben infolgedessen in unserem Organisationsstatut des Gesamtparteitages

schon vor zwei Jahren diese Bestimmung über die Industriegruppen fallen gelassen und haben sie durch das Delegierungsrecht der Fachblätter ersetzt. Ich glaubte daher, daß die Berufsorganisationen keinen besonderen Anstoß nehmen werden und daß es ihnen ziemlich gleichgültig sein werde, ob sie ihre stimmberechtigte Vertretung durch die Industriegruppe oder durch ihr Fachblatt auf dem Parteitag garantiert erhalten. Nun sind aber dagegen sehr zutreffende Argumente geltend gemacht worden. Man hat nicht mit Unrecht gesagt: Wenn das Fachblatt und nicht die Fachgruppe das Recht zu delegieren erhält, dann werden in der Regel die Redakteure als einzige Berufsvertreter des Parteitages angesehen; aber nicht bei allen Fachblättern sind die Redakteure auch Berufsangehörige und die Leiter der Fachorganisation. Die Person des Redakteurs verkörpert daher nicht die Berufsorganisation. Das ist ein wichtiger und sehr richtiger Einwand, und ich würde Sie daher bitten, daß wir den alten Passus über die Vertretung der Industriegruppe, der im neuen Entwurf eliminiert ist, wieder ins neue Statut herübernehmen, so daß auch die Berufsgruppen nach wie vor auf unserem Parteitag stimmberechtigt teilnehmen. Man hat schon für die Eliminierung jener Bestimmung ganz falsche Motive angenommen und gesagt, es scheine so, als ob man die Vertreter der Gewerkschaften nicht mehr gern auf unseren Parteitagen sähe. Das ist natürlich ganz falsch. Die politische und die gewerkschaftliche Parteiorganisation waren in Oesterreich seit jeher miteinander so innig verwachsen, daß die neue Wahlbezirkseinteilung und was immer damit gekommen ist, nicht das allergeringste in unseren Beziehungen geändert hat.

Weil ich gerade bei diesem Teil bin, so gestatten Sie mir, gleich auch eine ganz ähnliche Bestimmung, die wir eliminiert haben, hier zu behandeln.

Es ist die Bestimmung des Statuts: „Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existieren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.“ Ich erkläre Ihnen, ich bin fast der alleinige Missetäter, der den Passus eliminiert hat, und ich tat es nicht aus dem Grunde, als ob unser Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht mehr das alte und gleich gute wäre, sondern weil ich glaubte, das Verhältnis ist ein so gutes und so dauerndes und inniges, daß wir eigentlich diese Bestimmung in unserem Statut ganz gut entbehren können; aber wenn schon solche Deutungen erfolgen sollten, dann halte ich es wohl für besser, auch diese Bestimmung in das neue Statut wieder mit herüberzunehmen. (Beifall.) Das auch aus dem Grunde, weil dadurch eine ganze Reihe von Vertrauensmännern draußen in der Provinz eine Handhabe bekommen würde, den nur gewerkschaftlich organisierten Genossen mit dem Hinweis darauf zu sagen: „Was, du bist nur Mitglied deiner Branchenorganisation? Nach den Bestimmungen des Parteistatuts hast du auch die Pflicht, der Parteiorganisation anzugehören.“ Als derjenige, der diesen Absatz zu eliminieren versucht hat, der aber selbst gewerkschaftlich, außerordentlich gewerkschaftlich tätig ist und selbst in der Gewerkschaftskommission sitzt, bitte ich, versichert zu sein, daß Sie keine Ursache haben zu der Behauptung, daß es sich hier tatsächlich um einen Streich gegen die gewerkschaftliche Organisation gehandelt hätte.

Gestatten Sie mir, noch kurz über die Parteisteuer einige Worte zu sagen. Die Parteisteuer, wie wir sie heute in unserem Parteistatut vorgesehen haben, ist eigentlich unser ganzes Um und Auf, das wir in der Zentrale haben; nicht nur, um damit die Zentrale selber am Leben zu erhalten, sondern sie soll auch dazu dienen, um helfend und verbessernd draußen mit Zuweisungen von Subventionen bei Anstellung einzugreifen. Ich sage ganz, wie Adler bereits gestern gesagt, es ist eine Schande für eine Partei, wie wir im allgemeinen in der Oeffentlichkeit dastehen, wenn wir eine Zentralstelle haben, die über keine anderen Einkünfte verfügt als über die zwei Heller monatlich von jedem in der Organisation stehenden Parteigenossen. Ja wenn noch jeder deutsch sprechende Parteigenosse in Oesterreich zahlen würde! Vielleicht könnte man sich dann noch ein oder zwei Jahre damit begnügen. Aber ein verhältnismäßig geringer Teil ist es, der die zwei Heller tatsächlich zahlt. Um

wie viel mehr könnte in dieser Richtung geschehen, wenn die Vertrauensmänner in den Lokal- und Kreisorganisationen immer ihre Pflicht erfüllten. Daß mehr geschehen muß, bedeutend mehr, darüber dürfte auch bei Ihnen heute kein Zweifel mehr bestehen; die Anforderungen, die an uns gestellt werden, werden von Jahr zu Jahr größer. Ich will nicht davon sprechen, wie es zur Zeit des Wahlrechtskampfes und des Wahlkampfes gewesen ist. Sie haben Mittel verlangt ins Ungemessene hinein und wir standen da und hatten fast leere Kassen, waren nur auf Sammlungen und Spenden in und außerhalb unserer Organisation angewiesen. Uns waren die Grenzen da sehr enge gezogen und wir haben den Wahlkampf mit einem ganz bedeutenden Defizit unserer Parteikasse abgeschlossen. Gewiß werden wir das im Laufe der Zeit decken; aber Sie verlangen, daß die Wahlorganisation ausgebaut, Sie verlangen, daß wir durch Anstellung und Subventionierung von Vertrauensmännern regen Anteil nehmen an dem Aufbau der Organisation auf dem bei den Wahlen erschlossenen Neuland; ja, woher denn? Wenn andererseits die dazu notwendigen Mittel einfach nicht gegeben werden! Nehmen Sie sie doch etwas aus einer Kasse heraus, wo Sie nichts hineingegeben haben! Es bleibt nichts übrig, als daß der Parteitag auch für die notwendigen Mittel sorgt.

Eines halte ich mich verpflichtet, da noch zu sagen: An der bisherigen Form der direkten Einhebung der Parteisteuer können wir insolange nicht rütteln, solange nicht eine andere Organisation für die Einhebung geschaffen ist, die unserer Zentralstelle die Sicherheit gibt, daß ihre Einnahmen höhere und bessere werden. Eine Form wäre ja die Gründung der politischen Wahlvereine, wie ich sie früher für die Bezirksorganisation angedeutet habe, die dann feste Beträge, einen gewissen Prozentsatz von den Einnahmen von ihren Mitgliedern ablieferten. Der Prozentsatz aus dem Einkommen aller politischen Vereine neben den zwei Hellern, die bis heute an die Zentrale abgeführt wurden, könnte uns die Mittel bringen, die wir zur Lösung unserer höheren Aufgaben brauchen. Schauen Sie doch nach Deutschland! Die Ueberschüsse von den diversen Parteiblättern sowie die 20 Prozent der Einnahmen der sozialdemokratischen Vereine fließen ganz oder doch zum Teil in die Kasse des Parteivorstandes nach Berlin, quartalmäßige Ueberschüsse von Parteiblättern im Betrag von 10.000, 15.000, ja 20.000 Kr. werden in die Parteikasse nach Berlin geliefert — bei uns aber sind seit dem Jahre 1898, seitdem die zwei Heller eingeführt sind, aus der Provinz von gar keiner Seite irgend welche Zuschüsse in die Zentralparteikasse erfolgt. Diese zwei Heller sollten aber doch nur das Minimum sein! In diesem Punkt sind wir also viel schlechter gestellt als der Parteivorstand in Deutschland, wo kaum eine Tischgesellschaft zusammenkommt, die nicht in irgend einer Form für allgemeine Parteizwecke sammelt. Befassen Sie sich mit dem Problem, überall politische Vereine zu gründen. Die Form, wie wir da aus den Fesseln unseres Vereinsgesetzes herauskommen, wird sich schon finden; so gute Juristen haben wir schon noch in der Partei. (Heiterkeit.) Schaffen Sie für jede Bezirksorganisation einen politischen Verein, der aus den festen Beiträgen seiner Mitglieder einen gewissen Prozentsatz — vielleicht 20 Prozent — an die Parteikasse abführt, damit wir in den Stand gesetzt werden, allen Anforderungen gerecht zu werden. Sorgen Sie so für die Speisung der Parteikasse, dann können wir für die Unterstützung und den Ausbau der Organisation sorgen. So wollen wir Hand in Hand am Aufbau und Ausbau der Organisation arbeiten. Nicht nur über den starren Buchstaben des neuen Statuts soll heute beschlossen werden, es soll auch gesorgt werden, daß es lebendigen Inhalt gewinne und der Organisation die nötigen Mittel bringe. (Beifall.)

Die Debatte.

Göpfhardt (Schwechat): Es ist bekannt, daß von der Schlagfertigkeit der Organisation der Sieg abhängt. Wenn wir uns in den Wahlkreisen umblicken, in denen wir gute Resultate erzielt haben, müssen wir erkennen, daß uns das Mandat nur dort erhalten bleiben wird, wo wir eine gute Organisation haben. Das

Fundament der politischen Partei kann nichts anderes sein als die Häuserorganisation. Sobald wir wissen, wer in jedem Hause wohnt und welche Gesinnung die Leute haben, können wir auch ermessen, wie die Wahl ausfallen wird. Die Genossen zum Beispiel von Floridsdorf werden vor jeder Wahl wissen, wie viel Leute sie zur Wahl bringen werden. Der Grund, daß sie dort immer auf Sieg rechnen können, ist eben der Ausbau des Häusersystems, daß sie einen besseren Kataster haben als die Polizei. Das muß uns ein Vorbild sein. Wenn gesagt wird, das gehe in Wien, aber nicht anderswo, ist das eitel Ausrede. Im Gegenteil. Ich weiß, weil ich lange in Wien war, wie hier die Verhältnisse liegen. In kleinen Orten erfährt man viel leichter, wie die Leute gesinnt sind. Gerade auf dem Lande ist das System leichter zu handhaben als in der großen Stadt. Als wir hörten, daß die fünfte Kurie gefallen ist, ist uns ein Stein vom Herzen gefallen. Aber in Niederösterreich trat nichts besonders Gutes an ihre Stelle. Wir bekamen eine Wahlkreiseinteilung, die das Land so zerrissen hat wie kein anderes. Der Bezirk Bruck an der Leitha ist vier Wahlkreisen zugeteilt. Daß sich bei solcher Wahlbezirkseinteilung schwer Organisationen bilden lassen können, ist klar. Wir in Schwechat sind nur durch die Breite eines Bahngeleises von Wien getrennt. Können wir uns zu einer Organisation mit den Bewohnern von Gebieten zusammenkoppeln lassen, mit denen wir gar keine Verbindung haben? Wir sind dafür, daß es so bleibt wie heute, daß der ländliche Wahlkreis für die Bezirksorganisation das Fundament ist und man von Aenderungen absieht. Schon wegen der hohen Kosten. Es ist schon heute schwer, die Organisationskosten aufzubringen. Sollte aber die Aenderung dennoch beschlossen werden, werden wir uns dafür einsetzen, daß die Einteilung entspricht. Entweder kommen wir zu Wien oder zu dem Kreise, der sich an Wien anschließt.

Die Jugendorganisation muß die Avantgarde der Partei sein. Die meisten, die hier sind, kamen erst, als sie älter als 20 Jahre waren, zur Partei. Wir wurden für das blaue Tuch eingefangen, um das Eigentum zu verteidigen, das uns genommen worden war. Es ist etwas anderes, wenn die jungen Leute, sobald sie aus der Lehre gekommen sind, in der Partei stehen. Die Agitation gegen den Militarismus kann nicht praktischer sein, als wenn sie in der Förderung der Jugendorganisation besteht. Man braucht nicht Flugschriften in die Kasernen zu werfen und damit Hunderte Menschen unglücklich zu machen, die nicht einmal begreifen, was man ihnen sagt. Leute, die voll Unverstand und Vorurteilen sind, können mit einer Flugschrift nicht geändert werden. Wenn Genosse Skaret sagte, daß eine Jugendorganisation nur in der Großstadt möglich ist, so ist das unrichtig. Wenn sie auch in ganz kleinen Orten nicht zustande zu bringen ist, in Städten mit 10.000 bis 12.000 Einwohnern geht es sehr gut. Man muß aber die materiellen Mittel zur Verfügung stellen. Besser kann man das Geld nicht anlegen als für die Erziehung der Avantgarde, die, was wir begonnen haben, vollenden soll.

Seliger: Der uns vorliegende Entwurf eines Organisationsstatuts hat vor allem den schweren Fehler, daß er in den entscheidenden Bestimmungen völlig unklar ist. Es war sehr liebenswürdig von Genossen Skaret, daß er ausdrücklich betont hat, daß der Entwurf nicht die Arbeit des Komitees ist, das vor zwei Jahren eingesetzt wurde, sondern im Wesen seine eigene Arbeit. Es würde dem Komitee ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn es nur zu einem so mangelhaften und unzureichenden Entwurf gekommen wäre. Man setzt voraus, daß ein Komitee vorher beraten und die Sache nach allen Seiten erwägen wird. Das war leider nicht der Fall; vielleicht war es nicht möglich. Für den Fortgang der Diskussionen wäre es aber sehr vorteilhaft gewesen. Es handelt sich darum, daß wir die Grenzen der einzelnen Organisationsformen genau feststellen. Ueber die Lokalorganisation gibt es nichts zu reden; ihre Grenze ist gegeben. Nicht so steht es bei den Bezirks- und Wahlkreisorganisationen. Hier ist es Pflicht des Parteitages, mit ganz besonderer Sorgfalt ans Werk zu gehen. Ich teile nicht die Auffassung Skarets, der sagte, man solle trachten, die Bezirksorganisationen möglichst an die Wahlkreisgrenzen zu binden. Ich glaube, es soll der Grundsatz festgelegt werden, daß

die Bezirksorganisationen ausnahmslos an die Grenzen der Wahlkreise der Landgemeinden gebunden werden. (Adler: Die Grenzen der Wahlbezirke?) Ja! Ausnahmen sollen nur in der Richtung gemacht werden, daß innerhalb eines Wahlbezirkes Bezirksorganisationen geschaffen werden, indem man ausgedehnte Wahlbezirke in mehrere Bezirke einteilen kann. Es muß durch das Statut ausgeschlossen werden, daß Teile eines Wahlbezirkes in die Bezirksorganisation eines anderen Wahlkreises hineinreichen. Wir müssen durch das Statut den Gedanken festlegen, daß zur Erreichung eines positiven politischen Erfolges bei den Wahlen das Zusammenwirken aller im Wahlbezirk lebenden Genossen nötig ist. Es muß in jedem Wahlbezirk einheitlich systematische Arbeit sein. Das ist nur möglich, wenn die Arbeit von einer Zentralstelle des Bezirkes aus geleitet wird. Nun haben wir in einzelnen Kronländern, wenigstens bei uns in Böhmen, Wahlbezirke von solcher Ausdehnung, daß ein systematisches Arbeiten von einer Stelle aus schwer möglich ist. Die wesentliche Tätigkeit einer solchen Bezirksorganisation ist die organisatorische und agitatorische Kleinarbeit. Um sie erfolgreich zu leisten, dürfen wir den Bezirken keine große Ausdehnung geben. Deshalb muß für ausgedehnte Wahlkreise eine Ausnahme gemacht werden. Aber im großen ganzen muß an den Bezirksgrenzen festgehalten werden.

Eine Frage spielt hier hinein, die nicht leicht ihre Ordnung finden kann. Nicht weil sie technisch schwer zu lösen wäre, sondern weil sie auf den Widerstand einer ziemlichen Zahl von Genossen stoßen wird. Sie betrifft die Wahlbezirke, die kein territoriales Ganzes bilden, die Städtebezirke. Es gibt solche, die in drei, vier und noch mehr Landgemeindenbezirke hineinreichen. Es ist nun die Frage: Schließen wir sie auch zu eigenen Bezirken zusammen oder nicht? Für den, der politisch tätig ist, besteht kein Zweifel, daß das nicht geht. Aber wir machen doch die Wahrnehmung, daß man solche durch die Luftlinie hergestellte Wahlbezirke einheitlich verbinden will. Das wäre der schwerste Fehler, den wir machen könnten. Ein solche Verbindung würde bewirken, daß die organisatorische Arbeit in den territorial zusammenhängenden Gebieten vernachlässigt würde. Die Städte, die zu Städtewahlbezirken verbunden sind, sind in der Regel die Zentren der Organisation für die Landgemeindenbezirke. Hebt man sie aus dem Territorium heraus und verbindet man sie zu organisatorischen Einheiten, dann nimmt man den Landbezirken das belebende und arbeitende Element. (Winarsky: Dann sind wir ja einig!) Ein solcher Zustand ist unmöglich. Aber um den Streitigkeiten ein Ende zu machen, ist hierüber im Organisationsstatut volle Klarheit zu schaffen, die jedes Mißverständnis ausschließt. Es ist also nötig, die Grenzen dieser Bezirksorganisationen, die, wie ich glaube, die wichtigste Form unserer ganzen Organisation sind, genau festzustellen. Dann werden die Grenzen der Kreisorganisationen, der großen Agitationsbezirke, genau festzustellen sein. Da können wir auch nicht die Ausnahmen zulassen, die Genosse Skaret will, daß man nämlich Teile eines Wahlbezirkes, die in andere Kreise reichen, dazu nimmt. Der Kreis kann sich nur zusammensetzen aus ganzen Wahlbezirksorganisationen.

Nun ist es ganz klar, daß wir ein so präzis abgefaßtes Statut nicht schaffen können, daß es für jedes Land bis ins kleinste Detail die Organisationen festsetzt, weil in jedem Lande die Organisation eine andere historische Entwicklung hat. Wir in Böhmen brauchen die Kreisorganisation. Die steirischen Genossen werden sich entschieden dagegen verwahren. Sie haben eine straffe Landesorganisation und die ist die nächste Stufe über der Bezirksorganisation. Es kann sich also nur darum handeln, daß die Grundsätze aufgenommen werden, die den Genossen in jedem Lande die Möglichkeit schaffen, entsprechend der historischen Entwicklung der Partei Organisationen aufzubauen.

Ein zweites sollte uns noch beschäftigen. In der Gewerkschaftsorganisation heißt es: „Mitglied ist, wer beitritt, Beitrittsgebühr und Mitgliedsbeitrag entrichtet." Er erwirkt mit der Zahlung Rechte, er verliert sie, wenn er die Zahlung einstellt. Wir werden uns auch endlich bequemen müssen, zu sagen, nur der ist Genosse, der regelmäßig einen bestimmten Beitrag leistet. Anders

werden wir auch die Frage nicht erledigen können, die schon so oft eingehend besprochen worden ist: wie wir die erforderlichen Mittel für die Partei bekommen.

Neumann: Das Organisationsstatut, das uns vorliegt, ist noch sehr lückenhaft und es wird nötig sein, eine Kommission zu wählen, damit einige dringend notwendige Aenderungen getroffen werden. Ueber die Aufbringung der Mittel, worüber schon viel gesprochen worden ist, muß ich sagen, daß jeder Versuch, eine Aenderung der Steuer herbeizuführen, mißlingen würde. Die Parteisteuer kann nicht anders entrichtet werden wie heute. Skaret hat gesagt, daß die politischen Vereine einen Prozentsatz abliefern sollen. Unsere politischen Vereine kranken aber am Mangel an Mitteln. Sie sind bedeutend schlechter gestellt als die Gewerkschaften und aus ihnen ist nicht viel herauszuschlagen, bevor man nicht versucht, eine starke politische Vereinsorganisation herbeizuführen. Deshalb ist es dringend nötig, daß wir trachten, daß sich unsere Gewerkschaftsorganisationen ausdehnen. Es macht sich da ein gewisser Konservativismus bemerkbar. Es wird zu wenig Gewicht auf die Vermehrung der Zahl der Organisationen gelegt. Ich weiß, daß das Geld kostet und man es nicht ausgeben will. Es hat sich bei den Wahlen erwiesen, daß unsere Gewerkschaften eine große Ausdehnungsfähigkeit haben, und darauf müssen auch die Genossen, die in der politischen Bewegung tätig sind, ihr Augenmerk lenken. Wir müssen trachten, daß die Bewegung in allen ihren Zweigen wächst, dann werden der Partei auch mehr materielle Mittel zu Gebote stehen.

Genosse Skaret hat auch von der Frauenorganisation gesprochen. Im Wahlkampfe haben wir gesehen, wie dringend notwendig sie ist. Darum müssen sich die Genossen bemühen, daß sie stärker werde. Auch die viel davon reden, trachten nicht, die Frauenorganisation zu stärken. Ich halte es für ein Unding, daß die Frauenorganisation so in der Luft hängt. Sie können im Bericht über die Zusammensetzung des Frauenreichskomitees lesen, daß von der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission ein Regulativ ausgearbeitet wurde, das ihren Segen hat. Aber wie das Regulativ aussieht, davon haben Sie keine Ahnung. Es wäre gut, wenn das auch mitgeteilt werden würde. Vielleicht wäre es nötig, das Frauenreichskomitee in anderer Form zustande zu bringen. Ich werde den Antrag stellen, daß im Abschnitt über die Frauenorganisation festgestellt wird, daß die Vertretung der Frauen das Frauenreichskomitee ist. Für die Frauenbewegung wäre es durchaus nicht günstig, wenn auch ihr Reichskomitee ein Institut wäre, das nicht durch Abwechslung neue Kraft bekommt. Die Personen selber sollen etwas abwechseln. Ich halte es nicht für gut, wenn immer dieselben Personen an der Spitze einer Bewegung stehen. Immer soll frisches Blut zugeführt werden, damit auch die Agitationsfreudigkeit eine Belebung erfahre.

Im neuen Statut sollen auch noch einige andere Aenderungen getroffen werden. Ich halte dafür, daß die Parteivertretung um zwei Mitglieder vermehrt werde. Sie soll nach dem Entwurf aus sechzehn Mitgliedern bestehen, von denen acht in Wien wohnen müssen und acht die Kontrolle sind. Ich mache darauf aufmerksam, daß heute die Mehrheit der in Wien Wohnenden Parteibeamte sind, und es wäre günstig, wenn das geändert würde. Es sollen zehn Genossen in die Parteivertretung kommen und acht in die Kontrolle. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß oft etwas unterbleibt, weil die Leute, die die Verwaltung führen, sich zu sehr von finanziellen Erwägungen leiten lassen. Man hat schon oft am unrechten Ort gespart. Weil bei der heutigen Zusammensetzung der Parteivertretung das finanzielle Moment eine große Rolle spielt, möchte ich, daß das Uebergewicht der Genossen, die die Verwaltung haben, einigermaßen beseitigt werde und daß Leute in der Parteivertretung sind, die mehr außerhalb des engen Kreises wirken und infolgedessen für die Bedürfnisse der Partei ein intensiveres Gefühl haben als die, die nur die finanzielle Lage vor Augen haben. Ich beantrage, daß eine Kommission zur Prüfung des Statuts gewählt werde, die Abänderungsvorschläge zu machen hat.

Seliger beantragt zur Geschäftsordnung:

Zur endgültigen Redaktion des Organisationsstatuts wird ein Komitee eingesetzt, dem außer dem Parteisekretär und zwei weiteren Mitgliedern der Parteivertretung die Landesvertrauensmänner angehören.

Bis zur Berichterstattung dieses Komitees wird die Debatte über den Punkt „Organisationsstatut" ausgesetzt.

Adler (zur Geschäftsordnung): Es ist eine ganze Reihe von Rednern vorgemerkt. Ich glaube, sie werden zur Klarheit beitragen wollen. Erst sollen diese Redner sprechen und dann kann erst die Kommission gewählt werden. Es ist doch für die, die gewählt werden, von Wichtigkeit, daß sie wissen, was die anderen denken. Sonst kommen sie so gescheit in die Kommission, wie sie jetzt sind, was wohl sehr viel ist (Heiterkeit); aber ich vermute, daß sie durch die Reden noch gescheiter werden. Warum wir die Debatte abwürgen sollen, weiß ich nicht. Es ist die wichtigste Diskussion, die wir auf diesem Parteitag überhaupt haben.

Der Antrag Seliger wird abgelehnt.

Behr (Böhmisch-Leipa): Als angekündigt wurde, daß das Organisationsstatut geändert werden soll, meinte ich, daß vor allem eine Einheitlichkeit für das ganze Reich geschaffen werden soll, namentlich in Bezug auf die Parteisteuer. Ich sehe aber, daß wir im großen und ganzen noch nicht weitergekommen sind. Es soll nach wie vor jedem Wahlkreis überlassen bleiben, wie er die Parteisteuer einheben will. Ganz besonders ist Klage geführt worden, und mit Recht, daß wir nicht genug Mittel haben. Das ist nicht allein ein Uebel für die Reichsvertretung, sondern auch für die Kreise und Bezirke. Jede Organisation muß versuchen, so viel als möglich zu arbeiten. Wenn aber die Mittel nicht vorhanden sind, kann das Nötige nicht geschehen. In der Regel wird vor jeder Wahl ziemlich intensiv gearbeitet, aber in der Zwischenzeit wird nicht das Nötige getan. Ich habe den Antrag eingebracht, daß man namentlich den gewerkschaftlich organisierten Genossen beibringen muß, daß sie nicht nur verpflichtet sind, Reichsparteisteuer, sondern auch für den Lokalfonds zu zahlen. Die betreffende Bestimmung des neuen Statuts sagt allerdings nicht das Gegenteil. Es heißt, daß jeder verpflichtet ist, 2 H. zu zahlen, und daß dadurch die anderen Steuern nicht berührt werden. Nun sind aber die gewerkschaftlich organisierten Genossen vielfach der Meinung, daß sie ihre Verpflichtung schon erfüllt haben, wenn sie ihre Gewerkschaftsbeiträge bezahlt haben. Sie sagen, wenn sie so viel in die Gewerkschaft zahlen, brauchen sie keine Parteisteuer mehr zu entrichten. Darum haben wir durch den Aufschwung der Gewerkschaften in den Lokal- und Bezirksorganisationen, was die Mittel betrifft, nicht viel profitiert. Wir haben Leute, die früher die Parteibeiträge entrichtet haben, dadurch, daß sie ihrer Gewerkschaft beigetreten sind, verloren. Es muß ihnen nun gesagt werden, daß sie ihrer Steuerpflicht auch gegenüber den Lokal- und Bezirksorganisationen gerecht zu werden haben. Ich habe in meinen Antrag die Bestimmung, daß die 2 H. abzuliefern seien, nicht aufgenommen, weil ich der Meinung bin, daß es nicht nötig ist, eine Grenze zu ziehen, wenn die Möglichkeit gegeben ist, dort die Steuer um 1 oder 2 H. zu erhöhen. Dadurch würde der Reichsparteivertretung eine ganz bedeutende Einnahme zufließen. Es wurde ausgeführt, daß durch die Gründung von Wahlvereinen Mittel geschaffen werden können. Ich bin kein Gegner davon. Ich würde wünschen, daß in dieser Richtung eine einheitliche Organisation über das ganze Reich gezogen werde. Daß aber dadurch so viele Mittel hereingebracht würden, daß die Reichsparteivertretung große Einnahmen erzielen könnte, möchte ich bezweifeln. Die Bezirks- und Lokalorganisationen brauchen doch mehr Mittel, als sie heute haben. So würden nur minimale Beiträge abgeführt werden.

Der Parteivertretung ist der Vorwurf gemacht worden, daß im Statut die Organisationsbezirke nicht klar umgrenzt worden sind. Daran trägt aber unser famoses Wahlgesetz schuld. Die Mißgeburt von Wahlkreiseinteilung macht es unmöglich, kurzerhand zu dekretieren, daß die Organisation nach diesen Wahlbezirken geschaffen werden soll. Wir können die Landbezirke nicht

von den Städten loslösen, weil sonst eine Leitung für das Land nicht da wäre. Es muß dafür gesorgt werden, daß Stadt- und Landbezirke verbunden werden. Das wird nicht immer so glatt ablaufen. Es wird manchmal ein Ort aus einem Wahl- oder politischen Bezirk herausgenommen und in einen anderen eingefügt werden müssen. Als Beispiel möchte ich den Städtebezirk Böhmisch-Leipa anführen. Hier verteilt sich der Städtebezirk auf zwei Landbezirke, aber außerdem haben wir eine kleine Stadt dabei, Wegstädtl, die wir aus einem ganz anderen Organisationsbezirk herausreißen müßten, wenn wir sie bei uns haben wollten. Daß das nötig ist, möchte ich bezweifeln. Allerdings müssen die Wahlbezirke, soweit es geht, beisammenbleiben. Die Einteilung wird aber nur durch die Landeskonferenz erfolgen können. In Böhmen haben wir große Schwierigkeiten, weil bei uns nicht die Bedingungen für die einheitlichen Landesorganisationen da sind. Nicht die geographische Lage ist daran schuld. Es hat sich eine Reihe von Organisationszentren gebildet, die voneinander unabhängig sind, und es ist schwer, einen einheitlichen Mittelpunkt für ganz Böhmen zu schaffen. Deshalb müssen wir es dem Landeskongreß überlassen, für das ganze Land eine einheitliche Organisation zu schaffen.

Eine Kundgebung für die Eisenbahner.

Pernerstorfer: Werte Genossen und Genossinnen! Sie wissen aus den Blättern, daß eine große Bewegung durch die Reihen der Angestellten der Privatbahnen geht. Die Bewegung ist bei der Nordwestbahn und bei der Staatseisenbahngesellschaft besonders akut geworden und die Arbeiter und Angestellten haben Forderungen gestellt und den Direktionen einen Termin gesetzt, und zwar den 1. Oktober. Es entspricht dem protzigen Charakter dieser Direktionen, daß die Sitzungen, in denen über die Forderungen entschieden werden soll, auf den 2. und 3. Oktober angesetzt wurden. Damit sollte gesagt werden: Ihr habt uns keine Termine zu setzen! Nun ist die Erregung der Arbeiter und Angestellten so groß geworden, ihr Mißtrauen so gewachsen, daß sie endlich die Geduld verloren und gestern beschlossen haben, in die passive Resistenz einzutreten. Sie haben bereits damit begonnen und die Arbeiter der Simmeringer Werkstätte sind auch in den Streik getreten. Es ist selbstverständlich, daß wir die Bestrebungen dieser Angestellten und Arbeiter mit unseren lebhaftesten Sympathien begrüßen, und ich beantrage, daß die Sympathien der österreichischen Arbeiterschaft für die kämpfenden Eisenbahner feierlich ausgedrückt werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Schäfer.**

Die Debatte über das Organisationsstatut wird fortgesetzt.

Albrecht (Reichenberg): Aus der bisherigen Debatte wird Ihnen allen klar geworden sein, daß es fast unmöglich ist, eine Schablone für alle Länder zu schaffen. Was für das eine Kronland als eine politische Individualität möglich oder nützlich ist, das kann für das andere Kronland von größtem Schaden sein. Es ist wohl ein großer Unterschied in den verschiedenen Ländern. Die Alpenländer zum Beispiel, ja sogar Niederösterreich und Wien können sich selbständige Organisationen schaffen, wo von der Lokalorganisation zur Bezirksorganisation und von dieser direkt zur Landesorganisation geschritten werden kann. So günstig liegen die Dinge aber nicht überall und besonders bei uns in Nordböhmen nicht. Wenn Sie die Landkarte zur Hand nehmen, werden Sie finden, daß das tschechische Gebiet in Böhmen mitten im Lande liegt und das deutsche Gebiet ringsherum im Kreise. Das Landesorganisationsgebiet ist also für uns ungemein ausgebreitet und daher die Schaffung einer solchen Landesorganisation mit großen Schwierigkeiten verbunden. Was aber uns not tut, ist vielleicht für die anderen Länder nicht notwendig und nützlich und deshalb muß die Organisation so eingerichtet werden, wie sie sich

eben für dieses Gebiet eignet. Für uns in Nordböhmen wird es nicht anders möglich sein, als eine Einteilung nach den sogenannten Agitationsgebieten zu schaffen. Erst in diesen möglichst großen Agitationsgebieten wird es möglich sein, die Bezirksorganisationen als Unterorganisationen zu schaffen, die dann die Agitationsarbeiten in den einzelnen Wahlkreisen führen. Unser Wahlkreis der fünften Kurie war, wie Sie wissen, ein ziemlich ausgebreitetes Gebiet, und wenn Sie die Folgen bei den letzten Wahlen erwägen, so werden Sie finden, daß dort eine recht gute Organisation gewesen sein muß. Das Agitationsgebiet muß schon deshalb groß sein, um die bestehenden Parteiblätter erhalten zu können und um die Erziehung der Genossen systematisch zu leiten. Ueberall sind unsere Genossen ja nicht gleichmäßig erzogen und besonders die jüngeren Genossen sind von unseren Grundsätzen noch lange nicht so durchdrungen wie die älteren Genossen, die das Gift des Sozialismus schon seit 30 bis 40 Jahren im Leibe haben. Ich wiederhole also, daß für uns in Nordböhmen wesentlich andere Verhältnisse maßgebend sind. Wir werden also hier ein Organisationsstatut beschließen müssen, das bloß der Rahmen für die Organisationsstatute der einzelnen Länder, beziehungsweise der Kreisorganisationen sein wird, die sich dann ihre Organisation selbst regeln werden. Wenn wir das so einrichten und dann die Genossen in unseren Organisationen entsprechend erziehen, dann braucht uns um die Partei nicht bange zu sein, dann werden wir in Zukunft noch größere Erfolge erzielen als bisher.

Tuppy: In den industriellen Wahlkreisen mag wohl die bisherige Form der Lokalorganisationen entsprechen, aber nicht entsprechen kann sie in jenen Gebieten, wo wir es mit keiner industriellen Arbeiterschaft zu tun haben und wo andererseits auch infolge des Mangels eines großen Grundbesitzes eine eigentliche Landarbeiterbewegung sich nicht herausbilden konnte. Da ist die Organisationsarbeit nicht so leicht wie in den industriellen Gegenden. Wir müssen uns also auf diesem Parteitag ebenfalls über die Frage klar werden, wie wir auf dem Lande die nötige Agitations- und Organisationsarbeit leisten können, und wenn ich diese Frage hier anschneide, so tue ich das deshalb, damit die Genossen der anderen ländlichen Distrikte mit Ratschlägen und Aufschlüssen den anderen Genossen an die Hand gehen können. Schlesien hat ja eine sehr wenig entwickelte Industrie. Trotzdem haben wir aber 46 Prozent aller Stimmen für die Sozialdemokratie aufgebracht. Und nun tritt an uns die Aufgabe heran, diese Stimmen nicht nur zu erhalten, sondern sie auch unseren Organisationen anzugliedern, nach den Worten, die Dr. Adler in einem Artikel im „Kampf“ geschrieben hat: „Es ist gut, wenn wir viel Wähler haben, aber noch besser ist es, wenn wir viel organisierte Arbeiter haben!“ Wir können nun auf das Land nicht mit unseren Gewerkschaften hinausgehen. Mit Mühe und Not sind wir imstande, die wenigen Kreuzer Parteibeiträge einzuheben, und andererseits haben wir auch auf dem Lande nicht die nötige Arbeiterschaft für die Gewerkschaften. In der neuesten Zeit ist — von Niederösterreich aus — ein Versuch unternommen worden mit der Gründung einer Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Ich weiß nicht, ob der Versuch lohnen würde, den Bereich der Tätigkeit dieser Organisation weiter auszudehnen, damit wir in die Lage versetzt werden, auch mit einer modernen Organisation Tausende von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern uns anschließen zu können. Besonders begrüße ich die Mitteilung des Genossen Skaret über die politischen Vereine. Es geht unter keinen Umständen anders, als daß in jedem einzelnen Wahlkreis, respektive in jedem Agitationsgebiet mit politischen Vereinen gearbeitet wird, daß wir damit auf die Dörfer gehen und dort agitatorisch wirken, was besonders wichtig bei der Abhaltung von Versammlungen ist. Und ich meine, es wird auch die Hauptaufgabe unserer Fraktion sein müssen, dahin zu wirken, daß unsere politischen Vereine nicht weiter durch gesetzliche Bestimmungen an Händen und Füßen gebunden bleiben.

Wir hätten aber doch etwas anderes erwartet, als was uns die Parteileitung da vorlegt, und zwar besonders in der Form der Parteibeiträge. Jetzt herrscht ein ungesundes Verhältnis vor. Dr. Adler hatte ganz recht, als er gestern sagte, er hätte erwartet, daß man auch die Frage diskutieren würde,

wie man der Parteivertretung mehr Mittel zur Verfügung stellen kann. Mit derselben Frage müßten nun auch die Landeszentralen kommen. Wenigstens wir leiden unter der finanziellen Kalamität ganz besonders und würden wir mit unserem schlesischen Parteiorgan nicht so gut fundiert sein, so wären wir nicht imstande, die Agitation bewältigen zu können. Aber ich weiß nicht, ob die Kommission, die zur Beratung des Regulativs eingesetzt wurde, sich auch mit der Frage befaßt, daß die verschiedenen Sondersteuern beseitigt und eine einzige Steuer eingehoben werden könnte, an der auch die Landeszentralen beteiligt sein könnten. Die Gliederung der Organisation wird sich wohl nicht bis in kleinste Detail in unserem Parteistatut festlegen lassen. Es wird sich das nach den Bedürfnissen jedes einzelnen Kronlandes richten müssen. Für uns ist es tatsächlich ausgeschlossen, daß wir uns auf Wahlkreisorganisationen einlassen, wo die Wahlkreisgeometrie Stadt und Land vollständig auseinandergerissen hat. Wir in Schlesien haben Wahlkreise, die sich über vier Bezirkshauptmannschaften erstrecken; Wahlkreise, die aus kleinen Gebietsflächen zusammengestückelt sind; Wahlkreise, die von einem Ende des Landes bis zum anderen führen. Und daraus ergibt sich die Unmöglichkeit der Bildung von Wahlkreisorganisationen. Vielmehr werden bei uns sogenannte Agitationsgebiete geschaffen werden müssen.

Aber wir werden uns noch mit einer anderen Frage zu befassen haben, auf die bisher noch niemand hingewiesen hat: das sind die Bestimmungen über die Parteivertretung. Es wird notwendig sein, den Passus zu beseitigen, daß in die Parteikontrolle Abgeordnete nicht gewählt werden können. Es mag ja der Parteikontrolle auch eine Kontrolle über die Tätigkeit der Fraktion zustehen. Aber dieser Tätigkeit zuliebe dürfen wir nicht die Institution unserer Kontrollkommission opfern, in der wir doch die besten Leute brauchen; dieselben, die ja auch draußen im Lande die eigentliche Arbeit zu leisten haben. Wir wünschen auch, daß die Mandate der Parteivertretung und der Kontrolle um eines vermehrt werden. Damit wollen wir nicht ein Privileg für Schlesien erhalten; aber wir meinen, daß die einzelnen Kronländer ein Recht darauf haben, dort mitzuarbeiten, wo die eigentliche Parteiarbeit für das ganze Reich geleistet wird. Es ließe sich vielleicht die Bestimmung treffen, daß in dem einen Jahre ein Sitz in der Kontrolle Schlesien, im nächsten Jahre der Bukowina, dann Tirol u. s. w. zukomme. So wäre den einzelnen Ländern die Möglichkeit geboten, sich in die schwierige Arbeit der Reichsparteivertretung einzuleben. Zu begrüßen ist im Entwurf, daß die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation endlich einmal besser präzisiert wurde, damit die falsche Auffassung endlich aufhöre, daß man mit Ablieferung der 2 H. schon ein vollgültiges Mitglied der Partei geworden ist. (Beifall.)

Pistiner (Czernowitz): So gewiß es ist, daß das neue Organisationsstatut den Bedürfnissen der einzelnen Länder entgegenkommt, indem es ihre Bewegungsfreiheit in gar keiner Weise hemmt, so sicher ist es auch, daß einzelne Bestimmungen verbesserungsbedürftig sind. Vor allem will ich an die Ausführungen über die Zusammensetzung der Lokal- und Bezirksorganisationen anknüpfen. Auch wir vermissen hier eine genauere Begrenzung der Bezirksorganisation, von der vor allem nicht gesagt ist, ob sie über Wahlbezirke hinausgehen darf. Die Frage wird in solchen Städten aktuell, die aus mehreren Wahlkreisen zusammengesetzt sind. Was die Wahlkreisorganisationen betrifft, so glaube ich, daß die Landesorganisationen die Pflicht hätten, gewissermaßen für eine sozialdemokratische Waffenübung zu sorgen, indem sie in regelmäßigen Abständen die Genossen derselben Wahlkreise aus den verschiedenen Lokalorganisationen veranlassen, zusammenzukommen, um miteinander die politische Situation zu erörtern. Damit wäre auch vorgesorgt, daß für den Fall, daß Wahlen ausgeschrieben werden, die einzelnen Lokalorganisationen schon eine gewisse Verbindung vorbereitet hätten. Ich habe den Antrag eingebracht, die Delegationsbestimmungen dahin zu ändern, daß jeder Delegierte in der Organisation, von der er delegiert wird, auch wohnhaft sei. Damit soll einem Unfug gesteuert werden, der sich besonders bei schwächeren Organisationen breitmacht. Auch sollte bestimmt werden, daß die

Kreis-, respektive Landesorganisation nur dann das Recht hat, Delegierte zu entsenden, wenn die Bezirksorganisation es nicht tut, denn sonst wird es Delegierte dreier Kategorien aus demselben Lande geben. Ferner würde ich vorschlagen, daß die Wahl der Delegierten nur in Plenarsitzungen vorgenommen werde und nicht in Konferenzen, daß also mit dem System der indirekten Wahl gebrochen werde. Was die gewiß wichtigste Frage der Parteisteuer betrifft, so glaube ich, daß da im Entwurf ein Widerspruch ist. Während es im § 1 heißt, daß jeder nach Möglichkeit die Partei unterstützen soll, heißt es später, daß jeder 2 H. zahlen muß. Als Minimum sind 2 H. ja gut. Aber nur als Minimum. Und ich möchte Sie auf die Bestimmung aufmerksam machen, die wir in der Bukowina eingeführt haben, um zu verhindern, daß jeder nur das Minimum entrichte. Wir sagen, daß jeder nach Möglichkeit, das heißt entsprechend seinem Einkommen zu steuern habe. Wenn wir eine progressive Einkommensteuer im Staate verlangen, sollen wir sie auch in der Partei einführen. Wenn wir als Landesparteisteuer bei uns jährlich 1 Kr. festgesetzt haben, so müssen die reicheren Genossen, entsprechend ihrem Einkommen, die Partei mit höheren Beiträgen unterstützen. Ich werde also vorschlagen, daß Sie im § 22 festsetzen, daß jeder mindestens 2 H. im Monat zahlen muß, und daß Sie für jeden die Verpflichtung statuieren, entsprechend seinem Einkommen zu steuern. Auch sollte bestimmt werden, daß mit dem Augenblick, wo einer die Parteisteuer nicht mehr entrichtet, auch seine Parteizugehörigkeit erlischt. Man kann in Geldfragen nie genug deutlich sein. Wenn die Reichsparteisteuer aber richtig einlaufen soll, ist es auch notwendig, daß der Parteikassier in nähere Verbindung mit den Bezirksvertrauensmännern tritt. Und ich kann Ihnen sagen, daß ich erstaunt bin, wie niedrige Beiträge die Bukowina zahlt. Vor wenigen Wochen haben wir bei uns darüber gesprochen, aber keiner wußte, wie viel an Reichsparteisteuer gezahlt wird. Wir hatten keine Möglichkeit, die Organisationen zu kontrollieren, ob sie ihrer Pflicht dem Reiche gegenüber nachkommen. Diese Möglichkeit werden wir nur dann haben, wenn der Reichskassier uns regelmäßig mitteilen wird, wer zahlt und wer nicht, damit wir die Säumigen zur Zahlung anhalten. Gefreut hat es mich, daß den Lokalorganisationen das Recht genommen wird, Delegierte zum Parteitag zu schicken, da ich das Organisationsstatut als den ersten Schritt zur praktischen Verwirklichung unseres Nationalitätenprogramms ansehe und mir die Bezirksorganisation die richtige Grenze für die untersten Selbstverwaltungsgebiete zu sein scheint.

Danneberg (Wien): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um den Antrag der jugendlichen Arbeiter näher zu begründen sowie auch deshalb, weil sich Genosse Skaret nicht ganz klar war über seine Stellung hierzu. Er hat einerseits gesagt, daß es sehr gut und nützlich ist, Jugendorganisationen zu gründen, hat aber andererseits wieder eine ganze Reihe von Bedenken vorgebracht und unter anderem auch erwähnt, daß man eine Verpflichtung der Lokalorganisationen zur Gründung von Jugendorganisationen nicht konstituieren könne. Da möchte ich zunächst bemerken, daß in dem von mir gestellten Antrage von einer solchen Verpflichtung keine Rede ist, sondern es heißt dort nur, daß überall, wo es die Verhältnisse zulassen, eigene Jugendorganisationen gegründet werden sollen. Ich glaube, in dieser Form kann der Antrag wohl angenommen werden. Es wird über die Jugendorganisationen nun schon auf dem dritten Parteitag gesprochen. Zum erstenmal ist im Jahre 1898 in Linz von einer Wiener Organisation der Antrag eingebracht worden, solche Organisationen zu gründen, und damals hat man den Antrag einfach an die Parteivertretung gewiesen, die eine Kommission zum Studium dieser Frage eingesetzt hat. Geschehen ist aber damals nicht sehr viel. Der Antrag ist nach vier Jahren in Aussig von Winarsky erneuert worden und damals hat es darüber schon eine sehr lebhafte Debatte gegeben. Die Resolution, die Winarsky beantragt hatte, ist einstimmig angenommen worden; aber eingehalten wurde sie leider auch nicht. Der zweite Teil dieser Resolution hat gelautet: „Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, dem nächsten Parteitag darüber zu berichten, was sie für die Jugendorganisation getan haben.“ Wer aber das Protokoll des Salzburger

Parteitages durchliest, wird nicht eine Zeile darüber finden und **wir müssen** leider konstatieren, daß die Partei auch vom Jahre 1902 an sich nicht **allzusehr** für die Jugendorganisation bemüht hat. Trotzdem aber hat diese Organisation gerade seit Aussig sehr große Fortschritte gemacht und wir haben **heute** nach fünf Jahren einen Verband, der bereits **siebzig Organisationen** zählt und eine Zeitung, die seither in mehr als 300.000 Exemplaren verbreitet worden ist. Aber wir müssen konstatieren, daß das noch immer nicht genug ist, was wir da getan haben, wenn wir daran denken, was die **Gegner** in dieser Zeit alles getan haben. Zur Zeit des Aussiger Parteitages hat es noch keine eigentliche deutschnationale oder christlichsoziale Jugendorganisation gegeben und heute haben beide Parteien nach unserem Muster Zentralverbände von Jugendorganisationen gegründet, die nicht etwa nur das Saufen oder Beten im Programm haben, sondern ähnlich der nationalen und christlichsozialen Arbeiterorganisation das soziale Programm der Sozialdemokratie zum Teil abgeschrieben haben und vor allem die Verleumdung der Sozialdemokratie in der unerhörtesten Weise betreiben. Diese beiden Verbände verfügen bereits über Zeitungen. Und Sie können es mir glauben, daß, so viel Lügen über die Partei auch im Wahlkampfe verbreitet wurden, das alles das reine Kinderspiel war gegenüber dem, was in dieser christlichsozialen Jugendzeitung über uns geschimpft wird. Aber gerade deshalb, weil die Gegner so stark arbeiten, müßte die Partei auch in stärkerer Weise als bisher eingreifen. Die verschiedenen klerikalen Jugendvereine, die es ja schon seit Jahrzehnten gibt und die bisher weiter nichts getan haben, als die jungen Leute zum Beten anzuhalten, befinden sich jetzt in einem Wandlungsprozeß und in sechs Wochen auf dem Katholikentag in Wien sollen alle diese hundert Betbrüdervereine unter der Leitung der Christlichsozialen zu einer zentralen Jugendorganisation vereinigt werden. Der Aufruf dazu ist schon erlassen und es heißt darin: „Immer klarer wird es, daß die soziale Betätigung immer mehr zu einer Lebensfrage für jede christlichsoziale Jugendorganisation wird und daß nur auf diesem Wege der sozialdemokratischen Jugendorganisation wirksam begegnet werden kann. Darüber kann heute wohl nicht mehr im Ernste gestritten werden.“ Das Beten soll also im Programm durch soziale Forderungen, wie wir sie haben, ersetzt werden — allerdings nur im Programm; aber wenn man auch wirklich nichts tut, so ist so ein Programm doch gut für die Agitation. Ich glaube, daß es da doppelte Pflicht der Partei sein muß, hier stärker einzugreifen, als es bisher geschehen ist. Es ist durchaus nicht richtig, was auf dem **Essener** Parteitag gesagt wurde, daß nämlich die arbeitende Jugend heute in den Fabriken sozusagen in den Sozialismus hineinwächst. Leider ist vielmehr wahr, daß oft auch in Fabriken, wo die ganze erwachsene Arbeiterschaft organisiert ist, die jugendlichen Arbeiter mit der Organisation durchaus nichts zu tun haben, sondern in katholischen Vereinen sind, und das ist nicht nur in der Provinz der Fall, sondern auch in Wien. Ja es kommt auch vor, daß gewerkschaftlich organisierte junge Arbeiter gleichzeitig in klerikalen Jünglingsvereinen sind.

Da meine ich, daß es nicht genügt, bloß eine Resolution anzunehmen, die ja zu nichts verpflichtet, sondern daß die Partei ihre Pflicht, für die Jugendorganisation zu wirken, wirklich ernst nehme und daß sie auch in das Organisationsstatut eine Bestimmung über die Jugendorganisation aufnehmen muß. Es wird mir vielleicht erwidert werden, wie ich es schon von einzelnen Genossen gehört habe, daß ja mit einem solchen Paragraphen auch noch nichts geschehen sei. Aber ich meine, wenn er nicht aufgenommen wird, ist noch viel weniger damit geschehen, und wenn er darin steht, so kann man doch in manchen Orten den Genossen, die der Jugendorganisation nicht sehr hold sind, besser zureden, daß sie sich doch mehr darum kümmern sollen. Eine bindende Verpflichtung ist ja darin nicht enthalten, sondern es ist einfach eine Richtschnur für das Vorgehen der Genossen gegeben. Die Notwendigkeit der Jugendorganisation wird ja heute schon von niemandem mehr bestritten; ich glaube vielmehr, daß Partei und Gewerkschaften sich auch in dieser Beziehung einig sind, daß die Jugendorganisation sehr notwendig ist. Und Sie

brauchen auch durchaus keine Angst davor zu haben, daß unsere Jugendorganisation vielleicht in antimilitaristische Propaganda verfällt. Das war bisher nicht der Fall und wird auch in Zukunft nicht sein, und Sie haben ja selbst in diesen Dingen die Kontrolle in der Hand. Wir wollen weiter nichts sein, als was am 28. November, als 3000 Lehrlinge im Zuge der Viertelmillion mitgezogen sind, auf unserer Fahne gestanden hat: „Die Kadetten der Sozialdemokratie“ (lebhafter Beifall), und in unserer Agitation haben wir es immer gesagt: Wir wollen nichts sein als eine Rekrutenschule der Gewerkschaften, wollen nichts tun, als die Lehrlinge in einer Art gewerkschaftlichen Kampf schützen. Wir betreiben Lehrlingsschutz, suchen durch die Abgeordneten Einfluß zu nehmen auf die Verbesserung der Bestimmungen der Gewerbeordnung — wir haben jetzt für Niederösterreich endlich den Tagesunterricht für die Gewerbeschulen erobert — und wir wollen die Erziehung der jungen Arbeiter zum Klassenbewußtsein. Das sind, glaube ich, Dinge, die der Partei nur recht sein können, und ich bitte Sie darum, unseren Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Popp:** Genosse Skaret hat bei Besprechung des Antrages der Wiener Genossinen gesagt, daß die Frauen ein Sonderrecht verlangen, wenn sie bei Delegierungen zum Parteitag von den Bezirken berücksichtigt werden wollen. Vor allem lautet der Antrag nicht so, sondern er verlangt die Berücksichtigung, wenn sich die Genossinnen an der Parteiarbeit beteiligen, und das ist doch etwas anderes. Wir wollen damit einfach ausdrücken, daß es uns selbst nicht genügt, wenn die Genossinnen einer Frauenorganisation angehören und daraus schon das Recht ableiten, zum Parteitag delegieren zu können; wir wollen, daß sie auch an den politischen Organisationen teilnehmen und sich gemeinsam mit den Genossen in der Organisation betätigen. Es ist also kein Sonderrecht, das wir verlangen, sondern ein Sonderrecht ist das, was der Entwurf vorschlägt. Denn wenn jene Organisationskreise, die eine Frauenorganisation besitzen, um einen Delegierten mehr zum Parteitag schicken sollen, so liegt darin ein Privileg. Es können in allen Organisationen Frauen tätig sein, weil aber keine Frauenorganisation da ist, entfällt ihr Anspruch. Ist aber eine noch so kleine Frauenorganisation vorhanden, so kann sie eine Delegierte verlangen, und diese Agitationskreise haben dann das Recht, nicht nur zwei, sondern drei Delegierte zu senden. Das scheint uns viel mehr ein Privileg als das, was wir wollen. Wir wollen, daß Agitationskreise, die organisierte tätige Genossinnen haben, deshalb nicht mehr Delegierte haben, sondern daß die Genossinnen bei der Delegierung in Betracht kommen. Wenn irgendwo zehn oder fünfzehn Genossinnen in der Partei arbeiten, werden wir deshalb nicht verlangen, daß eine Delegierte entsendet wird, das sagt doch unser ganzes bisheriges Verhalten. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie an unserem Antrag eine Aenderung vornehmen und wenn die Kommission vielleicht einen Mittelweg findet oder eine bessere Fassung. — Und dann: „eventuell“ ist ja an sich schon ein ganz überflüssiges Wort. Die Erfahrung lehrt uns auch, daß dieses „eventuelle“ Recht nur dann wird durchgesetzt werden, wenn die Frauenorganisationen über die Mittel zur Delegierung verfügen. Wenn nicht, so wird dieses Recht daran scheitern, daß die Wahlkreise nicht über so viel Geld verfügen, auch noch einen dritten Delegierten schicken zu können. Also schon daran wird der gute Wille, der sich in diesem Vorschlag zeigt, scheitern. Genosse Skaret hat dann etwas vergessen, was sehr wichtig ist. Wir beantragen auch, daß dort, wo von weiblichen Vertrauenspersonen die Rede ist, der Zusatz gemacht werde, daß diese dem Frauenreichskomitee in Wien bekanntzugeben sind. Das ist durchaus begründet, weil ja jetzt schon in vielen Kreisen, wo die Genossen eine Frauenorganisation schaffen, man sich an uns wendet um Ratschläge, um Referentinnen u. s. w. Genosse Reumann hat über das Frauenreichskomitee gesprochen und gemeint, daß in das Organisationsstatut das Regulativ des Komitees und die Art seiner Zusammensetzung aufgenommen werden soll. Wir haben auch über diese Frage gesprochen; aber wir beantragen das nicht, um nicht den Eindruck der Unbescheidenheit zu erwecken, wenn wir die Anerkennung des Komitees in dieser offiziellen Form verlangen. Wenn Sie es beschließen,

würden wir es begrüßen, und Sie werden aus dem Regulativ ja ersehen können, daß an der Art, wie das Komitee zusammengesetzt wird, sehr wenig oder gar nichts abzuändern ist. Von zehn Mitgliedern werden vier von der Frauenkonferenz und sechs alle Jahre durch die Plenarversammlung der Wiener Genossinnen gewählt. Da wird immer Rücksicht genommen auf jene Branchen, die vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen. Genosse Neumann hat sich sehr warm dafür ausgesprochen, daß die Partei der Organisierung der Frauen größere Aufmerksamkeit zuwende. Daß ist gewiß sehr notwendig und das ist auch mit ein Grund dafür, daß der Parteivertretung mehr Mittel zur Verfügung stehen müssen. (Beifall.)

Kořinek (Mödling): Der Genosse Skaret hat die Frage der Wahlvereine angeschnitten. Wir in Mödling haben hierüber schon eigene Erfahrungen und können Ihnen die Wahlvereine nur wärmstens anempfehlen. Wir haben für den Mödlinger Kreis schon seit fünf, sechs Jahren einen solchen Wahlverein nach Skaretschem Vorschlag. Er umfaßt zirka tausend Mitglieder und nicht nur aus der engeren Umgebung Mödlings, sondern in einem hübsch weiten Kreise. Es wurden die Bedenken wegen des Vereinsgesetzes ausgesprochen. Diese Frage läßt sich sehr leicht lösen. Wir lassen einfach die Beiträge der Parteigenossen in den einzelnen Ortschaften, wo sie einkassiert werden, damit sie die Mittel zur Organisation haben; sie werden aber zentralistisch gebucht. In Mödling, wo der Verein seinen Sitz hat, werden auch alle Vereinsmitglieder der Behörde gesetzmäßig angezeigt. So war es uns möglich, in einer großen Anzahl von Ortschaften Organisationen zu schaffen, wo es früher nicht möglich schien. Während sonst in der Partei von dem Standpunkt ausgegangen wurde, daß die Leute in erster Linie gewerkschaftlich organisiert und dann politisch gebildet werden müssen, haben wir nur den Gesichtspunkt gehabt, wie es möglich ist, Leute zu kriegen, und es ist uns teilweise gelungen, in Gegenden, wo Tausende und Tausende unorganisierte Arbeiter beschäftigt waren, dieselben durch den politischen Verein der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Nun ist dabei gewiß immer Vorsicht notwendig, und man darf bei den Leuten draußen die Eitelkeit nicht fördern, die gleich überall einen Vereinsstempel haben will. Wenn der Antrag Dannebergs über die Jugendorganisation angenommen wird, werden die Parteigenossen verpflichtet, Jugendorganisationen zu gründen, und kämen in den Verdacht, die Parteigesetze zu mißachten und zu brechen, wenn sie unter widrigen Verhältnissen keine schufen, andere Genossen aber meinten, daß die Gründung möglich wäre. Ich bin der Ansicht, daß man da einen Zwang zur Bildung eigener Jugendorganisationen nicht ausüben soll. Ich weiß auch aus Erfahrung, daß man nicht allein durch Jugendorganisationen im Sinne Dannebergs zum Ziele gelangt. Auch mit Turnvereinen kann da viel erreicht werden. Dort gehen die jungen Leute sogar lieber hin, und wenn der Turnverein gut geleitet wird, so gibt auch das eine gute jugendliche Erziehung. Das ist auch eine nützliche Jugendorganisation. Uns ist es sogar gelungen, daß wir den Deutschnationalen einen alten Turnverein weggenommen haben. In Bezug auf die Kandidatur haben wir bei den letzten Wahlen verschiedenes gelernt. Es ist vor den Reichsratswahlen der Standpunkt vertreten worden, daß auch Doppelkandidaturen aufgestellt werden müssen. Damit haben wir teilweise bittere Erfahrungen gemacht. Ein tüchtiger Parteigenosse wird in zwei, vielleicht drei Wahlbezirken aufgestellt und kann sich nicht auf einen so verlegen, wie es notwendig wäre, und dann ist es leicht möglich, daß ein sicher geglaubter Wahlkreis verloren geht. Daher erachte ich es für notwendig, daß dieser alte Standpunkt aufgegeben und womöglich jeder Kandidat nur in einem Wahlkreis aufgestellt werde. Außerdem will ich bemerken, daß es nicht angeht, daß mit den Kandidaten ein derartiges Geheimnis gemacht werde wie bisher. Die Personen sind ja so ziemlich bekannt und man braucht ihre Namen nicht so ängstlich zu hüten bis zur Ausschreibung der Wahl oder noch darüber hinaus. Der Kandidat soll vielmehr schon früher längere Zeit die Möglichkeit haben, den Wahlbezirk vorzubereiten. Dann ist es leichter möglich, mit Erfolg zu arbeiten. Also mit der Geheimnistuerei muß gebrochen werden.

Grassinger (Wien): Ich habe einen Zusatzantrag zum § 4 gestellt, aus der Erwägung heraus, daß ja dieses Organisationsstatut nicht nur für die gelte, die es anzuwenden haben, sondern auch für die, die sich ihm fügen sollen. Ich meine und erwarte, daß der Antrag der Genossen von Böhmisch-Leipa angenommen und das Organisationsstatut vervielfältigt und den gesamten Genossen zugänglich gemacht werden wird. Nun decken sich in Wien und anderen großen Städten die Benennungen der einzelnen Organisationsformen nicht mit denen des Statuts. Es werden vielfach mit demselben Worte verschiedene Begriffe bezeichnet. In Wien zum Beispiel bezeichnet der Name Lokalorganisation etwas ganz anderes wie anderwärts und wie im Statut, wo die Lokalorganisation der Bezirksorganisation untergeordnet ist. Das werden für die Masse der Genossen, die ja nicht so geschult sind, scheinbare Widersprüche sein und es wird zu verschiedenen Mißverständnissen führen, und ich glaube, daß es gut ist, wenn mein Zusatzantrag angenommen und die Genossen jener Orte dadurch aufmerksam gemacht werden, daß die einzelnen Formen der Organisation in ihrem Orte oder Bezirk andere Benennungen haben. Bei der Abstimmung über die Wahl der Vertrauensmänner beantrage ich die Streichung des Passus, der die Wahl im Anschluß an den Parteitag vorschreibt, aus dem Grunde, weil dadurch so kurzerhand die Funktionsdauer des Vertrauensmannes von einem auf zwei Jahre verlängert wird. Bis jetzt war immer eine einjährige Funktionsperiode üblich. Die Verlängerung auf zwei Jahre halte ich nicht für praktisch. Es hat ganz gewiß auch eine kurze Funktionsdauer ihre Schattenseiten; aber die der längeren Dauer sind größer. Gerade das Argument, das Genosse Skaret angeführt hat für die Wahl nach dem Parteitag, kann auch für das Gegenteil verwendet werden: die Landeskonferenz tagt nämlich um ein Jahr später und hat wohl für sich den gleichen Wunsch wie der Gesamtparteitag, könnte also die Wahl im Anschluß an sie verlangen. Zu dem Antrag der Genossen aus Böhmisch-Leipa, das Parteistatut zu drucken und zum Selbstkostenpreis abzugeben, habe ich den Zusatzantrag gestellt, ihm auch das Organisationsstatut des Kronlandes anzuschließen; natürlich nicht alle Kronlandsstatuten in jedem Exemplar, sondern für jedes Kronland eine andere Ausgabe. Ich bin überzeugt, daß auf der Landeskonferenz ein ähnlicher Beschluß gefaßt werden wird, und will verhindern, daß zwei Hefte gedruckt werden. Und nun noch einige Worte zur Frauenorganisation. Ich denke, daß das neue Statut eine Sache ist, die auf eine Reihe von Jahren Geltung haben soll, und da enthält mir die Normierung des neuen Organisationsstatuts für die Frauenbewegung doch etwas zu wenig; ich rechne damit, daß die Frauenbewegung in ein etwas schnelleres Tempo hineinkommen wird, und da glaube ich schon, daß wir weitergehen und präzisere Bestimmungen in das Statut aufnehmen sollen und können. Wenn dagegen eingewendet wird, daß von den Frauen eine Art Separatismus getrieben wird, so möchte ich darauf hinweisen, daß dieser Separatismus, wenn man schon von einem solchen reden soll, kein von den Frauen gewollter, sondern von den Verhältnissen aufgezwungener ist, weil nämlich Männer und Frauen nicht in gleicher Weise und zu gleicher Zeit arbeiten können. Sie müssen daher in separaten Organisationen ihr besonderes Arbeitsfeld bearbeiten.

Alexander **Langer** (Wien): Es geht natürlich nicht an, das ganze Reich über einen Leisten zu schlagen; es muß auch den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und Städte in der Organisation Rechnung getragen werden. Das Reichsstatut kann nur die Grundzüge für die Organisation schaffen. Auf jeden Fall muß es aber die Instanzen geben: Reichsparteivertretung, Landesparteivertretung und Wahlkreisvertretung, und zwar nicht in einer Organisation nach Landtags- oder Gemeindewahlkreisen, sondern nach den Reichsratswahlbezirken. Was die Jugendorganisation betrifft, so habe ich darüber seit dem Jahre 1898 Erfahrung. Ich habe mich immer mit ihr befaßt und sie unterstützt und kann sagen, daß sie notwendig und nützlich ist. Wir sehen, daß die Genossen überall älter und älter werden, und je älter sie sind, desto weniger machen sie für die Organisation; besonders für die Kleinarbeit sind

sie schwer zu haben und gerade sie ist die Grundbedingung des Erfolges. Es muß von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, von Wähler zu Wähler gearbeitet werden. Dazu ist die Häuserorganisation notwendig und zu dieser Arbeit eignen sich junge Leute besser als alte, wenn sie die richtige Vorbildung haben. Die haben sie, wenn wir Jugendorganisation haben. Es wird uns da freilich immer und immer vorgeworfen, daß wir Terrorismus üben, wenn wir auch die Jugend organisieren. Wir sind nämlich immer und überall Terroristen! Wir haben aber im VI. Bezirk in Wien nicht nur einen katholischen Gesellenverein, sondern auch einen katholischen Jünglingsverein, und bei uns wurden die Meister in öffentlichem Anschlag aufgefordert, ihre Lehrlinge in die Christenlehre in den klerikalen Verein zu schicken und sie mit dem Kontrollbuch zu kontrollieren. Wenn es denen gestattet ist, mit solchen Zwangsmitteln die Jugend zu organisieren, so kann man es auch uns nicht verwehren, wenn die Gehilfen sich bemühen, die jugendlichen Arbeiter in voller Freiheit zu organisieren. Auch die Turnvereine müssen wir fördern; nicht nur, weil wir die Jugend damit fesseln, sondern weil wir nicht nur für die geistige, sondern auch für die körperliche Erziehung der Jugend sorgen sollen. Die Arbeit in manchen Berufen ist so einseitig, daß der Körper verkrüppelt und verunstaltet wird. Durch das Turnen kann das wieder ausgeglichen werden. In politischer Beziehung haben in Deutschböhmen die Turnvereine der Partei gute Dienste geleistet und den Nationalen die Jugend entzogen. Ich glaube, daß sie nie genug wichtig behandelt werden können. Wenn wir nicht trachten, die Jugend so früh als möglich für uns zu gewinnen, kann sie für uns leicht ganz verloren sein. Gewinnen wir sie, dann bekommen wir auch tüchtige Männer. Wenn so ein Lehrling frei wird und aus der Jugendorganisation in unsere Organisationen eintritt, so haben wir tatsächlich schon die Erfahrung gemacht, daß er schon gut vorgebildet ist und bei den verschiedensten Funktionen sehr brauchbar ist. Aus unserer Jugendorganisation ist heute schon eine Reihe sehr tüchtiger Genossen hervorgegangen. Pflegen wir sie; denn wem die Jugend gehört, dem gehört auch die Zukunft. (Beifall.)

Schloßnikel (Sternberg): In dem Entwurf, den uns Genosse Skaret vorgelegt hat, wird unseren Lokalorganisationen das Recht auf Vertretung auf den Parteitagen, das sie bisher gehabt haben, genommen. Ich weiß nicht, welche Motive für diese Aenderung maßgebend waren. Die Wahlen haben gezeigt, daß wir in einer Menge Orte, insbesondere in sehr vielen Dörfern frisch Eingang gefunden und eine große Anzahl sozialdemokratischer Stimmen erhalten haben. Es sind das hauptsächlich Stimmen von Arbeitergruppen, die für uns von großer Bedeutung sind: Bauarbeiter, Waldarbeiter; große Gruppen von Heimarbeitern, insbesondere Hausweber. Gerade bei diesen Leuten ist es möglich, jetzt leistungsfähige Lokalorganisationen zu schaffen, und gerade diesen soll nun das Recht auf einen Delegierten für den Parteitag genommen werden.

Es würde aber unserer Bewegung sehr dienen, wenn diese Leute auf dem Parteitag in einen großen Kreis geschulter Genossen kämen; sie würden da mannigfaltige Anregungen gewinnen und in ihrem Parteibewußtsein gefestigt werden. Wir haben bis jetzt gesehen, daß nicht allzuviel Lokalorganisationen Delegierte entsendeten; wenn es eine tun will, soll man ihr aber das Recht nicht nehmen, insbesondere da jetzt die Entwicklung der Lokalorganisationen einen größeren Aufschwung nehmen wird. Wir sind verpflichtet zu größerer Tätigkeit, wenn die Erfolge der Wahl bei der nächsten Wahl nicht verloren gehen sollen, und sind auch verpflichtet, die Lokalorganisationen auf eine bessere finanzielle Basis zu stellen. In Zukunft dürften daher auch mehrere Lokalorganisationen von ihrem Vertretungsrecht Gebrauch machen. Man lasse daher die Bestimmung, wie sie bisher war. Eine Bestimmung, die unbedingt ins Parteiorganisationsstatut aufgenommen werden muß, ist die, daß jeder Parteigenosse der Gewerkschaft und daß jeder Gewerkschafter der politischen Organisation anzugehören verpflichtet ist. Wir haben in der letzten Zeit die Erscheinung zu verzeichnen gehabt, daß mit der starken Entwicklung der ge-

werkschaftlichen Organisation fast in allen Orten ein Rückgang in den politischen Lokalorganisationen eintritt und daß mit der Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge Mitglieder erklärten, sie könnten nun nicht mehr ihre Parteisteuer bezahlen, und es mußte erst eine gewisse Zeit verfließen, bis sie sich wieder dieser ihrer Pflicht erinnerten. Wenn diese Bestimmung entfernt wird, werden sich viele gewerkschaftlich organisierte Genossen darauf berufen, daß sie nun eine Parteisteuer nicht mehr zu zahlen brauchen. Es ist daher unbedingt notwendig, diese Bestimmung beizubehalten, und zwar in der Form, daß nicht nur jeder gewerkschaftlich organisierte Genosse dem politischen Verein angehören muß, wo einer besteht, sondern daß er der politischen Lokalorganisation angehören muß, wenn kein politischer Verein vorhanden ist. Das vom Parteitag beschlossene Parteistatut kann natürlich nur ein Rahmengesetz sein. Der Parteitag kann selbstverständlich nicht zentralistisch für alle Orte jede einzelne kleine Bestimmung des Statuts feststellen, da jedes Land seine eigenartigen Verhältnisse hat, sondern muß es den einzelnen Ländern und Orten überlassen, innerhalb dieses Rahmens die Organisationsbestimmungen auszubauen, wie es die besonderen Verhältnisse verlangen. Zum Schlusse bitte ich nochmals, der Parteitag möge den Beschluß fassen, daß nicht nur die Landes-, Kreis- und Bezirksorganisationen, sondern auch die Lokalorganisationen ihre Delegierten zum Parteitag schicken können.

Ebert (Turn): Nach der Vorlage sollte die bisherige Bestimmung, daß jeder Parteigenosse seiner Branchenorganisation angehören muß, aus dem neuen Statut ausgeschaltet werden. Das halte ich nicht am Platze und bei Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Verhältnisse in Böhmen, insbesondere von Nordböhmen, erkläre ich, daß ich damit nicht einverstanden sein kann, sondern daß ich es für notwendig erachte, daß das auch weiter jedem Genossen zur Pflicht gemacht wird. Sonst können wir dem Entwurf, bei dem ja jede Organisationsform zulässig ist, zustimmen. Es kann darnach die alte Organisationsform aufrecht erhalten bleiben, es können aber auch neue geschaffen werden. Nun ist aber im Laufe der Debatte schon darauf hingewiesen worden, daß im Organisationsstatut besser zum Ausdruck gebracht werden möge, wie man sich die Abgrenzung der verschiedenen Organisationen eigentlich vorstellt, und Seliger hat sich dahin ausgesprochen, daß sie womöglich nach Wahlkreisen erfolgen soll, und hat daher auch gleichzeitig erklärt, daß diese Norm für die städtischen Wahlkreise nicht eingehalten werden kann. Wenn ich den Referenten richtig verstanden habe, so gehen seine Ausführungen dahin, daß er zwischen der Parteiorganisation und der Wahlkreisorganisation einen Unterschied macht und daß neben der Parteiorganisation eine Wahlkreisorganisation eingerichtet werden soll. Ob dieser Apparat nicht viel komplizierter ist, als wie wenn man, wie es in anderen Ländern schon geschehen ist, einfach daranginge, Wahlbezirksorganisationen zu schaffen, will ich nicht lange untersuchen, aber ich stelle mir vor, daß es der Fall sein wird. Wenn neben diesen Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen auch noch Wahlkreisorganisationen geschaffen werden, so kommt hier eine Masse von Organisationen in Betracht, daß es schwer sein wird, zu atmen. Ich sehe darin auch eine Vergeudung von Mitteln und Arbeitskräften. Ich glaube nicht, daß derartige Schwierigkeiten bestehen, eine einfachere Organisationsform durchzuführen, und wenn gesagt wird, es sei in Böhmen nicht möglich, eine Landesorganisation wie anderwärts durchzuführen, so bezweifle ich das. Es dürfte vielleicht in Böhmen die Ursache darin gelegen sein, daß wir zu viele Generale haben und daß die Landesorganisation an diesen scheitert. Sonst wüßte ich nicht, welche Gründe vorliegen sollen. Ich habe bereits in einer Besprechung in Teplitz dagegen Stellung genommen, daß nicht auch den Städtewahlbezirken in der neuen Organisationseinteilung Rechnung getragen wird. Es ist nicht richtig, was Genosse Seliger vorhin ausgeführt hat, daß überall die Städte auch maßgebende Orte für die Landwahlbezirke sind. Ich habe bei den Reichsratswahlen in einem Städtewahlkreis kandidiert, der aus sechs Städten besteht. Nun soll ja die alte Organisation erhalten bleiben und diese sechs Orte sollen neuerdings wie bisher in sechs Bezirksorganisationen

zerteilt werden und wenn hier eine Wahlbezirksorganisation ins Leben gerufen wird, so ergibt sich, daß — möge man in diesen sechs Jahren noch so gut arbeiten — man dann, wenn es nicht schon jetzt geschieht, einen Wahlkreisausschuß zusammensetzt, wo sich in erster Linie die Personen nicht kennen und jeder nur über einen Teil des Wahlbezirkes eine Uebersicht hat. Es kann daher nicht angehen, daß in der neuen Organisationseinteilung die Städtewahlkreise nicht auch berücksichtigt wurden. Wie schon gesagt, mit den allgemeinen Bestimmungen des vorliegenden Organisationsstatuts könnte man schließlich wohl einverstanden sein; aber eine andere Frage ist es, ob es auch möglich sein wird, jene Beschlüsse dann zu erfüllen, die in den Landes-, Kreis- und Bezirkskonferenzen gefaßt werden. Ich kann namens meiner Mandatgeber die Erklärung abgeben, daß wir uns innerhalb des Rahmens, wie er hier geschaffen wird, wohl durchzuwinden verstehen wissen, ob es aber möglich sein wird, allen kommenden Beschlüssen anderer Institutionen Rechnung zu tragen, ist eine andere Frage. Alle Wahlbezirke werden es sich gewiß zur Pflicht machen, es sich in der Zukunft so einzurichten, wie es ihren praktischen Bedürfnissen am passendsten erscheint. Ich mache die Bemerkung, daß es nicht immer möglich sein dürfte, alles so durchzuführen, so wie die Landes-, Kreis- und Bezirkskonferenzen noch beschließen dürften, damit man uns nicht nachträglich Vorwürfe mache.

Jarolim (Turn): Das erste, was mich als Gewerkschafter im neuen Parteistatut sehr interessiert hat, war der Umstand, daß der Passus über die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften entfernt war. Wir haben aber in früheren Jahren die Erfahrung gemacht, daß wir gerade dazu gezwungen waren, diese Bestimmung ins Statut aufzunehmen, daß jeder Parteigenosse auch der Gewerkschaft beitreten muß, weil oft sehr viele Parteigenossen, die hier und da in der politischen Parteitätigkeit einsetzten, die gewerkschaftliche Organisation vollständig vernachlässigten. Das bedeutet aber gewiß nicht eine Förderung der proletarischen Interessen, die Arbeiter wurden dadurch geradezu geschädigt. Nachdem sich die alte Fassung des Statuts so bewährt hat, haben wir gar keine Ursache, sie zu eliminieren. Ich gebe auch sofort zu, daß Genosse Skaret der Sache sehr gedient hat, als er sich im Laufe des Referats, da sich vielfach Widerspruch erhob, sofort bereit erklärt hat, die alte Fassung beizubehalten. Ferner hätte ich noch zu erinnern, daß es im § 23 heißt, daß die Aufstellung der Kandidaten nur in der Weise zu erfolgen habe, daß die Lokalorganisationen angehört werden und daß dann von der Parteivertretung darüber beschlossen wird. Damit können wir in jeder Weise nicht einverstanden sein; denn das „Anhören" ist ein ziemlich dehnbarer Begriff und man kann in aller Ruhe angehört werden und die anderen können darnach doch ganz anders beschließen. Wir wollen es den einzelnen Wahlkreisen ermöglichen, über derartige Dinge zu beschließen. Was die Frauenorganisation anlangt, so werden die Arbeiter gewiß keine Gegner der Frauenorganisation sein; aber nachdem immer hervorgehoben wird, daß man die Frauen in unseren Organisationen nicht so behandelt, daß sie sich zurückgesetzt fühlen, so muß ich doch feststellen, daß das nicht so ist. Wenn unter zirka zweihundert Delegierten fünfzehn Frauen sitzen, so ist doch der Prozentsatz im Vergleich zu dem Machtverhältnis ein ziemlich großer. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die arbeitenden Frauen in die gewerkschaftliche Organisation kommen. Das ist die wesentliche Aufgabe unserer ganzen Frauenorganisation für die Zukunft. Was die Jugendorganisation betrifft, so habe ich darüber nicht besonders viel zu sagen. Wo jugendliche Arbeiter in Massen beisammen sind, ist auf jeden Fall eine Jugendorganisation angebracht. Was aber speziell den Bergbau betrifft, so kann man da von einer Jugendorganisation nicht reden, denn hier kommen die jungen Leute in der Regel schon mit 16 und 17 Jahren zum Bergbau und man kann sie schon gewerkschaftlich organisieren.

Laser (Stockerau): Es wurde schon von Genossen Dr. Adler darauf hingewiesen, daß die Beratung des Parteistatuts der wichtigste Punkt unserer Tagesordnung ist, und ich glaube, es ist sehr zu begrüßen, daß sich dazu nicht nur die Koryphäen der Partei als Redner einzeichnen ließen, sondern

auch eine Anzahl jener Genossen und Genossinnen, die berufen sind, die Organisationen nach diesem Statut in der Provinz einzurichten. Es wurde schon mit Bedauern hingewiesen, daß in der Aufbringung der Mittel sich unsere Organisation ganz und gar nicht mit Deutschland messen kann. Aber, meine Genossen, es ist doch ein Unterschied zwischen Deutschland und Oesterreich. In Deutschland ist das ganze Parteiwesen mehr zentralisiert als bei uns und dort wird es mehr Wahlkreise geben, die die Zentralkasse in Anspruch nehmen, während wir in Oesterreich eine Menge Organisationen besitzen, die ihren Stolz darein setzen, die Mittel für sich und die engere Umgebung selbst aufzubringen. Ich glaube, wenn wir so straff zentralistisch wie in Deutschland organisiert wären, dann würden auch die Einnahmen der Zentralkasse größer sein, als es heute der Fall ist. Skaret hat gemeint, sein Ideal wäre die einheitliche politische Organisation mit der Einhebung regelmäßiger Beiträge. Das ist auch mein Ideal, aber es ist leider auch nicht mehr als ein Ideal. Ich habe als Bezirksvertrauensmann schon an verschiedenen Orten gewirkt und verschiedene Methoden versucht und muß sagen, daß dieses Ideal leider nicht durchführbar ist, weil die Leute nicht so ideal veranlagt sind. Wenn es eine Methode gibt, die Erfolg verspricht, so ist es die der Einhebung der Parteisteuer durch ein Parteiorgan. Damit haben wir die beste Erfahrung gemacht. Wir haben früher in Stockerau das Markensystem gehabt, auch Häuserkassiere eingesetzt, aber es hat sich herausgestellt, daß nach einiger Zeit die ganze Sache verfallen ist, Lücken eingerissen sind, die nicht mehr ausgefüllt wurden. Es ist begreiflich, daß sich die Leute, wenn einmal eine Lücke entstanden ist, sich nicht zum Zahlen drängen. Wenn aber jetzt beim Zustellen des Parteiblattes einer übersehen wird, meldet er sich selbst und macht uns aufmerksam, wenn es wo nicht klappt. Was die Jugendorganisation betrifft, so besteht ja kein Zweifel über ihre Notwendigkeit; aber eine andere Frage ist es, ob es notwendig ist, einen Passus darüber ins Statut einzusetzen. Im Antrag des Genossen Kütt über die Aufstellung der Reichsratskandidaten klingt es mir seltsam, daß dort, wo keine Landes- oder Reichsparteivertretung vorhanden ist, die Bezirksvertretung entscheiden soll. Der Fall, daß einmal die Reichsparteivertretung verloren gehen könnte, dürfte denn doch kaum eintreten. (Heiterkeit.) Es ist wohl selbstverständlich, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und in der politischen Organisation ins neue Statut hineingehören. Doch können wir die Gewerkschaftler nicht durchwegs zum Eintritt in die politische Organisation verpflichten, weil wir auch deutschnationale und anderen Parteien angehörende Mitglieder der Gewerkschaften haben. Ich möchte daher den Passus so empfehlen: „Jeder gewerkschaftlich organisierte Genosse ist verpflichtet, dem politischen Verein seines Ortes oder, wo ein solcher fehlt, der politischen Lokalorganisation beizutreten.“ (Beifall.)

Nitschmann (Neutitschein): Es wurde von einigen Genossen gesagt, daß wir auf die Wahlkreiseinteilung Rücksicht nehmen sollen. Ich glaube, es dürfte nicht unangebracht sein, zu der theoretischen Behandlung der Angelegenheit auch unsere praktischen Erfahrungen zur Kenntnis zu bringen. Wir meinen, daß man, weil die Land- und Stadtwahlbezirke so miteinander verknüpft sind, daß man keine bestimmten Grenzen ziehen kann, von der Schaffung von Wahlkreisorganisationen unbedingt absehen muß. Dazu kommt, daß wir in absehbarer Zeit in einigen Kronländern auch Wahlkreise für die Landtagswahlen haben werden und daß man da doch nicht wieder die Organisation umändern kann. Die Einteilung der Agitationsgebiete in Wahlkreise empfiehlt sich nicht. Meine Ansicht ist die, daß, wo wir kräftige Organisationen haben, wir auch in der Zeit der Wahlen gerüstet sein werden und daß die Organisation nach praktischen Rücksichten aufgebaut werden muß. Genosse Skaret hat gemeint, es werde eine bestimmte Form gefunden werden müssen, um unsere Organisation an die gesetzlichen Bestimmungen anzupassen. Ich lenke nun Ihre Aufmerksamkeit auf die Bildungsvereine, deren Auflösung man allerdings überall zugunsten der Gewerkschaften anstrebt. Aber nach der erfolgreichen Wahlbewegung sind wir in sehr vielen Orten in die Lage gekommen,

Organisationen gründen zu müssen. Nun bin ich der Ansicht, daß wir statt der Wahlvereine, die Genosse Skaret empfiehlt, dort, wo keine Gewerkschaft besteht, diese Bildungsvereine wieder hervorholen und als Grundlage für unsere freie Organisation nehmen. Es ist uns weiter empfohlen worden, die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen. Der gute Rat kommt ein wenig spät. Denn diese Häuserorganisation ist in den meisten Orten versucht worden. Aber in der Provinz fehlen uns nicht nur die Leute für die Leitung der Organisation, sondern noch mehr die Leute für das Häuservertrauensmännersystem. Ich erkenne durchaus die Notwendigkeit an, eine Geschichte der österreichischen Partei zu verfassen, was gestern Dr. Adler beantragt hat. Aber noch viel notwendiger ist es, eine Parteischule zu schaffen, wo unsere Genossen zu Agitatoren ausgebildet werden. Das gehört zwar nicht zur Beratung des Parteistatuts, es hängt aber eng mit den Fragen, die da besprochen wurden, zusammen. Es wurde auch von der Notwendigkeit einer Reform der Parteisteuer gesprochen. Heute glauben die gewerkschaftlich organisierten Genossen, daß sie mit dem Kreuzer Parteisteuer ihre Pflicht erfüllt haben, und sie weigern sich vielfach, weitere Steuern zu zahlen. Wir werden einen Modus finden müssen, um es den Gewerkschaftern zur Pflicht zu machen, auch an die politische Organisation ihre Beiträge zu zahlen, wie wir ja auch jeden Genossen verpflichten, der Gewerkschaft gegenüber alle Pflichten zu erfüllen.

Adler: Die Debatte hat eine große Fülle von Material und von Anregungen für die Kommission ergeben. Die Schwierigkeit, unter der wir bei der Einrichtung unserer Organisation wesentlich leiden, ist eine zweifache. Zunächst sind wir, wie es scheint, nicht in der Lage, unsere Organisationsbezirke überall unmittelbar auf die Wahlbezirkseinteilung aufzubauen. Diese einfachste, natürlichste Organisation wird uns unmöglich gemacht, weil, wie Seliger ganz richtig gesagt hat, wir eine ganze Reihe von Wahlbezirken haben, deren einzelne Orte nur durch die Luft verbunden sind. Genosse Ebert hat gemeint, wenn auch diese Städtewahlbezirke nicht territorial zusammenhängen, müssen wir sie doch als Organisationsbezirke behandeln, weil wir sie im Moment der Wahlausschreibung und der Wahlagitation doch als besondere Organisationskörper behandeln müssen. Das ist nun eine wirkliche Schwierigkeit, die uns in fast allen Kronländern entgegentritt. Ich habe lange mit mir gekämpft, ob man nicht trotzdem die Wahlbezirke zur Grundlage nehmen soll. Aber ich habe mich auch überzeugt, daß das wirklich nicht geht. Wir sind vielleicht jetzt dadurch, daß wir unmittelbar aus dem Wahlkampf herauskommen und unsere ganze Vorstellung eigentlich so erfüllt ist mit lauter Wahlgeometrie, allzusehr von dem Gedanken befangen, als ob unsere Organisation wesentlich und in erster Linie eine Wahlorganisation wäre. Wir müssen uns aber doch sagen, daß ja der Wahlkampf eine Ausnahme ist und daß wir dazwischen eine hoffentlich längere Periode haben, wo wir mit dem Geschäft nichts zu tun haben, und daß es also nützlicher und wichtiger ist, wenn wir uns auf die eigentliche agitatorische Arbeit einrichten, zusammenhängende Organisationsbezirke schaffen, die dann agitatorisch und organisatorisch durchgearbeitet werden können. Dann können wir uns darauf verlassen, daß in diesen gut bearbeiteten Bezirken ohne große Mühe dann im entsprechenden Moment kurz vor der Wahl die Städte zusammengefügt werden können, um für die Wahlarbeit gerüstet zu sein. Die zweite Schwierigkeit ist, daß wir es, Skaret hat es schon ausgeführt, zu einer legalen, im Sinne des Parteistatuts legalen Parteimitgliedschaft bisher eigentlich noch nicht gebracht haben. Wir haben P a r t e i g e n o s s e n, aber wir haben eigentlich k e i n e P a r t e i m i t g l i e d e r. Wir können sie nicht haben, nicht nur deshalb, weil unser Vereinsgesetz so veraltet ist, um die Verbindung von politischen Vereinen nicht zu gestatten. Ich will ja nicht sagen, daß man ein Vereinsgesetz umgeht; so etwas machen wir nicht. (Heiterkeit.) Aber man kann ja neben dem Vereinsgesetz und außerhalb des Gesetzes sich bewegen. Das wäre also allein nicht der entscheidende Punkt. Wesentlich ist, daß wir selbst unsere ganze Organisation bisher nicht darauf angelegt haben, vielleicht auch nicht darauf anlegen konnten. Die Einhebung der Parteisteuer, die Zusammenfassung unserer Organisation bezieht sich nicht

auf eine Mitgliedschaft, die ein so geschlossener Körper wäre, daß alle Genossen Mitglieder und daß alle Zahlenden auch Parteigenossen wären. Nehmen wir ein Beispiel aus großen und eines aus kleinen Orten. In Wien wird bekanntlich die Parteisteuer in der Weise erhoben, daß die „Volktribüne" vertrieben wird. Nun kann aber auch ein anderer Mensch die „Volkstribüne" beziehen, und es gibt sehr viele so neugierige Leute. (Heiterkeit.) Wodurch nun unterscheidet sich ein solcher, der sie bezieht, weil er sie lesen will, von einem, der sie bezieht, weil er Parteigenosse ist? Und nehmen wir wieder einen Ort in Böhmen, wo die Lokalorganisation, die „Lokale" wie man dort sagt, auch in einem ganz beträchtlichen Ort im ganzen aus 20 bis 30 Mitgliedern besteht. Die Zahl der Parteigenossen am Orte ist weit größer und die Zahl der Wähler noch größer. Sie können aber nicht sagen, um wie viel der Mann, der ein Parteigenosse ist und von jedem von uns als Parteigenosse gekannt wird, der aber nicht Mitglied der „Lokale" ist, weniger Rechte hat. Weniger Pflichten hat er, das ist richtig. Aber Rechte — genau dieselben. Im Gegenteil — schimpfen tut er noch mehr. (Heiterkeit. Zwischenruf: Er darf nicht in die Sitzungen kommen!) Das Privileg, in die Sitzungen zu kommen? Nun, darauf verzichten viele sehr gern. (Heiterkeit.) Es ist ja nicht jeder so vergnügungssüchtig. (Heiterkeit.) Ich möchte nur uns selbst klar machen, worin unsere Schwierigkeit liegt. Wenn unsere Organisation dafür ein Mittel finden könnte, um den Körper unserer Mitgliedschaften zu einem wirklich organischen Zusammenhang zu bringen, so wäre das wohl das wichtigste. Wir sind gewiß ein sehr mobiler Körper. Aber wir müssen gestehen, daß wir in manchem gerade insbesondere hinter Deutschland weit zurück sind. Es ist sicher, daß das Interesse für politische Dinge bei uns in großen Kreisen ganz außerordentlich ist. Aber für unsere inneren Parteiangelegenheiten, für das Gefüge der Partei und auch für die Ueberzeugungen der Partei ist das Interesse nicht ebenso groß. Versammlungen zur Erledigung von Parteiangelegenheiten finden so gut wie nicht oder sehr selten statt. Ich weiß ganz gut, daß das auch eine Folge der Geschichte unserer Partei und der Wahlrechtskämpfe ist, die es ja notwendig gemacht hatten, alle Wochen oder alle vierzehn Tage große Aktionen, große Versammlungen einzuberufen, die aber für die inneren Parteiangelegenheiten uns wenig Zeit gelassen haben. Das ist unbedingt das wichtigste, alles andere halte ich für untergeordnet. Die Geldfrage hängt damit wesentlich zusammen.

Es wurde von Neumann etwas gesagt, worüber ich hinwegginge, wenn es nicht ein so alter erfahrener Genosse gesagt hätte. Er hat zunächst gesagt, man müsse die Zahl der Mitglieder der Parteivertretung erhöhen. Dagegen läßt sich nichts einwenden, vorausgesetzt, daß die Bildung eines engeren Ausschusses möglich ist, um die Arbeit durch die große Zahl nicht allzusehr zu erschweren. Aber er hat das damit motiviert, daß so viele Parteibeamte in der Parteileitung sind und die sind beim Geldausgeben immer etwas zugeknöpft. Er meint nun, die anderen würden das leichter machen. Es ist ganz natürlich, daß eine Partei wie die unsere, die nicht über zu viele Leute verfügt, ihre besten Leute in die Parteivertretung wählt und denselben besten Leuten auch die Verwaltung übergibt. Aber auch andere Leute, die nicht Parteibeamte sind, werden das Kunststück nicht zuwege bringen, auszugeben, was sie nicht haben; außer sie machen Schulden. Das Schuldenmachen verstehen sie natürlich auch gut. (Heiterkeit.) Es könnte nur bei einzelnen Genossen die Meinung entstanden sein, als würde etwa eine knickerhafte krämerische Art der Manipulation geübt werden. Dagegen müßte ich mich sehr verwahren. Das ist nicht der Fall. Und Neumann — es tut mir leid, daß er nicht anwesend ist — wäre wahrscheinlich höchlichst in Verlegenheit, wenn ich ihn aufforderte, er solle mir solche Fälle angeben.

Nun müssen wir noch die Kommission arbeiten lassen. Eines aber bitte ich Sie, als sehr wesentlich anzusehen. Wenn wir unsere Organisation noch so schön ausbauen, Geld werden wir aus der ziffermäßig begrenzten Parteisteuer — an deren Form aus uns allen bekannten Gründen nicht gerührt werden kann — nie so viel herausbekommen, als wir brauchen, sondern es

müssen die Wahlkreise und die Organisationen alle, die Geld haben, auch das Geld hergeben für die Zentrale, damit es auf diesem Wege den schwächeren Wahlkreisen gegeben werden kann. Und Sie müssen nach dem Muster Deutschlands außer dieser Parteisteuer, die ziffermäßig bestimmt ist, wirklich in einem Minimalmaß dafür sorgen, daß unter den Genossen das Bewußtsein entsteht: Jeder muß, so viel er kann, nach Wien schicken, nicht damit es in Wien bleibe, sondern damit es hinauskomme dorthin, wo man es braucht. Und es sind Genossen genug hier aus schwächeren Wahlkreisen, für die die Frage eine Lebensfrage ist, ob wir ihnen in den nächsten Jahren die nötigen Mittel werden geben können. (Lebhafter Beifall.)

Patzelt (Gablonz): Genosse Adler hat Ihnen soeben die Bedeutung der Beschaffung der materiellen Mittel für die Partei dargelegt. Ebenso wichtig ist natürlich auch die Frage der offiziellen Festlegung der Parteimitgliedschaft und ich komme nicht aus der Verwunderung heraus, daß die Partei so lange arbeiten konnte ohne ein auch nur einigermaßen festes Verhältnis. Bei uns ist wenigstens eine offizielle Parteimitgliedskarte, in die jeder Genosse seine Parteimarke einklebt. Wir haben auch noch die Einführung, daß von jedem Parteibeitrag 2 H. an den Bezirk, 3 H. an den Kreis und 2 H. an das Reich abgeliefert werden. Der Rest bleibt der Lokalorganisation. Das ist nicht viel, aber es ist ein Anfang und ich würde wünschen, daß der Parteitag in dieser Sache endlich Ordnung macht. Es müsse mit dem Prinzip gebrochen werden, daß in jedem Bezirk andere Bestimmungen gelten, und es muß festgesetzt werden: Wer Parteigenosse sein will, hat seine Verpflichtungen in einer bestimmten Form zu erfüllen. Reich, Land, Kreis und Lokalorganisation erhalten jedes ihren bestimmten Betrag. Dann hätten wir wenigstens eine Möglichkeit, wenn das Jahr um ist, festzustellen, wie viel Mitglieder wir haben. Es ist ganz richtig, daß wir jetzt eine Riesenmasse Parteigenossen haben, aber wenig Parteimitglieder; und es ist doch auch richtig, daß die meisten gern für die Partei materielle Opfer bringen würden, wenn man an sie nur heranträte. Aber hier fehlt, wie es scheint, die treibende Kraft der Organisation. Es gibt verschiedene Mittel, womit sich die Organisationen helfen könnten. Wir hatten im 9. böhmischen Wahlkreis Agitationsmarken eingeführt und ich kann Ihnen berichten, daß wir damit einige hundert Kronen aufgebracht haben. Wir haben jetzt auch Parteiabzeichen und auch diese werden eine ganz hübsche Summe einbringen und haben den Vorteil, daß wir uns nicht immer nur an die besten Genossen, die immer alle Opfer tragen, wenden müssen. Die Beiträge, die durch die Berufsorganisationen geleistet werden, scheinen, obwohl sie unter den gegenwärtigen Umständen der Partei eine materielle Grundlage geben, ganz und gar ungenügend zu sein, weil die Genossen dann meinen, ihre Pflicht erfüllt zu haben und zu Beiträgen für Land und Bezirk nicht mehr zu haben sind. Die Tatsache, daß wir erst jetzt nach dem Wahlkampf unsere Organisation aufbauen müssen, muß uns zu denken geben. Die Mittel, die wir brauchen, kommen nicht von selbst; sie müssen von den Parteigenossen beschafft werden. Es gibt so viel organisatorische Lücken, die ausgefüllt werden müssen — ich verweise da nur auf die Notwendigkeit einer Anstellung im Hohenelber Gebiet — und wir müssen die Mittel herbeischaffen, die wir unbedingt brauchen. Es wurde auch von der Organisation der Frauen und der Jugend gesprochen. Das ist gewiß sehr wichtig. Aber ich meine, daß die Notwendigkeiten dieser Sache von selbst durchdringen, wenn wir die Partei auf eine gesunde Grundlage gestellt haben.

Bienert (Reichenberg): Gestatten Sie, daß ich als einer der älteren Parteigenossen auch ein paar Worte zum Organisationsentwurf spreche. Der § 10 ist meiner Ueberzeugung nach undemokratisch; er sucht die Delegierung für den Parteitag zu beschränken. Wir gehen von dem Grundsatz aus, daß, wenn auf dem Parteitag möglich viele Genossen anwesend sein könnten, der Parteitag für sie eine gute Schule wäre. Aber hier heißt es, daß die Lokalorganisationen nicht mehr Delegierte entsenden dürfen. Ich bin zum Beispiel von der Reichenberger Lokalorganisation delegiert. Wir haben dort fünf Lokalorganisationen und im Bezirk 22 und diese verbindet eine Bezirks-

organisation. Dann würden also die großen Ortschaften von den kleinen majorisiert werden. Wenn eine Lokalorganisation die Mittel für einen Delegierten aufbringt, ist das doch kein Schaden für die Partei, wenn die paar Leute hier sind. Ich bin daher für die Aenderung dieser Bestimmung. Der § 23 wieder bestimmt, daß die Bezirksvertrauensmänner gemeinsam mit der Reichs- und Landesparteivertretung etwaige Kandidaten zum Reichsrat oder Landtag aufstellen. Wir meinen wieder, daß dort, wo ein Kandidat aufzustellen ist, zu allererst der Bezirk mit seinen Lokalorganisationen berufen ist, zu entscheiden, und es soll nicht vorkommen, daß von anderer Seite Leute importiert werden, während im Bezirk mindestens ebenso fähige Genossen sind, die den Bezirk besser kennen, weil sie dort aufgewachsen sind. Es ist auch von Genossen Skaret über die politischen Vereine gesprochen worden. Diese politischen Vereine hatten seinerzeit in Nordböhmen eine große Bedeutung, besonders deshalb, weil man mit dem § 6 des Versammlungsgesetzes alle Volksversammlungen unmöglich machte. Wenn man jetzt wieder diese Vereine mehr pflegen will, werden das die alten Genossen mit Freude begrüßen. (Beifall.) Auf Antrag Seligers wird eine Kommission zur Prüfung der Anträge eingesetzt. Sie besteht aus dem Parteisekretär Skaret, zwei Vertretern der Parteivertretung (Dr. Adler, Winarsky), je einem Kronlandsvertreter (Seliger, Freundlich, Tuppy, Bretschneider, Hackenberg, Kollinger, Preußler, Abram, Schatzmayer, Aufobsky, Pistiner) sowie der Genossin Popp.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Wolf: Es sind 160 Delegierte anwesend, die ordnungsgemäß ausgestellte Mandate haben. Davon vertreten 109 Delegierte die politischen Organisationen, 15 die großen Gewerkschaftsverbände, 11 die politische und 9 die Fachpresse, 15 die Frauenorganisationen, 1 die Preßkommission. Außerdem sind 8 Genossen von verschiedenen Bruderparteien als Gäste anwesend; ferner die gesamte Parteivertretung und Kontrolle, 48 Reichsratsabgeordnete (2 sind wegen Krankheit entschuldigt). Wir haben kein Mandat beanständen müssen und müssen konstatieren, daß diesmal endlich aus den Mandaten infolge der Zuschrift des Genossen Skaret zu ersehen ist, wo und wann jeder Delegierte gewählt wurde. Nur möchte ich bitten, in Zukunft auch auf die Form des Mandats etwas mehr zu sehen. So arm sind wohl unsere Wahlkreise nicht, daß sie nicht wenigstens einen ganzen Bogen Papier verwenden könnten. Die Papierschnitzel, auf die manche Mandate geschrieben sind (Heiterkeit), gehen einem gar zu leicht verloren. Ich beantrage also im Namen der Kommission, alle Mandate anzuerkennen. (Angenommen.)

Dritter Verhandlungstag. — 2. Oktober.

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt **Pernerstorfer.**

Skaret: Bei Zusammensetzung der Kommission zur Beratung des Organisationstatuts wurde vergessen, einen Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Genossen mit in die Kommission zu wählen. Um dieses Uebersehen wieder gutzumachen, schlage ich vor, Genossen Smitka als Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission in die genannte Kommission zu wählen.

Wird einstimmig angenommen.

In Verhandlung steht der Punkt:

Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament.

Referent Dr. **Adler:** Die Sozialdemokratie ist in das neue Parlament eingezogen als eine Partei von 87 Abgeordneten; sie hat sich in den Wahlen als die Trägerin nicht nur des Willens des Proletariats erwiesen, sondern auch der Hoffnungen weiterer Volkskreise über unsere eigentliche organisierte Partei hinaus. An die sozialdemokratische Partei im Parlament knüpfen sich

nicht nur Hoffnungen und Erwartungen, sondern — gestehen wir es uns — auch Befürchtungen. Hoffnungen vor allem; denn zum erstenmal hat das österreichische Proletariat eine parlamentarische Vertretung, die seiner würdig ist; zum erstenmal kommt einigermaßen angemessen die politische Macht des Proletariats zum parlamentarischen Ausdruck. Aber gewiß auch Befürchtungen, insofern nämlich, als jeder von uns — und je näher er dem Parlament steht, um so mehr — Bedenken gehabt hat, ob alle Erwartungen, alle Wünsche, die unsere proletarische Wählerschaft mit unserer Tätigkeit im Parlament verknüpft, in Erfüllung gehen werden, ob die innere Kraft der Fraktion stark genug sein wird, die großen Hindernisse zu überwinden, die einer wirksamen politischen Tätigkeit im Parlament heute noch entgegenstehen. Wir sind ja nicht allzu ängstliche Leute, nicht in Furcht aufgewachsen, sondern in Courage. Als so die Nachrichten über die vielen Mandate kamen, die wir bei den Wahlen errungen haben, da ist es uns mitunter vorgekommen, daß einer der Herren Gegner oder einer der Herren Minister uns gefragt hat: Ja, das ist doch eine Verlegenheit für Sie! Was werden Sie denn mit einer so großen Fraktion machen? Ich habe ihm dann ruhig geantwortet: Es ist uns schon schlechter gegangen. (Heiterkeit.) Wir werden es aushalten. Wir haben unseren Mann gestellt, als wir noch gar keine parlamentarische Vertretung hatten, wir haben das politische Gewicht der Arbeiterschaft geltend zu machen gewußt, als wir noch eine sehr kleine Fraktion waren, und wir werden es hoffentlich auch zustande bringen, uns den neuen Verhältnissen anzupassen und alle Kräfte wirksam zu machen, die im Proletariat heute entwickelt sind.

Parteigenossen! Es ist selbstverständlich, daß wir uns heute ein ganz klares Bild über die Bedingungen, unter denen wir im Parlament zu kämpfen haben werden, nur annähernd machen können. Denn das Parlament ist zunächst selbst in einem Uebergangsstadium.

Es haben sich die Kräfteverhältnisse der Nationen und Parteien noch nicht klar gruppiert und es läßt sich sehr vieles heute noch nicht übersehen, was da von Einfluß werden kann. Wir haben eine Regierung, die eine dringende Notwendigkeit nach der anderen erledigen möchte, ohne daß sie allzu beschwert wäre mit Grundsätzen oder mit programmatischen Grundsätzen. Wir haben einen Ministerpräsidenten, der von sich selbst sagt, daß er ein guter Makler ist und der darin sein Haupttalent sieht. Aber weder der Ministerpräsident noch seine Regierung haben irgend welche deutlich begrenzte Ziele, von denen sie nicht abweichen würden. Wir haben, einfach gesagt, eine Regierung, die fertig werden will mit einer Schwierigkeit nach der anderen — vor allem mit dem Ausgleich. Ein anderes Charakteristikum dieser Regierung ist, daß sie höchst provisorisch ist, ein halb parlamentarisches Ministerium; aber die Minister, die als Vertreter der Parteien in die Regierung eingetreten sind, haben das Unglück gehabt, daß ihnen inzwischen ihre Parteien abhanden gekommen sind (Heiterkeit), so daß sie also nun in der Luft stehen und — als weitere Folge — abhängig sind nicht etwa von ihren eigenen Parteien, sondern von der Gnade der anderen, und daß sie nur so lange Minister sein können — und daß sie das auch empfinden —, als es für die anderen unbequem ist, es zu werden. Eine Regierung allerdings, die voll ist der schönsten Reden; wir haben eine so wohlstilisierte Regierungseloquenz lange nicht in Oesterreich gehabt und wenn wir uns mit wohlwollenden, aufgeklärten, ja geistreichen Reden begnügen wollten, könnten wir mit der Regierung ganz zufrieden sein. Auch der Sozialdemokratie gegenüber weiß die Regierung eine Haltung einzunehmen, die, wenn wir nicht unter die Oberfläche dieser glatten Reden sähen, uns zufriedenstellen könnte; man kann ja von einem Ministerpräsidenten nicht mehr erwarten, als daß das schärfste Wort, das er gegen die Sozialdemokratie zu sagen weiß, ist, daß ihn eine Kluft von uns trenne. Na, das haben wir auch nicht anders angenommen und es ließe sich auch schließlich ertragen (Heiterkeit), selbst das noch, daß er sagt, er werde bestrebt sein, das positive Programm der Sozialdemokratie durchzuführen, weil das bekanntlich sehr gut ist, und nur die grundstürzenden Ziele der Sozialdemokratie, die gehen der Regierung — so weit hat sie sich noch nicht ent-

wickelt — doch zu weit. Wir wissen, was wir von dem allem zu halten haben. Diese Höflichkeit sind wir bereit, mit Höflichkeit zu erwidern; wir wissen, was die Münze wert ist, und wir sind bereit, mit derselben Münze zu zahlen. Aber die Sache steht doch anders. In Wirklichkeit ist es so, daß wir in diesem Moment einem Kartell aller nicht proletarischen Parteien gegen die proletarische Partei gegenüberstehen. Ich sage ausdrücklich, aller nicht proletarischen Parteien, weil ich einen anderen Ausdruck für das, was sie eint, nicht finden kann. Eine Koalition von Abrahamowicz nicht nur bis zum Geßmann, sondern bis in die Kreise der wirklichen Kleinbauern — die Naturdemokraten sind, weit mehr, als sie es wissen, und die in diese Koalition gegen die Arbeiterschaft mitgeschleppt werden —, eine solche Koalition ist nicht etwa von klaren Grundsätzen, einem klaren Programm geleitet, sondern nur von dem Wunsche, jeden Fortschritt, jeden politischen Machtausdruck der Sozialdemokratie zu verhindern und erst recht jeden Machtzuwachs der Sozialdemokratie. Wenn ich von Macht der Sozialdemokratie spreche, so möchte ich gleich hier ein Wort der Erklärung hinzufügen. Die Sozialdemokratie ist der Ausdruck der Kraft des Proletariats und das Proletariat ist auch in Oesterreich — wenn auch langsamer als in anderen Ländern — in den letzten zehn Jahren ganz kolossal gewachsen. Oesterreich hat sich in den zwei letzten Jahrzehnten, man möchte sagen, unter der Decke unseres politischen Elends, riesig entwickelt, seine Produktivkräfte sind gewachsen, obwohl alles geschehen ist, um diese Entwicklung zu hindern — die Triebkräfte der modernen Entwicklung sind eben so groß, daß sie sich nicht völlig ersticken lassen —, und damit ist auch das Proletariat gewachsen. Wenn auch das Proletariat in den letzten Jahren sogar vielfach eine entscheidende Rolle gespielt hat, wenn es verstanden hat, was andere Klassen nicht verstanden haben, nämlich alle seine Kraft auf einen entscheidenden Punkt zu konzentrieren und so seine Kraft zur ausschlaggebenden Geltung zu bringen, so wissen wir doch, daß die Macht des Proletariats begrenzt ist. Es wird so oft als unser Hauptprogrammpunkt zitiert: Die Aufgabe des Proletariats ist es, die politische Macht für das Proletariat zu erobern. Aber wir fassen das Wort nicht so auf, daß das Proletariat ohnmächtig ist und daß es an einem entscheidenden Punkte plötzlich allmächtig werden wird: sondern wir meinen damit, daß der Machtzuwachs des Proletariats Schritt für Schritt vor sich geht und daß die Kunst der Politik — denn die Politik ist ja weit mehr eine Kunst als eine Wissenschaft — die ist, in jedem Moment die Macht lebendig zu machen, die in diesem Moment vorhanden ist, die Linie des geringsten Widerstandes zu finden und auf dieser Linie den Fortschritt durchzusetzen. Wir glauben also, daß wir unsere Macht, soweit wir sie eben haben, in jedem Moment zur Besetzung aller Positionen zu verwenden haben, parlamentarisch, in der Verwaltung, im gesamten öffentlichen Leben. (Beifall.) Wir sind der Ueberzeugung, daß wir dem Ziele nichts vergeben, wenn wir uns ihm Schritt um Schritt nähern. Und in diesem Zusammenhang sei mir eine kleine Abschweifung gestattet. Wenn man das Opportunismus nennt, so sagen wir: Ja, wenn es erlaubt und notwendig ist, Forderungen aufzustellen in der heutigen Gesellschaft, dann muß es auch erlaubt und erwünscht sein, darüber nachzudenken, wie man diese Forderungen durchsetzt. (Zustimmung.) Das scheint mir das Entscheidende zu sein. Aber hie und da wird diese unsere allgemeine taktische und politische Auffassung nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland — oder richtiger: nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland — ein wenig falsch verstanden und man möchte die österreichischen Sozialdemokraten gern als die Musterknaben des internationalen Opportunismus hinstellen. Für diese Ehre möchten wir uns — und ich persönlich zuerst — höflichst bedanken. Die österreichische Sozialdemokratie nimmt für sich nicht nur in Anspruch, daß sie immer so gescheite Politik gemacht, als sie eben konnte, sondern sie nimmt auch für sich in Anspruch, daß sie in dem entscheidenden, im prinzipiellen Punkt unserer Politik nicht ein Haarbreit von ihren obersten Grundsätzen abgewichen ist. (Lebhafter Beifall.) Sie ist

eine durchaus proletarische Partei mit proletarischen Zielen, in deren Fleisch und Blut der Grundsatz übergegangen ist, daß der alleinige Träger der Entwicklung, der alleinige Träger der Zukunft der Völker nur das Proletariat sein kann; sie macht Politik allerdings nicht in der blauen Luft, nicht jenseits von Zeit und Raum, aber sie macht in jedem Moment proletarische Politik und sie würde es sich als eine schwere Sünde anrechnen, wenn sie jemals um eines augenblicklichen und darum scheinbaren Vorteils willen ein Stück dieses Grundsatzes, auf dem sie fußt, preisgäbe. Wir könnten nicht nur bei den Wahlen, sondern in unserer ganzen Agitation durch einige Konzessionen an die malkontenten Bevölkerungsschichten manchen Augenblicksprofit erzielen. Wir könnten, um ein Beispiel anzuführen, durch einiges Entgegenkommen gegenüber dem Appetit der agrarischen Parteien, die es verstanden haben, zum Teil auch das Kleinbauerntum auf ihre Seite zu ziehen, durch eine etwas weniger gewissenhafte Agitation sehr leicht Eroberungen machen. Das wäre nicht Opportunismus, das wäre nicht nur Gewissenlosigkeit gegen das Proletariat, sondern das wäre auch eine Dummheit. Darin unterscheidet sich der falsche Opportunismus vom echten: der echte Opportunismus geht seinen Weg zum Ziele, der falsche Opportunismus opfert das Ziel wegen augenblicklicher politischer Vorteile. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich diese kleine Abschweifung für nötig gehalten habe, so ist es darum geschehen, um gewissermaßen anzugeben, auf welchen Ton auch in Zukunft die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie gestimmt sein wird. Wir stehen, ich wiederhole es, einer Koalition aller nichtproletarischen Parteien gegenüber. Allerdings, wie lange diese Koalition dauern wird, das gehört auf ein anderes Blatt; wie lange sie einig bleiben können, hängt von anderen Erwägungen ab. Aber diese Koalition schreckt uns nicht, sondern wir betrachten sie als das beste Zeugnis dafür, daß die österreichische Sozialdemokratie ihre Pflicht reichlich getan hat, als ein Zeugnis, daß wir auf dem rechten Wege sind. Sie schreckt uns nicht, denn gar so fürchterlich sind die Herren nicht. Wenn sie so energisch wären, wie sie hungrig, wie sie gierig sind, dann wäre es vielleicht schlimm. Dann würden wir's bald spüren an dem Lebensnerv des Proletariats und wir müßten ernsthaft ihre Attentate abweisen. Wenn es nach ihren innersten Wünschen ginge, so wäre das nächste ein Kampf, der uns aufgedrängt würde, um unser Koalitionsrecht, dessen Vernichtung sie wünschen, zu verteidigen. Aber so schnell geht das nicht. Denn sie sind, wie soll ich sagen, nicht klug oder nicht unklug genug, um das zu wagen, und sie sind nicht einig genug, um das wagen zu können. Sie sind ja einig in dem Wunsche, aber sie können nicht einig sein in der Aktion. Sie sind nicht einig überhaupt, wo es sich um positive Dinge handelt, weder im Bösen noch im Guten.

Wir werden zunächst im Parlament nicht zu tun haben mit den Reformen, die uns in der Thronrede angekündigt wurden, noch weniger mit den Reformen, die uns als die unerläßlichsten und notwendigsten erscheinen; sondern wir werden uns zunächst wahrscheinlich mit dem beschäftigen müssen, was der Regierung auf den Nägeln brennt — mit dem Ausgleich, und alles Interesse konzentriert sich heute auf die Frage: Wird ein Ausgleich zustande kommen oder wird er nicht zustande kommen? Sie wissen, daß unsere Minister jetzt wieder in Pest sind und das letzte Bulletin am Krankenlager lautet ziemlich ungünstig. Es soll angeblich schon wieder nicht gehen. Nun, sehr ängstlich macht uns das nicht. Ich habe den Verdacht, daß der große Kampf, dessen Schauspiel wir schon seit Monaten genießen müssen, der Kampf zwischen den beiden Regierungen um den Ausgleich, nur ein Scheinkampf ist (Sehr richtig!); ich glaube, die Herren spielen wesentlich für die Galerie. Vielleicht irre ich mich; aber ich glaube, daß die beiden Regierungen schon im wesentlichen fertig sind, daß sie aber wünschen, aus den Kämpfen in ihre Parlamente zurückzukehren als schwer ermüdete Kämpfer, bedeckt von Wunden und vom Staub der Schlacht, und ich habe mitunter den Eindruck, als wären sie geneigt, sich diese Wunden, wenn es nicht anders geht, zu Hause mit dem

Rasiermesser selbst beizubringen (Heiterkeit), damit sie dem Parlament doch ihre Tapferkeit beweisen, zu der sie in Wirklichkeit nicht Gelegenheit hatten. Ich sage das nicht, als ob ich die Frage des Verhältnisses zu Ungarn für gleichgültig oder nebensächlich hielte oder so behandelt wissen wollte. Die Ordnung unseres Verhältnisses zu Ungarn ist gewiß eine der wichtigsten, vielfach die Lebensfrage für Oesterreich, auch für die österreichische Arbeiterschaft. Aber in diesem Ausgleich, der da vor uns steht, wird die Neuordnung dieses Verhältnisses zu Ungarn nicht erledigt werden, und wenn ein Ausgleich zustande kommt, wird er wieder nichts sein als ein Provisorium, genau so, als wenn wir statt des Ausgleiches bloß die Reziprozität hätten. Gewiß hat das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes schon Festigkeit und politischen Einfluß gewonnen, so weit hat sich das ganze Gesicht Oesterreichs schon verändert, daß keine Regierung es wagen darf, mit einem Ausgleich zu kommen, der wirtschaftlich die Interessen Oesterreichs für die Herrscherinteressen der Dynastie opfern würde. Aber unsere Ueberzeugung ist, daß anstatt eines Ausgleiches ein ehrlicher Friede mit den Völkern, die Ungarn bewohnen, erst dann möglich sein wird, wenn auch in Ungarn die Völker zu Worte gekommen sein werden. (Beifall.) Darum liegt für uns der entscheidende Punkt in unserem ganzen Verhältnis zu Ungarn weniger in den einzelnen Bestimmungen des Ausgleiches als darin, daß Ungarn aus dem Zustand, in dem es heute ist, wo es beherrscht wird von einer kleinen Clique politischer Abenteurer, befreit, daß es von den wirklichen Interessen der Völker beherrscht werde, und wir würden recht gern dafür Opfer bringen, wenn wir für Ungarn das allgemeine, gleiche Wahlrecht durchsetzen könnten. (Lebhafter Beifall.) Nicht für die Herrscherinteressen der Dynastie, nicht für die Phantastereien einer Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns, wohl aber für die Interessen der ungarischen Völker sind wir bereit, Opfer zu bringen. Aber wir werden im Parlament den Ausgleich zu prüfen haben, ohne uns in Feindseligkeiten hineinzudeklamieren, sachlich, ruhig, ohne aufgeregte Phrasen, wie unsere Politik überhaupt sich möglichst aller Aufgeregtheiten und demagogischen Mätzchen, die unsere bürgerlichen Parteien so lieben, zu enthalten sucht. Wir werden den Ausgleich nüchtern prüfen und ebenso nüchtern die wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs rücksichtslos wahren. Den schönen Augen irgend einer Regierung zuliebe werden wir auch nicht das geringste Opfer bringen, selbst wenn diese Regierung Gefahr liefe, einer Regierung weichen zu müssen, die uns vielleicht noch weniger nahesteht als diese.

Es fällt mir hier nicht ein, die Aussichten für die weitere Zukunft unserer inneren politischen Verhältnisse auf Monate oder Jahre hinaus zu entwickeln. Das Prophezeien ist ein schlechtes Geschäft und in Oesterreich das allerschlechteste. Aber darüber müssen wir uns klar sein: wir werden auf die Dauer dem nicht entgehen können, in Oesterreich eine Regierung der offenen, brutalen Reaktion zu haben. Der Klerikalismus hat heute eine große Partei und wartet nur darauf, offen zu regieren, wie er heute versteckt regiert. Wir begreifen ja, daß die Christlichsozialen zögern, heute das Geschäft zu übernehmen, das zu sehr belastet ist mit Schwierigkeiten, von denen der Ausgleich einer der größten ist. Es ist für sie nicht angenehm, die sie in vollständig gewissenloser Weise demagogische Politik gegenüber Ungarn getrieben haben, eine Regierung zu übernehmen mit der Bedingung, daß sie den Ausgleich verantworten müssen. Sie möchten das gern vorher noch die anderen besorgen lassen. Und Herr Hofrat Geßmann steht wahre Tantalusqualen aus; er sieht die Macht, das Portefeuille zum Greifen vor sich, er kann es aber heute noch nicht fassen. Ob er und wann er und seine Leute zur Regierung kommen werden, das wissen wir nicht. Aber ich möchte hier wiederholen, was wir im Abgeordnetenhause mit aller Deutlichkeit gesagt haben: dem Zustand der anonymen Herrschaft der Klerikalen und der Christlichsozialen müssen wir uns noch mit größerer Energie widersetzen als einer Regierung unter offener christlichsozialer Firma. Wenn sie Oesterreich beherrschen zu können glauben, dann mögen sie es unter eigenem

Namen, unter eigener Verantwortung tun und wir werden sehen, wie lange man sie wird herrschen lassen können.

Dieser unklare Zustand des Parlaments, dieses Provisorium, das wir überall haben, rührt wesentlich davon her, daß sich unser ganzes konstitutionelles Leben in einem Uebergangsstadium befindet. Die Leute, die das Wahlrecht nicht länger versagen konnten, stehen heute ein wenig verzweifelt da und sagen: „Nun also, ist das das schöne Parlament, das man uns versprochen hat?" Es ist kein Zweifel, daß das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes eine Reihe von ihm eigentümlichen Schwierigkeiten findet. Kein Sozialdemokrat aber hat jemals das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes als die Vollendung der Neukonstituierung Oesterreichs und ein Heilmittel empfohlen, das Oesterreichs Schäden erledigen könnte, sondern immer wieder haben wir das allgemeine Wahlrecht nicht als Krönung empfohlen, sondern als den Beginn einer neuen Aera der Neubildung Oesterreichs. Erst nachdem gewissermaßen die Wand des alten Kurienparlaments, die uns ewig den Ausblick in die inneren Notwendigkeiten Oesterreichs versperrt hat, entfernt ist, zeigen sich überall die großen Probleme, die Stück für Stück besiegt werden müssen, und nun ist das Parlament in der Lage, noch nicht zu wissen, wo es anzufangen hat. Die Parteien sind national gegliedert, aber mit dem Bewußtsein, daß diese nationale Gliederung völlig unzureichend ist, das heißt daß überall innerhalb der Kapsel der nationalen Klubs die schärfsten wirtschaftlichen und politischen Gegensätze bestehen und, um nur von uns Deutschen zu sprechen, jedermann weiß, daß eine Parteibildung, die die Christlichsozialen zugleich mit der Volkspartei, ja mit den Resten der liberalen Partei verbindet, dauernd nicht haltbar, vor allem aber nicht aktionsfähig ist. Die Macht der Christlichsozialen wächst unaufhörlich, sie verstehen es, die Schwächen der bürgerlichen Parteien auszunützen, sie mißbrauchen ihre Begierden und wir haben es erst bei der niederösterreichischen Wahlreform gesehen, wie sie es verstehen, diese ohnehin recht schwachen und schwankenden Elemente sich anzugliedern — und sie aufzufressen. Für uns Sozialdemokraten wird aus diesem Prozeß auch mancher Vorteil erwachsen. Die Christlichsozialen haben bei den letzten Wahlen gesehen, daß bei allen Stichwahlen die Sozialdemokraten selbstverständlich überall gegen sie gestimmt und jedem Vertreter einer anderen bürgerlichen Partei geholfen haben. Nun sagen die Christlichsozialen diesen bürgerlichen Freisinnigen: „Was braucht ihr die Arbeiter? Wir machen selber das Geschäft mit euch!" Und in der niederösterreichischen Wahlreform haben sie das Geschäft mit der Volkspartei gemacht. Sie wollen die Freisinnigen von dem Einfluß der Arbeiterschaft freimachen und lassen sie lieber selbst bis zu einem gewissen Grade an ihren Geschäften partizipieren. Sie werden sie natürlich betrügen und haben sie eigentlich schon bei diesem ersten Geschäft betrogen. Aber das hindert nicht, daß wir nun eine Zeitlang allein gegen eine ziemlich unterschiedslose Masse stehen werden.

Aber auch das ist nur ein Durchgangsstadium. Denn die politischen Bildungen beruhen schließlich auf wirtschaftlichen Gegensätzen und es wird den Christlichsozialen heute schon angst und bange, wie sie die städtischen Interessen Wiens mit der Pflege der blutigsten und rücksichtslosesten agrarischen Wünsche vereinigen können. Aber sicher ist, daß wir heute vor solchen politischen Gestaltungen stehen. Wir können dem Prozeß mit großer Ruhe zusehen. Nicht wir werden dabei verlieren, wenn sich unsere bürgerlichen freisinnigen Gegner durch den Bund mit den Klerikalen bis auf die Knochen kompromittieren. Man wandelt nicht ungestraft unter Geßmanns Palmen. (Heiterkeit.) Und die Herren Bürgerlichen werden anders aus diesem Freundschaftsverhältnis hervorgehen, als sie hineingekommen sind. Aber sicher ist, daß wir im Parlament nicht mehr so leicht darauf rechnen können, mit einzelnen Teilen dieser bürgerlichen Parteien operieren zu können und einzelne Forderungen durchzusetzen. Aber trotz aller dieser Schwierigkeiten, trotzdem wir in einem Uebergang leben, trotzdem wir heute nicht sagen können, wie das wichtigste Verfassungsproblem in Oesterreich, wie die Reform der gesamten

Verwaltung durchzuführen sein wird; trotzdem wir nicht wissen können, wie wir aus dem Abgeordnetenhause das machen können, was das Parlament des gleichen Wahlrechtes sein soll, wenn es den Bedürfnissen Oesterreichs entspricht, nämlich eine Konstituante, ein Parlament, das vollständig neue Grundlagen für unser politisches Leben schafft: trotzdem brauchen wir nicht zu befürchten, daß unsere Arbeit fruchtlos sein wird.

Auf dem Wege der parlamentarischen Taktik haben wir es ja nicht leicht. Wir suchen selbstverständlich so viel Machtposten zu besetzen, als uns möglich ist. Wir haben unseren Anspruch geltend gemacht auf die Stelle des Vizepräsidenten und wir sind nicht gesonnen, diesen Anspruch aufzugeben. Wir haben zum Teil durchgesetzt, daß wir in den Ausschüssen vertreten sind. Wir sind also zu positiver Arbeit sehr bereit, ja wir wünschen nichts mehr, als positive Arbeit leisten zu können. Und wir folgen darin nur dem Beispiel aller sozialdemokratischen Fraktionen und ganz besonders dem Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, die in einem Umfang positive Arbeit geleistet hat, wie alle bürgerlichen Parteien zusammen sie nicht aufweisen können. Und ich möchte da einen kleinen Irrtum meines Freundes Bebel aufklären, der — es ist mir unverständlich, auf welchem Wege — zu der Idee gekommen ist, zu meinen und es in Essen zu sagen, wir österreichischen Sozialdemokraten bedürften der Aufklärung darüber, was die deutsche Sozialdemokratie an positiver Arbeit geleistet hat. Wir brauchen diese Aufklärung nicht; wir haben diese Arbeit von allem Anfang an genau verfolgt und haben sehr viel daran gelernt. Ja wir sind gezwungen, diesen Unterrichtskurs sehr häufig zu repetieren, weil unsere Gegner immer mit dem alten Vorwurf kommen, und dann müssen wir es nachlesen, um unseren Gegnern schwarz auf weiß zu zeigen, wie verlogen ihr Vorwurf ist. Wir wissen also sehr genau, was die deutsche Sozialdemokratie an positiver Arbeit geleistet hat, und wir werden stolz darauf sein, wenn wir das auch nur annähernd erreichen. (Beifall.)

Die positive Arbeit allerdings ist nicht so leicht und sie kann auch nicht annähernd in einem Referat spezialisiert werden. Vor allem werden wir das Stück politischer Freiheit, das wir in der Praxis erobert haben, auch in Gesetzen festlegen müssen. Die ganze politische Praxis gegenüber der Arbeiterschaft vor zwanzig, ja vor zehn Jahren war wesentlich anders als heute. Wir haben die Handhabung unseres Preßgesetzes, unseres Vereins- und Versammlungsgesetzes gründlich reformiert, ohne im Parlament die Gesetze auch nur mit einem Buchstaben ändern zu können. Auch waren wir dazu gar nicht in der Lage. Wir haben auch gar keinen Grund, etwa den Ministern, vor allem Koerber, der jene Aenderung in der Praxis eintreten ließ, irgend ein Wort des Dankes zu sagen; wir schulden ihnen bloß die Anerkennung, daß sie das getan haben, was als notwendig einzusehen sie durch die politische Arbeit der Sozialdemokratie genötigt waren. Die Arbeiterschaft konnte nicht warten, bis die Gesetze geändert würden, sie hat sich die politischen Rechte auch ohne das erkämpft. Nun muß es unsere erste Aufgabe sein, diese bessere Praxis nun auch gesetzlich festzulegen, und wir werden schon hierbei sehen, wie weit es mit den demokratischen Neigungen des Parlaments bestellt ist, und dabei werden wir auch den wahren Charakter unserer Regierung erkennen. Wie unsere Regierung über demokratischen Fortschritt denkt, das kann man allerdings an einem Symptom sehr deutlich erkennen: an ihrer Haltung gegenüber der Wahlreform für die Landtage, und wenn Herr Baron Beck den Wunsch hat, den Ruhm, den er sich als Förderer der Reichsratswahlreform erworben hat, recht schnell verblassen zu lassen, dann möge er nur auf dem Wege weiter gehen, den er jetzt betreten hat, dann möge er nur mit der allen österreichischen Regierungen gewohnten Unweisheit seine Minister solche Erklärungen wiederholen lassen, möge weiter, wie er es in Niederösterreich getan hat, den Machtgelüsten der Christlichsozialen den weitesten Spielraum gönnen.

Diese politische Gesetzgebung steht aber im engsten Zusammenhang mit dem großen Gebiet der Sozialreform. Hier, hätte man glauben sollen, ist das ganze Haus einig. Wenn Sie sich an die Thronrede erinnern, an die Reden

des Baron Beck und gar an die Budgetdebatte, wo das soziale Oel gleich stromweise von allen Bänken geflossen ist, müßte man doch glauben, daß sie alle begeistert für jede Sozialreform und vor allem für die Alters- und Invaliditätsversorgung sein werden. Und doch wissen wir, daß auch dieser entscheidende Schritt nur gemacht werden wird, wenn wir im Parlament mit größter Energie darauf drängen werden. Die Christlichsozialen, die am meisten davon reden, möchten sich mit dem billigen Jubiläumspräsent (Gelächter) abfinden und vielleicht noch mit einem Danaergeschenk, mit der allzu großen Ausdehnung dieser Reform auf Schichten, die gewiß der Altersversicherung ebenfalls dringend bedürfen, die aber sofort einzubeziehen die größten technischen Schwierigkeiten bietet. Nicht obwohl es schwer ist, die Kleinbürger und Kleinbauern in eine Altersversicherung einzubeziehen, schwärmen die Christlichsozialen dafür, sondern weil es so schwer ist. Die Altersversicherung der Arbeiter soll nicht zustande kommen, weil man warten muß, bis das größere Problem gelöst ist: die Versicherung noch weit umfassender zu gestalten. Das ist eine gefährliche Demagogie, von der ich sehr fürchte, daß sich ihr auch die Regierung unterwerfen wird, wenn wir nicht mit allem Nachdruck unseren Einfluß gegen alle Verschleppungsgelüste geltend machen.

Sehr energisch werden wir uns auch schon in der nächsten Zeit mit dem Militarismus zu beschäftigen haben. Man wird ja bald Rekruten verlangen und wir werden dann Gelegenheit haben, mit größter Schärfe nicht nur die zweijährige Dienstpflicht zu fordern, sondern vor allem auch die Interessen der Soldaten zu vertreten. Unser Kampf gegen den Militarismus ist kein Kampf gegen das Militär, sondern im Gegenteil ein Kampf zum Schutze des in die Armee eingereihten Proletariers. Gerade in der letzten Zeit haben wir es erlebt, wie sich hinter der allgemeinen Hülle schöner Redensarten, die in Oesterreich so beliebt sind, ganz unhaltbare Dinge verbergen. Eine der wichtigsten Fragen, die wir auch werden behandeln müssen, ist eine Frage, die jetzt zufällig im Vordergrund der Diskussion steht — die Umgestaltung unserer Sanitätsgesetzgebung, die für die Arbeiterschaft die allergrößte Bedeutung hat. Die Schwierigkeiten dieses Werkes sind bekannt, aber sie müssen überwunden werden, denn unter unseren elenden Sanitätsgesetzen leidet niemand so fürchterlich als die besitzlosen Volksklassen. Aber weil das Geld kostet und weil auch der ganze bureaukratische Aufbau da geändert werden müßte, mag niemand eingreifen. Mit dieser Abneigung verbünden sich auch noch die Instinkte der Dummheit, die wieder gerade jetzt aus Anlaß der Blatternepidemie Orgien gefeiert haben. Wir haben da von den Führern der Christlichsozialen Meinungen gehört, die nicht nur rückständig in Bezug auf die Einsicht, sondern geradezu gewissenlos und gemeingefährlich sind. Wenn es möglich ist, daß die obersten Verwalter Wiens und Niederösterreichs offen aussprechen können, wie es Lueger getan hat, daß die Impfung in Wien mehr Opfer an Leben und Gesundheit gekostet hat als die Blatternepidemie, wenn es möglich ist, daß ein verantwortlicher Mann an verantwortlicher Stelle solche Dinge hinausschleudern kann, so weiß er entweder, daß das, was er sagt, alles Ernstes entbehrt, oder es verbirgt sich hinter dieser Gesinnung eine ganze Richtung, gegen die wir den schärfsten Kampf zu führen haben. Die anerzogene und eingeimpfte Dummheit breiter Schichten des Kleinbürgertums ist so groß und wird von diesen Leuten so mißbraucht, daß sie jeder Kritik vollständig entbehrt. In jeder anderen Stadt, in jedem anderen Lande hätte eine solche Behauptung einen Schrei der Entrüstung ausgelöst. Man hätte gesagt: Entweder beweise, was du sagst, oder ziehe das zurück, worin du eine schwere Beunruhigung in jede Familie hineinträgst! Aber hier kümmert sich kein Mensch darum. Diese Gesinnung ist eines der Grundmerkmale der stärksten Partei im österreichischen Parlament, wir haben es da weniger zu tun mit einem zielsicheren Widerstand als mit einem Ausbruch der Rückständigkeit und der Gewissenlosigkeit. Die Sozialdemokratie allein wird leider — denn ich möchte da sehr gern Bundesgenossen haben — die Energie und die Courage und die Fähigkeit haben, für eine moderne Sanitätsreform zu ringen.

Neben diesen Fragen von allgemeiner Bedeutung werden wir noch eine Reihe von speziellen Fragen zu erledigen haben, über die wir entweder bereits Entwürfe vorgelegt haben oder sie demnächst vorlegen werden: sie betreffen vor allem die Eisenbahner, die Handlungsgehilfen, die Bergarbeiter. Wir werden selbstverständlich auch eine Abkürzung der Arbeitszeit anderer Gruppen und auch eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit beantragen u. s. w. Aber mit dieser positiven Tätigkeit ist lange nicht alles getan. Die Budgetdebatte, die wir hoffentlich wieder einmal haben werden, wird uns Gelegenheit geben, wieder jene Generalabrechnung und auch Detailabrechnung mit der ganzen österreichischen Verwaltung vorzunehmen, die schon sehr notwendig ist. Ich muß an Sie die Bitte richten, daß Sie von Ihrer Fraktion das beste glauben, was den Willen anlangt, aber einige Rücksicht nehmen, was den Erfolg anlangt. Nicht als ob ich glaubte, daß wir etwa besonders der Nachsicht bedürfen. Ich glaube vielmehr, daß so wie die sozialdemokratische Fraktion sich kaum eine andere Fraktion im österreichischen Parlament bewährt hat. Aber vor allem bitte ich Sie, nicht zu erwarten, daß wir alles auf einmal haben, und ich muß Sie bitten, sich vor Augen zu halten, daß jeder Schritt vorwärts im Parlament nur das Resultat der größten Anstrengungen sein kann.

Obwohl ich von der mir eingeräumten Redefreiheit schon allzu großen Gebrauch gemacht habe, kann ich doch nicht schließen, ohne einen Blick auf die Verhältnisse in der sozialdemokratischen Fraktion selbst zu werfen. Die bloße Existenz dieses sozialdemokratischen Verbandes, der aus Klubs der verschiedenen Nationen besteht, ist eine politische Errungenschaft, eine politische Tatsache allererster Ordnung. Dieses Zusammenfassen aller proletarischen Kräfte im Parlament allein schon ist ein Erfolg, der um so wichtiger ist, als er die Vorbedingung ist für die Lösung des österreichischen Grundproblems, des nationalen Problems. Wenn unser parlamentarischer Verband es zuwege gebracht hat, einen einheitlichen Parteiwillen im Parlament zum Ausdruck zu bringen, so war das nicht anders möglich als mit einem wirklich großen Aufwand politischer Einsicht und auch Rücksicht von allen Seiten. Die Schwierigkeiten für uns alle sind ungemein groß, das wissen Sie ja sehr genau. Wir können unseren Genossen der anderen Nationen keinen besseren Dienst erweisen — und sie uns nicht — als wenn wir gegenseitig verstehen lernen, unter welchen Bedingungen wir zu arbeiten haben. Wir sind gewiß nicht einen Moment von der internationalen Solidarität abgewichen; aber in der politischen Praxis ist es außerordentlich schwer, diese internationale Solidarität mit den Pflichten gegen die eigene nationale Organisation zu vereinigen. Ich meine aber, daß die Schwierigkeiten unter den einzelnen Gruppen immer kleiner werden, und zwar aus folgenden Gründen: Die proletarischen Parteien aller Nationen in Oesterreich sind in der letzten Zeit sehr stark emporgewachsen und insbesondere die tschechische Bruderpartei, die gestern gerade das zehnjährige Jubiläum ihres Tagblattes in Prag gefeiert hat. Nun spielen die gegenseitigen Machtverhältnisse nicht nur eine Rolle im Verhältnis zwischen den verschiedenen Klassen, sondern auch im Verhältnis der nationalen Organisationen der eigenen Klasse untereinander — allerdings eine wesentlich andere Rolle. Während wir geneigt sind, in der Politik Rücksicht zu nehmen auf die Macht unserer Gegner, haben wir im Verhältnis und an der Ordnung des Verhältnisses in unserer eigenen Partei Rücksicht zu nehmen auf die Schwäche unserer Brüder. Wir wissen genau, wie die Entwicklung unserer Organisation vielfach die Spuren der Konzessionen an die Schwäche von nationalen Proletariaten getragen hat, die in ihrer Entwicklung noch nicht so weit waren, um diese Rücksichten entbehren zu können. Heute können wir die proletarischen Bruderorganisationen, vor allem die tschechischen Genossen, dazu beglückwünschen, daß sie so gewachsen sind, daß sie solcher Konzessionen an die Schwierigkeit ihrer Lage und an ihre Schwäche nicht mehr bedürfen. Heute stehen wir gleich auf gleich und wir sind durchaus in der Lage, auch die Bedürfnisse der eigenen nationalen Organisation in viel größerem Umfang und ohne Aengstlichkeit gegenüber den anderen berück-

sichtigen zu können. Diese Kräftigung der anderen Organisationen, insbesondere also der Tschechen, macht unsere Arbeit im Parlament jetzt leichter und ich glaube, sagen zu können, daß die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Gesamtheit ein leistungsfähiges Instrument sein wird für die Durchsetzung der proletarischen Forderungen.

Wir werden eine Zeit des Kampfes, wie wir sie unmittelbar hinter uns haben, vielleicht nicht so bald wieder erleben. Wir werden darum nicht leichtere Aufgaben zu lösen haben, aber ich hoffe, daß Sie überzeugt sind von unserem festen Entschluß, unser Aeußerstes daranzusetzen. Unsere Gegner schwanken zwischen zwei Gefühlen. Einmal sind wir der Niemand, sind wir ja gar nicht der Ausdruck der Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft gar nicht sozialdemokratisch. Wir sind dann nur so ein paar Macher. Einmal also unterschätzen sie unsere Macht und ein anderesmal wieder überschätzen sie sie und möchten uns selbst verleiten, sie zu überschätzen. Ein drittesmal wieder — und das ist am häufigsten — stellen sie sich an, als ob sie sie überschätzen würden. Die Christlichsozialen bedienen sich vornehmlich der Ausmalung des roten Gespenstes und sie schrecken fortwährend die Gegner mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie, wobei sie sich ihnen als die einzigen Retter empfehlen. Mitunter verfängt das ja auch. Bei uns aber verfängt es nicht. Wir werden uns zur Ueberschätzung unserer eigenen Kraft nicht verleiten lassen; wir wissen sehr genau, wie viel wir noch an Boden im Proletariat selbst zu gewinnen haben und gewinnen müssen, wir wissen, wie beschränkt unsere Macht heute ist. Aber wir wollen alles daransetzen, um die Macht, die wir haben, zum vollen Ausdruck zu bringen. Wir fürchten die Koalition der Gegner nicht. Wir sind bereit, denn wir wissen, daß wir die Kraft haben werden, das proletarische Interesse zu schützen, sowohl gegen eine neutral sein wollende Regierung, wie wir sie jetzt haben, als erst recht gegen ein Regime, das kommen kann, das offen gegen jeden Fortschritt, gegen die Sozialdemokratie und gegen den Kulturfortschritt gerichtet ist. Glaubt man, Oesterreich noch mit einer solchen offen reaktionären Regierung kommen zu können: wohlan, wir sind bereit! Die Arbeiterschaft, die es verstanden hat, in den schwierigsten Zeiten Oesterreich um einen entscheidenden Schritt vorwärts zu treiben, wird auch stark genug sein, um zu verhindern, daß irgend ein entscheidender Schritt nach rückwärts gemacht werde. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Therese **Schlesinger** (Wien): So verlockend es wäre, auf viele der Anregungen, die der Referent gegeben hat, hier einzugehen, so glaube ich doch, daß jeder Redner in der Debatte mit Rücksicht auf die kurze Zeit, die ihm vergönnt ist, sich darauf beschränken muß, die speziellen Interessen, die er vertritt, hier zu besprechen. Genosse Dr. Adler hat die verschiedenen Aufgaben, die im Parlament zu erledigen sind, nicht speziell angeführt, sondern sich damit begnügt, im allgemeinen die Richtung anzugeben, die die Fraktion in ihrer Politik einhalten wird; unsere Aufgabe ist es nun, in diesen Rahmen das einzufügen, was uns von unserem Standpunkt aus als wichtig erscheint. Sie dürfen sich also nicht wundern, wenn ich bei der Besprechung der Fraueninteressen, die ich hier zu vertreten habe, vor allem der politischen Interessen der Frau gedenke und selbstverständlich eintrete für das Wahlrecht der Frau. Zwar hat die Fraktion — und es war eine ihrer ersten Taten im Parlament — schon einen solchen Antrag gestellt; ich halte es aber nicht nur für notwendig, daß bei jeder Gelegenheit im Parlament auf diese Forderung zurückgekommen werde, sondern erwarte, daß die Fraktion auch nach außen hin die Initiative geben werde, daß der Masse der arbeitenden Bevölkerung das Interesse und die Einsicht für die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Forderung bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck beigebracht werde. Wir verlangen nicht ein gesondertes Eintreten für diese Forderung, aber daß man sie immer im Auge behalte und jede Gelegenheit benütze, um es der bürgerlichen Welt sowie unseren Parteigenossen klar zu machen, daß diese Forderung dringend und wichtig sei. Ich denke hier nicht zunächst an jene politischen und sozialpolitischen Forderungen, die vielleicht durch weibliche Abgeordnete nachdrück-

licher vertreten würden. Die Fraktion hat, wie Genosse Adler sehr richtig bemerkte, als sie noch klein war, sich zur Geltung zu bringen gewußt, und wir dürfen mit Sicherheit erwarten, daß sie auch jetzt, da sie groß ist, sich und damit die Forderungen und das politische Gewicht des Proletariats zur Geltung zu bringen wissen wird; aber es ist für die Fraktion nicht gleichgültig — mag sie nun zehn oder 87 Köpfe stark sein — ob das halbe oder geschlossen das ganze Proletariat hinter ihr steht. Von den besonderen Gesetzen, die auch im Interesse der Frauen abgeändert werden müssen, erwähne ich zunächst das Vereinsgesetz, das die Frau von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt und uns Frauen damit die Teilnahme an der Politik unmöglich machen will. Wir haben uns zwar mit dem Vereinsgesetz immer recht gut zu helfen gewußt, aber wir waren doch in der freien Betätigung gehindert und mußten unsere Wirksamkeit in eigene Frauenorganisationen verlegen und es wäre mir sympathischer, wenn die Frau sich dem Wahlverein der Männer anschließen könnte. Wenn hier in unserem Parteistatut gesagt wird, jeder Parteigenosse soll dem Wahlverein seines Bezirkes angehören, so soll man auch von den Frauen sagen können, eine jede Parteigenossin hat in den Wahlverein des Bezirkes einzutreten. (Zustimmung.) Ich komme nun noch auf die allerdringendsten sozialpolitischen Fragen, die uns Frauen betreffen, und möchte da speziell den Wöchnerinnenschutz und Kinderschutz hervorheben, zwei Gebiete, auf denen in Oesterreich bisher so gut wie nichts geschehen ist. Wir haben zwar einen „Wöchnerinnenschutz": Nach dem Krankenkassengesetz ist an die Wöchnerinnen, die Krankenkassenmitglieder sind, vier Wochen hindurch das Krankengeld auszubezahlen; doch das ist eine ganz unzureichende Maßnahme. Wenn ein wirklicher Wöchnerinnenschutz bezweckt werden soll, dann muß er sich mindestens auf sechs Wochen erstrecken, muß schon einige Wochen vor der Entbindung einsetzen und an Stelle des Krankengeldes muß der volle Taglohn ausbezahlt werden. Ich weiß, daß die Krankenkassen dazu nicht das Geld haben. Die Krankenkassen sind nicht in der Lage, solche größere Ausgaben zu tragen; aber ich bin der Anschauung, daß das auch gar nicht Aufgabe der Krankenkassen ist. Das Kindergebären ist keine Krankheit, sondern im Gegenteil eine gesunde und notwendige Funktion und es ist Aufgabe des Staates, es nicht zur Krankheit werden zu lassen, und leider ist es heute für die proletarische Frau eine folgenschwere, den Körper verkrüppelnde, oft tödliche Krankheit. Es ist Aufgabe des Staates, für den Schutz der gebärenden Frauen die notwendigen Mittel zu liefern und so das Kindergebären wieder zur normalen gesunden Funktion zu machen. Wenn ich nun vom Kinderschutz spreche, so muß ich hier sagen, daß auf diesem Gebiet in Oesterreich noch weniger geschieht als für die Wöchnerinnen, daß es geradezu haarsträubend und himmelschreiend ist, wie schutzlos und gänzlich preisgegeben das Kind des Armen in Oesterreich ist. Vor kurzem tagte in Wien ein Kinderschutzkongreß, der von Bürgerlichen veranstaltet war und bei dem besonders die Klerikalen in den Vordergrund getreten sind. Wir knüpfen an solche Veranstaltungen keine Hoffnungen und halten nicht viel davon. Der Kongreß hat aber doch Material zutage gefördert, und zwar solches, das geradezu fürchterliche Einblicke in das herrschende Kinderelend gewährt. Wir haben da erfahren, daß Kinder zwischen acht und zwölf Jahren in bäuerlichen Gegenden in einem ausgesprochenen Dienst- und Ausbeutungsverhältnis stehen. Man könnte fragen: Ja, wo bleibt da die Schulpflicht in Oesterreich? Ich muß mir versagen, darauf näher einzugehen; aber für den Kinderschutz ist allerdings der Ausbau und die Durchführung der Schulpflicht eine der wichtigsten Voraussetzungen. Auch darin sieht es in Oesterreich geradezu schauderhaft aus. Wir haben in Wien einen bürgerlichen Verein, von dem ich sehnlichst wünsche, daß es ein sozialdemokratisches Unternehmen wäre; ich meine die Pestalozzi-Gesellschaft, die Kinderschutz in großherziger Weise betreibt. Der Verein erhält Kinderschutzstationen, in denen verwahrloste und mißhandelte Kinder zu Menschen herangezogen werden unter allermodernsten pädagogischen Grundsätzen. Diese Gesellschaft ist den Klerikalen ein Dorn im Auge, den Klerikalen, die das verwahrloste oder verlassene Kind teils

unter klerikale Geistesknechtung, teils unter bäuerliche Ausbeutung pressen wollen, und während immer wieder die Klosterschulen, die von Nonnen geleitet werden, und die klerikalen Kinderheime, in denen die Kinder oft schlimmer mißhandelt werden, als wenn sie ganz schutzlos blieben, von der Gemeinde und dem Lande subventioniert werden, ist die Pestalozzi-Gesellschaft gezwungen, sich immer wieder an die Oeffentlichkeit um Hilfe zu wenden und wir können in Wien vielleicht einmal das traurige Exempel sehen, daß diese Gesellschaft ihre so notwendige und segensreiche Tätigkeit einstellen muß, die nicht nur wertvoll ist, weil durch sie eine, wenn auch kleine Anzahl unglücklicher Kinder gerettet wird, sondern weil sie auch geeignet ist, ein Beispiel wirklich moderner Pädagogik zu geben, und zeigt, daß nicht nur normale, sondern auch verwahrloste Kinder mit vernünftigen Maßregeln, ohne Prügel und Mißhandlung zu tüchtigen Menschen herangezogen werden können. Ich wollte, Genossen, daß wir in unserer Parteiorganisation ein Mittel hätten, einen vollwichtigen Ersatz dafür schaffen zu können.

Vogl (Budweis): Es wird mir nach den großen Zügen, in denen Genosse Adler die Aufgabe der Fraktion im Parlament dargestellt hat, etwas schwer fallen, hier nun die Wünsche eines einzelnen Bezirkes zu verdolmetschen. Der Bezirk weist auch sehr wenig organisierte Arbeiter auf, ja seine Bevölkerung ist sogar mehr klerikal. Bei den letzten Reichsratswahlen, die unserer Partei einen so herrlichen Sieg brachten, sind nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern auch viele unorganisierte Proletarier für uns eingetreten. Wir in Böhmen haben sogar in den Wahlbezirken 124, 125 und 94, in denen zirka 25.000 Stimmen abgegeben wurden, 9000 sozialdemokratische Stimmen bekommen. Diese 9000 Stimmen kamen nur zu einem verschwindenden Bruchteil von organisierten Genossen, der übrige Teil stammt von Proletariern, die vollständig außerhalb jeder Organisation stehen. Speziell im 124. Wahlbezirk besteht gar keine Organisation, trotzdem haben wir dort eine nennenswerte Stimmenanzahl errungen. Wie kommt das in einem Bezirk, der dem Fernstehenden als vollständig bäuerlich erscheint und klerikal ist? Die Ursachen sind folgende: Der Bezirk, der einer der ausgedehntesten in ganz Oesterreich ist — er umfaßt eine Bevölkerung von 60.000 Personen —, ist vollständig im Besitz des Fürsten Schwarzenberg, der Grafen Thun und Buquoy und des Stiftes Hohenfurt und was der Fremde im Bezirk für Bauern hält, sind nur bedrückte Pächter. Außer einigen Großbauern hat der Bezirk gar keinen Bauernstand. Pächter und landwirtschaftliche Arbeiter leiden unter der Ausbeutung durch die adeligen oder klösterlichen Großgrundbesitzer und sind von der tiefen Ueberzeugung erfüllt, daß der Grund und Boden, den sie zum Profit der jetzigen Besitzer als Pächter oder Arbeiter bebauen, *eigentlich ihnen gehören soll*. In jedem Dorfe und in jeder Hütte wird einem erzählt, daß diese Wälder und Felder einst der Bevölkerung des Böhmerwaldes gehörten, daß sie nur widerrechtlich in den Besitz des Adels und des Klosters übergegangen sind und daß der Bevölkerung des Böhmerwaldes ein schweres Unrecht zugefügt wurde. Wenn man auch aus den Klagen der Leute nicht recht klar wird, worauf sich ihre Ueberzeugung stützt, daß ihnen der Boden widerrechtlich genommen wurde, so zeigen sie doch, wie tief diese ländliche Bevölkerung, die heute vollständig besitzlos ist, das soziale Unrecht empfindet und sich in ihrem Rechtsbewußtsein diese soziale Ungerechtigkeit nur durch einen regelrechten Rechtsbruch erklären kann. Die Leute haben Deputationen zum Bezirkshauptmann und Statthalter geschickt, um zu ihren Rechten und zu dem Boden zu gelangen, den sie bebauen; natürlich vergeblich. Diese Leute haben mich beauftragt, ihre Sache dem Parteitag vorzulegen und ihre Wünsche zu verdolmetschen. Ich möchte nun den Parteitag und die Parteivertretung bitten, zu veranlassen, daß eine eigene Agitationskraft in das Gebiet geschickt wird, die die Verhältnisse untersucht, Material sammelt und damit vielleicht das Material für eine parlamentarische Aktion oder eine Aktion bei der Regierung schafft. Die Leute verlangen, daß die Regierung ihre Rechtsansprüche auf den Grund und Boden und die angezweifelten Besitzrechte des Adels und des Klosters untersuche. Dabei wird ja nichts herauskommen für die ausge-

beuteten Besitzlosen des Böhmerwaldes; wohl aber könnte eine Untersuchung der besonderen sozialen Verhältnisse vielleicht einen Weg zeigen, wie man die furchtbaren sozialen Verhältnisse dieser ausgebeuteten Bevölkerung heben könnte. Jedenfalls aber glaube ich, daß sich die sozialdemokratische Partei als die Partei aller Unterdrückten dieser Leute nach Kräften annehmen sollte. Die Lage der Bevölkerung des Böhmerwaldes ist eine trostlose. Die Leute sind teils Pächter, denen ein ungeheurer Pachtzins herausgepreßt wird, teils werden sie in den Wäldern beschäftigt, ein Teil arbeitet in Fabriken oder auch bei einzelnen Großbauern. Es ist schrecklich, wie die Leute durch die Pachtverträge gebunden sind und ausgebeutet werden. Um das Geld, das sie als Pacht zahlen müssen, könnten sie sich schon die Sachen kaufen, die sie bauen und ernten, wenn eine Bahn in das Gebiet führte. Bei den Großbauern bekommen die Landarbeiter einen Taglohn von 25 bis 30 kr.; die Holzhauer haben 40 kr. Lohn; in den Fabriken werden 30, 40 und 50 kr. gezahlt. Die organisierte Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, mitzuhelfen, daß die Lage dieser Leute im Böhmerwald gehoben werde; denn sie sind heute ein Heer von Streikbrechern, die nach allen Orten geholt werden und die in ihrer Unerfahrenheit und Unwissenheit auch jedem Rufe folgen. Mehr als 40.000 Menschen sind an diesen Grundverträgen beteiligt und es könnte nicht nur diesen geholfen, sondern auch ein empfindlicher Schlag gegen die Agrarier geführt werden, wenn man auch nur die Pachtverhältnisse bessern oder gar eine tiefergehende Behandlung der Bodenfrage erreichen könnte. Ich bitte den Parteitag, die Verhältnisse, wenn möglich, durch eine eigene Kraft untersuchen zu lassen und eine entsprechende Aktion einzuleiten. Im Böhmerwald ist die Not so furchtbar, daß es wohl in ganz Oesterreich keinen Fleck gibt, wo so viele Kinder Hungers sterben, wo so viele Menschen durch die Proletarierkrankheit hinweggerafft werden, weil sie sich nicht nähren können, und wo die Flucht nach Amerika so groß ist wie im Böhmerwald.

Nitschmann (Neutitschein): Gestatten Sie mir, hier etwas anzuregen, was die parlamentarische Fraktion besonders betrifft, worauf wir aber vielleicht beim Punkte Lebensmittelteuerung noch ausführlicher zurückkommen werden. Ich bin in einer Gegend, in der der Bergbau vorherrscht, und trotzdem wir in nächster Nähe von Mährisch-Ostrau sind, wo Kohlen massenhaft gefördert werden, sind bei uns die Verhältnisse so, daß heute die arbeitende Bevölkerung absolut nicht mehr imstande ist, Brennmaterial zu erschwinglichen Preisen zu bekommen. Es wird daher meiner Meinung nach auch Aufgabe der Fraktion sein, dahin zu wirken, daß in absehbarer Zeit auf die Verstaatlichung des Bergbaues hingearbeitet wird. Das ist eine sehr wichtige Frage und ich richte daher die Aufforderung an die parlamentarische Fraktion, schon in nächster Zeit der Frage näher zu treten.

Diamand: Parteigenossen! Ich bin von der polnischen Sozialdemokratie beauftragt, euch ihre Grüße und Glückwünsche zu überbringen. Es war mir leider nicht gegönnt, gleich am ersten Tage in eurer Mitte zu erscheinen. Die Aufgaben haben sich seit dem Wahlsieg bei uns vermehrt und vergrößert (Beifall), überdies stehen wir jetzt in einer sehr regen Bewegung zur Erkämpfung eines ausgiebigen Wahlrechtes für den Landtag; es sind auch neue Organisationsfragen, die alle unsere Kraft in Anspruch nehmen. Seien Sie überzeugt, daß wir die Beratungen des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie mit dem größten Interesse verfolgen. Dieses Interesse hat seine Quelle nicht nur in den internationalen Banden, die uns alle umfassen, nicht nur in der treuen Waffenbrüderschaft, die alle sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs verbindet, sie hat ihre Quelle in der Bedeutung dieses Kongresses auch für uns. Die Fragen, über die ihr verhandelt, sind auch diejenigen, die jetzt das polnische sozialdemokratische Proletariat am meisten interessieren; der Ausbau der Organisation steht auch bei uns an erster Stelle, die Frage der Wohnungsnot, die Frage der Teuerung der Lebensmittel sind auch bei uns Fragen ersten Ranges. Wir sind es gewohnt, Parteigenossen, bei euch zu lernen; wir sind es gewohnt, in vielen Sachen euch nachzuahmen, immer mit euch zu gehen. Deshalb sind die Beratungen und Beschlüsse von euch für uns,

ich möchte sagen: von persönlichem höchsten Interesse. Ich wiederhole: Die polnische sozialdemokratische Partei begrüßt diesen Kongreß und wünscht euch die besten Erfolge!

Schlußwort.

Adler: Ich bedaure sehr, daß sich an mein Referat keine ausführliche Debatte geknüpft hat. So muß ich mich denn begnügen, auf diese wenigen Anregungen, die aus der Mitte des Parteitages gekommen sind, einzugehen. Die Genossin Schlesinger hat über die Pflicht der Fraktion, die Forderungen der sozialdemokratischen Frauen zu vertreten, gesprochen. Wir sind uns dieser Pflicht voll bewußt und wir haben sie, soweit sich eine Gelegenheit dazu bot, auch bisher schon erfüllt. So haben wir bei dem Antrag auf Verfassungsänderung selbstverständlich auch das Wahlrecht für die Frauen verlangt. Die Genossinnen können darüber beruhigt sein, daß wir auch die sozialpolitischen Forderungen des weiblichen Proletariats ebenso und womöglich noch mit größerer Sorgfalt zum Ausdruck bringen werden wie die der Männer — und zwar darum, weil sie ja einer eigenen Vertretung im Parlament entbehren. Was die Anregungen des Genossen Vogl betrifft, der uns das Elend der armen Bevölkerung geschildert hat, die dem Fürsten Schwarzenberg und den anderen Feudalen wehrlos ausgeliefert ist, so muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß für eine unmittelbare parlamentarische Aktion, für eine direkte Abhilfe auf gesetzlichem Wege in allernächster Zeit keine Hoffnung zu sein scheint. Diese Beschwerden sind uns nicht unbekannt, sowohl die Fraktion als die Parteileitung haben sich wiederholt damit beschäftigt und wir haben durch einen Juristen den Tatbestand droben feststellen lassen. Aber da hat sich herausgestellt, daß die armen Leute, die dort jetzt mit allerlei Servituten und Verpflichtungen gegenüber den großen Herrschaften belastet sind, nicht zur rechten Zeit ihr Recht vertreten haben und daß juristisch ihre Rechte jetzt verfallen sind. Auf dem Rechtsweg ist nichts zu machen. Aber man wird hier wohl etwas anderes tun müssen. Man wird eine Aktion einleiten müssen in der Angelegenheit der Not im Böhmerwald überhaupt, die denn doch vielleicht die juristischen Schranken zu durchbrechen geeignet ist. Vielleicht könnte man durch einen sachverständigen Genossen darüber eine Broschüre schreiben lassen, die die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf diese Zustände lenkt, und könnte dann durch eine Interpellation die Regierung zu einer Erklärung provozieren, wie sie sich dazu stellt. Jedenfalls kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir diese Klage der Budweiser Genossen sehr ernst auffassen und alles tun wollen, um diesen armen Leuten so viel wie möglich zu helfen.

Ich bitte alle Genossen nun nochmals, versichert zu sein, daß Sie in der Fraktion einen unerschrockenen, rücksichtslosen und, worauf ich den größten Wert lege, fleißigen, seiner Verantwortung bewußten Vertreter im Parlament haben werden. Wir sind uns der vollen Schwierigkeiten bewußt, die vor uns liegen, und wir wissen, daß wir nur mit dem Aufwand aller unserer Kraft, aller Mühe und allen Ernstes unsere Aufgabe erfüllen können. Aber wir hoffen den Beweis zu erbringen, daß jetzt mehr als jemals die Sozialdemokratie auch im Parlament mit Recht alle Erwartungen des arbeitenden Volkes rechtfertigen wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Wohnungsfrage.

Referent **Winarsky:** Je weiter die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung fortschreitet, je größere Gebiete sie der ihr eigentümlichen Zivilisation unterwirft, desto mehr treten auch die Schattenseiten der kapitalistischen Entwicklung hervor, desto deutlicher werden neben dem Triumph, den der Kapitalismus über die ganze Erde errungen hat, auch die Schäden dieser Ordnung für die Massen fühlbar. Zu diesen unangenehmen Folgeerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehört nun auch die Wohnungsfrage und in ihrem Gefolge die Wohnungsnot. Gewiß hat es eine Wohnungsnot auch in den Zeiten vor dem Kapitalismus gegeben. Wir wissen, daß schon

im alten Rom eine Wohnungsnot vorhanden war, die uns von den Satirikern in treffender Weise geschildert wurde; wir wissen, daß auch im Mittelalter in einzelnen Städten Wohnungsnot herrschte, zum Beispiel in Paris im 13. Jahrhundert gelegentlich des raschen Anwachsens der Pariser Universität. Aber alle diese Erscheinungen der Wohnungsnot waren nur vorübergehender Natur.

Erst unter dem kapitalistischen Regime ist die Wohnungsnot chronisch geworden. Sie wird immer wieder von neuem hervorgerufen durch den eigentümlichen Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst. „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform," sagt Marx im „Kapital". Wir sehen, wie alle Gebrauchsgüter zu Waren geworden sind, wie in der Schuhfabrik die Stiefel, in der Schneiderei die Kleider, wie in den verschiedensten Fabriken und Unternehmungen alle Gegenstände, die die Menschen brauchen, um leben zu können, nicht hervorgebracht werden, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern hergestellt werden als Waren, um sie zu verkaufen und Gewinn herauszuschlagen. So steht es auch mit der Wohnung. Grund und Boden, die lange Zeit als unverkäuflich gegolten haben, insbesondere in den germanischen Ländern, die lange nicht als Sache des privaten Eigentums angesehen werden sollten, sind auch Ware geworden. So wie jedem Kapitalisten der Gebrauchswert nichts ist, der Tauschwert alles, so ist es auch mit dem Kapitalisten, der nicht aus der Herstellung von Stiefeln, Kleidern oder Eisenwaren Gewinn erzielen will, sondern aus der Herstellung von Häusern, der Errichtung von Wohnungen. Die Gesetze, die den Warenaustausch beherrschen, haben sich auch hier durchgesetzt und die Konjunktur entscheidet über die Verwertbarkeit. Hier besteht die Verwertbarkeit des Produktes in der Möglichkeit, die Wohnungen an den Mann zu bringen und aus ihrer Vermietung kolossalen Gewinn zu ziehen. Sie wird durch die kapitalistische Wirtschaft in besonderer Weise begünstigt.

Die kapitalistische Industrie und der kapitalistische Handel lassen Massenansammlungen von Menschen entstehen, die in früheren Zeiten vollständig unbekannt waren. Die modernen Großstädte übertreffen in dieser Beziehung alles, was früher an menschlichen Ansiedlungen vorhanden gewesen ist. Nicht nur in den Großstädten kommt diese Tatsache zum Ausdruck, sondern es werden immer neue Plätze geschaffen, in denen sich die Ansammlung von Massen vollzieht. Kleine Orte, die sich zur Errichtung von Fabriken eignen, die zum Beispiel in der Nähe von Kohlenbergwerken liegen, locken Kapitalisten zur Errichtung von Unternehmungen an, rasch nimmt die Bevölkerung zu und sie kann in der Gemeinde nicht Platz finden. Die erste Folge ist eine kolossale Wertsteigerung des Bodens. Die Grundrente schwillt enorm an, der Boden wird in außerordentlichem Maße ausgenützt. Nicht wie früher entstehen kleine Häuser, sondern moderne Zinskasernen. Infolge der Steigerung der Grundrente steigert sich der Preis der Wohnungen. Aber trotz der Erhöhung der Miete wird das immer rascher steigende Bedürfnis immer weniger befriedigt. Kleine Wohnungen, die der Proletarier mieten kann, werden immer seltener, ein empfindlicher Mangel an Wohnungen stellt sich ein. Hier schiebt sich selbstverständlich die Spekulation ein. Wir sehen, wie sich die waghalsigste Spekulation der Bauunternehmungen bemächtigt und sich die Steigerung der Bodenpreise mühelos zunutze macht.

All das macht die Wohnungspreise immer unerschwinglicher und es entsteht für den Arbeiter die Notwendigkeit, einen immer größeren Prozentsatz seines Einkommens auf Miete zu verwenden. Darunter leiden alle Schichten der ärmeren Bevölkerung: Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte. Am schwersten muß aber die Arbeiterklasse leiden, weil sie die wehrloseste Gruppe ist. Durch die Unmöglichkeit, ihr Einkommen so zu steigern, daß es Schritt hält mit den immer wachsenden Wohnungspreisen und so eine Wohnung zu einem erschwinglichen Preise zu finden, ist der Arbeiter gezwungen, Leute, die nicht zu seiner Familie gehören, in sein Heim aufzunehmen. Die Zahl der Aftermieter nimmt immer zu und, was noch bedauerlicher ist, immer mehr

Menschen werden als sogenannte Bettgeher aufgenommen. Der Arbeiter rechnet damit, daß er durch Aufnahme fremder Personen in seine Wohnung leichter imstande ist, die Miete zu zahlen. Wenn auch so die Zinszahlung erleichtert wird, so sind die anderen Folgen des Aftermieter- und Bettgeherwesens für den Haushalt und das Familienleben des Arbeiters wahrhaft entsetzlich. Die Menschen werden furchtbar zusammengedrängt, die Wohnungen überfüllt. In ungenügenden Räumen wohnen Menschen der verschiedensten Altersstufen, Kinder, Erwachsene, Greise, nebeneinander. Oft sind mehrere Familien in einem Gelaß. Das bedeutet schwere sanitäre Gefahren und bei Krankheiten, besonders bei Epidemien, fallen die meisten Opfer in den übervölkerten Stadtteilen. Wir können es jetzt bei der Blatternepidemie in Wien konstatieren, daß die größte Zahl der Erkrankungen in den proletarischen Bezirken vorgekommen ist, wo die Bevölkerung am dichtesten zusammengedrängt wohnt.

Daß immer und überall die Sterblichkeit in den proletarischen Wohnungen am größten ist, wird durch alle Erfahrungen, die in dieser Richtung gemacht wurden, bestätigt. Eine Untersuchung, die in Berlin für das Jahr 1885 angestellt wurde, hat ergeben, daß von 1000 Menschen, die in einzimmerigen Wohnungen gewohnt haben, 163·5, in zweizimmerigen 22·5, in dreizimmerigen 7·5, in vierzimmerigen 5·4 gestorben sind. Sie sehen, wie arg das Verhältnis der Sterblichkeit der Menschen, die in ganz kleinen Wohnungen leben müssen, zu der Sterblichkeit der Besserwohnenden ist. Je mehr Zimmer die Menschen bewohnen, desto gesünder sind sie. Eine Untersuchung Dr. Neefes über Breslau für 1896 hat ergeben, daß von 1000 Menschen, die in Wohnungen mit Mieten bis zu 300 Mk. lebten, 20·7, von 351 bis 750 Mk. 11·2, von 751 bis 1500 Mk. 6·5 gestorben sind. Auch für Wien existieren in dieser Beziehung Daten. Allerdings sind nicht offizielle Erhebungen veranstaltet worden; aber nach Berechnungen, die Professor Philippovich auf Grund der Volkszählung im Jahre 1890 vorgenommen hat, steht fest, daß in der Inneren Stadt 0·84 Prozent der Wohnungen überfüllt waren, in Favoriten jedoch 8·94 Prozent. Von 1000 Menschen sind im I. Bezirk 11·6, im X. Bezirk 35 gestorben, so daß die Sterblichkeit in Favoriten mehr als dreimal so groß war als in der Inneren Stadt. Damit will ich nicht sagen, daß diese Tatsachen einzig und allein auf Wohnungsnot und Wohnungselend zurückzuführen sind. Auch die anderen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise machen sich in der verschiedenen Sterblichkeitsziffer geltend. Aber ebenso sicher ist, daß schon die leichte Ansteckungsmöglichkeit in dicht besetzten Wohnungen viel zur Erhöhung der Sterblichkeit beiträgt.

Noch eine andere Folge dieser Tatsachen ist festzustellen. Durch die Ueberfüllung der Wohnungen, durch die Hereinziehung fremder Menschen wird alles das zerstört, was man gemeiniglich Familienleben nennt. In Wohnungen, in denen beide Geschlechter, jung und alt, Verheiratete und Unverheiratete dicht beieinander sind, wird sich schwer ein wirkliches Familienleben zu entwickeln vermögen. Der Mensch, der in solcher Weise lebt, hat kein Heim, in dem er, wie wir in idyllischen Schilderungen in Geschichtenbüchern lesen, im Kreise seiner Frau und seiner Kinder Erholung und Freude findet. Im Gegenteil. Da die Wohnung durch die jämmerlichen Zustände, durch die üble Ausdünstung für den Mann eine Hölle ist, ist er glücklich, wenn er möglichst wenig Zeit in dem „Heim" zubringen muß. Weil er in der Wohnung nicht die Erholung und den Frieden finden kann, geht er ins Wirtshaus und viele verfallen so dem Trunke. Das Wohnungselend ist somit eine der stärksten Ursachen zur Zerstörung des Familienlebens.

Wie es mit den Wohnungsverhältnissen in Oesterreich bestellt ist, will ich durch einige Daten illustrieren. Eine wirkliche Wohnungsstatistik existiert hier nicht. Noch niemals ist eine Erhebung zu einer allgemeinen Wohnungsstatistik versucht worden. Nur zugleich mit zwei Volkszählungen hat man in einzelnen Städten sogenannte Wohnungsaufnahmen gemacht. Das erstemal im Jahre 1890. Im Jahre 1900 ist der Versuch im erweiterten Maßstab fortgesetzt worden. Man hat diesmal eine sogenannte

erweiterte und eine sogenannte beschränkte Wohnungsaufnahme vorgenommen. Die erweiterte für Wien mit Floridsdorf, Linz mit Urfahr, Graz, Triest mit Vorstädten, Prag mit Vorstädten, Reichenberg, Pilsen, Brünn mit Vorstädten, Krakau mit Podgorze und Lemberg. Die Daten für Lemberg sind so unvollkommen und so unrichtig, daß sie nicht verarbeitet werden konnten. Die beschränkte Aufnahme wurde in 60 mittleren Städten vorgenommen. Bei den Aufnahmen wurden 180.481 Häuser mit 4,575.511 Einwohnern untersucht. Es wurden also die Wohnungsverhältnisse von nur 17·5 Prozent der 26,150.000 Einwohner Oesterreichs erhoben. Die untersuchten Häuser waren nur 5 Prozent der Gesamtzahl. Sie sehen schon in diesen Daten, daß diese Statistik nach jeder Richtung ungenügend ist.

Die Resultate zeigen trotzdem, daß alle Tendenzen, die ich geschildert habe, wirksam sind. Wir sehen, daß die Zinskasernen, diese unwirtlichen Massenquartiere, überall in raschem Vordringen sind. In Wien hat die Bevölkerung von 1890 bis 1900 um 22·74 Prozent, die Häuser haben nur um 12·99 Prozent zugenommen. Die Differenz zwischen der Zunahme der Häuser und der Zunahme der Bevölkerung ist in den alten Bezirken viel geringer als in den neuen, in denen die meisten Proletarier wohnen. In den alten beträgt sie 9·44 Prozent, in den neuen Bezirken 23·12 Prozent. Dieser Entwicklung entspricht naturgemäß eine bedeutend stärkere Besetzung der Häuser. Wir sehen sie überall. In Pilsen bewohnten im Jahre 1890 durchschnittlich 25 Personen ein Haus, 1900 29; in Graz war die Steigerung von 24 auf 26, in Wien von 47 auf 52. Wenn Sie die letzte Ziffer betrachten, erkennen Sie, daß es Wien in dieser Richtung mit den überfülltesten Großstädten aufnehmen kann. Von den deutschen Städten ist Charlottenburg am meisten überfüllt. Es wohnen dort 52·5 Menschen in einem Hause. In Berlin wohnen nur 50 Personen in einem Hause, also weniger wie in Wien. Dementsprechend haben in Wien die Zinskasernen zugenommen. 1890 hatten von allen Häusern 20·6 mehr als drei Stockwerke, im Jahre 1900 waren es mehr als 29 Prozent.

Trotz alledem gibt es noch zu wenig Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung. Die Wissenschaft nimmt an, daß zwei bis drei Prozent der Wohnungen frei sein müssen als Reserve auf dem Wohnungsmarkt. In den Städten der erweiterten Wohnungsaufnahme waren es aber bloß 1·18 Prozent, in Wien nicht einmal ein Prozent; in Wien ist also der unerträglichste Zustand. In allen Städten der erweiterten Wohnungsaufnahme wird ein befriedigender Prozentsatz von freien Wohnungen erst bei den Wohnungen konstatiert, die mehr als sechs Bestandteile haben. Sie sehen hier wieder, wie die Arbeiterklasse von allen Nachteilen am schwersten getroffen wird. Die kleinen Wohnungen werden am wenigsten angeboten.

Es wurde auch eine außerordentliche Ueberfüllung der Wohnungen festgestellt. Nach den Grundsätzen der Hygiene gilt eine Wohnung als überfüllt, wenn mehr als zwei Personen auf einen Bestandteil kommen. Die Statistik ergibt nun, daß die Wohnungen mit einem Raum am stärksten überfüllt sind. Einige Beispiele werden Ihnen dies zeigen. In Floridsdorf waren 60 Prozent dieser Wohnungen überfüllt, in Krakau-Podgorze 68 Prozent, in Ostrau-Witkowitz, diesem Industrie- und Bergarbeiterort, der mit amerikanischer Geschwindigkeit wächst, 74 Prozent, in Pilsen 78 Prozent. Von den zweiräumigen Wohnungen waren überfüllt in Pilsen 36, in Podgorze 37 Prozent. Bei den dreiräumigen ist das Verhältnis noch schlechter. Das sind Wohnungen mit Zimmer, Küche und Kabinett, wo sich das Aftermieterwesen sehr fühlbar macht. In Pilsen waren 42 Prozent dieser Wohnungen überfüllt, in Floridsdorf 44 Prozent.

Die Wohnungen mit einem bis drei Räumen umfassen die große Mehrzahl aller Wohnungen. In ihnen wohnt die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Staates. In Wien gab es im Jahre 1900 322.635 Wohnungen. Davon waren einteilig 26.691, zweiteilig 135.016, davon ohne Küche 829. Das gibt zusammen 162.536. Die Hälfte aller Wohnungen hatte also höchstens zwei Räume. Dreiräumige gab es 84.160. Die Gesamtziffer der Wohnungen

bis zu drei Bestandteilen war also 247.081, so daß 76·6 Prozent aller Wohnungen Wiens höchstens drei Räume hatten. Da nun gerade diese Wohnungen so überfüllt sind, besteht die furchtbare Tatsache, daß drei Viertel der Bevölkerung an Wohnungselend zu leiden hat. Zugleich zeigt sich in Wien eine andere traurige Erscheinung. Im Jahre 1890 gab es hier 3732 Kellerwohnungen; im Jahre 1880 bildeten sie 0·3 Prozent, im Jahre 1890 0·9 Prozent, im Jahre 1900 1·15 Prozent. Also ein beständiges Anwachsen gerade der schlechtesten Kategorie von Wohnungen, die man sich vorstellen kann.

Dieselben Resultate wie für die großen Städte haben sich auch für die mittleren ergeben. Es ist festgestellt worden, daß da von den 224.000 Wohnungen mit einem Bestandteil 190.000 überfüllt waren, also 84·75 Prozent. In diesen Städten sind auch sonst die Verhältnisse nicht besser als in den großen. 62·01 Prozent aller Wohnungen haben nicht mehr als zwei Räume.

In den Städten der erweiterten Aufnahme waren 9·66 Prozent der Bevölkerung Aftermieter und Bettgeher, in den kleineren Städten 6·8 Prozent. In einzelnen Städten ist das Verhältnis noch weit ärger. In Triest 12·6 Prozent, in Ostrau-Witkowitz 14·6 Prozent. Bettgeher sind 3 bis 4 Prozent der Bevölkerung, in Witkowitz 5, in Triest gar 8 Prozent. Die meisten Bettgeher sind in den einräumigen Wohnungen. Im Durchschnitt wohnen in 100 solchen Wohnungen 24 Bettgeher, in Ostrau aber 129. Sie sehen, außerordentlich erschreckende Ziffern! In Wien sind in 10·8 Prozent aller Haushaltungen Bettgeher gehalten worden, in Graz 10·8 Prozent, in Triest 11·85 Prozent. In den Arbeiterhaushalten ist der Prozentsatz aber noch viel größer. In Wien waren in 16·87 Prozent der Wohnungen der industriellen Arbeiter und in Graz in 17·4 Prozent Bettgeher aufgenommen. Wohnungen mit fremden Personen als Aftermietern oder Bettgehern gab es in Graz 27·29 Prozent, in Wien 27·61 Prozent. Wenn wir auch hier wieder die Wohnungen der industriellen Arbeiter gesondert betrachten, ergibt sich, daß in Graz in 29 Prozent, in Wien 35·58 Prozent Fremde wohnten. Das sind ganz erbärmliche Resultate. Die schlechtesten Wohnungen sind die der Arbeiterklasse, sie ist am meisten den sanitären und sittlichen Gefahren des Wohnungselends ausgesetzt.

Diese elenden Wohnungen sind zugleich die teuersten Wohnungen. Die Arbeiter sind gezwungen, einen immer größeren Teil ihres Einkommens für Wohnungen auszugeben, die eigentlich keine Wohnungen sind. Wenn auch die offizielle Statistik wenig darüber sagt, so beweisen das unsere Untersuchungen. Der Berliner Fabrikant Heinrich Freese, der kaum als voreingenommen gelten kann, hat eine Untersuchung über das Verhältnis von Wohnung und Einkommen vorgenommen, die er im Jahrbuch der Bodenreform für 1905 veröffentlicht hat. Er hat die Steigerung der Löhne der Arbeiter in seinem Betrieb von 1892 bis 1903 mit der Steigerung der Wohnungsmieten dieser Arbeiter, die in demselben Zeitraum vor sich gegangen ist, verglichen. Es hat sich ergeben, daß die Arbeiter im Jahre 1903 trotz Steigerung ihrer Löhne einen viel größeren Prozentsatz der Löhne auf die Wohnung verwenden mußten. Im Jahre 1892 hat jeder Arbeiter durchschnittlich den Verdienst von 3·43 Tagen für die Wohnung ausgeben müssen; im Jahre 1903 mußte er 49·6 Tage arbeiten, um mit dem Verdienst die Miete zu bezahlen. So ist der Teil des Lohnes geringer geworden, den er für Nahrung und andere Bedürfnisse ausgeben konnte. Das hat auch Freese mit seiner Untersuchung nachgewiesen. Er verglich ferner den Wohnungsaufwand seiner Arbeiter und Angestellten mit seinem eigenen und da ergab sich: Im Jahre 1892 haben die Arbeiter 14·44 Prozent ihres Lohnes für Wohnung ausgegeben; 1903 16·53 Prozent. Die Angestellten haben 1892 16·47 Prozent, 1903 14·94 Prozent für Wohnungen verwendet, also weniger, und der Fabrikant selbst — einmal einer, der sein Einkommen wahrheitsgemäß einbekennt — im Jahre 1892 6·67 Prozent, im Jahre 1903 5·49 Prozent. Während der Fabrikant das erstemal weniger als die Hälfte des Teiles des Einkommens, das die Arbeiter für Wohnung verwenden mußten, dafür geopfert hat, ist das Verhältnis immer günstiger geworden. Er brauchte schließlich nicht einmal ein Drittel

auszugeben. Dabei hatte er eine gesunde Wohnung mit genug Räumen. Die Tatsache, daß die Arbeiter, weil sie die kleinsten Wohnungen haben, auch am meisten zu zahlen haben, ist auch durch andere Untersuchungen festgestellt worden. Schon im Jahre 1867 hat Schwabe gefunden, daß in Berlin von einem Einkommen von 900 Mk. 24 Prozent, von 30.000 Mk. 9 Prozent für Wohnung ausgegeben werden. Im Jahre 1900 wurden nach einer Berechnung für Leipzig in dieser Stadt von Einkommen bis 1100 Mk. 23 Prozent und von mehr als 26.000 Mk. 4·42 Prozent für Miete verwendet. 23 Prozent zahlt der Arbeiter, nicht einmal 5 Prozent der Kapitalist! Wenn wir uns das vor Augen halten, so erkennen wir so recht die Berechtigung des Satzes, den Marx im „Kapital" geschrieben hat: „Jeder unbefangene Beobachter sieht, daß je massenhafter die Zentralisation der Produktionsmittel, desto größer die entsprechende Anhäufung von Arbeitern auf demselben Raum, daß daher je rascher die kapitalistische Akkumulation, desto elender der Wohnungszustand der Arbeiter."

Auch auf dem Lande ist es nicht anders. Wohl gibt es keine Daten über ländliche Wohnungen in Oesterreich, weil noch keine Erhebungen gepflogen wurden. Aber es ist bekannt, daß auch hier die Zustände an Miserabilität ihresgleichen suchen. Das gilt besonders von den Wohnungen, die die Gutsbesitzer ihren Knechten und Taglöhnern zur Verfügung stellen. Sie sind oft schlechter als die Ställe. Die Verhältnisse sind in Oesterreich mindestens so arg wie in den Gebieten des Auslandes, aus denen Daten vorliegen.

Es ist unmöglich, innerhalb der kapitalistischen Ordnung die Wohnungsfrage vollkommen zu beseitigen. Das hat Engels schon 1872 nachgewiesen, aber wenn auch die kapitalistische Wirtschaft immer von neuem die Voraussetzungen der Wohnungsnot gebiert, so kann doch heute schon sehr viel getan werden, um die ärgsten Mißstände zu beseitigen. Unsere Pflicht ist es, da voranzugehen.

Im Ausland ist schon sehr viel geschehen. Wir können auf England verweisen, wo sich, da es das Mutterland der Industrie ist, das Uebel zuerst bemerkbar machte und wo man schon vor Jahrzehnten mit der Bekämpfung dieser Zustände eingesetzt hat. Wir sehen, daß auch in verschiedenen Gebieten Deutschlands eine halbwegs ernste Bekämpfung der Wohnungsnot unternommen wurde. Am weitesten ist da das Großherzogtum Hessen gegangen. Bei uns in Oesterreich ist noch sehr wenig geschehen. Das Wort, das Philippovich in seiner Untersuchung der Wiener Wohnungsverhältnisse im Jahre 1894 gesagt hat, gilt noch heute: „Wie an einer seichten Bucht die mächtige Bewegung des Meeres fast spurlos vorübergeht und nur hie und da eine heftige Strömung die stillen Gewässer aufregt, so hat Oesterreich bisher an der großen sozialen Bewegung der Bekämpfung der Wohnungsnot einen verhälnismäßig geringen Anteil." Vor allem muß uns daran liegen, daß die tatsächlichen Zustände wirklich erforscht werden. Ein großer Teil der Bevölkerung leidet zwar, er spürt die Wohnungsnot, aber es kommt ihm nicht zum Bewußtsein, daß er in menschenunwürdiger Weise leben muß. Die besitzende Klasse kümmert sich um dieses Elend nicht. Wohl werden von ihm in erster Linie die Besitzlosen betroffen. Aber Seuchen, die aus dem Wohnungselend der Armen entstehen, machen nicht unbedingt Halt vor den Türen der Besitzenden und schon oft sind aus den Höhlen der Armen Todesgefahr und Krankheit für die Angehörigen der besitzenden Klasse entstanden. Die besitzende Klasse würde also nicht nur eine Pflicht gegenüber der Gesamtheit, sondern auch eine Pflicht gegen sich selbst erfüllen, wenn sie Wandel schaffen würde.

Wie gesagt, vor allem müßten die Verhältnisse genau erforscht werden, für ganz Oesterreich müßte eine Statistik aufgenommen und dort, wo die traurigsten Verhältnisse sind, müßten mündliche Enqueten abgehalten werden. Das Material, das da zutage gefördert werden kann, würde Aufsehen erregen.

Weiter ist zu fordern, daß auf dem Gebiet der Gesetzgebung Klarheit geschaffen werde. Heute ist alles widerspruchsvoll und lückenhaft. Nicht einmal

die Kompetenz der Behörden ist festgestellt. Die Gesundheitspolizei ist den Gemeinden übertragen. Aber wie? Es heißt einfach im Reichssanitätsgesetz vom Jahre 1870: „Die Handhabung der Polizeivorschriften in Bezug auf Straßen, Wege und Wohnungen ...“ So ganz nebenher sind also die Wohnungen erwähnt. Die Gewerbeordnung bestimmt im § 74, daß Wohnungen, die von Unternehmern beigestellt werden, nicht gesundheitsschädlich sein dürfen. Außerdem besteht noch ein ganz unwirksames Gesetz, betreffend Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen.

Das ist alles und ist so ärmlich und lückenhaft, daß sich damit sehr wenig anfangen läßt. Deshalb ist es nötig, daß eine gesetzliche Grundlage zur Bekämpfung der Wohnungsnot durch ein Reichswohnungsgesetz geschaffen werde, das feststellt, in welcher Weise Gemeinde und Land einzugreifen haben und das zugleich ein Rahmengesetz für die Bauordnungen und die Wohnungsinspektion im ganzen Reiche zu sein und das Enteignungsrecht sicherzustellen und zu regeln hätte. Dann müßte ein Reichswohnungsamt geschaffen werden, dem die Durchführung und die Ueberwachung der gesetzlichen Maßnahmen zu übertragen wäre und das dafür zu sorgen hätte, daß die Wohnungsstatistik wirklich gemacht werde. Es müßte auch die Zentralbehörde für die Wohnungsinspektion sein und alles, was an Daten zu finden ist, zusammenstellen und in entsprechender Weise bearbeiten. Es müssen dann im ganzen Reiche Wohnungsbehörden für die autonomen Gebiete, vor allem für die Gemeinden, errichtet werden, also kommunale Wohnungsämter in allen Städten. Sie hätten die wichtigste Aufgabe: die Wohnungsinspektion in der Gemeinde. Dabei müßte darauf Bedacht genommen werden, daß nicht bloß Beamte oder Aerzte — diese sind wohl in erster Linie notwendig — an der Inspektion teilnehmen, sondern auch die Mieter. Da die Arbeiterklasse unter den Wohnungsübeln am schwersten leidet, müßten zur wirksamen Durchführung Delegierte von Arbeiterorganisationen herangezogen werden.

Ebenso ist die Wohnungsvermittlung eine öffentliche Aufgabe. In Wien, Graz, Brünn, Reichenberg und Laibach bestehen Wohnungsvermittlungsämter. Aber sie sind fakultativ und dadurch ziemlich ergebnislos. Um eine wirkliche Kenntnis des Wohnungsmarktes herbeizuführen, müßten sie obligatorisch sein.

Wenn in dieser Weise gearbeitet wird, kann wirklich der Zweck erreicht werden, den Dr. v. Fürth in einer Schrift über Wohnungsämter und Wohnungsinspektion wie folgt ausgezeichnet dargelegt hat: Statistik und Enquete geben die Basis, auf welcher sich die Wohnungspolitik aufbauen muß. Die Kenntnis des Wohnungsmarktes gibt ihr die Richtung und die Wohnungsinspektion deckt im einzelnen die zu beseitigenden Schäden auf. Alles zusammen gibt jenes Gesamtbild, dessen Kenntnis die dringendste Voraussetzung einer ersprießlichen Tätigkeit ist.

Die Bauordnungen müßten gründlich geändert werden. Heute enthalten sie vielfach nichts über den Belegraum und andere wichtige Dinge. Die Reform der Bauordnungen ist freilich nicht ohneweiters durchzusetzen. In Wien hat vor einiger Zeit der Magistrat einen Entwurf ausgearbeitet, der einige, wenn auch bei weitem nicht erschöpfende Verbesserungen enthielt. Der Stadtrat hat aber am 10. Juli die Beratung auf unbestimmte Zeit vertagt, weil die Hausherren, die Spekulanten dagegen Sturm gelaufen haben. Die Gemeinde könnte viel leisten. Dazu müßte sie allerdings mit großen Kompetenzen ausgestattet werden. Bisher haben die Gemeinden eine sehr geringe Tätigkeit entfaltet. Eines der wichtigsten Mittel, dem Bodenwucher entgegenzuwirken, ist die Ansammlung von viel Grundbesitz durch die Gemeinde. Die Gemeinde Wien hat bloß 167, Graz 63, Triest 55 Häuser, alle anderen Städte haben weniger als 30 Häuser. Die Gemeinden müßten ihren Bodenbesitz erweitern und selbst Häuser errichten und in eigener Regie verwalten, so daß zu billigem Preise Wohnungen ausgeboten werden können, die auch der Gemeinde nützlich sind und die Regulierung des Wohnungsmarktes ermöglichen. Im Ausland sind bereits ziemlich viel Versuche unternommen

worden, besonders in England, dann aber auch in Deutschland zum Beispiel in Freiburg im Breisgau; diese Gemeinde baut seit 30 Jahren Häuser in eigener Regie mit sehr gutem Erfolge.

Zum mindesten hätten die Gemeinden dafür zu sorgen, daß von den Summen, die als Wertzuwachs den Haus- und Grundbesitzern zufließen, ein Teil der Gesamtheit zugeführt werde. Dazu wäre eine durchgreifende Reform des Steuerwesens nötig. Heute haben wir eine Hauszins- und eine Hausklassensteuer. Die Hausherren sagen, daß sie durch sie sehr belastet werden. In Wahrheit ist die Gebäudesteuer nur eine indirekte Steuer, die die Hausherren auf die Miete, die sie ohne Steuer fordern würden, aufschlagen. Wie wir gegen jede andere indirekte Steuer sind, sind wir auch gegen den Fortbestand der Hauszins- und der Hausklassensteuer. Ganz andere Steuern könnten an ihre Stelle treten, wie wir sie in den letzten Jahren, besonders in England, kennen gelernt haben: eine Bauplatzsteuer, die Besteuerung nach gemeinem Wert, eine Umsatzsteuer, um einen Teil des mühelos erworbenen Wertes der Gesamtheit zugute kommen zu lassen. Doch diese Formen haben sich nicht überall sehr bewährt und es ist nur eine einzige, die wirklich sicher wirkungsfähig wäre, die Wertzuwachssteuer. Sie würde große Summen ergeben. Nach den Erhebungen, die in den „Neuen Untersuchungen über die Wohnungsfrage“ im Jahre 1901 verarbeitet worden sind, berichtet Schwarz über die Wertveränderung der Grundstücke von Wien. Im Jahre 1864 hat ein Grundstück auf dem Graben in minderer Lage per Quadratmeter 400 Kr. gekostet, 1899 1240 Kr.; eines in besserer Lage 1864 560, 1900 aber 1700 Kr. Auf dem Stephansplatz war das Verhältnis von 1864 und 1899 660 und 1900 Kr. Jede Verbesserung der Verkehrsmittel, der Wasserleitung, der Beleuchtung trägt zur Steigerung des Bodenwertes bei und Private ziehen enorme Gewinne aus den Aufwendungen der Gesamtheit. Wie viele Millionen Wertzuwachs hat den Haus- und Grundbesitzern die Eingemeindung Floridsdorfs gebracht!

Die Gemeinde müßte die Häuser in solchen Gebieten errichten, daß die Arbeiter, die darin wohnen, gesünder leben als in der überfüllten Stadt. Dazu eignet sich am besten die Peripherie der Städte. Voraussetzung dazu wären allerdings eine Verbesserung der Verkehrsmittel und Fahrterleichterungen.

Den Versuchen, die Bürgerliche machen und die darauf hinauslaufen, die Arbeiter ein eigenes Heim durch Ratenzahlungen erwerben zu lassen, müssen wir vollkommen ablehnend gegenüberstehen. Ein eigenes Haus kann dem Arbeiter keinen Vorteil bringen. Wenn die Häuser gut gebaut sind und die Wohnungen geeignete sind, gehören sie nach einiger Zeit nicht mehr den Arbeitern, ja können nicht einmal von Arbeitern bewohnt werden, wie wohl am allerbesten das bekannte Beispiel der unter Napoleon III. errichteten cité ouvrière in Mülhausen im Elsaß beweist. Dort gehört heute kein einziges Haus mehr den ursprünglichen Besitzern. Der Arbeiter ist in der kapitalistischen Gesellschaft ein „fluktuierendes Element“. Er kann seine Seßhaftigkeit nicht auf Jahrzehnte garantieren. Wenn er Ratenzahlungen leistet, um ein Wohnhaus zu erwerben, wird er im Kampfe gegen den Kapitalisten nicht gestärkt, sondern geschwächt. Er verliert die Freizügigkeit, eine der wichtigsten Voraussetzungen für seinen Kampf. Dann sind die Ratenzahlungen, wenn sie auch nicht sehr hoch sind, doch so bedeutend, daß er viele Jahre viel mehr für die Wohnung ausgeben muß wie als Mieter. Er muß also in seiner Lebenshaltung herabgedrückt werden. Wenn er aber dann Jahrzehnte gezahlt hat und durch irgend einen Umstand die Arbeitsgelegenheit verloren geht, so ist auch die Frucht jahrzehntelanger Entbehrungen verloren. Diese Art Wohnungsreform ist sehr vorteilhaft für — die Unternehmer. Deshalb treffen Fabrikanten sogenannte „Wohlfahrtseinrichtungen“, bauen Häuser und suchen die Arbeiter zu überreden, diese Häuser zu erwerben. Sie sichern sich dadurch unfreie Leute, und was als Wohltat ausgegeben wird, ist ein Herrschaftsmittel der Kapitalisten. Im allgemeinen ist das eigene Haus, das uns als Ideal gepriesen wird, ein kleinbürgerliches und nicht ein sozialistisches Ideal. Eher kommen Baugenossenschaften in Betracht, die sich nicht zum Ziele

setzen, den Beteiligten eigene Häuser zu liefern, sondern Häuser mit gesunden Wohnungen ausführen und in gemeinschaftlichem Besitz erhalten.

Alle Forderungen, die wir stellen, haben aber eine große Voraussetzung: daß die Beteiligten, diejenigen, die am meisten leiden, selbst zu Worte kommen und mitentscheiden, daß also die Privilegien, die bis heute einzelnen Bevorrechteten die Oberhand geben, beseitigt werden. In Wien haben wir es vor ganz kurzer Zeit deutlich gesehen, daß der Stadtrat den Plan einer neuen Bauordnung auf unbestimmte Zeit vertagt hat. Bei einem Stadtrat, der ebenso wie der Gemeinderat zur Mehrheit aus Hausherren besteht, ist das selbstverständlich. Die Leute, die den Nutzen aus den Mißständen ziehen, die sich am Wohnungselend bereichern, sehen nicht die Notwendigkeit ein, es zu beseitigen. Soll eine Aenderung der Wohnungsverhältnisse eintreten, müssen die Privilegien fallen und das allgemeine, gleiche Wahlrecht Einzug halten in die Landtage und in die Gemeindevertretungen. Erst dann wird von zielbewußter Wohnungsreform die Rede sein können.

Aus allen diesen Gründen empfehle ich Ihnen die Annahme folgender

Resolution:

Die Wohnungsfrage gehört zu den Problemen, deren völlige Lösung auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann. Solange die kapitalistische Ordnung besteht und die Wohnungen ebenso wie alle anderen Dinge nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern als Waren hergestellt werden, wird es auch unmöglich sein, der arbeitenden Klasse gesundheitlich und räumlich vollkommen befriedigende Wohnungen zu einem für sie erschwinglichen Preise herzustellen.

Die durch die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel bedingte Zusammendrängung großer Menschenmassen an einzelnen Orten treibt den Wert der Grundstücke maßlos hinauf und verteuert die Wohnungsmiete nicht bloß für den Arbeiter, sondern auch für alle kleinen Leute, Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte verschiedenen Grades. Am fühlbarsten aber wird die durch steigende Verteuerung der Miete auf der einen Seite und das Fehlen entsprechender Kleinwohnungen in genügender Anzahl auf der anderen Seite entstehende Wohnungsnot der Arbeiterklasse, die einen prozentuell immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aufwenden muß und dadurch in ihrer Lebenshaltung noch mehr herabgedrückt wird.

Um die hohen Mietzinse leichter erschwingen zu können, wird ein immer größerer Teil der arbeitenden Bevölkerung gezwungen, die räumlich und hygienisch ohnehin schon ungenügenden Wohnungen mit familienfremden Personen, Aftermietern und Bettgehern, zu teilen. Dadurch entstehen die schwersten sanitären und sittlichen Gefahren und mit dem Fehlen eines wirklichen Heims fällt jede Grundlage für die Entwicklung eines wirklichen Familienlebens.

Zugleich entstehen in allen Städten in den vornehmlich von der ärmeren Klasse bewohnten, überfüllten Stadtvierteln Seuchenherde, die bei jeder Epidemie ungezählte Opfer an Menschenleben fordern.

Wenn auch eine vollkommene Lösung der Wohnungsfrage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann, so muß doch der Kampf gegen diese Mißstände schon heute mit der größten Energie geführt und einer wirksamen Wohnungsreform die Bahn gebrochen werden.

Ausgehend von diesen Erwägungen fordert der Parteitag:

Die Erlassung eines Reichswohnungsgesetzes, das die Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion und das Enteignungsrecht der Gemeinden zu enthalten hat.

Die Errichtung eines Reichswohnungsamtes, dessen Aufgabe die Ueberwachung des ganzen Wohnungswesens sein soll und das zu gleicher Zeit als Zentralbehörde für die Wohnungsinspektion und die Wohnungsstatistik zu dienen hätte.

Die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Städten, deren Aufgabe die Organisation der Wohnungsinspektion unter Heranziehung von Hilfskräften aus der organisierten Arbeiterschaft, die regelmäßige Wohnungsstatistik und die Wohnungsvermittlung sein muß.

Die Reform der Bauordnungen mit weitestgehenden Bestimmungen über die hygienische Einrichtung der Häuser und Wohnräume.

Die planmäßige Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung des Gemeindegrundbesitzes.

Die Reform des Steuerwesens, Beseitigung der Hauszins- und Hausklassensteuer und dagegen eine ausgiebige Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Ausdehnung des Enteignungsrechtes der Gemeinden.

Erbauung eigener Musterwohnhäuser mit billigen, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden in eigener Regie.

Reform des Verkehrswesens und Fahrterleichterungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb ihres Arbeitsortes wohnen.

In den bürgerlichen Bestrebungen, den Arbeitern zum Erwerb eigener Wohnhäuser zu verhelfen, erblickt der Parteitag keine Förderung der Interessen der Arbeiterklasse und keinen geeigneten Schritt zur Linderung der Wohnungsnot.

Dagegen empfiehlt er die Unterstützung von gemeinnützigen Baugenossenschaften, soweit sie auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind und nicht Spekulationsinteressen Vorschub leisten.

Die Vorbedingung zu jeder gedeihlichen Reform des Wohnungswesens aber ist die Beseitigung des volksfeindlichen Haus- und Grundbesitzerprivilegs in den Gemeinde- und Landesverwaltungen und die Demokratisierung der Verwaltung. Deshalb fordert der Parteitag neuerlich auf das nachdrücklichste als wichtigsten Schritt zu jeder ernsten Wohnungsreform die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Land und Gemeinde.

Genossen und Genossinnen! Betrachten wir es als unsere Aufgabe, die ganze Bevölkerung über das Wohnungselend aufzuklären. Je mehr von unseren Forderungen auf diesem Gebiet wir durchsetzen können, einen desto festeren Wall schaffen wir gegen die verelendenden Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, ein desto stärkeres Fundament für die Volksgesundheit bauen wir auf. Der Kampf gegen die Wohnungsnot ist also Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes! (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte.

Pattermann (Wien): In den kleinen Städten sind die Verhältnisse oft noch viel skandalöser als in den Großstädten. Die Tabakarbeiter haben in Hallein selbst eine Enquete abgehalten. Unter zwanzig Wohnungen haben wir nur eine gefunden, die aus zwei Räumen bestand und ein einziges Fenster auf dem Dache hatte. Eine war früher ein Stall, eine andere war aus einem Wagenschuppen hergerichtet. Eine vierte geht auf einen Bach hinaus, der im Sommer so übelriechend ist, daß man kein Fenster öffnen kann. Nicht besser ist es in der Klagenfurter Vorstadt St. Ruprecht oder in Zwittau. In Wien ist in der Nähe der Ottakringer Tabakfabrik ein Platz, der zur Errichtung von Arbeiterwohnungen bestimmt war. Es waren schon in der Fabrik Bogen aufgelegt, in die sich die Arbeiter einzeichnen sollten, die auf Wohnungen reflektieren. Alles ist aber hinfällig geworden, weil die Hausherren protestierten. Auch in Hallein werden jetzt Bauten geplant. Die Hausherren sind zur Gemeindevertretung gelaufen und wir sind davon überzeugt, daß nichts geschehen wird. Dennoch ist es möglich, daß der Staat, wenn er will, Wohnungen errichtet und an die in seinen Betrieben Beschäftigten vermietet. Sie würden sich leicht verzinsen. Wichtig ist es, daß wir bei jeder Gelegenheit über die Notwendigkeit der Aenderung der Landes- und Gemeindewahlordnung sprechen. Diese Aenderung ist die Grundlage jeden Fortschritts. Deshalb bitte ich Sie, das größte Augenmerk darauf zu richten, daß sich die Arbeiterschaft noch viel mehr als bisher mit der Gemeinde- und der Landtagswahlordnung befaßt.

Pistiner (Czernowitz): Es wäre gut gewesen, wenn uns das Referat in seinem reichhaltigen Zahlenmaterial schon gedruckt vorgelegen oder zumindest die Resolution früher bekannt gewesen wäre. Jetzt können wir nur auf manchen Mangel aufmerksam machen, aber zu verbessernden Anträgen fehlt die Zeit. Der Satz über die Vermehrung des Gemeindebesitzes ist zu knapp gefaßt. Es sollten auch Beschränkungen bei der Veräußerung des Gemeindebesitzes gefordert werden. Die Gemeinde Czernowitz hat vor zwei Jahren Gründe zu spottbilligen Preisen an Private verkauft. Da scheint es doch geboten, daß wir große Beschränkungen fordern. Der Passus über die

Verbilligung der Verkehrsmittel ist ebenfalls zu knapp gefaßt. Die Czernowitzer Gemeindevertretung wollte die Verkehrsmittel für die Arbeiter verbilligen. Das war aber nicht so leicht durchzuführen. Man war sich nämlich nicht darüber klar, wie sich der Arbeiter legitimieren soll. Darüber hätte der Referent auch Mittel und Wege angeben sollen. Ferner erscheint mir der Satz über die Ablehnung des Erwerbes eigener Wohnhäuser unter bürgerlicher Unterstützung bedenklich. Ich weiß, was Genosse Winarsky meint, und ich bin auch seiner Ansicht. In der Form, wie der Satz hier steht, kann er uns aber schaden. Die Leute werden es so verstehen, daß die Sozialdemokraten sagen, daß man von humanitären Vereinen keine Hilfe empfangen darf. Der Gedanke, der ausgedrückt werden soll, ist selbstverständlich; aber es wäre eine andere Form nötig gewesen, denn er erscheint hier so, als wenn wir die Arbeiter hindern wollten, Förderung anzunehmen. Es sollte auch die Errichtung von Ledigenheimen gefordert werden. Sonst kann man doch das Aftermieterwesen nicht abschaffen. Die Resolution enthält auch nichts über das Barackenwesen. Das sind Arbeiterwohnungen, die nicht für dauernd, sondern für vorübergehende Zeit errichtet werden. Aus den Gewerbeinspektorenberichten geht schon hervor, daß sie den hygienischen Forderungen nicht genügen. Wenn sie auch vor allem durch die Arbeiterschutzgesetzgebung getroffen werden sollen, sollen sie doch in einer Resolution über Wohnungsfrage nicht vergessen werden. Genosse Winarsky hat uns in Czernowitz vor einiger Zeit die Anregung gegeben, eine Filiale der Zentralstelle für Wohnungsreform zu gründen. Auch die Regierung hat sich deshalb an uns gewendet. Der Czernowitzer Gemeinderat möchte auch etwas tun. Aber er sagt, er könne nicht, weil er kein Geld habe. Er will nun Kredit, um Häuser zu bauen, der sei aber heute nicht zu erlangen. Deshalb mögen die Genossen, die im Parlament sind, erwägen, ob nicht ein Kredit zu diesem Zwecke den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden könnte und man so den Vorwand nimmt, es fehle nur an den Mitteln. Wir müssen schleunigst an die Wohnungsreform schreiten, damit das Proletariat nicht degeneriere und damit an die Stelle der heutigen schwachen Generation ein starkes Geschlecht trete.

Albrecht (Reichenberg): Trotzdem wir die Frage nicht erschöpfend behandeln können, ist es wichtig, vieles darüber zu sagen. In der Stadt Reichenberg und im ganzen Bezirk ist ungeheure Not an kleinen Wohnungen. Größere Wohnungen gibt es aber in Hülle und Fülle. Wenn jemand seine Wohnung wechseln will oder gekündigt wird, bekommt er vor zwei bis drei Monaten keine neue Wohnung. Seit den Reichsratswahlen haben sich die Dinge noch mehr zugespitzt. Das ist um so ärger, als sich vor einigen Jahren in ganz Nordböhmen fast in jedem kleinen Dorfe ein Hausbesitzerverein gebildet hat. Diese Vereine geben als Zweck an, gesunde und billige Wohnungen zu schaffen. In Wirklichkeit ist es ihnen um ganz anderes zu tun, und zwar darum, daß die Mieter konskribiert werden. Hinter jedem, der eine neue Wohnung braucht, geht, wenn er der sozialdemokratischen Partei angehört, ein Steckbrief. Durch diese Vereine verständigen sich die Gemeinden. Ein solcher Verfolgter kann von einem Orte zum anderen wandern und bekommt keine Wohnung. Der Zins ist in Nordböhmen nicht gering. Zwei Zimmer und Küche kosten 480 bis 500 Kr. Eine solche Wohnung kann nur der mieten, der mindestens 40 Kr. wöchentlich verdient. Solchen Verdienst haben aber bei uns die Arbeiter nicht. Deshalb müssen die Arbeiter schlechtere Wohnungen suchen, die in der Regel aus einem einzigen Raume bestehen, der Wohnstube, wo gekocht, geschlafen, gewohnt wird. Und eine solche Wohnung kostet 200 bis 240 Kr.! Die Dinge liegen noch schlechter für diejenigen, die einer anderen Nationalität angehören. Sie können oft gar keine Wohnung bekommen. Am schlechtesten sind die mit Kindern Gesegneten daran. Oft sind den Hausherren ein oder zwei Kinder schon zu viel. In der vorgeschlagenen Resolution liegt eine Anleitung, wie wir Sozialdemokraten uns zu den Gemeindevertretungen zu stellen haben. Wir haben nun in ziemlich vielen nordböhmischen Orten Vertreter aus dem dritten Wahlkörper, mitunter eine Anzahl aus dem zweiten und einzelne sogar aus dem ersten Wahlkörper. Aber viele wissen nicht, was

sie wollen. Sie werden nämlich deshalb gewählt, weil die Leute nicht viel Umlagen zahlen wollen. Der Gewählte ist gewöhnlich ein kleiner Hausbesitzer, der Arbeiter ist und dem jeder Kreuzer weh tut. Da heißt es immer: „Wir müssen sparen!“ Das Sparen geht so weit, daß es zum Fluch für die Leute selbst wird. Ich würde empfehlen, sich mit der Frage eingehend zu beschäftigen. Der Absatz über die Steuern in der Resolution ist sehr wichtig. Wenn wir sagen würden, die Hausherren sollen große Besitzsteuern zahlen, würde man uns antworten, es würde dadurch die Bautätigkeit beschränkt und damit die Wohnungsnot nicht behoben, sondern verstärkt werden. Immer ist darauf zu verweisen, daß die Arbeiter ebenso wie vom Unternehmer vom Hausherrn ausgepowert werden.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Genossin Amalie Pölzer beantragt, den Streikenden der Fabrik Viktor Schmidt und Söhne die Sympathien des Parteitages auszusprechen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nach Schluß der Beratung folgte der größte Teil der Delegierten der Einladung der Ottakringer Genossen zu einem Ausflug auf den Kahlenberg.

Vierter Verhandlungstag. — 3. Oktober.

Vormittags fand eine vertrauliche Sitzung unter dem Vorsitze **Pernerstorfers** statt.

(Nachmittagssitzung.)

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß Genosse Němec als Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie erschienen ist, und ich begrüße ihn auf das herzlichste. (Beifall.)

Němec: Vorerst danke ich dem Vorsitzenden für seine freundliche Begrüßung und erlaube mir, Ihnen die brüderlichen Grüße der tschechischen Sozialdemokratie zu überbringen. (Beifall.) Entschuldigen Sie, daß wir uns erst heute eingefunden haben. Aber es war uns früher nicht möglich. Wir haben jetzt unseren Gewerkschaftskongreß abgehalten und hatten mit der Jubiläumsnummer des „Pravo Lidu“ alle Hände voll zu tun. Ich bin beauftragt, Ihnen die Versicherung zu geben, daß dieselbe unverbrüchliche Solidarität, die uns immer verbunden hat, uns auch jetzt und, ich hoffe, auch in alle Zukunft verbinden wird. (Lebhafter Beifall.) Unsere bürgerlichen Parteien, denen wir bei den letzten Wahlen so gründlich heimgeleuchtet haben, freuen sich, aus kleinen Differenzen, die es natürlich auch hie und da unter uns gibt, die aber nie prinzipieller Natur sind, auf eine Spaltung in der österreichischen Sozialdemokratie schließen zu können. Diese Leute haben jahrelang erklärt, es sei absolut unmöglich, daß die Sozialdemokraten aller Nationen, wenn sie die Interessen der Arbeiter und ihres Volkes vertreten wollen, verbunden bleiben können, sondern sie müßten einander, so wie die Bürger, bekriegen. Der Wahlkampf hat nun aber glänzend bewiesen, daß wir durch Einigkeit am weitesten kommen. Die bürgerlichen Politiker sind auf dem Holzweg, wenn sie glauben, es sei möglich, daß sich die Sozialdemokraten in Oesterreich wegen nationaler Unterschiede bekämpfen. Selbstverständlich kommt es auch zwischen uns hie und da zu kleinen Differenzen. Aber wir sind stolz darauf, daß die Differenzen zwischen den einzelnen nationalen Gruppen bei weitem nicht jene Schärfe und Tiefe erlangen wie die Differenzen innerhalb der Partei bei anderen sprachlich geschlossenen sozialdemokratischen Parteien. (Beifall.) Wir haben uns gerade durch die Wahlen den Weg zu einer ersprießlicheren Arbeit geebnet, als wir früher imstande waren zu leisten, und wir müßten wahnsinnig sein, wenn wir uns heute wegen sprachlicher Unterschiede, die am besten innerhalb der Partei gelöst werden können und, wie wir durch unser bisheriges Vorgehen bewiesen haben, auch immer gelöst

worden sind, zerkriegen wollten, wie es unsere bürgerlichen Parteien hoffen. Uns verbinden unsere proletarischen Interessen mehr, als die kleinen Unterschiede uns trennen können, uns verbindet das gemeinsame Bestreben, den Interessen der Arbeiter zu dienen. In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag und wünsche Ihnen den besten Erfolg und ich hoffe, daß wir auch in alle Zukunft geeinigt vorwärts marschieren werden, um aus diesem Oesterreich ein freies, ein glücklicheres Land zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Wir haben vormittags in vertraulicher Sitzung über den Punkt

Presse

beraten. Wir werden diesen zum Abschluß bringen, indem wir über die vorliegenden Anträge abstimmen.

Bei der Abstimmung werden folgende Anträge einstimmig angenommen:

Der Parteitag erkennt die unbedingte Notwendigkeit der Gründung eines Tagblattes für Nordböhmen an und beauftragt die Genossen in Nordböhmen, alle notwendigen Schritte schleunigst einzuleiten, durch die die baldigste Herausgabe dieses Tagblattes zur Tatsache werden kann. (Antrag Matzig [Friedland].)

Der Parteitag ersucht den Sozialdemokratischen Verband, mit tunlichster Beschleunigung für die Beseitigung des § 23 des Preßgesetzes zu wirken, um dieses Hindernis der Verbreitung von Druckschriften zu beseitigen. (Antrag Behr [Leipa].)

Ebenso wird ein Antrag angenommen, der die Volksbuchhandlung auffordert, dem Parteitag immer auch die genauesten Ziffern über ihre finanzielle Gebarung bekanntzugeben. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Es folgt die Fortsetzung der Debatte über

die Wohnungsfrage.

Pölzer (Wien): Genosse Winarsky hat sich sehr viel Mühe genommen, über die Wohnungsverhältnisse statistische Daten zu bringen. Daß die Daten über Oesterreich und Wien so dürftig sind, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, weil bei uns eine offizielle Statistik fast nicht existiert. Die zwei Ziffern, daß in der Inneren Stadt 0·84 Prozent und in Favoriten 9 Prozent der Wohnungen überfüllt sind, sind sehr kraß, sie geben aber noch nicht die ganze Vorstellung von dem Wohnungselend. Die gewinnt man, wenn man in die Bezirksteile, besonders an der Peripherie, kommt, die fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt sind. Da gibt es Straßenzüge und ganze Viertel, wo in einer Wohnung aus Zimmer und Küche Mann und Frau samt vier bis fünf Kindern und zwei Bettgehern im Zimmer und noch zwei Bettgeher — die gewöhnlich beiden Geschlechtern angehören — in der Küche schlafen. Wir haben solche Wohnungen gesehen, wo zwölf bis vierzehn Menschen beisammen sind. Trotz unserer schlechten Gesetze glaube ich, daß da jetzt schon die Sanitätsbehörde Remedur schaffen könnte. Auch die Parteipresse wird in Zukunft in dieser Richtung mehr tun müssen. Diese Stadtviertel sind der Herd der Seuchen, was man auch jetzt bei der Blatternepidemie gesehen hat. Wenn ein Fremder die Häuser in den äußeren Bezirken ansieht und die ganz hübschen Fassaden bemerkt, wird er kaum vermuten, daß es da drinnen so gräßlich aussieht. Auch die Wohnungen im übrigen Niederösterreich geben viel Grund zur Klage. Wer die Industriegebiete kennt, muß sagen, daß es dort genau so schlecht wie in den äußeren Bezirken Wiens bestellt ist. Wenn Sie ins Triestingtal kommen, werden Sie in Berndorf wohl ein paar schöne Häuser sehen. Dort wohnen aber nur wenige Arbeiter. Die aber in den Dörfern wohnen, leben aber unter furchtbaren Zuständen. Unsere Vertreter in den Gemeindevertretungen und in den Landtagen werden alles daransetzen müssen, um die krassesten Elendserscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beseitigen.

Weiß (Mährisch-Schönau): Ich möchte der Resolution, die der Referent vorgeschlagen hat, noch etwas hinzugefügt wünschen. Es darf bei Besprechung

der Wohnungsfrage die Schikanierung der Mieter durch die Hausherren nicht unerwähnt bleiben. Wir in Nordmähren haben darunter viel zu leiden. Weil bei Wahlen die den Hausherren unliebsamen Wähler durch das Wahlschutzgesetz geschützt werden, so machen sie es so, daß sie nicht unmittelbar nach der Wahl, sondern etwas später kündigen. Gegen eine Kündigung, wenn sie auch nur aus Rachsucht kommt, kann man sich heute nicht wehren. Ein Hausweber, besonders ein mit Kindern gesegneter Vater, kann so zur Verzweiflung gebracht werden. Deshalb bitte ich Sie, für meinen Antrag zu stimmen, daß ein Mieterschutzgesetz geschaffen werde, damit die Kündigungen gerichtlich darauf geprüft werden, ob der Hausherr auch einen Grund zur Kündigung hatte. Eine ganze Reihe von Familien, die ihre Mieterpflichten präzise erfüllt haben, sind bei uns aus ihren Wohnungen hinausgedrängt worden. Monatelang mußten sie in Löchern leben und wurden vollständig ruiniert. Ich beantrage deshalb, zwischen den Absätzen über Reichswohnungsgesetz und Reichswohnungsamt einzufügen:

> Schaffung eines Mieterschutzgesetzes, wodurch den Wohnungsvermietern das willkürliche Hinausdrängen der Mieter durch unbegründete gerichtliche Kündigung erschwert wird.

Ofenböck (Wiener-Neustadt): Genosse Winarsky hat in seinen ausgezeichneten Ausführungen die Werkswohnungen unerörtert gelassen. In unserer Gegend können wir oft konstatieren, daß die Arbeiterschaft, die gezwungen ist, die sogenannte Wohltätigkeit der Fabrikanten in Anspruch zu nehmen, unter ihr furchtbar zu leiden hat. Es ist usuell, daß der Mietsvertrag mit dem Arbeitsvertrag zusammenfällt. Dadurch bekommt der Unternehmer eine furchtbare Waffe in die Hand. Viele Streiks, die sonst gewonnen werden könnten, gehen verloren, weil der Unternehmer zugleich mit dem Arbeitsvertrag den Mietsvertrag aufgelöst erklären kann und auch viele Gerichte auf dem Standpunkt stehen, daß Arbeits- und Mietsvertrag eines sind. Es geht nun nicht an, die Arbeiter gegen die Brutalität der Unternehmer schutzlos zu lassen. Deshalb habe ich folgenden Antrag gestellt:

> Der Parteitag fordert den Verband sozialdemokratischer Abgeordneten auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen und seine Verhandlung zu betreiben, der für Fabrikswohnungen festsetzt, daß der Mietsvertrag von der Kündigungsfrist des Arbeitsvertrages unabhängig gemacht wird und den landesüblichen Bestimmungen über Ausziehtermine ohne Gestattung von Ausnahmen obligatorisch unterworfen wird.

Schlinger (Wien): Ich will auf einen besonderen Uebelstand hinweisen, dem in der Brigittenau und dem in Floridsdorf und, wie ich weiß, auch in einem Teile Böhmens, die elendesten Wohnungen zu danken sind. Ich meine die Häuser, die auf Grund stehen, der nicht dem Hausbesitzer gehört. Dem Stifte Klosterneuburg gehört ein großer Teil des Bodens im XX. und im XXI. Bezirk. In großen Straßenzügen, die ganz verbaut sind, sehen wir oft elende Baracken stehen. Das hat seine Ursache darin, daß der Boden nicht dem Hausbesitzer gehört und dieser darum nicht viel Geld investieren will. Es kann ihm nämlich der Grund in jedem Augenblick gekündigt werden und dann kann er, wenn er will, das Haus auf den Buckel nehmen und damit von dannen gehen. An der alten Donau können Sie zwei Kilometer abgehen und Sie werden kein annehmbares Haus finden, weil eben die Häuser nur auf Kündigung dort stehen und nichts ausgebessert und schon gar nicht ein neues Haus gebaut wird. Ich habe auch in Tschechisch- und in Deutschböhmen solche Häuser auf fremdem Grunde gefunden, der dort Großgrundbesitzern gehört. Darin sind gewöhnlich die elendesten Wohnungen. Man findet diese Erscheinung in den Orten, die in der Nähe von Fabriken sind, ebenso in Dörfern mit landwirtschaftlicher Bevölkerung. Es ist unsere Pflicht, alles zu tun, um die Gemeindevertretungen zu veranlassen, daß sie den Klöstern oder Gutsbesitzern diese Gründe abkaufen. Auf ein kleines Geschehnis möchte ich noch hinweisen. Die Gemeindevertretung einer Kleinstadt ist aufgefordert worden, eine Ortsgruppe der Zentralstelle für Wohnungsreform zu

gründen. Sie hat geantwortet, daß sie das nicht brauche, denn es bestehe dort ein — Hausbesitzerverein, der alles das machen will, was die Zentralstelle tun könnte. (Heiterkeit.) Was soll man von Leuten denken, die derartiges sagen! Die Ziffern, die Winarsky vorgebracht hat, sind gerade erschreckend. Die, die mitten in diesem Elend leben, verlieren die Empfindung für das Schreckliche. Mit den heutigen Gesetzesbestimmungen über Wohnungskündigung kommt man nicht aus. Warum soll ein Ausnahmsrecht für den Fabrikanten bestehen, der Wohnungen an seine Arbeiter vermietet? Genügt es ihm nicht, daß er nie den Zins verlieren kann, weil er ihn dem Arbeiter jede Woche gleich vom Lohn abzieht? Wozu noch eine Ausnahme bei der Kündigungsfrist? Von fünf Streiks in solchen Fabriken gehen vier verloren. Es müßten Bestimmungen getroffen werden, die den Fabrikanten verhindern, während des Streiks überhaupt zu kündigen. Den Wohnungswucher erlernen die Leute, die zu vermieten haben, sehr bald. In Orten, wo neue Industrien gegründet werden, sehen wir, daß die Bauern den Wohnungswucher genau so verstehen wie die Herren in der Stadt. In unserem Gebiet, das jetzt zu Wien gehört, sind Ställe zu „Wohnungen" hergerichtet worden, die jetzt um teures Geld vermietet werden.

Dr. **Czech** (Brünn): Die Resolution, die der Referent vorgeschlagen hat, ist bis auf einige Details so ziemlich einwandfrei. Sie kann nur in großen Zügen Direktiven geben und kann dabei begreiflicherweise nicht auf Einzelheiten eingehen. Es ließe sich über die Sache sehr viel sagen. Da aber ein großer Teil unserer Tagesordnung noch zu erledigen ist, muß ich mich auf das Wichtigste beschränken. Ich beantrage zwei Aenderungen der Resolution. In den Passus über das Steuerwesen soll noch eingefügt werden: „Bemessung der Realsteuern nach dem gemeinen Werte, Einführung einer Bauplatzsteuer." Vor „Ausdehnung des Enteignungsrechtes" soll eingefügt werden: „Erweiterung der Gemeindeautonomie, Festlegung der Kompetenz der Gemeindebehörden in Steuersachen." Die Resolution wendet sich in erster Linie an das Parlament, aber begreiflicherweise auch an die Gemeinden. Sie setzt unseren Vertretern im Parlament und in den Gemeindestuben große Aufgaben. Wir im Brünner Gemeinderat haben schon oft zur Wohnungspolitik Stellung genommen. Auch in der nächsten Gemeinderatssitzung kommt ein Antrag zur Verhandlung, der sich mit den Fragen, die in der Resolution angeregt sind, beschäftigt. Wir haben schon früher über die Bodenbesteuerung Anträge gestellt, die zu einem Gesetzentwurf über Wertzuwachs und Bauplatzabgabe geführt haben. Die Brünner Gemeindevertretung ist die einzige in Oesterreich, welche die Steuerpolitik im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage betreibt und sich dabei nicht nur von finanztechnischen Momenten leiten läßt, sondern auch im Sinne der Wohnungspolitik wirkt. Die Vorlage wurde schon im vorigen Jahre beschlossen. Der Anlaß war freilich nicht das Bedürfnis der Gemeindevertretung nach Sozialpolitik. Die finanzielle Not, der Umstand, daß nahezu alle Steuerquellen der Gemeinde versiegt sind, hat dazu geführt, daß sich die Gemeindevertretung Brünns nach dem Muster deutscher Städte mit der Frage des unverdienten Wertzuwachses und der Bauplatzabgabe befaßte. Nach schweren und harten Kämpfen und nach Besiegung des Widerstandes der Hausbesitzer und Grundwucherer, die im Gemeinderat die Majorität haben, sind die Vorlagen zustande gekommen. Ihr Schicksal war bisher das, daß die Regierung erklärt hat, sie habe ernste Bedenken, sie wolle sich dieses Steuergebiet eventuell selbst vorbehalten und sei nicht in der Lage, sich nach irgend einer Richtung zu binden.

Zu den Anträgen, die ich zur Resolution gestellt habe, möchte ich bemerken, daß auch die Bauplatzabgabe nötig ist, weil die Steuerfreiheit für Bauplätze eine Grundlage des Bodenwuchers ist. Treffend hat Kohn in einer Schrift ausgeführt, daß die Bauplätze Vermögenswerte von bedeutendem Umfange sind, die in der Gestalt von harmlosen Kartoffelfeldern ein idyllisches Dasein führen. In allen Orten werden an der Peripherie Gründe angekauft, um mit Ausnützung des fortschreitenden Verkehrswesens zu ungeheurem Ge-

winn verwertet zu werden. Darum ist die Bauplatzsteuer nötig, die nur geringen finanziellen Effekt haben soll und kann. Wenn wir gute Wohnungspolitik treiben, müssen wir auch an die Baustellensteuer denken. Auch die Besteuerung nach dem gemeinen Wert darf nicht unerörtert bleiben.

Heute liegen die Dinge so: Wenn wir von der Gemeindevertretung die Einführung dieser Steuern verlangen, müssen sie auch die Möglichkeit haben, ihre Beschlüsse in Wirksamkeit zu setzen. An dem Beispiel des Brünner Beschlusses haben Sie deutlich gesehen, daß es gerade damit hapert und die Regierung alles verhindern kann. Deshalb habe ich im Einvernehmen mit Genossen Winarsky beantragt, daß die Kompetenz der Gemeinden in Steuersachen bestimmt und ihre Autonomie erweitert werde. Sache der Genossen im Parlament wird es sein, uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen. Wir haben in der Brünner Gemeindevertretung angeregt, daß Wohnungserhebungen gepflogen werden. Die Majorität hat uns erwidert, daß sie gern bereit wäre, Erhebungen durchzuführen und eine Inspektion zu schaffen, wenn sie die Möglichkeit hätte, in die Wohnungen einzudringen. Unsere Partei hat nun in Brünn wiederholt Erhebungen gepflogen. Wir mußten es auf Umwegen tun, meistens mit Unterstützung durch die Krankenkassen, mit deren Kontrolloren die Genossen gegangen sind. Wenn nun eine regelrechte Inspektion vorgenommen werden soll, muß durch Gesetz die Möglichkeit dazu gegeben werden. Wir müssen auch für die Durchführbarkeit unserer Forderungen sorgen. Das kann nur im Parlament geschehen, und wir bitten die Fraktion, in dieser Richtung Anträge zu stellen und auch da Förderer und Helfer der arbeitenden Klasse zu sein. Es wird sonst immer bei theoretischen Erörterungen bleiben und die Herren der Majorität werden sich leicht auf unsere Seite stellen können, wenn sie wissen, daß jede Handhabe zur Durchführung der guten Vorsätze fehlt. Bei solchen Anlässen legen sie eine sozialpolitische Maske an und sagen: „Wir möchten gern etwas machen; aber es geht leider nicht.“ Wenn dann ein Reichswohnungsgesetz, Normativbestimmungen für die Wohnungsinspektion und das Enteignungsrecht gegeben sind, haben die Gemeinden Ellbogenfreiheit nach allen Richtungen und können sich voll und ganz der Wohnungsfrage widmen. Ohne Eingreifen des Parlaments ist aber nicht daran zu denken. Ich bitte Sie, meine Anträge anzunehmen.

Zum Schlusse bringe ich dem Parteitag nachstehendes zur Kenntnis: Mehrere Parteigenossen haben hier in einer Unterredung die Notwendigkeit eines Gemeindevertretertages erörtert, um ein möglichst einheitliches Vorgehen in allen Gemeindevertretungen zu erzielen. Ich glaube, daß dieser Tag für die ganze Partei von Nutzen sein wird.

Alexander **Langer** (Wien): Es ist sehr wichtig gewesen, daß endlich auf einem Parteitag die Wohnungsfrage besprochen wurde. Ich habe in meinem Beruf als Kassenkontrollor Gelegenheit, in die Wohnungen von Arbeitern der verschiedensten Berufe zu kommen, und ich kann Ihnen sagen, wie dort die Verhältnisse sind. Man sieht da die furchtbarsten Dinge. Besonders schrecklich sind die Souterrainwohnungen, in die nicht ein Strahl Licht dringt. Außerdem sind die meisten dieser Wohnungen bei Hochwasser enorm gefährdet. Heuer ist auf diese Art eine Frau ertrunken. Der Volksmann Lueger hat dann versprochen, er werde diese Wohnungen beseitigen. Er wird es sich, weil im Gemeinderat die Hausherren in der Majorität sind, wohl überlegen, sein Versprechen in Tat umzusetzen. Daß die überfüllten Wohnungen Tuberkuloseherde sind, ist klar. Ich konnte da die beweiskräftigsten Erfahrungen machen. Wenn ein Arbeiter in einer solchen Wohnung an Tuberkulose erkrankt, werden mit der Zeit auch die meisten anderen, die in der Wohnung sind, von derselben Krankheit befallen.

Auf Antrag Horns (Mährisch-Schönberg) wird Schluß der Debatte angenommen.

Winarsky (Schlußwort): Gegen meine Ausführungen ist keine Einwendung erhoben worden. Was die Genossen gesagt haben, hat das Referat in verschiedener Richtung ergänzt und hat gezeigt, wie groß das Wohnungselend ist. Ich war mir bewußt, daß ich trotz des Umfanges meines Referats

noch lange nicht alles gesagt habe, was über die Wohnungsfrage und die Wohnungsnot zu sagen ist.

Genosse Pattermann hat gesagt, daß ich sehr viel Material gebracht, aber über die traurigen Verhältnisse in den kleinen Orten nichts gesagt habe. Darüber gibt es eben, wie ich betont habe, keine offiziellen Aufzeichnungen. Das offizielle Material ist auf die acht oder zehn Städte der erweiterten und auf die sechzig verhältnismäßig großen Orte der beschränkten Wohnungsaufnahme begrenzt. Eine offizielle Erforschung der Verhältnisse in den anderen Orten ist noch nicht erfolgt und eine zusammenfassende Statistik haben wir noch nicht. Wir haben nur Einzeluntersuchungen, die bloß Stichproben darstellen, aber nicht ein Gesamtbild von den österreichischen Wohnungsverhältnissen geben. Deshalb war die Rede jedes Genossen wertvoll, weil dadurch bewiesen wird, daß die traurigen Verhältnisse, die für die großen Orte amtlich festgestellt sind, auch in den kleinen existieren.

Genosse Pistiner hat gesagt, daß der Satz in der Resolution, in dem die Arbeiter gewarnt werden, sich auf die Erwerbung eines eigenen Hauses einzulassen, mißverständlich aufgefaßt werden kann. Er meint, der Satz könnte so aufgefaßt werden, daß von bürgerlicher Seite keine Unterstützung bei der Reform der Wohnungsverhältnisse angenommen werden soll. So wird ihn aber kaum jemand auffassen können. Es ist ganz klar, daß nichts gemeint ist, als daß sich die Arbeiter nicht verleiten lassen, Raten auf ein Haus zu zahlen, das sie ohnehin nie wirklich besitzen können, schon weil sie fünfundzwanzig bis dreißig Jahre brauchen würden, um es auszuzahlen. Es soll darauf hingewiesen werden, daß das eigene Haus nicht ein Mittel zur Befreiung ist, sondern zur Fesselung, ein Anketten an den Arbeitsplatz, so daß dadurch der Arbeiter nicht unabhängig, sondern noch mehr bedrückt wird. Deshalb kann es kein Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage sein. Es kann nicht unser Bestreben sein, dem Arbeiter an dem Orte, an dem er zufällig einmal ist, ein eigenes Haus zu schaffen, sondern wir müssen trachten, ihm überall eine menschenwürdige Wohnung zu sichern. Um aber jedem Mißverständnis vorzubeugen und den Bedenken des Genossen Pistiner Rechnung zu tragen, der fürchtet, daß in der Bukowina der Passus mißverstanden werden könnte, mache ich den Vorschlag, einen Satz zuzufügen, der erläutert, was gemeint wird. Die Schwierigkeit einer gesonderten Behandlung der Wohnungsfrage ist es, daß diese Frage mit den verschiedensten Gebieten der sozialen Tätigkeit im Zusammenhang steht. Wollten wir eine Resolution, die bis ins kleinste Detail geht, beschließen, müßte sie eine riesenhafte Länge haben und schon ein ganzes Referat sein. Wir können in der Resolution nicht zugleich die ganze Begründung liefern. Um aber entgegenzukommen, möge nach den Worten „der Wohnungsnot" hinzugefügt werden: „... sondern im Gegenteil eine Gefahr für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter, die dadurch in ihrer Freizügigkeit behindert und in ihrer Stellung gegenüber dem Kapitalisten geschwächt werden."

Genosse Weiß hat den Antrag gestellt, ein Mieterschutzgesetz zu fordern. Es sollen die Mieter gegen Maßregelungen geschützt werden, die aus politischen Gründen verübt werden. Gewiß ist es bei den Wahlen vorgekommen, daß Arbeiter und andere kleine Leute in kleinen Orten, wo man die Gesinnung trotz des Wahlgeheimnisses leicht feststellen kann, in dieser Weise geschurigelt wurden. Die Wut der Bürgerlichen hat sich in solchen kleinlichen Exzessen ausgetobt. Das fällt unter das Wahlschutzgesetz, und würde man darauf rechnen können, daß die Gerichte in allen Fällen, wo gegen das Gesetz gehandelt wurde, einschreiten, wäre nichts weiter nötig. In der allgemeinen Form, die Genosse Weiß vorschlägt, einfach ein Mieterschutzgesetz zu fordern, geht nicht an. Den Mietvertrag regelt das bürgerliche Gesetzbuch. Es ist auch in diesem Punkte ungenügend. Deshalb muß es geändert werden, um die Mieter in höherem Grade sicherzustellen. Ich kann Ihnen den Antrag Weiß nicht empfehlen, schlage aber, um auszudrücken, was er wünscht, vor, in die Resolution die Forderung einzuschieben: „Revision der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches über den Mietvertrag."

Genosse Ofenböck hat beantragt, Schutz für die Arbeiter in den

Fabrikswohnungen zu fordern. Dieses Verlangen wäre auch schon in der Forderung nach Revision des bürgerlichen Gesetzbuches enthalten. Wenn es zu dieser Revision kommt, werden auch für Werkswohnungen Normen geschaffen werden müssen. Es wird das Recht des Arbeiters gegen den Fabrikanten, der „Wohlfahrtseinrichtungen" gewährt, sichergestellt werden müssen.

Die Anträge des Genossen Czech bitte ich anzunehmen. Er will zwei Arten von Steuern, die den Kommunen neue Einnahmen geben und dem Wohnungswucher steuern sollen. Er will Steuerbemessung nach gemeinem Wert. Heute wird sie nach dem sogenannten Katastralreinertrag vorgenommen, der viel geringer ist als der wirkliche, und es ist nur recht und billig, daß die Besitzer zu einer Steuer herangezogen werden, die den Tatsachen entspricht. Durch die Bauplatzsteuer, die Genosse Dr. Czech beantragt, soll verhindert werden, daß Grundflächen absichtlich brach liegen gelassen werden, um ihren Wert zu steigern und dann bei Errichtung von Häusern hohen Zins fordern zu können. Ich habe im Referat darauf hingewiesen, daß in England und Deutschland Steuern bestehen, durch die die Grund- und Hausbesitzer in höherem Maße zu Abgaben von der Wertsteigerung herangezogen werden, und habe nur gesagt, daß die wirksamste von allen diesen Steuern die auf den unverdienten Wertzuwachs ist. Das halte ich aufrecht. Ich habe deshalb gemeint, es genüge, diese Steuer zu fordern, da alle anderen Formen nur Ergänzungen zu der Hauptsteuer, derjenigen auf den unverdienten Wertzuwachs sind. Wenn aber Genosse Czech meint, daß die besondere Hervorhebung der Bauplatzabgabe und der Steuer nach dem gemeinen Wert auch eine Notwendigkeit ist, habe ich dagegen keine Einwendung.

Genosse Czech schlägt noch vor, die Kompetenz der Gemeinden in Steuersachen festzulegen. Wir haben in Oesterreich eine einzige Stadt, die den Anfang mit der Wertzuwachssteuer machen will, Brünn. Man dankt das dem Einfluß unserer Genossen. Nun nützen die schönsten Beschlüsse nichts, wenn die Gemeinde allein nicht kompetent ist, sie wirksam zu machen. Deshalb ist das Verlangen berechtigt, die Gemeindeautonomie zu erweitern und die Kompetenzen zu sichern. Es ist tief beschämend, daß in Oesterreich eine einzige Stadtvertretung ihr Bestreben nach dieser Steuer bekundet hat. Am beschämendsten ist aber das Verhalten der größten Stadt des Reiches, die die Verpflichtung hätte, voranzugehen im Kampfe gegen die Wohnungsverteurer. Im Wiener Gemeinderat hat man dafür kein Interesse. Es wurde dort ein Antrag auf Einführung der Wertzuwachssteuer eingebracht. Als die sozialdemokratischen Vertreter nach Monaten nach dem Schicksal dieses Antrages, der dem Stadtrat zugewiesen worden war, fragten, hat Herr Dr. Lueger geantwortet, daß man die Sache nicht so ohneweiters machen könne, daß man sie genau studieren und man vor allem Rücksicht auf die Hausbesitzer nehmen müsse. Als wir ihm zuriefen: „Wir sind doch nicht für die Hausherren da!" gab er zur Antwort: „Aber auch nicht gegen die Hausherren!" Der Wiener Gemeinderat war auch bis dahin nicht gegen sie (Heiterkeit), sondern hat immer im besten Einvernehmen mit den Hausherrenvereinen gearbeitet, die nichts sind als die Interessenvertretung der Leute, die aus der Ausbeutung des Wohnungsbedürfnisses und des Wohnungselends die größten Reichtümer ziehen. Die Hausherren haben in der Gemeinde das Zepter in der Hand. Darum hat der Wiener Gemeinderat seine Verpflichtungen in der Wohnungsfrage vollständig vernachlässigt.

Genosse Nitschmann hat dem Präsidium einen Antrag überreicht, in dem er will, daß kommunale Wohnungsämter nicht nur in allen Städten errichtet werden, sondern in allen Orten, in denen eine große Zahl Industrieabeiter oder Verkehrsbediensteter lebt. Ich glaube, er will damit ausdrücken, daß auch Orte, die noch nicht zur Stadt erhoben sind, Wohnungsämter haben sollen, wenn die Einwohnerzahl eine bestimmte Höhe erreicht hat. Dagegen ist nichts einzuwenden, so selbstverständlich es auch ist, daß es nicht gehen würde, vielleicht in einem Dorfe mit 300 Einwohnern ein Wohnungsamt zu schaffen. Ich empfehle Ihnen, den Antrag anzunehmen.

Es wurde von mehreren Rednern begrüßt, daß sich ein Parteitag auch mit dem Wohnungsproblem beschäftigt hat. Die lebhafte Teilnahme der Genossen, die mannigfachen Anträge haben gezeigt, welches Interesse dafür besteht und wie sehr man bemüht ist, auch auf diesem Gebiete eine positive Tätigkeit zu entfalten. Wir haben heute unsere prinzipielle Stellung festgelegt und unsere Forderungen ausgesprochen. Die Genossen allerorts müssen nun dafür sorgen, daß die Forderungen nicht toter Buchstabe bleiben, sondern so schnell als möglich in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Was wir zuerst durchsetzen müssen, ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Gemeindevertretungen. Erst wenn die Arbeiter auf dem gleichen Rechtsboden stehen, werden wir die Haus- und Grundbesitzer zurückdrängen können. Auch der Kampf um die Lösung der Wohnungsfrage ist ein Kampf um Macht. Sorgen wir durch die Aufklärung der breiten Massen über die Folgen der Wohnungsnot, sorgen wir durch Stärkung der Organisation dafür, daß unsere Macht größer werde und die Gemeindevertretungen uns als Gleichberechtigten eröffnet werden. Dann wird auch die Wohnungsfrage leichter gelöst werden können. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung.

Genosse Weiß hat seinen Antrag zurückgezogen. Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution wird samt den von ihm und den Genossen Czech und Nitschmann gestellten Zusatzanträgen angenommen, so daß die betreffenden Absätze der Resolution nun lauten:

8. Die Errichtung eines Reichswohnungsamtes, dessen Aufgabe die Ueberwachung des ganzen Wohnungswesens sein soll und das zu gleicher Zeit als Zentralbehörde für die Wohnungsinspektion und die Wohnungsstatistik zu dienen hätte.

Revision der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches über den Mietsvertrag.

9. Die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Städten und in den Orten, in denen in größerer Zahl industrielle Arbeiter und Verkehrsbedienstete leben. Die Aufgabe dieser Aemter muß die Organisation der Wohnungsinspektion unter Heranziehung von Hilfskräften aus der organisierten Arbeiterschaft, die regelmäßige Wohnungsstatistik und die Wohnungsvermittlung sein.

12. Die Reform des Steuerwesens, Beseitigung der Hauszins- und Hausklassensteuer und dagegen Bemessung der Realsteuern nach dem gemeinen Werte, Einführung einer Bauplatzabgabe und ausgiebige Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Erweiterung der Gemeindeautonomie, Feststellung des Kompetenzkreises der Gemeinden in Steuersachen und Ausdehnung des Enteignungsrechtes der Gemeinden.

16. In den bürgerlichen Bestrebungen, den Arbeitern zum Erwerb eigener Wohnhäuser zu verhelfen, erblickt der Parteitag keine Förderung der Interessen der Arbeiterklasse und keinen geeigneten Schritt zur Linderung der Wohnungsnot, sondern im Gegenteil eine Gefahr für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter, die dadurch in ihrer Freizügigkeit behindert und in ihrer Stellung gegenüber den Kapitalisten geschwächt werden.

Der Antrag Ofenböck wird angenommen.

Högers sechzigster Geburtstag.

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Bevor wir in der Erledigung der Tagesordnung weiterschreiten, erlaube ich mir, eine Mitteilung zu machen, die Sie sehr erfreuen wird. In unserer Mitte ist ein alter Freund und lieber Parteigenosse, der gerade heute seinen sechzigsten Geburtstag feiert, Karl Höger. Genosse Höger, einer unserer ältesten Genossen, deren leider immer weniger werden, einer von denen, die in der Parteibewegung in Oesterreich von allem Anfang an gestanden sind, ist ein Mann, der immer wacker seine Pflicht getan hat. (Lebhafte Zustimmung.) Er ist einer von denen, die den Wahlspruch haben, der auch für die Partei gilt: „Aus eigener Kraft!“ Erlauben Sie mir, meiner persönlichen Freude darüber Ausdruck zu geben, daß wir ihn in voller Rüstigkeit als Delegierten begrüßen können, und als Ab-

geordneter erlauben Sie mir zu sagen, daß es uns freut, daß er unser Kollege im Sozialdemokratischen Verband ist. Erlauben Sie mir, daß ich Genossen Höger im Namen des Parteitages und in meinem Namen die herzlichste Gratulation überbringe. Wir wünschen, er möge noch eine lange Reihe von Jahren mit aller Frische, aller Kraft und aller Lebendigkeit weiter wirken! (Stürmischer Beifall.) Ihr Beifall enthebt mich der Abstimmung. Wir sind in dem Glückwunsche einig. (Neuerlicher Beifall.)

Höger: Werte Genossen und Genossinnen! Ich danke Ihnen auf das herzlichste für die Beweise der Sympathie und danke unserem hochverehrten Genossen Vorsitzenden, der in so tief ergreifenden Worten von meinen geringen Verdiensten um die sozialdemokratische Bewegung der Arbeiterschaft in Wien und Oesterreich gesprochen hat. Ich weiß keine Worte zu finden, um zu danken. Ich kann aber das eine sagen, daß ich weiterhin wie bisher mitwirken werde an dem Kampfe des arbeitenden Volkes und mit meinen Kräften tätig sein will zum Besten des arbeitenden Volkes. (Bravo!) Mir ist es vergönnt gewesen, zu sehen, wie die Revolution der Freiheit einen großen Sieg der Freiheit bewirkt hat. Ich möchte nur wünschen, daß der Revolution der Gleichheit ein herrlicher Sieg beschieden sein werde und bald die Revolution der Brüderlichkeit einleite. So bitte ich Sie nochmals, meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen und die Versicherung, daß ich alles, was ich tun kann, tun werde für die große, gewaltige Sache, der wir dienen und von der ich überzeugt bin, daß ihr der Sieg gehören muß. (Laute, andauernde Rufe der Zustimmung.)

Das Wahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen.

Referent **Eldersch:** Werte Parteigenossen! Nach dem siegreichen Abschluß des Kampfes für das allgemeine, gleiche und direkte Reichsratswahlrecht erwächst uns eine neue, vielleicht noch schwierigere Aufgabe, die Aufgabe, nunmehr durch eine neuerliche Wahlrechtsbewegung die Demokratisierung der Landesverfassungen und der Gemeindeverwaltungen in die Wege zu leiten, beziehungsweise die bisher durchgeführten Aktionen neuerlich und in verstärktem Maße wieder aufzunehmen. Ich glaube, daß dieser Kampf noch ungleich schwieriger sein wird, als der für das allgemeine, gleiche und direkte Reichsratswahlrecht, weil dieser Kampf nicht nach einer, sondern nach vielen Richtungen hin zu führen ist. Wir haben nicht nur zu kämpfen gegen die Regierung, sondern wir haben auch zu kämpfen gegen die verschiedenen Klüngel, die sich in den einzelnen Landtagen und Gemeindevertretungen festgesetzt haben und sich ihre Herrschaft nicht schmälern lassen wollen. Aber die Demokratisierung der Landes- und Gemeindevertretungen muß angestrebt werden, vor allem deshalb, um dem nationalen Hader, der die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Völker hemmt, an den Leib zu rücken. Wir haben dabei jene große Reform im Auge, die sich in den Beschlüssen des Brünner Parteitages als unser Nationalitätenprogramm repräsentiert, das verlangt, daß die historischen, politischen Individualitäten der Königreiche und Länder als Verfassungsgrundlagen beseitigt und der Staat in einen Nationalitäten-Bundesstaat umgewandelt werde, in dem die nationale Autonomie sichergestellt und damit die freie Entwicklung aller Völker in nationaler, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung endlich einmal angebahnt wird. Um diese große Reform durchführen zu können, bedarf es vor allem der Demokratisierung der einzelnen Gemeinde- und Landesverwaltungen. Aber nicht nur zu dem Zwecke, um den Nationalitätenstreit zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Land und Gemeinde notwendig, sondern wir brauchen dieses allgemeine und gleiche Recht auch, damit die Arbeiter unmittelbar Einfluß nehmen auf die Angelegenheiten, deren Regelung den Landtagen und Gemeindeverwaltungen vorbehalten ist und die die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiter betreffen. Die Landtage und Gemeindevertretungen entscheiden über das Volksschulwesen, über das Mittelschulwesen, über die Kommunikationen, über die öffentliche Sanitätspflege,

über die Humanitätsanstalten und verschiedene Wohlfahrtseinrichtungen — lauter Dinge, die das Leben des Arbeiters sehr beeinflussen und an denen die Arbeiter naturgemäß mehr interessiert sind als die Angehörigen der besitzenden Klasse. Wer sucht denn die Spitäler auf und wer kommt in die Armenhäuser? Es sind die Arbeiter, die dort Zuflucht suchen müssen. Trotzdem haben die Arbeiter auf die Tätigkeit der Landtage und Gemeindevertretungen nicht den geringsten Einfluß, die Privilegierten aber, die diese Körperschaften beherrschen, arbeiten dort nur, wie es im Interesse der Besitzenden gelegen ist. Die Interessen der Arbeiter kommen daher dort überall zu kurz. In den Landtagen herrschen die Agrarier ohne jeden Widerstand der anderen Interessenten; denn in dem nationalen Kuddelmuddel kommt es ja dazu, daß auch die Vertreter städtischer Interessen gegen die Anmaßungen der Agrarier nicht aufzumucken wagen und sich nicht getrauen, gegen deren Forderungen den geringsten Einspruch zu erheben. So kommt es, daß zum Beispiel in einem Landesbudget von 33 Millionen Kronen nahezu 6 Millionen Kronen für agrarische Zwecke verwendet werden, daß wohl über eine halbe Million Kronen zur Subventionierung von Zuchtstieren gewidmet wird, für die Altersversorgung, die Einrichtung in Armen- und Siechenhäusern aber kaum mehr als 100.000 Kr. zur Verfügung gestellt werden. (Hört!) Die Arbeiter müssen daher Einfluß gewinnen auf die Landes- und Gemeindevertretungen und wir können nicht zugeben, daß der Arbeiter zwar ein gleichberechtigter Faktor ist in den großen Reichsangelegenheiten, wo es sich um die Entscheidung über den Ausgleich, über die Zölle und andere große Fragen handelt, daß er aber nicht das Recht hat, dort mitzureden, wo über den Bau von Straßen, über die Einrichtung von Schulen und Spitälern und über die Einrichtung der Armenhäuser beschlossen wird.

Wir führen schon längere Zeit auch den Kampf für das allgemeine und gleiche Landtags- und Gemeindewahlrecht in den einzelnen Provinzen mit Energie und in einigen Ländern hat der Kampf auch schon Reformen der Landesverwaltungen gezeitigt. In Kärnten, Steiermark, Mähren, Vorarlberg und Schlesien sind Landtagswahlreformen schon durchgeführt und in jüngster Zeit ist in Niederösterreich eine solche beschlossen worden. Wir müssen aber hier konstatieren, daß die Regierung alle diese Wahlreformen nur in ungünstiger Weise beeinflußt hat. Es wäre möglich gewesen, bessere Wahlreformen in einzelnen Kronländern durchzusetzen: Der Vorarlberger Landtag wollte schon das allgemeine und gleiche Wahlrecht beschließen, da die Christlichsozialen dort den Landtag vollständig beherrschen und an dem Fortbestand der Kurien kein Interesse haben; auch in Steiermark und Kärnten wären bessere Wahlreformen möglich gewesen, der Kärntner Landtag hätte wenigstens den Arbeitern eine Kurie allein überlassen wollen, aber die Regierung hat sich gegen alle jene Vorschläge gesträubt, die nicht eine Kopie der Badeni-Kurie des Reichsrates waren. Mit der Begründung, daß im Reichsrat und im Landtag rücksichtlich des Wahlrechtes gleichartige Verhältnisse herrschen müssen und daß es nicht anginge, daß die Landtage ein ausgedehnteres Wahlrecht als der Reichsrat bekämen, weigerte sich die Regierung bei allen derartigen Beschlüssen und Reformgesetzen, dieselben zur Sanktion zu empfehlen. Nun sollte man meinen, daß sich die Bureaukraten konsequent bleiben und nach der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Reichsrat nun auch mit Rücksicht auf die früher geforderte Uebereinstimmung, die zwischen Reichsrat und Landtag notwendig ist, die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Landtage und Gemeinden fordern würden. Ja, Bauer, jetzt ist es aber anders; jetzt erklärt man plötzlich mit demselben Brustton der Ueberzeugung, es gehe nicht an, von den berüchtigten Kurien in den Landtagen Abstand zu nehmen, sondern man müsse bei den Landtagen auf der Interessenvertretung weiter beharren; denn Reichsrat und Landtag dürften nicht gleich behandelt werden, da sie im Wesen verschieden wären. Aber auch hier ist die Regierung wieder inkonsequent, indem sie zum Beispiel in Niederösterreich für Wien auf die Kurien verzichtet und dem allerdings bis zu einem

gewissen Grade beschränkten, aber doch durchaus gleichen Wahlrecht für Wien zustimmt.

Es ist also die Schuld der Regierung, wenn die Landtagswahlreformen in den einzelnen Ländern bisher nicht besser ausgefallen sind. Man sollte meinen, die Regierung hätte vom Reichsratswahlkampfe her, wo sie die Argumente gegen die Kurien akzeptierte, die Erfahrung auch für die Landtage, daß die Kurien, insbesondere die fünfte Kurie, auf die Körperschaften nur zersetzend wirken. Doch hier spricht sie sich plötzlich gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht aus, weil Landtag und Reichsrat angeblich verschiedene Kompetenzen haben, da der Reichsrat nur eine gesetzgebende, die Landtage und Gemeindevertretungen aber verwaltende Körperschaften seien. Doch das ist durchaus nicht richtig; denn auch der Reichsrat verwaltet, und gerade wenn er sein wichtigstes Recht, das Budgetrecht, ausübt, übt er eine verwaltende Tätigkeit! Und braucht denn ein Verwalter, der Geld einnimmt und ausgibt, nicht das Vertrauen der Bevölkerung, sondern nur ein Gesetzgeber, der juristische Formeln schafft? (Beifall.) Es wird auch gesagt, daß die Gelder, über die die Landtage verfügen, hauptsächlich aus Umlagen auf die direkten Steuern stammen. Auch das ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. In den industriell entwickelten Kronländern verschiebt sich das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Landessteuern von Jahr zu Jahr mehr zu ungunsten der direkten. In Mähren haben wir jetzt schon bei 15 Millionen Kronen direkte Steuern gegen 7 Millionen Kronen Landeseinnahmen an indirekten Steuern aus der Biersteuer und an Ueberschüssen aus Personaleinkommensteuer und Branntweinsteuer. Selbst bei einem Kurienwahlrecht nach der Steuerleistung müßte also bei uns die allgemeine Kurie schon ein Drittel der Mandate bekommen. Dieses Verhältnis wird sich aber noch immer weiter zu unseren Gunsten verschieben und überdies sind wir auch schon bei dieser Rechnung betrogen, weil viele direkte Steuern eigentlich indirekte Steuern sind, wie die Hauszinssteuer, die nicht der Hausherr, sondern die Mieter zahlen, oder die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen, die nur die Besteuerung des Mehrwertes ist, den die Arbeiter geschaffen haben. Wenn also die Steuern richtig qualifiziert werden, so stellt sich heraus, daß heute schon die indirekten Steuern an dem Landesbudget den größeren Anteil haben. Nun kommen uns in den Sudetenländern unsere bürgerlichen Volksgenossen mit dem Argument, sie müßten die Privilegien aufrecht erhalten, weil die Deutschen sonst beim gleichen Rechte vom tschechischen Element überflutet würden. Eine saubere nationale Politik, die in der Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft die Garantie für die gedeihliche Entwicklung einer Nation erblickt. Aber wie steht es in Mähren? In Mähren haben wir doch den berühmten nationalen Ausgleich und die Deutschen haben für ihre nationale Position nichts zu befürchten, ihre Mandate sind vollständig gesichert durch die nationalen Kataster! In der deutschen Kurie darf ja gar kein Tscheche wählen, denn es ist im deutschen Kataster keiner drinnen außer denen, die sie absichtlich drinnen lassen, weil sie sie in der Gewalt haben und wie in Mährisch-Ostrau benützen können, mit ihrer Hilfe die deutschen Arbeiter zu majorisieren. Trotz dieser vollen nationalen Sicherung haben sie auch in Mähren ein so miserables Kurienwahlrecht gemacht und den Ausgleich benützt, sich in den Kurien nicht nur gegen die Tschechen, sondern auch gegen die deutschen Arbeiter zu verschanzen. Sie geben mit ihrer vierten Kurie den Arbeitern nur die Möglichkeit, sich an der Wahl von sechs Abgeordneten zu beteiligen. Nur sechs deutsche Mandate hat die allgemeine Kurie und ganz Mähren ist in sechs Wahlkreise eingeteilt, wodurch es den bürgerlichen und bäuerlichen Wählern natürlich möglich gemacht wurde, die Stimmen der Arbeiter mit ihren Stimmen zu ersäufen.

In Niederösterreich wurde in den letzten Tagen eine Wahlreform beschlossen, die sich, wie schon erwähnt, von den bisherigen Wahlreformen dadurch unterscheidet, daß sie für Wien selbst das Kurienwahlrecht aufgehoben und ein gleiches Wahlrecht eingeführt hat. Die Wahlreform Geßmanns ist, das brauche ich nicht erst zu betonen, den Christlichsozialen nach jeder Rich-

tung an den Leib geschnitten. (Sehr richtig!) Es ist selbstverständlich bei Geßmann, daß er nicht das allgemeine Recht gibt, sondern es wenigstens durch die dreijährige Seßhaftigkeit beschränkt. Wenn man da schon in Wien so weit gegangen ist, die Kurien zu beseitigen und ein immerhin ziemlich allgemeines und vor allem gleiches Wahlrecht für den Landtag zu schaffen, so hat man dieses Prinzip sofort für das flache Land fallen gelassen. Es bleiben aufrecht die Städte- und Landgemeindenkurien, es bleiben auch die Privilegien der Großgründler und Handelskammer und es wird nur eine allgemeine Kurie mit zehn Mandaten angehängt, in der aber das Wahlrecht auch nicht allgemein, ja nicht einmal so allgemein wie in Wien ist, sondern außer der dreijährigen Seßhaftigkeit auch an eine Steuerleistung oder an die Zuständigkeit gebunden ist. Auch von den privilegierten Wählern werden viele durch die Erhöhung des Personaleinkommensteuerzensus auf 24 Kronen aus den Zensuskurien delogiert. Es muß nur wundernehmen, daß die Regierung die Stirn aufbringt, einem solchen beschränkten Wahlrecht die Zustimmung geben zu wollen, einem Wahlrecht, das nur den parteimäßigen Interessen der christlichsozialen Partei dient und das bestimmt ist, mit ihren Künsten alle gegnerischen Parteien niederzutreten. Wenn es mit dem Trick der Listenwahl die Minoritäten zur Ohnmacht verurteilt, so will Geßmann damit nicht nur die Liberalen vollständig hinwegräumen, sondern selbstverständlich auch uns empfindlichen Schaden zufügen. Einen Vorteil bringt aber die niederösterreichische Vorlage doch und den werden wir ausnützen. Er bringt für Wien das zwar beschränkte allgemeine, aber doch das gleiche Wahlrecht und die Regierung, die dem zugestimmt hat, kann nun nicht weiter die Ausrede gebrauchen, das allgemeine und gleiche Wahlrecht wäre für die Landtage nicht zulässig. Was die Regierung den Christlichsozialen als Wahlrecht gegeben . . .

Albrecht (Reichenberg): Muß sie auch uns geben!

Steiner (Prag): Das lassen auch wir uns nicht verweigern!

Eldersch (fortfahrend): . . . ja, das muß sie auch uns geben. Dadurch ist aber auch unseren Landtagen die Möglichkeit genommen, sich hinter Erklärungen oder den Widerstand der Regierung zu verschanzen, wenn sie das allgemeine und gleiche Recht verweigern wollen. Selbstverständlich werden wir das in entsprechender Weise ausnützen. Die Aktion für das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht muß also sofort mit verstärkter Kraft in allen Kronländern wieder aufgenommen werden. In welcher Form es geschehen soll, darüber wird der Parteitag natürlich keine Vorschriften machen. Das bleibt den Genossen der einzelnen Länder, die ja im Wahlrechtskampfe schon erprobt und geübt sind (Heiterkeit), nach den besonderen Verhältnissen zu entscheiden überlassen. Ich glaube auch, daß unserer Fraktion im Abgeordnetenhause die Aufgabe erwächst, die Regierung dazu zu verhalten, daß sie zu der Frage des Landtags- und Gemeindewahlrechtes endlich einmal in dem Sinne Stellung nimmt, daß sie nicht nur den Widerstand aufgibt, sondern auch ihren Einfluß, den sie bisher nur im negativen Sinne wirken ließ, nun im positiven Sinne einsetzt, indem sie die einzelnen Landesverwaltungen drängt, in ernstester Weise die Reform des Landtags- und Gemeindewahlrechtes in Angriff zu nehmen. Wir werden übrigens auch im Reichsrat Gelegenheit finden, den Landesverwaltungen, die sich in Finanznöten befinden, die entsprechende Antwort zu geben.

Alle Kronländer stehen vor dem finanziellen Bankerott. Die einzelnen Landesverwaltungen wirtschaften über ihre Verhältnisse und sind nicht in der Lage, den Bedarf der Länder durch die indirekten Steuern, die sie ja doch nur in beschränktem Maße auferlegen können, weil schon der Staat die Hand darauf hält, und durch die Zuschläge zu den direkten Steuern zu decken. Sie haben bisher Schulden gemacht; aber die Schulden wollen auch verzinst und amortisiert werden und können nicht ins Ungemessene gesteigert werden. Die Herren stehen nun vor einem unlösbaren Dilemma: die indirekten Steuern können sie nicht erhöhen, wie sie wollen, weil es der Staat nicht erlaubt, und die Umlagen auf die direkten Steuern können sie auch nicht mehr erhöhen,

weil sie sonst mit ihren Wählern in Konflikt geraten. So sind sie auf den Gedanken verfallen, zum Parlament zu kommen, damit es ihnen die Mittel schaffe, ihre Existenz fortfristen und ihre Herrschaft in den einzelnen Landtagen weiter aufrecht erhalten zu können. Gleich beim Zusammentritt des Parlaments sind die Gschaftelhuber aus allen Landtagen im Abgeordnetenhause aufgestanden und haben den bekannten Antrag zur Sanierung der Landesfinanzen gestellt. Da haben sich die Herren aber geschnitten. Ja, wenn sie früher zum Kurienparlament gekommen wären, da wären sie vielleicht der Sache ledig geworden! Aber sie haben die Ueberfuhr versäumt und so müssen sie nun zum Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes kommen. Es ist aber selbstverständlich, daß wir in der Lage sein werden, der Sanierung der Landesfinanzen auf Kosten des Reiches jederzeit den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Es geht nicht an, daß eine Körperschaft, die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgegangen ist, einem Privilegienklüngel zu seiner Existenz und Erhaltung seiner Herrschaft die Geldmittel liefert. Wenn die Landtage Geld haben wollen, dann sollen sie sich erst über die Landtagswahlreform auseinandersetzen. Ohne Landtagswahlreform gibt es keine Sanierung der Landesfinanzen! (Stürmischer Beifall.) Wir haben den Schlüssel zur Situation in der Hand und haben es den Herren schon bei der Beratung ihres Antrages angedeutet, indem wir den Antrag Renner einbrachten. Wenn auch durch eine Unanständigkeit des Präsidiums dieser Wahlrechtsantrag nicht mit dem Antrag über die Sanierung der Landesfinanzen erledigt werden konnte, so bleiben diese beiden Dinge unzertrennlich miteinander verbunden, und die Landtage werden das nötige Geld nicht bekommen, wenn sie nicht auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht geben. Wir werden schließlich auch stark genug sein, die Regierung zu mahnen, daß eine gründliche Reform des Landtags- und Gemeindewahlrechtes in allen Ländern unerläßlich ist. Jede Regierung lebt in Oesterreich von heute auf morgen und weiß auch, daß ihr die sozialdemokratische Fraktion einen erheblichen Widerstand leisten kann, wenn sie sich in diesen Fragen hartnäckig erweist. Mit aller Energie wird daher jetzt der Kampf für das Landtags- und Gemeindewahlrecht aufgenommen werden und wir werden in unseren Versammlungen auch rücksichtslos aussprechen, daß wir auch das Wahlrecht der Frauen für notwendig erachten. Wir hoffen, dadurch auch die Frauen für den Wahlrechtskampf zu interessieren, so daß der Kampf ums gleiche Recht geschlossen vom gesamten Proletariat ohne Unterschied des Geschlechtes geführt wird. Ich glaube, wenn es uns beschieden war, den Privilegienwall des Reichsrates zu stürmen und uns das gleiche Recht für das Abgeordnetenhaus zu erzwingen, so muß es uns auch gelingen, endlich einmal Bresche zu legen in den Privilegienwall der Landtage und Gemeindevertretungen und in die Vertretungen der Länder und Gemeinden unseren siegreichen Einzug zu halten zum Wohle der arbeitenden Menschen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Ich beantrage die Annahme folgender

Resolution:

Die Reform des Reichsratswahlrechtes, die die österreichische Arbeiterklasse erkämpft hat, kann nicht der Abschluß, sondern nur der Beginn jener völligen Umgestaltung des Staatswesens sein, deren alle Völker Oesterreichs und nicht am wenigsten die deutsche Nation bedürfen, damit aus diesem Staate, der bisher ein Kerker seiner Völker gewesen ist, ein freies Gemeinwesen freier Nationen werde.

Zur Demokratisierung der Reichsgesetzgebung ist der erste Schritt geschehen. Nun muß im Zuge der Reformen die Demokratisierung der Landesgesetzgebung und der Verwaltung folgen. An die Stelle der bureaukratischen Willkür auf der einen, der oligarchischen Scheinautonomie auf der anderen Seite muß eine wirkliche Selbstverwaltung treten, an der alle Schichten des Volkes mit gleichem Recht teilnehmen. Als erster Schritt zur Neubegründung der Verwaltung fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei die Einführung des

allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes für die Landtage und die Gemeindevertretungen.

Der Arbeiterklasse, die in allen Ländern einen großen, in den wirtschaftlich höchst entwickelten Ländern den größten Teil der Landeseinnahmen aufbringen muß, kann das gleiche Bürgerrecht im Lande nicht länger verweigert werden. Die Arbeiter, die im Reiche vollberechtigte Staatsbürger geworden sind, werden über die Gemeinde- und Schulgesetzgebung, über die Regelung der Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, über die wichtigsten Angelegenheiten der Landeskultur, über die Verwaltung des Landessanitätswesens und Armenwesens nicht Körperschaften beschließen lassen, auf deren Zusammensetzung sie keinen Einfluß haben. Das Proletariat, das an der sozialen Verwaltung ein größeres Interesse hat als jede andere Klasse, kann die Fremdherrschaft der Privilegierten im Lande nicht länger ertragen. Wir fordern daher für alle, die der Landesgesetzgebung unterworfen sind, für alle, deren Wohl und Wehe von der Ausgestaltung der Landes- und Gemeindeverwaltung abhängt, den gleichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Landtage und Gemeindevertretungen.

Der Parteitag protestiert dagegen, daß die Regierung, die sich der Verwirklichung der bürgerlichen Rechtsgleichheit im Reiche rühmt, die Wahlrechtsprivilegien der Besitzenden in den Ländern beschützt und sich der Demokratisierung der Landesgesetzgebung und Landesverwaltung widersetzt.

Er protestiert dagegen, daß die Arbeiterschaft von den volksfeindlichen Landtagsmehrheiten mit einem wert- und wirkungslosen Scheinrecht in der Badenischen Bettelkurie abgefertigt und weite Kreise der Arbeiterschaft durch die Bedingung der langjährigen Seßhaftigkeit oder gar durch die Beschränkung des Wahlrechtes auf die Gemeindemitglieder entrechtet oder die Träger der Personaleinkommensteuer bereits erworbener Rechte beraubt werden, wie dies die christlichsoziale Landtagsmehrheit in Niederösterreich beschlossen hat.

Der Parteitag fordert den Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause auf, alle geeigneten und politisch möglichen Mittel anzuwenden, um den Widerstand der Regierung gegen das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht zu brechen, damit der Arbeiter auch im Lande und in der Gemeinde zum vollberechtigten Bürger werde.

Die Parteivertretung wird aufgefordert, den Kampf für die Verwirklichung des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes in allen Ländern auch außerhalb des Parlaments mit aller Energie weiterzuführen.

Der Vorsitzende **Pernerstorfer** begrüßt hierauf den anwesenden Genossen Daszynski und spricht die Hoffnung aus, daß ihn die Fraktion schon in kurzer Zeit wieder im Parlament werde begrüßen können. Die deutschen Genossen werden sich alle ohne Ausnahme freuen, ihn an jener Stelle wiederzusehen, wo er schon so ruhmvoll für die Interessen des Proletariats gekämpft hat und wohin er gehört. (Lebhafter Beifall.)

Pistiner (Czernowitz): Ich glaube, es würde im Interesse der Bewegung für das Landtagswahlrecht liegen, wenn die „Arbeiter-Zeitung" auch über diese Frage solche ausgezeichnete Artikel brächte wie über das Reichsratswahlrecht, damit die Provinzpresse dann diese Erörterungen weiter in die Massen der Parteigenossen tragen könnte, da die Massen sich vielfach über die Bedeutung der Landtage noch nicht ganz klar sind. Bezüglich der Bewegung um das Gemeindewahlrecht mache ich auf den Mangel einer Kommunalzeitung aufmerksam. Es wird wohl notwendig sein, eine Zentralstelle für Kommunalpolitik zu schaffen, die naturgemäß nur eine Zeitung sein kann. Ich stelle keinen Antrag, aber ich möchte die Parteileitung auf diese Sache um so mehr aufmerksam machen, als ja in den Gemeinden wichtige Teile unseres Minimalprogramms erledigt werden können.

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, ich erteile also dem Referenten das Schlußwort:

Eldersch: Da sich an mein Referat eigentlich keine Diskussion geknüpft hat, so kann ich mich begnügen, auf die Anregung wegen der Kommunalzeitung nur kurz zu erwidern. Selbstverständlich kann da der Parteitag keinen Beschluß fassen. Aber diese Zeitung würde gewiß im Anfang nur wenig Abnehmer finden und es würde sich auch schwerlich eine Instanz finden, die das Geld hergeben würde, um die Zeitung in den ersten Jahren über Wasser

zu halten. Im übrigen bitte ich Sie, die von mir vorgeschlagene Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende teilt hierauf mit, daß morgen zunächst das Organisationsstatut erledigt werden wird.

Fünfter Verhandlungstag. — 4. Oktober.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Schäfer.**

Organisationsstatut.

Berichterstatter der Kommission **Skaret:** Die Kommission hat nach einer achtstündigen, sehr eingehenden und, wie ich gleich beifügen will, sehr sorgfältigen Prüfung des vorliegenden Materials den ursprünglich vorgelegten Entwurf beraten und ist zu jenem Ergebnis gekommen, das Ihnen nun vorliegt. Ich kann wohl sagen, daß die meisten Anregungen, die von verschiedenen Seiten gemacht worden sind auch berücksichtigt wurden, obwohl nicht jeder Antrag im vollen Wortlaut von uns übernommen worden ist. Durch die Art, wie die Kommission zusammengesetzt war und die alle Kronländer zu Worte kommen ließ, wurde uns ermöglicht, uns alle Erfahrungen der einzelnen Länder bei der Ausarbeitung des Statuts zunutze zu machen und so ein Rahmengesetz zu schaffen, von dem wir nun glauben, daß es die einzelnen Länder in ihrer organisatorischen Arbeit nicht nur nicht behindert, sondern ihnen dabei einen großen Spielraum läßt. Wir ließen uns dabei von dem Grundsatz leiten, uns nicht in allzuviele Details einzulassen, da doch die Verhältnisse in den einzelnen Kronländern, ja innerhalb der Kronländer in den Kreisen so verschiedenartig sind, daß man den Genossen soweit es den inneren Ausbau der Organisation in den Kreisen und Ländern betrifft, nicht eine Marschroute vorschreiben konnte. Dieser Teil der Organisation — wie die Lokalorganisationen zu arbeiten, wie sie die Lokalausschüsse zu wählen, was für Aufgaben sie zu erfüllen haben und ebenso natürlich auch bei den Bezirksorganisationen — konnte also nicht in unser Organisationsstatut aufgenommen werden, sondern wir mußten ihn den eigenen Statuten der Länder und Kreise überlassen. Bei der Beratung und Beschließung des Statuts stand uns als oberster Grundsatz fest, daß die Lokalorganisation die Urzelle unserer ganzen Parteiorganisation sein muß, daß aber die Gesamtorganisation ihr Schwergewicht nicht so sehr auf die Lokalorganisation legen kann als vielmehr auf die Bezirksorganisation, die die Zusammenfassung eines bestimmten Territoriums, die Zusammenfassung mehrerer Lokalorganisationen zu einer Organisationseinheit darstellen muß. Anders steht das natürlich innerhalb der Kreis- und Landesorganisation. Diese wird das größte Gewicht auf die Lokalorganisation legen müssen, und hier wird die Lokalorganisation die Rolle spielen, die ihr innerhalb der Gesamtorganisation versagt bleiben muß. Darum möchte ich Sie von vornherein bitten, diese unsere grundsätzliche Anschauung nicht mißzuverstehen, sie nicht etwa in der Weise aufzufassen, als ob wir der Lokalorganisation eine zu untergeordnete Bedeutung beimessen würden und unsere ganze Liebe, unser ganzes Wohlwollen auf die Bezirksorganisation konzentrieren wollten. Nun haben wir die Gliederung unserer Organisation folgendermaßen festgelegt: Lokalorganisation, Bezirksorganisation, Landesorganisation. Da wir aber nicht in allen Ländern gleiche Verhältnisse haben, mußten wir auch die Zwischenstufe der Kreisorganisation mit übernehmen. Nur in den Fällen, wo eine Landesorganisation vorläufig noch nicht möglich ist — und das ist nur

ein Kronland: Böhmen —, wo also die Umstände es erfordern, kann auch die Zusammenfassung mehrerer Bezirksorganisationen zu einer Kreisorganisation erfolgen. Bei der Bezirksorganisation haben wir uns dafür entschieden, daß die Bezirksorganisationen nur in sich geschlossene Territorien sein können. Es ist also nicht möglich, daß nicht zusammenhängende, bloß durch die Luft miteinander verbundene Orte zu einem Bezirk zusammengefaßt werden können, wie es ja heute vielfach bei den Wahlbezirken ist. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß diese von der Wahlkreiseinteilung aus ihren Bezirken herausgenommenen Orte die Kernpunkte der Bezirksorganisation bilden müssen, weil doch in diesen industriellen Städten unsere Kräfte ihre natürliche Zentrale haben. Diese Orte dürfen und können nicht aus den Bezirksorganisationen herausgerissen und zu eigenen Bezirksorganisationen verbunden werden. Der Grundsatz in dem § 6 b ist also: Jede Bezirksorganisation ist ein geschlossenes Territorium.

Weiter haben wir entsprechend der Anregung des Antrages Beutel beschlossen, daß wir die sozialdemokratischen Vereine — wenn auch nicht obligatorisch — für jede Bezirksorganisation vorgeschrieben haben. Sie obligatorisch einzuführen, schien uns zu weitgehend, und es heißt darum, daß jede Bezirksorganisation überall, wo und sobald es möglich ist, auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Vereines durchzuführen ist. Es wurden uns sowohl in der Debatte als auch besonders in der Kommission so viele Beispiele einer vorzüglichen Wirkung dieser sozialdemokratischen Vereine angeführt, daß wir erwarten, diese werden vorbildlich in der weiteren Entwicklung unserer Bewegung wirken und auch jene Genossen, die sich heute noch dagegen stemmen, zur Nachahmung veranlassen — vielleicht mit etwas Nachhilfe der Zentrale. Ich mache Sie da auch auf die psychologische Wirkung einer solchen festgegliederten Organisation aufmerksam; bei einem Verein da weiß jeder, daß er seine Beiträge zahlen muß, daß er, wenn er eine bestimmte Zeit im Rückstand ist, aufhört, Mitglied zu sein, und in weiterer Folge auch aufhört, Parteigenosse zu sein. Weil wir dieses Bewußtsein der Parteimitgliedschaft stärken wollen, scheint uns diese Form der Organisation, die durchaus nicht im Vereinsgesetz ein unübersteigbares Hindernis besitzt, die beste zu sein. Am Hauptort der Bezirksorganisation befindet sich die Vereinsleitung; unsere Lokalvertrauensmänner draußen sind Werber von Mitgliedern für diese Vereine und ihre Aufgabe ist es, die Mitgliedskarten zu prüfen, die Beiträge einzukassieren, die Marken einzukleben u. s. w. Wenn nun eingewendet wird, daß gewisse Arbeiterkategorien, zum Beispiel die Staatsbahner, nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, weil sie ihre Namen als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei nicht auf der Bezirkshauptmannschaft bekanntgeben lassen können, dann unterscheiden wir einfach zwischen den ordentlichen Mitgliedern des politischen Vereines und den unterstützenden Mitgliedern, die nicht angezeigt werden müssen, die aber doch das Bewußtsein haben, daß, wenn sie ihre Beiträge zu zahlen aufhören, sie aufhören, Mitglieder der Partei zu sein. Wenn wir auch nicht obligatorisch diese Vereine einführen wollen, so wird die zukünftige Parteivertretung sich doch entschieden dafür einsetzen und bei den verschiedenen Konferenzen dahin wirken, daß endlich diese festere Form der Parteiorganisation eingeführt werde.

Neben dieser Frage des organischen Aufbaues der Organisation ist auch die Frage der Parteibeiträge ernstlich zu erwägen und es wurde da mit Recht von den meisten Seiten darauf hingearbeitet, daß im Organisationsstatut zumindest ein Beitrag festgesetzt werde, der nicht allzu niedrig ist. Es wurde hier darauf verwiesen, daß, wenn das Hauptstatut einen solchen Beitrag vorschreibt, es den Genossen in den einzelnen Organisationen leichter werden wird, ihre Leute an geregelte Beiträge zu gewöhnen. Darum haben wir im § 9 festgesetzt, daß der Beitrag in der Regel mindestens zwanzig Heller monatlich betragen soll. Ich weiß wohl, daß schon manche Organisation sich anschickt, die Beiträge über dieses Maß hinaus zu

erhöhen. Aber wir haben leider noch eine sehr große Anzahl von Organisationen, die nur zehn, ja viele, die nur vier oder fünf Heller monatlich einheben — die wenigsten zwanzig Heller. Die Festsetzung der Beiträge selbst für die Lokalorganisation sowie die prozentuelle Abgabe an die Bezirks-, an die Kreis- und an die Landesorganisation sind den Konferenzen dieser Sprengel überlassen. Wir schreiben im Hauptstatut nichts vor, sagen aber doch, daß der Beitrag in der Regel mindestens zwanzig Heller monatlich betragen soll, weil unter diesem Maße eine Organisationstätigkeit überhaupt nicht möglich ist. Anschließend daran finden Sie die Bestimmung, daß die Beiträge auf Quittungskarten, die zugleich als Parteilegitimation zu dienen haben, bestätigt werden. Ich würde allen Organisationen, die eine Bestätigung der bezahlten Beiträge bisher nicht eingeführt haben, raten, diese Mitgliedskarten einzuführen, ja, daß sie bei der Reformierung ihrer Landes- und Kreisstatuten, die ja im Anschluß an den Parteitag erfolgen wird, analog den Gewerkschaften und den politischen Vereinen die Bestimmung aufnehmen, daß, wer durch drei Monate seinen Beitrag nicht geleistet hat, aufhört, Mitglied zu sein. Bei diesem Punkte würde ich Ihnen gleich empfehlen, an Stelle des Wortes Quittungskarte das Wort Legitimationskarte zu setzen, weil dieses Wort dem, was wir wollen, besser entspricht.

Bei den Bestimmungen über den Parteitag war der Streit vornehmlich darüber, ob wir den Lokalorganisationen das Delegationsrecht aufrecht erhalten oder die Einschränkung auf die Bezirksorganisationen belassen sollen. Ich würde Sie sehr bitten, die Bestimmung, daß nur die Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen zur Delegation berechtigt sein sollen, aufrecht zu lassen. Ich mag ja hier nicht alles anführen, was dafür spricht, aber ein Argument möchte ich doch vorbringen: Unsere Lokalorganisationen sind mit Ausnahme der größeren Städte in der Regel so schwach, daß es ihnen ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Delegationskosten auf sich zu nehmen, und ich kenne zahlreiche Lokalorganisationen, die, wenn sie durchaus eine Delegation wollen, die Kosten auf die einzelnen Berufs- und politischen Organisationen aufteilen, die im Orte vereinigt sind und die ja selbst meist auch kein Geld haben. Und dann wird mittelst Subskriptionsbogen in den Werkstätten und Fabriken noch für die Delegation gesammelt, was wieder in kleinen Orten zu allerlei unleidlichen Zuständen führt. Und schließlich stürzt sich diese Organisation deswegen noch in Schulden, an denen sie jahrelang zu tragen hat. Also nicht aus Animosität gegen die Lokalorganisationen, sondern nur aus praktischen Gründen haben wir Ihnen diesen Vorschlag gemacht. Wie es nun in den größeren Städten einzurichten ist, ist auch nicht schwer zu sagen. Wenn die Genossen zum Beispiel in ihrem Kreisstatut festsetzen, daß Reichenberg oder Aussig oder Teplitz eine eigene Bezirksorganisation bildet, so ist gar nichts dagegen einzuwenden. In Wien bildet ja auch jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation. Ein Ersatz für ihr geringeres Delegierungsrecht ist auch darin zu finden, daß jede delegierungsberechtigte Organisation nicht wie bisher bloß einen Delegierten, sondern deren zwei zu schicken imstande ist, das heißt, wenn sie es imstande ist. Weiter haben wir das Delegierungsrecht der beruflichen Zentralorganisationen aufrecht erhalten. Ich habe ja schon Dienstag in meinem Referat gesagt, es war keine Absicht, die Zentralverbände vom Parteitag fernzuhalten, wir glaubten aber, daß das durch ihre Fachblätter ebenso wirksam geschehen könnte. Eine weitere Aenderung ist bezüglich der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages vorgenommen worden. Bisher konnte die Mehrheit der Organisationen die Einberufung verlangen. Aber dieser Begriff ist zu wenig fix, auch zu wenig klar, und wenn es einmal zu einem Streit gekommen wäre, so hätten wir selbst nicht gewußt, wie diese Mehrheit festzustellen sei. Darum haben wir jetzt festgesetzt, das 25 zur Delegation berechtigte Organisationen das Recht haben.

Nun kommen wir zur Parteivertretung selbst. Die Vermehrung der Mitglieder der Parteivertretung war ein allgemeiner Wunsch und wir

haben uns dahin geeinigt, daß die Parteivertretung durch eine Vermehrung der aus der Provinz gewählten Kontrollmitglieder ergänzt werde, wodurch den Provinzgenossen mehr Gelegenheit geboten werden soll, sich an den Beratungen der Parteivertretung zu beteiligen. Die Kommission schlägt Ihnen darum vor, die Anzahl der Mitglieder der Parteivertretung inklusive der Kontrolle von 16 auf 20 zu erhöhen, so daß die eigentliche engere Exekutive am Sitze der Parteivertretung 10 Mann zählt, die Kontrolle ebenfalls so viel. Zwei Mitglieder der Kontrolle müssen ja nach dem Statut am Sitze der Parteivertretung wohnen, so daß also 12 Mitglieder regelmäßig in Wien wären und 8 statt der bisherigen 6 in der Provinz. Weiter wurde bestimmt, daß außer dem Chefredakteur des Zentralorgans auch der Administrator an den Sitzungen der Parteivertretung mit beratender Stimme teilnehmen soll. Wir halten das deshalb für notwendig, weil der Administrator nicht nur die Administration des Zentralorgans besorgt, sondern auch ein für die Parteivertretung außerordentlich wichtiges Verwaltungsorgan ist, das wir bei unseren Sitzungen immer dabei haben wollen. Wir sind auch den Forderungen der Frauen, die sie in ihren Anträgen niedergelegt haben, entgegengekommen, und ich glaube, sie werden damit zufrieden sein. Wir haben jene Bestimmung, die im Statut mit „eventuell“ verklausuliert war, nun konkreter gefaßt und sagen: daß Bezirks- und Kreisorganisationen, wo eine Frauenorganisation besteht, das Recht haben, außer dem männlichen Delegierten auch eine Genossin zu entsenden. Mehr als dieses Recht haben auch die männlichen Delegierten nicht. Es ist also ihrem Wunsche und insbesondere dem Antrag der Genossin Königstetter vollauf entsprochen worden.

Ich wäre nun mit den grundsätzlichen Aenderungen eigentlich fertig und schlage Ihnen bei der eventuell folgenden Beratung folgenden Vorgang vor: Die Genossen haben ja, da die Generaldebatte absolviert ist und da der allergrößte Teil der in den Anträgen wie in dem schätzenswerten, uns übermittelten Material der Genossen Bernstein und Rain (Gmünd) niedergelegten Anregungen von uns berücksichtigt wurde, wohl keinen Anlaß zu längeren Debatten und wir könnten Punkt für Punkt die einzelnen Materien vornehmen und über die einzelnen Punkte auch abstimmen.

Der Parteitag erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Spezialdebatte.

Skaret: Die §§ 1 bis 4 über Parteiangehörigkeit bedürfen keiner näheren Erläuterung.

Laser (Stockerau): Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um eine stilistische Aenderung im § 3 vorzuschlagen. Das erweckt den Anschein, als ob wir von jedem Gewerkschafter verlangen würden, daß er der Partei angehört, was wir doch gar nicht können. Deshalb muß das stilistisch anders gefaßt werden.

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Der Einwand des Genossen Laser ist berechtigt; es würde sich empfehlen, daß man dort das Wort „sozialdemokratisch“ einfügen würde.

Skaret: Ich glaube, daß dieser Zusatz doch nicht gar so dringend ist. Das Parteistatut bezieht sich selbstverständlich nur auf Parteigenossen und ich beantrage daher die Ablehnung.

Pernerstorfer: Es soll aber doch dem Schlagwort begegnet werden, als ob wir einen Gewerkschafter zur Partei zwingen wollten.

Bei der Abstimmung wird der Absatz mit dem Zusatz „sozialdemokratisch“ im § 3 angenommen.

Dadurch entfällt der Antrag Schlemmer und der Antrag Eger.

Skaret: Wir kommen nun zu den §§ 5 bis 7 über Gliederung der Parteiorganisation. Der § 5 ist in der Kommission anders und, wie wir meinen, klarer stilisiert worden. Statt von „Straßen- und Häuservertrauensmännersystem“ spricht das Statut jetzt von der Straßen- und Häuserorganisation. Dazu liegt ein Zusatzantrag Grassinger-Heinzl vor,

daß es heißen soll: „Für die großen Städte ist eine besondere Gliederung in den Organisationsstatuten der betreffenden Kronländer festgelegt.“ Es ist doch ganz unnötig, das ins Statut der Partei einzubeziehen, weil, wie ich bereits früher ausführte, es ganz selbstverständlich ist.

Patzelt (Gablonz): Jeder einzelne soll verpflichtet sein, der Parteiorganisation anzugehören. Deshalb soll das auch im Parteistatut ausgedrückt sein durch folgenden Antrag: „Parteigenossen und Genossinnen in Orten, wo keine Lokalorganisation besteht, haben sich, solange keine eigene Organisation möglich ist, der nächstgelegenen Lokal-, eventuell der zuständigen Bezirksorganisation anzuschließen.“

Bei der Abstimmung wird § 5 über Lokalorganisationen in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Skaret: Dadurch erledigt sich auch folgender Antrag Beutel: Nachdem noch in verschiedenen Organisationsbezirken die Organisation nicht auf Grund politischer Vereine durchgeführt ist, möge der Parteitag beschließen: „Die Formation und der Ausbau der politischen Organisation haben im Sinne der Ausführungen des Referenten Genossen Skaret auf Grund von politischen Vereinen zu erfolgen.“

Die §§ 6 und 7 über Bezirks- und Landesorganisationen werden angenommen.

Skaret: Zu §§ 8 und 9 über Parteibeiträge hat Behr-Leipa den Antrag gestellt: „Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, außer der direkt an die Reichsparteivertretung abzuliefernden Steuer auch den von den betreffenden Organisationen festgesetzten Beitrag in den Lokal- und Bezirks-, beziehungsweise Kreis- und Landesparteifonds zu entrichten.“ Das ins Statut aufzunehmen, geht nicht an. Die Sache ist doch sehr einfach. Drei Monate wird im Verein die Zahlung gestundet; erfolgt sie nicht, dann hört der Mann auf, Parteigenosse zu sein. Das ist die einzige Bestimmung, die nützen kann, zumal doch im § 9 die Legitimationskarte obligatorisch eingeführt wird.

§ 9 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Skaret: Zu den §§ 10 und 11 liegt ein Antrag vor von Genossen Pölzer, der will, daß es heißen soll: „Der Bezirksvertrauensmann, dessen Wahl jedesmal im Anschluß an den Parteitag zu erfolgen hat, wenn es durch die Statuten der Landesorganisation nicht bereits geregelt ist.“ Dann ein Antrag von Grassinger-Heinzl auf Streichung des im ersten Entwurf enthaltenen Passus: „... dessen Wahl jedesmal im Anschluß an den Parteitag zu erfolgen hat.“ Ein Antrag Schleifer will, daß die Wahl vor dem Parteitag stattfinden soll. Wir haben eine Fassung gewählt, bei der es den betreffenden Organisationen überlassen bleibt, die Frage zu lösen, wie es ihnen am besten scheint.

Die §§ 10 und 11 werden in der Fassung des Entwurfes angenommen. Damit sind die anderen Anträge erledigt.

Skaret: Bei § 12 über die weiblichen Vertrauenspersonen haben wir eine Fassung beschlossen, die dem Antrag der organisierten Frauen Wiens vollauf Rechnung trägt.

Reumann: Es heißt hier, daß die Adressen der weiblichen Vertrauenspersonen dem Frauenreichskomitee mitzuteilen sind. Es steht aber gar nicht darin, wer eigentlich das Frauenreichskomitee ist. Deshalb stelle ich den Zusatzantrag: „Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, gewählt. Für die Art der Durchführung der Wahlen sind die von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen maßgebend.“

§ 12 wird mit dem Zusatzantrag Reumann angenommen. Dadurch ist der von den organisierten Frauen Wiens gestellte Antrag erledigt.

Skaret: Als § 13 über Jugendorganisation hat die Kommission den Antrag Danneberg eingefügt.

§ 13 wird angenommen.

Skaret: Zu den §§ 14 bis 19 über den Parteitag liegt ein Antrag Schloßnikel vor, daß es über das Delegierungsrecht heißen soll: „Die Delegierten der Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen.“ Ich habe schon auseinandergesetzt, was uns bestimmt hat, die Delegierung erst bei der Bezirksorganisation anfangen zu lassen. Außerordentliche Parteitage sollen auch auf Verlangen von fünfundzwanzig zur Delegation berechtigten Organisationen stattfinden. Der Antrag der Bezirksorganisation III, die Mehrheit der Organisationen solle das erst verlangen können, ist unpraktisch, da man doch sehr viel darüber streiten könnte, wie viel delegierungsberechtigte Organisationen es gibt.

Der Abschnitt wird in der Fassung des Entwurfes angenommen. Damit ist der Antrag Schloßnikel, der Antrag der organisierten Frauen Wiens, erledigt: „Agitationsbezirke, respektive Kreisorganisationen, in welchen sich die Genossinnen an der Parteiarbeit beteiligen, haben diese bei der Delegierung zu berücksichtigen“; ebenso ein gleichlautender Antrag Königstetten und der Antrag Forstner: „Bei Vorhandensein einer Frauenorganisation soll mindestens je eine Kreisorganisation eine Frau delegieren“; weiter der Antrag der Bezirksorganisation Wien III.

Skaret: Die §§ 20 bis 22 handeln von der Reichsparteivertretung und Kontrolle. Hier lagen eine Reihe von Anträgen vor, die auf Vermehrung der Mitgliederzahl abzielten und die sich mit der Zusammensetzung der Kontrolle beschäftigten oder die Aufhebung des bisherigen Verbotes: daß Reichsratsabgeordnete in die Kontrolle nicht wählbar sind, forderten. Wir haben in der Kommission allen diesen Anträgen voll und ganz Rechnung getragen und ich bitte Sie deshalb um Annahme des vorliegenden Entwurfes.

Die §§ 20 bis 22 werden angenommen.

Skaret: Von Winarsky, Bretschneider und Emmerling wird folgender neuer Absatz beantragt: „Die Preßkommission besteht aus fünf Mitgliedern, welche von den Wiener Delegierten am Parteitag aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Preßkommission übt die Kontrolle über die finanzielle Gebarung der in Wien erscheinenden Parteipresse aus. Die Funktionsdauer der Mitglieder der Preßkommission währt bis zum nächsten Parteitag. Ein Mitglied der Preßkommission ist zu jenen Sitzungen der Parteivertretung einzuladen, in welchen Angelegenheiten der Parteipresse behandelt werden.“

Ein Zusatzantrag Hummel, Sigl, Pölzer und Bretschneider verlangt, daß in die Obliegenheiten des Parteitages die Wahl der Preßkontrollkommission eingereiht werde. Nun ist die Preßkommission eine rein lokale Instanz, dazu bestimmt, die „Arbeiter-Zeitung“, die „Arbeiterinnen-Zeitung“ (Adler: Und die „Volkstribüne“!)... also auch diese zu kontrollieren. Sie hat nur Wiener Blätter zu kontrollieren, und nur der Wiener Lokalorganisation, beziehungsweise den Bezirksorganisationen über das Ergebnis der Kontrolle Bericht zu erstatten. Bisher ist sie aus je einem Vertreter der früheren fünf Wiener Wahlkreise zusammengesetzt gewesen. Da diese aufgehört haben, besteht keine Organisation für ihre Wahl mehr. Das dürfte der Beweggrund sein, daß die Genossen die Kommission vom Parteitag gewählt wissen wollen. Wir sind der Meinung, daß, da die Kommission eine Wiener Instanz ist, ihre Wahl der Lokalorganisation zu überlassen und nicht eine neue Reichsinstanz zu schaffen sei, die sie nicht ist und nicht sein kann. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Adler: Ich möchte, daß Sie völlig im klaren sind. Genosse Skaret hat ein Moment nicht ausdrücklich hervorgehoben, von dem ich wünsche, daß sich die Genossen klar darüber seien. Wenn vollständige Klarheit besteht, dürfte der Antrag zurückgezogen werden. Das Verhältnis der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist nämlich ein zweifaches. Sie sind ebenso Zentralorgane der Partei — als solche unterstehen sie selbstverständlich der Parteikontrolle und werden von ihr revidiert — als sie Wiener Lokalorgane sind und so wie alle anderen niederösterreichischen Blätter einer lokalen Preßkommission unterstehen. Es besteht kein Grund, die Kontrolle

durch die Gesamtpartei zu verdoppeln. Wir müssen aber das Recht der Wiener Genossen auf Kontrolle ihrer Lokalblätter unberührt lassen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag, der aus einem technischen Umstand entstanden ist, abzulehnen.

Die Anträge werden zurückgezogen.

Die §§ 23 (Reichskonferenz), 24 (Zentralorgan der Partei), 25 (Parteipresse) werden ohne Debatte angenommen.

Skaret: § 26 über die Kandidaturen soll lauten: „Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesparteivertretung, wo diese fehlt, von der Kreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Vertrauensmänner der Wahlbezirke vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der von den Vertrauensmännern der Wahlbezirke erstatteten Vorschläge. Die endgültige Entscheidung über die Reichsratskandidaturen vor allgemeinen Neuwahlen erfolgt für die Reichsratswahlen durch eine Reichskonferenz.“ Ein Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII will, daß der erste Satz lautet: „Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat und Landtag ist von der Bezirks- oder Kreisvertretung gemeinsam mit der Reichsparteivertretung oder Landesparteivertretung vorzunehmen.“ Ein Antrag der Preßkommission, eingebracht von Genossen Kütt, will folgende Fassung: „Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat, respektive den Landtag wird von den Vertrauensmännern der Wahlbezirke im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung, respektive der Landesparteivertretung vorgenommen; ist ein Einvernehmen nicht zu erzielen, so entscheidet endgültig die Reichskonferenz, respektive die Landeskonferenz. Diese Anträge sind eigentlich mit denen der Kommission so gut wie vollkommen identisch. Es ist derselbe Gedanke nur anders stilistisch ausgedrückt. Wenn wir nun sieben Jahre mit der Bestimmung, die die Kommission wieder vorschlägt, ausgekommen und dabei ganz gut gefahren sind, ist kein Anlaß da, sie zu ändern.

Kütt (Wien): Es ist nicht nur ein Unterschied im Stil zwischen unserem Antrage und dem der Kommission. Wir wünschen, daß das Wort „Anhörung“ wegkommt. Dieses Wort bedeutet, daß man anhört, aber tun kann, was man will Für den Fall, daß kein Einvernehmen zu erzielen ist, bleibt ja auch nach unserem Antrage der Reichskonferenz die Entscheidung.

Skaret: Genosse Kütt meint, daß das Wort „Anhörung“ zu wenig Rechte einräumt. Aber sagen Sie uns doch den Fall, wo wir trotz diesem Worte nicht gemeinsam vorgegangen wären. Solche Fälle können nur bei sehr übertreibender Einbildung bestehen. Wo haben wir nicht versucht, im Einvernehmen vorzugehen?

Adler: Es ist begreiflich, daß dieser wichtige Punkt eine Diskussion hervorgerufen hat. Die Kommission hat nach längerer Diskussion beschlossen, an dem bisherigen Wortlaut nichts zu ändern. Solche Bestimmungen sind viel weniger wichtig durch ihren Wortlaut als durch die Durchführung, zu der man nach den Erfahrungen gekommen ist. Es ist begreiflich, daß sich, da wir früher weniger mit der Lösung von Kandidatenfragen beschäftigt waren, infolge der geringen Erfahrungen Schwierigkeiten vorgekommen sind; aber nicht, weil der Wortlaut ungenügend ist, sondern weil wir uns in diese Dinge erst einleben müssen. Wir glauben nun, daß gerade durch das Wort „Anhörung“ etwas ausgedrückt ist, was im Antrag Kütt nicht so deutlich zum Ausdruck kommt. Wir wünschen, daß die Parteigenossen einen Vorschlag machen, ihn der Parteivertretung mitteilen, so daß die Parteivertretung verpflichtet ist, ihn anzuhören, das heißt: zu diskutieren und zu erörtern. (Kütt: Um das dreht es sich!) Nun, was ändert sich denn, wenn Sie das Wort „Einvernehmen“ hinsetzen? (Kütt: Warum sträuben Sie sich dann dagegen?) Ich will eben sagen, daß ich mich gar nicht sträube. Ich lege kein so großes Gewicht auf den Wortlaut. Ob dieser Wortlaut oder ein anderer, darauf kommt es nicht an. Ich lege nur Wert darauf, daß sich diese Bestimmung schon einmal erprobt hat, und darum wünsche ich keine Aenderung vorzunehmen. Ich glaube, bei Aufrechterhaltung der alten Bestimmung fahren wir besser, weil

sie klarer ist. Aber eine wesentliche Aenderung wird sich nicht ergeben. Wir haben mehr damit zu tun gehabt als Sie und Sie können deshalb auch auf unsere Erfahrungen Rücksicht nehmen. Wir werden mit einer und mit der anderen Fassung auskommen. Eine alte, eingelebte Bestimmung bestehen zu lassen, wenn man ihr Wesen nicht ändert, ist besser als eine neue Stilisierung.

Schiller (Reichenberg): Diese Diskussion ist nicht grundlos. Ich würde auch dafür sein, eine andere Stilisierung zu schaffen. Ich meine, daß bei einer Wahl in erster Linie der Wahlkreis Vorschläge zu machen hat. Er soll nicht nur angehört werden, sondern man soll sich mit ihm ins Einvernehmen setzen. Wir haben bei den letzten Wahlen erst gehört, wen man uns vorschlagen will, als Genosse Schäfer aus Wien von der Konferenz zurückkam und es sagte. Man hat ja keine Opposition gemacht und hat die Vorschläge, die sich auf Wahlkreise bezogen, die man für gut gehalten hat, bestätigt. Es ist ein berechtigtes Verlangen, daß andere Bestimmungen getroffen werden und die Wahlbezirke das Vorschlagsrecht haben.

Pernerstorfer: Die letzten Wahlen waren ein außerordentliches Ereignis. Wir hatten mehr als zweihundert Bezirke zu besetzen, und da war die Parteivertretung verpflichtet, die Sache so zu machen, daß die Parteigenossen, die von der ganzen Parteigenossenschaft Oesterreichs als die tauglichsten befunden wurden, in Bezirke kommen, die aussichtsreich erschienen sind. Ich glaube, daß wir dabei alle Parteigenossen hinter uns gehabt haben. Sie werden aber keinen Fall nennen können, wo wir imperativ vorgegangen wären und nicht mit den Vertrauensmännern Verhandlungen gepflogen hätten. Bei den nächsten Wahlen wird die Situation ganz anders und leichter sein. Das Wort „Anhörung“ ist viel stärker als das Wort „Einvernehmen“, denn es verpflichtet die Parteivertretung zu viel mehr. Es ist ein Streit um ein Wort. Warum soll man Ihnen nicht das Vergnügen machen, das andere hineinzunehmen? Wenn keine Einigkeit zustande kommt, hat doch in jedem Falle die Reichskonferenz die Entscheidung. Ich beantrage den Zusatz: ... und im Einvernehmen mit ihnen. (Pölzer: Da bleibt aber doch die Anhörung!) Wenn Sie den Antrag nicht annehmen, führen Sie nur einen Streit um ein Wort.

Pölzer (Wien): Die Genossen Adler und Pernerstorfer sagen, es liege ihnen an dem Worte nichts. Aber das Wort klingt herrisch, man denkt da an Anhören und Wegschicken und Tun, was man will. Wenn Sie „Einvernehmen“ sagen, klingt es mehr demokratisch. Ich glaube, die Bezirksvertrauensmänner können nicht anders stimmen als für unseren Antrag und die Parteivertretung wird auch nicht schlechter dabei fahren.

Albrecht (Reichenberg): Ich war Parteisekretär des neunten Wahlkreises von Böhmen und habe doch von den Kandidaturen vorher nichts gewußt. Aus Reichenberg waren jedoch zwei Genossen bei der Landesausschußsitzung in Teplitz und dort ist die Sache ausgemacht worden. Genosse Adler weiß doch auch sehr gut, wie die Dinge gingen. Das Wort „Anhörung“ paßt uns nicht! Wir stimmen für den Antrag „im Einvernehmen“.

Gion (Wien): Der Streit konnte nur entstehen, weil der Satz unrichtig aufgefaßt wurde. Im § 26 heißt es doch gleich im Anfang, daß die Kandidaten von der Parteivertretung gemeinsam — darin liegt die Wichtigkeit — mit den Vertrauensmännern der Wahlbezirke aufgestellt werden. Man braucht das doch nicht nochmals zu sagen und dabei kann man das Wort „Anhören“ ersparen. Streichen Sie den letzten Satz des ersten Absatzes und die Sache ist erledigt.

Adler: Was Genosse Gion sagt, ist ganz richtig. Ich habe aber auch nichts einzuwenden, wenn das Wort „Einvernehmen“ darin ist. Genosse Pölzer ist im Irrtum, wenn er meint, daß der Demokratie etwas genommen wird, wenn es bei dem einen Worte bleibt. Das „Anhören“ stiert's Ihnen! (Heiterkeit.) Ich bin wieder froh, wenn ich angehört werde; ich muß froh sein, wenn Sie mir zuhören. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie legen das Hauptgewicht auf das Wort „Anhören“ und wir wollten das Hauptgewicht auf das Wort

„Vorschläge" legen. In diesem Worte, das durch den Antrag Kütt beseitigt wird, liegt das Recht der Initiative der Wahlkreise, und gerade die ist die Hauptsache. Wenn Sie aber glauben, daß die Rechte der Vertrauensmänner der Wahlkreise in irgend einer Weise beeinträchtigt wurden, so nehmen wir Ihren Antrag an. Daß Genosse Albrecht bei dem Riesenbezirk Reichenberg nicht überall eingeweiht war, ist nicht Schuld dieser Bestimmung, sondern Schuld des Umstandes, daß man sich so rasch der neuen Wahlkreiseinteilung nicht anpassen konnte. Bei einem solchen Riesengebiet kann man nicht an allen Orten gleichzeitig sein.

Die Genossen **Sever, Schimböck** und **Ellenbogen** beantragen, daß es heiße: „... nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke".

Skaret: Da wir durch das Reden zusammengekommen sind (Heiterkeit), schlage ich Ihnen diese nunmehr vorgenommene Fassung vor.

Schäfer bemerkt gegenüber den Behauptungen des Genossen Albrecht, daß er, so oft er aus einer Konferenz kam, dem Reichenberger Wahlkreisausschuß sofort berichtet hat.

Es wird nun § 26 in der Fassung der Kommission mit der Aenderung „... nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke" angenommen.

§ 27 über Ausschluß aus der Partei wird mit stilistischen Abänderungsanträgen der Genossen Laser (Stockerau) und Pernerstorfer angenommen.

Vorsitzender **Schäfer**: Bei § 28 über Abänderung der Organisation wird verlangt, daß ein Datum für das Inkrafttreten des Statuts festgesetzt werde. Das ist überflüssig. Es gilt vom Tage der Beschlußfassung an.

Damit ist die Beratung des Statuts beendet.

Skaret: Es liegt der Antrag der Bezirksorganisation Böhmisch-Leipa vor: „Der Parteitag wolle die Parteileitung beauftragen, das Organisationsstatut nebst Programm der Partei in Separatabdruck herstellen zu lassen und an die Organisationen zum Selbstkostenpreis abzugeben, so daß jedem Parteisteuer zahlenden Genossen ein Exemplar zugestellt werden kann." Dann der Antrag Grassinger-Heinzl, daß die Statuten der Landes- und Kreisorganisation angefügt werden. Ich bitte, diese Anträge der Parteivertretung zuzuweisen. Der Antrag wird angenommen.

Skaret: Nun komme ich zu einem ganz speziellen Antrage der Kommission. Ich habe im Referat und als Berichterstatter der Kommission erwähnt, daß die Mittel, die der Partei bisher zur Verfügung stehen, unmöglich ausreichen, daß den Anforderungen, die an sie wegen Agitation und Organisation auch in friedlichen Zeiten gestellt werden, nicht genügt werden kann, geschweige denn in Kriegszeiten, wie etwa bei Wahlen. Diese Anschauung ist auch auf dem Parteitag allgemein anerkannt worden. Selbstverständlich erklärte auch die Kommission, daß die Partei mehr Mittel braucht, wenn sie den Anforderungen gewachsen sein soll, die an sie gestellt werden. Deshalb erlaubt sich die Kommission folgenden Antrag zu stellen:

Um die Parteivertretung in den Stand zu setzen, den gesteigerten Bedürfnissen der Partei zu genügen, beschließt der Parteitag:

Die Bezirksorganisationen haben von ihren regelmäßigen Einnahmen allmonatlich mindestens zehn Prozent an die Reichsparteivertretung abzuliefern. Der Beschluß ist im Einvernehmen mit den Bezirksorganisationen, respektive dort, wo die Organisationsverhältnisse es bedingen, mit den Kreis-, beziehungsweise Landesorganisationen durchzuführen.

Ich glaube, daß sich gegen diesen Antrag kaum eine Stimme erheben dürfte. Ich teile bei dieser Gelegenheit mit, daß dieser Antrag schon gestern in einer Sitzung der Wiener und der übrigen niederösterreichischen Delegierten angenommen wurde, weil die Genossen wissen, daß sie sich der Verpflichtung nicht entziehen können, wenn die Partei schlagfertig sein soll. Auch die steirischen Genossen haben schon erklärt, in dieser Form mitzuhelfen. Ich glaube, daß

eine weitere Diskussion kaum mehr nötig ist, und ich bitte im Interesse der gemeinsamen Sache, diesmal nicht so sehr Ihre Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landesverhältnisse zu berücksichtigen, sondern mit beizutragen, daß auch ein weiteres allgemeineres Interesse: das Gesamtparteiinteresse befriedigt werde.

(Der Antrag wird angenommen.) **Skaret:** Damit ist auch der Antrag Ellenbogen: Die politischen Organisationen haben die Pflicht, von ihren Jahreseinnahmen 20 Prozent vierteljährlich an die Parteivertretung abzuliefern, erledigt.

Skaret: Wenn nun nach dem neuen Statut alle Kräfte zusammenwirken und wir das Erforderliche tun, damit uns die nötigen materiellen Mittel nicht fehlen, werden wir großen bedeutsamen Kämpfen, sei es bei Wahlen oder was sonst immer, mit mehr Beruhigung als bisher entgegensehen können. Mit der größeren, auf das neue Organisationsstatut aufgebauten Schlagkraft wollen wir nunmehr hoffen, daß wir neuen Siegen entgegengehen. (Lebhafter Beifall.)

Wahl der Parteivertretung.

Tuppy: Das Komitee, das zur Erstattung von Vorschlägen für die Parteivertretung eingesetzt wurde, hat zwei Sitzungen abgehalten und ist zu dem Ergebnis gelangt, das Sie in der Ihnen vorgelegten Kandidatenliste sehen. Wir konnten schon mit der Vermehrung der Mitgliederzahl auf zwanzig rechnen und haben auch nach diesem Parteibeschluß die Liste zusammengestellt. Es wird darnach auch dem Frauenreichskomitee in der Parteivertretung eine Vertretung gegeben. Ich schlage also folgende Genossen zur Wahl in die Parteivertretung vor:

Dr. Viktor Adler,
Heinrich Beer,
Dr. Wilhelm Ellenbogen,
Karl Höger,
Engelbert Pernerstorfer,
Adelheid Popp,
Jakob Reumann,
Karl Seitz,
Ferdinand Skaret,
Josef Tomschik,
Anton Schrammel (Wien),
Franz Schuhmeier (Wien),
Anton Schäfer (Böhmen),
Josef Seliger (Böhmen),
Hans Resel (Steiermark),
Dr. Ludwig Czech (Mähren),
Matthias Eldersch (Schlesien),
Julius Spielmann (Oberösterreich),
Wilhelm Eich (Kärnten),
Robert Preußler (Salzburg, Tirol und Vorarlberg).

Von diesen zwanzig Gewählten sind die letzten zehn mit der Funktion der Kontrolle betraut.

Vorsitzender **Schäfer:** Ich bitte die fünf Mitglieder der Wahlkommission, gleich die Stimmzettel einzusammeln und das Skrutinium zu übernehmen. (Geschieht.) Ich unterbreche die Sitzung bis 1 Uhr nachmittags.

(Nachmittagssitzung.)

Den Vorsitz führt **Pernerstorfer.**
In Verhandlung steht der Punkt:

Die Lebensmittelteuerung.

Dr. **Karpeles:** Als wir vor drei Jahren in Salzburg über die Lebensmittelteuerung diskutierten, handelte es sich darum, nachzuweisen, daß die Preissteigerung von Weizen und Mehl nicht durch die tatsächlichen Verhältnisse

der Ernte gerechtfertigt sei, sondern nur die verbrecherischen Treibereien der österreichischen und ungarischen Agrarier im Verein mit der Budapester Börse die Erhöhung der Preise verschuldet haben. Heute aber stehen wir vor einer ganz anderen, viel ernsteren Situation. Gegen das, was sich heute abspielt, sind die Verhältnisse vor drei Jahren ein Kinderspiel. Nicht nur bei fast allen Lebensmitteln, sondern bei fast allen Artikeln überhaupt haben wir Preissteigerungen in solchem Maße zu verzeichnen, daß direkt von einer Entwertung des Geldes gesprochen werden muß. Diese Preissteigerung, die vor ungefähr eineinhalb Jahren eingesetzt hat, hat seit dieser Zeit ununterbrochen Fortschritte gemacht und ist noch keineswegs beendet. Es ist dadurch ein Zustand in Oesterreich herbeigeführt worden, der für die Arbeiter und alle Konsumenten einfach unerträglich ist, der vor allem die Arbeiterschaft eines großen Teiles der Errungenschaften beraubt, die sie sich im opfervollen gewerkschaftlichen Kampfe erobert hat. Nun ist es gar keine Frage, daß sowohl die Agrarier als auch die Industriellen vor drei Jahren und zu jeder anderen Zeit gerade so beutelustig gewesen sind wie heute und daß, wenn es jetzt möglich ist, derart ungeheuerliche Preistreibereien zu veranstalten, ganz besondere Verhältnisse vorhanden sein müssen. Derartige besondere Verhältnisse haben wir allerdings zu verzeichnen. Wir haben 1905 und 1906 zwei geradezu glänzende Ernten gehabt, und besonders die des Jahres 1906 war sowohl in ihrer Qualität als Quantität die ergiebigste, die die Monarchie jemals gehabt hat. Dieser glänzende Ernteausfall tritt nun zusammen mit einer ganz außerordentlichen Konjunktur in der Industrie, mit einer Konjunktur, wie wir sie seit vielen Jahren nicht gehabt haben; einer Konjunktur, die plötzlich da war, ohne daß man irgendwie darauf vorbereitet gewesen wäre, und die sich nicht nur auf Oesterreich beschränkt, sondern die ganze Welt umfaßt. Es ist eine glänzende Weltkonjunktur, an der zum erstenmal Oesterreich wirklich teilnimmt, und die in einem solchen Ausmaße unsere Produktion befruchtet, daß sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie in den letzten Jahren Profite eingeheimst haben, die die kühnsten Erwartungen übertrafen. Wie diese Konjunktur wirkt, brauche ich Ihnen nicht weiter zu schildern. Sie wissen zum Beispiel, daß es heute ganz unmöglich ist, Garn zu bekommen, jetzige Bestellungen können nicht vor Ende 1908 effektuiert werden. Bestellungen auf Drähte oder Bleche werden nur zu vorher ganz unbekannten Lieferfristen angenommen. Wir haben die ganz neue Tatsache zu verzeichnen, daß österreichische Fabriken Aufträge von Textilmaschinen für England bekommen und daß auf der anderen Seite in der nächsten Woche eine Reihe von Betrieben in Wien und Niederösterreich englische Kohle beziehen wird, weil es unmöglich ist, auch zu den wahnwitzigen Preisen, die die österreichischen Kohlenbarone fordern, überhaupt genug Kohle zu erhalten. Ich könnte diese Beispiele beliebig vermehren, denn fast jede Industrie nimmt an dieser glänzenden Konjunktur teil.

Zu dieser Konjunktur kommt hinzu die ständige Vermehrung der Bevölkerung und die fortschreitende Entwicklung Oesterreichs vom Agrarstaat zum Industriestaat, und endlich fällt diese Konjunkur gerade in die Zeit, in der der neue Zolltarif Gesetz wird, in der der Abschluß der Handelsverträge der Industrie die Sicherheit bringt, eine längere Reihe von Jahren mit bestimmten Produktionsverhältnissen rechnen zu können. Bei der Herstellung des Zolltarifs und der Handelsverträge haben die Agrarier und Industriellen einträchtig zusammengearbeitet und sich gegenseitig ihre Forderungen bewilligt, die Agrarier den Industriellen und, in der dümmsten Weise, die Industriellen den Agrariern, und nun können sie die Beute teilen. Die Profite, die heute in Oesterreich gemacht werden, übersteigen alles, was Oesterreich je gesehen hat. Wenn in den letzten Tagen die Prager Eisenindustriegesellschaft 42½ Prozent Dividende zu zahlen beschloß, nachdem sie ihre inneren Reserven ungeheuer gestärkt hatte, so ist das nur ein Beispiel dafür, wie es heute dem Unternehmertum Profite regnet.

Nun hat diese außerordentliche Konjunktur sowohl die Agrarier als auch die Industriellen wenigstens in einer Hinsicht nicht unvorbereitet gefunden:

Agrarier und Industrielle haben seit einer Reihe von Jahren daran gearbeitet, sich zu organisieren, und ernten nun die Frucht dieser Organisationsarbeit. Was heute in Oesterreich die Industrie aus ihren Kartellen herausholt, was durch die Organisationen der Landwirtschaft erzielt wurde, das läßt sich nicht so ohneweiters beschreiben; aber es ist eine Tatsache, daß diese Organisationsbestrebungen in der Industrie und Landwirtschaft von uns viel zu wenig beobachtet und gewürdigt worden sind. Wir haben heute in Oesterreich die sogenannte landwirtschaftliche Zentralstelle zur Vorbereitung der Handelsverträge unter der Führung des Reichsritters v. Hohenblum, der ganz gewiß der frechste Bursche ist, der ja an der Spitze einer wirtschaftlichen Organisation gestanden ist und den man, wenn er auch von manchen von uns nicht ernst genommen wird, doch im Ackerbauministerium sehr ernst nimmt. Wir sehen, daß heute die österreichischen Landwirte bis ins letzte Dorf hinaus organisiert sind und oft eine viel genauere Kenntnis über die Vorgänge auf dem Weltmarkt besitzen, als sie bei den industriellen Arbeitern zu finden ist. Das ganze landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat in den letzten drei Jahren eine außerordentliche Entwicklung durchgemacht. Wir haben in Oesterreich rund 6000 landwirtschaftliche Genossenschaften mit einem ungeheuren Umsatz in ihren Kreditinstituten und mit einer außerordentlich wirksamen Organisation zur Verteuerung der Produkte, und zu einer Zeit, wo die Industrie allgemein unter der Geldknappheit leidet und die ersten Firmen 6 Prozent für den Kredit zahlen müssen, sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Lage, sich durch ihre Raiffeisenkassen Betriebskredite zu 4 und $4^1/_2$ Prozent zu verschaffen. Was die landwirtschaftlichen Genossenschaften leisten können, zeigt vor allem das Beispiel von Dänemark, das auf die Entwicklung der deutschen und österreichischen landwirtschaftlichen Genossenschaften von maßgebendem Einfluß geworden ist, und es ist keine Frage, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Oesterreich dieselbe Entwicklung nehmen wird. In Dänemark ist in den letzten fünfundzwanzig Jahren die Vermehrung der Ausfuhr der agrarischen Produkte ausschließlich die Folge der Tätigkeit dieser Genossenschaften. Der Wert der Ausfuhr an Butter, Speck und Eiern ist in dieser Zeit von 42 Millionen auf 270 Millionen Mark gestiegen, wobei ich bemerke, daß ein sehr großer Teil dieser Ausfuhr direkt in die Magazine der englischen Großeinkaufsgesellschaft wandert und daß der englische Arbeiter sein Frühstück, das ja gewöhnlich aus Butter, Speck und Eiern besteht, so in einer Qualität erhält, die besser ist, als sie sich ein Millionär verschaffen kann, und das zu einem bedeutend niedrigeren Preis, als wir für eine schlechtere Qualität. Das ist ein Fingerzeig dafür, wie die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die heute bei uns nichts als Organisationen zu Preistreibereien sind, bei vernünftiger Leitung nicht nur zum Besten der Landwirte, sondern auch zum Wohle der konsumierenden Arbeiterschaft wirken können, wenn sie direkt mit den Konsumorganisationen der Arbeiterschaft in Verbindung treten.

Wie sich die Preise der einzelnen Artikel in den letzten Jahren entwickelt haben, setze ich als bekannt voraus. Ich kann nicht von all den hundert verteuerten Artikeln angeben, wie die Preise heute sind und wie sie vor zwei Jahren standen. Nur an einigen Beispielen soll die große Teuerung gezeigt werden. Vor einem Jahre war aus Budapest das Mehl zum Preise von 24 Kr. zu beziehen, heute muß man 34 Kr. zahlen. Die Folge davon ist, daß die Wiener Bäcker den Laib Brot um 40 bis 50 Dekagramm — also rund ein halbes Kilogramm — leichter als im vorigen Jahre machen. Was das im Haushalte der Arbeiter bedeutet, brauche ich nicht weiter zu schildern. Und wir haben diese Verteuerung nicht allein. Sie haben die Steigerung der Milchpreise, die nicht vielleicht erst bevorsteht, sondern die zu einem ziemlichen Teile schon eingetreten ist, ohne daß man Lärm schlagen konnte. Die Agrarier haben schon im Frühjahr den Milchpreis zunächst um eine Kleinigkeit erhöht und die Milchhändler zunächst vorbereitet, daß eine wesentliche Erhöhung bevorsteht, die die Zwischenhändler nicht allein tragen werden können. Wenn nun diese Bestrebungen vorläufig abgeschlagen wurden,

so glaube ich doch, daß die Spanne Zeit nicht vielleicht gar groß sein wird, bis die Erhöhung trotzdem wirksam wird.

Am 22. September fand wieder eine Versammlung von Milchproduzenten, und zwar von Großgrundbesitzern in Wien statt. Die „Wiener Landwirtschaftliche Zeitung" brachte hierüber einen Bericht, nach dem Landesausschuß v. Pirko ausführte: „Die Aktion zur Anpassung des Milchpreises an die erhöhten Erzeugungskosten nehme ihren Fortgang und die Sektion werde schon demnächst, sowie die Marktlage es angezeigt erscheinen lassen werde, das Losungswort an die Milchwirte hinausgehen lassen." Dann berichtet die „Wiener Landwirtschaftliche Zeitung" weiter: „Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, aus der hervorging, daß die Milchpreiserhöhung allen Landwirten als etwas Unausweichliches, als etwas, was trotz allen Lärmens kommen muß, erscheint. Es wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß nun eine möglichst große Anzahl von Milchwirten mit der Preiserhöhung den Anfang machen soll — und das werde auch geschehen. Dann werden auch die übrigen bald nachfolgen." Ja, Genossen, daß die Landwirte „überzeugt" sind, daß die Milchpreiserhöhung unausweichlich ist, das glaube ich schon; es wird sich nur darum handeln, ob die Landwirte ihren Plan werden durchsetzen können oder ob die Konsumenten, vor allem die Wiener Arbeiter, die genügende Stärke aufbringen, sich gegen die Milchpreiserhöhung erfolgreich zu wehren. Wie die landwirtschaftliche Zentralstelle unter Führung Hohenblums auf die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte hinarbeitet, hat auch wieder eine Versammlung am Montag gezeigt. Es war eine Delegiertenversammlung der Landwirtschaftlichen Kasinos. In dieser sprach Reichsritter Hohenblum und erklärte nicht nur, daß er mit seiner Organisation die Milchpreiserhöhung durchsetzen, sondern auch den Preis für Vieh und Fleisch diktieren werde. Und der so frech spricht, das ist der Herr v. Hohenblum, der mit seiner ganzen Organisation nur lebt, weil sie das Ackerbauministerium mit einer Subvention von 10.000 Kr., der niederösterreichische Landesausschuß mit 3000 Kr. und die anderen Landesausschüsse mit zusammen 8000 Kr. unterstützen, welche 21.000 Kr. weit mehr sind, als die Agrarier selbst aufbringen. Das Ackerbauministerium, das von Herrn Hohenblum selber gar nicht sanft behandelt wird, zahlt noch aus Steuergeldern die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Zentralstelle zur Verteuerung der Lebensmittel. Wir haben dann eine außerordentliche Erhöhung des Preises von Spiritus von 32 auf 49 Kr. und eine ungeheure Erhöhung der Preise von Kohle und Eisen. Die Kohlenpreise sind für den Wiener Konsum im Laufe eines Jahres um rund 40 H. per 100 Kilogramm erhöht worden, was eine außerordentlich empfindliche Maßregel für den Arbeiterhaushalt ist; aber auch die Industrie leidet unter den furchtbaren Kohlenpreisen und unsere Industriellen ernten nun, was sie durch die Unterstützung der Bestrebungen der Kohlen- und Eisenwerke gesät haben. Die Wirksamkeit des Eisenkartells ist, daß auf der einen Seite die Gruppe der Eisenaktionäre ungeheure Dividenden einsteckt, auf der anderen Seite die österreichische Produktion — sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie — mit rund 100 Millionen Kronen besteuert wird. Diese Eisenleute sind nun durch den Handelsvertrag mit Deutschland für nicht weniger als zwölf Jahre gesichert. Von den Zuckerleuten ist eine Zeitlang nicht gesprochen worden, obgleich der Preis des Zuckers im Verhältnis zu den Produktionskosten in den letzten zwei Jahren außerordentlich hoch war und die Zuckerleute nach kurzer Zeit wieder Millionengewinne einzuheimsen imstande waren.

Zu all dem kommt noch die Tätigkeit der Regierung und der autonomen Körperschaften. Die Regierung, die berufen wäre, den Konsumenten und die Industrie zu schützen, paktiert mit dem Herrn v. Hohenblum und der Ackerbauminister ist nicht ein Minister für den Ackerbau, sondern für die Interessen einer Handvoll Grundbesitzer. Im Handelsministerium aber wird nicht Industriepolitik getrieben, sondern nur eine Politik zur Bereicherung

einiger Industriellen auf Kosten der Gesamtheit. Hierzu kommt weiter, daß sich die österreichische Verwaltung noch jederzeit unfähig erwiesen hat, auch nur die dringendsten Bedürfnisse der Industrie zu befriedigen. Ich erinnere daran, daß sie nicht einmal die ständige Klage der österreichischen Industrie über den Waggonmangel zu beheben versteht. Es kommt dann die ganz direkte Unterstützung, deren sich die Agrarier nicht nur bei den Landesausschüssen, sondern auch bei den Gemeinden erfreuen. Was hat zum Beispiel die Gemeinde Wien oder irgend eine andere Gemeinde in Oesterreich auf dem Gebiete der Approvisionierung getan? Ich bin nicht gerade überzeugt, daß die Wiener Gemeindeverwaltung die Fähigkeit zur Leitung großer Geschäftsbetriebe besitzt, wenn sie nicht gerade Monopolunternehmungen sind, wie Straßenbahnen, Gaswerke und Elektrizitätswerke. Was sie sonst noch unternommen hat, ist mißglückt: die städtische Schlächterei, das städtische Brauhaus und die Koksversorgung Wiens. Ich glaube nun, daß die traurige Entwicklung dieser geschäftlichen Unternehmungen nicht allein zurückzuführen ist auf die Unfähigkeit, sondern auch auf den Mangel an gutem Willen. Was die Christlichsozialen in Wien tun, ist bewußter Verrat an der Bevölkerung Wiens, vor allem des städtischen Proletariats im Interesse der feudalen Großgrundbesitzer. Das einzige, was der Gemeinderat und Stadtrat von Wien in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Approvisionierungswesens getan haben, ist, daß sie die Errichtung unserer Parteibäckerei um ein Jahr verzögert haben. (Pfuirufe.) Aufhalten können sie das Erstehen solcher Unternehmungen nicht, aber was sie zur Verzögerung tun konnten, haben sie getan. Damit kein Faktor vergessen wird, muß ich noch des Zwischenhändlers erwähnen, über dessen Rolle ja in dieser Versammlung nichts weiter zu sagen ist: ob die Preise niedrig oder hoch sind, immer ist die Wirkung des Zwischenhändlers die, daß eine Verteuerung eintritt.

Nun muß auch hier die eine Behauptung energisch zurückgewiesen werden, daß, wenn eine allgemeine Erhöhung der Preise stattgefunden hat, daran vor allem die Streiks der sozialdemokratischen Arbeiter schuld wären. Zum Teil erscheint diese Behauptung schon deswegen falsch, weil eine ganze Reihe von Lohnkämpfen direkt hervorgerufen wurde durch die Preissteigerungen. Aber ich gebe ja ohneweiters zu, daß, schon bevor die Preissteigerungen in dem Maße eingesetzt haben, wie wir es heute empfinden, eine Reihe von Lohnkämpfen erfolgreich geführt wurde und daß sich einzelne Branchen einen bescheidenen, viel zu bescheidenen Anteil an dem ungeheuren Profit erkämpften, dessen die Industriellen sich nunmehr erfreuen. Niemals aber ist eine Lohnerhöhung wirklich der berechtigte Anlaß zu einer Preiserhöhung gewesen; sie wirkt ganz anders. Wenn es richtig wäre, daß, je höher die Löhne, desto höher die Warenpreise seien, so müßten wir in England die höchsten Preise haben. Umgekehrt ist es: je höher die Löhne sind, desto billiger wird erzeugt. Niemand hat ein größeres Interesse daran, daß die Arbeiterschaft gut bezahlt werde, als gerade die Industriellen und Landwirte; denn wenn die Arbeiter nur in Lumpen dahergehen und nur Schnaps trinken können, haben Industrie und Landwirtschaft keine kaufkräftigen Konsumenten. Die Behauptung, daß die Preissteigerung eine Folge der Lohnkämpfe sei, ist nichts als eine der dummen, verlogenen Behauptungen der Christlichsozialen, die selbst unfähig sind, dem Lebensmittelwucher irgendwie zu steuern, und selbst wissen, daß sie die Interessen der Arbeiter verraten und daher die Arbeiter damit belasten möchten, was zum großen Teil ihre Schuld ist.

Es ist gar keine Frage, daß durch einfache Resolutionen und Beschlüsse weder der Zolltarif, noch die Handelsverträge, noch irgend eine Preiserhöhung aus der Welt geschafft werden kann. Es gibt kein wirksames Mittel gegen die Teuerung, als daß wir der Organisation der Produzenten eine ebenso starke Organisation der Konsumenten gegenüberstellen. Wir sind vollkommen machtlos, soweit es sich bei der Preissteigerung um die Weltkonjunktur handelt. Das können wir nicht hindern; was wir aber können, das ist, daß wir der Organisation der Produzenten die der Konsumenten entgegenstellen. Vor allem haben wir da den Kampf gegen die Agrarier

zu führen, und zwar in einem noch schärferen Maße als bisher. Wir haben die Aufgabe, den Bauern begreiflich zu machen — und ich weiß, daß es eine besonders schwere Aufgabe ist — daß es nicht wahr ist, daß es eine Solidarität der agrarischen Interessen gebe, sondern daß der Bauer in allen wichtigeren Dingen keinen größeren Feind hat als den Großgrundbesitzer, und daß diese Preistreibereien nicht ausschlagen zum Nutzen der Bauern, wie sie meinen — darüber ließen wir ja noch mit uns reden — sondern ausschließlich zum Nutzen der paar feudalen Großgrundbesitzer. Die Fraktion unserer Abgeordneten hat die Aufgabe, bei jeder Gelegenheit zu betonen, daß die Industriepolitik nicht die Politik zur Bereicherung der Herren vom Eisenkartell, der Kohlenbarone u. s. w. ist, sondern daß Industriepolitik in ihrer wahren Bedeutung vor allem Sozialpolitik ist. Dann haben wir vor allem zu sagen, daß unsere gewerkschaftliche Organisation immer stärker ausgebaut werde. Denn darüber sind wir uns klar, daß für die organisierten Arbeiter sehr schwere Zeiten kommen, wenn die Industrie auf die stärkere Beschäftigung verzichten muß, an die sie sich in den letzten Jahren gewöhnt hat. Wehe der Arbeitergruppe, die die jetzige Zeit dann zur Organisation versäumt hat! (Sehr richtig!) Und endlich und vor allem handelt es sich darum, daß der Konsum organisiert wird. Wir haben die Form dazu in den Konsumvereinen. Wir haben diese Form viel zu wenig entwickelt, ja wir verzeichnen die ganz merkwürdige Erscheinung, daß wir in Industriezentren wie Reichenberg und Landeshauptstädten wie Linz, in Städten wie St. Pölten und anderen Industrieorten nicht einmal Ansätze zu Konsumvereinen haben. Wo die gewerkschaftliche und politische Organisation eine gewisse Höhe erlangt hat, ist die Gründung eines Konsumvereines möglich, weil wir überall über eine Anzahl Genossen verfügen, die imstande sind, mit Unterstützung des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft den Konsumverein zu leiten. Es muß also überall dort ein Konsumverein gegründet werden. Wenn die Konsumvereine aber wirklich im Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung von solcher Bedeutung sind, dann sage ich, daß es Pflicht jedes einzelnen Genossen und jeder Genossin ist, in die Konsumvereine hineinzugehen. Ich habe nicht die Absicht, über die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterbewegung hier zu sprechen, obwohl es sehr charakteristisch ist, daß unter den Anträgen zum Punkte „Lebensmittelteuerung“ einer aus dem III. Bezirk ist, der die Förderung des Genossenschaftswesens verlangt. Das beweist, daß die Arbeiter die Wichtigkeit dieser Organisation erkennen. Ich will vor allem darauf Gewicht legen, daß auch der kleinste Konsumverein imstande ist, in dem betreffenden Orte preisregulierend zu wirken und wenigstens einen Teil des Zwischenhandels auszuschalten. Wir haben aber dann die Möglichkeit — und schwache Ansätze sind ja schon vorhanden — durch Zusammenschluß dieser Lokalorganisationen zur Großeinkaufsgenossenschaft nicht nur ganz empfindlich den Zwischenhandel zu treffen, sondern auch direkt auf die Produktion einzuwirken. Unsere Großeinkaufsgenossenschaft hat schon einige Monate nach ihrer Gründung dem Petroleumkartell einen gewaltigen Schlag versetzt. Sie hat nur im Dezember 1905 ein paar tausend Fässer rumänisches Petroleum eingeführt und im Februar 1906 sah sich das Petroleumkartell gezwungen, eine Ermäßigung der Petroleumpreise eintreten zu lassen. Das vermochte die Großeinkaufsgenossenschaft schon zu einer Zeit, da sie den Namen noch gar nicht verdiente und im Vergleich zu den ausländischen Organisationen noch ein Zwerg war.

Die Entwicklung des österreichischen Genossenschaftswesens geht langsam aber stetig vorwärts. Aber ich bin überzeugt, in dem Augenblick, wo der Parteitag erklärt hat, es ist Pflicht der Parteigenossen, in den Konsumverein hineinzugehen, wird die Konsumvereinsbewegung neue Schwungkraft gewinnen und was bisher versäumt wurde, wird in relativ kurzer Zeit nachgeholt sein. Dann wird auch noch viel mehr gelingen. Die Konsumvereine haben dort, wo sie zur vollen Stärke entwickelt sind, wie in England, die Möglichkeit, den gesamten Konsum der Arbeiterklasse zu konzentrieren und

können den gewaltigen Schritt zur eigenen Produktion machen, und greifen damit schon an die Wurzel der kapitalistischen Ausbeutung. Das, was früher das Ideal der Produktivgenossenschaft war und dort Utopie blieb, dieses Ideal wird erfüllt durch die Organisation der Konsumvereine, die für sich selbst produzieren. Das ist der Weg, auf dem die Preistreibereien wirksam bekämpft werden können. Das geht allerdings nicht von heute auf morgen; aber wir werden diesen Weg Schritt für Schritt gehen und endlich erreichen, daß die Grundbesitzer und Industriellen nicht mehr in der Lage sein werden, unbeschränkt die Preise zu erhöhen. Die politische und gewerkschaftliche Organisation wird durch die Konsumvereine außerordentlich gefördert werden und wir werden uns durch die gleichmäßige Anwendung dieser drei Organisationsformen unserem letzten Ziele rascher nähern. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner beantragt folgende

Resolution:

Die fortgesetzte Erhöhung der Preise fast sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel ist vor allem das Ergebnis der fortschreitenden Organisation der agrarischen und industriellen Kapitalisten. Unser Zoll- und Steuersystem, das ausschließlich in den Dienst des Großgrundbesitzes und der Großindustrie gestellt ist, hat die Bahn für die Entfaltung dieser Organisation freigemacht und die Regierung ist stets bereit, sie bei der schamlosen Ausbeutung der Bevölkerung zu unterstützen. Indem der Parteitag diese Tatsachen feststellt, weist er zugleich die Behauptung zurück, daß die in den letzten Jahren geführten erfolgreichen Lohnkämpfe der industriellen Arbeiterschaft eine Erhöhung der Preise der Industrieprodukte notwendig gemacht hätten oder rechtfertigen könnten.

Die Arbeiterschaft muß die systematischen Angriffe auf ihre Lebenshaltung mit der größten Entschiedenheit zurückweisen und insbesondere den Kampf gegen das Agrariertum, das die industrielle Entwicklung Oesterreichs bedroht, mit noch größerer Wucht als bisher führen.

Aber auch der Kampf gegen die kartellierten Kohlen- und Eisenmagnaten, die nicht nur durch die Verteuerung der Hausbrandkohle die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung verschlechtern, sondern auch durch die Verteuerung der wichtigsten industriellen Roh- und Hilfsstoffe die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in Oesterreich hemmen, muß mit aller Energie geführt werden. Der Parteitag fordert darum zunächst die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und die Aufhebung der nur noch den Interessen des Eisenkartells dienenden Eisenzölle.

Die Abwehr der Lebensmittelteuerung wird jedoch nur in dem Maße von Erfolg begleitet sein, indem es gelingt, der Organisation der Produzenten eine starke Organisation der Konsumenten gegenüberzustellen und den wucherischen Zwischenhandel zu beseitigen.

Der Parteitag macht es deshalb allen Genossen zur Pflicht, überall dort, wo Konsumvereine bestehen, diesen beizutreten und ihre Pflichten als Mitglieder zu erfüllen, und dort, wo Konsumvereine nicht bestehen, die politische und gewerkschaftliche Organisation aber eine entsprechende Stärke erreicht hat, im Einvernehmen mit diesen Organisationen und mit dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine einen Konsumverein zu gründen.

Der Parteitag erklärt, daß die Konsumvereine ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn sie im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet sind und ihre lokalen Interessen dem Interesse der Gesamtheit unterordnen.

Der Parteitag empfiehlt endlich den Konsumvereinen und der Großeinkaufsgesellschaft, der Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften besondere Aufmerksamkeit zu schenken und den direkten geschäftlichen Verkehr mit ihnen nach Möglichkeit zu pflegen.

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Parteigenossen! Das Skrutinium für die Wahl der Parteivertretung ist vollendet. Das Ergebnis der Wahl für die Parteivertretung ist folgendes: Abgegeben wurden 157 Stimmen. Gewählt wurden die Genossen:

Dr. Viktor Adler mit . . . . . . 157 Stimmen
Heinrich Beer mit . . . . 156 „
Dr. Wilhelm Ellenbogen mit . . 156 „

Karl Höger mit . . . . 156 Stimmen
Engelbert Pernerstorfer mit . . 157 "
Genossin Adelheid Popp mit . . . 156 "
Jakob Reumann mit . . . . . 156 "
Karl Seitz mit . . . . 155 "
Ferdinand Skaret mit . . . . . 157 "
Josef Tomschik mit . . . . . . 153 "
Anton Schrammel (Wien) mit . . 157 "
Franz Schuhmeier (Wien) mit . . 153 "
Anton Schäfer (Böhmen) mit . . 157 "
Josef Seliger (Böhmen) mit . . . 157 "
Hans Resel (Steiermark) mit . . . 157 "
Dr. Ludwig Czech (Mähren) mit . . 157 "
Matthias Eldersch (Schlesien) mit . 157 "
Julius Spielmann (Oberösterreich) mit 157 "
Wilhelm Eich (Kärnten) mit . . . . 157 "
Robert Preußler (Salzburg, Tirol
und Vorarlberg) mit . . . . . 157 "

Die zweiten zehn Genossen wurden in der Parteivertretung mit der Funktion der Kontrolle betraut. Zersplittert waren bei der engeren Wahl zehn, bei den Funktionären der Kontrolle fünf Stimmen.

Bevor wir nun die Debatte über die Lebensmittelteuerung beginnen, werde ich die zu der Resolution des Referenten eingebrachten Zusatzanträge verlesen. Es sind folgende

Anträge

eingebracht worden:

1. Antrag Rudolf Richter (Leopoldstadt): „Der Parteitag beschließt, den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten zu beauftragen, im Abgeordnetenhause einen Dringlichkeitsantrag einzubringen auf Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle."

2. Antrag Dietl: Bei Absatz 5 ist nach den Worten „entsprechende Stärke erreicht hat" einzufügen: „und die sonstigen ökonomischen Bedingungen für den sicheren Bestand einer konsumgenossenschaftlichen Organisation bestehen".

3. Zusatzantrag Beutel-Dietl: „In Anbetracht der Tatsache, daß Getreide- und Mehlpreise in fortwährendem Steigen begriffen sind, worunter namentlich die Arbeiterschaft sehr schwer zu leiden hat, wird der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses ersucht, zu geeigneter Zeit eine Aktion einzuleiten, durch welche die periodische Aufhebung der Getreideeinfuhrzölle und ein Ausfuhrverbot für Getreide, Korn und Weizenmehl erzielt werden sollen."

4. Abänderungsantrag Höger: Im zweiten Absatz der Resolution des Referenten ist über das Agrariertum statt des Satzes „das die industrielle Entwicklung Oesterreichs bedroht" der Passus einzusetzen: „das die Existenz der gesamten arbeitenden Bevölkerung Oesterreichs bedroht". Im dritten Absatz ist die Stelle „die nicht nur. . . sondern auch... die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in Oesterreich hemmen" so zu ergänzen: „die nicht nur... sondern auch... die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in Oesterreich und dadurch das wirtschaftliche Emporkommen der Arbeiterschaft hemmen".

5. Antrag Ritschmann: „In Anbetracht dessen, daß sich die Interessen der kleinbäuerlichen Bevölkerung mit denen der Arbeiterschaft in den meisten Fällen decken und daß diese Kleinbauern durch die Realisierung der Forderungen der Agrarier so viel wie keinen Nutzen haben, aber in vielen Fällen sogar geschädigt werden, wird die Parteivertretung beauftragt, zum Zwecke der Aufklärung der kleinbäuerlichen Bevölkerung über diese Frage ein Flugblatt in Form einer kleinen Broschüre herauszugeben, in dem alle Forderungen der Agrarier auf ihren wahren Wert zurückgeführt und an der Hand der Statistik erklärt wird, daß nicht die Streiks und höheren Löhne schuld an der Teuerung sind. Diese Broschüre soll nur für die kleinbäuerliche Bevölkerung berechnet sein. Die Parteigenossen haben für deren weiteste Verbreitung zu sorgen."

6. Zusatzantrag Beer: Als vierter Absatz ist einzufügen: „Den kommunalen Verwaltungen erwächst die Pflicht, gegen die stete Steigerung der Lebensmittelpreise durch eine den Interessen der konsumierenden Bevölkerung dienende organisierte Approvisionierung anzukämpfen."

7. Antrag Samt: „Die Parteivertretung wird beauftragt, aus ihrer Mitte eine eigene Sektion für Genossenschaftswesen zu wählen, die alle jene Schritte zu unternehmen hat, die zur Förderung des Genossenschaftswesens förderlich erscheinen."

8. Antrag Popp: Der Stelle der Resolution: „Der Parteitag macht es deshalb den Genossen zur Pflicht" (den Konsumvereinen beizutreten), ist nach dem Worte „Genossen" beizufügen: „und Genossinnen".

9. Antrag Klammer (Radautz): In Alinea 2 der Resolution ist folgender Zusatz aufzunehmen: „Der Kampf der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments ist allein nicht genügend. Dieser Kampf muß von dem Sozialdemokratischen Verband im Parlament mit der größten Energie unterstützt und bei jeder sich bietenden Gelegenheit gefördert werden."

10. Resolution Reumann: „Der Parteitag erklärt: Seit Jahrzehnten stagniert die österreichische Viehproduktion, während der Konsum an Fleisch infolge der Zunahme der Bevölkerung eine steigende Tendenz aufweist. Das Defizit in Vieh- und damit in der Fleischproduktion in Oesterreich erfordert gebieterisch, daß die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Nachbarländern gefördert werde. Der gegenwärtige Ackerbauminister Graf Auersperg hat seinerzeit als Vorsitzender der ministeriellen Veterinärkommission die Einfuhr von Fleisch aus Argentinien verhindert und er ist als Ackerbauminister ein entschiedener Gegner der Oeffnung der rumänischen und serbischen Grenze. Dadurch wird die Fleischnot, die durch die Entwicklung der Abmelkwirtschaft noch verschärft wird, eine ständige Erscheinung bleiben. Der Parteitag spricht dem Ackerbauminister wegen seiner Haltung, die gegen die Interessen der Konsumenten gerichtet ist, die schärfste Mißbilligung aus."

Die Debatte.

Petersilka (Wien): Ich habe bedauert, daß Genosse Dr. Adler in seinem Referat über die Aufgabe des Parlaments nichts gegen die Agrarier gesagt hat, wenn es auch, wie ich annehme, nur geschehen ist, weil ein eigener Punkt über die Lebensmittelteuerung auf der Tagesordnung steht. Es gibt verschiedene Vorstellungen über die Aufgabe und die Macht unserer Siebenundachtzig im Parlament. Manche sind der Meinung, daß diese Siebenundachtzig sofort auf einmal alles werden beseitigen können, was in Oesterreich seit vielen Jahren versäumt worden ist. So rasch stelle ich mir natürlich die Sache nicht vor. Aber man bedenke, daß wir am 14. Mai so viele Stimmen von Arbeitern bekommen haben, die politisch nicht so geschult sind wie etwa die Delegierten unseres Parteitages; wir erwarten daher auch eine energische Aktion gegen die Lebensmittelteuerung im Parlament. Daher muß nicht nur gegen die Agrarier, sondern auch gegen die Regierung, die die Grenze nicht öffnet und Fleisch nicht hereinläßt, losgegangen werden. Die Konsumvereinsbewegung wäre ein Wirkungsgebiet für die Länderorganisation. Die Frauen glauben oft, wenn sie im Konsumverein nicht billiger einkaufen als beim Greisler oder Kaufmann, so hätte der Eintritt in den Konsumverein keinen Zweck. Der Konsumverein wird aber erst dann stärkere Preisherabsetzungen vornehmen können, wenn die Kräfte zentralisiert sind und seine Organisation so stark gemacht ist, daß sie zur Selbstproduktion schreiten kann. In Wien haben wir vier große Konsumvereine; der Zersplitterung sollte ein Ende gemacht werden. Was könnten die alles leisten, wenn sie sich zu einem zusammenschlössen! Genosse Karpeles sagte in seiner Resolution, daß wir den Kampf gegen die Agrarier mit verstärkter Wucht führen müssen. Es ist möglich, daß ich ein schwaches Gedächtnis habe, aber ich erinnere mich nicht, daß wir den Kampf gegen die Agrarier überhaupt schon einmal mit Wucht geführt hätten. Hier muß einmal die ganze Kraft des Proletariats aufgeboten werden, um der Regierung und den Agrariern zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich diese Ausbeutung weiter gefallen zu lassen. (Beifall.)

Richter (Bergstadt): Wenn die Verteuerung von Weizen- und Kornmehl 10 bis 14 H. per Kilogramm beträgt, werden Sie begreiflich finden, daß in den Sudetenländern die arme Bevölkerung, besonders die Hausweber, schon nicht mehr existieren kann. Wir haben daher in einem Antrag verlangt, daß die Fraktion im Abgeordnetenhause einen Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung der Getreide- und Viehzölle einbringe, wodurch eine Verbilligung der

Lebensmittel eintreten würde. Ich weiß ganz gut, daß dieser Antrag vom Parlament, in dem so viele Agrarier sitzen, kaum angenommen werden dürfte. Aber das Volk sehe wenigstens, wer für die Lebensmittelteuerung ist und wer die Interessen des Volkes vertritt. Die kleinen Bauern haben kein Getreide zu verkaufen und können aufgeklärt werden, daß sie von den hohen Zollschranken nichts haben, sondern daß sie nur den Großgrundbesitzern nützen, sich eher sogar oft selber schaden. Ich bitte um die Annahme meines Antrages.

Hruschka (Wien): Einer der wichtigsten Punkte unserer Tagesordnung des Parteitages ist unstreitbar außer der Wohnungsfrage die Lebensmittelteuerung. Ich halte dafür, daß demgegenüber der Konsumentenorganisation mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Wir haben zwar in Oesterreich schon eine bedeutende Anzahl von Konsumvereinen, aber sie sind nicht in der Lage, so zu wirken, wie es notwendig wäre, weil die Arbeiter in ihrer großen Masse noch nicht das entsprechende Verständnis dafür besitzen. Es erscheint mir notwendig, daß wir mit erhöhter Energie für die Genossenschaftsbewegung arbeiten müssen. Für besonders wichtig halte ich es aber, daß wir die Kräfte der Konsumvereine zusammenfassen, konzentrieren, weil mit der konzentrierten Kraft mehr zu leisten ist. Zum Beweis dessen gestatte ich mir Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen. Die ausländischen vereinigten Konsumvereine haben in ihren Großeinkaufsverbänden Waren von 2,827,729.000 Francs umgesetzt. Bei diesem jährlichen Umsatze erzielten sie einen Reingewinn von 141,386.450 Francs, also der Vorteil ist ein in die Augen springender. Es ist zwar für die Genossen oft schwierig, Mitglied eines Konsumvereines zu sein, davon werden die Genossen überzeugt sein, besonders in Wien, weil sie oft mit ihrer Wohnung nicht bloß von den Launen ihres Hausherrn, sondern auch von dem Wohlwollen des im Hause befindlichen Greislers abhängen. Es ist vorgekommen, daß Greisler so lange wühlten und arbeiteten, bis es ihnen gelang, daß den Genossen die Wohnung gekündet wurde — nur weil sie im Konsumverein und nicht beim Greisler einkauften. Aber auch das wird überwunden werden und um so leichter, je stärker die Konsumvereinsbewegung wächst. Ich bin daher der Meinung, daß es nicht bloß genügt, an den Ausbau der Konsumvereine zu denken, sondern auch an unseren Programmpunkt, und die Abschaffung der indirekten Steuern energisch zu verlangen. In dem Kampf gegen die Lebensmittelteuerung ist es gewiß wichtig, die Männer über den Wert der Konsumvereine aufzuklären; aber einkaufen tut doch die Frau, daher müssen wir trachten, die Frauen für die Konsumvereine zu gewinnen. Es ist zwar die Genossenschaftsbewegung in Oesterreich sehr arm an Lektüren. Daher wird es in Zukunft unsere Pflicht sein, auf dem Wege der Lektüre das Nötige dazu beizutragen. Genosse Karpeles hat auch von den landwirtschaftlichen Genossenschaften und von den Bauern gesprochen und ihrer auch in der Resolution gedacht und gemeint, daß die Bauern über den Interessengegensatz aufgeklärt werden müssen, der zwischen ihnen und den Großgrundbesitzern besteht. Das ist wohl leichter gesagt als getan, und ich bin der Meinung, daß es auf dem Gebiete von Versammlungen nicht genügen wird, sondern wir kommen wieder zurück auf das Gebiet der Aufklärung der bäuerlichen Kreise durch leichtverständliche Lektüre. Wir sind heute beisammen, um über die Förderung der Konsumvereine zu beraten, und da erinnere ich mich einer Pflicht, die folgend lautet und ersuche Sie freundlichst, dies mit nach Hause zu nehmen: Gedenken Sie der Angestellten in den Konsumvereinen, trachten Sie ein anständiges Arbeitsverhältnis und eine entsprechende Bezahlung und Behandlung einzuführen, überall dort, wo es notwendig erscheint. Auch diese Reform dient zur Förderung der Konsumvereinsbewegung.

Adelheid **Popp**: Mit besonderem Nachdruck muß betont werden, daß die Haltung des Wiener Gemeinderates zur Gründung der Arbeiterbäckerei von den Arbeitern als eine arbeiterfeindliche, gehässige Maßregel angesehen wird. Tausende von Wiener Arbeiterfamilien haben die Gründung der Arbeiterbäckerei als eine Erleichterung ihrer kümmerlichen Existenz begrüßt, sie wird uns einen Schritt weiter zur Befreiung aus den Händen des

Zwischenhandels bringen. Selbstverständlich müssen wir es auch hier wieder aussprechen, daß es eine Pflicht der Kommune ist, für die Approvisionierung der Bevölkerung zu sorgen. Die Aufhebung der Grenzsperre, die wir schon seit Jahren immer und immer wieder verlangen, fordern wir wieder mit aller Schärfe und unsere Genossen im Parlament sollen mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß da einmal Wandel geschaffen werde. Wenn Genosse Petersilka besonders darauf hinwies, daß sich für die Genossinnen in der Konsumvereinsaufklärung ein Feld zur Betätigung bietet, aber nicht genügend getan werde, so muß ich ihm sagen, daß es nicht eine Schuld der Genossinnen, sondern die allgemein mangelnde Aufklärung der Frau ist, wenn die Frauen noch nicht mehr Verständnis für die Konsumvereine haben. Wo soll denn die Frau den eigentlichen Zweck und den Wert des Konsumvereines kennen lernen, wenn sie in keine Versammlung geht, nichts liest und keiner Organisation angehört? Nicht nur von den Frauen, auch von den Parteigenossen muß mehr zur Aufklärung über die Konsumvereinsbewegung getan werden als bisher. Die Parteigenossen denken begreiflicherweise immer zuerst an die Männer; so spricht auch Genosse Dr. Karpeles in seiner Resolution — gewiß ganz ohne Absicht — nur von den Genossen, die zum Eintritt in den Konsumverein verpflichtet werden. Vergessen Sie nicht, daß es die Frauen sind, die im Konsumverein einkaufen sollen. Wir haben jetzt mehr als 50.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen, die am Haushalt beteiligt sind; wenn wir diese für die Konsumvereinsbewegung gewinnen, haben wir Tausende von Agitatorinnen für die Sache. Ich beantrage daher, daß in der Resolution nach dem Worte „Genossen" noch „und Genossinnen" eingefügt und damit auch diese zum Eintritt in den Konsumverein verpflichtet werden. Nützlich wird es auch sein, in die Leitung der Konsumvereine Frauen zu nehmen. Sie werden dadurch zur Arbeit für den Verein viel stärker verpflichtet. (Beifall.)

Beutel (Aussig): Unsere letzte Bezirkskonferenz in Aussig hat mich beauftragt, durch den Parteitag von der Fraktion zu verlangen, daß sie zur geeigneten Zeit eine Aktion gegen die Agrarier einleite. Es darf Sie nicht wundernehmen, daß gerade aus den Bezirken, wo schon Konsumvereine bestehen, Anträge kommen, die auf dem Wege der Gesetzgebung Maßregeln gegen die Lebensmittelteuerung verlangen. Mit den Konsumvereinen allein kann man selbstverständlich die Lebensmittelteuerung nicht aus der Welt schaffen und die Konsumvereine und Arbeiterbäckereien leiden selber unter der Preissteigerung der Agrarier. Die Arbeiterschaft setzt sehr viele Hoffnungen auf den Sozialdemokratischen Verband. Wir haben daher auch hier auf dem Parteitag einen Antrag gestellt, der eine Aktion der Fraktion gegen die Lebensmittelteuerung verlangt. Daß wir auch, wie es die Resolution des Referenten verlangt, für die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke sein müssen, ist selbstverständlich. Wir in Böhmen wissen, was die Weinmann und Petschek und andere durch den Kohlenhandel an Reichtümern sammeln. Wir sind also für die Resolution des Referenten, bitten aber auch noch um die Annahme unseres Antrages.

Bernt (Wien): Wir haben in Oesterreich vorläufig nicht weniger als 194.000 Mitglieder in den diversen Konsumvereinen. Wenn wir aber die Anzahl der bei den Wahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen betrachten, so sehen wir, daß jene Zahl nur einen ganz verschwindenden Prozentsatz darstellt. Wenn die Genossen glaubten, daß mit der Gründung von Konsumvereinen schon alles gemeistert ist, wären sie im Irrtum. Erst wenn die Großeinkaufsgenossenschaft in die Lage kommt, mit großen Kapitalien einzukaufen, werden die Konsumvereine Größeres leisten können, sie zu fördern ist daher eine Hauptaufgabe für uns. Ich glaube aber, daß es den Konsumvereinen, insbesondere dem Konsumverein „Vorwärts" kaum möglich sein wird, alle Genossen zu befriedigen, wenn sie nach dem Grundsatz vorgehen, der jüngst von einem Vertreter des „Vorwärts" auf der Landstraße ausgesprochen wurde. Er meinte, in Wien könnte der Verein schwer mehr Filialen errichten, weil er jetzt in Niederösterreich solche eröffnet. Da wird man dann schwer alle Genossen in den Konsumverein hineinbringen. Die Konsumvereinsbewegung muß e n e r g i s ch g e f ö r d e r t werden. Sie ist ein

sehr gutes Mittel, den Zwischenhandel und die ungerechtfertigte Teuerung wenigstens etwas zu bekämpfen.

Ueber Antrag Schimböck (Wien) wird Schluß der Debatte angenommen und es folgt nun das Schlußwort des Referenten

Dr. **Karpeles**: In der Diskussion ist übereinstimmend zum Ausdruck gekommen, wie sehr die österreichische Arbeiterschaft unter der Preiserhöhung leidet, und ebenso die Ueberzeugung, daß ein wirksamer Kampf gegen die Lebensmittelteuerung nur dann geführt werden kann, wenn es gelingt, die Organisation der Konsumenten zu kräftigen und auszubauen. Es ist von besonderer Bedeutung, daß kein einziger Redner und, wie ich glaube, kein einziges Mitglied des Parteitages daran Anstoß genommen hat, daß in der vorgeschlagenen Resolution der Beitritt zum Konsumverein ausdrücklich als Pflicht jedes Parteigenossen erklärt wird. Es liegt darin nicht nur eine Genugtuung für diejenigen, die seit einer langen Reihe von Jahren bemüht sind, die Konsumvereinsbewegung zu fördern, sondern vor allem auch ein sehr kräftiger Ansporn, wie bisher und mit noch größerer Kraft als bisher das zu tun, was nun als ihre Pflicht erklärt ist.

Genosse Hruschka hat den Konsumvereinen zur Pflicht gemacht, besonders auf die Angestellten der Konsumvereine Rücksicht zu nehmen, aber dieses gewiß berechtigte Verlangen kommt in der Resolution selbst dadurch zum Ausdruck, daß es heißt: „Der Parteitag erklärt, daß die Konsumvereine ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn sie im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet sind." Deswegen hätte es sich Genosse Hruschka ersparen können, uns hier mit einzelnen Beispielen zu kommen, wo die Entlohnung, die Arbeitszeit, die anderen Arbeitsverhältnisse außerordentlich mißlich sind. Das kann eben nur in Konsumvereinen vorkommen, die nicht im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet sind; und wir wünschen und hoffen, daß gerade, wenn die Partei sich um die Konsumvereine kümmert, in diese rückständigen Vereine ein anderer Geist einzieht.

Der Wunsch nach Zentralisation der Konsumvereine, der hier ausgesprochen wurde, gehört, ebenso wie der Wunsch nach Eröffnung von vielen Filialen, zu den internen Angelegenheiten der Konsumvereine, die nicht auf dem Parteitag behandelt werden können (Zustimmung), deren Erledigung vielmehr dem Verbandstag der Konsumvereine wird vorbehalten bleiben müssen. Ich glaube auch, daß der Wunsch, der in einem Antrag Samt geäußert wurde, die Parteivertretung solle eine eigene Sektion für das Genossenschaftswesen errichten, deshalb überflüssig ist, weil diese Sektion zwar nicht als Sektion der Parteivertretung, aber doch im Wesen bereits besteht, nämlich im Vorstand des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine. Ich meine, das, was notwendig ist, wenn die Partei einmal erklärt hat, daß die Konsumvereinsbewegung ausgebaut werden soll, können wir mit aller Beruhigung diesem Zentralverband überlassen, der das Genossenschaftswesen nicht als eine Angelegenheit auffaßt, die außerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft stünde, sondern der sich sehr wohl dessen bewußt ist, daß die Kraft der Konsumentenorganisation eben in dem Zusammenschluß mit der gewerkschaftlichen und mit der politischen Organisation beruht. Die Genossin Popp hat gewünscht, daß in stärkerem Maße, als es bisher geschehen ist, die Frauen zur Verwaltung herangezogen werden. Ein erster Schritt ist ja in Wien bereits dadurch geschehen, daß sich unter den Delegierten des Konsumvereines „Vorwärts" sich eine ganz erhebliche Zahl von Genossinnen befindet, und es ist nach den Erfahrungen, die mit diesen gemacht wurden, der Wunsch der Genossin Popp als berechtigt anzuerkennen und wir hoffen, daß er mit der Zeit wird erfüllt werden können.

Die Ausführungen des Genossen Bernt über die wesentliche Bedeutung der Großeinkaufsgesellschaft für die Entwicklung der Konsumvereine teile ich selbstverständlich. Sie können aber nicht erwarten, daß die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft sich in anderen Formen vollzieht, als es bei den anderen Organisationen der Fall war. Sie können nicht erwarten, daß, nachdem

die politische und die gewerkschaftliche Organisation viele Jahre gebraucht haben, um auf ihre jetzige Höhe zu kommen, etwa über Nacht kraft einer Debatte und einer Resolution nun bei den Genossenschaften auf einmal das verwirklicht werden könnte, was zu seiner Entwicklung und Durchführung noch eine ganze Reihe von Jahren wird brauchen müssen. Es ist aber keine Frage, daß in dem Maße, wie sich die Konsumvereine der Förderung durch die politische und vor allem auch durch die Gewerkschaftsorganisation zu erfreuen haben werden, das, was bisher an der Konsumentenorganisation noch rückständig ist, sehr rasch wird nachgeholt werden können.

Von den vorliegenden Anträgen kann ich alle, die sich auf eine Ergänzung der Resolution beziehen, zur Annahme empfehlen. Ich empfehle so selbstverständlich den Antrag Popp, daß überall, wo in der Resolution von „Genossen" die Rede ist, auch von „Genossinnen" gesprochen werde.

Bezüglich des Antrages Höger glaube ich, Genosse Höger wird damit zufrieden sein, wenn ich statt der von ihm gewünschten Ersetzung der Worte „industrielle Entwicklung" durch „Existenz der gesamten arbeitenden Bevölkerung" die Ergänzung der Resolution durch diese Worte beantrage, während ich ebenso die weitere Einschaltung, daß es im dritten Absatze heißen muß: „und dadurch das wirtschaftliche Emporkommen der Arbeiterschaft hemmt", zur Annahme empfehle.

Den Antrag Beer empfehle ich zur Annahme, ebenso den Antrag Dietl. Ich verkenne durchaus nicht, daß durch die Resolution eine gewisse Gefahr heraufbeschworen wird, daß ein ganz ungesundes Gründungsfieber nun plötzlich die Genossen ergreift. Die Gründung eines Konsumvereines ist mit ziemlich erheblichen Schwierigkeiten verbunden, und es wird nur dann gelingen, Konsumvereine nicht nur zu gründen, sondern auch am Leben zu erhalten und gedeihlicher Entwicklung zuzuführen, wenn diese Gründungen im Einvernehmen mit dem Zentralverband erfolgen und diesem Gelegenheit geboten wird, bei der Einrichtung mitzuwirken. Es würde die Kräfte des Zentralverbandes übersteigen, nun auf einmal eine große Reihe von Konsumvereinen gründen zu müssen, und es würde sicher ein Rückschlag der Bewegung nicht ausbleiben können. Es gibt gewiß Fälle, wo die politische und gewerkschaftliche Organisation eine bestimmte Stärke erreicht haben, wo aber trotzdem manche Vorbedingungen für den sicheren Bestand eines Konsumvereines fehlen. Deshalb müssen alle Verhältnisse eingehend geprüft werden und erst wenn die politische und gewerkschaftliche Organisation und der Zentralverband ihre Zustimmung gegeben haben, kann zur Errichtung eines Konsumvereines geschritten werden.

Die Anträge, die sich nicht auf die Abänderung der Resolution beziehen, sondern selbständige Ergänzungen der Resolution bedeuten, bitte ich zum Teil der Fraktion, zum Teil der Parteivertretung zuzuweisen. Es ist nicht möglich, daß wir heute der Fraktion darüber Vorschriften machen, wann sie eine Aktion einleiten soll zur Aufhebung der Getreidezölle oder zum Verbot der Ausfuhr von Getreide; ebensowenig, daß sie einen Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle einzubringen habe, wobei ich nur noch bemerke, daß es speziell bei der Viehteuerung viel weniger auf die Viehzölle ankommt als darauf, daß Vieh auch nicht verzollt, sondern überhaupt nicht hereingelassen wird.

Die Resolution des Genossen Neumann, die dem Ackerbauminister die schärfste Mißbilligung ausspricht, darf wohl auf Ihre Zustimmung rechnen. Ich muß gestehen, daß speziell vom Ackerbauminister Auersperg eine vernünftigere Haltung in der Frage der Approvisionierung zu erwarten gewesen wäre. Der Graf Auersperg ist vielleicht der erste Ackerbauminister in Oesterreich, der über ein nicht unbedeutendes Maß von Intelligenz und Einsicht in die ökonomischen Verhältnisse verfügt, der auch von seiner Tätigkeit im Handelsministerium weiß, was der Industrie und vor allem auch der Arbeiterschaft fehlt, der aber — ich will nicht sagen, um seine Stelle zu behaupten — aus Gründen, die jedenfalls anderswo zu suchen sind als im

Sprechregister.

Präsenzliste.

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Abram Simon	Innsbruck	Landesorg. Tirol und R.-R.-Abg.
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertr. und R.-R.-Abg.
Albinger Ferdinand	Mistelbach	Lokalorganisation Mistelbach
Albrecht Adolf	Reichenberg	Wahlkreisvertretung Reichenberg
Arbeitel Moritz	Bielitz	Bezirksorganisation Bielitz
Aron Josef	Rumburg	Bezirksorganisation Rumburg
Auer Franz	Wien	Redaktion der „Verbandszeitung“
Augsten Anton	Warnsdorf	Bezirksorganisation Warnsdorf
Augsten Josef	Kratzau	Bezirksorganisation Kratzau
Ansobsky Alois	Graz	Reichsratsabgeordneter
Austerlitz Friedrich	Wien	Red. „Arbeiter-Zeitung“
Bachheimer Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Bauer Otto, Dr.	Wien	Lokalorganisation Wimpassing
Beer Heinrich	Wien	Parteivertr. und R.-R.-Abg.
Behr Anton	Leipa	Bezirksorganisation Leipa
Belohlawek Julie	Wiener-Neustadt	Lokalorganisation Wiener-Neustadt
Bermann Julius	Wien	Red. „Der öst. Handelsangestellte“
Bernstein Richard	Gablonz a. d. Neiße	Redaktion „Gebirgsbote“
Bernt Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Beutel Franz	Aussig	Bz.-Org. Aussig-Karbitz, R.-R.-Abg.
Bienert Philipp	Reichenberg	Lokalorganisation Reichenberg
Bösmüller Wenzel	Gablonz	Reichsratsabgeordneter
Broczyner Alfred	Wien	Verein d. Versicherungsangestellten
Bretschneider Ludwig	Wien	Reichsratsabgeordneter
Čermak Karl	Teplitz-Schönau	L.-O. Teplitz-Schönau, R. „Freiheit“
Chmelar Eleonora	Wien	Frauenorganisation Wien III
Christoph Franz	Wien	Redaktion „Volksbote“, Wien XXI
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Parteikontrolle
Dametz Josef	Linz	Lokalorganisation Linz
Danneberg Robert	Wien	Red. „Der Jugendliche Arbeiter“
David Anton	Wien	Reichsratsabgeordneter
Dietl Anton	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Dietl Heinrich	Aussig	Bezirksorganisation Aussig
Domes Franz	Wien	Red. „Metallarbeiter“
Dötsch Albin	Wernersreuth	Reichsratsabgeordneter
Ebert Franz	Turn bei Teplitz	Bezirksorg. Oberleutensdorf
Eder Eduard	Ebreichsdorf	Wahlbezirk Ebreichsdorf
Eich Wilhelm	Villach	Landesorganisation Kärnten
Eidler Adalbert	Wiener Neustadt	Lokalorganisation Wiener-Neustadt
Eldersch Matthias	Brünn	Reichsratsabgeordneter
Ellenbogen Wilhelm, Dr.	Wien	Parteivertr. und R.-R.-Abg.
Emmerling Georg	Wien	Parteivertretung
Ernst Siegfried	Budweis	Lokalorganisation Budweis
Exner Ludwig	Wien	Gruppe Metallarbeiter
Forstner August	Wien	Reichsratsabgeordneter
Freundlich Leo	Mährisch-Schönberg	Reichsratsabgeordneter
Frey Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Fritsch Ferdinand	Wien	Redaktion „Der Schuhmacher“
Fritz Johann A.	Liesing	Bezirksorganisation Liesing
Frömel Johann	Teplitz	Kreisorganisation Teplitz
Gardosky Franz	Oberhollabrunn	Bezirksorg. Oberhollabrunn
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	Wahlbez. St. Pölten Stadt u. Land
Gföllner August	Wels	Bezirksorganisation Wels
Gion Johann	Wien	Red. d. „Fachzeitung d. Schneider“
Glöckel Otto	Wien	Reichsratsabgeordneter
Göpfhart Franz	Schwechat	Bezirksorganisation Schwechat

mangelnden Verständnis, sich den Agrariern mit Haut und Haar ausgeliefert hat und nun von den Agrariern in einer Weise gefeiert wird wie noch nie ein Minister von irgend einer Bevölkerungsklasse. Ich glaube, daß, wenn dem Herrn Minister tagtäglich Diplome ins Haus geschickt werden, durch die er zum Ehrenmitglied eines landwirtschaftlichen Vereines ernannt wird, wenn durch das ganze Reich Versammlungen arrangiert werden, um ihm den Dank und das Vertrauen der Agrarier auszudrücken, daß in diesem Chor von Stimmen auch die Stimme der Arbeiter nicht fehlen darf, und die Meinung der Arbeiter ist die, daß uns alle die unfähigen Ackerbauminister, die wir früher gehabt haben, viel lieber waren als der intelligente Graf Auersperg, der mit Bewußtsein die österreichische Industrie und die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter auf das empfindlichste bedroht und nur das tut, was im Interesse einer Handvoll feudaler Großgrundbesitzer gelegen ist. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung wird die Resolution mit den vom Referenten gebilligten Aenderungen angenommen; ebenso werden auch die anderen vom Referenten akzeptierten Anträge, darunter auch der Antrag Neumann, angenommen. Auch die sonstige Abstimmung erfolgt im Sinne der Vorschläge des Referenten.

Nun wird zum Punkt

Eventuelles

übergegangen. Dazu liegen zwei Anträge vor, die sich auf den nächsten Kongreß beziehen. Behr (Leipa) beantragt Reichenberg, Pankraz beantragt Prag als Ort des nächsten Kongresses.

Adler: Wir haben auf dem letzten Parteitag schon Reichenberg in Aussicht genommen; da aber der Parteitag verschoben wurde, ist daraus nichts geworden. Nun war es im Interesse der Partei gelegen, den Parteitag, der sich hauptsächlich mit einer Aenderung der Organisation zu beschäftigen hatte, in Wien abzuhalten, damit eine gleichmäßigere Beschickung aus allen Teilen des Reiches möglich werde. Ich meine, daß wir nun das Versäumte nachholen und den Parteitag, der schon so lange nicht in Nordböhmen getagt hat, in Reichenberg, dem Mittelpunkt der nordböhmischen Industrie, abzuhalten — unter der Voraussetzung natürlich, daß die Reichenberger Parteigenossen damit einverstanden sind. (Beifall.)

Bienert (Reichenberg): Es würde uns Reichenbergern zu einer großen Ehre gereichen, wenn Sie diesen Beschluß fassen würden, und wir würden selbstverständlich alles aufbieten, Ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Reichenberg abzuhalten.

Sever: Ich glaube, daß wir alle Ursache haben, nun, da die Beratungen des Kongresses zu Ende sind, dem Präsidium für seine umsichtige Geschäftsführung unseren besten Dank auszusprechen. Wir können ruhig sagen, daß wir die umfassende Tagesordnung dieses Kongresses nicht so leicht und so rasch erledigt hätten, wenn das Präsidium die Geschäfte nicht in so musterhafter Weise geführt hätte. (Lebhafter Beifall.)

Schlemmer: Wir Delegierten können nicht umhin, auch den Ottakringer Genossen für die uns gewährte Gastfreundschaft unseren Dank auszudrücken. (Lebhafter Beifall.) Wir haben uns hier wie zu Hause gefühlt dank der Liebenswürdigkeit unserer Ottakringer Genossen Hausherren. Möge in dieser herrlichen Proletarierburg immer der proletarischen Sache so nützliche Beschlüsse gefaßt werden, wie es in diesen Tagen der Fall gewesen ist. Ich bringe darum ein Hoch auf die Ottakringer Genossen aus. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Wir schreiten nun zum Schlusse des Parteitages. Vorher habe ich Ihnen aber noch mitzuteilen, daß am nächsten Montag die Perlmutterdrechsler in Streik treten. Es sind das zum größten Teil Heimarbeiter, nahezu 2000 in Wien, noch mehr in der Provinz. Und Sie sind wohl damit einverstanden, daß ich diesen ausgebeuteten Proletariern, die für eine

kleine Verbesserung ihrer elenden Lage kämpfen wollen, für ihren bevorstehenden Kampf die Sympathien des Parteitages ausspreche. (Lebhafter Beifall.) Ihr Beifall zeigt, daß eine spezielle Abstimmung darüber nicht nötig ist.

Parteigenossen! Wir haben einen Parteitag hinter uns, der vielleicht stille war, vielleicht sagt sogar mancher, der ein Streithansl ist, er war langweilig; aber wir können sagen, es war ein Parteitag der Arbeit. Sie haben die Berichte, die sich ja diesmal über eine längere Zeit erstreckten als sonst, entgegengenommen, den Bericht der Parteivertretung, den Bericht des Verbandes, Sie haben im großen und ganzen diesen Berichten Ihre Zustimmung gegeben, und wir können daraus den Zusammenhang ersehen, der zwischen den Instanzen der Partei besteht, den harmonischen Zusammenhang, der sich auf diesem Parteitag in glänzender Weise geoffenbart hat. Wir haben auf diesem Tage auch den politischen Faktoren unseres Landes deutlich zu erkennen gegeben, daß wir nicht gewillt sind, mit dem ersten großen politischen Siege, mit der Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes für den Reichsrat, zufrieden zu sein. Wir haben das Wahlunrecht, das noch bezüglich der Landtage und Gemeindevertretungen existieren, in einem eigenen Referat gegeißelt und haben unseren festen Entschluß kundgetan, daß wir gegen jedes Unrecht kämpfen werden, solange es besteht; und wenn die politische Welt vielleicht geglaubt hat, daß wir durch Erringung des allgemeinen Reichsratswahlrechtes nun gesättigt sind, so hat sie sich geirrt — wir sind unersättlich und heute beginnen wir den Kampf an den Stellen, wo noch das schreiende Unrecht hervortritt, und wir werden hoffentlich alle, die wir hier im Saale sind, noch erleben, daß wir auch in den Ländern und Gemeinden uns unsere Vertretung erkämpfen.

Wir haben zwei außerordentlich wichtige Punkte, die gerade für die Lebenshaltung des Proletariats von größter Bedeutung sind, erörtert: die Wohnungsfrage und die Frage der Lebensmittelteuerung. Nicht allein die großen politischen Fragen sind es, die unser regstes Interesse hervorrufen, auch jene ökonomischen Fragen, die unseren Genossen tagtäglich an den Leib gehen, die ihnen das Leben so schwer machen, finden bei unseren Parteitagsberatungen immer die größte Aufmerksamkeit. Wir haben aber auch ein Werk verrichtet, das für das innere Leben der Partei von der größten Wichtigkeit ist. Es war ja selbstverständlich, daß wir nach der großen politischen Umwälzung, die wir erlebt haben, auch die innere Organisation unserer Partei ändern mußten, und wir haben nicht ohne Mühe — da möchte ich einen besonderen Dank an die Mitglieder der Kommission einschalten — dieses Werk vollendet und wir hoffen, daß es sich im praktischen Leben bewähren wird. Wir wollen aber auch die Erwartung aussprechen, daß auch auf dem Lande draußen in den Organisationen dieses Werk gewürdigt wird und daß die Intentionen, die in dieser neuen Organisation ausgedrückt sind, von unseren Parteigenossen vollauf verstanden und durchgeführt werden. Sie haben sich endlich Ihre neue Parteiregierung gewählt, die nun durch zwei Jahre an der Spitze der Bewegung stehen soll, und Sie haben dadurch, daß Sie die Mitglieder der alten Regierung wiedergewählt haben, ein noch viel stärkeres Vertrauensvotum dem abtretenden Vorstand gegeben, als es in dem Absolutorium, das Sie ihm erteilt haben, gelegen war.

Wir haben aber auch unsere künftige Taktik hier festgelegt.

Ein großer, schier unerhörter Wahlsieg ist uns in diesem Jahre zuteil geworden. Wir dürfen sagen, ohne unbescheiden zu sein, daß wir stolz darauf sind. Wir deutschen Sozialdemokraten sind ja diejenigen, die an der Spitze marschieren, wie natürlich ist durch unsere Zahl und durch das Alter unserer Bewegung und die Stärke der deutschen Industrie. Wir haben fünfzig Mandate vom sogenannten deutschen Besitzstand erobert, nicht etwa, wie manche glauben könnten — und wie besonders von den bürgerlichen Schichten behauptet wird — so aus Zufall, weil das die erste Wahl war. Wir haben gesehen, daß bei dieser Wahlbewegung eine Wahlbeteiligung war, wie sie vielleicht nicht einmal dann erreicht werden kann, wenn irgend ein schimpfliches Schlagwort gegen uns in die Welt gesetzt werden sollte. Wir haben diese

Ziffer erreicht, ganz naturgemäß infolge der Ausbreitung unserer Ideen, infolge der in den letzten Jahren so ungeheuer gewachsenen Organisationen unserer Partei. Es wird an uns sein, den Besitzstand, den wir erobert haben, nicht nur zu behaupten, und ich bin überzeugt, wir werden ihn behalten, wenn wir weiter so arbeiten, wie bisher, wir sprechen vielmehr die Hoffnung aus, daß es uns gelingen wird, den Besitzstand noch zu erweitern. Wir sind weit entfernt davon, etwa von Uebermut geschwellt zu sein, weil wir einen so großen Sieg errungen haben, wenn es auch natürlich ist, daß unsere Herzen höher schlugen in jenen Tagen, und daß eine echte unverfälschte Freude auf den Gesichtern aller Parteigenossen zu sehen war ob unseres Sieges. Wir sind nicht übermütig geworden, wir wissen ja, die Dinge sind schwankend in der Welt und was kommen kann, kann niemand voraussehen. Schon ist in der Debatte darauf hingewiesen worden, daß die glänzende wirtschaftliche Konjunktur in den letzten Jahren vielleicht zum längsten gedauert hat, und wir wissen, daß ein Abflauen auch für unsere Bewegung nicht günstig wäre. Wir wissen, daß wir uns nur erhalten und weiter ausbreiten können durch ununterbrochene emsige Arbeit. Aber das stolze Gefühl, das ein Gefühl der Siegessicherheit ist, das lassen wir uns nicht nehmen.

Wir wissen, daß, wie wir an diesem Parteitag wirklich ernste Arbeit geleistet haben, es auch unsere Pflicht ist, diese ernste Arbeit in unserer täglichen Betätigung fortzusetzen, und wir werden bleiben, was wir waren: Sozialdemokraten, und wenn wir auch noch stärker im Parlament wären als heute, wir werden niemals mit bürgerlichen Parteien kompromittieren in dem Sinne, daß auch nur ein Tüpfelchen dessen preisgegeben würde, was unser Programm ist und was uns vor den bürgerlichen Parteien der ganzen Welt auszeichnet. (Lebhafter Beifall.) Wir bleiben Sozialdemokraten, Sozialdemokraten im revolutionären Sinne des Wortes, das heißt in dem Sinne, daß wir der heutigen Gesellschaftsordnung absagen mit allen Mitteln, mit den stärksten Worten und, wenn es sein muß, mit den stärksten Taten. Wir unterscheiden uns grundsätzlich von allen anderen Parteien.

Aber so sehr wir das hervorheben bei jeder Gelegenheit und so sehr wir wünschen, daß niemand darüber im Zweifel sei, so sehr wissen wir auch, daß die tägliche Arbeit von uns Besonnenheit, Ruhe und ein stetes, unter Umständen auch langsames Vorschreiten erheischt. So wie wir niemals die Arbeiterschaft über die Größe unserer Macht täuschen, so haben wir andererseits das Gefühl jenes Pflichtbewußtseins, das uns dahin drängt, jeden kleinsten Vorteil, den wir auf politischem Felde für das Proletariat erkämpfen können, mitzunehmen, wo er irgend mitzunehmen ist, ohne daß wir je vergessen, daß wir ein großes Ziel haben, das uns immer vor Augen steht.

Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne noch einmal allen den Bruderparteien, die uns mit ihrem Besuch hier viele Freude gemacht haben, zu danken, in allererster Linie den deutschen Sozialdemokraten des Reiches draußen, die wir ja mit so besonders großer Genugtuung hier vertreten sehen, dann aber — und nicht weniger herzlich — die Bruderparteien unseres Reiches, mit denen zusammen wir ja erst jene Größe, Stärke und Macht haben, die das Proletariat in Oesterreich braucht. Auch ich schließe mich dem Danke für die Ottakringer Genossen an, die uns das Verweilen in ihrem herrlichen Saale hier so angenehm gemacht haben. Und nun gehen wir zu neuer Arbeit. Wir gehen hinaus, wir haben hier einige Tage fleißig gearbeitet und wir wissen auch, daß unsere Tage überhaupt Tage der Arbeit, Tage der ununterbrochenen Arbeit sind, und im Sinne der Prinzipien jenes Sozialismus, der ein immer größerer Machtfaktor der Welt wird, gehen wir hinaus, zu predigen den Völkern, sie aufzuklären, damit endlich der Tag erscheine, an dem alles, was alt, morsch und faul ist, versinkt und heraufdringt eine neue Zeit. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Ich erkläre den Parteitag für geschlossen.

Nachdem der stürmische Beifall verklungen war, stimmte Genosse Schoof am Klavier das Lied der Arbeit an, das die Delegierten begeistert mitsangen.

Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Den Verhandlungen besten Erfolg! Möge aus diesen frischer Mut, Energie und Kraft geschöpft werden, um weitere Siege an den großen Sieg zu reihen, welcher durch eine tadellose Kampfesweise und staatsmännischen Weltblick von euch selbst errungen worden ist. So stets vorwärts, führt zum endlichen Ziel. Hoch die österreichische Sozialdemokratie!

Hofmann, Köln.

Die besten Glückwünsche den Verhandlungen des Parteitages.

Für die Lokalorganisation Kostenblatt:
Josef Korb.

Euren Beratungen wünschen wir die besten Erfolge.

Deutsche sozialdemokratische Organisation Königliche Weinberge.

Aus des Reiches fernstem Osten senden Grüße

Die Suczawaer Genossen.

Die Genossen aus dem Böhmerwald senden ihre Grüße.

Resch, Leyrer, Oberplan.

Die hier zur Erholung befindlichen Genossen übersenden dem Parteitag die herzlichsten Grüße und wünschen seinen im Interesse des österreichischen Proletariats gepflogenen Beratungen besten Erfolg.

Rekonvaleszenten in Zeillern.

* * *

Außerdem langte ein überaus herzliches, längeres Begrüßungsschreiben von dem alten Kämpfer Friedrich Leßner aus London ein.

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Schweichhart Josef	Steinschönau	Lokalorganisation Steinschönau
Schweighofer Alois	Budweis	Bezirksorganisation Budweis
Seidel Josef	Krumau	Bezirksorganisation Krumau
Seitz Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	Reichsratsabgeordneter
Sever Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Siegel Franz	Wien	Bezirksorganisation Deutsch-Gabel
Sigl August	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Silberer Franz	Wien	Gruppe der Bäcker
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertr. und R.-R.-Abg.
Smitka Johann	Wien	Reichsratsabgeordneter
Stark Franz Karl	Elbogen	Bezirksorganisation Elbogen
Strasser Josef	Reichenberg	Redaktion des „Freigeist“
Tauber Vinzenz	Dessendorf	Bezirksorganisation Tannwald
Tobola Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Tomschik Josef	Wien	Parteivertr. und R.-R.-Abg.
Trenka Johann	Jägerndorf	Landesorganisation Schlesien
Tuller Ludwig	Leoben	Lokalorg. Leoben und R.-R.-Abg.
Tuppy Josef	Jägerndorf	Reichsratsabgeordneter
Vogel Leopold	Budweis	Bezirksorganisation Winterberg
Weber Franz	Schluckenau	Bezirksorganisation Schluckenau
Weiß Johann	Mährisch-Schönberg	Kreisorg. Mährisch-Schönberg
Widholz Laurenz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Widlar Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Wilhelm Kamilla	Aussig	Frauenorganisation Aussig
Winarsky Leopold	Wien	Reichsratsabgeordneter
Wokral Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Wonka Anton	Wien	Redaktion des „Zeitrad“
Wutschel Ludwig	Wien	Reichsratsabgeordneter
Zerhak Ludwig	St. Pölten	Bezirksorganisation St. Pölten
Zich Karl	Klosterneuburg	Bezirksorganisation Klosterneuburg
Zinburg Franz	Brünn	Bezirksorganisationen Brünn

Gäste.

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
Richard Fischer, Reichstagsabgeordneter, Berlin.

Für die Landesorganisation der deutsch-österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz:
Dr. Friedrich Adler, Zürich.

Für die ungarländische Sozialdemokratie:
Max Großmann, **Karl Teszarsz** und **Jakob Weltner**, Budapest.

Für die tschechoslawische Sozialdemokratie:
Anton Němec, Reichsratsabgeordneter, Prag.

Für die polnische Sozialdemokratie:
Dr. Hermann Diamand, Reichsratsabgeordneter, Lemberg. **Ignaz Daszynski**, Krakau.

Für die slowenische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Etbin Kristan und **Ivan Cankar**, Laibach.

Für die ruthenische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Semen Wityk, Reichsratsabgeordneter, Lemberg.

Für die italienische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Raimund Scabar, Reichsratsabgeordneter, Triest.

Ergebnis der Abstimmungen.

Angenommene Anträge:

9 (Jugendorganisation), **12** (Frauenorganisation), **18** (Ergänzung der Tagesordnung), **19** (Absolutorium dem Verband), **22** (Absolutorium der Parteivertretung), **24** (Einsetzung der Organisationskommission), **27** (Vermehrung der Mitgliederzahl der Parteivertretung), **28**, **43**, **45**, **46** (Anträge zum Organisationsstatut), **49** (Resolution zu „Wohnungsfrage"), **51** (Kommunale Wohnungsämter), **52** (Fabrikswohnungen), **53** (Steuerwesen in den Kommunen), **54** (Anerkennung der „Sänger-Zeitung"), **56** (Tagblatt für Böhmen), **57** (Rechnungslegung der Parteibuchhandlung), **58** (Resolution zu „Landtagswahlrecht"), **59** (Resolution über „Lebensmittelteuerung"), **61**, **65**, **67** (Ergänzungen dieser Resolution, kommunale Approvisionierung), **69** (Mißbilligung dem Ackerbauminister), **70** (Reichenberg als Ort des nächsten Parteitages), **72** (Sympathiekundgebung für die Eisenbahner), **73** (Sympathiekundgebung für die streikenden Arbeiter von Viktor Schmidt u. Söhne).

Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

1, 2, 3, 7, 10, 15, 34, 41, 44, 63.

Zurückgezogen vom Antragsteller:

31, 32, 50.

Dem Verband der Abgeordneten zugewiesen:

55, 60, 62, 68.

Der Parteivertretung zugewiesen:

6, **20** (Handbuch für Wähler), **11** (Herausgabe des Organisationsstatuts), **21** (Reform der Kassenberichterstattung), **23** (Herausgabe der Parteigeschichte), **64**, **66** (Aktion zugunsten der Konsumvereinsbewegung).

Abgelehnte Anträge:

4, 5, 8, 13, 14, 16, 17, 25, 26, 29, 30, 33, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 47, 48, 71.

Sachregister.

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Graffinger Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Grigorovici Georg	Czernowitz	Reichsratsabgeordneter
Gruber Josef	Linz	Reichsratsabgeordneter
Grübl Karl	Wien	Bezirksorganisation Stadlau
Gürlich Karl	Wien	Bezirksorganisation Neubistritz
Habschied August	Wien	Redaktion „Verbandsblatt"
Hackenberg Theodor	Gmünd	Bez.-O. Krems a. d. D., R.-R.-Abg.
Hammerstorfer Hans	Kapfenberg	Lokalorganisation Kapfenberg
Hannich Josef	Wien	Reichsratsabgeordneter
Hausch Ferdinand	Wien	Reichsratsabgeordneter
Heider Eberhard	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Heidrich Dagobert	Wigstadtl	Bezirksorganisation Odrau
Heinzl Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Herget Adolf	Chodau	Bezirksorganisation Chodau
Hilari Julius	Graz	Bezirksorganisation Graz
Hillebrand Oswald	Karlsbad	Kreisorganisation Westböhmen
Hladik Hermann	Gablonz a. d. Neiße	Bezirksorganisation Gablonz
Hofer Franz	Wien	Gruppe der Buchdrucker
Höger Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Horn Josef	Mährisch-Schönberg	Redaktion „Volkswacht"
Hößner Josef	Litschau	Bezirksorganisation Gmünd
Hruschka Ambros	Wien	Gr. Hand.-, Transp.- u. Verkehrsarb.
Huber Josef	Ried	Bezirksorganisation Ried
Hübel Ernst	Wien	Gruppe der Textilarbeiter
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission
Hummel Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Jarolim Anton	Turn	Gruppe der Bergarbeiter
Kalabus Josef	Brünn	Bezirksorganisationen Brünn
Kamper Anton	Mitterdorf	Bezirksorganisation Mitterdorf
Kaulfuß Daniel	Trautenau	Bezirksorganisation Braunau i. B.
Kiesewetter Wilhelm	Trautenau	Bezirksorganisation Trautenau
Klammer Isidor	Radautz	Lokalorg. Radautz-Suczawa
Klimek Franz	Gänserndorf	Bezirksorganisation Gänserndorf
Kölly Hedwig	Graz	Frauenorganisation Graz
Königstetter Kathi	Wien	Frauenorganisation Wien XV
Koller Georg	Schwechat	Lokalorganisation Schwechat
Kollinger Rupert	Linz	Landesorganisation Oberösterreich
Kotinek Alois	Mödling	Lokalorg. Mödling u. Traiskirchen
Koudelá Josef	Wien	Redaktion des „Tonarbeiter"
Krasa Minna	Wien	Frauenreichskomitee
Kremser Heinrich	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz
Kubala Karoline	Wien	Frauenorganisation Wien V
Kühnel Anton	Bilin	Bezirksorganisation Dux-Bilin
Kütt Philipp	Wien	Preßkontrollkommission
Langer Alexander	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Lahner Christian	Goisern	Bezirksorg. Salzkammergut
Laser Adolf	Stockerau	Bezirksorganisation Stockerau
Leibl Dominik	Hradzen	Bezirksorganisation Staab
Lenz Hans	Gmünd	Kreisorganisation Gmünd
Lill Franz	Wien	Redaktion „Eisenbahner"
Lindner August	Graz	Landesorganisation Steiermark
Löw Dominik	Drahowitz	Reichsratsabgeordneter
Lukas Julius	Klagenfurt	Reichsratsabgeordneter
Maar Josef	Wien	Gruppe der Maler und Anstreicher
Mack Karl	Nieder-Rochlitz	Bezirksorganisation Rochlitz
Macsalka Valerian	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Mai Heinrich	Eger	Bezirksorganisation Eger
Maier Anna	Sternberg	Frauenorganisation Sternberg
Matzig Josef	Friedland i. B.	Bezirksorganisation Friedland i. B.
Merkl Antonie	Wien	Frauenorganisation Wien XIV
Meyer Franz	Iglau	Lokalorganisation Iglau
Mikulik Josefa	Wien	Frauenorganisation Wien XI

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Muchitsch Vinzenz	Graz	Reichsratsabgeordneter
Müller Rudolf	Wien	Gruppe Steinarbeiter
Müller Rudolf	Wien	Gruppe Eisenbahner
Mühlberger Karl	Wien	Red. „Graph. Nachrichten"
Nelson Franz	Wiener-Neustadt	Bezirksorg. Wiener-Neustadt
Nießner Wilhelm	Brünn	Reichsratsabgeordneter
Nitschmann Heinrich	Zauchtel	Bezirksorganisation Neutitschein
Ofenböck Anton	Wiener-Neustadt	Redaktion der „Gleichheit"
Palme Franz	Fischern	Gr. Porzellanarbeiter, R.-R.-Abg.
Pankratz Josef	Prag	Bezirksorganisation Prag
Pattermann Franz	Wien	Gruppe der Tabakarbeiter
Patzelt Johann	Gablonz	Kreisvert. d. IX. böhm. Wahlbezirks
Pazdera Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Pernerstorfer Engelbert	Wien	Parteivertr. und R.-R.-Abg.
Perthen Anna	Bodenbach	Frauenorg. Bodenbach-Tetschen
Petersilka Josef	Wie	Bezirksorganisation Wien XVIII
Pick Karl	Wien	Gruppe Kaufmänn. Angestellte
Pirkebner Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Pistiner Jakob	Czernowitz	Lokalorg. Czernowitz, „Volkspresse"
Plank Jakob	Göblasbruck	Lokalorganisation Göblasbruck
Pölzer Amalia	Wien	Frauenorganisation Wien X
Pölzer Johann	Wien	Landesorganisation Niederösterreich
Pongratz Josef	Graz	Reichsratsabgeordneter
Popp Adelheid	Wien	Parteikontrolle
Preisler Rudolf	Arnsdorf	Bezirksorg. Haida-Steinschönau
Prenner Josef	Beitsau	Bezirksorganisation Triestingtal
Preußler Robert	Salzburg	Landesorganisation Salzburg
Primus Johann	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Proft Gabriele	Wien	Frauenorganisation Wien XVI
Puhl Vinzenz	Niemes	Lokalorganisation Niemes
Regner Anton	Knittelfeld	Bezirksorganisation Knittelfeld
Reitzner Adolf	Bodenbach	Bezirksorg. Tetschen u. R.-R.-Abg.
Renner Karl, Dr.	Wien	Reichsratsabgeordneter
Resel Hans	Graz	Reichsratsabgeordneter
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Grottau
Reumann Jakob	Wien	Reichsratsabgeordneter
Richter Karl	Wien	Redaktion „Holzarbeiter"
Richter Karl	Wien	Gruppe Pflasterer
Richter Paul Richard	Wien	Landesorganisation Niederösterreich
Richter Rudolf	Bergstadt	Bezirksorganisation Römerstadt
Riedl Karl	Wien	Gruppe der Drechsler
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter
Roisel Marie	Wien	Frauenorganisation Stadlau
Roßmann Andreas	Puntigam	Lokalorganisation Puntigam
Sacherer Peter	Wilhelmsburg	Bezirksorganisation Wilhelmsburg
Samt Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Schäfer Anton	Reichenberg	Reichsratsabgeordneter
Schaumayr Johann	Villach	9. Wahlbezirk Kärnten
Schiller Karl	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Schimböck Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Schlemmer Ferdinand	Dunkelstein	Bezirksorganisation Neunkirchen
Schlesinger Therese	Wien	Frauenreichskomitee
Schlinger Anton	Wien	33. niederösterreichischer Wahlkreis
Schloßnikel Hieronymus	Sternberg	Reichsratsabgeordneter
Schmerz Lorenz	Wien	Gruppe Gießereiarbeiter
Schober Richard	Sternberg	Lokalorganisation Sternberg
Schoof Heinrich	Wien	„Oesterr. Arbeiter-Sängerzeitung"
Schrammel Anton	Wien	Gr. chem. Ind., Part.-K., R.-R.-Abg.
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertr. und R.-R.-Abg.
Schuller Marie	Wien	Frauenorganisation Wien XXI
Schwarz Anton	Baden	Lokalorganisation Baden
Schwarz Ludwig	Wien	R. „Org. d. Versicherungsbeamten"

„Vorwärts", Wien VI. — 7167·07.

